

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1989

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1989

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1989

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Daniela Taschler, Tim Szatkowski
und Christoph Johannes Franzen

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-066217-7
e-ISBN (PDF) 978-3-11-066281-8
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-066223-8
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Control Number: 2019952378

© 2020 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	X
Verzeichnisse	
Dokumentenverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	LXXIX
Abkürzungsverzeichnis	LXXXVIII
Dokumente	
Band I (Dokumente 1–202)	3
Band II (Dokumente 203–437)	907
Register	
Personenregister	1859
Sachregister	1931
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1989	

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1989 wird zum siebenundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichmaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl (†) und Frau Dr. Maike Kohl-Richter danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke. Der Nachlaß von Bundesminister a.D. Hans-Dietrich Genscher im Politischen Archiv konnte wegen noch laufender Erschließungsarbeiten nicht in die Dokumentenauswahl einbezogen werden.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausbergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag DeGruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Frau Dr. Daniela Taschler, Herr Dr. Tim Szatkowski und Herr Dr. Christoph Johannes Franzen, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Rainer Ostermann durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr durch Schreibaarbeiten sowie Frau Anna May, B.A., Frau Sara Stammnitz und Frau Leonie Wieschollek.

Zur Dokumentenauswahl des Bandes AAPD 1989

1989 war in vielerlei Hinsicht eines der bedeutendsten Jahre des 20. Jahrhunderts. Kaum ein Ereignis nach dem Zweiten Weltkrieg bewegte die Medien und die historische Forschung so sehr wie die Bilder der Botschaftsflüchtlinge aus der DDR, die in den Vertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Prag, Warschau und Budapest über Zäune kletterten, um Repressionen, maroder Wirtschaft und Perspektivlosigkeit in der DDR zu entkommen. Die DDR-Führung sah sich schließlich gezwungen, am 9. November 1989 die Mauer zu öffnen, und leitete damit ungewollt eine Entwicklung ein, die weniger als ein Jahr später zur Herstellung der deutschen Einheit führen sollte.

Entsprechend der überragenden Bedeutung dieser Ereignisse setzte bereits weit vor Ablauf der üblichen Sperrfristen eine vielfältige Publikationstätigkeit ein. Neben ungezählten Memoiren der beteiligten Akteure wurden umfangreiche Dokumentensammlungen publiziert.

Aus dem Bereich der Bundesrepublik machte das Bundeskanzleramt den Anfang, das 1995 gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern die Veröffentli-

chung relevanter Dokumente in Auftrag gab. Der 1998 in der Reihe „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ als Sonderedition für die Jahre 1989/90 erschienene Band DEUTSCHE EINHEIT stellte dementsprechend die Rolle von Bundeskanzler Kohl in den Mittelpunkt und blendete andere relevante Akteure wie Bundesminister Genscher und das Auswärtige Amt sowie weitere Ressorts weitgehend aus.

Die 2015 zum 25. Jahrestag durch das Institut für Zeitgeschichte veröffentlichte Edition DIE EINHEIT rückte daher die Aktivitäten des Auswärtigen Amts und besonders von Bundesminister Genscher ins Zentrum und berücksichtigte überdies auch Bestände aus DDR-Provenienz. Aus Platz- und Zeitgründen konnte hier jedoch nur ein relativ kleiner Ausschnitt der umfangreichen Aktenbestände berücksichtigt werden.

Zudem wurden mit der 2011 erschienenen, von Andreas Hilger herausgegebenen Edition einiger weniger Dokumente des Auswärtigen Amts die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90 bereits beleuchtet (DIPLOMATIE). Einblick in die sowjetische Politik dieser Zeit und in deutsch-sowjetische Kontakte liefert überdies die 2011 in deutscher Übersetzung vorgelegte Edition von Dokumenten aus dem Archiv von Generalsekretär Gorbatschow (GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE).

Ebenfalls unter Berücksichtigung von Beständen des Auswärtigen Amts erschienen zudem Editionen zur Problematik der Botschaftsflüchtlinge in Prag (BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE) bzw. zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn für den Zeitraum 1987 bis 1990 (WENDEZEIT 1987–1990).

Aus den Außenministerien Großbritanniens (DBPO) und Frankreichs (DIPLOMATIE FRANÇAISE) wurden zum 20. Jahrestag der Einheit ebenfalls wichtige Dokumente vorgelegt. Für die USA sind über die Präsidentenbibliothek von Präsident Bush zahlreiche Spitzengespräche bis auf wenige Ausnahmen online verfügbar (<https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>).

Der Jahresband 1989 der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ stand daher vor der Aufgabe, aus den überaus umfangreich vorhandenen Akten des Auswärtigen Amts eine Auswahl zu treffen, die die zentralen Aspekte der Politik des Jahres angemessen abbildet, ohne die Benutzer durch den Abdruck bereits bekannter Dokumente zu langweilen. Zu berücksichtigen ist außerdem der Anspruch, auch im Jahr 1989 die gesamte Bandbreite der Bonner Politik abzubilden, was den hier vorliegenden Band von den angesprochenen Publikationen unterscheidet. Auch wenn naturgemäß gerade aus deutscher Perspektive der Mauerfall alle anderen Ereignisse überstrahlt, gab es eine Fülle weiterer Ereignisse, die gebührend berücksichtigt werden sollten. Zu nennen wären hier die Arbeiten an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Reform- und Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und ihre Perzeption durch die bundesdeutsche Diplomatie, die Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China, die Entwicklung der Beziehungen zum Iran nach den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie und dem Tod von Ajatollah Khomeini, die Friedensprozesse in Mittelamerika und dem südlichen Afrika, der Fortgang des KSZE-Prozesses, Abrüstungs- und Verteidigungsfragen, Krisenherde in verschiedenen Teilen der Welt sowie außenwirtschaftliche Fragen, Probleme der Proliferation und vieles mehr.

Daher haben sich Herausgeber, wissenschaftliche Leitung und Bearbeiter entschlossen, auf den Wiederabdruck bereits publizierter Dokumente weitestgehend zu verzichten. Wo immer Gesprächsaufzeichnungen und andere relevante Dokumente bereits veröffentlicht sind oder eine Gegenüberlieferung vorhanden ist, wird an entsprechender Stelle mit einem Kurztitel darauf hingewiesen. Die jeweiligen Publikationen lassen sich durch das Literaturverzeichnis leicht erschließen.

Berlin, den 1. Oktober 2019

Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1989“ (Kurztitel: AAPD 1989) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1989.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1989“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundesarchiv in Koblenz überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die Aktivitäten des Auswärtigen Amts. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen, aber auch im nichtstaatlichen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zu einem großen Teil unterlagen sie als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden dem Editionsteam die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1989 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateralen oder internationalen Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 437 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z. B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem fett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolummentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigen Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter oder Leiterin gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens auf-

geführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ oder „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufbereitung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in fetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in der ersten Anmerkung ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit

in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (10.10.2019) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die fett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen und Parteien, sowie Dienstbezeichnungen und sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Ferner werden Abkürzungen von Firmen und Medien im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1989 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter bzw. Leiterinnen der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1	03.01. Gesandter Bauch, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 3
	Bauch schildert die innenpolitische Lage Polens. Er geht dabei insbesondere auf den Zustand der PVAP, die Gewerkschaft Solidarność sowie die Rolle der katholischen Kirche ein und gibt einen Ausblick auf die mögliche Entwicklung im Jahr 1989.	
2	04.01. Botschafter Hellner, Tripolis, an das Auswärtige Amt	S. 6
	Hellner informiert über ein Gespräch mit dem stellvertretenden libyschen Außenminister al-Mahdi. Thema war eine mögliche Inspektion der Chemieanlage in Rabta angesichts der Vorwürfe, dort würden chemische Waffen produziert.	
3	09.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew	S. 9
	Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Hilfe der Bundesrepublik nach dem Erdbeben in Armenien und die Vorbereitung des geplanten Besuchs von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik. Ferner gibt Jakowlew eine Einschätzung der innenpolitischen Entwicklung in der UdSSR, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Erörtert werden außerdem Abrüstungsfragen.	
4	09.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mattes	S. 17
	Mattes befaßt sich mit dem Stand der Bemühungen um eine Harmonisierung der Asylpolitik und der Maßnahmen zur Sicherung der EG-Außengrenzen mit Blick auf den Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den EG-Mitgliedstaaten nach Einführung des Binnenmarktes 1992.	
5	11.01. Botschafter von Stülpnagel, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 21
	Stülpnagel resümiert die Ergebnisse der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen.	
6	12.01. Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 24
	Witt gibt einen Überblick zum Stand der Verhandlungen in der „Uruguay-Runde“. Dabei geht er besonders auf die Haltung der einzelnen Staaten und Staatengruppen ein und stellt Überlegungen zur weiteren Vorgehensweise an.	

7	16.01.	Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 29
		Rantzau übermittelt eine Einschätzung des Abschließenden Dokuments der dritten KSZE-Folgekonferenz. Er bewertet insbesondere die Ergebnisse im Menschenrechtsbereich und bei humanitären Fragen, im Bereich der militärischen Sicherheit und auf wirtschaftlichem Gebiet sowie in Mittelmeerfragen. Abschließend gibt er einen Ausblick auf den Fortgang des KSZE-Prozesses und die vereinbarten Folgeveranstaltungen.	
8	17.01.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Wien	S. 36
		Themen sind die bilateralen Beziehungen und die politischen und wirtschaftlichen Reformbemühungen in Bulgarien sowie dessen Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften und zum GATT, außerdem die Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenz sowie der Pariser Konferenz über das Verbot chemischer Waffen.	
9	17.01.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Trautwein	S. 40
		Trautwein informiert über den bisherigen Erkenntnisstand in der Frage der libyschen Chemieanlage in Rabta und der möglichen Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Herstellung chemischer Waffen in Libyen. Ferner erläutert er die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen für strengere Exportkontrollen.	
10	17.01.	Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt	S. 43
		Hellbeck zieht eine Bilanz von zehn Jahren Reformpolitik in der Volksrepublik China. Dabei geht er auf die Entwicklung im politischen und wirtschaftlichen sowie im kulturellen Bereich ein und vergleicht die Entwicklung mit der in der UdSSR.	
11	17.01.	Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 47
		Ruhfus legt die amerikanische Haltung in der Frage der libyschen Chemieanlage in Rabta dar und geht dabei vor allem auf die Erkenntnisse hinsichtlich einer Produktion chemischer Waffen in Libyen ein. Ferner beleuchtet er mit Blick auf eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik mögliche Folgen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen.	
12	18.01.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek in Wien	S. 52
		Im Mittelpunkt steht das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung, insbesondere die Frage von SNF-Rüstungskontrolle bzw. -Modernisierung.	

13	18.01.	Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 56
		Hartmann bewertet den Abschluß der Mandatsverhandlungen für die künftigen „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (VKSE). Er befaßt sich mit deren Verbindung zum KSZE-Prozeß und erläutert strittige Punkte.	
14	19.01.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Wien	S. 61
		Themen sind der Abschluß der KSZE-Folgekonferenz, der geplante Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik sowie Abrüstungsfragen, insbesondere auf dem Gebiet der chemischen Waffen.	
15	19.01.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 66
		Schönfelder vermerkt den Stand der Arbeiten des Delors-Ausschusses für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa und geht dabei vor allem auf Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ein.	
16	20.01.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Ministerpräsidenten Rakowski	S. 70
		Themen sind die Entwicklung in Polen und die bilateralen Beziehungen, insbesondere Kredit- und Umschuldungsfragen („Jumbo-Kredit“), sowie kulturelle Themen.	
17	20.01.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Ministerpräsidenten Rakowski in Wachtberg-Pech	S. 77
		Nach einem Bericht von Rakowski über die innenpolitische Entwicklung in Polen erörtern die Gesprächspartner die bilateralen Beziehungen. Dabei steht die Regelung der polnischen Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesrepublik („Jumbo-Kredit“) bzw. gegenüber dem Pariser Club im Mittelpunkt.	
18	20.01.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler	S. 81
		Fiedler faßt ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem israelischen Finanzminister Peres zusammen. Besprochen wurden der Nahostkonflikt, insbesondere die sowjetische Stellung in der Region, die Lage Jordaniens, Syriens und des Libanon, die Aussichten für den Friedensprozeß sowie die Frage von Kontakten zur PLO.	
19	20.01.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege	S. 85
		Bettzuege informiert über die Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO nach der Ausrufung eines palästinensischen Staates. Ferner geht er auf die Bemühungen der EG-Mitgliedstaaten um den Friedensprozeß im Nahen Osten ein.	

20	20.01. Botschafter Steger, Budapest, an das Auswärtige Amt	S. 87
	Steger berichtet über Gespräche mit dem ungarischen Staatsminister Pozsgay und Ministerpräsident Németh zum Stand des Reformprozesses in Ungarn.	
21	24.01. Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 89
	Rantzau gibt eine Einschätzung der Ergebnisse der dritten KSZE-Folgekonferenz im Bereich von Korb III und rekapituliert den Verhandlungsverlauf.	
22	25.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman	S. 93
	Themen sind die libysche Chemieanlage in Rabta, die Lage der Juden und der Deutschstämmigen in der UdSSR sowie die Entwicklung der Perestroika.	
23	25.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich	S. 100
	Oestreich erörtert neue Entwicklungen und Perspektiven des Nord-Süd-Dialogs. Ferner stellt er Überlegungen zu einer Initiative der Bundesrepublik an und schlägt die Einberufung eines Treffens der G7-Staaten mit verschiedenen Entwicklungsländern sowie der UdSSR und der Volksrepublik China vor.	
24	26.01. Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 106
	Ploetz informiert über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zu Fragen der Terrorismusbekämpfung und der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste bei der Spionageabwehr.	
25	26.01. Botschafter Ruth, Rom, an Staatssekretär Sudhoff	S. 109
	Ruth berichtet über ein Gespräch im italienischen Außenministerium zum Soldatenfriedhof in Costermano, insbesondere zu den dort befindlichen Gräbern von drei SS-Angehörigen.	
26	26.01. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt	S. 111
	Bertele faßt ein Gespräch mit dem Bischof von Berlin, Kardinal Meisner, zusammen. Themen waren Meisners Berufung zum Erzbischof von Köln, die Regelung seiner Nachfolge in Berlin sowie die Lage der katholischen Kirche in der DDR.	
27	27.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe	S. 113
	Themen sind der Verkauf des gemeinsam produzierten Kampfflugzeugs „Tornado“ in Staaten des Nahen Ostens, die Arbeiten zur Umsetzung des EG-Binnenmarkts, die Entwicklung in Polen	

und der DDR sowie die deutsche Frage. Ferner werden die SNF-Thematik, die Bemühungen um ein Verbot chemischer Waffen, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus sowie die jeweilige Haltung zur PLO erörtert.

28	30.01. Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt	S. 121
	Huber analysiert die innere Lage der ČSSR nach den Demonstrationen anlässlich des 20. Jahrestags der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach. Er geht dabei auf die Forderungen der Demonstranten, die Strategie der tschechoslowakischen Regierung sowie auf die Oppositionsgruppen ein und gibt einen Ausblick auf die mögliche weitere Entwicklung.	
29	31.01. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt	S. 126
	Schlingensiepen befaßt sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Nahostkonflikt und dem Ost-West-Gegensatz und verweist auf die Bedeutung einer Friedensregelung auf beiden Konfliktfeldern für den Weltfrieden.	
30	01.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt	S. 129
	Oesterhelt rekapituliert die Bemühungen um die Harmonisierung des Asylrechts in Europa infolge des Übereinkommens von Schengen. Insbesondere untersucht er deren Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz.	
31	03.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Wistinghausen	S. 134
	Angesichts der Ausweitung des Handelsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Südafrika zeigt Wistinghausen Möglichkeiten auf, wie die Bundesregierung auf Kritik reagieren könnte, und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen.	
32	06.02. Deutsch-spanische Konsultationen in Sevilla	S. 139
	Im Mittelpunkt stehen die Europapolitik, vor allem die Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte, der Bericht der beiden Außenminister über ihre vorherigen Gespräche, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie internationale Finanz- und Wirtschaftsfragen, ferner die Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie, Energie und Forschung.	
33	07.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach	S. 147
	Lambach behandelt die Frage des Austauschs von Militärattachés zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die Haltung der Drei Mächte.	

34	07.02.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken	S. 150
		Heyken analysiert und bewertet den neuen konzeptionellen Ansatz in der sowjetischen Außenpolitik unter Generalsekretär Gorbatschow. Er beschreibt die Auswirkungen auf die übrigen Mitglieder des Warschauer Pakts sowie die westlichen Staaten und Länder der „Dritten Welt“.	
35	07.02.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum	S. 156
		Heubaum beschreibt die Hintergründe und Auswirkungen des Militärputsches in Paraguay und schlägt vor, eine mögliche Einreise des abgesetzten Präsidenten Stroessner in die Bundesrepublik zu verhindern.	
36	09.02.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem kenianischen Präsidenten Moi	S. 159
		Kohl und Moi sprechen über die Lage in Kenia, in dessen Nachbarstaaten und im südlichen Afrika, außerdem über die bilateralen Beziehungen, vor allem einen Schuldenerlaß für Kenia, sowie Fragen des Umwelt- und Naturschutzes.	
37	09.02.	Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, in Washington	S. 167
		Im Zentrum stehen die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Bau der libyschen Chemieanlage in Rabta sowie die Bemühungen um die Nichtverbreitung von chemischen Waffen. Schäuble und Scowcroft thematisieren ferner die Entwicklung in der DDR, die deutsch-deutschen Beziehungen und die Lage in Berlin (West) nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus.	
38	09.02.	Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush	S. 173
		Kohl spricht die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Bau der libyschen Chemieanlage in Rabta an und die Verschärfung der Ausfuhrkontrollen in der Bundesrepublik. Zudem thematisiert er den 40. Jahrestag der Gründung der NATO, die Arbeit am Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die Haltung der Bundesrepublik zu einer Null-Lösung im SNF-Bereich.	
39	10.02.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning	S. 177
		Gröning unterrichtet über die amerikanischen Vorschläge für die künftige Nutzung der INF-Basen in der Bundesrepublik und weist angesichts veränderter Planungen auf die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten hin.	

-
40	12.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker	S. 179
	Themen sind der Friedensprozeß in Zentralamerika, der Auslieferungsfall Hamadi, die amerikanisch-iranischen Beziehungen, die Lage im Nahen Osten, die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA, das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung, die SNF-Problematik sowie die europäische Integration und Fragen des Umweltschutzes.	
41	13.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker	S. 188
	Im Vordergrund stehen die bilateralen Beziehungen, die verteidigungs- und sicherheitspolitische Situation der Bundesrepublik, die libysche Chemieanlage in Rabta, die Entwicklung im Warschauer Pakt, das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die SNF-Frage.	
42	16.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix	S. 197
	Derix bilanziert die Entwicklung in Polen nach der ersten Phase der Verhandlungen am „Runden Tisch“. Er benennt die Themen der Arbeitsgruppen und schildert die Rolle der offiziellen Gewerkschaften.	
43	17.02. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem iranischen Botschafter Mostafavi	S. 201
	Sudhoff teilt mit, die Bundesregierung verurteile die Morddrohungen Ayatollah Khomeinis gegen den Schriftsteller Salman Rushdie, und weist auf die Belastung der deutsch-iranischen Beziehungen hin.	
44	20.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Frankfurt am Main	S. 202
	Kohl und Thatcher befassen sich mit der bevorstehenden NATO-Gipfelkonferenz, insbesondere der SNF-Thematik, der sowjetischen Aufrüstung bei U-Booten und den Reformbemühungen von Generalsekretär Gorbatschow.	
45	21.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Frankfurt am Main	S. 206
	Schwerpunkte des Gesprächs sind die Lage in Südafrika, insbesondere die Bemühungen um eine Freilassung Nelson Mandelas, die Möglichkeiten für eine Lösung des Nahostkonflikts, die geplante Umweltkonferenz in Den Haag und ein Kredit der Weltbank für Brasilien.	

46	21.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in Frankfurt am Main	S. 216
	Hauptthemen sind die Beziehungen zum Iran nach den Morddrohungen Ayatollah Khomeinis gegen den Schriftsteller Salman Rushdie, die Entwicklung im südlichen Afrika, ein weltweites Verbot chemischer Waffen und die SNF-Problematik.	
47	21.02. Deutsch-britische Konsultationen in Frankfurt am Main	S. 225
	Behandelt werden die Vorschläge für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die Beziehungen zum Iran, die Rolle der UdSSR im südlichen Afrika, den Prozeß zur Unabhängigkeit Namibias und den türkischen Antrag auf EG-Beitritt.	
48	21.02. Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt	S. 229
	Grünhage berichtet über die EG-Ministerratstagung und schildert die Reaktion der Außenminister auf die Morddrohungen Ayatollah Khomeinis gegen Salman Rushdie.	
49	22.02. Bundesminister Genscher an den iranischen Außenminister Velayati	S. 231
	Genscher verurteilt die Morddrohungen Ayatollah Khomeinis gegen den Schriftsteller Salman Rushdie und äußert seine Sorge über die Verschlechterung der deutsch-iranischen Beziehungen.	
50	23.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chilenischen Außenminister Errázuriz in Tokio	S. 233
	Themen sind die innenpolitische Lage in Chile, die Bemühungen um Aufklärung der Vorgänge in der „Colonia Dignidad“ und das Vorgehen der chilenischen Justiz gegen das „Solidaritäts-Vikariat“ der katholischen Kirche.	
51	24.02. Aufzeichnung des Botschafters Holik und des Ministerialdirektors Kastrup	S. 236
	Holik und Kastrup geben einen Überblick über die Diskussion in der NATO zu SNF. Sie zeigen die Interessenlage der Bundesrepublik sowie verschiedene Optionen für Rüstungskontrolle und Modernisierung auf und bewerten sie.	
52	24.02. Aufzeichnung des Referats 424	S. 244
	Gegenstand sind die Bemühungen um eine Reform des COCOM sowie die unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik und der USA. Ferner wird die Kontroll- und Genehmigungspraxis der Bundesregierung im Falle von chemischen Waffen und ihren Vorprodukten behandelt.	

-
53	27.02. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar	S. 247
	Zentrales Thema ist die geplante Aufhebung der Sichtvermerksfreiheit für jugoslawische Staatsangehörige durch die Bundesregierung. Lončar schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Zahl von Asylbewerbern aus Jugoslawien zu reduzieren.	
54	28.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke	S. 252
	Vor dem Hintergrund von Berichten über eine mögliche Verwicklung Winnie Mandelas in den Tod eines Jugendlichen gibt Nöldeke Empfehlungen für das künftige Verhalten der Bundesregierung, insbesondere zur weiteren Vergabe von Stipendien und Fortsetzung von Finanzhilfen für Angehörige Nelson Mandelas.	
55	01.03. Ministerialdirigent Trumpf und Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze, beide z. Z. Tegucigalpa, an das Auswärtige Amt	S. 255
	Berichtet wird über die fünfte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe, in deren Mittelpunkt der Friedensprozeß in Zentralamerika, die Handelsbeziehungen und die Verschuldungsfrage standen.	
56	02.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 261
	Schönfelder gibt einen Überblick über die internationale Wirtschaftslage seit dem Einbruch der Börsenkurse im Herbst 1987 und skizziert die außenwirtschaftlichen Perspektiven.	
57	03.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 264
	Jelonek informiert über den Diskussionsstand innerhalb des Auswärtigen Amts zum internationalen Verschuldungsproblem und spricht sich für eine aktivere Rolle der Bundesrepublik bei der Entwicklung einer Schuldenstrategie aus.	
58	06.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 273
	Jelonek legt die wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran dar und befaßt sich mit möglichen Sanktionsmaßnahmen infolge der Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie.	
59	10.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten von B'nai B'rith International, Reich	S. 277
	Die Gesprächspartner erörtern den Nahostkonflikt, die Lage der Juden in der UdSSR, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, die libysche Chemieanlage in Rabta sowie Antisemitismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik.	

60	13.03. Bundesminister Genscher an EG-Kommissionspräsident Delors	S. 284
	Genscher drängt auf weitere gemeinsame Schritte der EG-Mitgliedstaaten zur Verschärfung von Ausfuhrkontrollen für chemiewaffenfähige Erzeugnisse.	
61	13.03. Botschafter Eickhoff, Ankara, an das Auswärtige Amt	S. 285
	Eickhoff befaßt sich mit den deutsch-türkischen Beziehungen und weist auf Konfliktfelder hin, etwa in der Frage einer türkischen EG-Mitgliedschaft oder bei den Menschenrechten.	
62	14.03. Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong	S. 288
	Themen sind die Lage in Tibet und eine mögliche Befassung des Bundestags mit dieser Frage.	
63	14.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck	S. 291
	Vor dem Hintergrund zunehmender Selbständigkeitsbewegungen legt Höynck die Haltung der Bundesregierung zur Frage von Kontakten mit den baltischen Sowjetrepubliken dar.	
64	14.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 294
	Schönfelder erläutert die nunmehr in Kraft getretenen Beschlüsse für ein neues Finanzierungssystem der Europäischen Gemeinschaften.	
65	15.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak	S. 298
	Kohl und Mubarak sprechen über den Nahostkonflikt, die ägyptisch-israelischen Beziehungen sowie die Finanz- und Wirtschaftslage Ägyptens und dessen Beziehungen zum IWF. Ferner diskutieren sie die Lage im Iran und im Irak.	
66	17.03. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt	S. 303
	Bertele analysiert die Entwicklung in der DDR und geht dabei insbesondere auf Konflikte innerhalb der Führung um die Grenzsicherung und den politischen Kurs ein. Ferner befaßt er sich mit der Stimmung der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Lage und erläutert die Differenzen zwischen DDR und UdSSR.	
67	20.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik	S. 306
	Holik erläutert die Entstehung des regionalen Ansatzes in der Position der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE und skizziert die Haltung der Bundesregierung.	

-
68	21.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma	S. 313
	Sulimma unterbreitet eine Konzeption für die künftige Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Namibia und befaßt sich dabei insbesondere mit der politischen Unterstützung, der entwicklungspolitischen Kooperation, den Wirtschaftsbeziehungen und kulturpolitischen Maßnahmen.	
69	21.03. Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt	S. 325
	Arnot berichtet über ein Gespräch zwischen dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth und dem Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, über die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa.	
70	21.03. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt	S. 327
	Eiff informiert über ein Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar zur jugoslawischen Wirtschaftslage und einer möglichen Unterstützung durch die Bundesrepublik sowie zur geplanten Einführung der Visumspflicht für jugoslawische Staatsangehörige.	
71	23.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf	S. 331
	Trumpf befaßt sich mit den jüngsten Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady zur internationalen Verschuldungsproblematik.	
72	23.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix	S. 335
	Vor dem Hintergrund der Menschenrechtslage in Rumänien spricht sich Derix für Konsequenzen im Bereich bilateraler Kontakte aus.	
73	23.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Roesch	S. 339
	Roesch geht auf verschiedene Möglichkeiten der Bundesregierung bzw. von Betroffenen ein, juristisch gegen die Leitung der „Colonia Dignidad“ in Chile vorzugehen, und faßt die bisherigen Bemühungen zusammen.	
74	23.03. Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 342
	Hartmann berichtet über die erste Runde der VKSE und legt dar, auf welchen Gebieten Übereinstimmung bzw. Konflikte zwischen westlichen und östlichen Positionen bestehen. Ferner skizziert er die Perspektiven für die nächste Verhandlungsrunde.	
75	23.03. Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 346
	Joetze informiert über die erste Runde der VSBM-Verhandlungen und geht dabei auf die Haltung der NATO-Mitgliedstaaten,	

- der Warschauer-Pakt-Staaten, der Neutralen und Nichtgebundenen sowie auf die Tätigkeit der Delegation der Bundesrepublik ein.
- 76** 28.03. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Baker S. 349
- Genscher begrüßt den von Baker angekündigten vorzeitigen Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik und spricht sich für eine Intensivierung der Genfer Verhandlungen und weitere Bemühungen zur Verhinderung der Verbreitung chemischer Waffen aus.
- 77** 28.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 351
- Fiedler faßt eine Begegnung von Bundesminister Klein mit PLO-Vertretern in Tunis zusammen. Thema war der Nahostkonflikt.
- 78** 28.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert S. 357
- Neubert untersucht Verlauf und Ergebnisse der Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten in der UdSSR. Er sieht das Land auf dem Weg zu einem politischen Pluralismus.
- 79** 30.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 360
- Derix erläutert die Ursachen der Unruhen in der jugoslawischen Provinz Kosovo und konstatiert eine zunehmende Polarisierung zwischen den einzelnen jugoslawischen Republiken.
- 80** 30.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hauswedell S. 363
- Hauswedell analysiert die Lage in Afghanistan und skizziert die Interessen der hauptbeteiligten Mächte und Gruppen.
- 81** 31.03. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 368
- Vor dem Hintergrund der Anfrage zweier Firmen aus der Bundesrepublik nach Export von Rüstungsgütern in die Volksrepublik China äußert sich Hellbeck zur chinesischen Außenpolitik.
- 82** 03.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 373
- Nach Pressemeldungen über eine Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und Unternehmen an der Entwicklung und Herstellung von Raketen im Irak faßt Ackermann die Erkenntnisse des Auswärtigen Amtes zusammen und weist auf Lücken bei der Kontrolle solcher Tätigkeiten hin.

-
83	04.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Günzburg	S. 377
	Kohl und Mitterrand sprechen über die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, die Umsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte, bilaterale Fragen, die Lage in Polen und den Nahostkonflikt.	
84	04.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werndl	S. 383
	Werndl notiert die Ergebnisse des informellen Treffens der für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten in Santiago de Compostela. Hauptthemen waren die audiovisuellen Medien sowie das Projekt „Europäische Stadt der Kultur“.	
85	05.04. Gespräch des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington	S. 388
	Themen sind die Frage der SNF-Modernisierung, die Entwicklung in Zentralamerika sowie die Haltung der SPD zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen und zur NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik.	
86	06.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors in Paris	S. 391
	Im Mittelpunkt stehen die EG-Agrarpolitik, vor allem die Festlegung der Agrarpreise, die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, die Einführung eines EG-Wahlrechts, der Abbau von Grenzkontrollen, die Sozialpolitik sowie die Wirtschafts- und Währungsunion.	
87	06.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege	S. 395
	Bettzuege faßt die Ergebnisse der WEU-Ministerratstagung in London zusammen. Es wurden die VKSE und die VSBM-Verhandlungen erörtert sowie die sowjetische Europapolitik, eine verstärkte Zusammenarbeit bei Militäreinsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets und in der Weltraumpolitik, ferner institutionelle Fragen.	
88	06.04. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 399
	Hansen resümiert die Diskussion im Ständigen Rat über eine bei der Gipfelkonferenz zu verabschiedende Erklärung anläßlich des 40. Jahrestags der Gründung der NATO.	
89	07.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag	S. 404
	Themen sind die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, insbesondere der innerdeutsche Reiseverkehr, Umwelt-	

- XXII

- der Schuldenkrise, besonders den „Baker-Plan“ und den „Brady-Plan“.
- 97** 17.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem malischen Präsidenten Traoré S. 438
- Kohl und Traoré erörtern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der OAE-Mitgliedstaaten, die bilateralen Beziehungen, die süd-afrikanische Politik und den Unabhängigkeitsprozeß in Namibia.
- 98** 17.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 444
- Derix schildert die jüngsten Personalveränderungen im Politbüro des ZK der USAP. Er beschreibt die Folgen für den Reformkurs in Ungarn und benennt die Aufgaben der Partei für die nahe Zukunft.
- 99** 17.04. Botschafter Dufner, Bern, an das Auswärtige Amt S. 447
- Dufner faßt die Gespräche beim Besuch von Bundeskanzler Kohl zusammen und bewertet den ersten offiziellen Besuch eines Regierungschefs der Bundesrepublik in der Schweiz.
- 100** 18.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow in Luxemburg S. 449
- Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow sowie die Hilfe der Bundesrepublik nach dem Erdbeben in Armenien.
- 101** 18.04. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 454
- Genscher äußert sich zur Beteiligung von Personen und Unternehmen aus der Bundesrepublik an der Entwicklung und Herstellung von Raketen in Staaten des Nahen Ostens und in Argentinien. Er schlägt gesetzgeberische Maßnahmen vor, um solche Tätigkeiten in Zukunft zu unterbinden.
- 102** 18.04. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schanze S. 456
- Schanze resümiert ein Gespräch mit einer Delegation der Herero im Auswärtigen Amt. Themen waren die politische Entwicklung in Namibia und die Frage der Rückführung von Stammesangehörigen der Herero dorthin.
- 103** 18.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten S. 457
- Rosengarten vermerkt, die Halbzeitevaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT sei erfolgreich abgeschlossen worden. Er gibt einen Überblick über die bisher erzielten Ergebnisse und bewertet sie.

104	18.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner	S. 460
	Wagner informiert über eine Vereinbarung zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema über die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Er verweist auf die Schwierigkeiten für das Entsorgungskonzept der Bundesregierung, die Stellung der Bundesrepublik als Technologiestandort und für die deutsch-französischen Beziehungen.	
105	18.04. Botschafter Vestring, Islamabad, an das Auswärtige Amt	S. 465
	Vestring berichtet über Vorwürfe Afghanistans an Pakistan, Trainingslager für afghanische Widerstandskämpfer zu unterhalten, den Widerstand militärisch zu unterstützen und die Rückkehr afghanischer Flüchtlinge zu behindern. Er untersucht insbesondere die Rolle des pakistanischen militärischen Geheimdienstes ISI in dem Konflikt.	
106	19./20. Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem 04. französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Paris	S. 470
	Zentrale Themen sind die geplante Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema, die Europapolitik, vor allem die EG-Rundfunkrichtlinie, die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, die bilateralen Beziehungen sowie die Lage im Libanon und die Entwicklung in Polen.	
107	19.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr	S. 478
	Morr rekapituliert den Stand der Verhandlungen mit Frankreich über eine bilaterale Konsultationsvereinbarung zum möglichen Einsatz französischer prästrategischer nuklearer Waffen.	
108	20.04. Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit in Paris	S. 480
	In der Sitzung werden organisatorische Fragen, die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die SNF-Problematik sowie die Frage der militärischen Abschreckung behandelt.	
109	21.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 484
	Schönfelder resümiert die Diskussion europapolitischer Themen bei den deutsch-französischen Konsultationen. Schwerpunkte waren die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, eine Steuerharmonisierung, die Sozialpolitik, der Sitz des Europäischen Parlaments und das Übereinkommen von Schengen.	
110	21.04. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Worbs	S. 489
	Worbs faßt die Gespräche des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem syrischen Botschafter Haddad und dem libanesischen Botschafter Chammas über den Libanon-Konflikt zusammen.	

-
111	24.04.	Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington	S. 492
		Schwerpunkte des Gesprächs sind das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die SNF-Problematik.	
112	24.04.	Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington	S. 498
		Bei der Fortsetzung des Gesprächs steht erneut die Frage der Modernisierung und Rüstungskontrolle von SNF im Vordergrund. Ferner geht es um die Haltung der SPD zu dieser Thematik.	
113	24.04.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 500
		Jelonek bilanziert die Entwicklung von EUREKA vier Jahre nach Gründung des Programms. Er geht auf bedeutende Projekte ein und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen in diesem Bereich der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik.	
114	25.04.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel	S. 504
		Scheel schildert die Lage in der Volksrepublik China nach der Beisetzung des früheren Generalsekretärs des ZK der KPCh, Hu Yaobang. Er beschreibt die Gründe für die anhaltenden Studentenunruhen und die Reaktion der Parteiführung.	
115	30.04.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Deidesheim	S. 507
		Hauptthemen sind die NATO-Gipfelkonferenz, das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die SNF-Frage.	
116	30.04.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Deidesheim	S. 516
		Kohl und Thatcher erörtern europapolitische Themen wie den Delors-Bericht für eine Wirtschafts- und Währungsunion, die Agrarpolitik sowie die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA. Ferner werden Umweltfragen am Beispiel der Abholzung des Regenwaldes in Brasilien angesprochen.	
117	02.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Mita in Rom	S. 521
		Die Gesprächspartner befassen sich mit der jeweiligen innenpolitischen Entwicklung und der Vorbereitung der NATO-Gipfelkonferenz, insbesondere der SNF-Problematik. Ferner besprechen sie die Entwicklung in Polen und in der UdSSR, den Europäischen Rat in Madrid sowie den Weltwirtschaftsgipfel.	

118	03.05.	Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 528
		Paschke informiert über die Übergabe eines an den amerikanischen Außenminister Baker gerichteten Schreibens von Bundesminister Genscher zur SNF-Frage.	
119	04.05.	Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 530
		Ruhfus beschreibt die Stellung des amerikanischen Präsidenten in der Handelspolitik und gibt eine Einschätzung der Haltung des Kongresses zu den Europäischen Gemeinschaften vor dem Hintergrund zunehmender Handelskonflikte.	
120	05.05.	Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush	S. 534
		Themen sind die bevorstehende NATO-Gipfelkonferenz, insbesondere die SNF-Frage, sowie die geplante Reise von Bush nach Polen und Ungarn und der bevorstehende Besuch von Außenminister Baker in der UdSSR.	
121	05.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup	S. 538
		Kastrup informiert über das erste Vierertreffen der Politischen Direktoren nach dem Präsidentenwechsel in den USA. Themen waren die Entwicklung in der UdSSR und die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur UdSSR, die Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten, VKSE und die VSBM-Verhandlungen, START, chemische Waffen, der KSZE-Prozeß, die Politik gegenüber dem Iran, die Lage im Nahen Osten und im südlichen Afrika, der Kambodscha-Konflikt sowie die Entwicklung in Zentralamerika.	
122	05.05.	Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt	S. 548
		Terfloth faßt ein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Totu zusammen. Thema war die Verweigerung der Herstellung eines Kontakts mit dem ehemaligen Außenminister Mănescu.	
123	05.05.	Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 550
		Schoeller berichtet über ein Gespräch zwischen dem FDP-Vorsitzenden Graf Lambsdorff und dem polnischen Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski zur innenpolitischen Entwicklung in Polen und den bilateralen Beziehungen, insbesondere der Frage der Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten.	
124	08.05.	Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 554
		Meyer-Landrut untersucht die Haltung der UdSSR zur gegenwärtigen SNF-Debatte der NATO-Mitgliedstaaten.	

125	09.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem nicaraguanischen Präsidenten Ortega	S. 559
		Im Mittelpunkt stehen der Demokratisierungsprozeß in Nicaragua und die Frage wirtschaftlicher Unterstützung sowie die Entwicklung in Zentralamerika.	
126	09.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 566
		Jelonek unterrichtet über Genehmigungsanträge zur Lieferung von U-Booten nach Israel und erörtert das Für und Wider eines solchen Projekts.	
127	09.05.	Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt	S. 571
		Ellerkmann nimmt Stellung zu Berichten über eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Herstellung von Raketen im Irak und weist auf rüstungsexportpolitische Aktivitäten und wirtschaftliche Interessen Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Irak hin.	
128	09.05.	Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 574
		Meyer-Landrut befaßt sich mit der Nationalitätenpolitik in der UdSSR und geht dabei auf Unabhängigkeitsbestrebungen in einzelnen Regionen sowie auf die zunehmende Islamisierung in den zentralasiatischen Republiken ein.	
129	10.05.	Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher	S. 582
		Im Vorfeld des Besuchs von Generalsekretär Gorbatschow zeigt sich Kohl besorgt über die sowjetische Haltung zur Einbeziehung von Berlin (West) in die bilaterale Zusammenarbeit.	
130	10.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen	S. 584
		Jansen informiert über die Sicherheitslage in Beirut und spricht sich für den vorübergehenden Abzug von Botschafter Göttelmann und seinen Mitarbeitern aus dem Libanon aus.	
131	11.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London	S. 586
		Thema ist die SNF-Frage nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl.	
132	11.05.	Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt	S. 590
		Bertele gibt einen Überblick über die Lage in der DDR, insbesondere die Stellung von Generalsekretär Honecker und die Frage von Reformen. Ferner legt er den Stand der innerdeutschen Beziehungen dar.	

133	12.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse	S. 596
		Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, sowie Abrüstungsthemen nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers Baker in der UdSSR.	
134	12.05.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heymer	S. 603
		Heymer befaßt sich mit der Fälschung und schließlichen Annullierung der Präsidentschaftswahlen in Panama und erläutert Optionen für eine Reaktion der Bundesregierung.	
135	12.05.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt	S. 606
		Gerhardt vermerkt die Ergebnisse einer Ressortbesprechung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen und einer Regelung polnischer Verbindlichkeiten sowie zu ungarischen und bulgarischen Kreditwünschen.	
136	12.05.	Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 612
		Hansen informiert über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats, in der der amerikanische Außenminister Baker über seinen Besuch in der UdSSR berichtete. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Entwicklung in der UdSSR, die Menschenrechte, Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, insbesondere neue sowjetische Vorschläge, ferner verschiedene regionale Konflikte.	
137	12.05.	Botschafter z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London, an das Auswärtige Amt	S. 622
		Rantzau berichtet über das KSZE-Informationsforum und zieht eine positive Bilanz. Er hebt die wichtige Rolle der Journalisten in der Delegation der Bundesrepublik hervor und geht auf das Verhalten einzelner Delegationen ein.	
138	13.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hofstetter	S. 630
		Hofstetter notiert Informationen von Bundesminister Genscher über dessen Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Brüssel zur SNF-Frage.	
139	18.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Ministerpräsidenten Rocard in Paris	S. 631
		Themen sind die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Fragen des Umweltschutzes, insbesondere die Reduzierung von Autoabgasen, außerdem die VKSE und die SNF-Frage.	

140	18.05. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl	S. 633
	Genscher unterrichtet über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zur Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Abkommen.	
141	18.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel	S. 635
	Scheel analysiert die Lage in der Volksrepublik China nach der jüngsten Großdemonstration in Peking und gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung.	
142	19.05. Botschafter Pfeffer, Paris, an Bundesminister Genscher	S. 637
	Pfeffer übermittelt eine Aufzeichnung zum Gespräch zwischen Genscher und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand über die Wirtschafts- und Währungsunion und die geplante europäische Sozialcharta.	
143	21.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem belgischen Ministerpräsidenten Martens in Aachen	S. 640
	Im Mittelpunkt stehen die SNF-Problematik und die Tagung des Europäischen Rats in Madrid.	
144	21.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom	S. 646
	Themen sind die innenpolitische Lage in Italien, die SNF-Frage, die Entwicklung in Polen, die libysche Chemieanlage in Rabta sowie die Lage im Libanon.	
145	21.05. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt	S. 650
	Hellbeck berichtet über die Lage in Peking nach Verhängung des Kriegsrechts und gibt eine Einschätzung der weiteren Entwicklung.	
146	23.05. Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand	S. 653
	Vor dem Hintergrund der Unterredungen Mitterrands mit dem amerikanischen Präsidenten Bush erörtern die Gesprächspartner die Behandlung der SNF-Frage auf der NATO-Gipfelkonferenz.	
147	24.05. Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl	S. 657
	Thema ist der Stand der Verhandlungen über einen ergänzenden Vertrag zum Übereinkommen von Schengen und dabei vor allem die Frage der grenzüberschreitenden Verfolgung flüchtiger Tatverdächtiger.	

148	25.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger und dem stellvertretenden Sicherheitsberater Gates	S. 659
		Eagleburger und Gates übergeben ein Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush mit Vorschlägen zur konventionellen Abrüstung. Ferner wird die SNF-Frage besprochen.	
149	26.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha	S. 664
		Genscher und Botha sprechen über die sowjetische Afrikapolitik, Namibia, Mosambik, die Entwicklung in Südafrika, insbesondere die Frage der Freilassung von Nelson Mandela, sowie über die Einführung der Visumpflicht für Südafrikaner.	
150	26.05.	Aufzeichnung des Botschafters Holik	S. 669
		Holik resümiert und bewertet die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush zur konventionellen Abrüstung.	
151	26.05.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert	S. 672
		Neubert befaßt sich mit der Frage der Rehabilitierung von Deutschen, die in der Nachkriegszeit summarisch und willkürlich von sowjetischen Gerichten verurteilt wurden, und spricht sich dafür aus, das Thema mit der UdSSR aufzunehmen.	
152	26.05.	Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 676
		Witt stellt Überlegungen an zum weiteren Verlauf der „Uruguay-Runde“ und zu den Aussichten, diese wie geplant 1990 abschließen zu können.	
153	30.05.	Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 680
		Hansen berichtet über den ersten Tag der NATO-Gipfelkonferenz, in dessen Mittelpunkt die SNF-Frage, die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush zur konventionellen Abrüstung, die Erörterung der Ost-West-Beziehungen und die Lage des Bündnisses standen.	
154	30.05.	Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 694
		Hansen teilt mit, die Teilnehmer der NATO-Gipfelkonferenz hätten grundlegend über die Ost-West-Beziehungen und die Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten sowie über Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Unterstützung diskutiert.	

-
155	30.05.	Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem stellvertretenden vietnamesischen Außenminister Nguyen Dy Nien	S. 699
		Themen sind die bilateralen Beziehungen, der Kambodscha-Konflikt und die Lage in Südostasien.	
156	30.05.	Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 704
		Hansen unterrichtet über den Abschluß der Beratungen der NATO-Gipfelkonferenz. Themen waren die Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung und des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Ost-West-Fragen, die stärkere europäische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit, die transatlantischen Beziehungen sowie der Nahostkonflikt.	
157	31.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker	S. 711
		Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, die Ergebnisse der NATO-Gipfelkonferenz, die Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten und Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung von Reformbemühungen.	
158	31.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler	S. 716
		Angesichts der Notwendigkeit, nach der Entführung der deutschen Staatsangehörigen Strübig und Kemptner im Libanon präsent zu sein, sowie der stabileren Sicherheitslage spricht sich Fiedler für die vorübergehende Rückkehr von Botschafter Göttelmann nach Beirut aus.	
159	01.06.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck	S. 718
		Höynck faßt die Ergebnisse eines Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl zur Frage der finanziellen und wirtschaftlichen Kooperation mit Polen zusammen.	
160	02.06.	Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt	S. 720
		Arnot informiert über die Rehabilitierung des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Nagy und dessen bevorstehende feierliche Wiederbestattung.	
161	04.06.	Gesandter Gescher, Peking, an das Auswärtige Amt	S. 722
		Gescher berichtet über den Einsatz der Streitkräfte zur Niederschlagung der Demonstrationen in Peking und die vermutlich hohe Zahl der Opfer.	
162	05.06.	Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong	S. 725
		Nach dem Einsatz des Militärs gegen die Protestbewegung in Peking bringt Sudhoff die Verurteilung der Ereignisse durch die	

- Bundesregierung zum Ausdruck. Er fordert ein Ende der Anwendung von Gewalt und die Gewährleistung der Sicherheit der dort lebenden Deutschen.
- 163** 05.06. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem türkischen Botschafter Arim S. 726
- Anlaß des Gesprächs ist eine geplante öffentliche Anhörung zum Thema Menschenrechte in der Türkei im zuständigen Unterausschuß des Bundestags. Arim bittet die Bundesregierung, die Erörterung der Lage der Kurden zu unterbinden.
- 164** 05.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 729
- Vor dem Hintergrund einer Vereinbarung zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema über die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente skizziert Jelonek den Inhalt einer geplanten deutsch-französischen Erklärung über Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie.
- 165** 05.06. Botschafter Bräutigam, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 732
- Bräutigam unterrichtet über ein Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar. Themen waren die Lage in der Volksrepublik China, in Polen, im Nahen Osten, in Namibia und in Zentralamerika. Ferner wurden Probleme der Entwicklungs- und Umweltpolitik erörtert sowie die Frage, ob sich die Bundesrepublik mit einem Polizeikontingent an UNTAG beteiligen könne.
- 166** 06.06. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 737
- Hellbeck übermittelt weitere Informationen zum Einsatz des Militärs gegen die Demonstranten in Peking und in anderen Provinzen. Er geht von einer bevorstehenden Auseinandersetzung innerhalb der Armee aus.
- 167** 06.06. Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 739
- Trömel berichtet über die Lage im Iran nach dem Tod von Ayatollah Khomeini und über die Besetzung der politischen Schlüsselpositionen, insbesondere des neu gestalteten Präsidentenamtes.
- 168** 07.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 742
- Derix bewertet die Parlamentswahlen in Polen als Niederlage der politischen Führung und macht deutlich, daß mit dem Sieg der Opposition die kritische Wirtschaftslage nicht gelöst sei.

-
169	08.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 744
	Schönfelder befaßt sich mit der Weiterentwicklung der internationalen Bemühungen um eine Lösung der Schuldenkrise. Im Mittelpunkt steht die Initiative des amerikanischen Finanzministers Brady.	
170	08.06. Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt	S. 750
	Terfloth zeichnet ein kritisches Bild der innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage Rumäniens und weist auf die außenpolitische Isolierung des Landes hin.	
171	08.06. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 752
	Meyer-Landrut analysiert zum einen die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow und ihre Auswirkungen auf die osteuropäischen Staaten sowie die baltischen Republiken, zum anderen dessen Außenpolitik. Er sieht Gorbatschow auf dem Gipfel seiner politischen Macht, verweist aber auch auf ausbleibende Erfolge der Wirtschaftsreformen.	
172	09.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller	S. 757
	Nach der Niederschlagung der Protestbewegung in der Volksrepublik China spricht sich Zeller dafür aus, auf Sanktionsmaßnahmen zu verzichten.	
173	09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert	S. 759
	Neubert gibt einen Überblick über die Diskussion in der UdSSR zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1939 bis 1941, insbesondere zum Nichtangriffsvertrag sowie zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vom August bzw. September 1939 mit ihren geheimen Zusatzprotokollen.	
174	09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel	S. 768
	Angesichts der Lage in der Volksrepublik China legt Scheel dar, nach welchen Grundsätzen Zufluchtsuchende Aufnahme in diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik finden können.	
175	09.06. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 770
	Hansen resümiert die Ergebnisse der Ministerkonferenz des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC), vor allem die Diskussion über die Steigerung der Verteidigungsausgaben.	

176	10.06.	Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt	S. 775
		Arnot faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Horn zusammen, in dessen Mittelpunkt die politische Entwicklung in Ungarn, die bilateralen Beziehungen und die Flucht von Bürgern der DDR nach Ungarn standen.	
177	10.06.	Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt	S. 780
		Arnot berichtet über die weiteren Gespräche von Bundesminister Genscher bei dessen Besuch in Ungarn, so mit dem Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, Ministerpräsident Németh und Staatsminister Pozsgay.	
178	12.06.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse	S. 786
		Im Vordergrund stehen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem die SNF-Problematik und die konventionellen Waffen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, besonders die Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Gorbatschow, sowie ferner die Lage in der DDR.	
179	13.06.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow	S. 795
		Hauptthemen sind die bilateralen Beziehungen, u. a. die Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Kohl und Gorbatschow, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Reformpolitik in der UdSSR sowie die Entwicklung in Europa.	
180	15.06.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann	S. 799
		Schürmann beschäftigt sich mit dem Entwurf der EG-Kommission für eine „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte“. Er skizziert die Haltung der Bundesrepublik und der übrigen EG-Mitgliedstaaten und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen.	
181	16.06.	Bundeskanzler Kohl an den kanadischen Ministerpräsidenten Mulroney	S. 803
		Vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris betont Kohl die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit zum Schutz der Erdatmosphäre. Zudem spricht er sich für eine Verbindung von Entwicklungshilfe und umweltpolitischen Maßnahmen aus, etwa zum Schutz der Tropenwälder.	
182	16.06.	Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Leuchs	S. 805
		Nach dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik resümiert Leuchs die wichtigsten Ergebnisse im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.	

183	18.06.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens	S. 812
		Themen sind die Politik der Perestroika in der UdSSR, die Frage der Ausreise sowjetischer Juden und Deutschstämmiger, die sowjetische Haltung zum Nahostkonflikt sowie der Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für die Nahostregion.	
184	19.06.	Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 817
		Vor dem Hintergrund möglicher westlicher Wirtschaftshilfen für Polen und Ungarn sowie zentrifugaler Tendenzen im Warschauer Pakt beschreibt Meyer-Landrut die Haltung von Generalsekretär Gorbatschow.	
185	20.06.	Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl	S. 819
		Im Mittelpunkt steht das weitere Vorgehen bei der Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.	
186	21.06.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington	S. 823
		Genscher und Bush sprechen über den Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik, die Ost-West-Beziehungen und die Lage in der DDR.	
187	22.06.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk	S. 826
		Kohl und de Klerk behandeln die bilateralen Beziehungen, die Frage von Sanktionen gegen Südafrika und die dortige Entwicklung.	
188	22.06.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk	S. 831
		Genscher und de Klerk erörtern die politische Lage in Südafrika. Ferner werden der anstehende Besuch von Bundesminister Blüm in Südafrika und die Bitte des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, um ein Zusammentreffen mit de Klerk thematisiert.	
189	23.06.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf	S. 834
		Vor der Tagung des Europäischen Rats in Madrid beschreibt Trumpf die Interessenlage der Bundesrepublik, ihre Verhandlungsziele und den Verhandlungsstand beim Thema Wirtschafts- und Währungsunion.	
190	23.06.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow	S. 838
		Stechow konstatiert eine veränderte Haltung der türkischen Regierung zum Antrag auf EG-Beitritt und erläutert die Gründe.	

191	23.06.	Botschafter Graf zu Rantzau, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 842
		Rantzau bilanziert die Gespräche von Mitgliedern der Delegation der Bundesrepublik bei der Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) mit Vertretern von NGOs.	
192	23.06.	Botschafter Graf zu Rantzau, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 845
		Rantzau übermittelt den Schlußbericht zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD). Er gibt einen Überblick über die Rolle der westlichen Staaten und der eigenen Delegation, der Warschauer-Pakt-Mitglieder, der N+N-Staaten sowie der NGOs. Ferner behandelt er wichtige Konferenzvorschläge und deutschlandpolitische Aspekte.	
193	24.06.	Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt	S. 853
		Freitag berichtet über vertrauliche Gespräche im iranischen Außenministerium. Es wurden die innere Lage des Iran, die Außenpolitik des Landes sowie die bilateralen Beziehungen diskutiert.	
194	27.06.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Madrid	S. 860
		Beim Gespräch am Rande der Tagung des Europäischen Rats stehen die Wirtschafts- und Währungsunion sowie gemeinsame Auftritte in Rundfunk und Fernsehen im Mittelpunkt.	
195	27.06.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke	S. 861
		Moltke faßt die Gespräche beim Besuch von Bundesminister Genscher in den USA zusammen, u. a. mit Außenminister Baker, Verteidigungsminister Cheney sowie Kongreßmitgliedern. Erörtert wurden vor allem Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Entwicklung in Osteuropa und die Ost-West-Beziehungen.	
196	28.06.	Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Baker	S. 872
		Anläßlich einer internationalen Konferenz in Genf verweist Genscher auf die Beiträge der Bundesrepublik zur Lösung der Flüchtlingsfrage in Indochina. Eine feste Übernahmequote für vietnamesische Flüchtlinge lehnt er allerdings ab.	
197	28.06.	Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 874
		Meyer-Landrut schildert den Ablauf der ersten Tagung des Kongresses der Volksdeputierten und gibt eine abschließende Bewertung.	

-
198	29.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem australischen Ministerpräsidenten Hawke	S. 879
	Kohl und Hawke sprechen über die Beziehungen Australiens zur Bundesrepublik bzw. zu den Europäischen Gemeinschaften, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die Lage in der DDR, der UdSSR und in China, die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie über die Antarktispolitik.	
199	29.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa	S. 892
	Hauptthemen sind die Haltung Syriens zum Libanon- und zum Nahostkonflikt, die Lage im Iran und die deutsch-syrischen Beziehungen.	
200	29.06. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt	S. 896
	Eiff berichtet über die Feiern in Serbien zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amsfeld (Kosovo) und bewertet sie als staatsbildenden Faktor in der serbischen Geschichte.	
201	30.06. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow	S. 898
	Neben der innenpolitischen Lage in Bulgarien, u. a. der dortigen türkischen Minderheit, werden die bilateralen Beziehungen sowie die deutsch-sowjetischen Beziehungen angesprochen.	
202	30.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke	S. 903
	Moltke resümiert ein Vierertreffen der Politischen Direktoren, das die Koordinierung der Politik gegenüber Osteuropa, besonders Polen und Ungarn, zum Thema hatte.	
203	03.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke	S. 907
	Moltke faßt ein Vierertreffen der Politischen Direktoren zusammen. Themen waren die Entwicklung in der UdSSR und in Osteuropa, das weitere Vorgehen nach der NATO-Gipfelkonferenz, die Lage in der Volksrepublik China, dem Iran, im Libanon und in Kambodscha sowie die Entwicklung im südlichen Afrika und in Äthiopien.	
204	03.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Plischka	S. 918
	Plischka erläutert den Stand der Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen und gibt einen Ausblick auf das weitere Vorgehen.	

205	04.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron	S. 922
	Citron skizziert mögliche Neuansätze für eine künftige sowjetische Deutschlandpolitik, die von sowjetischen Wissenschaftlern entwickelt wurden.	
206	04.07. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 931
	Schoeller berichtet über die Reaktionen in Polen auf die Verschiebung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl und äußert sich zu den bilateralen Beziehungen.	
207	05.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit	S. 933
	Schlagintweit spricht sich für eine Verstärkung der politischen Kontakte mit der PLO aus.	
208	05.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher	S. 936
	Dreher informiert über ein Gesetzgebungsvorhaben in den USA, durch das der geplante frühzeitige Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik gefährdet werden könnte, und gibt Hinweise zum weiteren Vorgehen.	
209	07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Abgeordneten Geremek	S. 939
	Themen sind die Entwicklung in Polen nach den Wahlen und die finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik und auf multilateraler Ebene.	
210	07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris	S. 943
	Besprochen wird das weitere Vorgehen zur Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.	
211	07.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher und des Vortragenden Legationsrats Herold	S. 946
	Vor dem Hintergrund des versehentlichen Überflugs eines sowjetischen Kampfflugzeugs über die Bundesrepublik untersuchen Dreher und Herold die rechtliche Lage, insbesondere mit Blick auf die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte.	
212	10.07. Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt	S. 948
	Stabreit unterrichtet über ein Treffen zwischen dem südafrikanischen Präsidenten Botha und Nelson Mandela sowie die Reaktionen der südafrikanischen Parteien und Gruppen.	
213	11.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der philippinischen Präsidentin Aquino	S. 952
	Themen sind die Entwicklung auf den Philippinen, insbesondere die Menschenrechtslage, die internationale wirtschaftliche Unter-	

- stützung, die Verhandlungen über die amerikanischen Basen auf den Philippinen und die bilateralen Beziehungen.
- 214** 11.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 958
Citron äußert sich zur möglichen Reaktion der Bundesregierung auf den österreichischen Beitrittsantrag zu den Europäischen Gemeinschaften.
- 215** 11.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Leonberger S. 961
Mit Blick auf die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts befaßt sich Leonberger mit dem Stand der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der EFTA.
- 216** 12.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec in Prag S. 964
Besprochen werden die Entwicklung in der ČSSR, die bilateralen Beziehungen sowie die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Václav Havel.
- 217** 12.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 967
Schlagintweit äußert sich zur weiteren Entwicklung der Beziehungen zum Iran nach dem Tode von Ayatollah Khomeini.
- 218** 12.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten S. 971
Jagow informiert über eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, die Entwicklung in der UdSSR, der Nahostkonflikt und die Lage im Libanon, ferner die Entwicklung im südlichen Afrika und die Zusammenarbeit bei den Vereinten Nationen.
- 219** 12.07. Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 978
Joetze bewertet den Verlauf der zweiten Runde der VSBM-Verhandlungen und geht insbesondere auf die eingereichten Vorschläge und das Verhalten der einzelnen Staatengruppen ein.
- 220** 13.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPČ, Jakeš, in Prag S. 986
Themen sind die Ost-West-Beziehungen, Abrüstungsfragen, das bilaterale Verhältnis, Reformen in der ČSSR und die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Václav Havel.

221	14.07. Gespräch der Außenminister der G7 in Paris	S. 992
	Erörtert werden der Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in Frankreich und die Entwicklung in der UdSSR, Unterstützungsmaßnahmen für Polen und Ungarn sowie das weitere Verhalten gegenüber der Volksrepublik China.	
222	14.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager	S. 995
	Vor dem Hintergrund des österreichischen Antrags auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften äußert sich Lautenschlager grundsätzlich zur Europapolitik.	
223	14.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde	S. 997
	Buerstedde bewertet die zweite Runde der VKSE und konstatiert eine Annäherung der Positionen der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten. Ferner skizziert er grundlegende Verhandlungsprobleme.	
224	17.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter des Simon Wiesenthal Center, Rabbi Hier	S. 1002
	Kohl und Hier sprechen über das Problem der Proliferation chemischer Waffen, die Entwicklung im Nahen Osten, den Fall des in Argentinien inhaftierten ehemaligen SS-Oberscharführers Schwammberger und die Bereitstellung von Materialien aus Archiven in der Bundesrepublik für ein geplantes Holocaust-Museum in Los Angeles.	
225	17.07. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt	S.1006
	Schlingensiepen untersucht die Interessenlage der Akteure des Libanon-Konflikts.	
226	18.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron	S. 1008
	Citron befaßt sich mit grundlegenden Fragen der globalen Energieversorgung sowie damit verbundenen Umweltproblemen und geht auf mögliche Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene ein.	
227	18.07. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt	S. 1015
	Ungerer berichtet über eine EG-Ministerratstagung, in deren Mittelpunkt Kernfragen der Wirtschafts- und Währungsunion standen.	
228	19.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 1019
	Schönfelder äußert sich zum geplanten Zusammenschluß zwischen Daimler-Benz und MBB und geht insbesondere auf die	

- außen- und industriepolitische Bedeutung sowie wettbewerbsrechtliche Probleme ein.
- 229** 20.07. Aufzeichnung des Botschafters Göttelmann, z. Z. Bonn S. 1024
 Göttelmann analysiert die Sicherheitslage im Libanon und spricht sich für seine baldige Rückkehr nach Beirut aus.
- 230** 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack S. 1027
 Mulack gibt einen Überblick über die steigende Zahl von Zufluchtsuchenden aus der DDR in den Botschaften in Budapest und Prag.
- 231** 20.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1030
 Trautwein informiert über die wichtigsten Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels, vor allem auf den Gebieten der Verschuldungs- sowie der Umweltproblematik, der Unterstützung für Polen und Ungarn sowie der Politik gegenüber der Volksrepublik China.
- 232** 20.07. Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1035
 Vor dem Hintergrund von Massenstreiks und Nationalitätenkonflikten skizziert Heyken die innenpolitische Lage in der UdSSR und die weitere Entwicklung der Perestroika.
- 233** 24.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1038
 Trautwein unterrichtet über die Verhinderung des Exports chemischer Vorprodukte, die zur Herstellung chemischer Waffen verwendet werden können, durch die Firma Rheineisen in den Iran und betont die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit zur Unterbindung einer solchen Proliferation.
- 234** 27.07. Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse S. 1041
 Storz-Chakarji
 Nach Archivstudien äußert sich Storz-Chakarji zu Behauptungen des Direktors des Forschungsinstituts der DGAP, Kaiser, Bundeskanzler Adenauer habe bereits 1951 gegenüber den Drei Mächten für den Fall einer Wiedervereinigung auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie verzichtet.
- 235** 27.07. Bundesminister Genscher an den sowjetischen S. 1043
 Außenminister Schewardnadse
 Genscher betont seine Unterstützung für die Reformen in der UdSSR.
- 236** 31.07. Botschaftsrat Zepter, Genf (GATT-Delegation), an das S. 1045
 Auswärtige Amt
 Zepter faßt den Stand der Verhandlungen der „Uruguay-Runde“ des GATT zusammen und gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung.

237	03.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Cappell	S. 1048
	Auf der Grundlage einer Länderliste erläutert Cappell den Umfang der Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik und zeigt gegebenenfalls bestehende Einschränkungen beim Export von Rüstungsgütern auf.	
238	03.08. Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt	S. 1058
	Huber berichtet über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Schriftsteller Václav Havel nach dessen Freilassung aus der Haft. Havel habe mitgeteilt, er könne den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels nicht persönlich entgegennehmen.	
239	04.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hoessle	S. 1059
	Hoessle befaßt sich mit den verstärkten politischen Kontakten der Bundesregierung zur PLO, insbesondere mit einem Treffen zwischen Staatssekretär Sudhoff und dem Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Sharif.	
240	07.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten	S. 1062
	Rosengarten informiert über den Abschluß der Verhandlungen zwischen der EWG und Polen über ein Handels- und Kooperationsabkommen. Ferner beschäftigt er sich mit der Frage der Förderung der polnischen Reformprogramme.	
241	09.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix	S. 1066
	Derix gibt einen Überblick der aktuellen Lage der Zuflucht-suchenden aus der DDR in den Botschaften der Bundesrepublik in Budapest und Prag sowie in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin. Er befaßt sich mit den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, den Aussichten für die Zufluchtsuchenden sowie den Optionen für das weitere Vorgehen.	
242	09.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hoessle	S. 1070
	Hoessle unterrichtet über die Ermordung einer amerikanischen Geisel im Libanon, die internationalen Reaktionen und die mögliche Entführung zweier deutscher Staatsangehöriger.	
243	10.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert	S. 1072
	Seibert erläutert den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, vor allem von START, und zeigt die Perspektiven auf.	

-
244	10.08.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elias	S. 1081
		Elias legt die aktuelle militärische Lage in Afghanistan dar, ferner die Haltung der UdSSR, der USA, Pakistans und des Iran sowie die Aussichten für eine Lösung des Konflikts, vorzugsweise im Rahmen der Vereinten Nationen.	
245	14.08.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schmiegelow	S. 1086
		Schmiegelow untersucht die Ergebnisse des Treffens der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten in Tela (Honduras) im Hinblick auf den Fortgang des Friedensprozesses in der Region.	
246	14.08.	Botschafter Zimmermann, Havanna, an das Auswärtige Amt	S. 1090
		Zimmermann faßt die politischen Gespräche von Staatsminister Schäfer in Kuba zusammen, u. a. mit Fidel Castro, in deren Mittelpunkt die bilateralen Beziehungen, die Lage in Zentralamerika, im südlichen Afrika und in der UdSSR sowie Menschenrechtsfragen standen.	
247	15.08.	Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt	S. 1101
		Hellbeck äußert sich zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China. Er benennt Voraussetzungen und Möglichkeiten für deren weitere Entwicklung.	
248	16.08.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg	S. 1106
		Hillgenberg analysiert ein Gutachten von Professor Ress zu polnischen Reparationsforderungen und kommt zu dem Ergebnis, daß es den Positionen der Bundesregierung weitgehend entspreche.	
249	16.08.	Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, an das Auswärtige Amt	S. 1109
		Metzger berichtet über die Lage in der Tschechoslowakei wenige Tage vor dem Jahrestag des Einmarsches von Warschauer-Pakt-Truppen in das Land, auch mit Blick auf mögliche Gewaltmaßnahmen der Regierung gegen die Opposition.	
250	18.08.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff	S. 1113
		Sudhoff faßt ein Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Horn in Budapest zusammen. Themen waren die Flüchtlinge aus der DDR in Ungarn und die Frage des weiteren Vorgehens.	

251	18.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff	S. 1117
	Sudhoff rekapituliert ein weiteres Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Horn, das wiederum den Flüchtlingen aus der DDR in Ungarn gewidmet war.	
252	21.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg	S. 1121
	Hillgenberg beschäftigt sich mit den Ergebnissen von Gutachten zu der Frage, ob der Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR von 1939 von Anfang an nichtig gewesen sei.	
253	22.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron	S. 1125
	Mit Blick auf den Fortgang der VKSE in Wien spricht sich Citron für die Entwicklung eines europäischen Beobachtungssatelliten als Verifikationsmittel aus.	
254	28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch	S. 1130
	Pabsch macht auf die veränderte Auslegung des Protokolls über den Innerdeutschen Handel durch die EG-Kommission nach einem Wegfall der EG-Binnengrenzen aufmerksam. Als Reaktion plädiert er für eine verstärkte Abstimmung sowohl zwischen den beteiligten Ressorts als auch zwischen den EG-Mitgliedstaaten.	
255	30.08. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 1134
	Schoeller berichtet über die Reaktion des polnischen Präsidenten Jaruzelski auf das Schreiben von Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker zum 50. Jahrestag des deutschen Einmarsches in Polen.	
256	30.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1137
	Paschke äußert sich zu der Frage, wie die Bundesrepublik auf die Ausstellungskonzeption im geplanten Holocaust Museum in Washington Einfluß nehmen könnte.	
257	31.08. Bundesminister Genscher an Bundesminister Haussmann	S. 1139
	Genscher setzt sich dafür ein, zivile Hubschrauberlieferungen der Firma MBB an Südafrika zu verhindern, um weitere Vorwürfe zu unterbinden, die Bundesregierung unterstütze damit die dortigen Streitkräfte und die Polizei.	

- 258** 31.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1141
Ahrens
Ahrens informiert über das Scheitern der Internationalen Kam-bodscha-Konferenz in Paris und gibt Empfehlungen für das weitere Verhalten der Bundesregierung.
- 259** 01.09. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Kastrup und S. 1143
Oesterhelt
Untersucht werden Möglichkeiten für eine Änderung des Grund-gesetzes zur Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen.
- 260** 04.09. Botschafter Schoeller, Warschau, an das S. 1148
Auswärtige Amt
Schoeller unterrichtet über ein Gespräch des nordrhein-west-fälischen Ministerpräsidenten Rau mit dem Primas von Polen, Kardinal Glomp. Im Mittelpunkt standen die innenpolitische Entwicklung in Polen, die Reparationsfrage, das Karmelitinnen-kloster in Auschwitz sowie die deutsche Minderheit.
- 261** 05.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning S. 1151
Gröning gibt einen Überblick über die weiteren Planungen für den Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bun-desrepublik.
- 262** 05.09. Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1154
Heyken berichtet über die Lage in der Litauischen SSR und geht dabei insbesondere auf die Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis und die Reaktion der sowjetischen Regierung auf deren Aktivitä-ten ein.
- 263** 06.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1158
stellvertretenden amerikanischen Außenminister
Eagleburger
Themen sind die Entwicklung in Zentralamerika, die bilateralen Beziehungen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die wirtschaft-liche und finanzielle Lage Polens, die Zufluchtsuchenden aus der DDR in Budapest sowie die Entwicklung im Warschauer Pakt. Ferner werden erörtert die Unterstützung der USA beim Kampf gegen den internationalen Drogenhandel, die Nationalität-probleme in der UdSSR und die Aussichten für die Reform-politik von Generalsekretär Gorbatschow.
- 264** 07.09. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, S. 1167
Bundeskanzleramt, mit dem chinesischen Botschafter
Mei Zhaorong
Mei Zhaorong übermittelt eine Botschaft des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Jiang Zemin, an Bundeskanzler Kohl zur

- Zukunft der bilateralen Beziehungen nach der Niederschlagung
der Demokratiebewegung im Juni.
- 265** 07.09. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das S. 1171
 Auswärtige Amt
 Schlingensiepen analysiert die Rolle Syriens im libanesischen
 Bürgerkrieg sowie die Aussichten auf Frieden im Nahen Osten.
- 266** 07.09. Ministerialdirektor Kastrup, z. Z. Prag, an S. 1174
 Bundesminister Genscher
 Kastrup informiert über ein Gespräch mit dem tschechoslowaki-
 schen Außenminister Johanes zur Situation der Zufluchtsuchen-
 den aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik.
- 267** 08.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1175
 Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność,
 Wałęsa
 Erörtert werden die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens
 sowie Möglichkeiten zur Unterstützung des Landes, ferner die
 Besetzung des Postens des polnischen Außenministers.
- 268** 08.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1178
 Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność,
 Wałęsa
 Thema ist die Lage der Zufluchtsuchenden aus der DDR in der
 Botschaft in Warschau.
- 269** 09.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Roesch S. 1180
 Roesch faßt Gespräche zwischen Ministerialdirektor Schlagint-
 weit und dem chilenischen Botschafter Riesco zusammen. Im
 Mittelpunkt stand die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs
 in Chile zur weitgehenden Einstellung der Untersuchungen
 gegen Verantwortliche der „Colonia Dignidad“.
- 270** 11.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup und des S. 1182
 Botschafters Holik
 Kastrup und Holik äußern sich zur amerikanischen Bitte, der
 UdSSR Informationen zu den in der Bundesrepublik lagernden
 chemischen Waffen zukommen zu lassen, um so eine amerika-
 nisch-sowjetische Absprache auf diesem Gebiet zu ermöglichen.
- 271** 11.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von S. 1187
 Stechow
 Stechow resümiert ein Gespräch von Staatsministerin Adam-
 Schwaetzer mit dem türkischen Europaminister Bozer, in des-
 sen Mittelpunkt der türkische Beitrittsantrag zu den Europäi-
 schen Gemeinschaften stand, daneben die Lage der Menschen-
 rechte, der Zypern-Konflikt sowie das Problem der türkischen
 Minderheit in Bulgarien.

- 272** 13.09. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1192
Ruhfus informiert über protokollarische und organisatorische Herausforderungen beim Besuch von Boris Jelzin in den USA.
- 273** 15.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Metscher S. 1195
Metscher vermerkt Äußerungen von Bundesminister Genscher vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags zur Entwicklung in Mittel- und Osteuropa.
- 274** 15.09. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das S. 1198
Auswärtige Amt
Bertele erörtert die Auswirkungen des Flüchtlingsstroms aus der DDR auf die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und geht dabei besonders auf die Erosion der Stellung der DDR-Führung ein.
- 275** 18.09. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr S. 1201
von Weizsäcker mit dem indischen Präsidenten Venkataraman
Themen sind die indische Wirtschaftslage, die bilateralen Beziehungen, die Beziehungen Indiens zu Pakistan, zur Volksrepublik China, zu Nepal und Sri Lanka, ferner die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie der Europäische Binnenmarkt.
- 276** 18.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1207
Neubert
Neubert informiert über eine Einreisesperre, die die UdSSR wegen angeblicher Spionage gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amts verhängt habe, und schlägt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vor.
- 277** 18.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1210
Heubaum
Heubaum unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen nach der weitgehend eingestellten Untersuchung der Vorwürfe gegen Verantwortliche der „Colonia Dignidad“ durch die chilenische Justiz.
- 278** 18.09. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1214
Hellbeck gibt einen Überblick über die innen- und außenpolitische Situation der Volksrepublik China und spricht sich dagegen aus, das Land zu isolieren.
- 279** 18.09. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1218
Pfeffer berichtet über die Reaktionen in Frankreich auf den Flüchtlingsstrom aus der DDR sowie Ängste vor einer Wiedervereinigung Deutschlands und einer Destabilisierung in Europa.

280	20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 1224
	Jelonek befaßt sich mit Presseberichten zu einem angeblichen Gegensatz zwischen den Bundesministern Genscher und Waigel in der Frage der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.	
281	20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 1226
	Jelonek faßt eine Besprechung im Bundeskanzleramt zusammen. Themen waren die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Polen im Vorfeld des Besuchs von Bundeskanzler Kohl sowie die Unterstützung für Ungarn.	
282	20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Henze	S. 1229
	Henze erläutert Möglichkeiten zur Unterstützung der kolumbianischen Regierung im Kampf gegen den internationalen Drogenhandel.	
283	21.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek	S. 1234
	Jelonek schlägt eine Initiative der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und reformbereiten RGW-Mitgliedstaaten vor.	
284	21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mützelburg	S. 1241
	Mützelburg faßt ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem britischen Außenminister Major zusammen. Erörtert wurden die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, der Reformprozeß in der UdSSR, Polen und Ungarn sowie deren finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung, die Fluchtbewegung aus der DDR und die dortige Lage, europapolitische Fragen, insbesondere die Wirtschafts- und Währungsunion, sowie die Entwicklung in Südafrika.	
285	21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein	S. 1249
	Blankenstein informiert über die Absicht Frankreichs, Trägertechnologie an Indien und Brasilien zu liefern, und untersucht die Folgen für das Trägertechnologie-Regime.	
286	25.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens in New York	S. 1252
	Themen sind die Lage im Nahen Osten sowie die Auswanderung von Juden aus der UdSSR.	
287	25.09. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 1254
	Schoeller berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kulski zur Lage der Zuflucht-suchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik.	

- 288** 26.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker in New York S. 1256
- Erörtert werden die Entwicklung in Südafrika, die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn, die Fluchtbewegung aus der DDR, amerikanische Beschwerden über Airbus, eine mögliche Unterstützung der Opposition in Nicaragua sowie die Haltung der UdSSR zur Entwicklung in Mittel- und Osteuropa.
- 289** 26.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach S. 1259
- Roßbach resümiert und bewertet Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush zu einem weltweiten Verbot chemischer Waffen.
- 290** 27.09. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem tschechoslowakischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Sadovský in Prag S. 1263
- Themen sind die unhaltbar gewordenen Zustände an der Botschaft der Bundesrepublik durch den Zustrom von Flüchtlingen aus der DDR und die Weigerung der ČSSR, die Zufluchtsuchenden auch an anderen Orten unterbringen zu dürfen.
- 291** 27.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Horn in New York S. 1268
- Besprochen werden die Unterstützung der ungarischen Reformbemühungen sowie die Flüchtlingswelle aus der DDR und die Stellung der dortigen Führung.
- 292** 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1270
- Vor dem Hintergrund der Entführung der beiden deutschen Staatsangehörigen Strübig und Kemptner befaßt sich Fiedler mit der Sicherheitslage im Libanon und spricht sich für die Rückkehr von Botschafter Göttelmann aus.
- 293** 27.09. Ministerialdirektor Kastrup, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1273
- Kastrup faßt ein Vierertreffen der Politischen Direktoren zusammen. Erörtert wurden die Gespräche der amerikanischen Regierung mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, besonders über die Nationalitätenprobleme in der UdSSR, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zur Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Weitere Themen waren die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn, die Fluchtbewegung aus der DDR, die VKSE sowie die Entwicklung in Zentralamerika, Afghanistan, Kambodscha und im Nahen Osten.
- 294** 28.09. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kulski in Warschau S. 1278
- Thema ist das weitere Vorgehen in der Frage der Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik,

- nachdem diese mehrheitlich das Angebot der DDR zur straf-
freien Rückkehr und der Ausreise in die Bundesrepublik inner-
halb von sechs Monaten abgelehnt hätten.
- 295** 28.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1283
 pakistanischen Außenminister Yakub Khan in
 New York
- Im Mittelpunkt stehen die indisch-pakistanischen Beziehungen,
die Entwicklung in Afghanistan sowie in der UdSSR, die weitere
Politik gegenüber der Volksrepublik China und die Rolle des
Iran.
- 296** 28.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1285
- Jelonek erläutert die vorgenommenen und beabsichtigten Ver-
schärfungen der Außenwirtschaftsgesetzgebung.
- 297** 29.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern S. 1290
 lateinamerikanischer Staaten in New York
- Besprochen werden die Entwicklung in Zentralamerika und die
weitere wirtschaftliche Unterstützung durch die Bundesrepublik.
- 298** 29.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1293
 syrischen Außenminister Scharaa in New York
- Gesprächsthemen sind die Entwicklung im Libanon sowie die
Friedensaussichten im Nahostkonflikt.
- 299** 29.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1294
 polnischen Außenminister Skubiszewski in New York
- Erörtert werden die wirtschaftliche Lage in und Unterstützungs-
maßnahmen für Polen sowie die dort lebende deutsche Minder-
heit.
- 300** 29.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1297
 ägyptischen Präsidenten Mubarak in New York
- Genscher und Mubarak sprechen über die ägyptisch-israelischen
Beziehungen und die Entwicklung im Nahostkonflikt nach dem
Zehn-Punkte-Plan Mubaraks, ferner über die Entwicklung im
Libanon und die libysche Politik.
- 301** 29.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1299
 irakischen Außenminister Aziz in New York
- Genscher und Aziz befassen sich mit der Entwicklung im Iran,
Afghanistan und dem Libanon, der Implementierung der Reso-
lution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats, der Frage eines islami-
schen Fundamentalismus in Teilen der UdSSR, dem Nahostkon-
flikt und der Fluchtbewegung aus der DDR.

-
- 302** 29.09. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem tschechoslowakischen Botschafter Spáčil S. 1301
- Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Lage in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag bemängelt Sudhoff das Fehlen einer Reaktion der tschechoslowakischen Regierung auf die Bitte der Bundesregierung, die Zufluchtsuchenden auch an anderen Orten unterbringen zu dürfen.
- 303** 29.09. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1302
- Bertele konstatiert eine kritische Stimmungslage in der DDR angesichts einer gestiegenen Konfliktbereitschaft sowohl in Teilen der Bevölkerung als auch bei den Sicherheitskräften sowie einer zunehmenden Ratlosigkeit der Regierung.
- 304** 29.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1305
- Hansen informiert über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und der möglichen Reaktion des westlichen Bündnisses darauf.
- 305** 03.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem finnischen Präsidenten Koivisto auf Schloß Gymnich S. 1312
- Genscher und Koivisto erörtern die innenpolitische Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten, vor allem in der DDR. Ferner werden die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag angesprochen.
- 306** 03.10. Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1315
- Schoeller berichtet über die Übergabe eines Schreibens von Bundesminister Genscher an den polnischen Außenminister Skubiszewski zu den Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau.
- 307** 03.10. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1317
- Ungerer informiert über die Ergebnisse der EG-Ministerrats-tagung in Luxemburg, in deren Zentrum der Aktionsplan der EG-Kommission für die Polen- und Ungarnhilfe stand.
- 308** 04.10. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1321
- Pfeffer unterrichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, in dem Bianco die Haltung Frankreichs zur deutschen Frage darlegte.

309	05.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit EG-Kommissionspräsident Delors	S. 1322
	Im Mittelpunkt stehen die Tagung des Europäischen Rats in Straßburg sowie das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zu den RGW- und den EFTA-Staaten.	
310	06.10. Ministerialdirektor Jelonek an die Botschaft in Paris	S. 1326
	Jelonek weist Botschafter Pfeffer an, im französischen Außenministerium eine mit der britischen Regierung abgestimmte Demarche auszuführen. Anlaß sind die französischen Pläne, Trägertechnologie an Brasilien und Indien weiterzugeben.	
311	06.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege	S. 1328
	Bettzuege gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Konferenz gegen chemische Waffen in Canberra und bewertet sie.	
312	09.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach	S. 1330
	Roßbach skizziert die Open-skies-Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush, beschreibt die Reaktion der Bundesregierung sowie der UdSSR, resümiert die Beratungen in der NATO und WEU und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen.	
313	10.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek	S. 1335
	Hauptthemen sind die innere Lage der DDR und die gegenwärtige Fluchtbewegung sowie die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften.	
314	10.10. Gespräch des Bundesministers Stoltenberg mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und Sicherheitsberater Scowcroft in Washington	S. 1338
	Die Gesprächsteilnehmer erörtern die Lage in der DDR, in Polen und Ungarn, ferner in Nicaragua und Panama. Zudem werden der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Problematik der Tiefflüge über der Bundesrepublik angesprochen.	
315	10.10. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt	S. 1342
	Aus Anlaß der Erinnerung an die „Kanonade von Valmy“ von 1792 berichtet Pfeffer über den Abschluß der Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution.	
316	11.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch	S. 1344
	Pabsch wägt die Frage einer Kündigung des Abkommens von 1975 mit Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie ab.	

-
- 317** 12.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoffmann und des Vortragenden Legationsrats Schöning S. 1351
- Hoffmann und Schöning legen eine Aufzeichnung zum Thema Energie und Umwelt vor, in der sie auf die Gefahr einer Klimakatastrophe infolge von Energieerzeugung und -verbrauch hinweisen und Gegenmaßnahmen erläutern.
- 318** 12.10. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1355
- Bertele gibt eine Einschätzung der inneren Lage der DDR nach der Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom Vortag und äußert sich zu den Erfolgsaussichten politischer Reformen.
- 319** 12.10. Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1360
- Ploetz faßt den Besuch des Ständigen NATO-Rats in Großbritannien zusammen. Er geht auf Gespräche mit der britischen Premierministerin Thatcher ein, die europapolitische Konzeption Großbritanniens, die Ost-West-Beziehungen sowie Rüstungskontrolle und Verteidigungsplanung.
- 320** 13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1364
- Citron informiert über das Treffen der Planungsstäbe der Außenministerien der NATO-Mitgliedstaaten, bei dem die Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten und Möglichkeiten zur Einflußnahme diskutiert wurden.
- 321** 16.10. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Sharif S. 1367
- Im Zentrum des Gesprächs stehen der Nahostkonflikt und Möglichkeiten zu seiner Lösung, vor allem die Lage in den von Israel besetzten Gebieten und die Haltung der PLO.
- 322** 17.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Grewlich S. 1370
- Grewlich skizziert den Stand der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden bei der Sicherung elektronischer Datensysteme in einem europäischen Binnenmarkt.
- 323** 17.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Berger S. 1373
- Berger resümiert die Ergebnisse des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ im Château d'Esclimont, bei dem die Lage in der DDR sowie Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn erörtert wurden. Ferner wurden die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften diskutiert, besonders zu den USA sowie den EFTA- und AKP-Staaten.

324	17.10. Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush	S. 1377
	Kohl bringt die Unterstützung der Bundesregierung für die Initiative Bushs zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in Bolivien, Kolumbien und Peru zum Ausdruck.	
325	18.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister De Michelis	S. 1379
	Genscher und De Michelis besprechen Themen der europäischen Integration, an erster Stelle den Fahrplan für die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, ferner Hilfen für Polen und die Lage in Jugoslawien.	
326	19.10. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt	S. 1385
	Bertele berichtet über die Tagung des ZK der SED am Vortag und die Ablösung von Generalsekretär Honecker. Außerdem bewertet er die Rede des neuen Generalsekretärs Krenz.	
327	19.10. Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 1388
	Hartmann faßt den Stand der Verhandlungen nach der dritten Runde der VKSE zusammen.	
328	20.10. Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 1393
	Joetze resümiert die Ergebnisse der dritten Runde der VSBM-Verhandlungen und weist darauf hin, daß die Durchführung eines Seminars über Militärdoktrinen beschlossen wurde.	
329	23.10. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 1398
	Blech unterrichtet über den Meinungsaustausch zwischen den Angehörigen der Botschaften der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Moskau zur Entwicklung in der UdSSR sowie in den mittel- und osteuropäischen Staaten.	
330	24.10. Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl	S. 1401
	Die Gesprächsteilnehmer diskutieren über Hilfsmaßnahmen für Polen. Unter anderem werden die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten, Kredite, Hermes-Bürgschaften und die Hilfe der USA für Polen erörtert.	
331	24.10. Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt	S. 1410
	Arnot legt die innenpolitische Lage in Ungarn dar. Er beschäftigt sich mit den politischen Reformen, der Lage der Regierung und dem Parteienspektrum.	

- 332** 26.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1413
 Citron vermerkt Gespräche mit dem Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums zur künftigen Rolle der USA bzw. der NATO in Europa, zur deutschen Frage, der Unterstützung von Reformbemühungen in Polen und Ungarn sowie zu den VKSE und zur SNF-Frage.
- 333** 26.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Leonberger S. 1418
 Leonberger befaßt sich mit der Frage einer zweiten Endmontagelinie für den „Airbus“ in Hamburg und zeigt Wege auf, wie der Widerstand Frankreichs überwunden werden könnte.
- 334** 27.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Cheney S. 1421
 Kohl und Cheney besprechen die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, besonders die Lage in der DDR nach der Ablösung von Generalsekretär Honecker sowie Hilfen für Polen und Ungarn.
- 335** 29.10. Botschaftsrat Hiller, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1424
 Hiller berichtet über Demonstrationen in Prag und das Vorgehen der Sicherheitskräfte, vor allem gegen ein ZDF-Team, das an Dreharbeiten gehindert wurde.
- 336** 30.10. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1428
 Blech äußert sich zur Lage der Deutschstämmigen in der UdSSR und insbesondere zur Frage der Errichtung einer Autonomen Republik an der Wolga. Er gibt Empfehlungen für das Verhalten der Bundesregierung.
- 337** 31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Vaezi S. 1432
 Genscher und Vaezi erörtern Menschenrechtsfragen, die Freilassung von Geiseln, die Implementierung der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats und die amerikanisch-iranischen Beziehungen.
- 338** 31.10. Gespräch des Staatssekretärs Lautenschlager mit dem amerikanischen Botschafter Walters S. 1436
 Thema ist die Politik gegenüber Libyen. Walters mahnt die Aufrechterhaltung von Sanktionen an, solange nicht erkennbar sei, daß die libysche Führung ihr Verhalten geändert habe.
- 339** 31.10. Botschafter Blech, Moskau, an Bundesminister Genscher S. 1438
 Blech unterrichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Falin, in dessen Mittelpunkt die Entwicklung in der UdSSR und die deutsch-sowjetischen Beziehungen standen.

- 340** 31.10. Rundschreiben des Auswärtigen Amts S. 1443
 Es wird ein Papier zu den politisch-institutionellen Fragen bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion übermittelt, das vor allem die Rolle des Rats, des Europäischen Parlaments und der EG-Kommission sowie die Errichtung eines Europäischen Zentralbanksystems behandelt.
- 341** 31.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1452
 Ritter von Wagner
 Wagner verweist auf die Schwierigkeiten bei der Einbeziehung weiterer Staaten in das Trägertechnologie-Regime und macht Vorschläge für das künftige Vorgehen.
- 342** 03.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1454
 französischen Staatspräsidenten Mitterrand und
 Ministerpräsident Rocard
 Erörtert werden die Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Drogenhandels, die Zunahme an Asylgesuchen sowie eine Befreiung ungarischer Staatsbürger von der Visumpflicht für die Mitgliedstaaten des Übereinkommens von Schengen. Außerdem stimmen Kohl und Mitterrand ihre Äußerungen in der folgenden Pressekonferenz ab.
- 343** 03.11. Botschafter z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. Sofia, an das S. 1459
 Auswärtige Amt
 Rantzau resümiert Verlauf und Ergebnisse des KSZE-Umwelttreffens in Sofia, das nicht durch den gewohnten Ost-West-Gegensatz charakterisiert gewesen sei.
- 344** 05.11. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das S. 1465
 Auswärtige Amt
 Ellerkmann analysiert die innere Lage Iraks, insbesondere im kurdischen Landesteil, und seine auswärtigen Beziehungen.
- 345** 06.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1472
 Citron hält die Ergebnisse eines Gedankenaustauschs zwischen den Planungsstäben der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten zur weiteren Entwicklung in Europa fest. Besondere Aufmerksamkeit sei der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, dem Verhältnis zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der deutschen Frage gewidmet worden.
- 346** 06.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1476
 Schürmann
 Schürmann faßt die Behandlung von Europafragen und bilateralen Wirtschaftsangelegenheiten bei den deutsch-französischen Konsultationen zusammen.

- 347** 06.11. Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1480
- Studnitz berichtet über die bei Demonstrationen vorgebrachten Forderungen oppositioneller Gruppen, die Berichterstattung darüber in den Medien der DDR und die Reaktionen der SED.
- 348** 06.11. Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1483
- Grünhage informiert über die Behandlung des von der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion erstellten Berichts (Guigou-Bericht) bei der EG-Ministerratstagung.
- 349** 07.11. Bundeskanzler Kohl an den südafrikanischen Präsidenten de Klerk S. 1487
- Kohl ermutigt de Klerk, über die angekündigten Schritte hinaus auf die Überwindung der Rassentrennung in Südafrika hinzuwirken, und erläutert seine Einschätzung des Friedensprozesses in Namibia.
- 350** 07.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1488
- Citron erläutert Schwierigkeiten der Firma Siemens bei der sicherheitstechnischen Nachrüstung von Kernkraftwerken in den RGW-Mitgliedstaaten und der Lieferung von Hochtemperaturreaktoren. Er regt deshalb die finanzielle Unterstützung von Modernisierungsmaßnahmen und eine Abschwächung der COCOM-Bestimmungen an.
- 351** 08.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1491
- Dreher resümiert die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit. Hauptthemen waren die Lage in Mittel- und Osteuropa, die bilaterale Rüstungskooperation und die weitere Planung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.
- 352** 08.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke S. 1498
- Moltke faßt ein Vierertreffen der Politischen Direktoren zusammen, das sich hauptsächlich mit den West-Ost-Beziehungen und der Rüstungskontrolle, daneben aber auch mit der Lage im Nahen Osten und Südafrika beschäftigte.
- 353** 09.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski in Warschau S. 1505
- Im Zentrum des Gesprächs stehen die bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, die polnische Westgrenze sowie die Frage einer Entschädigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter. Außerdem werden Vereinfachungen für den Besuchsverkehr angesprochen.

354	09.11.	Bundeskanzler Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki	S. 1509
		Kohl erläutert die Vereinbarungen zur Umschuldung und zur finanziellen Unterstützung Polens.	
355	10.11.	Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter in Warschau	S. 1512
		Beide Seiten skizzieren ihre rechtliche und politische Position zur Frage von Entschädigungszahlungen für ehemalige polnische Zwangsarbeiter.	
356	10.11.	Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das Auswärtige Amt	S. 1514
		Richthofen referiert und analysiert von britischen Politikern und in der Presse vertretene Haltungen zu einer möglichen Vereinigung Deutschlands.	
357	11.11.	Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow	S. 1517
		Kohl und Gorbatschow sprechen über die Entwicklung in der DDR nach dem Mauerfall.	
358	13.11.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann	S. 1521
		Mit Blick auf die Novellierung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes unternimmt Ackermann einen Vergleich entsprechender Rechtsvorschriften auf internationaler Ebene.	
359	13.11.	Botschafter Lewalter, Sofia, an das Auswärtige Amt	S. 1525
		Lewalter bewertet die Lage nach dem Wechsel an der Spitze der Bulgarischen Kommunistischen Partei.	
360	13.11.	Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt	S. 1528
		Pfeffer stellt französische Reaktionen auf die Öffnung der Berliner Mauer sowie Einstellungen in Politik und Öffentlichkeit zu einer Vereinigung Deutschlands dar.	
361	15.11.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd	S. 1531
		Hauptthema sind die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere in der DDR. Außerdem werden die europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Lage in Namibia und in Kambodscha angesprochen.	

-
- 362** 15.11. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Kimmitt S. 1536
- Sudhoff und Kimmitt erörtern den Umbruch in der DDR und mögliche Reaktionen darauf.
- 363** 15.11. Aufzeichnung des Referats 214 S. 1539
- Zusammengefaßt werden die Ausführungen von Bundesminister Genscher vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags zur Lage in Mittel- und Osteuropa und die anschließende Aussprache.
- 364** 15.11. Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1545
- Ploetz resümiert die Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Kimmitt, über die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa.
- 365** 15.11. Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1556
- Terfloth vergleicht die innere Lage Rumäniens mit dem Wandel in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas.
- 366** 16.11. Botschafter von Schubert, Straßburg (Europarat), an das Auswärtige Amt S. 1558
- Schubert berichtet über die Sitzung des Ministerkomitees des Europarats, an der erstmals die Außenminister Jugoslawiens, Polens und Ungarns teilnahmen. Themen waren der Wandel in Mittel- und Osteuropa sowie dessen Auswirkungen auf den Europarat.
- 367** 17.11. Aufzeichnung des Referats 412 S. 1562
- Skizziert werden Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Unterstützung der DDR sowie damit verbundene Chancen und Risiken.
- 368** 17.11. Botschaftsrat Hiller, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1564
- Hiller analysiert die innere Lage der Tschechoslowakei vor dem Hintergrund der Veränderungen in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas.
- 369** 18.11. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1568
- Blech informiert über das Gespräch der Bundestagspräsidentin Süssmuth und des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius, mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Gorbatschow. Besonderes Augenmerk fanden die Zukunft Europas sowie die Veränderungen in der UdSSR und in der DDR.

370	20.11. Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush	S. 1575
	Kohl spricht sich für eine konsequente Anwendung der Kontrollmaßnahmen bei einer gleichzeitigen begrenzten Lockerung der COCOM-Richtlinien, insbesondere gegenüber Polen und Ungarn sowie auf dem Gebiet der Werkzeugmaschinen, aus.	
371	20.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein	S. 1576
	Trautwein informiert über Verlauf und Ergebnisse des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen.	
372	21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südkoreanischen Präsidenten Roh Tae-woo	S. 1581
	Hauptthemen sind die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere in der DDR, sowie die Teilung Koreas und das bilaterale Verhältnis.	
373	21.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, in Washington	S. 1588
	Genscher und Scowcroft erörtern den Wandel in der DDR und Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen.	
374	21.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Washington	S. 1590
	Im Zentrum stehen die Ost-West-Beziehungen, insbesondere zwischen den USA und der UdSSR, die zukünftige Rolle der NATO sowie die deutsche Frage. Außerdem werden eine SNF-Modernisierung sowie das sowjetische Verhalten in verschiedenen regionalen Konflikten angesprochen.	
375	21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt	S. 1595
	Oesterhelt faßt die Ergebnisse der Verhandlungen über den Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen zusammen und skizziert das weitere Vorgehen.	
376	23.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Horn in Budapest	S. 1600
	Themen sind der Wandel in Mittel- und Osteuropa sowie die internationale Hilfe für Ungarn.	
377	23.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Göckel	S. 1603
	Göckel resümiert ein Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit dem ungarischen Ministerpräsidenten in Ludwigshafen. Darin habe Németh die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes dargelegt, während Kohl auf die Grenzen der Hilfsbereitschaft der EG-Mitgliedstaaten verwiesen habe.	

-
- 378** 24.11. Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen S. 1604
Präsidenten Bush
Kohl begrüßt Bushs Einsatz für eine weitgehende Beseitigung chemischer Waffen und spricht sich für ein vollständiges Produktionsverbot aus.
- 379** 24.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1606
Rudolph
Rudolph äußert sich zur Verurteilung der Bundesrepublik durch die VN-Generalversammlung aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verbindungen zu Südafrika, insbesondere der Weitergabe von Konstruktionsunterlagen für U-Boote.
- 380** 24.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1611
Schönfelder
Schönfelder faßt die Haltung der Bundesregierung und der EG-Mitgliedstaaten zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zusammen.
- 381** 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 1614
Citron informiert über ein Kolloquium des Planungsstabs zum Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung und regt die stärkere Einbeziehung dieses Themas in die Außenpolitik der Bundesrepublik an.
- 382** 27.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1619
Derix
Derix schildert die innere Lage der Tschechoslowakei nach dem Rücktritt der Führung der Kommunistischen Partei.
- 383** 27.11. Botschafter Ruth, Rom, an das Auswärtige Amt S. 1621
Ruth übermittelt und bewertet Presseäußerungen des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti und des Außenministers De Michelis zu einer Vereinigung Deutschlands.
- 384** 28.11. Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1625
Auswärtige Amt
Ploetz berichtet über die Ministersitzung der Eurogroup, bei der vor allem die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie deren Auswirkungen auf die Bündnisstrategie besprochen wurden.
- 385** 28.11. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1630
Im Vorfeld der Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten Bush und Generalsekretär Gorbatschow vor Malta analysiert Blech die Grundzüge der sowjetischen Westpolitik.

- 386** 29.11. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1635
 Blech unterrichtet über den Stand der sowjetischen Wirtschaftsreformen und erörtert Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.
- 387** 29.11. Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1643
 Auswärtige Amt
 Ploetz faßt die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Im Vordergrund stand die Diskussion über die Auswirkungen der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa auf die Rolle der Allianz.
- 388** 29.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1650
 britischen Außenminister Hurd in London
 Hauptthemen sind die deutsche Frage, die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sowie die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Außerdem informiert Hurd über Gespräche zu Zentralamerika, Afghanistan und Pakistan.
- 389** 30.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1653
 französischen Außenminister Dumas in Paris
 Im Zentrum stehen die Entwicklung in der DDR, die deutsche Frage und deren Verhältnis zur europäischen Integration. Außerdem werden die Lage in El Salvador, Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit der UdSSR und den AKP-Staaten sowie die Wirtschafts- und Währungsunion besprochen.
- 390** 04.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1661
 Graf Leutrum
 Leutrum skizziert die Haltung der nordischen Staaten zu einer möglichen Vereinigung von Bundesrepublik und DDR.
- 391** 04.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1664
 Auswärtige Amt
 Ploetz berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker. Themen waren der amerikanisch-sowjetische Gipfel vor Malta, insbesondere die Erörterung der deutschen Frage, der Lage in der UdSSR sowie von Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ferner wurden die Entwicklung in der DDR, die europäische Integration und die Hilfe für Polen und Ungarn besprochen.
- 392** 04.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1672
 Auswärtige Amt
 Ploetz informiert über die NATO-Gipfelkonferenz. Im Mittelpunkt stand die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, insbesondere die Ausführungen des amerikanischen Präsidenten Bush zur deutschen Frage.

-
- 393** 04.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1677
- Ploetz unterrichtet über die NATO-Gipfelkonferenz. Zentrale Themen waren der Bericht des amerikanischen Präsidenten Bush über seine Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow vor Malta, die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und die deutsche Frage.
- 394** 05.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jugoslawischen Präsidenten Drnovšek S. 1687
- Erörtert werden die internationale Lage, das Verhältnis Jugoslawiens zu den Europäischen Gemeinschaften, die bilateralen Beziehungen, die wirtschaftliche und politische Situation in Jugoslawien, die Entwicklung in der DDR und die deutsche Frage.
- 395** 05.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1695
- Nach dem Rücktritt der SED-Parteiführung analysiert Lambach das Parteienspektrum in der DDR zwischen den bisherigen Blockparteien und neu gebildeten politischen Gruppierungen.
- 396** 06.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1703
- Jelonek befaßt sich mit der zu erwartenden Stellungnahme der EG-Kommission zum türkischen Beitrittsantrag und stellt Überlegungen zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung an.
- 397** 06.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1705
- Bettzuege faßt den Inhalt des Vierten AKP-EWG-Abkommens (Lomé IV) zusammen.
- 398** 06.12. Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1708
- Pabsch berichtet über seinen Antrittsbesuch beim chilenischen Präsidenten Pinochet, bei dem er auch die „Colonia Dignidad“ ansprach.
- 399** 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit BDI-Präsident Necker und BDI-Hauptgeschäftsführer Mann S. 1711
- Im Mittelpunkt stehen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die Bedenken des BDI gegen die baldige Festlegung eines Termins für die Regierungskonferenz.
- 400** 07.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1713
- Mit Blick auf die bevorstehende Tagung des Europäischen Rats erläutert Jelonek die Gesprächsziele des Auswärtigen Amts für

- die Erörterung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, des Vorschlags einer „Bank für Europa“ sowie der europäischen Stiftung für Ausbildung.
- 401** 08.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1717
 Ahrens
 Ahrens gibt eine Einschätzung der Lage auf den Philippinen nach einem gescheiterten Putsch.
- 402** 08.12. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an Staatssekretär S. 1720
 Sudhoff
 Bertele faßt ein Gespräch mit Ministerpräsident Modrow zusammen. Anlaß war dessen Besorgnis, die Lage in der DDR könne außer Kontrolle geraten.
- 403** 12.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1722
 Ritter von Wagner
 Wagner informiert über ein Treffen der am Trägertechnologie-Regime beteiligten Staaten. Im Mittelpunkt standen die Bemühungen um eine Erweiterung des Teilnehmerkreises sowie die französischen Pläne, Trägertechnologie an Brasilien und Indien zu liefern.
- 404** 12.12. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige S. 1724
 Amt
 Bertele gibt eine erste Bewertung der Gespräche am „Runden Tisch“ in der DDR.
- 405** 13.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1727
 Bettzuege
 Bettzuege informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Straßburg, auf welcher der Beginn der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion festgelegt wurde. Weitere Themen waren die Verabschiedung der europäischen Sozialcharta, die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften, die Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa sowie der Nahe Osten, das südliche Afrika, Äthiopien und Chile.
- 406** 13.12. Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1731
 Heyken teilt mit, Botschafter Blech habe das sowjetische Außenministerium über die Passage zur deutschen Einheit in der Erklärung des Europäischen Rats vom 9. Dezember unterrichtet. Er berichtet ferner über die Reaktion auf sowjetischer Seite.
- 407** 14.12. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der S. 1733
 KPdSU, Gorbatschow
 In seinem Schreiben skizziert Kohl die deutschland- und europapolitischen Ziele der Bundesregierung und erläutert seinen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit.

- 408** 14.12. Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1742
- Kastrup unterrichtet über ein Treffen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien), das der Entwicklung in der DDR und der Lage in Berlin gewidmet war.
- 409** 14.12. Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1747
- Kastrup informiert über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, vor allem in der DDR, der KSZE-Prozeß, Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, ferner die Lage im Libanon sowie die Frage von Waffenlieferungen nach Zentralamerika.
- 410** 15.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann S. 1753
- Schürmann bewertet die auf der Tagung des Europäischen Rats angenommene Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer sowie das Aktionsprogramm der EG-Kommission zu ihrer Umsetzung.
- 411** 15.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1756
- Ploetz berichtet über die Beratungen am ersten Tag der NATO-Ministerratstagung, auf der die Rolle und Zukunft der Allianz, die Entwicklung des Warschauer Pakts und die künftige politische Architektur Europas diskutiert wurden.
- 412** 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel S. 1766
- Dassel beschäftigt sich mit dem Wunsch Libyens nach Aufhebung der Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen.
- 413** 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schober S. 1769
- Schober vermerkt, mit der Annahme des Zweiten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 durch die VN-Generalversammlung seien die Bemühungen der Bundesrepublik um eine weltweite Abschaffung der Todesstrafe abgeschlossen worden.
- 414** 18.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1771
- Angesichts der Veränderungen in den innerdeutschen Beziehungen teilt Bettzuege mit, die Bundesregierung wolle die Unterzeichnung des Ergänzenden Staatsvertrags zum Übereinkommen von Schengen verschieben.

415	18.12.	Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das Auswärtige Amt	S. 1773
		Richthofen berichtet über den Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ehmke, in Großbritannien. Im Zentrum stand die Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten.	
416	19.12.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege	S. 1783
		Bettzuege informiert über die Bilanz und die weiteren Beschlüsse der Gruppe der 24 zu den Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn sowie für mögliche andere Staaten.	
417	19.12.	Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 1784
		Ploetz bewertet den ersten Besuch eines sowjetischen Außenministers bei der NATO und faßt die Ergebnisse der Gespräche Schewardnadses mit Generalsekretär Wörner und den Ständigen Vertretern zusammen.	
418	20.12.	Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem amerikanischen Botschafter Walters	S. 1789
		Walters erläutert die Ziele der amerikanischen militärischen Intervention in Panama. Sudhoff verweist auf die Erklärung der Bundesregierung zur dortigen Lage.	
419	20.12.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron	S. 1791
		Thema sind die deutsch-japanischen Konsultationen der Planungsstäbe. Citron geht auf die japanische Einschätzung der Beziehungen zur UdSSR und zu den USA, der Hilfe für Osteuropa und einer möglichen deutschen Vereinigung ein.	
420	20.12.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder	S. 1793
		Schönfelder notiert die Ergebnisse der ersten Sitzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die Vorschläge für Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft der DDR erarbeiten soll.	
421	20.12.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Rohr	S. 1795
		Rohr skizziert das vom EG-Rat auf der Ebene der Forschungsminister verabschiedete dritte Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung.	
422	21.12.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher	S. 1797
		Dreher untersucht die Einflußmöglichkeiten der beiden deutschen Staaten auf die Rolle von NATO bzw. Warschauer Pakt	

- in einer künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur und schlägt ein Pilotmodell für bündnisübergreifende Sicherheitskooperation vor.
- 423** 21.12. Botschaftsrat Blaas, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1805
Blaas berichtet über Demonstrationen in Rumänien im Anschluß an eine Rede von Präsident Ceauşescu vom Balkon des Zentralkomiteegebäudes.
- 424** 21.12. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das S. 1806
Auswärtige Amt
Trumpf informiert über das informelle Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten, bei dem Fragen der künftigen Zusammenarbeit im Mittelpunkt standen.
- 425** 21.12. Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), an S. 1809
das Auswärtige Amt
Hartmann faßt den Stand der Verhandlungen nach der vierten Runde der VKSE zusammen.
- 426** 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1816
Jelonek erörtert die Frage einer Bundesbürgschaft für U-Boot-Lieferungen an Israel.
- 427** 22.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1820
Seibert
Seibert referiert den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, vor allem zu START.
- 428** 22.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1824
Trautwein würdigt den Abschluß des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der UdSSR am 18. Dezember 1989.
- 429** 22.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1827
Trautwein informiert über den Besuch von Bundeskanzler Kohl in der DDR und dessen Gespräche mit Ministerpräsident Modrow über die Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft.
- 430** 22.12. Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), an das S. 1830
Auswärtige Amt
Joetze resümiert die Ergebnisse der vierten Runde der VSBM-Verhandlungen und deren Wechselwirkung mit den VKSE.
- 431** 22.12. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1837
Pfeffer gibt die Eindrücke des Generalsekretärs des französischen Präsidialamts, Bianco, vom Besuch des Staatspräsidenten

- Miterrand in Ost-Berlin wieder und zieht daraus Rückschlüsse auf die französische Deutschlandpolitik.
- 432** 22.12. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das S. 1839
 Auswärtige Amt
 Richthofen erörtert die Haltung der britischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere zu einer deutschen Einigung.
- 433** 27.12. Botschaftsrätin I. Klasse Geißler-Kuß, Bukarest, an das S. 1843
 Auswärtige Amt
 Geißler-Kuß berichtet über die Lage in Rumänien nach der Hinrichtung von Präsident Ceauşescu und die ersten Maßnahmen des „Rats zur Nationalen Rettung“.
- 434** 27.12. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1845
 Blech stellt die Befassung des sowjetischen Volkskongresses mit dem Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR von 1939 dar und bewertet deren Bedeutung für die sowjetische Politik und Öffentlichkeit.
- 435** 28.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1850
 von Hoessle
 Hoessle resümiert die Ergebnisse der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga in Paris, die eine Wiederbelebung des Europäischen-Arabischen Dialogs zum Ziel hatte.
- 436** 29.12. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1852
 Hellbeck regt vor dem Hintergrund der Haltung anderer westlicher Staaten eine vorsichtige Intensivierung der Kontakte zur Volksrepublik China an.
- 437** 29.12. Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1855
 Huber berichtet über die Wahl von Václav Havel zum Präsidenten der ČSSR und analysiert deren Bedeutung für den Reformprozeß in diesem Land.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1961 ff. München 1994–2015 bzw. Berlin/Boston 2016 ff.
- ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE Abrüstung und Rüstungskontrolle. Textsammlung, hrsg. vom Auswärtigen Amt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung, 7. verbesserte Auflage, Bonn 1990.
- ACTA APOSTOLICAE SEDIS Acta Apostolicae Sedis. Commentarium Officiale. Bd. 21 (1929), Rom 1929. Bd. 77 (1985), Vatikanstadt 1985.
- ADAP, C Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie C: 1933–1937. Das Dritte Reich: Die ersten Jahre. Band IV,1: 1. April bis 13. September 1935, Göttingen 1975.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D: 1937–1945. Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950. Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956. Band VIII: Die Kriegsjahre. Erster Band: 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1961.
- AMERIKA-DIENST Amerika Dienst, hrsg. vom United States Information Service, Embassy of the United States of America, Bonn 1965 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ARAB-ISRAELI CONFLICT The Arab-Israeli Conflict. Bd. III: Documents, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1974. Bd. IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1991.
- ARNIM, ZEITNOT Joachim von Arnim, Zeitnot. Moskau, Deutschland und der weltpolitische Umbruch, Bonn 2012.
- BEIJING RUNDSCHAU Beijing Rundschau. Wochenschrift für Politik und Zeitgeschehen. Peking 1964 ff.

- BERICHTE ZUR LAGE 1989–1998 Helmut Kohl, Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2012.
- BERLINER MAUER Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer/The Berlin Wall. Monument des Kalten Krieges/Monument of the Cold War, Bonn 2007.
- BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE Karel Vodička, Die Prager Botschaftsflüchtlinge. Geschichte und Dokumente, mit einem Prolog von Hans-Dietrich Genscher sowie unter Mitarbeit von Jan Gülzau und Petr Pithart, Göttingen 2014.
- BR DRUCKSACHEN Verhandlungen des Bundesrates. Drucksachen, Bonn 1949–1990.
- BRANDT, Berliner Ausgabe Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 10: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009.
- BT DRUCKSACHEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950–1975, bzw. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Drucksachen, Bonn 1976–1990.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950–1990.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EG Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- BUNDESANZEIGER Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz bzw. ab 1990 von Bundesministerium der Justiz, Köln 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz bzw. ab 1990 vom Bundesministerium der Justiz, Bonn 1949 ff.
- CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE Confidence and Security Building Measures in Europe. From the Stockholm to the Vienna Document, hrsg. von Hans Günter Brauch und Gerd Neuwirth, Mosbach 1991.
- COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987–1990, Berlin 1996.

- stellt von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o. J., Bd. XXV: 1989/1992, hrsg. und zusammengestellt von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin 1997.
- DzD II/1 Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam (3 Teilbände), bearbeitet von Gisela Biewer, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
- DzD V/2 Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Bd. 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968 (2 Teilbände), bearbeitet von Gisela Oberländer, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1987.
- ENTSCHEIDUNGEN DES
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. 36. Band, Tübingen 1974. 80. Band, Tübingen 1990.
- EUROPA-ARCHIV Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- FRUS, MALTA AND YALTA 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945. Washington D. C. 1955.
- FRUS 1951 Foreign Relations of the United States 1951. Volume III: European Security and the German Question, Part 2, Washington D. C. 1981.
- FRUS 1955–1957 Foreign Relations of the United States, 1955–1957. Volume IV: Western European Security and Integration, Washington D. C. 1986.
- GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn/Köln 1950 ff.
- GENSCHER, Erinnerungen Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- GORBATSCHOW, Reden Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Bd. 4: Juli 1986–April 1987, Berlin [Ost] 1988. Bd. 5: April 1987–Dezember 1987, Berlin [Ost] 1990.
- GORBATSCHOW, Sobranie Michail Sergeevič Gorbačev, Sobranie sočinenij. Bd. 12 und Bd. 15, Moskau 2009 und 2010.
- GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE
FRAGE Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, hrsg. von Aleksandr Galkin und Anatolij Tschernjajew. Deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrich-

- ter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz, München 2011.
- HANSARD, Commons
Parliamentary Debates (Hansard). Sixth Series, House of Commons, Official Report, London 1981 ff.
- HONECKER – GORBATSCHOW
Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, hrsg. und eingeleitet von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1993.
- HONECKER, REDEN
Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 7, Berlin [Ost] 1982.
- INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS
International Legal Materials, hrsg. von der American Society of International Law, Bd. 8 (1969) und Bd. 26 (1987), Washington D. C. 1962 ff.
- ISRAEL-ARAB READER
The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, hrsg. von Walter Laqueur und Barry Rubin, 7. überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, New York 2008.
- KOALITION DER VERNUNFT
Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
- KOHL, Erinnerungen 1982–1990
Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
- LNTS
League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements Registered with the Secretariat of the League of Nations, o. O. 1920–1946.
- LAST SUPERPOWER SUMMITS
The Last Superpower Summits. Gorbachev, Reagan, and Bush. Conversations that ended the Cold War, hrsg. von Svetlana Savranskaya und Thomas Blanton unter Mitarbeit von Anna Melyakova, Budapest/New York 2016.
- MALLOY, Treaties
William M. Malloy, Treaties, Conventions, International Acts, Protocols and Agreements between the United States of America and other Powers, Bd. 2: 1776–1909, Washington D. C. 1910.
- MASTERPIECES OF HISTORY
Masterpieces of History. The peaceful end of the Cold War in Europe, 1989, hrsg. von Svetlana Savranskaya, Thomas Blanton und Vladislav Zubok unter Mitarbeit von Anna Melyakova, Budapest/New York 2010.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1949–1974
Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North At-

- lantica Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1975–1980
- Texts of Final Communiqués (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1986–1990
- Texts of Final Communiqués (Volume IV). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS
- NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE
- Österreich und die deutsche Frage 1987–1990. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit, hrsg. von Michael Gehler und Maximilian Graf unter Mitarbeit von Philipp Greiling, Sarah Knoll und Sophie Bitter-Smirnov, Göttingen 2018.
- OSTEUROPA
- Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.
- OSTPAKT-SYSTEM
- Das Ostpakt-System. Dokumentensammlung, hrsg. von Boris Meissner, Berlin/Frankfurt am Main 1955.
- POLENS GEGENWART
- Polens Gegenwart, 20. Jahrgang, 1987, hrsg. von der Polnischen Agentur Interpress, Auslandspresseredaktion, Warschau o. J.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE
- La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1988 (6 Teilbände), 1989 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
- POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC
1989–1991
- Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne, hrsg. von Włodzimierz Borodziej unter Mitarbeit von Dominik Pick, Warschau 2006.
- PREUSSISCHE GESETZESSAMMLUNG 1929
- Preußische Gesetzessammlung 1929, hrsg. vom Preußischen Staatsministerium, Berlin 1929.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81
- Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Book I: January 1 to May 23, 1980. Book II: May 24 to September 26, 1980. Book III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 bzw. 1982.

-
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1988–89. Book I: January 1 to July 1, 1988. Book II: July 2, 1988 to January 19, 1989, Washington D. C. 1990 bzw. 1991.
PUBLIC PAPERS, BUSH 1989	Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush 1989. Book I: January 20 to June 30, 1989. Book II: July 1 to December 31, 1989, Washington D. C. 1990.
REICHSGESETZBLATT	Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1987. Security Council. Official Records: Forty-Second Year, New York 1988.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1989	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1989. Security Council. Official Records: Forty-Fourth Year, New York 1990.
RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 43rd session	United Nations. Resolutions and Decisions adopted by the General Assembly during its Forty-Third Session, Volume I, 20 September–22 December 1988. General Assembly, Official Records: Forty-Third Session, Supplement No. 49 (A/43/49), New York 1989.
RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 44th session	United Nations. Resolutions and Decisions adopted by the General Assembly during its Forty-Fourth Session, Volume 1, 19 September–29 December 1989. General Assembly, Official Records: Forty-Fourth Session, Supplement No. 49 (A/44/49), New York 1990.
REVOLUTION	Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, hrsg. von Walter Grab, München 1973.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
SOWJETUNION HEUTE	Sowjetunion heute, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti (APN), Köln 1956 ff.
TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/7	Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Bd. 7 (1989), redaktionelle Bearbeitung: Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1990.

- TEHERAN–JALTA–POTSDAM
Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. und eingeleitet von Alexander Fischer, Köln 1968.
- ÜBERFALL
Der Überfall auf die israelische Olympiamannschaft. Dokumentation der Bundesregierung und des Freistaates Bayern, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1972.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.
- UNASYLVA
Unasylda. An international journal of the forestry and food industries, hrsg. von der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen, 38. Jahrgang (1986/2), Heft 152, Rom 1986.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I
United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II
United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
- UNTS
United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.
- US STATUTES AT LARGE, Bd. 88 (1974)
United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Third Congress of the United States of America 1974 and Proclamations. Bd. 88 (2 Teilbände), Washington D. C. 1976.
- US STATUTES AT LARGE, Bd. 98 (1984)
United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Eighth Congress of the United States of America 1984 and Proclamations. Bd. 98 (3 Teilbände), Washington D. C. 1986.
- US STATUTES AT LARGE, Bd. 99 (1985)
United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Ninety-Ninth Congress of the United States of America 1985 and Proclamations. Bd. 99 (2 Teilbände), Washington D. C. 1987.

VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA	Vedomosti Verchovnogo Soveta Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik, Moskau 1954 ff.
VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE	Rüdiger Hartmann/Wolfgang Heydrich/Nikolaus Meyer-Landrut, Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa. Vertragswerk, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation, Baden-Baden 1994.
VIZIT KANCLERA ADENAUERA	Vizit Kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy, hrsg. von A. V. Zagorskij, Moskau 2005.
VOLKSKAMMER DER DDR	Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, Protokolle von der 1. Tagung am 16. Juni 1986 bis zur 18. Tagung am 6. und 7. März 1990, Bd. 25, [Ost-Berlin] o. J.
VORWÄRTS IMMER	„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/1989, hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister, Berlin 1994.
WENDEZEIT 1987–1990	Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987–1990, hrsg. und bearbeitet von Andreas Schmidt-Schweizer, Berlin/Boston 2018 (Quellen zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn 1949–1990, hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 3).

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)		Bundesrepublik Deutschland
AA	Auswärtiges Amt		
ABC	American Broadcasting Company	ARG	Argentinien
		AS	Arbeitsstab
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ABM	Anti-Ballistic Missile	AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
Abt.	Abteilung		
AC	Atlantic Council	AUS	Australien
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency	AV	Audio-visuell bzw. Auslandsvertretung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AFG	Afghanistan	AWV	Außenwirtschaftsverordnung
AG	Aktiengesellschaft bzw. Arbeitsgruppe	Az/AZ	Aktenzeichen
AI	Amnesty International	B	Belgien
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome	B-Waffen	Bakteriologische Waffen
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BAW	Bundesamt für Wirtschaft
AL	Abteilungsleiter bzw. Alternative Liste bzw. Arabische Liga bzw. Ausfuhrliste	BBC	British Broadcasting Corporation
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
AM	Außenminister/in	BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
ANC	African National Congress	BEIR	Beirut
Anlg.	Anlage(n)	BGBL	Bundesgesetzblatt
AP	Associated Press	BGS	Bundesgrenzschutz
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der	BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
		BIP	Bruttoinlandsprodukt
		BK	Bundeskanzler(amt)
		BKA	Bundeskriminalamt

BKP	Bulgarische Kommunistische Partei	BR (I)	Botschaftsrat/rätin (I. Klasse)
BM	Bundesminister/ium	BRA	Brasilien
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales	BRD	Bundesrepublik Deutsch- land
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen	BSP	Bruttosozialprodukt
BME	Bern Meeting of Experts	BSR	Bundessicherheitsrat
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen	BT	Bundestag
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie	BUDA	Budapest
BMI	Bundesminister/ium des Innern	BUL	Bulgarien
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz	BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten	CAN	Canada
BMP	Bundesminister/ium für das Post und Fernmelde- wesen	CD	Colonia Dignidad bzw. Committee on Disarmament
BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	CDH(P)	Conférence sur la dimension humaine (Paris)
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr	CDN	Canada
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
BMW	Bundesminister/ium für Wirtschaft	CFE	Conventional Forces in Europe
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	CH	Confoederatio Helvetica (Schweiz)
BND	Bundesnachrichtendienst	ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
Bo.	Botschafter/in	CHD	Conference on the Human Dimension
BPräs	Bundespräsident	ChefBK	Chef des Bundeskanzleramts
BR	Bundesrat bzw. Bundesrepublik	CHL	Chile
		CHN	China (Volksrepublik)
		CIA	Central Intelligence Agency
		CIMEX	Civil Military Exercise
		CNAD	Conference of National Armaments Directors
		CNN	Cable News Network
		COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy

COMECON	Council for Mutual Economic Assistance	DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
COREU	Correspondence européenne	DK	Dänemark
COS	Costa Rica	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
CPE	Coopération politique européenne	DL	Delegationsleiter
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe	DLF	Deutschlandfunk
ČSSR	Československá Socialistická Republika	DM	Deutsche Mark
CSU	Christlich-Soziale Union	DPC	Defence Planning Committee
CTB	Comprehensive Test Ban	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
ČTK	Česká tisková kancelář	DTA	Democratic Turnhalle Alliance
CW	Chemiewaffen	DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistans
C-Waffen	Chemiewaffen	DW	Deutsche Welle bzw. Dritte Welt
D	Democrat bzw. Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor/in	E	España (Spanien)
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst	EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
DAB	Deutsche Ausgleichsbank	EC	European Community
DAC	Development Assistance Committee	ECE	Economic Commission for Europe
DB	Drahtbericht	EcoFin	Economic and Financial Affairs Council
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands	ECOSOC	Economic and Social Council
DC	Democrazia Cristiana	ECU	European Currency Unit
DDR	Deutsche Demokratische Republik	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
DE	Drahterlaß	EEA	Einheitliche Europäische Akte
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft	EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
Dg	(Ministerial-)Dirigent/in	EFTA	European Free Trade Association
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	EG(K)	Europäische Gemeinschaften(-Kommission)
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag	EH	Entwicklungshilfe
DIN	Deutsche Industrie-Norm		
XC			

EIB	Europäische Investitionsbank	FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
EL	Entwicklungsländer	FDJ	Freie Deutsche Jugend
ELS	El Salvador	FDP	Freie Demokratische Partei
EP	Europäisches Parlament	FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
EPLF	Eritrean People's Liberation Front	FF	Franc Français/Französischer Franc
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit	FK	Fernkopie
ER	Europäischer Rat	FM	Finanzminister/in
ERP	European Recovery Program	FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional
ESA	European Space Agency	FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung
EuGH	Europäischer Gerichtshof	FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
EUR	Europarat	FS	Fernschreiben
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
EVP	Europäische Volkspartei	FT	Folgetreffen
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
EWS	Europäisches Währungssystem	GA	Gewährleistungen im Außenhandel
EXPO	Exposition mondiale	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	GB	Großbritannien
EZB	Europäische Zentralbank	GCC	Gulf Cooperation Council
EZBS	Europäisches Zentralbanksystem	GD	Generaldirektor
F/FRA	Frankreich	GDR	German Democratic Republic
FAO	Food and Agriculture Organization	geh.	geheim
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Ges.	Gesandter/Gesandtin
FBI	Federal Bureau of Investigation	GG	Grundgesetz
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe	GK	Gefechtskopf bzw. Generalkonsul/at
FCO	Foreign and Commonwealth Office	GL	Gruppenleiter

GLCM	Ground-Launched Cruise Missile	IEA	Internationale Energieagentur
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	IEPG	Independent European Program Group
GPG	General Political Guidelines	IFC	International Finance Corporation
GR/GRI	Griechenland	IFV	Investitionsschutz- und Förderungsvertrag
GRO	Großbritannien	IG	Industriegewerkschaft
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije	i. G.	im Generalstab
GS	Generalsekretär	IGH	Internationaler Gerichtshof
GSG	Grenzschutzgruppe	IHK	Industrie- und Handelskammer
GUA	Guatemala	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
GV	Geheimschutz und Sicherheit der Vertretungen bzw. Generalversammlung	IL	Industrieländer
HAZ	Hannoversche Allgemeine Zeitung	IMAG	Interministerieller Ausfuhrgarantie-Ausschuß
HDTV	High Definition Television	IMF	International Monetary Fund
HH	Haushalt	IMK	Interministerielle Kommission
HLG	High Level Group	INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
HLTF	High Level Task Force	INI	Indien
HOD	Hausordnungs- und Objektschutzdienst	INO	Indonesien
HON	Honduras	IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
HTR	Hochtemperaturreaktor	IR/IRL	Irland
HU	Hungary	IRA	Irish Republican Army
I/IT/ITA	Italien	IRK	Irak
IADB	Inter-American Development Bank	IRN	Iran
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation	IS	Internationaler Stab bzw. Internationales Sekretariat
IBG	Israelisch besetzte Gebiete	ISI	Inter-Services Intelligence
IC	Intercity	ISL	Island
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile	ISR	Israel
IDA	International Development Association	IT	Informationstechnik
XCII			

IWF	Internationaler Währungsfonds	KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
J/JAN/JAP/JPN	Japan		
JCS	Joint Chiefs of Staff	KW	Kernwaffen
JUG	Jugoslawien	KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
KAB	Kambodscha	KWZE	Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
KAN	Kanada		
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung		
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	KZ	Konzentrationslager
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti	Kzl. I	Kanzler/in I. Klasse
		L	(Referats-)Leiter/in bzw. Luxemburg
KKW	Kernkraftwerk	LA	Lateinamerika
KMK	Kultusministerkonferenz	LDC	Least Developed Countries
KOL	Kolumbien	LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
KOM	(Europäische) Kommission	LIA	Libanon
KOR	(Süd-)Korea	LIE	Liechtenstein
KP	Kommunistische Partei	LIF	Londoner Informationsforum
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	LIY	Libyen
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	LKW	Lastkraftwagen
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	LLDC	Landlocked Developing Countries
KPE	Kommunistische Partei Estlands	L MB	Leiter Ministerbüro
		LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
KPI	Kommunistische Partei Italiens	L PI	Leiter Planungsstab
KPR	Kommunistische Partei Rumäniens	LR (I)	Legationsrat/rätin (I. Klasse)
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	LRINF	Long-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle	LST	Liechtenstein
		LUX	Luxemburg
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa	MB	Ministerbüro
		MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	MC	Military Committee

Abkürzungsverzeichnis

MD	Ministerialdirektor/in	NATO	North Atlantic Treaty Organization
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags	ND	Neues Deutschland
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments	NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
MDg	Ministerialdirigent/in	NEU	Neuseeland
MECU	Million European Currency Unit	NfD	Nur für den Dienstgebrauch
MEKO	Mehrzweck-Kombination	NGO	Non-Governmental Organization
MEX	Mexiko	NIC	Nicaragua
MEZ	Mitteleuropäische Zeit	NL/NLD	Niederlande
MfS	Ministerium für Staatssicherheit	N+N	Neutrale und Nichtgebundene (Staaten)
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle	NNA	Neutral and Non-Aligned (States)
MK	Ministerkomitee	NP	Nasionale Party/National Party
MLRS	Multiple Launch Rocket System	NPG	Nukleare Planungsgruppe
MLT	Malta	NRW	Nordrhein-Westfalen
MM	Mittelmeer	NS	Nationalsozialismus
MOE	Mittel- und Osteuropa	NSA	National Security Agency
MoU	Memorandum of Understanding	NSWP	Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten
MP	Member of Parliament bzw. Ministerpräsident/in	NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola	NVA	Nationale Volksarmee
MR	Menschenrechte bzw. Ministerialrat/rätin bzw. Ministerrat	NWG	Norwegen
MRK	Menschenrechtskommission	OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
MS	Mitgliedstaat/en	OAS	Organization of American States
MW	Megawatt	OB	Oberbürgermeister
MwSt.	Mehrwertsteuer	ODA	Official Development Assistance
MX	Missile experimental	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
MXI	Mexiko	OEEC	Organisation for European Economic Co-operation
N/NOR	Norwegen	OIC	Organisation of the Islamic Conference
NAM	Namibia		
XCIV			

OK	Ortskraft	Pos.	Position
OLG	Oberlandesgericht	Präs.	Präsident/in bzw. -schaft
ONUCA	Grupo de Observadores de las Naciones Unidas en Centroamérica	PR	Public Relations
		PSI	Partito Socialista Italiano
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
		PTG	Portugal
OST/ÖST	Österreich	PV	Parlamentarische Versammlung
OZ	Ortszeit		
P (I/Ia/Ib/II)	Pershing (I/Ia/Ib/II)	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
P/PORT	Portugal	R	Republikaner
PAK	Pakistan	RA	Rechtsanwalt
PAN	Panama	RAF	Rote Armee Fraktion bzw. Royal Air Force
PAP	Polska Agencja Prasowa		
PAR	Paraguay	RBM	Regierender Bürgermeister
PB	Politbüro	RD	Regierungsdirektor/in
PC	Pariser Club bzw. Political Committee	RE	Runderlaß
		Ref.	Referat
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus	RENAMO	Resistência Nacional Moçambicana
P.E.N	Poets, Essayists, Novelists	Res.	Resolution
PER	Peru	RFE	Radio Free Europe
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine	RFN	Republika Federalna Niemiec
PHI	Philippinen	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
PK	Politisches Komitee bzw. Pressekonferenz	RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê	RK	Rechts- und Konsular- bzw. Regierungskonferenz
PKW	Personenkraftwagen	RL	Referatsleiter/in bzw. Richtlinie
PL/POL	Polen	RP	Rudé právo
PLO	Palestine Liberation Organization	RPr	Rahmenprogramm
PM	Premierminister/in	RSA	Republik Südafrika
PNC	Palestinian National Council	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty	RTL	Radio Télévision Luxembourg
Pol	Politik/Politische		

RUM	Rumänien	SRR	Sicherheitsratsresolution
S/SCN	Schweden	SS	Schutzstaffel
SA	Südafrika	SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	StA	Staatsanwaltschaft
SALT	Strategic Arms Limitation Talks	START	Strategic Arms Reduction Talks
SAM	Sowjetisches Außenministerium	StäV	Ständige Vertretung
SB	Sonderband bzw. Sonderberichterstatter	StGB	Strafgesetzbuch
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	StM(in)	Staatsminister/in
SCC	Special Consultative Commission	StPr	Staatspräsident/in
SCZ	Schweiz	StS	Staatssekretär/in
SDI	Strategic Defense Initiative	StV	Ständige(r) Vertreter/in
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR	SU	Sowjetunion
SEC	Secretariat	SUA	Südafrika
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	SV	Sichtvermerk
SGV	Sondergeneralversammlung	SWAPO	South West Africa People's Organization
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	SYR	Syrien
SIS	Schengener Informationssystem	SZR	Sonderziehungsrechte
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	T/TR/TUR	Türkei
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	TASS	Telegrafnoje agentstwo Sowjetskogo Sojusa
SNF	Short-Range Nuclear Force	TAZ	Tageszeitung
SOW	Sowjetunion	Tgb.	Tagebuch
SP/SPA	Spanien	TIB	Tibet
SPC	Senior Political Committee	TNS	Teilnehmerstaaten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SR	Sicherheitsrat	TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme, Violence Internationale
XCVI		TSE/TSL	Tschechoslowakei
		TTBT	Threshold Test Ban Treaty
		TTR	Trägertechnologie-Regime
		TVP	Telewizja Polska
		TZ	Technische Zusammenarbeit
		U/UNG	Ungarn

UA	Unterabteilung	VA	Verwaltungsangestellte(r)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	VAE	Vereinigte Arabische Emirate
UK	United Kingdom	VAM	Vizeaußenminister/in
UN	United Nations	VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development	VDK	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
UNEP	United Nations Environment Programme	VE	Verrechnungseinheit
UNFPA	United Nations Population Fund	VEB	Volkseigener Betrieb
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees	VEN	Venezuela
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund	VIE	Vietnam
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon	VKSE	Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola	VLR (I)	Vortragende/r Legationsrat/rätin (I. Klasse)
UNO	United Nations Organization	VM	Verteidigungsminister/in
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group	VN	Vereinte Nationen
UP	Usine Plutonium	VO	Verordnung
UR	Uruguay-Runde	Vors.	Vorsitz bzw. Vorsitzende(r)
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques	VP	Vizepräsident/in
URU	Uruguay	VR	Volksrepublik
US/USA	United States of America	VRC	Volksrepublik China
USAFE	United States Air Forces in Europe	VS(-v)	Verschlusssache (vertraulich)
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei	VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
USAREUR	United States Army, Europe & Seventh Army	VVSBM	Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
USEUCOM	United States European Command	WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
USG	Under-Secretary-General	WAD	Wiener Abschlußdokument
USP	Ungarische Sozialistische Partei	WB	Weltbank
		WDR	Westdeutscher Rundfunk
		WEU	Westeuropäische Union
		Wi	Wirtschaft

WFT	Wiener Folgetreffen	WVO	Warschauer Vertragsorganisation
WG	Working Group		
WHO	World Health Organization	WWG	Weltwirtschafts- gipfel
WINTEX	Winter Exercise	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
WJC	World Jewish Congress		
WP	Wahlperiode bzw. Warschauer Pakt	ZA	Zentralamerika
WT	Wiener Treffen	ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	Ziff.	Ziffer
WV	Wiedervorlage bzw. Wiener Verhandlungen	ZK	Zentralkomitee
		ZYP	Zypern

Dokumente

1

Gesandter Bauch, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 10****Cito****Aufgabe: 3. Januar 1989, 11.30 Uhr¹****Ankunft: 3. Januar 1989, 12.46 Uhr**

Betr.: Innere Lage Polens;

hier: Resümee zum Jahreswechsel (auch für Treffen BM–AM Olechowski am 9.1.1989 in Paris²)

Zur Unterrichtung

1) Das Jahr 1988 hat die Herrschaft der kommunistischen PVAP weiter geschwächt. Die Führung des Landes setzt ihren Machtanspruch in verschiedenen Bereichen (z. B. Ideologie, Medien, Erziehung, Wirtschaft) nur noch teilweise durch. Entstehende Freiräume weisen aufgrund ihres Regelungsdefizits ein hohes Maß an Instabilität auf (z. B. faktische Existenz unabhängiger Arbeitnehmervertretungen in zahlreichen Betrieben; Entstehung sozialer Ungerechtigkeiten).

2) Der innere Zustand der Partei (2 Mio. Mitglieder, davon nur ca. ein Fünftel aktive oder pensionierte Arbeitnehmer) ist weitgehend desolat. Er ist gekennzeichnet durch Resignation, Unmut über Kurswechsel und Einflußverlust, Überalterung, strukturelle Probleme, Ideologiedefizit. Ansätze zu einer Parteireform stoßen auf Widerstand des primär auf Machterhalt bedachten Apparates.

3) Auslöser der beiden Streikwellen des Jahres 1988 (April/Mai, August) waren die Effekte einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Die bald dominierenden politischen Forderungen bewiesen jedoch, daß das System insgesamt in Frage gestellt war. Auch wenn nicht die gesamte Bevölkerung die Streiks getragen haben mag, so stand doch auch praktisch niemand auf seiten der herrschenden Gruppe.

4) Die wichtigste Forderung der Streikenden galt der Wiederzulassung von „Solidarität“. „Solidarität“ ist dabei vor allem auch Synonym für eine – häufig sehr allgemeine – Idee, sie verbindet sich nicht unbedingt mit bestimmten organisatorischen Vorstellungen. Die Frage, wie stark die (Organisation) „Solidarität“ noch sei, ist daher angesichts der Lebendigkeit und möglichen Stoßkraft der Idee und Bewegung eher zweitrangig.

¹ Das Fernschreiben wurde von Legationsrat Freiherr von Fritsch, Warschau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 3. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Almer „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „RL hat Durchdruck.“

Hat Almer am 3. Januar 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olechowski trafen am Rande der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen zusammen. Themen des ersten Gesprächsteils waren die bilateralen Beziehungen, auch auf kulturellem Gebiet, die Entwicklung in Polen sowie Umschuldungs- und Kreditfragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14162 (010); B 150, Aktenkopien 1989.

Während eines zweiten Gesprächs anlässlich eines Mittagessens erörterten Genscher und Olechowski die Beziehungen Polens zu den Europäischen Gemeinschaften, die Entwicklung in Polen sowie die steigende Zahl polnischer Asylbewerber in der Bundesrepublik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

5) Die Opposition ist in ihren Forderungen von einem hohen Maß an Einigkeit geprägt. Integrierendes Moment ist der Kampf für eine unabhängige Gewerkschaft, integrierende Persönlichkeit Lech Wałęsa. Mit großem politischen Geschick und gegen manche Schwierigkeiten behauptete er sich als die schließlich auch von den Machthabern wieder akzeptierte Führungspersönlichkeit der Opposition.

6) Eine entscheidende Schwäche der Opposition liegt in den sehr begrenzten ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Eine gemäßigte, auf harte Konfrontation möglichst verzichtende Politik ist gerade deshalb schwer durchzusetzen. Hier liegt die potentielle Gefährdung der Position Wałęsas.

7) Angesichts der Schwäche der polnischen Führung wie der Opposition erwies sich die römisch-katholische Kirche erneut als entscheidend stabilisierender Faktor des Landes. Entsprechend gilt jedoch auch, daß die Schwäche der politischen Kontrahenten Bedingung der starken Position der Kirche ist. Weit mehr denn als religiös-moralische Instanz wird sie als Institution nationaler Identität und Kontinuität akzeptiert. Ernstzunehmende Kritik an der als zu kompromißorientiert angesehenen Politik der derzeitigen Kirchenführung legt jedoch die Annahme nahe, daß kirchlichen Moderationsversuchen künftig nicht immer der gleiche Erfolg beschieden sein dürfte wie in der Vergangenheit. In einer ausgeprägt an Persönlichkeiten orientierten Politik erweist es sich überdies als Defizit, daß der gegenwärtige Primas³ nicht in gleichem Maße über persönliche Autorität und Charisma verfügt wie sein Vorgänger Wyszyński.

8) Bis in den frühen Herbst hinein reagierte die Führung fast ausschließlich defensiv auf die bedrohliche Entwicklung im Lande. Um eine weitere Zuspitzung zu vermeiden, zeigte sie sich schließlich bereit, substantiell auf die Forderungen der Opposition einzugehen (Verhandlungen Wałęsa–Kiszcza⁴, Idee des „Runden Tisches“⁵).

9) Mit der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch M. Rakowski (27.9.) begann sich erstmals wieder eine offensive Strategie der Führung abzuzeichnen. Durch Modernisierung, Effizienzsteigerung und partielle Flexibilisierung der Machtausübung soll sie die führende Rolle der Partei und den sozialistischen Charakter des Systems auch zukünftig sichern. Die traditionelle Nomenklatur soll um die Gruppe aufstrebender Privatunternehmer erweitert werden (Beispiel: Industrieminister Wilczek). Zugeständnisse an die Opposition i.S. einer Machtbeteiligung sind eher Ultima ratio einer auf Beruhigung und Verbesserung der Situation durch weitgehende ökonomische Reformen und atmosphärische Konzessionen zielenden Politik.

10) Vertreter der neuen Linie sind neben Rakowski eine Gruppe jüngerer, pragmatisch orientierter Politiker mit praktischer Verwaltungs- und Wirtschaftserfahrung.

Opposition gegen den neuen Kurs dürfte vor allem bei den Funktionären des Parteiapparates vorhanden sein, die ihre traditionelle Machtposition gefährdet

³ Józef Glemp.

⁴ Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, und der polnische Innenminister Kiszcza trafen am 31. August 1988 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 249.

⁵ Die Verhandlungen am „Runden Tisch“ begannen am 6. Februar 1989 in Warschau. Vgl. dazu Dok. 42.

sehen. Auch der lediglich aus der Führung, nicht aus Apparat und Basis verdrängte „Partei-Beton“ wird Veränderungen Widerstand entgegensetzen.

Andere Mitglieder der Führung dürften jederzeit bereit sein, einen strauchelnden Rakowski zu endgültigem Fall zu bringen. Als problematisch gilt sein Verhältnis zum Wirtschaftsexperten Baka, zum zeitweilig ausgespielten Innenminister Kiszcak und zum auf eigenen Erfolg bedachten Ideologie-Chef Orzechowski.

Eher blaß wirkt inzwischen die Rolle Jaruzelskis, der gelegentlich amtsmüde wirkt und auch nach außen hin nicht als bestimmende Kraft der neuen Entwicklung erscheint. Ernstzunehmende Bestrebungen, ihn abzulösen, dürfte es jedoch derzeit nicht geben.

11) Die Erfolgsaussichten der neuen Konzeption müssen eher skeptisch beurteilt werden. Die verbleibenden Hindernisse allein im wirtschaftlichen Bereich sind enorm. In weiten Teilen der Gesellschaft dominiert jenseits der Organisation des privaten Bereichs unverändert eine Haltung weitgehender Passivität. In der jüngeren Generation zeigen sich vor allem zwei Tendenzen: Bereitschaft zur Radikalisierung der Auseinandersetzung bzw. Nachlassen traditionellen Patriotismus' (ökonomisch motivierte Absetzbewegung ins Ausland).

12) Eine in dieser Kraßheit neue Erscheinung könnte in den kommenden Monaten zum Auslöser neuer Konflikte werden: Die Entstehung einer mit allen Attributen sozialer Gegensätze verbundenen Zwei-Klassen-Gesellschaft von Devisenbesitzern einerseits und zum Leben mit dem Złoty Verurteilten andererseits. Die von der Regierung Rakowski mehr oder minder ausgegebene Parole „enrichissez-vous, (Genossen)“, zeitigt einen Ellenbogen-Kapitalismus, in dem der Dollar sich machtvoll durchsetzt und dem hinlängliche soziale Sicherungen fehlen. Beschleunigt sich diese Entwicklung weiter, so wird sich der Unmut einer traditionell egalitär gestimmten Gesellschaft ein Ventil suchen.

[gez.] Bauch

Referat 214, Bd. 139853

2

Botschafter Hellner, Tripolis, an das Auswärtige Amt**114-10031/89 VS-vertraulich****Aufgabe: 4. Januar 1989, 16.00 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 7****Ankunft: 4. Januar 1989, 17.23 Uhr****Citissime nachts**Betr.: Angebliche C-Waffen-Produktion in Rabta²Bezug: DB Nr. 5 vom 3.1.89 – Pol 363.00 VS-Tgb. 2/89³DB Nr. 717 vom 15.11.88 – Pol 363.00 LIY⁴Telefonat Dg31⁵/Hellner vom 4.1.89

1) Stellvertretender LIY Außenminister Muftah al-Mahdi bestellte mich heute nach Bezugstelefonat ins libysche Außenministerium ein. Meinem weisungsgemäßen Treffen mit Revolutionsführer Gaddafi vom Vortage (s. Bezugs-DB Nr. 5) aufgrund teilte er mir folgendes mit:

Revolutionsführer Gaddafi bedanke sich mit Nachdruck für das Interesse der Bundesregierung an einer positiven Regelung der erörterten Frage. Auch das mit persönlicher Einsatzbereitschaft unterlagerte dienstliche Interesse des Botschafters wisse er sehr zu schätzen und hoffe, im Kontakt zu bleiben. Zur Sache selbst führte Mahdi folgendes aus:

1.1) Libyen habe alle chemische Waffen und Kampfstoffe betreffenden internationalen Abkommen wie viele andere Staaten unterzeichnet und halte sie auch strikt ein. Dies habe seine Regierung in den letzten Wochen immer und immer wieder betont (s. a. DB 717).

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 5. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup verfügte.

Hat Kastrup am 5. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bazing und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vollers verfügte.

Hat Bazing am 5. Januar 1989 vorgelegen.

Hat Vollers am 5. Januar 1989 vorgelegen.

² Im November 1988 wurde die Bundesregierung durch die amerikanische Regierung darüber informiert, daß nach Geheimdiensterkenntnissen in der Nähe der libyschen Stadt Rabta mit Hilfe von Firmen aus der Bundesrepublik eine Fabrik zur Herstellung chemischer Waffen errichtet würde. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 373.

³ Botschafter Hellner, Tripolis, berichtete, er habe mit Oberst Gaddafi über die Entsendung einer Expertengruppe zur Inspektion der Chemieanlage in Rabta gesprochen. Dieser habe geäußert, „ein solches Unterfangen sollte zwischen befreundeten Ländern wie den unsrigen in irgendeiner Form realisierbar sein, und er würde sich sofort mit den entsprechenden Stellen der hiesigen Regierung in Verbindung setzen und mir eine Antwort baldmöglichst zukommen lassen. Im Laufe des Gesprächs stellte Gaddafi die rhetorische Frage, ob derartige Inspektionen nicht auch in entsprechenden (evtl. von Libyen zu benennenden?) Werken Israels möglich wären.“ Vgl. VS-Bd. 14548 (424); B 150, Aktenkopien 1989.

⁴ Botschafter Hellner, Tripolis, teilte mit, der stellvertretende libysche Außenminister al-Mahdi habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über ein Schreiben des libyschen Außenministers al-Talhi an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar informiert. Darin weise die libysche Regierung alle Anschuldigungen hinsichtlich der amerikanischen Vorwürfe, Libyen produziere chemische Waffen, zurück. Libyen sei Vertragspartner des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 und erneuere „seine Verpflichtung zur Erfüllung aller einschlägigen internationalen Vereinbarungen und Beschlüsse“. Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

⁵ Heinz Fiedler.

1.2) Libyen stimmt uneingeschränkt allen internationalen Mechanismen zu, die alle Staaten gleichermaßen entsprechenden Kontrollen auch für die Produktion von C-Waffen unterwerfen. Libyen wende sich allerdings dagegen, daß es als einziges Land auf diskriminierende Weise solchen Kontrollen unterzogen werden soll. Sein Land sei bereit, jedem diesbezüglichen Abkommen unverzüglich beizutreten. So sei auch Libyens Interesse zu verstehen, an der C-Waffen betreffenden Konferenz in Paris (7.–11.1.89)⁶ auf Ministerebene teilzunehmen.

1.3) Libyen werde, wie ebenfalls in der Vergangenheit auf verschiedenster Ebene mehrfach angekündigt, zur Einweihung des pharmazeutischen Werkes die in Libyen akkreditierten Botschafter, Journalisten und Sachverständigen, die es wünschten, einladen.

1.4) Die libysche Regierung möchte darauf hinweisen, daß die Unbedenklichkeit der Produktion in Rabta sich eigentlich auch schon daraus ergeben sollte, daß Tausende von Menschen im unmittelbaren Umkreis oder auf dem Gelände dieses Werkes wohnen.

Anmerkung: Gegenwärtig befinden sich etwa tausend bis tausendfünfhundert Demonstranten auf dem Gelände, die auch dort bleiben wollen.

Auch müsse sie darauf hinweisen, daß durch einen Angriff auf dieses Werk durch die Vernichtung der dort selbstverständlich für die Produktion von Medikamenten lagernden chemischen Grundstoffe Tausende von Menschen innerhalb und außerhalb Libyens in unverantwortlicher Weise in Gefahr gebracht würden.

2) Im Anschluß an diese offizielle Erklärung entspann sich ein längeres Gespräch mit al-Mahdi, der noch einmal betonte, daß diese Frage „unter Freunden“, und zu diesen zähle er aufgrund der jüngsten Erfahrungen und Kontakte mit der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland auch die Deutschen, in jeder Hinsicht erörtert und beleuchtet werden könne. Wir müßten jedoch auch verstehen, daß Libyen sich keinem aus seiner Sicht unberechtigten Druck beugen könne, zumal dieser auch noch die diskriminierende Komponente enthalte, daß lediglich Libyen dem Verdacht ausgesetzt wird, chemische Waffen zu produzieren, und daß dieses verhindert werden müsse, während andere Staaten, die diese Waffen produzieren und sie zudem entgegen internationalen Regeln auch noch einsetzen (und zwar auch in der hiesigen Region, fügte er hinzu), unbehelligt blieben und sich gleichen Inspektionen nicht zu unterziehen bräuchten.

Auch habe man libyscherseits den Eindruck, daß alle Beobachtungen nur zur Untermauerung einer vorgefaßten Meinung herangezogen würden. Dazu gehöre u. a. auch die Schlußfolgerung, daß aus der Verteidigungsbereitschaft des pharmazeutischen Betriebes auf dessen C-Waffen-Produktionsfähigkeit geschlossen würde. Offenbar dürfe man seine Industrien nicht gegen erwartete ungerechtfertigte feindliche Akte verteidigen, so gut es ginge. Würde man sich der gewünschten singulären Kontrolle unterwerfen, würde dies Präjudizien für alle möglichen Eingriffe in die staatliche Souveränität darstellen. So könne man morgen behaupten, daß ein Staudamm kriegswichtiger Produktion diene und daher zerstört werden müsse.

⁶ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 5.

[3] Zum Abschluß brachte al-Mahdi seine mit DB Nr. 802 (Pol 363.00/1 VS-NfD) vom 29.12.88 in Ziff. 1.2. übermittelte Frage⁷ in Erinnerung. Insoweit bittet die Botschaft, wie im Bezugstelefonat bereits erwähnt, erneut um Weisung.

4) Bewertung

Unabhängig von der Frage, ob die von den Amerikanern vorgetragenen Behauptungen beweisbar sind – hierzu kann die Botschaft aufgrund der ihr vorliegenden Beweisunterlagen nichts sagen –, erscheint mir die Reaktion der libyschen Seite bei Kenntnis der arabischen Mentalität durchaus plausibel. Der arabische Stolz läßt es einfach nicht zu, sich vor der Weltöffentlichkeit diskriminieren zu lassen. Mir erscheint es daher sinnvoll, ein Inspektionsbegehren aus der Anruchigkeit der Diskriminierung dadurch herauszuführen, daß auch das ein oder andere hier interessierende Land mit in die Inspektion einbezogen wird. Oder man müßte der libyschen Seite das Gefühl vermitteln, daß dieses Vorgehen keine diskriminierende Komponente enthält. Wie dies allerdings geschehen soll, ist aus meiner Sicht bei der psychologischen Drucksetzung seitens der USA nicht ersichtlich. Auch habe ich unter Beobachtung der lokalen politischen Bühne den Eindruck, daß die seit der Kabinettsneubildung im März 1987 eingeleitete Neuorientierung der libyschen Politik nicht genügend in die politischen militärischen (?) Entscheidungen einbezogen wird (zur Neugestaltung der libyschen Politik vgl. DB Nr. 791–793 vom 25.12.88 – Pol 310.10/0 VS-NfD⁸). Nach meiner Einschätzung wird sich durch Pressionen bei der libyschen Führung nichts ausrichten lassen. Langfristig könnte dieses sogar zu einer erneuten Verhärtung führen, da man die eigenen Bemühungen um Normalisierung desavouiert sehen wird.

[gez.] Hellner

VS-Bd. 13037 (200)

⁷ Botschafter Hellner, Tripolis, unterrichtete über ein Gespräch mit dem stellvertretenden libyschen Außenminister vom Vortag. Darin habe al-Mahdi mit Blick auf eine mögliche militärische Aktion der USA gegen die Chemieanlage in Rabta u. a. gefragt: „Sei es auch ausgeschlossen, daß eine Steuerung eines amerikanisch-israelischen (sic) Angriffes auf Libyen durch die in Stuttgart (?) sich befindende amerikanische Flugbefehlszentrale erfolge?“ Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

⁸ Botschafter Hellner, Tripolis, analysierte Führungsstrukturen und personelle Konstellationen in Libyen sowie die libysche Nahostpolitik. Zu den übergeordneten Überlegungen der libyschen Politik konstatierte er: „Langfristiges Bemühen um Anschluß an politische Entwicklungen in der arabischen Welt wie auch international, wobei augenblicklich die Bemühungen um bessere Beziehungen zum Europa der Zwölf im Mittelpunkt stehen [...]. Für die europäischen Staaten liegt hierin aus hiesiger Sicht eine Chance, einem entsprechend disponierten Libyen behutsam behilflich zu sein, sich aus der selbstverschuldeten Isolation ohne größere Blessuren zu lösen, und dabei einen maßgebenden Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes auszuüben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154186.

3

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew

VS-vertraulich

9. Januar 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Mitglied des Politbüros, ZK-Sekretär Alexander N. Jakowlew, am 9. Januar 1989, 9.30 Uhr bis 11.50 Uhr, im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer: Botschafter Julij Kwizinskij; sowjetischer Dolmetscher; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Dolmetscher Weiß.

Der *Bundeskanzler* begrüßte Jakowlew und gab seiner Hoffnung Ausdruck, ihn bald wiederzusehen, aber dann zu einem günstigeren Zeitpunkt, der ein ausführlicheres Gespräch ermögliche. Er sei sehr daran interessiert, auch auf dieser Ebene ein kontinuierliches Gespräch zu führen. Er lege großen Wert darauf, daß sie gemeinsam gute Gespräche führen könnten. 1989 werde ein sehr wichtiges Jahr, für das er Jakowlew ganz persönlich alles Gute wünsche.

ZK-Sekretär *Jakowlew* bedankte sich. Er berichtete, daß er vor seinem Abflug ein längeres Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow geführt habe. Dieser sei über sein Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler unterrichtet gewesen. Der Generalsekretär richte dem Bundeskanzler aus, daß alles in Kraft bleibe, was in Moskau³ verabredet worden sei. Bei der Vorbereitung des Gegenbesuches gingen sie davon aus, daß auch das nächste Zusammentreffen in Bonn⁴ ein großes politisches Ereignis werde. Ihre Absicht sei es, alles das, was in Moskau vereinbart worden sei, bis zum Gegenbesuch zum Abschluß zu bringen.

Der *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die Bedeutung des Jahres 1989. Er habe dies nicht zuletzt⁵ aufgrund des zu erwartenden Besuches von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn in dieser Weise charakterisiert. Er wolle nachdrücklich unterstreichen, daß dieser Besuch von Generalsekretär Gorbatschow für ihn eine wichtige Sache sei, die er zur persönlichen Sache mache. Wer ihn kenne, wisse, daß er dergleichen nicht allzu schnell sage.

Im übrigen wolle er auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß das Bundeskabinett am morgigen Tage weitere Hilfsmaßnahmen für Armenien⁶

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. Januar 1989 gefertigt und am 16. Januar 1989 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1989.

² Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, hielt sich vom 5. bis 9. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Aleksandr JAKOVLEV, *Perestrojka: 1985–1991. Neizdannoe, maloizvestnoe, zabytoe, pod red. A.A. Jakovleva*, Moskau 2008, Dok. 57.

³ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁴ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ Korrigiert aus: „nicht bis zuletzt“.

⁶ Referat 301 vermerkte am 19. Dezember 1988, am 7. Dezember 1988 habe sich in der Armenischen SSR ein Erdbeben der Stärke 6,9 auf der Richterskala ereignet. Da das Epizentrum in dichtbesiedeltem

beschließen werde. Er wolle dies als Geste nicht nur gegenüber der betroffenen armenischen Bevölkerung, sondern auch gegenüber der sowjetischen Führung verstanden wissen. Er wolle damit seinen Willen bekräftigen, die Beziehungen positiv zu entwickeln. Bei diesen beabsichtigten Hilfsmaßnahmen werde es voraussichtlich um den Bau eines Container-Krankenhauses und um die Zurverfügungstellung von Zuchtvieh gehen. Er wolle damit sehr konkret den Menschen helfen, aber es auch als Geste gegenüber der Sowjetunion verstanden wissen. Er bat Jakowlew, dem Generalsekretär mitzuteilen, daß dies seine erklärte Absicht sei. Im übrigen würden die Menschen in beiden Ländern solche Maßnahmen besser verstehen als viele Reden von Politikern. Für ihn sei eine solche Unterstützung gewissermaßen auch ein psychologischer Auftakt zum neuen Jahr. Ebenso sollte Jakowlew dem Generalsekretär mitteilen, daß auch für ihn alles weiterhin gelte, was in Moskau verabredet sei.

Im übrigen sei er dafür, daß für den Gegenbesuch kein besonders langes gemeinsames Dokument vorbereitet werden solle. Seine Devise laute: knapp, aber gut. Dieses gemeinsame Dokument solle gewissermaßen als neues Blatt in das Buch der Geschichte eingehen. Er selbst sehe keine unlösbaren Probleme.

Wichtig bleibe die Berlin-Frage. Die Bemühungen sollten fortgeführt werden, eine dauerhafte Formel zu finden. Dies müßte bei gutem Willen beider Seiten möglich sein.

Er wünsche dem Generalsekretär für seine Politik der Reformen Erfolg. Dies sei das Interesse der Bundesregierung. Eine sowjetische Politik der Öffnung sei im Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

ZK-Sekretär *Jakowlew* überreichte dem Bundeskanzler nach seiner Aussage ein „Souvenir“, den Splitter einer zerstörten SS-20-Rakete, die am 26. November 1988 gesprengt worden sei. Diese Rakete habe die Bundesrepublik jetzt auf eine andere Weise erreicht.

In dieser Form seien Raketen am sympathischsten, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er berichtete, daß er schon 1940 als kleiner Junge in seiner Heimatstadt Bombensplitter gesammelt habe. Er habe also sehr früh Erfahrungen damit gemacht. Der Bundeskanzler fragte Jakowlew nach der politischen Entwicklung in der Sowjetunion.

Wenn er die Lage charakterisieren wolle, erwiderte *Jakowlew*, könne er auf diese Frage keine eindeutige Antwort geben. Im großen und ganzen sei die Lage normal. Die Führung habe die politische Situation fest im Griff. Andererseits würden Schwierigkeiten offen zutage treten, die sie auch nicht herunterspielen wollen. Sie erforderten große Anstrengungen. Dabei handele es sich um objektive

Fortsetzung Fußnote von Seite 9

Gebiet gelegen habe, seien Städte wie Lenakan, Kirowakan und Spitak nahezu vollständig zerstört. Nach amtlichen sowjetischen Angaben habe es über 23 000 Tote und ca. 500 000 Obdachlose gegeben; Infrastruktur und Fabriken seien ebenfalls schwer verwüstet worden. Die sowjetische Regierung habe ein Hilfsangebot der Bundesregierung vom 8. Dezember 1988 am Folgetag angenommen und erstmals auch Hilfe des Auslands erbeten. Die Hilfsleistungen aus der Bundesrepublik aus öffentlichen und privaten Mitteln beliefen sich bislang auf über 44 Mio. DM. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147125. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 13. Januar 1989: „Das Kabinett hat am 10.1.1989 grundsätzlich zwei Projekte der Wiederaufbauhilfe für Armenien gebilligt: ein Krankenhaus in Fertigbauweise mit einem Ansatz von 14 Mio. DM sowie Lieferung von Zuchtvieh als Infrastrukturmaßnahme für die schwer betroffene Landwirtschaft mit einem Ansatz von 4 Mio. DM.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147126.

Schwierigkeiten, die im großen und ganzen vorhersehbar waren. So seien die Nationalitätenprobleme nicht überraschend. Sie hätten jedoch nicht erwartet, daß sie in diesem Ausmaße und mit dieser Schärfe auftreten würden. Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht unerwartet. Sie hätten jedoch erwartet, daß die neuen Wirtschaftsmechanismen schneller wirksam würden. Diese Erwartung habe sich nicht erfüllt.

Vor allem hätten sich die Probleme im Zusammenhang mit dem Geldumlauf verschärft. Dies sei damit zu erklären, daß die Betriebe im Rahmen der eigenen Rechnungsführung ihre Gewinne in stärkerem Maße für Löhne und Gehälter ausgeben würden. So habe der Geldumlauf in starkem Maße zugenommen. Aus den Läden und Geschäften sei deshalb alles aufgesaugt worden. Deshalb seien die Regale leer. Ministerpräsident Ryschkow habe jetzt die Leitung einer Kommission übernommen, die diese Probleme studiere. Hinzu komme das Problem des Haushaltsdefizits. Alle diese Probleme wollten sie dadurch positiv lösen, daß sie die Abrüstung zu einem vorrangigen Thema machen, daß sie Afghanistan zu Ende bringen wollten und möglicherweise auf Großprojekte im Innern verzichten oder sie zeitlich verschieben. Beispielsweise sei daran gedacht worden, eine neue Straße nach Georgien zu bauen, um eine Begradigung zu erreichen. Aufgrund der damit auftretenden ökologischen Probleme gebe es jedoch jetzt für dieses Projekt keine öffentliche Unterstützung mehr. Deshalb werde man möglicherweise völlig auf den Bau dieser Straße verzichten.

Auf der letzten Politbüro-Sitzung sei auch die Art und Weise der Kapitalinvestitionen kritisiert worden. Die Wirtschaftsreformen könnten nicht im vorgesehenen Maße durchgeführt werden, weil sie durch die vorhandene Geldmasse gestört würden. Allerdings müsse er auch sagen, daß sie auch Pech gehabt hätten. Tschernobyl⁷ habe bisher 7 bis 8 Milliarden Rubel gekostet; Armenien 8 Milliarden; möglicherweise sogar mehr. Es müßten ja auch die Kosten einbezogen werden, die durch den Einsatz von Militär, von Kräften des Innenministeriums, des Staatsschutzes und anderer entstünden. Dies seien alles Kosten, die in keiner Statistik auftauchen würden. Für den direkten Neuaufbau würden sie 8 Milliarden Rubel ausgeben.

Pech habe man auch in der Landwirtschaft gehabt. Es wäre für sie sehr gut, wenn sie wieder einmal eine gute Ernte einbringen könnten.

Er habe dem Bundeskanzler ein ungeschminktes Bild geschildert. Er sei jedoch nicht geneigt, die Lage zu dramatisieren. Die Wirtschaftswissenschaftler erwarteten, daß die Wirtschaftsreformen bereits in diesem Jahr ihre Wirkung entfalten würden. Seit dem 1. September sei die gesamte sowjetische Industrie auf eine neue Grundlage gestellt worden. Damit habe man die Zweiteilung der Wirtschaft aufgehoben, die bisher darin bestanden habe, daß die eine Hälfte der Unternehmen auf eigene Rechnungsführung gearbeitet habe und die andere Hälfte nicht.

⁷ Am 26. April 1986 explodierte aufgrund von Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln der Reaktor in Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl. In der Folge wurden große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt, die in der Umgebung zu zahlreichen Toten führte und als radioaktiver Niederschlag viele europäische Staaten traf. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 127, Dok. 128, Dok. 136, Dok. 138 und Dok. 144.

Gute Fortschritte hätte man aufgrund der Pachtverträge in der Industrie erreicht. In diesem Zusammenhang hätte es auch fehlerhafte Prognosen gegeben, weil sie ursprünglich geglaubt hätten, daß sie mit den Pachtverträgen in der Landwirtschaft schnellere Wirkung erreichen würden als in der Industrie. Die Realität zeige, daß die Erfolge in der Wirtschaft rascher sichtbar würden. Die Arbeiter hätten Betriebe übernommen. Sie würden die Schulden rasch zurückzahlen und schon im ersten Jahr Gewinn machen. Ursprünglich hätten sie die Befürchtung gehegt, daß die Belegschaften die Fonds auffressen und sie nicht investieren würden. Diese Befürchtungen hätten sich jedoch nicht eingestellt. Die Arbeiter seien nicht interessiert, die Betriebe in die Pleite zu führen. Sie wiesen von sich aus darauf hin, daß sie in der Nähe dieser Betriebe wohnten und Kinder zu versorgen hätten.

Vor drei Wochen habe die sowjetische Führung den Beschluß gefaßt, daß jeder Betrieb das Recht erhalte, Außenhandelsbeziehungen selbständig aufzunehmen, wenn seine Produkte konkurrenzfähig seien.

Er wolle jedoch nicht verhehlen, daß es vor allem in den Ministerien ernstzunehmende konservative Kräfte gebe, die ihre bisherigen Positionen nicht räumen wollten. Dies sei seit Adam und Eva so, warf der *Bundeskanzler* ein. Dies gelte heute aber in besonderer Weise, fuhr *Jakowlew* fort. Sie seien ebenso entschlossen, ein Großhandelssystem einzuführen. Die Ministerien würden damit eines starken Mittels beraubt, das es ihnen möglich machte, umfangreiche Fonds zu verteilen.

Im Augenblick bereite sich die sowjetische Führung auf Wahlen⁸ vor. Dies sei nicht leicht, aber sie erwarte am Ende ein gutes Ergebnis. Dann werde man sich auf die Arbeit eines neuen Parlamentes einstellen müssen, das sicherlich die Nerven strapazieren werde, aber dies im positiven Sinne. Sie hätten sicherlich viele Probleme. Er könne heute schon sagen, daß Generalsekretär Gorbatschow mit neuen Erfahrungen nach Bonn kommen werde, so mit den Erfahrungen der Wahlen, des neuen Parlamentes.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach der Struktur der Wahlkreise. ZK-Sekretär *Jakowlew* erläuterte, daß die Abgeordneten zu zwei Dritteln über die Wahlkreise und zu einem Drittel von gesellschaftlichen Gruppen gewählt werden sollen. In der Regel werde mehr als ein Kandidat aufgestellt. Pro Wahlkreis könnte jedoch nur ein Abgeordneter gewählt werden. Erreiche ein zweiter Kandidat mehr als 40 % der abgegebenen Stimmen, werde er stellvertretender Abgeordneter bzw. Nachrücker. Morgen werde das ZK-Plenum zusammentreten, um die Kandidaten der Partei aufzustellen. Die Partei habe 300 Kandidaten für die Parteiliste nominiert, die für das ganze Land gelte. Von diesen 300 Kandidaten könnten jedoch nur 100 gewählt werden. Die Schriftsteller können 25 Abgeordnete stellen, doch habe bereits der Moskauer Verband 23 Kandidaten aufgestellt. Wie der Schriftstellerverband am Ende 25 Abgeordnete auswählen wolle, sei für ihn offen.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erwiderte ZK-Sekretär *Jakowlew*, daß Minister nur kandidieren könnten, wenn sie ihr Amt zur Verfügung stellen würden. Ebenso müsse ein Abgeordneter, wenn er zum Minister ernannt

⁸ Am 26. März 1989 wurden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten abgehalten. Vgl. dazu Dok. 78.

werden sollte, sein Amt niederlegen. Gewaltige Arbeit sei zu leisten, weil sie auch erstmalig durchgeführt werden müsse.

Der Bundeskanzler wünschte Jakowlew gutes Gelingen. Er selbst sei seit 16 Jahren Parteivorsitzender. Vor wenigen Wochen habe er in seiner Amtsdauer Konrad Adenauer übrundet. Von daher sei ihm das Problem der Kandidatenaufstellung sehr vertraut.

Der Bundeskanzler berichtete, daß er Konrad Adenauer in den letzten Jahren seines Lebens sehr nahegestanden habe. Dies sei nicht von Anfang an der Fall gewesen. 1953 habe er noch auf dem CDU-Bundesparteitag⁹ Adenauer angegriffen. Damals sei er selbst noch Student gewesen. Später seien sie sich dann sehr nahe gekommen. Adenauer habe ihm einmal gesagt, daß er zu früh Abgeordneter geworden sei und daher in der Gefahr stehe, Zyniker zu werden. Adenauer sei in seiner Anlage jedoch eher Zyniker gewesen als er selbst. Heute verstehe er diese Aussage von Adenauer sehr gut, weil er wisse, wieviel Gemeinheiten ein Mensch in der Politik erleben könne. Er wolle jedoch auch hinzufügen, daß es viele anständige Menschen gebe. Andererseits würden solche Erfahrungen aber auch dazu führen, daß Gegensätze parteipolitischer Art überwunden würden. Dies gelte beispielsweise für seine Beziehungen zu Willy Brandt. Politisch hätte es früher und auch heute viele Meinungsverschiedenheiten gegeben. Dagegen sei jedoch das persönliche Verhältnis immer besser geworden, weil sie beide in ihrem politischen Leben vergleichbare Erfahrungen machen mußten.

Er glaube, daß es auch solche Erfahrungen im internationalen Bereich gebe. Während er Jakowlew zugehört habe, habe er dies gerade so empfunden. Übrigens hätte er auch gleiches an dem Abend empfunden, den seine Frau und er mit dem Ehepaar Gorbatschow verbracht hätten. Solche gemeinsamen Erfahrungen könnten dazu führen, daß Gesprächspartner menschlich offener zueinander würden. Darin liege eine Chance.

Darin liege auch zum Teil sein Erfolg bei Präsident Reagan begründet. Er habe mit Reagan ein sehr offenes Verhältnis entwickelt, obwohl sie beide sehr unterschiedlich seien und einer unterschiedlichen Generation angehören würden. Reagan sei sicherlich kein Intellektueller, er habe ihn jedoch als einen zuverlässigen Mann kennengelernt. Deshalb wolle er noch einmal unterstreichen, daß über alle bürokratischen Beziehungen hinaus persönliche Beziehungen von besonderer Bedeutung seien, um ein Gefühl füreinander zu gewinnen bzw. die Chance zu haben, den Partner besser verstehen zu können, und zu lernen, was man ihm zumuten könne und was nicht.

ZK-Sekretär *Jakowlew* stimmte dem Bundeskanzler zu. Auch er habe die Entwicklung der Beziehungen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow erlebt. Wenn man den gesamten Weg von der ersten Gipfelkonferenz in Genf¹⁰ bis zur letzten in New York¹¹ vergleiche, müsse man eine gewaltige

⁹ Der Parteitag der CDU fand vom 18. bis 22. April 1953 in Hamburg statt.

¹⁰ Der amerikanische Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kamen erstmals vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

¹¹ Der amerikanische Präsident Reagan, der am 8. November 1988 gewählte Präsident Bush sowie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich am 7. Dezember 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 356 und Dok. 361.

Veränderung feststellen. Das erste Treffen in Genf sei sehr scharf gewesen. Erst auf Vermittlung von Außenminister Shultz seien die zugespitzten Fragen geglättet worden. Seit den Gipfeln in Washington¹², Moskau¹³ und New York seien die Gespräche ganz offen. Beide hätten sich von Anfang an verstanden und haben das, was sie sagen wollten, nicht mehr diplomatisch verbrämt. Das menschliche Verständnis sei wirklich sehr wichtig.

Deshalb sei es sein Wunsch, erwiderte der *Bundeskanzler*, mit Generalsekretär Gorbatschow, aber auch mit Jakowlew, ein gutes und persönliches Einvernehmen zu entwickeln. Er verfolge die Arbeit von Jakowlew sehr aufmerksam. Er hoffe, daß er bald wieder einmal kommen könne. Er sollte es nur frühzeitig wissen, um einen ganzen Abend einplanen zu können. *Jakowlew* bedankte sich.

Der *Bundeskanzler* wandte sich noch einmal den internationalen Entwicklungen zu. Es seien nur noch 47 Monate, bis der Binnenmarkt vollendet sein werde.¹⁴ Der Binnenmarkt selbst werde eine qualitative Veränderung bewirken. Gleichzeitig vollzögen sich wichtige Entwicklungen in der Dritten Welt, sowohl in Asien wie in Afrika und Lateinamerika.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland vollzögen sich Veränderungen. Das zurückliegende Jahr sei sehr erfolgreich gewesen, obwohl dies noch viele nicht erkannt hätten. Er sei sicher, daß das Jahr 1988 später einmal als eines der wichtigsten Jahre in der Nachkriegsgeschichte gelten werde. Dies werde sich sowohl auf die positive Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wie auf den Durchbruch in der Europäischen Gemeinschaft beziehen. Vor zwölf Monaten habe er die EG-Präsidentschaft übernommen. Damals seien seine Prognosen nicht sehr zuversichtlich gewesen. Diese EG-Präsidentschaft seien die schwierigsten sechs Monate seines politischen Lebens gewesen. Der Erfolg sei nicht nur auf Können, sondern auch auf Glück zurückzuführen. Jetzt sei ein irreversibler Prozeß in Gang gekommen, bei dem es aber noch viele Schwierigkeiten zu überwinden gelte.

Auch innenpolitisch sei das zurückliegende Jahr sehr schwierig gewesen. Die Deutschen hätten zu lange über ihre Verhältnisse gelebt. Sie wären dem Motto gefolgt: „Immer besser leben und weniger arbeiten.“ Wenn er heute davon spreche, daß Zukunft wichtiger als Freizeit sei, sei dies nicht gerade sehr populär. Heute könne er jedoch feststellen, daß er aus dem Größten heraus sei. Die wichtigsten Reformen seien in Gang gekommen.

Wirtschaftlich sei das Jahr 1988 sehr gut gewesen. Auch in der Forschung habe die Bundesrepublik Deutschland wieder eine Spitzenposition gewonnen, die vergleichbar mit der der USA und Japans sei, obwohl die Bundesrepublik nur ein Viertel der Bevölkerung der USA und die Hälfte Japans habe. Die Deutschen müßten sich mehr anstrengen, und dies hätten noch nicht alle begriffen. Insgesamt sei er jedoch ganz zufrieden.

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹³ Der amerikanische Präsident Reagan hielt sich vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 165.

¹⁴ In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Wenn sich jetzt die deutsch-sowjetischen Beziehungen gut entwickeln würden, werde das beiden Seiten helfen. Dies gelte nicht nur für den Bereich der Wirtschaft. Sein Besuch in Moskau habe eine positive Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt. Wenn sie jetzt die Verabredungen von Moskau durchführen und in Gang brächten, werde auch dies seine Wirkung nicht verfehlen. Die Menschen würden dann erkennen, daß sie nicht nur über ihre Beziehungen sprechen, sondern daß sie konkret handeln würden. Dies gelte für alle Bereiche der Beziehungen. Er sei in diesem Zusammenhang sehr optimistisch. Die nächsten drei bis fünf Jahre würden auch für die beiderseitigen Beziehungen sehr wichtig sein. Sie müßten deshalb jetzt eine Dynamik entwickeln, die langfristige trage. Er bat ZK-Sekretär Jakowlew, seinen Kollegen die Botschaft zu überbringen, daß er dies wolle und bereit sei, dazu auch im ganz persönlichen Kontakt beizutragen.

Jakowlew versicherte dem Bundeskanzler, daß es die feste und prinzipielle Absicht der sowjetischen Führung sei, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. Die Gespräche des Bundeskanzlers mit Gorbatschow hätten gezeigt, daß beide Seiten dazu bereit seien und ein beiderseitiges Interesse bestehe. Er wolle auch hinzufügen, daß es unter Berücksichtigung aller Faktoren in Europa keine natürlicheren Partner gebe. Der *Bundeskanzler* stimmte zu.

Jakowlew sprach das Thema der Abrüstung an. Er wolle in diesem Zusammenhang eine Frage an den Bundeskanzler richten. Michael Sergejewitsch hätte in der UNO eine einseitige Abrüstung angekündigt.¹⁵ Sie würden dem Umfang der angekündigten Reduzierungen große Bedeutung beimessen. Aber der Vorschlag habe auch eine konzeptionelle Wirkung. Es gehe jetzt darum, die Dynamik aufrechtzuerhalten, von der der Bundeskanzler gesprochen habe. Wenn es gemeinsam mit dem Westen gelänge, Ergebnisse zu erreichen, werde es das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit stärken. Die Menschen würden den Führungen glauben. Die Menschen dürften nicht enttäuscht werden. Die Möglichkeiten, die sich jetzt eröffnen würden, seien positiv und weitreichend. Die sowjetische Führung sei zu weiteren Schritten bereit. Solche Schritte hätten sie bereits bei den chemischen Waffen angekündigt.¹⁶ Es wäre deshalb sehr wichtig, wenn die Bundesregierung eine Initiative ergreifen könnte, um den Prozeß der Abrüstung zu fördern. Sie hätten gegenwärtig die Befürchtung, aber vielleicht irrten sie sich auch, daß die Gegner der Abrüstung dabei seien, ihre Positionen zu konsolidieren, weil die Abrüstung sich jetzt konkretisiere. Es sollte jedoch versucht werden, 1989/90 über den Berg zu kommen, obwohl er wisse, daß die Kluft nicht in einem Schritt überwunden werden könne.

¹⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

¹⁶ In seiner Rede vor der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen am 8. Januar 1989 in Paris erklärte der sowjetische Außenminister Schewardnadse, daß die UdSSR niemals chemische Waffen verwendet habe, keine produziere oder außerhalb ihres Territoriums besitze und sie nicht an andere Staaten weitergegeben habe. Ferner habe die UdSSR eine Erklärung über den Umfang ihres Bestandes abgegeben und werde noch 1989 mit der Vernichtung beginnen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1989, D 101.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß auch er gute Chancen für weitere Abrüstungsschritte sehe. Das wichtigste sei jedoch nicht die Abrüstung allein, sondern neues Vertrauen. Waffen seien weder gut noch böse. Es komme vielmehr auf den Geist an, der hinter den Waffen stünde. In den letzten zwei Jahren hätten sich gewaltige Veränderungen vollzogen. Ihr gemeinsames Gespräch sei ein Beweis dafür.

Er rede nicht öffentlich darüber, aber jeder wisse, daß die Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Nummer Eins sei. Öffentlich darüber zu reden, bringe keine Freunde ein. Von Adenauer habe er gelernt, daß die Deutschen nicht Hochstapler, sondern Tiefstapler sein sollten. Die Bundesrepublik sei der wichtigste Partner der USA. Seine Beziehungen zu dem neuen Präsidenten Bush seien sehr direkt und sehr persönlich und seit vielen Jahren gewachsen. Der neue amerikanische Botschafter in Bonn¹⁷ sei ein persönlicher Vertrauter von Bush. Dies sei kein Zufall. Bush, der jetzt neu ins Amt käme, sehe sich vor eine schwierige parlamentarische Situation gestellt. Dennoch werde er in die von Jakowlew angesprochene Richtung arbeiten. Man müsse jedoch wissen, daß dies nicht über Nacht zu Ergebnissen führen könne. Er selbst sei gegen Leute, die Riesenschritte proklamieren würden, aus denen dann nichts werde. Er sei vielmehr der Auffassung, viele Schritte zu unternehmen, viele Gespräche zu führen, um Fortschritte zu erreichen. Gegenseitiges Vertrauen erfordere, daß man dem Partner sagen könne, welches Ziel man anstrebe, aber auch hinzufügen könne, daß dafür noch Zeit benötigt werde; daß es nicht heute, aber vielleicht morgen durchsetzbar sei. Er erinnere in diesem Zusammenhang an seine Entscheidung zum Abbau der deutschen Pershing Ia im August 1987.¹⁸ Diese Entscheidung sei in der Bundesrepublik sehr umstritten gewesen. Ein Jahr früher hätte er sie nicht treffen können. Dies leuchte ihm ein, warf *Jakowlew* ein.

Der *Bundeskanzler* bat Jakowlew, dem Generalsekretär auszurichten, daß der direkte persönliche Kontakt es auch möglich machen müsse, dem Partner sagen zu können, die Zeit sei für eine bestimmte Entscheidung reif oder nicht. Heute könne er sagen, daß die Zeit reif sei für die Gesamtrichtung, die eingeschlagen worden sei. Dies sei sehr wichtig.

Jakowlew erklärte, daß er mit dem Bundeskanzler übereinstimme und verstehe, was dieser sagen wolle.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß die Sowjetunion sehen müsse, daß es sich im Westen um eine Allianz handele. Er hätte es mit Kollegen in Paris oder in London mit ihren jeweiligen besonderen Schwierigkeiten zu tun. Es gebe jedoch keine Probleme mit Präsident Mitterrand. Dieser habe die Deutschen in den letzten zehn Jahren entdeckt. Auch in Moskau solle man erkennen, daß es sich bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit um eine wirkliche Bindung handele.

¹⁷ Am 9. Januar 1989 wurde in der Presse gemeldet, der designierte amerikanische Präsident Bush habe den bisherigen VN-Botschafter Walters als Botschafter in der Bundesrepublik vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel „Walters neuer amerikanischer Botschafter in Bonn“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Januar 1989, S. 1.

¹⁸ Korrigiert aus: „September 1987“.

Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

Mrs. Thatcher stelle ein anderes Problem dar. Sie habe in der Wirtschaftspolitik Erfolge. Vor kurzem habe die amerikanische Presse geschrieben, daß Mrs. Thatcher die richtige Politik, dagegen er als Bundeskanzler die falsche betrieben habe; er hätte jedoch die besseren Ergebnisse erreicht. Er müsse jedoch auch hinzufügen, daß die Deutschen sicherlich keine psychologischen Weltmeister seien. Dies entspräche nicht der Begabung der Deutschen. Aber die Deutschen seien gute Philosophen, warf *Jakowlew* ein.

Zum Abschluß sprach der *Bundeskanzler* den Besuch *Jakowlews* im Geburtshaus von Karl Marx in Trier an. Er berichtete, wie er als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz dazu beigetragen habe, das Geburtshaus zu restaurieren und als Museum einzurichten, und wie es ihm gelungen sei, auf einer Auktion in New York Marx-Originale gegen die KPdSU und SED zu ersteigern. Der Bundeskanzler habe damit der Sowjetunion viel Geld erspart, erwiderte *Jakowlew*.

VS-Bd. 14154 (010)

4

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mattes

514-516.00/6

9. Januar 1989¹

Über Herrn Dg51², Herrn D5³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵ zur Unterrichtung

Betr.: Wegfall der EG-Binnengrenzkontrollen;
hier: Tagung der EG-Einwanderungsminister in Athen am 9.12.1988
(am Rande der TREVI-Ministerkonferenz)

Bezug: Vorlage 514-516.00/6 vom 14. Juni 1988 (Anlage 1)⁶

Anlg.: 1

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

² Hans Freiherr von Stein.

Die Wörter „über Herrn Dg 51“ wurden von Ministerialdirektor Oesterheld gestrichen.

³ Hat Ministerialdirektor Oesterheld am 10. Januar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Bezugnahme auf die Rücksprachen am 4.1.“

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Oesterheld und Ministerialdirigent Freiherr von Stein an Referat 514 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Anmerk[un]g[en] BM auf den Seiten 3+4.“ Vgl. Anm. 10 und 14.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Oesterheld erneut vorgelegen.

Hat Stein am 18. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Mattes verfügte.

Hat Mattes am 18. April 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes informierte über eine Konferenz der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 3. Juni 1988 in München: „Die von der Konferenz

1) Die für Einwanderungsfragen zuständigen Minister der EG-Zwölf trafen in Athen am 9.12.1988 unter griechischem Vorsitz während der halbjährlichen TREVI-Konferenz zusammen. Die Kommission und das Ratssekretariat nahmen teil. Der BMI war durch StS Neusel vertreten. Die Gespräche erbrachten keine greifbaren Ergebnisse. Die Ad-hoc-Gruppe (Beamtenebene) erhielt den Auftrag, ihre Arbeiten mit dem Ziel konsensfähiger Lösungen fortzusetzen.

Obwohl die Innenminister in den Grundsatzfragen damit eher zögerlich auf dem Weg zum Binnenmarkt 1992 erscheinen, gibt es doch Entwicklungen, die auf ein spürbar stärkeres Zusammenwachsen dieses Kernbereichs nationalstaatlicher Souveränität hinweisen. Das allgemeine Arbeitsprogramm für den Wegfall der Binnengrenzen, das unter deutscher Präsidentschaft im Juni 1988 in München beschlossen worden war (Anlg. 1), wurde bekräftigt. Darin waren erstmals alle Aspekte der verschiedenen Ausgleichsmaßnahmen für Sicherheitsdefizite beim Binnen-Grenzkontrollabbau abgedeckt. Auch die positive Zusammenarbeit mit der EG-Kommission dauert an.

Das Auswärtige Amt nahm wie bisher am Ministertreffen nicht teil. Die Delegation beschränkte sich auf BMI-Vertreter. Die Treffen werden jedoch von der Ad-hoc-Gruppe Einwanderungsfragen vorbereitet, in der das Amt mitarbeitet. Der BMI unterrichtete – kursorisch – nach Abschluß der Tagung.

2) Der Stand der Harmonisierungsarbeiten stellt sich im einzelnen nach hiesiger Kenntnis wie folgt dar:

a) Die Innenminister konnten noch keine Einigung über eine umfassende gemeinsame Visapolitik gegenüber Drittstaaten erzielen. Die bisherige Einigung auf eine gemeinsame Liste von nunmehr 57 Staaten enthält die Fälle, in denen die zwölf EG-Mitgliedstaaten inzwischen deckungsgleiche Regelungen haben, klammert aber wichtige Problemstaaten für den einen oder anderen Partner aus. Die Notwendigkeit zu einer gewissen Harmonisierung in der Sichtvermerkspolitik gegenüber Drittstaaten ergibt sich aus der Möglichkeit freien Grenzübertritts nach Abschaffung der Binnengrenzkontrollen.

Frankreich besteht weiter auf der Einführung der Sichtvermerkspflicht gegenüber weiteren Ländern wie Jugoslawien und einigen lateinamerikanischen Staaten. Die mit dem AA abgestimmte bisherige Ablehnung der deutschen Delegation im Falle Jugoslawien wurde nach dem Ministertreffen durch den BMI aufgegeben. Dieser ist bisher nicht an das Amt wegen einer Änderung der Regierungsposition herangetreten. Sie haben Brief an BM Zimmermann gerichtet.⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

verabschiedeten Papiere geben erstmals einen Rahmen der notwendigen Maßnahmen für den Abbau der Personengrenzkontrollen 1992. Dieser bedarf noch der Ausfüllung und Konkretisierung, ist aber jedenfalls im Grundsatz abgesteckt. Teile des Ausländerrechts (insbesondere Sichtvermerkspraxis) und der Asylpolitik (insbesondere verfahrensrechtliche Fragen) werden damit in einen europäischen Zusammenhang gestellt. Dies bedeutet auch, daß die Novellierung des Ausländerrechts – auch vom BMI – nicht mehr allein unter nationalen Gesichtspunkten gesehen werden kann.“ Vgl. Referat 514, Bd. 217450.

⁷ In dem Schreiben vom 6. Januar 1989 legte Bundesminister Genscher dar, trotz der steigenden Zahl jugoslawischer Asylbewerber würde er der Einführung einer Sichtvermerkspflicht mit Blick auf die guten bilateralen Beziehungen nicht zustimmen können: „Sie würde darüber hinaus Jugoslawien hinsichtlich der Einreisebestimmungen in eine Reihe mit den Ländern des Warschauer Paktes stellen. Dies müßte diejenigen Kräfte in Jugoslawien brüskieren, die gerade in jüngster Zeit mit Nachdruck

Wichtig ist für uns auch, daß Großbritannien an seiner Visumsfreiheit für Türken festhält, wodurch für uns ihr Transit insbesondere über Frankfurt weiter ein Problem bleibt.

Im Hinblick auf eine gemeinsame Visapolitik sprachen sich die Einwanderungsminister für Konsultationen und gemeinsame Berichte der Auslandsvertretungen der Zwölf aus, die noch der Zustimmung durch die EPZ (PK) bedarf.

b) Die Notwendigkeit zu einer Harmonisierung der Asylpolitik im Sinne der Verteilung der Zuständigkeiten für Asylbewerber folgt gleichfalls aus der Möglichkeit freien Grenzübertritts nach Wegfall der Binnengrenzkontrollen.

Stand der Arbeiten:

- Über das wichtigste Element einer Harmonisierung, einen verfahrensrechtlichen Kriterienkatalog zur Bestimmung der Zuständigkeiten für die Behandlung von Asylanträgen, konnten die Innenminister noch keine Einigung erzielen. Einzelbestimmungen wie die Asylzuständigkeit im Zusammenhang mit Transitaufenthalten sind weiterhin streitig. Auch ist offen, welche Form eine Vereinbarung dieses Zuständigkeitskatalogs erhalten soll (Regierungsabkommen oder „code of conduct“).

Der BMI nimmt auf Arbeitsebene seit November 1988 folgende Haltung ein: Wegen Art. 16⁸ und 19 GG⁹ könne die Bundesrepublik Deutschland zwar einer Verpflichtung zur Aufnahme gemäß dem Kriterienkatalog nachkommen, könne aber selbst keine Flüchtlinge, für die nach dem Kriterienkatalog ein anderer EG-Staat zuständig sei, an diesen weiterleiten oder zurückleiten, falls diese Asyl in der Bundesrepublik Deutschland begehren (Gefahr, zum „Asylreserveland“ zu werden). Die Vereinbarung eines Kriterienkatalogs zur Abgrenzung der Zuständigkeiten könne daher deutscherseits nur unter Vorbehalt entweder einer möglichen späteren Kündigung wegen Ungleichgewichtigkeit der Verpflichtungen oder einer Änderung von Art. 16 GG erfolgen.¹⁰

BM Justiz prüft derzeit auf Veranlassung von Staatssekretär Kinkel die Vereinbarkeit des Kriterienkatalogs mit Art. 16 und neigt – auf Arbeitsebene – einer positiven Beurteilung wegen des ausdrücklichen Vorbehalts nationalen Rechts in der Vereinbarung zu.

Wir haben uns in dieser Frage bisher nicht geäußert. Über die Gesamtsituation folgt eine gesonderte Aufzeichnung.¹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 18

für eine engere Anlehnung des Landes an Westeuropa eintreten.“ Ferner hätte eine solche Maßnahme „möglicherweise negative Auswirkungen auf die bisherige großzügige jugoslawische Praxis, die konsularische Betreuung von DDR-Bewohnern, die sich uns zuordnen, durch die deutschen Auslandsvertretungen in Jugoslawien zu ermöglichen. So duldet die jugoslawische Regierung seit Jahren die Weiterreise von Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. Referat 514, Bd. 217470.

⁸ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 19 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3. Für die Ergänzung durch das Siebzehnte Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 710.

¹⁰ Der Passus „einer Änderung ... erfolgen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „Nein!“ Vgl. Anm. 5.

¹¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir müssen uns bald eine Meinung bilden u. diese vertreten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterheld vom 1. Februar 1989; Dok. 30.

- Fortschritte gab es bei der administrativen Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Asylpolitik (Katalog von Dokumentfälschungen, Informationsaustausch über Schlepperorganisationen, gemeinsames Asylantragsformular).

Das Land Baden-Württemberg hat u. a. zur Vereinbarung eines Kriterienkatalogs einen Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht.¹²

3) Sonstige Fortschritte und noch offene Punkte

- Die Grundsatzfrage, ob der freie Binnenmarkt den Wegfall der Binnengrenzen 1992 auch für alle Drittausländer fordert, also nicht nur für EG-Staatsangehörige gelten soll, wird insbesondere von GB weiterhin verneint. D (AA und BMI) setzt sich für eine Reisefreizügigkeit auch der Drittstaater ein. Dies ist auch die Auffassung der Kommission.
- Die von Griechenland während seiner Präsidentschaft¹³ erstmals aufgeworfene Finanzfrage (Zuschüsse für eine verbesserte Außengrenzkontrolle) wurde nicht näher behandelt.

4) Bewertung

Die Athener Tagung hat deutlich gemacht, daß die noch offenen Fragen in der Harmonisierung der Sichtvermerks-, Asyl- und Grenzkontrollpolitik wesentliche Felder nationaler Souveränität berühren. Keine Delegation war bereits jetzt zu Kompromissen bereit.

Der BMI strebt danach, möglichst umfassende Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der Binnengrenzkontrollen durchzusetzen. Zugleich nutzt er den europäischen Rahmen, um seine innenpolitische Position zur Asyl- und Visapolitik zu fördern.¹⁴

Mattes

Referat 514, Bd. 217450

¹² Für den Antrag vom 6. Dezember 1988 für eine Entschließung des Bundesrats zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene vgl. BR DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache 586/88.

¹³ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁴ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „richtig“.

Bundesminister Genscher vermerkte hierzu handschriftlich: „Dem ist entgegenzutreten! Das ist auch eine außenpolitische Frage.“ Vgl. Anm. 5.

5

Botschafter von Stülpnagel, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 101****Citissime****Aufgabe: 11. Januar 1989, 22.59 Uhr****Ankunft: 11. Januar 1989, 23.33 Uhr**

Betr.: Pariser Konferenz zum Verbot chemischer Waffen (7.–11.1.89);
hier: Abschluß der Konferenz

Bezug: DB 93 vom 11.1.1989 – Az. w.o.¹

I. 1) Die von Staatspräsident Mitterrand unter Hinweis auf die Rolle von F als Depositarstaat des Genfer Protokolls von 1925² nach Paris einberufene Konferenz für ein Verbot chemischer Waffen ist nach fünftägiger Dauer am 11. Januar 1989 nachmittags mit der Verabschiedung einer feierlichen Schlußerklärung (s. FK³) zu Ende gegangen. Anregung zur Konferenz ging auf Präsident Reagan zurück.⁴ An der Konferenz haben 149 Staaten teilgenommen, an der Generaldebatte beteiligten sich 109 Staaten, davon fast 70 auf Außenminister-Ebene.

2) Bei der Eröffnungssitzung gab außer Präsident Mitterrand⁵ auch VN-GS⁶ eine Erklärung ab. In ihren Stellungnahmen haben sich alle teilnehmenden Staaten gegen einen zukünftigen Einsatz chemischer Waffen und für ihre Abschaffung ausgesprochen. Wie AM Dumas in seiner Abschlußrede⁷ sagte, wird die aus sechs Punkten bestehende Schlußerklärung die einvernehmliche Ablehnung chemischer Waffen durch die Weltöffentlichkeit und die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz zur Ausarbeitung einer Konvention zur Abschaffung von CW entscheidend beeinflussen. Die Schlußerklärung spiegelt den erklärten Wunsch der teilnehmenden Staaten wider, daß die Abrüstungskonferenz ihre Bemühungen wesentlich verstärkt und zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Konvention vorlegt. Der erfolgreiche Abschluß der Konferenz und die im Konsens angenommene Schlußerklärung können dazu beitragen, daß die Genfer Verhandlungen wieder in Fluß kommen.

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, z.Z. Paris, teilte mit, eine informelle Redaktionsgruppe („friends of the chairman“) habe sich auf den Entwurf einer Schlußerklärung der Konferenz geeinigt, und übermittelte den Entwurf. Vgl. dazu Referat 222, Bd. 162068.

² Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

³ Fernkopie.

Für den Wortlaut der Schlußerklärung der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 111 f.

⁴ In einer Rede vor der VN-Generalversammlung am 26. September 1988 in New York schlug der amerikanische Präsident Reagan die Abhaltung einer Konferenz aller Unterzeichnerstaaten des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 sowie weiterer interessierter Staaten vor. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1224. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 645.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 7. Januar 1989 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Januar/Februar), S. 12–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 94 f. (Auszug).

⁶ Javier Pérez de Cuéllar.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Dumas am 11. Januar 1989 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Januar/Februar), S. 17 f.

3) Neben Bekräftigung des Genfer Protokolls und Beschleunigung der Genfer CW-Verhandlungen war ein weiteres Konferenzziel der besonders vom Westen vertretene Wunsch, die Weiterverbreitung chemischer Waffen zu verhindern. Dies hat in der Abschlusserklärung darin Ausdruck gefunden, daß sich die Staaten verpflichten, Zurückhaltung zu üben und ihr Verhalten in Übereinstimmung mit den Zwecken der Deklaration verantwortlich zu gestalten. Schließlich sprechen sie ihre volle Unterstützung aus für Untersuchungen des VN-Generalsekretärs im Falle von behaupteten Verletzungen des Genfer Protokolls und sagten Unterstützung humanitärer Hilfsmaßnahmen für CW-Opfer zu.

4) Wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Alle Seiten, insbesondere die Nichtgebundenen und die USA, haben in der letzten Nacht einen weiten Weg des Kompromisses zurückgelegt. Alle waren bereit, im Interesse eines Erfolges der Konferenz auf von ihnen für wichtig gehaltene Punkte zu verzichten. Insbesondere Iran, Irak, Libyen, Israel und Südafrika übten, trotz teilweiser scharfer Wortwechsel in der Generaldebatte, spürbare Zurückhaltung bei den Arbeiten an der Schlußerklärung. Die Europäer verhielten sich konstruktiv, ihre Zusammenarbeit litt gelegentlich unter britischen Alleingängen. Der spanische AM⁸ gab für die Zwölf eine substantielle, gemeinsam erarbeitete Erklärung ab.

Die SU und ihre Verbündeten zeigten trotz einer brillanten Rede des SU-AM⁹ wenig Profil, während der Textformulierungen waren sie jedoch sichtlich um einen Konferenzernfolg bemüht. Für den Gesamtverlauf spielten die aktuellen Vorgänge um die angebliche libysche CW-Produktionsanlage¹⁰ keine Rolle. Von der Mehrzahl afrikanischer und pazifischer Redner wurde eindringlich auf das Problem des Transfers von toxischem und radioaktivem Müll hingewiesen.

5) Vor und während der Konferenz traten zehn Staaten dem Genfer Protokoll bei oder erklärten sich hierzu bereit. Unter ihnen befanden sich auch Süd- und Nordkorea.

6) BM leitete deutsche Delegation, reiste während dreier Tage nach Paris und gab am 9.1. vor dem Plenum ein eindringliches Plädoyer für ein weltweites CW-Verbot ab.¹¹ Am Rande der Konferenz führte er bilaterale Gespräche mit PM Rocard, mit den AM von F¹², IT¹³, US¹⁴, SU¹⁵, PL¹⁶, ISR¹⁷, Ägypten¹⁸, Neuseeland¹⁹, Angola (Justizminister)²⁰ und Kuba²¹.

⁸ Francisco Fernández Ordóñez.

⁹ Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 3, Anm. 16.

¹⁰ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 2 und Dok. 9.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in Paris vgl. BULLETIN 1989, S. 5–7.

¹² Roland Dumas.

¹³ Giulio Andreotti.

¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 9, Anm. 6.

¹⁵ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen am 7. Januar 1989 in Paris zusammen und erörterten die bilateralen Beziehungen, das Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien und diesbezügliche Hilfsmaßnahmen, die Entwicklung in der UdSSR, die kulturelle Zusammenarbeit in Europa sowie Abrüstungsfragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

¹⁶ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olechowski am 9. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 1, Anm. 2.

7) Das verbesserte Ost-West-Verhältnis, die Fortschritte in der Rüstungskontrolle (INF, START) und die erfolgreichen Bemühungen um Entschärfung regionaler Konflikte fanden ihren Ausdruck in den Erklärungen der meisten Redner und wirkten sich positiv auf das Verhandlungsklima aus.

8) Die hervorragende Vorbereitung durch F und die geschickte Konferenzleitung durch AM Dumas wurden von allen Teilnehmern besonders gewürdigt.

II. Im einzelnen

Der Durchbruch zum Erfolg der Konferenz wurde in der Nacht vom 10. zum 11. Januar in einer Gruppe der „Freunde des Vorsitzenden“, an der auch wir teilnahmen, unter finnischem Vorsitz erzielt. Die Gruppe hatte folgende Hauptkomplexe zu erörtern, die sich während der vorangegangenen Diskussion des Entwurfs der Abschlusserklärung als problematisch herausgestellt hatten:

- 1) Berücksichtigung bestehender Vorbehalte zum Genfer Protokoll von 1925 in Schlusserklärung.
- 2) Behandlung der Nicht-Weiterverbreitung von chemischen Waffen in einer Weise, die sich nicht dem Vorwurf der Diskriminierung aussetzen sollte.
- 3) Rolle der Abschaffung von CW im weiteren Kontext der VN und der Abrüstung insgesamt.
- 4) Beschleunigung der Vertragsarbeiten der Abrüstungskonferenz.

Ad 1) Der Erörterung der Vorbehalte zum Genfer Protokoll waren Wünsche einiger lateinamerikanischer und asiatischer Staaten vorausgegangen, die Pariser Konferenz zum Verzicht auf diese Vorbehalte zu nutzen. Die Angelegenheit konnte durch eine interpretationsfähige Formulierung gelöst werden.

Ad 2) Die Ungebundenen empfanden die Forderung nach Nicht-Weiterverbreitung als diskriminierend. Sie suchten daher, Besitz und Entwicklung von CW als in noch stärkerem Maße friedensgefährdend als die Weiterverbreitung von CW darzustellen. Trotz der Bemühungen insbesondere westlicher Staaten gelang es deshalb nicht, klare Aussagen zur Nicht-Weiterverbreitung von CW zu erzielen. An dieser Stelle ist die Schlusserklärung am vagesten geblieben. Immerhin haben die Länder der Dritten Welt damit in einem wichtigen Dokument die

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

- 17 Themen des Gesprächs zwischen Bundesminister Genscher und dem israelischen Außenminister Arens am 9. Januar 1989 in Paris waren die israelisch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere die Auswanderungsmöglichkeiten für sowjetische Juden, sowie der Nahostkonflikt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Unterabteilung 31, Bd. 147568.
- 18 Im Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid am 9. Januar 1989 in Paris wurden der Nahostkonflikt sowie die Rolle Libyens erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149726.
- 19 Bundesminister Genscher und der neuseeländische Außenminister Marshall erörterten am 11. Januar 1989 in Paris die Entwicklung in der UdSSR sowie in Mittel- und Osteuropa, ferner die neuseeländischen Agrarexporte. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144544.
- 20 Am 11. Januar 1989 fand in Paris ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem stellvertretenden angolanischen Außenminister da Moura statt. Vgl. dazu den handschriftlichen Vermerk des Legationsrats Keilholz auf der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke vom 10. Januar 1989; Referat 320, Bd. 155828.
- 21 Bundesminister Genscher und der kubanische Außenminister Malmierca trafen am 11. Januar 1989 in Paris zusammen. Sie befaßten sich mit den Verträgen vom 22. Dezember 1988 zur Regelung der Angola-Namibia-Frage und dem weiteren Weg zur Unabhängigkeit Namibias sowie mit der Lage in Lateinamerika und dem Besuch der VN-Menschenrechtskommission auf Kuba. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 144001.

Weiterverbreitung von CW als eine zunehmende Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit bezeichnet.

Ad 3) Insbesondere den Neutralen und Ungebundenen lag daran, in der Schlußerklärung allgemein die Bedeutung der VN in der Abrüstung, einschließlich künftiger CW-Behandlung, herauszuheben. Überzogene Formulierungen konnten jedoch vermieden werden. Die Rolle des VN-GS bei der Untersuchung vermuteter Verstöße gegen das Genfer Protokoll wurde bekräftigt.

Ad 4) Wir sind besonders befriedigt, daß es uns gelungen ist, mit Unterstützung der meisten EG-MS einen Text in den Konsens einzuführen, dem zufolge die Abrüstungskonferenz ihre Bemühungen verdoppeln und die verbleibenden Probleme zügig lösen soll.

Bemühungen, insbesondere arabischer Staaten und hier Iraks, die Abschaffung von CW mit einer Abschaffung anderer Massenvernichtungswaffen, vor allem Nuklearwaffen, zu koppeln, wurden – auch mit Hilfe Neutraler – abgewehrt.

[gez.] Stülpnagel

Referat 222, Bd. 162068

6

Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 32
Citissime

Aufgabe: 12. Januar 1989, 14.47 Uhr¹
Ankunft: 12. Januar 1989, 15.28 Uhr

Vermerk Nr. 1/89

Betr.: Uruguay-Runde²;
hier: Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Frage, wie die Verhandlungen der Uruguay-Runde (UR) nach dem Einfrieren der Ergebnisse von Montreal bis April fortgeführt werden sollen, dürfte erst

¹ Das von Ministerialrat Witt und Botschaftsrat Zepter, beide Genf (GATT-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

² Auf einer Konferenz vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este einigten sich die GATT-Teilnehmerstaaten auf die insgesamt achte Runde von Handelsverhandlungen („Uruguay-Runde“), für die ein Zeitraum von vier Jahren vorgesehen war. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 268. Zum Verlauf der „Uruguay-Runde“ vgl. AAPD 1987, I, Dok. 42, AAPD 1987, II, Dok. 379, sowie AAPD 1988, II, Dok. 239.

Vom 5. bis 9. Dezember 1988 fand in Montreal die sogenannte „Halbzeit-Konferenz“ statt, auf der u. a. beschlossen wurde, noch offene Fragen auf einem Treffen auf Beamtenbene im April 1989 in Genf zu behandeln. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 368.

allmählich geklärt werden können. In Genfer Kreisen gibt es derzeit noch die unterschiedlichsten Auffassungen:

Vor der Weihnachtspause schien – wohl noch unter dem direkten Eindruck von Montreal – die Meinung vorzuherrschen, daß business as usual die beste Vorgehensweise sei und daß, wie bereits terminiert, ab 23.1. die einzelnen Verhandlungsgruppen (VG) ihre Arbeit wiederaufnehmen sollten. GATT-GD Dunkel, der seit Wochenbeginn seine Konsultationen wiederaufgenommen hat und der am 13.1. Gespräche führen wird, scheint demgegenüber Sitzungen der einzelnen VG abzulehnen und den Prozeß bis April ausschließlich in kleineren informellen Gruppen vorantreiben zu wollen.

Aus unserer Sicht sollte in Anbetracht der sehr unterschiedlichen Interessenlagen nicht nur der Hauptverhandlungspartner EG, USA und Japan, sondern auch der sich nach Montreal gestärkt fühlenden EL-Front unter Führung einiger lateinamerikanischer Staaten alles vermieden werden, was die in Montreal bereits erzielten Ergebnisse gefährdet. Andererseits muß der in Montreal beschlossene informelle Konsultationsprozeß des GATT-GD Dunkel in den vier noch offenen Bereichen (Agrarhandel, Textil, Schutz geistigen Eigentums, Schutzklausel) wirksam unterstützt werden. Wichtig ist ferner, daß jeglicher Eindruck vermieden wird, als seien die Verhandlungen der UR, etwa wegen des Widerstandes der EL, zum Stillstand gekommen.

Nach Auffassung des GATT-Büros könnte nach klarer Festlegung der Bedingungen (informelle Sitzungen, kein Aufschnüren der Montrealer On-Hold-Ergebnisse, Konzentration auf Verfahrensfragen) der vorgesehene Sitzungskalender der Verhandlungsgruppen im Januar, Februar und März abgewickelt werden.

II. Im einzelnen

1) Nach Montreal stellt sich die Verhandlungslage in Genf wesentlich komplizierter dar als vor dem Ministertreffen:

- Die USA, bisher treibende Kraft und Hauptinteressent an den UR-Verhandlungen, sind vorübergehend nur eingeschränkt handlungsfähig und mindestens bis März mit der Neubildung der Administration beschäftigt. Bereits in Montreal haben überzogene US-Forderungen Spekulationen gefördert, die Amerikaner seien, wegen interner Abstimmungsprobleme und um den neuen Kongreß nicht vorzeitig festzulegen, eher an einer Verschiebung des Konferenzabschlusses interessiert.
- Die Haltung der EG war auch schon vor Montreal eventuellen Zwischenergebnissen gegenüber eher lauwarm. Einige EG-Staaten lehnten eine vorzeitige Festlegung von Ergebnissen aus taktischen und materiellen Gründen ab. Die Verhandlungsinteressen der EG sind nach wie vor nicht völlig klar: Undefinierten Interessen im Bereich von Dienstleistungen, bei der institutionellen Reform des GATT und im Bereich des Schutzes des geistigen Eigentums stehen klare Widerstände einer Reihe von Mitgliedstaaten in den Verhandlungsbereichen Landwirtschaft, Textil, Schutzklausel und beim Subventionsabbau entgegen. EG-interne Unstimmigkeiten werden mit der Forderung nach Globalität und Gleichgewicht der Vorteile und Pflichten überdeckt. Festlegungen von Zugeständnissen, die für das Gelingen der Verhandlungen unerlässlich sind, sind nur sehr mühsam zu erreichen. Ihr Minimalcharakter macht es der anderen Seite leicht, Forderungen der EG abzulehnen.

- JAN ist in seine mehr oder weniger passive Rolle zurückgefallen, mit der es in der Vergangenheit immer gut gefahren ist. JAN weiß, daß es in der Runde insgesamt mehr zahlen muß, als es gewinnen kann.
- Die Cairns-Gruppe hat der Verlauf des Treffens von Montreal frustriert. Ihre Vorschläge für Agrar haben in den Beratungen keine Rolle gespielt. AUS und NEU haben in der UR ohnehin nur spezifische Interessen im Agrarbereich. Der ohnehin unstabile Zusammenhalt der Gruppe dürfte nach Montreal nicht gefestigt worden sein.
- Die Verhandlungspositionen der übrigen OECD-Länder sind nicht stark und homogen genug, um die Verhandlungen entscheidend voranzubringen.
- Frustration auch im Lager der EL: Die lateinamerikanischen Staaten fühlen sich durch Montreal nicht ausreichend bedient und gefallen sich in der Rolle derjenigen, ohne die in der UR nichts mehr läuft. Die AKP-Staaten haben im Rahmen der Verhandlungen über tropische Produkte schmerzlich erfahren müssen, daß Liberalisierung im Rahmen des GATT zu Lasten ihrer EG-Präferenzen gehen dürfte und Spielraum für Kompensation nur in sehr marginalem Rahmen vorhanden ist. ASEAN-Staaten und andere NICs³ handeln nur unter amerikanischem und europäischem Druck und haben außer Forderungen bisher noch keine für sie interessanten substantiellen Zugeständnisse der IL gesehen.
- Insgesamt fühlten sich alle kleineren Länder, IL wie EL gleichermaßen, in Montreal übergangen und nur marginal am Verhandlungsprozeß beteiligt.

2) Zwar sind die allgemein politischen und makroökonomischen Interessen an einem erfolgreichen Abschluß der UR-Verhandlungen nach wie vor sehr stark. In den Detailverhandlungen dominieren jedoch Partikularinteressen und relativieren die generelle Zielsetzung der Runde. Die Chance, in Montreal sozusagen zur großen Linie zurückzukehren und in einigen Bereichen den gordischen Knoten einfach durchzuhauen, konnte selbst von den Ministern nicht genutzt werden. Als Folge besteht die Gefahr, daß die Einzelinteressen immer stärker zu einer Erosion des Verhandlungsverlaufes führen. Für das weitere Schicksal der UR kommt daher dem Treffen im April⁴ entscheidende Bedeutung zu. Es ist insofern wichtig, dieses Treffen taktisch wie materiell optimal vorzubereiten.

3) Voraussetzung für die richtige Vorbereitung des Treffens ist zunächst die klare Definition der deutschen Interessen innerhalb der Gemeinschaft. Sie dürfen sich aus hiesiger Sicht wie folgt darstellen:

(1) Die vorläufigen Festlegungen von Montreal dürfen bis April nicht mehr in Frage gestellt werden. Die Entscheidung der Minister, die Ergebnisse seien on hold, darf nicht Gegenstand von Interpretationen werden.

(2) Es sollte jede weitere Verhärtung der Fronten in den noch offenen Verhandlungsbereichen vermieden werden. Dazu gehört auch Zurückhaltung bei der Darstellung der Erfolge aus der Sicht der IL-Interessen (z. B. im Bereich Dienstleistungen).

³ Newly Industrialized Countries.

⁴ Der Abschluß der Halbzeit-Evaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT fand vom 5. bis 8. April 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 103.

(3) Der Negativ-Interpretation der Ergebnisse von Montreal durch die öffentlichen Medien ist entgegenzuwirken. Dies geschieht am besten durch den Nachweis, daß der Verhandlungsprozeß als solcher nicht unterbrochen ist.

(4) Es ist mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß der Verhandlungsprozeß nicht durch andere GATT-Streitigkeiten in Mitleidenschaft gezogen wird. Dies gilt insbesondere für die jüngsten Streitfälle im Verhältnis USA und EG⁵, aber auch für die Auseinandersetzungen zwischen USA und BRA wegen Verletzungen von Rechten am geistigen Eigentum. Diese Fälle sollten – wenn sie nicht anderweitig beigelegt werden können – im Rahmen eines ordentlichen GATT-Verfahrens behandelt werden.

(5) Die Hauptbeteiligten müssen ihrer Verantwortung für den Verhandlungsprozeß gerecht werden und noch vor dem Treffen im April ihre unterschiedlichen Verhandlungsansätze notfalls bilateral klären. Ohne intensive Bemühungen von EG und USA um Annäherung im Bereich Agrar sind die Konsultationen von Dunkel und damit das Treffen in Genf von vornherein zum Scheitern verurteilt.

(6) Die Vermittlungsbemühungen Dunkels dürfen nicht gefährdet, sondern sollten unterstützt werden.

4) An diesen Zielen sind die Optionen zu prüfen, die für das weitere taktische und materielle Vorgehen in der UR zur Verfügung stehen. Im großen und ganzen sind es drei Optionen, die hier in Genf in Delegationskreisen diskutiert werden:

(1) An dem bereits vor Montreal festgelegten Verhandlungsrhythmus wird festgehalten (business as usual). Diese Option, die z. B. von Teilen der EGK befürwortet wird, hat den Vorteil der Klarheit und entspricht insbesondere der Zielsetzung 3(3). Allerdings birgt diese Option auch die größten Risiken. Sie überläßt die Initiative weitgehend den Vorsitzenden der einzelnen Verhandlungsgruppen und fördert damit das Auseinanderdriften der einzelnen Gruppen. Formelle Sitzungen der Gruppen bieten zudem den einzelnen Verhandlungsdelegationen das geeignete Forum, materielle Festlegungen von Montreal erneut zur Debatte zu stellen, was nach Zielsetzung 3(1) unbedingt vermieden werden soll.

(2) Es finden bis April keine formellen Sitzungen der einzelnen Verhandlungsgruppen statt. GD Dunkel versucht, in informellen Beratungen (Green Room) und bilateralen Kontakten die Probleme der noch nicht festgelegten Bereiche Agrar, TRIPS⁶, Textil und Schutzklausel zu lösen. Diese Lösung, die Dunkel derzeit wohl vorzieht, entspricht sicherlich am besten den Zielsetzungen 3(1), 3(2) und 3(6). Sie entspricht jedoch nicht der Forderung nach Transparenz und dürfte insbesondere von kleineren Verhandlungsdelegationen zunehmend als Diskriminierung ihrer Interessen bekämpft werden. Außerdem wird nach außen ein negatives Zeichen gesetzt, die Verhandlungen seien praktisch zum Stillstand gekommen.

⁷(3) Man unterscheidet zwischen den noch offenen Fragen, in denen die Verhandlungen auch offiziell fortgeführt werden, und den Bereichen, in denen in

⁵ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 32, Anm. 15.

⁶ Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 33 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Montreal vorläufige Ergebnisse erzielt wurden. Diese Verhandlungen ruhen bis April. Notfalls sollte nur in den Bereichen weiterverhandelt werden, bei denen in Montreal selbst keine substantiellen Festlegungen vorgenommen wurden (Statusberichte). Diese Lösung kombiniert die Zielsetzungen 3(2) und 3(3) und läßt Freiraum für (4), (5) und (6). Die Gefahr nicht gewünschter Sachdebatten ist freilich auch bei dieser Option nicht ganz zu bannen. Außerdem könnten langwierige Geschäftsdebatten über die Abgrenzung der Kategorien beginnen.

5) Aus unserer Sicht kann keine der angebotenen Optionen voll befriedigen. Man sollte daher eher eine Kombination erwägen. Diese könnte wie folgt vorgenommen werden:

a) Um Zielsetzung (3) zu verwirklichen, sollte im Prinzip am Zeitplan für die weiteren Gruppensitzungen festgehalten werden.

b) Es müßten aber Sicherungen eingebaut werden, die zumindest einigermaßen sicherstellen, daß das Paket von Montreal nicht wieder aufgeschnürt wird (ganz läßt sich eine solche Gefahr ohnehin nicht vermeiden). Deshalb müßte zunächst im Greenroom und einem den VG-Sitzungen vorgeschalteten GNG/TNC⁸ eine klare Marschroute bis zum April-Treffen etwa nach folgenden Vorgaben festgelegt werden:

- Die Gruppen tagen bis April nur einmal, und zwar kurz und informell.
- Die Ergebnisse von Montreal sind on hold, d.h. sie dürfen nicht Gegenstand der Beratungen sein. Nur das TNC im April hat das Recht, sich erneut über die materiellen Fragen in ihrer Gesamtheit zu beugen. Die Gruppen sollen ihre Beratungen deshalb auf prozedurale Fragen beschränken, d.h. sich auf einen informellen Gedankenaustausch über die Organisation der Arbeit nach April (auf der Grundlage der zu erwartenden Festlegungen) konzentrieren.
- Diese Einschränkungen (mit Ausnahme der Festlegung der Zahl der Gruppensitzungen) müssen nicht unbedingt auch für die vier noch offenen Verhandlungsbereiche gelten: In diesen Bereichen sind weitere materielle Verhandlungen notwendig und erwünscht. Sie könnten die Konsultationen des GATT-GD über Kompromißlösungen flankieren.
- Nach der Verhandlungsrunde tritt die GNG erneut zusammen. Die weitere Vorbereitung des Apriltreffens liegt dann ausschließlich bei der GNG entsprechend dem Verfahren von Montreal. Ein weiteres Treffen der GNS⁹ findet dagegen nicht statt.

6) Dieses Vorgehen hätte aus hiesiger Sicht am ehesten die Chance, daß die von EG und D verfolgten Ziele im weiteren Verhandlungsprozeß erreicht werden. Es warnte vor allem auch das früher von der EG so gern herausgestellte Prinzip der Globalität, das bei einer selektiven Vertagung von VG-Sitzungen von EL-Seite leicht ins Feld geführt werden könnte.

7) Ein derartiger taktischer Ansatz entbindet die Gemeinschaft jedoch nicht von der Notwendigkeit, ihre Positionen in den noch offenen Bereichen noch einmal zu überdenken. So erscheint es insbesondere vordringlich, im Textilbereich und in der Schutzklauselfrage größere Phantasie zu entwickeln. Nur so kann dem

⁸ Group of Negotiations on Goods/Trade Negotiations Committee.

⁹ Group of Negotiations on Services.

Druck sowohl der USA wie auch der EL in anderen Bereichen entgegengewirkt und seitens der Gemeinschaft der notwendige Beitrag zum Gelingen des Apriltreffens geleistet werden.

[gez.] Witt

Referat 411, Bd. 160545

7

**Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 99
Citissime

Aufgabe: 16. Januar 1989, 20.00 Uhr¹
Ankunft: 17. Januar 1989, 07.50 Uhr

Delegationsbericht Nr. 505

Betr.: Drittes KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT)²;
hier: Bewertung des Wiener Abschlußdokuments (WAD)³

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Das Abschlußdokument des dritten KSZE-Folgetreffens in Wien hält ein Verhandlungsergebnis von 21/2 Jahren fest, das die zu Beginn des WFT im November 1986 gehegten westlichen, nicht zuletzt auch deutschen Erwartungen, insbesondere in der menschlichen Dimension, in einem nicht für möglich gehaltenen Maß übertrifft. Das im WAD enthaltene Ergebnis der Wiener Verhandlungen (d. h. sowohl des WFT als auch der KRK-Mandatsverhandlungen⁴) bringt in allen KSZE-Bereichen weiterführende Vereinbarungen und strukturiert gleichzeitig durch den Einschluß des KRK-Mandats in den Rahmen des KSZE-Prozesses und die implizierte Beendigung von MBFR die auf Europa bezüglichen multilateralen West-Ost-Verhandlungsforen grundsätzlich neu. Das Wiener Ergebnis umschreibt daher eine in der europäischen Nachkriegsgeschichte präzedenzlose politische Entwicklung. Das Resultat der Wiener Verhandlungen ist für die Bundesrepublik Deutschland in jeder Hinsicht befriedigend.

II. Zum Ergebnis des WFT im einzelnen

Das WAD führt den KSZE-Prozeß in allen Bereichen substantiell weiter. Im Bereich der menschlichen Dimension (Menschenrechte und menschliche Kontakte) stellen die Wiener Ergebnisse darüber hinaus eine wesentliche Fortentwicklung

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

² Die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. November 1986 bis 19. Januar 1989 statt.

³ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105.

⁴ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

im KSZE-Prozeß dar. Die Vereinbarung eines neuen Konsultations-, Überprüfungs- und Konferenzmechanismus bezüglich der KSZE-Vereinbarungen über Menschenrechte und menschliche Kontakte bildet zudem das politische Gegengewicht zu den im Rahmen des KSZE-Prozesses, aber autonom vereinbarten Verhandlungen über KRK (vgl. zu letzterem Berichterstattung und Bewertung der KRK-Delegation).

1) Korb I Prinzipien⁵

Eindeutigen Schwerpunkt im Prinzipienteil von Korb I bilden die detaillierten, operativen Bestimmungen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens- und Religions- und Überzeugungsfreiheit. Das WAD widmet diesen Themen sechs von zehn Seiten, die restlichen enthalten eher deklaratorische Texte (Bekräftigung der Fortgeltung aller zehn Prinzipien, eine Seite Verurteilung und Bekämpfung des Terrorismus, etc.) sowie die Vereinbarung eines Expertentreffens über friedliche Streitbeilegung. Trotz gewisser, jedoch deutlich umgrenzter Vorbehalte für nationales Verfassungsrecht und die jeweilige nationale Gesetzgebung der Teilnehmerstaaten entsprechen die Vereinbarungen über Menschenrechte eindeutig westlichen Vorstellungen. Insbesondere sind folgende neue Vereinbarungen hervorzuheben, die jede für sich einen bedeutenden qualitativen Fortschritt darstellen und in ihrer Gesamtheit eine Art Verfassungscharta für alle KSZE-Teilnehmerstaaten bilden:

- Einzelpersonen und Gruppen erhalten das Recht, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen („zu Förderung und Schutz der menschlichen Rechte beizutragen“), auch wenn das von US gewünschte Symbolwort „monitor“ nicht erscheint.
- Die verbesserten Möglichkeiten für Rechtsmittel bei Menschenrechtsverletzungen, die durch das Erfordernis schriftlicher Bescheide und die Eröffnung des Gerichtsweges im Kern darauf hinauslaufen, daß eine eigene Aktivlegitimation des Individuums in Verfassungs- und Verwaltungsstreitfragen erstmals auch in den sozialistischen Staaten anerkannt wird.
- Die detaillierten Vereinbarungen zur Ausübung der Religionsfreiheit durch einzelne und Gruppen (insbesondere Diskriminierungsverbot, Anerkennung der Religionsgemeinschaften, Achtung ihrer organisatorischen, finanziellen und personellen Autonomie, Freiheit der religiösen Erziehung, Publikationen, Zugang zu Massenmedien u. a.) sichern in diesem zentralen, ideologisch umkämpften Bereich Individuen und Religionsgemeinschaften erstmals eine gewisse Autonomie gegenüber der Staatsgewalt auch in sozialistischen Staaten.
- Die ausdrückliche und insofern erstmalige Verankerung des Menschenrechtes auf Freizügigkeit bringt trotz der einschränkenden Verweise auf Verfassungsrecht und nationale Gesetzgebung einen vom Westen seit langem erhofften Durchbruch in dieser zwischen West und Ost bisher umstrittenen und für die Stellung des einzelnen gegenüber der Staatsgewalt ebenfalls zentralen Frage.
- Das WAD sieht im übrigen den Ausbau des Schutzes von Minderheiten und der Bewahrung ihrer Religion, Kultur und Sprache vor.

⁵ Für den Wortlaut der Prinzipienklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–921.

- Im Rahmen der vereinbarten Verbesserungen in der Behandlung inhaftierter Personen kommt dem Schutz vor Mißbrauch der Psychiatrie angesichts der in der Vergangenheit in diesem Bereich bekannten Mißbräuche besondere Bedeutung zu.
- Eine Sonderstellung nehmen die Vereinbarungen über einen Konsultations-, Überprüfungs- und Konferenzmechanismus hinsichtlich der menschlichen Dimension (Menschenrechte und menschliche Kontakte) ein. Diese Vereinbarungen umfassen systematisch Materie sowohl aus Korb I als auch Korb III⁶. Obwohl sie im WAD zwischen Korb III und dem Kapitel über Folgeveranstaltungen behandelt werden, wodurch der besondere Charakter und das besondere Gewicht dieser Vereinbarungen unterstrichen werden, gehören sie – auch nach westlicher Auffassung – eher in den Zusammenhang der Prinzipien und insbesondere der Menschenrechte. Durch die Vereinbarungen über die menschliche Dimension wird nicht nur die bisher von den westlichen Staaten geübte Praxis der Implementierungskritik an der Praxis der Achtung der Menschenrechte in sozialistischen Staaten legitimiert, sondern darüber hinaus der Ansatz für einen alle KSZE-TNS umfassenden, überstaatlichen Überprüfungsmechanismus in diesem Bereich geschaffen. Vorstellungen für einen internationalen Menschenrechtsgerichtshof u. a. m. können dadurch befördert werden. Im einzelnen sehen die Vereinbarungen die Verpflichtung der TNS zu bilateralen Konsultationen über ungelöste menschenrechtliche Fälle und Situationen und das Recht jedes TNS vor, ungelöste Fälle und Situationen im Kreis der 35 bei den drei geplanten Treffen einer Konferenz zur menschlichen Dimension sowie beim nächsten KSZE-Hauptfolgetreffen⁷ zur Sprache zu bringen.

2) Korb I Militärische Aspekte der Sicherheit⁸

Im Bereich der militärischen Sicherheit bestand seit Beginn des WFT zwischen West und Ost und den N+N Übereinstimmung darüber, einen weiteren Satz von VSBM auszuhandeln und neue Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in ganz Europa aufzunehmen. Die Vereinbarung der beiden Verhandlungsmandate im WAD, die Verhandlungsstrukturen (VSBM im Rahmen der 35 TNS, KRK zu 23 im Rahmen des KSZE-Prozesses, aber autonom), das Verhältnis der beiden Verhandlungsstränge zueinander sowie der Informationsaustausch zwischen den 23 KRK-Teilnehmern und den übrigen KSZE-TNS entspricht nicht nur substantiell den in Halifax⁹ und Reykjavik¹⁰ vereinbarten NATO-Leitvorstellungen. Das WAD spiegelt darüber hinaus auch bis in die Wortwahl west-

⁶ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

⁷ Die vierte KSZE-Folgekonferenz fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 in Helsinki statt.

⁸ Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

⁹ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

¹⁰ Am 11./12. Juni 1987 fand in Reykjavik die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

liche, insbesondere US-amerikanische Vorstellungen über die Regelung von Detailfragen wider. Jede Unterordnung von KRK unter jetzige und künftige Beschlußfassung zu 35 wurde vermieden. Die im KVAE-Mandat von Madrid¹¹ aufgezeigten Perspektiven für Abrüstungsverhandlungen zu 35 weiter hinausgeschoben und verflüchtigt.¹² Die Kritik aus dem Kreis der N+N, daß dadurch der KSZE-Prozeß im Bereich der militärischen Sicherheit, insbesondere im Hinblick auf die Rüstung, amputiert worden sei, ist angesichts der umfassenden Umstrukturierung dieses Bereichs (Beendigung von MBFR¹³, Einbeziehung von KRK in den Rahmen des KSZE-Prozesses, wenngleich autonom) nicht gerechtfertigt.

3) Korb II Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt¹⁴

Das Verhandlungsergebnis in Korb II trägt Kompromißcharakter. Es entspricht nicht allen Zielvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland und anderer Westeuropäer und N+N. Es berücksichtigt aber den Kernbereich gemeinsamer westlicher Forderungen und schreibt insofern das Madrider Ergebnis¹⁵ im westlichen Sinne weiter fort. Bedeutsam sind insbesondere folgende Vereinbarungen:

- Der von uns eingebrachte, von den meisten westlichen Staaten unterstützte Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz in Bonn wurde – trotz gewisser Konzessionen an die bis zuletzt in dieser Frage skeptischen USA – in seinen wesentlichen substantiellen und prozeduralen Charakteristika durchgesetzt. Die Frage der Verabschiedung von Schlußempfehlungen durch die Konferenz wird nicht mehr ausdrücklich erwähnt, aber auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen und bleibt der Disposition der Konferenz selbst vorbehalten. Unter den Regeln des Konsenses hätte ohnehin jeder TNS bei der Konferenz die Verabschiedung von Schlußempfehlungen auch nach dem ursprünglich vorgesehenen Text verhindern können.
- In der Frage der Wanderarbeit gelang es vor allem durch eigene Verhandlungen der Delegation gegen den erheblichen Widerstand interessierter N+N-Staaten, diese Thematik in Korb II festzuschreiben und damit den Vorrang bilateraler Vereinbarungen für die Materie zu sichern und eine Proliferation von Vereinbarungen über Wanderarbeit in andere KSZE-Bereiche zu verhin-

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹² Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹³ In der Erklärung des Vorsitzenden „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (Anhang III des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989) wurde der Beginn von Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa „nicht später als in der siebenten Woche nach Abschluß des Wiener KSZE-Treffens“ bekanntgegeben. Vgl. BULLETIN 1989, S. 97.

Mit Blick auf diese Verhandlungen gaben die Teilnehmer der MBFR-Verhandlungen am 2. Februar 1989 deren Ende bekannt. Vgl. dazu das gemeinsame Kommuniké; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXV (1989/1992), S. 14.

¹⁴ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 542–547.

dern. Die Bestimmungen im einzelnen tragen Kompromißcharakter, bringen jedoch keine zusätzlich belastenden Verpflichtungen für die Aufnahmeländer.

- Die Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen für Handlungen industrieller Kooperation (Direktkontakte zwischen Geschäftspartnern, mehr Wirtschaftsinformation) trägt eindeutig westlichen Forderungen Rechnung.
- Die Verbreiterung der Basis für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (mehr Kontakte und freie Kommunikation zwischen Wissenschaftlern, Ausbau der technischen Kooperation unter Einschluß der kommerziellen Möglichkeiten) trägt westlichen Vorstellungen auch hinsichtlich der Bedeutung der menschenrechtlichen Aspekte in diesem Bereich Rechnung.
- Einen neuen Akzent hat die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes als Konsequenz gleichartiger Betroffenheit durch Umweltgefährdung in West und Ost im WAD gefunden (Schwefel, Ozonschicht, Wasserverschmutzung, Verursacherprinzip bei Industrieunfällen). Auch in diesem Bereich konnten sich vor allem im westeuropäischen Bereich entwickelte Leitvorstellungen weitgehend durchsetzen.
- Im Bereich der Bestimmungen über den Tourismus gelang ein bemerkenswerter Fortschritt mit den Vereinbarungen zum schrittweisen Abbau des Mindestumtausches und zum Recht des Rücktausches nicht verwendeter Währung des Gastlandes sowie des Einschlusses von Aspekten der menschlichen Dimension in diesen Bereich.
- Ein gewisser westlicher Verhandlungserfolg ist auch in der Eindämmung östlicher Forderungen nach Revision und Aufhebung von COCOM u. a. m. zu sehen.

164) Mittelmeerteil

Der Mittelmeerteil des WAD entspricht im Ergebnis weit überwiegend westlichen Interessen. Als Erfolg darf gewertet werden, daß der WP in diesem – ohnehin als Kompromißbereich anzusehenden Feld – seine Vorstellungen, eine Behandlung sicherheitsspezifischer Aspekte der Mittelmeerregion zu erweitern, nicht durchsetzen konnte. Die in diesem Bereich vorgesehene Folgeveranstaltung wird lediglich eine geringe Zeitspanne für den allgemeinen Gedankenaustausch auch für diese Fragen vorsehen, im übrigen aber schwerpunktmäßig anderen Themen gewidmet sein. Dieses Kapitel folgt damit unserem Gedankengang, daß über breiter angelegte und aktivere Zusammenarbeit zum gegenseitigen Verständnis beigetragen und damit Vertrauen gestärkt und letztlich auch so Stabilität, Sicherheit und Frieden in diesem Raum gefördert werden können. Unser Interesse, die Zusammenarbeit mit und unter den Mittelmeeranrainern zu verstärken, insbesondere alle Aspekte des Umweltschutzes, der Erhaltung bzw. Verbesserung des labilen ökologischen Gleichgewichts zu fördern, ist im Textteil und Mandat der Folgeveranstaltung reflektiert.

5) Korb III¹⁷

Das WAD enthält zu den vier Kapiteln des Korb III – menschliche Kontakte, Information, Kultur, Bildung – eine Vielzahl von Vorschriften, die der westlichen

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 100 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Zu den Ergebnissen im Bereich von Korb III vgl. auch Dok. 21.

Zielvorstellung für diesen Korb, d.h. freier Austausch von Personen, Informationen und Meinungen, stärker als jemals zuvor im KSZE-Prozeß Rechnung tragen.

Von besonderem Gewicht für die Bundesrepublik Deutschland sind die Vereinbarungen im Bereich der menschlichen Kontakte. Diese neuen Bestimmungen gehen auf ursprünglich westliche, von der¹⁸ Bundesrepublik Deutschland mit-eingebrachte Vorschläge zurück und sind von unmittelbar einsehbarer, erheblicher deutschlandspezifischer Bedeutung. Schwerpunkt und Leitmotiv der neuen Vereinbarungen ist die praktische Ausprägung des Menschenrechtes der Freizügigkeit. Dieses Recht (Ausreise und Rückkehr) steht ausdrücklich am Anfang des Abschnittes. Seiner Verwirklichung im Konkreten dienen insbesondere folgende Einzelbestimmungen:

- Vereinfachung und Beschleunigung der Antragsverfahren für Familienzusammenführung und Familienkontakte (Entscheidungsfrist drei bzw. einen Monat).
- Entscheidung über Reiseanträge bei dringenden humanitären Härtefällen innerhalb von drei Tagen.
- Fortgeltung von Antragsdokumenten zur Gesamtdauer eines Antragsverfahrens.
- Recht der Familienmitglieder auf gemeinsame Auslandsreisen.
- Nicht-Diskriminierung von Ausreiseanträgen aus politischen oder religiösen Gründen. Begrenzung der Möglichkeiten, die Ausreise von Geheimnisträgern zu beschränken.
- Direkte persönliche Kontakte, z.B. durch Städtepartnerschaften, Sportbegegnungen, auch auf lokaler und regionaler Ebene, sowie Schüler- und Lehrer-austausch.
- Kontakte zwischen Gläubigen und Anerkennung ihres Rechtes, religiöse Publikationen und Objekte zu erwerben und über die Grenze hinweg mitzuführen.
- Rechtsbehelfe (auch gerichtliche) bei Ablehnung von Ausreiseanträgen (auch aus Gründen nationaler Sicherheit) und grundsätzliche Erteilung dieser Bescheide in Schriftform.

Zur Information sieht das WAD u. a. bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten und v. a. den direkten, ungestörten Empfang von Radiosendungen (Ende des Jamming) vor.

Im Bereich der Kultur werden u. a. die Einrichtung von Kulturinstituten und allgemein ungestörte Kontakte zwischen kulturell interessierten Personen und Organisationen befürwortet. Die Interessen der Minderheiten sind insbesondere bedacht worden. Auf dem Gebiet der Bildung wird u. a. die Nicht-Diskriminierung für den Zugang von allen Arten und Stufen von Bildungseinrichtungen beschlossen.

6)¹⁹ KSZE-Folgeveranstaltungen nach Wien

Das Programm der Folgeveranstaltungen nach Wien trägt Kompromißcharakter. Aufgrund der präzedenzlos großen Zahl von Vorschlägen in diesem Bereich sind

¹⁸ Korrigiert aus: „westliche, der“.

¹⁹ Korrigiert aus: „5)“.

zwischen Wien und dem nächsten KSZE-Hauptfolgetreffen in Helsinki 1992 insgesamt elf Folgeveranstaltungen vorgesehen. Dies bedeutet, daß die KSZE-TNS praktisch in Permanenz zumindest auf Expertenebene weiter tagen werden. Dadurch wird auf der einen Seite eine ständige Überwachung der Implementierung v. a. in der menschlichen Dimension sichergestellt. Zum anderen ergibt sich daraus die Möglichkeit, neue Ansätze für die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses in der Zukunft zu diskutieren. Nachdem mit dem Wiener Folgetreffen ohnehin der Prozeß gemeinsamer Vereinbarung von neuen KSZE-Normen einen Höhepunkt erreicht hat, der vermutlich in absehbarer Zeit schwer zu überschreiten sein wird, wird sich der KSZE-Prozeß nach allgemeiner Erwartung stärker in Folgeveranstaltungen artikulieren, als dies bisher der Fall war. In diesem Zusammenhang kommt einem Anhang über die Offenheit von und den Zugang zu den im WAD vorgesehenen KSZE-Folgetreffen besondere Bedeutung zu. Erstmals ist es gelungen, Formulierungen aufzuschreiben, die die bisher geübte Praxis betr. die Offenheit und den Zugang von KSZE-Treffen fixieren. Dies ist im Hinblick auf die in WP-Staaten stattfindenden Veranstaltungen (Moskau, Krakau, Sofia) von Bedeutung.

Der KSZE-Fahrplan sieht zwischen Wien und Helsinki folgende Folgeveranstaltungen vor:

- Ab März 1989 sollen die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (Fortsetzung der KVAE) in Wien aufgenommen werden.²⁰ Ebenso wie die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa²¹ (KRK, die nicht als KSZE-Veranstaltung gezählt wird).
- Die Konferenz über die menschliche Dimension findet in drei Treffen in Paris (Mai/Juni 1989²²), Kopenhagen (Juni 1990²³) und Moskau (September/Okttober 1991²⁴) statt.
- Expertentreffen über die friedliche Streitbeilegung wird im Januar 1991 in Valletta, Malta, stattfinden.²⁵
- Die West-Ost-Wirtschaftskonferenz wird im März/April 1990 in Bonn stattfinden.²⁶ Das ursprünglich vorgesehene Wissenschaftsforum wurde auf Insistieren der USA und nach dem Verzicht Italiens gestrichen. Einige Themen haben Eingang in das Mandat der West-Ost-Wirtschaftskonferenz gefunden.
- Das Umweltschutztreffen im Oktober/November 1989 wird in Sofia stattfinden.²⁷

²⁰ Die VSBM-Verhandlungen begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 75.

²¹ Die VKSE begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

²² Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

²³ Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁴ Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

²⁵ Das Expertentreffen über die friedliche Streitbeilegung wurde vom 15. Januar bis 8. Februar 1991 abgehalten.

²⁶ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁷ Zum KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 vgl. Dok. 343.

- Das Treffen über den Mittelmeerraum wird in Palma de Mallorca im September/Oktobre 1990 stattfinden.²⁸
- Das Informationsforum in London findet im April/Mai 1989 statt.²⁹
- Das Symposium über das kulturelle Erbe wird in Krakau im Mai/Juni 1991 durchgeführt.³⁰

[gez.] Rantzaу

Referat 212, Bd. 158457

8

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Wien

VS-NfD

17. Januar 1989¹

Gespräch von BM Genscher mit dem bulgarischen AM Mladenow aus Anlaß eines (von BM gegebenen) Mittagessens in Wien am 17.1.1989²

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

1) Nach einleitenden Bemerkungen, u. a. über den in Sofia bevorstehenden Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand³, wurde kurz über die Fortsetzung des Besuchs austauschs gesprochen. *BM* wies darauf hin, daß jetzt ein Besuch von Mladenow in die Bundesrepublik anstehe.⁴ Er wolle dafür einen schönen Ort in der Bundesrepublik aussuchen. *Mladenow* erwähnte, daß er außer Bonn, Köln, Hannover und München keine Städte unseres Landes kenne.

Mladenow erwähnte das breite und positive Echo auf den Besuch des Bundespräsidenten in Bulgarien.⁵ Der Besuch sei nicht nur von der bulgarischen Führung sehr hoch eingeschätzt worden. Aus der gesamten Bevölkerung seien sehr positive Reaktionen gekommen. Der Besuch solle dazu führen, daß sich die Beziehungen weiterhin noch besser entfalten.

²⁸ Das Treffen über den Mittelmeerraum wurde vom 24. September bis 19. Oktober 1990 abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁹ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

³⁰ Das KSZE-Seminar über das kulturelle Erbe fand vom 28. Mai bis 7. Juni 1991 statt.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck, z. Z. Wien, am 18. Januar 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 26. Januar 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich des Abschlusses der dritten KSZE-Folgekonferenz vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

³ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 18./19. Januar 1989 in Bulgarien auf.

⁴ Zum Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 201.

⁵ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Bulgarien vom 20. bis 24. November 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 331.

2) Mladenow erwähnte die begonnene neue Etappe der Reformen in Bulgarien. Die Phase der praktischen Umsetzung der Reformpläne habe begonnen. Für ihn sei klar, daß die Reformen nur unter Einbeziehung der Erfahrungen Europas zum Erfolg führen könnten. Besonders wichtig sei jetzt die Vereinbarung eines breiten Programms für die Ausbildung, insbesondere von Managern. Er stelle sich ein solches Programm auf drei Stufen vor: Studenten sollten an deutschen Universitäten eine vier- bis fünfjährige solide Ausbildung erhalten; solide ausgebildete Fachleute mit guten deutschen Sprachkenntnissen sollten zu einer praktischen und theoretischen Nachschulung in die Bundesrepublik zu kürzeren Aufenthalten entsandt werden; Seminare und Lehrveranstaltungen für entsprechende Fachleute könnten in Bulgarien von deutscher Seite veranstaltet werden. Er wolle sich dafür einsetzen, daß alle drei Formen nebeneinander entwickelt würden.

BM stimmte zu. Der Ansatz sei überzeugend, und man solle sich um seine Verwirklichung bemühen. Die deutsche Seite habe die Entsendung von Experten angeboten. Die Expertengespräche sollten jetzt möglichst schnell beginnen. Uns sei daran gelegen, die bulgarischen Wünsche zu erfahren und unsere Möglichkeiten darzulegen. Der Ausbildungsbereich sei auch nach seiner Beurteilung ein besonders wichtiger Sektor der Zusammenarbeit. Man müsse dies so gestalten, daß bulgarische Fachleute bei uns erleben könnten, wie Management praktisch funktioniere. Unsere Unternehmen hätten daran im Hinblick auf künftige Zusammenarbeit auch ein eigenes Interesse. Man solle auch die Chancen nutzen, die die Einrichtung von Kulturinstituten⁶ für diesen Bereich biete. Die bulgarische Seite könne klarstellen, welche Veranstaltungen für sie von Interesse seien. Er könne sich dabei auch Vorträge und dgl. vorstellen, die dazu dienten, bei bulgarischen Fachleuten das Interesse an einer weitergehenden Ausbildung zu wecken.

Mladenow stimmte zu. Auch aus bulgarischer Sicht sollten die Kulturinstitute nicht nur dazu dienen, Literaturkenntnisse zu vermitteln. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Einladung von Experten zu Gesprächen über Aus- und Fortbildung beschleunigt werde. Er wolle noch hinzufügen, daß Bulgarien natürlich auch Interesse habe an Zusammenarbeit mit anderen westlichen Ländern in diesem Bereich. Aber aus bulgarischer Sicht sei die deutsche Wirtschaft besonders vorbildlich. Interesse bestehe auch an näherer Kenntnis über unsere Erfahrungen mit mittelständischen Unternehmen. Was die Kulturinstitute anbelange, so gehe er davon aus, daß alle Probleme gelöst seien. Man könne die Institute sehr bald eröffnen. Allerdings habe er den Eindruck, daß auf unserer Seite noch Schwierigkeiten bestünden, die sich wohl aus der Notwendigkeit der Verabschiedung eines entsprechenden Haushalts durch den Bundestag ergäben.

BM stellte klar, daß dies nicht der Fall sei. Es gebe wohl noch praktische Probleme. Auch darüber sei mit der bulgarischen Seite bereits gesprochen worden. Wir warteten auf eine Einladung zur Aufnahme von Expertengesprächen.⁷

⁶ Die Bundesrepublik und Bulgarien schlossen am 21. November 1988 eine Vereinbarung über den Austausch von Kulturinstituten in München und Sofia. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 779 f.

⁷ Vortragender Legationsrat Heide notierte am 7. Februar 1989, am Rande der Sitzung des für Kulturfragen zuständigen deutsch-bulgarischen Gemischten Ausschusses sei die Frage der Kulturinstitute angesprochen worden: „Unsererseits wurde das Interesse an einem von unserer Botschaft empfoh-

Mladenow erwiderte, hiermit spreche er diese Einladung „in zehn Tagen“ aus. Wir sollten umgehend mitteilen, wer auf unserer Seite die Gespräche führe. Auf bulgarischer Seite gebe es keine Hindernisse. Die praktischen Fragen, wie z. B. die Unterbringung etc., müßten jetzt konkret geklärt werden. Er wolle noch darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik das erste Land sei, das ein solches Kulturinstitut in Bulgarien errichten könne. Er rechne damit, daß die französische Regierung bei dem morgen beginnenden Besuch einen ähnlichen Wunsch äußern werde. Die bulgarisch-französischen Beziehungen seien wohl aber noch nicht soweit.

3) Auf die Frage von BM nach der Durchführung des bulgarischen Reformprogramms erläuterte Mladenow die jetzt vorgesehene Gleichstellung der verschiedenen Eigentumsformen. Besonders großzügig sollten in Zukunft Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten behandelt werden. Hier werde der Staat sich in keiner Weise mehr einmischen, abgesehen davon, daß diese Betriebe Steuern zahlen müßten. Wenn sie keinen Erfolg hätten, würden solche Betriebe dann eben Konkurs machen. Wichtig sei, daß sich Staat und Partei aus solchen Unternehmen heraushielten. Insbesondere die Partei sei in Bulgarien jetzt nicht mehr „eine Etage der Macht“. Es gelte schlicht das Gesetz. Entsprechende Freiheiten würden z. B. auch für Verlagshäuser gelten. Diese könnten frei entscheiden, welche Publikation sie nach unternehmerischen Gesichtspunkten veröffentlichen wollten. Auch in Bulgarien würden nicht alle den Umfang der jetzt anstehenden Reformen begreifen. Einige wollten auch nicht begreifen. Die Ideologisierung sei lange Jahre die Grundlage „von allem“ in Bulgarien gewesen. Die Einführung neuer Formen sei keine leichte Angelegenheit. Es gehe nicht ohne Kampf ab. Aber die Bemühungen würden mit einem Erfolg enden.

Abschließend zu diesem Themenkreis betonten BM und Mladenow die zentrale Bedeutung des Wettbewerbs für alle wirtschaftlichen Reformbemühungen.

4) Auf die Frage von BM nach der Einschätzung der internationalen Entwicklung erwiderte Mladenow, das Wiener Schlußdokument⁸ und das Ergebnis der Konferenz in Paris⁹ zeigten beispielhaft, in welchem Maße sich die internationale Lage gebessert habe. Die großen Probleme blieben. Aber man sei auf dem richtigen Wege. Er wolle die zentrale Rolle der Bundesrepublik Deutschland in diesem Prozeß unterstreichen. Das gelte insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß Europa noch geteilt sei, aber Ansätze dafür sichtbar seien, daß Europa wieder ein Ganzes werde.

BM nahm die positiven Bemerkungen zu dem Wiener Schlußdokument auf und unterstrich die Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas. Dabei sei deutlich erkennbar, daß die sozialistischen Länder, die zu entschlossenen Refor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 37

lenen konkreten Objekt in Sofia angemeldet und unsere Absicht bekundet, demnächst provisorisch in der ehemaligen Paßstelle der Botschaft ein Gründungsbüro für das zukünftige Institut einzurichten. Die bulgarische Delegation war zu diesem Thema erstaunlich unvorbereitet, was hier verwunderte, da Mitte Januar noch Botschafter Evtimov gegenüber D6 erklärt hatte, daß die bulgarische Seite bereits Gebäude für unser Institut in Sofia anbieten könne und der bulgarische Außenminister Mladenow in einem Gespräch mit dem Herrn Minister am 17.1.1989 Aktivitäten von unserer Seite zur Umsetzung der Vereinbarung angemahnt hatte.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139831.

⁸ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

⁹ Für den Wortlaut der Schlußerklärung der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 111f. Vgl. dazu auch Dok. 5.

men ansetzten, den größten Vorteil aus der Zusammenarbeit zwischen West und Ost ziehen würden. Er erläuterte dann in diesem Zusammenhang die dreifache Dynamik (EG, sozialistische Länder, West-Ost-Beziehungen). Dies alles unterstreiche, daß die Interdependenz insbesondere innerhalb Europas wachse. Negative, aber insbesondere positive Prozesse in West und Ost würden sich gegenseitig stützen. Daraus ergebe sich, daß jeder auch den Vorteil des anderen mit im Auge haben müsse. Für Versuche von Destabilisierung sei in Europa kein Raum mehr. Einige sozialistische Länder befänden sich in einer schwierigen Übergangsphase, die eine große Zahl von Problemen aufwerfe. Die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion seien für jedermann erkennbar. Wir hätten nicht die Absicht, solche Schwächen auszunutzen, sondern wir wollten helfen, diese schwierige Lage zu überwinden. Unsere besondere Aufgabe sehe er darin, konstruktiv zu sein. Heute seien im ganz besonderen Maße Staatskunst¹⁰, Vernunft und Verantwortung gefragt. Eine gegenseitige Offenheit sei erforderlich. In diesem Sinne verstünden wir auch die Idee vom europäischen Haus, die für uns dasselbe bedeute wie die europäische Friedensordnung, von der auf unserer Seite gesprochen würde.

Mladenow stimmte zu. Es sei unser gemeinsames Interesse, daß die sozialistischen Länder sich entwickeln könnten. Niemand werde Gewinn aus dem Versuch von Destabilisierung ziehen. In immer stärkerem Maße gingen die Interessen von West und Ost in die gleiche Richtung. Auf diesem Wege könne aus einem zersplitterten Europa wieder ein gemeinsames Europa werden. Solche Entwicklungen hätten Zukunftsperspektive. Dagegen habe eine „Festung Europa“, auch wenn sie ihre eigenen Probleme vorübergehend in besonders guter Weise lösen könne, keine langfristige Existenzgrundlage. Das Gewicht und die Möglichkeiten der Bundesrepublik in dieser konstruktiven Phase europäischer Politik seien kaum zu überschätzen. Es sei eine geschichtliche Erfahrung, daß gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland eine Garantie für den Weltfrieden seien. Auf der Grundlage dessen, was er über diese Beziehung erfahre, wolle er feststellen, Bulgarien freue sich über unsere guten Beziehungen mit der Sowjetunion. Wie er höre, werde der Besuch von Gorbatschow bei uns wohl zustande kommen.¹¹ Bulgarien würde dies nachdrücklich begrüßen. Denn ohne gute Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion könne der europäische Ost-West-Prozeß nicht wirklich konstruktiv weitergehen. In der Sowjetunion seien tiefgreifende Prozesse im Gang. Für uns alle sei wichtig, daß diese erfolgreich verliefen.

BM verwies abschließend auf seine Einschätzung der Entwicklungen in der Sowjetunion vor zwei Jahren in Davos.¹² Er werde in Kürze am gleichen Orte erneut dazu Stellung nehmen, auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung.¹³

5) Aufgrund einer Frage von Mladenow folgte ein kurzer Meinungsaustausch über die neue US-Administration. *BM* betonte den Gesichtspunkt der Konti-

¹⁰ Korrigiert aus: „Staatsgunst“.

¹¹ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹² Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Weltwirtschaftsforum am 1. Februar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 93–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 65.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Weltwirtschaftsforum am 29. Januar 1989 in Davos vgl. BULLETIN 1989, S. 117–120 bzw. S. 140.

nuität der neuen Administration. Präsident Bush habe große außenpolitische Erfahrung. AM Baker habe große wirtschafts- und finanzpolitische Erfahrung und könne unbefangen an die weltpolitischen Probleme herangehen. Beide Seiten verwiesen auf die großen Europaerfahrungen von Eagleburger.

Mladenow meinte, die bulgarisch-amerikanischen Beziehungen seien in einer Phase positiver Entwicklung. Falls die neue Administration dies wünsche, könne dieser Prozeß fortgesetzt werden.

6) *Mladenow* äußerte zwei konkrete Bitten um deutsche Unterstützung im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Kommission im Hinblick auf ein Abkommen zwischen der Gemeinschaft und Bulgarien.¹⁴ *BM* sagte, Bulgarien könne sich auf uns verlassen.

Auf die bulgarische Bitte um Unterstützung bei dem Wunsch Bulgariens, dem GATT beizutreten¹⁵, verwies *BM* auf die Zuständigkeit der Kommission. Wir wollten aber in dem uns möglichen Rahmen auch hierbei hilfreich sein.

7) Im Hinausgehen befragte *Mladenow*, ob *BM* nicht ein Wochenende im Rahmen eines ganz inoffiziellen Besuchs in Bulgarien verbringen wolle. *BM* sagte, er wolle sehen, was möglich sei.

Referat 010, Bd. 178931

9

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Trautwein

012-312.74 VS-NfD 171650

17. Januar 1989¹

Fernschreiben Nr. 5 Ortez

Zur angeblichen Beteiligung deutscher Firmen am Bau einer Anlage zur Herstellung chemischer Waffen in Rabta/Libyen.²

¹⁴ Referat 411 legte am 25. Januar 1989 dar, nach vier Runden inoffizieller Gespräche mit der bulgarischen Regierung zwischen Oktober 1986 und September 1988 habe die EG-Kommission am 14. Dezember 1988 den Entwurf eines Verhandlungsmandats für ein Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bulgarien verabschiedet: „Die spanische Präsidentschaft beabsichtigt, einen Ratsbeschluß zur Verabschiedung des Verhandlungsmandats auf der nächsten Tagung des Allg. Rats am 20./21.2.1989 herbeizuführen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160500.

¹⁵ Bulgarien stellte am 8. September 1986 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft im GATT. Referat 411 erläuterte dazu am 25. Januar 1989: „Während wir diesem Wunsch positiv gegenüberstehen, sind GB und F hier sehr zurückhaltend (insbesondere wegen bulgarischen Anliegens, seinen Status als Entwicklungsland festzuschreiben [...]). Am 17.10.1986 ist innerhalb der EG, die gemeinschaftsrechtlich für GATT-Beitrittsverfahren ausschließlich zuständig ist (gemeinsame Handelspolitik), Einverständnis erzielt worden, sich gegenüber dem bulgarischen Beitrittswunsch aufgeschlossen zu zeigen, nicht aber einen Entwicklungsländerstatus zu akzeptieren. Bulgarien muß sich nun dem üblichen Beitrittsverfahren im GATT unterziehen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160500.

¹ Ablichtung.

² Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 2.

I. Dieses Ortez knüpft an Ortez Nr. 3 vom 4.1.1989³ sowie an die per Infotext übermittelten öffentlichen Erklärungen des Regierungssprechers⁴ und anderer Kabinettsmitglieder⁵ an. Inhalt des Ortez kann bei Anfragen staatlicher Stellen des Gastlandes und der Presse als Sprachregelung verwendet werden.

II. 1) Am 12. und 13.1.1989 hat sich – wie zwischen BM Genscher und AM Shultz auf der Pariser CW-Konferenz⁶ vereinbart – ein deutsches Expertenteam in Washington aufgehalten, um in das dort vorliegende Material Einsicht zu nehmen und es mit der US-Seite zu diskutieren.⁷

Das von den USA vorgelegte neue Material erhärtet den Verdacht, daß es sich bei der Anlage in Rabta um eine Fabrik für die Herstellung chemischer Waffen handelt. Die Bundesregierung geht daher nunmehr auch von dieser Einschätzung aus, wie BM Stoltenberg auf der Pressekonferenz am 16.1.1989 erklärte.⁸

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Trautwein übermittelte eine Sprachregelung zu Pressemeldungen über eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Errichtung einer Chemieanlage in Rabta, in der mutmaßlich chemische Waffen hergestellt wurden. Ferner bat er „um laufende Berichterstattung über Reaktionen im Gastland“. Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

⁴ Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, äußerte sich am 6. Januar 1989 vor der Bundespressekonferenz zur Chemieanlage in Rabta. Vgl. dazu das Manuskript Nr. 3/89 der Bundespressekonferenz; Referat 424, Bd. 168198.

Für den Wortlaut einer weiteren Erklärung Osts vom 10. Januar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 23.

Zu Äußerungen von Ost vom 13. Januar 1989 vgl. den Artikel „Schon im Oktober Hinweise in Bonn auf deutsche Mitarbeit an der libyschen Chemiefabrik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Januar 1989, S. 1.

Ost äußerte sich erneut am 15. Januar 1989. Vgl. dazu den Artikel „Weiterhin Unklarheit über deutsche Beteiligung in Libyen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1989, S. 1f.

⁵ Bundeskanzler Kohl äußerte sich in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“. Vgl. DIE WELT vom 11. Januar 1989, S. 6.

⁶ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

Referat 311 vermerkte am 10. Januar 1989, im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7. Januar 1989 habe Bundesminister Genscher herausgestellt: „Die Bundesrepublik Deutschland hat als bisher einziger Staat auf die Herstellung von C-Waffen verbindlich verzichtet. Es entspricht deshalb unserer Grundüberzeugung, alles zu tun, um eine Mitwirkung deutscher Firmen und deutscher Einzelpersonen an der Herstellung dieser Waffen in anderen Ländern zu verhindern. Solche Mitwirkung ist kriminelles Unrecht, sie muß auch so behandelt und bestraft werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat schon 1982 obligatorische Verdachtskontrollen gefordert. Sie will ein weltweites Verbot der chemischen Waffen, nicht nur ein Verbot ihrer Anwendung, sondern auch ein Verbot ihrer Herstellung und Lagerung. [...] Die Bundesregierung hat die Absicht, auch in dieser Angelegenheit weiterhin vertrauensvoll mit den USA zusammenzuarbeiten, damit die transatlantische Partnerschaft – auch in den Augen der Öffentlichkeit – keinen Schaden nimmt. AM Shultz sagte, er vertraue darauf, daß die Bundesregierung die Angelegenheit sehr ernst nehme und alles tue, um Hinweisen nachzugehen und deutsche Gesetzgebung ggf. zu ergänzen bzw. zu verschärfen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154189.

⁷ Am 13. Januar 1989 teilte Botschafter Ruhfus, Washington, zu den Expertengesprächen mit: „Die Diskussion zur Frage der Beteiligung deutscher oder in Deutschland ansässiger Firmen und Personen wurde von amerikanischer Seite dahingehend zusammengefaßt, daß die Amerikaner dazu weniger Informationen hätten, als die Deutschen brauchten und als sie selbst es wünschten. [...] In den Gesprächen wurde klar, daß Washington viel Zeit und Mühe darauf verwandt hatte, die Natur der Anlage Rabta und das erforderliche internationale Beschaffungsnetz aufzuklären, und daß von Bonn erwartet wird, weitere Zulieferungen zu verhindern und illegal handelnde Exporteure zur Verantwortung zu ziehen. [...] Von Seiten der deutschen Experten wurde das Bedauern ausgedrückt, daß für die Ermittlungstätigkeit hinsichtlich illegaler Exporte von Waren und Technologie aus Deutschland keine konkreten Hinweise oder Beweise vermittelt wurden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187/188; Referat 424, Bd. 168198.

⁸ Dazu wurde in der Presse berichtet: „Zum ersten Mal ist am Montag in einer Stellungnahme der Bundesregierung die libysche Anlage in Rabta als ‚Chemiewaffenanlage‘ und als ‚Kampfstoffanlage‘ gekennzeichnet worden. Diese Stellungnahme ist von Finanzminister Stoltenberg verlesen worden.“

Zusätzliche Erkenntnisse, die gerichtsverwertbar sind, hat das deutsche Team aus den USA nicht mitgebracht.

2) Die umfangreichen Untersuchungen, die von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen veranlaßt wurden, haben aber zu Hinweisen auf eine Beteiligung deutscher Firmen in Rabta geführt. In diesem Zusammenhang hat die Staatsanwaltschaft Offenburg gegen die Firma Imhausen am 13.1.1989 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sie sieht auf Grund von Presseberichterstattung und anderen Hinweisen den notwendigen Anfangsverdacht für das Vorliegen eines Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz⁹ als gegeben an. Zur Zeit wird geprüft, ob gegen weitere Firmen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden kann.

3) Der in weiten Teilen der deutschen und internationalen Presse entstandene Eindruck, daß nach der ergebnislos verlaufenen Außenwirtschaftsprüfung der Firma Imhausen feststehe, daß kein deutsches Unternehmen – insbesondere nicht die Firma Imhausen – an möglichen illegalen Exporten nach Libyen beteiligt gewesen sei, ist nicht richtig und ist in dieser Form auch nicht von seiten der zuständigen Stellen so dargestellt worden. Ob selbst bei einem erfolgreichen Abschluß der laufenden Ermittlungen das Ergebnis ausreichende Anhaltspunkte für eine Anklageerhebung enthalten wird, ist angesichts schwieriger Rechts- und Beweisfragen noch offen.

4) Meldungen und Erklärungen der letzten Tage, wonach der Bundesregierung bereits vor dem Besuch von BK Kohl in Washington¹⁰ Hinweise auf die geplante CW-Fabrik in Rabta sowie eine deutsche Beteiligung daran zugegangen waren, treffen zu. Diese Hinweise sind jeweils unverzüglich an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden. Die Ermittlungen mußten verständlicherweise zunächst vertraulich geführt werden.

5) Das Bundeskabinett hat am 10.1.1989 als Reaktion auf die Vorwürfe wegen illegaler Nuklearausfuhren und der möglichen Beteiligung deutscher Unternehmen an der CW-Produktion in Libyen folgende Maßnahmen beschlossen:

- stärkere Zusammenarbeit und erweiterter Datenaustausch zwischen den Kontrollbehörden sowie Verbesserung der Personal- und Sachausstattung dieser Stellen,
- bessere Erfassung der im Nuklearbereich tätigen Unternehmen durch Einführen einer Meldepflicht,
- Ausdehnung des Genehmigungserfordernisses für die Ausfuhr von Technologie-Unterlagen sowie für die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen über die Fertigung sensibler Waren und über sensitive Technologie,

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

Bisher war nur von einem ‚Industriekomplex‘ und von einer ‚Chemieanlage‘ die Rede. Daraus wird in Bonn geschlossen, daß jetzt auch die Bundesregierung über Erkenntnisse verfügt, daß die Fabrik in Rabta für Giftgase und Chemiewaffen verwendet werden soll. Das hat Stoltenberg auf Anfrage der Nachrichtenagentur Reuter auch bestätigt.“ Vgl. den Artikel „Die Bundesregierung nennt die libysche Fabrik zum ersten Mal ‚Chemiewaffenanlage‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Januar 1989, S. 1.

⁹ Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 12. bis 16. November 1988 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 324, Dok. 325, Dok. 327 und Dok. 328.

- Verdoppelung des höchstzulässigen Bußgeldes auf 1 Mio. DM,
- Einführung einer neuen Strafvorschrift, die die Herstellung von B- und C-Waffen im Inland und die Mitwirkung von Deutschen an ihrer Herstellung im Ausland verbietet.

Bereits am 20.12.1988 und unabhängig vom Libyen-Fall hatte das Bundeskabinett eine Verschärfung der Strafvorschriften für illegale Exporte (Umwandlung von einem Erfolgs- in ein Gefährdungsdelikt mit von drei auf fünf Jahre erhöhter Höchststrafe) beschlossen.¹¹

6) Die Bundesregierung nimmt weiterhin jeden Hinweis auf illegale Ausfuhr-geschäfte im Zusammenhang mit der Chemieanlage bei Rabta ernst. Sie ist entschlossen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln derartige Exporte zu verhindern und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Für die Zukunft wird nicht zuletzt die Verschärfung des Strafrechts dafür sorgen, daß einer deutschen Beteiligung an der Herstellung von Massenvernichtungsmitteln im Ausland noch wirksamer entgegengetreten werden kann.

[gez.] Trautwein

Referat 201, Bd. 151249

10

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 96

Aufgabe: 17. Januar 1989, 14.54 Uhr¹

Ankunft: 17. Januar 1989, 09.39 Uhr

Betr.: Chinas gesellschaftliche Umwandlung;
hier: Glasnost in China

I. Zehn Jahre Reformen haben China ein Auf und Ab bei der Freiheit politischer Diskussion beschert. Heute sind die bildenden Künste relativ frei, Literatur, Film und Presse dürfen vergangene Fehler der Partei kritisieren, sofern sie ihren Primat für die Zukunft nicht in Frage stellen. Es gibt auch ermutigende

¹¹ Ministerialdirigent Trumpf erläuterte am 15. Dezember 1988 zur Vorbereitung der Kabinettsitzung am 20. Dezember 1988, die bisherige Fassung von § 34 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 habe zu dem unbefriedigenden Ergebnis geführt, „daß ein Täter nicht bestraft werden konnte, wenn sein Umgehungsgeschäft frühzeitig vereitelt werden konnte“, und daß „die Täter illegaler Exporte meist nicht bestraft, sondern nur mit einem Bußgeld belegt werden konnten“. Durch die Neufassung von § 34 sei künftig eine Verfolgung und Ahndung als Straftat möglich, wenn die Tat geeignet sei, die Sicherheit der Bundesrepublik und ihre auswärtigen Beziehungen sowie das friedliche Zusammenleben der Völker zu beeinträchtigen. Vgl. Referat 424, Bd. 168202. Die Änderung erfolgte am 20. Juli 1990 durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil I, S. 1458 f.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Röhr, Peking, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 17. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ausgezeichneter Bericht. Gelber Dienst + Lob.“

Ansätze zu Demokratisierung, Verrechtlichung und Verbesserung der Verwaltung. Im Vergleich mit der SU liegt China bei den Wirtschaftsreformen vorn, muß sich bei der politischen Reform jedoch mit einem zweiten Platz zufriedengeben.

II. 1) Nach zehn Jahren Reformpolitik in China stellt sich ein uneinheitliches Bild der Meinungs-, Informations- und künstlerischen Freiheit dar. Dies gilt in zweierlei Hinsicht:

In den zehn Jahren seit 1978 ist die Entwicklung nicht kontinuierlich verlaufen. Perioden vergleichsweise großer Freiheit – Mauer der Demokratie (1978/79), Diskussion über innenpolitische Alternativen (1986) – wechselten mit Zeitspannen ab, in denen die Führung die Zügel straffer anzog – Kampagne gegen „Geistige Verschmutzung“² (1983), Kampf gegen „bürgerliche Liberalisierung“ (1987). Gegenwärtig ist das Diskussionsklima wieder vergleichsweise offen, hat allerdings noch nicht den 1986 unter dem damaligen Parteichef Hu Yaobang erlaubten Stand erreicht. Das eingeräumte Maß an Freiheit ist in den einzelnen Bereichen des sozialen Lebens unterschiedlich.

2) Es gibt erstaunliche Entwicklung, und es gibt unanrührbare Tabus:

- Am größten – weil am ungefährlichsten – ist der Spielraum in der bildenden Kunst. Die soeben in Peking beendete erste Ausstellung chinesischer Aktmalerei ist dafür nur ein – allerdings gutes – Beispiel. Bildhauer und Maler sind heute weitgehend frei in der Wahl ihrer Sujets, Vorschriften werden ihnen, soweit ersichtlich, nicht gemacht. Daß es in der chinesischen Malerei an einer sozialkritischen Komponente weitgehend fehlt, hat weniger mit Vorschriften der Partei als mit der Tradition und auch der Qualität der Künstler zu tun. Erstaunlich spitz ist allerdings die Feder der Karikaturisten. Bestechlichkeit und Großmannssucht der Kader werden ebenso wie Muckertum und die Sorgen des Alltags treffend aufgespießt. Vor der Führung von Partei und Staat machen die Karikaturisten allerdings wieder Halt: Die – von der internationalen Presse stark beachteten – Karikaturen von Deng Xiaoping und Hu Yaobang aus dem Jahre 1986 blieben Einzelfälle.
- Mit der Überwindung der „Kulturrevolution“ wurde den chinesischen Schriftstellern die Aufarbeitung der Katastrophe lediglich in der sog. „Narbenliteratur“ gestattet. Dabei stand und steht einer ausführlichen Schilderung damals verübter Greueltaten nichts im Wege, wenn nur Zweifel an der Weisheit der Partei und dem Gründer Mao – Periode³ unterbleiben und am Ende gezeigt wird, wie die Partei die in ihrem Namen verübten Untaten wiedergutmacht: Sie rehabilitiert, vergibt und belohnt, Uneinsichtige in ihrem Schoß bleiben eine Minderheit. Bücher, die wie Nien Chengs „Leben und Tod in Schanghai“⁴ diese Wiedergutmachung nicht akzeptieren und die Rolle der Partei als solche in Frage stellen, werden in China nicht verlegt. Neben die „Narben-“ hat sich als zweiter großer Trend der nachkulturrevolutionären Literatur die Reportageliteratur gestellt. Sie stellt mit geringem literarischem Anspruch – bekanntestes Beispiel sind die „Peking-Menschen“ –

² Korrigiert aus: „Geiste Verschmutzung“.

³ So in der Vorlage.

⁴ Vgl. NIEN CHENG, Leben und Tod in Schanghai, Frankfurt am Main, Berlin 1988.

Einzelschicksale oder Begebenheiten aus dem Alltagsleben und der Arbeitswelt dar, bei denen durchaus auch Mängel des Systems aufscheinen. Die Frage nach dem „Warum“ und den Aufruf zur Änderung versagt sich diese Literatur jedoch.

- Am Charakter dieser Literatur ändert sich naturgemäß wenig, wenn sie für den Film aufbereitet wird. Filmdrehbücher ohne literarische Vorlage sind meist unterhaltend, gesellschaftskritische lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Filme wie die „Schwarze Kanone“, in der die Partei bis zum Schluß ratlos bleibt, oder die „Gelbe Erde“, in dem die Hilfe durch den Soldaten der Volksbefreiungsarmee unwiderruflich zu spät kommt, werden viel diskutiert und wenig gezeigt.

- Für die politische Diskussion in der Öffentlichkeit gelten recht deutlich sichtbare Regeln:

Die „Vier Grundprinzipien“ (Sozialismus, Demokratische Diktatur des Volkes, Führung durch die KP, Marxismus, Leninismus und Mao-Zedong-Gedanken) bleiben – wie zu Jahresbeginn ein Sprecher des Staatsrats in überraschender Offenheit erklärt hat – der öffentlichen Diskussion entzogen. Dieses Tabu ist jedoch weitgehend ein formales: In der Ende 1987 ausgerufenen, bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts reichenden „Anfangsphase des Sozialismus“ ist fast jede Anleihe beim Kapitalismus gestattet. Der Marxismus bleibt für die Sonntagsrede verbindlich, die Mao-Zedong-Gedanken werden selbst in dieser kaum noch erwähnt, während der restlichen Tage der Woche darf aber über wirtschaftliche Alternativen nachgedacht werden. Ausnahme ist die Führung durch die KP: Ihre Machterhaltung bleibt ein Tabu, an dem nicht gerührt wird. Allein unter dieser Voraussetzung wird auch eine Aufarbeitung der Geschichte der KP gestattet. Sofern nur die KP als aus sich heraus erneuerungsfähige bestimmende gesellschaftliche Kraft akzeptiert wird, ist der Hinweis auf vergangene Fehler gestattet. Dies schließt auch die in aller Stille vor sich gehende fortdauernde Demontage Mao Zedongs ein, dessen Platz in der Geschichte zunehmend durch Zhou Enlai – und später Deng Xiaoping – relativiert werden wird.

Tabu sind die Namen jener Dissidenten, die die Rolle der KP in Frage stellen. Weder Wei Jingsheng, der an der Mauer der Demokratie eine echte Demokratisierung gefordert hatte (15 Jahre Gefängnis), noch Fang Lizhi, der⁵ die KP für nicht mehr erneuerungsfähig hält (Parteiausschluß), werden von der chinesischen Presse erwähnt.

Tabu bleiben auch Grundfragen der Außenpolitik. Die Veröffentlichung einer auch nur leicht abweichenden Meinung etwa zur Wiedervereinigung mit Hongkong oder Taiwan, zu den Territorialfragen im südchinesischen Meer oder zu Chinas Rolle im Kambodscha-Konflikt ist undenkbar.

- 3) Kulturminister Wang Meng, dessen in den 50er Jahren verfaßte Darstellung der Desillusionierung eines jungen Parteimitglieds⁶ ihm 20 Jahre Verbannung in Xinjiang einbrachte, dürfte sich hinter den Kulissen nach Kräften bemühen,

⁵ Korrigiert aus: „die“.

⁶ Vgl. WANG MENG, Der Neuling in der Organisationsabteilung, in: Hundert Blumen. Moderne chinesische Erzählungen. Zweiter Band: 1949 bis 1979, hrsg. von Wolfgang KUBIN, Frankfurt am Main 1980, S. 83–149.

den Spielraum für Schriftsteller und Künstler möglichst weit zu halten. Fehlende rechtliche Vorschriften für Zensur und Presse einerseits und die – zwar häufig kritisierte, gleichwohl aber ungebrochene – Einflußmöglichkeit auch dem Kulturbereich völlig fremder Kader schaffen für kritische Intellektuelle einen Bereich der Unsicherheit, der die meisten vorsichtig sein läßt. Die niemals ganz auszuschließende Gefahr einer neuen Kampagne tut ein übriges.

III. Demokratisierung und Verrechtlichung der Gesellschaft stecken in den Kinderschuhen.

Es gibt einige ermutigende Ansätze zu größerer Partizipation der Bürger: Bei Wahlen übersteigt die Zahl der Kandidaten bisweilen schon die Zahl der zu füllenden Plätze. Die Einflußmöglichkeiten der acht nichtkommunistischen Parteien sollen erhöht werden – bisher gibt es aber nur einen aus dem Kreis dieser Parteien stammenden Vizeminister. Der Nationale Volkskongreß will demnächst öffentlich tagen.⁷

Auch die Verrechtlichung des gesellschaftlichen Lebens hat eben erst begonnen: Nachdem es bis vor zehn Jahren nur zwei (!) Gesetze gab, von denen eines nicht eingehalten wurde, fehlt es heute zwar nicht mehr an Gesetzen, aber doch an Richtern und Rechtsanwälten. Die im Fernsehen regelmäßig gezeigten Bilder aus Strafprozessen – von bewaffneten Polizisten in Demutshaltung vorgeführte gefesselte Angeklagte, die vor mehreren hundert Zuschauern vom Richter abgekanzelt werden, – wecken unerfreuliche Erinnerungen. In diesem Bereich ist der Führung der beste Willen zu attestieren, doch wird sie noch Jahre brauchen, die von ihr gesetzten Ziele zu erreichen.

Durch Ausschreibungen von Stellen und ihre Besetzung nach den Ergebnissen von Prüfungen – deren grundsätzliche Ähnlichkeit zu den Examina der Kaiserzeit nicht geleugnet wird – soll ebenso wie durch Abschaffung der lebenslangen Innehabung von Ämtern eine größere Qualität der Administration erreicht werden. Verbesserungen können sich hier nur langsam durchsetzen. In der Bevölkerung überwiegt Zynismus, der angesichts des Umstandes, daß bei zahlreichen hohen Kadern bis hin zum Regierungschef nicht nur sachliche Qualifikation, sondern auch die Abstammung von verdienten Revolutionären eine Rolle gespielt hat, nicht unverständlich ist.

IV. Chinas Wirtschaftsreformen dürften – auch wenn sie derzeit mit Inflation zu kämpfen haben – neben denen Ungarns die fortschrittlichsten aller sozialistischen Länder sein und insbesondere die der SU deutlich hinter sich lassen. Im politischen Bereich hinkt China demgegenüber hinter der SU hinterher. Wesentliche Gründe hierfür sind: Die SU ist der europäischen Tradition der Aufklärung verhaftet, China kennt den Wechsel von Dynastien und die Änderung durch Revolutionen, nicht aber die intellektuelle Auseinandersetzung mit der Obrigkeit. Trotz aller Schrecken der Kulturrevolution: Die SU hat mit Stalin vielleicht mehr aufzuarbeiten als China mit Mao. China fehlt die charismatische, selbstbewußte Führerfigur, als die sich Gorbatschow für die SU entwickelt hat. Deng altert, und unter den Nachfolgern ist eine Persönlichkeit von der Ausstrahlung Gorbatschows derzeit nicht in Sicht.

⁷ Die zweite Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses fand vom 20. März bis 4. April 1989 in Peking statt.

Einige Defizite gibt es in beiden großen sozialistischen Ländern: Ein Pressegesetz, das den Rahmen des Erlaubten absteckt, fehlt hier wie dort. In Peking wie in Moskau fürchten Kader bei politischen Änderungen um ihre Privilegien. Und das Erreichen echter Partizipation der Bevölkerung von mehr Demokratie hat sich auch Gorbatschow zunächst einmal eine besonders große Machtfülle bewilligen lassen.⁸

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161811

11

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10235/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 215
Citissime

Aufgabe: 17. Januar 1989, 20.18 Uhr¹
Ankunft: 18. Januar 1989, 03.05 Uhr

Betr.: CW-Fähigkeit Libyens²;
 hier: Sieben Fragen zur amerikanischen Haltung –
 eine Zusammenfassung

Bezug: DB Nr. 187 und 188 vom 13.1.1989³

Zur Unterrichtung

Hinweis: Folgt Sachstand im Hinblick auf BT-Debatte am 18.1.89⁴

I. Durch die seit nunmehr vier Wochen (Reagan-Äußerung über eventuellen Präventivschlag⁵, vgl. DB Nr. 5158 vom 22.12.88⁶) anhaltende öffentliche und

⁸ So in der Vorlage.

¹ Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 18. Januar 1989 vorgelegen.

² Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 9.

³ Zum Drahtbericht des Botschafters Ruhfus, Washington, über den Besuch einer Expertendelegation in den USA vgl. Dok. 9, Anm. 7. Vgl. ferner Anm. 7.

⁴ Der Bundestag debattierte am 18. Januar 1989 über die Chemieanlage in Rabta und die Frage einer Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und Firmen an einer möglichen Produktion von chemischen Waffen. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 118. Sitzung, S. 8619–8643.

⁵ Für den Wortlaut der Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Reagan in einem am 22. Dezember 1988 ausgestrahlten Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender ABC vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1648.

⁶ Gesandter Paschke, Washington, teilte mit, für die amerikanische Regierung sei „Option eines militärischen Schlages gegen libysche CW-Anlage bei Rabta derzeit in keiner Weise aktuell“. Nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums seien die gegenwärtigen Bemühungen „klar auf diplomatisches Vorgehen konzentriert (focus on diplomacy), bezweckten die Sensibilisierung zunächst der Verbündeten und interessierter Staaten und verfolgten darüber hinaus bekanntlich als zweiten Hauptzweck, den Fluß von Materialien (Ersatzteile, Kunststoffe) und Dienstleistungen (service) für die libysche Anlage möglichst abzuschneiden“. Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

administrationsinterne Debatte sowie den intensiven amerikanisch-deutschen Dialog hierzu (Besuche BM Stoltenberg⁷, MdB Rühle⁸, Expertenkommission in Washington) ist amerikanische Haltung immer deutlicher geworden.

Zusammenfassend:

Frage 1:

Inwieweit ist aus US-Sicht bewiesen, daß es sich bei der Anlage in Rabta um eine als solche geplante und angelegte Kampfstoff-Fabrik handelt?

Aus US-Sicht ist dieser Beweis in vollem Umfang geführt. Amerikaner, die ihre diesbezüglichen Erkenntnisse wie uns auch anderen Verbündeten zur Verfügung gestellt haben, sind im Rahmen ihrer diplomatischen Initiative derzeit bemüht, möglichst viele Regierungen von Verbündeten zu öffentlichen Erklärungen zu bewegen, daß es sich in der Tat um eine für die CW-Herstellung von vornherein geplante und errichtete Anlage handelt. Libyen-Referatsleiterin im State Department sagte uns soeben (17.1.), bis jetzt gebe es solche Erklärungen von GB, Kanada, NL.

Frage 2:

Welches ist derzeit aus US-Sicht das prioritäre Ziel, für das USA die Unterstützung der Verbündeten wie von uns gewinnen wollen?

Aus amerikanischer Sicht geht es in nächster Zeit darum, die Fähigkeit der libyschen Seite zur Aufnahme von Mengenproduktion zu verhindern. Konkret bedeutet dies, daß der Export nach Libyen und Einbau höchstwahrscheinlich noch fehlender sensibler Anlagekomponenten (vor allem: Steuerungscomputer mit Software) verhindert werden muß, dazu auch die Einstellung bzw. das Verbleiben westlicher Experten in Rabta, die bisher noch für Betrieb und Wartung der Anlage unentbehrlich sind.

⁷ Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1989 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 13. Januar 1989, der stellvertretende amerikanischen Außenminister Whitehead habe gegenüber Stoltenberg am selben Tag ausgeführt: „Die aktuelle Libyenfrage sei zwischen den USA und Deutschland auf dem Wege der Lösung. Die jüngsten Erklärungen der Bundesregierung ließen erkennen, daß die Bundesregierung grundsätzlich anerkennt, daß deutsche Firmen an der Anlage Rabta beteiligt waren und daß in früheren amerikanischen Behauptungen auch Wahrheit stecke. [...] Bonn und Washington lägen in dieser Sache nun wieder auf gleicher Wellenlänge. Die Administration habe nicht den Finger auf die Deutschen zeigen wollen, ihr sei daran gelegen, Deutschland zu unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187/188; Referat 424, Bd. 168198.

Am selben Tag berichtete Ruhfus außerdem über Äußerungen Stoltenbergs vor Journalisten: „Nur kurz befragten die Journalisten BM zum Libyen-Fall. BM betonte, daß Bundesregierung alle eingegangenen Informationen sofort untersucht habe [...]. Alles laufe auf die Frage hinaus, ob genehmigungspflichtige Waren ungenehmigt geliefert worden seien, nur dann sei gegen bisheriges Recht verstoßen worden. Daß Bundesregierung die Problematik seit langem erkannt habe, ergebe sich daraus, daß die Neufassung des AWG lange vor dem Libyen-Fall begonnen worden sei. Er, BM, fürchte inzwischen allerdings, daß es sich bei der Anlage in Libyen tatsächlich um eine CW-Fabrik handele. Genaues allerdings wisse er nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 191/192; Referat 411, Bd. 160524.

⁸ Der CDU-Abgeordnete Rühle hielt sich vom 8. bis 11. Januar 1989 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, informierte hierzu am 11. Januar 1989, Rühle habe „mit Nachdruck“ deutlich gemacht, daß „– bei allem Verständnis für amerikanische Besorgnis und aller Aufgeschlossenheit für Kritik – es unerträglich sei, wenn in der Öffentlichkeit der politische Wille und die Entschlossenheit der Bundesregierung angezweifelt würden, ihren Beitrag zur Klärung der Angelegenheit zu leisten. Gefordert sei jetzt die vertrauensvolle Arbeit zwischen den Regierungen und den Experten, damit der Fall Rabta aufgeklärt werden könne. Diese Ausführungen Rühes wurden von allen amerikanischen Gesprächspartnern positiv zur Kenntnis genommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 139/142; Referat 311, Bd. 154189.

Frage 3:

Warum ist eine Inspektion, wie von libyscher Seite angeboten⁹, aus US-Sicht nicht geeignet, die amerikanischen Befürchtungen zu entkräften?

Aus US-Sicht besteht eine Besonderheit der libyschen CW-Fabrik darin, daß sie von vornherein (vermutlich zum Zweck der Täuschung) so angelegt wurde, daß sie (quasi per Knopfdruck) in kurzer Zeit auf „friedliche Produktion“ umgestellt werden kann. Amerikaner schätzen den Zeitbedarf zum Verwischen der Spuren auf „etwa sechs bis acht Stunden“.

Alle bisherigen „Inspektions“-Angebote von libyscher Seite laufen auf (nur) einmalige Inspektion hinaus. Dies bestärkt USA in Verdacht, daß hier ggf. ein Täuschungsmanöver vorbereitet werden soll. Amerikaner haben sich zu der für sie akzeptablen Art von Inspektionen daher öffentlich noch nicht geäußert. In internen Gesprächen haben sie dagegen unterstrichen, daß nur ein dauerhaftes Monitoring bzw. die Möglichkeit jederzeitiger überraschender Inspektionen ausreichend sein würden.

Frage 4:

Wie schätzen Amerikaner Involvierung deutscher Firmen ein?

Auf amerikanischer Seite geht man von einem von dem Iraker Barbouti für Gaddafi wahrscheinlich zu diesem besonderen Zweck errichteten internationalen Beschaffungssystem (international supply network) aus, in dem deutsche Staatsangehörige und Firmen (einschließlich der von US-Seite uns genannten) eine zentrale Rolle gespielt haben (insbesondere mit dem Transfer von Expertise beim Erwerb CW-geeigneter Systemkomponenten). Sie haben hierzu eine Reihe konkreter Informationen und Hinweise, die sie als Ansatzpunkte für weitere deutsche Ermittlungen mit uns zu teilen bereit sind.

Amerikaner erkennen zugleich an, daß sie bisher nicht wissen und keine konkreten gerichtlich verwertbaren Beweise dafür haben, daß in bestimmten Fällen deutsche Ursprungswaren unter Verletzung unserer Exportkontroll-Vorschriften nach Rabta verbracht wurden. Bei zunehmend besserem US-Verständnis für deutsches Exportkontroll-Regime schließen Amerikaner sogar die Möglichkeit nicht völlig aus, daß trotz der aus ihrer Sicht feststehenden Involvierung deutscher Staatsangehöriger und Firmen keine exportkontroll-relevanten Vorgänge angefallen sind. Allerdings scheinen sie guten Grund zu der Annahme zu haben, daß die deutschen Behörden bei der Vielzahl der Transaktionen für Rabta auch auf illegale Vorgänge stoßen werden.

Frage 5:

Wie ist die Haltung der US-Administration zu den Aufklärungsbemühungen der Bundesregierung?

Botschaft geht weiterhin davon aus, daß die Informationen des Artikels in der New York Times von Michael Gordon vom 30.12.88¹⁰ auf gezielten Presse-

⁹ Zur Frage von Inspektionen der Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 2.

¹⁰ In dem am 1. Januar 1989 veröffentlichten Artikel von Stephen Engelberg und Michael R. Gordon wurde unter Berufung auf amerikanische Regierungsmitarbeiter die Beteiligung der Firma Imhausen-Chemie am Bau einer Anlage in Rabta zur Herstellung von chemischen Waffen dargelegt. Ferner wurde auf die nach Ansicht der amerikanischen Regierung unzureichenden Bemühungen der Bundes-

Indiskretionen (wahrscheinlich aus CIA-Kreisen) beruhten und mit der Absicht erfolgten, öffentlichen Druck auf die deutsche Seite zu erzeugen.

Näheres hierzu wissen wir jedoch nicht. Keine US-Stelle hat sich hierzu bekannt. Vertreter des Weißen Hauses und des State Department (Ridgway) haben sich sogar nachdrücklich hiervon distanziert (gegenüber MdB Rühle¹¹).

Bedeutsamer ist jedoch, daß alle offiziellen Stellungnahmen von seiten der US-Regierung jeweils ihr Vertrauen zum politischen Willen der Bundesregierung zum Ausdruck brachten. Beispiele:

- Erklärung AM Shultz in Paris nach Treffen mit BM (7.1.)¹²
- Erklärung US-Präsident Reagan im CNN-Fernsehen (16.1.)
- positive Erklärung President-elect Bush (13.1.) über „commitment“ des Bundeskanzlers: „I never doubted Chancellor Kohl's commitment to the control and elimination of chemical weapons. His integrity is beyond reproach in this regard. His commitment is honest and open.“¹³
- Deputy Secretary Whitehead zu BM Stoltenberg (13.1.) (s. Bezugsbericht)

Insgesamt steht US-Bereitschaft zu einer nicht kontroversen, kooperativen Behandlung dieser Problematik damit außer Frage.

Frage 6:

Warum konzentrieren sich USA trotz anderer Schwellenländer derzeit so stark auf Gaddafi?

Sachliche und politisch-taktische Gründe kommen zusammen. In sachlicher Hinsicht ist bedeutsam:

- Rabta: größte erkannte CW-Fabrik in DW;
- Unberechenbarkeit und in der Vergangenheit bewiesene menschenverachtende Rücksichtslosigkeit von Gaddafi geben zu besonderen Befürchtungen Anlaß.

Darüber hinaus machen Schwäche und fehlende Popularität von Gaddafi auch in der Dritten Welt ihn zu einem „geeigneten Kandidaten“, bei dem mit Aussicht auf Erfolg und erhoffte abschreckende Wirkung für andere ein Exempel statuiert und der Tendenz zu wachsender CW-Verbreitung in sensibler Nahostregion Einhalt geboten werden soll.

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

regierung zur Verhinderung von Lieferungen verwiesen. Vgl. dazu den Artikel „Germans Accused of Helping Libya Build Nerve Gas Plant“; THE NEW YORK TIMES vom 1. Januar 1989, S. 1 bzw. S. 8.

¹¹ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 11. Januar 1989, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe gegenüber dem CDU-Abgeordneten Rühle ausgeführt, „daß im State Department niemand mit Michael Gordon gesprochen habe. [...] Sie riet abschließend zur Vorsicht bei der Abgabe von öffentlichen Stellungnahmen und sagte sehr prononciert, die von den USA der Bundesregierung bekanntgegebenen Informationen seien nicht aus der Welt zu schaffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 139/142; Referat 311, Bd. 154189.

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 9, Anm. 6.

Zu den Äußerungen von Shultz im Anschluß an das Gespräch vgl. den Artikel „Moskau kündigt einseitig Abbau der C-Waffen an“; DIE WELT vom 9. Januar 1989, S. 1.

¹³ Zu den Äußerungen des designierten amerikanischen Präsidenten Bush vgl. den Artikel „Bush beschwichtigt in den deutsch-amerikanischen Verstimmungen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1989, S. 3.

Frage 7:

Wie aktuell ist eventuelle militärische Option?

Aus hiesiger Sicht gibt es keinerlei Anzeichen, daß ein gezielter militärischer Schlag gegen die Anlage bei Rabta derzeit intern erwogen wird. Im Gegenteil waren von Präsident Reagan abwärts Sprecher der Administration und des Bush-Teams in den letzten Wochen übereinstimmend bemüht, solchen Spekulationen entgegenzutreten. Derzeitige US-Bemühungen zielen klar auf politischen Druck und Verhinderung der Inbetriebnahme von Rabta durch Abschneiden ausländischer Hilfe.

II. Vor allem die Medien in den USA (aber auch in D) haben in letzter Zeit ein Bild dieser Problematik mit amerikanisch-deutschen Negativ-Akzenten gezeichnet:

- Bei Frage deutscher Zulieferungen ein Aneinandervorbeireden auf zwei völlig verschiedenen Ebenen: US-Darlegung „überzeugender Hinweise“ versus deutsches Verlangen nach „konkreten, gerichtsverwertbaren Beweisen“.
- Im Zusammenhang damit angeblich gegenseitige Vorwürfe und Schuldzuweisungen.
- Fehlinterpretation der US-Bemühungen als angeblichen „Generalangriff auf liberales deutsches Außenhandelssystem“.

Morgige Debatte im BT wird ein wichtiger Beitrag zur weiteren Versachlichung sein. Hierfür günstig wäre:

- eine erneute, zukunftsorientierte Betonung der gemeinsamen politischen Zielsetzung, der weiteren CW-Verbreitung entgegenwirken zu wollen. Konkret zu Libyen wäre eine Bekräftigung der Äußerung von BM Stoltenberg sicherlich hilfreich, nach Auffassung der Bundesregierung handele es sich bei der Anlage in Rabta um eine Giftgas-Fabrik.¹⁴ Sie würde die Aufmerksamkeit wieder auf die zugrundeliegende Problematik und die damit verbundene Frage zurückführen, wie die auch von uns keinesfalls gewünschte Produktionsaufnahme in Rabta noch verhindert werden kann.

¹⁵Zur Frage der Involvierung deutscher Unternehmen könnte ggf. zweckmäßig sein, von einer legalistischen Sicht („keine gerichtsverwertbaren Beweise“) stärker auf eine betont politische Sprache überzugehen, die im Sinne der bisherigen Vorschläge zur Kriminalisierung bewußter CW-Zulieferungen auch die moralisch bewertende Komponente hervortreten läßt. Darüber hinaus könnte dargetan werden, mit welchen großen rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten die nationalen Ermittlungsbehörden gegenüber einem internationalen Netzwerk von Beschaffungsorganisationen zu kämpfen haben und daß auch in den USA als Schlußfolgerung hieraus die Notwendigkeit klar gesehen wird, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter zu verstärken.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 13041 (204)

¹⁴ Zu den Äußerungen des Bundesministers Stoltenberg vom 16. Januar 1989 vgl. Dok. 9, Anm. 8.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 216 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

12

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek in Wien

220-370.70 NDL VS-NfD

18. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung

Vermerk über das Gespräch Bundesminister Genschers mit dem niederländischen Außenminister van den Broek am Rande der Schlußsitzung des Wiener KSZE-Folgetreffens am 18.1.1989²

Niederländischer Außenminister schlägt vor, über Fragen der Abrüstung und der Verteidigung zu sprechen, insbesondere über das Gesamtkonzept³ (hier wirft *Bundesminister* ein, es handele sich um ein Gesamtkonzept „über Abrüstung und Rüstungskontrolle“, während *niederländischer Außenminister* bemerkt, man müsse bei der Bezeichnung des Gesamtkonzepts hinzufügen: „and for defence requirements“).

Niederländischer Außenminister fährt fort, die niederländische Regierung habe im Zuge der Behandlung des Gesamtkonzepts im Bündnis eine Reihe von deutschen Besorgnissen in Rechnung gestellt; die Niederlande hätten immer darauf hingewiesen, daß man sich mit SNF-Rüstungskontrolle ernsthaft befassen müsse und diese Frage nicht einfach verdrängen und außer acht lassen dürfe. Die Niederländer seien jedoch der Auffassung, daß man auch die andere Seite der Medaille, nämlich die Verteidigungserfordernisse bei SNF, nicht einfach beiseite schieben könne. Das Bündnis sei in Reykjavik klar davon ausgegangen, daß die SNF-Systeme „instand gehalten“ werden müßten („kept up to date“).

Die niederländische Regierung teile die Auffassung von SACEUR⁴, daß man einseitige Abrüstungsmaßnahmen bei der Nuklearartillerie verbinden solle mit gleichzeitiger Hinwendung (shift) zu größeren Reichweiten von SNF-Systemen (einschließlich Lance). Die niederländische Regierung habe eine klar umrissene Position zur Verminderung nuklearer Artillerie. Hierüber könne man nicht verhandeln. Dieses Problem müsse man auf dem Wege einseitiger Maßnahmen lösen, jedoch auch verteidigungspolitisch mit einer Hinwendung zu größeren SNF-Reichweiten verbinden. Außenminister antwortet auf Frage Bundesministers, daß in den Niederlanden eine limitierte Anzahl nuklearfähiger Artillerie,

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, z. Z. Wien, gefertigt und am 19. Januar 1989 über Botschafter Holik an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 26. Januar 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178931.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

³ In Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik wurde der Ständige NATO-Rat mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung beauftragt. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

Zum Stand der Beratungen vgl. AAPD 1988, II, Dok. 362.

⁴ John R. Galvin.

wie übrigens auch Lance-Raketen, stationiert seien (sechs Launchers, was nichts über die Raketenzahl aussage).

Außenminister faßt Position in folgenden Punkten zusammen:

- Rüstungskontrollposition für Lance: x Raketen weniger als gegenwärtiger Bestand (z. B. Reduzierung von 600 auf 400 Raketen). Gleichzeitiger Vorbehalt, daß wir im Zuge einer Modernisierung höhere Raketenzahl erreichen könnten, falls die Sowjetunion ihren derzeitigen Bestand an SNF nicht erheblich verringere.
- Einseitige – militärisch relevante – Reduzierung der nuklearfähigen Artillerie bei gleichzeitiger Perspektive, Nuklearartillerie einseitig ganz zu beseitigen, wenn die Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte deutliche, die Sicherheit erhöhende Erfolge aufwiesen.

Dies stelle ein umfassendes, „süß-saures“ Paket sicherheitspolitischer Maßnahmen („comprehensive package of sour and sweet“) dar, durch das die Allianz in die Lage versetzt werde, die Initiative zu ergreifen und ein deutliches Signal an den Osten zu geben.

Bundesminister erwidert: Wir befänden uns im Meinungsbildungsprozeß. Wir orientierten uns an der westlichen Sicherheit. Wir seien zunehmend irritiert über die Weigerung maßgeblicher Verbündeter, sich um eine Reduzierung der sowjetischen Überlegenheit bei den SNF zu bemühen.

Hier handele es sich um einen Punkt, bei dem wirklich Zeitdruck bestehe. Es gehe um die Vereinbarung eines Verhandlungsmandates durch das Bündnis mit dem Ziel, die sowjetische Überlegenheit bei SNF abzubauen oder nachzuweisen, daß die SU hierzu nicht bereit sei. Wenn irgendwo ein Test sowjetischen Abrüstungswillens verlangt sei, dann hier. Es müsse der Versuch gemacht werden und auf der anderen Seite eine Bereitschaft vorliegen, eine ernstzunehmende Bedrohung des Bündnisses zu beseitigen. Für uns sei gänzlich unverständlich – und unserer Öffentlichkeit immer schwerer verständlich zu machen –, daß die Allianz fortfahre, der Sowjetunion zu erlauben, diese Überlegenheit beizubehalten. Es gehe hier um eine bedeutsame Belastung westlicher Sicherheit. Daher müsse die Frage der Sicherheit im Vordergrund stehen. Hier dränge die Zeit. Sie dränge nicht in der Frage der Modernisierung. Letztere sei erst aktuell in den frühen neunziger Jahren.

In diesen Fragen besäßen wir eine gewisse Erfahrung. Wir hätten im Dezember 1979 die Entscheidung über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles getroffen⁵, und zwar mit dem Ziel der Stationierung 1983. Diesmal bräuchten wir neue SNF-Systeme gegebenenfalls frühestens 1996. Dies setze voraus, daß die Lance 1995 ausfalle. Dann müsse 1996 der Austausch vollzogen werden. Die Entscheidungen hierzu müßten frühestens 1992 getroffen werden.

Zur SNF-Rüstungskontrolle sei in Reykjavik gesagt worden, wir wollten gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau.⁶ Dies bedeute möglicherweise weniger als

⁵ Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

⁶ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

88 Lance-Werfer auf beiden Seiten. Eine Null-Lösung komme für uns nicht in Betracht. Diese würde eine negative Präjudizierung gegen die Modernisierung bedeuten und die Entscheidung in 1992 vorwegnehmen.

Wir wollten ganz eindeutig die Option für eine Modernisierung offenhalten. In Reykjavik sei gesagt worden: Modernisierung „if necessary“. Darüber wollten wir 1992 in aller Ruhe entscheiden. Ein Zeitdruck bestehe hier nicht. Er bestehe jedoch für die Vereinbarung eines Verhandlungsmandats im Bündnis. Der Kollege Dregger habe sich zweimal in diesem Sinne öffentlich geäußert. Er, der Bundesminister, äußere sich in dieser Frage öffentlich nicht; auch die FDP sei hier sehr zurückhaltend. Er, der Bundesminister, und die Partei beschränkten sich auf die Feststellung, sie unterstützten die Entscheidung von Reykjavik. Herr Dregger sei in der öffentlichen Erklärung viel weiter gegangen.

Man müsse diese Frage auch unter dem Gesichtspunkt unserer Kriegsverhütungsstrategie sehen. Wir seien uns darüber einig, daß die Bedeutung der Nuklearwaffen für die Abschreckung vom Kriege um so geringer werde, je kleiner die Reichweiten seien. Wenn man über die Abschreckungsfunktion kürzerer Reichweiten rede, dann werde alsbald ein Kriegsführungsdenken deutlich; uns komme es aber auf die Kriegsverhinderung an.

Auch müsse man in Erwägung ziehen, daß die Stationierung von Nuklearartillerie auf unserem Territorium bedeute, daß wir die einzigen seien, bei denen Abschußort und Ziel dieser Systeme im gleichen Land lägen. Insofern beeindruckten uns Erklärungen einzelner Verbündeter von „firmness“ nicht. Diese müßten erst einmal vorweisen, daß auch sie bereit wären, Waffen zu stationieren, wobei Abschußort und -ziel im gleichen Lande lägen. Wir hätten über 2000 nukleare Sprengköpfe für die Nuklearartillerie auf unserem Territorium. 50 dieser Sprengköpfe reichten aus, um die Bundesrepublik Deutschland völlig zu vernichten. Selbst wenn man diese Sprengköpfe um die Hälfte reduziere, bestehe immer noch eine gewaltige Overkill-Kapazität. Wir bewunderten die Geduld unserer Bevölkerung in diesen Fragen.

Zusätzlich müsse bei den Kurzstreckensystemen auch noch auf folgendes hingewiesen werden: Ob die SNF eine Reichweite von 120km oder von 450km aufwiesen: Beiden Reichweiten sei gemeinsam, daß der potentielle Aggressor nicht erreicht werden könne. Wenn es einen potentiellen Aggressor gebe, dann sei das nicht die DDR, nicht Polen und nicht die ČSSR. Man müsse sich auch vergegenwärtigen: Wie stünden wir da, wenn wir 50 Jahre nach Kriegsbeginn einer Modernisierung von Raketen zustimmten, die zwar nicht die Sowjetunion, aber sehr wohl Polen erreichen könnten? Letzteres sei im Moment ohne Durchführung der SNF-Modernisierung nicht möglich, denn wir bauten die LRINF ab, mit denen man eine solche Wirkung hätte erzielen können.⁷

Er, der Bundesminister, habe zusammen mit dem Bundeskanzler 1982 einen Regierungswechsel herbeigeführt⁸, um die sicherheitspolitische Landschaft zu

⁷ Referat 220 erläuterte am 1. Februar 1989, nach Inkrafttreten des INF-Vertrags am 1. Juni 1988 seien bis zum offiziellen ersten Stichtag am 1. Dezember 1988 von den USA 108 Mittelstreckenflugkörper vernichtet worden und von der UdSSR 432. Bis zum 31. Dezember 1988 hätten die USA 27 Pershing II aus der Bundesrepublik sowie 64 aus Belgien, Großbritannien und Italien abgezogen. Die UdSSR habe 53 SS-23 aus der DDR entfernt. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144784.

⁸ Nach Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff am 17. Septem-

verändern und den Doppelbeschluß herbeizuführen. Zusätzlich habe man die Änderung der Finanzpolitik als Grund für den Regierungswechsel genannt, um nicht allein auf die Sicherheitspolitik abzustellen. Man könne ihm, dem Bundesminister, deshalb keine grundsätzliche und allgemeine Abneigung gegen Modernisierungen vorwerfen.

Auf dem Hintergrund der Entwicklung der politischen und sicherheitspolitischen Ost-West-Beziehungen wollten wir zunächst sehen, wie es mit der konventionellen Abrüstung vorangehe. Wenn dort nichts passiere, werde mit der SNF-Modernisierung alles viel leichter sein. Wenn bei KRK ernstzunehmende Erfolge zu verzeichnen seien, müsse man die Frage der Modernisierung um so mehr überdenken.

Beseitigung der Nuklearartillerie in Europa bedeute im übrigen nicht die Denuklearisierung Europas. Wenn man nur auf die SNF blicke, dann müßte Großbritannien nach Vollzug des INF-Vertrages⁹ nach dieser Betrachtungsweise schon denuklearisiert sein. Aber in Großbritannien stünden nuklearfähige Flugzeuge ebenso wie bei uns, in Italien, in Belgien und in den Niederlanden. Bei uns verbliebe immer noch die größte Konzentration an Nuklearwaffen.

Er, der Bundesminister, habe kürzlich ein sehr ernstes Gespräch mit Außenminister Schewardnadse am Rande der Pariser Konferenz geführt.¹⁰ Er habe dabei die Ankündigung der einseitigen Maßnahmen durch Generalsekretär Gorbatschow¹¹ gutgeheißen, jedoch auch auf folgendes hingewiesen: Die Sowjetunion habe im SNF-Bereich in Europa 1000 Werfer, die nach unserer Rechnung vier- bis sechsmal nachgeladen werden könnten. Also verfüge die Sowjetunion über mindestens 4000 Systeme und Sprengköpfe. Wir hätten etwa 600 Systeme und Sprengköpfe auf 88 Werfern. Die Sowjetunion müsse in Europa mindestens 912 Werfer beseitigen, um auf unser Niveau von 88 Werfern zu gelangen.

Niederländischer Außenminister bemerkt abschließend, er sehe die Situation aus einem politischen Blickwinkel. Wenn wir uns mit unserem Wunsch nach einer Bündnisposition zu SNF-Rüstungskontrolle auf das Kommuniqué von Reykjavik beriefen, so dürften wir uns nicht wundern, wenn andere Bündnispartner auf dem Kommuniqué-Wortlaut „in Verbindung mit Reduzierungen der konventionellen und chemischen Waffen“ bestünden.

Bundesminister verdeutlicht, daß sich diejenigen täuschten, die glaubten, SNF-Rüstungskontrolle sei ein Geschenk an die Bundesrepublik Deutschland. Sie sei vielmehr ein Beitrag zur Sicherheit des Bündnisses. Wir säßen alle in einem Boot. Wenn das Boot anfangs zu sinken, würden wir alle zusammen naß.

Fortsetzung Fußnote von Seite 54

ber 1982 zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

⁹ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Januar 1989 während der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 5, Anm. 15.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

Niederländischer Außenminister weist darauf hin, daß der Risikofaktor, der von SNF ausgehe, auch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Alliierten betreffe und ferner auch die unmittelbaren Nachbarn der Bundesrepublik. Das Bild vom einzigen Opfer Bundesrepublik Deutschland stelle ein falsches Bild dar.

Bundesminister führt abschließend aus, er und niederländischer AM sollten recht bald in Bonn oder in Den Haag wieder zusammentreffen. Man solle sich an einem Abend zusammensetzen und über alle diesbezüglichen Fragen sprechen. Er gebe nochmals zu bedenken, daß der Vorsitzende der stärksten Regierungsfraktion, Kollege Dregger, und auch die CSU in die gleiche Richtung dächten wie er. Diejenigen in Washington und London, die ihn, den Bundesminister, in diesem Zusammenhang allein verantwortlich machen wollten, befänden sich im Irrtum.

Niederländischer Außenminister stimmt einem nochmaligen beiderseitigen Treffen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu.

Referat 010, Bd. 178931

13

Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 109

Aufgabe: 18. Januar 1989, 13.00 Uhr¹

Ankunft: 18. Januar 1989, 14.16 Uhr

Delegationsbericht Nr. 427

Betr.: KRK;

hier: Abschluß der Mandatsverhandlungen am 14.1.1989 (offiziell: am 10.1.)

1) Nach einer bis in die letzten Stunden anhaltenden dramatischen Abschlußphase sind die am 17.2.1987 in Wien aufgenommenen Verhandlungen² der 23 Mitgliedstaaten von NATO und WP über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa bei angehaltener Uhr³ offiziell am 10.1.1989 (tatsächlich am 14.1.) durch Paraphierung des Mandats abgeschlossen worden. Damit ist der Weg frei für im Rahmen des KSZE-Prozesses stattfindende

¹ Das von Legationsrat Hoffmann, Wien (KRK-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 18. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vorwerk und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Erck „z[ur] K[enn]tnisnahme!“ verfügte.

Hat Vorwerk und Erck vorgelegen.

² Zum Beginn der Mandatsverhandlungen vgl. AAPD 1987, I, Dok. 44.

³ Die Wörter „angehaltener Uhr“ wurden von Vortragendem Legationsrat Vorwerk hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Verhandlungen der 23 der NATO und dem WP angehörenden Staaten, als deren Ziel im Mandat die „Festigung der Stabilität und Sicherheit in Europa durch die Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau“ genannt wird.⁴

Diese Verhandlungen werden – zugleich mit neuen Verhandlungen im Kreis der 35 KSZE-Staaten über einen weiteren Satz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in Fortsetzung der Stockholmer KVAE⁵ – voraussichtlich am 6. März 1989 im Rahmen einer auf Einladung des österr. AM Mock vorgesehenen AM-Sitzung in Wien beginnen.⁶

2) Die letzten Wochen und Monate der Mandatsgespräche standen im Zeichen teilweise sehr kontroverser Auseinandersetzungen zu drei Mandatskapiteln:

a) Verbindung der Verhandlungen der 23 zum KSZE-Prozeß:

Die konkrete Ausgestaltung des in Reykjavik im Juni 1987⁷ zwischen US und F hergestellten Einverständnisses, wonach die Verhandlungen der 23 „im Rahmen des KSZE-Prozesses“ stattfinden sollten, gestaltete sich außerordentlich schwierig, da insbesondere US mit größter Hartnäckigkeit für ein Maximum von „Autonomie“ der 23 eintrat. US achtete sehr sorgfältig darauf, daß die einzelnen Verbindungselemente zwischen den 23 und den 35 im Zuge eines erneuten franz.-amerikanischen Kompromisses von Anfang Dezember 1988⁸ über folgende Kernelemente hergestellt werden: regelmäßige Informationstreffen mit den N+N über die 23er-Verhandlungen; Zusage der 23, die von den nichtteilnehmenden Staaten zum Ausdruck gebrachten Auffassungen zu berücksichtigen; Unterrichtung des nächsten KSZE-FT in Helsinki⁹ über Ergebnisse der 23er-Verhandlungen einschließlich Meinungsaustausch hierüber; zeitweise Unterbrechung der KRK-Verhandlungen zu diesem Zweck; gemeinsames Gebäude (Hofburg) für KRK- und VSBM-Verhandlungen.

b) Verhandlungsgegenstand

Nachdem es in monatelangem Ringen gelungen war, SU von ihrer ursprünglichen Forderung nach Einbeziehung der taktischen Nuklearwaffen abzubringen, stand Frage der Einbeziehung doppelt verwendbarer Waffen im Mittelpunkt. Hier legte insbes. F großen Wert auf eine Formulierung, die es erlaubt, bestimmte¹⁰ Waffensysteme, die aus F-Sicht zwar dominant nuklear sind, zumindest theore-

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung des Vorsitzenden „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (Anhang III des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989) und der dazugehörigen Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 96–99.

⁵ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁶ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE sowie die VSBM-Verhandlungen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 75.

⁷ Korrigiert aus: „Juli 1987“.

In Reykjavik fand am 11./12. Juni 1987 die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁸ Vgl. dazu das amerikanisch-französische Papier vom 5. Dezember 1988; VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 331–334.

⁹ Die vierte KSZE-Folgekonferenz fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 statt.

¹⁰ Korrigiert aus: „daß bestimmte“.

tisch aber auch konventionell genutzt werden könnten, von den Verhandlungen ausschließen zu können. Das Mandat sieht vor, daß Gegenstand der Verhandlungen die auf Land stationierten konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer sind. Es stellt klar, daß das Vorhandensein mehrfacher Einsatzfähigkeiten auf den Verhandlungsgegenstand keine Auswirkungen haben soll:

- Keine konventionelle Bewaffnung wird deshalb ausgeschlossen, weil sie neben konventioneller auch andere Einsatzfähigkeiten haben kann.
- Kernwaffen werden nicht Gegenstand der KRK-Verhandlungen sein.

Diese Formulierungen lassen auch die Möglichkeit offen, daß – entsprechend der insbes. von der Bundesrepublik Deutschland vertretenen Auffassung – gesonderte Verhandlungen über SNF stattfinden können.

c) Anwendungsgebiet

Unstrittig war von Anfang an, daß Europa vom Atlantik bis zum Ural Anwendungsgebiet sein sollte. Im einzelnen klärungsbedürftig waren drei Fragen:

- Präzise Festlegung für einbezogenes SU-Territorium im Kaukasus. Westen setzte sich hier mit seiner Forderung nach Einbeziehung der beiden kaukasischen Militärbezirke der SU (entlang Ural-Fluß und Kaspischen Meeres) durch.
- Explizite Einbeziehung der europäischen Inseln. Hierbei entstanden Schwierigkeiten dadurch, daß SP, PORT, DK und NWG aus verfassungspolitischen Gründen unterschiedliche Auffassungen über die Opportunität einer expliziten Feststellung der Einbeziehung bestimmter Inseln (Kanarische Inseln, Azoren etc.) vertraten, wenn auch alle frühzeitig von der faktischen Einbeziehung dieser Inseln ausgingen. Auf östliches Drängen wurde die Einbeziehung einer Reihe namentlich genannter Inseln festgestellt, die die äußerste Grenze des Anwendungsgebiets markieren. Nach einem zwischen den beteiligten Staaten erreichten Kompromiß wird dies in den dem¹¹ Mandat beigefügten nationalen Erklärungen festgehalten. Ausdrücklich erwähnt ist die Einbeziehung folgender Inseln: Färöer, Svalbard (Nordspitzbergen) einschließlich der Bäreninsel, Azoren, Madeira, Kanarische Inseln, Franz-Joseph-Land, Nowaja Semlja.
- Festlegung einer Ausschußzone in der Türkei angrenzend an Iran, Irak und Syrien. Osten anerkannte zwar schon im Sommer 1988 Berechtigung einer Ausschußzone im Hinblick auf Nachbarschaft der Türkei mit nichtteilnehmenden Staaten, war jedoch hartnäckig um möglichst kleinen Zuschnitt dieser Ausschußzone bemüht. Als SU schließlich Anfang Januar 1989 einer Linie zustimmte, die auch den türkischen Mittelmeerhafen Mersin ausschloß (Mersin hat für TUR große strategische Bedeutung im östlichen Mittelmeer, ist aber auch Nachschubhafen für türk. Streitkräfte auf Zypern), entstand hierüber ein heftiger Streit zwischen TUR und GR, der den zeitgerechten Abschluß der Mandatsgespräche und des Wiener KSZE-FT¹² vor der Amtsübergabe in Washington fast verhindert hätte. In einer etwa zehntägigen dramatischen Schlußphase gelang es, GR und TUR in buchstäblich letzter Minute vor dem geplanten Beginn der KSZE-Abschlußsitzung auf AM-Ebene zur Annahme

¹¹ Korrigiert aus: „in dem“.

¹² Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

eines Kompromisses zu bewegen, der einerseits formulierungsmäßig im Mandat die Frage des Ein- oder Ausschlusses von Mersin offenhält, andererseits TUR im Rahmen eines Briefwechsels für die in den eigentlichen Verhandlungen zu gegebener Zeit zu lösende Frage in der Sache die Unterstützung seitens US, SU, UK und D zusichert.

¹³³) Das Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa liegt in sechs Sprachfassungen vor, deren Authentizität von den 23 DL durch ihre Paraphe bestätigt wurde. Die sechs Sprachfassungen wurden publiziert, erscheinen aber auch als integraler Anhang des Abschließenden Dokuments des Wiener KSZE-FT.

Das Mandat besteht aus vier Teilen:

- dem eigentlichen Mandat,
- den Verfahrensregeln einschließlich Arbeitsprogramm für die ersten zwei Wochen (Anhang 1),
- den Modalitäten für Informationsbegegnungen mit nichtteilnehmenden KSZE-Staaten (Anhang 2),
- den nationalen Erklärungen von DK, NWG, PORT, SP und SU über Einbeziehung spezifisch genannter Inseln.

Das eigentliche Mandat hat folgende Abschnitte:

- Präambel
- Teilnehmer
- Ziele und Methoden (u. a. Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau; Beseitigung von Ungleichgewichten, die nachteilig für Stabilität und Sicherheit sind; und – als vorrangige Angelegenheit – die Beseitigung der Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen. Jeder Teilnehmer ohne Ausnahme verpflichtet sich, zur Erreichung dieser Ziele beizutragen.

Die genannten Ziele sollen durch die Anwendung militärisch bedeutsamer Maßnahmen, wie unter anderem Reduzierungen, Begrenzungen, Bestimmungen zu Umdislozierungen, gleiche Obergrenzen und ähnliche Maßnahmen, erreicht werden.

- Verhandlungsbereich und Anwendungsgebiet (s. 2b) und 2c));
- Informationsaustausch und Verifikation (wirksames und striktes Verifikationsregime, das u. a. das Recht auf Vor-Ort-Inspektionen sowie den Austausch von Informationen einschließen wird.);
- Verfahren und andere Regelungen (Verbindungselemente zwischen 23 Teilnehmern und 35 KSZE-Staaten, s. 2a));
- Charakter der Vereinbarungen (international verbindlich);
- Verhandlungsort (Wien, Beginn: nicht später als in siebenter Woche nach Abschluß WFT);

¹³³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 108 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

- Schlußformel (Empfehlung, Mandat abschließendem Dokument des KSZE-WFT beizufügen).

4) Mit nahezu zweijähriger Dauer haben sich die Mandatsgespräche erheblich länger als ursprünglich erwartet hingezogen. Diese Dauer erklärt sich nur teilweise aus den schwierigen Fragen, die im Mandat selbst gelöst werden mußten. Insbes. auf westlicher Seite wurde auch stark darauf geachtet, zwischen Fortschritten bei der Erarbeitung eines substantiellen Schlußdokumentes des Wiener KSZE-FT und Fortschritten im Mandat einen gewissen Parallelismus zu wahren. Zur Durchsetzung der bemerkenswerten Einzelbestimmungen insbes. im Bereich der humanitären Dimension des Abschließenden Dokumentes von Wien war diese Strategie von Nutzen. Für die Zukunft wird im Interesse einer rüstungskontrollpolitischen Eigendynamik der KRK-Verhandlungen auf „Autonomie“ auch in dem Sinne zu achten sein, daß Verhandlungsfortschritte nicht mit Fortschritten hinsichtlich der menschenrechtlichen Dimension des KSZE-Prozesses verknüpft werden.

Inhaltlich enthält das Mandat Festlegungen, deren Akzeptanz durch den WP, insbes. SU, vor wenigen Jahren noch schwer vorstellbar gewesen wäre. Der neue Kurs der sowjetischen Führung unter Gorbatschow war – vor allem ab Mitte 1988 – deutlich in den Mandatsverhandlungen zu spüren. Die SU-Delegation hat – selbstverständlich unter Vertretung ihr wichtiger Positionen – durchgehend geschäftsmäßig und konstruktiv verhandelt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, daß nach allem Anschein die SU innerhalb der östlichen Gruppe keineswegs selbstverständlich ihre Positionen durchsetzen konnte, sondern sich der Zustimmung ihrer Bündnisgenossen in einem internen Diskussionsprozeß versichern mußte. In den 23er-Begegnungen sichtbar war es insbes. die HU-Delegation, die sich für Kompromißlösungen einsetzte, wenn auch zweifelhaft blieb, welcher tatsächliche Einfluß auf die Meinungsbildung innerhalb der östlichen Gruppe HU letztlich zukam.

Für unsere Delegation war neben SU auf östlicher Seite PL der wichtigste Partner. Auf westlicher Seite ist – vor allen in der Schlußphase – die enge Zusammenarbeit mit UK und US hervorzuheben.

[gez.] Hartmann

Referat 209, Bd. 148765

14

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Wien**

VS-NfD

19. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch von BM mit AM Schewardnadse (S.) am 19.1.1989 in der Residenz des deutschen Botschafters² (Frühstück)³

Nach beiderseitigen einleitenden Bemerkungen zur Veränderung der Atmosphäre sowohl in den West-Ost-Beziehungen als auch im bilateralen Verhältnis seit Beginn des Wiener Folgetreffens⁴ würdigte *Schewardnadse* Beitrag von BM hierzu. Die Unterschiede der verschiedenen an dieser Entwicklung beteiligten Persönlichkeiten machten den Dialog interessant und fruchtbar. Zu Beginn des Wiener Folgetreffens habe es eine sehr schwierige Lage gegeben, weil die Atmosphäre nicht gut gewesen sei. Die sowjetische Seite sei aber darauf nicht wieder zurückgekommen. Jetzt wolle er BM zum Abschluß des Wiener Folgetreffens⁵ gratulieren. Die Sowjetunion wisse den persönlichen Beitrag von BM zu schätzen. Das gelte auch für die Bemühungen während der letzten Tage vor Erreichung des Konsenses. Die Stimmung jetzt sei gehoben, wozu auch die Verhandlungsführer ihren Beitrag geleistet hätten. Nun sei die Aufgabe, das zu verwirklichen, was vereinbart worden sei. Dies sei der schwierigste Teil der Arbeit.

Auch *BM* würdigte die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Delegationen auf deutscher und sowjetischer Seite, die zum Erfolg des Wiener Folgetreffens beigetragen habe. Die jeweiligen Delegationsleiter⁶ hätten sich insoweit auch persönliche Verdienste erworben.

Schewardnadse dankte BM für seine frühe Unterstützung des sowjetischen Vorschlags auf Abhaltung eines Folgetreffens zu humanitären Fragen in Moskau.⁷ Die sowjetische Seite habe sich sehr eingesetzt für die West-Ost-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck gefertigt und an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Zustimmung des Herrn BM herbeizuführen“.

² Botschafter der Bundesrepublik in Wien war Dietrich Graf von Brühl.

³ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich des Abschlusses der dritten KSZE-Folgekonferenz vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

⁴ Die KSZE-Folgekonferenz in Wien wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

⁵ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

⁶ Detlev Graf zu Rantzau bzw. Jurij Borissowitsch Kaschlew.

⁷ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug erstmals am 5. November 1986 in einer Rede in Wien die Abhaltung einer Konferenz über Menschenrechtsfragen in Moskau vor. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 341.

Der Vorschlag wurde von der UdSSR am 10. Dezember 1986 in der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingebracht. Vgl. dazu das Dokument CSCE/WT.2; Referat 212, Bd. 153445.

Wirtschaftskonferenz.⁸ Sie wolle sich an dieser Folgeveranstaltung aktiv beteiligen.⁹

Es folgte ein Meinungsaustausch über das Datum für einen Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik (siehe hierzu gesonderten Vermerk¹⁰). Zum Besuch von AM Schewardnadse in Bonn im Rahmen der vereinbarten deutsch-sowjetischen Konsultationen ergaben sich zwei Varianten für die zweite März-Hälfte 1989.¹¹

S. versicherte, eine dieser Varianten werde wohl in seine übrigen Pläne passen. Es bestand Einigkeit, daß die deutsche Seite auf die Überlegungen zum Datum für einen Besuch Generalsekretär Gorbatschows reagiert; die sowjetische Seite wird sich zu dem Datum für den Besuch von AM Schewardnadse äußern.

Im Hinblick auf die Gemeinsame Erklärung erwähnte *BM*, daß wir in Kürze unseren Vorschlag übermitteln wollten. Die Diskussion in Paris¹² habe ergeben, daß man in die gleiche Richtung denke. *Schewardnadse* bestätigte, daß auch er davon ausgehe, daß bereits eine Grundlage bestehe. Er nehme an, daß man die Gemeinsame Erklärung bei seinem Besuch im März mehr oder weniger definitiv vereinbaren könne. *BM* stimmte zu.

Zu dem Konsultationsplan für 1989 meinte *Schewardnadse*, auch dies könne Gegenstand der Gespräche der beiden Außenminister im März sein. Er überreichte hierzu einen ausführlichen sowjetischen Vorschlag.¹³ Darüber könne auch auf anderer Ebene zwischen den Außenministerien weiter gesprochen werden. *BM* stimmte zu.

Schewardnadse fuhr fort, daß im März eine wichtige Etappe der Verhandlungen zwischen den 23 und den 35 beginne.¹⁴ Es sei ein schwieriger Prozeß, bei dem viel davon abhängen, daß man einen guten Start erreiche. Zur Ebene des Beginns dieser Verhandlungen habe Außenminister Mock gestern der Ministerebene zugestimmt. Dies sei auch die Meinung der Minister der WTO¹⁵ (Warschauer Vertragsorganisation). Für diese Ebene spreche auch noch, daß sie eine Teilnahme von AM Baker ermöglichen werde.

⁸ In seiner Rede am 7. November 1986 in Wien schlug Bundesminister Genscher die Abhaltung einer Ost-West-Wirtschaftskonferenz vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1986, S. 1147. Dieser Vorschlag wurde von den EG-Mitgliedstaaten am 18. Februar 1987 gemeinsam eingebracht. Für das Dokument CSCE/WT.58 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

⁹ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

¹⁰ Ministerialdirigent Höynck vermerkte am 20. Januar 1989, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe im Gespräch mit Bundesminister Genscher am Vortag in Wien die Zeit vom 12. bis 15. Juni 1989 für einen Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der Bundesrepublik vorgeschlagen. Genscher habe auf den Termin der Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989 verwiesen. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147130.

¹¹ Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse fand am 12./13. Mai 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 133.

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Januar 1989 vgl. Dok. 5, Anm. 15.

¹³ Für den vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse übergebenen Terminplan für Konsultationen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem sowjetischen Außenministerium vgl. Referat 213, Bd. 147141.

¹⁴ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE sowie die VSBM-Verhandlungen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 75.

¹⁵ Warsaw Treaty Organisation.

BM unterstrich die besondere Bedeutung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaterie. Auf beiden Seiten seien die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland am stärksten betroffen. Deshalb sei es auch richtig, daß diese beiden Staaten die größten Anstrengungen machen müßten. Mit der Außenministerebene für den Beginn der Verhandlungen sei er einverstanden. Es sei anzunehmen, daß auch AM Baker teilnehmen wolle. Gerade weil die Verhandlungen so kompliziert seien, komme es auf einen guten Impuls an, der es ermögliche, signifikante Fragen zu lösen. Die Ankündigung von Generalsekretär Gorbatschow bei seiner UNO-Rede von Reduzierungen offensiver Waffen¹⁶, insbesondere von Panzern und Artillerie, werde bei uns hoch eingeschätzt. Es komme jetzt darauf an, schnell erste Schritte zu ermöglichen, damit sich erweise, daß auch konventionelle Abrüstung möglich sei. Wenn man einige Jahre mit der Diskussion grundsätzlicher Fragen zubringe, drohe das Momentum verlorenzugehen. 1989 habe man jedenfalls einen guten Beginn gemacht mit der Konferenz in Paris¹⁷ und mit dem Wiener Folgetreffen. Die Bundesregierung werde sich an den bevorstehenden Verhandlungen mit Interesse, mit Nachdruck und mit Ideenreichtum beteiligen.

Schewardnadse unterstrich, daß sich aus dem Vorschlag von Generalsekretär Gorbatschow vor der UNO ergebe, daß die Abrüstung offensiver Waffen Priorität haben solle. Man hoffe darauf, daß der Westen ebenfalls offensive Streitkräfte reduzieren werde, und zwar unter Einschluß von Panzern, Artillerie, aber auch unter Einschluß der Luftstreitkräfte. Auf den Einwurf von *BM*, daß dies ein komplizierter Zusammenhang sei, fuhr *Schewardnadse* fort, daß Verhandlungen über alle diese Bereiche kommen müßten. Auch für die VSBM gelte, daß es sich um einen allgemein anwendbaren Gedanken handle, der auch auf See-Streitkräfte ausgedehnt werden müsse. Dies sei ein für die Sowjetunion wichtiger Bereich. Das gesamte Spektrum gehöre in den Rahmen von Verhandlungen. Er meine, daß man zu diesen Fragen ein System aufbauen müsse, das enge Kontakte über die auftauchenden Probleme erlaube. Auch bei INF hätte es keinen Verhandlungserfolg gegeben, wenn nicht Kontakte auf hoher Ebene, darunter auch die Ebene der Außenminister unter Einbeziehung von BM, stattgefunden hätten. Über diesen Fragenkreis solle man sowohl bei seinem Besuch im März sprechen als auch bei dem Besuch von GS Gorbatschow. Die Sowjetunion habe die Idee eines gesamteuropäischen Gipfels unter Einschluß der USA und Kanadas in einer gewissen Etappe der Verhandlungen ins Gespräch gebracht. Auch dies sei ein Thema, über das man bei dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow sprechen könne.

BM warf ein, daß während des Moskau-Besuchs des Bundeskanzlers¹⁸ von unserer Seite bereits eine prinzipiell positive Reaktion erfolgt sei. Selbstverständlich müßten sich die Regierungen im Hinblick auf die neuen Verhandlungen in hohem Maße engagieren. Er rege an, daß vor dem Besuch von S. in Bonn Abrüstungs-

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

¹⁷ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

¹⁸ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

konsultationen stattfinden, damit bei diesem Besuch sehr konkret über Abrüstung gesprochen werden könne.¹⁹ (*Schewardnadse stimmte zu.*)

Nach Hinweis von *BM*, daß er zusammen mit *AM Andreotti* und *AM Dumas* am 16.2.1989 erneut in Genf sprechen wolle²⁰, fuhr *Schewardnadse* fort, daß 1989 die Vorbereitungen einer CW-Konvention abgeschlossen werden könnten. *S.* ging dann auf die Frage der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen ein, auf die *BM* ihn in Paris angesprochen habe. Er wolle heute bestätigen, daß die Sowjetunion nicht den Wunsch habe, diese Waffen zu modernisieren. Die sowjetische Seite schlage vielmehr vor, Verhandlungen mit dem Ziel radikaler Reduzierung dieser Waffengattung zu beginnen. Allerdings sei man in Moskau beunruhigt über die erste Rede *Secretary Bakers*, der sich für eine Modernisierung der konventionellen Rüstung und der taktischen Nuklearwaffen ausgesprochen habe.²¹ In Kenntnis der Haltung von *BM* wolle er unterstreichen, daß es nicht einfach sein werde, den Prozeß der Modernisierung zu stoppen. Wenn der Westen beginne, werde die Sowjetunion zu ähnlichen Schritten gezwungen. Eine solche Lage werde auch ein Störfaktor bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstung sein. Er wolle in diesem Zusammenhang betonen, daß der von Generalsekretär *Gorbatschow* angekündigte Abzug von Truppen so vollzogen werden solle, daß vollständige Verbände einschließlich ihrer Nuklearträger, das heiße Raketen und Artillerie, reduziert werden sollten.

BM wies darauf hin, daß die NATO sich schon in Reykjavik²² für radikale Reduzierung mit dem Ziel gleicher Obergrenzen ausgesprochen habe. Im Hinblick auf die Modernisierung sowjetischer Kurzstreckenwaffen lägen uns Informationen vor, daß eine solche Maßnahme gerade stattgefunden habe und vor kurzem abgeschlossen worden sei.

Schewardnadse wies darauf hin, daß es verschiedene Systeme, dazu wieder Untersysteme, gebe, und möglicherweise habe es irgendwo Entwicklungen der von *BM* geschilderten Art früher gegeben. Er wolle aber nochmals versichern, daß zur Zeit nichts dergleichen stattfinde. Reduzierungen dieser Waffenart seien im Rahmen von Verhandlungen zu erreichen. Dabei spreche der Westen von landgestützten Systemen. Taktische Luftstreitkräfte und andere nukleare Trägersysteme müßten aber ebenfalls einbezogen werden. Die Sowjetunion sei nicht daran interessiert, diese Waffenart zu behalten. Er wolle abschließend nochmals unterstreichen, daß es keine Modernisierung gebe und daß man schnell mit

¹⁹ Die rüstungskontrollpolitischen Konsultationen mit der UdSSR fanden am 27./28. Februar 1989 statt. Ministerialdirigent Roßbach vermerkte dazu am 1. März 1989, im Mittelpunkt hätten die bevorstehenden VKSE gestanden. Ferner sei über die Genfer Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen gesprochen worden. Bei den Gesprächen über Nuklearsysteme hätten die SNF im Mittelpunkt gestanden. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144784.

²⁰ Der französische Außenminister *Dumas* sprach am 7. Februar 1989 vor der Genfer Abrüstungskonferenz. Für den Wortlaut vgl. *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1989 (Januar/Februar), S. 79–82. Bundesminister *Genscher* hielt seine Rede in Genf am 2. März 1989. Für den Wortlaut vgl. *BULLETIN* 1989, S. 209–213.

²¹ Für den Wortlaut der Ausführungen des designierten amerikanischen Außenministers *Baker* in einer Anhörung vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats am 17. Januar 1989 in Washington vgl. *DEPARTMENT OF STATE BULLETIN*, Bd. 89 (1989), Heft 2145, S. 12.

²² Am 11./12. Juni 1987 fand in Reykjavik die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. *NATO FINAL COMMUNIQUES* 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. *AAPD* 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

Verhandlungen beginnen sollte. Wahrscheinlich wäre es gut, diese Ideen zunächst prinzipiell weiterzuentwickeln. Später könne man dann auf die praktischen Konsequenzen zurückkommen.

BM hob hervor, daß es wichtig sei, jetzt mit Verhandlungen zu beginnen, damit in Zukunft alle Waffenarten erfaßt seien. Im Hinblick auf die Genfer CW-Verhandlungen interessiere ihn, wo aus sowjetischer Sicht zur Zeit das Haupthindernis liege.

Schewardnadse sah keine unlösbaren Probleme. Auch die lange Zeit streitige Frage der „kleinen Labors“ sei gelöst worden. Es sei klar, daß auch private Unternehmen mit ziviler Chemieproduktion in die Inspektion einbezogen werden müßten. Einige Staaten könnten in Zukunft vielleicht in der Lage sein, eine CW-Konvention zu umgehen. Man könne nicht vorhersehen, in welcher Weise Wissenschaft und Forschung sich entwickeln würden. Davor solle man aber keine zu große Angst haben; denn mit der allgemeinen Entwicklung der Wissenschaft würden sich auch die Formen der möglichen Kontrolle vervollkommen. Eine internationale Organisation könne jeden Staat und jede Region kontrollieren. Das Haupthindernis heute seien wohl binäre Waffen. Frankreich habe in dieser Richtung heute mehr Verständnis. Das Haupthindernis seien die USA. Sie seien das einzige Land, in dem binäre Waffen produziert würden. Dazu passe nicht gut die Kritik an der CW-Produktion durch ein anderes Land. Binäre Waffen müßten einbezogen werden, weil sonst Optionen für Wettrüsten offenblieben. Er sehe die Möglichkeit eines Abschlusses für 1989, wenn die USA bereit seien mitzumachen. Die bilaterale Zusammenarbeit in diesem Bereich sei gut. Er frage sich, ob man vielleicht bei dem Außenministertreffen im März Experten beteiligen solle. Vielleicht auch bei dem Gipfeltreffen im Juni.

BM unterstrich daraufhin nochmals, daß die Abrüstungsexperten solche Gespräche vorbereiten sollten. Wir machten keinen Unterschied zwischen guten und bösen CW. Alle CW seien böse. Alle seien zu beseitigen. Unter Hinweis auf das Gespräch von S. mit Botschafter M.-L.²³ führte *BM* aus, daß Verifikationsmaßnahmen vielleicht nicht absolut zuverlässig und vollkommen seien. Wir seien auch bereit zu einer Folgekonferenz nach Abschluß von Genf, die sich mit der Perfektionierung der Verifikation unter Berücksichtigung neuer technischer Entwicklungen befassen könne. Wir wollten nicht nur die Proliferation zwischen den Staaten verhindern, sondern auch eine technologische Entwicklung, die neue Möglichkeiten eröffne. Dazu gehöre auch ein Appell an die betreffenden Wissenschaftler, sich solchen Entwicklungen zu verweigern.

Referat 010, Bd. 178931

²³ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 12. Januar 1989, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe ihm telefonisch für Bundesminister Genscher mitgeteilt, die sowjetische Führung „habe mit Genugtuung von Verlauf und Ergebnis der Pariser CW-Konferenz Kenntnis genommen. Die Erklärung des BM in Paris sei besonders wichtig und hilfreich gewesen. Die Abschlußerklärung sei nach sowjetischer Auffassung substantiell und umfassend. Sie trage bei zur Beschleunigung des Verhandlungsprozesses über eine CW-Verbotskonvention. Er, Schew[ardnadse], stelle mit besonderer Genugtuung fest, daß wesentliche Elemente der Schlußerklärung von Paris den von BM und ihm im Januar 1988 in Bonn gemeinsam definierten Zielsetzungen zu CW entsprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 149; Referat 010, Bd. 178932.

15

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.02/6 VS-NfD

19. Januar 1989

Über Dg41¹, D4² Herrn Staatssekretär³ zur Information

Betr.: Fortgang der Arbeiten des Delors-Ausschusses über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa⁴

1) Der Delors-Ausschuß hat am 10. Januar 1989 seine fünfte Sitzung abgehalten. Sie hat anscheinend eine Annäherung der verschiedenen Standpunkte gebracht, die erwarten läßt, daß der Ausschuß einen in wichtigen Punkten einvernehmlichen Bericht wird vorlegen können.

Allerdings zeichnet sich hinsichtlich des dritten Kapitels des Berichts mit den darin enthaltenen Optionen für konkrete Schritte zur Erhaltung einer Wirtschafts- und Währungsunion eine gewisse Isolierung Frankreichs ab.

2) Im ersten Kapitel werden Stand und Perspektiven der wirtschaftlichen und monetären Integration beschrieben. Es ist weitgehend unumstritten und entspricht im ganzen auch unseren Vorstellungen.

3) Im zweiten Kapitel werden Charakteristika und Implikationen einer WWU beschrieben. Es lehnt sich eng an die von BBK-Präsident⁵ Pöhl gelieferten Schriftbeiträge⁶ an. Aufgrund der bisherigen Diskussion über die Integrations-

¹ Hat Ministerialdirigent Trumpf, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek, am 20. Januar 1989 vorgelegen.

² Alois Jelonek.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister z[ur] Kenntnisnahme). Der im Prinzip von Ihnen vorgesehene Besuch bei der Bundesbank sollte baldmöglichst terminiert werden (mit angemessener Vorbereitungszeit). Siehe auch letzter Absatz.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe und Legationsrat Berger am 23. Januar 1989 vorgelegen.

Hat Berger am 13. Februar 1989 erneut vorgelegen, der zur handschriftlichen Bemerkung von Lautenschlager vermerkte: „7.4. vorgesehen.“

Hat Berger am 22. März 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 412 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Inhalt der Vorlage vom 19.1. ist in die Vorlage vom 17.3. integriert, die BM noch vorliegt.“

Hat den Vortragenden Legationsräten Zeisler und Zirpel am 22. bzw. 23. März 1989 vorgelegen.

⁴ Auf seiner Tagung am 27./28. Juni 1988 in Hannover setzte der Europäische Rat einen Ausschuß unter Vorsitz von EG-Kommissionspräsident Delors ein, der Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion unterbreiten sollte. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 191.

Auf einer Sitzung am 13. Dezember 1988 in Basel erörterte der Delors-Ausschuß einen ersten Entwurf für einen Bericht an den Europäischen Rat. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 363.

⁵ Bundesbank-Präsident.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder notierte am 1. Dezember 1988, Bundesbankpräsident Pöhl habe dem Delors-Ausschuß im November 1988 ein Papier zugeleitet: „In dem Papier werden als entscheidendes Kriterium für eine Wirtschafts- und Währungsunion unveränderliche, stabile Wechselkurse genannt. Außerdem setzt es sich auseinander mit den institutionellen und rechtlichen Erfordernissen einer WWU (Europäisches Zentralbanksystem). [...] In der Bundesbank ist außerdem ein Brief

erfordernisse in den relevanten nichtmonetären Bereichen muß allerdings noch mit erheblichen Textänderungen gerechnet werden. Insbesondere scheinen einige Mitgliedstaaten die bisher enthaltenen rigiden Stabilitätsanforderungen als zu weitgehend zu empfinden.

Das zweite Kapitel enthält folgende Kernaussagen:

- Wirtschafts- und Währungsunion sind die beiden Teile eines einheitlichen Ganzen. Seine Verwirklichung erfordert ein neues Vertragswerk.
- Eine Währungsunion setzt letztlich eine einheitliche Währung voraus. Die hierfür erforderliche Konvertibilität der Währungen und Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs sind bereits bzw. werden spätestens 1992⁷ realisiert. Zur unwiderruflichen Festschreibung der Wechselkurse bedarf es aber noch höherer realwirtschaftlicher Konvergenz.
- Die Wirtschaftsunion setzt einen Binnenmarkt voraus, in dem die „vier Freiheiten“ verwirklicht sind. Regionale Ungleichgewichte lassen sich nicht mehr durch Paritätsänderungen im EWS ausgleichen. Sie erfordern u. a. Lohndifferenzierungen und Finanztransfers, um regionalpolitisch unerwünschte Wanderbewegungen von Arbeit und Kapital in Grenzen zu halten, und eine enge Abstimmung der nationalen Finanzpolitiken, solange die Gemeinschaft selbst nur begrenzte Haushaltsbefugnisse hat.
- Gemeinschaftliche Politiken müssen von gemeinschaftlichen Institutionen beschlossen werden.
 - Ein europäisches Zentralbanksystem (bestehend aus einer europäischen Währungsbehörde und den nationalen Notenbanken) ist für (innere) Geld- und (äußere) Währungspolitik zuständig. Es räumt der Geldwertstabilität Priorität ein, ist von nationalen oder gemeinschaftlichen Instanzen unabhängig und föderal strukturiert.
 - Ein Zentrum für wirtschaftspolitische Koordinierung wird auf Gemeinschaftsebene dafür sorgen, daß die Mitglieder der WWU eine kompatible Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben.
 - Die institutionellen Voraussetzungen der WWU werden im Rahmen eines völkerrechtlichen Vertrages aufgrund Art. 236 EWG-Vertrag⁸ gelegt.

4) Im dritten Kapitel (Optionen für konkrete Schritte) wurden im ursprünglichen Entwurf zwei Szenarien nebeneinandergestellt.

Szenario A enthielt im wesentlichen Vorschläge, die BBK-Präsident Pöhl mit dem Ziel größerer Kompetenz des Ausschusses der EG-Zentralbankpräsidenten gemacht hatte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 66

Bundesbankpräsident Pöhl an alle Mitglieder des Delors-Ausschusses vorbereitet worden, der allerdings noch nicht abgesandt wurde. In diesem Brief werden konkrete Schritte für den Ausbau der Befugnisse des monatlich in Basel tagenden Ausschusses der Zentralbankpräsidenten der EWS-Mitgliedstaaten vorgeschlagen, u. a. Ausarbeitung von Empfehlungen an die jeweiligen Nationalnotenbanken (z. B. in Zins- und Geldpolitik) sowie parallele wirtschaftspolitische Empfehlungen an die Regierungen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

⁷ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁸ Für den Wortlaut von Artikel 236 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898f.

Szenario B gab wörtlich den Vorschlag des französischen Zentralbankpräsidenten de Larosière wieder, die in der EWS-Resolution des Europäischen Rates von 1978⁹ vorgesehenen Reformvorschläge aufzugreifen und insbesondere einen europäischen Reservefonds mit gewissen Kompetenzen in der Wechselkurs- und Geldpolitik zu schaffen.

In den beiden Szenarien kommen unterschiedliche Zielsetzungen für die Währungsintegration zum Ausdruck.

Nach französischem Verständnis ist der mangelnde Zusammenhalt des EWS hauptsächlich den von außen kommenden Wechselkurseinflüssen zuzuschreiben. Daher müsse man sich darauf konzentrieren, diese Einflüsse durch eine gemeinsame Wechselkurspolitik zu neutralisieren. Die Frage der internen Geldwertstabilität spielt dabei eine sekundäre Rolle („Fondsmodell“).

Nach deutscher Auffassung sind es dagegen Konvergenzmängel im EWS, die zu einer unterschiedlichen Markteinschätzung einzelner wichtiger EWS-Währungen führen, in deren Folge Spannungen im EWS auftreten können.

Diese Mängel lassen sich nicht durch Interventionen auf den Devisenmärkten überspielen, sondern nur durch eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Währungspolitik aus der Welt schaffen („Zentralbankmodell“).

Das „deutsche“ Modell ist mehr als das französische ein Modell, das letztlich zu echter Integration führt.

Nach der Sitzung vom 10. Januar kann davon ausgegangen werden, daß die große Mehrheit der Ausschußmitglieder (einschließlich des GB-Vertreters¹⁰) dem Szenario A zugeneigt und bereit ist, einige Elemente aus Szenario B in Szenario A zu übernehmen, aber ohne den von de Larosière vorgeschlagenen Reservefonds. Es wird in den nächsten Wochen darauf ankommen, die Franzosen dazu zu bewegen, sich der Mehrheit anzuschließen.

5) Unter der Annahme, daß dies gelingt, würde der Bericht für das gemeinsame Szenario drei Stufen vorsehen:

a) Die erste Stufe beginnt mit der Herstellung der völligen Freiheit des Kapitalverkehrs¹¹. Sie geht nicht mit einer Übertragung von Befugnissen auf die Gemeinschaft einher. Ziel ist die immer engere Koordinierung von Wirtschafts- und Währungspolitik.

– Im Bereich der Wirtschaftspolitik sind das Binnenmarktprogramm für 1992¹² zu verwirklichen und gleichzeitig weitere Anstrengungen zu größerer Übereinstimmung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu unternehmen.

⁹ Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel die Errichtung eines Europäischen Währungssystems zum 1. Januar 1979. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 124–129. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 380.

¹⁰ Robert Leigh-Pemberton.

¹¹ Die Wörter „völligen Freiheit“ und „Kapitalverkehrs“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies impliziert m. E. die Lösung der schwierigen Frage der Steuerharmonisierung (Frankreich!).“

¹² Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ für die Tagung des Europäischen Rates am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch bzw. den Anhang „Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes 1992“ vgl. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf bzw. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de_annexe.pdf. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 177.

- Im Bereich der Währungspolitik ist die Stellung des Gouverneursausschusses, das Funktionieren des EWS und die Rolle der ECU zu stärken.

(Für beide Bereiche enthält der Berichtsentwurf detaillierte Einzelvorschläge.)

In der ersten Stufe ist außerdem mit der Ausarbeitung eines WWU-Vertrages zu beginnen.

b) Die zweite Stufe soll in Kraft treten, sobald Einvernehmen über hinreichende Konvergenzfortschritte besteht. Einige Befugnisse werden auf die Gemeinschaft übergehen, ohne aber den Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung für die Wirtschafts- und Währungspolitik zu nehmen.

- Für den Bereich der Wirtschaftspolitik wird das Zentrum für wirtschaftspolitische Koordinierung eingesetzt.
- Für den Bereich der Währungspolitik wird ein europäisches Zentralbanksystem eingerichtet.

c) Die dritte Stufe ist gekennzeichnet durch die unwiderrufliche Festschreibung der Wechselkurse. Dies bedeutet, daß von da ab praktisch kein Spielraum mehr für eine eigenständige nationale Geldpolitik besteht. Die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik müßte weitgehend bei der Gemeinschaft liegen. Der Übergang zur Gemeinschaftswährung wäre ein politisch zwar sehr wichtiger, ökonomisch aber nur noch formaler Schritt.

6) Auch außerhalb des Delors-Ausschusses geht die Diskussion weiter. Am 19.1. 1989 hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank AG, Guth, vor der von 150 europäischen Unternehmen geschaffenen Vereinigung für die europäische Währungsunion (Vorsitzender: Philips-Vorstandssprecher van der Klugt; Stellvertreter Fiat-Präsident Agnelli) in Straßburg vorgeschlagen, das Jahr 2000 zum Zieldatum der Verwirklichung der WWU zu bestimmen. Im übrigen unterstützte er implizite das in Szenario A des Delors-Berichts vorgeschlagene Vorgehen und wies auf den langfristigen Trend zu einem tripolaren Weltwährungssystem mit einer Dollar-, einer Yen- und einer europäischen Währungszone hin.

Am 26. Januar soll ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und Bundesbankpräsident Pöhl über die anstehenden Fragen stattfinden.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168729

16

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
polnischen Ministerpräsidenten Rakowski****VS-vertraulich****20. Januar 1989¹**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Dr. Mieczysław F. Rakowski, am 20. Januar 1989, 16.15 bis 17.15 Uhr, im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer:

Dr. Ryszard Karski, Botschafter der Volksrepublik Polen; Bogumił Król, Botschaftsrat; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Maria Hamerlak-Hermesdorff, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß den polnischen Ministerpräsidenten Rakowski herzlich willkommen. Sie hätten bereits heute mittag beim Essen, das der Bundespräsident anlässlich des 75. Geburtstages von Willy Brandt gegeben habe, drei Stunden zusammengesessen und vieles besprechen können. Sie hätten gemeinsam ein denkwürdiges Ereignis erlebt, das ein Stück europäische Geschichte widerspiegele.

Der Bundeskanzler erinnerte an die erste Begegnung mit Ministerpräsident Rakowski anlässlich einer Einladung, die er noch als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz an die Bonner Presse auf Burg Rheineck ausgesprochen habe. Rakowski sei damals Korrespondent in Bonn gewesen. Er habe sich heute beim Mittagessen daran erinnert, als ihn der Ministerpräsident darauf angesprochen habe.

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß das Jahr 1989 international ein bedeutungsvolles Jahr sein werde. Unter anderem werden beide Seiten der 50. Wiederkehr des Kriegsbeginns am 1. September gedenken. Das Datum vom 1. September 1939 sei ein bedeutsamer Einschnitt in die Geschichte beider Völker gewesen, die eine lange gemeinsame Geschichte erlebt hätten. In dieser habe es gute und schreckliche Zeiten gegeben.

Er wolle dem Ministerpräsidenten noch einmal sehr persönlich sagen, daß er sich als Parteivorsitzender, der jetzt 16 Jahre im Amt sei, länger als Konrad Adenauer, in der Tradition der deutschen Zentrumsparterie sehe. Die polnischen Abgeordneten aus den Grenzgebieten seien damals Hospitanten nicht bei den Sozialdemokraten, sondern beim Zentrum gewesen. Er wolle diese gute Tradition fortführen.

Ein anderer Bezug zu Polen ergäbe sich für ihn aus der Tatsache, daß sich das Hambacher Schloß in seiner Heimat befände. Dort hätten 1832³ anlässlich des

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 23. Januar 1989 gefertigt.

² Der polnische Ministerpräsident Rakowski hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 17. Vgl. dazu ferner POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 2.

³ Korrigiert aus: „1848“.

Hambacher Festes Deutsche, Franzosen und Polen für gemeinsame politische Ziele demonstriert. Für ihn ergäben sich deshalb geschichtliche Bezüge zu Polen sowohl aufgrund seiner persönlichen Herkunft als auch aufgrund der deutschen Parteigeschichte.

Der Bundeskanzler berichtete, daß er gestern mit Willy Brandt über Erfahrungen im Jahre 1939 gesprochen habe und was sie damals getan hätten. Denn keiner könne aus seinem persönlichen Leben aussteigen. Er selbst sei damals neun Jahre alt gewesen und habe die ersten Schutzmaßnahmen anlässlich der Kriegsvorbereitungen in Ludwigshafen erlebt.

Er wolle dem Ministerpräsidenten jetzt noch einmal sagen, daß bei gutem Willen auf beiden Seiten eine vernünftige Chance bestehe, zu guten Ergebnissen zu kommen. Er habe diesen guten Willen. Der Bundeskanzler erinnerte noch einmal an die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer⁴, in der dieser schon 1949 in besonderer Weise die Aussöhnung mit drei Ländern angesprochen habe: die Aussöhnung mit Israel, Frankreich und Polen. Er sehe sich in dieser Kontinuität.

Gleichzeitig wolle er noch einmal bekräftigen, daß der Warschauer Vertrag⁵ ohne Wenn und Aber gelte. Der Grundsatz *Pacta sunt servanda* sei unverrückbar.

Der Bundeskanzler verwies auf die Aufbruchsstimmung, die sich insgesamt in den West-Ost-Beziehungen entwickelt habe. Die Bundesregierung erwarte im Frühsommer den Gegenbesuch von Generalsekretär Gorbatschow.⁶ Beide Seiten seien dabei, ein neues Kapitel in den Beziehungen zu entwickeln. Sein Besuch in Moskau⁷ habe eine große Bewegung in den beiderseitigen Beziehungen eingeleitet. Auch die Beziehungen zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten hätten sich hervorragend entwickelt. Der Bundeskanzler verwies dabei auf Ungarn. Er könne aber ebenso Bulgarien und andere einbeziehen. Mit Rumänien gäbe es Probleme, die aber auch dem Ministerpräsidenten nicht unbekannt seien. Ministerpräsident *Rakowski* stimmte zu.

Ebenso sei es bedauerlich, fuhr der *Bundeskanzler* fort, daß die Prager Regierung Hájek die Ausreise verweigert habe, so daß dieser der Einladung von Bundespräsident von Weizsäcker nicht folgen konnte.⁸ Alles in allem könne man jedoch

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁷ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁸ Anlässlich des 75. Geburtstags des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt am 18. Dezember 1988 veranstaltete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker am 20. Januar 1989 ein Essen, zu dem u.a. der ehemalige tschechoslowakische Außenminister und spätere Unterzeichner der „Charta 77“, Hájek, eingeladen war. Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, berichtete am 18. Januar 1989, Hájek habe ihm soeben mitgeteilt, daß sein Antrag auf Erteilung einer Reiseerlaubnis mit der Begründung abgelehnt worden sei, daß seine Reise „nicht im Staatsinteresse“ liege. Vgl. den Drahtbericht Nr. 124; Referat 214, Bd. 139907.

Im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Johanes am selben Tag in Wien wies Bundesminister Genscher „mit großem Ernst“ auf die Frage der Erteilung eines Visums für Hájek

feststellen, daß die Chancen gut seien, die West-Ost-Beziehungen positiv zu entwickeln. Er verfolge sehr aufmerksam die Arbeit von Ministerpräsident Rakowski. So habe er auch die Ergebnisse des ZK-Plenums⁹ aufmerksam zur Kenntnis genommen. Der Bundeskanzler erinnerte auch an sein erstes Gespräch mit General Jaruzelski anlässlich der Beerdigung von Generalsekretär Tschernenko¹⁰ in Moskau.¹¹ Er bekräftigte noch einmal, daß er voll guten Willens sei, die Beziehungen umfassend zu entwickeln.

Dabei müsse jedoch der Grundsatz gelten, daß keiner dem anderen etwas zumute, was er selbst nicht zugemutet haben wolle. Dann sei ein gutes Ergebnis möglich. Sie würden ja heute keine Verhandlungen führen. Dies werde er auch öffentlich klarstellen. Er werde aber ebenso hinzufügen, daß sie heute ein sehr ernsthaftes Gespräch im freundschaftlichen Geist geführt hätten und beabsichtigen würden, es fortzuführen. Ein Termin dafür sollte aber heute noch nicht genannt werden.

Es sollte aber bekanntgegeben werden, daß beide Seiten beschlossen hätten, persönliche Beauftragte zur Weiterführung der Verhandlungen zu benennen. Die Namen sollten jedoch heute noch nicht bekanntgegeben werden.¹²

Sollten die Verhandlungen gute Fortschritte ergeben, sei er bereit, noch vor dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn nach Warschau zu kommen. Er wolle aber klarstellen, daß er sehr bewußt seinen Besuch konditioniert habe. Es sei sicherlich nützlich, wenn er vor dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn nach Warschau käme. Ministerpräsident *Rakowski* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Namen der Beauftragten ja besprochen seien. Das Ziel seiner Bemühungen sei es, eine breite Absicherung im gesamten politischen Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland für die Ergebnisse zu erreichen. Dies könne für die gemeinsame Sache nur förderlich sein. Für ihn sei es wichtig, daß er für das Ergebnis im Vergleich zu früheren Zeiten mehr als fünfzig Prozent Zustimmung erreichen könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 71

hin und „warnte angesichts der internationalen Stellung sowohl des Bundespräsidenten als auch von Willy Brandt vor einer Brückierung der Einladenden. Sehr eindringlich bitte er, die getroffene Entscheidung nochmals zu überprüfen“. Johannes erklärte, die Einladung für Hájek sei „allerdings eine Provokation gewesen, da man sich die Reaktion habe vorstellen können. BM unterbrach und widersprach mit Entschiedenheit. So könne man über eine Einladung des Bundespräsidenten und von Willy Brandt nicht reden. Er fühle sich persönlich beleidigt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

⁹ Zum zehnten Plenum des ZK der PVAP vom 16. bis 18. Januar 1989 vgl. Dok. 17, besonders Anm. 3.
¹⁰ Korrigiert aus: „Andropow“.

¹¹ Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit dem polnischen Ministerpräsidenten Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 22. Februar 1989, nach Auskunft des Bundeskanzleramts hätten am 2. bzw. 15./16. Februar 1989 Gespräche zwischen den persönlichen Beauftragten, Ministerialdirektor Teltchik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kuca, stattgefunden: „Ziel der ersten Gesprächsrunde sei gewesen, die zu behandelnden Themenbereiche zu definieren und zu eruieren, welche Verträge bis zu einem eventuellen Besuch des BK unterschriftsreif gemacht werden könnten.“ Als Themenbereiche seien identifiziert worden: der Ausbau der bilateralen Beziehungen, die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. In der zweiten Runde habe Kuca „angedeutet, was von polnischer Seite angeboten werden könne“, insbesondere im Bereich „verstärkter Zugang zu deutscher Sprache und Kultur“. Vgl. Referat 214, Bd. 139857. Vgl. dazu auch POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 4.

Insgesamt sei die Zeit jetzt reif, Ergebnisse zu erreichen. Deshalb wolle er diesen Versuch unternehmen. Er sei gutwillig, wolle jedoch noch einmal unterstreichen, daß keine Seite der anderen etwas zumute, was sie selbst nicht zugemutet haben wolle. Beide Seiten müßten ehrlich miteinander umgehen. Die Gespräche der Beauftragten sollten sehr vertraulich stattfinden.

Ministerpräsident *Rakowski* erklärte sich einverstanden. Er habe über viele Probleme zu sprechen. Die Zeit dafür sei jedoch sehr kurz. Er wolle daran erinnern, daß er in seiner Regierungserklärung und auch in anderen Äußerungen gesagt habe, daß er einen Durchbruch in den Beziehungen erzielen wolle. Er stimme mit dem Bundeskanzler überein, daß jetzt beide Seiten mutig und besonnen vorangehen und an die Zukunft denken sollten. Er zähle deshalb auf die Bereitschaft des Bundeskanzlers, jetzt nach vorne zu gehen.

Der Bundeskanzler selbst habe ja noch einmal an den Kriegsausbruch erinnert. Er selbst sei bei Kriegsausbruch zwölf Jahre alt gewesen. Sein Vater sei polnischer Soldat und in Verdun eingesetzt gewesen. 1939 sei er von den Deutschen erschossen worden. Er selbst habe ein besonderes Verhältnis zu den Deutschen, das jedoch nicht allein durch diese Erfahrungen bestimmt werde.

Ministerpräsident *Rakowski* kam auf die Lage in Polen zu sprechen. Es könne überhaupt keinen Zweifel geben, daß in Polen ein neues Kapitel in der Entwicklung eingeleitet worden sei, das revolutionären Charakter habe. Dies gelte auch für die Entscheidung des ZK-Plenums über den politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus in Polen. In diesem Zusammenhang sei er von der Presse teilweise falsch verstanden worden. Er habe nicht von einer Probezeit von zwei Jahren für die *Solidarność* gesprochen. Seine Äußerung habe sich auf alle Gewerkschaften bezogen. Aufgabe sei es jetzt, daß alle innerhalb der nächsten zwei Jahre die Partnerschaft lernen müßten. Dies habe er auch schon 1981 unterstrichen.

Polen sei heute ein sozialistisches Land in Osteuropa, das zur Avantgarde der Reformer gehöre. Die Zukunft des Reformprozesses in Osteuropa sei noch immer nicht völlig klar und deutlich. Gelegentlich nehme dieser Prozeß auch immer noch gewaltsamen Charakter an. So habe in der Tschechoslowakei über Jahre himmlische Ruhe geherrscht. Jetzt gebe es seit drei Tagen ständig Krawalle.¹³

Es sei schon heute eine klare Sache, daß auch in Polen der Zeitpunkt kommen werde, daß der Aufbau der *Solidarność* zu Unruhen führen werde. Man habe es schließlich mit unterschiedlichen Leidenschaften und Ambitionen zu tun.

Er schätze es sehr hoch ein, daß der Bundeskanzler erklärt habe, daß beide Seiten sehr offen miteinander sprechen sollten. Er wolle deshalb noch einmal unterstreichen, daß die Beschlüsse des ZK-Plenums den Forderungen des Westens entsprächen, eine nationale Verständigung einzuleiten und *Solidarność* zu reaktivieren. Jetzt sei es die grundlegende Frage an den Westen, ob dieser bereit sei, seine Haltung in den finanziellen Fragen zu ändern, wenn sich in Polen die Politik der nationalen Verständigung weiterentwickle. Polen brauche neue Handelskredite. Im Pariser Club müsse ein Moratorium für die polnischen Schulden über einen langen Zeitraum erreicht werden. Gleichzeitig strebe Polen

¹³ Zu den Demonstrationen in Prag anläßlich des 20. Jahrestags der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach vgl. Dok. 28.

danach, daß die Kreditbeschränkungen aufgehoben werden. Er wolle aber hinzufügen, daß die Wiederbelebung der *Solidarność* noch nicht bedeute, daß sich Polen wirtschaftlich erholen könne.

Dies glaube niemand, erwiderte der *Bundeskanzler*. Es sei jedoch offensichtlich, daß *Solidarność* ein Symbol sei, das einen hohen Stellenwert vor allem bei der Jugend genieße. Damit sei er einverstanden, antwortete Ministerpräsident *Rakowski*.

Er fuhr fort, daß die polnischen Reformen nur Erfolg haben könnten, wenn Polen eine Atempause erhalte. Es gehe darum, er sage dies bewußt, ein veraltetes System zu reformieren. Jetzt sei eine radikale Reform eingeleitet worden. Sie könne jedoch nur Erfolg haben, wenn Polen Hilfe von außen erhalte, sonst bestünde die Gefahr einer Explosion, die niemand unter Kontrolle bekommen könne, weder die Partei noch die Kirche oder *Solidarność*. Niemand könne auch die internationalen Folgen einer solchen Explosion einschätzen.

Was die wirtschaftliche Lage betreffe, so wolle er an folgende Zahlen erinnern. Polen habe in den Jahren 1981 bis 1988 zwölf Milliarden US-Dollar an Zinsen zurückgezahlt. In den Jahren 1970 bis 1981 habe Polen 47 Milliarden US-Dollar erhalten und 52 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt. Heute betrage die Auslandsverschuldung immer noch 40 Milliarden US-Dollar.

Als zweiten Punkt wolle er die bilateralen Beziehungen ansprechen. Die Lösung dieser Fragen hänge von dem Bundeskanzler persönlich ab. Beide Seiten müßten aufeinander zugehen. Als Einzelpunkte nannte Ministerpräsident *Rakowski* folgende Themen:

- deutsch-polnisches Jugendwerk; dazu gebe es eine positive Einstellung;
- Einrichtung eines Goethe-Instituts in Warschau;
- Kriegsgräberpflege;
- Einrichtung von Gedenkstätten in Kreisau und Rastenburg (Wolfsschanze);
- mehr Deutschunterricht in Polen;
- Einrichtung von mehr Schulen, die Deutschunterricht erteilen;
- Kompromißbereitschaft in der Frage der Ortsbezeichnungen;
- Gründung einer deutschsprachigen Zeitung;
- Gründung von Kultureinrichtungen;
- Messen in der deutschen Sprache; dies sei jedoch Aufgabe der Kirche;
- Einrichtung eines deutsch-polnischen Forums und einer Gesellschaft;
- Vereinbarung über Generalkonsulate in Hamburg und Krakau.

Ministerpräsident *Rakowski* fügte hinzu, beide Seiten sollten vergessen, was in der Vergangenheit verhandelt worden sei und welche Probleme entstanden seien. Man müßte jetzt in die Zukunft sehen. Der *Bundeskanzler* stimmte zu, daß es jetzt darum ginge, in die Zukunft zu schauen, dennoch sollte man Vergangenes nicht vergessen.

Ministerpräsident *Rakowski* erläuterte, daß es ihm darum gehe, daß man die Geschichte dieser Probleme und nicht die Probleme selbst vergessen solle. Die beiden Sonderbeauftragten Kucza und Teltschik sollten über alle diese Fragen sprechen. Die Verhandlungen sollten sehr rasch erfolgen und vor dem Besuch

des Bundeskanzlers zum Abschluß kommen. Das gesamte Lösungspaket sollte dann beim Besuch selbst unterzeichnet werden. Damit könnten sich die Erwartungen beider Seiten erfüllen. Er wolle mit allem Nachdruck noch einmal unterstreichen, daß es seine Absicht sei, daß man damit nicht nur in eine Phase der gegenseitigen Verständigung, sondern in die Phase der Versöhnung eintrete. Der *Bundeskanzler* stimmte ausdrücklich zu.

Ministerpräsident *Rakowski* fuhr fort, daß es sein persönlicher Wunsch sei, daß der Bundeskanzler der Architekt sei, der den Prozeß der Verständigung zum Abschluß bringe. Es sei ja bekannt, daß er gute Beziehungen zur SPD habe. Er wolle dennoch nicht verhehlen, daß er gegenüber der Art des Denkens und Handelns des Bundeskanzlers hohe Achtung und Sympathie empfinde. Dies habe sich auch heute in den dreistündigen Gesprächen bestätigt.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal seine Absicht, daß er jetzt mit den Verhandlungen schnell vorankommen wolle, damit bei seinem Besuch das Paket unterschrieben werden könne. Dies sei sehr gut, erwiderte Ministerpräsident *Rakowski*.

Als dritten Komplex sprach Ministerpräsident *Rakowski* die wirtschaftlichen Probleme im Rahmen der beiderseitigen Beziehungen an. Was die polnische Situation betreffe, würde oft gesagt, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Probleme selbst zu lösen. Er wolle deshalb einige Zahlen nennen. 1986/87 sei die Produktion um 3,7 % gestiegen. In den Jahren 1976 bis 1980 habe das wirtschaftliche Wachstum 2,2 % betragen. Die Arbeitsproduktivität, die als eigentliche Kennziffer für wirtschaftlichen Fortschritt gelte, sei 1987 im Vergleich zu 1980 um 8 % gesteigert worden. Es sei deshalb heute schon deutlich, daß die Reformen Kräfte freigesetzt haben. Jedoch sei es ohne Hilfe von außen sehr schwer, einen Durchbruch zu erzielen. Wenn Polen zwischen West und Ost als Brücke fungieren solle und wenn die Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa friedlich verlaufen und die Entspannung nicht stören sollen, sei Unterstützung von außen erforderlich. Deshalb sei die Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland so wichtig, vor allem wirtschaftlich und finanziell. Wenn es also jetzt darum gehe, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu entwickeln, stünden polnischerseits klare Erwartungen dahinter. Er selbst sei seit vielen Jahren daran interessiert, daß die deutsche Industrie ihre Präsenz in Polen verstärke. Es sei einfach nicht wahr, daß es zwischen beiden Völkern eine tausendjährige Feindschaft gegeben habe. Das sei unwahr und Propaganda. Man müsse zum Kern der Geschichte zurückkehren.

Beide Völker sollten nicht nur friedlich, sondern eng zusammenarbeiten. Niemand könne das polnische und das deutsche Volk von der Landkarte streichen. Mißverständnisse zwischen beiden Seiten seien nicht sinnvoll.

Er wolle ganz offen sagen, was er erwarte. Diplomatische Verhaltensregeln seien ihm immer noch nicht sehr vertraut.

- Jumbo-Kredit¹⁴: Es sei der Wunsch, diesen Kredit in Złoty umzuwandeln und in erster Linie für bestimmte Aufgaben einzusetzen. Beispielsweise könne

¹⁴ Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor,

man daran denken, das Gebäude für das geplante Goethe-Institut zu restaurieren, Krankenhäuser einzurichten oder eine Jugendherberge zu errichten. Dies seien einige solcher Vorstellungen.

- Größere Beteiligung deutscher Firmen an Joint-ventures: Für das Engagement deutscher Firmen sollten Kredite eingeräumt werden.
- Vergabe von Krediten zur Modernisierung der polnischen Industrie; von polnischer Seite könne eine Liste von Unternehmen übergeben werden.
- Neue Kredite.

Er wisse, daß alles sehr schwierig sei, aber er selbst befinde sich in einer schwierigen Lage. Er wolle deshalb auch nichts bemängeln. Nichts bemängeln heiße in Polen, daß Probleme in „Baumwolle“ gehüllt werden. Baumwolle gehöre jedoch zu den Rohstoffen, die sie importieren müßten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß sie beide ziemlich genau begriffen hätten, um was es jetzt gehe. Jetzt sei guter Wille über das normale Maß hinaus erforderlich.

Auch die Bundesrepublik befinde sich in einer besonderen Situation. Ihr Problem sei es, daß sie in Europa wieder die Nummer Eins geworden sei. Er rede darüber öffentlich nicht. Beispielsweise habe die Bundesrepublik im vergangenen Jahr rund 60 Milliarden DM für die Forschung ausgegeben. Dies gelte für Regierung und Wirtschaft. Im Pro-Kopf-Vergleich habe damit die Bundesrepublik mit den USA und Japan im großen und ganzen gleichgezogen. Generalsekretär Gorbatschow erkläre offen, daß die Sowjetunion jetzt auf die Deutschen setzen wolle. Er beziehe sich damit auf Lenins Ausspruch, daß alle Wege nach Europa über Berlin, das heißt über Deutschland führen.

Alle hätten begriffen, daß Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik mehr seien. Jetzt sei es die Chance dieser Jahre, der letzten elf Jahre bis zum Jahr 2000, die Hoffnungen zu erfüllen, die zu Beginn des Jahrhunderts ausgesprochen worden waren, als von einem Jahrhundert des Friedens gesprochen worden sei. Er sei fest entschlossen, diese Zeit zu nutzen. Deshalb müsse man aus den Schützengräben des Krieges herauskommen. Er werde alles versuchen und alles tun. Er habe nie ein Risiko gescheut. Er wisse, was jetzt erforderlich sei.

Horst Teltschik besitze sein völliges Vertrauen und sei mit seinem Denken seit vielen Jahren vertraut, auch wenn er nicht immer in allen Punkten zustimme. Er wolle ganz einfach sagen, beide Seiten sollten sich jetzt ans Werk machen und gemeinsam etwas auf die Beine stellen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

der zu einem Zinssatz von 2,5 % über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

Referat 422 vermerkte am 12. Januar 1989, Polen sei seinen Zahlungsverpflichtungen bislang lediglich in einer Höhe von 174,55 Mio. DM nachgekommen. Gemäß einer bilateralen Umschuldungsvereinbarung vom 20. März 1986 habe sich Polen zur Wiederaufnahme des Schuldendienstes zum 15. November 1987 verpflichtet. Die fällige Summe von 457,2 Mio. DM hätte demnach in drei Jahresraten bei einem Zinssatz von 5,9 % gezahlt werden müssen: „Seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem ‚Jumbo‘ per 15.11.1988 in Höhe von insgesamt DM 481,03 Mio. (zwei Rückzahlungsraten aus Umschuldung sowie Tilgungen und Zinsen) ist Polen nicht nachgekommen (nächste Fälligkeit 15.11.1989). Wir haben Polen mehrfach mitgeteilt, daß Bundesregierung zu einer weiteren Umschuldung des Kredits bereit ist – Polen ist auf dieses Angebot bisher nicht eingegangen.“ In der Frage von Hermes-Bürgschaften sei der polnischen Regierung klargemacht worden, Voraussetzung für deren Wiederaufnahme seien „die Unterzeichnung des bilateralen Umschuldungsabkommens, eine Anschlußumschuldung im ‚Pariser Club‘ für die Fälligkeiten ab 1.1.1989 und die Regelung des ‚Jumbos‘“. Vgl. Referat 422, Bd. 149287.

Ministerpräsident *Rakowski* faßte noch einmal zusammen, daß die persönlichen Beauftragten alles anvertraut bekommen sollten und mit ihren Gesprächen rasch beginnen müßten. Sie sollten den Gesamtkomplex besprechen und vielleicht noch im Januar beginnen.

Was der Bundeskanzler über seinen möglichen Besuch in Warschau gesagt habe, stelle ihn sehr zufrieden, wenn er zu dem angedeuteten Zeitpunkt kommen könne.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757

17

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Ministerpräsidenten Rakowski in Wachtberg-Pech

VS-NfD

20. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch von BM Genscher mit polnischem PM Rakowski (R.) im Hause des BM in Pech am 20.1.1989 (Abendessen)²

Zu dem etwa zweistündigen Gespräch, an dem auf polnischer Seite Botschafter Karski teilnahm, wurden folgende Themen erörtert:

1) Entwicklung der innenpolitischen Lage in Polen

Rakowski schilderte ausführlich die Vorgeschichte und den Verlauf des zweiten Teils des ZK-Plenums vom 16. – 18.1.1989.

Er habe dem ersten Teil dieses Plenums (20./21.12.1988) in einer Rede eine Reihe von grundsätzlichen Fragen vorgelegt, darunter die nach Zulassung der „Solidarität“. Danach habe die Parteiführung, vor Beginn des zweiten Teils des Plenums, eine Reihe von Umfragen durchgeführt. Dabei habe sich eine weitgehende Unterstützung für den Reformkurs gezeigt. In einer Reihe von Betrieben, in denen die offizielle Gewerkschaft sehr stark sei, habe es allerdings auch klare Mehrheiten gegen Reformen gegeben.

Beim zweiten Teil des Plenums sei es dann zu einer harten Auseinandersetzung gekommen. Der Vorsitzende der offiziellen Gewerkschaft, Miodowicz, sei der Hauptsprecher der Reformgegner gewesen. Man habe ihm, R., und anderen vor-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck am 21. Januar 1989 gefertigt und mit der Bitte an das Ministerbüro geleitet, „Zustimmung BM zum Inhalt und zur Verteilung herbeizuführen“. Ferner vermerkte er: „P.S. (Nach Agenturmeldungen AP bzw. PAP hat das ZK 230 Mitglieder. Bei der Vertrauensfrage hätten sich lediglich vier ZK-Mitglieder der Stimme enthalten.)“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 23. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Hat Mützelburg am 1. Februar 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat vorgelegen.“

² Der polnische Ministerpräsident Rakowski hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 2.

geworfen, daß diejenigen, die 1981 „Solidarität“ verboten hätten, sich jetzt durch Wiederzulassung beim Volk beliebt machen wollten. Die sachliche Konfrontation habe sich so zugespitzt, daß Jaruzelski, er und vier weitere PB-Mitglieder ihren Rücktritt angeboten und die Vertrauensfrage gestellt hätten. Dies habe das Plenum ernüchtert; man habe versucht, Jaruzelski und ihn zu bewegen, die Vertrauensfrage zurückzuziehen. Sie hätten jedoch auf einer Abstimmung bestanden. Schließlich sei die Vertrauensfrage mit Bezug auf die „gesamte Parteiführung“ gestellt worden. Darüber sei in Abwesenheit der Betroffenen abgestimmt worden. Es habe 140 Ja-Stimmen gegeben; der Rest habe sich enthalten. (R. sagte, das ZK habe 204 (?) Mitglieder.)

Zur Substanz der Diskussion sagte R., es sei um eine Reihe von Grundsatzfragen der Reform gegangen. Jedoch habe die Zulassung der „Solidarität“ im Mittelpunkt gestanden.

Zur Reaktion auf die Anfang der Woche gefaßten Beschlüsse³ erwähnte R., daß er gerade Informationen über weiterhin sehr kritische Stimmen erhalten habe. Zur Zeit werde in zwei Betrieben gestreikt. Die Streiks verschärften sich als Folge des bereits einsetzenden Wettbewerbs zwischen der offiziellen Gewerkschaft und „Solidarität“.

Im Anschluß hieran machte R. sehr kritische Bemerkungen über die Rolle der Gewerkschaften und zu der geltenden Betriebsstruktur polnischer Unternehmen. Die Betriebsleiter würden derzeit von der Arbeiterselbstverwaltung gewählt. Das könne nicht funktionieren. Man versuche jetzt, einen „Aufsichtsrat“ einzuführen, der in der Lage sei, objektive Kriterien für die Betriebsleitung zu entwickeln.

Auf eine Frage von BM nach der Stellung der anderen Parteien in einem reformierten System in Polen erläuterte Rakowski die Schwierigkeiten bei der geplanten Neuverteilung der Anteile der verschiedenen Parteien und Gruppen an der Gesamtzahl der Mandate im Sejm. Dies sei eine Frage, die auch am Runden Tisch erörtert werden solle. Er rechne damit, daß es in ein bis zwei Wochen zum Runden Tisch komme.⁴

Diesen Teil des Gesprächs abschließend ging R. auf die überaus autoritäre Persönlichkeit Marschall Piłsudskis ein. Die derzeitige Piłsudski-Renaissance sei erstaunlich.

2) Deutsch-polnische Beziehungen

R. nahm das Thema auf und berichtete, er sei über den Verlauf des Gesprächs mit dem Bundeskanzler⁵ befriedigt. Die polnische Seite sei bereit, mit den Problemen im deutsch-polnischen Verhältnis Schluß zu machen. Dabei sei für Polen

³ Gesandter Bauch, Warschau, legte am 20. Januar 1989 zum zehnten Plenum des ZK der PVAP vom 16. bis 18. Januar 1989 dar, „daß Polen am Ausgang großer Veränderungen stehen könnte. [...] Die Partei hat in zwei weitreichenden ZK-Beschlüssen deutlich gemacht, daß sie gewillt ist, die Revolution von oben zu versuchen: Sie hat der Opposition die Möglichkeit politischer Partizipation angeboten. Die unabhängige Gewerkschaft ‚Solidarität‘ soll wieder zugelassen werden; in Beschränkung ihrer bisherigen Rolle definiert die Partei ihr Selbstverständnis neu. Konzentration und Flexibilität sollen dem vielfach schon erfolgten Vorherrschaftsverlust Rechnung tragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 140/141; Referat 214, Bd. 139852.

⁴ Die Verhandlungen am „Runden Tisch“ begannen am 6. Februar 1989 in Warschau. Vgl. dazu Dok. 42.

⁵ Für das Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Rakowski am 20. Januar 1989 vgl. Dok. 16.

die Regelung der wirtschaftlich-finanziellen Probleme entscheidend. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wolle er in aller Offenheit von der Verbindung zwischen politischen und finanziellen Fragen sprechen. Seine Position sei klar und einfach: Was können wir erwarten, wenn ...?

Die polnische Verschuldung behindere die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die Reserven Polens seien erschöpft. Die positiven Folgen der Reformpolitik würden sich erst in Jahren bemerkbar machen. Weder mit dem Pariser Club⁶ noch mit der Weltbank komme Polen weiter. Im letzten Jahr habe Polen 1,7 Mrd. (Dollar?) Zinsen gezahlt. Wofür?

Wenn die Wirtschaft Polens und damit die Reformpolitik zusammenbreche, habe das Auswirkungen über Polen hinaus. Der Prozeß der Entspannung in Europa und die Perestroika in der Sowjetunion würden in Frage gestellt.

BM verwies zustimmend darauf, daß jetzt auf allen Seiten Staatskunst gefordert sei. Die Bundesregierung habe ein Interesse an einem stabilen evolutionären Prozeß. Nach unserem Urteil arbeite die polnische Führung in diese Richtung. Es gebe viele Motive, historische und in die Zukunft weisende, daß Deutsche und Polen jetzt zusammenarbeiten sollten.

Rakowski wiederholte die Frage, was von uns zu erwarten sei. Dabei wies er darauf hin, daß Polen „überall“ nach günstigen Finanzierungsmöglichkeiten suche. Polen biete angesichts der neuen Wirtschaftsgesetze günstige Investitionsmöglichkeiten. Auch für die deutsche Industrie biete ein umfangreiches Engagement eine Chance.

Das deutsche Angebot einer Rückzahlung des Jumbo⁷ in Złoty reiche nicht. Auch die Finanzierung von Projekten gemischter Unternehmen biete nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Polen habe großen Investitionsbedarf. Mit deutschen Unternehmen seien konkrete Projekte besprochen worden, alle beträfen Investitionen. Entsprechende Listen habe er in seinen Unterlagen. Das sich daraus ergebende Volumen betrage 7 Mrd. DM. Das könne zeitlich gestreckt werden. Er kenne die Probleme mit dem Pariser Club, die aber wohl mehr politischer als finanzieller Art seien (Widerspruch des *BM*). Mit dem *BK* habe er über diese

⁶ Referat 422 erläuterte am 12. Januar 1989: „Durch das von Polen mit seinen staatlichen Gläubigern am 16.12.1987 unterzeichnete multilaterale ‚Pariser Protokoll‘ für die Jahre 1986–88 (Polen IV, Umfang rd. 8,5 Mrd. US-\$, davon D rd. 2,5 Mrd. DM) sind die wesentlichen Eckdaten der noch abzuschließenden bilateralen Umschuldungsregelung vorgegeben. Der Bundesregierung verbleibt eine Gestaltungsfreiheit allein bei der Höhe des Umschuldungszinssatzes. [...] Polen erläuterte seine jetzigen Vorstellungen zu einem neuen Umschuldungspaket folgendermaßen: Zahlung der Fälligkeiten 1989 aus der Umschuldung 1981 (rd. 530 Mio. \$) in vier Raten in 1989; Umwandlung aller übrigen Fälligkeiten 1989 (aus den Umschuldungen 1982–84, 1985, 1986–88 sowie bisher nicht umgeschuldete Forderungen; rd. 3 Mrd. US-\$) in langfristige Obligationen zum Zinssatz von 4%; Unterzeichnung der bilateralen Abkommen zur Umschuldung 1986–88 (Polen IV); dabei nach vorheriger Fixierung im ‚Pariser Club‘ Zusatzabkommen über Einbeziehung der bereits 1988 fällig gewordenen Umschuldungszinsbeträge aus dieser Umschuldung (rd. 560 [Mio.] US-\$). Zusammenfassung sämtlicher offener Fälligkeiten ab 1.1.1990 (Umfang rd. 24 Mrd. US-\$) in einer umfassenden, langfristigen Umschuldung; dabei müsse auch darüber gesprochen werden, ob und wie Polen die daraus erwachsende Zinsbelastung von jährlich rd. 2,3 Mrd. US-\$ (bei einem Durchschnittszins von 9,5%) tragen könne. Ein derartiges Paket wolle Polen mit dem Pariser Club (im zweiten Quartal 1989) und dem IWF [...] gemeinsam verhandeln. Eine erneute Umschuldung ohne IWF-Bereitschaftskreditabkommen komme für Polen nicht in Frage.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149287.

⁷ Zum Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits („Jumbo-Kredit“) und dem Stand der Rückzahlung vgl. Dok. 16, Anm. 14.

Einzelheiten der finanziellen Fragen nicht gesprochen. Ihm sei es bei dem Gespräch mit dem BK darum gegangen, sich von dessen grundsätzlich positivem Ansatz zu überzeugen. Das sei in der Tat das Gesprächsergebnis gewesen; denn BK habe ihm gesagt, daß er noch im Mai Polen besuchen wolle. Wenn dies die Planung der Bundesregierung sei, dann müsse man schnellstens die drei Arbeitsgruppen aktivieren.⁸

BM verwies zu den finanziellen Fragen auf seine Gespräche mit AM Olechowski.⁹ Er habe unsere Lage so beschrieben: Beim Jumbo gebe es Bewegungsmöglichkeiten; im Hinblick auf Investitionen gemischter deutsch-polnischer Gesellschaften sei Bewegung schon schwieriger; wenig Bewegungsspielraum bestehe da, wo wir durch Absprachen mit unseren Partnern in die Regelungen des Pariser Clubs eingebunden seien. Der Aspekt unserer Einbindung in das Schuldenmanagement des Pariser Clubs wurde ausführlich erläutert.¹⁰

Rakowski kam nochmals auf die Kernfrage zurück. Die Polen fragten sich im Hinblick auf einen Durchbruch im deutsch-polnischen Verhältnis: Was haben wir davon? Die Bundesrepublik sei die stärkste Wirtschaftsmacht in Westeuropa. Daran knüpften sich heute keine Ängste mehr, aber Erwartungen. Es komme hinzu, daß die neue Generation zwar ihren Blick in die Zukunft richte, aber es bleibe die Erinnerung an den deutschen Überfall und seine Folgen. Er verwies auf Kritik des Bischofs von Stettin¹¹ an der polnischen Bereitschaft zu einem Entgegenkommen gegenüber der Bundesrepublik.

⁸ Während des Besuchs von Bundesminister Genscher vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen wurde beschlossen, zur Klärung offener Fragen in den bilateralen Beziehungen drei Arbeitsgruppen zu bilden. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 14.

Referat 214 legte am 2. Dezember 1988 dar, die Arbeitsgruppen hätten seitdem jeweils zweimal gesagt: „Die Arbeiten in den Arbeitsgruppen haben einen Punkt erreicht, wo die polnische Seite in einigen uns interessierenden Fragen (Kulturinstitute, Jugendaustausch, Gedenkausstellung Auschwitz, Kreisau, Wolfsschanze) eine gewisse, wenn auch noch unzureichende Bewegung angedeutet hat. Sie wartet aber nun ihrerseits auf Bewegungsmöglichkeiten unserer Seite bei Fragen der wirtschaftlich-finanziellen Zusammenarbeit („Jumbo“, neue Kredite bzw. Bürgschaften).“ Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olechowski am 9. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 1, Anm. 2.

In einem weiteren Gespräch am 18. Januar 1989 in Wien führte Olechowski aus: „Es wäre jedoch gut, wenn der Jumbo nicht nur zum Teil, sondern insgesamt in Złoty zurückgezahlt werden könne. Über die Verwendung des sich dabei ergebenden Guthabens müsse man sich verständigen. BM habe in Paris von der Finanzierung von Jugendaustausch, Kulturinstitut und Gedenkstätte gesprochen. Die Summe sei aber sehr groß. Die polnische Seite sei auch an anderen Verwendungen interessiert, z. B. im Bereich der Umwelt [...]. Enttäuscht sei die polnische Führung im Hinblick auf die Bürgschaften und Garantien. [...] Schließlich bitte die polnische Seite auch um unsere Unterstützung bei der Suche nach einer Formel, die im Pariser Club annehmbar sei für eine langfristige Umschuldung der gesamten polnischen Verbindlichkeiten. Man denke an einen Rekonsolidierungszeitraum von 20 Jahren.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

¹⁰ In einem beigeefügten Vermerk notierte Ministerialdirigent Höynck ergänzend: „In dem Teil des Gesprächs, in dem es um das mögliche Volumen verbürgter Kredite ging, griff mehrfach Botschafter Karski ein. Seine Bonner Gesprächspartner im BMWi und BMF sprächen immer nur von Schuldenregelung; aber im Hinblick auf neue Kredite blieben sie ausweichend und unverbindlich. So sei eine Lösung des Problems nicht zu erreichen. Es gebe für 7 Mrd. DM konkrete Projekte, an denen die deutsche Wirtschaft interessiert sei. Nachdem R[akowski] auf die Probleme mit dem Pariser Club angespielt hatte, kam Karski auf die alte Behauptung zurück (die Einzelheiten habe er vom belgischen Botschafter erfahren), die Deutschen würden im Pariser Club gegen Polen sprechen. Ich verwies auf unsere früheren Richtigstellungen und bedauerte, daß Karski diese alte Geschichte gerade eben und jetzt erneut vorbringe. Im Hinausgehen entschuldigte sich Karski bei mir, daß er diese Sache wiederum angesprochen habe.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

¹¹ Kazimierz Jan Majdański.

Abschließend betonte R., er komme nicht als Bittsteller. Wenn substantielle (deutsche) Finanzhilfe nicht möglich sei, werde das polnische Volk nicht untergehen. Von seiner Regierung wolle er nicht reden. Er habe seine Position erläutert und warte jetzt auf eine Antwort des Bundeskanzlers.

Referat 010, Bd. 178931

18

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

20. Januar 1989¹

Betr.: Gespräch BM mit dem israelischen VPM² und FM Peres am 19.1.1989³

BM traf anlässlich eines Abendessens in der Residenz des israelischen Botschafters mit VPM Peres zusammen.

Teilnehmer an dem Essen:

auf deutscher Seite: Dg 31⁴, LR I Gerdts, Dolmetscher Weber;

auf israelischer Seite: Botschafter Navon, Novik – Persönlicher Referent von Peres.

Aus dem Gespräch während des Essens halte ich folgendes fest:

1) BM berichtete auf Frage von Peres über den erfolgreichen Abschluß der KSZE in Wien.⁵ Daran schloß sich ein Meinungsaustausch über die Stellung Gorbatschows und die sowjetische Nahostpolitik an. BM führte aus, daß Gorbatschow Erfolge brauche. Seine Abrüstungsinitiativen würden ihm Raum für eine stärkere Konzentration auf die enormen Wirtschaftsprobleme der SU geben.

Peres stellte eine deutliche Veränderung der sowjetischen Nahostpolitik in Ton und Inhalt fest. Die SU habe sich kürzlich geweigert, neue Raketen an Syrien zu liefern. Bemerkenswert sei auch, daß ein sowjetischer Politiker (er nannte keinen Namen) sich in einer Rede in Kairo für eine Einschränkung der Intifada⁶ aus-

¹ Durchschlag als Konzept.

Ministerialdirigent Fiedler leitete die Aufzeichnung am 20. Januar 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe mit der Bitte, „Inhalt und Verteiler durch den Herrn Bundesminister genehmigen zu lassen“.

Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 25. Januar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Fiedler verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Gesprächsvermerk kann mit Vermerk ‚Von BM noch nicht gebilligt‘ verteilt werden.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 27. Januar 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Unterabteilung 31, Bd. 147626.

² Vizepremierminister.

³ Der israelische Finanzminister Peres hielt sich vom 18. bis 21. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf.

⁴ Heinz Fiedler.

⁵ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

⁶ Botschafter Haas, Tel Aviv, teilte am 3. Januar 1989 zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten mit, dreizehn Monate nach Beginn sei „keine wirkliche Beruhigung in Sicht, solange politische

gesprochen habe, da sie auch Probleme für die umliegenden Staaten (wie z. B. Syrien) schaffen könne. Das israelisch-sowjetische Verhältnis habe sich erwärmt, wozu besonders die israelische Mitwirkung bei der Lösung des Entführungsfalles einer sowjetischen Verkehrsmaschine⁷ und die israelische humanitäre Hilfe für die Erdbebenopfer in Armenien⁸ beigetragen hätten.

Ausdruck der sich verbessernden Beziehungen sei die Aufwertung der beiden Schutzmachtvertretungen, die jetzt auch politische Gespräche führen könnten.

2) Zu Jordanien sagte Peres, er wisse, daß GB hinsichtlich der Stabilität des Regimes König Husseins besorgt sei. Um seinen Thron besser abzusichern, wolle Hussein eine Föderation mit Irak, Ägypten und Syrien. Dies sei jedoch eine „Föderation der Armut“. Syrien sei nur an einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert, da sich seine Wirtschaftslage laufend verschlechtert habe. Große wirtschaftliche Probleme hätten jedoch auch Irak und Ägypten, deren Verhältnis zu Syrien trotz aller Versuche König Husseins sich noch nicht gebessert habe. Erste Ansätze gebe es nur zwischen Syrien und Ägypten. Selbst wenn eine Zusammenarbeit zwischen allen vier Ländern zustande käme, sei diese Gruppe zu heterogen, um eine wirkliche Stabilitätshilfe für Jordanien zu sein.

3) Zur Lage im Libanon führte Peres aus, daß die Entwicklung immer mehr in Richtung eines „organisierten geteilten Landes“ gehe. Mit Assads zunehmender Isolierung schwinde auch sein Einfluß im Libanon. Auch Irans Stellung im Libanon sei aufgrund der Kämpfe zwischen Hisbollah und Amal geschwächt. In diesem Zusammenhang erwähnte Peres den kürzlich von Khomeini an Gorbatschow geschriebenen bemerkenswerten Brief⁹, in dem er Gorbatschow auf die Bedeutung des Islams für die Sowjetunion hingewiesen habe. Dg31 wies auf den zweiten und praktischen Teil des Briefes hin, in dem Khomeini sich für eine Verbesserung der iranisch-sowjetischen Beziehungen ausgesprochen habe.

4) Auf die Frage BMs nach den Aussichten für den Friedensprozeß sagte Peres, daß dieser sehr stark davon abhängen, wie der Westen sich verhalte, d. h. USA und Westeuropa. Israel, von dem alle Seiten Kompromisse erwarteten, stehe auf der Seite der Geber. Jede Konzession sei ein Sicherheitsproblem für Israel. Die Frage sei noch immer, ob man den Arabern trauen könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

Lösungen ausbleiben. In Israel ist Gewöhnungseffekt eingetreten. Man stellt sich auf möglicherweise noch lange anhaltende Unruhen ein.“ Es sei „weitgehend israelisches Wunschdenken“, wenn ein baldiges Abflauen vorhergesagt werde. Keine der Taktiken der israelischen Sicherheitskräfte habe zu einer Beruhigung der Lage geführt. Nach israelischen Angaben seien bislang 326 Palästinenser getötet, 7000 verwundet und 21000 inhaftiert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 310, Bd. 185397.

⁷ Gesandter Winkelmann, Moskau, berichtete am 5. Dezember 1988, am 1. Dezember 1988 hätten sechs Bewaffnete in Ordschonikidse im nördlichen Kaukasus einen Schulbus entführt, die Insassen als Geiseln genommen und neben Geld ein Flugzeug verlangt, um nach Israel, Pakistan oder Südafrika zu fliegen. Am Nachmittag des 2. Dezember 1988 seien sie in Israel gelandet und dort vom israelischen Militär entwandt worden. Am 4. Dezember 1988 seien die Entführer wieder in die UdSSR gebracht worden. Winkelmann führte dazu aus: „Israel hat sich die Demandeurposition, in die sich die SU begeben hat, nicht entgehen lassen und war prompt und effizient zur Kooperation bereit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4215; Referat 213, Bd. 143561.

⁸ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Siehe Anlage“.

Dem Vorgang beigelegt. Für Auszüge aus dem Schreiben von Ayatollah Khomeini vom 1. Januar 1989 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, das am 3. Januar 1989 übergeben wurde, sowie dazugehörige Pressemeldungen vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147626.

Für das vollständige Schreiben vgl. Referat 311, Bd. 154149.

Das Dilemma für Israel sei, daß der arabische Terror einerseits Anlaß zur Sorge und andererseits eine ausgezeichnete Entschuldigung dafür sei, nichts zu tun. Die Palästinenser müßten sich klar zwischen Terror und friedlicher Verfolgung ihrer Ziele entscheiden. Das Problem für die PLO sei die Intifada, die Israel als Terror ansehe, der beendet werden müsse. Israel sei dann bereit, nach einer Vorbereitungszeit von etwa sechs bis acht Wochen „freie und faire Wahlen“ in den IBG zuzulassen. Zur Überwachung dieser Wahlen könne er eine neutrale internationale Beobachtermission akzeptieren. Aus den Wahlen könne eine palästinensische Vertretung als Gesprächspartner bei Verhandlungen hervorgehen.

Hinsichtlich der Verhandlungsdelegation sei auf arabischer Seite an drei Alternativen zu denken:

- alleinige palästinensische Delegation;
- gemeinsame palästinensisch-jordanische Delegation;
- gemeinsame palästinensisch-jordanisch-ägyptische Delegation.

Peres ließ es offen, in welchem Rahmen die Direktverhandlungen mit einer solchen Delegation sich vollziehen sollen.

Zur PLO bemerkte Peres, daß Arafat die Verbindung zur Realität verloren habe, was auch bei anderen Emigranten-Organisationen, die lange im Ausland gelebt haben, zu beobachten sei. Kennzeichnend für den Realitätsverlust Arafats sei seine Forderung nach einem Korridor zwischen den beiden Teilen des Palästina-Staates, nämlich zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Angesichts solcher Forderungen ziehe Israel es vor, isoliert anstelle geschlagen zu werden.

Peres räumte ein, daß es in Anbetracht der Aktivitäten der PLO Handlungsbedarf für die israelische Regierung gebe: „We have to make our decision.“ Die internationale Lage Israels werde sich sonst weiter verschlechtern. Die PLO sei dabei, die Politik Israels zu zerstören. Israel habe sich immer für Verhandlungen eingesetzt. Bei fortbestehendem Terror werde die Verhandlungsbereitschaft der israelischen Bevölkerung, die Sicherheit suche, abnehmen und die Demokratie Schaden nehmen.

Peres faßte zusammen: Die Palästinenser und Israel müßten sich beide bewegen. Israel wolle den Frieden und sei weiterhin zu Verhandlungen bereit. Voraussetzung sei allerdings, daß die Palästinenser auch Frieden wollten und auf Terror verzichteten.

Auf die weitere Frage des BM, was er uns rate, erwiderte Peres: Die Bundesrepublik Deutschland verfüge in Israel über ein großes Vertrauenskapital. Wir sollten dieses nicht auf Spiel setzen und anderen Westeuropäern folgen, die der PLO nachliefen.

Wir sollten es anderen überlassen, mit Arafat zu sprechen.¹⁰ Wir hätten dies nicht nötig. Wörtlich sagte er: „Please lose not your trust.“ Unser Eintreten für Israels Sicherheit sei sehr wichtig. Die europäischen Sozialisten, wozu er besonders die südeuropäischen rechnete, hätten kein Gespür für Außen- und Sicherheitspolitik, die Rechten keins für Menschlichkeit. Wir sollten nicht vergessen,

¹⁰ Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO vgl. Dok. 19.

daß es keine Nahostlösung ohne Israel gebe. Israel werde keinem Druck nachgeben. Druck erzeuge Gegendruck. Die Europäer und auch Mubarak wollten Israel mit der PLO zusammenbringen. Er halte dies für einen gefährlichen Weg.

Zu den Motiven für die Anhebung der Gesprächskontakte mit der PLO durch die Europäer machte Peres folgende Bemerkung:

- Mrs. Thatcher sei sehr um die Stellung König Husseins besorgt und folge dessen taktischen Zügen. Er, Peres, wisse, daß König Hussein seine negative Grundhaltung zur PLO und zu Arafat nicht geändert habe, aber glaube, den gegenwärtigen Trend in Richtung PLO mitmachen zu müssen. Außerdem blicke Mrs. Thatcher aufgrund der besonderen Beziehungen nach USA. „I trust her, but she made a mistake.“
- Mitterrand habe sehr viel Verständnis für die Juden und Israel. Er sei ein wirklicher Freund Israels und befürworte eine „mittlere Linie“. De Gaulle und Giscard hingegen hätten keine tiefere Bindung zum Judentum gehabt. Von Nahostpolitik habe de Gaulle keine Ahnung gehabt. Peres führte den Schwenk der französischen Nahostpolitik zugunsten der PLO auf den Quai d'Orsay zurück, der einseitig pro-palästinensisch sei. BM ließ diese Kritik nicht gelten und sprach seine besondere Wertschätzung für Dumas aus.
- Die anderen Europäer könne man vergessen.

Peres bat ausdrücklich darum, daß BM und die Bundesregierung die Sowjets ins Spiel bringen sollten, um auf die radikalen Araber und insbesondere Palästinenser mäßigend einzuwirken und sie zum Verzicht auf den Terrorismus zu veranlassen. Es würde sehr hilfreich sein, wenn wir unsere guten Beziehungen zur SU in diesem Sinne nutzen würden. Peres sprach sich positiv über Schwarznadse aus. Die SU habe großen Einfluß auf die PLO und ihre einzelnen Gruppierungen.

Von der anderen Großmacht USA erwarte er im Jahr 1989 keine dramatischen Schritte im Nahen Osten.

5) Im wirtschaftlichen Teil seiner Ausführungen sprach Peres sich erneut für einen Marshallplan im Nahen Osten aus. Er denke außerdem an die Einrichtung einer Entwicklungsbank in der Region. Eine andere Möglichkeit sei eine technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nahen Ostens. Er wolle darüber mit BM Stoltenberg sprechen.

Fiedler¹¹

Unterabteilung 31, Bd. 147626

¹¹ Paraphe.

19

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege

012-312.74 VS-NfD 201600
Fernschreiben Nr. 9 Orteze

20. Januar 1989¹

Orteze zu unseren Beziehungen zur PLO²

Enthält Weisung

1) Der Nationalkongreß der PLO hat am 15. November 1988 einen palästinensischen Staat ausgerufen.³ Da diesem Staat die effektive Staatsgewalt mangelt, kommt eine Anerkennung nicht in Frage. Für uns ist die Ausrufung des palästinensischen Staates rechtlich nicht relevant.

2) Daraus ergibt sich:

- Alle Handlungen, die – auch nur implizite – als Anerkennung eines palästinensischen Staates ausgelegt werden können, müssen vermieden werden. Die Teilnahme an „Fahnenzeremonie“ und „Einweihungen“ palästinensischer „Botschaften“ ist daher nicht möglich. Aus gleichem Grund kann auch ein formeller Antritts- oder Abschiedsbesuch eines „palästinensischen Botschafters“ nicht akzeptiert werden.
- Es bestehen aber keine Bedenken gegen sonstige Treffen mit PLO-Vertretern, solange sie nicht als Zeichen einer De-facto-Anerkennung eines palästinensischen Staates ausgelegt werden können.

Es wird gebeten, sich eng mit den europäischen Partnern am Ort abzustimmen. Bei der Entscheidung über Teilnahme und Nichtteilnahme können die politischen Verhältnisse am Ort berücksichtigt werden. Im Zweifel ist Weisung einzuholen.

3) Arafat hat sich in seiner Pressekonferenz in Genf erstmals mit der Anerkennung der SR-Res. 242⁴ positiv zum Existenzrecht Israels ausgesprochen und dem Terror abgeschworen.⁵

Wir haben großes Interesse daran, die PLO zur Fortführung ihrer Politik der Mäßigung zu ermutigen. Das Auswärtige Amt hat die Arbeitskontakte mit der

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heldt am 25. Januar 1989 vorgelegen.

² Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO vgl. zuletzt AAPD 1988, II, Dok. 370.

³ Für den Wortlaut der Erklärung des Palästinensischen Nationalrats in Algier vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–48.

Ferner gab die Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988 eine Politische Erklärung ab. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 49–55.

⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

⁵ Für den Wortlaut der Presseerklärung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 14. Dezember 1988 vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1918. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 61 f.

Vgl. dazu ferner die Rede Arafats am 13. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in Genf; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1914–1916 (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–61 (Auszug).

PLO in ihrer Frequenz verstärkt fortgesetzt. StM Schäfer hat ein Gespräch mit dem hiesigen PLO-Vertreter geführt. Wir haben aber keinen Grund, unsere Kontakte zur PLO nunmehr dramatisch zu verändern, wir denken jedoch an eine schrittweise Belebung des politischen Gesprächs.

Einen Alleinvertretungsanspruch der⁶ PLO können wir nicht anerkennen, da das palästinensische Volk über seine Vertretung selbst entscheiden muß. Allerdings wissen wir, daß die Mehrheit der Palästinenser die PLO als ihre politische Vertretung betrachtet. Durch die Anerkennung von 242 ist die PLO verstärkt zu einem Gesprächspartner im Friedensprozeß geworden.

4) Die Entwicklungen vom November und Dezember 1988 haben den Bemühungen um den Friedensprozeß neue Impulse verliehen. Wir rechnen mit neuen Vorschlägen sowohl der israelischen wie der amerikanischen Regierung.

Die Zwölf werden sich im Rahmen der EPZ verstärkt bemühen, positive Beiträge zu liefern.

Am 19.12. haben die Zwölf am Rande des EG-Ministerrats beschlossen, Kontakte zu allen Parteien des Nahostkonflikts und den USA aufzunehmen, um Informationen darüber zu sammeln, wie der Friedensprozeß vorangebracht werden kann. Die Gespräche werden von der Troika (E, GR, F) im Auftrag der Zwölf geführt.

Nach einem Besuch der Präsidentschaft in Israel⁷ sind Troika-Kontakte mit der PLO in Madrid⁸ und Besuche in Ägypten⁹, Syrien¹⁰ und Jordanien¹¹ wie in den

⁶ Korrigiert aus: „zur“.

⁷ Der spanische Außenminister Fernández Ordóñez hielt sich vom 14. bis 16. Januar 1989 in Israel auf. Referat 310 notierte dazu am 19. Januar 1989, nach Auskunft der spanischen EG-Ratspräsidentschaft sei die israelische Regierung gegen eine internationale Friedenskonferenz und lehne Verhandlungen mit der PLO ebenso wie ein Rückkehrrecht für Palästinenser ab. Vgl. dazu Unterabteilung 31, Bd. 147571.

⁸ Referat 310 faßte am 3. Februar 1989 Informationen der spanischen EG-Ratspräsidentschaft über ein Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 27. Januar 1989 in Madrid zusammen: „Freie Wahlen in den besetzten Gebieten würden Unterstützung der PLO finden, falls vorher Rückzug der israelischen Truppen stattfindet und Durchführung unter VN-Aufsicht erfolgt.“ Ferner sei bestätigt worden, daß die PLO am Zwei-Staaten-Modell festhalte; die Möglichkeit einer Konföderation eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jordanien bestehe weiter. Ein Rückkehrrecht für Palästinenser sei unverzichtbar. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147571.

⁹ Botschafter Elsässer, Kairo, berichtete am 13. Februar 1989 über das Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) mit dem ägyptischen Präsidenten am Vortag. Mubarak habe vor der Gefahr einer Radikalisierung und eines Anstiegs des Terrorismus gewarnt, falls eine Nahostlösung nicht auf den Weg gebracht würde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 199; Referat 200, Bd. 144218.

¹⁰ Die Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) hielten sich am 12./13. Februar 1989 in Syrien auf. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, berichtete am 14. Februar 1989: „Während Troika-AM versuchten, möglichst präzise syrische Aussagen über Vorbereitung und Ablauf einer internationalen Konferenz (IK) zu erlangen, drängte syrische Seite ihrerseits auf eine Präzisierung der europäischen Stellungnahme zu Nahem Osten im arabischen Sinne und vor allem auf möglichst intensive Druckausübung auf Israel, flexiblere Position einzunehmen. Während syrische Seite europäische Schritte in diesem Sinne grundsätzlich begrüßte, schien sie keine über großen Erwartungen an europäische Initiativen oder deren Erfolgsaussichten zu hegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Unterabteilung 31, Bd. 147571.

¹¹ Botschafter Bartels, Amman, teilte am 13. Februar 1989 zum Besuch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) vom 10. bis 12. Februar 1989 in Jordanien mit, König Hussein habe sich für eine internationale Friedenskonferenz ausgespro-

Vereinigten Staaten geplant. Es ist vorgesehen, daß sich der EG-Ministerrat am 14.2.89 mit den Ergebnissen der Troika-Mission befaßt.¹²

[gez.] Bettzuege

Referat 515, Bd. 195803

20

Botschafter Steger, Budapest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 114
Citissime

Aufgabe: 20. Januar 1989, 11.30 Uhr¹
Ankunft: 20. Januar 1989, 12.00 Uhr

Betr.: Stand des ungarischen Reformprozesses²

Zur Frage des Standes des ungarischen Reformprozesses mögen Äußerungen von Interesse sein, die mir gegenüber in den letzten Tagen anlässlich meiner

Fortsetzung Fußnote von Seite 86

chen, auf der die PLO mit einer eigenen Delegation vertreten sein müsse. Die EG-Mitgliedstaaten sollten „mit polit[ischen] und moralischen Argumenten“ auf Israel einwirken. Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 310, Bd. 149767.

- 12 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte am 15. Februar 1989 zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortag in Madrid mit, nach Auskunft des spanischen Außenministers Fernández Ordóñez hätten alle Gesprächspartner der Troika die Bedeutung einer aktiven Rolle der EG-Mitgliedstaaten beim Friedensprozeß im Nahen Osten anerkannt. Während die arabischen Gesprächspartner für eine internationale Friedenskonferenz seien, lehne Israel diese ab, erkenne aber die Notwendigkeit von Verhandlungen mit den Palästinensern, nicht jedoch mit der PLO, an. Fernández Ordóñez habe dargelegt: „Alle Araber streben einen Staat der Palästinenser an. Sie gestehen zu, daß hierbei die Frage der Sicherheit angesprochen werden muß. Israel möchte die eigentliche strategische Sicherheit in seinen Händen behalten.“ Jagow führte aus, alle Außenminister hätten die Ergebnisse der Troika-Reise „mit Befriedigung kommentiert“ und übereingestimmt, „daß eine Verlangsamung des Friedensprozesses vermieden werden muß“. Vgl. den Runderlaß Nr. 6/7; Referat 200, Bd. 144218.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 20. Januar 1989 vorgelegen.

² Vom 20. bis 22. Mai 1988 fand in Budapest eine Landeskonzferenz der USAP statt. Botschafter Steger, Budapest, berichtete am 23. Mai 1988, der bisherige Generalsekretär des ZK der USAP, Kádár, sei zwar zum Parteivorsitzenden gewählt worden, gehöre aber nicht mehr dem Politbüro an. Neuer Generalsekretär sei Ministerpräsident Grósz. Für eine Zäsur spreche auch die Zusammensetzung des neuen Politbüros, von dessen elf Mitgliedern sechs neu seien, die an die Stelle der „alten Garde“ getreten seien. Steger gab jedoch zu bedenken: „Bei diesem Kurs handelt es sich nicht – jedenfalls bisher nicht – um so etwas wie den ‚Prager Frühling‘. Das Schwergewicht dürfte nach wie vor auf den Maßnahmen zur Gesundung und Dynamisierung der ungarischen Wirtschaft liegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 703; Referat 214, Bd. 139935. Vgl. dazu auch die Stellungnahme der Landeskonzferenz der USAP vom 22. Mai 1988, in: WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 11.

Referat 214 führte am 22. November 1988 aus, mit der Konferenz vom Mai 1988 seien die personellen und sachlichen Voraussetzungen für den von Grósz propagierten Kurs geschaffen worden, „die erforderliche Wirtschaftsreform in Ungarn durch politische Reformen zu begleiten“ und „schließlich Wirtschaftskreise und Politik des Westens für Ungarn weiter zu interessieren. Dieser Kurs wird von Moskau unterstützt.“ Die ungarische Führung gebe sich entschlossen, den Reformkurs fortzusetzen, und schließe zumindest verbal das Endziel eines Mehrparteiensystems nicht mehr aus, betone jedoch „die Notwendigkeit weitergehender gesetzlicher Regelungen (Parteiengesetz) und des Inkrafttretens der (für 1990 erwarteten) neuen Verfassung“, wodurch deutlich geworden sei, daß die USAP zumindest bis zum nächsten Parteitag 1990 ihr Machtmopol nicht aufgeben und am Einparteiensystem festhalten wolle. Vgl. Referat 214, Bd. 139936.

Abschiedsbesuche bei einigen führenden Persönlichkeiten des Landes getan wurden:

1) StM Pozsgay (18.1.89) zeigte sich, was die politische Entwicklung angeht, optimistisch. Auf meine Frage, ob nach seiner Meinung „der Rubikon“ überschritten sei, bejahte er dies entschieden, fügte allerdings hinzu, daß seitens der Wirtschaft Gefahr drohe. Leider habe man die Gelder (er nannte 15 Mrd. Dollar), die in den früheren Jahren nicht zweckmäßig und vernünftig eingesetzt worden seien, heute nicht mehr zur Verfügung, um die Wirtschaftsreformen bzw. die Maßnahmen, die in ihrem Zuge notwendig seien, finanziell abfedern zu können.

Politisch seien aber die entscheidenden Schritte zur Errichtung eines Rechtsstaates und zur Einführung eines Mehrparteiensystems getan.

Auf meine Frage: Ja, der Prozeß habe sich seit der Parteikonferenz an Pfingsten 1988 enorm beschleunigt. Damals habe man noch angenommen, man komme mit einem „politischen Pluralismus“ unter Beibehaltung des Einparteiensystems aus. Dieser Standpunkt sei heute überholt. Die Durchführung der politischen Reformen in Ungarn sei für das Land die „Eintrittskarte“, um den Anschluß an die „europäische Entwicklung“ zu finden.

2) Weniger sanguinisch erschien heute MP Németh. Dieser sagte, es bestehe die Gefahr, daß die politischen Reformen denjenigen im Wirtschaftsbereich zu weit vorauseilten. Dies sei schlecht, weil die politischen Freiheiten auf die Bevölkerung wie eine „Droge“ wirken könnten. Die Wirtschaftslage sei – auch er gab als Grund frühere Fehler an – sehr schwierig. Das Maß dessen, was man der Bevölkerung zumute, sei erreicht, wenn man auch gleichwohl hoffe, die Entwicklung durchziehen zu können.

Auf meine Frage, ob er glaube, daß die entscheidenden Schritte getan seien, antwortete der MP deutlich zögerlicher als StM Pozsgay: Die entscheidenden Gesetzesvorhaben – er nannte die Verfassung – seien eingeleitet. Als ich nachstieß und fragte, wie es denn in der Partei stehe, erwiderte Németh: Im Politbüro sei man von der Unumkehrbarkeit der Reformen überzeugt, nicht jedoch bereits in vollem Maße im ZK. Hier gelte es, noch Überzeugungsarbeit zu leisten, in welchem Zusammenhang der Februar-Sitzung des ZK³ große Bedeutung zukomme.

[gez.] Steger

Referat 214, Bd. 139936

³ Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, berichtete am 13. Februar 1989 über die Sitzung des ZK der USAP am 10./11. Februar 1989: „ZK wird, in Abkehr bisheriger Linie, künftig Entwicklung politischen Pluralismus in Ungarn in Form auch eines Mehrparteiensystems vorsehen. Weitere Parteienentwicklung muß nach ZK aber im Rahmen sozialistischer Orientierung bleiben, was auch in neuer Verfassung zu verankern ist.“ Es sei noch einmal gelungen, „die bereits sichtbaren Fissuren in der Partei zwischen dogmatischen und reformpopulistischen bzw. kommunistischen und sozialdemokratischen Tendenzen zu überdecken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Referat 214, Bd. 139936. Vgl. dazu ferner die Mitteilung über die Sitzung, in: WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 23. Zu einer weiteren ZK-Sitzung am 20./21. Februar 1989 teilte Berg am 23. Februar 1989 mit: „Nach Beschluß ZK wird neue Verfassung [...] sozialistische Orientierung Ungarns enthalten. [...] USAP beansprucht nicht führende Rolle durch Verfassung, wird vielmehr entscheidenden politischen Beitrag durch eigene Anstrengung zu erbringen suchen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 320; Referat 214, Bd. 139936.

21

**Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 145
Citissime

Aufgabe: 24. Januar 1989, 12.00 Uhr¹
Ankunft: 24. Januar 1989, 12.43 Uhr

Delegationsbericht Nr. 512

Betr.: Dritte KSZE-Folge treffen in Wien (WFT);
hier: Korb-III-Teil des Wiener Schlußdokuments (WSD)²

Bezug: Minister-Vorlage Botschafter z. b. V. v. 8.10.86³

Der Korb-III-Teil des WSD, insb. der Abschnitt menschliche Kontakte, entspricht weitgehend westlichen und deutschlandspezifischen Interessen und bedeutet einen spürbaren Fortschritt im Vergleich zur HSA⁴, zum MSD⁵ und zum nicht angenommenen Entwurf für ein Schlußdokument des Berner Expertentreffens (BME.49)⁶. Die Annahme der von uns seit Konferenzbeginn hartnäckig verfolgten Vorschläge zur Familienzusammenführung, aber auch zu Familienbesuchen sowie zu Reisen aus dringenden humanitären Gründen wird die damit verbundenen Antragsverfahren rechtsstaatlicher gestalten, vereinfachen und erheblich beschleunigen.

1) Implementierungsdebatte im Korb III war stellenweise kontrovers. Im Mittelpunkt standen Menschenrechtsverletzungen in WP-Staaten, insbes. Beschränkung der Freizügigkeit und Verfolgung von Minderheiten und der sog. „Helsinki“-Monitoren. Wir mahnten vor allem Ausreiserecht der Deutschen an. WP-Staaten antworteten zunächst mit Gegen-Vorwürfen (Obdachlosigkeit in den USA, Nordirland-Repressalien der GB-Polizei usw.). Später gingen einzelne östl. Sprecher auf humanitäre Härtefälle ein und trugen zu ihrer diskreten Lösung bei. Uns warf SU wiederholt angebliches „Berufsverbot“ und tausendfachen Paßentzug vor; wir konnten mit Hinweis auf Rechtswegmöglichkeiten und Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes wirkungsvoll entgegenen.

2) Verhandlungsgang

USA hatten als einziger TNS den Entwurf für das Berner Schlußdokument (BME.49) u. a. mit der – von uns nicht geteilten – Begründung abgelehnt, es falle

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Wrede, Wien (KSZE-Delegation), konzipiert.

² Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

³ Für die Aufzeichnung des Botschafters Eickhoff vgl. AAPD 1986, II, Dok. 272.

⁴ Helsinki-Schlußakte.

Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁵ Madrider Schlußdokument.

Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

⁶ Für den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 23. Mai 1986 für ein Schlußdokument des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 (CSCE/BME.49) vgl. Referat 212, Bd. 133526. Zum Expertentreffen vgl. AAPD 1986, I, Dok. 156.

teilweise hinter HSA und MSD zurück und schränke übernommene Verpflichtungen unzumutbar ein.

In Wien haben wir uns daher besonders und erfolgreich darum bemüht, mit USA bilateral Vorschlagspaket des Westens zu menschl. Kontakten (vgl. vor allem WT.22⁷, 23⁸, 24⁹, 27¹⁰, 51¹¹, 53¹²) vorzuklären und so Bedenken Berner Art von vornherein auszuräumen. Zudem gelang es uns, westl. Neutrale (CH, A, SCN) zur Einbringung von zusätzlichen Vorschlägen in diesem Bereich (vgl. WT.93¹³) zu bewegen, die auch deutschlandpolitische Belange berücksichtigen, v.a. den Mindestumtausch, wozu Bestimmung in WSD gegen DDR-Widerstand durchgesetzt werden konnte (op. Para 11 menschl. Kontakte/Korb III im WSD). Genauso war es danach möglich, in vertraulicher Fühlungnahme das schweiz.-österreich. Non-paper zum Korb III vom 30.7.1987¹⁴ zu beeinflussen. Dieses Dokument, ebenso wie später die Entwürfe des – mit uns eng kooperierenden – schwed. Koordinators¹⁵ zu den menschl. Kontakten wie auch zu Information, Kultur und Bildung haben die wesentliche Substanz aller unserer prioritär verfolgten Anliegen bewahrt.

3) Bewertung

Wiener Ergebnis übertrifft unsere ursprünglichen Zielvorstellungen für das WFT (vgl. Bezugsvorlage) an Inhalt und Umfang bei weitem. Uns war es vor allem um Festschreibung des Berner Schlußkompromisses gegangen (Bestimmungen zu Verwandtenbesuchen ohne Altersbegrenzung, zum Recht auf gemeinsame Familienreisen, Fortgeltung von Antragsdokumenten, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, direkter Sportaustausch, Städtepartnerschaften, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Ziel-land). Zu allen diesen Themen enthält das WSD stringente Texte ohne einschränkende „escape clauses“. Von zentraler praktischer Bedeutung sind die erheblichen Fristverkürzungen bei Antragsverfahren für Familienbegegnungen

⁷ Für den Vorschlag Irlands sowie der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Türkei vom 10. Februar 1987 zur Frage der Freizügigkeit und freien Wahl des Wohnsitzes (CSCE/WT.22) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

⁸ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Kanadas, Spaniens und der USA vom 10. Februar 1987 zu menschlichen Kontakten und Familienzusammenführung (CSCE/WT.23) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

⁹ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Irlands, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, der Türkei und der USA für ein Maßnahmenpaket für Reiseerleichterungen (CSCE/WT.24) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁰ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Kanadas, der Niederlande, Norwegens und der USA vom 11. Februar 1987 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten nationaler Minderheiten, dem sich Österreich, Schweden und Ungarn als Miteinbringer anschlossen, (CSCE/WT.27) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹¹ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks und Großbritanniens vom 17. Februar 1987 zur Beseitigung von Hindernissen für menschliche Kontakte, zur Ausdehnung des Inter-Rail-Systems auf alle europäischen Staaten sowie zum Sportaustausch und zu Städtepartnerschaften (CSCE/WT.51) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

¹² Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Frankreichs, Kanadas, der Niederlande, Portugals, Spaniens und der USA vom 17. Februar 1987 zur Behandlung von Ausreiseträgen und Familienzusammenführung (CSCE/WT.53/Rev.1) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

¹³ Für den Vorschlag Österreichs und Schwedens vom 27. Februar 1987 zu Auslandsreisen für Familienbesuche (CSCE/WT.93) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

¹⁴ Für das Non-paper Österreichs und der Schweiz vgl. Referat 212, Bd. 153436.

¹⁵ Nils Eliasson.

(ein Monat), bei Familienzusammenführung (drei Monate) und bei dringenden humanitären Fällen sogar nur eine Entscheidungsfrist von drei Tagen. Diese Bestimmungen besitzen auch eine akzeptable Einreise-Implikation, denn der unterschiedliche Verpflichtungsgrad (Ausreise Menschenrecht, Einreise souveräne Ermessensentscheidung des Staates) ist zu Anfang des Abschnittes menschl. Kontakte deutlich verankert.

Zusätzlich enthalten die 33 Absätze im Abschnitt menschliche Kontakte (im Vergleich dazu nur elf Absätze im Madrider Schlußdokument) u. a. Bestimmungen zum Menschenrecht der Freizügigkeit, zu den menschlichen Kontakten von Minderheiten wie auch von religiösen Gruppen, Nichtdiskriminierungsklauseln, erstmalig grundsätzliche Befürwortung von Rechtsmitteln bei Ablehnungsbescheiden mit – in der Regel – schriftlicher Mitteilung. Wichtig ist auch die Anerkennung der Möglichkeit zu direkten persönlichen Kontakten zwischen den Bürgern der TNS und die dabei ausdrücklich gestattete Unterkunft in Privatwohnungen. Schließlich ist die Vorschrift zur raschen, unbehinderten Auslieferung von Postsendungen und zu störungsfreien Telefongesprächen praktisch bedeutsam.

Im Informationsbereich war bis zuletzt die schließlich erreichte Vereinbarung zur Einstellung der Störung von Radiosendungen strittig. Die neue Bestimmung, daß Journalisten nicht aufgrund des Inhalts ihrer Berichterstattung oder ihrer Medien ausgewiesen werden können, ist in den WP-Staaten täglich aktuell.

Lange umkämpft war auch die von uns vorgeschlagene Möglichkeit zur gegenseitigen Einrichtung von Kulturinstituten im Abschnitt Kultur. In allen vier Abschnitten des Korbes III gibt es Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten und der ungestörten Entfaltung ihrer Religion, Kultur und Sprache. Im Abschnitt Bildung schließlich wird ausdrücklich die Diskriminierung z. B. aufgrund politischer oder religiöser Ansichten beim Zugang zu den verschiedenen Arten und Stufen von Bildungseinrichtungen verboten. Dies ist von besonderer deutschland-spezifischer Relevanz.

Für Korb III sind die vereinbarten Konferenzen zur menschlichen Dimension wichtig; bereits im Juni wird in Paris¹⁶ nach der Implementierung der Wiener Beschlüsse zu fragen sein. Zuvor haben die Journalisten auf dem Informationsforum in London (April/Mai 1989¹⁷) die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu diskutieren, aber auch die Erfüllung der Wiener Neuverpflichtungen anzumahnen. Als einer der beiden ersten westlichen Miteinbringer des Vorschlags, ein Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau zu veranstalten¹⁸, sind wir befriedigt darüber, daß USA¹⁹ – wenn auch buchstäblich erst im letzten Augenblick der Wiener Konferenz – diesem Vorschlag zugestimmt haben.

Ein wichtiges Zieldatum ist der 19. Juli 1989; denn gemäß op. Para drei menschliche Kontakte sollen die TNS alle bisher noch schwebenden Antragsverfahren

¹⁶ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

¹⁷ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

¹⁸ Für den Vorschlag der Bundesrepublik, Dänemarks, der DDR, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Jugoslawiens, Malτας, Norwegens, Österreichs, Polens, Rumäniens, Schwedens und Ungarns vom 17. Dezember 1986 (CSCE/WT.6) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁹ Korrigiert aus: „USA, die“.

zu menschlichen Kontakten spätestens sechs Monate nach Abschluß des WFT lösen.

4) Der Wiener Erfolg ist westlicher Geschlossenheit zu verdanken, doch muß die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit GB im Abschnitt menschliche Kontakte und Information sowie mit F und I im Bereich Kultur hervorgehoben werden. Dagegen war die Auseinandersetzung mit den eher maximalistisch orientierten USA und KAN oft mühsam. Qualität des WSD im Bereich der Menschenrechte und Korb III ist zweifellos in der Tatsache begründet, daß westliche Neutrale unser Menschenrechtsverständnis voll teilen. Im WP fanden westliche Vorschläge recht früh die Unterstützung von UNG und POL, etwas später auch von seiten der SU (als Glasnost begann, sich auch im Verhandlungsverhalten widerzuspiegeln). DDR hielt sich weitgehend zurück, übte aber praktisch häufiger Bremsfunktion aus (etwa bei der grundsätzlichen Anerkennung der Freizügigkeit und beim Mindestumtausch, wozu übrigens „Neues Deutschland“ vom 21./22.1. 1989 in Veröffentlichung des WSD²⁰ Mindestumtauschvorschrift nicht korrekt wiedergibt). ČSSR hielt sich aus Verhandlungen weitgehend heraus, mußte aber immer wieder Implementierungskritik einstecken. BUL betrieb Dauerstreit mit TUR über die Behandlung der türkischen Minderheit. RUM spielte die bekannte Sonderrolle.

5) Das WSD ist keine ausgefeilte völkerrechtliche Konvention, sondern ein politisches Dokument. Die verschiedenen Körbe, auch Korb III, enthalten Bestimmungen von sehr disparater Natur: erfreulicherweise nur noch sparsames Präambelpathos, verkürzte Wiedergabe von Menschenrechtstexten (aus den Menschenrechtspakten), eine Fülle von sich oft im Anwendungsbereich überschneidenden Detailregelungen. Insgesamt überwiegen die bemerkenswert konkret gehaltenen Handlungsanweisungen an die Regierungen und Verwaltungen der TNS.

Für Korb III erscheint nach Helsinki, Madrid und Wien der „Normbedarf“ weitgehend gedeckt. Nun geht es vor allem um die gewissenhafte Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, wozu die o.a. Konferenzen zur menschlichen Dimension dienen.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 158552

²⁰ Für die Veröffentlichung des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 21./22. Januar 1989, S. 5 f. (Auszug).

22

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman

25. Januar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten des World Jewish Congress, Edgar M. Bronfman²

Bonn, 25. Januar 1989, 18.00 Uhr–19.10 Uhr

Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Bronfman (B.) und seine Begleitung und erläutert eingangs – in Anknüpfung an eine soeben in Stuttgart gehaltene Rede³ – die europapolitischen Ziele der von ihm geführten Bundesregierung: Ausbau des großen Binnenmarktes bis 1992, kein Handelskrieg mit USA, keine Festung Europa – in Erwartung, daß auch die USA und Japan keine Festungen bauen. Dies wäre das Dümme, was man in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation tun könne. In der EG gebe es keine „Festungsmentalität“. Man sei sich im Gegenteil bewußt, daß die wichtigsten Entscheidungen für den Binnenmarkt bis Ende 1990 getroffen werden müßten, um Zeit für die Umsetzung in die nationale Gesetzgebung zu lassen.

Für die Bundesrepublik Deutschland sei der Zeitraum bis Ende 1990 aus innenpolitischen Gründen nicht einfach: Allein 1990 fänden vier Landtagswahlen⁴, drei Kommunalwahlen⁵ und am Jahresende die Bundestagswahl⁶ statt.

Der Bundeskanzler fährt fort, er begrüße vor allem, mit B. über die libysche Frage⁷ reden zu können. Er beobachte mit großer Reserve manches, was hierzu in Amerika geschrieben werde, weil es hier sehr negative Wirkungen gebe.

Unsere Position in der Sache sei völlig eindeutig: Wir wollten nicht, daß sich deutsche Firmen oder Einzelpersonen in irgendeiner Weise – und schon gar nicht im Libyen Gaddafis – an der Produktion von chemischen oder biologischen Waffen beteiligten. Er verfolge seit langem das politische Ziel, diese Waffen welt-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 26. Januar 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. Januar 1989 „mit der Bitte um Genehmigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Schäuble am 27. Januar 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 30. Januar 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757.

² Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, hielt sich am 25./26. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl auf einem Kongreß der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg am 25. Januar 1989 vgl. den Artikel „Kohl: Europa wird keine Festung“; STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 26. Januar 1989, S. 9.

⁴ Am 28. Januar 1990 fanden Wahlen zum saarländischen Landtag statt. Die Wahlen zu den Landtagen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden am 13. Mai 1990 abgehalten. Der bayerische Landtag wurde am 14. Oktober 1990 gewählt.

⁵ Kommunalwahlen fanden am 18. März in Bayern bzw. am 25. März 1990 in Schleswig-Holstein statt.

⁶ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁷ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

weit zu ächten. Es gebe genügend andere Waffen – eher zuviel als zuwenig. Wenn man jetzt zu ersten Abrüstungsschritten komme, brauche man keine neuen Waffen dieser Kategorien, die außerordentlich schwierig zu kontrollieren seien und – im Gegensatz zu Atomwaffen – auch von nicht-nuklearen Staaten produziert werden können. Deshalb trete er strikt für Ächtung der C-Waffen ein. Hierbei habe die Libyen-Affäre wenigstens etwas Positives bewirkt: Während die Bundesregierung schon von Anfang an für weltweite Ächtung eingetreten sei, habe sich die Position der USA in dieser Frage – verglichen mit der Zeit vor einem Jahr – inzwischen positiv entwickelt.

In der Bundesrepublik Deutschland selbst würden als Folge der Libyen-Affäre Gesetze geändert.⁸ Unser Land sei sehr liberal, trete für Weltoffenheit und gegen Protektionismus ein – aber dies könne auf diesem schwierigen Felde kein Argument sein. Bis Ostern⁹ würden die entsprechenden Entwürfe den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet. Dabei wolle man gemäß dem Weltrechtsprinzip auch Handlungen außerhalb des Bundesgebiets unter Strafe stellen – dies sei eine keineswegs einfache juristische und verfassungsrechtliche Frage.

Ein besonderes Problem für uns liege darin – er wolle hier ganz offen sein –, daß die Haltung der Bundesregierung in der Libyen-Frage in amerikanischen Zeitungen in ganz unmöglicher Weise dargestellt werde: Gott sei Dank seien wir – als Konsequenz der Nazi-Zeit – ein Rechtsstaat. Wir müßten deshalb Straftaten vor Gericht beweisen können. Dies sei nach den ihm am 18. Oktober 1988 zugegangenen Informationen, wonach möglicherweise deutsche Firmen beteiligt seien, nicht möglich gewesen.

Vier Wochen später sei er dann in den USA mit Präsident Reagan, dem damaligen Vizepräsidenten Bush und AM Shultz zusammengetroffen¹⁰ – einen Tag nach seiner Rede zum 80. Geburtstag Simon Wiesenthals in New York¹¹. Die amerikanischen Gesprächspartner hätten ihm Luftbilder (von Rabta) gezeigt – nicht mehr. Auf seine Bitte nach weiteren Informationen sei am 20. Dezember ein Treffen der Dienste beider Seiten zustande gekommen, habe aber wiederum keine gerichtsverwertbaren Beweise erbracht.

Er selbst habe am 17. November, am Tag nach seiner Rückkehr aus Washington, im Bundeskabinett den Wirtschafts-¹² und den Finanzminister¹³ aufgefordert, sich schnell um die Sache zu kümmern. Am 18. November habe er im Bundessicherheitsrat noch wesentlich massiver auf schnelle Klärung gedrängt.¹⁴

Heute jedoch sei sein Wissensstand – vielleicht habe die Staatsanwaltschaft mehr – immer noch der, daß er bisher kein Beweisexemplar gesehen habe. Er wolle nicht mißverstanden werden: Aus innen- und außenpolitischen Gründen wäre es ihm sehr recht, wenn man eine Firma oder Einzelperson vor Gericht

⁸ Zu den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 9.

⁹ 26./27. März 1989.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 12. bis 16. November 1988 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 324, Dok. 325, Dok. 327 und Dok. 328.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 14. November 1988 in New York vgl. BULLETIN 1988, S. 1381–1384.

¹² Helmut Haussmann.

¹³ Gerhard Stoltenberg.

¹⁴ Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vgl. AAPD 1988, II, Dok. 329.

bringen könnte. Jedoch das letzte, was er brauche, sei, daß jemand vor Gericht gebracht und aus Mangel an Beweisen freigesprochen werde!

Er wiederhole: Wir würden alles Notwendige tun. In diesem Sinn habe er mit Präsident Bush telefoniert¹⁵ und auch ihn gebeten, daß die amerikanische Seite uns gerichtsverwertbare Unterlagen übermittle – dazu gehörten allerdings nicht Protokolle abgehörter Telefongespräche.

Wir würden – wie bereits erläutert – die nationale Gesetzgebung verstärken. Wir würden die Verfolgung dieser neuen Form von Kriminalität auch zur Aufgabe des Bundeskriminalamtes machen.

Des weiteren wolle er in zwei Wochen, wenn er mit Staatspräsident Mitterrand zusammentreffe, mit ihm besprechen, was man in Europa gemeinsam tun könne: Wenn, wie Gerüchte besagten, die Anlage Rabta noch nicht fertig sei, dann müsse man „die Sache dichtmachen“.

Ein weiteres Problem für uns sei, daß die Zentrale der vermittelnden Firma IBI¹⁶ nicht bei uns, sondern in London ansässig sei.

Er wolle zusammenfassen:

- 1) Die Bundesregierung werde tun, was sie tun könne. Sie werde mit größter Härte vorgehen. Sie werde jede rechtliche Möglichkeit nutzen, die ihr zur Verfügung stünde.
- 2) Die Bundesregierung werde neue gesetzliche Grundlagen schaffen.
- 3) Die Bundesregierung werde mit den europäischen Partnern darüber sprechen, wie man gemeinsam vorgehen könne.

Die Bundesrepublik Deutschland – so der Bundeskanzler weiter – sei im Gegensatz zu amerikanischen Presseberichten kein Land, das sich in der nahöstlichen Region mit Waffenexporten hervorgetan habe. Man habe die Lieferung des Leopard II an Saudi Arabien nicht genehmigt – jetzt lieferten die Amerikaner ihre Panzer dorthin.

Allerdings werde uns das grundsätzliche Problem weiter begleiten, daß nämlich, solange die Region in ihrem gegenwärtigen Zustand sei und Leute dort über viel Geld verfügten – und dazu gehöre sicher Gaddafi –, diese alle möglichen Wege versuchen würden, um in den Industrienationen Waffen zu kaufen.

Was unser Verhältnis zu Libyen angehe, so habe er sich bereits 1982, bei Amtsantritt, eine klare Meinung gebildet, die sehr wesentlich damit zusammenhänge, daß von libyscher Seite terroristische Akte in der Bundesrepublik Deutschland begangen worden seien¹⁷, daß Libyen deutschen Terroristen Zuflucht gewährt habe und – so jedenfalls starke Vermutungen – daß Libyen Ausbildungsmöglichkeiten für Terroristen zur Verfügung gestellt habe.

Eine Folge sei gewesen, daß in seiner Kanzlerschaft das Volumen unserer Hermes-Bürgschaften von rd. 8 Mrd. DM auf 3,4 Mrd. DM heruntergefahren worden

¹⁵ Für das Telefongespräch am 23. Januar 1989 vgl. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu auch BULLETIN 1989, S. 68.

¹⁶ Ishan Barbouti International.

¹⁷ Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, drei Menschen getötet und etwa 250 verletzt. Daraufhin erfolgten am 15. April 1986 amerikanische Luftangriffe gegen Ziele in Libyen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 92, Dok. 94, Dok. 97, Dok. 102–104 und Dok. 106.

sei. Im gleichen Zeitraum seien auch unsere Erdölbezüge deutlich zurückgegangen. Dies belege, daß wir nicht darauf aus seien, mit Gaddafi große Geschäfte zu machen. Dies habe aber auch Ärger hervorgerufen: Denn wo Deutsche herausgegangen seien, seien andere Europäer hineingegangen – und nicht zuletzt auch Amerikaner, wie eine Erklärung Präsident Reagans noch in seinen letzten Tagen im Amt beweise.

Kurzum: Seine Position zu Gaddafi sei – selbst unabhängig von der CW-Affäre – äußerste Distanz. Gerade deshalb sei es aber wichtig, daß wir mit den Europäern, mit unseren Freunden und Partnern, darüber redeten, wie man zu gleichen Bewertungen und Ergebnissen kommen könne. Dies gelte im übrigen auch für Iran/Irak und andere Bereiche.

Bronfman dankt dem Bundeskanzler für die Offenheit, mit der er über dieses Thema gesprochen habe. Er glaube, daß die Lage ernst sei, und zwar für Europa wie für USA. Wer Gaddafi kenne, wie dies für seine Organisation der Fall sei, müsse zustimmen: Wenn die Anlage Rabta in Betrieb gehe, entstehe eine ganz ernste Lage. Abgesehen davon, daß man Leute für Dinge, die sie nicht tun dürften, bestrafen müsse – dies sei ein internes Problem –, sei nun das Wichtigste, sicherzustellen, daß die chemische Anlage nicht fertiggestellt und Gaddafi nicht in den Stand versetzt werde, C-Waffen zu produzieren und zu nutzen.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

Bronfman erwähnt Berichte, die er nicht verifizieren könne, daß Libyen auch mit deutscher Technologie in den Stand versetzt worden sei, Flugzeuge in der Luft aufzutanken¹⁸, wodurch deren Reichweite bis nach Israel ausgedehnt werde. Dies sei selbstverständlich wieder eine außerordentlich ernste Angelegenheit.

Heute seien so viele Nuklearwaffen aufgehäuft, daß man die ganze Menschheit mehrfach vernichten könne – aber diese Waffen seien nicht in den Händen von Verrückten. Gaddafi jedoch sei ein ausgewiesener Verrückter.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, wir hätten Libyen keine Flugzeuge¹⁹ verkauft, in den Berichten, die auch er gesehen habe, gehe es um Kampfflugzeuge vom Typ Mirage und Transportflugzeuge vom Typ Herkules/C-135.

Bronfman stellt klar, es gehe um die Betankung aus der Luft.

Er wolle – so B. weiter – noch einen Satz anfügen: Für jedermann, auch für seine Organisation, sei immer wieder eine große Versuchung, die amerikanische Presse wegen ihrer Berichterstattung anzugreifen. Obwohl er keine Zeitungen oder Fernsehstationen besitze, müsse er feststellen, daß derartige Angriffe nicht klug seien.

¹⁸ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 26. Januar 1989, Gesandter Paschke sei im amerikanischen Außenministerium auf Presseberichte angesprochen worden, wonach Firmen aus der Bundesrepublik Lieferungen nach Libyen getätigt hätten, mit denen Flugzeuge in der Luft betankt werden könnten. Es sei darauf verwiesen worden, „daß die Sache jetzt um so mehr das Potential habe, zusätzlich das deutsche Image zu schädigen; daß es in der Tat eine sehr ernste Entwicklung wäre, wenn der Operationsradius der Flugzeuge Gaddafis durch nunmehr mögliche Luftbetankung erheblich ausgedehnt würde.“ Die Bundesregierung sei gebeten worden, „die Angelegenheit so zügig wie möglich aufzuklären, die weitere deutsche Hilfe möglichst zu unterbinden und – falls noch möglich – den Erwerb der Luftbetankungsfähigkeit der libyschen Luftwaffe damit zu verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 367; Referat 424, Bd. 162416.

¹⁹ Korrigiert aus: „Luftzeuge“.

B. geht sodann auf die Lage der jüdischen Gemeinschaften in der Sowjetunion über. Bei seiner letzten Begegnung²⁰ habe er hierzu mit dem Bundeskanzler fortlaufenden Meinungsaustausch vereinbart. Heute könne er mit Freude und Dankbarkeit berichten, daß die Lage sich in vieler Hinsicht verbessert habe. In einer kürzlichen Begegnung mit dem sowjetischen Rat für religiöse Angelegenheiten habe neue Beweglichkeit beeindruckt: Künftig solle es keine Hindernisse mehr für Hebräisch-Unterricht, religiöse Unterweisung und die Wahrnehmung kultureller Aufgaben durch die Gemeinden geben. Die darüber getroffene lange Liste von Vereinbarungen werde der Generalsekretär des WJC AL2²¹ zuleiten.

Diese Lage biete den jüdischen Gemeinden in der Welt nun ein Fenster, das es zu nutzen gelte: Durch Hilfe beim Aufbau kultureller Zentren, Entsendung von Rabbinern und Lehrern in die Sowjetunion usw.

Auch die Ausreisezahlen entwickelten sich positiv (1988: über 20000). Eine weitere Steigerung sei zu erwarten – wie wohl übrigens auch bei den Deutschen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein: 1988 fast 50 000.

Bronfman fährt fort, auch die religiöse und kulturelle Freiheit sei größer geworden. Er – B. – wisse, daß der Bundeskanzler in seinen Gesprächen mit der sowjetischen Führung hilfreich gewesen sei.

In seinen Gesprächen mit AM Schewardnadse im November 1988 habe dieser bestätigt, daß die Sowjetunion eine Reihe von Gesetzen ändern werde, u. a. um die Ausreisen zu regeln, er aber darum bitte, daß der WJC keinen Druck ausübe.

Er – B. – habe dies zugesagt, mit einer Ausnahme: Es gebe in der Sowjetunion ein antizionistisches Komitee. Dies sei eine Beleidigung für jeden Zionisten. (B. definiert: Jedermann, dem die Sicherheit und das Wohl des Staates Israel am Herzen liegt.) AM Schewardnadse sei zunächst empört gewesen, hinterher aber sei der Vertreter dieses Komitees von einer Veranstaltung im Rahmen seines Besuchs eingeladen und inzwischen das Komitee insgesamt aufgelöst worden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er sei etwa zur gleichen Zeit in Moskau gewesen.²² Dort habe er insgesamt zwölf Stunden mit Gorbatschow gesprochen und vereinbart, daß dieser im Frühsommer seinen Gegenbesuch bei uns abstaten werde und man dabei ein gemeinsames Dokument unterzeichnen wolle.²³

Ein wesentlicher Gesprächspunkt seien die Menschenrechte – natürlich in unserer Definition – gewesen. Er – der Bundeskanzler – habe GS Gorbatschow verdeutlicht, daß sich die Beziehungen nicht grundlegend verbessern könnten, wenn es nicht gelinge, Vertrauen zu schaffen. Dies habe wesentlich mit Menschenrechten zu tun – Abrüstung allein sei zu wenig.

Der Bundeskanzler streift den Stand der verschiedenen Abrüstungsverhandlungen und drückt die Hoffnung aus, daß

²⁰ Bundeskanzler Kohl und der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, trafen am 14. Juli 1988 zusammen. Vgl. AAPD 1988, II, Dok. 205.

²¹ Horst Teltschik.

²² Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

²³ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

- bei den START-Verhandlungen eine rasche Einigung möglich ist,
- die SU heute mehr als früher bereit ist, eine CW-Konvention abzuschließen und
- das Kernproblem bei den konventionellen Waffen liegen werde – hier sei ungeheuer viel Propaganda im Spiel: Selbst die von der SU in der DDR angekündigten Reduzierungen²⁴ beseitigten das Übergewicht des Warschauer Pakts bei weitem noch nicht, zumal dort weiter modernisiert werde.

Insgesamt – so der Bundeskanzler – glaube er schon, daß man, wenn auch langsam, vorankommen werde. Das größte Problem aber sei, daß die Leute Ankündigungen so aufnähmen, als bedeuteten sie bereits den Vollzug. Er sei nicht bereit zu reduzieren, bevor die Taten da seien. Aus diesen Gründen werde er auch die Verlängerung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate²⁵ beibehalten, obwohl sich jetzt ein großes Geschrei erhebe, er sei nicht abrüstungswillig. Dem setze er, obwohl er als Deutscher zögere, diesen Vergleich zu ziehen, entgegen: Auch das Münchener Abkommen von 1938²⁶ habe auf Illusionen, auf Ankündigungen beruht, die von Wohlmeinenden wie Chamberlain als Fakten angesehen worden seien. So sei auch jetzt falsch, Vorleistungen zu erbringen, bevor man Taten sehe. Insgesamt sei er jedoch nicht pessimistisch.

Er habe GS Gorbatschow auch gesagt, daß seine Politik nicht glaubwürdig sein werde, wenn er nicht den Deutschen und den Juden die Chancen gebe, ihre Identität zu wahren. Er wolle betonen, es sei nicht unser Interesse, daß die Deutschen aus der Sowjetunion insgesamt ausreisten. Viele wollten bleiben, aber unter menschenwürdigen Verhältnissen, sie wollten als Deutsche leben können, ihre Kinder sollten Deutsch sprechen lernen und sie wollten religiöse Freiheit genießen, ihre Verwandten besuchen, von ihnen Pakete empfangen, deutsche Bücher lesen.

Bronfman wirft ein, für ihn stelle sich die Problematik genauso.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er habe GS Gorbatschow verdeutlicht, daß der Verbleib der Deutschen im Lande auch im Interesse der Sowjetunion liege: Denn schließlich sei die Europäische Gemeinschaft eine Größe, die in elf Jahren noch bedeutsamer sein werde als heute – und in dieser EG sei Deutsch die meist gesprochene Sprache (70 von 320 Mio.). Dann aber müsse es möglich sein, daß die Deutschen, die im Lande blieben.²⁷

Bronfman betont, in seiner Argumentation fordere er immer wieder, daß Juden wie Deutsche als „erstklassige Bürger“ behandelt würden – dann löse sich vieles von selbst.

²⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

²⁵ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

²⁶ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

²⁷ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, nach seinem Eindruck habe GS Gorbatschow ihn sehr wohl verstanden. Er habe riesige Probleme mit nationalen Minderheiten. Nach seiner – des Bundeskanzlers – Einschätzung könne seine Stellung überhaupt nur aus zwei Gründen gefährdet werden: Frage der Minderheiten und Versorgung der Bevölkerung. In beiden Punkten werde sich entscheiden, ob die Perestroika auf dem Papier bleibe oder umgesetzt werden könne.

Angesichts dieser Lage sehe er – der Bundeskanzler – reelle Chancen zu Fortschritten, wenn der Westen geschlossen bleibe und sich in Geduld übe.

Bronfman erwidert, nach seinem Eindruck habe Gorbatschow sein großes Reformprogramm „sehr naiv“ begonnen, habe nicht geglaubt, wie schwierig es sein würde, die sowjetische Gesellschaft zu verändern. Auch ihn – B. – bewege die Frage, ob Gorbatschow Erfolg haben werde oder nicht. Mit dem Bundeskanzler sei er einverstanden: Man müsse bei der Rüstungsverminderung sehr sorgfältig und vorsichtig sein. Man dürfe sich nicht der Euphorie hingeben. Vielmehr müsse man sich klar sein: Wenn Gorbatschow keinen Erfolg habe und etwa entlassen werde, werde sein Nachfolger sicher nicht liberaler sein.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies gelte im ganzen Warschauer Pakt: Rückschläge würden in die Vergangenheit, nicht in die Zukunft führen.

Bronfman fährt fort, deshalb solle man durchaus versuchen zu helfen, daß die Perestroika zum Erfolg werde. Zugleich müsse man die insgesamt begrenzten Möglichkeiten des Westens sehen, denn es gehe – wie gesagt – um die Veränderung einer ganzen Gesellschaft. Gorbatschows Problem sei, daß er für Fehler und Mängel nicht unbegrenzt seine Vorgänger verantwortlich machen könne.

Präsident Reagan habe recht gehabt: „Vertraue, aber verifiziere“. Man solle durchaus Vorteile nutzen, solle helfen, aber gesunden Skeptizismus bewahren. Dies werde später möglicherweise viel Ärger ersparen.

Der *Bundeskanzler* dankt für diesen Austausch und regt an, nach dem Besuch GS Gorbatschows bei uns wieder zusammenzutreffen (Terminvereinbarung über AL2). Dann werde man auch über Polen reden können.

Der Bundeskanzler und B. vereinbaren abschließend als Presselinie zum Libyen-Komplex:

- Grundsätzliche Position der Bundesregierung, Unterstützung der amerikanischen Administration, der alten wie der neuen,
- Änderung der Gesetze eingeleitet,
- Ermittlungen energisch vorantreiben,
- Gespräche mit Freunden, Partnern und Verbündeten („konzertierte Aktion“).²⁸

Der Bundeskanzler stellt klar, daß er beim letzteren Punkt zunächst an Gespräche im Rahmen der EG, Ebene der Staats- und Regierungschefs, denke, nicht an Befassung von NATO-Gremien. Mit den USA werde engster Kontakt gehalten.

²⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 25. Januar 1989; BULLETIN 1989, S. 112.

Teilnehmer

Auf deutscher Seite: Staatsminister Dr. Stavenhagen; RL 212²⁹ (Note-taker); RL 521³⁰; VLR I Dr. Weber (Dolmetscher).

Auf seiten des World Jewish Congress: Generalsekretär Dr. Singer; Exekutivsekretär Steinberg; Europavertreter Stern; N.N.; N.N., Dolmetscherin.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757

23

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich

402-440.94/1

25. Januar 1989¹

Über Herrn Dg40², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Lage in der Dritten Welt, neue Entwicklungen und Perspektiven des Nord-Süd-Dialogs

Bezug: Ihre Weisung auf Vorlage 402-381.23 Allg. v. 6.1.89 (liegt bei)⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Wirtschaftslage der Dritten Welt gibt – trotz Aufwärtsentwicklungen in einzelnen Bereichen – weiterhin Anlaß zur Besorgnis. Positiven Tendenzen (mehr

²⁹ Uwe Kaestner.

³⁰ Michael Mertes.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich und Vortragendem Legationsrat Schneller konzipiert.

² Hat Botschafter Dieckmann am 25. Januar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 26. und erneut am 27. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Konkreteste ist der Vorschlag eines ‚Cancún II‘; die Substanz eines solchen Treffens bleibt noch recht amorph.“

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. Januar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Jelonek und Botschafter Dieckmann an Referat 402 verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) Ich finde, daß dies eine sehr gute, abgewogene Aufzeich[nun]g ist. Ob u. welche Konsequenzen aus der geschilderten Lage zu ziehen sind im Hinblick auf eine eigene oder ggf. deutsch-fr[an]z[ösische] Initiative, ist die Frage, über die wir noch mehr sprechen müssen. 2) Bitte daher R[ück]spr[ache] (sobald die Arbeitslage dies zuläßt).“

Hat Jelonek am 1. Februar 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Oestreich informierte über die Arbeiten des Zweiten Ausschusses während der 43. VN-Generalversammlung, insbesondere zu den Themen Verschuldung, Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern sowie Umwelt, und gab einen Überblick über künftige Schwerpunktthemen der Arbeit der Bundesregierung innerhalb der mit Wirtschaft befaßten VN-Gremien. Vgl. dazu Referat 402, Bd. 152826.

Auf dieser Aufzeichnung vermerkte Staatssekretär Lautenschlager am 13. Januar 1989 handschriftlich für Botschafter Dieckmann: „Ein Teil der Fragen, über die wir sprachen, ist hier behandelt. Die generelle Thematik wohl noch nicht, d. h. gibt es andere Foren + Mechanismen, den Nord/Süd Dialog zu beleben u. in das pol[itis]che Bewußtsein zu heben. Bitte sich hierüber – wie b[e]spr[ochen] – Gedanken zu machen u. ggf. weiterführende Überlegungen zu Papier zu bringen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 152826.

Pragmatismus, Regionalisierung der Diskussion in den VN als Ausfluß der sich differenzierenden EL-Interessenlage, wirtschaftliche Reformprogramme in den EL, insbesondere Festigung marktwirtschaftlicher Ansätze, neue Ansätze für Rolle der SU seit Gorbatschow, verstärktes Nord-Süd-politisches Engagement Japans) stehen Stagnation und teilweise Verschlechterung der Wirtschaftslage in vielen EL gegenüber. Wir sollten angesichts dieser Situation die Zweckmäßigkeit eines politischen Impulses auf den Nord-Süd-Dialog prüfen, der zum Ziel hätte,

- das Erreichte zu sichern, positive Ansätze zu festigen und fortzuentwickeln,
- zur Vertrauensbildung beizutragen und dadurch den Sachdialog in den zuständigen Fachinstitutionen, insbesondere in IWF, WB und GATT, politisch zu flankieren,
- dem gewachsenen Interesse der Öffentlichkeit⁶ an Nord-Süd-Fragen Rechnung zu tragen.

Dabei wäre u. a. an eine Initiative für ein Treffen der Gipfelländer mit führenden Vertretern der Dritten Welt unter Beteiligung der SU und Chinas zu denken.

II. Im einzelnen

1) Die Wirtschaftslage der Dritten Welt gibt zum Jahreswechsel 1988/89 – trotz positiver Einzelentwicklungen – weiterhin Anlaß zur Sorge. Insbesondere die hochverschuldeten Länder mit mittleren Einkommen bleiben Problemländer:

- EL konnten 1987 Wachstum von durchschnittlich mehr als 3% erzielen; für 1988 wird mit 3,6% und für 1989 mit 4,0% gerechnet. Entwicklung jedoch regional sehr unterschiedlich (BIP-Wachstum für 1988 voraussichtlich in Asien 6,8%, in LA 0,7% (1987 noch 2,5%); in Subsahara-Afrika 3,1%). Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens der EL insgesamt dagegen weiterhin mit durchschnittlich 1,8% (1980–87) gering. Wegen hohen Bevölkerungswachstums in den hochverschuldeten Ländern mit mittlerem Einkommen ist das Pro-Kopf-BIP zwischen 1980 und 1987 um 1,3% und in Subsahara-Afrika um 2,9% geschrumpft.
- Die Beschleunigung der Wachstumsraten ist u. a. auf Politik gezielter Wirtschaftsreformen in vielen EL, auf konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den IL (Wachstumserwartung beträgt +4% für 1988, Prognose für 1989: 3%) und Expansion des Welthandels (1988 wird mit 83/4%, 1989 mit 71/4% gerechnet) zurückzuführen. Der Anteil der EL am Weltexport 1987 ist erstmals seit sieben Jahren wieder gestiegen. Davon profitierten in erster Linie und überproportional die asiatischen Schwellenländer.
- Die Schuldenkrise gefährdet zwar inzwischen nicht mehr das gesamte internationale Kredit- und Finanzgefüge. Insofern kann ein Teilerfolg des in den letzten Jahren entwickelten Schuldenmanagements verzeichnet werden. Die wirtschaftliche Erholung der Schuldnerländer blieb jedoch bis heute aus. Die meisten Schuldnerländer stehen heute nicht besser da als 1982 bei Ausbruch der Schuldenkrise, die hochverschuldeten Middle-income-countries und Subsahara-Afrika teilweise sogar schlechter. Der Netto-Ressourcentransfer aus

⁶ Die Wörter „gewachsenen Interesse der Öffentlichkeit“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ob man das so sagen kann?“

den EL in die IL hat 1988 von 38 Mrd. US-Dollar auf 43 Mrd. US-Dollar zugenommen.

Die weiter anwachsende Verschuldung belastet den Spielraum für wirtschaftliche und soziale Entwicklung schwer und drosselt Import-, Export- und Investitionskapazitäten. Das bisher maßgeblich von finanz- und kreditpolitischen Überlegungen bestimmte Schuldenmanagement trägt den Auswirkungen der Verschuldung auf den Handelsverkehr zwischen IL und EL nicht immer angemessen Rechnung. Gegenüber 1985 ist die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in EL bis 1987 um fast 16 Mrd. DM (–20 %) zurückgegangen; nur noch rund 10 % der deutschen Exporte gehen in die EL.⁷ Auch wegen der Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die Exporte in die EL sehen sich die USA angesichts ihres hohen Handelsbilanzdefizits genötigt, die bisherige Schuldenstrategie zu überprüfen.

- Eine nennenswerte, langfristige Entlastung an der „Verschuldungsfront“ durch nachhaltige Verbesserung der Rohstoffpreise zeichnet sich weiterhin nicht ab.

Der 1987 und 1988 zu verzeichnende nominale Anstieg der Preise bei verschiedenen Rohstoffgruppen reichte bisher nicht für eine durchgreifende Verbesserung der realen Preise, d. h. der Terms of Trade.

- Die Perspektiven für zusätzlichen Ressourcentransfer, ohne den der gegenwärtig in vielen EL initiierte Strukturanpassungsprozeß nicht gelingen kann, sind derzeit weder im kommerziellen noch im öffentlichen Bereich günstig.

Die privaten Transfers in die EL stagnieren, nicht zuletzt, weil die Banken aufgrund hoher wertberichtigender Abschreibungen nicht mehr wie bisher gezwungen sind, Nachschüsse für notleidende Kredite zu geben.

Gesamt-ODA der DAC-MS ging 1987 real um 1 % zurück (im Gegensatz zu jährlichen Zuwachsraten von durchschnittlich 3,5 % im Zeitraum 1980–1986). Die wichtigste Ausnahme – die reale Erhöhung der japanischen EH um 13,5 % – konnte die Kontraktion der ODA seitens der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Australiens und Großbritanniens nicht wettmachen.

2) Neuere Entwicklungen im Nord-Süd-Verhältnis

- In vielen EL ist eine ordnungspolitische Neuorientierung in Gang gekommen. Die dirigistische Politik der 70er Jahre weicht zunehmend einer Politik, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert. Diese neue Wirtschaftspolitik hat auch die Haltung vieler EL gegenüber privaten Direktinvestitionen und der Rolle ausländischen Kapitals im Entwicklungsprozeß positiv verändert.
- Die Mitgliedstaaten der G77 werden sich der raschen Differenzierung ihrer jeweiligen Interessenlage zunehmend bewußt.
- Der Dialog im wirtschafts- und entwicklungspolitischen Bereich der VN weist eine sich festigende neue Tendenz in Richtung auf mehr Realismus und Pragmatismus auf.
- Umweltschutz und Fragen des Zusammenhangs von ökonomischen und ökologischen Themen gewinnen zunehmend an Gewicht.

⁷ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „U. der Import aus EL.“

- Die Ansätze der sowjetischen Führung zu einem neuen Verständnis der internationalen Beziehungen (Absage an ideologische Konfrontation, Bekenntnis zur Interdependenz der Weltwirtschaft, auf Kooperation gestützte Außenpolitik) eröffnen neue Perspektiven für eine stärkere Einbindung der SU in den Nord-Süd-Dialog (Rede Gorbatschows vor der 43. VN-GV am 7.12.1988⁸).
- Verstärktes Nord-Süd-politisches Engagement Japans: Japanische ODA wuchs 1987 real um 13,5%; neue Initiativen im Bereich der Schuldenstrategie; Beginn der Umsetzung des Nakasone-Programms zum Recycling von 20 Mrd. Dollar in Asien und LA⁹. Bereits erste Serie der Kreditangebote für lateinamerikanische Länder verändert Struktur der entwicklungspolitischen Beziehungen Lateinamerikas tiefgreifend und dürfte Japans internationales Standing im Vergleich zu Europa und USA als Geber erheblich stärken. Japanische Kredite werden sich in einer weiteren Intensivierung japanischer Exporte und Investitionen nach LA niederschlagen. Japan ist dabei, uns als traditioneller zweitwichtigster Wirtschaftspartner der meisten lateinamerikanischen Länder nach den USA zu überholen und sich langfristig Märkte der Zukunft zu sichern.
- Die neue US-Administration neigt zu einer Überprüfung der bisherigen Schuldenstrategie, zu der auch F und JAN während letzter IWF/WB-Jahrestagung¹⁰ Vorschläge gemacht haben. Die WB fordert dritte Phase für die Lösung der Schuldenkrise, um aus dem „Teufelskreis ungenügender Finanzierungen, erlahmender Anpassungsbemühungen, sinkender Wirtschaftsleistung und wachsender Schuldenrückstände“ herauszukommen.

3) Überlegungen zu einer möglichen deutschen Initiative

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob wir uns nicht zum Nord-Süd-Dialog mit eigenen Vorschlägen zu Wort melden sollten. Hierbei könnte daran gedacht werden, den komplexen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt einen politischen Impuls zu geben. Zielrichtung sollte vor allem sein, das Bewußtsein für den Gesamtzusammenhang der die 90er Jahre voraussichtlich beherrschenden globalen Themen – wie z.B. Strukturanpassung (einschließlich Verschuldung), Umwelt- und Bevölkerungsfragen – zu schärfen. Die Entwicklungsländer neigen beispielsweise immer noch dazu, das Umweltthema als ihnen aufgezwungen und nicht etwa als gemeinsames Menschheitsanliegen zu betrachten. Auch müßte es darum gehen, das in den letzten Jahren Erreichte zu festigen, positive Ansätze für weitere gemeinsame Anstrengungen fortzuentwickeln und zur Vertrauensbildung beizutragen. So ist etwa die in vielen EL erfolgte, im westlichen Interesse liegende Umorientierung zu mehr Marktwirtschaft nicht gesichert.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu auch AAPD 1988, II, Dok. 357.

⁹ Vortragender Legationsrat Schmiegelow erläuterte am 12. Dezember 1988 zu dem im Mai 1987 vom damaligen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone verkündeten Dreijahres-Programm, dieses werde zusätzlich zur regelmäßigen Entwicklungshilfe Japans gewährt und sei so angelegt, daß „öffentliche Mittel zu Mischfinanzierungen so beitragen, daß sie das Engagement erheblich größerer privater Mittel sicherstellen“. Vorgesehen seien 8 Mrd. Dollar zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern, 9 Mrd. Dollar zur Unterstützung der Strukturanpassungen in den am wenigsten entwickelten Staaten sowie 3 Mrd. Dollar bilaterale Projekthilfekredite an die Entwicklungsländer ohne Meereszugang. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146669.

¹⁰ Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin (West) vgl. AAPD 1988, II, Dok. 285.

In den lateinamerikanischen Schuldnerländern bereiten Frustration und „adjustment fatigue“ populistischen Strömungen den Weg, durch die rationale wirtschaftliche Ansätze – und damit auch die Basis demokratischer Errungenschaften – gefährdet werden. Im Iran gibt es Stimmen, die an das Vokabular der 70er Jahre erinnern: Die OPEC müsse wieder zu einem Werkzeug der Interessen der Dritten Welt gemacht werden.

Mit diesem breiten Ansatz würden wir der Gefahr entgegenwirken, das Verschuldungsthema in den Mittelpunkt zu stellen. Dies sollte vermieden werden, weil es keine Alternativen zu einer auf Strukturwandel angelegten langfristigen Schuldenstrategie gibt. Wir sind jedoch dabei, einzelne Verbesserungsvorschläge – wie z.B. vermehrten Wiedereinsatz zurückfließender FZ und Druck auf die Privatbanken, den vollzogenen, steuerrechtlich begünstigten Abschreibungen Schuldverzichtes folgen zu lassen, – zu prüfen und in die Gipfelvorbereitung einzubringen. Die Nord-Süd-politischen Themen des bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfels¹¹ würden ohnehin in die Vorbereitung einer Initiative im o.g. Sinne einfließen.

Einen Anstoß für eine Gesamtschau als Grundlage gemeinsamer, weltweiter Anstrengungen in diesen Bereichen könnte ein Treffen auf hoher politischer Ebene zwischen führenden westlichen IL – etwa den Teilnehmern des Wirtschaftsgipfels – und einer Gruppe repräsentativer Vertreter der Dritten Welt geben. Bei aller Differenzierung im Lager der EL sind diese sich in der Kritik darin einig, daß die großen IL letztlich das Wirtschaftsgeschehen in der Welt bestimmen, ohne den Interessen der EL genügend Rechnung zu tragen. Darauf beruhende Mißverständnisse und sich ergebende Mißstimmungen stellen psychologische Barrieren für eine volle Nutzung des Potentials weltweiter Zusammenarbeit dar. In der Überwindung derartiger Barrieren liegt die Bedeutung eines Dialogangebotes, selbst wenn dessen Ergebnisse im einzelnen auch nicht immer meßbar sein mögen. Andererseits würde in einem repräsentativ angelegten Dialog, in dem jeder sich offen äußern sollte, auch die wichtige Differenzierung im Lager der EL deutlich werden, die inzwischen traditionelle Einteilungen in Nord und Süd bzw. Geber und Nehmer überlagert. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang aber auch die Veränderungen in Washington und Moskau: die neue US-Administration mit einem in Wirtschaftsfragen versierten Außenminister¹² einerseits sowie die Bekenntnisse Gorbatschows zu Interdependenz und weltweiter Kooperation andererseits, die zu testen wären.

Schließlich könnte ein politischer Impuls auch angesichts der in den nächsten drei Jahren anstehenden dichten Nord-Süd-politischen Agenda im Rahmen des GATT und der VN (Uruguay-Runde¹³; Vorbereitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die 90er Jahre; Sonder-GV zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums in den EL 1990¹⁴; LDC-Konferenz 1990¹⁵; Abschlußkonferenz

¹¹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

¹² James A. Baker.

¹³ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 6.

¹⁴ Die 18. VN-Sondergeneralversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit fand vom 23. April bis 1. Mai 1990 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

¹⁵ Die VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Staaten wurde vom 3. bis 14. September 1990 in Paris durchgeführt.

des VN-Aktionsprogramms der Afrika-SGV 1990¹⁶; UNCTAD VIII 1991¹⁷; VN-Umweltkonferenz 1992¹⁸) angezeigt sein.

Konkret zu denken wäre an eine deutsche – vorzugsweise deutsch-französische – Initiative für ein Treffen der westlichen Gipfelländer mit einer repräsentativen Gruppe von EL sowie der SU und China. Als Teilnehmer sollte daneben auch der VN-GS¹⁹ in Betracht gezogen werden, der bereits 1988 anlässlich der Eröffnung des Sommer-ECOSOC²⁰ einen Nord-Süd-Gipfel angeregt hatte.

Als Rahmen bietet sich ein informeller, vertrauensbildender Meinungsaustausch an, der zwar politische Impulse – sicher auch Denkanstöße bei den Industrieländern – geben, nicht aber auf formalisierte Verhandlungsergebnisse ausgerichtet sein sollte. Diese müßten weiterhin in den zuständigen Verhandlungsforen – insbesondere IWF, Weltbank, GATT – erreicht werden.

Ein auf unsere Initiative zurückgehendes Gipfeltreffen würde angesichts des wachsenden Interesses an Nord-Süd-Fragen auch in der deutschen Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden fallen. Die öffentliche Meinung ist sensibilisiert, wie das Echo auf die Jahrestagung von IWF/Weltbank oder das Interesse an den Themen Verschuldung/Ökologie (Diskussion um die tropischen Regenwälder) zeigt. In diesem Zusammenhang ist auch das unverändert große Echo der deutschen Öffentlichkeit auf Hilfsappelle der Kirchen für die Dritte Welt zu nennen.²¹

Allerdings wäre bei den Ressorts wie aber auch im Kreise der Gipfelländer noch eine erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Auch aus diesem Grunde wäre eine gemeinsame Initiative mit Frankreich als Gastgeber des nächsten Wirtschaftsgipfels zweckmäßig.

Oestreich

Referat 402, Bd. 152909

¹⁶ Vom 27. Mai bis 1. Juni 1986 fand in New York die 13. VN-Sondergeneralversammlung statt, auf der ein Aktionsprogramm für die wirtschaftliche Gesundheit und Entwicklung Afrikas 1986–1990 verabschiedet wurde. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 163.

Vom 12. bis 24. September 1988 fand in New York eine Konferenz zur Überprüfung der bisher erreichten Ergebnisse statt. Diese beschloß, eine abschließende Bewertung während der 46. VN-Generalversammlung 1991 vorzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schneller vom 10. Oktober 1988; Referat 402, Bd. 152830.

¹⁷ Die VIII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fand vom 8. bis 25. Februar 1992 in Cartagena (Kolumbien) statt.

¹⁸ Die VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung wurde vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro abgehalten.

¹⁹ Javier Pérez de Cuéllar.

²⁰ Der ECOSOC tagte vom 6. bis 29. Juli 1988 in Genf.

²¹ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Da bin ich mir – leider – nicht so sicher.“

24

Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**VS-vertraulich****26. Januar 1989¹****Schriftbericht Nr. 288**

Betr.: Ratssitzung am 25.1.1989;

hier: TOP II „Annual Review of Terrorist, Espionage, Subversive and other Activities“ – C-M (88) 80 NS² vom 13.12.1988³Bezug: DE 10 vom 23.1.1989 – 515-555.36-20/89 VS-v⁴

I. Einleitend gab der letztjährige Vorsitzende des NATO Special Committee, Präfekt Gérard (F), eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des „Annual Review“, die mit zahlreichen persönlichen Beurteilungen verbunden wurde, ohne daß er im einzelnen deutlich machte, wann er aus dem „Annual Review“ die Ausschlußmeinung wiedergab, wann er seine persönliche Wertung vortrug.

Im einzelnen betonte er die enorme Vertiefung der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste des Bündnisses. Es habe noch nie so intensive Beratungen z. B. über die Spionageaktivitäten der östlichen Dienste, besonders des KGB, gegeben. Es bestehe ein deutlicher Kontrast zwischen dem „Spektakel“ in der öffentlichen Meinung des Westens und der Realität der Aktivitäten der östlichen Dienste. Deren heimliche Aktivitäten hätten 1988 nicht nachgelassen und sich nunmehr auch erneut⁵ auf E erstreckt; das Niveau sei ebenso hoch wie 1984/85. Östliche Geheimdienste unternähmen Penetrationsversuche bei westlichen Diensten, wobei F ein besonderes Ziel sei. Die Methoden und Ziele der neuen Führung seien neuartig (z. B. COCOM-Umgehung; Ausspähung moderner – auch ziviler – Technologien; illegales Anzapfen ungeschützter Datenübermittlungswege der westlichen Welt). Da Gorbatschow insbesondere auf den KGB angewiesen sei, habe sich dort die Motivation sehr verbessert. Das Klima der Détente, durch Glasnost und Perestroika gefördert, erleichtere den östlichen Diensten die Sammlung von Nachrichten aller Art erheblich.

II. An der anschließenden Aussprache beteiligten sich GB, DK, TUR, NWG, F und wir. Die meisten Sprecher wiederholten wesentliche Teile ihres Statements des Vorjahres (dazu s. Bericht Nr. 543/88 vom 14.3.88 – VII-362.27/30.1-680/88 VS-v⁶).

¹ Der Schriftbericht wurde von Ministerialrat Wiese, Brüssel (NATO), konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heldt am 3. Februar 1989 vorgelegen.

² NATO Secret.

³ Für das Dokument C-M (88) 80 vom 13. Dezember 1988 vgl. VS-Bd. 16251 (301).

⁴ In dem am 19. Januar 1989 konzipierten und am 23. Januar 1989 übermittelten Drahterlaß gab Referentin Heyken eine Sprachregelung für eine Stellungnahme zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus für die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 25. Januar 1989. Vgl. dazu VS-Bd. 16251 (301); B 150, Aktenkopien 1989.

⁵ Dieses Wort wurde von Gesandtem von Ploetz, Brüssel (NATO), handschriftlich eingefügt.

⁶ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 9. März 1988, auf der der jährliche Bericht über Terrorismus, Spionage und Subversion erörtert wurde. Vgl. dazu VS-Bd. 12175 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

1) Terrorismus

Alle Sprecher unterstrichen die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus. Wenn z. B. gegenüber IRA-Terroristen nicht überall außerhalb GBs die gleiche Festigkeit eingenommen werde wie dort selbst, könnten diese vom Territorium anderer NATO-Staaten aus leichter operieren (GB).

Zu Lockerbie⁷ erklärte GB, es stehe nunmehr fest, daß eine Bombe im Gepäckraum des PanAm-Flugzeugs detoniert sei. Wie diese an Bord gelangt sei, sei noch nicht geklärt. Alle Bombenwarnungen, die vor dem Attentat eingegangen seien, seien überprüft worden, ohne daß ein Zusammenhang mit dem Anschlag auf die PanAm-Maschine nachgewiesen werden konnte⁸. Bisher sei es nicht möglich gewesen, den Anschlag einer bestimmten Gruppe zuzurechnen. GB dankte den Regierungen, die Hilfe geleistet haben.

Ob der leichte Rückgang des Terrorismus im Berichtsjahr von Dauer sein werde, bleibe abzuwarten (DK, NWG).

Die TUR lobte, es sei nunmehr der Wille zur politischen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung vorhanden, nachdem ein längerer Lernprozeß vorangegangen sei. Eingehend äußerte TUR sich zum armenischen Terrorismus: Es gebe keine Anhaltspunkte, daß dieser seine Aktivitäten aufgegeben habe. Das Erdbeben in Armenien⁹ habe eine Welle humanitärer Sympathie für die Armenier gebracht. Dies sollte jedoch nicht zu Fehlschlüssen hinsichtlich des armenischen Terrorismus führen. Ob die internationale Anerkennung der Armenienproblematik zu einer Befriedung oder aber zu einer Radikalisierung führen werde, bleibe abzuwarten.

Ich habe auf den innerhalb der EG stattfindenden Prozeß des Abbaus der Grenzkontrollen¹⁰ mit ihren die Freizügigkeit auch der Terroristen erhöhenden Wirkung einerseits, auf die Hemmnisse aus Gründen der Souveränität, zu engerer, organisatorischer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zu kommen, andererseits hingewiesen. Insoweit liege eine Asymmetrie vor. Die Initiative des Bundeskanzlers vom Oktober 1988 für eine europäische Sicherheitsbehörde zur Bekämpfung von Kernbereichen der Kriminalität¹¹, u. a. des Terrorismus, wurde in diesem Zusammenhang herausgestellt.

⁷ Am 21. Dezember 1988 stürzte ein Flugzeug der amerikanischen Fluggesellschaft Pan American World Airways (Flug 103), das sich auf dem Weg von Frankfurt am Main über London nach New York befand, über der schottischen Stadt Lockerbie ab. Alle 259 Personen an Bord starben. Durch herabstürzende Wrackteile und Explosionen am Boden verloren ferner elf Einwohner von Lockerbie ihr Leben. Am 28. Dezember 1988 gaben die britischen Behörden bekannt, daß die Explosion einer Plastiksprengstoffbombe in einem Gepäckcontainer den Absturz verursacht habe. In der Presse wurde ferner gemeldet, daß am 5. Dezember 1988 ein anonymes Anrufer gegenüber der amerikanischen Botschaft in Helsinki vor einem Bombenanschlag auf eine PanAm-Maschine von Frankfurt in die USA gewarnt habe. Hinsichtlich möglicher Täter werde neben palästinensischen Gruppen über eine Beteiligung pro-iranischer Gruppen spekuliert. Vgl. dazu den Artikel „Powerful Bomb Destroyed Pan Am Jet Over Scotland, British Investigation Finds“; THE NEW YORK TIMES vom 29. Dezember 1988, S. A 1 bzw. A 10.

⁸ Der Passus „ohne daß ... werden konnte“ wurde von Gesandtem von Ploetz, Brüssel (NATO), handschriftlich eingefügt.

⁹ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

¹⁰ Vgl. dazu das Übereinkommen vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen); GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

¹¹ Vgl. dazu die Äußerungen von Bundeskanzler Kohl in einer Rede am 13. Oktober 1988 in Berlin (West); BULLETIN 1988, S. 1203.

2) Spionage

Zur Spionage betonten mehrere Sprecher (GB, DK, F) wie im Vorjahr, daß seit Amtsübernahme Gorbatschows¹² die sowjetischen Geheimdienste KGB und GRU unter Ausnutzung der durch Glasnost und Perestroika geschaffenen Atmosphäre ihre Aktivitäten erheblich ausgeweitet hätten. GB erklärte, es bleibe bei seiner harten Linie bei der Gewährung von Visa an mögliche KGB-Agenten. Nach der Ausweisung zahlreicher KGB-Mitglieder aus GB im Jahr 1985 sei es der SU bisher nicht gelungen, die frühere Präsenzstärke wieder zu erlangen. Die Haltung der britischen Regierung in dieser Frage habe aber keine negativen Auswirkungen auf die Beziehungen GB–SU gehabt – im Gegenteil, sie seien besser denn zuvor nach dem Urteil GBs und der SU¹³.

Obwohl das Special Committee sich der Tatsache bewußt sei, daß Subversion und „normale politische Aktivitäten“ zu unterscheiden seien, erwecke der Bericht stellenweise den Eindruck, als setze er beides gleich (DK, NWG). So würden z.B. Reden sowjetischer Politiker unter „Subversion“ behandelt, obwohl sie zum Alltag des Ost-West-DIALOGS gehörten (DK, NWG). Die Schwierigkeit, legitime politische Aktivität und Subversion zu unterscheiden, dürfe nicht dazu führen, insoweit zu unscharfen Grenzziehungen zu gelangen.

Hierzu sei bemerkt, daß das Special Committee in seiner Sitzung am 22.11.88 beschlossen hat, die etwaige Notwendigkeit einer neuen Definition des Begriffs „Subversion“ in seiner Sitzung im April 1989 zu erörtern (s. AC/46-R/73-NC¹⁴ vom 10.1.89).

III. Abschließend nahm der Rat den Bericht des Special Committee zur Kenntnis.

Ploetz

VS-Bd. 16251 (301)

¹² Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

¹³ Der Passus „nach dem ... der SU“ wurde von Gesandtem von Ploetz, Brüssel (NATO), handschriftlich eingefügt.

¹⁴ NATO Confidential.

25

Botschafter Ruth, Rom, an Staatssekretär Sudhoff

114-10394/89 geheim
Fernschreiben Nr. 136
Citissime nachts

Aufgabe: 26. Januar 1989, 09.00 Uhr¹
Ankunft: 26. Januar 1989, 09.36 Uhr

Ausschließlich für StS Sudhoff

Betr.: Soldatenfriedhof Costermano²;
 hier: Grab Wirth

Bezug: DB Nr. 99 vom 19.1. – VS-NfD

Bitte um Weisung

Gesandter Mattei bat mich zum Spätnachmittag des 25.1. um ein als persönlich bezeichnetes Gespräch, um mir ital. Überlegungen zum Fall Wirth darzulegen. Ich hatte darauf hingewiesen, daß ich derzeit zu dem Fall nicht Stellung nehmen könne, und verhielt mich in dem Gespräch rezeptiv. Es wurde deutlich, daß ital. Seite dringend mit unserer Kooperation in dem im folgenden dargelegten Sinne rechnet. Ich hatte den Eindruck, daß AM Andreotti über die Angelegenheit unterrichtet ist.

Einlassungen Matteis lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1) Ital. Seite hätte es angesichts der Qualität der deutsch-ital. Beziehungen vorgezogen, die Angelegenheit auf sich beruhen lassen zu können. Schon nachdem mit dem Buch über das Vernichtungslager Risiera di San Sabba (erschieden im Sommer 1988³) und den im November folgenden Äußerungen Generalkonsuls Steinkühler publik geworden sei, daß mit Wirth ein nachgewiesener Verbrecher in Costermano begraben sei, habe man davon ausgehen müssen, daß künftige italienische offizielle Abordnungen an Trauerfeiern auf dem Soldatenfriedhof in Costermano nicht mehr teilnehmen könnten.
- 2) Die Situation habe sich dann aus ital. Sicht durch zwei Ereignisse weiter kompliziert:
 - durch die fortgesetzten öffentlichen Stellungnahmen unseres Generalkonsuls, vor allem auch gegenüber der Zeitung „Unità“,
 - durch ein Schreiben des Bürgermeisters von Verona⁴ von Mitte Dezember 1988 an AM Andreotti, in dem der Bürgermeister überaus kritisch zu dem Fall Stel-

¹ Hat Bundesminister Genscher am 26. Januar 1989 vorgelegen.

² Auf dem 1967 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) eingeweihten Soldatenfriedhof in Costermano lagen rd. 22000 gefallene Soldaten der Wehrmacht und Angehörige der Waffen-SS begraben. Zum Volkstrauertag wurden dort regelmäßig Gedenkveranstaltungen abgehalten. Zur Kontroverse um den Volkstrauertag 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 309 und Dok. 350. Nachdem im Frühsommer 1988 bekannt wurde, daß in Costermano u.a. der ehemalige SS-Sturm-bannführer Wirth beerdigt war, forderte Generalkonsul Steinkühler, Mailand, dessen Umbettung durch den für den Friedhof verantwortlichen VDK und verweigerte seine Teilnahme an der Gedenk-veranstaltung zum Volkstrauertag 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 274.

³ Vgl. Adolfo SCALPELLI (Hrsg.), San Sabba. Istruttoria e processo per il Lager della Risiera, 2 Bände, Mailand 1988.

⁴ Gabriele Sboarina.

lung nehme und den Soldatenfriedhof problematisiere. Dieser Brief sei zusätzlich bedeutsam, weil der Bürgermeister der DC angehöre und Andreotti nahestehe.

Im übrigen gehe es jetzt leider nicht mehr nur um das Grab Wirth, sondern auch um die Gräber Reichleitner und Schwarz.

3) Die ital. Seite sei nun im Zugzwang. Der Brief aus Verona müsse auch angesichts des am 18.2. beginnenden DC-Parteitags⁵ nicht später als in etwa zwei Wochen beantwortet werden.⁶

4) Mattei sagte, daß die ital. Seite in der Lage sein möchte, in ihrer Antwort an den Bürgermeister von Verona – ohne Dramatisierung – etwa folgendes zu sagen:

- Italienische und deutsche Seiten hätten über die Angelegenheit gesprochen;
- Bundesregierung sei vor der Veröffentlichung in dem Buch *San Sabba* vor August 1988 nicht bekannt gewesen, daß Wirth, Reichleitner und Schwarz in Costermano begraben seien;
- daß sich die deutsche Seite der Problematik der Angelegenheit bewußt sei;
- daß überlegt werde, was getan werden könne, um das Problem zu lösen.

5) Dies ist offenbar nach Matteis Meinung das Minimum dessen, was notwendigerweise bald gesagt werden muß, um Zeit für eine endgültige Bereinigung der Angelegenheit zu finden.

Mittelfristig halte er es nach dem Stand der Diskussion für unausweichlich, daß die genannten drei Gräber aus Costermano verlegt werden. Dies könne ohne Aufhebens, jedenfalls so geschehen, wie die deutsche Seite dies für richtig halte, solange gesagt werden könne, daß sich die Gräber nicht mehr in Costermano befinden. Mattei ist sich dabei offenbar der besonderen Zuständigkeit des VDK bewußt.

M. unterstrich, daß für ihn diese Angelegenheit überaus bedrückend sei, auch weil für ihn der Grundsatz gelte, man solle die Toten ruhen lassen. Nach den Äußerungen unseres Generalkonsuls in Mailand und nach dem Brief aus Verona sehe er aber aus ital. Sicht keinen anderen befriedigenden Ausweg als die Verlegung der Gräber.⁷

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14151 (010)

⁵ Der Parteitag der Democrazia Cristiana wurde vom 18. bis 22. Februar 1989 in Rom abgehalten.

⁶ Für das Schreiben des italienischen Außenministers Andreotti vom 14. Februar 1989 an den Bürgermeister von Verona, Sboarina, vgl. Referat 206 (203), Bd. 140538.

⁷ Bundesminister Genscher leitete den Drahtbericht Nr. 136 des Botschafters Ruth, Rom, vom 26. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl. Dazu vermerkte er: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Helmut, ich komme zurück auf die Gespräche, die wir über den deutschen Soldatenfriedhof in Costermano und das Verhalten unseres Generalkonsuls in Mailand geführt haben. Das beiliegende Telegramm zeigt, daß sich nunmehr die italienische Seite offiziell mit der Sache befaßt. Ich halte es daher für erforderlich, daß wir bei unserem Gespräch am Montag, dem 30.1.1989, auch über dieses Thema sprechen.“ Vgl. das Schreiben vom 27. Januar 1989; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1989. Für den Fortgang vgl. Dok. 117, Anm. 30.

26

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-10397/89 geheim
Fernschreiben Nr. 202

Aufgabe: 26. Januar 1989, 11.20 Uhr¹
Ankunft: 26. Januar 1989, 12.27 Uhr

Betr.: Gespräch mit Kardinal Meisner

Kardinal Meisner empfing mich gestern, 25.1., zu einem eingehenden privaten Gespräch, um das ich gebeten hatte. Das Gespräch hatte seine Berufung zum Erzbischof von Köln², Probleme bei der Berufung seines Nachfolgers als Bischof von Berlin und einige Aspekte der Lage der kath. Kirche in der DDR zum Gegenstand.

1) Kardinal Meisner sagte mir, er habe insgesamt neun Stunden mit dem Papst³ über die Berufung nach Köln gerungen, immer nachdrücklich unterstrichen, daß er in Berlin bleiben möge, aber selbstverständlich jeder Entscheidung des Papstes loyal Folge leisten würde. Bei dem Wunsch des Papstes, ihn als Erzbischof in Köln zu sehen, hätten mehrere Dinge eine Rolle gespielt, nämlich

- die Berufung eines Bischofs, der in der pastoralen Arbeit in einer sozialistischen Gesellschaft Erfahrung gesammelt habe,
- ein deutliches Signal, daß der Papst die deutsche Teilung als widernatürlich ansehe und davon ausgehe, daß sie eines Tages überwunden würde,
- der Wunsch des Papstes, auch im kirchlichen Raum Europa als eine Einheit zu sehen.

2) Kardinal Meisner zeigte sich sehr beunruhigt durch die vom RBM von Berlin⁴ ausgesprochene Erwartung, der neue Bischof von Berlin möge nach den Regeln des Konkordats berufen werden. Er habe am 26.1. ein Gespräch mit dem RBM, in dem er diesem seine tiefe Sorge über diese öffentliche Äußerung ausdrücken wolle. Das Preußen-Konkordat⁵ und das Reichskonkordat⁶ sähen nicht nur eine

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 26. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Brandenburg verfügte.
Hat Brandenburg am 26. Januar 1989 vorgelegen.

² Am 16. Oktober 1987 verstarb der Erzbischof von Köln, Kardinal Höffner. In einem Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli am 21. September 1988 in Rom erläuterte Bundesminister Genscher die deutschland- und berlinpolitischen Bedenken der Bundesregierung gegen eine Ernennung des Bischofs von Berlin, Kardinal Meisner, zum neuen Erzbischof. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 260. Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), berichtete am 20. Dezember 1988, er sei zu einem Gespräch mit dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof Sodano, gebeten worden, der ihm mitgeteilt habe, Papst Johannes Paul II. werde noch am selben Tag die Ernennung Meisners bekanntgeben. Mit der Bitte um Weitergabe an Genscher habe Sodano ausgeführt, der Papst habe in seine Überlegungen zur Besetzung zwar die Haltung der Bundesregierung einbezogen, jedoch „wegen der großen Bedeutung der Kölner Erzdiozese und der hohen Qualitäten Kardinal Meisners nicht anders gekonnt, als diesen in die Terna aufzunehmen. Der Heilige Stuhl sei sich der Bedeutung einer angemessenen Besetzung des Berliner Bischofsstuhls voll bewußt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 210, Bd. 145257.

³ Johannes Paul II.

⁴ Eberhard Diepgen.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Juni 1929 zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl vgl. PREUSSISCHE GESETZSAMMLUNG 1929, S. 152–160.

⁶ Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

Notifizierung nach der Wahl durch das Domkapitel vor, sondern auch die Ablegung eines Amtseids vor der entsprechenden Regierung. Weder bei der Berufung von Bischof Bengsch noch bei seiner Berufung habe es einen Amtseid vor dem RBM gegeben. Dies sei auch heute völlig undenkbar. Die Konstruktion des Bistums Berlin könne solche Belastungen nicht aushalten. Er gehe daher davon aus, daß bei der Wahl seines Nachfolgers zwar sofort der RBM unterrichtet werde, daß weitere Akte jedoch nicht stattfinden würden.

Kardinal Meisner bemerkte dann, daß in der jetzigen Situation sein Nachfolger aus der DDR kommen müsse. Falls es in der Schweiz oder in Österreich überzeugende Kandidaten gebe, wäre für die DDR auch die Berufung eines Nachfolgers aus diesen Ländern akzeptabel. Für einen Deutschen aus der Bundesrepublik sei die Zeit noch nicht reif. Dies schlage sich auch in dem Berufungsvorschlag, der vom Erzbistum Köln⁷ nach Rom gehe, nieder.⁸

3) Kardinal Meisner schilderte dann kurz die Lage der kath. Kirche in der DDR. Es sei ähnlich wie bei den ev. Kirchen, daß die Verwaltungsstruktur der Kirche noch für eine viel größere Zahl von Kirchenmitgliedern ausgerichtet sei, als die Kirchen aktuell hätten. Seine protestantischen Bischofskollegen gingen davon aus, daß noch 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung zu ihrer Kirche stünden. Er sehe den Anteil der Katholiken in der DDR im Jahr 2000 bei rd. fünf Prozent. Dem müßten auch die Verwaltungsstrukturen längerfristig angeglichen werden.

Der Kardinal war beruhigt, daß es offenbar gelungen sei, bei den Katholiken in der DDR Verständnis für seinen Wechsel nach Köln zu finden. Er selbst habe sich immer öffentlich dafür eingesetzt, daß die Leute nicht ausreisen sollten. Man habe verstanden, daß er nicht seinem eigenen Willen, sondern dem Papst zu folgen habe.

Kardinal Meisner hat mich sowohl zu dem feierlichen Abschieds-Pontifikalamt am Sonnabend, dem 4.2., in die Hedwigs-Kathedrale in Berlin eingeladen als auch zu dem Pontifikalamt anlässlich seiner Einführung in das Bistum Köln am 12.2. Er hat deutlich gemacht, daß ihm sehr daran läge, daß der Vertreter der BR Deutschland bei der DDR bei beiden Veranstaltungen anwesend sei.

Ich habe für beide Veranstaltungen zugesagt.

[gez.] Bertele

VS-Bd. 13505 (210)

⁷ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Brandenburg unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

⁸ Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), teilte am 26. Juni 1989 mit: „Papst Johannes Paul II. hat am 24. Juni 1989 den Generalvikar des Bischöflichen Amtes in Erfurt-Meiningen, Prälat Georg Sterzinsky, zum neuen Bischof des Bistums Berlin ernannt. [...] Prälat Georg Sterzinsky war Mitglied der ökumenischen Kommission der Berliner Bischofskonferenz. Wie Kardinal Meisner hatte er vor seiner Ernennung ein Amt in der DDR. Die darin gesammelten Erfahrungen wird er in Berlin nutzen können. Die DDR wird mit der Tatsache zufrieden sein, daß ein ‚DDR-Bürger‘ ernannt wurde. Wir könnten sagen, daß der Heilige Stuhl mit der Ernennung seine Haltung zur Einheit des Bistums Berlin bekräftigt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 49; Referat 210, Bd. 140883.

27

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe

27. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Konsultationen zwischen britischem AM Sir Geoffrey Howe und BM am 27. Januar 1989 in Bonn (Venusberg)

1) Für den aufgrund Tornado-Debatte des Bundestages² zunächst abwesenden BM eröffnet StS Sudhoff Konsultationen:

StS und *AM* stimmten darin überein, daß Sichtbarkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit deutsch-britischer Gespräche nach Möglichkeit zu verstärken sind. *AM* bedauerte in diesem Zusammenhang, daß BM bei Besuch des Helmholtz-Gymnasiums³ nicht dabei sein konnte. Beide Seiten traten für besonders sorgfältige diesbezügliche Vorbereitung des Frankfurter Gipfels⁴ ein. Außerdem sollte Gelegenheit des 40. Jahrestags der Deutsch-Britischen Gesellschaft und der Königswinterer Treffen entsprechend genutzt werden. *AM* stimmte Anregung des StS zu, Mittel der regelmäßigen hochrangigen Besuche bei britischen Truppen in D nicht zu vernachlässigen.

2) Auf Tornado-Debatte⁵ eingehend, betonte *AM*, daß Entwicklung moderner Waffensysteme, insbesondere von Flugzeugen, so kostspielig, daß Kooperationsabkommen unverzichtbar. Dabei liege es im Interesse der Partner, daß die Regeln der Kooperationsabkommen (Memorandum of Understanding zwischen UK und

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 30. Januar 1989 gefertigt, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe und Legationsrat I. Klasse Gerdts verfügte.

Hat Elbe und Gerdts vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Debatte des Bundestags am 27. Januar 1989 über den Export von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ an Jordanien sowie die Frage von diesbezüglichen Bürgschaften vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 123. Sitzung, S. 9059–9085.

³ Der britische Außenminister Howe besuchte am 27. Januar 1989 das Helmholtz-Gymnasium in Bonn, an dem bilingualer Unterricht auch in englischer Sprache angeboten wurde. Vgl. dazu den Artikel „Außenminister Howe besuchte Helmholtz-Schüler“; GENERAL-ANZEIGER vom 28./29. Januar 1989, S. 4.

⁴ Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 20./21. Februar 1989 vgl. Dok. 44–47.

⁵ Die britische Regierung informierte die Bundesregierung im Frühjahr 1988 über das Interesse Jordaniens am Kauf von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“, das in deutsch-britischer Kooperation produziert wurde. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 128, und AAPD 1988, II, Dok. 305.

Referat 422 erläuterte am 7. Februar 1989, der Bundessicherheitsrat habe am 29. Juni 1988 beschlossen, keine Bedenken gegenüber Großbritannien geltend zu machen: „Die Übernahme einer Hermes-Bürgschaft wurde vom BSR jedoch ausdrücklich ausgeschlossen.“ Im Oktober 1988 habe die britische Premierministerin Thatcher gegenüber Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben „die grundsätzliche Frage aufgegriffen, in welchem anteiligen Verhältnis die Kooperationsländer die finanziellen Risiken der Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Rüstungsgütern in Drittländer tragen sollten. Sie vertritt die Auffassung, daß dies entsprechend dem Produktionsanteil geschehen müsse.“ Unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft hätten sich die Ressorts nunmehr auf die Linie geeinigt, „daß eine Indeckungsnahme (Hermes) des deutschen Lieferanteils bei Ausfuhr in Drittländer (die weder NATO-Mitgliedstaaten noch gleichgestellte Länder sind) nur ausnahmsweise in Betracht kommt“. Vgl. Referat 424, Bd. 145905.

D⁶) erhalten bleiben. Eine Änderung der Regeln, insbesondere die Einführung eines Vetos, sei inakzeptabel.

StS stimmte zu, betonte aber, daß der jeweilige Partner für den Weiterverkauf nur solche Klienten aussuchen sollte, die für den anderen Partner innenpolitisch vertretbar seien. Für uns seien aus leicht nachvollziehbaren historischen Gründen alle Exporte in den Nahen Osten außerordentlich problematisch.

AM hob demgegenüber die Bedeutung des Nahostmarktes für GB hervor. Er meinte im übrigen, daß es kaum möglich sein dürfte, Interessenten am Tornado zu finden, die innenpolitisch keine Kontroversen hervorriefen. So sei Tornado-Verkauf an Jordanien auch in GB nicht unbestritten. Um so wichtiger sei es, bei bestehendem Konsultationsverfahren zu bleiben und kein Vetorecht vorzusehen, weil sonst Exporte an Drittländer nahezu unmöglich würden.

Thema wurde nach Eintreffen BM vertieft.

AM unterstrich erneut, daß es bei derartigen Geschäften immer Kritiker geben werde. Ein Vetorecht würde daher zum Zusammenbruch derartiger Kooperationsarrangements führen.

BM stimmte zu. Betroffen gemacht habe ihn bei heutiger Debatte im Bundestag die moralische Unredlichkeit. In der Regierungsverantwortung hätten die, die heute Kritik geübt hätten, entsprechende Arrangements mitgetragen.

3) BM sprach sodann Frage des Verhältnisses EG/USA unter neuer amerikanischer Administration an.

Die Minister stimmten überein, daß gemeinsamer Widerstand gegen das Konzept der „fortress America“ geübt werden müsse. Präsident Bush habe großes Verständnis für Bedeutung der Beziehungen EG/USA. Wichtig sei jedoch, AM Baker zu intensiven Konsultationen mit europäischen Partnern zu ermutigen. Beide AM wollten die Gelegenheit ersten Treffens mit Baker in Tokio⁷ entsprechend nutzen.

Auf Fragen BMs, ob die Arbeiten in Richtung auf gemeinsamen Binnenmarkt bis 1992 abgeschlossen werden könnten, antwortete AM verhalten positiv: Das, was auf Agenda stehe, könne wohl erreicht werden. Nach Erklimmen dieses Gipfels würden sich jedoch sicherlich weitere auftun. Die wichtigsten Probleme bestünden bei der Vereinheitlichung der Steuersysteme, der „sozialen Partnerschaft“, dem EWS sowie den Einreisebestimmungen. In allen diesen Bereichen sei es wichtig, die Probleme ohne „theologischen Absolutismus“ und in einem liberalen, für die historisch gewachsenen Systeme der Partner verständnisvollen Sinne zu lösen. Es könne nicht um absolute Gleichmacherei, sondern nur um einen Prozeß der Integration auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses gehen. Dabei dürfe niemand innenpolitisch „an die Wand gedrückt“ werden. Beispielsweise würde es keine Partei in England überleben, wenn die Mehr-

⁶ Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

⁷ Anlässlich des Todes des japanischen Kaisers Hirohito am 7. Januar 1989 waren für den 24. Februar 1989 die Trauerfeierlichkeiten in Tokio im Beisein internationaler Gäste vorgesehen. Der amerikanische Außenminister Baker unternahm jedoch bereits vom 11. bis 17. Februar 1989 eine Europa-Reise und hielt sich am 11./12. Februar 1989 in Großbritannien auf.

Vom 12. bis 14. Februar 1989 besuchte Baker die Bundesrepublik und traf am 12./13. Februar 1989 mit Bundesminister Genscher sowie Bundeskanzler Kohl zusammen. Vgl. dazu Dok. 40 und Dok. 41.

wertsteuer auf sozialstaatlich wichtige Produkte erhoben würde. Ähnliches gelte für die Beziehung zwischen den Sozialpartnern. Das Verhältnis Arbeitnehmer/Arbeitgeber/Staat habe sich in England nun einmal anders entwickelt als beispielsweise in der Bundesrepublik mit ihrem Mitbestimmungsmodell. Die Konservative Partei unterschreibe heute die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dennoch sei 1979 das größte Problem die Dominanz der alten, nicht am Gemeinwohl orientierten britischen Gewerkschaften gewesen. Eine Wiederaufrechterhaltung dieses alten Gewerkschaftssystems qua EG-Recht wolle man in GB nicht.

BM äußerte großes Verständnis für Erfordernis einer Integration mit Augenmaß und verwies in diesem Zusammenhang auf Erfahrungen des deutschen Föderalismus. Er betonte, daß gemeinsamer Binnenmarkt nicht zuletzt Chance für Deregulation böte. Es dürfe nicht darum gehen, alle Regeln zu vereinheitlichen. Vielmehr müsse man zunächst fragen, ob in einem spezifischen Bereich überhaupt ein Regelungsbedarf bestehe. Erst dann, wenn diese Frage gemeinsam bejaht werde, stelle sich das Problem der Vereinheitlichung von Regeln. Die Devise müsse lauten: „coordination by deregulation“.

Auf Frage nach Lage der englischen Wirtschaft antwortete *AM*: Britische Wirtschaft sei in gutem Zustand, jedoch bereite die Inflation von 7,2% Sorge. Hauptgrund für diese Inflation sei die überhöhte Geldmengenversorgung, die aus dem Versuch resultiere, den Kurs des Pfundes im Verhältnis zur DM stabil zu halten. Dieses Problem wäre seines Erachtens leichter zu lösen, wenn GB Mitglied des EWS wäre. (*AM* konzidierte, daß er hier nicht mit *PM* Thatcher übereinstimme.)

BM stimmte Analyse zu und betonte, daß es unsere Position sehr stärken würde, wenn GB sich entscheiden könnte, Mitglied des EWS zu werden.

AM meinte, daß Problem psychologischer Art sei: In GB wolle man (noch) nicht öffentlich zugeben, daß keine Nation souveräne Kontrolle über den Wechselkurs ihrer Währung haben könne. Man werde sicherlich noch dahin kommen, die Frage sei nur wann. In der Zwischenzeit solle man nicht an doktrinärem Ziel einer europäischen Währung festhalten, sondern pragmatisch die Zusammenarbeit der Notenbanken stärken, um progressiv zu größerer Einheit zu gelangen. Er hoffe, daß D in dieser Richtung nicht zu stark dränge.

BM trat Sorgen entgegen: Wir hätten zwar Ziel vorgeben wollen, sähen aber auf der Grundlage unserer föderalen Erfahrungen Notwendigkeit für graduelles Zusammenwachsen eines gemeinsamen Währungsraumes.

4) Auf Beziehungen zu osteuropäischen Staaten übergehend, stimmten beide *AM* hinsichtlich Notwendigkeit differenzierender Behandlung überein.

BM berichtete über Gespräche mit polnischem MP Rakowski in Bonn⁸ (am Rande des Geburtstagsessens des Bundespräsidenten für Brandt).

AM stellte die von *PM* Thatcher anläßlich ihrer Polenreise⁹ vertretene Linie heraus: Forderung nach politischem Pluralismus und wirtschaftlichem Realis-

⁸ Der polnische Ministerpräsident Rakowski hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 16 und Dok. 17.

⁹ Die britische Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. November 1988 in Polen auf.

mus. Der Westen sollte wirtschaftliche Unterstützung nur dann anbieten, wenn Polen Bereitschaft zeigten, die eigenen Wirtschaftsprobleme mit Realismus anzupacken, wozu letztlich auch politische Liberalisierung und Zulassung der *Solidarność* gehörten.

In DDR sah AM Kombination von politischem Rigorismus mit gewissem wirtschaftlichen Erfolg. *BM* hielt dagegen, daß wirtschaftlicher Erfolg nicht in Verhältnis zu osteuropäischen Nachbarn der DDR gemessen werden dürfe. Historisch sei es der Bevölkerung in Teilen der heutigen DDR besser gegangen als in einigen Teilen Westdeutschlands. Entsprechend vergleiche DDR-Bevölkerung ihren Lebensstandard mit dem in der Bundesrepublik.

Die Frage des *AM*, ob aufgrund der Entwicklungen in Osteuropa wieder Bewegung in die „deutsche Frage“ gekommen sei, verneinte *BM*. Zwar habe Jakowlew erst kürzlich darauf verwiesen, daß Mauer nicht von SU, sondern von DDR gebaut wurde.¹⁰ Auch Schewardnadse habe gegenüber Journalisten am Rande des KSZE-Abschlußtreffens¹¹ auf diesbezügliche Frage geantwortet, sie müsse nicht mit ihm, sondern mit AM Fischer und BM Genscher aufgenommen werden. Er glaube jedoch, daß sowjetische Position gegenüber deutschen Staaten sich in der Substanz nicht verändert habe. Anders als noch Mitte der 50er Jahre mache „Spiel mit der deutschen Karte“ für SU heute keinen Sinn. Einem Verzicht auf die DDR stünde kein entsprechender Gewinn für die SU gegenüber.

Auf Frage des *AM*, ob Neutralisierung D's nach österreichischem Modell nicht entsprechenden Gewinn für SU darstellen könne, antwortete *BM*, daß unsere Mitgliedschaft in EG und NATO nicht zur Disposition stehe, da sie Ausdruck unseres eigenen Staats- und Demokratieverständnisses sei. Daher träten wir auch für Stärkung der Gemeinschaft ein. Je dynamischer Gemeinschaft werde, um so größer sei Attraktivität unseres Modells für Staaten Mittel- und Osteuropas. Folglich sei auch der Weg der Stärkung und Dynamisierung der Gemeinschaft für uns der Weg, der die Deutschen näher zusammenbringe.

5) Im Hinblick auf die Aufnahme der Wiener KRK-Verhandlungen¹² stimmten beide *AM* überein, daß Allianz nach Überwindung des griechisch-türkischen Problems ein präsentables Verhandlungsmandat habe, das einen guten Start ermöglichen sollte.

AM beklagte kontraproduzente Tendenz der westlichen Medien, jede Abrüstungsankündigung Gorbatschows überschwenglich zu preisen. Die bisherigen Ankündigungen veränderten das Ungleichgewicht nur unmaßgeblich. Wegen des bestehenden Übergewichts werde die SU noch lange in der Lage sein, derartige

¹⁰ Am 10. Januar 1989 wurde in der Presse über Äußerungen des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, in der Sendung „Presseclub“ der ARD am 8. Januar 1989 berichtet: „Gefragt, ob es die Mauer in Berlin eines Tages nicht mehr geben werde, antwortete er ausweichend: ‚... das ist ja nicht unsere Mauer. Das ist eine Sache der DDR. Sie wurde unter ganz konkreten Bedingungen ... gebaut.‘ Wenn man sich aufmerksam die Wurzeln dieser Angelegenheit anschauet, dann ist das ja recht kompliziert. Man sei aber nicht zusammengekommen, um historische Diskussionen über einen dritten Staat zu führen.“ Vgl. den Artikel „Auf beiden Seiten Augenmaß erforderlich“, SÜD-DEUTSCHE ZEITUNG vom 10. Januar 1989, S. 2.

¹¹ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

¹² Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13. Die VKSE begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

„Kaninchen“ – und zwar gut bewaffnete Kaninchen – „aus dem Hut zu ziehen“. Die Allianz müsse der Tendenz zur Überschätzung der Bedeutung der östlichen Maßnahmen durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit entgegenreten.

BM stimmte zu: Es sei klarzumachen, daß der, der mehr habe, auch mehr abrüsten müsse. Osteuropäische Ankündigungen sollten als positive Schritte bewertet werden, denen allerdings weitere folgen müßten. Die damit durch *SU* erfolgte Anerkennung des Prinzips der asymmetrischen Abrüstung müsse festgeschrieben werden.

Zur Thematik Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung/Modernisierung überleitend, brachte *AM* seine Sorge bezüglich der in der Allianz laut werdenden Zweifel am Konzept der nuklearen Abschreckung zum Ausdruck.

BM verwies zustimmend darauf, daß der erste SPD-Sprecher der heutigen Bundstagsdebatte zum Jahresabrüstungsbericht 1987¹³ die nukleare Abschreckung zur Disposition gestellt habe. Er, *BM*, sei dem entgegengetreten.¹⁴

AM umriß bekannte britische Position zur SNF-Modernisierung: Allianz sei im Prinzip einig, daß sowohl konventionelle als auch nukleare Waffen für absehbare Zeit erforderlich seien und beide auf modernem Stand gehalten werden müßten. Auch nukleare Fähigkeit im Kurzstreckenbereich sei zur „flexiblen Antwort“¹⁵ erforderlich. Entsprechend müsse an „follow-on to Lance“ festgehalten werden. Allerdings müsse man von den Gefechtsfeldwaffen fortkommen, eine Verlängerung der Reichweite sei anzustreben.

BM verwies demgegenüber darauf, daß es keinen Bereich gebe, in dem die Überlegenheit der *SU* so groß sei wie im SNF-Bereich. Infolgedessen käme es primär darauf an, möglichst bald Verhandlungen zum Abbau dieser Überlegenheit herbeizuführen. Wir hätten dem Ziel gemeinsamer Obergrenzen¹⁶ zugestimmt, woraus sich ergebe, daß auch wir keine dritte Null-Lösung anstrebten. Bezüglich der Modernisierung stünden wir hinter dem Beschluß von Montebello.¹⁷ Die Option für eine Modernisierung müsse glaubwürdig und ernsthaft aufrechterhalten werden. Jedoch sei eine Modernisierungsentscheidung aus unserer Sicht nicht dringlich. Bei Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses habe man vier

¹³ Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 28. April 1988 zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1987 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2215.

¹⁴ Für den Wortlaut der Äußerungen des SPD-Abgeordneten Scheer bzw. des Bundesministers Genscher am 27. Januar 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 123. Sitzung, S. 9046–9049 bzw. S. 9054–9056.

¹⁵ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

¹⁶ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁷ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

Jahre von der Entscheidung bis zur Dislozierung benötigt.¹⁸ Die Lance sei nach einvernehmlicher Auffassung bis 1995 „voll operativ“, ein Nachfolgemodell sei also frühestens 1996 erforderlich. Dies bedeute, daß eine Modernisierungsentscheidung frühestens 1992 fallen müsse. Zum Zeitpunkt wolle er auf folgenden historisch/psychologischen Hintergrund verweisen: SNF mit 450km Reichweite könnten nicht die SU erreichen, wohl aber Polen. Man müsse sich darüber im klaren sein, was die Entscheidung für eine solche auf dem Boden der Bundesrepublik dislozierte Waffe 50 Jahre nach dem Überfall Hitlers auf Polen bedeute. Es handele sich dabei nicht um ein Problem zwischen der Allianz und der SU, letztere sei mehr besorgt über Waffen, die ihr eigenes Territorium erreichen könnten. Im übrigen müsse er betonen, daß derzeit Gespräche innerhalb der Regierungskoalition stattfänden, eine Entscheidung über die Modernisierungsfrage sei noch nicht getroffen.

AM replizierte, daß gerade das mangelnde Interesse der SU an SNF für die Erarbeitung einer realistischen Verhandlungsposition problematisch sei. SU könne ohne Risiko für ihre eigene Sicherheit dritte Null-Lösung anbieten, wohingegen für die Allianz die Erhaltung einer kurzen Reichweite sicherheitspolitisch bedeutend sei. Er könne sich daher folgendes, zweistufiges Vorgehen der NATO vorstellen:

- 1) Modernisierungsentscheidung für Lance-Nachfolge.
- 2) Parallel dazu Abbau der nuklearen Artillerie und weitere Reduzierung der nuklearen Sprengköpfe.

BM bezweifelte, ob diese Einschätzung der sowjetischen Interessenlage richtig sei. Falls SU so leicht auf SNF verzichten könne, sei nicht verständlich, wieso sie nicht schon längst die Allianz mit entsprechender einseitiger Ankündigung zum SNF-Abbau in Verlegenheit gebracht habe. Bemerkenswert sei doch, daß Angebot Schewardnadses in Wien in diesem Bereich so mager geblieben sei.¹⁹ Möglicherweise habe SU Interesse an der Beibehaltung der SNF weniger im Verhältnis zum Westen als vielmehr zum Osten (China). Ein Verhandlungsansatz mit

¹⁸ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

Referat 201 notierte am 25. November 1983, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft seien die ersten Transporte mit Pershing-II-Raketenteilen und Sprengköpfen am 23. November 1983 auf dem amerikanischen Militärflughafen in Ramstein eingetroffen. Die Einsatzbereitschaft der für Großbritannien und Italien vorgesehenen Systeme sei für Dezember 1983 bzw. März 1984 geplant. Vgl. dazu VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁹ Botschafter Holik notierte am 20. Januar 1989 Äußerungen des sowjetischen Außenministers: „Zur Modernisierung der sowjetischen Kurzstreckenraketen bekräftigte Schewardnadse, daß die Sowjetunion keine Modernisierung ihrer taktischen Nuklearraketen durchführe“. Bezüglich SNF-Verhandlungen habe Schewardnadse „lediglich an das bekannte sowjetische Verhandlungsangebot (WP-Vorschlag von Sofia: Aufnahme gesonderter Verhandlungen über die Verringerung der taktischen Kernwaffen in Europa, einschließlich der nuklearen Komponenten der doppelt verwendbaren Systeme sowie über die Nachfolgen der Beseitigung dieser Waffen)“ erinnert. Die UdSSR bleibe damit in dieser Frage weiterhin zurückhaltend und sehe davon ab, ihre Vorstellungen zu präzisieren. Vgl. Referat 221, Bd. 144816.

dem Ziel gleicher Obergrenzen, der von den Sowjets den Abbau von mehr als 1000 Systemen verlange, könne daher durchaus sinnvoll sein.

AM äußerte erneut Sorge, daß man bei Verhandlungen schnell auf „schiefe Ebene“ Richtung dritte Null-Lösung gerate. Außerdem sei Verifikation schwierig. (Hier warf BM ein, daß Verifikation noch schwieriger bei Nuklearartillerie und CW sei und dennoch in Angriff genommen werden müsse). Nach britischer Auffassung brauche US-Kongreß jetzt grünes Licht für die notwendigen Finanzierungsentscheidungen.

BM hob abschließend hervor, daß es in jedem Fall falsch sei, diese Frage zum Kohäsionstest der Allianz zu machen.

Im Zeichen der Proliferation chemischer Waffen (CW) bestand Einvernehmen, daß die Genfer CW-Verhandlungen zur wichtigsten, aber auch schwierigsten Rüstungskontrollfrage zählten. Der Erfolg der Pariser Konferenz²⁰ habe wichtigen politischen Impuls gegeben.

AM betonte insbesondere die Verifikationsproblematik, die es nicht ratsam erscheinen lasse, der westlichen Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, daß ein Abkommen kurzfristig erreichbar sei.

BM konzedierte Schwierigkeiten der Verifikation, die letztlich jedoch durch ein System regelmäßiger Inspektionen, verknüpft mit Verdachtskontrollen, lösbar sein müßten. Eine hinreichende Sicherheit böte auch der vorgesehene Vernichtungszeitraum von zehn Jahren. Gegen Ende dieses Zeitraums könne eine Überprüfungskonferenz stattfinden. Falls der Westen dann den Eindruck gewönne, daß die andere Seite getäuscht habe, entstünde eine neue Lage, auf die man dann reagieren könne.

Zur Proliferationsproblematik, insbesondere Libyen²¹, verwies BM auf die in D ergriffenen innerstaatlichen Maßnahmen (Verschärfung des AWG²², Einführung einer Strafvorschrift) sowie auf seine Initiativen gegenüber US-AM Baker²³ und innerhalb der EG-Zwölf²⁴, die von AM begrüßt wurden. AM stimmte der Analyse

20 Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

21 Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

22 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

23 In einem Schreiben vom 26. Januar 1989 an den amerikanischen Außenminister Baker schlug Bundesminister Genscher mit Blick auf die Chemieanlage in Rabta Gespräche beider Regierungen über die Frage vor, wie eine Produktion chemischer Waffen in Libyen verhindert werden könne. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178925.

24 In einem Schreiben vom 27. Januar 1989 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez in dessen Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident regte Bundesminister Genscher an, „gemeinsam alles zu tun, damit jede Möglichkeit einer Produktion von chemischen Waffen in libyschen Fertigungsanlagen ausgeräumt wird. Unsere Bemühungen sollten zugleich zum Ziel haben, drohende Störungen der internationalen Beziehungen und insbesondere der europäischen Beziehungen zu den arabischen Staaten zu verhindern. Ich habe daher veranlaßt, daß Vorschläge für eine gemeinsame Initiative der Zwölf gegenüber der Arabischen Liga sowie parallel dazu eine Initiative im Rahmen der ‚Australischen Gruppe‘ [...] per Coreu-Fernschreiben zur dringlichen Behandlung in den Gremien der Europäischen Politischen Zusammenarbeit – Politisches Komitee und Außenminister – eingebracht werden.“ Genscher bat Fernández Ordóñez darum, „unsere Vorschläge in geeigneter Weise zu unterstützen“. Für das mit Drahterlaß Nr. 40 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling übermittelte Schreiben vgl. Referat 311, Bd. 154190.

des BM zu, wonach auch die arabischen Staaten ein Interesse daran haben müßten, sich von Gaddafi zu distanzieren.

6) Die AM stimmten darin überein, daß die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus fortgesetzt und intensiviert werden soll. Zum Attentat auf die PanAm-Maschine²⁵ liegen GB noch keine Beweise für die Urheberschaft vor, jedoch vermutet AM Verwicklung nahöstlicher oder palästinensischer Gruppierung, die mit Anschlag versuchten, den in Gang gekommenen nahöstlichen Friedensprozeß zu sabotieren.

AM übergab zwei Papiere mit Informationen über in der Bundesrepublik festgenommene IRA-Terroristen (Hanratty und McGeough²⁶). (Papiere werden an 511 weitergeleitet.²⁷)

7) Abschließend hatten beide Minister einen kurzen Gedankenaustausch über die Lage im Iran/Irak sowie im Nahen Osten.

BM betonte, daß wir hinsichtlich der Kontakte zur PLO²⁸ aus historischen und moralischen Gründen zurückhaltender als andere sein müßten.

AM meinte, daß auch GB sich nicht in Hauptführer für Arafat verwandelt habe. Jedoch sei Fortschritt in Arafats Position nicht zuletzt auf britische Einflußnahme zurückzuführen. Es komme nunmehr darauf an, einen Rahmen für Konsultationen mit Israel zu entwickeln. Dazu seien nicht zuletzt engste Konsultationen in EPZ-Rahmen erforderlich.

Referat 010, Bd. 178931

²⁵ Zum Anschlag auf Flug 103 der PanAm über der schottischen Stadt Lockerbie am 21. Dezember 1988 vgl. Dok. 24, Anm. 7.

²⁶ Referat 511 erläuterte am 15. Februar 1989, die beiden irischen Staatsangehörigen McGeough und Hanratty seien am 30. August 1988 an der deutsch-niederländischen Grenze bei der Einreise in die Bundesrepublik festgenommen worden. Die in ihrem Wagen sichergestellten Schußwaffen samt Munition begründeten den „dringenden Verdacht“, daß sie Mitglieder der „Provisional Irish Republican Army“ seien, die Anschläge auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee am 13. Juli 1988 in Duisburg bzw. am 5. August 1988 in Düsseldorf-Ratingen verübt hätten. Zudem ermittelten auch belgische Behörden wegen eines im August 1988 in Ostende ermordeten britischen Militärangehörigen. Vgl. dazu B 83 (Referat 506), Bd. 2495.

²⁷ Für das vom britischen Außenminister Howe übergebene Papier vgl. B 83 (Referat 506), Bd. 2495.

²⁸ Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO vgl. Dok. 19.

28

Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 207****Aufgabe: 30. Januar 1989, 15.45 Uhr¹****Cito****Ankunft: 30. Januar 1989, 18.29 Uhr**

Betr.: Demonstrationen in Prag;
 hier: Analyse und weitere Perspektiven

Bezug: 1) Laufende Berichterstattung, insbesondere
 2) DB Nr. 158 vom 20.1.1989²

Zur Unterrichtung

Nach einer Welle täglicher Demonstrationen vom 15. bis 20.1. und durch massiven Polizeieinsatz unterbundener Demonstrationsversuche am 21. und 22.1. aus Anlaß der Jahrestage der Selbstverbrennung (16.1.), des Todes (19.1.) und der Beisetzung (21.1.) von Jan Palach scheint in Prag vorerst wieder Ruhe einzukehren. KPTsch und Regierung ziehen Bilanz und lassen durch den Sprecher des MP, Pavel, verkünden, insgesamt seien während dieser Demonstrationswoche 1406 Personen überprüft worden, davon habe man 519 festgenommen, aber 198 sofort wieder freigelassen. 79 würden des Rowdytums beschuldigt, 130 eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz, 96 hätten eine Ordnungswidrigkeit begangen. Es seien alles in allem 16 (!) Personen verletzt worden, davon zwei schwer. Auch fünf Polizisten hätten Verletzungen davongetragen.

Was immer man von diesen zumindest teilweise (Zahl der Verletzten etwa) wohl schamlos frisierten Zahlen halten mag: So einfach und mit einem so groben Besen lassen sich die Scherben nicht aufkehren, läßt sich das Geschehen nicht abtun. Zwar haben die Demonstranten ihre Ziele nur teilweise erreicht, zwar haben auch Partei- und Sicherheitsapparat einen (temporären) Teilerfolg errungen, doch scheinen weitere und ernsthaftere Konfrontationen unvermeidbar, auch wenn die Führung inzwischen eine in Wenn und Aber verpackte und letztlich wenig glaubhafte Dialogbereitschaft signalisiert.

Im einzelnen

1) Nach der amtlichen, in allen Medien wiedergekäuten These sind die Januar-Demonstrationen in Prag von westlichen Agitationszentren geplant und gesteuert, von der „Charta 77“ und ihr angeschlossenen weiteren Oppositionsgruppen organisiert und von Feinden des Sozialismus durchgeführt worden. Die Fakten

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 31. Januar 1989 vorgelegen.

² Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, schilderte den Ablauf der Demonstrationen in Prag am Vortrag sowie die Berichterstattung in der tschechoslowakischen Presse. Ferner informierte er über ein Schreiben des Erzbischofs von Prag, Kardinal Tomášek, vom 20. Januar 1989 an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec, das am 23. Januar 1989 veröffentlicht werden sollte. Metzger legte dar: „Das Regime muß sich offenkundig mit der gespannten Situation in Prag ernsthaft auseinandersetzen. Die breite Darstellung in den Medien beweist dies. Welche Bedeutung die Stellungnahme der kath[olischen] Kirche gewinnt, kann noch nicht abgeschätzt werden.“ Die KPČ sehe offenbar „die Machtfrage“ gestellt. Vgl. Referat 214, Bd. 139905.

sind anders: Die „Charta 77“ wollte lediglich am 15.1. demonstrieren (und hat pflichtgemäß hierfür um Erlaubnis nachgesucht) sowie am 21.1. Blumen am Grab von Jan Palach niederlegen. Die Demonstrationen ab 16.1. waren nicht längerfristig geplant, sondern sind spontan entstanden, selbst wenn gewisse Anstöße hierzu von einem harten Kern Oppositioneller ausgegangen sein dürften, zu denen möglicherweise auch Chartisten gehört haben. Dafür sprechen im übrigen auch amtliche Hochrechnungen (Rudé právo vom 26.1.), wonach das Gros der Demonstranten aus Lehrlingen und jungen Arbeitern bestanden habe und Intellektuelle (aus denen sich die „Charta 77“ überwiegend zusammensetzt) nur in sehr geringer Zahl beteiligt gewesen seien. Auch die (politisch noch unpräzisen) „Forderungen“ der Demonstranten passen nicht in das Bild staats- und sozialismusfeindlicher Ziele. Allein schon die Slogans (von „Es lebe Gorbatschow“ über „Wir wollen Präsidentenwahlen“ bis hin zu „Jakeš muß weg“) belegen, daß es um Glasnost und Perestroika und gegen zögerlichen Umbau in der ČSSR ging. Dabei hat in erster Linie die Jugend ihren angestauten Frust über Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit artikuliert.

Diese Proteste richten sich implizit natürlich auch gegen ein politisches System, das die Zerschlagung des „Prager Frühlings“³ und die Einsetzung eines seitdem amtierenden konservativen Regimes möglich gemacht hat. Aber in erster Linie ging die Kritik, die sich in diesen Demonstrationen geäußert hat, gegen das Regime und seine Politik, die das Land abgewirtschaftet hat und nicht einmal mehr die Sicherheit der Arbeitsplätze zu garantieren vermag (das neue Arbeitsgesetz kommt in der Tat dem Prinzip „hire and fire“ ziemlich nahe und wäre in einer westlichen Demokratie nicht durchsetzbar gewesen). Damit tragen die Demonstrationen zumindest den Keim beginnender sozialer Unruhen.

2) Diese im Ansatz zu ersticken, dürfte das Hauptargument der Hardliner in der Parteiführung gewesen sein, die sich letztlich durchsetzen konnten (was im übrigen auch Meinungsunterschiede in der zahlenmäßig dominierenden Jakeš-Gruppe impliziert – immer vorausgesetzt, daß die Dogmatiker um Fojtík für Härte eintraten, was naheliegt). Aus deren Sicht gab es gewiß noch zusätzliche Argumente für Demonstrationsverbot und hartes Durchgreifen:

- Gefahr des Gesichtsverlustes, falls es (wie in einem anonymen Schreiben angekündigt) zu einer neuerlichen Selbstverbrennung kommen würde,
- Gefahr, daß die Demonstrationen außer Kontrolle geraten und auf die Provinz übergreifen würden (letzteres geschah nur in Einzelfällen),
- Gefahr einer Art Legitimierung der „Charta 77“ bei Demonstrationserlaubnis.

Der eine oder andere im Präsidium mag sogar auf zivilen Ungehorsam gehofft haben, um unter diesem Vorwand mit der Opposition ein für allemal aufräumen zu können.

Ohne harten Polizeieinsatz wäre nach dieser Logik der gewünschte Einschüchterungs- und Abschreckungseffekt nicht zu erzielen gewesen, hätte die Generalprobe für spätere Auseinandersetzungen unterbleiben müssen.

3) Außenpolitische Erwägungen haben die Entscheidungen der tsf. Führung offenkundig nicht beeinflusst. Man glaubt hier zu wissen, daß innere Stabilität

³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

in der ČSSR auch für Moskau den Vorrang vor Umbau genießt und daß die SU mit Demonstranten ebenfalls nicht zimperlich umgeht. Außerdem ist die schon im Oktober 1988 geltend gemachte These nicht widerlegt, wonach innere Repression den für TSE so wichtigen (West-)Außenhandel nicht nennenswert beeinträchtigt.

4) Während der gesamten Demonstrationen hat die tsch. Führung bei aller Härte Unsicherheit demonstriert:

- Kein polizeiliches Eingreifen am 18.1., wohl als Folge harter westlicher Kritik, insbesondere in Wien⁴,
- Aufruf des Prager Oberbürgermeisters⁵ an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren,
- Organisation von „Solidaritätsveranstaltungen“ mit den Ordnungskräften in den Betrieben, „Solidaritätsleserbrieft“, Versuche, eine Art Pogromstimmung gegen die „Störer“ zu verbreiten durch Verlesen der Namen und Anschriften Festgenommener in Rundfunk und Fernsehen,
- z.T. überaus primitive Aufklärungsaktion über die Dissidenten und ihre Ziele durch die Beantwortung von Leserbriefen, dabei Diffamierung der Demonstranten und Verfälschung des Hintergrundes und ihrer Motive,
- Beschuldigungen gegen die NATO-Staaten und ihre Diplomaten in Prag (vor allem KAN, GB, USA),
- Kriminalisierung der Demonstranten bis hin zu Behauptungen im Rudé právo, es sei mit Bomben und Schußwaffengebrauch gegen Polizeibeamte gedroht worden.

5)⁶ Im Ergebnis hat der Sicherheitsapparat es erst am 21. und 22.1. vermocht, Demonstrationen zu unterbinden. Bis dahin haben die Demonstranten einen relativen Zulauf zu verzeichnen gehabt, da deren Zahl im wesentlichen gleich geblieben ist, obwohl viele durch Verhaftung oder Polizeiknüppel außer Gefecht gesetzt worden waren. Dies und die Tatsache, daß Tausende von Menschen es tagelang gewagt haben, dem Polizeiapparat die Stirn zu bieten, ist ein psychologisch wichtiger Erfolg der Demonstranten. Andererseits haben diese es nicht vermocht, eine breite Solidarisierung der Arbeiterschaft zu gewinnen, was mit Gewißheit ein wesentliches Ziel der Demonstranten war. Der Brief von Kardinal Tomašek an den PM⁷, das Zeichen also, daß sich die Kirche mit den Demonstranten solidarisch erklärte, hätte unter Umständen einen gewissen Solidarisierungseffekt haben können, dieser Brief ist aber zu spät an die Öffentlichkeit gelangt.

⁴ In Wien fand vom 17. bis 19. Januar 1989 zum Abschluß der dritten KSZE-Folgekonferenz ein Treffen der Außenminister der Teilnehmerstaaten teil. Dazu wurde berichtet: „Mehrere Minister, darunter Genscher, Shultz und Howe, hatten das Vorgehen der Behörden in der ČSSR und der DDR gegen Regimekritiker verurteilt. Es entspreche nicht dem Geist der gleichzeitig in Wien gebilligten Vereinbarungen, betonten sie.“ Vgl. den Artikel „Die Mauer als Überraschungsthema in Wien“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21./22. Januar 1989, S. 6.

⁵ Zdeněk Horčík.

⁶ Korrigiert aus: „4“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

Beginn des mit Drahtbericht Nr. 208 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁷ Für das Schreiben des Erzbischofs von Prag, Kardinal Tomášek, vom 20. Januar 1989 an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec vgl. Referat 214, Bd. 139906.

Tomášek richtete am 21. Januar 1989 ein weiteres Schreiben an Adamec. Für den englischen Wortlaut vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia>, Dok. 10.

Die Ordnungskräfte haben (aus ihrer Sicht) „versagt“, weil sie tagelang nicht imstande waren, die Konfrontation zu unterbinden. Durch ihr wahlloses Vorgehen auch gegen harmlose Passanten oder Leute, die von der Arbeit nach Hause gehen wollten, haben sie sich ab dem 16.1. herbe Kritik auch aus Kreisen der Parteimitglieder zugezogen und viel Vertrauen (so es das überhaupt gab) eingebüßt. Präsidiumsmitglied Štěpán mußte persönlich zu ČKD⁸, um über ihren Einsatz empörte Milizionäre zu beruhigen, angeblich haben 94 von ihnen ihre Uniformen zurückgegeben, andere sollen sogar ihre Parteiausweise zerrissen haben.

6) Wo stehen Opposition und Führung heute?

Die jüngsten Demonstrationen haben die Erkenntnis bestärkt, daß es in der tsl. Bevölkerung, vor allem in der Jugend, ernsthafte Unzufriedenheit gibt, die zu artikulieren immer mehr Menschen bereit sind. Diese „Opposition“ einzelner oder von Gruppen ist aber weder ausreichend organisiert noch geeint. Von den in den letzten Monaten wie Pilze aus dem Boden geschossenen rd. 20 oppositionellen Grüppchen verfügt allenfalls die „Bewegung für bürgerliche Freiheiten“ über ein ernster zu nehmendes politisches Programm. Aber vor allem: Der tsl. „Opposition“ fehlt eine Leitfigur, die zu gegebener Zeit konkrete politische Forderungen vertreten könnte. (Der Schriftsteller Václav Havel, dem diese Funktion von manchen zugeordnet wird, ist viel zu intellektuell, um diese Rolle übernehmen zu können.) In diesem Gemenge Unzufriedener und Oppositioneller ist eine Führungsrolle der „Charta 77“ derzeit nicht auszumachen; die neuen oppositionellen Kräfte überwiegen heute, die Reformkommunisten von 1968 vor allem dürften nicht über das nötige Vertrauenspotential verfügen, daß sie es 1989 besser machen würden.

Wesentlich ist gleichwohl folgendes: Der breiten Masse der Bevölkerung ist heute bewußt, daß es Opposition im Lande gibt, und mehr noch: Wer immer im Zuge des tsl. Umbaus Arbeitsplatz und Besitzstandgarantie einbüßt, muß dem Oppositionspotential zugerechnet werden, das können Hunderttausende sein. Chefideologe Fojtík hat am 25.1. in Südmähren richtigerweise erklärt, daß man die Oppositionsgruppen heute „ernst nehmen“ müsse. Es entspricht seiner Mentalität, wenn er zugleich postuliert, man müsse „eine wohlüberlegte Taktik anwenden“, um ihren Einfluß „zu lähmen“.

Die tsl. Führung ist in einem doppelten Dilemma:

- Außenpolitisch hat sie an Glaubwürdigkeit und Ansehen verloren, was weder der Jakeš- noch der Adamec-Initiative⁹ förderlich sein kann.
- Innenpolitisch sieht sie sich wachsendem Druck ausgesetzt, weil die Wirtschaftslage sich weiter verschlechtert und eine Sanierung der Wirtschaft ohne soziale Einschnitte und Einbußen nicht möglich ist. Das Oppositionspotential

⁸ Českomoravská-Kolben-Daněk.

⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPČ, Jakeš, sprach sich am 24. Februar 1988 in Prag für die Errichtung einer „Zone der verdünnten Rüstung, des Friedens und der Kooperation in Mitteleuropa“ aus. Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV (1987/88), S. 481.

Am 17. Januar 1989 teilte das Bundeskanzleramt mit, der tschechoslowakische Ministerpräsident Adamec habe mit Schreiben vom 22. Dezember 1988 die Regierungschefs der unmittelbaren Nachbarstaaten der ČSSR zu einem informellen Treffen über Fragen des Umweltschutzes für Anfang März 1989 nach Prag eingeladen. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 72; Referat 214, Bd. 139925.

reicht heute um ein Vielfaches weiter als bisher, wo es einer relativen Minderheit um Bürger- und Menschenrechte ging, während die breite Masse mit materiellen Anreizen zufrieden schien.

7) Ausblicke

Hinweise in den Medien, vor allem ein Leitartikel im *Rudé právo* vom 27.1. (folgt mit *Kurier*)¹⁰ sowie die Tatsache, daß der MP den Brief des Kardinals überhaupt und rasch beantwortet hat¹¹, deuten auf einen „Nachdenkprozeß“ innerhalb der tsl. Führung hin. Wie man hört, soll sie sogar erwägen, von Prozessen gegen die eingangs Genannten abzusehen; noch Einsitzende (Václav Havel¹², Ota Veverka, Jana Petrová) könnten mit Bewährungsstrafen davonkommen, da man keine neuen Proteste des Westens auslösen, keine Märtyrer schaffen und die Opposition nicht unnötig verbittern will. *Rudé právo* deutet nunmehr sogar Dialogbereitschaft an: „... der gesellschaftliche Dialog unter den Bürgern ist ein objektiver Faktor unseres Lebens, ein Faktor des Umbaus unserer Gesellschaft ... sagen wir offen, daß dieser gesellschaftliche Dialog auch viele Teilnehmer an den Demonstrationen betrifft. Es wäre ein Fehler, alle mit den Organisatoren antisozialistischer Aktionen gleichzusetzen ... der breite, aufrichtige gesellschaftliche Dialog ist ein unerläßlicher Bestandteil unserer sozialistischen Demokratie. Wir meinen, daß für seine Verwirklichung hinreichend Raum durch die Plattform der Nationalen Front gewährt wird ... wenn sich mit der Zeit herausstellt, wenn die Notwendigkeit auftaucht, die Anzahl der Interessenorganisationen zu erweitern, die auf dem Boden der Nationalen Front arbeiten möchten, was freilich immer bedeutete und bedeuten wird, auf dem Boden des Sozialismus, so wird dem nichts im Wege stehen.“

Wer sich die Kampagne gegen Andersdenkende, die noch immer andauert, vor Augen führt, kann sich schwerlich vorstellen, daß Prag allen Ernstes vorhaben könnte, im Rahmen der Nationalen Front eine Art „sozialistische Opposition“ offiziell zuzulassen. Abgesehen davon, daß man die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes heute auch mit Dialog nicht mehr in den Griff bekommen kann, es bedarf vielmehr eines entsprechenden politischen Konzepts und des Willens, es durchzusetzen, sprechen die Umstände dieser Dialogsignale eher dafür, daß sie in den Rahmen der von Fojtík genannten „wohlüberlegten Taktik“ gehören, um die tsl. Opposition „zu lähmen“.

[gez.] Huber

Referat 214, Bd. 139906

¹⁰ Für den mit Schriftbericht Nr. 259 der Botschaft Prag vom 31. Januar 1989 in Übersetzung übermittelten Artikel „Dialog – Mit wem und worüber“ der tschechoslowakischen Tageszeitung „*Rudé právo*“ vom 27. Januar 1989 vgl. Referat 214, Bd. 139906.

¹¹ Für eine englische Übersetzung des Schreibens des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec vom 24. Januar 1989 an den Erzbischof von Prag, Kardinal Tomášek, vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 322 der Botschaft Prag vom 7. Februar 1989; Referat 214, Bd. 139932.

¹² Der Schriftsteller Václav Havel wurde am 21. Februar 1989 wegen seiner Beteiligung an den Demonstrationen zum 20. Jahrestag der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach wegen „Aufwiegelung“ und „Erschwerung der Handlungen eines Amtsträgers“ zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 373 des Botschafters Huber, Prag, vom 22. Februar 1989; Referat 214, Bd. 139909.

29

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 246

Aufgabe: 31. Januar 1989, 12.20 Uhr¹

Ankunft: 31. Januar 1989, 16.37 Uhr

Betr.: Interdependenzen zwischen Nahostkonflikt und Ost-West-Gegensatz

1) Ost-West-Gegensatz und Nahostkonflikt hängen schon wegen der geographischen Nähe ihrer Zentren eng zusammen. Weniger als alle anderen Konflikte der Dritten Welt kann der Nahostkonflikt gelöst werden, solange der Ost-West-Gegensatz nicht entschärft ist. Ohne eine Kooperation beider Supermächte in der Region kann es im Nahen Osten keine Lösung geben.

2) Die Supermächte versuchen schon seit einiger Zeit, zumindest seit dem Beginn der Ära Gorbatschow², auch im Nahen Osten eine begrenzte Zusammenarbeit zu finden. Die SU hat Interesse an einem Frieden in der Region, weil bereits vor ihrer Südgrenze auch die Grenze zum revolutionären Islam beginnt, nämlich in ihren südlichen islamischen Republiken. Hinderlich für eine wirkliche Lösung ist bis heute die „mechanische Allianz“ zwischen den USA und Israel³, die die amerikanischen Administrationen weitgehend von einer rationalen Nahostpolitik abgehalten bzw. diese erschwert hat. Solange es den USA nicht gelingt, sich von Zwängen freizumachen und das Bündnis zu einer „organischen Allianz“ des Gebens und Nehmens umzuformen, was übrigens auch im langfristigen Interesse Israels liegt, stagnieren hier die Dinge.

3) Der arabisch-israelische Konflikt, der nun schon seit dem Zweiten Weltkrieg, nach anderer Zählweise seit dem Ersten Weltkrieg dauert, enthält sehr viel Zündstoff zur Radikalisierung des Arabertums (Problematik des Terrors, plötzliches Aufflammen der Intifada⁴, Motivation der islamischen Revolutionen, etc.), insofern ist er ein Phänomen der Dritten Welt. Israel ist eine Enklave der Ersten Welt in der Dritten, also ist der Kampf der Araber auch ein Teil des Kampfes der Dritten Welt um ihre Unabhängigkeit. Bisherige Etappen dieses Kampfes waren die chinesische Revolution gegen die japanische und später amerikanische Überfremdung, ferner Vietnam und Afghanistan. Die Entwicklung, und das berührt den Ost-West-Konflikt zentral, richtet sich nicht ausschließlich gegen den Westen, sondern spätestens seit der fundamentalistischen Revolution im Iran⁵ und

¹ Hat Vortragender Legationsrätin Kaempfe am 1. Februar 1989 vorgelegen.

² Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

³ Der Passus „mechanische ... Israel“ wurde von Vortragender Legationsrätin Kaempfe hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁴ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

⁵ Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Mohammad Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Afghanistan⁶ gegen West und Ost gleichermaßen. Nach dem Sieg Maos waren die Kriege in Vietnam und in Afghanistan geglückte Schläge des Südens gegen den Norden, deren Parallel-Verlauf endgültig aufgezeigt hat, daß die SU die gleichen Fehler macht und folglich die gleichen Schwierigkeiten mit der Dritten Welt hat wie der Westen.

4) Der Nahe Osten ist ein Experimentierfeld dafür, ob die nördliche Welt ihre Probleme mit der südlichen lösen kann. Für die Lösung ist folgendes erforderlich: eine nicht nur taktisch punktuelle, sondern einmal eine strategische Zusammenarbeit der Supermächte untereinander und zum anderen eine zwischen Europa (wobei zumindest ideell das gesamte Europa gemeint ist) und den Supermächten. Eine solche Zusammenarbeit, die ein geregeltes Nebeneinander von Israel und den Arabern zum Ziel haben muß, wird nur möglich sein, wenn sie einhergeht mit der schrittweisen Regelung der Dinge im Norden (also zwischen Supermächten und zwischen diesen und Europa). Je weiter die Interessen der Supermächte in Europa auseinanderklaffen, desto schlechter werden sie auch in der übrigen Welt zusammenwirken.

In der arabischen Welt ringen z.Zt. zwei Schulen miteinander, nämlich die gegensätzlichen politischen Philosophien Arafats und Assads. Arafat hat den kühnen Versuch einer politischen Konfliktlösung unternommen⁷, um die Stagnation zu durchbrechen. Assad denkt und verharret in den Kategorien des militärischen Gleichgewichts, der wechselseitigen Abschreckung und der Bedrohung. Letzteres produziert hier wie anderswo in der Welt einen Zustand der Stagnation, an dessen Ende irgendwann die Katastrophe stehen kann, weil es Stillstand nicht gibt. Der begonnene Nahostprozeß wird nur dann glücken, wenn das militärische Sicherheitsdenken zwar nicht abgeschafft wird, das geht nicht, wohl aber den Primat verliert, und zwar zugunsten der politischen Probleme. Das Eigengewicht des Militärischen birgt den Zwang zur mechanischen Anhäufung der Waffen und damit zur Potenzierung des Konfliktstoffs überhaupt. Der Nahostkonflikt ist, wie andere Konflikte auch, allein aufgrund der Waffenentwicklung heute ein qualitativ anderer und ungleich gefährlicherer als 1949 geworden. Die Waffen sind intelligenter geworden, die Gehirne nicht.

5) Europa ist mit dem Nahen und Mittleren Osten militärstrategisch eng verzahnt. Spannungen und Entspannungen in einem der beiden Gebiete wirken sich auf das andere aus.

So hat die SU ihre Probleme mit Moslems, die aber nicht Araber sind. Zu den Arabern unterhält sie überwiegend gute Beziehungen. Die USA sind die wesentlich stärkere Macht in der Region, sie haben starke Stützpunkte in Israel und Saudi-Arabien, auch Jordanien, und unterhalten gute, durch den Golfkrieg geförderte Beziehungen zum Irak. Ein vergiftetes Verhältnis gibt es z.Zt. nur zu Libyen. Sonst haben sich, Beispiel Syrien, die US-Beziehungen zu den Arabern fast überall verbessert. Es gibt aber ein unterschwelliges Anwachsen des Antiamerikanismus an einigen Stellen, nicht zuletzt in Jordanien. Anderswo, etwa

⁶ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁷ Vgl. dazu die Erklärung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 14. Dezember 1988; EUROPA-ARCHIV 1989, D 61 f.

in Syrien, gibt es trotz einer offiziellen Antipropaganda auch freundschaftliche Gefühle für Amerika.

6) Solang die israelisch-arabischen Beziehungen nicht geregelt werden, solange Quasi-Krieg oder Bürgerkrieg in der Region herrscht, kann diese gar nicht zur Ruhe kommen. Kommt es nicht zu einem Frieden zwischen Israelis und Arabern, wird Enttäuschung und Verzweiflung auf der arabischen Seite bleiben, und dies wird vermutlich zu mehr Subversion aller Art in und um Israel führen. Unruhen und Radikalismen werden zunehmen. In den letzten Jahren haben sich die Araber gegenüber den Juden gemäßigter gezeigt. Wenn das weiter keine Früchte trägt, könnten sie sie wieder ins Meer werfen wollen.

Vor allem das Instrument des internationalen Terrors ist kaum zu überschätzen. Er würde sich wohl wesentlich ausweiten und könnte eines Tages die elektronischen Staatswesen unserer Epoche entscheidend schwächen oder gar lahmlegen. Kein Intellektueller hier sieht den Terror als ein ethisch-moralisches Problem, selbst wenn er noch so sehr gegen ihn ist. Man weiß, daß die Welt des Nordens sich in ihrer Zerklüftung bisher ihre Lebensformen nur garantieren kann, indem sie zu ihrer Verteidigung als Ultima ratio die Zerstörung alles Lebens billigend in Kauf nimmt. Daß dies das mögliche Ende auch der Dritten Welt einschließt, die sich nicht dagegen wehren könnte, liegt auf der Hand. Man weiß auch, daß der Terror und alle anderen in den Händen arabischer Potentaten befindlichen Kampfmittel zu solcher Ultima ratio nicht in der Lage sind. Es wäre sicher eine Dissertation wert, die Interdependenzen zwischen Terror und Deteriorisierung einmal gründlich zu untersuchen. Der Terror ist eines der stärksten Indizien dafür, daß der Nahostkonflikt nur zusammen mit dem Ost-West-Problem zu lösen ist.

7) Diese Region ist nicht Südafrika oder Korea, sondern die explosivste der Welt. Hier können selbst Krokodile nicht gefahrlos weinen. Wegen der Verwicklung der Weltmächte in den Konflikt könnte der Nahe Osten durchaus auch heute noch Sarajevo-Charakter gewinnen. Diese Region, die ihre Probleme allein kaum lösen kann, bildet eine der stärksten Motivationen dafür, daß Ost und West ihre Kriegsbeile endgültig begraben.

[gez.] Schlingensiepen

Unterabteilung 31, Bd. 147544

30

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt**514-516.00/6****1. Februar 1989¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung und Zustimmung zu Ziffer 6 b) (Seite 6)⁴

Betr.: Harmonisierung des Asylrechts in Europa im Zuge der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen⁵;
hier: Vereinbarkeit mit Artikel 16 GG⁶

Bezug: Aufzeichnung von Ref. 514 vom 9.1.1989⁷ – 514-516.00/6

Anlg.: 2⁸

1) Zu den Ausgleichsmaßnahmen, die für den Wegfall der Binnengrenzkontrollen im Rahmen von Schengen zwischen D, F und Benelux 1990 und zwischen den

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 3. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Hier sind grundsätzliche Fragen angesprochen, über die ich am 4.1. Ihnen kurz vorgetragen habe. Ggf. müßte die Abt[eil]un[g] 5 Ihnen ergänzend in einer einzuberufenden Besprechung ergänzend vortragen.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Das AA wendet sich gegen jede Vereinbarung, die das deutsche Asylrecht einschränkt. 2) Ich bitte, laufend zu unterrichten.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Oesterhelt und Ministerialdirigent Freiherr von Stein an Referat 514 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] V[er]m[erk] BM Seite 7.“ Vgl. Anm. 26.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 17. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM-Rücklauf (Seite 7!).“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und den Rücklauf an Oesterhelt.

Hat Lautenschlager am 17. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Oesterhelt am 18. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Stein und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Mattes verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itt]e 1 Kopie f[ür] mich (nur Vorlage).“

Hat Stein am 18. April 1989 vorgelegen.

Hat Mattes am 18. und 24. April 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Plischka vermerkte: „Wir müssen nach dem Innenministertreffen am 12.5. in Madrid eine weitere Vorlage fertigen. W[ieder]v[or]lage 10.5.“

Hat Mattes am 10. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Plischka „n[ach] R[ück]kehr“ verfügte.

⁴ Die Wörter „und Zustimmung zu Ziffer 6 b) (Seite 6)“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

⁵ Vgl. dazu das Übereinkommen vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen); GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Zu den Bemühungen um eine Harmonisierung der Asylpolitik vgl. zuletzt AAPD 1987, I, Dok. 151.

⁶ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

⁷ Korrigiert aus: „6.1.1989“.

Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mattes vgl. Dok. 4.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 12 und 15.

EG-Zwölf 1992⁹ erforderlich sind, gehört u. a. auch eine Harmonisierung des Asylrechts.

Art. 16 Abs. 2, Satz 2 GG lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Das Asylverfahrensgesetz von 1982¹⁰ regelt mit Rücksicht auf Art. 19 Abs. 4 GG¹¹ das Asylverfahren und enthält wesentliche Verfahrensgarantien.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im EG-Rahmen und auch im engeren Rahmen des Vertrages von Schengen die zugunsten von potentiellen Asylbewerbern weitestgehende Regelung. Jüngste Versuche einer Änderung des Verfahrensrechts haben gezeigt, wie stark umstritten das Thema ist. Aus zunächst sehr viel weitergehenden Vorschlägen kamen am Ende nur eine Weitergeltung des Verfahrens bei offensichtlich unbegründetem Asylantrag gemäß § 11 Asylverfahrensgesetz, eine Zentralisierung von Ausländerbehörden bei Abschiebungen und eine Beschränkung von Beschwerdemöglichkeiten heraus.

2) Im Übereinkommen von Schengen von 1985 hatten wir uns zum völligen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und deren Verlegung an die Außengrenzen verpflichtet. Zu diesem Zweck bemühen sich die Vertragsstaaten gemäß Artikel 17 zuvor, soweit notwendig, die den Kontrollen zugrundeliegenden Vorschriften zu harmonisieren und ergänzende Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit sowie zur Verhinderung der unerlaubten Einreise von Personen, die nicht Angehörige von Mitgliedstaaten der EG sind, zu ergreifen. Nach Artikel 20 bemühen sich die Vertragsparteien, ihre Sichtvermerkspolitik und ihre Einreisebedingungen zu harmonisieren. Soweit erforderlich, bereiten sie ferner die Harmonisierung ihrer Regelungen in bestimmten Teilbereichen des Ausländerrechts gegenüber Angehörigen von Nicht-EG-Staaten vor.

Zuständig für die Harmonisierung ist aufgrund einer Entscheidung des Bundeskanzlers aus dem Jahre 1985 das Bundeskanzleramt. Das Auswärtige Amt ist in den Arbeitsgruppen, in der „Zentralen Verhandlungsgruppe“ sowie in dem Leitungsgremium „des Ministers und der Staatssekretäre“ (StS Schreckenberger) auf Arbeitsebene vertreten.

3) Im EG-Bereich haben die „EG-Einwanderungsminister“ am 3.6.1988 in München erstmals ein umfassendes Programm für die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zum Abbau der Binnengrenzkontrollen 1992 verabredet, das am 9.12.1988 in Athen bestätigt wurde.

Zuständig ist bei uns der BMI. Das Auswärtige Amt wird vom BMI auf Arbeitsebene beteiligt, ohne allerdings an den Ministertreffen teilnehmen zu können.

4) Stand der Arbeiten

Alle bisherigen Verhandlungsentwürfe zu einer Harmonisierung des Asylrechts beinhalten nur die Vereinbarung von Verfahrenszuständigkeiten und abgestimmte Maßnahmen im Informationswesen wie Maßnahmen gegen Schlepper, gemeinsame Beurteilung der Lage in den Herkunftsländern, Informationszusammen-

⁹ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁰ Für den Wortlaut des Gesetzes über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) vom 16. Juli 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil I, S. 946–954.

¹¹ Für den Wortlaut von Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949, geändert durch das Siebzehnte Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 710.

arbeit über anhängige Asylverfahren. Die materielle Rechtsangleichung wurde bewußt ausgeklammert, weil die nationalen Rechtsordnungen zu unterschiedlich sind.

(a) Die im Entwurf eines ergänzenden Schengen-Übereinkommens vorgesehenen Bestimmungen über die Feststellung des Staates, der für die Behandlung eines Asylbegehrens zuständig ist (Art. 26 ff, Anlage 1¹²), stellen sich in ihren Grundzügen wie folgt dar:

Die Vertragsstaaten bestätigen zunächst „erneut das Interesse, das sie der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951¹³ und dem Protokoll von New York vom 31. Januar 1967¹⁴ über den Flüchtlingsstatus zumessen, und dies ohne jegliche räumliche Einschränkung des Anwendungsgebietes dieser Vertragstexte“ (Artikel 29).

Ferner verpflichten sie sich, daß jedes Asylbegehren, das von einem Drittausländer in einem der Vertragsstaaten gestellt wird, geprüft wird, behalten sich zugleich aber das Recht vor, einen Asylbegehrenden aufgrund des nationalen Rechts und entsprechend den internationalen Verpflichtungen in einen Drittstaat – ggf. auch schon an der Grenze – zurückzuweisen (Artikel 30 Abs. 1 und 2).

Die Zuständigkeit für die Prüfung und Behandlung eines Asylbegehrens soll künftig

- entweder bei dem Vertragsstaat liegen, der dem Asylbegehrenden einen Sichtvermerk oder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt hat,
- oder – sofern der Asylbegehrende in den Vertragsstaaten von der Sichtvermerkpflcht befreit ist oder aber in das Gemeinschaftsgebiet eingereist ist, ohne im Besitz der erforderlichen Einreisepapiere zu sein – bei dem Vertragsstaat, über dessen Außengrenzen der Asylbegehrende in das Gemeinschaftsgebiet eingereist ist (vgl. im einzelnen Art. 31).

Zugleich behält eine für die deutsche Rechtslage wichtige Vorbehaltsklausel jedem Vertragsstaat das Recht vor, „bei Vorliegen von Besonderheiten des nationalen Rechts oder der internationalen Verpflichtungen ungeachtet der Regeln über die Bestimmung des zuständigen Staates ein Asylbegehren auch dann zu behandeln, wenn die Zuständigkeit bei einem anderen Vertragsstaat liegt“ (Artikel 30 Abs. 4).

Die Durchführung des Asylverfahrens selbst erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen des zuständigen Vertragsstaats (Artikel 33).

Der für die Prüfung des Asylbegehrens zuständige Vertragsstaat ist ferner verpflichtet, einen Asylbegehrenden, der sich während der Dauer oder nach rechtskräftigem negativen Abschluß des Asylverfahrens in einen anderen Vertragsstaat begeben hat, wieder zurückzunehmen (Artikel 34, 35).

(b) Der auf der EG-Ebene erarbeitete Kriterienkatalog (Anlage 2¹⁵) deckt sich weitgehend mit den im Rahmen von Schengen in Aussicht genommenen Grund-

¹² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat E 13, Bd. 190236.

¹³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589.

¹⁴ Für den Wortlaut des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die „Kriterien für die Bestimmung des für die Prüfung eines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaates“ vgl. Referat E 13, Bd. 190236.

sätzen, enthält zum Teil allerdings (mit Rücksicht auf die Sonderbelange der Mittelmeeranrainer, DK und GB) detailliertere Regelungen.

Grundsätzlich soll auch hiernach der Staat für die Prüfung eines Asylbegehrens zuständig sein, der dem Asylbewerber eine Aufenthaltserlaubnis oder ein Einreisevisum ausgestellt hat, oder – sofern die Einreise sichtvermerksfrei oder ohne die erforderlichen Einreisepapiere erfolgt ist – der Staat, in den der Asylbewerber zuerst eingereist ist bzw. in dem er zuerst einen Asylantrag gestellt hat. Ebenso wie in dem Schengener Entwurf ist auch hier eine Vorbehaltsklausel vorgesehen, nach der „die zu erlassenden Bestimmungen einen Mitgliedstaat nicht daran hindern sollen, jeden Antrag – gemäß seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften und seinen internationalen Verpflichtungen – zu prüfen“.

(c) Die EG-Kommission hat einen eigenen vorläufigen Richtlinien-Entwurf erarbeitet, aber zunächst bis zum Ergebnis der Arbeiten der EG-Einwanderungsminister zurückgestellt.¹⁶

(d) Der Europarat (CAHAR¹⁷-Ausschuß) arbeitet, unter Beteiligung der nordischen Staaten, der Alpenstaaten und des UNHCR, an einem vergleichbaren Vertrag.

5) Die Kriterienkataloge von Schengen und EG enthalten im wesentlichen zwei rechtliche Konsequenzen:

- Aufnahmeverpflichtung: Die Mitgliedstaaten müssen solche Asylbewerber, die in anderen Mitgliedstaaten einen Asylantrag gestellt haben, unter den in den Kriterien vorgesehenen Maßgaben aufnehmen und die Asylprüfung durchführen.
- Abgabemöglichkeit: Asylsuchende, für die nach den Kriterien ein anderer Mitgliedstaat für die Prüfung der Asylanträge zuständig ist, können an diesen abgegeben werden. (Dazu, was dies für uns bedeutet, vgl. Ziffer 6.)

Die Entwürfe sehen – neben der Garantie jedenfalls eines Asylverfahrens – auch positive Verbesserungen für die Asylbewerber vor, u. a. in der Freizügigkeit und der Familienzusammenführung.

Für die Inkraftsetzung der Schengener Regelung ist ein Ergänzender Staatsvertrag mit Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag vorgesehen. Für die Inkraftsetzung der EG-Regelung ist noch offen, ob dies durch ein „gentlemen's agreement“ (GB, IR), ein Regierungsabkommen¹⁸ oder durch einen vom Parlament zu ratifizierenden Staatsvertrag geschehen soll.

¹⁶ In einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 22. Mai 1989 legten die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Kudlich und Mattes dar: „Die Kommission hatte in ihrem Binnenmarkt-Weißbuch von 1985 angekündigt, sie werde „spätestens 1988 Maßnahmen zum Asylrecht und zur Lage der Flüchtlinge“ vorschlagen. Wegen der konkurrierenden Zuständigkeiten hat die Kommission inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie einen entsprechenden Richtlinien-Entwurf nur vorlegen werde, wenn die Mitgliedstaaten sie dazu auffordern. In der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der EG-Einwanderungsminister am 15.3.1989 hat sich die Kommission bereit erklärt, den materiellen Inhalt der „Kriterien für die Bestimmung des für die Prüfung eines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaates“, die von der Gruppe erarbeitet worden sind, in einen Richtlinien-Entwurf zu übernehmen. Sie wurde darin von Spanien, Italien, Portugal und Griechenland unterstützt. Dagegen votierten die französische, die britische und die deutsche Delegation, unterstützt von NL und DK, für die Form des Staatsvertrages. [...] Daraufhin haben sich nach längerer Diskussion alle Delegationen für die Form eines Staatsvertrages ausgesprochen, der bis 1993 durch die nationalen Parlamente zu ratifizieren wäre.“ Vgl. Referat E 13, Bd. 190236.

¹⁷ Comité ad hoc d'experts sur les aspects juridiques de l'asile territorial, des réfugiés et des apatrides.

¹⁸ Die Wörter „gentlemen's agreement“ und „Regierungsabkommen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Geht das rechtlich?“

6) Wertung

In beiden Bereichen – EG, Schengen – zielen die gegenwärtigen Harmonisierungsversuche auf eine rein verfahrensmäßige Lösung.

a)¹⁹ Eine verfassungsrechtliche Würdigung durch den BMJ aufgrund eines Prüfungsauftrages von StS Kinkel hat die Vereinbarkeit mit Art. 16 GG ergeben: Beide Entwürfe enthalten keine Verpflichtung der Vertragsstaaten, die Prüfung eines Asylbegehrens unter Hinweis darauf, daß ein anderer Vertragsstaat zuständig sei, zu verweigern. Aufgrund der vorgesehenen Vorbehaltsklauseln behielt die Bundesrepublik Deutschland also auch weiterhin die Möglichkeit, ein Asylbegehren trotz der Zuständigkeit eines anderen Vertragsstaates zu prüfen und ihm ggf. stattzugeben, wenn das nationale Recht – hier also der Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG – dies erfordert. Insoweit könnte den Anforderungen des Artikels 16 mithin auch künftig in vollem Umfang Rechnung getragen werden. (Dies übersehen manche Kritiker der gegenwärtigen Harmonisierungsbestrebungen.)

Damit könnte die Regelung andererseits für die Bundesrepublik Deutschland möglicherweise leerlaufen. Der BMI befürchtet deshalb, daß wir zum „Asyl-reserveland“²⁰ werden, wenn Art. 16 GG nicht angepaßt werde. Er befürwortet deshalb eine klarstellende Änderung von Art. 16 GG, die eine „Abgabemöglichkeit“ (siehe oben 5)) vorsehen muß.

Die Bundesregierung wurde auf Ministerebene mit der Frage der Anwendung des Schengener und des EG-Kriterienkatalogs bisher vom BMI noch nicht befaßt. Im Bundesrat hat das Land Baden-Württemberg einen Entschließungsantrag zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene eingebracht²¹, in dem insbesondere die „Bestandskraft und Bindungswirkung“ von Asylverfahren auch in anderen Mitgliedstaaten verlangt wird. Im Bundestag werden die entsprechenden Fragen im Rahmen der Ratifizierung des Ergänzenden Staatsvertrages von Schengen eingehend erörtert werden.

b)²² Was die Linie des Auswärtigen Amts anbelangt, so sollte diese

- angesichts des mit unserem Rechtssystem verträglichen Umfangs der Harmonisierungsbemühungen,
- angesichts unserer grundsätzlich europafreundlichen und Schengen-freundlichen Haltung

positiv sein. Jede „Bremsenrolle“ müßte die Bundesregierung dem Vorwurf aussetzen, in der Verfolgung der von ihr proklamierten europapolitischen Ziele nicht konsequent zu sein.²³ Hier würden Gefahren für unsere Glaubwürdigkeit²⁴ drohen.

¹⁹ Dieser Buchstabe wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist ein Problem.“

²¹ Für den Antrag vom 6. Dezember 1988 für eine Entschließung des Bundesrats zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene vgl. BR DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache 586/88.

²² Dieser Buchstabe wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

²⁴ Korrigiert aus: „Glaubwürdigkeiten“.

Sofern der bisherige Rahmen der Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts eingehalten wird, wird das Auswärtige Amt daher die weitere Mitarbeit im bisherigen Umfang fortführen und diese – nach Maßgabe der personellen Ressourcen – sogar steigern²⁵, da die Phase der Entscheidung über konkrete Texte nunmehr näherrückt. Außerdem muß mit Blick auf die innenpolitische Lage jederzeit ein möglichst genaues Bild darüber gewonnen werden, ob der vorstehend beschriebene Rahmen tatsächlich eingehalten wird.²⁶

Oesterheldt

Referat E 13, Bd. 190236

31

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Wistinghausen

422-413.00 SUA

3. Februar 1989¹

Über Herrn Dg 42², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Handel der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika

Bezug: Ihre Frage auf Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 25.1.1989
– 422-413.00 SUA – (dem Original beigelegt⁵)

Anlg.: 1⁶

²⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben: „Was nur mit personeller Verstärkung geht.“

²⁶ An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Die Verfassung hat Vorrang!“ Vgl. Anm. 3.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationsrat I. Klasse Rondorf konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 3. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 3. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unsere starke Stellung als Handelspartner und Ausfuhrbürge g[e]lge[n]ü[ber] Südafrika ist in der gegenwärtigen politischen Situation problematisch. Kann man bei den Bürgschaften nicht doch etwas kürzer treten?“

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek „n[ach] R[ückkehr]“ und den Rücklauf an Referat 422 „zur gelegentlichen Rücksprache“ verfügte.

Hat in Vertretung Jeloneks Ministerialdirigent Trumpf am 8. Februar 1989 erneut vorgelegen, der ebenso die Weiterleitung an Jelonek „n. R.“ und den Rücklauf an Referat 422 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 8. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 12. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 422 vermerkte: „[Mitte] R[ücksprache].“

Hat Lautenschlager am 16. Februar 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt] – wie b[e]lsp[ro]chen.“

Hat Jelonek am 16. Februar 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Kyaw und Referat 422 verfügte und handschriftlich vermerkte, er werde den Inhalt des von ihm hervorgehobenen Absatzes „mit Schomerus mündlich aufnehmen“. Vgl. Anm. 8.

Hat Kyaw am 17. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Wistinghausen am 20. Februar 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Jelonek notierte: „Die Bundesrepublik Deutschland ist 1988 anstelle Japans der wichtigste Handelspartner Südafrikas (SUA) geworden. Dieses Ergebnis

I. Es gibt im Prinzip vier Handlungsoptionen, mit denen die Bundesregierung auf die Ausweitung unseres Handels mit Südafrika und auf mögliche Kritik an unserer Stellung als größter Handelspartner SUAs reagieren könnte:

- offensive, argumentative Begegnung der Kritik bei Aufrechterhaltung unserer bisherigen Politik (kein Handelsembargo, Ablehnung von Sanktionen);
- Orientierung am Beispiel Japans, d. h., ohne konkrete neue restriktive Maßnahmen zu ergreifen, die Wirtschaft über ihre Spitzenverbände zur Zurückhaltung im Handel mit Südafrika aufzufordern (Gespräch mit DIHT, BDI und BGA⁷),⁸
- Einstellung oder Reduzierung der staatlichen Förderung des Handels mit SUA (Hermes-Bürgschaften, Zuschuß des BMWi für Auslandshandelskammer Johannesburg);
- Zustimmung zu neuen restriktiven Maßnahmen im Rahmen der EPZ (z. B. Kohle).

II. Im einzelnen

1) Option 1 – Beibehaltung bisheriger Linie

Angesichts der grundsätzlichen Ablehnung von Wirtschaftssanktionen als Mittel zur Beilegung politischer Konflikte und der Auffassung, daß Sanktionen gegenüber Südafrika in erster Linie der schwarzen Bevölkerung Schaden zufügen würden, ist es bei daher weitgehend unbeschränktem Handel aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und der Aufnahmefähigkeit unseres Marktes nicht überraschend, daß wir auch im Verhältnis zu SUA wie bei vielen anderen Ländern der wichtigste Handelspartner sind; zumal wenn sich unser schärfster Konkurrent Japan ausnahmsweise zurückhält und mit nicht ganz lauterer Mitteln (Drittlandhandel) seine eigenen Statistiken „frisirt“.

Wir haben die von den Zwölf 1985⁹ und 1986¹⁰ getroffenen „restriktiven Maßnahmen“ voll umgesetzt und wenden sie strikt an, obwohl wir diesen Beschlüssen

Fortsetzung Fußnote von Seite 134

steht fest, obwohl für den Handel Ds mit SUA lediglich die Werte bis November (1–11/88) verfügbar sind. Bei einer Steigerung der deutschen Ausfuhren nach SUA um 32,8 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 5,36 Mrd. DM (3,04 Mrd. US-Dollar) und einer Zunahme der Einfuhren aus SUA um 33 % auf 2,74 Mrd. DM (1,57 Mrd. US-Dollar) übertraf das deutsche Handelsvolumen mit 8,1 Mrd. DM (4,61 Mrd. US-Dollar; 1–11/87: 3,25 Mrd. US-Dollar) bereits ohne die Dezember-Werte das japanische Ergebnis für das ganze Jahr (3,98 Mrd. US-Dollar).“ Vgl. Referat 422, Bd. 149378.

Staatssekretär Lautenschlager vermerkte auf der Aufzeichnung handschriftlich: „Dies ist keine gute Entwicklung unter außenpol[itischen] Aspekten. Was kann man tun?“ Vgl. Referat 422, Bd. 149378.

⁶ Vgl. Anm. 5.

⁷ Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels.

⁸ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Jelonek hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

⁹ Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. September 1985 in Luxemburg wurde eine Erklärung zu Südafrika verabschiedet, die u. a. ein „streng kontrolliertes Embargo“ für die Ausfuhr von Waffen und paramilitärischer Ausrüstung, die Einstellung von Ölexporten, die „Verweigerung der Zusammenarbeit im militärischen Bereich“ und das „Verbot jeder neuen Zusammenarbeit im Nuklearbereich“ vorsah. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1985, S. 86 f. Zur Konferenz vgl. AAPD 1985, II, Dok. 245.

¹⁰ Auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag wurde beschlossen, in den folgenden drei Monaten über die Einführung von Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika zu beraten. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 181.

In einer Erklärung im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel wurde mitgeteilt, „daß die Zwölf nunmehr restriktive Maßnahmen [...] treffen sollen. Dazu gehören

weniger aus eigener Überzeugung als aus EG-Solidarität zugestimmt haben. Hinweise auf ein Unterlaufen der Maßnahmen dritter Staaten (z. B. USA) durch deutsche Firmen liegen nicht vor. Der größte Zuwachs bei den Importen ist zudem bei Gold festzustellen, das, außer in Form von Münzen, überall ohne Restriktionen eingeführt werden kann. Dagegen ist die Einfuhr von Steinkohle, die in anderen Ländern unter Sanktionen fällt, erheblich zurückgegangen. Eine Verlagerung von Handelsströmen aufgrund von weitergehenden Maßnahmen anderer Länder wird also durch die vorliegenden Fakten nicht gestützt.

Wesentlich stärker als die Einfuhren aus SUA (D steht als Kunde hinter JAN und IT erst an dritter Stelle) haben unsere Lieferungen nach SUA zu unserer Stellung als wichtigster Handelspartner SUAs geführt. Hier kommt den Exporten im Fahrzeugbau eine überragende Stellung zu, bei denen es sich zu einem guten Teil um die Lieferung von Teilen zur Montage in den dort ansässigen Tochterunternehmen deutscher Automobilfirmen handeln dürfte (VW, Daimler Benz, BMW). Diese Firmen sind vorbildlich in der Anwendung des EG-Verhaltenskodex¹¹ und haben den IG-Metall-Forderungskatalog (Steinkühler-Initiative¹²) akzeptiert. Eine Beschränkung dieses Sektors müßte die positiven Einwirkungsmöglichkeiten dieser Firmen auf die südafrikanische Arbeitswelt beeinflussen.

Es gibt also genügend Argumente, mit denen der mögliche Vorwurf, unsere Spitzenstellung im Handel mit SUA beweise unsere mangelnde politische Sensibilität im Außenhandel, entkräftet werden könnte. Ein offensives Begegnen

Fortsetzung Fußnote von Seite 135

das Verbot neuer Investitionen sowie das Verbot der Einfuhr von Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südafrika. [...] Die meisten Partnerländer wären bereit, ein Einfuhrverbot für Kohle aus Südafrika zu verhängen, wenn hierüber Einvernehmen erzielt werden sollte. Der Vorsitz wird sich in dieser Frage weiterhin um einen Konsens auf der Grundlage der Erklärungen des Europäischen Rates von Den Haag bemühen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 9/1986, S. 92.

- ¹¹ Mit dem von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Verhaltenskodex vom 20. September 1977 waren die in Südafrika durch Vertretungen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften tätigen Unternehmen aus EG-Mitgliedstaaten verpflichtet, Maßnahmen zur betriebsrechtlichen Gleichstellung „schwarzafrikanischer Arbeitnehmer“ sowie zur „Beseitigung jeglicher Rassentrennung“ zu ergreifen und hierüber jährlich Bericht zu erstatten. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1977, S. 51–53.

Am 14. Februar 1989 erklärten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Madrid, sie hätten den zusammenfassenden Bericht über den Zeitraum vom 1. Juli 1986 bis 30. Juni 1987 gebilligt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1989, D 416 f.

- ¹² Im April 1988 legte die IG Metall ein Papier vor mit dem Titel „Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen. Gemeinsame Forderungen der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland und des Südafrika-Rates des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes“. Vgl. dazu Referat 422, Bd. 149370. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 213.

Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 1. März 1989 für Bundesminister Genscher: „Am 24.2.1989 fand in Brüssel die zweite Sitzung der Ad-hoc-Expertengruppe zur Frage der Integration der 14 Punkte des IG-Metall-Forderungskatalogs in den EG-Verhaltenskodex statt. Auf ihrer ersten Sitzung hatte die Gruppe Einigung darüber erzielt, daß neun der 14 Forderungen weiterhin auf die Möglichkeit hin ausgelotet werden, ob sie in den Kodex übernommen werden können, während über fünf Punkte kein Konsens gefunden werden konnte“. Die Verhandlungen seien so schwierig gewesen, daß nur fünf der neun Punkte diskutiert worden seien; bei drei von diesen fünf Punkten habe sich die Gruppe auf einvernehmliche Formulierungen einigen können: „GB stellte unter Hinweis auf den Brief von AM Howe an Sie [...] selbst seine Zustimmung zu den drei Punkten unter den grundsätzlichen Vorbehalt, daß es jeder Änderung des Kodex weiterhin ablehnend gegenüberstehe.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149371.

der Kritik bei Beibehaltung der bisherigen Linie würde unsere grundsätzliche Ablehnung von Sanktionen erneut glaubhaft¹³ unter Beweis stellen und uns bei ähnlich gelagerten Fällen bei anderen Ländern weiterhin erlauben, unter Berufung auf unsere Grundsatzposition die Mitwirkung an Boykottmaßnahmen zu verweigern. Als stark exportorientiertes Land haben wir ein vitales Interesse, eine Politisierung und damit Instrumentalisierung des Außenhandels zu vermeiden. Diese wohlerwogene Position sollte auch nicht unter dem Druck aktueller Ereignisse aufgegeben werden. (Unser Warenaustausch mit Südafrika sollte nicht mit dem möglichen Fehlverhalten einiger deutscher Firmen in der „Libyen-Affäre“¹⁴ vermengt werden.)

2) Option 2 – Gespräch der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden

Da angesichts der Emotionalisierung der öffentlichen Diskussion über die moralische Sensibilität unserer Außenwirtschaft eine differenzierende Betrachtungsweise des Außenhandels mit SUA viele Beteiligte überfordern dürfte, könnte zur Begrenzung des möglicherweise eintretenden politischen Schadens ein Gespräch mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (DIHT, BDI, BGA) erwogen werden, um über diese die Unternehmen zur Zurückhaltung im Handel mit SUA aufzufordern. Dieser Weg hätte den Vorteil, der Bundesregierung politisch Entlastung zu verschaffen, ohne daß sie von ihrem grundsätzlichen Nein zu Sanktionen abgehen müßte. Darüber hinaus würde dadurch die Wirtschaft politisch verstärkt in die Pflicht genommen. Es ist allerdings sehr fraglich, ob diese Maßnahme i. e. S. greifen würde, d. h. sich konkret in einer Abschwächung unseres Warenaustauschs niederschlagen würde. Die auf den engen persönlichen Verbindungen zwischen Bürokratie und Wirtschaft und der überragenden Stellung der großen Handelshäuser im Außenhandel beruhende besondere „responsiveness“ der japanischen Wirtschaft gegenüber „administrative guidance“ der Regierung ist auf deutsche Verhältnisse nicht übertragbar. Eine solche „Grauzonen“-Maßnahme könnte überdies zu einer Verunsicherung der Wirtschaft mit der Folge beitragen, daß die Bundesregierung gefordert sein könnte, über SUA hinaus eine Liste von Ländern zu erstellen, mit denen Außenhandel als politisch bedenklich gewertet wird.

3) Option 3 – Rücknahme der staatlichen Außenhandelsförderung

a) Hermes-Bürgschaften

Unsere Stellung als Handelspartner Nr. 1 SUAs ist in erster Linie auf unsere Exporterfolge zurückzuführen. Eine restriktivere Handhabung unseres Bürgschaftsinstrumentariums könnte mittelfristig Konsequenzen auf die Handelszahlen haben. Derzeit liegt SUA mit neuen Deckungen von rd. 1,5 Mrd. DM pro Jahr weltweit an zweiter Stelle¹⁵ (hinter Türkei). Davon entfallen jedoch rd. 95 % auf weniger risikoreiche kurzfristige Geschäfte, die vorläufig überwiegend auch ohne staatliche Garantien abgewickelt werden dürften. Unsere Deckungspolitik gegenüber Südafrika sieht z. Zt. eine Orientierungsgröße pro Einzelgeschäft von 50 Mio. DM und eine Kreditlaufzeit von fünf Jahren vor. Im März

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

¹⁵ Die Wörter „weltweit an zweiter Stelle“ wurden von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sic.“

1986 hatte der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß allerdings beschlossen, intern bei Kreditlaufzeiten von mehr als einem Jahr nur Auftragswerte bis zu 20 Mio. DM anzunehmen. AA hat bisher der von anderen Ressorts befürworteten Aufhebung dieser Beschränkung nicht zugestimmt, bei Kreditgeschäften mit Auftragswerten über 20 Mio. DM wird deshalb Leitungsentscheidung eingeholt. Das Obligo des Bundes aus Südafrika-Gewährleistungen ist zwar seit einiger Zeit trotz des Anstiegs der Ausfuhrwerte rückläufig (Zahlen zum Jahresende):

1983: 7,5 Mrd. DM

1985: 6,5 Mrd. DM

1987: 6,0 Mrd. DM

1988: 5,8 Mrd. DM

Eine weitere deutliche Abnahme ist allerdings nicht zu erwarten.

Da nach § 9 Bundeshaushaltsgesetz¹⁶ Ausfuhrgewährleistungen nur für förderungswürdige Ausfuhrgeschäfte übernommen werden dürfen, könnte das AA der Verbürgung von SUA-Geschäften ganz oder teilweise widersprechen, wenn der Handel mit SUA aus außenpolitischen Gründen als nicht mehr förderungswürdig angesehen wird. Dies hätte nach außen eine erhebliche Signalwirkung. Ein solcher Schritt hätte jedoch den Charakter einer Sanktionsmaßnahme¹⁷ und stünde nicht im Einklang mit der bisherigen Politik der Bundesregierung, das Bürgschaftsinstrumentarium nicht zu politisieren.

b) Sonstige Außenwirtschaftsförderung

Eine weitere Möglichkeit zu dokumentieren, daß der Handel mit SUA politisch unerwünscht ist, ohne ihn direkt mit Sanktionen zu belegen, wäre die Reduzierung der Präsenz unseres Förderinstrumentariums vor Ort. Ein Abzug des BfAI¹⁸-Korrespondenten sowie eine Verringerung oder Streichung des Zuschusses aus Haushaltsmitteln des BMWi an die AHK¹⁹ Johannesburg kämen hierbei in Betracht. Allerdings ist zu bedenken, daß die Kammer ein liberales Element in der dortigen deutschen Kaufmannschaft darstellt, dessen Schwächung in anderer Beziehung (z.B. Umsetzung der Steinkühler-Initiative) für uns politisch nachteilig sein könnte.

4) Option 4 – Zustimmung zu neuen restriktiven Maßnahmen im Rahmen der EPZ

Dies wäre die deutlichste Abweichung von der von uns bis jetzt vertretenen Position und käme einer politischen Kehrtwendung gleich. Auf der anderen Seite handelt es sich um die „sauberste“ Lösung, wenn man der auf dem (unberechtig-

¹⁶ Für den Wortlaut von § 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1989 (Haushaltsgesetz 1989) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil I, S. 2248 f.

¹⁷ Die Wörter „Charakter einer Sanktionsmaßnahme“ wurden von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu Fragzeichen.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte dazu handschriftlich: „Nach R[ück]spr[ache] mit H[errn] Trumpf: Bisher gilt unbestritten, daß eine restriktive Deckungspolitik – solange sie nicht risikobedingt ist – zu den wirtschaftl[ichen] Sanktionsmaßnahmen zählt (vgl. auch die entsprechenden internationalen (VN) und nationalen (Bundestag) Forderungen).“

¹⁸ Bundesstelle für Außenhandelsinformation.

¹⁹ Außenhandelskammer.

ten) Verdacht eines Unterlaufens der schärferen Maßnahmen anderer Länder fußenden Kritik an unserem Handel mit SUA den Boden entziehen will. Da im Rahmen der EPZ weiterhin ein Prüfungsauftrag für ein Importverbot südafrikanischer Kohle besteht, gerade hier das amerikanische Paket über das europäische hinausgeht und bisher eine Einführung dieser Maßnahme im wesentlichen am Widerstand der Bundesregierung scheiterte, wäre hier eine Einigung der Zwölf am ehesten zu erreichen. Eine solche Maßnahme zählt anerkanntermaßen zu den einschneidendsten und würde gerade deshalb allerdings die schwarze Bevölkerung besonders hart treffen.

III. Eine Abwägung aller Optionen führt zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu dem Schluß, daß auf die Ausweitung unseres Handels mit SUA nicht mit zusätzlichen restriktiven Maßnahmen geantwortet werden sollte. Deren etwaige Einführung sollte nicht unilateral geschehen und von der Entwicklung der Handelszahlen abhängig gemacht werden, sondern erst dann erfolgen, wenn die Zwölf im Rahmen ihrer ständigen Prüfung der Effektivität der Beschlüsse von 1985 und 1986 vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation in Südafrika zu dem Schluß kommen sollten, daß weitere Schritte zur Aufrechterhaltung des politischen Drucks auf die Regierung in Pretoria notwendig sind. Welche Maßnahmen dazu am besten geeignet sind, sollte in erster Linie nicht im Hinblick auf deren Auswirkungen auf das Handelsvolumen, sondern mit der Zielrichtung geprüft werden, bei hoher Wirksamkeit als politisches Signal die negativen Effekte auf die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu beschränken.

Wistinghausen

Referat 422, Bd. 149378

32

Deutsch-spanische Konsultationen in Sevilla

6. Februar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt!

Deutsch-spanische Konsultationen der Regierungschefs und Außenminister in Sevilla am 5./6. Februar 1989;

hier: Plenarsitzung unter Vorsitz der Regierungschefs am 6.2.1989

1) *MP*² hebt zur Eröffnung der Plenarsitzung hervor, das diesjährige Regierungstreffen sei das sechste seit der Einführung derartiger hochrangiger Begegnungen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 8. Februar 1989 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Weinberger am 10. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro „zur Billigung durch BM“ verfügte.

² Felipe González Márquez.

im Jahre 1983.³ Erneut habe sich gezeigt, daß die bilateralen Beziehungen problemlos seien. Die Verständigung habe in herzlicher Atmosphäre stattgefunden. Beide Regierungschefs wußten sich einig in ihren Bemühungen um den Aufbau Europas und um die weitere Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte⁴. Der Aufbau Europas sei ein Prozeß, der nicht mehr aufzuhalten sei. Wichtig sei die Weiterentwicklung der EEA: Hier komme den Problemen des Grenzabbaus, der Währungsvereinheitlichung, des sozialen Raums und der EG-Außenbeziehungen hohe Priorität zu. Von großer Bedeutung sei auch die weitere Abstimmung in West-Ost-Fragen und bei den Problemen der Sicherheit.

BK dankt für die gastfreundliche Aufnahme und besonders für die Gelegenheit zu persönlicher Begegnung mit MP in den letzten 48 Stunden.⁵ Hierdurch sei die persönliche Freundschaft noch intensiver geworden. Das Treffen finde zu Beginn der spanischen EG-Präsidentschaft⁶ statt, die wir mit großer Tatkraft unterstützen wollten. Unvergessen sei, daß vor einem Jahr Spanien auch uns in unserer Präsidentschaft⁷ volle Unterstützung gewährt habe.

Die deutsch-spanischen Beziehungen seien uralte. Beide Länder seien sich einig, daß Europa mehr sein müsse als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Ganz Europa müsse auf Dauer in die Dynamik einbezogen werden. Dies sei nur möglich, wenn auch die kulturelle Dimension ihren prägenden Einfluß ausüben könne. In Deutschland sorgten viele Tausende von Spaniern dafür, daß der kulturelle Austausch fortschreite. Bilaterale Fortschritte beim Kulturaustausch seien wichtig. Deshalb habe man besprochen, mehr für die Sprache des jeweils anderen Landes zu tun. Man solle nicht vergessen, daß Deutsch in der EG die meistgesprochene Sprache sei. Spanisch bilde wiederum die Brücke zu Lateinamerika, dessen Bedeutung in Zukunft noch wachsen werde.

Bis zur Verwirklichung des Gemeinsamen Binnenmarktes seien es noch 46 Monate. Dies sei eine kurze Zeit angesichts der zu bewältigenden Aufgaben. Er wünsche, daß im Jahre 1989 die spanische und anschließend die französische EG-Präsidentschaft⁸ erfolgreich sein mögen.

2) MP erteilt das Wort an die Außenminister:

AM *Fernández Ordóñez* berichtet über die Gesprächsthemen des Vortages⁹: Wichtigster Punkt sei das Thema der chemischen Waffen gewesen. Alle EG-

³ Die deutsch-spanischen Konsultationen fanden zuletzt am 17. September 1987 statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 260.

⁴ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna vermerkte am 26. Januar 1989, Bundeskanzler Kohl verbringe den 4./5. Februar 1989 „privat im Gästehaus des spanischen Regierungschefs im Naturschutzgebiet Coto de Doñana an der Atlantikküste (südwestlich von Sevilla). Der offizielle Teil beginnt am Sonntag, den 5.2.1989, um 16.00 Uhr auf dem Gelände der Weltausstellung EXPO 92. Im Anschluß daran werden im Delegationshotel Alfonso XIII. die Fachgespräche aufgenommen“. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 173495.

⁶ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

⁷ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

⁸ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁹ Bundesminister Genscher und der spanische Außenminister Fernández Ordóñez sprachen am 5. Februar 1989 in Sevilla über Maßnahmen zur Verhinderung der Proliferation chemischer Waffen sowie über deren weltweites Verbot, ferner über die libysche Chemieanlage in Rabta. Zudem thematisierten sie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zur EFTA und zu den USA, die Lage im

Partner seien besorgt über die Entwicklung. Vor diesem Hintergrund sei deutsche CW-Initiative zu begrüßen.¹⁰ Das Thema müsse man auf vier Ebenen weiterverfolgen:

- bei Genfer CW-Konferenz,
- in der Australischen Gruppe,
- in der EG (Verordnungsentwurf der EG-Kommission zur Ausfuhrkontrolle von CW-Vorelementen¹¹),
- in der EPZ.

Weiter sei über den Fortgang von Lomé IV¹² und die Vorbereitung der Konferenz in Brazzaville¹³ gesprochen worden. Hinweis auf spanisches Interesse an Einbeziehung von Santo Domingo und Haiti.

Das Verhältnis EG/EFTA sei gründlich erörtert worden. Es sei sehr wichtig für die Weiterentwicklung in Europa. Derzeit würde über mögliche neue Perspektiven nachgedacht, auch in der Kommission. In diesem Zusammenhang habe man auch über mögliche Beitritte von EFTA-Ländern in die Gemeinschaft gesprochen.

Im Verhältnis EG/USA habe man den bevorstehenden Besuch von US-AM Baker¹⁴ vorbereitet sowie über die Auswirkungen des Hormonstreits¹⁵ auf die Handels-

Fortsetzung Fußnote von Seite 140

Nahen Osten und die Vorbereitung der fünften Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 173495.

¹⁰ Vgl. das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1989 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez; Dok. 27, Anm. 24.

¹¹ Auf Vorschlag der EG-Kommission erließ der EG-Ministerrat auf seiner Tagung am 20. Februar 1989 in Brüssel die Verordnung (EWG) Nr. 428/89 „betreffend die Ausfuhr bestimmter chemischer Erzeugnisse“. Danach mußte bei der Ausfuhr von acht chemischen Erzeugnissen, deren Liste gegebenenfalls geändert werden konnte, eine von den zuständigen Behörden der EG-Mitgliedstaaten erteilte Genehmigung vorgelegt werden. Diese Genehmigung durfte nicht erteilt werden, wenn Grund zu der Annahme bestand, daß die betreffenden Erzeugnisse zur Entwicklung oder Herstellung chemischer Waffen verwendet oder daß sie unmittelbar oder mittelbar an kriegführende Staaten oder in Gebiete mit starken internationalen Spannungen geliefert werden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 50 vom 22. Februar 1989, S. 1 f.

¹² Korrigiert aus: „V“.

Referat 413 vermerkte am 14. März 1989: „Das dritte AKP-EWG-Abkommen vom 8.12.1984 (Lomé III), dem 66 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik angehören, läuft Ende Februar aus. Die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen wurden am 12./13. Oktober 1988 mit einem AKP-EWG-Ministertreffen in Luxemburg eröffnet. [...] AKP-Forderungen gehen naturgemäß weit über das Gemeinschaftsangebot hinaus [...]. Die Gemeinschaft wird die Themen Bevölkerungspolitik, Umwelt und Forschung besonders hervorheben. Sie strebt an, daß der Umweltschutz systematisch bei der Konzipierung von Kooperationsvorhaben berücksichtigt wird.“ Vgl. Referat E 22, Bd. 175794.

¹³ Zur EG-AKP-Konferenz auf Ministerebene am 16./17. Februar 1989 teilte Vortragender Legationsrat Bettzuege am 22. Februar 1989 mit: „Trotz zum Teil erheblicher Differenzen in zentralen Fragen wie Handelsregelung, Finanzvolumen, Stabex und Behandlung von Schuldenfrage war AKP bestrebt, Konfrontation zu vermeiden. [...] AKP haben erneut zu erkennen gegeben, daß für sie Verbesserung der Handelsregelung Prüfstein für das nächste Abkommen sein wird. [...] AKP stimmten Beitrittsantrag Haitis zu, während Beitrittsantrag Dominikanische Republik weiter geprüft wird. Zurückhaltend gegenüber Dom[inikanischer] Rep[ublik] sind vor allem die Mitglieder des Zuckerprotokolls, die langfristig eine Schmälerung ihrer Vorteile durch den Beitritt eines weiteren großen Zuckerproduzenten befürchten.“ Vgl. den Runderlaß; Referat E 22, Bd. 175794.

¹⁴ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 40 und Dok. 41.

Am 11. Februar besuchte er Island, am 11./12. Februar Großbritannien, am 13. Februar Dänemark und Norwegen, am 14. Februar Griechenland und die Türkei, am 14./15. Februar Italien, am 15. Februar

beziehungen gesprochen. Daneben haben die US-Haltung zum Telekommunikationsaustausch und der US-Wunsch, die Einfuhr von Militärgütern nicht mit EG-Einfuhrzöllen zu belegen, eine Rolle gespielt.

Im Hinblick auf das bevorstehende San-José-Treffen in San Pedro Sula (27./28.2.1989) sei die Bundesregierung um Unterstützung des Projekts der fünf mittel-amerikanischen Staaten gebeten worden.¹⁶

Die EG-Kontakte im Nahen Osten seien ausführlich zur Sprache gekommen.

Auf dem Abrüstungsgebiet sei der Beginn der KRK-Verhandlungen am 6. März in Wien¹⁷ ein Grund zur Hoffnung.

BM dankt AM für die Übersicht und ergänzt zum Thema CW, daß man sich mit spanischem Vorsitz geeinigt habe, die nächste Sitzung der Australischen Initiative möglichst schon auf März 1989 vorzuverlegen.¹⁸ Dort werde es um die Exportkontrolle für chemische Anlagen gehen. Darüber hinaus wolle man eine schnelle Behandlung des Verordnungsentwurfs der EGK über Vorprodukte erreichen. Die Reaktion von Kommissionspräsident Delors sei positiv gewesen. Schließlich müsse der Impuls der Pariser CW-Konferenz¹⁹ für die Genfer Verhandlungen²⁰ genutzt werden. In der EPZ müßten diplomatische Schritte geprüft werden, um die Herstellung von CW in Libyen zu verhindern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 141

Portugal und Spanien, vom 15. bis 17. Februar Belgien und die NATO, am 16. Februar Luxemburg und die Niederlande sowie am 17. Februar 1989 Frankreich.

¹⁵ Referat 411 notierte am 9. Februar 1989: „Auf deutsche Initiative hin war Ende 1985 die Hormon-Richtlinie (HRL) mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet worden. Die HRL ist am 1.1.88 in Kraft getreten und sieht in der Gemeinschaft ein allgemeines Verbot des Einsatzes von Steroidhormonen in der Tiermast (als Wachstumsbeschleuniger) zu anderen als therapeutischen Zwecken vor. Auch Fleisch aus Drittländern ist von der HRL betroffen: Nutztiere, denen zuvor Sexualhormone zu nichttherapeutischen Zwecken verabreicht wurden, und das Fleisch von solchen Tieren dürfen aus Drittländern nicht in die EG eingeführt werden. [...] Besondere Auswirkungen hat die HRL auf die Handelsbeziehungen EG – USA. Die US-Exporte von unbehandeltem Fleisch (hochwertiges und geringerwertiges Rindfleisch und Schlachtabfälle) in die EG machen ca. 150 Mio. US-Dollar [jährlich] aus. [...] Nachdem bilaterale Konsultationen zwischen den USA und der EG bis zum Jahreswechsel 1988/89 fruchtlos blieben, setzten die USA ihre bereits Anfang 1988 [...] vorbereiteten Strafzölle zum 1.1.89 in Kraft“. Mit dem Ziel der Schadensbegrenzung seien Fleischimporte, die zu Tierfutter verarbeitet werden, von der HRL ausgenommen worden. Vgl. Referat 411, Bd. 160536.

¹⁶ Zur fünften Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentral-amerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe vgl. Dok. 55.

¹⁷ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

¹⁸ Das Treffen der Australischen Gruppe fand vom 9. bis 11. Mai 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1175/1176 des Ministerialdirigenten von Kyaw, z. Z. Paris, vom 12. Mai 1989; Referat 222, Bd. 162089.

¹⁹ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

²⁰ Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 22. Februar 1989: „Am 20.2.89 fand die erste Sitzung der unter unserem Vorsitz tagenden AG 1 (Verifikation) statt. [...] Hauptgegenstand der Diskussion war die sogenannte Verifikationslücke. Aus den Beratungen sind folgende Punkte hervorzuheben: Es besteht nicht nur ein großes Gefälle beim Wissensstand der Delegationen, auch die Bereitschaft, dieses Thema aufzugreifen, ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während vor allem Vertreter westlicher Delegationen auf gründliche und detaillierte Befassung mit der Verifikationslücke drangen, war vor allem bei G 21-Delegationen Zurückhaltung zu spüren. Bei einigen G 21-Staaten scheint die Befürchtung zu bestehen, daß neue Verifikationssysteme entwickelt und eingeführt werden könnten, die zusätzliche Kosten, aber nur einen bescheidenen Gewinn an Sicherheit erbringen. Besonders Argentinien machte sich zum Fürsprecher dieser Sichtweise

Abschließend sei die Übereinstimmung beider AM zu betonen, einen Handelskrieg mit den USA zu vermeiden.

3) Zum Wirtschaftsbereich gibt Wirtschafts- und Finanzminister *Solchaga* folgenden Überblick:

Man habe über die bilaterale Wirtschaftsentwicklung in beiden Ländern gesprochen, ebenso über die Entwicklung auf dem Weltmarkt sowie über den Prioritätenkalender für EcoFin.

SPA sei insgesamt zufrieden mit der Wirtschaftsentwicklung. Beide Länder hätten 1988 große Wachstumsraten erreicht. Dies werde sich 1989 nicht ganz wiederholen lassen. In Spanien werde die Entwicklung z.Zt. durch eine restriktivere Wirtschaftspolitik gemildert. Trotz hohen Handelsdefizits für Spanien und angesichts der Notwendigkeit großer spanischer Anstrengungen in der Zukunft habe Spanien im bilateralen Handelsaustausch gegenüber D einen positiven Saldo bei Dienstleistungen und Tourismus erreichen können.

Mittelfristig wolle man voll wettbewerbsfähig werden. Im internationalen Bereich habe BM Haussmann über seinen Besuch in Washington²¹, StS Tietmeyer über die Konferenz der G5 und G7²² berichtet. Die Frage bleibe offen, wie das hohe US-Defizit verringert werden kann. Die Handelsbeziehungen EG/USA seien schwieriger geworden. Die nächsten Gespräche im GATT würden nicht einfach sein. Im EcoFin seien die Prioritäten die Harmonisierung der Steuern und die Richtlinien über die Unternehmenskonzentration. Bis 1992 bleibe nicht viel Zeit.

BM Haussmann ergänzt, bei den Gesprächen habe sich sein Eindruck bestätigt, daß sich beide Länder bis 1992 ideal ergänzen könnten, namentlich durch europäische Arbeitsteilung nach dem Vorbild Korea/Japan, um bis zur Vollendung des Binnenmarktes noch wettbewerbsfähiger zu werden. Die Vorbereitungen für das GATT-Treffen²³ sollten möglichst breit auch mit anderen Ländern koordiniert werden, wir sollten die Positionen offenhalten. Er sehe Schwerpunkte bei der Mittelstandspolitik und bei der Verbesserung des Wettbewerbsrechts für kleine und mittlere Betriebe.

StS Tietmeyer informiert zusammenfassend über die Ergebnisse der Treffen G5 und G7 in Washington. In der Gruppe der Fünf habe man Erfolge bei der Stabilisierung der Wechselkurse erreicht. Man hoffe, daß sich die gute Entwick-

Fortsetzung Fußnote von Seite 142

und stellte Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte in den Vordergrund.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 423; Referat 222, Bd. 162072.

²¹ Bundesminister Haussmann besuchte die USA vom 1. bis 5. Februar 1989. Unter anderem traf er am 2. Februar 1989 mit dem amerikanischen Außenminister Baker zusammen. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am selben Tag, Baker habe die Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik angesprochen: „Japan habe seinen Überschuß senken können, nicht so Deutschland. Dies sei problematisch. [...] Er habe vor dem Senat erklärt, wenn erst einmal die USA protektionistisch würden, werde das System des Freihandels weltweit verlorengehen. Zwar könnten Beratungen der G5/G7 bei der Lösung dieses Problems helfen, wichtig sei vor allem aber die Zurückführung des deutschen Außenhandelsüberschusses.“ Baker habe weiter dargelegt, die Bundesrepublik müsse die Binnen-nachfrage erhöhen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 505; Referat 431, Bd. 160651.

²² Vom 3. bis 5. Februar 1989 kamen die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der G7-Staaten in Washington zusammen, um über die Fortsetzung der währungspolitischen Zusammenarbeit zu beraten.

²³ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 103.

lung der Weltwirtschaft 1989/1990 fortsetzen werde. Leider gebe es in einigen Ländern (u. a. USA, GB) gewisse Inflationstendenzen. Immerhin habe sich die US-Außenhandelsbilanz deutlich verbessert. Umgekehrt sei der deutsche Überschuß um 40 % zurückgegangen.

Zur Schuldenstrategie seien damals in Toronto²⁴ für eine Reihe der ärmsten Länder Fortschritte erreicht worden. Jetzt müsse man an den Grundsätzen der „Baker-Strategie“²⁵ festhalten und die Banken dazu anhalten, die Schulden der Länder mit positivem Anpassungsprozeß zu verringern. Dazu brauche man ein flexibles Steuersystem und Anreize, um die Schuldenreduzierung auf den Sekundärmärkten zu erleichtern (Cash-buy-back-Prinzip fördern).

BK ergänzt, 1989 könne ein Schicksalsjahr nicht nur für die EG, sondern auch für das Verhältnis der Industrieländer zur Dritten Welt werden. Dies solle bei EG-Gipfel²⁶ erörtert werden, um das Thema dann beim Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.7.1989²⁷ zu diskutieren. Darüber müsse man mit USA sprechen.

In den nächsten Monaten werde man sich dann in Paris über den sog. Brasilien-Kredit²⁸ entscheiden müssen. Dieser habe auch beträchtliche ökologische Auswirkungen. Man wolle 136 Staustufen für Wasserkraftwerke im tropischen Regenwald anlegen. Wenn man bedenke, daß Brasilien über 40 % aller tropischen Regenwälder verfügt, wird die Gefahr irreparabler Schäden am Weltklima deutlich.

Allerdings sei die psychologische Situation schwierig: Wir müssen diese Länder trotz ihres hochentwickelten Nationalismus bitten, nachzudenken. Dabei helfe nur Barzahlung. Das Schuldenproblem müsse auf dem Weltwirtschaftsgipfel

²⁴ In Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

²⁵ Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

²⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

²⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

²⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte am 27. Dezember 1988: „Die Weltbank prüft zur Zeit die Vergabe eines Kredits an Brasilien in Höhe von 500 Mio. US-Dollar für den Energiebereich. An diesen Kredit sind weitere Kredite von dritter Seite in Höhe von 1,05 Mrd. US-Dollar gebunden [...]. Der Kredit soll der brasilianischen Elektrizitätsgesellschaft ‚Electrobras‘ zur Verfügung gestellt werden, die seit August 1988 auch für die brasilianischen Kernkraftwerke zuständig ist. Bei der Prüfung des Kredits stehen zwei Aspekte im Vordergrund: die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken, vor allem von Angra III (wird von KWU gebaut); die Umweltverträglichkeit des brasilianischen Energieprogramms.“ Brasilien werfe der Bundesrepublik vor, den Kredit zu blockieren. Für den Fall, daß der Kredit nicht bewilligt werde, sähen das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft negative Auswirkungen auf den Bau von Angra III und die Gefahr einer Einstellung der Bauarbeiten. Dies müßte zu „erheblichen Entschädigungen aus der Hermes-Bürgschaft“ führen. Vgl. Referat 330, Bd. 142871.

Das Kabinett beriet am 17. Januar 1989 über den Kredit. Referat 330 notierte am folgenden Tag: „Der Bundeskanzler war sehr detailliert mit der Problematik des Kredits vertraut. Er betonte den dramatischen Schwund der tropischen Regenwälder, dem jetzt entgegengehalten werden müsse. [...] Er habe Befürchtungen, daß die von der Weltbank ausgehandelten Auflagen für den Schutz der Umwelt eventuell nicht eingehalten würden. [...] BM Töpfer unterstrich das pilateske Verhalten der industrialisierten Staaten. Brasilien solle auf Wasserkraft und Kohle wegen der Umwelt, auf nukleare Energie wegen der Rentabilität verzichten. Damit sei Brasilien vor eine ausweglose Situation gestellt. Die Bundesregierung müsse sich davor hüten, zusammen mit den anderen nördlichen Staaten eines ökologisch motivierten Neo-Kolonialismus bezichtigt zu werden.“ Kohl neige momentan „zur Ablehnung“. Der Fall solle weiter geprüft werden. Vgl. Referat 330, Bd. 142871.

besprochen werden. Die spanische Präsidentschaft könne die EG-Diskussion zu dem Thema intensivieren. Damit falle Spanien eine wichtige Aufgabe zu. Dies sei ein Zukunftsproblem, von dessen Bedeutung man auch die Wähler überzeugen müsse.

MP stimmt BK voll zu. Länder wie Brasilien und Venezuela hätten eine große Zukunft, nur sehe leider die Gegenwart immer finster aus. Die Vermarktung der Altschulden der LA-Länder auf dem Sekundärmarkt sei ein großes Problem. Wenn diese Länder nicht zahlen könnten, müsse man ganz neue Konditionen erfinden. Man brauche dafür eine Kombination von politischer Kooperation bei der Schuldentilgung und bei der Verbesserung der Handelsbeziehungen. Politische Kooperation und eine Friedensregelung in Mittelamerika seien auch nötig, um den Demokratisierungsprozeß durch richtige Wirtschaftsbedingungen zu fördern.

4) Spanischer Industrieminister *Aranzadi* faßt zusammen: Er habe mit den Bundesministern Haussmann und Riesenhuber über Prioritäten der EG-Präsidentschaft im industriellen und im Energiebereich gesprochen. In Energiefragen schreite der Binnenmarkt fort. Wichtig sei auch die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. In der Weltraum-Zusammenarbeit möchte Spanien an ESA teilnehmen. BMFT habe sich hierüber befriedigt gezeigt. Weiteres Thema sei die Beteiligung von MBB am spanischen Satelliten-Programm gewesen. Dieses solle wettbewerbsfähig werden. Man werde die Ausschreibung entsprechend formulieren. Auch industrielle Zusammenarbeit beim Umweltschutz, z.B. zweites EUREKA bei Kohleverbrennungs-Projekt und Studien über erneuerbare Energien, hätten eine Rolle gespielt, ebenso hochauflösende TV-Technologie bei EUREKA. Hier brauche man breitere Basis.

Man habe eine erfreuliche Entwicklung bei gemeinsamen Forschungsprojekten festgestellt, z.B. in der Ressourcenforschung oder auch beim Austausch von Wissenschaftlern, im Bereich der Biotechnologie, der Astrophysik, der Umwelt und der Antarktis-Forschung. Man wolle auch deutsche und spanische Forscher austauschen. In der Gemeinschaft wolle Spanien für 1989 ein Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung ausarbeiten. Dies könnte dann von F weitergeführt werden.

BM *Riesenhuber* betont die herzliche Zusammenarbeit auf vielen Gebieten. Einige Forschungsvorhaben – wie z.B. in Almería²⁹ – sollten zur Marktreife gebracht werden. Bei Zusammenarbeit im Weltraum seien Qualität und Quantität des Rückflusses wichtig. Auch das Satelliten-Projekt Hispasat³⁰ sei angesprochen worden; ggf. biete sich hier Ariane als Trägersystem an.

²⁹ Im Jahresbericht über Forschung und Technologie in Spanien für 1988 vermerkte Regierungsdirektor Delás, Madrid, am 7. August 1989, zwischen der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt und dem Centro de Investigación Energética Medio Ambiental y Tecnológica – Instituto de Energías Renovables bestehe eine Vereinbarung vom 15. Oktober 1986 „über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonnenenergie, insbesondere bei der langfristigen Nutzung der Solarplattform Almería“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1696; Referat 430, Bd. 154622.

³⁰ Gesandter Trefftz, Madrid, berichtete am 9. Februar 1989 über das Gespräch des Bundesministers Riesenhuber mit dem spanischen Industrie- und Energieminister am 5. Februar 1989 in Sevilla, bei dem auch der Bau eines spanischen Telekommunikationssatelliten thematisiert wurde: „Minister Aranzadi unterrichtete seinen deutschen Gesprächspartner, daß die spa[nische] Regierung noch

5) *MP* dankt abschließend für die guten Gespräche. Spanien und die Bundesrepublik Deutschland seien – das habe sich in Sevilla erneut gezeigt – ideale Partner. Man hoffe auf substantiellen deutschen Beitrag zur Expo 92³¹. In Sevilla könne man dann neue Entwicklungen aufzeigen.

BK bekräftigt, man werde den Beitrag für Sevilla auf einer der nächsten Kabinettsitzungen besprechen. Das Jahr 1992 werde zwei bedeutende Wirtschafts- und Machtzentren in der Welt sehen: die USA und den Fernen Osten einerseits, die EG andererseits. Wichtig werde es sein, dann den Zugang zur Dritten Welt zu pflegen. Auch Warschau und Krakau gehörten zu Europa. Daher sei es so wichtig, auch in dieser Richtung die Kooperation anzubieten.

Jetzt müsse es Fortschritte beim Europa der Bürger geben. Die nächsten Europa-Wahlen³² würden nicht einfach werden, weil das EP noch nicht genügend aufgewertet sei. Spätestens 1994 müßten dann aber die Rechte der Europa-Parlamentarier klar definiert sein.

Ein Thema seiner Gespräche mit *MP* sei auch die Polizei-Zusammenarbeit in Europa gewesen. Dies habe er bereits in Rhodos³³ getan. Wenn man jetzt in Europa die Grenzen öffne, sei die bessere Kooperation der Polizeistellen unerlässlich. Auch in den USA gebe es ein reibungsloses Nebeneinander von FBI und der Polizei der Bundesstaaten. Internationaler Terrorismus und Drogenhandel könnten in Europa nicht hingenommen werden. Hier müßten die Europäer trotz verschiedener Philosophie zusammengehen.

MP versichert abschließend, Spanien habe bereits Arbeitsgruppe für organisierte Kriminalität eingerichtet. Das Thema habe große Priorität angesichts des bevorstehenden Grenzabbaus. Spanien werde voll mitarbeiten.

Referat 206 (203), Bd. 173495

Fortsetzung Fußnote von Seite 145

keine Entscheidung über den Bau getroffen habe. Eine solche sei in etwa zwei bis vier Wochen zu erwarten.“ Sämtliche Angebote, darunter von MBB, hätten nicht überzeugt: „Insbesondere habe sich ergeben, daß die Frage der Rentabilität offen sei, d.h., die verschiedenen Nutzungsarten müßten den Satelliten finanzieren; die technologischen Rückflüsse an die spa. Unternehmen nicht genügend seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; Referat 206 (203), Bd. 173495.

³¹ Die Weltausstellung (Expo 92) fand vom 20. April bis 12. Oktober 1992 in Sevilla statt.

³² Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden vom 15. bis 18. Juni 1989 abgehalten.

³³ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

33

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-202.20-180/89 VS-vertraulich

7. Februar 1989¹

Über Dg21², D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵ zur Unter-
richtung

Betr.: Austausch von Militärattachés zwischen der Bundesrepublik Deutsch-
land und der DDR

Bezug: Ihre Bitte um Stellungnahme zu DB Prag Nr. 2666 vom 13.12.1988 –
VS-v⁶

Anlg.: 1⁷

1) Der Verteidigungsattaché der DDR in Prag⁸ hat unseren Verteidigungsattaché⁹ auf die von MdB Egon Bahr bei seinem Besuch in Berlin (Ost) am 21./22.11.1988 ausgesprochene Anregung angesprochen, zwischen den beiden deutschen Staaten Militärattachés auszutauschen. Er äußerte, diese Frage sei bei der Ausarbeitung des Grundlagenvertrages¹⁰ bereits eingehend erörtert worden, der Austausch sei aber an der ablehnenden Haltung des AA gescheitert.

2) Nach den hier vorliegenden Akten hat die DDR (Seidel) bei den Gesprächen über die Errichtung Ständiger Vertretungen am 14./15. Juni 1973 vorgeschlagen, einen Austausch von Militärattachés vorzusehen, wobei sie sich darauf berief, daß BM Bahr bereits früher einmal einen solchen Gedanken geäußert habe.

MD Sanne (Bundeskanzleramt) bestätigte, daß unsere Seite die Anregung gegeben habe. Er könne aber noch nicht mitteilen, ob und wann wir diesen Gedanken weiterverfolgen könnten. Zur Klärung seien noch Konsultationen auf unserer Seite erforderlich.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 14. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 15. Februar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Februar 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 26. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Februar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Höynck an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[siehe] Anmerkung BM Seite 4.“ Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 27. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Kastrup am 28. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 28. Februar 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Oberst i. G. Brüggemann, Prag, berichtete über den offiziellen Gegenbesuch des Verteidigungsattachés der DDR, Beutel, am 9. Dezember 1988 in der Botschaft der Bundesrepublik. Vgl. dazu VS-Bd. 13480 (210); B 150, Aktenkopien 1988.

⁷ Dem Vorgang beigefügt war der Drahtbericht Nr. 2666 des Obersts i. G. Brüggemann, Prag, vom 13. Dezember 1988. Vgl. VS-Bd. 13503 (210). Vgl. auch Anm. 6.

⁸ Heinz Beutel.

⁹ Adolf Brüggemann.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Nach der Sitzung wies VLR Bräutigam unsere Delegation darauf hin, „daß in diesem Zusammenhang geprüft werden müsse, ob der Vier-Mächte-Status von Groß-Berlin (Entmilitarisierung) eine Entsendung eines Militärattachés der Bundesrepublik zulasse. Diese Frage müsse ggf. auch mit den Alliierten besprochen werden.“ (Vermerk Bräutigam 210-321.21 (DDR) 2127/73 VS-v vom 18.6.1973¹¹)

3) Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der NATO-MS mit der DDR¹² stellte sich die Frage des Austauschs von Militärattachés in einem größeren Rahmen. In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 19.10.1974 erklärten die Drei Mächte, daß sie wegen des entmilitarisierten Status Berlins nicht an einen Militärattaché-Austausch mit der DDR dächten und daß es wünschenswert sei, wenn die übrigen NATO-Staaten diesem Beispiel folgten.

Diese Auffassung wurde von unserer Seite geteilt. Im Ergebnis akkreditierten Belgien, Luxemburg, Italien und später Griechenland Militärattachés der DDR in ihren jeweiligen Hauptstädten (LUX mit Sitz in Brüssel), kein NATO-MS hat aber bisher einen eigenen Militärattaché in Berlin (Ost).

Portugal, dem die DDR einen Militärattaché-Austausch vorgeschlagen hat, hat sich 1988 diesen Sachverhalt auf mündliche Anfrage beim Auswärtigen Amt bestätigen lassen und wurde im übrigen auf die Statusmächte verwiesen.

4) Die Haltung der Statusmächte, keine Militärattachés bei der Regierung der DDR zu akkreditieren, beruht darauf, daß die DDR den entmilitarisierten Status ganz Berlins mißachtet (DDR-Militär bewegt sich in Berlin (Ost), Wehrpflicht auch für Ost-Berliner, Einbeziehung von Berlin (Ost) in die Landesverteidigung; hingegen befindet sich der Hauptsitz des DDR-Verteidigungsministeriums außerhalb Berlins). Durch ihre regelmäßigen Patrouillenfahrten in ganz Berlin unterstreichen die Vier Mächte ihrerseits ihre militärische Hoheitsgewalt. Aus der Sicht der drei Statusmächte würde sich ein dritter Staat, der einen Militärattaché nach Berlin (Ost) entsendet, am Bruch des entmilitarisierten Status ganz Berlins durch die DDR beteiligen.

Wir haben diese alliierte Haltung stets mitgetragen. Es sind derzeit keine Gründe für eine Änderung dieser Haltung ersichtlich.¹³

5) Für die drei Statusmächte sind die Fragen der Entsendung von Militärattachés nach Berlin (Ost) und der sonstigen militärpolitischen Beziehungen mit der DDR-Regierung nach wie vor eng verbunden. Wegen der Statusverletzungen der DDR unterhalten sie solche Beziehungen selbst nicht, gestatten aber NATO-Partnern z.B. den Empfang von DDR-Militärattachés in ihren Hauptstädten (s.o. 3)). Wir haben uns stets am Verhalten der Drei orien-

¹¹ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bräutigam über die Gespräche am 14./15. Juni 1973 vgl. AAPD 1973, II, Dok. 196.

¹² Belgien nahm im Dezember 1972 diplomatische Beziehungen zur DDR auf, im Januar 1973 folgten Dänemark, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Norwegen, im Februar 1973 Frankreich und Großbritannien, im Mai 1973 Griechenland sowie im Juni 1974 Portugal und die Türkei. Die USA und die DDR nahmen am 4. September 1974 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 254.

Kanada nahm im August 1975 diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

¹³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

tiert. Die DDR hat bisher auch keine Entsendung ohne wechselseitige Vereinbarung vorgeschlagen.

Das BMVg verweist auch nach wie vor auf den Schießbefehl der NVA als Grund für die fehlenden militärpolitischen Beziehungen. Militärattachés in Drittstaaten sind intern angewiesen, Einladungen zum Jahrestag der NVA nicht wahrzunehmen.

6) Die Frage militärpolitischer Beziehungen kommt allerdings über die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen in Fluß. Die Notwendigkeit zu Kontakten ergibt sich aus den vereinbarten und noch zu vereinbarenden VSBM. Dies hatte GB zu dem im NATO-Kreis erwogenen Gedanken veranlaßt, die Einrichtung ständig residierender Beobachter vorzuschlagen. Der Gedanke wurde fallengelassen. GB und USA haben in der Vierergruppe am 24.1.1989 erwähnt, sie überprüfen die Frage von Kontakten zur NVA. GB plant einen Flottenbesuch in Rostock vom 9.–12. Juni 1989.¹⁴

7) Insgesamt ergibt sich, daß wir die Frage des Austausches von Militärattachés mit der DDR derzeit nicht aufgreifen sollten, in der Frage militärpolitischer Kontakte jedoch Konsequenzen aus den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und der Durchführung (Verifizierung) entsprechender Abkommen zu ziehen sind.¹⁵ Die Frage des Schießbefehls, den es nach Angabe von GS Honecker nicht (mehr) gibt, könnte demgegenüber allmählich in den Hintergrund treten.

Es besteht aber zur Zeit keine Veranlassung, von uns aus diese Fragen mit Chef BK oder den Ressorts aufzunehmen.

201 und 209 haben mitgezeichnet. 221 hat mitgewirkt.

Lambach

VS-Bd. 13503 (210)

¹⁴ In der Presse wurde berichtet, die Fregatte „Achilles“ der britischen Royal Navy sei am 9. Juni 1989 zu einem Flottenbesuch im Rostocker Hafen eingetroffen. Es sei der erste Besuch eines britischen Kriegsschiffes in der DDR. Vgl. dazu den Artikel „Britische Fregatte ‚Achilles‘ zum Flottenbesuch in Rostock“, NEUES DEUTSCHLAND vom 10./11. Juni 1989, S. 6.

¹⁵ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das ist etwas anderes!“ Dazu vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „richtig!“. Vgl. Anm. 5.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-322.00 SOW

7. Februar 1989¹Über Herrn Dg21², Herrn D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Das Prinzip „Freiheit der Wahl“ im Neuen Denken der Sowjetunion

Bezug: Weisung von BM auf Vorlage 213-322.00 SOW vom 29.12.1988⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die SU macht sich in zunehmendem Maße zum Fürsprecher des in der KSZE-Schlußakte verankerten Rechts jedes Volkes auf Freiheit der Wahl des politischen Systems (Prinzipienerklärung, I⁷). Ohne auf den KSZE-Bezug einzugehen, entwickelt Gorbatschow seit September 1987 aus diesem Postulat einen konzeptionellen Ansatz in seiner Außenpolitik, der eine pluralistischere Weltordnung anstrebt sowie in bezug auf Osteuropa die Frage der Gültigkeit der Breschnew-Doktrin⁸ aufwirft, um sie in einem neuen Lichte erscheinen zu lassen. „Freiheit der Wahl“ war einer der Schwerpunkte in seiner VN-Rede vom 7.12.1988⁹.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Brett konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, am 8. Februar 1989 vorgelegen.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. Februar 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. April 1989 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neubert verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. April 1989 vorgelegen.

Hat Neubert am 13. April 1989 vorgelegen.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken legte eine Aufzeichnung über „neue Tendenzen in der sowjetischen Außenpolitik“ vor. Er führte aus: „Ebenso wie den Gewaltverzicht gebraucht Gorbatschow den Grundsatz der Wahlfreiheit im Sinne eines Postulats zur Verwirklichung einer gewaltlosen und pluralistischen Weltordnung. Unklar bleibt, warum Gorbatschow nicht den völkerrechtlich eindeutigeren Begriff des Selbstbestimmungsrechts benutzt: Will er sich auf das Selbstbestimmungsrecht nicht festlegen lassen? Veranlaßt ihn der Blick auf Osteuropa (Breschnew-Doktrin) oder ein etwaiger Ruf in der DDR nach Selbstbestimmung zu dieser Uneindeutigkeit?“ Heyken führte weiter aus, daß zum Thema Wahlfreiheit demnächst eine Analyse folge. Vgl. Referat 213, Bd. 143550.

Bundesminister Genscher vermerkte dazu am 30. Dezember 1988 handschriftlich: „Bitte möglichst bald!“ Vgl. Referat 213, Bd. 143550.

⁷ Für den Wortlaut von Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

⁸ Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung in New York die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DZD V/2, S. 1478.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu auch AAPD 1988, II, Dok. 357.

II. In Einzelfragen ist das Konzept noch nicht ausformuliert. Mit einer weiteren Ausgestaltung ist zu rechnen. Schon heute zeichnen sich aber folgende Konturen ab:

1) Allgemeine Zielsetzung

Dem Konzept „Freiheit der Wahl“ liegt die Vorstellung zugrunde, daß – so Schewardnadse – jedes Land „seine Stimme im gemeinsamen Chor der Nationen“ habe und daß es jedes Landes innere Angelegenheit darstelle, welcher Orientierung es folgt: „Es wählt seinen Weg selbst, sein Entwicklungsmodell.“ Die Menschheit entwickle sich in Richtung einer „Gemeinschaft Gleicher und ihren Weg frei Bestimmender“. Gleichwohl müsse der Sozialismus seine Eigenständigkeit festigen und mit Reformen seine Attraktivität für die übrige Welt erhöhen. Dies dürfe aber nicht mit Gewalt oder zum Zwecke der Machterweiterung geschehen. Vielmehr müsse der Sozialismus beweisen, daß er „dem Menschen mehr als jedes andere gesellschaftspolitische System geben“ könne (Schewardnadse, Rede im SAM am 25.7.1988¹⁰). In dieser Darstellung tritt der Systemgegensatz zurück zugunsten von Unterschieden zwischen West und Ost, die reformerisch anspornen sollen. Aus Moskauer Sicht haben sich die Rahmenbedingungen für die Verwirklichung der Freiheit der Wahl grundlegend verbessert.

2) Sozialistische Staatenwelt

2.1) Die sowjetische Führung läßt keinen Zweifel daran, daß die „sozialistische Wahl“, die 1917 getroffen worden sei, sich als richtig und irreversibel erwiesen habe. Die Wahl wird als endgültig entschieden betrachtet. Diese Grundsatzentscheidung soll offenbar auch für die osteuropäischen Staaten gelten (Gorbatschow: „unsere gemeinsame sozialistische Wahl“). Gleichwohl fällt auf, daß dies nur selten ausgesprochen wird. Generell werden Fragen des Ursprungs und der Entstehung der kommunistischen Regime in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg öffentlich nicht erörtert. Auch im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung wird jener Geschichtsabschnitt ausgespart, sicher aus Rücksicht auf die Verbündeten. Aus demselben Grund bleiben andere Kapitel, in denen die „Freiheit der Wahl“ gewaltsam unterdrückt wurde (z. B. Interventionen 1953¹¹, 1956¹² und 1968¹³) verschlossen, obwohl sie im Lichte einer Neugestaltung des Intra-Block-Verhältnisses einer Neubewertung harren.

2.2) Mit größter Behutsamkeit, aber spürbar in der Tendenz, übte der Generalsekretär bei seinem Polen-Besuch am 14.7.1988¹⁴ Kritik an der früheren sowje-

¹⁰ Korrigiert aus: „15.7.1988“.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 27. Juli 1988, die Rede stelle einen „klaren Bruch mit der Vergangenheit“ dar. Die wichtigsten Aussagen seien: „Absage an Wahrheitsmonopol der Partei in der Innenpolitik heißt für die Außenpolitik Ende der ‚Eine-Option-Politik‘ (one variant approach), des Dogmatismus, der ‚gefährlichen Selbsttäuschung der Unfehlbarkeit‘ und der ‚übertriebenen Geheimhaltung‘. [...] Absage an Konzept ‚friedl[iche] Koexistenz‘ als Instrument des ‚Klassenkampfes‘, erstere habe mit letzterem nichts zu tun. [...] Verurteilung und Absage der Strategie, wonach die SU militärisch stärker als jede ihr gegenüberstehende Staatenkoalition zu sein habe, als ‚unhaltbar‘“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2355/2367/2368; Referat 213, Bd. 143550.

¹¹ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

¹² Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

¹³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

¹⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Polen vom 11. bis 14. Juli 1988.

tischen Politik: Einheit werde nicht durch Unifizierung oder durch „Antretenlassen der Größe nach“ gewährleistet, sondern dadurch, daß aus der Vielgestaltigkeit „nützliche Lehren“ für jeden gezogen würden. Nicht in der Geringschätzung der spezifischen nationalstaatlichen Interessen liege der Schlüssel, sondern in der unablässigen Suche nach Lösungen, die auf dem Gleichgewicht der Interessen fußten. Bei Zusammenstößen, bei denen ein fremder Wille aufgezwungen werde, verlören letztlich alle. An gegenseitigen „Belehrungen“ bestehe kein Bedarf. Wohl aber könne man aus freien Stücken voneinander lernen und partnerschaftliche Beziehungen unterhalten, die niemanden verletzen, sondern Nutzen für alle brächten (Gespräch mit polnischen Intellektuellen¹⁵).

2.3) Immer wieder betonte Gorbatschow die Interdependenz: „Auch wenn wir unabhängig auf dem selbständig gewählten Weg voranschreiten, spüren wir dennoch, wie sehr wir – zwei sozialistische Länder (SU und Polen) – einander brauchen. Sehr brauchen.“ Gewiß, Gorbatschow hebt generell nicht gesondert hervor, daß die „Freiheit der Wahl“ auch für die osteuropäischen Völker gilt. Aber er wehrt sich nachdrücklich gegen Versuche, von diesem Recht Ausnahmen zu machen: Es sei universell gültig und dürfe in keinem Fall negiert werden, „mit welchen Worten dies auch bemäntelt wird“. Dies berge sonst Gefahren für den Weltfrieden (d. h. wohl Spannungsrisiken im Ost-West-Verhältnis) in sich. Daraus sollte aber nicht geschlossen werden, daß Freiheit der Wahl uneingeschränkt Gültigkeit besäße (es sei denn im Sinne einer innersozialistischen „Variantenvielfalt“). Von der Möglichkeit eines Systemausstiegs wird praktisch gar nicht gesprochen, oder Vorbehalte werden angebracht:

„Jedes Volk wählt das System, das ihm am besten zusagt, das System, das seinem Entwicklungs- und Reifegrad (!) entspricht.“ (Schewardnadse, Figaro-Interview, 10.1.1989¹⁶)

Weitgehend ohne solche Vorbehalte richtet sich die sowjetische Aufforderung zur Variantenvielfalt an die chinesische Adresse, ohne allerdings auch dann auf einen Rest an verschlüsselteltem Mitspracheanspruch zu verzichten („Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung“). Moskau läßt aber offen, worin solche ideologischen „Gesetzmäßigkeiten“ bestehen sollen.

3) Westliche Welt

Mit „Freiheit der Wahl“ will die sowjetische Führung jedem westlichen Volk für seine Systemwahl Respekt zollen, allerdings in der Erwartung, daß der Westen reziprok auch die östliche Systemwahl respektiert. Bei verschiedenen Anlässen

¹⁵ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 14. Juli 1988, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sei am selben Tag mit Vertretern aus Wissenschaft und Kultur im Warschauer Königsschloß zusammengetroffen. In seiner Rede habe er dargelegt: „Selbstkritische Untersuchung der Vergangenheit erbringe mehr Klugheit, Weisheit und Toleranz und Orientierung in der Frage: In was für einem Haus leben wir, bedarf es oberflächlicher oder grundlegender Reparatur? Bemühungen um Erneuerung in UdSSR und Polen kongruierten. Wissenschaftlicher Sozialismus müsse entsprechend den individuellen Eigenarten jedes Landes verwirklicht werden.“ Schoeller bilanzierte: „Insbesondere ist eine Rücknahme der Breschnew-Doktrin bisher nicht erfolgt. Gorbatschow bestätigte zwar erneut, sozusagen als Vorstufe, daß der Weg zum Sozialismus in jedem Land entsprechend seinen Besonderheiten unterschiedlich gewählt werden könne, doch am Ziel dieses Weges werde nicht gerüttelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1044; Referat 213, Bd. 143566.

¹⁶ Für den Wortlaut des Interviews mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. den Artikel „Edouard Chevardnadze: ‚Sur la Libye, les Américains ne m'ont pas convaincu‘“; LE FIGARO vom 10. Januar 1989, S. 4.

wandte sich Gorbatschow gegen das angebliche westliche Drängen, wonach die SU nach Regeln der USA oder anderer westlicher Staaten leben solle. Er tritt für gegenseitige Toleranz und freiwilligen Austausch der „Früchte der Arbeit“ ein. Für eine solche Koexistenz wirbt er schließlich im gesamteuropäischen Rahmen, d.h. zwischen Ost- und Westeuropa, natürlich „auf der Grundlage, frei wählen zu können“, aber auch „unabhängig davon, wie die einzelnen sozialen und politischen Systeme aussehen“ (im Gespräch mit BK Vranitzky am 11.10.1988¹⁷). Er spricht also an dieser Stelle nicht von den beiden großen Systemen, sondern pluralisierend von Systemen im allgemeinen.

4) Dritte Welt

In bezug auf die Dritte Welt verzichtet die sowjetische Führung auf Revolutionsexport, d.h. auf Instrumentalisierung des „nationalen Befreiungskampfes“ zu expansiven Zwecken. Die Ideen des nationalen Befreiungskampfes blieben gültig, aber – ähnlich wie beim Klassenkampf – nur noch als innere Angelegenheit jedes Landes. Jeder Staat (der Dritten Welt) wähle seinen Weg und sein Entwicklungsmodell selbst. Schon in den vergangenen Jahrzehnten sei eine „Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Strukturen“ entstanden (Schewardnadse am 15.7.1988). Unverkennbar ist zuweilen ein antiwestlicher Zungenschlag: Die Kritik an der Anmaßung, auf die eigene Umgebung „aufpassen und sie die eigene Demokratie lehren“ zu wollen (Gorbatschow am 7.12.1988), ist wohl in erster Linie auf die USA gemünzt, obwohl die Parallele zu Afghanistan nicht fernliegt.

Eine gewisse Ambivalenz zeigt sich auch im Fall Afghanistan: Konkret hat Gorbatschow die Wahlfreiheit für Afghanistan gefordert, für ein Land, das aus Moskauer Sicht jetzt am Scheideweg steht. Es wird nicht mehr vom Sozialismus beansprucht, soll aber auch nicht ins westliche Lager abdriften. Gedacht wird also an eine neutrale Mittelposition des Landes.

III. Bewertung

1) Gorbatschows Absicht ist es, mit dem Postulat der Wahlfreiheit die Erblast der Breschnew-Doktrin abzutragen, ohne auf die sowjetische Führungsrolle zu verzichten und ohne den Zusammenhalt des Warschauer Pakts zu gefährden. Der ideologisch fundierte Hegemonialanspruch soll auf eine zeitgemäßere und aufgeklärtere Grundlage gestellt werden: Nicht mehr durch Diktat, sondern durch Stimulierung eines Reformwettbewerbs untereinander mit nationalem Farbenreichtum soll die Kohäsion gewährleistet werden. Den Verbündeten wird ein größerer Aktionsradius eröffnet. Das Postulat „Freiheit der Wahl“ konfrontiert sie aber auch mit der Notwendigkeit, für mehr Akzeptanz, Partizipation und

¹⁷ Der österreichische Bundeskanzler Vranitzky besuchte die UdSSR vom 10. bis 13. Oktober 1988. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 13. Oktober 1988, die österreichische Botschaft habe zum Gespräch Vranitzkys mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. Oktober 1988 mitgeteilt, es sei von der österreichischen Delegation „als ‚hochphilosophisch‘ und schwer verständlich empfunden worden“. Gorbatschow habe die Frage gestellt, wie ein „europäisches Haus“ gebaut werden könne, wenn Westeuropa sich „innerhalb des festen Rahmens eines neuen Gebildes“ abschließe. Die Europäer müßten zusammenleben, „unabhängig von ihrem sozialen und politischen Regime“. Meyer-Landrut führte dazu aus: „Der mehrfach betonte Verweis auf das Streben der Völker nach Souveränität und eine besondere Würdigung der europakritischen Haltung von PM Thatcher beim Gespräch mit Vranitzky lassen [...] den Schluß zu, daß G[orbatschow] das Ausmaß und die Dynamik der Einheitlichen Europ[äischen] Akte noch nicht ganz realisiert hat. [...] Jedenfalls kommt zum Ausdruck, daß eine tatsächliche politische Integration Westeuropas nicht im Interesse der SU liegen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3436; Referat 213, Bd. 143565.

Loyalität der eigenen Bevölkerung zu sorgen. Der Sozialismus soll auch innerhalb der Staaten nicht mehr oktroyiert, sondern durch Leistungen für die Menschen als akzeptabel vermittelt werden. Gorbatschow nimmt in Kauf, daß es dabei zu einem Spannungsverhältnis zwischen Erwartung und Ist-Zustand innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft kommt.

2) „Freiheit der Wahl“ ist für Moskau aber nur das Spielbein. Das Standbein bleibt die Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager. Auch Gorbatschow kann es sich nicht erlauben, daß ein Land ausschert. Zu eng hängt seine Machtstellung als Generalsekretär mit der Sicherung des sowjetischen Herrschaftsbereichs in Osteuropa zusammen. Säge er sich vor die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens gestellt, so müßte er eine Diskreditierung seines Reformkurses befürchten.

Um solchen Risiken zu entgehen, bemüht er sich, jeder Neigung der Verbündeten zu einem eventuellen Überspringen der Systemgrenze vorzubeugen, indem er

- in Reformfragen weitgehend eine Vorreiterrolle einnimmt und fast jedes nationale Reformvorhaben begrüßt oder duldet, wenn es sich nur mit dem Sozialismus in einem weiten Sinne vereinbaren läßt,
- eine aktive Politik der Verständigung mit dem Westen führt, die jedem Bündnispartner auch ohne Systemwechsel eine größere Nähe zum Westen ermöglicht,
- das Intra-Block-Verhältnis pragmatisch handhabt. Sichergestellt werden soll in erster Linie, daß das gemeinsame Band der sozialistischen Staaten untereinander nicht zerschnitten wird. Neuerliche Integrationsbemühungen sollen dies unterstützen.

Diese Politik half Gorbatschow schon bisher, den Bündnispartnern die Anreize zu nehmen, von der „Freiheit der Wahl“ im wörtlichen Sinn Gebrauch zu machen.

3) Das Postulat der Wahlfreiheit verfolgt aus Moskauer Sicht insofern defensive Absichten, als vom Westen reziprok zur Respektierung des westlichen „way of life“ die Anerkennung des sozialistischen Machtbereichs verlangt wird. Aufgrund des eigenen Verzichts auf „Revolutionsexport“ wird vom Westen der Verzicht auf „Demokratieexport“ erwartet.

Ähnlich ist auch die Zielrichtung hinsichtlich der Dritten Welt. Wahlfreiheit soll zu weniger konfrontativen Strukturen, zu mehr Eigenständigkeit einzelner Staaten ohne Zugehörigkeit zum sozialistischen oder westlichen Lager führen.

IV. Schlußfolgerungen

1) Gorbatschows Konzept der Freiheit der Wahl weist Züge auf, die aus unserer Sicht zu begrüßen sind:

- mehr Bewegungsspielraum für die osteuropäischen Staaten,
- mehr Berücksichtigung der historisch gewachsenen nationalen Strukturen; damit Förderung eines gesamteuropäischen Bewußtseins,
- Milderung des Ost-West-Gegensatzes, Schaffung von mehr Berührungsflächen durch systeminterne Differenzierung, Verbesserung von Kooperationschancen,
- Förderung einer Entwicklung, die die Breschnew-Doktrin weiter in den Hintergrund treten läßt, die jeden Versuch einer Abweichung von der Moskauer Linie eingeschüchtert hatte. Demgegenüber scheint das verbliebene Restrisiko

einer sowjetischen Intervention für die betroffenen Staaten immer kleiner zu werden, auch wenn es nicht ganz verschwinden wird.

2) Folgende Einwände müssen indessen erhoben werden:

2.1) Die SU behält sich das Recht vor, „Freiheit der Wahl“ nach ihrer eigenen Interessenlage von Fall zu Fall zu interpretieren und festzulegen. Den Verbündeten gibt Moskau im Grunde nicht die Möglichkeit, sich in der Kernfrage des radikalen Systemwechsels auf die Wahlfreiheit berufen zu können. Dies widerspricht der KSZE-Schlußakte, die die Freiheit der Wahl seinerzeit auf westlichen Vorschlag und mit rumänischer Unterstützung eingeführt hatte, um der Breschnew-Doktrin einen Stoß zu versetzen. Insofern bleibt die Frage offen, wie sich die SU im Ernstfall verhalten würde. Bisher ist ihr ein Testfall erspart geblieben oder sie hat ihn bewußt vermieden.

2.2) „Freiheit der Wahl“ weckt Assoziationen an das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einen völkerrechtlichen Grundsatz, den Gorbatschow bezeichnenderweise kaum benutzt. Zwar leugnet die SU das Selbstbestimmungsrecht nicht, zumal sie sich auch in der KSZE dazu verpflichtet hat. Aber sie geht mit Rücksicht auf ihre Verbündeten und auf ihre eigenen Nationalitäten sehr vorsichtig damit um. Insbesondere will sie keine zu weitgehenden Erwartungen wecken (DDR). Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß sie anstelle des Selbstbestimmungsrechts die „Freiheit der Wahl“ treten lassen will, um das Selbstbestimmungsrecht allmählich mit einem anderen Inhalt zu füllen. Am Selbstbestimmungsrecht stört sie, daß es weniger manipulierbar ist.

3) Wir sollten in eigenen Stellungnahmen stets deutlich machen, daß wir an dem unersetzlichen, gerade für uns sehr wichtigen Selbstbestimmungsrecht festhalten und es ganz bewußt in einem Spannungsverhältnis zur Freiheit der Wahl stehen lassen wollen, wie in der KSZE. Wir sollten aber anerkennen, daß das sowjetische Konzept „Freiheit der Wahl“ dennoch konstruktive und weiterführende Elemente in sich trägt. Von einer Forderung: entweder Wahlfreiheit mit Selbstbestimmungsrecht oder keine Wahlfreiheit, ist abzuraten, weil dann die positiven Ansätze zurückgedrängt würden und den Befürwortern einer restriktiveren Blockpolitik in die Hände gespielt werden könnte.

Heyken

Referat 213, Bd. 147154

35

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum

330-320.10 PAR

7. Februar 1989¹Über Dg33², D3³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Umsturz in Paraguay;
hier: Erste Wertung und Optionen

Vorschlag: Einreise von Ex-Präsident Stroessner in die Bundesrepublik, soweit möglich, zu verhindern (Ziffer III).

I. 1) In einem blutigen Putsch (Schätzungen gehen bis zu über 300 Opfern, offizielle Zahlen liegen noch nicht vor) wurde der Präsident Paraguays, General Alfredo Stroessner, in der Nacht vom 2. auf 3. Februar 1989 gestürzt. Führer des Putsches war der Chef des in Asunción stationierten 1. Armeekorps, General Andrés Rodríguez. Er hat sich noch am 3. Februar zum neuen „vorläufigen Präsidenten“ vereidigen lassen.

General Rodríguez scheint das Land unter Kontrolle zu haben. Alle Teilstreitkräfte stehen zu ihm. Die wichtigsten Teile der Gefolgschaft Stroessners sind ins Ausland geflüchtet oder befinden sich in Haft. Ex-Präsident Stroessner befindet sich seit dem 5.2.1989 im brasilianischen Exil.

2) Der Putsch kam überraschend. Allgemein wurde angenommen, daß sich Stroessner, solange es seine Gesundheit zulasse, unangefochten im Amt halten könne. Die weitgehende Ausschaltung des „traditionalistischen“ Flügels der Regierungspartei der Colorados im Vorfeld des letztjährigen „Präsidentenschaftswahlkampfes“⁶ wurde als Zeichen der Stärke der Anhänger Stroessners gesehen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum und Vortragendem Legationsrat Roesch konzipiert.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 8. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 8. Februar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin für ein Vorgehen nach III. 1 a. Letztlich wird sich der BMI dem nicht widersetzen.“

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 12. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einreisesperre für Stroessner.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze an Referat 330 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 14. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte D5 unterrichten.“

Hat Schlagintweit am 14. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Henze am 15. Februar erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 15. Februar 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref. 514 hat [Kopie] und wird Weisung BM umsetzen.“

⁶ Botschaftsrat Riedler, Asunción, berichtete am 16. Februar 1988: „Am 14. Februar 1988 fanden die von der Verfassung in fünfjährlichem Turnus vorgesehenen allgemeinen Wahlen (zur gleichen Zeit für das Amt des Staatspräsidenten, den Senat und das Abgeordnetenhaus) statt. Nach den bisher vorliegenden halbamtlichen Ergebnissen erhielt die Colorado-Partei etwa 89 Prozent [...]. Dank des am 1. August 1987 begonnenen und bei der Kandidatenauswahl im Januar 1988 fortgesetzten Säuberungsprozesses innerhalb der Colorado-Partei wird die innerparteiliche Opposition [...] in diesen

Die Traditionalisten sind nunmehr weitgehend wieder in Schlüsselpositionen aufgerückt. Neuer Außenminister wurde Prof. Dr. Luis María Argaña, der bis 1988 Präsident des Obersten Gerichtshofs von Paraguay war.

II. 1) Der Umsturz in Paraguay trägt die klassischen Züge eines Kampfes zwischen zwei Fraktionen derselben Partei. Putschgeneral Rodríguez war Weggefährte Stroessners. Er wurde Stroessner zu mächtig. Offensichtlich kam er dem Versuch Stroessners, ihn zu entmachten, zuvor.

Die Beteuerungen, daß Rodríguez die Demokratisierung Paraguays einleiten wolle, sind deshalb mit Vorsicht zu beurteilen.⁷

2) Allerdings hat Rodríguez bereits einige konkrete Maßnahmen ergriffen, die zu Optimismus Anlaß geben:

- Wiedezulassung des verbotenen Radiosenders Ñandutí, der Oppositionszeitung ABC Color (seit vier Jahren verboten);
- Zulassung bisher als „irregulär“ bezeichneter Oppositionsparteien PLRA⁸ (Dr. Laíno) und PDC⁹ (Christdemokraten);
- Ankündigung von freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für den 1.5.1989.

3) Es ist zweifelhaft, ob sein Bekenntnis zur Demokratisierung, Beachtung von Menschenrechten und unabhängiger Justiz tiefer innerer Überzeugung entspricht. Jedoch bedeuten seine Ankündigungen unabhängig von deren Motivation eine echte¹⁰ Chance für¹¹ Demokratie in Paraguay. Deshalb sollte er¹² beim Wort genommen werden.

Eine positive Reaktion der Zwölf erscheint im Sinne einer internationalen „Selbstbindung“ des Regimes empfehlenswert. Mit diesem Ziel haben wir für das 193. PK am 8./9.2.1989 in Madrid votiert.¹³

III. General Stroessner hat vorläufig Asyl in Brasilien erhalten. Es gibt jedoch Gerüchte, „daß er am liebsten in Deutschland Asyl suchen wolle“. Bisher liegt eine entsprechende Anfrage nicht vor. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß sie gestellt wird (Stroessner soll einen Wohnsitz in Miami anstreben). Auszuschließen ist eine Reise in die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 156

beiden Häusern nicht mehr vertreten sein. Aber auch der traditionalistische Flügel mit vielen prominenten und verdienstvollen Colorado-Persönlichkeiten wird ausgeschlossen bleiben. Die Macht der Militanten, die Stroessner bedingungslos loyal sind, wird nach dem 15. August nahezu total sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 23; Referat 330, Bd. 143799.

⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

⁸ Partido Liberal Radical Auténtico.

⁹ Partido Demócrata Cristiano.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit eingeklammert. Dafür fügte er handschriftlich ein: „gewisse“.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „mehr“.

¹² An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „nach Möglichkeit“.

¹³ Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow den Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten am 10. Februar 1989 mit: „Diskussion beim Abendessen der Direktoren ergab Einigung auf eine Demarche der Präsidentschaft in Asunción, die demokratiepolitische Erwartungen an die neue Regierung äußern und veröffentlicht werden soll.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3/4/5; Referat 200, Bd. 144227.

1) Denkbar sind die folgenden Möglichkeiten:

a) Besuch. Stroessner benötigt als paraguayischer Staatsangehöriger bei einem Aufenthalt bis zu drei Monaten keinen Sichtvermerk. Um seine Einreise zu verhindern, müßte der hierfür zuständige BMI gebeten werden, Stroessner gemäß § 18 Abs. 1 AuslG in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Ziffer 11¹⁴ zur Zurückweisung an der Grenze auszuschreiben (Lösung entsprechend dem Fall des birmanischen Ex-Präsidenten Ne Win¹⁵).

b) Antrag auf Aufenthaltserlaubnis. In diesem Fall benötigt Stroessner einen Sichtvermerk. Dabei muß das Auswärtige Amt im Wege des Ermessens entscheiden, ob der Aufenthalt Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt.

c) Antrag auf Asyl. Sollte Stroessner in das Bundesgebiet, z. B. mit dem Flugzeug, einreisen, könnte er auf deutschem Staatsgebiet (Flughafen) Asyl beantragen. In diesem Fall würde die Möglichkeit der Zurückweisung durch das Asylrecht überlagert.

d) Antrag auf Anerkennung einer deutschen Staatsangehörigkeit. Die nicht von vornherein völlig auszuschließende Möglichkeit, daß Stroessner aufgrund Abstammung noch deutscher Staatsangehöriger ist, könnte erst bei einem Antrag auf Feststellung der Staatsangehörigkeit geprüft werden. Dieser Antrag kann nur in einem längeren Verfahren beschieden werden.

2) Wir sollten, sobald möglich, jedenfalls für absehbare Zeit eine Reise von Stroessner in die BR Deutschland verhindern.¹⁶ Sie würde zwar von der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder, in denen das Asylrecht für gestürzte Politiker immer noch einen hohen Rang hat, hingenommen werden. In Paraguay könnte sie jedoch bei der Opposition auf erhebliche Kritik stoßen. Wir können auch nicht ausschließen, daß es in Paraguay zu einer Abrechnung mit Stroessner auch durch die neuen Machthaber kommt. Ein Besuch Stroessners in der BR Deutschland könnte dann als Affront empfunden werden und unsere Beziehungen zu Paraguay beeinträchtigen. Wir müssen auch damit rechnen, daß uns ein Besuch Stroessners entgegengehalten würde, wenn wir gegenüber der neuen Regierung für Demokratie und Menschenrechte eintreten.¹⁷ Schließlich könnte ein Besuch zu heftigen innenpolitischen Diskussionen führen.

¹⁴ Für den Wortlaut von § 10 Absatz 1 Ziffer 11 und § 18 Absatz 1 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 355 bzw. S. 356.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens vermerkte am 26. August 1988: „In Birma scheint im Zuge revolutionärer Unruhen das Ne-Win-Regime endgültig zu stürzen. Die Hauptstadt Rangun wird z. Zt. von erregten Volksmassen durchzogen, die bereits ihren Sieg feiern. [...] Teilweise wird kolportiert, Ne Win sei nach einer Zwischenlandung in Indien bereits unterwegs in die Bundesrepublik Deutschland, in der er Aufenthalt nehmen wolle.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137027.

Am 2. September 1988 notierte Ahrens: „Die Einreise hoher Politiker des bisherigen Regimes wie z. B. Ne Win und Sein Lwin in die Bundesrepublik Deutschland soll nach Möglichkeit verhindert werden. Aufgrund der BM-Vorlage vom 26. August 1988 ist vom BMI auf Bitte des AA die Zurückweisung gem[äß] § 18 Ausl[änder]G[esetz] gegen Ne Win und Sein Lwin angeordnet worden. Die Grenzkontrolle muß jedoch zuvor den BMI befassen, der das AA konsultiert. Der Aufenthalt müßte den Birmanen nach geltender Rechtslage gewährt werden, sollten sie auf deutschem Boden Asyl beantragen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137027.

¹⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.

¹⁷ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich: „Dies halte ich für unwahrscheinlich.“

Eine Anfrage Stroessners sollte deshalb mit dem deutlichen Hinweis beantwortet werden, daß sein Besuch nicht erwünscht ist. Dabei könnte angedeutet werden, daß nach deutschem Strafrecht ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehen in Paraguay und entsprechende Anzeigen nicht völlig ausgeschlossen werden können.

Außerdem könnte ein Sprecher der Bundesregierung auf (bestellte) Anfrage öffentlich erklären, daß ein Besuch von Stroessner nicht erwünscht ist.

Ref. 514 hat zu Ziffer III. 1 a) bis c), Ref. 510 zu III. 1 d) und Ref. 515 zu III. 2) vorletzter Absatz mitgewirkt.

Heubaum

Referat 330, Bd. 143799

36

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem kenianischen Präsidenten Moi

9. Februar 1989¹

Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem kenianischen Staatspräsidenten arap Moi am 9. Februar 1989 im Bundeskanzleramt²

Das Gespräch wurde zunächst als Vier-Augen-Gespräch geführt.

Der *Bundeskanzler* begrüßte den Gast und drückte seine Freude aus, das in Nairobi begonnene Gespräch fortsetzen zu können.³ Er kam auf die für ihn so eindrucksvolle Reise nach und innerhalb Kenias zurück und die dabei geknüpften auch guten menschlichen Kontakte mit dem Präsidenten.

Der Bundeskanzler bedauerte, daß er der Einladung zur Teilnahme an der 25-Jahr-Feier der Unabhängigkeit Kenias nicht persönlich folgen konnte. BM Klein

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, am 10. Februar 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. Februar 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe übermittelt. Dazu vermerkte Hartmann, er übersende „zur persönlichen Kenntnisnahme von Herrn BM Genscher Kopie der von dem Herrn Bundeskanzler gebilligten Aufzeichnung über sein Gespräch mit Staatspräsident arap Moi am 9.2.1989“.

Hat Legationsrat I. Klasse Gerdtz am 7. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit „zum Verbleib“ verfügte.

Hat Schlagintweit am 9. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma und Vortragende Legationsrätin I. Klasse Gräfin Strachwitz verfügte.

Hat Sulimma am 9. März 1989 vorgelegen.

Hat Strachwitz am 9. März 1989 vorgelegen, die die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Nitzschke „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Nitzschke am 10. März 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 322, Bd. 149943.

² Der kenianische Präsident Moi besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. Februar 1989.

³ Bundeskanzler Kohl besuchte Kenia vom 18. bis 21. November 1987. Für sein Gespräch mit dem kenianischen Präsidenten Moi am 19. November 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 323.

habe ihn jedoch über die Feierlichkeiten und auch über die insgesamt positive Entwicklung in Kenia unterrichtet.

Der Bundeskanzler kam auf den seitens des Präsidenten bei dem Besuch in Nairobi erbetenen Hubschrauber zurück und stellte fest bzw. stellte die Frage, ob dies inzwischen zur Zufriedenheit des Präsidenten geregelt sei.

Der *Präsident* bestätigte dies nachdrücklich. Einzelheiten des Einsatzes bzw. der Zuordnung des Hubschraubers (Eingliederung in die Polizeikräfte als Rettungshubschrauber) seien mit BM Klein besprochen.⁴

Der *Bundeskanzler* erläuterte sodann den Erlaß der bilateralen FZ-Schulden. Die Bundesregierung habe dem Antrag des Präsidenten vom 19.12.1988 entsprochen, und sie habe ihm auch gerne entsprochen.⁵ Dies im Hinblick auf die erheblichen Eigenanstrengungen Kenias, die beispielhafte Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank und nicht zuletzt des persönlichen Engagements des Präsidenten für Fragen des Umweltschutzes und des Schutzes der natürlichen Ressourcen.

Der letzte Punkt sei für die Bundesregierung und für ihn, den Bundeskanzler, von ganz besonderer Bedeutung.

Die Industrieländer hätten auf dem Gebiet des Umweltschutzes in der Vergangenheit viele Fehler gemacht; sie sollten von den sich jetzt entwickelnden jungen Ländern nicht wiederholt werden. Es sei daher zu hoffen, daß das Beispiel Kenias bei der Erhaltung der Waldbestände, der Aufforstung und des Schutzes freilebender Tiere Schule mache.

Der Bundeskanzler ergänzte, daß das Thema „Umwelt und Dritte Welt“ auch Thema des nächsten Weltwirtschaftsgipfels im Juli in Paris⁶ sein werde.

Der Bundeskanzler stellte die Frage nach der inneren Entwicklung Kenias. Er sei an einer Unterrichtung hierüber sehr interessiert.

Präsident *Moi* dankte für die Einladung des Bundeskanzlers zum Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und den sehr herzlichen Empfang. Er verwies auf die vorangegangenen Gespräche in Bonn⁷ und das dabei sichtbar gewordene aufrichtige Interesse an seinem Lande.

⁴ Botschafter Freiherr von Mentzingen, Nairobi, berichtete am 16. August 1989 über das „offizielle Geschenk“ der Bundesregierung zur 25-jährigen Unabhängigkeit Kenias am 12. Dezember 1988: „Ken[ianischen] Partner informiert, daß Übergabe Hubschraubers an Police Air Wing am 23.8.1989 erfolgen soll.“ Die offizielle Übergabe an Präsident Moi werde wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden können: „Vorgesehen, daß Botschafter Hubschrauber an Staatspräsidenten auf Gelände des State House Nairobi übergibt.“ Der Hubschrauber solle ausschließlich zivilen Zwecken dienen und als Rettungshubschrauber eingesetzt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 383; Referat 322, Bd. 149943.

⁵ In einem undatierten „Leitfaden“ für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem kenianischen Präsidenten Moi wurde zu einem Schuldenerlaß für Kenia vermerkt: „Das Kabinett hat sich am 1.2.1989 mit der Sache befaßt, und auch der Haushaltsausschuß des Bundestages wurde unterrichtet. Das Kabinett hat zugestimmt: ‚Erlaß der FZ-Schulden aus abgeschlossenen Darlehensverträgen mit Wirkung vom 31.12.1988 in Höhe von 817 Mio. DM (davon 696 Tilgungsverzicht, 121 Zinsverzicht). Durch den Schuldenerlaß freiwerdende Mittel sollen im Rahmen des Möglichen in Landeswährung für konkrete und kontrollierbare Maßnahmen des Umwelt- und Ressourcenschutzes eingesetzt werden.“ Vgl. Referat 322, Bd. 149943.

⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

⁷ Der kenianische Präsident Moi traf am 8. Februar 1989 mit Bundesratspräsident Engholm zusammen, der Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker vertrat. Themen des Gesprächs waren die bilateralen

Der Präsident kam sodann auf den Schuldenerlaß zurück.

Die hohe Außenschuld Kenias sei für das Land eine große Last. Der Erlaß sei für Kenia daher eine große Erleichterung, nicht lediglich ein kleines Zeichen der Freundschaft, sondern eine große und wirksame Hilfe. Kenia werde der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung und dem Bundeskanzler ganz persönlich ewig dankbar sein.

Der Präsident ergänzte, daß dieser deutsche Beitrag ein Gegenstück auf kenianischer Seite finden werde. Die eigenen Anstrengungen in Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen Freunden des Landes würden verstärkt mit dem Ziel, den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu erhöhen.

Der Präsident dankte auch für die Kenia durch die engen Handelsbeziehungen geleistete substantielle Hilfe zur Entwicklung des Landes. Erwähnt wurden die Abnahme von 40 % des kenianischen Kaffees, von Gartenbauprodukten und der Tourismus.

Präsident Moi unterstrich die Bedeutung deutscher Privatinvestitionen für Kenia. In seinen vorangegangenen Gesprächen, insbesondere mit Vertretern der deutschen Wirtschaft, habe er den vollen Schutz und Sicherheit deutscher Investitionen in Kenia zugesichert.

Kenia sei politisch stabil und könne sich deshalb in Frieden entwickeln. Darin sei es das einzige Land der Region, alle anderen Nachbarländer hätten zahlreiche Probleme.

Der Präsident erläuterte sodann die Probleme einzelner Länder der Region und deren Beziehungen zu Kenia.

Die innere Lage Somalias wurde als sehr ernst und chaotisch bezeichnet. Eine vernünftige Entwicklung sei nicht mehr möglich. Die bilateralen politischen Beziehungen zu Kenia seien im allgemeinen unproblematisch. Mit Sorge sehe man in Kenia jedoch die steigende Zahl Asylsuchender aus Somalia.

Auch die bilateralen Beziehungen zu Äthiopien seien eher freundschaftlich. Im Innern Äthiopiens bahne sich nach Einschätzung des Präsidenten ein allmählicher Wechsel an, politisch und auch wirtschaftspolitisch. Eine vernünftige Politik sei bei der gegenwärtigen inneren politischen Struktur ohnehin nicht möglich.

Der Präsident ergänzte, daß der Kurswechsel in der Sowjetunion Auswirkungen auf Äthiopien haben werde. Mengistu schaue mehr und mehr auf die EG und westliche Länder; er werde sich anpassen.

Besonders gravierend und chaotisch sei die innere Verfassung des Sudan. In der Nord-Süd-Auseinandersetzung stürben täglich Tausende von Menschen.⁸ Die Bundesrepublik Deutschland könne hier viel helfen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 160

Beziehungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die Umweltsituation in Kenia, die südafrikanische Politik, Namibia und der Konflikt im südlichen Sudan. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 322, Bd. 149943.

Am Morgen des 9. Februar 1989 führten Bundesminister Genscher und Moi ein Gespräch. Im Mittelpunkt stand die Lage im südlichen Afrika, insbesondere in Angola, Namibia und Südafrika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 322, Bd. 149943.

⁸ Botschafter Simon, Khartoum, berichtete am 21. Februar 1989: „Im Bürgerkrieg, der sich mit elfjähriger Unterbrechung (1972–1983) seit der Unabhängigkeit (1956) hinzieht, waren in Erwartung von Friedensgesprächen vorübergehend, im November und Dezember, die Kampfhandlungen unausgesprochen vermindert oder sogar eingestellt worden. [...] Erst nachdem sich abzeichnete, daß

Ministerpräsident al-Mahdi habe das Land nicht in der Hand und spalte es durch die Einführung der Scharia. Dadurch sei – wie zu Zeiten der Sklavenhändler – der Konflikt zwischen Arabern und Schwarzen im eigenen Lande angelegt.

Als kritisch bezeichnete der Präsident die Tatsache, daß al-Mahdi arabische Länder wie Irak, Libyen und die Palästinenser bitte, ihn gegen den Süden seines Landes zu unterstützen. Damit mischten sich Araber in Probleme Schwarzafrikas ein. Einige arabische Länder wie Algerien, Marokko und Ägypten würden sich dagegen zurückhalten. Dies sei positiv zu vermerken.

Der *Bundeskanzler* bat um eine Bewertung der Entwicklung in Namibia.

Präsident *Moi* erklärte, die Entwicklung dort gehe in die richtige Richtung.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er Nujoma kenne, erwiderte der *Präsident*: Er kenne ihn sehr gut, lade ihn oft ein und habe ihm auch verschiedentlich geholfen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, was Nujoma vorhabe, erwiderte der *Präsident*: Er habe hier keinerlei Befürchtungen, Nujoma werde eine gute Staatsführung in die Wege leiten, und er, Nujoma, wisse, daß dies nicht ohne die Hilfe Europas gehe. Darin sei er, der Präsident, völlig sicher.

Der *Bundeskanzler* meinte hierzu, Nujoma sollte sich ein Beispiel an Kenia nehmen. Für die Zukunft Namibias werde sehr viel davon abhängen, wie sich SWAPO/Nujoma verhalte.

Präsident *Moi* ergänzte, daß die SWAPO die KANU⁹ (kenianische Einheitspartei) um logistische Unterstützung zum Aufbau einer Partei gebeten habe. Dies habe man nicht gewährt.

Kenia werde jedoch auf Bitten der VN ein Bataillon seiner Armee für die Übergangszeit zur Verfügung stellen.

Der Präsident betonte nochmals, daß er bezüglich Namibias insgesamt sehr optimistisch sei.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* zur Lage in Angola erklärte der Präsident, daß ohne eine Verständigung zwischen dos Santos und Savimbi kein Friede in Angola einkehren und das Leiden der Menschen dort weitergehen werde. Dies könne nicht im Interesse Angolas sein.

Auf Fragen des *Bundeskanzlers* zur RENAMO berichtete der Präsident von seinen Bemühungen, zwischen der RENAMO, Abgesandten Präsident Chissanos und Kirchenvertretern ein Gespräch zustande zu bringen. Er habe die Hoffnung, daß die beiden Kontrahenten – RENAMO und FRELIMO – eines Tages auch direkt Gespräche führen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 161

der Friedensprozeß ins Stocken geraten war, wurde der Kampf wiederaufgenommen. [...] Die Verletzung von Menschenrechten, hauptsächlich durch die Stammesmilizen, die, begünstigt durch die Absenz staatlicher Gewalt, eine Art Faustrecht in weiten Teilen Südkordofans und Süddarfurs ausüben, ist Alltag im Süden geworden. Die weitreichendsten Menschenrechtsverletzungen bringt der Bürgerkrieg mit sich, der in erster Linie auf Kosten der Zivilbevölkerung im Süden geführt wird. Schätzungen veranschlagen allein die Zahl der Hungertoten auf 100 000 bis 250 000 Opfer einer von beiden Seiten konsequent betriebenen Voreitelung von Lebensmitteltransporten in Notstandsggebiete.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 157; Referat 310, Bd. 149798.

⁹ Kenya African National Union.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigte Präsident Moi, daß diese Entwicklungen auch Auswirkungen auf Südafrika selbst haben werden. Botha müsse sich jetzt bewegen. Wenn er noch länger auf der Stelle trete, werde es bald zu spät sein.

Der *Bundeskanzler* betonte, dies sei auch voll seine Meinung.

Der *Präsident* bezeichnete Nelson Mandela als einzige verbleibende Chance Südafrikas. Er allein könne die rivalisierenden Kräfte (der Opposition) zusammenführen; er sei ein einigender Faktor, nicht Buthelezi.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob Mandela hierzu überhaupt bereit sei, bejahte der *Präsident* nachdrücklich. Mandela sei überall beliebt, ohne ihn laufe nichts.

Der *Bundeskanzler* unterrichtete an dieser Stelle den Präsidenten über eine gemeinsame deutsch-britische Mission zu Präsident Botha¹⁰ und ihr Ergebnis sowie über die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten nach Südafrika¹¹.

Der Bundeskanzler unterrichtete den Präsidenten über sein letztes Gespräch mit Präsident Botha anlässlich der Beerdigung des bayerischen Ministerpräsidenten in München Anfang Oktober.¹² Auf die nachdrückliche Forderung, Nelson Mandela zu Weihnachten freizulassen, habe Botha lediglich die Gegenfrage gestellt, ob der Westen in diesem Falle die Wirtschaftssanktionen zurücknehme.

Der Bundeskanzler bezeichnete diese Reaktion als eine für Botha typische Denkweise. Botha wolle nicht begreifen, daß sich niemand – auch nicht Buthelezi – an einen Verhandlungstisch mit der südafrikanischen Regierung setzen könne, solange Mandela nicht frei sei.

Auf Frage des Bundeskanzlers bejahte der *Präsident*, daß Mandela noch Einfluß bei ANC habe. Der *Bundeskanzler* ergänzte dies durch die Frage, ob es stimme, daß einige ANC-Leute Mandela lieber im Gefängnis als in Freiheit sähen, um so unbehelligter Macht ausüben zu können.

Der *Präsident* erklärte hierzu, einige mag es geben, die so denken. Dies sei aber nicht im Interesse der Schwarzen Südafrikas. Botha selbst mag evtl. die Vorstellung haben, nach dem Tode Mandelas besser mit dem ANC zurechtzukommen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dies nochmals als einen geradezu tragischen Irrtum Bothas. Er habe dies ihm auch deutlich zu verstehen gegeben: Wenn

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher beauftragten den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Leutwiler, nach Südafrika zu reisen, um in einem Gespräch mit Präsident Botha politische Reformen in Südafrika und die Freilassung Nelson Mandelas anzusprechen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Vgl. dazu auch DBPO III/XI, Dok. 137, Dok. 138, Dok. 140 und Dok. 148.

¹¹ Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 20. und vom 23. bis 27. Januar 1988 in Südafrika auf, am 21./22. Januar besuchte er Mosambik und am 28./29. Januar 1988 Namibia. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 28 und Dok. 35.

¹² Der bayerische Ministerpräsident Strauß starb am 3. Oktober 1988 in Regensburg. Am 7. Oktober 1988 fand in München ein Staatsakt statt. Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 11. Oktober 1988: „In Meldung der Nachrichtenagentur S[outh]A[frican]P[ress]A[gency] vom 8.10.1988 heißt es, daß Staatspräsident P. W. Botha und BK Kohl während ihrer 15-minütigen Begegnung am Rande der Trauerfeier für MP Strauß die Themen Mosambik und Namibia angeschnitten hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 675; Referat 320, Bd. 156011.
Am 13. Oktober 1988 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke die Botschaft in Pretoria, daß das Auswärtige Amt „trotz mehrfachen Nachfragens“ beim Bundeskanzleramt nach wie vor über keine Informationen über das Gespräch verfüge. Vgl. den Drahterlaß Nr. 303; Referat 320, Bd. 156011.

Mandela im Gefängnis sterbe, werde er zwangsläufig zum Märtyrer; mehr noch, viele würden sagen, er sei getötet worden. Was werde dann aus Südafrika?

Präsident *Moi* erklärte hierzu, daß er dies auch so sehe. Botha wäre gut beraten, das Image Mandelas, den er im übrigen nie persönlich kennengelernt habe, zu nützen, solange die Zeit hierfür noch reiche.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er, der Präsident, Einfluß auf den ANC nehmen könne, versicherte der *Präsident*, daß er Tambo gut kenne und periodisch einlade. Tambo habe kein Interesse, Mandela tot zu sehen. Der Präsident ergänzte, daß aus seiner Sicht der ANC beim Tode Mandelas auseinanderbrechen werde.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, was getan werden könne, um Bothas Vorstellung zu korrigieren bzw. ihm die Furcht zu nehmen, der ANC bestehe auf Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele, erklärte der *Präsident*, daß Botha für Argumente kaum zugänglich sei und er, Botha, auch nur wenigen seiner Umgebung Glauben schenke.

Der Präsident fügte hinzu, daß er anlässlich der drohenden Verurteilung der Sharpeville Six¹³ mit Botha einen Briefwechsel hatte, Bothas Antwort sei sehr „nett“ gewesen. Ihm, *Moi*, sei jedoch daraus nicht klargeworden, was Botha überhaupt denke.

Der Präsident führte weiter aus, daß rd. 75 % der Afrikaner rechts orientiert seien, rd. 1/4 habe sich gewandelt, insbesondere die Jugend auf verschiedenen Universitäten. Hierzu kämen die englischstämmigen Südafrikaner, Inder und Mischlinge. Nur Mandela könne bei dieser Heterogenität einen Zusammenhalt garantieren, nicht die Regierung Südafrikas, trotz aller militärischen Stärke.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Bothas Vorstellungswelt aufgrund seiner 70 Jahre noch irgendwie nachvollziehbar sei; daß jedoch auch 40–50-jährige Buren gleich dächten, könne man nicht verstehen.

Auf die Bemerkung des *Präsidenten*, daß jetzt vieles vom neuen amerikanischen Präsidenten¹⁴ abhängе, bemerkte der *Bundeskanzler*, eine befriedigende Regelung/Beruhigung in Angola und Namibia wäre schon ein gewaltiger Fortschritt.

Das Gespräch wurde im erweiterten Kreise¹⁵ im Schmidt-Rottluff-Zimmer fortgesetzt.

¹³ Referat 320 vermerkte am 15. März 1988: „Bei den ‚Sharpeville Six‘ handelt es sich um sechs schwarze Südafrikaner (eine Frau und fünf Männer), die Ende 1985 wegen Mordes zum Tode verurteilt wurden. [...] Die Todesurteile wurden ausgesprochen, ohne daß den Angeklagten eine kausale Beteiligung für den Tod des Ermordeten nachgewiesen werden konnte. Es handelt sich um ein rechtsstaatlich fragwürdiges und auch in der südafrikanischen Rechtswissenschaft als bedenklich angesehenes Urteil, das von der bisherigen Rechtsprechung abweicht.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156068.

Am 28. November 1988 notierte Vortragender Legationsrat Hiller, der südafrikanische Präsident Botha habe am 23. November 1988 die Todesurteile aufgehoben und in Haftstrafen umgewandelt: „Die aufgrund massiver internationaler und insbesondere westlicher Interventionen erfolgte Begnadigung der Sharpeville Six macht deutlich, daß Präsident Botha und die südafrikanische Regierung gegenüber Druckausübung nicht unempfindlich sind. Interessant in diesem Zusammenhang sind Erklärungen der Anwälte der Sharpeville Six, die betonen, daß die Entscheidung des Staatspräsidenten vor allem durch Einflüsse von PM Thatcher, Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl beeinflusst worden seien.“ Hiller legte dar, daraus auf grundlegende Änderungen der Apartheitspolitik zu schließen, wäre aber ein Fehler. Vgl. Referat 320, Bd. 156048.

¹⁴ George H. W. Bush.

¹⁵ Die Wörter „im erweiterten Kreise“ wurden von Ministerialdirigent Sulimma hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer?“

Auf Frage des Bundeskanzlers erläuterte die kenianische Seite die deutsch-kenianischen Handelsbeziehungen und die Stellung der Bundesrepublik als Handelspartner im Verhältnis zu anderen westlichen Ländern. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß neben Kaffee (40 %) und Tee der Tourismus für Kenia insgesamt und auch im Verhältnis zur Bundesrepublik immer mehr an Bedeutung zunehme. Die Steigerungsraten im Tourismus wurden auf insgesamt ca. 20–25 % jährlich beziffert.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach wesentlichen Entwicklungen Kenias seit seinem Besuch erwähnte der *Präsident* u.a. die Erschließung weiterer Energiequellen (Wasserkraft, Geothermik), die ländliche Entwicklung, Aufforstung und den Schutz der Teeanbaugebiete durch Bewaldung der angrenzenden Zonen.

Der *Bundeskanzler* kam nochmals auf den Schuldenerlaß zurück. Die von Kenia auf dem Gebiet des Umwelt- und Ressourcenschutzes ergriffenen und jetzt zusätzlich möglichen (erwarteten) Maßnahmen seien von außerordentlicher Bedeutung und sollten Modellcharakter für andere Länder haben. Der Bundeskanzler verwies auf grenzüberschreitende Klimaveränderungen und die Gesamtverantwortung aller Länder hierfür.

Der *Präsident* ergänzte, daß Kenia Umweltfragen verstärkt auch in Schulen und Universitäten einführe und bereits einige afrikanische Länder Interesse an den Umweltschutzmaßnahmen Kenias gezeigt hätten.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die langfristigen positiven Auswirkungen des Umweltschutzes auch für den Tourismus. Die Maßnahmen seien somit auch von wirtschaftlicher Bedeutung.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläuterte der *Präsident* das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der eritreischen Befreiungsfront über eine gewisse Autonomie dieses Gebietes.¹⁶ Es bestehe Hoffnung auf eine innenpolitische Normalisierung. Auch die Lage der wiederholt Hunger leidenden Bevölkerung in verschiedenen Gebieten habe sich verbessert. Äthiopien habe sich an die EG und Italien wegen Hilfe gewandt.

BM *Klein* bat den Präsidenten, sich des Problems der kenianischen Haltung zum Tropenwald-Aktionsplan der FAO¹⁷ anzunehmen.¹⁸ Die offene Frage sei, ob und unter welchen Bedingungen Kenia mit der FAO auf diesem Gebiet zusammenarbeiten wolle. Hintergrund sei, daß die FAO zwar Projekte identifiziere, sie jedoch nicht selbst durchführe, vielmehr bilaterale Geber hierfür suche. Wir, die Bundesrepublik, seien zur Übernahme geeigneter Projekte bereit. Wichtig sei hierfür aber die Zustimmung der FAO.

Der *Präsident* schien zu den Einzelheiten überfragt, versprach jedoch, sich um die Sache zu kümmern.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Lage in Zaire schien die kenianische Seite zu einer offenen Meinungsäußerung nicht gerne bereit zu sein. Der

¹⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Nitzschke hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁷ Für den Wortlaut des „FAO's Tropical Forestry Action Plan“ (TFAP), der beim neunten Weltwald-Kongreß im Juli 1985 in Mexiko-Stadt vorgestellt wurde, vgl. UNASYLVA 38 (1986/2), Nr. 152, S. 38–64.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Nitzschke durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Präsident erklärte schließlich, das Land habe ungeheure Reichtümer, nichts sei jedoch richtig geplant. In den weiteren Ausführungen hierzu wurde deutlich, daß Kenia das Problem Zaires in der Person des dortigen Präsidenten¹⁹ sieht.

Auf die belgisch-zairische Verstimmung²⁰ angesprochen, wurde erklärt, dies könne nur von den beiden betroffenen Seiten selbst gelöst werden.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach den Vorstellungen und Idealen der Jugend Kenias erklärte der Präsident die Notwendigkeit, ihr – der Jugend – eine eigene Identität zu geben und das Gefühl, daß ihre Zukunft in eigener Hand liege. Grundlage sei zudem die Philosophie der kenianischen Einheitspartei, nämlich Einheit, Frieden und Stabilität.

Der Präsident erläuterte die Bedeutung und den Sinn einer Einheitspartei für Kenia mit seiner Vielzahl von Stämmen. Ein Mehrparteiensystem wäre automatisch stammesmäßig aufgesplittet, ein einheitlicher Staat so niemals erreichbar. Ein Auseinanderdividieren der Stämme – *divide et impera* – sei ja auch ein Mittel der Herrschaft der Kolonialmächte gewesen.

Angesprochen wurden im weiteren Gespräch noch u. a.

- das Berufsausbildungssystem in Kenia und Möglichkeiten einer deutschen Unterstützung staatlicherseits bzw. durch deutsche, in Kenia ansässige Firmen;
BM Klein erläuterte hierzu einschlägige entwicklungspolitische Erfahrungen bei der Ausbildung von z. B. Berufsschullehrern;
- auf kenianische Frage die Erfahrungen mit türkischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland;
- der Anteil und die Bedeutung der indischen Minderheit (ca. 100 000) für Kenia, ihr Anteil am Handelssektor;
- die kenianischen Erfahrungen bei der Stabilisierung des Bestandes freilebender Tiere; auch der Bestand der bedrohten Rhinos konnte durch ein Schutzprogramm gesichert werden; harte staatliche Maßnahmen gegen Wilderei von Elefanten (Bestand in Kenia ca. 21 000); Erfolge dadurch, daß man auch gegen die mit den Wilderern zusammenarbeitenden Händler vorgeht (Elfenbein, Rhinohorn);
BM Klein erläuterte das deutsche TZ-Projekt in Tansania (Selous-Park²¹); besondere Erfolge durch wirtschaftliche Einbindung der am Wildpark lebenden Bevölkerung.

¹⁹ Mobutu Sese Seko.

²⁰ Botschafter Venzlaff, Kinshasa, berichtete am 16. Januar 1989: „Die Krise der belgisch-zairischen Beziehungen nimmt besorgniserregende Ausmaße an. Das vom 9. bis 13. Januar tagende zairische Zentralkomitee entschied, das belgisch-zairische Generalabkommen betr[effend] Freundschaft, Unterstützung und technische Zusammenarbeit vom 29. Juni 1960 aufzukündigen, [...] die Zahlung aller öffentlichen Schulden an Belgien zu suspendieren [...], das zairische Kupfer anderswo als in Hoboken zu raffinieren.“ Venzlaff legte weiter dar: „Die These, es solle von inneren Schwierigkeiten abgelenkt werden, erscheint mir zu einfach. Auslösendes Element dürfte die virulente Kritik in der belgischen Presse an der Person des Präsidenten gewesen sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 34/35; Referat 322, Bd. 150048.

²¹ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vermerkte am 5. September 1989, in den Regierungsverhandlungen mit Tansania vom 31. Mai bis 2. Juni 1989 seien der tansanischen Regierung 35 Millionen DM für Projekte der Technischen Zusammenarbeit zugesagt worden, verteilt auf die Jahre 1990 bis 1994. Für die Durchführungsphase des Projekts „Wildlife Management Selous“ stünden 2,7 Millionen DM zur Verfügung. Vgl. dazu Referat 322, Bd. 150031.

Präsident *Moi* faßte abschließend seinen Dank an die Bundesregierung zusammen. Die Freundschaft zwischen Kenia und der Bundesrepublik Deutschland sei durch diesen Besuch weiter zementiert worden.

Auf der Welt gebe es immer noch zu viel Streit statt Anstrengungen zur Entwicklung, zu der schon die wachsende Bevölkerung zwingt. Die allmähliche Abrüstung schaffe Spielraum, um sich mehr als bisher auf die Entwicklung der Dritten Welt zu konzentrieren.

Der Präsident fügte hinzu, daß aus seiner Sicht die VN-Organisationen zu aufgebläht seien und überhaupt zu viel Geld verschwendeten.

Der *Bundeskanzler* würdigte abschließend das Ergebnis des Besuches, Kenia als ein Land mit großer Zukunft und den Präsidenten als einen Politiker, der sein Land mit Würde und Einsicht in die menschliche Natur regiere.

Referat 322, Bd. 149943

37

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, in Washington

VS-vertraulich

9. Februar 1989¹

Besuch BM Schäuble in Washington vom 8. bis 10.2.89;
hier: Gespräch mit Sicherheitsberater Scowcroft

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Ruhfus, VLR Weber als Dolmetscher, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker.

Sicherheitsberater *Scowcroft* knüpfte an das vorausgehende Gespräch von BM Schäuble mit Präsident Bush² an: Die US-Regierung habe nie Zweifel an der Bereitschaft der Bundesregierung gehabt, die mögliche Mitwirkung deutscher

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, z. Z. Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 658/659 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 10. Februar 1989 übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 13. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Moltke am 24. Februar 1989 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

² Im Gespräch mit Bundesminister Schäuble am 9. Februar 1989 kam der amerikanische Präsident Bush „auf die Irritationen zu sprechen, die sich seit der Jahreswende im Zusammenhang mit dem Bau des CW-Komplexes in Libyen im deutsch-amerikanischen Verhältnis ergeben hätten. Er freue sich, daß diese bereits bei seinem Telefongespräch mit dem Bundeskanzler vollkommen ausgeräumt werden konnten. Manches hätte – so der Präsident – von amerikanischer Seite auch mit ‚mehr Finesse‘ behandelt werden können. Angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen betrachte er die Angelegenheit als abgeschlossen.“ Vgl. die mit Drahtbericht Nr. 634 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 10. Februar 1989 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Für das in diesem Gespräch übergebene Schreiben von Bundeskanzler Kohl an Bush vgl. Dok. 38.

Firmen beim Bau chemischer Kampfstoffanlagen³ aufzuklären und für die Zukunft zu verhindern. Die US-Regierung habe auch keine Probleme mit der Art und Weise, wie der Bundeskanzler die amerikanischen Hinweise aufgegriffen und weiterverfolgt habe. Wenn es auf amerikanischer Seite Unzulänglichkeiten gegeben habe, so bedauere er dies.

Chef BK hielt zwei Ansätze für eine wirksame Nichtverbreitung von CW-Waffen für wesentlich: einerseits die Zusammenarbeit der Regierungen der Industrieländer, zum anderen aber auch ein Zusammenwirken der einzelnen Regierungen mit den jeweils Verantwortlichen ihrer chemischen Industrien. Die Bundesregierung benötige jedenfalls für ein wirksames außenwirtschaftliches Kontrollregime das Fachwissen der deutschen chemischen Industrie.

Um sich deren Kooperationsbereitschaft zu erhalten, müsse man darauf achten, bei Sanktionen nicht mit den „schwarzen Schafen“ zugleich die ganze Herde zu verurteilen. Insbesondere dürfe man nicht Firmen ohne Beweise an den Pranger stellen; dies erschwere nur die Kooperation. So könnte man die z. Zt. große Bereitschaft der deutschen chemischen Industrie zur Mitwirkung im Kampf gegen unverantwortliche Firmen sehr leicht durch ungerechtfertigte Anschuldigungen in Frustration verkehren.

Zum anderen dürfe man nicht einen künstlichen Graben zwischen den Regierungen, die eine vollständige Ächtung der C-Waffen wollten, und denjenigen, die eine Vereinbarung über die Nichtverbreitung anstrebten, entstehen lassen. Entscheidend sei, daß beide Seiten die Überzeugung teilten, daß ein Abkommen über Nichtverbreitung eine erste Etappe zu einem Abkommen über die vollständige Ächtung der C-Waffen darstellen müsse.

Scowcroft stimmte dem zu. Präsident Bush sei in der Frage der Nichtverbreitung von C-Waffen auch emotional sehr engagiert. Die US-Regierung bemühe sich hier um eine einvernehmliche Lösung, könne aber auch die Argumente der DW-Länder (Diskriminierung) nicht ohne weiteres beiseite schieben. Den deutschen Kooperationsvorstellungen könne die US-Regierung jedenfalls ohne Vorbehalt zustimmen.

Chef BK warf ein, daß im US-Kongreß immer noch starke Tendenzen vorhanden seien, Sanktionen gegen deutsche Firmen zu verhängen. Für die Bundesregierung sei der Rat der US-Regierung sehr erwünscht.

Scowcroft versicherte, daß man seitens der Administration versuchen werde, hier so weit wie möglich zu helfen.

Chef BK betonte, daß es aus deutscher Sicht vor allem darauf ankomme, bei der Prüfung von Anschuldigungen gegen ausländische Firmen die gleichen rechtsstaatlichen Maßstäbe anzulegen wie bei der Prüfung von Anschuldigungen gegen US-Firmen.

Aus den zahlreichen Gesprächen führender deutscher Politiker mit der US-Regierung in diesen Tagen in Washington⁴, was fast einer konzertierten Aktion

³ Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

⁴ Nach einem Besuch des CDU-Abgeordneten Rühle vom 8. bis 11. Januar 1989 hielt sich Bundesminister Stoltenberg vom 11. bis 13. Januar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 7 und 8. Vom 1. bis 3. Februar 1989 fand ein Besuch von Bundestagspräsidentin Süssmuth statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 557/558 des Botschafters Rühfus vom 6. Februar 1989; Referat 011, Bd. 150600. Bundesminister Haussmann besuchte die USA vom 1. bis 5. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 21.

geglichen habe, müsse auch klargeworden sein, daß die Bundesregierung künftig alles tun werde, um eine Mitwirkung deutscher Firmen am Aufbau von C-Waffen-Produktionen im Ausland zu verhindern, was sie in der Vergangenheit infolge der bestehenden Rechtslage nicht immer tun konnte. *Scowcroft* versicherte, daß diese Botschaft voll verstanden worden sei. BM Schäubles Mission habe vollen Erfolg gehabt. Er kam sodann auf sein kürzliches Gespräch mit Graf Lambsdorff über die Modernisierung der Kurzstreckenraketen zurück.⁵ BM Schäubles Überlegungen über ein Abrüstungspolitisches Gesamtkonzept seien sehr positiv zu bewerten. Die Modernisierung sei ein sehr wichtiges Element dieses Gesamtkonzepts. Hinsichtlich ihrer Modalitäten bedürfe die US-Regierung der Anregungen und der Mitarbeit der Bundesregierung.

Chef BK unterstrich, daß es wichtig sei, daß diese Einbindung der Modernisierungsproblematik in ein Abrüstungspolitisches Gesamtkonzept richtig verstanden werde. Die Bundesregierung wolle keine dritte Null-Lösung. Der Bundeskanzler wolle dahin gehende Vorschläge von Gorbatschow nicht akzeptieren. Auch die Bundesregierung wünsche keinen Verzicht auf landgestützte Nuklearwaffen. Wenn man die Modernisierung dann durchführe, wenn sie notwendig werde, sei dies in Ordnung. Es sei jedoch kein Glaubwürdigkeitsnachweis durch eine Modernisierungsentscheidung ohne zeitliche Notwendigkeit erforderlich. Das Gesamtkonzept könnte auf dem NATO-Gipfel im Frühsommer d.J.⁶ verabschiedet werden. Auf deutscher Seite sei man dann auch zu einer Diskussion bereit, wie die neuen Systeme unter 500 km Reichweite aussehen sollten. Wenn man jedoch eine Modernisierung zu einem Zeitpunkt diskutieren wolle, wo eine Entscheidung noch nicht nötig sei, schaffe man sich nur unnütz neue Probleme.

Chef BK kam sodann auf die deutsch-deutschen Beziehungen zu sprechen. Die Darstellung der jüngsten Entwicklungen könne vielleicht das Verständnis für uns auf amerikanischer Seite erleichtern. In der DDR herrsche gegenwärtig eine labile Situation, die beim Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1987⁷ nicht voraussehbar gewesen sei. Zu diesem Zeitpunkt sei Honecker noch der relativ angesehenste Politiker in seinem eigenen Lande, bis

⁵ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff besuchte die USA vom 31. Januar bis 9. Februar 1989. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 9. Februar 1989, Lambsdorff habe am Vortag ein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten geführt. *Scowcroft* habe festgestellt, „daß die USA keinerlei Absichten zu einer Denuklearisierung Europas hätten. Er würde zugeben, daß die USA mit zu den politischen Schwierigkeiten beigetragen hätten, in denen man sich gegenwärtig befinde. Die Modernisierung habe eine symbolische Qualität angenommen, die weit über ihre militärische Bedeutung hinausgehe. [...] Er bringe dem Wunsch nach Abbau der nuklearen Artillerie Sympathie entgegen, doch dürfe dies keinesfalls isoliert ohne eine parallele Entscheidung zur Modernisierung erfolgen [...] L[ambsdorff] bemerkte hierzu, daß er dagegen sei, die Dinge zu überstürzen, und betonte, daß er keinesfalls einseitige Maßnahmen habe vorschlagen wollen. [...] Es müsse darum gehen, möglichst ein Paket zusammenzustellen, das weniger, aber bessere Waffen, keine Artillerie und möglichst Fortschritte in der konventionellen Rüstungskontrolle miteinander verbinde. Ein solches Paket sei leichter gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten als eine isolierte Modernisierungsentscheidung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 621; Referat 201, Bd. 151172. Anschließend traf Lambsdorff zu einem zehnminütigen Gespräch mit Präsident Bush zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 605 des Gesandten Paschke, Washington, vom 8. Februar 1989; Referat 011, Bd. 150596. Vgl. dazu auch das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

zu einem gewissen Grade auch in der Bundesrepublik Deutschland, gewesen. Diese Stellung habe sich in jüngster Zeit jedoch dramatisch geändert. Dazu hätten einmal die in der DDR-Bevölkerung von Gorbatschow und seinen Reformen erweckten Erwartungen beigetragen und zugleich aber auch der Druck, der durch die Öffnung zur Bundesrepublik Deutschland entstanden sei. Die Bundesrepublik nutze diese Drucksituation, die DDR-Führung zu einer noch weiteren Öffnung zu bewegen. So hätten in den letzten Jahren fünf bis sechs Millionen DDR-Bürger – bei einer Gesamteinwohnerzahl von 16 Millionen – die Bundesrepublik Deutschland besucht. Die Bundesregierung wolle diesen Druck nutzen, gleichzeitig aber eine Konfrontation mit der DDR vermeiden, die zu einer Rücknahme der Öffnungsentscheidung beitragen könnte. Die Bundesregierung gehe daher einen Mittelweg, indem sie einmal immer leistungsfähigere Beziehungen zur DDR entwickle, andererseits aber Druck auf Honecker ausübe, die DDR nach dem Westen offenzuhalten. Die zunehmende Erwartungshaltung in der DDR-Bevölkerung stärke verständlicherweise die Unzufriedenheit. Man müsse ein gefährliches Überkochen in der Stimmung der DDR-Bevölkerung vermeiden, um den Prozeß der Öffnung zum Westen nicht aufs Spiel zu setzen. Entscheidend sei es hier, wie im Verhältnis zu Polen, einerseits wachsam zu bleiben, aber andererseits die Chancen zur Öffnung des Ostens zu nutzen.

Scowcroft stimmte dieser Auffassung zu. Auch im Hinblick auf die Sowjetunion müsse man die Zeit nutzen, um die Bereitschaft zur Öffnung zu fördern, zumal man nicht wissen könne, wie lange sich Gorbatschow im Sattel halten könne. Der Westen könne kein Interesse daran haben, eine explosionsartige Entwicklung im östlichen Europa herbeizuführen.

Eine ähnlich explosive Situation könnte sich in der DDR entwickeln, wo einerseits Glasnost und Perestroika nicht akzeptiert würden, andererseits aber die Bevölkerung immer mehr Gelegenheit habe, die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland selbst kennenzulernen. *Chef BK* betonte, daß die DDR deswegen besonders fragil sei, weil sie – im Gegensatz zu anderen Ostblockstaaten – nicht über eine eigene nationale Identität verfüge.

Ein weiterer wichtiger Punkt, wo die Bundesregierung die Hilfe der USA brauchen werde, sei Berlin. Auch hier stehe die DDR vor einer schwierigen Situation, weil Gorbatschow die Lage in Berlin als ein Mittel nutze, um die DDR zu kontrollieren. Die DDR habe hier keinen eigenen Spielraum.

Die Bundesregierung habe dies sehr klar im Rahmen der letzten Verhandlungen über die Transitzuschüsse feststellen können.⁸ Dabei sei es u. a. um die Schaffung eines zusätzlichen Übergangs zwischen Berlin (Ost) und Berlin (West) gegangen. Dabei habe sich die limitierte Entscheidungsfreiheit in der Berlin-Frage erneut erwiesen.

⁸ Nach Artikel 18 des Transitabkommens vom 17. Dezember 1971 entrichtete die Bundesrepublik der DDR für den Transit von und nach Berlin (West) jährlich eine Pauschalsumme als Gebühren für Straßennutzung und Visa. Für den Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1972, D 75.

Mit Protokoll vom 16. November 1978 wurde die Transitzuschüsse für die Jahre 1980 bis 1989 auf 525 Millionen DM jährlich festgelegt. Für den Wortlaut vgl. *BULLETIN* 1978, S. 1254 f.

Am 14. September 1988 vereinbarten beide Regierungen weitere Verbesserungen im Transitverkehr. Dafür stimmte die Bundesregierung einer Erhöhung der jährlichen Transitzuschüsse auf 860 Millionen DM für die Jahre 1990 bis 1999 zu. Für den Wortlaut des am 5. Oktober 1988 unterzeichneten Protokolls vgl. *BULLETIN* 1988, S. 1138.

Umgekehrt sei Gorbatschow auch nicht bereit, seinerseits irgendwelche Konzessionen im Hinblick auf den Status von Berlin (West) zu machen. Dies sei beim Bundeskanzler-Besuch in Moskau⁹ der schwierigste Punkt gewesen.

Der Bundeskanzler habe seinerseits verdeutlicht, daß eine echte Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nur denkbar sei, wenn Berlin (West) davon auch profitiere. Aus diesem Grunde habe für uns die Berlin-Initiative von Präsident Reagan¹⁰ auch eine so große Bedeutung erlangt. Ebenso sei das Eintreten der Schutzmächte insgesamt von existentieller Bedeutung für Berlin (West).

Das Ergebnis der jüngsten Wahlen in Berlin¹¹ habe die Verbesserung der Lage dieser Stadt nicht gefördert. Es sei sehr bedauerlich, daß die neue Rechtspartei sieben Prozent der Stimmen erhalten habe. Bedenklicher aber noch sei, daß die Alternative Liste, eine radikale Berliner Form der Grünen, zwölf Prozent aller Stimmen gewinnen konnte. Damit werde eine Koalition zwischen SPD und AL wahrscheinlich. Er, Chef BK, habe gegenüber AM Baker erklärt, daß man zur SPD in dem Sinne Vertrauen haben könne, daß sie nicht die rechtlichen Existenzgrundlagen Berlins aufs Spiel setzen werde.¹² Dennoch könne sich eine rot-grüne Koalition in Berlin als gefährlich erweisen. Der CDU/CSU sei es seinerzeit unter dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker gelungen, die psychologische Situation in Berlin mit all ihren Konsequenzen für das Investitions- und Handelsklima wesentlich zu verbessern. Hier könne durch eine rot-grüne

⁹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹⁰ In einer Rede vor dem Brandenburger Tor in Berlin (West) am 12. Juni 1987 schlug der amerikanische Präsident Reagan u. a. vor, den Zugang zur Stadt auf dem Luftweg zu erweitern, den kommerziellen Luftverkehr zu verbessern, in Berlin verstärkt internationale Konferenzen abzuhalten sowie Olympische Spiele in beiden Teilen der Stadt zu veranstalten. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 168, und AAPD 1987, II, Dok. 342.

Zum Fortgang der Berlin-Initiative vgl. AAPD 1988, II, Dok. 252.

Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee vermerkte am 13. Februar 1989: „Am Rande der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 8.2.89 erwähnte der deutsche Sprecher die Äußerung von Botschafter Kotschemassow gegenüber StS Bertele, die SU habe bereits durch das Angebot von Gesprächen auf Gesandten-Ebene auf die Berlin-Initiative geantwortet. Die Vertreter der Drei Mächte zeigten sich überrascht. Sie erklärten, ihnen sei keine Äußerung von sowjetischer Seite bekannt, die so interpretiert werden könne, wie Kotschemassow dies getan habe. Bei Übergabe des Erinnerungs-Aide-memoires im Dezember 1988 habe der stv. Außenminister Kowaljow angekündigt, die SU werde geeignete Gesprächsthemen benennen, und für Kontakte zwischen den Drei Mächten und der SU auf die Schiene sowjetische Botschaft Berlin (Ost)/Missionen der Drei Mächte in Berlin verwiesen. Im Dezember 1988 habe der sowjetische Gesandte Maximyschew gegenüber dem US-Gesandten Gilmore die Einschätzung geäußert, es könne noch lange dauern, bis die Sowjetunion sich wieder äußern würde.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140737.

¹¹ Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989 erreichte die CDU 37,7% der abgegebenen gültigen Stimmen, die SPD 37,3% und die Alternative Liste 11,8%. Die Republikaner kamen auf 7,5%, während die FDP den Wiedereinzug in das Parlament verfehlte. Am 16. März 1989 wurde der Spitzenkandidat der SPD, Momper, von einer Koalition aus SPD und Alternativer Liste zum Regierenden Bürgermeister gewählt, der den bisherigen Amtsinhaber Diepgen (CDU) ablöste.

¹² Beim Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 8. Februar 1989 in Washington standen die libysche Chemieanlage in Rabta, der Auslieferungsfall Hamadi und die SNF-Frage im Mittelpunkt. Zur Lage in Berlin legte Schäuble dar, die Bundesregierung sei besorgt, „daß radikale Kräfte etwa 20 v.H. der Stimmen erhalten hätten: Republikaner etwa 7,5 v.H., was für uns sensitiv sei, die Alternative Linke etwa 12 v.H. Die meisten Beobachter hielten eine SPD-Regierung (Rot/Grün oder Tolerierung durch die AL) für wahrscheinlich. Falls die SPD die Regierungsverantwortung übernehme, werde sie allerdings mit allen Partnern diejenigen Grundfragen klären, ohne die in Berlin erfahrungsgemäß nicht regiert werden könne. Dennoch seien Komplikationen bis hin zu evtl. Neuwahlen nicht auszuschließen.“ Vgl. die mit Drahtbericht Nr. 609/610 des Gesandten Paschke, Washington, vom selben Tag übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 151172.

Koalition sehr schnell Veränderung der Lage eintreten, die für Berlin als Symbol der Glaubwürdigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung schädlich sein könne.

Scowcroft fragte, ob von deutscher Seite besondere Wünsche in bezug auf Berlin und die amerikanische Schutzmacht bestünden. *Chef BK* regte an, daß von amerikanischer Seite gegenüber der UdSSR die Reagan-Initiative – etwa im Hinblick auf die Flug- und Landrechte – wiederaufgenommen werden sollte. Nicht der Westen, sondern Gorbatschow verhindere eine Verbesserung der Situation in Berlin (West). Gerade hier sollte man ihn im Hinblick auf die Ernsthaftigkeit seiner Friedensbeteuerungen auf die Probe stellen.

Scowcroft fragte, ob das Ergebnis der jüngsten Wahlen in Berlin eine Überraschung für die Bundesregierung gewesen sei. *Chef BK* bejahte dies, und zwar sowohl im Hinblick auf die CDU/CSU und die FDP als auch im Hinblick auf die SPD. Keiner habe hier mit einer möglichen rot-grünen Mehrheit gerechnet. Für das Ergebnis könne man viele Gründe anführen:

Die tiefgreifenden Reformvorhaben der Bundesregierung, von der Gesundheits- bis zur Postreform, hätten hier sicher eine Rolle gespielt. Ferner hätten sich eine Reihe lokaler Probleme ausgewirkt. In der Berliner Bevölkerung gebe es einen hohen Ausländeranteil, darunter viele deutschstämmige Aussiedler und ausländische Asylsucher. Vor dem Hintergrund der Wohnungsknappheit in Berlin habe es daher zahlreiche Protestwähler gegeben. Nur wenige von diesen hätten jedoch die Gefahr eines Sturzes des Regierenden Bürgermeisters Diepgen gesehen, der nach Meinungsumfragen immer noch die meisten Anhänger in der Berliner Bevölkerung hinter sich vereinige. Trotz all dieser Entwicklungen bestehe nach wie vor keine Gefahr, daß die Entwicklung in Berlin außer Kontrolle gerade. Die Bundesregierung rechne damit, daß es zu einer Koalitionsregierung zwischen SPD und der AL unter Ausschluß der CDU kommen werde.

Die Frage von *Scowcroft*, ob eine ähnliche Entwicklung auch in der Bundesrepublik Deutschland denkbar sei, verneinte *Chef BK*. Das Zusammengehen zwischen SPD und AL in Berlin werde für die SPD in der Bundesrepublik Deutschland einen Rückschlag mit sich bringen. Für die CDU/CSU sei eine so instabile Koalition eher ein taktischer Vorteil. Dennoch sei die CDU zu einer Großen Koalition mit der SPD im Interesse Berlins bereit.

Scowcroft dankte *Chef BK* für sein Kommen und sprach die Hoffnung auf noch engere Zusammenarbeit aus, gerade im Bereich sensibler Probleme, die man gemeinsam angehen und lösen müsse. Er stehe *Chef BK* immer zu Gesprächen zur Verfügung. *Chef BK* dankt seinerseits *Scowcroft* für die ihm am Tage der Haushaltsrede von Präsident Bush¹³ gewidmete Gesprächszeit. Er dankte für das Angebot zur Zusammenarbeit. Die Bundesregierung werde die offene und vertrauensvolle Kooperation mit den USA und der neuen Administration verstärkt fortsetzen.

BM Schäuble hat Bericht vor Abflug nicht mehr gesehen.

VS-Bd. 13041 (204)

¹³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 9. Februar 1989 vor beiden Häusern des Kongresses zu den Zielen der neuen Regierung vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 74–81. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 15. Februar 1989, Dokumentation, S. 1–11.

Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush**VS-vertraulich****9. Februar 1989¹**

Lieber George,

Bundesminister Dr. Schäuble, der Ihnen dieses Schreiben überbringt², ist Chef des Bundeskanzleramtes, sein Aufgabenkreis entspricht dem Ihres Chefs des Stabes, John Sununu. Ich habe ihn als meinen persönlichen Beauftragten in die USA entsandt, um Ihnen und Ihren Mitarbeitern meine persönliche Anschauung zu verschiedenen dringenden transatlantischen, aber auch insbesondere deutsch-amerikanischen Fragen darzulegen und zu erläutern. Ich würde mich sehr freuen, wenn er kurz mit Ihnen persönlich zusammentreffen und mit Ihren engsten Mitarbeitern ausführliche Gespräche führen könnte.

Für Ihr Fernschreiben vom 25. Januar 1989³ und die darin enthaltene Anregung, den bilateralen Dialog intensiv fortzusetzen, danke ich Ihnen sehr. Mir liegt deshalb so viel daran, weil ich unsere Beziehungen für sehr wichtig, für mein Land als existentiell ansehe. Ich sehe deshalb unseren nächsten Zusammentreffen beim NATO-Gipfel im Frühjahr⁴ und beim Wirtschaftsgipfel im Juli⁵ mit großem Interesse entgegen.

Ich schlage vor, daß wir unsere persönlichen Begegnungen in der zweiten Jahreshälfte, nach der Sommerpause, in Washington fortsetzen. Meiner Meinung nach wäre es für unsere gegenseitigen Beziehungen hilfreich und entspräche auch der Dichte der übrigen bilateralen Kontakte, wenn wir uns vornähmen, regelmäßig einmal im Jahr zu einem bilateralen Meinungsaustausch zusammenzutreffen.

Nicht zuletzt durch die frühzeitige Benennung von Vernon Walters als Ihren Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland haben Sie deutlich gemacht, daß Sie den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ebenfalls hohe Priorität einräumen. Dies begrüße ich sehr.

Ich habe Herrn Dr. Schäuble gebeten, Ihrer Regierung

- die bisherigen Ergebnisse unserer Bemühungen zu schildern, jede mögliche Mitwirkung deutscher Firmen am Bau und an der Inbetriebnahme der Chemieanlage „Pharma 150“ in Rabta/Libyen⁶ aufzuklären und zu ahnden,

¹ Das Schreiben wurde mit Drahtbericht Nr. 646/647 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 10. Februar 1989 übermittelt. Dazu vermerkte Ruhfus: „Als Anlage wird zur Vorabunterrichtung BM für Gespräch mit AM Baker der Text des Schreibens übermittelt, das BM Schäuble Präsident Bush übergeben hat.“

Hat dem Bereitschaftsdienst am 11. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Elbe wurde unterrichtet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 11. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 12. Februar 1989 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1989.

² Bundesminister Schäuble besuchte die USA vom 8. bis 10. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 37.

³ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13041 (204).

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

⁶ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

- unsere aktuellen Maßnahmen zu einer Verschärfung unserer gesetzlichen Bestimmungen über die Ausfuhrkontrolle sensitiver Güter und zu Ihrer Einhaltung zu erläutern und
- mit Ihrer Regierung Möglichkeiten zu erörtern – auch durch internationale Zusammenarbeit –, die Fertigstellung und Inbetriebnahme dieser und ähnlicher Anlagen jetzt und in Zukunft zu verhindern.

Wie Sie, Herr Präsident, wissen, ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land der Welt, das auf Produktion, Weitergabe und Einsatz von chemischen Waffen verzichtet hat.⁷ Meine Regierung hat nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß chemische Waffen unmenschliche Kampfmittel sind, die internationaler Ächtung bedürfen. In der Erkenntnis, daß nationale Anstrengungen allein nicht ausreichen, um die Entwicklung derartiger Waffen zu verhindern, ist meine Regierung stets, zuletzt auf der internationalen C-Waffen-Konferenz in Paris⁸, für ein weltweites Verbot dieser Waffen eingetreten. Um so mehr ist meine Regierung daran interessiert, eine Beteiligung deutscher Firmen oder Fachleute an der Herstellung chemischer Waffen zu verhindern oder diese für bereits begangene Verstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Wir sind hierbei zu jeder Zusammenarbeit mit Ihrer Regierung bereit. Über dieses, für unsere Zusammenarbeit so wichtige Thema hinaus ist Bundesminister Dr. Schäuble gern bereit, auch auf andere Fragen im transatlantischen Dialog einzugehen.

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie in Ihrem Fernschreiben in der offenen Weise, wie Sie unter Freunden möglich ist, die uns bewegenden Probleme im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept der NATO für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung ansprechen und ihre Zusammenarbeit anbieten. Ich greife dieses Angebot gerne auf, weil das Thema für unsere bilateralen Beziehungen besonders wichtig ist, aber auch die Allianz insgesamt bewegt.

Die Nordatlantische Allianz begehrt – wie die Bundesrepublik Deutschland – in diesem Jahr den 40. Jahrestag. Während vier Jahrzehnten hat dieser Zusammenschluß der nordamerikanischen und der europäischen Demokratien die Freiheit und Menschenwürde sowie die Menschenrechte und die Selbstbestimmung gewahrt. Auch in Zukunft wird das Bündnis Garant unserer gemeinsamen Sicherheit bleiben. Dazu ist wie bisher die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa unverzichtbar.

Wir sollten den 40. Jahrestag meiner Meinung nach in einer Weise begehen, die der guten Tradition unseres Bündnisses würdig ist: indem wir in der Allianz Einheit und Geschlossenheit wahren und Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.

⁷ Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

Anlaßlich der Unterzeichnung des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen erklärte die Bundesregierung am selben Tag, „daß sie auch im Bereich chemischer Waffen solche Kampfstoffe, auf deren Herstellung sie bereits verzichtet hat, darüber hinaus weder entwickeln, noch erwerben, noch unter eigener Kontrolle lagern wird“. Vgl. BULLETTIN 1972, S. 728.

⁸ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

Dies bedeutet, daß wir die gemeinsam in Reykjavik (1987)⁹ und in Brüssel (1988)¹⁰ entwickelten Positionen in konkrete Fortschritte umsetzen.

Ich teile Ihre Auffassung, daß wir „keine Türen zuschlagen“ sollten. Im Gesamtkonzept, das wir – so hoffe ich – beim NATO-Gipfel im Frühjahr verabschieden werden, sollten sich die zwei Elemente wiederfinden, die das Bündnis bereits in der Vergangenheit erfolgreich vereinigen konnte: Sicherheit und Rüstungskontrolle. Hierin stimme ich Ihnen lebhaft zu. Erst die Berücksichtigung beider Elemente gestattet es, unser Ziel zu erreichen, ein wirkliches Gesamtkonzept zu erarbeiten und dabei auch die Struktur des zukünftigen Nuklearpotentials der NATO in und für Europa festzulegen. Die SNF-Rüstungskontrollkomponente, wie sie in Reykjavik von den Außenministern bereits angesprochen wurde, darf dabei nicht fehlen.

Das Bündnis muß der Herausforderung, die sich aus den Entwicklungen im Warschauer Pakt ergibt, gerecht werden und sollte selbst die Tagesordnung der Rüstungskontrolle bestimmen, wie es ihm in der Vergangenheit bereits gelungen ist. Der oben skizzierte Ansatz wird dem gerecht und bietet Chancen auf Erfolg. Die Erfahrungen des Bündnisses in der Vergangenheit berechtigen zu diesem Selbstbewußtsein.

Wie die amerikanische Administration lehnt auch die Bundesregierung eine „dritte Null-Lösung“, eine Denuklearisierung Europas, ab. Ich habe das in der Vergangenheit unmißverständlich in der Öffentlichkeit festgestellt, und ich habe es gegenüber Generalsekretär Gorbatschow bei meinem Besuch in der Sowjetunion¹¹ wiederholt.

Sollte Generalsekretär Gorbatschow dennoch bei seinem bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland¹² eine „dritte Null-Lösung“ anbieten, so werde ich sie ebenso zurückweisen, wie ich das seinerzeit gegenüber Generalsekretär Honecker tat, als er diesen Vorschlag in seinem Schreiben aus dem Jahre 1987 vorbrachte.¹³ Ich würde es natürlich sehr begrüßen, wenn ich dabei bereits auf das Gesamtkonzept des Bündnisses verweisen könnte.

Wir sollten uns aber nicht der Vorstellung hingeben, das Angebot einer „dritten Null-Lösung“ könne nur in SNF-Verhandlungen erfolgen. Es wird m. E. früher oder später gemacht werden. Gerade im Hinblick auf unsere Öffentlichkeiten würde uns eine glaubwürdige, ausgewogene SNF-Rüstungskontrollposition in die Lage versetzen, in angemessener Weise darauf zu reagieren.

⁹ Am 11./12. Juni 1987 fand in Reykjavik die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁰ Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹¹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹³ Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 12. Dezember 1987 an Bundeskanzler Kohl bzw. das Schreiben Kohls vom 23. März 1988 an Honecker vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 3 bzw. Dok. 7.

Ich habe von der Sowjetunion immer wieder einseitige Schritte gefordert, um ihr erdrückendes, soeben auch selbst eingestandenes Übergewicht in diesem Bereich abzubauen und so künftige Verhandlungen zu erleichtern. Ich erinnere daran, daß ein einseitiger Schritt von mir im August 1987 einen Beitrag zu anderen Abrüstungsverhandlungen leistete: die Entscheidung zu den deutschen PIA-Raketen im Hinblick auf die INF-Verhandlungen.¹⁴

Die Entscheidungen des Bündnisses sollten synchron und zeitgerecht getroffen werden. Der Frühjahrsgipfel erschiene mir der geeignete Moment. Um bis dahin das Gesamtkonzept erstellt zu haben, sollten wir unsere Bemühungen innerhalb des Bündnisses, aber auch bilateral, intensivieren. Aus diesem Grund begrüße ich, daß Sie der Anregung, eine kleine Gruppe hochrangiger Beamter sollte zusammentreffen, um in dieser Frage zusammenzuarbeiten, zugestimmt haben.

Ich möchte abschließend erneut das von Ihnen verwandte Bild der „offenen Türen“ aufnehmen und es ausdrücklich auf die transatlantischen Beziehungen insgesamt und einige der sich dabei ergebenden Problemfelder projizieren.

- Im Hinblick auf das Vorhaben eines europäischen Binnenmarktes sind gerade wir Deutsche es, die sich – nicht zuletzt aus eigenem Interesse – für den freien Welthandel und gegen Protektionismus einsetzen. Dies werden wir auch weiterhin im Dialog der Sieben beim Wirtschaftsgipfel, bei den Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde¹⁵ und selbstverständlich auch innerhalb der Gremien der EG tun.

Protektionismus kann uns allen nur schaden, insbesondere aber uns Deutschen, die wir die führende Exportnation der Welt sind.

- Die Herbst-Tagung der NATO im vergangenen Jahr¹⁶ hat deutlich gemacht, daß alle Bündnispartner davon überzeugt sind, daß sie alle gleichgewichtig an den Aufgaben, Risiken und Verantwortlichkeiten des Bündnisses teilhaben sollten. Die Bundesregierung nimmt diesen Fragenkreis und die amerikanischen Anliegen sehr ernst. Sie läßt sich bei ihren Überlegungen davon leiten, daß eine gerechte Lastenverteilung zu einer Verbesserung der westlichen Verteidigungsfähigkeit und nicht zu einer Schwächung des Zusammenhalts im Bündnis führen sollte.

Ich sehe mit großem Interesse dem Bericht entgegen, den mir Bundesminister Dr. Schäuble von seiner USA-Reise und seinen Gesprächen erstatten wird.

Mit freundlichen Grüßen

[Helmut Kohl]

VS-Bd. 14153 (010)

¹⁴ Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

¹⁵ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 6.

¹⁶ Die NATO-Ministerratstagung fand am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 29–31 bzw. S. 104–109. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 86–92. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 361 und Dok. 362.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning

201-363.31/1-131/89 VS-vertraulich

10. Februar 1989¹

Betr.: Sitzung der Technischen Arbeitsgruppe (TAG)/Bonn Liaison Group
(BLG) am 8. Februar 1989 im BMVg;
hier: Künftige Nutzung der INF-Basen in der Bundesrepublik Deutschland

1) Unter Bezugnahme auf ein dem BMVg am 30.1. übergebenes detailliertes Planungspapier (liegt AA noch nicht vor, wird von BMVg aber übersandt) erläuterte US-Seite ihre Vorstellungen für die künftige Nutzung der bisherigen INF-Basen, die bilateral mit D und im NATO-Rahmen zu verhandeln sind. Die jetzt präsentierten US-Vorstellungen weichen von den bereits im Oktober (Sitzung am 24.10.1988²) vorgetragenen Planungen teilweise erheblich ab:

- Neu-Ulm (bisher PII): Stationierung von 2 MLRS-Artilleriebataillonen sowie eines Lance-Bataillons³ (bisher vorgesehen eine mechanisierte Infanteriebrigade).
- Heilbronn (bisher PII): 2 Transportkompanien und 1 Pionierbataillon sowie Instandsetzungseinheiten (Planung wie bisher).
- Schwäbisch-Gmünd (bisher PII): 2⁴ MLRS-Artilleriebataillone (statt wie bisheriger Vorschlag 3 MLRS-Artilleriebataillone).
- Wüschheim⁵ (bisher GLCM): mobile Radareinheit (601. Tactical Control Wing) (Planung wie bisher).

2) Aus deutscher Sicht äußerst problematisch ist die von US-Seite gewünschte Stationierung der MLRS-Werferbataillone in Neu-Ulm und Schwäbisch-Gmünd sowie vor allem des Lance-Bataillons in Neu-Ulm. Es ist damit zu rechnen, daß sich die USA für MLRS als Werfer für ein eventuelles künftiges nukleares Lance-Nachfolgemodell entscheiden. In der Öffentlichkeit könnte damit der Eindruck entstehen, daß man an diesen beiden Stationierungsorten gleich nach Abzug der PII die Grundlagen für die Einführung eines neuen Nuklearsystems schafft. Die ausschließlich konventionelle Rolle, die nach US-Auskunft den MLRS-Bataillonen in Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm zugewiesen ist, löst dieses Problem nicht, zumal die amerikanische Regierung beabsichtigt, den neuen

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der Ministerialdirigent Hofstetter um Rücksprache bat.
Hat Hofstetter am 13. Februar 1989 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat Gröning um Rücksprache bat.
Hat Gröning am 13. Februar 1989 erneut vorgelegen.

² Korrigiert aus: „24.1.1988“.

³ Die Wörter „2 MLRS-Artilleriebataillonen“ und „Lance-Bataillons“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Neu? Wo bisher?“
Vortragender Legationsrat Gröning vermerkte dazu am 13. Februar 1989 handschriftlich: „MLRS: neu“ bzw. „Lance: Hanau/Gießen“.

⁴ Diese Zahl wurde von Vortragendem Legationsrat Gröning gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „1“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „MLRS: neu“.

⁵ Korrigiert aus: „Wüschheim“.

konventionellen Boden-Boden-Flugkörper ATACMS (Army Tactical Missiles) auf MLRS-Werfern als konventionelles Lance-Nachfolgesystem in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Denn gleichzeitig ist ATACMS auch als Nachfolgemodell für die nukleare Version der Lance im Gespräch. In dieser Situation wird es sehr schwer sein, Mißtrauen in der Öffentlichkeit, insbesondere an den gewünschten Stationierungsorten, bezüglich einer angeblichen Vorbereitung der Stationierung neuer nuklearer Flugkörper auszuschließen. Die geplante Umverlegung eines Lance-Bataillons nach Neu-Ulm erscheint aus deutscher Sicht politisch unmöglich.

3) In Absprache mit dem Vertreter des AA⁶ und des Bundeskanzleramts hat der Delegationsleiter der deutschen Seite (BMVg)⁷ der amerikanischen Seite deshalb in der Sitzung mitgeteilt, daß diese Planung für die deutsche Seite in keinem Fall akzeptabel sein könne. Sie würde das Ende der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und insbesondere des Bundesverteidigungsministers⁸ in der deutschen Öffentlichkeit bedeuten. Bereits jetzt gebe es eine erhebliche öffentliche Diskussion über die künftige Nutzung der bisherigen INF-Basen. Die deutsche Seite habe die US-Seite bereits nachdrücklich hierauf hingewiesen und im Anschluß an die Sitzung im Oktober bereits erklärt, daß die geplante MLRS-Stationierung in Schwäbisch-Gmünd nicht zumutbar sei. Der Vertreter des Bundeskanzleramts wies ferner darauf hin, daß der Bundeskanzler und der Bundesminister der Verteidigung bei der Öffentlichkeit an den Stationierungsorten im Wort seien, die politisch Verantwortlichen an den Stationierungsorten rechtzeitig an der Planung für die künftige Nutzung der INF-Basen zu beteiligen. An diesen Orten erwarte die Öffentlichkeit, daß die künftige Nutzung nicht mit nuklearen Einheiten verbunden sei, selbst wenn die Bundesregierung eindeutig klargemacht habe, daß die Basen auch künftig militärisch genutzt werden müßten. Die US-Seite müsse diese politischen Rahmenbedingungen bei ihren Planungen und Vorstellungen in Rechnung stellen.

4) Die US-Seite war von diesen Darlegungen sichtlich beeindruckt, insbesondere auch die militärischen Vertreter (USEUCOM, USAFE, USAREUR). Der amerikanische Delegationsleiter, Mr. Vargas, erklärte, er halte eine Lösung des Problems auf der Arbeitsebene nicht für möglich, und schlug vor, hierüber auf höherer Ebene zu sprechen und die Frage bei den bilateralen Gesprächen am Rande der HLG-Sitzung am 16.2.1989⁹ aufzunehmen. Er dankte für die Offenheit, mit der die deutsche Seite ihre Besorgnisse vorgetragen habe, und wies darauf hin, daß die amerikanische Planung, vor allem in Washington im Pentagon, in aller Regel nach rein militärischen Gesichtspunkten erfolge.

In einem kurzen persönlichen Gespräch im Anschluß an die Sitzung erklärte mir Mr. Vargas, daß sich die US-Botschaft in Bonn der Problematik völlig bewußt sei und dies auch weitergegeben habe. Um so wichtiger sei es gewesen, daß den militärischen Vertretern die deutschen Besorgnisse bei dieser Sitzung mit dieser Deutlichkeit nahegebracht worden seien. Hierfür sei er dankbar.

⁶ Friedrich Gröning.

⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁸ Rupert Scholz.

⁹ Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 16. Februar 1989 vgl. Dok. 51, Anm. 8.

5) Das BMVg (General Naumann) beabsichtigt, die Frage am Rande der HLG bilateral mit Ron Lehman aufzunehmen.¹⁰ Hieran sollte auch der HLG-Vertreter des AA¹¹ teilnehmen.

Gröning

VS-Bd. 12227 (201)

40

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker

12. Februar 1989¹

(von BM noch nicht gebilligt)

Gespräch BM/AM Baker am 12.2.1989 (Abendessen)²

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: AM Baker; Botschafter Burt; Herr Zoellick, außenpolitischer Berater; Frau Marcuse, Dolmetscherin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM; D 2³; LMB⁴; Herr Weber, Dolmetscher.

BM erkundigte sich nach den Grundzügen der Politik der neuen Administration.

AM Baker erwiderte, daß ein besonderes Interesse dem Friedensprozeß in Zentralamerika gelte. Man bemühe sich um eine einheitliche Politik. Hierzu bedürfe es der Mitarbeit des Kongresses, der aber wohl dazu bereit sei. Er stelle sich vor, durch eine Reihe von diplomatischen Schritten den Friedensprozeß in Zentralamerika zu fördern. Gegenwärtig gebe es keinen Durchsetzungsmechanismus. Er denke daran, einen Zeitrahmen aufzustellen, in dem die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Eine Politik von „carrots and sticks“ sollte bewirken, daß die Parteien ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Hilfe an Nicaragua sollte abhängig gemacht werden vom politischen Verhalten des Landes. Er denke an Fortschritte bei der Einräumung politischer Rechte, bei der Pressefreiheit und bei den religiösen Rechten. Insgesamt messe er dem Friedensprozeß in Zentralamerika eine wirkliche Chance bei.

Er teile diese Auffassung mit Frau Thatcher und Geoffrey Howe. Die kanadische Regierung sowie Felipe González seien bereit, den Friedensprozeß aktiv zu unterstützen.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja!“

¹¹ Rolf Hofstetter.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 13. Februar 1989 gefertigt.

² Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Leiter des Ministerbüros war Frank Elbe.

BM führte aus, daß wir auch aufgefordert seien, am Friedensprozeß mitzuwirken. Gemeinsam mit Spanien und Kanada sei daran gedacht, Verifikationsmaßnahmen im Grenzgebiet durchzuführen.

Auf entsprechende Frage von AM Baker stellte BM fest, daß wir keine direkte Entwicklungshilfe an Nicaragua geben, sondern nur im Rahmen der EG.

Baker stellte dann fest, daß nichts veranlaßt werden dürfe, was hinter Esquipulas⁵ zurückbleibe.

Zur Zukunft von El Salvador führte AM Baker aus, daß er die Chancen für faire und freie Wahlen für sehr gut einschätzt.

Baker brachte das Gespräch auf den Fall Hamadi⁶, der in den USA immer noch ein sehr sensibles, emotionales Problem sei.

BM stellte klar, daß wir keinerlei Erpressungen nachgegeben hätten. Es gebe hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Verfahrens Kontakte zwischen den Justizbehörden, insbesondere was die Zurverfügungstellung von Beweismitteln durch die amerikanische Seite angehe. Er erinnerte daran, daß wir kürzlich einen Iraner – mit Wohnsitz in Großbritannien – an die USA ausgeliefert hätten, der Waffen und Ersatzteile gestohlen hätte.⁷ Auch der Bruder von Hamadi habe eine höhere Strafe vom Gericht erhalten, als der Staatsanwalt beantragt habe.⁸

Baker erkundigte sich, ob Hamadi als Minderjähriger oder als Erwachsener verurteilt werde.

BM Genscher führte aus, daß das allein Sache des unabhängigen Gerichtes sei, daß aber die Art, wie das Gericht den Prozeß führe, nicht dafür spreche, daß er als Minderjähriger verurteilt werden würde.

⁵ Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

⁶ Am 13. Januar 1987 wurde der libanesische Staatsangehörige Mohammed Ali Hamadi in Frankfurt am Main verhaftet, der Sprengstoff und gefälschte Ausweispapiere mit sich führte. Daraufhin wurden am 17. Januar 1987 der Mitarbeiter der Hoechst AG, Cordes, und in der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 1987 der Mitarbeiter der Siemens AG, Schmidt, in Beirut entführt. Die Entführer forderten die Freilassung Hamadis. Am 24. Juni 1987 entschied die Bundesregierung, einem Auslieferungsgesuchen der USA wegen des Verdachts der Beteiligung Hamadis an der Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft TWA am 14. Juni 1985 nicht stattzugeben und ihn in der Bundesrepublik anzuklagen. Schmidt wurde von den Entführern am 7. September 1987 freigelassen. Die Freilassung von Cordes erfolgte am 12. September 1988. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 9, Dok. 20, Dok. 107 und Dok. 153, sowie AAPD 1987, II, Dok. 195 und Dok. 249, ferner AAPD 1988, I, Dok. 80 und Dok. 94, sowie AAPD 1988, II, Dok. 223 und Dok. 247.

⁷ Vortragender Legationsrat Wentzel vermerkte am 16. Juni 1988, am 8. Mai 1988 sei der zur internationalen Fahndung ausgeschriebene iranische Staatsangehörige Saeid Asefi Inanlou am Hamburger Flughafen festgenommen worden: „Gegen ihn liegt ein amerikanischer Haftbefehl vor, in dem ihm unter anderem vorgeworfen wird, unter Umgehung gesetzlicher Verbote Kriegsmaterial, darunter Anleitungen, Diagramme und Ausrüstungsteile für F-14-Kampfflugzeuge, an den Iran verschifft zu haben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154166.

Ministerialdirektor Schlagintweit notierte am 22. November 1988, die iranische Seite habe den Fall Inanlou „wiederholt und dringend“ angesprochen. Sie sei sehr daran interessiert, daß Inanlou nicht an die USA ausgeliefert werde: „Das iranische Interesse rührt offensichtlich daher, daß Inanlou seine Straftaten in amtlichem iranischen Auftrag begangen haben dürfte.“ Das von ihm beschaffte Material habe der Iran während des irakisch-iranischen Krieges dringend benötigt. Vgl. Referat 311, Bd. 154166.

Am 19. Dezember 1988 teilte Schlagintweit dem iranischen Botschafter Mostafavi mit, daß die Bundesregierung entschieden habe, Inanlou an die USA auszuliefern. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel vom selben Tag; Referat 311, Bd. 154166.

⁸ Nach seiner Festnahme am 26. Januar 1987 in Frankfurt am Main wurde Abbas Ali Hamadi, Bruder von Mohammed Ali Hamadi, am 19. April 1988 in Düsseldorf wegen Beteiligung an der Entführung der deutschen Staatsangehörigen Rudolf Cordes und Alfred Schmidt im Januar 1987 im Libanon zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt.

Botschafter *Burt* warf ein, daß im Falle einer Verurteilung als Minderjähriger die gesetzlich zulässige Höchststrafe zehn Jahre betrage. Folge man der deutschen Gerichtspraxis, würde der Strafraum wahrscheinlich noch unterschritten.

BM wies auf die Unabhängigkeit des Gerichtes hin. Niemand habe an diese Frage zum Zeitpunkt der Verhaftung und während des Ermittlungsverfahrens gedacht. Diese Frage sei erst im Prozeß hochgekommen.

Baker stellte die Frage, ob man für den Fall, daß das Gericht Hamadi als Minderjährigen verurteilen werde, die Auslieferungsfrage erneut überdenken könne.

BM Genscher hielt das kaum für möglich. Die Staatsanwaltschaft könne jedoch in die nächste Instanz gehen, zumal sie Hamadi als Erwachsenen angeklagt habe.

Baker fragte erneut nach, ob wir uns mit zehn Jahren zufriedengeben würden oder ob wir ihn vielleicht doch nicht ausliefern könnten. Er aber wolle in dieser Frage nicht drängen und nicht jetzt eine Antwort haben.

BM wies erneut darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft wohl in die nächste Instanz gehen würde. Man dürfe jetzt nicht diese Frage zu einem öffentlichen Punkt machen, weil sonst der Eindruck entstehe, daß das Gericht in seiner Entscheidung nicht unabhängig sei.

Baker stimmte zu, daß diese Frage jetzt nicht zu einem öffentlichen Thema gemacht werden würde. Er fragte jedoch, ob irgendwelche rechtlichen Hindernisse bestünden, Hamadi nach rechtskräftiger Verurteilung auszuliefern.

BM stellte fest, daß er die Frage nicht definitiv beantworten könne, er werde sie jedoch prüfen.

Baker schnitt die Tätigkeiten der syrischen PFLP an.

BM erklärte sich bereit, mit den Syrern zu sprechen, und bat um ein entsprechendes Papier.

Botschafter *Burt* wies auf die Verwicklung der Syrer in den Flugzeugabsturz der PanAm⁹ hin. Es gebe Indizien, insbesondere die Art des plastischen Sprengstoffes, die auf eine Beteiligung der Syrer schließen ließen.

AM Baker wies darauf hin, daß sich noch zwei von den ursprünglich in Frankfurt verhafteten Syrern in Haft befänden, dies seien sehr wichtige Mittelsmänner.

BM erkundigte sich nach dem Schicksal der amerikanischen Geiseln.

AM Baker sagte, es gebe keine Veränderungen. Die USA unterhielten gewisse Kontakte zu einigen Gruppen, allerdings keinerlei Kontakte mit iranischen Regierungsstellen. Es gebe zwar im Iran einige, die reden wollten, die jedoch die Geiselfrage in unakzeptabler Weise mit anderen Punkten verknüpften. Dies gelte für das in den USA eingefrorene iranische Vermögen.¹⁰

⁹ Zum Anschlag auf Flug 103 der PanAm über der schottischen Stadt Lockerbie am 21. Dezember 1988 vgl. Dok. 24, Anm. 7.

¹⁰ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 27. April 1989, er sei im amerikanischen Außenministerium über die amerikanisch-iranischen Beziehungen informiert worden. Von zentraler Bedeutung sei weiterhin die Frage der amerikanischen Geiseln im Libanon, die durch „völlige Stagnation“ gekennzeichnet sei: „Daß iranische Seite über erheblichen Einfluß bei mindestens einigen der US-Geiseln verfüge, habe sie selbst immer wieder – ,bekanntlich auch in Gesprächen mit der deutschen Seite‘ – mehr oder minder klar zugegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1866; Referat 221 (204), Bd. 179535.

BM erinnerte daran, daß er *AM Shultz* in Brüssel¹¹ ein Papier übergeben habe. Der deutsche Botschafter in Teheran¹² habe nach einem Gespräch im iranischen Außenministerium der US-Vertretung eine Nachricht zukommen lassen. Offensichtlich seien die Iraner bereit, die Geiselfrage ohne Bedingung diskutieren zu wollen. Aber sie wollten auch noch anderes regeln. Er halte nach wie vor das für relevant, was in dem Papier stehe, das er Außenminister Shultz übergeben habe. Es sei schwierig einzuschätzen, was im Iran vor sich gehe. Es gebe innere Auseinandersetzungen. Er habe den Eindruck, daß einige das internationale Ansehen des Iran durch Interventionen in der Geiselfrage verbessern wollten. Er könne nicht beurteilen, wie weit ein solcher Einfluß gehe. Bemerkenswert sei jedoch gewesen, daß im Fall der Freilassung der deutschen Geisel Cordes uns die Iraner bereits fünf Wochen vorher den genauen Tag der Überstellung mitgeteilt hätten. Sie verfolgten mit dieser Politik offensichtlich eine Art „Goodwill“-Aktion. Wir hätten klargemacht, daß wir für die Befreiung der Geiseln keinerlei Bedingungen akzeptieren würden.

Baker stellte fest, daß er die Bemühungen von *BM Genscher*, das Hormonproblem¹³ zu lösen, sehr schätze.

BM Genscher sagte, er wolle in aller Offenheit feststellen, daß man in der Frage der Handelspolitik sehr vorsichtig sein müsse, um Spannungen nicht erst entstehen zu lassen. Deutschland sei mit Großbritannien und mit den Niederlanden auf einer Linie. Wir könnten am allerwenigsten Handelsauseinandersetzungen mit den USA gebrauchen. Bei der Schaffermahlzeit in Bremen¹⁴ habe er auf die weltwirtschaftliche Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft und der USA hingewiesen. Es dürfe keine handelspolitische Eskalation geben.

AM Baker stimmte nachdrücklich zu. Es gebe in den USA eine große Nervosität im Hinblick auf das Jahr 1992¹⁵, allerdings nicht so sehr bei der Regierung. Er schlug vor, gemeinsam nach Wegen zu suchen, um Konsultationsmechanismen für die Zukunft zu finden. Dies sei insbesondere im Hinblick auf die Erarbeitung von Normen durch die Europäische Gemeinschaft erforderlich.

BM Genscher machte drei grundsätzliche Bemerkungen:

- 1) Es sei das Schicksal der EG, innen unterschätzt und draußen überschätzt zu werden.
- 2) Es habe dieselbe Diskussion bei der Gründung der EG als Zollgemeinschaft gegeben; damals seien jedoch die gemeinsamen Außenzölle niedriger als zuvor ausgefallen, die Binnenzölle seien ganz weggefallen.
- 3) Ein amerikanischer Exporteur werde davon profitieren, daß er sich nicht mehr mit mehreren Normen – drei, fünf, sieben oder sogar zwölf – herumschlagen

¹¹ In Brüssel fand am 8./9. Dezember 1988 die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut des Communiqués sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 29–31 bzw. S. 104–109. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 86–92. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 361 und Dok. 362.

¹² Armin Freitag.

¹³ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 32, Anm. 15.

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher bei der „Schaffermahlzeit“ am 10. Februar 1989 im Rathaus zu Bremen vgl. BULLETIN 1989, S. 142–145.

¹⁵ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

müsse, sondern in Zukunft nur noch mit einer. Dies sei ein wesentlicher Vorteil. Niemand sei mehr auf Offenheit im Welthandel angewiesen als wir. Der Gedanke einer Festung Europas wäre wirtschaftlicher Selbstmord.

AM *Baker* verwies auf die Gefahren der Protektionismusdebatte in den Vereinigten Staaten.

BM *Genscher* stellte fest, daß die deutschen Exporte zurückgehen. Im übrigen sei er schon ein Bekehrter. Wir wüßten ganz genau, daß sich niemand mehr schaden würde als die EG selbst, wenn sie sich abschlosse. Dies gelte sowohl im Verhältnis zu den USA als auch im Verhältnis zu den Staaten der EFTA.

AM *Baker* schnitt das Gipfeltreffen der NATO¹⁶ an. Er verwies darauf, daß Gorbatschow im Juni nach Bonn¹⁷ kommen wolle. Präsident Bush würde es bevorzugen, wenn der NATO-Gipfel in den beiden letzten Wochen im Mai in Brüssel stattfinden könnte. Frau Thatcher sei damit einverstanden, wolle aber das Frühjahrstreffen der NATO-Außenminister im Juni nach London holen.

BM *Genscher* sagte, daß wir den NATO-Gipfel vor dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik haben wollten.

AM *Baker* schnitt das Thema Gesamtkonzept an, das Gegenstand der Gespräche mit Graf Lambsdorff¹⁸ und BM Schäuble¹⁹ gewesen sei. Die amerikanische Seite habe das bekannte Problem mit dem Kongreß. Es müsse jetzt darum gehen, eine Formel zu finden, bevor der NATO-Gipfel in Brüssel stattfinde.

Die Modernisierungsfrage dürfe nicht zu einer großen Angelegenheit werden. Er hoffe, daß man im Anschluß an das Gespräch mit dem Bundeskanzler morgen²⁰ eine Erklärung abgeben könne, daß die Bundesregierung ihre Auffassung im Hinblick auf ihre frühere Entscheidung nicht geändert habe.

BM empfahl, sich das Problem einmal genau anzuschauen. Uns gefalle nicht, daß die Frage der Modernisierung zu einer Testfrage unserer Bündnistreue hochgespielt werde. Er habe am Mittwoch auf einer politischen Veranstaltung²¹ mit einem 18-jährigen diskutiert, der bald sein Abitur machen und danach Soldat sein werde. Dieser junge Mann habe ihm gesagt, daß er natürlich seine 18 Monate Wehrdienst leisten werde, obwohl es ihm lieber gewesen wäre, nur 15 Monate leisten zu müssen. Er habe ihm jedoch die Frage gestellt, warum seine gleichaltrigen Freunde in den USA und dem Vereinigten Königreich früher ins Berufsleben treten könnten, weil es dort keine Wehrpflicht gebe.

BM fuhr fort, daß sich niemand vorstellen könne, daß wir hieraus jemals eine Testfrage machen würden. In Amerika wären die Wahlen verloren worden, wenn

¹⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁸ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff besuchte die USA vom 31. Januar bis 9. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 5.

¹⁹ Bundesminister Schäuble hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

²⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 13. Februar 1989 vgl. Dok. 41.

²¹ Zu den Veranstaltungen des „Politischen Aschermittwochs“ am 8. Februar 1989 vgl. den Artikel „Waigel klagt in Passau über Fehler und Defizite der Bonner Politik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Februar 1989, S. 1 f.

man die Einführung der Wehrpflicht fordere. Jedes Land habe eben seine Probleme. Freunde sollten sich nicht gegenseitig Schwierigkeiten machen.

Baker stellte fest, daß er keineswegs die Modernisierung zu einer Testfrage machen wolle.

BM erwiderte, daß er dies wisse und daß dies auch niemals von George Shultz so gesehen worden sei.

AM Baker erklärte, daß er behilflich sein wolle, das Problem zu lösen.

BM wies auf die Modernisierung der nuklearen Artillerie hin. Diese sei zur rechten Zeit erfolgt. In Reykjavik habe es einen Beschluß zu SNF-Verhandlungen gegeben.²² Diese seien für uns von besonderer Wichtigkeit, da wir wie kein anderes Land unter der Bedrohung durch sowjetische Kurzstreckenwaffen stünden. Die NATO besitze 88 Systeme mit etwa 700 Raketen. Ihr stünden 1350 sowjetische Systeme gegenüber. Es müsse darum gehen, die Überlegenheit der Sowjetunion in diesem Bereich durch Verhandlungen abzubauen. Daher seien Rüstungskontrollverhandlungen für uns mit dem in Reykjavik beschlossenen Ziel, nämlich Reduzierungen, die zu gleichen Obergrenzen führen, besonders wichtig. In Reykjavik sei das Nachfolgesystem für die Lance nicht diskutiert worden. Ein von Großbritannien entwickelter Begriff, nämlich die Errichtung einer Brandmauer gegen Verhandlungen, habe die Probleme geschaffen, vor denen wir jetzt stehen. Auf dem NATO-Gipfel 1988²³ habe man sich geeinigt, daß die Streitkräfte auf dem gebotenen Stand gehalten werden müssen, wo dies erforderlich ist. Graf Lambsdorff habe bei seinen Gesprächen in Washington darauf hingewiesen, daß erst 1991/92 ein Entscheidungsbedarf bestehe. Für uns sei wichtig, daß diese Regierung bleiben müsse. 1982 habe sich ein schwieriger Regierungswechsel vollzogen.²⁴ Wir seien der Meinung, daß die gegenwärtige Regierung für eine lange Zeit im Amt bleiben müsse. Dies sei wichtig für die Allianz und für die Kohäsion des Bündnisses. Der Bundeskanzler habe in seinem Interview in der *Financial Times*²⁵ festgestellt, daß die Entscheidung für die Modernisierung 1991/92 getroffen werden soll. Es werde eine Gelegenheit geben, das morgen mit ihm zu besprechen.

In dem Telefongespräch, das der Bundeskanzler mit Präsident Bush geführt hat²⁶, und in dem Brief von Präsident Bush an den Bundeskanzler²⁷ sei die

²² Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

²³ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

²⁴ Nach Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten die der FDP angehörenden Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff am 17. September 1982 zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

²⁵ Für das Interview des Bundeskanzlers Kohl vgl. den Artikel „A Chancellor for all seasons“; FINANCIAL TIMES vom 10. Februar 1989, S. 14.

²⁶ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 23. Januar 1989 vgl. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu auch BULLETIN 1989, S. 68.

²⁷ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13041 (204).

Bildung einer bilateralen Gruppe von hochrangigen Beamten vorgeschlagen worden. Es wäre gut, wenn diese Gruppe sich des Problems annehmen würde. An unserer Zuverlässigkeit²⁸ und Standhaftigkeit gebe es keinen Zweifel, obwohl einige in den USA seine Standhaftigkeit in Frage stellten. Er habe den Beweis der Standhaftigkeit bereits hinter sich gebracht, andere hätten ihn noch vor sich. Dies gelte nicht nur für seine Haltung bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses²⁹, er rede von mehr. Er habe 1952 seine Heimat in der DDR verlassen müssen, was ihm eine schwere Entscheidung abgefordert habe. Er sei frei davon, irgendwelche Illusionen über den Kommunismus zu haben. Er bedürfe auch keiner Nachhilfestunde in Standhaftigkeit. Er glaube, daß, wenn der Westen so geschlossen zusammenstehe, wie er das auf dem Wiener Folgetreffen³⁰ in bezug auf die Verhandlungen über die konventionelle Stabilität getan habe, würden die in Wien im März beginnenden Verhandlungen³¹ einen positiven Verlauf nehmen.³² Diese Verhandlungen seien wichtig, denn wir bräuchten Vereinbarungen, damit die einseitigen Schritte der Sowjets nicht rückgängig gemacht werden können.

BM erkundigte sich danach, ob AM Baker beabsichtige, AM Schewardnadse in Wien zu treffen.

AM *Baker* erwiderte, daß er Schewardnadse wohl kurz am Rande der Konferenz treffen würde, daß aber die Substanzfragen einem späteren Zusammentreffen in Moskau³³ vorbehalten bleiben sollten.

Auf das Thema Gesamtkonzept zurückkommend, stellte Baker fest, daß wir hart daran arbeiten müßten, um für den Gipfel im Mai ein Ergebnis vorzeigen zu können.

BM schlug vor, diese Fragen im engen Kontakt mit den USA zu lösen. Er wolle noch einmal darauf aufmerksam machen, daß wir das Land seien, wo die Lance stationiert sind.

Auf entsprechende Frage von BM nach der Einschätzung der Lage in Nahost sagte *Baker*, daß die neue Administration aktiv sein wolle, aber keine voreiligen Schritte unternehmen werde. Israel befände sich zur Zeit in einer defensiven Lage. Eine internationale Konferenz würde gegenwärtig keine Ergebnisse hervorbringen. Die USA hätten nicht vor, ihre Kontakte mit der PLO abzubreaken.³⁴ Shamir habe als Regierungschef einer Koalitionsregierung wenig Spielraum. Das

²⁸ Korrigiert aus: „An unser Zuverlässigkeit“.

²⁹ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

³⁰ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

³¹ Die VKSE begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

³² So in der Vorlage.

³³ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

³⁴ Der amerikanische Präsident Reagan gab am 14. Dezember 1988 die Aufnahme eines Dialogs mit der PLO bekannt. Außenminister Shultz benannte am selben Tag den amerikanischen Botschafter in Tunis, Pelletreau, als Gesprächsführer. Ein erstes Treffen zwischen Pelletreau und einem Vertreter der PLO fand am 16. Dezember 1988 in Tunis statt. Für den Wortlaut beider Erklärungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2143, S. 51–53. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 370.

Schlimmste, was jetzt passieren könnte, wäre, eine politische Initiative zu ergreifen, die dann in sich zusammenbreche.

BM stellte fest, daß er nicht die Absicht gehabt habe, *AM Baker* zu drängen. Die Bundesrepublik Deutschland unterhalte ein spezielles Verhältnis zu Israel. Auf der anderen Seite trügen wir die Nahostpolitik der EG mit. Wir hielten uns aber aus historischen Gründen nicht für berechtigt, Israel Lektionen zu erteilen, wie es sich zu verhalten habe. Er sage natürlich in Gesprächen mit Shamir und Peres seine Einschätzung der Situation; dies sei die Grundlage der Freundschaft zu beiden. Unter den Europäern hielten wir uns jedoch zurück mit den Kontakten zur PLO. Während der deutschen EG-Präsidentschaft³⁵ habe er das Kunststück vollbracht, kein Treffen mit der PLO zu haben.

BM führte dann aus, daß es erforderlich sei, einmal grundsätzlich die Philosophie der EG zu erläutern, weil man dann manches verstehe, was in Europa vor sich gehe. Er wolle dies ausdrücklich nicht unter dem Gesichtspunkt der Handelsbeziehungen darstellen, sondern die Bedeutung des Prozesses der politischen, der wirtschaftlichen und währungspolitischen Einigung für ganz Europa hervorheben.

Anfang der 80er Jahre habe Nußbaum in seinem Buch „Decline of Europe“ Sorgen in den USA geweckt, wie es mit Europa weitergehen würde. Diese pessimistische Einschätzung habe sich auch auf die Staaten Osteuropas übertragen. In den Augen der sozialistischen Führer habe Westeuropa einen ziemlich niedrigen Stellenwert erhalten. Die alten Männer im Kreml seien wohl der Auffassung gewesen, daß der Kapitalismus doch noch – zumindest in Europa – zusammenfallen könne. Heute sei Europa jedoch attraktiv. Die Reformprozesse in Ungarn, Polen und auch teilweise in der Sowjetunion seien auch darauf zurückzuführen, daß das Einigungsbestreben der Westeuropäer eine große Attraktivität entfaltet habe. Europas Einigung werde in den sozialistischen Staaten als das Modell der Freiheit begriffen. Dieses Modell entfalte mehr und mehr Wirkung für die sozialistischen Staaten. Man solle sich aber auch die Frage stellen, was die Einigung Europas für uns Deutsche bedeute. Mit jedem Schritt Europas würden wir Deutsche immer stärker in das gemeinsame Europa integriert. Auf die in den USA gestellte Frage, „Wo wollen die Deutschen hin?“, sei die Antwort einfach: noch mehr in die Europäische Gemeinschaft, noch mehr in die freie Welt. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland seien ganz verlässliche Partner im Bündnis. Zugegebenermaßen hätten die Tiefflüge eine verständliche Diskussion ausgelöst, weil sie über Wohngebieten stattfinden. Am sicherheitspolitischen Grundkonsens der Bevölkerung habe sich jedoch nichts geändert. Kein Land verfüge über eine vergleichbar lange Wehrpflichtzeit, und kein Land habe eine so hohe Konzentration nuklearer Waffen pro Quadratkilometer. Er sage das, weil er die wirklichen Gefühle der Bevölkerung kenne. Er wisse, was in diesem Lande vor sich gehe.

AM Baker erwiderte, daß er dies verstehe. Es gehe hier jedoch jetzt darum, daß man die Sowjets herumbekommt (to bring them around). Dazu sei erforderlich, daß Waffensysteme auf dem gebotenen Stand gehalten werden. Dann könne man erfolgreich in Verhandlungen gehen. Dies seien die Lehren aus Afghanistan³⁶

³⁵ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

³⁶ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

und dem INF-Abkommen³⁷. Er sei der Meinung, daß kein Potential gegeben sein dürfte, das den bevorstehenden Gipfel belaste. Allerdings möchte er auch auf den langen Vorlauf im Kongreß aufmerksam machen. Er selbst wisse, daß dieses Argument wenig Gewicht habe. Andererseits könne man jedoch nicht bis 1991/92 warten. Les Aspin habe sich zwar anders geäußert. Er verstehe jedoch dieses Problem nicht.

AM Baker schnitt dann eine internationale Umweltschutzkonferenz an, die am 11. März 1989 auf Initiative der französischen Regierung in Den Haag stattfinden werde.³⁸ Er sei besorgt, daß hier das Modell einer supranationalen Umweltschutzagentur verfolgt würde. Die USA seien bisher nicht eingeladen.

BM Genscher stellte fest, daß ihm dieses Konferenzprojekt unbekannt sei. Er werde die Frage prüfen. Er habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß die neue Administration sich verstärkt mit Umweltschutzfragen und dem Problem des Ozonlochs befassen wolle. Dieses entspreche auch seinen Interessen.

AM Baker bestätigte, daß Umweltschutzfragen ein zusätzliches Gewicht erhalten würden. Es sei auch daran gedacht, in den sowjetisch-amerikanischen Konsultationen als zusätzliche Themen den Umweltschutz, die Bekämpfung des Terrorismus und die Drogenkriminalität aufzunehmen.

Gegen Ende des Gesprächs lud BM AM Baker zur Teilnahme an der Konferenz des IEWSS in Frankfurt im Oktober 1989 ein.³⁹

AM Baker sagte, daß er diese Frage prüfen wolle.

Referat 010, Bd. 178931

³⁷ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

³⁸ Referat 433 vermerkte am 21. Februar 1989, auf Einladung der Ministerpräsidenten Brundtland (Norwegen), Lubbers (Niederlande) und Rocard (Frankreich) werde am 11./12. März 1989 in Den Haag eine als „Initialzündung“ gedachte Konferenz der Regierungschefs „mittelgroßer Staaten“ stattfinden. Die UdSSR, die USA und die Volksrepublik China seien bewußt nicht eingeladen worden. Die Konferenz solle eine Deklaration verabschieden. Diese ziele „auf die Einrichtung einer multilateralen Behörde mit weitgehenden Einwirkungsmöglichkeiten in den Mitgliedstaaten. Es soll zum Schutz der Erdatmosphäre neues Völkerrecht geschaffen werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168589. In der Presse wurde berichtet: „Unter Hinweis auf die Gefahren, die der Erdatmosphäre vor allem durch ihre Erwärmung (Treibhauseffekt) und durch die Zerstörung der Ozonschicht drohen, plädieren die Konferenzteilnehmer in einer von ihnen unterzeichneten ‚Haager Erklärung‘ zu diesem Zweck für einen neuen Ansatz für die Lösung der als ‚vital, dringend und global‘ bezeichneten Probleme durch die ‚Entwicklung neuer Prinzipien des Völkerrechts‘ einschließlich eines neuen wirkungsvolleren Entscheidungs- und Durchsetzungsmechanismus.“ Vgl. den Artikel „Umweltgipfel will Atmosphäre schützen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1989, S. 6. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 476f.

³⁹ Die Jahreskonferenz des Institute for East West Strategic Studies wurde von Bundesminister Genscher am 19. Oktober 1989 in der Paulskirche in Frankfurt am Main eröffnet und fand bis zum 21. Oktober 1989 statt. Unter anderem nahm der amerikanische Handelsminister Mosbacher an ihr teil. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 23. Oktober 1989; Referat 213, Bd. 147107.

41

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker

VS-NfD

13. Februar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit US-Außenminister James A. Baker²
Bonn, 13. Februar 1989, 17.15 Uhr–19.00 Uhr

Der Bundeskanzler empfängt US-Außenminister Baker zu einem knapp zwei-
stündigen Gespräch, an dem teilnehmen

auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher; MD Teltschik; MDg Dr. Neuer;
MDg Dr. Hartmann; VLR I Dr. Kaestner (Note-taker);

auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt; Assistant Secretary im US-Verteidi-
gungsministerium, Lehman; Abteilungsleiterin im US-Außenministerium, Frau
Ridgway; Counselor Zoellick; Leiter des Planungsstabes Ross; Pressesprecherin
Frau Tutwiler; Botschaftsrat Grobel (Note-taker)

sowie Dolmetscher beider Seiten.

Der *Bundeskanzler* begrüßt Außenminister Baker aufs herzlichste: Er freue sich
und wisse zu würdigen, daß AM Baker kurz nach Amtsübernahme nach Europa
gekommen sei. Er hoffe auf lange, intensive, gute und freundschaftliche Zu-
sammenarbeit. Mit Präsident Bush sei er seit Jahren freundschaftlich verbunden
und wisse wohl zu schätzen, daß dieser am Tage nach seiner Amtseinführung
ihn – den Bundeskanzler – angerufen habe.³ Er – der Bundeskanzler – verfolge
mit großer Sympathie, was Präsident Bush sich in der sozialen Dimension seines
schweren und verantwortungsvollen Amtes vorgenommen habe. Er bitte, Prä-
sident Bush und Frau Bush aufs herzlichste zu grüßen.

Auch mit Außenminister Baker wolle er den direkten und freundschaftlichen
Kontakt fortsetzen, den er mit dessen Amtsvorgänger⁴ unterhalten habe. Dies sei
angesichts des wichtigen Zeitabschnitts, der in den nächsten vier Jahren vor uns
liege, von größter Wichtigkeit. In der Welt veränderten sich viele Dinge: das
West-Ost-Verhältnis; Europa, das bis 1992 den Binnenmarkt vollenden werde;
Lateinamerika, Asien und Afrika. Dies erfordere ständige, enge, intensive Ab-
stimmung.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundes-
kanzleramt, am 14. Februar 1989 gefertigt und am 20. Februar 1989 „zur Unterrichtung des Herrn
Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt.

Hat Bächmann am 20. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Schauer am 21. Februar 1989 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 201
verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, den Vortragenden Legationsräten Gröning und
von Morr sowie Legationsrat I. Klasse Haller vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 201,
Bd. 151172.

² Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Fe-
bruar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 40.

³ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am
23. Januar 1989 vgl. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu auch BULLETIN 1989, S. 68.

⁴ George P. Shultz.

Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis wolle er eine sehr persönliche Bemerkung voranstellen: Er sei Zeit seines politischen Lebens leidenschaftlicher Vorkämpfer einer engen, freundschaftlichen, partnerschaftlichen Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA gewesen und werde es bleiben. Von dieser als richtig erkannten Position lasse er sich auch nicht durch gewisse Journalisten abbringen. Vor 20 Jahren, auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges, sei er als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz öffentlich der Stimmung „Ami go home“ entgegengetreten.

AM Baker kenne ihn aus früheren Gesprächen und wisse, daß dies auch für die Zukunft seine Position sein werde.

Für die Bundesrepublik Deutschland liege keine Alternative in den Beziehungen zu Frankreich, die wir so intensiv wie möglich gestalten wollten – unsere Politik sei nicht das Entweder-Oder, sondern das Sowohl-Als-auch! Die Freundschaft mit den USA und die zu Frankreich seien komplementär.

Es gebe keinen Ersatz für die NATO, keinen „dritten Weg“, kein „Wandern zwischen den Welten“.

Gerade deshalb sei es wichtig, daß das Vertrauen erhalten bleibe. Dies könne man nicht in Besprechungen beschließen, es müsse vielmehr in Jahren wachsen und sich bewähren. Außenminister Baker wisse auch, daß er – der Bundeskanzler – seit seiner Amtsübernahme 1982 von östlicher Seite gerade wegen seiner pro-amerikanischen Haltung immer wieder als der Feind schlechthin bezeichnet worden sei – aber auch dadurch lasse er sich von der richtigen Politik nicht abbringen.

Freundschaftliche Beziehungen müßten sich auch in Zeiten der Belastung beweisen. Er wolle seine persönliche Betroffenheit nicht verschweigen über das, was in einem Teil der öffentlichen Meinung in den USA – und dazu zählten ernsthafte Vertreter der Gesellschaft, auch der Politik – über uns geschrieben und diskutiert worden sei, und dies in einer Zeit, in der er die Beibehaltung des Gesetzes über Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate durchgesetzt⁵ und damit unsere Bündnistreue bewiesen habe. Wenn man dann in diesen Diskussionen das genaue Gegenteil höre, sei dies vielleicht auch sein Schaden – auf jeden Fall aber ein Schaden der deutsch-amerikanischen Allianz insgesamt. Dies solle man sich gegenseitig ersparen. Er sei sehr erfreut, daß die Bundesminister Stoltenberg⁶, Haussmann⁷ und Schäuble⁸ sowie FDP-Vorsitzender Graf Lambsdorff⁹ von ihren Gesprächen mit der Administration berichtet hätten, daß man sich alle Mühe geben wolle, in dieser Richtung positiv zu wirken.

In Fragen der Verteidigung – so der Bundeskanzler weiter – seien wir in einer völlig anderen Lage, als viele unserer amerikanischen Freunde, auch im Kongreß,

⁵ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

⁶ Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 7.

⁷ Bundesminister Haussmann besuchte die USA vom 1. bis 5. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 21.

⁸ Bundesminister Schäuble hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

⁹ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff besuchte die USA vom 31. Januar bis 9. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 5.

sich dies vorstellten. In der Bundesrepublik Deutschland lebten 900 000 Soldaten mit allem, was an militärischen Aktivitäten und Belastungen dazugehöre. Dazu sage er ein klares „Ja“ – Freiheit sei nicht zum Nulltarif zu haben. Aber er wolle AM Baker bei einem baldigen Besuch in seinem Haus, zu dem er ihn herzlich einlade, auch seine engere Heimat zeigen: Es gebe keinen Platz in der Welt, weder in der Sowjetunion noch in den USA, wo eine derartige Truppenpräsenz zu verzeichnen sei. Er wolle auch hinzufügen, daß man Piloten zwar in Kanada ausbilden könne, aber Tiefflugübungen hierzulande haben müsse. Andererseits möge sich AM Baker Long Island mit seiner Länge von 220 km vorstellen – dies sei die Breite der Bundesrepublik Deutschland, und in dieser Dimension bewegten sich 900 000 Soldaten mit all ihrem Gerät. Die Notwendigkeit dieser Präsenz, dieser Übungsaktivitäten und der Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate müsse er jungen Bürgern erklären, die natürlich im Fernsehen auch Bilder wie die vom Empfang GS Gorbatschows in Washington¹⁰ sähen und deshalb fragten, warum dies alles noch nötig sei. Er – der Bundeskanzler – stelle fest: Diese Überzeugungsarbeit sei schwieriger geworden, und der Verteidigungsminister¹¹ habe heute einen besonders schwierigen Stand. Er bitte die amerikanischen Freunde, daran zu denken, daß unsere psychologische Situation schwieriger als anderswo ist.

PM Thatcher sei mit der doppelten Null-Lösung die in Großbritannien stationierten Raketen los – wenn sie nun über eine „Brandmauer“ nachdenke, so sei es für sie leichter als für ihn, den Bundeskanzler. Denn es gehe um Deutsche hier und drüben.

AM Baker – so der Bundeskanzler weiter – könne darauf vertrauen, in ihm einen treuen Freund zu haben, der ein politisches Leben lang diese Freundschaft gepflegt und die Amerikaner, wenn angegriffen, in Schutz genommen habe. Seine Bitte an die Administration sei, in ihrer Weise darauf hinzuwirken, daß gute Leute und guter Wille in der jetzigen Diskussion die Oberhand gewinnen. Wenn er diese Bemerkungen über die „Gemütslage“ hierzulande voranstelle, so nicht um die Erörterung über das Problem der chemischen Waffen¹² usw. abzuschneiden. AM Baker wisse, daß die Bundesregierung jetzt eine Gesetzgebung, die auch verfassungsrechtlich nicht einfach sei, vorbereite, um es völlig unmöglich zu machen, daß deutsche Einzelpersonen oder Firmen sich in irgendwelcher Art und Weise an der Produktion von ABC-Waffen beteiligten. Wir seien keine Kernwaffenmacht, wünschten es nicht zu werden und wollten verhindern, daß Deutsche anderswo daran arbeiten. Im übrigen sei die Bundesrepublik Deutschland in der Rüstungsexportpolitik eher zurückhaltend (Beispiele: Leopard II nach Saudi-Arabien).

AM Baker dankt für die herzliche Begrüßung und erinnert an produktive Gipfelgespräche um diesen Tisch herum. Er überbringe dem Bundeskanzler herzliche Grüße von einem alten Freund, der jetzt Präsident der USA sei. Die Wahlvoraus-

¹⁰ Anlässlich der Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 in Washington hielt sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹¹ Rupert Scholz.

¹² Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

sage, die der Bundeskanzler ihm – Baker – in Toronto¹³ anvertraut habe, habe sich bewahrheitet.

Bereits im Wahlkampf habe Präsident Bush den Stellenwert der Allianz unterstrichen und zugesagt, als erstes seinen Außenminister in die NATO-Hauptstädte zu entsenden, und zwar vor jeder Diskussion mit den Sowjets.

Die USA wüßten die enge, freundschaftliche, partnerschaftliche Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland sehr zu schätzen. Niemand in der Administration bezweifle die starke und standfeste Unterstützung des Bundeskanzlers für diese Freundschaft und für das Bündnis. 1983 habe der Bundeskanzler seinen Mann gestanden.¹⁴ Auch die Versicherung, daß die Freundschaft mit einem anderen Land kein Ersatz, sondern eine Ergänzung für die Freundschaft mit den USA sei, wisse er wohl zu würdigen. Er teile auch die Auffassung des Bundeskanzlers, daß diese Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen sich im Test der Zeit und unter Belastungen bewährt haben und dies auch in Zukunft tun werden.

Die Stimmung in den USA – dies habe er BM Dr. Schäuble und Graf Lambsdorff versichert – werde sich ändern. Hoher Stellenwert komme der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts der Bundesregierung zum 15. Februar 1989¹⁵ zu. Dabei gehe es um politische Aussagen, nicht um Kategorien eines gerichtlichen Verfahrens. Die USA verfolgten mit größter Aufmerksamkeit die Verstärkung unserer Exportkontrollen und Strafbestimmungen, wie BM Dr. Schäuble ihm dies erläutert habe.

Die Administration habe gegen die im Kongreß erörterte Sanktionsgesetzgebung à la Toshiba¹⁶ Widerstand angemeldet. Sie zu verhindern, werde nicht leicht sein, Voraussetzung sei aber auf jeden Fall, daß die Bundesregierung die angekündigten Maßnahmen auch durchsetze.

Er verstehe auch durchaus die Unterschiede in der politischen Grundstimmung und der Geographie zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Wahr sei aber auch, daß man nur deshalb im Weißen Haus das Lied „Moskauer Nächte“ habe singen können, weil die USA entschlossen und fest gewesen seien. Er wolle nicht verschweigen, daß es in den USA einige Leute

¹³ In Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

¹⁴ Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

¹⁵ Für den „Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über eine mögliche Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen“ vom 15. Februar 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/3995.

¹⁶ In der Presse wurde berichtet: „Die Führung von ‚Toshiba Corporation‘ hat aus der Affäre um illegale Exporte von Hochtechnologie-Erzeugnissen der Tochtergesellschaft Toshiba Machine in die Sowjetunion Konsequenzen gezogen.“ Sie habe ihren Rücktritt angekündigt und reagiere damit „auch auf den Beschluß des amerikanischen Senats vom Dienstag, Toshiba und Kongsberg Våpenfabrikk in Norwegen für ihre illegalen Exporte in die Sowjetunion mit einem Einfuhrverbot in die Vereinigten Staaten zu bestrafen. [...] Toshiba Machine hatte 1983/84 numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen geliefert, die auch zur Bearbeitung von U-Boot-Schrauben genutzt werden können. Das Unternehmen habe damit gegen die Cocom-Liste, die den Export bestimmter Erzeugnisse in Länder des Ostblocks verbietet, verstoßen. Die gelieferten Maschinen ermöglichen die Herstellung von sehr leisen U-Boot-Schrauben.“ Vgl. den Artikel „Der Kongreß beschließt Einfuhrsperre gegen Toshiba und Kongsberg“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juli 1987, S. 2.

gebe, die Gorbatschow scheitern sehen wollten – aber niemand in der Administration teile diese Auffassung. Die Widerstände, auf die Gorbatschow treffe, seien stärker als vorausgesehen. Fortschritte in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen habe es aber immer dort gegeben, wo man die SU vor harte Entscheidungen gestellt habe: INF, Afghanistan, Angola/Namibia.

Diese Entschlossenheit und Festigkeit gelte es auch in Zukunft zu wahren. Dazu gehöre, daß man nunmehr mit dem Gesamtkonzept ernst mache, und zwar auf dem NATO-Gipfel, der, dies wolle er vorschlagen, in den letzten zwei Mai-Wochen in Brüssel stattfinden solle.¹⁷

Der *Bundeskanzler* wirft ein, im Zusammenhang mit dem Libyen-Komplex werde die Bundesregierung alles, was sie zugesagt habe, auch durchsetzen, und zwar, weil es nach unserer Überzeugung richtig sei, nicht weil seitens des Kongresses auf uns Druck ausgeübt werde. Das gleiche gelte für die Haltung der Bundesrepublik Deutschland in den transatlantischen Handelsfragen, wo er – entgegen der Meinung einiger Kolleginnen und Kollegen – dringend abrate, irgendwelche Handelskriege mit den USA zu eröffnen – er plädiere für Lösungen der Vernunft und für Offenheit, weil dies seiner Überzeugung entspreche.

Der *Bundeskanzler* bittet sodann AM Baker um nähere Einzelheiten zu der Behauptung (von CIA-Chef Webster), es seien Firmen aus sechs europäischen Ländern in Rabta beteiligt – welche Länder seien gemeint? AM Baker sagt im späteren Gesprächsverlauf Erkundigungen und Unterrichtung zu.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er habe Zweifel, ob die Nachrichtendienste beider Seiten sowie die Pressevertreter, die zu ihnen Zugang hätten, immer im besten Interesse ihrer Regierung handelten – die Nachkriegsgeschichte der USA kenne dafür Beispiele. Wann immer in Zukunft derartige kritische Situationen zwischen den beiden Diensten aufräten, so schlage er vor, sie sofort auf politischer Ebene aufzunehmen und zu regeln.

AM Baker stimmt zu.

Zur Lage in der Sowjetunion fährt der *Bundeskanzler* fort, keiner an diesem Tisch wisse, wie es wirklich weitergehe. Mit großer Freude habe er von AM Baker – wie zuvor auch von Präsident Bush – gehört, daß es nicht unser Interesse sein könne, mit Schadenfreude zuzusehen, wie Gorbatschow scheitere. Zwar sei er – der *Bundeskanzler* – heute skeptischer als vor einem Jahr, ob Gorbatschow seine Pläne verwirklichen könne. Aber wenn er scheitere, werde das alte Sprichwort sich bewahrheiten: Etwas Besseres kommt selten nach. Tatsächlich würden wir zurückgeworfen!

Wenn er aber nicht scheitere, würden wir einen wahren Triumph erleben, denn damit werde der Kommunismus nach 70 Jahren ad absurdum geführt.

Im Westen sei der Glaube an die eigene Kraft recht schwach entwickelt – dabei habe man 1988 den 40. Jahrestag der Deutschen Mark und der von Ludwig Erhard durchgesetzten Sozialen Marktwirtschaft gefeiert – wohl wissend, daß Gorbatschow, wenn er weiterkommen wolle, in die damals konzipierte Richtung gehen und damit sein System in Frage stellen müsse. (Exkurs: Treffen mit Wirt-

¹⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

schaftswissenschaftlern in Moskau, die Ludwig Erhard als Glücksfall für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet haben.¹⁸⁾

Wir brauchten – so der Bundeskanzler weiter – keineswegs ängstlich sein, vorausgesetzt, wir gäben uns keinen Illusionen hin. Gorbatschow dürfe den Friedensnobelpreis allenfalls dann bekommen, wenn er seine Ankündigungen umgesetzt habe.

Die Entwicklung in anderen Staaten des Warschauer Paktes stärke ihn in seiner Überzeugung. Präsident Bush habe früher Ungarn¹⁹ und Polen²⁰ besucht. Mit letzterem hätten wir wichtige Gespräche aufgenommen, um den langen Zustand des „Nicht-Verhältnisses“ zu beenden. Er führe damit die von Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung 1949²¹ konzipierte Politik fort: Frieden und Aussöhnung mit allen Kriegsgegnern, insonderheit mit Frankreich und Israel – inzwischen erreicht – sowie mit Polen! Wir täten dies nicht mit Illusionen, aber mit politischem Willen, das Machbare zu tun.

Für uns sei wichtig, daß die USA im Bewußtsein der Stärke der eigenen Werte und Ideale ihre Politik fortsetzten, mit der anderen Seite zu reden und dort, wo möglich, zu Einvernehmen zu kommen.

AM *Baker* erwidert, in seiner Sicht habe GS Gorbatschow bereits eingestanden, daß das kommunistische System total gescheitert sei.

Der *Bundeskanzler* fragt, welche konkreten Terminvorstellungen die Administration für den NATO-Gipfel habe.

AM *Baker* nennt die beiden letzten Mai-Wochen – nach US-Verständnis sollte dieser Termin für uns annehmbar sein, da er ja vor dem Gorbatschow-Besuch bei uns²² liege.

Der *Bundeskanzler* erwidert, im fraglichen Zeitraum hätten wir nur ein Terminproblem: 22.–24. Mai – Neuwahl des Bundespräsidenten²³, 40. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland. Er bitte, dies auch von seiten der USA zu berücksichtigen.

Was den Gipfel selbst angehe, so müsse er unbedingt, auch aus optischen Gründen, zum Erfolg werden: Denn man müsse aus der Situation herauskommen, daß

¹⁸ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

Beim Gespräch mit führenden sowjetischen Wissenschaftlern am 26. Oktober 1988 in Moskau erinnerte Bundeskanzler Kohl an die Währungsreform von 1948 bzw. die Einführung der Deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel vor vierzig Jahren. Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Aganbegjan, antwortete, „die Bundesrepublik Deutschland habe damals das Glück gehabt, einen sehr klugen Wirtschaftsminister zu besitzen: Man studiere jetzt seine Erfahrungen, er sei ein Klassiker der Wirtschaftstheorie. Die Währungsreform sei ‚Klassik auf dem Gebiet der Nationalökonomie‘.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 140377.

¹⁹ Vom 19. bis 22. September 1983, unterbrochen durch einen Aufenthalt in Wien am 21. September 1983, besuchte der amerikanische Vizepräsident Bush Ungarn.

²⁰ Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 26. bis 29. September 1987 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 274.

²¹ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

²² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

²³ Am 23. Mai 1989 wählte die Bundesversammlung den bisherigen Amtsinhaber Freiherr von Weizsäcker erneut zum Bundespräsidenten.

in der öffentlichen Perzeption die NATO auf Gorbatschow reagiere – während ja in Wahrheit Gorbatschow immer wieder auf Initiativen des Westens reagiere. Der Amtsantritt der neuen Administration sei Grund genug, die Staats- und Regierungschefs zusammenzubringen.

AM *Baker* pflichtet ausdrücklich bei: Es gelte, einen „affirmativen“ Gipfel zu veranstalten – dies habe er auch mit PM Frau Thatcher und MP Mulroney festgehalten. Es gelte, wachsam zu sein, die Initiative wieder zu ergreifen.

Der *Bundeskanzler* betont, uns liege besonders daran, daß auch Staatspräsident Mitterrand am Gipfel teilnehme – dies werde ihm nach dem letztjährigen Präzedenzfall in Brüssel²⁴ leichter sein als etwa in London.

AM *Baker* bestätigt, Frau Thatcher habe ihm versichert, sie werde gern an einem Gipfel in Brüssel teilnehmen. Dafür – so AM *Baker* – werde man den NATO-Ministerrat ausfallen lassen.

Der *Bundeskanzler* faßt zusammen: Man sei mit dem Zeitrahmen einverstanden. Man wolle einen offensiven, initiativen NATO-Gipfel; wir wollten gern bei der Vorbereitung hilfreich sein, das gelte für ihn persönlich wie auch für die Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung.

Natürlich werde man für den Gipfel das Gesamtkonzept des Bündnisses erarbeiten und verabschieden müssen. Hier sei Übereinstimmung zwischen USA und uns besonders wichtig.

Er biete deshalb an – nicht wegen einer Privilegierung, sondern um der Sache willen –, diesen Gipfel und dort zu verabschiedende Papiere bilateral vorzubereiten. Keineswegs wolle er in NATO-Gremien mit Positionen auftreten, die im Gegensatz zu denen der amerikanischen Freunde liegen.

Zum Inhaltlichen: Bei aller Veränderung in der Welt habe sich aus seiner Sicht am Harmel-Bericht²⁵ nichts geändert: Seine beiden Ziele seien komplementär!

- Gesicherte Verteidigungsfähigkeit schließe ein: Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa; ausgewogenes Verhältnis konventioneller und nuklearer Waffen; Erhaltung beider in wirksamem und einsatzfähigem Zustand.

Dies schließe ferner ein – und auch darüber könne man bilateral reden –, was die Europäer mehr tun könnten. Er wolle den amerikanischen Freunden die Debatte um Lastenteilung nicht erschweren, sondern erleichtern. Daß wir mehr tun müßten, sage er in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich. Er kenne das gegenwärtige Haushaltsproblem der USA, er wisse, daß die Europäer mehr tun müßten, und wolle hilfreich sein. Vielleicht könne die Bundesrepublik Deutschland einen ersten Schritt tun.

- Zweites Element des Harmel-Berichts seien Dialog und Zusammenarbeit. Dazu gehören Abrüstung und Rüstungskontrolle und entsprechende Mandate.

²⁴ In Brüssel fand am 2./3. März 1988 die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

²⁵ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Beide Elemente des Harmel-Berichts müßten sich im Gesamtkonzept wiederfinden.

Für uns sei auch ganz klar, daß bei Erörterung von Strategiefragen Vorneverteidigung und flexible Antwort²⁶ aufrechterhalten werden müßten. Auch seien wir gegen eine dritte Null-Lösung. Er wiederhole, was er bei der Diskussion über die zweite Null-Lösung gesagt habe: Im Bündnis darf es keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben.

Auch sähen wir den Zusammenhang zwischen konventioneller Abrüstung und Nuklearwaffen mit Reichweiten bis zu 500km. Gerade diese beträfen uns Deutsche in besonderer Weise. Man müsse die Frage der Lance-Nachfolge, der Flugzeuge und der Artillerie erörtern. Unser Ziel sei eindeutig: Verminderung auf niedrigere Obergrenzen. Dabei behielten wir das Verhältnis zur konventionellen Abrüstung im Blick. Gerade deshalb glaubten wir, daß ein Verhandlungsmandat (sc. für SNF) notwendig sei.

Was die Modernisierung angehe, so habe er die Diskussion nie verstanden: Sie sei von außen hereingetragen worden und in dieser Form völlig unnötig. Er sei unterrichtet worden, daß die Lance bis 1995 einsatzfähig sein werde. Nach der Erfahrung bei der Pershing II gehe er davon aus, daß irgendwann zwischen 1991 und 1992 über die Stationierung gesprochen werden müsse. Bereits beim NATO-Gipfel im März 1988 hätten wir über dieses Thema Texte verabschiedet, in denen das berühmte Wort „up to date“ stehe.

In der Sache sage er mit aller Deutlichkeit, daß er ohne weiteres Möglichkeiten zu einer Einigung mit den USA sehe, wenn man das Ganze im Blick habe und sich nicht auf einen Punkt fixieren lasse.

Allerdings wolle er betonen, daß er keine innenpolitische Debatte brauche: Wenn er die Wehrpflicht verlängere, für Tiefflugnotwendigkeiten eintrete, unsere Bereitschaft zur Erörterung des Burden sharing erkläre – dann müsse sich unser Land mit seinen Anliegen auch im Paket der NATO wiederfinden. Dann werde es trotz aller Schwierigkeiten Möglichkeiten der Verständigung geben.

Genau dies habe er auch in seinem Interview in „Financial Times“²⁷ gesagt – nur die Überschrift der Zeitung stimme nicht!

Er halte es auch für falsch, dauernd über die (SNF-)Frage eine öffentliche Diskussion zu führen. Die Leute, die bei uns diese Debatte betrieben, wollten etwas ganz anderes: weder Modernisierung noch Stabilität der NATO; dafür aber die dritte Null-Lösung, Abschaffung der Tiefflüge, Verminderung oder Abschaffung der Wehrpflicht. Kurzum: das genaue Gegenteil seiner Politik!

AM Baker pflichtet bei: Auch ihm würden auf jeder Station seiner Reise derartige Fragen gestellt, und er sei ihnen immer wieder ausgewichen. Richtig sei auch der Hinweis des Bundeskanzlers auf das Gesamtkonzept und die Wichtigkeit, vor dem NATO-Gipfel eine Verständigung zu erreichen. Auch sei er mit bilateraler Zusammenarbeit einverstanden, allerdings mit dem Vorbehalt, daß man dies anderen, deren Unterstützung man auch brauche, werde sagen müssen.

²⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

²⁷ Für das Interview des Bundeskanzlers Kohl vgl. den Artikel „A Chancellor for all seasons“, FINANCIAL TIMES vom 10. Februar 1989, S. 14.

Für die Bereitschaft des Bundeskanzlers, die Frage der Lastenteilung zu diskutieren, danke er ausdrücklich – dieses Thema werde in der Tat in USA schwierig werden.

Der *Bundeskanzler* stellt klar, es sei keineswegs seine Absicht, die bilaterale Abstimmung vor anderen zu verheimlichen, sein Ziel sei zu vermeiden, daß USA und wir mit nicht harmonisierten Positionen in NATO-Gremien aufträten.

AM *Baker* pflichtet bei.

Sodann fragt AM *Baker*, ob der Bundeskanzler mit der von ihm vorgeschlagenen Presselinie (vorher übermittelt) einverstanden sei.

Der *Bundeskanzler* betont, zunächst solle man etwas über die sehr freundschaftliche Atmosphäre der Begegnung sagen und herausstellen, daß dies auch für die Zukunft gelten sollte.

Sodann müsse man zum Thema Libyen bekräftigen, was die Vertreter der Bundesregierung bereits in Washington gesagt hätten.

BM *Genscher* schlägt vor, hinsichtlich des Gesamtkonzepts die Entschlossenheit hervorzuheben, im Geist des Gipfels von Brüssel die Arbeiten fortzusetzen und den kommenden NATO-Gipfel zum Erfolg zu machen. Hingegen solle man nicht aus dem Brüsseler Gipfel-Kommuniqué einzelne Elemente herausnehmen – dann stellten sich nur Fragen hinsichtlich der anderen.

AM *Baker* wendet ein, dies werde nicht alle Fragen, die die Presse aufgrund des Bundeskanzler-Interviews in „Financial Times“ stelle, lösen helfen.

Der *Bundeskanzler* betont, in diesem Interview habe er sich auf der Linie des Brüsseler Gipfel-Kommunikés geäußert – die Überschrift habe er nicht zu vertreten. Auch er bevorzuge den Gesamtbezug auf das Brüsseler Gipfel-Kommuniqué, denn im amerikanischen Text fehle z. B. jeder Hinweis auf konventionelle Abrüstung und Artillerie.

AM *Baker* stellt klar, er wolle die öffentliche Debatte beruhigen, die nicht an KRK und Artillerie festmache, sondern an SNF.

Der *Bundeskanzler* und AM *Baker* legen nach weiterer Diskussion, an der Bundesminister *Genscher* und Botschafter *Burt* sich beteiligen, folgende Linie fest:

- freundschaftliche Gespräche;
- Libyen-Komplex – Entschlossenheit der Bundesregierung usw.;
- produktive Diskussion über Ost-West- und Sicherheitsfragen einschließlich SNF; Bekräftigung des Brüsseler NATO-Kommunikés vom 3. März 1988 einschließlich der Bedeutung der Aufrechterhaltung der Vorneverteidigung und der Strategie der flexiblen Antwort;
- Einigkeit über die Notwendigkeit, Gesamtkonzept für Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle bei nächstem NATO-Gipfel zu verabschieden; Fortsetzung der Erörterung dieser Frage, auch bilateral;
- Bundeskanzler-Äußerungen in „Financial Times“ liegen auf Linie des NATO-Kommunikés vom 3. März 1988, dies wurde während des Gesprächs bestätigt.²⁸

²⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 13. Februar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 154.

Der *Bundeskanzler* betont abschließend die Bedeutung, nunmehr bilateral sehr schnell zu arbeiten, um die Diskussionen im Bündnis vorzubereiten. Dies müsse direkt und nicht über Dritte geschehen.

Im übrigen bitte er AM Baker, noch einmal nachzulesen, was er – der Bundeskanzler – in Brüssel im NATO-Rat sowie in der anschließenden Presse-Erklärung gesagt habe²⁹: All diese Positionen seien unverändert!

Der Bundeskanzler bittet abschließend AM Baker, Präsident Bush herzliche Grüße auszurichten und ihm insbesondere auch seine Bereitschaft zu übermitteln, in diskreter Weise – er betone dies! – über die Frage der Lastenteilung zu reden. Er wolle hier hilfreich sein!

AM *Baker* bekräftigt, daß dies angesichts der Kongreß-Debatten sehr hilfreich wäre. Dort vertrete die Administration seit langem den Standpunkt, daß es nicht um Prozentzahlen des jeweiligen Haushalts oder des Bruttosozialprodukts gehe, sondern um „creative responsibility sharing“.

Der *Bundeskanzler* pflichtet bei: Botschafter Burt wisse von seinen Überlegungen, den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten zu helfen. Hier könne man sich viele Möglichkeiten vorstellen – wichtig sei, daß, sobald ein neuer amerikanischer Verteidigungsminister im Amt sei, die zuständigen Ressortchefs darüber redeten.

Ende des Gesprächs: 19.00 Uhr.

Referat 201, Bd. 151172

42

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 POL

16. Februar 1989¹

Über Herrn Dg21², Herrn D2³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Entwicklung in Polen nach einer Woche Gespräche am „Runden Tisch“

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Nach Eröffnung der Gespräche am „Runden Tisch“ am 6.2.1989 haben seit Ende vergangener Woche drei Arbeitsgruppen und diverse Untergruppen ihre Arbeit aufgenommen. Die Tatsache, daß Führung und Opposition – die Gegner von

²⁹ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl in der NATO-Gipfelkonferenz am 2. März 1988 sowie seiner Erklärung vor der Presse am 3. März 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 289–292.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationsrat I. Klasse Almer konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 17. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 17. Februar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. Februar 1989 vorgelegen.

einst – heute nebeneinander am selben Tisch sitzen, zeigt, daß wichtige Schritte hin zur „nationalen Versöhnung“ eingeleitet sind. Dessenungeachtet werden Ergebnisse in allen Bereichen noch erhebliche Kompromißbereitschaft aller Beteiligten erfordern. Dabei kommt der zukünftigen Rolle der offiziellen Gewerkschaften, die zu den Gegnern des neuen Versöhnungskurses zählen, eine besondere Bedeutung zu.

Die Sitzung der am „Runden Tisch“ Beteiligten läßt sich derzeit mit „verhaltenem Optimismus“ umschreiben. Erst der weitere Fortgang der Verhandlungen wird zeigen, ob tatsächlich der Durchbruch zum nationalen Konsens erreicht werden kann.

II. 1) Nach fünf erfolglosen Vorgesprächen seit August 1988 zwischen Innenminister Kiszczak und Arbeiterführer Wałęsa wurden am 6.2.1989 die Gespräche am „Runden Tisch“ aufgenommen. Sie sollen etwa sechs Wochen dauern. Drei Arbeitsgruppen (1. Wirtschaft und Gesellschaftspolitik, 2. Gewerkschaftspluralismus, 3. Politische Reformen) sind eingerichtet. Sie werden durch Untergruppen ergänzt (u.a. Landwirtschaft, Bergbau, Rechtsreform, Vereinigungswesen, Selbstverwaltung, Medien, Jugendfragen).

Dies wurde möglich durch den im Januar 1989 vom ZK der PVAP⁵ verabschiedeten „Standpunkt zum politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus“, der erst nach dem Rücktrittsangebot des Kerns der Partei- und Staatsführung (u.a. GS Jaruzelski, MP Rakowski, Innenminister Kiszczak, Verteidigungsminister Siwicki) durchgesetzt werden konnte. Der Beschluß empfiehlt die Aufhebung der Beschränkungen des 1982 verabschiedeten Gewerkschaftsgesetzes⁶ und eröffnet so der Zulassung der „Solidarität“ den Weg. Damit war die Hauptforderung der Opposition für einen Neubeginn, für die Aufnahme eines konstruktiven Dialogs mit der Führung, erfüllt.

2) Die Plenarsitzung am 6. Februar 1989 zur Eröffnung der Gespräche am „Runden Tisch“ zwischen Führung und Opposition wird als historischer Moment gewertet. Der Symbolgehalt dieses Zusammentreffens von 57 Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Kräfte ist beachtlich: „Unterdrückter“ und „Verfolgter“ aus der Zeit des Kriegsrechts⁷ sitzen nebeneinander am selben Tisch. Der Führer der Regierungsseite, General Kiszczak, ist schon seit 1981 Innenminister, Teilnehmer aus der Opposition mußten eben unter diesem Innenminister Freiheitsstrafen verbüßen (Michnik, Kuroń). Es ist auffällig, daß bekannte Protagonisten des politischen und gesellschaftlichen Konflikts der letzten Jahre sich an diesem Tisch zusammengefunden haben – und nicht so sehr neue Gesichter, die nicht mit der Erinnerung an diese Ereignisse belastet sind.

Der Wandel von Positionen auf seiten der Führung ebenso wie bei den gemäßigten Kräften der Solidarität um Wałęsa hat den Runden Tisch nunmehr möglich gemacht.

⁵ Zum zehnten Plenum des ZK der PVAP vom 16. bis 18. Januar 1989 vgl. Dok. 17, besonders Anm. 3.

⁶ Am 8. Oktober 1982 billigte das polnische Parlament ein Gesetz, das in Artikel 52 die Registrierung von Gewerkschaften vor Verkündung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für ungültig erklärte und damit die Zulassung der Gewerkschaft Solidarność widerrief. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 187–192 (Auszug).

⁷ Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärtrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

Beide Seiten sitzen nur deswegen heute am „Runden Tisch“, weil ihre Führer bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gehen mußten und müssen, um ihre eigenen Anhänger von der neuen Linie zu überzeugen (Vertrauensfrage der Parteiführung auf dem ZK-Plenum; Beendigung immer wieder aufflammender Streiks durch die Führer der „Solidarität“). Erst dieser Einsatz bis zum äußersten beweist, daß wichtige Schritte hin zur „nationalen Versöhnung“ bereits eingeleitet sind.

3) Der Erfolg, den das Zustandekommen des „Runden Tisches“ darstellt, bedeutet allerdings nicht, daß die Einigung auf beiderseits akzeptable Ergebnisse jetzt als gesichert anzusehen ist. In den vom „Runden Tisch“ eingesetzten drei Arbeitsgruppen müssen Lösungen gefunden werden, die von den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen erhebliche Kompromißbereitschaft verlangen:

- Politische Reformen (erste Tagung der AG am 10.2.1989): Der im Raume schwebende Begriff der die Opposition in die Verantwortung einbindenden „konfrontationsfreien Wahlen“ (Innenminister Kiszczak) verlangt eine Wahlordnung, die der PVAP eine herausgehobene Stellung beläßt und der Bevölkerung dennoch das Gefühl vermittelt, erstmals politischen Einfluß im parlamentarischen System ausüben zu können. Welche Einschränkungen „nicht konfrontative Wahlen“ für die „Solidarität“ und andere oppositionelle Kräfte nach den Vorstellungen der Führung beinhalten, wird erst im Verlauf der weiteren Verhandlungen in dieser Arbeitsgruppe deutlich werden.
- Wirtschaft und Gesellschaftspolitik: Bei grundsätzlicher Übereinstimmung über das anzustrebende Wirtschaftsmodell (erster Tag der AG am 8.2.1989), bei dem die Regierung Rakowski bereits erste konkrete Erfolge verbuchen kann (zum 1.1.1989 in Kraft getretene Wirtschaftsreformgesetze), fehlt bisher ein Programm zur sozial verträglichen Flankierung, das die Bekämpfung der Inflation und die Rückführung der Auslandsverschuldung nicht allein auf dem Rücken der bereits⁸ jetzt stark betroffenen Bevölkerung austrägt.
- Gewerkschaftspluralismus: Auch hier herrscht nach der ersten Sitzung der AG (9.2.89) grundsätzliche Übereinstimmung über die Zulassung der „Solidarität“. Im einzelnen gehen die Vorstellungen beider Seiten noch sehr auseinander. Die Führung will die Zulassung einer „neuen“ Solidarität (nicht der von 1980) bei befriedigenden Ergebnissen in den anderen Bereichen als Teil eines Gesamtpakets konzedieren. Die Solidarität stellt die Zulassungsfrage an den Anfang der Gespräche.

In jedem Falle wird es darauf ankommen, die Resultate der Arbeitsgruppen in einen allseits akzeptierten „Reformkalender“ umzusetzen. Bei den eingesetzten Untergruppen, von denen bereits eine Reihe an der Arbeit sind (Justizreform, Landwirtschaft, Medien), mißt die Opposition folgenden Themen besondere Bedeutung zu: Versammlungsfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Zugang zu den Massenmedien, Demokratisierung der regionalen Selbstverwaltung. Auch hier sind noch schwierige Verhandlungen zu erwarten; keine Seite wird es unterlassen, mit Drohgebärden der Gegenseite und den eigenen Gefolgsleuten den eigenen entschiedenen Durchsetzungswillen zu zeigen.

⁸ Korrigiert aus: „Rücken bereits“.

4) Eine schwer einzuordnende Rolle spielen in dem Gesamtprozeß die offiziellen Gewerkschaften (OPZZ⁹) unter ihrem Führer (und PB-Mitglied) Miodowicz. Gegründet, um „Solidarität“ zu ersetzen, rüttelt der Schwenk von Partei und Regierung hin zum Gewerkschaftspluralismus an den Grundfesten ihrer Existenzberechtigung. Sie zählen zu den schärfsten Gegnern des neuen Versöhnungskurses. Die OPZZ müssen befürchten, daß sie einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder an die Solidarität nach deren Zulassung verlieren werden. Die Schätzungen aus Kreisen der OPZZ belaufen sich auf etwa 1 Mio. (von 7 Mio.).

Bereits unter der früheren Regierung hatten sich die OPZZ als Interessenvertreter des „kleinen Mannes“ zu profilieren gesucht und wollen sich nun als Warner vor einer zu Lasten der Arbeiterschaft gehenden „Einigung der regierenden Elite und der Elite der Opposition“ profilieren. Als Teilnehmer am „Runden Tisch“ äußern sie sich nicht nur zum sie direkt betreffenden Gewerkschaftspluralismus („ein Betrieb – eine Gewerkschaft“), sondern auch zu den politischen Reformen (keine Wahlen mit „gezinkten Karten“) und zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik („anständige Löhne und Renten für anständige Leute“).

5) Neben den Geschehnissen am „Runden Tisch“ wird zu beobachten sein, was außerhalb des „Tisches“ im Lande passieren wird. Am Sprengen des Versöhnungsprozesses interessierte Gruppen haben genügend Möglichkeiten, die Stimmung zu polarisieren (wilde Streiks, Priesterorde, gewalttätige Demonstrationen) und die Verhandlungsteilnehmer bloßzustellen.

III. Die Organisatoren des „Runden Tisches“ haben eine Dauer von sechs Wochen zur Lösung der wichtigsten Fragen veranschlagt. Die Stimmung bei den Beteiligten läßt sich nach der Eröffnung mit „verhaltenem Optimismus“ umschreiben. Mehr kann am Anfang dieses Prozesses niemand erhoffen. Angesichts der zu bewältigenden Schwierigkeiten und der zum Teil erheblich divergierenden Interessen sind jetzt von allen Beteiligten Geduld, Realismus und Kompromißbereitschaft gefordert. Erst der weitere Fortgang der Verhandlungen wird zeigen, ob der Durchbruch zu einem nationalen Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte tatsächlich erreicht werden kann.

Derix

Referat 214, Bd. 139853

⁹ Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband).

43

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem iranischen Botschafter Mostafavi

311-321.00 IRN

17. Februar 1989¹

Morddrohungen gegen Salman Rushdie²;

hier: Einbestellung des iranischen Botschafters durch StS Sudhoff am 17.2.1989

StS führte gegenüber dem Botschafter im Auftrag des BM folgendes aus:

Die Bundesregierung sei über die Morddrohung gegen Rushdie tief bestürzt und verurteile sie scharf. Sie sei eine Belastung der deutsch-iranischen Beziehungen. Der Botschafter habe sich sicher ein Bild über die deutsche und internationale Reaktion auf diese Drohung machen können und könne sich daher ein Urteil darüber bilden, was dies für die internationale Stellung Irans bedeute. Er bitte, die iranische Regierung umgehend zu unterrichten.

Der *Botschafter* sagte sofortige Unterrichtung zu. Er wies auf die Reaktionen in der islamischen Welt auf das inkriminierte Buch Rushdies hin und stellte fest, Khomeini habe mit seiner Äußerung nicht allein für Iran gesprochen. Man habe nichts gegen eine wissenschaftliche Diskussion von Religionsfragen. Hier gehe es aber um Blasphemie und Häresie. Keine Religion könne so etwas akzeptieren. Er, der Botschafter, hoffe für seine Person, daß aus dieser Angelegenheit keine Belastung für die Beziehungen erwachse.

StS machte deutlich, daß es hier nicht um eine wissenschaftliche Diskussion, sondern um eine Morddrohung gehe. Damit seien Dinge in Bewegung gebracht worden, die wir nicht gutheißen könnten. Eine derartige Verhaltensweise werde vom überwiegenden Teil der Menschheit abgelehnt.

Referat 311, Bd. 154140

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff gefertigt und „mit der Bitte um Billigung“ an Staatssekretär Sudhoff geleitet. Hat Sudhoff vorgelegen.

² Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, berichtete am 16. Februar 1989: „1) Ayatollah Khomeini hat am 14.2.89 eine Botschaft an alle Moslems der Welt gerichtet, in der es heißt: ‚Ich teile hiermit allen eifrigen Moslems der Welt mit, daß der Verfasser des Buches ‚Satanische Verse‘, das sich gegen den Islam, den Propheten und den Koran richtet, ebenso wie seine Herausgeber, die den Inhalt des Werkes kannten, zum Tode verurteilt sind. Ich rufe alle eifrigen Moslems auf, diese Personen dort, wo sie sie finden, sofort hinzurichten, damit niemand künftig die heiligen Güter der Moslems schände. Und jeder, der bei dieser Aktion ums Leben kommt, wird, so Gott will, ein Märtyrer. Im übrigen soll jeder, der Zugang zum Verfasser hat, aber selbst die Hinrichtung nicht durchführen kann, ihn denjenigen zuführen, die ihn für seine Tat bestrafen können.‘ 2) Am selben Tag hat die iranische Regierung ‚auf Anordnung des großen Führers der islamischen Revolution‘ den 15.2.89 zu einem öffentlichen Trauertag erklärt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; Referat 311, Bd. 154140.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Frankfurt am Main

20. Februar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Frau Thatcher bei den deutsch-britischen Konsultationen in Frankfurt am Main am Montag, den 20. Februar 1989, von 18.00–19.00 Uhr²

An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite Charles Powell und Dolmetscher Lederer teil, auf deutscher Seite MD Teltschik, Frau Siebourg, Dolmetscherin, und MDg Dr. Neuer als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* begrüßt PM Thatcher und stellt fest, es seien eine Reihe wichtiger Fragen zu besprechen. Er lädt Frau Thatcher ein, Ende April mit ihm in der Pfalz zusammenzutreffen.³ Es sei wichtig, auch nach außen Gesten zu machen, die das gute Einvernehmen bestätigten. Er werde anrufen.

PM *Thatcher* bedankt sich herzlich für die Einladung. Sie stellt fest, daß der NATO-Gipfel-Termin auf den 29./30. Mai 1989 hinauslaufe.⁴ Dieses Datum passe ihr. Auch mit dem Tagungsort Brüssel sei sie einverstanden.

Das Gespräch dreht sich zunächst um die Lage in der Sowjetunion. PM Thatcher bemerkt, daß sie in der Beurteilung bezüglich Gorbatschows Chancen, zu einem wirtschaftlichen Durchbruch zu kommen, immer vorsichtiger werde. Die „Glasnost“ sei zwar irreversibel. Aber die Wirtschaftslage sei schwierig. Die Durchsetzung von Wirtschaftsreformen dauere entweder länger als vorgesehen, oder Gorbatschow müsse seine Politik in dieser Richtung etwas abändern, wenn er schneller Erfolg haben wolle oder müsse. Sie hoffe, dies werde ihm gelingen.

Die Produktion in der UdSSR laufe schlechter, als sie vor den Reformen gelaufen sei. Auch in der Landwirtschaft gebe es Probleme. Man müsse sich die russische Geschichte vergegenwärtigen, in der es keine eigenständigen Bauern gegeben habe. Sie sei über die Lage besorgt. Beim NATO-Gipfel müsse absolut klargemacht werden, daß die NATO im 40. Jahr ihres Bestehens weiterhin stark bleiben müsse, daß sie modernisieren werde, wo dies notwendig sei, und daß entsprechendes vor den Wahlen zum Europäischen Parlament⁵ geschehen müsse.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Februar 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 23. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, verfügte und handschriftlich vermerkte: „Weitergabe AA?“

Hat Bitterlich am 7. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein – s[iehe] Entsch[cheidung] BK.“ Vgl. Dok. 47, Anm. 1.

² Die britische Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe hielten sich am 20./21. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 45–47.

³ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher trafen am 30. April 1989 in Deidesheim zusammen. Vgl. dazu Dok. 115 und Dok. 116.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

Der Bundeskanzler stimme sicher mit ihr darin überein, daß im Hinblick auf Gorbatschow Vorsicht geboten sei. Wir müßten stark sein. Baker habe ihr erklärt⁶, die Entscheidung über die Modernisierung der SNF dürfe nicht aufgeschoben werden. Sonst werde der Kongreß die notwendigen Mittel von 30 Millionen Dollar in diesem Jahr und 130 Millionen Dollar im nächsten Jahr nicht bewilligen. Wenn also kein Ja erfolge, gebe es kein Geld vom Kongreß. Sie hoffe, daß Gorbatschow Erfolg haben werde. Dies sei aber sehr ungewiß. Da es 15 Jahre dauere, bis ein Waffensystem neu entwickelt sei, müsse jetzt entschieden werden. Der Bundeskanzler sehe, daß sie dieses Problem sehr direkt anspreche. Es sei aber wichtig, da es um die Verteidigung der Freiheit gehe. Einigkeit und Stärke müßten demonstriert werden. Sie habe keine Schwierigkeit mit den Bürgern in dieser Hinsicht. Sie hoffe, sie könne wie in Rhodos⁷ mit dem Bundeskanzler übereinstimmen. Die SNF müßten modernisiert werden, da die NATO sonst unterminiert werde. Die Doktrin der „flexible response“⁸ erfordere dies.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet es als vernünftig, ein Außenministertreffen in London abzuhalten und das Gipfeltreffen in Brüssel zu dem vorgeschlagenen Datum. Er glaube, es sei klug, das vorgesehene Treffen mit PM Thatcher Ende April/Anfang Mai zu nutzen, um nochmals die auf dem NATO-Gipfel anstehenden Probleme zu besprechen. Was die Entwicklung in der UdSSR betreffe, sei er bei seiner Meinung geblieben. Taten und nicht Reden zählten. Leistung und Gegenleistung müßten ausgewogen sein. Er glaube, heute seien die Schwierigkeiten in der SU größer als vor zwölf Monaten. Gorbatschow habe den Punkt überschritten, an dem er noch umkehren könne. Vielleicht werde er gezwungen sein, das Tempo zu reduzieren. Es sei für ihn eine nahezu unlösbare Aufgabe. Er müsse das System total reformieren.

Die Frage sei nur, ob es überhaupt reformfähig sei. Gorbatschow befinde sich in einem Teufelskreis. Er müsse die Menschen dazu bringen, mehr zu arbeiten. Um dies zu erreichen, müsse er jedoch etwas bieten, entweder ideell oder materiell. Solange die Wirtschaft jedoch nichts für Leistung bieten könne, bestehe eben dieser Teufelskreis. Wenn Gorbatschow heute scheitern würde und ein Stalinist trete an seine Stelle, wäre dieser in zehn Jahren in der gleichen Lage. Wenn man einen Vergleich aus dem Fußball heranziehen wolle, so müsse man feststellen, daß die SU militärisch Weltmeisterschaftsklasse habe; wirtschaftlich gehöre sie jedoch nur in die dritte Division. Sie nehme heute nur Platz vier im RGW ein, was das Pro-Kopf-Einkommen angehe. Wenn in der ČSSR heute moderne Wirtschaftsbeziehungen herrschten, wäre dieses Land in fünf Jahren ganz oben. Wir müßten jetzt zweierlei tun: Die Philosophie des Harmel-Berichts⁹ müsse beim NATO-Gipfel gelten, nämlich Zusammenstehen in der NATO, stark sein, „up to date“ sein, keine Illusionen haben. Wenn wir stark seien, seien wir

⁶ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise am 11./12. Februar 1989 in Großbritannien auf.

⁷ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher trafen am 2. Dezember 1988 am Rande der Tagung des Europäischen Rats zusammen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349.

⁸ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁹ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

auch fähig abzurüsten. Den Amerikanern müßten wir helfen. Bush habe Probleme beim Budget. In der Diskussion in den USA gehe es um das Burden sharing. Die Europäer müßten mehr tun. Dies sei ihm klar. Die eine oder andere Forderung sei berechtigt. Wir überlegten auch, wie wir den Amerikanern helfen könnten. Im Gesamtkonzept müßten alle Punkte berücksichtigt werden. Die INF-Entscheidung sei schon da, bei START werde es sicher weitergehen, ein Abkommen über das Verbot von C-Waffen halte er für absolut unentbehrlich.

PM *Thatcher* äußert, die SU sei in der Frage der C-Waffen nicht ehrlich. Sie besitze erheblich mehr, als sie zugebe. Sie wisse nicht, ob Gorbatschow die wahre Situation bekannt sei. Das sowjetische Militär halte möglicherweise Informationen zurück. Das Militär befürchte, wenn die militärische Macht substantiell reduziert werde, verliere die Sowjetunion ihren Anspruch, eine Weltmacht zu sein. Es sei nicht bereit, von einer Angriffsposition auf eine Verteidigungsposition zu gehen. Selbst wenn Gorbatschow zur Zeit viele Panzer zerstören lasse, würden ständig neue, modernere gebaut. Bei einer Rüstungsbeschränkung werde er auch mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Für den Status als Supermacht habe die Sowjetunion kein anderes Kriterium als das Militärische.

Bei einer Modernisierung der SNF werde für uns nichts grundsätzlich schwieriger.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, er glaube, schon wegen der Nuklearwaffen werde die Sowjetunion auf lange Zeit noch Weltmacht sein. Sie habe aber einen solchen Überfluß daran, daß sie auf etwas verzichten könne. Er erhoffe vom NATO-Gipfel ein klares Dokument. Die Frage der Modernisierung stifte besonders in der Bundesrepublik Deutschland viel Verwirrung.

PM *Thatcher* bemerkt, in Großbritannien sei man nicht verwirrt. Sie selbst nicht und Mitterrand auch nicht. Wenn Bush, Kohl und Thatcher Stärke präsentieren würden, gingen alle anderen mit.

Der *Bundeskanzler* weist auf die psychologische Situation hin, die Gorbatschow im Westen erzeugt habe. Dies sei unser Problem.

PM *Thatcher* wirft ein, dem müsse man entgegentreten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er sich in der Wehrpflichtdebatte gegen die Aussetzung der Verlängerung der Wehrpflicht¹⁰ ausgesprochen habe. Bei einer Abstimmung im Bundestag, zu der es nicht gekommen sei, hätten wir große Probleme gehabt. Während der vergangenen 30 Jahre sei die Motivierung der Bundeswehr gewesen, daß die Freiheit bedroht sei.

PM *Thatcher* wirft ein, dies sei so.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir seien nicht allein auf der Welt. Er habe Baker gesagt¹¹, wenn aus den USA Verbrüderungsszenen mit der SU über das Fernsehen übertragen werden, mache dies uns hier psychologisch zu schaffen. Die

¹⁰ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

¹¹ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Februar 1989 vgl. Dok. 41.

Lage habe sich im Prinzip nicht geändert. Er erwarte Worte und nicht Taten. Die Sowjetunion habe 50 000 Kampfpanzer, davon seien 40 000 modern. Wenn Gorbatschow 10 000 Panzer vernichte, werde die sowjetische militärische Überlegenheit hierdurch kaum berührt.

PM *Thatcher* macht darauf aufmerksam, daß die SU alle 37 Tage ein neues U-Boot der Spitzenklasse fertigstelle. Wir dürften nicht unsere Verteidigung vernachlässigen. Sie zögere auch nicht, dies nach außen zu sagen. Wenn man seine Freiheit schätze, dürfe man nie bei der Verteidigung nachlassen. Man brauche doch nur auf das annektierte Litauen und Estland zu schauen. Diese Länder gehörten immer noch zur SU. Auch gebe es immer noch Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion. Sacharow habe gesagt, sie solle einer Menschenrechtskonferenz in Moskau¹² nicht zustimmen. Armenier würden nach wie vor ins Gefängnis gesteckt. Sie sei die letzte gewesen, die der Konferenz zugestimmt habe. Im Grunde sei sie sich mit dem Bundeskanzler einig. Die Freiheit Westdeutschlands habe im Mai 1945 ihren Anfang gehabt. Sie müsse aufrechterhalten werden. 1939 hätte Großbritannien nicht genügend Waffen gehabt. Es hätte aber bald z. B. die Spitfire produzieren können. Ein Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen würde dem sowjetischen Militär das größte Geschenk machen. Die Entwicklung der Unterseebootflotte der USA bereite ihr Sorge. Hinzu komme, daß sie nur aus zwei Häfen auslaufen könne. Die SU verfüge über sehr viele Unterseeboote und U-Boot-Jäger. Sie warne die USA. Sie habe stets Wahlen gewonnen, wenn sie nicht nach links neigte. Sie fordere mehr Freiheit für die Satellitenländer, sei aber nicht dafür, zu versuchen, sie vom Warschauer Pakt zu lösen. Sie werde nie das Jahr 1969 vergessen, als sie das erste Mal als Abgeordnete in der SU gewesen sei. Auf die Frage, ob die NATO nicht überholt sei, habe sie damals geantwortet, sie glaube dies nicht, und die NATO dürfe nicht aufgelöst werden. Sie habe gesagt, ein Schritt über diese Linie, und der Krieg sei da. Die NATO habe den Frieden erhalten. Sie wolle feststellen, daß sie mit dem Bundeskanzler einig sei und man nun reagieren müsse. Was würde geschehen, wenn die US-Truppen aus Deutschland zurückgezogen würden? Dies wäre furchtbar.

Der *Bundeskanzler* wies auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in Großbritannien und bei uns hin. Die Verteidigungspolitik sei bei uns zu einem zentralen Punkt der Innenpolitik geworden. Die Sozialdemokraten liefen massiv gegen die NATO Sturm. Sie hätten nichts mehr mit Helmut Schmidt zu tun. Ein großer Teil der Medien sei ebenfalls contra. Er renne zur Zeit unentwegt gegen diese Mauer an. Er sei jedoch sicher, daß Washington, London und Bonn eine gute Lösung auf dem NATO-Gipfel finden könnten. Diese Lösung müsse allerdings sehr sorgfältig vorbereitet werden, auch innenpolitisch. In seiner Partei sagten ihm viele, die Menschen würden das nicht mehr verstehen, weil die Bedrohung weg sei. Er habe gesagt, es bleibe bei 18 Monaten Wehrpflicht. Freiheit gebe es nicht zum Nulltarif. Zur Zeit gebe es bei uns viele Diskussionen, da die Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre alt werde.

¹² Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug erstmals am 5. November 1986 in einer Rede in Wien die Abhaltung einer Konferenz über Menschenrechtsfragen in Moskau vor. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 341.

Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

Am Freitag¹³ habe er in Berlin eine große Diskussion über die Adenauer-Zeit und die heutige Zeit gehabt.¹⁴ Der Unterschied sei, daß 1949 Menschen gelebt hätten, die die Nazi-Zeit, den Krieg und den Zusammenbruch zentral erlebt hatten. Heute seien 66% der Bevölkerung später geboren oder aufgewachsen. Sie nehmen die Freiheit und den Frieden als selbstverständlich hin. Das sei das Problem der modernen Gesellschaft. Zur Zeit gebe es einen großen innenpolitischen Streit über die Gesundheitsreform.

PM *Thatcher* bemerkt, man könne nicht mehr versprechen, als man halten könne. Der linke Flügel in GB sei auch eine Friedensbewegung. Sie glaube nicht, daß man gewinnen könne, wenn man die sozialistischen Argumente übernehme.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, sein Problem sei nicht die nächste Wahl. Diese werde er gewinnen. Aber er müsse in kurzer Zeit noch wichtige Dinge zu Ende bringen. Seit 1970 habe man in der Bundesrepublik Deutschland geschlafen. Er wolle hier nur auf die Gesundheitsreform, die Steuerreform und die notwendige Rentenreform verweisen.

Das Gespräch wurde an dieser Stelle abgebrochen und am folgenden Morgen fortgesetzt.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757

45

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Frankfurt am Main

21. Februar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Frau Thatcher bei den deutsch-britischen Konsultationen in Frankfurt am Main am Dienstag, den 21. Februar 1989, von 8.20–10.00 Uhr²

¹³ 17. Februar 1989.

¹⁴ Bundeskanzler Kohl nahm an einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Kongreß vom 17. bis 19. Februar 1989 im Berliner Reichstag teil, der dem Thema „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ gewidmet war. Vgl. dazu den Artikel „Kohl: Ich war kein Adenauer-Fan – er war mir damals viel zu alt“; *DIE WELT* vom 20. Februar 1989, S. 4.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Februar 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 23. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung“ verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, verfügte und handschriftlich vermerkte: „Weitergabe AA?“

Hat Bitterlich am 7. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein – s[iehe] Entsch[eidung] BK.“ Vgl. Dok. 47, Anm. 1.

² Die britische Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe hielten sich am 20./21. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 44, Dok. 46 und Dok. 47.

An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite Charles Powell und Dolmetscher Lederer teil; auf deutscher Seite MD Teltschik, Frau Siebourg, Dolmetscherin, und MDg Dr. Neuer als Note-taker.

Das Gespräch beginnt in Fortsetzung des Gesprächs vom Vorabend mit einer kurzen Besprechung der Erklärungen vor der Presse³.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, in der Erklärung die Wichtigkeit der deutsch-britischen Beziehungen sowie das britische Engagement (Rheinarmee) aufzunehmen und die enge Zusammenarbeit im internationalen Bereich – in NATO und EG – zu unterstreichen. Der NATO-Gipfel⁴ werde sehr sorgfältig und in enger Abstimmung vorbereitet. Die NATO müsse auch in Zukunft stark bleiben. Sie müsse eng zusammenstehen. Nur dann sei wirkliche Abrüstung denkbar. Es solle auch erwähnt werden, daß der Bundeskanzler PM Frau Thatcher zu einem Treffen Ende April 1989 in seine engere Heimat eingeladen habe.⁵

PM *Thatcher* wünscht eine Bezugnahme auf das Brüsseler Gipfelkommuniqué der NATO von 1988⁶. In der Erklärung solle auf den 40. Jahrestag der NATO hingewiesen werden und ihre Bedeutung für die Verteidigung der Freiheit. Das Gipfel-Kommuniqué von 1988 solle bestätigt werden. Für unsere Verteidigung sei „balance“ von konventionellen und nuklearen Waffen erforderlich. Diese müßten „up to date“ gehalten werden.

Beide Seiten begrüßten, daß der nächste NATO-Gipfel Ende Mai in Brüssel stattfinden werde.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Er spricht die Lage in der Sowjetunion an und bemerkt, die nächsten Monate würden dort interessant werden. Dies betreffe die bevorstehenden Wahlen⁷ sowie die Entwicklungen im wirtschaftlichen Reformprozeß. Interessant sei auch die Entwicklung in Ungarn und Polen. Polen befinde sich auf einer Gratwanderung.

PM *Thatcher* bemerkt, daß wirtschaftliche Reformen auch mehr politische Freiheit bedingten. Den Polen müsse man helfen. Sie brauchten ein Übereinkommen betreffend die Schulden.

Der *Bundeskanzler* führt aus, die polnische Führung gerate in eine ähnliche Lage wie Gorbatschow. Sie könnten nicht zurück. Wenn sie dies versuche, werde sie gestürzt. Rakowski sei zum Erfolg verdammt.

PM *Thatcher* wirft ein, die polnische Führung sei gegenüber der Solidarität recht feindlich eingestellt. Die Solidarität verfüge über viele überzeugte Anhänger.

³ Für die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl und der britischen Premierministerin Thatcher bei der Pressekonferenz am 21. Februar 1989 in Frankfurt am Main vgl. das unkorrigierte Manuskript; Referat 222 (205), Bd. 178052.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Februar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 175.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher trafen am 30. April 1989 in Deidesheim zusammen. Vgl. dazu Dok. 115 und Dok. 116.

⁶ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

⁷ Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.

Der *Bundeskanzler* spricht Südafrika an. Es sei sehr interessant, was Leutwiler mitgebracht habe.⁸ Aber nach der Erkrankung Bothas⁹ sei dies wohl etwas überholt. Welches seien die Vorstellungen von PM Thatcher?

PM *Thatcher* meint, vielleicht werde du Plessis mehr Einfluß erlangen. Auf keinen Fall dürfe man Finanzminister du Plessis oder Erziehungsminister de Klerk isolieren. Du Plessis komme übrigens im April nach London.¹⁰

Der *Bundeskanzler* wirft ein, bei dem Treffen mit PM Thatcher Ende April könne man ja besprechen, was zu tun sei.

PM *Thatcher* fährt fort, man müsse versuchen, ob die Chancen bei der nächsten Generation besser seien. De Klerk sei kein mutiger Mann. Es müsse ihm klargemacht werden, daß er sich bewegen müsse. Bedauerlich sei die psychologische Feindseligkeit zwischen Botha und Buthelezi. Botha könne Mandela wohl nicht freilassen. Ob man mit de Klerk weiterkomme, sei fraglich. Man müsse ihm etwas an die Hand geben. PM Thatcher verliest ein geheimes vorbereitetes britisches Papier. Darin heißt es:

- Wir glauben, daß Mandelas Freilassung in Südafrikas eigenem Interesse liegt.
- Nach unserer Meinung würde dies ein neues und verbessertes Klima erzeugen, das sich für Südafrika sowohl nach innen wie auch in seinen Beziehungen zur Außenwelt günstig auswirken würde.
- Es würde auch unseren gemeinsamen Standpunkt gegen Sanktionen und andere restriktive Maßnahmen verstärken.
- Es würde uns leichter machen, eine hilfreiche Rolle bei den Problemen, denen sich Südafrika bei seinen Gesprächen mit den Banken über Inhaber-Obligationen (bearer bonds) gegenüberstellt, zu spielen.
- Realistisch betrachtet, würde dies für sich nicht zum Abbau irgendwelcher Sanktionen führen.
- Aber wenn die südafrikanische Regierung auf die Freilassung Mandelas bauen würde, um einen Dialog zwischen allen politischen Gruppen in Südafrika ein-

⁸ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher beauftragten den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Leutwiler, nach Südafrika zu reisen, um in einem Gespräch mit Präsident Botha politische Reformen in Südafrika und die Freilassung Nelson Mandelas anzusprechen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Vgl. dazu auch DBPO III/XI, Dok. 137, Dok. 138, Dok. 140 und Dok. 148.

⁹ Die südafrikanische Botschaft in Bonn teilte Staatssekretär Sudhoff am 20. Februar 1989 mit, Präsident Botha habe am 18. Januar 1989 einen leichten Schlaganfall erlitten: „Als dienstältester Kabinettsminister wurde J. C. Heunis zum amtierenden Staatspräsidenten ernannt. Am 2. Februar beschloß der Staatspräsident, als Vorsitzender der regierenden Nationalen Partei zurückzutreten. Zu seinem Nachfolger in diesem Amt wurde noch am selben Tag Erziehungsminister F. W. de Klerk gewählt. Als Staatspräsident bleibt Botha im Amt.“ Vgl. das Schreiben; Referat 320, Bd. 155990.

Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, berichtete am 20. Februar 1989, das südafrikanische Fernsehen habe am 17. Februar 1989 erstmals Aufnahmen des Präsidenten nach seinem Schlaganfall gezeigt. Diese ließen „mehr als deutlich erkennen, wie angeschlagen der Präsident ist. [...] Bilder bestätigen, daß es sich nicht um einen ‚leichten‘ Schlaganfall gehandelt hat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 27; Referat 320, Bd. 155990.

¹⁰ Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, berichtete am 25. April 1989, der südafrikanische Finanzminister du Plessis sei am Vortag in London zu einem Gespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher zusammengetroffen. Du Plessis habe, so die südafrikanische Presse, „den ‚full wrath‘ der PM über sich ergehen lassen müssen“. Hintergrund sei das kurz zuvor aufgedeckte angebliche Waffengeschäft zwischen Südafrika und der protestantischen Terrororganisation „Ulster Defence Association“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 320, Bd. 156021.

zuleiten, würden wir dann sehen, was getan werden könnte, um Südafrikas Sorgen wegen Sanktionen entgegenzukommen (obgleich wir keine vorherigen Zusicherungen geben könnten, die andere berühren).

PM Thatcher weist darauf hin, daß im nächsten Jahr verschiedene Obligationen fällig werden. Die meisten würden von deutschen und Schweizer Banken gehalten. Dies werde eine der Schwierigkeiten Südafrikas sein. Sie sei in Kontakt mit Justice Steyn von der Urban Foundation¹¹. Es sei dies eine Organisation mit weißen und schwarzen Mitgliedern. Ihr Anliegen sei, daß mehr investiert werde, damit die Investitionen auch Schwarzen zugute kommen. Die Organisation wolle auch mehr Geld für die Erziehung ausgeben. Es sei so, daß jetzt auch normale, schwarze Arbeiter Häuser für sich bauen wollten. Dies sei zur Zeit schwierig, da wenig Geld für Kredite an Schwarze vorhanden sei. Wenn Mandela freigelassen werde, könnten wir sagen, daß wir mehr Geld geben. Dieses Geld könnte für Hausbau und Erziehung bestimmt sein. Bemerkenswert sei, daß inzwischen 55 000 Schwarze und nur 35 000 Weiße den Schulabschluß machten. In den gemischten Universitäten sei jeder vierte Student ein schwarzer Afrikaner. Der Schlüssel für jegliches Weiterkommen sei die Freilassung Mandelas.

Der *Bundeskanzler* betont, daß er absolut dafür sei. Mandela sei eine psychologische Hemmschwelle bei der weiteren Entwicklung. Es sei unmöglich, selbst vernünftige Schwarze an den Tisch zu bekommen. Was solle man tun?

PM *Thatcher* schlägt vor, Bothas Brief auf der Linie ihrer Vorschläge (s. o.) zu beantworten. In bezug auf du Plessis und de Klerk müsse man jedoch vorsichtig handeln. Man wisse nicht, ob Botha nicht doch wieder zurückkomme. Wir hätten immer noch die Botschaft, die Leutwiler mitgebracht habe, nämlich was wir tun würden, wenn Mandela freigelassen würde. Ein Schreiben entsprechend dem britischen Papier wäre vielleicht angebracht. PM Thatcher weist darauf hin, daß die Lage bezüglich der USA schwieriger werde. Es gebe dort mehr Rassismus als in den europäischen Gesellschaften. Wahrscheinlich deswegen, weil dort mehr farbige Mitbürger lebten als bei uns. Jesse Jackson verfüge über großen Einfluß.

Der *Bundeskanzler* stimmt PM Thatchers Meinungsäußerung betreffend die USA zu. Er beurteile die Lage sogar eher noch skeptischer. Bei den Begräbnisfeierlichkeiten für Strauß habe er zu Botha gesagt, die Zeit arbeite gegen ihn.¹² Er werde in den USA bald einen Kongreß vor sich haben, der schwieriger sei als der jetzige. So sei es dann auch gekommen.¹³ Er stellt die Frage, ob er und PM Thatcher einen identischen Brief schreiben sollten.

PM *Thatcher* bejaht dies.

Der *Bundeskanzler* gibt weiter zu bedenken, ob man abwarten solle, bis die Verhältnisse in bezug auf Botha sich geklärt hätten, oder ob man versuchen solle, ihn durch einen Brief zu beeinflussen.

PM *Thatcher* hält die Zeit zu schreiben für gekommen. Den USA könne man sagen, jetzt, wo in Namibia und Angola eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei, sei nicht der Zeitpunkt, auf Südafrika einzuschlagen.

¹¹ Korrigiert aus: „Durban Foundation“.

¹² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südafrikanischen Präsidenten Botha am 7. Oktober 1988 in München vgl. Dok. 36, Anm. 12.

¹³ Am 8. November 1988 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat statt. Die Demokratische Partei behielt in beiden Häusern des Kongresses ihre Mehrheit.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, PM Thatcher und er sollten nochmals darüber nachdenken. Charles Powell solle Kontakt mit MD Teltschik halten. Er sei offen. Man könne entweder noch warten oder auch den Brief jetzt schon schreiben. Er wisse nur, daß jeder Tag der Haft Mandelas die Lage verschlechtere.

PM *Thatcher* wirft ein, dies sei besonders in den USA der Fall.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, daß dies nicht nur dort so sei. Der Weltkirchenrat habe eine große Delegation gebildet, die umherreise und die Meinung beeinflusse.

PM *Thatcher* bemerkt, der Weltkirchenrat habe in Großbritannien keinen großen Einfluß. Sie sehe als große Schwierigkeit für Südafrika an, daß das Ausland kaum noch dort investiere.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, die eigentliche Sanktion sei die Demotivierung der südafrikanischen Wirtschaft. Die Unternehmer in Südafrika dächten hauptsächlich daran, wie sie ihr Geld aus dem Lande schaffen.

PM *Thatcher* weist darauf hin, daß immer noch drei Millionen Arbeiter aus den Frontlinienstaaten¹⁴ in Südafrika beschäftigt seien. Südafrika verfüge über die beste Wirtschaft in Afrika. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechterten, kämen alle Spannungen zum Tragen. Es sei dumm von Botha, nicht Buthelezi zum Zug kommen zu lassen. Er sei ein vernünftiger Mann mit einer großen Anhängerschaft aus seinem Stamm. Sein Stamm sei größer als der Mandelas. Es gebe auch viele Schwarze mit eigenem Kapital, z. B. die Bus- und Taxi-Eigentümer. Es gebe auch reiche und gebildete Schwarze. Es fehle nur noch der letzte Sprung in die richtige Richtung.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu, meint aber, daß dies der entscheidende Entwicklungssprung sei. Solange Botha die Macht habe, werde die Lage unbeweglich bleiben.

PM *Thatcher* glaubt, Botha sei wohl von einem gefährlichen Schlaganfall betroffen worden. Sie fährt fort, der Umstand, daß das Abkommen mit Namibia abgeschlossen sei und die Kubaner aus Angola abzögen¹⁵, bedeute für Südafrika einen großen Schritt. Namibia habe allerdings noch keine Verfassung. Dies gehe auch nicht zum jetzigen Zeitpunkt wegen der UNO-Resolution.¹⁶ Im April werde

¹⁴ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁵ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 20. Juli 1988 zwischen den Regierungen von Angola, Kuba, Südafrika und den USA über die Prinzipien für eine friedliche Lösung in Südwestafrika sowie des Kommuniqués über die Konferenz Angolas, Kubas, Südafrikas und der USA vom 2. bis 5. August 1988 in Genf für eine Lösung des Konflikts um Südwestafrika vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 116f.

Für den Wortlaut des Protokolls vom 13. Dezember 1988 über die Verhandlungen zwischen Angola, Kuba und Südafrika (Protokoll von Brazzaville), des Dreiseitigen Abkommens zwischen Angola, Kuba und Südafrika sowie des Abkommens zwischen Angola und Kuba über die Rückführung kubanischer Militärkontingente, die beide am 22. Dezember 1988 in New York unterzeichnet wurden, vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 117–123.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke informierte am 2. Januar 1989, das Vertragswerk werde weitreichende Auswirkungen auf das ganze südliche Afrika haben: „1) Südafrika hat sich rechtlich bindend auf die Durchführung der SR-Res[olution] 435 ohne weitere Vorbedingungen festgelegt. Es ist folglich davon auszugehen, daß Namibia nunmehr entsprechend dem VN-Lösungsplan die Unabhängigkeit erlangen wird. 2) Der Abzug der kubanischen Truppen aus Angola bringt Angola noch nicht den inneren Frieden. [...] 3) Südafrika erhält für die Beendigung seiner Intervention in Angola und die Freigabe Namibias eine Reihe bedeutender Gegenleistungen, insbesondere die Beendigung der ANC-Aktivitäten in Angola und – später – in Namibia“. Vgl. Referat 320, Bd. 155833.

¹⁶ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 13. Februar 1989 wurde vermerkt: „Gemäß der UN-Resolution 435 und den Verträgen von New York vom 22. Dezember 1988 soll der

sie Finanzminister du Plessis in London treffen. Pik Botha werde im März nach London reisen.¹⁷ Das Treffen sei geheimer Natur. Niemand sei darüber informiert. Sie bitte auch die deutsche Seite um Diskretion. Wichtig sei es, die Südafrikaner jetzt zu beeinflussen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, er habe auch schon überlegt, ob er sich mit einem südafrikanischen Politiker treffen solle.

PM *Thatcher* würde dies begrüßen. Keiner würde dann allein stehen. Evtl. könne man auch Portugal hierfür gewinnen; es lebten immerhin ca. eine Million Portugiesen in Südafrika.

Der Bundeskanzler und PM *Thatcher* vereinbaren, in der Südafrika-Frage in engem Kontakt zu bleiben und zu sehen, wie die Dinge sich dort weiterentwickeln.

Der *Bundeskanzler* fragt PM *Thatcher* nach ihrer Meinung über die Lage in Israel.

PM *Thatcher* berichtet, sie sei mit Außenminister Arens zusammengetroffen.¹⁸ Er sei ein Hardliner, aber kultiviert und vernünftig. Die gegenwärtige Lage in Israel könne nicht andauern. Ein Beharren auf dem Camp-David-Prozeß¹⁹ reiche jedoch nicht aus. Die einzige Lösung sei „Land für Frieden“ entsprechend der Resolution 242²⁰. Die Zwischenphase könne nicht ewig dauern. Solange Shamir an der Macht sei, werde wohl keine Bewegung zu erwarten sein. Es sei im übr-

Fortsetzung Fußnote von Seite 210

Unabhängigkeitsprozeß Namibias am 1. April 1989 mit Eintreffen der UN Transitional Assistance Group eingeleitet, mit der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung im November 1989 fortgesetzt und 1990 beendet werden. [...] Nach der Resolution 435 hat eine Partei, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit oder ein höheres Quorum erringt, Freiheit in der Gestaltung des politischen Lebens. Die Gestaltung der Verfassung bleibt ihr vorbehalten. Eine Wahl zum Parlament ist nicht mehr notwendig. Erreicht hingegen keine Partei eine Zwei-Drittel-Mehrheit, so ist die Arbeit einer Verfassungsgebenden Versammlung [...] notwendig. Ebenso die Abhaltung von Parlamentswahlen. So die Interpretation von Staatssekretär Gous im namibischen Wirtschaftsministerium.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155889.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

Am 16. Februar 1989 beschloß der VN-Sicherheitsrat einstimmig, die Resolution Nr. 435 zu implementieren. Vgl. dazu die Resolution Nr. 632; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1989, S. 3.

17 Der südafrikanische Außenminister Botha hielt sich am 15. März 1989 in Großbritannien auf. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, berichtete am 17. März 1989, Botha sei mit Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe zusammengetroffen und habe der BBC am Abend ein Fernsehinterview gegeben. Dort habe Botha erklärt: „Er habe sich schon vor langer Zeit für Freilassung Mandelas eingesetzt; das Problem sei, wie seine Freilassung bewerkstelligt werden könne, ohne daß eine Zunahme an Gewalt damit einherginge. Wenn die Notwendigkeit einer neuerlichen Verhaftung entstehe, sei Lage schlechter als vorher. Deswegen dränge SUA-Regierung auf Signal, daß Mandela nicht auf Gewalt als Mittel zur Erlangung politischer Ziele zurückgreifen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 598; Referat 320, Bd. 156021.

18 Der israelische Außenminister Arens besuchte Großbritannien vom 14. bis 17. Februar 1989.

19 Der israelische Ministerpräsident Begin, der amerikanische Präsident Carter und der ägyptische Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

20 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

gen besorgniserregend, daß im Irak zu viele Raketen seien. Der Irak führe auch Versuche durch. Wenn keine Verhandlungen aufgenommen würden, werde etwas passieren. Israel werde möglicherweise einen Präventivschlag gegen den Irak führen. Sie habe auch zu Baker gesagt, daß Verhandlungen sein müßten.²¹

Der *Bundeskanzler* teilt die Befürchtung von Frau Thatcher.

PM *Thatcher* fährt fort, man dürfe in dieser Frage nichts überstürzen, dürfe die Dinge aber auch nicht treiben lassen. Verhandlungen auf der Basis der Resolution 242 müßten geführt werden. Das State Department arbeite an einem Konzept.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, es werde entscheidend sein, ob die USA sich hierfür einsetzten.

PM *Thatcher* meint, hierfür gebe es eine²² Tendenz in den USA, aber auch in der UdSSR. Schewardnadse reise um die Welt und schlage neue Strukturen vor. Es sei aber nicht ausreichend, wenn nur die beiden Supermächte ihren Einfluß ausübten. Hussein, Saudi-Arabien und einige unserer Freunde am Golf würden es nicht akzeptieren, wenn die UdSSR der PLO und die USA Israel eine Lösung aufzwingen. Jedenfalls müsse Bush Shamir zu Verhandlungen auffordern.

Der *Bundeskanzler* hält es für sehr gefährlich, die SU zur Schutzmacht des Islam zu machen.

PM *Thatcher* teilt diese Auffassung. Dies hätte katastrophale Auswirkungen z. B. auf die Türkei und den ganzen Golf. Die UdSSR sei im übrigen sehr in Sorge wegen möglicher religiöser Unruhen auf ihrem eigenen Staatsgebiet. Bush vertrete übrigens in der Frage der Westbank eine feste Haltung.

Der *Bundeskanzler* hält es für entscheidend, inwieweit die Bush-Administration sich auch gegen die einflußreiche jüdische Lobby in den USA durchsetzen könne.

PM *Thatcher* berichtet, Hussein habe ihr gegenüber geäußert, er versuche jetzt seit etwa 20 Jahren, mit Israel auf allen möglichen Wegen zu verhandeln. Er habe keinen Dank dafür geerntet. Nur Kritik. Er ziehe sich jetzt zurück. So habe er es auch gemacht. Vielleicht werde dies die PLO zur Vernunft bringen. Für den Konföderationsgedanken könne Hussein nur dann gewonnen werden, wenn die PLO dies anrege. Sie glaube, ein kleiner Staat, bestehend aus der Westbank und Gaza, sei keine mögliche Lösung. Israel und die USA wollten dies nicht. Der einzige Weg sei eine Konföderation mit Jordanien. Dies wäre allerdings nicht leicht für Hussein.

Der *Bundeskanzler* führt aus, er habe gegenüber Shamir erklärt, die Zeit arbeite nicht für ihn.²³ Wer immer der Nachfolger Husseins oder Mubaraks sein werde, es werde mit Sicherheit nicht leichter werden. Er habe mit Shimon Peres gesprochen.²⁴ Dies sei ein vernünftiger Mann. Peres sehe voller Sorge, wie der Einfluß

²¹ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise am 11./12. Februar 1989 in Großbritannien auf.

²² Korrigiert aus: „gebe eine“.

²³ Bundeskanzler Kohl besuchte Israel vom 24. bis 29. Januar 1984. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Shamir vom 24. bis 26. Januar 1984 in Jerusalem vgl. AAPD 1984, I, Dok. 18–20.

²⁴ Der israelische Finanzminister Peres hielt sich vom 18. bis 21. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 18.

Bundeskanzler Kohl und Peres trafen am 18. Januar 1989 zusammen. Ministerialdirigent Fiedler notierte dazu am folgenden Tag Informationen des Bundeskanzleramts. Zum Nahostkonflikt habe

der europäischen Juden in Israel zurückgehe. Die orientalischen Juden wollten keinen Ausgleich. Es entstehe in Israel eine gefährliche Mischung. Er halte den Nahen Osten für den gefährlichsten Punkt in der Welt.

PM *Thatcher* stimmt zu und kommt auf den Iran zu sprechen. Sie begrüßt die Entscheidung der Außenminister.²⁵ Die iranische Führung sei unberechenbar. PM *Thatcher* wendet sich nochmals dem Thema Israel zu und berichtet aus einem Gespräch mit Arens. Sie habe ihm gesagt, nur Hardliner könnten die Verhandlungen auf den Weg bringen. Sie habe dabei auf die Beispiele Algerien und Rhodesien verwiesen.

Der *Bundeskanzler* weist ergänzend auf Begin hin.

Der *Bundeskanzler* empfiehlt, daß PM *Thatcher* und er selbst nochmals getrennt mit Bush reden. Der Schlüssel liege bei den USA: Gorbatschow werde sich jetzt im Nahen Osten nicht primär engagieren. Die SU sei mit sich selbst beschäftigt.

Der *Bundeskanzler* und PM *Thatcher* sprechen die Erklärung für die Presse abschließend ab. Die Passage zum NATO-Gipfel, Lance-Modernisierung, wird wörtlich abgestimmt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß er auch im Bundestag nicht über diesen Text hinausgehen werde. PM *Thatcher* versichert ebenfalls, sie werde sich an diesen Text halten.

Der *Bundeskanzler* nimmt im Anschluß seine Anregung nochmals auf, daß PM *Thatcher* und er selbst gegenüber Bush in bezug auf die Lage im Nahen Osten tätig werden. Shultz habe die Idee eines „kleinen Marshallplans“ gehabt. Er habe den Eindruck, Baker und Bush wollten diese Idee weiterverfolgen.

PM *Thatcher* äußert die Auffassung, man solle sich an das rein politische Vorgehen halten. Nach einer Lösung werde es Geld genug geben. Baker habe gesagt, die Lösung müsse gut vorbereitet werden. Man arbeite daran.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, die USA sollten motiviert werden. Man müsse überlegen, was in der EG getan werden könne.

PM *Thatcher* will nicht die Gefahr eingehen, den israelischen Standpunkt jetzt zu verhärten. Shultz habe in seiner letzten Rede klargemacht, daß die Lösung nur in „Land für Frieden“, d. h. Resolution 242, liegen könne.²⁶ Je mehr Druck wir machten, desto besser sei es. Auch die Hardliner wüßten das. Die Israelis

Fortsetzung Fußnote von Seite 212

Peres es abgelehnt, „mit der PLO zu sprechen. Er habe die PLO als nicht repräsentativ für die Palästinenser bezeichnet. Verhandlungen zwischen Israel und einer reinen PLO-Delegation kämen daher nicht in Frage. Peres sei sich aber darüber im klaren, daß die Palästinenser in der einen oder anderen Form am Verhandlungsprozeß beteiligt werden müßten. Zwei Möglichkeiten seien denkbar: a) Einbindung der Palästinenser in eine ägyptisch-jordanisch-palästinensische Delegation; b) allgemeine Wahlen in den IBG, aus denen eine Vertretung der Palästinenser hervorgehen könne, die dann an den Verhandlungen auf der Grundlage der Res. 242 und 338 zu beteiligen wäre. Peres habe jedoch nicht wie Shamir die Wahlen mit dem Camp-David-Prozeß oder Autonomie verbunden.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147626.

²⁵ Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

²⁶ In einer Rede vor dem Washington Institute for Near East Policy in Queenstown (Maryland) über „The Administration's Approach to Middle East Peacemaking“ legte der amerikanische Außenminister Shultz am 16. September 1988 dar: „First, the objective is comprehensive peace between Israel and all its neighbors, achieved through negotiations based on UN Security Council Resolutions 242 and 338. This will require the exchange of territory for peace.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2140, S. 11.

hätten selbst ja schon Schwierigkeiten mit ihren Wehrpflichtigen beim Einsatz gegen die Palästinenser.

Sie glaube, man brauche jetzt einen internationalen Rahmen für eine Konferenz. Zur Zeit wolle Israel dies aber nicht. Die internationale Meinung müsse für Verhandlungen gewonnen werden. Der Irak spanne seine Muskeln in der Region. Die Lage sei gefährlich.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, es sei ungewiß, wie die Entwicklung in Ägypten weitergehen werde.

PM *Thatcher* spricht das Problem der Tiefflüge an. In Großbritannien würden mehr Tiefflüge von der RAF und der US-Luftwaffe durchgeführt als in der Bundesrepublik Deutschland. Die Piloten müßten aber auch in Deutschland trainieren. Die Moral der britischen Flieger sei gesunken. Sie könnten nicht üben, wie dies erforderlich sei.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, ein Teil des Problems liege darin, daß alle Welt verkünde, der Friede sei ausgebrochen. Es sei daher schwieriger geworden, die Bevölkerung von der Notwendigkeit militärischer Übungen zu überzeugen. Das Territorium der Bundesrepublik Deutschland sei klein. Es messe in der Breite nur 220km an der schmalsten Stelle. Hier seien 900000 Soldaten stationiert. Das gebe naturgemäß viele Probleme. Es gebe hier Wellenbewegungen. Zwei Jahre passiere nichts, dann mehrere Unglücke hintereinander. Zur Zeit gebe es eine gewaltige Kampagne bei uns. Er habe erklärt, Tiefflüge seien notwendig. Die Verteidigungsminister²⁷ sollten überlegen, wie man die Piloten motivieren und das Verständnis der Zivilbevölkerung gewinnen könne.

PM *Thatcher* stimmt dem zu, bemerkt jedoch nochmals, daß geübt werden müsse. Sie spricht das Thema Tornado an.²⁸ Sie sei sehr besorgt. Das Problem werde auch den Jäger 90 berühren. Es gehe nicht an, daß die gemeinsam produzierten Waffen nicht exportiert werden könnten oder daß Großbritannien die ganze Kreditlast tragen müsse. Dies werde zuviel für Großbritannien.

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, wir hätten eine parlamentarische Auseinandersetzung zu dieser Frage. Diese müsse zunächst einmal zum Abschluß gebracht werden.

PM *Thatcher* fährt fort, 40% des Tornados würden in Deutschland hergestellt. Großbritannien gebe Kredite. Dies gehe nicht.

PM *Thatcher* kündigt an, daß Großbritannien die Auslieferung eines Iren verlangen werde, der an der deutsch-niederländischen Grenze verhaftet worden sei. Dieser Mann sei in Irland ausgebrochen. Sie hoffe, daß die deutschen Behörden diesem Auslieferungsverlangen stattgeben.

MD *Teltschik* erläutert, daß zwei Iren wegen Waffen- und Sprengstoffbesitzes verhaftet worden seien.²⁹

Der *Bundeskanzler* sagt Prüfung und Unterrichtung von PM *Thatcher* zu.

PM *Thatcher* spricht das für den 11. März 1989 geplante Umwelttreffen in Den Haag an.³⁰ PM *Rocard* habe sie angerufen und gefragt, ob sie kommen werde.

²⁷ Rupert Scholz (Bundesrepublik) und George Younger (Großbritannien).

²⁸ Zur Frage des Exports des Kampfflugzeugs „Tornado“ vgl. Dok. 27, besonders Anm. 5.

²⁹ Zum Auslieferungsfall der irischen Staatsangehörigen Hanratty und McGeough vgl. Dok. 27, Anm. 26.

³⁰ Zur Umweltkonferenz am 11./12. März 1989 vgl. Dok. 40, Anm. 38.

Sie habe erklärt, es gebe kein Menschenrecht auf eine intakte Umwelt. Man brauche auch keine neue Organisation. Die jetzige koste schon genügend Geld. Was man brauche, seien Taten. Wer solle das bezahlen? Sanktionen würden ohnehin keine Auswirkungen haben. Das geplante Übereinkommen sei absurd. Sie werde weder selbst gehen noch sich vertreten lassen, da sie sonst dort dagegen votieren müsse. Auch die UdSSR, China und USA seien nicht vertreten. Sie sei für den Schutz der Umwelt, aber gegen dieses Übereinkommen. Die UNO kümmere sich schon um dieses Problem (Ozon-Schicht).

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die Einladung sei auch von Lubbers ausgegangen.

PM *Thatcher* meint hierzu, die Idee sei von Rocard. Sie stellt die Frage, wer denn die Kompensationen zahlen solle, wer die Sanktionen durchführen und wer die Kosten für die neue Organisation tragen solle. Über das Ozon-Problem habe man schon in Montreal gesprochen.³¹ Alle suchten ja jetzt Ersatzstoffe für die Kohlenwasserstoffe.

Der *Bundeskanzler* gibt den Auftrag, ihn über den Entwurf des Abkommens zu unterrichten (ist bereits geschehen).

Der *Bundeskanzler* bemerkt, seine größte Sorge sei zur Zeit der Brasilien-Kredit der Weltbank.³²

PM *Thatcher* wirft ein, Großbritannien habe damit begonnen, einigen Ländern Kredite für die Erhaltung des Regenwaldes zu geben.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, daß im Sommer der Kredit der Weltbank für Brasilien in Höhe von 500 Millionen Dollar zum Beschluß anstehe. Brasilien brauche das Geld für seine Energieversorgung. Die Errichtung von 123 Stauwerken im Regenwald sei geplant. Er überlege noch, habe aber die klare Tendenz, dies nicht mitzumachen. Es heiße zwar, die Brasilianer würden Garantien geben, er befürchte jedoch, daß dies nichts nütze. Wissenschaftler hätten festgestellt, daß bei Weiterlaufen der Entwicklung in zehn Jahren der Regenwald abgeholzt sei. In Brasilien stünden 40 % des Regenwaldes der Erde. Die Abholzung werde irreversible Auswirkungen auf das Klima haben. Brasilien werde sicherlich einwenden, wenn der Regenwald erhalten werden solle, müsse man eine andere Lösung finden. Über diese Lösung sollten wir nachdenken.

PM *Thatcher* wirft ein, dies sei richtig. Die nächsten zehn Jahre seien entscheidend.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, ehe eine Entscheidung der Weltbank über den Kredit getroffen werde, sollten PM Thatcher und er sich gegenseitig unterrichten. Es sei ausgeschlossen, mit Krediten die Vernichtung des Regenwaldes zu finanzieren.

PM *Thatcher* weist auf die USA hin. Es gebe dort eine Umwelt-Agentur, die sich sehr gründlich mit dem Problem befasse.

³¹ In Montreal wurde am 16. September 1987 ein Protokoll über Stoffe unterzeichnet, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (Montrealer Protokoll). Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1015–1028.

In Ziffer 32 der am 21. Juni 1988 abgegebenen Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels in Toronto bezeichneten die Teilnehmer das Montrealer Protokoll als „Meilenstein“ und riefen alle Staaten zur Unterzeichnung und Ratifizierung auf. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 386.

³² Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

Der *Bundeskanzler* hält es für selbstverständlich, daß man Brasilien helfen müsse. Im Energieprogramm Brasiliens sei auch der Bau weiterer Nuklearkraftwerke vorgesehen. Dies sei eine vernünftige, weil umweltfreundliche Lösung.

PM *Thatcher* stimmt zu. Es würden dadurch keine fossilen Energien verlorengehen und keine Umweltverschmutzung eintreten. Brasilien habe zwar geäußert, es werde nicht auf der Basis Schulden gegen Regenwald verhandeln. Brasilien müsse aber zur Realität und zur Vernunft bekehrt werden.

Der *Bundeskanzler* glaubt, daß dies schwierig werde.

PM *Thatcher* stellt fest, daß die Zunahme der Bevölkerung auf der Erde die Lage noch erschweren werde. Sie weist auf China und den enormen Kohleverbrauch hin. In der EG müsse auch noch viel getan werden. Man müsse für die Autos sauber verbrennende Motoren bauen. Dies sei besser als Katalysatoren.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, wir seien 20 Jahre zu spät. Man hätte früher handeln sollen. 1972/74, als die USA den Katalysator einführten, hätten wir dies auch tun sollen.

Das Gespräch wendet sich Währungsfragen und EG-Fragen zu (hierzu gesonderter Vermerk von VLR I Bitterlich).

Bundesarchiv, B 136, Bd. 33991

46

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in Frankfurt am Main

205-321.10 GRO

21. Februar 1989¹

Gespräch BM/AM Howe am 21. Februar 1989 (8.30–10.00 Uhr) im Römer in Frankfurt²

Aus dem Gespräch, an dem auf britischer Seite Botschafter Mallaby, Politischer Direktor Fretwell, Gesandtin Neville-Jones und BR Budd, auf deutscher Seite Botschafter von Richthofen, D2³, D4⁴, RL⁵ und stv. RL 205⁶, RL 416⁷ und stv. RL 010⁸ teilnahmen, werden folgende Ausführungen festgehalten:

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 22. Februar 1989 gefertigt und an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte „um Freigabe Inhalts gemäß Verteiler mit üblichem BM-Vorbehalt“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 28. Februar 1989 vorgelegen.

² Die britische Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe hielten sich am 20./21. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 44, Dok. 45 und Dok. 47.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Alois Jelonek.

⁵ Heinz Schneppen.

⁶ Rüdiger von Lukowitz.

⁷ Wilhelm Schürmann.

⁸ Bernd Mützelburg.

1) *BM* unterrichtete *AM Howe*, daß wir Inkraftsetzung des Kulturabkommens mit Iran⁹ angehalten und das Abkommen gegenüber der iranischen Seite als gegenstandslos bezeichnet hätten, solange die Drohung gegen *Salman Rushdie*¹⁰ nicht zurückgenommen werde. Er habe Absicht, sich in dieser Sache an *AM Velayati* zu wenden¹¹, um noch einmal unsere Auffassung darzulegen, die über das hinausgehe, was in dem Beschluß vom 20.2.89¹² Ausdruck finde. Er beabsichtige, auch mit anderen iranischen Gesprächspartnern Kontakt aufzunehmen. Dies sei jedoch noch nicht entschieden. *BM* bat um Einschätzung der Lage durch *AM Howe*. *AM Howe* wies zunächst darauf hin, daß der Beschluß vom 20.2.89¹³ vor zehn Jahren nicht möglich gewesen sei. Dies zeige, was inzwischen in der EPZ erreicht worden sei. Die Unterstützung in dieser Frage durch Staaten außerhalb der Zwölf sei wichtig. Auch die SU sollte mit Angelegenheit befaßt werden. Erforderlich sei eine möglichst breite Unterstützung. Er denke zunächst an die Mitgliedstaaten der OECD. Ziel müsse es sein, dem Iran das Ausmaß der Ablehnung klarzumachen. *BM* sprach Frage einer entsprechenden Initiative gegenüber der spanischen Präsidentschaft¹⁴ an. Wir brauchten eine weltweite Unterstützung. In Frage kämen s.E. neben Mitgliedstaaten der OECD und des Bündnisses auch solche Staaten, mit denen die EG/EPZ Kooperationsabkommen abgeschlossen hätte, wie ASEAN¹⁵, Golf-Staaten¹⁶ sowie Zentralamerika¹⁷. Auch mit den Ländern der Arabischen Liga müsse gesprochen werden. Er denke auch an die europäischen Staaten des COMECON, so SU, Polen, ČSSR, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, DDR und Jugoslawien. Ziel müsse eine solidarische Aktion einer möglichst großen Zahl von Staaten sein. Die bevorstehenden Begegnungen in Tokio¹⁸ müßten hierzu genutzt werden. Er frage, ob die ständige Mitgliedschaft GBs im Sicherheitsrat nicht ebenfalls für eine breit angelegte Aktion genutzt werden könnte. *AM Howe* bezeichnete insbesondere den Gedanken, an Präsidentschaft heranzutreten, als wertvoll. *BM* faßte Ergebnis dahin zusammen, daß Übereinstimmung bestehe, in Abstimmung miteinander in dieser Sache an die spanische Präsidentschaft heranzutreten und in obigem Sinne initiativ zu werden.

⁹ Das Kulturabkommen zwischen der Bundesregierung und der iranischen Regierung wurde von Bundesminister Genscher und dem iranischen Außenminister Velayati am 29. November 1988 in Teheran unterzeichnet. Für das Abkommen vgl. Referat 311, Bd. 154167. Zu Genschers Besuch vom 27. bis 29. November 1988 im Iran vgl. AAPD 1988, II, Dok. 341 und Dok. 344.

¹⁰ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller *Salman Rushdie* vgl. Dok. 43.

¹¹ Für das Schreiben vom 22. Februar 1989 vgl. Dok. 49.

¹² Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 48.

¹³ Korrigiert aus: „21.2.89“.

¹⁴ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

¹⁵ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

¹⁶ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 15. Juni 1988 zwischen der EWG und den Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 54 vom 25. Februar 1989, S. 3–15.

¹⁷ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

¹⁸ Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. Februar 1989 in Japan auf, wo er an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser Hirohito teilnahm.

2) BM sprach „Geräusche“ aus den USA an, die seines Erachtens ernst genommen werden müßten. Danach würden europäische Fluggesellschaften einspringen, wo amerikanische Fluggesellschaften aufgrund der Beschlüsse des Kongresses nicht mehr Südafrika anfliegen könnten. Nachdem der Hormonstreit beigelegt worden sei¹⁹, gehe es nicht an, neuen handelspolitischen Streit mit den USA zu bekommen. Die Afrikagruppe müsse befaßt werden und feststellen, inwieweit der Abbruch der Flugverbindungen durch die USA durch europäische Fluggesellschaften unterlaufen werde. Solche Flüge müßten sodann eingestellt werden. AM Howe vertrat Auffassung, „Geräusche“ hätten für ihn etwas Unrealistisches an sich. Südafrika habe bisher seine wirtschaftlichen Kontakte zur Außenwelt aufrechterhalten und werde dies auch weiterhin tun. Wir seien uns einig, daß Sanktionen nichts nützten. Man müsse daher davon absehen, diesen Weg (slippery road) zu beschreiten. BM erläuterte, daß es ihm nicht darum gehe, daß Fluggesellschaften vorhandene Kapazitäten nicht ausschöpften. Entscheidend sei, ob zusätzliche Flüge eingerichtet oder größere Flugzeuge auf bestehenden Verbindungen eingesetzt worden seien. AM Howe vertrat Auffassung, daß Fragen außerordentlich kompliziert seien. Zur Zeit sei die Lage in Südafrika durch den Abgang von Präsident Botha²⁰ und die bevorstehende Wahl²¹ geprägt. In dieser Phase könnten keine Entscheidungen gefaßt werden. Entscheidungen im Hinblick auf Namibia müßten ebenfalls auf diesem Hintergrund gesehen werden. Entscheidend sei, daß Druck auf und innerhalb Südafrikas aufrechterhalten werde. PM Thatcher habe kürzlich in einem Interview, das weite Beachtung gefunden habe, klargestellt, daß „Apartheid“ aufhören müsse. Die positiven Maßnahmen innerhalb Südafrikas, wie z.B. Stipendien für Schwarze, die praktischen Schritte in den Frontlinienstaaten²² seien wichtig. BM bezeichnete als erstes wichtiges Ziel, Namibia auf seinem Wege zur Erlangung der Unabhängigkeit zum Erfolg zu verhelfen. Wir seien bereit, uns wirtschaftlich stark zu engagieren. Sam²³ Nujoma werde demnächst nach Bonn kommen²⁴, um Gespräche

¹⁹ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 32, Anm. 15.

Regierungsdirektor Mohrmann, Brüssel (EG), notierte am 19. Februar 1989, die EG-Kommission habe die Vertretungen am selben Tag über die Ergebnisse der Gespräche der Kommissare Andriessen und MacSharry mit der amerikanischen Handelsbeauftragten Hills und Landwirtschaftsminister Yeutter am 17./18. Februar 1989 in Washington informiert. Das Ergebnis sei die „Einsetzung einer gemeinsamen kleinen hochrangigen Arbeitsgruppe, die innerhalb von 75 Tagen ein Verfahren entwickeln soll, nach dem US-Rindfleisch und Rindfleischerzeugnisse in Übereinstimmung mit der EG-Gesetzgebung und USA-Herstellungsverfahren in die Gem[einschaft] geliefert werden können [...]. In dem Maße, in dem US-Fleisch bereits in diesem Zeitraum in die EG geliefert werden kann, werden die US-Maßnahmen gegen die EG reduziert. Nach Auffassung der KOM bedeutet dies, daß die USA zwar grundsätzlich ihre Haltung zu Maßnahmen gegen die EG nicht geändert haben, aber daß sie die Hormon-R[icht]L[inie] anerkennen und nach Wegen suchen, Fleisch in die EG zu exportieren, das den Gem.-Vorschriften entspricht.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160536.

²⁰ Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

²¹ Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, informierte am 3. Mai 1989, der südafrikanische Präsident Botha habe „soeben in einer kurzen Erklärung vor dem Parlament angekündigt, daß die allgemeinen Wahlen für die drei Kammern des Parlaments am Mittwoch, den 6.9.1989, stattfinden werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 125; Referat 320, Bd. 155990.

²² Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

²³ Korrigiert aus: „Some“.

²⁴ Der Präsident der SWAPO, Nujoma, besuchte die Bundesrepublik vom 28. Februar bis 3. März 1989. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 3. März 1989 legte Nujoma dar, die SWAPO sei „nicht sehr glücklich über das, was in Namibia geschehe. Dies gelte vor allem angesichts der gerade erfolgten

zu führen. Das wirtschaftliche Engagement erfolge in der Erwartung, daß das Modell einer gleichberechtigten, nichtrassistischen Gesellschaft auf demokratischer Grundlage angestrebt werde. Die Hilfe erfolge nicht nur im Interesse Namibias, sondern auch mit Blick auf Südafrika. Wenn es möglich sei, in einem Land eine solche Struktur zu schaffen, in dem auf 1 Mio. Schwarze hunderttausend Weiße²⁵ kämen, dann müßte dies doch auch in Südafrika nachdenklich machen, wo das Verhältnis der Weißen wesentlich günstiger sei. Insofern könne die Entwicklung in Namibia eine Ermutigung für die Reformkräfte in Südafrika darstellen. Was AM Howe zu den Stipendienprogrammen gesagt habe, unterstütze er voll. Die Schwarzen müßten auf ihre Verantwortung in Staat und Gesellschaft vorbereitet werden. BM erläuterte sodann Steinkühler-Initiative.²⁶ Deren Ziel sei es vor allem, in deutschen Unternehmen in Südafrika Arbeitnehmern unabhängig von ihrer²⁷ Rasse die gleichen Rechte einzuräumen wie in deutschen Betrieben. Die deutschen Erfahrungen seien sehr positiv. Weiter würde dadurch die Rolle der Gewerkschaften gestärkt werden. Dies seien auch positive Maßnahmen, wie sie in Den Haag²⁸ beschlossen worden seien. Die nationalen Unterschiede in der Sozialgesetzgebung der EG-Länder blieben dadurch unberührt. AM Howe stellte Frage, ob und inwieweit EG in der Lage sei, diese Initiative zu übernehmen. Er stimme aber überein, daß EG in der Region eine wichtige Rolle spiele. Er wolle auch darauf hinweisen, daß es andere politische Gruppierungen als SWAPO gebe. Die britische Regierung sei der Meinung, daß es wichtig sei, den Dialog mit allen politischen Gruppierungen in Namibia zu führen. BM wies darauf hin, daß Auffassung vorherrschend sei, daß SWAPO eine, aber nicht die einzige legitime Gruppe zur Vertretung namibischer Interessen sei. Wichtig sei auch die „Turnhalle“. Er sei jederzeit bereit, auch mit deren Vertretern zu sprechen, wenn sichergestellt sei, daß sie sich nicht als Vertreter einer Interimsregierung gerierten. Es handele sich auf jeden Fall um einen ermutigenden Prozeß. Dagegen sei nicht vorauszusehen, ob Versöhnungsprozeß in Angola erfolgreich sein werde. Hier seien die Dinge sehr kompliziert. AM Howe stimmte zu.

3) BM kam auf Ratsbeschlüsse vom 20.2.89²⁹ betreffend Exportverbote für gewisse chemische Materialien³⁰ zu sprechen. Beschluß sei ein erster Schritt. Liste

Fortsetzung Fußnote von Seite 218

weißen Wahlen. Ferner müsse er auf die Drohung des Vorsitzenden der N[ationalen]P[artei]/S[üd]W[est] A[frikas], Kosie Pretorius, hinweisen, der angekündigt habe, zu den Waffen greifen und gegen das Ergebnis freier Wahlen kämpfen zu wollen, falls die SWAPO siege. Er glaube, daß die Bundesregierung sofort etwas unternehmen müsse, damit keine Unterbrechung des Wahlprozesses eintrete. Für ihn bedeute das, was Pretorius sage, einen Hinweis auf die Strategie der südafrikanischen Regierung.“ Genscher hob hervor, „die SWAPO könne sich darauf verlassen, daß wir unseren ganzen Einfluß geltend machen werden, damit Res[olution] 435 korrekt implementiert wird“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 200, Bd. 144242.

Für das Gespräch des Bundesministers Schäuble mit Nujoma am 3. März 1989 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757.

²⁵ Korrigiert aus: „1 Mio. hunderttausend Weiße“.

²⁶ Zum Forderungskatalog der IG Metall vom April 1988 vgl. Dok. 31, Anm. 12.

²⁷ Korrigiert aus: „unabhängig ihrer“.

²⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Südafrika bei seiner Tagung am 26./27. Juni 1986 in Den Haag; BULLETIN 1986, S. 668. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 181. Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. ferner Dok. 31, besonders Anm. 9 und 10.

²⁹ Korrigiert aus: „21.2.89“.

³⁰ Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung in Brüssel über die Ausfuhr bestimmter chemischer Erzeugnisse vgl. Dok. 32, Anm. 11.

müsse ergänzt werden. Es sei notwendig, daß die Australiengruppe früher als beabsichtigt zusammentrete. Wichtig sei es auch, die Zulieferung unter Kontrolle zu halten. Letztlich entscheidend sei ein weltweites Verbot chemischer Waffen. Dazu bedürfe es eines Erfolgs der Genfer Verhandlungen.³¹ AM *Howe* erklärte, daß britische Regierung gleicher Meinung sei. Es sei gut, daß Vorgänge in Libyen³² dazu geführt hätten, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Probleme zu lenken. Das Bewußtsein für diese Fragen müsse jedoch noch weiter geschärft werden. Was ein weltweites Verbot chemischer Waffen betreffe, so müsse zunächst mit der Sowjetunion eine Vertrauensbasis in diesem Bereich geschaffen werden. Er sei der Meinung, daß deren bisherige Angaben zu den chemischen Waffenbeständen nicht glaubwürdig seien. Die britische Regierung werde diese Fragen mit Präsident Gorbatschow während seines bevorstehenden Besuchs in London³³ aufgreifen. Im Grundsatz teile die britische Seite jedoch die deutschen Überlegungen. Das Verhalten der SU in diesem Bereich sei jedoch beunruhigend. *BM* stimmte zu, daß zur Lösung der Verifikationsprobleme vor allem im CW-Bereich noch harte Arbeit erforderlich sei. Er entwickelte sodann über die Verifikationsproblematik im engeren Sinne hinausgehende Gedanken. In Stockholm³⁴ sei eine Reihe von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen vereinbart worden. Im Zusammenhang mit dem INF-Abkommen³⁵ seien Verifikationsmaßnahmen vereinbart worden. Auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa werde es Verifikationsmaßnahmen geben müssen. All diese Maßnahmen hätten zwar eine andere Qualität als bei chemischen Waffen. In diesem Bereich würden die notwendigen Maßnahmen intensiver und gründlicher sein müssen und auch Verdachtskontrollen einschließen. Rabta wäre nicht denkbar gewesen, wenn es Verdachtskontrollen gegeben hätte. Wesentlich sei, daß alle diese Maßnahmen und damit verbundene Kontrollmechanismen in demokratischen und damit offenen Gesellschaften kein eigentliches Problem darstellen. In den Warschauer-Pakt-Staaten sei dies anders. Je mehr Kontrolleure in die Warschauer-Pakt-Staaten reisten, desto größer werde die Offenheit sein müssen. Dies gelte insbesondere für Bereiche, die bisher diesen Maßnahmen verschlossen worden seien, so vor allem der militärische Apparat einschließlich der Rüstungsproduktion. Ein zunehmendes Kontrollnetz hätte somit nicht nur für die Lösung der mit den chemischen Waffen zusammenhängenden Verifikationsprobleme Bedeutung, sondern es hätte auch in anderen Bereichen Auswirkungen. Zumindest würden die militärischen Aspekte transparenter. AM *Howe* fügte hinzu, daß dies die Wichtigkeit unterstreiche, mit der weitere Fortschritte auf diesem Gebiet angestrebt werden müßten.

³¹ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 32, Anm. 20.

³² Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

³³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11.

³⁴ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

³⁵ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

4) AM Howe regte an, weitere Rüstungskontrollfragen zu erörtern. Im Hinblick auf die am 6.3. in Wien beginnenden Verhandlungen³⁶ vertrete er Standpunkt, daß der Westen mit einer klaren Position antreten müsse. Das türkische Problem im Hinblick auf die zu vereinbarenden Obergrenzen³⁷ sei sehr beunruhigend. BM fügte hinzu, daß es beschämend gewesen sei, daß in der letzten Phase der KSZE-Verhandlungen in Wien³⁸ die West-West-Gruppe die SU gebeten habe, sich einzuschalten, um zu einer Problemlösung beizutragen. Dies habe nachteilige Wirkungen gehabt. Er selbst sei sich nicht im klaren, inwieweit bei den Türken ein persönlichkeitsbezogenes Problem vorliege. Er frage sich, welche Person hinter der türkischen Haltung stehe. Mit seinem Amtskollegen³⁹ und MP Özal habe er bereits gesprochen. Er überlege, ob er Staatspräsident Evren um ein Gespräch hierzu bitten solle. Er sei dazu bereit. AM Howe sagte, er sehe hier auch nicht klar. Wichtig sei es auch, die USA zu mobilisieren. BM stimmte zu und regte ein Gespräch mit AM Baker an. Er sei sich nicht im klaren, wie weit Baker in seinen Gesprächen in Ankara⁴⁰ gekommen sei. Sein Eindruck sei, daß der Meinungsaustausch zu diesem Punkt nicht sehr umfassend gewesen sei. Er habe über die Gespräche Bakers verschiedene Interpretationen gehört. Die Türken sagten, Baker habe ihrer Auffassung zugestimmt, wogegen von US-Seite zu hören sei, daß Baker lediglich Verständnis gezeigt habe. Nur Bundesregierung, GB und die USA könnten in dieser Frage auf die Türkei einwirken. Diese Frage sollte ebenfalls in Tokio erörtert werden.

5) AM Howe erläuterte sodann die britische Position zu SNF. Britischer Regierung sei sehr daran gelegen („most anxious“), daß die im Bündnis vereinbarten Positionen implementiert und der SU die richtigen Signale übermittelt würden. Ausgangspunkt für die britische Position sei die Tatsache, daß die SU ihre Kurzstreckensysteme entweder ersetzt oder modernisiert habe. Ein weiteres Faktum sei, daß die westlichen SNF-Systeme nur eine begrenzte Lebensdauer hätten. NATO-Kommuniqué vom 3.3.1988⁴¹ sei eindeutig. Mit seiner Implementierung sei Chance verknüpft, die Zahl der nuklearen Artillerieköpfe des Bündnisses

³⁶ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

³⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde notierte am 16. Februar 1989: „Der türkische Einwand gegen das von den übrigen 15 Verbündeten gebilligte Regionalkonzept, wonach gleiche Höchststärken für eine erweiterte Region Mitte und für eine kombinierte Flankenregion vorgeschlagen werden sollen, droht die Vorlage eines gemeinsamen Vorschlags des Westens zu gefährden. [...] Hinter der Ablehnung der erweiterten Region Mitte stehen fundamentale politische Beweggründe. Ankara sieht in diesem Konzept – nach dem Mißerfolg der EG- und WEU-Beitrittsanträge – einen weiteren Schritt zur Ausgrenzung der Türkei. Das Gefühl der Singularisierung erklärt die Hartnäckigkeit der türkischen Position und macht es unwahrscheinlich, daß sich Ankara doch noch mit dem von den übrigen Bündnispartnern akzeptierten Regionalkonzept abfindet. [...] Die Türken selbst haben ein alternatives Regionalkonzept in der HLTF vorgeschlagen. Es sieht die Einteilung des Bündnisgebietes in vier Regionen (Norden, Mitte, Reserve, Süden; Süden: Türkei, Griechenland und Italien) vor. Die Partnerländer, die von dieser Alternative betroffen wären, haben sich dagegen ausgesprochen; so hat u. a. Italien klargestellt, es wolle auf jeden Fall zur erweiterten Region Mitte, nicht zum Süden gehören.“ Vgl. Referat 221, Bd. 144817.

³⁸ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

³⁹ Mesut Yılmaz.

⁴⁰ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise am 14. Februar 1989 in der Türkei auf.

⁴¹ Vgl. dazu Ziffer 5 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 2./3. März 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 19. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 202. Zur Konferenz vgl. AAPD 1988, I, Dok. 75.

weiter zu reduzieren. Was die Amerikaner betreffe, so habe AM Baker ihm gesagt⁴², daß sie eine in Aussicht gestellte Zusicherung einer Lance-Entscheidung brauchten („assured prospect of a Lance decision“). Eine dritte Null-Lösung sei nicht akzeptabel. Jeder rüstungskontroll- und abrüstungspolitische Schritt müsse mit unseren Sicherheitsinteressen und -bedürfnissen vereinbar sein. Die SU schliesse eine dritte Null-Lösung nicht aus. AM Howe übergab BM sodann eine Auflistung entsprechender sowjetischer Aussagen. *BM* wies darauf hin, daß Text der US-SU-Erklärung vom 8.1.1985⁴³, in der von Beseitigung aller Nuklearwaffen die Rede sei, fehle. *BM* erläuterte in großer Offenheit deutsche Interessenlage. Bundesregierung habe noch keine abschließende Stellungnahme erarbeitet. Was die Nuklear-Artillerieköpfe betreffe, so sei 1983 ein bedeutender Schritt durch die unilaterale Reduzierung durch das Bündnis erfolgt.⁴⁴ Es bleibe jedoch immer noch eine mehrfache Overkill-Kapazität. Er möchte auf die einzigartige Lage der Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Es handele sich um das einzige Territorium in der Welt, in dem Stationierungsorte und Ziele im gleichen Lande lägen. Frage beschäftige uns daher sehr. Die beabsichtigte Einführung neuer Kurzstreckensysteme sei keine Modernisierung, sondern liefe auf die Einführung qualitativ neuer Modelle hinaus. Eine neue Stationierungsdebatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne niemand wünschen. Er habe auch durch Äußerungen aus dem US-Kongreß den Eindruck gewonnen, daß Debatte sowie Festlegungen der Alliierten für US-Kongreß letztlich keine Voraussetzung für Mittelbewilligung zur Entwicklung seien. Unabdingbar sei jedoch entsprechend Reykjavik⁴⁵ ein Verhandlungsmandat für SNF. Das Risiko einer dritten Null-Lösung würde durch ein Verhandlungsmandat nicht erhöht. Mit einem eigenen Verhandlungsvorschlag sei der Westen im Gegenteil besser gewappnet für den Fall eines sowjetischen Vorschlages einer dritten Null-Lösung. Auch müsse gesehen werden, daß die SU zwei Schritte getan habe, von denen uns einer bedrücke, wogegen wir den anderen begrüßten. Die seinerzeitige Einbeziehung der SS-23 in den INF-Vertrag sei zu begrüßen gewesen, weil dies ein SNF-System gewesen sei, das auf Drängen der USA im INF-Vertrag ausdrücklich benannt worden sei. Was uns bedrücke, seien die verbleibenden 1350 SNF-Systeme mit einer riesigen Zahl von Trägern und Sprengkörpern. Mit AM Schewardnadse habe er in Paris ein ernstes Gespräch über diese Fragen geführt.⁴⁶ Dabei habe er die Initiativen Präsident Gorbatschows, die dieser vor der VN-Vollversammlung verkündet

⁴² Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich am 11./12. Februar 1989 in Großbritannien auf.

⁴³ Korrigiert aus: „5.1.1985“.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

⁴⁴ Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129. Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde ferner der einseitige Abbau von weiteren 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

⁴⁵ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁴⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Januar 1989 vgl. Dok. 5, Anm. 15.

habe⁴⁷, natürlich gewürdigt. Er habe aber auch gesagt, daß wir Deutsche einseitige Reduzierungen der SU im SNF-Bereich vermißten. Diese Systeme bedrohten ausschließlich uns. Britische Seite müsse verstehen, daß diese Systeme für uns einen großen Beunruhigungsfaktor darstellten. Nachfolgesysteme für Lance müßten erst 1996 eingeführt werden. Es sei erforderlich, sich vorher über Fragen der weiteren Strategie zu verständigen. Er stelle fest, daß in der Diskussion über das Gesamtkonzept der Aspekt der Kriegsverhinderung in letzter Zeit zunehmend in den Mittelpunkt gerückt sei, das Denken in Kriegsführungskategorien sei demgegenüber zurückgetreten. Dies werde auch zunehmend für die nichtstrategischen Nuklearsysteme so gesehen. Hinsichtlich der Doktrin der Abschreckung müsse absolute Klarheit über ihre Voraussetzung geschaffen werden. Der Begriff der Denuklearisierung werde in der Debatte oft sehr laienhaft gebraucht. Falls man Denuklearisierung – wie gelegentlich zu hören – gleichsetze mit dem Abzug landgestützter Raketen, dann seien nach Implementierung des INF-Vertrages⁴⁸ nahezu alle europäischen Staaten einschließlich Großbritanniens denuklearisiert. Dies sei offenbar unsinnig.

AM Howe wies hier auf die ca. 120 in GB stationierten F-111 hin.

BM replizierte, daß mehr als die doppelte Anzahl nuklearfähiger Flugzeuge bei uns stationiert sei. Die Bundesrepublik sei das Land mit der größten Konzentration an Nuklearwaffen in der Welt. Die deutsche Bevölkerung habe ihre Verantwortung und die Verteidigungslasten mit großem Ernst akzeptiert. Er sei jedoch besorgt über Stimmungen, die bei uns zur Zeit entstünden. Teile der Bevölkerung fühlten sich von den Alliierten ungerecht behandelt. BM wies beispielhaft darauf hin, daß unseren jungen Männern erläutert werden müsse, warum sie mit die längste Wehrpflicht im Bündnis trügen, wohingegen viele Bündnispartner gar keine Wehrpflicht mehr hätten. Er erinnerte daran, daß US-Präsident Reagan die Wehrpflicht abgeschafft habe, um die Wahlen zu gewinnen, wohingegen die Bundesregierung die Wehrpflicht gerade verlängert habe⁴⁹. Wenn beispielsweise die USA die gleiche Truppenkonzentration wie wir in der Bundesrepublik hätten, wären dort 60 Millionen Soldaten stationiert. Diese Größenordnung gebe eine Vorstellung von den Belastungen, die die deutsche Bevölkerung trage. Er bitte um Verständnis, wenn wir unsere Entscheidungen selbst entwickeln wollten. Druck von außen sei kontraproduzent. Es dürfe und könne überhaupt nicht den geringsten Zweifel geben, daß wir fest im Westen stünden. Unsere Zuverlässigkeit sei während der INF-Stationierungsdebatte⁵⁰ unter Beweis gestellt worden. Damals habe man in GB wegen der Wahlen⁵¹ die Stationierungsentscheidung um einige Monate verschoben. Wir erwarteten daher von unseren Verbündeten Verständnis für unsere Probleme. Letztlich

⁴⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu auch AAPD 1988, II, Dok. 357.

⁴⁸ Zur Implementierung des INF-Vertrags vgl. Dok. 12, Anm. 7.

⁴⁹ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

⁵⁰ Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

⁵¹ Am 9. Juni 1983 fanden in Großbritannien Wahlen zum Unterhaus statt.

mußten unsere Partner sich fragen, welche Regierung sie in der Bundesrepublik wollten.

AM *Howe* erklärte, daß wir in der Tat in der Lage sein müßten, über all diese Fragen offen zu reden. Absoluten Vorrang habe der Zusammenhalt der Allianz. Jeder von uns habe verschiedene Probleme. Die britische Regierung habe Verständnis für die Sonderheiten der geographischen und geopolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland. Es werde auch verstanden, daß diese Probleme der Öffentlichkeit leicht verfälscht dargestellt werden könnten. Aber auch die Niederlande und Italien hätten SNF-Systeme. *BM* warf ein, daß die Systeme in den Niederlanden jedoch in Kriegszeiten in die Bundesrepublik Deutschland verbracht werden.

AM *Howe* machte geltend, daß man die Problematik nur unter Einbeziehung aller nuklearen Systeme werten könne. Er wolle insbesondere auf die nuklearbestückten Flugzeuge der USA in GB hinweisen. Auch unterhalte GB in der Bundesrepublik 60000 Soldaten. Die Öffentlichkeit frage natürlich, warum dies bezahlt werden müsse. Er habe Eindruck, daß wir übereinstimmten in der Frage der Notwendigkeit der Stationierung von landgestützten Raketen. Die Frage („the crucible“) betreffe in der Tat viel mehr den Zeitpunkt einer Entscheidung sowie den Inhalt dessen, was unter „keep up to date“ zu verstehen sei.

BM warf hier ein: „where necessary“.

Beide Minister verständigten sich darauf, daß sie die Diskussion u. a. auch in Tokio fortführen wollten. *BM* wies abschließend darauf hin, daß auch Unionspolitiker wie MdB Dregger wegen der Entwicklung der Debatte außerordentlich beunruhigt seien. Er begrüße sehr, wenn MdB Dregger demnächst in London zu hochrangigen Gesprächen zu diesen Fragen empfangen werde.⁵²

Referat 010, Bd. 178931

⁵² Der Besuch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, in Großbritannien war für den 5. bis 7. April 1989 vorgesehen. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, berichtete am 17. März 1989, das britische Außenministerium habe den Besuch abgesagt. Grund sei der zeitgleiche Aufenthalt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Großbritannien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 602; Referat 011, Bd. 150590.

Deutsch-britische Konsultationen in Frankfurt am Main

21. Februar 1989¹

Deutsch-britische Konsultationen auf Ebene der Regierungschefs am 20./21. Februar 1989 in Frankfurt am Main²;

hier: Gespräch am 21. Februar 1989 (ab 9.45 Uhr)

PM *Thatcher* spricht die Arbeiten des vom ER in Hannover³ eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der künftigen Ausgestaltung der währungspolitischen Zusammenarbeit unter Vorsitz von EGK-Präsident Delors an.⁴ Sie befürchte, daß der Bericht des Ausschusses die politischen Konsequenzen nicht klar beschreibe, vor allem nicht mit aller Deutlichkeit die Souveränitätsverluste für alle Mitgliedstaaten und nationalen Zentralbanken aufzeigen werde. Jedermann müsse durch den Bericht klar sein, was er für die Zukunft bedeute: Souveränitätsverluste, Verpflichtung zur Hilfe für die ärmeren Mitgliedstaaten durch reichere Mitgliedstaaten wie GB und D, und dies ohne Kontrolle über Inflation und Fiskalpolitik. Delors' Ziele entsprächen in keiner Weise ihren Vorstellungen.

Der Bundeskanzler betont, er sei nicht so skeptisch. Man müsse sich den Bericht in Ruhe ansehen. Diejenigen, die zu schnell und unbedacht Fortschritte erreichen wollten, müßten dann Realismus lernen müssen.

PM *Thatcher* ergänzt, daß die Regierungen an Macht einbüßen würden. Die Bundesbank sei dann nicht mehr unabhängig. De Larosière wolle die DM als Unterstützung für den FF erhalten. Pöhl, der ihre Ansichten gut kenne, sei verführt, da er irrig glaube, mehr zu erhalten. Die EG solle sich besser auf den Binnenmarkt konzentrieren, allein darauf komme es an, mehr sei mit ihr nicht zu machen. Es seien im Grunde die sozialistisch orientierten Regierungen, die mehr wollten und die eine Überregulierung Europas anstrebten. Beispiel sei die Haltung Frankreichs bei den Local-content-Vorschriften. Die staatlichen Subventionen müßten weiter abgebaut werden – sie habe dies in GB bereits hinter sich, D habe da noch einiges zu tun. Europa müsse – wie traditionell GB – nach außen offen sein. Bei der sozialen Dimension müsse man auf dem Boden bleiben – in bezug auf die Beteiligung der Arbeitnehmer solle jeder das tun, was er für

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 1. März 1989 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Hiermit lege ich Ihnen Vermerk von VLR I Bitterlich über die Fortsetzung der Gespräche am 21. Februar, teilweise im Beisein der Außenminister, mit der Bitte um Billigung vor. Ich bitte um Ihre Entscheidung, ob dieser Vermerk sowie die Vermerke von MDg Neuer – unter Auslassung der Passagen zu Südafrika (weiteres Vorgehen im Anschluß an die Mission des persönlichen Beauftragten) – BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übermittelt werden können.“

Hat Schäuble am 2. März 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 33991.

² Die britische Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe hielten sich am 20./21. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 44–46.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 191.

⁴ Zum Delors-Ausschuß vgl. Dok. 15.

richtig halte. Sie wolle ja auch nicht Europa das britische System aufzwingen. Sie sei – mit ihrem grundsätzlichen Ansatz – in Wahrheit der einzige echte Europäer, der die wahren Interessen Europas verteidige.

PM Thatcher wiederholt ihre Forderungen zum Bericht des Delors-Ausschusses. Sie werde nicht zulassen, daß in Madrid⁵ die Weichen im Sinne der sozialistischen Linie gestellt würden – das gelte auch übrigens für die Harmonisierung der Kapitalertragssteuer.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß nach seinem Eindruck MP González beim ER in Madrid nicht die Krise suchen werde. Zur Währungspolitik wolle er erste Diskussion über den Bericht des Delors-Ausschusses führen, die Diskussion werde dann beim französischen ER⁶ fortgeführt. Nach seinem Eindruck werde der Bericht eher pragmatisch ausgerichtet sein und ein stufenweises sachtes Vorgehen empfehlen.

PM *Thatcher* bekräftigt nochmals ihre Anforderungen an den Bericht des Ausschusses.

Um 10.10 Uhr kommen die beiden Außenminister – in Begleitung der Botschafter⁷ – hinzu.

BM *Genscher* berichtet, daß sie im Anschluß an den gestrigen AM-Rat über die Beziehungen zum Iran gesprochen hätten.⁸ Über die dort besprochenen Maßnahmen hinaus würden wir das deutsch-iranische Kulturabkommen vorläufig nicht in Kraft setzen.⁹ AM Howe und er wollten sich an den Ratsvorsitzenden AM Ordóñez mit dem Ziel wenden, auch andere Staaten und Gruppen für ein solidarisches Handeln zu gewinnen. Dies gelte für den Kreis der NATO-Staaten, der OECD, aber auch für die Gruppen, mit denen die EG Kooperationsabkommen habe, wie die ASEAN¹⁰. Man solle sich auch an die Länder des Golf-Kooperationsrates, die Arabische Liga und die europäischen Mitgliedstaaten des COMECON wenden – von denen natürlich eine andere Haltung als von NATO und OECD zu erwarten sei. Man brauche insgesamt eine weltweite Aktion. Wenn GB deswegen in den VN-Sicherheitsrat gehe, werde D dies voll unterstützen und dort sprechen. Man wolle auch das Hirohito-Begräbnis in Tokio¹¹ nutzen, um breite Unterstützung zu erreichen.

PM *Thatcher* stimmt dem ausdrücklich zu. Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert sie, daß Rushdie sich in GB aufhalte. Wie andere Gruppen, z.B. die Sikhs, mißbrauche er ja im Grunde die britische Gastfreundschaft. Rushdie stehe politisch links und habe sie früher öffentlich denunziert, GB sei ein Polizeistaat.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁷ Christopher Mallaby (Großbritannien) und Hermann Freiherr von Richthofen (Bundesrepublik).

⁸ Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

⁹ Das Kulturabkommen zwischen der Bundesregierung und der iranischen Regierung wurde von Bundesminister Genscher und dem iranischen Außenminister Velayati am 29. November 1988 in Teheran unterzeichnet. Für das Abkommen vgl. Referat 311, Bd. 154167. Zu Genschers Besuch vom 27. bis 29. November 1988 im Iran vgl. AAPD 1988, II, Dok. 341 und Dok. 344.

¹⁰ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

¹¹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. Februar 1989 in Japan auf, wo er an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser Hirohito teilnahm.

BM *Genscher* wirft ein, man könne sich seine Bürger nicht immer aussuchen. Beispiel hierfür sei der gestürzte Diktator von Paraguay, General Stroessner, der deutsche Vorfahren habe. Hier würden wir aber genau aufpassen.¹²

BM *Genscher* lenkt das Gespräch auf die Entwicklung in Namibia. AM *Howe* und er hätten über positive Maßnahmen gesprochen. Ein Erfolg der Unabhängigkeitswerdung Namibias wäre für die Reformkräfte in Südafrika ermutigend.

PM *Thatcher* weist darauf hin, daß die Kooperation der Südafrikaner in bezug auf Namibia ein gutes Argument gegen jegliche weitere Sanktionsforderungen sei. Sie sei über die Wahlen in Namibia¹³ besorgt, da die SWAPO über viel Geld verfüge. Sie fragt BM *Genscher*, ob wir anderen Parteien finanziell geholfen hätten.

BM *Genscher* entgegnet, er könne das nicht laut sagen. Wir würden die Repräsentanten aller Gruppen empfangen. Wir möchten dazu beitragen, daß die materiellen Voraussetzungen für die Wahl gerechter sind.

PM *Thatcher* wirft ein, daß die SWAPO das Volk einzuschüchtern versuche. Dies werde den Wahlausgang beeinflussen.

BM *Genscher* gibt zu bedenken, daß die VN leider die Stärke ihrer Überwachungsgruppe reduzieren wollen.¹⁴

PM *Thatcher* hebt darauf ab, daß dies nicht entscheidend sei, da die VN ja ohnehin die SWAPO unterstützten.

Der *Bundeskanzler* betont, daß ein schlecht verlaufender Prozeß zur Unabhängigkeit in Namibia verheerende Auswirkungen auf Südafrika haben würde. Wenn dies aber gutgehe, würde dies sich positiv auf Südafrika auswirken. PM *Thatcher* und er hätten eingehend die Lage und Entwicklung in Südafrika erörtert. Gleiches gelte für den Nahen Osten.

PM *Thatcher* betont auf Frage von BM *Genscher* nach ihrer Einschätzung der sowjetischen Initiative, daß die Sowjetunion in bezug auf alle regionalen Konflikt-herde voll in der Offensive sei. In bezug auf den Nahen Osten sei das Bild, das sich jetzt aufdränge, sehr schlecht: Die USA stünden als Schutzpatron Israels, die SU als Schutzpatron der arabischen Länder, ja des Islam, da. Nahostkonflikt könne nicht als West-Ost-Problem verkürzt werden. Dies sei auch im Interesse Israels, das endlich handeln müsse. Die Erfahrung lehre, daß eine harte, extreme Regierung oft mehr tun könne als andere.

¹² Zur Haltung der Bundesregierung zu einer möglichen Einreise des ehemaligen paraguayischen Präsidenten Stroessner in die Bundesrepublik vgl. Dok. 35.

¹³ Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

¹⁴ Botschafter Vergau, New York (VN), berichtete am 16. Januar 1989, Großbritannien, die UdSSR und die USA wollten VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar „drastische Einsparungen“ bei der Aufstellung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für Namibia vorschreiben, während die blockfreien Staaten dazu in einer „scharf gegensätzlichen Einstellung“ stünden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 230, Bd. 158201.

Am 24. Januar 1989 informierte Vergau, eine Truppenzahl von 7500 werde von den blockfreien Staaten „wegen der stark erhöhten militärischen und polizeilichen S[ü]d[A]frika-Präsenz in Namibia als das notwendige Minimum hingestellt“. Ihrer Meinung nach sei eine „augenfällige Omnipräsenz der Blauhelme“ entscheidend, „um in der eingeschüchterten Bevölkerung das unentbehrliche Vertrauen in ein Ende der Kolonialherrschaft zu schaffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 97; Referat 230, Bd. 158201.

Am 9. Februar 1989 teilte Pérez de Cuéllar dem VN-Sicherheitsrat mit, der militärische Teil von UNTAG solle maximal 7500 Personen umfassen, von denen zunächst nur 4650 in Namibia stationiert werden sollten („initially deployed“). Vgl. das Dokument S/20457; Referat 230, Bd. 158201.

AM *Howe* ergänzt, daß Zusammenhalten der fünf SR-Mitglieder – womit Schewardnadse einverstanden sei – wichtig bleibe, zumal drei Mitglieder dem Westen angehörten.

Der *Bundeskanzler* faßt zusammen, daß wir die Bush-Administration ermutigen sollten, jetzt zu handeln. Die USA müßten diese Chance wahrnehmen, da die Zeit gegen Israel arbeite. Die dortige Koalition werde wohl nicht lange halten, die innenpolitische Entwicklung sei insgesamt nicht positiv. Ferner müßten wir alles tun, daß die fünf SR-Mitglieder zusammenblieben; eine Zweier-Lösung USA und SU sei, wie PM *Thatcher* zu Recht betont habe, schlimm.

BM *Genscher* ergänzt, daß das Ziel der Schewardnadse-Reise¹⁵ nicht das Zweier-Patronat sei. Die SU wolle ihr Verhältnis zu Ägypten in Ordnung bringen und normale Beziehungen zu Israel entwickeln.

BM *Genscher* erläutert, daß AM *Howe* und er weiterhin über das türkische Problem im Zusammenhang mit dem KRK-Mandat¹⁶ gesprochen hätten. Sie hätten überlegt, ob sie in Tokio nicht mit US-AM *Baker* sprechen sollten, um zu dritt Einfluß auf die Türkei zu nehmen. Am Ende werde man wahrscheinlich sogar mit Präsident *Evren* sprechen müssen.

Das Gespräch kommt auf das Verhältnis Europas zur Türkei.

PM *Thatcher* betont, daß die EG den türkischen Beitrittsantrag¹⁷ nicht einfach abschmettern könne im Sinne eines Weglegens. Der türkische Antrag gehe von der Sache her wahrscheinlich zu weit, nur dürfe man die Türkei nicht vor den Kopf stoßen – die ja in der NATO eine wichtige Rolle habe.

Der *Bundeskanzler* pflichtet dem bei. Die EG müsse sehr viel Sensibilität beweisen und die Türkei so gut wie möglich behandeln – die Türkei habe im Gegensatz zu Griechenland leider keine gute Lobby.

Das Gespräch endet um 10.40 Uhr.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 33991

¹⁵ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Februar 1989 in Syrien auf, am 19./20. Februar in Jordanien, vom 20. bis 23. Februar in Ägypten, vom 23. bis 25. Februar im Irak und vom 25. bis 27. Februar 1989 im Iran. In Kairo traf Schewardnadse am 22. Februar 1989 auch mit dem israelischen Außenminister Arens und dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zusammen.

¹⁶ Zu den türkischen Bedenken gegen das Regionalkonzept der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 46, Anm. 37.

¹⁷ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

48

**Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 506
Cito

Aufgabe: 21. Februar 1989, 9.00 Uhr¹
Ankunft: 21. Februar 1989, 9.45 Uhr

Betr.: 1298. Tagung des Rates (allg. Angelegenheiten) am 20.2.1989;
hier: EPZ-Beratungen Iran

Zur Unterrichtung

Auf brit. Antrag erörterten die AM² anläßl. der Ratstagung die Frage, wie die Gem. auf die Morddrohungen gegen Salman Rushdie³ reagieren solle. An der Debatte beteiligten sich alle AM mit z.T. ausführl. Stellungnahmen und verurteilten einmütig die Aufforderung Khomeinis zum Mord als inakzeptable Verletzung der elementarsten Prinzipien und Verpflichtungen in der intern. Gem. Die AM einigten sich auf eine Erklärung, die neben einer deutlichen Verurteilung auch konkrete Aufforderungen an den Iran und Reaktionsmaßnahmen der Gem. enthält. Insbesondere wurde beschlossen, daß die Zwölf ihre Missionsleiter aus Teheran zu Konsultationen zurückberufen und hochrangigen Besucheraustausch ausschließen, solange die Drohungen nicht zurückgenommen werden. Folgende zeitl. Reihenfolge wurde vorgesehen:

- Veröffentlichung der Erklärung⁴,
- Rückberufung der Botschafter,
- Demarche der Troika-Geschäftsträger und Übergabe der Erklärung an die iranische Regierung⁵.

Dabei wird davon ausgegangen, daß die Rückberufung der Botschafter möglichst simultan geschieht und sobald wie möglich, d.h. möglicherweise schon am 21.2.89. Eine weitere Gegenmaßnahme, die BM vorgeschlagen hatte, nämlich die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für iran. Diplomaten auf einen Umkreis von 60km um die Hauptstädte, wurde nicht ausdrücklich in die Erklärung aufgenommen, weil insbes. GR und I noch Bedenken hatten.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Cuntz, Brüssel (EG), konzipiert.

² Giulio Andreotti (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Roland Dumas (Frankreich), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Francisco Fernández Ordóñez (Spanien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien), Brian Lenihan (Irland), Karolos Papoulias (Griechenland), João de Deus Pinheiro (Portugal), Jacques Poos (Luxemburg) und Leo Tindemans (Belgien).

³ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43 und Dok. 49.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Rande der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel zu den Drohungen gegen Salman Rushdie vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 418.

⁵ Legationsrat I. Klasse Gühlcke, Teheran, informierte am 28. Februar 1989: „Spanische Präsidentschaft unterrichtete heute EPZ-Runde, daß von EG-Außenministern am 20.2.89 beschlossene Troika-Demarche bislang nicht ausgeführt werden konnte, da iranische Seite trotz intensiver spanischer Bemühungen bislang keinen Termin genannt hat. Präsidentschaft bleibt weiterhin mit Nachdruck um Termin bemüht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 174; Referat 311, Bd. 154140.

Minister kamen jedoch überein, daß Präsidentschaft⁶ in der Pressekonferenz auch auf diese Maßnahme als geeignete Möglichkeit hinweisen wird und im Rahmen der polit. Zusammenarbeit oder unter den Innenministern (TREVI) weiter über solche Einschränkungen beraten wird. Der englische Text der Endfassung der Erklärung wird per Fernkopie übermittelt.⁷

Im einzelnen:

[1] Vors.⁸ hatte anfangs vor, die Debatte auf das Verfahren zu lenken, nämlich die Frage, ob mit einer Erklärung oder einer Demarche reagiert werden solle. BM schlug jedoch vor, daß zunächst über die inhaltl. Elemente gesprochen wird. Es handle sich um eine Frage von ganz grundsätzl. Bedeutung, um einen Wendepunkt in den internat. Beziehungen. Man werde an diesen Tag noch zurückdenken. Es gehe jetzt darum, auf die Drohungen mit aller Schärfe zu reagieren. Den moderaten Kräften im Iran könne man mit moderaten Reaktionen der Zwölf nicht helfen. Notwendig sei erstens Solidarität mit einem anderen MS, zweitens aber auch eine Reaktion aus prinzipiellen Gründen der Bewahrung unserer Zivilisation, der Menschenwürde und des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Hier müsse ein Signal gesetzt werden. Die Bundesregierung habe bisher schon einseitige Maßnahme ergriffen, den deutschen Botschafter⁹, der sich gerade in D befinde, zurückzuhalten und zusätzl. den Geschäftsträger¹⁰ zurückzurufen. Dies sei auch von einigen anderen MS so getan worden. NL habe seinerseits alle hochrangigen Besuche abgesagt. Für¹¹ eine gemeinsame Reaktion sei konsequent, wenn alle MS die gleichen Maßnahmen ergriffen. Daneben aber komme noch eine dritte Maßnahme in Frage, denn Khomeini habe seine Mordaufforderung an alle gläubigen Moslems gerichtet und damit auch an die iran. diplom. Vertretungen. Iran habe die¹² Bewegungsfreiheit für die europ. Diplomaten auf einen Umkreis von 60km um Teheran beschränkt, eine entsprechende Beschränkung solle auch für iran. Diplomaten in europ. Hauptstädten vorgesehen werden.

2) Die AM waren sich in der Beurteilung der Situation weitgehend einig. Vors. bezeichnete das Vorgehen Khomeinis als einen Rückfall ins Mittelalter. AM Howe bezeichnete das iran. Verhalten als unerträgl. Verletzung internationalen Rechts und der VN-Charta¹³. Es handele sich um eine Aufforderung zum Mord. GB gehe es um zweierlei: erstens eine scharfe Reaktion und zweitens die Einmütigkeit der Antwort der Zwölf. GB sei auch besorgt um die Sicherheit seiner Mission in Teheran, die jetzt nur noch aus fünf Personen besteht. GB sei an der stärkstmöglichen polit. Erklärung der Zwölf interessiert. Dabei solle man den Vorschlag des BM, der Einbeziehung von OECD, NATO, Warschauer Pakt und

⁶ Vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 hatte Spanien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁷ Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 89 aus Brüssel (Coreu) vom 20. Februar 1989; Referat 200, Bd. 144223.

⁸ Den Vorsitz hatte der spanische Außenminister Francisco Fernández Ordóñez in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident inne.

⁹ Armin Freitag.

¹⁰ Thomas Trömel.

¹¹ Korrigiert aus: „Eine für“.

¹² Korrigiert aus: „der“.

¹³ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

islamischen Staaten sowie Islamischer Konferenz in das Aktionsfeld der Zwölf angeregt hatte, in Erwägung ziehen.

3) In der Diskussion um die Maßnahmen wurde BM von GB, F und anderen bei seinem Vorschlag unterstützt, die Bewegungsfreiheit der iran. Diplomaten einzuschränken. DK erklärte nach anfänglichem Zögern später auch seine Unterstützung für den BM-Vorschlag. I hielt jedoch Bedenken aufrecht, die im Zusammenhang mit der technischen Durchsetzung bestünden, und wurde dabei von GR unterstützt. Diese Maßnahme konnte daher nicht in die gemeins. Erklärung aufgenommen werden. Es bestand jedoch Einigkeit, daß das Problem so schnell wie möglich im Kreis der Zwölf weiter diskutiert werden muß. AM Dumas schlug vor, daß die Innenminister sich mit dieser Frage befassen. Dagegen wandte sich I wiederum mit der Begründung, daß die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Diplomaten Sache der AM sei. Man einigte sich auf Vorschlag des Vors. darauf, daß er die Angelegenheit in der Pressekonferenz ansprechen wird. Es blieb offen, durch welche konkreten Maßnahmen die Sache weiter verfolgt wird, jedoch bleibt sie weiter auf der TO.

4) Die Erklärung war aufgrund eines franz. und eines brit. Entwurfes sowie eines daraus resultierenden Entwurfes des Vors. erarbeitet worden. Deutsche Vorschläge, insbes. hinsichtlich von Maßnahmen und schärferen Formulierungen, fanden Eingang in den Text. Die Erklärung stellt, wie der Vors. es formulierte, eine der deutlichsten Reaktionen der Zwölf dar, die diese auf internationale Ereignisse hin beschlossen hätten.

[gez.] Grünhage

Referat 200, Bd. 144223

49

Bundesminister Genscher an den iranischen Außenminister Velayati

22. Februar 1989¹

Sehr geehrter Herr Minister,

ich wende mich in einem Augenblick an Sie, in dem unsere Beziehungen einer Belastungsprobe ausgesetzt sind.

Wie Sie wissen, habe ich mich während einer für Iran schwierigen Zeit mit großem Engagement für die Entwicklung der deutsch-iranischen Beziehungen eingesetzt und mich, auch im Rahmen der VN, um einen gerechten und aus-

¹ Das Schreiben wurde mit Drahtbericht Nr. 1 des Legationsrats I. Klasse Gerds, z. Z. BM-Delegation, am 22. Februar 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe „c[il]t[i]ssime[n]a[chts]“ übermittelt. Hat Ministerialdirigent Fiedler am 22. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre und Referat 311 verfügte und handschriftlich vermerkte: „ctn an Teheran erledigt“. Hat Staatssekretär Sudhoff laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Zeisler vom 22. Februar 1989 vorgelegen. Ferner verfügte Zeisler den Rücklauf an Fiedler. Vgl. Referat 311, Bd. 154140.

gewogenen Frieden bemüht. Diese Zusammenarbeit hatte sich als fruchtbar und für beide Seiten als vorteilhaft erwiesen.

Um so betroffener bin ich durch die veröffentlichte und nochmals bekräftigte Aufforderung, einen fremden Staatsbürger in einem fremden Land und in einer fremden Rechtsordnung zu ermorden.² Ich habe großen Respekt für die Werte des Islam, einer der großen Weltreligionen, und als gläubiger Christ verstehe ich, daß Angriffe auf die religiösen Gefühle ihrer Gläubigen Entrüstung und Empörung auslösen.

Ich gehe dabei aber davon aus, daß die Angehörigen einer fremden, mit uns durch viele historische und menschliche Elemente verbundenen Kultur auch unsere Rechtsordnung achten – eine Rechtsordnung, der die freie Meinungsäußerung und die Unantastbarkeit der Person wesentlich sind.

Die öffentliche Aufforderung zum Mord und die Auslobung einer hohen Summe für die Durchführung dieses Mordes verstoßen gegen diese Rechtsordnung, sie verstoßen ebenso gegen die elementaren Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens der Völker und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten.

Ein solcher Aufruf ermutigt alle diejenigen, die glauben, das Recht in ihre eigene Hand nehmen und ihre Überzeugung mit Gewalt durchsetzen zu können. Infolge dieser Aufforderung fühlen sich auch deutsche Bürger bedroht. Dies kann nicht in Ihrem Interesse liegen.

Gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft haben wir daher in der Erklärung von Brüssel vom 20.2.1989³ die Morddrohung verurteilt. In Übereinstimmung mit diesem Beschluß wird der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland⁴ vorerst zu Konsultationen in Bonn verbleiben.

Ich habe darüber hinaus Anweisungen gegeben, daß das deutsch-iranische Kulturabkommen nicht in Kraft gesetzt wird⁵, bis die erwähnten Drohungen zurückgenommen werden.

Ich appelliere im Namen der Bundesregierung an Sie und an die iranische Führung, die Bedrohung fremder Menschen wieder aufzuheben und alles zu tun, um fremdes Leben nicht zu gefährden. Ich hoffe aufrichtig, daß entsprechende Beschlüsse und Erklärungen der iranischen Führung es uns erlauben, die freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen, die das Verhältnis zwischen unseren Völkern traditionell kennzeichnen und an denen meine Regierung großes Interesse nimmt.

Mit freundlichen Grüßen
[Genscher]

Referat 311, Bd. 154140

² Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43.

³ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Rande der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel zu den Drohungen gegen Salman Rushdie vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 418. Zur Tagung vgl. Dok. 48.

⁴ Armin Freitag.

⁵ Das Kulturabkommen zwischen der Bundesregierung und der iranischen Regierung wurde von Bundesminister Genscher und dem iranischen Außenminister Velayati am 29. November 1988 in Teheran unterzeichnet. Für das Abkommen vgl. Referat 311, Bd. 154167. Zu Genschers Besuch vom 27. bis 29. November 1988 im Iran vgl. AAPD 1988, II, Dok. 341 und Dok. 344.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chilenischen Außenminister Errázuriz in Tokio

23. Februar 1989¹

AM Genscher führte am 23.2. in Tokio² ein halbstündiges Gespräch mit dem AM von Chile.

Der *BM* erwähnte eingangs, er sei sehr interessiert an der demokratischen Zukunft Chiles. Außerdem sei es für uns wichtig, daß die Verhältnisse um die Colonia Dignidad aufgeklärt würden.³ Er dankte dem Minister für seinen persönlichen Einsatz in dieser Frage.

Der *AM* sagte, Chile hätte viele Aspekte. Die Wirtschaft habe sich sehr gut entwickelt. Im Gegensatz zum Rest Lateinamerikas, wo das Bruttosozialprodukt abnehme, gebe es in Chile Zuwächse und Stabilität. Der Grund sei, daß man die Wirtschaft der Welt geöffnet und die Privatwirtschaft gefördert habe. Politisch überführe man das Land, das 15 Jahre unter einem totalitären Regime gelebt habe, in demokratische Verhältnisse.⁴ Das Ziel sei eine politisch und wirtschaftlich stabile Demokratie.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. BM-Delegation, mit Drahtbericht Nr. 8 vom 24. Februar 1989 übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 24. Februar 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 330, Bd. 142934.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. Februar 1989 in Japan auf, wo er an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser Hirohito teilnahm.

³ Zur „Colonia Dignidad“ vgl. zuletzt AAPD 1988, I, Dok. 39 und Dok. 71.

Am 26. Januar 1989 traf Ministerialdirektor Schlagintweit mit Vertretern der „Not- und Interessengemeinschaft für die Geschädigten der CD“ (NIG) im Auswärtigen Amt zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum vermerkte am 31. Januar 1989, Schlagintweit habe sie „über den Stand des eigenen chilenischen Ermittlungsverfahrens nach Einsetzung eines Untersuchungsrichters am 12.1.1989 durch Entscheidung des Obersten chilenischen Gerichtshofs“ informiert: „Da der Untersuchungsrichter seine Arbeit inzwischen aufgenommen und rasche Durchführung der Ermittlungen angekündigt hat, sei die Möglichkeit einer baldigen Beendigung dieses eigenen chilenischen Verfahrens nicht auszuschließen (evtl. schon im März d. J.). Ein für die NIG unbefriedigendes Ergebnis, das auf eine Entlastung der CD-Führung hinausläuft, sei nicht ausgeschlossen. Von seiten des AA wurde die Befürchtung geäußert, daß im Falle eines für uns negativen Urteils [...] die Möglichkeiten der Bundesregierung weitestgehend erschöpft seien. In dieser Situation stelle sich unserer Auffassung nach unabweisbar die Notwendigkeit, daß sich die Betroffenen in Deutschland durch eigene Strafanzeigen in Chile einschalten“. Vgl. Referat 330, Bd. 159201.

⁴ Am 5. Oktober 1988 wurde in Chile ein Plebiszit durchgeführt, bei dem sich knapp 55 % der Abstimmenden gegen eine weitere achtjährige Amtszeit von Präsident Pinochet aussprachen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 291.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum vermerkte am 16. Januar 1989, die Niederlage Pinochets sei „durch die bemerkenswerte Einigung der Opposition zu gemeinsamem Handeln zustande gekommen. Auf dem Fortbestand dieser Einigkeit basiert die Hoffnung der Opposition, auch die am 14. Dezember 1989 stattfindenden Präsidentschaftswahlen, bei denen gleichzeitig das Parlament gewählt wird, zu gewinnen und die Demokratisierung des Landes weiterzuführen. Die Kandidatenfrage rückte infolgedessen nach dem Plebiszit ins Zentrum des politischen Geschehens in Chile. [...] Im November 1988 entbrannte der Kampf zwischen den Anhängern des Führers der P[artido]D[emocrata]C[ristiano], Aylwin, dem man die größten Chancen einräumt, seinem Vorgänger Valdés und dem Sohn des früheren Präsidenten Frei.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142934.

Am 6. Februar 1989 berichtete Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, die PDC habe am Vortag ihren Vorsitzenden Aylwin als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen bestimmt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 56; Referat 330, Bd. 142934.

Zum Problem CD sagte der Minister, er sei fünf Jahre Botschafter in Washington gewesen⁵ und habe sein Amt erst nach dem Plebiszit übernommen. Er wisse, daß CD ein kontroverses Problem sei und daß verschiedene Versuche, unter vier verschiedenen Regierungen Aufklärung zu schaffen, gescheitert wären. Er habe es auf Bitte des Präsidenten⁶ persönlich übernommen, etwas zu tun, und die Einsetzung eines Untersuchungsrichters erreicht. Dennoch gebe es in Chile Kontroversen über dieses Thema. Aber jetzt sei eine unabhängige Untersuchung im Gang. Er habe gehört, daß CD gegenwärtig eine Offensive gegen die chilenische und die deutsche Regierung unternehme. Sie behaupte, man würde unter Druck der deutschen Regierung Fakten entstellen.

Der *BM* sagte, wir seien sehr an einer gründlichen Untersuchung interessiert. Er bitte daher dringend, alles zu tun, um die Angelegenheit Colonia und ihr Tun restlos aufzuklären. Wir fürchteten, daß dort Leute unter Druck stünden, falsch auszusagen, und daß sie die Siedlung nicht frei verlassen könnten. Die Führung der CD verzichte lieber auf Pensionszahlungen, als daß sie die Angehörigen in die Botschaft gehen lasse. Wir seien tief beunruhigt.

Deutschland verbinde eine traditionelle Freundschaft mit Chile. CD sei eine Belastung, die uns eine Verbesserung der Beziehungen erschwere. Wir seien befriedigt über die Rückkehr Chiles zu den demokratischen Traditionen des Landes. Wir wollten die Beziehungen verbessern, daher freue er sich über dieses Treffen und dieses Gespräch. Der *AM* sagte, er sei befriedigt von diesem Interesse. Der Fall CD befinde sich jetzt in den richtigen Händen, denen des Rechts.⁷

Der *AM* fuhr fort, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern seien gut gewesen. Er kenne die Schwierigkeiten der Vergangenheit. Da sich aber jetzt die politischen Verhältnisse verbesserten, könnte sich auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickeln. Chile sei besonders interessiert an Umweltfragen. Man habe das Interesse der Bundesrepublik an solchen Fragen im Zusammenhang mit dem Amazonas-Highway in Brasilien verfolgt. Chile baue im Süden des Landes eine Straße, wo sich ebenfalls Umweltprobleme stellten. Außerdem gebe es im Süden Chiles Schwierigkeiten mit der Ozonschicht. Man plane eine Konferenz über Umweltfragen in der Antarktis. Dies wäre eine Gelegenheit zu prüfen, ob man beim Bau der Straße im Süden zusammenarbeiten könne. Der *BM* sagte Prüfung zu.

Der *BM* erkundigte sich dann nach den Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen. Der *AM* erwiderte, die jetzige Fraktionierung der Parteien werde nicht andauern. Er sei sicher, daß es zwei echte Kandidaten geben werde, könne aber noch keine Namen nennen.

Der *BM* erklärte, die Qualität unserer Beziehungen zu Chile hänge sehr von der Menschenrechtssituation ab. Viele Leute seien in Chile lange ohne Urteil im Gefängnis gewesen. In Deutschland erregten diese Fragen großes Interesse. Das

⁵ Hernán Felipe Errázuriz war von 1984 bis 1988 chilenischer Botschafter in den USA.

⁶ Augusto Pinochet Ugarte.

⁷ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und Fragezeichen.

müsse der AM wissen. Wir hoffen sehr, daß bald die Zeit komme, um die Beziehungen zu Chile wieder aufzunehmen und zu stärken.

*D3*⁸ erwähnte das Problem des Solidaritätsvikariats.⁹ Die Eingriffe der Regierung drohten das günstige Bild Chiles seit Beginn der Demokratisierung zu verdunkeln. Die deutsche Öffentlichkeit nähme starken Anteil. Der AM betonte, es handle sich hier um rein rechtsstaatliche Verfahren. Das Oberste Gericht habe es angeordnet. Es gehe um die Aufklärung terroristischer Verbrechen. Das Vikariat werde nicht in seiner Aktivität gestört. Man wolle auch nicht die Kirche angreifen.

Der BM sagte abschließend, man werde sich möglicherweise bald in New York¹⁰ wiedertreffen. Der AM erwiderte, hoffentlich mit besseren Beziehungen.

Referat 330, Bd. 142934

⁸ Reinhard Schlagintweit.

⁹ Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, berichtete am 27. Februar 1989 über das 1976 gegründete „Solidaritätsvikariat“ der katholischen Kirche: „Im Zusammenhang mit dem Fall ‚Panadería Lautaro‘ (1986, Überfall des M[ovimiento de]I[zquierda]R[evolucionaria], bei dem ein Carabiniere getötet wurde) ermittelt die Militärjustiz gegen die Vicaría, die einen der durch eine Schußwunde verletzten Täter ärztlich und anwaltlich betreut hat. Dazu konnte es nur kommen, weil der Verletzte die Vicaría über den wirklichen Hergang seiner Verwundung getäuscht hatte, anderenfalls hätte die Vicaría seine Betreuung nicht übernommen.“ Die Hilfeleistung habe die Militärjustiz zum Anlaß genommen, „umfangreiche Ermittlungen gegen die dem Regime unbequeme Vicaría“ einzuleiten: „Nach Scheitern eingelegter Rechtsmittel vor dem Obersten Gericht durch das Vikariat versuchte Militärstaatsanwalt Cea am 15.2.1989 vergeblich, die Beschlagnahme der Krankenblätter persönlich durchzuführen. Bischof Valech, Leiter des Vikariats, lehnte die Herausgabe mit der bereits vorher veröffentlichten Begründung ab, daß die Krankenblätter von der seelsorgerischen Schweigepflicht erfaßt würden und er sie niemals herausgeben werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 104; Referat 330, Bd. 142980.

¹⁰ Anläßlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

51

Aufzeichnung des Botschafters Holik und des Ministerialdirektors Kastrup

220-371.61/SNF VS-NfD
201-362.05 VS-NfD

24. Februar 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: SNF-Rüstungskontrolle und -Modernisierung;
hier: Bündnisaussagen im Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und
Abrüstung sowie bei Gipfelerklärung Mai 89⁴

Anlg.: 4⁵

Zweck der Vorlage: Vorbereitung einer Entscheidung

I. Beratungen im Bündnis

1) Gemäß der Erklärung der NATO-Außenminister vom 9. Dezember 1988⁶ ist der NATO-Rat aufgefordert, für den für Ende Mai 1989 vorgesehenen NATO-Gipfel einen vollständigen Bericht über die Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts des Bündnisses für Rüstungskontrolle und Abrüstung vorzulegen.⁷ Ebenfalls vorgesehen ist eine Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs des Bündnisses. Im Mittelpunkt der Bündnisdiskussion im Hinblick auf den NATO-Gipfel stehen Fragen der Nuklearwaffen kürzerer Reichweite (SNF). Es ist noch offen, welche Aussagen das Bündnis im Gesamtkonzept bzw. in der Gipfelerklärung zu Rüstungskontrolle und Modernisierung im SNF-Bereich treffen wird.

2) Die SNF-Diskussion im Bündnis ist derzeit von folgenden Faktoren bestimmt:

- Für uns ist wichtig, daß das weiterentwickelte Gesamtkonzept eine einvernehmliche Rüstungskontrollposition im Bereich der nuklearen Kurzstreckenraketen als Grundlage für ein Verhandlungsmandat enthält.
- Aus der Sicht der Bundesregierung ist andererseits zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung bezüglich einer SNF-Modernisierungsentscheidung im Bünd-

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Dreher und Seibert sowie den Vortragenden Legationsräten Gröning und Wagner konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 24. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 24. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 25. Februar 1989 vorgelegen.
Hat Mützelburg am 23. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Dreher und Seibert verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM hat Kenntnis.“

Hat den Vortragenden Legationsräten Hoffmann und Krekeler vorgelegen.

Hat Seibert am 28. Juni 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 8, 9, 19 und 28.

⁶ Korrigiert aus: „5. Dezember 1988“.

⁷ Vgl. dazu Ziffer 8 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 107. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 88. Zur Tagung vgl. AAPD 1988, II, Dok. 361 und Dok. 362.

nis nicht erforderlich. Da die Lance mindestens bis 1995 einsatzfähig bleibt, ist (nach den Erfahrungen mit INF) frühestens 1991/92 eine entsprechende Bündnisentscheidung fällig.

- USA und GB fordern eine Modernisierungsentscheidung, lehnen jedoch SNF-Rüstungskontrollverhandlungen, wie auch schon die Vorbereitung solcher Verhandlungen, unter den gegebenen Umständen ab, da sie angeblich die Gefahr einer dritten Null-Lösung und der Denuklearisierung Europas heraufbeschwören würden.
- Andere Bündnispartner halten sich in der Modernisierungsfrage bedeckt und sind auch hinsichtlich SNF-Rüstungskontrolle wenig engagiert. Eine Ausnahme bilden die Niederlande. (Position NL: Das Bündnis sollte einerseits einer Modernisierung zustimmen, andererseits bereits jetzt SNF-Rüstungskontrollthematik diskutieren, eine Entscheidung über den Zeitpunkt von Verhandlungen ist derzeit aber noch nicht erforderlich.) Zur Haltung der übrigen Bündnispartner zur Frage der SNF-Rüstungskontrolle und Modernisierung von SNF s. gesonderte Vermerke in Anlagen 2⁸ und 3⁹.

3) Bei der Arbeit des NATO-Rats an der Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts sind Fortschritte bei der Formulierung der einleitenden beiden Kapitel zu verzeichnen. Die Diskussion gestaltet sich kontrovers, sobald die in den Kapiteln III (Militärische Aspekte der Sicherheit des Bündnisses) und IV (Rüstungskontrollaspekte) des Gesamtkonzepts zu behandelnden Fragen von SNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle berührt werden. Die vom Internationalen Stab am 16. Februar vorgelegte neue Fassung von Kapitel IV¹⁰ ist von einer negativen Haltung zur SNF-Rüstungskontrolle und von Aussagen zu strategischen Erfordernissen, die eine Modernisierung nahelegen, geprägt; den Bündnispartnern liegt außerdem ein Anfang Februar 1989 zirkulierter amerikanischer Argumentationskatalog gegen SNF-Rüstungskontrolle vor. Zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit möglichen SNF-Rüstungskontrolloptionen ist es noch nicht gekommen. Ein deutsches Papier mit der Darstellung einer denkbaren SNF-Verhandlungsposition auf der Grundlage von Reykjavik¹¹ ist zwischen AA und BMVg auf Arbeitsebene weitgehend abgestimmt. Es konnte jedoch im Bündnis noch nicht eingeführt werden, da das BMVg auf der Aufnahme einer kurzen Passage mit für uns bedenklichen Aussagen zum künftigen SNF-Potential des Bündnisses besteht.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Mit Aufzeichnung vom 23. Februar 1989 untersuchte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher die Haltung Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals, Spaniens, der Türkei und der USA zur Frage einer SNF-Modernisierung. Dazu vermerkte er: „Bei HLG-Sitzung am 16.2.1989 setzten wir gemeinsam mit B, GR, NOR, DK, NL durch, daß bei der bevorstehenden NPG-Sitzung (19./20.4.1989) alle Aussagen und Festlegungen vermieden werden müssen, die eine Modernisierungsentscheidung präjudizieren könnten. Vom Vorsitz (Ron Lehman) eingebrachter Entwurf eines HLG-Berichts („next steps in restructuring NATO's nuclear forces“) wurde daraufhin zurückgestellt.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144786.

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Mit Aufzeichnung vom 23. Februar 1989 analysierte Referat 220 vor allem die Haltung Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der USA zur SNF-Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144786.

¹⁰ Für den Entwurf vgl. VS-Bd. 12247 (220).

¹¹ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

Wegen der WINTEX-Übung¹² ist die Arbeit des NATO-Rats am Gesamtkonzept zur Zeit unterbrochen; sie soll am 15.3.1989 wieder aufgenommen werden.

II. Optionen bei SNF-Rüstungskontrolle

1) Mögliche Aussagen des Bündnisses zur SNF-Rüstungskontrolle bei dem bevorstehenden NATO-Gipfel – sei es im Gesamtkonzept, sei es in der Gipfelerklärung – lassen sich in drei Kategorien fassen:

a) Beibehaltung des Status quo

Hierfür kommen folgende Elemente in Frage:

- Wiederholung der Reykjavik-Formel bei eventueller Modifizierung;
 - verstärkend (Weglassen der mit „in conjunction with...“ ausgedrückten Bindungen an andere Rüstungskontrollverhandlungen);
 - erweiternd (Erfassung nicht nur amerikanischer und sowjetischer, sondern auch „kooperativer“ Kurzstreckenraketen);
- Aussage, auf dieser Grundlage wie bisher (NATO-Rat und CCWG¹³) weiter zu arbeiten.

b) Intensivierung der SNF-Rüstungskontrollbemühungen des Bündnisses

Dies könnte wie folgt ausgedrückt werden:

- Einsetzung eines besonderen Bündnisgremiums mit der Aufgabe:
 - SNF-Rüstungskontrollmöglichkeiten zu prüfen,
 - eine Substanzposition auszuarbeiten,
 - oder ein SNF-Verhandlungsmandat auszuarbeiten.
- Um der Arbeit dieses Gremiums Nachdruck zu verleihen, könnten Termine für
 - Abgabe eines Fortschrittsberichts,
 - Vorlage Substanzposition/Verhandlungsmandats
 gesetzt werden.
- Ankündigung der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses im SNF-Bereich.

Durch die Kombination dieser Aussagen würde das Bündnis an sein Vorgehen in der konventionellen Rüstungskontrolle (Halifax-Appell¹⁴) anknüpfen.

c) Positiver Abschluß der Überlegungen des Bündnisses zur SNF-Rüstungskontrolle

Dies könnte wie folgt ausgedrückt werden:

- Darlegung einer Verhandlungsposition des Bündnisses in ihren wesentlichen Elementen;
- Angebot an den Warschauer Pakt, Verhandlungen auf dieser Grundlage bald aufzunehmen.

¹² Die NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 89“ fand vom 24. Februar bis 9. März 1989 statt.

¹³ Comprehensive Concept Working Group.

¹⁴ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

2) Bewertung

a) Unseren Forderungen zur SNF-Rüstungskontrolle würde das Bündnis gerecht werden, wenn es bei dem bevorstehenden Gipfel einen positiven Abschluß seiner Überlegungen in diesem Bereich und die Einleitung entsprechender Maßnahmen verkünden könnte (Ziffer 1c). Angesichts der aktiven Opposition von US/GB, des wenig fortgeschrittenen Beratungsstandes im NATO-Rat und der kurzen bis zum Gipfel zur Verfügung stehenden Zeit dürfte dieses Ziel jedoch nicht erreichbar sein.

b) Eine Beschränkung der Gipfelaussagen auf eine Bestätigung – und damit letztlich eine Verhärtung – des Status quo der Bündnisposition zur SNF-Rüstungskontrolle (Ziffer 1a) wäre für uns nicht akzeptabel. Das Bündnis würde damit offenbar machen, daß es in den beiden Jahren seit der Außenminister-Erklärung von Reykjavik nicht weitergekommen ist. Die Öffentlichkeit würde dies als Stagnation, wenn nicht als Fehlschlag der Bemühungen des Bündnisses und insbesondere unserer eigenen Bemühungen um SNF-Rüstungskontrolle werten.

c) Wir sollten uns daher darauf konzentrieren, eine Bündnisposition für das Gipfeltreffen durchzusetzen, aus der die Intensivierung der Bündnisbemühungen um SNF-Rüstungskontrolle hervorgeht (Ziffer 1b). Die Parallele zu dem Appell von Halifax und damit implicite zu der damit ausgelösten dynamischen Entwicklung im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle könnte auch gegenüber der Öffentlichkeit genutzt werden. Die Bereitschaft des Bündnisses zu entsprechenden Aussagen wird allerdings nicht leicht herbeizuführen sein:

- Die Bedenken von US/GB gegen SNF-Rüstungskontrolle an sich müßten, zumindest teilweise, argumentativ überwunden werden. Um dabei die Unterstützung anderer Bündnispartner zu gewinnen, sollten wir unsere eigenen konkreten Überlegungen zu einem SNF-Rüstungskontrollansatz möglichst bald im Bündnis einführen.
- Im Bereich der SNF-Modernisierung werden wir zu einvernehmlichen Aussagen mit US/GB kommen müssen.

III. Optionen der SNF-Modernisierung

1) Die amerikanischen Bemühungen um Festlegung (commitment) der europäischen Verbündeten im Bereich der SNF-Modernisierung haben zwei Komponenten, eine konkrete und eine mehr grundsätzliche:

- Konkret geht es den USA darum, im Hinblick auf die bevorstehende konkrete Entwicklung (full scale technical development) eines Lance-Nachfolgesystems eine klare Bündnisaussage zur Notwendigkeit dieses Systems zu bekommen, um damit Fragen des Kongresses, der die Mittel für die Haushaltsjahre 1990 und 1991 bewilligen muß, begegnen zu können.
- Darüber hinaus dürfte es den USA aber auch darum gehen, grundsätzliche Festlegungen der europäischen Alliierten auf die Modernisierung des bei ihnen stationierten Nuklearpotentials zu erlangen. Damit soll vermieden werden, daß sich eine Zweigleisigkeit des amerikanischen Nuklearpotentials entwickelt:
 - ein programmgemäß und kontinuierlich modernisiertes strategisches Nuklearpotential,
 - ein in Europa stationiertes Nuklearpotential kürzerer Reichweite, bei dem Modernisierungen nicht mehr durchzusetzen sind.

2) Einen Hinweis auf dieses grundsätzliche amerikanische Anliegen hat das Bestreben AM Bakers gegeben, bei seinem Bonn-Besuch¹⁵ das einvernehmliche Bekenntnis zur Strategie der flexiblen Reaktion¹⁶ festzuhalten. Entsprechende amerikanische Bemühungen sind auch im Hinblick auf den Gipfel zu erwarten. Zusätzlich hat AM Baker bei seinem Besuch in Paris¹⁷ erklärt, daß die USA im Hinblick auf die Kongreß-Bewilligung eine Grundsatzentscheidung zur Modernisierung erwarten. Dies sei nicht dasselbe wie die Entscheidung über die Stationierung des neuen Systems, also über die Frage, wie viele Systeme und wo sie aufzustellen seien.

Dies könnte uns einen gewissen Spielraum gegenüber den USA geben: Falls wir uns hinsichtlich der Lance-Modernisierung zurückhalten wollen, bestünde immer noch die Möglichkeit von öffentlichen Grundsatzaussagen, die aber deutlicher als bisher ausfallen müßten.¹⁸

3) Entsprechende Formulierungen wären in Kapitel III, Ziffer 22 des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung aufzunehmen, in der die Rolle der Nuklearwaffen unterhalb der strategischen Ebene („in und für Europa“) behandelt wird. (Wegen der bestehenden Divergenzen zwischen den Bündnispartnern ist bislang die gesamte Ziffer 22 geklammert, Text. s. Anlage¹⁹.)

Ziffer 19 des bisher vorliegenden Entwurfs des Internationalen Stabes enthält bereits eine Wiederholung der Aussage des Brüsseler Gipfels vom März 1988²⁰ in leicht modifizierter Form:

„Sowohl die Abschreckung als auch die Verteidigung erfordern auf absehbare Zeit eine geeignete Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte, die – wo dies erforderlich ist – weiter auf dem gebotenen Stand gehalten werden.“²¹

Es fragt sich deshalb, welche darüber hinausgehenden Formulierungen möglich sind, die unserem Anliegen entsprechen,

- keine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt, Erhaltung der Optionen;
 - keine Entscheidung vor 1991/92;
 - Beschränkung der Rolle der Nuklearwaffen (vor allem derer kürzerer Reichweite) auf das qualitativ und quantitativ erforderliche Mindestmaß,
- die gleichzeitig aber im Bündnis konsensfähig sind und den Erwartungen der USA (und GBs) entgegenkommen.

¹⁵ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die Bundesrepublik vom 12. bis 14. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 40 und Dok. 41.

¹⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

¹⁷ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich am 17. Februar 1989 in Frankreich auf.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben.

¹⁹ Dem Vorgang als Anlage 1 beigelegt. Für den Entwurf von Ziffer 22 eines Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung, den der Internationale Stab am 16. Februar 1989 vorlegte, vgl. Referat 220, Bd. 144786.

²⁰ Vgl. dazu Ziffer 5 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 2./3. März 1988; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 19. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 202. Zur Konferenz vgl. AAPD 1988, I, Dok. 75.

²¹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Schon diese Formulierung wäre heute problematisch.“

4) Folgende Formulierungen sind zu diskutieren bzw. denkbar:

4.1) Vorschläge der Bündnispartner

US-Vorschlag (im NATO-Rat):

„Wir werden die konkreten Schritte tun, die zur Erhaltung dieser Fähigkeiten (sc. essentielle Bedeutung, die Abschreckung aufrechtzuerhalten und so den Frieden zu bewahren) erforderlich sind, einschließlich der Modernisierung unserer verschiedenen Nuklearwaffen über die kommenden Jahre.“

Bewertung: Nicht akzeptabel, da eindeutige Festlegung auf breit angelegte Modernisierung (d. h. praktisch Stationierungszusage) ohne Gewähr des Ziels einer Verringerung auf das erforderliche Minimum und ohne Berücksichtigung der übrigen Rahmenbedingungen (Bedrohungslage, politische Lage, Rüstungskontrollergebnisse). Außerdem ist davon auszugehen, daß diese Formulierung nicht das letzte Wort von amerikanischer Seite ist. Die USA haben in der letzten HLG-Sitzung (16.2.1989) einen Text eingeführt (später allerdings zurückgezogen), der offenbar ihren Wunschvorstellungen entspricht, für uns aber völlig inakzeptabel ist (s. gesonderten Vermerk (Ref. 201) vom 23.2.1989 zur Haltung der Verbündeten zur SNF-Modernisierung²²).

GB-Vorschlag (im NATO-Rat):

(zusätzlich zu Brüsseler Gipfelaussage)

„Eine wesentliche Voraussetzung für solche Reduzierungen (sc. landgestützter nuklearer Gefechtsköpfe) ist, daß die verbleibenden Waffen wirksam und auf dem gebotenen Stand gehalten werden; denn nur ihre offensichtliche Fähigkeit zum wirksamen Einsatz gibt Nuklearwaffen Abschreckungswirkung.“ (einzufügen in Ziffer 22)

Bewertung: Damit wird allgemeine (nukleare und konventionelle Waffen) Gipfel-Aussage auf Nuklearwaffen kürzerer Reichweite (SNF) verengt und ihre Modernisierung im Prinzip bejaht. Andererseits wird keine Aussage zum Zeitpunkt einer möglicherweise erforderlichen Modernisierungsentscheidung gemacht. Ebenso wenig enthält sie eine Festlegung auf bestimmte Systeme oder bereits eine öffentliche Unterstützung der amerikanischen und britischen Entwicklungsbemühungen. Dem Anliegen einer Reduzierung auf möglichst geringe Bestände wird im Ansatz Rechnung getragen.

Auch hier ist aber zu bezweifeln, daß dies das letzte Wort von britischer Seite ist. Der Vorschlag steht ferner im Zusammenhang eines Formulierungsvorschlags zu Ziffer 22, der in breiter Form in Anlehnung an HLG-Papiere die Bedeutung der SNF im Rahmen der Strategie darlegt, die Verlagerung auf Systeme größerer Reichweite betont und deshalb insgesamt für uns schwer akzeptabel ist, selbst wenn die politische Bedeutung der SNF einbezogen wird.

F-Vorschlag (im NATO-Rat):

„Diese Waffen (sc. Nuklearwaffen unterhalb der strategischen Waffen) müssen nach Zahl, Reichweite, Überlebensfähigkeit, Eindringfähigkeit und Flexibilität bei der Verwendung so geartet sein, daß sie diese Aufgabe glaubwürdig erfüllen können.“ (zu Ziffer 22)

²² Vgl. Anm. 8.

Bewertung: Grundsätzlich positiv: keine Festlegung auf Modernisierung, weder grundsätzlich noch nach Art und Zeitpunkt. Formulierung steht im Rahmen eines Vorschlags zu Ziffer 22, dem wir (AA, nicht aber BMVg!) zustimmen könnten. Andererseits ist dieser Vorschlag für USA und GB – wie bereits in Ratsdebatten am 8.²³ und 15.2.1989²⁴ deutlich geworden – nicht akzeptabel.

Gesamtbeurteilung der Vorschläge der Verbündeten:

Die vorliegenden Texte enthalten teilweise Elemente, die unseren Interessen entsprechen. Andererseits ist bei der Bewertung zu berücksichtigen, daß keiner dieser Verbündeten bisher bereit ist, unserem Wunsch nach einer SNF-Rüstungskontrollposition zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Vorschläge zu sehen, die uns (scheinbar) entgegenkommen.

4.2) Mögliche eigene Formulierungsvorschläge²⁵

a) Wiederholung der Aussage des Brüsseler Gipfels

Bewertung: Für USA und GB nicht ausreichend. Kaum hinreichende Grundlage für Mittelbewilligung durch US-Kongreß.

b) „Glaubwürdigkeit und damit Abschreckungswirksamkeit des Nuklearpotentials des Bündnisses in und für Europa – einschließlich der SNF – hängen von einer angemessenen Mischung geeigneter Systeme ab, die – wo erforderlich – auf dem gebotenen Stand zu halten sind. (Über Rolle und Bedeutung der SNF sowie Rüstungskontrollmöglichkeiten in diesem Bereich herrscht im Bündnis Einvernehmen.)“

Bewertung: Würde unseren Kriterien (durch Offenhalten bzw. Nichterwähnung) entsprechen.

c) „Diese Nuklearwaffen unterhalb der strategischen Ebene müssen nach Zahl, Reichweite, Überlebensfähigkeit, Eindringfähigkeit und Flexibilität bei der Verwendung so geartet sein, daß sie diese Aufgabe glaubwürdig erfüllen. Sie sind auf dem gebotenen Stand zu halten, wo dies erforderlich ist.“ (modifizierter F-Vorschlag)

Bewertung: Zwar wird auf besondere militärische Gesichtspunkte eingegangen, doch ist auch hier Akzeptanz durch USA und GB fraglich. Gegebenenfalls Ergänzung um letzten Satz aus b).

d) „Das SNF-Flugkörperpotential der NATO stellt ein wichtiges Element eines abschreckungswirksamen, glaubwürdigen Mix von Systemen der NATO-Nuklearstreitkräfte in und für Europa dar. Über Rolle und Notwendigkeit eines überlebensfähigen, operationell flexiblen SNF-Potentials, das auf dem gebotenen Stand zu halten ist, besteht im Bündnis Einvernehmen.“ (BMVg, Änderungs-/Ergänzungswunsch zu SNF-Rüstungskontroll-Papier des AA)

Bewertung: Einengung auf Lance/FOTL²⁶ („SNF-Flugkörperpotential“) problematisch. Positiv: keine zeitliche Festlegung.

²³ Zur Diskussion im Ständigen NATO-Rat am 8. Februar 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 166/167 des Gesandten von Ploetz, Brüssel (NATO), vom selben Tag; Referat 220, Bd. 144786.

²⁴ Zur Diskussion im Ständigen NATO-Rat am 15. Februar 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 196/197 des Gesandten von Ploetz, Brüssel (NATO), vom selben Tag; Referat 220, Bd. 144786.

²⁵ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Hieran wird weiter zu arbeiten sein, da alle Varianten nicht befriedigen.“

²⁶ Follow-on to Lance.

e) „Wir würdigen (oder begrüßen, oder notfalls: unterstützen) die Entwicklungsbemühungen der USA und GBs

– im Hinblick auf das Nuklearpotential des Bündnisses in und für Europa oder:

– für Boden-Boden- und Luft-Boden-Flugkörper

oder:

– für ein Lance-Folgesystem und einen Abstandsflugkörper, die die Grundlage für Entscheidungen bilden,

– die in etwa zwei bis drei Jahren zu treffen sind

oder:

– die 1991/92 zu treffen sind.“

Bewertung: Anlehnung an NPG/HLG-Aussagen in geheimen „agreed minutes“ und Hinweis auf Entwicklung möglicherweise für USA und GB ausreichend. Keine Vorwegnahme der späteren Produktions- und Dislozierungsentscheidung.

f) „Bekräftigen den Grundsatz, daß ein verringerter Bestand an Nuklearwaffen in und für Europa und die entsprechenden nuklearfähigen Trägermittel überlebensfähig, reaktionsfähig, wirksam und angemessen verteilt sein müssen. In diesem Licht sind Modernisierung und Verbesserung von Waffen und Trägermitteln ein normaler Prozeß, der erforderlich ist, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie des Bündnisses aufrechtzuerhalten.“ (in Anlehnung an NPG Agreed Minutes, Brüssel, 27./28.4.1988²⁷)

Bewertung: allgemeine, über Brüsseler Gipfel hinausgehende Modernisierungsaussage, die für USA und GB möglicherweise ausreichend ist, uns andererseits in der konkreten Entscheidung nicht präjudiziert.

Gesonderter Vermerk zum Stand der Bündnisberatungen als Anlage 4.²⁸

IV. Entscheidungsbedarf

Bei der Ausarbeitung der anlässlich des NATO-Gipfels zu verabschiedenden Texte (Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Gipfelerklärung) wird es unsere Aufgabe sein, ein möglichst deutliches, über Reykjavik hinausgehendes Bekenntnis zur SNF-Rüstungskontrolle durchzusetzen – USA (und GB) werden sich für eine möglichst weitgehende Festlegung des Bündnisses im Bereich der SNF-Modernisierung einsetzen. Zwischen diesen beiden Bereichen besteht zwar kein direktes Junktim in der Sache – Entscheidungen in dem einen Bereich wären durchaus denkbar, ohne daß auch Entscheidungen in dem anderen Bereich getroffen werden. Der im Hinblick auf den NATO-Gipfel erforderliche Interessenausgleich der Bündnispartner in den Fragen von SNF-Rüstungskontrolle und -Modernisierung wird jedoch zu einer politischen Verknüpfung²⁹ beider Themenbereiche führen.

²⁷ Am 27./28. April 1988 fand in Brüssel die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 92f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 403–405. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 134.

²⁸ Dem Vorgang beigelegt. Mit Aufzeichnung vom 24. Februar 1989 legte Referat 220 einen Sachstand zur Arbeit an einem Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vor. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144786.

²⁹ Die Wörter „politischen Verknüpfung“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Darüber ist die Diskussion in der Bundesrepublik m. E. schon hinweggegangen.“

Um in der kurzen Zeit bis zum NATO-Gipfel auf ausgewogene und für uns befriedigende Lösungen hinarbeiten zu können, sollte jetzt eine abgestimmte Haltung der Bundesregierung in beiden Themenbereichen herbeigeführt werden. Dabei kommt es insbesondere darauf an, Klarheit zu schaffen hinsichtlich

- der für uns erforderlichen Aussage zur SNF-Rüstungskontrolle,
- der für uns akzeptablen Aussage zur SNF-Modernisierung.

Holik Kastrup

Referat 220, Bd. 144786

52

Aufzeichnung des Referats 424

24. Februar 1989¹

Betr.: Besuch von StS McCormack² (State Department) und Senatorengruppe unter Leitung von Lloyd Bentsen in Bonn³;
hier: COCOM

Sachstand

1) 1987 und 1988 gab es eine Vielzahl von Aktivitäten, um COCOM (Mitglieder: NATO-Staaten – außer Island – und Japan) effizienter zu machen.

Als wichtigste sind dabei zu nennen:

2) High Level Meeting (26./27.1.1987)

Zwei Reformaufgaben beschlossen:

- Rationalisierung und Modernisierung der Kontrolllisten;
- Verbesserung der Durchsetzung der bestehenden Gesetze und Kontrollen sowie verstärkte Kooperation mit High-Tech produzierenden Drittstaaten;
- Listenkürzung vor allem Anliegen der (meisten) Europäer, Verbesserung der Kontrollen/Drittlandsinitiative auf Drängen der Amerikaner. Maßnahmen in beiden Bereichen sollten parallel erfolgen.

¹ Ablichtung.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten notierte am 17. Februar 1989, nach Mitteilung der amerikanischen Botschaft werde der designierte Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, McCormack, die Bundesrepublik am 27. Februar 1989 besuchen: „Er ist Nachfolger von Under-Secretary Wallis und übernimmt auch dessen Aufgabe als Sherpa der US-Administration für die Weltwirtschaftsgipfel.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160525.

³ Der Besuch einer Gruppe amerikanischer Senatoren unter der Leitung des Senators Bentsen in der Bundesrepublik war für den 21. März 1989 vorgesehen. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 15. März 1989: „Wie Botschaft aus dem Department of State erfuhr, hat die Delegation der US-Senatoren ihren Besuch in Bonn abgesagt. Gesprächspartner ließ durchblicken, daß der Grund dafür die nicht hinlänglich hochrangige Wahrnehmung durch die Mitglieder des Bundeskabinetts gewesen sei. [...] Aus der britischen und französischen Botschaft ist zu erfahren, daß die Delegation in London und Paris jeweils auf höchster Ebene wahrgenommen wird (Präs[ident] Mitterrand, PM Thatcher).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1185; Referat 221 (204), Bd. 179529.

3) Senior Political Meeting (SPM) am 27./28.1.1988 in Versailles

Treffen fand statt auf Drängen der USA (Teilnehmer: die COCOM-MS). Ziel war: Zwischenbilanz der 1987 beschlossenen Maßnahmen für bessere Effizienz der COCOM-Arbeit, Ausrichtung für weitere Arbeit.

Trotz unterschiedlicher Zielsetzungen (USA: bessere Kontrollen und zusätzliche Leistungen aller MS für größere COCOM-Effizienz; wir, wie alle Europäer: Abbau einseitiger US-Betonung besserer Kontrollen und statt dessen Betonung der Gleichwertigkeit von Listenkürzung und Kontrollbereich) wird folgendes Ergebnis erzielt:

- mehrfache Herausstellung der Gleichwertigkeit von Listenkürzung und besseren Kontrollen;
- Erweiterung der Zuständigkeit (um den Bereich „Listenkürzung“), damit Stärkung des neu geschaffenen „Executive Committee“ (bisher „Subcommittee on Export Controls“);
- Betonung unseres besonderen Anliegens, den Handel zwischen den COCOM-MS („Intra-COCOM-Handel“) von Beschränkungen möglichst zu befreien.

4)⁴ Die Bilanz nach fast zwei Jahren des Bemühens um eine Kürzung der COCOM-Listen ist aus unserer Sicht enttäuschend:

Lediglich sieben Positionen der insgesamt 127 Positionen umfassenden Industrieliste wurden gänzlich gestrichen; fünf Teilpositionen wurden gestrichen; 53 Verwaltungsausnahmen, d. h. Positionen, die bislang national ohne Beteiligung des COCOM in Paris genehmigt werden konnten, sind nun völlig freigegeben worden, so daß sie nun ohne Ausfuhrgenehmigung exportiert werden können.

Auch im Bereich der sog. Listenrevision, (d. h. Änderung der Listenpositionen aufgrund des eingetretenen technischen Fortschritts) hat es zum Teil überhaupt keine oder nur sehr begrenzte Liberalisierungen gegeben. In den wichtigen Bereichen „Computer“ (Position 1565) und „Telekommunikation“ (Position 1567) sind die technischen Parameter etwas angehoben und die Ausfuhren damit etwas erleichtert worden.

In dem für die deutsche Industrie besonders wichtigen Bereich „Werkzeugmaschinen“ hat es wegen amerikanischen Widerstandes überhaupt keine Bewegung gegeben, obwohl es vor den eigentlichen COCOM-Verhandlungen zwei bilaterale deutsch-amerikanische Konsultationsrunden nur zu diesem Bereich gegeben hatte.

Auch letzte Verhandlungsrunde Anfang Februar 1989 in Paris (aufgrund einer Vereinbarung im Executive Committee) ist ergebnislos verlaufen. Trotz monatelanger Vorbereitung und positiven Ankündigungen der US-Seite konnte US-Delegation noch nicht einmal Fachverhandlungen führen.

5) Bei deutsch-amerikanischen COCOM-Konsultationen (19. und 20.10.1988 in Bonn) wurden die bestehenden Differenzen bei in Zukunft zu leistender COCOM-Arbeit offen angesprochen, ohne grundsätzliches Einverständnis über die Prinzipien COCOMs in Frage zu stellen.

⁴ Korrigiert aus: „5)“.

Die US-Besorgnisse konzentrierten sich auf bestehendes deutsches Exportkontrollverfahren und europäischen Binnenmarkt 1992 mit dem geplanten Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EG.

Wir haben mangelnden Fortschritt bei Kürzung und Anpassung der COCOM-Listen (hier vor allem Widerstand der US-Seite) beklagt, darauf hingewiesen, daß Öffentlichkeit und Industrie baldige signifikante COCOM-Liberalisierung erwarten.

US-Seite betonte, daß sie im COCOM immer zu Verhandlungen über Liberalisierungen bereit sei. Bei Entwicklung in der Sowjetunion sehe sie noch nicht die Fakten, die eine Änderung der Bewertung der sowjetischen Bedrohung erlaubten. (Anmerkung: Nach sowjetischem Abzug aus Afghanistan⁵ wird in Washington über Aufgabe der „no exception policy“ nachgedacht; Ergebnisse liegen noch nicht vor.)

6) Im Zusammenhang mit Rabta⁶ (kein COCOM-Fall, weil Libyen kein COCOM-Zielland) sind u. a. folgende Verbesserungen unserer Genehmigungs- und Kontrollpraxis bei Exporten vorgesehen:

- Erweiterung der Genehmigungspflicht auf Export der Technologieunterlagen (bisher nur gegenüber Ostblock genehmigungspflichtig, OECD-Staaten bleiben ausgenommen, um West-West-Technologietransfer nicht über Gebühr zu erschweren);
- Erweiterung der Genehmigungspflicht für Export von Vorprodukten für CW-Herstellung;
- Verbesserung unserer Vorschriften für – allein in D schon bestehende – Genehmigungspflicht bei Export von Anlagen, die für CW-Herstellung geeignet;
- Verbot und Strafbarkeit der Erforschung, Herstellung, Weitergabe etc. von B- und C-Waffen;
- im Nuklearbereich: Meldepflicht bei Produktion von Gütern, deren Export genehmigungspflichtig;
- besserer Informationsaustausch zwischen allen Genehmigungs-, Kontroll-, Ermittlungs- und Verfolgungsbehörden;
- mehr Personal, bessere Ausstattung für alle diese Behörden.

7) Uns macht zunehmend Sorge Praxis der US-Seite, COCOM-Anträge aus anderen MS nur mit allgemeinem Hinweis auf entsprechende CIA-Erkenntnisse abzulehnen (bei Nachfrage wird nähere Auskunft abgelehnt, angeblich wegen Quellenschutz).

Referat 424, Bd. 220427

⁵ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

⁶ Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

53

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar

27. Februar 1989¹

Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Dr. Schäuble, mit dem jugoslawischen Außenminister Budimir Lončar, Bonn, 27. Februar 1989, 18.15 Uhr–19.15 Uhr

Bundesminister Dr. Schäuble (BM) empfängt Außenminister Lončar (L.) auf dessen Wunsch zu einem etwa einstündigen Gespräch, an dem teilnehmen auf deutscher Seite: StS Neusel/BMI, RL 212² (Note-taker), Dolmetscher Lohner; auf jugoslawischer Seite: Botschafter Dragović, Abteilungsleiter Djukić, Deutschland-Referent Kosanović (Note-taker), Dolmetscher Zlatko.

BM heißt *Lončar* im Bundeskanzleramt willkommen und versichert, das heute zu besprechende Problem und die von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen³ änderten nichts daran, was der Bundeskanzler bei seinen verschiedenen Gesprächen mit der jugoslawischen Regierung ausdrücklich bekräftigt habe: unser großes Interesse an guten Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Bundesregierung würdige die Bedeutung Jugoslawiens und sei zu uneingeschränkter Zusammenarbeit wie bisher bereit. Zugleich müsse sie um jugoslawisches Verständnis dafür bitten, daß im letzten Jahr ein Problem entstanden sei, mit dem man mit bisherigen Methoden nicht fertig werde – und nunmehr andere Maßnahmen erwägen müsse.

Lončar dankt für Begrüßung und erinnert an Gespräche, die er während seiner Botschafter-Zeit⁴ in diesem Hause und mit dem damaligen Ministerpräsidenten Kohl geführt habe. Seitens der jugoslawischen Führung übermittle er herzliche und persönliche Grüße an den Bundeskanzler.

An StS Neusel gerichtet, erwähnt er die gute Tradition der Beziehungen auch zwischen den Innenministerien, die, von BM Genscher eingeleitet, heute mit BM Zimmermann fortgesetzt werde. MP Mikulić, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Organisations-Komitees der Olympischen Spiele Sarajevo⁵ BM Zimmermann kennengelernt habe, übermittle seine herzlichen Grüße.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 28. Februar 1989 gefertigt und am 3. März 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung der Herren Staatssekretäre“ übermittelt. Dazu vermerkte Kaestner: „Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir im Gegenzug den Vermerk über das Gespräch von Herrn Bundesminister Genscher mit Außenminister Lončar zur Verfügung stellen würden.“ Hat Bächmann am 3. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte.

Hat Lautenschlager am 3. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte MB fragen.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178923.

² Uwe Kaestner.

³ Zur Frage der Einführung der Visumpflicht für jugoslawische Staatsangehörige vgl. Dok. 4, Anm. 7.

⁴ Budimir Lončar war von 1973 bis 1977 jugoslawischer Botschafter in der Bundesrepublik.

⁵ In Sarajevo fanden vom 8. bis 19. Februar 1984 die Olympischen Winterspiele statt.

Mit Befriedigung – so L. weiter – stelle er Kontinuität der Interessen beider Länder an guter und umfassender Zusammenarbeit fest. Heute führe ihn ein Problem nach Bonn, mit dem sich die Führung, die Öffentlichkeit und die Medien seines Landes aufs intensivste beschäftigten und das derzeit eine der wichtigsten – wenn nicht die wichtigste – Frage auf der außenpolitischen Agenda seines Landes sei. Dieses Problem könne in der Zusammenarbeit mit dem wichtigsten westlichen Partner – der Bundesrepublik Deutschland – eine Kettenreaktion auslösen.

Er komme nicht nach Bonn – so L. –, um Druck auszuüben oder die Einschätzung des BM hinsichtlich der entstandenen Lage zu ändern. Er komme aber, weil Gefahr bestehe, daß das entstandene Problem große negative Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen habe.

BM unterstreicht, in der Tat sei ein Problem entstanden. Die Bundesrepublik Deutschland sei in einer einzigartigen verfassungsrechtlichen Situation, nach der sie jeden, der in unser Land oder an seine Grenze komme und Asyl verlange, zunächst aufnehmen und sein Begehren überprüfen müsse, auch wenn dieses mit großer Wahrscheinlichkeit letztendlich abgelehnt werden müsse. Die entsprechenden Verfahren könnten lange Jahre dauern. 1988 hätten 20 800 Jugoslawen bei uns Asyl erbeten, nur 0,2% sei als politisch verfolgt anerkannt worden.

Die Verfassung unseres Landes⁶ könne derzeit nicht geändert werden, also sei die einzige Möglichkeit, über die die Bundesregierung verfüge, Menschen, die derartig unbegründete Anträge stellen könnten, überhaupt nicht in die Bundesrepublik Deutschland herein- oder an ihre Grenzen herankommen zu lassen.

Wenn sich die Bundesregierung nunmehr zu Maßnahmen durchgerungen habe, dann nicht leichten Herzens und insbesondere nicht, um sich gegen Jugoslawien zu wenden oder die guten bilateralen Beziehungen zu beeinträchtigen.

Lončar bekundet Verständnis für unsere verfassungsrechtliche Lage und die daraus entstandenen Probleme, die sowohl materielle wie politische und soziale Aspekte hätten, die er nicht verniedlichen wolle. Im Gegenteil:

Er sei gekommen, um die jugoslawische Bereitschaft zu umfassender Zusammenarbeit anzubieten. Die Bundesregierung habe offensichtlich vor, Maßnahmen zu treffen, die sie im besten Interesse der Bundesrepublik Deutschland glaube.⁷ Er – L. – wolle aber darum bitten, dabei auch die bilateralen Beziehungen im Auge zu behalten. Die jugoslawische Regierung sei bereit, dazu durch eigene Maßnahmen beizutragen, die nach seiner Meinung wirksamer sein würden als die geplante Einführung der SV-Pflicht.

Im Augenblick würden jährlich etwa 14 Mio. Reisen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet, davon 9 Mio. über Österreich, mit dem Jugoslawien Sichtvermerksfreiheit vereinbart habe.

Wolle man angesichts dieses Reisevolumens die SV-Pflicht einführen, so werde man vielleicht den einen oder anderen Scheinasylanten abhalten. Das, was sein Land anbieten könne, werde jedenfalls viel wirkungsvoller sein.

⁶ Vgl. dazu Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

⁷ So in der Vorlage.

Wenn sein Land diesem Thema in der⁸ Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe, so deshalb, weil in den letzten Jahren die Weichen in Richtung Liberalisierung, Demokratisierung, Vergrößerung der Reisefreiheit gestellt worden seien. Von 34 europäischen Ländern habe Jugoslawien mit 31 Sichtvermerksfreiheit. Die Ausnahmen seien Albanien, Griechenland und seit jüngstem Frankreich (einseitig gegenüber Jugoslawien).

Sein Land sei sich durchaus der Tatsache bewußt, daß das Problem in Jugoslawien entstehe und sich dann in der Bundesrepublik Deutschland auswirke. Von den genannten rd. 20 000 Asylbewerbern komme jedoch der Großteil aus drei Gebieten Jugoslawiens und habe zudem nationale und soziale Besonderheiten: Albaner, die in bestimmten Gebieten Jugoslawiens neu angesiedelt wurden, Zigeuner.

Führe man nun die SV-Pflicht ein, so werde für Millionen das Leben erschwert, ohne daß gewährleistet sei, daß den potentiellen Scheinasylanten der Zugang verwehrt werde. So könne der Beamte in einer deutschen Auslandsvertretung dem Visumsbewerber nicht vom Gesicht ablesen, was er in Deutschland vorhabe.

Als konkrete Maßnahme schlage Jugoslawien vor:

Erstens:

Enge Zusammenarbeit bei Bekämpfung von Schlepper-Organisationen. Dabei könne an die bestehende sehr gute Zusammenarbeit der Innenministerien bei der Bekämpfung der Kriminalität, des Drogenhandels und des Terrorismus angeknüpft werden.

Zweitens:

Administrativ-psychologischer Druck und verstärkte Kontrolle gegenüber potentiellen Asylanten in den jugoslawischen Gebieten, aus denen die Mehrzahl hierher komme.

Drittens:

Weisung an jugoslawische Grenzorgane, mit erhöhter „Findigkeit“ Personen zurückzuhalten, von denen anzunehmen sei, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland Asylanträge stellen würden.

Viertens:

Enge Zusammenarbeit zwischen jugoslawischen und österreichischen Grenzorganen mit dem Ziel, potentielle Asylanten auch aus Österreich nach Jugoslawien zurückzuschicken, und

Fünftens:

Öffentliche Warnung des jugoslawischen Innenministeriums (Pressekonferenz usw.) an alle jugoslawischen Paßinhaber, ihre Pässe nicht mißbräuchlich zu verwenden und sich gegen solche Landsleute, die dies dennoch tun, zu solidarisieren.

Er – L. – sei überzeugt, daß mit diesen Maßnahmen die Zahl der Scheinasylanten auf ein Minimum reduziert werden könne. Er schlage einen gewissen Zeitraum vor, in dem beide Seiten prüften, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen greifen oder nicht. Er wolle unterstreichen, daß das entstandene Problem gemeinsam sei und deshalb durch Zusammenarbeit gelöst werden müsse.

⁸ Korrigiert aus: „Thema der“.

Würde hingegen die Bundesregierung jetzt die SV-Pflicht einführen, so würde dies

- in der jugoslawischen Öffentlichkeit als Akt der Diskriminierung gegen Jugoslawien empfunden;
- das in langen Jahren gewachsene Maß politischer Freundschaft beider Länder beeinträchtigen;
- schwerwiegende Auswirkungen auf den Verkehr und die Kommunikationen zwischen beiden Ländern haben;
- zu unmittelbaren materiellen Konsequenzen führen,
- die jugoslawische Regierung zwingen, Gegenmaßnahmen zu erwägen – sein Land sei sich durchaus seiner Würde und seiner Stellung in Europa und in der Welt bewußt;
- in einem Augenblick geschehen, in dem Jugoslawien gerade mit Genugtuung festgestellt habe, daß die Bundesrepublik Deutschland als wichtigster westlicher Partner seine Beziehungen zu Europa erleichtere;
- in einem Moment geschehen, in dem Jugoslawien marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen durchführe, die das Land gegenüber Europa öffneten, und sich durch politische Reformen Demokratie und Pluralismus aufbaue und
- den Bestimmungen der KSZE über menschliche Kontakte und Freiheiten⁹ widersprechen – wo man doch gerade auf der Wiener KSZE-Konferenz¹⁰ die Beziehungen beider Länder als vorbildlich hingestellt habe.

Er wolle wiederholen: Es handle sich um ein gemeinsames Problem, das im gemeinsamen Interesse überwunden werden müsse. Dabei verlange er nicht, daß BM ihm glaube, ohne zu überprüfen. Gerade dafür sei aber eine gewisse Zeit nötig, die man zur Zusammenarbeit nutzen wolle.

BM dankt L., daß er von gemeinsamem Problem und gemeinsamem Interesse an der Lösung gesprochen habe. Er wolle seinerseits wiederholen, daß die von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen nichts mit den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder zu tun hätten. Die Entscheidung sei uns nicht leichtgefallen, die Vielzahl der Argumente, die L. angeführt habe, hätten auch wir sorgfältig erwogen.

Er stimme L. auch darin zu, daß das entstandene Problem gemeinsam besser gelöst werden könne als allein, zumal der Bundesregierung aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Lage nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung stünden. Hierzu habe es in der vergangenen Woche bereits Gespräche der beiderseitigen Innenministerien gegeben, und Bundesminister Zimmermann habe bereits gesagt, daß dann, wenn es andere Wege gebe, das Ziel zu erreichen, das die Bundesregierung mit der Einführung der SV-Pflicht erreichen wolle, man dann nicht auf diese Einführung angewiesen sei. Dasselbe habe BM Genscher L. heute vormittag bekräftigt.¹¹

⁹ Vgl. den Abschnitt „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

¹⁰ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

¹¹ Im Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar am 27. Februar 1989 legte Bundesminister Genscher dar, die Zahl der Asylsuchenden aus Jugoslawien sei „1988 im Verhältnis zu 1987 um über 400 % gestiegen. Die Asyl-Anerkennungsquote sei mikroskopisch klein. [...] Er werde sich dafür einsetzen, die förmliche Entscheidung über die Kündigung des S[icht]V[ermerks]-Abkommens hinauszuschieben, wenn er sagen könne, JUG sei zu gewissen Maßnahmen bereit. Dies sei keine

In jedem Falle werde man Zeit brauchen, um die Einführung einer SV-Pflicht vollziehen zu können, und zwar mehr, als die Kündigungsfrist des bilateralen Abkommens¹² betrage. Diesen Zeitraum solle man nutzen. Er wolle allerdings klarstellen:

- Die Entscheidung, daß man Maßnahmen ergreifen müsse, um diese illegale Einwanderung zu begrenzen, sei in der vergangenen Woche auf politischer Ebene getroffen worden.
- Gerade wegen des erforderlichen zeitlichen Verlaufs werde die Bundesregierung die Vorbereitungen weiterlaufen lassen, um notfalls in der Lage zu sein, die Einführung der SV-Pflicht doch zu vollziehen.

Andererseits sei ein formeller Beschluß, das SV-Abkommen zu kündigen, noch nicht gefaßt worden und werde auch in den nächsten Tagen nicht gefaßt werden. Deshalb sei nicht ausgeschlossen, daß man aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Erfahrungen letztendlich von der Kündigungsmöglichkeit keinen Gebrauch machen müsse.

In diesem Sinn danke er L. für die hier vorgetragenen Vorschläge, insbesondere auch einseitiger Maßnahmen der jugoslawischen Seite, um die Dinge auf den Stand von vor 1988 zurückzuführen.

Lončar stellt mit Befriedigung fest, daß man sich verstanden habe, ein gemeinsames Problem, das in den bilateralen Beziehungen außerordentliche Bedeutung habe, auch gemeinsam zu lösen.

Auf jugoslawischer Seite sei man nicht so naiv zu glauben, daß man großartige Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland haben könne, wenn diese Beziehungen nicht auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland lägen. Dabei müsse es nicht in jedem Augenblick eine völlige Symmetrie der Interessen geben, global gesehen müsse das Verhältnis jedoch ausgewogen sein. Gute Beziehungen müßten von beiden Seiten mit Geduld und Großherzigkeit gepflegt werden, wie sie Jugoslawien auch in verschiedenen Situationen früherer Jahre schon bewiesen habe. In diesem Sinn sei sein Land auch jetzt zur Zusammenarbeit bereit.

BM bestätigt, daß wir die guten Beziehungen, für die sich der Bundeskanzler immer wieder persönlich eingesetzt habe, nicht gefährden, sondern weiterentwickeln wollten. Diese guten Beziehungen wurzelten auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen, wie die große Zahl von Jugoslawen, die in unserem Land – zum Teil seit Jahren – wohnen und arbeiten, beweise. Dies alles solle so bleiben.

All dies sei aber auch ein Grund, warum man sich angesichts des entstehenden Problems recht spät zum Handeln entschieden habe – man stehe also unter

Fortsetzung Fußnote von Seite 250

Mitteilung der Bundesregierung; er sage dies als Freund und Kollege. [...] Er unterstelle einmal, daß die Entscheidung um ein paar Wochen aufgeschoben werden könne, vielleicht um zwei Monate. Die jugoslawischen Maßnahmen würden möglicherweise nicht sofort greifen, aber wenn sie dies täten, sei niemand glücklicher als er. Er wolle am Mittwoch im Kabinett für eine solche Entscheidung eintreten. Dies müsse allerdings von jugoslawischen Maßnahmen begleitet sein; sonst könne er dem Druck nicht standhalten.* Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

¹² Artikel 13 Absatz 2 der Sichtvermerksvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der jugoslawischen Regierung vom 17./23. Oktober 1968 bestimmte, daß die Vereinbarung jederzeit unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten gekündigt werden könne. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 59 vom 26. März 1969, S. 1.

großem Zeitdruck. Er wolle L. fragen, in welchem Zeitraum er sich Maßnahmen vorstellen könne, die sichtbare Ergebnisse zeitigten.

Lončar hofft, daß dies bereits in ein bis zwei Monaten der Fall sein wird – sein Land werde alles in seinen Kräften Stehende tun.

BM dankt für den Besuch L.s und hofft, daß es nach diesem Gespräch gelingen wird, in der überaus schwierigen Situation einen Weg zu finden, der es ermöglicht, die Beziehungen beider Länder so positiv weiterzuentwickeln, wie dies beiderseits gewünscht werde.

Lončar betont, man habe schon in der Vergangenheit schwierige Situationen gut und einvernehmlich gelöst – deshalb sei er optimistisch.¹³

Referat 010, Bd. 178923

54

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke

320-320.10 SUA-225/89 VS-vertraulich

28. Februar 1989

Über Dg 32¹, D 3² Herrn Staatssekretär³ im Hause

Betr.: Zukünftiges Verhalten gegenüber Winnie Mandela⁴

Bezug: Ihre Bitte um Stellungnahme vom 21.2.1989 zu den Berichten Nr. 33/34 der Botschaft Kapstadt vom 21.2.1989⁵

¹³ Zum Fortgang vgl. Dok. 70.

¹ Hat Ministerialdirigent Sulimma am 2. März 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 3. März 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte: „Siehe meine Fragen Seite 3.“ Vgl. Anm. 8 und 11.

Hat Schlagintweit am 7. März 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nöldeke verfügte.

Hat Sulimma und Nöldeke am 7. März 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt, informierte am 13. Februar 1989, in der südafrikanischen Presse werde über die Entführung von Jugendlichen aus der Obhut des Methodistenpfarrers Verry in Orlando (Soweto) berichtet. Einer der Entführten habe dargelegt: „Mitglieder des Mandela Fußballclubs seien am 29.12.1988 in der Methodistenkirche erschienen und hätten den dort spielenden Jugendlichen vorgeworfen, bei Weißen zu wohnen und mit Rassistengeld Lebensmittel zu kaufen“. Vier Jugendliche, darunter Stompie, seien in einem Kombi, der W[innie] Mandela gehöre, zu ihr gefahren worden. Sie habe [...] wissen wollen, warum sie in der Kirche wohnten und sich von Weißen sexuell mißbrauchen ließen. Als die Jungen die Vorwürfe sexuellen Mißbrauchs abtritten, sei Frau Mandela in ihr Schlafzimmer gegangen, habe einen Sjambok (Peitsche) geholt und die Jungen damit geschlagen. Anschließend hätten Mitglieder des Fußballclubs die Jungen geschlagen und getreten, bis diese die Vorwürfe unter Druck nicht mehr abgestritten hätten. Nur Stompie habe sich geweigert. Zu einem Zeitpunkt, als sich die Aufmerksamkeit auf ihn richtete, habe er (der Erzähler) fliehen können.“ Nach einem ersten erfolglosen Anlauf sei beschlossen worden, eine Person zu Mandelas Haus in Diepkloof zu entsenden, die Mandela kenne: „Die Wahl fällt auf Dr. Asvat.“ Dieser habe Stompie sterbend aufgefunden; kurz danach sei Asvat ermordet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 320, Bd. 156080.

⁵ Mit Drahtbericht Nr. 33/34 vom 20. Februar 1989, der am folgenden Tag einging, berichtete Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt: „Ich habe am 16.2. längere Gespräche mit Dr. Motlana, einem ihrer ältesten und engsten Freunde, und mit dem Anwalt Nelson Mandelas, Ismail Ayob, geführt so-

I. Hintergrund unserer Überlegungen für ein zukünftiges Verhalten gegenüber Winnie Mandela

Unsere Stellungnahme und die hierauf gestützten operativen Empfehlungen gehen von folgenden Überlegungen aus:

1) Frau Mandela, die über viele Jahre als „Mutter der Nation“ über großen Einfluß in der schwarzen Bevölkerung verfügte, gehörte naturgemäß und politisch gewollt zu unseren Ansprechpartnern in Südafrika; eine Feststellung, die übrigens auch für die anderen westlichen Botschafter in Pretoria galt.

2) Nach den jüngsten Ereignissen im Zusammenhang mit Entführungen, Folterungen und mysteriösen Mordfällen ist Frau Mandela ins Zwielicht geraten. Durch die Distanzierungen von UDF⁶ und COSATU⁷ von Frau Mandela hat ihr Ansehen in der schwarzen Bevölkerung erheblichen Schaden gelitten. Auch wenn in der Vergangenheit immer wieder Vorwürfe wegen ihrer politischen Äußerungen, ihres Auftretens, ihres extravaganten Lebensstils, insbesondere auch im Zusammenhang eines luxuriösen Hauses in Soweto, erhoben wurden, war sie in den langen Jahren ihres Hausarrestes (1963 bis 1986) zu einer Symbolfigur für den schwarzen Anti-Apartheids-Kampf in Südafrika geworden.

3) Die jetzigen Vorfälle und die damit verbundenen Vorwürfe gegen Frau Mandela haben – auch durch die erfolgten Distanzierungen der führenden Anti-Apartheids-Organisationen UDF und COSATU – für unsere Meinungsbildung und unser operatives Verhalten erhebliches Gewicht. Dabei müssen wir aber berücksichtigen, daß die polizeilichen Untersuchungen noch laufen und der Wahrheitsgehalt der gegen Frau Mandela gerichteten Anschuldigungen noch nicht abschließend und zweifelsfrei feststeht.

4) Wir sollten unser Verhalten in der Angelegenheit „Winnie Mandela“ danach richten, daß weder unsere eigene Glaubwürdigkeit noch unsere politischen Anliegen Schaden leiden können. Dies wäre möglicherweise der Fall, wenn wir hinsichtlich Frau Mandelas, die über viele Jahre als „Symbol“ und „Königin Afrikas“ gefeiert wurde und die jetzt mit ungeklärten Verbrechen in Zusammenhang gebracht wird, übergangslos vom „Hosianna“ zur „Kreuzigung“ übergehen würden. Wir sollten folglich besonnen und mit Zurückhaltung reagieren und vermeiden, uns mit Bewertungen und öffentlichen Erklärungen in einen Bereich zu begeben, der in Südafrika von der Tatseite her noch unaufgeklärt und – vor allem in der schwarzen Bevölkerung – emotional hoch belastet ist. Berücksichtigt werden muß weiterhin, daß Frau Mandela – gleich, wie die Affäre ausgeht – in

Fortsetzung Fußnote von Seite 252

wie am 17.2. im Hause des Kulturreferenten wie erbeten mit Frau Mandela gesprochen. Auch nach diesem Gespräch bleibt die Landschaft im Nebel (bei Frau Mandelas Temperament sollte man vielleicht von Pulverdampf sprechen!) gehüllt, doch festigen sich die Umrisse des Geschehens in Soweto, die zu der Krise um Frau Mandela geführt haben, immer mehr. Bei der Darstellung empfiehlt es sich, zwischen den Ereignissen um das Verschwinden von ‚Stompie‘ und der Vorgeschichte zu unterscheiden, d. h. den langsamen Verfall ihrer Autorität, der dazu geführt hat, daß die jetzt vorläufige Affäre das Faß zum Überlaufen brachte. Was ersteres anbetrifft, ist festzuhalten, daß der Verdacht der Mißhandlung und Tötung sich nach wie vor gegen Mitglieder des sogenannten ‚Mandela Football Teams‘ richtet, nicht gegen Frau Mandela selbst. Sollte allerdings Stompie wirklich im Hause von Frau Mandela umgebracht worden sein, würde sich unweigerlich die Frage ihrer Mitwisserschaft stellen.“ Die Ausführungen Motlanas seien geeignet, „das in der Presse gegebene Bild eher zu erhärten“. Vgl. VS-Bd. 13691 (320); B 150, Aktenkopien 1989.

⁶ United Democratic Front.

⁷ Congress of South African Trade Unions.

der schwarzen Widerstandsbewegung oder zumindest in Teilen von ihr auch in Zukunft eine politische Rolle spielen dürfte.

II. Operative Empfehlungen

1) Vor diesem Hintergrund sollten wir zu der Frage, ob wir weiterhin von Winnie Mandela Stipendienkandidaten aussuchen lassen sollten und ob wir sie weiterhin unterstützen lassen sollten, wie folgt Stellung nehmen:

- Im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge sollten wir zum jetzigen Zeitpunkt Zurückhaltung im Umgang mit Winnie Mandela üben, bis zur völligen Aufklärung der Vorwürfe gegen sie warten, uns allerdings an keiner öffentlichen Vorverurteilung beteiligen.
- Unbeschadet dieser Grundsätze sollten wir allerdings auch den Empfehlungen von Ismail Ayob, dem Anwalt von Nelson Mandela, Eric Molobi und den Empfehlungen von UDF und COSATU Gewicht beimessen und in der jetzigen Situation Frau Mandela nicht als Mittler ansehen, sondern für unsere Projekte, insbesondere für unser langfristig angelegtes Studienprogramm, andere Mittler finden.
- Bereits interviewte Kandidaten für die Studienförderung, die von Frau Mandela vermittelt wurden⁸, sollten jedoch weiterhin gefördert werden.

2) Eine Überweisung von En-bloc-Beträgen an Frau Mandela sollte vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse sofort⁹ eingestellt werden.

- Bei der Auswahl der Stipendien sollte den Vorschlägen des Anwalts Ayob bzw. Botschafter Stabreits gefolgt werden und die Auswahl pädagogisch sachkundigen Personen in der schwarzen Gemeinschaft bzw. dem National Education Crisis Committee (NECC), Eric Molobi und anderen geeigneten Institutionen übertragen werden.

3) Die Schulgelder¹⁰ und die Stipendien für die Enkel Nelson Mandelas sollten zunächst weiterhin (über Winnie Mandela¹¹) gezahlt werden, weil insoweit auch von einem besonderen Interesse Nelson Mandelas auszugehen ist.¹² Falls

⁸ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wann sind diese ‚interviewt‘ worden? Wie viele sind das? Wann wurden sie vermittelt?“ Vgl. Anm. 3.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke notierte am 15. März 1989, nach Auskunft der Botschaft in Pretoria seien die letzten von Winnie Mandela vermittelten Kandidaten für die Studienförderung am 13. Februar 1989 interviewt worden. Insgesamt seien ca. 50 Kandidaten interviewt worden. Bislang hätten sechs Kandidaten Zusagen auf Studienbeihilfen erhalten. Vgl. dazu VS-Bd. 13691 (320); B 150, Aktenkopien 1989.

Am 30. März 1989 ergänzte Nöldeke, am 13. Februar habe ein Botschaftsvertreter Winnie Mandela letztmals besucht. Am 17. Februar 1989 hätten sich UDF und COSATU von ihr distanziert. Zahlungen seien bisher nicht erfolgt. Vgl. dazu VS-Bd. 13691 (320); B 150, Aktenkopien 1989.

⁹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit gestrichen.

¹⁰ Korrigiert aus: „Schuldgelder“.

Das Wort „Schuldgelder“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹¹ Die Wörter „über Winnie Mandela“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Geht das nicht direkt?“ Vgl. Anm. 3.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke notierte am 15. März 1989, nach Auskunft der Botschaft in Pretoria seien die Schulgelder und Stipendien „stets direkt an die entsprechenden Institutionen gezahlt worden“. Vgl. VS-Bd. 13691 (320); B 150, Aktenkopien 1989.

¹² Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 21. Februar 1989: „Ausweislich der hiesigen Unterlagen haben Frau Mandela bzw. ihr nahestehende Personen und Institutionen folgende Zuwendungen erhalten: 1) Im Jahr 1987 aus Mitteln des Sonderprogramms Südliches Afrika: Studien- und Schulgebühren

es¹³ zu einer Trennung zwischen Nelson und Winnie Mandela kommen sollte, müßten diese Zahlungen auf anderem Wege erfolgen.

Nöldeke

VS-Bd. 13691 (320)

55

Ministerialdirigent Trumpf und Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze, beide z.Z. Tegucigalpa, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 53
Citissime

Aufgabe: 1. März 1989, 08.30 Uhr¹
Ankunft: 1. März 1989, 19.55 Uhr

Betr.: San-José-V-Konferenz in San Pedro Sula (Honduras) 27./28.2.1989;
hier: Schlußbericht

Bezug: DB aus San Pedro Sula (ohne Nummer) vom 24.2.1989

Vorbemerkung: Übermittlung aus San Pedro Sula am 28.2. scheiterte an technischen Schwierigkeiten.

I. 1) San José V war bestimmt von Konsensus der Teilnehmer, der gemeinsamen Hoffnung auf Frieden für die Region und der gemeinsamen Verantwortung, wie AM Ordóñez (E) für die Gemeinschaft in der abschließenden Pressekonferenz erklärte.

Herausragende Themen waren

– das Ergebnis des ZA-Gipfels in ELS²,

Fortsetzung Fußnote von Seite 254

in zwei Fällen DM 3500; Ausstattung der W[innie]M[andela]-Krankenstation, Brandfort, mit Generator und Decken DM 3600; Wiederaufbau der WM-Krankenstation, Brandfort, DM 12 790, die Zuweisung seitens des AA belief sich auf DM 50 000; Schulgelder für Enkelkinder Mandela DM 3150. 2) Zuwendungen im Jahre 1988 aus Mitteln des Sonderprogramms: WM-Stipendienfonds DM 31 970; Stipendium für Nandi Mandela (Enkelin aus Nelson Mandelas erster Ehe) DM 5800; Schulgebühren für Enkelkinder Mandela DM 4400; Zuwendung an Verlag Skotaville für Biographie Nelson Mandela DM 13 500.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 117; VS-Bd. 13691 (320); B 150, Aktenkopien 1989.

¹³ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „– wie spekuliert wird –“.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Vortragendem Legationsrat von Stechow am 3. März 1989 vorgelegen.

² Am 13./14. Februar 1989 fand in Costa del Sol (El Salvador) ein Gipfeltreffen zentralamerikanischer Präsidenten statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer legte dazu am 20. Februar 1989 dar: „Auf dem Gipfel hat Präsident Ortega erstmals konkrete Schritte zur Demokratisierung, darunter einen festen Zeitplan für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen (Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum ZA-Parlament) bei Anwesenheit internationaler Beobachter in den letzten zehn Monaten vor der Wahl angekündigt.“ Die Wahlen sollten spätestens am 25. Februar 1990 abgehalten werden. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146581. Vgl. ferner das Kommuniké des Gipfeltreffens; EUROPA-ARCHIV 1989, D 232–234.

- das Angebot Duarte, die Wahlen in ELS zu verschieben³, um Gespräche mit der FMLN zu ermöglichen,
- Förderung des intraregionalen Handels,
- Verschuldung.

Die politischen und wirtschaftlichen Erklärungen⁴ konnten bereits vor Beginn der Konferenz auf Beamtenebene abschließend vereinbart werden. Schwierigkeiten ergaben sich nur bei dem Wunsch der ZA-Staaten, schon jetzt eine Zusage der EG für das Projekt einer Wiederbelebung des intraregionalen Handels zu erhalten. Auch hier konnte auf der Grundlage einer von der Ratsdebatte am 20. Februar⁵ abgedeckte Formel erzielt werden.⁶

In ihren Erklärungen würdigten die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Fortschritte im Friedensprozeß (Präsidentenerklärung von ELS, Zusage der Demokratisierung in Nicaragua, Bemühungen um Beendigung des Konflikts in ELS) und machten deutlich, daß weitere Fortschritte Voraussetzung für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind, zu der sie grundsätzlich bereit sind.

Neben der Erklärung des ZA-Gipfels wurde das Angebot Präsident Duarte an die FMLN besonders gewürdigt und auf Drängen von ELS auch in der politischen Erklärung herausgehoben.

Die Erklärung der ZA-Staaten konzentrierte sich auf die Erfüllung von Esquipulas II⁷ und der Gipfelerklärung unter Hervorhebung der Demokratisierung und damit verbunden auf die Erwartung, daß die Europäer den Friedensprozeß durch wirtschaftliche Zusammenarbeit untermauern. Am Rand einigten sie sich auf Treffen mit VN-Sekretariat am 13./14.3. auf Expertenebene und Sitzung der Exekutivkommission Ende März in San José⁸ zur Verabschiedung des Mandats für Überwachungsmechanismus. Gipfeltreffen soll folgen.⁹

³ Legationsrat I. Klasse Schäfer, San Salvador, teilte am 1. März 1989 mit, Präsident Duarte habe in einer Rede am 26. Februar 1989 u. a. eine Verschiebung der für den 19. März 1989 geplanten Präsidentschaftswahlen auf den 30. April 1989 vorgeschlagen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 45; Referat 311, Bd. 143911.

⁴ Für den Wortlaut der politischen Erklärung bzw. der Wirtschaftserklärung der Konferenz der EG-Mitgliedstaaten mit den zentralamerikanischen Staaten und den Staaten der Contadora-Gruppe am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 241–250.

⁵ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), berichtete am 21. Februar 1989, auf der EG-Ministerrats-tagung am Vortag sei ein Entwurf für eine Wirtschaftserklärung der Konferenz der EG-Mitgliedstaaten mit den zentralamerikanischen Staaten und den Staaten der Contadora-Gruppe am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula verabschiedet worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 524; Referat 200, Bd. 144223.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Am 24./25. Mai 1986 trafen in Esquipulas (Guatemala) die Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) zusammen. Für den Wortlaut der Erklärung vom 25. Mai 1986 vgl. <http://peacemaker.un.org/centralamerica-esquipulas186>. Während einer weiteren Konferenz am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt wurde dort ein Friedensabkommen für Zentralamerika unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS 26 (1987), Nr. 5, S. 1164–1174. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 499–504. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 228.

⁸ Botschaftsrat Sproedt, San José, berichtete am 2. April 1989, die Außenminister von fünf zentralamerikanischen Staaten („Exekutivkommission“) hätten sich zwar bei ihrem Treffen am 30./31. März 1989 auf den Text eines Schreibens an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar geeinigt, mit dem dieser gebeten werde, die notwendigen Maßnahmen zur Bildung einer Beobachtergruppe für Zentralamerika (ONUCA) einzuleiten. Allerdings habe der honduranische Außenminister López Contreras einen schriftlichen Vorbehalt eingelegt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 58; Unterabteilung 33, Bd. 146581.

⁹ Vom 5. bis 7. August 1989 fand in Tela (Honduras) ein Treffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten statt. Vgl. dazu Dok. 245.

Die Contadora-Staaten (ohne Panama) bestätigten, daß sie keine eigene Rolle mehr im Friedensprozeß sehen, und boten Partnerschaft bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen EG und ZA an.

2) Konferenz bestätigte große Bedeutung, die ZA-Staaten und Contadora-Staaten dem Dialog mit der EG nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich beimessen. Aus dem Wunsch nach Diversifizierung der Außenbeziehungen als Gegengewicht gegen einen übermächtigen Partner in einer tiefen Krise ist ein echtes Interesse an dem neuen Partner geworden, das mit der in Sicht gerückten Überwindung der Krise eher noch wachsen dürfte, begleitet von dem unübersehbaren Wunsch nach Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die begrenzte politische Präsenz der EG (drei AM, drei Staatsminister bzw. PSTS) und die hinter den hohen Erwartungen zurückgebliebene Zusage wirtschaftlicher Zusammenarbeit taten dieser Entwicklung um so weniger Abbruch, als der große Nachbar im Norden zur Zeit nicht präsent ist und der andere Partner, die Contadora, mehr in den Hintergrund trat und eine neue Rolle sucht (Partner im Wirtschaftsdialog EG–ZA).

II. 1) Auf ZA-Seite entsprach HON seiner Gastgeberrolle durch maßvolle, Schärfe gegen NIC vermeidende Konferenzführung. Präs. Azcona warb um Verständnis für HON, das durch Flüchtlings- und Aufständischenbewegung wider Willen in interne Konflikte von ELS und NIC hineingezogen wurde. Er betonte Bedeutung der Initialzündung von Contadora für die Eigeninitiative der Fünf und hob Einigung Europas als beispielhaft hervor.

ELS und NIC konnten sich hinter Kulissen nicht auf Sprecherrolle für ZA einigen (möglicherweise im Hinblick auf Präzedenzwirkung für ZA-Gastgeberrolle für übernächstes Treffen), so daß ZA bei Eröffnungssitzung nur durch nationale Erklärung von Präs. Azcona vertreten war.

ELS insistierte in Plenarbeitrag auf Demokratisierung von NIC als Schlüssel für Befriedung der Region und erbat Unterstützung für Vorschlag Präs. Duarte.

COS legte Akzent ebenfalls auf Demokratisierung. Ohne gemeinsame Grundwerte und demokratisch legitimierte Regierungen sei gemeinsamer Markt nicht möglich. Entscheidend sei jetzt, alle Verpflichtungen zu erfüllen. Dann werde Verifikation zweitrangig. COS war besorgt, daß Impetus der Gründerväter von Esquipulas durch Wahlen in ELS, HON¹⁰, COS¹¹ sowie in NIC verlorengehen könne. Hinsichtlich verzögerter Ratifizierung Gründungsvertrag ZA-Parlament¹² warnte er vor übertriebenen Erwartungen in diese regionale Einrichtung.

NIC wiederholte Bereitschaft, Demokratisierungsfahrplan einzuhalten. NIC könne dies einseitig tun, d. h., ohne daß andere Vertragsparteien Demokratieverpflichtungen erfüllten, weil Contrakrieg erheblich an Intensität abgenommen habe. OAS und VN hätten bereits positiv auf Bitte um Entsendung von Beobachtern für gesamten Prozeß reagiert.

¹⁰ In Honduras wurden am 26. November 1989 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten.

¹¹ In Costa Rica fanden am 4. Februar 1990 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 2. Oktober 1987 zur Gründung des Zentralamerikanischen Parlaments und anderer Organe vgl. UNTS, Bd. 1777, S. 148–209.

GUA nahm niedriges Profil zu politischen Fragen ein und beschränkte sich auf wirtschaftliche Integrationsfragen.

NIC und HON bestätigten Einigung der fünf ZA-Staaten auf Treffen am 13./14.3. mit VN-Sekretariat auf technischer Ebene und Sitzung der Exekutivkommission Ende März in San José, bei der mögliches Mandat für Überwachungsmechanismus verabschiedet und Plan für Demobilisierung der Contra ausgearbeitet werden soll. Prés. Azcona lud zu Gipfel im April ein.

2) Contadora-Staaten zeigten sich unsicher über künftige Rolle. MEX AM Solana wies als Sprecher von Contadora illusionslos auf völlig neue Ausgangssituation hin: Dynamische Eigenanstrengungen ZAs bei Friedenssuche seien unübersehbare Realität. Contadora werde auch in Zukunft zu Hilfe bereit sein, wenn ZA darum bitte. Im Hinblick auf San-José-Dialog stelle er Frage nach künftiger Contadora-Rolle. Antwort darauf müsse von den beiden anderen Teilnehmergruppen (ZA und EG-Zwölf) gegeben werden.

3) Europäer traten geschlossen auf. SPA Präsidentschaft, Kommissions- und EP-Vertreter trafen dank sprachlicher und kultureller Nähe Tonlage ZAs.

SPA AM Fernández Ordóñez wies als EG-Präsident¹³ auf dichtes Geflecht von Beziehungen und wichtige Rolle Europas in ZA hin, die vor wenigen Jahren noch undenkbar erschienen sei. EG-Gemeinschaftshilfe habe sich von 1984 auf 1989 mit 135 Mio. Dollar fast verdreifacht. Bilaterale Hilfsprojekte der MS hätten sich 189 auf über 350 Mio. US-Dollar belaufen. Europa habe kein Interesse an Eimischung in ZA. Die beste, vielleicht einzige Lösung der Krise sei volle Erfüllung von Esquipulas II und der Verpflichtungen des ELS-Gipfels. Hier hob er insbesondere Demokratisierung von NIC hervor.

StM'in A-S betonte¹⁴:

- Einbeziehung der ZA-Bemühungen um diplomatische Lösungen in die positive Entwicklung bei vielen Regionalkonflikten.
- Begrüßen der Erklärung von NIC Präsident Ortega zur Demokratisierung. Die volle Umsetzung dieser Selbstverpflichtung hat unmittelbar sicherheitspolitische Dimension: Sie schafft Vertrauen nach innen und außen.
- Das vom ELS-Gipfel vorgesehene Netz von Verifikations- und Beobachtungsmaßnahmen ist für Vertrauensbildung unerlässlich. Baldige Errichtung kann Stagnation und Rückschritte vermeiden.
- Bundesregierung ist bereit, im Rahmen der Verfassung¹⁵ und eines von allen Seiten gebilligten Mandats ihren Beitrag zur Sicherheitsüberwachung zu leisten.¹⁶

¹³ Vgl. dazu die Rede des spanischen Außenministers Fernández Ordóñez am 27. Februar 1989 in San Pedro Sula; EUROPA-ARCHIV 1989, D 234–239 (Auszug).

¹⁴ Vgl. dazu die Rede von Staatsministerin Adam-Schwaetzer in San Pedro Sula; EUROPA-ARCHIV 1989, D 250–252.

¹⁵ Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer führte am 7. April 1989 aus: „Der Meinungsbildungsprozeß in bezug auf die Einzelheiten unserer möglichen Beteiligung ist noch nicht abgeschlossen. Wir sollten deshalb eher daran interessiert sein, Zeit zu gewinnen.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 159009.

¹⁷III. Wirtschaftlicher Teil

Zusammenfassung und Wertung

Einigung über Wi-Kommuniqué erfolgte in für ZA wichtigem Projekt für Wiederbelebung des¹⁸ ZA-Marktes auf Basis Ratsentscheidung vom 20.2. und Gesprächslinie BK–PM González in Sevilla¹⁹. Verschuldungsproblem ZA-Staaten zog sich als roter Faden bei Würdigung Hilfeleistungen der EG durch deren Interventionen. Befürchtungen zu negativen Auswirkungen Binnenmarktes 1992 sind wir entgegengetreten.

Wert San-José-Dialogs in Wi-Bereich, der langsam realistischen Routinecharakter gewinnt, liegt für ZA-Staaten in unersetzlicher regionalpolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung, für EG in selbstbewußter Gestaltung ihrer Außenbeziehungen zu einer weltpolitisch wichtigen Region.

1) Erwartungsgemäß konnten die Verhandlungen zum Text des Wirtschaftskommunikés erst kurz vor Beginn der offiziellen Ministertagung abgeschlossen werden. Der Text des Kommunikés wird von Bonn aus an die Ressorts verteilt werden.

Die ZA-Staaten versuchten bis zuletzt, eine Zusage der EG schon jetzt zur konkreten Beteiligung an dem Projekt zur Wiederbelebung des zentralamerikanischen Marktes einschließlich der finanziellen Beteiligung der EG-MS an BCIE²⁰ zu erhalten.

Die EG erklärte sich bei Zurückhaltung von GB und IRL lediglich zur Prüfung des Projektes in konstruktivem Geist bereit. Die entsprechende Passage in Ziff. 22 des Kommunikés lautet:

„Die Gemeinschaft hat sich bereit erklärt, ohne Verzögerung und konstruktiv die Prüfung des zentralamerikanischen Projekts fortzuführen und auf der Basis der Projektprüfung die Gesamtheit der Bedingungen zu definieren, die erforderlich sind, ein Programm durchzuführen, das die Grundlage für eine Beschleunigung der regionalen Wirtschaftsentwicklung und für das Wachstum des Warenaustausches unter den Ländern des Isthmus wäre, für deren Verwirklichung eine besondere Anstrengung ab 1989 erfolgen wird.“

Diese von der Ratsdebatte am 20. Februar abgedeckte Formulierung fand schließlich den Konsens von EG-MS und ZA-Staaten. Sie konnte auch von uns akzeptiert werden und entspricht, wie uns E-Präsidentschaft bestätigte, der auf dem Gipfel von Sevilla zwischen BK und MP González verfolgten Gesprächslinie.

Dementsprechend bestätigte StM'in Adam-Schwaetzer in unserer nationalen Intervention unsere Bereitschaft, mit Realismus und Augenmaß, aber auch dem notwendigen politischen Willen den ZA-Vorschlag zu prüfen und im Rahmen des Möglichen zu unterstützen.

Ein Vorschlag der ZA-Staaten, beim Problem der Außenumschuldung besonders die Rolle von Gläubiger- und Schuldnerländern im Rahmen des San-José-Dialogs zu betonen, ohne die Rolle der Finanzinstitutionen zu erwähnen, wurde aufgrund unseres entschiedenen Widerstands abgelehnt.

¹⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 54 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Korrigiert aus: „in“.

¹⁹ Zu den deutsch-spanischen Konsultationen am 5./6. Februar 1989 vgl. Dok. 32.

²⁰ Banco Centroamericano de Integración Económica.

2) Das Schuldenproblem zog sich als roter Faden durch die Interventionen aller ZA-Staaten. Das Ende ihrer Leistungsfähigkeit sei erreicht, wenn nicht sogar überschritten. Direkte Angriffe auf die EG-MS unterblieben jedoch, vielmehr wurde Hilfe der EG für Zentralamerika gewürdigt, der im San-José-Prozeß entstandene Dialograhmen als beispielhaft herausgestellt. Präsident Azcona (HON) hob die Bedeutung der den ZA-Staaten im Rahmen des APS²¹ eingeräumten Präferenzen hervor, die im letzten Jahr zu einer bedeutenden Steigerung der Deviseneinnahmen geführt hätten. Er fordere weitere Verbesserungen. Ratspräsident AM Ordóñez (E) hielt das APS für ausbaufähig und forderte eine Verlagerung der EG-Hilfe verstärkt auf Lateinamerika. Er bezeichnete die bisherigen Wege zur Lösung des Schuldenproblems als unzureichende, es sei teuer, arm zu sein. GB verwies auf die Bedeutung des privaten Sektors und die Notwendigkeit der Schaffung eines guten Investitionsklimas. F bezog sich auf Mitterrand-Vorschlag für internationale Schulden-Agentur.²²

Alle Delegationen betonten die Notwendigkeit der Stärkung des interregionalen Handels:

EG-Kommissar Matutes betonte die Bedeutung des Friedensprozesses für die wirtschaftliche Entwicklung ZAs und stellte die Leistungen der Gemeinschaft von 135 Mio. US-Dollar in 1988 heraus. Alle Delegationen sahen die Verbindung von Frieden in der Region und wirtschaftlicher Entwicklung. Der Vorsitzende der Zentralamerika-Kommission des EP²³ sagte die politische Unterstützung des EP als Haushaltsbehörde für eine verstärkte Gemeinschaftshilfe auch zu Lasten Asiens (!) für ZA zu.

AM von ELS²⁴ kündigte für nächsten ZA-Gipfel in Honduras einen Plan für Freiverkehr agrarischer Erzeugnisse in der Region an.

3) Das Presseecho hiesiger Medien war lebhaft, die wirtschaftlichen Leistungen der EG wurden in Presse, Rundfunk und Fernsehen gewürdigt. Die EG wurde als beispielhaft für einen erfolgreichen regionalen Zusammenschluß herausgestellt. In mehreren Radiointerviews und besonders in unserer nationalen Intervention im Plenum sind wir ZA-Befürchtungen über negative Außenwirkung des Binnenmarktes entgegengetreten. Dies wurde von den ZA-Staaten dankbar vermerkt. San José V kann im wirtschaftlichen Teil als eingespielter Dialog mit Routinecharakter vermerkt werden. ZA-Seite braucht diesen Prozeß als wichtigen regionalpolitischen Faktor, für die EG ist er wesentlicher Teil einer selbstbewußten Gestaltung ihrer Außenbeziehungen.

[gez.] Trumpf Henze

Referat 413, Bd. 145039

²¹ Allgemeines Präferenz-System.

²² In seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 29. September 1988 in New York schlug der französische Staatspräsident Mitterrand die Einrichtung eines Fonds beim IWF vor. Dieser sollte die Garantie für die Zahlung der Zinsen auf bestimmte Handelskredite übernehmen. Finanziert werden sollte der Fonds durch Anteile der Industriestaaten an einer neuen Ausgabe von Sonderziehungsrechten. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1988 (September/Oktober), S. 53. Vgl. dazu auch Dok. 57.

²³ Fernando Suárez González.

²⁴ Ricardo Acevedo Peralta.

56

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.00

2. März 1989¹

Über Dg41², D4³ Herrn Staatssekretär⁴ zur Unterrichtung

Betr.: Internationale Wirtschaftslage und außenwirtschaftliche Perspektiven

Bezug: Vorlage vom 18.10.1988⁵ – 412-401.00⁶

1) Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor auf Wachstumskurs.

1988 verlief die Entwicklung erheblich dynamischer, als unter dem Eindruck des Börsenkrachs vom Oktober 1987⁷ prognostiziert worden war. Die endogenen Auftriebskräfte, verbesserte Angebotsbedingungen, eine moderate Kostenentwicklung sowie eine erfolgreiche Koordinierung der Geld- und Wechselkurspolitik sorgten für ein reales Wachstum von 4%. Mit Ausnahme der ölexportierenden Entwicklungsländer (+1,2%) waren sowohl Industrieländer (+4%) als auch Entwicklungsländer (+4,5%) am weltweiten Aufwärtstrend beteiligt. Die USA erreichten ein reales Wachstum von 3,8%, Japan von 5,7%, die EG von 3,7% und die Bundesrepublik Deutschland von 3,4%.

2) 1989 wird die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung allen Prognosen zufolge anhalten. Das Tempo wird allerdings etwas verhaltener sein, die internationalen Organisationen rechnen für die Industrieländer mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3,5% (USA: 3%, Japan: 4,5%, D: 2,5%). Für die Europäische Gemeinschaft prognostiziert die Kommission in ihrer am 22.2.1989 verabschiedeten Fortschreibung des Jahreswirtschaftsberichts 1989/90 ein Wirtschaftswachstum in den beiden kommenden Jahren von je 3% und mittelfristig eine Verstetigung bei +3,5%.

Auch in den Entwicklungsländern ist 1989 mit einer Aufwärtsentwicklung von rd. 4% zu rechnen, während die Wachstumsdynamik in den asiatischen Schwellenländern fast doppelt so stark ausfallen dürfte.

3) Der Welthandel nahm 1988 um 8,5% zu (nach 5,5% im Vorjahr). 1989 wird sich die Expansion des Welthandels fortsetzen (+7,5%), wobei die wichtigsten

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Vortragendem Legationsrat Zirpel konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 3. März 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 3. März 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. März 1989 vorgelegen.

⁵ Korrigiert aus: „14.10.1988“.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder kündigte an, künftig vierteljährlich die Referat 412 zugehenden Informationen über die internationale Wirtschaftslage zusammenzufassen. Er konstatierte ein Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels sowie hohe außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, deren Verringerung neben der Bekämpfung protektionistischer Tendenzen und Fortschritten bei der Lösung des Verschuldungsproblems die wichtigste Aufgabe der internationalen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit bleibe. Ferner wies er auf die labile Lage an den Devisenmärkten hin. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 168638.

⁷ Am 19. Oktober 1987 kam es weltweit zu starken Kursverlusten an den Börsen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 314, sowie AAPD 1988, I, Dok. 5.

Impulse von den Industrieländern, aber auch von vielen Rohstoffländern ausgehen. Der überproportional expandierende Welthandel wird damit weiterhin ein Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft bleiben.

4) Beim Preisklima ist mit einer leichten Verschlechterung zu rechnen. Die durchschnittliche Inflationsrate im OECD-Raum dürfte 1989 auf 3,5 bis 4 % anziehen. In einigen IL liegt sie aber auf Jahresbasis gerechnet bereits deutlich höher (GB: 7,2 %, wobei die Regierung für das Gesamtjahr allerdings nur 5,5 % erwartet; I: 5,5 %, USA: 5 %, beide mit steigender Tendenz). Der ausgeprägte Produktionsanstieg und die zunehmende Beschäftigung werden voraussichtlich zu einer leichten Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Die Arbeitslosenquote wird weiter zurückgehen, mit durchschnittlich 7,5 % aber nach wie vor relativ hoch bleiben (USA: 5,5 %, EG: 10 %, D: 8,5 %).

5) Der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß setzte sich 1988 fort, verlangsamte sich unter dem Einfluß des höher bewerteten US-Dollars aber zunehmend. Er droht, 1989 ins Stocken zu geraten. In den USA ist zwar noch mit einem leichten Abbau des Leistungsbilanzdefizits zu rechnen (116 Mrd. \$ nach 132 Mrd. \$ in 1988). Dagegen dürften die Überschüsse in Japan und der Bundesrepublik wieder zunehmen.

Als besonders problematisch werden die wachsenden deutschen Überschüsse innerhalb Europas angesehen. Die EG-Kommission weist in ihrer jüngsten Fortschreibung des Jahreswirtschaftsberichts 1989/90 darauf hin, daß ein weiterer Anstieg der deutschen Überschüsse auf mittlere Sicht nicht erträglich sei. Die starken Kapitalabflüsse (1988: 120 Mrd. DM) hätten die hohen deutschen Überschüsse (Handelsbilanz: 128 Mrd. DM, Leistungsbilanz: 85 Mrd. DM) zwar neutralisiert und Spannungen im EWS verhindert, doch liege dieser Situation eine „latente Instabilität“ zugrunde.

Angesichts der günstigen Weltkonjunktur und einer dynamischen Investitionsgüternachfrage insbesondere der europäischen Handelspartner dürfte sich die kräftige Aufwärtsentwicklung des deutschen Exports aber auch 1989 fortsetzen (real +4 bis 5 %). Eine starke Inlandsnachfrage läßt zwar einen weiteren Anstieg auch der Importe erwarten (real 4,5 bis 5,5 %), doch dürfte sich der Anteil des Außenbeitrags am deutschen BSP (der sich zwischen 1985 und 1988 von 5,4 auf 2,7 % halbiert hat) nur noch wenig verändern.

6) Zu den wichtigsten Aufgaben der internationalen Wirtschaftspolitik gehören daher auch weiterhin:

– Verringerung der internationalen Ungleichgewichte

Hier sind vor allem die USA gefordert, durch Reduzierung ihres Haushaltsdefizits und Belegung der privaten Ersparnis (Sparquote im Durchschnitt der 80er Jahre nur 3,2 % gegenüber 10,9 % in D) die inländische Finanzierungslücke zu verringern und dadurch die Nachfrage nach Finanzmitteln des Auslands zu vermindern. Die Haushaltssanierung kommt aber nur langsam voran, das Defizit wird 1989 selbst nach den sehr optimistischen Schätzungen des Budget-Entwurfs für das FJ⁸ 1990 auf mindestens 161 Mrd. \$ ansteigen (nach 155 Mrd. \$ in 1988). Im Verhältnis zum BSP entspricht dies zwar keiner

⁸ Fiskaljahr.

weiteren Verschlechterung (je 3,2%). Ein Erreichen der Zielvorgabe des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes⁹ (Rückführung des Defizits auf 100 Mrd. \$ in 1990) erscheint jedoch kaum noch möglich.

Gleichzeitig müssen in den Überschußländern die hohen Ersparnisse für eine Steigerung der inländischen Investitionstätigkeit genutzt und strukturelle Reformen (insbes. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Abbau von Subventionen und Rigiditäten) vorangetrieben werden, um das Wachstum anzuregen.

– Stabilisierung der Wechselkurse

In Europa hat sich das EWS zu einer Zone währungspolitischer Stabilität entwickelt. Das Jahr 1989 wird von weiteren Bemühungen um eine Fortentwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit gekennzeichnet sein (Bericht des Delors-Komitees über konkrete Schritte zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion¹⁰; Erörterung durch den Europäischen Rat in Madrid¹¹ und Paris¹²).

Notwendig ist aber auch eine Stabilisierung des Dollarkurses. Drastische Auf- oder Abwertungen des Dollars hätten ungünstige Auswirkungen auf die Weltwirtschaft: Ein weiterer Kursanstieg würde den Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte erschweren, ein Kursverfall könnte zu starken Inflationserwartungen und rezessiven Folgen führen. Die Bemühungen zur Stärkung der internationalen Kooperation müssen daher fortgesetzt werden.

– Bekämpfung des Protektionismus und Entschärfung der Verschuldungskrise

Nicht unbedenklich ist die in jüngster Zeit zu beobachtende verstärkte Tendenz zu Bilateralismus und Regionalismus im Welthandel. Ein Abbau handelsverzerrender Subventionen und eine Lösung für das Schlüsselpapier Agrarhandel werden daher immer dringlicher.

Die günstige Weltkonjunktur hat den Entwicklungsländern verbesserte Exportmöglichkeiten verschafft. Die Auslandsverschuldung vieler dieser Länder bleibt aber weiterhin untragbar hoch. Eine Entschärfung der Schuldenkrise kann nur in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds gelingen, wobei strukturelle Reformen der hochverschuldeten Länder und insbesondere eine deutliche Zurückführung ihres Staatssektors unverzichtbar sind. Zugleich müssen verstärkte Anreize für ausländische Investitionen geschaffen werden. Die Industrieländer müssen diesen Prozeß durch eine weitere Öffnung ihrer Märkte unterstützen.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168553

⁹ Am 12. Dezember 1985 unterzeichnete Präsident Reagan den „Balanced Budget and Emergency Deficit Control Act“, welcher Maßnahmen zur Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts 1991 vorsah. Für den Wortlaut des „Gramm-Rudman-Gesetzes“ vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 99 (1985), S. 1037–1101.

¹⁰ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹² Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

57

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.07/1

3. März 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie;
 hier: Diskussionsstand in der AA-Arbeitsgruppe „Internationale Verschuldung“

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Zustimmung zu Ziff. III. 4 (Positionsbestimmungen im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels³)

A. Kurzfassung

Die Arbeitsgruppe „Internationale Verschuldung“ unter Leitung von Dg40⁴ und Beteiligung der Referate 400, 402, 412 und 422 hat im Vorfeld des Pariser Weltwirtschaftsgipfels (1989) eine Bestandsaufnahme der bisherigen Schuldenstrategie (s. u. I) und der internationalen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Schuldenstrategie (s. u. II) vorgenommen. Daran anknüpfend, empfiehlt die Arbeitsgruppe, die nachstehenden Positionen des AA in die Ressortabstimmungen im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels einzubringen (s. u. III).

Ausgangspunkt unserer Überlegungen muß die Erkenntnis sein, daß die Schulden der Dritten Welt, die nach allgemeiner Erkenntnis in ihrer heutigen Höhe nicht mehr zurückgezahlt werden können, zu einer wachsenden politischen Belastung in den Schuldnerländern und auch im Verhältnis zwischen Schuldnerländern und Industrieländern geworden sind. Aus der Sicht des Auswärtigen Amts muß es in diesem Zusammenhang darum gehen, daß im Gesamtzusammenhang unserer Bemühungen die außenpolitisch relevanten Aspekte angemessen berücksichtigt werden. Davon ausgehend, empfiehlt die Arbeitsgruppe (s. u. III):

1) Eine aktive deutsche Beteiligung an der internationalen Schuldenstrategie, um den wachsenden politischen Risiken sowie den hohen an uns als Zahlungsbilanz-Überschußland gerichteten Erwartungen Rechnung zu tragen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Vortragendem Legationsrat Petersmann konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher strich und dazu handschriftlich für Ministerialdirektor Jelonek vermerkte: „Stelle erneute Vorlage zu späterem Zeitpunkt anheim – nur Kurzfassung. In der Tendenz ist diese Aufzeich[nun]g sicher richtig, gerade auch unter außenpol[itischen] Gesichtspunkten. Die einzelnen Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, kann ich nicht voll beurteilen. Es spricht aber nichts dagegen, sie in Ressortbesprechungen zur Diskussion zu stellen. H. D4 sollte prüfen, ob u. wie StS Tietmeyer im Hinblick auf den Gipfel der 7 für den einen oder anderen Gedanken zu gewinnen ist.“

Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 13. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Kyaw verfügte.

Hat Kyaw am 14. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen verfügte und zur Bemerkung von Lautenschlager handschriftlich vermerkte: „n[ach] R[ückkehr]“.

Hat Wistinghausen am 14. März 1989 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage bei Jelonek am 10. April 1989 verfügte.

Hat Jelonek laut Vermerk vom 10. April 1989 erneut vorgelegen.

³ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

⁴ Heinrich Dieckmann.

2) Eine Weiterentwicklung der – in ihren Grundzügen fortzusetzenden – bisherigen Schuldenstrategie mit dem Ziel, den seit 1982 ansteigenden Netto-Kapitalabfluß aus den EL sowie das Anwachsen des Schuldenbergs umzukehren, durch folgende Impulse:

a) Eine Weiterentwicklung des Optionen-Ansatzes für marktorientierte Schuldenreduzierungen der Geschäftsbanken.

b) Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schuldenreduzierungen der Geschäftsbanken, wozu ein deutscher Anstoß auf dem Wirtschaftsgipfel erwogen werden sollte.

c) Eine Stärkung der Rolle von IWF und Weltbank, auch zur Erleichterung marktorientierter Schuldenreduzierungen.

d) Eine aktive deutsche Beteiligung an den Überlegungen zur Schaffung einer internationalen Schuldenagentur (evtl. im Rahmen des IWF) zur Erleichterung von Schuldenreduzierungen.

e) Soweit erforderlich: eine Erstreckung der abgestimmten westlichen Schuldenstrategie über den Kreis der 17 „Baker-Länder“⁵ (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Ecuador, Jamaika, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela) hinaus auf weitere Problem-Länder, zum Beispiel in Osteuropa und im Mittelmeerraum.

3) Um die jüngsten Fortschritte der internationalen Schuldenstrategie zugunsten der ärmsten EL, vor allem in Subsahara-Afrika, weiter auszubauen, sollte das AA sich vorrangig⁶ gegen ein weiteres Absinken des deutschen FZ-Anteils am BSP (von 0,47% 1985 auf 0,39% 1987) einsetzen. Daran könnte sich auch im internationalen Bereich eine Initiative für das „Recycling“ von FZ-Rückflüssen in die Entwicklungshilfe anschließen. Ferner sollten wir für die Generalisierung des (von uns selbst bereits vollzogenen) FZ-Schuldenerlasses für die ärmsten anpassungsbereiten Entwicklungsländer entsprechend den UNO-Empfehlungen eintreten.

B. Langfassung

Die Arbeitsgruppe „Internationale Verschuldung“, die unter Leitung von Dg40 und Beteiligung der Referate 400, 402, 412 und 422 laufend den deutschen Beitrag zur internationalen Schuldenstrategie überprüft, kommt zu folgenden vorläufigen Ergebnissen:

⁵ Am 8. Oktober 1985 stellte der amerikanische Finanzminister Baker auf der Jahrestagung des IWF und der Weltbank in Seoul ein Programm zur Fortentwicklung des Schuldenmanagements bei Entwicklungsländern vor. Die Referate 412 und 422 notierten am 20. Februar 1986, der Baker-Plan habe einen „doppelten Ansatz: Zur Förderung von Strukturanpassungsprogrammen in den ärmsten EL sollen Rückflußmittel des in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gebildeten Trust Fund des IWF in Höhe von 2,7 Mrd. Dollar durch bilateral zur Verfügung gestellte Mittel bzw. Weltbankmittel angereichert und im Rahmen eines ‚Comprehensive Program‘ eingesetzt werden. Hierdurch soll der Finanzfluß in die Länder verstärkt werden, die keinen oder kaum Zugang zu den Kapitalmärkten haben. Zum anderen strebt er die Förderung einer wachstumsorientierten Anpassungspolitik der Schuldnerländer in Absprache mit dem IWF und in Verbindung mit verstärkten Ausleihungen der Entwicklungsbanken (Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank) und der Privatbanken (20 Mrd. Dollar über die nächsten drei Jahre) an.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168692. Für den Wortlaut der Rede von Baker vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 15–20 (Auszug).

⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Unterstützung des BMZ.“

I. Bisherige Schuldenstrategie

Nach der ersten Phase einer auf Nachfragedämpfung gerichteten Austeritätspolitik (1982–85) werden nun auch die Erfolgsaussichten einer zweiten Phase der „Anpassung mit Wachstum“ (eingeleitet durch die Baker-Initiative 1985) zunehmend bezweifelt: Zwar konnte eine Gefährdung des internationalen Finanz- und Bankensystems vermieden werden, aber die wirtschaftlichen und daraus resultierenden sozialen und politischen Belastungen der Schuldnerländer dauern fort. Statt einer Reduzierung des Schuldenbergs sind die Verpflichtungen der Dritten Welt 1988 auf 1,3 Billionen \$ weiter angewachsen. Auch wenn die absolute Höhe der Verschuldung allein keine ausreichende Aussage darstellt, da es auf die Fähigkeit zur Schuldenbedienung ankommt, ist festzustellen, daß sich die Schuldendienstquote nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau bewegt. Infolge Rückgangs der Neuausleihungen der Banken hat sich laut Berechnung der Weltbank zugleich der seit 1982 zu beobachtende Netto-Kapitalabfluß aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer 1988 auf 43 Mrd. \$ (1987: 29 Mrd. \$) erhöht. Das Durchschnittswachstum der EL von nur 3,6% (1987: 3%) konnte den infolge anhaltenden Bevölkerungswachstums zu beobachtenden Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens vieler Schuldnerländer nicht aufhalten. Im einzelnen ergibt sich ein unterschiedliches Bild:

1) Zugunsten der (überwiegend bei staatlichen Gläubigern verschuldeten) ärmsten Entwicklungsländer, vor allem in Subsahara-Afrika, konnten in den letzten Jahren multilateral spürbare Entlastungen erreicht werden: durch Wiederauffüllung der Weltbank-Tochter IDA (IDA 8) und regionaler Entwicklungsbanken (AfDB⁷, IADB⁸, ASDB⁹, EEF¹⁰); durch das Sonderprogramm der EG von 1987, durch Schaffung der Strukturanpassungsfazilität (SAF)¹¹ und erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF)¹² im Rahmen des IWF und durch die Entscheidung des Wirtschaftsgipfels in Toronto 1988¹³ zur Gewährung von Sonderkonditionen an die ärmsten, hochverschuldeten und anpassungsbereiten Entwick-

⁷ African Development Bank.

⁸ Inter-American Development Bank.

⁹ Asian Development Bank.

¹⁰ Europäischer Entwicklungsfonds.

¹¹ Das Bundesministerium der Finanzen erläuterte am 4. April 1986 zu der vom IWF am 26. März 1986 geschaffenen „Structural Adjustment Facility“ (SAF): „Die SAF-Mittel werden zur Verfügung gestellt für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen und anhaltenden, tiefgreifenden (protracted) Zahlungsbilanzproblemen, sofern diese Länder auch Zugang zu IDA-Mitteln haben. [...] Grundlage der Mittelvergabe ist ein auf drei Jahre angelegtes strukturpolitisches und makroökonomisches Rahmenprogramm, das die großen Linien absteckt. Dieses Programm wird gemeinsam von IWF und Weltbank zusammen mit dem jeweiligen Land aufgestellt und in einem joint policy framework paper festgehalten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130569.

¹² Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 27. Mai 1988: „Die Entscheidungen zur Errichtung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) des IWF, die durch Kredite von IWF-Gläubigerländern gespeist wird und deren Kreditvergabe an die ärmsten Länder zu stark konzessionären Bedingungen durch Subventionsbeiträge verschiedener Geberländer ermöglicht wird, sind Ende 1987 gefaßt worden. Die Kreditzusagen belaufen sich auf insgesamt 5,3 Mrd. SZR (ca. 7,4 Mrd. US-Dollar), an Subventionen wurden bisher 2 Mrd. SZR (ca. 2,8 Mrd. US-Dollar) zugesagt. [...] Darüber hinaus sind weitere Fortentwicklungen der Geschäftspolitik des IWF vorgesehen. Insbesondere wird der IWF eine neue Kreditvorkehrung schaffen, die den Mitgliedsländern (armen Ländern wie auch Ländern mittleren Einkommens) hilft, unerwartete äußere Störungen eines wirtschaftlichen Reformprogramms durch zusätzliche Kredithilfen wirksamer zu überwinden (External Contingency Mechanism).“ Vgl. Referat 412, Bd. 168659.

¹³ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 19. bis 21. Juni 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

lungsländer (vor allem in Subsahara-Afrika) bei Umschuldungen im Pariser Club. Trotzdem ist die Krise Subsahara-Afrikas aber keineswegs überwunden: Die Gesamtverschuldung ist 1988 um 6,5 % auf 138 Mrd. \$ angewachsen, die Schuldendienstquote wieder im Steigen begriffen (von 18,4 % auf 20,5 %, nachdem sie 1985 noch 24,2 % betragen hatte), das Pro-Kopf-Einkommen liegt 25 % und das Investitionsvolumen sogar um 50 % unter dem durchschnittlichen Niveau der 70er Jahre.

2) Die (vorwiegend bei den internationalen Geschäftsbanken) hochverschuldeten Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe (HICs – 17 highly indebted countries – vor allem in Lateinamerika) tragen z.Zt. die Hauptlast der Schuldenkrise. Der Netto-Kapitalabfluß aus den HICs in die IL ist 1988 auf 31,7 Mrd. \$ angewachsen (1987: 21,8 Mrd. \$). Von 1985–87 betrug er insgesamt 74 Mrd. \$, das entspricht ca. 5 % des BSP dieser Ländergruppe und stellt damit ein bedeutendes Wachstumshindernis dar.

In Lateinamerika verbindet sich die Schuldenkrise mit dem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang einer ganzen Region: Der Schuldendienst Lateinamerikas auf seine Außenschulden von über 500 Mrd. \$ vereinnahmte 1988 ca. 40 % der Exporterlöse. Die Netto-Kapitalüberweisungen an die Gläubiger erreichten die Rekordhöhe von 28,9 Mrd. \$. Die durchschnittliche Inflationsrate der Region ist 1988 auf 470 % angewachsen (NIC 7800 %, PER 1300 %, BRA 800 %, ARG 370 %), während das Pro-Kopf-Einkommen auf den Stand vor 1978 abgesunken ist. Angesichts anstehender Wahlen in den wichtigsten lateinamerikanischen Schuldnerländern könnte ein weiteres Anwachsen des politischen Populismus und Radikalismus die lateinamerikanischen Demokratien schon bald auf eine ernste Belastungsprobe stellen und die Durchführung notwendiger Struktur Anpassungen vollends unmöglich machen.

3) Neben Subsahara-Afrika (mit seinen traditionellen Bindungen an Westeuropa) und Lateinamerika (dem die USA besondere Aufmerksamkeit widmen) dürfen auch die gravierenden Verschuldungsprobleme europäischer Schuldnerländer (Polen) und der Mittelmeer-Staaten (Ägypten) nicht übersehen werden. Die krisenhafte Verschuldungslage Polens mit ca. 40 Mrd. \$ Außenschuld gibt zu wachsender Besorgnis Anlaß.

II. Stand der internationalen Überlegungen

Die derzeitige Überprüfung der Schuldenstrategie durch die wichtigsten westlichen Gläubigerländer (G7) konzentriert sich auf mögliche Erleichterungen für die hochverschuldeten EL der mittleren Einkommensgruppe (HICs). Dazu sind rd. 30 verschiedene Vorschläge von Regierungen, Institutionen und Einzelpersonen unterbreitet worden:

1) Während die Staatspräsidenten der lateinamerikanischen „Rio-Gruppe“ bzw. „Gruppe der 8“ (ARG, BRA, KOL, PAN – z.Zt. suspendiert –, PER, MEX, URU, VEN) sich um einen „gemeinsamen Vorschlag“ für die künftige Schuldenstrategie bemühen, den sie der G7 (bzw. nach mexikanischer Präferenz dem neuen amerikanischen Präsidenten) im Rahmen des geforderten Schuldendialogs auf einer Gipfelkonferenz präsentieren wollen, hat Präsident Bush seinerseits eine Überprüfung der Schuldenstrategie angeordnet. Eingeschaltet sind AM James Baker, FM Nicholas Brady sowie bemerkenswerterweise auch der Nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft, womit die außenpolitische Dimension

des internationalen Schuldenproblems unterstrichen wird. Damit entspricht Bush zugleich einem im Herbst 1988 vom amerikanischen Kongreß (im International Debt Management Act 1988¹⁴) erteilten Auftrag, einen Bericht über die Schuldenstrategie unter Berücksichtigung folgender Leitprinzipien vorzulegen: Stärkung des Wachstums der Entwicklungsländer; Ausweitung des „menu of options“ für marktkonforme Schuldenerleichterungen; Einbeziehung der Überlegungen zur Schaffung einer internationalen „Schuldenagentur“ (die zu einem aus amerikanischer Sicht gerechteren „Burden sharing“ beitragen soll); Berücksichtigung der besonderen Verantwortung (major responsibility) der Länder mit hohem Zahlungsbilanzüberschuß (!).

2) Auch die Regierungen anderer führender Industriestaaten sind mit neuen Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten:

Zur Zeit stehen insbesondere zwei neuere (im einzelnen noch erläuterungsbedürftige) Vorschläge des bisherigen jap. Finanzministers Miyazawa und des frz. Staatspräsidenten Mitterrand für Schuldenerleichterungen zugunsten der hochverschuldeten Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe (HICs) zur Debatte. Nach beiden Vorschlägen soll unter Einschaltung des IWF bzw. eines vom IWF zu verwaltenden „special account“ und unter der Voraussetzung einzelfallgerechter Anpassungsprogramme der jeweiligen Schuldnerländer ein Teil der notleidenden Bankenforderungen zu günstigen Bedingungen längerfristig umgeschuldet und ein weiterer Teil gegen einen Abschlag vom Nominalwert durch garantierte, handelbare Schuldverschreibungen abgelöst werden. Im Prinzip handelt es sich dabei um zwei weitere Varianten des schon früher (z. B. von US-Senator Bradley¹⁵, American-Express-Präsident Robinson, Weltbank-Finanzchef Rotberg, Deutsche-Bank-Chef Herrhausen und Venezuelas Staatspräsident Pérez) vorgeschlagenen Gedankens, anpassungsbedürftigen Schuldnerländern statt durch Neukredite (die zu einem weiteren Anwachsen des Schuldenbergs führen) durch Schuldenreduzierungen entgegenzukommen.

a) Nach dem Miyazawa-Plan sollen die Schuldnerländer selbst einen festen Teil ihrer laufenden Exporterlöse als Sicherheit für die neu auszugebenden Schuldverschreibungen beim IWF hinterlegen. Zugleich hat Japan als wichtigstes Zahlungsbilanzüberschußland seinen Vorschlag durch Ankündigung umfangreicher „Parallelfinanzierungen“ an Entwicklungsländer (ergänzend zu den Struktur- anpassungsdarlehen von IWF und Weltbank) im Rahmen seines „20 Mrd. \$ Recycling Programms“¹⁶ öffentlichkeitswirksam flankiert. Ferner ist Japan durch Einberufung einer „internationalen Kommission zur Untersuchung der Finanzströme in die Länder der Dritten Welt“, die Anfang April in Tokio unter der Leitung von Altbundeskanzler Schmidt zusammentreten wird¹⁷, auch im politischen Bereich initiativ geworden.

b) Nach dem Mitterrand-Plan sollen vom IWF neu auszugebende Sonderziehungsrechte (SZR) als Grundlage für die vorgeschlagenen Schuldenerleichterun-

¹⁴ Korrigiert aus: „1980“.

¹⁵ Zu den Überlegungen des amerikanischen Senators Bradley bzw. des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Herrhausen, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 367.

¹⁶ Zum „Nakasone-Programm“ vgl. Dok. 23, Anm. 9.

¹⁷ Die 1988 einberufene „Unabhängige Gruppe über Finanzströme in die Entwicklungsländer“ unter Vorsitz des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt legte am 1. Juni 1989 ihren Bericht „Angesichts der Einen Welt“ vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 519–532.

gen dienen. Zugleich hat der frz. Präsident seine (nicht im Rahmen von IWF und Weltbank, sondern im politischen Forum der VN vorgetragene¹⁸) Initiative durch bilaterale Konsultationen seines persönlichen Beraters Jacques Attali in den wichtigsten Schuldnerländern ergänzt.

III. Empfehlungen zur deutschen Haltung

1) Von außenpolitischer Relevanz sind nicht nur die wachsenden politischen Risiken der Schuldenkrise (politische Radikalisierung Lateinamerikas, Gefahr für Demokratisierungsprozesse), sondern auch die besonderen an uns als Überschuldland gerichteten Erwartungen. Dem anderen großen Überschuldland Japan ist es gelungen, eigene Anstrengungen und Initiativen öffentlichkeitswirksam darzustellen. Das Auswärtige Amt muß darauf hinwirken, daß die Bundesregierung in den weiteren Schuldendiskussionen – insbesondere in der Perspektive des nächsten Wirtschaftsgipfels – eine aktive Rolle spielt.

2) An der Grundausrichtung der bestehenden Schuldenstrategie für die hochverschuldeten Länder der mittleren Einkommensgruppe (vor allem Lateinamerikas), die ihnen ein Herauswachsen aus den Schulden ermöglichen soll, ist festzuhalten.

Für die IL heißt dies nachhaltiges Wachstum, Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und vor allem Abbau des Protektionismus. Von den Schuldnerländern sind weiterhin entschlossene Reformanstrengungen zu verlangen, ohne die jede externe Hilfe wirkungslos bleibt. Der Druck auf die Schuldnerländer zur Fortsetzung der Strukturanpassungen muß aufrechterhalten bleiben, nicht zuletzt um das zu einer Repatriierung des Fluchtkapitals (in Höhe von bis zu 500 Mrd. \$ bzw. entsprechend gut ein Drittel der gesamten Schulden) notwendige Vertrauen zu schaffen. Auch aus diesem Grunde bleibt ein globaler Schuldenerlaß abzulehnen.

Wir befürworten aber eine Weiterentwicklung der Schuldenstrategie mit dem Ziel, den seit 1982 ansteigenden Netto-Kapitalabfluß aus den EL und das Anwachsen des Schuldenbergs umzukehren. Dazu empfehlen sich folgende Impulse:

a) Schuldenreduzierungen und Schuldenerleichterungen (betreffend Kreditsumme, Laufzeit oder Zinshöhe) sind jetzt vorrangig. Dabei kommt den Privatbanken als Hauptgläubigern dieser Länder eine zentrale Rolle zu. Die Weiterentwicklung marktorientierter Schuldenreduzierungen der Geschäftsbanken (im Rahmen des sog. „menu of options“, z. B. „debt equity swaps“, „debt buy backs“, „debt nature swaps“, „debt conversions“, „exit bonds“ etc.; vgl. u. a. Mexiko-Umschuldung¹⁹ und Brasilien-Umschuldung 1988²⁰) sollte ermutigt werden.

¹⁸ Zur Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vor der VN-Generalversammlung am 29. September 1988 in New York vgl. Dok. 55, Anm. 22.

¹⁹ Referat 422 erläuterte am 23. November 1988 die Lage zu Jahresbeginn: „Altschulden Mexikos gegenüber den Banken wurden durch neue Anleihen mit reduziertem Nominalwert abgelöst, wobei die Mittel hierfür aus einer neuen mexikanischen Dollar-Anleihe stammen“. Erstmals sei es einem hochverschuldeten Schwellenland gelungen, „durch eine neuartige Kombination von Umschuldung und marktmäßigem begrenzten Schuldenerlaß“ eine Reduzierung seiner Auslandsverschuldung zu erreichen. Im Falle Mexikos handele es sich um „ein kommerziell finanziertes Modell zur Schuldenreduzierung“. Vgl. Referat 422, Bd. 148949.

²⁰ Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 19. Juli 1988, Brasilien habe am 21. Juni 1988 mit den Geschäftsbanken ein Rahmenabkommen über die langfristige Umschuldung und Neukredite erzielt. Für Tilgungsfälligkeiten 1987 bis 1993 in Höhe von insgesamt rund 61 Mrd. Dollar sei eine

In diesem Zusammenhang sind die hohen Abschlüsse hervorzuheben, zu denen Forderungen gegen einzelne Schuldnerländer zwischenzeitlich auf den Sekundärmärkten bereits zwischen den Banken gehandelt werden (teilweise erheblich unter 50 %). Den Schuldnerländern sollte der Zugang zu diesen Sekundärmärkten weiter geöffnet werden. Andererseits ist festzuhalten, daß die Banken durch Rückstellungen und Abschreibungen ihr Schicksal weitgehend von dem der Schuldnerländer abgekoppelt haben. (Herrhausen: „Die Stärke der Banken ist größer, die der Schuldner geringer geworden.“)

b) Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillige Schuldenreduzierungen ist erforderlich. In diesem Zusammenhang wäre ein deutscher Anstoß zugunsten einer Entscheidung des Weltwirtschaftsgipfels Paris 1989²¹ erwägenswert, wonach die Industrieländer sich verpflichten würden, den Geschäftsbanken in einem Rahmen internationaler Vergleichbarkeit substantielle Steuererleichterungen auf die Abschreibung von Drittweltforderungen zu gewähren. Dies darf – im Sinne einer „Konditionalität“ – allerdings nur gelten, soweit diese Abschlüsse tatsächlich an die Schuldnerländer weitergegeben werden, was bislang kaum geschehen ist. Für eine derartige Initiative befindet sich die Bundesregierung insoweit in einer günstigen Ausgangslage, als die deutschen Banken über besonders weitgehende Abschreibungsmöglichkeiten verfügen und bis zu 50 % auch bereits abgeschrieben haben. (Da dies weder auf Japan noch die USA zutrifft, ist mit Vorbehalten von dort zu rechnen, im Falle der USA auch wegen des Haushaltsdefizits.)

c) Wir sollten uns für die Stärkung der Internationalen Finanzinstitutionen (d. h. IWF, Weltbank/IFC²², regionale Entwicklungsbanken) einsetzen: Nur sie können Anpassungsprogramme mit Autorität formulieren, entsprechende Konditionen durchsetzen und damit auch wieder privaten Ressourcenfluß anregen. Die 9. Wiederauffüllung der IDA, eine IWF-Quotenerhöhung²³ sowie die 7. Wiederauffüllung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB)²⁴ und eine Kapitalerhöhung bei der Asiatischen Entwicklungsbank (Blockierungen durch Auseinandersetzungen um Stimmanteile der USA bzw. Japans) stehen an. Wir sollten

Fortsetzung Fußnote von Seite 269

Rückzahlung ab 1995 innerhalb von 13 Jahren vereinbart worden: „Mit dem Ziel einer Reduzierung der ca. 700 Gläubigerbanken auf möglichst ca. 150 werden sog. exit bonds aufgelegt (US-\$-Denominierung, bis zu 15 Mio. US-\$ pro Kreditinstitut, 6 % p. a. Festzinssatz, Rückzahlung in 15 Jahren nach 10 Freijahren. [...]).“ Vgl. Referat 422, Bd. 149083.

²¹ Die Wörter „Weltwirtschaftsgipfels Paris 1989“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was meint das BMF u. der deutsche ‚Sherpa‘ dazu?“

²² International Finance Corporation.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Junker und Vortragender Legationsrat Zirpel legten am 28. März 1989 dar, die neunte Überprüfung der IWF-Quoten habe ursprünglich zum 30. April 1988 abgeschlossen werden sollen: „Angesichts der zögernden Haltung der USA dürfte aber auch die vereinbarte Fristverlängerung bis 30. April 1989 nicht ausreichen.“ Die amerikanische Regierung wolle „die Zustimmung zur Quotenerhöhung aber von Fortschritten in der Schuldendiskussion und bei der Überwindung der Zahlungsrückstände abhängig machen. Die Bundesregierung befürwortet wie die meisten übrigen IWF-Mitglieder eine substantielle Aufstockung der IWF-Quoten. Die IWF-Geschäftsleitung hält eine Erhöhung von bisher 90 auf 160 bis 180 Mrd. SZR für erforderlich, wenn die Liquiditätslage des Fonds in den 90er Jahren nicht gefährdet werden soll.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168695.

²⁴ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit informierte am 30. März 1989, auf der 30. Jahrestagung des Gouverneursrats der Interamerikanischen Entwicklungsbank vom 20. bis 22. März 1989 in Amsterdam sei die 7. Kapitalerhöhung der Bank beschlossen worden. Das Kapital sei um 26,4 Mrd. Dollar erhöht worden, wodurch Kreditzusagen in Höhe von 22,5 Mrd. Dollar getätigt werden könnten. Vgl. dazu Unterabteilung 33, Bd. 146707.

aktiv für einen erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen in allen Fällen eintreten, ebenso für eine konstruktive Klärung der Rollen von IWF und WB im Interesse der Effizienz des Schuldenmanagements. Wir sollten die Weltbank und besonders die IFC zur Unterstützung von Schuldenreduzierungen im Sinne des „menu of options“ ermutigen. Als Beitrag der IFI²⁵ könnte auch erwogen werden, daß ihre (nicht projektgebundenen) Stabilitäts- und Strukturanpassungsdarlehen in Höhe von jährlich 5 bis 10 Mrd. \$, die zur Zeit (obwohl dies offiziell nicht zugegeben wird) teilweise dem Zinsendienst auf den vollen Nominalwert der Außenschulden dieser Länder zufließen, künftig wenigstens zum Teil den anpassungsbereiten Schuldnerländern für den Rückkauf von Schulden auf den Sekundärmärkten (mit Abschlägen, die in Einzelfällen – z.B. Bolivien – über 90 % erreichen) zur Verfügung gestellt werden. So könnte z.B. schon mit dem jährlichen Einsatz durch die Internationalen Finanzinstitutionen von nur 3 Mrd. \$ für marktorientierte Schuldenrückkäufe bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Abschlags von nur zwei Dritteln vom Nominalwert ein jährlicher Schuldenabbau von 10 Mrd. \$ erzielt werden. Dies würde nicht nur der (vorrangigen) Entschuldung der EL, sondern auch einem fairen „Burden sharing“ zwischen den IL sowie zwischen öffentlichen und privaten Gläubigern zugute kommen.

d) Wir sollten für eine aufgeschlossene deutsche Beteiligung an der Diskussion von möglichen institutionellen Modellen für eine internationale Agentur für Garantien im Rahmen des o.g. „menu of options“ (vgl. z.B. Herrhausen-, Miyazawa-, Mitterrand-Vorschläge) eintreten und diese ggf. mit eigenen Anregungen bereichern (z.B. Erörterung des Mitterrand-Plans im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit: Einsatz erhöhter IWF-Quoten oder neu auszugebender Sonderziehungsrechte bzw. der Erlöse aus IWF-Goldverkäufen für einen Fonds des IWF, der Schuldtitel garantieren oder mit Abschlägen auf den Sekundärmärkten aufkaufen und mit einer Garantie versehen auf dem Markt wieder anbieten würde). Dabei wäre unter politisch-psychologischen Gesichtspunkten auch zu erwägen, ob wir nicht in diesem Zusammenhang den (von dem renommierten Harvard-Professor Jeffrey Sachs vorgetragenen) Gedanken eines mehrjährigen Programms für umfangreiche koordinierte Schuldenreduzierungen²⁶ aufgreifen könnten. Als eine die Interessen aller Beteiligten berücksichtigende Zielvorstellung könnte z.B. der marktorientierte Abbau des derzeit untragbaren Schuldenbergs (von 1,3 Bio. \$) auf eine wirtschaftlich vertretbare Größenordnung von ca. 800 Mrd. \$ innerhalb von fünf Jahren zur Diskussion gestellt werden. Ein solcher die Wurzeln und nicht nur die Symptome der Krise kurierender Schuldenabbau und die damit verbundene massive Freisetzung von Wachstumskräften in der Dritten Welt käme nicht nur den EL, sondern auch den IL zugute, wo nach Weltbank-Berechnungen durch den Ausfall traditioneller Exportmärkte in der Dritten Welt mehrere Millionen Arbeitsplätze vernichtet worden sind.

In diesen Zusammenhang gehören auch weitere Überlegungen zur Realisierbarkeit von „debt for nature swaps“. Zu erwägen wäre die Einsetzung einer inter-

²⁵ Internationale Finanzinstitutionen.

²⁶ Vgl. Jeffrey D. SACHS, International Policy Coordination: The Case of the Developing Country Debt Crisis; in: Martin Feldstein (Hrsg.), International Economic Cooperation, Chicago/London 1988, S. 233–278.

nationalen Arbeitsgruppe durch den Wirtschaftsgipfel zur Erörterung all dieser Fragen.

e) Die Baker-Initiative ist formell immer noch auf 17 besonders hochverschuldete Länder vor allem in Lateinamerika beschränkt, womit jedoch den wachsenden Verschuldungsproblemen anderer für uns wichtiger Länder – etwa in Osteuropa und im Mittelmeerraum – nicht ausreichend Rechnung getragen wird. Wo dies erforderlich ist, sollten wir uns deshalb im Kreis der IL dafür einsetzen, daß über den Kreis der traditionellen „Baker-Länder“ hinaus auch andere hochverschuldete Länder (z.B. Polen, Ägypten) in die westlichen Überlegungen zur Schuldenstrategie mit einbezogen werden.

3) Die jüngsten Fortschritte der internationalen Schuldenstrategie zugunsten der ärmsten EL, vor allem in Subsahara-Afrika, sollten weiter ausgebaut werden. Im internationalen Zusammenhang können wir auf den Schuldenerlaß der Bundesregierung zugunsten der ärmsten anpassungsbereiten Entwicklungsländer (insgesamt über 8,5 Mrd. DM) sowie auf unsere Entscheidung, diesen Ländern künftig statt Krediten nur noch Zuschüsse zu gewähren, verweisen.²⁷ Eine Vergleichbarkeit der Leistungen der Gipfelländer wäre anzustreben. Für die ärmsten EL bleiben finanzielle Leistungen aus der EZ unerlässlich. Für uns als einem der reichsten IL muß gelten, daß unser EZ-Haushalt real überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten aufweisen sollte und sein Anteil am BSP auf keinen Fall weiter abfallen darf (1985: 0,47 %, 1986²⁸: 0,43 %, 1987: 0,39 %). In diesem Zusammenhang wäre eine Initiative im Vorfeld des Gipfels denkbar, die auf den schrittweisen Abbau der negativen Transfersalden aus der EZ, d.h. ein „recycling“ aller FZ-Rückflüsse wiederum in die Entwicklungshilfe, abzielen und damit unseren Nettotransfer vergrößern würde (in unserem Fall 1988: Zinsen und Tilgung = 1,315 Mrd. DM). Von besonderer Bedeutung für die Länder Subsahara-Afrikas werden die für 1989 anstehenden Verhandlungen zur Wiederauffüllung der WB-Tochter IDA 9 und zum 7. EEF sein (Volumen von IDA 8 lag bei 12,4 Mrd. US Dollar, 6. EEF bei 8,2 Mrd. US Dollar, deutscher Anteil bei 11,5 bzw. 26 %). Hierzu müssen wir auch national die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Ferner sollten wir uns im Interesse eines spürbaren Abbaus des Schuldenbergs der ärmsten EL – aber auch im Interesse eines fairen „Burden sharing“ unter den IL – für die Generalisierung des (von uns bereits vollzogenen) FZ-Schuldenerlasses für die ärmsten anpassungsbereiten EL entsprechend den Empfehlungen der UNO einsetzen.

4) Operativ wird vorgeschlagen, die genannten Positionen in die Ressortabstimmung zur Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels einzubringen und uns von der aufgezeigten Linie auch bei anstehenden Verhandlungen bzw. Abstimmungen zu einschlägigen Entscheidungen im Ressortkreis (z.B. BMZ-Haushalt) leiten zu lassen. Die Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie sollte darüber hinaus auch im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit aufgenommen werden, wobei wir uns zunächst den „Mitterrand-Plan“ näher erläutern lassen und die Möglichkeit einer evtl. gemeinsamen Initiative prüfen könnten. Gegenüber dem kürzlich von Spanien ins Gespräch

²⁷ Zu den Maßnahmen der Bundesregierung vgl. AAPD 1988, I, Dok. 166.

²⁸ Korrigiert aus: „1985“.

gebrachten Gedanken einer EG-Schuldeninitiative sollten wir uns aufgeschlossen zeigen.

Referate 400, 402 und 412 haben mitgewirkt.

Jelonek

Referat 422, Bd. 149032

58

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413 GA/IRN VS-NfD

6. März 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Mögliche wirtschaftliche Maßnahmen gegen Iran

Bezug: Direktorenrunde vom 21.2.1989

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung auf Weisung

I. Ausfuhrbürgschaftspolitik gegenüber Iran

1) Das Obligo des Bundes aus derzeit bestehenden Ausfuhrleistungsgewährleistungen für Iran-Geschäfte beläuft sich auf 4,25 Mrd. DM; dazu kommen Grundsatzzusagen für noch nicht fest abgeschlossene Geschäfte mit Auftragswerten von 950 Mio. DM. 1988 sind Auftragswerte von insgesamt 1,28 Mrd. DM neu in Deckung genommen worden.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen, Vortragendem Legationsrat Lutz und Legationsrat I. Klasse Rondorf konzipiert.

Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 7. März 1989 handschriftlich ergänzend: „Wir sollten im Wirtschaftsbereich eine Wait-and-see-Haltung einnehmen und es zunächst bei restriktiven Akzenten im politischen Bereich belassen.“

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher strich und handschriftlich für Ministerialdirektor Jelonek vermerkte: „Bitte Vorlage BM zu einem späteren Zeitpunkt – es sei denn, es ergibt sich aktueller Bedarf.“

Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 13. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Kyaw verfügte.

Hat Kyaw am 14. März 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 14. März 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Lutz verfügte.

Hat Lutz am 14. März 1989 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage sowie die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Rondorf und Vortragenden Legationsrat Petersmann „z[ur] Kenntnisnahme“ verfügte.

Hat Rondorf am 19. März 1989 erneut sowie Petersmann am 20. März 1989 vorgelegen.

Auf einem Begleitvermerk vom 20. März 1989 vermerkte Lutz handschriftlich: „1) Über RL 422 Herrn Dg 42: M.E. macht Vorlage der Aufzeichnung bei BM nur Sinn, wenn Frage der wirtschaftl[ichen] Maßnahmen gegen Iran in irgendeiner Form wieder in die Diskussion gerät. Ref[er]at 311 (H. Eickhoff) sieht dies genauso. 2) Rondorf z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung! (Stand der Messevorbereitungen, Ziff. II).“

Hat Wistinghausen am 20. März 1989 erneut vorgelegen, der hinter die Wörter „die Diskussion gerät“ des Vermerks von Lutz handschriftlich einfügte: „evtl: auch im Hinblick auf Ziff. II“.

Hat Kyaw am 21. März 1989 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 422, Bd. 148918.

2) Deckungspolitik: Es können derzeit Auftragswerte bis zu 20 Mio. DM pro Einzelgeschäft (Orientierungsgröße) verbürgt werden, bei einer zulässigen Kreditlaufzeit von höchstens 360 Tagen.

Auf Initiative des AA hat sich der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß im Dezember 1988 bereit erklärt, ohne förmliche Änderung der Beschlußlage

- die Orientierungsgröße flexibel zu handhaben (gewisse Überschreitung im Einzelfall möglich),
- bei entsprechenden staatlich gestützten Konkurrenzangeboten aus anderen Ländern auch Kreditlaufzeiten von mehr als einem Jahr zu verbürgen („matching“).

3) Eine weitergehende Auflockerung der Deckungspolitik hatte BMF von einer befriedigenden Regelung der Altschadensfälle abhängig gemacht. Dieses Hindernis sollte am 24.2.1989 mit Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ durch StS v. Würzen und StS Navab ausgeräumt werden, in dem sich Iran zur Zahlung eines Betrages von 25 Mio. DM verpflichtet hätte. Im Gegenzug hätte StS von Würzen in einem Begleitbrief eine Überprüfung der Hermes-Deckungspolitik „mit dem Ziel einer erheblichen Verbesserung“ angekündigt. BMWi hatte den Termin im Hinblick auf den EPZ-Beschluß der Außenminister vom 20.2.³ (keine hochrangigen Treffen) abgesagt.

4) Die deutsche Wirtschaft hat erhebliches Interesse an erweiterten Hermes-Deckungsmöglichkeiten bekundet. Es bestehen Aussichten auf Aufträge für mehrere Großprojekte, die ohne staatliche Unterstützung bei der Finanzierung nicht realisiert werden könnten, insbesondere:

Siemens AG: Gas-Kraftwerk Gilan, Auftragswert 988 Mio. DM,

Uhde GmbH: Petrochemie-Komplex Arak, 525,6 Mio. DM,

Motorenfabrik Hatz GmbH: Dieselmotorenfabrik in Täbriz, ca. 320 Mio. DM,

Kunz GmbH: Wasserkraftanlage Siah Bishe, ca. 95 Mio. DM (deutscher Anteil).

5) Für die von iranischer Seite beim Besuch von BM Genscher in Teheran (Nov. 88)⁴ vorgeschlagene Gründung eines Öl-Barter-Konsortiums haben auf deutscher Seite (Federführung: BMWi) inzwischen Vorarbeiten stattgefunden.

Danach zeichnen sich Chancen für die Realisierung einzelner, auch größerer Projekte unter Einbeziehung iran. Öllieferungen ab, wenn die Bundesregierung entsprechende Hermes-Deckungen gewährt. Durch die Verschiebung des Gesprächs StS v. Würzen–StS Navab können hier Verzögerungen eintreten. Presseberichte, wonach das Kooperationsvorhaben von der Bundesregierung als Sanktionsmaßnahme „auf Eis gelegt“ worden sei, treffen jedoch nicht zu.

6) Auch ohne Änderung der Deckungspolitik führt die iranische Morddrohung gegen Rushdie zu einer Einschränkung der Deckungsmöglichkeiten: Bei einer Ausweitung der Krise könnte es zu einer Einstellung des Schuldendienstes durch Iran kommen (z. B. als Reaktion auf westliche Sanktionsmaßnahmen). Diese

³ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43 und Dok. 49.

Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 29. November 1988 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 341 und Dok. 344.

Möglichkeit muß bereits jetzt unter Risiko-Gesichtspunkten bei der Verbürgung neuer Geschäfte in Rechnung gestellt werden.

II. Messebeteiligungen

1) Als wichtigster Lieferant des Iran ist seit jeher die deutsche Wirtschaft auch der bedeutendste Aussteller auf der alljährlichen Internationalen Messe Teheran, die dieses Jahr vom 2. – 12. Oktober stattfindet. Angesichts des infolge der Waffenruhe⁵ noch gestiegenen Interesses deutscher Unternehmen am iranischen Markt plante das BMWi, den Umfang der offiziellen Förderung (u.a. durch Baumaßnahmen) noch über das Maß der Vorjahre hinaus zu steigern (Kosten ca. 1,8 Mio. DM). Mittlerweile hat das BMWi das Anlaufen der Vorbereitungen für die offizielle Beteiligung (Rundschreiben der beauftragten Messegesellschaft IMAG⁶ München an potentiell interessierte Firmen) allerdings zunächst bis Ostern⁷ gestoppt.

Ähnliches gilt für zwei vom 3. – 8. Juni 1989 in Teheran erstmalig stattfindende Fachmessen „Iran Constructa“ und „Iran-med“.

2) Außerdem liegt dem AA eine Anfrage der AMK⁸ Berlin vor, ob gegen eine Einladung der AMK an den Iran zur Teilnahme an der 27. Übersee-Importmesse „Partner des Fortschritts“ vom 27.9. – 30.9.1989 und eine finanzielle Unterstützung dieser Beteiligung politische Bedenken bestehen. Angesichts des späten Anmeldeschlusses (31. Mai) kann die Entscheidung bis Ostern aufgeschoben werden, um die Frage der Messebeteiligung im Lichte der dann vorherrschenden Lage einheitlich beurteilen zu können (dann dürfte auch die Entscheidung über die Beteiligung an Messen im Iran zu treffen sein).

III. Luftverkehrsbeziehungen

1) Die Lufthansa (LH) fliegt bisher zweimal wöchentlich (Mo. und Fr.) mit einem Airbus A 300-600 nach Teheran. Dagegen fliegt Iran Air viermal wöchentlich mit der größeren Boeing 747 deutsche Flughäfen an. Dazu kommen wöchentlich noch drei Frachtflüge der Iran Air (ebenfalls mit einer Boeing 747). Vom 28.2. bis 2.3.1989 fanden seit längerem vereinbarte exploratorische Gesellschaftsgespräche der LH mit der Iran Air in Teheran statt, in denen eine Absprache über eine weitere Flugplanperiode (Sommerhalbjahr 1989) getroffen wurde. LH kann prinzipiell die Flugfrequenzen von zwei bis auf vier Wochenflüge erhöhen, will aber die Ausweitung von einer Regelung der iran. Zahlungsrückstände gegenüber

⁵ In der Resolution Nr. 598 vom 20. Juli 1987 forderte der VN-Sicherheitsrat den Irak und den Iran zu einem sofortigen Waffenstillstand, dem Rückzug ihrer Truppen hinter die anerkannten Grenzen und zum Austausch der Kriegsgefangenen auf. VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde gebeten, eine Beobachtergruppe zur Überwachung der Maßnahmen zu entsenden. Ferner sollten unabhängige Kommissionen die Verantwortlichkeiten für den Konflikt und die Voraussetzungen für die Beseitigung der Kriegsschäden mit internationaler Unterstützung untersuchen. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 5 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 558 f.

Nachdem beide Kriegsparteien die Resolution Nr. 598 anerkannt hatten, wurden die Kampfhandlungen offiziell am 20. August 1988 eingestellt. Seit dem 25. August 1988 fanden unter VN-Schirmherrschaft Verhandlungen zur Implementierung der Resolution statt. Referat 230 notierte am 17. Februar 1989, bislang seien drei Verhandlungsrunden ohne Fortschritte abgehalten worden. Eine neue Runde werde voraussichtlich Ende März 1989 stattfinden. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154134.

⁶ Internationaler Messe- und Ausstellungsdienst.

⁷ 26./27. März 1989.

⁸ Ausstellungs-, Messe-, Kongreß GmbH.

LH (rd. 60 Mio. DM) abhängig machen. Die Gespräche fanden nach Angaben der LH in unbelasteter, offener Atmosphäre statt.

Die LH hatte sich vor Beginn der Gespräche telefonisch an das AA mit der Frage gewandt, ob aus Sicht des AA von diesen Gesellschaftsgesprächen abgeraten würde. Nach Abstimmung im Hause wurde dies verneint, da gegenwärtig nur offizielle Kontakte auf hoher Ebene nicht stattfinden sollen, es sich hierbei aber um privatwirtschaftliche Gespräche handelt.

2) Neben einem Einwirken auf die LH, ihre Ausweitungspläne nicht weiter zu verfolgen, käme als einschneidendere Maßnahme die Reduzierung der Flüge der Iran Air in Betracht. Rechtliche Grundlage des bilateralen Luftverkehrs ist ein Ende 1971 paraphiertes, bislang noch nicht unterzeichnetes Luftverkehrsabkommen⁹; bei Paraphierung wurde durch vertrauliches Memorandum die vorläufige Anwendbarkeit des Abkommenswerks vereinbart. Falls eine Reduzierung des Flugverkehrs vorgenommen werden soll, müßte die vorläufige Anwendbarkeit des paraphierten Abkommens – bzw. Teile davon (Fluglinienplan) – widerrufen werden.

IV. Ölbezüge aus Iran

Iran ist als Öllieferant seit einigen Jahren für die Bundesrepublik Deutschland von relativ geringer Bedeutung:

1987: 996 Mio. t (= 1,5 % unserer Einfuhren)

1988: 2569 Mio. t (= 3,5 % unserer Einfuhren)

Aufgrund von Umfragen bei Ölgesellschaften wird für 1989 mit Öleinfuhren aus Iran im Umfang von 1145 Mio. t gerechnet. Beteiligt sind vor allem Shell, VEBA und Wintershall.

Die Ölbezüge aus Iran könnten problemlos durch andere Bezugsquellen ersetzt werden. Ein Einfuhrempargo könnte kontrolliert werden (bei Einfuhr muß Ursprung deklariert werden, Umgehung also nur durch Fälschung der Frachtpapiere möglich).

V. Iran-Sanktionen von 1980

Als Reaktion auf die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran¹⁰ sind 1980 mit den EG-Partnern abgestimmte Sanktionsmaßnahmen gegen Iran in Kraft gesetzt worden (46. VO zur Änderung der AWW, in Kraft getreten am 22.5.1980¹¹).

Im wesentlichen sahen die damals beschlossenen Maßnahmen eine Genehmigungspflicht vor für:

⁹ Für das am 11. Dezember 1971 in Teheran paraphierte Abkommen zwischen der Bundesrepublik und dem Iran über den Luftverkehr vgl. B 57 (Referat III A 4), Bd. 398.

¹⁰ Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Mohammad Reza Pahlavi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348 und Dok. 357. Nach Vermittlung Algeriens und der Bundesrepublik und Unterzeichnung verschiedener Dokumente durch die amerikanische Regierung am 19. Januar 1981 wurden die amerikanischen Geiseln in Teheran am Folgetag freigelassen und über Algerien und die Bundesrepublik in die USA gebracht. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 1–5 und S. 9.

¹¹ Für den Wortlaut der 46. Verordnung vom 23. April 1980 zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 1973 vgl. BUNDES-GESETZBLATT 1980, Teil I, S. 445 f.

- Ausführen sämtlicher Waren in den Iran (außer Medikamenten und Lebensmitteln),
- Durchfuhren und Transithandelsgeschäfte mit Zielland Iran,
- Beförderung von Waren mit Zielland Iran,
- Dienstleistungsverträge für Vorhaben im Iran,
- Kreditgeschäfte und sonstige Handlungen im Kapitalverkehr mit Iran.

Die Beschränkungen wurden nach Freilassung der Geiseln am 24.1.1981 aufgehoben.

VI. Abteilung 4 hat weisungsgemäß den Sachstand und theoretisch denkbare Sanktionsmaßnahmen dargestellt.

Abteilung 3 empfiehlt, wirtschaftliche Maßnahmen, wenn überhaupt, dann nur gemeinsam mit unseren EG-Partnern ins Auge zu fassen.

Die Sitzung der EPZ-AG Nahost am 1.3.1989 hat keine neuen Hinweise auf mögliche wirtschaftliche Maßnahmen anderer EG-MS gebracht.

Ref. 405 und 423 haben mitgewirkt.

D3¹² hat mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 422, Bd. 148918

59

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten von B'nai B'rith International, Reich

10. März 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten von B'nai B'rith International, Herrn Seymour Reich, am 10. März 1989 um 10.00 Uhr

Nach einem knapp einstündigen Gespräch mit dem Bundeskanzler, an dem lediglich noch der Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Prof. Dr. Weidenfeld, teilnahm, setzten der Bundeskanzler und sein Gast das Gespräch im Beisein der Delegation von B'nai B'rith fort.

Der *Bundeskanzler* dankte Präsident Reich dafür, daß er insbesondere für das Gespräch mit ihm (BK) nach Bonn gekommen sei. Er sei hier bei einem guten Freund.

¹² Reinhard Schlagintweit.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Westdickenberg, Bundeskanzleramt, am 13. März 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Kriehoff am 26. Mai 1989 vorgelegen.

Präsident *Reich* wies eingangs darauf hin, daß er mit dem Bundeskanzler sowohl in seiner Eigenschaft als Präsident von B'nai B'rith International als auch als Vorsitzender der Presidents' Conference spreche. Er führte sodann aus, daß sein Vater während des Ersten Weltkriegs als Unteroffizier in der österreichischen Armee gedient habe und in russische Gefangenschaft geraten sei. Er, Reich, habe zu diesem Gespräch auch seinen Neffen mitgebracht, der zusammen mit dessen Vater der einzige von ihm überlebende Verwandte in Deutschland sei. Sein Großvater entstamme im übrigen dem gleichen Ort wie Simon Wiesenthal.

Präsident Reich setzte dann seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf fort, daß er am Vortage zusammen mit einer Delegation aus Vertretern verschiedener jüdischer amerikanischer Organisationen bei Präsident Bush gewesen sei. Dabei habe man

- das amerikanische Veto gegen eine für Israel unfaire und nicht ausgewogene VN-Sicherheitsrats-Resolution² begrüßt;
- lobend die Terrorismus-Definition von Außenminister Baker hervorgehoben, wonach Terrorismus gegen Israel weder gegen zivile noch gegen militärische Ziele, weder in Israel selbst noch im Ausland gerechtfertigt sei;
- den soeben begonnenen Besuch von Außenminister Arens in den USA als auch den für April geplanten Besuch von Ministerpräsident Shamir³ besprochen. Ministerpräsident Shamir werde neue Vorschläge mitbringen, die dem Frieden förderlich seien.⁴

Bei diesem Gespräch sei bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Delegation deutlich geworden, daß man völlig übereinstimme, was die Sicherheit Israels anbetreffe. Ein Frieden könne Israel nicht von außen diktiert werden. Ein unabhängiger palästinensischer Staat sei nicht akzeptabel.

Präsident Reich leitete dann über auf die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die tiefe historische Wurzeln hätten und manchmal auch belastet gewesen seien. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung hätten immer Verständnis für die jüdische Gemeinschaft und für Israel gezeigt. Die DDR hingegen habe ihre Verpflichtungen nicht erfüllt. Seine Organisation sei bereit, dabei zu helfen, die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA zu verbessern. B'nai B'rith sei auch in den Ländern der EG stark vertreten, und im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992 biete man auch hier Unterstützung an, soweit sie benötigt werde.

Präsident Reich betonte, die Bundesrepublik Deutschland habe immer versucht, mäßigend auf die arabischen Staaten einzuwirken, und sei immer in besonderer Weise um die Beziehungen zu Israel bemüht gewesen.

² Die USA stimmten am 17. Februar 1989 als einziges Mitglied des VN-Sicherheitsrats gegen einen Resolutionsentwurf, mit dem die Behandlung der Palästinenser in den besetzten Gebieten durch Israel verurteilt werden sollte. Vgl. dazu den Artikel „U.S. Vetoes U.N. Measure on Arab Uprising“; THE NEW YORK TIMES vom 18. Februar 1989, S. 3. Vgl. dazu ferner http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.2850.

³ Der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Shamir in den USA fand vom 4. bis 11. April 1989 statt.

⁴ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

Man habe schwere Monate hinter sich:

- im Golf-Krieg habe es den Einsatz chemischer Waffen gegeben⁵, vom Irak sogar gegen die eigene kurdische Bevölkerung⁶;
- Ägypten habe bereits vor zehn Jahren gegen den Sudan chemische Waffen angewandt;
- nun bemühe sich Libyen um die Fähigkeit, chemische Waffen herzustellen.

Präsident Reich führte aus, daß man die Erklärungen der amerikanischen Administration zur Chemiewaffen-Fabrik in Rabta kenne und daß man auch wisse, daß durch die Hilfe deutscher Firmen der Produktion in Rabta Vorschub geleistet worden sei. Er, Reich, halte es für unfair, daß man sich mit den Vorwürfen auf die Bundesrepublik Deutschland konzentriert habe. Er halte es für wichtig, daß die Bundesregierung eine Gesetzgebung gegen den Chemiewaffen-export eingeleitet habe.⁷ Dies sei ein wichtiger Schritt nach vorn. Andere Länder sollten ähnlich handeln.

Präsident Reich bat darum, daß die Bundesregierung, die gute Beziehungen mit Israel pflege, Länder wie Griechenland, die Türkei und Irland ermutigen möge, ihre Beziehungen mit Israel heraufzustufen („to upgrade“).

Das Wahlergebnis in Berlin⁸ sähe man in den USA zum Teil mit Sorge. Solche Ergebnisse gebe es aber nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern man habe sie auch in den USA selbst vor kurzem erleben müssen (Wahl eines rassistischen Senators in Louisiana⁹).

Präsident Reich erwähnte die intensiven Gespräche der Bundesregierung mit der Sowjetunion. Glasnost und Perestroika begrüße man auch seitens B'nai B'rith. Man wünsche sich die Sicherung der kulturellen Rechte für diejenigen Juden in der Sowjetunion, die dort bleiben möchten, und Ausreisefreiheit für diejenigen, die das Land verlassen möchten. Präsident Reich bat den Bundeskanzler, Generalsekretär Gorbatschow bei seinem Besuch in der Bundesrepublik

⁵ Zur Frage des Einsatzes chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. zuletzt AAPD 1988, I, Dok. 154.

⁶ Im März 1988 kam es in der Nähe der Stadt Halabdscha im Norden Iraks zum Einsatz chemischer Waffen. Vgl. AAPD 1988, I, Dok. 99.

⁷ Zu den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 9. Ministerialdirigent von Kyaw informierte am 15. März 1989: „Bundeskabinett hat am 15.3.1989 fristgemäß Maßnahmen zur Verschärfung des deutschen Außenwirtschaftsrechts und zur Verhinderung der Produktionsaufnahme der chemischen Fabrikanlage bei Rabta beschlossen. Die wichtigsten Beschlüsse sind: 1) 62. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – (Erweiterung der Genehmigungspflicht von acht auf 17 chemische Substanzen). 2) Dritte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung („lex Rabta“) und 3) Gesetzentwurf zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von A-, B- und C-Waffen (Artikelgesetz).“ Kyaw erläuterte dazu: „Die dritte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung stellt bis zum Inkrafttreten der neuen Strafvorschriften sicher, daß Rechtsgeschäfte und Handlungen im Außenwirtschaftsverkehr verboten sind, die im Zusammenhang mit der Herstellung von chemischen Waffen in Libyen stehen. Diese sogenannte ‚lex Rabta‘ verbietet alle Ausführen, die in Rabta Verwendung finden könnten, unabhängig davon, ob sie von der Ausfuhrliste erfaßt sind. Das Verbot gilt auch für Technologie-Unterlagen und Dienstleistungen.“ Vgl. den Rund-erlaß Nr. 2344; Referat 424, Bd. 162343.

⁸ Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989 vgl. Dok. 37, Anm. 11.

⁹ Zur Wahl von David Duke in das Abgeordnetenhaus von Louisiana vgl. den Artikel „Ku Klux Klan-Großmeister gewinnt Mandat in Louisiana“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Februar 1989, S. 2.

Deutschland¹⁰ auf das Schicksal von Raoul Wallenberg¹¹ anzusprechen. Es sei wichtig zu erfahren, was mit Wallenberg geschehen sei.

Präsident Reich schloß seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, man wolle sich bei B'nai B'rith dafür einsetzen, daß das Dreiecksverhältnis USA–Israel–Bundesrepublik Deutschland sich gedeihlich entwickle.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete es als sein Ziel, so freundschaftlich wie möglich mit ihm, Präsident Reich, und B'nai B'rith zusammenzuarbeiten. Der unmittelbare Kontakt sei sehr wichtig. Er wolle ihn regelmäßig, intensiv und häufig fortsetzen. Dies entspreche seiner persönlichen Einstellung und seiner politischen Überzeugung.

Der Bundeskanzler wies auf sein katholisches Elternhaus hin, das dem Judentum immer freundschaftlich und aufgeschlossen gegenübergestanden habe. Er, der Bundeskanzler, habe ihn auf die Synagoge in Worms und auf den dortigen jüdischen Friedhof hingewiesen, über den Martin Buber ein Gedicht verfaßt habe¹². Dies verdeutliche die Symbiose zwischen Juden und Deutschen, wie sie einmal bestanden habe. Deutlich sei die Last der Geschichte, die wir Deutsche nicht wegwischen, nicht vergessen wollten. Man müsse den jungen Menschen in Deutschland die Chance geben, mit dieser Geschichte nach vorn sehen zu können. Der Bundeskanzler unterstrich die besonderen Beziehungen zu Israel.

Sodann ging der Bundeskanzler auf die Grundprinzipien unserer Politik ein, die auf zwei gleich wichtigen Säulen ruhe: den transatlantischen Beziehungen zu den USA und der europäischen Integration. Beides sei für uns gleichermaßen existentiell. Wir seien ein Teil der westlichen Welt. Er habe in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, daß diese Grundsätze für uns Staatsräson seien.¹³ Diese Auffassungen seien in der Bundesrepublik Deutschland auch mehrheitsfähig, unabhängig von dem, was er, Reich, in amerikanischen Zeitungen lesen könne.

Der Bundeskanzler begrüßte es, daß die Beziehungen zu Israel außerhalb des Parteienstreites lägen. Man könne fast sagen, wir hätten bessere Beziehungen zu den verschiedenen Parteien in Israel als diese untereinander. Natürlich gebe es Nuancen. Er, der Bundeskanzler, sei z. B. kein Sozialist, komme aber mit Peres gut aus. Gleiches habe ja auch für das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion gegolten.

¹⁰ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹¹ Referat 205 erläuterte im Oktober 1988, über das Schicksal des 1945 in Budapest unter ungeklärten Umständen verschollenen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der 1944 von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, in Budapest möglichst viele Juden vor der drohenden Deportation zu retten, lägen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Die UdSSR habe 1947 zunächst behauptet, Wallenberg habe sich nie auf sowjetischem Territorium befunden, 1957 jedoch erklärt, daß er am 17. Juli 1947 im Gefängnis Lubjanka in Moskau gestorben sei. Dies werde von der schwedischen Regierung und international bezweifelt. Es gebe immer wieder Berichte, wonach Wallenberg noch am Leben sei. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 143606.

¹² Martin Buber beschrieb den jüdischen Friedhof in Worms in einem Gespräch mit dem Professor für neutestamentliche Theologie an der Universität Bonn, Karl Ludwig Schmidt, am 14. Januar 1933 in Stuttgart. Vgl. Martin BUBER, Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963, S. 569.

¹³ Für den Wortlaut der Äußerungen von Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung am 18. März 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 67 f.

Der Bundeskanzler betonte, wir hätten viel für die deutsch-israelischen Beziehungen getan. Beispielhaft verwies er auf tatkräftige Hilfe, die er, damals noch als Oppositionsführer, zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister Leber habe leisten können.

Der Bundeskanzler führte aus, er wisse, wie schwierig die Lage in Israel zur Zeit sei. Die Zeit verstreiche nicht zugunsten Israels. Man müsse jetzt alles daran setzen zu helfen. Er habe oft mit Außenminister Shultz über diesen Fragenkreis gesprochen, u. a. auch über eine mögliche Marshallplan-Hilfe für den Nahen Osten. Ein solcher Plan sei jedoch nur möglich, wenn man die Voraussetzungen für den Frieden geschaffen habe. Erst dann könnten wir die Federführung für einen solchen Plan entsprechend dem amerikanischen Wunsch übernehmen, wozu wir grundsätzlich bereit seien.

Der Bundeskanzler versicherte, der Europäische Binnenmarkt werde kommen, und diese Aussicht entfalte bereits jetzt große Wirkungen, insbesondere auch auf Osteuropa. Die Politik von Generalsekretär Gorbatschow sei z.T. nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Auch die ungarische Reformpolitik sei ein Beispiel für die Auswirkungen der Anziehungskraft der EG.

In diesem Zusammenhang betonte der Bundeskanzler, daß die EG bereits 60 % ihrer Hausaufgaben im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992 gemacht habe. Wichtig sei, daß wir keinen Protektionismus wollten. Die Bundesrepublik Deutschland habe ihre beachtlichen Leistungen durch Weltoffenheit erreicht. Protektionismus sei das Dämmste, was wir tun könnten. Unser Problem in der EG sei, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich verlaufe. Die Schere zwischen der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland einerseits und allen anderen EG-Mitgliedstaaten andererseits schließe sich nicht, sondern öffne sich vielmehr weiter. Dadurch mache man sich keine Freunde bei anderen.

Der Bundeskanzler stellte fest, diese Entwicklung laufe einer deutschen Neigung zuwider: Man wolle geliebt werden. Die Deutschen sollten sich vielmehr damit zufriedengeben, daß sie den Respekt der anderen hätten. Dieser Respekt sei zudem wohlbegründet. Zusammen mit den USA und Japan läge die Bundesrepublik Deutschland in der Welt wirtschaftlich an der Spitze. Die USA hätten jedoch die vierfache, Japan die zweifache Bevölkerungszahl. Um da mithalten zu können, müßten die Deutschen eben mehr tun. So hätten wir z.B. 1988 60 Mrd. DM in die Forschung investiert, eine Summe entsprechend der in Japan. Ihm, dem Bundeskanzler, sei nicht wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland an erster Stelle stehe. Ihm komme es vielmehr darauf an, daß wir zu den ersten drei zählten. Unsere wirtschaftliche Dynamik müßten wir vernünftig in die EG einbringen. Wir sollten nicht nach Hegemonie streben. Die Deutschen müßten Bescheidenheit lernen, eine Tugend, die ihnen nicht angeboren sei. Konrad Adenauer habe ihm einmal gesagt, die Deutschen seien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Hochstapler gewesen; sie müßten nunmehr in der zweiten Hälfte die Tiefstapler sein.

Sodann wechselte der Bundeskanzler auf das Thema der Chemiefabrik in Libyen über. Dies sei eine schlimme Sache. Sie sei über uns gekommen. Ursache dafür sei unser liberales Wirtschaftssystem gewesen. Man könne es mißbrauchen, und dies sei geschehen. Die Bundesregierung habe die Konsequenzen gezogen. Sie

habe Gesetze vorbereitet, die bis an die Grenze des Rechtsstaats gingen und verfassungsmäßig nicht unproblematisch seien. Er, der Bundeskanzler, wolle noch einmal ganz deutlich machen, daß wir verhindern wollten, daß irgendwo in der Welt ein Deutscher oder eine deutsche Firma einer ABC-Waffen-Produktion Vorschub leisteten. Dies sei unsere eindeutige Politik. Kriminelle Handlungen, wie man sie jetzt erlebt habe, würden aber wahrscheinlich immer möglich sein. Es gelte, sie zu ahnden.

Die internationale Heuchelei, die man in diesem Zusammenhang habe beobachten können, gefalle ihm nicht. Es seien auch andere Länder beteiligt gewesen, wie z. B. Frankreich, Italien, die Schweiz, Dänemark, Belgien. Eine Firma in Florida habe sogar das Kernstück der Anlage geliefert: den Computer.

Exkurs: Dies wäre etwas, was man vielleicht einmal Senator Helms sagen müßte. Präsident *Reich* warf ein, er werde Senator Helms in naher Zukunft sehen. Der *Bundeskanzler* bat ihn, Senator Helms zu grüßen.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß er in seinen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow¹⁴ die Frage der deutschen und der jüdischen Minderheiten in der Sowjetunion in gleicher Weise angesprochen habe. Es handele sich jeweils um ca. 2 Millionen Personen. Wenn dieser Personenkreis in Zukunft so behandelt würde, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei, so könne Gorbatschow die Perestroika vergessen. Die Behandlung dieser Minderheiten sei für uns die Meßlatte für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Er, der Bundeskanzler, habe mit Generalsekretär Gorbatschow auch über Raoul Wallenberg gesprochen. In Gesprächen mit Simon Wiesenthal habe er, der Bundeskanzler, sich Informationen geben lassen. Er halte Wallenberg für einen der großen Helden des 20. Jahrhunderts. Er frage sich manchmal, weshalb das Schicksal von Wallenberg nicht eher, nicht zu einer Zeit angesprochen worden sei, als er mit Sicherheit noch lebte. Er, der Bundeskanzler, wolle dies nur anmerken, denn er beanspruche für sich nicht das Recht zur Kritik, erst recht nicht, wo es sich um eine Folge der Nazi-Barbarei handele. Er habe sehr lange mit Generalsekretär Gorbatschow über dieses Thema gesprochen und dabei den Eindruck gewonnen, daß auch Gorbatschow Zweifel an der offiziell verbreiteten russischen Version zum Schicksal von Wallenberg habe.

Der Bundeskanzler betonte – das Thema wechselnd –, was immer er, Präsident Reich, hören und lesen könne: Es gebe keinen wirklich nennenswerten Antisemitismus bei uns. Natürlich gebe es immer Extremisten, nicht nur bei uns, und sie seien sowohl auf dem rechten als auch auf dem linken Spektrum angesiedelt. Diese Kräfte hätten aber keine Bedeutung und seien ohne Einfluß.

Beispielhaft nannte der Bundeskanzler den Fall Nachmann.¹⁵ Seine, des Bundeskanzlers, große Sorge sei gewesen, daß dies evtl. von interessierter Seite „hochgezogen“ werden würde. Dies sei nicht geschehen. Er halte dies für bemerkenswert.

¹⁴ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹⁵ Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Nachmann, verstarb am 21. Januar 1988. Nach seinem Tod wurden Vorwürfe erhoben, Nachmann habe 20 Mio. DM Zinsen aus Wiedergutmachungszahlungen der Bundesregierung auf eigene Konten umgeleitet. Vgl. dazu den Artikel „Nachmann hat angeblich Millionen veruntreut“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Mai 1988, S. 1.

Dies berechtige natürlich nicht, die Bemühungen um ein richtiges Geschichtsverständnis einzustellen. Wichtig sei es, auf die junge Generation zuzugehen. Er, der Bundeskanzler, habe regelmäßig Kontakt mit Schülern und Studenten, und sein Eindruck sei, daß sie die Lektion der Geschichte gelernt hätten.

So sei auch das Wahlergebnis in Berlin kein Zeichen für eine neue extremistische Welle. Die Republikaner hätten lediglich 7% der Stimmen errungen. Ein Le Pen habe in Marseille 25% erreicht, und bei lokalen Wahlen in den USA und auch in Großbritannien hätten Extremisten ähnliche Prozentsätze wie bei uns erreichen können. Der Unterschied sei jedoch, daß dort ein anderes, ein Mehrheitswahlrechtssystem gelte, weswegen diese Kräfte zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt seien und keine Sitze in den Parlamenten enthielten.

Natürlich werde der Wahlausgang in Berlin ernst genommen, meinte der Bundeskanzler. Man müsse sehen, daß es sich um eine Mischung von Gefühlen bei der Stimmabgabe gehandelt habe: Da gebe es die große Dichte an Ausländern in Berlin (mit seinem großen türkischen Bevölkerungsanteil wäre Berlin die viertgrößte Stadt in der Türkei), es gebe das Problem der Asylbewerber und der Aussiedler, und dies habe u. a. auch zu einer großen Wohnungsnot geführt. Der politische Fehler sei gewesen, diese Situation unterschätzt zu haben.

Zudem müsse man auch die Besonderheit der Berliner Bevölkerungsstruktur sehen. Es gebe eine große Anzahl von jungen Leuten, die sich deshalb in Berlin angesiedelt hätten, weil es dort keine Wehrpflicht gebe. Man habe in Berlin eine militante Linke, wobei es bedauerlich sei, daß „die Rechte“ inzwischen als extrem, „die Linke“ jedoch als demokratisch gelte. (Hinweis auf die Tochter von Albert Speer¹⁶, die als Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses sicherlich auf Empörung gestoßen wäre, wenn sie zu den Republikanern zählte anstatt zur politischen Linken.)

Zum Abschluß des Gesprächs erbat der Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Prof. *Weidenfeld*, die Zustimmung des Bundeskanzlers dazu, daß er, Prof. Weidenfeld, zusammen mit Vertretern von B'nai B'rith gemeinsam und möglichst bald konkrete Projekte in Angriff nehmen könne, insbesondere Begegnungsprogramme. Der *Bundeskanzler* stimmte dem lebhaft zu.

Hiermit endete das knapp 45 Minuten dauernde Delegationsgespräch.

Teilnehmer waren auf Seiten von B'nai B'rith: Dan Mariaschin, Public Affairs Director von B'nai B'rith International; Joseph H. Domberger, Vizepräsident von B'nai B'rith International; Georges M. Bloch, Vorsitzender des International Council von B'nai B'rith; Dr. Ernst Ludwig Ehrlich, Europadirektor von B'nai B'rith; Henry Schneider, Vizepräsident des europäischen Distrikts von B'nai B'rith;

auf deutscher Seite: Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Herr RD Mertes, VLR Dr. Westdickenberg als Note-taker.

B 92 (Referat 641/614), Bd. 634

¹⁶ Hilde Schramm.

**Bundesminister Genscher
an EG-Kommissionspräsident Delors**

13. März 1989¹

Sehr geehrter Herr Präsident,

dank der sorgfältigen und raschen Vorbereitung durch die Kommission war es möglich, in knapp drei Wochen eine gemeinschaftliche Ausfuhrregelung für bestimmte chemische Erzeugnisse zu verabschieden, die zur Produktion von chemischen Waffen geeignet sind.² Damit ist ein wichtiger Schritt zur Verschärfung der internationalen Kontrollen für den Export solcher Vorprodukte getan.

Aus Sicht der Bundesregierung sollten die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten weitere Maßnahmen ergreifen, um zur weltweiten Verhinderung der Aufnahme der Produktion von chemischen Waffen beizutragen.

Hierfür sehe ich zwei Möglichkeiten: einmal die Erweiterung der Ausfuhrkontrollen auf weitere chemische Produkte, ferner eine Ausfuhrregelung der Gemeinschaft auch für chemische Anlagen und Komponenten.

Nach Auffassung der Bundesregierung wären Ausfuhrkontrollen für weitere neun Substanzen anzustreben. Von diesen befinden sich acht derzeit noch auf der sog. „Warnliste“ der Australischen Gruppe, während ein Produkt (Thionylchlorid) bereits in die sog. „Kontrolliste“ aufgenommen wurde.

Die Bundesregierung bereitet derzeit einen Vorschlag vor, wonach die betreffenden Substanzen gleichfalls einer Ausfuhrkontrolle unterworfen werden sollen. Sie will hierüber Konsens im Rahmen der EPZ erreichen mit dem Ziel, daß die Zwölf den Vorschlag anschließend in die Australische Gruppe einführen.

Ich schlage vor, daß im Anschluß an eine Behandlung in der Australischen Gruppe die Kommission Vorschläge für Ausfuhrkontrollen zusätzlicher chemischer Produkte – nicht für ein generelles Ausfuhrverbot – dem Rat zur Billigung vorlegt. Damit würde eine dem Standard der USA in etwa entsprechende umfassende Exportkontrolle der Gemeinschaft für insgesamt 17 chemische Produkte erreicht.

Hinsichtlich der Einführung gemeinschaftlicher Exportkontrollen auch für Anlagen und Komponenten, die zur Herstellung chemischer Waffen geeignet sind, rege ich an, daß die Kommission den Entwurf einer diesbezüglichen Verordnung dem Rat zur Zustimmung vorlegt, sobald hierüber ein Konsens im Rahmen der EPZ erzielt und eine Abstimmung in der Australischen Gruppe erreicht wurde.

Ich darf darauf hinweisen, daß beim EPZ-Ministertreffen vom 14.2.1989 auf deutsche Initiative³ hin beschlossen wurde⁴, über einen gemeinsamen Vorschlag

¹ Ablichtung.

² Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel über die Ausfuhr bestimmter chemischer Erzeugnisse vgl. Dok. 32, Anm. 11.

³ Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1989 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez; Dok. 27, Anm. 24.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte am 15. Februar 1989 zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortag in Madrid mit, die Minister hätten

der Zwölf zur Einführung einer Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Anlagen und Komponenten, die zur Herstellung chemischer Kampfstoffe geeignet sind, für das nächste Treffen der Australischen Gruppe⁵ zu beraten.

Ich habe in einem gleichzeitigen Schreiben AM Ordóñez als Vorsitzenden in der EPZ gebeten, die Einbringung entsprechender Initiativen der Zwölf im Rahmen der Australischen Gruppe zur Exportkontrolle chemischer Substanzen sowie von Anlagen und Komponenten zu unterstützen.⁶

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Hans-Dietrich Genscher

Referat 010, Bd. 257749

61

Botschafter Eickhoff, Ankara, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 13. März 1989, 16.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 295

Ankunft: 13. März 1989, 15.43 Uhr

Betr.: Deutsch-türkische Beziehungen

Zur Unterrichtung

1) Unsere Beziehungen zur Türkei drohen, auf schwierigeres Gelände zu geraten. Einst waren sie bilderbuchgleich problemfrei, auf türkischer Seite von geradezu unkritischer Bewunderung für alles Deutsche geprägt, auch aus dem Zweiten Weltkrieg nahezu unbeschädigt hervorgegangen. Mit der von uns ausgelösten Zuwanderungswelle türkischer Gastarbeiter hatten sie die erste, für viele hier ernüchternde, schwere Belastungsprobe zu bestehen, was in Zeiten der Vollbeschäftigung und besonders durch nachsichtiges Verhalten der Gewerkschaften

Fortsetzung Fußnote von Seite 284

dem Vorschlag der spanischen EG-Ratspräsidentschaft zugestimmt, „möglichst bald erneute AG-Sitzung einzuberufen, um Einzelheiten der Initiative in der Australischen Gruppe auszuarbeiten. Mit dieser Initiative soll ein Anstoß gegeben werden, das Exportkontrollregime für Vorläufer chemischer Waffen zu erweitern und auf Anlagen und Anlagenkomponenten zu erstrecken.“ Vgl. den Rund-
erlaß Nr. 6/7; Referat 200, Bd. 144218.

⁵ Das Treffen der Australischen Gruppe fand vom 9. bis 11. Mai 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1175/1176 des Ministerialdirigenten von Kyaw, z. Z. Paris, vom 12. Mai 1989; Referat 222, Bd. 162089.

⁶ Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 13. März 1989 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez vgl. Referat 010, Bd. 257749.

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Reichenbaum, Ankara, konzipiert. Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum diese Entwicklung so verläuft – dazu ist manches zu sagen. Aber bedauerlich ist sie schon!“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 14. März 1989 vorgelegen.

gelang. Der Sichtvermerksschock von 1980² scheint inzwischen weitgehend überwunden. Noch immer ist ein besonderes Bindungsverhältnis zu D in der türkischen Vorstellung weit lebendiger als bei uns. Die Dauerlast der SV-Pflicht und damit verbunden vorenthaltener Freizügigkeit im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses TUR–EG³, so enttäuschend, mitunter demütigend für viele Türken sie sein mag, erscheint in ihren negativen Auswirkungen heute kontrollierbar.

Sorge bereiten jedoch die neuen, im Ansatz bereits wirksamen Belastungen, entstehend aus:

- dem türkischen Wunsch nach Vollintegration mit Westeuropa: EG⁴, aber auch WEU⁵,
- den Problemen im Assoziierungsverhältnis EG–TUR als Folge griechischer EG-Mitgliedschaft,
- der Menschenrechtsproblematik,
- der seit den Wahlen in Berlin⁶ sichtbaren Verstärkung ausländerfeindlicher Tendenzen in D.

2) Vor allem die ersten drei Problemkreise sind nicht eigentlich bilateraler Natur, sind Quelle wiederholter Friktion auch mit anderen Staaten Westeuropas, zur Menschenrechtsproblematik auch mit den USA. Bei keinem anderen Land freilich wirkt die Enttäuschung türkischer Erwartungen so bitter wie bei uns, Kehrseite wohl der Medaille unserer so traditionsreichen und heute so singulär dichten Beziehungen.

- Vom Europartner Nr. 1 BR Deutschland wird erwartet, daß er die Türkei in die EG „hineinboxt“. Statt dessen besteht der Eindruck, daß wir der Hauptgegner des Beitritts sind. Grund: Die Freizügigkeitsproblematik betrifft vor allem uns. Wir sind die deutlichsten Warner vor den Problemen, sind am wenigsten bereit, selbst unverbindliche politische Wohlwollenserklärungen abzugeben.
- Auch im Assoziierungsverhältnis wird von uns energischere Unterstützung der Normalisierungsbemühungen erwartet. Statt aber z.B. griechischer Obstruktionspolitik offen entgegenzutreten, lassen wir es, jedenfalls aus türki-

² Korrigiert aus: „1981“.

Die Bundesregierung beschloß am 25. Juni 1980 eine allgemeine Sichtvermerkspflicht für die Einreise türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik mit Wirkung vom 1. Oktober 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 188.

³ Am 12. September 1963 schlossen die EWG und die Türkei ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation. Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

⁴ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

⁵ Am 4. Juli 1988 informierte die türkische Regierung die britische WEU-Präsidenschaft über den Wunsch der Türkei, der WEU beizutreten. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 244. Referat 209 erläuterte am 22. März 1989: „Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU hatten in der Sitzung am 14. November 1988 entschieden, daß der türkische Beitrittswunsch weiterhin geprüft werden solle („active review“), daß die Organisation aber zunächst nach dem Beitritt von Spanien und Portugal ihre politische Zielsetzung sowie ihre rechtliche Struktur überprüfen müsse. Vorläufig sollten der Türkei regelmäßige und hochrangige Konsultationen angeboten werden.“ Vgl. Referat 202 (209), Bd. 148762.

⁶ Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989 vgl. Dok. 37, Anm. 11.

scher Sicht, ohne Not zu, daß GR seine bilateralen Probleme mit TUR zu einer Belastung des TUR/EG-Verhältnisses machen kann. Beispiel: Scheitern des Assoziationsrates von Luxemburg im April 1988.⁷

- Die Konzentration türkischer Asylanten jedweder Couleur in D bringt zum einen Dauerlast durch Unterstützung extremer Gruppen in der Türkei durch Agitatoren, die sich von deutschem Boden aus über türkische Gesetzes- und Verfassungsschranken hinwegsetzen (Stichworte: Kurdische PKK, Fundamentalistische Bewegung/Cemaleddin Kaplan, faschistoide Gruppen/Graue Wölfe). Zum anderen lenkt die massive Präsenz gerade der türkischen Linken die Aufmerksamkeit der ihnen nahestehenden politischen Gruppierungen in D, wie nirgendwo sonst, auf die – unstreitig noch vorhandenen – Defizite auf dem Gebiet der Menschenrechte (Verfolgung wegen politischer Überzeugung als Folge u. a. des Verbots der Verbreitung marxistischer Ideologie, Zustände in den Gefängnissen, Folter). Dies geschieht zunehmend aber auch „auf Verdacht und Unterstellung“, verärgert damit doppelt. In Fällen, da Türken aus D in terroristische Konspiration verwickelt sind, nimmt es sich gar als deutsche Unterstützung linker Destabilisierungsbemühungen aus, so blauäugig nur sie auch sein mag.

Jüngste Eskalation aus TUR-Sicht: Das für den 16.6.1989 geplante Hearing im Unterausschuß für Menschenrechte des Auswärtigen Ausschusses auf Antrag der SPD.⁸ Über die empfindliche Reaktion des türkischen AM habe ich gesondert berichtet.⁹

3) Die hier aufgezeigten Irritationsquellen sind sämtlich bekannt. Die Botschaft hat zu den einzelnen Punkten laufend berichtet. Ich befürchte auch keine abrupte dramatische Verschlechterung unserer Beziehungen. Dennoch gibt die sich allmählich intensivierende und kumulierende Wirkung des genannten Belastungspotentials Anlaß zur Sorge. Dabei können wir davon ausgehen, daß auch unsere Konkurrenten auf einem interessanten türkischen Markt mit hohem Anteil öffentlicher Aufträge um die nötige türkische Aufmerksamkeit für „deutsches Fehlverhalten“ bemüht sein werden. Selbst Desinformation wird Mittel zum Zweck. Siehe die Berichterstattung zur WEU-Beitrittsfrage.

Es ist sicherlich richtig, daß die Türkei zunächst selbst gefordert ist, zum Abbau des Irritationspotentials beizutragen. Dies gilt – bei allem geforderten Verständnis für die besondere Lage und den gesellschaftlichen Entwicklungsstand des Landes – in besonderem Maße hinsichtlich der menschenrechtlichen Defizite. Auch könnte die Türkei sich öffnen für eine realistischere Einschätzung unserer

⁷ Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 26. April 1988 zur geplanten Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei am Vortag, diese sei an unvereinbaren Positionen zur Zypern-Frage gescheitert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4; Referat 206 (203); Bd. 151051.

⁸ Zu der geplanten Anhörung im Bundestag vgl. Dok. 163.

⁹ Botschafter Eickhoff, Ankara, berichtete am 1. März 1989 über Äußerungen des türkischen Außenministers Yılmaz zur geplanten Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags unter Hinzuziehung türkischer Experten: „TUR sei bereit, aktuelle Menschenrechtsfragen – auch solche, die das eigene Land betreffen – im europäischen Rahmen kritisch zu erörtern. Dieser Rahmen sei das EP bzw. die gemischte türkisch-europäische Kommission desselben. Doch würden TUR Politiker es nicht hinnehmen, daß TUR in einzelnen nationalen Parlamenten vorgeführt werde.“ Eine „Vorführung“ türkischer Experten werde „schwerwiegende Belastungen nach sich ziehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 238; Referat 203, Bd. 151058.

Möglichkeiten und der Haltung der übrigen EG-MS hinsichtlich der TUR/EG-Beziehungen.

Hier scheint mir jedoch weniger Ursachenanalyse, Schuldzuweisung oder Rechtfertigung gegebener Grundpositionen beider Seiten entscheidend. Es geht darum, die Gefahren, die von o. a. Faktoren für die traditionellen deutsch-türkischen Sonderbeziehungen objektiv ausgehen, so weit wie möglich zu neutralisieren. Dafür fehlt es bei unserem ständigen Dialog auf allen Ebenen nicht an Gelegenheit, z. B. in Richtung der o. a. „Eigenbeiträge“ der Türkei zu wirken, mit der gebotenen Behutsamkeit gegenüber einem vielleicht übersensiblen Partner.

Wir sollten aber auch versuchen, wo dies möglich ist, noch stärker als bisher auf die Anliegen eines uns so eng verbundenen Landes einzugehen, das um Unterstützung seiner West/Europa-Orientierung und inneren Stabilität zugleich ringt. Was wir in der Vergangenheit, gerade auch seit 1980, hierfür getan haben, bleibt unvergessen. Bestimmend für unsere künftigen Beziehungen ist jedoch vor allem das, was wir heute und morgen zu tun bereit sind.

Ich hoffe, wie von mir erbeten, Anfang April auch der Leitung des Hauses hierzu vortragen zu können.

[gez.] Eickhoff

Referat 206 (203), Bd. 151034

62

Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong

341-320.10 CHN TIB

14. März 1989¹

Herrn D3² zur Genehmigung

Gespräch D3 über Tibet mit dem hierfür einbestellten chinesischen Botschafter am 14.3.1989, 12.00 Uhr

D3 eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, die Entwicklungen in Tibet³ würden von unserer Öffentlichkeit, aber auch im Parlament, mit großer⁴ Aufmerk-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schröder am 16. März 1989 gefertigt.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 17. März 1989 vorgelegen.

³ Gesandter Gescher, Peking, berichtete am 6. März 1989 von „Demonstrationen mit schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten“ am Vortag in Lhasa: „Mit nach jetzigem Informationsstand 11 Toten und über 100 Verletzten dürfte es sich um die schwersten Unruhen seit vielen Jahren handeln.“ Nach amtlichen Angaben hätten einige Mönche mit Fahnen und Slogans die Unabhängigkeit Tibets gefordert. Gescher führte dazu aus: „Die Zusammenstöße fallen genau auf den Jahrestag der gewaltsamen Demonstration vom 5.3.88 [...]. Dieser Jahrestag in Verbindung mit dem herannahenden 30. Jahrestag des Aufstandes von 1959, der Anlaß für den Einmarsch chinesischer Truppen und [...] Durchführung der ‚demokratischen Reform‘ in Tibet gewesen war, dürfte die Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten erhöht haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 426; Referat 341, Bd. 161875.

⁴ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „besonderer“.

samkeit verfolgt. Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages werde über Tibet sprechen.⁵ Die Bundesregierung bedaure, daß es zur Anwendung von Gewalt gekommen und daß Tote zu beklagen seien. Ebenso bedauert werde es, daß es für notwendig erachtet worden sei, den Ausnahmezustand zu verhängen. Zu begrüßen wäre es, wenn es Journalisten erlaubt werden würde, wieder nach Lhasa zu reisen. Welche Pläne habe die chinesische Regierung hinsichtlich der geplanten Gespräche mit dem Dalai Lama⁶?

Der *Botschafter* erwiderte, daß er erstaunt darüber sei, daß sich der Auswärtige Ausschuß des Bundestages mit Tibet befasse. Tibet sei eine innere Angelegenheit Chinas. Diese Befassung mit Tibet gefalle ihm gar nicht.

Es handele sich bei den Ereignissen in Tibet nicht um Auseinandersetzungen um ethnische oder religiöse oder menschenrechtliche Fragen. Es handele sich vielmehr um eine kleine Gruppe von Separatisten, die versuchten, das Land durch Provokationen zu spalten, d. h. Tibet vom Mutterland abzutrennen. Die Separatisten seien eine verschwindend kleine Minderheit gegenüber der Gesamtbevölkerung. Überhaupt gebe es diese „Spalter“ – in sehr kleiner Zahl – nur in Lhasa. Die große Mehrheit der Tibetaner hätte von der Entwicklung seit 1951⁷ profitiert. Sie seien nicht bereit, das Erreichte wieder aufzugeben.

In Lhasa hätten die wenigen Separatisten große Zerstörungen angerichtet, Brände gelegt, Schlägereien provoziert und Waffen gegen die Polizei genutzt. Daher habe sich die Polizei zu Gegenmaßnahmen gezwungen gesehen. Diese Gegenmaßnahmen seien von vielen Tibetern begrüßt worden.

Es seien die Separatisten, die die Menschenrechte der Tibeter verletzten, nicht jemand anderes. Die Zahl dieser Leute sei sehr klein, sicher weniger als hundert. Die restlichen an dem Aufruhr beteiligten Tibetaner seien als Schaulustige mit hineingezogen worden.

China sei bereit, mit dem Dalai Lama zu sprechen. Es könne über alles gesprochen werden, nur nicht über die Selbständigkeit von Tibet. Die Gespräche könnten mit dem Dalai Lama oder mit Vertretern des Dalai Lama geführt werden. Wichtig sei jedoch, daß die Gesprächspartner chinesische Staatsangehörige seien und nicht der sogenannten Exilregierung angehörten. Der Kontakt mit dem Dalai Lama sei nie abgebrochen worden. Der Dalai Lama aber erwecke immer wieder den Eindruck, als ob die Chinesen das Gespräch verweigerten.

D3 dankte für die Erklärungen. Er bestätigte, daß Tibet unserer Meinung nach Teil des chinesischen Staatsverbandes sei. Er wolle jedoch ein Wort zur „Ein-

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel vermerkte am 16. März 1989, in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Vortag habe Staatsministerin Adam-Schwaetzer einen Bericht über die aktuelle Lage in Tibet erstattet. Die Grünen-Abgeordnete Kelly habe mitgeteilt: „Ich habe am 14.3. dreieinhalb Stunden mit dem chinesischen Botschafter über das Tibet-Thema gesprochen. Er warnte davor, im Deutschen Bundestag weitere Schritte zu tun, insbesondere keine neue Resolution zu beschließen.“ Kelly habe mitgeteilt, daß am 20./21. April 1989 eine Tibet-Anhörung stattfinden werde. Der SPD-Abgeordnete Wischniewski habe angeregt, einen Mitarbeiter der Botschaft in Peking nach Lhasa zu entsenden, um sich über die Situation zu informieren. Dies habe Adam-Schwaetzer zugesagt. Vgl. Referat 341, Bd. 161877.

⁶ Tenzin Gyatso.

⁷ Tibet wurde 1950 von chinesischen Truppen besetzt und durch Abkommen vom 23. Mai 1951 in die Volksrepublik China eingegliedert. Vgl. dazu die Erklärung über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China und der lokalen Tibetanischen Regierung: OSTPAKT-SYSTEM, S. 170 f.

mischung“ sagen. Die Welt sei klein geworden. Die Menschen fühlten mit und reagierten auf Ereignisse in anderen Ländern, seien durch diese Ereignisse betroffen. Dies sei legitim und solle nicht sofort als unzulässige Einmischung betrachtet werden. Daß jeder Staat seine eigenen Interessen zu verteidigen habe, sei jedoch außer Zweifel.

Der *Botschafter* erwiderte, daß er hierzu der gleichen Meinung sei. Es sei legitim, Fragen zu stellen oder Auffassungen zu haben, die nicht übereinstimmen. Wenn aber der Bundestag oder ein Ausschuß des Bundestages über Tibet diskutiere oder gar eine Resolution zu Tibet verabschiede, so sei dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Dies gelte für die nationalen Parlamente wie für das Europäische Parlament⁸. Dies mindere nicht seine Bereitschaft, mit Parlamentariern zu diskutieren – so werde er sich am gleichen Nachmittag mit Frau P. Kelly, MdB, zum Gespräch treffen.

D3 antwortete, daß wir an einer Resolution des Bundestages zu Tibet nicht interessiert seien und – diskret – tun würden, was wir können, um auf die Nachteile einer Resolution hinzuweisen.⁹ Wir seien an der Pflege der Beziehungen interessiert.

Der *Botschafter* erklärte, er könne sich nicht dafür verbürgen, daß nicht sehr stark auf eine Resolution des Bundestages reagiert werde. Das letzte Mal¹⁰ habe man sich – anders als gegenüber der Resolution des US-Kongresses¹¹ – sehr zurückgehalten. Diesmal könne er dies nicht zusagen. Eine Resolution werde sehr schädlich für die Beziehungen sein.

Auf den Hinweis von D3 auf die Selbständigkeit des Bundestages antwortete der Botschafter, er wisse dies. Das Parlament trage die Verantwortung; das eigene Parlament werde dem Bundestag antworten. Er aber sei vor allem an der Erhaltung guter Beziehungen interessiert.

D3 bestätigte, daß dies auch unserem Interesse entspreche.

Referat 341, Bd. 161875

⁸ Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. März 1989 eine Entschließung zu den Menschenrechten in Tibet. Darin wurden u. a. die Anwendung von Gewalt und die Verhängung des Kriegsrechts verurteilt und die Aufnahme von Gesprächen zwischen der Volksrepublik China und dem Dalai Lama gefordert. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 96 vom 17. April 1989, S. 140f.

⁹ Der Passus „um auf... Resolution hinzuweisen“ wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Der Bundestag stimmte am 15. Oktober 1987 einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu, der u. a. die Einhaltung der Menschenrechte in Tibet und einen Dialog zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama sowie die Freilassung politischer Gefangener in Tibet forderte. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/953. Für die Abstimmung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 33. Sitzung, S. 2270.

¹¹ Nach der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen in Tibet im September/Oktober 1987 verabschiedete der amerikanische Senat mit 98 Stimmen ohne Gegenstimme am 6. Oktober 1987 eine Resolution, die der Volksrepublik China Menschenrechtsverletzungen vorwarf und die amerikanische Regierung aufforderte, künftig keine Waffen oder waffenfähige Technologie an die Volksrepublik China zu liefern. Vgl. dazu den Artikel „Beijing Is Backed By Administration On Unrest In Tibet“; THE NEW YORK TIMES vom 7. Oktober 1987, S. A 1 bzw. A 9.

63

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck**213-320.08 SOW VS-NfD****14. März 1989¹**Über Herrn D 2² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Unsere Politik im Baltikum;
 hier: Pläne der Parlamentspräsidentin von Schleswig-Holstein⁴, in das
 Baltikum zu reisen

Bezug: 1) Vorlage der UA 21 vom 23.3.1988 – 213-320.08 SOW VS-NfD⁵
 2) Vorlage vom 15.12.1988 – 213-320.08 SOW VS-NfD⁶

Anlg.: 2⁷

Zweck der Vorlage: Zur Billigung des Vorschlages unter II.3)

I. In unserer Bezugsvorlage vom 15.12.1988 kamen wir zu dem Ergebnis, daß in Anbetracht des geänderten Charakters der politischen Institutionen im Baltikum eine Neubewertung von Kontakten auf der Ebene unserer Länder mit den baltischen Staaten angebracht sein könnte. Seinerzeit stellte sich diese Frage nur abstrakt, da kein konkreter Fall vorlag, der eine Entscheidung erforderlich gemacht hätte. Inzwischen hat sich die Lage geändert:

Die Präsidentin des schleswig-holsteinischen Landtags hat das Auswärtige Amt und die Vertretungen in Moskau und Leningrad wissen lassen, daß sie die Absicht hat, vom 1. bis 8. Oktober 1989 zu einem Informationsbesuch in die UdSSR zu reisen (im Mittelpunkt des Besuchs, der auch Leningrad und Moskau einschließt, soll Tallinn stehen).⁸

Das wachsende Interesse auf unserer Seite an einer Intensivierung der Kontakte (es liegen inzwischen Hinweise vor, daß in nächster Zeit weitere Reise- und Veranstaltungswünsche auf Länderebene an uns herangetragen werden) macht es

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert und Legationsrat I. Klasse Grunenberg konzipiert.

² Hat Ministerialdirektor Kastrup am 17. März 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Ich stimme der Vorlage im Ergebnis zu, aber weniger, weil ich die wachsende innere Selbständigkeit der baltischen Staaten für ein völkerrechtlich entscheidendes Element halte, sondern weil ich meine, wir werden die Bundesländer kaum länger zurückhalten können. Wenn wir jetzt mit der Entwicklung gehen, haben wir eher die Chance, wenigstens noch über die Modalitäten mit den Ländern zu sprechen.“

⁴ Lianne-Maren Paulina-Mürl.

⁵ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vgl. AAPD 1988, I, Dok. 96.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken legte dar, die Entwicklung in den baltischen Sowjetrepubliken habe die Lage vor Ort „in bemerkenswerter Weise“ verändert. Er konstatierte „einen klaren Schritt zur Dezentralisierung“ mit einem „Comeback“ nationaler Symbole wie Flaggen, Hymnen, Gedenktage etc. sowie einen Trend „in Richtung auf die stärkere Legitimität der Führung auf Republiksebene“. Weiterhin führte er aus: „Kontakte mit der baltischen Führung können sowohl als Anerkennung der faktischen Organisationshoheit Moskaus über diese Republiken gewertet werden als auch als Unterstützung der um Autonomie bemühten baltischen Politiker gegen Moskau.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143520.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5 und 6.

⁸ Vgl. dazu das Schreiben der Präsidentin des Landtags von Schleswig-Holstein, Paulina-Mürl, vom 12. Dezember 1988 an Bundesminister Genscher; Referat 012, Bd. 138741.

erforderlich, daß wir eine Neubewertung unseres Handlungsspielraums vornehmen.

II. 1) Konsequenz aller personellen (neue KP-Führungen, neue Regierungschefs) und strukturellen Änderungen (Entstehung von Volksfronten, Aufwertung der Nationalsprachen und der nationalen Symbole) ist, daß die gegenwärtige politische Führung in den baltischen Staaten in höherem Maß den eigenständigen Willen der Völker in diesen Republiken repräsentiert, als dies seit der Annexion durch die SU im Jahre 1940 jemals der Fall war.⁹ Diese Entwicklung besitzt nach wie vor eine Eigendynamik. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Wenngleich diese Veränderungen keinen Einfluß haben auf unseren Rechtsstandpunkt der Nichtanerkennung der Annexion im Jahre 1940, so ist doch festzustellen, daß es nunmehr berechnete Gründe gibt, die Kontakte mit dem Baltikum zu intensivieren. Dies entspricht unserer Grundhaltung:

Keine Anerkennung der Annexion, aber Nutzung aller möglichen Kontakte, um die Folgen der Annexion für die betroffenen Menschen zu mildern.

Wir tragen damit im übrigen dem Selbstbestimmungsrecht der baltischen Völker Rechnung. Die Völker erwarten von uns, daß wir die Kontakte zu ihnen pflegen, ohne die Unrechtmäßigkeit ihres gegenwärtigen Status zu vergessen. Die baltischen Republiken erfahren dadurch in ihren Außenkontakten eine gewisse Aufwertung. (Leitlinie unserer konkreten Politik bleibt allerdings, alles zu unterlassen, was in Moskau den Eindruck erwecken könnte, als strebten wir die Desintegration der SU an.)

2) Mit unserem Rechtsstandpunkt nicht vereinbar sind alle Kontakte, mit denen wir die Ausübung von sowjetischer Hoheit über die baltischen Staaten ausdrücklich oder konkludent als rechtmäßig anerkennen würden. Wir sollten daher weiterhin

- auf Kontakte hoher Amtsträger des Bundes (Bundespräsident, BK, BM, Bundesratspräsident etc.; offizielles Auftreten unseres Moskauer Botschafters) mit hohen Funktionsträgern im Baltikum verzichten.

So sprachen wir uns im Sommer 1988 gegen den ursprünglich geplanten Baltikum-Aufenthalt von Bundesratspräsident MP Vogel aus.

- einer etwaigen Interpretation unseres Verhaltens als einer Änderung unseres Rechtsstandpunktes bei geeigneter Gelegenheit durch rechtswahrende Erklärungen begegnen.

Im Dezember 1987 machten wir bei den Verhandlungen über das Zwei-Jahres-Kulturprogramm in Moskau klar, daß eine Berücksichtigung von Austauschprogrammen mit dem Baltikum im Rahmen des deutsch-sowjetischen Kulturaustauschs keinesfalls eine Änderung unseres Standpunktes in der Frage der Nichtanerkennung der Annexion der baltischen Staaten von 1940 bedeutet. Im Januar 1989 gaben wir anläßlich der Verhandlungen über die Rückführung von Archivalien (nach Tallinn bzw. Bremen-Hamburg-Lübeck) in Moskau eine rechtswahrende Erklärung ab.¹⁰

⁹ Der Passus „die gegenwärtige ... Fall war“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das mag schon sein, aber es ist doch wohl nur ein Hilfsargument.“

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde vermerkte am 8. Februar 1989, am 25./26. Januar 1989 habe in Moskau die erste Runde von Gesprächen über die Rückführung des Stadtarchivs von

3) Im übrigen bietet sich unserer Politik ein großes Spektrum von Aktivitäten in den baltischen Staaten.

Hingewiesen sei erneut auf den Katalog entsprechender Aktivitäten, wie er in Bezug Nr. 1 dargestellt wurde. Das betrifft vor allem den Bereich gesellschaftlicher Kontakte, lokale Partnerschaften und spezifische Austauschprogramme.

Im Lichte der neueren Entwicklungen im Baltikum (vgl. Bezug Nr. 2) kommen auch Projekte auf der Ebene der Bundesländer, gegen die wir uns bislang ausgesprochen hatten, in Betracht, soweit darin keine Anerkennung der Rechtmäßigkeit der sowjetischen Zentralgewalt über die baltischen Staaten zum Ausdruck kommt. Angesichts des sich wandelnden Charakters der politischen staatlichen Institutionen im Baltikum (keine bloßen Marionetten Moskaus mehr) sollten wir deshalb die seit längerer Zeit immer wieder diskutierten Partnerschaften zwischen den baltischen Staaten und interessierten Bundesländern (Bremen–Lettland, Schleswig-Holstein–Estland) zulassen. Voraussetzung ist dabei jedoch, daß die Bundesländer ihr Verhalten bundestreu in Übereinstimmung mit dem Rechtsstandpunkt der Bundesregierung gestalten.

Es ist nicht vorstellbar, daß Partnerschaften auf Länderebene ohne Einbeziehung der baltischen staatlichen Institutionen entstehen können. Gesprächspartner und Gastgeber der Landtagspräsidentin kann nur der Vorsitzende des Obersten Sowjet in Tallinn sein. Für den Fall der Reise eines Landesministerpräsidenten wäre dies der Vorsitzende des Ministerrats. Die staatlichen Institutionen im Baltikum haben zwar ihren Ursprung in der Annexion. Andererseits sind ihre führenden Repräsentanten heute Personen, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Um Mißverständnisse über die Bedeutung der Kontakte auf Länderebene gar nicht erst aufkommen zu lassen, sollten Ministerpräsidenten oder Parlamentspräsidenten bei Aufnahme der Kontakte deutlich machen, daß grundsätzliche Fragen der auswärtigen Beziehungen einschließlich Anerkennungsfragen zur Kompetenz des Bundes gehören. Im Rahmen ihres bundestreuen Verhältnisses sollten die Länder darüber hinaus ihr Verhalten in Einklang mit dem der Bundesregierung halten und dem in der praktischen Ausgestaltung der Reise sichtbaren Ausdruck geben, namentlich in Kontakten zu dem existierenden politischen „Pluralismus“ in Gestalt der „Volksfronten“ und „gesellschaftlichen Gruppen“.

Unter diesen Voraussetzungen sollten wir der geplanten Reise der schleswig-holsteinischen Landtagsdelegation in die SU einschließlich eines Besuchs beim Obersten Sowjet der Estnischen SSR (allerdings möglichst¹¹ keine Anreise aus

Fortsetzung Fußnote von Seite 292

Tallinn und der Hansearchive von Bremen, Hamburg und Lübeck an die jeweiligen Ursprungsorte stattgefunden. Die nächste Runde werde vom 21. bis 23. März 1989 in Koblenz und nicht in Bonn stattfinden, „um deutlich zu machen (Problematik der Annexion Estlands), daß die Gespräche nicht in den Hauptstädten stattfinden, sondern an den gegenwärtigen Lagerorten der rückzuführenden Archive. [...] In der ersten Moskauer Gesprächsrunde haben wir die mit dem Abschluß einer Vereinbarung über die Rückführung der Archive zusammenhängenden rechtlichen Probleme mehrfach angesprochen, im einzelnen aber nicht vertieft.“ Allerdings habe sich die Delegation der Bundesrepublik unwidersprochen „ausdrücklich unsere Rechtsauffassung bezüglich der Lage im Baltikum vorbehalten“. Vgl. Referat 213, Bd. 147211.

¹¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das dürfte wohl kaum entscheidend sein.“

Moskau direkt nach Tallinn, da dies als Anerkennung der rechtlichen Oberhoheit Moskaus über Estland interpretiert werden könnte), unsere Zustimmung geben.¹² Referat 500 hat mitgewirkt. D5 i. V. hat mitgezeichnet.

Höynck

Referat 213, Bd. 147111

64

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-422.82/1

14. März 1989¹

Über Dg41², D4³ Herrn Staatssekretär⁴ zur Unterrichtung

Betr.: Neues Finanzierungssystem der Europäischen Gemeinschaft;
hier: Inkrafttreten nach Abschluß der nationalen Ratifizierungsverfahren
und Einigung über notwendige Durchführungsbestimmungen

1) Gut ein Jahr nach dem historischen Durchbruch auf dem Europäischen Rat vom 11. bis 13.2.1988 in Brüssel – bei dem sich die Staats- und Regierungschefs über das Delors-Paket, d. h. über ein mittelfristig orientiertes Gesamtkonzept zur Reform der Finanz-, Struktur- und Agrarpolitik der EG einigten⁵ – ist die Reform des gemeinschaftlichen Finanzierungssystems zum Abschluß gebracht: Der Ratsbeschluß vom 24.6.1988 über das neue Eigenmittelsystem der EG⁶ ist, nachdem alle Mitgliedstaaten den Abschluß ihrer Ratifizierungsverfahren notifiziert haben, am 1.2.1989 rückwirkend zum 1.1.1988 in Kraft

¹² Generalkonsul Metternich, Leningrad, berichtete am 9. Oktober 1989, der Besuch der Delegation des Landtags von Schleswig-Holstein in Estland habe vom 1. bis 4. Oktober 1989 stattgefunden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 277; Referat 012, Bd. 138741.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Vortragendem Legationsrat Zirpel konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 15. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Blauen Dienst geeignet.“

³ Alois Jelonek.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Trumpf verfügte und handschriftlich vermerkte: „Für den Blauen Dienst finde ich diese Aufzeichnung zu ‚technisch‘ – insbesondere müßte m. E. im Falle einer Verteilung an größere Adressaten kurz erläutert werden, wie das Ansteigen der deutschen finanziellen Belastung insgesamt europapolit[isch] zu bewerten ist. Sonst bestehen Gefahren für evtl. Mißverständnisse.“ Vgl. Anm. 11.

Hat Trumpf erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfelder verfügte.

Hat Schönfelder am 17. März 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988, I, Dok. 59.

⁶ Für den Wortlaut des Beschlusses des EG-Ministerrats vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (88/376/EWG, EURATOM) vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 15. Juli 1988, S. 24–28.

getreten. Nahezu gleichzeitig konnte im Rat Einigung über die notwendigen Durchführungsbestimmungen erzielt werden, nämlich über

- die Richtlinie zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen⁷ und
- die Verordnungen des Rates zur Durchführung des Beschlusses vom 24.6.1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften und über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der MwSt.-Eigenmittel.

Damit ist die Reform des Finanzsystems, soweit die Einnahmenseite betroffen ist (über eine Revision der Ausgabenseite (Haushaltsordnung) wird noch beraten), fristgerecht abgeschlossen.

2) Zum neuen Eigenmittelsystem:

Nachdem die Gemeinschaft anfänglich ausschließlich durch Finanzbeiträge ihrer MS finanziert worden war, erfolgte seit 1970 schrittweise eine Umstellung auf ein System von Eigenmitteln mit den Bestandteilen

- Zölle,
- Agrarabschöpfungen,
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel
(letztere in Höhe eines Plafonds von zuletzt 1,4 % der nationalen MwSt.-Bemessungsgrundlagen).

Zölle und Agrarabschöpfungen brachten 1987 rd. 34 %, die MwSt.-Eigenmittel rd. 66 % der Gesamteinnahmen des EG-Haushalts. GB erhielt seit 1985 zum Ausgleich seiner ausgeprägten Nettozahlerposition (in der sich allerdings auch die Bundesrepublik Deutschland befindet) 66 % der Differenz zwischen seinem MwSt.-Eigenmittelanteil und seinem Rückflußanteil erstattet.⁸

Das neue, nach äußerst schwierigen Verhandlungen beschlossene Finanzierungssystem ist vor allem durch zwei Elemente charakterisiert: eine stabile, mittelfristig ausreichende Einnahmeentwicklung (erreicht durch eine neue Plafond-Definition) und eine stärker wachstumsorientierte Verteilung der Finanzierungslasten (durch Einbeziehung des Bruttosozialprodukts in die Bemessungsgrundlage).

Die wesentlichen Elemente:

- Die Gemeinschaft kann bis 1992 über Eigenmittel in Höhe von 1,2 % des gesamten BSP (zu Marktpreisen) der MS verfügen. Dieser Plafond gilt für Zahlungsermächtigungen; für Verpflichtungsermächtigungen liegt die Obergrenze bei 1,3 % des BSP. Eine vorzeitige Ausschöpfung wird durch Zwischenplafonds, die zwischen 1988 und 1992 von 1,15 % auf 1,20 % ansteigen, verhindert.
- Neben den drei bisherigen gibt es eine neue, vierte Bemessungsgrundlage für Einnahmen: das BSP zu Marktpreisen. Der nicht durch Zölle, Agrarabschöpfungen und MwSt.-Abführungen gedeckte Teil der Gesamtausgaben wird durch

⁷ Für den Wortlaut der Richtlinie des EG-Ministerrats vom 13. Februar 1989 (89/130/EWG, EURATOM) vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 49 vom 21. Februar 1989, S. 26–28.

⁸ Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau finanzielle Kompensationen zugunsten Großbritanniens. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

einen flexiblen, aber für alle MS einheitlichen Abführungssatz auf das nationale Bruttosozialprodukt gedeckt.

- GB erhält auch weiterhin einen Ausgleich, wobei jedoch die durch die Veränderungen im Finanzierungssystem bewirkten Auswirkungen voll angerechnet werden. Finanzierung durch die anderen MS entsprechend ihren BSP-Anteilen, jedoch mit einer Minderbeteiligung von D, SP und P. Die Abwicklung des GB-Ausgleichs erfolgt innerhalb des neuen Finanzierungssystems, jedoch ohne Anrechnung auf den neuen Eigenmittelfond, so daß die Höhe der für Gemeinschaftspolitiken verfügbaren Eigenmittel durch den Ausgleich nicht berührt wird.

3) Harmonisierung der Erfassung des BSP

Die vierte, auf dem Bruttosozialprodukt basierende Eigenmittelart der Gemeinschaft macht (nicht zuletzt zwecks besserer Erfassung der Schattenwirtschaft) eine exaktere Vergleichbarkeit der jeweiligen nationalen BSP-Berechnungen und der statistischen Zuverlässigkeit dieses Aggregats erforderlich. Ziel der vom Rat verabschiedeten BSP-Richtlinie ist daher,

- daß sich alle Mitgliedstaaten an die Definitionen und Verbuchungsregeln des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) halten;
- daß die MS beschreiben, wie sie das BSP berechnen; auf der Basis dieser Methodenbeschreibung sollen dann die Teilaggregate des BSP neu definiert und abgegrenzt werden;
- daß zur laufenden Bestandsaufnahme sowie zur Sicherstellung von Vergleichbarkeit und Repräsentativität der BSP-Meldungen ein Verwaltungsausschuß-Verfahren eingerichtet wird.

4) Neben der BSP-Richtlinie einigte sich der Rat noch auf folgende Durchführungsbestimmungen:

a) Verordnung zur Durchführung des Beschlusses vom 24.6.1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften.

Diese VO ersetzt die bisherige VO 2891/77⁹, in der die Modalitäten für die Erhebung und Abführung der EG-Eigenmittel geregelt waren. Sie mußte angepaßt werden, um auch die neuen BSP-Eigenmittel zu erfassen und insbesondere, um eine effektive Kontrolle des von den MS jährlich vorzulegenden Zahlenwerks durch die Kommission zu ermöglichen (erforderlich, weil sich der in der BSP-Richtlinie vorgesehene Verwaltungsausschuß im wesentlichen mit methodischen Fragen befaßt und keine eigentlichen Kontrollbefugnisse hat).

b) Verordnung über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der MwSt.-Eigenmittel.

Diese VO ersetzt die bisherige VO 2892/77¹⁰, die – auf vorläufiger Basis – zwei verschiedene Berechnungsmethoden für die Erhebung der MwSt.-Eigenmittel

⁹ Für den Wortlaut der Verordnung 2891/77 des EG-Ministerrats vom 19. Dezember 1977 vgl. AMTS-BLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 336 vom 27. Dezember 1977, S. 1–7, bzw. Nr. L 15 vom 19. Januar 1978, S. 42.

¹⁰ Für den Wortlaut der Verordnung 2892/77 des EG-Ministerrats vom 19. Dezember 1977 vgl. AMTS-BLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 336 vom 27. Dezember 1977, S. 8–14, bzw. Nr. L 100 vom 13. April 1978, S. 21 f.

enthielt. Mit der neuen VO wird die eine dieser Methoden, die aber bisher schon von allen MS praktiziert wurde, zur allein zulässigen Berechnungsmethode erklärt.

5) Aufgrund des neuen Finanzierungssystems kann das Haushaltsvolumen der Gemeinschaft im Zeitraum 1988 bis 1992 von rd. 44 Mrd. ECU (= 1,15 % des BSP) auf rd. 60 Mrd. ECU (= 1,20 % des BSP) ansteigen. Für D bedeutet dies Gesamtabführungen, die zwischen 1988 und 1992 voraussichtlich von 24,8 auf 33,5 Mrd. DM ansteigen. Die Erweiterung der Finanzausstattung der Gemeinschaft sowie die Änderungen im Finanzierungssystem führen dementsprechend (gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 1987 bis 1991) zu zusätzlichen Abführungen zwischen 4,1 Mrd. DM für 1988 und 9,7 Mrd. für 1992.¹¹

Nach derzeitiger Einschätzung bestehen gute Chancen, daß die der Gemeinschaft unter dem neuen Finanzierungssystem zufließenden Mittel mittelfristig ausreichen, um ihren Finanzierungsbedarf zu decken. Dies insbesondere auch deshalb, weil die im Rahmen des Delors-Pakets vereinbarten „Agrarstabilisatoren“ nach den bisherigen Erfahrungen geeignet scheinen, die Kostenentwicklung im nach wie vor entscheidenden Agrarsektor zu stabilisieren. Eine zuverlässige Bewertung wird aber erst möglich sein, wenn die Kommission im Herbst 1990 ihren ersten Bericht über die Erfahrungen mit dem neuen Finanzierungssystem vorlegt.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168699

¹¹ In der mit dem „Blauen Dienst“ übermittelten Fassung der Aufzeichnung, die an die Leiter der Auslandsvertretungen verschickt wurde, wurde an dieser Stelle gemäß der Weisung von Staatssekretär Lautenschlager vom 16. März 1989 eingefügt: „Die hohen und in den kommenden Jahren noch kräftig ansteigenden deutschen Finanzleistungen dürfen aber keinesfalls zu dem Schluß verleiten, die Deutschen seien und blieben die ‚Zahlmeister‘ Europas. Eine solche Sicht würde einmal die beträchtlichen Rückflüsse übersehen, die aus dem EG-Haushalt in die Bundesrepublik Deutschland gehen. Sie betrugen 1988 beispielsweise 12,3 Mrd. DM (davon 10,4 Mrd. an die deutsche Landwirtschaft). Daneben ist an die Aufträge zu erinnern, die sich für die deutsche Wirtschaft aus der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe ergeben, ferner an die der deutschen Industrie zufließenden Zahlungen im Rahmen der gemeinschaftlichen Forschungs- und Technologiepolitik. Genaue statistische Angaben liegen in diesem Bereich nicht vor, weil sich die Gemeinschaft mit Recht gegen alle Versuche eines ‚juste retour‘ wehrt. Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß kein anderes EG-Land im gleichen Ausmaß vom Gemeinsamen Markt profitiert wie die Bundesrepublik Deutschland. So wurden 1988 Waren im Wert von 308,2 Mrd. DM in die anderen EG-Länder exportiert, d. h. 54,3 % der gesamten deutschen Ausfuhren. Damit werden schätzungsweise 4 bis 4,5 Mio. Arbeitsplätze gesichert, also etwa ein Sechstel aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. Blauer Dienst, Nr. 40 vom 22. März 1989; Referat 012, Bd. 134233. Vgl. Anm. 4.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak

15. März 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mubarak am Mittwoch, 15. März 1989²

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Mubarak herzlich willkommen.

Präsident *Mubarak* erwidert, er habe das Gefühl, er suche einen alten Freund auf, und hoffe, daß der Bundeskanzler bald einmal nach Ägypten komme.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde gern auf diesen Vorschlag zurückkommen.

Er beglückwünscht Präsident Mubarak zu der endgültigen Regelung der Tabag-Frage³ am heutigen Tage.

Präsident *Mubarak* erwidert, dies sei in der Tat ein Erfolg, aber er bedauere, daß Israel gleichzeitig eine Kampagne gegen Ägypten in Gang gesetzt habe und behaupte, daß dort Giftgas produziert werde. Dies sei absolut unwahr. Tatsächlich habe es in den 50er Jahren eine solche Anlage gegeben. Die Fabrik, von der jetzt die Rede sei, stelle Desinfektionsmittel her. Sie grenze im übrigen unmittelbar an eine amerikanisch-ägyptische Fabrikationsstätte, die ebenfalls Desinfektionsmittel produziere. Ägypten brauche keine C-Waffen und wolle sie auch nicht. Im übrigen habe sein Land die entsprechenden Abkommen unterzeichnet.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die israelische Regierung selbst hinter dieser Kampagne stehe, erklärt Präsident *Mubarak*, in der Tat behaupteten israelische Regierungskreise, er, der ägyptische Präsident, wisse gar nicht, was in Wirklichkeit vor sich gehe. Seiner Meinung nach diene diese Kampagne dazu, von den israelischen Problemen mit der Intifada⁴, aber auch von den Gesprächen des israelischen Außenministers Arens abzulenken. Es sei schon unglaublich, daß Ägypten in einen Topf mit Libyen geworfen werde. Er habe Israel in den Bemühungen um eine Lösung des Nahostkonflikts immer unterstützt, habe aber

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 16. März 1989 gefertigt und über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Hartmann: „Sie hatten bereits Weisung gegeben, daß dieser Vermerk nicht weitergeleitet wird.“

Hat Teltschik am 16. März 1989 vorgelegen.

Hat Schäuble am 17. März 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34059.

² Der ägyptische Präsident Mubarak hielt sich vom 13. bis 17. März 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Gemäß Artikel I des Anhangs I zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 räumte Israel das besetzte Sinai-Gebiet bis zum 25. April 1982 mit Ausnahme von Taba am nördlichen Ende des Golfs von Akaba, auf das ein Gebietsanspruch erhoben wurde. Mit Abkommen vom 11. September 1986 einigten sich Ägypten und Israel auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts, das über die Frage entscheiden sollte. Nach dessen Schiedsspruch am 29. September 1988 schlossen beide Staaten am 26. Februar 1989 ein Abkommen, in dem der endgültige Grenzverlauf festgelegt und der Abzug Israels zum 15. März 1989 vereinbart wurde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1679, S. 76–125 bzw. S. 128–144.

⁴ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

gleichzeitig das Gefühl, daß es wohl nie gelingen werde, eine gute Nachbarschaft herzustellen.

Der *Bundeskanzler* fordert Präsident Mubarak auf, Fragen anzuschneiden, die für ihn wichtig seien.

Präsident *Mubarak* erklärt, für ihn seien das wichtigste Thema die Beziehungen zum IWF.⁵ Er habe hierüber schon letztes Mal mit dem Bundeskanzler gesprochen.⁶ Das Thema sei leider nicht erledigt. Der IWF verlange Reformen, die er in seinem Land nicht durchsetzen könne. Man sei sich zwar über die Diagnose einig, nicht aber über die Therapie, ja nicht einmal über die Dauer der Therapie. Der IWF verlange Reformen, die er nicht durchführen könne, wenn er nicht den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch seines Landes riskieren wolle.

Die Fachleute des IWF stellten ihre Forderungen ohne Rücksicht auf soziale Belange auf. Ägypten habe in den letzten drei Jahren große Anstrengungen unternommen und die Preise wichtiger Güter erheblich angehoben. Präsident Mubarak verweist hierzu auf die Preissteigerungen bei einzelnen Schlüsselprodukten. Insgesamt seien die Lebenshaltungskosten in Ägypten um 47% gestiegen. Er sei weiterhin bemüht, die Reformen erfolgreich weiterzuführen. Er lasse sich aber nicht auf ein Feilschen mit dem IWF ein, sondern sage klar und deutlich, wo die Grenze des Erträglichen liege.

Er bitte daher ausdrücklich darum, daß der deutsche Vertreter im IWF⁷ mehr Verständnis für die Sorgen und Anliegen Ägyptens zeige.

Präsident Mubarak erinnert an die sozialen Unruhen, die die Anpassungsprogramme in Ländern wie Venezuela, Marokko, Tunesien, aber vor fünf Jahren auch in Ägypten selbst, ausgelöst hätten. Der deutsche Botschafter in Kairo⁸ könne zu der Frage gehört werden, ob noch weitere Preiserhöhungen möglich seien. Für ihn wäre es in jedem Fall kontraproduktiv, wenn er die Bedingungen des IWF erfüllen würde.

Auf die Frage nach dem derzeitigen Verhandlungsstand erklärt Präsident Mubarak, die letzte Runde habe vor einem Monat stattgefunden, weitere Gespräche seien für Anfang April vorgesehen.

Auf die weitere Frage des *Bundeskanzlers*, ob Ägypten seinerseits neue Vorschläge gemacht habe, erklärt Präsident *Mubarak*, Ägypten habe in der Tat eine Reihe Vorschläge gemacht, aber die Gegenvorschläge des IWF seien unmöglich zu

⁵ Zu den Beziehungen zwischen Ägypten und dem IWF teilte das Bundesministerium der Finanzen am 22. Februar 1989 mit, die ägyptischen Reformabsichten gingen zwar in die richtige Richtung, das Problem liege jedoch in der „von Ägypten gewünschten sehr langen zeitlichen Streckung und der zögerlichen Umsetzung der Reformen. Der IWF sieht bei diesem betont gradualistischen Reformansatz zu Recht die Gefahr, daß für viele Jahre außerordentlich hohe Zahlungsbilanzlücken verbleiben, die nicht finanzierbar sind.“ Von einer im Mai 1987 geschlossenen Kreditvereinbarung habe wegen Zielverfehlung nur eine erste Rate ausgezahlt werden können: „Nach dem unbefriedigenden Ergebnis der Kreditvereinbarung von 1987 würde ein neues schwaches Programm die Glaubwürdigkeit des IWF, eines Pfeilers der Schuldenstrategie, untergraben. Es ist von zentraler Bedeutung, daß Ägypten den gewünschten neuen IWF-Kredit durch umfassende, glaubwürdige Reformen untermauert.“ Vgl. Referat 412 (E 24), Bd. 168606.

⁶ Bundeskanzler Kohl und der ägyptische Präsident Mubarak trafen zuletzt am 28. September 1988 zusammen. Vgl. AAPD 1988, II, Dok. 267.

⁷ Günter Grosche.

⁸ Martin Elsässer.

erfüllen. Würde er diese Vorschläge in die Öffentlichkeit lancieren, riskiere er einen Aufruhr und möglicherweise heftige Proteste gegen die USA.

Auf entsprechende Bitte des Herrn Bundeskanzlers überreicht Präsident Mubarak ein Memorandum über die bisher von ägyptischer Seite durchgeführten Reformen.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, die Angelegenheit zunächst mit dem zuständigen Ressort innerhalb der Bundesregierung zu besprechen. Im übrigen würde er es begrüßen, wenn Präsident Mubarak ihn fortlaufend über den Stand der Angelegenheit unterrichte. Er selber werde versuchen, hilfreich zu sein.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie der französische Staatspräsident Mitterrand zu dem ägyptischen Anliegen stehe, erklärt Präsident *Mubarak*, Präsident Mitterrand unterstütze Ägypten nachdrücklich. Er verweise hierzu nur auf die Rede Mitterrands vor den Vereinten Nationen.⁹ Er wolle allerdings bemerken, daß er mit PM Thatcher über diese Dinge nicht rede. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Haltung der USA erklärt Präsident Mubarak, die amerikanische Regierung übe leider massiven Druck auf Ägypten aus und drohe beispielsweise mit dem Entzug von Krediten in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar. Dies sei für Ägypten katastrophal. Er könne diese Art Erpressung nicht akzeptieren. Die USA hätten außerdem zugesagte Mittel in Höhe von 350 Mio. US-Dollar auf 150 Mio. US-Dollar gekürzt.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Haltung des Präsidenten des IWF¹⁰ erklärt Präsident Mubarak, dieser sei Ägypten gegenüber sehr verständnisvoll, müsse aber den Vorstellungen der USA folgen. Diese hätten beispielsweise auch versucht, einen Kredit der Afrikanischen Entwicklungsbank an Ägypten durch ihr Veto zu blockieren, seien damit aber gescheitert.

Präsident Mubarak verweist darauf, daß Ägypten bis 1985 seine Schulden pünktlich bezahlt habe. Mit dem Verfall des Erdölpreises sei sein Land dann aber in eine sehr schwierige Lage geraten und habe die Termine nicht mehr einhalten können.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er werde im Rahmen seiner Möglichkeiten versuchen zu helfen. Seine Hilfe gelte sowohl Präsident Mubarak persönlich als auch Ägypten, das nicht dem Risiko einer inneren Destabilisierung überantwortet werden dürfe.¹¹

Der Bundeskanzler bittet sodann Präsident Mubarak um seine Einschätzung der Entwicklung in der Nahostregion. Er fügt hinzu, er habe mit einigem Mißbehagen das Ergebnis der Wahlen in Israel¹² zur Kenntnis genommen. Er habe den Eindruck, daß dieses Ergebnis zur Verhärtung der Lage beitrage. Gleich-

⁹ Zur Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 29. September 1988 in New York vor der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 55, Anm. 22.

¹⁰ Geschäftsführender Direktor des IWF war Michel Camdessus.

¹¹ Referat 412 vermerkte am 9. Mai 1989: „Bei den Verhandlungen Anfang April zwischen der ägyptischen Regierung und dem IWF-Stab begrüßte der IWF die geplanten Maßnahmen im Strukturbereich [...]. Nach Stabsansicht sind jedoch zusätzliche Maßnahmen erforderlich, insbesondere bei den Energiepreisen, die stark subventioniert werden.“ Aufgrund dieser Vorbehalte sei es „nicht absehbar, wann es zu einer Einigung über den neuen Bereitschaftskredit kommt“. Vgl. Referat 412 (E 24), Bd. 168606.

¹² In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen und am 28. Februar 1989 Kommunalwahlen statt.

zeitig müsse man sehen, daß die Nahostregion diejenige sei, in der der Weltfrieden am ehesten bedroht sei.

Im Januar habe er gegenüber dem israelischen Finanzminister Peres seine Sorge über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht.¹³ Peres selber wolle sicher den Ausgleich, sei aber innenpolitisch auf die Seite gedrängt.

Präsident *Mubarak* erklärt, Begin sei ein intransigenter und schwieriger Politiker, aber zu Entscheidungen fähig gewesen. Der frühere Präsident Sadat und er seien daher optimistisch gewesen, als Begin an die Macht gekommen sei. Shamir habe diese Fähigkeiten nicht, sondern bange um seine Position, insbesondere angesichts der Konkurrenz von Sharon. Solange Shamir am Ruder sei, sehe er keine Lösungsmöglichkeiten.

Präsident Mubarak erinnert daran, daß er große Anstrengungen unternommen habe, um die PLO in die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates von Algier¹⁴ einzubinden und auf die Sicherheitsratsresolutionen 242¹⁵ und 338¹⁶ festzulegen. Insbesondere sei es ihm auch gelungen, die PLO dahin zu bringen, daß sie das Existenzrecht Israels anerkenne.¹⁷ Ferner habe er Arafat mit König Hussein von Jordanien versöhnt und Arafat davon überzeugen können, daß er die Idee einer Konföderation eines zukünftigen palästinensischen Staates mit Jordanien akzeptiere. Er habe nach der Rede Arafats in Genf mit dem früheren Außenminister Shultz telefoniert und erklärt, jetzt müßten die USA handeln. Shultz habe zunächst gezögert, schließlich sei es ihm aber gelungen, den amerikanischen Außenminister von der Notwendigkeit eines Dialogs mit der PLO zu überzeugen.¹⁸

Er habe allerdings das Gefühl, daß Israel keine Lösung mit der PLO suche, sondern statt dessen nur mit den palästinensischen Elementen in den besetzten Gebieten sprechen wolle. Dies sei außerordentlich gefährlich. Denn die führenden PLO-Leute hielten sich außerhalb der besetzten Gebiete auf und würden große Schwierigkeiten machen, wenn man sie ignoriere. Im Ergebnis werde man die PLO dann wieder dahin bringen, daß sie den Terrorismus – auch in Europa und den USA – anheize. Darin würde sie dann von radikalen Regierungen wie der Libyens und des Iran unterstützt werden. Aber selbst die gemäßigten arabischen Staaten seien erpreßbar und würden entsprechende Aktionen finanzieren.

Israel habe große Probleme mit der Intifada und müsse sich fragen, was es tun könne, wenn der Terrorismus erneut erstarke. Die PLO müsse im Interesse des

¹³ Zum Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem israelischen Finanzminister Peres am 18. Januar 1989 vgl. Dok. 45, Anm. 24.

¹⁴ Vgl. dazu die Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988; EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

¹⁵ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

¹⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

¹⁷ Vgl. dazu die Rede des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vor der VN-Generalversammlung am 13. Dezember 1988 in Genf sowie seine Pressekonferenz am folgenden Tag; EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–62.

¹⁸ Zur Aufnahme von Gesprächen zwischen den USA und der PLO vgl. Dok. 40, Anm. 34.

Friedens an dem Verhandlungsprozeß beteiligt werden. Es gebe hier in der Tat eine goldene Gelegenheit, die Probleme jetzt zu lösen. Der geeignete psychologische Schirm sei die internationale Friedenskonferenz, die allein garantieren könne, daß die entsprechenden Lösungen auch durchgeführt würden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, wir unterstützten nachdrücklich die internationale Friedenskonferenz.

Präsident *Mubarak* erklärt auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Lage im Iran, dort gebe es derzeit sehr viele Probleme. Der Fall Rushdie¹⁹ solle hiervon nur ablenken; Ägypten habe die Reaktion von Khomeini verurteilt, obwohl man wissen müsse, daß der Inhalt des Buches von Rushdie nicht akzeptabel sei. Im übrigen hätte das Buch ohne die Drohungen Khomeinis niemals dieses Aufsehen erregt.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Mubarak, die Gefahr gehe nicht allein von Khomeini aus, sondern auch von seiner Umgebung, die im übrigen durch und durch korrupt sei. Tatsächlich werde Khomeini mit dem Frieden nicht fertig. Die iranischen Bürger fragten sich, was der Krieg eigentlich gebracht habe. Im letzten Kriegsjahr seien über 40 % der iranischen Soldaten desertiert. Diese stellten ein gefährliches Potential dar.

Auf die Lage im Irak eingehend, erklärt Präsident Mubarak, Präsident Saddam Hussein habe sicherlich aus dem Konflikt mit dem Iran seine Erfahrungen gezogen und werde nicht noch einmal eine kriegerische Auseinandersetzung suchen. Im übrigen sei im Irak der Staat trotz der vielfältigen politischen Strömungen, die es dort gebe, allgegenwärtig und die Kontrolle umfassend. Saddam Hussein selbst sei ein geschickter Politiker, der sich auch persönlich intensiv um soziale und wirtschaftliche Probleme kümmere.

Saddam Hussein sei heute flexibler als früher; man könne mit ihm auch offen über die Problem reden, die er mit Saudi-Arabien und Kuwait habe. Saddam Hussein höre auf seinen Rat.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Mubarak, die Lage in Saudi-Arabien sei stabil. Er habe ausgezeichnete Beziehungen zu König Fahd, der im übrigen eine sehr starke Stellung inne habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bittet Präsident Mubarak abschließend, König Fahd, den dieser nächstes Wochenende treffen wird²⁰, von ihm zu grüßen.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34059

¹⁹ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43, Dok. 48 und Dok. 49.

²⁰ Der saudi-arabische König Fahd hielt sich vom 27. bis 31. März 1989 in Ägypten auf.

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 594****Aufgabe: 17. März 1989, 13.37 Uhr¹****Ankunft: 17. März 1989, 15.59 Uhr**

Betr.: Innere Lage der DDR

1) Gegenwärtige Lage in der DDR ist gekennzeichnet durch Widersprüchlichkeiten und Verhärtung nach innen, die Stärke vortäuschen soll, tatsächlich aber Schwächen offenbart. Erstmals wurde auch von SED-Funktionär uns gegenüber von Auseinandersetzungen in der obersten Führung gesprochen, die es zwischen Honecker und Keßler über die Aufrechterhaltung des Grenzregimes gebe. Das Militär braucht offensichtlich klare Weisungen für die Durchführung des erteilten Auftrages „Abriegelung der Grenze“. Demgegenüber bemerkt Honecker den internationalen Druck, der sich aus den wiederholten Zwischenfällen mit Schußwaffengebrauch und menschlichen Opfern ergibt. Dieser Widerspruch wirkt bis in die vorderste Front hinein, wo der diensthabende Soldat persönlich zur Verantwortung gezogen wird, wenn er einen Durchbruch nicht verhindert, genauso wie wenn er dies mit Hilfe der Schußwaffe tut. Die Folge ist, daß mehr und mehr die jungen Wehrpflichtigen sich einer länger dauernden Verpflichtung entziehen und alles versuchen, um nicht im Grenzdienst eingesetzt zu werden.

2) Die Führung versucht, die spürbar werdenden Zweifel an der Richtigkeit des bisherigen Kurses mit Durchhalteparolen zu beseitigen. Am 10. Januar hat das Politbüro einen Beschluß über die politische Agitationsarbeit gefaßt², der alle Zweifel ausräumen soll und die Parteinstruktoren noch konsequenter als bisher auf die Durchsetzung des für richtig erkannten Kurses, wie von Honecker beim 7. ZK-Plenum im Dezember 1988 dargelegt³, einschwören will. Bezeichnend für die Unsicherheit, die dennoch herrscht, ist der Umstand, daß dieser Politbürobeschuß nicht einmal den Sekretären der SED-Kreisleitungen ausgehändigt, sondern ihnen nur vorgelesen wurde.

3) Die mit Händen zu greifende Unzufriedenheit im Lande, die Schwierigkeiten in der Erfüllung der wirtschaftlichen Pläne, der nicht zu stoppende Ausreisepressure sollten, so möchte man meinen, der Führung die Schwierigkeit der inneren Lage vor Augen führen, und dennoch behauptet Honecker gegenüber MP Rau⁴ mit Überzeugung und Nachdruck, niemals sei die Lage so stabil gewesen wie bisher.

¹ Das Fernschreiben wurde von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 17. März 1989 vorgelegen.

² Für den „Beschuß zur weiteren Erhöhung des Niveaus der politisch-ideologischen Arbeit der Partei“ vgl. <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/index.htm>.

³ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, auf der 7. Tagung des ZK der SED am 1. Dezember 1988 in Ost-Berlin vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 2. Dezember 1988, S. 3–10.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau trafen am 12. März 1989 in Leipzig zusammen. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, gab am 13. März 1989 folgende Einschätzung: „Honecker stützte sich bei dem Gespräch zum Teil auf Notizen, zum Teil sprach er frei. Ich hatte den Eindruck, daß ihm alle Fakten und Daten, die er in seinen Unterlagen hatte, geläufig waren. Verblüffend war jedoch, wie sehr er im Brustton der Überzeugung die Stimmungslage in der DDR falsch einschätzte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 538; Referat 213, Bd. 147157. Für das Gespräch vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 77.

Wenn damit die Funktionsfähigkeit des staatlichen Überwachungsapparates gemeint ist, mag das sogar richtig sein. Was die Psychologie der Bevölkerung anbetrifft, stimmt es nicht. SED-Funktionäre behaupten mit Nachdruck, daß die Führung keine frisierten Berichte über die Stimmung und Lage im Lande erhalte, aber die unbequemen Fakten einfach nicht zur Kenntnis nehmen wolle. Wer sich von solchen Erscheinungen beeindrucken lasse, habe nicht die ideologische Überzeugung, sei kein wirklicher Kämpfer für die Sache des Sozialismus. Jetzt komme es darauf an, standhaft zu sein, nicht aufzugeben, Schwierigkeiten auszusitzen.

4) Wer an der Richtigkeit dieses Kurses Zweifel hat, muß ggf. die Konsequenzen tragen. Ein mögliches erstes Opfer ist vor einem Jahr der Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, gewesen.⁵ Die Gerüchte um den Kulturminister Hoffmann wegen seines kritischen Interviews in „Theater der Zeit“⁶ gehören in diesen Zusammenhang. Seine Position ist vorerst gesichert, aber auch er ist vor Überraschungen nicht gefeit, wie die Ablösung seines Stellvertreters Höpcke gezeigt hat. Dieser dürfte allerdings eher ein Opfer gegenüber den erzürnten Tschechoslowaken wegen des Havel-Protestes⁷ des DDR-P.E.N.-Clubs gewesen sein.⁸ Unklar ist, ob der Senkrechtstarter Uschner, einer der ersten Mitarbeiter von Axen und Sekretär der auswärtigen Kommission des Politbüros, der völlig überraschend in das Institut für Philosophie versetzt wurde, als Zweifler entfernt wurde oder ob er sich wie Markus Wolf zur rechten Zeit aus der Schußlinie zurückgezogen hat. Markus Wolf jedenfalls dokumentiert am deutlichsten – und mit unverkennbar starker sowjetischer Rückendeckung –, daß es Kräfte gibt, die an die Zeit nach Honecker denken.

5) Überall hört man von intensiven Diskussionen, die jetzt auch innere Parteikreise erreicht haben. Dort werde eine unverblünte Sprache geführt, die manchen alten Genossen schier aus der Fassung bringe. So werde bei Versammlungen zur Kommunalwahl am 7. Mai doch allen Ernstes behauptet, man brauche ja nicht 99 v.H. der Stimmen zu erreichen, 80 v.H. sei ja auch genug. Wissenschaftler verkündeten in internen Diskussionsveranstaltungen, die Sozialdemokratie des Westens habe bessere Lösungsvorschläge für die soziale Nutzung der modernen Technologie vorgebracht, als dies den sozialistischen Staaten

⁵ Am 14. Juli 1988 wurde gemeldet, der Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, Gysi, sei „auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen“ von seiner Funktion entbunden worden. Vgl. dazu den Artikel „Kurt Löffler zum Staatssekretär für Kirchenfragen berufen“, NEUES DEUTSCHLAND vom 14. Juli 1988, S. 1.

⁶ Für das am 27. Juni 1988 in Ost-Berlin geführte Interview „Das Sicherste ist die Veränderung“ vgl. THEATER 1988. Jahrbuch der Zeitschrift „Theater heute“, Zürich o. J., S. 10–20.

⁷ Zur Verurteilung des Schriftstellers Václav Havel am 21. Februar 1989 vgl. Dok. 28, Anm. 12. In einem Berufungsverfahren wurden am 21. März 1989 das Strafmaß auf acht Monate gesenkt und die Haftbedingungen erleichtert. Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, teilte dazu am 22. März 1989 mit, Havel sei weiterhin in Haft. Familienangehörige bemühten sich jedoch, eine Haftunterbrechung aus Gesundheitsgründen zu erreichen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 587; Referat 214, Bd. 139909.

⁸ Am 3. März 1989 wurde berichtet, das P.E.N.-Zentrum der DDR habe einstimmig gegen die Verurteilung des Schriftstellers Václav Havel am 21. Februar 1989 protestiert: „Mit besonderem Interesse wurde registriert, daß auch der stellvertretende Kultusminister Klaus Höpcke der Resolution zustimmte.“ Vgl. den Artikel „Havel: Solidarität der ‚DDR‘-Autoren“, DIE WELT vom 3. März 1989, S. 4.

Am 15. März 1989 wurde gemeldet, der stellvertretende Kulturminister Höpcke werde abgelöst. Vgl. dazu den Artikel „Havel-Sympathie: SED löst Höpcke ab“, DIE WELT vom 15. März 1989, S. 4.

gelungen sei. Die Vorbereitung des FDJ-Pfingsttreffens⁹ bereite allergrößte Schwierigkeiten, weil die Genossen nicht mehr gewillt seien, die benötigten Quartiere zur Verfügung zu stellen.

6) Die Diskussion der eigenen (stalinistischen) Vergangenheit macht langsame, aber doch merkbare kleine Fortschritte. Hier und da wird über einen Kommunisten berichtet, der Opfer der stalinistischen Verfolgung wurde (Eberlein, Münzenberg, Florin), mittlerweile wird von Verbrechen Stalins, von den Verfolgungen unschuldiger Kommunisten u. a. gesprochen. Ein Funktionär bemerkte uns gegenüber jüngst, es gebe noch einen erheblichen Nachholbedarf bei der Aufarbeitung der Verfolgungen der SPD in der SBZ nach 1945. Es sei verständlich und auch richtig, wenn die SPD in der Bundesrepublik im Druck auf die SED nicht nachlasse, hier klare Verhältnisse zu schaffen.

7) Im Wirtschaftsbereich genügt es nicht mehr, durch häufig zitierte Hinweise auf unzureichende Versorgung in den sozialistischen Bruderländern die eigene Überlegenheit herauszustreichen. Nicht nur durch den immer weiteren Kreisen zugänglichen Konsumvergleich mit der Bundesrepublik, sondern vor allem durch die tägliche Erfahrung, daß das eigene verdiente Geld nichts wert ist, wachsen Unmut und Unzufriedenheit in der eigenen Bevölkerung. Das Argument von der Stabilität der Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarife verfängt immer weniger, wie die mit wenig Überzeugungskraft vorgetragenen Grundsatzartikel von Kuczynski (ND vom 28./29.1.¹⁰) und Reinhold (ND vom 14.2.¹¹) beweisen. Sie wollen die Subventionierung der Preise für Grundbedürfnisse als unveräußerlichen, nur politisch zu rechtfertigenden Grundbestandteil sozialistischer Überzeugung ausgeben.

8) Grundbestandteil der Befindlichkeit in der DDR ist auch heute noch das Verhältnis zur Sowjetunion, das ungeachtet des oftmals zitierten zukunftsweisenden Besuchs Honeckers in Moskau im September 1988¹² keineswegs störungsfrei geworden ist. Der massive sowjetische Druck, den AM Schewardnadse auf die DDR ausgeübt hat, um die KSZE-Kontroverse (prüfen – in Erwägung ziehen) im höheren Interesse sowjetischer Westpolitik zu Ende zu bringen, hat die immer noch bestehende Abhängigkeit erneut deutlich vor Augen geführt. Wie stark sie empfunden wird, zeigen die in Gesprächen wiederholt zu vernehmenden Hinweise von DDR-Politikern (Krenz, Schabowski, Modrow) auf ihre guten Beziehungen zur Sowjetunion. Ein besonders ins Auge stechendes Beispiel ist die gegenwärtig von Markus Wolf, dem ehemaligen stellvertretenden Minister für Staatssicherheit, gespielte Rolle, die er sich als „Pensionär“ vor allem wegen seines sehr starken Rückhalts in der Sowjetunion, d. h. bei Gorbatschow, leisten kann (manchem ist die biographische Parallele zum ehemaligen KGB-Chef Andropow aufgefallen). Er ist gegenwärtig der offenste Fürsprecher für Pere-

⁹ Das Pfingsttreffen der FDJ fand vom 12. bis 14. Mai 1989 in Ost-Berlin statt.

¹⁰ Vgl. den Artikel „Echo eines Artikels“ von Jürgen Kuczynski; NEUES DEUTSCHLAND vom 28./29. Januar 1989, S. 2.

¹¹ Vgl. den Artikel „Sozialpolitik, Preise und Subventionen“ von Otto Reinhold; NEUES DEUTSCHLAND vom 14. Februar 1989, S. 3.

¹² Korrigiert aus: „Oktober 1988“.

Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 27. bis 29. September 1988 in der UdSSR auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. September 1988 in Moskau vgl. HONECKER–GORBATSCHOW, Dok. 18, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 25 (Auszug).

stroika in der DDR. Verunsichert ist die DDR auch durch die für sie schwer einzukalkulierenden Ziele der sowjetischen Politik gegenüber der Bundesrepublik. Sollte Gorbatschow im 40. Jahre des Bestehens der beiden deutschen Staaten nur zu einem Besuch nach Bonn, nicht aber nach Ost-Berlin kommen, würde das Zweifel und Ungewißheit über den künftigen Kurs der Deutschlandpolitik der SU nur erhöhen. Das latent vorhandene Bewußtsein vom Legitimationsdefizit vor der eigenen Bevölkerung, dem beschwörend mit Hinweisen auf die erreichte soziale Gerechtigkeit in der DDR begegnet werden soll, erfährt durch eine mögliche Neuorientierung der sowjetischen Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine die DDR in Frage stellende bedrohliche Qualität.

9) Die DDR könnte sich wohl aus diesen Zwangslagen nur durch eine mutvolle neue Politik befreien. Wille und Mut, alles Bisherige hierdurch in Frage zu stellen, bringt von der alten Führung niemand auf. Andererseits ist die objektive Lage im Lande nicht so schlecht, daß eine solche neue Politik sich als letzter Ausweg gebieterisch aufdrängte. So bleibt es vorerst bei der Politik des Durchhaltens und Beharrens auf vermeintlich bewährten Rezepten.

[gez.] Bertele

Referat 210, Bd. 140684

67

Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-376.00-473/89 VS-vertraulich

20. März 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Regionaler Ansatz in der westlichen KRK-Verhandlungsposition

Bezug: Anforderung des Ministerbüros vom 17.3.1989⁴

Anlg.: 15 (nur bei Original)⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. März 1989 vorgelegen.

³ Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 10. April 1989 Bundesminister Genscher vorgelegen. Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 11. April 1989 vorgelegen.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Elbe teilte Staatssekretär Sudhoff mit: „BM bittet bis Dienstag, 21. März, um die Darstellung der Entstehungsgeschichte des regionalen Ansatzes in der westlichen Verhandlungsposition zu KRK.“ Ferner sollten folgende Themen geklärt werden: „Wie ist es zu diesem Regionalansatz gekommen? Graphische Darstellung des Regionalansatzes auf einer Europa-Karte. Ablauf der Einigung über den Regionalansatz in der Schlußphase der Ausarbeitung des westlichen Verhandlungskonzeptes.“ Genscher wünsche außerdem die Beifügung verschiedener Dokumente, Vermerke und Presseartikel. Vgl. Referat 221, Bd. 144817.

⁵ Dem Vorgang teilweise beigelegt. Anlage 1 war ein chronologischer Ablauf der Endphase der Beratungen über eine regionale Differenzierung in der High Level Task Force der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle. Vgl. VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1989.

Anlage 2 war eine Karte, die die verschiedenen Regionen zeigte. Vgl. VS-Bd. 12265 (221); B 150, Aktenkopien 1989.

1) Der westliche KRK-Vorschlag⁶ sieht in Regel 4 die Herstellung gleicher Obergrenzen für Kampfpanzer, Artilleriegeschütze und Infanteriekampffahrzeuge in aktiven Einheiten und in Depots in ganz Europa vor; innerhalb der Gesamthöchststärke für diese Waffen schlägt der Westen eine Reihe von ineinandergreifenden Zwischenobergrenzen für diese Waffen in aktiven Einheiten für drei immer engere Subregionen vor (s. Karte).

Die auf unser Betreiben eingefügte Regel 4.5 stellt klar, daß die Zwischenobergrenzen ein zusammenhängendes Ganzes bilden und nur gleichzeitig im gesamten Anwendungsgebiet Anwendung finden. Dadurch wird verdeutlicht, daß das Regionalkonzept des westlichen Verhandlungsvorschlags auf ganz Europa abstellt. Die Zwischenobergrenzen für bestimmte Teilgebiete der Gesamtregion – das wird durch ein „Intra-Alliance Understanding“ festgehalten – haben keinen politischen, nur einen technischen Zweck: Sie sollen die im Rahmen der Obergrenze für ganz Europa zulässigen Kräfte in ihrer räumlichen und zeitlichen Verfügbarkeit für Angriffsoperationen durch eine Art von Schotten zusätzlich beschränken.

2) Die in Regel 4 des westlichen Vorschlags vorgesehene „regionale Differenzierung“ geht in ihrer Entstehungsgeschichte auf zwei Überlegungen zurück, die grundsätzlich von allen Bündnispartnern geteilt werden:

- einerseits den gesamteuropäischen Anwendungsbereich – die im Vergleich zu MBFR⁷ qualitativ neue geographische Ausgangslage – voll zu nutzen,
- andererseits innerhalb dieser großen Zone die einander tatsächlich gegenüberstehenden Potentiale in ihrem gegenseitigen Bezug zu erfassen, um Konzentrationen und Umgehungen zu vermeiden.

In der allianzinternen Diskussion zeigte sich jedoch die Schwierigkeit, militärisch-strategische und politische Gesichtspunkte auf einen Nenner zu bringen.

3) Unsere Überlegungen zur regionalen Differenzierung fanden in der BSR-Vorlage vom 10.2.1988, die am 24.2.88 behandelt wurde, ihren Ausdruck:

„Für einen gezielten Abbau der Invasionsfähigkeit des WP in Mitteleuropa kommt es darauf an:

- die in Mitteleuropa präsenten Kampfverbände des WP mit denen der SU als ihrem Kern so zu reduzieren, daß sie zu einem großangelegten Angriff mit strategischer Zielsetzung ohne Verstärkung zu schwach sind und
- die Fähigkeit der SU zur Verstärkung aus dem rückwärtigen Raum in Zeit und Umfang zu beschränken.

Gleiche Höchststärken für NATO und WP für ganz Europa reichen dafür allein nicht aus, weil der WP bei der Größe seines Gebietes regionale Sonderbedrohungen aufrechterhalten könnte. Es gilt daher, durch eine regional differenzierte Erfassung der WP-Kräfte in ganz Europa prioritär die für uns bedrohlichen regionalen Disparitäten zu beseitigen und vor allem die weit westlich dislozierten

⁶ Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

⁷ Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

WP-Kräfte zu reduzieren; damit würde auch mehr Zeit für eigene Verteidigungsvorbereitungen gewonnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bietet sich als eine Methode an, den Gesamttraum Atlantik bis zum Ural in militärisch und politisch sinnvoller Weise unterzugliedern. Beim Zuschnitt einer Region Mitte sind aber die folgenden wesentlichen Kriterien zu beachten:

- Die Region muß über den MBFR-Raum hinausgehen.
- Auf östlicher Seite muß die Region Teile sowjetischen Territoriums umfassen, in denen für den Einsatz gegen Mitteleuropa verwendbare sowjetische Verstärkungskräfte disloziert sind.
- Im Westen ist der Raum so festzulegen, daß zwischen Frankreich und der BR Deutschland keine rüstungskontrollpolitische Grenze gezogen wird.

Im Hinblick auf das gleiche Ziel lassen sich spezifische Regeln über den Umfang stationierter Streitkräfte nutzen, um gezielt die Präsenz der in den NSWP-Staaten dislozierten Streitkräfte der SU – die politisch und militärisch eine herausgehobene Rolle im WP-Dispositiv spielen – zu treffen.“

Diese Gedanken fanden in den Erklärungen des Bündnisses – in zunehmender Konkretisierung – ihren Niederschlag:

- 11.12.86: „Die Anwendung solcher Maßnahmen auf ganz Europa, und zwar so, daß regionalen Ungleichgewichten Rechnung getragen wird und diese möglichst beseitigt und Umgehungen ausgeschlossen werden.“⁸
- 2.3.88: „Wir müssen die Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural verbessern, und zwar so, daß einerseits die Sicherheit aller Verbündeten gewahrt bleibt, andererseits die Konzentrationen von Streitkräften des Warschauer Paktes und die besonderen Probleme der Regionen Mitte, Süd und Nord berücksichtigt werden.“⁹
- 8.12.88: „Unsere Vorschläge werden für ganz Europa gelten. Zur Vermeidung unannehmbarer Konzentrationen dieser Waffenkategorien in bestimmten Gebieten Europas werden wir entsprechende Teil-Höchststärken vorschlagen.“¹⁰

Der Gedanke regionaler Differenzierung wurde auf westlichen Vorschlag hin auch Teil des KRK-Mandats:

„Maßnahmen sollen für das gesamte Anwendungsgebiet angestrebt werden mit Bestimmungen – sofern und wo angemessen – für eine regionale Differenzierung, um Ungleichgewichte innerhalb des Anwendungsgebiets zu beseitigen, und zwar in einer Weise, die eine Umgehung ausschließt.“¹¹

⁸ Vgl. Ziffer 8 der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 78. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359.

⁹ Vgl. Ziffer 15 der „Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle: Der Weg nach vorn“ der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 2./3. März 1988; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 207. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹⁰ Vgl. Ziffer 5 der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Dezember 1988 zur konventionellen Rüstungskontrolle; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 91.

¹¹ Vgl. den Abschnitt „Ziele und Methoden“ der Erklärung des Vorsitzenden „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (Anhang III des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989); BULLETIN 1989, S. 96 f. Vgl. dazu auch Dok. 13.

4) Der regionale Ansatz war von Anfang an mit dem rüstungskontrollpolitisch so wichtigen Konzept gleicher Obergrenzen für beide Bündnisse verknüpft. Frankreich sträubte sich nachdrücklich in der HLTF gegen dieses Konzept gleicher Obergrenzen, da es aus ideologischen Gründen eine Parität zwischen den „Blöcken“ ablehnte. Dahinter steckte auch die französische Aversion gegen bündnisweite kollektive Höchststärken, die F mit seinem Selbstverständnis als einer aus der integrierten NATO-Struktur ausgeschiedenen Macht¹² schwer vereinbar hält. Um Frankreichs Widerstand gegen bündnisweite gleiche Obergrenzen zu überwinden, bot sich als Ausweg an, regional differenzierte Obergrenzen vorzusehen, durch die eine Bündnis-zu-Bündnis-Parität optisch verwischt würde.

Wir haben in intensiven Konsultationen F dazu gebracht, das Konzept gleicher Höchststärken im Prinzip zu akzeptieren; dabei bestand F jedoch zunächst aus politischen Gründen darauf, das Konzept auf westlicher Seite nur für den Bereich der WEU-Mitglieder anzuwenden. Dieser deutsch-französische Kompromiß, nämlich gleiche Obergrenzen im WEU-Raum, fand im Bündnis zunächst wenig Begeisterung, insbesondere nicht bei den USA, GB und Italien. Der Ansatz führte jedoch im Zuge der Erweiterung der WEU um Spanien und Portugal¹³ und der Hinzufügung von Dänemark zu einer weiten Zentralregion von Portugal im Westen bis zum Ural im Osten sowie kleineren Randregionen im Norden (Norwegen, Island) und im Südosten (Griechenland, Türkei).

Gegen diese regionale Gliederung meldete Norwegen – von den USA ermutigt – Widerspruch an. Die HLTF konnte die norwegischen Bedenken ausräumen, indem sie die nördlichen und südöstlichen Flankenräume zusammenfaßte und dafür unter dem Gesichtspunkt der Nichtumgehung eine gemeinsame Höchststärke vorsah. Auf dieser Grundlage unterbreitete die HLTF den NATO-Außenministern am 8.12.1988 das Konzept für das westliche Verhandlungspaket.¹⁴ Es fand die Zustimmung von 15 Regierungen; jetzt legte jedoch die Türkei einen Vorbehalt ein, weil sie sich – bei der nun vorgesehenen Differenzierung zwischen einer großen Region Mitte von Portugal bis zum Ural einerseits und den Flankenstaaten andererseits – in unakzeptabler Weise aus Europa ausgegrenzt sah.

5) In der Endphase der HLTF-Beratungen über dieses Problem spitzten sich die Überlegungen auf die Fragen zu,

- ob und wie die türkischen – politisch-psychologisch motivierten – Sorgen vor einer „Ausgrenzung“ oder

¹² Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

¹³ Referat 209 erläuterte am 13. März 1989: „Wesentliches Ergebnis des Treffens der Außen- und Verteidigungsminister der WEU am 14./15.11.1988 war die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls mit Spanien und Portugal. Nach Abschluß der Ratifikationsverfahren in den nationalen Parlamenten wird der Mitgliederkreis der WEU auf neun gewachsen sein.“ Vgl. Referat 202 (209), Bd. 213092.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde, z. Z. Brüssel, berichtete am 9. Dezember 1988, in der NATO-Ministerratstagung am Vortag habe der stellvertretende NATO-Generalsekretär Guidi den Bericht der High Level Task Force der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle vorgestellt und auf die noch strittigen Punkte verwiesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1642; VS-Bd. 12270 (221); B 150, Aktenkopien 1988. Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988, II, Dok. 361 und Dok. 362.

- ob und wie die französischen Bedenken gegen das Konzept bündnisweiter Obergrenzen ausgeräumt werden könnten.

Die erste Alternative war Gegenstand eines Gesprächs zwischen Ihnen und AM Howe in Frankfurt am 21.2.1989.¹⁵ Letztlich ist jedoch angesichts des harten türkischen Widerstandes eine Demarche nicht unternommen worden. Auch die zweite Alternative ist nicht weiter verfolgt worden, nachdem AM Dumas in einem Gespräch mit Ihnen in Tokio am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Kaiser Hirohito auf die feste Haltung Präsident Mitterrands in dieser Frage verwiesen hatte.

6) In dieser Situation brachte ein „Briefing“ von SHAPE vor der HLTF am 23.2.1989¹⁶ eine unerwartete Wendung in die HLTF-Überlegungen: SHAPE stellte fest, die Herstellung von Parität in ganz Europa bei ca. 90 % des NATO-Niveaus sei militärisch sinnvoll, wenn die Fähigkeit des WP zum Überraschungsangriff und zur Heranführung von Verstärkungen zusätzlich durch geographische Teilhöchststärken in Mitteleuropa (MBFR-Raum) und den angrenzenden Verstärkungsräumen eingeschränkt würde.

Wir hielten SHAPE sofort entgegen, daß sein militärpolitisches Plädoyer für eine Zwischenobergrenze im MBFR-Raum übersah, daß die sowjetische Präsenz in diesem Gebiet durch die im westlichen Vorschlag vorgesehene Begrenzung von Stationierungskräften ohnehin einschneidend reduziert würde.

Der von SHAPE am 23.2.89 eingeführte Vorschlag fand jedoch Unterstützung von GB, F und USA. GB und auch F hatten seit langem eine Präferenz für eine enge mitteleuropäische Region innerhalb des gesamteuropäischen Anwendungsgebietes erkennen lassen, der wir jedoch stets entgegengetreten waren. Offensichtlich ging es den beiden europäischen Nuklearmächten darum, ihr Potential aus einer engeren Zone herauszuhalten. Die Motive der USA waren dagegen weniger klar; denn das gesamte amerikanische Potential an Landstreitkräften in Europa ist in dem engeren Raum disloziert. Washington ging es offensichtlich in der Endphase vor Verhandlungsbeginn vor allem darum, rechtzeitig zum Treffen der Außenminister¹⁷ – AM Bakers erstem internationalen Auftritt – einen westlichen Vorschlag zu finalisieren. AM Bakers Brief an BM Genscher vom 3.3.89 brachte diesen Wunsch nachhaltig zum Ausdruck.¹⁸

¹⁵ Für das Gespräch vgl. Dok. 46.

¹⁶ Zur Sitzung der High Level Task Force der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 243 des Botschafters Holik, z. Z. Brüssel, vom selben Tag; VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

¹⁷ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

¹⁸ In dem Schreiben führte der amerikanische Außenminister Baker aus: „As you well know, the United States does not favor disarmament corridors, weapons-free zones or any other constructs that resemble them. [...] Thus, neither the United States nor NATO as a whole has a political or military interest in allowing any phased approach or singularization to occur in the CFE negotiation. I can assure you categorically that the United States could not accept such an approach. [...] Needless to say, it is crucial that NATO agree on an opening proposal prior to the arrival of Ministers in Vienna. Were we not to, there could be immense and well-deserved criticism from our publics and our oppositions. We would also make ourselves vulnerable to Warsaw Pact counterproposals which would exploit our lack of agreement. Most importantly, we must not miss the opportunity to set the agenda in Vienna and demonstrate a dynamic, unified, and forward-looking Alliance.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178933.

Die von SHAPE inspirierte „Kaskade“ ineinander geschachtelter Teilhöchststärken in immer engeren Regionen erschien den meisten Bündnispartnern überdies als ein willkommener Ausweg aus dem Dilemma, in dem das Bündnis sich wegen der Positionen der Türkei und Frankreichs befand.

Unser Widerstand gegen die enge mitteleuropäische Subregion fand in der HLTF-Sitzung am 2.3.89 nur die Unterstützung Belgiens und – halbherzig – der Niederlande. Unser Wunsch, das Entstehen einer rüstungskontrollpolitischen Grenze zwischen der BR Deutschland und Frankreich zu verhindern, wirkte deshalb wenig überzeugend, da Frankreich gleichzeitig die enge mitteleuropäische Region zu einer Bedingung seiner Zustimmung zu dem Vorschlag gleicher Obergrenzen machte.

Die von uns als Alternative zur Diskussion gestellte Untergliederung in zwei statt in drei Subregionen (MBFR-Raum+F und GB im Westen und die drei westlichen Militärbezirke der Sowjetunion im Osten anstelle der Subregionen in Regel 4.3 und 4.4) wurde angesichts des Entscheidungsdruckes von den Verbündeten, insbesondere F und GB, nicht mehr ernsthaft geprüft, zumal die Türkei die von SHAPE vorgeschlagene Zoneneinteilung zur *Conditio sine qua non* für die Rücknahme ihres Vorbehalts machte.

7) In dieser Situation paßten wir – ad referendum bereits in der HLTF-Sitzung am 2.3. und nach Zustimmung des Bundesaußenministers und des Bundesministers der Verteidigung¹⁹ offiziell in der Schlußsitzung der HLTF am 4.3.89²⁰ – unsere Taktik den neuen Gegebenheiten an. Ohne die von allen Bündnispartnern akzeptierte geographische Definition in Frage zu stellen, gelang es, das Regionalkonzept „umzufunktionieren“. Durch die Formulierung des westlichen Verhandlungsvorschlags zu Regel 4, wie auch durch das ihm zugrundeliegende „Intra-Alliance Understanding“ wurde klargestellt:

- Die vorgeschlagenen gleichen Höchststärken für kampfscheidendes Großgerät, die den Kern der Regel 4 darstellen, sollen in ganz Europa Anwendung finden (wie im übrigen alle anderen Vorschläge des westlichen Pakets) und das gesamte Offensivpotential erfassen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um präsente oder erst zu mobilisierende Streitkräfte handelt.
- Unterhalb dieser rüstungskontrollpolitisch zentralen Regel werden geographisch definierte Höchststärken für Waffen in aktiven Einheiten vorgesehen, um die schnelle Verfügbarkeit kurzfristig einsetzbarer Streitkräfte zu begrenzen.
- Im Gegensatz zu einem auf „disengagement“ abzielenden Zonenansatz geht es also um die Einziehung von „Schotten“ innerhalb des Gesamttraums; damit soll sichergestellt werden, daß auch nach Herstellung gleicher Höchststärken für beide Seiten in ganz Europa keine Seite wieder in die Lage

¹⁹ Rupert Scholz.

²⁰ Botschafter Holik, z.Z. Brüssel, berichtete am 4. März 1989: „Alle Delegationen begrüßten dankbar, daß wir unseren Vorbehalt gegen die enge Zone in Mitteleuropa aufgaben. Wir hatten diese Bewegung mit dem Ausdruck der Erwartung verknüpft, daß auch andere Partner den am 2.3. ausgearbeiteten Vorschlag nicht in ihrem Sinne zu verändern suchen, insbesondere die vereinbarten Höchststärken nicht infrage stellen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 271; Referat 213, Bd. 147183.

kommen darf, überraschende und großangelegte Offensivaktionen durchzuführen.

Dieses Konzept, das unseren sicherheitspolitischen Interessen voll Rechnung trägt und mit BSR-Beschluß vom 24.2.88 im Einklang steht, wurde insbesondere durch die Bestimmung in Regel 4.5 des westlichen Vorschlags verankert. Danach ist die Regel 4 als zusammenhängendes Ganzes zu verstehen, die nur gleichzeitig und im gesamten Gebiet vom Atlantik bis zum Ural zur Anwendung kommt. Darüber hinaus gilt das „Intra-Alliance Understanding“, wonach alle regionalen Arrangements gleiche Gültigkeit haben und keine der Subregionen einen Sonderstatus hat. Zweck der geographisch definierten Unter-Höchststärken ist nicht politisch, sondern rein technisch.

Es ist daher wichtig, die vereinbarte Präsentation des regionalen Ansatzes, der sich auf ganz Europa bezieht, in Wien und in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Darüber hinaus ist auch in einem dynamischen Verhandlungsprozeß, in dem die Tendenz wachsen könnte, sich auf die engste Region zu konzentrieren, wo sich auch die meisten Waffen befinden, an der Regel 4.5 festzuhalten. Die Zusage von AM Baker in seinem Schreiben vom 3.3. ist dafür eine bedeutende Stütze.

Der Vermerk über das Gespräch BM/BM Scholz vom 2.3.89 wird nachgereicht.²¹

Holik

VS-Bd. 12265 (221)

²¹ Zu dem Gespräch der Bundesminister Genscher und Scholz am Abend des 2. März 1989 legte Botschafter Holik am 21. März 1989 dar, Genscher habe ausgeführt, er halte es für richtig, der in der Sitzung der HLTF der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle am selben Tag vorgesehenen Regelung zuzustimmen: „Ohne unser aktives Eintreten für die sich abzeichnende Lösung bestünden kaum Chancen, daß die noch abseits stehenden Bündnispartner ihre Vorbehalte zurücknehmen. Dann würde der Westen am Beginn der neuen Verhandlungen, denen die Bundesregierung höchste Priorität zumesse, mit leeren Händen dastehen.“ Auch Scholz habe dargelegt: „Es dürfe nicht dazu kommen, daß das Bündnis ohne gemeinsame Position in die Eröffnung der Wiener Verhandlungen gehe.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178933.

68

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma**Dg 32-321.00 NAM/SB****21. März 1989¹**Über Herrn D^{3,2}, Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Vorlage der Konzeption für die Zusammenarbeit mit Namibia

Bezug: 1) Ihre mündliche Weisung vom 22.12.1988

2) Schreiben des Bundeskanzlers vom 31. Januar 1989 an Sie⁵Anlg.: 4⁶

Zweck der Vorlage: Billigung der anliegenden Konzeption für unsere Zusammenarbeit mit Namibia; Billigung des anliegenden Schreibens an den Herrn Bundeskanzler⁷ und der Schreiben an BM Haussmann, BM Klein und BM Stoltenberg⁸

1) Die Abstimmung mit den Ressorts über die Konzeption für unsere Zusammenarbeit mit Namibia ist abgeschlossen. Der anliegende Text ist von den Leitungen von BMZ, BMWi und BMF gebilligt. Die Zustimmung des BMF beinhaltet allerdings, daß die im Text in Fußnoten aufgenommenen Haushaltsvorbehalte⁹ aufrechterhalten bleiben. Das Bundeskanzleramt hat bei der Erarbeitung der Konzeption mitgewirkt.

2) Entsprechend Ihrer Weisung und dem Wunsch des Bundeskanzlers in seinem Schreiben vom 31. Januar 1989 umfaßt die Konzeption eine politische Gesamt-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke und Legationsrat I. Klasse Schanze konzipiert.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 22. März 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 25. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist ein eindrucksvolles Programm. Es ist ein Angebot an die Regierung eines unabhängigen Namibia, mit der wir die Einzelaspekte zu verhandeln haben werden. Im Übergangsstadium wird es erforderlich sein, unsere Vorstellungen den politischen Kräften des Landes, vor allem der SWAPO, zu erläutern und verständlich zu machen, um die Akzeptanz zu sichern und Zeitverlust zu vermeiden.“

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 8. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 8. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 320 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 8. Mai 1989 vorgelegen.

⁵ Mit Blick auf die zu erwartende Unabhängigkeit Namibias bat Bundeskanzler Kohl darum, die Vorbereitung für ein Angebot der Bundesregierung zur Zusammenarbeit „beschleunigt“ zu beginnen, und wies darauf hin: „Ein deutsches Angebot zur Zusammenarbeit mit der künftigen namibischen Regierung auf breiter Grundlage wird jedoch nicht losgelöst sein können von dem politischen und wirtschaftlichen Weg, den die neue Regierung gehen wird. Die Einhaltung grundlegender demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien, die Schaffung vernünftiger wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und die volle Respektierung der Menschenrechte müssen zu den Kriterien gehören, die Art und Umfang der Unterstützung durch die Bundesregierung letztlich mitbestimmen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155884.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7 und 8.

⁷ Für das am 8. Mai 1989 übermittelte Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Kohl, mit dem die Konzeption für die Zusammenarbeit mit Namibia vorgelegt wurde, vgl. Referat 320, Bd. 155884.

⁸ Für die am 8. Mai 1989 übermittelten Schreiben des Bundesministers Genscher an die Bundesminister Haussmann, Warnke und Waigel, mit denen die Konzeption für die Zusammenarbeit mit Namibia vorgelegt wurde, vgl. Referat 320, Bd. 155884.

⁹ Für die Haushaltsvorbehalte vgl. Anm. 17, 27 und 28.

bewertung, in der unsere Zielvorstellungen zum Ausdruck kommen, und eine detaillierte Darstellung der künftigen wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Zusammenarbeit. Eine Übersicht über die weiteren Schritte zur Realisierung der Konzeption bis zur Unabhängigkeit und eine Darstellung der Haushaltsanforderungen schließen sich an.

3) Inhaltlich hervorzuheben sind:

- ein breitgefächelter Katalog von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung;
- die Konzentration der EZ auf den privaten Sektor und die vom BMZ gewünschte schwerpunktmäßige Durchführung der EZ über privatrechtlich ausgestaltete Kapitalfonds (streitig mit BMF);
- das Volumen der für 1990 geforderten EZ-Zusage, mit DM 100 Mio. FZ und DM 30 Mio. TZ (streitig mit BMF);
- die bereits 1989 z. T. wirksam werdenden Maßnahmen der kulturellen Zusammenarbeit und
- die umgehende Entsendung einer Gutachtermission zur Vorbereitung der bilateralen staatlichen EZ.

4) Angesichts der angespannten Haushaltslage und der insgesamt sehr hohen Mehrforderungen des BMZ für 1990 (über DM 1 Mrd.) wird sich das hier vorgeschlagene Mittelvolumen für Namibia nur auf der Grundlage einer politischen Entscheidung auf Leitungsebene realisieren lassen.

D4¹⁰ und D6¹¹ haben mitgezeichnet.

Sulimma

[Anlage]

17. März 1989

Betr.: Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Namibia;
hier: Konzeption

Übersicht

Die im folgenden dargelegte Konzeption für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Namibia hat im einzelnen folgende Teile:

I. Leitlinien und Grundsätze

II. Gesamtdarstellung der Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Namibia

III. Realisierungsphasen der Konzeption

1) Möglichkeiten der Zusammenarbeit vor Unabhängigkeit

2) Vorarbeiten zur Verwirklichung der Gesamtkonzeption

IV. Finanzrahmen für unsere Hilfe an Namibia

I. Leitlinien und Grundsätze

1) Am 16.2.1989 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine sogenannte „Ermächtigungsresolution“ (SR 632¹²) verabschiedet. Damit wurde der Weg zur

¹⁰ Alois Jelonek.

¹¹ Barthold Witte.

¹² Für den Wortlaut der Resolution Nr. 632 des VN-Sicherheitsrats vom 16. Februar 1989 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1989, S. 3.

Anwendung von Resolution 435 und des hierauf gestützten westlichen Lösungsplans¹³ freigemacht, die wie folgt ins Werk gesetzt werden:

- Beginn der Implementierung von Res. 435 am 1.4.1989;
- Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 1.11.1989;
- danach Erarbeitung einer Verfassung, Bildung einer Regierung und Erklärung der Unabhängigkeit.
- Nach diesem Zeitplan könnten die Unabhängigkeitserklärung und die Gründung des souveränen Staates Namibia in den ersten Monaten des Jahres 1990 erfolgen.

2) Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich Namibia besonders verpflichtet. Die Gründe hierfür liegen in unserem aktiven Engagement bei der Erarbeitung von Resolution 435 und des hierauf gestützten westlichen Lösungsplans, in der gemeinsamen Geschichte, die uns mit diesem Land verbindet, sowie in den vielfältigen menschlichen Verbindungen zu Namibia und seiner Bevölkerung. Es ist daher unser Bestreben, nach Kräften mitzuhelfen, daß Namibia einen guten Start in die Unabhängigkeit hat und sich zu einem Beispiel für ein harmonisches Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Gruppen, von Schwarz und Weiß, in einer demokratischen Gesellschaft entwickeln kann, ein Beispiel, von dem positive Signalwirkungen auf die ganze Region und insbesondere auf Südafrika ausgehen. Unser Ziel ist es, die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere die Wahrung der Menschenrechte und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Um dies zu erreichen, ist erforderlich:

- daß wir bei allen politischen Gruppierungen in Namibia für eine Politik der politischen Vernunft, demokratischer Kompromißbereitschaft und menschlicher Toleranz werben, um so dazu beizutragen, daß die politischen Gegner nach dem Wahlkampf, wenn die zukünftigen Kräfteverhältnisse feststehen, am Aufbau des unabhängigen Namibia mitarbeiten können;
- daß wir den weißen Namibiern (nicht nur den Deutschen und Deutschstämmigen) raten, in Namibia zu bleiben, um zusammen mit den anderen ethnischen Gruppen aktiv am Entstehen der namibischen Nation zu arbeiten; was die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten tun kann, um die weißen Namibier zu ermutigen und zu bestärken, in ihrer Heimat zu bleiben und dort auch politisch aktiv zu sein, sollte daher geschehen;
- daß die Bundesregierung schon jetzt klarstellt, daß sie bereit ist, partnerschaftlich mit dem unabhängigen Namibia politisch, wirtschaftlich und kulturell zusammenzuarbeiten;
- daß die Bundesregierung mit den wichtigsten Parteien des Landes in Gespräche eintritt und ihre Planungen für die Zusammenarbeit mit Namibia während der Übergangszeit und nach Unabhängigkeit darlegt.

¹³ Nach ersten Sondierungen seit April 1977 unterbreiteten am 10. April 1978 fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, offiziell einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

Die Initiative bildete die Grundlage für Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

3) Eine bilaterale Zusammenarbeit mit Namibia im eigentlichen Sinne ist erst ab Unabhängigkeit des Landes möglich. Erst dann gibt es eine Regierung, mit der eine Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen konkret ausgehandelt und vertraglich vereinbart werden kann.

Entsprechend unserer Zielsetzung, Namibia möglichst schnell und wirksam zu helfen, und angesichts der Tatsache, daß der Unabhängigkeitsprozeß etwa ein Jahr in Anspruch nehmen wird, dürfen wir nicht darauf warten, bis die formalen Voraussetzungen für eine bilaterale Zusammenarbeit vorliegen. Um Zeit zu sparen, sollten wir vielmehr so schnell wie möglich damit beginnen, unsere Zusammenarbeit mit Namibia vorzubereiten.

Es sollte daher nach Möglichkeiten gesucht werden, die es erlauben, verstärkt Entwicklungshilfe schon vor Unabhängigkeit zu gewähren. Hierbei ist selbstverständlich der von SR 632 vorgegebene Grundsatz der Unparteilichkeit sorgfältig zu beachten – ein Grundsatz, der übrigens auch unsere bisherige Politik gegenüber Namibia bestimmt hat (vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Große Anfrage von 1983 zur Politik im südlichen Afrika¹⁴ und zur Namibia-Politik der Bundesregierung von 1986¹⁵).

4) Die Bundesregierung wird zu erwartende Anträge der Regierung eines unabhängigen Namibias auf Mitgliedschaft im IWF, der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Lomé-Konvention¹⁶ unterstützen.

II. Gesamtdarstellung der Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Namibia

Neben der politischen Unterstützung, die die Bundesregierung dem unabhängigen Namibia gewähren will, soll sich die bilaterale Zusammenarbeit auf

- die entwicklungspolitische Zusammenarbeit,
- den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Namibia und
- die kulturpolitische Zusammenarbeit erstrecken.

Ihre Ziele sind die Erhaltung und Stärkung der in Teilbereichen weit entwickelten Wirtschaft, ihre Öffnung für die schwarze Bevölkerungsmehrheit, die Bereitstellung von Aus- und Fortbildungsangeboten und die Wahrung der kulturellen Identität der deutschsprachigen Minderheit in Namibia.

1) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

(1) Ausgangslage und Ziele

- Wirtschaftsstruktur

Namibias Wirtschaftsstruktur ist untypisch für die eines afrikanischen Entwicklungslandes. Eine gute Infrastruktur, ein funktionierender, wenn auch während des letzten Jahrzehnts weitgehend stagnierender privater Sektor, eine trotz ihres Umfangs und ihrer Zergliederung in sog. „ethnische Verwaltungen“ für afrikanische Verhältnisse leistungsfähige, wenn auch personell

¹⁴ Für den Wortlaut der Großen Anfrage der SPD-Fraktion vom 6. Juli 1983 zur Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika sowie der Antwort der Bundesregierung vom 20. Dezember 1983 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/230 bzw. Nr. 10/833.

¹⁵ Für den Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktion der Grünen vom 26. Juni 1985 zur Namibia-Politik der Bundesregierung sowie der Antwort der Bundesregierung vom 14. April 1986 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/3568 bzw. Nr. 10/5312.

¹⁶ Für den Wortlaut des Dritten AKP-EWG-Abkommens vom 8. Dezember 1984 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 19–164.

überbesetzte öffentliche Verwaltung, eine trotz schwieriger klimatischer Verhältnisse (aride Klimazone) erfolgreiche, exportorientierte Landwirtschaft, erhebliche Vorkommen an Mineralien und potentiell reiche Fischereigründe sind die positiven Elemente der namibischen Wirtschaft.

Ein hoher Staatsanteil an der Entstehung und dem Verbrauch des Brutto-sozialprodukts, eine weitgehend auf die öffentliche Hand konzentrierte und gesamtwirtschaftlich zu geringe Investitionsquote und die Trennung der Volkswirtschaft zwischen dem weitgehend von Weißen geführten modernen Sektor der Volkswirtschaft und der Subsistenzwirtschaft der schwarzen Bevölkerungsmehrheit im Norden sowie die daraus folgenden Umverteilungserwartungen bilden wesentliche Risikofaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung nach Unabhängigkeit.

– Sozialstruktur

Die in vielen afrikanischen Staaten anzutreffende rasche Tendenz zur Verstädterung hat bisher nur in begrenztem Umfang Namibia erreicht. Das rasche Wachstum Windhuks und einiger anderer Städte während der letzten Jahre (ca. 10 % der namibischen Bevölkerung leben derzeit in Windhuk) wird vermutlich während des Unabhängigkeitsprozesses durch aus dem Ausland zurückkehrende Flüchtlinge zunehmen, von denen nur ein Teil in die angestammten Gebiete zurückkehren, ein erheblicher Teil jedoch Beschäftigung in den Städten suchen wird.

Die Ausbildungsmöglichkeiten für die Bevölkerungsmehrheit waren bisher unzulänglich. Der Mitteleinsatz für die Erziehung der schwarzen Bevölkerung fiel weit hinter das Ausbildungsangebot für die weiße Minderheit zurück.

Der Arbeitslosenanteil von derzeit ca. 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung stellt ein weiteres ernstes Problem dar.

(2) Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Eine erfolgreiche Entwicklung des Landes setzt eine Konsolidierung und Reduzierung des staatlichen Sektors und eine auf Wachstum angelegte Wirtschaftspolitik voraus. Nur ein kontinuierliches Wachstum auf hohem Niveau wird die finanziellen Grundlagen schaffen können, um die wirtschaftlichen Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit langfristig wenigstens zum Teil zu erfüllen und die erforderlichen Infrastrukturinvestitionen zu leisten. Ohne Wirtschaftswachstum kann die Arbeitslosigkeit nicht vermindert werden. Durch das Bevölkerungswachstum wird dieses Problem ohnehin sehr schwer zu lösen sein.

Wirtschaftliches Wachstum erleichtert auch den unerläßlichen Ausbau der finanz- und kreditwirtschaftlichen Infrastruktur, die eigene Ressourcen für die Entwicklungsfinanzierung mobilisiert und damit die eigenständige Entwicklung der Privatwirtschaft fördert.

Es ist beabsichtigt, eine Gutachtermission nach Namibia zu entsenden, um notwendige Informationen über Sektoren, Projektansätze und geeignete Instrumente der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu gewinnen. Die Gutachter werden gesamtwirtschaftliche Fragestellungen wie beispielsweise die handelspolitischen, kapitalbedingten und verkehrsstrukturellen Verpflichtungen und Abhängigkeiten Namibias und sein Besteuerungspotential sowie die Entwicklungsmöglichkeiten einzelner wichtiger Wirtschaftsbereiche untersuchen müssen. Ent-

wicklungsprojekte haben eine lange Planungs- und Vorbereitungszeit. Unsere Angebote zur Zusammenarbeit lassen sich nur dann unmittelbar nach Unabhängigkeit verwirklichen, wenn diese Vorarbeiten bereits in diesem Jahr durchgeführt werden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich für unsere Entwicklungszusammenarbeit schon jetzt folgende Aufgaben und Ziele definieren:

- Priorität hat die Entwicklung des privaten Sektors. Die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen müssen erhalten und durch geeignete Angebote den Angehörigen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit geöffnet werden. Diese ist die Hauptzielgruppe der EZ.
- Die von Südafrika geschaffene personal- und kostenaufwendige Verwaltung muß konsolidiert werden. Nur so kann der Staatsanteil auf eine der Wirtschaftskraft Namibias angemessene Größe reduziert werden. Es ist daher erforderlich, die öffentliche Verwaltung und die vom Staat unterhaltene Infrastruktur rationeller zu organisieren. Im Hinblick auf die bisherige Benachteiligung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit muß die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gleichzeitig gesteigert werden.

Daneben müssen leistungsfähige nicht-staatliche Trägerstrukturen gefördert oder aufgebaut werden.

- Eine verstärkte Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungspersonal aus der Bevölkerungsmehrheit für Wirtschaft und Verwaltung ist erforderlich, da die Zahl der ausgebildeten Führungskräfte bisher zu gering sein dürfte, um einen reibungslosen Übergang nach Unabhängigkeit sicherzustellen. Die Wirtschaftsverwaltung, Bergbau, Verkehrs- und Infrastruktur, Post- und Fernmeldewesen, Rundfunk und Fernsehen, Energie- und Wasserversorgung sind Beispiele für Bereiche, in denen es nach Unabhängigkeit erheblichen Bedarf an qualifiziertem Personal aus der schwarzen Bevölkerung geben kann.
- In diesen Schlüsselbereichen kann es unmittelbar nach Unabhängigkeit zu temporären personellen Engpässen kommen, wenn ein Teil der jetzt in Namibia tätigen Fachkräfte das Land verlassen sollte. Einen massiven Exodus kann die Entwicklungszusammenarbeit nicht auffangen, jedoch können wir punktuelle Engpässe durch den Einsatz geeigneter Fachkräfte schließen. Die Personalentsendung setzt voraus, daß keine geeigneten einheimischen Fachkräfte gefunden werden.

(3) Instrumente der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Es ist eine wichtige Aufgabe der instrumentellen Ausgestaltung unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, daß unmittelbar nach Unabhängigkeit schnell mobilisierbare Kapitalhilfe vorrangig zur Verfügung steht.

Entsprechend der dortigen Wirtschaftsstruktur und vor dem Hintergrund der Zielsetzung, vorrangig die Entfaltung der privaten Initiative zu fördern, soll die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Namibia auf eine neuartige Grundlage gestellt werden.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit beabsichtigt den Aufbau inländischer Finanzierungsinstrumente in nicht-staatlicher Trägerschaft wie Kapitalvermögen als Kredit-, Beteiligungs- oder Garantiefonds oder im Sinne von Stiftungsvermögen oder Finanzierungsbeiträgen. Die Mittel werden den

Trägern als Zuschüsse aufgrund vertraglicher Vereinbarungen über den Verwendungszweck zur Verfügung gestellt. Die sachgemäße Verwendung der Mittel soll durch begleitende Kontrollmaßnahmen sichergestellt werden, wobei die Bundesregierung maßgeblich beteiligt wäre.¹⁷

Die aufzubauenden Finanzierungsinstrumente sollen revolvierende Finanzierungshilfen für private Unternehmen insbesondere der schwarzen Bevölkerungsmehrheit bereitstellen. Daneben sollen Ausbildungs-, Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen im privaten Sektor bezuschußt werden.

Dieses Instrumentarium eröffnet die gerade in der Aufbauphase wichtige Möglichkeit, über Förderungsanträge flexibel und schnell zu entscheiden. Die Prüfung von Trägerstrukturen und von Gestaltungsformen der Finanzierungsinstrumente ist ein wesentlicher Auftrag der Gutachterkommission.

- Neben diesem neuen Instrument sollen, vor allem bei der Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen, die bewährten und eingespielten Instrumente der FZ und TZ eingesetzt werden.
- Für flankierende Aufgaben der Aus- und Fortbildung und der Personalentsendung sollten alle hierfür zur Verfügung stehenden Durchführungsorganisationen der EZ (z. B. CDG¹⁸, DSE¹⁹, GTZ²⁰, CIM²¹) und ihre Instrumente benutzt werden. Im besonderen sollten bereits bestehende Förderungsprogramme wie das Berufsausbildungsprogramm der Otto Benecke Stiftung verstärkt werden. Daneben sollten auch Ausbildungsangebote durch Einrichtungen außerhalb der EZ im engeren Sinne wie z. B. das HWWA²², die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, das Statistische Bundesamt, die Bundesbank oder einzelne Landesbanken, die BGR²³ und die Kammerorganisation der Wirtschaft einbezogen werden.
- Die bisher schon gewährte Unterstützung von Projekten der Kirchen, der politischen Stiftungen und anderer privater Träger sollte verstärkt werden. Diese Institutionen sollten ermutigt werden, ihre eigenen Anstrengungen zu intensivieren.

2) Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Namibia – Wirtschafts-, Investitions- und Handelsförderung

Die namibische Wirtschaft ist stark auf Südafrika ausgerichtet. Das Ausbildungssystem, Handelswege, Vermarktung der namibischen Produkte, Unternehmensverflechtungen und ein hoher Importanteil sowie die Zoll- und Währungsunion verbinden Namibia mit Südafrika. Der Wille zu wirtschaftlicher Kooperation wächst inzwischen erkennbar bei allen Parteien Namibias. Die Bundesrepublik

¹⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Bundesminister der Finanzen widerspricht der Bildung dieses Kapitalvermögens, weil sie haushaltsrechtlich unzulässig seien und ihre Zielsetzung mit dem vorhandenen entwicklungspolitischen Instrumentarium erreicht werden könne. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit weist darauf hin, daß er die Schaffung der noch erforderlichen haushaltsmäßigen Voraussetzungen für den Haushalt 1990 beantragt hat.“ Vgl. Anm. 9.

¹⁸ Carl Duisberg Gesellschaft.

¹⁹ Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung.

²⁰ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

²¹ Centrum für internationale Migration und Entwicklung.

²² Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv - Institut für Wirtschaftsforschung.

²³ Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

Deutschland sollte auch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, der namibischen Wirtschaft neue Möglichkeiten für eine Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen zu erschließen und ihre eigenen Kräfte zu stärken. Folgende Maßnahmen sollen verwirklicht werden:

– Bundesbürgschaften (Hermes-Deckung)

Ab 1.4.1989 kann die Indeckungnahme von Exportgeschäften nach den normalen Kriterien gewährt werden. Dies gewährleistet eine flexible Reaktion auf Anträge ohne Eingrenzung des Handlungsspielraums.

Die weitere Ausgestaltung der Deckungspolitik wird sich der Entwicklung des namibischen Wirtschafts- und Finanzsystems anpassen.

– Investitionsförderungsvertrag und Doppelbesteuerungsabkommen

Beide Verträge sind notwendige rechtliche Voraussetzung für Investitionen. Ihr Abschluß wird der neuen Regierung Namibias nach Unabhängigkeit angeboten werden.

– DEG-Förderung

Das Förderungsprogramm der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG) zielt schwerpunktmäßig auf mittelständische Unternehmen. Es eignet sich in besonderem Maße für die stark mittelständisch geprägte Wirtschaft Namibias. Die DEG hat bereits Ansatzpunkte für wirtschaftlich rentable Vorhaben in Namibia identifiziert und ist interessiert, diese Projekte zu verwirklichen. Mit der Prüfung und ggf. Verwirklichung von Vorhaben soll unverzüglich begonnen werden.

– Handelsförderung und Beratung

Die Außenhandelsförderung ist zunächst Aufgabe der nach Unabhängigkeit zu errichtenden deutschen Botschaft. Für die Errichtung einer deutsch-namibischen Handelskammer und zuvor der Entsendung eines Handelsdelegierten des DIHT fehlt es bisher an ausreichendem Interesse der Wirtschaft.

Ein Verbindungsbüro der Kammerorganisation der Wirtschaft (DIHT und IHK Frankfurt) könnte jedoch bereits vor Unabhängigkeit in Windhuk eröffnet werden. Die Kammerorganisation ist bereit, dieses Verbindungsbüro als eigene Initiative durchzuführen. Es soll die vorhandene namibische Kammerorganisation beratend im Bereich „Institution Building“ unterstützen. Dieses Verbindungsbüro kann bei verstärktem Wirtschaftsinteresse ggf. Vorstufe eines Delegiertenbüros oder später einer bilateralen Kammer werden.

– Gewerbeförderung

DIHT, BDI und Afrika-Verein schlagen als Gemeinschaftsprojekt die Entsendung eines Beauftragten für Wirtschaftsförderung vor. Der Beauftragte soll als erfahrener Praktiker vor Ort Hilfestellung bei Gewerbeansiedlung und Eröffnung selbständiger Betriebe (mittelständisches Gewerbe) leisten. Für dieses Projekt wäre eine Finanzierung aus BMZ-Mitteln zu prüfen.

– Wirtschaftsinformation

Der in Südafrika ansässige BfAI²⁴-Korrespondent soll zunächst auch für Namibia berichten.

²⁴ Bundesstelle für Außenhandelsinformation.

In den Organen der BfAI ist die kostenlose Werbung, Veröffentlichung von Ausschreibungen und Kooperationswünschen namibischer Unternehmen möglich.

- Förderung von Messebeteiligungen

Die Förderung von Messebeteiligungen der namibischen Wirtschaft ist aus BMZ-Mitteln (Messe „Partner des Fortschritts“) und aus AKP-Mitteln möglich, wenn Namibia der Lomé-Konvention nach Unabhängigkeit beitrifft.

- Lufthansa-Flüge nach Windhuk

Die DLH beabsichtigt, Windhuk zum frühestmöglichen Zeitpunkt in ihr Liniennetz aufzunehmen.

- Wirtschaftssymposium

Bei BDI, DIHT und Afrika-Verein sind die Überlegungen über die Veranstaltung eines deutsch-namibischen Wirtschaftssymposiums noch nicht abgeschlossen. Das Firmeninteresse ist noch nicht ausreichend.

- Rohstoffe

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe wird sich an der Gutachtermission im Auftrag des BMZ beteiligen.

- Ausbau des genossenschaftlichen Kreditwesens

Genossenschaftsbanken sollten gefördert werden, da sie wesentliche Hilfe bei der Gründung selbständiger Betriebe in den Bereichen Handel, Gewerbe und Handwerk leisten.

3) Kulturpolitische Zusammenarbeit

Die bisherige, durch die politische Situation Namibias stark eingeeengte kulturpolitische Zusammenarbeit soll verstärkt werden. Zu ihren Zielen gehören die Aus- und Fortbildung einheimischer Fach- und Führungskräfte und die Erhaltung der kulturellen Identität der deutschsprachigen Minderheit in Namibia. Es ist beabsichtigt, die kulturelle Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen auszubauen:

- deutsche Sprache,
- Ausbildung,
- allgemeine kulturelle Programme.

Folgende Maßnahmen sind beabsichtigt:

- Kulturabkommen

Abschluß eines deutsch-namibischen Kulturabkommens.

- Deutsch-Namibische Kulturstiftung

Förderung der 1988 gegründeten Deutsch-Namibischen Kulturstiftung, die sich die Pflege der deutschen Sprache, des wissenschaftlichen Austauschs und die Förderung von Kunst und Medien zur Aufgabe gemacht hat. Die Stiftung könnte zu einer Vorstufe eines bilateralen Kulturinstituts oder zu einem späteren Zeitpunkt zu einem Goethe-Institut werden.

- Förderung der deutschen Sprache

Die Entsendung eines Fachberaters für Deutsch. Die Gewährung von Stipendien für Deutschstudenten am Namibia-Institut in Lusaka zu Sprachaufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland.

- Schulförderung

Weiterführung der Unterstützung der Deutschen Höheren Privatschule Windhuk (DHPS) und Unterstützung von Schulen mit Deutschunterricht in Namibia. Einbeziehung Namibias in das Schüleraustausch- und Schülerprämienprogramm.

- Ausbildungsförderung

Unterstützung der geplanten Partnerschaft der Ruhr-Universität Bochum und der University of Namibia. Verstärkung der Hochschulstipendien, die schon bisher aus dem Sonderprogramm „Südliches Afrika“ finanziert werden. Das Sonderprogramm soll mit einem Schwerpunkt für Namibia aufgestockt werden. Es soll insbesondere über OBS²⁵ und DAAD²⁶ durchgeführt werden.

- Jugend und Sport

Zusammenarbeit im Jugend- und Sportbereich.

III. Realisierungsphasen der Konzeption

1) Möglichkeiten der Zusammenarbeit vor Unabhängigkeit

(1) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

- Vor Unabhängigkeit kommt eine staatliche bilaterale Zusammenarbeit nicht in Betracht, da sie den Abschluß von Regierungsabkommen voraussetzt. Es ist jedoch möglich, soweit zusätzliche Haushaltsmittel durch Umschichtungen und den Einsatz von Mitteln aus der Afrika-Reserve mobilisiert werden können, die bestehende Zusammenarbeit von Kirchen, Stiftungen und privaten Trägern mit politisch neutralen namibischen Institutionen zu verstärken und integrierte Fachkräfte im privaten Sektor zu entsenden. Hier sind die Kirchen, Stiftungen und sonstigen privaten Träger aufgerufen, geeignete Vorschläge zu machen.

(2) Wirtschafts-, Investitions- und Handelsförderung

- Die DEG kann mit der Prüfung und Umsetzung von Förderungsvorhaben unmittelbar beginnen.
- Ab 1.4.1989 können Bundesbürgschaften (Hermes-Deckung) zunächst im Einzelfall übernommen werden.
- Das Verbindungsbüro der Kammerorganisation soll unverzüglich errichtet werden.
- Die Entsendung eines Beauftragten für Wirtschaftsförderung durch DIHT, BDI und Afrika-Verein könnte gleichfalls vor Unabhängigkeit erfolgen.
- Flüge der Lufthansa nach Windhuk könnten vor Unabhängigkeit beginnen, wenn es gelingen sollte, hierfür eine rechtliche und politische Basis zu finden. Diese Frage bedarf einer sorgfältigen politischen Absicherung, damit die Lufthansa nicht Gefahr läuft, nach Unabhängigkeit Namibias in Schwierigkeiten zu geraten.

(3) Kulturpolitische Zusammenarbeit

- Bereits vor Unabhängigkeit wird die Deutsch-Namibische Kulturstiftung aus Projektmitteln gefördert. Eine Förderung in breiterem Rahmen kommt ab 1990 in Betracht.

²⁵ Otto Benecke Stiftung.

²⁶ Deutscher Akademischer Austauschdienst.

- Der Fachberater für Deutsch wird umgehend entsandt. Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen ist bereits beauftragt, die Vermittlung des Beraters durchzuführen.
- Beginn der Förderung des Schülerprämienprogramms ist für 1989 vorgesehen.
- Stipendien für Deutschstudenten am Namibia-Institut in Lusaka sind für 1989 bereitgestellt.
- Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an Sekundarschulen zur Erlangung der Hochschulreife.
- Ausbau der Vorbereitungskurse am University Centre for Studies in Namibia (TUSCIN) für ein Universitätsstudium.
- Das bestehende Hochschulstipendienprogramm der OBS und des DAAD wird 1989 von 50 auf bis zu 100 Stipendien erhöht.
- Die politischen Stiftungen beabsichtigen eine Intensivierung ihres schon bestehenden Engagements.

2) Vorarbeiten zur Verwirklichung der Gesamtkonzeption

(1) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Die Gutachtermission unter Gesamtleitung des BMZ wird möglicherweise noch im April nach Namibia entsandt, um die für die Planung unserer staatlichen EZ erforderlichen Erkenntnisse über mögliche Förderungssektoren, Projektansätze und geeignete Instrumente zu gewinnen und auszuwerten. Die Federführung hat das Ifo-Institut. Daneben werden an ihr das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Fachleute für Fischereiwesen beteiligt sein. Für die Finanzierung dieser Studie und weiterer Untersuchungen sowie für den Einsatz von Fachkräften zur Projektidentifizierung und Projektplanung wird ein TZ-Fonds von DM 5 000 000 aus der Afrika-Reserve 1989 gebildet.

(2) Wirtschafts-, Investitions- und Handelsförderung

- Der Abschluß von Investitionsförderungs- und Doppelbesteuerungsabkommen wird vorbereitet.
- Die Möglichkeiten zur Durchführung eines Wirtschaftssymposiums werden mit den Verbänden der Wirtschaft weiter geprüft.

(3) Kulturpolitische Zusammenarbeit

Für die Zeit nach Unabhängigkeit werden die angestrebte breite Förderung der Deutsch-Namibischen Kulturstiftung, die weitere Intensivierung des Hochschulstipendienprogramms, die Unterstützung von Schulen mit Deutschunterricht und die Einbeziehung Namibias in Schüleraustausch- und Schülerprämienprogramme sowie ein Nutzungskonzept für die früheren deutschen Schulen in Lüderitz und Karibib vorbereitet. Mit den politischen Stiftungen werden ihre Überlegungen zur Intensivierung ihres Engagements abgestimmt.

IV. Finanzrahmen für unsere Hilfe an Namibia²⁷

Die Umsetzung dieser Konzeption erfordert erhebliche zusätzliche Haushaltsmittel. Ihr finanzieller Schwerpunkt liegt in der entwicklungspolitischen Zusammen-

²⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vorbehalt des Bundesministers der Finanzen. Die Ankündigung von EZ-Leistungen, zumal in dieser Größenordnung, muß unterbleiben und den Haushalts-

menarbeit; daneben sind die kulturpolitische Zusammenarbeit und in begrenztem Umfang die Wirtschaftsförderung betroffen.²⁸

Die bereits für das laufende Jahr (1989) vorgesehenen Maßnahmen im entwicklungspolitischen Bereich und in der kulturpolitischen Zusammenarbeit können nur durch Maßnahmeverlagerungen und durch Mittel der Afrika-Reserve des BMZ verfügbar gemacht werden. Zusätzliche Haushaltsmittel stehen hierfür nicht zur Verfügung.

Es wird angestrebt, noch in diesem Jahr zusätzliche Haushaltsmittel für die Rückführung der ca. 58 000 namibischen Flüchtlinge bereitzustellen.

1) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Dem politischen Gewicht der Zusammenarbeit mit Namibia entsprechend, wird für die finanzielle Zusammenarbeit eine erste Einjahreszusage für 1990 von DM 100 Mio. für erforderlich gehalten.

Für die technische Zusammenarbeit sollten DM 30 Mio. vorgesehen werden. In geringerem Umfang müssen die Haushaltansätze der Titel für die personalentsendenden Institutionen und die Ausbildungseinrichtungen und die privaten Träger, die Kirchen und die Stiftungen verstärkt werden.

2) Wirtschafts-, Investitions- und Handelsförderung

Haushaltsmittel werden in diesem Bereich nur in sehr geringem Umfang erforderlich werden, soweit Personalentsendungen und Beratungseinsätze (Beauftragte für Wirtschaftsförderung) zu finanzieren sind. Die Bundesbürgschaften werden über die Hermes-Kreditversicherung ohne direkte Inanspruchnahme des Haushalts abgewickelt, solange keine Entschädigungszahlungen anfallen. Die DEG wird die von ihr in Aussicht genommenen Projektansätze aus Eigenmitteln finanzieren.

3) Kulturpolitische Zusammenarbeit

Unbedingt erforderlich ist die Aufstockung des Sonderprogramms „Südliches Afrika“, um den Förderungsschwerpunkt für Namibia im Stipendienprogramm des DAAD und der OBS finanzieren zu können. Eine Million DM sind für Namibia für 1990 zu veranschlagen. Gleiches gilt für die Förderung der Deutsch-Namibischen Kulturstiftung, die Förderung der deutschen Sprache, die Förderung der Universitätspartnerschaft Bochum–Windhuk und die Verstärkung der Programme der politischen Stiftungen. Diese Haushaltsanforderung ist im einzelnen noch nicht zu beziffern. Ihre Realisierung ist jedoch entscheidend wichtig, um das geplante breite Programm der kulturpolitischen Zusammenarbeit durchführen zu können.

Referat 320, Bd. 155884

Fortsetzung Fußnote von Seite 323

verhandlungen vorbehalten werden, bei denen die Gewichtung der Länderbedarfe insgesamt anhand der festgelegten VE geprüft und die Zusage pro Land festgelegt wird. Die Beträge dürfen entsprechend den vertraulichen Erläuterungen nicht nach außen offengelegt werden. Zudem muß die Anerkennung Namibias als Entwicklungsland im DAC erreicht sein. Der Bundesminister der Finanzen lehnt für die Finanzierung der unter IV. genannten Maßnahmen eine Ausweitung der vorhandenen Plafonds der betroffenen Einzelpläne ab.“ Vgl. Anm. 9.

²⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Zuordnung einzelner Maßnahmen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit bzw. zur kulturpolitischen Zusammenarbeit bleibt näherer Prüfung vorbehalten.“ Vgl. Anm. 9.

69

Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

114-11529/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 450

Aufgabe: 21. März 1989, 14.45 Uhr¹
Ankunft: 21. März 1989, 17.01 Uhr

Betr.: Gespräch MP Späth–GS Grósz am 17.3.1989²;
hier: Beurteilung der Politik der anderen sozialistischen Staaten

Bezug: DB Nr. 441 vom 20.3.89 – Pol 320.00

GS Grósz äußerte sich im letzten Teil des Gesprächs vertraulich zur Politik anderer sozialistischer Staaten (ich bitte um unbedingten Quellenschutz).

Nachdem GS Grósz zur innerungarischen Entwicklung bemerkt hatte, er befürchte jetzt eine ultralinke Reaktion, fragte MP Späth, wie die Position der SU sei. GS antwortete, heute in einer Woche sei er bei Gorbatschow³, dann werde er das genauer sagen können. Aber eines wisse er: Insgesamt finde der Kurs der USAP Sympathie. Sie zeigten sich sehr tolerant, was extreme Erscheinungsformen betreffe. Sie hätten der USAP gesagt, daß sie für sich das Mehrparteiensystem⁴ nicht akzeptieren könnten. Doch hätten sie keine Kritik gegenüber der ung. Entwicklung geäußert. Sie zeigten großes Interesse für die ung. wirtschaftlichen Maßnahmen und hofften, daß etwas herauskomme. MP Späth sagte, wir alle glaubten nicht daran, daß die SU ein neues Modell schaffen könne. Der Apparat sei zu groß. GS erwiderte, er glaube es auch nicht. MP Späth fuhr fort, vielleicht werde hier in Ungarn entschieden, ob Gorbatschow Erfolg habe. GS stimmte zu.

MP Späth stellte dann fest, weder die ČSSR noch die DDR, die aus internationaler Sicht sozusagen an der Front lägen, kämen für eine Modellfunktion in Betracht. Also blieben nur Polen und Ungarn. Sein Eindruck sei, daß in Ungarn Spannungen in der Vielfalt offen ausgetragen werden könnten, während er für Polen noch nicht sehe, wohin das gehen solle.

GS erwiderte, nach seiner Meinung habe Polen die große Chance verpaßt, während Ungarn seine Möglichkeiten noch vor sich habe. Polen habe die große Gelegenheit vor 1980 verpaßt. Der General⁵ habe aus einer viel schwereren Position starten müssen. Nach neun Jahren stehe er dort, wo er angefangen habe. Vom Potential her könne die ČSSR ein progressives Modell erarbeiten. Aber die tsl.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Annen am 22. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.

Hat Derix am 23. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Neubert und Lambach „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Neubert am 28. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Danke!“

Hat in Vertretung von Lambach Vortragendem Legationsrat Herold am 29. März 1989 vorgelegen.

² Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth hielt sich am 16./17. März 1989 in Ungarn auf.

³ Der Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, hielt sich am 23./24. März 1989 in der UdSSR auf. Für die englische Übersetzung des ungarischen Protokolls über sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116225> bzw. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 52.

⁴ Vgl. dazu die Beschlüsse des ZK der USAP vom 10./11. Februar 1989; Dok. 20, Anm. 3.

⁵ Wojciech Jaruzelski.

Regierung sei unentschlossen. Man müsse einen Bruch mit der Vergangenheit vollziehen. Es sei ein großer Fehler gewesen, Štrougal auszuschalten.⁶ Er sei ein konstruktiver Mann, und er sei nicht an der Wirtschaft gescheitert, sondern aus ideologischen Gründen. Die DDR könne nicht zu einem Modell werden. Die Muttermilch, die ihr eingeflößt werde, fließe in dicken Strahlen. Er wolle nicht ausschließen, daß sich dort eine Tragödie vorbereite.

Daran anschließend, sagte MP Späth, er habe vor kurzem mit Honecker und mit Mittag gesprochen.⁷ Die Befangenheit auf beiden Seiten sei so groß, daß es zwar immer wieder zu guten Ansätzen komme. Doch große Reformen könnten wir wahrscheinlich nicht erwarten. Was immer sie in unsere Richtung aufmachten, die Leute würden sagen, man solle ihnen das Original geben.

GS fand, das könne nur historisch gelöst werden, und die Transfusion aus der Bundesrepublik fördere nicht Reformen. Die sich dort verkrustenden Strukturen könnten ungünstig auf Ungarn zurückwirken. Die ung. Führung verspüre deutlich die verhaltene Reaktion. Sie sagten, die Pferde seien mit den Ungarn durchgegangen. Auch in diesem Zusammenhang sei zu sehen, was er vorhin über linksextreme Reaktionen gesagt habe.

Neulich habe er eine Gruppe sowjetischer Militärs empfangen, vorzügliche Leute in ihrem Fach, aber von enger Ausrichtung. Er habe sich vorgestellt, was geschehe, wenn Gorbatschow gestürzt werde und diese Leute die Macht übernehmen.

MP Späth sagte, Gorbatschow brauche das ung. Modell. Und GS Grósz schloß das Gespräch mit der Bemerkung, er spüre bei den Sowjets die Sorge, daß die ung. Führung die Kontrolle behalte.

[gez.] Arnot

VS-Bd. 13522 (214)

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix vermerkte am 13. Oktober 1988, auf der Sitzung des ZK der KPC am 10./11. Oktober 1988 in Prag sei der tschechoslowakische Ministerpräsident von seinen Ämtern zurückgetreten. Štrougal und der Generalsekretär des ZK der KPC, Jakeš, seien seit langem politische Gegner: „In den vergangenen Monaten suchte sich MP Štrougal mit prononciert reformorientierten Äußerungen vorzugsweise gegenüber westlichen Presseorganen [...] zu profilieren, in denen er – deutlich abweichend vom betont vorsichtigen Kurs des farblosen GS – politische Reformen zur Flankierung der wirtschaftlichen Umgestaltung forderte; die Meinungsverschiedenheiten in der Prager Führung über Umfang und Geschwindigkeit des Umgestaltungsprozesses traten dabei offen zutage, eine Klärung im Sinne der Lösung der Machtfrage war unausweichlich geworden.“ Reformierischer Elan sei von der neuen Führung nicht zu erwarten. Vgl. Referat 214, Bd. 139905.

⁷ Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth traf am 23. Februar 1989 in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 75. Für das Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am selben Tag vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 29.

Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 259****Cito****Aufgabe: 21. März 1989, 14.30 Uhr****Ankunft: 22. März 1989, 14.10 Uhr**

Betr.: Gespräch mit AM Lončar am 20.3.1989

Bezug: Erlaß vom 8. März 1989 – 214-321.11 JUG

Bitte um Weisung zu 2.1)

1) AM Lončar empfing mich am 20.3. zu einem knapp einstündigen Gespräch, um das ich ihn anlässlich der Bildung der neuen jugoslawischen Bundesregierung gebeten hatte. Hauptthema war die Fortführung der deutsch-jugoslawischen Zusammenarbeit nach Bildung der neuen Regierung. AM Lončar äußerte den Wunsch nach einem baldigen Besuch des Bundeskanzlers, gab Erläuterungen zu seinem dem Bundesminister am 7.3. in Wien übergebenen Non-paper¹ und ließ sich von mir über das weitere Prozedere in der Visafrage² unterrichten. Eingangs übergab ich die Glückwünsche des Bundesministers zu Lončars erneuter Bestellung zum Außenminister sowie die Glückwünsche des Bundeskanzlers an MP Marković und dessen Amtsvorgänger Mikulić. Herr Lončar zeigte sich über die persönlichen Worte des Bundesministers sehr erfreut und bat, seinen Dank und beste Wünsche für die baldige, vollständige Genesung des Bundesministers³ zu übermitteln.

2) Im einzelnen

2.1) AM Lončar führte aus, die von der neuen Regierung vorgesehenen radikalen Reformen seien ohne Unterstützung des Westens nicht zu verwirklichen. Es bestehe deshalb ein vitales Interesse an vertieften Kontakten zu den westlichen Partnern und dabei an erster Stelle mit uns. Ministerpräsident Marković wünsche möglichst rasch mit den Regierungschefs der Hauptpartnerländer zusammenzutreffen, am liebsten zuerst mit Bundeskanzler Kohl. Eine baldige Begeg-

¹ Für das am Rande der Eröffnung der VKSE und der VSBM-Verhandlungen übergebene jugoslawische Non-paper vom 5. März 1989 vgl. Referat 420, Bd. 157117.

² Zur Frage der Einführung der Visumpflicht für jugoslawische Staatsangehörige vgl. Dok. 53. Ministerialdirigent Freiherr von Stein teilte der Botschaft in Belgrad am 8. März 1989 mit: „1) Bundeskabinett hat dem Entwurf einer Verordnung zugestimmt, durch die die für Jugoslawien bisher unter gewissen Voraussetzungen geltende Slicht|v[ermerks]-Freiheit aufgehoben wird. 2) Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Sie tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. 3) Das Bundeskabinett hat gleichzeitig beschlossen, daß über den Zeitpunkt der Verkündung der Verordnung durch weiteren Kabinettsbeschluß entschieden wird. Zu diesem Zweck ist dem Kabinett bis spätestens Ende Mai insbesondere ein Bericht über die Entwicklung der Zahlen der unberechtigt einreisenden jugoslawischen Staatsangehörigen vorzulegen. Damit wird das Kabinett in die Lage versetzt, zwischenzeitlich aufgrund eigener Maßnahmen der jugoslawischen Seite möglicherweise eingetretene Entwicklungen bei seiner erneuten Entscheidung in Rechnung zu stellen.“ Ferner sei die Kündigung der Sichtvermerksvereinbarung von 1968 beschlossen worden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2091; Referat 514, Bd. 217470.

³ Bundesminister Genscher wurde am 7. März 1989 ins Krankenhaus eingeliefert, wo er sich einer Operation unterziehen mußte. Vgl. dazu den Artikel „Nichts auslassen“; DER SPIEGEL, Nr. 11 vom 13. März 1989, S. 29f.

nung der Regierungschefs würde dem hohen Rang unserer Beziehungen entsprechen und wäre für die neue Regierung eine bedeutsame Unterstützung, deren Ausbleiben negativ zu Buche schlagen könnte. Da der Vorgänger von MP Marković zweimal in Deutschland gewesen sei⁴ und ein Gegenbesuch bisher nicht stattgefunden habe, wäre der Besuch des Bundeskanzlers in Jugoslawien an der Reihe. Auf den Charakter des Besuchs (offizieller oder Arbeitsbesuch) komme es dabei weniger an. Wenn der Bundeskanzler demnächst seinen Urlaub in Österreich verbringe, könnte z. B. eine Begegnung in Grenznähe, etwa in Bled, vorgesehen werden.

Ich sagte zu, diesen Wunsch sofort zu übermitteln. Auf meine Frage, ob ggf. auch eine Begegnung außerhalb Jugoslawiens gewünscht werde, reagierte Lončar mit deutlicher Reserve.

Stellungnahme

Eine baldige Begegnung der beiden Regierungschefs wäre zu begrüßen. Die dezidierte marktwirtschaftliche und schwerpunktmäßig auf Westeuropa ausgerichtete Orientierung der neuen Regierung, die von manchen Jugoslawen als letzte Chance zur Stabilisierung der Wirtschaft und der inneren Ordnung gesehen wird, hätte eine prominente Geste politischer Solidarität verdient. Eine Begegnung in näherer Zukunft könnte auch helfen, in den bilateralen Beziehungen den Blick über die Schatten werfende Visafrage hinaus auf die Bereiche substantieller, positiver Zusammenarbeit zu lenken.⁵

2.2) Zu seinem am 7.3. dem Bundesminister übergebenen Non-paper hatte mir Herr Lončar in der Vorwoche gesagt, dieses enthalte zwar Gedanken, die er auch gegenüber anderen befreundeten Politikern verwende, so gegenüber dem italienischen⁶ und dem spanischen Außenminister⁷, doch habe er das Papier speziell für den Bundesminister auf dessen Wunsch gefertigt und sonst niemandem gegeben. In Belgrad sei es nur noch Ministerpräsident Marković bekannt. Auf meine Bitte um Erläuterung äußerte sich Lončar gleichwohl mit größter Bereitwilligkeit, ohne daß ich die Bitte hätte begründen müssen. Erläuterungen erschienen mir erforderlich, weil aus Inhalt und Akzentuierung des Papiers geschlossen werden könnte, daß es Lončar primär darum geht, den Boden für neue finanzielle Wünsche an die Bundesregierung zu bereiten. Ich fragte deshalb speziell nach der Bedeutung der einschlägigen Passagen.

Lončar bejahte zunächst meine Frage, ob es bei der Feststellung von MP Marković in seiner ersten Grundsatzrede vom 28.1.⁸ bleibe, daß Jugoslawien vom

⁴ Der jugoslawische Ministerpräsident Mikulić besuchte die Bundesrepublik am 26./27. März 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 82.

Ferner traf Mikulić am 19. April 1988 in Hannover mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Erörtert wurde die wirtschaftliche Lage Jugoslawiens. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialrats Ludewig, Bundeskanzleramt, vom 21. April 1988; Bundeskanzleramt, AZ: 21–30 100 (56), Bd. 74; B 150, Aktenkopien 1988.

⁵ Vortragender Legationsrat Glotzbach informierte die Botschaft in Belgrad am 12. April 1989: „Bundeskanzleramt hat mitgeteilt, daß wegen Terminschwierigkeiten ein Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Jugoslawien in naher Zukunft nicht ins Auge gefaßt werden könne.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 79; Referat 214, Bd. 139836.

⁶ Giulio Andreotti.

⁷ Francisco Fernández Ordóñez.

⁸ Korrigiert aus: „23.1.“.

Botschafter Eiff, Belgrad, berichtete am 30. Januar 1989, der designierte jugoslawische Ministerpräsident Marković habe am 28. Januar 1989 die Grundzüge seiner künftigen Wirtschaftspolitik

Ausland in erster Linie Investitionen und erst in zweiter Linie Kredite brauche. Er fügte hinzu, eine freundliche Haltung der Partnerregierung könne sich allerdings auf die Entscheidungen ausländischer Investoren positiv auswirken.

Sodann führte Lončar folgende Wünsche an:

- Erweiterung des Hermes-Garantie-Plafonds;
- mehrjährige Gültigkeitsdauer von Stand-by-Arrangements mit dem IWF und entsprechend längerfristige Regelungen mit dem Pariser Club;
- liberalere Behandlung jugoslawischer Waren und Dienstleistungen;
- Gründung eines Jugoslawien-Konsortiums unter unserer Führung (ein Konsortium habe es z. B. zu seiner Zeit als Botschafter für Indonesien⁹ gegeben).

Lončar sagte, die Lösung der jugoslawischen Probleme hänge zu 95 Prozent von Jugoslawien selbst ab. Die Umkehrung der bisherigen abwärts gerichteten Entwicklung in eine positive Kettenreaktion sei aber ohne das Ausland unmöglich, und dabei müsse ein Land die führende Rolle übernehmen.

Ich sagte hierzu folgendes:

Die Bundesrepublik Deutschland sei, wie er wisse, immer zu Jugoslawien gestanden, wenn dies wirklich erforderlich gewesen sei, so z. B. im vergangenen Jahr bei der internationalen Stützungsaktion¹⁰ an führender Stelle. Man dürfe den Partner aber auch nicht überfordern, sondern solle sich auf das operativ jeweils Notwendige und Mögliche konzentrieren. Für Jugoslawien sei derzeit nach meiner Meinung der Zufluß privater Investitionen der wichtigste und nötigste Beitrag aus dem Ausland zur Stabilisierung der Wirtschaftslage und zur Dynamisierung der Reformen. Seitens der beiden Regierungen könnte hierbei konkret der baldige Abschluß des seit Jahren verhandelten Investitionsschutz- und Förderungsabkommens¹¹, ferner des Abkommens zur Unterstützung der Reintegration zurückkehrender Gastarbeiter¹² helfen. Er möge sich hierfür einsetzen. Von diesen Vertragsabschlüssen könne gerade jetzt eine positive Signalwirkung ausgehen. Dem stimmte Lončar zu.

Fortsetzung Fußnote von Seite 328

dargelegt: „Sein Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Wirtschaft, zu Risikoübernahme, Effektivität und zum Markt ist eindeutig.“ Marcović habe klargemacht, „daß er die Außenwirtschaftspolitik verstärkt auf den Westen ausrichten wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 85; Referat 214, Bd. 139834.

⁹ Budimir Lončar war von 1965 bis 1969 jugoslawischer Botschafter in Indonesien.

¹⁰ Referat 421 notierte am 15. Juni 1988, Bundeskanzler Kohl habe die jugoslawischen Bemühungen um die Schließung von Finanzierungslücken durch Schreiben an verschiedene Staats- und Regierungschefs unterstützt und für eine gemeinsame Aktion geworben. Die Bundesregierung habe einen Überbrückungskredit bei der Westdeutschen Landesbank in Höhe von 172 Mio. DM verbürgt. Ferner habe das Direktorium des IWF einen einjährigen Bereitschaftskredit in Höhe von 420 Mio. US-Dollar genehmigt. Die Weltbank sei zu einem Strukturanpassungsdarlehen in Höhe von 150 Mio. US-Dollar bereit. Internationale Geschäftsbanken stellten Kredite in Höhe von 300 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Ferner hätten im Pariser Club Umschuldungsverhandlungen stattgefunden: „Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird Jugoslawien hinsichtlich der Tilgungs- und Zinszahlungen bis Mitte 1989 eine Entlastung von 952 Mio. \$ bringen. Auf die Bundesrepublik Deutschland als einen der größten Gläubiger entfällt ein Beitrag von 328 Mio. DM; dies entspricht einem Anteil am umzuschuldenden Gesamtvolumen von ca. 20 %.“ Vgl. Referat 420, Bd. 157117.

¹¹ Die Bundesrepublik und Jugoslawien schlossen am 10. Juli 1989 einen Vertrag über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen. Für den Wortlaut des Vertrags und des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 351–356.

¹² Am 5. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und Jugoslawien ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der beruflichen Wiedereingliederung von vorübergehend in der Bundesrepublik beschäftigten jugoslawischen Staatsbürgern. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 388f.

Zur Frage einer günstigeren, längerfristigen Regelung der Schulden gegenüber westlichen Gläubigern gab ich zu bedenken, daß mit dem Beharren auf einer Sonderregelung für Jugoslawien im Jahre 1987 schon einmal wertvolle Zeit vergeudet worden sei. Dem stimmte Lončar zu.

Auf Frage, was ein JUG-Konsortium tun solle und ob er Jugoslawien mit Indonesien vergleichen wolle, sagte Lončar: „Vergessen Sie das!“

Stellungnahme (auf Bezugsverlaß)

Aus dem oben unter 2.2), erster Absatz, genannten Grund sollte das Non-paper strikt amtsintern behandelt werden. Ziel der Bearbeitung sollte es sein, dem BM bei der nächsten Begegnung mit AM Lončar eine Beantwortung zu ermöglichen.

Das Non-paper enthält nach den von Lončar gegebenen Erläuterungen keine bisher unbekannten jugoslawischen Vorstellungen oder neue finanzielle Forderungen.

Die Antwort sollte die generelle Unterstützung der jug. Reformziele und die Zusage wohlwollender Prüfung konkreter jugoslawischer Wünsche zum Ausdruck bringen.

Besondere Beachtung verdient die Feststellung, Jugoslawien habe „ein wesentliches strategisches Interesse daran, daß der Prozeß der Durchführung seiner wirtschaftlichen Reformen gleichzeitig auch der Prozeß der Einschaltung der jugoslawischen Wirtschaft in die westeuropäischen Integrationsprozesse wird“. Hierzu erscheint Prüfung geboten, was wir für „die Anpassung Jugoslawiens an die Standardisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen in der EG bis und nach 1992¹³“ tun könnten.

2.3) Zur Visumsfrage hatte ich Abteilungsleiter Djukić am 9.3. über Inhalt und Bedeutung des Kabinettsbeschlusses vom 8.3. eingehend unterrichtet. Um ganz sicherzugehen, wies ich AM Lončar darauf hin, daß die Botschaft dieser Tage mit Weisung rechne, dem jugoslawischen Außenministerium die Kündigung des Abkommens von 1968¹⁴ zu notifizieren, daß dies aber nicht die endgültige Entscheidung der Bundesregierung zur Einführung der Sichtvermerkspflicht präjudiziere und daß die Gültigkeit des Abkommens von 1968 keine Voraussetzung für weitere Geltung der Sichtvermerksfreiheit sei.

Lončar erwiderte, er habe dies verstanden, doch werde die Kündigung des Abkommens als empfindlicher Rückschlag für die deutsch-jugoslawischen Beziehungen und für die Bemühungen Jugoslawiens um den Anschluß an Westeuropa gewertet werden müssen.

[gez.] Eiff

Referat 214, Bd. 139836

¹³ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁴ Für den Wortlaut der Sichtvermerksvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der jugoslawischen Regierung vom 17./23. Oktober 1968 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 59 vom 26. März 1969, S. 1 f.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

412-401.35/3

23. März 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Weiterentwicklung der internationalen Verschuldungsstrategie,
insbesondere jüngste Initiative des amerik. Finanzministers Brady⁴Bezug: Randvermerk des Herrn StS auf DB Nr. 1143 vom 13.3.1989 aus
Washington⁵

Zur Unterrichtung

Die Arbeitsgruppe „Internationale Verschuldung“ unter Leitung von Dg40⁶ und Beteiligung der Referate 400, 402, 412 und 422 legt folgende erste Wertung zur o. g. Initiative vor:

1) Im Vorfeld des Pariser Wirtschaftsgipfels⁷ ist in die Verschuldungsdiskussion Bewegung geraten. Der die Dritte Welt belastende Schuldenberg ist auf 1,3 Billionen US-\$ angewachsen, die Schuldendienstquote bewegt sich nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Der Netto-Kapitalabfluß aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer erhöhte sich 1988 auf 43 Mrd. US-\$, wobei die vorwiegend bei den internationalen Geschäftsbanken hochverschuldeten Entwicklungsländer mittleren Einkommens – vor allem in Lateinamerika – die Hauptlast tragen. Die jüngsten Unruhen in Venezuela⁸ sind ein Zeichen dafür, daß die Durchsetzung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Zirpel konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Hinblick auf den Gipfel der 7 vorgelegt.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 7. April 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat Berger am 10. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 10. April 1989 vorgelegen.

Hat Trumpf am 11. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Zirpel am 12. April 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Finanzministers Brady am 10. März 1989 in Washington; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2146, S. 53–56.

⁵ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete über eine gemeinsame Tagung der „Brooking Institution“ und des „Bretton Woods Committee“ am 10. März 1989, insbesondere über die Rede des amerikanischen Finanzministers Brady zur Strategie der USA in der internationalen Verschuldungsproblematik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1143/1144; Referat 412, Bd. 168693.

Staatssekretär Lautenschlager vermerkte dazu am 15. März 1989 handschriftlich für Ministerialdirigent Trumpf: „Bitte prüfen, ob zusam[men] mit UA 40 eine Aufz[eichnung] + Stell[un]gn[ahme] angezeigt ist. Ich meine schon.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168693.

⁶ Heinrich Dieckmann.

⁷ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

⁸ Botschaftsrat I. Klasse Lincke, Caracas, berichtete am 28. Februar 1989, die Unruhen seien durch „drastische Verknappung oder Verteuerung vieler Grundnahrungsmittel und die schlagartige Erhöhung der Transportkosten“ ausgelöst worden und hätten fast alle Ballungszentren erfaßt. Es sei zu Plünderungen, Brandstiftungen und Straßenschlachten gekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; Referat 331, Bd. 144040.

Am 1. März 1989 teilte Lincke mit, die Lage sei nach Verhängung des Ausnahmezustands durch den venezolanischen Präsidenten Pérez am Vortag weitgehend unter Kontrolle gebracht worden. Pérez

unerläßlicher Anpassungsmaßnahmen die lateinamerikanischen Demokratien zunehmend auf eine ernste Belastungsprobe stellt. Daneben sind die gravierenden Verschuldungsprobleme von anderen Ländern – z.B. afrikanische Länder, aber auch Polen – nicht zu übersehen.

2) In der Diskussion unter den westlichen Gläubigerländern besteht Einvernehmen, daß die Zielsetzung der mit dem Namen des ehemaligen Finanzministers Baker verbundenen Strategie aus dem Jahre 1985⁹ gültig bleibt, d.h. Wiederbelebung des wirtschaftlichen Wachstums in den Schuldnerländern durch glaubwürdige nationale Reformbemühungen und internationale finanzielle Unterstützung. Insbesondere letztere ist nicht in dem erwarteten Maße eingetreten. Einen Wendepunkt stellt die jetzt wohl von allen Gipfelländern geteilte Erkenntnis dar, daß der Zeitpunkt für eine Schuldenreduzierung durch die internationalen Privatbanken mit Unterstützung der Regierungen gekommen ist. Die Privatbanken haben durch Rückstellungen und Abschreibungen ihr Schicksal weitgehend von dem der Schuldnerländer abgekoppelt. (Herrhausen: „Die Stärke der Banken ist größer, die der Schuldner geringer geworden.“)

3) Die jetzt zumindest in Umrissen bekannt gewordenen Vorstellungen der neuen amerikanischen Administration spiegeln insoweit gemeinsame Erkenntnisse und eine gemeinsame Zielrichtung wider. Die wichtigsten Elemente der Rede des neuen US-Finanzministers Brady vom 10.3.1989 waren den Finanzministern der Gipfelländer bekannt, ohne daß gegen sie Einwendungen erhoben wurden. Sie stehen auch im Mittelpunkt der Vorbereitung des Pariser Wirtschaftsgipfels zu diesem Thema. Ihre wesentlichen Elemente sind:

- eine Schuldenreduzierung durch Verhandlungen der internationalen Geschäftsbanken mit den Schuldnerländern mit aktiver Unterstützung durch IWF und Weltbank: Beide Institutionen sollen einen Teil ihrer Kredite für Programme zur Reduktion von Schuldenstand und Schuldendienst reservieren und darüber hinaus auch Mittel zur Garantie von Zinszahlungen und Schuldenreduzierung bereitstellen. Brady nennt die bereits bekannten Optionen – wie „debt for bond exchanges“, „debt buy backs“, „debt equity swaps“ –, die verstärkt genutzt und fortentwickelt werden müßten.
- Die Schuldnerländer müßten durch ihre Politik das Vertrauen der inländischen und ausländischen Investoren stärken, die Spartätigkeit anregen und eine Umkehr der Kapitalflucht erreichen. Dies könne vor allem durch eine entsprechende Wachstumspolitik geschehen. Alle Programme von IWF und Weltbank sollten daher auf Wachstumssicherung ausgerichtet sein.
- Die Gläubigerseite müsse u. a. durch eine Neufassung bankenaufsichts- und steuerrechtlicher Bestimmungen den Geschäftsbanken die Möglichkeit erleichtern, mit den Schuldnerländern eine Rückführung des Schuldenstandes und Schuldendienstes zu vereinbaren.
- Nachdem das Weltbank-Kapital kürzlich erhöht worden sei, gelte es nun, auch den IWF in die Lage zu versetzen, seine Rolle bei der Bewältigung der Schul-

Fortsetzung Fußnote von Seite 331

habe in einer Fernsehansprache am selben Tag die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem IWF und die Erfüllung von dessen Kriterien betont. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 55; Referat 331, Bd. 144040.

⁹ Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

denkrise zu spielen. Brady hofft, daß noch vor Ende 1989 eine Quotenaufstockung vereinbart werden könne. Er verweist darauf, daß es nicht auf zusätzliche Mittel ankomme, sondern auf eine Umorientierung in der Zielsetzung der Mittelvergabe.

4) Die Meinungsbildung zu den Vorschlägen und Anregungen, die die amerikanische Seite selber als unvollständig und ausfüllungsbedürftig bezeichnet, ist in vollem Gange. Sie wird anläßlich der bevorstehenden Frühjahrstagung von IWF und Weltbank am 4./5. April 1989 in Washington fortgesetzt werden.¹⁰

Viele zentrale Fragen bleiben klärungsbedürftig. Dazu gehören die Abgrenzung des gegenüber dem Baker-Plan erweiterten Kreises der erfaßten Schuldnerländer, die konkrete Ausgestaltung der Rolle von IWF und Weltbank, insbesondere die genannten Garantien, die nicht den Eindruck einer einseitigen Verlagerung der privaten Risiken auf den öffentlichen Sektor darstellen dürfen. Wenn derartige Risiken in Grenzen gehalten werden sollen, müssen die Banken zu großzügigen Reduzierungen veranlaßt werden. Der Geschäftsführende Direktor des IWF, Camdessus, betonte, daß es nicht Aufgabe seiner Organisation sei, Garantien zu vergeben. Einstweilen bleibt auch ohne Antwort, wie möglichst alle Privatbanken zu vergleichbaren Reduktionen und vor allem zur Wiederaufnahme der Kreditvergabe an die Schuldnerländer veranlaßt werden können. Konkret diskutiert wird auch, wie durch eine Anpassung der bankaufsichts- und steuerrechtlichen Vorschriften bessere Möglichkeiten zur Gewährung von Schuldendiensterleichterungen gegeben werden können, worin vor allem die USA und Japan der Bundesrepublik gegenüber einen erheblichen Nachholbedarf haben.

Die Gesamtdiskussion darf allerdings nicht zu lange geführt werden, da in der gegenwärtigen Phase die Gefahr besteht, daß alle Beteiligten in Erwartung der noch ausstehenden Klärung bzw. für sie günstigerer Rahmenbedingungen anstehende Maßnahmen wie Schuldendiensteleistungen oder Gewährung neuer Kredite zurückstellen.

5) Die nunmehr aufgenommenen intensiven Überlegungen zu einer wesentlichen Verbesserung der bisherigen Schuldenstrategie sind außenpolitisch nachhaltig zu begrüßen. Von außenpolitischer Relevanz sind dabei für uns nicht nur die wachsenden politischen Risiken der Schuldenkrise (politische Radikalisierung Lateinamerikas, Gefahr für Demokratisierungsprozesse), auf die insbesondere auch der Herr Bundesminister mehrfach hingewiesen hat, sondern auch die besonderen, an uns als Überschußland gerichteten Erwartungen. Dem anderen großen Überschußland Japan ist es gelungen, eigene Anstrengungen und Initia-

¹⁰ Die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Junker und Schönfelder vermerkten am 7. April 1989 zur Frühjahrstagung von IWF und Weltbank vom 2. bis 4. April 1989, Entwicklungs- und Industrieländer seien sich einig gewesen über die „Notwendigkeit einer überzeugenden Anpassungspolitik in den Schuldnerländern“. IWF und Weltbank sollten Staaten, die sich zu durchgreifenden Wirtschaftsreformen verpflichtet hätten, einen Teil der für sie vorgesehenen Mittel zur Schuldenverringerung zur Verfügung stellen. Die Möglichkeit von Zinssubventionen durch IWF und Weltbank solle geprüft werden; abgelehnt worden sei jedoch die Idee einer Garantie beider Institutionen für geschuldete Zinszahlungen an Geschäftsbanken. Ferner sollten IWF und Weltbank konkrete Schuldenreduktionsmodelle entwickeln. Die dazu erforderliche Quotenerhöhung im IWF solle noch vor Ende 1989 beschlossen werden. Kritischer Punkt der neuen Schuldenstrategie sei die „Bereitschaft der Geschäftsbanken, sich an großzügigen Aktionen der Schuldenreduzierung und an der Aufbringung neuer Finanzierungsmittel zu beteiligen“. Vgl. Referat 412, Bd. 168695.

tiven öffentlichkeitswirksam darzustellen. Das BMF ist sich dessen bewußt. Es stimmt mit uns darin überein, daß gerade wegen der an uns gerichteten Erwartungen eine möglichst im Konsens erfolgende Vorbereitung der Gipfeldiskussion zu diesem Thema wichtig ist. Das BMF gibt sich aufgrund des bisherigen Diskussionsstandes zuversichtlich, daß dieses gelingen könnte. Den Brady-Vorschlägen ähnliche Überlegungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand¹¹ und des ehemaligen japanischen Finanzministers Miyazawa werden im Augenblick von F und JAP nicht weiter verfolgt.

6) Die Verkündung einer angepaßten Schuldenstrategie durch den Wirtschaftsgipfel wäre ein auch außenpolitischer Erfolg. Ob damit eine dauerhafte Entschärfung der Schuldenkrise eingeleitet werden kann, ist allerdings schwer zu beurteilen, insbesondere wenn es im wesentlichen bei der Umorientierung der Vergabe vorhandener oder ohnehin vorgesehener finanzieller Mittel bleiben soll. Die Amerikaner scheinen aufgrund von Kontakten zu den Banken zuversichtlich, daß diese sich einer Mitwirkung nicht entziehen würden. Insgesamt positiv hat sich das für die Geschäftsbanken sprechende, von Herrn Schulmann geleitete Institute of International Finance in Washington geäußert. Im deutschen Fall läge ein derartiges Verhalten in der Logik früherer Äußerungen des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Herrhausen.

In ersten Reaktionen kritisieren Entwicklungsländer den Plan als nicht weitgehend genug und äußern sich skeptisch zu einzelnen Elementen. Andererseits findet sich Anerkennung dafür, daß die Industrieländer – endlich – die Notwendigkeit der Schuldenreduzierung eingestehen und in die Diskussion konkreter Maßnahmen eingetreten sind.

Trumpf

Referat 412, Bd. 168693

¹¹ Vgl. dazu die Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 29. September 1988 in New York vor der VN-Generalversammlung; Dok. 55, Anm. 22.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix**214-321.00 RUM****23. März 1989**Über Dg21¹, D2² Herrn Staatssekretär³

Eilt! wegen Terminnähe

Betr.: Deutsch-rumänische Beziehungen;
hier: weiteres VorgehenBezug: Ihre Weisung in der DB⁴ am 22.3.1989Anlg.: 1⁵Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu den Vorschlägen in
Ziff. 3 a und b**1) Die menschenrechtliche Lage in RUM**

Die rum. Führung unter Ceaușescu mißachtet die Menschenrechte in größter Weise. Der Bevölkerung werden grundlegende individuelle und soziale Bürgerrechte vorenthalten. Von willkürlichen Verhaftungen über Terrorisierung durch die Securitate und zwangsweise Einweisung mißliebiger Personen in psychiatrische Anstalten bis hin zu als „Unfällen“ kaschierten Morden an Dissidenten reicht die düstere Palette der Repressionsmaßnahmen. Zwangsumsiedlungen auf Grund des „Systematisierungsprogramms“⁶, eine rigoros betriebene Assimilierungspolitik gegenüber den Minderheiten (vor allem Ungarn und Deutsche) und die Ablehnung jeder Form organisierter Hilfe ungeachtet einer wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik kritischen Versorgungslage ergänzen das erschreckende Bild, das durch den rum. Vorbehalt gegen Teile des Wiener Abschließenden KSZE-Dokuments (Menschliche Dimension⁷) abgerundet wird.

2) Die Reaktion des Auslandes

2.1) Die Mißachtung der Menschenrechte durch RUM hat in der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung, Bundestag, Parteien, Kirchen) ebenso wie im Ausland ein lebhaftes Echo ausgelöst. Auf der MRK wurde der Antrag (Miteinbringer u. a. UNG) auf Bestellung eines Sonderberichterstatters zur Lage der Menschenrechte in RUM angenommen.⁸ Das EP hat in einer Resolution am

¹ Hat Ministerialdirigent Höynck am 23. März 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Kastrup am 23. März 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn BM vorzulegen – siehe mein Vermerk.“

Hat Bundesminister Genscher am 2. April 1989 vorgelegen, der um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 6. April 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Direktorenbesprechung.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 15.

⁶ Zum „Systematisierungsprogramm“ der rumänischen Regierung vgl. AAPD 1988, II, Dok. 234.

⁷ Für den Wortlaut des Abschnitts „Menschliche Dimension der KSZE“ des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 94 f.

⁸ Die 45. Sitzung der VN-Menschenrechtskommission fand vom 30. Januar bis 10. März 1989 in Genf statt. Für den Wortlaut der am 9. März 1989 verabschiedeten Resolution Nr. 1985/75 zur Menschen-

16.3.1989⁹ die Menschenrechtsverletzungen in RUM verurteilt und die Regierungen der Zwölf aufgefordert, vom rum. Regime die Achtung der Menschenrechte zu verlangen.¹⁰

Die rum. Regierung ist durch das internationale Echo in eine Isolierung geraten, die bis ins eigene Lager reicht. Im Innern erheben sich erstmals kritische Stimmen (Brief von sechs ehemaligen hohen Funktionären an Ceaușescu¹¹, Kritik seitens einiger Journalisten, von denen seit Januar vier in Haft sind). Die Haltung des Regimes hat sich in dieser Lage weiter verhärtet. Die jüngste Demarche der Präsidentschaft¹² in einer menschenrechtlichen Frage nach Stufe 1 des WAD ist von Bukarest zurückgewiesen worden.

2.2) Die Überlegungen im Kreise der Zwölf zum weiteren Vorgehen gegenüber RUM haben bisher folgende Ergebnisse gezeigt:

Frankreich: Rückberufung des franz. Botschafters¹³ zur Berichterstattung; Absage der Gemischten Wirtschaftskommission; keine Besuche auf Ministeriebene.

Belgien: Absage der Gemischten Wirtschaftskommission, keine Ministerbesuche.

UK: Die Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission ist für den Sommer vorgesehen. Die Terminentscheidung wird einstweilen hinausgeschoben; keine Ministerbesuche (StM Waldegrave wird nicht nach Bukarest reisen).

Italien: Die Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission fand vom 28.2. – 2.3.1989 in Rom statt; IT widerspricht einem Konsens im Rahmen der Zwölf nach Suspendierung von Ministerbesuchen mit RUM, Begründung: einziges Mittel, gegenüber Bukarest auf geeigneter Ebene für Menschenrechte einzutreten. (Diese Haltung wird von Griechenland geteilt).

3) Weiteres Vorgehen auf deutscher Seite

Im Verhältnis zu RUM stehen in nächster Zeit folgende Termine an:

- 16. Sitzung der deutsch-rumänischen Gemischten Wirtschaftskommission am 7.4.1989 in Hannover;
- 9. Sitzung der deutsch-rumänischen Kommission für wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit vom 12. – 14.4.1989 in Bonn.

Bei der Entscheidung über das weitere Vorgehen sollten neben den Ziffern 1 und 2 folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- die Existenz der deutschen Minderheit in RUM, die uns die Erhaltung eines Mindestmaßes an Dialog mit der rum. Regierung gebietet;

Fortsetzung Fußnote von Seite 335

rechtslage in Rumänien vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=E/CN.4/1989/86, S. 172 f.

⁹ Korrigiert aus: „15.3.1989“.

¹⁰ Für den Wortlaut der Resolution des Europäischen Parlaments zu Rumänien vom 16. März 1989 vgl. AMTSLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 96 vom 17. April 1989, S. 137 f.

¹¹ Dazu wurde berichtet, in dem Schreiben, das u. a. der ehemalige rumänische Außenminister Mănescu unterzeichnet habe, werde dem rumänischen Präsidenten Ceaușescu die Verletzung internationaler Menschenrechtsabkommen vorgeworfen: „Auch respektiere der rumänische Parteichef die verfassungsmäßigen Rechte seiner Bürger nicht. Ceaușescu betreibe überdies eine verfehlte Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik.“ Vgl. den Artikel „Öffentliche Angriffe gegen Ceausescu“; DIE WELT vom 15. März 1989, S. 1.

¹² Spanien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹³ Jean-Marie Le Breton.

- die spezielle Interessenlage bezüglich der beiden vorgenannten Termine;
- das Fehlen eines Konsenses innerhalb der Zwölf bezüglich der jeweiligen nationalen Reaktion.

Bei Anwendung dieser Maßstäbe ergibt sich folgendes:

a) Die Sitzung der WTZ-Kommission (12.–14.4.1989), die an sich alle zwei Jahre stattfinden soll, fand zuletzt 1985 statt.¹⁴ Sie wurde auf rum. Wunsch mehrfach verschoben. Das sachliche Interesse liegt ganz überwiegend auf rum. Seite. Wegen nur begrenzten Interesses bei uns ist bei der bevorstehenden Sitzung insgesamt mit einer für die Rumänen angesichts ihrer Erwartungen eher enttäuschenden Bilanz zu rechnen. In dieser Lage und bei Zugrundelegung der obigen Gesichtspunkte bietet sich eine Absage der Kommissionssitzung an. Um die rum. Seite nicht unnötig zu provozieren, sollte die Annullierung mit „Terminzwängen“ begründet werden. Dabei könnte auch darauf hingewiesen werden, daß frühere Terminverschiebungen auf rum. Veranlassung erfolgt sind. Bei der Abstimmung mit dem BMFT sind Schwierigkeiten nicht zu erwarten. Das BMFT hat auf Arbeitsebene bereits bei uns angefragt, ob die Sitzung in der gegebenen Situation opportun sei.

Votum: Es wird deshalb vorgeschlagen, die Sitzung unter Hinweis auf „Terminprobleme“ zu annullieren. Im Falle Ihrer Zustimmung wird unsere Botschaft unverzüglich eine entsprechende Weisung erhalten.

b) Zur Gemischten Wirtschaftskommissionssitzung (7.4.1989):

Zwar hat auch die operative Bedeutung der deutsch-rum. Wirtschaftskommission wegen der Lage in RUM und insbesondere wegen der überzogenen rum. Politik der Importdrosselung abgenommen. Dennoch ist die Kommission angesichts eines bilateralen Handelsvolumens von immerhin fast 2 Mrd. DM 1988 ein wichtiger Stabilisierungsfaktor der Wirtschafts- und der Gesamtbeziehungen, deren Bestand auch für die deutsche Wirtschaft von erheblichem Interesse ist. In einer Zeit gestörter politischer Beziehungen kommt dem Stabilisierungseffekt der Wirtschaftsbeziehungen für die Gesamtbeziehungen im Hinblick auf unsere besonderen Interessen (Minderheit) eine wichtige Bedeutung zu.

Votum: Wir sollten deshalb an dem Termin der Wirtschaftskommission festhalten, allerdings mit folgender Maßgabe:

- Die Sitzung beschränkt sich strikt auf die Behandlung wirtschaftlicher Fragen.
- Dem rum. Wunsch (stellv. MP Andrei zu Bo. Terfloth), bei dieser Gelegenheit auch „andere“ Fragen zu besprechen und deshalb auf rum. Seite eine ranghöhere Wahrnehmung (Andrei) vorzusehen, sollte nicht entsprochen werden.
- Der deutsche Delegationsleiter (PStS v. Wartenberg) sollte gebeten werden, anläßlich der Kommissionssitzung unsere Besorgnis wegen der menschenrechtlichen Lage in RUM erneut zum Ausdruck zu bringen. Ein entsprechender Briefentwurf wird als Anlage mit der Bitte um Billigung und Zeichnung vorgelegt.¹⁵

¹⁴ Die achte Sitzung der deutsch-rumänischen Kommission für Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung fand vom 3. bis 6. September 1985 in Bukarest statt.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für den Entwurf des Schreibens vgl. Referat 214, Bd. 139894.

- Hinweis: Ein sonst anlässlich von Tagungen der bilateralen Wirtschaftskommission übliches Gespräch des rum. Delegationsleiters mit dem BM für Wirtschaft (unser Delegationsleiter PStS v. Wartenberg wurde sogar von Staatspräsident Ceaușescu empfangen) ist diesmal nicht vorgesehen.

4) Wegen der Absicht von Mitgliedern des BT-Innenausschusses, Anfang Mai u. a. nach Bukarest zu reisen, wird StM Schäfer mit MdB Hirsch Kontakt aufnehmen. Er wird u. a. darauf hinweisen, daß eine Reise des Auswärtigen Ausschusses nach dort bisher nicht zustande gekommen ist, weil die rum. Seite bisher nicht bereit war, auf die Programmvorstellungen des Auswärtigen Ausschusses einzugehen. Von dieser Prämisse hängt auch der für Anfang Mai vorgesehene Besuch von StM Schäfer in Bukarest ab.¹⁶

Die Referate 421 und 430 haben wegen Ziffer 3 mitgezeichnet.¹⁷

Derix

Referat 214, Bd. 139894

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix teilte der Botschaft in Bukarest am 28. März 1989 zum geplanten Besuch von Staatsminister Schäfer in Rumänien mit: „BM hat entschieden, daß vorerst keine Gespräche zur Programmvorbereitung geführt werden sollen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 86; Referat 214, Bd. 139895.

¹⁷ Ministerialdirektor Kastrup wies Botschafter Terfloth, Bukarest, am 29. März 1989 an, gegenüber dem rumänischen Außenminister Totu die Besorgnis der Bundesregierung über die Menschenrechtsslage in Rumänien anzusprechen und dabei auch den Fall des ehemaligen rumänischen Außenministers Mănescu zu erwähnen. Ferner solle Rumänien auf seine Verpflichtungen aus dem KSZE-Prozeß hingewiesen werden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 91; Referat 214, Bd. 139894. Terfloth berichtete am 31. März 1989, er habe die Demarche am selben Tag durchgeführt und eine rumänische Übersetzung des Inhalts als Non-paper hinterlassen. Die Antworten Totus „kamen uns in der Sache erwartungsgemäß nicht entgegen, zeigten aber das Bemühen, nichts zu verschütten, und enthielten keine, auch keine versteckten, Drohungen. Wohl war dagegen die Entschlossenheit zu erkennen, die rum[änische] Haltung nicht zu ändern.“ Totu habe keinen Einwand gegen den Versuch einer Kontaktaufnahme zu Mănescu erhoben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 283; Referat 214, Bd. 139894.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix vermerkte am 7. April 1989, sowohl die Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission als auch die der Kommission für Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung seien abgesagt worden. Ein Gespräch mit Mănescu sei von rumänischer Seite verhindert worden. Terfloth sei zur Berichterstattung ins Auswärtige Amt zurückgerufen worden. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139894.

73

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Roesch

330-504.00 CHL

23. März 1989¹

Betr.: Colonia Dignidad;

hier: Anzeigen oder Nebenklagen (Privatklagen) von Angehörigen oder früheren Bewohnern der „Colonia Dignidad“

Bezug: Besprechung bei D3² am 21.3.1989

1) Neben den Verfahren, die in Deutschland laufen (Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Paul Schäfer und andere seit 1985 und dem zivilrechtlichen Verfahren gegen Amnesty International und Gruner+Jahr vor dem Landgericht in Köln), haben wir uns seit langem bemüht, Verfahren in Chile gegen die „Colonia Dignidad“ in Gang zu bringen. Dazu standen drei Möglichkeiten zur Verfügung:

- Chilenen werden angestoßen, eigene Ermittlungen durchzuführen,
- die Bundesregierung selbst erhebt eine Klage gegen die „Colonia Dignidad“,
- Geschädigte selbst (ehemalige Mitglieder der „Colonia Dignidad“ oder deren Verwandte) erheben Klage oder erstatten Anzeige.

2) Wir haben von Anfang an den ersten Weg beschritten, durch Übermittlung von Beweismaterial (Presseberichte, Baar-Packmor-Berichte³, später Zeugenaussagen von Baar, Packmor und anderen) die Chilenen dazu zu bringen, eigene Ermittlungen zu eröffnen. Dazu dienten auch verschiedene Schreiben des Bundesministers seit Dez. 1987. Diese Bemühungen führten zu nichts. Die von uns übersandten Dokumente wurden meist aus formalen Gesichtspunkten (fehlende Legalisierung etc.) von der chilenischen Justiz nicht beachtet (archiviert). Erst der von uns initiierte Antrag des chilenischen Außenministeriums auf Einsetzung eines speziellen Untersuchungsrichters („Ministro en Visita“) führte im Januar 1989 zum Erfolg. Am 12.1.1989 ordnet der Oberste Gerichtshof die Einsetzung eines speziellen Untersuchungsrichters an.

3) Der chilenische Außenminister hatte sich in dem Gespräch mit dem Bundesminister in New York am 26.9.1988 darüber beschwert, daß sich niemand bereit gefunden habe, eine Klage zu erheben und damit die Angelegenheit zu beschleunigen.⁴ Diese Äußerung des chilenischen Außenministers könnte sich sowohl auf

¹ Durchschlag als Konzept.

² Reinhard Schlagintweit.

³ Vgl. den Bericht von Georg Packmor vom 15. März 1985 und den Bericht von Lotti Packmor vom 17. März 1985 sowie den Bericht von Hugo Baar vom 2. April 1985, ferner die Schreiben von Hugo Baar und Waltraud Baar an Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, vom 6. April bzw. 25. Mai 1985; AV, Neues Amt, Bd. 31578.

⁴ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher wies der chilenische Außenminister García darauf hin: „Das Hauptproblem bleibe: Es gäbe keinen Kläger und keine effektiven Beweise. In Deutschland von Deutschen gemachte Zeugenaussagen seien nicht beweiskräftig. [...] Man brauche ein Maximum an schlüssigen Beweisen. Das Außenministerium bleibe zu jeder Zusammenarbeit bereit.“ Genscher erklärte: „Die Opfer schwiegen aus Furcht vor dem Mächtigen der CD. Nur aus dieser Angst sei auch die Verzögerung bei Übersendung in Deutschland gemachter Zeugenaussagen zu erklären. Wenn den

eine Klage der Bundesrepublik Deutschland selbst oder auf eine Klage der Geschädigten beziehen.

a) Klage der Bundesrepublik Deutschland

Wir haben davon abgesehen, die Bundesrepublik Deutschland als klagende Partei in dem Verfahren gegen die „Colonia Dignidad“ einzubeziehen (Klageerhebung würde partiellen Verlust der Staatenimmunität nach sich ziehen, Widerklage der „Colonia Dignidad“ direkt gegen die Bundesrepublik Deutschland wäre möglich. Siehe dazu DE Nr. 375 vom 22.12.88⁵).

b) Klagen oder Anzeigen von geschädigten ehemaligen Mitgliedern der „Colonia Dignidad“ oder deren Angehörigen

Eine weitere Möglichkeit, das Verfahren gegen die „Colonia Dignidad“ voranzutreiben, wurde in Klagen bzw. Anzeigen von Angehörigen der „Colonia Dignidad“ bzw. deren Verwandten gesehen. Die Botschaft hat dafür sehr stark besonders unter zwei Gesichtspunkten plädiert: Durch Klageerhebung der Angehörigen würden wir mehr Einfluß auf das Verfahren, das der untersuchende Richter in Chile betreibt, bekommen. Der drohende schnelle Abschluß der Untersuchungen von Richter Navas (er hatte angekündigt, Ende Februar mit seinen Untersuchungen abschließen zu können) könnte dadurch hinausgezögert werden. Bei diesen Überlegungen wechselte häufig die Terminologie zwischen Neben- bzw. Privatklagen und Anzeigen. Die Botschaft plädiert zuerst für Privat- bzw. Nebenklagen. Rechtsanwalt Pacheco nennt in einem Schreiben vom 12.1.1989 eine Liste mit Namen potentieller Kläger. Die Botschaft hält es in den Berichten Nr. 34⁶ und 37⁷ vom 17. bzw. 19.1.1989 für wichtig, daß ehemalige „CD“-Bewohner Klage erheben. Sie berichtet im DB Nr. 40 vom 23.1.1989, daß Heinz Kuhn selbst als Kläger auftreten und die Eheleute Baar und Packmor zu dem gleichen Schritt bewegen möchte. Dies allerdings alles unter der Voraussetzung, daß die Frage der Kostenübernahme für eine Klage geklärt sei.⁸ In DB Nr. 42 vom 24.1.1989 berichtet die Botschaft von einem Gespräch mit RA Pacheco, in dem dieser davon spricht, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe: Klageerhebung und Abgabe von Erklärungen an den Richter Navas.⁹ (RA Pacheco sprach damals von Kosten von ca. 10 000–15 000 US-\$ für eine Klage.)

Fortsetzung Fußnote von Seite 339

Opfern verweigert werde, sich mit der Botschaft zu treffen, wie könnten wir dann Beweise in Chile vorlegen?“ Für die mit Drahtbericht Nr. 12 des Botschafters York von Wartenburg, New York (VN), vom 27. September 1988 übermittelte Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 330, Bd. 159198.

⁵ Für den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze vgl. Referat 330, Bd. 159202.

⁶ Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, berichtete, nach Eindruck des Rechtsanwalts Pacheco werde der eingesetzte Untersuchungsrichter Navas „zwar eine einwandfreie Untersuchung führen, aber dabei nicht in die Tiefe gehen“. Daher werde nach Ansicht von Pacheco „Klageerhebung durch einen oder mehrere Betroffene unsere Position erheblich verbessern“. Vgl. Referat 330, Bd. 159201.

⁷ Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, informierte, der chilenische Untersuchungsrichter Navas habe seine Arbeit aufgenommen und sei bereits mit Erklärungen an die Presse getreten, „die Verständnis gegenüber Dignidad erkennen lassen“. Daher erscheine es ihm, Knackstedt, „von großer Wichtigkeit, daß einer oder mehrere der ehemaligen CD-Bewohner Klage erheben“. Vgl. Referat 330, Bd. 159201.

⁸ Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, führte aus: „Kuhn wäre ohne Kostenübernahme auch von einer Klage abzuraten, da bei den bekannten Methoden der CD damit zu rechnen ist, daß sie ihn mit einer Verleumdungsklage überzieht, die er allein nicht bestehen könnte. Er lebt in Los Angeles, nur 125 km von der Colonia Dignidad entfernt, und ist schon zahlreichen Pressionen ausgesetzt gewesen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159201.

⁹ Für den Drahtbericht des Botschafters Knackstedt, Santiago de Chile, vgl. Referat 330, Bd. 159201.

Ende Januar (26.1.1989) fand dann das Gespräch im Auswärtigen Amt mit Vertretern der „Not- und Interessengemeinschaft der Geschädigten der Colonia Dignidad“ (NIG) statt.¹⁰ In diesem Gespräch ging man davon aus, daß es wohl einfacher sei, anstelle von Nebenklagen Anzeigen zu erstatten, weil die Angehörigen der „Not- und Interessengemeinschaft“ nicht in der Lage waren, die Mittel aufzubringen. Dieses Ergebnis wurde der Botschaft mit DE 24 vom 7.2.1989 übermittelt. Sie wurde gebeten, RA Pacheco zu bitten, eine Musterstrafanzeige zu entwerfen.¹¹ In einem Vermerk von Dg33 vom 16.2.1989 wurde davon ausgegangen, daß Nebenklagen nicht erforderlich seien, daß Anzeigen ausreichen würden.¹² Die Botschaft wurde mit DE Nr. 38 vom 21.2.1989 befragt, ob Anzeigen der NIG-Mitglieder ausreichen oder Nebenklagen erforderlich seien.¹³ Die Botschaft antwortete mit DB Nr. 100 vom 23.2.1989, daß Anzeigen erforderlich seien, diese jedoch auch nicht ohne Kosten durchgeführt werden könnten, da begleitende Tätigkeit eines Rechtsanwalts notwendig sei.¹⁴ Die Kosten für eine derartige begleitende Tätigkeit des Rechtsanwalts wurden auf 15 000 US-\$ beziffert. Übersandt wurde nunmehr allerdings lediglich eine Musterklage (Ziffer 4).

4) Aufgrund des Gesprächs der „Not- und Interessengemeinschaft“ im Auswärtigen Amt vom 26.1.1989 und mehreren Telefongesprächen mit Herrn Kneese und Herrn Baar wurden von Waltraud Baar und Frau Schaffrik Schriftsätze eingereicht, die an die Botschaft Santiago de Chile weitergeleitet wurden. Sie sollten von RA Pacheco zu Anzeigen umformuliert werden. Dies sollte noch im Rahmen seines bestehenden Mandats geschehen. Eine solche Anzeige ist bisher nicht gefertigt worden. Es wurde jedoch eine Privatklage formuliert. Sie wurde aufgrund der Sachdarstellung von Frau Schaffrik erstellt. Kläger wären Bernd Schaffrik und Ella Andresen, der Geschädigte Helmut Schaffrik. Die Klage bezieht sich auf die Delikte Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Rechtsanwalt Corvalán hat sich bereit erklärt, das Mandat unter bestimmten Bedingungen und einer Honorarforderung von 50 000 US-\$ für das erste Jahr und 5000 US-\$ Unkostenpauschale zu übernehmen.

5) Botschaft Santiago hat noch in der „Schublade“ die vorbereitete Anzeige von Frau Baar, die allerdings noch von RA Pacheco umformuliert und von Frau Baar unterzeichnet werden müßte (dazu Rücksendung nach Deutschland erforderlich). Noch nicht geklärt ist, ob Herr Packmor eine Anzeige formuliert hat. Allerdings ist auch die Bereitschaft der NIG-Mitglieder, Anzeige zu erstatten, davon abhängig, ob Kosten getragen werden, da Strafanzeige nach Auskunft der Botschaft in Chile kein Selbstläufer (anwaltliche „Betreuung“ der Anzeige kostet 15 000 US-\$) und Anzeigeerstatter von Risiko freigestellt werden wollen, die evtl. Gegenmaßnahmen der „Colonia Dignidad“ ihnen aufbürden würden. (Dieses

¹⁰ Zum Gespräch vgl. Dok. 50, Anm. 3.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum teilte mit: „Vorerst ist daran gedacht, daß Strafanzeigen von Schaffrik, Baar und Packmor gestellt werden. Anzeigen sollten sich auf Tatbestände Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Sexualdelikte konzentrieren.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159201.

¹² Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Henze vgl. Referat 330, Bd. 159201.

¹³ Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Henze vgl. Referat 330, Bd. 159201.

¹⁴ Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, wies darauf hin, daß bei Anzeigen eine „intensive anwaltliche Betreuung“ notwendig sei. Diese ergebe sich „insbesondere aus dem Unwillen der chilenischen Justiz, für den Staat unangenehme Verfahren abzuwickeln“. Es bestehe ferner die Möglichkeit, daß die „Colonia Dignidad“ beim Vorliegen von Anzeigen „Gegenklage“ erheben könne. Vgl. Referat 330, Bd. 159201.

Risiko könnte von dem ungenannten „Sponsor“ von Herrn Kneese aufgefangen werden, Risikoübernahme gilt aber vorerst nicht für Frau Baar.)

Roesch¹⁵

Über RL 330¹⁶ (Dg 33 i. V.) D 3 511.

Referat 330, Bd. 159202

74

Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 378

Citissime

Aufgabe: 23. März 1989, 14.30 Uhr¹

Ankunft: 23. März 1989, 16.41 Uhr

Delegationsbericht Nr. 24/89

Betr.: VKSE;

hier: Bericht zum Ende der ersten Verhandlungsrunde (9.–23. März 1989)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeines

1) Nach der politischen Präsentation der beiderseitigen Verhandlungsvorschläge auf dem Treffen der Außenminister vom 6. bis 8. März und deren förmlicher Einführung am Eröffnungstag der VKSE² begann sofort ein konkreter, sachlich geführter Dialog. In den fünf Plenarsitzungen, bei denen (mit Ausnahme von Luxemburg, Island, Dänemark, Griechenland und Portugal) alle westlichen und alle östlichen Delegationen sprachen, einige – wie auch wir – mehrfach, wurden Positionen verdeutlicht, Fragen gestellt und erste Antworten gegeben. Dabei wurde bereits deutlich, wo konvergierende Bereiche und wo die Problemfelder liegen.

2) Außerdem wurde eine Reihe der in Annex I des Mandats³ offengelassenen Prozedurfragen – z.B. hinsichtlich der Informationstreffen mit den N+N –

¹⁵ Paraphe.

¹⁶ Horst Heubaum.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschafter Hartmann, Brigadegeneral Heydrich und Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann, alle Wien (VKSE-Delegation), konzipiert.

² Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten bzw. des von den Warschauer-Pakt-Staaten vorgelegten „Konzeptionellen Rahmens eines Abkommens über Konventionelle Streitkräfte in Europa“ vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–480.

³ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

endgültig oder vorläufig geregelt. Die Frage der künftigen Arbeitsstrukturen (informelle Treffen, Arbeitsgruppen) wurde auch mit dem Osten vorbesprochen, für Entscheidungen in dieser Hinsicht war die Runde jedoch zu kurz.

Der innerwestliche Abstimmungsprozeß befaßte sich überwiegend mit prozeduralen Fragen des Ablaufs der Runde, wobei Fragen, die die beiden Wiener Verhandlungen betreffen, in gemeinsamen Sitzungen des VKSE- und des VSBM-Caucus erörtert wurden. Zur Vorbereitung von Sachpositionen wird in der Rundenpause in informellen innerwestlichen Arbeitstreffen die Ausarbeitung von Definitionen für die vom Westen vorgeschlagenen drei Kategorien des kampfentscheidenden Großgeräts aufgenommen. Allerdings zeigen sich schon jetzt Schwierigkeiten der innerwestlichen Koordinierung, die auf die begrenzte Arbeitskapazität bei den 13 Delegationen zurückzuführen sind, die beide Verhandlungsstränge wahrzunehmen haben. Es ist absehbar, daß diese Probleme weiter zunehmen, wenn die Verhandlungen durch Arbeitsgruppen und informelle Sitzungen intensiviert werden und einen erhöhten Arbeits- und Zeitaufwand erfordern.

3) Am 21. März fand das erste Informationstreffen mit den zwölf übrigen, an den VKSE-Verhandlungen nicht beteiligten KSZE-Staaten statt. West und Ost legten ihre Ausgangspositionen für die Verhandlungen ohne konfrontative Note dar. Die zwölf N+N-Staaten nahmen diese Gelegenheit wahr, um ihre Auffassungen zu den Fragen der konventionellen Abrüstung und zur Einbindung von VKSE in den KSZE-Prozeß zu erläutern. Der Osten nutzte von den N+N gestellte Fragen zur Werbung für seine Positionen. Der Westen wird darauf achten müssen, daß Rücksichtnahme auf die sehr restriktive Interpretation der entsprechenden Aussagen des WFT-Schlußdokuments durch die USA ihn nicht in eine Defensivposition bringt.

II. Konvergenzen und Probleme in den Verhandlungspositionen

1) In dieser Hinsicht zeichnet sich ab

a) Nach östlichem Vorschlag bzw. Erklärungen

- Übereinstimmungen über Konzept von Obergrenzen unter dem Stand der niedrigeren Seite, keine wesentliche Divergenz hinsichtlich des Grads der Absenkung (ca. 10 Prozent Westen, 10–15 Prozent Osten).
- Übereinstimmung über phasenweisen Ansatz, zunächst Abbau von Asymmetrien unter heutigem Niveau.
- Übereinstimmung, daß zunächst Fähigkeiten für Überraschungsangriffe und großräumige Offensiven abgebaut werden, ferner Übereinstimmung, daß dazu jedenfalls Kampfpanzer, Infanteriekampffahrzeuge und Artillerie gehören – vorbehaltlich einer Einigung auf Definitionen. Starke Divergenz hinsichtlich von Osten als unerlässlich bezeichneter Einbeziehung auch von Flugzeugen, Kampfhubschraubern und Personal bereits in einem ersten Abkommen.
- Übereinstimmung, daß keine unfruchtbare Datendiskussion geführt werden soll, Bereitschaft zur Ausarbeitung von Definitionen und Zählkriterien sowie zu detailliertem Informationsaustausch, wobei Grad der Aufschlüsselung zu diskutieren bleibt, ebenso Bereitschaft zur Überprüfung von Daten aufgrund vereinbarter Definitionen, Bereitschaft zur Verifikation der ausgetauschten Information einschließlich Vor-Ort-Inspektion.

- Übereinstimmung über Notwendigkeit eines umfassenden Verifikationssystems basierend auf vereinbartem Informationsaustausch sowie Land- und Luftinspektionen ohne Recht zur Ablehnung.
- Übereinstimmung über Notwendigkeit stabilisierender Maßnahmen; Unterschied: Westen will diese für ATTU⁴-Gebiet, Osten hat nur vage Vorstellungen und konzentriert sich offenbar auf Streifen an der Kontaktlinie.

b) Nach informellen Aussagen (Grinewskij, Konarski)

- Beschränkung nationaler Streitkräfte auf bestimmten Prozentsatz der Gesamtstreitkräfte nicht ausgeschlossen, Prozentsatz und Bindungscharakter (allianzübergreifend oder nur allianzintern) bleiben diskussionsbedürftig.
- Beschränkungen für Stationierungsstreitkräfte werden unter Berufung auf Gorbatschow prinzipiell akzeptiert, offen sind Inhalt und Modalitäten einschließlich Höhe von Obergrenzen.

2) Damit besteht insgesamt erhebliches Konsenspotential im Bereich der westlichen Regeln 1 bis 3 sowie 5 und 6. Nicht beurteilbar ist zur Zeit der Grad der Übereinstimmung hinsichtlich einer regionalen Aufgliederung (Regel 4). Westlichem Konzept einer auf Abbau der Invasionsfähigkeit abstellenden Regelung, die Zeit (Präsenz) und Raum (regionale Zwischenobergrenzen) berücksichtigt, stehen noch undeutliche östliche Vorstellungen gegenüber, wie Hinweis auf „individuelle Regionen“ oder spezielle Streifen oder Zonen als Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe, die für den Westen nicht akzeptabel sind. Interesse geäußert wird an Zwischenobergrenzen auch für Depotbestände unter Berufung darauf, daß ein Zusammenhang mit der Frage der Begrenzung des Militärpersonals bestehe.

3) Als erstes Kernproblem erscheint die vom Osten geforderte Einbeziehung von taktischen Angriffsflugzeugen, Kampfhubschraubern und Personal bereits im ersten Abkommen. Während im gegenwärtigen Verhandlungsstadium vom Osten bei diesen beiden Waffenkategorien keinerlei Flexibilität angedeutet wird, ist bei Personal die Divergenz möglicherweise geringer, weil sie nur darin besteht, daß Westen Personal indirekt erfassen will, während Osten fixe Obergrenzen nach MBFR-Vorbild anstrebt.

- 4) – Schwer zu beurteilen ist östliche Forderung nach Umstrukturierung und Umdislozierung, wobei er argumentiert, er strebe strukturelle Änderungen bereits in erster Phase an (und verwirkliche solche Änderungen schon im Rahmen der angekündigten einseitigen Abzüge, etwa durch Verminderung der Panzeranzahl in Divisionen), während der Westen strukturelle Änderungen erst in künftiger Phase wünsche und sich über den Inhalt unklar äußere.
- Undeutlich ferner östliche Forderung nach einer generellen Wohlverhaltensklausel zur Vermeidung von Schritten, die Verhandlungszweck entgegenlaufen bzw. zum Streitkräfteaufwuchs führen. Zur Erläuterung wird auf die Depotlagerung von Panzern hingewiesen, die bei einem Rücktritt vom Abkommen und Aufstockung des Personals sofort wieder für präsente Einheiten zur Verfügung stünden.

⁴ Atlantic to the Urals.

III. 1) Perspektive für die nächste Runde⁵

- Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, welche Elemente der Streitkräfte in ein erstes Abkommen aufgenommen werden sollen. Der Osten wird weiterhin neben den drei vom Westen vorgeschlagenen Waffenkategorien – mit allgemein gehaltenen militärischen Argumenten und Bezugnahme auf das Mandat – die Einbeziehung von Kampfflugzeugen, Kampfhubschraubern und Personal fordern.
 - Der Osten wird dabei den Schwerpunkt auf die Flugzeugfrage legen und als Begründung die Fähigkeit dieses Streitkräfteelements zum Überraschungsangriff und die große Feuerkraft zur Unterstützung der Landstreitkräfte anführen. Uneinigkeit besteht im Osten in der Frage des von der SU verlangten Ausschlusses von rein „defensiven Flugzeugen“, PL und HU nehmen hier informell andere Standpunkte ein.
 - Gegenüber der östlichen Sachargumentation wird der Westen trotzdem allein mit Hinweis auf die mit der Flugzeugfrage verbundenen Verhandlungsprobleme in der politischen Diskussion im Plenum und in der Öffentlichkeit zunehmend in die Defensive geraten.
 - Es erscheint deshalb zweckmäßig, die weitere Behandlung dieses zentralen Themas in informelle Verhandlungsgremien und Arbeitsgruppen zu verlegen, um den Osten zu einem direkten Dialog mit operativen Argumenten zu zwingen. Zu einem detaillierten Meinungsaustausch in informellen Sitzungen auf Delegationsleiterebene und Arbeitsgruppen über die Problematik bei einer Behandlung von Flugzeugen wären auch US (in Washington z.Zt. nur noch JCS dagegen) und UK bereit, da es im Rahmen einer umfassenden Sachdiskussion über Definitionen und Zählkriterien am ehesten möglich scheint, den Osten in eine Position zu drängen, die sich mit einer westlichen Zusage von rüstungskontrollpolitischen Regelungen für Flugzeuge in einer anschließenden Phase begnügt. Bei den anderen Bündnispartnern – insbesondere F – muß hier noch Überzeugungsarbeit geleistet werden.
- 2) Im Vordergrund steht für den Beginn der zweiten Runde die Schaffung einer Verhandlungsstruktur mit
- informellen Sitzungen auf Delegationsleiterebene zusätzlich zu Plenarsitzungen und
 - Einrichtung von Arbeitsgruppen, vorrangig einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Definitionen und Zählkriterien; eine Arbeitsgruppe Verifikation könnte sich bereits frühzeitig mit der Grundlagenarbeit für den Informationsaustausch befassen.

[gez.] Hartmann

Referat 212, Bd. 158582

⁵ Zur zweiten Runde der VKSE vom 5. Mai bis 13. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 223.

75

**Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 386

Citissime

Aufgabe: 23. März 1989, 20.00 Uhr¹

Ankunft: 23. März 1989, 20.21 Uhr

Delegationsbericht Nr. 15

Betr.: Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM);
hier: erste Sitzungsperiode (6. bis 23. März 1989)

Zur Unterrichtung

1) Die erste Sitzungsperiode der neuen Verhandlungen setzte einerseits, wie beabsichtigt, politische Signale durch die eindrucksvolle, medienwirksame Eröffnung von zwei bedeutenden, seit längerem angekündigten sicherheitspolitischen Verhandlungen auf Außenministerebene nur sechs Wochen nach Beendigung des Wiener KSZE-Folgetreffens². Zum anderen wurden die ersten Schritte auf dem Wege ergebnisorientierter Verhandlungen getan: Die Teilnehmerstaaten der beiden Militärbündnisse führten ihre Verhandlungsvorschläge ein, der Verhandlungskalender für das ganze Jahr 1989 wurde festgelegt (zweite Periode: 5.5. bis 14.7.³, dritte Periode: 4.9. bis 20.10.⁴, vierte Periode: 10.11. bis 22.12. 1989⁵) und ein erster Meinungs Austausch über die Substanz der Vorschläge und die künftige Verhandlungsstruktur geführt. Damit wurden wichtige Voraussetzungen für die geschäftsmäßige Aufnahme der eigentlichen Verhandlungsarbeit mit Beginn der nächsten Sitzungsperiode geschaffen. Darüber hinaus fand, nach einem – unter anderem über Tagungsort und die Berücksichtigung im Arbeitsprogramm der VVSBM geführten – Prozedurstreit am 21.3.1989 die erste Informationsveranstaltung über die KSE-Verhandlungen statt.

Dieser Stand der Arbeit entspricht unseren Erwartungen für die erste Sitzungsperiode, die den westlichen Delegationen in einer konstruktiven Verhandlungsatmosphäre einen guten Start ermöglichte. Es gelang den westlichen Vertretern, insbes. während des Ministertreffens, deutlich zu machen, daß die beiden neuen Verhandlungen auf die Verwirklichung seit langem verfolgter westlicher Konzepte zielen. Der westliche VSBM-Vorschlag WV.1⁶ wurde nicht nur von niemandem abgelehnt, er wurde vielmehr von den meisten übrigen Delegationen in WP und unter den N+N als akzeptable Arbeitsgrundlage eingeschätzt. Zwar kritisierte der Osten den nach seiner Ansicht mangelnden Ehrgeiz des westlichen Pakets,

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (VSBM-Delegation), konzipiert.

² Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

³ Die zweite Runde der VSBM-Verhandlungen endete am 12. Juli 1989. Zum Verlauf vgl. Dok. 219.

⁴ Vgl. dazu Dok. 328.

⁵ Zur vierten Runde der VSBM-Verhandlungen, die am 20. Dezember 1989 endete, vgl. Dok. 430.

⁶ Für den Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/WV.1) vgl. Referat 212, Bd. 158585.

er erweckte aber den Eindruck, als könne er wesentliche Elemente daraus akzeptieren. Trotz der von West und Ost sowohl beim Ministertreffen als auch während der anschließenden Verhandlungsperiode gleichermaßen auf Gemeinsamkeit gesetzten Akzente kann daraus noch kein Schluß auf die künftige Arbeit gezogen werden.

2) Die westliche Allianz

Die westliche Allianz hat ihre selbstgesteckten Ziele erreicht. Der westliche Vorschlag WV.1 konnte als erster eingeführt und registriert werden. Dies und die gemeinsame, arbeitsteilige Präsentation des Vorschlages unter Mitwirkung fast aller Verbündeter haben Selbstbewußtsein und Zuversicht der westlichen Delegationen beflügelt. Der erste Meinungsaustausch über die eingebrachten Vorschläge hat auch Skeptiker im eigenen Lager von den innovativen Qualitäten von WV.1 überzeugt, darüber hinaus aber auch verdeutlicht, daß die Fertigstellung und Vervollständigung des ausführlichen Textes des westlichen⁷ Verhandlungspaketes drängt. Die meisten westlichen Delegationen sind der Auffassung, daß dabei möglichst viele der früher eingeführten Vorschläge berücksichtigt werden sollten.

Bezüglich der künftigen Arbeitsstruktur tritt die Mehrheit der Partner für eine baldige Klärung dieser Fragen und die Aufnahme der Detailarbeit ein. Einige Verbündete wollen hier erst Position beziehen, wenn sie die Verhandlungslage klarer überblicken (KAN, F).

Hinsichtlich der Diskussion von Militärdoktrinen hat der Westen eindeutig die Initiative ergriffen und die möglichst baldige Einsetzung einer außerhalb der sonstigen Arbeitsstruktur stehenden, zusätzlichen vorübergehenden Ad-hoc-Vorbereitungsgruppe vorgeschlagen.

In der sehr intensiven westlichen Abstimmung nahm die Diskussion der sich aus der Autonomie der 23er-Verhandlungen ergebenden verwaltungs- und konferenztechnischen Fragen ungehörlich breiten Raum ein und führte nicht nur zu Diskussionen mit den anderen Gruppen, sondern auch zu innerwestlichen Reibungsverlusten.

3) Die WP-Staaten

Das östliche Vorschlagspaket WV.2⁸, von BUL gemeinsam mit UNG, DDR und ČSSR als formelle Miteinbringer und dem Hinweis auf die Unterstützung aller WP-Mitglieder präsentiert, brachte keine Überraschungen, sondern die seit der Budapester WP-Erklärung vom 28.10.1988⁹ erwartete Verhandlungsposition, die Schwerpunkte vor allem bei der Begrenzung von Manövern und der Erfassung unabhängiger Luft- und Seeaktivitäten setzt. Stärker als westliche Sprecher kam in den Erklärungen von WP-Vertretern die Auffassung zum Ausdruck, daß die beiden Verhandlungen (VVSBM, VKSE) komplementären Charakter haben. Trotz oder gerade wegen des sich abzeichnenden übergreifenden östlichen Ge-

⁷ Korrigiert aus: „östlichen“.

⁸ Für den Wortlaut des Vorschlags Bulgariens, der ČSSR, DDR und Ungarns vom 9. März 1989 (CSCE/WV.2) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 3.

⁹ Korrigiert aus: „29.10.1988“.

Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Oktober 1988 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 677–679.

samtkonzepts für beide Verhandlungen sind die genauen WP-Zielsetzungen in den VSBM-Verhandlungen noch nicht klar zu erkennen. Insbes. der Umstand, daß als Miteinbringer des östlichen Vorschlages WV.2 formell nur UNG, die DDR und die ČSSR firmieren, läßt die Möglichkeit offen, daß die SU sich hier in mancher Hinsicht die Hand freihalten will.

Im übrigen wirken die WP-Delegationen deutlich entspannter als während des vorangegangenen Wiener KSZE-Folgetreffens, auch gegenüber gelegentlichen westlichen Erklärungen, die Sicherheit und Vertrauensbildung nicht auf den militärischen Bereich allein begrenzen, sondern die menschliche Dimension einbeziehen. Insbes. die sowjetische Delegation und SU-DL Grinewskij wirken selbst- und zielbewußt und üben deutlich Führungsfunktion im östlichen Bündnis aus. Insbes. in den Schwerpunktbereichen sowjetischen Interesses (Constraints, Einbeziehung von Luft- und Seeaktivitäten) wird mit einer weiterhin Initiativen fordernden sowjetischen Verhandlungsführung gerechnet werden müssen. Das von verschiedenen WP-Gesprächspartnern angedeutete Interesse an einer nicht nur einmaligen Erörterung der Militärdoktrinen deutet auf Einbeziehung von Propagandazielen in der östlichen Position hin.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N-Staaten wirkten in der ersten Verhandlungsperiode orientierungslos. Sie haben bisher weder einzelne nationale noch gemeinsame Vorschläge eingebracht. Bemühungen zur Einbringung gemeinsamer Vorschläge im Mai sind jedoch im Gang.

Schwerpunkt der Bemühungen der N+N und stärkstes Bindeglied während der ersten Periode war eine ihre Interessen widerspiegelnde Gestaltung des ersten Informationstreffens über die Verhandlungen der 23. Wenngleich es ihnen nicht gelang, sich in den Prozeduren durchzusetzen, entsprach das Informationstreffen dann inhaltlich offensichtlich doch den N+N-Vorstellungen.

Als sachlich kompetenter Meinungsführer im Kreis der N+N-Delegationen hat sich der neue Delegationsleiter der schwedischen Delegation, Bo. Ekéus, erwiesen.

5) Die eigene Delegation

Im Mittelpunkt der Arbeit der eigenen Delegation stand die Teilnahme des Bundesministers am Außenministertreffen¹⁰ sowie die Unterstützung des westlichen Vorschlages WV.1.

In sachlicher Hinsicht haben wir durch eine Reihe von Plenarbeiträgen und durch Beteiligung in der Diskussion im VSBM-Caucus Schwerpunkte der Delegationsarbeit gesetzt bei den Maßnahmen 1 bis 3 von WV.1, dem Thema Militärdoktrinen (Erläuterung der deutsch-polnischen Initiative¹¹, Vorbereitung des Seminars

¹⁰ Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 7. März 1989 in Wien; BULLETIN 1989, S. 217–220.

¹¹ Polen unterbreitete der Bundesregierung im April 1988 den Vorschlag einer gemeinsamen Initiative im Rahmen der KSZE für ein Seminar über Militärdoktrinen. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 105. Zum Stand der Initiative teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 13. März 1989 mit, es sei beabsichtigt, „in Zusammenarbeit mit der VR Polen vom 21. bis 24. Juni dieses Jahres in Ebenhausen ein dreitägiges informelles Expertentreffen über ‚Verteidigungskonzepte, Militärstrategie und -Doktrin‘ auszurichten, zu dem etwa 45 Fachleute (Diplomaten, Militärs, Wissenschaftler) aus ausgewählten NATO-, WP- und N+N-Staaten eingeladen werden sollen. Veranstalter ist die Stiftung

im 35er-Rahmen¹²⁾ und hinsichtlich der künftigen Arbeitsstruktur der Verhandlungen.

Dabei hat die kurze Erfahrung der ersten Runde bereits gezeigt, daß die Einrichtung von je einer Delegation für die beiden Verhandlungen richtig war. Eine Reihe anderer westlicher Delegationen (F, KAN, GB) weist darauf hin, daß ihnen die Wahrnehmung der Aufgaben in zwei vollen Verhandlungen mit ihrer gegenwärtigen Ausstattung Schwierigkeiten macht. Dies schlägt sich zum Teil auch in der zögerlichen Haltung mancher Delegationen z.B. in der Frage der Arbeitsstruktur nieder.

[gez.] Joetze

Referat 212, Bd. 158585

76

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Baker

28. März 1989¹

Lieber James,

für Ihr Schreiben vom 6. März² danke ich Ihnen.

Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir den Rüstungskontrollprozeß in allen Bereichen – im nuklearen, chemischen und im konventionellen – dynamisch und mit eigenen Initiativen voranbringen müssen. Die Voraussetzungen sind gut.

Fortsetzung Fußnote von Seite 348

Wissenschaft und Politik in Abstimmung mit dem Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung.“ Das Projekt sei „als eine Vorbereitung der im Rahmen des westlichen VSBM-Vorschlags eingebrachten Initiative für einen organisierten Meinungsaustausch über Militärdoktrinen im Kreise der 35 zu sehen, der – bei Zustimmung der übrigen VSBM-Teilnehmerstaaten – Ende 1989 oder Anfang 1990 stattfinden soll. Das deutsch-polnische Seminar ist dabei als eher wissenschaftlich orientierter „Probelauf ohne Abschlußdokument intendiert, dessen Ergebnisse aber für die Rüstungskontrollverhandlungen in Wien Anstöße geben sollen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2256; Referat 221, Bd. 144809.

- ¹² Das KSZE-Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa fand vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

¹ Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke mit dem am 22. März 1989 konzipierten Drahterlaß Nr. 271 an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu vermerkte er: „Die Botschaft wird gebeten, das anliegende Schreiben des BM an AM Baker weiterzuleiten. Höflichkeitsübersetzung folgt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 22. März 1989 vorgelegen, der vermerkte: „StS hat zugestimmt.“ Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179523.

² In dem Schreiben kündigte der amerikanische Außenminister Baker an, er werde in seiner Rede am selben Tag in Wien den beschleunigten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik ankündigen und die UdSSR zu einer schnelleren Zerstörung ihrer entsprechenden Bestände auffordern. Ferner werde er in Absprache mit der australischen Regierung eine Konferenz von Regierungen und Firmen zum Thema Proliferation chemischer Waffen und deren Komponenten vorschlagen. Vgl. dazu Referat 221 (204), Bd. 179523.

Auch gegenüber unserer Öffentlichkeit müssen wir den Nachweis führen, daß das Bündnis entschlossen und fähig ist, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung im West-Ost-Verhältnis ergebenden Chancen zu nutzen.

Die von Ihnen in Ihrem Schreiben und in Ihrer Rede in Wien am 6. März³ angekündigten Absichten, den Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland lagernden amerikanischen chemischen Waffen zu beschleunigen⁴, begrüße ich nachdrücklich. Dies ist eine für die Bundesregierung wichtige Frage, die auch die deutsche Öffentlichkeit in besonderem Maße bewegt. Deshalb ist Ihre Ankündigung in meinem Lande sehr positiv aufgenommen worden. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es richtig ist, einen konkreten Abzugstermin öffentlich erst anzukündigen, wenn alle organisatorischen Fragen geklärt sind. Das von Ihnen genannte Zieldatum Ende 1990 entspricht auch unseren Vorstellungen. Wir sollten deshalb gemeinsam auf einen baldigen Abschluß der organisatorischen und technischen Vorarbeiten für den Abzug hinarbeiten, um auch eine baldige Verständigung über den genauen Abzugstermin zu erreichen. Es sollte sodann im Laufe des Jahres 1990 möglich sein, das Zieldatum „Ende 1990“ auch öffentlich zu nennen.

Sie sprechen zu Recht die erheblichen sowjetischen Bestände an chemischen Waffen an. Diese stellen auch für die Bundesregierung eine ernste Sorge dar. Die Bundesregierung wird nicht nachlassen, die Sowjetunion zu drängen, den von ihr angekündigten Prozeß der CW-Vernichtung⁵ zügig in Gang zu setzen und durchzuführen.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß sich dies positiv auf die Genfer CW-Verhandlungen⁶ auswirken würde, deren erfolgreicher Abschluß allein das Problem der chemischen Waffen lösen kann. Es kommt jetzt in Genf darauf an, die Arbeiten mit einem gemeinsamen westlichen Konzept energisch voranzutreiben. Hierbei kommt der entschiedenen Mitwirkung der USA eine besondere Bedeutung zu. Das wiederholte engagierte Eintreten von Präsident Bush für ein CW-Verbot wurde von der Bundesregierung mit großer Befriedigung aufgenommen.

Die Bundesregierung begrüßt nachdrücklich den Vorschlag einer internationalen Konferenz von Regierungsvertretern und Repräsentanten der chemischen Industrie, bei der die wachsende Problematik im Handel mit Vorläuferprodukten chemischer Waffen sowie eine Verbesserung der Ausfuhrkontrollen für CW-relevante Gegenstände erörtert werden soll.⁷ Dem vorgeschlagenen Zeitpunkt und dem Konferenzort stimmt sie zu.⁸

³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Baker vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2146, S. 56–59. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 257–262.

⁴ In einem Gespräch am 4. Mai 1986 in Tokio vereinbarten Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Präsident Reagan den Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik „nicht später als 1992“. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 139. Zum Sachstand vgl. AAPD 1988, II, Dok. 318.

⁵ Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. Januar 1989 in Paris; Dok. 3, Anm. 16.

⁶ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 32, Anm. 20.

⁷ Botschafter Schauer, Canberra, berichtete am 8. März 1989, der australische Außenminister Evans habe am Vortag angekündigt, „Australien werde im Verlauf dieses Jahres Gastgeber einer internationalen Konferenz zur Eindämmung der Verbreitung chemischer Waffen sein, an der Regierungs- und Industrievertreter teilnehmen sollen. Dieses Vorhaben sei mit den USA abgesprochen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 222, Bd. 162088.

Die Bundesregierung ist allerdings auch der Auffassung, daß alles vermieden werden muß, was den Eindruck erwecken könnte, die Konferenz sei eine Alternative zu den Genfer CW-Verhandlungen. Keine noch so perfekte Regelung zur Verhinderung der weiteren Verbreitung chemischer Waffen ist ein Ersatz für das in Genf angestrebte vollständige CW-Verbot.

Die geplante Konferenz muß ein Erfolg werden und dazu beitragen, die Genfer Verhandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Ich begrüße Ihre Initiative und den Gedankenaustausch über diese für die Sicherheitsinteressen unserer Länder und der gesamten Allianz so wichtigen Fragen. Unsere Sicherheitsinteressen, aber auch unsere Verantwortung verpflichten uns zu gemeinsamem und nachdrücklichem Handeln gegen diese zutiefst unmoralischen Waffen.

Mit freundlichem Gruß
Ihr
Hans-Dietrich Genscher

Referat 221 (204), Bd. 179523

77

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

28. März 1989¹

Vermerk (Gedächtnisprotokoll)

Betr.: Begegnung BM Klein mit PLO-Vertretern am 23.3.1989 in Tunis

1) Die PLO hatte Botschafter Bente mehrfach gebeten, eine Begegnung mit BM Klein anlässlich seines Aufenthalts in Tunis (Maghreb-Reise vom 14. bis 24.3.89²) zu ermöglichen. Die Begegnung fand am 23.3.89 am Rande einer gesellschaftlichen Veranstaltung in den Privaträumen der Residenz in Tunis statt.

2) An dem Zusammentreffen nahmen teil:

auf deutscher Seite: BM Klein, Botschafter Bente, Dg31³;

auf PLO-Seite: der „Wirtschafts- und Finanzminister“ der PLO, Abu Ala, der Europa-Direktor im Politischen Department der PLO („Außenministerium“), al-Fahoum, und ein Dolmetscher.

Fortsetzung Fußnote von Seite 350

⁸ Die Konferenz gegen chemische Waffen fand vom 18. bis 22. September 1989 in Canberra statt. Vgl. dazu Dok. 311.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Bundesminister Klein besuchte vom 14. bis 16. März Mauretanien, vom 16. bis 19. März Marokko, vom 19. bis 21. März Algerien sowie vom 21. bis 24. März 1989 Tunesien.

³ Heinz Fiedler.

Das Gespräch des BM mit der PLO dauerte etwa eine halbe Stunde. Daran schloß sich ein ca. einstündiger Meinungsaustausch mit Dg31 an. Der gleichzeitig zu dem Empfang eingeladenen MdB Professor Ehmke führte anschließend das Gespräch mit den PLO-Vertretern fort.

3) Abu Ala überbrachte Grüße Arafats an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und BM des Auswärtigen. Er drückte seine Befriedigung über das Zustandekommen des Gesprächs aus.

Abu Ala erklärte folgendes:

- Die Beschlüsse des PNC von Algier⁴ und die Äußerung Arafats von Genf im Dezember 1988⁵ zur Frage der Zwei-Staaten-Lösung, zur Anerkennung der Res. 242⁶ und 338⁷ sowie zum Verzicht auf Terrorismus seien keine Taktik, sondern eine strategische Entscheidung für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts. Die PLO wolle einen Palästina-Staat neben Israel (nicht anstelle Israels).
- Die PLO habe Vorleistungen erbracht, um den Friedensprozeß voranzubringen. Jetzt sei es an Israel und den USA, ihren Beitrag zu leisten. Er betonte besonders die Bedeutung des Zeitfaktors für die PLO, die Erfolge brauche, da sonst andere Kräfte die zur Zeit günstige Entwicklung negativ beeinflussen könnten.
- Von den Europäern werde eine aktive Förderung des Friedensprozesses erwartet. Dazu gehöre auch eine „positive action of the Germans“.
- Der Zustand in den IBG könne nicht so weitergehen. Die Intifada⁸ werde fortgesetzt, bis die PLO ihr Ziel erreicht habe. Arafat habe jedoch Weisung gegeben, keine Waffen zu benutzen.
- Das letzte Gespräch US-Botschafters Pelletreau mit der PLO⁹ am 22.3.89 in Tunis habe fünf Stunden gedauert, in dessen Verlauf alle Fragen diskutiert worden seien. Abu Ala machte keine näheren Angaben zum Inhalt. Er bezeichnete es jedoch als „konstruktiv“.
- Die PLO hoffe auch auf Fortsetzung der Gespräche mit der Bundesrepublik Deutschland.
- Abu Alas besonderes Anliegen: finanzielle Hilfe für die besetzten Gebiete unter Einschaltung der PLO zu erhalten, ohne allerdings zu insistieren.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vor der VN-Generalversammlung am 13. Dezember 1988 in Genf sowie seine Pressekonferenz am folgenden Tag vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–62.

⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578f.

⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

⁸ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

⁹ Zur Aufnahme von Gesprächen zwischen den USA und der PLO vgl. Dok. 40, Anm. 34.

Bundesminister Klein erwiderte:

- Als Flüchtling aus dem Egerland habe er viel Verständnis für die Anliegen der Palästinenser.
- In seiner Eigenschaft als früherer Presseattaché in unseren Botschaften in Amman und Bagdad¹⁰ sei er mit dem Palästinenser-Problem unmittelbar in Berührung gekommen.
Er habe noch viele Freunde im Nahen Osten und daher keinerlei Schwierigkeiten, mit Palästinensern zu sprechen.
- Die Weltöffentlichkeit habe von den Palästinensern erst Notiz genommen, als sie sich dem Terror zugewandt hätten. Er selbst sei während seiner Zeit als Sprecher der Olympischen Spiele in München 1972 Zeuge des blutigen Terrors der Palästinenser gegen die israelische Mannschaft¹¹ geworden.
- Angesichts des Mordes an sechs Millionen Juden hätten wir Deutsche eine besondere Verantwortung für Israels Existenz und Sicherheit. Auf einen Einwurf von Abu Ala räumte BM Klein ein, daß es eine indirekte Verantwortung auch für das Schicksal des palästinensischen Volkes gebe, das durch die Judenverfolgung und die spätere israelische Politik in die heutige Lage gekommen sei.
- Wir Europäer seien zwar bereit, unseren Beitrag zur Friedensfindung im Nahen Osten zu leisten. Allein seien wir aber nicht „lieferfähig“. Der entscheidende Faktor seien die USA.

Zur Frage der finanziellen Unterstützung der Bevölkerung der IBG durch Vermittlung der PLO bemerkte BM Klein, daß wir beträchtliche Hilfe über verschiedene Kanäle geleistet hätten. Unsere Hilfe würde verstärkt fortgesetzt. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch die wiederholt vorgebrachte Forderung auf die Rückgabe der „Schneller-Schule“ in Jerusalem, eines der Symbole deutscher Präsenz in Palästina.

Abu Ala antwortete:

- StM Waldegraves Besuch in Tunis sei sehr hilfreich gewesen; auch der niederländische Politische Direktor habe die PLO in Tunis besucht. Die PLO hoffe, daß auch die Bundesrepublik Deutschland komme.
- Auf die Frage nach der Rolle Syriens und Iraks: Saddam Hussein sei ein guter Verbündeter der PLO. Assad halte sich bedeckt und spreche sich weder für noch gegen einen Palästina-Staat aus. Israel und Syrien bereiteten sich gegenwärtig auf eine militärische Auseinandersetzung im Libanon vor.
- Abu Ala richtete einen dringenden Appell an D und USA „to push the peace process“.

¹⁰ Hans Klein war von April 1959 bis November 1961 an der Botschaft der Bundesrepublik in Amman tätig, davon von August 1959 bis November 1961 als Pressereferent. Im November/Dezember 1961 war er als Pressereferent nach Bagdad abgeordnet, danach bis Ende Mai 1962 wieder in Amman.

¹¹ In den frühen Morgenstunden des 5. September 1972 drangen während der XX. Olympischen Sommerspiele in München acht Mitglieder des „Schwarzen September“ in das Olympische Dorf ein und erschossen zwei Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft. Weitere neun Israelis wurden als Geiseln genommen. Bei einer Befreiungsaktion auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck in der Nacht zum 6. September 1972 wurden sämtliche Geiseln sowie ein Polizeibeamter und fünf Terroristen getötet. Vgl. ÜBERFALL, S. 24–28 und S. 46–49. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 256.

4)¹² Ich benutzte die Gelegenheit, unsere Nahostpolitik ausführlich darzulegen. Ich fasse die Argumentationslinie wie folgt zusammen:

- Befriedigung über die jüngste Entwicklung im Nahen Osten und den Beitrag, den die PLO hierzu geleistet habe. Die eingetretene Bewegung müsse genutzt werden, um den Friedensprozeß voranzubringen.
- Eintreten für eine Verhandlungslösung:
Materiell auf der Grundlage der in Venedig 1980¹³ entwickelten Prinzipien; prozedural für eine internationale Friedenskonferenz gemäß der Erklärung von Brüssel vom 23.2.1987.¹⁴
- Hinweis, daß europäische Nahostpolitik auch deutsche Nahostpolitik sei, die wir wesentlich mitformuliert und -gestaltet hätten, so noch in jüngster Zeit Begrüßung der PNC-Beschlüsse in Algier und der Äußerungen Arafats in Genf zum Friedensprozeß, Ermutigung der PLO, auf diesem Wege weiterzugehen, Mittragen des Beschlusses über die Troika-Gespräche mit den wichtigsten Konfliktparteien, wozu auch das Troika-Treffen mit Arafat in Madrid am 27.1.89¹⁵ gehöre.
- National: Eintreten für das Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes bereits in der VN-GV 1974 durch unseren VN-Vertreter¹⁶, das auf unsere Initiative Eingang in die Venedig-Erklärung gefunden habe; desgleichen für den Gedanken einer internationalen Konferenz, der von der Erklärung von Brüssel vom 23.2.87 übernommen worden sei. Der frühere BM des Auswärtigen und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Schröder, habe Arafat 1974 in Damaskus getroffen.¹⁷ StM Schäfer habe mit Arafat im Juli 1987 in Algier ein Gespräch geführt.¹⁸ Ich selbst sei mit dem Vertreter Kaddumis, Abu Jaafar, am 26.2.1988 in Bonn zusammengetroffen.¹⁹ Unsere Botschafter, zunächst in Beirut und, nach dem Abzug der PLO aus dem Libanon²⁰, in Tunis seien seit Jahren ermächtigt, Kontakte mit

¹² Korrigiert aus: „3“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 23. Februar 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 52.

¹⁵ Zum Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vgl. Dok. 19, Anm. 8.

¹⁶ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

¹⁷ Der CDU-Abgeordnete Schröder traf am 17. Dezember 1974 in Damaskus mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zusammen. Vgl. dazu die Meldung „Bonner Überraschung über Schröders Treffen mit Arafat“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Dezember 1974, S. 1.

¹⁸ Für das Gespräch am 6. Juli 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 199.

¹⁹ Vortragende Legationsrätin Kaempffe notierte am 29. Februar 1988 zum Gespräch zwischen Ministerialdirigent Fiedler und dem Generaldirektor der Politischen Abteilung der PLO, Abu Jaafar, erörtert worden seien die Modalitäten einer politischen Lösung des Nahostkonflikts, die Lage in den besetzten Gebieten, die Beziehungen der PLO zur Bundesrepublik sowie zu Jordanien und die Frage von Einreisevisen für Palästinenser. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 185396.

²⁰ Am 18. bzw. 19. August 1982 billigten der Libanon bzw. Israel einen amerikanischen Plan über den Abzug der palästinensischen Organisationen aus Beirut, der von Truppen Frankreichs, Italiens und der USA überwacht werden sollte. Referat 310 vermerkte dazu am 31. August 1982, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, und weitere führende PLO-Mitglieder seien am Vortag nach Tunis abgereist. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 135721.

der PLO zu unterhalten. Das Treffen mit BM Klein in Tunis spreche für sich selbst. Wir hätten die Absicht, diese Kontakte fortzusetzen. Ein Nachholbedarf werde nicht gesehen.

- Klarstellung, daß die PLO für uns eine – wenn auch wichtige – politische Kraft im palästinensischen Spektrum und im arabisch-israelischen Konflikt sei. Deshalb hätten wir seit Venedig ihre „Assoziierung“ bei Verhandlungen gefordert. Gemäß dem Selbstbestimmungsrecht müsse das palästinensische Volk letztlich selbst entscheiden, wer es vertrete und welche Organisationsform es sich gebe. Nach den aus gegebenen Anlässen wiederholt abgegebenen europäischen Erklärungen könnten wir vorweggenommene einseitige Veränderungen des Status quo in den IBG nicht anerkennen. Darüber zu entscheiden, sei Verhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz vorbehalten. Wir seien zusammen mit unseren europäischen Partnern daher gegenwärtig nicht in der Lage, den vom PNC ausgerufenen Palästinenserstaat anzuerkennen. Abgesehen davon fehle es z. Zt. auch an wesentlichen Elementen für eine völkerrechtliche Anerkennung. Die Frage einer Neubewertung könne sich erst nach erfolgreichem Abschluß von Friedensverhandlungen stellen.
- Feststellung, daß die Rahmenbedingungen für eine Lösung des Nahostkonflikts Anfang d. J. günstiger als noch vor einem Jahr erschienen:
 - Die besseren Beziehungen zwischen den beiden Großmächten begünstigten offensichtlich auch die Entschärfung bzw. Lösung regionaler Konflikte (vgl. Afghanistan, Golf-Konflikt, Kambodscha, Angola/Namibia usw.).
 - Die PLO habe eine Politik des Realismus und der Mäßigung eingeschlagen.
 - Die USA hätten einen Dialog mit der PLO eröffnet.
 - Ägypten nutze seine Beziehungen sowohl zu Israel als auch der Mehrzahl der arabischen Staaten für die Förderung des Friedensprozesses und erfülle somit eine Brückenfunktion (kürzliche Besuche von Schewardnadse²¹, Arens²² und Arafat²³ in Kairo).
 - In Israel und auch bei den Juden in den USA habe trotz Shamirs Wahlsieg²⁴ ein Umdenkensprozeß eingesetzt (z. B. Weizman, Abba Eban).
 - Die EG habe ihre Nahostpolitik aktiviert, um ihren Beitrag zur Herbeiführung eines umfassenden Friedens zu leisten. Wir könnten unsere guten Beziehungen zu Israel und den USA in diese Bemühung einbringen.
- Nach den Beschlüssen des PNC von Algier hielte ich es für in der Logik der Entwicklung liegend, wenn bald ein Gipfel der Arabischen Liga stattfinden würde, um die arabische Position der veränderten Lage anzupassen. Der letzte ordentliche Gipfel habe im September 1982²⁵ in Fes stattgefunden.

²¹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Ägypten vom 20. bis 23. Februar 1989.

²² Der israelische Außenminister Arens hielt sich am 21./22. Februar 1989 in Ägypten auf.

²³ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 22. Februar 1989 in Ägypten auf.

²⁴ Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 1. November 1988 statt. Am 22. Dezember 1988 wurde die neue Regierung gebildet, in der Ministerpräsident Shamir sein Amt behielt.

²⁵ Korrigiert aus: „Dezember 1982“.

Die Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 6. bis 9. September 1982 statt.

– Zur Hilfe für die Bevölkerung in den IBG:

Die Zwölf hätten sich ständig für die Verbesserung der Lebensverhältnisse eingesetzt und die strikte Einhaltung der Regeln des Völkerrechts gefordert. Sie unterstützten auch die Politik der EGK für landwirtschaftliche²⁶ Direktexporte aus den IBG in die EG-Länder mit ersten Erfolgen. National hätten wir seit 1967 beträchtliche Hilfe geleistet, die wir, wie BM Klein zugesichert habe, fortsetzen wollten.

Abu Ala und seine Begleitung nahmen diese Ausführungen mit Aufmerksamkeit und mit Interesse zur Kenntnis. Es wurde keine einzige Kritik vorgebracht und keine konkrete Forderung gestellt. Unverkennbar war jedoch das Werben um unsere Unterstützung der politischen Anliegen der PLO. Die Bitte, unsere finanzielle Hilfe für die Bevölkerung der IBG über die PLO als Koordinator zu leiten, wurde ohne besonderen Nachdruck vorgebracht.

Der inzwischen hinzugekommene MdB Professor Ehmke bemerkte, daß es in der Nahostpolitik der Bundesregierung und der Opposition keine grundlegenden Unterschiede gebe.

5) BM Klein hat die ihn begleitenden Journalisten anschließend über das Treffen mit den PLO-Vertretern unterrichtet.

6) Die Atmosphäre des Treffens mit BM Klein und des sich anschließenden Gesprächs war freundlich und aufgeschlossen. Die PLO-Vertreter waren offensichtlich über diese erstmalige Begegnung mit einem Bundesminister befriedigt. Als Gesprächspartner des BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit hatte die PLO das für Wirtschaft und Finanzen zuständige Mitglied des Exekutivkomitees ausgesucht.

Wir sehen in der Begegnung eine Erweiterung unserer Kontakte mit allen Parteien des Nahostkonflikts und einen Schritt vorwärts in unseren Bemühungen um Förderung des Friedensprozesses.

Fiedler

Referat 310, Bd. 185398

²⁶ Korrigiert aus: „landschaftliche“.

78

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert

213-320.10

28. März 1989¹

Eilt!

Über Dg21², D2³ Herrn Staatssekretär⁴Betr.: Wahlen in der SU⁵;

hier: Erste vorläufige Bewertung

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Zusammenfassung

Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten sind noch nicht abgeschlossen: Noch nicht alle Stimmen sind ausgezählt, außerdem ist bereits klar, daß in zahlreichen Wahlkreisen Stichwahlen abzuhalten sind (z.B. in acht der 26 Moskauer Wahlkreise). Dennoch ist ein Trend bereits jetzt klar erkennbar: Die sowjetischen Wähler erwachen aus der jahrzehntelangen politischen Lethargie, sie unterstützen die Reformpolitik, wenn sie nicht sogar forcieren wollen. Sie haben kräftig am noch in der Verfassung⁶ festgeschriebenen Machtmonopol der KPdSU gerüttelt und der „Nomenklatura“ eine deutlich hörbare Ohrfeige gegeben.

Alle bisherigen Zeichen sprechen dafür, daß Gorbatschow eine Mobilisierung der Bevölkerung gelungen ist, die zwar in Einzelfällen bekannt war, deren Breite und Stärke aber vor der Wahl nicht meßbar – und „vorhersagbar“ – war.

Wenn die Wahlergebnisse diesen Trend bestätigen, wäre dies ein großer – aber auch dringend notwendiger – Erfolg für die Reformpolitiker:

- Die Reformpolitik bekäme psychologisch Auftrieb, ihre Vertreter Zuversicht und die Wähler „faßbare“ Hoffnung und die Führung gewänne etwas Zeit, um den Reformrückstand aufzuholen.
- Die Machtverhältnisse könnten weiter zugunsten der Reformer verschoben werden, in Exekutive und Legislative könnten bisher blockierte Vorhaben in Gang gebracht werden (vor allem Wirtschaftsreform!).

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert und Legationsrat Höfer-Wissing konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 28. März 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 28. März 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. März 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. März 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 30. März 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 30. März 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt.

⁶ Für den Wortlaut der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 625–632 (Auszug).

- Außenpolitisch würden Autorität und Kalkulierbarkeit⁷ sowjetischer Politik gestärkt.
 - Die reformfreudigen Führungen in Osteuropa würden in ihrer Politik ermutigt.
- Für uns bedeutet dies eine gewisse Entlastung in der westlichen Debatte über Sinn und Erfolgchancen einer konstruktiven Ostpolitik; sowohl deren Gegnern als auch den Skeptikern würde künftig etwas Wind in den Segeln fehlen. Dies müßte es erleichtern, vernünftige und gemeinsame Grundzüge westlicher Politik gegenüber der SU festzulegen.

2) Einzelergebnisse

Wie sehr sich die politische Landkarte der UdSSR gewandelt hat, verdeutlichen einige herausragende Einzelergebnisse:

- Der frühere, 1987 gestürzte Moskauer Parteichef Boris Jelzin erhielt 89,44 v.H. der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 83,45 v.H.). Die Moskauer Wähler, die gleichzeitig ihren Oberbürgermeister Sajkin durchfallen ließen, brachten damit deutlich zum Ausdruck, was sie von der Parteibürokratie und deren Versuch, Jelzin durch ein Parteiordnungsverfahren auszuschalten, halten. Dabei ist durchaus fraglich, ob das „enfant terrible“ Jelzin, dem in 1500 Wahlkreisen 260 Kandidaturen(!) angetragen worden waren, wirklich der geeignete Mann ist, an einer soliden Reformpolitik mitzuwirken.
- In seinem publikumswirksamen Auftreten hat er vieles bei westlichen Politikern „ausgeliehen“ – inkl. eines Phototermins beim Frühstück am Wahltag.
- In Leningrad fielen Parteichef Solowjow – Kandidat des Politbüros! – und Oberbürgermeister Chodyrew durch.
- Im Baltikum befindet sich die KP nun auch nach der Wahlarithmetik im Abstieg: Die litauische Volksfront Sajūdis errang offenbar 30 von 42 Mandaten. Ministerpräsident⁸ und Parlamentspräsident⁹ (zugleich Staatsoberhaupt) blieben erfolglos, der populäre Parteichef Brazauskas wurde gewählt (eine Gegenkandidatur der Sajūdis war zurückgezogen worden). In Lettland scheiterte der Ministerpräsident¹⁰ an den Wahlurnen, Parteichef Vagris konnte sich nur knapp gegen einen Kandidaten der separatistischen „Bewegung für die Unabhängigkeit Lettlands“ behaupten. In Estland errang die Volksfront anscheinend 15 von 36 Mandaten, die populären KPE-Politiker Parteichef Väljas, MP Toome und Parlamentspräsident (zugleich Staatsoberhaupt) Rüütel sicherten sich das Vertrauen der Wähler mit jeweils mehr als 90 v.H. der Stimmen. Auch der noch jüngst in der „Prawda“ angefeindete Volksfrontführer Edgar Savisaar wurde gewählt.
- In Wolgograd unterlag der Schriftsteller Jurii Bondarew, dessen Vorschlag, die Stadt in Stalingrad rückzubenennen, symbolisch für den von ihm vertretenen russischen Nationalismus ist, einem jungen Perestroika-Anhänger.

⁷ Die Wörter „Autorität und Kalkulierbarkeit“ wurden von Ministerialdirigent Höynck hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Da bin ich nicht so sicher. Es können intern auch neue Unsicherheiten entstehen.“

⁸ Vytautas Sakalauskas.

⁹ Vytautas Astrauskas.

¹⁰ Vilnis Edvīns Brešis.

- In Kiew fielen Bürgermeister¹¹ und Stadt-Parteichef¹², beide ohne Gegenkandidaten angetreten, durch. Ebenso erging es fünf von 25 Gebietspartisekretären in der Ukraine.
- In den sogenannten „gesellschaftlichen Organisationen“, die mit 750 Deputierten ein Drittel der 2250 Abgeordneten des Kongresses stellen, konnten sich Vertreter des Apparats, die beim Wähler vielleicht chancenlos gewesen wären, den Einzug ins Parlament sichern, z. T. nach dem Motto „Proporz vor Profil“. Dazu gehören unter den 100 der KPdSU zustehenden Abgeordneten nicht nur fast alle Mitglieder des Politbüros (von denen beim erweiterten Wahl-ZK keiner ohne Gegenstimmen blieb!), sondern auch erklärte Perestroika-Anhänger wie der Wirtschaftswissenschaftler Abalkin und der Schriftsteller Daniel Granin. In anderen Organisationen wurden Valentin Falin (Leiter der Internationalen Abteilung des ZK) ebenso gewählt wie der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender der „Gesellschaft UdSSR–BRD“, Ossipjan, und Patriarch Pimen. Nicht gewählt wurde aber z. B. Georgij Arbatow, führender Amerikanist und bereits Berater Breschnews.
- Die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften desavouierten schon in der vergangenen Woche die Akademielenkung: Von 23 vorgeschlagenen Kandidaten für 20 Mandate wurden nur acht akzeptiert. Im notwendigen zweiten Wahlgang dürften nun auch Andrej Sacharow, Roald Sagdeew und andere reformorientierte Wissenschaftler eine Chance haben, die nach Manipulationen nicht auf die Kandidatenliste gelangt waren.

3) Die Wahlen haben ein deutlich anderes Antlitz der Sowjetunion gezeigt. Zwei Jahre und zwei Monate nach dem Januarplenum des ZK 1987¹³ und ein Dreivierteljahr nach der XIX. Allunionsparteikonferenz¹⁴ hat die Politisierung der Bevölkerung ein vorher nicht erwartetes Niveau erreicht. Damit einhergehend demonstrierte der Wahlkampf eine breite Auffächerung der lange Zeit monolithisch erschienenen politischen Klasse. Auch wenn der Anteil der Parteimitglieder unter den Kandidaten höher war als bei früheren Abstimmungsritualen, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SU auf dem Weg zu einem politischen „Pluralismus“ (wobei heute offen bleiben muß, ob dieser sich in einem förmlichen Mehrparteiensystem niederschlagen wird) ist, auch wenn das noch nicht offen eingestanden wird – heilige Kühe werden in der SU nicht in aller Öffentlichkeit geschlachtet. Die Erfolge der Volksfronten im Baltikum legen von dieser Entwicklung ebenso Zeugnis ab wie der Triumph Boris Jelzins.

Die Wahlen tragen Züge einer „Protestwahl“. Dieser Trend kehrte sich – durch das „negative“ Wahlrecht – in den Wahlkreisen, in denen es örtliche Potentaten durch Manipulation geschafft hatten, als einzige Kandidaten aufgestellt zu werden, mitunter gegen die Bewerber: Überwiegen der Nein-Stimmen schloß sie von einer erneuten Kandidatur aus.

Nach Abschluß der Wahlen (Stichwahlen müssen spätestens in zwei Wochen stattfinden, doch ist bei den „gesellschaftlichen Organisationen“ eine längere

¹¹ Valentin Arsentjewitsch Sgurskij.

¹² Konstantin Iwanowitsch Masik.

¹³ Das Plenum des ZK der KPdSU fand am 27./28. Januar 1987 in Moskau statt.

¹⁴ Die Allunionsparteikonferenz der KPdSU fand vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 194.

Frist gesetzt) wird der Kongreß als ständig tagendes Parlament den Obersten Sowjet wählen (voraussichtlicher Termin der konstituierenden Sitzung: 28.4.1989¹⁵). Seine Zusammensetzung bietet noch Möglichkeiten zur Manipulation, doch nach dem bisherigen Wahlverlauf wohl nur in begrenztem Umfang. Die Stärke der „Fraktionen“ wird sich dabei erweisen.

Bereits Anfang des Jahres war von prominenten Moskauer „Reformern“ wie Korotitsch (Chefredakteur „Ogonjok“) zu hören, für „sie“ wären bereits 10 v.H. der Deputierten im neuen Kongreß ein Erfolg: Als „Hefe im Teig“ wäre das ausreichend, um eine offene und substantielle parlamentarische Debatte in Gang zu bringen. Das ist sicher zu wenig, um die Reformen „durchzuboxen“. Aber: Als ausländische Beobachter sollten wir solche Größenordnungen bedenken, wenn wir das Endergebnis quantitativ zu bewerten haben.

4) Eine genauere Analyse der ersten halbwegs demokratischen Wahl in der SU, seitdem Lenin 1918 nach Putschistenmanier die Konstituante auseinanderjagte, kann erst nach dem endgültigen Abschluß der Wahl (voraussichtlich 5.4.1989) vorgelegt werden.

Neubert

Referat 213, Bd. 147117

79

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 JUG

30. März 1989¹

Über D2² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Jugoslawische Innenpolitik;
hier: Lage im Kosovo

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Nach der am 23. März 1989 unter serbischem Druck erfolgten Zustimmung des Parlaments der autonomen Provinz Kosovo zu Änderungen in der Verfassung der Teilrepublik Serbien, nach denen die Befugnisse der bevölkerungs-

¹⁵ Botschafter Meyer-Landrut legte am 31. März 1989 dar: „Die hohe Anzahl der erforderlichen Stich- und Nachwahlen wird vermutlich den ganzen Zeitplan für die Konstituierung des Kongresses der Volksdeputierten und der von ihm zu bildenden weiteren Verfassungsorgane verzögern.“ Mit der Konstituierung sei „schwerlich vor Ende Mai zu rechnen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1212/1213; Referat 213, Bd. 147109.

Die Tagung des Kongresses der Volksdeputierten begann am 25. Mai 1989. Für eine Bewertung der ersten Sitzungsperiode, die am 9. Juni 1989 endete, vgl. Dok. 197.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat Glotzbach konzipiert.

² Hat Ministerialdirektor Kastrup am 30. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Botschaft Belgrad ist gebeten worden, zusammenfassend zu berichten.“

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 31. März 1989 vorgelegen.

reichsten Teilrepublik JUGs über die beiden ihr zugehörigen autonomen Gebiete Vojvodina (mit ungarischer Minderheit) und Kosovo (mit rd. 85-prozentiger albanischer Bevölkerungsmehrheit) ausgeweitet wurden, ist es in verschiedenen Städten des Kosovo zu blutigen Zusammenstößen zwischen der albanischen Bevölkerung und Polizeieinheiten gekommen. Es soll sich um die schlimmsten Unruhen seit den gewaltsamen Auseinandersetzungen von 1981 handeln. Das Innenministerium hat inzwischen eine nächtliche Ausgangssperre, ein Versammlungsverbot, die Schließung der Schulen, Universitäten, Kinos, Theater und Märkte verfügt. Nach offiziellen Angaben soll es bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen bisher 21 Tote, darunter zwei Polizeioffiziere, und eine große Zahl Verletzte gegeben haben, Gerüchte wollen von etwa 100 Toten und nahezu 1000 Verwundeten wissen. Die Sicherheitskräfte in der Provinz, über die bereits Ende Februar aufgrund des Generalstreiks der Kosovo-Albaner ein partieller Ausnahmezustand verhängt worden war, wurden in der Nacht zum Mittwoch durch Entsendung weiterer Polizeieinheiten des Bundes verstärkt. Die Ende Februar in den Kosovo entsandten regulären Einheiten der jug. Volksarmee haben sich bisher nicht an der Bekämpfung der Demonstrationen beteiligt.

Der Aufstand der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo richtet sich gegen die Änderung der serbischen Verfassung, durch die die 1974 festgeschriebenen Autonomierechte der Provinz zugunsten Serbiens eingeschränkt werden. Die Änderungen betreffen im wesentlichen die Zuständigkeit der serbischen Innenbehörden (d.h. auch der Polizei) in den autonomen Provinzen, eine eingeschränkte Beteiligung der Provinzparlamente bei Änderungen der serbischen Verfassung, die Einführung eines Rechtswegs zum obersten Gericht Serbiens gegen Entscheidungen der Gerichte der Provinzen, die Zuständigkeit des serbischen Verfassungsgerichtes für die Prüfung der Vereinbarkeit der Provinzverfassungen mit der Republikverfassung und das Recht der Ersatzvornahme durch die Republik, wenn Provinzorgane die Ausführung eines Republikgesetzes unterlassen. Die Demonstranten fordern ferner die Entlassung des ehemaligen Kosovo-Parteichefs Azem Vllasi, der Ende Februar unter dem Verdacht der „Kontrarevolution“ verhaftet worden war.

II. Bewertung

1) Der hartnäckige Widerstand der Kosovo-Albaner gegen die Änderung der serbischen Verfassung ist nicht unmittelbar aus dem Inhalt der Neuregelungen zu verstehen, die für sich genommen ein friedliches, selbst gleichberechtigtes Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen im Kosovo nicht unmöglich machen. Hierfür fehlen vielmehr seit langem die psychologischen Voraussetzungen. Die Jugoslawen albanischer Nationalität werden in weiten Teilen des Landes traditionell wie Angehörige eines minderwertigen Volkes behandelt. Aus der Sicht der Kosovo-Albaner sind die jüngsten Verfassungsänderungen nur ein letzter Schritt in einer langen Kette seit 1981 andauernder Versuche, sie aus an nähernder Eigenständigkeit wieder unter das „serbische Joch“ zu zwingen. Für die Serben bedeutet dagegen die Verfassungsänderung eine Wiedergutmachung eines „historischen Unrechts“, das ihnen von Tito mit seiner Verfassung von 1974⁴

⁴ Für den Wortlaut der Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 21. Februar 1974 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn u. a. 1980, S. 125–251.

angetan worden war, die Serbien in den autonomen Provinzen die Hoheitsgewalt so gut wie entzog.

2) Mit der serbischen Verfassungsänderung ist die Unterordnung des Kosovo unter Serbien rechtlich und politisch vollzogen. Die vom jug. Staatspräsidium halbherzig unterstützte Politik Serbiens gegenüber dem Kosovo, die eher auf Zwang denn auf Überzeugung gründet, ist jedoch nicht geeignet, zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts beizutragen. Zwar ist mit einem Zusammenbruch des offenen Widerstandes der Albaner zu rechnen. Längerfristig wird es der serbischen Führung und ihren Statthaltern im Kosovo aber kaum gelingen, eine gegen den Willen der albanischen Bevölkerungsmehrheit gerichtete Politik durchzusetzen. Die wirtschaftlich rückständige Region wird weiterhin ein Unruheherd im krisengeschüttelten Vielvölkerstaat bleiben. Ihre Probleme werden die vordringliche Beendigung der Wirtschaftskrise des Landes erschweren. Dies ist um so bedauerlicher, als die Lösung der ethnisch-strukturellen Probleme Jugoslawiens nur langfristig möglich ist, wobei der Weg über eine Beseitigung des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles führt.

3) Auf Bundesebene haben die Entwicklungen im Kosovo zu einer Polarisierung zwischen den nördlichen (Slowenien, Kroatien, Bosnien) und den südlichen (Serbien, Montenegro, Mazedonien) Republiken geführt. Dadurch wird die Aktionsfähigkeit des Bundes bzw. der Zentralgewalt in einer kritischen Phase weiter geschwächt. Die neue Regierung Marković, die von ihrem Vorgänger Mikulić ein schweres Erbe hinsichtlich der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise übernommen hat, wird schon zu Anbeginn mit einer schweren Hypothek belastet.

4) Außenpolitisch belastet der Kosovo-Konflikt das Verhältnis JUGs zu Albanien. Ob dadurch auch die sich anbahnende Zusammenarbeit zwischen den Balkan-Staaten beeinträchtigt wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist dagegen, daß die krisenhafte Entwicklung im Lande Jugoslawiens Prestigestellung als künftiges Vorsitzland der Blockfreienbewegung (ab Gipfelkonferenz Belgrad September 1989⁵) tangiert.

Derix

Referat 214, Bd. 139834

⁵ Die neunte Gipfelkonferenz blockfreier Staaten fand vom 4. bis 7. September 1989 statt.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hauswedell

340-322.00 AFG

30. März 1989¹Über Dg34², D3³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Afghanistan-Konflikt: Lage-Analyse und Interessen-Konstellationen der Haupt-Beteiligten und Betroffenen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zum 15.2.89⁵ bietet sich dort gegenwärtig folgendes Bild dar:

1.1) Regime in Kabul

Präsident Nadschibullah und das von ihm geführte Regime der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) sind mit ihrer „Politik der nationalen Versöhnung“ – d. h. Einbindung aller Afghanen in eine Regierung unter DVPA-Führung – gescheitert, da der Widerstand sie als Handlanger der SU betrachtet und jede Zusammenarbeit ablehnt. Nadschibullah hat sich deshalb wieder auf eine härtere Linie eingerichtet und zeigt sich entschlossen, den Machtanspruch Kabuls auch ohne sowjetische Truppen mit allen militärischen Mitteln zu verteidigen. Er rief am 19.2.1989 das Kriegerrecht aus und unterstellte die Regierung einem Militärrat, aus dem die bisherigen parteilosen Regierungsmitglieder – auch PM Scharq – ausgeschlossen bleiben. Gleichzeitig wurden im Rahmen einer allgemeinen Mobilmachung auch Zivilisten bewaffnet.

Für die kommenden Wochen und Monate sind wie bisher massive militärische Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und dem Widerstand zu erwarten.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Hauswedell und Legationsrat I. Klasse Zenner konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Zeller am 31. März 1989 vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Fiedler am 31. März 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 31. März 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Zenner am 3. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hauswedell „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elias „n[ach] R[ückkehr] z. g. K.“ verfügte.

Hat Hauswedell am 4. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Elias am 11. April 1989 vorgelegen.

⁵ Am 14. April 1988 wurden in Genf verschiedene Abkommen zur Regelung des Afghanistan-Konflikts unterzeichnet. Neben einem Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen, besonders der Nichteinmischung und der Nichtintervention, das durch eine von den Außenministern Shultz (USA) und Schewardnadse (UdSSR) unterzeichnete Erklärung international garantiert wurde, vereinbarten Afghanistan und Pakistan außerdem ein Abkommen über die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen nach Afghanistan. Ferner schlossen beide Staaten ein „Abkommen über die Wechselbeziehungen für die Regelung der Lage um Afghanistan“, das von den USA und der UdSSR als Garantiemächten ebenfalls unterzeichnet wurde. Darin wurde u. a. der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan spätestens neun Monate nach Inkrafttreten des Abkommens am 15. Mai 1988, also am 15. Februar 1989, festgelegt. Ein dazugehöriges „Memorandum of Understanding“ regelte die Beteiligung der Vereinten Nationen am Friedensprozeß. Für den Wortlaut aller Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2135, S. 56–60. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 303–311.

Wie lange sich ersteres, das von den abziehenden Sowjets mit modernsten Waffen ausgerüstet wurde und weiter beliefert wird, halten kann, ist offen. Der Widerstand hat den militärischen Druck auf die noch vom Regime kontrollierten Bevölkerungszentren und die Hauptstadt Kabul verstärkt. Seine Versuche, die drittgrößte Stadt des Landes, Dschalalabad, einzunehmen, wurden bisher von Regimetruppen abgewehrt. Der Ausgang dieser Kämpfe dürfte insbesondere psychologisch für die weitere militärische Entwicklung in Afghanistan von nicht unerheblicher Bedeutung sein. Das Regime muß die gut befestigten Städte nur halten, während der Widerstand sie erobern muß, um politische Erfolge vorzuweisen und um seine diplomatische Anerkennung vorzubereiten. Deshalb ist der Zeitfaktor derzeit hilfreich für das Regime. Politisch versucht Nadschibullah zur Zeit, die Einheit der Widerstandsgruppen dadurch zu untergraben, daß er ausgewählten militärischen Befehlshabern Waffenstillstand und lokale Autonomie anbietet.

1.2) Afghanischer Widerstand

Politisch hat der Widerstand bisher noch keine für alle Gruppierungen (Traditionalisten, Fundamentalisten, Schiiten, Kommandanten, Stammesführer, exilierte Intellektuelle und Technokraten) akzeptable Konzeption erarbeitet. Einig ist er sich lediglich in der Ablehnung des Regimes in Kabul. Ob die von einer Ratsversammlung (Schura) der in Pakistan ansässigen Siebener-Allianz des Widerstandes am 23.2.1989 gewählte „Regierung“ von der Mehrheit der Afghanen anerkannt werden wird, ist ungewiß. Vertreter der schiitischen Glaubensrichtung und eine Reihe von Widerstandskommandanten waren nicht beteiligt. International wurde diese „Regierung“ bisher lediglich von Saudi-Arabien, dem Sudan und Bahrain anerkannt. Pakistan hält eine solche Anerkennung noch für verfrüht. Die OIC-Konferenz in Riad (13.–16.3.1989) beschloß jedoch, die „Widerstandsregierung“ den seit zehn Jahren vakanten Sitz für Afghanistan einnehmen zu lassen.

Die Chancen für eine Anerkennung der Interim-Regierung des Widerstandes werden in dem Maße wachsen, wie es ihr gelingt, möglichst viele Gruppierungen auf ihre Seite zu ziehen und sich in befreiten Städten und Gebieten Afghanistans zu etablieren. Nach wie vor ist es jedoch fraglich, ob es dem Widerstand militärisch gelingt, seine Kräfte zu koordinieren und von den Guerilla-Methoden zur regulären Kriegsführung überzugehen.

2) Sowjetunion

Mit den Genfer Abkommen und dem Abzug ihrer Truppen zum 15.2.1989 ist es der Sowjetunion gelungen, sich mit vergleichsweise geringen Verlusten für ihr Ansehen militärisch aus Afghanistan zu lösen. Das Regime in Kabul will sie nach wie vor nicht fallenlassen und wirkt auf seine Einbeziehung in eine künftige gesamt-afghanische Regierung hin. Grundlage ist hierfür nach wie vor die Rede Gorbatschows vor der 43. VN-GV am 7.12.1988⁶ mit folgenden Forderungen:

– Waffenstillstand;

(Eine Waffenruhe entspräche EG-Wünschen; sie würde aber zunächst eher von Vorteil für das Kabuler Regime sein.)

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu auch AAPD 1988, II, Dok. 357.

- Einstellung aller Waffenlieferungen;
(Die SU versorgt das Regime weiterhin mit modernsten Waffen, die USA reagieren darauf mit weiteren Lieferungen an den Widerstand.)
- Bildung einer Regierung auf breiter Basis;
(Der Widerstand und die Mehrheit der Bevölkerung lehnen mehrheitlich Nadschibullah und die DVPA ab.)
- Bitte an VN-GS⁷, eine internationale Konferenz zu organisieren, mit dem Ziel, Afghanistan einen neutralen und demilitarisierten Status zu geben.
(Hier sind wir der Auffassung, daß über den Status Afghanistans eine repräsentative Regierung entscheiden muß.)

Auf dieser Basis versuchte die SU bisher vergeblich, in direkten Gesprächen mit dem Widerstand, Pakistan, Saudi-Arabien, dem Iran sowie Exkönig Zahir Schah von Afghanistan eine Kompromißlösung zu suchen. Auch gegenüber dem Westen (u. a. auch EG-Staaten) wirbt Moskau für seine Pläne (Demarche von Botschafter Kwizinskij bei StS Dr. Sudhoff am 21.2.1989⁸; Demarche des Gesandten Jelisarjew bei Dg34 am 15.3.1989⁹; persönliche Mitteilung von Staatspräsident Nadschibullah am 7.3. an den Herrn Bundespräsidenten¹⁰).

Moskau und Kabul versuchen jetzt, in der internationalen Öffentlichkeit vor allem den Eindruck zu vermitteln, daß ihre Verständigungsbereitschaft durch einen auf Konfrontationskurs eingestellten Widerstand, der massiv von den USA und Pakistan unterstützt werde, untergraben wird und daß die Verantwortung für die Verlängerung des Konflikts deshalb auch bei diesen Parteien läge. Dieser Druck könnte weiter zunehmen.

3) USA

Die USA streben ein unabhängiges Afghanistan an mit einer Regierung, die von einem möglichst breiten Konsens in der afghanischen Bevölkerung getragen wird. Sie haben erklärt, die neue „Widerstandsregierung“ erfülle noch nicht alle Bedingungen (USA nennen folgende vier: Kontrolle über Staatsgebiet, funktionsfähige Verwaltung, repräsentative Regierung, Einhalten der völkerrechtlichen Verpflichtungen) für eine diplomatische Anerkennung. Gegenüber den verbündeten westlichen Staaten plädieren sie für eine enge Abstimmung und eine alle Optionen wahrende Haltung in dieser Frage.

Die sowjetischen Forderungen nach Einstellung aller Waffenlieferungen (d.h. amerikanische Waffenlieferungen an den Widerstand) haben sie zurückgewiesen.

⁷ Javier Pérez de Cuéllar.

⁸ In dem Gespräch appellierte der sowjetische Botschafter Kwizinskij an die Bundesregierung, „einen Beitrag zur Aufnahme des Dialogs und des Zusammenwirkens der Afghanen zu leisten und wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für Afghanistan zu gewähren“. Staatssekretär Sudhoff drückte die Hoffnung aus, „daß die Afghanen zu einer friedlichen Lösung finden und ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können“. Ferner verwies er darauf, daß die Bundesregierung 50 Mio. DM für Rückkehr- und Wiedersiedlungsprogramme bereitgestellt habe und zu Wiederaufbauhilfe bereit sei. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 156108.

⁹ Vortragender Legationsrat Hauswedell notierte am 17. März 1989, im Gespräch mit Ministerialdirigent Zeller am 15. März 1989 habe sich der sowjetische Gesandte Jelisarjew gegen eine Anerkennung der vom afghanischen Widerstand gebildeten Regierung ausgesprochen, da dies kriegsverlängernd wirken würde. Zeller habe darauf hingewiesen, daß „das Regime Nadschibullah für weite Teile der afghanischen Bevölkerung nicht repräsentativ sei“. Vgl. Referat 340, Bd. 156110.

¹⁰ Für das am 7. März 1989 übergebene undatierte Schreiben vgl. Referat 340, Bd. 156108.

Angesichts der umfangreichen und noch andauernden sowjetischen Waffenlieferungen und der Mengen an zurückgelassenem Material entstehe sonst ein unannehmbares Ungleichgewicht. Im Vordergrund steht für die USA jedoch nicht der militärische Aspekt dieser Waffenlieferungen. Die Einstellung der Waffenlieferungen in Absprache mit der Sowjetunion, über die Köpfe des afghanischen Widerstandes hinweg, würde nach amerikanischer Auffassung einem „psychologischen Affront“ für den Widerstand gleichkommen und das Verhältnis der USA zum Widerstand – und damit zu den möglichen künftigen Machthabern in Kabul – belasten sowie auch innenpolitisch kaum vertretbar sein.

4) Pakistan

Pakistan hat mit seiner strikten Afghanistan-Politik gegenüber der Sowjetunion bisher eine große Last am Konflikt getragen. Es hat über 3 Mio. Flüchtlinge aufgenommen und geduldet, daß der Widerstand von pakistanischem Territorium aus Operationen in Afghanistan unternimmt sowie in Pakistan Nachschublager unterhält. Politisch unterstützte es die Sieben-Parteien-Allianz von Peschawar und förderte die Ratsversammlung (Schura), die am 23.2.89 die „Widerstandsregierung“ wählte, ohne diese jedoch bisher anzuerkennen. Sowjetische Vorwürfe, daß Pakistan sich in Afghanistan auf seiten des Widerstandes militärisch engagiere¹¹, hat die Premierministerin Bhutto wiederholt zurückgewiesen.

Die pakistanische Interessenlage ist bestimmt durch

- Schaffung eines Pakistan-freundlichen Afghanistan;
- Rückkehr der über 3 Mio. Flüchtlinge;
- eine langfristige Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion.

5) Anrainer-Staaten

Unter den übrigen Staaten in der Region engagiert sich vor allem der Iran (der selbst 2 Mio. afghanische Flüchtlinge beherbergt) seit Ende des Golfkrieges vermehrt in Fragen des Afghanistan-Konflikts. Über die schiitischen Bevölkerungsgruppen des Landes versucht er, seinen Einfluß zu stärken. Nicht zuletzt auf seine Interventionen hin verweigerten die schiitischen Widerstandsgruppen eine Beteiligung an der Schura in Rawalpindi wegen unzureichender Repräsentation der Schiiten in der Übergangsregierung.

Indien hat bisher die sowjetischen Bemühungen, das Regime in Kabul in eine Übergangsregierung einzubeziehen, diplomatisch unterstützt. Offenbar leistet es auch geringe materielle Hilfe. In jüngster Zeit gibt es Anzeichen, daß Indien sich auch andere Optionen offenhalten will. Vorrangiges Ziel der indischen Politik ist es, einen künftigen allzu großen pakistanischen Einfluß auf Afghanistan zu verhindern. Angesichts der eigenen Moslem-Bevölkerung von 90 Mio. hat Indien kein Interesse an einer islamisch-fundamentalistisch geprägten Regierung des Widerstandes in Kabul.

Mit Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ist für China eines der drei Haupthindernisse¹² zu einer Annäherung an die Sowjetunion weggefallen.

¹¹ Zur Rolle des pakistanischen Militärs in Afghanistan vgl. Dok. 105.

¹² Referat 213 führte am 4. März 1985 zur Haltung der Volksrepublik China gegenüber der UdSSR aus: „Die politischen Beziehungen sind durch gravierende Meinungsverschiedenheiten in folgenden

Gleichwohl dürfte Peking die Schaffung eines wirklich ungebundenen Afghanistans weiter unterstützen.

6) Deutsche und EG-Haltung

Unsere eigene, im Rahmen der EG abgestimmte Afghanistan-Politik ist in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. Dies gilt um so mehr angesichts der schwer durchschaubaren Kräfteverhältnisse des Landes zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

In der Afghanistan-Erklärung beim EPZ-Ministertreffen in Madrid am 14. Februar¹³ haben sich die Zwölf für eine interne, von den afghanischen Konfliktparteien zu verwirklichende umfassende politische Lösung eingesetzt, die zur Einsetzung einer uneingeschränkt repräsentativen Regierung durch einen echten Akt der Selbstbestimmung führen soll. Gleichzeitig haben die Zwölf bekräftigt, daß sie die Bemühungen des GS der VN zur Bildung einer solchen Regierung¹⁴ weiterhin unterstützen würden.

Die anhaltenden Kampfhandlungen und das Festhalten Kabuls an seiner Machtposition erschweren jedoch im Augenblick die Verwirklichung einer internen politischen Lösung.

Für uns ergibt sich hieraus zunächst eine Phase des Abwartens, in der unsere Humanitäre Rückkehrhilfe (dt. Zusagen für ca. 50 Mio. DM) sowie eine spätere Wiederaufbauhilfe im Vordergrund stehen sollten.

7) Referat 213 hat mitgezeichnet.

Hauswedell

Referat 340, Bd. 156110

Fortsetzung Fußnote von Seite 366

Grundfragen (sog. drei Hindernisse) belastet: sowjetische Besatzung Afghanistans, sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Expansion in Kambodscha, Grenzproblematik, Stationierung von SS-20 sowie sowjetischer Truppen an der sino-sowjetischen Grenze und in der Mongolei.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 416.

¹⁴ Botschafter Bräutigam, New York (VN), berichtete am 31. März 1989 über Äußerungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in einem Gespräch am Vortag: „Weder die Regierung in Kabul noch die vom Widerstand gebildete Interimsregierung, die die Flüchtlinge in Iran und die Vertreter der Diaspora nicht einschließe, seien wirklich repräsentativ. Eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen sei nicht möglich, weil die Mudschaheddin nicht bereit seien, mit der Regierung in Kabul zu sprechen. Das Sekretariat habe alles getan, um zu einer Lösung beizutragen, jedoch bisher ohne Erfolg.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 571, Bd. 156113.

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 31. März 1989, 9.02 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 610

Ankunft: 31. März 1989, 8.49 Uhr

Betr.: Export von Rüstungsgütern in die VR China;
hier: Künftige Haltung der Bundesregierung

Bezug: DE Nr. 2045 vom 7.3.89 – 424-410.95/1 071415²

Zur Unterrichtung auf Weisung

Zu den mit dem Bezugs-DE gestellten Fragen nimmt die Botschaft wie folgt Stellung:

I.1) Für seinen während der kommenden Jahrzehnte geplanten wirtschaftlichen Aufbau benötigt China ein ruhiges, von politischen und militärischen Konflikten möglichst freies Umfeld. Daher bemüht sich³ die chin. Außenpolitik insbesondere seit jüngerer Zeit um den Dialog auch mit Staaten, zu denen die Beziehungen bisher eher gespannt waren:

Die Beziehungen zur SU werden normalisiert, der Dialog mit Indien intensiviert, die Zusammenarbeit mit Japan verstärkt, mit Südkorea wird Handel getrieben.

China hat in den vergangenen Jahren seine Streitkräfte um ca. eine Million auf ca. drei Millionen Mann verringert, sie sind damit für einen Staat von über einer Milliarde Menschen klein. Allerdings ist China militärisch auch kaum bedroht: Weder von der SU noch von Japan dürfte eine aktuelle militärische Bedrohung ausgehen. Eher schon könnten Indien oder Vietnam gefährlich werden, doch verhindert der Himalaya im einen, das ungleiche Größenverhältnis im anderen Fall eine ernsthafte Gefahr. Taiwan könnte dem Festland allenfalls Nadelstiche versetzen.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

² Vortragender Legationsrat Schlegel informierte: „Dem Referat 424 liegen die zwei nachfolgenden Fälle vor, die den Export von Rüstungsgütern in die VR China betreffen: Antrag der Fa. Heckler & Koch auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung nach KWKG für 58 Maschinenpistolen, vier halbautomatische Gewehre und drei Rohre für den Einsatz bei einer Antiterror-(Polizei)Einheit des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit. Bitte der Fa. Zahnradfabrik Friedrichshafen um politische Unterstützung bei einem Projekt ‚Beratungsabkommen China‘. Die Firma plant neben der bereits genehmigten Lieferung von 100 Panzergetrieben an die VR weitere Lieferungen von Getrieben sowie personelle Unterstützung der chinesischen Seite bei Einbau und Integration dieser Bauteile.“ Schlegel bat um Stellungnahme, „ob besondere politische Gründe oder vitale Interessen der Bundesrepublik für die Erteilung einer Genehmigung sprechen. Es wird auch gebeten zu prüfen, welche Reaktionen auf chinesischer Seite eine Ablehnung des Antrags der Fa. Heckler & Koch hervorrufen würde und ob möglicherweise Auswirkungen auf zivile Geschäfte (auch anderer Firmen) mit China zu erwarten wären.“ Bezüglich des Antrags der Firma Zahnradfabrik Friedrichshafen solle erläutert werden, „ob und ggf. welche politische Bedenken gegen eine Ausweitung der bisher genehmigten Ausfuhren sprechen. Dabei sollte auch auf unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten der VR China (insbes. die SU) und auf die zunehmend wichtigere Rolle Chinas als Rüstungsexporteur eingegangen werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162357.

³ Korrigiert aus: „Daher sich“.

China hat in der Vergangenheit militärische Abenteuer nicht gescheut: Die „Lektion“ an Vietnam 1979⁴, der Überraschungseinfall nach Indien 1962⁵ und die Unterstützung Nordkoreas im Koreakrieg 1950–53 stellen nach unseren Begriffen Angriffskriege dar. 1969 hat Peking bewaffnete Auseinandersetzungen mit der SU an der Grenze nicht gescheut⁶, und 1988 und 1989 ist es zu Scharmützeln mit Vietnam und den Philippinen um die Spratly-Inseln gekommen.⁷ Bisher hat Peking den Anspruch, die Wiedervereinigung mit Taiwan notfalls mit militärischen Mitteln durchzusetzen, zumindest theoretisch nicht aufzugeben. Wir können nicht davon ausgehen, daß China die Möglichkeit, politische Ansprüche mit militärischen Mitteln durchzusetzen, vollends ausschließt. Bei der Grenzfrage mit Indien, in der allerdings auch Neu Delhi sich bisher intransigent gezeigt hat, und vor allem bei den außerordentlich weit ausgreifenden Gebietsansprüchen Chinas im südchin. Meer kann nicht völlig ausgeschlossen werden, daß Peking innerhalb der kommenden 10 bis 15 Jahre eine Entscheidung zu seinen Gunsten nicht nur durch die Präsenz militärischer Macht, sondern auch durch deren Anwendung suchen wird.

Für uns war und ist China strategisch vor allem als Gegengewicht zur SU von Bedeutung. In dem Maße, in dem jedoch durch – noch bevorstehende – Abrüstungsschritte der SU sich die Bedrohung für Westeuropa verringert und durch die Normalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen der Gegensatz Moskau–Peking an Bedeutung verliert, tritt diese Funktion Chinas militärisch für uns zurück. Gute Beziehungen zu China bleiben jedoch für uns von vitalem politischem Interesse, und wir sollten es vermeiden, ein – nicht wahrscheinliches, aber auch a priori nicht auszuschließendes – engeres Zusammengehen zwischen Peking und Moskau zu fördern.

Die Möglichkeit, daß China in absehbarer Zukunft seinen Territorialansprüchen mit Waffengewalt zur Durchsetzung verhilft, spricht gegen den Export deutscher Rüstungsgüter nach China. Eine Übereinstimmung im Bereich der Sicherheitspolitik, die sich auch auf die Lieferung militärischer Güter erstreckt, könnte dagegen die strategische Klammer zwischen China und Westeuropa erhalten helfen und spricht daher für einen solchen Export.

⁴ Am 17. Februar 1979 marschierten Truppen der Volksrepublik China in Vietnam ein. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 46.

⁵ Der Grenzverlauf im Himalaja war zwischen Indien und der Volksrepublik China umstritten. Am 20. Oktober 1962 unternahm die chinesische Armee einen Angriff auf Gebiete im Norden Indiens und gab nach einer Reihe von militärischen Erfolgen am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 422, Dok. 438 und Dok. 462.

⁶ Zu den chinesisch-sowjetischen Gefechten am Grenzfluß Ussuri vgl. AAPD 1969, I, Dok. 96.

⁷ Referat 342 erläuterte am 21. April 1988 zum Konflikt um die Spratly-Inseln: „Ansprüche erheben neben China, das den gesamten Archipel mitsamt dem größten Teil des Südchinesees als sein Gebiet betrachtet, und Vietnam auch Taiwan, Malaysia und die Philippinen. Alle halten auch eine oder mehrere Inseln besetzt. Das Gebiet hat wirtschaftlich (Öllagerstätten, Fisch) und strategisch (Seefahrtsrouten) große Bedeutung. Die Rechtslage ist kompliziert und ungeklärt. Die interessierten Länder haben seit jeher versucht, ihre Position zu verbessern, indem sie unbesetzte Inseln in Besitz nahmen, ohne daß sie dabei mit ihren Konkurrenten bewaffnet zusammengestoßen wären.“ Am 14. März 1988 sei es jedoch zu einem Schußwechsel zwischen chinesischen und vietnamesischen Schiffen gekommen. Vgl. Referat 342, Bd. 144600.

Oberst i. G. Geyer, Peking, teilte am 6. März 1989 mit, neben einem weiteren chinesisch-vietnamesischen Zwischenfall im November 1988 sei es Ende Februar 1989 auch zu Kampfhandlungen mit den Philippinen gekommen, als chinesische Flotteneinheiten erfolglos versucht hätten, eine von den Philippinen besetzte Insel zu erobern. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 414, Referat 342, Bd. 144558.

2) Die Bundesrepublik Deutschland sollte die Bekämpfung des Terrorismus weltweit, d.h. auch in China, unterstützen. Diesem Ziel dient die Zusammenarbeit zwischen BMI und chines. Sicherheitskräften. Die chinesische Perzeption der Sicherheitsprobleme zeigt ein schnell wachsendes Gefahrenpotential: Sicherheitsminister Wang Fang erklärte auf der derzeit stattfindenden Sitzung des Nationalen Volkskongresses⁸, daß es im Jahr 1988 827 000 registrierte Straftaten gegeben habe, im Vergleich zu 1987 ein Anstieg von 45,1 Prozent. Die „Sabotage“ durch „feindliche Parteien“ im In- und Ausland steige an. 1988 habe es Hunderte von Demonstrationen und öffentlich vorgebrachten Forderungen gegeben, die in den Städten meist gegen die steigenden Preise, auf dem Lande darüber hinaus auch gegen Korruption bei Beamten gerichtet gewesen seien. 203 Polizisten seien im Dienst getötet, 5691 verletzt worden.

Trotz dieser Zahlenangaben ist es fraglich, ob es in China in absehbarer Zukunft Terroristen in unserem Sinne geben wird, deren Bekämpfung mit Maschinenwaffen erforderlich ist. Die Ausrufung des Kriegsrechts in Lhasa Anfang März 1989⁹ und die nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit, daß Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland zur Niederschlagung von Demonstrationen verwendet werden, mit denen aus unserer Sicht durchaus gerechtfertigte Ziele verfolgt werden, zeigt die Problematik solcher Lieferungen. Liefert die Bundesrepublik Deutschland allerdings die von China erbetenen Waffen nicht, so wird China sich diese anderwärts, möglicherweise in Osteuropa, beschaffen. Dies wiederum widerspräche unserem Interesse, eine zu enge Beziehung zwischen China und dem sozialistischen Block zu verhindern.

II. In Übereinstimmung mit ihrer expansiven Rüstungsexportpolitik haben COCOM-Partner in den vergangenen Jahren Hardware und Know-how im Rüstungssektor in erheblichem Maß nach China transferiert. Haupttriebfeder war der große Nachholbedarf an modernem Militärgerät bei den chines. Streitkräften. Parallel dazu – es ist schwer zu sagen, ob durch westliche Lieferungen verursacht – weitete sich die chinesische Rüstungsproduktion und -ausfuhr, vornehmlich in Länder der Dritten Welt, aus. Dabei haben die Lieferungen chinesischer Seidenraupen-Raketen an Saudi-Arabien zu deutlicher Kritik von seiten der USA geführt, die von chinesischer Seite mit der Aufstellung von beruhigend klingenden, wenn auch¹⁰ in hohem Maße abstrakten Richtlinien zur Rüstungspolitik beantwortet wurde.

Es ist erklärte chin. Politik, den Marktanteil beim Rüstungsexport während der kommenden Jahre weiter auszubauen.

¹¹Beispiele für Lieferungen von westlichen Ländern nach China aus den vergangenen Jahren¹² sind:

USA:

- gesamte Avionik für 50 Jäger modernster Bauart;
- Artillerieortungsradare;

⁸ Die zweite Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses fand vom 20. März bis 4. April 1989 in Peking statt.

⁹ Zur Entwicklung in Tibet vgl. Dok. 62.

¹⁰ Korrigiert aus: „an“.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 611 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Zu Rüstungslieferungen in die Volksrepublik China vgl. auch AAPD 1987, I, Dok. 184.

- sechs Hubschrauber CH-47 (für den Hochgebirgseinsatz in Tibet geeignet);
 - Entwicklungs- und Fertigungsunterstützung für U-Jagd-Torpedo;
 - Absicht, Kampfpanzer mit Kompositpanzerung als Joint-venture zu entwickeln.
- Frankreich:

- acht Hubschrauber mit Ausbildungsunterstützung für Piloten in Frankreich;
- Modernisierung von Jagdbombern;
- Absicht, zwölf schiffsgestützte Hubschrauber für Anti-U-Boot-Einsatz zu liefern.

Italien:

- Modernisierung von Jagdbombern.

Schweiz:

- Lieferung von elektronischen Luftverteidigungssystemen einschließlich Geschützen.

Großbritannien/USA:

- Einbau mehrerer Frühwarnsysteme in chinesisches Transportflugzeug.

Frankreich hat 1987 mit China einen Vertrag über die konkrete waffentechnische Zusammenarbeit geschlossen, die Verteidigungsministerien beider Länder haben ein Memorandum of Understanding über allgemeine, mit der Rüstungskooperation zusammenhängende Fragen unterzeichnet. Ein ähnliches Memorandum wurde 1988 mit Spanien geschlossen, im April 1989 soll ein entsprechendes MoU mit Italien unterzeichnet werden.

In Übereinstimmung mit den rüstungsexportpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung¹³ hat der Export deutscher Militärgüter nach China bei weitem nicht das Niveau vergleichbarer Industriestaaten erreicht. Die aus Deutschland gelieferten Rüstungsprodukte gehören nicht zur Hochtechnologie, ob dies auch für die im Bezug genannten Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter der Fall ist, ist der Botschaft nicht bekannt, erscheint allerdings eher unwahrscheinlich. Auch ein „Beraterabkommen“ für Einbau und Integration von Panzergetrieben in ein Waffensystem dürfte hinsichtlich seines militärtechnologischen Innovationswertes und Umfanges nicht an ähnliche Programme der vorhergenannten westlichen Länder heranreichen.

III. 1) Wesentliche negative Auswirkungen auf die allgemeinen deutsch-chines. Handelsbeziehungen erscheinen unwahrscheinlich. Das chinesische Interesse an deutschen Produkten und an der Ausfuhr chines. Produkte in die BR Deutschland ist zu groß, als daß eine auf die rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung gestützte Absage diese ernsthaft beeinträchtigen könnte.

2) Die Nicht-Genehmigung der Handfeuerwaffen für die Sicherheitskräfte könnte demgegenüber eine erhebliche Störung der Zusammenarbeit zwischen BMI und chines. Sicherheitskräften nach sich ziehen. Diese – oft unmittelbar zwischen beiden beteiligten Stellen geregelte – Zusammenarbeit hat den Vorteil, daß in vermutlich allerdings begrenztem Maße unsere Vorstellungen in die chinesischen Sicherheitskräfte hineingetragen werden können. Bedenklich wird diese

¹³ Zu den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 126.

Zusammenarbeit allerdings aus Sicht der Botschaft dann, wenn sie dazu führt, daß mit deutscher Hilfe geschulte chinesische Sicherheitskräfte Maßnahmen vornehmen, die mit unseren Vorstellungen von den Menschenrechten nicht zu vereinbaren sind. Hierfür hat die Botschaft zwar keine Anzeichen, sie kann es jedoch ebenso wenig ausschließen.

IV. 1) Die von China erbetenen Mengen an Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sind klein. Dies enthebt uns jedoch nicht der Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung: Ist der erste Schritt einer Lieferung einmal gemacht worden, so dürfte es später nur schwer möglich sein, Anschlußlieferungen aus grundsätzlichen Erwägungen zu versagen oder Nachbauen zu verhindern.

Kernstück dieser sorgfältigen Prüfung ist

- in einem Fall die Frage, ob wir der Förderung der strategischen Klammer zwischen Westeuropa und China den Vorrang einräumen vor den Bedenken über eine mögliche unfriedliche Süd- und Südostasienpolitik Chinas;
- im anderen Fall die Abwägung, was uns wichtiger ist: die begrenzte Möglichkeit, durch Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich die chines. Sicherheitskräfte mit unseren Vorstellungen von den Menschenrechten bekanntzumachen, oder die Gefahr, daß wir lediglich technische Hilfe leisten, mit der dann aus unserer Sicht zweifelhafte Maßnahmen getroffen werden.

2) Nach Auffassung der Botschaft überwiegt das deutsche Interesse an der Zusammenarbeit mit China im Sicherheitsbereich die entgegenstehenden Bedenken nicht so eindeutig, daß „vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ für eine Ausnahme allgemeiner Art aufgrund „besonderer politischer Erwägungen“ geboten erscheint, hängt vom Stellenwert ab, den wir der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich beimessen.¹⁴ Diese Abwägung ist nicht von der Botschaft zu treffen.

Zur Frage der Ausweitung der bisher genehmigten Ausfuhren sonstiger Rüstungsgüter ist nach oben Gesagtem festzustellen, daß es politische Bedenken gegen sie gibt. Das im Bezugsdrahterlaß erwähnte Verhältnis zur SU dürfte angesichts der Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen und dem Wunsch Moskaus, diesen Prozeß nicht zu gefährden, durch eine solche Ausweitung allerdings unberührt bleiben. Die dargelegten politischen Bedenken gegen eine mögliche unfriedliche Politik Chinas in Süd- und Südostasien vermögen unser Interesse an einer weiteren strategischen Übereinstimmung mit China in bezug auf die SU nicht aufzuwiegen.

Hier spielt auch eine Rolle, daß eine etwaige Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer vor allem im See- und Luftraum ausgetragen würde.¹⁵

[gez.] Hellbeck

Referat 424, Bd. 162357

¹⁴ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹⁵ Vortragender Legationsrat Schlegel teilte dem Bundesministerium für Wirtschaft am 19. Mai 1989 mit, „daß das Auswärtige Amt dem geplanten Vorhaben der Fa. Heckler & Koch, insgesamt 58 Maschinenpistolen MP-5, vier halbautomatische Gewehre und drei Rohre in die VR China auszuführen, nicht zustimmt“. Vgl. Referat 424, Bd. 162357.

82

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann

424-411.10 IRK VS-NfD

3. April 1989¹Über Dg42², D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵Betr.: Beteiligung deutscher Firmen und Staatsangehöriger an Entwicklung und Herstellung von Raketen im Irak⁶

Bezug: 1) Bericht des „Spiegel“: „Alles ganz harmlos“, Nr. 13/1989

2) ddp-Meldung über „Stern“-Artikel

3) Gespräch BM mit Dg42 am 28.3.1989

Anlg.: 1) „Spiegel“-Artikel⁷2) ddp-Meldung über „Stern“-Artikel⁸3) Vermerk Ref. 431 vom 23.3.1989⁹

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 4. April 1989 vorgelegen.³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 5. April 1989 vorgelegen.⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. April 1989 vorgelegen.⁵ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Siehe] [Seite] 5.“ Vgl. Anm. 17.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[Siehe] W[eils[un]g BM.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Jelonek „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

Hat Kyaw am 13. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ackermann „z. w. V.“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte D4 unterrichten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 311, Bd. 154125.

⁶ Zur Frage einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Entwicklung und Herstellung von Raketen im Irak vgl. AAPD 1988, I, Dok. 116.⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. den Artikel „Alles ganz harmlos“, DER SPIEGEL, Nr. 13 vom 27. März 1989, S. 170–173.⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für die ddp-Meldung vom 2. April 1989 „Deutsche Firmen sollen Irak zu Raketenzentrum verholfen haben“ vgl. Referat 311, Bd. 154125.

Vgl. den Artikel „Was hier getestet wird, fliegt einmal nach Teheran“, STERN vom 6. April 1989, S. 214–217.

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Referat 431 notierte Informationen aus dem Bundesministerium für Wirtschaft, die Firma MBB habe bezüglich des argentinischen „Condor“-Raketenprojekts „zugegeben, im Jahre 1986 seien in ARG noch bestehende Verpflichtungen abgewickelt worden“. Hierbei habe es sich um die Fertigstellung einer Studie für die Konstruktion eines Flugkörpers gehandelt. Die bisherige Einlassung von MBB, es habe sich 1985, nach Bekanntwerden argentinischer Absichten für eine militärische Verwendung des Condor-Projekts, völlig zurückgezogen, entspreche also offensichtlich nicht den Tatsachen. MBB sei aufgefordert worden, dem BMWi umgehend den genauen Sachverhalt detailliert und schriftlich mitzuteilen. Die US-Seite sei [...] informiert worden, daß die bisherigen Stellungnahmen ergänzt werden müßten. Nach Eingang der MBB-Stellungnahme wird der US-Seite über das AA ein Korrigendum des am 9. Februar 1989 übergebenen Non-papers zugeleitet werden.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154125.

I. 1) „Spiegel“ und „Stern“ (s. Anlagen) behaupten, Irak baue mit Hilfe deutscher Firmen und Techniker ein Raketenforschungszentrum mit Namen „Saad 16“ auf. Hierzu ist dem Auswärtigen Amt folgendes bekannt:

Die Firma Gildemeister ist laut Vertrag vom 14.11.1984 Generalunternehmer für die Errichtung eines Grundlagenforschungszentrums zum Preis von 206 Mio. DM, genannt Saad 16, in der Nähe von Mossul, Irak. Die MBB-Tochter Trans-technica tritt als Unterlieferant für Elektronik auf und wird im Vertrag als main „Know-how“-Partner bezeichnet. Genehmigungen für Dual-use-Zulieferungen zu diesem Projekt wurden seit 1985 bis Anfang 1988 erteilt. (AA wurden Anträge im Wert von insgesamt 14,24 Mio. DM vorgelegt.) Anfang 1988 gingen amerikanische nachrichtendienstliche Hinweise ein, wonach an diesem Forschungszentrum auch militärische Grundlagenforschung und Raketenentwicklung betrieben werden soll. Diese Meldungen wurden vom BND bestätigt. Daraufhin hat die Firma Gildemeister keine Genehmigungen mehr für dieses Projekt erhalten. Sie hatten aufgrund dieser Meldungen, wie in VS-Aufzeichnung vom 27.9.1988 – 424-685/88 VS-v¹⁰ – vorgeschlagen, Lieferungen für dieses Projekt nicht zugestimmt. Nach Angaben der Firma soll das Projekt nahezu fertiggestellt worden sein. Es ist nicht bekannt, ob das Projekt auch ohne die restlichen Zulieferungen der Firma Gildemeister in Betrieb genommen werden kann. Unser Botschafter in Bagdad¹¹ wurde im Februar 1989 in das irakische Außenministerium einbestellt. Irakische Seite zeigte sich verärgert darüber, daß jüngst geplante Ausfuhren der Firma Gildemeister nach Irak nicht mehr abgefertigt worden seien. Irakische Seite hat angedroht, deutsche Firmen bei Aufträgen nicht mehr zu berücksichtigen.

2) Das BMF hat dem Auswärtigen Amt am 9.2.1989 mitgeteilt, daß gegen die Firma Gildemeister Projecta (die auch für das Projekt Saad 16 geliefert hatte) wegen des Verdachts der illegalen Lieferung von Waren und Fertigungsunterlagen für eine Raketentestanlage im Irak von der Staatsanwaltschaft Bielefeld ermittelt werde. Laut „Stern“ haben Durchsuchungen in Geschäfts- und Privaträumen stattgefunden. Nähere Einzelheiten sind im Auswärtigen Amt bisher nicht bekannt. Es ist möglich, daß die Raketentestanlage in Verbindung mit dem Raketenforschungszentrum Saad 16 steht (so behauptet es auch der „Spiegel“). Das Auswärtige Amt hat gegenüber der Staatsanwaltschaft Bielefeld die Frage der erheblichen Störung der auswärtigen Beziehungen (§ 34 AWG¹², Straftat) bejaht, falls sich der Verdacht bewahrheitet.

3) Nach einer Meldung des BND vom 29.4.1988 sollen deutsche Raketenfachleute Hilfestellung bei der Reichweitenerweiterung von irakischen Scud-B-Raketen

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ackermann vermerkte für Bundesminister Genscher: „Das BMWi hat das AA um Stellungnahme zu acht Anträgen der Firma Gildemeister auf Genehmigung des Exports von elektronischen Teilen, Lasergeräten und Ersatzteilen hierfür im Wert von insgesamt 2,15 Mio. DM nach Irak gebeten. Es handelt sich ausschließlich um Dual-use-Güter, die für ein irakisches Forschungszentrum in der Nähe von Mossul, genannt Saad 16, bestimmt sind. [...] Anfang 1988 ging jedoch ein (US-) nachrichtendienstlicher Hinweis ein, wonach es sich bei Saad 16 um ein Forschungszentrum für Raketenentwicklung handelt.“ Vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1988.

¹¹ Richard Ellerkmann.

¹² Für den Wortlaut von § 34 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.

§ 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

Zu den weiteren Bemühungen um eine Änderung vgl. Dok. 9, Anm. 11.

sowjetischen Ursprungs geleistet haben. Auch in der Presse war dies behauptet worden. Die Firma MBB, die in dieser Angelegenheit auch mit dem BND im Gespräch stand, hat angegeben, daß Beschäftigte der Firma MBB an einer solchen angeblichen Raketenreichweitenerweiterung nicht beteiligt gewesen waren und sind. Das BMWi hat in dieser Sache mit MBB auch ein Gespräch geführt und auf die Sensitivität einer solchen möglichen Beteiligung hingewiesen. MBB hat dem BMWi versichert, daß eine solche Beteiligung nicht beabsichtigt sei. Die Bundesregierung hat auf entsprechende parlamentarische Anfrage geantwortet, daß sie nicht über Informationen verfüge, daß eine deutsche Firma an einem angeblichen Umbau von Scud-Raketen im Irak beteiligt gewesen sei.¹³

4) Es gab Pressemeldungen, wonach deutsche Raketentechniker im Irak irakischem Militär bei der Bedienung von Roland-Flugabwehrraketen geholfen haben sollen. Die Prüfung ergab, daß Frankreich in eigener Verantwortung Roland-Flugabwehrraketen, die in Koproduktion mit der Firma MBB hergestellt werden, nach Irak geliefert hat. Es ist möglich, daß deutsche Staatsangehörige aufgrund von Individualverträgen mit der französischen Firma Euromissile im Irak bei der Einweisung in die Bedienung von Flugabwehrraketen Roland tätig gewesen sind. Botschaft Bagdad hat berichtet, daß derzeit keine deutschen Staatsangehörigen mehr für die Firma Euromissile im Irak seien. Allerdings müsse berücksichtigt werden, daß es keine Meldepflicht für deutsche Staatsangehörige gegenüber den jeweiligen Botschaften gebe.

5) Die unter Ziffer 1–4 geschilderten Aktivitäten erstrecken sich nur auf den Irak. Was die über 1985 hinausgehende Beteiligung der Firma MBB an der Entwicklung der argentinischen Rakete Condor angeht, wird auf den beigefügten Vermerk des Referats 431 verwiesen. Ergänzend hat BMWi mitgeteilt, daß in Umsetzung bestehender Verträge MBB – entgegen bisheriger Stellungnahme der Firma – bis September/Okttober 1986 „nachgebessert habe“. Im Mai 1986 sei deshalb ein Mitarbeiter von MBB vor Ort gewesen. Dies wurde US-Seite am 31. März mitgeteilt.

6) Die Gesamtproblematik „Weitergabe von Trägertechnologie“ soll am 13.4.1989 im neu gegründeten Ressortkreis für Fragen des Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollrechts besprochen werden.¹⁴

II. 1) Die Tätigkeit deutscher Techniker und Wissenschaftler in Ländern des Nahen Ostens bei der Entwicklung und Herstellung von Raketen ist nach geltendem Recht nur unvollständig kontrollierbar. Seit dem 8.3.1989 ist mit der Neufassung des §45 Abs. 2 Außenwirtschaftsverordnung (BGBl. I 1989, 341) auch die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen über die Fertigung der in der Ausfuhrliste genannten Waren, also auch Raketen, genehmigungspflichtig. Das gleiche gilt für die Weitergabe der in der Ausfuhrliste im einzelnen genannten Technologien, technischen Daten und technischen Verfahren. Sofern deutsche Techniker und Wissenschaftler ohne Genehmigung solche Kenntnisse und Technologien im Zusammenhang mit der Entwicklung und Herstellung

¹³ Vgl. dazu die Antwort der Bundesregierung vom 24. Oktober 1988 zu Ziffer 5 a der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Mechttersheimer und der Fraktion Die Grünen vom 7. September 1988; BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2877 bzw. Nr. 11/3171.

¹⁴ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

von Raketen weitergeben, kann dies als Ordnungswidrigkeit oder als Straftat nach AWG (bei erheblicher Störung der auswärtigen Beziehungen) geahndet werden.

Eine etwa geplante illegale Fortsetzung solcher Tätigkeiten könnte durch Paßversagung oder Paßentziehung¹⁵ gemäß § 7/8 PaßG¹⁶ verhindert werden, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, daß der Paßbewerber oder Paßinhaber schwerwiegende Verstöße gegen Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote oder -beschränkungen begehen will.

2) Nicht kontrolliert werden können nach geltendem Recht bloße Dienstleistungen deutscher Techniker und Wissenschaftler bei der Entwicklung von Raketen im Ausland, wenn dabei die o.g. Kenntnisse oder Technologien nicht weitergegeben werden oder sich die Dienstleistungen auf genehmigungsfreie Waren oder Technologien beziehen (z.B. schlüsselfertige Entwicklung von Raketen durch deutsches Personal vor Ort; Tätigkeit einheimischen Personals beschränkt sich auf bloße Hilfsdienste oder Gründung von Firmen im Ausland, die deutsche Staatsangehörige mit der Entwicklung und Herstellung von Raketen beschäftigen). Nicht kontrolliert werden können nach geltendem Recht auch Schulung und Unterweisung im Gebrauch und Einsatz derartiger Raketen durch deutsche Staatsangehörige. Paßbeschränkende Maßnahmen sind insoweit nicht möglich, da nach geltendem Recht keine Verstöße gegen Ausfuhrrecht bei solchen Dienstleistungen vorliegen.

3) Im Lichte Ihrer im Bezugsgespräch geäußerten Bedenken gegen die unkontrollierte Tätigkeit deutscher Techniker und Wissenschaftler im Ausland bei der Entwicklung und Herstellung von Raketen wäre zu überlegen, ob und wie diese „Lücke“ geschlossen werden kann.

Denkbar ist zum Beispiel, daß eine Genehmigungspflicht¹⁷ für Dienstleistungen von deutschen Staatsangehörigen im Ausland, die im Zusammenhang mit der Entwicklung, Herstellung oder dem Gebrauch von Waren der Liste A (= sonstige Rüstungsgüter) der Ausfuhrliste stehen, eingeführt wird. Als Rechtsgrundlage hierfür käme eine Rechtsverordnung der Bundesregierung gemäß § 7 AWG¹⁸ in Betracht. Dienstleistungen in OECD-Ländern könnten von einer solchen Genehmigungspflicht ausgenommen werden.

Falls eine solche Genehmigungspflicht eingeführt wird, könnten illegale Dienstleistungen durch paßbeschränkende Maßnahmen oder durch die generalpräventive Wirkung der Strafandrohung (bis zu 1 Mio. DM bei Ordnungswidrigkeit,

¹⁵ Die Wörter „Paßversagung oder Paßentziehung“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist in der Praxis sehr schwierig, auch unter Zuständigkeitsgesichtspunkten.“

¹⁶ Für den Wortlaut von § 7 und § 8 des Paßgesetzes vom 19. April 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 539.

¹⁷ Dieses Wort und der Absatz wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Ferner notierte Genscher handschriftlich: „Brief an BK, BMF, BMWi, BMJ. 1) Genehmigungspflicht fordern, das würde die logische Ergänzung zu den strafrechtlichen Bestimmungen sein. 2) Paßentzug: Ja. 3) Untersuchen, welche Konsequenzen für MBB möglich sind. BMVg muß auf dieses Verhalten der Firma verwiesen werden. 4) W[ieder]v[or]lage 14.4.“ Vgl. Anm. 5.

¹⁸ Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bei Gefährdung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland) oder bei gesetzestreuem Verhalten durch Ablehnung der Genehmigung verhindert werden.

Es ist geplant, diese Überlegung zur Schließung einer „Lücke“ bei der Sitzung des Ressortkreises Außenwirtschaft am 13.4.1989 zur Sprache zu bringen.

RL 431¹⁹ hat mitgezeichnet.

Ackermann

Referat 311, Bd. 154125

83

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Günzburg

4. April 1989¹

Informelles Treffen des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 4. April 1989 in Günzburg;

hier: Wesentliche Ergebnisse

Gesprächsteilnehmer: der Bundeskanzler, MD Teltschik, MDg Neuer, VLR I Bitterlich, Frau Siebourg; der Staatspräsident, M. Attali, M. Védrine, Mme. Guigou, Mme. Scheuer-Pujol.

Über die bei dem Treffen behandelten Gesprächsthemen ist im wesentlichen festzuhalten:

1) Vorbereitung Wirtschaftsgipfel Paris²

- Einigkeit darüber, daß Umweltschutz und die Verschuldung der Schwellenländer prioritäre Themen des Gipfels bilden sollen.
- Der *Bundeskanzler* betont die Notwendigkeit, daß Gipfel in Fortführung von Toronto³ und der Konferenz von Den Haag⁴ den globalen Umweltschutz voranbringen müsse. Er verweist darauf, daß US-Präsident Bush in dieser Frage

¹⁹ Adolf Ritter von Wagner.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 10. April 1989 gefertigt und am 11. April 1989 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Ihre Entscheidung, ob eine Kopie dieses Vermerks BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übermittelt werden kann.“

Hat Schäuble am 13. April 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein.“ Ferner vermerkte er: „Teltschik.“

Hat Teltschik am 19. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Bitterlich verfügte.

Hat Bitterlich am 21. April 1989 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34085.

² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

⁴ Zur Umweltkonferenz am 11./12. März 1989 vgl. Dok. 40, Anm. 38.

offener sei als Reagan. Er nimmt Bezug auf den in der Weltbank anhängigen Brasilien-Kredit⁵, der ihm Kopfzerbrechen bereite. Ihm sei bewußt, daß diese Frage schwierig sei, auch wegen der brasilianischen Souveränitätseinwände. Wenn nicht garantiert sei, daß die Regenwälder geschützt würden, würden wir dem Kredit nicht zustimmen. Andererseits müsse man auch klar sehen, daß die Industrieländer zu einem Beitrag bereit sein müßten, wenn die Entwicklungsländer auf den Schutz der Umwelt Rücksicht nähmen. Er habe dem Präsidenten durch den deutschen Sherpa StS Tietmeyer erste Vorschläge zum Themenkomplex Umwelt, die man in den kommenden Monaten zu einer gemeinsamen Initiative ausbauen könne.⁶

Der *Präsident* sagt Prüfung dieser Vorschläge zu und pflichtet dem Bundeskanzler bei, daß Gipfel weiterführendes Signal setzen müsse. Er gibt zu bedenken, daß bisher kaum eine Umwelt-Initiative in ihrer Außenwirkung überzeugt habe. Man müsse sich daher überlegen, die Arbeitsmethoden zu ändern.

- Der Präsident greift die Verschuldung der Schwellenländer auf, auch insoweit müsse Gipfel überzeugendes Ergebnis bringen. Die USA seien dabei, ihre Haltung zu ändern.

Herr *Attali* verweist darauf, daß die Sherpas am kommenden Wochenende (7.–9. April) hierüber sprechen werden: Es gehe um die Methode (Frage der Nutzung der Sonderziehungsrechte) und die Beträge bzw. die erfaßten Länder (alle Schwellenländer oder nur die Klientel der USA).

2) Europapolitik

- Einigkeit darüber, die Europäischen Räte Madrid im Juni⁷ und in Frankreich im Dezember⁸ gemeinsam vorzubereiten und die Kerndossiers gemeinsam voranzubringen; Einvernehmen darüber, daß 1989 Schlüsseljahr für die Umsetzung der Einheitlichen Akte⁹ darstellt.

- Wirtschafts- und Währungsunion

Einvernehmen darüber, daß man bei erster Diskussion des Berichts¹⁰ in Madrid erste Weichenstellungen und Ausrichtung der weiteren Arbeit erreichen muß, um dann im Dezember Verabschiedung des Stufenplans herbeizuführen.

Nach Vorlage des Berichts muß einerseits Prüfung innerhalb der beiden Regierungen erfolgen. Andererseits parallel hierzu vertraulich gemeinsame Vorbereitung auf Madrid durch Elysée und Kanzleramt durch die Mitarbeiter.

- Steuerharmonisierung

Einigkeit darüber, Frage nicht in Madrid aufzugreifen, dafür müßten im zweiten Halbjahr aber die Anstrengungen bei den direkten wie bei den indirekten Steuern verstärkt werden.

⁵ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

⁶ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁹ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

¹⁰ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

Der *Präsident* erinnert daran, daß Einigung über die Kapitalertragssteuern unverzichtbar für die Herstellung des freien Kapitalverkehrs sei; der *Bundeskanzler* rät dem Präsidenten, über diesen Fragenkomplex unbedingt bald in allem Ernst mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Santer zu sprechen. Er werde das gleiche tun.

– Soziale Dimension¹¹

Einvernehmen über die Notwendigkeit, die bisherigen Fortschritte zielstrebig auszubauen, evtl. schon in Madrid Erklärung über die sozialen Grundrechte zu verabschieden.

– Abbau der Grenzkontrollen für Personen¹²

Der *Bundeskanzler* erinnert daran, daß die Arbeiten in diesem Bereich auf eine gemeinsame Initiative des Präsidenten und von ihm zurückgingen. Angesichts des Standes der Arbeiten und der Bedeutung der Problematik halte er neuen politischen Impuls für dringend notwendig. Um die Grenzen öffnen zu können, seien effiziente Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Hierzu gehörten die Harmonisierung des Asylrechts¹³ wie überzeugende Lösungen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Ohne entscheidende Fortschritte sei es unmöglich, die Grenzen zu öffnen.

Der *Präsident* verweist darauf, daß er im Anschluß an ein vertrauliches Treffen der Mitarbeiter Weisung gegeben habe, diesen Fragenkomplex näher zu prüfen. Die Mitarbeiter sollten gemeinsam Madrid vorbereiten, auch dabei sehen, inwieweit eine gemeinsame Initiative möglich sein könnte.

– EG-Wahlrecht

Einvernehmen darüber, in Madrid Erklärung dahingehend anzustreben, daß EG nach Umsetzung der Einheitlichen Akte ab 1993 stufenweise Wahlrecht, beginnend mit dem Kommunalwahlrecht, einzuführen beabsichtigt.

– Europäischer Rat unter französischer Präsidentschaft

Der *Präsident* unterrichtet den Bundeskanzler, daß er den Ort des ER im Dezember noch nicht festgelegt habe. Viele hätten ihn gebeten, nach Straßburg zu gehen (der Bundeskanzler: „Ich würde dies begrüßen.“); andere würden Paris oder den Süden vorziehen.

– EP Straßburg

Der *Bundeskanzler* betont daß F mehr tun müsse, um Straßburg als Sitz des EP zu erhalten. Der *Präsident* verweist darauf, daß F einen entsprechenden Plan vorbereite. Am 10. April würden ihm entsprechende Vorschläge vorgelegt. Diese umfaßten insbesondere Maßnahmen zur besseren Verkehrsanbindung (Flugzeug, Eisenbahn), aber auch darüber hinausgehende Pläne. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Vorschlag eines europäischen Distrikts Straßburg/Kehl.¹⁴

¹¹ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

¹² Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

¹³ Zu den Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts vgl. Dok. 30.

¹⁴ Vortragender Legationsrat von Rom teilte der Botschaft in Paris am 4. Januar 1989 mit, um die Position Straßburgs gegenüber Brüssel in der Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments und

3) Bilaterale Fragen

- Zweite Endmontagelinie für den Airbus A320 in D¹⁵

Einvernehmen darüber, innerhalb der nächsten drei Monate eine vertrauliche Studie durch Industrieminister Fauroux und PStS Riedl über diese Frage erarbeiten zu lassen; danach Erörterung und Entscheidung durch den Präsidenten und den Bundeskanzler.

Im Gespräch wurde deutliche Zurückhaltung des Präsidenten gegenüber der Schaffung eines zweiten Endmontagestandortes spürbar. Seine Schlußbemerkung nach mehrfachen insistierenden Ausführungen des Bundeskanzlers waren: „Es ist normal, daß ich Toulouse verteidige. Wenn wirklich über die in Toulouse möglichen Kapazitäten hinaus weitere Kapazitäten notwendig sein sollten, werden wir uns verständigen.“

- Konstituierende Sitzung des deutsch-französischen Verteidigungsrats am 20. April 1989¹⁶

Der *Bundeskanzler* betont die Notwendigkeit, daß diese Sitzung nicht den Eindruck bloßer Pflichterfüllung erwecken dürfe, sondern auch mit Blick auf die Öffentlichkeit dort klare politische Perspektiven für die Arbeit des Rats verabschiedet werden müßten.

Der *Präsident* stimmt dem Bundeskanzler zu und sagt zu, neuen Entwurf erarbeiten zu lassen und uns (bis Mitte nächster Woche) zu übermitteln. Problem des Verteidigungsrates sei es, daß diese – im wesentlichen politischen – Fragen in der Zwischenzeit nicht mehr von der politischen Spitze behandelt worden seien.

Auf den Hinweis des Bundeskanzlers auf die in Wien entstandenen Differenzen beim „Zonenkonzept“¹⁷ betont der Präsident, daß dies ein mehr theoretisches, inzwischen ja beigelegtes Problem sei. F habe keinen Grund gesehen, dem entsprechenden Vorschlag von GB und USA zu widersprechen.

- Schnellbahnverbindung

Der *Bundeskanzler* weist den Präsidenten darauf hin, daß aus seiner Sicht im Rahmen der geplanten Schnellverkehrsverbindung Paris–Ostfrankreich–Südwestdeutschland unbedingt eine Strecke über Metz–Saarbrücken–Mann-

Fortsetzung Fußnote von Seite 379

seiner Organe zu stärken, habe eine Reihe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments am 15. September 1988 den Vorschlag eines ‚Europäischen Distrikts‘ unterzeichnet. Dieser sei an Bundeskanzler Kohl und den französischen Staatspräsidenten Mitterrand übermittelt worden: „Der Gedanke eines Europäischen Distrikts ist nach hiesiger Kenntnis vor allem – unter maßgeblicher Beteiligung von deutschen Abgeordneten – in EVP-Fraktion entwickelt worden. [...] Vieles spricht dafür, daß sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Verteidigung der Verbindung des Europäischen Parlaments mit Straßburg verbessert werden könnte, wenn die juristischen und infrastrukturellen Bemühungen und der bisherige Hinweis auf die ‚symbolische Bedeutung‘ Straßburgs noch durch die ‚Vision‘ eines besonderen und einmaligen Status‘ dieser Stadt als Teil eines grenzübergreifenden Europäischen Distrikts ergänz würde.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 410, Bd. 153718.

¹⁵ Zur Frage einer zweiten Endmontagelinie für den „Airbus“ vgl. Dok. 333.

¹⁶ Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

Vgl. dazu auch die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 20. April 1989 in Paris; Dok. 108.

¹⁷ Zum regionalen Ansatz bei den VKSE vgl. Dok. 67.

heim eingeplant werden müsse. Man dürfe das Saarland – in dem die deutsch-französische Verständigung begonnen habe – nicht „abkappen“.

Der *Präsident* verweist auf die laufenden Prüfungen, bei denen die Strecke Paris–Straßburg favorisiert werde; man könne sich aber Abzweigung („bifurcation“) über Metz–Saarbrücken vorstellen.

4) Internationale Fragen

– Polen

Nach ausführlicher Erörterung der Entwicklung in Polen und der Besuchsabsichten des Präsidenten (14.–16.6. in Polen) und des Bundeskanzlers¹⁸ besteht auf Anregung des Bundeskanzlers Einvernehmen, eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung des Reformprozesses ins Auge zu fassen, falls die Gespräche am Runden Tisch¹⁹ Erfolg haben.

– Nahost, insbesondere Libanon

Der *Präsident* gibt seiner tiefen Sorge ob der Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung – die er als Genozid beurteilt – Ausdruck; die zivilisierte Welt betrachte die Entwicklung im Libanon mehr und mehr resigniert-distanziert im Gegensatz zu Südafrika oder Afghanistan, dort protestiere man gegen jeden Toten. Das französische Außenministerium habe bei der Arabischen Liga, bei den USA, der SU demarchiert. Es könne nicht um eine militärische Intervention, sondern nur um energische diplomatische Schritte gehen. Nach kurzer Erörterung über das weitere Vorgehen sind der *Präsident* und der *Bundeskanzler* einig, daß beim EPZ-AM-Treffen Mitte April²⁰ neuer gemeinsamer Vorstoß versucht werden sollte.

Der *Präsident* gibt zu Israel zu bedenken, daß dort eine Bewegung nicht ersichtlich sei. Er habe mit MP Shamir gesprochen – der habe nichts anzubieten, seine Auffassung sei eher „mystisch“. Er wolle nur mit den USA und der SU verhandeln und Europa raushalten. Er, Mitterrand, werde demnächst Arafat in F empfangen²¹ (er habe nicht von den Angeboten Mubaraks, Ben Alis und

¹⁸ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, zur Vorbereitung eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 16, Anm. 12.

Botschafter Schoeller, Warschau, teilte am 11. April 1989 mit: „MD Teltschik hat sich – in Begleitung von VLR I Dr. Kaestner – am 6./7.4. zur vierten Runde der Gespräche zur Vorbereitung eines BK-Besuchs mit AL Kucza in Warschau aufgehalten.“ Teltschik habe dargelegt, er „sei sich mit AL Kucza darin einig, daß noch mindestens zwei weitere Treffen erforderlich seien, von denen das nächste voraussichtlich in der mit dem 8. Mai beginnenden Woche in Bonn stattfinden werde. Am 7.4. traf MD Teltschik mit MP Rakowski zusammen. Auch Rakowski habe sich zufrieden über den bisherigen Verlauf der Gespräche der beiden Beauftragten geäußert und Verständnis für den Wunsch des BK gezeigt, den ursprünglich für Mai geplanten Besuch in Polen auf den Sommer zu verschieben. Zu dem von MD Teltschik übermittelten neuen Terminvorschlag (18.–21. Juli) habe Rakowski sich noch nicht definitiv geäußert, jedoch eine Reaktion innerhalb der nächsten Wochen in Aussicht gestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 645; VS-Bd. 13520 (214); B 150, Aktenkopien 1989.

¹⁹ Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

²⁰ Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 15./16. April 1989 in Granada statt. Themen waren die künftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, die Ost-West-Beziehungen sowie die Lage im Nahen Osten, in Südafrika und auf Zypern. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Berger vom 16. April 1989; Referat 200, Bd. 144220.

²¹ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1989 in Frankreich auf.

Chadlis Gebrauch machen wollen, Arafat auf deren Territorium zu sehen) – dies bedeute nicht, daß F den palästinensischen Staat anerkenne; er trage dem Rechnung, daß die PLO eine Macht sei, die spätestens seit Algier²² zähle – spreche man nicht mit ihr, dränge man sie um so mehr in den Terrorismus. Er, Mitterrand, sei ein Freund Israels und werde Israels Interessen verteidigen.

Der *Bundeskanzler* betont, er sei sich darüber nicht im klaren, was Arafat wirklich wolle. Arabische Extremisten hätten die letzten Wahlen in Israel²³ entscheidend beeinflußt.

Er weist darauf hin, daß die neue US-Administration dabei sei, die Nahostpolitik zu überdenken – sie, vor allem Baker, der insoweit nüchterner sei, wolle verhindern, daß die USA als Gegner der arabischen Welt dastehen.

Auf die Frage des Präsidenten nach dem weiteren Vorgehen Ds bekräftigt der Bundeskanzler, daß wir nicht an der Spitze von Initiativen stehen könnten. Z. Zt. seien die Bedingungen für Fortschritte seit langer Zeit günstig. Hussein und Mubarak seien vernünftige Politiker, die man unterstützen müsse; der IWF solle Mubarak helfen²⁴ (Mitterrand: ja). Die Nachfolger könnten nicht so hilfreich sein.

5) Vor dem Gang zur gemeinsamen Pressekonferenz verständigen sich der Bundeskanzler und der Präsident darauf, über die Vorbereitung des NATO-Gipfels²⁵, insbesondere zum Gesamtkonzept, in Verbindung zu bleiben und hierüber auch im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 19./20. April²⁶ zu sprechen.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34085

²² In Algier fand vom 20. bis 25. April 1987 die Tagung des Palestinian National Council statt. In der Presse wurde dazu berichtet: „Für Arafat ist die Konferenz des Nationalrats der Palästinenser (PNC) ein großer politischer und persönlicher Erfolg, der zugleich das Comeback der PLO als ernst zu nehmende politische Größe im Machtpoker des Nahen Ostens einleitet. Dem PLO-Chef ist in Algier die Wiedervereinigung der beiden mächtigsten Splittergruppen mit seiner Befreiungsorganisation gelungen.“ Bereits im Vorfeld habe Arafat „den Weg für einen Schulterschluß mit der Volksfront von Habasch und Hawatmehs Demokratischer Front“ geebnet: „Arafats Erfolg beruht vor allem auf Zugeständnissen gegenüber den Verfechtern einer harten Linie im palästinensischen Lager.“ Vgl. den Artikel „Neue Geschlossenheit“; DIE ZEIT vom 1. Mai 1987, S. 6. Vgl. dazu ferner die Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988 in Algier; EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

²³ In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen und am 28. Februar 1989 Kommunalwahlen statt.

²⁴ Zu den Beziehungen zwischen Ägypten und dem IWF vgl. Dok. 65, Anm. 5 und 11.

²⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

²⁶ Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 106 und Dok. 109.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werndl

615-425.40/5

4. April 1989

Vermerk über das informelle Treffen der für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 30./31. März 1989 in Santiago de Compostela

Teilnehmer: s. Anlage 1¹

A. Hauptthemen des Treffens waren

I. Audiovisuelle (AV) Medien

II. Buchpolitik

Daneben stellten SP und F ihre gemeinsam gegründete Stiftung zur Förderung der Pilgerwege nach Santiago de Compostela vor. Wir sprachen am Rande das Thema „Öffnung des Projekts Europäische Stadt der Kultur für europäische Staaten außerhalb der EG“ an (u. a. Kandidatur Budapests).

I. AV-Medien

SP Vorsitz² hatte hierzu in einem einführenden Papier drei Themenbereiche herausgegriffen, auf die sich die Erörterungen konzentrieren sollten:

- 1) Beibehaltung der nationalstaatlichen Beihilfen für die Filmproduktion,
- 2) Mehrwertsteuer (MwSt.) und Film,
- 3) das AV EUREKA-Programm.

In ihren einleitenden Ausführungen erläuterte die EG-Kommission (Kommissar Dondelinger) zunächst nochmals ihre Auffassung zu den (in anderen Gremien behandelten) Themen „Fernsehen ohne Grenzen“ und „hochauflösendes Fernsehen“ – was eine Reihe von Bemerkungen von seiten der Delegationen auslöste, ohne daß die Diskussion darüber jedoch vertieft wurde –, konzentrierte sich dann aber auf den Bereich AV-Produktion, den sie, wie eine Reihe anderer Sprecher, als den Schwachpunkt im europäischen AV-Bereich bezeichnete.

StM Gölter wies in seinen einleitenden Bemerkungen auf die besondere Problematik einer Gleichsetzung von Europa und EG gerade im Kulturbereich hin und sprach sich, auch unter Hinweis auf den deutschen Sprachraum und die Teilung Deutschlands, für Offenheit und Durchlässigkeit über die EG hinaus – auch nach 1992³ – aus. Er wurde damit ausdrücklich unterstützt von GB, I und SP Vorsitz. EGK erklärte, sie sei nicht gegen Öffnung auch gegenüber Osteuropa, aber man solle sich nicht nur in eine Richtung öffnen.

Zu den im einleitenden Papier aufgeworfenen Fragen ergab sich im wesentlichen folgendes Bild (unsere Positionen, wie sie auch im Laufe der Diskussion vorgetragen wurden, sind aus der als Anlage 2⁴ beigefügten Gesprächsunterlage ersichtlich):

¹ Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. B 91 (Referat 615), Bd. 547.

² Spanien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

³ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Referats 615 vom 28. März 1989 vgl. B 91 (Referat 615), Bd. 547.

Zu 1) Beibehaltung nationaler Beihilfen

Das Thema wurde überwiegend in der übergeordneten Perspektive des Verhältnisses von Binnenmarkt und Erhaltung der kulturellen Identität bzw. Vielfalt gesehen. Alle Delegationen sprachen sich gegen eine Gleichbehandlung von kulturellen Gütern und Dienstleistungen mit solchen rein wirtschaftlichen Charakters aus und verlangten eine angemessene Berücksichtigung des kulturellen Aspektes. Zu den nationalen Beihilfen für die Filmproduktion bestand Übereinstimmung darüber, daß sie, jedenfalls bis auf weiteres, beibehalten werden sollten. Einige Delegationen äußerten sich offen gegenüber einer Ablösung der nationalen Beihilfen durch ein befriedigendes Gemeinschaftssystem (GR, I, B, LUX). SP und I sprachen sich für Beibehaltung der nationalen Beihilfe und ergänzende, indirekt unterstützende Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene aus (z.B. steuerliche Maßnahmen außerhalb MwSt.). EGK versicherte am Ende der Diskussion, sie habe nicht die Absicht, die bestehenden nationalen Beihilfesysteme abzuschaffen – jedenfalls nicht ohne Ausgleich.

Zu 2) MwSt. und Film

Es bestand Übereinstimmung, daß aus kulturpolitischer Sicht ein möglichst niedriger MwSt.-Satz wünschenswert sei. Angesichts des starken Auseinanderklaffens der in den einzelnen MS geltenden Sätze war klar, daß man sich auf eine genauer bezifferte Höhe des Wünschenswerten nicht würde einigen können. (Wir setzten uns für allgemeine Einführung des bei uns und in einigen anderen MS jetzt geltenden halben Satzes als realistischen Kompromiß ein.) Es wurde deshalb ein allgemein gehaltener Appell (bei der formellen Tagung am 18.5. 1989⁵) an die Finanzminister, in deren Zuständigkeit die Behandlung der Gesamthematik MwSt. liegt, ins Auge gefaßt, bei der Harmonisierung der MwSt. für den Filmbereich einen niedrigeren als den im vorliegenden Vorschlag enthaltenen Regelsatz festzulegen.

EGK will entsprechende Formulierung für den 18.5. ausarbeiten.

Zu 3) Das AV EUREKA-Programm

Im Mittelpunkt des Interesses stand die Vorbereitung und Einberufung der von Präsident Mitterrand in seinen Vorschlägen für den Europäischen Rat in Rhodos⁶ angekündigten „Tagungen unter Beteiligung der interessierten Staaten und der betroffenen Fachleute“. Hierauf bezog sich auch der Kern des von der EGK erstatteten Fortschrittberichts:

Konferenz solle im Herbst (Ende September/Anfang Oktober) stattfinden.⁷ Danach solle ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden, das zum Jahresende dem Europäischen Rat grundsätzliche Schlußfolgerungen erlaube, die dann im einzelnen noch fertig ausgearbeitet werden müßten.

Zur Vorbereitung der Konferenz im Herbst (Einladender wahrscheinlich F als Präsidentschaft, Ort Paris) werde EGK in den nächsten Wochen Gruppen von

⁵ Am 18. Mai 1989 fand in Brüssel die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Kulturfragen zuständigen Minister statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1989, S. 93.

⁶ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

⁷ Vom 30. September bis 2. Oktober 1989 fand in Paris eine Tagung über audiovisuelle Medien statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1989, S. 36 f.

Fachleuten zusammenstellen. Hierfür – wie für die gesamte Vorbereitung – erbitte sie die Unterstützung der Kulturminister. Sie werde bei der Tagung am 18.5.1989 weiteren Bericht erstatten.

Alle Delegationen bekundeten ihr Interesse und ihre Bereitschaft zur konstruktiven Mitwirkung an den weiteren Überlegungen und Arbeiten.

II. Buchpolitik

Dies ist das aktuellste Thema im Kulturbereich für die allernächste Zeit. SP hat es ganz oben auf die Prioritätsliste seiner Präsidentschaft in diesem Bereich gesetzt und keinen Zweifel daran gelassen, daß es bei der formellen Tagung am 18.5.1989 konkrete Entscheidungen anstrebt.

Diskussionsgrundlagen waren das Arbeitsdokument der EGK vom 1.3.1989 und das einführende Papier des Vorsitzes, das die Themen

- Urheberrecht,
- MwSt. und
- Schaffung eines Europäischen Literaturpreises

besonders herausstellte.

Die ausführlichen und teilweise bis in kleinste Details gehenden Erörterungen (unsere Position mit Angabe unserer Prioritäten und vorläufiger Stellungnahme zum EGK-Papier, wie sie im Laufe der Debatte vorgetragen wurde – s. Anlage 3⁸) ergaben ein recht unterschiedliches und z.T. diffuses Bild. Sie wurden vom Vorsitz folgendermaßen zusammengefaßt:

- 1) Die kulturelle Dimension bei der europäischen Zusammenarbeit müsse verstärkt und in ihrer besonderen Eigenart berücksichtigt werden.
- 2) Das EGK-Dokument finde grundsätzliche Unterstützung (was nicht zutrifft).
- 3) Im Hinblick auf Entscheidungen am 18.5.1989 könne man Übereinstimmung in folgenden Zielsetzungen feststellen:
 - Verringerung des MwSt.-Satzes unter den Regelsatz (evtl. Appell an die Finanzminister, eine Spanne von 0 bis 6 % festzulegen);
 - Schaffung eines Europäischen Literaturpreises (der in der Diskussion ständig mit dem durch Entschließung im Prinzip bereits gebilligten Übersetzerpreis vermischt wurde) in Verbindung mit dem Projekt „Europäische Stadt der Kultur“;
 - Zusammenarbeit zwischen Buch- und Fernsehbereich mit dem Ziel der Leseförderung;
 - Beendigung der Diskussion um die nationale Buchpreisbindung (die kein MS angetastet wissen will);
 - weitere Überlegungen zum Urheberrecht (das in der Diskussion besonders sparsam und zurückhaltend angesprochen worden war).

EGK faßte (vom Vorsitz dazu aufgefordert) ihr Verständnis von den Ergebnissen und ihre weiteren Absichten folgendermaßen zusammen:

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte, nicht gezeichnete Aufzeichnung zur Buchpolitik vgl. B 91 (Referat 615), Bd. 547.

Für eine baldige Entscheidung würden sich eignen:

- Übersetzungsförderung;
- Schaffung eines Europäischen Literaturpreises;
- Bibliothekszusammenarbeit: Hier handle es sich um Projekt im Bereich Technologie. EGK (Kommissare Pandolfi und Dondelinger) werde innerhalb der nächsten Monate ein konkretes Programm unterbreiten mit einem finanziellen Umfang von 100 Mio. ECU für fünf Jahre;
- Übersetzer Ausbildung (besondere Berücksichtigung von Minderheitssprachen);
- MwSt.: EGK werde für 18.5. eine für alle akzeptable Formulierung erarbeiten (für Appell an Finanzminister).

Im übrigen sei EGK bereit, kulturelle Güter und Dienstleistungen („biens culturels“) in ihrer Eigenart zu unterstützen.

Zur nationalen Buchpreisbindung habe sie ihre Auffassung von 1985 (nichts unternehmen) nicht geändert. Es frage sich, ob eine Gemeinschaftsregelung wirklich nötig sei. Sie beabsichtige jedenfalls nicht, sich in unbekanntes Gelände zu begeben. Die Fragezeichen zu den geltenden nationalen Regelungen kämen nicht von ihr, sondern vom EuGH.

Das Problem dabei seien die nationalen Grenzen überschreitenden Sprachgrenzen. Hier könne es zu Marktverzerrungen kommen. Man müsse dieses Problem sorgfältig untersuchen.

Ebenso müßten die Probleme im Verlagswesen untersucht und weiterverfolgt werden.

Zum weiteren Vorgehen kündigte Dondelinger an, EGK werde formelle Mitteilung in zwei Wochen verabschieden (er ließ offen, ob in der vorliegenden oder einer im Lichte der Ministerdiskussion überarbeiteten Form) und dem Parlament zuleiten. Die Kulturminister könnten dann am 18.5.1989 das gesamte Paket behandeln.

III. Pilgerwege nach Santiago de Compostela⁹

SP und F¹⁰ Kulturminister nutzten die Gelegenheit, in Anwesenheit spanischer Presse und Fernsehens eine Vereinbarung über die Gründung einer Stiftung zur Förderung der Pilgerwege nach Santiago de Compostela (gemeinsames Programm EG–Europarat) zu unterzeichnen. Sie forderten alle interessierten Staaten zum Beitritt auf. Nähere Einzelheiten, insbesondere Umfang der finanziellen Beiträge, sind noch unbekannt. Außer EGK, die Bereitschaft zur Beteiligung erklärte, falls gewünscht, und I, das allgemeines Interesse an der Schaffung derartiger Projekte zum Ausdruck brachte, äußerte sich keine Delegation zur Stiftung.

⁹ Referat 615 vermerkte am 28. März 1989: „Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt EG–Europarat im Rahmen der Bemühungen um die Erforschung europäischer Kulturstraßen und deren Verankerung im Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit. Hauptaktionen: Markierung der Routen mit einem gemeinsamen Emblem, Abhaltung und Koordinierung thematisch einschlägiger Veranstaltungen, Restaurierung von Baudenkmälern. Die Pilgerwege nach Santiago de Compostela schließen deutsches Gebiet ein. Der Europarat hat im Herbst [etzten] J[ahres] zusammen mit dem Deutschen Komitee für Denkmalschutz und der Deutschen St.-Jakobus-Gesellschaft einen auch von [der] Bundesregierung (AA) finanziell unterstützten Kongreß zu diesem Thema in Bamberg veranstaltet.“ Vgl. B 91 (Referat 615), Bd. 547.

¹⁰ Jack Lang.

IV. Öffnung der kulturellen Zusammenarbeit, insbesondere des Projekts „Europäische Stadt der Kultur“, für europäische Drittländer

Nachdem wir SP Präsidentschaft am Rande des Treffens unter Bezugnahme auf das in Athen¹¹ erzielte Einvernehmen zum weiteren Vorgehen angesprochen und über Demarche des ungarischen Gesandten im AA am 20.3.1989 zur Kandidatur Budapests¹² unterrichtet hatten, informierte SP Kulturminister am Ende des Treffens seine Kollegen darüber, daß es zu diesem Thema Kontakte mit Drittstaaten gebe, in deren Rahmen er in den nächsten Wochen auch nach Ungarn und Polen reisen werde.

V. Förderung des Kulturschaffens durch Unternehmen

Unter „Verschiedenes“ gab GB seiner Befriedigung Ausdruck über Follow-up der (unter GB-Vorsitz 1986¹³) verabschiedeten EntschlieÙung zum o. a. Thema durch Einrichtung eines kleinen Sekretariats. EGK teilte mit, sie übernehme die Finanzierung des Sekretariats für drei Jahre.

B. Das informelle Treffen erbrachte eine substantielle Diskussion und brauchbare Orientierungen für die weiteren Arbeiten, insbesondere im Buchbereich.

Im Sektor AV-Produktion laufen die Dinge auf die Tagung Ende September/Anfang Oktober zu. Wir werden hier zunächst und in erster Linie darauf achten müssen, daß in die von der EGK zu bildenden Fachgruppen von deutscher Seite qualifizierte Vertreter entsandt werden.

Im Buchbereich werden wir dagegen sehr schnell in Entscheidungszwänge kommen. Die SP Seite – ihr Kulturminister Semprún ist als Schriftsteller ganz persönlich engagiert – wird am 18.5.1989 ein präsentables Paket verabschieden wollen. Der Bundeskanzler hat am 6.2.89 bei der Pressekonferenz zum Abschluß der deutsch-spanischen Gipfelkonsultationen in Sevilla¹⁴ u. a. erklärt: „Unser Interesse ist, daß die spanische Präsidentschaft einen exzeptionellen Erfolg hat. Ich will hier dankbar vermerken, daß auch Spanien ebenso wie unsere französischen Freunde, ..., uns sehr geholfen haben, jetzt vor einem Jahr, daß die deutsche Präsidentschaft¹⁵ ein Erfolg wird.“

Wir sind also politisch in der Pflicht, uns zumindest zu bemühen. Andererseits wird es schwierig sein, insbesondere auf Länderseite, überhaupt zu Entscheidungen bis zum 18.5. zu kommen. Wenn wir am 18.5. Lösungen erreichen wollen, die sowohl für uns als auch die übrigen MS akzeptabel sind, müssen wir sehr schnell, möglichst im Verbund mit gleichgesinnten MS, der Präsidentschaft und der EGK, signalisieren, wie solche Lösungen aus unserer Sicht aussehen

¹¹ Die für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten kamen am 29. November 1988 in Athen zu einem informellen Treffen zusammen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 347.

¹² Vortragende Legationsrätin von Malsen-Tilborch notierte am 21. März 1989: „Am 20.3.1989 suchte der ungarische Gesandte Peisch in Begleitung des Kulturattachés Szürös D6 auf, um vor dem informellen Kulturministertreffen am 30./31.3. in Santiago de Compostela das ungarische Interesse an einer Nominierung von Budapest als Kulturstadt Europas zu bekräftigen. Als bevorzugten Termin nannte er 1995, da dann auch gemeinsam mit Wien die Weltausstellung geplant sei, mit der sich die „Kulturstadt“ wirkungsvoll (und für die Veranstalter ökonomisch) verbinden lieÙe [...]. D6 verwies unter Erläuterung der Hintergründe in der EG auf unsere positive Haltung zu dieser Frage; für 1995 bewerbe sich Luxemburg; die deutsche Delegation werde aber die ungarische Bitte bei den informellen Erörterungen der Minister erneut unterstützen.“ Vgl. B 91 (Referat 615), Bd. 547.

¹³ Großbritannien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1986 inne.

¹⁴ Für die deutsch-spanischen Konsultationen vgl. Dok. 32.

¹⁵ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

sollten bzw. was für uns evtl. akzeptabel und was keinesfalls akzeptabel ist. Dazu wäre eine zumindest vorläufige Meinungsbildung rechtzeitig vor der Tagung des Ausschusses für Kulturfragen am 26.4.1989 (letzte Tagung vor dem 18.5.) erforderlich und eine definitive Entscheidung dann bis 18.5.1989.

C. Trotz fester Zusicherungen aus Madrid und Brüssel war die Sprachenfrage¹⁶ auch bei dieser Tagung für uns unbefriedigend geregelt. Es wurde zwar aus dem Deutschen, aber nicht ins Deutsche gedolmetscht (nur ins Englische, Französische, Spanische und Italienische). Auch die SP Präsidentschaft gab sich überascht. Der Sprachendienst habe ihr volle Deutsch-Dolmetschung zugesagt.

Angesichts der wiederholten Nichteinhaltung von festen Zusagen werden wir – spätestens bei Anberaumung des nächsten informellen Ministertreffens – im Ausschuß für Kulturfragen zu Protokoll erklären, daß wir uns im Falle der Wiederholung nicht an der Diskussion beteiligen werden.

Werndl

B 91 (Referat 615), Bd. 547

85

Gespräch des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington

VS-NfD

5. April 1989¹

Besuch des Vorsitzenden der SPD, MdB Dr. Vogel, in Washington vom 2. bis 5.4.1989;

hier: Gespräch mit Präsident Bush am 5.4.89

An dem halbstündigen Gespräch in freundlicher Atmosphäre nahmen teil:

von amerikanischer Seite: Gen. Scowcroft, sein Stellvertreter Gates, Botschafter Blackwill, Botschafterin Ridgway;

von deutscher Seite: MdB Voigt, Botschafter².

¹⁶ In einer Aufzeichnung der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel vom 17. April 1989 hieß es: „1) Das Ziel unserer Politik hinsichtlich des Gebrauchs der deutschen Sprache in der Gemeinschaft muß auf der Basis der bestehenden Bestimmungen definiert werden. Die generelle Forderung nach einer Vollsprachenregelung ist unrealistisch. Sie würde kontraproduzent wirken und die Entwicklung zur Zweisprachenregelung Französisch/Englisch nur weiter fördern. Die Vollsprachenregelung muß allerdings aufrechterhalten werden bei Dokumenten und Arbeitspapieren. [...] In der Frage der Konferenzsprachen müßte der Status quo erhalten bleiben. Bei Ratssitzungen gilt das Vollsprachenregime. In den KOM-Sitzungen wird aus Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch in Deutsch, Englisch und Französisch übersetzt. Im AStV gilt eine Dreisprachenregelung Deutsch, Englisch, Französisch. [...] 2) Von den Deutschen in den Gemeinschaftsinstitutionen ist eine Unterstützung unseres Petitions in der Regel nicht zu erwarten: Deutsche Beamte bei der KOM sind wie Angehörige kleinerer MS bereit, fremde Sprachen zu benutzen. Die Fremdsprachenschwäche von Franzosen und Briten bestimmt in der Regel Umgangs- und Konferenzsprache.“ Vgl. Referat E 10, Bd. 162242.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruhfus, Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 1506 vom 5. April 1989 übermittelt. Vgl. Referat 220, Bd. 144785.

² Jürgen Ruhfus.

Präsident begrüßte Dr. Vogel. Er wies hin auf enge und gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung Dr. Kohl. Die gute Zusammenarbeit USA/Bundesrepublik sei für die Allianz sehr wichtig. *Dr. Vogel* dankte für kontinuierliche Kontakte seiner Partei zur Regierung. SPD habe sich bemüht, auch in schwierigen Zeiten guten Kontakt zu halten. Seit 1987 habe es 70 Besuche von Mitgliedern seiner Partei in Washington gegeben. Die Vereinigten Staaten seien die führende Macht des Westens und im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich der bedeutendste Partner der Bundesrepublik. Seine Partei könne auf eine 126-jährige Geschichte zurückblicken, in der viele Mitglieder Zuflucht in den USA gesucht hätten. Die Liste der Punkte, in denen es ähnliche oder übereinstimmende Ansichten gebe, habe zugenommen. *Dr. Vogel* nannte: Seine Partei sei sehr zufrieden, daß man in der Einschätzung der Bemühungen Gorbatschows nahe beieinander liege. *Dr. Vogel* nannte ähnliche Einschätzung der Persönlichkeit Gorbatschows, Würdigung der Bemühungen im südlichen Afrika, Engagement der Regierung im Mittleren Osten unter Einbeziehung der Kontakte zur PLO. Besonders beeindruckt habe die neue Linie der Administration gegenüber Zentralamerika. Die Erkenntnisse, daß die globalen Probleme zunähmen und daß man für sie Mittel aus weniger nützlichen Bereichen freimachen müsse.

Es gebe unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Modernisierung. Er habe hierüber mit Gen. Scowcroft eingehend gesprochen. Man habe übereingestimmt, daß beide Seiten hier unterschiedlicher Ansicht seien („agreed to disagree“). Ferner bestünden Differenzen, wie reagiert werden solle, wenn Gorbatschow die dritte Null-Lösung anbiete. *Präsident* verwies auf die Ausführungen von Gen. Scowcroft (vgl. hierzu gesonderten Bericht³). Die USA wünschten eine starke und eng zusammenhaltende Allianz. Man wolle nichts verzögern, aber mit Vorsicht auf die Entwicklung in der Sowjetunion eingehen. Diese Entwicklung biete Herausforderungen und Chancen. Er habe persönlichen Kontakt mit Generalsekretär Gorbatschow. Bakers Rundreise zu den europäischen Hauptstädten⁴ habe betont, welche Bedeutung seine Regierung dem Zusammenhalt des Bündnisses beimesse. Gorbatschow dürfe nicht den Eindruck gewinnen, daß er die Verbündeten gegeneinander ausspielen könne. Deshalb komme den Fragen einer

³ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 5. April 1989 über das Gespräch des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, am selben Tag: „Unterschiede gebe es – so Dr. Vogel – im Bereich der Lance-Modernisierung und im Bereich der SNF-Rüstungskontrolle. Bei der Modernisierung von Lance sei die Linie der SPD ein klares Nein, während die Bundesregierung dafür eintrete, daß die Entscheidung erst 1991/92 notwendig sei. Scowcroft antwortete, die US-Regierung sei anderer Ansicht, sie trete nachdrücklich dafür ein, ein nukleares Abschreckungspotential zu erhalten. Nukleare Systeme seien in Europa aus militärischen und aus psychologischen Gründen stationiert worden. Die INF würden vernichtet. Die nuklearen Fähigkeiten des Bündnisses könnten jetzt nicht weiter abgebaut werden, bis man wisse, was bei den Abrüstungsgesprächen im konventionellen Bereich herauskomme. [...] Auf Frage von Dr. Vogel, was geschehe, wenn Gorbatschow die dritte Null-Lösung anbiete, antwortete Scowcroft: Dann werde unsere Antwort Nein sein. Auf die Frage, was der Westen sage, wenn Gorbatschow bereit sei, auf ein Niveau unterhalb der westlichen Stärke zu reduzieren, erwiderte Scowcroft: Dies müßte man sich genau ansehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1503; Referat 201, Bd. 151173.

⁴ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Am 11. Februar besuchte er Island, am 11./12. Februar Großbritannien, am 13. Februar Dänemark und Norwegen, am 14. Februar Griechenland und die Türkei, am 14./15. Februar Italien, am 15. Februar Portugal und Spanien, vom 15. bis 17. Februar Belgien und die NATO, am 16. Februar Luxemburg und die Niederlande sowie am 17. Februar 1989 Frankreich. Zu Bakers Besuch in der Bundesrepublik vgl. Dok. 40 und Dok. 41.

einheitlichen Haltung zu flexible response⁵ und Modernisierung große Bedeutung zu.

Präsident ging sodann auf Zentralamerika über. Er hoffe, daß die neue Linie von den sozialistischen Politikern in Europa verstanden werde. Arias habe gestern in Washington⁶ öffentlich erklärt, der Ball sei im Feld der Sandinistas, die ihren Versprechungen für freie Wahlen und Demokratie⁷ nachkommen müßten. Die Sowjetunion müsse ihre Hilfe von 1/2 bis 1 Milliarde Dollar an Nicaragua beenden. Präsident bat Dr. Vogel, sich in diesem Sinne bei anderen führenden Politikern in der Sozialistischen Internationale einzusetzen.

Dr. Vogel betonte, es sei notwendig, einen möglichst engen Meinungsaustausch über die politischen Ereignisse und die Politik von Gorbatschow zu haben. Er wies auf die soeben erfolgte Einigung am Runden Tisch in Polen hin.⁸ Es sei nötig, den Polen zu helfen, auch um Wałęsa zu unterstützen.

Dr. Vogel wies darauf hin, daß die Diskussion in seiner Partei über die Zugehörigkeit zur NATO beendet sei und daß die Plattform der SPD klare Aussagen zur NATO-Mitgliedschaft enthalte. Seine Partei sei gegen Modernisierung. Die Lance könnten noch jahrelang eingesetzt werden, völlig neue Systeme mit wesentlich größerer Reichweite und stärkerer Zerstörungskraft könnten nicht als Modernisierung angesehen werden.

Reagans Zentralamerika-Politik der militärischen Intervention habe seine Partei nicht verstanden. Die neue Linie eröffne die Chance für Zusammenarbeit. Wischniewski sei bereit, zu Gesprächen mit der Administration nach Washington zu kommen. Seine Partei habe stets auf Fortschritte bei der Demokratisierung gedrängt.

Präsident betonte zu Nicaragua, die Errichtung der Demokratie und gesicherte Wahlen seien für ihn die Mindestforderung. Er bat *Dr. Vogel*, GS Gorbatschow bei seinem Besuch in Moskau⁹ mitzuteilen, er, Bush, habe seine Meinung nicht geändert.

Dr. Vogel wies abschließend darauf hin, falls die SPD im nächsten Jahr an die Regierung komme, werde es Erneuerung und Wechsel geben, aber keinen Bruch in den wichtigen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. *Präsident* betonte die engen, guten und festen Beziehungen zur Bundesrepublik. Seine Teilnahme an den Feierlichkeiten in Krefeld¹⁰ habe deutlich gemacht, wie weit die Beziehungen in die Geschichte zurückreichten. Die Allianz sei von großer Bedeutung für Deutschland, für die USA und für die freie Welt.

Dr. Vogel hat den Text vor seinem Abflug nicht gesehen.

Referat 220, Bd. 144785

⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁶ Der costaricanische Präsident Arias hielt sich am 4. April 1989 in den USA auf.

⁷ Zu den vorgesehenen Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 55, Anm. 2.

⁸ Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

⁹ Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 10. bis 13. April 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 93.

¹⁰ Anlässlich der Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Auswanderung Deutscher in die USA hielt sich der amerikanische Vizepräsident Bush am 25. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 189.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors in Paris

6. April 1989¹

Teilnehmer: der Bundeskanzler, StM Dr. Stavenhagen, MDg Dr. Neuer, VLR I Bitterlich, Frau Siebourg; Präsident Delors, Herr Lamy, Herr Burghardt (zeitw.), Herr van der Pas, Frau Friedrich.

Aus dem Treffen ist im wesentlichen festzuhalten:

1) Nach einer einführenden Erläuterung der innenpolitischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland spricht der *Bundeskanzler* zunächst die Vorschläge der EG-Kommission für die diesjährige Agrarpreisrunde² an. Diese Vorschläge gingen in ihren Auswirkungen auf die Preise weit über die im Februar 1988 beschlossenen Stabilisatoren³ hinaus, sie hätten für erhebliche Unruhe bei den Bauern gesorgt. Sie seien daher für Bundesregierung gerade in der jetzigen Lage inakzeptabel.

Auf Bitte des Bundeskanzlers erläutert StM *Dr. Stavenhagen* die Bedenken im einzelnen. Die Preissenkungen dürften nicht über die Auswirkungen der Anwendung der Stabilisatoren hinausgehen. Die deutschen Bauern fühlten sich zudem doppelt bestraft, da bei uns als einzigem Land echt von den Flächenstillegungen Gebrauch gemacht werde.

Der *Bundeskanzler* bittet Präsident Delors, hierüber vor dem nächsten Agrarrat diskret mit BM Kiechle zu sprechen. (Anm.: Termin ist inzwischen vereinbart.⁴) Frage sei deswegen so wichtig, da man die Europawahl⁵ zu einer Abstimmung gegen ihn machen wolle. Er weist darüber hinaus auf die Unruhe bei den deutschen Weinbauern hin. Er bitte den Präsidenten, insoweit zu intervenieren. Er habe das konkrete Problem, um das es gehe, in einem Brief beschrieben, den er hiermit dem Präsidenten übergebe.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 11. April 1989 gefertigt und am 12. April 1989 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Ihre Entscheidung, ob eine Kopie des Vermerks BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übermittelt werden kann.“

Hat Schäuble am 14. April 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein!“ Ferner vermerkte er: „Teltschik.“

Hat Teltschik am 19. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Bitterlich verfügte.

Hat Bitterlich am 20. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Thiele, Bundeskanzleramt, „zur persö[n]lichen Kenntnis“ verfügte.

Hat Thiele am 25. April 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34022.

² Die EG-Kommission nahm am 18. Januar 1989 die Vorschläge für die Agrarpreise, die flankierenden Maßnahmen und die Anpassung der Währungsregelung für die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1989/90 an. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1989, S. 28–39.

³ Auf seiner Tagung vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel beschloß der Europäische Rat die Einführung neuer Agrarstabilisatoren, u. a. für Getreide sowie Ölsaaten und Eiweißpflanzen, die bereits bestehende Agrarstabilisatoren ergänzen sollten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1988, S. 14–17. Zur Tagung vgl. AAPD 1988, I, Dok. 59.

⁴ Bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22. April 1989 in Luxemburg wurde eine Einigung über die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1989/90 erzielt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1989, S. 47–56.

⁵ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

Der *Präsident* sagt zu, mit BM Kiechle zu sprechen und sich gegenüber der Kommission für die deutschen Anliegen zu verwenden. Voraussetzung hierfür sei aber Gelingen des angelaufenen GATT-Treffens in Genf⁶ und dabei insbesondere, den USA und Australien Vorwand stärkeren Drucks auf die EG zu nehmen. Problem der EG sei dabei einerseits bislang Haltung der USA und andererseits, daß zwei Mitgliedstaaten – GB und NL – Konzessionen forderten, die über die Beschlüsse vom Februar 1988 hinausgingen. Die Regierungschefs dieser beiden Länder hätten diese Forderung kürzlich in einem Brief an ihn und die Regierungschefs bekräftigt.

Der *Bundeskanzler* sagt dem *Präsidenten* zu, sofort an MP Lubbers und PM Thatcher zu schreiben und deren Forderungen zurückzuweisen. Er bietet dem *Präsidenten* seine Hilfe auch gegenüber den USA für den Fall an, daß die Probleme in Genf nicht geregelt werden könnten bzw. ein Scheitern drohe.

Der *Präsident* sagt zu, mit StM Dr. Stavenhagen Kontakt zu halten, und fragt nach der deutschen Haltung zum Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge: ob D nicht mehr am Kompromiß vom Juni 1987⁷ festhalten wolle?

StM *Stavenhagen* verweist auf die zusätzliche preissenkende Wirkung des Abbaus bei einzelnen Produkten und nochmals auf die anstehende Europawahl.

Der *Präsident* sagt zu, diese Fragen zu prüfen. Ggf. könne man daran denken, Schritt über die Europawahl hinaus zu verschieben.

2) Der *Bundeskanzler* spricht sodann, auch mit Blick auf den Wirtschaftsgipfel⁸, die Beziehungen zu den USA an. Die Bush-Administration sei aufgeschlossener gegenüber Europa. Es sei sehr wichtig, diese Chance zu nutzen und insbesondere den Amerikanern die Grundphilosophie der EG stärker zu verdeutlichen. Die Änderung der Haltung der Amerikaner habe sich im Falle Polen gezeigt. Er habe hierzu mit *Präsident Mitterrand* eine wichtige gemeinsame Erklärung verabredet, die man wahrscheinlich noch heute abgeben werde.⁹ Er hoffe, nach dem Wirtschaftsgipfel nach Warschau zu reisen.¹⁰ Sein Ziel sei es, die Reformbestrebungen in Polen und Ungarn zu unterstützen. Die EG müsse ermessen, was die Entwicklung in Osteuropa bedeute: einen Erfolg unserer Ideen.

Der *Präsident* pflichtet dem bei und erläutert, daß er gerade aus dieser Analyse heraus in seiner Rede am 17. Januar in Straßburg¹¹ die Öffnung gegenüber den

⁶ Vom 5. bis 8. April 1989 fand in Genf der Abschluß der Halbzeit-Evaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT statt. Vgl. dazu Dok. 103.

⁷ Nach der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30. Juni und 1. Juli 1987 in Brüssel vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 1. Juli 1987 zur Regelung des Währungsausgleichs: „Der positive Währungsausgleich wird in einer Weise bis zum Wirtschaftsjahr 1989/90 abgebaut, daß eine dauerhafte Senkung der deutschen Preise insoweit verhindert wird. Die Fortführung des Einkommensausgleichs im bisherigen Umfang über den 31. Dezember 1988 hinaus ist politisch abgesichert. Das neue Währungsausgleichssystem verhindert weiterhin das Entstehen eines positiven Währungsausgleichs.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168703. Zur Tagung vgl. BULLETIN DER EG 6/1987, S. 17–19 und S. 61–68.

⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten *Mitterrand* vom 6. April 1989 zum Abschluß der Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (März/April), S. 48.

¹⁰ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors im Europäischen Parlament vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1989, S. 5–22.

EFTA-Ländern und Osteuropa vorgeschlagen habe. Ungarischer MP¹² habe ihm gegenüber mehrmals die grundlegende Bedeutung und den positiven Einfluß der EG für Osteuropa und für das COMECON verdeutlicht.

3) Vorbereitung Wirtschaftsgipfel

Der *Bundeskanzler* fragt den Präsidenten, ob er es für opportun halte, beim ER in Madrid¹³ hierüber zu sprechen. Präsident Mitterrand und er seien sich einig, daß Verschuldung und Umwelt prioritäre Themen des Wirtschaftsgipfels bilden sollten.

Der *Präsident* verweist auf den Wirtschaftsgipfel in Toronto¹⁴, wo gerade der Zusammenhalt der Europäer zur Überzeugung der USA in der Verschuldungsfrage beigetragen habe. Gleiches gelte für Paris. MP González wolle daher in Madrid gemeinsame Haltung zur Verschuldung der Schwellenländer herbeiführen und werde dazu auch einen Vorschlag vorlegen. Wirtschaftsgipfel müsse auch zur Umwelt unbedingt weiterführendes Signal setzen. Er habe aber gewisse Zweifel, ob ER hierfür gute Vorbereitung leisten könne – er werde den Wunsch des Bundeskanzlers nach einer Diskussion beider Schwerpunktthemen in Madrid mit MP González aufnehmen. In der Sache habe der Bundeskanzler völlig recht. Wir bräuchten beim globalen Umweltschutz rasch einen entscheidenden Schritt nach vorn. Dies gelte für die Regenwald-Problematik und für internationale Umweltschutzregeln, wie der Unfall vor Alaska¹⁵ bewiesen habe.

Der *Bundeskanzler* betont, daß in bezug auf den Regenwald die Botschaft an die Entwicklungsländer lauten müsse: Wir helfen euch, wenn ihr die Umwelt schützt.

Der *Präsident* pflichtet dann bei: Die Industrieländer könnten nur dann überzeugend wirken, wenn sie mehr (andere) Exporte aufnehmen und bei der Verschuldung helfen.

4) EG-Wahlrecht

Der *Bundeskanzler* berichtet über das Ergebnis seines Gesprächs mit Staatspräsident Mitterrand in Günzburg¹⁶, in Madrid die stufenweise Einführung des EG-Wahlrechts ab 1993 anzukündigen.

Der *Präsident* berichtet, daß MP González weiter gehen wolle: Einführung des aktiven Wahlrechts sofort, des passiven Wahlrechts in einem zweiten Schritt.

Auf Einwurf des *Bundeskanzlers*, daß er dies für nicht mehrheitsfähig halte, sagt der *Präsident* zu, im Sinne des Bundeskanzlers bei MP González zu intervenieren. Man müsse aber daran denken, das EP von diesem Ansatz zu überzeugen.

¹² Miklós Németh.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

¹⁵ In der Presse wurde berichtet: „Bei einem Tankerunglück vor der Südküste Alaskas sind am Osterwochenende mehr als 40 Millionen Liter Rohöl ausgelaufen und bedrohen die Flora und Fauna im Prinz-Wilhelm-Sund. Nach Angaben der amerikanischen Küstenwacht vom Montag hat sich die Fläche des Ölteppichs, der sich nach dem Unfall des Supertankers ‚Exxon Valdez‘ gebildet hat, inzwischen auf 260 Quadratkilometer verdoppelt. [...] Als Schiffseigner teilte der Ölkonzern Exxon mit, das 300 Meter lange Schiff sei zum Unglückszeitpunkt vorschriftswidrig vom Dritten Offizier gesteuert worden, während der Kapitän nicht auf der Kommandobrücke gewesen sei.“ Vgl. den Artikel „Alaskas Küste droht eine Ölpest“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. März 1989, S. 1.

¹⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 4. April 1989 vgl. Dok. 83.

5) Abbau der Grenzkontrollen¹⁷

Der *Bundeskanzler* betont die Notwendigkeit eingehender Aussprache in Madrid auf Grundlage des Berichts der Koordinatorengruppe. Hierüber sei er sich mit Staatspräsident Mitterrand einig. Um die Grenzen öffnen zu können, müßten wir insbesondere in zwei Bereichen entscheidend vorankommen: einerseits in der grenzüberschreitenden Kriminalität (mit Ziel europäischer Bundespolizei) und andererseits in der Harmonisierung der Asylpolitik¹⁸.

Nach eingehender Erläuterung der Entwicklung und Lage bei uns (Aus- und Umsiedler, Ausländer, Asylbewerber) hebt der Bundeskanzler hervor, D könne weder Einwanderungsland sein, noch wollten wir ein Problem für die anderen darstellen. Es sei unbedingt notwendig, in Madrid erste Diskussion zu führen und Weichenstellungen für die weitere Arbeit einzuleiten.

Der *Präsident* verweist darauf, daß der Bericht der Koordinatorengruppe das Gesamtproblem nicht werde abdecken können. Kommission habe hierzu intern manche Vorarbeiten geleistet, die den Mitarbeitern des Bundeskanzlers bekannt seien. Hierzu gehöre auch die Harmonisierung des Asylrechts. Er könne dem Bundeskanzler anbieten, daß enge Mitarbeiter rechtzeitig vertraulich eine Art „Status-Bericht“ erarbeiten könnten, um mit dessen Hilfe die Regierungschefs in Madrid zu sensibilisieren.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

6) Soziale Dimension

Auf Bitten des Bundeskanzlers erläutert Präsident *Delors*, daß er darauf hoffe, in Madrid Zustimmung von Frau Thatcher für eine Erklärung zu erhalten, die aus fünf Punkten bestehe:

- Kampf gegen Arbeitslosigkeit (EG habe wesentlich dazu beigetragen, 1,8 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen);
- Bedeutung der Strukturpolitiken;
- Fortschritte bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zum Schutz am Arbeitsplatz;
- Gesellschaft europäischen Rechts (Erläuterung der bekannten drei Modelle unter Klarstellung, daß innerhalb Ds kein Weg an der Mitbestimmung vorbeiführt; GB könne schlecht nein sagen, da eines der Modelle, die Betriebsvereinbarung, GB-Lage entspreche);
- Sozialer Dialog, der nach dem Treffen vom 12. Januar¹⁹ mit den Themen berufliche Fortbildung und europäischer Arbeitsmarkt gut laufe.

Hingegen könne man die Bekräftigung der sozialen Grundrechte wahrscheinlich erst für Dezember ins Auge fassen. Er hoffe, bis dahin auch den DGB-Vorsitzenden Breit von seinem Ansatz überzeugt zu haben. Breit wolle, daß aus der Charta der sozialen Grundrechte²⁰ unmittelbar eine Umsetzung in Gemeinschaftsrecht

¹⁷ Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

¹⁸ Zu den Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts vgl. Dok. 30.

¹⁹ Am 12. Januar 1989 fand in Brüssel ein Treffen von Vertretern der EG-Kommission unter Leitung des Präsidenten Delors mit Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden auf europäischer Ebene sowie aus den EG-Mitgliedstaaten im Rahmen des „sozialen Dialogs“ statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1989, S. 11–13.

²⁰ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

im Sinne einer Verpflichtung hergeleitet werde. Dies sei aber in der EG nicht konsensfähig.

Der Präsident erwähnt in bezug auf den ER in Madrid noch kurz, daß er die Staats- und Regierungschefs bitten werde, die Vorhaben zur Krebsbekämpfung zu unterstützen.

7) Wirtschafts- und Währungsunion²¹

Der *Bundeskanzler* bezieht sich auf die Ergebnisse seines Gesprächs mit Staatspräsident Mitterrand vom 4. April in Günzburg: In Madrid könne nur erste Diskussion erfolgen, in der man gewisse Weichenstellungen vornehmen, die Richtung für die weiteren Arbeiten vorgeben müsse, um dann im Dezember beim ER unter französischer Präsidentschaft²² die endgültigen Entscheidungen zu treffen. Pöhl habe ihm den grundsätzlichen Ansatz erläutert, den er – der Bundeskanzler – für einen vernünftigen Weg halte. Diesen werde er auch unterstützen. Pöhl wisse dies. Über die vom Präsidenten erwähnten Probleme aus der letzten Sitzung habe er mit Pöhl gesprochen; der Präsident solle diese nicht überbewerten. Er werde vor der Schlußsitzung noch einmal mit Pöhl sprechen und werde in der nächsten oder spätestens übernächsten Woche mit dem Präsidenten telefonieren. Er wolle an dieser Stelle nochmals klar sagen, er wolle ein vernünftiges Ergebnis beim ER im Dezember.

8) Im übrigen bestand Einvernehmen über die zentrale Bedeutung der Umsetzung der Einheitlichen Akte zum 31. Dezember 1992.²³ Der Bundeskanzler und der Präsident stimmten darin überein, alles daran zu setzen, die dadurch entstandene Dynamik voll zum Erfolg zu führen.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34022

87

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege

209-369.21 VS-NfD

6. April 1989¹

Ortez

Zur WEU-Ministertagung am 3. April 1989²

I. Die diesjährige Frühjahrstagung des Rats der WEU auf Ministerebene war vor allem der Diskussion aktueller Fragen der europäischen Sicherheitspolitik gewidmet.

²¹ Zur Arbeit des Delors-Ausschusses vgl. Dok. 15.

Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

²² Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

²³ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹ Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Erck am 6. April 1989 an Referat 012 übermittelt „mit der Bitte um möglichst umgehende Absetzung“. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 202 (209), Bd. 148842.

² Die WEU-Ministerratstagung fand am 3./4. April 1989 in London statt.

Die Minister hatten einen eingehenden Meinungsaustausch über die gerade in Wien begonnenen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa und weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.³ Man war sich einig, daß die Verhandlungen ermutigend und geschäftsmäßig begonnen haben und der Osten ernsthaft auf westliche Vorschläge eingehe, insbesondere auf das Konzept gleicher Obergrenzen unterhalb des Niveaus der schwächeren Seite. Wegen der Komplexität der Verhandlungen sei allerdings mit mehrjähriger Dauer zu rechnen.

Einige Verhandlungsaspekte wurden vertieft erörtert. Zu dem geographischen Ansatz stellten die Minister eindeutig und einmütig fest, daß der westliche Verhandlungsvorschlag den ganzen Raum vom Atlantik bis zum Ural erfasse; Zwischenobergrenzen für bestimmte Einheiten hätten nur die Funktion, destabilisierende Konzentrationen zu verhindern; Zonen oder Korridorkonzepte wurden entschieden abgelehnt. Auch der französische Außenminister Dumas stellte klar, daß der westliche Verhandlungsvorschlag ein unteilbares Ganzes sei; Zwischenobergrenzen hätten allein technischen Charakter.

Die östliche Forderung nach sofortiger Einbeziehung von Flugzeugen wurde vom Mandat⁴ her nicht bestritten (F reserviert), jedoch darauf hingewiesen, daß erhebliche praktische Probleme (wie Definition, Mobilität, Verifikation) einem baldigen Abkommen entgegenstehen und der Osten dafür die Verantwortung trage. Der östliche Versuch, zwischen defensiven und offensiven Flugzeugen zu unterscheiden und damit die große Überlegenheit des Ostens bei Jägern zu bewahren, wurde als willkürlich abgelehnt. BM Scholz regte an, dem Osten zu gegebener Zeit verbindlich in Aussicht zu stellen, daß Flugzeuge in einem weiteren Schritt erfaßt werden.

Die Minister bestätigten außerdem erneut das Engagement der WEU-Staaten für die Genfer CW-Verhandlungen.⁵ Die Notwendigkeit einer stärkeren Transparenz im Bereich chemischer Waffen wurde hervorgehoben.

Neben diesen Themen der Rüstungskontrolle diskutierten die Minister die sowjetischen Absichten bezüglich Westeuropas. Es bestand Einigkeit, daß die sowjetische Politik in einem erstaunlichen und grundsätzlichen Wandel begriffen sei.

³ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

⁴ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

⁵ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 32, Anm. 20.

Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 27. April 1989: „Am 27.4.1989 abschließende diesjährige Frühjahrssitzung der Genfer Abrüstungskonferenz war gekennzeichnet von den Bemühungen zur Beschleunigung und Intensivierung der Verhandlungen zum umfassenden Verbot chemischer Waffen. Das vom Vorsitzenden des CW-Ad-hoc-Ausschusses vorgelegte ehrgeizige Programm zu einer gemäß Kommuniqué der Pariser Konferenz geforderten Verdoppelung der Anstrengungen setzte sich inhaltlich und organisatorisch zu Lasten der anderen traditionellen Tagesordnungspunkte durch. Es gelang der Konferenz jedoch nicht, der rüstungskontrollpolitischen Konjunktur entsprechend eine problemangemessene Konzentration auf den zentralen Gegenstand CW durchzuhalten. Mit der parallelen Fortführung der Beratungen bzw. Verhandlungen zu allen Tagesordnungspunkten ist die Konferenz schnell an die Grenzen des inhaltlich, materiell und personell Leistbaren gestoßen. Den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen, deren technische und juristische Komplexität weiter zugenommen hat, sind dadurch heraushebenswerte Erfolge ebenso versagt geblieben wie Erfolge in den anderen Erörterungs- und Verhandlungsbereichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1111/1112; Referat 222, Bd. 162073.

Die Minister stimmten in der Bewertung überein, daß die SU bessere Beziehungen zu Westeuropa wünsche. Während der britische Vorsitz (AM Howe) jedoch besonders die weiterbestehende Bedrohung und die sowjetischen Absichten einer Denuklearisierung Westeuropas hervorhob, haben wir (StM Schäfer) ausgeführt, daß die neue sowjetische Politik zu einer Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen geführt habe, die kaum noch umkehrbar sei. Dies zeige sich sowohl in weltweitem Maßstab (veränderte politische und wirtschaftliche Beziehungen der SU zu den USA, Beilegung der Regionalkonflikte, sowjetische Nahostinitiative) wie auch in den Beziehungen der SU zu Westeuropa (VKSE/VSBM, KSZE-Prozeß, veränderte Haltung der SU zur EG, Aufwertung des europäischen Faktors in sowjetischer Politik). StM Schäfer setzte sich dafür ein, nicht in einem Status-quo-Denken zu verharren. Es gelte vielmehr, die sowjetischen Schritte als Angebot zu verstehen und auf die eigene Dynamik zu vertrauen. Die Entwicklung sei von der Konfrontation über die Koexistenz zur Kooperation gegangen. Auch F (AM Dumas) betonte den substantiellen Charakter der Änderungen in der sowjetischen Politik. Dieser zeige sich vor allem in der Haltung der SU gegenüber Westeuropa. Es sei offenbar das sowjetische Ziel, die Teilung des alten Kontinents zu überwinden. Auch F strebe dieses Ziel seit langem an. Man müsse deshalb die sowjetischen Angebote sorgfältig prüfen. Gleichzeitig gelte es aber auch, die westeuropäischen Interessen mit Entschiedenheit zu wahren. Die neuen Verhandlungen in Wien seien jetzt der Test für die weitere Entwicklung.

II. Die Minister behandelten im übrigen die folgende TO:

Die erfolgreiche Koordinierungsleistung der WEU beim Einsatz von Schiffen im Golf⁶ wurde nochmals hervorgehoben. Mit dieser Aktion, an der alle WEU-Staaten unmittelbar oder durch Kompensationsleistungen teilgenommen haben, wurde die Solidarität Westeuropas gegenüber den USA erneut bekräftigt. Dieses Signal sei in Washington wohl verstanden worden. Die Minister erklärten die grundsätzliche Bereitschaft ihrer Staaten, auch bei künftigen Gelegenheiten in ähnlicher Form wie „Out-of-area“-Ansätzen zusammenzuarbeiten.

Die Minister erörterten außerdem die Aussichten für eine verstärkte westeuropäische Zusammenarbeit im Weltraum.⁷ Insbesondere die Möglichkeit des Einsatzes eines Satelliten für militärische, rüstungskontrollpolitische und zivile Ziele wurde hervorgehoben. Der Rat der WEU wurde damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Hauptstädten bis zum nächsten Ministerrat im Herbst⁸ einen Bericht über die Verbesserung der Zusammenarbeit auf diesem Sektor vorzulegen.

Die Minister unterstützten die Bemühungen um eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei der militärischen Ausbildung. Wegen des knappen Übungsraums

⁶ Zur Entsendung von Marineeinheiten verschiedener WEU-Mitgliedstaaten in den Persischen Golf vgl. AAPD 1988, II, Dok. 245.

⁷ Referat 431 vermerkte am 29. März 1989: „Frankreich hat – als Beitrag zu einer Studie – ein vertrauliches Papier über die mögliche Zusammenarbeit im Weltraum vorgelegt, das eine Reihe von Vorschlägen für die Schaffung eines unabhängigen europäischen Beobachtungssatelliten enthält. Bereits im Dezember 1988 hatte die WEU-Versammlung in Paris die Empfehlung an den Rat gebilligt, im Rahmen der WEU eine europäische Satellitenagentur zu gründen, deren Hauptaufgabe die Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen sein soll.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148772.

⁸ Die WEU-Ministerratstagung fand am 13./14. November 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 21.

und der oft kritischen Haltung der Öffentlichkeit, z.B. in der Frage der Tiefflüge, haben diese Bemühungen besondere Bedeutung. Es wurde auch gefordert, das gemeinsame Training und die Nutzung von Simulatoren zu verstärken.

Die Minister hatten eine Aussprache über die institutionellen Probleme der WEU. Die Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Versammlung der WEU wurden diskutiert, ebenso der französische Vorschlag der Einrichtung eines Instituts für strategische Fragen anstelle der Agenturen in Paris. Der Rat der WEU wurde mit der weiteren Prüfung dieser institutionellen Fragen beauftragt.

Die Minister beschlossen, Griechenland und der Türkei, die den Wunsch nach einem Beitritt zur WEU geäußert hatten, jährliche Konsultationen auf AM-Ebene anzubieten. Diese Konsultationen sollen von der Präsidentschaft durchgeführt werden. Dabei gehen die Minister davon aus, daß die Beitrittswünsche der beiden Staaten auf absehbare Zeit nicht erfüllbar sind. Es bestand Übereinstimmung, daß die WEU jetzt zuerst ihre politische Zielsetzung und ihre rechtliche Struktur überprüfen müsse. Erst danach werden weitere Schritte in der Beitrittsfrage möglich sein.

Die Minister würdigten die erfolgreiche Amtszeit des scheidenden GS Alfred Cahen. Sie stimmten der Ernennung von van Eekelen (NL) zu seinem Nachfolger mit Wirkung vom 15. Mai 1989 zu. Der Rat der WEU wurde beauftragt, zu prüfen, ob die Amtszeit künftiger GSe kürzer sein soll.

III. Wertung

Die Frühjahrstagung des Rats der WEU auf Ministerebene hat erneut gezeigt, daß die WEU ein wichtiges Gremium für Konsultation aktueller Fragen der europäischen Sicherheitspolitik ist. Das Feld der Konsultationen in dieser Organisation hat sich in den letzten Jahren beträchtlich ausgeweitet. In diesem Jahr standen vor allem Fragen der Rüstungskontrolle und die Einschätzung der sowjetischen Abrüstung gegenüber Westeuropa im Vordergrund. Die gleichzeitige Präsenz von Außen- und Verteidigungsministern hat eine umfassende Diskussion dieser für die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen entscheidenden Fragen ermöglicht. Dies hat mit dazu beigetragen, die WEU noch stärker als bisher in den Gesamtzusammenhang unserer Sicherheitspolitik zu stellen.

[gez.] Bettzuege

Referat 202 (209), Bd. 148842

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 407

Aufgabe: 6. April 1989, 16.45 Uhr¹

Ankunft: 6. April 1989, 17.07 Uhr

Betr.: NATO-Gipfel²;
hier: Gipfelerklärung

Bezug: Weisung in Fernkopie vom 4.4.1989³

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Diskussion im Rat am 5.4.1989 zeigte, daß Bündnis sich noch nicht einig darüber ist, wie breit Erklärung angelegt werden soll (für drastische Beschränkung der anzusprechenden Themen: E).

Erhebliche Differenzen bestehen bei Frage, welche Rolle Bündnis in dem sich wandelnden Ost-West-Verhältnis zuzuweisen ist. Während Mehrheit Partner als besondere Aufgabe Allianz in der Zukunft Management und Gestaltung der Veränderungen im West-Ost-Verhältnis sieht⁴, erkennen GB und F diese Rolle nicht an. (F: Die Allianz ist kein Instrument für die Steuerung von Veränderungen. GB: NATO ist eine statische Organisation, die mit Sicherheit befaßt ist und darin ihre Rechtfertigung findet.) Das Bündnis könne nicht Aufgaben z. B. der KSZE, der EG bzw. der OECD (so nur GB) übernehmen.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine interessante Diskussion. Da wird noch viel zu tun sein! S[iehe] Nr. 408.“

Das Büro Staatssekretäre verfügte die Weiterleitung an Botschafter Holik und Ministerialdirigent Roßbach.

Hat Roßbach am 10. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Holik „n[ach] R[ückkehr]“ und Referat 220 „z[ur] g[efälligen] K[enn]nahme“ verfügte.

Hat Holik am 10. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert am 10. April 1989 vorgelegen.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

³ Referat 201 übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel eine Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup vom 4. April 1989. Darin nahm Kastrup Stellung zur Themenvorschlagsliste des NATO-Generalsekretärs Wörner vom 21. März 1989 für die vorgesehene Erklärung bei der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel. Zum Ost-West-Verhältnis wies Kastrup die Ständige Vertretung an, folgende Gedanken zu vertreten: „Unsere Antwort auf die sich bietenden Chancen und Herausforderungen besteht darin, durch Dialog, Zusammenarbeit und sicherheitsgewährende Abrüstung die reformorientierten Entwicklungen in der SU und anderen WP-Staaten in Richtung auf mehr Meinungspluralismus und auf Entfaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen aktiv zu fördern. Wir wollen den politischen Dialog ausbauen, die Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Umwelt vertiefen und konkrete Verbesserungen bei Menschenrechten und menschlichen Kontakten erreichen. Der KSZE-Prozeß und sein dichtes Netz von Folgeveranstaltungen bieten uns hierfür die geeigneten Foren [...]. Es geht uns um einen Wandel in Stabilität sowie systemübergreifende Zusammenarbeit und konstruktiven Wettbewerb, die uns der europäischen Friedensordnung näherbringen sollen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151194.

⁴ Die Wörter „Management“ und „der Veränderungen im West-Ost-Verhältnis sieht“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist etwas anderes als ‚Management der Veränderungen im Osten‘.“

II. Im einzelnen

GS⁵ hatte eingangs betont, daß informelle Ratssitzung vom 8.2.1989⁶ Konsens ergeben habe, daß für Gipfel zusätzlich zum Gesamtkonzept politisch breit angelegte Erklärung ausgearbeitet werden solle, die Fahrplan („road map“) für westliche Agenda bis zum Jahr 2000 enthalten solle. Während beim Gipfel 1988⁷ Prinzipien Bündnisses bekräftigt worden seien, gelte es für kommenden Gipfel, Zukunftsvorstellungen Bündnisses zu umschreiben.

Ich habe die Aussprache, an der sich alle Bündnispartner beteiligten, auf der Grundlage der Bezugsweisung eröffnet (Sprechzettel wurde zirkuliert).

DK wünscht für Erklärung folgenden Aufbau:

- Darstellung Lage und künftige Aufgaben Bündnisses;
- Bewertung Entwicklung in Osteuropa (Änderungen seien willkommen, aber Unsicherheit über weitere Entwicklung, Interesse an Gorbatschows Erfolg, Osten muß Probleme aber selbst lösen, Westen ist bereit zu unterstützen, westliche Sicherheitsinteressen müssen anerkannt werden);
- Probleme der Ost-West-Beziehungen;
- Erörterung der innerwestlichen Beziehungen (europäische Einheit, Burden sharing);
- globale Herausforderungen;
- Schlußbemerkungen.

Rolle des Bündnisses müsse in seiner Veränderung von Verteidigungsorganisation über Krisenmanagement zum Management des Wandels in West-Ost-Beziehungen dargestellt werden.

StV I⁸ sprach sich dafür aus, daß mit Botschaft starkes politisches Signal gesetzt werden müsse. Wenn diese statisch ausfalle, werde man westliche öffentliche Meinung enttäuschen, was Osten in die Hand spiele. Er sprach sich für Betonung „dritter Dimension“ Bündnisses (Wissenschaft, Umwelt usw.) in Erklärung aus.

StV NWG⁹ forderte eine in die Zukunft weisende Erklärung, die Umstand Rechnung tragen müsse, daß sich West-Ost-Beziehungen an historischer Wegekreuzung befänden („dynamische Veränderungen“). Westlicherseits solle man nicht zuschauen, ob Reformbemühungen im Osten scheiterten, vielmehr solle man Osten Zusammenarbeit anbieten. Kontakte müßten vervielfältigt, kooperative Strategien entwickelt werden. Perestroika solle vom Bündnis begrüßt und ermutigt werden. Es sei nicht erforderlich, sich über Gefahr eines Scheiterns breit auszulassen. Sicherheitskonzept Bündnisses dürfe nicht auf militärischen Aspekt verengt werden, vielmehr breiter angelegt werden. Es gelte, kooperative

⁵ Manfred Wörner.

⁶ Korrigiert aus: „9.2.1989“.

Zur Diskussion im Ständigen NATO-Rat am 8. Februar 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 166/167 des Gesandten von Ploetz, Brüssel (NATO), vom selben Tag; Referat 220, Bd. 144786.

⁷ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

⁸ Francesco Paolo Fulci.

⁹ Bjørn Inge Kristvik.

Strategien für Dialog mit Osten zu entwickeln, innerhalb dessen auch kleinere Bündnispartner Rolle zu spielen hätten. Für West-Ost-Beziehungen seien auch gerade Umweltfragen von großer Bedeutung, da Länder beider Bündnisse einen bedeutenden Teil industrialisierter Welt darstellten.

StV B¹⁰ sprach sich dafür aus, daß Bündnis sich zu den fundamentalen Änderungen im Osten positiv stelle – sie seien in unserem Interesse –, aber auch Forderungen nach weiteren Fortschritten geltend machen müsse. Bündnis müsse Perspektiven aufzeigen. Allerdings gelte es, angesichts der dem Änderungsprozeß innewohnenden Unwägbarkeiten vorsichtig zu sein. Bei Behandlung West-West-Verhältnis müsse positive Wirkung europäischen Integrationsprozesses für Bündnis dargestellt werden.

StV NL¹¹ wünschte eine in die Zukunft blickende Erklärung, die Veränderungen begrüßt. Bündnis müsse sich als Manager dieser Veränderungen darstellen, auch im transatlantischen Verhältnis. Dabei sei Passage zur transatlantischen Solidarität und zur positiven Würdigung der europäischen Einigung wichtig, auch um Irritationen in USA über „fortress Europe“ entgegenzuwirken. Wegen unvermeidbarer Überschneidungen mit Text Gesamtkonzepts sei Zeitpunkt Veröffentlichung beider Dokumente wichtig. Er sprach sich für baldige Vorlage ersten Entwurfs Gipfelerklärung durch IS aus, damit Arbeiten hieran nicht unter Zeitdruck gerieten. Dadurch würde auch potentiellen Überraschungen in letzter Minute vorgebaut.

StV US¹² erklärte sich, wie Vorredner, mit Themenliste IS einverstanden. Erklärung müsse über Rhetorik hinausgehen und substantiellen, in Zukunft gerichteten Inhalt haben. Wichtig sei logische Struktur, die zu spezifischen Schlußfolgerungen, möglichst auch einigen Initiativen, führe.

- Eine Präambel solle Erfolg, Grundprinzipien, Ziele, sich verändernde Aufgaben und Notwendigkeit dynamischen Handelns darstellen und Agenda für Zukunft beschreiben. Titel der Erklärung könne daher z. B. lauten: „Alliance Agenda for the Next Decade“ oder „For the New Century“.
- West-West-Teil müsse sich mit sich verstärkender atlantischer Partnerschaft befassen (Hinweis auf Bedeutung gemeinsamen europäischen Binnenmarkts, Burden sharing, gemeinsame Werte, Erhaltung der gemeinsamen Verteidigung.)
- Im Ost-West-Teil müsse Ziel der Überwindung der Teilung Europas angesprochen werden.

Vision Bündnisses eines freien und ungeteilten Europas müsse Gorbatschows Begriff des gemeinsamen europäischen Hauses, der nur auf geographischer Umschreibung beruhe, entgegengestellt werden. „Gemeinsames Haus“ habe trennende Mauer in der Mitte. Teilung Europas dauere zwar an, es zeigten sich aber Möglichkeiten zu ihrer allmählichen Überwindung. Entwicklung zur Freiheit mache im Osten Fortschritte. Diese Entwicklung gelte es zu ermutigen, aber Bedrohung und Herausforderungen für den Westen seien noch nicht vorüber.

¹⁰ Prosper Thuysbaert.

¹¹ Jaap de Hoop Scheffer.

¹² Alton G. Keel.

Er sprach sich für stärkere Instrumentalisierung des KSZE-Prozesses aus (ähnlich StV B und StV NWG).

Es gelte, an SU westliche Forderungen und Herausforderungen zu richten:

- Forderung nach wirtschaftlichem Pluralismus;
- wirtschaftliche Freiheit sei nur durch Gewährung politischer Freiheit zu erreichen;
- freier Handel für freie Menschen;
- Abreißen der Mauer;
- Bewegungsfreiheit für Menschen.

Er unterstütze unseren Vorschlag für Aufnahme Passage über Rüstungskontrolle und Abrüstung, in der östliche Ankündigung einseitiger Reduzierungen zwar begrüßt, westliche Ziele für Verhandlungen in Wien¹³ jedoch betont werden sollen.

Weiteres Thema solle Offenheit und Transparenz sein, etwa mit der Aussage, daß durch Offenheit Friede gefördert werde.

Eine letzte Passage solle eine persönliche Erklärung der Staats- und Regierungschefs sein, die Verpflichtungen bekräftigen, Prinzipien und Grundlagen bestätigen und Engagement für die Zukunft enthalten solle.

Wie NL sei er der Meinung, daß bald über Frage Zeitpunkts Veröffentlichung von Erklärung und Gesamtkonzept entschieden werden müsse.

StV E¹⁴ sprach sich für kurze Erklärung aus, die nur eineinhalb Seiten umfassen solle, jedenfalls keinen umfassenden Katalog vieler Themen darstellen dürfe. Sie solle Vertrauen Bündnisses in die Zukunft zum Ausdruck bringen. Man solle sich insbesondere paternalistischer Ratschläge auf wirtschaftlichem Gebiet an Osten enthalten. Auch Thematik „Burden sharing“ gehöre nicht in Erklärung.

¹⁵StV GB¹⁶ betonte, daß zwischen der Rolle NATO und Erwartungen westlicher Gesellschaft an sie unterschieden werden müsse. Nicht diese hätten Identitätsproblem, sondern NATO. Je optimistischer westliche führende Persönlichkeiten Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis darstellten, desto schärfer stelle sich dies Problem.

NATO sei nicht berufen, Aufgaben der EG, der OECD bzw. der KSZE zu übernehmen. Das Bündnis sei eine Verteidigungsorganisation, die aufgrund ihrer Sicherheitsfunktion notwendigerweise langweilig und statisch¹⁷ wirke. Es sei nicht Manager der Veränderungen im Ost-West-Verhältnis¹⁸. Die Motive, die ihre Gründung erforderlich gemacht hätten, beständen weiter. Öffentlichkeit sei nicht geholfen, wenn wir vor dieser Erkenntnis Augen schlossen. Zwar sei Bedrohung durch Osten geringer, aber Gefahr sei größer geworden. Letztere

¹³ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

¹⁴ Jaime de Ojeda.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 408 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Michael Alexander.

¹⁷ Die Wörter „langweilig und statisch“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht zu fassen!“

¹⁸ Der Passus „nicht Manager der Veränderungen im Ost-West-Verhältnis“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist richtig, aber das ist auch gar nicht gewollt!“

bestehe darin, daß eine nukleare Großmacht sich auf einen Weg begeben habe, auf dem sie weniger stabil und weniger berechenbar geworden sei.¹⁹

Erklärung müsse diese Aspekte berücksichtigen. Zu Beginn müsse dargelegt werden, warum Westen starke und verlässliche Verteidigung, auch in Zeiten Gorbatschows, brauche. Dies sei Grundlage für darauf folgende Botschaft, die nicht ein Weißbuch über alle Weltprobleme werden dürfe. Wichtig sei eine attraktive Sprache. Harmel²⁰ habe Begriffe „Verteidigung und Dialog“ zum Inhalt, er sei gegen Abfassen von Harmel II, doch sollte entsprechende Erklärung unter Begriffen „Dialog und Verteidigung“, dagegen nicht unter Begriff „Kooperation“ stehen. „Burden sharing“ als internes Problem Bündnisses müsse angesprochen werden.

Auch müßten Forderungen an Osten, auf die dieser antworten müsse, gestellt werden (z. B. Abbau der Mauer, Frage, was „Ende Kalten Krieges“ bedeuten würde, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Forderung nach offenen, transparenten Gesellschaften in Osteuropa).

Gesamtkonzept solle am ersten Tag, Erklärung am zweiten Tag Gipfels veröffentlicht werden.

StV TUR²¹ wies auf schwierige Aufgabe Bündnisses hin, eigener Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß NATO auf Änderungen im Osten positiv antworte, andererseits ihre Verteidigungsanstrengungen fortsetze. Es gelte, auf Bildung öffentlicher Meinung aktiv Einfluß zu nehmen und nicht deren Gefangener zu werden.

Strategische Einheit und Unteilbarkeit der Sicherheit müssen betont werden.

Vertreter KAN legte Wert auf Passage über Transparenz. Man solle nicht zuviel Analyse der Situation im Osten betreiben, völlige Veränderung Verhältnisse sei nicht über Nacht zu erwarten.

StV F²² sprach sich wie L für kurze und straffe Erklärung aus. Bedeutung Allianz sei zu würdigen. Frage, was Allianz angesichts sich verändernder Umstände tun werde, müsse behandelt werden. Dazu gehöre auch Behandlung Veränderungen im Westen (Europa).

Herzstück Erklärung müsse Passage über Aufgaben Bündnisses sein. Allianz solle sich dabei nicht wie ein Angeklagter darstellen. Sie erfülle ihre Aufgaben und brauche sich für ihre Existenz nicht zu entschuldigen. Man erwarte zu viel von ihr. Sie sei nicht Instrument für Veränderungen im Osten.²³ Diese vollzögen sich ohne die Allianz, und ohne ihre Einwirkung vielleicht sogar besser. Warum in diesem Zusammenhang von Kooperation bzw. Management des Wandels²⁴ gesprochen werde, verstehe er daher nicht, dies sei nicht Aufgabe des Bünd-

¹⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²⁰ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

²¹ Ünal Ünsal.

²² Gabriel Robin.

²³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Richtig! Aber zu einseitig!“

²⁴ Die Wörter „Management des Wandels“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses Wort ‚management‘ ist in der Tat falsch + gefährlich.“

nisses. Betonung dritter Dimension sei nicht wichtig. Betonung Bedeutung Verteidigung sei wichtig, da strategische Lage zwischen West und Ost sich nicht geändert habe. Fragen wirtschaftlicher Beziehungen zum Osten seien durch KSZE-Prozeß bzw. EG abgedeckt. Europäische Integration sei hilfreich für Bündnis. Notwendigkeit einer besonderen Behandlung „Burden-sharing“-Themas sehe er nicht, über Rhetorik werde man hier nicht hinauskommen. Er verstehe zwar Wunsch, SU westlichen Forderungen etwa im Bereich der Menschenrechte auszusetzen, doch zweifle er an Zweckmäßigkeit solchen Vorgehens. SU könnte auf solche Forderungen eingehen. Was würde das an grundsätzlichen sicherheitspolitischen Fakten ändern?

StV ISL²⁵ erkannte zwar an, daß europäische Integration insgesamt gesehen für Bündnis positiv sei, doch müßten Probleme, die für einige Bündnismitglieder durch weitere Integration entstünden, gelöst werden.

GS kündigte an, daß IS Entwurf einer Erklärung sobald wie möglich vorlegen werde. Datum nannte er nicht. Frühe Vorlage sei auch deshalb nötig, um zu großen Zeitdruck zu vermeiden und Gefahr spät eingebrachter Entwürfe von Bündnispartnern entgegenzuwirken.

[gez.] Hansen

Referat 240 (220), Bd. 163090

89

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag

7. April 1989¹

Der Bundeskanzler empfing Dr. Mittag am 7. April 1989 zu einem etwa einstündigen Gespräch.² Dr. Mittag wurde begleitet von Minister Dr. Beil, dem

²⁵ Einar Benediktsson.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 11. April 1989 an Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, sowie an die Staatssekretäre Priesnitz (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), von Würzen (Bundesministerium für Wirtschaft) und Sudhoff zur Unterrichtung übermittelt.

Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro, Staatssekretär Lautenschlager, die Ministerialdirektoren Jelonek und Kastrup, Ministerialdirigent Höynck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach verfügte.

Hat Jelonek am 14. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Trumpf und Referat 411 verfügte.

Hat Trumpf am 17. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 19. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 2 unten, das ist Weisung BK! Bitte z[u] d[en] A[kten] EG – DDR nehmen.“ Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Leonberger am 19. April 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 411, Bd. 160515.

² Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, besuchte die Bundesrepublik am 6./7. April 1989.

Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Neubauer, und Prof. Dr. Krömke. Auf unserer Seite nahmen BM Dr. Schäuble und MDg Stern teil.

Der *Bundeskanzler* begrüßte ausdrücklich, daß dieses Gespräch jetzt geführt werde. Es gebe die Gelegenheit, alle anstehenden Fragen offen zu erörtern – auch Beschwerden. Er möchte zwei Punkte ansprechen, und zwar erstens die jüngsten Fälle von Schüssen und Gewalt gegen Flüchtlinge.³ Er habe sich bisher in der Öffentlichkeit mit Äußerungen zurückgehalten. Derartige Vorfälle seien jedoch für uns völlig unakzeptabel. Er bedauere, wenn solche Vorfälle zu einer Verschlechterung der Beziehungen führten. Zum anderen möchte er betonen, daß es natürlich Sache der DDR sei, mit wem sie auf unserer Seite sympathisiere. Aber es gebe eine Reihe von Aktivitäten der DDR, die kritische Reaktionen hervorriefen. Er möchte das Verhalten der DDR gegenüber Berlin (West) und auch gegenüber dem Saarland erwähnen (Eisrevue⁴ quasi als Wahlkampfunterstützung). Man müsse sich gegenseitig parteipolitisch richtig einschätzen. Zunächst solle einmal das Wahlergebnis der nächsten Bundestagswahl⁵ abgewartet werden. Öffentlich habe er sich nicht geäußert, aber jetzt möchte er dies deutlich zum Ausdruck bringen. Er wolle nicht, daß Mißmutstimmung aufkomme.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, die Grundsatzposition der Bundesregierung sei unverändert. Wir kämen gut miteinander aus, wenn wir die Grundbedingung akzeptierten, daß es Systemunterschiede gebe. Dies sei die Geschäftsgrundlage. Bei dieser Basis sollten wir es belassen; wir seien bisher damit gut gefahren. Er bat darum, dies auch dem Generalsekretär auszurichten. Falls es Probleme gebe, sollten wir miteinander Kontakt halten, sei es durch Telefongespräche, sei es durch Verabredung von Gesprächen. Weltpolitisch sei ein günstiger Rahmen für uns gegeben. Angesichts der Entwicklung der West-Ost-Beziehungen dürften die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht ausgeklammert werden. Die Entwicklung dürfe nicht an unseren beiden Staaten vorbeigehen.

Dr. Mittag richtete Grüße von Generalsekretär Honecker aus. Der *Bundeskanzler* bat, diese Grüße zu erwidern. *Dr. Mittag* betonte, daß es auch nach seiner Auffassung gut sei, daß zu diesem Zeitpunkt dieses Gespräch geführt werde. Dieses Gespräch habe Tradition. Es gebe Gelegenheit, das zu erörtern, was sonst nicht gesagt werden könne.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach teilte der Botschaft in Moskau am 19. April 1989 mit: „1) Die Zwischenfälle an den Berliner Sektorengrenzen am 5.2.1989 (Fluchtversuch Gueffroy mit tödlichem Ausgang, Verletzung einer Person, deren Flucht vereitelt wurde), am 14.2.89 (Fluchtversuch Notev, der schwimmend das Spreeufer im britischen Sektor bereits erreicht hatte und mit Gewalt zurückgeholt wurde), am 10.3.89 (gescheiterter Fluchtversuch von drei Personen, wobei mindestens eine durch Schüsse verletzt wurde), sind gegenüber der DDR Gegenstand von Demarchen des Bundeskanzleramts, der Ständigen Vertretung sowie des spanischen Botschafters in Berlin (Ost) im Namen der Zwölf, auch im Sinne des Mechanismus des Wiener Abschlußdokuments, gewesen. 2) Gegenüber der SU wurden die ersten beiden Zwischenfälle in Gesprächen der drei AM mit AM Schewardnadse in Wien zur Sprache gebracht. Sowjetischer AM sagte Prüfung zu, ist jedoch in der Zwischenzeit nicht darauf zurückgekommen. Nach entsprechender Absprache in der Vierergruppe hat Foreign Office britische Botschaft Moskau angewiesen, auf möglichst hoher Ebene im SAM im Namen der Drei bezüglich der Zwischenfälle zu demarchieren.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140741.

⁴ Am 23. März 1989 fand in Dillingen an der Saar unter Schirmherrschaft des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine eine Eiskunstlaufgala mit zahlreichen Spitzenathleten aus der DDR, darunter der zweifachen Olympiasiegerin Katarina Witt, statt. Vgl. dazu den Artikel „Eiskunstläufer aus der DDR begeisterten im Saarland“; *NEUES DEUTSCHLAND* vom 25./26. März 1989, S. 7.

⁵ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

Er möchte zunächst zu der Hannover Messe⁶ sagen, daß dort eine gute, freundliche Atmosphäre gewesen sei. Auf vielen Gebieten beginne die Kooperation. Diesen Weg wolle die DDR weitergehen. Auch für mittelständische Firmen bestünden gute Chancen. Die Firmenkooperation sei für die DDR zur Zeit die beste Form der Zusammenarbeit. In Hannover sei die Bedeutung des Gemeinsamen Kommuniqués vom September 1987⁷ deutlich zu spüren gewesen. Dies Kommuniqué sei nicht Papier geblieben; vieles sei umgesetzt worden, weiteres könne und solle verwirklicht werden.

Dr. Mittag wies dann auf die weitere Zunahme des Reiseverkehrs hin und übergab den anliegenden Vermerk mit Reisezahlen.⁸ Der *Bundeskanzler* warf ein, daß er diese Entwicklung ausdrücklich begrüße, ebenso wie die neuen Reiseregeln der DDR.⁹

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Bundeskanzlers erklärte *Dr. Mittag*, die DDR halte sich aus den inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland heraus. Sie führe Gespräche mit den Ländern. Mit MP Späth habe es ein sehr gutes Gespräch gegeben.¹⁰ Bei dessen Besuch seien neue, gute Grundlagen für die Kooperation zwischen Firmen begründet worden. Die Eisrevue habe er nicht gesehen. Es sei eine andere Sache, was daraus politisch gemacht werde.

Dr. Mittag stimmte den Ausführungen des Bundeskanzlers, daß die bisherige Geschäftsgrundlage der Zusammenarbeit trotz der Systemunterschiede beibehalten werden solle, ausdrücklich zu.

Dr. Mittag wies auf die Bedeutung des EG-Binnenmarktes hin. Anstrengungen seien jetzt erforderlich. Es sei vereinbart worden, Gespräche über Standardisierung und Normen aufzunehmen. Hier müsse für die Zukunft vorgesorgt werden.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die große Bedeutung des EG-Binnenmarktes. Viele hätten dies noch nicht begriffen. Jetzt würden die Weichen für die Zukunft

⁶ Die Hannover Messe fand vom 5. bis 12. April 1989 statt.

⁷ Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713. Zum Besuch vgl. AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

⁸ Den Vorgang beigelegt. Für den undatierten Vermerk über „Privatreisen von Bürgern der DDR“ sowie über „Privatreisen von Bürgern der DDR (ohne Alters- und Invalidenrentner)“ vgl. Referat 411, Bd. 160515.

⁹ Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, informierte am 31. März 1989, am folgenden Tag würden Durchführungsbestimmungen zur Reiseverordnung der DDR in Kraft treten: „Künftig erhalten auch Ehegatten die Möglichkeit, zu Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen des anderen Ehepartners zu reisen. Dies gilt auch für lebensgefährliche Erkrankungen und Sterbefälle. [...] Zentraler Punkt der Neuregelung ist die Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten bei Ehepaaren. Es ist zu erwarten, daß es künftig nunmehr vermehrt Ehepaaren wieder gestattet wird, gemeinsam zu Verwandten zu fahren.“ Der Hintergrund dieser Erleichterungen sei die „Verärgerung in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung über die seit dem 1.1.89 geübte restriktive Genehmigungspraxis für Reisen in die [Bundes]R[epublik] Deutschland einschließ[lich] Berlin (West) unterhalb des Rentenalters“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 690; Referat 210, Bd. 140732.

Für den Wortlaut der Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland vom 14. März 1989 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1989, Teil I, S. 119f.

¹⁰ Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth traf am 23. Februar 1989 in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 75.

Für das Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am selben Tag vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 29.

gestellt. Es komme darauf an, diese Weichen richtig zu stellen, um später andere anstehende Probleme (große Bedeutung des pazifischen Raums, Nord-Süd-Konflikt, Umwelt u.a.) bewältigen zu können. Der EG-Binnenmarkt sei eine neue Dimension. Es sei unser Interesse, daß die DDR hier nicht abgehängt werde.¹¹

BM Dr. Schäuble erklärte, wir seien über die Ausführungen der DDR in der letzten Verhandlung über den Ausbau der Eisenbahn Berlin–Hannover¹² – gelinde gesagt – überrascht. Die Vorstellungen der DDR seien nicht realistisch. Es komme darauf an, die Verhandlungen so zu führen, daß die bestehenden Erwartungen erfüllt werden könnten und daß wir bald zu Lösungen kämen. Es könne nur das gemacht werden, was wir uns gegenseitig zumuten könnten.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, bezüglich Berlins bestünden bei der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterschiedliche Auffassungen. Damit hätten wir bisher gelebt. Ein anderer Senat sollte hieran nichts ändern. Bezüglich der Elbe hätten wir uns trotz unterschiedlicher Auffassungen über den Grenzverlauf¹³ auf die Aufnahme von Gesprächen über die Elbereinhaltung geeinigt¹⁴. Auch hieran sollte nichts geändert werden. Das Problem der Reinhaltung müsse gelöst werden. Bezüglich der Verhandlungen über die Eisenbahn Hannover–Berlin befürchte er, daß uns die letzte Verhandlungsrunde zurückwerfen könne.

Dr. Mittag erwiderte, er kenne die letzte Verhandlungsrunde Eisenbahn nicht, er werde sich der Angelegenheit annehmen. Im übrigen sei ihm in Hannover vorgeschlagen worden, eine Magnetbahn zu bauen. Er gehe von dem Grundsatz aus, man solle nie etwas ablehnen, sondern solle alles prüfen.

¹¹ Dieser Satz wurde unterschlängelt und durch Kreuz hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

¹² Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 7. April 1989 über das fünfte Expertengespräch zum Schnellbahnprojekt Berlin–Hannover am Vortag: „Einziges Ziel der ganztägigen Sitzung war es, nähere Aufklärung über die neue DDR-Konzeption eines drei- statt zweigleisigen Ausbaus der Nordtrasse und über das uns am 31.3.89 präsentierte Kostengerüst zu erhalten. [...] Neu ist, daß die DDR mit uns nur über den geforderten Kostenanteil am Projekt in Höhe von 6,0 Mrd. DM verhandeln will. Die Gesamtaufwendung, die sie zur Realisierung der Strecke zu erbringen habe, sei ihre interne Angelegenheit und könne nicht Gegenstand der Gespräche mit uns sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 752; Referat 210, Bd. 140742.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 29. Juli 1987, die DDR strebe „in der Grenzkommission eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe ‚entsprechend dem internationalen Recht‘ (Flußmitte) an“. Weiter führte Lambach aus: „Die Grenzfeststellung im Elbe-Bereich ist sehr kompliziert, weil die Besatzungsmächte den im Text des Londoner Protokolls enthaltenen Grenzverlauf (‚springende Grenze‘) erkennbar nicht vollzogen haben. Die Ermittlung der davon abweichenden Grenze der ehemaligen britischen und sowjetischen Besatzungszone muß auch die nachfolgende Praxis der ehemaligen Besatzungsmächte berücksichtigen. Hierüber liegen umfangreiche, zum Teil widersprüchliche Dokumente vor.“ Die Bundesrepublik halte an der Auffassung fest, „daß der Grenzverlauf seinerzeit von den Alliierten an das Ostufer gelegt worden ist. Diese Haltung findet auch im Londoner Protokoll selbst, insbesondere in der beigegeführten ‚Map A‘, eine Stütze.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145253.

¹⁴ Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, informierte am 31. März 1989 über die Gespräche mit der DDR zur Reinhaltung der Elbe: „Erstes Gespräch der neuen Gesprächsrunde fand am 30.3.1989 in Berlin (Ost) in einer überaus offenen, konstruktiven Atmosphäre statt. Die Sacherörterungen konnten an einem Tag abgeschlossen werden. Gesprächsrunde knüpfte an die im Oktober 1983 in Hamburg unterbrochenen Gespräche an.“ Folgende Punkte seien diskutiert worden: Herkunft der Schad- und Nährstoffe; Vermeidungs- und Verminderungstechnologien, konkrete Maßnahmen; langfristige Zusammenarbeit; Verhältnis der Elbe-Gespräche zum Umweltabkommen. Bertele zog folgendes Fazit: „Das Gespräch wurde von DDR-Seite mit erstaunlicher Offenheit und erkennbarem Interesse geführt. Die wiederholte Betonung der Klärung der Finanzierungsfrage machte den Eindruck, daß dieser Punkt für die DDR die Schlüsselfrage darstellt. Gelegentlich entstand der Eindruck, daß die DDR auf diesem Wege letztlich die [...] Totalsanierung der Abwasserprobleme ihrer Elb-Industrien beabsichtigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 689; Referat 210, Bd. 140831.

BM Dr. Schäuble erklärte, dies sei nicht der Vorschlag der Bundesregierung. Nach unserer Auffassung müsse sich der Neubau Hannover–Berlin in das bestehende Eisenbahnsystem einpassen.

Der Bundeskanzler erklärte, BM Dr. Schäuble habe einen wichtigen Punkt angesprochen. In dem dichtbesiedelten mitteleuropäischen Gebiet habe ein schneller Zug Zukunft. Leider seien früher dementsprechende Entscheidungen nicht getroffen worden, sondern es habe eine Fehlentwicklung zugunsten der Autobahn gegeben.

Dr. Mittag bat um die Aufnahme von Gesprächen über den Gebirgsschlag im Werra-Kali-Revier am 13.3.1989. In der DDR seien große Schäden entstanden. Seit 1968 beschäftige sich die DDR mit der Frage, ob durch Verpressungen Veränderungen in der Struktur bewirkt würden. Damals habe die DDR für sich entschieden, daß die Verpressung eingestellt werde. Dies habe viel Geld gekostet. Jetzt komme es darauf an, sich ein vollständiges Bild darüber zu machen, wie die Zusammenhänge seien. Die Gespräche könnten in einer internen Gruppe geführt werden und bräuchten nicht an die Öffentlichkeit zu dringen. Es gehe auch nicht darum, Schuldzuweisungen zu machen; es solle jedoch alles auf den Tisch gelegt werden.

BM Dr. Schäuble erwiderte, daß nach unserer Auffassung nicht die Verpressung, sondern Sprengungen für den Gebirgsschlag ursächlich gewesen seien. Aber er habe keine Einwände, daß Sachverständige miteinander redeten.¹⁵ Er möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß der Zustand der Elbe viel dramatischer sei als die Beschaffenheit der Werra. Es stünden nur begrenzte Ressourcen für Maßnahmen zur Reinhaltung der Gewässer zur Verfügung.

Der Bundeskanzler stimmte der Aufnahme von Gesprächen über den Gebirgsschlag im Werra-Kali-Revier zu.

Referat 411, Bd. 160515

¹⁵ Zu möglichen Expertengesprächen nach dem Gebirgsschlag in der Grube „Ernst Thälmann“ am 13. März 1989 informierte die Ständige Vertretung in Ost-Berlin am 16. Juni 1989, das Außenministerium der DDR habe mitgeteilt, daß der Terminvorschlag (19. bis 23. Juni 1989 in Bonn) für die DDR-Seite nicht passend sei. Möglicherweise komme ein Termin im Juli in Frage. Genauere Vorschläge könnten noch nicht gemacht werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1271; Referat 210, Bd. 140832.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix**214-320.10 POL****7. April 1989**Über Dg21¹, D2², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Abschluß der Gespräche am Runden Tisch;

hier: Erste vorläufige Bewertung

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die wichtigsten Ergebnisse

Mit einer Plenarsitzung und der Unterzeichnung des Schlußkommunikés⁵ durch Arbeiterführer Wałęsa und Innenminister Kiszczak sind die Gespräche am Runden Tisch nach achtwöchiger Dauer am Abend des 5. April 1989 abgeschlossen worden. Nicht alle Fragen konnten gelöst werden. Mittels einer Verständigungskommission soll der Dialog fortgesetzt werden. Beim Zustandekommen der Ergebnisse des Runden Tisches hat die Kirche eine wichtige und konstruktive Rolle gespielt.

Die wichtigsten Ergebnisse sind:

Politischer Bereich

- Wiederzulassung der Solidarität sowie der Land-Solidarität.
- Zulassungen von politischen Clubs, Vereinen und Unabhängigem Studentenverband NZS⁶.
- Beteiligung der Opposition an den bereits für Anfang Juni vorgesehenen Parlamentswahlen⁷ (im Sejm Reservierung von 60% der Sitze für die Blockparteien nur für die Juni-Wahl; freie Wahlen zur zweiten Kammer/Senat; Senat mit suspensivem Veto).
- Schaffung des Staatspräsidentenamtes (Berufung MP, Erlaß von Dekreten, Veto gegen Gesetze, Auflösung des Parlaments); Wahl auf sechs Jahre.

¹ Hat Ministerialdirigent Höynck, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, am 7. April 1989 vorgelegen, der maschinenschriftlich vermerkte: „Wichtig ist schnelle wirtschaftliche Hilfe, damit die für den politischen Reformprozeß unabdingbare Stabilität erhalten bleibt; durch enge westliche Abstimmung koordinierter Einsatz des internationalen Hilfsinstrumentariums (vor allem Pariser Club und IWF) und der bilateralen Hilfsmöglichkeiten (Bereitschaft USA jetzt vorhanden!); zusammen mit F und USA muß Bundesregierung führende und drängende Rolle bei Konkretisierung internationaler Hilfsmöglichkeiten übernehmen; dieser neue Rahmen (Veränderungen in Polen und breite westliche Hilfsbereitschaft) bietet jetzt alle Voraussetzungen für schnellen Durchbruch im deutsch-polnischen Verhältnis.“

² Dieter Kastrup.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 8. April 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 13. April 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Für den Wortlaut des Abschlußdokuments der Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vom 5. April 1989 vgl. OSTEUROPA 39 (1989), A 642–645 (Auszug).

⁶ Niezależne Zrzeszenie Studentów.

⁷ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

- Zugang der Opposition zu den Medien (Herausgabe Tageszeitung; wöchentliche Sendezeiten im Rundfunk – eine Stunde – und TV – 30 Minuten).

Wirtschaft

- Verbesserung der Versorgung; Reduzierung von Auslandsverschuldung und Budgetdefizit.
- Koppelung der Löhne an die Inflationsrate (Ausgleich um vier Fünftel der Inflationsrate).
- Schrittweise Schaffung eines freien Marktes für Agrarprodukte.

Justiz

- Ernennung der Richter am Obersten Gericht auf unbestimmte Zeit; Vorbereitung einer Strafrechtsreform.

2) Bewertung

2.1) Daß die Gespräche am Runden Tisch ungeachtet aller Schwierigkeiten und bis in die letzten Minuten auftretender Hindernisse einvernehmlich zu Ende gebracht werden konnten, zeigt den Willen aller Beteiligten zu positiven Ergebnissen in einem evolutionären Reformprozeß. Erstmals in einem WP-Land beschränkt eine bis dahin regimetragende Partei ihre Monopolstellung, indem sie sich – für die erste Wahl durch Quotenregelung allerdings noch abgedeckt – dem Wettbewerb mit einer Opposition stellt. Auch wenn im Ausgleich dazu die Funktionen des Präsidenten deutlich gestärkt werden und seine Amtsperiode (sechs Jahre) über die des erstmals unter Beteiligung der Opposition gewählten Parlaments (vier Jahre) hinausreicht, ist hier eine Entwicklung eingeleitet, die in die Richtung auf eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft in der VR Polen zielt. Durch die Beteiligung der Opposition an den Parlamentswahlen und die Zulassung der Solidarität beginnt der politische und gewerkschaftliche Pluralismus in Polen konkrete Gestalt anzunehmen. Der Zugang der Opposition zu den Medien und die Möglichkeit der politischen Vereinsbildung auf Grund des neuen Vereinsgesetzes runden das Bild ab. Die polnische Führung hat auf dem Wege zu einem nationalen Konsens wichtige Konzessionen gemacht und durch einen „Gesellschaftsvertrag“ (Kiszcza) positive Akzente gesetzt.

2.2) Die qualitativen Veränderungen in der VR Polen leiten eine Entwicklung ein, deren Endpunkt heute noch nicht absehbar ist. Ihre Bedeutung reicht aber schon heute über Polen hinaus.

2.3) Der weitere Verlauf der Entwicklung in Polen ist trotz dieser positiven Aspekte mit erheblichen Risiken und Fragezeichen verbunden:

- Da nicht alle Erwartungen erfüllt und nicht alle Probleme gelöst werden konnten, wird jetzt viel davon abhängen, wie die getroffenen Vereinbarungen verwirklicht werden und ob die Verständigungskommission die ihr zugedachte Aufgabe erfüllen kann.
- Zu den Unsicherheitsfaktoren gehört auch die Akzeptanz der Ergebnisse des Runden Tisches durch die Bevölkerung. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu aktiver Unterstützung, ein wichtiger psychologischer Faktor, ist angesichts der großen wirtschaftlichen Probleme des Landes keineswegs sicher.
- Zweifelhaft ist auch, in welchem Maße konservative Elemente in der Partei die Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches künftig beeinflussen werden

und ob sich die Partei in ihre neue Rolle einer Wettbewerbssituation hereinfinden wird.

- Ungewiß ist schließlich, ob die Opposition ihre für die weitere Durchführung der Reformen so wichtige Geschlossenheit bewahren kann oder ob sich ihre Kräfte nach der Legalisierung in Interessengruppen auffächern und dabei extreme Kräfte an Einfluß gewinnen werden. Nicht zu übersehen ist, daß die Vorbereitungszeit bis zu den bevorstehenden Parlamentswahlen weniger als knapp ist und von Chancengleichheit keine Rede sein kann.
- Nicht gebannt ist auch die Gefahr, daß Streiks die wirtschaftliche Lage des Landes weiter paralisieren.

In dieser Situation wird viel davon abhängen, daß alle Beteiligten Mäßigung zeigen und mit dem Erreichten behutsam umgehen.

2.4) Auch wenn die bisherigen Ergebnisse des Reformprozesses in Polen beeindruckend sind, wird die Entscheidung über das Schicksal der Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet fallen. Nachdem für wichtige politische Fragen wie die Zulassung der Solidarität und die Beteiligung der Opposition an Wahlen konkrete Lösungen vorliegen, stellt sich die Bewältigung der ungeheuren wirtschaftlichen Probleme Polens nunmehr mit besonderer Dringlichkeit. Im Gegensatz dazu steht aber, daß die Ergebnisse des Runden Tisches im wirtschaftlichen Bereich im wesentlichen nur Absichtserklärungen darstellen, deren Verwirklichung mangels vorhandener Verfügungsmasse nicht absehbar ist. Die Probleme sind identifiziert. Konkrete Lösungen stehen aus. Das bedeutet, daß die polnische Führung in den schwierigen Wirtschaftsfragen noch ganz am Anfang zu bewältigender Aufgaben steht.

2.5) Angesichts der Dimension der wirtschaftlichen Probleme (Auslandsverschuldung und damit zusammenhängende Fragen) ist eine Lösung nicht ohne fremde Hilfe möglich. Für den Westen stellt sich jetzt die Frage, ob er bereit ist, an einer Schuldenregelung für Polen und an der Sanierung seiner Wirtschaft mitzuwirken. In der Vergangenheit hat der Westen diesbezügliche polnische Fragen mit der Forderung nach Herstellung eines nationalen Konsenses in Polen durch Aufnahme eines Dialogs mit allen gesellschaftlichen Kräften beantwortet. Die polnische Seite hat darauf mit dem Runden Tisch nunmehr positiv geantwortet. Sie wartet jetzt auf ein Zeichen des Westens. Dies hat Innenminister Kiszczak in seiner Abschlußrede deutlich gemacht.

In dieser Situation kommt den westlichen Gläubigerländern eine gewichtige Mitverantwortung für das weitere Schicksal des Reformprozesses in Polen zu. Die Antwort sollte die Bereitschaft zu einer umfassenden Zusammenarbeit sein. Wie sich die westlichen Länder jetzt gegenüber Polen verhalten, wird in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Auch wenn die verbleibenden Unwägbarkeiten groß sind, steht Polen heute an einer historischen Wegkreuzung. Der Westen sollte darauf verantwortlich, d. h. mit einem positiven Signal, reagieren. Er sollte sich bewußt sein, daß in dieser Stunde nicht nur die polnische Reformentwicklung auf dem Prüfstand steht.

Derix

91

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem israelischen Minister für Wissenschaft und Entwicklung, Weizman

10. April 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Minister für Wissenschaft und Entwicklung, Ezer Weizman, am Montag, den 10.4.1989, 18.20 bis ca. 19.00 Uhr²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau VLR Siebourg als Dolmetscherin;

auf israelischer Seite: Minister Weizman, Botschafter Navon, Arie Shoumer, Ministerialdirektor im israelischen Wissenschafts- und Entwicklungsministerium.

Minister *Weizman* überreicht dem Bundeskanzler eingangs ein Schreiben des israelischen Finanzministers Shimon Peres mit Vorschlägen für potentielle gemeinsame Entwicklungsprojekte. Grundlage dieses Briefes ist die von FM Peres bei dessen letztem Gespräch mit dem Bundeskanzler³ vorgeschlagene Schaffung eines Sonderfonds, in den die Rückflüsse aus deutscher Kapitalhilfe an Israel eingezahlt und aus dem heraus Entwicklungsprojekte finanziert werden sollen.

Auf Bitte des Bundeskanzlers bewertet Weizman sodann die Lage im israelisch-arabischen Konflikt. Als Israeli müsse er dem jüngsten Besuch von MP Shamir in Washington⁴ Erfolg wünschen. Als Realpolitiker könne er an einen solchen

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 13. April 1989 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent Hartmann an Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Zeichnung“ geleitet. Hat Hartmann und Teltschik am 13. April 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727.

² Der israelische Minister für Wissenschaft und Entwicklung, Weizman, besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 12. April 1989.

³ Der israelische Finanzminister Peres hielt sich vom 18. bis 21. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 18.
Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Peres am 18. Januar 1989 vgl. Dok. 45, Anm. 24.

⁴ Der israelische Ministerpräsident Shamir hielt sich ab 4. April 1989 zu einem zehntägigen Besuch in den USA auf. In dieser Zeit präsentierte er einen Friedensplan für den Nahen Osten. Botschafter Haas, Tel Aviv, übermittelte am 13. April 1989 Informationen des israelischen Außenministers Arens dazu: „Bekräftigung des Friedensvertrags mit Ägypten: Israel rufe die Signatar-Staaten von Camp David dazu auf, die Fortgeltung des Vertragswerkes als wichtige Grundlage für eine umfassende Friedensregelung zu bekräftigen. Friedensappell an arabische Staaten: Israel appelliere an die arabische Staatenwelt [...], den Kriegszustand zu beenden und normale Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Wohnraum für Flüchtlinge: Israel sei bereit, [...] die sozialen Mißstände in den Flüchtlingslagern durch ein umfassendes Wohnungsbauprogramm zu mildern. Die seit Jahrzehnten andauernde katastrophale Situation habe erheblich zum Entstehen der Intifada beigetragen. [...] Wahlen in den IBG: Kernpunkt der Initiative Shamirs sei die Abhaltung von Wahlen in Judäa, Samaria und Gaza. Dies sei der einzig richtige Weg, ‚authentische Repräsentanten‘ zu bestimmen, die die Bevölkerung der IBG in Gesprächen mit Israel vertreten könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 404; Referat 310, Bd. 147545.
Für den Wortlaut des Friedensplans in der Fassung vom 14. Mai 1989 vgl. <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook8/Pages/54%20Israel-s%20Peace%20Initiative-%2014%20May%201989.aspx>.

Erfolg nicht glauben. Er selbst sei der Auffassung, daß eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts nur dann denkbar sei, wenn Israel mit der PLO einen Kompromiß aushandle, der dann Inhalt eines Abkommens zwischen Israel, Jordanien und der PLO werden müßte.

Ägyptens Präsident Mubarak, den er vor drei Wochen gesehen habe, würde sich nachdrücklich für das Zustandekommen eines solchen Kompromisses einsetzen, wenn Israel sich nur gegenüber der PLO gesprächsbereit zeige. Politisch sei Mubarak gegenwärtig in einer starken Position. Er habe die meisten arabischen Staaten auf seiner Seite. Wirtschaftlich habe er Probleme „wie wir alle“.

Für Ägypten gelte das gleiche wie für die Bundesrepublik Deutschland – es habe den Krieg verloren, aber den Frieden gewonnen. Er, Weizman, habe großen Respekt vor der deutschen Wiederaufbauleistung. Sein eigenes Land, Israel, könnte ein Gleiches erreichen – insbesondere in Zusammenarbeit mit Ägypten und Jordanien –, wenn nur der Konflikt durch eine Verhandlungslösung beendet würde.

Peres habe als FM nicht mehr die gleiche starke Position wie früher. Er, Weizman, wolle dazu beitragen, daß Peres sein politisches Gewicht wiedergewinne. Als Peres das Finanzressort übernommen habe, sei er, Weizman, zuerst dagegen gewesen. Inzwischen habe er den Eindruck, daß Peres hierdurch politisch doch mehr wiedergewinnen könne als erwartet.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er Peres' Entscheidung, das Finanzressort zu übernehmen, gut gefunden habe. Er wolle gern das Seine dazu beitragen, um Peres' politische Stellung zu festigen.

Weizman äußert, daß der Bundeskanzler durch Unterstützung von Peres die Chancen des Friedensprozesses verbessern könne. Gemeinsame, aus den FZ-Rückflüssen finanzierte Entwicklungsprojekte seien ein guter Weg.

Das israelische Budget sei gegenwärtig durch die Verpflichtung zur Abdeckung von Netto-Rückflüssen aus der deutschen Kapitalhilfe, die jährlich ca. DM 100 Mio. ausmachten, erheblich belastet. Im bilateralen Handel gebe es zudem ein Defizit zu Lasten Israels von rd. 1 Mrd. Dollar pro Jahr.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß Weizman hierzu nicht ins Detail zu gehen brauche. Über die Frage der Netto-Rückflüsse habe er, BK, bereits mit Peres gesprochen: Sie sei ein wichtiger Punkt auf seiner Vormerkliste. Er wolle aus einer Reihe von Gründen – ohne daß es unter diesen eine Rangfolge gebe – einen substantiellen Beitrag leisten, um die Vorbedingungen für einen Verhandlungsfrieden im Nahen Osten zu verbessern.

Für eine friedliche Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zeige die Uhr wenige Minuten vor zwölf. Wichtige Voraussetzungen hierfür seien gegenwärtig – man wisse nicht, wie lange noch – gegeben. Präsident Mubarak und König Hussein, die er beide als zuverlässig kenne und vor denen er hohen Respekt habe, seien ideale Helfer für eine Friedenslösung. Deren Chancen könnten sich unter ihren Nachfolgern nicht verbessern, sondern nur verschlechtern.

Die Bundesregierung habe auch ein hohes Interesse, Mubaraks Stellung festigen zu helfen – z. B. durch Unterstützung der ägyptischen Position bei Weltbank und IWF. Wenn Mubarak stürze, „so Gnade uns Gott“. Auch Hussein sei ein sehr tapferer, weiser Staatsmann.

Es wäre gut, wenn Israel die gegenwärtig noch bestehenden Chancen wahrnehme, zumal sich ja auch dort ein Erstarken radikaler Kräfte bemerkbar mache. Er, BK, wolle in dieser Situation keine Ratschläge erteilen – schon gar nicht in der Öffentlichkeit –, er wolle aber doch sein Interesse als Regierungschef wie als CDU-Vorsitzender an einem baldigen Verhandlungsfrieden im Nahen Osten unterstreichen.

Der Bundeskanzler schildert Minister Weizman den Stand der inneren Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem im Hinblick auf die psychologische „Befindlichkeit“ der Bevölkerung.

Sein Problem sei ein deutlicher Rückfall der Deutschen in die Provinzialität. 15 Millionen Deutsche verbrauchten jährlich für ihren Urlaub rd. 25 Mrd. DM (dies sei wenigstens ein gut präsentabler Ausgleich für unsere Handelsbilanzüberschüsse), seien aber nicht bereit, sich für Fragen unserer Außenbeziehungen zu engagieren. Dies gelte z. B. für den Zusammenschluß Europas, obwohl wir Deutschen den größten Nutzen aus der Entwicklung der EG zögen. Dieser überproportionale Nutzen für die Deutschen wachse ständig, was aus außenpolitischer Sicht gar nicht so günstig sei: Die Schere der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite und der Entwicklung ihrer elf Partnerländer auf der anderen Seite gehe immer mehr auseinander.

Im vergangenen Jahr hätten Staat und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 60 Mrd. DM in die Forschung investiert. Dies entspräche in der Relation den Investitionen der USA wie Japans im Forschungsbereich. Die Deutschen seien nach wie vor gut organisiert und relativ fleißig, das duale Berufsausbildungssystem trage seine Früchte, selbst die deutschen Universitäten faßten langsam wieder Tritt. Er, BK, habe im vergangenen Jahr eine Gruppe von 16 Vorsitzenden der wichtigsten Universitäten und Hochschulen der Vereinigten Staaten empfangen.⁵ Dabei habe ihm der Präsident der Harvard-Universität⁶ bedauernd erklärt, daß die dort arbeitenden deutschen Wissenschaftler wieder „nach Hause zurückkehrten“. Er habe dies als Kompliment empfunden. Die jungen Deutschen sollten ruhig an ausländischen Forschungsstätten lernen und arbeiten, später aber in die deutsche Forschung zurückkehren. Die deutsche Forschung sei auf gutem Wege, wenn sie auch den Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht habe. Es habe eine Zeit gegeben, wo es allein an der Universität Göttingen zwölf Nobelpreisträger gegeben habe, darunter fünf Juden. Die Bundesregierung sehe es als ihre Aufgabe an, hier noch mehr zu tun, habe innenpolitisch gegenwärtig aber einen schweren Stand.

GS Gorbatschow erscheine vielen Deutschen als Friedensengel, dessen Verheißung jede weitere Verteidigungsanstrengung unnötig mache. Gorbatschows Friedeninitiativen mögen durchaus ernst gemeint und glaubwürdig sein – dennoch sei die Invasionsfähigkeit der Truppen des Warschauer Paktes nach wie vor unverändert. Nach wie vor gebe es zwischen Kiew und der deutsch-

⁵ Bundeskanzler Kohl traf am 6. Juli 1988 mit Spitzenvertretern amerikanischer Universitäten zusammen. Themen des Gesprächs waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen, insbesondere ein stärkerer Austausch im Wissenschafts- und Forschungsbereich, die europäische Integration, die deutsch-deutschen Beziehungen sowie die Lage an den Universitäten in den USA. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

⁶ Derek Bok.

deutschen Grenze über 150 000 Mann sowjetischer Sturmtruppen. Dies hörten die Deutschen nicht gern.

Ähnliche Akzeptanzprobleme gebe es im Bereich der Ab- und Nachrüstung, der lebensnotwendigen Reformen für die Zukunft und bei der Bereinigung unseres Verhältnisses mit Polen.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die von Weizman angesprochene Frage des Sonderfonds für FZ-Rückflüsse zurück; er bittet ihn, Peres zu sagen, daß er diese Frage in der zweiten Jahreshälfte selbst wieder aufgreifen werde.

Weizman sagt dies zu. Er geht sodann auf die vom Bundeskanzler angesprochenen sowjetischen Friedensinitiativen ein. Eine veränderte sowjetische Haltung mache sich auch im Nahen Osten bemerkbar. Die SU helfe den Syrern weniger als früher. Anders als bei dem Camp-David-Abkommen vor zehn Jahren⁷ zeige sie Bereitschaft zu ernsthaftem Engagement im nahöstlichen Friedensprozeß. Seine eigenen Leute (gemeint ist die Arbeiterpartei) verstünden den politischen Aspekt dieser veränderten sowjetischen Haltung nicht, wohl aber Shimon Peres.

Auf Frage des Bundeskanzlers äußert sich Weizman sehr positiv zu Arbeit der deutsch-israelischen Stiftung für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Sie arbeite besser als jede andere bilaterale Stiftung, die Israel mit dem Ausland betreibe. Israel wolle daher auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in erheblich größerem Umfang fortsetzen. Wenn der Bundeskanzler dafür die erforderliche finanzielle Lösung finden könne, werde sein, Weizmans, und Peres' Leben besser sein.

Er selbst sei vor allem am politischen Aspekt dieser Kooperation interessiert, nicht so sehr am wissenschaftlich-technischen. Er sei nicht in die Politik gegangen, um Wissenschaftsminister zu werden.

Er könne sich für die Zukunft ein politisch sehr nützliches dreiseitiges israelisch-deutsch-ägyptisches Projekt über Solarenergiefragen vorstellen.

Weizman kommt sodann erneut auf die innenpolitischen Probleme Israels zu sprechen: Die Angebote Shamirs über Gespräche mit den Vertretern der Palästinenser in den besetzten Gebieten würden in Washington als unzureichend empfunden. In der Arbeiterpartei hege man die Einsicht, daß der Friedensprozeß bei Ausschluß der PLO nur unzureichende Fortschritte machen könne. Er, Weizman selbst, sei der Auffassung, daß, wenn man Probleme mit den Arabern habe, man sich direkt an diese und nicht an die USA als Vermittler wenden sollte. Er selbst ziehe es vor, sich an König Fahd, König Hussein oder Präsident Mubarak zu wenden.

Die Angebote Shamirs könnten eine Welt, die friedliche Lösungen sucht, nicht überzeugen. Diese Welt habe klar erkannt, daß der Ausbruch eines neuen Krieges im Nahen Osten zu schrecklichen Folgen für alle führen könne. Für ihn, Weizman, sei es schwer vorstellbar, daß Shamir und Arens wirklich in der Lage sein könnten, für Frieden zu sorgen.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß er gerade vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die nächsten Wahlen Shimon Peres helfen wolle. Er bitte Weizman, Peres zu grüßen. Er werde selbst auf dessen Anliegen zurückkommen. Gegen-

⁷ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 45, Anm. 19.

wärtig müsse er sich mit einer Reihe vorrangiger, sehr kostenaufwendiger Fragen befassen, die einer umgehenden Lösung bedürften.

Weizman stellt abschließend die Frage, ob der Bundeskanzler Peres und ihm gestatte, ihm gelegentlich eine politische Botschaft zukommen zu lassen, falls sich dies als notwendig erweise. Eine solche Botschaft könne über den israelischen Botschafter Navon übermittelt werden. Der *Bundeskanzler* erklärt sich damit einverstanden.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

92

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert

220-371.61-495/89 geheim

10. April 1989¹

Über D2A², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: SNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle;
hier: Schreiben Präsident Bush an BK Kohl vom 22.3.1989 mit talking points für Botschafter Burt

Bezug: 1) Mündliche Weisung StS Sudhoff vom 6.4.1989: Bewertung für BM
2) Randweisungen StS Sudhoff auf Vorlage vom 7.4.1989

Anlg.: (nur beim Original)

- 1) Im Betreff genanntes Schreiben Bush mit talking points Burt⁵
- 2) Vorlageentwurf vom 7.4.1989 mit Randweisungen StS Sudhoff – 220-371.61-492/89 geheim⁶
- 3) Vorlage D2A vom 10.2.1989 – 220-371.61 SNF VS-NfD⁷
- 4) DB Brüssel NATO Nr. 351 vom 22.3.1989 – IX-363.20/30-768/89 VS⁸

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert und Vortragendem Legationsrat Wagner konzipiert.

² Hat Botschafter Holik am 10. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Elbe und Mützelburg am 10. April 1989 vorgelegen. Hat Mützelburg am 16. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 16. Mai 1989 vorgelegen. Hat Holik am 17. Mai 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 22. März 1989 an Bundeskanzler Kohl sowie die undatierten „Talking Points for Burt-Kohl Meeting“ vgl. VS-Bd. 12247 (220).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wagner vgl. VS-Bd. 12247 (220); B 150, Aktenkopien 1989.

Staatssekretär Sudhoff notierte auf der Aufzeichnung am 7. April 1989 handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Die Analyse bedarf der Ergänzung, die ich für Montag, 10.4., erbeten habe.“

⁷ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 16.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 17.

Hinweis: Vorlage wurde gemäß den Randweisungen des Herrn Staatssekretärs überarbeitet.

I. Thema des Schreibens von Präsident Bush sowie der das Schreiben nicht wesentlich⁹ weiterentwickelnden „talking points“ sind Fragen der SNF-Moderisierung und -Rüstungskontrolle.

1) Modernisierung

- Bush ist eindeutig in der Sache: Gefordert wird deutsche Zustimmung zu einer Bündnisaussage anlässlich des Gipfels¹⁰, aus der hervorgeht, daß ein Nachfolgesystem für die Lance-Rakete (Follow-on to Lance) erforderlich ist. Damit erwarten die USA eine spezifischere¹¹ Aussage als in der letzten NATO-Gipfel-erklärung (2./3. März 1988), die generell von „einer geeigneten Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte“ spricht, „die weiterhin auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist“¹².
- Flexibel zeigt sich Bush in der Frage, wie diese Aussage formuliert werden könnte.
- Offen ist Bush hinsichtlich der erst später („eventually“) vom Bündnis zu treffenden Entscheidung, wie viele neue Raketensysteme erforderlich sind.
- Zu erwähnen ist, daß in der Argumentation Bushs kein Hinweis mehr auf Forderungen des Kongresses nach einer deutlichen Bündnisaussage zu einem Nachfolgesystem für Lance erscheint. Dies bestätigt unseren Eindruck, daß der Kongreß sich in dieser Frage nicht ohne weiteres zum Erfüllungsgehilfen der Administration machen will.

2) SNF-Rüstungskontrolle

- Eindeutig ist Bush in der Ablehnung von SNF-Verhandlungen, die aus seiner Sicht „unter den gegenwärtigen Umständen ein schwerer Fehler“ wären.
Bush wiederholt damit wörtlich seine Aussage in seinem Fernschreiben an BK Kohl vom 25.1.1989.¹³ Er bleibt in dieser Frage bei der bereits von Präsident Reagan und AM Shultz vertretenen Position. Die USA wie GB hatten die Formel von Reykjavik vom Juni 1987¹⁴ von Beginn¹⁵ als zeitliche Sequenz interpretiert und SNF-Rüstungskontrolle als zeitlich nachrangig gegenüber der Verwirklichung der NATO-Rüstungskontrollziele im konventionellen und chemischen Bereich bezeichnet. Begründet wird die Ablehnung von SNF-Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sorge, daß damit eine Erosion der

⁹ Die Wörter „nicht wesentlich“ wurden von Botschafter Holik gestrichen.

¹⁰ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹¹ Dieses Wort wurde von Botschafter Holik gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „wesentlich weitergehende“.

¹² Vgl. dazu Ziffer 5 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 2./3. März 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 19. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 202. Zur Konferenz vgl. AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹³ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13041 (204).

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „an“.

westlichen Nuklearpräsenz in Europa bis hin zur vollständigen Denuklearisierung eingeleitet werden könnte. Daneben machen die USA geltend, daß SNF-Kontrollverhandlungen mit ungemein komplexen Problemen verbunden seien. Die in den talking points genannten Gründe gegen SNF-Rüstungskontrollverhandlungen sind uns weitgehend aus einem amerikanischen Papier vom 1.2.1989 bekannt. Bewertende Vorlage vom 10.2.1989 liegt als Anlage 3 bei, siehe dort insbesondere Seiten 8 und 9.¹⁶ Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, daß Probleme mit der Zählereinheit (unit of account) – Werfer oder Flugkörper? – bei SNF-Verhandlungen sowie damit zusammenhängende Verifikationsfragen bei der HLG-Sitzung am 21./22.3.1989 vom HLG-Vorsitzenden Lehman herausgestellt wurden. Hierzu DB Brüssel NATO 351 vom 22.3.1989, insbesondere Ziffer 2c (als Anlage 4 beigefügt¹⁷).

- Als Mittel, um gleichwohl das in Reykjavik niedergelegte SNF-Rüstungskontrollziel zu erreichen, werden Dialog mit der SU und entsprechendes¹⁸ Verhalten der Allianz bezeichnet, um die Sowjetunion dazu zu bringen, sich, wie das Bündnis, einseitige Zurückhaltung aufzuerlegen.¹⁹
- Eine Perspektive von Reduzierungen des westlichen SNF-Potentials wird²⁰ unter der Voraussetzung der Einführung eines Lance-Nachfolgesystems eröffnet. Diese Perspektive ist nicht neu. Sie wird von den USA sowohl öffentlich (Rede Nitze in Brüssel am 5.12.1988²¹) als auch vertraulich uns gegenüber

¹⁶ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Vortragender Legationsrat Wagner resümierte die amerikanischen Rüstungskontrollüberlegungen im SNF-Bereich: „SNF-Verhandlungen könnten dazu führen, die konventionelle Raketenfähigkeit des Bündnisses zu beeinträchtigen. Der Ausschluß rein konventioneller Raketen aus SNF-Verhandlungen würde der SU die Möglichkeit eröffnen, ein Umgehungspotential nuklear einsetzbarer Systeme zu schaffen. [...] SNF-Verifikation wäre schwierig, da es sich um kleine, bewegliche Systeme handelt. Der Druck auf eine Null-Lösung, die Verifikationsvoraussetzungen verbessern würde, wäre groß. Gemäß dem Reykjavik-Kommuniqué sollen nur amerikanische und sowjetische Kurzstreckenraketen erfaßt werden. Kooperative Systeme im Besitz anderer Partner der USA bzw. der SU werden nicht genannt, ebenfalls nicht die französischen Kurzstreckenraketen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144785.

¹⁷ Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete über die Ausführungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Lehman: „Im Hinblick auf Rüstungskontrolle sei ‚Werfer‘ kein geeignetes Verifikationskriterium, da Systeme hochmobil, schnell nachladefähig und technisch rasch von konventionell auf nuklear umrüstbar. Deshalb spiele Unterscheidbarkeit zwischen konventionellen und nuklearen Wernern keine Rolle. [...] Im übrigen habe SU auch Mehrfachraketenwerfer, deren Zahl sie wohl nicht durch Rüstungskontrolle begrenzen wolle. [...] Auf Frage, ob US andere Möglichkeiten für Verifizierbarkeit von SNF-Rüstungskontrolle geprüft hätten, antwortete Lehman, es gebe bei SNF ‚no practical and feasible way‘, ein Verifikationsregime zu etablieren. [...] Als Fazit bleibt: Da US keinen Weg für Verifikation von SNF-Rüstungskontrolle sehen, werden sie sich dem auch deshalb weiterhin verschließen.“ Vgl. VS-Bd. 12247 (220); B 150, Aktenkopien 1989.

¹⁸ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „eigenes“.

¹⁹ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „Bush verweist also auf den Weg unilateraler Reduzierungen der SU.“

²⁰ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „ausschließlich“.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seibert vermerkte am 16. Dezember 1988 zur Rede des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze anläßlich der Entgegennahme des Atlantic Award: „Grundsätzlich sieht er Modernisierungsbedarf, damit das Bündnis aus einer Position der Stärke verhandeln könne. Er differenziert allerdings bei den einzelnen Waffengattungen. [...] Bei den nicht-strategischen Nuklearwaffen spricht er sich klar für Modernisierungen aus. Er tut das allerdings in knapper Form und läßt kein besonderes Engagement erkennen. Bezüglich der SNF fordert er ein vorsichtiges Vorgehen, da die Chance bestehe, die Gesamtmenge des Arsenal zu verringern.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144785. Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Nitze am 6. Dezember 1988; AAPD 1988, II, Dok. 354.

(Fernschreiben Bush/Kohl vom 25.1.1989) wie auch in Bündnisgremien (HLG-Studie zu „The role of short-range nuclear forces in NATO strategy“ vom 23.9.1988²²) aufgezeigt. Die USA argumentieren, daß weiterreichende und präzise westliche Kurzstreckenraketen eine größere Zahl möglicher Ziele unter Nuklearrisiko halten können und damit den Verzicht auf einen Teil der nuklearen Artilleriegefechtssköpfe des Bündnisses ermöglichen.

3) Operativ

- Bush geht davon aus, daß deutsch-amerikanische Übereinstimmung entscheidend ist, um Einvernehmen aller Bündnispartner herbeizuführen und dem bevorstehenden Gipfel zu dem erforderlichen Erfolg zu verhelfen.
- Er schlägt daher vor, daß eine deutsche Delegation unter Leitung von MD Teltchik bald zu den in Aussicht genommenen bilateralen Expertengesprächen nach Washington kommt.²³

II. Bewertung und operative Schlußfolgerungen

1) Die von Bush dargelegte Position zu dem Fragenkomplex SNF-Modernisierung/Rüstungskontrolle enthält kein Angebot eines deutsche und amerikanische Positionen in einem ausgewogenen Geben und Nehmen berücksichtigenden Mittelwegs. Bushs Ausführungen laufen darauf hinaus, die eigene Position als unverrückbar richtig zu bekräftigen (und uns damit implicite zur Änderung unserer Position aufzufordern). Er gibt keine Begründung für die Notwendigkeit einer auf ein Lance-Nachfolgesystem bezogenen Gipfelaussage zum jetzigen Zeitpunkt und geht insoweit nicht auf die von BK Kohl und Ihnen²⁴ öffentlich dargelegte deutsche Position zum Zeitrahmen einer Entscheidung ein. Das Argument der Verlagerung auf Systeme größerer Reichweite (shift of emphasis) stammt aus den Allgemeinen Politischen Richtlinien (GPG²⁵). Dort bezieht es sich aber auf das Ziel, sowjetisches Territorium unter Nuklearrisiko zu stellen. Dieses Ziel ist mit bei uns stationierten SNF-Raketen nicht zu erfüllen. Deshalb ist dieses Argument im Zusammenhang der Lance-Modernisierung falsch, obwohl es immer wieder von USA, GB und auch vom BMVg benutzt wird.

2) Die von Bush aufgezeigten Rüstungskontrollperspektiven sind nicht befriedigend:

- Die Erwartung, die Sowjetunion durch Dialog und entsprechendes eigenes Handeln zur Reduzierung ihres SNF-Potentials zu veranlassen, ist nicht überzeugend, insbesondere wenn das eigene Handeln darin besteht, die SNF-Raketen zu modernisieren.
- Eine künftige weitere Reduzierung der nuklearen Gefechtsköpfe (dabei wird es sich in erster Linie um Artilleriegefechtssköpfe handeln) nach Einführung eines Lance-Nachfolgesystems ist eine relativ fernliegende Zukunftsaussicht; sie

²² Zur Studie der High Level Group (HLG) der NATO vgl. AAPD 1988, II, Dok. 206.

²³ Zur Absage des Besuchs des Ministerialdirektors Teltchik, Bundeskanzleramt, in den USA vgl. Dok. 111, Anm. 4.

²⁴ Hans-Dietrich Genscher.

²⁵ Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz innerhalb einer Bandbreite vom Erstschat bis zum nuklearen Vergeltungsschlag im Rahmen der Strategie der „flexible response“. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

wäre im übrigen kein geeignetes Mittel, um die Reduzierung der sowjetischen SNF-Raketen zu erreichen.

3) Richtig ist die Herausstellung der besonderen Bedeutung der USA (Herstellerland) und der Bundesrepublik Deutschland (eventuelles²⁶ Stationierungsland) für die SNF-Modernisierungsentscheidung des Bündnisses. Unsere Aufgabe bei den von BK Kohl vorgeschlagenen und nun von Präsident Bush nachdrücklich befürworteten Expertengesprächen wird sein²⁷, den USA ein Abgehen von für uns nicht akzeptablen Forderungen²⁸ naheulegen und die Bedeutung der SNF-Rüstungskontrolle zu unterstreichen. Die Bereitschaft der USA, uns in der Sache und bei Formulierungen entgegenzukommen, müßte dabei ausgelotet werden.

RL i. V. 201²⁹ hat mitgezeichnet.

Seibert

VS-Bd. 12247 (220)

93

Gespräch des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau

11. April 1989¹

Gespräch BM a. D. Dr. Vogel mit Gorbatschow am 11.4.1989²

Zur Unterrichtung

Das Gespräch zwischen dem SPD-Vorsitzenden und Generalsekretär Gorbatschow dauerte ca. 2 1/2 Stunden. Es fand in einer freundschaftlich-aufgeschlossenen Atmosphäre statt.

Auf deutscher Seite nahmen teil: Egon Bahr, Dietrich Stobbe, Karsten Voigt, Frau Däubler-Gmelin und ich³; auf sowjetischer Seite Jakowlew und Falin sowie Tschernjajew und Mitarbeiter des ZK.

²⁶ Dieses Wort wurde von Botschafter Holik gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ausschlaggebendes“.

²⁷ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „müssen“.

²⁸ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „im Hinblick auf die Modernisierungsentscheidung“.

²⁹ Diese Zahl wurde handschriftlich eingefügt.
Friedrich Gröning.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 1364/1365 vom 12. April 1989 übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Gröning am 13. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte.

Hat Dreher vorgelegen. Vgl. Referat 201, Bd. 151167.

² Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 10. bis 13. April 1989 in der UdSSR auf.

Für Vogels Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. auch das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 31.

³ Andreas Meyer-Landrut.

Nach der Begrüßung eröffnete *Gorbatschow* (G.) mit einem Hinweis auf die am Vortage erfolgte Eröffnung des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau, die eine neue Qualität und Etappe in den Beziehungen zur SPD dokumentiere. Wenn zunächst über Fragen der Nachkriegsregelung, dann später über den Erhalt des Friedens gesprochen worden sei, so spreche man jetzt über grundsätzliche Fragen und Ideen. „Wir vertrauen der SPD und schätzen die Zusammenarbeit.“

Dr. Vogel (V.) erwiderte im gleichen Sinne, wobei er auf die politische Leistung von G. verwies, die die Welt verändert habe. Er habe einen Prozeß in Gang gesetzt, der in D und der Welt beeindrucke. *Gorbatschow*: Dies sei nur möglich bei einem gemeinsamen Vorgehen, alleine könne nichts bewirkt werden. Dazu gehöre auch die Zusammenarbeit mit den USA. Freilich dauere der Prozeß des Überdenkens der Positionen in Washington etwas lange, was er jetzt auch öffentlich festgestellt habe. Mit den USA Politik zu machen, sei nicht einfach, doch ohne sie sei es unmöglich, etwas zu bewegen.

Vogel verwies auf die Leistung der SPD im Prozeß der Annäherung unter Betonung des Moskauer Vertrages⁴. Es sei ermutigend, daß heute auch die seinerzeitige Opposition diesen Kurs als richtig erkannt habe, wobei er besonders den Bundeskanzler und in der Regierung den Bundesaußenminister erwähnte.

Die Perestroika werde in unserem Lande mit Sympathie und großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er wünsche ihr Erfolg.

Er habe gerade Gespräche in den USA geführt⁵ und möchte feststellen, daß die verantwortlichen Leute dort eine positivere Einstellung zur SU hätten, als er dies bei der vorigen Administration gefunden habe. Er erwähnte Bush, Baker und zahlreiche Gesprächspartner aus dem Kongreß.

Während seines Aufenthalts in Washington habe George Kennan eine knappe Darstellung seiner Sicht der wünschenswerten US-Politik gegenüber der SU im Auswärtigen Ausschuß des Senats vorgetragen, für die ihm eine stehende Ovation bereitet wurde (V. übergibt den Text an G.). *Gorbatschow* erwidert, es gäbe leider auch unverantwortliche Leute in USA, die nach wie vor die Politik der Zusammenarbeit ablehnten, aber auch Baker habe merkwürdige Äußerungen getan, zu schweigen von Scowcroft. Das seien Äußerungen, wie man sie von Kissinger oder Brzezinski höre. Wenn Kissinger ihm an diesem Tisch gesagt habe, er stimme mit ihm (G.) im Grundsätzlichen überein, weiche aber in Details ab, so sei das nicht richtig. Das grundsätzliche Herangehen sei von einem Denken von gestern geprägt. Seine Sorge sei, daß diese Leute Präsident Bush beeinflussen könnten, mit der Folge einer Wendung zum Schlechten. *Vogel*: Im Mai werde die Überprüfung in Washington beendet sein. Bush müsse eine auf beide Parteien gestützte Außenpolitik betreiben, deshalb werde sie anders aussehen, als der Generalsekretär befürchte. Bereits sei der Schwenk in der Lateinamerika-Politik erfolgt sowie der Brady-Plan⁶ vorgelegt worden, das sei ermutigend.

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

⁵ Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 2. bis 5. April 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 85.

⁶ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

Zu Zentralamerika habe er noch die Bitte von Bush vorzutragen, Waffenlieferungen in dieses Gebiet einzustellen.

Gorbatschow: Er habe einen – wie er sagen müsse nicht sehr diplomatischen – Brief von Bush hierzu vor der Kuba-Reise⁷ erhalten, der dieses Thema behandle. Dieser Brief werde in diesen auf der Grundlage dessen, was mit Castro besprochen worden sei.⁸ Er, G., habe hierzu etwas zu sagen. Im übrigen habe sich Castro zu einem reifen Politiker entwickelt, vom Linksradikalismus befreit und sich in die allgemeine Linie der Politik eingefügt.

Vogel leitete über zur europäischen Politik, Europäischem Haus und Helsinki. *Gorbatschow* wies Unterstellungen zurück, die im Westen kursierten, daß er mit dem Begriff des Europäischen Hauses die USA aus Europa verdrängen wolle. Dies sei falsch, ebenso wie die Amerikaner nicht versuchen sollten, die UdSSR zurückzudrängen.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen – und zwar zu beiden deutschen Staaten – hätten eine große Bedeutung. Er habe allen Politikern, dem Herrn Bundespräsidenten und dem Herrn Bundeskanzler diese Einschätzung vorgetragen und dafür geworben. Aber es gebe auch Zweifler in D, sei es aus Rücksichtnahme auf Verbündete, sei es aus anderen Gründen. Dies sei auch die Einschätzung von Kwizinskij, der sich sehr für die Entwicklung der Beziehungen einsetze. Auch deutsche Wirtschaftskreise seien zögerlich, besonders im Chemie-Bereich. F und IT machten häufig bessere Angebote. *Vogel* wies diese Einschätzung unter Hinweis auf die ihn begleitende Wirtschaftsdelegation zurück und leitete auf ein anderes Thema über. Er schlage vor, darüber nachzudenken, ein Mahnmal an die jeweils anderen Kriegstoten in D und in der SU zu errichten.

Gorbatschow erwiderte, dies sei politisch interessant, allerdings eine sehr emotionale Frage. Sie sei sicherlich den Menschen in Weißrußland und einigen anderen Gegenden nicht verständlich zu machen, aber man werde darüber nachdenken.

Vogel fragte dann nach der Einschätzung des Abrüstungsprozesses.

Gorbatschow: „Wir wollen die Initiative nicht verlieren und werden den Prozeß weitertreiben, selbst wenn sich Hindernisse auftun.“ Es gäbe recht gute Perspektiven bei START. Die beiden Hauptprobleme seien: SDI und ABM-Vertrag⁹ sowie die Marschflugkörper auf Schiffen. Im ersteren Bereich könne es möglicherweise mit der neuen Administration Fortschritte geben, weil Bush mit SDI nicht emotional verbunden sei, wie Reagan es war. Was den zweiten anbetreffe, so könne man nicht eine ganze Kategorie von Waffen unberücksichtigt lassen¹⁰ – er wisse, wovon er rede, die SU verfüge selbst über diese Waffen. Die anderen Probleme (z. B. mobile oder stationäre Systeme) erschienen ihm überwindbar.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 3. bis 5. April 1989 in Kuba auf.

⁸ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

¹⁰ Korrigiert aus: „unberücksichtigt zu lassen“.

Zu den C-Waffen wisse er, wie die Einstellung von Bush hierzu sei. Z.Zt. zögere GB, was er Frau Thatcher gesagt habe¹¹. Die SU bereite sich darauf vor, das Thema mit Baker im Mai¹² aufzunehmen.

In Wien¹³ sei die SU bereit, weit zu gehen. Sie werde auch unabhängig vom Verhandlungsverlauf ihre Streitkräftestrukturen im Sinne einer defensiven Doktrin verändern. Bei den Verhandlungen müßten allerdings alle Angriffswaffen eingeschlossen werden (z.B. Flugzeuge und Hubschrauber), doch sei SU bereit, etappenweise vorzugehen.

In diesem Zusammenhang komme das Thema Modernisierung auf: Derartige Kompensationen könnten das Erreichte null und nichtig machen. Dann sollte man lieber bei den alten Systemen bleiben, statt auf Neuentwicklungen zu gehen. Wir können eine dritte Null-Lösung vorschlagen. „Aber wir wollen jedenfalls mit parallelen Verhandlungen über taktische Kernwaffen beginnen.“

Man könne natürlich auch über Zonenkonzepte und andere Vorstellungen reden, wie sie in der Arbeitsgruppe SPD–KPdSU entwickelt worden seien. Man könne auch weitere Arbeitsgruppen über Europäisches Haus einrichten. Er begrüße Beiträge von allen Seiten.

Es gäbe Realitäten, z.B. WP und NATO, die sind nicht so bald abzuschaffen, aber die Blöcke sollten politisiert werden. Militärs sollten untereinander reden. Der KSZE-Prozeß wird dieses Denken unterstützen.

Es sei eine falsche Philosophie, wenn man annehme, daß es gut für einen selbst sei, wenn es dem anderen schlecht gehe.

Europa habe alle Möglichkeiten: Kultur, Ressourcen wirtschaftlicher und menschlicher Art.

„Wir haben das Privateigentum abgeschafft und sozialisiert zur Überwindung der Entfremdung, aber durch die Kommandowirtschaft, das System des Kommandierens, ist dieses weder im politischen noch im wirtschaftlichen Prozeß gelungen.“

Vogel übergibt G. das Grundsatzprogramm der SPD – *Gorbatschow* überfliegt die Überschriften: Das sind unsere Begriffe und Fragestellungen, und verweist darauf, daß sowjetische Führung Entwicklungen in langfristig sozialistisch geführten Ländern wie Schweden studiere.

Vogel kommt auf die Abrüstungsproblematik zurück: SPD habe hier Differenzen mit der Bundesregierung: Sie fordere Parallelverhandlungen über taktische

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, bewertete den Besuch am 10. April 1989. Dieser sei für die britische Regierung und insbesondere Premierministerin Thatcher ein Erfolg gewesen: „Mrs. Thatcher hatte im Vorfeld des Besuchs bereits im Sommer letzten Jahres die sowjetische Seite wiederholt wissen lassen, daß sie größten Wert darauf lege, daß Gorbatschow London als erste Besuchsstation in Europa wählt. Gorbatschow erwies der britischen Premierministerin diesen Gefallen. [...] Die sachliche Ausbeute der Gespräche war eher gering. Die Positionen beider Länder zu den Themen nukleare Komponente der Abschreckung und SNF-Modernisierung blieben unverändert. Die sowjetische Ankündigung zur Einstellung der Produktion von Plutonium erscheint eher auf Beeindruckung der westlichen Öffentlichkeit als der Fachleute ausgerichtet zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 716/717; Referat 213, Bd. 147159. Für das Gespräch Thatchers mit Gorbatschow am 6. April 1989 vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 56.

¹² Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹³ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

Nuklearwaffen (wobei er meine, daß die Bundesregierung hier auch aufgeschlossen sei, aber wohl die Verbündeten Schwierigkeiten machten). Insbesondere bei Kernwaffenartillerie gäbe es Übereinstimmungen. Es wäre schön, wenn bei taktischen Raketen, wenn schon nicht auf Null, dann zunächst auf Obergrenzen unterhalb des gegenwärtigen Lance-Potentials verhandelt würde. Zum anderen sei SPD gegen Modernisierung, weil die vorgesehene Form eine Einführung neuer Systeme bedeutete.

Gorbatschow: Dies wäre auch ein Betrug, weil SU Raketen sogar von der Reichweite von 480km liquidiert habe. Wahrscheinlich liege das Problem bei den USA, dem militärisch-industriellen Komplex, der insgesamt gegen eine Verbesserung der Beziehungen mit der SU sei, wie er aus einem Geheimbericht von einer Strategiesitzung im Weißen Haus wisse.

G. kommt dann auf die Perestroika zu sprechen: Es sei ein schwieriger, tiefgreifender Prozeß, kein „Tapetenwechsel“, wie Hager gesagt hat.¹⁴ Er befürchte nicht, daß die Ziele nicht erreicht würden, das Problem liege in den Zeiträumen, in denen dieser Prozeß verwirklicht werde. Er sei gegen „große Sprünge vorwärts“, aber man könne den Dingen auch nicht ihren Lauf lassen. Der Konservatismus müsse überwunden werden. „Wir kommen alle aus dieser Ecke und haben Komplexe.“ Der Widerstand sei nicht politischen Charakters, er liege in den Menschen. Vieles sei neu und ungewohnt in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur. Es sei ein schmerzhafter, aber positiver revolutionärer Prozeß, der sich im Kampf entwickle. Doch schon jetzt sei Perestroika nicht rückgängig zu machen. Die Wahlen¹⁵ seien ein Referendum für die Perestroika gewesen, trotz der Probleme in den Städten, trotz der leeren Regale, trotz der für viele schwierigen Umstellung der Wirtschaftsstrukturen. 86 v. H. der Gewählten seien KP-Mitglieder.

Das Wichtigste, die Menschen müssen umdenken. Es gehe weiter, aber nicht ohne Leiden und ohne Fehler. Vorrangig sei jetzt die Schaffung eines Rechtssystems, das Perestroika und Demokratie schütze.

Vogel: Wir überlegen, wie wir helfen können. Er könnte mit Hilfe der sozialdemokratisch geführten Länder 100 Ausbildungsplätze für je drei bis vier Monate anbieten.

Zur Frage des militärisch-industriellen Komplexes: Diesen gäbe es wohl überall, aber die Tendenz nehme zu, die entsprechenden Ressourcen zur Lösung der Menschheitsprobleme zu nutzen (Nord–Süd, Überbevölkerung, Umweltschutz, Klimagefährdung), d. h., es gehe um die Konversion vom militärischen in zivilen Bereich.

Gorbatschow erwidert, dies geschehe in SU bereits in beträchtlichem Umfang (340 Rüstungsbetriebe arbeiten heute für die Konsumgüterproduktion).

Ein großes Problem sei der Geldüberhang. Die wirtschaftliche Leistung sei um fünf Prozent angestiegen, was nicht schlecht sei, die Löhne aber um 9,5 Prozent.

¹⁴ In einem am 20. März 1987 geführten und am 9. April 1987 veröffentlichten Interview mit der Wochenzeitschrift „Stern“, das am Folgetag in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ abgedruckt wurde, erklärte das Mitglied des ZK der SED, Hager, mit Blick auf die Reformen in der UdSSR: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Vgl. den Artikel „Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten „Stern““, NEUES DEUTSCHLAND vom 10. April 1987, S. 3.

¹⁵ Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.

Das Budgetdefizit muß verringert, der Geldüberhang eingedämmt werden, ohne zu große soziale Härten. Er habe aber auch Probleme dazubekommen: 7 Mio. Rubel an Deviseneinnahmen sind durch verschlechterte „terms of trade“ verlorengegangen, 8 Mio. habe Tschernobyl¹⁶ gekostet, 12–14 Mio. koste Armenien, 40 Mio. Rubel seien dem Budget durch die Wodka-Einschränkung verlorengegangen.

Dennoch werde weiter in die Modernisierung, besonders im Maschinenbau und der Computertechnik investiert, sonst bleibe man hoffnungslos zurück.

Vogel leitet über zum bevorstehenden Besuch¹⁷, spricht Einladung nach NRW und zum Besuch (Rede vor 6–7000 Arbeitern) bei Hoesch aus.

Gorbatschow: Er wolle dieses Bundesland besuchen.

G. macht dann den Vorschlag gemeinsamer Feiern der bevorstehenden Jahrestage der Ersten und Zweiten Internationale. *Vogel* verweist auf Willy Brandt.

V. kommt dann noch auf das Europäische Haus zu sprechen und Berlin: Auf den Fluren zwischen den einzelnen Wohnungen dürfe nicht geschossen werden. Vielleicht könne die Arbeitsgruppe sich auch mit dieser Frage beschäftigen.

Gorbatschow: Berlin bedürfe gewiß gemeinsamer Aufmerksamkeit. Zunächst müsse man mit dem arbeiten und leben, was man habe, aber im gemeinsamen Haus müsse es integriert werden.

Er wolle noch auf die Sowjetdeutschen zu sprechen kommen. Die sowjetische Führung habe vor, eine Form zu finden, in der Interessen der Sowjetdeutschen in kultureller, nationaler Hinsicht gewahrt würden.

Insgesamt denke man über die Harmonisierung des Zusammenlebens der Nationalitäten nach. Spannungen müßten abgebaut werden. Destruktiven Elementen, die antisowjetische Politik verträten, sei der Kampf angesagt. In Georgien¹⁸ seien Parolen wie: Erschießt die Kommunisten, oder die NATO soll einmarschieren, oder Ruf nach einer provisorischen Regierung verkündet worden. Dies könne nicht geduldet werden. Es gehe letztendlich um die Machtfrage. Glasnost und Demokratie hätten ihren Platz im Rahmen des Sozialismus. Gegen Mißbrauch müsse nicht willkürlich vorgegangen werden, sondern auf der Grundlage von Gesetzen, doch unsere Gesetzgebung ist ein „weißes Feld“. Deshalb habe man sich über Staatsschutzgesetzgebung in anderen Staaten kundig gemacht, die, besonders in den USA, sehr streng sei.

Vogel dankt für Ausreisepolitik in bezug auf die Deutschen, wir wären aber auch dankbar, wenn Überlegungen angestellt würden hinsichtlich nationaler Kultur, Sprache und auch autonomen Gebiets. *Gorbatschow* gibt positive Einschätzung

¹⁶ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁸ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 14. April 1989, nach Demonstrationen der muslimischen Volksgruppe der Abchassen, die aus der mehrheitlich christlichen Georgischen SSR ausscheiden und eine eigene Autonome Republik errichten wollten, sei es zu Gegendemonstrationen nationalistischer „Groß-Georgier“ gekommen: „Eine dieser Demonstrationen erhielt am 8.4.89 einen neuen Charakter, als Losungen aufkamen wie ‚Es lebe das selbständige freie Georgien‘ und ‚Tod den russischen Besatzern‘.“ In den frühen Morgenstunden des 9. April 1989 sei es schließlich zum Einsatz von Truppen gekommen, in dessen Folge mindestens 19 Menschen ums Leben gekommen seien. Damit hätten „der georgische Nationalismus und die Unabhängigkeitsbestrebungen“ ihre „ersten Märtyrer“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1437; Referat 213, Bd. 151795.

der Deutschen, nennt Namen von in den Obersten Sowjet gewählten Personen und erwähnt besonders das ZK-Mitglied Frau Gellert, die beim Landwirtschaftsplenium¹⁹ der Führung derartig die Leviten gelesen habe, daß sie alle mit hängenden Köpfen dagesessen seien.

Das Gespräch wurde abgeschlossen mit einer beiderseits positiven Beurteilung des substantiellen Meinungsaustauschs.

Referat 201, Bd. 151167

94

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.01/10-4

14. April 1989

Über Dg41¹, D4², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴ zur Unterrichtung

Betr.: Bericht des Delors-Ausschusses über eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in der Europäischen Gemeinschaft;
hier: Erste Analyse und Bewertung

1) Der Ausschuß hat den Bericht am 12. April 1989 einstimmig angenommen.⁵ Allein dies ist ein großer Erfolg. Der Bericht erfüllt aber auch inhaltlich alle Erwartungen. Er könnte der erhoffte Ausgangspunkt für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sein.

Ein Junktim zur Schaffung des Binnenmarkts besteht nicht (ein Thema, das in einigen Zeitungen eine Rolle spielte), war aber auch von niemandem gefordert worden.

Delors hat den Bericht am 13.4.1989 an die Regierungschefs übersandt und wird ihn am 17.4.1989 auf dem EcoFin-Rat⁶ den zwölf Finanzministern vorstellen.

¹⁹ Am 15./16. März 1989 fand in Moskau ein Plenum des ZK der KPdSU zu Fragen der Landwirtschaft statt.

¹ Hat Ministerialdirigent Trumpf am 14. April 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Jelonek am 14. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit dem Hinweis, daß ich den Bericht noch nicht gelesen habe.“

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1989 vorgelegen, der um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS bei BM“ verfügte.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. Mai 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die R[ück]sprache ist durch die BM-Rede Gütersloh inhaltlich erledigt. 2) H[err] D 4 – wie tel[efonisch] bespr[ochen]: Wir brauchen bald einen prozeduralen Vorschlag für ER Madrid.“
Hat Ministerialdirektor Jelonek am 9. Mai 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 412 vermerkte: „B[itte] mit 410 R[ück]sprache zu prozeduralem Vorschlag.“

⁵ Für den Wortlaut des Delors-Berichts („Report on economic and monetary union in the European Community“), der am 17. April 1989 offiziell vorgestellt wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 283–304.

⁶ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister fand in Luxemburg statt.

Die Finanzminister werden sich sodann auf ihrem informellen Treffen vom 19.–21. Mai⁷ offiziell mit dem Bericht befassen.

Vorher sollte eine Position der Bundesregierung feststehen.

2) Der Bericht besteht aus drei Teilen.

Teil I ist mehr historischer Natur. Er beschreibt die vergangenen und gegenwärtigen Entwicklungen in der wirtschafts- und währungspolitischen Integration in der Gemeinschaft.

In Teil II werden die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für eine Wirtschafts- und Währungsunion dargestellt.

In Teil III wird ein Drei-Phasen-Konzept entwickelt mit konkreten Vorschlägen für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie mit Vorschlägen für das unmittelbare weitere Procedere.

3) Wichtig sind Teil II und III.

Im ordnungspolitischen Teil sind zahlreiche deutsche Belange berücksichtigt worden, insbesondere

- die Notwendigkeit der parallelen Entwicklung bei der Integration im wirtschaftlichen und währungspolitischen Bereich,
- die Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems, das
 - politisch unabhängig,
 - der Geldwertstabilität verpflichtet sowie
 - föderal strukturiert ist.

Es ist ein großer Erfolg, daß sich alle Mitglieder des Ausschusses auf diese Kriterien festgelegt haben.

4) In Teil III werden drei Phasen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorgeschlagen, ohne daß allerdings konkrete Zeitpläne aufgestellt werden. Zeitpläne sind häufig nicht realisierbar, manchmal auch kontraproduktiv. Deshalb dürfte der Ansatz des Ausschusses realistisch und richtig sein.

Hinsichtlich der Beteiligung von Mitgliedstaaten hält der Bericht die Möglichkeit offen, daß zunächst nicht alle Mitgliedstaaten an allen Vereinbarungen vom gleichen Zeitpunkt an teilnehmen.

Es wird weiter festgestellt, daß eine einheitliche europäische Währung zwar ein nicht unbedingt notwendiges, aber wünschenswertes Element einer Währungsunion wäre. Es wird vorgeschlagen, die ECU zu einer solchen europäischen Währung (allerdings nicht als Korbwährung) zu entwickeln.

⁷ Das informelle Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten fand in S'Agaró statt. Ministerialdirektor Jelonek vermerkte dazu am 22. Mai 1989: „1) Die Minister bekräftigten das Ziel der Schaffung einer WWU. [...] Sie empfahlen, daß der ER Madrid die zuständigen Gremien (EcoFin, KOM, Währungsausschuß, Ausschuß der Zentralbankgouverneure) beauftragt, entsprechend den Vorschlägen des Delors-Ausschusses möglichst schnell mit den vorbereitenden Arbeiten zur Implementierung von Phase I zum 1.7.1990 zu beginnen sowie die operationellen Elemente der in dem Bericht vorgeschlagenen Phasen II und III zu definieren [...]. 2) Diese Einigungsformel scheint allerdings von den Teilnehmern unterschiedlich interpretiert zu werden. Der britische Schatzkanzler Lawson sieht keinen Zusammenhang zwischen der von ihm mitgetragenen Implementierung von Phase I und dem Auftrag für Vertragsverhandlungen zur Verwirklichung der Phasen II und III.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168780.

Die Kontinuität des mit Phase I begonnenen Prozesses würde am besten gewährleistet, wenn die politischen Gremien der Gemeinschaft sich verpflichteten, mit den Verhandlungen über einen neuen Vertrag zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu beginnen. Die vorbereitenden Arbeiten für solche Verhandlungen sollten sofort beginnen.

5) In Phase I werden u. a. folgende konkrete Schritte vorgeschlagen:

- Im Wirtschaftsbereich Vollendung des Binnenmarkts und Ausarbeitung von neuen Verfahren zur Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz, welche die Konvergenzrichtlinie von 1974⁸ ersetzen würden. Die verstärkte wirtschaftliche Koordinierung würde im Rahmen bestehender Institutionen erfolgen (EcoFin, Währungsausschuß, Zentralbankgouverneure);
- im währungspolitischen Bereich Teilnahme aller (!) Währungen der Mitgliedsländer am EWS-Wechselkursmechanismus, mehr Befugnisse für den Ausschuß der EG-Zentralbankpräsidenten im Geld- und Währungsbereich; Formulierung von Vorschlägen zur Koordinierung der nationalen Geld- und Währungspolitik; Gründung von drei Unterausschüssen
 - für Währungspolitik,
 - für Wechselkurspolitik gegenüber Drittwährungen,
 - für Bankenaufsicht.

6) Die zweite Phase soll beginnen, wenn der neue Vertrag zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft getreten ist. U. a. wird vorgeschlagen:

- im Wirtschaftsbereich weitere Maßnahmen zu mehr wirtschaftlicher Konvergenz, insbesondere engere haushaltspolitische Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten,
- im währungspolitischen Bereich Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems.

7)⁹ In Phase III sollen

- im Wirtschaftsbereich die auf Gemeinschaftsebene getroffenen, vor allem makro-ökonomischen Entscheidungen für die MS bindend werden und
- im währungspolitischen Bereich eine europäische Währung geschaffen werden¹⁰, welche die nationalen Währungen ersetzt.

8) Für das unmittelbare Follow-up wird vorgeschlagen, daß

- der Europäische Rat Madrid¹¹ und der Ausschuß der Zentralbankgouverneure die notwendigen Entscheidungen zur Implementierung von Phase I treffen und
- vorbereitende Arbeiten für die Aushandlung eines neuen Vertrags sofort beginnen.

Die zuständigen EG-Institutionen sollen auf der Basis des Berichts konkrete Vorschläge zu Phase II und III ausarbeiten, welche in den neuen Vertrag Eingang finden würden.

⁸ Für den Wortlaut der Richtlinie des Rates vom 18. Februar 1974 über die Stabilität, das Wachstum und die Vollbeschäftigung in der Gemeinschaft (74/121/EWG) vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 63 vom 5. März 1974, S. 19 f.

⁹ Korrigiert aus: „6)“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

¹⁰ Korrigiert aus: „Währung geschaffen“.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

- Diese Vorschläge sollten dann als Basis der Verhandlungen für einen neuen Vertrag im Rahmen einer vom Europäischen Rat einzuberufenden Regierungskonferenz dienen.

9) Wie zu erfahren war, soll BBK¹²-Präsident Pöhl ursprünglich hinsichtlich der einzuleitenden Vertragsverhandlungen gemeinsam mit GB, NL und DK eine sehr viel restriktivere Linie vertreten haben.

Daß er letztlich dem Bericht in der vorliegenden Fassung zugestimmt hat, dürfte auch die innenpolitische Diskussion erleichtern.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168729

95

Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel an die Botschaft in Peking

341-321.00 CHN-Tibet 141145
Fernschreiben Nr. 325

14. April 1989¹

Betr.: Haltung der Bundesregierung zur Tibet-Problematik

Bezug: DB Nr. 652 vom 5.4.1989²

1) Grundlagen der Haltung der Bundesregierung zu Tibet

- Wir gehen davon aus, daß die autonome Region Tibet zum Staatsverband der Volksrepublik China gehört.
- Wir unterstützen keine Tätigkeit, die eine Sezession Tibets fördert.
- Wir halten daran fest, daß eine tibetische Exilregierung von der Bundesregierung nicht anerkannt wird und der Dalai Lama³ in der Bundesrepublik nur als religiöses Oberhaupt des tibetischen Lamaismus auf Touristenvisum einreist. Um Mißverständnisse auszuschließen, werden offizielle Kontakte der Bundesregierung oder von Landesregierungen zum Dalai Lama⁴ vermieden.

¹² Bundesbank.

¹ Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Schröder konzipiert.

² Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete: „Nach heftiger Reaktion Pekings auf Tibet-Resolution des Europäischen Parlaments vom 16.3.89 erscheint es möglich, daß ich im zeitlichen Zusammenhang mit der am 20./21. April 1989 stattfindenden Tibet-Anhörung ins chinesische Außenministerium einbestellt werde. Bei dieser Gelegenheit würde chines[ische] Seite voraussichtlich Anhörung und mögliche weitere Resolution des Bundestages als Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten verurteilen und Bundesregierung auffordern, auf Abgeordnete entsprechend einzuwirken. [...] Für Hinweise zur Gesprächsführung in solchem Gespräch wäre ich dankbar.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161875.

³ Tenzin Gyatso.

⁴ Die Wörter „zum Dalai Lama“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel handschriftlich eingefügt.

2) Zu den jüngsten Ereignissen in Lhasa (5.–8. März)

- Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklungen in Tibet mit großer Aufmerksamkeit.
- Das Auswärtige Amt hat mit dem Botschafter der Volksrepublik China in Bonn ein eingehendes Gespräch geführt⁵ und ihm dargelegt, daß die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und weite Teile der Öffentlichkeit die Anwendung von Gewalt in Tibet bedauern. Ihm ist bei dieser Gelegenheit auch gesagt worden, die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Regierung der VR China sich möglichst bald in der Lage sehen würde, den Ausnahmezustand in Lhasa wieder aufzuheben, Journalistenreisen nach Tibet zuzulassen und das angekündigte Gespräch mit dem Dalai Lama zu führen.
- Am 21. März 1989 brachte der spanische Botschafter in Peking⁶ zusammen mit seinem griechischen⁷ und französischen Kollegen⁸ im Namen der zwölf EG-Mitglieder im chinesischen Außenministerium die Lage in Tibet zur Sprache und wies auf die Zusage der chinesischen Behörden hin, die Menschenrechte voll zu respektieren.

3) Zu Ereignissen in der Bundesrepublik und im Europäischen Parlament

- Der Dalai Lama reist vom 14.4. bis zum 17.4.1989 auf Einladung des Oberbürgermeisters⁹ von Offenburg¹⁰ in die Bundesrepublik Deutschland. Er besucht dabei nur Offenburg, gibt dort Audienzen, hält einen Vortrag zu einem religiösen Thema und gibt öffentliche religiöse Unterweisungen. Außerdem veranstaltet der Bürgermeister eine Pressekonferenz.¹¹ Der Dalai Lama reist am 17.4. nach Straßburg weiter und kehrt auf seiner laufenden Europareise nicht nach Deutschland zurück. Bonn oder das Internationale Tibet-Hearing besucht er nicht.
- Internationale Tibet-Anhörung in Bonn, 20./21.4.1989: Es handelt sich um eine Anhörung, die von MdB Petra Kelly organisiert und von der Fraktion der Grünen getragen wird und für die die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages wegen der Größe ihren Fraktionssaal zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich nicht um eine Veranstaltung des Deutschen Bundestages. Die Bundesregierung hat keinen Einfluß auf diese Veranstaltung oder ihre Träger. Sie hat Einladungen an BM und StM Schäfer zur Anhörung ausdrücklich zurückgewiesen und wird sich nicht beteiligen (Länderreferat wird beobachten).
- Resolution des EP zu Tibet vom 16.3.1989¹²: Das Europäische Parlament ist selbständig und nicht von der Bundesregierung zu beeinflussen. Die Resolution

⁵ Für das Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong am 14. März 1989 vgl. Dok. 62.

Für das Gespräch des Ministerialdirigenten Zeller mit Mei Zhaorong am 12. April 1989 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 161875.

⁶ Eugenio Bregolat Obiols.

⁷ Emmanuel Megalokonomos.

⁸ Charles Malo.

⁹ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel korrigiert aus: „Bürgermeisters“.

¹⁰ Martin Grüber.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel gestrichen: „Nach unserem Verfassungsverständnis ist das keine politische Tätigkeit.“

¹² Zur Resolution des Europäischen Parlaments zu Tibet vom 16. März 1989 vgl. Dok. 62, Anm. 8.

ist nicht bindend und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinungen der EG-MS wider.

- Frau P. Kelly, MdB, und die Fraktion der Grünen haben erneut den Antrag auf eine Entschließung des Bundestages zu Menschenrechtsverletzungen und Kriegsrecht in Tibet gestellt.¹³ Zum Stand der Diskussion im Bundestag wird auf den Vermerk 341-300.16 AS vom 16. März 1989¹⁴ hingewiesen (liegt dort vor). Kopie des Antrages der Grünen folgt mit Kurier.

4) StS Sudhoff hat am 10.4.1989 gegenüber dem chinesischen VAM Zhou Nan¹⁵ folgendes zu Tibet gesagt:

Die Bundesregierung habe Verständnis für die chinesischen Sorgen hinsichtlich Tibets. Es gebe für uns keine Frage hinsichtlich der Zugehörigkeit Tibets zum chinesischen Staatsverband. Die Bundesregierung habe weder den Wunsch noch die Absicht, Bestrebungen für die Selbständigkeit Tibets zu fördern. Die Bundesregierung erkenne die großen sozialen Verbesserungen in Tibet an.

Es sei richtig, daß in bestimmten Bereichen der öffentlichen Meinung und Teilen des politischen Spektrums Äußerungen gefallen seien, die China Sorgen bereiten. Diese Meinungen würden von uns nicht geteilt und nicht unterstützt. Wir hätten dies im Parlament und in der Öffentlichkeit eindeutig klargemacht.

Zutreffend sei andererseits auch, daß in der Öffentlichkeit und in Teilen des Parlaments Sorge herrsche wegen der Unruhen in Tibet. Es sei nicht unsere Aufgabe, China Empfehlungen zu geben, aber es würde zur Versachlichung beitragen, wenn China es möglich machen würde, daß Journalisten und andere Reisende wieder nach Tibet reisen könnten, um sich dort ihre Meinung bilden zu können. Auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes würde zur Beruhigung der Öffentlichkeit beitragen.

Es sei wichtig, daß die VR China ihre politischen Maßnahmen in Tibet fortsetze, um die Tibet-Frage aus der Welt zu schaffen.¹⁶

5) Die Analyse in DB Nr. 724 vom 14.4. (gemeinsamer Bericht EG-Botschafter) wird hier geteilt; ihren Schlußfolgerungen¹⁷ wird zugestimmt.

Scheel¹⁸

Referat 341, Bd. 161875

¹³ Für den Wortlaut des Antrags der Abgeordneten Kelly und der Fraktion Die Grünen vom 22. März 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4264.

¹⁴ Zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel vgl. Dok. 62, Anm. 5.

¹⁵ Der chinesische Stellvertretende Außenminister Zhou Nan hielt sich anlässlich der deutsch-chinesischen Staatssekretärskonsultationen vom 7. bis 11. April 1989 in der Bundesrepublik auf.

¹⁶ Für das Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhou Nan am 10. April 1989 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 161826.

¹⁷ Botschafter Hellbeck, Peking, übermittelte einen Bericht der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Peking zur Lage in Tibet vom 12. April 1989. Darin hieß es: „Consideration of policy on Tibet must start from the recognition that China will neither give up the region nor tolerate any degree of political autonomy approaching statehood. The Twelve should make clear whenever speaking about Tibet that they recognize it as part of China and do not question the unity of the Chinese state. [...] The question of abuses of individual human rights in Tibet can and should be approached separately by subscribing to the UN 1948 Universal Declaration and by taking a more active part in international debates on human rights issues“. Vgl. Referat 341, Bd. 161875.

¹⁸ Paraphie.

96

Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der „Gruppe der Acht“ in Granada

15. April 1989¹

Die Außenminister der Gemeinschaft² (nur Irland ließ sich durch den Staatsminister³ vertreten) und die Außenminister der „Gruppe der Acht“⁴ (außer Panama) trafen am 15. April 1989 in Granada zu einer halbtägigen Sitzung mit anschließendem Mittagessen zusammen.

Die gesamte Vormittagssitzung war praktisch nur dem Thema Verschuldensfrage, Analyse und Therapie, gewidmet.

Der *argentinische Außenminister* führte in das Thema „Internationale Wirtschaftslage und Demokratie in Lateinamerika“ ein. Er erklärte, Ende 1989 werde so gut wie der ganze Subkontinent demokratisch sein. Die Entwicklung zur Demokratie sei aber gegenläufig zur Wirtschaftslage. Das BIP in LA betrage heute 7% weniger als 1980. Man könne also sagen, es habe nie soviel Demokratie, seit 1930 aber auch keine so große Wirtschaftskrise mehr gegeben wie heute.

Die Demokratien Lateinamerikas seien arme Demokratien. Durch die neuen Entwicklungen in der Weltpolitik, insbesondere in der Sicherheitspolitik, in der Ökologie, in der Weltwirtschaft, seien die Staaten dieser Welt mehr miteinander verflochten als je zuvor.

Wirtschaft und Politik seien wichtige Transmissionsriemen, um Ungleichgewichte, wie etwa auf dem Gebiet der Ökologie, gerecht zu verteilen. Der Minister benutzte ein Bild: Niemand könne in Ruhe in der ersten Klasse sitzen, wenn im gleichen Flugzeug jemand aus der Economy-Klasse eine Bombe im Gepäck mit sich führe.

Der Minister machte darauf aufmerksam, daß es in der Welt der Wirtschaft und Finanzen wichtige Veränderungen gegeben habe. Finanzmittel, die eigentlich Instrumente für andere Ziele sein sollten, seien zu Zielen in sich geworden. Während früher Mittel aus den hochindustrialisierten Ländern in die Entwicklungsländer gegangen seien, um dort Investitionen vorzunehmen, hätte die Nettoausfuhr an Kapital aus LA in die Industriestaaten zwischen 1982 und 1988 169 Mrd. Dollar betragen. Früher hätte das Finanzsystem den Rahmen für Handel und Finanztransaktionen geboten. Heute bräuchten die Staaten

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 17. April 1989 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Schmiegelow am 19. April 1989 vorgelegen.

² Giulio Andreotti (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Roland Dumas (Frankreich), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Francisco Fernández Ordóñez (Spanien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien), Karolos Papoulias (Griechenland), João de Deus Pinheiro (Portugal) und Leo Tindemans (Belgien).

Luxemburg war durch den Staatssekretär im Außenministerium, Goebbels, vertreten.

³ Seán Calleary.

⁴ Roberto Costa de Abreu Sodré (Brasilien), Luis Barrios Tassano (Uruguay), Dante Mario Antonio Caputo (Argentinien), Guillermo Larco Cox (Peru), Julio Londoño Paredes (Kolumbien), Fernando Solana Morales (Mexiko) und Enrique Tejera París (Venezuela).

Lateinamerikas Devisen, um die Schulden zu bedienen. Der Handel müsse dazu erhalten, um solche Devisen aufzubringen. Zwischen 1982 und 1988 seien die OPEC-Staaten Finanzüberschußländer gewesen. Diese würden nunmehr ersetzt durch Japan und einige europäische Staaten. Die Vereinigten Staaten seien dagegen an die Stelle der Entwicklungsländer als Kapitaleinfuhrland getreten. Der Grund seien interne Ungleichgewichte in den USA. Es gebe also einen Kapitalfluß von Norden nach Norden statt von Norden nach Süden.

Der Minister folgerte daraus, die Welt brauche ein neues Finanzsystem und eine neue Konzeption. Die Frage bleibe bestehen, wieviel Armut die Freiheit, wieviel Armut die Demokratie ertragen könne.

Anschließend machte der Präsident der Interamerikanischen Bank, *Iglesias*, Ausführungen zur Schuldenfrage. Er erklärte, nach sieben Jahren der Anpassung in LA müsse man feststellen, daß das letzte Jahrzehnt hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ein verlorenes Jahrzehnt war. Der Lebensstandard sei heute etwa ebenso niedrig wie vor zehn, zum Teil sogar vor 20 Jahren. Die Investitionsrate habe damals 25 % betragen. Jetzt betrage sie 15 % des Brutto-sozialprodukts. Die internationale Gemeinschaft habe zwar mit Aktionen reagiert, die die Gefahren eines Zusammenbruchs des internationalen Finanzsystems gebannt hätten, die Opfer hätten aber die lateinamerikanischen Staaten gebracht, die ihren Lebensstandard einschränken mußten. Das ging so nicht weiter. Die Jahre zwischen 1982 und 1985 seien Jahre der Anpassung, Schuldenprobleme seien Probleme der Liquidität gewesen. Diesen Problemen wollte der Baker-Plan⁵ entsprechen. Er habe nicht zu Resultaten geführt. Nunmehr müßten IWF und Weltbank große Anteile an den Schulden übernehmen. Die entsprechenden Reformen gingen aber nicht tief genug. Für LA habe dies zu folgenden Weiterungen geführt:

- Einschränkung der Einfuhren.
- Aufwendungen für die Schuldenbedienung.
Hier müßten 50–60 % der Haushaltsmittel herangezogen werden, das führe zu einem starken inflationären Druck.
- Investitionen unterblieben, auch aufgrund der Kapitalflucht.

All dies würde die Wirtschaft Lateinamerikas schwächen statt stärken. Der Brady-Plan⁶ sei ein wichtiger Wendepunkt von einer Politik der Liquidität zu einer Politik der Solvenz. Lösungen könnten aufbauen auf:

- Fortsetzung der Reformen in Lateinamerika,
- Mechanismen, um die Schulden zu vermindern,
- Zufluß neuen Kapitals.

Anschließend führte der Präsident der Kommission, *Delors*, aus, die Gemeinschaft und die Kommission legten großen Wert auf die Beziehungen zu LA. Er habe sich seit 1982 in Weltbank und Währungsfonds dafür eingesetzt, daß die Mittel des IWF für Hilfe an die EL aufgestockt würden. Inzwischen könne man eine schubweise Steigerung des allgemeinen Bewußtseins für die Dringlichkeit des Schuldenproblems feststellen.

⁵ Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

⁶ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

Seit zwei Jahren sei der internationale Handel stark gewachsen. Hierzu habe die EG beigetragen. Die Strukturen seien verbessert worden.

In diese Entwicklung müsse der Süden mit einbezogen werden.

Er forderte:

- Der multilaterale Charakter des Handels müsse verstärkt werden.
- Die Kapitalströme müßten besser gelenkt werden (von Nord nach Süd).
- Das Währungssystem müsse verbessert werden; der Vorrang des Dollars sei bedenklich.

Ermutigend sei, daß die Vereinigten Staaten und Europa verstanden hätten, daß der Umfang der Schulden ein großes Hindernis sei und daher vermindert werden müsse. Bisher habe man geglaubt, Land für Land, d.h. fallweise, vorgehen zu sollen. Heute wisse man, daß man einen allgemeinen Rahmen zu setzen habe. Im Rahmen eines allgemeinen Konzepts seien dann natürlich fallweise Regelungen zu treffen. Bisher habe man Konzepte für die ärmsten EL gefunden, so auch beim letzten Weltwirtschaftsgipfel⁷. Heute brauche man mehr Aufmerksamkeit und Lösungen für die verschuldeten Länder mit mittlerem Einkommen. Daneben müßten sich die Märkte in den EL öffnen, damit sie in das Weltwirtschaftssystem besser einbezogen würden. Schließlich müßten die Industriestaaten den EL während der Laufzeit der Strukturanpassung eine Erhöhung der Einfuhr ermöglichen, auch damit diese die Inflation bekämpfen und eine gesunde Entwicklung für die Zukunft vorbereiten könnten.

In diesem Rahmen sähe er die Vorschläge von Brady, aber auch Überlegungen aus Japan und Europa. Noch gäbe es hierüber keine wirkliche Übereinstimmung. Angesichts dieser Schwierigkeiten sei es erforderlich:

- nicht übertriebene Hoffnungen zu wecken,
- nicht von der Konditionalität abzugehen.
Heute sei jede Lösung, die eine Abweichung der Konditionalität mit sich bringe, nicht akzeptabel.
- Der Transfer der Risiken vom privaten zum öffentlichen Sektor hin sei eine gefährliche Entwicklung, denn so⁸ drohe allgemeine Instabilität. Die Privatbanken müßten auch künftig am Risiko beteiligt bleiben, auch angesichts ihrer Gewinne und Rückzahlungen in früheren Jahren. Es sei wichtig, die Marktkräfte wirken zu lassen. Alle Länder, auch die Vereinigten Staaten, müßten dazu beitragen, daß die Banken besser als bisher Rückstellungen vornehmen könnten.

Delors schloß mit der Hoffnung, daß die Gemeinschaft noch unter der spanischen Präsidentschaft⁹ eine gemeinsame Haltung zur Verschuldensfrage für Länder mit mittlerem Einkommen ausarbeite, die dann auf dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel¹⁰ eingebracht werden könnte.

⁷ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

⁸ Korrigiert aus: „sonst“.

⁹ Spanien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

In der anschließenden Diskussion wies der *mexikanische Außenminister* darauf hin, wie dringend die Lage in LA geworden sei. Lateinamerika gebe mehr als 6 % seines Bruttosozialprodukts für den Schuldendienst aus. Das könne so nicht weitergehen.

BM *Genscher* erklärte, Europa hätte den Prozeß der Demokratisierung in LA begrüßt. Europa dürfe die Demokratien mit ihren Problemen nicht allein lassen, sonst käme die innere Stabilität auf wirtschaftlichem, sozialem und auch politischem Gebiet zu Schaden. Heute erkenne man besser die Interdependenz bei diesen Fragen sowie bei Fragen der Umwelt und der regionalen Konflikte. Es gehe heute um eine globale Stabilität. Daher müßten alle Staaten an den Chancen des Wachstums teilhaben können.

In den Industriestaaten müßte eine wichtige Frage gelöst werden: wie die staatliche Politik den Privatbanken die Möglichkeit eröffne, den Realitäten in der Dritten Welt Rechnung zu tragen. In Deutschland könnten Banken Forderungen, die sie nicht eintreiben können, abschreiben. Dadurch bekämen sie ein hohes Maß an Flexibilität. Es ginge aber nicht, wenn dies nur in Deutschland der Fall sei. Die Industriestaaten müßten ihre Politik hinsichtlich der Privatbanken harmonisieren.

In der amerikanischen Administration gebe es heute gute Voraussetzungen, um den Problemen der Verschuldung näherzukommen. Wir betrachteten die Vorschläge Bradys positiv. Präsident Mitterrand habe wichtige Beiträge geleistet¹¹. Delors von einem allgemeinen Konzept gesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, zu diesem Prozeß, den sie für notwendig erachte, beizutragen, gerade im Verhältnis zu LA, weil es dort gute Voraussetzungen gebe.

Die Gemeinschaft befinde sich in einer dynamischen Phase. Alle Befürchtungen, Europa werde sich festungsartig abschließen, seien unbegründet. Europa sei besonders auf einen offenen Welthandel angewiesen. Der gemeinsame Binnenmarkt werde weltweit neue Möglichkeiten aktivieren.

Der *französische Außenminister* lud die LA zu einer Sitzung dieser Art im zweiten Halbjahr 1989 nach Frankreich ein. Die Themen sollten ausgedehnt werden auf Fragen der internationalen Politik, um dem immer größeren Anteil Lateinamerikas an der internationalen Szene Rechnung zu tragen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bestehe die Gefahr, daß die Kluft zwischen Industriestaaten und LA noch größer werde, da die Risiken wüchsen. Daher sei eine Globalisierung der Bewältigung dieser Probleme notwendig. Man brauche eine neue Weltkonferenz, ein neues Bretton Woods¹² für das ganze Thema.

¹¹ Korrigiert aus: „gelöst“.

Vgl. dazu die Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 29. September 1988 in New York vor der VN-Generalversammlung; Dok. 55, Anm. 22.

¹² Vom 1. bis 22. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 638–683.

Für die am 31. Mai 1968 beschlossene, geänderte Fassung vgl. UNTS, Bd. 726, S. 266–319. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil II, S. 1227–1250.

Der *brasilianische Außenminister* führte aus, die wirtschaftliche Stagnation in LA dürfe nicht anhalten, die Schulden müßten vermindert, die Zinsen gesenkt, neues Kapital nach LA geführt werden.

Er erklärte, er sei durchaus für ein Junktim zwischen der Schuldenproblematik und dem Umweltproblem.¹³ Es müsse aber für die ganze Welt gelten. Brasilien wolle eine stabile Umwelt und leiste wichtige Beiträge. Die Vorschläge für Amazonien seien realistisch. Allerdings müsse man sich auch klar darüber sein, daß beide Probleme, Umwelt und Verschuldung, nicht so rasch gelöst werden könnten.

Der *italienische Außenminister* forderte mehr internationale Solidarität, mehr konkrete Schritte. Staaten und Banken müßten die Zinsen senken. Die italienischen Banken seien in LA nicht besonders stark engagiert. Es gebe aber zwei Gesetze für Steuererleichterungen bei der Senkung der Schulden und von Zinsen. Italien hätte sich auch an der Erhöhung der Mittel für Weltbank und Währungsfonds für diese Probleme beteiligt. Man bräuchte aber auch neue Bedingungen für den Schutz der Investitionen. Es sei wichtig, die Umweltproblematik mit zu berücksichtigen.

Der *britische Außenminister* betonte den Zusammenhang zwischen Verschuldung, Demokratie und Entwicklung. Die Probleme der Verschuldung könnten nicht gelöst werden ohne schwierige Prozesse der Anpassung. Es seien im wesentlichen Probleme der Geschäftsbanken. Europa sei aber auch aufgerufen, offen zu bleiben und diskriminierende Bestimmungen abzuschaffen. Neben Umweltfragen seien aber auch Drogen- und Terrorismusprobleme sowohl für unsere Partner in LA wie für uns zu lösen. Zusammenarbeit sei notwendig.

Auch der *peruanische Außenminister* wies auf den Zusammenhang zwischen Armut, Gewalt, Schmuggel und Drogen hin. Dies führe in Peru zu einer gefährlichen Polarisierung. Entwicklung und Handel seien wichtig, um diese Probleme zu bekämpfen. Für eine Antwort dürfe man sich daher nicht allein an die Banken wenden.

Der *Außenminister Venezuelas* setzte sich mit Vorwürfen auseinander, daß an der Verschuldensproblematik schlechte Verwaltung, Verschwendung und Kapitalflucht schuld seien. Venezuela und andere lateinamerikanische Staaten hätten die Lebenserwartung von 40 auf 70 Jahre erhöht. Man hätte eine lateinamerikanische Geburtenzahl, aber europäische Sterbezahlen. Man gebe mehr für die Erziehung als für die Verteidigung aus. Daraus ließe sich ableiten, daß die Verwaltung nicht so schlecht sein könne. Die internationalen Banken verlangten mehr Ordnung in den Finanzen Lateinamerikas. Wäre nicht eine bessere soziale Ordnung wichtiger?

Die Brady-Vorschläge wären theoretisch gut. Die Banken würden aber nicht von sich aus mitwirken. Daher sei die Rolle der Regierungen in den Industrieländern wichtig. Die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Abschreibungen bei Privatbanken sei ein wichtiger Beitrag. Auch die Vereinigten Staaten müßten etwas in dieser Richtung tun. Es sei ironisch, daß man in den Industriestaaten für das gleiche Phänomen den Begriff Kapitalflucht und den Begriff Investitionen in den USA benutze.

¹³ Vgl. dazu den geplanten Kredit der Weltbank für Brasilien; Dok. 32, Anm. 28.

Die *Außenminister Portugals und Argentiniens* befürworteten den Plan, sich neuerdings in dieser Form in der zweiten Jahreshälfte 1989 zu treffen.

Der *spanische Außenminister* faßte zusammen, man hätte eine wichtige Debatte gehabt. In Lateinamerika gebe es große demokratische Hoffnungen. Sie dürften nicht durch wirtschaftliche Probleme brüchig werden. Der Brady-Plan sei gut, möglicherweise stecke der Teufel aber noch im Detail.

Er wandte sich dann dem Tagesordnungspunkt Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu. Es gehe um drei Ebenen:

- informelle Treffen auf Ministerebene,
- Ministerkonferenzen des San-José-Typs¹⁴ mit gleichem Personenkreis,
- Treffen auf Parlamentarierebene.

Anschließend gab der spanische EG-Kommissar *Matutes* eine Analyse der Wirtschaftsbeziehungen. Wirtschaftliches Wachstum sei unmöglich ohne gleichzeitige Entwicklung des Handels. Man müsse vermeiden, daß die Entwicklungsländer sich weniger entwickelten als die Industriestaaten und daß diese technisch immer weiter zurückblieben. Er wies darauf hin, die Gemeinschaft habe 27 % der Ausfuhren Lateinamerikas aufgenommen, nach LA jedoch nur 4 % ausgeführt. 1981 seien es noch 6 % gewesen. Hierfür wären drei Gründe verantwortlich:

- die Schuldenlast,
- die nicht ausreichende Diversifizierung lateinamerikanischer Ausfuhren. Lateinamerika führe zu viele Rohstoffe, zuwenig Fertigwaren aus.
- Zuviel Protektionismus in LA, aber auch in der Gemeinschaft, vor allem für Produkte der Textil- und Stahlindustrie.

Lösungen müßten auf folgenden Gebieten gefunden werden:

- Die finanziellen Einschränkungen müssen erleichtert werden.
- Die Möglichkeiten für den Handel müssen verbessert werden.
- LA müsse seine Produkte diversifizieren und seine natürlichen Wettbewerbsvorteile (Klima und Arbeitskräfte) zur Geltung bringen.

LA müsse mehr bei seinem menschlichen Kapital investieren. Hierbei müsse Europa der natürliche Partner sein und vor allem bei der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mehr investieren. Außerdem müßten Regelungen für die Steigerung der Ausfuhren gefunden werden. Lateinamerika genieße zwar Präferenzen, aber man empfinde die Ursprungsregelung bei uns als zu hart.

Dem könnten zwei Regelungen Rechnung tragen:

- Die Gemeinschaft müsse den regionalen Ursprung anerkennen für Produkte, die aus Gegenden kommen, wo es eine regionale Integrität gebe, z. B. Zentralamerika, Andenpakt¹⁵ und ähnliches.

¹⁴ In San José fand am 28./29. September 1984 die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

Die bislang letzte Konferenz fand am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula statt. Vgl. dazu Dok. 55.

¹⁵ Der Anden-Pakt wurde durch den Vertrag von Cartagena vom 26. Mai 1969 geschlossen, der am 16. Oktober 1969 in Kraft trat. Gründungsmitglieder waren Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Zum 1. Januar 1974 trat Venezuela bei, die Mitgliedschaft Chiles wurde am 30. Oktober 1976 aufgehoben. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS 8 (1969), Nr. 5, S. 910–939.

- Man müsse sog. Geberländer-Elemente einführen. Damit würde man verschiedenen Produkten einen bevorzugten Zugang zu Europa verschaffen. LA sollte überlegen, ob es nicht über die Uruguay-Runde¹⁶ einen besseren Zugang zu den Märkten der Industriestaaten finden könne, wenn es den eigenen Handel liberalisiere, wie Mexiko, Kolumbien und Chile es getan hätten.

Er warf dann die Frage eines neuen, internationalen Rahmens auf und sprach sich insbesondere für eine Verbesserung des Informationsnetzes aus.

Unterabteilung 33, Bd. 146587

97

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem malischen Präsidenten Traoré

17. April 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten Malis und Vorsitzenden der Organisation der Afrikanischen Einheit, General Moussa Traoré, am Montag, den 17. April 1989, 15.45–16.45 Uhr²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, Botschafter Holderbaum, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau VLR Siebourg als Dolmetscherin; auf malischer Seite: Präsident Traoré, AM Modibo Keita, Botschafter Tall.

Der *Bundeskanzler* weist bei der Begrüßung darauf hin, daß Präsident Traoré bereits zum vierten Mal in offizieller Funktion in die Bundesrepublik Deutschland komme. Sein jetziger Arbeitsbesuch sei – ebenso wie der Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Mali im März 1988³ – Zeichen der sehr freundschaftlichen deutsch-malischen Beziehungen. Er, BK, sei sehr am weiteren Ausbau dieser Beziehungen interessiert. Traoré habe seinerseits ja bereits bei einem vom DIHT organisierten Gespräch mit Vertretern der deutschen Wirtschaft auf das Interesse Malis an der Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen.

Traoré dankt für den freundschaftlichen Empfang: Die bilaterale Zusammenarbeit sei ausgezeichnet. Er wolle die bilateralen Fragen daher seinen Gesprächen mit den Ressorts überlassen und schlage vor, afrikanische Themen zu erörtern.

¹⁶ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 103.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 20. April 1989 gefertigt und am 5. Mai 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.

Hat Bächmann am 5. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 5. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Sulimma und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ganns verfügte „m[it] d[er] B[itt]e], ggf. weitere Verteilung vorzunehmen“.

Hat Sulimma, auch in Vertretung Schlagintweits, am 8. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ganns am 8. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 321, Bd. 154372.

² Der malische Präsident Traoré besuchte die Bundesrepublik vom 14. bis 18. April 1989.

³ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 5. bis 10. März 1988 in Mali auf.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu.

Traoré hebt hervor, daß die wirtschaftlichen Probleme Afrikas vor allem struktureller Natur seien. Die OAE-Mitgliedsländer seien nach wie vor fast ausschließlich Rohstoffherzeuger (Land- und Forstwirtschaft, Bodenschätze) und als solche überaus abhängig vom Auf und Ab der Weltmarktpreise. Die zu niedrigen Exporterlöse Afrikas seien Hauptursache seiner Verschuldungsprobleme. Die VN hätten sich in den vergangenen Jahren bemüht, den Ländern Afrikas bei der Konzipierung wirtschaftlicher Rahmenprogramme zu helfen und bei den Geber- bzw. Gläubigerländern um Verständnis für die Schuldsituation Afrikas zu werben.

Angesichts ihrer fortschreitenden Verschuldung hielten es die OAE-Mitgliedsländer jetzt für unerlässlich, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, gemeinsam mit den Gläubigerländern Kompromißlösungen zu beraten und sich auf einen Vergleich zu einigen. Die Länder Afrikas seien zwar grundsätzlich zur Schuldenrückzahlung bereit, müßten diese aber von einer vorherigen Kompromißlösung abhängig machen.⁴ Er, *Traoré*, habe als OAE-Vorsitzender die Aufgabe übernommen, die Gläubigerländer von der Einberufung eines „Seminars“ im September 1989 zu unterrichten, in dem Regierungsvertreter beider Seiten und Vertreter der Privatwirtschaft die Frage der afrikanischen Schulden erörtern sollten. Von dem Ergebnis dieses „Seminars“ würden die OAE-Mitgliedstaaten ihr weiteres Vorgehen abhängig machen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe in der Schuldenfrage sehr viel für Afrika getan: Sie habe den meisten Staaten südlich der Sahara deren Schulden bereits erlassen. Er, *Traoré*, habe dafür bereits dem Bundespräsidenten seinen Dank abgestattet. Die wichtigste Zukunftsfrage für die Länder Afrikas sei jetzt mehr denn je ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht seine grundsätzlich positive Haltung zu weiteren konstruktiven Beiträgen zur wirtschaftlichen Sanierung der Staaten Afrikas. Er kenne die Tatsachen und meine, daß ein Ausweg gefunden werden müsse. Er selbst habe auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig⁵ die Initiative zu einem umfassenden Schuldenerlaß ergriffen. Die Bundesregierung habe den 21 ärmsten und sieben weiteren Entwicklungsländern Afrikas ihre Schulden aus der FZ erlassen⁶, sie trete für eine konzessionäre Umschuldung staatlich verbürgter Handelsschulden im Pariser Club ein und unterstütze gemeinsame Aktionen von Gläubiger- und Schuldnerseite. Wichtig für das weitere Vorgehen seien jetzt Vorschläge von IWF/Weltbank einerseits und OAE andererseits.

Traoré erläutert, daß die OAE bisher keine konkreten Vorschläge gemacht habe, um jede Konfrontation mit den Gläubigerländern zu vermeiden. Die OAE habe

⁴ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁵ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 171 und Dok. 176.

⁶ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit notierte am 26. November 1987: „Bisheriger Schuldenerlaß, basierend auf Kabinettsbeschuß vom 4.10.1978 in Ausführung einer UNTAD-Resolution, beträgt DM 4,2 Mrd., d. h. DM 3,6 Mrd. Verzicht auf Tilgungen und DM 0,6 Mrd. Verzicht auf Zinsen. Er galt 24 der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), wovon mit DM 2,8 Mrd. allein 20 LDC in Subsahara-Afrika betroffen waren.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148936. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 243.

Ein weiterer Schuldenerlaß wurde 1988 vorgenommen. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 166

den Eindruck, daß sie mit zu konkreten afrikanischen Lösungsvorschlägen auf prompte Ablehnung der Gläubigerländer stoßen würde. Aus diesem Grunde wolle sie die Vertreter der betroffenen afrikanischen Staaten und der Gläubigerstaaten sowie interessierte Wirtschaftskreise zu dem erwähnten „Seminar“ nach Kairo einladen. Im Rahmen dieses Seminars werde sie einen gesamtafrikanischen Vorschlag zum Thema „Weitere Entwicklung Afrikas einschließlich der Schuldenfrage“ vorlegen. Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert Traoré, daß dieses Seminar am 1. September 1989 beginnen solle. Wenn es keine brauchbaren Ergebnisse erbringe, könne man ihm ein zweites Seminar folgen lassen. Danach wolle man eine gemeinsame Konferenz ins Auge fassen. Auf Frage des Bundeskanzlers fügt Traoré hinzu, daß er von den afrikanischen Staats- und Regierungschefs bereits im Mai vergangenen Jahres bei Übernahme des OAE-Vorsitzes mit der Organisation für dieses Seminar beauftragt worden sei.

Vom Bundeskanzler auf die Erwartungen der afrikanischen Staaten hinsichtlich dieses Seminars angesprochen, erläutert Traoré, daß man dort Lösungen der Entwicklungs- wie der Schuldenfragen finden müsse, die für Gläubiger- und Schuldnerländer gleichermaßen akzeptabel seien. EG-Kommissionspräsident Delors⁷ habe sich bereits sehr positiv über eine gemeinsame Suche nach Mitteln zur Bereinigung der afrikanischen Wirtschaftskrise ausgesprochen und die Bereitschaft der Kommission erklärt, sich hieran zu beteiligen. Gleiches gelte für die VN-Wirtschaftskommission für Afrika.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er diesen Bemühungen Erfolg wünsche. Er bittet Traoré um Erläuterung, was er unter „Konfrontation“ verstehe. *Traoré* berichtet, daß bei einem Gespräch in den USA mit dem damaligen Präsidenten Reagan⁸ ihm dieser kaum Zeit gelassen habe, die schwierige Wirtschafts- und Finanzsituation der Staaten Afrikas zu schildern. Reagan habe ihm nur brüsk versichert, daß die Staaten Afrikas ihre Schulden zu bezahlen hätten; andernfalls müßten die Gläubigerländer ihre künftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesen Ländern überdenken. Traoré habe ihm erwidert, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Afrikas nicht mit Strukturanpassungsprogrammen, die von Weltbank oder IWF diktiert würden, beseitigt werden könnten. Im Gegenteil: Die Durchführung der vom IWF vorgeschriebenen Programme destabilisiere die afrikanischen Regierungen.⁹

Er habe dieses Thema mit Reagan dann nicht ausdiskutiert. Inzwischen habe sich nach seinem Eindruck auch die Einstellung in den USA geändert.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob die Staaten der OAE die Konfrontation mit den Gläubigerländern wünschten. *Traoré* verneint dies. Eine Konfrontation bringe nichts. Afrika sei grundsätzlich auch guten Willens, seine Schulden zurückzuzahlen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er in einem solchen Falle auch sehr entschieden reagieren würde.¹⁰ Vernünftigen Vorschlägen stehe er jedoch nach wie vor auf-

⁷ Korrigiert aus: „EG-Präsident“.

⁸ Der malische Präsident Traoré besuchte die USA vom 5. bis 9. Oktober 1988.

⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

geschlossen gegenüber. Man müsse allerdings auch die Frage stellen, was die einzelnen afrikanischen Länder von sich aus zur Überwindung ihrer Wirtschaftsmisere tun könnten. Es gebe hier sehr erhebliche Unterschiede in den Anstrengungen. *Traoré* wirft ein, daß dies vom Produktionsniveau des jeweiligen Landes abhängen. Der *Bundeskanzler* entgegnet, daß auch die Politik des jeweiligen Landes eine Rolle spiele. Es gebe sehr arme Länder, die sich intensiv um ihre Entwicklung bemühten, und weniger arme Länder, die diese vernachlässigten. *Traoré* wendet ein, daß es seit 1986 ein VN-Sonderprogramm für die Entwicklung Afrikas südlich der Sahara gebe. Die meisten Staaten Afrikas hätten sich gegenüber dem IWF zu Strukturanpassungsmaßnahmen oder gegenüber der Weltbank zu Restrukturierungsprogrammen verpflichtet. Ähnliche Programme gebe es auch bei der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Entwicklungsbank. Trotz aller Bemühungen um Einhaltung dieser Verpflichtungen habe sich die Wirtschaftslage dieser Länder nicht verbessert.

Als Beispiel wolle er ein von der Natur bevorzugtes Land, die Elfenbeinküste, nennen. Die elfenbeinische Regierung habe ursprünglich den Kakao-Erzeugern einen Preis von umgerechnet DM 3,60 pro Gewichtseinheit bezahlt. Der Weltpreis für Kakao habe sich inzwischen so verschlechtert, daß für die gleiche Menge jetzt nur mehr ein Erzeugerpreis von DM 1,30 gezahlt werden könne.¹¹

Mali habe ähnliche Exportpreisprobleme. Wegen des internationalen Preisverfalls für Erdnüsse habe man den Anbau von Erdnüssen gedrosselt und baue statt dessen Soja an, aus dem man Öl für den heimischen Markt wie für den Export herstelle.

Mali verdanke sehr viel der Initiative eines privaten deutschen Unternehmens, das den Betrieb einer heimischen Ölmühle, die für die Erzeugung von Ölkuchen konstruiert war, auf die Herstellung von Erdnußpaste umgestellt habe. Diese sei – wenn es nur gelinge, die Verbraucher zu überzeugen – preisgünstiger in der Herstellung als Ölkuchen oder Öl.

Im übrigen erzeuge Mali Baumwolle; auch da seien die Weltmarktpreise nicht gut. Auf Frage des *Bundeskanzlers*: Mali könnte noch Häute und Felle exportieren und eventuell auch Gold.

Als weiteren Gesprächspunkt schlägt der *Bundeskanzler* die Namibia-Frage vor.

Traoré berichtet von einer Konferenz, zu der er als OAE-Vorsitzender mit den Staatshäuptern der Länder des südlichen Afrika am 20.3. d.J. in Harare/Simbabwe¹² zusammengetroffen sei. Man habe bei dieser Konferenz die Entwicklungen in Namibia, in Südafrika und in den Frontstaaten¹³ erörtert. Bei diesen Gesprächen kurz vor Beginn des Übergangsprozesses seien alle Teilnehmer sich einig gewesen, daß 4600 Mann statt der ursprünglich vorgesehenen 7500 Mann VN-Truppen zur Überwachung des Friedensprozesses unzureichend seien.¹⁴ So habe man beschlossen, den VN-GS¹⁵ darum zu bitten, zusätzliche Reserveeinhei-

¹¹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „M[eines] E[rachtens] falsch.“

¹² Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten fand am 21./22. März 1989 in Harare statt.

¹³ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁴ Zur Truppenstärke der UNTAG vgl. Dok. 47, Anm. 14.

¹⁵ Javier Pérez de Cuéllar.

ten für die VN-Friedenstruppe bereitstellen zu lassen, die im Bedarfsfalle schnell nach Namibia überführt und dort eingesetzt werden könnten.

(Die Entwicklung habe dann gezeigt, wie recht die Konferenzbeteiligten mit ihren Befürchtungen gehabt hätten.)

Bei der Konferenz in Harare habe man auch das Problem der Rückführung der außerhalb des Landes befindlichen namibischen Flüchtlinge erörtert. Man sei sich darüber einig gewesen, daß der VN-GS Wege für deren sichere Rückführung in ihre Heimat finden müsse.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert Traoré, daß die Zahl dieser Flüchtlinge nicht bekannt sei. Bei den von SWAPO genannten Zahlen wisse man nicht, ob sie stimmten. Es liege im Interesse von SWAPO, eine möglichst große Zahl dieser Flüchtlinge unter Betreuung durch die VN in ihr Land zurückzuführen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Nur dann könnten sie sich an der Wahl¹⁶ beteiligen, da es eine Briefwahl nicht geben werde.

Schließlich hätten die Konferenzteilnehmer auch an den VN-GS appelliert, die Sicherheit der Wahlen selbst zu gewährleisten.

Trotz all dieser Appelle an den VN-GS habe es dann doch gleich bei Beginn des Übergangsprozesses die bekannten Schwierigkeiten gegeben. Alle afrikanischen Staaten legten größten Wert darauf, daß der Übergangsprozeß fortgeführt werde und daß man den Südafrikanern nicht gestatten dürfe, die Durchführung von 435¹⁷ zu vereiteln.

Bei der Erörterung der Südafrika-Frage seien die Teilnehmer der Konferenz in Harare sich darüber einig gewesen, daß die Politik der Apartheid unverändert praktiziert werde. Mandela und die übrigen politischen Gefangenen seien weiterhin in Haft, ja es gebe ständig neue Verhaftungen. Man sei sich darüber einig gewesen, daß eine Beendigung der Apartheid nur durch internationalen Druck und durch Einführung mandatorischer Sanktionen möglich sei.

Im Hinblick auf die Frontstaaten hätten die Konferenzteilnehmer einvernehmlich festgestellt, daß Südafrika seine Politik der Destabilisierung fortsetze.

Vor diesem Hintergrund hätten die Konferenzteilnehmer sich dazu entschlossen, an alle OAE-Mitgliedstaaten zu appellieren, Südafrika weiterhin so lange jeden Dialog zu verweigern, solange es selbst nicht in einen Dialog mit seinen eigenen schwarzen Bürgern eintrete. Wenn sich dennoch vorher ein Gespräch mit Südafrika aus der Sicht der OAE als notwendig erweisen sollte, müsse es durch den OAE-Vorsitzenden geführt werden.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß es nicht gut um Namibia stehe, bemerkt Traoré, daß dies die Teilnehmer des Harare-Gipfels vorausgesehen hätten. Es sei das Ziel Südafrikas, eine Durchführung der Resolution 435 zu torpedieren.¹⁸

¹⁶ Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

¹⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß er hier anderer Auffassung sei.

Er selbst habe sich sehr zugunsten einer baldigen Freilassung Mandelas eingesetzt, um das Entstehen einer explosiven Situation in Südafrika zu verhindern. Er erhoffe sich einen entschiedenen Wandel in der Politik Südafrikas für die Zeit nach dem Scheiden P. W. Bothas aus dem Amt.¹⁹ Er habe selbst die Erfahrung gemacht, daß man mit Botha nicht weiterkomme: Er sei inflexibel, da er keine Perspektiven mehr für sich selbst sehe. Inzwischen gebe es jedoch einen neuen und bedeutend jüngeren Kandidaten für das Präsidentenamt²⁰, dem an neuen Perspektiven gelegen sein müsse. Namibia könne ein gutes Beispiel dafür abgeben, wie sich ein künftiges Miteinander zwischen Schwarz und Weiß in der Republik Südafrika gestalten könnte.

Traoré entgegnet, daß Südafrika aber alles tue, um die Durchführung der Resolution 435 zu verhindern und die Besetzung Namibias fortzuführen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß nach seiner Meinung der Dekolonisierungsprozeß in Namibia nicht aufzuhalten sei. *Traoré* stimmt dem auf lange Sicht zu: Wenn es Südafrika aber gelinge, die Durchführung von Resolution 435 zu vereiteln, werde zunächst alles beim alten bleiben.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er nicht verstehen könne, welchen Nutzen Südafrika von einer Vereitelung der Durchführung der SR-Resolution 435 haben sollte. Es hätte sich ja gar nicht auf die Durchführung dieser Resolution einzulassen brauchen.

Traoré bemerkt, daß dies in der Tat absurd anmute, der Bundeskanzler könne dies nicht verstehen, weil er selbst kein Kolonialherr sei: Kolonialherren handeln eben absurd.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß auch verbohrt Menschen oft durchaus Sinn für ihren eigenen Vorteil hätten. Eine von Südafrika betriebene Vereitelung der Durchführung von SR-Resolution 435 würde auf dessen Verhältnis zu den USA wie zur SU eine sehr negative Wirkung haben. Die Einstellung Washingtons gegenüber Südafrika sei unter Bush nicht mehr dieselbe wie unter Reagan.

Traoré gibt dies zu, meint aber, daß Namibias Unabhängigkeit das „Apartheid-Regime Südafrikas“ notwendigerweise schwächen würde.

Er weist darauf hin, daß Südafrika während des 20-jährigen bewaffneten Kampfes der SWAPO niemals zuvor ein vergleichbares Massaker unter den SWAPO-Kämpfern wie zu Beginn der Übergangszeit angerichtet habe. Diese SWAPO-Kämpfer seien am 1.4. – entsprechend den getroffenen Absprachen – mit ihren Waffen nach Namibia übergewechselt, um sich dort den VN-Einheiten zu stellen.²¹ Statt dessen seien sie von kampfbereiten südafrikanischen Elitetruppen erwartet und dezimiert worden.²²

¹⁹ Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

²⁰ Frederik Willem de Klerk.

²¹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²² Botschaftsrat I. Klasse Massmann, z. Z. Windhuk, berichtete am 4. April 1989: „Nach letzten Informationen sollen Kämpfe im Norden Namibias abflachen, aber noch nicht beendet sein. SWAPO-Kämpfer, die auf Länge von ungefähr 400 km westlich und östlich von Ruakana ins Ovamboland eingesickert waren, werden von südwestafrikanischer Polizei und drei regulären Kampfбатайльonen (darunter berüchtigtes Bataillon 101) bekämpft. [...] Beobachtermission konnte in Erfahrung bringen,

Der *Bundeskanzler* bleibt bei der Auffassung, daß sich auf namibischer Seite die südwestafrikanische Polizei wie auch der Namibia-Beauftragte des VN-GS²³ abredgemäß verhalten und daß es die SWAPO sei, die ihre Friedenspflicht während des Übergangsprozesses verletzt habe.

Traoré äußert, er hoffe auf ein gelegentliches erneutes Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler, um mit ihm die Erörterung von Fragen des südlichen Afrika zu vertiefen. Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

Referat 321, Bd. 154372

98

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 UNG

17. April 1989¹

Über Dg21², D2³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Zur Situation des ungarischen Reformkurses nach den jüngsten Personalveränderungen im Politbüro der USAP

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die Sitzung des ZK der USAP am 11. April 1989 hat mit dem Ausscheiden des reformkritisch-konservativen Parteiideologen János Berecz, der gleichwohl ZK-Sekretär bleibt, und dreier weiterer, noch vom früheren Parteichef Kádár berufener Mitglieder aus dem Politbüro sowie der Berufung zweier als Reformanhänger geltender Mitglieder ins auf nunmehr neun Mitglieder verkleinerte USAP-Politbüro eine weitere Stärkung des Reformflügels in der Führung der Partei gebracht und möglicherweise eine Spaltung der Parteiführung in Verfechter und Gegner des Reformkurses verhindert. Die Personalveränderungen im Politbüro deuten auf tiefgreifende Spannungen in der Parteiführung hin.

Fortsetzung Fußnote von Seite 443

daß ins jetzige Kampfgebiet erfahrene [süd]afrikanische Offiziere aus Südafrika eingeflogen wurden, um ihre Sachkenntnis bei Kämpfen zu nutzen. SWAPO-Kämpfer sind offensichtlich mit modernsten Waffen von angolanischem Gebiet aus eingesickert. Vermutungen werden geäußert, daß sie sich noch nicht beendeten Aufbau der UNTAG-Truppen zunutze machen wollten, um Basen im Ovambo-land aufzubauen.“ Über die Motive der SWAPO werde spekuliert. Diese habe sich möglicherweise nicht ausreichend auf den Wahlkampf vorbereitet gefühlt: „Einfall wurde daher mit Billigung der SWAPO-Spitze durchgeführt, um Implementierungsprozeß zu verlangsamen und Zeit zu gewinnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; Referat 320, Bd. 155889.

23 Martti Ahtisaari.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationsrat I. Klasse Annen konzipiert.

Hat Annen am 18. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Derix „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 17. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 17. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. April 1989 vorgelegen.

2) Die vom ZK vollzogene Neuwahl des gesamten Politbüros durch das ZK entspricht den parteiinternen Spielregeln. Sie ist indes auch ein deutliches Zeichen für die seit der Wende im Mai 1988⁵ zu beobachtenden Gewichtsverschiebung zwischen Politbüro und ZK: Das Politbüro hat seine frühere dominante politische Führungsrolle als „Überregierung“ und Entscheidungszentrale inzwischen weitgehend eingebüßt. Mehr und mehr sieht sich das Politbüro auf den innerparteilichen Regelungskreis verwiesen, wenngleich ihm nach wie vor die einflußreichsten Mitglieder der Parteiführung angehören.

Reformentscheidungen von nationaler Tragweite fallen zunehmend im ZK. Dies entspricht dem Bemühen der Reformer um Transparenz und Öffentlichkeit ihrer politischen Tätigkeit. Die Reformentscheidungen in den letzten Wochen (Vereinigungs-, Parteiengesetz, Verfassungsreform, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Streikgesetz) sind vom ZK vorbereitet oder getroffen worden. Im ZK haben die Reformer seit dem vergangenen Jahr eine deutliche Mehrheit.

II. Für den Fortgang des Reformkurses in Ungarn ergibt sich nach den jüngsten Personalveränderungen im Politbüro folgendes Bild:

1) Angesichts der derzeitigen personellen, organisatorischen und finanziellen Schwäche der im Aufbau begriffenen oppositionellen Parteien und Gruppierungen, denen es an überzeugenden personellen und programmatischen Alternativen weitgehend mangelt, liegt die Verantwortung für den Reformprozeß bei der USAP, die allein über die notwendigen Machtmittel zur Durchsetzung durchgreifender Veränderungen verfügt. Noch muß die USAP die Auseinandersetzung mit der Opposition nicht fürchten. Diese hat jedoch hervorragende Entwicklungsperspektiven. Ihr Wählerpotential im Falle demokratischer Wahlen übersteigt das der USAP bei weitem.

2) In der Führung der Partei herrscht Uneinigkeit über Methoden und Ziele des Reformkurses.

Unmittelbarer Reformdruck geht vorwiegend vom radikal-reformerischen, deutlich sozialdemokratisch orientierten Parteiflügel um Pozsgay und Nyers aus. Dieser argumentiert ideologiefreier, will eine vollkommene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung in Richtung auf pluralistische parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts und wäre notfalls sogar bereit, bis an die Grenze einer Spaltung der Partei zu gehen. Das Reformkonzept der Radikalreformer birgt innen- (Zerbrechen des gesellschaftlichen Konsenses) und außenpolitische Risiken.

3) Nach dem Ausscheiden des konservativen Parteiideologen Berecz aus dem engeren Führungskreis der Partei gerät Parteichef Grósz zunehmend in die Rolle des konservativen Mahners, der in immer deutlicherem Ton an die innen- und außenpolitischen Grenzen und Bedingtheiten des ungarischen Reformweges (Fortbestehen der sozialistischen Grundorientierung, Fortgelten des Machtanspruchs der USAP, Einbindung in WP und RGW) erinnert und um die Einheit der Partei bemüht ist. GS Gorbatschow hat Grósz bei dessen Moskau-Besuch im März d. J.⁶ unverblümt diese Grenzen vorgehalten.

⁵ Zu den personellen Veränderungen in der USAP im Mai 1988 vgl. Dok. 20, Anm. 2.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, hielt sich am 23./24. März 1989 in der UdSSR auf. Für die englische Übersetzung des ungarischen Protokolls über sein Gespräch mit dem Generalsekretär

III. Der Parteiführung verbleiben drängende Aufgaben für die nahe Zukunft:

1) Wahrung der Einheit und Stärkung der Schlagkraft der Partei

Die konsequente Reformpolitik der USAP-Führung seit Mai 1988 hat die Partei in eine tiefe Identitäts- und Vertrauenskrise gestürzt, deren Symptom ein rapider Mitgliederschwund ist (bislang ca. 1/8 des gesamten Mitgliederstandes). Unzufriedene Anhänger der Reform kehren der Partei ebenso den Rücken wie enttäuschte Altkommunisten, die jahrzehntelang vertretene hehre Ziele verraten glauben.

Die Abberufung des für Parteifragen zuständigen PB-Mitglieds Lukács ist eine Reaktion auf fortbestehende organisatorische Schwächen in den Gliederungen. Mit der Berufung lokaler Reformpolitiker in das Führungsgremium der Partei will diese ihre Verankerung im Lande stärken.

2) Behebung der Glaubwürdigkeitskrise in der Bevölkerung

In der Bevölkerung, die unter der Wirtschaftsmisere stärker denn je zu leiden hat, herrscht Reformverdrossenheit. Die USAP ist nach über 40 Jahren Alleinherrschaft weithin diskreditiert. Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz wird angesichts der andauernden Krise gering veranschlagt.

Lediglich Imre Pozsgay, seit jeher mit den Zügen eines Volkstribunen aufwartend, ist einigermaßen populär. Ihm könnte es am ehesten gelingen, die Bevölkerung für die Reformlinie der Partei zu gewinnen.

In der Wirtschaft wird sich das Schicksal des Reformkurses mitentscheiden. Auf Dauer sind politische Reformgeschenke für die seit Jahren bis an die Leidensgrenze belastete Bevölkerung kein akzeptabler Ersatz für wirtschaftliche Besserung.

IV. Der innerparteiliche Konflikt zwischen gemäßigten Reformern um Grósz und dem radikaleren Flügel um Pozsgay scheint vorprogrammiert. Fürs erste hat Grósz mit den jüngsten Personalentscheidungen, die ihn als GS bestätigten, Zeit gewonnen. Sollte die Krise der Partei jedoch anhalten und fühlbare Erfolge in der Wirtschaftspolitik auf längere Sicht ausbleiben, ist seine Position gefährdet. Der ambitionierte Imre Pozsgay könnte sein Nachfolger sein.⁷

Derix

Referat 214, Bd. 139936

Fortsetzung Fußnote von Seite 445

tär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116225> bzw. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 52.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Und dann?“

99

Botschafter Dufner, Bern, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 233****Citissime****Aufgabe: 17. April 1989, 09.25 Uhr¹****Ankunft: 17. April 1989, 11.12 Uhr**

Betr.: Offizieller Besuch des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl in der Schweiz
(13./14.4.1989)

Zur Unterrichtung

1) BK Helmut Kohl hielt sich vom 13.–14.4.1989 auf Einladung von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz als erster deutscher Regierungschef zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz auf. Er wurde von Frau Kohl, ferner von Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen, StS Friedhelm Ost und einer Delegation hochrangiger Vertreter des Auswärtigen Amts und des Bundeskanzleramts begleitet. Das Besuchsprogramm sah Arbeitsgespräche mit der Schweizer Regierung am Ankunftstag und ein Bankett, gegeben von Bundespräsident Delamuraz, ferner ebenfalls in Bern am 14.4. eine Sitzung der beiden Delegationen, ein Gespräch mit Spitzenvertretern der Wirtschaft und eine Pressekonferenz vor. Anschließend lud Gastgeber Delamuraz die deutsche Delegation zu einer Fahrt im Sonderzug in den Kanton Wallis ein (Besuch des Grabes von Rainer Maria Rilke und Begegnung mit Gemeindebehörden in Schloß Sitten, Abendessen gegeben von Bundespräsident Delamuraz). Der Bundeskanzler flog am späten Abend des 14.4. von Genf zurück.

2) Unmittelbar nach Ankunft traf BK zu zweistündigem Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Delamuraz, Vizepräsident Bundesrat Arnold Koller (Leiter des Eidgen. Justiz- und Polizeidepartements), und Bundesrat René Felber (Leiter des Eidgen. Departements für ausw. Angelegenheiten) zusammen. Weitere Teilnehmer von deutscher Seite: StM Stavenhagen, StS Ost, Botschafter Dufner, MDg Neuer, VLR I Bitterlich.

Delamuraz dankte BK für seinen Einsatz als Brückenbauer in Europa, besonders auch gegenüber Osteuropa. Im Zentrum der Gespräche stehe, da bilaterale Beziehungen ohnehin freundschaftlich und unproblematisch, die Europapolitik. Vollmitgliedschaft der Schweiz in EG sei derzeit nicht möglich, jedoch wolle Schweiz ihren Beitrag zu Zusammenarbeit leisten: GATT-Uruguay-Runde², Namibia-Hilfscorps³, bisher 132 Abkommen mit EG, Intensivierung der EG-EFTA-Annäherung, Schweiz wolle „kein Schloß in Europa“ sein, sondern trete pragmatische Annäherung i.S. von Geben und Nehmen, aber auch Stärkung des Bilateralismus, an. Positive Haltung Bundesregierung gegenüber Schweizer Position werde sehr dankbar begrüßt. Derzeitige GATT-Runde zeige Kompatibilität der Stärkung Europas gegenüber USA und der Welt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nestroy am 17. April 1989 vorgelegen.

² Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 103.

³ Zur UNTAG vgl. Dok. 47, Anm. 14.

Botschafter Bräutigam, New York (VN), berichtete am 24. Februar 1989, die Schweiz stelle ziviles Personal für die UNTAG-Logistik, nämlich eine medizinische Einheit von 155 Mann. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 318; Referat 320, Bd. 155907.

BK legte ausführlich dar, EG sei nicht das ganze Europa. Kulturelle Dimension sei wesentliches Element der Einheit Europas. Er bestärke die Schweizer Haltung, sowohl im Rahmen der EFTA-Arbeit fortzufahren als auch bilaterale Kooperation zu stärken. Neue Weltwirtschaftszentren Nordamerika, Japan, Europa verlangten beschleunigte Integration Europas, insbesondere auch im Hinblick auf rasch wachsende pazifische Wirtschaftskraft. Datum für Binnenmarkt werde eingehalten, Römer Verträge⁴ gingen jedoch über gemeinsamen Binnenmarkt hinaus. Seit Churchills programmatischer Rede in Zürich⁵ habe Europa ein ungeheures Stück Weges zurückgelegt. Europ. Parlament sei bester Beweis hierfür.

3) Bei Gespräch beider Delegationen am 14.4.89, das auf Weisung von Bundespräsident Delamuraz im Spiegelsaal des ehemaligen Hotels Bernerhof stattfand, in dem beim Staatsbesuch 1912 der Deutsche Kaiser begrüßt worden war⁶, nahmen auf Schweizer Seite u. a. teil: Bundesrat Otto Stich (Leiter des Eidgen. Finanzdepartements), Bundesrat René Felber, Bundesrat Adolf Ogi (Leiter des Eidgen. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements), StS Prof. Blankart (Leiter des Bundesamtes für Außenwirtschaft).

Ogi wies auf die durch Topographie seines Landes erschwerte Transitrolle im zusammenwachsenden Europa hin. Fernverkehr müsse nach Vorstellung der Schweizer Regierung auf die Schiene, die Feinverteilung auf den Straßenverkehr verlegt werden. Ein „neues Eisenbahn-Zeitalter“ und ein europ. Verkehrskonzept seien herbeizuführen. Schweiz sei zu großen finanziellen Beiträgen bereit, welchem der in Prüfung befindlichen Alpentransversal-Projekte auch immer die Schweizer Regierung und Legislative im Herbst ds. Jahres zustimmen werde.⁷ BK machte sich die Schweizer Position der Stärkung des Schienenverkehrs zu eigen, StM Stavenhagen deutete Bevorzugung des Gotthard-Projektes aus Gründen des projektierten Ausbaus der Oberrhein-Bahnstrecke an.

Stich erklärte zu Währungsfragen, Zusammenarbeit mit EG-Währungsverbund habe sich gut entwickelt. Weltwährungsprobleme wie Verschuldung, Zinssteigerungen, Inflationstendenzen, Kapitalflucht, aber auch Hilfe an osteurop. Staaten zur Kräftigung von Demokratiebewußtsein und Produktivität verlangten dringend nach Lösungen. BK wies auf Notwendigkeit eines Junktims von Kredithilfe und Umweltschutz (Brasilien⁸), ferner auf Bereitschaft der Bundesregierung hin,

⁴ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

⁵ Am 19. September 1946 regte der Vorsitzende der britischen Konservativen Partei, Churchill, in der Universität Zürich die Schaffung „einer Art Vereinigte Staaten von Europa“ an. Für den Wortlaut der Rede vgl. THE COLLECTED WORKS OF SIR WINSTON CHURCHILL. Centenary Limited Edition, Bd. XXVIII: Post-War Speeches, Bd. 1, Teil 1: The Sinews of Peace, [London] 1975, S. 165 f.

⁶ Kaiser Wilhelm II. besuchte die Schweiz vom 3. bis 6. September 1912.

⁷ In der Presse wurde dazu berichtet: „Die Schweiz will die zwei neuen Bahntunnel in den Alpen, die bis zum Jahre 2010 fertiggestellt sein sollen, unter dem Gotthard und am Lötschberg bauen. [...] Damit hat die Bundesregierung einen Plan verworfen, statt eines fünfzig Kilometer langen Bahntunnels unter dem Gotthard eine weiter östlich gelegene Linienführung vorzusehen, die einen direkten Anschluß an das Rheintal gehabt hätte. Bei dem Beschluß über die ‚Neue Eisenbahn-Alpentransversale‘ Anfang Mai war diese Variante noch offengelassen worden. Der Gotthard-Basistunnel, so hieß es jetzt, habe den Vorzug erhalten, weil er billiger sei und weniger technische Schwierigkeiten bereite.“ Vgl. den Artikel „Bern will Bahntunnel durch den Gotthard bauen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juli 1989, S. 3.

⁸ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

Öffnungsexperimente in Ungarn und Polen mit Signalwirkung auf ČSSR und DDR zu unterstützen. Felber regte in diesem Zusammenhang Unterstützung des osteurop. Demokratisierungsprozesses durch konzentrierte Hilfsaktion im Rahmen Europarates durch OECD oder Weltbank an („Marshallplan für Polen“). BK pflichtete bei, die Stunde sei gekommen, jetzt im Europarat entsprechende Hilfsaktionen zu diskutieren.

4) Wertung

Arbeitsgespräche konzentrierten sich im wesentlichen auf das von Schweizer Seite zum Ziel gesetzte Thema der Zusammenarbeit in Europa. Schweizer Erwartungen auf Zusicherung weiterer deutscher Unterstützung pragmatischer Annäherung der Schweiz an die EG sind von BK voll erfüllt worden. Schweizer Regierung, Bevölkerung und Medien sahen in diesem „historischen Besuch“ (Delamuraz) außerordentliche Bedeutung und Ausdruck der Freundschaft zwischen beiden Ländern. Der Besuch verlief in Atmosphäre besonderer Herzlichkeit. Demonstration von ca. 30 RAF-Sympathisanten vor dem Bundesparlament wurde von Schweizer Polizei schnell zerstreut. Hiesige Medien haben Demonstration nur am Rande gestreift und über den Besuch ausführlich und sehr positiv berichtet. Daß bislang nie ein deutscher Regierungschef dem südlichen Nachbarland einen offiziellen Besuch abgestattet hatte, wurde von beiden Delegationen als Kuriosum vermerkt.

[gez.] Dufner

Referat 203 (202), Bd. 140595

100

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow in Luxemburg

18. April 1989¹

MP *Ryschkow* begrüßt den Bundeskanzler² und bestellt herzliche Grüße von Generalsekretär Gorbatschow.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 19. April 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. Mai 1989 vorgelegen.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs“ übermittelt.

Hat Bächmann am 11. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Kastrup am 12. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 17. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 147129.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Unabhängigkeit am 18. April 1989 in Luxemburg auf.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich und erwidert die Grüße. Er berichtet anschließend über die Regierungsumbildung.³ Leider müsse er nach dem Gespräch wieder zurück nach Bonn, um weitere verfassungsmäßige Vorbereitungen zu treffen. Er habe mit Befriedigung vernommen, daß die Vorbereitungen für den offiziellen Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland⁴ gut vorankommen. Der Bundeskanzler bittet MP Ryschkow, GS Gorbatschow zu übermitteln, daß alles so bleiben solle, wie es besprochen worden sei. Beide Seiten hätten am Erfolg des Besuches großes Interesse. Auf allen besprochenen Gebieten solle weitergearbeitet werden. Hierzu gehöre nicht zuletzt der Bereich der Wirtschaft. Er habe den interessanten Bericht der ersten Gruppe von Wirtschaftsmanagern, die in der Sowjetunion gewesen seien, gesehen. Der Bundeskanzler erkundigt sich nach Reaktionen in der Sowjetunion.

MP *Ryschkow* teilt mit, die Gruppe sei mit Silajew zusammengetroffen. Der Eindruck sei gut gewesen. Die sowjetische Seite sei der Meinung, daß die Vereinbarung vom Herbst über die Durchführung der Bildung und Weiterbildung von Wirtschaftskadern⁵ von großer Bedeutung sei.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht, daß zwei Aspekte von Wichtigkeit seien, nämlich der gerade von MP Ryschkow erwähnte sowie das Haus der Wirtschaft⁶.

³ Am 13. April 1989 gab Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung zur Umbildung des Kabinetts ab. U. a. werde der CSU-Vorsitzende Waigel das Amt des Bundesministers der Finanzen übernehmen. Der bisherige Amtsinhaber Stoltenberg werde neuer Bundesminister der Verteidigung. Das Amt des Bundesministers des Innern übernehme der bisherige Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Schäuble, dem der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Seiders, folge. Bundesminister Zimmermann wechsle vom Innen- in das Verkehrsministerium. Bundesminister Klein werde neuer Leiter des Presse- und Informationsamts. Zudem kündigte Kohl eine Reihe von Veränderungen bei den Parlamentarischen Staatssekretären an. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 297 f.

Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker entließ die alten und ernannte die neuen Bundesminister am 21. April 1989. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 309 f.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ Korrigiert aus: „Wissenschaftskadern“.

Beim Besuch von Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR wurden „Projekte zur Aus- und Weiterbildung sowjetischer Fach- und Führungskräfte der Wirtschaft in folgenden Bereichen vereinbart: Aus- und Weiterbildung von sowjetischen Führungskräften (Managern) durch Industrie-Stagen und Weiterbildungsseminare in der Bundesrepublik Deutschland. Aus- und Weiterbildung von Fachkräften (Meister, Facharbeiter). Durchführbarkeitsstudie für das Projekt eines Maschinenparks in der Sowjetunion und damit verbundene Ausbildungsmöglichkeiten. Zusammenarbeit bei Berufsbildungsforschung (Erstellung von Lehrmitteln, Austausch von Ausbildern und Berufsbildungsforschern).“ Vgl. die „abgestimmten Besuchsergebnisse“, BULLETIN 1988, S. 1275. Zum Besuch vgl. AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt vermerkte am 20. Oktober 1988, das Bundesministerium für Wirtschaft habe den Entwurf eines „Memorandum of Understanding“ über die Errichtung und den Betrieb eines „Zentrums für Industrie, Handel und Kulturaustausch zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland“ zugeleitet. Es handele sich um ein „Joint-venture mit 51 % sowjetischer und 49 % deutscher Beteiligung (Projektkosten 500 Mio. DM)“. Mit dem Memorandum „zwischen der Deutschen Bank und dem Maschinenbaubüro der UdSSR sind die Planungen für das sogenannte ‚Haus der Deutschen Wirtschaft‘ in ein konkretes Stadium getreten. Mit der Deutschen Bank als Konsortialführer kann man von einer soliden Finanzierungsbasis ausgehen.“ Eine Fertigstellung sei 1991 möglich, nach Angaben der Deutschen Bank 1993. Vgl. Referat 213, Bd. 143594.

Beim Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR „wurde die Idee der Einrichtung von Industrie- und Handelszentren in der Bundesrepublik Deutschland und in der

Besonders für den Mittelstand habe das Haus der Wirtschaft eine große Bedeutung.

MP *Ryschkow* stimmt zu und bemerkt, der Beschluß, ein Haus der Wirtschaft zu gründen, sei eine sehr gute Sache. Die Arbeit gehe auch gut voran. Ein Platz sei schon gefunden. Es sei auch gut, daß der Chef der Deutschen Bank⁷ die Leitung habe. Er hoffe, daß auch bald ein Ort für das Haus der sowjetischen Wirtschaft in Deutschland gefunden werde. Für das Haus des Maschinenbaus sei der sowjetische Vorschlag Leningrad. MP Späth habe sich daran interessiert gezeigt, ein solches Haus für den sowjetischen Maschinenbau in Stuttgart einzurichten.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Stuttgart sei als Ort diskutiert worden; er halte diese Ortswahl für vernünftig.

MP *Ryschkow* fährt fort, er habe mit BM Haussmann eingehend über den Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen.⁸ Silajew habe berichtet, daß ein Teil der Dokumente, die beim Besuch unterzeichnet werden sollen, schon paraphiert sei. Die sowjetische Seite sei der Auffassung, daß der Besuch durch die Lösung konkreter Fragen bereichert werde. Es sei auch eine Bilanz der Gemeinschaftsunternehmen gezogen worden. Von 300 Unternehmen, die die Sowjetunion mit ausländischen Partnern betreibe, entfielen 55 auf die Bundesrepublik Deutschland. Der Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion habe einen starken Impuls für die Entwicklung der Beziehungen gegeben. Jetzt müsse man die Beteiligung der mittleren und kleineren Betriebe ausweiten. Diese könnten flexibler und pragmatischer reagieren als die Großbetriebe.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Eine stärkere Beteiligung dieser genannten Betriebe würde sich günstig für die Sowjetunion auswirken. Die mittleren und kleineren Betriebe zeigten oft mehr Dynamik und Flexibilität als Großbetriebe.

MP *Ryschkow* vergleicht die großen Firmen mit einem Gebäude aus großen Steinquadern. Sie könnten nicht die Fugen füllen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach dem Verlauf der Reformen. Er beobachte die Entwicklung mit größtem Interesse und viel Sympathie.

MP *Ryschkow* bemerkt, der Bundeskanzler wisse ja, daß die Reformen auf breitem Weg vorangingen. Begonnen habe man 1985 mit den Wirtschaftsreformen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 450

UdSSR mit Befriedigung aufgenommen“. Vgl. die „abgestimmten Besuchsergebnisse“; BULLETIN 1988, S. 1275.

Am 3. Januar 1989 teilte Gerhardt der Botschaft in Moskau mit, die Deutsche Bank und das sowjetische Büro für Maschinenbau hätten am 21. Dezember 1988 ein „Memorandum über gegenseitiges Einverständnis“ unterzeichnet. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147191.

⁷ Alfred Herrhausen.

⁸ Bundesminister Haussmann besuchte die UdSSR vom 2. bis 4. März 1989. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 4. März 1989 über das Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten: „R[yschkow] begrüßte zu Beginn des eineinhalbstündigen Gesprächs neuen Wirtschaftsminister außergewöhnlich freundlich. [...] Wirtsch[aftliche] Beziehungen zu D unterschieden sich bemerkenswert von denen zu anderen westlichen Ländern. Auch in Zeiten politisch ‚nicht wolkenfreier‘ bilateraler Beziehungen hätten sich beide Seiten stets an ihre Verpflichtungen im Wirtschaftsbereich gehalten und sie nie mißbraucht. [...] SU wolle Beziehungen zur EG ausbauen. Im Zeitalter sich rasant entwickelnder neuer Technologien würde sich jedes Land selbst zum langsamen Absterben verurteilen, welches sich in einem engen nationalen Rahmen wirtschaftlich abzukoppeln trachtete.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 860; Referat 213, Bd. 147145.

habe jedoch nach einiger Zeit gesehen, daß eine Wirtschaftsreform ohne politische Reformen keinen Erfolg haben könne. Deshalb sei man auch zu politischen Reformen übergegangen. Nach ihrer Eigenart könnten solche Reformen schneller vorangehen. Die Wahlen⁹ seien ein gewaltiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung. Das politische Selbstbewußtsein der Menschen sei stark gestiegen. Dies sei ein positiver Schritt, der von der sowjetischen Führung hoch eingeschätzt werde. Es sei ein erster Schritt; es gebe Gebiete, wo man noch weiter vorangehen könne. Im großen und ganzen sei die Entwicklung positiv. Es müßten auch Lehren aus ihr gezogen werden. Insbesondere müßten dies solche Funktionäre tun, die ein Mißtrauensvotum erhalten hätten. Sie müßten sich nach einer anderen Aufgabe umsehen. Im Wirtschaftsbereich müsse noch viel getan werden. Das Beharrungsvermögen sei sehr groß. Der wichtigste Punkt sei die Durchführung der Umstrukturierung. Dies könne nicht über Nacht geschehen. So brauche die Umstellung der Industrie, die bisher nur militärische Güter produziert habe, auf zivile Produktion zwei bis drei Jahre. Schwierig sei es auch, eine Änderung der Denkweise zu erreichen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach den Fortschritten im Bereich der Landwirtschaft. Er habe den Eindruck, dies sei schwieriger als in den übrigen Wirtschaftsbereichen.

MP *Ryschkow* bestätigt, daß dieser Eindruck richtig sei. Die Industrie nehme insgesamt gesehen eine dynamischere Entwicklung.

Der *Bundeskanzler* äußert seine Überraschung. Er habe eher erwartet, daß dies umgekehrt sei.

MP *Ryschkow* stimmt zu. Er habe dies auch erwartet. Man arbeite inzwischen intensiv an der Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft. Das März-Plenum¹⁰ habe entsprechende Beschlüsse gefaßt. So gebe es jetzt z.B. innerhalb einer Kolchose Pachtbeziehungen. Große Investitionen würden für die Produktion landwirtschaftlicher Geräte getätigt. Dies sei deshalb besonders wichtig, weil ca. 30 % der Ernte als Verlust abgeschrieben werden müssen. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie groß das Pachtland sein könne, erwiderte MP *Ryschkow*, dies sei nicht festgelegt. Festgelegt sei nur, daß die Pachtdauer sich bis auf 50 Jahre belaufen könne. Das Minimum der Pachtdauer belaufe sich auf fünf Jahre. Die Bauern rissen sich nicht um das Land. Die Menschen auf dem Land seien an einen gemäßigten Lebensstandard gewöhnt. Sie sagten, 200 Rubel reichten ihnen aus zum Leben. Die Bauern müßten erst wieder daran gewöhnt werden, selbst Land zu haben. Man habe ihnen dies zu lange abgewöhnt. Viel Arbeit stehe auf diesem Sektor bevor. Es werde nicht nur ein Jahr, sondern viele Jahre dauern, bis man hier Erfolg haben könne.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, es werde sehr wichtig sein, ein Umdenken bei den Bauern zu erreichen.

MP *Ryschkow* fährt fort, die Bauern gehörten zu der „beharrenden“ Schicht der Gesellschaft. Wenn sie sich aber erst umgestellt hätten, würden sie sicherlich mehr an ihrer Arbeit und ihrem Land hängen als die Arbeiter an ihren Betrieben.

⁹ Am 26. März 1989 fanden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten statt. Vgl. dazu Dok. 78.

¹⁰ Am 15./16. März 1989 fand in Moskau ein Plenum des ZK der KPdSU zu Fragen der Landwirtschaft statt.

Auf Frage des Bundeskanzlers führt MP Ryschkow weiter aus, daß das Entwicklungsniveau der Landwirtschaft in verschiedenen Regionen der Sowjetunion in der Tat sehr unterschiedlich sei. Der Süden sei hier am weitesten entwickelt, die Infrastruktur am besten. Der europäische Teil des Landes sei vernachlässigt worden. Dies gelte insbesondere für die Nicht-Schwarzerde-Gebiete. Die Ernteerträge seien niedriger, die Infrastruktur schlecht. Jetzt würden große Investitionen getätigt. So werde man allein für den Straßenbau in diesen Regionen bis 1995 etwa 35 Milliarden Rubel ausgeben.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich danach, ob die Politik der Gewinnung von Neuland fortgesetzt werde.

MP *Ryschkow* verneint dies. Praktisch sei dies nicht mehr der Fall. Es werde nur das in Ordnung gebracht bzw. gehalten, was an Neuland schon erschlossen sei. Das vorhandene Land reiche bei richtiger Nutzung voll für die Versorgung der Bevölkerung aus. Je schneller die Landwirtschaftsprobleme gelöst werden könnten, desto eher schwänden die Probleme der Bevölkerung. Früher seien die Wohnungsfrage und die Versorgung mit Konsumgütern im Vordergrund gestanden. Das habe sich heute geändert. Es gebe zwar immer noch ein Wohnungsproblem und auch Probleme im Konsumgütersektor. Aber einen neuen Fernseher oder eine neue Waschmaschine brauche man vielleicht alle fünf Jahre; ernähren müsse man sich jeden Tag. Deshalb stehe die Landwirtschaft im Vordergrund. Es gebe insbesondere nicht genügend Fleisch- und Milchprodukte. Das Futtergetreide fehle. Ein schwieriges Problem sei, daß die Preise nicht den Kosten entsprechen. Es gebe große staatliche Subventionen. Man habe die Absicht gehabt, eine Preisreform durchzuführen. Diese müsse jedoch verschoben werden. Die Disproportionalitäten auf dem Markt seien zu groß. Es sei unmöglich, jetzt so etwas zu machen; es könnte zu sozialen Explosionen führen. Die Wirtschaft sei noch nicht imstande, ohne Subventionen die Kosten zu tragen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich danach, ob in den Erdbebengebieten die Probleme jetzt geringer geworden seien.

MP *Ryschkow* bejaht dies. Er bedankt sich herzlich für die Hilfe, die die Bundesrepublik Deutschland geleistet habe.¹¹ Er habe eine Gruppe deutscher Spezialisten auf dem Weg ins Erdbebengebiet getroffen. Sie hätten viel geholfen. Er wolle sich nochmals für die moralische und materielle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und die Entsendung der Spezialisten bedanken. Er wolle auch die Hilfe durch die Lieferung von Zuchtvieh besonders erwähnen. Die deutschen Firmen und Privatpersonen hätten etwa 120 Millionen DM gesammelt. Für dieses Geld sollten Prothesenteile geliefert werden, die dann in der Sowjetunion zusammengesetzt würden. Über diese Frage habe er mit Botschafter Meyer-Landrut gesprochen. Auch für die Hilfe mit einer (?) künstlichen Niere wolle er sich bedanken. Dadurch seien wesentlich weniger Tote zu beklagen gewesen, als normalerweise bei durch Verschüttungen Verletzten zu beklagen seien. Jetzt werde wieder aufgebaut in Armenien. Er sei im Januar zweimal dort gewesen. Der Aufbau werde zehn bis zwölf 12 Milliarden Rubel kosten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er persönlich das deutsche Engagement stark unterstützt habe. Dies habe er um der Menschen willen getan, und er

¹¹ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien und zu den Hilfeleistungen der Bundesrepublik vgl. Dok. 3, Anm. 6.

halte diese Unterstützung auch psychologisch für sehr wichtig. Er habe Berichte darüber gelesen, wie die armenische Bevölkerung reagiert habe. Er sei von der großen Dankbarkeit und Herzlichkeit beeindruckt gewesen. Dies schaffe wichtige Bindungen zwischen den Völkern.

MP *Ryschkow* bestätigt, daß es eine so starke Zusammenarbeit bei den Bemühungen, den Opfern zu helfen, noch nie gegeben habe.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies sei seine Absicht gewesen. Es sei eine kleine positive Nebenwirkung bei dem schrecklichen Unglück.

Der Bundeskanzler verabschiedet sich. MP *Ryschkow* dankt dem Bundeskanzler für sein Kommen.

Das Gespräch endet nach 45 Minuten Dauer.

Referat 213, Bd. 147129

101

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

VS-NfD

18. April 1989¹

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die unkontrollierte Beteiligung von deutschen Firmen und deutschen Staatsangehörigen bei der Entwicklung und Herstellung von Raketen in Ländern des Nahen Ostens² und in Argentinien³ erfüllt mich zunehmend mit Sorge.

Bei einigen Ländern im Nahen Osten wissen wir, daß sie bereits über C-Waffen verfügen bzw. an deren Entwicklung und Herstellung – z. T. mit deutscher Hilfe – arbeiten. Es ist zu befürchten, daß diese Länder versucht sein könnten, C-Waffen und möglicherweise auch B-Waffen mit Hilfe dieser Raketen in ihr Ziel zu befördern.

Im Falle Argentiniens ist die Beteiligung von Deutschen an der Entwicklung und Herstellung einer nuklearfähigen Rakete deshalb besonders problematisch, weil Argentinien dem NV-Vertrag⁴ nicht beigetreten ist und sich damit die Option, im Nuklearbereich militärische Programme zu entwickeln, offengehalten hat.

Ich bin der Auffassung, daß es in der Logik der von der Bundesregierung beschlossenen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verhinderung der Beteiligung von Deutschen bei Entwicklung und Herstellung von ABC-Waffen liegt, auch eine Beteiligung von Deutschen bei der Entwicklung und Herstellung von Raketen, die solche Waffen befördern können, zu verhindern.

¹ Ablichtung.

² Zur Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und von Unternehmen aus der Bundesrepublik an der Entwicklung und Herstellung von Raketen im Irak vgl. Dok. 82.

³ Zum argentinischen „Condor“-Projekt vgl. Dok. 82, Anm. 9.

⁴ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 143.

Ich halte deshalb für dringend geboten, bisherige Vorstellungen zu dieser Thematik kritisch zu überprüfen und insbesondere eine Genehmigungspflicht für Dienstleistungen von deutschen Staatsangehörigen im Ausland, die im Zusammenhang mit der Entwicklung, Herstellung oder dem Gebrauch von Waren der Liste A der Ausfuhrliste⁵ stehen, einzuführen. Als Rechtsgrundlage hierfür käme eine Rechtsverordnung der Bundesregierung gemäß § 7 AWG⁶ in Betracht. Dienstleistungen in OECD-Ländern könnten von einer solchen Genehmigungspflicht ausgenommen werden. Da häufig solche Dienstleistungen in Verbindung mit genehmigungspflichtigen Warenlieferungen stehen dürften, dürfte sich der zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen halten.

Falls nach Einführung einer Genehmigungspflicht solche Dienstleistungen ungenehmigt erbracht werden, sollten alle Möglichkeiten einer Paßversagung oder Paßentziehung nach geltendem Recht ausgeschöpft werden. §§ 7 und 8 Paßgesetz⁷ gäben dafür Möglichkeiten.

Ich halte es ferner für erforderlich, das Verhalten der Fa. MBB auch seitens der Bundesregierung kritisch zu durchleuchten. Nicht nur sind ehemalige Mitarbeiter dieser Firma immer noch an der Entwicklung und Herstellung von Raketen in Ländern des Nahen Ostens und in Argentinien beteiligt. Die „Abwicklung“ der offiziellen Mitarbeit der Firma an dem „Condor“-Projekt in Argentinien hat, wie wir heute wissen, viel länger gedauert, als bisher auf Grund von Angaben der Firma anzunehmen war. Die Bundesregierung hat in dieser Angelegenheit nicht nur die Pflicht, die deutschen Interessen einschließlich des guten Rufs der deutschen Wirtschaft durch entsprechendes Vorgehen wahren zu helfen. Sie muß auch den sich abzeichnenden wachsenden negativen internationalen Reaktionen gegen diese oben genannten Aktivitäten rechtzeitig und überzeugend begegnen.

Ich habe Abschriften dieses Briefes an den Bundesminister der Finanzen, den Bundesminister für Wirtschaft und Bundesminister der Justiz übermittelt.⁸

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

Referat 010, Bd. 257750

⁵ Für den Wortlaut von Teil I, Abschnitt A (Liste für Waffen, Munition und Rüstungsmaterial) der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 a vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55 a, S. 5–9.

Vgl. ferner die 61. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 23. Dezember 1988; BUNDESANZEIGER vom 21. Januar 1989, Beilage Nr. 15 a, S. 3 f.

⁶ Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

⁷ Für den Wortlaut von § 7 und § 8 des Paßgesetzes vom 19. April 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 539.

⁸ Für die Schreiben des Bundesministers Genscher vom 18. April 1989 an die Bundesminister Engelhard, Haussmann und Stoltenberg vgl. Referat 010, Bd. 257750.

Bundeskanzler Kohl antwortete Genscher am 10. Mai 1989: „Ich teile Ihre Besorgnis und habe [...] den federführenden Bundesminister für Wirtschaft gebeten, geeignete Vorschläge durch sein Haus erarbeiten zu lassen und sie im Ressortkreis abzustimmen. Angesichts der Dringlichkeit der Frage habe ich ihn gebeten, dem Kabinett bis Ende Mai d.J. über den Fortgang dieser Arbeiten einen ersten Bericht zu erstatten.“ Vgl. das Schreiben; Referat 424, Bd. 162342.

102

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schanze**18. April 1989¹**

Betr.: Gespräch einer Herero-Delegation bei RL 320² am 11.4.1989 unter
Leitung von D.H. Zeze, Vorsitzender des Herero-Kulturrats der ethnischen
Administration der Hereros

Aus dem Gespräch, das auf Wunsch der Gäste stattfand, wird folgendes festgehalten:

1) Die Delegation kam in Begleitung eines Namibia-Deutschen namens Gauerke, der sich intensiv in das Gespräch einschaltete.

2) Folgende Themen wurden erörtert:

(1) Die Delegation erneuerte die von Vertretern der Hereros in der Vergangenheit bereits mehrfach erhobene Forderung, den seit dem Kolonialkrieg 1904 bis 1907 in Botsuana lebenden Hereros die Rückkehr nach Namibia zu ermöglichen. Ihre Zahl wurde auf ca. 40 000 beziffert. Die Regierung Botsuanas habe hiergegen angeblich keine Bedenken. Für die Rücksiedlung seien Land, Wasser, Infrastruktur und insbesondere finanzielle Mittel erforderlich. Bei der Finanzierung erhoffe man sich einen namhaften Beitrag von der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus müßten rechtliche Barrieren überwunden werden, die es bisher verhindert haben, daß die nomadisierenden Hereros ihre Viehherden über die Grenze nach Namibia treiben konnten.

Die Hereros bemühten sich bereits seit vier Jahren um die Rückführung ihrer Stammesangehörigen nach Namibia. Dies habe nichts mit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung³ zu tun, es handle sich vielmehr um ein langfristiges Projekt. Man hoffe, aus eigenen Mitteln in diesem Jahr die Rückführung von 3000 Hereros zu ermöglichen. Im nächsten Jahr hoffe man, eine ähnlich hohe Zahl aufgrund eigener Finanzierung zurückführen zu können.

RL 320 unterstrich, daß aufgrund unserer Verpflichtung zur Neutralität während des Unabhängigkeitsprozesses wir keine finanzielle Hilfe an einzelne Gruppierungen in Namibia geben würden. Er wies darauf hin, daß eine „Rückführung“ vor dem Wahltermin als Versuch der Wahlbeeinflussung verstanden werden könne. Falls es der Wunsch der jetzt in Botsuana lebenden Hereros sei, nach Namibia zurückzukehren, so könne man sich dies nur in der Form vorstellen, daß nach der Unabhängigkeit Namibias die Regierungen von Botsuana und Namibia sich hierüber verständigten. In diesem Fall sei durchaus eine Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland vorstellbar.

(2) Die Herero-Vertreter hoben auf die Frage nach der politischen Entwicklung in Namibia hervor, daß nach ihrer Auffassung die SWAPO nicht die absolute

¹ Legationsrat I. Klasse Schanze leitete die Aufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nöldeke „mit der Bitte um Billigung“.

Hat Nöldeke am 25. April 1989 vorgelegen.

² Eberhard Nöldeke.

³ Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

Mehrheit der Stimmen bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung Anfang November 1989 gewinnen werde.

(3) Als Motiv für das Eindringen von SWAPO-Verbänden nach Nordnamibia seit dem 1.4.1989⁴ nannten sie den Versuch, SWAPO-Lager in Namibia durchzusetzen.

Schanze⁵

Referat 320, Bd. 155884

103

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten

411-433.90

18. April 1989¹

Über Herrn Dg41², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Abschluß der Halbzeitevaluierung der Uruguay-Runde des GATT in Genf (5.–8.4.1989)

Bezug: Orteiz vom 11.4.1989⁵

Anlg.: 1⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung, auch im Hinblick auf den Besuch von GATT-GD Dunkel in Bonn am 27.4.89⁷

⁴ Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

⁵ Paraphie.

¹ Durchdruck.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 18. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 21. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. April 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Jelonek am 25. April 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 411 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 27. April 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Vortragender Legationsrat Bettzuege teilte mit: „Nichteinigung über diffizilen Komplex eines Abbaus handelsverzerrender Agrarsubventionen war wesentliches Hindernis für Abschluß der Halbzeitevaluierung bereits in Montreal. Verhandlungen dieser Schlüsselfrage in Genf prozedierten (wie auch in den drei anderen noch offenen Themenbereichen) auf Grundlage eines von GATT-GD Dunkel Ende März d. J. vorgelegten Kompromißvorschlages, der entsprechend den Interessen der jeweiligen Verhandlungsparteien sowohl langfristige (USA, Cairns) wie kurzfristige (EG) Maßnahmen zum Abbau der Agrarstützung vorsah. [...] USA konnten zwar ihre Forderung nach langfristiger Eliminierung aller Stützungsmaßnahmen nicht durchsetzen (aus regional- und sozialpolitischen Gründen in der EG nicht realisierbar), jetziger Kompromiß im Langfristbereich über einen substantiellen, schrittweisen Abbau der Agrarstützung und des Agraraußenschutzes durch noch auszuhandelnde Verpflichtungen kommt jedoch Vorstellungen der USA und von Cairns-Gruppe entgegen. [...] Andererseits war bei den kurzfristigen Maßnahmen zur Entlastung der Weltmärkte wesentlich das EG-Konzept eines Einfrierens des Stützungs-niveaus und anschließender Reduzierung (auf einen noch zu definierenden Umfang) beteiligt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 24; Referat 411, Bd. 160546.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

⁷ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 12. Mai 1989, der Besuch des Generaldirektors des GATT, Dunkel, in der Bundesrepublik sei verschoben wurden. Bundesminister Genscher habe Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker nach Dänemark begleiten und Bundesminister Haussmann seinen

I. 1) Mit dem vom Trade Negotiations Committee (TNC) in Genf am 8.4.1989 erzielten Kompromiß über die seit Montreal⁸ noch offenen vier Verhandlungsbereiche (Agrarhandel, Textil- und Bekleidungshandel, handelsbezogene Aspekte des Schutzes geistigen Eigentums/TRIPS⁹, Schutzklausel) ist das Risikounternehmen einer Halbzeitevaluierung der UR erfolgreich abgeschlossen. Das Gesamtpaket von 15 Entscheidungsdokumenten (davon elf seit Montreal blockierte Texte) wurde vom TNC am 8.4. ohne weitere Diskussion verabschiedet.

2) Die UR wird nunmehr fortgeführt. Die Sitzungen der Verhandlungsgruppen haben am 18.4. begonnen. Auf der Basis der in Montreal und Genf festgeschriebenen Verhandlungsfortschritte sollen, entsprechend dem vereinbarten Prinzip der „Globalität“ (d.h. Fortschritte in allen Verhandlungsbereichen im großen und ganzen mit derselben Geschwindigkeit), bis Ende 1990 substantielle Abschlußergebnisse in allen Sektoren (Agrar, tropische Produkte, Textil, Zölle, nichttarifäre Maßnahmen, TRIPS, Dienstleistungen, Direktinvestitionen, Schutzklauseln, Rohstoffhandel, Streitschlichtung, Subventionen, Anpassung der GATT-Kodizes, Revision von GATT-Artikeln, verbesserte Funktionsweise des GATT) erreicht werden. Neben traditionellen Problemen wie Agrarhandel werden im zweiten Teil der Verhandlungen die expandierenden „neuen Bereiche“, so ein mögliches Abkommen über den internationalen Dienstleistungshandel, im Mittelpunkt stehen. Der Handel mit Dienstleistungen (wie Telekommunikation, Bank- und Versicherungswesen) hat (z.B. 14% der US-Exporte) wachsende Bedeutung für die Weltwirtschaft, ebenso der Schutz von handelsbezogenem geistigen Eigentum (wichtiges Beispiel: Pharma-Patente!).

II. 1) Besorgt über die möglichen negativen Folgen eines Scheiterns der UR für den freien Welthandel, den Wachstumsmotor der Weltwirtschaft, haben die beiden großen, zunehmend exportorientierten bzw. exportabhängigen „Welthandelsmächte“ USA und EG in Genf eingelenkt. Durch wechselseitige Zugeständnisse im Schlüsselbereich Agrarhandel haben sie auch die Zustimmung der EL zu den in Montreal ausgehandelten, aber noch nicht förmlich beschlossenen Zwischenergebnissen ermöglicht. Für die konstruktive Haltung der großen Welthandelspartner war nicht zuletzt auch ihr Interesse maßgebend, durch Abbau von Handelskonflikten im Dreieck EG–USA–Japan die bereits erzielten Verhandlungsfortschritte in den „neuen Bereichen“ Dienstleistungshandel und TRIPS (großes materielles Interesse der IL) abzustützen.

Die Halbzeitevaluierung der UR wurde damit auch zu einem multilateralen Forum eines vor allem europäisch-amerikanischen Interessenausgleichs und Zweckbündnisses.

2) Die Entwicklungsländer haben sich in Genf bei den neuen Themen (TRIPS) kooperativ verhalten. Für sie sind insbesondere die festgeschriebenen Zwischenergebnisse zu Agrarhandel, Textil und tropischen Produkten von exportpolitischer Bedeutung. Die in den weiteren Verhandlungen zu erwartende Umsetzung des Erreichten in konkrete Abkommen bzw. innerstaatliche Gesetzgebung (bei tropischen Produkten sind Marktzugangserleichterungen durch die IL bereits einsei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 457

Gesprächstermin kurzfristig absagen müssen. Der Besuch solle zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 160546.

⁸ In Montreal fand vom 5. bis 9. Dezember 1988 im Rahmen einer Ministertagung die sogenannte „Halbzeit-Konferenz“ statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 368.

⁹ Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

tig in Kraft gesetzt) könnte den Marktzugang dieser Staaten in den kaufkräftigen IL verbessern (z.B. bei Agrar und tropischen Produkten: für ASEAN, Lateinamerika; Textil: für Türkei, Indien, Pakistan). Für die EL werden, ein positives Abschlußergebnis vorausgesetzt, weltwirtschaftlich bereits ab Ende 1990 von der UR wichtige Wachstums- und Exportimpulse auch im Hinblick auf ihre Verschuldungslage ausgehen. Erhöhte Ausfuhrerlöse könnten zum Abbau ihrer Schulden und damit weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte beitragen und die innenpolitische Stabilität der EL erhöhen.

Die Abschlußerklärungen unter anderem der Vertreter Brasiliens und Indiens im TNC machen das Interesse der EL an den volkswirtschaftlichen und politischen Vorteilen einer Nord-Süd-Zusammenarbeit im Rahmen des nunmehr gestärkten multilateralen Welthandelssystems deutlich. Die UR ist heute aus Sicht dieser Ländergruppe zu einem wichtigen Instrument der Handelsinteressen der Dritten Welt geworden.

III. Gesamtbewertung

1) Entscheidendes Verdienst an der schließlich zustande gekommenen Einigung von Genf hatte GATT-GD Dunkel. Seine am 22.3. vorgelegten Kompromißvorschläge zu den vier noch offenen Verhandlungsthemen haben nach dem Urteil einer großen Anzahl der TNC-Delegationen nach dem Stillstand von Montreal den Verhandlungsdurchbruch in Genf erst ermöglicht. Die Position von GD Dunkel ist durch das Ergebnis der Halbzeitkonferenz gestärkt worden.

2) Nach dem Rückschlag in Montreal und im Vorfeld des TNC-Treffens in Genf stand das multilaterale Handelssystem an einer entscheidenden Wegemarke zwischen unilateraler protektionistischer Bedrohung (US-Trade Bill¹⁰, Regionalisierungsinitiativen im pazifischen Raum) und der multilateralen Alternative eines reformierten GATT als umfassendem, dem Freihandel verpflichteten weltweiten Ordnungssystem.

Das Ergebnis von Genf hat

- eine der Welthandelsrunde drohende akute Krise durch Kompromisse im Viereck EG–USA–Japan–EL abgewendet;
- den vielfach befürchteten Rückfall in den handelspolitischen Bilateralismus, insbesondere die Gefahr einer endgültigen Wendung der USA zu regionaler Blockbildung und externer Abschottung, vorerst vermieden und damit nachhaltige Schäden für den internationalen Handelsaustausch verhindert;
- die übergeordneten gemeinsamen Interessen der großen IL und der EL am Erfolg der UR verdeutlicht (bei Abwägung der Verhandlungsergebnisse in

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten vermerkte am 2. September 1988, Präsident Reagan habe das neue amerikanische Handelsgesetz am 23. August 1988 in Kraft gesetzt. Zwar seien die „schärfsten protektionistischen Spitzen der ursprünglichen Kongreßentwürfe“ abgemildert worden. Dennoch bleibe das Handelsgesetz ein „Rezeptbuch für Protektionisten“: „Das Gesetz regelt völlig unterschiedliche Sachbereiche: Öffnung fremder Märkte, Abwehr ‚unfairer‘ Importe, Novellierung der Schutzgesetze, Anpassungshilfen für Arbeiter, Exportförderung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (u. a. Forschungs- und Ausbildungsförderung), Deregulierung, gesamtwirtschaftliche Forderungen an Drittländer, Defizit des US-Bundeshaushalts, Liberalisierung der Exportkontrollen, sektorale Bestimmungen (PKW, Stahl, Telekommunikation, Landwirtschaft, Maschinen, Luftfahrzeuge, Computerchips, Dienstleistungen), internationale Schuldenkrise/US-Entwicklungshilfe, inhaltliche Vorgaben für die GATT-Runde.“ Möglich seien u. a. Ausgleichszölle bei „unfairen“ Praktiken ausländischer Regierungen: Die Bestimmung „Super 301“ dränge den Präsidenten „zu Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Handelspartnern mit Überschüssen im bilateralen Warenaustausch“. Vgl. Referat 411, Bd. 160379.

- allen 15 Bereichen scheinen allerdings bisher die IL mehr Vorteile aus der UR zu ziehen als die EL);
- das auf weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung und den Grundsätzen der Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung basierende System des internationalen Freihandels materiell durch substantielle Zwischenergebnisse in den traditionellen und neuen Verhandlungsbereichen gefestigt; mit weiteren Verhandlungsfortschritten ist nunmehr zu rechnen;
 - die notwendige institutionelle Stärkung des GATT durch Verabschiedung der Reformvereinbarungen von Montreal (Länderexamina der Handelspolitik der MS beginnend Ende 1989, reguläre Treffen der Handels-/Wirtschaftsminister mindestens im Zwei-Jahres-Rhythmus, effektiveres System der Streitschlichtung) ermöglicht. Die damit verbundene vermehrte Übernahme handelspolitischer Pflichten und die Verbesserung des Funktionierens des GATT-Systems werden dem Ansehen des GATT zugute kommen.

Rosengarten¹¹

Referat 411, Bd. 160546

104

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner

431-466.21 FRA – SB 3

18. April 1989¹

Über Herrn Dg43², D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Zusammenarbeit VEBA–Cogema

Zweck der Vorlage: Unterrichtung⁶

¹¹ Paraphe.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Pabsch am 18. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Diese Darstellung orientiert sich an dem vom BMU, BMWi und BMFT für den Bundeskanzler erarbeiteten Positionspapier, das als Anlage beigelegt ist.“

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 18. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 18. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Diese erste Stellungnahme wird zur Unterrichtung im Hinblick auf das Koalitionsgespräch heute abend vorgelegt. Sie bedarf der Ergänzung in folgenden Fragen: Bedarf es einer völkerrechtlichen Absicherung u. was müßte diese beinhalten? Was geschieht mit dem gewonnenen Plutonium? (Rückgabe unter welchen – politischen? – Bedingungen, Hinweis auf den existierenden Briefwechsel von 1978 mit Fr[ankreich]?) Ggf. nichtverbreitungspolitische Aspekte (wohl keine, aber doch Klarstellung zur Geltung des EURATOM-Vertrages in allen seinen Teilen). Der Komplex bedarf weiterer Prüfung. Deshalb ist der Vorschlag, mit Fr. zu sprechen, richtig u. geboten u. die Einsetzung einer deutsch-fr[an]z[ösi]schen Arbeitsgruppe (Seite 6) erwägenswert. Auch sollte eine einheitliche europäische Lösung ernsthaft geprüft werden – mindestens mittelfristig. (Was macht die Kommission?)“ Vgl. Anm. 16 und 17.

I. Zwischen der deutschen VEBA und der französischen Cogema ist am 3. April 1989 ein Memorandum of Understanding geschlossen worden, das im wesentlichen vorsieht:

- Wiederaufarbeitung von mindestens 400 t abgebrannter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken ab 1999 zum Preise von ca. 1800 DM/kg.
- 49-prozentige Beteiligung der VEBA an der bereits weitgehend fertigen Erweiterung UP3 der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague.
- Spätere Zusammenarbeit auf anderen Gebieten, vor allem Mischoxid-Brennelement-Fertigung, Anreicherung.
- Zustimmung der Regierungen und völkerrechtliche Vereinbarung D–F als flankierende Maßnahme.

Problemlage

II. Sollte das MoU realisiert werden (Bindungsfrist ein Jahr), so ist mit Entwicklungen von außerordentlich großer Wirkung für die Gebiete der deutschen nuklearen Entsorgungspolitik, der Technologie- und Forschungspolitik sowie der Energie- und Industriepolitik zu rechnen.

1) Das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesregierung geht auf Dauer von einem Vorrang der Verwertung vor der direkten Endlagerung und von der Wiederaufarbeitung im Inland aus und weist der Auslandswiederaufarbeitung Interimscharakter bis zur Fertigstellung einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage zu. Die nukleare Inbetriebnahme der WAA Wackersdorf soll 1996 erfolgen, ihre Verarbeitungskapazität soll anfangs 350 t abgebrannter Brennelemente pro Jahr, später 500 t umfassen. Insgesamt werden dann etwa 530 t pro Jahr anfallen. Die Genehmigungsbescheide der deutschen Kernkraftwerke stellen auf diese Entsorgungsgrundsätze ab. Eine Änderung des integrierten Entsorgungskonzepts stellt die Genehmigungen bestehender Kernkraftwerke in Frage.⁷

Die in Aussicht genommene Wiederaufarbeitung von mindestens 400 t abgebrannter deutscher Brennelemente pro Jahr in Frankreich entzieht der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage die wirtschaftliche Grundlage und bedeutet⁸ den Verzicht auf eine nationale Wiederaufarbeitung. Das Entsorgungskonzept der

⁵ Hat Legationsrat I. Klasse Gerds am 18. April 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat Berger am 2. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vorlage ist überholt, in Absprache mit RL zurück an 431.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 2. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) BM-Rücklauf. 2) D 4.“

Hat Jelonek am 5. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Pabsch am 6. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 6. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Blankenstein „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

⁶ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Pabsch handschriftlich eingefügt: „Anlage: Positionspapier der Ressorts.“

Für das Positionspapier vom 17. April 1989 vgl. Referat 431, Bd. 160693.

⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager wie folgt umformuliert und ergänzt: „Eine Änderung des integrierten Entsorgungskonzepts könnte die Genehmigungen bestehender Kernkraftwerke in Frage stellen (Unsicherheit, wie unabhängige Gerichte ggf. urteilen werden).“

Dazu vermerkte er handschriftlich: „M[eines] W[issens] schließt das Atomgesetz eine Auslandsentsorgung nicht aus.“

⁸ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „praktisch“.

Bundesregierung muß neu formuliert werden, eine Grundvoraussetzung für den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke wird damit gefährdet.⁹

2) Bis heute ist die Entwicklung der Wiederaufarbeitungstechnologie in der Bundesrepublik Deutschland mit über 3 Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln gefördert worden. Ziel dieser Förderung war es, einen nationalen nuklearen Entsorgungsweg sicherzustellen und die dazu notwendigen Techniken in eigener Verantwortung und aus eigenem Wissen zu beherrschen.

Der jetzt erreichte Wissensstand auf diesem Gebiet der anspruchsvollsten Hochtechnologie und die ihn repräsentierenden Wissenschaftler gehen der Forschung und Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland verloren, ein selbst verursachter „brain drain“ ist zu erwarten, wenn die jahrzehntelang geförderten Vorhaben zur Verwirklichung eines nationalen Entsorgungsweges eingestellt und darüber hinaus weitere Bereiche der Nukleartechnologie wie Anreicherung oder MOX¹⁰-Brennelementherstellung verlagert werden.

Schließlich steht auch die Glaubwürdigkeit deutscher Hochtechnologiepolitik im In- und Ausland auf dem Spiel. Neben dem Ansehensverlust wären auch Einfluß und Kompetenz deutscher Mitarbeit in internationalen Organisationen und bei multilateralen Programmen betroffen, die sich mit nuklearer Entsorgung, Sicherheit und letztlich mit Nuklearfragen ganz allgemein befassen. Demgegenüber würde Frankreich auch hier, wie z.B. schon bei Weltraum, Luftfahrt und Kommunikationstechnik, die europäische Führung im Bereich besonders prestige- und zukunftsreicher Hochtechnologien übernehmen, zu denen international die Kerntechnologie nach wie vor zählt.

3) Der Verzicht auf eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage und die Verlagerung von weiteren nuklearindustriellen Tätigkeiten ins Ausland werden zu einem Abbau deutscher Ingenieurkapazität führen und damit eine Schwächung der deutschen Kernenergieindustrie insgesamt zur Folge haben (Siemens beschäftigt allein für Wackersdorf 700 Ingenieure). Nachdem bereits im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten bei der Nukleartransportfirma „Transnuklear“¹¹ deren Muttergesellschaft die gewinnträchtige Fertigung von Brennelementen für Forschungsreaktoren in Hanau einstellte und nach Frankreich verlagerte, und nachdem die Firma Siemens (KWU) ihre Zusammenarbeit mit dem französischen Reaktorbauer Framatome über eine in Paris anzusiedelnde Tochterfirma verwirklichen will, bedeutet die Zusammenarbeit VEBA–Cogema in der im MoU

⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager wie folgt umformuliert: „Das Entsorgungskonzept der Bundesregierung müßte dann neu formuliert werden, eine Grundvoraussetzung für den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke wäre damit gefährdet.“

¹⁰ Mischoxid.

¹¹ Im Abschlußbericht des 2. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode des Bundestags wurde dazu festgehalten: „Im Jahre 1987 rückten die Hanauer Nuklearbetriebe durch das Bekanntwerden des Verdachtes von Unregelmäßigkeiten in das öffentliche Interesse. Diese Unregelmäßigkeiten sollten im Zusammenhang mit der Beseitigung von radioaktivem Abfall geschehen sein. Eine Rolle spielte dabei die Abfallbearbeitung in Mol (Belgien). Zu den Unregelmäßigkeiten, über deren Vorliegen in der Presse spekuliert wurde, gehörte auch, daß unter Beteiligung deutscher Unternehmen entgegen den Intentionen des Atomwaffensperrvertrags eine Abzweigung spaltbaren Materials stattgefunden habe und dieses nach Libyen und Pakistan verbracht worden sei. [...] Diese Verdachtsmomente veranlaßten die zuständigen Behörden, nach ersten Prüfungen die Beförderungsgenehmigungen für die Transnuklear GmbH und die atomrechtlichen Genehmigungen für die NUKEM GmbH vorläufig auszusetzen.“ Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/7800 vom 15. Oktober 1990, S. 12.

dargelegten Form eine weitere Verstärkung der bereits sehr starken Stellung der französischen Kernenergieindustrie. Kartellrechtlich wird dann von Bedeutung sein, daß ohne Wackersdorf die VEBA einziger Anbieter von Wiederaufarbeitungsleistungen in der Bundesrepublik Deutschland sein wird.

4) Nach bisheriger Schätzung wird eine Wiederaufarbeitung in Wackersdorf etwa doppelt so teuer sein wie das gegenwärtige Angebot der Cogema an die VEBA. Die Wirtschaft errechnet daraus einen Kostenvorteil von 985 Mio. DM jährlich (ab 1999).

Nicht berücksichtigt sind dabei allerdings

- die Folgekosten eines Abbruchs des Projekts Wackersdorf,
- Unsicherheiten wegen der im MoU enthaltenen Preisöffnungsklausel,
- Kostensteigerungen wegen möglicher Nachrüstungen der in ihren Umweltschutz- und Sicherheitsanforderungen bisher unter deutschen Standards liegenden Anlage in La Hague.

5) Erste Reaktionen in der Öffentlichkeit haben gezeigt, daß eine innenpolitische Entlastung der Bundesregierung nicht zu erwarten ist. Die Militanz der Kernenergiegegner richtet sich gegen die Kernenergienutzung allgemein und hat mit dem schon fast greifbaren Erfolg gegenüber der WAA Wackersdorf vorerst noch zugenommen. Eine Wiederherstellung des energiepolitischen Konsenses der 70er Jahre, der durch die ungehinderte Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung in der Grundlast eine Mischkalkulation zugunsten des Einsatzes der teuren einheimischen Steinkohle ermöglichte, ist nicht zu erwarten. Eher wird auch diese Energiepolitik durch das VEBA-Cogema-Projekt gefährdet.

6) Das Vorgehen der VEBA birgt die Gefahr, mehrere ständige Streitpunkte in das deutsch-französische Verhältnis einzubringen. Energiepolitik und Sicherheitsphilosophien in bezug auf kerntechnische Anlagen werden auch in Zukunft noch lange in nationaler Entscheidung verbleiben. Nicht übersehen werden darf auch, daß Frankreich nach wie vor keine eindeutige Trennung des militärischen vom zivilen Kernbrennstoffkreislauf kennt und eine solche auch nicht vornehmen will. Hier begeben wir uns mit der völligen Übertragung der Wiederaufarbeitung von Kernbrennelementen aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie an Frankreich in Abhängigkeiten und Verpflichtungen der Energiepolitik, aus denen wir uns seit den Energiekrisen des vergangenen Jahrzehnts zielstrebig herausgearbeitet haben. Wir akzeptieren zusätzlich Bedingungen des Umweltschutzes und der nuklearen Sicherheit¹², die nicht mehr den Anforderungen in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen. Jede umstrittene französische Nuklearexportentscheidung, jeder französische A-Waffen-Test schafft Ansatzpunkte für Druck und Protest der deutschen Anti-Kernkraft-Bewegung gegenüber Frankreich. Gleichzeitig könnten wir auch vermehrt Reflexe des wegen seiner Nuklearpolitik Frankreich-kritischen Auslands (Australien, Afrika) zu spüren bekommen.

7) Positiv zu sehen ist das MoU unter dem Gesichtspunkt einer vertieften deutsch-französischen wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit. Dabei wird Frankreich der Partner sein, der am meisten profitiert. Neben der Sicherstellung von Finanzierung und Auslastung seiner Wiederaufarbeitungs-

¹² An dieser Stelle wurde handschriftlich eingefügt: „in der französischen Anlage“.

anlage La Hague werden sich Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und technologische Entwicklung vor allem in Frankreich abspielen, während die Probleme der Plutoniumwirtschaft und der Endlagerung des nuklearen Abfalls der Bundesrepublik Deutschland verbleiben.

Eine europäische Lösung würde allerdings eine neue Dimension eröffnen und dazu beitragen, viele der erörterten Probleme zu vermeiden, z. B. Wiederaufarbeitung in einer supranationalen Anlage nach europäischem Recht. Bisher ist jedoch nicht zu erkennen, daß Frankreich zu einer solchen Lösung beitragen könnte, die eine EG-weite Energieversorgungskonzeption, einheitliche Sicherheitsstandards und eine integrierte Entsorgungspolitik voraussetzen würde.¹³ Im Gegenteil könnte Frankreich sich durch diese Entwicklung darin bestärkt sehen, seine Rolle als unabhängige Nuklearmacht auch auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie weiter auszubauen. Die Interessen der übrigen EG-Partner sind nicht so ausgeprägt, daß sie sich diesem Trend widersetzen würden.

III. Weiteres Vorgehen

Die Ressorts (Arbeitsebene BMU, BMWi, BMFT unter zeitweiser Beteiligung des AA) haben der Bundesregierung¹⁴ empfohlen, sich ernsthaft mit den Überlegungen der VEBA auseinanderzusetzen und die deutsch-französischen Konsultationen am 19./20. April 1989¹⁵ dazu zu nutzen, die offizielle Position der französischen Regierung zu dem Projekt abzuklären¹⁶. Falls die französische Seite positiv reagiert, sollte ihr gegenüber angeregt werden, die Problematik in Fachgesprächen zu vertiefen. Diese Gespräche sollten über den Komplex Wiederaufarbeitung hinaus den Gesamtzusammenhang deutsch-französischer Kooperation auf nuklearem und energiewirtschaftlichem Gebiet behandeln und außerdem auch europäische Optionen, wie z. B. Eurobrüter und Anreicherung, aufgreifen. Zu diesem Zweck sollte eine hochrangige, nur wenige Personen umfassende deutsch-französische¹⁷ Arbeitsgruppe (auf deutscher Seite AA, BMWi, BMFT und BMU) eingesetzt werden und einen ersten Bericht bis zu Regierungskonsultationen im Herbst 1989¹⁸ vorlegen. Parallel dazu sollen (durch BMWi) die wirtschaftlichen und unternehmerischen Positionen der deutschen Versorgungswirtschaft geklärt werden.

Wagner

Referat 431, Bd. 160693

¹³ Der Passus „Eine europäische ... voraussetzen würde“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Trotzdem sollte dies ernsthaft geprüft werden.“

¹⁴ Die Wörter „der Bundesregierung“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

¹⁵ Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 106, Dok. 108 und Dok. 109.

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1)“. Vgl. Anm. 4.

¹⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „2)“. Vgl. Anm. 4.

¹⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. Dok. 342, Dok. 346 und Dok. 351.

105

Botschafter Vestring, Islamabad, an das Auswärtige Amt**114-12064/89 VS-vertraulich****Aufgabe: 18. April 1989, 10.20 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 366****Ankunft: 18. April 1989, 12.32 Uhr**

Betr.: Das pakistanische Militär und Afghanistan

Bezug: DB New York UNO Nr. 643 vom 11.4.1989 Pol 381.47 AFG²

Zur Unterrichtung

1) Aus der Sicht dieser Botschaft ist zu den Vorwürfen des afgh. AM Wakil bei der SR-Sondersitzung am 11.4. zu bemerken:

- Es gibt keine Anzeichen dafür, daß PAK
 - aktive mil. Trainingslager für den Widerstand unterhält,
 - den Widerstand direkt militärisch unterstützt oder
 - die Rückkehr afghanischer Flüchtlinge behindert.
- Es ist allerdings richtig, daß der militärische Geheimdienst ISI dem Widerstand seit Beginn der sowj. Okkupation³ logistische Unterstützung bei seinen Kampfoperationen einschließlich der Weiterleitung von Waffen, Munition und Versorgungsgütern gewährt hat und noch gewährt. Er hat ferner an dessen freilich noch bescheidenen politischen Anstrengungen zur Machtübernahme mitgewirkt (Druck in Richtung Schura und Übergangsregierung). Dieser Bereich hat seit Beginn des sowj. Rückzugs⁴ auch für den ISI an Bedeutung gewonnen. Unter PM Benazir Bhutto wird er dabei stärker in die zivile Willensbildung eingebunden. Der Gedanke einer pak.-afgh. Konföderation hat hier keinerlei operative Bedeutung und wird nicht diskutiert.

2) Hierzu im einzelnen

2.1) Für einen direkten Einsatz pakistanischer Streitkräfte oder einzelner ihrer Angehörigen gibt es keinen Hinweis. Sie sind eindeutig auf die Verteidigung gegenüber Indien eingestellt. Afghanistan spielt weder für ihre Aufstellung noch für strategische Überlegungen eine erkennbare Rolle.

Im Grenzgebiet zu Afghanistan operieren lediglich paramilitärische Einheiten, die fast ausschließlich aus den Bewohnern dieser Stammesgebiete rekrutiert sind

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

² Botschafter Vergau, New York (VN), berichtete über eine vom afghanischen Außenminister Wakil beantragte Sitzung des VN-Sicherheitsrats: „Wakil warf in langer, umständlicher Rede PAK anhand einer Reihe von behaupteten Einzelvorfällen immer offenere Aggressionen gegen AFG vor, die sich nun als regelrechter Krieg darstellten. PAK unterhalte im Widerspruch zu den Genfer Abkommen und zum Völkerrecht 125 aktive militärische Trainingscamps für den Widerstand, leiste diesem direkte und logistische militärische Unterstützung, leite weiterhin Waffen ‚aus Übersee‘ an den Widerstand weiter und behindere die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge. Das politische Ziel hinter der mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes (I[n]ter-[S]ervices I[n]telligence) geschaffenen ‚Interims-Regierung‘ sei in den Plänen zu suchen, AFG unter dem Deckmantel einer Konföderation zu annektieren.“ Vgl. AV, Neues Amt, Bd. 16542.

³ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁴ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

und deren Aufgaben etwa denen unseres BGS entsprechen. Hierbei handelt es sich um das „Frontier Corps Baluchistan“ und das „Frontier Corps North West Frontier Province“, die dem Innenministerium unterstehen. Beide umfassen je etwa 35 000 Mann. An ihrer Spitze stehen pakistanische Offiziere, die meist für drei Jahre von den regulären Streitkräften freigestellt worden sind. Da die Durand-Linie zwischen AFG und PAK für die im Grenzgebiet lebenden Stämme keine praktische Bedeutung hat, wird sie von deren Angehörigen, die natürlich immer bewaffnet sind, ständig in beiden Richtungen überschritten. Es ist daher davon auszugehen, daß auch einzelne Angehörige sowie kleinere Einheiten der Frontier Corps gelegentlich über die Grenze gehen. Bisher sind jedoch keine Kampfhandlungen aus solchem Anlaß bekannt geworden.

Ähnliches galt entsprechend für die „Border Militia“ des Kabul-Regimes. Deren Einheiten sind jedoch seit einigen Monaten aus dem Grenzgebiet in Garnisonsstädte verlegt worden. Vermutlich meinte das Regime, sie nicht militärisch halten zu können, und hat ihren Rückzug in die Städte mit Waffenstillstandsangeboten begleitet, um noch politischen Gewinn aus der militärischen Schwäche schlagen zu können.

Aus dieser Situation rührten regelmäßige Protestnoten Kabuls an UNGOMAP⁵. Pakistan hat sich erst mit einiger Verspätung entschlossen, ebenfalls aus jedem sich bietenden Anlaß gegen Verletzungen der Grenzen und Vereinbarungen durch Kabul zu protestieren.

Das uniformierte pakistanische Militär hat mit dem Afghanistan-Konflikt eigentlich nichts zu tun. Hiermit ist nicht das General Headquarter (GHQ), sondern der ISI befaßt. Von dieser Regel sind nur zwei Ausnahmen bekannt, nämlich

- „Abwehr“ der Luftraumverletzungen durch Afghanistan, die allerdings weniger als militärische Bedrohung oder Souveränitätsverletzung denn als Anlaß zu militärspörtlicher Auseinandersetzung gesehen werden. Vor allem bietet das (meist wohl nicht absichtliche) Eindringen afghanischer Flugzeuge in den pakistanischen Luftraum einen willkommenen Anlaß, die F-16 zu testen.
- Technische Hilfe für den ISI zur Zwischenlagerung von Waffen und Munition.

Es ist zu vermuten, daß das Militär durchaus davon profitiert, daß Waffen, Munition und Versorgungsgüter vorübergehend in seine Depots gelangen. Denn ein Teil des vom ISI angelieferten Materials wird wahrscheinlich nicht weitergeleitet und einiges erstklassiges Material durch älteres oder minderwertiges ersetzt.

Der Afghanistan-Konflikt ist bisher Hauptgrund für die massive amerikanische Hilfe für PAK, von der vor allem das Militär profitiert. So sind für den Zeitraum 1987–1993 insgesamt 4,02 Mrd. US-Dollar vorgesehen, davon 1,74 Mrd., d. h. fast 43 Prozent, für das Militär.

2.2) Der ISI – Inter-Services Intelligence – ist ein militärischer Nachrichtendienst, dem Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus allen drei Teilstreitkräften, meist in Zivil, angehören (geschätzt auf insgesamt ca. 94 000). Zu den Aufgaben zählen vor allem:

⁵ United Nations Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan.

– Nach innen: „Verfassungsschutz“

Das bedeutete unter Zia relativ offene Überwachung der politischen Linken einschließlich der PPP⁶. Aus dieser Zeit rührt verständliches Ressentiment der PM Benazir Bhutto und ihrer Mutter⁷, die persönlich vom ISI verfolgt worden waren. Von einer neuen Aufgabenstellung wurde in der Öffentlichkeit bis heute nichts bekannt. Unbestätigt geblieben sind Pressemeldungen, wonach die „political cell“ aufgelöst sein soll. Das innenpolitische „Feindbild“ ist sicherlich im wesentlichen unverändert geblieben. Die Mittel und Methoden zur Kontrolle der progressiven und linken Kräfte sind unter der Herrschaft der PPP jedoch erheblich diskreter geworden.

– Nach außen vor allem Überwachung Indiens und Wahrnehmung des Afghanistan-Problems.

2.2.1) Im Bereich der Afghanistan-Operationen ist ISI für die gesamte Logistik der Mudschaheddin verantwortlich, nämlich Sicherstellung der Versorgung mit Waffen, Munition, Betriebsstoff, Verpflegung und sonstigem Bedarf.

Verfahren: entweder Weiterleitung von Gütern, die vor allem von USA und Saudi-Arabien geliefert werden, ab Hafen Karatschi oder Einkauf der gesamten benötigten Ausrüstungspalette, vor allem mit amerikanischem Geld. Dabei wurden seit letztem Jahr die Kommandanten neben den Parteien direkt versorgt. Saudische Hilfsgüter werden dagegen auch ohne Einschaltung des ISI an afghanische Widerstandsrgruppen geleitet.

Alle größeren militärischen Operationen wurden bisher bis ins Detail vom ISI geplant: Beschreibung der Aufgabe und der taktischen Ziele, Auswahl der Mudschaheddin-Gruppe und ihres Kommandanten, Ablaufplanung. An dieser Planungsphase sind auch qualifizierte Afghanen beteiligt. Am prominentesten: Wardak, der sich als Oberst vom Kabul-Regime abgesetzt hatte und nachträglich von Zahir Schah zum General befördert wurde. Diese Operationspläne wurden pro forma von den beteiligten Allianzparteien oder von dessen im übrigen unbedeutenden „Allied Military Council“ (das nunmehr in das Verteidigungsministerium der Übergangsregierung integriert worden ist) übernommen. Während diese Operationspläne innerhalb der Parteien bis zur Kommandoebene weitergeleitet werden, sorgt ISI parallel dafür, daß die Ausrüstungsgegenstände zeitgerecht von Afghanen zum Einsatzort gebracht werden. Auch hierbei werden logistische Details genau vorgegeben. Sicherung der Konvois übernimmt eine der sieben Parteien.

Bei den Kämpfen um Dschalalabad hat sich offenbar ergeben, daß die bisherige Art der Einsatzvorbereitung nicht ausreicht, so daß Koordination u. a. durch Sprechfunk hinzugetreten ist. Der (Sprech-)Funkverkehr um Dschalalabad kann von Fachleuten mitgehört werden, woraus sich ergibt, daß die Kommunikationszentrale offenbar in Samarkhel (Festungshügel vor Dschalalabad) installiert ist. Dort dürfte sich auch der o. g. General Wardak zur Koordinierung und Führung befinden. Neben dem örtlichen Funkverkehr gibt es eine Kurzwellenverbindung nach Peschawar. Bei diesem Funkverkehr ist zu beobachten, daß er nicht nur in den afghanischen Landessprachen, sondern auch in beiden Richtungen in

⁶ Pakistan Peoples Party.

⁷ Nusrat Bhutto.

pakistanischem Englisch geführt wird. Obschon hieraus abzuleiten ist, daß Fachleute des ISI beratend und koordinierend auch auf afghanischem Boden die Mudschaheddin unterstützen, so gibt es doch kein Anzeichen dafür, daß sie aktiv kämpfend in vorderster Front eingesetzt sind.

Zu berücksichtigen ist, daß im ISI ebenso wie sonst in der Armee Angehörige der nördlichen Bergvölker, nicht zuletzt der Pathanen, eingesetzt sind. Deren Loyalität gehört in erster Linie dem Stamm und damit oft auch stammesverwandten Mudschaheddin eher als den Institutionen (ISI oder Militär) oder gar der zivilen Zentralregierung.

⁸2.2.2) In zunehmendem Maße hat der ISI auch eine politische Rolle im afghanischem Befreiungskampf erhalten, die zunächst so nicht gesehen worden war. Zu Beginn der Unterstützung – Anfang der 80er Jahre – erschien es dem ISI aus rein militärisch-operativen Gründen geboten, sich mit nur wenigen Einrichtungen Mudschaheddin statt mit den rund 50 bis dahin bestehenden Gruppierungen abzustimmen.⁹ So wurde Druck in Richtung auf Gründung der jetzigen sieben (zunächst fünf) Allianzparteien ausgeübt. Ebenso wurden auch die Parteiführer erst allmählich „aufgebaut“. Einer von ihnen war Hekmatyar, der schon Jahre zuvor im pakistanischen Exil aufgewachsen war. Diese Parteien erhielten ihr Gewicht unter anderem dadurch, daß nur über sie eine Registrierung als Flüchtling mit den dadurch verbundenen Bezugsrechten für Versorgungsgüter des täglichen Bedarfs möglich war. Die Zuordnung der Feldkommandanten, Kämpfer und Funktionäre zu den jeweiligen Parteien folgte oft weniger programmatischen Gesichtspunkten als traditionellen Loyalitätsbeziehungen sowie opportunistischen Erwägungen. So erhielt der offenbar militärisch Erfolgreichste, Hekmatyar, als erster die amerikanischen Stinger-Raketen, die ihm für einige Zeit besonderen Zulauf an Feldkommandanten einbrachten. Später hat der ISI immer wieder auf die Bildung repräsentativer Gremien gedrängt, was u. a. zur Etablierung der von niemandem anerkannten ersten Interimsregierung unter Ahmed Schah im Frühjahr 1988 führte.

So stand der ISI offenbar auch Pate bei der Einberufung der Schura im Februar 1989. Der ISI-Chef, Generalleutnant Hamid Gul, war persönlich während der Schura am Tagungsort, dem Gebäudekomplex für Hadsch-Pilger in Rawalpindi, im Hintergrund anwesend. Hierbei dürfte es dem ISI weniger um die Durchsetzung eines bestimmten Personen- oder Sachprogramms gegangen sein als darum, daß die Schura überhaupt die Bildung einer – möglichst repräsentativen – Übergangsregierung beschließt.

Während des Kampfes der Mudschaheddin gegen die sowjetische Besatzungsarmee schienen diese politischen Schritte nur Funktionen militärischer Ziele zu sein. Besonders seit dem Herannahen des 15. Februar begann sich beim ISI aber zunehmend die Einsicht durchzusetzen, daß durch seine Tätigkeit nicht nur militärische, sondern auch politische Fakten gesetzt und in das Kalkül einbezogen werden müssen.

Unter anderem diese Einsicht dürfte dazu geführt haben, daß Hekmatyar schon seit vielen Monaten nicht mehr so bevorzugt wird wie unter Präsident Zia.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 367 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁹ So in der Vorlage.

Früher hat Hekmatyar schätzungsweise etwa 40 Prozent der Waffen, Munition und Versorgungsgüter bekommen und die vier fundamentalistischen Parteien insgesamt bis zu zwei Drittel.

Natürlich gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ISI und der politischen Führung und sicherlich auch Unterschiede zwischen Außenminister Sahabzada Yaqub Khan und der Premierministerin. Diese sind aber nicht von der tiefgreifenden und grundsätzlichen Natur, als die sie in westlichen Medien gelegentlich geschildert werden. Vermutlich auf Weisung von PM Benazir Bhutto gibt es eine fast tägliche enge Abstimmung zwischen dem Außenminister und Hamid Gul, an der auch die zuständigen Arbeitseinheiten des Außenministeriums sowie der außenpolitische Berater der PM, Akhund, beteiligt sind.

2.2.3) Dem ISI steht eine Reform bevor. Eine vor drei Monaten eingesetzte Kommission unter Leitung des früheren Luftmarschalls Zulfiqar Ali Khan hat soeben einen Bericht mit Empfehlungen zur besseren Abstimmung und Strafung der Aufgaben von ISI, den Sicherheitsdiensten der Teilstreitkräfte, dem zivilen „Intelligence Bureau“ (IB) und weiteren Sicherheitsdiensten für die Provinzverwaltungen und den Luftverkehr fertiggestellt. Zu den wichtigsten Empfehlungen soll die erstmalige Erarbeitung eines Gesetzes als Grundlage und Rahmen für die Tätigkeit dieser Dienste gehören. Ferner soll ein Koordinierungsausschuß unter Einbeziehung der StS von Außen- und Innenministerium gebildet werden, um die Einbindung des ISI in den zivilen Bereich zu vertiefen und die Abstimmung zwischen den Diensten zu sichern. Es bleibt abzuwarten, ob diese Ziele erreicht werden, nachdem die Geheimdienste jahrelang sehr selbständig operieren konnten.

Ein Auftrag an eine solche Kommission ist kein Novum. Dies ist der sechste seit 1960. Zuletzt hat 1981 Gen. Yaqub Khan, der heutige Außenminister, Vorschläge zur Reform der Geheimdienste erarbeitet.

3) Bewertung

Die maßgebliche Kraft im pakistanischen militärisch-politischen Bereich hinsichtlich Afghanistans ist auch heute noch der ISI – dies allerdings nicht ohne Abstimmung mit der zivilen politischen Führung. Damit ist der ISI nicht nur Hauptverantwortlicher für Erfolge und Fehlschläge in diesem Bereich, sondern dient auch als Sündenbock für alle unangenehmen Entwicklungen. Ein Beispiel sind die Vorwürfe von vor allem gemäßigter afghanischer Seite an den ISI, dieser habe die Mudschaheddin in die bisher wenig erfolgreiche Schlacht um die drittgrößte Stadt Afghanistans getrieben (von der überraschend frühen Eroberung des befestigten Hügels Samarkhel vor Dschalalabad abgesehen). In Wahrheit haben sowohl die Führer der Allianzparteien wie auch die beteiligten Feldkommandanten entweder selbst oder durch ihre Vertrauten der Aktion nicht nur zugestimmt, sondern sie in loser Abstimmung miteinander beschlossen und zum damaligen Zeitpunkt gewollt. Für alle Beteiligten ist der Übergang vom bisherigen Guerillakampf in begrenzten Einzelaktionen zu einer konventionellen Kriegsführung neu.

Ferner ist die politische Dimension des Befreiungskampfes nicht nur für den ISI, sondern auch für die Führer der sieben afghanischen Allianzparteien noch ein neues Feld. Weder auf afghanischer noch auf pakistanischer Seite ist ein durchdachtes umfassendes Konzept für die Zukunft eines befreiten Afghanistans

und für die auf dem Wege dorthin (wohin?) erforderlichen Schritte und ihre Realisierbarkeit erkennbar.

4) Obiger Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe in der Botschaft erarbeitet und von BR I Nakonz redigiert.¹⁰

[gez.] Vestring

VS-Bd. 13041 (204)

106

Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Paris

19./20. April 1989¹

Gespräche des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand im Rahmen der deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 19. und 20. April 1989 in Paris²

Anlg.: 1³

Gesprächsteilnehmer: der Staatspräsident, M. Attali, M. Védrine, Mme. Guigou, M. Weiser (Dolmetscher);

der Bundeskanzler, MD Teltschik, MDg Neuer, VLR I Bitterlich, Frau Siebourg (Dolmetscherin).

Über die in den beiden Gesprächsrunden behandelten Themen ist im wesentlichen festzuhalten:

I. Gespräch am 19. April 1989, 16.00 Uhr–17.30 Uhr

1) Der *Bundeskanzler* erläutert eingangs die sachpolitischen Ziele der Regierungs-umbildung⁴ und weist insbesondere auf drei Problemfelder hin:

a) Wehrpflicht

Es habe sich inzwischen herausgestellt, daß man eine „zu große Bugwelle“ von Wehrpflichtigen vor sich herschiebe. Zu viele würden letztlich gar nicht ein-

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Elias teilte der Botschaft in Islamabad am 20. April 1989 mit: „Das Auswärtige Amt dankt für den umfassenden Bericht zum Thema ‚Das pakistanische Militär und Afghanistan‘. Der Bericht füllt eine wichtige Lücke und hat wegen seiner Darstellung und seiner Analyse hier allgemeine Anerkennung gefunden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 111; Referat 340, Bd. 156111.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 21. April 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. April 1989 über Bundesminister Seiters an Bundeskanzler Kohl geleitet „mit der Bitte um Billigung“. Hat Seiters am 28. April 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 33981.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 109.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 30.

⁴ Zur Umbildung der Bundesregierung vgl. Dok. 100, Anm. 3.

gezogen bzw. hätten zu lange Wartezeiten vor der Einberufung. Dies führe zu Ungerechtigkeiten. Zudem müsse man berücksichtigen, daß unter den Aussiedlern viele junge Leute seien. Daher werde man sich entschließen, die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate⁵ jetzt noch nicht durchzuführen, sondern um ca. drei Jahre hinauszuschieben.

b) Quellensteuer

Es gehe nicht um die Abschaffung, sondern um die „Dimension“ der Quellensteuer. Die grundsätzliche Position der Bundesregierung zur Notwendigkeit der EG-Harmonisierung habe sich nicht geändert.

c) Vorvereinbarung Cogema – VEBA⁶

gelte einem sensiblen Bereich. Die Konsequenzen könnten sich als gefährlich für F und D herausstellen, wenn man nicht geschickt vorgehe.

Schaffung der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf gehe auf eine Entscheidung von BK Schmidt zurück, die er damals unterstützt habe. Hierdurch werde Bestehen der 24 deutschen KKW gesichert.

In den gerichtlichen Verfahren gegen die KKW in D sei die Frage der Entsorgungssicherheit immer von Bedeutung gewesen. Einige Betriebsgenehmigungen, vor allem in Norddeutschland, nähmen ausdrücklich Bezug auf Wackersdorf.

Wenn Wackersdorf nicht gebaut werde, würden neue Verfahren angestrengt werden, bei denen die KKW-Betreiber dann auf die Anlage in La Hague verweisen würden. Niemand könne die Gerichte daran hindern, die Frage nach der Sicherheit von La Hague zu stellen. Hier sehe er ein erhebliches Risiko einer Belastung der deutsch-französischen Beziehungen; man brauche sich nur an das Saarbrücker Verfahren gegen Cattenom⁷ zu erinnern. Er wolle daher jeglichen Streit mit F in Fragen der Nuklearpolitik vermeiden. Die Verfahren in D seien zudem ein Hebel, um die Kernkraftwerke überhaupt stillzulegen. Leider gingen die Unternehmen bei ihrer Prüfung von rein betriebswirtschaftlichen, nicht aber von politischen Fakten aus.

Er frage sich daher, ob man nicht „zwei Säulen“ der Wiederaufarbeitung, eine in F, die andere in D, schaffen sollte. Man könne sich nicht erlauben, in Zentraleuropa nur eine Anlage zu haben – man brauche nur daran zu denken, daß diese eine ausfalle. Er würde es begrüßen, wenn wir uns ein „Gesamtkonzept“ überlegen und es gemeinsam zustande bringen könnten. Es wäre fatal, wenn die Gegner der Kernenergie einen Hebel gegen die KKW in die Hand bekämen und zudem F und D gegeneinander ausspielen würden.

⁵ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

⁶ Zur Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema vgl. Dok. 104.

⁷ In der Presse wurde dazu berichtet: „Seit Monaten wehrt sich das Saarland politisch und juristisch gegen die Inbetriebnahme der vier Blöcke von Cattenom. Ob die Klage vor französischen Gerichten Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft; und politisch befindet sich die Bundesrepublik in der unangenehmen Lage, nicht etwas von Frankreich fordern zu können, was Bonn höflich und München grob den Österreichern in Sachen Wackersdorf verwehrt: Mitsprache bei nationalen Entscheidungen.“ Vgl. den Artikel „Überall ist Cattenom“; DIE ZEIT vom 29. August 1986, S. 1.

Der erste Reaktorblock des französischen Atomkraftwerks Cattenom ging am 13. November 1986 in Betrieb.

Er schlage vor, eine gemeinsame kleine hochrangige Expertengruppe zu bilden, die bei uns unter der Leitung von BM Töpfer als seinem persönlichen Beauftragten stehen und an der die wesentlichen Ressorts – AA, BMFT, BMWi – beteiligt würden. Diese Gruppe solle versuchen, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Der *Präsident* verweist darauf, daß seine Regierung nichts getan habe, um das Angebot der Cogema zu forcieren – im Gegenteil, seine Mitarbeiter hätten zu Vorsicht geraten. Er verstehe die Besorgnis des Bundeskanzlers. Es sei konsequent, eine Zusammenarbeit in diesem gesamten Bereich auf europäischer Ebene zu fördern. Er werde dem Bundeskanzler morgen früh die Zusammensetzung der Gruppe auf F-Seite mitteilen.⁸

2) Erste Sitzung des Verteidigungsrates⁹

Der *Präsident* betont, daß er den Entwurf einer Vereinbarung über die Nuklearkonsultationen geprüft habe.¹⁰ Er habe eine Reihe von Änderungsvorschlägen – der von deutscher Seite vorgelegte Textentwurf gehe zu sehr von der NATO-Doktrin aus. Die Mitarbeiter sollten sich am Abend den Text noch einmal ansehen.

Der *Bundeskanzler* ist damit einverstanden.

Der *Präsident* und der *Bundeskanzler* vereinbaren, daß Herr Védrine und General Fleury auf französischer Seite sowie Herr Teltschik und Admiral Wellershoff auf deutscher Seite die Prüfung durchführen.

3) Lage im Libanon¹¹

Der *Präsident* berichtet, daß er in den letzten Tagen eine Reihe telefonischer Kontakte mit verschiedenen Staats- und Regierungschefs mit dem Ziel gehabt habe, sie für folgenden Plan zu gewinnen:

- Aufforderung des VN-Sicherheitsrats an den VN-Generalsekretär, in die Region zu reisen und seine Vermittlung anzubieten;
- während der Reise Waffenruhe;
- Einleitung von Gesprächen mit den Konfliktparteien, um zunächst einen dauerhaften Waffenstillstand herbeizuführen;
- auf dieser Grundlage Herbeiführung von Gesprächen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts im Libanon. Er habe hierzu eine Reihe nützlicher Vorschläge in petto:

Er habe weitgehende Zustimmung zu diesen Vorschlägen gefunden.

- PM Thatcher sei einverstanden und habe mit GS Pérez de Cuéllar in diesem Sinne gesprochen.

⁸ Die Sitzung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie fand am 12. Mai 1989 in Garching statt. Vgl. dazu Dok. 164, Anm. 6.

⁹ Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

Vgl. dazu auch die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 20. April 1989 in Paris; Dok. 108.

¹⁰ Zur deutsch-französischen Konsultationsvereinbarung zu einem möglichen Einsatz französischer prästrategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 107.

¹¹ Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 110.

- Präsident Bush finde den Plan gut, sei aber skeptisch, ob er Erfolg haben könne, wolle aber hilfreich sein.
- Präsident Mubarak sei sehr einverstanden – verständlich vor dem Hintergrund seiner Einstellung zu Syrien.
- Was noch, aufgrund des Einflusses im Nahen Osten, wichtiger sei, auch der algerische Präsident Chadli stimme zu.
- Gleiches gelte für König Hussein, den Emir von Kuwait¹² und MP González.
- Generalsekretär Gorbatschow sei ebenfalls grundsätzlich einverstanden, in dieser Richtung diplomatische Anstrengungen zu unternehmen. Er wolle darüber im einzelnen noch mit seinen Leuten sprechen (er sagte nicht: Warten Sie meine Antwort ab).
- Am 20.4. wolle er noch mit MP De Mita und König Hassan sprechen.
- Auch der VN-Generalsekretär habe sich zustimmend geäußert – er sei im Nahen Osten sehr geachtet, auch bei Präsident Assad.

Er werde öffentlich machen, mit wem er und mit welchem Ergebnis er gesprochen habe, um seiner Aktion Nachdruck zu verleihen. Selbst wenn die USA und die SU sich zögerlich verhalten würden, könnten sie den in Gang gekommenen Prozeß nicht mehr stoppen. Die USA befürchteten – ohne dies laut zu sagen –, daß auf diesem Wege nach Syrien auch die Rolle Israels im Libanon „internationalisiert“ werde. Kernproblem sei Syrien, das historische Rechte auf den Libanon – wie auf Israel – geltend mache. Die Syrer betonten zudem, daß die Christen sie zum Schutz gegen die Palästinenser ins Land gerufen hätten. Nur: Der erste Christ oder Moslem, der offen dagegen etwas sage, werde von den Syrern erschossen.

Die Lage vor allem der christlichen Bevölkerung werde von Tag zu Tag schlimmer. F habe daher aus humanitären Gründen verschiedene Aktionen eingeleitet.

Der *Bundeskanzler* sagt dem Präsidenten die Unterstützung der Bundesregierung zu seinem Plan zu. Wenn er darüber hinaus hilfreich sein könne, bitte er um Nachricht.

4) Entwicklung in Polen

Der Bundeskanzler verweist auf die gemeinsame Erklärung vom 6. April¹³, die in Warschau positiv aufgenommen worden sei. Auch US-Präsident Bush habe sich inzwischen dieser Bewertung angeschlossen, er werde wahrscheinlich im Juli nach dem Wirtschaftsgipfel¹⁴ Warschau besuchen.¹⁵

Der Bundeskanzler verweist auf das starke Interesse in Polen eines Neuanfangs mit der Bundesrepublik Deutschland. Er sehe beim derzeitigen Stand der Gespräche von MD Teltschik gute Chancen, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Er beabsichtige – voraussichtlich im Sommer –, nach Polen zu reisen¹⁶, um die Vereinbarungen zu unterzeichnen. Wir sollten gemeinsam alle Chancen nutzen, um die Entwicklung in Polen wie in Ungarn zu unterstützen – die erheb-

¹² Dschabir al-Ahmad al-Dschabir al-Sabah.

¹³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 6. April 1989 zum Abschluß der Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (März/April), S. 48.

¹⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

¹⁵ Der amerikanische Präsident Bush besuchte Polen vom 9. bis 11. Juli 1989.

¹⁶ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

liche Bedeutung für die DDR und die ČSSR habe. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sollten sich dabei so eng wie möglich abstimmen.

Der *Präsident* nimmt das Angebot des Bundeskanzlers dankend an, daß MD Teltschik den Elysée kurz vor Reise des Präsidenten nach Polen im Juni¹⁷ über den Stand unserer Verhandlungen eingehend unterrichtet.

Auf Bitten des Bundeskanzlers berichtet MD *Teltschik* kurz über den Stand der Verhandlungen, in denen entscheidende Fortschritte erreicht worden seien. Polen sei bereit, umfassend die kulturellen Rechte der Deutschen zu garantieren – bis vor sechs Monaten hätten die Polen die Existenz von Deutschen überhaupt abgestritten. Die polnische Regierung sei über den positiven Ausgang der Gespräche am Runden Tisch¹⁸ erleichtert. Gemeinsame Sorge von Regierung, Partei, Kirche und Opposition sei die negative Wirtschaftslage, wobei selbst von der KP Wałęsa als der einzige angesehen werde, der in der Lage sei, die Opposition zu kanalisieren.

5) Wirtschaftsgipfel Paris

Der *Bundeskanzler* spricht kurz die laufende Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels an und betont die Notwendigkeit, in der Umweltproblematik vorwärtsweisende Erklärung zu erreichen. Diese sei gerade auch im Zeichen der 200-Jahr-Feiern der Französischen Revolution und der Menschenrechte¹⁹ von symbolischer Bedeutung: 200 Jahre Menschenrechte, jetzt Recht auf Umwelt.

Der *Präsident* unterstützt diesen Ansatz und betont, daß die Arbeiten in diese Richtung gingen.

6) Europapolitik

a) Währungspolitik

Der *Präsident* verweist darauf, daß der Delors-Bericht²⁰ in den großen Linien in die Richtung gehe, die der Bundeskanzler und er in Günzburg²¹ positiv bezeichnet haben.

Der *Bundeskanzler* schließt sich dieser Beurteilung an, der Bericht gehe in der Tat in eine Richtung, die wir unterstützten. Kernproblem sei, was GB wirklich wolle. Wir hätten nur dann eine gute Chance, wenn wir zu elft zusammenblieben.

Der *Präsident* stimmt dem zu. Aus seiner Sicht werde sich GB „absolut“ jeglichen Schritten vorwärts „verweigern“.

b) EG-Erweiterung

Der *Präsident* greift die Erweiterungsproblematik auf. Er wolle an dieser Stelle nicht auf historische Rechte eingehen. Es sei nicht weise, vor 1993 diese Fragen zu prüfen. Die Gemeinschaft sei voll damit beschäftigt, den Binnenmarkt und die begleitenden Politiken entsprechend der Einheitlichen Akte²² in die Tat umzusetzen.

¹⁷ Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Polen vom 14. bis 16. Juni 1989.

¹⁸ Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

¹⁹ Für den Wortlaut der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 vgl. DÉCLARATIONS, S. 11–13. Für den deutschen Wortlaut vgl. REVOLUTION, S. 37–39.

²⁰ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

²¹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 4. April 1989 vgl. Dok. 83.

²² Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

Der *Bundeskanzler* betont, daß er die Auffassung des Präsidenten teile. Wenn wir jetzt die Diskussion über diese Fragen aufnehmen, würde das dazu führen, 1992 aufzuschieben – die Gemeinschaft brauche aber ihre ganze Kraft, um das Ziel 1992 zum Erfolg zu führen, zumal der Widerstand von vielen Seiten zunehme.

c) EG-Fernsehrichtlinie

Der Präsident spricht das Zustandekommen der EG-Fernsehrichtlinie im Binnenmarkt gegen unsere Stimme an.²³ Er kenne unsere nationalen Probleme, wir dürften jedoch nicht das Ziel aus den Augen verlieren, die europäische Fernsehproduktion nachhaltig zu fördern. Mit diesem Ansatz sei doch der Bundeskanzler in Rhodos²⁴ einverstanden gewesen; auch MP De Mita habe seine ablehnende Haltung geändert.

Auf Bitten des Bundeskanzlers erläutert VLR I *Bitterlich* die deutsche Haltung im Rat vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts²⁵ und der Kompetenzen der Bundesländer, insbesondere die Haltung zur Quotenproblematik und zur Definition des europäischen Werkes.

Der *Präsident* verweist darauf, daß er entgegen des ausdrücklichen Petitus der französischen – wie deutschen – Künstler und Produzenten und auch der französischen Ministerien, die eine Quote von 60% zugunsten der europäischen Werke gefordert hätten, nicht die Haltung Fs geändert und damit dem Kompromiß zugestimmt habe. In bezug auf die deutschen Bedenken habe er nichts dagegen, daß man die Definition des europäischen Werkes offener gestaltet, um alle Länder Osteuropas von vorneherein einzubeziehen.

²³ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), berichtete am 13. April 1989 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister am selben Tag in Luxemburg: „Der Rat legte – nicht unerwartet – gegen die Stimmen von D, DK und B mit qualifizierter Mehrheit den Gemeinsamen Standpunkt zur R[icht]L[inie] fest (erste Lesung). [...] Von unseren drei essentials konnte mit dem völligen Ausschluß des Rundfunkwesens und der RL-Beschränkung auf den Fernsehsektor lediglich eines in vollem Umfang durchgesetzt werden.“ Zur Frage einer Quote laute die Einigung: „Die MS achten im Rahmen des praktisch Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln darauf, daß die Fernsehveranstalter den Hauptanteil ihrer Sendezeit ... der Sendung von europäischen Werken ... vorbehalten“. Unser weitergehendes Anliegen einer völlig zweifelsfreien Interpretation der Quotenregelung als nicht einklagbarer Rechtspflicht der MS fand, nicht zuletzt auch mangels Unterstützung seitens KOM, keine Mehrheit. Zu unserem dritten essential (Definition „europäische Werke“) stimmte der Rat der von uns gewünschten Einbeziehung von DDR-Werken zu. Vor allem an der fehlenden Bereitschaft des Vorsitizes scheiterte aber unser weiteres Anliegen, die Werke aus osteuropäischen Ländern [...] gleichrangig in die RL einzubeziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1152; Referat 410, Bd. 160939.

²⁴ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

²⁵ Für den Wortlaut des Urteils vom 11. April 1989 vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 80, S. 74–81.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich vermerkte am 12. April 1989, das Bundesverfassungsgericht habe den Antrag des Freistaates Bayern abgelehnt, „der Bundesregierung durch eine einstweilige Anordnung zu untersagen, auf dem Binnenmarkt-Rat am 13. April 1989 dem Gemeinsamen Standpunkt zur EG-Rundfunkrichtlinie (RL) zuzustimmen [...]“. In der mündlichen Verhandlung behauptete Bayern, daß seine Kompetenzen im Bereich des materiellen Rundfunkrechts verfassungswidrig beschnitten würden, wenn die Bundesregierung dem Gemeinsamen Standpunkt zustimme. Das Grundgesetz decke nicht die Übertragung rundfunkrechtlicher Kompetenzen auf die Europäische Gemeinschaft. Die Übertragung dieser Kompetenzen auf die EG unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Charakters von Rundfunksendungen (z. B. Werbung) führe zu einer Aushöhlung der Länderkompetenzen“. Vgl. Referat 410, Bd. 160939.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, auch mit Blick auf die zweite Lesung im Rat²⁶ die Angelegenheit mit StM Dr. Stavenhagen aufzunehmen.

II. Gespräch am 20. April 1989, 8.45–9.55 Uhr

1) Vorbereitung Verteidigungsrat

MD *Teltschik* berichtet, daß die Arbeitsgruppe bei der Prüfung des Entwurfs einer Vereinbarung über die Nuklearkonsultationen gestern abend gut vorangekommen sei, man aber in einigen Punkten noch die Experten beider Seiten befragen wolle. Er habe mit Hubert Védrine vereinbart, dem Präsidenten und dem Bundeskanzler den überarbeiteten Entwurf nach Abschluß dieser Prüfung erneut vorzulegen. Finalisierung könne dann bei dem nächsten Treffen des Präsidenten und des Bundeskanzlers²⁷ erfolgen.

2) Deutsch-französischer Kulturfernsehsender

Auf Bitten des Präsidenten erläutert Madame *Guigou* den Sachstand nach dem Gespräch von MP Späth und Kulturminister Lang am Vortage²⁸: Auf deutscher Seite bestünden Finanzierungsprobleme, da beide Fernsehkanäle sich weigerten, einen Teil der letzten Gebührenerhöhung für dieses deutsch-französische Projekt von hoher symbolischer Wirkung bereitzustellen.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß seine Mitarbeiter ihm diesen Sachstand heute morgen vorgetragen hätten. Er werde diese Angelegenheit nach Rückkehr in Bonn aufnehmen und den Ministerpräsidenten klar sagen, daß er diese Haltung nicht akzeptieren könne.

3) Vorvereinbarung Cogema–VEBA

Der *Präsident* teilt dem Bundeskanzler mit, daß Industrieminister Fauroux den Vorsitz der Gruppe auf französischer Seite übernehmen würde. Ihr würden ferner angehören:

- Herr Lévy: Direktor für Energie im Industrieministerium, der sieben Jahre sein persönlicher Mitarbeiter gewesen sei,

²⁶ Ministerialdirigent Trumpf notierte am 18. Mai 1989, die Bundesregierung habe nicht vorhersehen können, daß „der vom Binnenmarkt-Rat am 13.4.1989 festgelegte Gemeinsame Standpunkt gemäß Art. 149 Abs. 2 b EWG-V[ertrag] mit einer Darlegung der Gründe sowie dem Standpunkt der KOM noch am selben Tage dem EP zugeleitet wurde, das EP schon vor formeller Bekanntgabe des Gemeinsamen Standpunktes durch den EP-Präsidenten bereits am 18.4.89 die Beratungen im Rechts- und Wirtschaftsausschuß aufnehmen und am 20.4.89 abschließen würde“, so daß eine abschließende Ratsbefassung (zweite Lesung) noch im Juni 1989 möglich sein könnte. Bei diesem Ablauf habe das Bundesverfassungsgericht zeitlich keine Möglichkeit mehr, „das Verhalten der Bundesregierung bezüglich der R[icht]L[inie] noch bestimmend zu beeinflussen“. Die Bundesregierung wolle alle Anstrengungen unternehmen, „daß die zweite Lesung im Rat nicht vor September 1989 stattfindet“. Vgl. Referat 410, Bd. 160940.

²⁷ Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand trafen am 22. Juni 1989 in Paris zusammen. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

²⁸ Vortragender Legationsrat Merkel vermerkte am 26. April 1989: „Das Projekt eines d[e]ult[sch]-fr[an]z[ö]sischen Kulturfernsehprogramms stand im Mittelpunkt des Gesprächs MP Späth/Kulturminister Lang am 19.4. und auch des Kulturfrühstücks am 20.4. Französische Seite insistierte auf baldige positive deutsche Entscheidung. Finanzierung und vorgesehener Satellitenkanal könnten nur bis Jahresende 1989 gesichert werden. Anzustreben sei eine einheitliche dt.-frz. Gesellschaft mit Programmautonomie und eigener Produktion. MP Späth erläuterte Tauziehen um Finanzierung aus Gebührenaufkommen. Anstalten wollten nicht akzeptieren, daß Teil der letzten Gebührenerhöhung für das Projekt bestimmt sei [...]. Anstalten müßten durch Alternativen unter Druck gesetzt werden, dabei eine einheitliche Front der Ministerpräsidenten aufgebaut werden. Anstalten und Länder befürchteten, daß mit supranationalem dt.-frz. Fernsehen Fernsehhoheit der Länder und Anstalten ausgehöhlt werde.“ Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 526.

- Herr Teillac, Hochkommissar für Energie,
- Herr Dufourcq, Politischer Direktor des Quai d'Orsay,
- Herr Lalonde, Staatssekretär für Umwelt.

Der *Bundeskanzler* bestätigt nochmals, daß auf unserer Seite BM Töpfer den Vorsitz übernehmen würde. Er regt an, daß sich BM Töpfer und Minister Fauroux vor dem ersten Zusammentreffen der Gruppe vertraulich treffen, um eine gute Vorbereitung zu gewährleisten. Der Gruppe würden weiterhin die Staatssekretäre des AA, BMFT, BMWi sowie ein Vertreter Bayerns angehören. Er schlägt vor, die Minister Fauroux und Töpfer zuzuziehen, um in deren Beisein den Entwurf der Gipfelerklärung zu besprechen.

Der *Präsident* stimmt dem zu.

4) Strengere Abgaswerte für Kraftfahrzeuge

Der *Präsident* greift die Diskussion um schadstoffarme PKWs auf, in der die Bundesrepublik „Antreiber“ sei. Er stimme unserer Ausrichtung grundsätzlich zu. Es sei auch wichtig, die Industrie zu den entsprechenden Schritten anzuhalten. Nur: „Dies alles sei nicht in drei Monaten zu bewerkstelligen“, vor allem bei den Kleinwagen. Von den großen französischen Automobilherstellern habe sich Renault zum Katalysator bekannt, Peugeot sei bremsend – er habe aber bereits Peugeot öffentlich desavouiert. Man wolle rasch vorgehen, wobei Frankreich und Deutschland möglichst eng zusammenbleiben sollten. Dabei dürften aber keine Wettbewerbsvorteile zugunsten Deutschlands entstehen. Der Automobilsektor habe einen erheblichen Anteil am französischen Handelsbilanzdefizit, das Ungleichgewicht mit Deutschland würde ohne den Automobilsektor nicht bestehen.

Der *Bundeskanzler* stimmt der grundsätzlichen Ausrichtung des Präsidenten zu und betont, daß ihm das Verhalten von Peugeot unverständlich sei. Es habe der Marke in Deutschland geschadet. Renault sei der deutschen Linie gefolgt, die Erfolge bei uns bewiesen die Richtigkeit des Ansatzes.

5) Wirtschaftsgipfel Paris

Der Bundeskanzler kommt auf die Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels zurück und spricht die Verschuldungsfrage an. In bezug auf den Brasilien-Kredit²⁹ scheine die Weltbank nunmehr an Umwelt-Auflagen zu denken. Dies sei für ihn sehr wichtig.

Der *Präsident* stimmt dem zu und betont, man werde darauf abzielen, einen Internationalen Fonds zu schaffen. Umstritten sei die Finanzierung, ob über Sonderziehungsrechte oder in anderer Form. Jedenfalls müsse dieser für alle Schwellenländer gelten – leider würden die USA nur auf die drei bis vier Länder, ihre Klientel, abzielen, aber sie begännen, ihre Haltung zu überdenken. Sie wären zudem in der Umweltfrage nicht so problembewußt wie die Europäer.

6) Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (Vorvereinbarung Cogema–VEBA)

Im Beisein der Minister Fauroux und Töpfer wird der von den beiden Ministern erarbeitete Textentwurf einer gemeinsamen Erklärung ausführlich diskutiert und überarbeitet.

²⁹ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

Wesentliche Sachanliegen waren dabei

- für die französische Seite: Vermeidung des Eindrucks der Einmischung in die innerdeutsche Diskussion um Wackersdorf – bereinigt durch neutrale Formulierung;
- für die deutsche Seite: Betonung, daß beide Regierungen an der Kernenergie festhalten und grundsätzlich die Absicht haben, Anlagen in beiden Ländern zu erstellen bzw. zu unterhalten – durch Textüberarbeitung erfüllt.
- Versuch der französischen Seite, in die Problemschau die Frage der französischen Stromlieferungen ausdrücklich aufzunehmen, wurde von uns zurückgewiesen, statt dessen neutralerer Ausdruck „Energiepolitik in allen ihren Aspekten“.

Endfassung des Textes in deutscher und französischer Sprache wurde anschließend parallel zur Sitzung des Verteidigungsrates in kleiner Arbeitsgruppe, bestehend aus den beiden Ministern und Mitarbeitern des Präsidenten und des Bundeskanzlers, erarbeitet. Text ist als Anlage beigelegt.³⁰

Bundesarchiv, B 136, Bd. 33981

107

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr

201-360.92 FRA-365/89 geheim

19. April 1989¹

Betr.: Deutsch-französische Konsultationsvereinbarung zum möglichen Einsatz französischer prästrategischer nuklearer Waffen

Anlg.: 1²

1) Auf Weisung des Generalinspektors der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, unterrichtete Oberst i. G. Fischer (Referatsleiter Militärpolitik im FüS des BMVg) am 18.4.1989 D2³ über den Stand der Konsultationen mit F in Ausfüllung der Erklärung des französischen Staatspräsidenten vom 28.2.1986:

³⁰ Für die deutsch-französische Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 20. April 1989 vgl. Bundesarchiv, B 136, Bd. 33981.
Für den Wortlaut der Erklärung vgl. auch BULLETIN 1989, S. 314.

¹ Vortragender Legationsrat von Morr leitete die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Kastrup „zur Billigung“.

Hat Kastrup am 19. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 21. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe sowie an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Original hat BM bei d[eu]t[sch]-fr[an]z[ösischem] Gipfel vorgelegen.“

Hat Elbe vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Haller am 26. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher, Vortragenden Legationsrat Gröning sowie die Legationsräte I. Klasse Beck und Hoffmann verfügte.

Hat Dreher, Gröning, Beck und Hoffmann vorgelegen.

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7.

³ Dieter Kastrup.

„Der Präsident der Französischen Republik erklärt sich bereit, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland über den eventuellen Einsatz der prästrategischen französischen Waffen auf deutschem Gebiet zu konsultieren, und zwar in den Grenzen der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der solche Entscheidungen zu treffen sind.

Er ruft in Erinnerung, daß in dieser Sache Entscheidungen nicht teilbar sind.

Der Präsident der Französischen Republik weist darauf hin, daß er mit dem Bundeskanzler⁴ der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, die technischen Voraussetzungen für eine sofortige und sichere Konsultation in Krisenzeiten zu schaffen.“⁵

Mit den erforderlichen Konsultationen seien Generalinspekteur und französischer Generalstabschef beauftragt worden, die unmittelbar dem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten zu berichten hätten.

2) Während die erforderlichen technischen Einrichtungen seit einem Jahr im Kanzleramt und im Elysée-Palast existierten, seien die Konsultationen in der Sache mit F zäh verlaufen. Erst jetzt liege der Entwurf einer Vereinbarung vor, der sich inhaltlich weitgehend an den GPG der NATO⁶ orientiere. Das Ergebnis sei in einem Schreiben des Generalinspektors an den Bundeskanzler enthalten (Kopie des Schreibens anliegend⁷). Den Text des Vereinbarungsentwurfs übergab Oberst Fischer lediglich zur kurzen Durchsicht an D 2, händigte ihn jedoch nicht aus. Er führte ergänzend aus:

- Der Entwurf enthalte einen Klammersatz, wonach die Stationierung französischer prästrategischer nuklearer Waffen auf deutschem Boden nicht nur der vorherigen Unterrichtung durch F, sondern der ausdrücklichen Zustimmung der deutschen Seite bedürfe. Die Klammer müsse noch aufgelöst werden. Dies solle bei einem Vier-Augen-Gespräch Präsident–Bundeskanzler beim deutsch-französischen Gipfel am 19./20.4.1989⁸ geschehen.
- Die deutschen Anliegen seien in der Vereinbarung festgeschrieben worden; sie griffen über die unklar formulierte Konsultationszusage des französischen Präsidenten vom Februar 1986 hinaus. In den Anstrichen auf Seite 2 des Schreibens des Generalinspektors an den Bundeskanzler seien die wichtigsten Punkte enthalten, in denen wir unsere Petita durchgesetzt hätten. Wichtig sei vor allem:
 - eine Konsultation über den Gesamteinsatz prästrategischer Nuklearwaffen – d.h. keine Beschränkung auf Territorium der Bundesrepublik Deutschland;
 - politische Zielsetzung des Nukleareinsatzes; Zielplanung unter primär politischen Gesichtspunkten. Teilweise sei die Vereinbarung mit F noch günstiger als die Formulierung in den GPG.

⁴ Korrigiert aus: „daß der Bundeskanzler“.

⁵ Vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

⁶ Zu den General Political Guidelines der NATO vgl. Dok. 92, Anm. 25.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Generalinspektors der Bundeswehr, Wellershoff, vom 30. März 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12183 (201).

⁸ Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 20. April 1989 in Paris; Dok. 106.

- Umgehend nach der Einigung Bundeskanzler/Präsident im Vier-Augen-Gespräch erhalte der Bundesminister des Auswärtigen ein Exemplar des Entwurfs. Entsprechend werde auf französischer Seite verfahren, auch dort sei bislang der Außenminister noch nicht befaßt.
 - Danach solle die Vereinbarung dem Deutsch-Französischen Rat für Verteidigung und Sicherheit zur billigenden Kenntnisnahme vorgelegt werden. Dies solle jedoch noch nicht bei der konstituierenden Sitzung des Rates am 20.4.⁹ geschehen, sondern erst bei der nächsten Sitzung. Über die Form müsse noch entschieden werden. An eine förmliche Signatur sei nicht gedacht, man könne wie bei den GPG verfahren, die im Konsultationsverfahren zustande gekommen und abschließend von der NPG gebilligt worden seien.
- 3) D2 erklärte, daß es wichtig sei, BM so umfassend und präzise wie möglich zu unterrichten. Daher sähen wir der Übermittlung des Textes des Entwurfes entgegen. Im übrigen betrachte er die Unterrichtung als eine erste Information des AA zur Unterrichtung des BM; sie nehme die politische Entscheidung des Bundeskabinetts in der Sache nicht vorweg¹⁰.

Morr

VS-Bd. 12183 (201)

108

Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit in Paris

VS-NfD

20. April 1989¹

53. deutsch-französische Konsultationen am 19./20. April 1989 in Paris²;
hier: Ratskomitee-Treffen am 20. April, 8.30 Uhr–9.20 Uhr

1) Nach der Begrüßung stellte AM *Dumas* heraus, daß das Vierertreffen/erste Ratskomitee-Treffen neue Qualität in die deutsch-französischen sicherheitspoliti-

⁹ Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

Vgl. dazu auch die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 20. April 1989 in Paris; Dok. 108.

¹⁰ Der Passus „sie nehme ... vorweg“ wurde von Ministerialdirektor Kastrup wie folgt geändert: „sie könne nicht als Abstimmung mit dem AA angesehen werden und nehme die politische Entscheidung des Bundesministers nicht vorweg“.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat FÜS III 1 des Bundesministeriums der Verteidigung am 24. April 1989 gefertigt und innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung verteilt. Dazu wurde vermerkt: „1) Beiliegend wird der durch StS Dr. Pfahls gebilligte Protokollvermerk des ersten Treffens des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit übersandt. 2) Die Kenntnis des Vermerks soll auf den Empfängerkreis beschränkt bleiben; eine evtl. Weitergabe ist mit FÜS III 1 abzustimmen.“

Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 17. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von H[errn] Schweinsteiger unter der Hand erhalten am 17.5. (hat RL vorgelegen).“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 201, Bd. 151187.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 106 und Dok. 109.

schen Konsultationen bringe. Die Einrichtung des Rats eröffne Perspektiven zu weiterer intensiver und tieferer Zusammenarbeit und Abstimmung.

Bezogen auf die Tagesordnung des ersten Ratstreffens stellte AM Dumas fest, daß unter Tagesordnungspunkt I. zunächst die Ernennung des Sekretärs und seines Stellvertreters anstünde. Die Bundesrepublik Deutschland habe GenMaj Naumann vorgeschlagen, die französische Seite Monsieur Dufourcq; gegen beide Vorschläge bestanden keine Einwände, so daß die Ernennung im Rat vorgeschlagen werden könne.

2) Auch über die Zusammensetzung des Ständigen Sekretariats in Paris sei Einigung erzielt worden, so seien die beiden diplomatischen Vertreter BR I Dr. Hilger und von französischer Seite Monsieur Bossière; die beiden Militärs seien von französischer Seite Oberst Gosset und von deutscher Seite Oberstleutnant i. G. Zimmermann. Auch diese Vorschläge wären einvernehmlich und könnten dem Rat zur Genehmigung unterbreitet werden.

3) AM *Genscher* begrüßt die Schnelligkeit der Umsetzung der Beschlüsse vom 22. Januar 1988³, was zeige, daß die deutsch-französischen Beziehungen in ein neues Stadium treten würden, und stimmt den Vorschlägen/Entschließungsanträgen in vollem Umfang zu.

4) Zum Bericht des Ausschusses an Ratskomitee und Rat über Stand und Perspektiven der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit⁴ führt AM *Dumas* aus, daß der Bericht an den Rat einschließlich der von deutscher Seite gewünschten Ergänzungen zum gemeinsamen Sicherheitsraum angenommen sei und der Bericht im Rahmen der Tagesordnung (TOP II) dem Rat ebenfalls zur billigenden Kenntnisnahme vorgelegt werden könne. Auf Intervention VM *Chevènement* wurde auf Seite 3 des Berichts bei der Auflistung der bestehenden Rüstungskooperationsvorhaben das Vorhaben KZO⁵/Brevel hinzugefügt.

5) Die Billigung der Einsatzweisung für die deutsch-französische Brigade⁶ wurde nur gestreift; nach Einigung der VM am 19.4.1989 steht der Billigung durch den Rat nichts im Wege.

6) Zum Tagesordnungspunkt III (Fragen der Verteidigung und Abrüstung) wurde ausgeführt, daß der Rat sich in bezug auf den bevorstehenden NATO-Gipfel am 29./30. Mai 1989⁷ insbesondere mit der SNF-Problematik befassen könne, hier wäre evtl. ein Meinungsaustausch des Staatspräsidenten⁸ und des Bundeskanz-

³ Mit Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde die Schaffung eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrats beschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 1152–1156. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 4 und Dok. 32.

⁴ Für den undatierten „Bericht an den deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat“ vgl. Referat 201, Bd. 151187.

⁵ Kleinfluggerät-Zielortung.

⁶ Für die „Durchführungsbestimmungen für Einsatz, Führung und Ausbildung der Deutsch-Französischen Brigade“, die vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Wellershoff, und dem Generalstabschef der französischen Streitkräfte, Schmitt, am 20. April 1989 in Paris unterzeichnet wurden, vgl. VS-Bd. 12183 (201).

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁸ François Mitterrand.

lers möglich; AM *Dumas* stellte die Frage, ob deutscherseits hier Fortschritte erzielt worden seien.

VM *Chevènement* fügte hinzu, daß er aufgrund seiner Gespräche in Moskau⁹ den Eindruck gewonnen habe, die Sowjetunion werde versuchen, alle Bereiche gleichzeitig anzusprechen, sowohl den Bereich der nuklearen Kurzstreckenwaffen als auch den Bereich von Luftstreitkräften, Seestreitkräften und konventionellen Streitkräften.

Dieses entspräche nicht der Logik, die geböte, zunächst die konventionelle Komponente und die dort beinhaltete Angriffsfähigkeit, insbesondere hinsichtlich gepanzerter Verbände sowie der Artillerie, der Logistik, der Übersetzkapazitäten, anzusprechen und erst später die anderen Bereiche einzubeziehen.

Seine Gespräche mit VM Jasow hätten ergeben, daß die Sowjetunion tatsächlich schnell (im Laufe der nächsten zwei Jahre) 500 000 Mann abbauen möchte, jedoch die größere Schwierigkeit in der Reorganisation der auf Rüstung ausgerichteten Industrie sieht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt der Prozentsatz in der Industrie bei 60 zu 40 % zugunsten der Militärproduktion; bis 1995 wolle die Sowjetunion diesen Prozentsatz umkehren.

Ihm komme es darauf an, darauf hinzuweisen, daß insbesondere bei nuklearen Waffen (SNF) die geographische Asymmetrie in Europa beachtet werden müsse; solange ein konventionelles Ungleichgewicht bestehe, müssen SNF sein, um kriegsverhindernd zu wirken. Hier komme den SNF im Instrumentarium der Abschreckung eine besondere Bedeutung zu. Aus seiner Sicht sei Abschreckung ein schlechtes Wort, der französische Terminus „dissuasion“, der in der deutschen Übersetzung eher „abratens“, „abhalten“ bedeuten würde, sei besser.

AM *Genscher* erwiderte, daß er kein Problem mit dem Terminus „Abschreckung“ habe, denn schließlich solle vor dem Krieg abgeschreckt werden, der schrecklich genug sei. Er sei nicht einverstanden mit der Darstellung, daß nur SNF die Abschreckung sicherstellen würden.

Hierauf intervenierte VM *Chevènement*, er habe nicht ausgeführt, daß nur SNF abschrecken würden, sondern daß SNF bis zu einem gewissen Grade für eine glaubhafte Abschreckung notwendig seien.

AM *Genscher* führte aus, es komme für ihn darauf an, zu klären, wer abgeschreckt werden solle, und dies sei der potentielle Angreifer. Frankreich solle sein Hauptgewicht mehr auf die strategischen Systeme legen, um den Willensträger einer möglichen Aggression auf seinem Territorium zu erreichen. Nur dann könne Abschreckung auch funktionieren, und jede – auch augenzwinkernde – Übereinstimmung der Supermächte, einen möglichen Konflikt zu regionalisieren, wäre ausgeschlossen.

Das Mandat von Wien¹⁰ müsse beibehalten werden. Er sehe keinen Erfolg, wenn man alles gleichzeitig verhandeln wolle. Der westliche Vorschlag¹¹ sei nachvollziehbar, in sich schlüssig und logisch, zunächst müsse die Invasionsfähigkeit

⁹ Der französische Verteidigungsminister Chevènement besuchte die UdSSR vom 3. bis 7. April 1989.

¹⁰ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

¹¹ Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475. Vgl. dazu auch Dok. 74.

abgebaut werden, dann könne man später über Luftfahrzeuge und andere Systeme verhandeln.

Die geographische Disparität der beiden Bündnissysteme müsse berücksichtigt werden; der Ansatz, vom Atlantik zum Ural einen geschlossenen Sicherheitsraum zu sehen, sei für ihn besonders wichtig, und er könne es nicht akzeptieren, daß nur Zentraleuropa als Raum für Reduzierungen herausgegriffen werde; es könne keine Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsstandards geben. Deshalb müßten die Verhandlungen in Wien entsprechend dem Mandat geführt werden.

Staatssekretär *Dr. Pfahls* ergänzte nach Zustimmung zu den Ausführungen des Außenministers; dabei stellte er den Aspekt der Invasionsfähigkeit besonders heraus. Er machte erneut deutlich, daß insbesondere die Unauflösbarkeit des Gesamtansatzes beachtet werden müsse, Zonen unterschiedlicher Sicherheit nicht akzeptabel wären. Ein derartiger Ansatz würde zu erheblichem innenpolitischen Schaden in der Bundesrepublik führen. Er sehe durchaus einen gewissen Zusammenhang der Wiener Verhandlungen mit einer zukünftigen SNF-Struktur, jedoch seien Verhandlungen hierüber abhängig von Ergebnissen bei VKSE im konventionellen Bereich.

Der französische Verteidigungsminister *Chevènement* erläuterte, daß allein strategische Waffen nicht glaubhaft in der Abschreckung seien. Dies hätten die USA Frankreich seit 30 Jahren deutlich gesagt. Das strategische Potential gäbe zwar den letzten Ausschlag, aber die Glaubwürdigkeit der Abschreckung stehe und fällt bis zu einem gewissen Punkt mit den SNF, da nur sie in der Lage seien, dem Gegner in einem bestimmten Spektrum seiner Angriffsfähigkeit starken Schaden zuzufügen, und er sehe hier insbesondere die Bedeutung beim Einsatz gegen Flugplätze, Führungseinrichtungen und gegen logistische Einrichtungen.

Außenminister *Genscher* bestätigte dies; wenn der Aggressor erwarten könne, daß sein Territorium zum Sanktuarium werde, steige auch seine Risikobereitschaft.

Die Ungewißheit über einen möglichen Einsatz müsse bleiben, nur die Ungewißheit berge Risiko und schrecke ab.

Das Vierertreffen/Ratskomitee wurde hier beendet, da die Minister zur Ratsitzung¹² in den Elysée wechseln mußten.

Referat 201, Bd. 151187

¹² Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

109

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.01/10-4

21. April 1989¹

Von BM Genscher und StM'in Adam-Schwaetzer noch nicht gebilligt
 Betr.: Deutsch-französische Konsultationen am 19./20. April 1989²;
 hier: Europapolitische Themen

1) Europapolitische Themen wurden (soweit RL 412³ anwesend) zwischen den beiden Europa-Staatsministerinnen Adam-Schwaetzer und Cresson (anwesend auch Staatsminister Stavenhagen), bei den Konsultationen der Außenminister⁴, beim „Wirtschaftsfrühstück“ (anwesend auf deutscher Seite BM Stoltenberg, BM Blüm, BM Töpfer, BM Haussmann, BM Warnke, StM'in Adam-Schwaetzer, StM Stavenhagen und StS Tietmeyer) und in der Plenarsitzung besprochen.

Außerdem dürften europapolitische Themen in den Gesprächen von Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl sowie in den bilateralen Gesprächen der Fachminister eine Rolle gespielt haben.

2) Im Mittelpunkt standen die Schwerpunkte der französischen Präsidentschaft⁵:

- Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion,
- Steuerharmonisierung,
- soziale Dimension der Gemeinschaft.

Außerdem wurde von französischer Seite immer wieder das Thema „Straßburg“ angesprochen.

In dem Gespräch Adam-Schwaetzer/Cresson wurden außerdem folgende Themen (allerdings nur kurz) angesprochen:

- Außenbeziehungen der Gemeinschaft,
- EG-Marken- und Patentrecht,
- Schengener Abkommen⁶.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schürmann am 21. April 1989 vorgelegen.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. auch Dok. 106 und Dok. 108.

³ Wilhelm Schönfelder.

⁴ Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas sprachen am 19. April 1989 in Paris ferner über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem die VKSE, über die Lage im Libanon, im Iran und im Sudan, über die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die Entwicklung in Polen, in der UdSSR und in Rumänien, sowie über die Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE in Paris, außerdem über bilaterale Fragen, darunter gemeinsame deutsch-französische Auslandsvertretungen und Zugverbindungen im Hochgeschwindigkeitsbereich. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Jess vom 21. April 1989; Referat 203 (202), Bd. 151088.

⁵ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁶ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

3) Die Themen im einzelnen

a) Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion

Der Bericht des Delors-Ausschusses⁷ wurde allgemein positiv gewertet.

Bei den Außenministerkonsultationen kündigte StM'in Cresson an, daß die französische Präsidentschaft versuchen werde, die Dinge voranzutreiben und möglichst schon einen Zeitplan für das weitere Vorgehen festzulegen.

StM'in Adam-Schwaetzer wies darauf hin, daß der Delors-Bericht ein Ganzes darstelle und bei allen Entscheidungen das Endziel „Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion“ klar sichtbar erhalten bleiben müsse.

Auf ihre Frage, ob F daran denke, durch den ER Paris⁸ eine Regierungskonferenz einberufen zu lassen, gab AM Dumas eine etwas zögernde Antwort unter Hinweis auf die bisher negative Haltung GB's. Er fragte, wie weiter verfahren werden sollte, wenn GB seine ablehnende Haltung nicht aufbehe.

BM Genscher erinnerte an den vom ER Hannover zum Ausdruck gebrachten politischen Willen.⁹ Der ER Hannover habe keine „akademische Seminararbeit“ in Auftrag gegeben.

Der ER Hannover habe an den in der EEA¹⁰ zum Ausdruck kommenden Willen der MS erinnert, eine schrittweise Verwirklichung der WWU anzustreben, und angekündigt, auf dem ER Madrid¹¹ die Mittel zur Herbeiführung dieser Union prüfen zu wollen. Im Hinblick darauf habe er dem Delors-Ausschuß die Aufgabe übertragen, die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union zu prüfen und vorzuschlagen. Dieser Aufgabe sei der Ausschuß mit seinem Bericht in vollem Umfang gerecht geworden.

In Madrid müßten deshalb konkrete Antworten gegeben werden.

Er erinnerte an den ER Mailand¹² und die dort (mit neun gegen drei Stimmen) einberufene Regierungskonferenz zur Aushandlung der EEA. Er gebrauchte das Bild des fahrenden Zuges. Ehe der letzte Wagen des Zuges vorbeigefahren sei, seien damals alle eingestiegen.

Es sei wichtig, daß auch in Madrid ein Zug losfahre – mit offenen Türen, so daß jeder, der einsteigen möchte, einsteigen könne.

Der gemeinsame Binnenmarkt werde unvollständig sein, wenn man nicht das Ziel einer gemeinsamen Währung und einer Europäischen Zentralbank konkret ins Auge fasse.

Vor dem ER Madrid sei eine Abstimmung zwischen Bonn und Paris für die einzuschlagende Strategie notwendig. Voraussetzung dafür sei, daß in beiden Regierungen bald eine Bewertung des Delors-Berichts erfolge.

⁷ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁸ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

⁹ Auf seiner Tagung am 27./28. Juni 1988 setzte der Europäische Rat einen Ausschuß unter Vorsitz von EG-Kommissionspräsident Delors ein, der Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion unterbreiten sollte. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 191.

¹⁰ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

Wichtig seien auch die Beratungen der Finanzminister auf ihrem informellen Treffen vom 19. bis 21. Mai in Verona.¹³

Die Minister stimmten überein, daß sich D und F auf Ebene der Außen- und Finanzminister abstimmen sollten.

AM Dumas schlug vor, daß D und F in Madrid gemeinsame Vorschläge vorlegen sollten, damit nicht – wie auf dem ER Mailand – beide Seiten unterschiedliche Papiere einbrächten.

BM Genscher war grundsätzlich einverstanden, meinte aber, daß vorher die spanische Präsidentschaft¹⁴ gehört werden müsse.

Bei dem „Wirtschaftsfrühstück“ unterstrich BM Stoltenberg, daß die Bundesregierung den Delors-Bericht „hoch einschätze“. Die nächsten Schritte müßten sein:

- Klärung der notwendigen kurzfristigen konkreten Vorarbeiten,
- Klärung der Voraussetzungen für Verhandlungen der Regierungen über einen neuen Vertrag,
- Klärung der Frage des möglichen Zeitpunkts für die Inkraftsetzung eines solchen Vertrages.

Die jeweiligen nationalen Regierungen sollten sehr schnell über diese Fragen beraten. Das Ziel müsse sein, schnell voranzukommen.

PM Rocard stimmte dem ausdrücklich zu.

b) Steuerharmonisierung

Die Franzosen unterstrichen eindringlich die Bedeutung, die sie der Harmonisierung der Kapitalertragssteuern beimessen.

Sowohl AM Dumas als auch PM Rocard wiesen darauf hin, daß für F die Geschäftsgrundlage für die Kapitalverkehrsliberalisierung entfalle, wenn es – z.B. durch entsprechende Beschlüsse der Bundesregierung – zu keiner europäischen Lösung komme.

BM Genscher und StM'in Adam-Schwaetzer legten bei den Außenministerkonsultationen wie auch in der Plenarsitzung dar, daß die derzeitige Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland um die Quellensteuer ausschließlich die Zeit bis zur Einführung einer europäischen Regelung betreffe. Die Bundesregierung stehe zu ihrer politischen Verpflichtung, die sie im Rahmen der Verabschiedung der Kapitalverkehrs-Richtlinie im Juni 1988¹⁵ eingegangen sei.

Auch nach Meinung des neuen Bundesfinanzministers¹⁶ müsse eine europäische Regelung kommen.

c) Soziale Dimension der Gemeinschaft

StM'in Cresson wies darauf hin, daß die Schaffung einer sozialen Dimension der Gemeinschaft eine Priorität für Frankreich darstelle. Z.B. müßten die Rechte

¹³ Das informelle Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten fand in S'Agaró statt. Vgl. dazu Dok. 94, Anm. 7.

¹⁴ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

¹⁵ Für den Wortlaut der Richtlinie des Rates vom 24. Juni 1988 zur Durchführung von Artikel 67 des Vertrages (88/361/EWG) einschließlich der Anhänge vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 178 vom 8. Juli 1988, S. 5–18.

¹⁶ Theo Waigel.

der Arbeiter festgeschrieben, die europäischen Arbeitsmärkte ständig beobachtet und auch im Bereich der Fortbildung Maßnahmen beschlossen werden.

Sowohl BM Genscher als auch StM'in Adam-Schwaetzer legten dar, daß aus unserer Sicht vor allem auch Regelungen im Bereich der Mitbestimmung wichtig seien. Die Gewerkschaften der einzelnen Mitgliedstaaten sollten zu diesem Thema Konsultationen aufnehmen, da sie in erster Linie betroffen seien.

Wichtig sei, daß im Sozialbereich Mindestnormen konkret und verbindlich festgelegt und formuliert würden (StM'in Adam-Schwaetzer: „Katalog sozialer Grundrechte“). Es dürften nicht nur unverbindliche politische Erklärungen abgegeben werden.

In der Plenarsitzung äußerte sich BM Blüm in ähnlicher Weise.

d) Im Gespräch StM'in Adam-Schwaetzer/StM'in Cresson wurden folgende weiteren Themen kurz angesprochen:

– Außenbeziehungen des Binnenmarkts

Es bestand Einigkeit, daß keine „Festung Europa“ entstehen dürfe. Wettbewerb von und nach draußen müsse weiter möglich sein.

Zum Stichwort Reziprozität:

Das Prinzip der Inländerbehandlung müsse durchgesetzt werden.

Einigkeit bestand weiterhin darüber, daß nicht zugelassen werden dürfe, daß andere den Vorwurf „Festung Europa“ dazu benutzten, um die Gemeinschaft z. B. bei Verhandlungen über Handelsfragen unter Druck zu setzen.

– Straßburg/Markenrecht

StM'in Adam-Schwaetzer unterstrich, daß ein EG-einheitliches Markenrecht Voraussetzung für einen funktionierenden Binnenmarkt darstelle. Sie warb nochmals für unseren Standpunkt in der Sitz-/Sprachenfrage.¹⁷

StM'in Cresson machte deutlich, daß Straßburg seine Verkehrs- und Telekommunikations-Infrastruktur erheblich verbessert habe und insofern auch für den Sitz des Markenamts in Frage komme.

Im übrigen unterstrich sie (wie auch AM Dumas in den AM-Konsultationen) eindringlich die Bedeutung, die F der Frage des Sitzes des EP in Straßburg¹⁸ beimißt.

¹⁷ Zur Frage des Sitzes und der Arbeitssprachen des geplanten Europäischen Markenamts betonte Bundesminister Engelhard in einem Schreiben vom 18. März 1989 an den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Bangemann, daß die Bundesregierung an einer Bewerbung von München festhalte und sich dafür ausspreche, Deutsch, Englisch und Französisch zu Arbeitssprachen zu machen: „Unser Eintreten für die Dreisprachenlösung ist [...] vorrangig mit der Praktikabilität dieser Lösung, die sich im Europäischen Patentamt besonders bewährt hat, begründet.“ Vgl. Referat 410, Bd. 160956.

¹⁸ In einer Aufzeichnung des Referats 410-9 vom 18. April 1989 wurde dargelegt, die gegenwärtige Diskussion und die französischen Besorgnisse über die Zukunft Straßburgs als Arbeitsort des Europäischen Parlaments stünden im Zusammenhang mit drei Ereignissen: „1) Die Entschließung des EP vom 24.10.1985 (angenommen im Dringlichkeitsverfahren mit 116 gegen 114 Stimmen bei 12 Enthaltungen), wonach in Brüssel ‚der Bau eines Gebäudes zu veranlassen ist, das einen Saal mit Sitzplätzen für mindestens 600 Personen, eine Besuchertribüne und zusätzliche Einrichtungen umfaßt‘. 2) Die Abweisung der Klage der Französischen Republik gegen die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24.10.1985 durch Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 22.9.1988. [...] 3) Die Vorbereitungsarbeiten an dem Bericht von MdEP Prag ‚über den Sitz der Organe und den Hauptarbeitsort des Europäischen Parlaments‘ und die Entschließung des EP zu diesem Bericht

Sowohl StM'in Adam-Schwaetzer als auch BM Genscher (in den AM-Konsultationen) wie auch BK Kohl (in der Pressekonferenz) erklärten, daß die Bundesregierung F in der Frage des Sitzes des EP in Straßburg voll unterstütze.

– Schengener Abkommen¹⁹

Auf Frage von StM'in Adam-Schwaetzer nach einem möglichen Abschluß der Verhandlungen zum Schengener Abkommen erwiderte StM'in Cresson, daß F in dieser Frage sehr engagiert sei. Präsident Mitterrand habe persönlich Weisung gegeben, wenn irgend möglich die noch offenen Fragen fristgerecht zu lösen.

Die anstehenden Probleme seien aber noch zahlreich und auch schwierig. Z. B. werde die Frage des „hot pursuit“ über Staatsgrenzen hinweg zwar häufig pragmatisch gelöst. Notwendig sei aber eine grundsätzliche Vereinbarung.

Ähnliche Probleme gebe es bei der Frage der Kontrolle von Gebietsansässigen aus Drittländern oder auch der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität generell.

Um die Dinge voranzubringen, beabsichtige F zu dem unter seinem Vorsitz stattfindenden Schengener Treffen am 30. Juni d.J.²⁰ die Innen- und Justizminister einzuladen und sie aufzufordern, eine Lösung für die noch offenen Fragen zu finden.

Schönfelder

Referat 416, Bd. 142020

Fortsetzung Fußnote von Seite 487

vom 18.1.1989.“ Die Bundesregierung habe sich „zu der Bedeutung bekannt, die Straßburg für uns sowohl als ‚Symbol der deutsch-französischen Aussöhnung‘ als auch ‚für den laufenden Prozeß des europäischen Aufbaus‘ besitzt.“ Vgl. Referat 410, Bd. 153718.

¹⁹ Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

²⁰ Zur Tagung des Leitungsgremiums der Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen in Paris vgl. Dok. 204.

110

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Worbs**310-322.00 SYR****21. April 1989¹**Betr.: Lage im Libanon²;hier: Gespräche D3³ mit dem syrischen und dem libanesischen Botschafter
am 20.4.1989

1) Der syrische Botschafter Haddad suchte Herrn D3 auf eigenen Wunsch auf, um ihm die syrische Libanon-Politik zu erläutern. Seine Regierung achte die Position der Bundesregierung, da sie – ungleich der französischen – neutral sei. Auch wenn er selbst während der Zeremonie anlässlich der Grundsteinlegung der neuen syrischen Kanzlei am 17.4. nicht über Libanon gesprochen habe, so habe er doch Verständnis für die Äußerungen von StS Sudhoff, der über die Feierlichkeit nicht die gegenwärtigen schrecklichen Verhältnisse im Libanon habe vergessen wollen.⁴ Er habe Damaskus darüber unterrichtet. Seine Regierung wolle keine Anklage wegen der syrischen Präsenz im Libanon. Die syrische Armee sei unter zwei Bedingungen jederzeit zum Rückzug aus dem Libanon bereit:

Erstens: Es müsse Frieden herrschen.

Zweitens müßten die Libanesen den Wunsch nach dem Rückzug äußern.

Für die jetzige Politik der christlichen Führung sei der Irak verantwortlich. Die Mehrheit der Christen sei gegen General Aoun und Samir Geagea, wie das Kommuniké von Bkerke⁵ gezeigt habe. General Aoun müsse, um Waffenstillstand zu erreichen, Kontakt mit den Libanesen (Hoss etc.) aufnehmen. Statt dessen versuche er, die Residenz von Präsident Hoss zu bombardieren. An den Bombardierungen habe die syrische Armee nicht teilgenommen.

¹ Legationsrat I. Klasse Worbs leitete die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Schlagintweit „m[it] d[er] B[itte] um Billigung“ sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Hoessle. Hat Schlagintweit und Hoessle am 21. April 1989 vorgelegen.

² Referat 310 notierte am 18. April 1989: „Seit dem 15.3.89 kommt es im Libanon zu heftigen Artillerieduellen zwischen dem christlichen Teil der Armee und der drusischen Miliz, die von der syrischen Armee unterstützt wird. Gegenwärtiger Hauptstreitpunkt ist die Kontrolle über die Häfen.“ Der christliche Landesteil sei mittlerweile „von muslimischen Kräften vollständig abgeriegelt. Seit Ostern sind Ost-Beirut und der Rest des christlichen Kantons außerdem fast ständig heftigem Artilleriefeuer muslimischer Kräfte, insbesondere Syriens, ausgesetzt. Syrien fühlt sich herausgefordert durch aggressive Erklärungen von General Aoun, den Libanon von Syrien ‚befreien‘ zu wollen, und den christlichen Beschuß syrischer Stellungen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

³ Reinhard Schlagintweit.

⁴ Für die Manuskripte der Ansprachen des Staatssekretärs Sudhoff und des syrischen Botschafters Haddad vom 17. April 1989 vgl. Referat 310, Bd. 149701.

⁵ In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 10. Mai 1989 wurde dargelegt: „Angesichts der – gerade für den christlichen Landesteil – verheerenden Folgen des militärisch sinnlosen ‚Befreiungskrieges‘ gegen Syrien sowie des Ausbleibens internationaler Unterstützung (mit Ausnahme Frankreichs und Iraks) für die Position General Aouns begann sich auch im christlichen Lager Kritik an der Konfrontationsstrategie General Aouns zu regen: Am 18.4. veröffentlichten 23 beim maronitischen Patriarchen versammelte christliche Abgeordnete eine Erklärung, in der sie zum Ende der Kampfhandlungen und zur Eröffnung eines politischen Dialogs aufforderten. Diese sog. Erklärung von Bkerke wurde auf moslemischer Seite begrüßt, von General Aoun jedoch zunächst kritisiert.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

D3 erläuterte die Position der Bundesregierung gegenüber der gegenwärtigen Lage im Libanon:

Wegen der Komplexität der Lage hätte sich die Bundesregierung in ihren öffentlichen Äußerungen bewußt zurückgehalten. Wir hätten uns auf Mitwirkung an den Erklärungen⁶ und Appellen der Zwölf konzentriert. Gleichwohl nähmen wir am Schicksal des Libanon großen Anteil. Von daher seien unsere Appelle – wie die des Staatssekretärs – zu verstehen. Diese richteten sich an alle kämpfenden Parteien. Wir seien im Libanon-Konflikt neutral. Nach unseren Informationen sei die gegenwärtige Kampfrunde weder vom moslemischen Teil der Libanesischen Armee noch von der syrischen Armee begonnen worden. Die syrische Armee habe dann aber überreagiert. Alle Beteiligten trügen große Verantwortung für die jetzige Lage. Nach unserer Auffassung könne einzig die Arabische Liga im Libanon-Konflikt vermitteln. In diesem Sinne werde die spanische Präsidentschaft⁷ eine Botschaft an Generalsekretär Klibi⁸ richten.⁹ Ziel unserer Libanon-Politik sei die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität des Libanon. Dazu bedürfe es der Durchführung von Präsidentschaftswahlen und von Reformen. In unseren bisherigen Appellen hätten wir uns stets gegen die „Präsenz fremder Truppen im Libanon, die ohne Einverständnis der libanesischen Regierung dort seien“, gewandt. Dies sei auch heute noch die deutsche Position. Seiner persönlichen Überzeugung zufolge habe die syrische Armee im Libanon so lange eine Rolle zu spielen, wie es nicht zu Wahlen und zur Einleitung von Reformen gekommen sei. Syrien müsse bei der Lösung des libanesischen Konflikts beteiligt werden. Wir hofften, daß Syrien hierbei hilfreich sein werde. Das Kommuniqué von Bkerke gehe in die richtige Richtung. Auch der Vorschlag des Sechser-Komitees der Arabischen Liga¹⁰ sei konstruktiv. Ohne uns einmischen zu wollen, unterstützten wir die moderaten Kräfte.

Botschafter Haddad gab seiner Besorgnis darüber Ausdruck, daß Frankreich auf die Bundesregierung Druck ausübe, um die französische Libanon-Politik zu unterstützen. Dabei verwies er auf das Treffen Bundeskanzler Kohls mit Präsident Mitterrand.¹¹ Die Franzosen seien für die gegenwärtige Lage verantwortlich.

⁶ Korrigiert aus: „der Erklärungen“.

⁷ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

⁸ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „und AM Sabah“.

⁹ Die spanische EG-Ratspräsidentschaft übermittelte am 25. April 1989 den Text einer Botschaft, die die dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, übergeben werden sollte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 364 aus Madrid (Coreu); Referat 310, Bd. 149781.

Referat 310 notierte am 10. Mai 1989: „Die Zwölf haben am 26.4. in einer Botschaft an den AL-GS Klibi und den kuwaitischen AM Scheich Sabah die Bemühungen der AL ausdrücklich unterstützt und ihre Hilfe zur Beilegung der Krise angeboten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

¹⁰ In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 18. April 1989 wurde erläutert: „Der Sechser-Ausschuß der Arabischen Liga hat nach seiner Anhörung ehemaliger libanesischer Politiker am 14.4.1989 einen Zwischenbericht vorgelegt. Danach konnten bisher keine konkreten Ergebnisse erzielt werden. [...] Eine weitere Beratung fand am 17.4.1989 in Kuwait mit den christlichen Vertretern statt (Front Libanais). Im Anschluß daran rief der kuwaitische AM, der der Libanon-Kommission vorsitzt, erstmals zum Rückzug aller fremden Truppen im Libanon, also auch der syrischen, auf. Der Front Libanais zeigte sich zum Gespräch mit der moslemischen Gegenregierung Dr. el-Hoss' bereit. Dies wird jedoch von General Aoun abgelehnt. Er sieht Dr. el-Hoss wie auch Dschumblatt und Berri, die Führer der moslemischen Seite, als Marionetten Syriens.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

¹¹ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 19./20. April 1989 in Paris vgl. Dok. 106.

D3 verwies auf die innenpolitisch motivierte Darstellung der französischen Libanon-Politik. Daher sei diese mißverstanden worden. Vielmehr versuchten die Franzosen, ¹²ihren Einfluß auf Aoun für einen konstruktiven Weg zu nutzen. An die Syrer appellierten sie, weil die syrische Armee ihre Artillerie eingesetzt habe. Wenn Bundeskanzler Kohl gesagt habe, wir unterstützten die französische Position im Libanon, so habe er diese ausgewogene Haltung Frankreichs vor Augen gehabt. Darüber hinaus hätten wir auch ¹³Vertrauen in die spanische Präsidentschaft.

Botschafter Haddad betonte abschließend, daß die syrische Regierung jederzeit zum Rückzug aus Libanon bereit sei. Zunächst müsse es aber zu einem Waffenstillstand kommen, und dieser setze die Aufhebung der Hafenblockade voraus. Er erklärte sich jederzeit zu weiteren Erläuterungen über die syrische Position zum Libanon bereit.

2) Im Anschluß daran bestellte D3 den libanesischen Botschafter Chammas ein, um ihm die deutsche Position zur gegenwärtigen Lage im Libanon zu erklären. Der Botschafter dankte für die Offenheit der Erklärung wie auch dafür, weiterhin als Botschafter des Libanon akzeptiert zu werden. In dieser Eigenschaft wolle er ein paar Bemerkungen machen. General Aoun habe als verfassungsgemäß eingesetzter Ministerpräsident versucht, seine – legale – Autorität gegenüber den Milizen durchzusetzen, zunächst in Ost-Beirut – mit Unterstützung der westlichen (moslemischen) Armeeteile und von Dr. el-Hoss –, dann in West-Beirut. Aus „irgendeinem Grund“ habe Dr. el-Hoss ihn hierbei nicht mehr unterstützt. Dann habe der Beschuß des im christlichen Teil befindlichen Hafens begonnen. Die Syrer seien seitdem direkt involviert, sie seien Partei im Bürgerkrieg geworden. Erst als die syrische Armee das Verteidigungsministerium und später den Präsidentenpalast zu bombardieren begann, hätte General Aoun zum Befreiungskrieg gegen Syrien aufgerufen. Jetzt gäbe es einen Konflikt zwischen der libanesischen und der syrischen Armee, der die Rolle Syriens im Libanon geändert habe. Ein Ausweg könne die Wiederherstellung eines einheitlichen „Großen Beirut“ sein. Syrien aber mißachte die libanesischen Souveränität.

D3 wandte ein, daß General Aoun vom Befreiungskrieg bereits im Dezember 1988 gegenüber unserem Botschafter in Beirut ¹⁴gesprochen habe. Im übrigen seien die Syrer von den Christen in den Libanon gerufen worden. Wir setzten uns – auch gegenüber Syrien – für die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon ein. Unserer Auffassung zufolge führe eine militärische Lösung – nicht nur im Libanon – nicht weiter. Sie verleite nur äußere Mächte zur Einflußnahme. Politisch unterstützten wir die Arabische Liga und seien darüber hinaus zu humanitärer Hilfe bereit. Das IKRK habe uns jetzt um 1 Mio. DM Sondermittel gebeten. Um deren Bewilligung hätten wir gerade das BMF ersucht. Der Botschafter befürwortete ebenfalls die diplomatische Lösung. Er sei zufrieden darüber, daß wir mit allen sprächen. Wenn er seine Position darlege, dann, damit wir unsere guten Kontakte mit Syrien für den Libanon nutzten.

Worbs

Referat 310, Bd. 149781

¹² An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „auch“.

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit gestrichen.

¹⁴ Wolfgang Göttelmann.

111

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington**VS-NfD****24. April 1989¹**

Von BM noch nicht genehmigt!

Bitte Genehmigung des Herrn Bundesministers einholen

Besuch Bundesminister Genschers und Bundesminister Stoltenbergs in Washington am 24. April 1989;

hier: Delegationsgespräch im State Department

Gesprächsteilnehmer: Secretary of State Baker, Secretary of Defense Cheney, National Security Advisor Scowcroft, Assistant Secretary Ridgway, Assistant Secretary Lehman, Botschafter Blackwill, Under Secretary Kimmitt; BM Genscher, BM Stoltenberg, Botschafter Ruhfus, MD Kastrup, Botschafter Holik, VLR I Elbe, Generalmajor Naumann, Oberst Schuwirth.

Gesprächsdauer: 11.45 – 13.00 Uhr

Baker hieß die Gäste willkommen, äußerte aber Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der deutsch-amerikanischen Kontakte zur Frage Gesamtkonzept/Modernisierung. Bei seinen Gesprächen mit BM in Wien² und Bonn³ wie auch bei Telefongesprächen zwischen Präsident Bush und Bundeskanzler Kohl⁴ seien Konsultationen im kleinen Kreise ins Auge gefaßt worden, doch nie zustande gekommen. Nunmehr habe die Bundesregierung ihre Position öffentlich gemacht, die Sache habe hohes Profil erhalten. US-Seite habe uns ihrerseits Formulierungen für das Gesamtkonzept vorgeschlagen, die unseren Anliegen weit entgegengekommen seien. Nun stehe man vor einem schwierigen Prozeß. Washington wolle eine volle Erörterung zu zweit, aber letztlich handele es sich um Formulierungen, die alle Bündnispartner angingen. Die Sache müsse vor dem Gipfel⁵ ausgetragen sein. Falls wir zu zweit keine Lösung fänden, müßten wir sie mit den anderen Partnern aufnehmen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 25. April 1989 gefertigt.

² Bundesminister Genscher traf am 6. März 1989 mit dem amerikanischen Außenminister Baker zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup vom 7. März 1989; Referat 214, Bd. 139873.

³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 12. Februar 1989 vgl. Dok. 40.

⁴ Bundeskanzler Kohl führte am 12. April 1989 ein Telefongespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush. Vgl. dazu das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Staatssekretär Sudhoff notierte am 19. April 1989, Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, habe erklärt, „einen eigentlichen Gesprächsvermerk gebe es nicht. Er habe von Herrn Teltschik gehört, der Bundeskanzler habe die Absage der Teltschik-Reise nach Washington mit der laufenden Regierungsumbildung erklärt. Präsident Bush habe sehr auf die Erarbeitung eines deutsch-amerikanischen Standpunktes zur Modernisierungsfrage vor dem NATO-Gipfel gedrängt, um Spekulationen keinen Raum zu geben. Der Bundeskanzler habe erklärt, auch er sei daran interessiert. Sowie die Regierungsumbildung abgeschlossen sei, solle der Kontakt mit der amerikanischen Regierung erneut aufgenommen werden. Letzteres ist, soweit Herr Hartmann weiß, bisher nicht geschehen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151173.

Am 21. April 1989 führten Kohl und Bush ein weiteres Telefongespräch. Vgl. dazu das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

BM Genscher erinnerte daran, daß er am vergangenen Freitag⁶ telefonisch mit Baker⁷ sich über die Nützlichkeit der Fortsetzung des Gesprächs einig gewesen sei, weil es um eine wichtige Sache für das Bündnis insgesamt gehe, bei der D und US ein besonders wichtiges Wort mitzureden hätten. Der bevorstehende Gipfel sollte eine Konferenz sein, bei der das Bündnis die Richtigkeit seiner bisherigen Politik bestätige und gleichzeitig in großer Geschlossenheit Vorstellungen für seine künftige Politik darlege. Daraus ergebe sich, daß offene Fragen vorher bereinigt werden müßten. Unser Besuch solle hierzu einen Beitrag leisten.

Er wolle in erster Linie die Position der Bundesregierung erläutern: Wo stünden wir, was seien unsere Positionen? Die Bundesrepublik Deutschland leiste den größten Beitrag zur konventionellen Verteidigung, nicht nur, was die bereitgestellten Streitkräfte betreffe, sondern auch im Hinblick auf die Belastung unserer Bevölkerung. Natürlich würden in einem solchen Lande Fragen der Sicherheitspolitik besonders intensiv erörtert. Das Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle sei eine deutsche Idee gewesen, und zwar eine gute Idee. Das Bündnis habe die Abrüstungsdebatte und die Abrüstungsverhandlungen nachhaltig beeinflusst und werde das auch in Zukunft tun. Dies müsse nach außen deutlich gemacht werden.

Die kontinentaleuropäischen Partner hätten eine ähnliche Einstellung zum Gesamtkonzept, einschließlich der Perspektive für Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenraketen. Dies sei verständlich, weil das Bündnis schon in Reykjavik⁸ eine grundsätzliche Position bezogen habe, die vom letzten Gipfeltreffen⁹ bestätigt worden sei. Dieser grundsätzlichen Verständigung gelte es, beim bevorstehenden Gipfel etwas hinzuzufügen, sie zu vervollständigen.

Auf dem Gebiet der nuklearen Kurzstreckenraketen bestehe die stärkste östliche Überlegenheit, die die Deutschen bedrücke. Gleiche Obergrenzen würden die Lage wesentlich verbessern.

Cheney machte geltend, daß die NATO landgestützte SNF-Systeme brauche, solange der WP konventionell überlegen sei.

⁶ 21. April 1989.

⁷ In einem Telefongespräch mit Bundesminister Genscher am 18. April 1989 führte der amerikanische Außenminister Baker zur SNF-Frage aus: „Er und der BM hätten eine besondere Aufgabe, die unterschiedlichen Standpunkte zu überbrücken und eine Lösung zu finden. Man sei sich in Amerika sehr wohl der deutschen Schwierigkeiten bewußt und möchte alles unterlassen, was die Koalition Belastungen aussetze. Es sei aber auch richtig, daß man in Amerika erkenne, daß sich die Bundesrepublik Deutschland auch der amerikanischen Probleme in der Modernisierungsfrage bewußt sei. Er, Baker, habe daher Formulierungen ausgearbeitet, die beiden Interessen gerecht werden wollten. Diese Formulierungen verbänden Aussagen zur Restrukturierung der nuklearen Streitkräfte mit Aussagen über eine abrüstungspolitische Perspektive im SNF-Bereich. [...] Baker wiederholte noch einmal, daß der Gipfel sich nicht ausschließlich auf die Modernisierungsfrage konzentrieren dürfe. Dies sei für beide Seiten schlecht. BM wies darauf hin, daß die überwiegend in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Lance-Raketen noch mindestens bis 1995 einsatzfähig seien. Man könnte einen Zeitpunkt für die Entscheidung, ob ein Nachfolgesystem notwendig sei, in zeitlicher Parallelität zu dem Verfahren beim NATO-Doppelbeschluß bestimmen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

⁸ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁹ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

BM *Genscher* meinte, die östliche Überlegenheit von rund 1400 zu 88 bei den Werfersystemen sei ein Faktum. Es liege deshalb im westlichen Interesse, diese Überlegenheit zu beseitigen. Der Vorschlag gleicher Obergrenzen würde bedeuten, entweder die SU zu zwingen, ihre Überlegenheit abzubauen oder sich zu enthüllen. Die Bemerkung *Cheneys* sei interessant. Mit der Möglichkeit, westliche SNF-Systeme in einer weiteren Perspektive abzubauen, befasste sich Ziffer 5 des deutschen Papiers.¹⁰ Als ersten Schritt wollten wir ausschließlich den Abbau der Überlegenheit, keine wesentliche Verminderung der westlichen Systeme. Wir sprächen von einem ersten Etappenziel, das unabhängig von den VKSE angegangen werden sollte; parallele Verhandlungen im strikten Wortsinne seien ohnehin nicht mehr möglich, nachdem in Wien¹¹ bereits eine Runde stattgefunden habe. Für die nächste Etappe wäre zu fragen, wie weit die Bemühungen um konventionelle Stabilisierung gekommen wären. Dabei gingen wir weiter als *Cheney*, der lediglich die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion als Meßlatte erwähnt habe, während die Bundesregierung in Ziffer 5 ihres Positionspapiers ehrgeizigere Vorgaben gemacht habe.

Cheney bezeichnete die neue Haltung der Bundesregierung als signifikanten Rückzieher gegenüber der NPG-Ministertagung¹². Während beim INF-Doppelbeschluß¹³ Modernisierungsentscheidung und Rüstungskontrollangebot gleich-

¹⁰ Staatssekretär Sudhoff übermittelte den Botschaften in London, Paris, Rom und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 21. April 1989 ein Positionspapier der Bundesregierung zum Thema SNF-Modernisierung. Darin hieß es: „1) Die Bundesregierung bekennt sich zu der Feststellung des Bündnisses, daß es – soweit voraussehbar – keine Alternative für das Konzept der Kriegsverhinderung durch Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte gibt. 2) Die Entwicklung eines Nachfolgesystems für die Kurzstreckenrakete Lance ist eine nationale amerikanische Entscheidung. 3) Das Bündnis erteilt im Rahmen des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung einen Auftrag für die baldige Aufnahme von Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen mit dem vom Bündnis 1987 in Reykjavik und 1988 in Brüssel formulierten Ziel gleicher Obergrenzen auf einem niedrigeren Niveau. 4) Auch für die nukleare Artilleriemunition wird ein Verhandlungsauftrag mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf einem drastisch verringerten Niveau in das Gesamtkonzept aufgenommen. 5) Im Jahre 1992 wird im Lichte der politischen und sicherheitspolitischen Entwicklung, insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse aller Abrüstungsverhandlungen vom Bündnis entschieden, ob für 1996 die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems in das Bündnis und demzufolge Produktion und Stationierung erforderlich ist oder nicht. Dafür ist wichtig, ob es gelingt, höhere Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte insgesamt zu schaffen; verbindliche Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt über die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifend angelegten Offensiven zu schließen; ein gewachsenes Maß an gegenseitigem Vertrauen aufgrund von erhöhter Transparenz und Berechenbarkeit des militärischen Verhaltens durch entsprechende Vereinbarungen zu schaffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3354; Referat 201, Bd. 151198.

Mit Drahterlaß Nr. 3382 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 23. April 1989 wurde der Anfang des zweiten Satzes von Ziffer 5 des Papiers wie folgt korrigiert: „Dafür ist ausschlaggebend und entscheidend, ob es gelingt“. Vgl. Referat 201, Bd. 151198.

¹¹ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

¹² Am 27./28. Oktober 1988 fand in Den Haag die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 98 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 65 f. Eine weitere Ministersitzung der NPG fand am 19./20. April 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 110 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 326 f.

¹³ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

zeitig entschieden worden seien, wolle Bonn nunmehr die Modernisierung hinauschieben, mit Verhandlungen jedoch sofort beginnen.

BM *Stoltenberg* schloß sich den grundsätzlichen Ausführungen BM *Genscher* an. Die wichtigste Aufgabe des Gipfels sah er darin, in einer sich verändernden politischen Situation die Ziele des Bündnisses vor unseren Völkern zu bekräftigen. Was an neuen Elementen geboten werde, müsse sachgerecht im Sinne der Strategie sein, aber zugleich die Menschen ansprechen. Es gehe um zwei Texte, zu denen es unterschiedliche Positionen gebe: das schwierig ausgearbeitete Positionspapier der Regierungskoalition und der amerikanische Textvorschlag für Formulierungen im Gesamtkonzept. Wenn er richtig verstehe, seien zwei zentrale Punkte offen:

- Wir seien für die baldige Aufnahme von Verhandlungen, wogegen die US Bedenken hätten. Es wäre wichtig, näheres über die amerikanischen Vorbedingungen zu hören.
- Die US gingen davon aus, daß im Prinzip schon jetzt über FOTL¹⁴ entschieden werden sollte, während wir der Meinung seien, daß schon in Vorkontakten Einigkeit erzielt worden sei, daß eine solche Entscheidung nicht vor 1991/92 erforderlich sei. Im Positionspapier der Bundesregierung werde festgestellt, daß die Entscheidung offenbleibe, doch seien die Voraussetzungen für den Fortfall landgestützter Raketensysteme so formuliert worden, daß drastische Änderungen der Situation erforderlich wären. Wir hätten hier also Positionen, die nicht identisch seien, aber vielleicht Annäherungen.

BM *Genscher* sagte, er wolle den Eindruck zurechtrücken, daß die Bundesregierung in dieser Frage Probleme habe. Unter Hinweis auf kürzliche Äußerungen MdB *Dreggers* unterstrich er die Einigung der Koalitionsparteien.¹⁵

Baker wies auf die Gefahr hin, daß ein voreiliges Eingehen auf Verhandlungen ein Schritt in Richtung auf Denuklearisierung wäre, der die Strategie der flexiblen Erwiderung¹⁶ und der Vorwärtsverteidigung untergraben könnte. Diese Grundsätze seien von zentraler Bedeutung gewesen, um den politischen Druck in den USA auf Verminderung der amerikanischen Präsenz in Europa abzuwehren. Die USA könnten ein Mandat oder die Vorbereitung auf Verhandlungen nicht unterstützen, und diese Position werde sich auch nicht ändern. Sie seien jedoch bereit, uns in den beiden Richtungen ihres Papiers entgegenzukommen.

BM *Genscher* stellte eine Verständnisfrage. Auch wir wollten an Vorwärtsverteidigung und an der flexiblen Erwiderung festhalten, wie in Ziffer 1 des deutschen Papiers gesagt werde. Wie könne man beides gefährden, wenn man eine sowjetische Überlegenheit abbauen wolle? Wo liege hier ein Nachteil für den Westen?

¹⁴ Follow-on to Lance.

¹⁵ In der Presse wurde berichtet: „Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Stoltenberg sind nach Washington abgeflogen, um mit der US-Regierung über das NATO-Gesamtkonzept zu sprechen. Unionsfraktionschef Dregger erklärte der WELT: „Grundlage ist der deutsche Vorschlag, der von CDU, CSU und FDP am 21. April erarbeitet worden ist. Er wird von allen Koalitionspartnern ohne Vorbehalt in gleicher Weise getragen. [...] Nach Rückkehr der Minister wird die Koalitionsführung erneut beraten. Selbstverständlich werden auch mit den anderen Allianzpartnern Gespräche über die jetzt anstehenden Fragen stattfinden.“ Vgl. den Artikel „Dregger: Deutscher Vorschlag ist Basis“, DIE WELT vom 24. April 1989, S. 1.

¹⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

Baker bezeichnete landgestützte Raketensysteme als kritisch für Abschreckung und Verteidigung, und die würden verschwinden.

BM *Genscher* stellte klar, daß das Ziel ein Gleichgewicht auf dem gegenwärtigen westlichen Niveau wäre, vielleicht etwas darunter. Die Frage, was nach der *Lance* komme, brauche heute nicht beantwortet zu werden.

Cheney sah das sicherheitspolitische Hauptproblem in der konventionellen Überlegenheit der SU. Wenn wir uns auf SNF-Rüstungskontrolle einließen, würde dies die SU aus dem Verhandlungsdruck bei VKSE entlassen. Wenn die westeuropäischen Freunde es unmöglich fänden, dem Druck auf SNF-Verhandlungen zu widerstehen, wie sollte man dann einer dritten Null-Lösung als Verhandlungsergebnis widerstehen?

BM *Genscher* stellte klar, daß wir uns nicht unter dem Druck der eigenen Öffentlichkeit fühlten, sondern unter dem sehr konkreten Druck einer drastischen östlichen Überlegenheit. Nachdem der Abbau der konventionellen Überlegenheit in Angriff genommen sei, müsse auch die Überlegenheit der SU auf diesem Gebiet abgebaut werden. Wenn die US Schwierigkeiten hätten mit Festlegung auf Termine, könne man von „baldigen Verhandlungen“ sprechen, wie wir das angeboten hätten. Aber die Beseitigung der östlichen Überlegenheit auf diesem Gebiet sei für uns eine Kernfrage der Sicherheit.

Scowcroft stellte fest, auch für US gehe es um fundamentale Fragen. Es gebe ein absolutes Erfordernis für landgestützte SNF-Raketen, einmal aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Abschreckung, zum anderen im Hinblick auf die konventionelle Überlegenheit des WP. Die Höhe der Bestände auf unserer Seite hänge nicht von der Höhe der Bestände auf der Gegenseite ab.

BM *Genscher* fragte, ob *Scowcroft* mit dem gegenwärtigen westlichen Niveau leben könne.

Scowcroft sah nicht recht, wie man mit dem Ziel rein einseitiger Reduzierungen verhandeln könne. Das wäre nicht seriös.

BM *Genscher* meinte, die SU würde es schwer haben, die Verhandlungsverweigerung zu erklären.

BM *Stoltenberg* machte darauf aufmerksam, daß sowohl der im amerikanischen Papier vorgesehene Appell an die Sowjetunion, ihre Überlegenheit abzubauen, wie auch unser Verhandlungsansatz das gleiche Ziel verfolgten. Eine gemeinsame Formulierung müsse erreichbar sein.

BM *Genscher* sah Probleme mit einem rein unilateralen Ansatz. Man müsse das Ergebnis mit einem Vertrag verbindlich machen, gerade weil wir nicht wüßten, wie lange die gegenwärtige Schönwetterperiode dauere.

Die nächste Frage sei, was 1992 geschehen solle. *Cheney* habe auf die Notwendigkeit landgestützter nuklearer Raketensysteme verwiesen, solange die Sowjetunion konventionell überlegen sei. Das deutsche Papier gehe in den drei in Ziffer 5 umrissenen Szenarien eindeutig weiter. Hier würden „decisive and crucial factors“ für die Entscheidung festgelegt, ob ein Nachfolgesystem für die *Lance* erforderlich sei oder nicht.

Scowcroft sah das Problem mit einem Verhandlungsansatz hauptsächlich in der Gefahr eines sowjetischen Gegenvorschlags. Deshalb sei ein einseitiger Appell besser.

BM *Genscher* fragte, ob Scowcroft niedrigere Niveaus wolle, wie in Reykjavik als Ziel festgelegt. Manche hätten damals gesagt, man könne der SU einseitige Reduzierungen zum Abbau ihrer Überlegenheit nicht zumuten. Uns komme es jedoch nur darauf an, diese Überlegenheit zu eliminieren.

Baker argumentierte, die Erklärung von Reykjavik habe sowohl den Verhandlungsweg wie auch die zeitliche Festlegung offengelassen. Hier gebe es einen fundamentalen Dissens in der Auslegung. Ein einseitiger Appell könne nicht auf einen riskanten „slippery slope“ führen, auch er sehe die Gefahr, daß die öffentliche Aufmerksamkeit von VKSE zumindest abgelenkt werde, die gerade erst begonnen hätten und beträchtliches Potential für Fortschritte hätten.

BM *Genscher* ließ Bakers Argument aus der Formulierung der Erklärung von Reykjavik nicht gelten, da auch im Zusammenhang mit konventioneller Stabilität und chemischen Waffen nicht von Verhandlungen gesprochen worden sei.

Baker meinte, auch wenn man von diesem Argument absehe, bleibe die Festlegung von SNF-Reduzierungen nach Herstellung des konventionellen Gleichgewichts. US seien bereit, uns etwas zu geben, worauf wir unseren Hut hängen könnten. Sie seien jedoch nicht bereit zu verhandeln.

BM *Genscher* verwies darauf, daß in Reykjavik „tangible“ Reduzierungen auf beiden Seiten in den Zusammenhang mit der Herstellung konventioneller Stabilität gestellt worden seien. Man könne eine Wechselwirkung zwischen konventioneller Überlegenheit des WP und dem SNF-Bedarf auf eigener Seite herstellen. Auf amerikanischer Seite solle man jedoch bedenken, daß man den Abbau der sowjetischen Überlegenheit bei den Raketensystemen ohne Beeinträchtigung des eigenen Potentials erreichen müsse. Fast alle Kontinentaleuropäer wollten Verhandlungen über SNF-Flugkörper. Für die andere Frage, wie man das behandeln müsse, was 1996 praktisch wird, hätten wir den Entscheidungszeitpunkt nicht zufällig auf 1992 fixiert. Auch beim Doppelbeschluß seien zwischen der Entscheidung des Bündnisses und dem Beginn der Stationierung vier Jahre gelegen. Wir seien im übrigen die einzigen gewesen, die die mit dem Doppelbeschluß zusammenhängenden Verpflichtungen zeitgerecht erfüllt hätten.

Baker unterbrach an dieser Stelle die Sitzung und regte an, das Gespräch beim Mittagessen fortzusetzen.¹⁷

Referat 010, Bd. 178933

¹⁷ Für die Fortsetzung des Gesprächs vgl. Dok. 112.

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington**24. April 1989¹**

Von BM noch nicht genehmigt.

Gespräch BM Genscher und BM Stoltenberg mit AM Baker, Verteidigungsminister Cheney und Sicherheitsberater Scowcroft am 24.4.1989 in Washington; hier: Fortsetzung beim Mittagessen²

AM *Baker* hob hervor, daß die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung sich rasch entwickelt habe. Was die Modernisierungsfrage anbetreffe, könne ein Weg gefunden werden, um den Bedenken der Bundesregierung Rechnung zu tragen. Anders liege es bei der Frage von SNF-Verhandlungen. Man müsse vermeiden, daß der Gipfel³ durch dieses Thema beherrscht werde.

Auf Frage von Scowcroft nach der Entstehungsgeschichte des Problems der SNF-Verhandlungen führte BM *Genscher* aus, daß der Ausdruck „fire break“ eine öffentliche Diskussion ausgelöst habe. Der nunmehr bestehende Zeitdruck erkläre sich durch den bevorstehenden Gipfel, er sei aber auch durch die Regierungs-umbildung in Bonn⁴ entstanden. Der Bundeskanzler sei entschlossen, der Regierungsarbeit personell und in der Sache neue Impulse zu geben. In der für uns wichtigen Frage des Gesamtkonzepts könne er sich in der Regierungserklärung am 27.4. vor dem Deutschen Bundestag⁵ nicht verschweigen.

Das Gespräch wandte sich sodann wieder der Rolle landgestützter Nuklearwaffen in Europa zu. *Scowcroft* bemerkte, das sowjetische Interesse, Europa zu denuklearisieren, verschaffe dem Westen eine taktisch vorteilhafte Position („leverage“), falls er SNF behalte. AM *Baker* wiederholte seinen bereits zuvor mehrfach vorgetragenen Hinweis, für die USA seien landgestützte Nuklearwaffen in Europa absolut erforderlich.

BM *Genscher* wies auf die Bemerkung von Verteidigungsminister Cheney hin, daß Nuklearwaffen gebraucht würden, solange eine konventionelle Überlegenheit der östlichen Seite bestehe. Das Positionspapier der Bundesregierung⁶ gehe in dieser Frage noch weiter, wenn es davon spreche, höhere Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte insgesamt zu schaffen und verbindliche Vereinbarungen mit dem WP über die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifend angelegten Offensiven zu schließen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Kastrup am 25. April 1989 gefertigt.

² Für den ersten Teil des Gesprächs vgl. Dok. 111.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Zur Umbildung der Bundesregierung vgl. Dok. 100, Anm. 3.

⁵ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zum Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10302.

⁶ Zum Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989 zum Thema SNF vgl. Dok. 111, Anm. 10.

AM *Baker* erkundigte sich, worin der Unterschied zur Haltung der SPD liege. BM *Genscher* erklärte hierzu, die SPD plädiere für eine dritte Null-Lösung unter den gegenwärtigen Bedingungen.

AM *Baker* bemerkte, man sei in der Administration nicht sicher, daß die Bundesregierung einem möglichen Angebot einer dritten Null-Lösung widerstehen könne.

BM *Genscher* unterstrich noch einmal die eindeutige große Überlegenheit der Sowjets bei SNF, die es zu reduzieren gelte.

BM *Stoltenberg* wies zur Modernisierungsfrage auf die in Ziffer 5 des Koalitionspapiers genannten Bedingungen hin. Für ihn wäre es eine große Überraschung, wenn diese Kriterien bis 1992 erfüllt würden.

AM *Baker* erklärte, das Koalitionspapier stelle für Washington eine dramatische Änderung der deutschen Position dar. Er müsse zwar klarstellen, daß der Außenminister kontinuierlich die in dem Papier reflektierten Auffassungen vertreten habe, der Bundeskanzler habe jedoch früher eine andere Haltung vertreten. Noch in dem Gespräch, das er, Baker, bei seinem Besuch in Bonn mit dem Bundeskanzler geführt habe⁷, sei von diesem die Forderung nach Verhandlungen nicht erhoben worden. Er, Baker, möchte noch einmal klarstellen: Die US-Regierung sehe eine Möglichkeit, in der Modernisierungsfrage einen für uns tragbaren Weg zu finden. Dies gelte jedoch nicht für unseren Wunsch nach der baldigen Aufnahme von Verhandlungen.

BM *Genscher* erwiderte, er müsse den Bundeskanzler verteidigen; dieser habe seine Haltung nicht geändert. Er wies auf den entsprechenden Absatz in der Regierungserklärung vom 18.3.1987⁸ und die Pressekonferenz des Bundeskanzlers vom 26.8.1987⁹ hin.

AM *Baker* betonte, von amerikanischer Seite sei gegenüber dem Bundeskanzler mehrfach betont worden, daß die Aufnahme von SNF-Verhandlungen ein schwerer Fehler sei.

Frau *Ridgway* erkundigte sich, ob das Positionspapier in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers behandelt werde.

BM *Genscher* bejahte. Der Bundeskanzler werde ausführen, daß dies als deutsche Position in die Bündniskonsultationen eingeführt würde.

AM *Baker* erklärte, die Fragen „Modernisierung“ und „Aufnahme von SNF-Verhandlungen“ stünden in einem Zusammenhang („interrelated“): Die amerikanische Seite sei in der Lage, der Bundesregierung in der Frage der Modernisierung entgegenzukommen. Man hoffe umgekehrt, daß die deutsche Seite eine Möglichkeit finde, den amerikanischen Bedenken gegen die Aufnahme von Verhandlungen Rechnung zu tragen. „We hope that we can work out a solution“.

Referat 010, Bd. 178933

⁷ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Februar 1989 vgl. Dok. 41.

⁸ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zu nuklearen Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweite vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 70.

⁹ Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

113

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**430-460 EU****24. April 1989¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: EUREKA;

hier: Bilanz nach vier Jahren⁴Anlg.: 8⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Im Juli dieses Jahres besteht EUREKA vier Jahre. In dieser Zeit hat sich EUREKA in der europäischen Forschungs- und Technologieszene fest etabliert.

Über 1200 europäische Unternehmen und Forschungseinrichtungen haben mehr als 200 gemeinsame Vorhaben im EUREKA-Rahmen in Angriff genommen. Ihr finanzielles Gesamtvolumen liegt bei 10,4 Mrd. DM. Laufend werden neue Projekte eingereicht. So liegen der bevorstehenden siebten Ministerkonferenz (19.6. 89 in Wien) 50 neue Vorschläge zur Billigung vor. Eine Anzahl von Vorhaben ist inzwischen abgeschlossen; im EUREKA-Verbund entwickelte Produkte sind bereits auf dem Markt.

Unter den neun Schwerpunktbereichen der „Erklärung von Hannover“ liegt die Informations- und Kommunikationstechnik an der Spitze, gefolgt von Roboter-technik und Biotechnologie bzw. Umweltschutz.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Rohr und Legationsrat Siffrin konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 20. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat Berger am 22. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 430 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Jelonek am 24. Mai 1989 erneut vorgelegen.

Hat Pabsch am 24. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat Siffrin am 26. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Rohr „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Rohr am 6. Juni 1989 erneut vorgelegen.

⁴ In einem am 15. April 1985 vom französischen Botschafter Morizet übergebenen Schreiben an Bundesminister Genscher schlug der französische Außenminister Dumas vor, eine „Koordinierungsstelle für die europäische Forschung einzurichten (auf Englisch: European Research Coordination Agency, „EURECA“)“. Vgl. Referat 010, Bd. 178936. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 189.

Am 6. November 1985 verabschiedeten die EG-Mitgliedstaaten sowie Vertreter weiterer acht Staaten und der EG-Kommission auf einer Ministerkonferenz in Hannover eine Grundsatzerklärung zu den Zielen von EUREKA. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 39–44. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 11/1985, S. 86 f.

⁵ Dem Vorgang beigelegt waren folgende Dokumente: „EUREKA-Mitglieder“ (Anlage 1); „EUREKA-Grundsatzerklärung (Auszug)“ (Anlage 2); „Verfahrensschritte für das Zustandekommen von EUREKA-Projekten (Schema)“ (Anlage 3); „Die Struktur von EUREKA“ (Anlage 4); „EUREKA in Zahlen (Stand: Juli 1988)“ (Anlage 5); eine Übersicht über die Beteiligung der EUREKA-Mitglieder an den Projekten sowie graphische Darstellungen zur Aufschlüsselung der Projekte nach Dauer, Finanzvolumen und Anzahl der Teilnehmerstaaten (Anlage 6); Übersichten über die „Verteilung der Projekte nach ihrer Dauer“ und die „Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen“ (Anlage 7); ein „Verzeichnis deutscher Firmen und Institutionen, die sich an EUREKA-Projekten beteiligen“ (Anlage 8). Vgl. Referat 430 (414), Bd. 163014.

2) Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit der Beteiligung an 65 Projekten nach F (106) und GB (73) den dritten Platz ein.

Ca. 90 deutsche Unternehmen (darunter 25 aus dem mittelständischen Bereich) sowie 15 Hochschulen und 20 andere Forschungseinrichtungen sind beteiligt. Der deutsche Finanzanteil an den Gesamtaufwendungen beträgt ca. 25%. Dabei kommen die Mittel noch überwiegend aus öffentlichen Quellen (BMFT, Länder), doch wächst der Eigenanteil der Industrie, die schon jetzt etwa 1/3 der Projekte voll aus Eigenmitteln finanziert.

3) Das Ziel der Gründung EUREKAs, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf Gebieten der Hochtechnologie zur Schaffung einer europäischen Technologiegemeinschaft beizutragen und dadurch die Produktivität der Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt zu stärken, ist zum großen Teil erreicht:

- Die Mitgliedstaaten und vor allem die Wirtschaft haben EUREKA als ein neues europäisches Kooperationsmodell angenommen.
- Die Bereitschaft, „europäisch“ zu forschen, zu entwickeln und zu vermarkten, hat zugenommen. Hemmschwellen, mit ausländischen Konkurrenten projektbezogen zusammenzuarbeiten, wurden abgebaut, vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen. EUREKA hat ferner den Blick von Firmen, die bisher ihre Partner eher in den USA und Japan suchten, stärker auf europäische Kooperationsmöglichkeiten gelenkt.
- Inwieweit EUREKA Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt hat, läßt sich angesichts der Vielfalt der Vorhaben und ihrer „Bottom-up“-Struktur noch kaum generell bewerten. Sicher ist, daß dank EUREKA
 - Unternehmen zusammengekommen sind, die sonst nicht kooperiert hätten,
 - Doppelarbeit vermieden, Entwicklungen aufeinander abgestimmt und Personal- und Finanzierungsmittel zusammengefaßt wurden,
 - europäische Unternehmen auf dem Weltmarkt unter dem EUREKA-Etikett gemeinsam auftreten.

Ein wichtiges Indiz für die positive Bewertung EUREKAs durch die europäische Industrie ist deren zunehmende Bereitschaft, EUREKA-Projekte allein mit Eigenmitteln, d. h. ohne staatliche Zuschüsse, zu realisieren.

Andererseits muß man jedoch auch im Auge behalten, daß der Anteil der EUREKA-Projekte am Gesamtumfang der europäischen High-Tech-Entwicklungen immer noch zu gering ist, um das Gesamtbild entscheidend zu beeinflussen (Gesamt volumen aller EUREKA-Projekte in vier Jahren entspricht IBM-Forschungsbudget eines Jahres).

4) Besonders erfolgreiche und thematisch bedeutende EUREKA-Projekte mit deutscher Beteiligung, die weltweites Interesse hervorgerufen haben, sind:

- HDTV⁶ (Hochauflösendes Fernsehen): Hier haben gemeinsame Anstrengungen dazu geführt, daß es jetzt eine europäische Alternative zu japanischer Technologie beim Kampf um die künftige Weltnorm gibt.

⁶ High Definition Television.

- JESSI⁷ (Submikron-Technologie für höchstintegrierte Silizium-Schaltkreise): Definitionsphase abgeschlossen, Implementierung ab 1989 vorgesehen, Gesamtvolumen etwa 7–8 Mrd. DM. Projekt soll Abhängigkeit Europas von Halbleitererzeugnissen aus USA und Japan verhindern.
- FAMOS⁸ (Automatisierte Montagesysteme): 16 Einzelprojekte mit großer Bedeutung für Produktivitätsverbesserungen der Industrie.
- EUROTRAC⁹ (Untersuchungen über Spurenstoffe in der Troposphäre): Europa-weites Umwelt-Forschungsprogramm mit Beteiligung osteuropäischer Institute.

5) Unbefriedigend ist noch die Mitwirkung der EG. Nach längerem Zögern bekennt sich zwar auch die Kommission jetzt grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit EUREKA, doch läßt die konkrete Beteiligung an Projekten noch zu wünschen übrig.

Ein Grund liegt sicher darin, daß die EG-Kommission grundsätzlich europaweite Forschung vor allem im EG-Bereich verwirklicht sehen möchte, auf den sie über das EG-Rahmenprogramm stärkeren Einfluß ausübt, als ihr dies bei EUREKA möglich ist. Auch zieht sie aus Gründen der Kohäsion (Beteiligung auch der EG-Länder mit schwacher Forschungsstruktur) die Zusammenarbeit europäischer Firmen im Rahmen des EG-Rahmenprogramms der offenen À-la-carte-Struktur von EUREKA vor, auch um Kritik der aus Mangel an Mitteln an bestimmten EUREKA-Projekten nicht beteiligten EG-Mitglieder aus dem Wege zu gehen. Hier könnten die durch die Einheitliche Europäische Akte geschaffene Möglichkeit für Zusatzprogramme gemäß Art. 130l des EWG-Vertrags, an denen nur bestimmte EG-Mitgliedstaaten teilnehmen, und Beteiligungen gemäß Art. 130m einen Rahmen für flexible Lösungen bieten.¹⁰ Ein weiteres Hindernis für eine Beteiligung der Kommission liegt ferner in dem anwendungsnahen Charakter der meisten EUREKA-Projekte, da EG-Förderungsmittel nur für die Grundlagenforschung bzw. Arbeiten im außer- und vorwettbewerblichen Bereich zur Verfügung stehen.

Eine wesentliche Rolle könnte die Gemeinschaft jedenfalls bei der Verbesserung des rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds der Forschungstätigkeit in Europa – Normen und Standards, Schutzrechte, Steuern – spielen, was auch für EUREKA-Projekte genutzt werden könnte. Vieles wird hier allerdings durch die Entwicklung des europäischen Binnenmarkts ohnehin erreicht werden.

In jedem Fall ist ein ständiger Dialog mit der Kommission über die Koordinierung von EUREKA-Projekten und Gemeinschaftsprogrammen und über unterstützende Maßnahmen durch die EG notwendig; er wird im Rahmen der „Gruppe Hoher Repräsentanten“ von EUREKA und in den EG-Organen laufend geführt; eine Verbesserung der Zusammenarbeit ist feststellbar.

6) Der Erfolg EUREKAs hat zu wachsendem Interesse aus anderen Ländern geführt. Während eine Aufnahme neuer Staaten als Mitglieder nicht aktuell ist

⁷ Joint European Submicron Silicon Initiative.

⁸ Flexible Automated Manufacturing and Operating System.

⁹ European Experiment on the Transport and Transformation of Environmentally Relevant Trace Constituents in the Troposphere over Europe.

¹⁰ Mit Artikel 23 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem Dritten Teil des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 ein Titel V hinzugefügt, der u. a. die Artikel 130l und 130m umfaßte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1110.

und – zumindest bei kommunistischen und außereuropäischen Ländern – auch auf Zurückhaltung (insbesondere bei F) stoßen würde, gibt es eine fallweise Beteiligung ausländischer Firmen und Institute an Einzelvorhaben (Ungarn, Jugoslawien, USA, Kanada).

Die Haltung der meisten Mitgliedstaaten ist jedoch eher restriktiv. Voraussetzung ist in jedem Fall ein Interesse eines EUREKA-Projektpartners an einer solchen Beteiligung. Darüber hinaus achten die Mitgliedstaaten darauf, daß die Flexibilität der Projektdurchführung erhalten bleibt, es nicht zu einem unerwünschten Know-how-Abfluß kommt und der bewußt europäische Charakter EUREKAs nicht beeinträchtigt wird. Eine Beteiligung amerikanischer und vor allem japanischer Unternehmen könnte daher in Ausnahmefällen nur dort in Betracht kommen, wo europäische Partner auf Technologie und Know-how aus diesen Ländern angewiesen sind. Auch haben USA und Japan ihrerseits bisher keinerlei Neigung gezeigt, ihre öffentliche Forschungsförderung für Unternehmen aus dem Ausland zu öffnen.

7) Gesamtbewertung

EUREKA ist aus dem europäischen Forschungs- und Technologiespektrum nicht mehr wegzudenken. EUREKA hat zwar bisher nicht den von manchen anfangs erhofften spektakulären Durchbruch Europas an die Spitze der Welttechnologie bewirkt, jedoch zweifellos vor allem in der Wirtschaft das europäische Bewußtsein gestärkt, zu einer Bündelung der Anstrengungen geführt und die Umorientierung von nationaler Begrenzung zu europäischer Koordinierung vorangebracht. Dies ist der Wettbewerbsfähigkeit Europas in wichtigen Bereichen der Hochtechnologie zugute gekommen. Der gelegentlich befürchtete Abfall des Interesses nach dem Anfangsschub ist ausgeblieben. Die Wirtschaft hat den Nutzen des flexiblen, an den Wünschen der Partner orientierten Kooperationsinstruments erkannt und schätzt die mit dem EUREKA-Etikett verbundenen Vorteile (international anerkannter Statuswert, politische Unterstützung, Vorzugsbehandlung bei nationaler Förderung, größere europaweite Marktchancen, flankierende Maßnahmen der Regierung).

Für die Zukunft sollten die Mitgliedstaaten das Hauptaugenmerk darauf richten,

- EUREKA verstärkt in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, die Informationsmöglichkeiten über geeignete Vorhaben und Partner zu verbessern und gezielt das Zustandekommen von EUREKA-Projekten zu betreiben,
- die staatlichem Einfluß unterliegenden Investitions- und Beschaffungsbereiche (insbesondere nationale Infrastrukturprojekte im Verkehrswesen, Umweltschutz, Telekommunikation) mehr für EUREKA-Vorhaben zu öffnen,
- projektspezifische Probleme (z.B. bei Normen und technischen Regelungen, bei der Finanzierung) zu lösen und generell auf eine Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen (z.B. Angleichung von Rechtsvorschriften, Steuern) für eine europaweite Zusammenarbeit hinzuwirken, soweit dies nicht bereits im Rahmen der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes geschieht.

Jelonek

114

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel**341-320.10 CHN****25. April 1989¹**Über Dg34², D3³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Lage in China nach den Beisetzungsfeierlichkeiten für Hu Yaobang am 22.4.

1) Die anhaltenden Demonstrationen von Studenten in Peking, Shanghai, Nanjing und anderen chinesischen Großstädten aus Anlaß des Todes von Hu Yaobang haben in China die innenpolitischen Spannungen ansteigen lassen. Die chinesische Führung hat bisher relativ flexibel reagiert, aber noch keine politische Antwort auf die Forderungen der Studenten gefunden. Die Studenten in China, insbesondere die der Peking-Universität (Beida), spielen traditionell eine wichtige politische Rolle. So setzte sich 1966 die Kulturrevolution erst voll durch, als ihre Anhänger die Beida gewonnen hatten.

2) Studenten gehörten ursprünglich zu den eifrigen Förderern der Reform- und Öffnungspolitik: So ließen sie bei den Feiern zum 35. Jahrestag der chinesischen Revolution im Oktober 1984 beim Vorbeimarsch Deng Xiaoping hochleben. Als es im Spätherbst 1985 an den Pekinger Universitäten unruhig wurde, diskutierten hochrangige Mitglieder der chinesischen Führung mit den Studenten und trugen damit zur Beruhigung der Lage bei.

Die Studentendemonstrationen von Dezember 1986 führten dazu, daß der damalige Generalsekretär der KP Chinas, Hu Yaobang, am 15.1.1987 zurücktreten mußte. Einer der gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestand darin, daß er gegen die Demonstrationen nicht öffentlich Stellung genommen habe. Hu behielt zwar seinen Sitz im Politbüro und war bei Sitzungen des Nationalen Volkskongresses an prominenter Stelle noch zu sehen, war aber sonst nicht mehr politisch aktiv; er traf z.B. nicht mehr mit ausländischen Gesprächspartnern zusammen. Die posthume politische Rehabilitierung Hus ist eine der jetzt erhobenen Forderungen der Studenten.

3) Die Kundgebungen sind Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der chinesischen Führung. In den Slogans der Studenten wurde Kritik an allen Parteiführern laut: Sowohl Ministerpräsident Li Peng als auch Generalsekretär Zhao Ziyang werden genannt. Unüberhörbar ist die Kritik an Deng

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Gerdtts am 27. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 28. April 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirigent Zeller am 25. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 25. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. April 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Legationsrat I. Klasse Gerdtts am 15. Mai 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Schlagintweit an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 18. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 18. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Zeller verfügte.

Hat Zeller erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 22. Mai 1989 erneut vorgelegen.

Xiaoping selbst. Diese Äußerungen reflektieren die Schwierigkeiten, in die die Reformpolitik geraten ist und die insbesondere Stadtbewohner treffen. Das gilt vor allem für die stark angewachsene Inflation.

Nach offiziellen Angaben erreichte sie 1988 18%, nach inoffiziellen in den Städten fast 30%; sie liegt bei einigen Produkten bei 40%. Diese Preissteigerungen treffen Studenten, Wissenschaftler und Bezieher fester Einkommen besonders hart. Die Studenten begreifen auch nicht, daß sie nach Abschluß ihres Studiums weit geringere Verdienste zu erwarten haben als etwa Restaurantbesitzer und Taxifahrer.

Bisher haben die Studenten folgende Forderungen geäußert:

- mehr Geld für Erziehung,
- Abschaffung der Privilegien der Führung,
- Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse,
- Kampf gegen die Korruption,
- Einführung der Demokratie und Pressefreiheit.

Diese Forderungen gehen weiter als die von den Studenten im Dezember 1986 erhobenen.

4) Die chinesische Führung reagierte zunächst flexibel auf die Ereignisse. Die Polizei griff im allgemeinen nicht gegen die Demonstranten ein. Allerdings verhinderte sie ein Eindringen in den geschlossenen Bezirk der Parteiführung in Zhongnanhai und in die Große Halle des Volkes. Anders als noch vor einigen Jahren, findet ein Gespräch der Studenten mit der Parteiführung, Regierung oder dem Parlament nicht statt.

In der Peking-er Volkszeitung und im Fernsehen wurden ernste Warnungen vor weiteren Kundgebungen ausgesprochen. 20000 Soldaten sollen (so die New York Herald Tribune vom 24.4.⁶) um Peking zusammengezogen worden sein. Damit baut die Führung eine Druckkulisse auf und schafft die Voraussetzungen für ein gewaltsames Eingreifen.

5) Bemerkenswert ist, daß weder Ministerpräsident Li Peng noch Generalsekretär Zhao Ziyang oder Deng Xiaoping sich öffentlich zu den Ereignissen geäußert haben. Auch die Reden, die während der Beisetzungsfeierlichkeiten für Hu Yaobang am 22.4. gehalten wurden, enthielten keinerlei Hinweis auf die Vorgänge.

Dieser Haltung kann die taktische Überlegung zugrunde liegen, die Demonstrationen „totlaufen“ zu lassen. GS Zhao Ziyang trat am 24.4. eine lange geplante Reise nach Nordkorea an.⁷ Damit zeigt die Parteiführung, daß sie nicht beunruhigt ist.

Trotzdem spricht manches für Meinungsverschiedenheiten in der Führung. So räumte MP Li Peng Meinungsunterschiede innerhalb der Führung ein, unterstrich aber, daß Einigkeit über die Notwendigkeit und die Grundsätze der Reformpolitik bestehe.

⁶ Vgl. den Artikel „Students in Beijing Organize a Boycott“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 24. April 1989, S. 4.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, besuchte die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) vom 24. bis 29. April 1989.

Seit dem Herbst 1988 macht die Politik der Führung den Eindruck eines gewissen Immobilismus. Nach den Panikkäufen vom August 1988 hatte die KPCh den wichtigsten Bestandteil der Reformpolitik, die Preisreform, zunächst vertagt. Mit dieser Entscheidung wurde zwar die Unruhe unter den Partei- und Wirtschaftsfunktionären abgemildert, aber in den kritischen Punkten der Reformpolitik (Inflation, Nebeneinander von freien und administrierten Preisen mit der Folge der Korruption, zu niedrige Preise für Energie und Rohstoffe) gab es keinen Fortschritt. Der Reformprozeß kam dadurch zu einem gewissen Halt, zumal auch in der Landwirtschaft die dynamische Entwicklung der letzten zehn Jahre ein Ende gefunden hat.

6) Ob sich die gegenwärtige Lage zu einer innenpolitischen Krise weiterentwickelt, ist gegenwärtig schwer zu sagen. Die Pekinger Studenten beschlossen einen Vorlesungsboykott bis zur Annahme ihrer Forderungen durch die Regierung. Ein Datum ist der 4. Mai, an dem vor 70 Jahren Studenten gegen die japanische Vorherrschaft demonstriert und die Demokratie gefordert hatten.

Eine Erfüllung der studentischen Forderungen erscheint kaum vorstellbar, weil die KPCh ihr Machtmonopol nicht aus der Hand geben will. Immer noch gelten die „Vier Prinzipien“:

- Festhalten am sozialistischen Weg,
- Demokratischer Zentralismus,
- Führung durch die KP,
- Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen.

Hinsichtlich der Reform politischer Strukturen geben die Vier Prinzipien wenig Spielraum.

Die Gewährung von etwas mehr intellektueller Freiheit scheint dagegen denkbar – sie hatte es bis zum Rücktritt Hu Yaobangs im Januar 1987 eine Zeitlang faktisch schon gegeben, war dann aber wieder eingeschränkt worden. Auch könnte der Staat wieder mehr in das in letzter Zeit vernachlässigte Erziehungssystem investieren. Entscheidend ist aber in einem Entwicklungsland wie China der Fortgang der wirtschaftlichen Reform. Während die Reformpolitik in den ersten sechs bis sieben Jahren durchaus wirtschaftspolitische Erfolge verzeichnete:

- hohes Wachstum, insbesondere auf dem Land,
- relative Preisstabilität,
- im allgemeinen außenwirtschaftliches Gleichgewicht,
- nur langsam wachsende Arbeitslosigkeit,

ist seit 1985 die Inflation ein akutes Problem geworden. Es besteht die Gefahr, daß sich beim chinesischen Verbraucher eine Inflationsmentalität mit allen negativen Folgen durchsetzt, die aus den lateinamerikanischen Ländern oder Jugoslawien bekannt sind. Die chinesische Wirtschaftspolitik verfuhr bisher eher nach dem Prinzip des „stop and go“, als daß sie den Wirtschaftssubjekten klare „ordnungspolitische“ Signale setzte. Daran wird sich unter der gegenwärtigen politischen Führung nicht viel ändern.

Nicht auszuschließen sind dagegen personelle Veränderungen. Die demonstrierenden Studenten wollen gewiß den Flügel der Reformer in der Führung stärken. Darin liegt der politische Sinn ihrer Sympathiekundgebungen für Hu Yaobang.

Sie können dabei auf die Unterstützung eines Teils der Parteiführung rechnen – sonst hätten sie gar nicht demonstrieren dürfen.

Die Demonstrationen könnten auch das Gegenteil erreichen – wie im Januar 1987, als sie zum Sturz von Hu Yaobang führten und den Flügel der entschiedenen Reformer schwächten. Ein vorzeitiges Ende der Reform- und Öffnungspolitik widerspräche nicht nur dem Trend in den sozialistischen Ländern, sondern auch dem wohlverstandenen Interesse Chinas, das auf die Einfuhr von Technologie aus den marktwirtschaftlichen Ländern angewiesen ist.

Jedenfalls bis zum Besuch Gorbatschows in China (15.–18.5.) wird es keine personellen Veränderungen geben.

Scheel

Referat 341, Bd. 161811

115

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Deidesheim

Geheim

30. April 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierministerin Margaret Thatcher am 30. April 1989 in Deidesheim, 12.15 Uhr bis 14.15 Uhr²

Teilnehmer: Charles Powell, diplomatischer Berater der Premierministerin, Hans Klein, Bundesminister, Horst Teltschik, Ministerialdirektor, zwei Dolmetscher.

Das äußerst intensive und offene Gespräch konzentrierte sich fast ausschließlich auf die bevorstehende Entscheidung über ein Gesamtkonzept der NATO anlässlich des NATO-Gipfels Ende Mai in Brüssel³.

Der *Bundeskanzler* erläuterte einleitend die deutsche Position. Er habe sie am vergangenen Donnerstag im Bundestag⁴ erneut erläutert. So halte die Bundesregierung an dem entscheidenden Grundsatz fest, daß die Bundesrepublik Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft bleibe. Er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Westbindung Teil der Staatsräson sei. Diese Westbindung beruhe auf den beiden Säulen der NATO und der Europäischen Gemeinschaft. Freiheit und Friede der Bundesrepublik hänge von dieser Westbindung ab.

Er sei fest entschlossen, alles zu tun, damit noch vor dem NATO-Gipfel in Brüssel eine Übereinstimmung in den Positionen erreicht werden könne. Er sei bereit,

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 2. Mai 1989 gefertigt.

² Zum Besuch der britischen Premierministerin Thatcher vgl. auch Dok. 116.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10291–10304.

hart daran zu arbeiten. Dieses Ziel habe für ihn absolute Priorität. Anlässlich dieses Gipfels werde Präsident Bush zum ersten Mal nach Europa kommen.⁵ Er sei ein europafreundlicher Präsident. Deshalb sei für ihn ein Erfolg des Gipfels besonders wichtig.

Darüber hinaus gelte es aber auch, die weltweite Entwicklung sorgfältig zu beobachten. Dies gilt auch für die Reformpolitik in der Sowjetunion. In seiner Regierungserklärung habe er seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich der Kurs Gorbatschows durchsetzen werde. Gorbatschow habe einiges erreicht, mehr jedoch angekündigt, daß er allen seinen Überlegungen die Taten und nicht irgendwelche Illusionen zugrunde legen werde.⁶ Dennoch müsse man jedoch feststellen, daß sich die Welt verändert habe.

Ausdruck dafür sei nicht zuletzt das Abkommen über ein weltweites Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen.⁷ Er sei ursprünglich kein Anhänger der zweiten Null-Lösung gewesen, dennoch habe er am Ende, wenn auch widerwillig, dem Verzicht der deutschen Pershing Ia zugestimmt.⁸ Dies sei jedoch alles heute bereits Geschichte.

Man könne davon ausgehen, daß sich der Prozeß der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle fortsetzen werde. Beide Weltmächte werden die Verhandlungen über START fortführen. Er hoffe, daß es bald zu einem Erfolg komme. Auch ein weltweites Verbot der chemischen Waffen könne sicherlich mittelfristig erreicht werden. Für ihn seien jedoch zwei Bereiche von besonderer Bedeutung: die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Wien⁹ und der Bereich nuklearer Systeme der Reichweite von 0 bis 500km. Diese Systeme würden in besonderer Weise die Interessen der Bundesrepublik Deutschland berühren.

Es sei die erklärte Politik der Bundesregierung, die Stabilität der NATO zu sichern und ihr das zu geben, was sie brauche, um den Frieden zu sichern und gleichzeitig fähig zu sein, Verhandlungen zu führen.

In der Bundesrepublik Deutschland findet derzeit eine heftige Diskussion über die nuklearen Kurzstreckensysteme statt. Wie 1982/83 würden die Sozialdemokraten auch jetzt für eine dritte Null-Lösung im Wege einer Vorleistung eintreten. Diese Politik sei für ihn jedoch nicht akzeptabel. Aber auch innerhalb der CDU und CSU werde intensiv diskutiert.

Der Bundeskanzler verweist auf das Positionspapier der Bundesregierung.¹⁰ Dort habe man festgehalten, daß „unter den gegebenen Umständen land-, see- und

⁵ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1989 in Italien und im Vatikan auf, vom 28. bis 30. Mai anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Belgien, am 30./31. Mai in der Bundesrepublik und vom 31. Mai bis 2. Juni 1989 in Großbritannien.

Für das Gespräch zwischen Bush und Bundeskanzler Kohl am 30. Mai 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 1.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

⁸ Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-I a-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

⁹ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

¹⁰ Zum Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989 zum Thema SNF vgl. Dok. 111, Anm. 10.

luftgestützte Systeme auch in Europa notwendig“ seien. Er füge hinzu, daß er entschieden dafür sei, daß die britischen und französischen Systeme ausgeklammert blieben. Es sei für ihn sehr beruhigend, daß es diese britischen und französischen Systeme gebe. Viele Gründe sprächen dafür. So sei allein die Entfernung nach Paris und London kürzer als nach Washington.

Damit wolle er nicht zum Ausdruck bringen, daß er gegenüber der jetzigen amerikanischen Administration besondere Bedenken habe. Aber bereits die Wahlkampagne von Dukakis habe gezeigt, daß niemand wissen könne, was einmal später kommen werde.

Besonders verwundere ihn, daß die Frage von „baldigen“ Verhandlungen ein Problem darstelle. Aus seiner Sicht sei diese Auseinandersetzung völlig unnötig. Bei gutem Willen aller müßte eine Lösung gefunden werden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß das deutsche Positionspapier für die Entscheidung 1992 drei Kriterien nenne. So sei es „ausschlaggebend und entscheidend, ob es gelinge,

- höhere Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte insgesamt zu schaffen,
- verbindliche Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt über die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifend angelegten Offensiven zu schließen,
- ein gewachsenes Maß an gegenseitigem Vertrauen aufgrund von erhöhter Transparenz und Berechenbarkeit des militärischen Verhaltens durch entsprechende Vereinbarungen zu schaffen.“

Er sei sich bewußt, daß diese Forderungen vor allem im Zusammenhang mit der konventionellen Abrüstung für Generalsekretär Gorbatschow am schwierigsten einzulösen sein werden. Die Beseitigung der Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes bleibe jedoch der entscheidende Punkt.

Der Bundeskanzler warb darum, daß jetzt eine gemeinsame Lösung erreicht werden müsse. Er sei voll guten Willens. Sein Ziel sei es, daß der NATO-Gipfel ein Erfolg werde.

Premierministerin *Thatcher* erwiderte, daß sich das Bündnis in einer sehr ernsten Lage befände. In Rhodos¹¹ sei der Bundeskanzler dafür eingetreten, daß der NATO-Gipfel möglichst früh stattfinden solle, um über die Frage der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme noch vor den Europawahlen¹² zu entscheiden.

Premierministerin *Thatcher* wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß diese bodengestützten nuklearen Kurzstreckensysteme für die Strategie der flexible response¹³ entscheidend seien. Ohne solche Systeme würde die Strategie unwirksam werden. Die Sowjetunion selbst habe 95 % ihrer Kurzstreckensysteme in den letzten fünf Jahren modernisiert. Sie verfüge darüber hinaus über ein 14-faches Potential gegenüber der NATO.

¹¹ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin *Thatcher* trafen am 2. Dezember 1988 am Rande der Tagung des Europäischen Rats zusammen, die am 2./3. Dezember 1988 stattfand. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Zur Tagung vgl. AAPD 1988, II, Dok. 353.

¹² Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

¹³ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

Premierministerin Thatcher wies darauf hin, daß sie alle dem NATO-Bündnis angehören würden. Alle Mitgliedstaaten hätten der geltenden Strategie zugestimmt. Diese Strategie bedinge aber nukleare Kurzstreckensysteme.

Sie habe alles getan, damit ein möglichst früher NATO-Gipfel in diesem Jahr erreicht werden könne. Ursprünglich habe sie große Zweifel gehabt, ob Präsident Bush zusagen werde. Er hat dies getan. Jetzt ginge es darum, auf diesem Gipfel eine grundsätzliche Entscheidung über ein Nachfolgesystem der Lance zu treffen.

Premierministerin Thatcher erinnerte an die Gemeinsame Erklärung, die sie mit dem Bundeskanzler anlässlich der deutsch-britischen Konsultationen in Frankfurt besprochen und der Presse bekanntgegeben hätten.¹⁴ Sie zitiert den Wortlaut dieser Erklärung, insbesondere den Passus, der den Wortlaut der Erklärung des NATO-Gipfels vom März 1988 in Brüssel¹⁵ wiederholt. In Frankfurt habe man sich auch geeinigt, sich Ende April noch einmal treffen zu wollen. In der gemeinsamen Pressekonferenz in Frankfurt hätten sie öffentlich erläutert, daß sie über diese schriftlich formulierte Vereinbarung hinaus bis zu ihrem heutigen Treffen nichts sagen würden. Die jetzt eingetretenen Schwierigkeiten seien nicht von London ausgegangen. Im übrigen habe sich seitdem nichts verändert.

Premierministerin Thatcher verweist auf die Rede des französischen Premierministers Rocard, die dieser vor sieben/acht Wochen gehalten habe. Sie habe dieser wichtigen Rede zugestimmt. Sie könne deshalb nicht verstehen, warum die Bundesregierung ihre Position veröffentlicht habe. Sie habe dies bis heute nicht getan, obwohl sie auch eine britische Position öffentlich erläutern könne.

Verhandlungen mit Generalsekretär Gorbatschow mußten immer auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts erfolgen. Beide Seiten haben die gleichen Rechte, ihre Positionen zu behaupten. Dies habe sie Gorbatschow bei ihrem letzten Gespräch¹⁶ immer wieder deutlich gesagt. Sie selbst begrüße die Entwicklung in der Sowjetunion. Sie könne dies vor allem deshalb tun, weil sie wisse, daß die NATO bestehen bleibe und alles getan werde, um die NATO zu stärken. Sie habe Generalsekretär Gorbatschow deutlich gesagt, daß sie eine Denuklearisierung Europas ablehne. Die Sowjetunion selbst verfüge über eine kolossale Übermacht. Deshalb sei es ein vorrangiges Ziel, die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zu reduzieren. Sie habe Gorbatschow auch gesagt, daß sie die sowjetischen Zahlen über den Umfang chemischer Waffen nicht glaube. Die Sowjetunion habe darüber hinaus jede Forderung nach Überprüfung dieser Zahlen abgelehnt.

Die Stärke der NATO wie die geltende NATO-Strategie erfordern es deshalb, daß ein Minimum von nuklearen Kurzstreckensystemen erhalten bleibe, und diese müßten auf den neuesten Stand gebracht werden. Gorbatschow habe zu diesem

¹⁴ Die deutsch-britischen Konsultationen fanden am 20./21. Februar 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 44–47.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und der britischen Premierministerin Thatcher vom 21. Februar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 175.

¹⁵ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11.

Punkt eine wichtige Rede bei seinem Besuch in der Guildhall in London¹⁷ gehalten. Er habe in dieser Rede angedroht, daß im Falle einer Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO er daraus entsprechende Schlußfolgerungen ziehen werde. Auf diese Drohungen dürfe der Westen nicht eingehen. Dieser russische Bär sei der gleiche wie seine Vorgänger.

Premierministerin Thatcher berichtete über Informationen, die der britische Geheimdienst aus Moskau erhalten habe. Normalerweise messe sie solchen Berichten nicht großes Gewicht bei. Es sei ihr jedoch bekannt, daß auch die Amerikaner über die gleichen Informationen verfügten. Leider könne sie die Quelle für diesen Bericht nicht nennen. Aus diesem Geheimdienstbericht ginge hervor, daß es diese Absicht der Sowjetunion sei, die Bundesrepublik Deutschland und Belgien innerhalb der NATO zu isolieren. Es sei der Sowjetunion gelungen, die Bundesrepublik Deutschland in eine Falle zu locken.

Im übrigen werde berichtet, daß die Sowjetunion bei der einseitigen Reduzierung ihrer konventionellen Truppen die Panzer und die Haubitzen nicht reduzieren, sondern lediglich nur hinter den Ural zurückverlegen werde. Sie wolle noch einmal deutlich machen, daß sich an der Gesamtlage nichts verändert habe. Sie selbst hätte sich an alle Verabredungen gehalten, die sie mit dem Bundeskanzler getroffen hätte. Dennoch habe sie vom Bundeskanzler keinerlei Unterrichtung erhalten, bevor die deutsche Position veröffentlicht worden sei. Sie habe lediglich einen Anruf von Präsident Bush erhalten¹⁸, der über die deutsche Position sehr besorgt sei. Aus ihrer Sicht sei deshalb die Lage äußerst ernst. Sie könne immer nur darauf hinweisen, daß die Stärke der NATO nicht durch Worte zu gewährleisten sei.

Premierministerin Thatcher äußerte Verständnis für die Probleme des Bundeskanzlers. Sie müsse jedoch hinzufügen, daß durch die Art und Weise des gegenseitigen Umgangs alles nur noch schwieriger werde. Die NATO müsse durch Taten stark bleiben. Die Strategie fordere konkrete Systeme. Dazu gehören auch nukleare Kurzstreckensysteme. Sie stünden aber jetzt auf dem Spiel.

Die Sowjetunion wisse sehr genau, was jetzt innerhalb der NATO geschehe. Für sie sei jetzt die schwierigste Lage in der NATO eingetreten, die sie persönlich je erlebt habe. Es sei deshalb in jedem Fall erforderlich, daß man auf dem bevorstehenden Gipfel die Erklärung des NATO-Gipfels vom März 1988 wiederhole, damit der amerikanische Kongreß weiterhin bereit ist, die Forschung und

¹⁷ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. April 1989 in der Londoner Guildhall hielt Botschafter Freiherr von Richthofen, London, am 10. April 1989 fest: „Gorbatschow ist es auch in London gelungen – wie schon so oft an anderer Stelle –, Bevölkerung und Medien für sich einzunehmen. Seine Rede in der Guildhall fiel dagegen nach allgemeinem Urteil aller Gesprächspartner eher mager aus, weil er nicht – wie allgemein erwartet wurde – seine Vorstellungen zum gemeinsamen europäischen Haus erläuterte. [...] Offensichtlich konzentrierte sich Gorbatschow in Großbritannien bei seinem ausführlichen Dialog mit Mrs. Thatcher und seiner Rede darauf, Überzeugungsarbeit für seine Politik der Offenheit und Erneuerung zu leisten. Er wollte allen Zweifeln – und davon gibt es gerade in GB nicht wenige – demonstrieren, daß er der Regierungschef einer neuen, demokratischeren, offeneren, zum Dialog und zur Kooperation bereiten Sowjetunion ist und daß diese Entwicklung irreversibel ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 716/717; Referat 213, Bd. 147159. Für den Wortlaut der Rede vgl. SOWJETUNION HEUTE, Mai 1989, Beilage, S. IX–XII.

¹⁸ Der amerikanische Präsident Bush führte am 22. April 1989 ein Telefongespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher. Vgl. dazu <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nicht freigegeben).

Entwicklung eines Nachfolgesystems der Lance voranzutreiben. Dafür sei nicht erforderlich, jetzt schon die Bereitschaft zur Stationierung zu erklären.

Alles in allem sei sie bestürzt, was inzwischen geschehen sei. Sie habe die Plakate gesehen, als sie jetzt mit dem Bundeskanzler in Deidesheim eingetroffen sei. Sie sehe jedoch auch die Realität in der Sowjetunion. Sie könne sich deshalb nicht vorstellen, daß Präsident Bush in die Vereinigten Staaten von Amerika zurückkehren könne mit der Feststellung, daß sie von alledem abgegangen seien, was sie früher einmal beschlossen hätten. Er werde wie sie nicht bereit sein, daß die amerikanischen und britischen Truppen in Europa ein höheres Risiko eingehen müßten, weil die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme nicht erfolge.

Premierministerin Thatcher wiederholte noch einmal, daß Präsident Bush sehr bestürzt über diese Entwicklung sei. Sie seien jetzt mit der schwierigsten Situation konfrontiert, die es jemals in der NATO gegeben habe. Alle würden sie fragen, was denn mit den Deutschen los sei.

Dies wisse er sehr wohl, erwiderte der *Bundeskanzler*. Der britische Nachrichtendienst habe 1982/83 auch nicht geglaubt, daß die Bundesregierung bereit sei, die amerikanischen Mittelstreckensysteme zu stationieren¹⁹. Für die Deutschen sei es nun mal nicht akzeptabel, daß man die Nuklearraketen bis zu einer Reichweite bis zu 500km abrüsten würde, aber die Systeme mit einer Reichweite von weniger als 500km ausklammern wolle.²⁰ Im übrigen hätten die USA in früheren Zeiten nie um die Zustimmung der Bündnispartner gebeten, wenn sie Nuklearsysteme entwickelt hätten. Außerdem handele es sich um Größenordnungen, die vergleichsweise gering seien.

Er selbst habe immer wieder öffentlich gesagt, daß er eine dritte Null-Lösung ablehne. Das Positionspapier der Bundesregierung sage nichts anderes aus.

Der Bundeskanzler verwies auf eine Reihe von Ereignissen, die auch bei ihm Irritationen ausgelöst hätten. Er erinnere nur an das Zonenkonzept, das für die Verhandlungen in Wien²¹ beschlossen worden sei. Die Isolierung der Bundesrepublik Deutschland in eine getrennte Zone habe ihn wie einen Keulenschlag getroffen, weil er immer von dem gemeinsamen Prinzip der ungeteilten Sicherheit ausgegangen sei. Dieses Prinzip sei jetzt verletzt worden. Dies werde er auch auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel ansprechen. Das andere Ereignis sei die letzte WINTEX-Übung²² gewesen. Dort sei von SACEUR²³ der Einsatz von 19 Nuklearwaffen befohlen worden. Bei diesem Einsatz sei die Sowjetunion ausgespart worden, obwohl es sich bekanntermaßen um den Hauptaggressor gehandelt habe. Solche Planspiele würden in der Realität dazu führen, daß Mitteleuropa ausgelöscht würde, während der Hauptaggressor ausgeschlossen bliebe. Diese Übung werde in der Bundesrepublik seit vier Wochen intensiv diskutiert. Beide Ereignisse hätten bei ihm alle Warnlampen ausgelöst. Er lehne entschieden innerhalb des Bündnisses Zonen mit unterschiedlicher Sicherheit ab und Überlegungen, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht ausreichend berücksichtigen würden.

¹⁹ Korrigiert aus: „reduzieren“.

²⁰ So in der Vorlage.

²¹ Zum regionalen Ansatz bei den VKSE vgl. Dok. 67.

²² Die NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 89“ fand vom 24. Februar bis 9. März 1989 statt.

²³ John R. Galvin.

Im übrigen frage er, wo denn ein Risiko gegeben sei, wenn sie beim bevorstehenden Gipfel in Brüssel die Formulierungen der Erklärung vom März 1988 wiederholen würden. Im großen und ganzen stünde dies alles im Positionspapier der Bundesregierung. Der Bundeskanzler liest den Text in großen Zügen noch einmal vor. Außerdem verweist er darauf, daß die NATO bereits 2400 Systeme einseitig reduziert habe.²⁴

Premierministerin *Thatcher* bestätigt dies. Diese einseitige Reduzierung der NATO müsse jedoch genutzt werden, um auch die Sowjetunion zu solchen gegenseitigen Reduzierungen aufzufordern. Dafür seien jedoch keine Verhandlungen erforderlich. Sie bekräftigt noch einmal ihre Haltung, daß kein Mitglied der NATO auf sich allein gestellt seine Sicherheit garantieren könne. Deshalb sei es auch wünschenswert, daß kein Partner seine eigene Verhandlungsposition vor dem Gipfel veröffentliche. Wenn dies alle Mitgliedstaaten tun würden, hätten sie keine Chance, ein gemeinsames Ergebnis auf dem Gipfel zu erreichen.

Sie seien immer offen zueinander gewesen. Sie müsse leider feststellen, daß sich die Bundesregierung nicht an den Inhalt vereinbarter Kommuniqués halten würde. Sie sei deshalb bestürzt, was die Zukunft der NATO betreffe. Die Strategie der Abschreckung erfordere ein bestimmtes Ausmaß verschiedener Nuklearsysteme. Flexible response könne nicht durchgeführt werden, wenn man die entsprechenden Instrumente nicht zur Verfügung stelle. Deshalb wolle sie ausdrücklich den Bundeskanzler noch einmal fragen, ob für ihn das NATO-Kommuniqué vom März 1988 und die Gemeinsame Erklärung der NPG²⁵ gültig seien. Niemand dürfe sich aus dieser gemeinsamen Verantwortung herausstellen.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt, daß die Bundesrepublik Deutschland ein verlässlicher Partner des Bündnisses sei. Er erinnerte daran, daß er jahrelang als Lakai der Amerikaner gegolten habe. Er akzeptiere jedoch heute nicht, daß es bestimmte Kräfte in den Vereinigten Staaten gebe, die ihn heute genau des Gegenteils verdächtigen. Die ersten beiden Null-Lösungen seien nicht seine Erfindung gewesen. Dennoch habe er dem Verzicht der deutschen Pershing Ia zugestimmt. Heute könne jedoch die Philosophie nicht darin bestehen, die Bedrohung der Sowjetunion abzubauen und die der Deutschen gleichzeitig zu erhöhen. Das Zonenkonzept in Wien und die WINTEX-Übung hätten deshalb bei ihm alle Warnlampen aufleuchten lassen.

Premierministerin *Thatcher* bekräftigt noch einmal, daß sie Teil der gleichen Gemeinschaft seien. Alle würden aufeinander bauen. Sie müsse doch noch einmal unterstreichen, daß die nuklearen Kurzstreckensysteme für die USA und für alle Mitgliedstaaten von grundsätzlicher Bedeutung seien. Würden sie abgebaut werden, müsse man davon ausgehen, daß die amerikanischen Truppen Europa verlassen werden. Die NATO brauche auch moderne Luft-Boden-Raketen für die Flugzeuge (TASM²⁶). Sie wolle noch einmal sagen, daß sie immer loyal

²⁴ Zum Abzug von 2400 nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 46, Anm. 44.

²⁵ Am 27./28. Oktober 1988 fand in Den Haag die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 98 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 65 f.

Eine weitere Ministersitzung der NPG fand am 19./20. April 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 110 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 326 f.

²⁶ Tactical Air-to-Surface Missile.

zu allen Vereinbarungen gestanden habe, die sie zusammen vereinbart hätten. Es wäre wichtig, wenn sie übereinstimmen könnten, daß es bei den früheren Erklärungen der NATO bleiben würde.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte dies. Selbstverständlich stünde er zu den früheren Beschlüssen. Im übrigen werde es die Lance bis 1995/96 weiterhin geben. Erst für 1996 brauche man Nachfolgesysteme. Diese Entscheidung läge in der Zuständigkeit der USA.

Er habe auch immer wieder gesagt, daß er gegen eine dritte Null-Lösung sei. Er verweise in diesem Zusammenhang auf Ziffer 1 des deutschen Positionspapiers. Im übrigen sei dieses Papier kein Ultimatum, sondern beinhalte Überlegungen der Bundesregierung. Es sei ihm bewußt, daß sie gemeinsam in den nächsten vierzehn Tagen mit den USA, mit Großbritannien und den anderen Partnern Formulierungen finden müssen auf der Grundlage der Brüsseler Erklärung vom März 1988 und auf der Grundlage des NATO-Kommuniqués von Reykjavik²⁷.

Erst 1992 müsse man dann über die Produktion und Stationierung entscheiden. Dafür enthalte das Positionspapier der Bundesregierung klare Bedingungen. Sollten diese Bedingungen bis dahin eintreffen, wären sie sicherlich beide sehr glücklich darüber. Heute seien sie sicherlich beide sehr skeptisch, daß dies bis 1992 erreicht werden könne. Es ginge jetzt jedoch darum, den Generalsekretär Gorbatschow auf den Prüfstand zu stellen. Deshalb habe seine Regierung solche Positionen formuliert.

Premierministerin *Thatcher* erwiderte, daß es doch Generalsekretär Gorbatschow sei, der die NATO im Zusammenhang mit dem nuklearen Kurzstreckensystem auf den Prüfstand stelle. Sie selbst werde die britische Position nicht öffentlich erläutern, wie der Bundeskanzler dies getan habe, weil dies nicht gut wäre. Es ginge ihr vor allem darum, die NATO-Erklärung vom März 1988 und die der NPG zu bekräftigen.

Der *Bundeskanzler* wies Premierministerin *Thatcher* noch einmal darauf hin, daß bei der Diskussion über die nuklearen Kurzstreckensysteme zum ersten Mal in der NATO über Systeme diskutiert werde, die praktisch ausschließlich die Deutschen betreffen würden. Die Premierministerin müsse erkennen, daß die gegenwärtige Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur auf der Seite der politischen Linken, sondern bei Leuten wie Dr. Dregger²⁸ geführt werde, der ein entschiedener Anhänger der NATO und Freund der Amerikaner sei. Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung, die NATO zu schwächen. Sie hätten deshalb mit ihrem Positionspapier kein Ultimatum gestellt, sondern eine Diskussionsgrundlage vorgelegt. Im übrigen setze nur einer seinen Kopf bei dieser Diskussion aufs Spiel – und dies sei er ganz persönlich.

²⁷ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

²⁸ In der Presse wurde berichtet: „Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, hat abermals verlangt, das Gesamtkonzept der Nato mit einer Abrüstungsinitiative des Westens bei atomaren Kurzstreckenraketen zu verbinden. Zugleich lehnte Dregger die von der britischen Premierministerin Thatcher jetzt noch einmal wiederholte Forderung ab, auf dem NATO-Gipfeltreffen Ende Mai in Brüssel eine Modernisierung zu beschließen. Darüber solle nicht vor 1992 entschieden werden.“ Vgl. den Artikel „Dregger: Kurzstreckenraketen in Abrüstungsinitiative einbeziehen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. April 1989, S. 1.

Premierministerin *Thatcher* erklärte erneut, daß alle Argumente für eine Modernisierungsentscheidung sprechen würden. Wenn man 1995 stationieren wolle und deshalb 1992 über Produktion und Stationierung entscheiden müsse, dann müßte heute die Grundsatzentscheidung über die Modernisierung getroffen werden, sonst würden 1996 keine Nachfolgesysteme zur Verfügung stehen.

Im übrigen seien Frankreich, Großbritannien und die USA aufgrund ihrer ballistischen strategischen Nuklearsysteme verwundbarer als andere NATO-Partner. Diese Systeme seien auf ihrem Boden stationiert. Sie hätten ebenfalls Flugzeuge mit nuklearen Systemen auf ihrem Territorium stationiert. Sie könne deshalb die Logik des Bundeskanzlers nicht übernehmen, daß die Deutschen besonders verwundbar seien. Alle Partner im Bündnis seien verwundbar. Deshalb habe man sich auch zusammengeschlossen.

Der *Bundeskanzler* stellte noch einmal fest, daß es zwischen ihnen einen elementaren Dissens gebe. Es hätte doch im Bündnis niemand glauben können, daß eine zweite Null-Lösung akzeptabel sein könne, ohne daß man Verhandlungen über die SNF-Systeme führen werde. Dies habe er dem amerikanischen Präsidenten seit 1986 immer wieder mitgeteilt. Wenn außerdem die Premierministerin jetzt sage, daß 1992 keine Entscheidung über Produktion und Stationierung getroffen werden könne, wenn man jetzt nicht der Entwicklung eines Nachfolgesystems von Lance zustimme, dann sei dies zum ersten Mal, daß die Amerikaner von den Bündnispartnern die Zustimmung zur Entwicklung eines nuklearen Systems einfordern würden. Werde die NATO jedoch einer solchen Entscheidung über die Entwicklung eines Nachfolgesystems heute zustimmen, so würde jeder diese Entscheidung als Zustimmung zur Stationierung verstehen. Dies sei nicht akzeptabel.

Premierministerin *Thatcher* wiederholte noch einmal ihre Position, daß das Bündnis einer solchen Entscheidung der USA über die Entwicklung eines Nachfolgesystems zustimmen müsse, sonst sei eine Entscheidung über die Produktion 1992 nicht möglich.

Dies werde er nicht tun, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er sei zwar gegen eine dritte Null-Lösung und für sowjetische Reduzierungen, könne jedoch nicht einer Entscheidung über eine Stationierung schon heute zustimmen.

Premierministerin *Thatcher* schlug vor, daß man folgende Erklärungen in das NATO-Kommuniqué aufnehmen sollte:

Die NATO-Partner treffen keine Entscheidung über Produktion und Stationierung eines Nachfolgesystems von Lance. Diese Entscheidung werde erst 1992 getroffen. Um diese Entscheidung jedoch 1992 treffen zu können, müssen Forschung und Entwicklung über ein Nachfolgesystem vorangehen.

Dies sei ihr Kompromiß.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er mit dem amerikanischen Präsidenten vereinbart habe, sehr kurzfristig eine gemeinsame Position für den Gipfel in Brüssel zu erarbeiten.²⁹ Es sei nach wie vor sein Wille, dem Präsidenten zu helfen und die NATO weiterhin stark zu halten.

²⁹ Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 12. April 1989; Dok. 111, Anm. 4.

Premierministerin *Thatcher* erwiderte, daß sie sich auch anschließend vor der Presse für eine starke NATO erklären werde. Sie akzeptiere die Strategie der flexible response. Diese Strategie erfordere, daß die notwendigen Systeme up to date gehalten werden, where necessary. Sie werde sich außerdem auf das NATO-Kommuniqué vom März 1988 und auf die NPG-Erklärung vom Oktober 1988 berufen. Sie unterstütze diese NATO-Positionen in vollem Umfang; diese könnten auch nur durch die NATO selbst verändert werden.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal abschließend, daß die Bundesregierung kompromißfähig bleibe. Er werde dazu beitragen, den NATO-Gipfel Ende Mai in Brüssel zu einem Erfolg zu führen.

Premierministerin *Thatcher* bekräftigte noch einmal ihre Haltung, daß Präsident Bush ihr gesagt habe, daß er keine Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme führen wolle, und sie werde ihn in dieser Position unterstützen.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

116

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Deidesheim

30. April 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Frau Thatcher am Sonntag, den 30. April 1989, in Deidesheim²;
hier: Mittagessen

Weitere Teilnehmer:

Auf unserer Seite: BM Klein; MD Teltschik; MDg Dr. Neuer; Fräulein Kaltenbach, Dolmetscherin.

Auf britischer Seite: Charles Powell; Herr Lederer, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, noch europäische Themen anzusprechen. Er weist auf den Bericht von Präsident Delors³ hin und bezeichnet ihn als gute Grundlage. Wir könnten damit arbeiten.

PM *Thatcher* unterstreicht, daß es sich hier um Materien handele, die der Kontrolle der nationalen Parlamente unterstehen. Dies gelte sowohl für die Steuer-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 5. Mai 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik. Persönlich!“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enn]tnisnahme], dann zurück“ verfügte.

Hat Hartmann am 9. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Teltschik am 23. Mai 1989 erneut vorgelegen.

² Zum Besuch der britischen Premierministerin Thatcher vgl. auch Dok. 115.

³ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

fragen als auch für die Wirtschaftspolitik. Der erste Schritt bedeute schon die Annahme des endgültigen Ziels dieses Konzepts. Sie könne dies ihrem Parlament nicht vorschlagen. Die Zuständigkeit für Währungsfragen, Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik müsse bei dem Parlament bleiben. Sie sei sehr für eine engere Zusammenarbeit in diesen Bereichen; jedoch gegen eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Sie wolle eine eigene Steuerpolitik betreiben. Einer freiwilligen Annäherung auf diesen Gebieten stehe sie positiv gegenüber. Sie befürchte, die Gemeinschaft werde eine „linke Flügel-Gemeinschaft“ werden. Sie sei sehr alarmiert. Sie wolle hier nur an den Bericht über die Betreuung von Kindern erinnern. Jedes Kind in der Gemeinschaft solle bis zum Alter von zehn Jahren durch den Steuerzahler unterstützt werden. So etwas könne sie nicht akzeptieren. Wenn sie einen Schritt in diese Richtung mache, werde das als Annahme des ganzen Pakets ausgelegt.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die Gefahr, überstimmt zu werden, in diesen Fragen nicht bestehe, da Einstimmigkeit erforderlich sei. Er stellt die Frage, ob Frau Thatcher sich in die Richtung des Berichts bewegen und die erste Stufe akzeptieren könne, wenn dies nicht bedeuten würde, gleichzeitig auch die weiteren Stufen zu akzeptieren.

PM *Thatcher* betont, daß sie auch nicht alles, was als erste Stufe vorgesehen sei, akzeptieren könne. So sei sie bekanntlich für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs; sie könne jedoch nicht alle Zuständigkeiten übertragen. Die vorgesehenen Kontrollen seien viel zu detailliert. Sie sei mißtrauisch. Es gebe noch viel Arbeit bis 1992⁴ zu erledigen. Sie wolle hier nur an die zahlreichen Subventionen erinnern, die in vielen Ländern noch bestünden und den Wettbewerb verfälschten. Diese unterschiedliche Behandlungsweise müsse grundsätzlich beseitigt werden, sonst werde man nie das Ziel 1992 erreichen. Es treffe allerdings zu, daß viele Überschüsse im Landwirtschaftsbereich inzwischen hätten beseitigt werden können.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, die Landwirtschaft brauche zur Anpassung noch Zeit, der Zug fahre jedoch in die richtige Richtung. Die Stimmung bei den Bauern sei trotz aller Schwierigkeiten jetzt verändert. Bei Milch habe man die Vorstellungen schneller durchsetzen können, als dies erwartet worden sei. Ein Problem gebe es noch beim Getreide. Aber die großen Getreideberge seien verschwunden.

PM *Thatcher* weist auf die immer noch bestehenden Garantiepreise hin. Sie stimmt zu, daß die Entwicklung in die richtige Richtung gehe. Sie fährt fort, daß sie über das Ausmaß von Betrugereien im Zusammenhang mit den Garantiepreisen schockiert sei. Die letzte Preisvereinbarung⁵ sei im übrigen nicht schlecht gewesen; die Mitverantwortungsabgabe müsse jedoch überprüft werden. Die Entwicklung des Weltmarktes sei nicht vorauszusehen. Sie wisse nicht, wie MP González den Delors-Bericht aufnehme.

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, er glaube, daß González eine erste Diskussion im Kreis der Regierungschefs bei dem Europäischen Rat in Madrid⁶ wolle

⁴ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁵ Bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22. April 1989 in Luxemburg wurde eine Einigung über die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1989/90 erzielt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1989, S. 47–56.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

und anschließend Auftrag an den Ministerrat geben werde, an diesen Fragen weiterzuarbeiten.

PM *Thatcher* fragt, ob der Bundestag z.B. akzeptieren würde, daß die Entscheidung über die Steuerpolitik nicht mehr von ihm getroffen werde.

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, dies sei erst die dritte Stufe.

Auf die Frage PM *Thatchers*, was das Endziel des Bundeskanzlers sei, führt dieser aus, man müsse dies im Zusammenhang mit der Politischen Union sehen.

PM *Thatcher* bemerkt, zu einer Politischen Union werde man nicht kommen. Die Arbeiten an dem Bericht sollten jetzt dem EcoFin-Rat überlassen bleiben.

Der *Bundeskanzler* wendet ein, die Frage müsse im Kreise der Regierungschefs diskutiert werden.

PM *Thatcher* gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Möglichkeit eines neuen Vertrags ausgeschlossen werde. Sie kommt dann auf die Bedeutung des Tiereschutzes zu sprechen. Sie habe ein starkes Interesse, daß alle diesbezüglichen Vorschriften unter Artikel 100 des Vertrags ergehen. Der EuGH sei der Auffassung, hier sei Artikel 43 einschlägig.⁷ Mehrheitsentscheidungen in diesen Fragen seien jedoch nicht gut. Sie wolle hier nur auf die Fragen der Tollwut, der Maul- und Klauenseuche, der Salmonellen und der Lysteria hinweisen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, diese Fragen würden schon von der Kommission erörtert.

PM *Thatcher* fährt fort, dies sei schon seit einiger Zeit der Fall. Sie kommt dann auf das Problem der Hormone im amerikanischen Rindfleisch zu sprechen.⁸ Diese Hormone seien nach Auffassung der Wissenschaftler unschädlich. Dann habe der EuGH eine Mehrheitsentscheidung für angebracht gehalten, was zu großen Schwierigkeiten mit den USA geführt habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Großbritannien sei in diesen Fragen normalerweise viel strenger.

PM *Thatcher* erwidert, das sei richtig, aber die US-Hormone seien nicht schädlich. Bei der Insellage Großbritanniens sei es sinnvoll, nochmals eine Prüfung im Eingangshafen vorzunehmen. Bei der Zeichnung der Europäischen Akte⁹ habe

⁷ Für den Wortlaut von Artikel 43 bzw. Artikel 100 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 798–800 bzw. S. 836.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 46, Anm. 19.

In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 10. Mai 1989 wurde vermerkt: „Im handelspolitischen Streitfall zwischen den USA und der EG um die Handelsfolgen des EG-Hormonverbots war am 17.2.89 von beiden Seiten die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Lösungsmöglichkeiten verabredet worden. Diese Arbeitsgruppe hat am 5.5.89 ihren Bericht vorgelegt.“ Das Ergebnis sei eine Übergangsmaßnahme, „deren Umsetzung und Wirksamkeit bis 15.7.89 geprüft werden soll. [...] Die jetzige Übergangsmaßnahme wird hormonfreie amerikanische Fleischexporte in die EG ermöglichen, die vom Handelsvolumen her mit mindestens 15 % des jetzigen Streitwerts von 140 Mio. US-Dollar (vor Inkrafttreten der Hormon-R[icht]L[inie] übliche Jahresexporte der USA in die EG bei den betroffenen Produkten) veranschlagt werden können. [...] Die amerikanische Regierung hat angekündigt, daß sie ihre einseitigen Maßnahmen gegen bestimmte EG-Exporte in die USA in dem Maße zurücknehmen wird, wie die amerikanischen Fleischexporte in die EG wiederaufgenommen werden.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160536.

⁹ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

Großbritannien einen Vorbehalt eingelegt, was die Kontrolle von Terroristen, Drogen, Straftätern und den Tierschutz anbelange. Im übrigen sei die Europäische Akte unter einem falschen Verständnis durchgegangen. Großbritannien habe bei allen Fragen stets Artikel 100 im Sinne gehabt. Der EuGH weite ständig die Kompetenzen der Kommission aus. PM Thatcher kommt auf Umweltfragen zu sprechen und bemerkt, sie glaube, daß gute Maßnahmen ergriffen worden seien. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Regenwälder. Sie sei hier in voller Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler. Man müsse jedoch im Auge haben, daß die betroffenen Länder sehr empfindlich seien.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet diese Frage als äußerst wichtig. Er halte es für unbedingt erforderlich, bei dem Weltwirtschaftsgipfel¹⁰ die Frage des Regenwaldes anzusprechen. Präsident Bush und Präsident Mitterrand seien auch dafür. Er glaube, er werde dort viel Unterstützung finden. Wenn die Entwicklung nicht gestoppt werde, werde es zu einer Katastrophe in bezug auf das Klima kommen.

PM *Thatcher* stimmt zu.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, die wissenschaftlichen Prognosen für den Regenwald seien katastrophal. Wenn sich nichts ändere, sei er in ca. zehn Jahren verschwunden. Der Bundeskanzler macht Ausführungen zu den Vorgängen in Brasilien. Der Regenwald werde durch die Brandrodung vernichtet, durch Vernichtung von Wald, um Edelhölzer zu gewinnen, wobei für zwei oder drei Stämme etwa 1ha Land geopfert werden müsse, und die Beheizung von Stahlwerken mit Holzkohle. Bei dem Projekt zur Energiegewinnung, für das bei der Weltbank ein Kredit¹¹ beantragt worden sei, werde eine riesige Fläche für den Stau von Wasser benötigt, da es keine Täler gebe. Noch schlimmer sei, daß der entstehende See nur saures Wasser enthalten werde. Ein totes Gewässer. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Länder, die auf dem Weltwirtschaftsgipfel vertreten seien, übereinstimmten, von dort aus ein Signal im Hinblick auf die Klimaveränderung durch die Vernichtung der Regenwälder geben würden. Dies sei ein großes Thema geworden. Brasilien werde natürlich die Gegenfrage stellen, was die entwickelten Länder beitragen würden, um seine Probleme zu lösen.

PM *Thatcher* führt aus, man könne den Menschen dort Geld geben, um die Wälder in Ordnung zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen. Sie weist darauf hin, daß z. B. 50 Millionen Pfund im Jahr von Großbritannien nach Bangladesch als Hilfe bei Überflutungskatastrophen gegeben werden. Das Wasser komme jedoch aus dem Hinterland; dort seien die Wälder abgeholzt, der Boden weggeschwemmt. Man müßte mit Indien und Nepal wegen dieser Ursachen verhandeln. Indien würde jedoch beleidigt sein. Diese Länder wollten sich nicht sagen lassen, was sie tun sollten. Man müsse das eigene Interesse dieser Länder an einer Verbesserung wecken.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, es müsse konkret darüber geredet werden, welches Angebot die Industrienationen machen könnten. In diesem Zusammenhang weist der Bundeskanzler auf den Schuldenerlaß für Kenia in Höhe von 817 Mil-

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

¹¹ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

lionen DM hin¹², für Zusagen in bezug auf die Erhaltung des Regenwalds hin.¹³ Brasilien solle ein konkretes Angebot gemacht werden, z. B. Hilfe bei der Energiegewinnung mit der Gegenleistung, den Regenwald für die Welt zu erhalten. Hierfür gebe es gute Chancen, da auch viele Brasilianer gegen die Vernichtung des Regenwaldes seien.

PM *Thatcher* weist darauf hin, daß man sehr sorgfältig vorgehen müsse, um die Empfindlichkeit der Brasilianer zu schonen. Es dürften keine Irritationen aufkommen.

Das Gespräch wendet sich noch kurz Polen zu. Der *Bundeskanzler* bezeichnet die Entwicklung als ermutigend. Sie sollte unterstützt werden. Die Erklärung von Präsident Bush¹⁴ bewertet der Bundeskanzler als sehr positiv.

PM *Thatcher* fügt hinzu, daß die Polen, wenn sie zu mehr politischer Freiheit gelangten, auch mehr Hilfe erhalten würden.

Der *Bundeskanzler* bemerkt abschließend, er wolle in den nächsten Tagen mit Präsident Bush telefonieren.¹⁵ Anschließend wolle er mit Frau Thatcher ein Gespräch führen, um über die Technik der Abstimmung zu reden.¹⁶

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34088

¹² Zum Schuldenerlaß der Bundesrepublik für Kenia vgl. Dok. 36, Anm. 5.

¹³ So in der Vorlage.

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 17. April 1989 in Hamtramck (Michigan) vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 430–433. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 19. April 1989, Dokumentation, S. 1–5.
Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 20. April 1989: „Die Rede ist politisch insofern bemerkenswert, als sie sich ganz eindeutig werbend an die polnische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten wendet und zugleich Polen zum Testfall für die weitere Entwicklung in Osteuropa erklärt. Sie bestätigt dabei zugleich – auch für die übrige amerikanische Zuhörerschaft – den vorsichtig abwartenden, aber dennoch positiven ‚approach‘ gegenüber den Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa. Für die Europäer hat dies den positiven Effekt, daß zum ersten Mal sich die Umrisse einer amerikanischen Osteuropa-Politik der neuen Administration abzeichnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1748; Referat 214, Bd. 139868.

¹⁵ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 5. Mai 1989 vgl. Dok. 120.

¹⁶ Bundeskanzler Kohl führte am 8. Mai 1989 ein Telefongespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher. Vgl. dazu <https://www.margarethatcher.org/source/prem19/prem19-2617>, S. 130 f.

117

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
italienischen Ministerpräsidenten De Mita in Rom**2. Mai 1989¹

Treffen des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsident Ciriaco De Mita am 2. Mai 1989 in Rom, 11.10–13.10 Uhr

Teilnehmer: der Bundeskanzler; BM Klein; MDg Neuer; VLR I Bitterlich; Dolmetscher; MP De Mita; Herr Manzella, Generalsekretär im Amt des Ministerpräsidenten; Botschafter Vattani; Note-taker; Dolmetscher.

Aus dem Gespräch ist im wesentlichen festzuhalten:

1) Innenpolitische Entwicklung in beiden Ländern

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert MP *De Mita* zunächst die innenpolitische Lage in Italien: Die wirtschaftliche Entwicklung sei sehr positiv. Um die schwierige finanzielle Situation des Landes mittelfristig mit Blick auf 1992² in den Griff zu bekommen, bräuchte Italien aber eine geschlossenere Regierung. Die jetzige Fünf-Parteien-Regierung sei in Wahrheit keine richtige Koalition. Entscheidenden Schwachpunkt stellten die Sozialisten (PSI) dar, die zwar Mitglied der Regierung seien, ständig aber an Alternativen dächten; sie seien aber zumindest vorläufig gezwungen, in der Regierung zu bleiben. Dies bringe aber ein hohes Maß an Unsicherheit mit.

Auf Bitten von MP De Mita erläutert der *Bundeskanzler* dann seinerseits die innenpolitische Lage in Deutschland: Er verweist auf die mittlerweile schon im siebten Jahr exzellente Wirtschaftsentwicklung, auch 1990 verspreche gut zu werden; bei den Investitionen herrsche im Grunde sogar Euphorie. Man habe auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Erfolge erzielt; es bestehe zugleich ein eklatanter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Wenn die Statistiken richtig wären, hätten wir eine Arbeitslosigkeit von ungefähr 6%. Diese beruhe auf regionalen und strukturellen Problemen; Beispiele hierfür seien die Schuhindustrie in Rheinland-Pfalz oder die Werften oder der Kohlebereich. Die Landwirtschaft bereite viel politischen Ärger, aber in ungefähr drei bis fünf Jahren würde man auch hier aus der Talsohle heraus sein. Grundproblem in der Bundesrepublik Deutschland sei es, daß es den Leuten zu gut gehe. Sie meinten, es könne nichts mehr passieren. Zur Sicherung der Zukunft habe die Bundesregierung aber grundlegende Reformen einleiten müssen, um in dem künftigen europäischen Binnenmarkt und angesichts der immer stärker werdenden internationalen Konkurrenz langfristig bestehen zu können. Der Vorschlag der SPD, die

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 5. Mai 1989 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Seiders an Bundeskanzler Kohl geleitet „mit der Bitte um Billigung und mit der Bitte um Zustimmung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes über den wesentlichen Inhalt“.

Hat Seiders vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34030.

² Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

30-Stunden-Woche einzuführen, sei angesichts der niedrigsten Geburtenrate und des höchsten Altersdurchschnitts in Europa absurd. Die SPD suche zudem das Bündnis mit den Grünen, die im Grunde anarchische Züge aufweisen und Verbindungen zum Terrorismus hätten. Auch das extreme rechte Spektrum bereite Probleme. Die Union müsse darauf hinarbeiten, daß es bei den Bundestagswahlen 1990³ nicht zum Zünglein an der Waage werde. Wichtigstes Ziel der Bundesregierung müsse es sein, mit Blick auf die Wahlen Ende 1990 den Menschen die Alternativen klarzumachen.

2) Vorbereitung NATO-Gipfel⁴

Der Bundeskanzler verweist darauf, daß die innenpolitische Lage sich auf alle Themen auswirke, auch auf die Sicherheitspolitik. SPD und Grüne wie die Mehrheit der öffentlich verfaßten Meinung seien für einseitige Abrüstung; Teile in der FDP, aber nicht die Mehrheit, würden ähnlich denken. Die Koalition habe ihre Position zur Modernisierung bzw. zu SNF klar umschrieben.⁵ Er sei zuversichtlich, bis zum NATO-Gipfel zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Anlage der WINTEX-Übung⁶ eine verheerende psychologische Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt habe. Er selbst habe deswegen einschreiten müssen. Er könne unsere und seine Linie wie folgt zusammenfassen:

- Die Bundesregierung wolle den Erfolg des NATO-Gipfels Ende Mai. Er wolle dadurch auch Unterstützung für den neuen US-Präsidenten⁷ bekunden, der weitaus mehr als frühere Präsidenten Europa kenne und ein Freund Europas sei.
- Die Zugehörigkeit zur NATO und die Erhaltung einer starken NATO seien für die Deutschen existentiell. Hieran habe sich seit Konrad Adenauer nichts geändert. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland beruhe auf den zwei Säulen: Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel der politischen Union und die Atlantische Allianz – aus seiner Sicht sei die Westbindung, wie er es wiederholt ausgedrückt habe, Teil der Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland sei nicht käuflich, auch nicht um den Preis der Einheit. Wir verdankten der NATO die längste Periode des Friedens in Freiheit in Europa. Daher müsse die NATO auch in Zukunft stark sein. Er sei sich bewußt, daß die Europäer in Sachen Lastenteilung künftig mehr tun müßten.
- Die Bundesregierung bleibe ein Anhänger der Harmel-Philosophie⁸. Dabei sei sie aber ohne jede Illusion gegenüber der Sowjetunion. Es wäre aber ein verhängnisvoller Fehler, die Entwicklung in der Sowjetunion nicht sorgfältig

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Vgl. dazu das Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989 zum Thema SNF; Dok. 111, Anm. 10.

⁶ Die NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 89“ fand vom 24. Februar bis 9. März 1989 statt.

⁷ George H.W. Bush.

⁸ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

zu beobachten, die Chancen für den Westen genau zu analysieren und sie, wenn immer es vernünftig erscheine, zu nutzen.

- Er sei nicht Erfinder des INF-Abkommens⁹ gewesen, auch nicht der sogenannten „Brandmauer“. Es sei schwierig für ihn, der deutschen Bevölkerung klarzumachen, daß über alle Bereiche der Abrüstung Verhandlungen laufen würden, nicht aber über den SNF-Bereich, der Deutschland in besonderer Weise betreffe. Es sei wichtig, Gorbatschow auf konventionellem Gebiet zu echten Abrüstungsschritten zu drängen. Der Warschauer Pakt müsse seine Invasionsfähigkeit verlieren. Unter Bezugnahme auf das in der Koalition erarbeitete Positionspapier verweist er darauf, daß der Westen auf absehbare Zeit nukleare und konventionelle Waffen zu seiner Verteidigung brauche – er wolle keine Denuklearisierung Europas und keine dritte Null-Lösung für den SNF-Bereich.
- Zu den aktuellen Problemen in bezug auf das NATO-Gesamtkonzept gelte:
 - GB wolle, daß die NATO jetzt die Entwicklung eines Nachfolgesystems für die Lance durch die USA begrüße. Dies sei allein eine GB-Forderung, die USA würden insofern nicht insistieren. Er wolle nur darauf verweisen, daß die USA in früheren Fällen eine solche Forderung nie erhoben hätten; im übrigen gehe es um einen lächerlichen Betrag von 30 Mio. Dollar. Ferner sei es unmöglich, der Bevölkerung klarzumachen, daß die Zustimmung zur Entwicklung nicht mit der zur endgültigen Produktion und Stationierung gleichgesetzt werden könne.
 - Nach den ihm vorliegenden Informationen brauche die Lance nicht vor 1996 ersetzt zu werden, d. h., man müsse über die Stationierung ungefähr 1992 entscheiden. In dem Positionspapier sei klar festgehalten, daß die Bundesrepublik Deutschland dann stationieren werde, wenn es bis dahin¹⁰ nicht zu entscheidenden Veränderungen in der konventionellen Abrüstung gekommen sei. Die Worte „ausschlaggebend und entscheidend“ könnten nicht anders als als eine klare Bedingung ausgelegt werden. Er glaube letztlich, daß es hier möglich sei, zu einer Einigung mit den USA zu kommen; dies sei eher eine Frage der Formulierung.
 - Die Amerikaner seien im Rahmen des Gesamtkonzepts gegen ein Mandat für SNF-Verhandlungen. Abrüstung unter Ausklammerung des SNF-Bereichs könne er aber nicht akzeptieren. Er sei wirklich irritiert über Teile in der westlichen öffentlichen Meinung, die uns als unsichere Kantonnisten verdächtigen. Er verteidige hier elementare deutsche Interessen. Aber auch hier sehe er durchaus eine gute Chance, zu einem Kompromiß zu kommen. Er wolle in diesem Sinne einmal laut nachdenken: Man könnte vielleicht sagen, daß SNF-Verhandlungen aufgenommen werden sollten, wenn ein bestimmter Abschnitt bei den konventionellen Abrüstungsverhandlungen erreicht ist.

MP *De Mita* entgegnet, daß er mit den Argumenten des Bundeskanzlers einverstanden sei, insbesondere was seine grundsätzlichen Aussagen zur EG und zur NATO betreffe. Auch in bezug auf die Fragen, die Deutschland besonders

⁹ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹⁰ Korrigiert aus: „wenn es dahin“.

beträfen, könne er auf die Solidarität Italiens bauen. Bei seinem Treffen mit PM Thatcher¹¹ habe er die Premierministerin gefragt, ob es im Interesse des Westens sei, die Bundesregierung in dieser für sie so wichtigen Frage im Stich zu lassen, zumal dies dazu beitragen könne, künftig mit einer Regierung von SPD und Grünen zurechtkommen zu müssen. PM Thatcher habe darauf keine Antwort gegeben.

Hinsichtlich der SNF-Verhandlungen habe er gegenüber PM Thatcher folgende Auffassung vertreten: Wichtigstes, unmittelbares Ziel müsse es sein, die Asymmetrien bei den konventionellen Waffen zu reduzieren und insbesondere die Angriffsfähigkeit des Warschauer Pakts zu beseitigen. Wenn hier substantielle Fortschritte erreicht würden, dann solle man auch über die taktischen Atomwaffen verhandeln.

Für die Frage der SNF-Verhandlungen stelle sich die Frage der richtigen Taktik: Solle man sofort damit beginnen oder solle man dies erst nach Einigung bzw. zumindest wesentlichen Ergebnissen bei der konventionellen Abrüstung tun? Er habe nichts gegen einen baldigen Beginn von SNF-Verhandlungen, wie wir es forderten. Man könne sich aber auch vorstellen, diese erst dann aufzunehmen, wenn bei den Wiener Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung¹² ein bestimmter Zeitraum vergangen und ein gewisses Ergebnis erreicht worden sei.

Auf Frage von MP De Mita bestätigt der *Bundeskanzler* ausdrücklich, daß wir nicht auf eine dritte Null-Lösung abzielten. Auf erneuten Einwurf von MP *De Mita*, daß GB Angst davor habe, die SU könne eine dritte Null-Lösung vorschlagen, betont der *Bundeskanzler*, daß man auf diese Weise die Debatte über die dritte Null-Lösung nicht aus der Welt bringen könne. Es sei die falsche Taktik, immer auf Initiativen von Gorbatschow zu warten.

In bezug auf den NATO-Gipfel könne er sich folgende Kompromißformel vorstellen:

- Betonung, daß Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung am vorrangigsten seien; Notwendigkeit zügiger Verhandlungen in diesem Bereich;
- Bereitschaft zu Verhandlungen über den SNF-Bereich unter der Voraussetzung, daß bei der konventionellen Abrüstung beachtliche Fortschritte erzielt worden sind.

MP *De Mita* erklärt sich mit einer solchen Formel ausdrücklich einverstanden, bei der man die Voraussetzung auch in der Weise formulieren könnte, daß die konventionellen Verhandlungen „gut laufen“. Vielleicht könnte man hinzusetzen, daß man keine dritte Null-Lösung anstreben wolle.

MP *De Mita* kommt sodann auf die Frage der Modernisierung der Lance und fragt nochmals den Bundeskanzler nach der Position der Bundesregierung im einzelnen.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß der genaue Zeitpunkt – ob 1992 oder, wie die USA gegenüber BM Genscher und BM Stoltenberg betont hätten¹³, bis

¹¹ Der italienische Ministerpräsident De Mita hielt sich am 28. April 1989 in Großbritannien auf. Zum Gespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher vgl. <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-3058>, S. 95–100.

¹² Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

¹³ Zu den Gesprächen der Bundesminister Genscher und Stoltenberg am 24. April 1989 in den USA vgl. Dok. 111 und Dok. 112.

Ende 1991 – kein Problem sei. Schwierigkeit bilde aber die Forderung von GB, daß die NATO entsprechende Forschungsarbeiten seitens der USA begrüßen sollte. Aus Sicht der Bundesregierung sei dies eine nationale amerikanische Entscheidung, wobei einige ohnehin darauf verweisen würden, daß die USA diese Arbeiten ohnehin bereits aufgenommen hätten.

MP *De Mita* fragt, ob man hier nicht eine neutralere Formel finden könnte.

Der *Bundeskanzler* betont, er verstehe das Problem nicht. Auch in der Vergangenheit hätten die Amerikaner die NATO nie gefragt. Im übrigen gehe es um geringfügige Summen – es gehe um 30 Millionen Dollar, die bereits im Verteidigungshaushalt für 1989 eingestellt seien. Wenn er sich jetzt damit einverstanden erkläre, entsprechende Forschungsarbeiten zu begrüßen, dann würde dies aus der Sicht seiner Kritiker ein erhebliches Präjudiz für die tatsächliche Entwicklung und Stationierung darstellen.

Der *Bundeskanzler* erinnert nochmals an die WINTEX-Übung sowie an die Diskussion um das Zonenkonzept in Wien¹⁴, die sich auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland sehr negativ ausgewirkt hätten. Die Bundesregierung könne alle Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland nur dann durchbringen, wenn sie von dem Grundsatz geprägt seien: Einheit der NATO – gleiche Sicherheit und gleiches Risiko für alle. In bezug auf die konkrete Formulierung des Textes zu SNF-Verhandlungen sei er zu einem Kompromiß bereit – er sei jedoch nicht bereit, die USA aufzufordern, ein Lance-Nachfolgemodell zu entwickeln.

MP *De Mita* erwidert, es sei wohl am besten, diese Frage im Text nicht zu erwähnen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und kommt noch einmal zurück auf die Frage des Zeitpunkts der Entscheidung über die Produktion des Lance-Nachfolgesystems. In dem Positionspapier der Bundesregierung genannter Zeitpunkt „1992“ gehe auf ausdrücklichen Wunsch von BM Genscher zurück. Er habe davon abgeraten.

Der *Bundeskanzler* und *De Mita* vereinbaren, in der weiteren Vorbereitung des NATO-Gipfels, auch über die Mitarbeiter, engen Kontakt zu halten, ggf. miteinander zu telefonieren.

3) West-Ost-Verhältnis, insbesondere Polen

Der *Bundeskanzler* spricht sodann das West-Ost-Verhältnis, insbesondere die Entwicklung in Polen, an. Er verweist darauf, daß wir mit Polen in wichtigen Verhandlungen für einen Neuanfang in den bilateralen Beziehungen stünden.¹⁵ Die Chancen für einen Abschluß in diesem Sommer wären gut; er habe die Absicht, zur Unterzeichnung nach Warschau zu reisen. Die Reformbemühungen in Polen – wie auch in Ungarn – seien für das West-Ost-Verhältnis wie für Europa von besonderer Bedeutung; ein Scheitern hätte katastrophale Auswirkungen. Wir arbeiteten ferner intensiv an der Vorbereitung des Gegenbesuches von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 15. Juni 1989¹⁶; auch hier habe man beachtliche Fortschritte erzielt, die früher

¹⁴ Zum regionalen Ansatz bei den VKSE vgl. Dok. 67.

¹⁵ Zum Stand der Gespräche mit Polen vgl. Dok. 135.

¹⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

undenkbar gewesen seien. MP Ryschkow habe beim Gespräch in Luxemburg am 18. April 1989¹⁷ die angelaufene Ausbildung von Industriemanagern nahezu euphorisch gefeiert. Auf Frage von MP De Mita nach unserer Bewertung des Reformprozesses in der Sowjetunion betont der Bundeskanzler, daß seiner Meinung nach Gorbatschow „den Rubikon überschritten“ habe: Entweder setze er die Reformen entschlossen fort oder aber er stürze. Kernproblem sei die schlechte Wirtschaftslage. Wir würden diesem Prozeß ohne Illusion gegenüberstehen, die Chancen zur vernünftigen Zusammenarbeit aber nutzen.

MP De Mita stimmt dieser Analyse des Bundeskanzlers ausdrücklich zu und verweist darauf, daß MP Thatcher, die ja der Sowjetunion zutiefst mißtraue, an sich, wenn sie logisch wäre, jegliche Verhandlungen ablehnen müßte. Er ergänzt, er würde nicht unbedingt darauf wetten wollen, daß Gorbatschow gewinne – obwohl er dafür sei, daß Gorbatschow Erfolg habe.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu, die Chancen stünden z.Zt. noch eher gegen Gorbatschow als für ihn, wenn man die Lage objektiv bewerte.

4) Vorbereitung des Europäischen Rats in Madrid¹⁸

MP De Mita spricht die Vorbereitung des Europäischen Rats an, in dessen Vordergrund die Erörterung des Berichtes des Delors-Ausschusses zur Währungspolitik¹⁹ stehen werde. Nach seinem Eindruck bestehe über das grundsätzliche weitere Vorgehen Einvernehmen zwischen D, F, SPA und IT. Es werde darauf ankommen, wie schon in Hannover²⁰ auch in Madrid in positiver Weise voranzukommen.

Der *Bundeskanzler* betont, er glaube nicht, daß es gelingen könne, schon bei der ersten Diskussion alle Probleme unter Kontrolle zu bekommen. Seine Erwartung gehe vielmehr dahin, daß man zwischen den beiden nächsten Europäischen Räten an den strittigen Punkten weiter arbeiten werden müsse, um dann endgültige Beschlüsse im Dezember 1989²¹ unter französischem Vorsitz zu fällen.

MP De Mita erwidert, er sei durchaus damit einverstanden, die endgültigen Beschlüsse erst im Dezember zu fällen; man sollte, um ein Signal nach vorne zu zeigen, in Madrid den Bericht des Delors-Ausschusses verabschieden und die Zeit bis zum ER im Dezember nutzen, die notwendigen Instrumente zur Umsetzung zu formulieren.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe auch mit diesem Vorgehen kein Problem. Wesentlich sei, daß der ER in Madrid das Zeichen setze, es geht vorwärts in Europa.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß in Madrid unbedingt auch über die soziale Dimension – hierfür gebe es vernünftige Vorschläge von Delors²² – und über den Abbau der Grenzkontrollen für Personen gesprochen werden müsse. Vor allem müsse die Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden mit dem Ziel intensiviert werden, eine europäische Bundespolizei zu schaffen. Es sei viel-

¹⁷ Für das Gespräch vgl. Dok. 100.

¹⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁹ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

²⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 191.

²¹ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

²² Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

leicht von ihm psychologisch falsch gewesen, in Rhodos²³ das Wort „FBI“ in den Mund zu nehmen, aber man brauche in der Sache eine zentrale Polizei mit vergleichbarer Kompetenz.

MP *De Mita* gibt zu bedenken, ob man nicht in einer ersten Stufe eine „koordinierende Polizeibehörde“ schaffen könnte, aus der sich dann quasi natürlich ein echtes Euro-FBI entwickeln werde.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

5) Vorbereitung Wirtschaftsgipfel Paris²⁴

Der *Bundeskanzler* verweist auf seine vorbereitenden Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand²⁵ und betont, daß eine Verständigung der Zwölf in Madrid über die grundlegenden Themen des Wirtschaftsgipfels – Verschuldung der Schwellenländer und globaler Umweltschutz – wichtig sei. Der Wirtschaftsgipfel in Paris müsse vor allem den globalen Umweltschutz voranbringen. Er erläutert in diesem Zusammenhang unsere Haltung zu dem anhängigen Brasilien-Kredit der Weltbank (Problematik der Regenwälder).²⁶ Im Falle von Kenia hätten wir Schulden in Höhe von 800 Mio. DM unter der Bedingung erlassen, daß das Land den Regenwald schützt.²⁷ Er sei sich²⁸ bewußt, daß dieses Thema schwierig und sensibel sei. Die Industrieländer müßten ehrlich sein und ihre Hilfe für den Fall anbieten, daß die Entwicklungsländer Umweltschutzmaßnahmen ergreifen. Ein konkretes Angebot der EG und der Industrieländer beim Wirtschaftsgipfel würde großen Eindruck in der Öffentlichkeit und in der Dritten Welt machen.

MP *De Mita* stimmt diesem Ansatz grundsätzlich zu. Man müsse von allgemeinen Vorgaben nunmehr zu präzisen Angeboten und Maßnahmen kommen. Er bietet dem *Bundeskanzler* enge Zusammenarbeit an.

6) Soldatenfriedhof Costermano²⁹

Der *Bundeskanzler* spricht abschließend MP *De Mita* kurz auf die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Soldatenfriedhof an und bittet ihn, sich diesen Fragenkomplex einmal näher anzuschauen und ihm persönlich seine Meinung zu übermitteln.

MP *De Mita* erwidert, er kenne das vom *Bundeskanzler* angesprochene Problem nicht, werde sich aber gerne damit näher befassen.³⁰

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34030

²³ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

²⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

²⁵ Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand trafen am 4. April 1989 in Günstburg zusammen. Vgl. Dok. 83.

Ferner fanden am 19./20. April 1989 in Paris die deutsch-französischen Konsultationen statt. Vgl. dazu Dok. 106, Dok. 108 und Dok. 109.

²⁶ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

²⁷ Zum Schuldenerlaß der Bundesrepublik für Kenia vgl. Dok. 36, Anm. 5.

²⁸ Korrigiert aus: „Er sich“.

²⁹ Zur Diskussion um den Soldatenfriedhof in Costermano vgl. Dok. 25.

³⁰ Vortragender Legationsrat Born notierte am 5. Mai 1989 Informationen des Bundeskanzleramts, im Anschluß an sein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Mita am 2. Mai 1989 in Rom habe Bundeskanzler Kohl seinen Mitarbeitern „eindeutige Weisung erteilt, daß am Friedhof Costermano in den betreffenden Fällen keine Änderungen vorgenommen werden sollen. Dies betreffe

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-12329/89 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1928

Aufgabe: 3. Mai 1989, 18.40 Uhr¹

Ankunft: 4. Mai 1989, 01.04 Uhr

Betr.: SNF;

hier: Brief BM vom 2.5.1989

Bezug: DE 3642 vom 2.5.1989²

1) In Abwesenheit des Botschafters³ übergab ich am 3.5.1989 Under Secretary for Political Affairs Robert Kimmitt den Brief BM an seinen amerikanischen Amtskollegen. Ich betonte dabei das außerordentliche Interesse der Bundesregierung, in den noch offenen Fragen rechtzeitig vor dem Gipfel⁴ Einvernehmen zu erzielen. Die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, wenn die amerikanische Regierung uns über deren Überlegungen für ein Einvernehmen informieren würde, damit die beiderseitigen Bemühungen rechtzeitig zu einem Ergebnis führten. Ich hob des weiteren hervor, daß es in der Frage von SNF-Verhandlungen in Deutschland einen nationalen Konsens gebe. Dies sei während der Bundestagsdebatte am 27.4.1989⁵ sehr deutlich geworden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 527

sowohl eine Umbettung als auch eine Verlegung/Änderung der Grabplatte oder der Grabinschrift. Bundeskanzler hat ferner intern wissen lassen, daß die Frage Costermano/Steinkühler im Koalitions-kreis diskret angesprochen worden sei. Auch dabei habe Bundeskanzler die obige Haltung eindeutig vertreten.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140538.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Mülmenstädt, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Holik am 8. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Roßbach vorgelegen.

² Ministerialdirektor Kastrup bat die Botschaft in Washington, „das als Anlage folgende Schreiben des BM an US-AM Baker unverzüglich im State Department zu übergeben“.

In dem Schreiben führte Bundesminister Genscher mit Blick auf die deutsch-amerikanischen Regierungsgespräche am 24. April 1989 in Washington aus: „1) Wir haben klargestellt, daß wir uneingeschränkt zu der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz vom 3. März 1988 in Brüssel stehen. Sie stimmten uns zu, die dort in Ziff. 5 zur Strategie der Kriegsverhinderung getroffenen Aussagen bei der bevorstehenden Gipfelkonferenz zu wiederholen. 2) Sie haben sich vorbehaltlich einer Gesamteinigung damit einverstanden erklärt, daß die Entscheidung, ob für 1996 die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems in das Bündnis und demzufolge Produktion und Stationierung erforderlich ist oder nicht, Anfang 1992 getroffen und nicht auf den Gipfel 1989 vorgezogen wird. Unser internes Verständnis ging dahin, daß sich die Außenministertagung im Herbst 1991 mit dieser Frage befassen wird. Die Sachkonditionen, die wir dafür als ausschlaggebend und entscheidend ansehen, sind in unserem Ihnen übergebenen Positionspapier aufgeführt. 3) Wir haben unsere Auffassung dargelegt, daß Ziff. 7 der Erklärung der Außenminister vom 12. Juni 1987 in Reykjavik und Ziff. 14 der Erklärung der Gipfelkonferenz vom 3. März 1988 in Brüssel die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen enthalten. Wir sollten von diesen Erklärungen ausgehend jetzt gemeinsam klären, wie die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses bald durch einen entsprechenden Auftrag implementiert werden kann.“ Vgl. VS-Bd. 12250 (220); B 150, Aktenkopien 1989.

³ Jürgen Ruhfus.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Für den Wortlaut der Bundestagsdebatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10291–10366.

Ich unterstrich den besonderen deutsch-deutschen Aspekt, den BM Genscher in seinem Debattenbeitrag im Bundestag herausgehoben habe und der in der SNF-Frage von nicht unerheblicher Relevanz sei. Abschließend führte ich unter Hinweis auf Ziffer 2 des BM-Briefes aus, daß in der Modernisierungsfrage bereits ein Kompromiß erzielt worden sei. Dies berechtige zu der Hoffnung auf eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich von SNF-Rüstungskontrollverhandlungen. Abschließend erklärte ich, die Diskussion der SNF-Frage, auch wenn sie sehr wichtig sei, dürfe nicht dazu führen, daß diesem Thema eine unverhältnismäßig hohe Bedeutung beigemessen werde. Es komme jetzt vielmehr darauf an, daß das Bündnis beim Gipfeltreffen in Brüssel die Perspektiven seiner Politik für das nächste Jahrzehnt darlege.

2) Kimmitt wies eingangs darauf hin, er werde unmittelbar nach unserem Gespräch AM Baker sehen, dem er bei dieser Gelegenheit den Brief des Bundesministers übergeben werde.

Kimmitt betonte, daß die amerikanische Regierung mit uns zusammenarbeiten wolle, damit eine einvernehmliche Lösung gefunden werde. Er erklärte, die USA seien bemüht gewesen, uns entgegenzukommen. Die amerikanische Regierung habe sich eine Position erarbeitet, die sie bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit uns habe erörtern wollen. Sie könne nun als Grundlage für die gegenwärtige Diskussion genutzt werden.

Die USA seien sich durchaus der „deutschen Frage“ im weiteren Sinn im SNF-Zusammenhang bewußt (mindful of broader German question). Kimmitt erläuterte, nach amerikanischer Auffassung berühre die SNF-Frage den Kern der Bündnisstrategie der nuklearen Abschreckung. Gleichzeitig wies er darauf hin, die SNF seien nur „a part of a part of a part of the Alliance“. Das Bündnis habe eine militärische, aber auch eine politische und ökonomische Komponente. Letztere seien sehr wichtig. Das militärische Element der Allianz lasse sich in einen konventionellen und nuklearen Teil gliedern. Das nukleare Element setze sich aus Nuklearwaffen kurzer und interkontinentaler Reichweite zusammen. Der Kurzstreckenbereich wiederum umfasse Raketen und Artillerie.

Auch die USA seien unglücklich darüber, daß das SNF-Thema zu große Aufmerksamkeit gefunden habe und von den Erfolgen der Allianz, die sich in ihrer vierzigjährigen Geschichte bewährt habe, ablenke. Es sei die Stärke des Bündnisses gewesen, die die Reformpolitik in der Sowjetunion ausgelöst habe. Der Osten bewege sich politisch und ökonomisch auf westliche Vorstellungen zu. Auch auf sicherheitspolitischem Gebiet unternehme er Schritte, die im westlichen Interesse lägen.

Kimmitt betonte, auch in den USA werde die SNF-Position der Regierung von einem breiten Konsens getragen. Es werde der Aufmerksamkeit der Botschaft sicherlich nicht entgangen sein, daß in der öffentlichen Diskussion in den Medien auch Stimmen zu Wort kämen, die eine andere Position als die der Regierung vertreten. Hierbei handele es sich jedoch um Personen, die außerhalb der Regierung ständen (ein Hinweis auf Äußerungen Paul Nitzes in der New York Times vom heutigen Tage⁶). Auch wenn es einige unterschiedliche Auffassungen in den

⁶ Zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Sonderbotschafters Nitze wurde berichtet, er werfe Präsident Bush vor, mit der Ablehnung von Verhandlungen über SNF einen Fehler zu begehen.

USA gebe, so erwarte das amerikanische Volk, daß der Präsident⁷ in militärisch-strategischen Fragen die Führung übernehme.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 12250 (220)

119

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1946

Aufgabe: 4. Mai 1989, 19.32 Uhr¹

Ankunft: 5. Mai 1989, 01.57 Uhr

Betr.: Politische Bedeutung der EG;
hier: Verständnisprobleme der USA

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Durch den Trade Act 1988² ist es schwieriger geworden, Administration, Kongreß und Medien die sicherheitspolitische Bedeutung der EG klarzumachen. Folge davon ist, daß es bei den unvermeidlichen Handelskonflikten zwischen USA und EG schwierig ist, amerikanische Mäßigung durch Appell an die Verantwortung des Präsidenten für die weiterreichenden transatlantischen Interessen der USA zu erreichen. Es war für uns zwar wohltuend, daß Präsident Bush bei der Amtseinführung der Handelsbeauftragten pointiert darauf hinwies, daß die Länder, mit denen die USA ernste Handelsprobleme haben, nicht Feinde, sondern Alliierte seien.³ Dennoch ist Bush nicht der souveräne Chef der Handelspolitik, den wir uns wünschen. Bisher gehen die USA behutsam mit Japan und der EG um, was allerdings dem Kongreß bereits unangenehm aufgefallen ist. Die EG muß wegen der handelspolitischen Schwächung des Präsidenten eine größere Verantwortung für die Wahrung ihrer handelspolitischen Interessen und die Einordnung dieser Interessen in die transatlantische Gesamtpolitik über-

Fortsetzung Fußnote von Seite 529

Verhandlungen über diese Frage seien im militärischen Interesse der NATO, da ein großer sowjetischer Vorteil auf diesem Gebiet bestehe: „Mr. Nitze said the West should try to negotiate equal ceilings at a low level of about 200 to 300 warheads on each side, a limit that would require huge reductions on the Soviet side.“ Vgl. den Artikel „Reagan Arms Adviser Says Bush Is Wrong on Short-Range Missiles“, THE NEW YORK TIMES vom 3. Mai 1989, S. A 1 bzw. A 10.

⁷ George H.W. Bush.

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Graf Lambsdorff und Botschaftsrat I. Klasse Dahlhoff, beide Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Leonberger am 5. Mai 1989 vorgelegen.

² Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 vgl. Dok. 103, Anm. 10.

³ Für den Wortlaut der Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Bush anlässlich der Amtseinführung der Handelsbeauftragten Hills am 6. Februar 1989 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 55–57.

nehmen. Dazu gehört eine verstärkte Lobby auf dem Hill und eine verbesserte EG-Öffentlichkeitsarbeit.

II. Im einzelnen

1) Gegenstand des Berichts ist die von der Botschaft beobachtete zunehmende Schwierigkeit, der amerikanischen Regierung (Administration und Kongreß) und den Medien die sicherheitspolitische Bedeutung der EG klarzumachen und bei den eher zu- als abnehmenden Handelskonflikten im Interesse einer Schadensbegrenzung zur Geltung zu bringen. Letzteres fürchten diejenigen Kräfte im Kongreß, der Administration und der Wirtschaft, denen wir den Trade and Competitiveness Act of 1988 verdanken. Zu den Zeichen ihres Erfolges gehörte eine von der US-Handelskammer veröffentlichte Karikatur, in der wegen des Trade Act nun auch die amerikanische Handelsbeauftragte mit dem Verteidigungs- und Außenminister ins Ovale Büro des Präsidenten gehen darf.

Es geht hier um den innenpolitischen Kampf um den Rang der Sachwalter der Handelspolitik verglichen mit dem der Sachwalter der Sicherheits- und Außenpolitik Washingtons. Von Truman bis Nixon hatten die Präsidenten relativ weiten handelspolitischen Spielraum. Unter dem Eindruck der schwachen Handelsbilanzen nach dem Vietnamkrieg engte der Kongreß den Spielraum der Präsidenten Carter bis Reagan zunehmend ein (Trade Acts von 1974⁴, 1984⁵ und 1988). Wesentlicher Zweck dabei war, die Möglichkeiten des Präsidenten zur Unterordnung handelspolitischer Probleme unter Sicherheits- und Außenpolitik zu beschränken. Die originäre Zuständigkeit für den Außenhandel liegt nach der Verfassung⁶ allein beim Kongreß. Sie liegt beim Präsidenten nur, soweit sie ihm vom Kongreß übertragen worden ist. Auch für die Außenpolitik hat der Präsident eine mit dem Kongreß geteilte Zuständigkeit. Nur als Oberkommandierender der Streitkräfte ist der Präsident durch die Verfassung in seiner Position gesichert.

2) Der Kongreß hat mit dem Trade Act nun sogar weitere handelspolitische Zuständigkeiten des Präsidenten in den Kongreß zurückgeholt und sie de facto reinen Wirtschaftsausschüssen (Senate Finance, House Ways and Means) überantwortet. Damit wird im Kongreß einer institutionellen Trennung der Handelspolitik von der Außenpolitik (Senate Foreign Relations, House Foreign Affairs) wesentlicher Vorschub geleistet. Gleichzeitig hat der Kongreß mit dem Trade Act die Stellung des Handelsbeauftragten – und in seinem Schatten des Handelsministers – in der Administration gegenüber dem Präsidenten und damit dem Außen- und Verteidigungsminister gestärkt. Er hat es erreicht, daß alle Komponenten amerikanischer Weltgeltung nun auch der Handelspolitik zu dienen haben. Nur eine Großmacht kann es sich leisten, ihren Präsidenten zum Handelskonflikt mit Verbündeten zu zwingen (Super 301 und andere Vorschriften über Mandatory Trade Action).

Neue materielle, prozedurale und institutionelle Regeln erschweren es dem Präsidenten, handelspolitische Interessen den höheren Interessen der auswärtigen

⁴ Für den Wortlaut des amerikanischen Handelsgesetzes vom 3. Januar 1975 (Trade Act of 1974) vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 88 (1974), S. 1978–2076.

⁵ Für den Wortlaut des amerikanischen Handelsgesetzes vom 30. Oktober 1984 (Trade and Tariff Act of 1984) vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 98 (1984), S. 2948–3050.

⁶ Für den Wortlaut der amerikanischen Verfassung vom 17. September 1787 in der Fassung vom 30. Juni 1971 vgl. Edward Conrad SMITH (Hrsg.), The Constitution of the United States. With Case Summaries. 11. Auflage, New York u. a. 1979, S. 37–58.

Politik unterzuordnen. Es war für uns zwar wohltuend, daß Präsident Bush bei der Amtseinführung von Frau Hills, der Handelsbeauftragten, pointiert darauf hinwies, daß die Länder, mit denen die USA ernste Handelsprobleme haben, nicht Feinde, sondern Alliierte seien. Aber Bush ist, wie dargelegt, nicht der souveräne Chef der Handelspolitik, den wir uns wünschen.

3) Die relativ weitgehende Emanzipation der Handelspolitiker von den hauptsächlich Zentralen politischer Gesamtverantwortung hat ihre Entsprechung in zwei einseitigen Sichtweisen von der EG, die weitgehende Eigenleben führen. Selten nur hört man beide der folgenden Elemente im Zusammenhang. Die Träger der Gesamtverantwortung anerkennen bereitwillig den Beitrag der EG zur Geschlossenheit des europäischen Flügels der NATO, zur Stabilisierung der Demokratie in Portugal, Spanien und Griechenland, zur Bindung der Bundesrepublik an den Westen, zur Anziehungskraft des Westens auf Mittel- und Osteuropa. Weist man die Sachwalter der Handelspolitik auf diese Elemente hin, wird im allgemeinen gesagt, das möge wohl so sein, aber Amerika habe ein Handelsdefizit und könne sich die unfairen Handelsbräuche des Auslands nicht mehr leisten. Japan und Westeuropa seien selbst reich und brauchten keine Geschenke mehr aus den USA. Amerika müsse seine „leverage“ hart und aggressiv gegen ein hartgesottenes Ausland einsetzen.

4) Trotz der erkennbaren neuen Strukturen wird in der Praxis des neuen Präsidenten der Trade Act noch nicht so heiß aufgetischt, wie er gekocht worden ist. Bisher gehen die USA in der Sache noch behutsam mit Japan und der EG um. Die Handelsbeauftragte und der Handelsminister⁷ tun sich schwer mit der Anwendung des Super-301-Verfahrens gegen Japan, und insgesamt hat sich die Administration im Hormonstreit⁸ und in der Uruguay-Runde⁹ bei Wahrung der nationalen Positionen um Entschärfung des Agrarkonflikts bemüht. Bei Airbus¹⁰ sind die Zeichen eines bewußten Konfliktmanagements zwar schwach, es ist aber auch noch nicht völlig ausgeschlossen, daß es trotz der qua Genfer Demarche verlangten Verhandlungen¹¹ nicht zu einem eskalierenden Konflikt kommt. Aller-

⁷ Robert A. Mosbacher.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 116, Anm. 8.

⁹ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 152.

¹⁰ Seit Herbst 1988 liefen Verhandlungen über eine Übernahme von MBB und damit auch der Deutschen Airbus GmbH durch Daimler-Benz. Vgl. dazu Dok. 228.

Referat 411 vermerkte am 24. April 1989, das Mandat des Kabinetts vom 7. November 1988 für die Verhandlungen sehe u. a. die Verpflichtung der Bundesregierung zum Ausgleich von Wechselkursrisiken vor. Die amerikanische Regierung habe daraufhin am 20. März 1989 im GATT Beschwerde gegen die „Airbus-Privatisierung“ eingelegt: „Währungsrisikoversicherung wird als Verstoß gegen GATT-Subventionskodex betrachtet. Gleichzeitig hat Washington die Airbus-Partner aufgefordert, die seit Jahren laufenden bilateralen Verhandlungen über eine Neufassung der GATT-Zivilflugzeug-Konvention fortzusetzen. Eine Annäherung der Sachpositionen ist bisher nicht erkennbar.“ Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

¹¹ Am 9./10. Mai 1989 fanden in Genf Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über Airbus statt. Dazu berichtete die Ständige Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf am 11. Mai 1989, diese Gesprächsrunde habe das deutliche Interesse der USA an einem Abkommen gezeigt: „Klar erkennbare Taktik der USA ist, mit Druck auf die deutsche Seite über GATT-Konsultationen in den Verhandlungen über Subventionen möglichst viel zu erreichen. Wir sollten den Amerikanern bald klarmachen, daß sie einen (möglichen) GATT-Streit und Bemühungen um einvernehmliche und dauerhafte Lösungen nicht gleichzeitig betreiben können. [...] Die Aussichten auf Fortschritte in den Subventionsverhandlungen sind nach bisherigem Eindruck gut; ob

dings hat der Trade Barriers Report¹² Ende April das Thema wieder genannt. Er dürfte die Super-301-Länderliste Ende Mai mitbestimmen und so die lange Liste der Konfliktparteien und -punkte noch länger machen.

5) Die zumindest im Moment noch geübte Behutsamkeit im Umgang mit den handelspolitischen „Folterwerkzeugen“ ist dem Kongreß bereits unangenehm aufgefallen. Vor allem die beim Trade Act hervorgetretenen Senatoren, allen voran Bentsen und Baucus, drücken bereits auf die Administration, um sie aggressiver und härter zu machen. Auch Danforth engagiert sich bei Airbus, Telekommunikation¹³ und Bankenrichtlinie¹⁴. Bentsen hat, bevor Bush 100 Tage im Amt war, Hearings zur Implementierung des Trade Act angesetzt.

6) Die EG und ihre Mitgliedstaaten können, wie es derzeit aussieht, vom Präsidenten Einsicht in ihre Bedeutung für seine Europapolitik erwarten, nicht aber gleichermaßen Schutz vor handelspolitischen Schritten der Sachwalter der US-Handelspolitik. Die EG muß daher gegenüber Washington eine größere Verantwortung für die Wahrung ihrer handelspolitischen Interessen und die Einordnung dieser Interessen in die transatlantische Gesamtpolitik übernehmen.

Dazu gehört die Bereitschaft der EG zur handelspolitischen Vergeltung. Schon jetzt hat sich die Gemeinschaft damit bei den handelspolitischen Scharfmachern Respekt verschafft und ihnen das Vorhandensein einer „countervailing leverage“ jenseits des Atlantik bewußt gemacht. Die EG hat dadurch eine von anderen Handelsnationen wie Japan oder Korea beneidete Stellung. Gleichzeitig ist aber auch die Verantwortung der EG für die größeren transatlantischen Zusammenhänge gewachsen. Eine allgemein gültige Antwort auf die Frage, wie Bereitschaft zur handelspolitischen Vergeltung in Einklang gebracht werden kann mit etwa notwendiger Zurückhaltung im Einzelfall aus allgemein politischen Gründen, gibt es leider nicht.

7) Das amtliche Washington kennt und schätzt unsere Rolle in der EG, wenn es darum geht, einen handelspolitischen Konflikt EG–USA nicht außer Kon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 532

die USA GATT-Druckmittel wegen der Wechselkurslösung einsetzen werden, bleibt abzuwarten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1194/1995; Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

12 Für den vom Büro der amerikanischen Handelsbeauftragten herausgegebenen „1989 National Trade Estimate Report on Foreign Trade Barriers“ vgl. <https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=umn.31951t00156828q>.

13 Referat 432 erläuterte am 16. März 1989: „Das US-Handelsgesetz von 1988 enthält einen Sonderteil über Telekommunikation (Telecommunications Trade Act). Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß ein Ungleichgewicht beim Handel im Telekommunikationssektor existiert (Offenheit des US-Marktes einerseits, hohe Marktzugangsbarrieren durch staatlichen Einfluß auf fremden Märkten andererseits). Ziel der US-Politik ist, gegenseitig vorteilhafte Handelsbeziehungen für Telekommunikationsgüter und -dienste zu erreichen.“ Die Europäischen Gemeinschaften hätten die Forderung der USA, Verhandlungen über den Handel mit Telekommunikationsgütern und -diensten aufzunehmen, abgelehnt und auf das GATT verwiesen: „Gespräche zwischen der EG und den USA über die Telekommunikationsmärkte können indessen fortgesetzt und die Beschaffungsregeln beider Seiten geprüft werden.“ Vgl. Referat 432, Bd. 162964.

14 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Auswärtigen Amts vom 16. Mai 1989 wurde dargelegt, mit Blick auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 überwögen in den USA Skepsis und Sorgen vor einer „Festung Europa“-: „Besonders kritische Aufmerksamkeit der USA (Regierung und Kongreß) richtet sich auf sog. 2. EG-Bankenrichtlinie. Ursprünglich vorgesehene Reziprozitätsformel, d. h. Zulassung von Drittlandsbanken in der EG nur, wenn europäische Banken in diesen Ländern auch zugelassen werden, in jüngster Fassung allerdings weitgehend entschärft.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160514.

trolle geraten zu lassen (jüngste Beispiele sind der Hormonstreit und die Revision der zweiten Bankenrichtlinie durch die Kommission). Gleiches gilt für England und Holland. Gleichwohl werden uns die weitestgehenden Erwartungen entgegengebracht.

8) Die Botschaft hält es für erforderlich, daß die EG als ganzes und die wichtigsten Mitgliedstaaten ihren Einsatz auf dem Hill und in der Public Diplomacy steigern, um der veränderten Landschaft, in der die EG in Washington zu agieren hat, gerecht zu werden. Sie muß sich als selbstbewußter und verantwortungsbewußter Handelspartner und Stütze der transatlantischen Sicherheitspolitik präsentieren.

[gez.] Ruhfus

Referat 411, Bd. 160514

120

Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush

5. Mai 1989¹

Telefongespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Bush am Freitag, dem 5. Mai 1989, von 15.20 bis 15.35 Uhr²

Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Bush und teilt ihm mit, er habe ein sehr gutes Gespräch mit Botschafter Walters geführt. Er freue sich, daß der Präsident Botschafter Walters nach Bonn entsandt habe. Er schätze Walters wegen seiner Persönlichkeit und seiner Nähe zu Präsident Bush.

Er wolle folgendes dem Präsidenten sagen:

- 1) Er, der Bundeskanzler, wolle alles tun, um einen vernünftigen Kompromiß vor dem Brüsseler Gipfel³ zu erreichen.
- 2) Er wolle an dem Kompromiß mitarbeiten und glaube, daß eine gute Chance bestehe.

Nach dem Vorschlag von Ministerpräsident Mulroney, der ihm gerade vorgelegt worden sei⁴, den er jedoch noch nicht geprüft habe, und nachdem auch Minister-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Kohl verfügte.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik. Persönlich.“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H. GL21 z[ur] K[enntnisnahme], dann zurück.“

Hat Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 9. Mai 1989 vorgelegen.

² Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich am 4. Mai 1989 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, übermittelte am 6. Mai 1989 Informationen der kanadischen Botschaft zur

präsident Lubbers zu Präsident Bush kommen werde⁵, der auch Überlegungen angestellt habe⁶, frage er sich, ob dies alles sehr sinnvoll sei. Es sei zwar sehr gut, jedoch gehe es vielleicht wie in dem deutschen Sprichwort: „Viele Köche verderben den Brei.“

Der Bundeskanzler macht den Vorschlag, Präsident Bush solle einen Mitarbeiter nach Bonn zu Gesprächen entsenden. Dieser Mitarbeiter brauche nicht im Ministerrang sein. Er solle aber eine Persönlichkeit sein, die direkten Zugang zum Präsidenten habe.

Präsident *Bush* führt aus, er sei zuversichtlich, daß man die Sache so handhaben könne. Wie der Bundeskanzler glaube auch er, daß Gespräche nur gut sein könnten. Er werde gerne einen Mann seines Vertrauens entsenden.⁷ Allerdings meine er, dieses solle tunlichst nicht im Lichte der Öffentlichkeit geschehen, denn es habe bereits allzu viele Spekulationen gegeben, und in der Tat könnten hier zu viele Köche den Brei verderben.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies könne sehr diskret geschehen. Z. B. könne der Abgesandte von Präsident Bush den amerikanischen Botschafter in Bonn besuchen und mit zwei oder drei Mitarbeitern des Bundeskanzlers zusammenreffen. Er halte es für sehr wichtig, daß Präsident Bush und er selbst Kontakt hielten. Später könne das Ergebnis in die offiziellen Kanäle gehen. Er schlage dies vor, um hilfreich zu sein.

Präsident *Bush* entgegnet, dieser Vorschlag sei in der Tat sehr hilfreich. Er sei allerdings deswegen besorgt, weil er sich bemühe, auf stille Weise eine Lösung

Fortsetzung Fußnote von Seite 534

Erörterung der SNF-Frage: „Die kanadische Seite habe folgende Position vertreten: grundsätzliche Zustimmung zu Verhandlungen; sorgfältige Vorbereitung der ‚terms‘ der Verhandlungen durch eine Arbeitsgruppe; unmißverständliche Ablehnung einer dritten Null-Lösung; ein SNF-Ergebnis müsse im Zusammenhang mit den Wiener Verhandlungen gesehen werden; auch ein CW-Abkommen sei zu berücksichtigenden (CW deal ingredient for SNF-outcome).“ Mulroney habe erklärt, „Kanada würde eine Modernisierungsentscheidung unterstützen, wenn sie notwendig sei (when that must happen). Mulroney habe weiter ausgeführt, nach kanadischem Verständnis seien nukleare Kurzstreckenwaffen in Europa nicht für alle Zeiten erforderlich. Eine Abschaffung dieser Systeme könnte in Erwägung gezogen werden, wenn die Wiener Verhandlungen zu einem Ergebnis führten, das konventionelle Stabilität in Europa herstelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1980; Referat 220, Bd. 144787.

⁵ Der niederländische Ministerpräsident Lubbers traf am 9. Mai 1989 in Washington mit dem amerikanischen Präsidenten Bush zusammen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁶ Botschafter von der Gablentz, Den Haag, erläuterte am 2. Mai 1989, die Niederlande hätten folgenden Vorschlag vorgebracht: „SNF-Verhandlungen mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau unter Ausschluß einer Null-Lösung werden für einen späteren Zeitpunkt ins Auge gefaßt. Vorausgehen sollen einseitige Reduzierungen, um östliche Überlegenheit abzubauen und nukleare Artillerie abzuschaffen. Gleichzeitig soll westliches Potential von kürzerer nach längerer Reichweite umgerüstet werden. Obergrenzen sollen im Zusammenhang mit Ergebnissen konventioneller Abrüstung festgesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 292; Referat 220, Bd. 144787.

⁷ Am 12. Mai 1989 fand im Bundeskanzleramt ein Gespräch mit einer amerikanischen Delegation statt. Ministerialdirektor Kastrup notierte dazu am selben Tag für Bundesminister Genscher: „1) Wir haben mehrfach sehr nachdrücklich unterstrichen, daß für uns im Gesamtkonzept ein Hinweis auf die Bereitschaft zu SNF-Verhandlungen unverzichtbar ist. 2) Zu dem amerikanischen Wunsch, den Ausschluß einer dritten Null-Lösung ausdrücklich festzuschreiben, hat Telttschik erklärt, er halte dies innenpolitisch nicht für machbar. Ich habe dies bekräftigt. Botschafter Walters warf ein, er habe vor einigen Tagen mit dem Kanzler gesprochen. Dieser habe gesagt, seine Position sei klar. Eine dritte Null-Lösung komme für ihn nicht in Betracht. 3) Die amerikanischen Gesprächspartner appellierten an uns, die politischen Probleme in Rechnung zu stellen, die der Präsident zu Hause und im Bündnis habe. Nachdem er uns in der Modernisierungsfrage entgegengekommen sei, dürften wir ihn in der Verhandlungsfrage nicht überfordern.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178933.

zu erzielen, inzwischen aber fortgesetzt amerikanischer Kritik ausgesetzt sei, wonach er unentschlossen und unwillig sei, die Führung zu übernehmen. Er habe sich über Indiskretionen in der Presse geärgert, aber auch der Bundeskanzler wisse ja ein Lied von Indiskretionen zu singen. Er werde zusätzlich von Senatoren und Kongreßabgeordneten attackiert. Er erkläre diesen, daß seine Position sehr klar sei und daß er mit dem Bundeskanzler und den anderen eine gute Lösung herbeiführen wolle, damit der Gipfel ein Erfolg werde. Der Bundeskanzler habe aber seine Position ja nun einmal einnehmen müssen, und auch dieses führe zu Attacken seitens der amerikanischen wie vermutlich auch der europäischen Presse. Er wolle die Dinge auf harmonischem Wege lösen; alles auf ein gutes Ergebnis hinlenken.

Der Vorschlag, einen Mitarbeiter nach Bonn zu entsenden, sei sehr gut. Er werde sehr bald mitteilen, wer dies sein werde.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht nochmals die Gründe, die ihn zu seinem Vorschlag veranlassen. Er wolle, daß die NATO erfolgreich sei, und er wolle, daß Präsident Bush einen Erfolg habe. Es sei dies die erste Europa-Reise in seiner Eigenschaft als Präsident.⁸ Er sei ein erprobter Freund der Europäer und der Deutschen. Er, der Bundeskanzler, werde das nie vergessen. Er habe Botschafter Walters auch gesagt, im Sommer solle man über die Lastenverteilung sprechen.

Er sei bereit, einen Schritt auf Präsident Bush zuzugehen, damit auch der Kongreß sehe, daß man zusammenstehen wolle. Der Präsident werde nach Polen und Ungarn reisen.⁹ Dort werde er gewaltige Entwicklungen feststellen können. Er sei der letzte, der Gorbatschow als neuen Helden sehe. Man dürfe Worte nicht mit Taten verwechseln. Wir erlebten aber zur Zeit den Zusammenbruch der östlichen Ideologie, und zwar politisch wie wirtschaftlich. Es sei dies die Stunde des Triumphes für den Westen. Dies sei nicht zuletzt den USA zu verdanken. Deshalb solle die Rolle Präsident Bushs im Vordergrund stehen. Dies habe auch etwas mit der Rolle der NATO und dem Erfolg des Gipfels zu tun. Der Bundeskanzler wiederholt seine Anregung, am Montag¹⁰ eine Nachricht an Herrn Teltshik zu geben, wen Präsident Bush als Abgesandten benennen wolle. In der nächsten Woche – wenn die Vorstellungen auf beiden Seiten genau bekannt seien – könne man nochmals miteinander telefonieren.¹¹ Jedenfalls solle der Präsident wissen, daß er am Ball bleibe.

Präsident *Bush* antwortet, er werde am Montag wissen lassen, wen er entsende und wann der Emissär komme. In der Tat denke er an Polen und Ungarn. Die Reisepläne seien aber zwischen den Regierungen noch nicht definitiv abgesprochen, wenngleich sie durch Indiskretionen bekannt geworden seien.

⁸ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1989 in Italien und im Vatikan auf, vom 28. bis 30. Mai anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Belgien, am 30./31. Mai in der Bundesrepublik und vom 31. Mai bis 2. Juni 1989 in Großbritannien.

Für das Gespräch zwischen Bush und Bundeskanzler Kohl am 30. Mai 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 1.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

¹⁰ 8. Mai 1989.

¹¹ Ein weiteres Telefongespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Präsidenten Bush fand am 16. Mai 1989 statt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727, bzw. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Er habe jedenfalls die Absicht, nach Osteuropa zu reisen. Gorbatschow reise demnächst nach Westeuropa.¹² Er sei der Auffassung, daß er den Veränderungen in der Welt auch dadurch Ausdruck verleihen solle, daß er nach Osteuropa reise.

Im übrigen reise Jim Baker nach Moskau¹³ und werde über eine sehr weite Spanne von Fragen, die auch für den Bundeskanzler von Interesse seien, mit Schewardnadse sprechen.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht, daß er die Reise Präsident Bushs nach Osteuropa für wichtig und notwendig erachte. Es sei wichtig, daß die Stimme Amerikas deutlich werde. Vermutlich werde er selbst in der zweiten Hälfte Juli nach Warschau reisen¹⁴, also nach Präsident Bush. Dort bestünden große Erwartungen. Er wolle noch sagen, daß Gorbatschow nicht die Stimme Europas sein dürfe. Er sei für Fortschritte, aber nicht dafür.

Präsident *Bush* stimmt dem zu.

Die Reise von Jim Baker solle vor der Öffentlichkeit durchaus bekannt werden, also die Bereitschaft der USA, sich weiter auf die Sowjetunion einzulassen. Bereits die Tatsache der Reise werde sicher von der europäischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen werden. Sie solle auch zeigen, die USA haben keine Angst, mit diesen Leuten zu sprechen.

Mit der Einschätzung der Situation, die der Bundeskanzler selbst gerade vorgenommen habe, stimme er überein. Er, Präsident Bush, werde nach Rückkehr von Jim Baker die Schlußfolgerungen aus der Reise gerne mit dem Bundeskanzler erörtern.

Der *Bundeskanzler* dankt Präsident Bush und bestätigt nochmals, daß man am Montag wegen des Abgesandten Kontakt aufnehmen wolle.

Zur Mitteilung an die Presse schlägt der Bundeskanzler vor, daß lediglich die Tatsache des Telefongesprächs bestätigt werden solle. Er werde noch hinzufügen, daß solche Telefongespräche regelmäßig stattfinden. Über den Inhalt solle nichts gesagt werden.

Präsident *Bush* stimmt dem zu. Der Presse gegenüber werde über den Inhalt des Gesprächs kein Wort von ihm geäußert werden. Er dankt für den Geist dieses Gesprächs. Das Bündnis müsse als stark und zusammenstehend aus dem Gipfel hervorgehen, denn in der Tat sei dies der Zeitpunkt, in dem der Westen gewinne.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetischen Außenminister Schewardnadse besuchten vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Ferner hielten sie sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

¹³ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹⁴ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

121

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup**204-321.15-194/89 geheim****5. Mai 1989¹**

Betr.: Vierer-Konsultationen auf Direktorenebene am 4.5. in London

I. Kurzfassung

Nach Einarbeitung der neuen US-Administration und dadurch bedingter mehrmonatiger Unterbrechung fanden 1989 erstmals wieder Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren statt (Fretwell/GB, Dufourcq/F, D2², Ch. Thomas für R. Ridgway/USA). Aus den 5 1/2stündigen, kollegial und offen geführten Gesprächen ist festzuhalten:

- Bewertungen über gefestigte Stellung Gorbatschows liegen nahe beieinander; abweichende Äußerungen von VM Cheney geben nicht die offizielle Haltung der US-Administration wieder (siehe unter Ziff. 1);
- Kissinger-Plan für Osteuropa ist erledigt („dead“, Ziff. 2);
- hinsichtlich weiterem Vorgehen gegenüber Polen (Ziff. 3) besteht weitgehend Übereinstimmung (gewisse Zurückhaltung bei GB); bei der Besuchsplanung besteht die Gefahr, daß D ins Hintertreffen gerät;
- ein Ende der Ära Ceauşescu ist auch nach Einschätzung der Partner nicht absehbar. Wir haben die USA gebeten, gemeinsam mit Kanada bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – ähnlich wie die EG – Zurückhaltung zu üben. Das Vorgehen des Westens soll vor Ort in Bukarest koordiniert werden (s. Ziff. 4);
- zu Jugoslawien bestand Übereinstimmung, über die Zusammenarbeit im IWF auf eine Konkretisierung des wirtschaftlichen Reformprogramms³ hinzuwirken;
- die Behandlung der innerdeutschen Beziehungen und der Lage in der DDR wurde auf die Berlin und Deutschland als Ganzes gewidmete Begegnung am Vorabend des NATO-Gipfels (28.5.)⁴ vertagt. Wir stellten in Aussicht, Papier als Diskussionsgrundlage zu zirkulieren.

Auf Frage D 2 stellte GB klar, daß es seinen Vorschlag zu Gipfelerklärung⁵ nicht als ausschließl. künftige Arbeitsgrundlage, sondern lediglich als Ideensammlung versteht;

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch konzipiert.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 10. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Kastrup an Referat 204 verfügte.

Hat Kastrup am 10. Mai 1989 erneut vorgelegen.

² Dieter Kastrup.

³ Zur jugoslawischen Wirtschaftspolitik vgl. Dok. 70, Anm. 8.

⁴ Im Vierertreffen über Berlin- und Deutschlandfragen am 28. Mai 1989 in Brüssel, das weitgehend auf der Ebene der Politischen Direktoren stattfand, wurden das weitere Vorgehen in der Berlin-Initiative des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Reagan sowie der Antrag der Lufthansa auf Direktflüge in die DDR zu Messezeiten erörtert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 653 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach, z. Z. Brüssel, vom 29. Mai 1989; Referat 210, Bd. 140774.

⁵ Für den britischen Entwurf vom 21. April 1989 für eine Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. VS-Bd. 12186 (201).

- zu SNF bestand Übereinstimmung, daß alle Seiten ihre Bemühungen auf politischer Ebene intensivieren, um vor dem NATO-Gipfel⁶ eine Einigung zu erzielen, und deshalb eine parallele Behandlung der Thematik auf Direktorenebene nicht angezeigt erscheint;
- bei VKSE drängt SU gegenüber USA bilateral offenbar auf baldige Ergebnisse, die lt. USA binnen zwei Jahren für möglich gehalten werden (Ziff. 5);
- als Ergebnis des AM-Treffens in Moskau erwarten die USA die Ankündigung der Wiederaufnahme der START-Verhandlungen und der Gespräche zu den Nuklear-Teststopp-Schwellenverträgen für Juni d.J. (s. Ziff. 6);
- bei CW drängten D und F sehr auf baldige Fortschritte in Genf, auch um bei europäischer Öffentlichkeit dem Eindruck entgegenzuwirken, der Westen sei an Ergebnissen nicht interessiert (s. Ziff. 7);
- F und D zeigten sich erstaunt, daß GB dem Informationsforum London bisher in der Pressearbeit nur geringes Profil zukommen läßt; dies hat offensichtlich innenpolitische Gründe (Vorbeugung gegen andernfalls zu befürchtende Vorwürfe wegen restriktiver Presse- und Informationspolitik); GB verhielt sich rezeptiv (s. Ziff. 8);
- amerikan. und brit. Zurückhaltung gegenüber Eröffnung der Pariser CHD-Konferenz auf Ministerebene hat neben terminlichen auch substantielle Gründe (befürchtete Präcedenzwirkung für Moskau, s. Ziff. 9);
- Iran streckt gegenüber USA und GB derzeit keine Fühler zu erneuter Annäherung aus (s. Ziff. 10);
- im Nahen Osten soll parallel auf Arafat (Absage an kurzfristigen Vorteil im Falle von WHO-Mitgliedschaft der PLO⁷ bei Inkaufnahme gleichzeitiger Gefährdung des langfristigen Friedensprozesses) und auf Shamir (Zustimmung zu Einbettung seines Wahlen-Vorschlags⁸ im langfristigen Friedensprozeß) eingewirkt werden. Hinsichtlich des Libanon sollen die Bemühungen der AL weiter unterstützt werden (s. Ziff. 11);
- bei Kambodscha zeigte F sich nach jüngsten Gesprächen und Berichten von Sihanouk hinsichtlich eines Abzugs der vietnames. Truppen und der Etablierung eines Mehrparteiensystems hoffnungsvoll (s. Ziff. 12);
- die Lage in Südafrika bezeichnete GB so ermutigend wie zuletzt vor fünf oder zehn Jahren. Der Druck im US-Kongreß in Richtung Sanktionen hält an (s. Ziff. 13);
- die USA baten um noch stärkere Unterstützung ihrer neuen Zentralamerika-Politik durch die Europäer. Die Entwicklung in ZA habe unmittelbare Implikationen für das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Wir sagten zu, bei Besuch in Bonn entsprechend auf Ortega einzuwirken. F wird an Konferenz in Stockholm teilnehmen (Ebene „senior official“, GB nicht, D offen (s. Ziff. 14).

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Die PLO beantragte am 7. April 1989 die Aufnahme in die WHO als „Staat Palästina“. Gesandter Martius, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 13. Mai 1989 mit, die vom 8. bis 19. Mai 1989 tagende Weltgesundheitsversammlung habe am 12. Mai 1989 den Antrag für das Jahr 1989 abgelehnt und die Entscheidung über eine Aufnahme auf das Jahr 1990 vertagt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1208; Referat 232, Bd. 161135.

⁸ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

- polit. Erklärung beim WWG soll lt. F behandeln Menschenrechte, Ost-West; außerdem (USA) Terrorismus-, Rauschgifthandel-Bekämpfung, evtl. auch Erneuerung Appell zu weltweitem CW-Verbot (USA). Vorschlag von D2, Erklärungsentwurf vorher zu zirkulieren, wurde angenommen. Alle Partner sind an angemessener Beteiligung ihrer AM bei Billigung des Erklärungstextes beim Gipfel selbst interessiert;
- im Umfeld NATO-Gipfel Vierertreffen der Direktoren (28.5.) und Außenminister (29.5.);
- nächstes reguläres Direktoren-Treffen: 29.6. Paris.⁹

II. Zu einzelnen Punkten ist ergänzend festzuhalten:

1) Gorbatschow habe, so Fretwell, mit der Straffung und den Neubesetzungen im ZK¹⁰ einen weiteren Erfolg verbucht; wie er die Opposition in Schach halte, gebe Rätsel auf (so später auch Dufourcq). Nationalitätenproblem und Versorgungslage blieben die größten Herausforderungen (so im weiteren Verlauf auch D2). Schewardnadse habe bei Besuch mit G. in London¹¹ interne Schwierigkeiten bei der Reformpolitik zwar zugegeben, jedoch explizit keine westliche Hilfe erbeten (Kredite o. ä.), offensichtlich aus Furcht vor „Beifall aus der falschen Ecke“. Er habe sich aber an einer Lockerung der COCOM-Vorschriften interessiert gezeigt; unklar sei die Haltung der Militärs. Ihren Angaben über sowjetische CW-Bestände, so auch bei Besuch in London (50000t), schenke Gorbatschow wohl Glauben, die britischen Experten dagegen – auch nach Folgegesprächen mit Karpow in Moskau – nicht. Fraglich sei auch, wer in Georgien¹² den Einsatz von „some form of re-enforced teargas“ angeordnet und darüber anschließend eine Informationssperre verhängt habe. Umgekehrt waren lt. Einschätzung der US-Seite (so Thomas) die von Gorbatschow in New York angekündigten Truppenreduzierungen¹³ nicht mit den Militärs abgesprochen. D2 trug lt. Sprechzettel vor (gefestigte Stellung von G., zunehmende Unterstützung der „Perestroika“ auch durch den „Mann auf der Straße“). Auf seine Frage stellte Thomas klar, daß die Einschätzung von VM Cheney („Gorbatschow might not last“¹⁴) nicht die

⁹ Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. Dok. 202 und Dok. 203.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 27. April 1989, Michael Gorbatschow habe auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau „den bisher massivsten Personalwechsel in der sowjetischen Führung seit seiner Wahl zum GS durchgeführt“ und somit „in diesem nach wie vor wichtigsten Organ der Partei die Gewichte weiter zu seinen Gunsten verschoben und so seine Ausgangsposition für weitere beabsichtigte Reformschritte verbessert. Der Anteil echter Reformen ist von knapp 10 % auf etwa 25 % gestiegen; der ‚harte Kern‘ der Konservativen von ca. 30 % auf ca. 10 % zurückgegangen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151167.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

¹² Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

¹³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

¹⁴ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 5. Mai 1989, der amerikanische Verteidigungsminister Cheney habe am 29. April 1989 in einem Fernsehinterview ein Scheitern des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vorausgesagt und erklärt: „If I had to guess today I would guess that he would ultimately fail ... and when that happens, he is likely to be replaced by somebody who will be far more hostile than he has been in the terms of his attitude towards the rest“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1954/1955/1956; Referat 200, Bd. 144243.

Haltung der US-Administration wiedergebe und im Hinblick auf die Durchsetzung der Haushaltsansätze des Pentagon im Kongreß zu sehen sei.

Die Partner unterrichteten über den Stand ihrer Vorbereitungen für die weiteren Begegnungen mit der sowjetischen Seite.

- D2 informierte in Verbindung mit Schewardnadse- (12./13.5.)¹⁵ und Gorbatschow (12. bis 15.6.)-Besuch in Bonn¹⁶ ausführlich über den Stand der Arbeiten am Entwurf für eine Gemeinsame Erklärung und unsere Bemühungen um die Einbeziehung von Berlin¹⁷ in weitere bilaterale Verträge und Begegnungen (Ausw. Ausschuß BT/Oberster Sowjet¹⁸; Begleitung Momper bei Gespräch mit AM Schewardnadse durch dt. Botschafter¹⁹). Wir wollten den Beziehungen eine „neue Qualität“ verleihen; gleichzeitig suchten wir dem Eindruck einer Sonderbehandlung entgegenzuwirken. Unser Standort sei klar, auch für die Zukunft.

D2 sicherte in Ergänzung zu gegenseitiger Information in Bonner Vierergruppe weitere Unterrichtung auch in diesem Kreise zu.

- Thomas gab eine Vorschau auf den Besuch von AM Baker in Moskau (10./11.5.)²⁰: zusätzl. Dialogfeld „transnationale Fragen“ (USA: Terrorismus, Bekämpfung Rauschgifthandel, Naturkatastrophen), Arbeitsgruppe allenfalls zu Rüstungskontrollfragen, Ankündigung Wiederaufnahme START²¹- und Teststopp- (Schwellenverträge)²² Gespräche²³ im Juni als voraussichtliches Ergeb-

¹⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vgl. Dok. 133.

¹⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁷ Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit vgl. Dok. 129 und Dok. 140.

¹⁸ Zur Frage der Beteiligung von Abgeordneten aus Berlin (West) an einem Besuch des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags in der UdSSR vgl. Dok. 129, Anm. 13.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Groll, z. Z. Bonn, erläuterte am 7. April 1989 zu einem möglichen Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Momper, in der UdSSR: „Bisher scheiterten solche Projekte seit Vorliegen der ersten Einladung nach Unterzeichnung des [ier-]M[ächte-]A[bkommens] an der Weigerung der SU, bei Regierungskontakten die Begleitung durch den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland zu akzeptieren und den Besuch durch die Botschaft vorbereiten zu lassen.“ Die sowjetische Seite sei bislang lediglich bereit gewesen, Momper eine Begleitung durch einen Botschaftsrat zuzugestehen. Vgl. Referat 213, Bd. 147147.

²⁰ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Baker in der UdSSR vgl. Dok. 136.

²¹ Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

²² Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. UNTS, Bd. 1714, S. 431–472. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

²³ Botschafter Ruhfus, Washington, erläuterte am 14. Dezember 1988 zu den im Herbst 1987 vereinbarten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Ausarbeitung von Verifikationsprotokollen der Schwellenverträge, beide Seiten hätten mit Abschluß der Gespräche zwar „ein ad referendum vereinbartes Verifikationsprotokoll zum Vertrag über friedliche Kernsprengungen (Peaceful Nuclear Explosion Treaty – PNET, 1976)“ erarbeitet, „unvollendet bleibt jedoch das analoge Protokoll zum Schwellen-Teststopp-Vertrag (Threshold Test Ban Treaty – TTBT, 1974)“. Habe man „noch vor wenigen Monaten gehofft, daß die Vereinbarung und erfolgreiche Durchführung der gemeinsamen Verifikationsexperimente (J[oint]V[erification]E[xperiment]) den politischen Durchbruch bringen würde, der die rasche Vereinbarung beider Texte zuließe, so mußte man zwischenzeitlich einsehen, daß die hochkomplizierte Materie nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigt werden konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5017; Referat 222, Bd. 162065.

nis, Fortsetzung des Dialogs über VKSE, offensichtl. Interesse der SU an baldigen Ergebnissen; bei Regionalfragen Schwerpunkt Nicaragua, daneben Bestandsaufnahme zu Nahem Osten und Gespräche über Kambodscha und Südafrika; Botschaften-Frage²⁴ als drängendstes bilaterales Problem; Weiterflug nach Brüssel noch am 11.5. abends, somit wohl NATO-Briefing 12.5. am frühen Vormittag.

- Dufourcq erwartet beim Besuch von Gorbatschow in Paris (4. bis 6.7.)²⁵ neben zahlreichen Begegnungen (Präsident, PM²⁶, Auswärtiger Ausschuß, Intellektuelle/Sorbonne, Präsentation hochauflösendes Fernsehen) die Unterzeichnung von zwölf bilateralen Abkommen (u. a. Errichtung Kulturinstitute, Investitionsschutz, Jugendaustausch, Vermeidung Zwischenfälle auf Hoher See nach US- und D-Muster, wirtschaftl. und techn. Zusammenarbeit). Bei Rede vor Europarat²⁷ sieht F eigene AM-Beteiligung als Sonderfall (Gastgeberland).

2) Die inzwischen abgeschlossene Bestandsaufnahme zu Osteuropa wird lt. Thomas zu einer Fortsetzung der amerikanischen Politik der Differenzierung führen. („Policy Review“ ist Verschlusssache und soll nicht veröffentlicht werden; Kongreß werde mündlich unterrichtet. Thomas rechnet jedoch damit, daß Ergebnisse aufgrund gezielter Indiskretion in der Presse nachzulesen sein werden.) Auf Frage von D2 stellte er klar, daß es keine wesentliche Änderung des bisherigen Ansatzes gebe und der sog. Kissinger-Plan²⁸ (D2: Wirkung in D verheerend) erledigt sei.

Kissinger habe keinerlei offiziellen Status. Er sitze AM Baker und seinen anderen „Kameraden“ (Eagleburger, Scowcroft) im Nacken, die sich von ihm freischwämmen („no Kissinger network“).

Im übrigen finde Kissinger in Europa sehr viel mehr Gehör als in den USA, auch wenn häufige, auf eigene Pressepolitik und persönliche Eitelkeit von Kissinger

²⁴ Die Referate 204 und 213 vermerkten am 2. März 1989: „Die Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen der jeweiligen Botschaften und Konsulate sind weiterhin Gegenstand von Verhandlungen, die demnächst aufgenommen werden sollen. Die Frage der Nutzung des US-Botschaftsneubaus in Moskau (und damit wegen der Reziprozität auch des SU-Neubaus in Washington) ist wegen der in Moskau von der SU eingebauten Abhöreinrichtungen weiterhin ein ungeklärtes Problem.“ Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179537.

²⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

²⁶ Michel Rocard.

²⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor dem Europarat am 6. Juli 1989 in Straßburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 587–595.

²⁸ Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 20. April 1989: „In einem Artikel in der Washington Post vom 16.4.1989 hat Kissinger sich von dem ihm zugeschriebenen ‚Kissinger-Plan‘ einer Vereinbarung zwischen USA und Sowjetunion über die Sicherung des Status quo in Europa bei gleichzeitiger Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten distanziert und erklärt, AM Baker habe eine fragmentarische und verfälschte Zusammenfassung einer privaten Unterhaltung in der Öffentlichkeit wiedergegeben. Im gleichen Artikel stellt Kissinger einen weiteren modifizierten Plan vor, der nun nicht mehr Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA, sondern nur noch vertrauliche Gespräche vorsieht. In der politischen Substanz fordert Kissinger ein Europa vom Atlantik bis zu polnischen Ostgrenze.“ Die Europäischen Gemeinschaften sollten „als Nukleus europäischer Vereinigung dienen und Assoziationsabkommen mit den osteuropäischen Staaten suchen. Dabei müsse zugleich den legitimen sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden.“ Vorgesehen sei eine begrenzte Truppenpräsenz beider Großmächte: „Bei diesem Konzept hätte die Sowjetunion die notwendige militärische Sicherheit und könne sich von den unnötigen Kosten und Risiken der Stützung unpopulärer Regime in Osteuropa befreien. Zugleich blieben die Vereinigten Staaten als Garantiemacht für die Sicherheit ihrer Alliierten erhalten, die dabei die Zukunft ihres eigenen Kontinents stärker in die eigenen Hände nehmen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1752; Referat 213, Bd. 147165.

zurückgehende Nennung seines Namens in den US-Medien einen anderen Eindruck vermittele.

3) D2 begrüßte nachdrücklich den neuen Kooperationsansatz der USA gegenüber Polen. Sowohl das Verfahren (vorherige Konsultation und Unterrichtung) als auch die Substanz verdiene Unterstützung, die BM auch bereits öffentlich geäußert habe. Zusammen mit Dufourcq forderte er, die Ergebnisse des Round Table²⁹ zu respektieren und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen jetzt nicht an weitere Bedingungen zu knüpfen. Dies könne allenfalls, so Dufourcq, für die ČSSR und Bulgarien gelten, nicht jedoch für Polen und Ungarn. Thomas bezeichnete die westliche Haltung gegenüber Polen im Unterschied zur Vergangenheit („easy money“) jetzt als „stimmig“ („well calibrated“). Zwar wolle man die IWF-Beistandskreditvereinbarung³⁰ abwarten, arbeite aber bereits jetzt aktiv an der Vorbereitung des Weltbank-(IFC³¹-)Programms. Präsident Bush lasse derzeit einen (noch nicht bekanntgegebenen) Besuch in Polen und Ungarn³² wohl noch vor dem WWG in Paris (14.–16.7.)³³ vorbereiten.

Fretwell stellte klar, daß GB vor eigenen Maßnahmen die Vereinbarungen des IWF und dann des Pariser Clubs abwarten wolle. D2 und Dufourcq appellierten nachdrücklich an GB, die bisherige Politik nur schrittweiser, jeweils an weitere Bedingungen geknüpfter Unterstützung aufzugeben.

Jaruzelski wird lt. Fretwell am 10.6. zu Gesprächen in London erwartet.³⁴ Mitterrand reist, so Dufourcq, am 20.6. (damit ca. zehn Tage vor Bush) nach Polen.³⁵ Auf Frage von Fretwell stellte D2 fest, daß es auf deutscher Seite außer einem evtl. Besuch des polnischen AM³⁶ in Bonn noch³⁷ keine konkreten Besuchstermine³⁸ gebe.³⁹

4) Alle Partner stimmten überein, daß ein baldiges Ende der Ära Ceauşescu nicht abzusehen sei; der Druck auf Rumänien müsse aufrechterhalten werden, seinen im Rahmen des KSZE-Prozesses eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen (öffentliche Kritik/Fretwell; Vorenthalten wirtschaftlicher Zusammenarbeit nicht nur durch EG, sondern auch durch USA und Kanada/D2; entsprechend breite Darstellung der westlichen Proteste auch in den für Osteuropa bestimmten Rundfunksendungen der eigenen Auslandssender/Dufourcq). Das gemeinsame Vorgehen des Westens soll soweit wie möglich vor Ort durch die Botschafter in Bukarest koordiniert werden.

²⁹ Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

³⁰ Zur bilateralen und multilateralen Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 135.

³¹ International Finance Corporation.

³² Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

³³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

³⁴ Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski hielt sich am 10./11. Juni 1989 in Großbritannien auf.

³⁵ Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Polen vom 14. bis 16. Juni 1989.

³⁶ Tadeusz Olechowski.

³⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Kastrup handschriftlich eingefügt.

³⁸ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Kastrup handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Besuchsplanungen“.

³⁹ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

5) Die erste Verhandlungsrunde von VKSE/VSBM⁴⁰ werteten alle Partner als eindeutigen Erfolg. Lt. Thomas kommen von der SU bilateral deutliche Signale, das Verhandlungstempo jetzt zu beschleunigen. Anders als in der Vergangenheit seien jetzt klarere Ansätze zu einem integralen sowjet. Konzept erkennbar (Einbeziehung Flugzeuge, Aktivitäten Seestreitkräfte). Die USA hätten den Eindruck, daß die SU binnen zwei Jahren zu einem Abschluß kommen wolle. Sie habe angekündigt, bei der nächsten Runde⁴¹ mit verstärkten Delegationen anzureisen. Thomas bat nachdrücklich (namentlich F, das für VKSE und VSBM nur eine Delegation hat), für einen raschen Verhandlungsfortschritt auch personell Vor-sorge zu treffen. Thomas warnte davor, dem sowjetischen Drängen nach Berücksichtigung qualitativer Faktoren nachzugeben. Bisher habe die SU kein Zahlenmaterial vorgelegt. Das Ausweichen auf eine Einführung qualitativer Material-äquivalente (ein T80-Panzer gleich x/10 eines Leo-II-Panzers) sei geeignet, die Verhandlungen zu komplizieren und über den Haufen zu werfen („to screw up“). Kongreß und US-Medien hätten keine Vorstellung von der Kompliziertheit der Materie. Bis auf weiteres müsse es darum gehen, den westlichen VKSE-Vorschlag⁴² offensiver als bisher zu präsentieren. Bei VSBM berichtete Fretwell – bei deutlicher Skepsis von Thomas – über britische Überlegungen, Manöver der Luft- und Seestreitkräfte miteinzubeziehen, allein schon, um entsprechendem Druck von seiten der eigenen informierten Öffentlichkeit vorzubeugen. (Thomas: US-Öffentlichkeit hat keine Ahnung, was VSBMs sind.) Hinsichtlich der Erörterung von Militär-Doktrinen unterstrich Thomas die Bedeutung des deutsch-polnischen Seminars in Ebenhausen⁴³ als „Probelauf“. Außerdem bat er nachdrücklich, die Schlüsselstaaten der N+N-Gruppe (namentlich Schweden, Österreich Schweiz) auch bilateral intensiv über den Fortgang der VKSE-Arbeiten zu unterrichten.

6) Bei START kann nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im Juni d.J. lt. Thomas der gemeinsame Vertragsentwurf als Grundlage dienen. Nach der Entscheidung von Bush für eine schienenbewegliche MX- und eine straßenbewegliche Midgetman-Rakete müsse geklärt werden, wie mobile ICBMs künftig behandelt würden. Weitere Fragen seien Zulässigkeit von mobilen Raketen mit MIRV-Gefechtsköpfen sowie eine höhere Obergrenze als 1600 für strategische Trägerwaffen.

7) Dufourcq unterstrich – nachdrücklich unterstützt von D2 – bei CW die Notwendigkeit eines neuen westlichen Anstoßes in der Verifikationsfrage. D2 zeigte sich enttäuscht, daß der Konsens der Pariser CW-Konferenz vom Januar d.J.⁴⁴ nicht in einen Impuls für die Verhandlungen in Genf⁴⁵ umgesetzt worden sei. Es gelte, dem Eindruck vorzubeugen, daß der Westen dort nicht an Fortschritten

⁴⁰ Zur ersten Runde der VKSE vom 9. bis 23. März 1989 in Wien vgl. Dok. 74.

Zur ersten Runde der VSBM-Verhandlungen vom 6. bis 23. März 1989 in Wien vgl. Dok. 75.

⁴¹ Zur zweiten Runde der VKSE vom 5. Mai bis 13. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 223.

Zur zweiten Runde der VSBM-Verhandlungen vom 5. Mai bis 12. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 219.

⁴² Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

⁴³ Zum geplanten informellen Expertentreffen vom 21. bis 24. Juni 1989 vgl. Dok. 75, Anm. 11.

⁴⁴ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

⁴⁵ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 87, Anm. 5.

interessiert sei. Auch dürfe die für Sept. d.J. in Aussicht genommene Konferenz der Australischen Gruppe⁴⁶ nicht von Genf als Hauptort des Geschehens ablenken. Er hoffe, so D2, daß ein baldiger Abschluß der Bestandsaufnahme innerhalb der US-Administration Perspektiven für Fortschritte in Genf eröffne. Thomas verwies ausweichend auf personelle Engpässe; gleichzeitig unterstrich er das persönliche Engagement von Bush schon als Vizepräsident für ein weltweites CW-Verbot.

8) Fretwell zeigte sich befriedigt über den bisherigen Verlauf des Informationsforums in London.⁴⁷ Es bestand Übereinstimmung, daß kein Abschlußdokument, sondern lediglich ein kurzes Communiqué angestrebt werden solle. Dufourcq erkundigte sich nach dem Medienecho in GB, das in F (und, so D2, in D) gleich Null sei. Fretwell ließ auf persönlicher Basis erkennen, daß für die zurückhaltende britische Pressearbeit innenpolitische Rücksichtnahmen ausschlaggebend seien. Die Regierung habe in der Vergangenheit wegen eines restriktiven Pressegesetzes, der Zurückhaltung von Informationen im Zusammenhang mit der IRA und dem Widerstand gegen Veröffentlichungen über die britischen Geheimdienste bereits Kritik über sich ergehen lassen müssen.

Größere Sichtbarkeit des Forums und der dort erhobenen Forderungen hätten Anlaß zur Wiederholung dieser Vorwürfe bieten können. D2 bedauerte die britische Zurückhaltung sehr. Im Bewußtsein der europäischen Bevölkerung in Ost und West, aber auch in den USA, müsse die KSZE als fortlaufender Prozeß mit einer Abfolge von Veranstaltungen verankert werden. Der Westen müsse dabei für die Pressearbeit im Osten Maßstäbe setzen. Diese Treffen seien nicht nur die Angelegenheit einer Handvoll Experten.

9) Dufourcq legte das franz. Interesse dar, die Pariser CHD-Konferenz⁴⁸ auf Ministeriebene zu eröffnen (bereits Zusage von DDR und NL). Fretwell und Thomas machten hiergegen neben Terminproblemen von AM Baker sachliche Bedenken geltend (Präedenzwirkung für Moskau⁴⁹ und übrige Folgeveranstaltungen). Dufourcq verwies auf bisherige Übung (VKSE). Er⁵⁰ unterstrich, daß nur die Etablierung einer gängigen Praxis ein Abweichen hiervon i.S. eines Sanktionsmechanismus (falls erforderlich für Moskau) erlaube. Dufourcq berichtete, daß für eine umfassende Teilnahme der nichtstaatlichen Organisationen/NGOs (ohne Rederecht) Sorge getragen sei. Thomas begrüßte dies sehr als Präedenzfall für Moskau, wo Präsident Bush auf eine Beteiligung der NGOs großen Wert lege.

10) Es bestand Einigkeit, mit dem Iran im Umfeld der Rushdie-Affäre⁵¹ keine politischen Besuche auszutauschen. D2 legte dar, daß der franz.⁵² und der dt.

⁴⁶ Zur Konferenz gegen chemische Waffen vom 18. bis 22. September 1989 in Canberra vgl. Dok. 311.

⁴⁷ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

⁴⁸ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

⁴⁹ In Moskau wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) durchgeführt.

⁵⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Kastrup handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „D2“.

⁵¹ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43 und Dok. 49. Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

⁵² Christian Graeff.

Botschafter⁵³ als letzte unter den Zwölf in der kommenden Woche nach Teheran zurückkehren werden. Fretwell und Thomas teilten mit, daß es keine Anzeichen dafür gebe, daß der Iran eine Annäherung zu ihren Ländern suche. Fretwell berichtete im Gegenteil von einer „schwarzen Todesliste“ mit britischen und amerikanischen Diplomaten, die in Teheran auf Posten waren.

11) Unter dem TOP „Nahost“ berichtete Dufourcq ausführlich über den Besuch Arafats in Paris⁵⁴ (vgl. hierzu die bilaterale Berichterstattung). Zum Libanon gab er die französische Einschätzung wieder, daß Syrien nach dem Kompromiß mit General Aoun von einer amerikanischen Unterstützung seiner Politik ausgehe. Er bat Thomas, die USA sollten dem Eindruck entgegenwirken, als ob sie einen Status minderer Souveränität nach Art der Breschnew-Doktrin⁵⁵ für den Libanon akzeptierten. Auf die mit fragendem Unterton vorgetragene Feststellung von Fretwell, daß alle am Tisch vertretenen Länder die Bemühungen der Arabischen Liga zu der Libanon-Frage⁵⁶ unterstützten, reagierte⁵⁷ Dufourcq deutlich affirmativ, Thomas dagegen gar nicht.

12) Nach seinem Treffen mit Sihanouk Ende März d.J. in Peking berichtete Dufourcq über dessen Bericht über ein Treffen mit Hun Sen in Jakarta zu Beginn dieses Monats. Beide hätten grundsätzliche Einigung über einen internationalen Mechanismus zur Kontrolle des vietnamesischen Truppenabzugs erzielt, nicht dagegen hinsichtlich der Überwachung der für den Jahreswechsel vorgesehenen Wahlen (Hun Sen: nationale Überwachung; Sihanouk: internationale Überwachung). Beide Seiten hätten ansonsten Zugeständnisse gemacht (Hun Sen: Zubilligung eines Mehrparteiensystems; Sihanouk: Flaggenfrage und Staatsbezeichnung). Der weitere Terminplan sehe vor: weiteres Treffen Hun Sen/Sihanouk am 24./25.7. in Paris⁵⁸; Internat. Konferenz Ende Aug./Anfang Sept.⁵⁹, evtl. unter VN-Schirmherrschaft zur Absegnung der Abmachungen und der bis dahin im Detail zu vereinbarenden Überwachungsmechanismen. Insgesamt zeigte sich Dufourcq über den Gang der Dinge sehr ermutigt. Thomas bat, auf Peking einzuwirken, die Roten Khmer Pol Pots unter Kontrolle zu halten.

⁵³ Armin Freitag.

⁵⁴ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1989 in Frankreich auf.

⁵⁵ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

⁵⁶ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 110, Anm. 10.

Referat 310 erläuterte am 10. Mai 1989, die Arabische Liga habe im Anschluß an eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats am 26./27. April 1989 in Tunis die Konfliktparteien zu einem endgültigen Waffenstillstand ab dem 28. April 1989 aufgerufen und die Entsendung einer arabischen Beobachtertruppe in den Libanon angekündigt: „Sowohl die beiden libanesischen Regierungen unter General Aoun und MP Hoss wie auch Präsident Assad reagierten in ersten Reaktionen positiv auf die von der AL bekanntgegebenen Resolutionen. Der Waffenstillstand wurde zunächst eingehalten. Allerdings kam es in der Folgezeit zu Streitigkeiten über einen illegalen Hafen (Jiyeh), die zur Wiederaufnahme des syrischen Beschusses der Küste führten. Seit 5.5. werden auch wieder Wohngebiete im christlichen Gebiet von syrischer Artillerie massiv beschossen, worauf die christlichen Verbände das Feuer erwiderten. Derzeit ist wieder eine neue Eskalation der Kampfhandlungen zu befürchten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

⁵⁷ Korrigiert aus: „regierte“.

⁵⁸ Am 25. Juli 1989 trafen in La Celle-Saint-Cloud bei Paris Vertreter der vier kambodschanischen Konfliktparteien zusammen. Vgl. dazu Dok. 203, Anm. 44.

⁵⁹ Vom 30. Juli bis 30. August 1989 fand in Paris die internationale Kambodscha-Konferenz statt. Vgl. dazu Dok. 258.

13) Lt. Fretwell beurteilt GB die Lage an der Grenze Angola/Namibia jetzt wieder hoffnungsvoller und die Perspektiven für eine nationale Aussöhnung in Angola günstiger (Ausschluß Savimbis offensichtlich nicht mehr notwendige Vorbedingung; Abzug der Kubaner zunehmend sicher; damit schwindende Basis für Angriff der MPLA-Regierung auf UNITA; Vermittlungsbemühungen vieler afrikanischer Staats- und Regierungschefs). Dufourcq berichtete auf Frage, daß F Ende Mai d.J. nach D und GB ebenfalls eine Mission in Windhuk einrichten werde. Ähnlich positiv äußerte sich Fretwell zu den Reformansätzen in Südafrika. Auch von schwarzafrikanischen Führern (Ausnahme: Mugabe) werde GB nicht zu Sanktionsmaßnahmen gegenüber Südafrika gedrängt. Demgegenüber berichtete Thomas, daß der Druck im Kongreß unverändert stark sei; aber wohl nicht hinreichend groß, um die Widerstände der Administration gegen Sanktionsgesetze aus dem Weg zu räumen.

14) Thomas bezeichnete die neue Zentralamerika-Politik der USA als Schwenk um 180 Grad, den AM Baker prozedural dem Kongreß gegenüber so elegant eingefädelt habe, daß selbst die konservative Rechte wie Leute um Newt Gingrich sich hofiert fühlten und die Substanzänderung nicht bemerkten oder zumindest nicht wahrhaben wollten. Mit Nachdruck erbat Thomas für den neuen (nicht-militärischen) US-Ansatz die kräftige Unterstützung der Europäer, die das Überleben dieser Politik sichern helfe. Die Europäer sollten auf Nicaragua einwirken, die für Jan./Febr. 90 in Aussicht genommenen Wahlen⁶⁰ zu einem Erfolg zu machen. Andernfalls würden die USA wieder auf andere Mittel der Einflußnahme verfallen. Die Entwicklung in ZA sei für die USA von großer Bedeutung; sie habe Implikationen auch für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. D2 sicherte zu, daß wir in den Gesprächen mit Präsident Ortega⁶¹ in Bonn (9.5.)⁶² die Wiederaufnahme der EZ unmißverständlich an die Einhaltung des Fahrplans für den Demokratisierungsprozeß knüpfen würden. Fretwell versicherte, daß auch PM Thatcher mit Ortega bei seinem Aufenthalt in London⁶³ eine deutliche Sprache wählen werde. Dufourcq berichtete über die Gespräche Ortegas in Paris (24.4.): PM Rocard habe sich gegenüber der Bitte, F möge in einer Wahlbeobachterkommission mitwirken, rezeptiv verhalten. An der Konferenz in Stockholm⁶⁴ werde F auf hoher Beamtenebene teilnehmen, zusätzlich zu der von der EG in Aussicht genommenen Zusammenarbeit dort jedoch keine eigene bilaterale Hilfe anbieten. Lt. Fretwell wird GB nicht teilnehmen und wirtschaftliche Unterstützung von weiteren vorherigen Demokratisierungsfortschritten abhängig machen.

Kastrup

VS-Bd. 13036A (204)

⁶⁰ Zu den vorgesehenen Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 55, Anm. 2.

⁶¹ Korrigiert aus: „AM Ortega“.

⁶² Der nicaraguanische Präsident Ortega hielt sich am 9./10. Mai 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 9. Mai 1989 vgl. Dok. 125.

⁶³ Der nicaraguanische Präsident Ortega besuchte Großbritannien vom 6. bis 8. Mai 1989.

⁶⁴ Am 11./12. Mai 1989 fand in Stockholm eine Geberkonferenz für Nicaragua statt. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 10.

122

Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 384
Citissime

Aufgabe: 5. Mai 1989, 09.35 Uhr¹
Ankunft: 5. Mai 1989, 09.24 Uhr

Betr.: Deutsch-rumänische Beziehungen;
 hier: Schreiben BM an AM Totu

Bezug: DE Nr. 119 vom 18.4.1989 – 214-321.00 RUM²

Gestern empfing mich AM Totu zu dem seit 19. April erbetenen Gespräch. Ich übergab ihm den Brief des BM mit Anlagen und einer rumänischen Übersetzung, die er sofort durchlas.

Umgehend reichte er mir den Brief zurück und erklärte, der Außenminister Rumäniens „sei keine Post“, er denke nicht daran, den Brief an Ex-AM Mănescu³ weiterzuleiten.⁴ Ich erwiderte, daß es offenbar ja keine andere Möglichkeit gebe, dem Adressaten das Schreiben zuzustellen, worauf Totu meinte, da müsse man sich eben etwas anderes einfallen lassen.

Um dem sofortigen Abbruch der Begegnung, wie dies im Parallellfall beim französischen Botschafter⁵ geschehen war, zuvorzukommen, ergriff ich meinerseits das Wort, um unser tiefes Bedauern darüber auszudrücken, wie sich unsere Beziehungen in den letzten Monaten verschlechtert hätten. Unsere Beziehungen zu allen Ländern Ost- und Mitteleuropas entwickelten sich fortlaufend besser. Selbst zu konservativeren Ländern wie Tschechoslowakei und Bulgarien unter-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Götz am 5. Mai 1989 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix bat Botschafter Terfloth, Bukarest, „umgehend Termin bei AM Totu zu beantragen und das als Anlage aufgeführte Schreiben des BM, einschließlich der beiden dort vorliegenden Briefe an Ex-AM Mănescu, zu übermitteln“.

In dem Schreiben an den rumänischen Außenminister Totu führte Bundesminister Genscher aus: „Sehr geehrter Herr Kollege, folgender Vorgang erfüllt mich mit großer Sorge: Dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest wurde am 3. April die Zustellung eines Schreibens an den ehemaligen Außenminister Corneliu Mănescu verwehrt. Am 15. April haben Sie Botschafter Terfloth auf seine Frage erklärt, daß Sie bei der Zustellung zweier Schreiben, darunter eines persönlichen Schreibens von mir, an Herrn Mănescu nicht behilflich sein könnten. Um eine Belastung der deutsch-rumänischen Beziehungen zu vermeiden, möchte ich Sie dringend bitten, eine Zustellung der beiden beiliegenden Schreiben über das rumänische Außenministerium herbeizuführen. Dabei vertraue ich darauf, daß der Empfänger beide Briefe ungeöffnet erhält. Für eine baldige positive Antwort wäre ich Ihnen sehr verbunden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139894.

³ Zur Kritik des ehemaligen rumänischen Außenministers Mănescu an Präsident Ceauşescu vgl. Dok. 72, Anm. 11.

⁴ In einem Schreiben vom 12. April 1989 an den ehemaligen rumänischen Außenminister Mănescu würdigte Bundesminister Genscher dessen Rolle bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien 1967 und bat ihn, eine Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu einem Vortrag anzunehmen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139894.

In einem zweiten Schreiben führte Genscher aus: „Mit großem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie sich persönlich zusammen mit anderen Politikern in einem Schreiben an Staatspräsident Ceauşescu gewandt haben. Diese Initiative verfolge ich mit großem Respekt, kann doch in der Politik nur eine dynamische Entwicklung das Wohl der Bürger sichern und damit zum Frieden beitragen.“ Vgl. den undatierten Entwurf; Referat 214, Bd. 139894.

⁵ Jean-Marie Le Breton.

hielten wir ein konstruktives Verhältnis. Auch zur DDR ließen sich positive Entwicklungen vermerken. Es sei wirklich außerordentlich zu beklagen, daß nur zu Rumänien, einem europäischen Land, die Beziehungen zu einem Niveau verkommen seien, daß nur noch Unfreundlichkeiten und Zwischenfälle die Regel seien. Damit sei Rumänien das einzige Land, mit dem offensichtlich die Gestaltung des Zusammenlebens nicht gelinge.

Der weitere Verlauf des Gesprächs drehte sich wie üblich im Kreise. Totu erklärte, man könne nicht miteinander reden, wenn immer nur die Menschenrechte angesprochen und auf keinem anderen Gebiet Vorstellungen entwickelt würden. Ob nicht eine Persönlichkeit aus Bonn „ganz gleich, welchen Ranges“ nach Bukarest kommen könne, um einmal die ganze Breite der Beziehungen, politisch, wirtschaftlich, kulturell, und auch humanitär, zu erörtern. (Es sei daran erinnert, daß F einen solchen Vorschlag gemacht hat, auf den die Rumänen nicht eingegangen sind.)

Ich erwiderte, wir seien im Zuge des KSZE-Prozesses fest engagiert. Voraussetzung eines vernünftigen Gesprächs müsse die Einhaltung der Grundsätze des Wiener Dokuments⁶ sein. Unsere Vorstellungen hätte ich ihm ja in meinem Gespräch vom 31.3., vor meiner Rückberufung nach Bonn, unter Hinterlassung eines Non-papers dargelegt.⁷ Ich möchte nochmals an die rumänische Seite appellieren, sich den Stand unserer Beziehungen zu überlegen.

Totu schloß damit ab, eine einseitige Unterhaltung nur über Menschenrechte komme nicht in Frage. Wenn wir wieder bereit wären, über die ganze Breite der Beziehungen zu sprechen, würden sich auch die humanitären und Fragen der Menschenrechtslage als lösbar erweisen.

[gez.] Terfloth

Referat 214, Bd. 139894

⁶ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

⁷ Zum Gespräch zwischen Botschafter Terfloth und dem rumänischen Außenminister Totu vgl. Dok. 72, Anm. 17.

123

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 831****Aufgabe: 5. Mai 1989, 17.00 Uhr¹****Citissime****Ankunft: 5. Mai 1989, 18.21 Uhr**

Betr.: Besuch des Vorsitzenden der FDP, MdB Dr. Otto Graf Lambsdorff, in Polen²;

hier: Gespräch Lambsdorff/Jaruzelski am 3. Mai im Schloß Belweder

Von dem Gespräch halte ich fest:

Jaruzelski begrüßte Lambsdorff als hervorragenden Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland. In Polen gingen zur Zeit interessante, risikoreiche Entwicklungen vorstatten. Die Demokratische Partei nehme hierbei eine wesentliche Rolle ein. Sie beabsichtige, auch in Zukunft mit der PVAP harmonisch zusammenzuarbeiten. Dies allerdings in einer neuen Form der Koalition, die möglichst³ umfassend sein sollte angesichts der Probleme, denen sich Polen gegenübersehe.

Das bisherige System sei weder politisch noch wirtschaftlich effizient gewesen. Deshalb habe man sich bereits seit einigen Jahren in eine neue Richtung bewegt. Die seitdem eingeleiteten Veränderungen hätten zu einer neuen Qualität der politischen Strukturen geführt. Über Jahrzehnte sei man in die falsche Richtung gegangen. Statt durch Opposition habe man versucht, die Probleme durch Selbstkontrolle zu lösen. Heute sei er der Auffassung, daß eine politische Konkurrenzsituation günstig für Polen sei. Die neue Linie beabsichtige man auf längere Sicht beizubehalten. Mit diesem Glaubensbekenntnis wolle er das Gespräch einleiten.

Graf Lambsdorff antwortete, daß mit diesen Erklärungen schon ein Teil seiner Fragen beantwortet sei. Er danke für die erwiesene Gastfreundschaft und die Einladung durch die Demokratische Partei. Seinen Bemühungen, ein Bild von der aktuellen Lage in Polen zu erhalten, sei die Regierung durch umfassende Informationen in wenigen Tagen entgegengekommen. Er wolle nicht die von Jaruzelski genannte Ineffektivität in der Vergangenheit kommentieren. Wichtig seien die Konsequenzen, die aus diesen Erfahrungen gezogen werden. Er spreche nicht für die Bundesregierung, jedoch gehöre die FDP der Regierung an. Sie sei die erste Partei gewesen, die eine aktive Ostpolitik entwickelt habe, die heute zum Allgemeingut der im Bundestag vertretenen Parteien geworden sei. Die innerpolnische Entwicklung der letzten Wochen finde in der Bundesrepublik Deutschland breite Zustimmung.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Petersmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Lutz und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Lutz vorgelegen.

² Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff hielt sich vom 1. bis 4. Mai 1989 in Polen auf.

³ Korrigiert aus: „möglich“.

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen seien schwierig, doch habe vieles, was von deutscher Seite in den letzten Jahren gekommen sei, in Polen Anerkennung gefunden und habe zu einem neuen Deutschlandbild bei zahlreichen Polen beigetragen. Eine günstige Atmosphäre sei der Lösung von Sachfragen förderlich.

Die deutsch-polnischen Gespräche hätten sich gut entwickelt und könnten bald abgeschlossen werden. Er habe von polnischer Ungeduld gehört. Für die deutsche Seite seien die Ergebnisse des Runden Tisches⁴ ein wichtiges, förderndes Ereignis. In Europa, nicht nur im EG-Rahmen, seien Prozesse von Bedeutung in Gang gekommen. Man mache die Erfahrung, daß wirtschaftliche Freiheit nicht von gesellschaftlicher Freiheit getrennt werden könne. Je größer der Freiheitsraum, desto besser seien die Entfaltungsmöglichkeiten. Die EG sei gegenüber ihren Nachbarn eine offene Gemeinschaft. In der Bundesrepublik herrsche Übereinstimmung, daß die Reformpolitik im Osten geeignet sei, die Beziehungen zu den dortigen Staaten zu erweitern und zu vertiefen. Es sei ein beinahe einmaliger Vorgang, daß eine lange Zeit herrschende Partei ihre Mehrheitsansprüche aufgebe. Er frage sich, wie man sich in Polen nach den Wahlen⁵ organisieren werde.

Jaruzelski äußerte zu den Beziehungen Bundesrepublik Deutschland–Polen, daß das Tempo der Entwicklung nicht den polnischen Wünschen entspreche. 50 Jahre seien seit dem Kriegeausbruch vergangen. Es sei an der Zeit, dieses Kapitel abzuschließen. Zur Zeit sei die alte Wunde von einer dünnen Haut bedeckt, die noch empfindlich sei. Polen seien überhaupt empfindlich, wenn es sich um ihre Würde handele, wenn man sie fühlen ließe, daß man glaubt, mit ihnen aus einer Position der Stärke verhandeln zu können. Man wisse, daß Wirtschaftsbeziehungen ihre eigene Logik hätten. Als Militär versuche er stets, sich in die Lage der anderen Seite zu versetzen. In der Politik und in der Wirtschaft gäbe es keine Philanthropen. Er glaube, daß die Bundesregierung interessiert sei, die Beziehungen zu Polen zu entwickeln, damit die alte Wunde vernarben könne. Auch glaube er, daß man sich bewußt ist, daß zwischen Polen und der SU eine enge Abstimmung hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland gegeben sei. Die Bundesrepublik sei u. a. Thema seines letzten Gesprächs mit Gorbatschow in Moskau⁶ vor einigen Tagen gewesen. Polen unterhalte auch besondere Beziehungen zur DDR, das Problem Swinemünde⁷ existiere nicht mehr.

Was die polnische Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland angehe, so sei eine effizientere Nutzung des polnischen Wirtschaftspotentials anzustreben. Die Bundesrepublik sei ein wirtschaftlicher Riese, sie sei der größte Exporteur in der Welt. Zur Zeit würden die beiden Bevollmächtigten verhandeln und ein Paket schnüren.⁸ Hierbei freue er sich über den Optimismus seines Gesprächspartners, der von einem baldigen Abschluß der Gespräche ausgehe.

⁴ Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

⁵ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

⁶ Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski hielt sich am 28. April 1989 in der UdSSR auf.

⁷ Die DDR und Polen schlossen am 22. Mai 1989 einen Vertrag über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1989, Teil II, S. 150 f.

⁸ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 83, Anm. 18.

Doch die Zeit vergehe, und nun stehe die Bundesrepublik Deutschland – die einmal ganz vorne lag – am Ende der Reihe der westlichen Staaten.

Polen habe jetzt gute Kontakte zu zahlreichen führenden Persönlichkeiten im Westen. Im Juni gehe er nach London und Brüssel⁹, Cossiga komme am 10. Mai nach Polen¹⁰, vor allem die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte zu Italien entwickelten sich gut. Anschließend erwarte er Mitterrand.¹¹ Die Bundesrepublik Deutschland bleibe zurück. Das sei auch im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag des Kriegsbeginns bedauerlich.

¹²Zudem habe er Informationen, daß die Vertreter der Bundesrepublik im Pariser Club¹³ nicht zu denen gehören, die polnischen Interessen wohlwollend gegenüberstehen¹⁴. Er wolle seinen Gesprächspartner nicht verärgern, aber Offenheit sei auch ein Zeichen der Wertschätzung. Er wisse um die positive Arbeit der FDP, er schätze Herrn Scheel und unterhalte gute Kontakte zu Herrn Genscher.

In Polen habe sich ein Rad in Bewegung gesetzt. Man sei im Wahlkampf sicher demokratischer als die Opposition, die ihre Kandidaten ohne Befragung der Basis bestimmt habe. In der PVAP habe man sich über die Kandidaten mit der Basis abgestimmt. Da die Wahlen weitgehend demokratisiert seien, sei auch die Situation nach den Wahlen offen. Es treffe zu, daß man mit der Opposition bestimmte Normen über die Sitzverteilung im Sejm abgesprochen habe. Der Senat, der bestimmte Verfassungsrechte habe, würde dagegen frei gewählt.

Die Wahlergebnisse würden respektiert, und man werde versuchen, mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten. Man sei sich bewußt, daß Demokratie zunächst einmal erlernt werden müsse. Es sei jetzt eine historische Chance, auch hinsichtlich des Funktionierens des Staats, gegeben. Jeder wolle seine eigene Identität wahren. Der Rest würde sich am 4. Juni (erster Wahlgang) ergeben.

Graf Lambsdorff äußerte Hoffnung, daß Polen seine zahlreichen Probleme lösen könne. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sei die Bundesrepublik interessiert, Polen hierbei behilflich zu sein. Man definiere die deutschen Interessen dahin, daß gute Beziehungen zu Polen wichtig seien.

Ein deutscher Politiker wäre schlecht beraten, sollte er versucht sein, eine Politik der Stärke zu betreiben. Es sei richtig, daß die Bundesrepublik eine hohe Exportkraft habe und daß sie in EG und NATO eine Rolle spiele. Doch leide die Bundesrepublik nach wie vor unter der deutschen Trennung und befinde sich in einer schwierigen geopolitischen Lage. Dies würde eine Politik der Stärke ausschließen.

Die Bundesrepublik sei bemüht um Berechenbarkeit und Verständnis nach Westen und Osten.

⁹ Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski besuchte Belgien am 9. und Großbritannien am 10. Juni 1989.

¹⁰ Der italienische Präsident Cossiga hielt sich vom 10. bis 13. Mai 1989 in Polen auf.

¹¹ Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Polen vom 14. bis 16. Juni 1989.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 832 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Zur bilateralen und multilateralen Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 135.

¹⁴ Der Passus „die Vertreter ... wohlwollend gegenüberstehen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Petersmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „P[ariser]C[lub]“; vgl. auch S. 2,3.“ Vgl. Anm. 15 und 16.

Das Bild von der dünnen Haut könne er nur bestätigen. Man bewege sich auf dünnem Eis. Es gäbe immer wieder unkluge Zeitgenossen, die das Eis beschädigen bzw. die Haut verletzen. Die Bundesregierung tue dies nicht.

Es sei richtig, die anstehenden Probleme zwischen Polen und Deutschen anzusprechen. Polen sei gegenüber der Bundesrepublik hochverschuldet. Die Bundesrepublik sei zudem Polens wichtigster Handelspartner. Er sei nicht sicher, daß die Informationen über eine Polen gegenüber negative Haltung im Pariser Club zuträfen.¹⁵

Jetzt müßten bilaterale Umschuldungsverhandlungen durchgeführt werden. Polnischerseits müsse man gewisse Leistungen erbringen. Eine Ungleichbehandlung von privaten Banken und öffentlicher Hand solle vermieden werden. Soeben habe er gehört, daß Polen seine Zahlungen gegenüber den Privatbanken eingestellt habe. Polen müsse in die Lage versetzt werden, seine Probleme zu lösen. Mit Schuldenregelungen allein könnte das Problem nicht gelöst werden.

Was den Jumbo-Kredit angehe, so gäbe es Umwandlungsvorschläge in Złoty. Im Zusammenhang mit der Gewährung von Minderheitenrechten für Deutsche in Polen könne man diese Vorschläge der deutschen Bevölkerung erklären.

Das nun vorgesehene fünfte Treffen Teltchik–Kucza sollte abschließend sein. Der Bundeskanzler habe vor kurzem erklärt, er beabsichtige, im Sommer Polen zu besuchen. Das zeige, daß die Bundesrepublik nicht hinterherhinken wolle. Aus deutscher Sicht sei es zu begrüßen, daß Italiener, Briten, Amerikaner und Franzosen ebenfalls an Polen interessiert seien. Ob die Deutschen 14 Tage später kämen, sei nicht erheblich. Er sei auch von anderer Seite auf die polnische Ungeduld hingewiesen worden. Nachdem Jaruzelski die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen noch mit einem Fußballspiel verglichen hatte, äußerte er, daß der Besuch Graf Lambsdorffs hilfreich sei und die Beziehungen sich weiter entwickeln würden. Er bat, den Bundeskanzler und den Bundesminister des Auswärtigen sowie alle gemeinsamen Bekannten zu grüßen.

Wertung

Das Gespräch fand in einer ernsten, jedoch vertrauensvoll offenen Atmosphäre statt. Jaruzelski war gelockert, soweit ihm das möglich ist. Der Zeitablauf seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs, die Ablösung des ideologisch einseitig gebundenen Systems in Polen, die neue Qualität der Beziehungen zur SU, das etwas blauäugige Vertrauen in die deutschen Organisationskapazitäten und in die deutsche Wirtschaftskraft lassen ihn um eine rasche Normalisierung der Beziehungen und um eine engere Zusammenarbeit mit uns bemüht sein. Seine Äußerungen zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen, zur DDR ändern nichts an dem Eindruck, daß eine grundsätzliche wirtschaftliche Hinwendung zum Westen angestrebt wird. Über gute Beziehungen zur Bundesrepublik soll dieser langfristige Prozeß gefördert werden. Auch erhofft er, durch deutsche Hilfestellung bei der Umschuldung, neue Hermes-Bürgschaften und deutsches wirtschaftliches Engagement die labile Übergangszeit des Systemwechsels abzukürzen. Seine erneute Erklärung über angebliche deutsche Gefühllosigkeit gegenüber polnischen Wünschen im Pariser Club sollte nicht auf die leichte Schulter genom-

¹⁵ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Petersmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „P[ariser]C[lub]“. Vgl. Anm. 14.

men werden. Es mag sein, daß derartige¹⁶ Bemerkungen unfundiert gestreut werden, es mag aber auch sein, daß unsere Partner tatsächlich unter dem Eindruck einer wenig flexiblen deutschen Haltung stehen und diesen Eindruck weitergeben.

[gez.] Schoeller

Referat 422, Bd. 149293

124

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 8. Mai 1989, 18.28 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1733

Ankunft: 8. Mai 1989, 17.02 Uhr

Betr.: Haltung der SU zur Diskussion im Bündnis

Zur Unterrichtung

I. 1) Die SU beobachtet die derzeitige Diskussion im Bündnis sehr genau. Sie ist ihr über die westlichen Medien weitgehend zugänglich. Sie hat erkannt, daß es in ihr inzwischen keineswegs nur mehr um einen Streit über die Frage geht, welche nuklearen Mittel in welcher Zahl in Europa disloziert werden müssen, damit die Strategie der flexiblen Antwort² glaubwürdig implementierbar bleibt. Eventuelle Implikationen dieser Debatte für den Status quo in Europa und die deutsche Frage sind ihr ebenso bewußt und werden in das Kalkül miteinbezogen.

2) In der gegebenen Lage konkurriert das sowjetische Interesse an der Bewahrung des Status quo in Europa bzw. einer Schwächung des westlichen Verbundes mit dem Interesse an Abbau der militärischen Konfrontation und Gewinnung von Zeit und Ressourcen für die Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage.

3) Solange die innerwestliche Diskussion nicht bis zu einem gewissen Ende gekommen ist, also vermutlich bis zum NATO-Gipfel³, sind neue größere westpolitische Initiativen der SU eher unwahrscheinlich.

4) Grund dafür ist nicht nur die Kraftanstrengung, die Gorbatschow benötigte, um die bedeutenden, einseitigen Kürzungen im konventionellen Bereich⁴ inner-

¹⁶ Der Passus „der Umschuldung ... daß derartige“ wurde von Vortragendem Legationsrat Petersmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „,[ariser]C[lub]“. Vgl. Anm. 14.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Interessant!“

Das Dokument wurde bereits teilweise veröffentlicht in: ARNIM, Zeitnot, S. 148–150.

² Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

sowjetisch durchzusetzen. Außenpolitisch kommt das andauernde Interesse der SU hinzu, ihre Westpolitik mehrgleisig und hier insbesondere mit den USA voranzutreiben. Sie hat grundsätzlich kein Interesse daran, unsere Position als der einzigen echten Nicht-Status-quo-Macht entscheidend zu stärken.

II. Unsere Beobachtungen und Gespräche in den letzten Wochen ergeben folgenden Eindruck zur sowjetischen Haltung:

1) Die sowjetische Westpolitik ist in ihren Details nicht festgelegt, sondern entwickelt sich in einer ständigen innersowjetischen Diskussion. Ihr wesentlicher Antrieb geht nicht von der Entwicklung der Diskussion unter den Mitgliedstaaten des westlichen Bündnisses aus. Er ergibt sich vielmehr aus der ständigen Verfolgung des grundlegenden außenpolitischen Interesses der SU an der Bewahrung ihrer Position als zweite Weltmacht und erst in zweiter Linie aus dem dringenden sowjetischen Interesse an der Freimachung von bisher für die Rüstung eingesetzten Ressourcen für die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und der Gewinnung westlicher Unterstützung für die Entwicklung der hiesigen Wirtschaft. Dieses Interesse richtet sich grundsätzlich an alle hochentwickelten Länder des Westens, einschließlich Japan. Wenn es nicht rasch genug gelingt, ein solches Freiwerden in zweiseitigen Verhandlungen zu erzielen, so ist grundsätzlich die sowjetische Führung mehrheitlich auch zu einseitigen Maßnahmen bereit, da sie erkannt hat, daß das Bündnis seinerseits eine Veränderung des Status quo mit militärischen Mitteln nicht beabsichtigt. Der Verdacht, die wichtigsten Mitgliedstaaten des Bündnisses wollten die Weltmachtposition der SU unterhöhlen, sitzt jedoch tief.

2) Mit den bedeutenden einseitigen Kürzungen im konventionellen und den damit verbundenen unbedeutenden Kürzungen im nuklearen Bereich ist diese Mehrheit der Führung zunächst einmal an den Rand des in der SU derzeit Durchsetzbaren gegangen. Die sich in letzter Zeit häufenden öffentlichen Stellungnahmen führender Militärs in den großen Zeitungen deuten darauf hin, daß insbesondere in der militärischen Führung erhebliche Befürchtungen bestehen, daß diese Politik einseitiger Kürzungen sich fortsetzen und auch andere Bereiche als die bisher vor allem betroffenen Landstreitkräfte erfassen könnte. Auch von daher sind die nachdrücklichen Forderungen auf Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen, Flugzeuge und Marinestreitkräfte zu erklären. (Abgesehen davon, dienen sie wohl auch der Beruhigung der Streitkräfte, daß auch die neue Militärführung ihre Anliegen wahrnimmt.) Obwohl Gorbatschow auf dem letzten ZK-Plenum seine Stellung weiter konsolidiert hat⁵, ist deutlich erkennbar, daß er Gegner im Parteiapparat hat, denen die „Demokratisierung“ bereits jetzt erheblich zu weit geht. Sie scheinen ihre eventuelle politische Chance in einem längeren Ausbleiben wirklicher Verbesserungen des Lebensstandards der Bevölkerung zu sehen. Sie haben ein Interesse daran, das weitere Freiwerden von bisherigen Rüstungsressourcen zu verhindern oder zu verzögern. In ihnen haben konservative Kräfte unter den Militärs also eine Stütze und eventuelle Verbündete.

3) Grundsätzlich so dem Westen gegenüber aus der Defensive agierend, ist es für Gorbatschow verlockend, innerwestliche Diskussionen über die Modernisierung

⁵ Zum Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau vgl. Dok. 121, Anm. 10.

auszunutzen. Er kann, so erkennbar bei seiner Junktim-Andeutung in London⁶, versuchen, die Wirkung der Perestroika im Westen in Form einer Verschiebung der Modernisierung zu dem Beweis zu Hause verwenden, daß eine Politik einseitiger Reduzierungen das Sicherheitsrisiko für die SU nicht erhöht, sondern sogar verringert. Umgekehrt ist der eventuelle Wille des Bündnisses zur Modernisierung für die Gegner Gorbatschows zu Hause das beste Mittel, um plausibel zu machen, daß seine Politik eben nicht zu einem Nachlassen westlicher Rüstungsanstrengungen führt. Für diese Kräfte ist daher die Junktim-Drohung nicht Mittel, um den Abrüstungsprozeß auf breitere Gebiete zu erstrecken, sondern um mögliche Fortschritte in einzelnen Gebieten durch den Hinweis auf Mangel an Fortschritt in anderen zu verhindern und damit der Gesamtentwicklung zwischen West und Ost ihren Schwung zu nehmen. Diese Gefahr des Überziehens der Junktim-Drohung, auch weil sie Gegnern von Veränderungen im westlichen Bündnis mit der Verweigerung von Fortschritten im nuklearen Bereich den Hebel in die Hand gibt, um das gleiche Ziel wie die hiesigen Gegner von Bewegung zu erreichen, ist Gorbatschow und seinen Anhängern inzwischen sicherlich bewußt. Das Außenministerium ist uns gegenüber deshalb von der Junktim-Drohung auch erkennbar abgerückt.

4) Es ist insofern auch bezeichnend, daß von sowjetischen Gesprächspartnern in den letzten Tagen ungefragt die deutsche Frage aufgeworfen worden ist. Dies rührt nicht nur aus der Beobachtung, daß die innerwestliche Modernisierungsdebatte in den Medien stark mit Argumenten pro und contra Wiedervereinigung Deutschlands geführt wird und es für die SU insofern naheliegt, unsere Verbündeten implizit als uns gegenüber unehrlich darzustellen. Allerdings bringt eine solche Argumentation, wenn sie öffentlich verwendet würde, für die Sowjets die Gefahr mit sich, dann vom Westen in eine Debatte darüber verwickelt zu werden, wer nun mehr bereit wäre, den Status quo zu verändern. Öffentlich hat es solche Angriffe deshalb bisher nicht gegeben.

Gleichzeitig ist denkbar, daß bei den hiesigen Verteidigungspolitikern die Absicht eine Rolle spielt, uns deutschlandpolitische Hoffnungen zu machen, wenn wir zuvor sicherheitspolitische Schritte unternehmen, die dem definierten Interesse unserer Hauptverbündeten zuwiderlaufen.

Dieses Spiel mit deutschen Hoffnungen ist für die SU grundsätzlich gefährlich, solange sie – wie seit dem Zweiten Weltkrieg – ihre Weltmachtstellung wesentlich auf eine Hegemonie im Warschauer Pakt aufbaut, die sie durch Verteidigung der politischen Systeme des „realen Sozialismus“ zementiert. Es gibt in Moskau jedoch schon Wissenschaftler, die einräumen, daß das Grundprinzip der „Freien Welt“ nicht nur die Breschnew-Doktrin⁷ aus den Angeln hebt, sondern gerade auch für die deutsche Frage von fundamentaler Bedeutung sein könnte. Aussagen von verantwortlichen Personen zur Deutschlandfrage sind nach wie vor selten. Sie fallen aber insofern auf, als in ihnen, z.B. durch Moissejew gegenüber unseren Militärattachés⁸, das Element der potentiellen Bewegung auch in dieser

⁶ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. April 1989 in der Londoner Guildhall; Dok. 115, Anm. 17.

⁷ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

⁸ Brigadegeneral Wetter, Moskau, berichtete am 8. Mai 1989, der Chef des sowjetischen Generalstabs, Moissejew, sei am 3. Mai 1989 zur Begrüßung des eintreffenden Generalinspektors der Bundeswehr,

Frage, wie schon durch Gorbatschow persönlich während des Besuchs des BK⁹, nicht mehr a limine bestritten wird.

Darin liegt der deutliche Versuch einer Captatio benevolentiae in einer jedenfalls kurzfristig am Status quo nichts ändernden Weise. Schon dieser Versuch geht aber der DDR zu weit, wie z.B. bei der kürzlichen Feier des Endes des Zweiten Weltkrieges in einer Rede des hiesigen DDR-Botschafters¹⁰, wenn auch nur implizit, deutlich wurde. Die in allen operativen Fragen der Deutschlandpolitik (Berlin) harte Haltung des SAM ist bezeichnend dafür, daß man sich dort der Verwundbarkeit der DDR für eine Entwicklung solcher Diskussionen sehr wohl bewußt ist.

5) In dieser in sich widersprüchlichen sowjetischen Interessenlage, in der das Interesse an der Stabilität des Status quo in Europa nach wie vor dominiert und auch das Interesse an rascher weiterer Entlastung von Rüstungsanstrengungen übersteigt, sind erneute, größere einseitige Abrüstungsschritte der SU in nächster Zeit eher unwahrscheinlich, wenn auch nicht auszuschließen. Das überwiegende sowjetische Interesse konzentriert sich daher z.Z. auf den Versuch, die Gesamtbewegung durch fühlbare Fortschritte der Wiener Verhandlungen¹¹ in Gang zu halten, da diese Fortschritte wohl Status-quo-neutral sein werden, gleichzeitig aber die dringend gewünschte ökonomische Entlastung fördern. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, daß die Kräfte der Beharrung in der SU, aber auch im WP insgesamt (DDR, ČSSR), die Stagnation, selbst auf einem so begrenzten Gebiet wie in den Wiener Verhandlungen, Fortschritten vorziehen würden.

6) Von daher macht es Sinn, daß die Bemühungen der Bundesregierung um einen raschen Beginn von SNF-Verhandlungen sich in den hiesigen Medien bisher nicht vergleichbar wie in den westlichen niederschlagen. Die sowjetische Führung hat derzeit kein Interesse daran, diese Frage die West-Ost-Agenda dominieren zu lassen.

- Sie wird von den fraglichen Waffensystemen nicht unmittelbar bedroht.
- Sie muß befürchten, die deutschen Bemühungen im Bündnis durch übermäßigen Druck zu diskreditieren.
- Sie will auch mit den anderen bedeutenden Staaten des Westens Politik machen und will deshalb vermeiden, uns in eine allzu bedeutsame Rolle zwischen West und Ost zu versetzen.

Bei aller Bedeutung, die unsere Politik angesichts unseres wachsenden Gewichts in den West-Ost-Beziehungen für die SU besitzt, steht im sowjetischen Kalkül die Politik der USA ganz vorn. Die Sowjets haben hier die Hoffnung auf Konti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 556

Wellershoff, am Flughafen erschienen und habe gegenüber dem anwesenden Militärattachéstab der Botschaft Moskau erklärt: „Sein kürzlicher Besuch in der DDR habe ihm bewußt gemacht, daß das deutsche Volk geteilt sei – dies sei das Werk der Geschichte. Geschichte werde aber von Menschen gemacht, und wir jetzt lebenden Menschen könnten unsere Geschichte gestalten – und wir könnten sie verändern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1734; Referat 201, Bd. 151167.

⁹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹⁰ Gerd König.

¹¹ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

nuität der Bush-Administration nicht aufgegeben. Dieses Prinzip zu bekräftigen, ist ihr wohl wichtigstes Ziel in den in diesen Tagen stattfindenden Gesprächen mit AM Baker¹². Das Risiko einer grundsätzlichen Verhärtung der amerikanischen Politik gegenüber der SU bei allzu offensichtlichem „Keile-Treiben“ ist den Sowjets, wie ihre laufenden Dementis dieser Absicht zeigen, bewußt. Gleichzeitig vermeidet die SU, in Westeuropa einen privilegierten Gesprächspartner zu schaffen, sondern bemüht sich um ein ausgewogenes Vorgehen, wie die Reiseabfolge Gorbatschows in den bevorstehenden Wochen zeigt.¹³ Sie weiß, daß wir uns, anders als GB, F oder I, mit unserem gesamten Gewicht aktiv für weitere Bewegung im West-Ost-Verhältnis einsetzen, wenn sie in Richtung auf eine Lockerung des Status quo verläuft, während diese anderen Westeuropäer kein über den jeweiligen konkreten Bereich hinausgehendes, vitales Interesse an einer solchen Bewegung haben.

7) Taktisch befindet sie sich so in der schwierigen Lage, uns Hoffnung auf Bewegung zu machen, die über den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle hinaus trägt, während sie den USA, GB und F gegenüber wohl eher glaubt, Versuche zur Veränderung des Status quo im Keim ersticken zu sollen. Dieses taktische Dilemma entspringt dem zugrundeliegenden Problem, daß der innere Wandel des politischen Systems der SU und die sich daraus ergebenden Folgen für ihre Verbündeten im WP dem Westen gegenüber ambivalente Konsequenzen haben, weil sie die westliche Bereitschaft zur Hilfe fördern, die Dominanz der SU in den WP-Staaten dadurch aber potentiell abnimmt. So spricht vieles dafür, daß die SU, nach den Gesprächen Schewardnadses mit Baker hier und mit uns in Bonn¹⁴, erst einmal das Ergebnis des NATO-Gipfels abwartet, bis sie, auch in Kenntnis der Ergebnisse der Peking-Reise Gorbatschows, ihr weiteres operatives Vorgehen in der Westpolitik, hinsichtlich der Bonn-Visite des Generalsekretärs, festlegt.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 201, Bd. 151167

¹² Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten vom 15. bis 18. Mai 1989 die Volksrepublik China. Vom 4. bis 6. Juli 1989 hielten sie sich in Frankreich auf.

Zu ihrem Besuch vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁴ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 12./13. Mai 1989 vgl. Dok. 133.

125

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem nicaraguanischen Präsidenten Ortega

9. Mai 1989¹

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Ortega willkommen.² Sein Besuch sei für beide Seiten ein wichtiges Ereignis. Es gebe viel Schutt wegzuräumen. Er hoffe, daß dies gelinge.

Präsident *Ortega* dankt für die Gelegenheit zu dem Gespräch. Er wolle über Themen sprechen, die für beide Seiten, aber auch für die gesamte Region Zentralamerika von Bedeutung seien.

Am 5. Mai hätten sich die Außenminister der fünf zentralamerikanischen Staaten³ getroffen und einen Plan für die Repatriierung der Contras ausgearbeitet. Dieser Plan müsse von den Staatsschefs noch formell gebilligt werden. Er enthalte u. a. die Forderung, daß die amerikanische Regierung die bisher für die Unterstützung der Contras vorgesehenen Mittel nunmehr für Repatriierungsmaßnahmen zur Verfügung stelle. Eine derartige Verwendungsmöglichkeit sei bereits in der Vorlage an den Kongreß vorgesehen.

Seine Regierung habe eine Reihe Initiativen ergriffen, um den Demokratisierungsprozeß voranzubringen:

- Vorziehen der Wahlen von November 1990 auf Februar 1990⁴,
- Revision des Wahlrechtes und der Mediengesetze,
- Veränderungen in der Zusammensetzung des Wahlrates,
- Begnadigung von ehemaligen Somoza-Garden.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 29. Mai 1989 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt mit dem Hinweis, daß sie von Bundeskanzler Kohl genehmigt sei.

Hat Legationssekretär Reichel am 30. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Über D3 Dg33 RL 331 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme und ggf. weitere Veranlassung. 2) Durchdruck 331 vorab, 010, 014.“

Hat Bächmann am 31. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 31. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer am 1. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmiegelow verfügte.

Hat Schmiegelow am 1. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Henze „[nach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) Durchdruck mit Schnellbriefumschlag an BMZ-135 als Unterlage für die Reise BM Warnkes nach Nicaragua. 2) Durchdruck D3.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 331, Bd. 146939.

² Der nicaraguanische Präsident Ortega unternahm vom 23. April bis 14. Mai 1989 eine Europareise und hielt sich am 23./24. April in Frankreich, am 24./25. April in Belgien, vom 26. bis 28. April in Spanien, am 28. April in Norwegen, am 29. April in Schweden, vom 30. April bis 2. Mai in Griechenland, vom 3. bis 5. Mai 1989 in Italien, vom 6. bis 8. Mai in Großbritannien, am 9./10. Mai in der Bundesrepublik und vom 10. bis 14. Mai 1989 in Irland auf.

³ Ricardo Acevedo Peralta (El Salvador), Miguel D'Escoto Brockmann (Nicaragua), Carlos López Contreiras (Honduras), Rodrigo Madrigal Nieto (Costa Rica) und Mario Palencia Lainfiesta (Guatemala).

⁴ Zu den vorgesehenen Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 55, Anm. 2.

Nicaragua habe daher schon erfüllt, was es erfüllen könne. Allein das Wahlrecht sei in 32 Punkten geändert worden. Die Mediengesetze in Nicaragua seien heute flexibler als in jedem anderen zentralamerikanischen Land. Jeder könne heute in Nicaragua frei seine Meinung äußern. Es befänden sich Beobachter der UNO und OAS in Nicaragua, die die Entwicklung verfolgen könnten.

Allerdings sei die Opposition immer noch nicht zufrieden und erhebe ständig neue Forderungen. Aber dies sei nun einmal das Verhalten von Oppositionsparteien in jedem Land. Es gebe derzeit in Nicaragua 21 Oppositionsparteien. Die Regierung sei bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich alle am Wahlprozeß beteiligen könnten. So würden sollten⁵ beispielsweise dem Nationalen Wahlrat künftig je zwei Vertreter der Opposition und der Regierung sowie ein Unparteiischer angehören.

Die Außenminister hätten bei dem erwähnten Treffen auch die Problematik der Menschenrechte in Zentralamerika erörtert und seien sich einig gewesen, daß dieser Bereich weiterhin von den zuständigen internationalen Organisationen wie der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation, dem Internationalen Roten Kreuz, Amnesty International etc. sorgfältig beobachtet werden soll. Der Außenminister von El Salvador habe auf eine rasche Verabschiedung des entsprechenden Beschlusses gedrängt, da dort bekanntlich eine Partei die Regierung übernehmen werde, die die Menschenrechte systematisch verletzt habe.⁶

Eine weitere wichtige Absprache betreffe das Verbot, das eigene Hoheitsgebiet zu Angriffen gegen andere Staaten zu benutzen. Um die Einhaltung dieser Absprache zu überwachen, habe man daran gedacht, daß einige Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, Spanien und Kanada sowie möglicherweise noch ein lateinamerikanisches Land wie Venezuela eine Beobachtergruppe bilden sollten.⁷

Des weiteren wollten die zentralamerikanischen Länder zusammen mit den Contadora-Staaten Ende Mai darüber sprechen, wie man den Rüstungsprozeß in Mittelamerika begrenzen und das Rüstungspotential reduzieren könne. Dabei gehe es vor allem auch um die Frage, wie man die militärische Präsenz anderer Länder abbauen und allmählich völlig beseitigen könne.

Hierbei komme es sehr darauf an, daß die USA respektierten, was die zentralamerikanischen Länder gemeinsam forderten. Er sei überzeugt, daß – ungeachtet des amerikanischen Druckes hiergegen – dieser Wunsch der zentralamerikanischen Präsidenten schließlich obsiegen werde.

⁵ So in der Vorlage.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer legte am 22. März 1989 dar, bei den Präsidentschaftswahlen am 19. März 1989 in El Salvador habe Hochrechnungen zufolge der Kandidat der Alianza Republicana Nacionalista (ARENA), Cristiani, bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit erzielt: „Die ARENA wird jetzt ab Anfang Juni d. J. – mit Ausnahme der Streitkräfte – den gesamten Staatsapparat beherrschen. Sie stellt dann nicht nur die Regierung, sondern verfügt auch über die absolute Mehrheit im Parlament (32 von 60 Sitzen) und kontrolliert außerdem den Obersten Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft. Wie ihre Politik im einzelnen aussehen wird, läßt sich noch nicht sagen. Eine Rückkehr zu den schlimmen Verhältnissen der Jahre 1979 bis 1983, in denen tausende links eingestufte Politiker, Studenten, Gewerkschaftler, Arbeiter und Bauern umgebracht wurden, ist jedoch kaum zu befürchten. Eine gewisse Zunahme der innenpolitischen Polarisierung ist jedoch nicht auszuschließen.“ Der designierte Präsident Cristiani werde dem gemäßigten Flügel zugerechnet. Vgl. Referat 331, Bd. 143911.

⁷ Zur Beteiligung der Bundesrepublik an einer VN-Friedenstruppe für Zentralamerika vgl. Dok. 245, Anm. 17.

Für all dies benötige man auch die Unterstützung Europas, und zwar sowohl der Europäischen Gemeinschaft als auch der einzelnen Mitgliedstaaten.

Damit helfe man auch Präsident Bush, für den es natürlich schwierig sei, sich von der Reagan-Politik abzusetzen. Für Bush sei es innenpolitisch einfacher, wenn er vor vollendete Tatsachen gestellt werde (sic!).

Die wirtschaftliche Lage sei für Nicaragua äußerst schwierig. Der Deutsche Bundestag habe eine Resolution verabschiedet, in der zwischen dem Ausgang der Wahlen und der Gewährung von Wirtschaftshilfe eine Verbindung hergestellt werde. Für Nicaragua wäre es hilfreicher gewesen, wenn sich der Bundestag für eine Soforthilfe ausgesprochen und die Fortsetzung der Hilfe vom Ausgang der Wahlen abhängig gemacht hätte.

Für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses seien wirtschaftliche Faktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Er wolle nur an die sozialen Konflikte erinnern, denen sich der neugewählte venezolanische Präsident⁸ vor wenigen Monaten gegenübergesehen hätte.⁹ Die Wirtschaft von Nicaragua sei aber in einem wesentlich schlechteren Zustand als die Venezuelas.

Für ihn sei es deshalb wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland an der Geberkonferenz in Stockholm teilnehme, die in Kürze stattfinden werde.¹⁰ Für die deutsche Seite könne beispielsweise Herr Leisler Kiep teilnehmen, der eine wichtige Rolle bei der Erstellung des Berichts der Sanford Commission¹¹ gespielt habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Wir befänden uns derzeit an einem Wendepunkt der Weltpolitik. Dies gelte vor allem für den Bereich der West-Ost-Beziehungen, die uns als geteiltes Land in besonderer Weise berührten. Die Chancen für den Frieden seien gewachsen. Zentralamerika sei ein zentraler Punkt des Geschehens, der zugleich geschichtlich belastet sei.

Wir müßten einen neuen Anfang finden. Das bedeute vor allem, daß Vertrauen entstehen müsse. Vertrauen lasse sich allerdings nicht kommandieren, sondern müsse wachsen.

⁸ Carlos Andrés Pérez.

⁹ Zu den Unruhen in Venezuela im Februar 1989 vgl. Dok. 71, Anm. 8.

¹⁰ Am 11./12. Mai 1989 fand in Stockholm eine Geberkonferenz für Nicaragua statt. Botschafter Schenk, Stockholm, berichtete dazu am 16. Mai 1989, zwar hätten die Geberländer die Maßnahmen Nicaraguas zur Wirtschaftssanierung gewürdigt, jedoch weitere Maßnahmen zur Demokratisierung und inneren Befriedung angemahnt. Die Hilfszusagen von bis zu 50 Mio. \$ seien jedoch hinter den erhofften 250 Mio. \$ zurückgeblieben: „Die Dinge lägen anders, hätten die USA, Großbritannien, Japan und BR Deutschland sowie die Weltbank mit ihrer nicht zu unterschätzenden Rolle aktiv am Konferenz-tisch gesessen und Zusagen in Aussicht gestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 141/144; Referat 331, Bd. 143950.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer notierte am 28. Februar 1989, die 1987 vom amerikanischen Senator Sanford gegründete Kommission, der neben anderen Senatoren auch Mitglieder aus Westeuropa, Japan und Lateinamerika angehörten, habe im Februar 1989 einen Plan vorgelegt. Dieser sehe Sofortmaßnahmen im humanitären Bereich, Maßnahmen zur Auslösung einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung, eine Stärkung der demokratischen Strukturen sowie Empfehlungen an die internationale Staatengemeinschaft vor. Vgl. dazu Unterabteilung 33, Bd. 146692.

Für den Wortlaut des Berichts vgl. THE REPORT OF THE INTERNATIONAL COMMISSION FOR CENTRAL AMERICAN RECOVERY AND DEVELOPMENT. Poverty, Conflict, and Hope. A Turning Point in Central America, Durham/North Carolina, London 1989.

Für uns Deutsche – wie auch für die anderen Europäer – sei entscheidend, daß der Demokratisierungsprozeß sich durchsetze. Dies bedeute faire Wahlen und ein Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Aus seiner Sicht habe Präsident Ortega den Weg in die richtige Richtung eingeschlagen. Andererseits wolle er aber auch ganz offen sagen, daß es noch viel Skepsis gebe.

Zum Wahlprozeß müsse man beispielsweise fragen, ob die Opposition wirklich eine Chance habe, auch die Regierung zu übernehmen. Es werde sehr darauf ankommen, wie dieser Prozeß von den internationalen Beobachtern beurteilt werde, vor allem, daß jede Manipulation ausgeschaltet sei.

Für ihn persönlich sei die Frage der Menschenrechte sehr wichtig. Nach den ihm vorliegenden Unterlagen gebe es noch immer eine beachtliche Zahl von Gefangenen, die auf die im Abkommen von Esquipulas¹² vorgesehene Amnestie warteten. In dem Maße, in dem Nicaragua dieses Abkommen erfülle, werde auch das Vertrauen wachsen.

Dazu gehöre auch ein gutes Verhältnis der Regierung von Nicaragua zur katholischen Kirche. Dies spiele für die internationale Reputation Nicaraguas eine wichtige Rolle.

Er selber glaube, daß Nicaragua durchaus die Chance habe, mit der neuen amerikanischen Administration zu vernünftigen Beziehungen zu kommen. Man könne vor dem historischen Hintergrund psychologisch vieles verstehen. Am Beispiel der deutsch-französischen Beziehungen führt der Bundeskanzler aus, wie wichtig es ist, die Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen.

Wenn man sich die heutige Einstellung des amerikanischen Kongresses vor Augen halte – Präsident Ortega selber habe ja die Sanford Commission erwähnt –, so sei dort eine Entwicklung eingetreten, die vor Jahren noch undenkbar gewesen sei.

Wir seien enge Freunde der Vereinigten Staaten von Amerika, wir seien keine Vasallen, aber Partner. Die USA hörten auf unser Wort, vor allem auch der neue Präsident Bush. Unser Interesse sei, daß in der Region Lateinamerika Friede einkehre, daß man neue Grundlagen für die Zukunft finde.

Ohne konsequenten Demokratisierungsprozeß werde es auch keine positive wirtschaftliche Entwicklung geben. Wenn Nicaragua ein vernünftiges Verhältnis zu den USA entwickeln wolle, empfehle er – obwohl er keine Ratschläge zu erteilen habe –, daß Nicaragua in den vorgenannten Bereichen – Demokratisierung, Menschenrechte, Verhältnis zur Kirche – deutliche Anstrengungen unternehme, damit die noch vorhandene Skepsis allmählich verschwinde.

Zur Frage einer deutschen Teilnahme an einer unparteiischen Beobachtergruppe erklärt der Bundeskanzler, wir hätten diesbezüglich unsere grundsätzliche Bereitschaft erklärt. Eine Entscheidung könnten wir allerdings erst fällen, wenn das förmliche Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen¹³ vorliege.

Der Bundeskanzler wiederholt, unser vorrangiges Interesse sei, daß das Abkommen von Esquipulas voll erfüllt werde, damit die Region Zentralamerika befriedet werde. Wenn die Dinge sich in diese Richtung entwickelten, würden wir und auch die anderen EG-Mitgliedstaaten positiv reagieren.

¹² Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

¹³ Javier Pérez de Cuéllar.

Was die Stockholmer Geberkonferenz angehe, so werde BM Warnke, mit dem der Präsident heute nachmittag zusammentreffe, hierzu im einzelnen unsere Position darlegen.¹⁴ In diesem Zusammenhang sei auch wichtig, daß Nicaragua mit dem IWF und der Weltbank ins reine komme.

Er sehe insgesamt durchaus die Chance zu einem Neubeginn. Die Tatsache des Besuches von Präsident Ortega beweise, daß auch er diese Chance wahrnehmen wolle. Die entscheidenden Schritte müsse allerdings Nicaragua, müsse Präsident Ortega tun. Unser Wunsch sei es, daß Nicaragua seine Souveränität auf demokratische Weise ausübe.

Präsident *Ortega* erwidert, die Opposition habe in Nicaragua mehr Bewegungsraum als in anderen zentralamerikanischen Ländern. Beispielsweise sei es in Costa Rica den Kommunisten untersagt, als solche aufzutreten. In Nicaragua hingegen könnten sowohl linksextreme als auch rechtsextreme Parteien agieren.

Inzwischen hätten sich sogar frühere Sympathisanten der Contra dafür entschieden, sich in das politische Leben zu integrieren. Leider könne die Opposition insgesamt nicht davon ablassen, die Entwicklung nach wie vor negativ darzustellen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm liege eine Liste mit politischen Haftfällen vor, die er von der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten habe. Dabei handele es sich keineswegs um Leute, die mit Somoza etwas zu tun gehabt hätten, sondern um solche, die in den letzten Jahren verurteilt worden seien. Für ihn sei es sehr wichtig, daß die Amnestie auch auf diese Personen ausgedehnt werde. Er würde gerne wissen, wie Präsident Ortega die Erfolgchancen hierfür beurteile.

Präsident *Ortega* erwidert, es gebe in Nicaragua derzeit keine politischen Gefangenen. Alle politischen Gefangenen seien freigelassen worden. Lediglich Contra-Angehörige – darunter auch frühere FSLN-Anhänger, die übergelaufen seien – saßen noch im Gefängnis, und diese seien nicht wegen ihrer politischen Einstellung verurteilt worden, sondern wegen bestimmter Delikte.

Er sei aber bereit, die Liste der Fälle, die der Bundeskanzler erwähnt habe, entgegenzunehmen und diese zu überprüfen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde noch heute dem Präsidenten einen Brief mit der entsprechenden Liste übermitteln. Für eine alsbaldige Reaktion hierauf wäre er dankbar.¹⁵

Der Bundeskanzler fährt fort, uns gehe es nicht darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. Er erkenne keineswegs

¹⁴ Im Gespräch mit dem nicaraguanischen Präsidenten Ortega am 9. Mai 1989 wies Bundesminister Warnke darauf hin, daß Finanzhilfen nur gewährt werden könnten, wenn keine Rückstände bestünden: „Falls diese nicht beglichen werden könnten, müsse der Weg eines Anpassungsprogramms über IWF/Weltbank und im Rahmen des Pariser Clubs gegangen werden. [...] Eine Übereinkunft mit dem IWF sei daher Voraussetzung für eine Finanzhilfe. [...] BM Dr. Warnke erklärte sodann, daß die Bundesregierung an der Konferenz in Stockholm nicht als Mitglied teilnehme, da man die Führerschaft für eine solche Aufgabe den internationalen Institutionen und nicht einem bilateralen Geber überlassen wolle. Man werde jedoch möglicherweise über die Botschaft als Beobachter sich beteiligen, um auch das Urteil der anderen zu sehen und einbeziehen zu können.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 146939.

¹⁵ Für die am 9. Mai 1989 von Bundeskanzler Kohl übergebene Liste von Inhaftierten vgl. Referat 331, Bd. 146939.

Für das Antwortschreiben des nicaraguanischen Präsidenten Ortega vom 11. September 1989 vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 349 der Botschaft in Managua vom 20. September 1989; Referat 331, Bd. 146939.

die Schwierigkeiten, denen sich Nicaragua gegenübersehe. Wenn Präsident Ortega einen ernsthaften Versuch zur Demokratisierung seines Landes mache, so werde ihm dies in Europa – auch persönlich – viel Sympathie eintragen.

Die Bundesrepublik Deutschland betrachte sich nicht als den Nabel der Welt, aber spiele in Europa eine wichtige Rolle. Diese könne sie auch gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika einsetzen.

Wir seien in der einzigartigen Situation, daß in nächster Zeit innerhalb von 14 Tagen sowohl der amerikanische Präsident¹⁶ als auch Generalsekretär Gorbatschow¹⁷ nach Bonn kämen. Wir wollten einen vernünftigen Beitrag zum Frieden leisten. Dies könnten wir um so mehr, als wir eine eindeutige Position verträten.

Wenn es gelinge, in Zentralamerika die Dinge zum Besseren zu wenden, werde dies auch Auswirkungen auf das übrige Lateinamerika haben. In der EG gebe es, bedingt durch die kolonialen Bindungen einiger Mitgliedstaaten, die Tendenz, sich insbesondere nach Afrika hin zu orientieren. Er persönlich sei jedoch der Auffassung, daß Lateinamerika im 21. Jahrhundert größte Bedeutung haben werde. Durch den Beitritt von Spanien und Portugal zur EG seien bessere Brücken zu Lateinamerika entstanden. Er ermuntere daher immer wieder Felipe González, diese Brückenfunktion wahrzunehmen.

Wenn es gelinge, den Friedensprozeß zu entwickeln, werde dies auch unmittelbar Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Er könne die deutsche Wirtschaft, die vom Staat unabhängig sei, nicht kommandieren. Aber die Wirtschaft selber beobachte genau, wie sich der politische Prozeß in bestimmten Regionen entwickle, und handle dementsprechend.

Er, der Bundeskanzler, schlage vor, daß man im Gespräch bleibe. Er werde die Entwicklung in Lateinamerika weiterhin mit größtem Interesse verfolgen. Dadurch, daß man sich jetzt kennengelernt habe, sei es auch leichter, das Denken des jeweils anderen zu verstehen.

Präsident *Ortega* erinnert daran, daß er den Bundeskanzler bereits schon einmal bei einem Empfang Präsident Reagans in New York gesehen habe. In der Tat könne man nach dem heutigen Gespräch – das ein gutes Gespräch gewesen sei – den Kontakt aufbauen.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, entscheidend werde sein, was Präsident Ortega persönlich in den Fragen Demokratisierung, Menschenrechte und Verhältnis zur Kirche tun werde. Sein Gespräch mit Kardinal Obando y Bravo habe große Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt.

Präsident *Ortega* erklärt, er habe gestern abend in London bis spät in die Nacht mit Vertretern von Amnesty International gesprochen, die ihre Kritik vorgebracht hätten.

Mit dem IWF und der Weltbank unterhalte Nicaragua rein formale Beziehungen, da die USA seinem Land praktisch den Zugang zu beiden Institutionen

¹⁶ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

¹⁷ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

versperrt hätten. Auch aus diesem Grunde sei es wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland in Stockholm vertreten sei, denn dort werde möglicherweise auch ein Vertreter des IWF anwesend sein.

Seine große Sorge sei, daß wirtschaftliche Hilfe, wenn sie erst nach Ablauf des politischen Prozesses geleistet werde, zu spät komme. Auch deshalb habe er seine Reise zum jetzigen Zeitpunkt angetreten. Nicaragua kämpfe praktisch um sein wirtschaftliches Überleben. Was solle er tun? Eine Kriegswirtschaft einführen? Seine Regierung habe sich für eine Politik der wirtschaftlichen Anpassung entschieden und zum Teil sehr harte Maßnahmen durchgesetzt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm sei durchaus bewußt, daß man sich hier in einem gewissen Teufelskreis befinde. Er werde über die Problematik sowohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush als auch mit seinen europäischen Kollegen reden. Aber er wolle noch einmal deutlich sagen, daß entscheidend sei, was Präsident Ortega zu Hause tue.

Der Bundeskanzler bittet in diesem Zusammenhang noch einmal um eine baldige Reaktion auf seinen Brief. Je eindeutiger sich Nicaragua in der Frage der Menschenrechte verhalte, um so besser sei dies für das politische Klima und die wirtschaftlichen Fragen.

Präsident *Ortega* erklärt, er habe bei allen bisherigen Gesprächspartnern viel Verständnis und Anerkennung für das gefunden, was Nicaragua bisher gemacht habe – mit Ausnahme bei der britischen Premierministerin. Beispielsweise hätten die christlich-demokratischen Politiker in Italien, mit denen er gesprochen habe – Präsident Ortega nennt Forlani und Piccoli – erklärt, sie seien völlig einverstanden mit dem, was er in die Wege geleitet habe. Es gebe daher schon Vertrauen in die Politik Nicaraguas.

Der *Bundeskanzler* erklärt, alles was Präsident Ortega tun könne, um Vertrauen zu schaffen, werde in der Tat nützlich sein. Er selber habe gestern Abend mit PM Thatcher ein langes Gespräch geführt¹⁸, und die britische Premierministerin habe ihm hierbei auch über ihr Zusammentreffen mit Präsident Ortega berichtet.

Präsident *Ortega* wirft ein, er habe gegenüber Frau Thatcher auf das Beispiel Polen verwiesen. Dort sei man bereit, schon Mittel zu investieren, bevor es politische Resultate gebe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wir selber hätten bei der Normalisierung des Verhältnisses zu Polen und Ungarn eine führende Rolle, und wiederholt abschließend, man werde in Kontakt bleiben.

Referat 331, Bd. 146939

¹⁸ Für eine britische Aufzeichnung über das Telefongespräch vgl. <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-2617>, S. 130f.

126

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**424-411.10 ISR VS-NfD****9. Mai 1989¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Lieferung von U-Booten nach Israel⁴Bezug: Vorlage vom 17.1.1989 – 424-411.10 ISR⁵Anlg.: Bezugsvorlage⁶Vorlage vom 25.11.1988⁷Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.⁸

I. 1) Die Werften Thyssen Nordseewerke und Howaldtswerke-Deutsche Werft AG haben mit Schreiben vom 10.11.1988 beim Auswärtigen Amt eine gemeinsame Voranfrage zu den Genehmigungsaussichten der Lieferung von zwei kompletten dieselelektrischen U-Booten mit Option für ein drittes U-Boot nach Israel eingereicht. Jüngste Pressemeldungen über angeblichen Verzicht Israels auf Bestellung der U-Boote wurden nicht bestätigt. Stellungnahme der israelischen Regierung räumte zwar nicht alle Zweifel an festem Kaufentschluß aus, beteiligte deutsche Firmen haben aber angegeben, daß VM Rabin das Projekt weiterverfolge. Verhandlungen über Einzelheiten des Vertrages würden nach Ostern⁹ in New York aufgenommen. Vertragsabschluß sei für Mai 1989 geplant, Voranfrage behalte daher Gültigkeit.

2) Die Firmen haben zum geplanten Geschäft folgendes angegeben:

Die U-Boote sollen komplett (einschließlich des Einbaus von je zehn Torpedo-Rohren) in der Bundesrepublik Deutschland gebaut werden. Eine ursprünglich

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. Mai 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum BSR? Neg[atives] Votum genügt.“

Hat Legationsrat Berger am 18. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Bemerkung BM.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Juni 1989 erneut vorgelegen, der Referat 424 um Stellungnahme zum Vermerk Genschers bat.

Hat Jelonek am 20. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Kyaw am 21. Juni 1989 vorgelegen.

⁴ Zur Frage der Lieferungen von U-Booten an Israel vgl. AAPD 1988, II, Dok. 302.

⁵ Ministerialdirektor Jelonek unterrichtete über den Stand der Frage der Lieferung von U-Booten an Israel. Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ackermann informierte über den Wunsch der beteiligten Unternehmen, die Bundesregierung möge eine entstandene Finanzierungslücke bei der von Israel gewünschten Lieferung von U-Booten schließen. Dazu führte er aus: „Bei der Finanzierungslücke ist das AA der falsche Ansprechpartner, da dem AA für solche Projekte keine Mittel zur Verfügung stehen. Die Rüstungssonderhilfe ist auf NATO-Staaten beschränkt.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

⁸ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „d. h. BSR-Befassung mit negativem Votum“.

⁹ 26./27. März 1989.

geplante Gewichtsreserve für den Einbau von fünf Anti-Hubschrauber-Raketen in Israel sei aus Kostengründen aufgegeben worden. Die U-Boote seien gemäß den Wünschen des israelischen Verteidigungsministeriums völlig neu durch das Ingenieurkontor Lübeck entwickelt worden. Es sei das modernste konventionelle U-Boot entwickelt worden, das es zur Zeit gebe.

USA seien am Erwerb der konventionellen U-Boote durch Israel interessiert. US-Firma Litton/Ingalls sei Generalunternehmer für die gesamte Modernisierung der israelischen Marine. Da in den USA keine konventionellen U-Boote mehr gebaut würden, plane amerikanischer Generalunternehmer, HDW Unter-auftrag für den Bau von zwei für Israel bestimmten U-Booten zu erteilen. USA hätten Israel für den Erwerb der U-Boote 360 Mio. US-\$ im Rahmen der US-Militärhilfe zur Verfügung gestellt. Die komplette elektronische Ausrüstung der U-Boote (Feuerleitanlagen, Sonargeräte, Funkausrüstung etc.) müsse deshalb aus den USA bezogen und in der Bundesrepublik Deutschland eingebaut werden. Die Auslieferung der U-Boote solle direkt aus der Bundesrepublik Deutschland nach Israel erfolgen. Die Finanzierung der U-Boot-Projekte sei inzwischen geklärt. Technische Ausstattung der U-Boote wurde verringert. Preis von DM 600 Mio. mit Preisgleitklausel für zwei U-Boote könne mit den zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden.

3) BMVg erhebt keine Bedenken gegen die Inaussichtstellung einer Genehmigung. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die israelischen Verteidigungsstreitkräfte ihre U-Boot-Waffe für Vergeltungszwecke oder sogar offensive präventive Schläge einsetzen.

BMWi könnte unter Hinweis auf die positive Bescheidung des BSR vom 16.3. 1987 zu acht U-Booten nach Saudi-Arabien einer positiven Bescheidung der o. a. Voranfrage zustimmen.

II. 1) Die geplante Lieferung von U-Booten nach Israel ist rechtlich als Export von Kriegswaffen nach Israel zu beurteilen.

Gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 KWKG¹⁰ ist die Genehmigung zu versagen, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden. Ein solcher zwingender Versagungsgrund ist nicht ersichtlich. Israel befindet sich zwar im De-jure-Kriegszustand mit seinen Nachbarn (mit Ausnahme Ägyptens). Es ist aber nicht erkennbar, daß Israel mit den U-Booten einen Angriffskrieg plant.

Gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 1 KWKG kann die Genehmigung insbesondere versagt werden, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß ihre Erteilung dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern zuwiderlaufen würde. Die Ausübung dieses Ermessens wurde durch die Rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung¹¹ konkretisiert. Gemäß Nr. 9 dieser Grundsätze ist eine ausnahmsweise Genehmigung nur bei Vorliegen vitaler Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich. Ferner

¹⁰ Für den Wortlaut von § 6 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

¹¹ Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

darf gemäß Nr. 13 dieser Grundsätze die Lieferung von Kriegswaffen nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen.

Ob diese Voraussetzungen bzw. Hindernisse einer Genehmigung vorliegen, bedarf einer Abwägung.

2) Für eine Inaussichtstellung einer Genehmigung sprechen folgende Gründe:

- Wir haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis Israels. Angemessene Mittel, die voraussichtlich nur zur Verteidigung bestimmt sind, sollten daher nicht verweigert werden.

- Israel könnte sich auf folgenden Präzedenzfall berufen:

BSR hat am 16.3.1987 der positiven Bescheidung der Voranfrage zur Lieferung von bis zu acht U-Booten nach Saudi-Arabien zugestimmt. Saudi-Arabien hat allerdings bisher keine Entscheidung über die Realisierung des U-Boot-Projektes getroffen. Saudi-Arabien befindet sich mit Israel im De-jure-Kriegszustand. Diese Entscheidung der Bundesregierung hat Israel bisher nicht kritisiert. Israel dürfte deshalb für eine ablehnende Entscheidung kaum Verständnis aufbringen.

- Bei U-Boot-Lieferungen wurde bisher immer – nicht zuletzt aufgrund der Werftenproblematik – ein weniger strenger Maßstab angelegt als bei sonstigen Kriegswaffenlieferungen (z.B. U-Boot-Lieferung nach Südkorea: Ja, aber Tornado: Nein). U-Boot-Lieferungen wurden bisher nur im Falle Irans (wegen iranisch-irakischen Konflikts) und Taiwans (erhält keine Rüstungsgüter) und Pakistans (wegen fehlender Endverbleibserklärung) abgelehnt.

BSR hat Inaussichtstellung von Genehmigungen für U-Boot-Lieferungen in folgende Länder außerhalb der NATO zugestimmt:

Argentinien	1970	2 U-Boote (in Teilen)
	1977	6 U-Boote (davon 4 in Teilen)
		2 U-Boote geliefert
		2 U-Boote im Bau
Brasilien	1982	2–4 U-Boote + 1 U-Boot in Teilen
		1 U-Boot geliefert
		2 U-Boote im Bau
Chile	1980	2 U-Boote
		2 U-Boote geliefert
Ecuador	1973	2 U-Boote
		2 U-Boote geliefert
Indien	1977	2 U-Boote
	1979	2–3 U-Boote
	1980	1 U-Boot in Teilen
		2 U-Boote geliefert
Indonesien	1976	2 U-Boote im Bau
		3 U-Boote
		2 U-Boote geliefert

Iran	1977	3–4 U-Boote nicht geliefert; Verlängerung Herstellungsgenehmigung 1985 von BSR abgelehnt.
Korea	1983	2 U-Boote + Option für 2 weitere U-Boote
	1988	6 U-Boote Vertragsverhandlungen
Kolumbien	1971	2 U-Boote (in Teilen) 2 U-Boote geliefert
Peru	1970	2 U-Boote (in Teilen)
	1977	4 U-Boote 6 U-Boote geliefert
Pakistan	1976	3 U-Boote nicht realisiert
	1977	1 U-Boot wegen fehlender Endverbleibszusage abgelehnt
Saudi-Arabien	1987	bis zu 8 U-Boote Bisher hat Saudi-Arabien noch nicht entschieden, ob Projekt realisiert wird.
Venezuela	1971	2 U-Boote (in Teilen) 2 U-Boote geliefert
- Israel ist bereits im Besitz von drei U-Booten, die mit erheblicher deutscher Mitwirkung gebaut wurden. Diese U-Boote wurden 1976/1977 von der britischen Werft Vickers Shipbuilding nach Fertigungsunterlagen der deutschen Firma IKL¹² gebaut. Eine Genehmigung für die Lieferung der Fertigungsunterlagen wurde nicht beantragt. Das BMVg hatte aber die Lieferung unterstützt. Diese U-Boote wurden mit Genehmigung der Bundesrepublik vor Auslieferung nach Israel im Druckdock der Bundesmarine in Kiel überprüft. Israel mußte davon ausgehen, daß die Entwicklung der U-Boote mit Kenntnis der Bundesregierung erfolgte. Seit 1983 werden laufend Ersatzteillieferungen für die Überholung und Reparatur dieser U-Boote genehmigt (bis heute ca. im Wert von 11 Mio. DM). Es dürfte für Israel unverständlich sein, wenn wir Ersatzteile für U-Boote genehmigen, aber komplette U-Boote verweigern.
 - USA befürworten das Geschäft. Andererseits dürfte eine eventuelle Ablehnung das deutsch-amerikanische Verhältnis nicht ernsthaft belasten.
- 3) Gegen eine Inaussichtstellung einer Genehmigung sprechen folgende Gründe:
- Kriegswaffenlieferungen nach Israel wurden bisher mit Ausnahme von „geheimen“ Panzerlieferungen in den 60er Jahren¹³ und geringfügigen Munitionslieferungen nicht genehmigt.

¹² Ingenieurkontor Lübeck.

¹³ Bundeskanzler Adenauer genehmigte im August 1962 eine Ausrüstungshilfe an Israel mit einem Gesamtumfang von 240 Mio. DM. Im Oktober 1964 gelangten Nachrichten über die durchgeführten und noch durchzuführenden geheimen Lieferungen, die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kol[onien]“ liefen und auch 150 Panzer aus amerikanischer Produktion beinhalteten, an die Öffentlichkeit. Nach

- Israel befindet sich mit seinen Nachbarn (mit Ausnahme Ägyptens) im De-jure-Kriegszustand. Auch wenn es das BMVg für wenig wahrscheinlich hält, ist nicht völlig auszuschließen, daß Israel die U-Boote zu Präventivschlägen gegen Schiffe im Mittelmeerraum einsetzt. Israel ist durch militärische Aktionen zu Lande und zu Wasser im Libanon verwickelt. Aus israelischer Sicht sollen die U-Boote jedoch zur Verhinderung einer möglichen Seeblockade israelischer Häfen eingesetzt werden. Die Inaussichtstellung einer Genehmigung für die Lieferung von U-Booten könnte uns bei jetzigem Stand des Friedensprozesses im Nahostkonflikt als einseitige Unterstützung Israels vorgeworfen werden und daher auf erhebliche Kritik bei den arabischen Staaten stoßen.
- Es ist mit erheblich größerer innenpolitischer Kritik im Falle einer Genehmigung der U-Boot-Lieferung zu rechnen als im Falle einer Ablehnung. Die Opposition (MdB Gansel) hat bereits jetzt zu erkennen gegeben, daß sie eine solche Genehmigung nicht für vertretbar hält.
- Der Berufung auf die genehmigten U-Boot-Lieferungen nach Saudi-Arabien kann nach Ansicht der Abteilung 3 entgegengehalten werden:

Im Unterschied zu Israel war Saudi-Arabien bisher nicht aktiv in die militärischen Konflikte im Nahen Osten verwickelt. Selbst wenn Saudi-Arabien von uns U-Boote erwerben sollte, kann nicht ohne weiteres angenommen werden, daß diese gegen Israel eingesetzt werden.

4) Die Abwägung ist schwierig, weil die Spannungslage im Nahen Osten und die Einsatzmöglichkeiten der modernen U-Boote durch Israel in einem Nahostkonflikt gegen die Inaussichtstellung einer Genehmigung sprechen. Andererseits ist eine Ablehnung mit der bisherigen Praxis nicht zu vereinbaren. Sie wäre daher – ganz besonders wegen der positiven Entscheidung im Falle Saudi-Arabiens – den Israelis kaum verständlich zu machen. Eine Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen wäre die unvermeidliche Folge.

Am 17.2. fand eine Hausbesprechung unter Teilnahme beider Staatssekretäre¹⁴ statt, in der diese Problematik ausführlich erörtert wurde. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Gründe für ein negatives Votum überwiegen. Gegenüber Israel muß diese Entscheidung mit einer grundsätzlichen Verschärfung der deutschen Rüstungsexportpraxis aufgrund der jüngsten innenpolitischen Diskussionen begründet werden.¹⁵ Diese neue¹⁶ Linie muß im Interesse unserer Glaubwürdigkeit dann allerdings auch gegenüber Wünschen aus dem arabischen Lager durchgehalten werden¹⁷. Insoweit kommt der hier zu treffenden Entscheidung durchaus prinzipielle Bedeutung zu.

Fortsetzung Fußnote von Seite 569

Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel bekräftigte die Bundesregierung am 26. Januar 1965 ihren Willen, künftig keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 289 und Dok. 396, sowie AAPD 1965, I, Dok. 2, Dok. 39 und Dok. 40.

¹⁴ Hans Werner Lautenschlager und Jürgen Sudhoff.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich wie folgt geändert: „Gegenüber Israel muß diese Entscheidung mit der Notwendigkeit strikter(er) Anwendung unserer Exportrichtlinien aufgrund der jüngsten (innenpolitischen) Diskussionen im Hinblick auf unsere Genehmigungspraxis bei sensiblen Exporten begründet werden.“

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

¹⁷ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(insb[esondere] im Hinblick auf etwaige Wünsche Saudi-Arabiens)“.

III. Es wird vorgeschlagen, daß Sie der Fertigung einer BSR-Vorlage des AA mit negativem Votum zustimmen. Diese BSR-Vorlage würde Ihnen dann nach Abstimmung mit den Ressorts zur Zeichnung und Übermittlung an ChBK¹⁸ vorgelegt werden.¹⁹

D 3²⁰ und D 2²¹ haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 424, Bd. 162398

127

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

9. Mai 1989¹

Schriftbericht Nr. 305

Betr.: Deutsche Exportpolitik gegenüber Irak

2 Doppel

1) Die Botschaft erhielt Kopie der BBC-Fernsehproduktion „The Condor Conspiracy“, eine Panorama-Reportage über angebliche deutsche Firmen-Hilfe bei der Raketentechnik an Argentinien, Ägypten und den Irak, verfaßt von der englischen Journalistin Jane Corbin.

Die gründlich recherchierte und geschickt verfaßte Reportage geht von der „Consen-Gruppe“ mit Sitz in Zug in der Schweiz als geschäftliches und geistiges Zentrum aus und kommt u. a. zu dem Schluß, daß die deutschen Firmen MBB und Gildemeister durch das Projekt „Saad 16“² bei Mossul den Irak in die Lage versetzt haben, Raketen mit chemischen Sprengköpfen von 500 kg Tragfähigkeit und 1000 km Reichweite zu produzieren und damit Israel zu bedrohen. Beide Firmen hätten bereits Irak im Krieg gegen den Iran mit der Lieferung von Raketentechnologie unterstützt. Die Reportage erhält besonderes Gewicht durch Interviews mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Quayle, dem britischen Vize-Außenminister Waldegrave, dem israelischen Deputy Chief of Staff Barak und PStS Riedl vom BMWi.

2) Die Botschaft möchte aus hiesiger Sicht zu den in letzter Zeit in zunehmendem Maße zu beobachtenden, überwiegend aus den USA, GB und Israel stammenden Vorwürfen, deutsche Firmen stärkten den Irak militärisch, Stellung nehmen.

¹⁸ Rudolf Seiters.

¹⁹ Ministerialdirektor Jelonek legte am 15. November 1989 den Entwurf einer Vorlage an den Bundessicherheitsrat vor, die ein offenes Votum bezüglich der Lieferung von U-Booten an Israel enthielt. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 162398.

²⁰ Reinhard Schlagintweit.

²¹ Dieter Kastrup.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 17. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 424 „m[it] d[er] B[itt]e] u[m] Ü[ber]nahme z[u] Ziff. 14“ verfügte.

² Zur irakischen Anlage „Saad 16“ vgl. Dok. 82.

3) Zunächst ist festzustellen, daß während des achtjährigen irakisch-iranischen Krieges der Irak aus deutschen Quellen keine einzige Waffe erhalten hat. Hauptwaffenlieferanten waren die fünf Ständigen Mitglieder des SR, ohne deren Raketen, Panzer, Geschütze und Flugzeuge der Golfkrieg nicht hätte stattfinden können.

4) Die während des Golfkrieges an den Irak gelieferten Raketen, die im Städtekrieg Verwendung fanden, sind sowjetischen Ursprungs. Es handelt sich um außer Dienst gestellte Kurzstreckenraketen, die wahrscheinlich mit französischer Hilfe, allerdings wohl mit Unterstützung von aus Deutschland stammenden Experten, auf größere Entfernungen umgerüstet wurden. Auch der von den Israelis 1981³ durch einen Luftangriff zerstörte Atomreaktor Tammuz⁴ ist französischen Ursprungs. Deutsche Firmen sind bisher weder bei der Raketenherstellung noch im Bereich der Atomindustrie tätig gewesen.

5) Auf der vom 28.4. bis 2.5.1989 in Bagdad veranstalteten Rüstungsmesse kam deutlich zutage, wer die Hauptinteressenten an der weiteren Lieferung von Kriegsgeräten auch hochmoderner Art an den Irak sind, nämlich F, GB, SU, Ägypten, Jugoslawien, auch USA. Die Bundesrepublik war so gut wie nicht vertreten.

6) Ob „Saad 16“ tatsächlich der Raketenforschung dient, wird von unserer Staatsanwaltschaft im Augenblick ermittelt. Nach den mir am 26.4. in Bonn zugänglich gemachten Erkenntnissen muß die mir vom hiesigen MBB-Delegierten gegebene Darstellung von einem waffentechnisch eher allgemeinen Research and Development Centre zweifelhaft erscheinen. Andererseits liegen aber bisher wohl keine Erkenntnisse dafür vor, daß in Mossul Raketen mit chemischen Sprengköpfen hergestellt werden können.

Wenn in diesem Zusammenhang die schrecklichen Bilder von dem verwerflichen Gasangriff der irakischen Armee auf kurdische Frauen und Kinder in Halabdscha⁵ gezeigt werden, ist dies geradezu maliziös, da diese Angriffe im März 1988 mit Kampfhubschraubern entweder sowjetischen oder französischen Ursprungs geflogen wurden, als „Saad 16“ noch nicht betriebsfähig war.

7) Dem israelischen Sicherheitsbedürfnis ist andererseits auch durch uns Rechnung zu tragen. Denn durch die Beendigung des irakisch-iranischen Konfliktes sind zwei potentielle Gegner Israels zu einer zusätzlichen Bedrohung geworden, Irak durch seine Militärmacht, Iran durch seinen internationalen Terrorismus. Insofern erscheint es legitim, das Projekt „Saad 16“ mit dem allergrößten Mißtrauen zu betrachten, auch wenn man selbst über ein Arsenal von Raketen mit Atomsprengköpfen verfügt.

8) Bei aller verständlichen Sorge um militärisch nutzbaren deutschen Technologietransfer kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die USA und GB diese mit der Gelegenheit koppeln, den deutschen Export zu diskreditieren, wobei sie sich der Erkenntnisse oder angeblicher Erkenntnisse ihrer Geheimdienste bedienen.

³ Korrigiert aus: „1982“.

⁴ Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ (Tammuz-1 und Tammuz-2) am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

⁵ Im März 1988 kam es in der Nähe der Stadt Halabdscha im Norden Iraks zum Einsatz chemischer Waffen. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 99.

9) So hart und unerbittlich wir gegen direkte oder indirekte Verstöße gegen unsere Außenwirtschaftsgesetze vorgehen sollten, um den weiteren Export von Technologie oder Produkten zur Herstellung von Waffen insbesondere der Massenvernichtung zu verhindern, sollten wir in gleicher Weise unsere „saubere“ Exportwirtschaft vor unlauteren Angriffen schützen. Es gibt so gut wie keine Industrieanlage, deren Produkte nicht als Dual-use-Güter deklariert werden könnten.

10) Sicherlich ist es nicht einfach für die USA, GB und F zuzusehen, wie die Bundesrepublik dabei ist, in den Handelsbeziehungen zu Irak wieder auf einen der ersten Plätze vorzurücken. Wir sollten uns jedoch dagegen wehren, wenn mit unlauteren Mitteln unsere Exportindustrie behindert wird.

11) Möglicherweise wird die Daimler-Benz AG das nächste Opfer sein. Der Zehn-Jahres-Vertrag zur Produktion von LKWs, Bussen und anderen Nutzfahrzeugen könnte mit dem Verdacht belegt werden, daß hierdurch die Transportkapazität der Armee verbessert wird, wobei sicherlich verschwiegen werden dürfte, daß gleichzeitig ein ebenso umfassender Vertrag mit General Motors zur Herstellung von PKWs und Geländefahrzeugen abgeschlossen wurde. Möglicherweise wird das Engagement von Daimler-Benz und MBB im Irak Eingang finden in die Gespräche um die Fusion beider Unternehmen.⁶

12) Der Irak wird bis Ende 1989 Aufträge für etwa weitere acht Großprojekte aus der im vergangenen Jahr angelaufenen Industrialisierungsphase vergeben. Zahlreiche deutsche Firmen, auch mittlerer Größe, haben ein erhebliches Interesse und auch gute Chancen, berücksichtigt zu werden.

Die Hauptkonkurrenten stammen aus GB, F und USA. Es sollte nicht verwundern, wenn, solange die Entscheidungen über den Zuschlag für diese Großprojekte ausstehen, die Versuche einer Mißkreditierung der deutschen Exportwirtschaft in den Irak andauern.

13) Vielleicht wäre es von Interesse zu prüfen und zusammenzustellen, wer die Hauptwaffenlieferanten in andere Krisengebiete wie Libanon, Tschad, Sudan, Uganda, Sri Lanka usw. sind. Es wird vermutet, daß es dieselben sind, die auch den Golfkrieg militärisch ermöglicht haben.

14) Die Botschaft bittet um Übersendung der in der Panorama-Sendung der BBC mehrfach zitierten Vereinbarung zwischen USA, GB, F und D über eine Nichtverbreitung von Raketentechnologie aus dem Jahre 1985.

Ellerkmann

Referat 311, Bd. 154125

⁶ Seit Herbst 1988 liefen Verhandlungen über eine Übernahme von MBB und damit auch der Deutschen Airbus GmbH durch Daimler-Benz. Vgl. dazu Dok. 228.

128

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1759****Aufgabe: 9. Mai 1989, 20.14 Uhr¹****Ankunft: 9. Mai 1989, 19.10 Uhr**Betr.: Nationalitätenpolitik in der SU²

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Nationalitätenproblematik hat sich nach Jahrzehnten der konsequenten Verdrängung in den Vordergrund der innenpolitischen Probleme der SU geschoben. Sie hat insbesondere im Verlauf des letzten Jahres große Brisanz und Dynamik entfaltet. Die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten und den einzelnen Republiken neu zu ordnen, wird von der Zentrale zugegeben. Dennoch bleibt alles, was bisher in Moskau zu diesem Thema gesagt worden ist, im Rahmen des historisch Gewordenen. Vor einer radikalen Neuordnung schreckt man hier noch zurück. Dabei wird immer fraglicher, ob eine Lösung, die in diesem Rahmen bleibt, heute noch die zentrifugalen Kräfte an der Peripherie auf Dauer einbinden kann.

Dabei stellt sich die Nationalitätenproblematik in einzelnen Regionen der SU mit durchaus unterschiedlichem Profil dar:

- Im Baltikum verbinden sich moderate Methoden mit in der Substanz radikalen Forderungen. Hier wirkt die noch lebendige Erinnerung an die erst 1940 verlorene Eigenstaatlichkeit nach. Im Baltikum herrscht – mit Ausnahme Lettlands, wo sich zunehmend eine Zerreißprobe zwischen lettischer autochthoner Bevölkerung und den inzwischen etwa 50 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Zugereisten bei weitgehend passiver Parteiführung anbahnt – Einstimmigkeit über die Ziele nationaler Selbständigkeit. Die estnische und litauische Parteiführung ist eng mit der Bevölkerung verbunden und weiß bisher den Konflikt mit Moskau in einer Weise zu steuern, die mit wohl dosierten und zeitlich gut kalkulierten einseitigen Schritten den eigenen Manövrierraum behutsam erweitert und das Gesetz des Handelns bei sich hält.
- Umgekehrt verbinden sich im Kaukasus gewalttätige Methoden mit in der Substanz zwar kaum ernsthaft für den Bestand der SU gefährlichen Forderungen. In Armenien und in Georgien steht die Parteiführung weitgehend isoliert einer sich zunehmend in anderen Kanälen politisierenden Bevölkerung gegenüber. Anders als im Baltikum wäre eine Sezession sowohl für Georgien wie vor allem für Armenien keine echte Option. Jedoch könnte die starke emotional-irrationale Komponente vor allem in Georgien zu weiteren schweren Zusammenstößen³ führen.

¹ Das von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8 und 14.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 10. Mai 1989 vorgelegen.

² Zur Entwicklung der Nationalitätenfrage in der UdSSR vgl. AAPD 1988, II, Dok. 337.

³ Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

- Moldawien, Ukraine und Weißrußland bilden eine „weiche Flanke“, auf der die SU äußeren Einflüssen besonders stark ausgesetzt ist. In Moldawien muß mit einem baldigen Wechsel in der gesamten Parteispitze gerechnet werden. Solange Ceauescu und sein Vermächtnis in Rumänien die Lebensbedingungen bestimmen, dürften irredentistische Aspirationen in Moldawien bei aller Entschlossenheit, die eigene kulturelle Identität zu behaupten, vorerst keine echte Chance haben.⁴ Bedrohlicher könnte die Lage in Ukraine und Weißrußland werden. Sollte in Polen eine Liberalisierung gelingen, würden entsprechende Funken über kurz oder lang auch in den Zunder fliegen, der sich in den angrenzenden sowjetischen Republiken angehäuft hat. Spätestens nach dem Abtritt Schtscherbikzkijs ist in der Ukraine mit der Gründung einer Volksfront zu rechnen, die es an Radikalität leicht mit ihren Schwesterorganisationen im Baltikum aufnehmen dürfte.⁵
- Trügerische Ruhe herrscht einstweilen in Zentralasien. Dort stehen mittelfristig die Zeichen auf Sturm. Objektive Faktoren (rasantes Bevölkerungswachstum, ökologische Katastrophen) verbinden sich mit einem wachsenden Selbstbewußtsein für nationale und religiöse Traditionen. Die verkrusteten Parteistrukturen dort lassen nicht hoffen, daß den sich heute schon abzeichnenden Problemen rechtzeitig und wirksam entgegengearbeitet wird. Ohne eine tiefgreifende Erneuerung der Parteikader in diesen Republiken ist nicht auf eine Umkehr der heutigen potentiell explosiven Tendenzen zu hoffen.

Angesichts dieser Dimensionen erscheinen die bisher bekannt gewordenen Themen für das Nationalitätenplenum voraussichtlich im Juli dieses Jahres⁶ inadäquat. Zwar befaßte sich die Ideologiekommision des ZK am 5.5.89 mit der Nationalitätenproblematik, konnte aber auch kaum substantielle Empfehlungen erarbeiten. Im wesentlichen wurde überhaupt erst einmal die richtige Frage gestellt: „Wie verhält sich die allgemeine Tendenz zur Internationalisierung und zur Annäherung der Völker aneinander zu dem Wachstum nationalen Selbstbewußtseins und zu den Forderungen nach nationaler Entwicklung?“ Die Kommission hob die Notwendigkeit hervor, die Souveränität der Republiken zu stärken, gleichzeitig jedoch auch Verständnis für den föderativen Aufbau der SU, seine Vorteile und Potentiale zu wecken. Ferner wurde gefordert, daß die Nationalitäten ohne eigenes Territorium, wie insbesondere die kleinen Nationalitäten im Norden der SU, ausreichende Mittel erhalten müssen, um ihr nationales Kulturerbe ungeschmälert zu bewahren. Aus heutiger Perspektive erscheint es wahrscheinlich, daß

- die Auseinandersetzungen um nationale Selbständigkeit in den Randrepubliken in den kommenden Monaten wieder an Schärfe gewinnen,
- das Nationalitätenplenum des ZK eher verbal-deklamatorische, diffuse und wenig operative Leitlinien verabschiedet wird, die für die anstehenden praktischen politischen Entscheidungen wenig hergeben,
- damit die Initiative, einseitig Fakten zu schaffen, bei den Republiken bleibt, die diese mit unterschiedlichem Erfolg werden nutzen können: Am entschlos-

⁴ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert durch Häkchen hervorgehoben.

⁵ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Häkchen.

⁶ Das Plenum des ZK der KPdSU fand erst am 19./20. September 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 263, Anm. 41.

sensten und konkretesten gehen zur Zeit Estland und Litauen voran, Lettland zögert. In Ukraine und Weißrußland wächst der Druck in die gleiche Richtung. In den übrigen Randrepubliken werden die Prozesse vermutlich eher amorph verlaufen und sich eher in starken Worten und großen Gesten als in konkreten konstitutionellen Forderungen manifestieren. Schwierig könnte es sein, die starken Emotionen im Kaukasus zu stabilisieren. Andererseits entspringen diese Emotionen nicht nur einer Abneigung gegen Moskau, sondern stärker noch tiefsitzenden Haßgefühlen der transkaukasischen Völker untereinander (Abchasen–Georgier, Armenier–Aseris). Die Zähmung und Kanalisierung des Unzufriedenheitspotentials in Zentralasien dürfte mittelfristig das größte Problem darstellen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Nationalitätenfrage bei der deutschen Minderheit wird auf die laufende Berichterstattung hingewiesen.

II. Im einzelnen

1) Immer mehr schiebt sich das Nationalitätenproblem in der SU in den Vordergrund der innenpolitischen Fragen, die einer raschen und umfassenden Lösung bedürfen. Noch vor gut zwei Jahren nahezu vollständig verdrängt, hat das Nationalitätenproblem vor allem seit Anfang 1988 eine erstaunliche Brisanz entfaltet. Wie ein Lauffeuer sind in allen Landesteilen der SU seither Unruhen aufgeflakert, die in ihrer Intensität und ihrer Stoßrichtung eine ernsthafte Gefahr für den staatlichen Bestand der SU in seiner heutigen Form darstellen könnten. Es steht im Prinzip zur Disposition die von Stalin 1924 bis 1936 weitgehend gewaltsam und ohne Konsultation mit den Betroffenen geschaffene interne territoriale Ordnung der Union, die dann 1940 und 1941 durch Einverleibung der westlichen Gebiete endgültig besiegelt worden ist. Nach Jahrzehnten, in denen der „internationalistische Zusammenhalt“, die „brüderliche Verbundenheit“ der Nationen innerhalb der Union beschworen wurden, in denen das „Sowjetvolk“ in der Propaganda immer mehr die historisch gewachsenen Nationalitäten verdrängte – wohinter sich letztlich ein schleichender, unter Breschnew ziemlich unverhüllt zutage tretender Russifizierungs- und Uniformierungsprozeß verbarg –, brechen plötzlich alte nationale Identitäten wieder mit einer Leidenschaftlichkeit hervor, die potentiell eine gefährliche Sprengwirkung entfalten könnte.

Dabei heben sich vier größere Regionen voneinander ab, in denen die Probleme unterschiedlich liegen und in denen dementsprechend auch die Methoden der Konfrontation und die Lösungsansätze andersartig sind.

2) In der Substanz am schwierigsten, bisher jedoch in den Methoden der Konfliktaustragung und -beherrschung am einfachsten sind die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen im Baltikum. Hier verbindet sich eine im Grundsatz weitgehend nationalistisch gesonnene Parteiführung mit den Massenbewegungen der Volksfronten. Zu den Gruppen, die sich selbst als „Unabhängigkeitsparteien“ bezeichnen, bestehen eher Unterschiede im taktischen Vorgehen als in der Definition des Endziels. Dabei darf man sich vom dort herrschenden Sprachgebrauch nicht irreführen lassen: Wenn die Forderung nach Souveränität immer wieder auftaucht, so wird dieser Begriff keineswegs immer in unserem Sinne gebraucht. Mit der Forderung nach Souveränität läßt sich für viele Balten durchaus eine weitgehende Delegation von Außenpolitik und Verteidigungsaufgaben an Moskau verbinden.

Auf der Tagesordnung stehen die Wiederherstellung der eigenen Staatlichkeit und die Sicherung der nationalkulturellen Identität. Weiteres Hauptziel der baltischen Bewegungen ist die weitgehende Auskoppelung aus der erstickenden Bevormundung durch die Moskauer Zentrale in Wirtschaftsfragen.

Hierbei liegen Estland und Litauen in der Radikalität und der intellektuellen Qualität ihrer Forderungen inzwischen weit vor Lettland, wo sich die starke russische Bevölkerung weitgehend gegen die dortige Volksfront organisieren konnte und eine unentschiedene und ängstliche Parteiführung primär bemüht ist, offene Konfrontation zu vermeiden. Die Stichwahlen in Lettland haben deswegen für die Volksfront nicht mehr die eindeutige Überlegenheit bestätigt, die sie im ersten Wahlgang am 26.3.89⁷ zunächst erringen konnte.

⁸Die Strategie der Volksfronten in Litauen und Estland besteht darin, die Initiative gegenüber Moskau zu behalten und mit einer Politik der wiederholten, kleinen und sorgsam kalkulierten Grenzüberschreitungen den eigenen Aktionsrahmen behutsam, aber ständig auszuweiten. Die Verabschiedung des Gesetzes über die eigene Gesetzeshoheit im Obersten Sowjet Estlands im November vergangenen Jahres muß als bewußt kalkulierte Konfrontation mit Moskau gesehen werden. Für die kommenden Monate bis zu dem für Juli erwarteten Nationalitätenplenar ist mit weiteren Schritten zu rechnen, die vor diesem Datum möglichst viele *Faits accomplis* zu schaffen suchen: Verabschiedung eines Gesetzes über Sprache, Staatsangehörigkeit, Staatssymbole und regionale wirtschaftliche Rechnungsführung. Unbeeindruckt von dem Zögern Moskaus und den relativ nebulösen „Prinzipien über eine Regionalisierung der Wirtschaft“, die im März veröffentlicht wurden, beharren Estland und Litauen darauf, zum 1.1.90 zu einem weitreichenden System wirtschaftlicher Autonomie überzugehen. Hierbei scheinen wiederum die Forderungen bewußt hoch angesetzt zu werden, um notfalls Verhandlungsspielraum zu haben.

Dabei deutet manches auf eine Radikalisierung der Stimmung in den baltischen Republiken hin. War es bisher gelungen, die stürmische Entwicklung nationalen Selbstbewußtseins trotz aller radikalen Schärfe der Forderungen in einer Atmosphäre lockerer, oftmals nahezu volksfester Massendemonstrationen zu halten und echte Konfliktsituationen zu vermeiden, so kann man in letzter Zeit ungeduldigere, mehr auf Konfrontation hinstuernde Töne vor allem aus Litauen und Estland vernehmen. Die besorgten Äußerungen der verantwortlichen Parteiführer, daß ein „schwerer Sommer bevorstehe“ (so I. Toome und A. Rüütel), häufen sich. Zwar ist beispielsweise die befürchtete massenhafte Verweigerung des Wehrdienstes in Estland bislang ausgeblieben, aber der Gedanke daran ist keineswegs tot. Die kürzlich veröffentlichte Verständigung zwischen estnischer Regierung und sowjetischem Verteidigungsministerium, wonach zumindest ein bestimmter Anteil junger Esten ihren Militärdienst innerhalb der eigenen Republik ableisten kann, hat hier offensichtlich gerade noch rechtzeitig die Lage entschärft. In Litauen mehrten sich die Stimmen, die offen den Abzug der „sowjetischen Besatzungstruppen“ fordern.

⁷ Am 26. März 1989 wurden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten abgehalten. Vgl. dazu Dok. 78.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1760 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Allen drei Republiken ist gemeinsam die lebendige Erinnerung an eine funktionierende Marktwirtschaft und ein funktionierendes parlamentarisches System. Vermutlich ist es die auf die Zeiten vor 1940 zurückgehende Tradition im Umgang mit Meinungspluralismus, die es bisher den baltischen Staaten ermöglicht hat, trotz erheblicher interner Spannungen den Konsens zu wahren und gegenüber Moskau eine geschickte Strategie der dosierten Provokationen zu verfolgen.

Aus Moskauer Sicht wird eine befriedigende Antwort auf die baltischen Forderungen um so schwieriger zu finden sein, als hier die neuen Prinzipien der Perestroika erfolgreich gegen die Moskauer Parteizentrale angewandt werden: Die Drohung mit einem Appell an das Volk ist die stärkste Waffe in der Hand der baltischen Parteiführung. Die Tatsache, daß die Entwicklungen im Baltikum weiterhin ohne großes Aufsehen laufen, darf nicht zu der falschen Annahme verleiten, als hätten sie ihre potentielle Sprengkraft und die Radikalität ihrer Substanz verloren. Hier besteht – wenn überhaupt – die ernsteste Gefahr für den heutigen Bestand der Union.

3) Umgekehrt liegen die Dinge in der kaukasischen Region. Hier wird der Kampf um die nationale Selbständigkeit mit gewalttätiger Erbitterung geführt. Die realpolitische Chance echter sezessionistischer Bestrebungen dürfte jedoch minimal sein: Armenien verdankt ohnehin den Rest seines eigenstaatlichen Territoriums der engen Einbindung in die SU und ist die einzige Randrepublik, die sich freiwillig der Union angeschlossen hat. Und Georgien dürfte als christlicher eigenständiger Staat auch nur äußerst geringe Chancen einer echten politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit zwischen der islamischen Türkei und der wirtschaftlich dominierenden SU haben. Hier ist der Konflikt bedrohlich durch die Mittel, mit denen er ausgetragen wird, weniger durch die Substanz. Dabei fällt auf, daß die nationalen Bestrebungen in Armenien von dem seit Januar dieses Jahres inhaftierten Karabach-Komitee zusammengefaßt und gesteuert sind. Seine Autorität ist nach wie vor unbestritten. Dagegen sind die nationalen Kräfte in Georgien aufgesplittert auf eine Reihe kleinerer Gruppen, die aus Rivalitätsdenken stärker zur Radikalität neigen. In beiden kaukasischen Republiken ist die Parteiführung relativ schwach. Sie läuft weitgehend den Ereignissen hinterher und hat in der Bevölkerung wenig Rückhalt. Auch dies ein Kennzeichen, durch das die Lage im Kaukasus sich grundlegend von der im Baltikum unterscheidet.

Voraussagen sind in der weitgehend von Emotionalität bestimmten politischen Situation im Kaukasus besonders schwer. Am wahrscheinlichsten erscheint eine Entwicklung, die bei einem Andauern eines gewissen Spannungszustandes keine substantielle Verschlechterung der Lage aus Moskauer Sicht bringt. Ein Überborden der aufgestauten, stark auch religiös gefärbten Leidenschaften kann freilich jederzeit wieder zu einer kritischen Sicherheitslage führen.

4) Die dritte Region nationaler Unruhe bilden Weißrußland, Ukraine und Moldawien. In Moldawien und der Westukraine sowie den weißrussischen Westgebieten spielen die nationalen Affinitäten über die Grenzen der SU hinaus eine immer größere Rolle. In dem Maße, wie vor allem in Polen eine wirtschaftliche und politische Liberalisierung gelingt, wird eine solche Entwicklung sofort auch auf die Stimmung in den ukrainischen und weißrussischen Westgebieten durchschlagen. Hier ist eine potentiell offene und verletzliche Flanke.

In Moldawien erscheint eine baldige Ablösung der Parteiführung immer wahrscheinlicher. Die Rufe nach Rückkehr zum lateinischen Alphabet und zur bewußteren Pflege der rumänisch geprägten Kultur werden immer nachdrücklicher. Damit verbinden sich zunehmend Forderungen nach mehr wirtschaftlicher Eigenständigkeit. Dennoch scheinen auch hier irredentistische Anschlußforderungen an Rumänien zumindest so lange unrealistisch, wie Ceauşescu und sein Vermächtnis das Land der Muttersprache selbst für Einwohner Moldawiens relativ unattraktiv machen müßten.

Potentiell sehr viel gefährlicher scheint die Lage in Minsk und Kiew. Zwar hat Schtscherbizkij es bisher verstanden, Ansätze zu einer ukrainischen Volksfront drakonisch zu unterbinden, es scheint aber nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in der Ukraine eine solche Organisation entsteht – spätestens nach dem schon so oft erwarteten endgültigen Abgang Schtscherbizkijs. In Weißrußland existiert bereits eine Volksfront, auch wenn sie bisher dank systematischer Schikanen der Behörden und einiger interner Abstimmungsschwierigkeiten noch keine nennenswerte Wirkung entfalten konnte. Die gewaltsame Auflösung einer Demonstration in Minsk für die nationalen Märtyrer am 30.10.88 gärt jedenfalls nach, und mit Wassil Bykau⁹ und Ales Adamowitsch verfügt die Volksfront in Weißrußland über zwei energische und wortgewaltige Fürsprecher.

Einzelne Zugeständnisse im Gebrauch der einheimischen Sprache dürften die angestauten nationalen Aspirationen in diesen beiden slawischen Randrepubliken kaum befriedigen. Zu den baltischen Volksfronten bestehen bereits vielfache einzelne Kontakte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn erst einmal eine nationale Bewegung in der Ukraine entsteht, diese sich auf starke fortlebende Traditionen stützen können und dementsprechend radikal auftreten wird. Um den Schriftsteller Dratsch scheint der Kern einer solchen Bewegung möglicherweise schon zu entstehen. Gerade der Ukraine gegenüber dürfte jedoch der Bewegungsspielraum Moskaus am schmalsten sein.¹⁰

5) Bisher am ruhigsten, aber langfristig am beunruhigendsten ist die Lage in den zentralasiatischen, islamischen Republiken, zu denen in diesem Zusammenhang auch Aserbaidshan zu zählen ist. Hier verbindet sich nicht nur eine langsame Islamisierung und Politisierung mit einem erwachenden Gefühl, lange Jahre nur Kolonie Rußlands gewesen zu sein. Die mittelfristigen demographischen und ökologischen Entwicklungen deuten hier auf äußere objektive Probleme gewaltiger Ausmaße hin, die diese Bewußtseinsprozesse nur noch verschärfen können. Die jüngst veröffentlichten Zahlen der letzten Volkszählung weisen für Turkmenistan, Usbekistan und Kirgisien eine Bevölkerungszunahme von jährlich über drei Prozent aus. Hinzu kommt die rapide ökologische Verschlechterung der hydrologischen Bedingungen: Die Austrocknung des Aralsees hat bereits größere Bevölkerungsteile zu unfreiwilligen Umsiedlungen gezwungen. Die Entwicklungen am Balchasch- und Issyk-Kul-See sind nicht weniger katastrophal. Der Karakum-Kanal läßt 40 Prozent des Wassers versickern oder verdunsten. Falsche Bewässerungsmethoden und langjährige Überdüngung der Felder Usbekistans drohen die Böden in einem großen Teil des Baumwollanbaugebietes versalzen und veröden zu lassen. Schon jetzt mehren sich die Klagen darüber,

⁹ Korrigiert aus: „Wasil Below“.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert durch Häkchen hervorgehoben.

daß die Hektarerträge rapide sinken und zu wenig Land mehr für die Nahrungsmittelerzeugung zur Verfügung steht.

Hinzu kommt eine bewußte Rückwendung zum Islam. Am 3.2.89 kam es in Taschkent zu einer größeren islamischen Demonstration, in deren Gefolge der Mufti Schamsuddin-Khan Babachanow¹¹ als Oberhaupt der sowjetischen Muslime abgelöst wurde. Sein Nachfolger wurde der 36jährige Direktor des Islamischen Instituts in Taschkent, Mohammad Sadik Mohammad Jusuf¹². Eine seiner ersten Handlungen bestand darin, eine alte Koranhandschrift in einer großen zeremoniellen Feier aus einem Museum, wo sie bis dahin gelagert hatte, zurück in eine der großen Moscheen zu tragen. In Aserbaidshan sind im Zusammenhang mit den Unruhen um Nagorny Karabach¹³ grüne Fahnen und Khomeini-Porträts aufgetaucht. In Aserbaidshan entsinnt man sich verstärkt der Tatsache, daß man – ähnlich wie die Armenier – in einem geteilten Land lebt. Die andere Hälfte Aserbaidshans liegt im Iran.

¹⁴Auch in Kasachstan wächst das Selbstbewußtsein der Kasachen. In den Reaktionen von Kasachen auf die Forderungen der bei ihnen unter Stalin angesiedelten Deutschen und Koreaner wird immer häufiger darauf verwiesen, daß die alte kasachische Lebensweise in den letzten fünf Jahrzehnten vollkommen zerstört worden sei und man sich im Grunde immer weniger mit der von Moskau auferzwungenen Industrialisierungspolitik abzufinden bereit sei, die so einseitig auf Rohstoffausbeute zugunsten des in der RSFSR gelegenen Industriegebietes im Südsural ausgelegt sei.¹⁵

Sollten sich Rückbesinnung auf islamische Traditionen, Annäherung an die übrige islamische Welt, demographischer Druck und ökologische Krise weiter verstärken, so könnte sich daraus eine Mischung ergeben, die an Explosivität alles, was die SU bisher an nationalen Eigenständigkeitsbestrebungen erlebt hat, weit in den Schatten stellt. Bisher muß offenbleiben, wie weit man in Moskau die mittelfristige Gefährlichkeit dieser¹⁶ Entwicklungen voll begriffen hat. Hier hat man in der Tat mit anderen, drängenderen Problemen alle Hände voll zu tun. Um in Zentralasien rechtzeitig gegenzusteuern, bedürfte es nicht nur einer überzeugenden Konzeption für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region, bei der einige der schlimmsten Fehler der letzten Jahrzehnte schleunigst rückgängig gemacht werden müßten, sondern vor allem einer gründlichen Erneuerung der Parteiapparate. Gerade hier scheint wenig voranzugehen: Nischa-

¹¹ Korrigiert aus: „Schamsutdinkhan Barakhanow“.

¹² Korrigiert aus: „Mohammad Sadik Mamajusupow“.

¹³ Im autonomen Gebiet Nagorny Karabach, das zur Aserbaidshanischen SSR gehörte, kam es im Februar 1988 zu Demonstrationen und Unruhen, bei denen die Eingliederung in die Armenische SSR gefordert wurde. Das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR entschied jedoch am 18. Juli 1988 für den Verbleib des Gebiets bei der Aserbaidshanischen SSR.

Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 12. Mai 1989, am 8. Mai 1989 sei es in weiten Teilen Nagorny Karabachs erneut zu Unruhen und Streiks sowie gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Armeniern und Aseris gekommen. In einem Schreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hätten nahezu alle Bezirksparteisekretäre erneut den Anschluß an Armenien gefordert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1816; Referat 213, Bd. 147121.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1761 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Der Passus „weniger mit ... ausgelegt sei“ sowie gesondert das Wort „Rohstoffausbeute“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁶ Der Passus „sich daraus ... Gefährlichkeit dieser“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Häkchen.

now kämpft ziemlich erfolglos gegen die unter Raschidow fest verwurzelten Mafia-Clans Usbekistans. Deutlichstes Beispiel hierfür war der jüngst erzwungene Rücktritt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Usbekistans, Chabibullajew, wegen massiven Nepotismus. Daß Chabibullajew jedoch überhaupt erst sein Amt antreten (er wurde erst im Mai 1988 gewählt und sein Hang zum Nepotismus hatte sich in den vier Jahren, die er zuvor Präsident der usbekischen Akademie der Wissenschaften war, hinreichend manifestiert) und immerhin bis März 1989 ausüben konnte, zeigt die Machtlosigkeit Nischanows. In Tadschikistan, wo inzwischen auch ein Sprachgesetz vorbereitet wird, herrscht ebenso wie in Kirgisien und Turkmenistan unangefochten die alte Parteigarde, die zum größten Teil unter Breschnew nach oben gelangt ist. Die Ernennung neuer Erster Parteisekretäre 1986 hat in diesen Republiken keine spürbare Änderung der fest verwurzelten patriarchalisch-sippenmäßigen Machtstrukturen bewirkt. So lange hier keine durchgreifende personelle Erneuerung stattfindet, die auch die mittleren und unteren Parteiränge erfaßt, ist mit einer Änderung der zur Zeit sich abzeichnenden mittelfristig krisenhaften Tendenzen nicht zu rechnen.

6) Auch unter den Großrussen macht sich eine Strömung bemerkbar, die in Reaktion zu diesem Erwachen des Nationalbewußtseins neue Bekenntnisse slawophilen Charakters hervorbringt. Zwar ist diese Strömung eher romantisch-künstlerisch inspiriert und dürfte deshalb für die Parteiführung einstweilen keine allzu ernste Herausforderung darstellen. Sie kann jedoch in ihren Rückwirkungen auf das Nationalbewußtsein in den Randrepubliken verschärfend und polarisierend wirken.¹⁷

III. Wertung und Ausblick

Angesichts der Komplexität und der Dimensionen dieser Probleme – wobei die Probleme der Nationalitäten ohne eigenes Territorium bewußt ausgeklammert worden sind, weil sie den Rahmen dieser Kurzanalyse gesprengt hätten – wirken die Vorbereitungen für das Nationalitätenplenum, soweit sie bisher durchgesiekt sind, inadäquat. Die Ideologiekommision kam auf ihrer Sitzung am 5.5.89 allenfalls dazu, die Fragen richtig zu stellen. An konkreten Ideen, wie sich das bestehende System erneuern läßt, fehlt es noch weitgehend. Sicher ist einstweilen nur, daß sich künftige Maßnahmen nicht allein auf den Bereich der Verfassung beschränken dürfen, sondern auch Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Kommunikationsstrukturen umfassen müssen.

Aus heutiger Sicht erscheint am wahrscheinlichsten, daß

- die Auseinandersetzungen um nationale Selbständigkeit in den kommenden Monaten wieder erheblich an Schärfe gewinnen werden,
- das Nationalitätenplenum sich eher auf verbaldeklamatorische, diffuse und operativ nicht genügend konkrete Leitlinien festlegt, die der Exekutive keine eindeutigen Vorgaben machen,
- das Gesetz des Handelns deshalb weitgehend bei den Republiken bleiben wird, die in einseitiger Setzung von vollendeten Tatsachen den Gang der weiteren Entwicklungen diktieren werden, soweit sie weiterhin die offene Konfrontation mit Moskau zu umgehen vermögen. Dabei werden Estland und Litauen an

¹⁷ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert durch Häkchen hervorgehoben.

der Spitze bleiben, die Entwicklungen im Kaukasus dürften sicher eher in starken Worten und großen Gesten erschöpfen, aber kaum in konkrete konstitutionelle Forderungen münden. Langfristig am schwierigsten wird es sein, den sich aufstauenden Unmut in Zentralasien einzudämmen und einem Ausbruch chaotischer Unruhen rechtzeitig entgegenzuwirken.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147121

129

Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher

10. Mai 1989¹

Lieber Hans-Dietrich,

am Vorabend des Besuchs des sowjetischen Außenministers Schewardnadse² ist mir sehr daran gelegen, unsere Gesprächsführung in einem zentralen Punkt – Berlin – abzustimmen.

Wie Dir bekannt ist, habe ich während meines Moskau-Besuchs im vergangenen Oktober³ Generalsekretär Gorbatschow unter vier Augen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht an Berlin vorbeigehen darf, daß vielmehr Berlin (West) voll in die abzuschließenden Abkommen und in die sich intensivierende Zusammenarbeit einbezogen werden muß.

Ich habe mit dem Generalsekretär hierzu vereinbart, daß die Außenminister auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens⁴ an langfristigen und vor allem an praktikablen Lösungen arbeiten. In diesem Sinne habe ich auch in Moskau die internationale Presse⁵ und anschließend in Bonn den Deutschen Bundestag⁶ unterrichtet.

Überblickt man die Vorbereitungen für den Gegenbesuch von Generalsekretär Gorbatschow⁷, so muß man leider feststellen, daß die verstärkte und auf vielen Feldern neubegründete Zusammenarbeit zur Folge hat, daß die offenen Berlin-

¹ Hat Bundesminister Genscher am 11. Mai 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 12./13. Mai 1989 vgl. Dok. 133.

³ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁴ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

⁵ Für den Wortlaut der Äußerungen von Bundeskanzler Kohl am 26. Oktober 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 1273.

⁶ Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl am 10. November 1988 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 106. Sitzung, S. 7283.

⁷ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Fragen sich häufen. Es kann und darf nicht das Ergebnis einer verstärkten Zusammenarbeit sein, daß sich hieraus vermehrt politische Friktionen in einer Grundsatzfrage ergeben, bei der die Sowjetunion erkannt haben müßte, daß wir keinen Spielraum haben, und bei der wir auch keine Konzessionen machen werden.

Bei seit langem verhandelten Abkommen, wie denen über See- und Binnenschifffahrt⁸, zeigt die sowjetische Seite keine Bewegung. Neue Vereinbarungen, etwa über Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften⁹, hängen wieder an diesem Punkt fest. Selbst die Wiederaufbauhilfe für Armenien¹⁰ wird durch Berlin-Probleme verzögert.

Als besonders schwerwiegend sehe ich an, daß in der ersten Verhandlungsrunde über ein „Gemeinsames Dokument“¹¹ die sowjetische Seite nicht einmal bereit war, die Brandt-Breschnew-Formel („... strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens ...“¹²) zuzugestehen.

Angesichts dieser Lage wäre ich Dir sehr verbunden, wenn Du Außenminister Schewardnadse mit aller Deutlichkeit nahebringen würdest, daß die Sowjetunion in Berlin-Fragen nicht in „altem Denken“ verharren darf. Sie ist vielmehr aufgefordert, sich jetzt im Sinne meines Einvernehmens mit Generalsekretär Gorbatschow, daß Unterschiede in Grundsatzfragen nicht den Weg zu praktischen und vernünftigen Regelungen versperren dürfen, vorwärtszubewegen. Da dies offensichtlich auf der Arbeitsebene des sowjetischen Außenministeriums nicht zu erreichen ist, sollte Außenminister Schewardnadse sich selbst zu konkreten Zusagen und Problemlösungen bereit finden.

In gleicher Weise sollte die Sowjetunion sich nicht länger gegen einen Besuch des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages unter Beteiligung

⁸ Legationsrat I. Klasse Luy erläuterte am 28. März 1989, der Entwurf eines Binnenschifffahrtsabkommens mit der UdSSR sei am 27. Oktober 1986 in Moskau paraphiert worden. Die letzte Runde der Verhandlungen über ein Seeschifffahrtsabkommen habe im März 1987 stattgefunden: „Das entscheidende noch offene Problem ist bei beiden Abkommen die Frage, ob auch in Berlin registrierte Schiffe im See- und Binnenschifffahrtsverkehr mit der Sowjetunion die Bundesflagge führen können.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147196.

⁹ Zur geplanten Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung von Fach- und Führungskräften vgl. Dok. 100, Anm. 5.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 21. April 1989, in der Substanz sei Einigkeit erzielt worden bis auf die Frage der Einbeziehung des in Berlin (West) ansässigen Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), weshalb es noch nicht zur Paraphierung eines Abkommen gekommen sei: „Möglichkeiten für Einbeziehung des BIBB entsprechend der personenbezogenen Lösung zeichnen sich ab. Die Form der Länderbeteiligung – und damit der Einbeziehung Berlins – in einer zu dem Abkommen zu bildenden Fachgruppe ist von den Ländern noch nicht abschließend entschieden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147130.

¹⁰ Zur Hilfe der Bundesrepublik nach dem Erdbeben in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert erläuterte am 21. April 1989, verhandelt werde über einen Notenwechsel mit Berlin-Klausel. Die Berlin-Frage stelle sich auch im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Krankenhauses, da wegen der Bedeutung des Themas ein Regierungsabkommen geplant sei. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147130.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 11. Mai 1989, am 6./7. April 1989 habe eine erste Gesprächsrunde zwischen Ministerialdirektor Kastrup und dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, stattgefunden, und legte den dabei erarbeiteten ersten Entwurf vor. Bezüglich der vertraglichen Beziehungen beider Staaten habe die Bundesrepublik folgenden Satz vorgeschlagen, der noch nicht von der sowjetischen Seite akzeptiert worden sei: „Berlin (West) nimmt an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 teil.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147138.

¹² Vgl. die Gemeinsame Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik; BULLETIN 1973, S. 575. Zum Besuch vgl. AAPD 1973, II, Dok. 145–152.

von Berliner Abgeordneten sperren.¹³ Es ist ein Unding, wenn einerseits Generalsekretär Gorbatschow eine SPD-Delegation unter Leitung des Berliner Abgeordneten Dr. Hans-Jochen Vogel¹⁴ und unter Beteiligung des früheren Regierenden Bürgermeisters und heutigen Berliner Abgeordneten Dietrich Stobbe empfängt, im Rahmen des Auswärtigen Ausschusses aber Berliner Abgeordnete nur als „Experten“ zulassen will. Dabei ist aufschlußreich, daß sowohl die SPD-Delegation als auch andere Moskau-Besucher nach Gesprächen im Zentralkomitee und im Obersten Sowjet Signale mitbringen, daß durchaus für uns annehmbare Lösungen gefunden werden können.¹⁵

Mit freundlichen Grüßen
Dein
Helmut Kohl

Referat 010, Bd. 178924

130

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

10. Mai 1989¹

Sprechzettel für Kabinett-Sitzung am 10.5.89

Betr.: Vorübergehender Abzug des entsandten Personals der Botschaft Beirut

Anlg.: DB Nr. 190 aus Beirut vom 9.5.89²

¹³ Referat 011 erläuterte am 29. Mai 1989, eine seit 1987 geplante Reise des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags sei bislang an der Frage der Einbeziehung von Abgeordneten aus Berlin (West) gescheitert. Eine von Ministerialdirektor Kastrup und dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, erarbeitete Formel habe nicht die Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses gefunden. Diese Formel habe vorgesehen, daß Abgeordnete aus Berlin (West) „gleichberechtigt und im vollen Umfang“ am Besuchsprogramm teilnehmen könnten: „In Veröffentlichungen der sowjetischen Seite soll dem Status der Berliner Abgeordneten dadurch Rechnung getragen werden, daß nach der namentlichen Aufführung der anderen Delegationsmitglieder folgender Satz anschließt: „An den Gesprächen (bzw. an der Reise) nimmt auch ein Vertreter von Berlin (West), Herr/Frau ... als Berater teil.““ Vgl. Referat 011, Bd. 138515.

¹⁴ Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 10. bis 13. April 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 93.

¹⁵ Für das Antwortschreiben von Bundesminister Genscher vom 18. Mai 1989 vgl. Dok. 140.

¹ Ministerialdirektor Jansen vermerkte handschriftlich am 10. Mai 1989: „1) Herrn Staatssekretär zur Billigung vorgelegt. 2) H. Mützelburg mit der Bitte, den Sprechzettel dem Herrn Minister vorzulegen.“ Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Angesichts der Verschärfung der militärischen Lage und der hinzugetretenen Gefahrenerhöhung durch Entführungsabsichten der Hisbollah – siehe britisches Telegramm – schlage ich vor: 1) Heute oder morgen ein weiteres Gespräch des Botschafters mit liban[esischen] Stellen wg. der Entführung Quint (wie unter 4 Abs. 2 vorgesehen), um unser Engagement für diese Sache zu demonstrieren. 2) Abzug statt am 16./17.5. schon zum kommenden Wochenende.“ Hat Bundesminister Genscher am 10. Mai 1989 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Sudhoff verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dg 31 + D 1 sind informiert.“ Hat im Büro Staatssekretäre am 10. Mai 1989 erneut vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 11. Mai 1989 vorgelegen.

² Botschafter Göttelmann, Beirut, berichtete: „Ich gehe davon aus, daß auch nach einer kurzen Phase der Beruhigung nochmals eine schwere militärische Eskalation zwischen Syrien und seinen libane-

1) Die Lage in Beirut³ hat sich in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. Trotz des Appells der Arabischen Liga zur Waffenruhe haben beide Seiten wieder mit schwerer Artillerie auf Wohnviertel in Ost- und West-Beirut geschossen. Nach Ansicht der Botschaft Beirut geht die Eskalation diesmal von den Syrern aus, obwohl General Aoun zunächst Bereitschaft zur Einhaltung der Beschlüsse der Arabischen Liga vom 17.4.89 gezeigt hatte. Botschafter Göttelmann rechnet damit, daß sowohl die Syrer als auch General Aoun versuchen werden, unmittelbar vor dem für 27.5. geplanten Arabischen Gipfel⁴ das Blatt zu ihren Gunsten durch einen vernichtenden militärischen Schlag zu wenden. Zunächst sei allerdings mit vorübergehender Beruhigung während der Anwesenheit der Emissäre der Arabischen Liga zu rechnen.

2) Botschafter Göttelmann schlägt vor, das entsandte Personal der Botschaft vorübergehend abziehen. Im einzelnen sieht sein Plan so aus, daß er selbst mit seiner Sekretärin⁵ und drei Sicherheitsbeamten am 16.5. über Zypern ausreist und der Kanzler⁶ sowie die restlichen Sicherheitsbeamten dann am 17.5. folgen. Gegenüber der libanesischen Seite sollte klargestellt werden, daß er nur vorübergehend zur Berichterstattung in der Geiselfrage nach Bonn zurückkehrt.

3) Bei Entscheidung über den Abzug ist die jüngste Geiselnahme eines deutschen Staatsangehörigen im Südlibanon⁷ zu berücksichtigen. Das Argument der Einsatzmöglichkeiten für die Geisel wiegt schwer. Allerdings kann die Bot-

Fortsetzung Fußnote von Seite 584

sischen Verbündeten und Aoun zu erwarten ist. [...] Tritt diese Situation ein, wird sich die Sicherheitslage vermutlich in einer so gravierenden Weise verschlechtern, daß ich die Verantwortung für ein Verbleiben der entsandten Botschafts- und Sicherheitskräfte nicht mehr übernehmen kann.“ Die vorhandenen Schutzräume seien bei einem intensiveren Beschuß nicht mehr ausreichend: „Da wegen des neu hinzugekommenen Problems der Verschleppung des ASME-Humanitas-Mitarbeiters Markus Quint meine Anwesenheit in Beirut noch erforderlich erscheint, schlage ich vor, das Risiko zunächst noch in Kauf zu nehmen und bis über den 15.5.1989 in Beirut zu bleiben.“ Vgl. Referat 110, Bd. 349992.

³ Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 121, Anm. 56.

⁴ Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 23. bis 26. Mai 1989 in Casablanca statt. Botschafter Montfort, Rabat, teilte dazu am 27. Mai 1989 mit: „Die Libanon-Frage erwies sich als ein kaum überwindbares Hindernis. Der immer wieder aufbrodelnde Haß zwischen Saddam Hussein und Hafiz al-Assad, den Präsidenten Iraks und Syriens, blockierte jeden konkreten Lösungsansatz. So ist von einem Rückzug syrischer Truppen im Kommuniqué keine Rede mehr. Auch nicht von der Aufstellung einer gesamtarabischen Friedenstruppe. Beides scheiterte am Widerstand Syriens, das sich insofern durchgesetzt hat. Dafür wurde ein Dreier-Ausschuß eingesetzt, bestehend aus König Hassan von Marokko, König Fahd von Saudi-Arabien und dem algerischen Präsidenten Bendjedid. Dieser Ausschuß soll jetzt im Libanon schlichten und das Land aus dem Bürgerkrieg hinausführen. Dafür wurde eine Frist von sechs Monaten gesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Unterabteilung 31, Bd. 147556.

⁵ Anneliese Werner.

⁶ Eberhard Staniszewski.

⁷ Am 4. Mai 1989 wurden im Libanon drei Mitarbeiter der Hilfsorganisation „ASME Humanitas“ entführt. In einer Besprechung bei Bundesminister Genscher wurde dazu am 8. Mai 1989 dargelegt, zwei der Entführten seien am nächsten Tag wieder freigelassen worden, während ein Dritter, Markus Quint, noch verschwunden sei. Ministerialdirigent Fiedler erläuterte: „Die Organisation ASME Humanitas sei keine rein humanitäre Organisation, sondern verfolge offensichtlich auch politische Ziele. [...] Vom Auswärtigen Amt wie von der Botschaft sei sie mehrfach und nachdrücklich vor dem Einsatz im Südlibanon gewarnt worden.“ Über die beiden Freigelassenen seien Forderungen der Entführer übermittelt worden, wonach keine Befreiungsversuche durch libanesische Konfliktparteien unternommen werden dürften. Ferner wünschten die Entführer Kontakt mit der Bundesregierung: „Es wird gefordert, daß Mohammed Ali Hamadi nur eine Gefängnisstrafe von maximal fünf Jahren erhält. Eine positive Antwort der Bundesregierung werde bis 15.5.1989 erwartet, andernfalls werde Markus Quint getötet.“ Bislang gebe es kein Lebenszeichen von Quint. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 196194.

Quint wurde am 14. Mai 1989 freigelassen. Dazu hieß es in einem Sprechzettel für die Kabinettsitzung am 17. Mai 1989, er sei unverletzt und wolle sich schnellstmöglich nach Zypern begeben: „Es

schaft angesichts der Bewegungsbeschränkung auf Beirut in diesem Falle zur Zeit nicht viel tun.

Bei einer Güterabwägung ist zu bedenken, daß im Vergleich zu früheren Situationen Schmidt/Cordes⁸ die neue Qualität darin besteht, daß Ost-Beirut jetzt massiv beschossen wird. Die Sicherheit der Botschaftsangehörigen ist bei der zu erwartenden Eskalation ernsthaft gefährdet. Die Sicherheit hat Vorrang.

4) Wir folgen dem Vorschlag von Botschafter Göttelmann. Sollte sich vor dem 16.5. die Lage erheblich verschlechtern, hat Botschafter Göttelmann generelle Ermächtigung, sofort Beirut mit seinen Mitarbeitern zu verlassen.

Bis zum Abzug hat Botschafter Göttelmann die Möglichkeit, entsprechend des Auftrags des Arbeitsstabes in der Geisellaffäre Gespräche mit libanesischen Stellen, insbes. MP Hoss, zu führen.⁹

[Jansen]¹⁰

Referat 310, Bd. 149786

131

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London

Dg 20-363.30-467/89 VS-vertraulich

11. Mai 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch zwischen BM und AM Howe in London am 11. Mai 1989;
hier: SNF

BM erläutert zunächst die-fünf Punkte der Regierungserklärung des Bundeskanzlers.² Er weist darauf hin, daß die Festlegung, 1992 die Entscheidung im

Fortsetzung Fußnote von Seite 585

kann derzeit über die Hintergründe der Entführung und die Identität der Entführer nichts gesagt werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 196194.

⁸ Zum Geiselfall Schmidt/Cordes vgl. Dok. 40, Anm. 6.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kruse teilte der Botschaft in Beirut am 10. Mai 1989 mit: „1) Bundesminister hat entschieden, vorübergehenden Abzug des entsandten Personals – Phase 2 – wie folgt durchzuführen: 1.1) Botschafter wird hiermit bis zum Wochenende zur Berichterstattung im Entführungsfall Quint in die Zentrale einberufen. 1.2) Für Frau Werner und Kzl. I. [Klasse] Staniszewski wird hiermit Dienstreise nach Bonn angeordnet. Über weiteren Einsatz wird nach Eintreffen in der Zentrale entschieden. 1.3) Die BKA- und BGS-Beamten, die sich gegenwärtig noch in Beirut aufhalten, sollen nach Ausreise von Nikosia sobald [wie] möglich nach Bonn weiterreisen. [...] 1.4) Ausreise der entsandten Bediensteten – einschließlich BKA-/BGS-Beamten – hat unverzüglich auf sicherstem Weg mit/nach Ausreise Botschafters zu erfolgen und soll insgesamt bis zum Wochenende abgeschlossen sein.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3865; Referat 110, Bd. 349992.

¹⁰ Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hofstetter am 13. Mai 1989 gefertigt.

² Zu den fünf Punkten vgl. das Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989; Dok. 111, Anm. 10.

Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl vor dem Bundestag am 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10302.

Lichte der politischen und sicherheitspolitischen Entwicklung zu treffen, dem Westen die Möglichkeit gebe, Druck auf den Osten auszuüben. Dieser Zeitpunkt sei nicht wahltaktisch motiviert. BM erinnert sodann an Genesis der Reykjavik-Formel zu SNF-Verhandlungen³ und erwähnt Möglichkeit, eine besondere Gruppe einzusetzen, wie dies in Halifax im Zusammenhang mit Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte geschehen sei.⁴

AM *Howe* führt aus, daß man zwei Themenkreise unterscheiden müsse, die Modernisierung einerseits und die SNF-Rüstungskontrolle andererseits.

Im Bereich der Modernisierung sei es axiomatisch, daß eine dritte Null-Lösung ausgeschlossen werde. Die Stationierung von SNF auf europäischem Boden sei eine wichtige Voraussetzung für die amerikanische militärische Präsenz in Europa. Landgestützte Flugkörpersysteme seien für die Strategie der flexiblen Erwidern⁵ notwendig. Die Hauptbedenken gegen die fünf Punkte der Bundesregierung seien folgende:

- Der Gipfelpassus „kept up to date where necessary“⁶ sei darin nicht enthalten.
- Es werde in Ziffer 1 auf die „gegebenen Umstände“ abgestellt.
- Die Entwicklung werde als nationale amerikanische Entscheidung bezeichnet.
- Die Möglichkeit einer dritten Null-Lösung werde impliziert.

Auf britischer Seite sei man bereit, jetzt auf eine Entscheidung über Dislozierung und Produktion zu verzichten, dafür müsse aber die Entwicklung vom Bündnis unterstützt werden. Außerdem müsse die dritte Null-Lösung *expressis verbis* ausgeschlossen werden.

BM: Mit der Wiederholung des einschlägigen Passus der Gipfelerklärung habe er keine Schwierigkeiten. Der Satz: „Bei den nuklearen Streitkräften sind unter den gegebenen Umständen land-, see- und luftgestützte Systeme auch in Europa notwendig“, enthalte eine klare Aussage. Die Entscheidung, 1992 darüber zu entscheiden, ob die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems erforderlich sei oder nicht, sei vernünftig und entspreche der Praxis des Bündnisses beim Doppelbeschluß 1979⁷. Auch damals seien die nationalen amerikanischen Entwicklungsarbeiten bereits im Gange gewesen. Ziffer 5 der Regierungserklärung des Bundeskanzlers enthalte strikte Voraussetzungen.

AM *Howe*: Der entscheidende Punkt sei die dritte Null-Lösung. Man müsse sie unter allen Umständen ausschließen. Es sei eine große Konzession für GB, erst

³ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁴ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet, die u. a. die Einsetzung einer „High Level Task Force“ (HLTF) für konventionelle Rüstungskontrolle vorsah. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁶ Vgl. Ziffer 5 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 2./3. März 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 19. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 202. Zur Konferenz vgl. AAPD 1988, I, Dok. 75.

⁷ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

1992 zu entscheiden, dafür insistiere man auf britischer Seite aber auf einer Unterstützung der amerikanischen Entwicklung.

BM: Die Bundesregierung habe immer und zu jeder Zeit die notwendigen Entscheidungen im Bereich der gemeinsamen Verteidigung getroffen. Jetzt gehe es darum, die Optionen offenzuhalten. Die Regierungserklärung sei von einer großen Mehrheit begrüßt worden.

AM Howe: GB sei von der fortbestehenden Notwendigkeit der Modernisierung überzeugt. „Unter den gegebenen Umständen“ und „erforderlich ist oder nicht“ seien Textstellen, die große Bedenken weckten.

BM: Die Option der Modernisierung, die das Bündnis gegenwärtig habe, werde offengehalten. Die Bedingungen in Ziffer 5 seien sehr strikt.

AM Howe: Die dritte Null-Lösung müsse ausgeschlossen werden. Man könne ja an eine geringere Zahl als die bisherige denken.

BM: SACEUR⁸ trete für eine größere Zahl ein.

Goulden: SACEUR wisse, daß dies nicht möglich sei. Auf britischer Seite denke man an die gleiche oder eine niedrigere Zahl. 1979 habe man sieben verschiedene Systeme gehabt, jetzt habe man nur noch drei, wobei man sich darüber im klaren sei, daß die Artillerie ziemlich nutzlos sei.

BM fragt, ob dies letztere die offizielle britische Position sei.

Goulden schränkt ein: Artillerie sei das „least useful system“.

BM weist erneut auf Ziffer 5 hin. Darin werde mehr als Parität verlangt.

AM Howe: Er könne verstehen, daß die Deutschen sich den nuklearen Gefechtsfeldwaffen mehr ausgesetzt fühlten als andere. Andererseits seien alle Allianzpartner dem Risiko nuklearer Waffen ausgesetzt. Auf britischem Boden gebe es eine große Zahl von Flugplätzen für DCA⁹. Die Bundesrepublik Deutschland sei also nicht singularisiert. Die Erhöhung der Reichweite des Lance-Nachfolgesystems mache die Dinge einfacher. Auf alle Fälle sollten wir die amerikanischen Entwicklungsarbeiten unterstützen und nicht von „erforderlich ist oder nicht“ sprechen.

BM erklärt die Genesis der Ziffer 2. Der SPD-Vorsitzende Vogel habe bei Rückkehr aus den USA¹⁰ erklärt, daß die Entwicklung in vollem Gange und daher die Lance-Modernisierung für das Bündnis eine beschlossene Sache sei. Dies habe man richtigstellen müssen. Im übrigen seien auf deutschem Boden mehr DCA stationiert als auf britischem.

*Dg 20*¹¹ führt aus, daß die Auswahl des MLRS¹²-Launchers und der SRAM¹³ auch nach amerikanischer Auffassung eindeutig eine nationale Entscheidung gewesen sei, über die wir von den USA erst nachträglich unterrichtet worden seien. Wir hätten dies zur Kenntnis genommen, weil Entwicklungsarbeiten ame-

⁸ John R. Galvin.

⁹ Dual-capable aircraft.

¹⁰ Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Vogel vom 2. bis 5. April 1989 in den USA vgl. Dok. 85.

¹¹ Rolf Hofstetter.

¹² Multiple launch rocket system.

¹³ Short-range attack missile.

rikanische Angelegenheit seien, wobei gerade der MLRS-Launcher aus rüstungskontrollpolitischer Sicht nicht unbedenklich sei.

Goulden: Die Bedingungen in Ziffer 5 seien vage formuliert. Es bestehe die Gefahr, daß später darüber gestritten werde, wer die Schuld dafür trage, daß diese Bedingungen nicht erfüllt seien.

Dg20 widerspricht der Behauptung, Ziffer 5 enthalte vage Formulierungen. Er fügt an, daß man die richtigen Alternativen sehen müsse. Auf eine einfache Formel gebracht, habe man die Wahl: keine Modernisierungsentscheidung im jetzigen Zeitpunkt ohne oder mit Ziffer 5.

Die Diskussion wendet sich dann der SNF-Rüstungskontrolle zu.

AM Howe: Nach britischer Auffassung enthalte das Kommuniqué von Reykjavik keine Verpflichtung zu Verhandlungen. Man könne aber die SU auffordern, einseitig auf ihre Überlegenheit zu verzichten. Verhandlungen würden schwierige Verifikationsfragen aufwerfen. GB sei gegen Verhandlungen, für die es keine gemeinsame Grundlage gebe. Der Osten wolle die Denuklearisierung. Wir könnten dem Angebot einer dritten Null-Lösung nicht widerstehen.

BM: Nur durch Rüstungskontrollvereinbarungen könnten Reduzierungen irreversibel gemacht werden. Es sei nicht zu erklären, weshalb über alles, nur nicht über SNF verhandelt werden könne.

Dg20: Die Berufung auf die Gefahr einer dritten Null-Lösung sei nichts anderes als ein Argument der eigenen Schwäche, der fehlenden Zuversicht, an einer Rüstungskontrollposition des Bündnisses festzuhalten.

BM: Es sei unbegreiflich, daß wir in einer Zeit großen Erfolgs der westlichen Politik die SNF-Frage in den Mittelpunkt stellten. Jeder wisse, daß wir im Verteidigungsbereich immer das Erforderliche getan hätten.

BM weist abschließend darauf hin, daß der Meinungsaustausch nützlich gewesen sei. Wegen des Staatsbesuchs in Dänemark¹⁴ sei es ihm nicht möglich gewesen, auf der Rückreise aus den USA¹⁵ in London Station zu machen. Es sei wichtig, in dieser Frage untereinander in Verbindung zu bleiben.

AM Howe stimmt dem zu.

VS-Bd. 14162 (010)

¹⁴ Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Staatsbesuch vom 25. bis 27. April 1989 in Dänemark.

¹⁵ Zu den Gesprächen der Bundesminister Genscher und Stoltenberg am 24. April 1989 in den USA vgl. Dok. 111 und Dok. 112.

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1010

Aufgabe: 11. Mai 1989, 16.43 Uhr¹

Ankunft: 11. Mai 1989, 19.39 Uhr

Betr.: NATO-Gipfel in Brüssel am 29./30.5.89²;
hier: Bericht über DDR und innerdeutsche Beziehungen

Bezug: DE AA Nr. 777 v. 21.4.89 – 210-362.05³

I. Zusammenfassung

Innere Lage der DDR ist äußerlich gekennzeichnet durch beträchtliches Maß an Immobilität, die durch Vergleich mit Entwicklungen in Sowjetunion, Ungarn und Polen besonders auffällt. Die Führung unter Honecker hat sich das Ziel gesetzt, an dem bisherigen Kurs bis zum 12. Parteitag der SED im Mai 1990 nichts zu ändern und die bisherige Linie durch ihn möglichst auch für die folgenden fünf Jahre bestätigen zu lassen. Damit steht im Einklang, daß nirgends personelle Veränderungen sichtbar werden.

Dem Bemühen um ein äußerlich ruhiges Bild entsprechen nicht die Diskussionslage in der Partei und die Stimmung in der Bevölkerung. Überall unterhalb der Führungsebene wird wachsende Ungeduld bemerkbar, daß der bisherige Kurs nicht beibehalten werden dürfe. Diese Kritik setzt sich aber noch nicht in einer Herausforderung der Führung um. Die Autorität und Integrationskraft Honeckers sind zur Zeit noch so stark, daß niemand ihn gegenwärtig mit Aussicht auf Erfolg in Frage stellen kann. Dem entspricht – aus wohlverstandenen eigenem Interesse möglicher Prätendenten – das Fehlen einer Personaldiskussion oder auch nur das Sichtbarmachen möglicher personeller Alternativen. Die politische Diskussion, die besonders auch im sog. Wahlkampf⁴ sichtbar geworden ist und auch

¹ Das Fernschreiben wurde Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

³ Mit Blick auf die NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel und das Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und Deutschlandfragen am Vorabend bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach die Ständige Vertretung in Ost-Berlin „um Bericht zur Einschätzung der politischen Lage in der DDR sowie der innerdeutschen Beziehungen“ bis 8. Mai 1989. Vgl. Referat 210, Bd. 140774.

⁴ In der DDR fanden am 7. Mai 1989 Kommunalwahlen statt. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete dazu am 8. Mai 1989, offiziell hätten 98,85 % der abgegebenen Stimmen für die Liste der „Nationalen Front“ gestimmt: „Die absoluten Zahlen von Nicht-Wählern und Nein-Stimmen verdeutlichen die Dimension einer politischen Protesthaltung. 1989 gingen 153 255 der 12,4 Millionen Wahlberechtigten nicht zur Wahl (1984: 79 000. 1979: 212 000). Die Zahl der Nein-Stimmen ist 1989 um das Zehnfache höher als 1984“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 973; Referat 210, Bd. 140682.
Am 16. Mai 1989 berichtete Bertele über zunehmende Vorwürfe, wonach es „in erheblichem Umfange“ zu Wahlfälschungen gekommen sein solle. Private Wahlbeobachtergruppen hätten bei der Auszählung in verschiedenen Wahllokalen in den Ost-Berliner Bezirken Weißensee und Prenzlauer Berg Diskrepanzen zwischen den Zahlen der örtlichen Wahlbeobachter und den im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Zahlen festgestellt. Es bleibe abzuwarten, wie die SED auf die Vorwürfe reagiere: „Es erscheint durchaus denkbar, daß der Vorwurf der Wahlmanipulation noch weitere Auswirkungen auf die innenpolitische Diskussion der DDR haben wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; Referat 210, Bd. 140682.

einen begrenzten Niederschlag in der Presse gefunden hat, hat indirekt zur Entspannung des Verhältnisses Staat–Kirche beigetragen, weil heute, anders als noch im Vorjahr, die Kirche nicht mehr das einzig verfügbare Ersatzforum für politische Diskussionen im Lande hergeben muß.

Die Stimmungslage der Bevölkerung bleibt schwierig, weil sie Dank der Informationsfülle durch das fast überall zu empfangende westliche Fernsehen über die Entwicklungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn gut unterrichtet ist und dadurch das Defizit der DDR im Bereich politischer Betätigungsmöglichkeiten und Reisefreiheit besonders stark empfindet. Wegen der gleichbleibenden Signale von der Führung, daß am bisherigen Kurs nichts geändert werden soll, bleibt der Ausreisedruck weiterhin hoch. Die bisher unerreichte Höhe von 15000 Übersiedlungen in den ersten drei Monaten führt nicht zum Abbau der Ausreiseanträge, sondern bestärkt den Druck eher, weil Antragsteller eher Hoffnung schöpfen, zum Erfolg zu kommen, oder auch aus einer gewissen Torschlußpanik handeln. Trotz weiterhin hoher Besuchsreisezahlen bleibt die Bevölkerung wegen schikanöser Einengung der Antragsvoraussetzungen und befürchteter Einschränkung der Reisemöglichkeiten nach Ungarn unzufrieden. Die allgemeine Unzufriedenheit wird durch ständige Versorgungsengpässe, sei es bei Konsumgütern oder Ersatzteilen für Betriebe und im privaten Bereich weiter genährt. Hier wird bei guter Versorgungslage im Vergleich mit den sozialistischen Ländern der Rückstand gegenüber der Bundesrepublik besonders kraß empfunden. An dieser Situation ändert die vermehrte Freiheit nichts, die Künstlern und Intellektuellen durch Reisemöglichkeiten, Veröffentlichungen bisher unzugänglicher Literatur und Diskussionsfreiheit auf den Sprechbühnen eingeräumt wird, weil der Kreis der Begünstigten zu klein und der Zugang zu den eingeräumten Vorteilen zu schmal ist.

Die deutsch-deutschen Beziehungen sind von dem deutlich erkennbaren Bemühen der DDR geprägt, die Dialogpolitik fortzuführen. Die Besuchsabsage der Bundesminister Haussmann und Schneider⁵ dürfte aus DDR-Sicht nur eine vorübergehende Störung sein, weil der lebenswichtige Kontakt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage gestellt werden durfte. Die anhaltende Pressepolemik gegen die Bundesrepublik hat überwiegend apologetischen Charakter. Die DDR-Führung versucht hierdurch vergeblich, die Allgegenwart der Bundesrepublik in den Köpfen eines großen Teils der DDR-Bevölkerung aufzuwiegen. Daß sie dies nur mit den Mitteln plumper Gegenpropaganda zu bewirken versucht, hängt mit der mangelnden Flexibilität der alt gewordenen Führung zusammen.

II. Im einzelnen

1) Honecker hat durch seine Rede vor dem 7. ZK-Plenum im Dezember 1988⁶ die Weichen bis zum 12. Parteitag der SED im Mai 1990 gestellt. Die Vorgaben

⁵ Referat 210 legte am 10. Mai 1989 dar: „Mehrere Fälle von Schußwaffengebrauch durch DDR-Grenzorgane an der Sektorengrenze im Februar und März 1989 haben zur Absage der ursprünglich vorgesehenen Besuche von BM Haussmann und BM Schneider bei der Leipziger Frühjahrsmesse geführt. Die DDR reagierte mit Absagen der geplanten Besuche von Umweltminister Reichelt und Hochschulminister Böhme sowie der für Ende März geplanten DDR-Reise BM Töpfers.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151193.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 1. Dezember 1988 in Ost-Berlin vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 2. Dezember 1988, S. 3–10.

gehen eindeutig dahin, daß an dem als bewährt erkannten bisherigen Kurs nichts geändert werden soll. Dementsprechend erwarten SED-Gesprächspartner auch keine wesentlichen Veränderungen von dem Parteitag. Die Absicht der Führung unter Honecker dürfte dahin gehen, dem 12. Parteitag selbst das Gepräge zu geben, durch ihn auch für die Folgezeiten bestätigt zu werden, um auf diese Weise sicherzustellen, daß der bisherige Kurs auch möglichst lange fortgeführt werden kann. Gegenwärtig ist nicht erkennbar, daß Honecker die Zügel in andere Hände legen wird. Trotz spürbarer Ungeduld jüngerer Führungskräfte besteht anscheinend weitgehende Übereinstimmung, daß niemand derzeit die politische Kraft oder gar den geschlossenen politischen Anhang besitzt, um Honeckers Führung in Frage zu stellen. Honecker und seinen Altersgenossen ist es in den 18 Jahren seiner Amtszeit gelungen, sich als bestimmende Kraft zu etablieren und alle möglichen Konkurrenten entweder auszuschalten (Konrad Naumann) oder fernzuhalten (Modrow). Jede personelle Veränderung an der Führungsspitze birgt die Gefahr in sich, daß das sorgsam austarierte Gleichgewicht gestört wird. Hierauf gründet sich die das politische Leben der DDR lähmende Immobilität, die sowohl personell wie politisch ist, weil neue politische Gedanken das Risiko auch personeller Alternativen mit sich bringen.

2) Mit der Immobilität an der Spitze kontrastiert eine lebhaft diskutierte Diskussion über notwendige Reformen in der DDR, die mittlerweile auch die SED in vollem Umfange erfaßt hat. Das Vorhandensein dieser Diskussion wird nicht nur von zahlreichen Gesprächspartnern bestätigt, sondern ist auch in den Presseberichten über den sog. Wahlkampf vor den Kommunalwahlen am 7. Mai erkennbar geworden. Diese Diskussion betrifft DDR-spezifisch die Themen, die in der Sowjetunion, in Ungarn und Polen unter den Stichworten Perestrojka und Glasnost erörtert werden. Auch wenn die DDR-Wirtschaft unvergleichlich viel besser dasteht als diejenige der anderen sozialistischen Länder, so ist die Diskussion über die Ware-Preis-Beziehungen, die Konvertibilität der Währung, die enormen Subventionen, die Vorzüge einer Marktwirtschaft voll entbrannt. Die relevanten Fragen werden als solche auch gestellt, erhalten allerdings in der Öffentlichkeit die altbekannten Antworten. Gesprächsweise erfährt man allerdings, daß man sich in den internen Diskussionen damit nicht zufriedengibt. Indem die Führung jedoch an den altbewährten Rezepten festhält, tut sich hier zunehmend ein Dissens auf, der sich allerdings bisher noch nicht in eine offene Herausforderung der Führung konkretisiert hat. Das wird aber auch nur dann zu erwarten sein, wenn die wirtschaftliche Lage so bedrohlich werden sollte, daß eine Änderung des wirtschaftlichen Kurses unabdingbar wird. Trotz aller Schwierigkeiten befindet sich die DDR-Wirtschaft nicht an diesem Punkte. Sie ist insofern nicht mit der Situation in der Sowjetunion zur Zeit des Regierungsantritts von Gorbatschow⁷ vergleichbar. Die DDR-Führung ist sich darüber im klaren, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems die alles entscheidende Frage ist. Deshalb bemüht sich die Propaganda auch immer wieder, die eigenen Erfolge ins beste Licht zu rücken und unter Berufung auf das Prinzip der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verdeutlichen, daß die Menschen von den wirtschaftlichen Erfolgen auch profitieren.

⁷ Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

3) Die Führung verspürt innerparteilichen Druck vor allem im Bereich der Wirtschaftsdiskussion. Das Thema Glasnost, d. h. vor allem der Aspekt der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, kommt, soweit erkennbar, nicht so sehr in der innerparteilichen Diskussion als in den Fragen der aus westlichen Quellen informierten Bevölkerung an die Partei-Agitatoren zum Ausdruck. Gerade hier verfolgt die SED-Führung einen strikt konservativen Kurs, weil sie sich darüber im klaren ist, daß eine uneingeschränkte Diskussion des Stalinismus notwendigerweise auch vor der Deutschlandpolitik Stalins nach dem Zweiten Weltkrieg nicht haltmachen kann. Damit liefe die DDR im 40. Jahre ihres Bestehens die Gefahr, ihre Grundlagen in Frage zu stellen. Daher bezieht die SED in allen Veröffentlichungen, zuletzt am 6. Mai 1989 in einem zweiseitigen Artikel des Neuen Deutschland⁸, den Standpunkt, daß der Zweck die Mittel heilige. Letztlich habe Stalin die Sache des Kommunismus entscheidend vorangebracht, und das allein sei wesentlich. In diesem Punkte geht es für die SED um die Machtfrage, und die weiß sie allemal in der richtigen Weise zu beantworten. Daß differenzierte Denker, zu denen auch Markus Wolf mit seinem Buch „Troika“⁹ gehört, die Auffassung vertreten, sich einer vertieften Diskussion der Stalin-Problematik stellen zu müssen, wie sie derzeit nur auf den Sprechbühnen der DDR stattfindet, wird von der alten SED-Führung, die persönlich durch den Stalinismus geprägt wurde, nicht nachvollzogen.

[4] Für die breite Masse der Bevölkerung ist weder das Thema Glasnost (Stalinismus) noch das der schwierigen Wirtschaftslage, deren Auswirkungen auf die Versorgung mit murrender Ergebnis hingegenommen werden, der entscheidende Konflikt mit der Führung. Die Wünsche der Bevölkerung und ihre Stimmung werden vor allem geprägt durch das Gefühl des Eingeschlossenseins und Fremdbestimmtheits. 40 Jahre nach der Spaltung Deutschlands und 28 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen bei der DDR-Bevölkerung nicht schwächer geworden. Hieraus erfährt der allgemeine Drang, fremde Menschen und Länder kennenzulernen, einen zusätzlichen Druck in Richtung vermehrter innerdeutscher Reisemöglichkeiten. Die Bevölkerung ist nicht gewillt, sich mit dem bisher Zugestandenen zufriedenzugeben. Die Begrenzung des Kreises der Berechtigten auf Familienangehörige stößt wegen seines diskreditierenden Charakters auf weite Ablehnung. Auch die potentiell Berechtigten werden durch die kleinliche und schikanöse Auslegung der Bestimmungen durch die Behörden in Opposition getrieben. Es besteht der Eindruck, daß die DDR-Führung vermehrte Besuchsreisemöglichkeiten eher unter politischem Druck von außen (Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik, KSZE) eingeräumt hat als in der Absicht, die eigene Bevölkerung zufriedenzustellen. Anders ist die mangelnde Großzügigkeit bei der Handhabung der Vorschriften nicht zu erklären. Auch die vermehrte Genehmigung zur Übersiedlung entspringt nicht einer Großzügigkeit im Umgang mit den Bürgern, sondern dem Wunsch, unerwünschten Druck abzubauen. Daß die DDR-Bürger heute ihre Forderungen auf Besuchs- oder Ausreise mit größerem Nachdruck vertreten, daß sie sich im Kommunalwahlkampf kritisch zu Wort melden und in den Wahlen versuchen, ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen, daß es immer wieder

⁸ Vgl. den Artikel „Zur Geschichte der Komintern“; NEUES DEUTSCHLAND vom 6./7. Mai 1989, S. 9 f.

⁹ Vgl. Markus WOLF, Die Troika: Geschichte eines nichtgedrehten Films, Ost-Berlin, Weimar 1989.

(z.B. in Leipzig) öffentliche Demonstrationen gibt, ist Ausdruck dafür, daß die Bürger insgesamt mehr Zivilcourage aufbringen, aber auch dafür, daß der staatliche Repressionsapparat nicht mehr mit der gleichen Rücksichtslosigkeit wie zu Ulbrichts Zeiten eingesetzt wird. Dies ist nicht Ausfluß der Altersweisheit Honeckers, sondern Folge der außenpolitischen Rücksichtnahme, zu der sich die DDR genötigt sieht, seitdem sie ihre Westbeziehungen konsequent entwickelt hat und in ihren bilateralen Beziehungen wie auch im KSZE-Zusammenhang immer wieder auf ihre menschenrechtlichen Defizite schmerzhaft aufmerksam gemacht wird. Hier zeigen sich trotz aller Mängel im einzelnen die positiven Auswirkungen der Außenpolitik auf die innere Lage der DDR. Ausdruck für gewachsenes Selbstbewußtsein der Bevölkerung ist der gegenüber 1984 zehnfach größere Anteil von Gegenstimmen in der Kommunalwahl. Rund 150000 Gegenstimmen sind der Zahl nach klein, repräsentieren aber einen politisch bewußten Teil der Bevölkerung, der ebenso stark ist wie etwa die Mitgliedszahl der CDU in der DDR.

5) Das Verhältnis des Staates zur Kirche hat sich im Jahre 1989 entspannt. Seit Anfang des Jahres erscheinen die kirchlichen Zeitungen wieder unbeanstandet, obwohl sich redaktionell wenig gegenüber dem Jahre 1988 geändert hat. Die Kirche befindet sich gegenwärtig nicht mehr in der exponierten Lage, in der sie sich 1988 sah. Das hängt wesentlich damit zusammen, daß die Felder, in denen die Kirche ersatzweise die Diskussion öffentlicher Fragen führen mußte, heute durch parteiinterne Diskussionen oder solche zwischen der Führung und den Bürgern abgedeckt werden.

6) Trotz der Beeinträchtigung der deutsch-deutschen Beziehungen durch die Absage der Ministerbesuche Haussmann und Schneider Anfang März dieses Jahres sind die Beziehungen als ungestört zu bewerten. Die DDR ist sehr bald nach den Absagen und ihrer kontrollierten Gegenabsage von zwei Besuchen zu dem Schluß gekommen, daß ein Rückschlag in den Beziehungen vor allem für sie abträglich sein werde. Deshalb hat sie von Anbeginn den später terminierten Besuch von BM Riesenhuber aus der Absage ausgenommen und vielmehr auf einen eigenen Besuch (Reichelt) verzichtet. Die Behandlung des Albrecht-Besuches, insbesondere das unerwartete Unterbreiten eines Kompromißvorschlages zur Überwindung des Konflikts bei der Bestimmung des Grenzverlaufs in der Elbe¹⁰, zeigten deutlich, daß die DDR an der Fortsetzung des vor den Besuchsabsagen durch die Besuche von Engholm¹¹, Voscherau¹² und

¹⁰ Zum Grenzverlauf im Bereich der Elbe vgl. Dok. 89, Anm. 13.

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 28. April 1989 über Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED gegenüber dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht am Vortag: „[H]onecker sprach dann die Elbe-Frage an, und zwar in bemerkenswert zurückhaltender Form (die Beziehungen DDR und Niedersachsen könnten noch besser werden, wenn es gelänge, die Elbe-Frage zu lösen). [...] Hilfsweise könne man die Frage auch so lösen, wie die Berlin-Fragen im Vier-Mächte-Abkommen gelöst wurden, daß man nämlich auch unbeschadet von divergierenden Rechtsauffassungen zur Lösung von komplizierten Fragen kommen könnte. Auch sei denkbar, daß man eine Teilvereinbarung treffe hinsichtlich der rd. 40 Flußkilometer, wo die Grenze, auch nach früheren Feststellungen der Grenzkommision, in der Flußmitte verlaufe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 912; Referat 210, Bd. 140836.

¹¹ Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm traf am 31. Januar 1989 mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Ost-Berlin zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 74.

¹² Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Voscherau, führte am 24. Februar 1989 in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 76.

Späth¹³ geschaffenen Klimas in hohem Maße interessiert ist. Axen lieferte hierzu in überraschender Klarheit die Begründung, indem er sagte, die kleine DDR sei sich der Tatsache bewußt, daß sie das, was sie in Europa erreichen wolle, nur aufgrund von guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland bewirken könne¹⁴. Dieser politischen Grundaussage entspricht zugleich das Verlangen, die Beziehungen zur Bundesrepublik optimal im Interesse der DDR-Wirtschaft zu nutzen. Die DDR bleibt mangels ausreichender eigener Liefermöglichkeiten in hohem Maße auf Devisenzuflüsse aus der Bundesrepublik angewiesen, die sie vor allem für Industrieinvestitionen benötigt. Deshalb wird sie auch in Zukunft bei allen Verhandlungen versuchen, ein Höchstmaß an Geldleistungen herauszubekommen.

Das Pressebild der DDR wird von Polemik gegen die Bundesrepublik Deutschland beherrscht. Dies dient gerade wegen der Popularität der Bundesrepublik bei den DDR-Bürgern vor allem dem Hausgebrauch. So ist bei all diesen Angriffen der apologetische Grundton nicht zu überhören. Daß die DDR nicht sieht, sich hierdurch letztlich eher zu schaden als zu nutzen, ist Ausdruck der gegenwärtig zu konstatierenden mangelnden Reformbereitschaft der DDR-Führung. Der die deutsch-deutschen Beziehungen immer wieder belastende Schießbefehl wurde inzwischen auch von der DDR als erhebliche Störquelle erkannt. Honeckers wiederholte Äußerungen sind ernst zu nehmen, daß nicht geschossen werden soll. Dennoch auftretende Zwischenfälle sind symptomatisch für die weiterhin angespannte Lage an der Mauer und die Überforderung der Grenzposten vor Ort, die disziplinarisch belangt werden, wenn sie schießen und wenn eine Flucht gelingt.

[gez.] Bertele

Referat 212, Bd. 158549

¹³ Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth traf am 23. Februar 1989 in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 75.

Für das Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am selben Tag vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 29.

¹⁴ Der Passus „die kleine DDR ... Deutschland bewirken könne“ wurde von Vortragendem Legationsrat Metscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

133

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse

12. Mai 1989¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am Freitag, dem 12. Mai 1989, 16.00 Uhr bis 17.00 Uhr²

An dem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse nahmen teil:

Auf deutscher Seite: BM Genscher, Botschafter Dr. Meyer-Landrut, MD Teltshik, MDg Dr. Neuer als Note-taker, Dolmetscher: VLR Scheel.

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Kwizinskij, Herr Stepanow, Büro Schewardnadse, Dolmetscher: Herr Kurpakow.

Der *Bundeskanzler* begrüßt den sowjetischen Außenminister und weist darauf hin, daß das Gespräch am Vorabend einer wichtigen Reise stattfindet. GS Gorbatschows Besuch in Peking³ komme große Bedeutung zu. Er stelle eine neue Etappe in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen dar.

AM *Schewardnadse* dankt dem Bundeskanzler für den freundlichen Empfang und übermittelt die Grüße von GS Gorbatschow. Die letzte Reise eines sowjetischen Generalsekretärs nach China habe im Jahr 1959⁴ – Chruschtschow – stattgefunden.

Der *Bundeskanzler* dankt für die Grüße von GS Gorbatschow und bittet AM Schewardnadse seinerseits, GS Gorbatschow zu grüßen und ihm mitzuteilen, er freue sich auf dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland.⁵ Der Be-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 16. Mai 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltshik.“

Hat Ministerialdirektor Teltshik, Bundeskanzleramt, am 19. Mai 1989 vorgelegen.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, übermittelte die Gesprächsaufzeichnung am 24. Mai 1989 „zur Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann.

Hat Bächmann am 26. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 26. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „ 1) Über D2 Dg21 RL 213 m[ist] d[er] B[itt]e um Übernahme und ggf. weitere Veranlassung. 2) Durchdruck 213 vorab, StS S[jud]hoff, StS L[autenschlager], 010, 014.“

Hat Ministerialdirektor Kastrup am 26. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Höynck am 28. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 30. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 147138.

² Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 12./13. Mai 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

⁴ Korrigiert aus: „1957“.

Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, besuchte die Volksrepublik China vom 30. September bis 4. Oktober 1959.

⁵ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

such solle sehr gut vorbereitet werden, sowohl was die Substanz als auch was den protokollarischen Rahmen angehe. Falls noch Wünsche offen seien, bitte er darum, ihn dies rechtzeitig wissen zu lassen. Er wolle sich dann bemühen zu helfen.

Er erinnere sich an die Gespräche in Moskau im Oktober vergangenen Jahres⁶, wo man sich einig gewesen sei, seinen Besuch in der Sowjetunion und den Gegenbesuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland als Einheit zu sehen. Es sei wichtig, ein gutes gemeinsames Dokument zu erarbeiten, das in die Zukunft weise und in einer verständlichen Sprache abgefaßt sei. Von Bedeutung sei auch, daß weitere Abkommen unterzeichnet werden könnten. In Moskau habe man gesagt, sie sollten ein Signal für einen neuen Abschnitt in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen sein. Soweit er sehe, verliefen die Vorbereitungen mit einer Ausnahme zufriedenstellend, nämlich der Frage der Einbeziehung Berlins⁷. Er hege den Wunsch, daß eine Formulierung gefunden werden könne, die dauerhaft sei und stets angewandt werden könne. Er wolle jedoch dieses Thema jetzt nicht vertiefen. Schon in Moskau habe er mit dem Generalsekretär besprochen, daß eine solche Formel nützlich sei. Es wäre gut, wenn die Außenministerien vor dem Besuch des Generalsekretärs eine entsprechende Formulierung finden würden. Mit großem Interesse beobachte er die Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Herr Herrhausen habe berichtet, daß sich das Projekt eines Hauses der deutschen Wirtschaft in Moskau⁸ gut entwickle. Das Grundstück, das dafür in Aussicht genommen sei, liege günstig. Aus diesem Projekt könne man etwas Gutes machen. Bei dem zunehmenden Interesse der deutschen Wirtschaft an dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion sei dies wichtig. Vor kurzem sei er mit MP Ryschkow in Luxemburg zusammengetroffen.⁹ Er habe es sehr interessant gefunden, was Ryschkow über die Reaktionen der sowjetischen Unternehmensleitungen in bezug auf die Schulungsaufenthalte in der Bundesrepublik berichtet habe. Dies sei eine gute Sache, die zügig vorangebracht werden solle. Er wolle diese Bemerkungen zu Anfang machen.

AM *Schewardnadse* bedankt sich nochmals für den freundlichen Empfang. Er erinnert an die erste Begegnung mit dem Bundeskanzler vor einem Jahr¹⁰ sowie

⁶ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁷ Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit vgl. Dok. 129 und Dok. 140.

⁸ Zum Projekt eines „Hauses der deutschen Wirtschaft in Moskau“ vgl. Dok. 100, Anm. 6. Legationsrat I. Klasse Luy notierte am 19. Mai 1989, in einen am 17. Mai 1989 von der Deutschen Bank übermittelten sowjetischen Entwurf eines Protokolls über die Ziele und Fristen für die Einrichtung des „Hauses der deutschen Wirtschaft“ sowie eines Hauses der sowjetischen Wirtschaft in der Bundesrepublik sei Berlin (West) „weder formell noch praktisch einbezogen“. Auch sei das „deutsche Haus“ in der UdSSR „erheblich größer und umfangreicher konzipiert als das sowjetische Gegenstück in der Bundesrepublik“. Allerdings sei für das sowjetische Haus „die Ausstattung eines zusätzlichen Kulturinstituts ohne die Reziprozität und die Auflagen (Berlin-Einbeziehung!) des soeben nicht ohne Mühe ausgehandelten einschlägigen Abkommens“ vorgesehen. Luy empfahl daher, „die Einbeziehung Berlins nochmals mit besonderem Nachdruck bei der Deutschen Bank geltend zu machen“. Vgl. Referat 404 (421), Bd. 170625.

⁹ Für das Gespräch am 18. April 1989 vgl. Dok. 100.

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 18 und Dok. 22.

an den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau Ende 1988. Seither sei nicht viel Zeit verstrichen; es habe sich jedoch vieles verändert, und zwar, was das bilaterale Verhältnis angehe, in Europa und in der Welt. Zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wolle er sagen, daß sie von höchster Dynamik charakterisiert sei. Die Zusammenarbeit vertiefe sich. Es sei viel geleistet worden in Richtung der Eröffnung eines neuen Kapitels in den Beziehungen. Dem bevorstehenden Besuch Gorbatschows komme große Bedeutung zu. Unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen könne man sicher sein, daß durch den Besuch eine neue Qualität der Beziehungen besiegelt werde. Diese positiven Veränderungen könnten durch diesen Besuch unumkehrbar gemacht werden. Er glaube, daß bis zu dem Zeitpunkt des Besuchs noch viel zu tun sei, um eine solide Grundlage für viele Jahre zu schaffen. Mit Rücksicht auf die Schlüsselrolle beider Staaten in Europa und nicht nur in Europa sei dies von ganz besonderer Bedeutung. Er glaube auch, daß man zur Berlin-Frage für beide Seiten annehmbare Lösungen finden werde. Grundlage sei das Vierseitige Abkommen¹¹, das von der Sowjetunion und auch von der deutschen Seite respektiert werde. Was die Arbeit an dem politischen Dokument angehe, so sei die gefundene Basis nicht schlecht. Wenn beide Seiten sich Mühe geben, werde man es zu einem guten Abschluß bringen können. Einige Besonderheiten und einige Termini schreckten noch die eine oder die andere Seite. So spüre man z.B. die Ideologisierung des Begriffes „gemeinsames europäisches Haus“. Er glaube jedoch, daß Formulierungen gefunden werden könnten, die dem Stand und den Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen Rechnung tragen. Er meine auch, man werde in dem politischen Dokument eindrucksvolle Worte finden, um über die Notwendigkeit eines stabilen Gleichgewichts und der Überwindung der Konfrontation zu sprechen. Man sei bemüht, in dem Dokument Begriffe zu prägen, um den Zustand eines stabilen Gleichgewichts in Europa festzuschreiben. Wichtig sei es, daß das politische Dokument kein Mißtrauen auf der einen oder anderen Seite oder bei den jeweiligen Verbündeten auslöse.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet diese Bemerkung Schewardnadses als wichtig. Hierin liege im Positiven unsere Chance. Er wolle die Rolle der Bundesrepublik Deutschland nicht überbewerten, aber wenn man sie unter geographischen, geopolitischen und historischen Aspekten sehe, gebe es viele Gründe, die dafür sprächen, die vor uns liegende Chance zu nutzen.

AM *Schewardnadse* stimmt zu und fährt fort, er wolle einige Bemerkungen zu den bilateralen Beziehungen und zu den Abkommen und Vereinbarungen machen, über die man spreche. Die Entwürfe seien in gutem Zustand. Einige Abkommen wie z.B. der Vertrag über Schutz und Förderung von Investitionen¹² sowie Vereinbarungen auf dem Gebiet des kulturellen Austauschs und des Jugendaustauschs¹³ seien schon parapiert worden. Es handele sich um ein

¹¹ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹² Referat 421 informierte am 11. April 1989, während der Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 6./7. April 1989 sei ein Investitionsförderung- und -schutzvertrag parapiert worden. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140374.

¹³ Referat 610-1 erläuterte am 12. Mai 1989, der Text eines Abkommens über den Austausch im Bereich Wissenschaft und Hochschulen sei im wesentlichen vereinbart worden, die Frank-Falin-Klausel zu

Paket wichtiger und eindrucksvoller Vereinbarungen. Einige Formulierungsfragen insbesondere bezüglich Westberlins seien noch offen. Er möchte daran erinnern, daß der Bundeskanzler sich eindeutig für die Einhaltung des „Vierseitigen Abkommens“ ausgesprochen habe. Er wolle den Bundeskanzler darum bitten, BM Genscher zu beauftragen, dies bei der Weiterarbeit zu beherzigen. Es sei bisher immer ein Ausweg gefunden worden, und dies werde sicherlich auch in Zukunft der Fall sein. Er wolle noch einige¹⁴ ungelöste Fragen, über die die sowjetische Seite erstaunt sei, hervorheben. Als Beispiel wolle er die Frage des Satellitenstartes mit einer sowjetischen Rakete nennen. Er habe vor einem Jahr für die Perspektiven eines solchen Unternehmens geworben. Der Bundeskanzler habe positiv und eindeutig reagiert. Es sei dies eine aussichtsreiche Sparte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Sowjetunion könne in diesem Feld der Konkurrenz standhalten. Auch die Frage eines gemeinsamen Flugs von Kosmonauten¹⁵ wolle er anführen. Auch dies sei eine aussichtsreiche Angelegenheit, sowohl kommerziell als auch politisch. Er glaube nicht, daß es sich lohne, wegen eines Wortes eine solche Idee zu ruinieren. Es gehe hier um die Frage, ob es heiße Kosmonaut der BRD oder Kosmonaut von seiten der BRD (Mitflug von Berlinern). Über die Kosten könne man sprechen.

Der *Bundeskanzler* sichert zu, mit dem zuständigen Minister¹⁶ vor dem Besuch des Generalsekretärs zu sprechen. Botschafter *Meyer-Landrut* wirft ein, bei der Bezeichnung könne eine Regelung gefunden werden. Die Formulierung sei wegen Berlin noch problematisch.

AM *Schewardnadse* fährt fort, die Diskussion über das Projekt Kola-Halbinsel¹⁷ solle noch vertieft werden. Bei dem Treffen des Bundeskanzlers mit GS

Fortsetzung Fußnote von Seite 598

Berlin (West) sei akzeptiert worden. Auch ein Abkommen über den Jugendaustausch sei nahezu fertiggestellt, allerdings gebe es noch umstrittene Textteile zur Einbeziehung von Berlin (West). Ferner sei der Text eines Abkommens über die Einrichtung eines Schüler- und Lehreraustauschs im Rahmen von Schulpartnerschaften bis auf kleinere redaktionelle Änderungen von beiden Seiten gebilligt worden. Probleme bestünden noch bei der Einbeziehung von zwei Berliner Schulen. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147212.

¹⁴ Korrigiert aus: „noch auf einige“.

¹⁵ Referat 431 vermerkte am 8. Mai 1989: „Anlässlich des BK-Besuchs in Moskau wurde am 25. Oktober 1988 [...] ein Ressortabkommen zwischen dem BMFT und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken abgeschlossen.“ Das Abkommen sehe u. a. den Mitflug eines Astronauten aus der Bundesrepublik auf der sowjetischen Weltraumstation „Mir“ voraussichtlich Anfang der 90er Jahre vor. Über die Bedingungen des Mitflugs sei jedoch noch keine Einigung erzielt worden. Die sowjetische Seite verlange 21 Mio. DM, während die Bundesregierung keine kommerzielle, sondern vielmehr eine wissenschaftliche Gegenleistung erbringen wolle. Vgl. Referat 430 (431), Bd. 163022.

Am 9. Juni 1989 vermerkte Referat 431, auch nach zwei weiteren Verhandlungsrunden vom 16. bis 18. Mai 1989 in Moskau bzw. vom 5. bis 7. Juni 1989 in Bonn habe keine Einigung erzielt werden können. Zwar habe die sowjetische Seite ihre Forderungen auf 18 Mio. DM reduziert, das federführende Bundesministerium für Forschung und Technologie sei jedoch nicht bereit gewesen, mehr als 10 Mio. DM zu bezahlen: „Angesichts der weit auseinanderliegenden Verhandlungspositionen ist eine Einigung vor dem Gorbatschow-Besuch nicht mehr zu erwarten.“ Vgl. Referat 430 (431), Bd. 163022.

¹⁶ Heinz Riesenhuber.

¹⁷ Referat 421 erläuterte am 11. April 1989: „SU strebt Entwicklung der gewaltigen Rohstoff-Ressourcen der Halbinsel Kola an (25 Projekte im Volumen von 18 Mrd. Rubel). Sowjetische Idealvorstellung war, daß ein Großkonsortium deutscher Firmen für alle 25 Einzelprojekte einschließlich Infrastrukturausbau und Finanzierung gebildet wird, innerhalb dessen ein Ausgleich der Projektrisiken (Verluste/

Gorbatschow werde ohne Zweifel viel Aufmerksamkeit der Minderung der militärischen Konfrontation und der Verminderung der Rüstung gelten. Hier handele es sich um sehr komplizierte Aufgaben. In der Sowjetunion sei man der Meinung, es gebe hier mehr Berührungspunkte mit der Bundesrepublik Deutschland als mit manchen anderen Staaten. Das gemeinsame Interesse an Lösungen sei sehr groß. Die Äußerungen von BM Genscher, es sei wünschenswert, daß die Sowjetunion eine einseitige Geste mache, um die Verhandlungen über die taktischen Nuklearwaffen voranzubringen, habe er mit großer Aufmerksamkeit gehört. Die sowjetische Seite halte es für richtig, Verhandlungen aufzunehmen. Die Verhandlungen über strategische, konventionelle, chemische und taktische Nuklearwaffen müßten parallele Prozesse sein. Wenn diese Verhandlungen nicht parallel verliefen, könne es sein, daß eine Seite einen Durchbruch erziele, wodurch die andere Seite gezwungen werde, aufzuholen. So dauere das Wettrüsten an. Es sei gleichgültig, wie man neue Waffen nenne, ob Modernisierung oder nicht: Es bleibe beim Wettrüsten. Die sowjetische Seite sei der Auffassung, daß jetzt ein Durchbruch erzielt werden müsse. Es sei nicht einfach für die Bundesrepublik Deutschland, auch mit Rücksicht auf ihre Verbündeten, jetzt eine Wende herbeizuführen. Zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis bemerkt AM Schewardnadse, BM Genscher habe den Bundeskanzler wohl unterrichtet. Die sowjetische Seite habe ihre eigenen Einschätzungen. Sie meine – und dies beziehe auch GS Gorbatschow ein –, daß die Gespräche in Moskau mit AM Baker zur rechten Zeit stattgefunden hätten. Sie seien nützlich und sachlich gewesen und hätten in der richtigen Atmosphäre stattgefunden. Das wichtigste Ergebnis sei, daß die Pause in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen jetzt abgeschlossen sei. Diese Pause habe sich ausgedehnt. Mit Bedauern wolle er feststellen, daß in wichtigen Fragen in dieser Runde keine Fortschritte erzielt worden seien, nämlich auf dem Gebiet der Abrüstung. Die sowjetische Seite finde hierfür keine objektive Erklärung. Baker selbst habe gesagt, in den USA seien die strategischen Überlegungen abgeschlossen. Sie seien jedoch noch nicht umgesetzt worden. Daran werde man weiterarbeiten. Schewardnadse fuhr fort, er werde jetzt nicht die Vorschläge Gorbatschows vorbringen, da diese ja veröffentlicht worden seien.¹⁸

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob die Sowjetunion auch in Wien neue Vorschläge einbringen würde.

AM *Schewardnadse* bejaht dies und teilt mit, dies werde heute oder morgen der Fall sein.¹⁹ Über den einseitigen Abzug von 500 nuklearen Sprengköpfen sei schon

Fortsetzung Fußnote von Seite 599

Gewinne) stattfindet.“ Im September 1988 hätten Vertreter von Unternehmen aus der Bundesrepublik eine Besichtigungsreise unternommen und sich grundsätzlich an einzelnen Projekten, nicht aber an einem Gesamtkonsortium interessiert gezeigt. Weitere Gespräche zu Wirtschaftlichkeit, Finanzierung und Machbarkeit seien noch erforderlich. Vgl. Referat 421, Bd. 140374.

¹⁸ Zu den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, während des Besuchs des amerikanischen Außenministers Baker am 10./11. Mai 1989 unterbreiteten Abrüstungsvorschlägen vgl. Dok. 136.

¹⁹ Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), teilte am 18. Mai 1989 mit: „Wie erwartet, führte SU-DL Grinewskij die östlichen Zahlen für die Höchststärken, wie sie seit Tagen bekannt sind, in Form eines Arbeitspapiers [...] offiziell in die Verhandlungen ein.“ Dazu sei erklärt worden: „SU gehe davon aus, daß die Ziffern in fünf bis sechs Jahren nach Abschluß des Abkommens erreicht werden könnten. Reduzierung solle gleichzeitig im Raum vom Atlantik zum Ural erfolgen, so daß die Sicherheit keines Landes gefährdet werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 559/560; Referat 221, Bd. 144804.

gesprochen worden. Die Sowjetunion sei auch dafür, alle nuklearen Sprengköpfe außerhalb des nationalen Territoriums zurückzuziehen, wenn dies auch die USA tue. Sehr wichtig sei auch das Verbot der ballistischen Raketen, die auf einer flachen Bahn verliefen. Auch der Abschluß eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung sei von Bedeutung. Auf sowjetischer Seite bestehe auch die Bereitschaft zu dem Abbau der Radarstation Krasnojarsk, wenn es gelinge, hierüber eine Vereinbarung mit den USA zu erreichen. Über die Verbreitung der nuklearen Raketen und der chemischen Waffen sei man sehr besorgt. Das wichtigste Ergebnis sei die Festlegung des Beginns der Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen.²⁰

Ergebnisreicher und hoffnungsvoller seien die Debatten über regionale Probleme verlaufen. Die Perspektiven für eine Grundlage der Zusammenarbeit im Nahen Osten seien nicht schlecht. AM Schewardnadse erwähnt in diesem Zusammenhang auch Zentralamerika. Auch in der Frage der „transnationalen Probleme“ gebe es interessante Probleme²¹. Hierunter verstehe er Fragen wie Bekämpfung des Terrorismus, Rauschgiftkriminalität usw. Es seien interessante und gute Gespräche gewesen. Bei den bilateralen Beziehungen seien 20 Programme herausgearbeitet worden, bei denen man weiter zusammenarbeiten werde. Ausführlich sei auch über die Perestroika berichtet worden. Mit GS Gorbatschow habe AM Baker ein Gespräch von vier Stunden geführt, davon fast 1 1/2 Stunden über die Perestroika und den Prozeß der Demokratisierung in der Sowjetunion. Er selbst habe die Möglichkeit gehabt, sich drei bis vier Stunden mit Baker zu unterhalten. Baker habe ihn förmlich verhört. Der Wunsch der USA, sich über die Verhältnisse in der Sowjetunion zu informieren und wissen zu wollen, inwieweit die Lage stabil sei, sei völlig legitim. Er glaube, er habe Baker überzeugt, daß die Perestroika stattfinde. Man wolle sich jetzt drei- bis viermal im Jahr treffen. Dies sei eine Fortsetzung der bereits bestehenden Tradition. Es sei auch über die Notwendigkeit eines Gipfeltreffens gesprochen worden. Hierfür gebe es noch keinen Termin. Im September wolle man auf diese Frage zurückkommen.²² Zusammenfassend könne er sagen, es sei kein schlechter Anfang gewesen. Es seien gute, positive Kontakte geknüpft worden, wie es scheine. Er zweifle nicht an dem bereits verkündeten Prinzip der Kontinuität. Zum Schluß wolle er noch sagen, daß Baker die Vorschläge von GS Gorbatschow ohne Enthusiasmus aufgenommen habe. Er sagte, sie seien politisch anziehend, aber sie paßten ihnen nicht.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich für den interessanten und informativen Bericht. Er habe mit großem Interesse die Begegnungen in Moskau verfolgt. Es sei gut, daß schon konkrete Termine vereinbart worden seien. Von außen sehe man mit einem gewissen Optimismus auf die Entwicklung. Er kenne George Bush sehr gut. Er sei sicher, daß Bush einen Weg nach vorne suche. Er sei ein nachdenklicher Mann. Wichtig sei es, daß Bush von der atlantischen Seite der USA

²⁰ Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

²¹ So in der Vorlage.

²² Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

komme. Dies könne man im Gespräch mit ihm feststellen. Er sei Europa näher als andere. Jedenfalls habe er allen Grund zu der Annahme, daß die Gespräche über Abrüstung und Entspannung, die Wirtschaftsbeziehungen und andere Kontakte sich gut entwickeln würden. Es gehe vielleicht langsam, aber mit einer guten Perspektive. Für die Amerikaner seien die Gespräche über Zentralamerika und den Nahen Osten sehr wichtig. Insbesondere die Bedeutung der Entwicklung im Nahen Osten für die USA könne man gar nicht überschätzen. Sie habe eine tiefe Wirkung auf die amerikanische Innenpolitik. Der Libanon sei hierfür ein Beispiel. Er sei deshalb sehr froh über die diesbezüglichen Ausführungen Schewardnadses. Viele in Europa dächten so. Dies wisse er aus vielen Gesprächen. Wir hätten keine Funktion bei diesen Gesprächen, aber wenn wir einen Rat geben könnten, so sei es der, die Gespräche intensiv fortzusetzen. Sie seien auch wichtig für den eigentlichen Abrüstungsbereich. Wichtig sei es auch, über die Vorschläge des Generalsekretärs zum konventionellen Bereich in Wien intensiv zu verhandeln. Er wolle hinzufügen, daß man die Bedeutung von Fortschritten in Wien überhaupt nicht überschätzen könne. Die Verhandlungen dort hätten eine Pilotfunktion. Sie hätten psychologische Auswirkungen auf alle anderen Bereiche. Für uns sei dies sehr wichtig, da wir in der NATO noch in diesem Monat über diese Fragen sprechen würden.²³ Er sei daran interessiert, im Rahmen der NATO voranzukommen und auch mit der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern. Deshalb sei der Termin für den Besuch Schewardnadses gut gewählt. Er wünsche ihm einen guten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und anschließend einen interessanten Aufenthalt in Peking.

AM *Schewardnadse* bemerkt noch, er habe schon BM Genscher gesagt, daß man in Peking ein politisches Dokument unterzeichnen wolle, in dem die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion festgestellt werde.²⁴ Dies sei wichtig.

Der *Bundeskanzler* schließt sich dieser Auffassung an und weist auch auf die psychologische Bedeutung hin.

Das Gespräch endet nach ca. einer Stunde.

Referat 213, Bd. 147138

²³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

²⁴ Vgl. dazu das Gemeinsame Kommuniqué über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China; EUROPA-ARCHIV 1989, D 515–518.

134

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heymer

331-320.10 PAN

12. Mai 1989¹Über Dg33², D3 i. V.³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Wahlfälschung und Repression in Panama⁵;
hier: Optionen für unsere Reaktion

Bezug: 1) Ihre Weisung auf DB Washington Nr. 2024 vom 10.5.1989 (Anlage 1)⁶
2) BM-Vorlage Dg33 vom 12.5.1989⁷

Anlg.: 6⁸

1) Die Ereignisse in Panama während und nach den Wahlen vom 7. Mai haben die Krise der Demokratie in diesem Land⁹ erneut von ihrem chronischen Zustand

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer und Vortragendem Legationsrat Schmiegelow konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Henze am 16. Mai 1989 vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 17. Mai 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. Mai 1989 vorgelegen.

⁵ Botschafter von Boehmer, Panama, berichtete am 8. Mai 1989 zu den Präsidentschaftswahlen am Vortag, bisherige Auszählungen der Opposition und der katholische Kirche deuteten auf ein Ergebnis von ca. 75 % zugunsten der Oppositionskandidaten hin. Es sei außerdem von Wahlfälschungen auszugehen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 61; Referat 331, Bd. 144028.

Am 11. Mai 1989 berichtete Boehmer, die drei Kandidaten der Opposition seien während einer Demonstration am Vortag von paramilitärischen Einheiten verprügelt und mit dem Tode bedroht worden. Ferner habe die Regierung am selben Tag die Präsidentschaftswahlen annulliert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 63; VS-Bd. 13695 (331); B 150, Aktenkopien 1989.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. In dem am 9. Mai übermittelten und am 10. Mai 1989 eingegangenen Drahtbericht informierte Botschafter Ruhfus, Washington, Ziel der USA sei letztlich die Absetzung des Machthabers, General Noriega. Eine militärische Intervention könne aber „wegen des damit verbundenen Verlustrisikos und der politischen Kosten weiterhin als unwahrscheinlich gelten“. Ferner würden eine Verstärkung der amerikanischen Einheiten im Gebiet des Panama-Kanals sowie politischer und wirtschaftlicher Druck erwogen. Vgl. Referat 331, Bd. 144028.

Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 10. Mai 1989 auf dem Drahtbericht handschriftlich für Abteilung 3: „Ich erbitte bewertende Vorlage + Vorschlag, wie wir uns verhalten sollen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 144028.

⁷ Ministerialdirigent Henze legte dar, daß eine „deutliche Reaktion“ der EG erforderlich sei. Die Möglichkeiten für wirtschaftlichen und politischen Druck seien jedoch begrenzt. Henze schlug vor: „Wir können jedoch die Botschafter zur Berichterstattung zurückrufen. [...] Zusätzlich sollten wir in der EG darauf drängen, daß die Kontakte mit der Regierung auf ein Mindestmaß und rein technische Fragen beschränkt werden.“ Vgl. Referat 331, Bd. 144029.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6 und 11–14 und 16.

⁹ Referat 331 erläuterte am 19. Mai 1989, seit dem Staatsstreich des „Nationalhelden“ General Torrijos 1968 gegen die damalige Regierung bestimme das Militär die Geschicke Panamas. Auch die 1984 aus Wahlen hervorgegangene Regierung habe unter faktischer Kontrolle der Streitkräfte und ihres Chefs, General Noriega, gestanden. Der Widerstand der bürgerlichen Oppositionsparteien sei erstmals Anfang Juni 1987 offen zum Ausbruch gekommen, als Noriega der Fälschung der Wahlen von 1984 sowie des Mordes an dem 1981 bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz getöteten Torrijos beschuldigt worden sei. Ferner habe ein amerikanisches Gericht Ermittlungen gegen Noriega wegen Drogenhandels eingeleitet. Vgl. Referat 331, Bd. 144028.

in ein akutes Stadium treten lassen. Darin liegen für die demokratischen Kräfte in Panama selbst und für die Demokratien Lateinamerikas, Nordamerikas und Westeuropas Herausforderung und Chance zugleich. Die wichtigsten Entscheidungselemente für unsere Reaktion sind folgende:

- Das Noriega-Regime hat sich durch die Sequenz von groben Wahlbeeinflussungsversuchen, massiver Wahlfälschung, dennoch offensichtlich erdrutschartigem Wahlverlust und durchsichtig motivierter Wahlannulierung endgültig und eindeutig selbst demaskiert.
- Die Wahlbeobachtung durch zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus allen Teilen des internationalen demokratischen Spektrums und das dadurch manifestierte Interesse der Weltmeinung scheint als Katalysator für eine unverhoffte Abkehr von Teilen des Militärs und des torrijistischen Wählerreservoirs von Noriega bei der Stimmabgabe gewirkt zu haben.
- Die immer deutlicher gewordenen Hemmschwellen in den USA gegen eine militärische Intervention in Panama haben Noriegas Rezept, sich durch virulenten Antiamerikanismus zu legitimieren, weitgehend untauglich gemacht, womit sich diese „Schwäche“ der USA letztlich als Stärke erwiesen hat.¹⁰
- Die Bush-Administration hat zu erkennen gegeben, daß sie weiterhin wirtschaftlich-moralischem Druck den Vorzug vor militärischer Aktion gibt und nunmehr die Konzertierung mit Lateinamerika und Westeuropa sucht.
- Wichtige westliche Regierungen, die (wie E, F und eigentümlicherweise sogar GB) bis vor kurzem noch zögerten, wie wir und die Gruppe der Acht auf deutliche Distanz zu der von Noriega kontrollierten Regierung zu gehen, scheinen jetzt eher dazu bereit zu sein, zumindest verbal.
- Wir müssen damit rechnen, daß Noriega im Sinne der „Bunkermentalität“ reagiert, doch besteht nunmehr größere Aussicht als zuvor, daß es zu einer Erosion seiner Stellung von innen kommt, die ihn über kurz oder lang zum Abtreten zwingen könnte.

2) Um diesen Prozeß zu fördern, bieten sich im wesentlichen drei Kategorien von Maßnahmen an:

- Deklaratorischer und diplomatischer Druck auf das Noriega-Regime,
- Verweigerung der Kooperation mit der von Noriega kontrollierten Regierung,
- aktive Förderung der demokratischen Kräfte in Panama.

3) Auf allen drei Ebenen sind wir – im Unterschied zu unseren wichtigsten europäischen Partnern – bereits seit Ausbruch der Krise im Sommer 1987 aktiv:

- Seit Sommer 1987 verhandeln wir nicht mehr mit der panamaischen Regierung über EZ-Projekte.
- Der Bundestag verabschiedete im März 1988 einstimmig eine Resolution, in der die Regierung in Panama aufgefordert wurde, die Menschenrechte zu achten und den Weg für die Demokratie freizugeben (Anlage 2)¹¹.

¹⁰ Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirigent Sulimma handschriftlich: „Gemeint ist wohl: die USA lassen sich jetzt nicht zu Fehlern provozieren.“

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. Für den Antrag vom 3. März 1988 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/1934.

- Auf der San-José-IV-Konferenz in Hamburg gaben die Zwölf auf unsere Initiative eine Erklärung im gleichen Sinne heraus (Anlage 3)¹².
- Botschafter von Boehmer überreichte sein Beglaubigungsschreiben im Juni 1988 erst nach viermonatiger diplomatischer Karenz und hat seitdem Weisung, jeden über das Notwendigste hinausgehenden Kontakt mit der Regierung zu vermeiden. Wir haben uns dabei eng an das Verhalten der Gruppe der Acht und des Nachbarlandes Costa Rica angelehnt.
- Die liberale und christdemokratische Opposition in Panama ist aktiv von FNS und KAS sowie von den deutschen Schwesterparteien unterstützt worden.
- In EPZ und MRK haben wir uns seit Anfang 1989 mehrfach für erneuten deklaratorischen Druck auf Noriega eingesetzt, konnten jedoch bis vor kurzem weder E noch F oder GB dafür gewinnen.
- Erst zwei Tage vor den Wahlen vom 7. Mai gelang es, nunmehr mit aktiver Unterstützung GBs, eine Zwölferdemarche zustande zu bringen, in der die panamaische Regierung aufgefordert wurde, faire Wahlen zu gewährleisten und das Wahlergebnis zu respektieren (Anlage 4¹³).
- Durch die Erklärung der Bundesregierung vom 11. Mai (Anlage 5¹⁴) und die Zwölfererklärung vom 11. Mai¹⁵ (Anlage 6¹⁶) haben wir die Wahlmanipulation und die Wahlannulierung schärfstens verurteilt.

4) Angesichts der Bewegung im EPZ-Kreis kommen nunmehr folgende weitere Schritte in Betracht:

- a) Einberufung von Botschafter von Boehmer zur Berichterstattung in Abstimmung mit den europäischen Partnern, insbesondere soweit diese am Ort vertreten sind (vgl. Bezugsvorlage zu 2).
- b) Wir sollten unsere bisher stillschweigende Verweigerung der Inangriffnahme neuer EZ-Projekte öffentlich bekräftigen und die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit erst für den Fall der Rückkehr Panamas zur Demokratie in Aussicht stellen. Hier bietet sich die Parallele in Chile an.
- c) Unsere bisherige Praxis, humanitäre Hilfe nur über regierungsunabhängige Träger zu leisten, sollten wir beibehalten. Im Bedarfsfall sollten wir diese Art der Hilfe verstärken.
- d) Wir sollten uns bei unseren europäischen Partnern, insbesondere E, dafür einsetzen, daß sie das gleiche tun.
- e) Globale Wirtschaftssanktionen sollten wir auch weiterhin nicht in Betracht ziehen, da sie wegen des begrenzten Handelsvolumens kaum Wirkung haben

¹² Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung vgl. Referat 331, Bd. 144028.

Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 3/1988, S. 118.

Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar/1. März 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 72.

¹³ Dem Vorgang beigelegt. Für die am 6. Mai 1989 durchgeführte Demarche vgl. Referat 331, Bd. 144028.

¹⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung vgl. Referat 331, Bd. 144028.

¹⁵ Korrigiert aus: „12. Mai 1989“.

¹⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vom 11. Mai 1989 vgl. Referat 331, Bd. 144028.

Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 5/1989, S. 78.

würden und in erster Linie das in Opposition zu Noriega befindliche Spektrum unter ihnen leiden würde.

f) Die FNS und KAS sollten gebeten werden, Möglichkeiten der Intensivierung ihres Engagements zu prüfen. Besonders wichtig wäre eine Neuorientierung der bisherigen Zusammenarbeit der FES mit der torrijistischen Partei durch Konzentration auf die Noriega kritisch gegenüberstehenden wirklich reformistischen Kräfte. Dg33 könnte das Gespräch mit den Stiftungen führen.

g) In der EPZ sollten wir uns für enge Abstimmung unseres Handelns mit der Gruppe der Acht einsetzen.

5) Referat 604 hat mitgezeichnet.

Heymer

Referat 331, Bd. 144028

135

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt

421-410.26 POL SB VS-NfD

12. Mai 1989¹

Betr.: Wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit der VR Polen;
hier: Vorbereitung des Chefgesprächs (BK, BM, BMWi, BMF) am Donnerstags, 18. Mai 1989

Zur Vorbereitung eines Chefgesprächs betreffend Polen fand am 11. Mai 1989 auf Einladung ChBK² ein Gespräch unter Leitung von MD Teltschik statt (weitere Teilnehmer: MD Schomerus, MDg Gerlach (beide BMWi), MD Köhler, MR Schmidt-Gerritzen (beide BMF), Dg21³, RL 421⁴ (beide AA))

I. Aus dem Gespräch betreffend Polen halte ich folgendes fest:

1) Unter Bezugnahme auf sein Schreiben an die Staatssekretäre im BMF, BMWi und AA vom 27. April 1989⁵ sowie die beigelegte, vom BK mit Vermerken ver-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Heinsberg am 12. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat Dg21 im Entwurf vorgelegen.“ Ferner Vermerk: „Referat] 422 wird um Vorbereitung des Chefgesprächs am 18.5.1989 gebeten. (Vorlage betr. Polen sowie zu Krediten für Ungarn und Bulgarien).“

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Rudolf Seiters.

³ Wilhelm Höynck.

⁴ Walter Gerhardt.

⁵ In dem Schreiben an die Staatssekretäre Tietmeyer (Bundesministerium der Finanzen), von Würzen (Bundesministerium für Wirtschaft) und Lautenschlager (Auswärtiges Amt) vom 27. April 1989 führte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, aus: „Der Herr Bundeskanzler ist anhand der Informationen, die Sie dem Bundeskanzleramt über den Tour d'horizon im ‚Pariser Club‘ vom 11.4.1989 sowie über die gleichzeitige Erörterung der inneren Entwicklung Polens im NATO-Rat haben zukommen lassen, mit Kurzaufzeichnung vom 18. d.M. unterrichtet worden. Ich übersende

sehene Vorlage des ChBK⁶ vom 18. April 1989⁷ skizzierte MD Teltschik (T) einleitend die derzeitige Lage im Verhältnis zu Polen wie folgt:

- Einleitend wies T. auf die Verschiebung seines Gesprächs mit Kucza⁸ um eine Woche hin und appellierte dringend, Stattfinden und Gegenstand aller Gespräche in dieser Sache absolut vertraulich zu behandeln.
- BK-Besuch in Polen von uns vorgeschlagen zu einem Termin vor der Sommerpause.
- Polnische Ersuchen um westliche Wirtschaftshilfe, die auch von der Opposition (Wałęsa) unterstützt werden, haben in jüngster Zeit im Westen (insbesondere USA, F, GB, I) positive Reaktion gefunden.
- Im Rahmen seiner Verhandlungen mit Kucza habe Polen beträchtliches Entgegenkommen in politischen, kulturellen und humanitären Fragen in Aussicht gestellt. Jetzt gehe es darum, auf politischer Ebene die uns möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Gegenleistungen zu definieren.
- T. präzierte, daß Besprechung hierfür keine Vorgaben, sondern Denkanstöße zur Vorbereitung der beteiligten Minister auf das Chef-Gespräch am 18. Mai 1989 ergeben solle. Vertreter BMF stellte klar, daß er kein Mandat habe, daß BM Waigel sich Entscheidungen in der Sache vorbehalten habe. Es stellte sich heraus, daß BM Waigel über Verhandlungsstand noch nicht unterrichtet ist.

2) Gespräch hatte die bekannten bilateralen und multilateralen Parameter zum Gegenstand, welche in erster Linie unsere wirtschaftlichen und finanziellen

Fortsetzung Fußnote von Seite 606

Ihnen Ablichtung dieser Aufzeichnung mit der Bitte, gemäß den Weisungen des Herrn Bundeskanzlers [...] im Rahmen der Zuständigkeit Ihres Hauses das Notwendige zu veranlassen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160504.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ In der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 18. April 1989 hieß es, nach Abschluß der Verhandlungen am „Runden Tisch“ sei Bewegung in die internationalen Bemühungen gekommen, Polen bei der Überwindung seiner Finanzprobleme zu helfen: „Konsultationen der staatlichen Gläubiger im ‚Pariser Club‘ ergaben folgende gemeinsame Haltung: Es besteht Übereinstimmung, daß die positive Entwicklung in Polen unterstützt werden müsse. Es sei jedoch vorrangig, daß Polen zunächst durch die Unterzeichnung sämtlicher bilateraler Umschuldungsabkommen eine feste Ausgangsbasis schaffe (mit Österreich bereits vollzogen). Alle Gläubigerländer unterstützten die Forderung nach einem IWF-Programm. Sie ermutigten Polen zum alsbaldigen Abschluß eines Beistandskredits mit dem IWF, um die Unterstützung der Internationalen Finanzgemeinschaft zu mobilisieren. Eine neue Umschuldung im Pariser Club setze grundsätzlich eine Einigung mit dem IWF voraus.“ Bei Beratungen innerhalb der NATO habe Einigkeit bestanden, „daß politische Impulse von höchster politischer Ebene“ erforderlich seien. Die USA hätten sich für die Behandlung des Themas bei der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel sowie beim Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris ausgesprochen. Der französische Außenminister Dumas habe erklärt, „Frankreich wolle einen Vorstoß beim IWF und beim ‚Pariser Club‘ unternehmen“. Zum Vorschlag der USA vermerkte Bundeskanzler Kohl: „Ja.“ Zu den französischen Überlegungen vermerkte Kohl: „Wir auch! Das Notwendige vorbereiten!“ Vgl. die Anlage zum Schreiben von Teltschik vom 27. April 1989; Referat 411, Bd. 160504.

⁸ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 83, Anm. 18.

Ministerialdirigent Höyneck notierte am 22. Mai 1989 Informationen aus dem Bundeskanzleramt zur fünften Gesprächsrunde am 18./19. Mai 1989, bezüglich der Frage von Hermes-Bürgschaften habe Kucza über ein Volumen von 3 Mrd. DM gesprochen: „Teltschik habe dem entgegengehalten, daß eine solche Hoffnung unrealistisch sei.“ Ferner habe Kucza einen Entwurf für eine Gemeinsame Erklärung anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen übergeben, zu dem von Teltschik beim letzten Treffen vorgeschlagenen Termin in der Woche vom 16. Juli 1989 aber noch keine Antwort überbracht: „Kucza habe zu verstehen gegeben, daß die polnische Seite zunächst Klarheit über die deutschen Leistungen haben müsse.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

Beziehungen sowie die des Westens zu Polen bestimmen. Es wurden Möglichkeiten erörtert, da alle Beteiligten betonten, sie seien zu keinerlei Entscheidungen befugt.

3) Abschließend wies T. überraschend darauf hin, daß auch die Frage von Krediten an Bulgarien und Ungarn beim gleichen Gespräch am 18. Mai 1989 angesprochen werden sollen.

4) Betreffend Polen ergab das Gespräch weitgehende Einigkeit in folgenden Punkten:

- Politische, soziale und auch wirtschaftliche Reformen in Polen sind von großer Tragweite; wirtschaftliche Erfolgsaussichten allerdings noch unsicher (so insbesondere BMF);
- Hilfe des Westens – allerdings in Ergänzung der eigenen polnischen Anstrengungen – ist unerlässlich; westliche Hilfe sollte von der Fortsetzung der Reformanstrengungen in Polen abhängig gemacht werden;
- erfreulich, daß wir bei Hilfsaktionen gegenüber Polen nicht mehr allein stehen;
- angesichts des von Polen in Aussicht gestellten erheblichen Entgegenkommens in zentralen Fragen (deutsche Minderheit, Jugendaustausch, Kulturinstitute, Ortsbezeichnungsfrage, Kriegsgräber, Rechtshilfe, Austausch von GKs etc.) erwartet Polen von uns zu Recht Leistungen, die über die anderer westlicher Länder hinausgehen;
- alle deutschen und polnischen Leistungen müssen zu einem Gesamtergebnis führen, dessen Ausgewogenheit von der politischen Ebene beurteilt werden muß.

Im einzelnen:

5) Pariser Club (PC) und IWF

Einigkeit bestand, daß bilaterale Verhandlungen zur Umsetzung des Verhandlungsprotokolls vom Dezember 1987 (Polen IV)⁹ so schnell wie möglich stattfinden sollten¹⁰ (Abschlüsse D¹¹, F und GB liegen inzwischen vor). Angesichts heutigen Marktzinseszinses von 7,02% (Bundesanleihen von achtjähriger Laufzeit) wurde für denkbar gehalten, mit Polen auf Grundlage des im Juni 1988¹² unterschrifts-

⁹ Zum „Pariser Protokoll“ vom 16. Dezember 1987 vgl. Dok. 17, Anm. 6.

¹⁰ Das Bundesministerium der Finanzen teilte am 31. Mai 1989 mit, am 30./31. Mai 1989 habe die vierte Verhandlungsrunde zwischen der Bundesrepublik und Polen über ein bilaterales Umschuldungsabkommen für die Jahre 1986 bis 1988 (Polen IV) stattgefunden. Beide Seiten hätten sich ad referendum auf einen Konsolidierungzinssatz von 6,5% pro Jahr geeinigt. Erster Zahlungstermin solle der 31. Juli 1989 sein. Es sei allerdings noch nicht zur Paraphierung gekommen. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 422, Bd. 149288.

¹¹ Dieses Wort wurde gestrichen. Ferner Hervorhebung durch Bundesminister Genscher und handschriftlicher Vermerk: „A?“

¹² Korrigiert aus: „1987“.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen notierte am 24. Juni 1988: „Nach drei Verhandlungsrunden konnte am 15./16.6.1988 in Warschau zwischen einer deutschen und einer polnischen Delegation eine vorläufige mündliche Einigung erzielt werden über ein Umschuldungsabkommen zur bilateralen Umsetzung der am 16.12.1987 im Pariser Club erfolgten multilateralen Regelung der polnischen Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Gläubigerregierungen (Fälligkeiten bis zum 31.12.1988). Der deutsche Anteil von ca. 2,5 Mrd. DM soll zu einem den Refinanzierungskosten des Bundes entsprechenden Zinssatz von 6,5% konsolidiert werden. [...] Die polnische Seite hat die Unterzeichnung des Abkommens jedoch von zwei für die Bundesregierung inakzeptablen Bedingungen abhängig gemacht (Neuvereinbarung der Zinsen der bisherigen Umschuldungsabkommen/Zusage neuer Hermes-Bürgschaften).“ Vgl. Referat 422, Bd. 148956.

reifen Abkommenstextes (Zinssatz 6,5 %) abzuschließen. (Damit würden wir angesichts einer Umschuldungssumme von 2,5 Mrd. DM bei zehnjähriger Laufzeit eine Leistung in Höhe von ca. 200 Mio. DM erbringen.) Zur Vermeidung einer Präcedenzwirkung gegenüber dritten Ländern könnte evtl. erforderlichenfalls darauf hingewiesen werden, daß man angesichts gegebenen Zeitdrucks auf den bereits fertigen Vertrag zurückgegriffen habe. Hinsichtlich neuer Umschuldungsregelung ab 1.1.1989 (Polen V) wies MD Schomerus (Sch.) darauf hin, daß vorher IWF-Beistandskredit (etwa September/Okttober 1989 möglich) vorliegen solle. Gegenüber seiner Feststellung, die im PC möglichen Konsolidierungszeiträume solle man maximal nutzen, erhob sich kein Widerspruch. Wichtig: Konditionalität des IWF zur innenpolitischen Absicherung polnischer Reformpolitik. BMWi suchte nach Möglichkeit, erdrückendes Tempo wachsender Zinseszinslast zu verlangsamen. Vorschlag Sch., den Verrechnungsmodus zu ändern (erst Anrechnung auf Kapital) fand keine Unterstützung. Dg21 warf Frage einer evtl. Behandlung Polens als EL auf (Ziel: Verlängerung des Konsolidierungszeitraums für Polen V). Reaktion: Wenn andere Gedanken vorschlagen, würden wir uns dem nicht entziehen (T.). Auch hinsichtlich der anstehenden Verhandlungen betreffend Polen V und IWF-Beistandskreditabkommen bestand Einigkeit, daß D keinesfalls eine Bremserrolle einnehmen dürfe, sondern sich zugunsten baldiger Lösungen einsetzen solle. MD Köhler sagte zu, Inhalt der in Aussicht gestellten Demarche von F gegenüber IWF zu erkunden und zu prüfen, ob gemeinsame deutsch-französische Aktion in Frage komme. Frage gemeinsamer Aktionen – evtl. auch mit GB – könnte auch am Rande des nächsten Treffens der Sherpas (2. bis 4. Juni 1989¹³) besprochen werden.

7) Weltbank

Positive Beurteilung der Weltbankprojekte (im Gespräch sind drei Projekte im Wert von insgesamt 550 Mio. \$); gegen Abkoppelung der Weltbankprojekte von IWF-Beistandskredit spreche schlechte Erfahrung mit Präcedenz eines Argentinien-Projekts, zumal Weltbankprojekte für Polen teilweise makroökonomischen Charakter hätten, für welche ein enger sachlicher Zusammenhang mit IWF-Programm bestehe. Möglichkeit soll dennoch geprüft werden. Vorschlag Dg21, Ko-Finanzierung für Weltbankprojekt mit KfW vorzusehen (Bundesgarantie erforderlich), stieß auf Bedenken BMF; Begründung: Neues Programm, das einem ungebundenen Finanzkredit nahe käme, erscheine innenpolitisch kaum durchsetzbar.

8) Hermes-Bürgschaften

Nach Regelung der offenen Fälligkeiten (Polen IV, Jumbo) könnten neue Hermes-Bürgschaften eröffnet werden, d.h. ausnahmsweise auch schon im Vorgriff auf Polen V. Wegen hoher polnischer Erwartungen und innenpolitischer Sensibilität spreche viel dafür, anstelle eines Plafonds gezielt wirtschaftlich aussichtsreiche und exportwirksame Einzelprojekte zu verbürgen. Neue Verluste sollten vor allem dadurch vermieden werden, daß rigoros geprüft werde (durch IMAG, Treuarbeit und Firmen (Selbstbehalt) unter Berücksichtigung polnischer Prioritätslisten); allerdings: Völliger Ausschluß von Risiko sei angesichts der Gegebenheiten nicht

¹³ Das Treffen der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) der Staats- und Regierungschefs der G7 fand am 2./3. Juni 1989 in Evian statt.

möglich. T.: Wenn Plafonds, dann kann dieser kaum unter 1 Mrd. DM liegen; gegenüber dieser Höhe Bedenken von BMF. Sch. unterschied zwei Bestandteile von Hermes-Bürgschaften:

- Projekte mit Quasi-Selbstliquidierung der Kredite, z.B. Flughafen Warschau, Hotel Tschenstochau;
- Finanzierung von Ersatzteilen und anderen kleineren Geschäften; hierfür käme evtl. interne Richtgröße für Volumen in Frage.

Problem: Was tun, wenn Polen wiederum in den Zustand unregelter Fälligkeiten gerate; dies soll angesichts schlechter früherer Erfahrungen wenn irgend möglich vermieden werden; in Frage komme eine flexible Behandlung bei rechtzeitiger Notifikation polnischer Zahlungsschwierigkeiten.

BMF wies auf wirtschaftsfördernde Wirkung von Joint-ventures hin, für die Hermes-Garantien erteilt werden könnten. Wichtige Voraussetzung: Abschluß eines Investitionsschutz- und -förderungsvertrags (IFV)¹⁴. T. wies auf jüngste Äußerung von Industrieminister Wilczek (W.) gegenüber Graf Lambsdorff hin, er, W., habe nicht gewußt, daß Transferfrage Abschluß entgegenstehe; er habe inzwischen Weisung erteilt, daß Vertrag alsbald gezeichnet werden solle.¹⁵

9) „Jumbo“-Kredit

Um dieses Kapitel ein für alle Mal abzuschließen, sprach T. sich dafür aus, bezüglich der bisher von Bundesregierung an KfW geleisteten Beträge Schuldenerlaß auszusprechen und die noch ausstehenden Fälligkeiten in Zloty umzuwandeln. BMF wies auf Schwierigkeiten eines Erlasses hin (Rechtslage; Präzedenzwirkung). Leichter sei es, eine Vereinbarung über Zloty-Rückzahlung vorzunehmen, vor allem wenn Gegenleistungen (Einsparung von Haushaltsmitteln) damit verbunden seien. Für BMF darüber hinaus wichtig: Folgekosten bei gemeinsamen Projekten aus Zloty-Fonds zu vermeiden.

II. Kredite für Ungarn und Bulgarien

Unter Zeitdruck unterrichtete T. kurz über Kreditwünsche Ungarns¹⁶ und Bulgariens, die BK ebenfalls bei Termin am 18. Mai 1989 anzusprechen beabsichtige:

¹⁴ Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 19. April 1989, die letzte Runde der Verhandlungen mit Polen über einen Investitionsschutz- und -förderungsvertrag am 29./30. März 1989 habe „Einvernehmen über alle wesentlichen Punkte des Vertrags gebracht“. Offen sei aber noch die Frage „einer für beide Seiten befriedigenden Transferregelung für die vom deutschen Investor erwirtschafteten Erträge in Inlandswährung (Zloty-Gewinne)“. Ziel der Bundesregierung sei „ein völkerrechtlich verbindlicher, absoluter und für alle deutschen Direktinvestitionen in Polen grundsätzlich gleicher Maßstab für den Ertragstransfer“. Aus Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft solle an dem Konzept „der Einführung eines schrittweisen, über fünf Jahre (1991–1995) verteilten freien Ertragstransfers festgehalten werden. Die Festlegung des Umfangs der einzelnen Stufen sollte den Polen überlassen bleiben.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149301.

¹⁵ Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, teilte Ministerialdirigent von Kyaw am 26. Mai 1989 mit, in seinem letzten Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, am 18. Mai 1989 habe die polnische Seite in der IFV-Frage kein Entgegenkommen gezeigt: „Hingegen wurde verdeutlicht, daß man für unabsehbare Zeit mit dem Anhalten der schlechten Devisensituation rechne und sich deshalb auf keine festen Fristen einlassen könne.“ Vgl. das Schreiben; Referat 149301.

¹⁶ Referat 422 erläuterte am 17. Mai 1989: „Für Ungarn hat die Bundesregierung bereits im Herbst 1987 einen Bankenkredit über 1 Mrd. DM verbürgt. Angesichts der hohen Verschuldung des Landes (pro Kopf höchste im RGW) ist es besorgniserregend, wenn noch vor dessen Tilgung bereits jetzt ein weiterer Großkredit benötigt wird. Bei Übernahme der Bürgschaft für den Ungarnkredit hatte BMF unwidersprochen klargestellt, daß weitere Bürgschaften dieser Art nicht in Betracht kämen.“ Sowohl bei den ungarischen Kreditwünschen als auch bei denen Bulgariens bestehe die „konkrete

Ihm, T., liege daran, diese Fragen, die zum Teil seit längerem im Gespräch seien, zu einem Abschluß zu bringen. StS Tietmeyer sei bereits von ihm mündlich unterrichtet worden. Es handele sich um folgendes:

Ungarn

MP Späth habe gegenüber Ungarn einen Kredit zunächst in Höhe von 500 Mio. DM ins Gespräch gebracht. Nachdem sich Erfordernis einer Bundesbürgschaft herausgestellt habe, sei seitens BW¹⁷ nunmehr folgende Lösung vorgeschlagen worden:

- 250 Mio. DM Kredit, gegeben und verbürgt von BW;
- 250 Mio. DM Kredite von BW-Banken ohne Verbürgung;
- 250 Mio. DM bundesverbürgte Kredite, projektgebunden, zu Konditionen von ungebundenen Finanzkrediten.

Bulgarien

Partei- und Staatschef Schiwwow habe bereits vor zwei Jahren gegenüber BK Wunsch nach Bundeskredit i.H. von 1 bis 2 Mrd. DM vorgebracht¹⁸; Wunsch sei gegenüber Bundespräsident bei dessen Besuch in Sofia¹⁹ wiederholt und auch von Minister Owtscharow mehrmals wiederholt worden. Zuletzt habe Bulgarien Wunsch auf 500 Mio. DM Kredit reduziert, der projektgebunden zu UFK²⁰-Konditionen mit fünfjähriger tilgungsfreier Zeit ausgestattet sein solle.

BMWi bemerkte, angesichts dieser Kreditwünsche in beträchtlicher Höhe komme es für die Bundesregierung darauf an, Prioritäten zu setzen.²¹

Gerhardt

Referat 420 (425), Bd. 157058

Fortsetzung Fußnote von Seite 610

Gefahr, daß die Länder mit der Rückzahlung der Kredite Schwierigkeiten haben werden und dann Schuldendiensterleichterungen erwarten. Dies kann in einigen Jahren die bilat[erale]n Beziehungen belasten“. Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157058.

¹⁷ Baden-Württemberg.

¹⁸ Der bulgarische Staatsratsvorsitzende Schiwwow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 158.

¹⁹ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und der bulgarische Präsident Schiwwow trafen am 21. November 1988 zusammen. Vgl. AAPD 1988, II, Dok. 331.

Staatssekretär Lautenschlager notierte am 25. November 1988, Weizsäcker habe ihn über sein Vier-Augen-Gespräch mit Schiwwow am 24. November 1988 in Varna informiert. Dieser habe ausgeführt, „daß Bulgarien mit etwa 1 Mrd. US-\$ aus vornehmlich, wenn nicht ausschließlich privaten Krediten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verschuldet sei (ohne dies im einzelnen näher zu spezifizieren). Vor allem die damit verbundenen kurzfristigen Fälligkeiten drückten Bulgarien im besonderen und nicht mehr tragbaren Maße; Bulgarien brauche insoweit dringend Entlastung, auch im Interesse des Erfolges des wirtschaftlichen Reformprogramms. Er – Schiwwow – bäte die Bundesregierung daher entweder um geeignete Maßnahmen, damit die Fälligkeiten für die Rückzahlungsverpflichtungen aus den einzelnen Krediten um etwa acht Jahre prolongiert würden, oder aber um einen (längerfristigen?, staatlichen?) Kredit von 1 Mrd. US-\$, damit die termingerechte Rückzahlung der kurzfristigen (privaten?) Kredite gesichert bleibe. Zu den Bedingungen des erbetenen Kredits habe sich Schiwwow ebensowenig geäußert wie zu den Modalitäten einer etwaigen Umschuldung; wohl aber habe er sich bei seinem Wunsch auf Kreditgewährung ausdrücklich und mehrfach auf eine (angeblich) vor eineinhalb Jahren gegebene grundsätzliche Zusage des Bundeskanzlers bezogen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149293.

²⁰ Ungebundener Finanzkredit.

²¹ Zum Gespräch der Bundesminister Genscher, Haussmann, Seiders und Waigel sowie des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, bei Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1989 notierte das Mini-

136

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12450/89 VS-vertraulich

Aufgabe: 12. Mai 1989, 19.24 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 578

Ankunft: 12. Mai 1989, 20.16 Uhr

Citissime

Betr.: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen;

hier: Unterrichtung des NATO-Rates am 12.5.1989 durch AM Baker
über seine Moskauer Gespräche²

Zusammenfassung

AM Baker unterrichtete NATO-Rat (in Anwesenheit von sieben Außenministern – darunter BM³) über intensive Moskauer Gespräche, die traditionelle vier Punkte (Menschenrechte, Rüstungskontrolle, Regionalfragen, bilaterale Fragen) sowie – in Zukunft ständiger TOP – auch transnationale Fragen (Umwelt, Terrorismus, illegaler Drogenhandel) umfaßten. Er bezeichnete AM-Gespräche, die wieder regelmäßig stattfinden werden, als aktiv, konstruktiv, positiv und expandierend und zeigte sich insgesamt befriedigt.

Bündnispartner stimmten dieser Einschätzung zu und begrüßten insbesondere, daß West-Ost-Beziehungen nicht auf Rüstungskontrollfragen verengt, sondern im Gegenteil auf neue Bereiche erweitert wurden. BM sah hier gute Ansatzpunkte für Gipfelerklärung der NATO⁴.

Fortsetzung Fußnote von Seite 611

sterbüro am folgenden Tag, bezüglich Polens sei vereinbart worden: „a) Polen IV wird unterzeichnet wie im Dezember 1987 vereinbart; b) Jumbo-Kredit: 50 % wird erlassen, 50 % in Złoty für Projekte; c) Polen soll sein Verhältnis zu Pariser Club in Ordnung bringen. Für die Festlegung der deutschen Haltung in Pariser Club wird die Haltung des Weißen Hauses und des Elysée erfragt. AA: Für eine Behandlung wie ein Entwicklungsland. Polen braucht eine Atempause. d) Deutschland soll sich mit Frankreich für einen Beistandskredit einsetzen. Finanzminister teilt mit, daß StS Tietmeyer dies bereits mit seinem französischen Kollegen vereinbart habe. e) Wir äußern uns positiv zur Kofinanzierung bei den bekannten Projekten. AA verweist auf die Notwendigkeit einer Mitwirkung der KfW und Bundesgarantien für die KfW.“ Bezüglich der Frage von Hermes-Bürgschaften hätten alle Teilnehmer folgendem Vorschlag des Auswärtigen Amtes zugestimmt: „Plafond für Warenkredite (vor allem Ersatzteile) bis zu 300 Mio. DM. Für Investitionen ohne Plafond.“ Bezüglich eines Investitionsförderungsabkommens habe das Auswärtige Amt es für erforderlich erklärt, „daß Polen einlenkt, damit Direktinvestitionen möglich werden“. Waigel habe allerdings darauf hingewiesen, „daß er den Vereinbarungen zu Polen heute nicht zustimmen könne, sondern einen Vorbehalt aufrechterhalte“. Bezüglich Ungarn hieß es: „Es wurde die Problematik einer Mischförderung von Bund und Bundesländern am Fall Ungarns erörtert (Benachteiligung finanzschwacher Bundesländer). Es soll eine Bundesbürgschaft für 250 Mio. DM geprüft werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 30.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 16. Mai 1989 vorgelegen.

² Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich am 10./11. Mai 1989 in der UdSSR auf. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. Mai 1989 in Moskau vgl. LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 74.

³ An der Sitzung nahmen teil die Außenminister van den Broek (Niederlande), Ellemann-Jensen (Dänemark), Fernández Ordóñez (Spanien), Genscher (Bundesrepublik), Pinheiro (Portugal), Stoltenberg (Norwegen) und Tindemans (Belgien) sowie der Staatssekretär im luxemburgischen Außenministerium, Goebbels.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Gorbatschows Vorschläge für VKSE-Verhandlungen und Ankündigungen einseitiger SNF-Reduzierung wurden eingehend erörtert. Es wurde gemeinsame Linie für Reaktionen festgelegt (Ziffer 3 b).

Aktuelle SNF-Problematik im Rahmen des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung erhielt vielleicht dadurch einen neuen Akzent, daß AM Baker sein Verständnis des Zusammenhangs zwischen Wiener VKSE-Verhandlungen und SNF-Modernisierung darlegte: Er habe (in Reaktion auf Gorbatschow-Hinweis, daß angesichts Wiener Verhandlungen Modernisierung nicht notwendig sei) erklärt, in Wien werde erst verhandelt, man müsse aber Taten sehen. Dies entspricht, wie BM betonte, Auffassung der Bundesregierung.

Während BM in Gorbatschow-Ankündigung⁵ zusätzliches Argument unserer Forderung sah, solche Schritte in Verhandlungen und Vereinbarungen einzu beziehen und so irreversibel zu machen, sah GB-Botschafter⁶ britische Sorge vor Denuklearisierungsziel Gorbatschows bekräftigt und daher Gefährlichkeit von Verhandlungen bestätigt. Baker ging auf diese Frage nicht konkret ein.

Im einzelnen:

1) Allgemeines

In Anwesenheit der Außenminister von B, DK, D, NL, NOR, PTG und E sowie des StS aus L unterrichtete AM Baker den NATO-Rat am 12.5. in einer zweistündigen Sitzung über die ersten umfassenden AM-Gespräche der neuen US-Administration mit der SU. (Zwölfseitiger Sprechzettel wurde bereits mit Fernkopie übermittelt.⁷)

Wunsch der US-Administration, amerikanisch-sowjetische Beziehungen aktiv, konstruktiv, positiv und expandierend zu gestalten, wurde mit allgemeiner Zustimmung und Befriedigung registriert, ebenso wie die Tatsache, daß Baker seine Moskauer Gespräche mit eben diesen Attributen charakterisierte.

Baker hob hervor, durch die Besuchsergebnisse sei das Fundament gelegt für

- Wiederaufnahme des Gesprächs mit der SU über die gesamte Breite der von der Reagan-Administration entwickelten Agenda – unter Erweiterung um einen neuen „Korb“ von globalen, transnationalen Fragen wie Umwelt, Terrorismus, illegaler Drogenhandel. Auf direkte Frage, wo, abgesehen vom letzten Punkt, die Politiküberprüfung der USA Änderungen ergeben habe, verwies Baker auf
 - stärkeren Akzent der amerikanisch-sowjetischen Bemühungen um Lösung regionaler Probleme (SU sei damit einverstanden),
 - stärkere Beachtung der Proliferationsproblematik im CW- und Raketenbereich bei bilateralen Gesprächen.

Dies bedeute nicht, daß USA oder SU den Stellenwert der Rüstungskontrollthematik reduzieren wollen.

- das Fundament zu legen für⁸ (wie bisher schon) regelmäßige Außenministertreffen (das Stichwort Gipfel, das in der Diskussion fiel, kommentierte Baker nicht),

⁵ Korrigiert aus: „BM Gorbatschow-Ankündigung“.

⁶ Michael Alexander.

⁷ Für den amerikanischen Sprechzettel vom 12. Mai 1989 vgl. VS-Bd. 12186 (201).

⁸ So in der Vorlage.

- eine freundliche und persönliche Beziehung zu Eduard Schewardnadse herzustellen.⁹

Die Entwicklung in der SU habe vor allem im Gespräch mit Gorbatschow erheblichen Raum eingenommen, das zunächst (in Gegenwart von Schewardnadse) etwa eine Stunde und dann unter Hinzuziehung von Mitarbeitern noch weitere 1 1/2 Stunden gedauert habe. Gorbatschow habe seine Probleme offen zugegeben, die im Wirtschaftsbereich, im Widerstand der Bürokratie und in starken nationalistischen Tendenzen in einzelnen Republiken lägen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die zu ihrer Behebung notwendigen Reduzierungen der Verteidigungsausgaben seien offen als Grund für einseitige Reduzierungsschritte angegeben worden. Baker bezeichnete die Veränderungen in der SU als real. Perestroika, Glasnost und „neues Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik hätten zu einer Veränderung des politischen Umfeldes beigetragen. Dies erlaube beiden Ländern, das Feld „konstruktiver Interaktion“ zu erweitern. Dementsprechend habe man versucht, die bereits vorhandenen politischen Strukturen anzupassen und auch neue für zukünftige Gespräche zu entwickeln und so die Zusammenarbeit zu systematisieren.

In der Diskussion hob, mit ausdrücklicher Zustimmung von Baker, besonders BM hervor, wie wichtig breiter Ansatz für amerikanisch-sowjetische Beziehungen sei. Die sei ein gutes Zeichen für die Qualität der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und entspreche dem von uns lange angestrebten Ziel, die West-Ost-Beziehungen nicht nur im Rüstungskontrollbereich, sondern in ihrer ganzen Breite zu entwickeln (damit indirekt auf die im Augenblick stockenden Beratungen über die Gipfelerklärung eingehend). Hier liege ein Ansatzpunkt für die Formulierung der westlichen Strategie zur Entwicklung der West-Ost-Beziehungen, die vom Gipfel erwartet werde. Die von Baker aufgeführten Themen eigneten sich vorzüglich. Sie ließen deutlich die westliche Handschrift erkennen.

(Auf italienische Frage) Baker durchaus bereit, sowjetische Erklärungen, keine Keile in die Allianz treiben zu wollen, zum Nennwert zu nehmen: Es sei so offensichtlich, daß SU Stabilität und eine Atempause ebenso brauche wie Reduzierungen in Verteidigungsausgaben¹⁰, um ihre Wirtschaftsreform durchzuführen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis im Sprechzettel, den Baker nicht vortrug: Nach Ankündigung der Bush-Besuche in Polen und Ungarn¹¹, an deren Reformen die USA interessiert seien, habe Schewardnadse erklärt:

- die Teilung Europas sei „eine der größten politischen Fehlleistungen der östlichen Führer“ und
- es habe Zeiten gegeben, wo die Sowjets Osteuropa ermutigt hätten, das sowjetische Model anzunehmen, aber das habe „zu negativen Konsequenzen“ geführt.

Es wurde deutlich, daß Baker die von der neuen Administration stärker betonten Bereiche der CW- und Raketenproliferation, der Regionalprobleme sowie der transnationalen Fragen für besonders geeignet hält, um das neue Denken der

⁹ So in der Vorlage.

¹⁰ Korrigiert aus: „Verteidigungsaufgaben“.

¹¹ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

SU in der Außenpolitik zu testen. Hier schimmerten immer wieder die Gedanken durch, die Baker am 4. Mai in seiner Rede vor dem CSIS¹² in Washington entwickelt hat. Es gehe darum, daß die Umsetzung der sowjetischen Worte durch Taten erfolge, wobei Baker durchaus einräumte, im Umweltbereich (Ölverschmutzung in Alaska) bereits Taten zu sehen.

Zu den einzelnen Bereichen der amerikanisch-sowjetischen Agenda:

2) Menschenrechte

Menschenrechte blieben hoch auf der Tagesordnung, SU habe Liste mit genehmigten Ausreisefällen übergeben, USA hätten ihrerseits weiter Liste von 400 bis 500 Refuseniks.

Es gehe darüber hinaus aber darum, zur Institutionalisierung des Respekts der Menschenrechte beizutragen. Hierfür sei die Tür durch eine Reihe von Absprachen geöffnet worden, z. B.

- nähere Information über Straffälle, die die eine Seite als kriminelle, die andere als politische Fälle ansehe,
- Diskussionsforen über Rechtsfragen, z. B. durch Teilnahme von sowjetischen Strafrichtern an US-Seminaren über Bürgerrechte und Prozeßführung. Ferner über Menschenrechts- und humanitäre Fragen im internationalen Bereich, z. B. Hilfsmaßnahmen für Sudan, sowie Erfahrungsaustausch bei speziellen sozialen Problemen (Gruppenbeziehungen unter Gesichtspunkt von Rasse, Nationalität und Geschlecht).

3) Rüstungskontrollfragen

Hauptziel der USA im Rüstungskontrollbereich sei es, das Kriegsrisiko zu senken und dabei Stabilität, Gleichheit, Berechenbarkeit und effektive Verifikation, d. h. Vertragserfüllung zu gewährleisten. Besonders wichtig aus US-Sicht: Reduzierung des nuklearen Erstschlagrisikos und Eliminierung spezifischer destabilisierender Bedrohungen.

Die gegebene und reaktivierte Rüstungskontrollagenda sei um die (bereits erwähnten) Themen CW- und Raketenproliferation erweitert worden. In diesem Bereich werde es Gespräche geben.

Gesprächsergebnisse:

Genfer NST (Nuclear and Space Talks) werden in zweiter Juni-Dekade fortgesetzt und etwa sechs Wochen dauern¹³ und dann, nach der Sommerpause, in Mitte September für eine längere Sitzung fortgesetzt¹⁴.

Baker ging nicht ein auf Einzelheiten, die mit Gorbatschow bezüglich START, verschiedene ABM-Interpretationen und SLCM erörtert wurden. Das ABM-Thema sei „sehr lebendig“, die Verletzungen durch SU müßten aufgeklärt werden, bevor USA START-Vertrag abschließen könnten. Ebenso müßten aus sowje-

¹² Korrigiert aus: „SCIS“.

Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Baker vor dem Center for Strategic and International Studies (CSIS) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2148, S. 36–39.

¹³ Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

¹⁴ Die zwölfte Runde von START fand vom 29. September bis 8. Dezember 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 427.

tischer Sicht Probleme der Weltraumverteidigung im Zusammenhang mit SDI geklärt werden, bevor die SU den START-Vertrag abschließe. Lt. Sprechzettel hält SU an enger Interpretation des ABM-Vertrags¹⁵ fest. SU sei bereit, den Krasnojarsk-Radar „vollständig“ abzubauen, wenn USA ABM-Vertrag beibehalten und die enge Interpretation beachten würden. USA teilten SU mit, daß sie den ABM-Radar in Gomel nicht mehr als ABM-Verletzung betrachteten.

- Nächste Sitzung der SCC: Mitte Juni
- Nukleartests: Fortsetzung der Verhandlungen in Genf am 26.6.¹⁶
- CW: Bilaterale Expertentreffen am Rande bevorstehender CD-Sitzung in Genf¹⁷

Breiten Raum im Gespräch mit Gorbatschow nahm dessen Ankündigung von Vorschlägen für die Wiener VKSE und einseitigen SNF-Abzügen ein:

- SNF-Abzüge: Durch Vortrag von Baker und Rückfrage einzelner Minister wurde gemeinsames Verständnis herausgearbeitet, daß Gorbatschow
 - 500 Sprengköpfe taktischer nuklearer Mittel (luftgestützt 166, raketen-gestützt 284, Artillerie 50)
 - vom Territorium europäischer WP-Partner abziehen will,
 - daß dies im Jahre 1989 erfolgen soll,
 - daß vom europäischen Territorium der SU keine Abzüge¹⁸ erfolgen, wohl aber die aus den europäischen WP-Staaten abgezogenen Gefechtsköpfe dort-hin verbracht werden können,
- daß nur von Abzug, nicht von Zerstörung die Rede war,
- daß Gorbatschow mit seinem über diese Abzugsankündigung hinausgehenden Angebot, auf der Basis der Gegenseitigkeit alle amerikanischen und sowjetischen taktischen Nuklearwaffen bis 1991 von europäischem Territorium ab-zuziehen, französische und britische Nuklearwaffen nicht erwähnt habe.¹⁹

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363f.

¹⁶ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 2. August 1989, im amerikanischen Außenministerium sei erklärt worden, die Verhandlungsrunde mit der UdSSR über einen Nuklearteststopp, die am 8. August 1989 zu Ende gehe, sei „zur Zufriedenheit beider Seiten verlaufen“. Die sowjetische Seite sei flexibel gewesen, und in einigen komplexen Fragen seien „gute Fortschritte“ erzielt worden. Allerdings sei die UdSSR „grundsätzlich der Meinung, daß seismische Verifikation für die erforderlichen Zwecke ausreichend sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3220; Referat 222, Bd. 162098.

¹⁷ Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), teilte am 3. Juli 1989 mit, die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über chemische Waffen hätten vom 12. bis 29. Juni 1989 in einer nach Auskunft der amerikanischen Delegation „produktiven Atmosphäre“ stattgefunden. Beide Seiten hätten sich geeinigt, „die zu zerstörenden CW-Bestände in zwei Gruppen aufzuteilen: in solche, die innerhalb von acht Jahren zu zerstören sind, und solche, die danach zerstört werden“. Außerdem habe man sich „auf einige allgemeine Regeln“ über die Zerstörung von Produktionsanlagen für chemische Waffen verständigt. Offen seien allerdings noch die Frage von Verdachtskontrollen und die Durchführung von Inspektionen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1546; Referat 242 (222), Bd. 162076.

¹⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 579 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seibert notierte am 12. Mai 1989 zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zum einseitigen Abzug sowjetischer SNF, bei der vom Bundesministerium der Verteidigung geschätzten Zahl von mindestens 10 000 sowjetischen Gefechts-

Nachdem GS Wörner bereits in seiner Begrüßung Bakers Notwendigkeit hervor-gehoben hatte, zur Gorbatschow-Ankündigung gemeinsame Linie der Reaktion festzulegen, spielte diese Frage bei den verschiedenen Interventionen eine wichtige Rolle:

- Baker verwies auf seine Äußerungen gegenüber der Presse, daß
 - Westen die SU schon lange zu einseitigen Reduzierungsschritten aufgefordert habe, nachdem NATO bisher bereits einseitig 2400 Gefechtsköpfe abgebaut habe²⁰,
 - SU sich nur zum Abzug von Territorien europäischer Verbündeter, nicht aber zur Zerstörung verpflichtet habe,
 - der Schritt dennoch, wenn auch ziemlich bescheiden im Vergleich zu den NATO-Reduzierungen, ein Schritt in die richtige Richtung sei.
- BM betonte, auch im Kurzstreckenbereich sähen wir ein Eingehen der SU auf westliche Vorschläge. Die Allianz habe sich bereits in Reykjavik 1987²¹ und beim Gipfel 1988²² mit Kurzstreckenraketen befaßt. Jetzt erhalte sie die erste Antwort, nachdem sie schon selbst viel größere Reduzierungsschritte vorgenommen habe. Damit würden in dem – angesichts der hier bestehenden sowjetischen enormen Überlegenheit – am meisten destabilisierenden Bereich Reduzierungsschritte angekündigt. Es sei aber nicht nur wichtig, Gefechtsköpfe vom Territorium europäischer Bündnispartner abzuziehen. Nur wenn Zerstörung erfolge, könnten wir einen qualitativ wichtigen Schritt sehen.
Aber: Es sei ein Schritt in die richtige Richtung. Und es sei wichtig, solche Schritte unumkehrbar zu machen durch Einbeziehung in Verhandlungen und Abmachungen.
- DK-AM: Gut, daß Baker Ankündigung begrüßt habe, endlich bewege sich SU unilateral im SNF-Bereich, was NATO schon lange gefordert habe. Dies werde es NATO vielleicht erleichtern, an die Verhandlungsfrage „natürlich im Zusammenhang mit den VKSE-Verhandlungen“ heranzugehen.
- NOR-AM: Einverstanden mit Bakers Reaktion.
- GB-Botschafter mahnte zur Vorsicht bei der Reaktion auf Gorbatschow. Mit dem SNF-Vorschlag habe man seit Monaten rechnen können. Die Wahl des Zeitpunkts spreche für sich. Derartige unilaterale Kürzungen des enormen

Fortsetzung Fußnote von Seite 616

köpfen auf diesen Systemen würde der von Gorbatschow angekündigte Abzug lediglich 5 % ausmachen, zumal die Trägersysteme nicht abgezogen werden sollten: „Ein Abzug der 500 Gefechtsköpfe wäre kaum verifizierbar, ebensowenig ihre Rückverbringung in die NSWP-Staaten.“ Der vorgeschlagene Abzug aller Nuklearladungen sei „unausgewogen und würde die Sicherheitslage in Europa zuungunsten der NATO verändern“. Insgesamt bleibe der Vorschlag „nach Umfang und Zielrichtung hinter unseren Vorstellungen eines stabilitäts erhöhenden Beitrages erheblich zurück. Er ist vordergründig auf die aktuelle Diskussion über SNF-Modernisierung bzw. -verhandlungen im westlichen Bündnis und darüber hinaus gegen die Kriegsverhütungsstrategie der NATO gerichtet.“ Vgl. Referat 240 (220), Bd. 163097.

²⁰ Zum Abzug von 2400 nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 46, Anm. 44.

²¹ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

²² Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

sowjetischen Überhangs würden wohl schrittweise in öffentlichkeitswirksamer Weise erfolgen. GB fühle sich in Sorge bestätigt, daß SU Denuklearisierung Europas anstrebe. Gorbatschow-Ankündigung unterstreiche einerseits die Risiken, die GB in Verhandlungen über diese Systeme sehe, andererseits die Notwendigkeit, das NATO-Arsenal auf gebotenem Stand zu halten.

- Auf Frage GB-Botschafters, ob Gorbatschow westliche SNF-Modernisierung angesichts Wiener Verhandlungen als überflüssig bezeichnet habe (falls ja, müsse ihm widersprochen werden, da sich die Fakten nicht um ein Jota verändert hätten), machte Baker eine wichtige Aussage, die mit unserem Verständnis der Sachzusammenhänge übereinstimmt: Gorbatschow habe in der Tat gesagt, daß die Modernisierung „ernsthafte Probleme“ für die Sowjets erzeugen würde. Es bestehe keine Notwendigkeit zu modernisieren, weil man sich auf konventionelle Stabilität hinbewege. Er, Baker, habe erwidert, darüber werde erst verhandelt, man müsse Taten sehen.
- BM griff diesen Punkt in erneuter Intervention auf: Diese Antwort Bakers an Gorbatschow sei wichtig. Auch nach unserer Meinung reiche es nicht aus, nur zu verhandeln, es müßten Ergebnisse erzielt werden. Bakers Feststellung „we need to see deeds“ entspreche der Auffassung der Bundesregierung.
- NL-AM: Die sowjetische Überlegenheit bleibe substantiell, aber es sei ein Anfang gemacht. Der Westen solle weitere unilaterale Reduzierungen ermutigen und die SU an das von ihr propagierte Suffizienzprinzip erinnern. Westen solle auf NATO-Reduzierungen wie auf fortbestehende Überlegenheit verweisen und auch erwähnen (gemäß SACEUR-Überlegungen), daß Westen derzeit weitere Reduzierungsmöglichkeiten ernsthaft prüfe – im übrigen bezeichnete NL die Ankündigung als weiteren Grund dafür, das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung entschlossen voranzubringen (allgemeine Zustimmung).
- LUX-StS: Modernisierungsdiskussion lasse Allianz zerstritten erscheinen. Sie sei künstlich und unzeitlich. Entwicklungsarbeiten, die in diesem Stadium anstünden, sollten Konstante der Politik der Bündnispartner sein. Über Produktion und Dislozierung solle später unter Berücksichtigung der Gesamtlage der West-Ost-Beziehungen und der Wiener Verhandlungen entschieden werden. SNF-Verhandlungen sollten nicht ausgeschlossen werden, mit dem Nahziel der Reduzierung sowjetischer Überlegenheit und einem späteren Ziel, ein noch niedrigeres (als das derzeitige NATO-) Niveau auf gleicher Ebene zu erreichen.

Konventionelle Vorschläge:

Gorbatschows Vorschläge zielten darauf ab, bis 1997 bei konventionellen Streitkräften und Rüstungen gemeinsame Obergrenzen zu erreichen:

- Personal je etwa 1,3 Mio. (darüber hinausgehende Kräfte sollten demobilisiert werden),
- Kampfflugzeuge gemäß sowjetischer Definition auf 1500 (55 Prozent des NATO-Bestandes) und Hubschrauber auf 1700,
- Panzer auf 20 000, Artillerie auf 24 000 und Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransportwagen auf 28 000.

Auf entsprechende amerikanische Frage habe Gorbatschow es als Verhandlungssache bezeichnet, ob überzähliges Gerät abgezogen oder zerstört werde. Seine persönliche Präferenz sei Zerstörung.²³

Gorbatschows Ankündigungen stellten Follow-up zu den Ankündigungen Schewardnadses bei VKSE-Eröffnung in Wien²⁴ dar und bildeten Antwort auf die NATO-Forderung nach spezifischen sowjetischen Zahlenvorstellungen.

Jetzt müßte geprüft werden, wie die Einzelheiten der Vorschläge aussehen und wo noch Klärungen erforderlich seien. Auf den ersten Blick schienen die sowjetischen Zahlenvorstellungen bei Panzern und Schützenpanzern und gepanzerten Mannschaftstransportwagen nahe bei den westlichen Vorschlägen zu liegen, bei Artillerie seien sie höher (hier gebe es aber unterschiedliche Zählmethoden).

Die Einführung zusätzlicher Kategorien sei zu bedauern.

Insgesamt sei weitere Prüfung und Klärung erforderlich.

BM hob hervor, daß es sich in der Tat um östliche Reaktionen und bei Kampfpanzern sowie Schützenpanzern und gepanzerten Mannschaftstransportwagen um Eingehen auf westliche Vorschläge handle, während wir die Zahlen bei Artillerie, da über westlichem Stand, für zu hoch und daher weniger wünschenswert hielten.

GB Botschafter empfahl, unsere eigenen Vorschläge und das teilweise Eingehen SU hierauf in den Mittelpunkt zu stellen und zu den darüber hinausgehenden sowjetischen Vorschlägen auf die Gefahr hinzuweisen, daß die Verhandlungen überlastet werden könnten. Es komme erst einmal darauf an, auf der Grundlage unserer eigenen Vorschläge Ergebnisse zu erzielen, bevor man weitergehe.

CW:

Als besonderen Schwerpunkt der verabredeten bilateralen Gespräche über CW-Proliferation bezeichnete Baker die Proliferation im Nahen Osten. Im übrigen bleibe bei Genfer Verhandlungen das Verifikationsproblem die Kernfrage. Über sowjetische CW-Bestände habe man in dieser Runde keine näheren sowjetischen Auskünfte erhalten, man hoffe aber später darauf.

Auf (belgische) Frage bestätigte Baker: Es bleibe bei seiner Wiener Ankündigung, daß man einen möglichst frühzeitigen Abzug der amerikanischen CW-Bestände aus der Bundesrepublik Deutschland prüfe²⁵. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Er glaube aber, daß man den Abzugszeitpunkt etwas (a little bit) vorziehen könne.

4) Regionalfragen

Laut Baker hoffen USA, von Wettbewerb zu stärkerer Zusammenarbeit übergehen zu können. Er habe die neuen Ansätze der US-Administration bei Nahost- und Zentralamerika-Fragen erläutert.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde erläuterte am 12. Mai 1989, eine Bewertung der vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, genannten Obergrenzen sei „äußerst schwierig, da unklar ist, welche Definitionen diesen Vorschlägen zugrunde liegen. Die WP-Delegationen haben bislang in Wien nicht erläutert, von welchen Zählkriterien und Abgrenzungen sie ausgehen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 144804.

²⁴ Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. März 1989; EUROPA-ARCHIV 1989, D 253–257 (Auszug).

²⁵ Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76.

Schewardnadse habe sich einverstanden erklärt, bei Nicaragua auf eine politische und diplomatische Lösung hinzuwirken. Befriedigt habe auch, daß SU die Waffenlieferungen an Nicaragua Ende 1988 eingestellt habe. Laut Sprechzettel würden es USA, wenn sich dies bestätige, als einen positiven Schritt bewerten.

Im Juni würden Expertengespräche über Zentralamerika und Nahost stattfinden. Afghanistan-Problematik sei im Delegationsrahmen, Südafrika, Kambodscha und Korea betreffende Fragen in den Arbeitsgruppen behandelt worden.

Der Shamir-Wahlvorschlag²⁶ werde auch von SU als prüfenswert bezeichnet, auch mit dem Ziel zu klären, ob er zu einem breiteren Dialog entwickelt werden und den Friedensprozeß stärken könne.

In bezug auf Libanon hätten beide Seiten die Notwendigkeit bestätigt, Waffenstillstand einzuhalten und, aufbauend auf den Bemühungen der Arabischen Liga²⁷, eine langfristige Lösung zu suchen. Es sei ein gemeinsamer Appell in diesem Sinn ergangen.²⁸

5) Bilaterale Fragen

Verhandlungen über Eröffnung neuer Kultur- und Informationszentren in beiden Ländern sollten möglichst bald abgeschlossen werden. (Sowjets würden aber erst Abschluß der Regelung mit F abwarten, der noch vor Gorbatschows Besuch²⁹ angestrebt werde.) BM begrüßte dies und verwies auf unsere Bemühungen, in allen WP-Staaten Kulturinstitute einzurichten. Sie hätten wichtige Funktion bei Bemühen, Feindbilder abzubauen.

Baker und Schewardnadse haben Arbeitsprogramm mit 23 Einzelpunkten (von Meeresforschung bis hin zum zivilen Luftverkehr) gebilligt.

6) Transnationale Fragen

Es sei eine bilaterale Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die das Programm für die Bereiche Umwelt, Reaktion auf Naturkatastrophen und vergleichbare Vorgänge, internationalen Terrorismus und illegalen Drogenhandel entwickeln solle.

³⁰Bereits im Juni werde man über die Terrorismusfrage reden, besonders Bekämpfung des Luftterrorismus, Informationsaustausch (Einrichtung von Kontaktpunkten bei beiden Regierungen). Man sei sich bewußt, daß die Zusammenarbeit im Hinblick auf Schutzbedarf für Quellen delikat sei.

Im Umweltbereich sei ein Abkommen über Bekämpfung der Verschmutzung im Bering- und Chukchi-Meer unterzeichnet worden.³¹

²⁶ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

²⁷ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

²⁸ Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Erklärung zum Libanon vom 11. Mai 1989; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2148, S. 30.

²⁹ Korrigiert aus: „Mitterrands Besuch“.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

³⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 580 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Mai 1989 zwischen den USA und der UdSSR über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Verschmutzung in der Bering- und Tschuktschensee in Not-situationen vgl. UNTS, Bd. 2190, S. 180–195.

Man hoffe auch, daß der in der Bush-Rede vom 12.5. zu erwartende „Open sky“-Vorschlag³² einen Bereich der Zusammenarbeit darstellen könne. Amerikanischer Vorschlag sei am 11.5. in allen NATO-Hauptstädten erläutert worden und solle nach amerikanischen Vorstellungen auf der Gipfel-Agenda der NATO stehen und einen Platz in der Gipfelerklärung finden.

(Hierzu äußerten sich mehrere AM, auch BM, positiv.)

7) GS Wörner faßte Diskussion wie folgt zusammen:

a) Dank an Baker für Fortsetzung der Konsultationstradition. In Zeiten von Veränderungen seien Konsultationen besonders wichtig.

b) Begegnung stelle eine Ermutigung dar: USA hätten volle Unterstützung dafür, die SU in einer breiten Tagesordnung zu engagieren. Man dürfe nicht zulassen, daß die SU oder die öffentliche Meinung sich nur mit den Rüstungskontrollaspekten befaßten. West-Ost-Beziehungen umfaßten sehr viel mehr.

c) Im Hinblick auf die Rüstungskontrollagenda sollten Bündnispartner zu den Gorbatschow-Ankündigungen

– klarmachen, daß sie – wie BM dargelegt habe – eine Reaktion auf unsere Initiativen darstellen,

– in bezug auf SNF feststellen,

(a) daß der Westen bereits 2400 Gefechtsköpfe einseitig abgezogen und zerstört habe;

(b) daß es sich nur um einen Abzug aus europäischen WP-Ländern, nicht aber aus Europa handele. Dies solle mit der Forderung nach Eliminierung verbunden werden;

(c) daß Allianz nicht die Idee einer Denuklearisierung Europas akzeptiere, aber den sowjetischen Schritt begrüße, selbst wenn er nur klein sei und die Überlegenheit bleibe;

(d) daß SU daher zu weiteren Reduzierungen aufgefordert bleibe;

– in bezug auf Vorschläge im konventionellen Bereich: feststellen,

(a) daß begrüßt werde, daß jetzt konkrete Zahlen genannt würden, der Westen habe sie bereits früher vorgelegt;

(b) daß SU-Vorschläge sehr nahe bei unseren lägen, sie seien also wertvoll (damit könne auch gleichzeitig westliche Kritik abgewehrt werden, daß die westlichen Vorschläge nicht kühn genug gewesen seien);

(c) daß nach Einigung über diese Vorschläge in den Verhandlungen an weitere Schritte herangegangen werden könne. Der Westen bleibe deshalb bei seinem Vorschlag und wünsche hier schnelle Ergebnisse.

GS hoffte, daß alle Bündnispartner sich in diesem Sinne übereinstimmend äußern, um eine gute Wirkung in der Öffentlichkeit zu erzielen.

³² Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde vermerkte am 12. Mai 1989: „US-Botschaft teilte am 11.5. mit, daß Präsident Bush in seiner heutigen Rede an der Universität in Texas (21.00 MEZ) den Vorschlag machen wird, eine gegenseitige Luftaufklärung mit unbewaffneten Flugzeugen über dem Territorium der Mitgliedstaaten der NATO und des WP zu erlauben.“ Vgl. Referat 221, Bd. 162112. Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush an der „Texas A & M University“ in College Station (Texas) vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 540–543. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 331–334 (Auszug).

8) Bewertung

Die Befriedigung über unverzügliche und umfassende Unterrichtung durch USA war ebenso deutlich spürbar wie über die Tatsache, daß neue US-Administration den Dialog mit Moskau nach einer längeren Pause wiederaufgenommen hat. Erweiterung der amerikanisch-sowjetischen Tagesordnung auf globale Fragen wurde übereinstimmend begrüßt, weil – wie BM und andere ausführten – sich hier eine neue Qualität der West-Ost-Beziehungen zeigt. Insgesamt wird von den Bündnispartnern erwartet, daß von den Gesprächsergebnissen positive Impulse auf die West-Ost-Beziehungen ausgehen.

Soweit die SNF-Problematik im Zusammenhang mit den derzeit im Bündnis diskutierten Aspekten der Modernisierung und der Verhandlungen angesprochen wurde, ergaben sich keine Hinweise auf Veränderungen von Positionen – abgesehen von dem oben erwähnten wichtigen Hinweis Bakers zum konzeptionellen Verständnis des Zusammenhangs zwischen Wiener Verhandlungsergebnissen und Modernisierung.

Die Tatsache, daß die anwesenden Minister das SNF-Problem wie auch die Gipfelerklärung nur sehr behutsam angingen, trug dazu bei, daß die Sitzung von großer Harmonie gekennzeichnet war und durchaus Zuversicht mit Blick auf den bevorstehenden Gipfel gerechtfertigt erscheinen läßt.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12186 (201)

137

**Botschafter z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1007

Aufgabe: 12. Mai 1989, 19.05 Uhr¹

Ankunft: 12. Mai 1989, 20.54 Uhr

Delegationsbericht Nr. 24

Betr.: KSZE-Informationsforum London²;
hier: Abschlußbericht, Teil 1³

Zur Unterrichtung

1) Zusammenfassung

Londoner Informationsforum (LIF) der KSZE ging heute mit kurzem Chairman's Statement, in dem die Übermittlung der dem LIF unterbreiteten Vorschläge

¹ Das von Legationsrat I. Klasse Gallon, z. Z. London, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 20.

² Das KSZE-Informationsforum fand vom 18. April bis 12. Mai 1989 statt.

³ Die Teile zwei und drei des Abschlußberichts wurden mit den Drahtberichten Nr. 1008 und Nr. 1009 übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 20.

durch Gastgeber GB gemäß Mandat an das KSZE-Folgetreffen in Helsinki⁴ angekündigt wird, zu Ende.

In erster Analyse werden Verlauf und Ergebnis von den Beteiligten (einschließlich Journalisten) weit überwiegend positiv bewertet. Dies wurde in fast allen Schlußerklärungen deutlich unterstrichen. LIF hat spürbare Öffnung einer Reihe WP-Staaten anhand Erörterung des Themenkomplexes Informationspolitik erneut deutlich manifestiert. Bilateralismus der Großmächte, der in Endphase WFT⁵ – ähnlich Madrid⁶ – für gesamtes Konferenzgeschehen ausschlaggebend war, trat bei LIF nicht in Erscheinung, ebensowenig wie traditioneller West-Ost-Gruppene Gegensatz. Oftmals zeichnete sich statt dessen eher weitgehende Übereinstimmung der meisten TNS, mit Ausnahme RUM, DDR, ČSSR, ab. Erstmalige Einbringung umfassenden Sachvorschlags durch TNS aus allen drei Gruppen (ÖST, CH, LIE, wir, I, UNG, POL mit späterer Unterstützung NWG, ZYP, JUG) unterstreicht diese Entwicklung.

In umfassender Implementierungsdebatte waren auch westliche Länder oftmals Zielscheibe deutlicher Kritik vielfach auch aus eigenen Reihen, so insbesondere Gastgeber GB (vor allem wegen hier z. Z. in Parlament und Öffentlichkeit debatiertem „Official Secrets Act“), Türkei (wegen eingeschränkter Pressefreiheit) und USA (wegen Einreiseschwierigkeiten und Reisebeschränkungen für östliche Journalisten). Bundesrepublik ist, von unbeachtlichen Ausnahmen abgesehen, nicht kritisiert worden. LIF hat Fülle von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten in den TNS, zur Verbesserung des Informationsflusses und zur Vertiefung der Zusammenarbeit im informationstechnologischen Bereich erbracht. Vielzahl persönlicher Kontakte zwischen den Journalisten der verschiedenen Delegationen wird von den Beteiligten übereinstimmend als ein wesentlicher Ertrag der Konferenz gewertet. Die unserer Delegation angehörenden Journalisten haben u. a. in gezielten, jeweils bilateralen Gruppenbegegnungen mit Journalisten aus WP-Staaten zahlreiche Initiativen zu solchen Kontakten ergriffen.

2) Im einzelnen

2.1) LIF, erste nicht der militärischen Sicherheit gewidmete KSZE-Veranstaltung nach Abschluß WFT, hat grundlegende Bedeutung des Themenkomplexes „Information“ für menschliche Dimension und den gesamten KSZE-Prozeß wirkungsvoll unterstrichen.

In Eröffnungsplenarrunde haben West und Ost ihre Ausgangspunkte markiert: Westliche Delegationen haben Implementierungskritik gegenüber Osten (teilweise mit deutlicher Namensnennung, insbesondere DDR, ČSSR, RUM) mit Anerkennung und Ermutigung für Reformbewegungen in einigen TNS verbunden und sich zur Zusammenarbeit mit östlichen TNS im Bereich der Information grundsätzlich bereit erklärt. Dabei wurden auch konkrete Kooperationsprojekte im Bereich moderner Informationstechnologie angesprochen. Unsere Erklärung hat – besonders wegen des detaillierten Abschnitts zu diesem Kom-

⁴ Die vierte KSZE-Folgekonferenz fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 statt.

⁵ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 7.

⁶ In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

plex⁷ – bei Reihe von Delegationen (u.a. SU, POL) ausdrücklich Anerkennung gefunden, aber auch einige Nachfragen nach spezifischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgelöst. WP-Erklärungen zeigten differenziertes Bild von liberalen Reformabsichten (SU, POL, UNG) bis hin zur unverändert orthodoxen Linie (DDR, ČSSR und RUM). NNA-Delegationen haben Kooperationswillen unterstrichen und zumeist mit Kritik nicht gespart (u.a. ÖST und S zu ČSSR, CH zu RUM).

Für Sachdebatte blieben jedoch diese Standortbestimmungen und Schwerpunktsetzungen nicht bei allen TNS durchgängig bestimmend. Dies dürfte vordringlich mit KSZE-untypischer Zusammensetzung der meisten Delegationen zusammenhängen (neben Beamten weisungsunabhängige Journalisten, oft auch bei östlichen TNS; so repräsentierte z.B. insb. polnische Delegation gegenwärtiges Spektrum der Medienwelt dieses Landes in ganzer Breite, ähnlich UNG, anders erwartungsgemäß vor allem DDR und ČSSR), die zu Beginn der eigentlichen Arbeitsphase des Forums zunächst zu Unsicherheit über prozedurale Fragen bei vielen mit den Mechanismen der KSZE noch wenig vertrauten Teilnehmern führte. Dies und das Vorlesen ausführlicher, thematisch nicht immer konzentrierter vorbereiteter einleitender Erklärungen zahlreicher Delegationen (insbesondere SU, USA, F) und ein nachdrücklich ausgefochtener bilateraler verbaler Schlagabtausch zwischen TUR und BUL waren zunächst kennzeichnend für einen Verhandlungsbeginn, der nicht nur von zahlreichen den Delegationen angehörigen Journalisten als eher mühselig empfunden wurde. Doch bereits nach wenigen Sitzungen haben die Arbeitsgruppen zu einem weitgehend sachlichen, offenen, unpolemischen und zielorientierten Arbeitsstil gefunden, der bis zum Ende durchgehalten wurde.

Thematischer Schwerpunkt waren dabei in Arbeitsgruppen A (gedruckte Information) und B (gefilmte, gesendete und mündliche Information) die Arbeitsbedingungen für Journalisten in den TNS, insbesondere Fragen der Visa-Erteilung, der Reisemöglichkeiten und des Zugangs zu Informationen, sowie in Arbeitsgruppe C (Kommunikation) die konkreten Möglichkeiten der Zusammenarbeit im informationstechnologischen Bereich. Neben einer zumeist sehr offenen und praxisnahen Implementierungsbilanz, in der Journalisten aus allen Gruppen ausführlich, oftmals überzeugend aus eigener Betroffenheit, die vielfältigen Behinderungen ihrer praktischen Arbeit in anderen TNS beschrieben haben und in der auch westliche TNS (Türkei, GB, USA) Zielscheibe von Kritik, auch aus dem eigenen Lager, waren, kristallisierten sich sehr bald Überlegungen zu konkreten Formulierungen für Vorschläge in diesem Bereich heraus, die die Mandatsthemen in ihrer ganzen Breite umfassen. Schwerpunkte waren die Arbeitserleichterungen für Journalisten in osteuropäischen Staaten, insbesondere: Beschleunigung und Erleichterung der Visa-Erteilung, unbehinderter Zugang zu Informationsquellen. Die Vorschläge wurden zunächst weitgehend von

⁷ In seiner Rede am 19. April 1989 in London wies Botschafter z.B. V. Graf zu Rantzau auf die Möglichkeiten des Satellitenfernsehens hin. Diese blieben jedoch ungenutzt, „solange den Zuschauern nicht die entsprechende Empfangstechnologie zur Verfügung steht. Wir sehen hier auch die wirtschaftlichen Aspekte und sind zur Suche nach gemeinsamen Lösungen bereit. Wir fördern die Zusammenarbeit der Einführung neuer Kommunikationssysteme wie z.B. des Hochauflösenden Fernsehens (HDTV) und des Einsatzes von open systems interconnection networks (OSI) in der Informationstechnik.“ Vgl. Referat 212, Bd. 158484.

den fast allen Delegationen angehörenden Journalisten und auf östlicher Seite von den Delegationen insgesamt getragen. Bei westlichen Delegationen bestand zunächst überwiegend die Tendenz, das Einbringen von Vorschlägen weitgehend den Medienvertretern als den aus westlicher Sicht Hauptbeteiligten der Konferenz zu überlassen (so am nachdrücklichsten USA).

2.2) Im Rahmen der von verschiedenen Gruppen ab der dritten Konferenzwoche angestellten Überlegungen zu Form und Inhalt des Abschlusses des LIF ließ diese ungleichgewichtige Entwicklung (Delegationsvorschläge nur von östlichen Ländern) die ursprüngliche westliche Haltung in neuem Licht erscheinen. Um bei Fehlen eigener substantieller Vorschläge nicht den Eindruck zu erwecken, als stünden sie einer für den KSZE-Prozeß so zentralen Frage wie der offenen Informationsgesellschaft indifferent gegenüber, entschlossen die Zwölf sich, einen eigenen umfassenden Substanzvorschlag auf der Grundlage des in der EPZ vorbereiteten und den anderen NATO-Verbündeten zu Konferenzbeginn zur Kenntnis gebrachten Papiers⁸ einzubringen. Diese Absicht der Zwölf stieß jedoch auf deutliche Kritik der anderen Verbündeten im Kreise der 16, die hierin eine Verletzung der Bündnissolidarität sahen und darauf drangen, das Interesse aller 16 am Themenkomplex des Forums und an konstruktiver, kooperativer Gestaltung der West-Ost-Beziehungen insgesamt deutlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Nach ausführlicher, z. T. kontrovers geführter Debatte wurde Übereinstimmung unter allen Beteiligten dahin erzielt, daß der spanische DL⁹ als Vertreter der Präsidentschaft der Zwölf den Vorschlag (LIF.59¹⁰) zugleich im Namen aller alphabetisch aufgeführten Miteinbringer einbringt, unter denen auch die Namen der anderen NATO-Verbündeten (auch der USA) aufgeführt wurden. Einige Anregungen der Verbündeten zur Substanz des Papiers waren zuvor eingearbeitet worden.

Parallel hierzu führten ursprünglich von ÖST initiierte Bemühungen zur Ausarbeitung eines umfassenden gruppenübergreifenden Substanzvorschlages der Delegationen von ÖST, CH, POL, UNG, I, LIE und uns, der nach Einbringung durch die genannten Länder die Unterstützung von NWG fand. Dieser Vorschlag, LIF.67¹¹, mit dieser gemischten Miteinbringerschaft ein Novum im KSZE-Prozeß, wurde vielfach als unter west-ost-politischen Gesichtspunkten einer der wesentlichsten Erträge des LIF gewertet.

2.3) Die eigene Delegation hat sich im Plenum, in allen Arbeitsgruppen, in zahlreichen Kontakten am Rande und in der Abstimmung in den Kreisen der Zwölf und 16 aktiv und oftmals richtungsweisend beteiligt, ihr wurde wiederholt von verschiedenen Seiten bestätigt, Akzente gesetzt zu haben. Einen wesentlichen Anteil hieran hatten die der Delegation angehörenden Journalisten, die während des ganzen Konferenzgeschehens eine herausragende, kooperative Rolle gespielt haben und durch fundierte, gehaltvolle Beiträge die Mandatsthemen des Forums

⁸ Für das undatierte Papier „CSCE Working Group: LIF Draft Proposals. Draft Proposals for the London Information Forum“ vgl. Referat 212, Bd. 158485.

⁹ Juan Luis Pan de Soraluce y Olmos.

¹⁰ Für den Vorschlag vom 9. Mai 1989 (CSCE/LIF.59) zur Verbesserung des Austauschs von Informationen sowie der Arbeitsbedingungen für Journalisten vgl. Referat 212, Bd. 158484.

¹¹ Für den Vorschlag vom 9. Mai 1989 (CSCE/LIF.67) über den freien Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Information vgl. Referat 212, Bd. 158484.

in konstruktiver Weise „besetzen“ konnten. Dazu zählen u.a. Beiträge des ZDF-Korrespondenten Brüssau über die Arbeitsbedingungen in der DDR, des HAZ-Korrespondenten Moeller über die Ethik des Journalismus und des DW-Korrespondenten Ohse über Arbeitsbedingungen ausländischer Korrespondenten in Bonn und des WDR-Experten Danilenko zum Einsatz moderner technischer Einrichtungen für die journalistische Arbeit (LIF.60¹²). FAZ-Korrespondentin Hénard äußerte sich ausführlich zu Behinderungen ihrer Arbeit in mehreren WP-Staaten und regte konkrete Verbesserungen an. IG-Medien-Vertreter Schlager profilierte sich – neben mehreren Debattenbeiträgen – zusammen mit Kölner Stadt-Anzeiger-Korrespondent Meyer durch Initiativen zu einer Reihe von bilateralen, zumeist sehr ergiebigen Begegnungen zwischen den unserer Delegation angehörenden Journalisten und ihren Kollegen aus WP-Delegationen. An der Erstellung zahlreicher Vorschläge waren die Journalisten unserer Delegation ebenfalls aktiv, oftmals federführend beteiligt.

¹³2.4) Aus dem westlichen Bündnis sind die Delegationen von USA, GB, CAN, F, I und E besonders zu erwähnen.

Den USA fiel – ebenso wie SU (s.u.) – keine dominierende Rolle zu. Eine durchgehende Strategie war schwer zu erkennen. Viele ihrer – zumeist vorbereiteten, abgelesenen, wenig spontanen – Beiträge schienen mehr auf Selbstdarstellung verschiedener Gruppen der Öffentlichkeit in den USA als auf aktive, bestimmende Debattenteilnahme gerichtet zu sein. Implementierungskritik überwog deutlich vor konstruktiven, zukunftsgerichteten Vorschlägen. Abgesehen von gelegentlichem Austausch von Polemik mit DDR und ČSSR fanden US-Beiträge insgesamt wenig Resonanz. Gleichwohl bewertete US-DL Marks in seiner Schlußerklärung und gegenüber Presse LIF als wesentlichen, positiven Beitrag zu dynamischer Entwicklung des KSZE-Prozesses. In Abschlußerklärung erklärte er sich angesichts allgemeiner Kritik an US-Praxis bereit, Frage der Visa-Erteilung und Reisebeschränkungen für Ost-Journalisten State Department um Prüfung vorzulegen.

GB-Delegation wertete Forum ebenfalls insgesamt positiv. Sie vertrat in zahlreichen rhetorisch geschickten, zumeist extemporierten Beiträgen eindrucksvoll die erwartete Linie: verbindliche, aber deutliche Haltung in allem Grundsätzlichen, zugleich Beweglichkeit in praktischen Fragen der Zusammenarbeit. Britische Journalisten sparten nicht mit Kritik an eigener Regierung (u. a. hinsichtlich „Official Secrets Act“) und erhöhten damit insgesamt Glaubwürdigkeit GB-Auftretens. Im Kreise der Zwölf und der 16 tendierte GB mehrfach zu ähnlichen Haltungen wie USA und CAN, war jedoch stets zugleich zu geschmeidiger Vermittlung bereit.

Die wenigen Beiträge der kanadischen Delegation enthielten neben deutlicher Implementierungskritik kaum Substanz. Der kanadische DL¹⁴ ließ als einziger der westlichen DL immer wieder Skepsis und starke Zurückhaltung hinsichtlich der Nützlichkeit des LIF anklingen („nothing but words“).

¹² Der Vorschlag CSCE/LIF.60 sah die Einrichtung von Dienstleistungszentren zur Vermittlung elektronischer Ausrüstung sowie von Datenbanken über TV-Programme, Urheberrechtseigentum und andere medienbezogene Informationen vor. Vgl. dazu die undatierte Synopse des Referats 212, Bd. 158484.

¹³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1008 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ William Edward Bauer.

F-Delegation zeigte unerwartet geringes Profil. In Plenum und Arbeitsgruppen fanden F-Beiträge wenig Resonanz. In internen westlichen Abstimmungen verhielt F sich eher zurückhaltend.

Hervorhebung verdienen daneben I- und E-Delegation. Journalisten beider Delegationen beeindruckten durch eine Reihe von fundierten Beiträgen zu den Mandatsthemen in den Arbeitsgruppen. I-DL Armellini stellte seine Fähigkeit zur Vermittlung zwischen divergierenden Interessen (oftmals durchaus in unserem Sinne) mehrfach unter Beweis. E-Delegation ließ zumindest auf Arbeitsebene gelegentlich die Schwierigkeiten erkennen, die aus – erstmaliger – Ausübung EPZ-Präsidentschaft während dieser KSZE-Veranstaltung resultieren, ohne daß diese jedoch zu ernsthafteren Problemen geführt haben.

2.5) Die östlichen Delegationen boten ein sehr differenziertes Bild:

SU-Delegation hat, obwohl mit ihren Beiträgen quantitativ an erster Stelle, ebenso wie USA keinen bestimmenden Einfluß auf LIF ausüben können. Ihre Beiträge dienten im großen Umfang der Selbstdarstellung. Die in Eröffnungsrede durch Vize-AM Petrowskij¹⁵ gesetzten Akzente (einschließlich seiner deutlichen Kritik an der Informationspolitik der DDR) wurden nicht ausgebaut. Die Hauptvorschläge der SU (paneuropäischer Informationsrat, Informations- und Kultur-Fernsehprogramm) vermochten zwar einige Debattenbeiträge, aber insgesamt keine ausgeprägte Reaktion auszulösen. SU machte auch keine wesentlichen Anstalten, zurückhaltende westliche Haltung hierzu zu ändern. Von Ausnahmen abgesehen, blieb SU-Kritik an Implementierung im Westen moderat. Der Erwartungshorizont im Hinblick auf westliche Hilfe bei Aufbau Informationstechnologie blieb realistisch, Polemik gegen COCOM fehlte weitgehend. Journalisten in SU-Delegation betonten zwar gerne ihre Unabhängigkeit, wichen aber nur selten von Linie der Regierungsvertreter ab. Gleichwohl sind insgesamt das Auftreten der SU-Delegation im Verlauf des Forums lebhafter und facettenreicher und ihr Debattenstil offener geworden.

UNG und POL manifestierten in ihrer konstruktiven Mitarbeit während des ganzen Forums eindrucksvoll den regierungsamtlichen Verzicht auf den alleinigen Anspruch auf Wahrheit und vermittelten deutlich den Aufbruch beider Länder in Richtung pluralistischer Meinungsvielfalt.

War die DDR auf früheren KSZE-Foren bemüht, eine Implementierungsbilanz selektiv, aber Anerkennung heischend vorzutragen, besonders in den Bereichen, wo sie im Vergleich zu anderen WP-Staaten positiv auffiel, so suchte sie in London konsequent eine auch von anderen „liberaleren“ WP-Staaten klar unterschiedene Außenseiterposition.

Damit hat sich die gegen Ende des Wiener Treffens und besonders danach abzeichnende Entwicklung bestätigt: DDR war auf Londoner Forum zusammen mit RUM und ČSSR Vertreter der orthodoxesten Linie. Sie blieb während ganzem LIF unbeirrt bei ihrem bereits in Eröffnungserklärung¹⁶ deutlich vertretenen Standpunkt, daß dem Staat die Verantwortung für Informations- und Meinungs-

¹⁵ Zur Rede des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Petrowskij am 19. April 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 809/810 des Botschafters z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London, vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158485.

¹⁶ Zur Rede des Leiters der DDR-Delegation, Voss, vom 18. April 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 797 des Botschafters z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London, vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158484.

fluß zukomme. Verschiedentlich unterstrich sie in diesem Zusammenhang Grundsatz der Nichteinmischung. Ihre Vorschläge waren teilweise auf Effekthascherei ausgerichtet (LIF.49: Katarina Witt¹⁷) oder nahmen Themen auf, deren Erfolg z.B. von der SPD als dem Gesprächspartner der SED bereits öffentlich in Zweifel gezogen war. LIF.17 (Verhinderung des Neonazismus) zielte zwar gegen uns, fand aber aufgrund seines Propagandacharakters keinerlei Resonanz. (Auch hier wich die DDR von früherem Verhalten ab, östliche Vorschläge mit reinem Propagandacharakter nicht mitzutragen.) In ihren Interventionen versuchte DDR, sich besonders durch Information über einseitige Abrüstungsschritte etwas Luft zu schaffen, was aber auf einem solchen Forum naturgemäß niemanden überzeugte. Z.T. schreckten einzelne DDR-Delegationsmitglieder selbst vor Unwahrheiten nicht zurück (z.B. ADN-Generalsekretär¹⁸: seit Honecker-Zusage keine Beschlagnahme von westlichen Tageszeitungen bei Einreise mehr).

Das besonders durch die Tischnachbarschaft geförderte sachliche und freundliche Verhältnis der beiden Delegationen zueinander konnte gleichwohl im wesentlichen gewahrt werden. Gelegentliche Spitzen, insbesondere DDR-DL Voss, brachten aber Trübungen, die sonst unüblich waren.

„Deutsche Fragen“ (Selbstbestimmung, friedliche Grenzüberschreitung, Schußwaffengebrauch) wurden nicht angesprochen.

Auftreten DDR-Delegation in London läßt nur wenig Rückschlüsse auf ihre beabsichtigte Präsentation in Paris¹⁹ zu.

Neben DDR-Delegation zeigte sich ČSSR in zahlreichen Beiträgen als Vertreter der orthodoxen Linie, war jedoch, wie zu hören war, mit der Vermutung nach London gekommen, noch schärferen Angriffen ausgesetzt zu sein. Allerdings ließen gegen Ende des LIF einige ČSSR-Journalisten ein gewisses Bemühen erkennen, diesen Eindruck zu relativieren.

RUM war nach Eröffnungswoche nur noch durch Pressereferenten hiesiger Botschaft vertreten, der – außer bei Abschluß (s. u.) – keine nennenswerten Beiträge zum Konferenzgeschehen leistete.

Auffallend war die in den Arbeitsgruppen zu beobachtende oft ungewöhnliche Implementierungskritik von findigen, den östlichen Delegationen angehörenden Journalisten an Zuständen im Presse- und Informationswesen ihrer Länder, ebenso wie auch die Bereitschaft östlicher Delegationen, ihre Meinungsunterschiede untereinander auch offen auszutragen. Gegen Ende des Forums war gleichwohl ein gewisses Bemühen um gegenseitige Unterstützung für die jeweiligen Vorschläge innerhalb des WP zu erkennen. Dies ging, wie zu erfahren war, auf entsprechende „Anregungen“ der SU zurück. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Aussage, die SU habe intern durchaus Einverständnis mit LIF.67 signalisiert und sei nur aus Gründen der Rücksichtnahme auf einige Bündnispartner nicht zum Co-Sponsorship bereit. Die COCOM-Problematik

¹⁷ Der von der DDR eingebrachte Vorschlag CSCE/LIF.49 sah die Zusammenarbeit bei Rundfunk- und Fernsehprogrammen vor. U.a. sollte eine Sendung zur Unterstützung von UNICEF-Initiativen ausgestrahlt werden, die von der Eiskunstläuferin Katarina Witt moderiert werden sollte. Vgl. dazu die undatierte Synopse des Referats 212, Bd. 158484.

¹⁸ Generaldirektor der Nachrichtenagentur ADN war Günter Pötschke.

¹⁹ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

wurde von einigen östlichen Delegationen (insb. POL) verschiedentlich, wenn auch insgesamt nicht sehr hervorgehoben, angesprochen. Eine vertiefte Debatte hierüber konnte jedoch vermieden werden.

²⁰³) Die Abstimmungen unter den Zwölf und den 16 verliefen anfänglich wenig ergiebig. Dies mag mit dem zu Beginn des Forums zunächst geringen Abstimmungsbedarf ebenso wie mit der bei einer ganzen Reihe von Teilnehmern nur geringen Erfahrung in KSZE- und/oder Bündnisprozeduren (z.B. US-DL Marks) zusammenhängen. Die Abstimmungen intensivierten sich gegen Ende des Forums, als über Form und Inhalt möglicher Schlußerklärungen zu beraten war. Hier entwickelte sich eine Kontroverse zwischen den Angelsachsen einerseits, die Präferenz für kein oder bestenfalls nur ein sehr kurzes Abschlußpapier erkennen ließen, und anderen, so auch wir, denen eine etwas substantiellere Erklärung mit kurzen Aussagen über Verlauf und Ergebnis des Forums erstrebenswert erschien. In der offenkundigen Absicht, ein solches Abschlußpapier zu verhindern, formulierte kanadischer DL (gegen meine wiederholt mit Nachdruck vorgebrachten Einwände, worin ich jedoch von keiner Seite Unterstützung fand) Ansprüche hieran, von denen sicher war, daß Rumänien sie nicht akzeptieren werde (insbesondere: Bestätigung der Verpflichtungen aus allen KSZE-Dokumenten). Als Rumänien daraufhin am vorletzten Konferenztag erklärte, hinsichtlich jeglicher Substanzaussage im Abschlußpapier 48 Stunden zum Einholen einer Weisung zu benötigen, war klar, daß mehr als das eingangs erwähnte Chairman's Statement nicht zu erreichen war. Dies sollte gleichwohl nicht als Mißerfolg des Forums ausgelegt werden. So überwog denn auch fast einhellig die positive Wertung in den Schlußerklärungen der DL.

4) Das Forum hat eine Vielzahl weiterführender Vorschläge erbracht, von denen ein wesentlicher Teil von den Journalisten selbst erarbeitet wurde und die ein „Steinbruch“ für das nächste KSZE-Folgetreffen in Helsinki sein werden. Wir sollten prüfen, ob und in welcher Weise wir die Verwirklichung einiger dieser Vorschläge in der Zeit bis Helsinki fördern können. Es ist anzunehmen, daß einige WP-Staaten, insbesondere SU, Vorschläge auch ihrerseits bereits vor Helsinki uns und anderen gegenüber aufnehmen werden. Eine Reihe hier in London artikulierter konkreter Kritikpunkte läßt zudem erwarten, daß die Informationsfreiheit als Menschenrecht auch Gegenstand des ersten Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension (Paris, Juni 1989) werden wird.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 158484

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1009 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

138

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hofstetter

VS-NfD

13. Mai 1989

Von BM noch nicht gebilligt

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Secretary of State Baker am 12. Mai 1989 in Brüssel

Über das Gespräch, das er im Anschluß an die NATO-Ratssitzung vom 12. Mai 1989¹ mit Secretary of State Baker führte, teilte Bundesminister LMB² und Dg20³ folgendes mit:

Baker habe an das Gespräch in Wien⁴ erinnert, in dem BM ihm gesagt habe, man solle die Bundesregierung in der Modernisierungsfrage nicht unter Druck setzen. Er habe sich diese Auffassung zu eigen gemacht und Präsident Bush davon überzeugt. Auf amerikanischer Seite sei man dann überrascht gewesen, daß die deutsche Seite die Forderung nach Verhandlungen gestellt habe.

Als er, BM, darauf hingewiesen habe, daß die Frage der SNF-Verhandlungen mindestens seit Reykjavik (1987)⁵ auf dem Tisch liege, habe Baker erwidert, daß die USA ein anderes Verständnis von der Reykjavik-Formel hätten.

Baker: Zwar sei die Auffassung des BM bekannt gewesen, aber die Eindrücke, die andere vermittelt hätten, seien andere gewesen.

Die USA seien einverstanden, jetzt keine Entscheidung über die Modernisierung zu treffen. SNF-Verhandlungen könnten jedoch nur ins Auge gefaßt werden, wenn eine gewisse Verbindung zu Ergebnissen in den Wiener Verhandlungen⁶ hergestellt werde. Vor solchen Ergebnissen könne es keine Verhandlungen geben. Außerdem müsse eine dritte Null-Lösung ausgeschlossen werden.

Er, BM, habe Baker auf den Passus „under existing circumstances“ und auf Ziffer 5 der Erklärung der Bundesregierung⁷ hingewiesen und gefragt, ob Baker davon überzeugt sei, daß man „forever“ landgestützte SNF-Raketen brauche. Wenn man vor vier Jahren darüber zu entscheiden gehabt hätte, hätten viele behauptet, daß LRINF unverzichtbar seien.

Baker habe erklärt, für den Präsidenten gehe es hier auch um eine Frage des Prestiges. Auch sei nicht sicher, ob Großbritannien überzeugt werden könne.

Hofstetter

Referat 010, Bd. 178931

¹ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 136.

² Leiter des Ministerbüros war Frank Elbe.

³ Rolf Hofstetter.

⁴ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Baker trafen am 6. März 1989 zusammen.

⁵ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁶ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

⁷ Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag am 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10302.

139

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
französischen Ministerpräsidenten Rocard in Paris**18. Mai 1989¹

Gespräch des Bundesministers mit dem französischen Premierminister Rocard am 18. Mai 1989²

Im Gespräch des Bundesministers mit dem französischen Ministerpräsidenten Rocard am 18.5.1989 wurden folgende Themen behandelt: Währungsunion, Umweltschutz, Abrüstungsfragen.

1) Währungsunion

Der *Bundesminister* führte aus, daß die Arbeiten für einen Vertrag aufgenommen werden sollten. Großbritannien werde folgen, wenn sich der Zug in Bewegung setze.

Der *Premierminister* erwiderte, er hoffe das. Uns sei die Konzession der Unabhängigkeit der Zentralbank gemacht worden.

Der *Bundesminister* erwiderte, der Delors-Bericht³ und die Tatsache, daß in ihm die Unabhängigkeit der Zentralbank stipuliert werde, seien bei uns sehr gut aufgenommen worden.

2) Umweltschutz

Der *Ministerpräsident* sprach die Frage der Umweltverschmutzung durch Autoabgase an. Man müsse zwei Standards unterscheiden, den der Gasemissionen (Stickstoffoxyd) und den Metallstaub. Katalysatoren verminderten die Leistung der Fahrzeuge, und es komme ohne Katalysatoren zu etwa 10 v.H. mehr Stickstoffoxydemissionen. Frankreich sei nicht bereit, Lösungen zuzustimmen, die keinen wirklichen Vorteil brächten. Er betone in diesem Zusammenhang, daß er der erste Umweltschutz-Premierminister Frankreichs sei.

Der *Bundesminister* erinnerte daran, daß er der erste Umweltschutz-Innenminister der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei. *Rocard* erklärte, die Fortschritte, die zu einem sauberen Motor führen sollten, seien verhältnismäßig fortgeschritten. Er habe in Den Haag⁴ einen entsprechenden Appell an die Staaten gerichtet. Der Forschungsstand erlaube noch keine klaren Vorhersagen, aber in zwei Jahren, denke er, lasse sich „der amerikanische 25-Standard“ erreichen. Es wäre doch töricht, die weniger gefährlichen Stoffe zu absorbieren und dafür die gefährlicheren ansteigen zu lassen. Wir müßten auch sehen, daß hohe Geschwindigkeiten der Kraftfahrzeuge mehr Abgase erzeugten.

Der *Bundesminister* erwiderte, er sei mit diesen technischen Problemen nicht vertraut genug. Er werde sie aber sogleich nach Rückkehr besprechen und dem

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Pfeffer, Paris, mit Drahtbericht Nr. 1228 vom 19. Mai 1989 und dem Hinweis „nur für Bundesminister“ übermittelt.

Hat Bundesminister Genscher am 20. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Frankreich vgl. auch Dok. 142.

³ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁴ Zur Umweltkonferenz am 11./12. März 1989 vgl. Dok. 40, Anm. 38.

Premierminister schnell eine Auskunft zugehen lassen. Er habe dessen Ausführungen mit Ernst angehört.

Der Bundesminister fuhr fort, er habe den Eindruck, daß in Frankreich der Umweltschutz eine immer größere Rolle spiele.

Der *Premierminister* bestätigte dies. In der Vergangenheit habe die Kommunistische Partei in dieser Frage besonders gedrängt. Jetzt sei die Rolle der Kommunisten sehr viel schwächer geworden, dafür nähmen sich andere der Frage an, vor allem auch er selbst. Rocard erwähnte, daß Frankreich seine Antarktis-initiativen fortsetzen werde.

3) Abrüstungsfragen

Der *Bundesminister* erklärte, die Wiener Verhandlungen⁵ gingen gut voran. Die letzten sowjetischen Vorschläge⁶ bestätigten, daß wir die Lage richtig eingeschätzt hätten. Die Russen hätten mehr oder weniger unsere Vorschläge in bezug auf Panzer und Artillerie angenommen, wenn sie auch für die Artillerie noch einen zu hohen Plafond ansetzten. Wir müßten an unseren Vorschlägen festhalten. Die Russen seien interessiert daran, ihre Verteidigungsausgaben herunterzudrücken. Dies sei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Produktionskapazität. Rocard fügte hinzu, es sei auch eine Frage der schnellen Anpassungsfähigkeit, die den Sowjets mangle. So riskierten sie, daß die technologische Lücke gegenüber dem Westen sich immer mehr vergrößere.

Der *Bundesminister* bemerkte, daß er bei den Wiener Verhandlungen einen baldigen Erfolg erwarte. Auf die Frage Rocard, ob er an Zeiträume von Monaten denke, erklärte der *Minister*, einen Erfolg in ein, zwei oder drei Jahren halte er für vorstellbar.

Der *Premierminister* erwiderte, er stimme zu, wolle aber auch bemerken, daß wir ihm Sorge gemacht hätten. Es sei riskant, die SNF-Frage im gleichen Rhythmus wie die konventionelle Abrüstung vorwärtsbringen zu wollen.

Der *Bundesminister* unterstrich, Frankreich und Deutschland hätten in Halifax⁷ die übrigen Mitglieder der Allianz davon überzeugt, daß man mit der konventionellen Abrüstung beginnen müsse. Frankreich und Deutschland seien in diesem Bereiche mehr berührt als die übrigen. Deutschland trage die Hauptbürde der konventionellen Bewaffnung. Das zweite Problem seien die SNF. Im Jahre 1991 würden nur noch zwei Länder landgestützte Raketen auf ihrem Boden haben, nämlich Frankreich und Deutschland. Die Sowjetunion habe mit 1300 Waffen (-Systemen) einen gewaltigen Überhang. In Reykjavik sei beschlossen worden, die sowjetischen Systeme herunter zu verhandeln.⁸ Was die Probleme mit unseren Freunden angehe, so lasse sich eine Formel finden, etwa, daß Verhandlungen über „SNF“ in Verbindung mit den Verhandlungen über konventionelle und

⁵ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

⁶ Zu den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, während des Besuchs des amerikanischen Außenministers Baker am 10./11. Mai 1989 unterbreiteten Abrüstungsvorschlägen vgl. Dok. 136.

⁷ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

⁸ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

chemische Waffen aufgenommen werden sollten. Wir würden den Amerikanern entsprechende Vorschläge machen. Es komme auf den „time table“ an.

Der *Premierminister* erklärte, er sei überzeugt davon, daß Gorbatschow „nach unten gehen“ wolle. Die Frage sei, welche der beiden Seiten am besten Gebrauch mache von den „margins“ (wohl: Verhandlungsspielräumen). Die Meinungsbildung im Westen sei jedenfalls schwierig.

Der *Bundesminister* erwiderte, wichtig sei, daß wir zu vereinbarter Abrüstung gelangten. Nur sie garantiere die Verifikation, nur sie sei bindend für Nachfolger.

Der *Premierminister* stimmte zu.

Der *Bundesminister* erklärte, er habe eine große Sorge:

In den USA und in Großbritannien spreche man⁹ über uns in einer Weise, die unsere Würde berühre. Er erhalte viele Briefe aus der deutschen Bevölkerung, die darüber Klage führten. Hier liege eine große Chance für den französischen Präsidenten, in unserer Bevölkerung sich ein besonderes Vertrauenskapital zu verschaffen, wenn er z. B. in seiner heutigen Pressekonferenz erkläre, daß Frankreich der Bundesrepublik Deutschland traue.¹⁰

Der *Premierminister* erwiderte, wir hätten Meinungsdiskrepanzen, aber sie seien doch oft mehr technischer Natur.¹¹

Referat 010, Bd. 178931

140

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

18. Mai 1989¹

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Helmut,

für Dein Schreiben vom 10. Mai 1989 zu den offenen Berlin-Fragen im deutsch-sowjetischen Verhältnis² danke ich sehr.

Ich stimme mit Dir voll überein und habe diese Auffassung stets vertreten, daß der Ausbau unserer Beziehungen zur Sowjetunion Berlin (West) in befriedigender Weise einbeziehen muß. Deine Ansicht, daß es sich hier um eine Grundsatz-

⁹ Der Passus „In den ... spreche man“ ging auf Streichungen und handschriftliche Änderungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „Die USA und Großbritannien sprächen“.

¹⁰ Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Mai/Juni), S. 24–38.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Der Bundesminister entgegnete, nach seiner Meinung hätten wir in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Die Meinungsverschiedenheiten bestünden mit Washington und London. Die Anglo-Amerikaner sähen es allerdings gerne, wenn wir Meinungsverschiedenheiten hätten.“

¹ Ablichtung.

² Für das Schreiben vgl. Dok. 129.

frage handelt, bei der wir keinen Spielraum haben und bei der wir auch keine Konzessionen machen werden, wird von mir uneingeschränkt geteilt.

Ich habe dementsprechend in meinen Gesprächen mit Außenminister Schewardnadse am 12. und 13. Mai 1989 die Berlin-Problematik noch einmal, anknüpfend an ein früheres Gespräch mit ihm, grundsätzlich und mit großem Ernst erörtert und sehr eingehend über alle anstehenden Probleme gesprochen. Als Ergebnis kann ich Dir mitteilen, daß es uns gelungen ist, die noch bestehenden Schwierigkeiten bei dem Abkommen über Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften³ und dem Abkommen über Zusammenarbeit bei der Rauschmittelbekämpfung⁴ auszuräumen. In der Gemeinsamen Erklärung ist die sowjetische Seite nunmehr bereit, die von uns vorgeschlagene Formel zur Einbeziehung von Berlin (West) zu akzeptieren.⁵ Bereits im Vorfeld des Besuchs konnte dank unserer Standfestigkeit bei der Wiederaufbauhilfe für Armenien eine Berlin-Klausel durchgesetzt werden⁶, die voll unserem Rechtsstandpunkt entspricht.

Ich habe Ministerialdirektor Dr. Kastrup beauftragt, in Kürze nach Moskau zu reisen, um auf der Grundlage meiner Erörterungen mit Außenminister Schewardnadse in Gesprächen mit dem sowjetischen Außenministerium unsere Bemühungen fortzusetzen, praktische und vernünftige Regelungen für die noch offenen Fragen zu finden.⁷

Mit freundlichen Grüßen
gez. Genscher

Referat 010, Bd. 178924

³ Zur geplanten Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung von Fach- und Führungskräften vgl. Dok. 129, Anm. 9.

Im Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 13. Mai 1989 stellten Botschafter Meyer-Landrut, z. Z. Bonn, und Ministerialdirektor Kastrup klar, „daß wir nach dem Muster der im Juli 1986 vereinbarten sog. personenbezogenen Lösung verfahren“. Genscher appellierte an Schewardnadse, „sowjetische Seite möge die 1986 geregelte Problematik nicht wieder zur Diskussion stellen“. Schließlich wurde „einerseits festgestellt, daß das Abkommen, soweit Berlin betroffen sei, keine Probleme mehr enthalte“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

⁴ In dem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 13. Mai 1989 betonte Bundesminister Genscher, daß im Zusammenhang mit dem geplanten Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Rauschgiftbekämpfung „die Berliner Polizei den Bundesbehörden in keiner Weise unterstellt sei und die Tätigkeit im Rahmen des Abkommens in dieser Richtung auch nicht wirken könne“. Die sowjetische Seite erläuterte, die UdSSR werde bei Unterzeichnung eine Erklärung abgeben, wonach das Abkommen nicht den Status von Berlin (West) berühre: „BM erklärte daraufhin, die deutsche Seite werde dann dazu in einer eigenen Erklärung auf die Frank-Falin-Klausel (Art. 7) verweisen. Hierüber wurde grundsätzliches Einverständnis hergestellt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

⁵ Die im Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 13. Mai 1989 vereinbarte Formulierung lautete: „Berlin (West) nimmt an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 teil.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

⁶ Zur Hilfe der Bundesrepublik nach dem Erdbeben in Armenien vgl. Dok. 129, Anm. 10. Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten am 13. Mai 1989 ein Protokoll über die Hilfe für Armenien. Zu dessen Durchführung wurde am 23. Oktober 1989 von Staatssekretär Lautenschlager und dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij eine Vereinbarung über den Aufbau des Prothetikzentrums in Eriwan unterzeichnet. Für den Wortlaut beider Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 23–26.

⁷ Ministerialdirektor Kastrup führte am 1./2. Juni 1989 Gespräche im sowjetischen Außenministerium. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte dazu am 4. Juni 1989 mit: „Die Konsultationen endeten mit vollem Einverständnis über den Entwurf der für den bevorstehenden Gorbatschow-Besuch vor-

141

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel

341-320.10 CHN

18. Mai 1989

Über Herrn Dg34¹, Herrn D3 i. V.² Herrn Staatssekretär³Betr.: Innenpolitische Lage in China;
hier: Demonstrationen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Mindestens seit der Großdemonstration vom 17. Mai, an der über 1 Million Einwohner Pekings teilnahmen, ist China in eine innenpolitische Krise geraten, deren Ausgang offen ist. Es besteht eine vorrevolutionäre⁴ Situation: Die Demonstranten spüren, daß es im Augenblick keinen Gegendruck der Führung der KP Chinas gibt. Sie nutzen den gewonnenen Spielraum, um ihre Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Abschaffung der Korruption mit noch größerem Nachdruck zu vertreten. Durch den Hungerstreik mehrerer tausend Studenten im Mittelpunkt der Hauptstadt und nahe dem Zentrum der Macht haben sie die Situation effektiv emotionalisiert und dramatisiert. Sie fordern offen den Rücktritt Ministerpräsident Li Pengs, den sie für einen Bremser der Reformpolitik halten, und von Deng Xiaoping, der die in ihn gesetzten Erwartungen nach einer durchgreifenden Reform nicht erfüllt hat. Gewiß wird es bald personelle Veränderungen geben; ein Rücktritt Dengs von den ihm verbliebenen Positionen (Vorsitzender der Militärkommissionen der Partei und des Staates) ist nicht mehr auszuschließen.

2) Daß die Demonstrationen während des Besuchs Generalsekretärs Gorbatschow in China⁵ zu einer innenpolitischen Krise eskalierten, hat die chinesische Füh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 634

gesehenen ‚Gemeinsamen Erklärung‘ mit Ausnahme der Frage der Übersetzung unseres Staatsnamens ins Russische (Nominativ/Genitiv).“ Eine erneute Diskussion der Berlin-Fragen habe zwar „keine sowjetische Bewegung in der Substanz“ ergeben: „Die sowjetische Argumentation war jedoch bemerkenswert defensiv, offensichtlich weil das Gespräch auf Ministerebene beim kürzlichen Besuch Schewardnadses in Bonn der sowjetischen Seite die politische Dimension des Festhaltens an alten Positionen in einem veränderten Umfeld bewußt gemacht hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2122; Referat 213, Bd. 147141.

¹ Hat Ministerialdirigent Zeller am 19. Mai 1989 vorgelegen.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 19. Mai 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdtts am 6. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 7. Juni 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Zeller hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies würde ich so nicht sagen. Die Ablösung Dengs ist keine Revolution. Ein Fortgang der Reformen auch nicht.“

⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

rung außenpolitisch, vor allem aber innenpolitisch, viel Gesicht verlieren lassen. Deng Xiaoping war es durch den Aufbau der „drei Hindernisse“⁶ für die Normalisierung der Beziehungen zunächst gelungen, die Sowjetunion in eine Demandeur-Position zu manövrieren und Gorbatschow zuerst ins „Reich der Mitte“ kommen zu lassen. Dieser Positionsgewinn ist durch den Gesichtsverlust weit überkompensiert worden. Der diplomatische Erfolg ist für Deng von persönlicher Tragik überschattet.

Bisher konnte die chinesische Führung sicher sein, daß die von Gorbatschow in westlichen Ländern so erfolgreich eingesetzten Public Relations in China nicht wirken würden. Jetzt sieht es so aus, als ob es Gorbatschow gelungen wäre, dieses Instrument auch in China wirkungsvoll einzusetzen.

Jedenfalls haben die Studenten, nachdem sie den Tod Hu Yaobangs⁷ und die historische Erinnerung an den 4. Mai 1919 erfolgreich benutzt hatten, die Gipfelbegegnung für ihre Ziele „umfunktioniert“.

3) Seit einigen Tagen steht fest, daß sich die Kundgebungen nicht wie 1986/87 auf Studenten beschränken, sondern daß sich ihnen weite Bevölkerungskreise anschließen. Zuerst kamen Journalisten, dann Beamte verschiedener Ministerien und öffentlicher Behörden. Noch nicht genügend verifiziert ist die Teilnahme von Angehörigen der Streitkräfte. Dies wäre von großer Bedeutung, da die Volksbefreiungsarmee seit der Kulturrevolution Schiedsrichter der chinesischen Innenpolitik ist. Es gibt Gerüchte, wonach Angehörige der Sicherheitskräfte geäußert haben, sie würden Befehle zum Eingreifen gegen Demonstranten nicht befolgen.

Unter den Kundgebungsteilnehmern soll es bereits Bauern und Taxifahrer geben, also Vertreter von Berufsgruppen, die bisher am meisten von der Reformpolitik profitierten.

4) Für die Kommunistische Partei Chinas ist die Machtfrage gestellt. Die Antwort auf die Frage Lenins: „Wer wen?“ ist nicht mehr so klar zu beantworten wie noch vor einem Monat. Die bisherige Sprachlosigkeit der Führung zeigt, daß sie sich nicht einig ist. Die „harte Linie“ Dengs konnte nicht durchgesetzt werden, aber auch die entschiedenen Reformer wie Zhao Ziyang haben seit der Unterbrechung der Reformpolitik im Herbst 1988 noch nicht wieder die Oberhand gewinnen können.

Die Parteiführung erkennt jetzt die patriotischen Motive und das politische Engagement der Demonstranten an und erklärt ihre Bereitschaft zum Dialog. GS Zhao und MP Li Peng besuchten gemeinsam hungerstreikende Studenten in den Krankenhäusern. Damit demonstrierten sie – jedenfalls nach außen hin – Geschlossenheit.

5) Wie es weitergehen wird, ist angesichts der teilweise revolutionären Stimmung in Peking und anderen chinesischen Städten schwer zu sagen. Deng Xiaoping ist jedenfalls gesundheitlich und politisch schwer angeschlagen und wird in nicht allzu ferner Zukunft die politische Bühne verlassen. Gegenwärtig ist durchaus denkbar, daß GS Zhao den Impetus der Demonstrationen benutzen wird, um die Hürden wieder zu beseitigen, die im letzten Herbst von den

⁶ Zu den von der Volksrepublik China formulierten „drei Hindernissen“ vgl. Dok. 80, Anm. 12.

⁷ Der ehemalige Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, verstarb am 15. April 1989. Zu den Demonstrationen anläßlich seiner Beisetzung am 22. April 1989 vgl. Dok. 114.

gemäßigten Reformern um Li Peng und Yao Yilin aufgerichtet worden waren. Vielleicht gelingt Zhao auch, die Technik ostasiatischer Kampfsportarten zu verwenden, das Gewaltmoment des Gegners zu benutzen, um ihn damit zu schlagen: Er könnte durch entschiedene Reformmaßnahmen die KP Chinas wieder an die Spitze des Fortschritts stellen, wie es ursprünglich auch die Intention Deng Xiaopings gewesen war.⁸

Die Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg wird auf wirtschaftspolitischem Gebiet fallen. Daran, daß Zhao intellektuell in der Lage ist, die Konsequenzen wirtschaftspolitischer Entscheidung zu beurteilen, besteht kein Zweifel; ob er freilich politisch dazu in der Lage sein wird, bleibt abzuwarten.

Scheel

Referat 341, Bd. 161811

142

Botschafter Pfeffer, Paris, an Bundesminister Genscher

Fernschreiben Nr. 1216
Citissime nachts

Aufgabe: 19. Mai 1989, 13.38 Uhr¹
Ankunft: 19. Mai 1989, 13.59 Uhr

Nur für Bundesminister

Betr.: Gespräch des französischen Staatspräsidenten mit dem Bundesminister vom 18. Mai 1989²

Am 18. Mai 1989 hat der Präsident der Republik den Herrn Bundesminister zu einem Gespräch empfangen.

Der Bundesminister legte zunächst den Akzent auf die Währungsunion und die deutsche Bereitschaft, auf der Basis des Delors-Berichts³ voranzugehen. Wir akzeptierten dessen Finalität. Auf diesem Gebiet werde sich der eigentliche dynamische Prozeß in Europa vollziehen.

Mitterrand betonte, man müsse im sozialen Raum Fortschritte machen und dürfe nicht zulassen, daß Großbritannien die Sozialpolitik bestimme, so wie man sich auch von Großbritannien nicht auf dem Wege zur Währungsunion aufhalten lassen dürfe. Großbritannien würde, wie in der Vergangenheit, nachgeben, wenn mindestens zehn der zwölf Staaten einig seien.

Auf die Frage Mitterrands nach den Vorbereitungen für den NATO-Gipfel⁴ erklärte der Bundesminister, daß die Bundesregierung ihre Position ausgebaut

⁸ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Zeller handschriftlich: „Es kann auch genau anders herum kommen.“

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 19. Mai 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Frankreich vgl. auch Dok. 139.

³ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

habe, daß der Bundesminister der Verteidigung am 18. Mai in Washington sei und daß in einem Gespräch zwischen Bundeskanzler, Bundesminister und Verteidigungsminister die Instruktionen für die deutsche Expertendelegation festgelegt werden würden, die am 22. Mai mit amerikanischen Experten in Washington konsultieren werde.

Mein ausführlicher Gesprächsvermerk folgt als Anlage.

[gez.] Pfeffer

Anlage folgt

Anlage

Aus dem Gespräch Staatspräsident Mitterrand – Bundesminister Genscher am 18.5.1989 ist folgendes festzuhalten:

Der Bundesminister dankte dem Präsidenten zunächst für seine Ausführungen zu den deutsch-französischen Beziehungen und zu Abrüstungsfragen in dessen Pressekonferenz vom gleichen Tage.⁵ Die Ausführungen Mitterrands seien sehr eindrucksvoll gewesen.

Mitterrand äußerte seine Freude darüber, den Bundesminister wiederzusehen. Es sei nicht ganz leicht gewesen, diesen Termin festzusetzen. Die Pressekonferenz sei zunächst nicht für heute angesetzt gewesen. Er habe sich dann kurzfristig zu diesem Datum entschließen müssen, weil es der einzig mögliche Zeitpunkt vor seiner Reise nach Kanada und in die USA⁶ gewesen sei. So treffe es sich aber sehr gut, daß er vor dieser Reise mit dem deutschen Außenminister sprechen könne.

Der Bundesminister erklärte, wir müßten nach vorn sehen. Was könnten wir Entscheidendes für Europa tun? Der Präsident habe heute in der Pressekonferenz die Währungsunion angesprochen. Wir hätten die gleiche Position. Über das Problem habe heute ein Ministergespräch mit dem Bundeskanzler stattgefunden.⁷ Wir akzeptierten den Delors-Bericht in allen seinen drei Etappen und in seiner Finalität. Auf dieser Grundlage müsse man nun arbeiten. Wir bejahten auch eine Regierungskonferenz, in der ein Vertrag vorbereitet werden solle. Fortschritte auf diesem Gebiet würden Europa zum Guten hin verändern. Diese Fortschritte beträfen nicht nur die Zwölf. Hier spiele sich der wirklich dynamische Prozeß in Europa ab. Diese Entwicklung werde auch den Osten beeindrucken. Dies sei ein wirklich großes Thema verglichen mit den kleinen Themen, die in den letzten Wochen in der Presse eine Rolle gespielt hätten.

⁵ Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Mai/Juni), S. 24–38.

⁶ Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Kanada am 19./20. Mai 1989 sowie die USA am 20./21. Mai 1989. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush vgl. Dok. 146.

⁷ Zum Gespräch der Bundesminister Genscher, Haussmann, Seitzers und Waigel sowie des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, bei Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1989 notierte das Ministerbüro am folgenden Tag: „Finanzminister rezeptiv zu Delors-Bericht: gegen eine Regierungskonferenz. AA: Diese Haltung ist völlig inakzeptabel. Wir müssen uns entsprechend unserer bisherigen Haltung, dies ist auch im Interesse des deutsch-französischen Verhältnisses unverzichtbar, verhalten: 1) Finalität der drei Stufen, damit wird gemeinsames Währungssystem und Zentralbank bestätigt; 2) für Regierungsverhandlungen, wobei selbstverständlich erste Stufe schnellstmöglich verwirklicht werden muß.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860. Zum Ministergespräch vgl. auch Dok. 135, Anm. 21.

Mitterrand erklärte, es gebe, was die Währungsunion angehe, Bremser. Hauptbremser sei Großbritannien. Wenn man in keiner Weise auf seine Souveränität verzichten wolle, dann könne es keinen Fortschritt geben. Deutschland sei auch schwierig, wenn es an finanzielle Fragen gehe. Er müsse zugeben, daß jedes Land versuche, seine wirtschaftlichen Erfolge zu halten. Aber auf dem Steuergebiet müsse man Lösungen finden. Er wolle nicht unbedingt jetzt von Prozentzahlen der Quellensteuer reden. Aber wir dürften nicht zulassen, daß Luxemburg und andere Länder unser ganzes Kapital an sich zögen.

Wir dürften auch nicht zulassen, daß Großbritannien die Sozialpolitik der Gemeinschaft bestimme. In Frankreich gebe es Millionen von armen Menschen und sehr viele Arbeitslose. Auch in den USA gebe es viele Arme, die kaum etwas zu beißen hätten. Er werde Frankreich nicht in diese Lage bringen. Wir brauchten in Europa eine Minimum-Grenze an sozialer Leistung. Hier müsse Deutschland zu positiven Lösungen beitragen. Auf diesem Gebiet seien die Deutschen nicht immer einfach. Oft werde mit dem Argument der Zentralbank, dann wieder mit dem der Länder gearbeitet. So sei nicht voranzukommen.

Der Bundesminister erwiderte, er könne es sich leichtmachen, in dem er darauf hinwies, daß der große Einfluß unserer Länder auf die französische Nachkriegspolitik zurückgehe, aber das wolle er nicht tun. Er wolle vielmehr noch einmal wiederholen, daß wir den Delors-Bericht akzeptierten, gerade auch in seiner Finalität. Er denke oft an Mailand.⁸ Damals sei man in einer ähnlichen Lage gewesen. Schließlich hätten alle mitgemacht, einige unter Protesten.

Was der Staatspräsident zu der sozialen Dimension gesagt habe, teile er völlig. Die erste deutsche Demokratie sei am sozialen Problem gescheitert. Von der sozialen Stabilität hänge die politische ab. Europa müsse sich darstellen als eine Gemeinschaft des Fortschritts. Wenn breite Schichten den Binnenmarkt und die Währungsunion als einen Abstieg im sozialen Bereich empfänden, wäre dies das Ende des Einigungsprozesses. Wir hätten keine Probleme mit der sozialen Dimension. Natürlich könnten einzelne Probleme in der Ausgestaltung auftauchen, z. B. in der Mitbestimmungsfrage.

Mitterrand meinte hierauf, natürlich seien die sozialen Entwicklungen historisch unterschiedlich verlaufen und gebe es entsprechende Unterschiede, aber wir müßten in die gleiche Richtung gehen. Hier werde es große Schwierigkeiten mit Großbritannien geben. Der Minister habe vollkommen recht, an Mailand zu erinnern. Nur wenn mindestens zehn der zwölf Staaten sich geeinigt hätten, wie z. B. auch in Hannover⁹, und sich Großbritannien isoliert sehe, schwenke es ein. Deshalb komme der deutsch-französischen Zusammenarbeit so große Bedeutung zu. In Fontainebleau¹⁰, in Luxemburg¹¹ sei es auch so gewesen. Manchmal gingen zunächst die Dänen und Niederländer mit den Briten, aber wenn sie sich dann den übrigen anschlossen, dann gebe auch Großbritannien auf. Er rechne in einigen Tagen wieder mit einer Krise (in Madrid¹²). Wir müßten unsere Hoffnungen wohl herunterschrauben. Spanien wolle offenbar eine Konfrontation

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 191.

¹⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

¹¹ In Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 eine Tagung des Europäischen Rats statt.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

mit Großbritannien wegen des Sozialraums¹³ vermeiden. Er selbst sei bereit, eine solche Konfrontation während der französischen Präsidentschaft¹⁴ auf sich zu nehmen.

Auf die Bemerkung des Bundesministers, daß wir dann diese Fragen beherzt beim ersten Europäischen Rat während der französischen Präsidentschaft¹⁵ angehen müßten, betonte Mitterrand, wir müßten dies alles gut vorbereiten.

Der Präsident erkundigte sich sodann nach unseren Vorbereitungen für den NATO-Gipfel in Brüssel.

Der Bundesminister erklärte, daß die Bundesregierung inzwischen ihre Position ausgebaut habe. Verteidigungsminister Stoltenberg sei heute in Washington. In einem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Bundesminister und mit Bundesminister Stoltenberg würden die Weisungen festgelegt werden für deutsch-amerikanische Expertengespräche, die am 22. Mai in Washington stattfinden würden.

Ende der Anlage

Referat 010, Bd. 178931

143

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem belgischen Ministerpräsidenten Martens in Aachen

21. Mai 1989¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem belgischen Ministerpräsidenten Martens am Sonntag, dem 21. Mai 1989, in Aachen

Weitere Anwesende auf belgischer Seite: Herr Grauls.

Auf deutscher Seite: MDg Dr. Neuer, Dolmetscher: Herr Zimmermann.

Nach der Begrüßung erkundigt sich der *Bundeskanzler* nach der innenpolitischen Situation in den Niederlanden.²

¹³ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

¹⁴ Frankreich übernahm am 1. Juli 1989 für sechs Monate die EG-Ratspräsidentschaft.

¹⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Mai 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 26. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, verfügte.

Hat Bitterlich vorgelegen.

² Die niederländische Regierung trat am 3. Mai 1989 zurück.

MP *Martens* führt aus, er glaube, die liberale Partei in den Niederlanden habe sich in eine schwierige Situation gebracht. Sie habe die Krise provoziert, weil sie durch die Dominanz von Lubbers irritiert gewesen sei. Er wolle als Beispiel hier die Umweltfragen nennen. Die Wahlen fänden am 6. September statt. Der Ausgang sei nicht sicher. Die christlich-demokratischen Freunde hätten sich dafür entschieden, der Umweltfrage großes Gewicht beizumessen. Es sei nun abzuwarten, wie die Wahlen ausgingen.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, er habe sich über die Äußerung Lubbers, daß er sich vorstellen könne, Minister in einer sozialistisch geführten Regierung zu sein, gewundert.

MP *Martens* weist auf die Persönlichkeit von Wim Kok³, des sozialistischen Gewerkschaftsführers, hin. Er könne sich aber selbst dann, wenn die Partei von Lubbers an den Wahlen nur an zweiter Stelle liege, nicht vorstellen, daß Wim Kok die Verantwortung als Ministerpräsident übernehmen wolle. Auch in diesem Fall werde daher wohl Lubbers Ministerpräsident sein.

Der *Bundeskanzler* berichtet über den Stand der Verhandlungen betreffend die Vorbereitungen des NATO-Gipfels⁴/SNF. Er teilt mit, daß Herr Teltschik heute nach Washington reisen werde, um dort weiterzusprechen. Die Verhandlungen verliefen schwierig, würden aber im guten Geist geführt. Am Freitag früh⁵ habe BM Stoltenberg mit AM Baker gesprochen: Man sei sich ein gutes Stück nähergekommen. Die Frage konzentriere sich jetzt auf einen Punkt des Gesamtproblems. Er vermute, daß Bush fast täglich mit PM Frau Thatcher telefoniert habe, die eine total intransigente Haltung einnehme. Sie glaube, sie bestimme jetzt die Richtung in Europa und in der NATO. Im wesentlichen gebe es drei Punkte, die Schwierigkeiten bereiteten. Es scheine, die USA hielten jetzt nicht mehr daran fest, daß im Kommuniqué des NATO-Gipfels die Erprobung der Lance ausdrücklich begrüßt werde. Er habe den Eindruck, diese Frage sei für die Amerikaner nicht mehr ganz wichtig. Etwas Derartiges wie die Begrüßung der Entwicklung oder Erprobung von neuen oder zu modernisierenden Waffen in einem NATO-Kommuniqué habe es auch noch nie gegeben.

MP *Martens* wirft ein, er habe im belgischen Parlament gesagt, was die Forschung und Entwicklung bei Waffen angehe, sei ausschließlich Sache der Vereinigten Staaten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, der zweite schwierige Punkt sei der Beschluß über die Stationierung der modernisierten Lance, der 1992⁶ gefaßt werden solle. Dies sei immer seine Meinung gewesen. 1992 bedeute hierbei in Wahrheit Dezember 1991, da dann die entscheidende Sitzung der NATO-Gremien stattfinde. Dies hätten die Amerikaner akzeptiert. Auch Präsident Mitterrand habe dies hervorgehoben. In dem dritten Punkt hätten wir eine harte Position.

Wenn man – wofür wir absolut seien – bei START reduziere und für den gänzlichen Verzicht auf chemische Waffen sei, blieben außer den konventionellen Waffen, über die man ja auch spreche, nur die Raketen mit einer Reichweite

³ Durchgehend korrigiert aus: „Wincook“.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ 19. Mai 1989.

⁶ Korrigiert aus: „1996“.

von 0 bis 500km übrig. Wir seien elementar daran interessiert, daß in der konventionellen Abrüstung etwas geschehe, insbesondere was die Panzer und die Truppenstärken angehe. Bisher habe Gorbatschow nur Vorteile von der Abrüstung gehabt; insbesondere von der Abschaffung der Pershing II, die imstande gewesen sei, sowjetisches Territorium zu erreichen. Jetzt müsse er eine konkrete Leistung erbringen. Deshalb sei unser Wunsch, in Wien⁷ schnell voranzukommen mit dem Ziel, die Invasionsfähigkeit der Sowjetunion abzubauen. In irgendeiner Form müsse in dem NATO-Kommuniqué auch erwähnt werden, daß Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen stattfinden sollten. Für uns sei es inakzeptabel, dies nicht zu erwähnen. Die Formulierung sei noch offen; sie müsse gefunden werden. Man könne z.B. daran denken zu sagen, daß wir nachdrücklich Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung fordern und im Hinblick auf Fortschritte beim Abbau dieser Waffen Verhandlungen über die Reduzierung von nuklearen Kurzstreckenwaffen mit dem Ziel aufnehmen, gemeinsame Obergrenzen festzusetzen. Er sei gegen eine dritte Null-Lösung. Die SPD und die Grünen seien dafür. Nicht alle sagten ihre Meinung offen und ausdrücklich. Im Ergebnis würde eine dritte Null-Lösung die Denuklearisierung Europas bedeuten. Falls die Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 0 bis 500km beseitigt würden, wären die französischen und die britischen Raketen nicht mehr zu halten. Er habe den Eindruck, daß es zu einer scharfen Kontroverse darüber kommen könne, ob man überhaupt Verhandlungen bezüglich der SNF in dem Kommuniqué erwähne. Er könne nicht akzeptieren, daß das NATO-Kommuniqué sich hierzu nicht äußere. Die Bundesrepublik Deutschland sei bei den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen am meisten engagiert. Sie stelle die stärkste Armee und habe die stärkste Belastung durch die starken Truppenverbände, die bei uns stationiert seien. Er stehe außerdem gegen eine massive Propagandawand. Er sei entschlossen, diese Sache durchzustehen und werde die Wahlen⁸ wieder gewinnen. Margaret Thatcher habe diese Debatte mit ihren Bemerkungen zur „Brandmauer“ verursacht. Die Raketen mit einer Reichweite von 0 bis 500km betreffen im wesentlichen die Deutschen, am Rande auch die Belgier. Was er verlange – nämlich die Erwähnung von Verhandlungen über diese Waffen im NATO-Kommuniqué –, halte er für billig und vernünftig. Dann könne man auch Druck auf Gorbatschow ausüben. Wenn irgend möglich, solle eine Lösung vor dem NATO-Gipfel erreicht werden.

MP *Martens* bemerkt, für Belgien sei das auch eine schwierige Frage. In der Koalitionsabsprache vor der Regierungsbildung sei gesagt worden, es müsse parallel über konventionelle Abrüstung und SNF verhandelt werden. Die Ergebnisse beider Verhandlungen müßten übergreifend sein. Am 11. April sei nun eine Position verabredet worden, die die belgische Regierung auch vor ihrem Parlament verteidigt habe. Seine Regierung sage, daß jetzt keine Modernisierungsentscheidung fallen solle. Diese Entscheidung solle bis 1992 aufgeschoben werden. Im Kommuniqué sollten Verhandlungen über SNF erwähnt werden. Seine Regierung und insbesondere auch die Sozialisten seien damit einverstanden, keine dritte Null-Lösung anzustreben. Sie seien für den Text des Brüsseler

⁷ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

⁸ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

Kommunikés vom März 1988⁹. Was die Modernisierung angehe, gebe es allerdings ein Problem. Nach den jetzigen Plänen gebe es Vorschläge, die Nachfolgerakete von Lance mit einer Reichweite von 450 km auszustatten. Auch gebe es Flugzeuge mit Flugwaffen von 300 bis 400 km Reichweite. Hiergegen gebe es den Einwand, daß damit das INF-Abkommen¹⁰ gebrochen werde. Dies, obwohl sich INF nicht auf Flugzeuge beziehe. Es sei möglich, daß die belgischen Sozialisten hier Schwierigkeiten machten. Es könne auch zum Problem werden, welche Formulierung man für die Aufnahme von Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen in das Kommuniké finden werde. Die Frage sei, ob man Ergebnisse bei den Verhandlungen über konventionelle Waffen oder bedeutende Fortschritte bei diesen Verhandlungen als Voraussetzung für die Aufnahme von SNF-Verhandlungen nenne. Er werde jedenfalls alles daran setzen, sich der deutschen Position anzuschließen.

Der *Bundeskanzler* und MP *Martens* vereinbaren, am Dienstag, dem 23. Mai 1989, miteinander zu telefonieren. MP *Martens* weist darauf hin, daß er um 9.45 Uhr zu einer Sitzung ins Parlament gehen müsse und um 15.00 Uhr aus Brüssel nach Dakar¹¹ abreisen werde. Es wurde ins Auge gefaßt, am Dienstag, dem 23. Mai 1989, zwischen 13.00 und 14.00 Uhr zu telefonieren. Näheres soll über die Büros vereinbart werden.

MP *Martens* unterstreicht nochmals, daß er keine dritte Null-Lösung wolle. Allerdings seien die belgischen Sozialisten dafür.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich, was MP González, den MP *Martens* ja in der letzten Woche gesprochen habe¹², hierüber denke.

MP *Martens* führt aus, MP González halte die ganze Diskussion für eine Angelegenheit, die einen solchen Streit nicht wert sei. Nach seiner Auffassung brauche man eine politische Erklärung zu der Entwicklung in der Sowjetunion und in den übrigen Ländern des Ostens. Er sei nach Ostern in Polen gewesen¹³ und habe dort mit Jaruzelski und Rakowski gesprochen. Man müsse diesen Ländern jetzt eine Chance geben. Für die Diskussion über SNF gebe es eine Basis in den Kommunikés von Reykjavik¹⁴ und dem NATO-Kommuniké vom März 1988.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er überschauere nicht ganz die Haltung der Niederlande.

MP *Martens* stellt fest, er sehe da auch nicht klar. Die Niederländer hätten nie die Mittelstreckenraketen installiert. Lubbers habe vor etwa drei Wochen gesagt,

⁹ Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹⁰ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹¹ In Dakar fand vom 24. bis 26. Mai 1989 eine Gipfelkonferenz französischsprachiger Staaten statt.

¹² Der belgische Ministerpräsident Martens hielt sich am 18. Mai 1989 in Spanien auf.

¹³ Der belgische Ministerpräsident Martens besuchte Polen vom 28. bis 31. März 1989.

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

die Abschaffung der nuklearen Artillerie sei für ihn wichtig. Das sei das niederländische Ziel. Im gleichen Grade, in dem man die SNF modernisiere, könne man ein Verteidigungssystem einrichten, das die atomare Artillerie überflüssig mache.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die Kurzstreckenraketen würden dann aber bei uns stehen.

MP *Martens* stimmt zu. In den Niederlanden sei die Lage jedoch anders. Früher habe es große Manifestationen gegen die Mittelstreckenraketen gegeben. Diese Debatte sei vorüber. Über die Kurzstreckenraketen werde nicht diskutiert.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies sei offensichtlich, da sie für die Niederländer kein Problem darstellten.

Der *Bundeskanzler* weist nochmals darauf hin, daß das wirkliche Problem zur Zeit London sei. Er sei in allem zu einem Kompromiß bereit, außer in einem Punkt. Im Text des Kommuniqués müsse erwähnt werden, daß auch über die Kurzstreckenraketen verhandelt werde. Dies könne z.B. dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß man die Aufnahme von Verhandlungen von dem Abbau der Invasionsfähigkeit oder von dem Erreichen von Fortschritten bei den Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung abhängig mache. Auf jeden Fall müsse der Wille zu Verhandlungen in dem Dokument seinen Ausdruck finden. Gorbatschow werde in etwa drei Wochen in der Bundesrepublik Deutschland¹⁵ eine Rede halten, bei der er wahrscheinlich die dritte Null-Lösung anbieten werde. Das mindeste, was man tun müsse, sei, daß man in der NATO klar sage, man sei bereit, über die Kurzstreckenraketen zu verhandeln.

MP *Martens* meint, PM Thatcher stehe sich ja angeblich sehr gut mit Gorbatschow. Das letzte Treffen in London zwischen Gorbatschow und Frau Thatcher¹⁶ habe jedoch nichts ergeben.

Der *Bundeskanzler* gibt der Befürchtung Ausdruck, daß es auch beim Europäischen Rat in Madrid¹⁷ mit den Auffassungen von PM Thatcher Schwierigkeiten geben werde. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es zur Zeit schwierige innenpolitische Probleme. Ein Land, das im Wohlstand lebe, sei schwerer zu regieren als andere. Er wolle hier nur darauf hinweisen, daß in diesem Jahr 26 Millionen Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland ins Ausland reisten und dabei über 50 Milliarden DM ausgeben.

MP *Martens* sagt, dies sei auch das Problem in Belgien. Die Zahl der Arbeitslosen habe unter seiner Regierung von 500 000 auf 330 000 verringert werden können. Er habe auch eine Steuerreform durchgeführt. Dennoch sähen die Umfragen für die Regierung nicht gut aus.

Der *Bundeskanzler* weist noch auf die Gesundheitsreform hin, die durch die Kostenexplosion erforderlich geworden sei. Am schlimmsten würden die Ärzte

¹⁵ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

¹⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

Sturm laufen, obwohl das Durchschnittseinkommen z.B. bei den Zahnärzten jährlich 240 000 DM betrage. Das Ziel der Reform sei im übrigen nicht gewesen, diese Einkommen zu mindern, sondern nur die Kosten nicht noch höher steigen zu lassen. Die Einkommen der Ärzte seien den Einkommen in anderen Berufen davongelaufen. Dies gelte insbesondere für die Chefärzte.

Zu dem Europäischen Rat in Madrid wolle er noch bemerken, daß er den Madrider und den Pariser Gipfel¹⁸ als Einheit sehe. Es sei deshalb nicht so wichtig, ob man in Madrid oder in Paris in der einen oder anderen Frage zu einem abschließenden Ergebnis komme. Wichtig sei es, daß dies spätestens in Paris der Fall sei. Er wolle als wichtige Punkte, bei denen etwas geschehen müsse, die folgenden nennen:

- Die Frage der sozialen Dimension.¹⁹
- Die Frage des Asylrechts. Hier müsse eine einheitliche Regelung für die Mitgliedstaaten der EG gefunden werden.²⁰
- Die Frage der Verbrechensbekämpfung, die bei einer Öffnung der Grenzen sich noch intensiver stelle. Das bisherige System sei nicht ausreichend.²¹
- Die erste Stufe des Delors-Pakets²² müsse in Madrid angegangen werden. Zumindest müsse man dort darüber reden und einen Zeitplan für die Fertigstellung im Dezember in Paris ausarbeiten. Wir hätten mit der Einsetzung einer Regierungskommission kein Problem.

MP *Martens* weist darauf hin, daß González die erste Stufe verwirklichen wolle, d. h., daß alle an einem Europäischen Währungssystem teilnehmen. Er wolle auch rechtzeitig verhindern, daß Fortschritte zur zweiten und dritten Stufe blockiert werden können. González befürchte, daß PM Frau Thatcher die erste Stufe akzeptieren und weitere Fortschritte blockieren wolle.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

Das Gespräch endete nach ca. 50 Minuten.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

¹⁸ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

¹⁹ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

²⁰ Zu den Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts vgl. Dok. 30.

²¹ Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

²² Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

144

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom

21. Mai 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Deutsch-italienische Beziehungen;

hier: Gespräch BM/AM Andreotti am 21. Mai 1989 in Rom

1) BM ist am 21. Mai 1989 in Rom zu einem ca. einstündigen Meinungsaustausch mit AM Andreotti zusammengetroffen. Hierbei wurden die aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen erörtert. Schwerpunkte bildeten die Vorbereitung des NATO-Gipfels in Brüssel² sowie die Lage in Polen. AM gab einleitend einen kurzen Überblick über die innenpolitische Entwicklung in I nach dem Rücktritt der Regierung De Mita am 19. Mai.

Im einzelnen:

2) Innenpolitische Lage in Italien

AM zeigte sich angesichts des erst vor zwei Tagen erfolgten Rücktritts der Regierung De Mita gelassen. In I gebe es keine traumatischen Krisen. Die Wähler müßten ihre nächste Entscheidung über die italienische Parteienlandschaft bei den Europawahlen im Juni³ treffen. Vorläufig habe man bei der Suche nach einer neuen Regierung keine Eile. Zur Lage der KPI wies AM auf derzeitigen ersten Besuch von KPI-GS Occhetto in den USA hin. Seine Berufung auf die deutschen Sozialdemokraten als Modell für neue KP-Linie habe dort das Mißtrauen nicht ausräumen können. Annäherungsversuche der KPI an die DC scheiterten schon allein an der betont antireligiösen Haltung der KPI.

So unternehme die Partei z.B. gerade den Versuch, das Konkordat mit dem Hl. Stuhl⁴ in Frage zu stellen. Diese Linie könne im übrigen der DC nur recht sein. Man wolle auch weiterhin zur KPI Distanz halten.

Mit den übrigen politischen Gruppierungen gebe es für die DC keine großen Probleme.

3) Vorbereitung des NATO-Gipfels

AM wies darauf hin, wie wichtig Entwicklung gemeinsamer Haltung der Allianzpartner für den bevorstehenden Gipfel sei. BM erläuterte, wichtige Probleme müßten noch gelöst werden. BMVg Stoltenberg sei mit neuen Vorschlägen aus Washington zurückgekehrt; diese seien heute mit BK besprochen worden. Auf der Basis dieser Besprechung werde die Bundesregierung ihre Stellungnahme abgeben. Wir wollten die Entscheidung über eine Nachfolge (für Lance) noch

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 22. Mai 1989 gefertigt.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

³ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

⁴ Für den Wortlaut des Konkordats vom 11. Februar 1929 zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS, Bd. 21 (1929), S. 275–294.

Das Konkordat wurde durch ein Abkommen vom 18. Februar 1984 geändert. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS, Bd. 77 (1985), S. 521–546.

offenhalten. Zunächst müsse man in den nächsten zwei bis drei Jahren den Wiener Gesprächen über konventionelle Rüstungskontrolle⁵ eine Chance geben. Dann werde man ohnehin das Jahr 1992 erreicht haben, in dem man dann die Nachfolgefrage Lance entscheiden müsse. Deshalb müsse die Modernisierungsfrage offenbleiben. Wir seien dafür, bald Verhandlungen über den Abbau von SNF zu beginnen. Wir könnten aber damit leben, diese Frage in Verbindung mit Fortschritten bei den Wiener KRK-Gesprächen zu prüfen. Er könne nicht erkennen, warum man vor Verhandlungen über den Abbau von SNF Angst haben sollte.

AM wies darauf hin, er habe den Eindruck, daß die USA in dieser Frage Zugeständnisse machen würden. Niemand habe sofortige Aufnahme von Verhandlungen über den Abbau der atomaren Kurzstreckenwaffen gefordert.

BM erklärte, hier gebe es nach wie vor Schwierigkeiten. Wenn man keine dritte Null-Lösung wolle, müsse man über Lance-Erneuerung reden. Unter bestimmten Voraussetzungen hätten wir hiergegen keine Einwände. Aber jetzt schon zu sagen, man wolle keine dritte Null-Lösung, bedeute auch, daß es nie zu einer Null-Lösung kommen könnte. Wir seien aber keine Astrologen. In der heutigen Welt und unter den augenblicklichen Gegebenheiten brauchten wir die atomaren Kurzstreckenwaffen. Bei einem Wechsel zum Besseren müßten wir aber auch die Chance für eine Neubewertung offenhalten.

AM stimmte dieser Bewertung zu. Er habe den Eindruck, die USA benutzten viele Argumente in rein propagandistischer Weise. Wenn tatsächlich konventionelle Rüstungsparität auf niedrigem Niveau erreicht werden könnte, brauche man keine Raketen mehr.

BM unterstrich ergänzend, auch wenn SNF vollständig abgebaut werden sollten, blieben dennoch die meisten nuklearen Waffen auf deutschem Boden stationiert. In Deutschland gebe es allein 288 nukleare Trägerflugzeuge, in Großbritannien dagegen nur 202. Dies sei ein großer Unterschied. Wenn GB behaupte, als denuklearisiert müßten diejenigen Länder gelten, die über keine landgestützten Nuklearsysteme verfügten, so werde dies ab 1992 auch für Großbritannien selbst gelten (d.h. nach Vernichtung der INF).

Jetzt gehe es darum, eine Formel mit den USA zu finden. Wenn dies geschehen sei, müsse man diese gemeinsam auf dem NATO-Gipfel vertreten.

AM wies in diesem Zusammenhang auf den Besuch von Präsident Bush in Rom am 26. Mai hin, bei dem diese Fragen ebenfalls eine Rolle spielen könnten.⁶ Daher sei er für die umfassende Unterrichtung durch BM dankbar.

4) Lage in Polen

AM berichtete über seine Eindrücke aus Polen nach dem soeben beendeten Staatsbesuch.⁷ Die Lage habe sich im Vergleich zur Situation bei seinem Besuch vor fünf Jahren⁸ positiv entwickelt.

⁵ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

⁶ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1989 in Italien auf und traf am 27. Mai 1989 mit Ministerpräsident De Mita zusammen. Für die amerikanischen Gesprächsprotokolle vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁷ Der italienische Außenminister Andreotti begleitete Präsident Cossiga bei dessen Besuch vom 10. bis 13. Mai 1989 in Polen.

⁸ Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 20. bis 23. Dezember 1984 in Polen auf.

Es gebe große Fortschritte in den Beziehungen zwischen Regierung und Solidarność sowie bei den Beziehungen Staat/Kirche. Dies sei eine „neue Welt“.

Solidarność setze sich entschieden für marktwirtschaftliche Prinzipien ein. Solidarność wolle keine ausländischen Anleihen, sondern wolle die Regierung bei dem wirtschaftlichen Gesundungsprozeß unterstützen. Trotzdem wolle S. nicht Teil der Regierung werden. Die Lage bleibe schwierig. Von der Bevölkerung werde die Bewegung zu stärkerer Öffnung hin unterstützt.

BM führte aus, in Polen vollziehe sich eine bedeutende Entwicklung, die wir erleichtern sollten, damit greifbare Erfolge erzielt werden könnten. Wir sollten jetzt Verständnis für die Probleme in Polen zeigen und der Regierung eine Atempause geben. Die Entwicklung in Polen sei beispielhaft.

Für das deutsch-polnische Verhältnis sei das Jahr 1989 besonders wichtig. In diese Zeit falle der 50. Jahrestag des Hitler-Überfalls auf Polen. Ausgerechnet in diesem Jahr könnten wir keine Entscheidung treffen, neue Raketen aufzustellen, die polnisches Territorium erreichen könnten. Auch daran müsse man denken.

Wir seien daran interessiert, daß Polen Fortschritte auf dem eingeschlagenen politisch-ökonomischen Weg mache, ohne dabei zu stolpern. Niemand könne den Polen diesen Weg abnehmen. Sie müßten ihn selbst gehen. Aber wir könnten diesen Weg erleichtern.

AM stimmte zu. Wichtig sei für Polen die Lösung der Schuldenfrage. Italien habe Tilgungsabkommen mit Polen mit weitgehender Ratenzahlung und tilgungsfreier Zeit abgeschlossen. Zusätzlich habe man ital. Investitionen durch Wiedereinführung von Investitions-Versicherungen erleichtert.

Er habe im übrigen den Eindruck gewonnen, daß für Polen weniger die Probleme der Beziehungen zu Deutschland als vielmehr zur Sowjetunion im Vordergrund stünden. Die Polen wollten letztere nach außen allerdings nicht zu sehr betonen. Auffallend sei die große Hochachtung, die man in Polen der Bundesrepublik Deutschland entgegenbringe. Ihm sei ferner aufgefallen, daß jüdische Kreise an dem Staatsbesuch Cossigas in Polen nicht beteiligt wurden. Bei keiner Veranstaltung, auch nicht im Ghetto von Warschau, seien Vertreter des polnischen Judentums eingeladen worden.

BM ergänzte, diese Distanzierung gehöre zur polnischen Geschichte.

5) Bau einer Chemiewaffen-Fabrik in Rabta/Libyen

AM berichtete, algerischer Staatspräsident habe ihn darüber unterrichtet, Gaddafi habe nach einer Überlegungsphase zum Abschluß des Fastenmonats Ramadan den Entschluß gefaßt, Libyen könne auf 75 % der Anteile an Rabta verzichten.⁹ Die frei werdenden libyschen Anteile könnten auf pharmazeutische

⁹ Vortragender Legationsrat Vorwerk notierte am 28. April 1989, der algerische Präsident Bendjedid habe in einem Gespräch mit Bundesminister Klein am 19. März 1989 in Algier Überlegungen für ein internationales Management der Anlage in Rabta angestellt. In der Folgezeit habe Algerien mitgeteilt, Libyen habe sich mit diesem Plan einverstanden erklärt und sei bereit, einen Vertreter der Bundesregierung zu empfangen: „D3 hat bereits gegenüber dem algerischen Botschafter klargestellt, daß Rabta keinesfalls ein bilaterales deutsch-libysches, sondern ein libysches Problem sei“. Es „läge an Libyen, die jetzt erforderlichen Schritte hinsichtlich Rabtas zu tun“. Vorwerk führte dazu aus: „Der Gedanke eines internationalen Managements für Rabta als Möglichkeit zur Verhinderung der Aufnahme der CW-Produktion durch Libyen verdient Beachtung. Eine Beteiligung der Bundesregierung ist jedoch – vor allem in den Vorbereitungsphase – ausgeschlossen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154192.

Unternehmen aus Algerien, Deutschland und Italien übertragen werden. Alg. Staatspräsident habe ihm, AM gegenüber, bereits vor längerer Zeit angeregt, daß Experten aus Deutschland und Italien mit algerischen Fachleuten hierüber sprechen sollten.

Gegenüber US-Präsident Bush habe der alg. Staatspräsident telefonisch angeregt, das Problem Rabta/Libyen in erster Linie den Algeriern zu überlassen. Bush habe sich hierzu allerdings nicht geäußert. Er selbst habe den Eindruck, in dieser Frage bestünden auf US-Seite gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Präsident Bush und dem State Department.

BM erwiderte, der Vorschlag des alg. Staatspräsidenten sei zweifellos interessant. Gleichwohl würde er es vorziehen, wenn auch die Beteiligung der USA an der Fabrik in Rabta sichergestellt werden könnte. USA-Aktivitäten in Libyen seien größer als unsere eigenen, vor allem auf dem Erdölsektor und im Baubereich. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit halte er es nicht für zweckmäßig, die USA hier auszuschließen. Dies liege auch im Interesse Algeriens, um sich Vertrauen in den USA zu verschaffen.

AM zeigte Verständnis für diese Haltung. Er denke ggf. daran, den US-Industriellen Hammer einzuschalten, u. U. auch eine namhafte US-Erdölgesellschaft. Alg. Staatspräsident habe angeregt, hierüber demnächst mit AM Andreotti und BM ein Gespräch zu führen. BM versicherte nochmals, der Vorschlag sei prüfenswert, wenn auch die USA eingeschaltet werden könnten.

6) Besuch des israelischen AM Arens in Brüssel am 2. Juni

AM wies darauf hin, daß spanischer AM Ordóñez als Vertreter spanischer EG-Präsidentschaft¹⁰ zögere, das bilaterale EG-Treffen mit Israel¹¹ zur Erörterung von außenpolitischen Themen zu benutzen. Er selbst, AM, halte jedoch einen freimütigen Gedankenaustausch mit Israel gerade wegen der desolaten Situation im Libanon für notwendig.

BM stimmte zu. Die Situation im Libanon und die allgemeine Hilflosigkeit ihr gegenüber seien beschämend. Um so wichtiger sei es, mit Arens ebenso wie zuvor mit Peres einen informellen Meinungsaustausch zu pflegen.

AM ergänzte, auch im Vatikan sei man über Entwicklung im Libanon sehr besorgt. Man wolle aber keine eigenen Vorschläge unterbreiten, sondern eher Syrien stärker unter Zugzwang zum Eingreifen setzen. Gerade diese Überlegung, eine israelisch-syrische Verständigung über die Libanon-Frage einzuleiten, stoße aber in gewissen Kreisen auf Mißtrauen, da man dahinter die Absicht vermute, die PLO weiter zu schwächen.

BM hierzu: Das Problem des Libanon wird sich erst dann lösen lassen, wenn auch für das PLO-Problem eine Lösung gefunden worden ist.

¹⁰ Spanien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹¹ Am 22. Mai 1989 fand in Brüssel die siebte Tagung des Kooperationsrats der Europäischen Gemeinschaften mit Israel statt. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte dazu am 23. Mai 1989 mit, der spanische Außenminister Fernández Ordóñez habe die Tagung eröffnet „mit in eigener Verantwortung formulierten einleitenden Bemerkungen. Darin wies er u. a. auch auf die besorgniserregende Bruchigkeit des Friedens im Mittleren Osten hin sowie auf die derzeitigen blutigen Ereignisse, die eine Quelle großer Besorgnis in der Welt seien.“ Ungerer berichtete ferner, die Gespräche der Minister beim Abendessen hätten sich „gänzlich auf die jüngste israelische Friedensinitiative“ konzentriert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1701; Referat 413, Bd. 144880.

7) Beide Außenminister billigten abschließend den als Anlage beigefügten Text einer gemeinsamen Presseerklärung¹² über das Gespräch. (Text ist am 22. Mai um 10 Uhr in beiden Hauptstädten veröffentlicht worden.)

Referat 010, Bd. 178931

145

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 999
Citissime

Aufgabe: 21. Mai 1989, 11.03 Uhr¹
Ankunft: 21. Mai 1989, 06.09 Uhr

Betr.: Lage in Peking

1) Erster Tag des Ausnahmezustandes („Kriegsrecht“) 20.5. war durch anhaltende Massendemonstrationen und Blockaden der anrollenden Truppen gekennzeichnet. Weder die Ankündigung des Truppeneinsatzes noch der Erlass von drei „Befehlen“ der Stadtverwaltung zur Regelung des Ausnahmezustandes hielten Jugendliche und Bevölkerung von den gewohnten Massendemonstrationen zurück. Auch in den Außenbezirken bildeten sich vielfach Diskussionsgruppen, die teilweise die Straßen blockierten und in denen über die Ansprache der Regierungs- und Staatsschefs vom Vorabend² diskutiert wurde. Seit neuestem wird überall der Rücktritt von MP Li Peng gefordert, daneben auch von Staatspräsident Yang Shangkun.

2) Die herbeibeordneten Truppenverbände haben überall nur die Stadtgrenzen erreicht, wo sie durch Menschenansammlungen zum Halten gebracht wurden. Entgegen anderslautenden Radiomeldungen (Deutsche Welle) hat es dabei keine Toten gegeben. Auch sind nirgends Panzer beobachtet worden. Es hat den Anschein, daß die Soldaten von der wahren Situation in der Stadt völlig überrascht waren und sich bereitwillig zum Halten überreden ließen. Ob sich bereits Truppen innerhalb des seit gestern geschlossenen Kaiserpalastes befinden, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach den Erkenntnissen von gestern

¹² Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 22. Mai 1989 vorgelegen.

² Botschafter Hellbeck, Peking, informierte am 20. Mai 1989, anlässlich einer Konferenz der chinesischen Führung am Vortag habe Ministerpräsident Li Peng erklärt: „Dem Anarchismus müsse Einhalt geboten werden. Da die Situation in Peking sich verschlechtere und auch auf andere Städte übergreife, bestehe die Gefahr von Ausschreitungen, die in einigen Städten schon stattgefunden hätten. Nur sehr wenige stifteten Unruhe und wollten das sozialistische System ändern [...]. Dagegen müßten nun entscheidende Maßnahmen ergriffen werden. Der Hungerstreik müsse sofort beendet werden. Die Armee habe die verfassungsmäßige Aufgabe, das Land zu schützen, und müsse zusammen mit der Polizei für Ruhe und Ordnung sorgen.“ Ferner teilte Hellbeck mit: „Auch Staatspräsident Yang unterstrich diesen Aufruf und kündigte an, ‚eine Gruppe der Armee‘ würde nach Peking verlegt.“ Auffällig sei zudem, daß der Generalsekretär des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, nicht zu sehen und zu hören sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 996; Referat 341, Bd. 161811.

Für den Wortlaut der Rede von Li Peng vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Jg. 26, Nr. 22 vom 30. Mai 1989, S. 16f. (Auszug).

abend sind anscheinend vier größere Verbände im Westen und Süden der Stadt postiert, zusammen wohl drei Armeekorps mit allerdings kaum mehr als 30000 Mann. Auch in der Nacht vom 20. auf 21.5. sind diese Verbände nicht weiter vorgerückt. Studenten haben währenddessen in den Zufahrtstraßen zum Tiananmenplatz Barrikaden aus Mülltonnen und Gemüse-Pickups errichtet, die den etwa anrückenden Truppen Widerstand symbolisieren sollen. Die Ost-West-Achse ist in Höhe des Pekinghotels durch quergestellte Busse gesperrt. Die gestern über der Chang'an Jie kreisenden Hubschrauber (französischer Herkunft) hinterließen im übrigen keinerlei Eindruck. Heute morgen (21.) scheint alles ruhig zu sein.

3) Die Pekinger Stadtverwaltung erließ gestern drei Befehle über den Ausnahmezustand.

Befehl Nr. 1 legt den Geltungsbereich (Innenstadt sowie Bereich des Stahlwerks Shijingshan) fest.

Befehl Nr. 2 richtet sich teilweise an Ausländer: Verbot, sich an Aktivitäten der Chinesen zu beteiligen. Allgemein gilt das Verbot, „Verbindungen“ herzustellen, Reden zu halten, Flugblätter zu verteilen, soziale Unruhe anzustacheln, die Führung anzugreifen. Es enthält ferner das ausdrückliche Verbot, ausländische Botschaften anzugreifen. Zugleich werden die Angehörigen der Armee der Polizei in ihren Befugnissen gleichgestellt.

Befehl Nr. 3 richtet sich an Journalisten. Es ist „strictly forbidden to utilize press coverage to make instigating and inciting propaganda“. Ausländischen Journalisten ist es verboten, Organisationen und Betriebe, Schulen und Universitäten zu betreten und dort Interviews durchzuführen oder Aufnahmen zu machen.

Diese Befehle wurden mehrfach über den chinesischen Rundfunk verbreitet, über den englischen nur in verkürzter Form. Es ist bemerkenswert, daß diese Befehle keine Ausgangssperren enthalten.

4) Die Führung ließ gestern ununterbrochen die Reden von Li Peng und Yang Shangkun über das Fernsehen verbreiten. Das schien ihre einzige nach außen erkennbare Aktivität zu sein. Das angekündigte Ziel, die Armee vor allem zur Zernierung der Universitäten und Schulen einzusetzen, hat sie bisher nicht erreichen können. Das Demonstrations- und Redeverbot der Stadtverwaltung wurde von niemandem befolgt. Ob und wie weit die Truppen überhaupt bereit sind, gegen die Bevölkerung aufzutreten, weiß zur Stunde wohl niemand. Das einzige, was die Vertreter der Führung, die diese Kriegsrechtspolitik durchgesetzt haben, bisher wirklich erzielt haben, ist eine zunehmende Antagonisierung nicht nur der Studenten, sondern auch weiterer Bevölkerungskreise. Wenn gestern immer wieder und an verschiedenen Stellen die Forderung nach Rücktritt von Li Peng und Yang Shangkun laut wurde, so beweist das, daß die Ausrufung des Ausnahmezustandes von der Bevölkerung als eine Eskalation der Auseinandersetzungen verstanden wird.

Wie die Führung diesen Konflikt durchhalten will, dürfte sie selbst wohl nicht wissen. Nach dem ersten gravierenden Fehler – der Kriminalisierung der Studenten durch den berüchtigten Leitartikel vom 26. April³ – folgte mit der Kriegs-

³ Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 27. April 1989, in einem am Vortag erschienenen Leitartikel der „Volkszeitung“ habe die „chinesische Führung in der bisher schärfsten Form vor einer

rechtsrede von Li Peng am 19. Mai ein weiterer Fehler. Schon der Ablauf des ersten Tages danach hat enthüllt, daß die Regierung nicht in der Lage ist, ihre Drohungen durchzusetzen. Unabhängig davon, ob in den nächsten Tagen die Armee wie auch immer eingreifen kann, steht jetzt fest, daß auch die Demonstranten ungestraft eskalieren konnten. Der weitere Zuzug auswärtiger Studenten (amtliche Zahl über 50 000) und die Errichtung von Barrikaden haben die Führung weiter an Gesicht und Autorität verlieren lassen. Abgesehen von der ständigen Wiederholung der beiden Ansprachen vom 19. Mai läßt die Führung nichts erkennen, was auf eine politische Beilegung des Konflikts hindeutet.

Das Verharren in starren konfuzianisch-kommunistischen Verhaltensmustern wird fürs erste dazu führen, daß in Peking die Anarchie weiter um sich greift und vermutlich für einige Zeit anhalten wird. Die Vorgänge der Kulturrevolution haben die Bevölkerung gelehrt, welche Möglichkeiten ihr gegenüber den Autoritäten zu Verfügung stehen. Diese Entwicklung verleiht den Gerüchten Glaubwürdigkeit, daß es am 16. und 17.5. innerhalb der Führung zu Auseinandersetzungen über das weitere Vorgehen gekommen ist. Danach soll Zhao Ziyang die Rücknahme des Leitartikels vom 26.4. und weitere Konzessionen hinsichtlich der Funktionsprivilegien vorgeschlagen haben, aber von den anderen vier Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros überstimmt worden sein. Nach der gleichen Quelle habe er darauf seinen Rücktritt angeboten, der zwar vom Politbüro in seiner Gesamtheit, nicht aber vom Ständigen Ausschuss des NVK⁴ (in dem vor allem der Sachverstand früherer Minister versammelt ist) ratifiziert worden sei. Die sich aus dieser Version ergebende Patt-Situation ist jedenfalls nach außen sichtbar: Am 17.5. wurde Zhao letztmalig als Sprecher des Politbüros in der Zeitung zitiert, danach nur noch an zweiter und deutlich untergeordneter Stelle hinter Li Peng. Unter Chinesen gilt es als ausgemacht, daß Li gern die Gelegenheit nutzen wollte, an die erste Stelle zu rücken. Sein Fernsehauftritt – zusammen mit Staatspräsident Yang – hat jedoch ernste Zweifel daran aufkommen lassen, ob er mit Argumentation und Präsentation dieser Aufgabe gewachsen ist. Die Reaktion der Bevölkerung beweist eher das Gegenteil. Zhao Ziyang erscheint vielen Chinesen als einzige Persönlichkeit, die verfahren Situation wieder zu ordnen.⁵

5) Im Kreise der EPZ wurde gestern über die ersten zu ziehenden Folgerungen beraten. Fest steht, daß Königin Beatrix und Verteidigungsminister Chevènement ihre für diese Woche vorgesehenen Besuche abgesagt haben. Im Hinblick auf die zunehmende Verunsicherung von Führung und Beamenschaft sowie im

Fortsetzung Fußnote von Seite 651

Ausweitung der Demonstrationen der vergangenen Woche gewarnt“. Der Artikel lasse „an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig“ und spreche von „illegalen Demonstrationen und Provokationen“. Gegen einige der Demonstranten werde der Vorwurf der Verschwörung erhoben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 341, Bd. 161811.

Für den Wortlaut des Leitartikels „Standfest gegen Aufruhr!“ vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Jg. 26, Nr. 18 vom 2. Mai 1989, S. 15 (Auszug).

⁴ Nationaler Volkskongreß.

⁵ Am 23. Mai 1989 teilte Botschafter Hellbeck, Peking, mit, der Generalsekretär des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, sei ohne offizielle Verlautbarung „von der Bildfläche verschwunden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1018; Referat 341, Bd. 161811.

Am 24. Mai 1989 informierte er: „AM Qian Qichen teilte den EG-Botschaftern bei einem noch vor Beginn der Demonstrationen festgelegten Abendessen mit, daß ‚Generalsekretär‘ Zhao Ziyang ‚am 19. Mai‘ krank geworden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1028; Referat 341, Bd. 161811.

Hinblick auf die zunehmenden Probleme von Verkehr und Logistik wurde es auch nicht als ratsam angesehen, hochrangige Delegationen einzuladen.

Da uns in dieser Woche (wohl auch im Hinblick auf die Wahl des Bundespräsidenten⁶) keine größere Delegation angesagt ist, stellt sich diese Frage für uns im Augenblick nicht. Ich wäre jedoch dankbar, wenn alle in Betracht kommenden Stellen vorsorglich auf die hier vorliegenden Probleme hingewiesen werden können.

Die Botschaffterrunde war sich ferner darüber einig, daß im Augenblick keine persönliche Gefährdung der Botschaftsangehörigen vorliegt und deshalb keine besonderen Maßnahmen notwendig sind. Ich werde jedoch am Wochenanfang alle Bediensteten auf die besonderen Aspekte des Ausnahmezustands aufmerksam machen.

Eine gemeinsame Erklärung der Zwölf zu den Vorgängen in Peking wurde allseits als verfrüht angesehen. Es wurde daher beschlossen, von der Empfehlung einer Erklärung abzusehen und eine solche nur für den Fall ins Auge zu fassen, daß Militär gegen die Bevölkerung mit Waffen eingesetzt wird.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161811

146

Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand

23. Mai 1989¹

Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am Dienstag, dem 23. Mai 1989

Der *Bundeskanzler* begrüßt den Präsidenten und erkundigt sich, wie seine Reise in die USA² verlaufen sei.

Der *Präsident* bezeichnet seine Reise in die USA als sehr interessant. Er habe selbst anrufen und dem Bundeskanzler hierüber berichten wollen. Bei der Reise

⁶ Am 23. Mai 1989 wählte die Bundesversammlung den bisherigen Amtsinhaber Freiherr von Weizsäcker erneut zum Bundespräsidenten.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 24. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] Klenntnisnahme!“ verfügte.

Hat Hartmann am 24. Mai 1989 vorgelegen.

² Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20./21. Mai 1989 zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in den USA auf. Vgl. dazu <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

hätten u. a. auch die Probleme des NATO-Gipfels³, der am nächsten Montag ja in Brüssel stattfindet, eine wichtige Rolle gespielt. Er sei eher optimistisch bezüglich der Möglichkeiten einer Einigung.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, er sei heute skeptischer als vor einer Woche. Er habe den Eindruck, die Dinge hätten sich nicht so gut entwickelt, wie er gehofft habe. Es gebe jetzt eine Tendenz, den Text des Kommuniqués erst bei dem Gipfel selbst festzustellen.

Präsident *Mitterrand* erkundigt sich, um welchen Text es sich handle. Er habe keinen Text gesehen.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er rede über das, was er von Washington gehört habe. Im wesentlichen gebe es drei Problembereiche:

1) Die USA würden jetzt wieder erwarten, daß die NATO die Entwicklung von modernisierten Raketen begrüße.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, davon wisse er nichts.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, dies sei nochmals von Washington vorgebracht worden. Er werde das nicht machen. Es habe noch nie den Fall gegeben, daß eine Neuentwicklung von Waffen der Amerikaner durch die NATO begrüßt worden sei.

Der zweite Punkt betreffe die Entscheidung über die Modernisierung. Hier zeichne sich ab, daß Einigkeit darüber erzielt werde, die Entscheidung 1992 zu treffen. Dies sei vernünftig. Er glaube, hier gebe es kein Problem mehr.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, auch er glaube, daß Bush mit 1992 als Entscheidungszeitpunkt einverstanden sei.

Der *Bundeskanzler* bestätigt nochmals, dies sei auch sein Eindruck. Damit wäre er zufrieden.

Der dritte Punkt sei, inwieweit eine Formulierung gefunden werden könne, die einen Zusammenhang zwischen der weiteren Entwicklung im Bereich der Abrüstung von konventionellen Waffen und der Bereitschaft, als Folge davon über Raketen kurzer Reichweite zu verhandeln, herstelle. Er habe nie verlangt, daß gleichzeitig verhandelt werde. Wir seien in diese unglückliche Lage geraten, da London bei der Abrüstung immer nur den Bereich über 500 km anspreche und der Bereich von 0 bis 500 km von London immer mit Aufrüstung verbunden werde. Dies könne er nicht verstehen, weil die UdSSR eine etwa 14-fache Überlegenheit im Bereich der Kurzstreckenraketen habe. Unser Interesse müsse darin liegen, eine einseitige Reduzierung von der Sowjetunion zu erlangen. Wir müßten das Ziel haben, zu gemeinsamen Obergrenzen zu gelangen, wobei er meine, diese könnten niedriger sein. Was ihn bei der öffentlichen Debatte in den USA erstaune – er meine damit nicht den Präsidenten, sondern die „politische Klasse“ –, sei, daß man tue, als ob wir – auch er selbst – uns für ein denuklearisiertes Europa aussprechen. Dies sei für ihn indiskutabel. Diese Waffen seien die einzige Chance, den Frieden zu bewahren. Wer eine dritte Null-Lösung wolle, müsse wissen, daß bald auch die französischen und britischen Nuklearwaffen in die Diskussion gerieten. Dies sei für ihn nicht akzeptabel. Ziel der deutschen Politik müsse es sein, daß es neben den amerikanischen auch französische Nuklear-

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

waffen gebe. Paris sei nur eine Stunde entfernt; Washington sieben Stunden. Dieser Umstand spreche für sich. Der Bundeskanzler wiederholt seinen Eindruck, daß man am vergangenen Donnerstag⁴ in der Diskussion mit den USA einer Lösung näher gewesen sei. Inzwischen hätten wohl Gespräche mit London stattgefunden. Die Position von Margaret Thatcher gehe jetzt hinter die NATO-Dokumente von 1986⁵ zurück. Dies sei unannehmbar.

Präsident *Mitterrand* bemerkt hierzu, er teile diesen Eindruck nicht. Er habe Bush am Sonntagabend⁶ verlassen. Er habe den Eindruck mitgenommen, daß vor 1992 keine Modernisierungsentscheidung getroffen werden solle. Bis dahin solle versucht werden, die konventionelle Abrüstung zu beschleunigen. In gleicher Weise solle versucht werden, eine Reduzierung der Kurzstreckenraketen zu erreichen. Dann könne man 1992 tun, was notwendig sei. Soweit er sehe, seien alle damit einverstanden, daß es nicht erforderlich sei, über eine dritte Null-Lösung zu sprechen. Bush sei entsetzt über den Druck aus London. Er fühle diesen Druck wie einen Tritt in die Nieren. Bush mißtraue dem Maximalismus von Frau Thatcher mehr als dem Minimalismus der Deutschen.

Präsident Bush habe ihm gesagt, er habe Verständnis für die deutsche Haltung, obwohl er sie nicht unbedingt billige. Eine Übereinkunft sei auf der Basis möglich, daß die Entscheidung über die Modernisierung 1992 getroffen werde. Bis dahin solle die Priorität bei der konventionellen Abrüstung liegen. Der Sowjetunion solle empfohlen werden, ein gutes Beispiel zu geben und die Diskrepanz bei den Kurzstreckenwaffen abzubauen und diese beträchtlich zu reduzieren. Es dürfe absolut keine dritte Null-Lösung geben. Die Dimension der Zukunft sei eine beiderseitige Verminderung der Kurzstreckenraketen. Im Augenblick sei aber die Diskrepanz zwischen den sowjetischen und den NATO-Kurzstreckenraketen sehr stark. Er faßt zusammen, daß er eine Übereinkunft für möglich halte.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob die Möglichkeit bestehe, in den Text aufzunehmen, daß zu gegebener Zeit Verhandlungen geführt werden sollen.

Präsident *Mitterrand* äußert, die Amerikaner wollten dies jetzt nicht als Basis akzeptieren. Er glaube jedoch nicht, daß sie sich weigern würden, wenn gewisse Bedingungen erfüllt würden. Der Präsident bemerkt nochmals, er habe den Bundeskanzler anrufen wollen und ihm sagen wollen, daß er optimistisch sei. Er sei optimistischer als der Bundeskanzler.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, der Eindruck dürfe nicht entstehen, daß über alles verhandelt werden könne außer über Raketen mit einer Reichweite von 0 bis 500 km. Eine solche Entscheidung könne er nicht hinnehmen. In der Bundesrepublik Deutschland sei die Lage so, daß die Sozialdemokraten und die Grünen die dritte Null-Lösung verlangten. Sie wollten in Richtung auf eine

⁴ 18. Mai 1989.

⁵ Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 71 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74. Zur Sitzung vgl. AAPD 1986, II, Dok. 349.

Vgl. dazu ferner Ziffer 5 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 73 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 75 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

⁶ 21. Mai 1989.

Denuklearisierung Europas gehen. Sie verlangen auch die Reduzierung der Truppenstärken, und zwar einseitig, auch für die Bundeswehr. Dies bedeute eine Schwächung der NATO. Er werde 1990 diese Schlacht führen. Der Wahlkampf⁷ wird hierauf ausgerichtet sein. Hinzu komme, daß diese Gruppen gleichzeitig den Ausstieg aus der zivil genutzten Kernkraft betrieben. Er habe genügend Probleme hier. Sein Koalitionspartner sei nicht sehr stark. Zumindest habe er an den Rändern Schwierigkeiten. Er wolle vorgehen wie 1983⁸. Er setze seine politische Existenz hierfür aufs Spiel. Hinzu komme, daß zu gleicher Zeit dieselben Kreise immer anti-europäischer würden, was die EG angehe. Dies hindere ihn jedoch nicht, auf seinem Weg voranzugehen. Er bitte deshalb den Präsidenten, ihm zu helfen. Bush halte viel von Präsident Mitterrand. Dies begrüße der Bundeskanzler sehr. Es sei gut, wenn Bush seine Informationen nicht nur aus London erhalte.

Präsident *Mitterrand* wiederholt, daß Bush London gegenüber mißtrauisch sei. In einer Woche werde er ja den Bundeskanzler treffen.⁹ Er wolle sehen, was er machen könne.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich, wann Präsident Mitterrand von seiner Afrika-Reise¹⁰ zurück sei.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er komme in der Nacht vom Freitag auf Samstag¹¹ zurück. Bis dahin habe er keine weiteren Erkenntnisse. Er schlägt vor, daß der Bundeskanzler sich mit ihm zu Beginn des NATO-Gipfels treffe, und zwar, bevor die entscheidenden Beratungen beginnen.

Der *Bundeskanzler* meint, man könne sich evtl. vor dem Mittagessen treffen. Er wolle u. U. aber Herrn Teltschik am Samstag nach Paris schicken.

Präsident *Mitterrand* bemerkt, er wolle mit Washington telefonieren, um alles festzulegen. Herr Teltschik sei am Samstag in Paris willkommen. Er wolle aber nochmals wiederholen, daß er von seiner Reise einen guten Eindruck habe. Bush verstehe die deutschen Beweggründe.

Der *Bundeskanzler* hält fest, daß man über Attali und Teltschik am Samstag in Kontakt bleibe.

Präsident *Mitterrand* bestätigt dies und wiederholt, daß man sich am Montag vor der entscheidenden Sitzung treffen wolle. Er habe sich gefreut, mit dem Bundeskanzler gesprochen zu haben.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich.

Das Gespräch endete nach ca. 20 Minuten.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁸ Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

¹⁰ Der französische Staatspräsident Mitterrand nahm an der Gipfelkonferenz französischsprachiger Staaten vom 24. bis 26. Mai 1989 in Dakar teil.

¹¹ 26./27. Mai 1989.

147

Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl24. Mai 1989¹

Vermerk über das Ministergespräch beim Bundeskanzler zur Durchführung des Schengener Abkommens² am 24. Mai 1989, 14.30 Uhr bis 15.30 Uhr, im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Bundeskanzler, BM Seiters, BM Dr. Schäuble, StM Dr. Stavenhagen, StM Dr. Adam-Schwaetzer, PStS Carstens, PStS Dr. Schulte, StS Neusel, Protokollführer: MR Dr. Glatzel.

Der *Bundeskanzler* weist auf die politische Bedeutung des Abbaus der Grenzkontrollen in Europa und die konkreten Absprachen und Absichten der Schengener Vertragsstaaten hierzu hin.

BM *Schäuble* führt in die Problematik ein und legt dar, daß

- der Abbau der Grenzkontrollen nur erfolgen könne, wenn mit dem Aufbau des Schengener Informationssystems ein gleichwertiges Fahndungsinstrument geschaffen sei,
- mit dem Aufbau des Schengener Informationssystems noch nicht begonnen werden könne, weil Frankreich bisher die Einbeziehung der Personenfahndung neben der Sachfahndung ablehne,
- für den Aufbau des Informationssystems technisch ca. zwei Jahre veranschlagt würden und deshalb ein solches Instrument frühestens Ende 1991 zur Verfügung stehe und daher
- ab 1.1.1990 noch nicht mit dem völligen Abbau der Grenzkontrollen, sondern nur mit schrittweisen Erleichterungen im Grenzverkehr begonnen werden könne.

Er schlägt vor, Kontakt mit Frankreich auf hoher Ebene aufzunehmen und dabei insbesondere auch die Frage der grenzüberschreitenden Nachteile, gegen die sich Frankreich wende, anzusprechen.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Glatzel, Bundeskanzleramt, gefertigt. Ferner Vermerk: „Herrn Chef BK mit der Bitte um Billigung. Es wird empfohlen, den Vermerk an die Gesprächsteilnehmer zu versenden; ein Entwurf ist zur Zeichnung beigelegt. Kopie Herrn StM.“

Hat Ministerialdirigent Trumpf am 9. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschuß. 1) StS L[autenschlager] vorzulegen. 2) W[ieder]v[orlage]“.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Trumpf am 21. Juni 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H. Kudlich: für die Akten“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 22. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Rom „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Rom am 23. Juni 1989 vorgelegen.

² Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 204.

StM *Adam-Schwaetzer* äußert Zweifel an der Notwendigkeit einer Koppelung des Abbaus der Grenzkontrollen mit dem Aufbau des Schengener Informationssystems und sieht Möglichkeiten zum Abbau der Grenzkontrollen bereits dann, wenn die Frage der grenzüberschreitenden Nachteile befriedigend gelöst ist.

Sie weist darauf hin, daß auch Frankreich großes Interesse daran habe, Schengen zeitgerecht zu verwirklichen, und schlägt vor, die weiteren Verhandlungen, insbesondere in der Zentralen Verhandlungsgruppe am 30. Mai 1989³, für Fortschritte zu nutzen.

BM *Schäuble* betont das Einvernehmen aller Schengen-Staaten zur Notwendigkeit des Aufbaus eines Informationssystems vor dem Abbau der Grenzkontrollen und weist auf die Vorbild- und Vorläuferfunktion der Schengen-Absprache für den Europäischen Binnenmarkt hin.

PStS *Carstens* legt die Planungen der Zollverwaltung dar, etwa 1700 Zöllner an den Grenzen abzuziehen, aber die Grenzkontrollen in einer Übergangszeit stichprobenartig mit etwa 800 Zöllnern ähnlich wie im jetzigen Grenzverkehr der Beneluxstaaten untereinander aufrechtzuerhalten.

Der *Bundeskanzler* betont die bisherige Absprache unter den Schengener Vertragsstaaten einschließlich Frankreich, die Grenzkontrollen möglichst zum 1.1. 1990 abzuschaffen; die Öffnung der Grenzen dürfe aber nicht mit einer Einbuße an Sicherheit (z.B. bei der Bekämpfung der Rauschgift- und Bandenkriminalität) einhergehen, die die Freizügigkeit in Europa – auch in der öffentlichen Meinung – stark belasten könne. Er sieht in dem pragmatischen Vorgehen des BMF eine gute Lösungsmöglichkeit.

Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, einen Brief an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu schreiben, um näheren Aufschluß über die französischen Absichten auf diesem Gebiet zu erhalten.⁴

Der Bundeskanzler bittet darüber hinaus

- um Vorschläge der Ressorts zur Bekämpfung der Bandenkriminalität für den EG-Gipfel in Madrid⁵ und

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes vermerkte am 31. Mai 1989 zur Sitzung der „Zentralen Verhandlungsgruppe Schengen“ am Vortag in Paris zur Frage der grenzüberschreitenden Nachteile: „Strittig sind: Nachteile für welche Vergehen? Radius und Zulässigkeit exekutiver Maßnahmen.“ Zum Schengener Informationssystem vermerkte er: „Strittig: verpflichtet die Ausschreibung z.B. zur Festnahme durch den ersuchenden MS den ersuchten MS zum Tätigwerden ohne eigenes Prüfungsrecht auf Zulässigkeit der Ausschreibung; falls Prüfungsrecht bejaht wird (so F), muß Prüfungsrecht festgelegt werden; Sitz- und Finanzierungsfrage“. Vgl. Referat E 10, Bd. 270632.

⁴ In dem Schreiben vom 15. Juni 1989 an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand führte Bundeskanzler Kohl mit Blick auf den zum 1. Januar 1990 vorgesehenen Abbau der Grenzkontrollen aus, wichtig sei die Frage der Verfolgung flüchtiger Straftäter über Staatsgrenzen hinweg: „Von entscheidender Bedeutung scheint mir auch zu sein, daß die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem gemeinsamen polizeilichen Informationssystem („Schengener Informationssystem“), das nicht nur der Fahndung nach Straftätern, sondern auch der Durchführung der gemeinsamen Visapolitik dienen soll, einer schnellen, praktikablen Lösung zugeführt werden. Dies gilt um so mehr, als nach Auskunft der Fachleute im Anschluß an eine politische Grundsatzentscheidung noch zwei Jahre für die technische Realisierung dieses im Interesse der Sicherheit der Bürger unserer Staaten so wesentlichen Informationssystems benötigt werden. [...] Unsere Fortschritte in diesem Bereich sind auch von besonderer Bedeutung für die engere polizeiliche Zusammenarbeit im Rahmen der Zwölf, die wir gerade im Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes anstreben.“ Vgl. Referat E 10, Bd. 270633.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

- um einen Bericht des BMV zum Stand der Überlegungen für eine Verringerung der Bahnpolizei.

Referat E 10, Bd. 270632

148

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl
und des Bundesministers Genscher mit dem
stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger
und dem stellvertretenden Sicherheitsberater Gates**

VS-NfD

25. Mai 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit stv. US-Außenminister Lawrence Eagleburger und stv. Nationalem Sicherheitsberater Robert Gates, Bonn, 25. Mai 1989, 14.15 Uhr–15.45 Uhr

Gesprächsteilnehmer:

Auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher, MD Teltschik, VLR I Dr. Kaestner (Note-taker), Frau Kaltenbach (Dolmetscherin).

Auf amerikanischer Seite: Deputy Secretary of State Eagleburger, Deputy National Security Advisor Gates, Botschafter Walters.

Der *Bundeskanzler* begrüßt die amerikanischen Gäste und umreißt die Besonderheiten des gegenwärtigen Europa-Wahlkampfs²: Zu erwarten schlechte Wahlbeteiligung um 50 %, während bei Bundestagswahlen bei uns bis zu 90 % die Regel sind.

Stv. AM *Eagleburger* übermittelt herzliche Grüße von Präsident Bush und übergibt einen Brief in englischer Sprache (vgl. Anlage³), der sodann übersetzt wird.

Der *Bundeskanzler* bittet, Präsident Bush seine herzlichen Grüße zu übermitteln – er schätze die persönliche Geste sehr, daß der Präsident ihn durch Sonderbeauftragte vorab unterrichtete.

Die Initiative des Präsidenten⁴ halte er für eine ausgezeichnete Idee. Sie sei – wenn auch über Details noch zu sprechen sei – nach seinem ersten Eindruck

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 27. Mai 1989 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, Bundesminister Seiters und Bundeskanzler Kohl „jeweils unmittelbar [...] mit der Bitte um Genehmigung“ vorgelegt. Dazu vermerkte Teltschik: „Ihr Einverständnis voraussetzend, habe ich bereits unmittelbar Herrn Bundesminister Genscher und Herrn Bundesminister Dr. Stoltenberg Doppel zukommen lassen“.

Hat Seiters vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727.

² Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

³ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 23. Mai 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 010, Bd. 178933.

⁴ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. auch Dok. 150.

genau das, was er sich wünsche: nämlich, daß die USA psychologisch in die Vorhand kommen.

Er betone und bitte, Präsident Bush wörtlich zu übermitteln, daß es sein Wunsch sei, daß Persönlichkeit und Führerschaft von George Bush im Zusammenhang mit dieser Initiative herauskommen. Dies entspreche seinen freundschaftlichen Gefühlen für den Präsidenten und sei wichtig auch im Hinblick auf die innenpolitische Situation in den USA.

Sehr wichtig sei es aber für die USA als Ganzes: Denn heute herrsche eine psychologische Situation vor, in der alle Welt nach Moskau starre, wo in der Tat Generalsekretär Gorbatschow große Anstrengungen mache. Aber dessen verbale Initiativen seien immer noch wesentlich größer als seine tatsächlichen. Im Medienzeitalter schaue man jedoch eher auf die Nachricht als auf die Tatsachen.

Am Beginn des Briefes stelle der Präsident mit Recht fest, daß in Osteuropa gewaltige Entwicklungen in Gang gekommen seien. Nun gebe es zwei Philosophien, wie man darauf reagieren könne:

- Man könne sich wie im Theater in seinen Sessel setzen, sich zurücklehnen und abwarten, was geschehe – dies sei aber nicht genug.
- Man müsse mit Klugheit und mit Initiative die Entwicklung beschleunigen.

Er habe den Eindruck, daß die Entwicklung sich gerade in den letzten Wochen noch einmal dramatisch beschleunigt habe. Er denke an die Ereignisse in Peking⁵, die der Kreml nicht ohne guten Grund sehr zurückhaltend kommentiere. Er sei überzeugt, daß, wenn es zu Demonstrationen in Moskau komme, der Kreml viel schneller schießen lasse.

Wenn dieser Tage in Peking 100 000 junge Leute auf dem Platz des Himmlichen Friedens demonstrierten – und zwar freiwillig –, so sei dies etwas, was es in dieser Form zum letzten Mal bei Lenin gegeben habe. (Stv. AM *Eagleburger* wirft ein, daß es neulich in Moskau auch mit Jelzin eine ähnlich große Vollversammlung auf freiwilliger Basis gegeben habe.)

Der *Bundeskanzler* fährt fort, was wir heute in Europa – und zwar nicht nur wir Deutschen – brauchten, sei eine deutliche Initiative der NATO, des ersten Mannes der NATO, mit der er Gorbatschow psychologisch packe. Aus Telefongesprächen mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident González wisse er, daß sie die psychologische Situation genauso beurteilten wie er. Wenn also die Initiative des Präsidenten in Brüssel⁶ eine „Botschaft“ wird, so finde er dies sehr gut. Er bitte darum, dem Präsidenten auch zu sagen, daß es sein – des Bundeskanzlers – besonderes Interesse sei, daß man sich in der anderen Frage – SNF – noch vor Brüssel, spätestens in Brüssel einige. Überhaupt sei es nicht unser Interesse, daß SNF der zentrale Punkt des Brüsseler Treffens werden.

Der Bundeskanzler bittet sodann um Hinweise, wie der Präsident seine Initiative handhaben werde, insbesondere, wann er sie veröffentlichen wolle.

Stv. Sicherheitsberater *Gates* und stv. AM *Eagleburger* erläutern, daß man alles getan habe, um die Initiative geheimzuhalten. Wenige Leute in Washington wußten darüber Bescheid, und man könne nur hoffen, daß kein Leak entstehe.

⁵ Zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 vgl. Dok. 145.

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Der Präsident beabsichtige, seine Initiative beim Gipfeltreffen vorzuschlagen und danach zu veröffentlichen. Bisher seien von ihnen – Eagleburger und Gates – PM Frau Thatcher, MP Rocard, MP De Mita unterrichtet worden, anschließend reisten sie zu NATO-GS Wörner nach Brüssel und trafen schließlich mit NL-MP Lubbers zusammen.

Jede der bisher unterrichteten Regierungen habe sich für die Initiative ausgesprochen, jedoch habe sich PM Frau Thatcher ernstlich besorgt wegen der doppelt verwendbaren Flugzeuge gezeigt. Sie habe zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, jedoch Fragezeichen gesetzt, ob man sich so schnell bewegen müsse. Man habe ihr geantwortet, daß der Präsident den Vorschlag in Brüssel einbringen und dann im Bündnis zur Diskussion stellen werde.

Der *Bundeskanzler* bittet, dem Präsidenten zu sagen, er möge sich nicht beirren lassen. Mit dem Namen George Bushs müsse in diesem geschichtlichen Abschnitt der Durchbruch gemacht werden! Seinerseits biete er jede Unterstützung an. Dabei müsse er – der Bundeskanzler – nicht in Erscheinung treten, wichtiger sei, daß der Präsident gut herauskomme. Sein Erfolg sei auch für uns sehr gut. Er habe immer wieder den Eindruck, daß man – nicht aus bösem Willen – in USA die psychologische Situation in Kontinentaleuropa nicht immer richtig erfasse. Gewichtige Nachrichten kämen aus Moskau, aus Warschau, aus Budapest, aus Peking – und in den ersten drei Monaten 1989 hätten bereits 1,4 Mio. Besuche aus der DDR bei uns stattgefunden. Die Leute lehnten das Regime immer deutlicher ab. Die Zeit arbeite für uns. In seinen Wahlveranstaltungen bringe er immer wieder den Satz „Die Zeit arbeitet für Ludwig Erhard, nicht für Karl Marx.“ Dies verstünden die Leute. Denn das östliche System sei bankrott. Jelzin sage, daß eine Reform, die die Regale nicht füllen könne, keine Reform sei. Dies sei Kerngedanke Ludwig Erhards: Und der amerikanische Marshallplan⁷ habe uns geholfen, ihn zu verwirklichen.

PM Frau Thatcher verstehe dies alles nicht. Auch er – der Bundeskanzler – sei nicht für Vorleistungen. Er kenne das Diktat von München.⁸ Diktatur bleibe Diktatur. Man müsse Taten sehen, nicht Propaganda – aber es entwickle sich etwas in Osteuropa.

Deshalb dürfe es nicht so erscheinen, daß der Präsident durch PM Frau Thatcher gehemmt werde. Im übrigen rede auch sie freundlich mit Generalsekretär Gorbatschow, wenn dieser London besuche.⁹

Stv. AM *Eagleburger* erwidert, der Bundeskanzler brauche sich nicht über die Haltung des Präsidenten zu sorgen. Der Präsident werde vorwärtsgehen. Seine Initiative entspringe der Überzeugung des Präsidenten, daß konventionelle Waf-

⁷ Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshallplan“ genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

⁸ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

fen reduziert werden müßten. Als deshalb Generalsekretär Gorbatschow im Gespräch mit AM Baker¹⁰ seine Vorschläge gemacht habe, habe der Präsident die Chance erkannt, zuzugreifen und die Dinge vorwärtszubringen.

- Man wolle die Sowjets auf ihre Höchststärken-Vorschläge für Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen festnageln.
- Man wolle – entgegen der bisherigen Haltung des Westens – Flugzeuge in die Verhandlungen einbringen: Dabei werde die vorgeschlagene 15%ige Verminderung durchzuführen sein, ohne daß man die doppelt verwendbaren Flugzeuge oder die Kampfflugzeuge der ersten Linie (first line fighters) antaste.
- Man wolle sich schließlich auch bei Hubschraubern bewegen, obwohl hier numerische und Definitionsprobleme zu lösen bleiben.
- Man wolle schließlich das besonders bedrohliche Element der sowjetischen Militärmacht – das Personal – erfassen. Bei Verwirklichung der Vorschläge müsse die SU zehnmal so viele Mannschaften abziehen wie die USA.
- Man wolle schließlich durchsetzen, daß das zurückgezogene Material nicht nur hinter den Ural zurückgezogen, sondern zerstört wird. Denn nur dies sei zu verifizieren, nicht aber Truppenbewegungen.

Dieser Vorschlag des Präsidenten müsse, wenn vom Bündnis gebilligt, von der NATO dem Warschauer Pakt als Komplettpaket präsentiert werden: Dieser dürfe sich nicht einige Teile, die ihm gefielen, herauspicken, sondern müsse das ganze Paket annehmen.

Stv. Sicherheitsberater *Gates* ergänzt, der Präsident hoffe sehr, ein entsprechendes Verhandlungspaket in einem Zeitrahmen von sechs bis zwölf Monaten auszuhandeln. Wenn dies dann implementiert werde, habe dies Auswirkungen auf SNF.

Der *Bundeskanzler* wiederholt sein Interesse, auch in der SNF-Frage zu Übereinkommen zu gelangen und noch vor dem Brüsseler Gipfel alle Möglichkeiten zu nutzen.

Für uns Deutsche sei der entscheidende Punkt, daß es nicht annehmbar sei, daß hier der Eindruck entstehe, daß in allen Feldern abgerüstet werde, nur bei den Waffen, die uns unmittelbar betreffen, nicht. Er – der Bundeskanzler – habe die SNF-Debatte nicht begonnen – sie habe uns nur geschadet. Er denke an Äußerungen vor 1 1/2 Jahren, er denke an den Vorschlag, eine Brandmauer bei 500km zu errichten und darüber abzurüsten, darunter aufzurüsten.

Bei gutem Willen auf beiden Seiten müsse es nunmehr möglich sein, Formulierungen zu finden, die verdeutlichen, daß wir auf konventionellem Gebiet vorankommen wollten – und mit dem Vorschlag des Präsidenten sei unsere Lage viel besser –, aber auch darüber, daß man mit dem entsprechenden Fortgang bei der konventionellen Abrüstung auch über den anderen Bereich – SNF – spreche.

Bundesminister *Genscher* fragt, warum der amerikanische Vorschlag bei der Artillerie sich nicht an den NATO-Vorschlag – 16 500 – halte, sondern eine Größe zwischen diesem und dem WP-Vorschlag – 24 000 – anpeile.

¹⁰ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Baker am 10./11. Mai 1989 in der UdSSR und den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vgl. Dok. 136.

Stv. Sicherheitsberater *Gates* erläutert, hier gehe es wesentlich um Definitionsfragen, etwa ob man Mörser und schwere Panzerabwehrwaffen einschließen wolle – dann komme auch die NATO auf eine höhere Zahl.

Er wolle noch zur Frage der Flugzeuge hinzufügen, daß nach Definition der USA der Warschauer Pakt etwa 9000 Flugzeuge habe, die NATO etwa 5400. Nach dem Vorschlag des Präsidenten müsse die NATO auf 4600 reduzieren, der Warschauer Pakt entsprechend mehr.

Bei Hubschraubern sei es ähnlich: Wenn man Kampfhubschrauber und Kampftansport-hubschrauber einschließe, habe der Warschauer Pakt etwa 3800, die NATO 2600 Stück. Die NATO müsse auf 2200 zurückgehen. Auch in diesem Fall würden die Sowjets einen größeren proportionellen Schnitt vollziehen müssen.

Hinsichtlich der Flugzeuge wiederhole er, daß die doppelt verwendbaren Flugzeuge und die first line fighters herausgehalten werden können. Damit würden essentielle Fähigkeiten des Bündnisses zur Verteidigung geschützt. Demgegenüber werde die große Zahl sowjetischer Abfangjäger (Luftverteidigung) einbezogen.

Der Vorschlag sei von den Joint Chiefs of Staff ausgearbeitet und von VM Cheney und General Galvin indossiert worden.

Was schließlich die Reduzierung der Truppenstärken angehe, so werde dies von einem innenpolitischen Standpunkt gesehen dem Präsidenten ermöglichen, die amerikanische Truppenpräsenz in Europa für einen längeren Zeitraum zuzusagen.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert stv. Sicherheitsberater *Gates*, daß die USA z.Zt. in Europa über 305 000 Mann (BM Genscher wirft ein: in der Bundesrepublik Deutschland 250 000 Mann) verfügten und aufgrund der Bush-Initiative diese Präsenz um 30 000 Mann reduzieren müßten.

Auf weitere Frage BM *Genschers*, wie dies mit der genannten 20%-Verminderung übereinstimme, erläutert *Gates*, von den 305 000 seien etwa 150 000 Kampftrouppen. Stationiert – neben der Bundesrepublik Deutschland – vor allem in Italien und Großbritannien.

Stv. AM *Eagleburger* berichtet aus der Diskussion mit MP Rocard, dieser habe an die „französische Sicht“ hinsichtlich der Flugzeuge erinnert, jedoch nicht insistiert. Möglicherweise könne sich die französische Haltung, wenn man in Paris den Vorschlag weiter analysiere, noch komplizieren.

Auf Frage von BM *Genscher*, wie sich die vorgeschlagenen Reduzierungen mit der in die Wiener Verhandlungen eingeführten Regel über Stationierungsobergrenzen für fremde Truppen¹¹ verhalte, stellt stv. AM *Eagleburger* klar, daß der Vorschlag des Präsidenten den westlichen Vorschlag in Wien ergänze und erweitere – alle übrigen Elemente des westlichen Vorschlags blieben deshalb in Kraft, insbesondere die Stationierungs- und Suffizienzregel.

BM *Genscher* hält die vom Präsidenten vorgeschlagene Zeittafel für die Reduzierungen für sehr gut – hierin sei der sowjetische Vorschlag gänzlich unbefriedigend.

¹¹ Vgl. dazu den VKSE-Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989; VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht dies aus den psychologischen Gründen, die er eingangs erläutert habe.

Er verabschiedet seine Gäste mit persönlichem Dank für die Unterrichtung und erneuten Grüßen an Präsident Bush.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

149

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha

26. Mai 1989¹

Gespräch BM Genscher/AM Pik Botha (Südafrika) am 26. Mai 1989

Weitere Teilnehmer: D3², Dg32³, südafrikanischer Geschäftsträger Grobler, Mr. Evans (Büro Botha), Dolmetscherin.

Anlg.: 1⁴

Aus dem einstündigen Gespräch ist folgendes festzuhalten:

1) Die beiden AM erörterten zunächst die politische Lage im Vorfeld des NATO-Gipfels⁵, die gegenwärtige deutsche Position in der EG und im westlichen Bündnis und die Perestroika-Politik der Sowjetunion.

2) Afrika allgemein

Nachdem BM *Genscher* seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß Namibia nunmehr endlich auf der Grundlage von SR 435⁶ und des Lösungs-

¹ Eine von Ministerialdirigent Sulimma am 29. Mai 1989 gefertigte Gesprächsaufzeichnung wurde von Bundesminister Genscher am 20. Juni 1989 nicht genehmigt. Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

Am 3. Juli 1989 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke eine überarbeitete Gesprächsaufzeichnung vor. Dazu vermerkte er: „Über D3, 014, 010 mit der Bitte, Zustimmung des BM zu dem geänderten Gesprächsvermerk und seiner Verteilung herbeizuführen (Neuformulierungen auf S. 2 und 5 sind im Original unterstrichen).“ Vgl. Anm. 7 und 13.

Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 3. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Krekeler am 7. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 9. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 10. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Schlagintweit an Sulimma verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Hoffmann am 10. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 11. Juli 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Braun am 12. Juli 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 320, Bd. 156011.

² Reinhard Schlagintweit.

³ Hans-Günter Sulimma.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

Am 16. Februar 1989 beschloß der VN-Sicherheitsrat einstimmig, die Resolution Nr. 435 nunmehr zu implementieren. Vgl. dazu die Resolution Nr. 632; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1989, S. 3.

plans der VN in die international anerkannte Unabhängigkeit entlassen würde⁷, erläuterte AM *Botha* seinerseits seine Eindrücke aus dem dreistündigen Gespräch mit dem sowjetischen Vize-AM Adamischin in Maputo. Er erwähnte unter anderem, Adamischin hätte sofort die Frage der finanziellen Schwierigkeiten der Sowjetunion aufgeworfen; die sowjetische Afrikapolitik werde auch durch die negativen Erfahrungen in Afghanistan bestimmt. Adamischin, der von der südafrikanischen Regierung im Hubschrauber über Johannesburg geflogen worden war, hätte gesagt, er habe dabei in 90 Minuten mehr gelernt als aus tausend Berichten. Am 28.4.1989 habe AM *Botha* einen großen Empfang für die Joint Commission⁸ gegeben. Der sowjetische Vertreter, Botschafter Ustinow, sei bei diesem Anlaß in seinem Hause gewesen. Dabei habe *Botha* Botschafter Ustinow gefragt, warum die Sowjetunion die Gewaltpolitik des ANC unterstütze. Dieser habe jede Unterstützung von Gewalt seitens des ANC abgestritten. Er habe ihm gesagt, daß Südafrika sofort bereit sei, mit dem ANC zu sprechen, wenn dieser auf Gewalt verzichte. Dann könne auch Nelson Mandela freigelassen werden.

3) Namibia

AM *Botha*: Er sei wegen der Aktion der SWAPO Anfang April 1989⁹ sehr besorgt gewesen (very worried). Die SWAPO mache es der südafrikanischen Regierung in ihrem eigenen Lande schwer. Die konservative Partei habe ihn wegen der SWAPO-Invasion schon angegriffen, da seine Namibia-Politik nach Ansicht dieser Partei nicht vorsichtig genug sei.

Das Verhalten der SWAPO hätte Einfluß auf das Denken der Weißen in Namibia. Südafrika wolle so viele Weiße wie möglich in Afrika halten. Im Norden Namibias habe es bei den Farmern echte Ängste gegeben. Es habe auch eine Zeit gegeben, in der die Farmer dort eine richtige kleine Armee bildeten, die sich bereithielt, auf einen Angriff der SWAPO zu reagieren. Nicht alle SWAPO-Kämpfer seien nach Angola zurückgekehrt.

Etwa 150 seien zurückgeblieben. Nach südafrikanischer Ansicht kann dieses Problem aber von der Polizei gelöst werden. AM *Botha* sprach gegenüber BM Genscher folgende Bitte um Hilfe aus: Südafrika habe Informationen, wonach „some elements of SWAPO“ im Verlaufe des Monats Juni wieder angreifen wollten. Die südafrikanische Regierung befürchtet, daß die SWAPO wieder in Namibia eindringt, sobald die südafrikanischen Truppen auf die vorgesehene Stärke von 1500 Mann reduziert seien und diese sich in Basen, die von der UNTAG kontrolliert werden, aufhielten. Die Bundesregierung könnte auf die SWAPO einwirken, damit diese eine solche Absicht nicht ausführt.

⁷ Der Passus „Nachdem BM Genscher ... Unabhängigkeit entlassen würde“ wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

In der am 29. Mai 1989 gefertigten ersten Fassung der Gesprächsaufzeichnung lautete er: „Nachdem BM Genscher der südafrikanischen Regierung seine Anerkennung für ihre Namibia-Politik ausgesprochen hatte“. Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

⁸ Das Protokoll vom 13. Dezember 1988 über die Verhandlungen zwischen Angola, Kuba und Südafrika (Protokoll von Brazzaville) sah die Einsetzung eines Gemeinsamen Ausschusses vor, an dem die USA und die UdSSR als Beobachter teilnehmen sollten. Die dritte Sitzung der „Joint Monitoring Commission“ fand vom 27. bis 29. April 1989 in Kapstadt statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 120/121 des Botschafters Stabreit, Kapstadt, vom 2. Mai 1989; Referat 320, Bd. 156021.

⁹ Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

Zu der Frage, warum die SWAPO-Kämpfer Anfang April 1989 in den Norden Namibias eingedrungen sind, legte AM Botha folgendes dar: Kaunda habe der südafrikanischen Regierung gesagt, Mugabe hätte der SWAPO den Rat gegeben, in Namibia einzurücken. Die SWAPO habe geglaubt, bei einem Erfolg als Held dazustehen. Als Propaganda-Idee sei diese Überlegung auch nicht schlecht.

Südafrika habe vor dem 1. April 1989 keine direkte Information über das bevorstehende Eindringen der SWAPO gehabt, jedoch wäre man durch größere Truppenansammlungen auf der angolanischen Seite der Grenze gewarnt gewesen.

Abgesehen von der südafrikanischen Sorge hinsichtlich eines erneuten Eindringens der SWAPO nach Namibia sei alles auf gutem Wege. Wichtig sei aber die Finanzierung des Landes bis zur Unabhängigkeit. Südafrika habe nicht das Geld, um alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Vor allem müsse bei Ruacana im Ovambo-Land die Wasserversorgung sichergestellt werden. Teile des Pumpsystems seien im Krieg zerstört worden.

Das sei eine humanitäre Frage. Das Wasser komme allen, auch den Angehörigen der SWAPO, zugute.

Ferner hätte Namibia einen überaus hohen Finanzbedarf beim Unterhalt von Kliniken und im Erziehungswesen. AM Botha bat die Bundesregierung zu prüfen, ob sie nicht schon vor Unabhängigkeit des Landes finanzielle Hilfe an Namibia leisten könne. Für die südafrikanische Regierung sei es innenpolitisch nicht zu vertreten, jetzt noch Garantien für weitere Kreditaufnahmen zugunsten Namibias zu gewähren. Seine Regierung werde schon jetzt mit dem Argument angegriffen, sie gebe Geld aus für eine zukünftige SWAPO-Regierung in Namibia.

BM Genscher entgegnete, die Bundesregierung würde diese Frage „prüfen“ („we will look into the matter“).

AM Botha erwähnte dann, daß es eine neue Studie über die voraussichtlichen Wahlergebnisse vom November 1989¹⁰ gäbe. Danach werde SWAPO 40 % der Stimmen erhalten, die DTA 28 %, Kalangula 12 %, SWAPO-D (Shipanga) 6 %. Dies sei eine für Südafrika sehr interessante Studie.

BM Genscher brachte den Gedanken eines Treffens AM Botha/SWAPO-Präsident Nujoma zur Sprache.

AM Botha betonte, daß die beiden ersten Treffen zwischen Botschafter Retief und Nujoma (in Bonn und Frankfurt¹¹) sehr gut gewesen seien.

Hinsichtlich einer Begegnung von ihm selbst mit Nujoma sagte er: Nachdem die Frage des Eindringens der SWAPO im Norden Namibias nun gelöst sei, müsse

¹⁰ Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

¹¹ In der Presse wurde berichtet, am Rande seines Besuchs vom 28. Februar bis 3. März 1989 in der Bundesrepublik sei der Präsident der SWAPO, Nujoma, am 3. März 1989 im Gästehaus des Auswärtigen Amts mit dem südafrikanischen Botschafter Retief zusammengetroffen. Vgl. dazu den Artikel „Geheimgespräch bei Nacht“; DER SPIEGEL, Nr. 11 vom 13. März 1989, S. 6. Zum Besuch vgl. Dok. 46, Anm. 24. Ein weiteres Gespräch fand am 17. März 1989 auf Vermittlung von Ministerialdirigent Sulimma am Frankfurter Flughafen statt. Sulimma vermerkte dazu am 20. März 1989 Informationen von Retief vom selben Tag. Nujoma habe sich zu einem Gespräch mit dem südafrikanischen Außenminister Botha zu jeder Zeit und an jedem Ort bereit erklärt: „Die Vorbereitung eines solchen Treffens sollte wie bisher ‚über Genscher und sein Außenministerium‘ laufen.“ Erörtert worden seien die Frage von Walvis Bay sowie die Lage der Parteien in Namibia. Vgl. Referat 320, Bd. 155884.

bis zu einer solchen Begegnung noch etwas Zeit vergehen. Sollte sich trotz südafrikanischer Befürchtungen im Juni 1989 seitens der SWAPO nichts Negatives ereignen, dann könne man weitersehen.

Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Sorge, daß die SWAPO das Problem Walvis Bay¹² politisch thematisieren könnte.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß AM *Botha* alle diese Punkte mit Nujoma besprechen sollte.

4) Mosambik

AM *Botha* führte aus, er arbeite zur Zeit an zwei Fragen, die sich auf Mosambik beziehen:

- Wie kann der Bürgerkrieg in diesem Lande beendet werden?
- Wie kann das Geld für die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Komatipoort und Maputo beschafft werden? Wenn diese Verbindung wieder funktioniere, seien private Geldgeber in Südafrika bereit, in die Tourismusindustrie Mosambiks zu investieren.

5) Südafrika

BM *Genscher* legte Grundpositionen der Südafrikapolitik der Bundesregierung – Entbannung der Organisationen der nichtweißen Bevölkerung, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Einleitung eines nationalen Dialogs, bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller übrigen politischen Gefangenen – dar.¹³ AM *Botha* antwortete: Es müsse ein Weg gefunden werden, Nelson Mandela in die Freiheit zu entlassen. Wichtigstes Hindernis sei die Befürchtung, daß es „large scale demonstrations“ geben werde, sobald Mandela frei sei. Dann würde die südafrikanische Regierung in große Schwierigkeit geraten.

Seine Regierung spreche aber mit Mandela.

Die neue Regierung des Landes werde dem Problem Mandela Vorrang (priority) geben. Vor den Wahlen im September 1989¹⁴ sei es aber schwer, etwas zu tun.

Wie viele Stimmen die Rechte in den Wahlen erhalten werde, sei schwer vorherzusehen: Umfragen sprächen von 25–30 %. Er hoffe, daß es weniger würden. Nach den Wahlen müßte man den Group Areas Act und den Population Registration Act, die zwei letzten wichtigen Apartheid-Gesetze, angehen.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke erläuterte am 18. Oktober 1988, Südafrika betrachte Walvis Bay als Teil seines Staatsgebiets. Die Resolution Nr. 432 des VN-Sicherheitsrats vom 27. Juli 1978 fordere dagegen die „Reintegration“ von Walvis Bay in das Gebiet Namibias: „Die Walvis-Bay-Frage wurde bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias (VN-Lösungsplan) ausgeklammert, um diesen Prozeß nicht mit einer zusätzlichen Problematik zu belasten. Im Ergebnis bedeutet dies, daß die Walvis-Bay-Frage eine Angelegenheit ist, die von einem unabhängigen Namibia und Südafrika geregelt werden muß.“ Die SWAPO vertrete den Standpunkt, „daß Walvis Bay integraler Bestandteil Namibias sei und Südafrika dieses Territorium illegal annektiert habe und völkerrechtswidrig besetzt halte“. Nöldeke legte weiter dar, Walvis Bay habe „politisch, vor allem aber verkehrsgeographisch und wirtschaftlich eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung eines unabhängigen Namibia“. Vgl. Referat 320, Bd. 155774.

¹³ Dieser Satz wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

In der am 29. Mai 1989 gefertigten ersten Fassung der Gesprächsaufzeichnung lautete der Passus: „Auf Frage von BM *Genscher* führte AM *Botha* aus: Es müsse...“ Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

¹⁴ Zur Ankündigung von Wahlen in Südafrika vgl. Dok. 46, Anm. 21.

BM *Genscher* kam auf unsere Sorgen hinsichtlich der Disclosure of Foreign Funding Bill¹⁵ zu sprechen.

AM *Botha* versicherte BM *Genscher*, daß die westlichen Regierungen nichts zu befürchten hätten.

Auf Initiative von BM *Genscher* einigten sich die beiden AM, daß BM *Genscher* an AM *Botha* persönlich herantritt, wenn es Beschwerden bei der Durchführung des Disclosure of Foreign Funding Bill gibt. AM *Botha* wird sich dann um das Problem kümmern.

AM *Botha* kam schließlich noch auf die Einführung der Visumspflicht für süd-afrikanische Staatsbürger¹⁶ zu sprechen.

Er bemerkte, daß die Bundesrepublik eine solche Visumspflicht eingeführt habe, nachdem Südafrika in Sachen Visa für Deutsche seit zwei Jahren Erleichterungen vorsehe. BM *Genscher* verwies auf unsere Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen¹⁷.

AM *Botha* wies auf Probleme bei der Durchführung der Visaerteilung hin. Mit dem bestehenden Personal könnten die deutschen Vertretungen in Südafrika die Arbeit nicht bewältigen.

Es bildeten sich bei Konsulaten lange Warteschlangen. Es sei zu befürchten, daß die Opposition in Südafrika und die Presse sich dieses Themas annähmen. Das sollte man verhindern. Die Bundesregierung sollte auch berücksichtigen, daß auch die schwarzen Südafrikaner solche Visa benötigen.

Referat 320, Bd. 156011

¹⁵ Vortragender Legationsrat Hiller vermerkte am 19. April 1989: „Trotz einiger substantieller Änderungen am ursprünglichen Gesetzestext besteht bei der am 6.3.1989 vom südafrikanischen Parlament verabschiedeten und von Präsident Botha am 16.3.1989 unterzeichneten, jedoch noch nicht im Regierungsanzeiger veröffentlichten ‚Disclosure of Foreign Funding Bill‘ weiterhin die Gefahr, daß die südafrikanische Regierung durch willkürliche Anwendung des Gesetzes die Finanzierung der Anti-Apartheid-Organisationen aus dem Ausland fast vollständig zum Erliegen bringen kann.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155989.

Am 22. September 1989 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke fest, „daß die südafrikanische Regierung am 18. August 1989 den ‚Disclosure of Foreign Funding Act‘ in Kraft gesetzt und bereits gegenüber einigen Instituten Maßnahmen eingeleitet hat, um deren Aktivitäten zu kontrollieren“. Vgl. Referat 320, Bd. 155989.

¹⁶ Vgl. dazu die Siebzehnte Verordnung vom 3. Mai 1989 zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vom 28. April 1965; BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 881.

¹⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

150

Aufzeichnung des Botschafters Holik**221-376.00 VS-NfD****26. Mai 1989¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zeitpunkt der Vorlage: sofort

Betr.: Bushs Initiative für einen VKSE-Verhandlungsschritt des Westens⁴Anlg.: 1⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und zur Billigung des beiliegenden Gesprächsführungsvorschlags

I. Präsident Bush hat vorgeschlagen, der Westen solle in Wien einen Verhandlungsschritt unternehmen, der vorsieht:

- „Einstecken“ von Gorbatschows Zustimmung zu den vom Westen vorgeschlagenen Höchststärken für Kampfpanzer (20 000) und Infanteriekampffahrzeuge (28 000) sowie Einigung auf Höchststärke für Artillerie bei Niveau zwischen Vorschlägen des Westens (16 500) und Ostens (24 000) nach Einigung über Definition. Alle Waffen, die zur Erreichung der Höchststärken zu reduzieren sind, sind zu vernichten.
- Einbeziehung von Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern in den westlichen Vorschlag, und zwar:
 - Herstellung gleicher Obergrenzen 15 % unter derzeitigem NATO-Niveau,
 - Erfassung aller landgestützter Kampfflugzeuge, keine Differenzierung nach Rollen (d.h. Einbeziehung auch aller „Verteidigungsflugzeuge“, die der Osten ausschließen will),
 - Zerstörung der zu reduzierenden Flugzeuge und Hubschrauber.
- Gleiche Obergrenzen von 275 000 für Personal der Land- und Luftstreitkräfte der USA und der SU, das in Europa außerhalb des eigenen Territoriums stationiert ist. Das bedeute: 20 % Reduzierung für die USA und Abzug von 325 000 Mann der Sowjetarmee aus den NSWP-Staaten.
- Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Ziel eines Ergebnisses in sechs bis zwölf Monaten sowie Vollzug der Reduzierungen bis 1992/1993.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Mai 1989 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 23. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Buerstedde verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat BM vorgelegen.“
Hat Vortragendem Legationsrat Krekeler vorgelegen.

Hat Buerstedde am 28. Juni 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. auch Dok. 148.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für den Gesprächsführungsvorschlag vgl. Referat 221, Bd. 144804.

II. Zur Bewertung

1) Präsident Bushs Initiative ist von außerordentlicher Bedeutung:

- für den Zusammenhalt des Bündnisses und zur Demonstration seiner Handlungsfähigkeit,
- für eine Lösung des SNF-Problems,
- für ein rasches Verhandlungsergebnis bei VKSE.

Bush beweist mit diesem Vorschlag Führungskraft im Bündnis. Er könnte damit auch seine Kritiker widerlegen, die ihm Mangel an Entschlußfreude und eigener konzeptioneller Phantasie vorwerfen.

2) Für die Konstellation innerhalb des Bündnisses könnten sich Folgerungen ergeben. Zwischen den USA und der BR Deutschland wird eine Interessen-Übereinstimmung hinsichtlich VKSE sichtbar, während sich die Möglichkeit von Unterschieden zwischen den USA einerseits und F und GB andererseits aufbaut: Ob Bushs Vorschlag beim NATO-Gipfel⁶ Unterstützung findet, hängt vor allem von F und GB ab. Besonders F hat sich bisher gegen die Einbeziehung von Flugzeugen bei VKSE gesträubt.

3) Die Initiative bei VKSE könnte auch dazu beitragen, eine Lösung der SNF-Frage im Bündnis zu erleichtern. Durch die außerordentliche Beschleunigung des Fahrplans der Verhandlungen und der Implementierung eines VKSE-Ergebnisses könnte die Diskussion über den Zeitpunkt des Beginns von SNF-Verhandlungen und -Reduzierungen entschärft werden.

4) Bushs Vorschlag bringt Dynamik in die Verhandlung über konventionelle Streitkräfte in Europa und eröffnet für sie eine realistische Chance für ein rasches Verhandlungsergebnis. Andererseits werfen die neuen Vorschläge eine Menge neuer Substanzfragen auf, die in den Verhandlungen bewältigt werden müssen und die im Bündnis noch nicht genügend konzeptionell geklärt sind: Höchststärken für Personal, Limitierung von Flugzeugen und Hubschraubern und die in diesem Zusammenhang zu lösenden Probleme der Nicht-Umgebung.

Jetzt gilt es, in Wien die sowjetischen Konzessionen „einzustecken“ und gleichzeitig im Bündnis die Positionen zu Flugzeugen, Hubschraubern und Personal im einzelnen auszuarbeiten.

a) Die Sowjets erklärten bei VKSE zu ihrem Kernanliegen, auch „Angriffsflugzeuge“ zu erfassen. Als Ergebnis eines innerwestlichen Tauziehens sieht die westliche Verhandlungsposition vor, zu Kampfflugzeugen in einer Anfangsphase keine eigenen Vorschläge vorzulegen.

Der amerikanische Vorschlag ist also ein wichtiger Schritt auf die Sowjets zu. Er wahrt jedoch zugleich die westlichen Interessen und verlangt von den Sowjets ein erhebliches weiteres Entgegenkommen. Denn er weist die von den Sowjets geforderte ausschließliche Erfassung von „Angriffsflugzeugen“ (d.h. Jagdbomber) zurück und verlangt dagegen Höchststärken für alle Kampfflugzeuge. Nach HLTF-Daten verfügt die NATO derzeit über 5289 Kampfflugzeuge (inkl. 660 „Trainer“), der WP über 8659 (inkl. 1450 „Trainer“).

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Eine Obergrenze bei 85 % des derzeitigen NATO-Bestands läge demnach bei 4500 Kampfflugzeugen (nach US-Zahlen bei 4600). Der Westen müßte 789, der Osten 4159 Flugzeuge reduzieren.

Wichtig sind zwei weitere Aspekte bei der Einbeziehung von Flugzeugen:

- Die USA wollen vorschlagen, daß alle zu reduzierenden Flugzeuge zerstört werden müssen. Durch diese Bestimmung ließe sich verhindern, daß die SU einen Flugzeug-Ceiling in Europa durch die Verlegung der Flugzeuge ostwärts des Urals umginge. Das Problem der kurzfristigen Zuführung von Flugzeugen von außerhalb in das Anwendungsgebiet wäre dadurch zwar noch nicht gelöst. Dieses Problem stellt sich jedoch für den Osten genauso wie für den Westen.
- Der Bush-Brief⁷ sagt nichts über regionale Teil-Höchststärken für Flugzeuge aus. Diese würden angesichts der Mobilität von Flugzeugen auch keinen Sinn machen. Europaweite Obergrenzen entsprächen auch unseren Interessen. Bündnisweite Höchststärken könnten andererseits für Frankreich, das ohnehin gegen die Erfassung von Flugzeugen ist, einen zusätzlichen doktrinen Grund geben, Einwände zu machen.

b) Bei Hubschraubern wollen die USA sog. Angriffs- und Kampf-/Transport-Hubschrauber erfassen.

Der Westen hat 2611 derartige Kampfhubschrauber, der Osten 3660. Den USA schwebt eine Obergrenze von 2200 Kampfhubschraubern vor. Ausgeschlossen wären demnach Hubschrauber in Ausbildungseinheiten.

Unter Zugrundelegung der amerikanischen Definition müßte der Westen ca. 400, der Osten 1460 Kampfhubschrauber abziehen.

Auch bei Hubschraubern haben wir aus deutscher Sicht kein Interesse an regionalen Zwischenobergrenzen.

c) Die gleichen Obergrenzen für amerikanisches und stationiertes sowjetisches Personal sind offenkundig stark durch inneramerikanische Überlegungen motiviert: Bush kann damit dem Kongreß zeigen, daß VKSE auch zu signifikanten Abzügen amerikanischer Truppen aus Europa und damit zu Einsparungen im Haushalt führen. Aus europäischer Sicht wäre eine Höchststärke für das amerikanische Personal in Europa bedeutsam, da ein Ceiling zugleich auch als ein „Floor“ verkauft werden könnte.

Der amerikanische Vorschlag wird für die SU nicht attraktiv sein: Er verlangt – nach dem von Gorbatschow angekündigten Abzug von 50 000 aus den NSWP-Staaten⁸ – einen weiteren Abzug von ca. 260 000 aus Mittel- und Osteuropa. Die USA würden dagegen nur 30–50 000 Mann aus Europa abziehen.

In den bisherigen VKSE-Vorschlag des Westens⁹, der durchgängig auf dem Konzept kollektiver Obergrenzen aufbaut, bringt der amerikanische Vorschlag ein

⁷ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 23. Mai 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 010, Bd. 178933.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

⁹ Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

stark¹⁰ auf den Bilateralismus der beiden Großmächte abstellendes Element hinein. Dadurch kommt ein Bruch in den westlichen Vorschlag hinein. Der Osten kann fragen: Wieso kollektive Gesamt-Obergrenzen und wieso eine kollektive Stationierungsregel nur für Waffen? Wieso keine Limitierung einheimischen Personals? Wieso nur Limitierung amerikanischen, nicht auch des anderen stationierten westlichen Personals (insgesamt – USA, GB, F, NL, B und CDN – auf westlicher Seite 480 000 stationiertes Personal)?

Nicht klar ist, wie die Zahlen des amerikanischen Vorschlags zustande kommen. Nach HLTF-Unterlagen haben die USA ca. 306 000 Personal in ihren Land- und Luftstreitkräften in Europa. Bei 20 % Reduzierung müßte der Ceiling bei ca. 245 000 Mann liegen. Bush schlägt jedoch einen Ceiling von 275 000 Mann vor. Vielleicht erklärt sich die Diskrepanz dadurch, daß die USA bei den HLTF-Daten das Personal rein nuklearer Einheiten (z.B. GLCM- und Pershing-Einheiten) nicht mitzählten, es jetzt aber tun.

III. Für die Stellungnahme zu Bushs Vorschlag während des NATO-Gipfeltreffens liegt ein Gesprächsführungsvorschlag bei.

Holik

Referat 221, Bd. 144804

151

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert

213-503.43 SOW

26. Mai 1989¹

Über Dg 21², D 2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Rehabilitierung von Deutschen, die in der Nachkriegszeit willkürlich
und summarisch von sowjetischen Gerichten verurteilt wurden;
hier: Aufnahme von Gesprächen mit der sowjetischen Seite

Bezug: Weisung aus D-Runde vom 23.5.89

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Zustimmung zu Ziff. 5

¹⁰ Korrigiert aus: „starkes“.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert und Legationsrat I. Klasse Grunenberg konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 26. Mai 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 26. Mai 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 30. Mai 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 16. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf von Bundesminister Genscher über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup am Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neubert verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 19. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Kastrup am 19. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Neubert erneut vorgelegen.

1) Es häufen sich Anfragen, die die Rehabilitierung von in der Nachkriegszeit von der Sowjetunion verurteilten Deutschen verlangen. Eine entsprechende Frage kam durch den Abgeordneten von Schmude (10.5.1989⁶) auch aus der Mitte des Bundestages. Wir benötigen eine abgestimmte Haltung, wie und von wem diese Briefe zu beantworten sind. Dabei handelt es sich um:

- a) deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, die dort summarisch zu 20 oder 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, und
- b) deutsche Zivilpersonen, die aus politischen Gründen entweder von sowjetischen Militärgerichten noch in der SBZ verurteilt wurden und dann entweder dort oder in der Sowjetunion einsaßen, oder um Deutsche, die in die Sowjetunion verschleppt und dort verurteilt wurden.

Viele wurden 1955 bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der SU⁷ entlassen, nicht jedoch „rehabilitiert“.

2) Die Einsender verlangen immer häufiger, daß sich die Bundesregierung aktiv für die Rehabilitierung dieser Personen gegenüber der sowjetischen Seite einsetzt. Bislang haben wir in den Antworten (Referate 213, 503 und 511) die Position vertreten, daß es unter Berücksichtigung der Vergangenheit noch nicht opportun sei, das Thema mit der sowjetischen Regierung aufzunehmen.

Die bislang ausgesprochenen politischen und juristischen Rehabilitierungen in der SU beschränken sich auf sowjetische Opfer der Stalinzeit und sehen eine materielle Entschädigung nicht vor.

Einen weitergehenden Ansatz verfolgt ein Beschluß des ZK der KPdSU vom Januar 1989. Darin wird der Oberste Sowjet aufgefordert, durch Gesetz die außergerichtlichen Urteile aufzuheben, die in den 30er bis 50er Jahren durch die zu dieser Zeit tätigen „Troiki“ und „Sonderkonferenzen“ gefällt wurden. Ausdrücklich ausgeschlossen von einer solchen Rehabilitierung sollen u. a. „Vaterlandsverräter“, „Nazi-Verbrecher“ und „Angehörige nationalistischer Banden und Gruppierungen“ sein.

Eine Diskussion über Opfer anderer Staaten (Katyn, Finnland) kommt erst allmählich in Gang. In Ungarn bemühen sich von den Maßnahmen betroffene Kriegsteilnehmer aufgrund des ZK-Beschlusses vom Anfang des Jahres darum, offizielle Stellen des eigenen Landes auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen.

Es wird schwierig sein, sowjetische staatliche Stellen jetzt für deutsche Opfer zu interessieren, zumal der deutsche Überfall auf die Sowjetunion noch nicht vergessen und im sowjetischen Bewußtsein Auslöser der später erfolgten Vergeltungsmaßnahmen gegen die Deutschen ist. Angesichts der intensiven Rehabilitierungsdiskussion in der SU selbst können wir jedoch die betroffenen Deutschen, die sich immer zahlreicher an die Bundesregierung wenden, nicht mehr mit nur wohlwollend-dilatorischen Antworten abweisen.

3) Da das Thema Rehabilitierung durch die Entwicklung in der SU selbst jetzt auch bei uns – und damit im bilateralen Verhältnis – aktuell geworden ist und eine relativ breite Gruppe unserer Öffentlichkeit direkt (Kriegsgefangene, Ver-

⁶ Für die Fragen des CDU-Abgeordneten von Schmude, die am 10. Mai 1989 schriftlich beantwortet wurden, vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 142. Sitzung, S. 10532 f.

⁷ Während des Besuchs von Bundeskanzler Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR nahmen beide Staaten am 13. September 1955 diplomatische Beziehungen auf. Für die deutschen und russischen Gesprächsaufzeichnungen vgl. VIZIT KANCLERA ADENAUERA, S. 48–184.

urteilte) oder indirekt (Angehörige) betrifft, muß es das Interesse der Bundesregierung sein, mit der sowjetischen Seite einen Weg zu finden, auf dem diese Frage mit der gebührenden Nüchternheit und in Respekt vor allen Opfern der Vergangenheit erörtert und schließlich einer Lösung nähergebracht werden kann. Unsere Aufgabe wird zunächst sein, der sowjetischen Seite deutlich zu machen, daß es auch in ihrem eigenen Interesse ist, gemeinsam nach Wegen aus dieser politisch, juristisch und menschlich empfindlichen Situation zu suchen. Dies wird bei den politischen Repressionsmaßnahmen in der damaligen SBZ (z.B. Fall Esch) möglicherweise leichter sein als bei den Kriegsgefangenen.

4) D2 sprach während der deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen (6./7.4.1989) das Thema erstmals gegenüber der sowjetischen Seite anhand eines exemplarischen Falles an⁸ (Arno Esch: seit Juni 1946 Mitglied der Liberaldemokratischen Partei in der SBZ; 1949 verhaftet; 1950 in Schwerin durch das sowjetische Militärtribunal zum Tode verurteilt; 1951 in der SU verstorben). Er bat darum, bei Gelegenheit die sowjetischen Gedanken dazu mitteilen zu lassen und auch Außenminister Schewardnadse auf das Problem aufmerksam zu machen, da der Bundesminister ggf. die Frage aufnehmen werde. Bondarenko sagte Prüfung zu und widersprach nicht unserer Auffassung, daß hierüber gesprochen werden solle.

5) Vorschlag

a) Sie sollten Thema gegenüber AM Schewardnadse ansprechen.

b) Je nach der sowjetischen Reaktion bei den bevorstehenden Gesprächen mit AM Schewardnadse und GS Gorbatschow⁹ könnten Sie vorschlagen, daß die bilaterale Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen das Thema weiter behandeln soll.

c) Jetzt ist zunächst Entscheidung über unsere Antwort auf Zuschriften erforderlich:

- Im Einvernehmen mit Abt. 5 wird Ref. 213 die Zuschriften beantworten, solange die Rehabilitierung Gegenstand politischer Erörterung mit der SU ist und nicht konkrete juristische Detailfragen zu behandeln sind.
- Dem Stand der Entwicklung gemäß sollten wir von der bisherigen Haltung („nicht opportun“) abgehen und sagen, daß „die Bundesregierung bemüht ist, einen Weg zu finden, wie dem Anliegen einer Rehabilitierung am besten gedient werden kann“.¹⁰

6) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich nach einer Rehabilitierung die Betroffenen die Frage nach der materiellen Wiedergutmachung für den Willkürcharakter der ursprünglichen Urteile und Maßnahmen stellen könnten.

⁸ In dem Gespräch führte Ministerialdirektor Kastrup aus, „er wolle klarstellen, daß es nicht um Geld oder Entschädigungen gehe, sondern um die moralische Kategorie der Rehabilitierung. [...] Er wolle dieses Thema jetzt nicht vertiefen, sondern es nur mit gebührendem Respekt und in Kenntnis der innersowjetischen Schwierigkeiten anschneiden.“ Der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, erklärte, er werde die Anfrage „an die kompetenten Organe weiterleiten“, bat jedoch um Verständnis dafür, „wenn nicht allzubald eine Antwort erfolgen werde. Unser Anliegen verdiene zweifellos Beachtung. [...] Es handele sich um Menschenschicksale. Die gesamte sowjetische Öffentlichkeit setze sich für die Rehabilitierungen ein; es handele sich hier um eines der wichtigsten Elemente der Perestroika.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147204.

⁹ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁰ Der Passus „daß „die Bundesregierung ... gedient werden kann““ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

Der bundesdeutsche¹¹ Gesetzgeber hat durch die Kriegsereignisse bedingte Entschädigungsansprüche anerkannt, die auch dem hier genannten Personenkreis zugute kommen:

- Nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz¹² erhalten ehemalige deutsche Kriegsgefangene Entschädigungsleistungen für Zeiten erlittener Kriegsgefangenschaft. Eine mögliche Rehabilitierung hätte auf diese Leistungen keinen Einfluß, da es für ihre Gewährung ohne Belang ist, ob das Festhalten rechtmäßig oder willkürlich erfolgte. Andererseits sieht das Gesetz auch keine Sonderleistungen im Sinne einer Wiedergutmachung sowjetischer Willkürmaßnahmen vor.
- Das Häftlingshilfegesetz¹³ ermöglicht die Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung gemäß der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes¹⁴ und gewährt nach der Dauer des Gewahrsams gestaffelte Eingliederungshilfen. Entsprechende Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland sind damit abgegolten.
- Lastenausgleich wird aufgrund der Vertriebenen- oder Aussiedlereigenschaft gewährt. Eine mögliche Rehabilitierung hätte deshalb keinen Einfluß auf bestehende oder erfüllte Ansprüche nach dem Lastenausgleichsgesetz¹⁵.

Ein völkerrechtlicher Entschädigungsanspruch ist denkbar, wenn Personen summarisch und ohne Grund zu Haft oder Zwangsarbeit verurteilt werden und innerstaatliche Rechtsbehelfe nicht zur Verfügung stehen. Es besteht aber keine Aussicht, daß die SU solche Ansprüche auf Schadensersatz anerkennt. Die Bundesregierung ist zwar grundsätzlich verpflichtet, Deutschen diplomatisch-konsularische Hilfe zu leisten, wenn sie Ansprüche gegen ausländische Regierungen nicht durchsetzen können. Sie hat hierbei aber einen weiten Ermessensspielraum. Sie kann außenpolitischen Gesichtspunkten Vorrang geben und die Aussichtslosigkeit eines Verlangens berücksichtigen.

Die Frage ist deshalb, ob es angesichts der potentiellen Wiedergutmachungsansprüche der ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches überhaupt in unserem Interesse ist, Fragen der materiellen Wiedergutmachung gegenüber der UdSSR aufzuwerfen. Mittelfristig dürften Opportunitätsgründe dies ausschließen.

Die Referate 500, 503, 511 und 513 haben mitgezeichnet.

Neubert

Referat 213, Bd. 147204

¹¹ Die Silben „bundes“ wurden von Ministerialdirektor Kastrup gestrichen.

¹² Für den Wortlaut des Gesetzes vom 30. Januar 1954 über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 507–511.

¹³ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 6. August 1955 über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz), in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 513–518.

¹⁴ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 20. Dezember 1950 über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil I, S. 22–54.

¹⁵ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 14. August 1952 über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) in der Fassung vom 1. Oktober 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil I, S. 1909–2019.

152

**Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation),
an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 1307****Aufgabe: 26. Mai 1989, 17.20 Uhr¹****Ankunft: 27. Mai 1989, 11.12 Uhr**

Bericht Nr. 115/89

Betr.: GATT Uruguay-Runde (UR);

hier: Überlegungen zum Stand der Verhandlungen nach der Midterm-
Review²Zur Unterrichtung (auch im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch von
GATT-GD Dunkel)**I. Zusammenfassung**

Nach erfolgreichem Abschluß der Halbzeitbilanz haben alle Verhandlungsgruppen (VG) der UR ihre Arbeiten routinemäßig wiederaufgenommen. Auch für die weiteren Sitzungen bis zur Sommerpause ist nicht mit spektakulären Höhepunkten zu rechnen.

Für die Gemeinschaft stehen, ebenso wie für ihre Verhandlungspartner, in den nächsten Monaten vor allem die weiteren substantiellen Vorbereitungsarbeiten im Vordergrund, um die UR im vorgesehenen Zeitrahmen bis Ende nächsten Jahres abschließen zu können. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Entscheidung über den Ort der Abschlußkonferenz, etwa Brüssel.

Gefahren für die UR könnten nicht nur von den nach wie vor bestehenden protektionistischen Tendenzen, sondern insbesondere auch von einem zunehmenden Uni- und Bilateralismus zur Lösung handelspolitischer Probleme ausgehen.

II. Im einzelnen

„Concordia salus“ hatte an einem alten Spritzenhaus der Montrealer Altstadt unweit des modernen Kongreßzentrums gestanden, in dem sich die Vertreter der 106 an der UR teilnehmenden Staaten im Dezember vergangenen Jahres nicht auf ein Halbzeitergebnis verständigen konnten.³ Wenn diese Eintracht, modern gesprochen dieser Konsens, inzwischen mit der Anfang April in Genf erfolgreich abgeschlossenen Midterm Review auch wiederhergestellt ist und damit die bislang umfassendsten/ehrgeizigsten multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT fortgeführt werden können, so bedeutet dies leider noch nicht, daß wir einer dauerhaften Einigung in den internationalen Handelsbeziehungen bereits wesentlich nähergekommen wären. Die zahlreichen Ausein-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Rode am 30. Januar 1989 vorgelegen.

² Die Halbzeit-Evaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT fand vom 5. bis 8. April 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 103.

³ Zur „Halbzeit-Konferenz“ der „Uruguay-Runde“ des GATT vom 5. bis 9. Dezember 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 368.

andersetzung zwischen EG und USA in Sachen Soja/Zucker⁴/Hormone⁵/Airbus⁶/Telekommunikation⁷/Fernseh-RL⁸ und vieles mehr, die unilaterale US-Hitlist nach Sect. 301 Trade Act⁹, die einseitigen Markttöffnungsaktionen der USA gegenüber JAN, KOR u. a. sind beredter Ausdruck der nach wie vor bestehenden Spannungen und Ungleichgewichte im multilateralen Handelssystem.

Gegenwärtig hat sich das politische und öffentliche Interesse wieder verstärkt diesen oft spektakulären Einzelfällen zugewandt. Dies bedeutet für die in vielen Bereichen parallel verlaufenden Verhandlungen über multilaterale Lösungen einerseits die Chance, ohne übermäßigen Druck zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Andererseits birgt diese Entwicklung aber auch die Gefahr in sich, daß Unilateralismus und bilaterale Konfliktlösung den längeren Weg zu verbessertem multilateralem System erschweren, wenn nicht gar verschütten.

Vor diesem Hintergrund des Zielkonflikts zwischen spektakulärem handelspolitischem Tagesgeschäft und langfristiger Verhandlungsstrategie stellt sich die Frage, wo die Verhandlungen der UR stehen und welche Aufgaben in den kommenden Monaten in Angriff genommen werden müssen.

1) Mit der Einigung in den vier besonders schwierigen Themenbereichen Agrar, Textil, Schutzklausel und Schutz geistigen Eigentums konnte im April das gesamte Paket der Midterm Review verabschiedet werden. Damit sind für einige VG nur die künftigen Arbeitsprogramme aufgestellt, für andere aber bereits erste wichtige materielle Festlegungen getroffen worden. Der erfolgreiche Abschluß der Midterm Review wird vor allem auch als persönlicher Erfolg von Dunkel angesehen.

In der Zwischenzeit haben die 15 VG ihre Arbeiten wiederaufgenommen. Praktisch alle Sitzungen waren bislang kurz, geschäftsmäßig und ohne Höhepunkte. Von keiner Seite wurden die Halbzeit-Ergebnisse in Frage gestellt, aber von keiner Seite wurden auch spektakuläre neue Vorschläge gemacht – kurzum: Routine.

⁴ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte am 24. Mai 1989, die USA hielten die EG-Fettmarktordnung für GATT-widrig und kritisierten insbesondere hohe Garantiepreise und Verarbeitungsbeihilfen, die den Export von amerikanischem Soja in die Europäischen Gemeinschaften beeinträchtigten. Die Europäischen Gemeinschaften hätten der von den USA geforderten Einsetzung eines sogenannten „Soja-Panels“ zugestimmt: „Im Gegenzug zum Soja-Panels hat die EG ein Panel gegen den US-Waiver (Ausnahmegenehmigung im GATT) im Bereich Zucker beantragt. Die USA nutzen diese ihnen 1955 zum Schutz ihrer Agrarproduktion eingeräumte Ausnahmegenehmigung zu Einfuhrquoten für Milchprodukte, Zucker, Erdnüsse und Baumwolle.“ Die USA hätten dem EG-Antrag inzwischen zugestimmt. Vgl. Referat E 21, Bd. 166722.

⁵ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 116, Anm. 8.

⁶ Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über Airbus vgl. Dok. 119, Anm. 10 und 11.

⁷ Zu den Gesprächen über Telekommunikationsfragen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 119, Anm. 13.

⁸ Zur EG-Fernsehrichtlinie vgl. Dok. 106, Anm. 23.

Referat 411 erläuterte am 19. Juni 1989, die USA hätten die geplante Richtlinie als GATT-widrig sowie als Indiz für eine „Festung Europa“ kritisiert und befürchteten eine Schädigung der amerikanischen Filmindustrie: „D-Haltung wurde US-Seite mehrfach dargelegt: Wir haben ebenfalls Vorbehalte gegen die von USA in erster Linie kritisierte Quotenregelung (Mehrheitsanteil = mehr als 50 % für lokale Produktion) und haben deshalb der Fernseh-RL nicht zugestimmt. Auch andere EG-MS fragen sich, ob geplante Regelung GATT-konform. Entscheidung im Rat wurde deshalb aufgeschoben.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160514.

⁹ Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 vgl. Dok. 103, Anm. 10.

Manchmal (wie z. B. in der GNS¹⁰) gelang es wider Erwarten glatt, sich auf das künftige Vorgehen zu verständigen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Halbzeitergebnisse oft bereits stringente Terminpläne vorgeben.

- Dieser ruhige Verlauf der ersten Verhandlungsrunde nach der Midterm Review ist einerseits sicherlich Ausdruck einer gewissen politischen Erschöpfung der Hauptkontrahenten nach der Midterm Review, andererseits aber auch Zeichen dafür, daß EG und USA das Schwergewicht ihrer handelspolitischen Auseinandersetzungen in den bilateralen bzw. sogar den unilateralen Bereich verlagern. Beredtes Zeugnis hierfür war z. B., daß trotz der nach dem April-Erfolg eigentlich zu erwartenden positiven Grundstimmung im letzten GATT-Rat keines der vielen anhängigen Probleme einer Lösung näher gebracht werden konnte (EG/USA einigten sich hingegen kurz darauf bilateral über Soja/Waiver!).
- Es wäre falsch zu behaupten, die Verhandlungen der UR würden in Erwartung der Ergebnisse dieser uni- oder bilateralen Aktionen kürzertreten. Spürbar war jedoch, daß die Hauptstädte die Wiederaufnahme der VG-Sitzungen niedrig hängten und nicht ihre normalen Verhandler nach Genf entsandten – ganz abgesehen von den USA, deren neuer Botschafter Yerxa erst in der vergangenen Woche seine Dienstgeschäfte hier aufnahm.
- Bezeichnend ist auch, daß GD Dunkel diese ruhigere Zeit zur Fortsetzung der intensiven Kontaktpflege in den Hauptstädten nutzt. (Er ist gerade von einer Reise nach Mexiko und Washington zurückgekehrt und wird Anfang Juni mit der jugoslawischen Regierung Gespräche führen.) Wir sollten den für den 12. Juni ins Auge gefaßten Besuch Dunkels nutzen, um ihm unsere Vorstellungen zu verdeutlichen, die er sonst vor allem im EG-Kontext vermittelt bekommt.

2) Ganz eindeutig ist, daß das Schwergewicht der Arbeiten zumindest bis zur Sommerpause weniger in Genf als in den Hauptstädten der Verhandlungspartner liegen wird: So hat z. B. die EGK dem Ausschuß 113 in Brüssel ein umfangreiches Arbeitsprogramm skizziert, in dessen Verlauf die Ausarbeitung eigener Positionspapiere für die einzelnen VG bereits voll im Gange ist.

Aus hiesiger Sicht erscheint wichtig, diese Arbeiten so zu forcieren, daß die Gemeinschaft auch in denjenigen Bereichen durch eigene schriftliche Beiträge den Verhandlungsverlauf bestimmen kann, in denen sie (wie z. B. bei Agrar oder bei Textil) eher in der Defensive steht.

3) Gleichgültig, ob man das Ende der Vierjahresfrist für UR-Verhandlungen im September oder im Dezember 1990 setzt, wird die verbleibende Verhandlungszeit für die komplexeren Themenbereiche wie Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums oder gar Agrarhandel sehr kurz. Behält man den bisherigen Sitzungszyklus bei, dürften für die meisten VG insgesamt nur noch sechs bis acht Sitzungen möglich sein. Hier wird es großer Disziplin und intensiver Vorbereitung aller bedürfen. Es ist im übrigen damit zu rechnen, daß sich ein Großteil der Verhandlungen mit fortschreitender Konkretisierung erneut (wie bereits im Vorfeld der Midterm Review zu beobachten) in kleinere informelle Zirkel verlagern wird.

¹⁰ Group of Negotiations on Services.

¹¹Andererseits gibt es Verhandlungsgruppen z.B. über die Kodizes aus der Tokio-Runde¹² oder über all die GATT-Artikel, die nicht Gegenstand besonderer VG sind. Deren Aufgabenstellung ist so umfassend, daß sie sie eigentlich¹³ kaum bewältigen können, ohne z.B. Untergruppen oder Drafting Committees einzusetzen. Hier ist das weitere Verfahren noch völlig offen. Wir müssen uns im EG-Rahmen überlegen, welche Prioritäten wir setzen wollen und wie wir sie in Genf am besten vertreten können.

4) Sicher ist jedoch heute bereits eines: Mit welchem Ergebnis auch immer die einzelnen VG Ende 1990 abschließen werden, es wird dies in vielen Bereichen nicht das Ende der multilateralen Verhandlungen in Genf sein. Das gilt insbesondere für die Bereiche Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums, aber wohl auch für den Agrarhandel.

In diesem Sinne wurde vom hiesigen EGK-Vertreter Tran jüngst darauf hingewiesen, daß es nach dem formellen Ende der UR, die man schon wegen der Gefahr einer Verknüpfung mit Europa 1992¹⁴ keinesfalls verlängern sollte, im Rahmen des GATT eine Art permanenter Verhandlungen geben werde, in deren Rahmen dann mindestens alle zwei Jahre auch die zuständigen Minister in Genf zusammenkommen würden (die verstärkte Ministerbeteiligung war ein Midterm-Ergebnis in der VG FOG¹⁵).

Ein Vorteil dieser künftigen Genfer Verhandlungen nach 1990 wäre sicherlich, daß sie nicht mehr so im Rampenlicht stünden wie die Abschluß-Ministerkonferenz der UR. Und der politische Druck auf eine erfolgreiche Durchsetzung des eigenen Standpunkts in der UR würde um so geringer, je ernster die nachfolgenden permanenten Verhandlungen genommen werden könnten. Würde man die UR Ende 1990 hingegen nicht formell abschließen, sondern verlängern, schraube man den Erwartungshorizont auf substantielle Ergebnisse gerade auch in den Problembereichen nur noch höher.

Dieser Gedanke einer Entlastung der UR durch Hinweis auf künftige permanente Verhandlungen hat zwar interessante Aspekte, birgt aber auch Gefahren in sich. Auf jeden Fall müßte sich die EG ganz genau überlegen, in welchen Themenbereichen sie zu diesen Verhandlungen bereit ist bzw. in welchen Sektoren wir lieber einen deutlichen Abschluß sähen.

5) Die Frage des Abschlußortes der UR ist innerhalb der EG jüngst diskutiert worden. Hier sollte sich die Gemeinschaft rasch Klarheit verschaffen: Schon im Vorfeld der damals noch Neue Runde genannten Verhandlungen hatte sich EGK (und BM Bangemann) um Brüssel als Tagungsort bemüht und auch im Zusammenhang mit der Bestimmung von Montreal für die Midterm Review stets betont, daß der Abschluß dann in Brüssel stattfinden solle. Hierüber hat es unter den wichtigsten Verhandlungsführern in Genf eine Art Gentlemen's Agreement, nicht jedoch eine förmliche Absprache gegeben. Die jüngsten Bedenken von GB und F gegen Brüssel als Tagungsort, die EGK würde sich insbesondere in den Themen, bei denen sie ohnehin in der Defensive stünde, zusätzlich unter Ab-

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1308 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt.

¹³ Korrigiert aus: „daß sie eigentlich“.

¹⁴ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁵ Functioning of the GATT System.

schlußzwang setzen, hält Tran für nicht stichhaltig. Bei einem Übergang in eine Phase permanenter GATT-Verhandlungen nach 1990 komme dem Ende der Uruguay-Runde (analog zur Midterm Review in Montreal) nur die Funktion einer End-Review zu. Dann sei der Frage, an welchem Ort die UR formal beendet werde, geringes materielles Gewicht zuzumessen. Im übrigen geht Tran davon aus, daß zumindest F seinen Widerstand gegen Brüssel letztlich aufgeben werde.

6) Viele Beteiligte an den Genfer UR-Verhandlungen sind der Auffassung, daß die größte Gefahr für einen erfolgreichen Abschluß der UR-Runde nicht in der bleibenden kurzen Zeitspanne von 18 Monaten liegt. Die wahre Gefahr liege vielmehr in einer Aufkündigung des Konsenses, daß die Lösung der vielfältigen Probleme über die Verbesserung des multilateralen Systems gesucht und gefunden werden müsse: Die Option Unilateralismus, z. T. zur Durchsetzung protektionistischer Hintergedanken, z. T. aber angeblich zur Stärkung des offenen weltweiten Handelssystems eingesetzt, drohe die UR aus der Hauptrolle der Problemlösung in die Nebenrolle der Rechtfertigung/Absicherung zu drängen. Auch die zunehmende Zahl bilateraler Arrangements beschwört diese Gefahr herauf.

Ziel unserer handelspolitischen Bemühungen muß daher gerade auch in dem jetzigen, nicht so publizitätswirksamen, sondern eher von Basisarbeit geprägten Stadium der UR sein, nicht die uni- oder bilaterale Bewältigung von Einzelproblemen, sondern die Erhaltung und Verbreiterung des eingangs zitierten Konsenses über Sinn und Nutzen des multilateralen Systems in den Vordergrund zu stellen.

[gez.] Witt

Referat 411, Bd. 160546

153

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12742/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 655

Aufgabe: 30. Mai 1989, 04.10 Uhr¹
Ankunft: 30. Mai 1989, 04.40 Uhr

Betr.: Tagung des NATO-Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29. und 30.5.1989²;
hier: Beratungen im geschlossenen Sitzungsteil am 29.5.1989

Zusammenfassung

Erster Gipfeltag war von intensiven Bemühungen in SNF-Frage gekennzeichnet, die zunächst in Arbeitsgruppe auf hoher Beamtenebene, dann auf AM-Ebene

¹ Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9, 20 und 26.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nestroy vorgelegen.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. auch Dok. 154 und Dok. 156.

stattfanden und noch andauern. Bei Gipfelberatungen spielte SNF-Frage wichtige Rolle bei Eingangserklärungen, die fast gesamte Zeit in Anspruch nahmen, trat aber hinter Frage der West-Ost-Politik und Gestaltung der Abrüstungspolitik, insbesondere von Präsident Bush ergriffene Initiative in bezug auf Wiener VKSE-Verhandlungen, zurück.

Im einzelnen:

I. SNF-Frage

1) GS Wörner relativierte einleitend seinen – in vorausgehender öffentlicher Sitzung³ – gegebenen optimistischen Ausblick: Gipfel finde zu einem wichtigen Zeitpunkt statt, an dem sich der Manövrierraum in den West-Ost-Beziehungen erweitere, gleichzeitig aber der äußere Druck zur Konsensbildung abnehme. Es sei sorgfältiges Management der zwischen den Bündnispartnern auftretenden Differenzen erforderlich. Der Gipfel werde nach seinem Ergebnis und dessen Präsentation beurteilt werden.

Konkret zu regeln sei Frage der Verabschiedung des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung und in diesem Zusammenhang die SNF-Frage. Allgemeiner Eindruck sei, daß die SNF-Frage weder den Gipfel noch die Diskussion der Eröffnungssitzung dominieren dürfe. Deshalb sollte möglichst gleich zu Anfang – d. h. ohne vertiefte Substanzdiskussion – geklärt werden,

- ob Bedingungen für substantiellen Kompromiß gegeben seien,
- wenn ja, ob Arbeitsgruppe aus hochrangigen Mitarbeitern mit Formulierung beauftragt werden solle (bejahendenfalls solle sie unter Vorsitz des stellvertretenden NATO-GS Guidi zusammentreten und zu Beginn der Nachmittagssitzung berichten). Arbeitsgrundlage für Textbearbeitung könne GS-Entwurf für Ziff. 48 sein, ferner die Beiträge Bündnispartner.

Verfahrensvorschlag diene dazu, Chancen für Lösung zu maximieren und – für Staats- und Regierungschefs – Zeit für Diskussion politischer Fragen zu gewinnen.

2) PM Thatcher erklärte sich einverstanden und benannte NATO-Botschafter Alexander als ihren Vertreter. Zustimmung zum Verfahrensvorschlag schließe aber keine Stellungnahme zu Erfolgchancen ein. Hierüber könne erst Sitzung selbst Erkenntnisse ergeben. Arbeit solle sich nicht auf bestimmte Texte beschränken, US-Entwurf sei außerordentlich bedeutsam, er enthalte im übrigen bereits viele Kompromisse. Mit Emphase erinnerte PM daran, daß fundamentale Fragen anstünden.

3) Präsident Mitterrand erklärte sich ebenfalls einverstanden. Wie alle wünsche auch er eine Verständigung, sonst würde eine ernsthafte – vielleicht die ernsthafteste – Entwicklung in der Allianzgeschichte eintreten. Für die Arbeit der Gruppe gab Präsident folgende Hinweise: Sie solle sich auf diejenigen politischen Entwicklungen konzentrieren, die politischer Kontrolle der Bündnispartner unterlägen, und nicht versuchen, Zeitabläufe zu regulieren, die von anderen oder den Umständen abhängen.

³ Für die Eröffnungserklärung von NATO-Generalsekretär Wörner am 29. Mai 1989 in Brüssel vgl. Referat 201, Bd. 151194.

Alle seien entschlossen, zu konventioneller Abrüstung zu kommen. Wiener Verhandlungen seien eingeleitet. Andere Wege zur Abrüstung seien strategische Verhandlungen und CW. Daher frage er sich, warum wir uns selbst verbieten wollten, über den bisher nicht erfaßten Rest zu reden. F habe den Willen, alles mögliche dazu beizutragen, noch am 29.5. zur Verständigung zu kommen.

4) BK Kohl wünschte ebenfalls nachdrücklich einen Erfolg des Treffens. Unter allen Aspekten wäre es schlecht, ohne gemeinsames Votum auseinanderzugehen. Angesichts der weltpolitischen Entwicklung wäre das Ausbleiben einer klaren Botschaft ein schwerer Fehler. Die Hoffnungen vieler Menschen, auch im anderen Teil Deutschlands, in Polen, Ungarn und Mittel- und Südosteuropa richteten sich auf uns. Das Versagen der kommunistischen Ideologie offenbare sich immer mehr. Man dürfe die psychologische Lage in diesem Teil der Welt nicht unterschätzen⁴.

Das Bündnis müsse sich von Tatsachen leiten lassen, nicht von Prognosen oder Propaganda. Daher sei Präsident Mitterrand zuzustimmen: Das Bündnis solle sich darauf konzentrieren, was in seiner Kompetenz liege.

BK schloß mit der nachdrücklichen Bitte an alle Bündnispartner, die Chance des Gipfels zu nutzen und keine Mühe zu scheuen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Dementsprechend müsse auch die Ebene der Gruppe angelegt sein.

Nachdem es zum Verfahrensvorschlag des Generalsekretärs keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde die Gruppe – für uns MD Teltschik und Kastrup – konstituiert.

II. Eröffnungserklärungen

5) Präsident Mitterrand setzte fort: Er wolle nicht den Kern des Streitfalls ansprechen, bei dessen Fortbestehen grundsätzliche Erklärungen über die Zukunft der Allianz angebracht wären. Vielmehr wolle er darauf hinweisen, daß Gorbatschow viele Dinge in Frage stelle und die Phantasie beflügeln. Die Allianz dürfe nicht als stummer Block erscheinen, der den Frieden verhindern⁵ wolle. Es sei eine absolute Notwendigkeit, „auf gute Weise“ zur Abrüstung zu gelangen.

Nachdem Präsident Mitterrand noch einmal die vorhandenen Felder der Rüstungskontrollverhandlungen durchgegangen war und Befriedigung über das durch die Pariser Konferenz für die CW-Verhandlungen⁶ erzeugte Momentum geäußert hatte, forderte er zum Nachdenken über die Fortsetzung des Rüstungskontrollprozesses, selbstverständlich unter der Bedingung der Erhaltung eines Gleichgewichts, auf. Gleichgewicht definierte Mitterrand in dem Sinne, daß kein Block global oder auf bestimmten Gebieten Überlegenheit erlangen dürfe. Im Idealfall, der nicht sehr realistisch sei, würde für alle Rüstungen eine Null-Lösung anzustreben sein. Aber selbst wenn dies nicht erreichbar sei, müsse mit dieser Geisteshaltung an die Abrüstung herangegangen werden.

Die Allianz sei gegründet worden, um zu verhindern, daß eine Macht zunächst⁷ Europa und dann die Welt beherrsche. Dabei bleibe es.

⁴ Korrigiert aus: „unterstützen“.

⁵ Korrigiert aus: „verändern“.

⁶ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

⁷ Korrigiert aus: „eine Macht nicht zunächst“.

Priorität habe die konventionelle Abrüstung, wie schon beim Gipfel 1988⁸ festgestellt, wo die stärksten Ungleichgewichte bestünden. Diese Verhandlungen habe man inzwischen auf den Weg gebracht.

Die Frage der Kurzstreckenwaffen sei wegen ihrer begrenzten Reichweite schwieriger:

- Wenn man von der Reichweite ausgehe, seien einige Bevölkerungen mehr als andere betroffen. Je nach Lage reagiere man also anders. Dafür müsse man Verständnis haben.
- Andererseits führe aber der Einsatz jeder Nuklearwaffe, unabhängig von Reichweite und Sprengkraft, zu einer Veränderung der Welt.

Alle seien sich bewußt, daß man auf die Kraft dieser furchtbarsten Waffen, auch die kleinste Nuklearwaffe gehöre in diese Kategorie, heute nicht verzichten könne zur Kriegsverhütung.

6) Präsident Bush blieb mit seiner Intervention, soweit es um die Bewertung von West-Ost-Lage sowie Zustand und Zukunft der Allianz ging, im Rahmen seiner letzten großen Reden. Das Treffen finde zu einem der seltenen Augenblicke historischen Übergangs statt, es bestehe die Chance zum Übergang in eine neue Ära, in der möglicherweise die Früchte von Freiheit und Wohlstand von allen in Europa geteilt werden könnten.

Westeuropa einige sich. Das sei gut. Ein starkes einiges Europa bedeute ein starkes Amerika. Die USA fürchteten europäische Verteidigungszusammenarbeit nicht, sie unterstützten sie, einschließlich der WEU.

⁹Er unterstrich seine Absicht, über Containment hinauszugehen und die SU in die Völkergemeinschaft zu integrieren. Neben der schon am 12.5. angekündigten zeitweiligen Aussetzung des Jackson-Vanik-Amendment¹⁰ im Falle weiterer Zulassung von Emigration¹¹ kündigte er Bereitschaft an, den „no exceptions standard“ aufzuheben, den die USA seit der Afghanistan-Invasion¹² bei Technologieexporten in die SU angewandt hätten.

Die Veränderungen in der SU und anderen Ländern Osteuropas bezeichnete Bush als revolutionär. USA wünschten ihre Fortsetzung und ihren Erfolg. Um diesen zu fördern, müsse Allianz diese Länder für westliche Werte und Freiheiten öffnen. Dabei bleibe der KSZE-Prozeß zentral, auch zur Überwachung der

⁸ Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 656 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁰ Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974“, der einen von Senator Jackson und dem Abgeordneten Vanik eingebrachten Zusatz enthielt, wonach Staatshandelsländern keine Behandlung nach dem Prinzip der Meistbegünstigung sowie keine Kredite, Kredit- oder Investitionsgarantien gewährt werden sollten, wenn dieses Land seinen Staatsbürgern das Recht zur Auswanderung verweigere oder dafür hohe Gebühren verlange. Auch Handelsabkommen sollten mit solchen Staaten nicht abgeschlossen werden können. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1975, D 108f.

¹¹ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush an der „Texas A&M University“ in College Station/Texas; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 540–543. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 331–334 (Auszug).

¹² Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

Implementierung. Bush schlug in diesem Zusammenhang Erweiterung der KSZE-Regelungen vor, um das Abhalten wirklich freier Wahlen überprüfen zu können.

Ziel dieser Politik müsse Beendigung der unnatürlichen vierzigjährigen Teilung Europas sein. Der Förderung des freien Unternehmergeistes und der Dezentralisierung wollte Bush besondere Förderung angedeihen lassen. Er befaßte sich auch eingehend mit neuen globalen Herausforderungen, denen sich die USA und ihre Verbündeten stellen müßten, besonders Umwelt und Proliferation von militärischen Technologien (Raketen- und CW-Technologie), illegalem Drogenhandel und internationalem Terrorismus. Die Bewältigung dieser Probleme gehe über Kräfte und Mittel jedes einzelnen hinaus, sie müßten kollektiv angegangen werden und zur Entwicklung eines Rahmenwerks führen, in dem sie gemeinsam bewältigt werden könnten.

Damit die 40 Jahre alte, unkonditionierte Verpflichtung der USA zum Schutz Europas auch in Zukunft glaubwürdig bleiben könne, müßten die erforderlichen konventionellen und nuklearen Mittel, die flexible Erwidern¹³ und Vorverteidigung erforderten, erhalten werden. Nur Nuklearwaffen könnten demonstrieren, daß Krieg in Europa undenkbar sei. Der Beweis der Richtigkeit dieser Allianzpolitik liege jetzt vor: SU überprüfe ihr eigenes Streben nach militärischer Überlegenheit.

Aus dieser Lage heraus entwickelte Bush seine Initiative für die Erweiterung des westlichen Verhandlungsvorschlags bei den Wiener VKSE-Verhandlungen¹⁴. Vielleicht stehe die Allianz kurz vor einem revolutionären Rüstungskontrollabkommen, das ehrgeiziger sei als jedes andere bisher erwogene: In dieser Lage solle die Allianz sich entschlossen und kreativ zeigen.

Nachdem er das inzwischen öffentlich bekanntgemachte Vier-Punkte-Programm¹⁵ dargelegt hatte, schloß Bush mit Pathos: „Wir können und müssen jetzt beginnen, eine neue Vision für Europa zum Ende dieses Jahrhunderts darzulegen.“

7) PM Thatcher leitete, aus Anlaß vierzigjährigen NATO-Jubiläums, mit emotionalem Dank für die Loyalität der USA zur NATO ein. Sie begrüßte die Abrüstungsinitiative des Präsidenten, die in den Kernbestand der sowjetischen Überlegenheit, die konventionellen Streitkräfte, gehe. Die Vorschläge sollten schnell geprüft werden. Wichtig sei, nuklearfähige Flugzeuge auszuschließen und sicherzustellen, daß alle zu reduzierenden Rüstungen nicht in die östliche SU verlagert, sondern vernichtet würden. Frau Thatcher begrüßte auch Änderung der US-COCOM-Politik.

In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte Frau Thatcher „vitale Anmerkungen“ zur Allianz:

- Vierzigjähriger Allianzerfolg und die blühende Wirtschaft seien nicht leicht erreicht worden. Die Allianz sei aus einer schweren Krise (Berlin-Krise 1948) geboren worden. Sie habe es nicht immer leicht gehabt, die erforderlichen Waffen zu stationieren, wie GLCM und Pershing-II-Vorgänge¹⁶ bewiesen.

¹³ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

¹⁴ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung des amerikanischen Präsident Bush vor der Presse am 29. Mai 1989 in Brüssel; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 618–621.

¹⁶ Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

- Aber nur wegen der kollektiven Standfestigkeit habe man die SU an den Verhandlungstisch bekommen. Ohne derartige Festigkeit würde inzwischen der Marxismus gesiegt haben. Deshalb appellierte PM leidenschaftlich, niemals die eigene Festigkeit zu kompromittieren.
- Nach einer knapp ausgefallenen Begrüßung der Vorgänge in der SU (mit dem Zusatz, sie selbst habe deren Bedeutung als erste erkannt) zeichnete PM ein Bild von den schwerwiegenden Problemen der SU, das sie zur Schlußfolgerung brachte: Was immer in der SU passiere, die NATO brauche ein starke Verteidigung.
- Gorbatschows Erfolg, den auch sie wünsche, wäre ein großer Fortschritt für die Menschheit, aber seine Aufgaben seien enorm und langfristig: Die Vorgänge in Georgien¹⁷ gäben nur einen Vorgeschmack darauf, wie schwer der Weg vom Zustand totaler Mißachtung der Menschenrechte bis zu einer von Recht und Gesetz geprägten Gesellschaft sei. Sie wiederholte die Argumente, daß in SU Panzerproduktion nicht ab-, sondern zunehme, und daß die SU Vor-Ort-Inspektionen dadurch diskreditiere, daß sie (in CW-Anlagen) Einsichtnahme nur selektiv gestattet habe.
- SU verfüge über erhebliches CW-Arsenal, während USA ihre CW aus der Bundesrepublik Deutschland demnächst abzögen.¹⁸ Die einzige westliche Antwort auf CW seien Nuklearwaffen. PM Thatcher warnte vor den in Demokratien bestehenden – zu starken – Tendenzen zu Kompromissen mit Kräften, die die Demokratie zerstören könnten. Die Staats- und Regierungschefs seien daher zur Führung aufgerufen.
- Verhandeln dürfe man nur, wenn die Verteidigung erhalten oder gestärkt werde. Auch die SU würde ihre Sicherheit nicht aufs Spiel setzen nur auf der Grundlage von westlichen Absichtserklärungen.
- Nachdem PM ihre bekannte Auffassung zu NATO-Strategie und Notwendigkeit der SNF-Modernisierung dargelegt hatte, setzte sie sich mit der dritten Null-Lösung auseinander: Eine Strategie der flexiblen Erwidern mache keinen Sinn, wenn man der militärischen Führung die von ihr als erforderlichlich bezeichneten Waffen versage. Ohne Kurzstreckennuklearwaffen würden sowjetische konventionelle Truppen sehr weit nach Westeuropa vordringen können, ehe der Einsatz strategischer Nuklearwaffen in Erwägung gezogen werden dürfte. Die Sicherheit des Westens beruhe nicht auf Parität in allen Waffenkategorien, sondern auf seiner Strategie.
- Die konventionellen Verhandlungen würden viel Zeit erfordern, in der Zwischenzeit (vier bis fünf Jahre) behalte die SU ihre kolossale Überlegenheit, was für den Westen eine Zeit von Verwundbarkeit und Risiko bedeute, in der Kurzstreckennuklearwaffen – auf dem gebotenen Stand – notwendig seien. Gleichzeitig würde Modernisierung aber Reduzierungsmöglichkeiten ergeben. Und nur bei Modernisierung werde man verhandeln und reduzieren können. (Es war nicht klar, ob die Erwähnung des Wortes verhandeln zu diesem Zeitpunkt ein Versprecher war. Durch die GB-Delegation ging eine gewisse Unruhe.)

¹⁷ Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

¹⁸ Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76.

- Auf die konkrete SNF-Frage eingehend, hob PM das weitgehende Zugeständnis an D hervor, das in Aufschiebung der Modernisierungsentscheidung bis 1992 liege.

Die Verteidigung von Gerechtigkeit und Freiheit erfordere einen vollen Mix und Flexibilität, zumal in der bevorstehenden Phase großer Unsicherheit. Bei Vereinbarung substantieller Reduzierungen im konventionellen Bereich und ihrer Implementierung könne man dann sehen. Vorher gebe es keine Verhandlungen, sonst würde Europa gefährdet.

8) BK Kohl leitete ein mit einem Dank an die Länder, deren Truppen in der Bundesrepublik Deutschland stehen. Ohne ihren Beitrag hätten Frieden und Freiheit nicht gesichert werden können. Auch die Freiheit Berlins wäre ohne die NATO nicht gesichert worden. Die Deutschen würden dies nie vergessen und diese Gemeinsamkeit auch für die Zukunft erhalten. Die Friedensperiode nach dem Krieg sei die längste in der deutschen Geschichte.

An Präsident Bush gewandt, begrüßte er diesen bei seinem ersten NATO-Gipfel, dessen Erfolg auch wir wünschten. BK begrüßte auch die Bush-Initiative zur konventionellen Abrüstung: Es handele sich um eine sehr gute Initiative zum richtigen Zeitpunkt, die unserem wichtigen Anliegen Rechnung trage, die psychologische Initiative zurückzugewinnen. Einzelheiten müßten natürlich noch beraten werden. Durch die Initiative werde Gorbatschow ganz konkret beim Wort genommen – und zwar im Bereich der konventionellen Abrüstung, der für ihn am schwierigsten sei. BK erklärte sich auch mit dem Zeitrahmen einverstanden, der in der Initiative enthalten ist.

BK bekannte sich zur Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Wertegemeinschaft und zur Allianz und erinnerte an seine wiederholten Feststellungen, daß dieses Teil unserer Staatsräson sei. In dieser Politik werde die Bundesrepublik Deutschland Kurs halten, die Stationierung 1983 habe dies bewiesen. Aber auch heute seien wir zu den erforderlichen Opfern bereit im Bewußtsein, daß ohne sie Freiheit nicht möglich sei. Er erinnerte an unsere Wehrpflichtarmee.

Auch BK weigerte sich, Worte als Taten anzusehen. Er unterstrich aber, daß es bereits Taten gebe in Form der Entwicklungen in Warschau und Budapest, aber auch in der SU. Die sich bisher verweigernden Kräfte, auch Honecker, könnten die Entwicklung nicht verhindern, sondern nur aufschieben.

Eine Politik des Abwartens gegenüber diesen Entwicklungen lehnte BK ab, zumal als deutscher Bundeskanzler, dessen Landsleute in der DDR unmittelbar von diesen Vorgängen betroffen seien.

Es habe nichts damit zu tun, daß man standhaft bleibe. Es gelte vielmehr, das unverändert richtige Harmel-Prinzip¹⁹ weiter anzuwenden. Dieses sei aber politisch, nicht militärisch: Es gehe um eine gerechte Friedensordnung und die Überwindung der Teilung Europas, was für die Deutschen auch die Überwindung der Teilung ihres Vaterlandes bedeute.

¹⁹ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

BK bekannte sich sodann zu den verteidigungspolitischen Festlegungen beim Gipfel 1988. Das Maß der Bewaffnung müsse sich aber stets nach der Bedrohung richten.

BK warnte davor, West-Ost-Verhältnis auf Fragen der Sicherheit zu verengen: Er empfahl den Bündnispartnern, wie wir und die USA bei Gipfelkontakten auch humanitäre Fragen anzusprechen. In der SU würden zwei Millionen jüdischen und ebenso vielen deutschen Bürgern die Bürgerrechte vorenthalten.

BK bekannte sich zur zentralen Rolle des Rüstungskontrolldialogs. Hier liege der Schlüssel, militärische Mittel durch Vereinbarung unter strikter Kontrolle und in unumkehrbarer Weise in ein Gleichgewicht zu bringen – auf niedrigerem Niveau. Wir könnten jedoch keine Politik akzeptieren, die über alles verhandele, aber unterhalb bestimmter Reichweiten Brandmauern einziehe.

Die Allianz brauche den gemeinsamen Erfolg. Dieser setze auch die Fähigkeit zu vernünftigen Kompromissen voraus. Wir seien dazu bereit.

²⁰) MP Brundtland würdigte die friedenserhaltende Rolle des Bündnisses und wünschte vom Gipfel eine Kursbestimmung über Einzelfragen hinaus. Es komme weniger auf das Ob und Wann der Entscheidung über Modernisierung bestimmter Waffen an, sondern auf die politische Strategie der Allianz und deren Beitrag zur Förderung des notwendigen Wandels. Kein Waffensystem, auch nicht SNF, dürfe von der Rüstungskontrollagenda ausgeschlossen werden. Der Zusammenhang zu VKSE sei herzustellen: SNF-Verhandlungen einschließlich des Zeitpunkts ihres Beginns müssen in Zusammenhang mit „erkennbarem Fortschritt bei Reduzierung der sowjetischen konventionellen Überlegenheit“ gesehen werden. Auf dieser Grundlage solle der Gipfel die klare Entschlossenheit bekunden, zu verhandeln und entsprechende Vorbereitungen innerhalb der Allianz einzuleiten.

MP Brundtland begrüßte Bushs „kühne“ VKSE-Initiative. Wichtig sei, daß abziehende Kräfte demobilisiert würden und nicht den Druck an den Flanken verstärkten.

MP bekannte sich zur Allianz und Übernahme eines fairen Anteils durch NWG.

10) MP Lubbers bezeichnete die von Bush skizzierte Umorientierung der Ostpolitik (weg von Containment hin zu Zusammenarbeit) als wesentlich und die Veränderung der COCOM-Politik in diesem Zusammenhang als symbolisch wichtig.

Nach Zustimmung zu Bushs VKSE-Initiative analysierte er deren mögliche Auswirkungen auf SU:

- Einerseits würde sie erlauben, daß die beabsichtigte Ressourcen-Verlagerung vom militärischen auf den zivilen Bereich schneller erfolgen könne und so den Reformprozeß fördere,
- andererseits verändere die drastische Reduzierung der sowjetischen Truppenpräsenz in osteuropäischen Ländern die politische Lage dort.

Der in Aussicht genommene Zeitplan mache also deutlich, daß Westen den Wandlungsprozeß fördern wolle. Man solle deshalb nicht zögern, sondern in

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 657 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Wien so schnell wie möglich vorangehen (deshalb solle auch die Prüfung des Bush-Vorschlags durch Experten so schnell wie möglich erfolgen).

Es gehe also um die Kernfrage: Ist der Osten bereit, wirklich das Gewicht der militärischen Beziehungen in den West-Ost-Beziehungen zu reduzieren?

- Zur SNF-Frage meinte Lubbers, wir brauchten Verhandlungen über Nuklearsysteme – die es auch schon einmal gegeben habe. Lubbers folgte der Argumentation Mitterrands.
- Wegen ihrer technischen Kriterien hätten SNF besondere Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland.
- Aber gleichzeitig hätten alle Nuklearsysteme gemeinsam, daß sie Teil des Abschreckungsverbunds seien. Insofern gebe es kein Spezialproblem der Deutschen. Die ganze Allianz und alle deren Truppen seien betroffen.

Trotz des speziellen Aspekts müsse man also realistisch bleiben.

Der von Bush vorgezeichnete Zeitplan gebe einen wichtigen Ansatz: Wenn man wirklich über Containment hinauskommen wolle, müsse man VKSE Priorität geben, dürfe aber auch die Möglichkeit nicht ausschließen, bei den Nuklearsystemen zu reduzieren.

Schließlich solle die Idee einer Verlagerung in längere Reichweiten nicht übersehen werden. Eine solche Umstrukturierung erlaube, durch Zahl und Stationierungsorte zu verdeutlichen, daß Verteidigung eindeutig den Vorrang habe.

Lubbers stimmte Bushs Vorschlag daher zu.

11) PM Mulroney führte Errungenschaften der Allianz nicht nur auf militärische Leistungen, sondern auf die zugrundeliegenden Werte zurück.

Gorbatschow habe nicht mehr getan, als den Bankrott des kommunistischen Systems zuzugeben. Wenn wir zu seiner Unterstützung bereit seien, so folgten wir keinem modischen Trend, sondern unseren eigenen Interessen. Die einzige Weise, seine echten Absichten zu erfahren, liege in Verhandlungen. Diese müßten – wie MP Thatcher gesagt habe – auf der Basis der Verteidigungsfähigkeit geführt werden.

Neben Rüstungskontrollverhandlungen gebe es aber viele andere Instrumente, Elemente der Unsicherheit in den West-Ost-Beziehungen zu reduzieren. In diesem Sinne sei die Gipfelerklärung²¹ zu begrüßen: Kanada hoffe, daß sie nicht ins Archiv wandere, sondern als Handlungsanleitung genutzt werde.

Nach einem gelungenen emotionalen Willkommen an den Präsidenten des südlichen Nachbarn stimmte Mulroney der „Open sky“-Initiative²² ebenso wie dem VKSE-Vorschlag zu. Letzterer sei auch insofern zeitgerecht, als er durch Anstreben früher Ergebnisse dem SNF-Problem aus der Sackgasse helfen könne. Wenn man deutschen Vorschlag zugrunde lege, könnte es durchaus sein, daß Erarbeitung einer Verhandlungsposition ein bis zwei Jahre dauere, also etwa so lange wie der Abschluß eines ersten VKSE-Abkommens.

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

²² Zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vom 12. Mai 1989 vgl. Dok. 136, Anm. 32.

12) MP Papandreou begrüßte ebenfalls VKSE-Vorschlag, der vom neuen Geist inspiriert sei, der das Bündnis belebe.

Entwicklung in SU und anderen Staaten schaffe Tatsachen, die neue Dynamik in West-Ost-Beziehungen erzeuge in Richtung auf Zusammenarbeit, nicht auf militärisches Containment. Hierin liege eine wichtige Aufgabe.

In diesen Zusammenhang gehöre das Gesamtkonzept, das ein wichtiger Bezugspunkt sein werde bei der Gewährleistung der Sicherheit – unter Berücksichtigung der Veränderungen.

Papandreou formulierte die ambitioniertesten Ziele bei nuklearen Abrüstungsverhandlungen. Reduzierung auf das niedrigstmögliche Niveau, bis schließlich internationale Lage eine Null-Lösung zulasse und die Menschheit völlig von Nuklearwaffen befreit werde.

In diesem Geiste müsse SNF-Frage angegangen werden. Auch wenn der Mix im Augenblick erhalten bleiben müsse, so solle Bereitschaft bekundet werden, bei Kurzstreckenwaffen Verhandlungserfolge zu erzielen. Nur so könne man den Willen der anderen Seite herausfinden.

Eine Entscheidung über Aufstellung neuer Nuklearwaffen solle die Allianz vermeiden, bis die Machbarkeit eines allgemeinen Abkommens zur Gewährleistung der Sicherheit auf möglichst niedrigem Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte hoffentlich bestätigt sei.

Papandreou erinnerte an die bekannte griechische Position zu Fragen der Nuklearpolitik der Allianz.

13) MP Özal begrüßte neuen internationalen Trend, bestätigte die Bedeutung starker und glaubwürdiger Verteidigung und forderte umfassende Konsultation über Ostpolitik der Regierungen und möglichst Harmonisierung. Im übrigen forderte er nicht nur Selbstzufriedenheit wegen der Erfolge, sondern Initiative im Blick auf die Zukunft.

Özal stimmte Bush-Initiative für VKSE zu und erwartete Beschleunigung Wiener Verhandlungen.

Er stellte jüngsten Zwischenfall in Bulgarien (Erschießung türkischstämmiger Bulgaren bei Demonstration²³) dar und warnte Bündnispartner vor Doppelstandard in Menschenrechtsfragen. Türkei hoffe, daß sie bei bevorstehender Menschenrechtskonferenz in Paris²⁴ dieser flagranten Menschenrechtsverletzung Aufmerksamkeit widmeten.

Im übrigen legte Özal die türkischen Positionen zu Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik dar und bekannte sich zur Unteilbarkeit der Sicherheit und dem Prinzip der Modernisierung.

²³ Referat 214 erläuterte am 16. Juni 1989: „Im Mai 1989 kam es im Nordosten von Bulgarien wiederholt zu schweren Demonstrationen von Mitgliedern der türkischen Minderheit und Zusammenstößen mit der Staatsmacht, bei denen mehrere Personen getötet und zahlreiche Menschen verletzt worden sein sollen, was von bulgarischer Seite auch offiziell eingeräumt wurde. [...] Seit Ausbruch der Unruhen sind über 20000 Angehörige der türkischen Minderheit in die Türkei ausgeweicht (türkische Angaben); teilweise soll es sich dabei um Abschiebungen gehandelt haben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139825.

²⁴ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

14) MP Santer forderte aktive Allianzpolitik angesichts Entwicklungen im Osten, er sprach von globalem Konzept zur Gestaltung der Beziehungen. Er begrüßte Bush-VKSE-Initiative, sie sei ein Beweis dafür, daß der Westen nicht nur Erklärungen abgebe, sondern Taten folgen lasse.

Wichtigste Aufgabe der Allianz sei es, Gräben zu überwinden und den Kontinent zu versöhnen.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst Reihe der Eröffnungserklärungen fortgesetzt, da Arbeitsgruppe noch tagte.

15) MP Martens sah in den osteuropäischen Entwicklungen Ergebnisse westlicher Anstrengungen: Das sowjetische Streben nach militärischer Überlegenheit habe ihr nicht gestattet, die inneren Ziele zu erreichen. Harmel bleibe auch heute gültig.

Nach Hinweis auf treues Einstehen Belgiens für die Allianz (Verantwortung im konventionellen Bereich und, trotz Schwierigkeiten, Rolle im nuklearen Bereich) bekannte sich Martens zur Strategie und besonders zur Nuklearpräsenz der USA in Europa. In absehbarer Zeit werde Belgien einer Null-Lösung für landgestützte Raketen nicht zustimmen.

Martens sprach sich aber für baldige Verhandlungseröffnung bei Kurzstreckenraketen mit dem Ziel einer gemeinsamen Obergrenze auf niedrigerem als NATO-Niveau aus. Zur Frage der notwendigen engen Verbindung zu VKSE-Verhandlungen hätten sich Standpunkte angenähert. Im Sinn der Wiener Ziele sei US-Vorschlag zu begrüßen.

Martens bezeichnete es als politisches Ziel der Allianz, die Teilung Europas abzuschaffen und zu gewährleisten, daß jeder in Sicherheit leben und Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen könne. Hier solle eine klare Sprache geführt werden, im Vertrauen auf die eigenen Werte und im Bewußtsein der wirtschaftlichen Dynamik. Die Schlußakte von Helsinki²⁵ solle Leitfaden der West-Ost-Politik sein.

MP Martens erwähnte als einziger europäischer Regierungschef die europäischen Bemühungen um Einigung auch auf dem Verteidigungsgebiet und begrüßte US-Unterstützung hierfür. Es gebe vielversprechende Entwicklungen, einschließlich Wiederbelebung der WEU, die auch den Weg zu einem richtig verstandenen Konzept besserer Lastenteilung wiesen.

16) MP Schlüter sah Allianz ebenfalls an der Wende von Konfrontation mit dem Osten zu Zusammenarbeit. Es sei daher ständig die östliche Bereitschaft zu testen, auf niedrigere Rüstungsniveaus herunterzugehen. Dieses sei nicht gleichbedeutend mit Vernachlässigung der Verteidigung. DK werde seinen Anteil beitragen.

Es bestehe keine Notwendigkeit – und wäre falsches Signal –, Modernisierungsentscheidung über Kurzstreckenraketen vor 1992 zu treffen. Jetzt könne weder Ja noch Nein zur Modernisierung gesagt werden.

Zwischen dem konventionellen Ungleichgewicht und der Gegenwart von Kurzstreckennuklearwaffen bestehe klare Verbindung: Deshalb müßten Verhandlungen

²⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

gen bei letzteren auch im Zusammenhang mit VKSE gesehen werden. Verhandlungsziel müsse die Eliminierung der überwältigenden östlichen Überlegenheit auch bei Kurzstreckenraketen sein.

Schlüter begrüßte „neuen kühnen Schritt“ von Bush für VKSE, ebenfalls „Open skies“-Vorschlag.

Allianz müsse „historische Chance nützen, tragische Teilung Europas zu überwinden“.

²⁶17) MP González: Allianz habe Frieden bewahrt und jetzt Öffnung des Ostens für westliche Werte erreicht. Anfängliche Zweifel, ob Wandel echt sei, seien gewichen. Heute könne man nur zweifeln, ob die Länder mit dem Wandel fertig würden.

An Allianz stelle sich Frage, ob sie klare Zeichen setzen könne. Hierfür sei Bush-Initiative wertvoller Beitrag und solle daher zu gemeinsamer Initiative werden. Zeitplan erlaube vielleicht Auflösung der Verhandlungsfrage für Kurzstreckenwaffen. Vielleicht erlaube die Entwicklung im Osten hin zu westlichen Werten, auch hier Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau anzustreben.

Allianz bleibe Garantie der Sicherheit für alle Bündnispartner. Nur ausgehend von diesem Sicherheitssystem könne man politische und wirtschaftliche Entwicklung im Osten fördern.

Bemühungen um Gleichgewicht beträfen besonders konventionellen Bereich. Man könne aber nicht ein System aus Verhandlungen ausnehmen.

MP González hatte Eindruck, daß Bundesrepublik Deutschland maßgeblich zur Sicherheit der gesamten Allianz beigetragen habe, und fand es deshalb um so schwerer verständlich, daß „gewisse Pressestimmen“ diesen Beitrag nicht angemessen würdigen können.

18) MP Cavaco Silva glaubte an die Dauerhaftigkeit der Verbesserungen des West-Ost-Verhältnisses. Dazu müßten Veränderungen der Menschenrechte unterstützt und Rüstungskontrollverhandlungen fortgesetzt werden. Bushs Initiative sah er als wichtigen Impuls für VKSE an. Er hoffte auch auf schnellen CW-Abschluß.

Die Aussagen zu Verteidigungspolitik bewegten sich auf traditionellen Linien.

MP forderte, daß Bündnispartner auch ihren Willen unterstreichen sollten, zu politischen Lösungen von Regionalkonflikten, besonders Südafrika, beizutragen.

19) MP De Mita bekräftigte Bekenntnis zu Allianz und ihrer Politik und schloß positive Bewertung der West-Ost-Entwicklung an.

Auch wenn Ergebnis der Entwicklung im Osten nicht absehbar sei, gebe sie Anlaß zu Hoffnung. Dies sei der heute zutreffende Begriff, nicht Angst. Aber Hoffnung beseitige die Unsicherheiten nicht.

Daher bekannte sich De Mita zum Harmel-Konzept, begrüße Bush-Vorschlag als präzise, nützlich und vielversprechend, besonders wegen des strengen Zeitplans.

Wenn man durch Abschaffung der Ungleichgewichte die Gegenwart gut in den Griff bekomme, habe man eine gute Ausgangsposition für die Bewältigung der Zukunft.

²⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 658 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Unabhängig davon, wie die Entwicklung im Osten ausgehe, würden unsere Werte bestätigt werden. In der jetzigen Reformphase seien die Länder des Ostens sehr gefordert.

Von der Allianz erwartet die Öffentlichkeit aber Hinweise für die Zukunft.

Zur SNF-Problematik äußerte De Mita folgendes: Man wisse nicht, wann in Wien eine Einigung erfolge. Wohl aber wisse man, daß es auch im Kurzstreckenbereich erhebliche Asymmetrien gebe. Also solle auch dort verhandelt werden mit dem Ziel des Gleichgewichts auf niedrigstem Niveau, nicht jedoch Null. Wie könne man dem widersprechen! Allianz müsse die Mittel aktivieren, die es ihr erlaubten, die Entwicklung im Osten wirklich zu beeinflussen, das heiße also, eine Politik definieren und vor allem Gleichgewicht anzustreben, um Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.

20) MP Hermannsson äußerte sich als letzter. Er sah Allianz am Kreuzweg: „Maybe once in a lifetime only there is a chance to normalize the situation in Europe.“

Aber: Risiko der Rückkehr zum Kalten Krieg sei nicht ganz auszuschließen, daher müsse Allianz Vorsorge treffen.

Modernisierungsentscheidung zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne weitere Fortschritte in der Rüstungskontrolle verhindern. Vielmehr müsse Versuch gemacht werden, SU-Potential auf NATO-Niveau zu reduzieren. US-Vorschlag stelle vielleicht das Management-Instrument für eine solche Politik dar. Denn Kernproblem bleibe konventionelle Überlegenheit. Verzicht auf Gefechtsfeldwaffen erscheine möglich.

MP stellte fest, Probleme der nuklearen Marinerüstung habe niemand erwähnt. Hier gebe es einen enormen Aufwuchs. Die Reduzierung bei landgestützten Nuklearwaffen scheine diesen Trend zu verstärken. Island sei gegen diese Entwicklung und trete daher für Verhandlungen über seegestützte Nuklearwaffen ein.

Dessenungeachtet trete Island dafür ein, schon aus eigenem Interesse, die Seeverbindungen zwischen USA und Europa jederzeit zu sichern. Dies würde aber unter Umständen erheblich erleichtert werden durch totale Abschaffung von seegestützten Nuklearwaffen. MP räumte ein, daß „andere vielleicht anderer Meinung seien“. (Bei den Beratungen über das Gesamtkonzept hatte Island seine Forderung, diese Problematik im Gesamtkonzept zu berücksichtigen, in letzter Minute eingebracht und dann wieder zurückgezogen. Die Ansprache beim Gipfel zeigt aber, daß Island in dieser Frage aktiv bleiben wird.)

III. Bush-Initiative zu VKSE

Anschließend wurde kanadischer Vorschlag diskutiert, Bush-Initiative grundsätzlich zu billigen und schnelle Prüfung durch die Allianz (60 bis 90 Tage) anzuordnen und dies alles im Rahmen der Gipfelerklärung öffentlich zu sagen.

USA, NWG und F unterstützten dies. Präsident Mitterrand benutzte Gelegenheit, noch einmal französische Position zur Abrüstungspolitik darzustellen.

Frankreich sehe Priorität in der Rüstungskontrolle bei der konventionellen Abrüstung. Der Bush-Vorschlag ordne sich hier gut ein. Durch eigene Initiative vermeide man auch politische und psychologische Probleme.

Frankreichs Grundsatz sei: Alles, was zur Abrüstung führe, sei gut, wenn diese ausgewogen gestaltet werde – nicht nur quantitativ, besonders auch qualitativ. Für die Art des amerikanischen Vorgehens spreche F seine Unterstützung aus. Es sei nicht immer leicht, abstrakte Prinzipien in konkrete Vorschläge umzusetzen und eingefahrene Denkweisen militärischer Stäbe zu ändern. Bush tue einen Schritt nach vorn und beziehe Flugzeuge ein. Dies stelle keine Änderung der Doktrin dar.

F müsse aber im Hinblick auf seinen besonderen Status²⁷ einen förmlichen Vorbehalt machen, weil es auch in Zukunft an ihm festhalten wolle. Es gehe um die Sicherung seiner Unabhängigkeit in Fragen der nuklearen Abschreckung.

Bush-Vorschlag beziehe sich auf die Flugzeuge. Solange es um Flugzeuge konventioneller Rolle gehe, sei F ohne Vorbehalt einverstanden. Wenn aber Flugzeuge mit strategischer Rolle bei der nuklearen Abschreckung betroffen seien, werde F nicht mitmachen, weil sonst seine autonome Strategie der Abschreckung berührt würde.

(Inzwischen hat F förmlichen Vorbehalt eingebracht in Gipfelerklärung.) Mitterrand zog die Schlußfolgerung:

Frankreich habe sich auch stets zur nuklearen Abrüstung bekannt, er habe die Bedingungen vor den VN dargelegt. Diese bezögen sich weniger auf die USA, durch deren Potential F sich nicht bedroht fühle, sondern auf die SU. Bis die beiden Großmächte auf eine Schwelle der glaubwürdigen Mindestabschreckung heruntergerüstet hätten, vielleicht nicht ganz auf das Niveau von F, bleibe F bei seiner Nichtbeteiligung an nuklearen Verhandlungen.

Bush nahm hierzu Stellung: Er habe Verständnis für die französische Position und rechne mit ähnlicher Position bei GB. Die US-Überlegungen seien aber zu dem Ergebnis gekommen, daß hier kein unlösbares Problem vorliege. Der besondere Bedarf im Nuklearbereich könne befriedigt werden, und dennoch könne man vorangehen.

GS faßte zusammen:

- Billigung der Bush-Initiative im Prinzip,
- dringende Prüfung mit dem Ziel baldiger Vorlage eines Vorschlags in Wien,
- Kenntnisnahme des französischen Vorbehalts (vermutlich durch GB geteilt),
- Auftrag an SPC, entsprechende Äußerung in Gipfelerklärung aufzunehmen.

21)²⁸ Stellv. NATO-GS Guidi erstattete kurzen Bericht über Beratungen der Ad-hoc-Gruppe: Es handele sich um wirkliche und schwierige Probleme. Man habe auf Grundlage des deutschen und des amerikanischen Papiers unter Berücksichtigung anderer Vorschläge gearbeitet. Die Kompromißmöglichkeiten würden ausgewiesen. Als besondere offene Fragen nannte Guidi das Problem der dritten Null-Lösung sowie des Zeitpunkts und der Bedingungen für SNF-Verhandlungsbeginn. Es lohne sich, daß Gruppe weiterarbeite.

²⁷ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

²⁸ Korrigiert aus: „20)“.

BK widersprach: Wenn man ein Ergebnis erreichen wolle, müsse man Arbeitsweise entsprechend einrichten. Da politische Entscheidung nötig sei, müsse Ebene der Arbeitsgruppe dem entsprechen.

Eine Textdiskussion auf Grundlage des von Guidi angekündigten schriftlichen Berichts in der großen Runde des Rates verspreche wenig Aussichten, zumal mehr Text in Klammern stehe als außerhalb. BK schlug daher Fortsetzung der Gruppenarbeit auf Ebene der Außenminister unter Beteiligung der bisherigen Mitglieder der Gruppe vor. Inzwischen solle der Gipfel die wichtigen Fragen der Politik gegenüber Osteuropa besprechen, die Präsident Bush dargelegt habe. Diese wichtige politische Frage dürfe nicht untergehen.

Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch, so daß Gruppe auf AM-Ebene unter Vorsitz niederländischen²⁹ Ehrenpräsidenten unverzüglich zusammentrat.

Es schloß sich eine einstündige freie Diskussion über Einschätzung der Entwicklungen in der SU und anderen Staaten Zentral- und Osteuropas an, an der sich MP Brundtland, BK Kohl, PM Thatcher, MP De Mita, MP Hermannsson, MP González und MP Martens beteiligten. Hierzu folgt gesonderter Bericht. Diskussion wird am 30.5. fortgesetzt.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13038 (202)

154

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12746/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 659

Aufgabe: 30. Mai 1989, 05.14 Uhr¹
Ankunft: 30. Mai 1989, 06.01 Uhr

Betr.: Tagung des NATO-Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29. und 30.5.89²;
hier: Beratungen im geschlossenen Sitzungsteil am 29.5.89 – West-Ost-Beziehungen

Zusammenfassung

1) MP Brundtland leitete freie Diskussion mit einem (von Mitterrand gegenüber Mitarbeitern als missionarisch bezeichneten) Plädoyer für ein klares westliches Konzept gegenüber der Entwicklung in SU und – sehr differenziert – in anderen WP-Staaten ein. Jüngere Generation ohne Weltkriegserfahrung sei durch stra-

²⁹ Korrigiert aus: „dänischen“.

Die Ehrenpräsidentenschaft des NATO-Rats hatte der niederländische Außenminister van den Broek inne.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. auch Dok. 153 und Dok. 156.

tegische Bedürfnisse nicht mehr zu beeindrucken. Auch dies mache den Prozeß irreversibel³, selbst wenn Rückschläge nicht ausbleiben würden. Kein Land könne sich auf Dauer durch eine politische Entscheidung von der internationalen Entwicklung ausschließen. Angesichts der Entwicklung Osteuropas zu einer „managed market economy“ sei ein sich verbreitendes Netz von Kooperation erforderlich, das auch für einfache Bürger spürbare Wirkungen habe. Grenzen westlicher Politik, die friedlichen Wandel und Reformen unterstützen wolle, liegen in der Unionsverband sprengenden Instabilität in der SU sowie in Störung der sicherheitspolitischen Arrangements.

KSZE-Prozeß bilde zentrales Element, aber auch andere Foren, zumal europäische, könnten zunehmend nutzbar werden, z. B. Europarat, ECE und OECD – sofern sich die fraglichen Länder für Zusammenarbeit qualifizieren.

Westen solle Bürger der östlichen Nachbarn bei sich lernen lassen, wie unsere wirtschaftlichen und politischen Systeme funktionierten, einschließlich der Rolle der Gewerkschaften.

Es gebe aber auch konkrete Erwartungen und einen enormen Bedarf an Krediten für die verschiedensten Zwecke einschließlich Umwelt. Der Westen könne weder einen Marshallplan⁴ aufstellen, noch ineffiziente Planwirtschaften unterstützen. Wohl könne er sich gegenüber einzelnen Ländern, in denen Menschenrechtsbeachtung und gewisse Wirtschaftsreformen ein bestimmtes Niveau erreicht hätten, großzügiger zeigen. Eine solche West-Ost-Interaktion könne ihre eigene Dynamik in Osteuropa auslösen.

2) Bundeskanzler stellte fest, man stehe an einem wichtigen Punkt. Niemand könne das Ergebnis der Entwicklung voraussagen.

Zu warnen sei vor jeder Form der Euphorie, dies gelte in allen Bereichen, nicht nur bei der Abrüstung. Es nütze uns und auch den betroffenen Völkern, nüchtern und real an die Dinge heranzugehen.

Dennoch seien die dramatischen Veränderungen völlig unanzweifelbar. In einigen Ländern seien sie so weit vorangeschritten, daß sie schwer – eigentlich nur mit schlimmeren Methoden als in der Stalin-Zeit – revidiert werden könnten.

BK teilte Auffassung Brundtlands: Zwei Drittel der sowjetischen Bevölkerung sei entweder nach dem Zweiten Weltkrieg geboren oder aufgewachsen (wie bei uns) und habe eine andere Art zu denken. Unverkennbar sei das Streben, so ähnlich zu sein wie die Menschen im Westen.

Die Ideologie habe in einem Maße abgedankt, daß sie selbst bei Akteuren keinen Glauben mehr finde. Noch sei nicht abzuschätzen, welche Wirkung die Bilder aus Peking⁵ im Warschauer Pakt haben würden, und zwar in jedem einzelnen Land, besonders aber in der SU, Polen und Ungarn.

Es sei wichtig, in die eigene Analyse nicht nur militärische Faktoren einzu-beziehen:

- Kulturbeziehungen könnten nicht hoch genug bewertet werden. Ungarn, Polen und die ČSSR seien alte Kulturländer Europas. Eine ČSSR, die unter ungari-

³ Korrigiert aus: „reversibel“.

⁴ Zum „Marshallplan“ vom 5. Juni 1947 vgl. Dok. 148, Anm. 7.

⁵ Zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 vgl. Dok. 145.

schen Bedingungen Wirtschaftspolitik machen könnte, wäre ein völlig anderes Land.

- Die Entwicklung der Wirtschaft setze viel voraus. Vor allem aber müsse Perestroika, um Erfolg zu haben, die Regale füllen. Eine erste Gruppe von sowjetischen Wirtschaftsleuten, die zu Managementstudien bei uns gewesen sei und sich auch in Betrieben aufgehalten habe, habe – so MP Ryschkow – überwältigende Eindrücke gewonnen. Beispielsweise sei das Erlebnis der Praxis deutscher Betriebsmitbestimmung unfassbar gewesen, ebenso das System der sozialen Sicherung. Delegation sei angesichts dieser Möglichkeiten im Zustand der Begeisterung zurückgekehrt. Derartige Kontakte würden Fragen über das eigene System verstärken.
- Austausch in allen Bereichen sei wichtig. Er verstärke das Momentum zur Dezentralisierung. Je mehr sie sich entfalte, desto besser. Hier solle man die sowjetische Seite beim Wort nehmen.
- Angesichts der phänomenalen Entwicklung in Polen und Ungarn sei es wichtig, ihr zum Erfolg zu verhelfen. Ein Mißlingen würde katastrophale Wirkungen haben und die abwartenden Ultras in anderen Ländern stärken. Aus deutscher Sicht bestehe ein besonderer geschichtlicher Grund, den Polen zu helfen. Er speise sich aus der Entschlossenheit, aus der Geschichte zu lernen. Zwar könne man angesichts der unterschiedlichen Systeme unser Verhältnis zu Polen nicht dem zu Frankreich vergleichen. Im Grunde strebten wir aber den gleichen Grad der Versöhnung auch mit den Polen an.

Wirtschaftliches Engagement sei vernünftig, nicht nur bilateral, auch multilateral. USA und F verfügten in Polen über enormes Prestige. Es sei wichtig, daß Weltbank und Pariser Club den Polen etwas Luft verschafften, damit sie auf die Beine kommen könnten. Ihnen sollte aber nichts geschenkt werden.

Im WP vollziehe sich eine erstaunliche Trennung, auf der einen Seite Polen und Ungarn in einer von der SU geduldeten Entwicklung, andererseits die Hardliner unterschiedlichen Grades in den übrigen Ländern. Die Entwicklung gehe tendenziell immer weiter auseinander. Unser Interesse sei, daß der Funke auch in die noch zurückhaltenden Länder überspringe. Honecker und die Führung seines Alters werden versuchen, die Entwicklung zu bremsen, aber das Rad der Geschichte werden sie nicht festzurren können.

Zu den innerdeutschen Beziehungen bemerkte BK: Honecker habe alle Versprechen zuverlässig eingehalten. In den letzten vier Jahren seien 19 Millionen Besuche von insgesamt 13 Millionen Besuchern erfolgt. Das lange geschürte Feindbild vom Westen sei endlich zusammengebrochen. Honecker finde sich immer stärker auf der Rückzugslinie. Schließlich sei es nicht überzeugend, neben westdeutschen auch Moskauer Zeitungen zu verbieten.

BK appellierte an Bündnispartner, die Allianz stärker als Gemeinschaft zur Verteidigung von Frieden und Freiheit dazustellen, also die Werte stärker in den Vordergrund zu stellen.

Den Erfolg, den die Allianz mit ihrer Politik habe, solle man einsetzen im Rüstungskontrollbereich und in allen anderen Politikbereichen. Eine besondere Verantwortung komme der Abstimmung innerhalb der EG zu. Man müsse das Bild des europäischen Hauses mit den eigenen Inhalten erfüllen.

Bei aller Skepsis, die man angesichts der Schwierigkeiten haben könne, bezeichnete es BK als dramatisches Versagen vor der Geschichte, die gegebenen Chancen nicht entschlossen und gemeinsam zu lösen.

3) PM Thatcher setzte mit betont nüchterner Analyse den stärksten Kontrapunkt in der Diskussion:

- Noch sei nicht zu viel erreicht, man könnte zwar zwischen verschiedenen Kandidaten wählen, aber es gebe kein pluralistisches Parteiensystem.
- Auch in der Wirtschaft laufe es nicht gut: Selbst in Ungarn, das PM vor einem Jahr optimistisch verlassen habe⁶, hätten die Probleme zugenommen. Und Ungarn solle das Spitzenland der Reform sein. Dies sei das Hauptbezugsland für Gorbatschow in seiner Behauptung, daß das Reformmodell helfe. Um wieviel schwerer müsse es in der SU selbst sein!
- Die sowjetische Wirtschaftslage sei schlechter denn je: Es gebe immer noch kein Preis- und Handelssystem, allenfalls auf dem schwarzen Markt. Joint-ventures stießen daher auf große Probleme. Selbst bei westlichem Training im Management fehle jede Struktur, um das Gelernte anzuwenden.
- Die Polen seien zwar wirtschaftlich noch schlechter dran als die SU, in der Politik hätten sie aber erhebliche Fortschritte gemacht. Eine Schuldenhilfe müsse kommen durch Restrukturierung im IMF und Pariser Club.
- Ungarn habe – nach langen Verhandlungen – sein EG-Abkommen bekommen⁷, von westlicher Seite aus politischen Gründen. Die ČSSR könne nicht wie Polen oder Ungarn behandelt werden angesichts der Lage dort.
- In USA sei Idee über ein zweites Jalta⁸ aufgekommen.⁹ PM hat von Gorbatschow gehört¹⁰, daß SU über Wiedereröffnung dieses Kapitels sehr besorgt ist: Das Selbstbestimmungsrecht für die Länder zu fordern, die 1939 und in Jalta den Sowjets überlassen wurden, könne zu unvorhersehbaren Konsequenzen führen.

In den chinesischen Entwicklungen glaubte PM mögliche Zeichen für eine Revision zu sehen. Deshalb sei sie mit Voraussagen zurückhaltend, daß die politischen Veränderungen im Ostblock bereits irreversibel seien. Immerhin dürfe man auch nicht vergessen, daß unter wesentlich günstigeren und einfacheren Bedingungen der Aufbau der westlichen Industriegesellschaften ein Jahrhundert gedauert habe.

⁶ So in der Vorlage.

Der ungarische Ministerpräsident Grósz hielt sich vom 6. bis 8. Mai 1988 in Großbritannien auf.

⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. September 1988 zwischen der EWG und Ungarn über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

⁸ In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

⁹ Vgl. dazu die Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger; Dok. 121, Anm. 28.

¹⁰ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

All dieses faßte PM Thatcher zusammen: Hinter dem Eisernen Vorhang lebten viele Menschen, die vom Westen bitter enttäuscht sein würden, wenn er je in seinen Verteidigungsanstrengungen nachließe.

4) PM De Mita sah Möglichkeiten für westliches Handeln, besonders gegenüber Polen in bezug auf seine Schulden und durch Zusammenarbeit.

Es gebe neue Realitäten im Osten, die aber deutlich anders als bei uns seien. Man könne deshalb nicht unsere Denkweisen – die Preissystem und Marktwirtschaft voraussetzen – übertragen. Es werde immer deutlicher, was der WWG in Tokio¹¹ festgestellt habe: Die Werte der Freiheiten seien unabdingbar mit der Bewältigung der Probleme verbunden.

Bei der Krise der SU und der anderen Länder handle es sich also um eine politische Krise. Deshalb müßte der Westen eine Politik verfolgen, die seine Sicherheit wahre, aber auch auf Fortschritt abziele. Eine solche Politik werde auch für die westlichen Länder auch wirtschaftlich nützlich sein.

Wirtschaftswachstum sei absolut notwendig, dieses setze aber Marktwirtschaft voraus.

Es laufe also im Ostblock ein doppelter Prozeß ab:

- politischer Prozeß in Richtung auf Pluralismus, in Polen besonders sichtbar, aber auch in seiner Komplexität;
- wirtschaftlicher Prozeß, der eine echte Revolution darstelle.

Die ungeheuren Herausforderungen setzten einen starken Erfolgswillen voraus. Man stehe aber vor Erfolgszwang. Erfolg sei aber nur mit Freiheit zu erreichen. Und Werte wirkten nur, wenn sie vollständig gewährleistet würden.

¹²Insofern sei die Bewegung unumkehrbar, aber könne jederzeit durch Repression unterbrochen werden.

5) MP Hermannsson hielt es für richtig, alle Möglichkeiten zur Hilfestellung zu nutzen. Training, besonders im Managementbereich, bezeichnete er als gute Methode.

6) MP González berichtete von Besuchen in Polen und Ungarn: Er sei verwirrt zurückgekehrt. Er habe z.B. keinerlei Parallelen gefunden zwischen den spanischen Erfahrungen bei Abstreifung der Diktatur und Einführung der Demokratie und den dortigen Entwicklungen. Vor einer möglichen westlichen Reaktion sei zunächst Analyse und auf ihrer Grundlage Schlußfolgerung erforderlich: Perestroika finde ihre Ursache in dem Versuch, eine Antwort auf den Mißerfolg zu geben, ohne einzuräumen, daß das eigene System versagt habe.

Wirtschaftsreformen ohne parallele politische Dynamik könnten nicht erfolgreich sein. Es sei aber leichter, die politische Entwicklung zu strukturieren als die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Westen könne vielleicht Ungarn oder Polen helfen, dort gebe es überschaubare Dimensionen. Auch Jugoslawien soll nicht vergessen werden.

Aber bei der SU angesichts ihrer Größe könne der Westen nicht umfassend helfen.

¹¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 660 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

In der SU gebe es zwei Grenzen für Entwicklung: Einmal werde Führung keine Explosion der Nationalitätenfrage zulassen, andererseits keine Auflösung der Sicherheitsstrukturen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Osten würde mit westlicher Zusammenarbeit laufen können, solange man das Sicherheitsschema zwischen West und Ost nicht berühre. Das heißt, man könne Polen oder Ungarn nicht vom Ostblock trennen.

MP González verneinte die Möglichkeit einer Umkehrung des Prozesses. Wohl aber sah er Höhen und vor allem Tiefen in seinem Ablauf voraus. Westliches Ziel müsse es sein, zum Überleben der Perestroika beizutragen. Dann werde auch die ČSSR sich einbeziehen lassen, desgleichen DDR und andere. Sie würden aber möglichst lange warten und im Falle eines Scheiterns der Perestroika versuchen, die Entwicklung in Ungarn und Polen wieder zurückzudrehen.

7) MP Martens fand nach Besuch in Polen¹³ die Vorstellung naiv, einerseits das System aufrechterhalten zu wollen, andererseits eine Opposition zu haben und zu dulden, die nach eigenem Bekenntnis auch in der Opposition bleiben wolle.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13038 (202)

155

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem stellvertretenden vietnamesischen Außenminister Nguyen Dy Nien

342-321.36 VIE

30. Mai 1989¹

Gespräch des stellvertretenden vietnamesischen Außenministers Nguyen Dy Nien am 30.5.1989, 16.00 h, mit Staatssekretär Dr. Sudhoff²

1) StS *Sudhoff* hieß den stellvertretenden AM Nien³ willkommen. Er begrüße⁴ dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und seine⁵ Teilnahme an dem zweiten Vietnam-Colloquium in Düsseldorf⁶. Die Tatsache, daß diese Tagung stattfinde, zeige das große Interesse, das in der Bundesrepublik Deutschland

¹³ Der belgische Ministerpräsident Martens besuchte Polen vom 28. bis 31. März 1989.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Dane am 1. Juni 1989 gefertigt und am selben Tag an das „Büro St[S] Sudhoff mit der Bitte, die Billigung des Gesprächsvermerks einzuholen“, geleitet.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. Juni 1989 vorgelegen.

² Die stellvertretende vietnamesische Außenminister Nguyen Dy Nien hielt sich am 29./30. Mai 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen: „sehr herzlich“.

⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „freue sich über“.

⁵ Korrigiert aus: „und über seine“.

⁶ Das zweite Deutsch-Vietnamesische Colloquium fand vom 29. bis 31. Mai 1989 statt.

an Vietnam bestehe. Das Interesse werde auch dadurch dokumentiert, daß die beiden Außenminister sich im vergangenen Jahr in New York getroffen hätten⁷ und daß StM Schäfer voriges Jahr nach Vietnam gereist sei⁸. Er, StS Sudhoff, freue sich, die politischen Kontakte jetzt fortzusetzen. Geographisch seien unsere beiden Länder zwar weit voneinander entfernt, aber wir hätten großes Interesse an der Region. Mit den ASEAN-Staaten unterhielten wir sehr enge Beziehungen, die zum beiderseitigen Vorteil gereichten. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Vietnam hätten sich bisher nicht sehr weit entwickelt. Hier gebe es ein großes Hindernis: die vietnamesische Besetzung Kambodschas.⁹ Mit Befriedigung¹⁰ habe er deshalb vernommen, daß Vietnam die endgültige Räumung Kambodschas bis zum September angekündigt habe. Wir begrüßten dieses außerordentlich. Wichtig sei, daß im Anschluß an den Abzug der vietnamesischen Truppen in Kambodscha eine Regierung gebildet werde, mit der die Menschen leben könnten und die nicht an die alten Zeiten der Roten Khmer erinnere. Er bitte nun um die Einschätzung von Herrn Nien, wie Vietnam die Entwicklung in der Region sehe und wie es in Kambodscha weitergehen könne.

Stv. AM Nien bedankte sich für den Besuchstermin, er sei mit großer Freude in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, die er zum ersten Mal kennengelernt habe. Seit gestern habe er an dem Colloquium in Düsseldorf teilgenommen, wo StM Schäfer eine sehr interessante Rede gehalten habe.¹¹ Der einhellige Wunsch der vielen Teilnehmer an dem Colloquium, die er, Nien, gesprochen habe, sei es, die Beziehungen zu Vietnam zu entwickeln. Es sei wahr, unsere Länder lägen geographisch weit auseinander, aber Vietnam habe erkannt, daß die Bundesregierung die Entwicklung der Region mit großer Aufmerksamkeit verfolge. Vietnam und die Bundesrepublik Deutschland hätten auch zahlreiche Gemeinsamkeiten, darunter z.B. eine Bevölkerung von jeweils etwa 60 Millionen Menschen (der StS warf ein, daß die vietnamesische Bevölkerung aber wachse, wogegen die unsrige abnehme). Herr Nien ging kurz darauf ein und meinte, daß das Entwicklungsniveau zwischen beiden Ländern sehr unterschiedlich sei und Vietnam sich sehr bemühe, das Wachstum seiner Bevölkerung zu bremsen.

Seit 40 Jahren habe es in Südostasien keinen echten Frieden gegeben. In letzter Zeit verdeutliche sich aber der gemeinsame Wunsch, Frieden zu stiften. Vietnam habe sehr gute Beziehungen zu Indonesien. Auch die Beziehungen zu Thailand seien in rascher Entwicklung begriffen. Dies gelte auch z.B. für Singapur, das zwar in den Vereinten Nationen Vietnam stets heftig kritisiert habe, aber zugleich über die besten Wirtschaftsbeziehungen zu Vietnam verfüge. Besonders auffallend sei aber die jüngste Entwicklung in den Beziehungen Vietnams zu

⁷ In dem Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach am 6. Juni 1988 wurden der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und die weitere Entwicklung dort sowie die Frage von Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik erörtert. Vgl. dazu die mit Drahtbericht Nr. 1298 des Ministerialdirektors Schlagintweit, z. Z. New York, am selben Tag übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 137401.

⁸ Staatsminister Schäfer hielt sich vom 18. bis 24. Oktober 1988 in Vietnam auf.

⁹ Im Laufe des Jahres 1977 kam es zwischen Vietnam und Kambodscha wiederholt zu Grenzstreitigkeiten. Am 25. Dezember 1978 marschierten schließlich vietnamesische Truppen in Kambodscha ein und eroberten am 7. Januar 1979 Phnom Penh.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Freude“.

¹¹ Für die Rede des Staatsministers Schäfer am 29. Mai 1989 vgl. Referat 342, Bd. 144599.

Thailand. Es gebe einen regen Delegationsaustausch von Wirtschafts- und Handelsdelegationen. Die Botschaft Bangkok werde sicherlich über das Forum berichtet haben, das mit dem Motto, den Kriegsschauplatz in einen Handelsmarkt umzuwandeln, stattgefunden habe. Gegenwärtig gebe es kaum einen Tag ohne eine thailändische Delegation in Hanoi oder Ho-Chi-Minh-Stadt. Thailand errichte z.Zt. auch in seiner nördlichen Region eine Brücke nach Laos, die die Landverbindung nach Vietnam sehr erleichtern werde. Die Zusammenarbeit mit Thailand entwickle sich jeden Tag weiter.

Vietnam sei im übrigen dabei, Schritte zu unternehmen, um ASEAN beizutreten. Alle ASEAN-Staaten seien hiermit im Prinzip einverstanden. Es sei letztlich nur noch eine Frage der Zeit. Der Zeitpunkt werde wahrscheinlich nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha liegen. Vietnam habe schon jetzt bekanntgegeben, daß es das Abkommen von Bali (Bali Treaty)¹² akzeptiert habe. In Kambodscha sei eine günstige Entwicklung eingetreten. Von heute bis zum bevorstehenden Abzug der vietnamesischen Truppen geschehe bereits etwas in Richtung auf eine internationale Konferenz, eine internationale Überwachung des Abzugs sowie eine Lösung der inneren Aspekte des Kambodscha-Problems. Prinz Sihanouk und Hun Sen hätten vereinbart, sich im Juli in Paris zu treffen.¹³ Frankreich stecke bereits in den Vorbereitungen für eine große Konferenz im August d.J.¹⁴ Insgesamt sei der Eindruck entstanden, als ob die internationalen Aspekte des Kambodscha-Problems bereits so gut wie geregelt seien. Schwierig bleibe dagegen der interne Aspekt. Hier seien auch andere Länder, wie z.B. China, verpflichtet, nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ihre Hilfe für die Widerstandstruppen einzustellen. Er, Nien, teile die Auffassung von StM Schäfer, daß der innere und der äußere Frieden dringlich nötig seien. Es dürfe keinen Bürgerkrieg geben. Es müsse aber das Prinzip respektiert werden, daß die kambodschanischen Probleme nur von den Kambodschanern selbst zu lösen seien. Außenstehende könnten Kambodscha keine Lösung aufzwingen. Gerade deshalb sei das sich verdichtende Netz der Beziehungen zwischen Sihanouk und Hun Sen sehr wichtig. Z.Zt. gebe es drei Lösungsmöglichkeiten:

- eine Gesamtlösung für die inneren und äußeren Aspekte;
- sofortige Lösung für die internationalen Aspekte, die inneren Aspekte können erst nach Abzug der vietnamesischen Truppen gelöst werden;
- nur eine Lösung für die internationalen Aspekte, die internen Aspekte finden überhaupt keine Lösung.

Aus vietnamesischer Sicht sei es eindeutig, daß die erste Variante die mit Abstand beste Lösung sei. Wenn sie nicht gelinge, müßten alle Kräfte darauf gerichtet sein, die zweite Variante durchzusetzen. Das große Hindernis seien die

¹² Für den Wortlaut des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien, den die Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitgliedstaaten am 24. Februar 1976 in Denpasar auf Bali unterzeichneten, vgl. UNTS, Bd. 1025, S. 298–326. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 329–333.

¹³ Am 25. Juli 1989 trafen in La Celle-Saint-Cloud bei Paris Vertreter der vier kambodschanischen Konfliktparteien zusammen. Vgl. dazu Dok. 203, Anm. 44.

¹⁴ Vom 30. Juli bis 30. August 1989 fand in Paris die internationale Kambodscha-Konferenz statt. Vgl. dazu Dok. 258.

Roten Khmer. Aber auch hier handle es sich um ein Problem, das die Kambodschaner untereinander lösen müßten. Dieses hänge allerdings auch eng mit China zusammen. Das letzte Treffen der stellvertretenden AM von China und Vietnam¹⁵ habe keine Ergebnisse erbracht. Wenn diese beiden schon keine Einigung hätten erzielen können, sei es um so deutlicher, daß niemand von ihnen Kambodscha eine Lösung aufzwingen könne. Auch Generalsekretär Gorbatschow habe mit Deng Xiaoping das Problem angesprochen.¹⁶ Gorbatschow habe deutlich gemacht, daß auch die Sowjetunion jetzt nichts mehr tun könne. Es handle sich um eine Angelegenheit der Kambodschaner untereinander. Bis September d.J. seien es nur noch etwa drei Monate. Deshalb müsse jetzt sehr intensiv an einer Lösung gearbeitet werden. Vietnam hoffe, daß alle anderen Länder, auch die Bundesrepublik Deutschland, das Treffen Sihanouk/Hun Sen unterstützten.

Auf die Beziehungen Vietnams zu dritten Staaten eingehend, äußerte Nien sich ausschließlich zum amerikanisch-vietnamesischen Verhältnis. Diese Beziehungen verbesserten sich. Die Probleme würden nach und nach gelöst: Dies gelte für die vermißten Amerikaner (MIA¹⁷), die amerikanisch-vietnamesischen Mischlingskinder, die Flüchtlingsfrage, das ODP¹⁸-Programm, etc. Der amerikanische Präsident Bush habe den General Vessey beauftragt, Verbindung mit Vietnam zu halten. Dies geschehe.

Nien fuhr fort, Vietnam betreibe eine Öffnungspolitik gegenüber allen Ländern. Dies gelte insbesondere auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Vietnam sei dafür, Gespräche zu führen, um auf diese Weise bestehende Hindernisse zu überwinden und die Beziehungen allseitig zu entwickeln. Hierzu würden auch Gespräche über die Einbeziehung Berlins in unsere bilateralen Beziehungen gehören. Er denke, daß eine für beide Seiten annehmbare Formel hierfür gefunden werde.

StS *Sudhoff* bedankte sich für den interessanten Überblick, den der stellvertretende AM Nien geboten habe. Die Bundesregierung sei sehr interessiert an dem Fortgang in Kambodscha und begrüße alle Schritte, die einem Frieden in Kambodscha und in der Region dienen. Dazu gehörten auch Gespräche der Führungspersonlichkeiten, die diesen Frieden gestalten müßten. Zum Frieden gehöre aber auch, daß dritte Staaten sich einer Einmischung von außen enthielten. Dies habe er, StS *Sudhoff*, vor kurzem auch dem chinesischen AM gesagt.¹⁹

Für das bilaterale Verhältnis hoffe er, daß sich nach einem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha neue Möglichkeiten eröffneten. Wir seien gern bereit, dann auch über Entwicklungshilfe zu sprechen. Bezüglich der Berlin-Klausel decke sich die Aussage von Herrn Nien mit unserer Auffassung. Vietnam müsse wissen, daß es sich bei der Einbeziehung Berlins um eine entscheidende nationale Frage handle. Die Frage der Akzeptanz der Form der Einbeziehung

¹⁵ Zum Gespräch der Stellvertretenden Außenminister Liu Shuqing (Volksrepublik China) und Dinh Nho Liem (Vietnam) vom 8. bis 10. Mai 1989 in Peking vgl. den Drahtbericht Nr. 948 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 13. Mai 1989; Referat 342, Bd. 137127.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

¹⁷ Missing in action.

¹⁸ Orderly Departure Program.

¹⁹ Staatssekretär *Sudhoff* traf am 10. April 1989 mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhou Nan zusammen. Zum Gesprächsteil Tibet vgl. Dok. 95.

Berlins in unsere Außenbeziehungen sei auch mit sozialistischen Staaten zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst. Wir erwarteten von Vietnam nicht mehr, als wir auch von anderen Staaten erwartet und erhalten hätten. Dies gelte z. B. für Angola²⁰, Mosambik²¹ und Albanien²². Wenn es soweit sei, würden wir unsere Vorstellungen übermitteln. Eines könne er aber schon jetzt sagen: Wir seien dann bereit, uns am Aufbau Vietnams zu beteiligen. Wir wollten uns auch in Vietnam als Partner des Fortschritts verstehen. Wir begrüßten sehr die Verbesserungen der Beziehungen Vietnams zu seinen asiatischen Nachbarländern. Diese Verbesserung der Beziehungen mache auch die entwicklungspolitischen Beziehungen im bilateralen Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern leichter. Hier stünden wir vor positiven Entwicklungen (Einwurf von stv. AM Nien: Er teile diese Ansicht). Insofern sei es gut, daß Herr Nien nach Bonn gekommen sei. Nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha werde es sicherlich neue Gespräche geben.

2) Abschließend wurde noch kurz über die bevorstehende Reise des vietnamesischen AM Thach nach Europa gesprochen, für die ein Termin beim BM am 25. Juni erbeten ist. StS Sudhoff wies darauf hin, daß der BM dann voraussichtlich bereits nach Madrid²³ abgereist sei. Wir bemühten uns aber um einen anderen Termin. Herr Nien meinte, er wisse, daß der BM sehr viele Termine habe, sein AM habe allerdings auch sehr wenig Zeit.²⁴ StS Sudhoff lud den stellvertretenden AM Nien ein, bei einem nächsten Besuch in Europa auch wieder nach Bonn zu kommen. Herr Nien entgegnete, dies könne ggf. anlässlich seines nächsten Besuchs bei der VN-Generalversammlung bereits der Fall sein, falls er dann einen Abstecher nach Europa mache.

Referat 343 (342), Bd. 144599

²⁰ Die Bundesrepublik und Angola nahmen am 16. August 1979 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 916. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 252.

²¹ Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.

²² Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Albanien am 2. Oktober 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 290 und Dok. 292.

²³ In Madrid fand am 26./27. Juni 1989 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu Dok. 189 und Dok. 194.

²⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen: „StS Sudhoff entgegnete, dies sei eine typische Krankheit der Minister, die leider manchmal auch ansteckend sei.“ Vortragender Legationsrat Dane teilte der Botschaft in Hanoi am 15. Juni 1989 mit, daß ein für den 20. Juni 1989 vorgesehenes Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach aus beiderseitigen Termingründen endgültig nicht zustande kommen werde. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 217; Referat 342, Bd. 144597.

156

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 665

Citissime

Aufgabe: 30. Mai 1989, 18.30 Uhr¹

Ankunft: 30. Mai 1989, 18.54 Uhr

Betr.: Tagung des NATO-Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29. und 30.5.1989²;
hier: Abschlußberatungen (geschlossener Sitzungsteil) am 30.5.1989

Zusammenfassung

NATO-Gipfel endete mit Verabschiedung

- des fortentwickelten Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung³
- einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs.⁴

Abschlußsitzung war – nach den erfolgreichen, über achtstündigen, bis in die Morgenstunden reichenden Beratungen der Außenminister über die SNF-Passagen im Gesamtkonzept – von großer Harmonie und deutlicher Erleichterung gekennzeichnet. Bush-Initiative für VKSE⁵ zu Beginn des ersten Konferenztages hatte Beratungen ein klares, nach vorn gerichtetes Momentum gegeben, das bei der Finalisierung beider Dokumente positiv wirkte.

Nach Meinung BKs hat sich Allianz damit das beste Geschenk zum 40jährigen Jubiläum selbst gemacht und geht gestärkt und einig in das fünfte Jahrzehnt – versehen mit einer politischen Kursbestimmung für die Gestaltung der West-Ost-Beziehungen und Wahrnehmung einer aktiven Rolle in der Weltpolitik sowie dem Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung, das für die sich abzeichnende dynamische Phase der Rüstungskontrollverhandlungen Ziele und Prinzipien definiert und angesichts der komplexen Interaktion zwischen Verteidigung und Rüstungskontrolle ein gemeinsames konzeptionelles Bezugsdokument von großem Wert darstellt.

Soweit sich Gipfelteilnehmer äußerten, stimmte ihre Bewertung mit der von BK überein:

- Präsident Bush: Befriedigung über Ergebnis, Glückwunsch an alle Beteiligten.
- PM Thatcher: „Quite happy with text as it stands“ bezogen auf Gesamtkonzept, Gipfel sehr erfolgreich, vollständige Einheit, zwei exzellente Dokumente.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10 und 19.

Hat Vortragendem Legationsrat Gröning am 1. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte.
Hat Dreher vorgelegen.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. auch Dok. 153 und Dok. 154.

³ Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom 29. Mai 1989 vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

⁵ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

- Präsident Mitterrand: Gipfel unter besten Bedingungen für Weltfrieden beendet, können auf dieser Grundlage Fortschritte machen.
- GS Wörner: Vom Gipfel gehen Botschaften der Einigkeit und des Optimismus aus. Allianz hat Initiative bei Ideen, Werten und politischen Konzepten.

Auch wenn die SNF-Frage naturgemäß im Vordergrund des Medieninteresses gestanden hat und weiter steht, dürfte ruhige Lektüre der Gipfelerklärung verdeutlichen, daß die Allianz ihr Konzept für die künftige Gestaltung der West-Ost-Beziehungen in der Gipfelerklärung wesentlich fortentwickelt und insbesondere den Versuch unternommen hat, ihre eigene Vision der Friedensordnung in Europa zu konkretisieren (und damit eine Antwort auf das Gorbatschow-Modell des europäischen Hauses zu geben). Zum ersten Mal in einem NATO-Dokument wird die wachsende politische Einigung einschließlich Sicherheit und Verteidigung aus Allianzsicht positiv bewertet und gleichzeitig die fortschreitende Integration als „eines der Fundamente für Europas künftige Struktur“ anerkannt.

Im einzelnen:

1) Verabschiedung des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung
Vorsitzender der AM-Gruppe, AM NL⁶, bezeichnete in achtstündigen Beratungen vereinbarten Text (Vorbehalt nur von GB) als guten Kompromiß. GS Wörner hob besondere Leistung des NL-Vorsitzes hervor – eine durchaus verdiente Anerkennung angesichts der NL-Bemühungen um Konsens im ganzen Verlauf des Verfahrens.

PM Thatcher hob Vorbehalt auf, gab aber gleichzeitig ihre Interpretation der schwierigsten Passage: Die Aussage, daß in Verhandlungen „eine teilweise Reduzierung amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite auf ein gleiches und verifizierbares Niveau“ (Ziff. 48 vgl. Anhang⁷) erreicht werden solle, sage eindeutig, daß nur eine Teilreduzierung zu verhandeln sei. Eine dritte Null-Lösung sei damit absolut ausgeschlossen.

Diese Feststellung löste eine Runde des Gelächters aus, was PM Thatcher zur Feststellung veranlaßte, USA teilten ihre Meinung – ob sie etwa von irgend jemandem bestritten werde.

Präsident Bush ergriff daraufhin das Wort zu einer knappen zustimmenden Bemerkung: „Teilweise ist teilweise.“ Im übrigen äußerte er sich befriedigt, daß der Schwerpunkt jetzt dort gesetzt werde, wo er hingehöre, nämlich auf die konventionelle Rüstungskontrolle.

GS schloß Tagesordnungspunkt ab mit Erinnerung an isländischen Wunsch, nukleare Marinerüstungen in Rüstungskontrollprozeß einbezogen zu sehen.

2) Gipfelerklärung

In langen und teilweise sehr schwierigen und kontroversen Beratungen verhandeltes Dokument wurde ohne Diskussion gebilligt, nachdem letzte Vorbehalte und Änderungen in den frühen Morgenstunden finalisiert werden konnten. Bis zuletzt streitig war die Anordnung der einzelnen Kapitel des Sicherheitsbereichs:

⁶ Hans van den Broek.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für den deutschen Wortlaut von Ziffer 48 des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 352 f.

USA, GB und F wollten Verteidigungskapitel (mit Überschrift „Ein Rahmen für Sicherheit“) durch mehrere andere Kapitel getrennt von Kapitel Rüstungskontrolle sehen. Wir und mit uns elf andere MS wollten auch durch die Gliederung deutlich machen, daß Rüstungskontrolle ein integraler Bestandteil der Allianz sicherheitspolitik ist. Dieser Streit war eine Reflektion der Probleme beim Gesamtkonzept und konnte nach deren Lösung schließlich beigelegt werden.

GS Wörner bezeichnete Gipfelerklärung als ehrgeizige Agenda, deren konkretes Rüstungskontrollelement (Bush-Vorschlag) schnell implementiert werden müsse. Die nächste HLTF-Sitzung solle bereits am 7.6. stattfinden, um neues Arbeitsprogramm festzulegen. Diesem GS-Vorschlag wurde zugestimmt.

3) Routinepunkte der – normalerweise auf AM-Ebene stattfindenden – Frühjahrsministertagung, insbesondere GS-Lageeinschätzung, wurden ohne weitere Diskussion erledigt.

4) Fortsetzung der freien Diskussion

Nachdem am Vortag West-Ost-Fragen im Zentrum der Diskussion gestanden hatten, wurden diesmal Fragen des West-West-Verhältnisses einschließlich der westeuropäischen Integration (MP Lubbers, González, Mulroney und Präsident Bush) sowie Regionalprobleme (Präsident Mitterrand und MP Özal) und globale Fragen sowie zunehmende Interdependenz (MP Brundtland) in den Vordergrund gestellt. Erörterungen fanden in einer befreiten und besonders harmonischen Atmosphäre statt und erlaubten, den Gipfel bereits vorzeitig und in guter Stimmung zu beenden.

a) MP Lubbers gab eine gute Präsentation der politischen Auffassungen zum transatlantischen Verhältnis und der Rolle der europäischen Integration, die man als mittlere Linie im WEU-Kreis bezeichnen könnte:

Eine Politik zur Überwindung der Teilung Europas sei nur glaubwürdig, wenn Allianzkohäsion gewahrt werde. Diese setze faire Teilung von Risiken, Lasten und Verantwortlichkeiten voraus, und zwar nicht nur in der finanziellen und Verteidigungsdimension.

Aus europäischer Sicht seien die Beiträge zur Verteidigung auch unter Anlegung unterschiedlicher Kriterien sehr beachtlich. Die Verantwortung für konventionelle Verteidigung liege zu Recht in erster Linie bei den Europäern, da ihr Territorium betroffen sei. Entsprechend hoch sei ihr Anteil an konventionellen Kräften. Er könne noch weiter ansteigen, indem eine weitere Verlagerung im Gefolge von VKSE-Abkommen stattfinde.

Die wachsende europäische Verteidigungszusammenarbeit erodiere nicht die Allianz, ganz im Gegenteil erlaube eine wachsende europäische Identität einen kohärenteren europäischen Beitrag. Als Beweise führte Lubbers die WEU an (aus deren Sicherheitsplattform⁸ bezeichnenderweise Formeln entnommen wurden zur Lösung von Formulierungsproblem bei der SNF-Frage) und die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit.

Lubbers arbeitete geschickt heraus, wie die europäische Integration auch der Sorge der Bundesrepublik Deutschland entgegenwirken könne, in eine singuläre

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vom 26./27. Oktober 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

oder isolierte Lage zu geraten. Eine ähnlich integrierende Wirkung habe die Integration auch für F, das in der Allianz bekanntlich eine Sonderrolle spiele⁹, und auch in bezug auf GB mit seiner atlantischen Orientierung.

Lubbers schien optimistisch in die Zukunft zu blicken, denn er verwies sogar auf ein langsames Zusammenwachsen auch im Nuklearbereich.

Als zweiten wichtigen Aspekt der Integration Europas arbeitete Lubbers die Anziehungskraft heraus, die eine derartige Vereinigung freier Länder gegenüber Osteuropa entfaltet: Sie habe positiven Einfluß auf die Reformen dort und könne diese – durch Nutzung der eigenen Mechanismen – unterstützen.

Schließlich sah Lubbers in dem Entstehen eines europäischen Pfeilers der Allianz eine Präventivmaßnahme gegen „powerplay“ der SU.

¹⁰Folgerichtig zeigte sich Lubbers befriedigt über Aussagen in der Gipfelerklärung, die diese Aspekte der europäischen Einigung – zum ersten Mal in einer NATO-Erklärung – herausarbeitet (Ziffer 22 vgl. Anhang¹¹).

In bezug auf die transatlantische Beziehung hob Lubbers die Notwendigkeit hervor, angesichts der überragenden gemeinsamen Interessen auch in Handelsfragen künftig Streit zu vermeiden und alle Mechanismen der Zusammenarbeit einschließlich GATT und OECD zu nutzen.

Im übrigen bekannte er sich zu einer stärkeren Rolle der westlichen Bündnispartner – nicht unbedingt als Allianz – in globalen Fragen. Er erinnerte an das WEU-Engagement im Golf¹² und die Feinabstimmung der jeweiligen Politiken zu Förderung des Friedensprozesses dort.

Entsprechend den in der Gipfelerklärung unternommenen Engagements bekannte er sich zu der gemeinsamen Verantwortung in bezug auf weltweite Probleme. Aber auch hier habe europäische Einigung ihre eigene Verantwortung.

b) Präsident Bush griff Gedanken seiner letzten NATO-Rede auf (Veränderungen in Westeuropa sind zwar weniger dramatisch als in Osteuropa, aber nicht weniger fundamental) und wiederholte die starke Unterstützung der US-Administration für die europäische Integration.

Die Betrachtung werde oft auf Handelsfragen und wenige Aspekte eingeeengt. Präsident Bush versicherte: Die europäische Integration sei eine gute Sache.

Für die USA bleibe es auch angesichts dieser Veränderungen bei der traditionellen Verpflichtung innerhalb der transatlantischen Beziehungen, ungeachtet entstehender Handelsfragen. Das transatlantische Bündnis sei ein zentrales Element der amerikanischen Außenpolitik. Das amerikanische Volk wünsche diese Beziehung, die unabhängig sei vom Existieren eines gemeinsamen Feindes. Grundlage sei die Wertegemeinschaft, und die Werte setzten sich zunehmend international durch.

⁹ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 666 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut von Ziffer 22 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 341.

¹² Zur Entsendung von Marineeinheiten verschiedener WEU-Mitgliedstaaten in den Persischen Golf vgl. AAPD 1988, II, Dok. 245.

Die Atlantische Gemeinschaft sei also weit mehr als das, was die USA mit den pazifischen Ländern verbinde. Durch Geschichte und Kultur bestehe eine Verwandtschaft. Diese moralische und geistige Gemeinschaft stelle den Kern der Allianz dar. Daher seien die Europäer ein unersetzlicher Partner der USA, auch in der Weltpolitik.

Die US-Truppen würden aus diesem Grunde solange in Europa bleiben, wie sie dort willkommen seien und gebraucht würden für die Verteidigung Europas. Für die USA selbst sei die Allianz vital. Natürlich sei Voraussetzung, daß der Präsident als Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen mit gutem Gewissen sagen könne, daß sie über die erforderlichen Ausrüstungen verfügten. Die Grundlage für eine solche Feststellung sei dem Gipfel gelungen.

c) MP Mulroney bezeichnete Allianz als Konstante, aus der Bündnispartner in Zeiten erheblicher Veränderungen ihre Stärke schöpften. Es entspreche dem Geist der Freiheit, daß man seine eigenen Meinungen nicht für absolut richtig halte, sondern auch die Ansichten anderer zu verstehen trachte. Ein derartiges kollegiales Aufeinanderzugehen¹³ sei der wesentliche Unterschied zwischen der Atlantischen Allianz und dem Warschauer Pakt.

Auf beiden Seiten des Atlantiks würden große Anstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaft unternommen. Beide Seiten müßten aufpassen, daß es nicht zu Irritationen komme, die die Kohäsion störten. Überall gebe es Haushaltsprobleme, auch in Kanada. Kanada sei aber entschlossen, seine Verpflichtungen im Rahmen der atlantischen Verteidigung zu respektieren und für den Krisenfall Verstärkungskräfte für Europa bereitzuhalten.

Der Gipfel sei ein „day of high accomplishment of NATO“.

d) MP González, der schon zu den West-Ost-Fragen eine sehr durchdachte konzeptionelle Intervention gemacht hatte, begrüßte, daß die Verständigung der Außenminister die Atmosphäre entspannt habe. Er anerkannte eine, verglichen mit Vorgänger-Regierungen, größere Bereitschaft der Bush-Administration zur Zusammenarbeit nicht nur in der Allianz, sondern auch gegenüber anderen, z. B. zum Schutze der Umwelt oder Bekämpfung internationaler Kriminalität.

Aus der relativ kurzen Erfahrung Spaniens in der EG¹⁴ schöpfte MP González die Erkenntnis, daß die Mitgliedstaaten zwar ihre Eigenheiten behielten, aber im Gemeinschaftsrahmen über Unterschiede hinweg zu gemeinsamer Politik kämen: Die EPZ beginne, sich zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu entwickeln.

Auch im 16er Rahmen, der von den gleichen Werten wie die EG gekennzeichnet sei, würden Positionen immer weiter einander angenähert. Besonders in West-Ost-Fragen gebe es enge Konsultationen.

Dialog und Kooperationsbereitschaft, Kennzeichen des Allianzstils, stärkten aber auch die Positionen der USA und Europas weltweit und erhöhten ihre Chancen, mehr Einfluß auszuüben. Als Beispiel verwies er auf eigene Rede zur Darstellung der Zwölferposition in der Nahostfrage, die die Grundlage einer Lösung werden könnte. Präsident Bush habe sie unterstützt. In solchen Fragen sei noch engere Koordinierung möglich und wünschenswert, um zu einer Lösung des lange brennenden Nahostproblems zu kommen.

¹³ Korrigiert aus: „kollegiales und Aufeinanderzugehen“.

¹⁴ Spanien trat zum 1. Januar 1986 den Europäischen Gemeinschaften bei.

Auch in bezug auf die Probleme der Dritten Welt, besonders die Schuldenfrage, wären gemeinsame Initiativen zur Orientierung der Problemlösung gut. Das Umweltproblem sei eng mit den Entwicklungsfragen verbunden, diese wiederum mit Schulden.

Zusammenarbeit bei Kampf gegen Terrorismus und illegalen Drogenhandel sei unverzichtbar, desgleichen bei der Bekämpfung von¹⁵ Internationalisierungstendenzen des Verbrechens.

e) Präsident Mitterrand erinnerte noch einmal an F-Vorbehalt zu der neuen Abrüstungsinitiative, der aber nicht deren Substanz berühre.

Auf dieser Grundlage seien Fortschritte möglich. Nunmehr könne die Allianz in der Abrüstung fortfahren, die den Schlüssel zum Frieden biete unter der Voraussetzung, daß ausgewogen abgerüstet werde.

Bei den bevorstehenden Besuchen Gorbatschows in Bonn und später in Paris¹⁶ sowie durch das inzwischen geknüpfte nützliche Netz von Beziehungen vieler anderer mit ihm könne eine gemeinsame Bewußtseinsbildung entstehen.

Es sei wichtig, daß die USA, zwar in unterschiedlicher Lage, aber aus der großen geistigen Bewegung Europas hervorgegangen, im Einverständnis mit uns eine wichtige Rolle gespielt habe, die vorhandene Konstruktion zu errichten, die von der Einheit des europäischen Geistes getragen werde.

Natürlich gebe es Gefahren. Aber andererseits: Wo gibt es Chancen ohne Risiken? Präsident Mitterrand befaßte sich sodann eingehend mit dem Nahostkonflikt. Er äußert sich skeptisch über israelische Initiative¹⁷ und stellte fest, daß von arabischer Seite eine Reihe wichtiger Gesten gekommen sei, es fehle aber die israelische Antwort.

Mit großem Nachdruck appellierte Mitterrand an die übrigen Bündnispartner, sich der Dringlichkeit von Schritten zur Befriedung des Libanon bewußt zu sein. Dort könne jederzeit ein großes Massaker an der christlichen Gruppe stattfinden, sie sei in ihrer politischen, besonders aber menschlichen Existenz bedroht. Inzwischen seien 2000 Kämpfer aus dem Iran eingetroffen. Im übrigen erinnerte Mitterrand daran, daß die Libanesen Freunde des Westens seien.

Eine internationale Koalition der hier vertretenen Länder müsse eine Initiative ergreifen, um eine Lageänderung zu verhindern, die sehr schnell hoffnungslos werden könne. Gewisse Hoffnungen setzte Mitterrand in die Dreier-Gruppe der Arabischen Liga¹⁸, deren Bemühungen die Bündnispartner ihre eigene Anstrengung hinzufügen könnten.

In bezug auf europäischen Integrationsprozeß stellte Mitterrand fest, es gehe nicht um Errichtung einer Festung, sondern um Eröffnung zusätzlicher Chancen bei der Verteidigung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen. Aber nur in einer offenen Welt könne der Frieden bewahrt werden.

¹⁵ Korrigiert aus: „und“.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schevardnadse besuchten vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Ferner hielten sie sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

¹⁷ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

¹⁸ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

f) MP Özal bezeichnete Ergebnis des Gipfels als vernünftiges Übereinkommen und als Beweis für die Kraft der Allianz, auch bei schwierigen Fragen Konsenslösungen zu finden.

Mit Blick auf die Dynamik des westeuropäischen Integrationsprozesses bezeichnete Özal es als Aufgabe der NATO sicherzustellen, daß die Sicherheit des Westens nicht beeinträchtigt werde. Er forderte außerdem, die Bedürfnisse der weniger entwickelten Bündnispartner zu berücksichtigen.

Bei den Nahostfragen sah Özal, anders als Mitterrand, auch Wandel auf israelischer Seite. Er begrüßte das US-Engagement und sagte zu, daß Türkei in ihrer besonderen Lage die ihr möglichen Beiträge leisten werde. Ohne dies direkt so zu formulieren, erläuterte Özal spezielles Interesse der Türkei an Entschärfung des Nahostkonflikts damit, daß seine Fortdauer die Verbreitung des Fundamentalismus begünstige.

g) MP Brundtland unterstrich Konsultationsbedarf im Allianzrahmen, ungeachtet der Dynamik der EPZ. (NOR-Forderung war entsprochen worden, intensivere Konsultationen vorzusehen und Ständigen NATO-Rat mit Prüfung von Verbesserungen zu beauftragen.) Dabei wünschte Brundtland nicht nur vertiefte Konsultationen von Allianzfragen, sondern auch über andere Probleme.

Eine weitere besondere Sorge Norwegens war die Wahrung der strategischen Einheit und die Vermeidung einer Regionalisierung der Allianz.

h) GS Wörner schloß den ersten NATO-Gipfel unter seinem Vorsitz mit der Feststellung, es habe sich um ein sehr erfolgreiches Treffen gehandelt. Er forderte dazu auf, die beiden Allianzdokumente in der Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen und die Funktion der Allianz zu verdeutlichen. Die vorliegenden Dokumente seien durchaus geeignet, Gorbatschow Schlagzeilen streitig zu machen.

i) PM Thatcher sprach Wörner Anerkennung aus und dankte US-Präsidenten für Bekräftigung der US-Verpflichtung gegenüber Europa.

[gez.] Hansen

¹⁹Anhang 1

[...] ²⁰

Anhang 2

[...] ²¹

Referat 201, Bd. 151194

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 667 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Vgl. Anm. 7.

²¹ Vgl. Anm. 11.

157

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker

204-321.11 USA VS-NfD

31. Mai 1989¹

Delegationsgespräch des Bundesministers mit US-Außenminister Baker in Bonn am 31.5.1989, 9.30–10.30 Uhr, im Rahmen des Besuchs von Präsident Bush in der BR Deutschland (30./31.5.1989)²

Weitere Teilnehmer: Botschafter Walters; Zoellick, Tutwiler (State Dept.); Botschafter Ruhfus, D2³, D2A⁴, Dg42⁵/D4 i. V., L 01⁶, L 010⁷, stv. RL 204⁸.

I. Der in harmonischer Atmosphäre geführte Meinungsaustausch bestätigte

- die herausragende Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen und die beiderseitige Entschlossenheit, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen (Einladung von AM Baker an BM zu Besuch in die USA⁹, Termin noch offen; US-Seite will dt. Vorschlag eines deutsch-amerikanischen Beamtenaustauschs prüfen, vgl. Ziff. 4);
- die Unterstützung der Bush-Administration für den europäischen Einigungsprozeß einschl. des Binnenmarktes nach anfänglicher Zurückhaltung (vgl. Ziff. 2);
- die nahezu völlige Übereinstimmung bei der Beurteilung der Entwicklung in den einzelnen NSWP-Staaten (vgl. Ziff. 6ff) und die Bereitschaft zu koordiniertem Vorgehen bei der weiteren Unterstützung des Reformprozesses.

II. Im einzelnen

1) Im Anschluß an ein ca. 30-minütiges Vier-Augen-Gespräch würdigte *BM* im Delegationsgespräch zunächst das Ergebnis des dem Präsidentenbesuch voraus-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch gefertigt und mit der Bitte um Genehmigung an das Ministerbüro geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 2. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe, Legationsrat I. Klasse Gerdtts und Legationsrat Berger verfügte.

Hat Elbe und Gerdtts vorgelegen.

Hat Berger am 5. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt.“

² Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Präsident Bush trafen am 30. Mai 1989 zunächst zu einem Gespräch im erweiterten Kreis zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 1. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nur teilweise freigegeben).

Ferner fand am Morgen des 31. Mai 1989 ein Gespräch statt, an dem nur Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, teilnahmen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nur teilweise freigegeben).

³ Dieter Kastrup.

⁴ Josef Holik.

⁵ Dietrich von Kyaw.

⁶ Jürgen Chrobog.

⁷ Frank Elbe.

⁸ Eberhard Kölsch.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 20./21. Juni 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

gegangenen NATO-Gipfels¹⁰, mit dem der Westen die Initiative zurückgewonnen habe. Er dankte AM Baker erneut für seine verständnisvolle Haltung in den schwierigen Beratungen. Die enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit habe sich erneut bewährt; sie sei wichtig nicht nur für das bilaterale Verhältnis, sondern auch für den Zusammenhalt im Bündnis. BM begrüßte erneut die eindrucksvolle – der Öffentlichkeit leider nicht zugängliche – Analyse, die Präsident Bush während des Gipfels sowohl zu den West-Ost- als auch zu den West-West-Beziehungen und insbes. der dynamischen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft abgegeben habe. Nur eine dynamische Gemeinschaft könne auf den Osten des europ. Kontinents ausstrahlen und dort Attraktivität entfalten. In seiner Erwiderung zeigte AM Baker sich zufrieden über die Umstände, unter denen er Bonn besuche. Der kühne Abrüstungsvorschlag des Präsidenten¹¹ habe eine neue Situation geschaffen; er werde nach seiner Einschätzung von der SU wohlwollend aufgenommen werden. Von seinen Gesprächen aus Moskau¹² bringe er den Eindruck mit, daß die Sowjets es mit der konventionellen Rüstungskontrolle eilig hätten. Vieles von dem, was der Präsident in Brüssel zu den West-Ost- und West-West-Beziehungen gesagt habe, werde er in seiner Rede in Mainz¹³ später am Tage wiederholen, nämlich: Überwindung der Teilung Europas als gemeinsames Ziel, aber Notwendigkeit eines umsichtigen, schrittweisen Ansatzes unter Wahrung der westlichen Werte, Forderung nach Abriß der Mauer nicht als verbale Kraftmeierei („hardline rhetoric“), sondern als Wunsch, den sichtbarsten Ausdruck der Teilung zu beseitigen.

2) Die europäische Integration und die Europäische Gemeinschaft, so AM Baker weiter, seien „eine gute Sache“. Die Administration sehe die Dinge jetzt lockerer als bei Amtsantritt („more at ease“). Präsident Bush sei vor seiner Abreise aus Brüssel noch mit EG-Präsident Delors zusammengetroffen.¹⁴ Man verstehe jetzt besser, was es mit Reziprozität, Normen u. dgl. auf sich habe.

3) AM Baker lud dann BM zu einem baldigen Besuch in die USA ein, „um den Gipfel und die weiteren Ereignisse nachzuarbeiten“.

4) BM schlug zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit vor, zwischen State Department und Auswärtigem Amt Beamte auszutauschen (gute Erfahrungen mit F und GB, Austausch in Vorbereitung mit I); ein solcher Austausch werde das gegenseitige Verständnis weiter erhöhen. Baker (nach Rücksprache mit Zoellick) hieß den Vorschlag grundsätzlich gut und sicherte Prüfung zu (Exkurs über geplante gemeinsame Botschaften mit F in Mongolei und Gabun¹⁵).

¹⁰ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹¹ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

¹² Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

¹⁴ Der amerikanische Präsident Bush und EG-Kommissionspräsident Delors trafen am 30. Mai 1989 zusammen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

¹⁵ Zum Vorhaben gemeinsamer Auslandsvertretungen mit Frankreich vgl. AAPD 1988, II, Dok. 371. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kruse vermerkte am 10. Mai 1989: „Die Implementierung des Projekts hängt nur noch von der vorherigen Lösung (verfassungs-) rechtlicher Probleme auf französischer Seite ab. [...] Auf deutscher Seite bestehen grundsätzlich keine rechtlichen Bedenken.“ In

5) *BM* bat *AM Baker*, bei der bevorstehenden Jahrestagung des „Institute for East-West-Security Studies (IEWSS)“ im Oktober d.J. in Frankfurt/M.¹⁶ eine Rede zu halten. *AM Baker* sicherte Prüfung zu.

6) *AM Baker* würdigte die Kenntnis von *BM* hinsichtlich „Osteuropa“ und bat ihn – auch im Hinblick auf die bevorstehende Reise von Präsident Bush nach Polen und Ungarn¹⁷ – um eine Beurteilung der Lage. *BM* verwies auf die Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation in den einzelnen Ländern hin und trug hierzu wie folgt vor:

- Bulgarien: einziges Land, in dem seit 1945 sichtbare Fortschritte, in allen anderen kommunist. Ländern seit Kriegsende sichtbarer Rückschritt; Umwandlung von reinem Agrarstaat zu modernem Industrieland; weiterer Grund für Stabilität der Führung: histor. begründete freundschaftliche Hinwendung zu SU nach russ. Befreiung von mehrhundertjähr. Türkenherrschaft (in Sofia einziges auf der Welt noch existierendes Denkmal für russ. Zaren).
- Rumänien: Sonderfall einer kommunist.-monarchist. Diktatur; als einziger Staat noch mit stalinist. Methoden; solange Ceaușescu noch am Ruder, keine Besserung.
- Ungarn: am weitesten fortgeschrittene polit. und wirtschaftl. Entwicklung; aber auch dort ökonom. Entwicklung mit höchsten Risiken verbunden; Erkenntnis, daß „nur ein bißchen Marktwirtschaft“ nicht möglich, sondern nur die eine oder die andere Wirtschaftsverfassung; jede Mixtur schaffe Probleme. Auch hier wie in allen sozialist. Ländern Verteilungsapparat als Kernproblem; insgesamt jedoch Zuversicht, daß weitere Entwicklung in UNG günstig.
- Polen: Entwicklung gekennzeichnet durch Geschichte; für sozialist. Länder einzigartige Stellung der kath. Kirche, Identifikationsfaktor gegenüber protestant. Preußen im Westen und russ.-orthodoxer Kirche im Osten. Erfolg Wałęsas nur erklärbar aufgrund seiner festen Verankerung in kath. Kirche; andernfalls nicht diese Stellung innerhalb Solidarność.
- ČSSR: früher oder später positiver Durchbruch, Land mit der größten demokrat. Tradition im WP (ausdrückl. Zustimmung von *AM Baker*); geringere Bedeutung der kath. Kirche (da als von Habsburg aufgezwungen empfunden) als in POL; im Politbüro noch immer Stalinisten, die Entwicklung verzögern; wenn Reformprozeß in POL, UNG und SU weiterhin positiv, dann positive Ausstrahlung auf ČSSR nur noch Frage der Zeit.
- DDR: schwierigstes Land im WP, da ohne eigene nationale Identität; statt dessen Identifikation mit Persönlichkeiten und polit. Entscheidungen bei uns; kommunist. Gesellschaft mit zwei gegensätzlichen Medienlandschaften, 85% der Bevölkerung könnten Westfernsehen empfangen und machten hiervon Gebrauch; kommunist. System mit zwei parallelen Volkswirtschaften, basierend einerseits auf eigener Währung (mit Versorgungsproblemen) und West-

Fortsetzung Fußnote von Seite 712

letzter Zeit habe sich „der Eindruck verstärkt, daß große Teile der französischen Administration, darunter auch der Apparat des Quai d'Orsay, dem Vorhaben nach wie vor zurückhaltend gegenüberstehen und deshalb alle (auch rechtlichen) Möglichkeiten für eine eher verzögernde Bearbeitung ausschöpfen.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151109.

¹⁶ Die Tagung des Institute for East West Strategic Studies fand vom 19. bis 21. Oktober 1989 statt.

¹⁷ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

währung insbes. D-Mark (auch bei DDR-Bürgern untereinander, dann ohne Lieferengpässe hins. Waren und Dienstleistungen). Hohes Maß an Instabilität des Systems, dessen Stabilität gewahrt werde durch großzügige Besuchsregelung gegenüber BR Deutschland und Tatsache höchsten Lebensstandards innerhalb WP; dies verschaffe Führung jedoch wenig Erleichterung, da Bevölkerung eigene Lebensverhältnisse mit Lebensstandard bei uns vergleiche. DDR-Führung als die innerhalb WP derzeit instabilste, was ihre Ratlosigkeit erkläre; mache sie Reformprozeß mit, laufe sie Gefahr, daß dieser ihrer Kontrolle entgleite; mache sie ihn nicht mit, stünden ihr noch größere Probleme ins Haus. Auf Frage von AM Baker, welche Alternative BM persönlich für wahrscheinlich halte: Bei gegenwärtiger Führung werde bisheriger Zustand fort-dauern. In SU auf Rotem Platz in Form von Demonstranten sichtbar werdender Unmut werde in DDR durch Ausreise- und Ausbürgerungspraxis erledigt.

7) Auf Frage von AM Baker, wie der Westen auf die Entwicklung in Polen und Ungarn reagieren solle, führte BM aus, man müsse den Reformländern unter die Arme greifen, damit sie nicht scheiterten; eine Übergangsphase sei immer die schwierigste. Auf Nachfrage von AM Baker führte BM näher aus:

- zu Polen: hochverschuldet; deshalb seien wir für großzügige Haltung bei Umschuldung im Pariser Club.¹⁸ Polen brauche eine Atempause. Außerdem: Umwandlung unseres außerhalb des Pariser Clubs 1975 gewährten 1 Mrd. DM-Kredits in Złoty-Beträge zur Verwendung in Polen für kirchliche Landwirtschaftsprojekte und andere Vorhaben (Denkmal Widerstand u.ä.) Weiter: möglichst viele „Joint-ventures“ (so auch die Empfehlung von Wałęsa).
- zu Ungarn: auch hochverschuldet, aber im Unterschied zu Polen schon viele kleine Privatbetriebe. Wir befürworteten möglichst enge Zusammenarbeit von UNG mit EG. Interesse an möglichst vielen „Joint-ventures“, zusätzlich auch finanzielle Zusammenarbeit.

Unser Ziel sei nicht allein Erhöhung des Lebensstandards in diesen Ländern; wir gingen vielmehr davon aus, daß bei einer erfolgreichen wirtschaftlichen Reform die Gesellschaft insgesamt in diesen Ländern sich grundlegend verändere. Eine Wirtschaftsreform sei ohne politische Reform nicht denkbar. Ungarn und Polen hätten zunächst den Versuch einer nur wirtschaftlichen Reform unternommen; sie müßten jetzt jedoch erkennen, daß auch eine polit. Reform unumgänglich sei. In der SU dagegen sei die politische Reform bereits weiter als die wirtschaftliche.

8) AM Baker stimmte zu: Politische und wirtschaftliche Reform müßten miteinander einhergehen. Ausgehend von der Erfahrung der 70er Jahre habe die Administration jedoch die Sorge, daß es politische Reformansätze geben könne, diese jedoch ohne gleichzeitige Öffnung der Gesellschaft, daß der Westen Kredite gewähre, ohne daß begleitend die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen gewährleistet sei. Man fürchte eine Situation, in der der politische Reformprozeß nicht zum Erfolg führe und auch eine wirtschaftliche Reform parallel nicht in Gang gesetzt worden sei. Wie also könne auch eine wirtschaftliche Reform in Gang gebracht werden? Wie eine Wiederholung der Vorgänge der 70er Jahre vermieden werden?

¹⁸ Zur bilateralen und multilateralen Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 159.

9) *BM* bezeichnete diese Fragestellung in Übereinstimmung mit *AM Baker* als den entscheidenden Punkt; aber: Heute gebe es – anders als in den 70er Jahren – bereits wirtschaftliche Reformbestrebungen. Somit laute die Kernfrage: Könne der Westen warten, bis diese Bemühungen Erfolg hätten? Seiner Meinung nach nicht; ohne westliche Hilfe werde der wirtschaftliche Reformprozeß keinen Erfolg haben. Wie eine Gläubigerbank sähen wir uns vor der Alternative, das heruntergewirtschaftete Unternehmen bankrott gehen zu lassen oder zu sanieren; wir votierten für die Sanierung.

10) Dies, so *AM Baker*, sei auch die Haltung der Administration. Wie aber lasse sich sicherstellen, daß die jeweiligen Regierungen weitreichende Entscheidungen trafen und sich nicht lediglich auf kleine zögerliche Schritte beschränkten? Es gelte, so *BM* in seiner Antwort, zwei Problemkreise zu unterscheiden: Bei Altschulden müsse man Verständnis zeigen; andernfalls schnüre man diesen Ländern die Kehle ab (Zustimmung von *Baker*); bei neuen Krediten könne man um so großzügiger sein, je mehr die Regierungen zu „Joint-ventures“ bereit seien; dann nämlich bestehe die Möglichkeit zur Einflußnahme über eine strenge Projektprüfung. Außerdem unterstützten wir die Aus- und Fortbildung der Führungskräfte (*AM Baker*: wichtig!). Wie aber, so die Frage von *AM Baker*, ließen sich die makroökonomischen Fragen angehen? Hierauf *BM*: Die Regierungen müßten ihre Volkswirtschaft ändern, wenn Investitionen für deutsche Firmen attraktiv sein sollen. Bereits jetzt biete die Gesetzgebung in einzelnen sozialistischen Ländern einen großzügigen Rahmen für privatwirtschaftliche Betätigung; er werde jedoch mangels unternehmerischem Einsatz nicht ausgefüllt. (Hinweis von *D2* auf poln. und ungar. Gesetzgebung, die ausländ. Mehrheitsbeteiligung bei „Joint-ventures“ möglich mache). *Dg42* wies auf Frage von *AM Baker* nach den Möglichkeiten eines Gewinntransfers auf die immer noch ausweichende Haltung und die Bemühungen mit Polen um ein Investitionsschutzabkommen¹⁹ hin. Gleichzeitig stellte er klar, daß die Bedingungen für einen Erfolg der Reformmaßnahmen von den betreffenden Ländern selbst geschaffen werden müßten, der Westen jedoch positive Signale zu ihrer Unterstützung aussenden müsse. Dem stimmte *AM Baker* ausdrücklich zu.

11) Abschließend stellte *AM Baker* von sich aus fest, daß es für das Wirksamwerden der von Präsident Bush am Vorabend überraschend angekündigten Befreiung von der Visumpflicht für deutsche Touristen und Geschäftsreisende noch kein Datum gebe. Es bestand Übereinstimmung, daß die Befreiung für alle Inhaber von Reisepässen der Bundesrepublik Deutschland gelten solle.

Referat 010, Bd. 178931

¹⁹ Zu den Verhandlungen mit Polen über einen Investitionsschutz- und -förderungsvertrag vgl. Dok. 135, Anm. 14 und 15.

158

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler**310-209.10 LIA****31. Mai 1989¹**Über Herrn D3² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Unsere diplomatische Präsenz im Libanon;
 hier: Vorübergehende Rückkehr von Botschafter Dr. Göttelmann nach Beirut⁴

Zweck der Vorlage: Billigung der vorübergehenden Rückkehr von Dr. Göttelmann nach Beirut

1) Es wird gebeten, dem folgenden Verfahren zuzustimmen:

Botschafter Dr. Göttelmann sollte in der kommenden Woche für etwa drei bis vier Tage über Zypern nach Beirut zurückkehren,

- um mit dem amtierenden MP Hoss, Amal-Führer Berri und anderen libanesischen Stellen im aktuellen Entführungsfall⁵ direkte Gespräche zu führen, die vom Arbeitsstab als zweckdienlich angesehen werden und Licht in die Angelegenheit bringen könnten,
- um in Begegnungen mit der politischen Führung in Ost- und West-Beirut sowie durch sein öffentliches Erscheinen Irritationen zu begegnen, die durch den vorübergehenden Abzug unseres entsandten Botschaftspersonals entstanden sind.

2) Begründung

2.1) Die politisch-militärische und Sicherheitslage erlauben die vorübergehende Rückkehr von Botschafter Dr. Göttelmann. Es ist nach Abzug des entsandten Botschaftspersonals am 12.5.1989 trotz Fortbestands der Blockade zu keinen Bombardierungen mehr gekommen. Auch nach dem Gipfel der AL in Casablanca⁶ ist eine Verschlechterung der Lage nicht eingetreten. General Aoun hat zu erkennen gegeben, daß er die Beschlüsse der AL befolgen will. Syrien dürfte sich nach der Genugtuung, die ihm in der Libanon-Frage als Kompensation für das Entgegenkommen in Sachen Ägypten und Palästinenser von den arabischen

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle und Botschafter Göttelmann, z. Z. Bonn, konzipiert.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 1. Juni 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die politischen Argumente sind weniger wichtig als die Fragen der Sicherheit. Da das Thema der zeitweiligen Rückkehr im Arbeitsstab in Gegenwart der deutschen Sicherheitsbehörden behandelt worden ist, gehe ich von deren zustimmendem Votum aus. Unter dieser Voraussetzung bin ich einverstanden.“

⁴ Zum Abzug des Personals der Botschaft der Bundesrepublik in Beirut vgl. Dok. 130.

⁵ Am 16. Mai 1989 wurden die Mitarbeiter der Hilfsorganisation „ASME Humanitas“, Heinrich Strübig und Thomas Kemptner, im Libanon entführt. In einer Sitzung des Arbeitsstabs Libanon am 30. Mai 1989 teilte Ministerialdirigent Fiedler zum Sachstand mit, von den Entführten fehle jede Spur: „Konkrete Anhaltspunkte, wer die Entführer sind, gibt es nicht. Forderungen wurden bisher keine gestellt.“ Nach Informationen des BND verdichteten sich die Spuren, „daß Hisbollah (Abdel Hadi Hamadi) Urheber“ der Entführung sei: „Möglicherweise sind Strübig und Kemptner derzeit in West-Beirut in den Händen von Hisbollah-Kämpfern.“ Die Botschaft in Damaskus habe bei der syrischen Regierung mit der Bitte um Unterstützung demarchiert. Diese habe positiv reagiert. Vgl. Referat 310, Bd. 149786.

⁶ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26. Mai 1989 und zur Einsetzung eines Dreier-Ausschusses der Könige Hassan II. (Marokko) und Fahd (Saudi-Arabien) sowie des algerischen Präsidenten Bendjedid vgl. Dok. 130, Anm. 4.

Staaten gewährt wurde, zunächst nicht veranlaßt sehen, eine erneute Eskalation herbeizuführen.

2.2) Nachdem sich das Verhältnis zwischen General Aoun und den Amerikanern entspannt hat, ist auch US-Botschafter McCarthy nach Beirut zurückgekehrt. In einer Sitzung unter spanischer Präsidentschaft erklärten alle in Beirut verbliebenen EG-Botschafter, gegenwärtig keinen Anlaß zu sehen, ihre diplomatische Präsenz im Libanon aufzugeben oder das Personal zu verringern. Wir sind das einzige westliche Land, das sein entsandtes Personal – wenn auch nur vorübergehend – abgezogen hat. General Aoun, MP Hoss und selbst Dschumblatt haben uns signalisiert, daß sie unsere Präsenz und den direkten Kontakt zu Botschafter Dr. Göttelmann wünschen.

2.3) Unser Abzug hat im christlichen und muslimischen Lager zu Irritationen geführt, die es erforderlich machen, unsere politische Glaubwürdigkeit schnell wieder zurückzugewinnen, bevor wir das Vertrauen verlieren, das in uns Deutsche gesetzt wird. Dies erscheint insbesondere zu einem Zeitpunkt wichtig, in dem die AL eine politische Perspektive im Libanon aufzeigt, drei arabische Staatsoberhäupter hierfür Verantwortung übernehmen und unser ausgleichender Einfluß auf christlicher und muslimischer Seite gefragt ist.

2.4) Die nach unserem Abzug erfolgte zweite Entführung der Deutschen Strübig und Kempfner erfordert nach Auffassung aller Beteiligten der Arbeitsgruppe direkte Kontakte zu Amal-Chef Berri, zu Hoss, Mustafa Saad und anderen libanesischen Stellen, die in der Lage sind, Informationen zu beschaffen, die bisher undurchsichtigen Hintergründe zu klären und zu einer Freilassung beizutragen.

3) Verfahren

Botschafter Dr. Göttelmann soll von drei BKA-Beamten der Botschaft Beirut, die sich bereits seit 31.5. wieder in Zypern aufhalten, und von weiteren vier GSG-9-Beamten, die vom BMI sofort benannt werden können, begleitet werden. Die BKA-Beamten werden von Zypern nach Damaskus fliegen, um die dort verbliebenen beiden gepanzerten Mercedes nach Beirut zurückzuführen und Botschafter Dr. Göttelmann mit der GSG-9-Gruppe vom Armee-Helikopter abzuholen.

Nach seinen Gesprächen in Beirut soll Botschafter Dr. Göttelmann zunächst nochmals zur Berichterstattung (politische Lage und Entführungsfall) nach Bonn kommen. Sollte es die Sicherheitslage durch Konsolidierung der Waffenruhe erlauben, könnten Dr. Göttelmann und das übrige abgezogene Personal danach kurzfristig (etwa eine Woche später) wieder in den Libanon zurückkehren.

Ein FS an den Arbeitsstab ist beigelegt.⁷

Dg 11⁸ hat mitgezeichnet (mit der Maßgabe, daß zwei GSG-9-Beamte laut BMI ausreichen).

Fiedler

Referat 310, Bd. 149786

⁷ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Fiedler handschriftlich eingefügt.

Dem Vorgang beigelegt. Für das Fernschreiben Nr. 1107, das am 1. Juni 1989 an die Bundesministerien des Innern bzw. der Justiz, den Chef des Bundeskanzleramts, den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie das Bundeskriminalamt übermittelt wurde, vgl. Referat 310, Bd. 149786.

⁸ Hermann Gründel.

159

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck**214-444.40 POL-858/89 VS-vertraulich****1. Juni 1989¹**

Betr.: Polen (finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit)²;
 hier: Ministergespräch beim BK am 1.6.1989

I. Als Ergebnis des Gesprächs beim BK ist festzuhalten:

1) Jumbo

Der Jumbo soll endgültig geregelt werden:

- Alle Rückstände werden erlassen.
- Zukünftige Fälligkeiten sollen in Złoty zurückgezahlt werden.
- Bei der Verwendung der Złoty dürfen für gemeinsame Projekte für die Bundesrepublik Deutschland keine Folgekosten entstehen (BK: schriftlich festlegen!).

2) Hermes

2.1) Hermes wird geöffnet. Abgesehen von der „Übergangszeit“ (bis Abschluß Polen V) werden keine Plafonds festgelegt. Auf ausdrückliche Frage BM bestätigt BMF: Auch für Liefergeschäfte kein Plafond. Regelungs- und Kontrollmöglichkeit wird durch strenge Prüfung geschaffen. StS v. Würzen: Wir können durch Einschaltung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „mehr als sonst“ prüfen. BM insistiert, daß in „Projektfinanzierung“ nicht nur sich selbst finanzierende Devisenprojekte einbezogen werden, sondern auch gute Joint-ventures, die sich selbst tragen.

2.2) Um dieses Angebot für nächste Runde Teltschik/Kucza mit Gewicht zu versehen, wird es – Vorschlag BK – in Brief BK an MP Rakowski³ niedergelegt, den T. übergibt.⁴

Termin: Vorlage Briefentwurf bei BK Montag 5.6., Dienstschluß.

¹ Ministerialdirigent Höynck leitete die Aufzeichnung an Bundesminister Genscher „m[it] d[er] Bitte um Genehmigung“.

Ferner handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 2. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Vermerk hat BM vorgelegen.“

² Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 135.

³ Ministerialdirigent von Kyaw vermerkte am 2. Juni 1989, in einer fünfstündigen Sitzung am selben Tag im Bundeskanzleramt unter Beteiligung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft sei der Entwurf eines Schreibens von Bundeskanzler Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Rakowski formuliert worden: „BK beabsichtigt, Brief am 5.6.89 abends zu zeichnen.“ Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, werde ihn bei seinen nächsten Gesprächen am 6./7. Juni 1989 in Warschau übergeben. Das Schreiben entspreche „nach hiesiger Einschätzung dem Ergebnis des Chef-Gesprächs vom 1.6.89“. Nachbesserungen könnten aber erforderlich werden. Vgl. Referat 420 (421), Bd. 157150.

⁴ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 135, Anm. 8.

Teltschik und Kucza trafen am 6./7. Juni 1989 in Warschau erneut zusammen. Ministerialdirigent Höynck notierte dazu am 12. Juni 1989, nach Informationen aus dem Bundeskanzleramt habe Teltschik das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 5. Juni 1989 an den polnischen Ministerpräsidenten

3) Umschuldung (IWF/PC⁵)

(Dieser Gesprächsteil fand vor meinem Eintreffen statt. Ergebnis wohl wie in BK-Vorlage.)

4) Prozedere

MD Teltschik kann Gesprächsergebnis in nächste Runde mit K. einführen. Danach Befassung der Koalition.

Hinweis BK: strenge Vertraulichkeit wahren.

II. 1) Ungarn: Der UFK⁶ von 1987⁷ wird um 250 Mio. DM „aufgestockt“, d.h. „Eintritt“ in dessen Konditionen, so daß für 250 Mio. zehn Jahre Laufzeit und 4 1/2 Freijahre gelten sollen.

Konsortialführer Deutsche Bank (die noch nicht angesprochen ist).

2) Bulgarien: Frage bleibt offen.

III. Ergebnis Nachbesprechung (StS v. Würzen, StS Tietmeyer, MD Teltschik, Dg21⁸)

1) Es muß Text zu wirtschaftlich-finanziellen Fragen für gemeinsame Erklärung ausgearbeitet werden. Dazu Freitag, 2.6., Besprechung im Bundeskanzleramt (Leitung: VLR I Kaestner).

Noch heute: Vorabstimmung zwischen jeweils zuständigen Ressorts der Passagen zu

- IMF/WB⁹,
- Pariser Club,
- Jumbo,
- Hermes.

2) Entwurf Brief BK an MP Rakowski wird von BMWi gefertigt und soll Freitag, 2.6., ebenfalls im BK besprochen werden.

IV. Teilnehmer an Gespräch des BK: BM, BM Waigel, BM Haussmann, BM Seiters; MD Teltschik, StS v. Würzen, StS Tietmeyer, Dg21.

Höynck

VS-Bd. 14152 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 718

Rakowski übergeben. Die Gespräche hätten „in einer sehr ‚gedämpften‘ Atmosphäre stattgefunden. Die Gesprächspartner, einschließlich Ministerpräsident Rakowski, hätten in einer Mischung aus Schock, Ratlosigkeit und Resignation gesprochen.“ Kucza sei „von dem Angebot im wirtschaftlich-finanziellen Bereich enttäuscht gewesen. Er sowie Ministerpräsident Rakowski hätten eine ‚plakative‘ und optisch wirksame Summe der deutschen Gesamtleistungen verlangt. Die Öffnung von Hermes ohne Plafond sei dazu nicht ausreichend.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

⁵ Pariser Club.

⁶ Ungebundener Finanzkredit.

⁷ Korrigiert aus: „1988“.

Am Rande des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Grósz vom 7. bis 10. Oktober 1987 in der Bundesrepublik schlossen die Deutsche Bank und die Ungarische Nationalbank am 7. Oktober 1987 einen Kreditvertrag. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140300. Zum Besuch vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.

⁸ Wilhelm Höynck.

⁹ Weltbank.

Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 922
Citissime

Aufgabe: 2. Juni 1989, 10.10 Uhr¹
Ankunft: 2. Juni 1989, 12.29 Uhr

Betr.: Rehabilitierung Imre Nagy

Zur Unterrichtung

1) Die im Frühjahr 1988 nach der Reformkonferenz der Partei² unter der Leitung von Imre Pozsgay eingesetzte Untersuchungskommission zur Klärung der Ereignisse von 1956³ hat ihre Arbeit formell noch nicht abgeschlossen, ist im Ergebnis jedoch durch die politische Entwicklung inzwischen weitgehend präjudiziert:

1.1) Führende Persönlichkeiten der Partei (AM Horn, Parlamentspräsident Szűrös) erklärten öffentlich, das Verfahren gegen ihn sei ein politisch fabrizierter Schauprozess gewesen.

1.2) Die zunächst unter dem Druck alternativer Gruppen zugestandene erneute Bestattung Imre Nagys wird zunehmend zu einem nationalen Ereignis, an das jetzt auch die Partei sich anschließen sucht. Am 16. Juni wird zunächst auf dem Heldenplatz eine jedermann zugängliche Gedenkfeier stattfinden, mit Kranzniederlegung vor den sechs aufgebahrten Särgen und Traueransprachen.⁴ Wie jüngst zu erfahren, wird eine Parlamentsdelegation unter der Leitung ihres Präsidenten Szűrös teilnehmen. Weitere offizielle Repräsentanz von Partei und Regierung ist bisher nicht vorgesehen, doch kann man sicher erwarten, daß prominente Vertreter des Reformflügels (Pozsgay) anwesend sein werden.

Um Mittag des 16.6. werden die Glocken des Landes läuten und wird der Toten in einer landesweiten Gedenkminute gedacht werden. Die anschließende Neubestattung von Imre Nagy und fünf Gefährten, die bisher in einem nur nummerierten Gemeinschaftsgrab lagen, sowie eines siebten⁵, leeren Sarges als Symbol für alle weiteren Hingerichteten des Aufstandes soll in einem ökumenischen Gottesdienst in Anwesenheit von Verwandten, Freunden und Vertretern der Kirchen stattfinden.

1.3) Die Tochter von Imre Nagy erhielt jüngst das beschlagnahmte Vermögen ihres Vaters zurückerstattet.

1.4) Die Partei hat ihn posthum wieder in seine Mitgliedschaft eingesetzt. In einem Kommuniqué nach jüngster Sitzung des ZK vom 31.5. wird Nagy als ein kommunistischer Mitkämpfer gewürdigt, als sozialistischer Reformpolitiker der frühen 50er Jahre, der aber im November 1956 beim Versuch der Rettung des

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 2. Juni 1989 vorgelegen.

² Zur Landeskonzferenz der USAP vom 20. bis 22. Mai 1988 in Budapest vgl. Dok. 20, Anm. 2.

³ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁴ Zur Wiederbestattung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Nagy vgl. Dok. 177, Anm. 4.

⁵ Korrigiert aus: „sechsten“.

Landes scheiterte: „Er bekämpfte zugleich das Vordringen des Stalinismus in Ungarn, versuchte die Fehlentwicklungen des Landes wiedergutzumachen und eine ausländische Intervention in einer Zeit zu vermeiden, als ein Volksaufstand sich konterrevolutionären Aktivitäten ausgesetzt sah. Weder seine Partei noch seine Koalitionspartner halfen ihm dabei. Er selbst zeigte nicht genügend Entschlußkraft ... und irrte in der Einschätzung der internationalen Bedingungen und Konsequenzen seiner Außenpolitik. Sein Name jedoch ist verbunden mit dem Weg des Sozialismus, mit der Anerkennung nationaler Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und eines demokratischen Mehrparteiensystems.“ Imre Nagy, so das ZK-Kommuniqué, sei widerrechtlich und aus politischen Gründen zum Tode verurteilt worden. Das ZK gedenke seiner und seiner Gefährten in Respekt. Die Reform der Partei gründe sich auch auf den im Oktober 1956 gefundenen Prinzipien. Das Kommuniqué des ZK schließt mit dem Aufruf, die Bestattung Imre Nagys am 16.6. nicht wieder zu einer Tragödie werden zu lassen, die Gedenkfeier vielmehr würdig und friedlich, als Symbol der nationalen Versöhnung, zu vollziehen.

1.5) Premierminister Miklos Németh erklärte am 1.6. vor dem Parlament, Imre Nagy werde noch vor dem 16.6. auch juristisch rehabilitiert werden.

2) Die Aufarbeitung der Ereignisse von 1956 war von Beginn ihrer Aktivitäten eine wesentliche Forderung der alternativen und oppositionellen Gruppen in Ungarn. Mit dem Beginn der Reform hatte auch die Partei sich dieses Themas angenommen, wenn auch zunächst nur zögernd, mit Rücksicht auf den Parteipräsidenten Kádár und viele Mitglieder, die mit den Verfolgungen und Verurteilungen in der Folge des Aufstandes von 1956 in Zusammenhang gebracht werden konnten. Das Thema geriet zunehmend zu einem Lackmustest für die Entschlossenheit der Partei einerseits, sich auch historisch zum Bekenntnis umfassender Rechtsstaatlichkeit durchzuringen, andererseits des Bestrebens, den Übergang ohne nationalen Bruch zu vollziehen, also auch eine Wiederholung der Ereignisse von 1956 zu vermeiden. Den Reformdruck verkörperte von Beginn an PB⁶-Mitglied Pozsgay, der frühzeitig und in Vorwegnahme des Ergebnisses der Parteiuntersuchungskommission öffentlich von einem Volksaufstand im Oktober 1956 sprach. Der Taktiker Pozsgay hat, nachdem er die Mine springen ließ, sich von diesem Thema merkbar zurückgezogen und es anderen Prominenten der Partei überlassen, sich als Reformpolitiker zu profilieren. Parteichef Grósz dagegen taktierte von Beginn an vorsichtig und im Bestreben, die gesamte Partei auf die neue Linie zu führen. Von seiner These, daß 1956 ein Volksaufstand in Konterrevolution überging, ist immerhin noch im ZK-Kommuniqué vom 31.5.89 wesentliches erhalten geblieben.

Diese Vorsicht ist auch bestimmt durch außenpolitische Rücksichten. Wie intern aus dem ZK (Parteisprecher Major) zu erfahren, sollen damals SU und Tito auf Hinrichtung Nagys (Tito: und dreißigtausend weiterer) bestanden haben. In dauernder Absicherung seines Reformkurses im Bündnis kann Ungarn kein Interesse haben, Konfliktstoff auszugraben, auch ungeachtet heutiger Stellungnahmen zur Breschnew-Doktrin⁷, die damalige Intervention der SU mit dem Vorwurf zu belasten, einen Volksaufstand niedergeschlagen zu haben. Die unga-

⁶ Politbüro.

⁷ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

rische Politik weiß, daß sie auch hier in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion vorsichtig vorgehen muß. Es ist eine Sache, gemeinsam mit den Reformkräften der SU Unwahrhaftigkeiten der gemeinsamen Geschichte aufzuarbeiten, es ist eine andere Sache, nationale Ressentiments gegen die Vormacht Sowjetunion zu nähren.

[gez.] Arnot

Referat 214, Bd. 139936

161

Gesandter Gescher, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1118
Citissime nachts

Aufgabe: 4. Juni 1989, 14.51 Uhr¹
Ankunft: 4. Juni 1989, 09.56 Uhr

Betr.: Chinesische Innenpolitik;
hier: Militäreinsatz in der Nacht vom 3. auf 4.6.89
Bezug: DB Nr. 1115 vom 3.6.89 – AZ w.o.²

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Chinesische Regierung hat in der Nacht vom 3. auf 4. Juni Armee und bewaffnete Polizei mit unglaublicher Brutalität zum Einsatz gebracht und Stadtzentrum besetzt. Studentische Demonstranten und ihnen beistehende Menschen aus allen Bevölkerungsteilen wurden unter Schußwaffeneinsatz und Gebrauch von gepanzerten Kräften auseinandergetrieben. Das resultierende Blutbad dürfte Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten gefordert haben. Es bot sich das abstoßende Bild einer Regierung, die in hilflos-zynischer Weise den friedlichen Protest der eigenen Bevölkerung mit skrupelloser Gewaltanwendung erstickt, ohne daß es einen ernsthaften Versuch der friedlichen politischen Beilegung der Spannungen gegeben hätte. Die politische Verantwortung für diese barbarische Exekution des vor zwei Wochen verhängten Kriegsrechts³ ist in der Zentralen Militärkommission zu suchen, d.h. u. a. bei Deng Xiaoping.

Gegenwärtig herrscht in Peking eine relative, gespannte Ruhe. Einstweilen hat die Regierung im Kampf um die Machterhaltung „gesiegt“. Noch ist aber nicht

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Müller, Peking, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 5. Juni 1989 vorgelegen.

² Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete: „In der Nacht vom 2. auf 3. Juni ist zweiter Versuch der Regierung, mit Hilfe der Armee Tian'anmen-Platz gewaltsam zu räumen, schon im Ansatz kläglich gescheitert. Angesichts der entschlossenen Blockade durch die Bevölkerung zogen sich die völlig demoralisierten Truppen in den Morgenstunden des 3.6. in größter Unordnung wieder zurück. Resultierender Gesichtsverlust der (noch) bestimmenden politischen Gruppierung der ‚über Achtzigjährigen‘ um Deng Xiaoping ist kaum noch zu überbieten.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161815.

³ Zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 vgl. Dok. 145.

abzusehen, welche Formen und Ausmaße ein etwaiger Widerstand der Bevölkerung annehmen könnte.

II. Im einzelnen

1) Am Spätnachmittag des 3.6. begann der größere Teil der um Peking herum in Stärke von mindestens 40000 Mann zusammengezogenen Truppen, in die Stadt einzurücken. Es handelte sich um ca. 27000 Mann der in den Verfügungsräumen befindlichen Teile von sieben Armeekorps und vier selbständigen Divisionen. Weiter kamen ca. 10000 Mann von Armee und bewaffneter Volkspolizei zum Einsatz, die bereits vorher im Zentrum Pekings in der Verbotenen Stadt und angrenzenden Parks zusammengezogen worden waren. Bei den aus allen Himmelsrichtungen in Peking einmarschierenden Truppen handelte es sich zum einen um mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Infanterie, zum anderen um gepanzerte Kräfte, die von Ost und West auf dem Chang'an-Boulevard vorstießen. Aus dem Osten kommend, wurden dabei sechs Kampfpanzer, 17 Schützenpanzer und elf gepanzerte Kommandofahrzeuge beobachtet. Stärke der aus dem Westen vorrückenden gepanzerten Verbände dürfte eher noch höher gelegen haben.

Wie jetzt bekannt wurde, wurden gepanzerte Kräfte im Osten bereits in den letzten Tagen zusammengezogen, wobei die gepanzerten Fahrzeuge schon mit äußerster Rücksichtslosigkeit Traktoren und andere Hindernisse beiseite räumten. Beim Einmarsch in die Stadt liefen sich die Lastwagenkolonnen der Infanterie zunächst wieder in Blockaden der Bevölkerung fest. Anders als bei früheren Anläufen begann nun jedoch ein Prozeß rasch eskalierender Gewaltanwendung. Gepanzerte Kräfte, die von Ost und West vordrangen, begannen, provisorische Barrikaden der Bevölkerung aus Bussen und Lastwagen beiseite zu räumen. Infanterie begann gegen 23.00 Uhr mit Schußwaffengebrauch, teilweise zunächst mit Warnschüssen in die Luft, teilweise ohne Vorwarnung in die Menge und wohl sogar auch in umliegende Häuser. Im Verlauf der ab Mitternacht immer mehr zunehmenden Eskalation wurden auch tätliche Angriffe der Bevölkerung gegen die Soldaten beobachtet, teilweise direkt vor dem Diplomaten-Compound im Südosten der Stadt. Gegen 3.00 Uhr morgens am 4.6. war der Tian'anmen-Platz von Demonstranten geräumt und abgeriegelt. Anschließend begannen die Truppen offenbar, die umliegenden Wohnviertel unter wahllosem Schußwaffengebrauch nach versprengten Demonstranten zu durchkämmen. Erst in den frühen Morgenstunden des 4.6. begann der weithin hörbare Schußwaffengebrauch abzuflauen.

2) Zahl der Opfer ist noch nicht absehbar. Verschiedene Krankenhäuser meldeten völlige Überlastung. Man muß mit Hunderten von Toten und Tausenden von Verletzten rechnen. Augenzeugen berichteten von beispielloser Brutalität im Schußwaffengebrauch, dem auch Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Von den Diplomaten-Compounds konnte rücksichtsloser Einsatz der gepanzerten Fahrzeuge auf dem Chang'an-Boulevard beobachtet werden. Um 5.20 Uhr am Morgen des 4.6. erzwang dort ein Kampfpanzer den Einmarsch der vom Osten her einrückenden gepanzerten Verbände, indem er in voller Fahrt in eine Barrikade quergestellter Busse vor dem „Jesuiten-Observatorium“ hineinfuhr und sie auseinanderstob.

3) Am Vormittag des 4.6. herrschte ein ungewisser Zustand relativer Ruhe. Durchgangsstraßen sind teilweise übersät mit Resten von Barrikaden und liegen-

gebliebenen, von der Bevölkerung außer Funktion gesetzten und teilweise in Brand gesteckten Militärfahrzeugen. Taxis und Busse verkehren nicht. Flugplatz ist offen, seine weitere Offenhaltung wurde hiesiger Lufthansa-Vertretung zugesichert.

4) Reaktion der Bevölkerung auf Blutbad der vergangenen Nacht ist noch nicht abzusehen. Erste emotionale Antworten waren uneinheitlich: lähmendes Entsetzen, Gegengewalt gegen Soldaten, in einigen Fällen wohl hin bis zur Lynchjustiz, verzweifelte Appelle an Ausländer, nach draußen zu berichten, was in Peking vor sich geht, fatalistische Wiederaufnahme des sonntäglichen Tagesablaufs am 4.6., aber auch schon wieder Umringung von Soldaten und Wiederaufnahme (noch) friedlicher Diskussionen. Systematischer Versuch der Gegengewalt gegen Truppen, etwa unter Entwendung der Handfeuerwaffen aus umringten LKWs, wurde nicht beobachtet. Wie sich Stimmung nach Bekanntwerden der Einzelheiten des nächtlichen Geschehens und im Lichte der weiteren Entwicklung – gepanzerte Kräfte befinden sich jetzt offenbar im Vormarsch auf das Unviertel – entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

5) Kriegerrechtskommandantur hatte sich am Nachmittag des 3.6. über Rundfunk und Platzlautsprecher am Tian'anmen mit Drohung der Exekution des Kriegerrechts, entsprechenden Warnungen und propagandistischen Legitimationsversuchen an die Bevölkerung gewandt. Wiederholte Ankündigungen der letzten Wochen, Truppen würden nicht gegen Studenten zum Einsatz gebracht, wurden jedoch nicht ausdrücklich zurückgenommen. Kein Politiker hielt es für nötig, politische Verantwortung zu übernehmen oder auch nur irgendeinen öffentlichen Kommentar zu den Vorgängen abzugeben. Fernsehen strahlte wiederholt mit schwer nachvollziehbarer Intention (Ironie oder Zynismus?) eine offenbar bereits vor einigen Tagen aufgezeichnete Rede Li Pengs zur Notwendigkeit globalen Umweltschutzes aus.

Offensichtlich untauglicher Einmarschversuch in der Nacht vom 2. auf 3. Juni (Bezugs-DB) gewinnt nachträglich Charakter durchsichtigen Legitimationsmanövers, das den bereits geplanten gewaltsamen Einsatz der folgenden Nacht vorbereitete (als Demonstration der „Unmöglichkeit“ gewaltloser Lösung).

6) Botschaft empfiehlt deutscher Kolonie, Wohngebiete möglichst nicht zu verlassen. Einstweilige Schließung der Deutschen Schule ist veranlaßt. Weitere Schritte werden im Lichte der Lageentwicklung getroffen. Chinesisches Außenministerium ist im Hinblick auf Situation und etwaige Verhaltensmaßregeln für Ausländer noch nicht auskunftsfähig. Reisen nach China sollten einstweilen unterbleiben.

[gez.] i. V. Gescher

Referat 341, Bd. 161815

162

**Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff
mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong**

341-322.00 CHN

5. Juni 1989¹

Zur Information

Auf Weisung BM hat StS *Dr. Sudhoff* am 5.6.1989 hiesigen chinesischen Botschafter einbestellt und ihm erklärt: Die Bundesregierung verfolge mit tiefer Besorgnis und mit Entsetzen, was sich gegenwärtig in China abspielt. Die Bundesregierung verurteile die Anwendung von Gewalt und die Verletzung von Menschenrechten in Peking durch die Volksbefreiungsarmee. Sie erwarte, daß die chinesische Führung den Weg politischer und friedlicher Lösungen des Konflikts wählt und von weiterer Anwendung von Gewalt absieht. Die Bundesregierung hoffe und wünsche, daß die chinesische Führung zur Reform- und Öffnungspolitik zurückkehrt, die ein wichtiges Element der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit China sei. Der Botschafter möge seiner Regierung unsere tiefste Betroffenheit zum Ausdruck bringen und unser großes Interesse an einer gewaltfreien Konfliktlösung übermitteln. Die chinesische Regierung werde ferner gebeten, alles zu tun, um die Sicherheit und Unversehrtheit der in China wohnenden Deutschen (Wissenschaftler, Studenten, Geschäftsleute, Experten sowie ihre Angehörigen) zu gewährleisten. Das schließe auch die ungehinderte Ausreise Deutscher ein, sofern sie ausreisen wollten. Die Bundesregierung habe sich gezwungen gesehen, gegenwärtig von Reisen in die VR China abzuraten. Keine Regierung könne das Risiko eingehen, ihre Staatsangehörigen durch den Konflikt gefährdet zu sehen. Wegen der Ereignisse würden vorläufig keine offiziellen Delegationen China besuchen. Die Unterzeichnung des FZ-Abkommens für 1989 sei bis auf weiteres verschoben. Die Bundesregierung befinde sich in ihren Erwartungen an eine friedliche Lösung in Übereinstimmung mit ihren Partnern und Freunden im Westen. Für das Bild Chinas im Ausland sei es unabdingbar, daß die Gewaltanwendung in China aufhöre.

Botschafter *Mei* antwortete, er hoffe, daß die schwierige Zeit sobald wie möglich beendet sein wird. Was die deutsch-chinesische Zusammenarbeit betreffe, so hoffe er, daß die deutsche Seite längerfristig denke.

Referat 341, Bd. 161823

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Drahterlaß Nr. 4640 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel vom 5. Juni 1989 an die Botschaft in Peking übermittelt.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Juni 1989 vor Abgang vorgelegen. Vgl. Referat 341, Bd. 161823.

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem türkischen Botschafter Arim

203-504 TUR

5. Juni 1989¹

Öffentliche Anhörung „Menschenrechte in der Türkei“ im Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages am 19. Juni 1989;

hier: Vorsprache des türkischen Botschafters Arim bei Staatssekretär Sudhoff am 5. Juni 1989

1) StS Sudhoff hat am 5. Juni 1989 auf dessen Wunsch den türkischen Botschafter empfangen. Dieser hatte Weisung, BM – in dessen Vertretung StS Sudhoff – die Besorgnis seiner Regierung wegen der o. a. Anhörung mitzuteilen.

Botschafter erklärte, seine Regierung sei wegen der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag vor allem deswegen besorgt, weil dort auch das Thema „Kurdistan“ erörtert werden solle. Dies gehe aus der Mitteilung des Unterausschusses vom 31. Mai 1989 – Ziffer III, 2d)² – hervor. Wie die Bundesregierung wisse, gebe es ein Kurdenproblem in der Türkei nicht. Nach den Verträgen von Lausanne³ und Montreux⁴ hätten Armenier und Griechen einen Minderheitenstatus. Weitere Minderheiten gebe es nicht. Allenfalls könne man von sozialen und kulturellen Entwicklungsproblemen für die Bevölkerung abgelegener Grenzregionen im Südosten der Türkei sprechen. Die Erwähnung des Reizwortes „Kurdistan“ in dem Anhörungsprogramm und die Einladung zweier „kurdischer“ Vertreter legten den Schluß nahe, daß dem Deutschen Bundestag an einer objektiven Behandlung der Menschenrechtssituation in der Türkei weniger gelegen sei als vielmehr daran, auf die im Herbst 1988 von Amnesty International eingeleitete „Kurdistan“-Kampagne zu reagieren. Damit versuche AI unter Benützung falscher und inzwischen weitgehend widerlegter Argumente nachzuweisen, daß die Türkei nach wie vor nicht demokratisch regiert werde.

Leider habe die Kampagne von AI, die nach eigenem Eingeständnis der britischen AI-Vertreterin in London überwiegend gegen den Türkei-Tourismus gerichtet sei, zu einer Verschärfung des Türkei-feindlichen Klimas in Westeuropa beigetragen. Hierauf seien nicht zuletzt Demonstrationen und Angriffe auf eine Reihe türkischer Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland, u. a. in Stuttgart, zurückzuführen. Im übrigen hätten „kurdische“ Gruppen in verschiedenen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna gefertigt und „m[it] d[er] B[itte] um Billigung vorab“ an Staatssekretär Sudhoff geleitet.
Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Kuhna am 7. Juni 1989 erneut vorgelegen.

² Für die Mitteilung vgl. Referat 203, Bd. 151058.

³ Für den Wortlaut des am 24. Juli 1923 in Lausanne unterzeichneten Friedensvertrags des Britischen Empire, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Japans, Rumäniens und des Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staates mit der Türkei sowie der gleichzeitig abgeschlossenen Konvention über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 28, S. 12–137.

⁴ Für den Wortlaut der Konvention von Montreux vom 20. Juli 1936 über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 173, S. 214–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 981–985.

deutschen Städten versucht, von türkischen Landsleuten Schutzgelder zu erpressen. Dies werde von AI allerdings nicht erwähnt.

Aus den genannten Gründen sehe sich die türkische Regierung nicht in der Lage, offizielle Vertreter zu der Anhörung zu entsenden. Er bitte die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, die Anhörung – wenn nicht zu unterbinden – wenigstens nur auf die Themen Demokratie und Menschenrechte zu beschränken.

StS *Sudhoff* machte deutlich, daß weder der Bundesregierung noch den Vertretern des Deutschen Bundestages daran gelegen sei, die guten bilateralen Beziehungen zur Türkei zu belasten. Die Bundesregierung habe allerdings wegen der Trennung von Legislative und Exekutive keine Möglichkeit, die Anhörung in dem von TUR gewünschten Sinne zu beeinflussen. Der Ausschußvorsitzende, StM a.D. Friedrich Vogel, habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Oppositionsparteien auch gegen den Willen der Mehrheit eine Anhörung durchsetzen könnten.

Die wichtige Rolle der Türkei in der freien Welt, in NATO, Europarat und den übrigen internationalen Institutionen, werde von der Bundesregierung anerkannt. Er könne aber im Hinblick auf die Anhörung nur den freundschaftlichen Rat geben, sich aktiv der Anhörung zu stellen und die Abgeordneten von der konstruktiven Rolle der Türkei zu überzeugen. Hierfür gebe es gute Argumente, denen auch die Abgeordneten ihre Anerkennung nicht versagen würden. Die Bundesregierung sei keine Partei des Anhörungsverfahrens und könne dieses nach unserer Verfassung nicht beeinflussen. Er werde allerdings die von TUR vorgebrachten Besorgnisse telefonisch mit dem Unterausschußvorsitzenden, StM a.D. Vogel, aufnehmen.

Botschafter *Arim* nahm dies zur Kenntnis, verband jedoch damit den Hinweis, auch in der Frage der türkischen Minorität in Bulgarien⁵ habe die türkische Regierung leider bisher in Westeuropa nicht die öffentliche Unterstützung gefunden, die man sich erhofft habe. Auch hier handle es sich um ein Problem des Schutzes von Menschenrechten, bei dem TUR die deutliche Unterstützung ihrer Freunde brauche. Er sei sich aber bewußt, daß die Bundesregierung im stillen große Anstrengungen unternehme, um ihren Einfluß im Sinne der Türkei geltend zu machen.

2) Botschafter schloß mit dem Hinweis, er bedauere es persönlich, immer wieder in Fragen demarchieren zu müssen, die zu einer Belastung der bilateralen Beziehungen werden könnten. Gerade deshalb habe er das o.g. Thema gegenüber dem Herrn BM erläutern wollen.

An weiteren ungeklärten Fragen nannte er:

- Die Behandlung des EG-Beitrittsantrages von TUR⁶ durch die EGK und die anschließende Stellungnahme der einzelnen EG-Mitgliedstaaten. MP Özal habe hierzu in Brüssel gegenüber EG-Präsident Delors betont⁷, der türkische Antrag sei in erster Linie politisch motiviert. TUR wolle keine Last für die EG

⁵ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 153, Anm. 23.

⁶ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

⁷ Der türkische Ministerpräsident Özal traf am 30. Mai 1989 in Brüssel zu einem Gespräch mit EG-Kommissionspräsident Delors zusammen.

werden. Daher habe man große Anstrengungen unternommen, die türkische Wirtschaft auf die Vollmitgliedschaft vorzubereiten. Jetzt erwarte man die richtigen Signale – auch von uns. MP Özal habe auch darauf hingewiesen, daß TUR sich nicht mit dem Argument abspeisen lassen könne, angesichts der Vielzahl weiterer Beitrittskandidaten könne man über den türkischen Antrag nicht entscheiden. TUR sei nicht mit Norwegen⁸ oder Österreich⁹ vergleichbar.

- Im bilateralen Verhältnis erinnerte Botschafter daran, daß eine Entscheidung BM über die von AM Yılmaz ausgesprochene Einladung zu einem offiziellen Türkei-Besuch noch ausstehe.¹⁰ Dies sei dringlich, da zwar die bilateralen Beziehungen atmosphärisch gut seien, jedoch in der politischen Substanz der weiteren Entwicklung bedürften.

StS *Sudhoff* zeigte Verständnis für die türkischen Sorgen. Diese würden von uns sorgfältig geprüft. Eine Entscheidung werde zu gegebener Zeit im gegenseitigen Einverständnis getroffen werden.¹¹

Referat 203, Bd. 151058

⁸ Norwegen unterzeichnete am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973. Am 25./26. September 1972 sprachen sich bei einer Volksabstimmung 54 % der Abstimmenden gegen und 46 % für einen Beitritt aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

⁹ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

¹⁰ Bei ihrem Gespräch am 17. Oktober 1988 in Bonn lud der türkische Außenminister Yılmaz Bundesminister Genscher zu einem Besuch der Türkei im Jahr 1989 ein. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 151078.

¹¹ Für den Wortlaut der Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags am 19. Juni 1989 zum Thema „Lage der Menschenrechte in der Türkei“ einschließlich der mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG, REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (Hrsg.), Menschenrechte. Öffentliche Anhörungen des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Erklärung der Bundesregierung und Aussprache im Deutschen Bundestag am 9. Dezember 1988 aus Anlaß des 40. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für die 11. Legislaturperiode, Bonn 1990, S. 123–361.

In seiner Sitzung am 21. Juni 1989 debattierte der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 19. Juni 1989. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 231 vom 22. Juni 1989; Referat 203, Bd. 151058.

164

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**431-466.21 FRA SB 3****5. Juni 1989¹**

Über Referat 011², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister
Kabinettsache

Betr.: Zusammenarbeit VEBA–Cogema⁴;
hier: Gemeinsame Erklärung über Zusammenarbeit zwischen Frankreich
und der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der friedlichen Nutzung
der Kernenergie

Bezug: 1) Kabinetttvorlage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit vom 2. Juni 1989⁵
2) BM-Vorlage vom 16. Mai 1989 – 431-466.21 FRA-SB 5 (s. Anlage⁶)⁷

Zweck der Vorlage: Zustimmung zur „Gemeinsamen Erklärung“ und Vortrag
entsprechend Ziff. 4

1) Die vom letzten deutsch-französischen Gipfel⁸ eingesetzte hochrangige bilate-
rale Arbeitsgruppe⁹ zu Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Pabsch vorgelegen.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger am 5. Juni 1989 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Grohmann am 14. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vom Kabinett am 6. Juni 1989 mit den Maßgaben gem[äß] an[liegen-
dem] Protokoll beschlossen.“
Ischinger notierte zu dem Wort „Protokoll“ handschriftlich: „553/89 VS-geh[eim].“

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundes-
minister Genscher vermerkte: „Ich halte es für notwendig, den letzten Absatz (Seite 3 – Ziffer 4)
unbedingt vorzutragen u. im Protokoll festzuhalten. Siehe auch Beschlußvorschlag (Ziffer 1 d).“
Ziffer 1 d der Beschlußvorlage lautete: „Soweit erforderlich, wird die Bundesregierung entsprechende
völkerrechtliche Vereinbarungen abschließen.“ Vgl. die Kabinetttvorlage des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 2. Juni 1989; Referat 431, Bd. 160694.

⁴ Zur Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema vgl. Dok. 104.

⁵ Für die Kabinetttvorlage vgl. Referat 431, Bd. 160694.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner notierte die Ergebnisse der ersten Sitzung
der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kern-
energie am 12. Mai 1989 in Garching. Es seien keine endgültigen Festlegungen getroffen worden: „Der
Verlauf der Diskussion ergab jedoch, daß man sich in allen wesentlichen Punkten einig war und ledig-
lich noch in einigen Fragen Prüfungsaufträge mit einvernehmlicher Zielsetzung erteilen mußte. Es
zeichnete sich insgesamt ab, daß bei einem endgültigen Zustandekommen der Zusammenarbeit
VEBA–Cogema der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf die wirtschaftliche Grund-
lage entzogen sein wird.“ Vgl. Referat 431, Bd. 160693.

⁷ Der Passus „2) ... (s. Anlage)“ wurde von Ministerialdirigent Pabsch gestrichen.

⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 19./20. April 1989 in Paris vgl. Dok. 106, Dok. 108
und Dok. 109.

⁹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Auf der eingesetzten
Ebene – d. h. BM Umwelt u. St[aats]S[ekretär]e – hat die Gruppe mit Frankreich einmal (!) in Garching
getagt!“

Energiepolitik¹⁰ hat inzwischen den ersten Teil ihres Mandats – Zusammenarbeit bei der Kernenergie, insbesondere der Wiederaufarbeitung – abgearbeitet und eine „Gemeinsame Erklärung“ vorgeschlagen¹¹, die vom Kabinett am 6. Juni 1989 gebilligt und unmittelbar darauf von den Ministern Töpfer und Fauroux unterschrieben werden soll.

Das Auswärtige Amt war an den Vorabstimmungen für die Verhandlungen des BMU und an den ersten Verhandlungsrunden mit F beteiligt, wurde in der Schlußphase jedoch nicht mehr hinzugezogen. Das letzte Gespräch am 2. Juni führte BM Töpfer alleine mit Industrieminister Fauroux.

2) Das Verhandlungsergebnis stellt nach Auffassung des BMU das äußerste dar, was sich in den Gesprächen mit F erreichen ließ.

Für das Auswärtige Amt standen folgende Punkte im Vordergrund:

- Offenhaltung der einzelnen Bereiche der deutsch-französischen Zusammenarbeit für Partner in anderen Ländern (= wurde erreicht);
- Berücksichtigung unseres Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft (= ist ausreichend erfolgt);
- Völkerrechtliche Fragen:

Die gefundene Formulierung

„Beide Regierungen werden die für die Umsetzung ihrer Zusammenarbeit erforderlichen Verpflichtungen juristisch verbindlich festlegen“

reicht im Prinzip aus, um deutlich zu machen, daß die Erklärung keinen rechtlichen Charakter hat und entsprechende Vereinbarungen noch abgeschlossen werden müssen.¹²

Von besonderer Bedeutung war für uns die Regelung der nichtverbreitungspolitischen Aspekte. Hierfür wurde schließlich in letzter Minute¹³ folgende Formel gefunden:

„Die Materialbilanz wird durch die zuständigen internationalen Kontrollbehörden aufgestellt. Gegenüber diesen Behörden ist das Land, in dem wiederaufgearbeitet wird, allein verantwortlich für die Materialbilanz der Anlage.“

Diese Formel befriedigt zwar nicht vollständig, ist aber angesichts der extrem negativen Ausgangsposition der Franzosen gegenüber Kontrollen durch EURATOM und IAEA noch hinnehmbar.

Zur Erläuterung:

Eine deutsche Beteiligung an einer französischen Wiederaufarbeitungsanlage, die Plutonium gewinnt, wirft Fragen nichtverbreitungspolitischer Art von erheblicher Bedeutung auf: Problem des Schwunds von Plutonium während der Wiederaufarbeitung! Die unternehmerische Zusammenarbeit mit einem franzö-

¹⁰ Vgl. dazu die deutsch-französische Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 20. April 1989; BULLETIN 1989, S. 314.

¹¹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Vorschlag stammt von BMU.“

¹² An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Einschließlich N[icht]V[erbreitungs]-Aspekte!“

¹³ Die Wörter „letzter Minute“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Heute (5.6.) vormittag!“

sischen Staatsunternehmen, das auch für die Kernwaffenproduktion der Nuklearmacht Frankreich verantwortlich ist, insbesondere eine direkte 49-prozentige Kapitalbeteiligung und die ausschließliche Betrauung einer französischen Anlage mit der Wiederaufarbeitung aller in D anfallenden Brennelemente, besitzt auf Dauer eine wesentlich andere politische Qualität als die bisherige, vorläufige, nur begrenzte Dienstleistungen und Lohnveredelungen umfassende Aufarbeitung von Teilmengen aufgrund von Einzelverträgen einzelner Firmen. Der dafür 1979 vereinbarte deutsch-französische Notenwechsel reicht für die Zusammenarbeit Cogema/VEBA daher nicht mehr aus.

Das AA hat deshalb das verhandelnde BMU von Anfang an und auf allen Ebenen dazu gedrängt, die Franzosen für ein deutlicheres Engagement für eine den internationalen Anforderungen genügende Kernmaterialüberwachung in der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, vor allem für das deutsche Material, zu gewinnen. Die französische Bereitschaft war jedoch sehr gering, den internationalen Kontrollinstanzen IAEQ und EURATOM eine diesen selbst ausreichend erscheinende Verifikation des in La Hague aufgearbeiteten Materials zu ermöglichen.¹⁴

3) Angesichts des Beschlusses der deutschen EVUs¹⁵, ihre abgebrannten Kernbrennelemente in Frankreich wiederaufarbeiten zu lassen, der der deutschen Wiederaufarbeitung in Wackersdorf – auch nur als Verhandlungsalternative – schlagartig den Boden entzog, war die deutsche Verhandlungsposition gegenüber F allerdings von vornherein schwach.

Deshalb hatte BM Töpfer offenbar keine andere Wahl, als das oben skizzierte Ergebnis der „Gemeinsamen Erklärung“ hinzunehmen, wenn er das Projekt nicht gefährden wollte.¹⁶

4) Es wird deshalb empfohlen, bei der Erörterung der „Gemeinsamen Erklärung“ der beiden Minister im Kabinett am 6. Juni 1989¹⁷ etwa folgendes zu erklären:

- Im Hinblick auf den Zeitdruck und um die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Wiederaufarbeitung nicht zu gefährden, wird das Gesamtergebnis gebilligt.
- Wir gehen jedoch davon aus, daß insbesondere die Absprachen zu den nicht-verbreitungspolitischen Aspekten unverzüglich von Experten in völkerrechtlich verbindliche Form umgesetzt werden.¹⁸

Jelonek

Referat 431, Bd. 160694

¹⁴ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es wird darauf ankommen, IAEQ + Euratom verstärkt einzubeziehen.“

¹⁵ Energieversorgungsunternehmen.

¹⁶ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Auch der selbst gesetzte Zeitdruck hat die Sache nicht erleichtert.)“

¹⁷ Für die Gemeinsame Erklärung vom 6. Juni 1989 über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Referat 431, Bd. 160694.

¹⁸ An dieser Stelle ergänzte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(D.h. weitere Expertengespräche mit Frankreich unter Beteiligung BMFT u. AA.)“
Zudem hob Lautenschlager den Satz hervor und vermerkte handschriftlich: „Dies ist m. E. unerlässlich. Muß ins Protokoll.“

165

**Botschafter Bräutigam, New York (VN),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1074

Aufgabe: 5. Juni 1989, 20.01 Uhr¹

Ankunft: 6. Juni 1989, 02.22 Uhr

Betr.: Gespräch Bundespräsident von Weizsäcker mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 5.6.1989 in New York

Während seines Aufenthaltes in New York² wurde der Bundespräsident von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zu einem etwa einstündigen Gespräch im VN-Gebäude empfangen. Anschließend besuchte er die Ständige Vertretung und sprach dort mit den Mitarbeitern und Angehörigen des Generalkonsulats. Am Mittag gab der Generalsekretär einen Empfang zu Ehren des Bundespräsidenten, an dem die bei den Vereinten Nationen akkreditierten Missionschefs, deutsche Bedienstete des Sekretariats und einige wenige Journalisten teilnahmen. Die dort gehaltenen Ansprachen des Bundespräsidenten und des Generalsekretärs werden mit Fernkopie übermittelt.

Wichtigster Punkt des Gespräches mit dem Generalsekretär war dessen Bitte, daß die Bundesrepublik Deutschland ein (ziviles) Polizeikontingent für die UNO-Präsenz (UNTAG) zur Verfügung stellen möge. Der Bundespräsident sagte dazu, er gehe davon aus, daß die Bundesregierung bald eine, wie er hoffe, positive Antwort geben werde.

Im einzelnen

Zu Beginn brachte der Bundespräsident seinen großen Respekt für die Arbeit des Generalsekretärs und insbesondere die Art und Weise seines Wirkens zum Ausdruck. Er begrüßte, daß die Idee der Vereinten Nationen in der letzten Zeit stärker akzeptiert werde und die Spannungen in der Welt insgesamt zurückgingen, was nicht zuletzt auf das Verhalten der beiden großen Mächte zurückgehe. Die Bundesrepublik Deutschland bemühe sich, den Vereinten Nationen und dem Generalsekretär persönlich ihre volle und aktive Unterstützung zu geben.

Der Generalsekretär erklärte, es gebe heute sicher weniger internationale Spannungen, aber gleichzeitig nähmen die Schwierigkeiten innerhalb mancher Staaten in besorgniserregender Weise zu, wie man gerade jetzt in China sehen könne, aber auch in Teilen Osteuropas, wie etwa Rumänien. Die Erfahrung zeige, daß interne und internationale Konflikte manchmal im Zusammenhang stehen und ineinander übergehen könnten. Es sei eines der Grundprinzipien der Charta³,

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 6. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 6. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Almer und Legationssekretär Siegel verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 2.“ Vgl. Anm. 5.

Hat Almer und Siegel am 7. Juni 1989 vorgelegen.

² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte die USA vom 30. Mai bis 6. Juni 1989.

³ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

daß die Vereinten Nationen sich nicht in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder einmischten. Er könne darum die tiefbedrückende Entwicklung in China nur öffentlich bedauern, es stehe ihm als Generalsekretär aber nicht zu, China zu verurteilen.

Der Bundespräsident fragte, ob angesichts der Situation in China eine Initiative der Vereinten Nationen möglich sei. Der Generalsekretär erwiderte, es sei zwar möglich, eine Debatte herbeizuführen, die auch China als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates nicht verhindern könne. Aber auch eine Debatte sei problematisch, da es sich zunächst einmal um eine innere Angelegenheit Chinas handele. Der Bundespräsident bemerkte, wichtig sei vor allem, daß China auf den Weg einer vernünftigen und kontrollierten Reformpolitik zurückfinde.

Auf Polen eingehend, sagte der Generalsekretär, nach den ersten Meldungen über das Wahlergebnis⁴ sei der Erfolg der nicht-kommunistischen Kräfte überwältigend, das könne sogar des Guten zuviel sein. Auch Wałęsa habe bereits eine solche Besorgnis geäußert. Er hoffe, daß die Solidarität ihren großen Erfolg nicht verspielen werde.⁵

Auch der Bundespräsident sprach sich grundsätzlich für eine stufenweise und kontrollierte Entwicklung aus. Veränderungen seien manchmal erfolgversprechender, wenn sie nicht zu schnell und dramatisch verliefen. In Polen komme es jetzt darauf an, die mäßigenden Kräfte auch von außen zu unterstützen.

Der Generalsekretär sagte, bei seinem jüngsten Besuch in Polen⁶ habe er den Eindruck gewonnen, daß Wałęsa zu einer wirklichen politischen Führungspersönlichkeit gereift sei und von guten und fähigen Beratern mit hohem Standard unterstützt werde.

Der Bundespräsident erklärte, die Bundesrepublik Deutschland sei bemüht, zu einer guten und erfolgversprechenden Entwicklung in Polen ihren Beitrag zu leisten.

Der Generalsekretär bedankte sich für die ständige Unterstützung, die die Vereinten Nationen von der Bundesrepublik Deutschland insbesondere während ihrer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat⁷ erfahren haben. Vor allem bei der Beilegung des Konflikts Iran/Irak habe die Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag geleistet. Im Augenblick gebe es in diesem Bereich allerdings keine Fortschritte⁸, wahrscheinlich werde man bis zu den Wahlen im August⁹ warten müssen, ehe wieder Bewegung in die Verhandlungen komme. Wenn es danach zu einer Zusammenarbeit zwischen dem Nachfolger Khomeinis, dem bisherigen Staatspräsidenten¹⁰, und Parlamentspräsident Rafsandschani komme, werde

⁴ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

⁵ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix handschriftlich: „POL“. Vgl. Anm. 1.

⁶ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar besuchte Polen am 25./26. April 1989.

⁷ Die Bundesrepublik gehörte dem VN-Sicherheitsrat vom 1. Januar 1987 bis 31. Dezember 1988 als nichtständiges Mitglied an.

⁸ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 und den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 193, Anm. 10.

⁹ Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

¹⁰ Ali Khamenei.

man vielleicht einen Kompromiß erreichen können. Aber auch der Irak werde dann Zugeständnisse machen müssen. Im Augenblick bemühe er sich darum, daß die Gespräche über vorwiegend technische Fragen weitergeführt würden, damit der Friedensprozeß nicht zum Erliegen komme.

Zur Situation im Nahen Osten sagte der Generalsekretär, die große Mehrheit der Mitgliedstaaten der UN befürworte eine internationale Konferenz über eine Friedensregelung zwischen Israel und den arabischen Staaten. Israel lehne eine solche Konferenz grundsätzlich ab, die Vereinigten Staaten mindestens in der gegenwärtigen Phase. Im Sicherheitsrat werde informell über die Lage im Nahen Osten gesprochen, eine Konferenz zeichne sich aber angesichts der Haltung Israels und der Vereinigten Staaten vorerst nicht ab. Die Situation in den von Israel besetzten Gebieten sei weiterhin besorgniserregend. Die Anwendung von Gewalt durch die israelischen Besatzungstruppen bedauere er zutiefst. Israel müsse verstehen, daß die Besetzung dieser Gebiete auf Dauer von der Staatengemeinschaft nicht akzeptiert werde.

Eine weitere Quelle der Sorge sei die Lage im Libanon. Die Arabische Liga bemühe sich, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen.¹¹ Er sei aber nicht optimistisch, daß diese Bemühungen Erfolg haben werden. Wenn die Arabische Liga nicht weiterkomme, dann werde wohl der Sicherheitsrat mit der Lage erneut befaßt werden. Die Vereinten Nationen könnten auch nicht einfach zusehen, daß dieses Land weiter auseinanderfalle.

Zu Namibia erklärte der Generalsekretär, nach den traurigen Erfahrungen Anfang April¹² sei die Lage nun wieder unter Kontrolle. Südafrika zeige bei der Implementierung der Res. 435¹³ Flexibilität. Er rechne damit, daß die Amnestie schon in den nächsten Tagen erlassen und die diskriminierende Gesetzgebung aufgehoben werde.¹⁴ Leider habe die internationale öffentliche Meinung immer noch nicht verstanden, daß Namibia bis zur Unabhängigkeit nicht von den Vereinten Nationen, sondern weiterhin von Südafrika verwaltet werde. Die Vereinten Nationen hätten lediglich den Auftrag, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu kontrollieren.

Der Generalsekretär kam dann noch einmal auf die bedauerlichen Ereignisse Anfang April in Namibia zurück. Leider habe es vorher eine längere Ausein-

¹¹ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

¹² Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

¹³ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

¹⁴ Botschaftsrat I. Klasse Massmann, z. Z. Windhuk, berichtete am 7. Juni 1989, der südafrikanische Generaladministrator für Südwestafrika, Pienaar, habe „am 6.6.89 nachmittags zwei Gesetze (AG 13 und AG 14) vorgestellt, die Amnestie und Aufhebung diskriminierender Gesetzgebung beinhalten [...]. Amnestiegesetz (AG 13) ist umfassend und schützt die nach Namibia im Rahmen der Repatriierung zurückkehrenden Flüchtlinge vor jeglicher strafgerichtlicher Verfolgung wegen krimineller Delikte, unabhängig davon, ob sie politisch motiviert waren oder nicht. [...] Aufhebung der diskriminierenden Gesetzgebung (AG 14) ist nach Aussage vom G[eneral]A[dministrator] darauf ausgerichtet, Durchführung von freien und fairen Wahlen ohne jede Diskriminierung zu gewährleisten. Insgesamt werden 36 Gesetze aufgehoben und zehn so angepaßt, daß sie keine Diskriminierung mehr enthalten. Besonders wichtig ist, daß alle Gesetze aufgehoben wurden, die mit dem umfassenden Begriff ‚Sicherheitsgesetzgebung‘ definiert werden können. Aufgrund dieser Gesetzgebung waren Verhaftungen ohne Gerichtsurteil und dauernde Inhaftierung aus Sicherheitsgründen möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Referat 320, Bd. 155890.

andersetzung im Sicherheitsrat über die Stärke der UN-Truppen gegeben. Dadurch hätten sich die notwendigen logistischen Vorbereitungen für UNTAG verzögert, so daß bei Beginn des Unabhängigkeitsprozesses kaum UNO-Truppen in Namibia vorhanden gewesen seien. In dieser Situation habe offenbar SWAPO eine Chance gesehen, eigene Leute in größerer Zahl einzuschleusen. Das sei ein schwerer Fehler gewesen. Südafrika habe dann die Infiltration in sehr brutaler Weise gestoppt. Nun sei aber die Lage unter Kontrolle. Er gehe weiterhin davon aus, daß der Fahrplan eingehalten und Namibia Anfang nächsten Jahres die Unabhängigkeit erreichen werde.

Der Generalsekretär bedankte sich für die deutsche Unterstützung des UN-Engagements in Namibia und äußerte die Hoffnung, daß sich die Bundesregierung in der Lage sehen werde, auch ein Polizeikontingent, das dringend benötigt werde, zur Verfügung zu stellen.

Der Bundespräsident erklärte, er gehe davon aus, daß die Bundesregierung bald und, wie er hoffe, eine positive Antwort geben werde.¹⁵ In dieser Frage seien allerdings sorgfältige Prüfungen notwendig. Es gebe aber bei den Parteien eine wachsende Tendenz zu einer konkreteren Beteiligung an dem Friedensengagement der Vereinten Nationen.

Zu den Bemühungen um eine Regelung in Zentralamerika sagte der Generalsekretär, leider seien diese zur Zeit festgefahren. Honduras bestehe darauf, daß Nicaragua eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof¹⁶ zurückziehe, ehe die Vereinten Nationen formell um Entsendung einer Beobachtermission gebeten würden. Nicaragua lehne das, jedenfalls in dieser Phase, ab. Ein Kompromiß sei hier möglich und den Beteiligten auch vorgeschlagen worden. Er sehe zur Zeit aber nicht, daß man auf der Außenministerebene weiterkomme. Vielleicht seien die Präsidenten der fünf Staaten, die im Juli oder August zusammenträfen¹⁷, in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Der Generalsekretär bemerkte, daß die

¹⁵ Referat 230 legte am 27. Juni 1989 dar, Staatssekretär Sudhoff habe „den BMI um Prüfung gebeten, ob ca. 50 BGS-Beamte zur Verstärkung des zivilen Polizeikontingentes von UNTAG kurzfristig nach Namibia entsandt werden könnten. Der VN-GS hat entschieden, das UNTAG-Polizeikontingent um 500 Polizisten zu erhöhen. [...] Er hat bereits eine Zusage von dreizehn Staaten, insgesamt 410 Polizisten zu entsenden, erhalten.“ Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, habe „grundsätzlich positiv reagiert. Er forderte allerdings eine Befassung des Kabinetts mit diesem Thema, bei der auch die Frage der Beteiligung von Bundeswehr im Rahmen friedenserhaltender Maßnahmen der VN besprochen werden soll.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155906.

Am 30. August 1989 entschied das Kabinett, 50 BGS-Beamte nach Namibia zu entsenden. Bundesminister Schäuble erklärte am selben Tag, damit werde „kein Präzedenzfall für weitere Einsätze geschaffen. Die Beamten des Bundesgrenzschutzes werden nicht im Rahmen einer militärischen UN-Friedensmission tätig. Sie haben einen rein zivilen Auftrag.“ Vgl. BULLETIN 1989, S. 755.

¹⁶ In einer Pressemitteilung des Internationalen Gerichtshofs vom 29. Juli 1986 hieß es: „On 28 July 1986 the Republic of Nicaragua filed in the Registry of the International Court of Justice two Applications, one instituting proceedings against the Republic of Costa Rica and the other instituting proceedings against Honduras. [...] In its Application instituting proceedings against Honduras, Nicaragua refers not only to border incidents and armed attacks – of increasing frequency and intensity since 1980 despite its reiterated protests – organized by contras on its territory from the territory of Honduras; it also alleges specifically, among other things, that assistance has been given to the contras by the armed forces of Honduras, that the latter have directly participated in military attacks against its territory, and that the Government of Honduras has threatened to use force against it.“ Vgl. <https://www.icj-cij.org/en/case/74/press-releases>.

¹⁷ Vom 5. bis 7. August 1989 fand in Tela (Honduras) ein Treffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten statt. Vgl. dazu Dok. 245.

Bundesregierung sich grundsätzlich bereit erklärt habe, an einer Beobachtergruppe der Vereinten Nationen teilzunehmen.

¹⁸Der Bundespräsident erklärte, in ihrer UN-Politik messe die Bundesrepublik neben der Friedenssicherung dem Schutz der Menschenrechte und den Entwicklungs- und Umweltfragen große Bedeutung bei. Vor allem der Schutz des Klimas beschäftige heute viele Menschen und stehe mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt in engem Zusammenhang.

Der Generalsekretär erklärte dazu, es gebe seit fast 20 Jahren das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das sich auch mit dem Klimaschutz befasse, der heute viele Menschen mit großer Sorge erfülle. Leider gebe es hier einen erheblichen Mangel an Koordinierung. In der letzten Zeit seien von verschiedenen Seiten Initiativen ergriffen worden, darunter auch von den Teilnehmerstaaten der Haager Erklärung¹⁹, die er im übrigen für gut halte. Er gehe davon aus, daß sich die Generalversammlung in diesem Herbst mit den Fragen des Klimaschutzes befassen und in einer Resolution die verschiedenen Vorstellungen und Initiativen auf einen Nenner bringen werde. Er persönlich halte es für falsch, für den Klimaschutz neue Institutionen innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen zu schaffen. Es gebe UNEP und auch die Weltorganisation für Meteorologie in Genf, die diese neue Aufgabe in geeigneter Weise übernehmen könnten.

Der Bundespräsident erklärte, er sehe in diesen Initiativen einen Ausdruck wachsenden Verantwortungsbewußtseins für den Umweltschutz. Viele Regierungen hätten erkannt, daß diese Probleme nicht länger vernachlässigt werden dürften. Dabei gebe es auch einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt und dem Umweltschutz. Manche Entwicklungsländer wollten von einer solchen Verbindung wenig wissen, da sie eine weitere Konditionierung der Entwicklungshilfe der Industrieländer befürchteten. Dafür müsse man ein gewisses Verständnis haben. Die Verbindung könne aber den Industrieländern helfen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern besser gerecht zu werden.

Der Generalsekretär wies darauf hin, daß der Brundtland-Bericht²⁰ wesentlich zu einem besseren Verständnis der Umweltprobleme beigetragen habe. Es sei bemerkenswert, daß die norwegische Ministerpräsidentin heute vor allem in den afrikanischen Staaten sehr angesehen sei. Sie habe es verstanden, die gemeinsame Verantwortung für die Bewältigung der Umweltprobleme verständlich zu machen.

Der Generalsekretär nannte dann das Schuldenproblem, das mit den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in engem Zusammenhang stehe. Die kommende Generalversammlung werde sich im Bereich der Wirtschafts- und Sozialfragen auf dieses Problem konzentrieren. Er begrüße es, daß auf Initiative von Präsident Mitterrand am Vorabend der Feiern zur Französischen Revolution ein Meinungsaustausch zwischen den höchsten Repräsentanten von Industrieländern und Entwicklungsländern stattfinden werde.²¹ Dies könne dazu beitragen, daß alle

¹⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1075 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁹ Zur Umweltkonferenz am 11./12. März 1989 vgl. Dok. 40, Anm. 38.

²⁰ Vgl. WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT (Hrsg.), *Our Common Future*, Oxford/New York 1987.

²¹ Anlässlich des Beginns der Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution am 13. Juli 1989 in Paris wurde in der Presse berichtet: „Im Anschluß an Mittagessen [...] kam es am

Beteiligten ihrer gemeinsamen Verantwortung besser bewußt werden. Er persönlich werde Gelegenheit haben, an diesem Treffen teilzunehmen.

Nach dem Gespräch beantwortete der Bundespräsident einige Fragen der internationalen Presse. Dabei wies er darauf hin, daß der Generalsekretär die Bitte vorgetragen habe, die Bundesrepublik möge auch in Richtung auf die konkreten Friedensaufgaben der Vereinten Nationen sich verstärkt engagieren. Der Generalsekretär habe diesen Wunsch, wie er meine, gut begründet und habe Anspruch auf eine baldige und konstruktive Antwort.

Zu China sagte er, man könne nur hoffen, daß die Verantwortlichen in Peking zu jenen Mitteln zurückkehren, die im Einklang mit der menschlichen Tradition dieser Kulturnation stehen, die zu den ältesten der Welt gehöre.

[gez.] Bräutigam

Referat 214, Bd. 139853

166

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1148
Citissime

Aufgabe: 6. Juni 1989, 18.26 Uhr¹
Ankunft: 6. Juni 1989, 12.44 Uhr

Betr.: Lage in Peking – Maßnahmen der Botschaft

Bezug: DB vom 6.6.1989 – AZ w.o.²

Zur Unterrichtung

I. Lage

1) Schwerpunkt des Geschehens in Peking scheint sich zu verlagern: In der Stadt befindliche Truppen (insbesondere 27. Armee) haben Fortsetzung des bestiali-

Fortsetzung Fußnote von Seite 736

Nachmittag in den verschiedenen Räumen des Elysée-Palastes zu insgesamt 24 Treffen zwischen Vertretern der sieben großen westlichen Industriestaaten, die vom heutigen Freitag an zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen in Paris zusammenkommen, und den Repräsentanten der sogenannten Dritten Welt. Dabei standen die Finanzprobleme der Dritten Welt sowie Fragen des Umweltschutzes im Vordergrund. Bundeskanzler Helmut Kohl konferierte zunächst mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und dann mit dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi. [...] Teilnehmer sind von südlicher Seite unter anderem die Präsidenten oder Regierungschefs der Elfenbeinküste, von Niger, Mali, Brasilien, Mexiko, Bangladesch, Pakistan und den Philippinen.“ Vgl. den Artikel „Mit Mitterrand wollen die Rechten die Revolution nicht feiern“, FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 14. Juli 1989, S. 2.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Müller, Peking, konzipiert.
Ferner handschriftlicher Vermerk: „An D 2 Madrid.“

² Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete: „Meldungen verdichten sich, daß Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Truppenteilen bürgerkriegsähnlichen Charakter annehmen. [...] Ich habe wenig Zweifel, daß der Kern dieser Meldungen zutrifft, weil er mit dem Lagebild, das wir in den letzten Tagen gewonnen haben, übereinstimmt. Wir müssen daher damit rechnen, daß die Kämpfe, die bisher auf kleiner Flamme gehalten werden, in den nächsten Tagen an Heftigkeit gewinnen und damit auch die Gefahr heraufbeschwören, daß die bisher nicht behelligten Ausländer in Mitleidenschaft gezogen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1126; Referat 341, Bd. 161815.

schen Amoklaufs gegen eigene Bevölkerung wohl einstweilen zurückgestellt und scheinen sich auf Angriff anderer Truppenverbände vorzubereiten. Neben vertraulich zu behandelnden Erkenntnissen weisen vor allem zwei Indizien darauf hin, zum einen Dislozierung der 27. Armee (Absicherung der Innenstadt nach außen mit entlang des zweiten Rings aufgestellten Panzergruppen), zum anderen die relative Ruhe in der Innenstadt sowie im Universitätsbereich in den nord-westlichen Vororten, in denen bisher entgegen anfänglichen Erwartungen keine Truppen eingedrungen sind. Haupterwartungshaltung der 27. Armee scheint gegen Osten gerichtet, wie sich insbesondere an der Aufstellung der Panzergruppe am Jian Guo Men vom Diplomaten-Compound aus beobachten läßt. Für Diplomaten-Compounds Jian Guo Men Wai und Qi Jia Yuan muß für den Fall eines Panzergefechts auf dem unmittelbar davor verlaufenden Chang'an-Boulevard mit erheblichem Risiko gerechnet werden.

2) Mittlerweile sich häufende Augenzeugenberichte über Vorgänge in der Nacht vom 3. auf 4. Juni (hierzu DB Nr. 1118 vom 4.6.89³) lassen keinen Zweifel mehr daran, daß die menschenverachtende Brutalität und Grausamkeit des Vorgehens insbesondere der 27. Armee kaum noch in Worte zu fassen ist. Dies betrifft sowohl die Zahl der Toten und Verwundeten (nach glaubwürdiger Aussage des Chinesischen Roten Kreuzes allein in den Kliniken über 3000 Tote) als auch die bestialische Art und Weise des wahllosen Blutrausches der Soldaten. Dortige Fernsehbilder vom 5.6. haben wohl gewissen Eindruck hiervon vermittelt. Die Stadt Peking ist paralysiert, nur wenige gehen zur Arbeit, die Geschäfte sind geschlossen, der öffentliche Verkehr ruht.

3) Pekinger Bevölkerung verhält sich momentan passiv-abwartend. Auch dies deutet im übrigen darauf hin, daß als nächster Schritt mit einer armee-internen Auseinandersetzung gerechnet werden muß.

4) Der Begriff „chinesische Regierung“ kann nur noch in Führungszeichen gebraucht werden. Eine politische Führung ist nicht erkennbar. Kein Spitzenpolitiker außer Pekinger Bürgermeister Chen Xitong trat öffentlich hervor. Presse hat ihr Erscheinen eingestellt. Unregelmäßige Rundfunk- und Fernsehnachrichten, die immer sporadischer ausgesendet werden, enthalten allenfalls Anweisungen der Kriegsrechtskommandantur, ohne etwas Umfassenderes zur politischen Lage auszusagen. Westliche Agenturmeldungen über Erschießung Li Pengs durch einen Leibwächter oder Tod Deng Xiaopings können nicht bestätigt werden.

5) Aus den Provinzen ist hier nur wenig zu hören. In der Hauptstadt von Sichuan, Chengdu, ist es nach Berichten italienischer Ärzte am 5.6. – also gestern – zu einer Großdemonstration gekommen, in deren Verlauf es 300 Tote gegeben haben soll. Das Militär habe gegen die Studenten ähnlich brutal wie in Peking eingegriffen. Diese Demonstration folgte auf die Verhängung des Kriegsrechts am 4. Juni. In Wuhan soll gestern die große Jangtse-Brücke von Demonstranten besetzt und gesperrt worden sein.

In Tianjin ist es nach Berichten von deutschen Studenten, die heute zur Evakuierung hier eintrafen, noch ruhig, obwohl auch dort demonstriert wird und die Studenten ein Eingreifen des Militärs befürchten. Schanghai ist nach Mit-

³ Für den Drahtbericht des Gesandten Gescher, Peking, vgl. Dok. 161.

teilungen aus dem Generalkonsulat im Demonstrationsfieber, auch werden Barrikaden gebaut, doch ist dort das Militär ebenfalls noch nicht zu sehen.

6) Im Hinblick auf die gespannte und ungewisse Lage, die in weiten Teilen der hiesigen deutschen Kolonie Nervosität ausgelöst hat, hat die Botschaft heute früh um 9.30 Uhr die Empfehlung ausgegeben, daß Familienangehörige der deutschen Staatsangehörigen das Land so bald wie möglich verlassen sollten. Diese Empfehlung steht im Einklang mit dem Vorgehen unserer EG-Partner, die in gleicher Weise reagiert haben. Für Reisende nach China empfiehlt Botschaft die Benutzung von in Flugplatznähe gelegenen Hotels. Die Botschaft stehe rund um die Uhr für Informationen zur Verfügung.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161815

167

Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 457
Citissime

Aufgabe: 6. Juni 1989, 10.36 Uhr¹
Ankunft: 6. Juni 1989, 14.14 Uhr

Betr.: Ableben Khomeinis und seine Nachfolge

Bezug: DB 454 vom 5.6.1989, Pol 320.10 IRN²

Zur Unterrichtung

Heute, am 6. Juni 1989, wird Imam Khomeini auf dem Teheraner Zentralfriedhof Behescht-e Zahra beerdigt. Nach einem von Hunderttausenden begleiteten Zug durch die Stadt findet er dort seinen Platz neben den Opfern der Revolution, deren Führer und Symbol er ist. Fast auf den Tag genau³ 26 Jahre nach seinem ersten Auftritt auf der politischen Bühne am 15. Khordad (5. Juni) 1963

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 6. Juni 1989 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat. Hat Vorwerk am 7. Juni 1989 erneut vorgelegen.

² Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, teilte mit, Radio Teheran habe am Sonntag, dem 4. Juni 1989, gemeldet, daß Ayatollah Khomeini in der Nacht gestorben sei. Über die Trauerbekundungen berichtete er: „Die Manifestationen beschränkten sich auf Moscheen, bestimmte öffentliche Plätze und vorgegebene Zeiten, von Fanatismus ist keine Spur zu erkennen. Das tägliche Leben geht in erstaunlichem Umfang weiter. Es sind Anzeichen dafür zu sehen, daß die Trauer um das Verschwinden des Revolutionsführers sich mit einer gewissen Erleichterung darüber mischt, daß der schwere Schatten des Imam vom Land und der Gesellschaft genommen ist. Diese Grundlage dürfte den Bemühungen der Gruppe um Rafsandschani entgegenkommen, den Übergang in die Zeit nach Khomeini entsprechend ihren systematischen Vorbereitungen möglichst rasch und reibungslos weiterzuführen. Die Ernennung Staatspräsident Khamenei zum Nachfolger Khomeinis ist einer dieser Schritte: Khamenei ist der Mann Rafsandschanis, und seine Wahl setzt stillschweigend voraus, daß die Verfassungsreform so verwirklicht wird, wie sie – ebenfalls im Interesse Rafsandschanis – zur Zeit formuliert wird.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154137.

³ Korrigiert aus: „den genau“.

während des blutig niedergeschlagenen Aufstandes gegen den Schah⁴ und etwas über zehn Jahre nach der Gründung der Islamischen Republik Iran kehrt er an die Stelle zurück, von der aus er im Jahr 1979 mit einem Appell an das iranische Volk seine Herrschaft in Teheran begründete.

Die Trauerkundgebungen und die Beerdigung Khomeinis haben während der einwöchigen offiziellen Trauertage das Gesicht Teherans insgesamt weniger bestimmt, als zunächst erwartet. Die Menschen finden sich in Moscheen und auf großen Plätzen zusammen, um schwarz gekleidet in traditionell persischer Art mit Gesang und Gestikulationen ihrem Schmerz Ausdruck zu verleihen. Das Straßenbild wird durch schwarze Transparente geprägt, Läden und Büros sind außer den Lebensmittelgeschäften geschlossen. Der Verkehr ist gering. Es herrscht insgesamt aber auch ein wenig Feiertagsatmosphäre, da offenbar viele Familien die Gelegenheit der unerwarteten freien Tage benutzt haben, um aus der sommerlich heißer werdenden Stadt aufs Land und an die See zu fahren.

Von einem Aufflammen innerer Konflikte oder von neuen, durch die Mudschaheddin von außen her oder im Innern angedrohte Aktionen war bisher nichts zu spüren. Es hat den Anschein, als schicke sich Teheran an, wie selbstverständlich in die Zeit nach Khomeini überzugleiten, wobei der Imam als Symbol des islamischen Selbstbewußtseins des neuen Systems wie selbstverständlich bleiben wird, jedoch ohne künftig für die konkreten politischen Entscheidungen noch maßgebend zu sein.

Dieser entspannten, von einer gewissen Erleichterung gekennzeichneten Atmosphäre entspricht der rasche, effiziente und glatte Machtübergang, den Parlamentspräsident Rafsandschani mit seiner Gruppe nach dem Tod Khomeinis zu seinen Gunsten einleiten konnte. Bereits wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Ablebens Khomeinis forderte er zusammen mit dem Präsidenten und dem Obersten Richter⁵ in einem Appell, dem sich MP⁶ Mussawi anschloß, die Bevölkerung zur Ruhe und Wachsamkeit auf und demonstrierte damit, wer zur Zeit die Macht im Staat verkörpert. Kurz darauf gelobten Militär, Pasdaran und Basidschi in einer gemeinsamen Erklärung ihre uneingeschränkte Bereitschaft, unter dem Kommando des amtierenden Oberbefehlshabers Rafsandschani die Revolution und die Grenzen des Vaterlandes zu verteidigen. Am Nachmittag desselben Tages trat die Expertenversammlung zusammen und wählte mit überwiegender Mehrheit den Staatspräsidenten Hodschatoleslam (seitdem Ayatollah) Khamenei zum Nachfolger Khomeinis als Obersten Führer (Velayat-e-Faqi). Khamenei begab sich heute zu einem Kondolenzbesuch zum Sohn Khomeinis⁷, der ihn bei dieser Gelegenheit seiner Loyalität in seinem neuen Amt versicherte. Ähnliche Loyalitätskundgebungen kamen inzwischen von fast allen Persönlichkeiten der politischen Führung des Landes.

Mit der Wahl Khameneis hat sich die Versammlung für den von Rafsandschani favorisierten Kandidaten entschieden. Sie hat sich dabei bewußt über die gegenwärtige Verfassung hinweggesetzt, nach der nur ein Großayatollah das Amt des Führers der Nation übernehmen dürfte. Bei dieser Entscheidung stützte sich die

⁴ Mohammed Reza Pahlevi.

⁵ Abdul-Karim Mussawi Ardebili.

⁶ Ministerpräsident.

⁷ Ahmad Khomeini.

Versammlung offenbar auf die erklärten Ziele der Verfassungsreform, die zur Zeit von einem besonderen Ausschuß formuliert wird. In ihr ist vorgesehen, daß künftig auch ein Geistlicher niedrigeren Ranges in diesen Posten gewählt werden kann.

Dieser Vorgriff auf eine noch bevorstehende Verfassungsreform, die von einer Versammlung der hochrangigen Religions- und Rechtsgelehrten des Landes aus akutem Anlaß erforderte, demonstriert, daß über die Umsetzung dieser Reform kaum noch Zweifel bestehen dürften.⁸ Damit wird der Weg frei für ein Iran nach Khomeini, das den „Führer der Nation und Wächter des Glaubens“, wie ihn der Imam während der ersten zehn Jahre verkörperte, nicht mehr kennen wird – schon deshalb, weil vielleicht außer Montazeri keiner der noch lebenden Großayatollahs bereit ist, sich für diese Staatsstruktur zur Verfügung zu stellen. Der Reduzierung der Funktion des nächsten „Führers“ entspricht eine Aufwertung der Stellung des ⁹Präsidenten durch Zusammenfassung sämtlicher exekutiver Funktionen der Regierung in seiner Person, d.h. Einbeziehung des Amtes des MPr in das des Staatspräsidenten. Dies ist eine im Reformausschuß bereits beschlossene Sache.

Bisher einziger Bewerber für den Präsidentenposten ist, von Khamenei unterstützt, Parlamentspräsident Rafsandschani. Wenn er im August gewählt wird¹⁰ – und alles spricht bis jetzt dafür –, löst er am 10. Oktober Khamenei in diesem Posten ab und wird damit eine neue Phase der Verteilung der politischen Gewichte in der Islamischen Republik einleiten, eine Phase, in der ein starker politischer Präsident einem Velayat-e-Faqi gegenübersteht, dessen Funktionen mehr auf geistliche Beratung in Politikfragen statt Betätigung der obersten geistlichen Autorität der iranischen Schiiten sein dürfte.¹¹ Für letztere würde Khamenei es in jedem Fall an der erforderlichen Qualifikation mangeln. Auf diesem Feld werden – ohne sich selbst in die praktische Politik einmischen zu müssen – künftig wohl wieder stärker die Großayatollahs zu Wort kommen. Anders als der Imam wird Khamenei ihnen, auch wenn er es wollte, das Wort nicht mehr verbieten können.

Rafsandschani hat, wie seine Bewältigung der durch den bereits jetzt eingetretenen Tod des Imam entstandenen Situation zeigt, sich offenbar eine bereits erstaunlich tragfähige Machtgrundlage schaffen können. Sie dürfte eine gute Ausgangsbasis für seinen Weg zu einem starken Präsidentenposten darstellen. Es hat den Anschein, als honoriere die Bevölkerung bisher diese Bestrebungen Rafsandschanis, da dieser hier immer noch als zwar ehrgeiziger, aber nüchterner und praxisorientierter Politiker betrachtet wird. Es bleibt abzuwarten, ob das Lager seiner meist radikal orientierten Gegenspieler neue Ansätze für wirksame Aktionen gegen ihn findet, wobei auch die Möglichkeit seiner physischen Eliminierung nicht als unmöglich angesehen werden kann.

Der Präsident Rafsandschani wird sich nach seiner Wahl einer Bevölkerung gegenübersehen, die nach zehnjährigen Entbehrungen durch Revolution und

⁸ So in der Vorlage.

⁹ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Vorwerk handschriftlich eingefügt: „Staats-“.

¹⁰ Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

¹¹ So in der Vorlage.

Krieg endlich eine stärkere Berücksichtigung ihrer elementaren Bedürfnisse und eine Verbesserung ihrer Lage erwartet. Rafsandschani wird vor allem eine Wirtschaftspolitik einschlagen müssen, die rasch erste Erleichterungen mit sich bringt, um diesem hohen Erwartungshorizont entgegenzukommen. Andernfalls sind tiefgreifende Auseinandersetzungen vorprogrammiert.

Im Augenblick sieht es jedenfalls so aus, als verfügen Rafsandschani und seine Gruppe über eine solide Basis für die rasche und reibungslose Weiterführung der Machtüberleitung in eine von ihm gesteuerte „Nach-Khomeini“-Phase der Islamischen Republik Iran.

[gez.] Trömel

Referat 311, Bd. 154137

168

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-321.10 POL

7. Juni 1989¹

Über Dg21², D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Innenpolitik Polens;

hier: Erste Bewertung der Wahlen (erster Wahlgang), 4.6.89

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Noch vor der Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses läßt die Berichterstattung der Botschaft sowie das Medienbild folgende erste Bewertung zu:

1) Die Opposition errang einen überwältigenden Sieg, die Führung eine beschämende Niederlage; die Wähler gaben der Opposition deutlich den Vorzug, die hohe Zahl der Nichtwähler macht deutlich, daß die Opposition sie dennoch von der Alternative nicht überzeugen konnte. Resignation, Desinteresse und Unmut in der Bevölkerung bilden ein Potential der Instabilität. Eine offene Frage ist auch, wie der Reformprozeß unter den neuen Gegebenheiten weitergeführt werden kann.

2) Aus dem ersten Wahlgang zu Sejm und Senat am 4.6.1989 (Stichwahl: 18.6.) ging die Opposition mit einem überwältigenden Sieg hervor.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat Schrömbgens konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, am 7. Juni 1989 vorgelegen.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. Juni 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 13. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 13. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 14. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Kastrup am 14. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 14. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Im Senat erhält sie voraussichtlich 93 von 100 Sitzen mit Ergebnissen von häufig 75 % und mehr der Stimmen. Die Opposition könnte im zweiten Wahlgang durchaus auch die restlichen sieben Sitze erobern.

Sämtliche 161 für die Opposition reservierten Sitze im Sejm (35 % von 460) fielen bereits im ersten Wahlgang an Gefolgsleute Lech Wałęsas. Unabhängige und von anderen oppositionellen Gruppen aufgestellte Kandidaten hatten keine Chance.

3) Die Führung erlebte eine beschämende Niederlage. Deutlichstes Zeichen hierfür und empfindlichster Punkt ist das Scheitern (voraussichtlich) aller 35 Kandidaten der als besonders sicher geltenden „Landesliste“, für die offensichtlich aus eiliger Unachtsamkeit bei der Neufassung des Wahlrechts keine Stichwahl vorgesehen worden war; damit ist die gesamte Regime-Prominenz (Rakowski, Olechowski, Kiszczak, Baka, Olesiak u. v. a.) gescheitert. Die personelle Besetzung der Regime-Koalitionsparteien wird durchgehend erst nach der Stichwahl vom 18.6. feststehen.

4) Die geringe Wahlbeteiligung (62,11 %) läßt das Ausmaß an Resignation, an Desinteresse, an Mißtrauen gegen alles, was „von oben“ kommt, aufscheinen. Das komplizierte Wahlverfahren mit bis zu sieben Wahlzetteln mag ein übriges dazu beigetragen haben. Die geringe Wahlbeteiligung ist daneben ein deutliches Signal, daß die Auswirkungen der schwierigen Wirtschaftslage zu Lasten des Interesses an politischen Reformen gehen. In der Stimmung des Wahlvolks sieht die Opposition ein Fanal und eine Verpflichtung zu konstruktiver Teilhabe am weiteren Reformprozeß. Nur so dürfte auch gesichert werden können, daß die hohen Erwartungen an die wirtschaftliche Gesundung des Landes nach dem deutlichen politischen Votum nicht in soziale Unrast umschlagen.

Der extreme Ausgang des ersten Wahlgangs hat die Lage in Polen kompliziert. Erste Andeutungen der Führung, das Wahlergebnis eventuell anfechten zu wollen, haben sich nicht verdichtet. Statt dessen hat die Führung Respektierung des Wahlausgangs zugesichert.

5) Offen ist, wie der Reformprozeß unter den neuen parlamentarischen Gegebenheiten weitergeführt werden kann. Beide Seiten scheinen gemeinsam bemüht zu sein, Wege zu finden, die 460 Sitze des Sejm um die offengebliebenen 35 Sitze aufzufüllen; ein verfassungskonformer Weg ist noch nicht gefunden.

Sodann ist die Teilhabe der Opposition an der Regierungsverantwortung zu klären; ein generelles Koalitionsangebot wurde bereits abgelehnt, einer punktuellen Zusammenarbeit wird sich die Opposition aber kaum entziehen können. Führende Kräfte der Opposition werden bemüht sein müssen, angesichts der Mehrheitsverhältnisse aufkommende Stimmen des „alles sofort“ zu dämpfen und der Linie der Vernunft und des Augenmaßes und Kompromisses zu folgen.

Der Umfang der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition dürfte auch von der Zusammensetzung der neuen Regierung abhängen. Offen ist, ob Rakowski weiterhin MP bleibt; die ersten Anzeichen nach der Wahl deuten darauf hin, daß Jaruzelski in Absprache mit der Opposition (auch dann, wenn sie einen Gegenkandidaten aufstellen sollte) Staatspräsident wird.⁶ Die VPV wird zu entscheiden haben, ob sie das Wahldebakel den Reformern mit der Folge anlastet,

⁶ Zur Wahl des polnischen Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski zum Präsidenten am 19. Juli 1989 vgl. Dok. 203, Anm. 20.

den Kurs zu ändern. Den Reformgegnern fehlt offenbar die Kristallisationsfigur, eine realistische Alternative und Unterstützung im In- und Ausland. Die PVAP wird sich neu orientieren müssen (hin zur Sozialdemokratie? Spaltung?).

6) Das Ergebnis des ersten Wahlgangs hat die Lösung der kritischen Wirtschaftslage Polens nicht leichter gemacht. Der Unmut über die schlechte Versorgungslage ist durch das Fernbleiben von 38% der Wähler von den Urnen klar zutage getreten. Es bleibt zu hoffen, daß die Entwicklung zu mehr Pluralismus in Polen nicht bereits im ersten Anlauf einen Rückschlag erleidet. Es wird deshalb darauf ankommen, daß Führung und Opposition in Grundfragen des weiteren Vorgehens einschließlich der Überwindung wirtschaftlicher Probleme schnell zu einem Grundkonsens finden. Andernfalls werden der Unmut und die Unzufriedenheit in den politischen Lagern wie bei der Bevölkerung den Reformprozeß bremsen. Dies hätte auch fatale Auswirkungen auf die schwierigen Bemühungen westlicher Länder, sich auf ein Konzept zur Unterstützung Polens bei der Überwindung seiner Wirtschaftsprobleme zu verständigen.⁷

Derix

Referat 214, Bd. 139853

169

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.35/3

8. Juni 1989¹

Über Herrn Dg41², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 23.3.1989⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

⁷ Botschafter Schoeller, Warschau, resümierte am 23. Juni 1989: „Die wichtigsten Ergebnisse der nach zwei Durchgängen nun abgeschlossenen Wahlen zu Sejm und Senat lauten: 1) Die Kandidaten des von der ‚Solidarität‘ gebildeten ‚Bürgerkomitees‘ konnten sämtliche 161 für sie erreichbaren Sejm-Sitze (35 v.H. aller Sitze) gewinnen, 160 davon bereits im ersten Anlauf (50-v.H.-Quorum). 2) Von den 100 in freier Konkurrenz gewählten Senatssitzen fielen 99 an die Kandidaten des ‚Bürgerkomitees‘ [...]. Die von Wałęsa unterstützten Bewerber erreichten am häufigsten Ergebnisse zwischen 55 und 75 v.H. 3) Die Unterstützung für die PVAP dürfte im Landesdurchschnitt weniger als 20 v.H. betragen. Die Koalition insgesamt (PVAP und Bündnispartner) dürfte derzeit bestenfalls über den Rückhalt eines Drittels der Wahlberechtigten verfügen. 4) Weniger als 60 v.H. der Wahlberechtigten haben sich überhaupt für eines der beiden politischen Lager entschieden (erster Durchgang). Der Rest blieb der Wahl entweder fern oder lehnte beide Alternativen ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1223; Referat 214, Bd. 139854.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Gruber konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 8. Juni 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 12. Juni 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. Juni 1989 vorgelegen.

⁵ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

I. Kurzfassung

Die im März 1989 von US-Finanzminister Brady gemachten Vorschläge zur Lösung der internationalen Verschuldungsproblematik (Brady-Initiative) haben eine neue Phase in der Weiterentwicklung der internationalen Verschuldungsstrategie eingeleitet. Bei der Umsetzung der Brady-Initiative sollen IWF und Weltbank in einer konzertierten Aktion Mittel und Mechanismen zur Unterstützung von Schulden- und Schuldendiensttransaktionen zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken bereitstellen.

Ende Mai 1989 haben IWF und Weltbank ihre Richtlinien für die Schuldenreduzierungsoperationen festgelegt. Länder, die ein überzeugendes wachstumsorientiertes Anpassungsprogramm vorlegen, können von den beiden Institutionen Kredite zur Schuldenreduzierung und zur Absicherung von Zinszahlungen erhalten. Ein erster Prüfstein für die Anwendung der neuen Richtlinien ist der „Modellschuldner“ Mexiko. Mit frühzeitigen Kreditzusagen wollen IWF und Weltbank die Geschäftsbanken zu Konzessionen in den Verhandlungen mit Mexiko veranlassen.

Die Geschäftsbanken äußern sich ihrerseits skeptisch über die Erfolgsaussichten der Brady-Initiative. Insbesondere bemängeln sie die überzogenen Erwartungen der Schuldnerländer und der öffentlichen Geber hinsichtlich der Konzessionsmöglichkeiten der Geschäftsbanken. Sie fordern auch eine weitergehende Risikoübernahme der öffentlichen Kreditgeber zur Entlastung der privaten Kreditgeber.

Die Beteiligung von IWF und Weltbank an der Umsetzung der Brady-Initiative ist sinnvoll, beinhaltet aber auch Probleme. Durch Kreditzusagen in Finanzierungslücken und durch die faktische Risikoübertragung auf öffentliche Geber sind die Glaubwürdigkeit und die Kreditwürdigkeit der Institutionen gefährdet.⁶ Zudem können die Kreditverhandlungen zu Kompetenzkonflikten zwischen Weltbank und IWF sowie zu Kontroversen zwischen den G7 hinsichtlich der Auswahl der begünstigten Länder führen.

Gleichwohl kann der Bush-Administration bescheinigt werden, daß sie sehr bald nach Amtsantritt auf einem wichtigen Felde ihre Führungsrolle übernommen und mit Tatkraft und Umsicht ausgefüllt hat. Die Bundesregierung hat im Kreise der G7 einen angemessenen Platz „im Mittelfeld“ eingenommen⁷ und im Ablauf der Verhandlungen die nötige Beweglichkeit gezeigt, um sich in keiner Phase zu isolieren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die gesamten Beschlüsse bisher keine Haushaltsmittel beanspruchen.

Es wird erwartet, daß IWF und Weltbank zusammen 20–24 Mrd. \$ auf drei Jahre für Schulden- und Zinserleichterungsoperationen zur Verfügung stellen können. Die gesamten Bankschulden der „eligiblen“ Länder werden mit ca.

⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist ein wichtiger Punkt, den man aber auch anders sehen kann. Ob man wirklich sagen kann, daß dadurch die Kreditwürdigkeit der Institutionen gefährdet wird? Schließlich ist unverkennbar, daß die Schuldenstrategie vor allem inzwischen auch zu einer pol[itisches] Frage geworden ist, die vermehrt die Regierungen fordert, ob sie es wollen oder nicht. (M. E. sollten sie es vermehrt auch wollen – im Zweifel wird es darum ja auf dem W[elt]W[irtschafts]G[ipfel] in Paris gehen.)“

⁷ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „dies aber in der Öffentlichkeit nicht immer deutlich gemacht“.

350 Mrd. \$ angenommen, der zu erzielende Entlastungseffekt mit 40–50 Mrd. \$. Dies zeigt, daß auch die Wirkung der neuen Strategie relativ beschränkt bleiben wird.

II. 1) Im Vorfeld des Pariser Wirtschaftsgipfels (14.–16.7.1989)⁸ ist in die Verschuldungsdiskussion Bewegung geraten. Vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten vieler Schuldnerländer hat seit Anfang 1989 eine allgemeine Überprüfung der internationalen Schuldenstrategie eingesetzt. Besondere Bedeutung hat dabei der im März 1989 gemachte Vorschlag von US-Finanzminister Brady (Brady-Initiative), wonach – unter maßgeblicher Beteiligung von IWF und Weltbank – künftig verstärkt Schuldenreduzierungen und Schuldendiensterleichterungen zugunsten anpassungsbereiter Schuldnerländer gewährt werden sollen.

Die Brady-Initiative ist von den IL (einschließlich D) und den Schuldnerländern überwiegend positiv aufgenommen worden. Auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank⁹ gab es einen weitgehenden Konsens, daß zwischen Schuldnerländern (die sich allerdings zu durchgreifenden Wirtschaftsreformen verpflichten müssen), Geschäftsbanken und internationalen Finanzinstitutionen Schuldenreduktionsmodelle entwickelt werden sollten, die zu einer fühlbaren Entlastung der Schuldnerländer und zu neuen Mittelzuflüssen führen.

2) Die Brady-Initiative ist ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung der Schuldenstrategie. Die Meinungsbildung zu den Vorschlägen und Anregungen ist in vollem Gange. Unklarheit besteht vor allem über die Rolle der Geschäftsbanken, die bereits die zentrale Schwachstelle im Baker-Plan¹⁰ waren. Sie sind aufgefordert, ihr „Menü“ von Schuldenabbaumodellen stärker als bisher durch freiwillige Schulden- und Schuldendienstverringerung anzureichern.

In den vergangenen Jahren hat es im Verhältnis Schuldnerländer/Geschäftsbanken eine Kräfteverschiebung zugunsten der Geschäftsbanken gegeben. Sie haben durch Wertberichtigungen und Abschreibungen ihr Risiko reduziert und damit ihr Schicksal weitgehend von dem der Schuldnerländer abgekoppelt. Die skeptische Einschätzung der Perspektiven der Kreditwürdigkeit vieler Schuldnerländer, die auch durch die hohen Abschlüsse auf dem Sekundärmarkt für überfällige Forderungen zum Ausdruck kommt, führte zu einer verstärkten Gläubigermüdigkeit der Geschäftsbanken. Ein Konsens für neue Finanzierungspakete war immer schwieriger herbeizuführen. Während sich die öffentlichen Geber an den Baker-Plan hielten, gewährten die Geschäftsbanken kaum noch neue Kredite. Von 1985–1988 haben die öffentlichen Gläubiger etwa 80 % der Finanzierungsflüsse in die Schuldnerländer bereitgestellt, verglichen mit nur 30 % in den Jahren 1980 bis 1982.

In einer konzertierten Stellungnahme vom 24.5.1989 haben die führenden westlichen Banken nach dem Baker-Plan auch die Brady-Initiative skeptisch beurteilt. Sie erwecke unrealistische Erwartungen auf Seiten der Schuldnerländer. Die Kreditrückzahlungen und Schuldendienste seien in Erwartung weiterer Vergünstigungen praktisch zum Erliegen gekommen. Der Handlungsspielraum der

⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

⁹ Zur Tagung von IWF und Weltbank vom 2. bis 4. April 1989 in Washington vgl. Dok. 71, Anm. 10.

¹⁰ Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

Banken sei auch durch die unterschiedlichen nationalen Rechnungslegungsvorschriften eingeschränkt. Insbesondere die US-Banken sperren sich gegen Konzessionen beim Abbau der Altschulden und bevorzugen Zinsreduzierungen. Dieses Verfahren würde ihnen ermöglichen, die betroffenen Kredite weiter zum Nennwert in den Bilanzen ausweisen zu können. Die deutschen Banken sind in dieser Hinsicht flexibler, da sie ihre Engagements weitgehend wertberichtigt haben.

3) Mitte Mai 1989 einigten sich die G7 auf die Grundzüge der neuen Schuldenstrategie auf der Basis der Brady-Initiative. Sie trugen zwar den Vorstellungen der Geschäftsbanken Rechnung, bestanden aber darauf, daß das „Schuldenreduzierungsmenu“ der Zukunft sowohl eine Reduktion des Schuldenstandes wie auch einen Nachlaß im Zinsendienst anbieten müsse.

IWF und Weltbank sollen die Umsetzung der neuen Schuldenstrategie für die Geschäftsbanken attraktiv machen, indem sie Schuldenverringerungsoperationen (debt reduction operations = DROPs) mit Krediten unterstützen und Mittel für die Absicherung von Zinsverpflichtungen oder Zinsreduktionen bereitstellen. Gleichzeitig sollen der IWF, die Weltbank und andere internationale Finanzierungsinstitutionen ihre Kredite künftig frühzeitiger und flexibler bereitstellen.

III. 1) Auf der Basis der von den G7 gesetzten politischen Rahmenbedingungen hat das Exekutivdirektorium des IWF am 23.5.1989 folgende Richtlinien beschlossen:

- Der IWF überläßt die Verhandlungen über DROPs (einschließlich Reduzierung bzw. Absicherung des Zinsendienstes) den Schuldnerländern und den Geschäftsbanken, ohne sich selbst einzumischen.
- Die Substituierung privater durch öffentliche Mittel ist zu vermeiden.
- Voraussetzung für die finanzielle Fonds-Unterstützung ist ein starkes Anpassungsprogramm mit besonderer Betonung der Erfordernisse hinsichtlich Inlandsersparnis, Kapitalflucht und Direktinvestitionen.
- Die Förderungswürdigkeit eines Landes (eligibility) wird fallweise festgestellt vor allem anhand der Stärke der Anpassungsmaßnahmen, der Aussichten auf freiwillige DROPs-Vereinbarungen und der Effizienz der Mittelverwendung.
- Ein Teilbetrag von etwa 25 % eines IWF-Kredits, den ein Schuldnerland auf Antrag im üblichen Verfahren (einschließlich Anpassungsprogramm) erhält, wird beiseite gestellt („set aside“) und ausschließlich für die Verringerung des Schuldenbestandes bereitgehalten. (Technisch könnte dies dadurch geschehen, daß das Schuldnerland den Set-aside-Betrag für „debt-bond transactions“ oder „buybacks“ mit Abschlag vom Nominalwert verwendet.)
- Zusätzliche Kredite von bis zu 40 % seiner Quote können von dem betroffenen Schuldnerland für Zinssicherung (interest support), d.h. zur Besicherung des reduzierten Zinsendienstes und/oder des Zinsendienstes, auf einen reduzierten Schuldenbestand gezogen werden. Diese Mittel sollen die Zinsverpflichtungen für ein oder zwei Jahre sichern; bei Nichtnutzung Übertragung auf kommende Jahre („rolling interest support“). Die Zinssicherung erfolgt durch die Schaffung von Treuhandkonten („escrow account“). Das Schuldnerland soll dazu eine nennenswerte (im Einzelfall zu quantifizierende) Eigenleistung beitragen. Die Mittel auf dem Treuhandkonto sollen Mittel des Schuldnerlandes

sein. Noch ungeklärt ist, wer das Treuhandkonto verwalten soll. Während der IWF für eine Verwaltung im IWF plädiert, haben sich die G7 dagegen ausgesprochen, um zu vermeiden, daß IWF und Weltbank bei Streitigkeiten involviert werden.

2) Nach dem IWF-Exekutivdirektorium hat auch das Direktorium der Weltbank am 31.5.1989 Richtlinien für den Einsatz von Weltbankmitteln zur Schuldenreduktion beschlossen, die sich im wesentlichen mit den IWF-Richtlinien decken. Ähnlich wie der IWF stellt die Weltbank bei neuen Krediten 25 % der für ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm von drei Jahren vorgesehenen Darlehen für Schuldenreduzierung zur Verfügung. Zusätzlich können bis zu 15 % des gesamten Darlehensvolumens zur Zinssicherung eingesetzt werden. Das Gesamtvolumen der Zusatzmittel wird auf 6 Mrd. US-\$ für den Zeitraum 1990–1992 begrenzt. Dies bleibt deutlich hinter den US-Erwartungen zurück. Zudem sind wesentliche Fragen streitig geblieben, besonders die praktisch wichtigen Modalitäten des „interest support“.

IV. 1) Nach dem positiven Abschluß der Kreditverhandlungen des IWF mit Costa Rica und den Philippinen, bei denen erstmalig die neuen IWF-Richtlinien zur Anwendung kamen, wird der „Modell-Schuldner“ Mexiko ein erster ernsthafter Prüfstein für die Umsetzung der Brady-Initiative sein.

Ende Mai 1989 hat der IWF ein Kreditpaket in Höhe von insgesamt 3,25 Milliarden SZR oder umgerechnet 4,08 Milliarden US-\$ bereitgestellt. Davon sind im Rahmen einer Kompensierungsfazilität für den Ausgleich entgangener Exporterlöse und für Getreideimporte 453,5 Millionen SZR sofort ziehbar. Der Rest soll als Erweiterte Fondsfazilität (EFF) in den nächsten drei Jahren vergeben werden. 30 % der beanspruchten EFF (1,2 Mrd. US-\$) darf Mexiko für den Abbau seiner Schulden bei den Geschäftsbanken (z.B. durch Rückkauf von Schuldtiteln zu Marktpreisen, d.h. mit erheblichen Abschlägen) nutzen. Darüber hinaus kann Mexiko bis zu 40 % seiner Quote in Höhe von 1,2 Mrd. SZR (verfügbar wären demnach rund 600 Millionen US-\$¹¹) zur Absicherung reduzierter Zinszahlungen an die Geschäftsbanken verwenden. Bedingung hierfür ist jedoch der erfolgreiche Abschluß freiwilliger DROPs mit den Geschäftsbanken. Eine Einigung ist noch nicht abzusehen. Der Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen fällt vor allem den amerikanischen und japanischen Banken nicht leicht, die bisher nur unzureichende Wertberichtigungen vorgenommen haben.

Die Weltbank beabsichtigt, Mexiko in den Jahren 1989–1991 insgesamt 1,7 Mrd. US-\$ für Schulden- und Schuldendienstreduzierung zur Verfügung zu stellen. Davon sind 750 Mio. US-\$ als „set-aside“ (25 % der Anpassungsdarlehen) für Schuldenreduktion und 950 Mio. US-\$ (15 % der max. Ausleihung 1989–1991) als „interest support“ für Schuldendienstreduktion vorgesehen. Der Beitrag der Weltbank steht unter dem Vorbehalt bedeutsamer Zugeständnisse der Geschäftsbanken, ohne die erwünschten Konzessionen näher zu quantifizieren.

V. 1) Die unmittelbare Beteiligung von IWF und Weltbank bei der Bewältigung der Schuldenkrise ist sinnvoll. Dennoch birgt die (gegen anfängliche Vorbehalte einiger Länder, u.a. auch D) Modifizierung der Geschäftspolitiken Risiken, wel-

¹¹ Korrigiert aus: „600 US-\$“.

che langfristig die Glaubwürdigkeit des IWF und die Kreditwürdigkeit der Bank gefährden können. Sicher wird die Quasi-Verpfändung von IWF-Ziehungsrechten die Gewährung neuer Kredite der Geschäftsbanken an die Schuldnerländer erleichtern. Doch damit ist der „Sündenfall“, nämlich die Übertragung privater Risiken auf öffentliche Geldgeber durch die Hintertüre der internationalen Finanzierungsinstitutionen, geschehen. Dies trifft im wesentlichen auf den „interest support“ zu. Durch die Hilfskonstruktion der Treuhandkonten für die Zinssicherung ist zwar technisch eine für den IWF noch systemkonforme Ausgestaltung gelungen (der IWF bürgt nicht direkt). Dennoch ist die Gefahr einer Dauer-subventionierung gegeben.

2) Ein weiterer Bruch mit bewährten IWF-Praktiken ist die frühzeitige Bereitstellung von Krediten, gegebenenfalls auch schon, bevor andere Gläubiger feste, detaillierte Zusagen zur Schließung der „Finanzierungslücke“ gegeben haben. Sollte das Anpassungsprogramm wegen Unterfinanzierung scheitern, würde dies die Rückzahlung des IWF-Kredits durch das Schuldnerland gefährden und das jetzt schon gravierende Problem der Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF verschärfen. Zudem fehlt nun ein Druckmittel seitens der internationalen Finanzinstitutionen, um die Geschäftsbanken zu einem zügigen Abschluß zu bringen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Vorreiterrolle des IWF einen moralischen Druck auf die Banken ausübt und sie zwingt, ihre zögerliche Haltung aufzugeben. Im Falle Mexikos haben die Verhandlungen mit den Gläubigerbanken ein konkretes Stadium erreicht, bei Costa Rica und den Philippinen sind Umfang, Art und Zeitpunkt des Finanzierungspaketes ungewiß.

3) Bei der Auswahl der begünstigten Länder wurden bisher ausschließlich Länder berücksichtigt, an denen die USA ein besonderes Interesse haben. Diese einseitige Prioritätensetzung birgt die Gefahr, daß z.B. förderungswürdige afrikanische Länder nicht beteiligt werden. Dies könnte zu Kontroversen im Kreis der G7 führen. Die USA haben bereits Marokko und Nigeria als Kandidaten benannt, F zusätzlich die Elfenbeinküste. Diskutiert wird in der Weltbank auch der Einsatz von (zinslosen) IDA-Mitteln für hochverschuldete LLDC, für die die relativ teuren Weltbank-Kredite nicht in Frage kommen. Die Frage wird entscheidend vom Umfang der jetzt anstehenden neunten IDA-Aufstockung abhängen.

Kaum absehbar sind die Folgen, wenn sich durch ein allzu schematisches Vorgehen bei der Länderauswahl auch hochverschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer (z.B. Indonesien) für einen Schuldenerlaß qualifizieren, denen bisher der Schuldendienst keine größeren Probleme bereitet und die sich guter Geschäftsbeziehungen mit ihren Gläubigern erfreuen.

4) Die Finanzierungsanforderungen an den IWF im Rahmen der weiterentwickelten Schuldenstrategie können zu Liquiditätsengpässen führen. Dies birgt die Gefahr, daß der Fonds seine anderen Aufgaben, die auf ein ausgewogenes, auf Stabilität gegründetes Wachstum der Weltwirtschaft gerichtet sind, vernachlässigen muß.

Die neue Rolle von IWF und Weltbank in der Schuldenstrategie birgt auch potentielle Kompetenzkonflikte zwischen den beiden Institutionen. Die einst mit klar getrennten Aufgaben versehenen Institutionen haben bereits in den vergangenen Jahren ihre Demarkationsgrenzen einige Male überschritten, was zu Doppel-

spurigkeit und Reibungsverlusten führte. Auf der Grundlage einer kürzlichen Kooperationsvereinbarung sollte aber bei der Bewältigung der Schuldenproblematik eine enge Zusammenarbeit gewährleistet sein. Der Mitteleinsatz beider Institutionen soll komplementär und im Gesamtumfang von vergleichbarer Größenordnung sein. Die Vergabemodalitäten sollen konsistent sein.

Nachdem der IWF und die Weltbank durch ihren Beitrag die Chancen auf ein Gelingen des Brady-Plans erhöht haben, sind nun die Geschäftsbanken gefordert. Sie müssen ihre Verzögerungstaktik aufgeben und aktiv bei der neuen Schuldenstrategie mitarbeiten. Ihr Widerstand gegen die von Mexiko präsentierte Verhandlungsofferte verdeutlicht, daß es US-Finanzminister Brady nicht gelungen ist, während der International Monetary Conference, die vom 5.–7. Juni 1989 in Madrid stattfand, die Unterstützung der Geschäftsbanken für seine Initiative zu gewinnen.

Referat 400 hat beigetragen und mitgezeichnet.

Schönfelder

Referat 412, 168693

170

Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 493

Aufgabe: 8. Juni 1989, 15.15 Uhr¹

Ankunft: 8. Juni 1989, 16.27 Uhr

Betr.: Rumänien Mitte 1989

Rumänien ist wohl das einzige europäische Land, vielleicht sogar das einzige der Welt, dessen Bewohner durch die Medien weder von den Ereignissen in China etwas erfahren haben noch vom Volkskongreß in Moskau², noch von den Wahlen in Polen³ oder der Entwicklung im Nachbarland Ungarn. Auch die Pariser Konferenz zur Menschenrechtsdimension⁴, an der Rumänien teilnimmt, wird totgeschwiegen. Statt dessen verbreiten sich die Blätter über den Kartoffelanbau und die unermüdlichen Reden des Conducators.

Hier äußert sich in eindringlicher Weise das Ausmaß der Unsicherheit und der Isolation des Regimes.

In diesen Tagen findet in Bukarest ein Routinetreffen der Industrieminister der Balkan-Staaten statt. Weder Griechenland noch die Türkei haben Minister ent-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Götz vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL hat [Ablichtung].“

² Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.

Zur ersten Tagung vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 vgl. Dok. 197.

³ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

⁴ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

sandt. Der türkische Botschafter⁵ schilderte mir lebhaft, wie sehr er in den letzten Tagen von der rumänischen Regierung unter Druck gesetzt worden sei, wenigstens „irgendeinen“ Minister zu entsenden, wenn schon der Industrieminister⁶ verhindert sei. Hier zeigt sich, wie auch bei dem ständigen Drängen der Rumänen uns gegenüber auf politische Besuche, daß Zweck solcher Begegnungen für das Regime nicht Gesprächsinhalte sind, sondern lediglich die Bekräftigung, daß der Staatschef weiter eine internationale Rolle spielt.

Das erste Halbjahr 89, nach den mehrfachen mutigen Äußerungen des Widerstands, besonders dem offenen Brief der sechs früheren Spitzenkommunisten⁷, zeigt in den Maßnahmen der Führungsspitze eine Mischung von Nervosität und Gewalttätigkeit. Indessen ist nicht nur der politische, sondern auch der weitere wirtschaftliche Niedergang mit Händen zu greifen. Die „Abschreibung“ der riesigen Schulden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch einen einzigen Präsidialfederstrich offenbart nichts weniger als den Bankrott der gesamten Landwirtschaftspolitik. Ein Verschwindenlassen von 1,7 Milliarden US-Dollar steckt eine Volkswirtschaft wie die rumänische nicht einfach weg. Kürzlich wurde eine LPG öffentlich dafür gelobt, daß sie Traktoren durch die Arbeitskraft von Tieren und Frauen ersetzt und so zur Energieersparnis beigetragen habe – das wahre Gesicht der rumänischen „Modernisierung“. Die ohnehin veralteten Fabriken arbeiten mit halber Kapazität. Oft darunter, beispielsweise die mit französischer Beratung errichtete Autofabrik nach französischen Angaben mit nur 30 v. H. Die kanadischen Berichte über den Fortgang der Arbeiten am Kernkraftwerk Cernavodă⁸ (das mit kanadischer technischer Hilfe errichtet wird) lassen einen so verheerenden Qualitätsstand von Planung und Ausführung erkennen, daß Rückschlüsse auf die Gesamtverfassung der Industrie erlaubt sind, denn Cernavodă genießt nach dem Willen des Staatspräsidenten höchste Priorität.

Vor einigen Tagen hat Ceauşescu vor dem erweiterten Politbüro eine seiner vielen kritischen Reden gehalten, in denen er Verantwortliche sucht, und, ohne Auswege zu zeigen, Mißstände anprangert. Das Bild, das aus diesen Reden erkennbar wird, ist bedrückend. Die Botschaft hat hierüber berichtet.

Die einzige italienische Joint-venture (Textilsektor), die viele Jahre für beide Seiten erfolgreich arbeitete, wird geschlossen, weil die italienischen Mindestbedingungen, durchaus vernünftige wirtschaftliche Anforderungen, trotz Zusage sehr hoher Stellen nicht eingehalten werden konnten. Die Arbeiter werden entlassen. Ähnliches steht für die einzige deutsch-rumänische Joint-venture (Renk) unmittelbar bevor. Der (Know-how-)Transfer ist bereits eingestellt. BASF, einer der wenigen noch Verbliebenen, wird vermutlich in Kürze seine Vertretung in Bukarest schließen.

Diese Beispiele aus Sektoren, bei denen uns Informationen zugänglich sind, legen den desolaten Zustand der rumänischen Wirtschaft insgesamt schlagartig offen.

⁵ Süleyman Okyar Günden.

⁶ Şükrü Yürür.

⁷ Zum Schreiben ehemaliger hoher Funktionäre vgl. Dok. 72, Anm. 11.

⁸ Durchgehend korrigiert aus: „Cernova“.

Es ist der gemeinsame Eindruck der Botschaften der Gemeinschaft in Bukarest, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse in einer Weise auf wenige Personen konzentrieren, daß vernünftige Gespräche und Verhandlungen kaum mehr möglich sind. Hierfür gibt es eine Anzahl konkreter Beispiele. Der italienische Botschafter⁹ bezeichnete den Entscheidungsprozeß in Rumänien als „paralysiert“. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß sich die Führung des Landes von den Realitäten so weit entfernt hat, daß mit rationalem Handeln nicht zuverlässig gerechnet werden kann.

Dies soll keine Voraussage sein, daß etwa ein Zusammenbruch oder auch nur ein Umbruch zwingend bevorstünde. Erfahrungsgemäß können Diktaturen auch mit solchen Zuständen lange Strecken überdauern. Es wird aber immer deutlicher, daß Rumänien zum Außenseiter Europas geworden ist. Der Ausdruck „Albanisierung“ kommt nicht von ungefähr.

[gez.] Terfloth

Referat 214, Bd. 139892

171

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2220
Citissime

Aufgabe: 8. Juni 1989, 17.28 Uhr¹
Ankunft: 8. Juni 1989, 17.45 Uhr

Betr.: Gorbatschows politische Position im Juni 1989

Zur Unterrichtung

Zum Zeitpunkt seines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland² steht Gorbatschow auf dem Gipfel seiner Macht. Es ist seine erste Auslandsreise als Vorsitzender des neu konstituierten Obersten Sowjet, dem die in großen Teilen ersten demokratischen Wahlen in der SU³ eine neue Legitimitätsbasis verschafft haben. Als Vorsitzender dieses nunmehr ständig tagenden neuen Gesetzgebungsorgans wird Gorbatschow in den nächsten zehn Jahren (nach der geltenden Verfassung⁴ kann er zwei Amtsperioden zu je fünf Jahren wahrnehmen) sein Pro-

⁹ Luigi Amaduzzi.

¹ Das von den Botschaftsräten Adam und Schäfers, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 9. Juni 1989 vorgelegen.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schevardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

³ Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.
Zur ersten Tagung vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 vgl. Dok. 197.

⁴ Für den Wortlaut der sowjetischen Verfassung vom 7. Oktober 1977 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 385–415.

gramm eines „sozialistischen Rechtsstaates“ energisch vorantreiben können. Hält er das bis heute vorgelegte Tempo durch, könnte in der SU 1999 eine Rechtskultur entstehen, wie sie früher weder im zaristischen Rußland noch unter Sowjetherrschaft jemals bestanden hat.

Neben dieser Legitimation durch eine werdende Volksvertretung hat Gorbatschow seine Position in der Partei, der nach wie vor entscheidenden Bastion der Macht in der SU, als Generalsekretär in drei Schüben gegen alle Widerstände und allen Skeptikern zum Trotz konsolidiert:

- 1985 brachte er seine nunmehr engsten Vertrauten Jakowlew und Schewardnadse ins Politbüro.
- 1988 gelang es ihm, den größten Teil der „alten Garde“ aus dem Politbüro zu drängen und neue Leute weitgehend seiner Linie hineinzubringen.
- Im April 1989 gelang ihm das gleiche mit dem Zentralkomitee.⁵ In vier Jahren hat Gorbatschow also die Machtbasis seiner potentiellen Gegner weitgehend unterhöhlt, wenn auch erkennbar ist, daß der noch bestehende Parteiapparat ihm mehrheitlich wohl nicht aus Überzeugung, sondern mangels Alternative folgt. Sein Auftreten vor dem Volkskongreß hat eindeutig bewiesen, daß es gegenwärtig keine nur annähernd ebenbürtige Führungsperson in der SU gibt. Das bedeutet freilich auch, daß das Schicksal der neuen politischen Linie in der SU in beängstigender Weise an die Person Gorbatschows geknüpft ist. Sollte ihm etwas zustoßen, ließe sich das, was nach ihm kommen würde, kaum abschätzen.

Gorbatschow hat mit seinen bisherigen Aktionen ein hohes Maß an Mut und Beharrlichkeit bewiesen. Er hat ein außerordentliches Gespür für die Wahl des richtigen Augenblickes. Er verfügt über Charisma und persönliche Ausstrahlung, die ihm vor allem in schwierigen Situationen helfen, etwaige Widerstände mit Härte, die er aber in entwaffnende Verbindlichkeit zu kleiden versteht, zu überwinden. Er ist dominierend und kann aggressiv sein. Er liebt es, Gespräche mit einer provozierenden Bemerkung zu eröffnen, die das Gegenüber zunächst einmal in die Defensive drängt.

Er ist ein aufrichtiger Reformator und gibt sich als wahrer Nachfolger Lenins. Er hat seit seinem Amtsantritt die Ausmaße der Probleme, vor denen er steht, wohl tatsächlich erst allmählich begriffen. Jedenfalls scheinen die Verschiebungen in seinem Programm in weitgehend glaubhafter Weise darauf zu beruhen, daß er erst allmählich zu den tieferen Schichten der komplexen Wirtschafts- und Gesellschaftsprobleme vorgestoßen ist. Er begann mit der Losung „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“. „Perestroika“ (revolutionärer Umbau) rückte erst 1986 in den Vordergrund, immer noch primär als Weg zur Leistungssteigerung der Wirtschaft konzipiert. Anfang 1987 begann er davon zu sprechen, daß eine tiefgreifende Erneuerung von Gesellschaft und Partei notwendig sei, um dann die Parteikonferenz 1988⁶ mit einem ausgefeilten Projekt einer weitreichenden Verfassungsreform zu überraschen. Im selben Sommer tauchten die Schlüsselbegriffe „Pacht“, „Produktionsvertrag“ und „Eigeninitiative“

⁵ Zum Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau vgl. Dok. 121, Anm. 10.

⁶ Vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 fand in Moskau die Allunionsparteiokonferenz der KPdSU statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 194.

auf, zu denen sich bald die für das System zentrale Frage nach neuen Formen der Eigentumsverhältnisse gesellte. Das Ausmaß der Finanzkrise hat Gorbatschow offenbar erst im Winter 1988/89 erkannt. Er hat sich dieser für ihn vermutlich bestürzenden Erkenntnis nicht entzogen und versucht, sofort Maßnahmen zum Gegensteuern zu ergreifen. Als diese nicht sofort griffen, was in der Natur der Sache liegt, hat er den Reformprozeß durch immer weiteres Ausgreifen in die politische Struktur („demokratische“) radikalisiert.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß Gorbatschow, der in erster Linie als Wirtschaftsreformer angetreten ist, bis heute weder binnen- noch außenwirtschaftliche Erfolge aufweisen kann. Die von ihm selbst erst 1985 geschaffene Superagrарbehörde mußte er jetzt wieder auflösen. Die Versorgung mit Konsumgütern ist schlechter geworden, die Devisenlage der SU ist schlechter denn je. Hier ist seine Achillesferse. Besonders besorgniserregend ist, daß das alte Wirtschaftssystem der extrem zentralisierten Planwirtschaft in weiten Teilen nicht mehr funktioniert und ein neues System einer Marktwirtschaft, deren Hauptregulator freie Preise sein sollen, bisher, abgesehen von umkämpften Ansätzen im Bereich der Kooperativen, noch weit von der politischen Durchsetzbarkeit entfernt ist. Dies hat nicht nur ideologische Ursachen in einem sozialistisch bleiben wollenden System, mit dem privates Eigentum an Produktionsmitteln und privatwirtschaftliche Arbeitsverträge unvereinbar sind. Politisch wichtiger, weil nicht wie der ideologische Ballast abwerfbar, sind die sozialen Spannungen, die bei einer Freigabe der wirtschaftlichen Tätigkeit durch die dann rasch zu erwartende Differenzierung der Einkommen und gleichzeitige Verteuerung der bisher stark subventionierten Grundversorgungsgüter zu erwarten sind. Die Masse der Menschen hier ist nach wie vor lieber gleich in ihrer Armut als ungleich bei relativem Wohlstand.

G. wird sicherlich landesweit als die tragende Führungsfigur anerkannt. Dennoch kann wegen der ausbleibenden materiellen Erfolge der Perestroika nicht von einer wirklichen Popularität in der breiten Bevölkerung gesprochen werden. Seine größte Unterstützung findet er bei der „neuen Intelligenz“, bei Journalisten, jungen Ingenieuren, Künstlern, Unternehmensdirektoren. Wird es nicht gelingen, das Konsumangebot rasch und spürbar zu verbessern, könnte dies zu einer rapiden Zunahme der Unzufriedenheit führen. Angesichts der Dynamik, mit der sich durch Gorbatschows Reformen die politische Kultur der SU wandelt, fällt es heute schwerer denn je, abzuschätzen, in welcher Form eine solche massive Unzufriedenheit sich äußern könnte.

So erfolglos Gorbatschow bislang auf dem Feld geblieben ist, das er anfangs als seine Hauptaufgabe beschrieben hatte, so überraschende Erfolge konnte er auf einem Gebiet verbuchen, wo er als Politiker aus der Provinz mit einem anderen Politiker ohne vorige Auslandserfahrung ansetzte: In der Außenpolitik muß das Duo Gorbatschow–Schewardnadse als eines der erfolgreichsten unserer Tage gelten. Hatten noch 1986 das Denken in zwei antagonistischen Welten und die Konzeption vom „absterbenden Kapitalismus“ die offiziellen Parteidokumente geprägt, so schwand dieser ideologische Ballast seither in atemberaubendem Tempo und wurde durch ein insgesamt schlüssiges, dem Potential der SU und den Weltproblemen weit besser angepaßtes Konzept ersetzt, das „Neue Denken“. Gorbatschow hat den Westen mit einer Serie von Abrüstungsvorschlägen überrascht und letztthin substantielle einseitige Kürzungen der sowjetischen Streit-

kräfte in Angriff genommen. An seiner Entschlossenheit, in allen laufenden Abrüstungsverhandlungen zu Ergebnissen zu kommen und dabei das traditionelle, überdimensionierte sowjetische Sicherheitsstreben aufzugeben, besteht kein Zweifel. Er hat vor allem die Militärs gezwungen, von überkommenen Vorstellungen Abschied zu nehmen. Entwürfe ziviler Sicherheitsexperten, vor allem mit dem Ziel einer Revision von Doktrin und Strategie und zur Reduzierung des Militärhaushalts, werden immer mehr salonfähig.

Energisch hat Gorbatschow eine Politik des sowjetischen Disengagements bei Regionalkonflikten angepackt und damit u.a. den Weg zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu den USA freigemacht.

Trotz unerwarteter Schwierigkeiten mit der Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA nach dem Administrationswechsel bleibt es schon jetzt ein historisches Verdienst Gorbatschows, das Verhältnis zur anderen Supermacht auf breiter Basis entkrampft zu haben.

Gorbatschow hat im gleichen Zuge einer Reformpolitik in Osteuropa Raum gegeben, die gleichfalls noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar war. Ungarn, lange Jahre das ideologische schwarze Schaf, ist heute aufgerückt zu privilegierten Beziehungen mit der SU. In Polen sind heute Entwicklungen im Gange, die noch 1981 die Gefahr einer sowjetischen Intervention hervorgerufen hatten. Gorbatschow hat sich in einer Weise öffentlich festgelegt, die, wenn auch nicht ausdrücklich, doch in der Sache eine eindeutige Absage an die „Breschnew-Doktrin“⁷ enthält. Bei aller Zustimmung, die diese letztlich von der Einsicht der Begrenztheit der eigenen Mittel getragene Außenpolitik außerhalb der SU und auch in der die primären Eigenbedürfnisse einer stärker artikulierenden Bevölkerung hat⁸, ist diese außenpolitische Bilanz aber nicht unumstritten. Das Risiko des Verlustes der Hegemonie in Osteuropa und der Übervorteilung durch die USA in den regionalen Konflikten ist den alten Machtapparaten deutlich. Der damit verbundene innere Wandel wird von ihnen kaum als Kompensation betrachtet. So hängt auch der letztliche außenpolitische Erfolg stark davon ab, wie rasch er im Innern sichtbar zu wirklicher Besserung beiträgt.

⁹Nach langen Jahren polizeistaatlicher Unterdrückung hat Gorbatschow dafür gesorgt, daß die SU heute einen relativ guten Ruf bei der Respektierung von Menschenrechten genießt. Versuche, weite Bereiche, in denen bislang Willkür waltete, rechtlich zu ordnen und diese Rechtsordnung einer unabhängigen Kontrolle unterzuordnen, sind vorangekommen – auch wenn das Ergebnis nicht immer unseren Kriterien gerecht zu werden vermag.

Glasnost ist zu einem Schlüsselbegriff der Presseberichterstattung geworden, der aus einer schönfärberischen Hofberichterstattung eine Vielfalt von Publikationen mit individuellem Profil hat entstehen lassen, in denen sich in einer geradezu leidenschaftlichen Weise Kritik – z.T. auch¹⁰ Polemik – entfaltet, auch wenn es immer noch Tabus gibt.

⁷ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

⁸ So in der Vorlage.

⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2221 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁰ Korrigiert aus: „und“.

Am weitesten geht die Zerstörung von Tabus in der Geschichte. Auf Gorbatschows Initiative hin sind Tausende von Stalin-Opfern wieder rehabilitiert worden, darunter die prominenten Opfer der Säuberungen wie Tuchatschewskij, Bucharin, Rykow. Die Aufarbeitung der Geschichte schreitet rasch fort. Zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruches steht eine offizielle Beurteilung der sowjetischen Seite zum Hitler-Stalin-Pakt¹¹, zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.39¹² und zu Katyn bevor. Die vom Volkskongreß eingesetzte Kommission wird sich bald äußern müssen.

Gorbatschow hat schließlich eine Bewegung in Gang gesetzt, deren Ausgang vielleicht ungewisser ist als der seiner anderen Initiativen: Die Formierung unabhängiger Volksfronten im Baltikum und national-orientierter Gruppen in allen Randrepubliken gehört zu den wichtigsten Entwicklungen des vergangenen Jahres. Auch in die Frage nach der Autonomie der Deutschen in der SU ist Bewegung gekommen. Gorbatschow hat bisher viel Sympathie für diese Bestrebungen gezeigt, auch wenn er nicht klar erkennen läßt, wie weit er den letztlich von Stalin geschaffenen Rahmen der Nationalitätenpolitik prinzipiell zu verlassen bereit ist. Dennoch hat er einer Bewegung Raum geschaffen, die immer drängender die Frage stellt: Bundesstaat oder Staatenbund?, und damit den zentralistischen Aufbau der SU revidieren will. Da diese Fragen mit starken Emotionen befrachtet sind, ist die Gefahr explosiver Entwicklungen hier besonders groß, insbesondere falls sich nun ein russischer Chauvinismus entwickelt.

Gorbatschow – ein Zauberlehrling oder ein instinktsicherer Jongleur mit vielen Kugeln? Die bisherige Erfahrung spricht eher für letzteres. Bei aller Virtuosität sollte man aber nicht das idealistische Element in Gorbatschows Charakter überschätzen: Er hat einen ausgeprägten Machtinstinkt. Aber er hat mehrfach bekräftigt, daß er Macht primär zur Verwirklichung eines Zieles sucht: die SU zu einem modernen, aufgeschlossenen, undogmatischen, an den humanitären Zielen des Sozialismus ausgerichteten Staat mit höherem Wohlstand zu machen. Er soll bei mehreren Gelegenheiten mit Rücktritt gedroht haben, um Entscheidungen zu erzwingen.

In Gesprächen mit Vertretern aus Partei und Staat häufen sich Hinweise auf Schweden, Finnland oder Österreich, Länder, in denen sozialdemokratische Politik verwirklicht sei, ohne daß man dort in die Abgründe des Stalinismus verfallen sei, und die deshalb das besondere Interesse der SU auf sich zögen.

Schließlich hat Gorbatschow den Führungsanspruch der Partei faktisch erheblich zurückgeschnitten. Es ist in jüngster Zeit keine Rede mehr vom Anspruch der Partei auf ein Erkenntnis- und Wahrheitsmonopol wie in dem noch weitgehend unter Tschernenko konzipierten Parteiprogramm von 1986¹³. Gorbatschow

¹¹ Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

¹² Für den Wortlaut des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

¹³ Der XXVII. Parteitag der KPdSU, der vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau stattfand, verabschiedete eine Neufassung des Parteiprogramms. Für den Wortlaut vgl. Boris MEISSNER, Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU, Köln 1987, S. 91–157. Zum Parteitag vgl. AAPD 1986, I, Dok. 68.

spricht nicht von der „führenden Rolle“, sondern von der „Avantgarde“-Funktion der Partei. Sie soll nicht herrschen, sondern Wege bahnen, nicht kommandieren, sondern Ideen liefern, nicht konfrontativ ausgrenzen, sondern integrieren und gesellschaftlichen Konsens fördern. Der neu geschaffene Oberste Sowjet als ständiges Gesetzgebungsorgan und die neue Kommission für Verfassungsaufsicht

müssen einschneidende Veränderungen in der Praxis der politischen Machtausübung nach sich ziehen. Partei und Ministerrat werden künftig kaum noch so unumschränkt wie in der Vergangenheit auf dem Verordnungsweg regieren können. Mit dem neuen Obersten Sowjet ist zum ersten Mal ein politisches Organ geschaffen worden, das als Gegengewicht zum ZK wirken könnte. Alles deutet darauf hin, daß Gorbatschow diese Chance zu echten „checks and balances“ im sowjetischen System zielstrebig angesteuert hat und ausgiebig zu nutzen gedenkt. Noch aber sind die alten Machtapparate stark und zwingen zu umsichtigem Vorgehen.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147110

172

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller

9. Juni 1989¹

Betr.: China;

hier: Sanktionen

1) Der Ruf nach Sanktionen gegenüber China scheint sich, zumindest bei uns, zu verstärken. Er findet vor allem Niederschlag in dem heute zirkulierten Vorschlag der SPD-Fraktion für einen interfraktionellen Antrag des Deutschen Bundestages.²

Die europäischen Regierungen haben bis jetzt darauf verzichtet, Sanktionen zu fordern, obwohl neuere Äußerungen von PM Rocard sich einer Sanktionensprache nähern. Jedenfalls kann man nicht ausschließen, daß beim EPZ-Ministertreffen am Montag³ die eine oder andere Partnerregierung Sanktionen fordert.

¹ Ablichtung.

² Referat 341 legte am 12. Juni 1989 dar, der Entwurf der SPD-Fraktion für einen möglichen interfraktionellen Antrag sei „so nicht akzeptabel, weil er im Grunde genommen auf einen Katalog von Sanktionen hinausläuft; Sanktionen entsprechen nicht unserem Interesse. Auch unsere Partner (F, USA) haben bei aller Deutlichkeit der Sprache bisher keine Sanktionen ergriffen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161823.

³ Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 12. Juni 1989 in Luxemburg statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte am folgenden Tag zur Diskussion über die Lage in der Volksrepublik China mit: „Ausführlicher Meinungsaustausch ergab ein hohes Maß an Übereinstimmung der Bewertung. Sorge insbesondere über die Unterdrückungs- und Säuberungsmaßnahmen der letzten Tage.“ Die Außenminister hätten beschlossen, „in Peking eine

Präsident Bush hat bis jetzt trotz harten Drucks aus dem Kongreß darauf verzichtet, eine weitreichende Policy-Erklärung abzugeben, die Aussetzung von militärischen Lieferungen ausgenommen.

Wir sollten Sanktionsforderungen bis auf weiteres sowohl bei uns als auch im EPZ-Rahmen widerstehen. Dazu gehören Forderungen nach Einstellung wie auch Einfrieren der Entwicklungshilfe ebenso wie Forderungen im Bereich der Wirtschafts- und WTZ-Beziehungen wie auch die Forderung nach Rückberufung der Botschafter.

Sanktionen würden den immensen Gesichtsverlust verstärken, den die Führung in China in den vergangenen Wochen erlitten hat, ohne etwa einen Führungswechsel in China herbeizuführen. Wir müssen unbedingt vermeiden, die bestehenden Beziehungen zu China noch weiter, und dies durch formelle politische Erklärungen, zu kappen, als ohnehin schon durch die Ereignisse geschehen. Wir können, wenn überhaupt, nur dann Einfluß in China nehmen, wenn Beziehungen bestehen. Wir haben auch kein Interesse daran, das internationale Gleichgewicht durch eine Politik der Isolierung Chinas noch mehr zu stören, als dies durch die Entwicklung in China schon geschehen ist.

2) Der augenblickliche Zustand in China hat die normalen Außenbeziehungen zum Erliegen gebracht. Bis auf weiteres besteht also gegenüber China eine de facto Go-slow-Politik. Dies trifft China unendlich hart, auch ohne daß dieser Zustand zu einer formulierten policy gemacht wird. „Sanktionen“ hat sich China also durch den in den vergangenen Tagen im Lande entstandenen chaotischen Zustand in schmerzhafter Weise schon selbst zugefügt. Es besteht darüber hinaus keine Notwendigkeit, sondern es wäre falsch und fatal, diesen Go-slow-Zustand von unserer Seite in politischen Erklärungen festzuschreiben.

3) Demgegenüber können wir die brutalen Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung in Peking klar verurteilen und haben dies auch getan. Klare Sprache ist auch angezeigt in der Formulierung unserer Erwartungen in eine baldige Wiederaufnahme der Reformen und der Öffnungspolitik Chinas zum Westen.

Wir sollten darüber hinaus nicht mehr tun und sagen, als ohnehin bislang geschehen:

- keine hochrangigen politischen Kontakte bis auf weiteres;
- keine Rüstungslieferungen;
- großzügige Behandlung hier lebender Chinesen, vor allem der Studenten, Wissenschaftler etc.

Hinzu kommt, wie gesagt, der kräftige Brocken der de facto Go-slow-Politik in allen Bereichen, die wir aber nicht in Policy-Erklärungen fassen.

Eine Überprüfung der laufenden Geschäfte wird notwendig werden. Sie braucht aber nicht sofort zu erfolgen. Meines Erachtens haben wir dazu wenigstens noch vier Wochen Zeit.

Zu einem geeigneten Zeitpunkt werden wir dann zunächst eine Übersicht über

Fortsetzung Fußnote von Seite 757

Demarche bei der chinesischen Regierung durchzuführen und die Besorgnis der Zwölf wegen der Verhaftungswelle und wegen anderer Repressionsakte zum Ausdruck zu bringen und an die Regierung zu appellieren, diese Maßnahmen zu beenden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 18; Referat 200, Bd. 144218.

den aktuellen Stand der Beziehungen fertigen müssen, der verbunden sein muß mit einer Auflistung des dann bestehenden Entscheidungsbedarfs.

Zeller

Referat 341, Bd. 161823

173

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert

213-320.08

9. Juni 1989¹

Eilt

Über Herrn Dg21², Herrn D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1939–1941;
hier: Stand der innersowjetischen Diskussion

Anlg.: 3

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom August 1939⁶, die den ersten expansionistischen Schritt der sowjetischen Außenpolitik ermöglichten, sind in den letzten Tagen wiederholt Gegenstand der Debatten im sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten gewesen. Staats- und Parteichef Gorbatschow hat dabei versucht, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in einer für uns wenig erfreulichen Weise zu involvieren. Er behauptete, der Bundeskanzler habe während seines Moskau-Besuchs im Oktober 1988⁷ gesagt, wir verfügten über das Original der Abmachungen vom 23. August 1939 (deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt und dazugehörige Geheime Zusatzprotokolle über die Aufteilung der Einflußzonen in Ostmitteleuropa). Aufgrund einer Absprache zwischen dem BK und dem GS

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert und Legationsrat Höfer-Wissing konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 9. Juni 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 9. Juni 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Juni 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 13. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr interessante Vorlage.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 13. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup an Referat 213 verfügte.

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Kastrup am 14. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Legationsrat Höfer-Wissing am 15. Juni 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Ferner schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

⁷ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

hätten dann Vertreter des sowjetischen Außenministeriums bei uns nach den Originalen gesucht, sie aber nicht gefunden.

Bekanntlich sind im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes die Papier-Originale der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom 23. August 1939 nicht mehr vorhanden, wohl aber der 1943 oder 1944 angefertigte Sicherungsfilm (s. Anlage 1). Entgegen der Aussage Gorbatschows (eine ähnliche Behauptung wurde bereits im März in der Literaturnaja Gazeta aufgestellt) haben sich keine sowjetischen Vertreter im Auftrag des SAM an uns gewandt – sie hätten sich ja unschwer auf die Absprache BK–GS berufen können. Wohl aber gab es (s. Anlage 2) einen Besuch des sowjetischen Publizisten Besymenskij im Politischen Archiv im November 1988⁸ sowie ein Gespräch von Herrn D2 mit dem Leiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Prof. G. Smirnow.

Gorbatschows Verhalten während der Sitzung des Volkskongresses zeigt, daß er die Diskussion um den Hitler-Stalin-Pakt zwar nicht unterbinden, sie aber nur in gut kontrollierten Bahnen weiterlaufen lassen will. Im Zeichen der „Glasnost“ kann eine Diskussion der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941 nicht unterbunden werden, zumal die Balten, aber auch die Polen, stark auf eine Revision des bisherigen sowjetischen Geschichtsbildes drängen. Die „Bewältigung“ dieses Bereiches des Stalinismus ist außerdem im Zuge der Legitimierung der sowjetischen Präsenz in der Region unabweisbar, erfordert aber eine riskante Gratwanderung, um separatistische Bestrebungen im Baltikum nicht übermächtig werden zu lassen.

II. 1) Bei der Diskussion geht es gewissermaßen um den Sündenfall der sowjetischen Außenpolitik. Die Einverleibung des Baltikums, Ostpolens und Bessarabiens in die Sowjetunion (die Gebiete hatten alle bereits zeitweilig zum Zarenreich gehört) war die erste expansionistische Aktion der sowjetischen Außenpolitik seit Beendigung der Revolutionsphase. Der Pakt mit Hitler diskreditierte die Politik des Kreml so sehr, daß er nach Kriegsende entweder rundweg geleugnet (so durch die sowjetische Anklagevertretung beim Nürnberger Prozeß) oder zumindest tabuisiert wurde. Diese Politik wurde durch das Fehlen der Papier-Originale auf deutscher Seite erleichtert. Das wohl noch im Original vorhandene sowjetische Alternat ist naturgemäß unzugänglich. An der Authentizität der Mikrofilmkopien bestehen unter westlichen Wissenschaftlern keinerlei Zweifel, Kritik kommt nur von sowjetischer Seite, ohne daß sie wirklich substantiiert würde.

Erst im vergangenen Jahr (vgl. Vermerk vom 22.8.1988 – 213-320.08 unter Anlage⁹) änderte sich dieser Zustand. Im Baltikum wurde der Text des Geheimen Zusatzprotokolls erstmals in der Sowjetunion publiziert. Jedoch stellt das „offizielle Moskau“ die Authentizität der Vereinbarungen weiter in Frage: Die von Valentin Falin, jetzt Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, bei einer Nowosti-Presskonferenz im August 1988 gelieferte Version wurde von Gorba-

⁸ Zum Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Waldner mit dem sowjetischen Publizisten Besymenskij am 11. November 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 330.

⁹ Dem Vorgang als Anlage 3 beigelegt. Für die Aufzeichnung des Legationssekretärs Höfer-Wissing vgl. Referat 213, Bd. 147112.

tschow in seinem Nachwort zu einer Diskussion mit polnischen Intellektuellen wortgetreu übernommen.¹⁰

Mittlerweile aber, scheint es, suchen die sowjetischen Historiker nach einem gesichtswahrenden Weg, der es ihnen ermöglicht, die Fakten anzuerkennen, ohne daß die Frage der Authentizität der Überlieferung noch eine Rolle spielte. Soweit hier bekannt, vertrat erstmals der reformorientierte Historiker Jurij Afanassjew in der „Sowetskaja Estonija“ (29.9.1988) die Auffassung, die Frage der Authentizität sei letztlich zweitrangig, da kaum ein Zweifel daran bestehen könne, daß es zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im Jahre 1939 eine Absprache hinsichtlich der Einflußzonen in Ostmitteleuropa gegeben habe. Dieser Meinung schlossen sich in der Folgezeit einige Autoren, besonders in der „liberalen“ Literaturnaja Gazeta, an.

Trotzdem blieb die sowjetische Führung bei der – von Gorbatschow im November 1987 anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution¹¹ heftig vertretenen – Auffassung, der Nichtangriffspakt sei nötig gewesen, um die vom Westen im Stich gelassene Sowjetunion vor dem Angriff eines übermächtigen Gegners zu bewahren. Diese Version kann den Balten als Opfer der stalinistischen Vergewaltigung nicht genügen. Im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen und des Kriegsbeginns sieht sich die sowjetische Führung daher ständig wachsendem Druck ausgesetzt, die Abmachungen Stalins mit dem Dritten Reich neu zu bewerten. Daraus erklärt sich Gorbatschows – bis letzten Donnerstag¹² diskretes – Interesse an der Thematik.

Seit dem 28. März 1989 ist das Thema auf der offiziellen Agenda, als es auf einer der ersten Sitzungen der neugeschaffenen ZK-Kommission für Internationale Angelegenheiten behandelt wurde. Am 29. Mai 1989 mußte sich der zur Wahl zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets anstehende Lukjanow von Volksdeputierten nach seiner Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt befragen lassen (übrigens ebenso nach seiner Mitwirkung bei der Niederschlagung der Aufstandsbewegungen 1956 in Polen¹³ und Ungarn¹⁴ und 1968 in Prag¹⁵).

¹⁰ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, legte dar: „Nehmen wir das Jahr 1939. Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland vom 23. August war, realistisch gesehen, unvermeidlich [...]. Bezüglich des damit verbundenen ‚Geheimprotokolls‘ ist zu sagen, daß die Suche nach dem Original bislang ergebnislos verlief. Die Kopien, die im Westen in Umlauf sind und die uns bekannt sind, lassen aus verschiedenen Gründen den Verdacht einer Fälschung aufkommen. Die Anerkennung der Echtheit dieser Kopien auf der Ebene der sowjetischen Führung ist unsererseits nicht akzeptabel und würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen.“ Vgl. den Artikel „Der Sozialismus ist zu einer Erneuerung fähig“, NEUE ZEIT 1988, Heft 47, S. 8.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anlässlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

¹² 1. Juni 1989.

¹³ Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

¹⁴ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

¹⁵ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Die am 24. Mai 1989 veröffentlichte Erklärung der gemeinsamen sowjetisch-polnischen Historikerkommission zur Entwicklung 1939¹⁶ kann nur eine Art Zwischenbilanz darstellen. Sie wird die Erwartungen der Polen nicht befriedigen und bleibt hinter dem Stand der dank Glasnost schon sehr weit vorangeschrittenen innersowjetischen Diskussion zurück. An der Authentizität der Geheimen Zusatzprotokolle vom 23.8.1939 und vom 28.9.1939 werden die üblichen Zweifel geäußert. Dennoch wird nicht mehr geleugnet, daß es im August 1939 inhaltlich dem bekannten Text des Zusatzprotokolls entsprechende Vereinbarungen zwischen Berlin und Moskau gegeben hat. Die Erklärung betrachtet die sowjetische Politik vor dem Kriegsbeginn als zwangsläufig, an der das Dritte Reich, die Westmächte und – der Ermordete ist schuld! – Polen die Verantwortung tragen. Sowjetische Fehler seien – lediglich – die „Weißwaschung“ des NS-Regimes durch den Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 und die – 1941 allerdings annullierte – Leugnung des Fortbestehens des eigenständigen Polen gewesen.

2) Am 1. Juni 1989 nun forderte ein estnischer Deputierter die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur politischen und rechtlichen Neubewertung der Vereinbarungen vom 23. August 1939, die bis Ende Juni Ergebnisse vorlegen sollte. Die Verpflichtung der Archive, auch der des sowjetischen Außenministeriums, zur Mitarbeit wurde gefordert. Den baltischen Parlamentariern ist klar, daß die von offizieller Seite ständig gebrauchte Formulierung, die Originale der Vereinbarungen seien in sowjetischen Archiven „nicht gefunden“ worden, ihre Existenz nicht ausschließt. (Kriegsbedingte Aktenverluste des SAM-Archivs sind auch nicht bekannt.)

Die Brisanz des Themas wurde sofort deutlich, als sich ein russischer Deputierter aus Estland gegen den Vorschlag einer solchen Kommission wandte. Es sei schon soweit gekommen, führte er in geradezu rührender Naivität aus, daß die Russen in Estland als Okkupanten angesehen würden. Eher als auf der Höhe der Zeit stehend erwies sich der ebenfalls russische Zweite Sekretär der Litauischen KP, Berjosow, der forderte, das Problem müsse endlich gelöst werden.

Gorbatschow versuchte, dem baltischen Drängeln durch Nachgeben etwas von seiner Wucht zu nehmen und gleichzeitig einem Ausufern der Diskussion vorzubeugen. Es gelang ihm, den Kommissionsauftrag so zu formulieren, daß es sich nun um die politische und rechtliche Bewertung des Nichtangriffs-Abkommens (die weniger folgenreich sein dürfte als die Auseinandersetzung mit dem eigenen Imperialismus) ohne Behandlung des Zusatzprotokolls handelt. Er ließ zwar anklingen, daß es noch darüber hinaus „etwas“ gegeben habe, hielt es aber gleichzeitig für fraglich, daß nun die „Wahrheit mit einem Mal“ herauskommen werde. Darüber hinaus ließ er den estnischen Wunsch, die Ergebnisse der Kommission sollten veröffentlicht werden, unberücksichtigt, sondern schlug vor, daß – nur – dem Obersten Sowjet oder auch dem Volkskongreß berichtet werde. Er veranlaßte die Berufung des Politbüromitglieds Jakowljew zum Vorsitzenden der Kommission, der damit die „Wahrheitsfindung“ der Kommission des Kongresses der Volksdeputierten und die der Kommission des ZK „koordinieren“

¹⁶ Für den Wortlaut der Erklärung vgl. den Artikel „Zum Beginn des zweiten Weltkrieges“; NEUES DEUTSCHLAND vom 27./28. Mai 1989, S. 7.

kann, und hielt Außenminister Schewardnadse aus der Kommission des Kongresses heraus. Damit ist die Verpflichtung des sowjetischen Außenministeriums zur Mitarbeit natürlich geringer zu veranschlagen.

III. 1) Die Schlußfolgerung, Gorbatschow wolle die Wahrheit über die historischen Vorgänge des Jahres 1939 unterdrücken, ist sicherlich unangebracht. Es muß ihm aber darum gehen, sie langsam ans Licht der sowjetischen Öffentlichkeit treten zu lassen. Zahlreiche russische Deputierte, aber auch Abgeordnete aus anderen Unionsrepubliken, haben ihren Unmut mit den „querelles baltes“ deutlich bekundet. Am 6.6.1989 wandte sich der der russisch-nationalistischen Vereinigung „Pamjat“ nahestehende Schriftsteller Rasputin leidenschaftlich dagegen, daß alle Probleme der Sowjetunion den Russen angelastet würden. Das konservative Lager in der Sowjetunion ist eben noch zu groß, als daß Aktionen des großrussischen Imperialismus ohne weiteres enthüllt werden könnten. Diese Bastion kann nur langsam sturmreif geschossen werden. Dem diene sicherlich auch die nicht ohne Billigung Gorbatschows denkbare Fernsehsendung am 12. Mai 1989, in der Stalins Übersetzer, Bereschkow, die beiden Diktatoren Stalin und Hitler gleichsetzte und erstmals der breiten sowjetischen Öffentlichkeit eine Kopie des Geheimen Zusatzprotokolls präsentiert wurde.

In Anbetracht der im Vorfeld des NATO-Gipfels¹⁷ in westlichen Medien stark beachteten Befürchtungen vor einem angeblichen deutsch-sowjetischen Kondominium in Ostmitteleuropa (A. Rosenthal in „New York Times“¹⁸ u. a.) kann es nur begrüßt werden, wenn die Umstände der deutsch-sowjetischen Komplizenschaft 1939–1941 aufgeheilt werden, weil nur dann eine politisch-moralische, Vertrauen bildende Aufarbeitung dieses unseligen Kapitels möglich wird. Den Sowjets muß klar sein, daß zur Legitimierung ihrer Präsenz im „Europäischen Haus“ die Karten auf den Tisch müssen.

Sie sind schon weit vorangekommen: Im Frühjahr 1988 wurde in Lettland Gunnar Astra zu Grabe getragen. Er starb wohl an den Folgen der Haft, aus der er erst an der Jahreswende 1987/88 entlassen worden war. Verurteilt worden war er 1983 – zu zwölf Jahren Lager wegen der Übersetzung und Verteilung des Geheimen Zusatzprotokolls.

2) Der Druck, mit den Tatsachen herauszukommen, wird zunehmen. Im sowjetischen Außenministerium ist eine Dokumentation vorbereitet worden. Der litauische Ministerpräsident Sakalauskas erklärte am 22. Mai 1989 auf einer Pressekonferenz in Wien, „der Kreml“ habe eine offizielle und historisch untermauerte Stellungnahme zum Hitler-Stalin-Pakt bis August zugesagt. Im Juli und August 1989 werden sich überall im Baltikum Kundgebungen, Konferenzen und „Tribunale“ mit dem Hitler-Stalin-Pakt befassen. Dabei wird die Frage einer Null-und-Nichtig-Erklärung „ex tunc“ der Vereinbarungen vom 23. August 1939 erneut mit Heftigkeit gestellt werden. Schon am 18. Mai 1989 haben die Obersten Sowjets der Estnischen und der Litauischen Sowjetrepublik eine solche Erklärung gefordert. Es sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des US-Senats sich mit der Thematik beschäftigt.

¹⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁸ Vgl. den Artikel von A. M. Rosenthal „Nobody Tells the Truth“; THE NEW YORK TIMES vom 2. Mai 1989, S. A 25.

Senator Jesse Helms hat im vergangenen Herbst vom Auswärtigen Amt Ablichtungen der relevanten Dokumente erbeten und erhalten.

3) Es ist anzunehmen, daß sich auch uns gegenüber die Erwartungshaltung der Balten, aber auch der Polen, erheblich steigert. Wir werden an eine politisch akzentuierte Stellungnahme denken müssen, die auf die Gefühle der betroffenen Völker Rücksicht nimmt, ohne die Frage des territorialen Status zu verschärfen. Dazu ergeht besondere Vorlage.

Neubert

Anlage 1

Betr.: Geheimes Zusatzprotokoll zum Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 (Hitler-Stalin-Pakt);
hier: Überlieferungsgeschichte

Nach Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages wurde das deutsche Alternat im Büro Reichsaußenminister aufbewahrt. 1943/44 wurden diese Dokumente zusammen mit anderen Akten des Ministerbüros aus Sicherheitsgründen verfilmt. Im Frühjahr 1945 wurden sie nach Gut Schönberg in Thüringen ausgelagert. Ein Teil der nach Gut Schönberg ausgelagerten Akten des Auswärtigen Amtes wurde gegen Kriegsende aufgrund eines Verbrennungsbefehls vernichtet, ein Teil wurde von den Westalliierten erbeutet.

Infolge dieser Vorgänge blieb also nur ein Teil der sicherheitsverfilmten Akten und Urkunden im Original erhalten. Als Ersatz für die vernichteten Dokumente stellten die Alliierten von den erhalten gebliebenen deutschen Originalfilmen Positive und Papierreproduktionen her. Einige Dokumente wurden in der Edition „Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945“, die zunächst von den Alliierten herausgegeben wurde („Documents on German Foreign Policy“), publiziert.

Vom Nichtangriffsvertrag blieben im Original erhalten:

- die russische Ratifikationsurkunde;
- die Bekanntmachung über das Inkrafttreten;
- das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden;
- die in Artikel I des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28.9.1939 genannte Karte mit der durch Unterschriften von Stalin und Ribbentrop bestätigten Grenzziehung;
- die ergänzenden Protokolle vom 4.10.1939¹⁹ zum Vertrag vom 28.9.1939 in deutscher und russischer Fassung sowie die dazugehörigen Karten.

Die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls ist nachgewiesen durch die Verhandlungsakten der Botschaft Moskau, die im Original überliefert sind. Darüber hinaus ist die Echtheit vieler anderer mit dem Vertrag und seinen Bestandteilen zusammen verfilmter Dokumente nachweisbar.

Nach Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amtes an die Bundesregierung durch

¹⁹ Am 4. Oktober 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR ein Zusatzprotokoll zur Ausführung von Artikel I des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom 28. September 1939. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 193.

die Westalliierten ab 1956 wurden von dem Originalfilm Reproduktionen der Dokumente angefertigt, die für amtliche, wissenschaftliche und publizistische Benutzung zur Verfügung stehen.

Anlage 2

213-320.08

5. Juni 1989

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt;

hier: Unsere Beiträge zur innersowjetischen Diskussion

Anlg.: 3

I. Sowjetische Stellen sind in der Vergangenheit wiederholt an das Auswärtige Amt bzw. unsere Auslandsvertretungen herangetreten, um Klarheit über die Überlieferung des Hitler-Stalin-Paktes (deutsch-sowjetisches Nichtangriffsabkommen vom 23. August 1939 plus Geheimes Zusatzprotokoll) zu erlangen, so beispielsweise im Dezember 1987 Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Washington an unsere dortige Botschaft. Diesen Wünschen – seit Anfang 1988 erhielt auch unsere Botschaft in Moskau wiederholt Anfragen von „privater“ Seite – wurde in der Regel durch Übersendung von Kopien der nachgefragten Dokumente entsprochen. Am 11. November 1988 nahm der Redakteur der dem sowjetischen Außenministerium nahestehenden Zeitschrift „Neue Zeit“, Lew Besymenskij, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes die relevanten Dokumente in Augenschein. Da es keine Beziehungen zwischen den Archiven des sowjetischen Außenministeriums und des Auswärtigen Amtes gibt (Fehlen der Gegenseitigkeit), trat Besymenskij als Begleiter des Bonner Politologen Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen auf.

Am 13. Dezember 1988 empfing Herr D2 Prof. G.L. Smirnow, Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau, der sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt. Prof. Smirnow hatte vorher seinen Wunsch mitteilen lassen, Näheres über die Überlieferungsgeschichte der für die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941 relevanten Dokumente zu erfahren. Da es in unserem Interesse ist, Beiträge zur innersowjetischen Diskussion im Sinne einer „Vergangenheitsbewältigung“ zu leisten, wurde Prof. Smirnow umfassend informiert. Auf seine Bitten wurden ihm in der Folgezeit Kopien der relevanten Dokumente übermittelt (siehe Anlage 3), zu denen auch ein Faksimile der noch im Original erhaltenen Karte zu Artikel I des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 mit der durch Unterschriften von Stalin und Ribbentrop bestätigten Grenzziehung gehörte. Am selben Tage befaßte sich auch eine Konferenz in der „Historisch-Diplomatischen Verwaltung“ des sowjetischen Außenministeriums in Moskau mit den Entwicklungen, die zum Beginn des Zweiten Weltkrieges führten. Der „Wjestnik“ des SAM gebrauchte später in seiner Mitteilung über die Konferenz hinsichtlich der Überlieferung der Texte des Geheimen Zusatzprotokolls die gleiche Formulierung, die auch in der gemeinsamen Erklärung der sowjetisch-polnischen Historikerkommission vom 24. Mai 1989 gebraucht wurde, nämlich, diese Dokumente seien weder in

sowjetischen noch in westlichen Archiven gefunden worden. Damit wird einmal Bezug genommen auf den Besuch Besymenskij im Politischen Archiv, es ist aber auch nicht auszuschließen, daß die Sowjets bei den Außenministerien Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nachgefragt haben. Hierüber ist uns noch nichts bekannt.

II. Zur Entwicklung der innersowjetischen Diskussion: Beginnend mit der im Vermerk erwähnten Veröffentlichung in der estnischen KP-Zeitschrift „Volksstimme“ wurden die Geheimen Zusatzprotokolle wiederholt in der Sowjetunion publiziert. Während noch im August 1988 der ehemalige Botschafter der SU in Bonn, Valentin Falin (heute Leiter der Internationalen Abteilung des ZK), die Echtheit der Geheimen Zusatzprotokolle leugnete – Gorbatschow übernahm im Herbst 1988 die von Falin gebrauchte Version in einem Nachwort zur Veröffentlichung seiner Diskussion mit polnischen Intellektuellen im Juli 1988 –, zeichnete sich, ausgehend von einem Artikel des fortschrittlichen Historikers Jurij Afanassjew in „Sowetskaja Estonija“ (29. September 1988), die Linie ab, die Frage der Authentizität des Geheimen Zusatzprotokolls als letztlich zweitrangig zu betrachten, da kaum ein Zweifel daran bestehen könne, daß es zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im Jahre 1939 eine Absprache hinsichtlich der Einflußzonen²⁰ in Ostmitteleuropa gegeben habe. Unter dem Druck vor allem der Autonomiebestrebungen im Baltikum, aber sicherlich auf Drängen der Polen, rückt die Frage der deutsch-sowjetischen Abmachungen 1939 allmählich auf die Tagesordnung der innersowjetischen politischen Diskussion. Ende März 1989 wurde sie auf einer der ersten Sitzungen der neugeschaffenen Kommission des ZK für Internationale Fragen besprochen. Das belegt ihre Bedeutung bei den Bemühungen, die sowjetische Außenpolitik zu „entstalinisieren“.

Vor seiner Wahl zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets am 29. Mai 1989 mußte Politbürokandidat Lukjanow mehrere Stunden lang Fragen der Deputierten des Volkskongresses beantworten. Unter anderem stellten baltische Vertreter Fragen nach seiner Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt. In seiner Antwort teilte Lukjanow mit, daß eine vom ZK geschaffene Kommission sich damit bereits befasse. Am 2. Juni 1989 forderten Vertreter der drei baltischen²¹ Staaten dazu auf, daß der Kongreß der Volksdeputierten eine Kommission gründen solle, die die politische und rechtliche Bewertung der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen von 1939 vorzunehmen habe. Eine solche Kommission ist gegründet worden. Vorsitzender ist der Schriftsteller Tschingis Aitmatow, der Gorbatschow zur Wahl zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet vorgeschlagen hatte, Mitglied ist u. a. das Politbüromitglied Jakowlew. Bereits am 22. Mai 1989 hatte der litauische Ministerpräsident Sakalauskas auf einer Pressekonferenz in Wien mitgeteilt, „der Kreml“ habe den Balten eine offizielle und historisch untermauerte Stellungnahme zum Hitler-Stalin-Pakt bis August 1989 zugesagt. Ein einflußreicher Kommentator der Regierungszeitung „Iswestija“, Alexander Bowin, hat Vertretern unserer Botschaft mitgeteilt, er werde „demnächst“ das ihm von der Botschaft zur Verfügung gestellte Material zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941 veröffentlichen.

²⁰ Korrigiert aus: „Einschußzonen“.

²¹ Korrigiert aus: „freibaltischen“.

Wir haben uns also darauf einzustellen, daß in absehbarer Zeit mit entsprechender Publizität von sowjetischer Seite eine öffentliche Neubewertung des lange Zeit in seiner Existenz rundweg abgestrittenen Hitler-Stalin-Paktes vorgenommen werden wird. Wir werden uns dann eine politische (auch eine moralische) Stellungnahme überlegen müssen, die einerseits auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion, andererseits auf die Gefühle der von Abmachungen Betroffenen Rücksicht nimmt.

Nur als eine Art Zwischenbilanz ist die am 24.5.1989 veröffentlichte Erklärung der sowjetisch-polnischen Historikerkommission zum Kriegsbeginn 1939 zu werten. Sie bezweifelt die Tatsache der Abgrenzung der Einflußzonen in Ost-Mitteleuropa nicht mehr, betrachtet aber die sowjetische Politik als mehr oder weniger zwangsläufig. Als Fehler der SU werden lediglich die Aufwertung des NS-Regimes und die Leugnung der staatlichen Souveränität Polens zu gegeben.

III. Am Wochenende sind verschiedene Meldungen zu den Dokumentenübermittlungen an die sowjetische Seite erschienen. Hierzu ist folgendes zu sagen: Es wurde nicht das Original der Karte zum Vertrag vom 28. September 1939 geliefert, sondern nur ein farbgetreues Faksimile im Maßstab 1:1. Es hat weiter keine offizielle oder inoffizielle Anfrage des sowjetischen Außenministeriums gegeben, die Dokumente einsehen zu dürfen bzw. Kopien von ihnen zu erhalten. Dabei war uns selbstverständlich klar, daß sowohl Besymenskij als auch Smirnow nicht als „Privatiers“ zu uns gekommen sind. Es kann kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, daß Smirnow seinen Vorstoß nicht ohne Wissen Gorbatschows unternommen hat.

Selbstverständlich handelte es sich nicht um eine Lieferung von „geheimen“ Dokumenten. Vielmehr sind alle in Rede stehenden Unterlagen bereits vor längerer Zeit veröffentlicht worden, so z. B. in den „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ Serie D, Band VII und VIII, erschienen 1956 und 1961. Band VII wurde noch unter ausschließlicher Regie der westlichen Alliierten herausgegeben. Das Auswärtige Amt hat im Februar 1989 Doppel dieser beiden Bände Prof. Smirnow, dem weder die Überlieferung der Unterlagen zum Hitler-Stalin-Pakt noch die Tatsache, daß sie bereits seit längerem publiziert waren, bekannt war, übergeben.

Höfer-Wissing

Referat 213, Bd. 147112

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel

341-320.10 CHN

9. Juni 1989¹

Über Herrn Dg34², Herrn D3 i. V., Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴
 Betr.: Verhalten der Botschaft Peking bei Aufnahmeersuchen durch chinesische
 Studenten

Bezug: Weisung StS Dr. Sudhoff vom 8.6.1989

Zweck der Vorlage: Zur Billigung des Vorschlages unter Ziff. 4)

1) Der Bochumer Sinologe Prof. Dr. Martin hat gestern StS Sudhoff angerufen und ihn abstrakt auf die mögliche Entwicklung hingewiesen, daß 15–20 chinesische Studentenführer vor dem in die Universitäten einrückenden Militär in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht zu nehmen versuchen könnten. Prof. Martin wies darauf hin, dies könne für die Botschaft gefährlich sein. Er verbinde damit auch kein konkretes Petikum.

2) Für das Verhalten deutscher Auslandsvertretungen im Falle des Ersuchens um Zuflucht in der Botschaft gelten nachstehende Grundsätze (RE 50/2 vom 16. April 1968):

a) Die Bundesrepublik Deutschland hat in Übereinstimmung mit der Auffassung anderer europäischer Staaten das Bestehen eines diplomatischen Asylrechts stets verneint. Demzufolge sind die deutschen Auslandsvertretungen nicht berechtigt, politischen Flüchtlingen in den deutschen Missionsgebäuden diplomatisches Asyl zu gewähren.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel und Botschaftsrat Röhr, z. Z. Bonn, konzipiert.

² Klaus Zeller.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, Ministerialdirigent Zeller und „D 3 i. V.“ hätten im Entwurf abgezeichnet. Ferner notierte er: „Siehe mein Vermerk.“

In einer Aufzeichnung vom selben Tag legte Sudhoff dar: „1) Ich halte die Betrachtung dieser Vorlage für zu abstrakt. 2) Ich bin der Meinung, daß die Botschaft niemanden abweisen kann und darf, dem es gelingt, an ihre Tür zu klopfen und Aufnahme zu erbitten. 3) Wegen der Unübersichtlichkeit der Entwicklung in China schlage ich eine Weisung an die Botschaft Peking vor, wonach diese ermächtigt und angewiesen wird, Zufluchtsuchende zunächst einmal einzulassen und hierüber sofort zu berichten. Über Zahlen läßt sich gegenwärtig überhaupt nichts sagen. Humanität ist keine Frage von Zahlen. Die Frage der Kapazität wäre anschließend zu prüfen. Gleichzeitig sollte die Botschaft angewiesen werden, unmittelbar nach Aufnahme der ersten Studenten mit dem Außenministerium Kontakt aufzunehmen, um eine Lösung zu erreichen, die den Sicherheitsinteressen der Studenten entspricht. Auf jeden Fall sollten sie vor dem ersten gewaltsamen Zugriff der Militärs gerettet werden.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161818.

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 12. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum erst am 12.6. 11:45 [Uhr] vorgelegt?“ Ferner notierte er zu den handschriftlichen Bemerkungen des Staatssekretärs Sudhoff: „Ja.“

Hat Legationsrat I. Klasse Gerds am 12. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit und Zeller am 13. Juni 1989 vorgelegen.

b) Vom diplomatischen Asyl streng zu trennen ist die Gewährung der sogenannten zeitweiligen Zuflucht. Hierunter wird der Schutz verstanden, der bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände, etwa im Falle eines Bürgerkrieges oder einer Revolution, einem in unmittelbarer Leibes- oder Lebensgefahr befindlichen Menschen gewährt wird. Wenn eine Person, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit, unmittelbare Gefahr läuft, z.B. während eines gewaltsamen Umsturzes oder im Falle von Unruhen ihres Lebens oder ihrer Freiheit beraubt zu werden, ohne den Rechtsschutz eines ordentlichen Verfahrens vor den zuständigen Behörden des Territorialstaates in Anspruch nehmen zu können, kann eine deutsche Auslandsvertretung allein aus humanitären Gründen eine zeitlich begrenzte Zuflucht im Missionsgebäude gewähren.

Die Respektierung dieses humanitären Aktes durch die Behörden des Empfangsstaates beruht allein auf dem Umstand, daß diese gehalten sind, die räumliche Immunität des Missionsgebäudes zu achten. Eine besondere völkerrechtliche Grundlage für die Gewährung der zeitweiligen Zuflucht besteht indes nicht.

Sind die außergewöhnlichen Umstände weggefallen, die allein die zeitweilige Zuflucht zu rechtfertigen vermögen, so ist der Flüchtling aufzufordern, das Missionsgebäude zu verlassen.

Verlangen die Strafverfolgungsbehörden des Gastlandes seine Übergabe, so ist diesem Ersuchen grundsätzlich Folge zu leisten, wobei es zweckmäßig sein kann, das Außenministerium des Empfangsstaates einzuschalten. Der Leiter einer Vertretung ist nicht berechtigt, eine Person, der er zeitweilige Zuflucht gewährt hat, den lokalen Gerichten zu entziehen, auch wenn sie nach der Übergabe an die Behörden des Empfangsstaates – zu Recht oder Unrecht – eine Verurteilung ausschließlich wegen politischer Vergehen zu erwarten hat.⁵

Ergebnis:

Danach brauchen Chinesen, die auf das Gelände der Botschaft Peking gelangen, dies auch auf Aufforderung chinesischer Behörden nicht sogleich wieder zu verlassen. Zumindest während Gesprächen von angemessener Dauer zwischen Vertretern der Botschaft und chinesischen Behörden brauchen sie nicht an letztere herausgegeben zu werden.

3) Die konkreten Umstände machen es in Peking für einen Chinesen nicht leicht, das Gelände der Botschaft ohne weiteres zu betreten. Die Botschaft wird 24 Stunden am Tage durch ein bis zwei Soldaten bewacht, die sich am Tor der durch eine ca. 2m hohe Mauer umfriedeten Botschaft aufhalten und von jedem Chinesen, der das Botschaftsgelände betreten möchte, einen ihn hierzu berechtigenden Ausweis oder eine schriftliche Einladung der Botschaft verlangen. Verfügt der potentielle Besucher über kein entsprechendes Dokument, so bedarf es der Abholung durch einen Botschaftsangehörigen am Tor sowie – natürlich – der Genehmigung des Soldaten zum Betreten des Botschaftsgeländes. Diese wird unter normalen Umständen allerdings regelmäßig erteilt. Ein Überklettern der Mauer dürfte jedoch insbesondere zur Nachtzeit ohne größere Schwierigkeiten möglich sein.

⁵ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dazu R[ücksprache].“

4) Es wird vorgeschlagen, die Botschaft Peking anzuweisen, bei zufluchtsuchenden Studenten zu prüfen⁶, ob eine unmittelbare Bedrohung für Leib und/oder Leben besteht. In diesem Falle sollten sie zunächst in der Botschaft aufgenommen und das weitere Verhalten der chinesischen Behörden abgewartet werden. Soweit eine unmittelbare Bedrohung nicht zu gewärtigen ist, sollten die Studenten aufgefordert werden, das Botschaftsgelände wie normale Besucher zu verlassen.⁷

5) Die Referate 500 und 502 haben mitgewirkt.

Scheel

Referat 341, Bd. 161818

175

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12926/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 701

Aufgabe: 9. Juni 1989, 12.18 Uhr¹
Ankunft: 9. Juni 1989, 13.05 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz 8./9.6.89 in Brüssel;
hier: Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis

1) Nach der Begrüßung der Minister erteilte GS Wörner dem Vorsitzenden des Militärausschusses, General Altenburg, das Wort zur traditionellen einleitenden Erklärung, die gesondert übermittelt wird.²

2) GS wies einleitend darauf hin, daß die DPC-Ministersitzung unter dem Einfluß des sehr erfolgreichen NATO-Gipfels³ stehe, der Vitalität und Zusammenhalt des Bündnisses überzeugend dokumentiert habe. Der Gipfel habe nicht nur eine Lösung für die SNF-Problematik gefunden, sondern auch die Bush-Initiative

⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie denn?“

⁷ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wer will denn das beurteilen?“
Vgl. den Drahterlaß Nr. 4844 des Vortragenden Legationsrats I. Scheel vom 12. Juni 1989 an die Botschaft in Peking und das Generalkonsulat in Schanghai; Referat 341, Bd. 161818.
Am 13. Juni 1989 teilte Scheel der Botschaft in Peking und dem Generalkonsulat in Schanghai mit, ergänzend werde gebeten, „Zufluchtsuchende zunächst in der Vertretung aufzunehmen. Niemand, dem es gelingt, bei der Vertretung um Aufnahme zu bitten, soll abgewiesen werden.“ Weiter hieß es: „Über jede Zufluchtnahme soll mit Citissime-DB berichtet werden. Bevor Kontakt mit dem chinesischen Außenministerium (Schanghai: Außenamt der Stadt) aufgenommen wird, ist Weisung einzuholen. Ziel des Kontakts muß es sein, die persönliche Sicherheit der Studenten zu gewährleisten.“
Vgl. den Drahterlaß Nr. 4886; Referat 341, Bd. 161813.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 12. Juni 1989 vorgelegen.

² Vgl. den Drahtbericht Nr. 705 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 9. Juni 1989; Referat 201, Bd. 151213.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

zur konventionellen Rüstungskontrolle⁴ voll indossiert sowie das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung und eine politische Erklärung⁵ verabschiedet. Diese Erklärung sei ein wichtiges Ergebnis des Gipfels gewesen: Sie habe Kurs und Vision des Bündnisses mit weitgesteckten Zielen bestimmt und die Trennung Europas als die eigentliche Ursache von Spannungen identifiziert. Sicherheit und Stabilität bleiben das Ziel des Bündnisses; Verteidigungsplanung und Rüstungskontrolle müßten sich gegenseitig ergänzen und stützen. Bis zur Erreichung einer Vereinbarung zur konventionellen Stabilität müsse das Bündnis das Niveau seiner Streitkräfte halten. Wenn Verteidigungshaushalte schon vor Erreichung einer Vereinbarung abnehmen, berge dies die Gefahr einer strukturellen Abrüstung in sich. Auch nach Durchführung der von der SU angekündigten einseitigen Reduzierungen verbleibe ein substantielles Ungleichgewicht zugunsten des WP. Daher sei es auch weiterhin wichtig, der westlichen Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Verteidigung und von Nuklearwaffen zur Kriegsverhinderung zu erläutern: Auch konventionelle Stabilität mache Nuklearwaffen nicht verzichtbar.

3) Auf Vorschlag GS konzentrierte sich die Diskussion zunächst auf die noch offenen Formulierungen im Teil „Resource Guidance“ der „Ministerial Guidance“ zu Para 26. Die Stellungnahmen der VM ließen in der ersten Runde die bekannten kontroversen Standpunkte zur Aufrechterhaltung des Drei-Prozent-Ziels⁶ deutlich werden. Insbesondere US-VM und GB-VM plädierten für eine Beibehaltung der Drei-Prozent-Wachstumsrate und somit für Para 26 in der Fassung a). Ein Abgehen von dieser Formel wäre ein falsches Signal gegenüber dem Warschauer Pakt, mit dem die Abrüstungsverhandlungen in der Ausgangsposition der Stärke begonnen werden sollten. Darüber hinaus stärke ein Beibehalten der Drei-Prozent-Formel die Position der nationalen VM gegenüber ihren Finanzministern und den Parlamenten.

Die Verfechter (insbesondere NL und NWG) einer allgemeinen Wachstumsformel ohne Nennung der Drei-Prozent-Ziffer (Para 26a) in der zweiten Fassung) sprachen sich für einen neuen Realismus in der Planung der Verteidigungsanstrengungen sowie für Glaubwürdigkeit und Flexibilität aus. So betonte z.B. der dänische VM⁷, daß die Verabschiedung der „Resource Guidance“ im engen Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel und dessen Abrüstungsinitiativen zu sehen sei. Wenn man öffentliche Unterstützung für weiter steigende Verteidigungsanstrengungen erreichen wolle, könne man nicht an überzogenen Zielen der

⁴ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

⁶ In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitgliedstaaten eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

⁷ Knud Enggaard.

Vergangenheit festhalten. Auch der belgische VM⁸ betonte insbesondere das Argument der Glaubwürdigkeit gegenüber dem Publikum. Nach dem Gipfel sei ein Bestehen auf drei Prozent realem Wachstum das falsche politische Signal in der Öffentlichkeit.

BM⁹ betonte in seiner Intervention, daß fast alle Nationen auch in der Vergangenheit das Ziel eines Drei-Prozent-Realwachstums der Verteidigungsausgaben nicht erreicht hätten, geschweige denn für die Zukunft ein solches planen. Er habe daher Zweifel daran, an der Nennung dieser Ziffer festzuhalten. Im übrigen zeigte er sich offen für neue Formulierungen zu diesem Ziel.

Nach Abschluß der ersten Runde stellte GS ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Befürwortern der alten Drei-Prozent-Formel auf der einen Seite und Vertretern einer allgemeineren, nicht quantifizierten Formulierung auf der anderen Seite fest. Als Möglichkeit, Konsens in dieser wichtigen Frage zu erreichen, schlug GS als Kompromiß vor, Para 26 a) in der allgemeinen Formulierung zu beschließen, dabei aber ausdrücklich auf Para 24 der „Ministerial Guidance“ Bezug zu nehmen, in der das Drei-Prozent-Realziel ausdrücklich genannt sei. Im übrigen wurde Unterbrechung um zehn Minuten zur Beratung der Delegationen vereinbart.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen bat GS um neue Meinungsäußerung. Norwegischer VM plädierte als erster stark für den Kompromißvorschlag des GS (mit leichter Variation in Para 24, die der Abschwächung der genannten drei Prozent dienen soll) und nannte das Festhalten an drei Prozent ausdrücklich als kontraproduktiv.

Niederländischer VM zeigte überraschenderweise starkes Verständnis für US-Haltung und erklärte Bereitschaft, Para 26 a) in der ersten Fassung mit Nennung der Drei-Prozent-Formel zu akzeptieren. Einzige Bedingung der NL sei dabei, daß die Formulierung „for the present“ ersetzt würde durch „in the absence of more tangible improvements in overall military force posture“.

BM erklärte seine Unterstützung für den Kompromißvorschlag des GS.

US-VM, GB-VM, I-VM¹⁰ votierten für die neue Position der NL. Dänischer, belgischer und griechischer VM¹¹ waren für Kompromißvorschlag des GS.

Angesichts dieser Differenzen vertagte GS die weiteren Erörterungen zur „Resource Guidance“ auf das Mittagessen, bei dem die Minister sich dann auf den als Anhang zum Communiqué veröffentlichten Text einigten.¹²

4) Aus der allgemeinen Diskussion ist festzuhalten:

- US-VM Cheney würdigte die Gipfelergebnisse, sah das Bündnis in einer wichtigen und hoffnungsvollen Phase und begrüßte, daß die HLTF mit der Ausformulierung der US-Vorschläge begonnen habe. Er warnte vor einer Reduzierung

⁸ Guy Coëme.

⁹ Gerhard Stoltenberg.

¹⁰ Valerio Zanone.

¹¹ Ioannis Charalambopoulos.

¹² Für den Wortlaut des Communiqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Juni 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 112–114. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 367–369.

Für den Wortlaut der Anlage (Ressourcenrichtlinie) vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 369 f.

von Verteidigungsausgaben vor Abschluß eines konkreten Wiener Ergebnisses¹³, gab aber zu, daß das Drei-Prozent-Ziel nicht von allen Partnern und auch nicht von den USA erreicht werde. Bei ihren in Europa stationierten Kräften würden die USA aber keine einseitigen Reduzierungen vornehmen. So sei beabsichtigt, etwa 4000 der nach Durchführung des INF-Vertrages¹⁴ in Europa entbehrlichen 8000 Mann neue Aufgaben in Europa zuzuteilen. Während 86 militärische Einrichtungen in USA geschlossen würden, seien US-Kräfte in Europa hiervon nicht betroffen. So begrüßenswert die Verlegung des 401. US-Geschwaders von Spanien nach Italien und insbesondere die Finanzierung aus dem Infrastrukturhaushalt sei, so verursache diese Maßnahme den USA dennoch erhebliche zusätzliche Kosten. Daher plädiere er dafür, an der Drei-Prozent-Bemühensklausel festzuhalten, auch wenn er die Probleme mancher Kollegen damit verstehe.

- ¹⁵NWG-VM Holst bezeichnete es als wichtige Aufgabe, die Verteidigungsplanung mit möglichen tiefen Einschnitten in Ost und West zu koordinieren. Der Charakter der Bedrohung ändere sich. Die Strategie der flexiblen Erwidern¹⁶ und das Prinzip der Vorverteidigung blieben gültig, aber es stelle sich die Frage der künftigen Implementierung. Die strategische Einheit des Bündnisses müsse gewahrt werden. Es dürften keine Zonen geschaffen werden, und an Reduzierungen im konventionellen Bereich sollten sich auch kleinere Staaten beteiligen können. Reduzierungen in Europa machten Verstärkungsplanungen dringlicher und erhöhten die Bedeutung der transatlantischen Seeverbindungen. Seestreitkräften komme eine globale Bedeutung zu. Sie eigneten sich nicht für den Einschluß in regionale Regelungen und Reduzierungen. Wohl aber sollte auch auf See mehr Vertrauen geschaffen und das Risiko von Zwischenfällen verringert werden. Es wäre ideal, wenn die Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses so strukturiert würden, daß sie dem WP Anreize für weitere Reduzierungen bieten. Dabei sei klar, daß in Mängelbereichen der westlichen Verteidigung erhöhte Anstrengungen unternommen werden müßten.
- GB-VM Younger bezeichnete die Koordinierung zwischen Verteidigungsplanung und Rüstungskontrolle als vordringlich. Dabei seien die Fragen der Einbeziehung doppelt einsatzfähiger Flugzeuge, von Zonen, der Aufteilung von Reduzierungen auf Regionen und Länder zu lösen. Die Verbesserung der West-Ost-Beziehungen auch im militärischen Bereich sei im Grunde erstaunlich, wie er bei dem kürzlichen Besuch des WP-Oberbefehlshabers Luschew in London festgestellt habe. Dies eröffne große Hoffnungen für die Zukunft, doch sei die militärische Situation im Augenblick noch fast unverändert. GB trete für Vertrauensbildung ein, aber auch für die genaue Einhaltung geschlossener Verträge. Noch produziere die SU 3000 Panzer im Jahr, und eine Rückkehr zu alten Drohgebärden sei noch nicht gänzlich ausgeschlossen. Eine starke westliche Verteidigung und die Beseitigung erkannter Mängel seien daher die

¹³ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

¹⁴ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 702 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

beste Grundlage, um eine weitere Verbesserung der West-Ost-Beziehungen herbeizuführen.

Die Verbindung zwischen Verteidigungsplanung und konventioneller Rüstungskontrolle sei wichtig und bedürfe einer effizienten Maschinerie im Bündnis. Er schlage vor, daß die „Executive Working Group“ (EWG) sich mit den Auswirkungen konventioneller Rüstungskontrolle auf die Verteidigungsplanung befasse. Dies sollte die Rolle der HLTF in keiner Weise schwächen.

Aufgabe der EWG sollte es auch sein, die Entwicklung in Wien zu verfolgen.

Das Drängen von Gorbatschow und der allgemeine Druck auf die Verteidigungshaushalte dürften nicht zu einer strukturellen Abrüstung führen. Erforderlich sei vielmehr ausgehandelte Rüstungskontrolle. Es sei ein großer Erfolg des Gipfels, daß das Bündnis neue, eigene Vorschläge unterbreitet und zugleich festgestellt habe, daß angemessene Verteidigungsfähigkeit für unsere Sicherheit notwendig sei.

- NL-VM Bolkestein wies darauf hin, daß Vereinbarungen in Wien früher als erwartet möglich werden könnten. Daher müsse schon jetzt an Auswirkungen auf die Verteidigungsplanung gedacht werden, auch um z. B. zu vermeiden, daß Rüstungsinvestitionen in Bereichen erfolgten, für die in Wien eventuell Obergrenzen ausgehandelt würden.

Wie wolle das Bündnis Reduzierungen auf die Bündnisländer aufteilen? Wie würden hierbei kleinere Länder berücksichtigt? Man müsse dabei auch an das Problem der „Minimalgröße“ denken.

- KAN-VM McKnight räumte ein, daß der kanadische Verteidigungshaushalt sinke, doch werde Kanada an seinem Beitrag zur Verteidigung Europas festhalten und sein Personal in Lahr in bescheidenem Umfang erhöhen. Der AMF¹⁷ werde ein Infanterie-Bataillon zur Verfügung gestellt. Auch in Kanada müßten 14 militärische Einrichtungen geschlossen werden. Einschränkungen gäbe es bei den Plänen für nuklearangetriebene U-Boote.
- E-VM Serra berichtete kurz über seinen kürzlichen Besuch in der SU.¹⁸ VM Jasow habe sich viel Zeit für seinen Besucher genommen und in großer Offenheit auch heikle Fragen diskutiert. Nach Serras Eindruck hätten die SU-Militärs eingesehen, daß sie einen Rüstungswettlauf mit dem Westen nicht gewinnen könnten. Sie unterstützten daher weitgehend die Linie Gorbatschows. Der Reformprozeß begegne freilich Schwierigkeiten: z. B. bei der beabsichtigten Umwandlung von Rüstungsindustrie in Konsumindustrie oder z. B. bei der Reduzierung von militärischem Personal, das nicht so einfach in den zivilen Arbeitsprozeß einzugliedern sei. Die Verschrottung veralteter Rüstungsgüter sei dagegen leichter. Der politische Wille zu Reform und Umstrukturierung sei vorhanden.
- NL-VM Bolkestein, der im Mai als erster NATO-VM Ungarn besucht hatte¹⁹, zeigte sich von Offenheit und Gastfreundschaft dort beeindruckt. Er habe militärische Einrichtungen und eine Luftverteidigungsübung besucht. Sein

¹⁷ Allied Command Europe Mobile Force.

¹⁸ Der spanische Verteidigungsminister Serra hielt sich vom 19. bis 24. Mai 1989 in der UdSSR auf.

¹⁹ Der niederländische Verteidigungsminister Bolkestein besuchte Ungarn vom 23. bis 26. Mai 1989.

ungarischer Kollege²⁰ habe erklärt, der Kalte Krieg sei vorbei, und es sei wichtig, daß nicht nur die Supermächte, sondern auch die kleineren Länder miteinander sprächen. Ziel der ungarischen Politik sei es, eine pluralistische Gesellschaft mit offenem Wirtschaftssystem zu schaffen mit einer rein defensiven Streitkräftestruktur. Ungarn habe keine Schwierigkeiten, in Wien erheblichen Reduzierungen zuzustimmen. NL-VM kündigte an, daß er den ungarischen VM und ungarischen GenStChef²¹ zum Gegenbesuch in NL eingeladen habe.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13518 (214)

176

Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 996

Aufgabe: 10. Juni 1989, 10.45 Uhr¹

Ankunft: 10. Juni 1989, 15.47 Uhr

Betr.: Besuch BM Genscher in Budapest am 9.6.1989

I. Bundesminister Genscher stattete Budapest am 9.6.1989 einen eintägigen Besuch ab. Er nahm an der Eröffnung des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung teil und hielt dabei eine Rede „Europa auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedensordnung“². Auf dem anschließenden Empfang traf er mit dem Präsidenten des Verbandes der Ungarndeutschen³ sowie mit Parlamentsabgeordneten deutscher Nationalität zusammen. Zu kurzen getrennten Gesprächen empfing er Führungsmitglieder des Bundes der Freien Demokraten, der Sozialdemokratischen Partei, der kleinen Landwirte sowie des ungarischen Demokratischen Forums.

Am Nachmittag führte BM Genscher Gespräche mit Außenminister Horn, Staatsminister Pozsgay, Ministerpräsident Németh sowie dem GS der USAP, Grósz.⁴ Dem Gespräch im Außenministerium ging die Unterzeichnung der Vereinbarung über die Errichtung des ungarischen Kulturinstituts in Stuttgart⁵

²⁰ Ferenc Kárpáti.

²¹ Chef des Generalstabs der ungarischen Streitkräfte war József Pacsek.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 24. Juni 1989 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vgl. BULLETIN 1989, S. 530–535.

³ Károly Manherz.

⁴ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh und Staatsminister Pozsgay am 9. Juni 1989 in Budapest vgl. Dok. 177.

⁵ Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 9. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Ungarns über die Errichtung eines Kultur- und Informationszentrums Ungarns in der Bundesrepublik vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 482f.

voraus. BM Genscher schloß den Besuch mit einer internationalen Pressekonferenz ab.

II. Aus dem Gespräch mit AM Horn halte ich zusammenfassend folgendes fest: Nach Dank, auch im Namen von Herrn Mischnick, für die Aufnahme in Budapest anlässlich der Eröffnung des Büros der FNS begrüßte BM im neuen Außenminister einen alten guten Bekannten, dem großes Vertrauen entgegengebracht werde. BM sagte, die Rede Horns in Hamburg vor der Atlantischen Versammlung⁶ habe ein starkes Echo gefunden. Wir beobachteten die Entwicklung in Ungarn mit Aufmerksamkeit und Sympathie. Ungarn habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Der Weg dazu sei nicht leicht. Es sei jedoch die einzige Möglichkeit. In der EG gäbe es eine dynamische Entwicklung. Dynamisch entwickelten sich auch die Dinge in Ungarn, Polen und der Sowjetunion. Das kürzliche Gipfeltreffen der NATO⁷ eröffne gute Perspektiven für das Ost-West-Verhältnis und auch für den Abrüstungsprozeß. In Bonn stehe der Besuch Gorbatschows bevor.⁸ Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Eröffnung des Kulturinstituts in Stuttgart sei im deutsch-ungarischen Verhältnis ein weiterer Schritt voran getan worden. Im ganzen bestünden gute Perspektiven. Wie sich die Dinge fortentwickelten, hänge von uns allen ab. Er wünsche mit AM Horn darüber zu sprechen, was wir weiter tun könnten.

AM Horn erwiderte, es sei wichtig, daß Ungarn Vertrauen geschenkt werde. Die BR Deutschland spiele in Europa und im Ost-West-Verhältnis eine Schlüsselrolle, und BM komme dabei eine herausragende Rolle zu. Dies werde nun in ganz Europa anerkannt. Besonders wichtig sei, daß die BR Deutschland ein stabilisierender und kreativer Faktor sei.

Zur ungarischen Politik sei folgendes zu sagen:

- 1) Die Entwicklung in Ungarn werde von der USAP geführt, allerdings vor dem Hintergrund einer Krise, die alles determiniere. Daraus folgten Spannungen, für deren Lösung die Partei Verantwortung trage.
- 2) Ungarn sei entschlossen, Anschluß an Europa zu finden. Als Maßstab stehe ihm Westeuropa vor Auge.
- 3) Die USAP wolle an der Macht bleiben, schließe jedoch Möglichkeit eines Parteiwechsels an der Macht nicht aus. Falls eine andere Partei die Macht übernehme, würde dies zu einem Systemwechsel führen. Dies würde das internationale Umfeld Ungarns berühren. Man brauche noch zehn bis zwölf Monate, um die Reform einschließlich der Verabschiedung der Verfassung durchzusetzen. Vielleicht komme es noch in diesem Jahr zu Wahlen in Ungarn. Es bestehe ein vitales Interesse daran, daß dieser Prozeß ohne Stockung vonstatten gehe.
- 4) Ungarn möchte ein gutes Verhältnis zur sozialistischen Welt unterhalten, aber es gäbe zunehmend Probleme. Die Krisenerscheinungen in den sozialistischen Ländern wirkten sich auf Ungarn aus. Die politischen Bestrebungen Ungarns und

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Staatssekretärs im ungarischen Außenministerium, Horn, am 15. November 1988 bei der Tagung der Nordatlantischen Versammlung vom 13. bis 18. November 1988 in Hamburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 73–76 (Auszug).

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

die einiger seiner Verbündeten seien nicht synchron. Man müsse einen Weg finden, damit die Differenzen nicht zu Konflikten ausarteten. Die Entwicklung in China und Polen sei für Ungarn kein Anlaß, die Reformen zu zügeln, sondern im Gegenteil entschieden weiterzugehen. Die sozialistischen Länder sollten sich nicht in die Angelegenheiten der jeweils anderen einmischen. In dieser Absicht wolle man Anfang Juli in Bukarest⁹ auftreten. Der Warschauer Pakt müsse modernisiert werden. Das Verhältnis zwischen den sozialistischen Ländern müsse entideologisiert werden. Diese Differenz sei zur Zeit unüberbrückbar.

5) Was Westeuropa und USA betreffe, so seien für Ungarn deren Sympathie und deren Stellungnahmen zur ungarischen Außen- und Innenpolitik wichtig. Jedoch sei all dies zu wenig. Es sei eine Tatsache, daß Ungarn außerstande sei, finanzielle Ressourcen für die Modernisierung der Wirtschaft freizumachen, und zwar wegen des Schuldendienstes sowie des Umstandes, daß Bevölkerung nicht weiter belastbar sei.

Ungarn bitte um Unterstützung, wobei er ausdrücklich die Bundesrepublik von seiner Feststellung ausnehmen wolle, Sympathien seien zu wenig. Er wolle die Anregung zu Kapitalanlagen in Ungarn geben. Dann sei Ungarn daran interessiert, daß der Abbau der Kontingente der EG von 1995 auf Ende 1992 vorverlegt werde. Es sei wichtig, wenn die Bundesrepublik erwägen würde, gegenüber Ungarn ein präferentielles Zollsystem, wie seinerzeit gegenüber Jugoslawien, einzuführen. Man trage sich mit dem Gedanken eines Freihandelsabkommens mit der EG. Dafür gäbe es zwei Voraussetzungen, nämlich die Liberalisierung der Importe und die Konvertibilität des Forint. Ungarn erwäge die Aktivierung der Europäischen Investitionsbank. Sie könnte möglicherweise Großprojekte der Infrastruktur finanzieren.

Er habe die Botschaft des Bundesministers zur Abrüstung erhalten. Im Zusammenhang mit den Wiener Gesprächen¹⁰ sollten Themen wie z.B. Subregionen, Truppenabbau, Luftwaffen erörtert werden. Ungarn habe Vorschläge, die denen der Bundesrepublik nahestünden. Er schlage vor, daß die deutsche Delegation möglichst bald zu Gesprächen aus Wien nach Budapest komme.

BM sagte, wir seien uns bewußt, was die Entwicklung anderer Parteien in Konkurrenz zur USAP und auch für das System bedeute. Besonders wichtig sei die Feststellung, daß Ungarn sich weder durch Ereignisse in Polen noch in China in seinem Kurs beirren lasse. Dazu habe es auch keinen Anlaß. Es gäbe fundamentale Unterschiede zwischen ungarischer Reform und den Veränderungen in China. In China sei versucht worden, die Reform auf die Wirtschaft zu begrenzen. Dies habe zur Konfrontation mit den Massen führen müssen. Im Grunde gäbe es keine sektorale Freiheit. Im Wahlergebnis¹¹ sei der Mangel der polnischen Entwicklung deutlich geworden. PVAP habe sich zur Wahl gestellt, jedoch nicht für eine Alternative gesorgt. Solidarität sei keine Partei und dürfe keine Partei

⁹ Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

¹⁰ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

¹¹ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

sein. Jetzt sei die Lage eingetreten, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihre Stimme zwar nicht der PVAP gegeben habe, aber auch keine Partei habe wählen können. Der ungarische Ansatz mit der Verabschiedung eines Parteiengesetzes sei richtig. Im übrigen sei wichtig, Vorsorge dafür zu treffen, daß es nicht zu einer Zersplitterung der Parteien komme. Die Fünf-Prozent-Klausel unseres Wahlgesetzes¹² sei richtig. Die Weimarer Republik sei unter anderem an der Zersplitterung des Parteiensystems gescheitert.

In Europa säßen wir in einem Boot, Ungarn wünsche den Erfolg seiner Reformpolitik, wir wünschten ihn auch. In der Kooperation habe Europa eine bessere Zukunft. Dies setze die Überwindung ideologischer Antagonismen voraus. Es verlange, daß überall die Menschenrechte akzeptiert würden. Gegenwärtig sei notwendig, die ungarische Reform und zugleich die Fehler der Vergangenheit zu finanzieren. Offenkundig gehe dies nicht zur gleichen Zeit. Diese Einsicht liege dem Verhalten der Bundesrepublik gegenüber Ungarn zugrunde. Er hoffe, daß es uns gelinge, unsere Freunde von dieser Philosophie zu überzeugen. Was Kontingente betreffe, so seien wichtige Schritte getan worden, weitere würden folgen. Es wäre ein vernünftiger Schritt, die Europäische Investitionsbank zu aktivieren. Ungarn habe Interesse an politischen Gesprächen mit der EG. Wenn es einen förmlichen Antrag auf Konsultationen mit der EPZ stellen würde, würden wir uns dafür einsetzen. Er würde es für ideal halten, den Antrag so rechtzeitig zu stellen, daß es im September in New York zu einem Treffen der zwölf Außenminister mit AM Horn kommen könne. Man sollte dann direkt zum Kern der Sache kommen. Anschließend könne man das Gespräch im Kreis der zwölf Außenminister aufarbeiten. Die gegenwärtige spanische Präsidentschaft würde den Antrag positiv aufnehmen. Dasselbe gelte auch für die kommende französische Präsidentschaft.¹³ Am 26.6. werde es Konsultationen über die Wiener Verhandlungen¹⁴ in Wien geben.¹⁵ Von dort könne der Abrüstungsbeauftragte¹⁶ sehr schnell nach Budapest reisen. Wir seien daran interessiert, daß die Verhandlungen in Wien schnell vorankämen. Durch die Kurzstreckenraketen würden unsere Hände immer heißer. Mit den konventionellen Verhandlungen bestünden gute Voraussetzungen, daß wir die Hände freibekämen.

AM Horn: Die tragischen Ereignisse in China hätten manchen klargemacht, daß mit militärischen Mitteln keine Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Die ungarische Regierung habe lange über ihre Stellungnahme nachgedacht, auch

¹² Vgl. dazu Artikel 6 Absatz 4 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956; BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 384.

¹³ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne, Frankreich vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989.

¹⁴ Korrigiert aus: „Wiederverhandlungen“.

¹⁵ Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), berichtete am 27. Juni 1989 über das Treffen von Vertretern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA: „Ledogar plädierte nachhaltig dafür, daß alle vertretenen Delegationen sich in ihren Hauptstädten dafür einsetzen sollten, wenigstens Definition für Flugzeuge und Hubschrauber noch in dieser Runde in Wien einzuführen. Er führte aus, daß die Erarbeitung einer Definition für diese beiden Waffenkategorien von der Erarbeitung gemeinsamer Obergrenzen trennbar sei. [...] Im übrigen war der Meinungsaustausch wegen der Anwesenheit von IT nicht sehr ergiebig. Der innerhalb der Fünf bestehende Meinungsunterschied zur Behandlung von leichten Panzern und zum Gerät paramilitärischer Einheiten wurde ohne Annäherung erörtert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 814; VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1989.

¹⁶ Leiter der Delegation der Bundesrepublik bei den VKSE war Rüdiger Hartmann.

deswegen, weil Ungarn nicht in Konflikt mit der sozialistischen Welt geraten wolle. Aus prinzipiellen Gründen könne jedoch die chinesische Lösung nicht akzeptiert werden. Wegen der ungarischen inneren Entwicklung bewege das Land jedoch die Entwicklung in Polen stärker. Einerseits sei sie eine Ermutigung für die ungarische Opposition. Andererseits stärke sie neostalinistische Kräfte in Ungarn. Er sei über die Haltung der PVAP, die sich von der Politik des Ausgleichs nicht abbringen lassen wolle, erfreut und begrüße¹⁷ auch die Haltung der Solidarität. Jaruzelski könne, insbesondere als Staatspräsident, als Faktor des Ausgleichs dienen. Er sei sehr dankbar für das, was Bundesminister für die beiderseitigen Beziehungen tue. Er würde es auch begrüßen, wenn es zum Treffen mit den zwölf Außenministern im September käme. Beide Minister beschlossen dann, über die Botschaften einen geeigneten Termin Anfang September für Ministerkonsultationen in Bonn zu vereinbaren.¹⁸

BM wandte sich abschließend einem Thema zu, von dem er feststellte, daß es bei uns zunehmend virulent werde. Bei uns sei die Beseitigung der Grenzsperrern zu Österreich¹⁹ positiv aufgenommen worden. Wir bäten um Verständnis bei der Lösung humanitärer Fragen, die im Zusammenhang mit Bemühungen von Bürgern der DDR stünden, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Spätestens durch das Inkrafttreten für Ungarn der Flüchtlingskonvention²⁰ sollte der Weg für unbürokratische Regelungen frei sein. AM Horn erwiderte, Ungarn werde alles im Interesse dessen tun. BM fügte hinzu, wir wollen lautlos und vertrauensvoll zusammenarbeiten, denn es gehe um Menschen. AM Horn bemerkte, Ungarn werde seine bisherige Haltung beibehalten und damit Anschluß an die Konvention finden. Beim Herausgehen aus dem Konferenzraum sagte BM zu AM Horn unter vier Augen, er habe ihm soeben nicht öffentlich widersprechen wollen. Doch wünschten wir nicht, daß Ungarn DDR-Bürger in die DDR abschiebe. Horn erwiderte, er glaube, daß dies auch bisher nicht geschehen sei. Aber wenn es Vereinbarungen gäbe, wolle man sich nicht daran halten.

[gez.] Arnot

Referat 010, Bd. 178931

¹⁷ Korrigiert aus: „begründe“.

¹⁸ Der ungarische Außenminister Horn hielt sich vom 12. bis 14. Oktober 1989 in der Bundesrepublik auf. In der Presse wurde über das Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1989 berichtet, Kohl habe über seine Absicht gesprochen, noch in diesem Jahr neben Polen auch Ungarn zu besuchen: „Horn hatte am Mittwoch im Kanzleramt anfragen lassen, ob er die Teilnahme an einer Veranstaltung in Hamburg zu einem Treffen mit Kohl in Bonn nutzen könne.“ Vgl. den Artikel „Der Bundeskanzler reist im November nach Polen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Oktober 1989, S. 1 f.

¹⁹ In der Presse wurde dazu berichtet: „Man kann wahrlich von einem historischen Vorgang sprechen: Gestern begann an vier Stellen der ungarisch-österreichischen Grenze das Niederreißen des ‚Eisernen Vorhangs‘. [...] Bis zum 31. Dezember 1990 soll die Grenze zwischen Ungarn und Österreich so aussehen wie jede andere ‚normale‘ Grenze. [...] Heute können ungarische Staatsbürger ohnedies nach Belieben ausreisen. Für sie bedarf es also des ‚Eisernen Vorhangs‘ nicht mehr. Das Problem, das auf die Budapester Regierung zukommt, sind allerdings die ‚Bruderländer‘: Die Tschechoslowakei und die ‚DDR‘ sollen bereits scharf gegen die Aufhebung des ‚Vorhangs‘ protestiert haben.“ Vgl. den Artikel „Ein Vorhang zerreißt“; DIE WELT vom 3. Mai 1989, S. 2.

²⁰ Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298. Das Abkommen trat für Ungarn am 12. Juni 1989 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 636.

Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 997

Aufgabe: 10. Juni 1989, 15.50 Uhr¹

Ankunft: 10. Juni 1989, 19.27 Uhr

Betr.: Besuch BM Genscher in Budapest am 9.6.1989

Bezug: DB Nr. 996 vom 10.6.1989 – Pol 321.11 VS-NfD²

Aus den drei jeweils einstündigen Gesprächen des Bundesministers mit StM³ Pozsgay, MP Németh und GS Grósz halte ich folgendes fest:

1) Pozsgay

Auf die Frage des BM, wie die Entwicklung in Ungarn weitergehen werde, sagte P., die Beisetzung von Nagy in der kommenden Woche habe eine große Bedeutung für die nationale Versöhnung. Es komme daher darauf an, daß sie friedlich verlaufe.⁴

Es sei ein Erfolg, daß auf Druck der Basis nunmehr für den Frühherbst der Parteitag vorgesehen sei.⁵ Er habe drei wichtige Funktionen:

- die Verabschiedung eines gehaltvollen Programms im Hinblick auf die Wahlen,
- die organisatorische Umgestaltung der Partei im Sinne der Demokratie,
- die Erneuerung der Parteiführung entsprechend dem Wunsch der Basis.

Falls diese Ziele erreicht würden, sei die Grundlage für die weitere Entwicklung gelegt, zum Beispiel für die Trennung von Partei und Staat, die Anerkennung der Partei als einer unter vielen.

BM fragte sodann, wie Ungarn im Jahre 2000 aussehen werde. P. antwortete, das Land könne in ein bis zwei Jahren die Krisenzeichen bewältigen. Dann könne man sich auf eine strategische Denkweise einrichten. Ihm schwebte eine plurali-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 24. Juni 1989 vorgelegen.

Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Hat StS Sudhoff vorgelegen.“

² Für den Drahtbericht des Botschafters Arnot, Budapest, vgl. Dok. 176.

³ Korrigiert aus: „StS“.

⁴ Botschafter Arnot, Budapest, berichtete am 16. Juni 1989: „Auf den Tag 31 Jahre, nachdem sie in einem Budapester Gefängnis gehängt wurden, sind Imre Nagy und fünf seiner Gefährten mit einer nationalen Trauerfeier wiederbestattet worden. Die in Spannung und merkbarer Nervosität erwartete Feier verlief unter Teilnahme von etwa 60 000 [Menschen] (erwartet waren 150–200 000, befürchtet 400 000) in vollkommener Ruhe und ohne jeden Zwischenfall. [...] Gleichwohl bleibt ein zwiespältiger Eindruck. Die Teilnahme an der schlichten und würdigen Trauerfeier war weitaus geringer als erwartet. Das Stadtleben von Budapest verlief fast normal. Die Gebäude wurden kaum beflaggt. Hier zeigte sich ein Widerstand vieler reaktionärer ‚Haus- und Blockwarte‘. Neben den stalinistischen Kreisen der Partei war aber auch eine gewisse Reserviertheit der nichtkommunistischen Kreise der Bevölkerung spürbar. So waren Äußerungen zu hören, schließlich sei auch Nagy ein Kommunist gewesen, der seit 1948 auch einiges zu verantworten gehabt habe. Im Oktober 1956 hätten kommunistische Flügelskämpfe stattgefunden, deren Opfer man heute nicht als ‚Martyrer‘ beweinen müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1056; Referat 214, Bd. 139936.

⁵ Der XIV. Parteitag der USAP fand am 6./7. Oktober 1989 in Budapest statt. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

stische Ordnung vor. Die nächsten Wahlen müßten absolut frei sein. Wirtschaftlich gesehen werde Ungarn bis dahin (Jahr 2000) de facto in Europa integriert sein. Was Europa aber anbelange, denke er im Bezugssystem Mitteleuropa. Bis 2000 werde die ČSSR Ungarn in radikalen Reformen überholt haben. Die Lage Polens und Jugoslawiens würde sich verbessert haben. Rumänien und Bulgarien blieben (in dieser Entwicklung) Inseln, eine Art Freilichtmuseum. Er hoffe, daß sowjetische Führung einen neuen Ausgleich mit den eigenen Nationen finden und es dann gelingen werde, die baltische Frage sowie die Probleme des nördlichen Kaukasus zu lösen. Er würde gerne ein einheitliches Deutschland sehen, sei jedoch nicht sicher, daß es bis zum zweiten Jahrtausend dazu kommen werde. Der Abbau der Mauer und ein spezifischer Föderalismus könnten dazu beitragen. Dazu müsse sich die DDR ändern. BM entgegnete, es werde ein sehr föderales Europa geben, eines mit regionalen Gruppierungen. Was Ungarn betreffe, begrüße er, daß sich USAP Wahlen stellen werde. Es sei falsch gewesen, daß PVAP keine Vorsorge für eine politische Alternative getroffen habe. Ungarisches Bemühen um ein pluralistisches Parteiensystem sei richtig. Die Weimarer Demokratie habe unter der Zersplitterung der politischen Kräfte gelitten. Unser Wahlsystem verhindere dies. Er empfehle, es zu studieren, weil es Pluralität und Stabilität gewährleiste. Wir seien das Land mit den wenigsten Regierungskrisen. SU werde nicht umhinkommen, sich zu ihrem Namen zu bekennen, nämlich zu einer Union von Republiken. Dann wären 50 Prozent ihrer Probleme gelöst. Die DDR sei das komplizierteste Problem. Früher oder später werde auch sie sich bewegen. Ein Stück des Schlüssels dazu liege in Prag. Wir seien nicht daran interessiert, die DDR zu destabilisieren. Es gäbe nur einen Ausweg: Die DDR müsse sich selbst attraktiver machen. P. stimmte BM in allen seinen Äußerungen zu. Er bemerkte, Linksextremisten in Ungarn hätten die Ereignisse in Peking als Menektekel dargestellt. Während es in Polen um die Legalisierung einer Organisation gegangen sei, die ein Konglomerat sei, solle der Ausgleich in Ungarn unter den Bedingungen eines De-facto-Pluralismus stattfinden. Er habe behalten, was BM gesagt habe, damit kein politisches Vakuum entstehe. Er habe sich vor wenigen Tagen an der Vorbereitung der Gründung der Bewegung für ein demokratisches Ungarn beteiligt. Es sei das Ziel, den sehr starken Reformflügel der USAP in Kommunikation mit der Gesellschaft zu bringen. Diese Massenbeziehung könne helfen, den sektiererischen Flügel aus der Partei herauszuekeln, damit er sich selbständig mache. Man dürfe diese Leute nicht ohne eine Organisation lassen. Sie brauchten ein stalinistisches warmes Nest. Dann könne man sich auf die polarisierte Situation organisatorisch einstellen. Bei der Darstellung des bevorstehenden Nagy-Begräbnisses durch P. fragte ihn BM, ob die SU eine Stellungnahme zu den Ereignissen von 1956⁶ abgeben werde. P. antwortete, er rechne damit. Ungarn habe die SU dazu ermutigt. Es habe sie auch gebeten, sich bei der Beerdigung vertreten zu lassen. Es würden Vertreter der sowjetischen Botschaft teilnehmen. Die Veranstalter der Trauerzeremonie wollten selbst Ordnungsrgruppen aufstellen, damit es nicht zu antisowjetischen Ausschreitungen komme. BM bezeichnete die verantwortungsvolle Haltung Ungarns als richtig. Gorbatschow dürfe nicht überfordert werden. Viele Leute im Westen verlangten von ihm, was

⁶ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

sie gegenüber Breschnew nicht einmal zu erwähnen gewagt hätten. P. fand, es wäre für Europa gut, wenn sich der Kurs Gorbatschows verstärkte.

2) Németh

N. bemerkte einleitend, man schätze in Ungarn hoch, was die Bundesregierung bilateral und multilateral getan habe. Die Beziehungen zu den Bundesländern, besonders im Süden, seien beispielhaft. Er wünschte, daß auch die Beziehungen zu den Verbündeten im WP so gut seien. Die Strukturen im COMECON seien ein großes Hemmnis für die ungarische Entwicklung. Ungarn sei daher bereit, eine klare Umorientierung nach Westeuropa zu vollziehen. Gegenstimmen kämen nur von der Minderheit der Fundamentalisten. Zur Außenpolitik beziehe er sich auf die Darlegungen von AM Horn und bitte, sie als seine eigenen zu betrachten. Er hoffe, daß er den Bundeskanzler noch in diesem Jahr in Ungarn begrüßen könne (diese Hoffnung drückte N. noch einmal bei der Verabschiedung aus).⁷ Dann könne man konkret alles abstimmen. Ungarn denke daran, mit deutschen Kapitalinvestitionen einen Strukturwandel in⁸ der Wirtschaft herbeizuführen. Eine andere Grundlinie der Politik sei die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. Er wolle nachdrücklich betonen, daß Ungarn die Konsequenzen aus dem Schicksal des Kredits von 1 Mrd. DM⁹, die praktisch im Nichts verschwunden sei, ziehe. Er verbürge sich persönlich dafür, daß dies nicht mehr geschehe werde. Die politische Entwicklung werde unter Bewahrung der Stabilität voranschreiten. Das polnische Ergebnis¹⁰ sei ein warnendes Beispiel. Ungarn wolle Wahlen in einer wirklichen Konkurrenzsituation. Man wolle den konkurrierenden Parteien eine Infrastruktur garantieren. Mit ihnen sollten die wichtigsten Elemente (Wahlgesetz, Parteiengesetz, Gesetz über Verfassungsgerichtsbarkeit) einer neuen politischen Grundlage erörtert werden. Die Opposition wünsche aber, diese Gespräche erst zu führen, nachdem sie gesehen habe, wie die Nagy-Beisetzung verlaufen sei. Im Zusammenhang mit Bemerkungen über den Prozeß gegen Nagy berief sich N. auf ein Gespräch mit Jaruzelski. Dieser habe den Aufzeichnungen Gomułkas klar entnommen, daß Nagy ein politisches Opfer gewesen sei. Die kommunistische Weltbewegung habe eine Figur gebraucht, an der ein Exempel statuiert werden sollte, um von Revisionstendenzen abzuschrecken. Ungarn wolle jedoch diesen Aspekt nicht betonen, sondern den Akzent auf Versöhnung und Ausgleich legen. Man müsse die ganze Bandbreite der Politik neu durchdenken. Dabei müsse man die Verteidigungspolitik neu formulieren. Die ungarische Armee solle umorganisiert, ihre Stärke abgebaut werden (bis 1991 vielleicht sogar bis zu 30 Prozent). BM erwiderte, der von Ungarn gewählte Ansatz von Öffnung und Pluralität sei richtig. Die Ereignisse in Peking seien gerade eine Bestätigung der ungarischen Politik. In Polen hätte man die existierende Parteistruktur öffnen müssen. So sei man jedoch auf die Wahlen nicht vorbereitet gewesen. BM stimmte auch Erwägungen N.'s bezüglich der kleineren und mittleren Betriebe zu. Er wies darauf hin, Unternehmen

⁷ Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 16. bis 18. Dezember 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124, sowie WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 60.

⁸ Korrigiert aus: „Strukturwandel FS in“.

⁹ Am Rande des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Grósz vom 7. bis 10. Oktober 1987 in der Bundesrepublik schlossen die Deutsche Bank und die Ungarische Nationalbank am 7. Oktober 1987 einen Kreditvertrag. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140300. Zum Besuch vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.

¹⁰ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

dieser Dimensionen seien die Stärke der deutschen Wirtschaft. BM zeigte sich weiterhin befriedigt darüber, daß N. bei der Darlegung des Reformkonzeptes die Außen- und die Sicherheitspolitik erwähnt habe. Es sei das Wichtigste jetzt, daß in West und Ost alle Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Öffnung und der Kooperationsfähigkeit getroffen würden, um den jetzt eingeschlagenen Weg unumkehrbar zu machen. Unser Interesse sei, die Entwicklung in Stabilität zu vollziehen. Wir sähen das ganze Europa. Es sei gut, sich aufeinander Schritt für Schritt zuzubewegen. Wir wünschten nicht, daß das fortgeschrittenste¹¹ Land Osteuropas einen Rückschlag erleide.

N. bezog sich auf ein Gespräch mit Gorbatschow, in dem ihm dieser gesagt habe, wenn die ungarische Reform scheitere, würde ihm ein Trumpf aus der Hand genommen. Zu den bilateralen Beziehungen wolle er, fuhr N. fort, nicht verschweigen, daß er aus dem angelsächsischen Bereich, vor allem aus den USA, Eifersucht auf die ungarisch-deutschen Beziehungen verspüre. Dies wirke sich im Verhältnis Ungarns zum IWF aus. Dort spielten die USA die maßgebliche Rolle. Der IWF habe ihn in diesem Jahr zweimal fast zum Sturz gebracht. Er habe aber die Abwertung des Forint und den radikalen Abbau des Haushaltsdefizits überlebt. Er sage bewußt, daß hier ein gewisser amerikanischer Druck am Werke sei. Die USA sollten begreifen, daß es in unseren Beziehungen als eine Tatsache die geographische Nähe und die historischen Verbindungen gäbe. Die Amerikaner sollten begreifen, daß der IWF nicht der Wunderdoktor Molières sei, der mit drei Medikamenten, nämlich Abwertung, Beseitigung von Haushaltsdefiziten und Privatisierungen, alle Leiden heilen könne. Wenn BM in seinen Gesprächen Gelegenheit fände, ein gutes Wort dafür einzulegen, daß die ungarischen Interessen berücksichtigt würden, wäre er ihm dankbar. Auf die bilaterale Zusammenarbeit zurückkommend, sprach sich N. für die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen in beiden Ländern aus. Er erklärte auch ungarische Bereitschaft, aus der BR Deutschland entsandte Lehrer für den Unterricht in deutscher Sprache in Grund- und Mittelschulen aufzunehmen. Auch BM fand, daß es die von N. beobachtete Eifersucht gäbe. Er stellte fest, wir beanspruchten kein Monopol in den Beziehungen zum Osten, zumal für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unsere Schulter zu schmal sei. Allerdings hätten wir gegenüber dem Osten ein offeneres Ohr, ein klareres Auge, weil unsere Geschichte nie lediglich eine westeuropäische, sondern immer eine gesamteuropäische gewesen sei. Bezüglich des IWF sagte BM, Ungarn finde in uns einen verständnisvollen Partner. BM zeigte sich beeindruckt über die Äußerungen N.'s zur Zusammenarbeit im Bereich der Bildung. Jeder Austausch könne beiden Ländern nur helfen. Alles, was N. gesagt habe, ermutige ihn, und alles, was wir tun könnten, würden wir tun.

¹²³) Grósz

GS Grósz zeigte sich zunächst über den Besuch des BM erfreut und sagte dann, der Übergang zum Mehrparteiensystem sei ein Lernprozeß. Sowohl Mitglieder der USAP als auch Freunde begriffen nur langsam, welche politische Logik dahinterstehe. Die ungarische Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in einem

¹¹ Korrigiert aus: „fortgeschrittene“.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 998 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Fieberzustand, weil die USAP Gespräche mit den neuformierten Parteien (gegenwärtig neun) aufgenommen habe. Diese Parteien seien bisher keine politische Kraft. Sie hätten auch noch keine ausgereiften Programme. In ihren Vorstellungen gäbe es indessen zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der USAP. Bezüglich des Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern bestünden jedoch größere Differenzen. USAP sei es gleich, wann Wahlen stattfänden. Der Zeitpunkt sei eine Frage der Verhandlungen. Auf dem vorgesehenen Parteitag der USAP müßten ein neues Parteistatut und ein neues Parteiprogramm verabschiedet werden. Eine neue Führung müsse gewählt werden. Sie müsse vor allem verjüngt werden: „Auch wir werden gehen.“

BM bezeichnete es in seiner Antwort als weise, daß die Möglichkeit zur Gründung neuer Parteien eröffnet worden sei. Dies sei die logische Konsequenz aus der Bereitschaft der USAP, sich Wahlen zu stellen. Man müsse vermeiden, daß diejenigen, die die Regierungspartei ablehnten, in ein Vakuum fielen. Man müsse auch daran interessiert sein, daß handlungsfähige Mehrheiten entstehen. Die Zersplitterung der Parteien sei eine Ursache des Scheiterns unserer ersten Demokratie gewesen. BM bezeichnete das Wahlsystem in der Bundesrepublik als das für eine pluralistische Gesellschaft am höchsten entwickelte Wahlsystem. Das Wichtigste sei, daß sich Ungarn zu umfassenden Reformen entschlossen habe. Damit würden Fehler der chinesischen Reform vermieden. G. sah Gefahr, daß politischer Prozeß außer Kontrolle gerate, wenn die wirtschaftlichen Bemühungen zu keinem Erfolg führten. Auf Bemerkung BM's, ungarischer Erfolg entscheide nicht nur über Entwicklung in Ungarn, meinte G., die sowjetische Entwicklung könne durch die ungarischen Ergebnisse kaum beeinträchtigt werden, wohl aber diejenige in den kleinen sozialistischen Ländern. Chinesische Ereignisse seien Ungarn ungelegen gekommen. Sie hätten den Flügel gestärkt, der von Reformen ohnehin nicht begeistert sei. Er spüre ein gewisses Stocken. Die Entwicklung in der SU ermutige ihn, trotz eines scheinbaren Chaos auf der Oberfläche, weil sie das Durchsetzungsvermögen der Führung zeige. Geduld, Ausdauer sowie die Bereitschaft, Konflikte in Kauf zu nehmen, seien notwendig. Auch in der Partei sage man, erst sich trennen, um sich dann zu vereinigen.

BM stellte fest, es sei wichtig, daß wir auch bei der Abrüstung vorankämen. Wir gäben zu viel Geld für die Rüstung aus. G. stimmte zu. Er wies auf ungarische Reduzierungen hin und sagte, wenn man von Westeuropa eine Antwort erhalten könne, könne man die Vorgänge synchronisieren. BM erwiderte, die Beschlüsse des NATO-Gipfels¹³ seien konstruktiv. Er wies auf das Gesamtkonzept des Westens hin und auf die amerikanische Bereitschaft, in die Wiener Verhandlungen¹⁴ Hubschrauber und Kampfflugzeuge einzubeziehen. Auf Frage von G., ob Politik des neuen Präsidenten diesem Kurs entspräche, sagte BM ja, man könne dies an seiner Rede in Mainz¹⁵ ablesen. Es zeige sich auch an dem,

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

¹⁴ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

was er zum Verhältnis der USA zur Bundesrepublik gesagt habe, aber auch an seiner Äußerung von der gemeinsamen Verantwortung für die Führung der Allianz. Für manche sei dies eine Enttäuschung gewesen. Er empfahl, das Brüsseler Dokument zu studieren. Die Allianz habe zum ersten Mal den Begriff der kooperativen Sicherheit verwandt. In der politischen Deklaration spiegele sich die Grundphilosophie der deutschen Außenpolitik, nämlich Kooperation und Systemöffnung¹⁶, so gesehen habe sich die etwas schrille Diskussion über den Atlantik, aber noch schriller diesseits des Atlantiks, ausgezahlt, mit Gorbatschow werde in der nächsten Woche eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet¹⁷, die von außerordentlicher Qualität sei. Sie sei der Entwurf eines pluralistischen Europas ohne Vorherrschaft. Auf die Frage G.'s, wie dazu das Konzept Mitterrands sei, antwortete BM, in der Ost-West-Politik hätten die Bundesrepublik und Frankreich die gleiche Sicht. Sie stimmten alle Schritte sehr eng miteinander ab. Wichtig für das Ost-West-Verhältnis sei, daß Frankreich und die Bundesrepublik zu einer inneren Verbindung gefunden hätten. G. warf ein, es sei von großer Bedeutung, wenn es in Westeuropa einen Gleichklang gäbe. Dies helfe auch Ungarn. Die Hauptsache sei, daß Ungarn spüre, in welche Richtung die Entwicklung gehe. Ungarn versuche, an die europäische Entwicklung Anschluß zu finden.

Gefragt, wie sich die Beziehungen zu Polen entwickelten, erwiderte BM, BK und Bundespräsident würden Polen noch in diesem Jahr besuchen.¹⁸ Die Vorbereitung des BK-Besuches verlaufe kompliziert. Die polnische Seite habe eine Reihe von Erwartungen erfüllt, die für uns wichtig seien. Jedoch seien die Gespräche über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit noch nicht abgeschlossen. Wir hielten das Jahr 1989 für geeignet, ein neues Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen aufzuschlagen. Wir wünschten, daß das ungarische Beispiel und auf seine Art auch das polnische Beispiel sich auf andere Länder übertragen. Früher oder später müßten auch Änderungen in der ČSSR und in der DDR stattfinden. G. erwiderte, in der Partei- und Staatsführung des nördlichen Nachbarn werde es weitere positive personelle Veränderungen geben. Es gebe dort ein ziemlich ausgereiftes Wirtschaftskonzept. Allerdings tue man sich schwer mit der Bewältigung der Ereignisse von 1968¹⁹ und danach. Es gäbe einen großen Druck von unten. In den Massen bestehe eine große Sympathie für Gorbatschow. Er hoffe auf ein Ende der Kämpfe beim südlichen Nachbarn.²⁰ Es sei sehr schwer, die Entwicklung abzusehen. Es bestehe Unstabilität und Unsicherheit. BM warf ein, wir teilten diese Bewertung. G. schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich die Lage normalisiert.

[gez.] Arnot

Referat 010, Bd. 178931

¹⁶ Korrigiert aus: „Systemeröffnung“.

¹⁷ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

¹⁸ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 159, Anm. 4. Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 2. bis 5. Mai 1990 in Polen auf. Vgl. AAPD 1990.

¹⁹ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

²⁰ Zur Entwicklung in Jugoslawien vgl. Dok. 200.

178

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse

105-A89/3

12. Juni 1989¹

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher (im weiteren abgekürzt als BM), und des Außenministers der Sowjetunion, Herrn Eduard Schewardnadse (im weiteren abgekürzt als Sch.), am 12.6. 1989²; hier: Dolmetscheraufzeichnung

BM: Er freue sich, feststellen zu können, daß dieser bedeutsame Tag endlich gekommen sei, für den sehr viel von beiden Seiten gearbeitet worden sei, um ihn zu ermöglichen. Vor allem sei hervorzuheben, daß dieser Besuch zu einem günstigen Zeitpunkt stattfinde. Der freundliche, herzliche Empfang komme auch daher, daß das Volk spüre, in welch hohem Maße sich die sowjetische Führung ihrer Verantwortung für die Zukunft des Friedens in Europa bewußt sei; dies sei ein sehr ermutigendes Zeichen. Er wolle auch nicht verhehlen, daß das gute persönliche Verhältnis zu Herrn Schewardnadse Fragen lösbar gemacht habe, die früher nicht lösbar erschienen seien; und was heute noch nicht geregelt werden könne, werde dann eben in Zukunft lösbar werden. Das allgemeine hohe Interesse für diesen Besuch zeige, in welch freundschaftlichem und positivem Geist die Entwicklungen in der Sowjetunion von unserer Bevölkerung verfolgt würden; wenn es Probleme in der Sowjetunion gebe, sei das Interesse unserer Bevölkerung ein Interesse des intensiven Mitfühlens.

Sch.: Er teile die Auffassung, daß dies ein besonderer Tag sei; die sowjetische Seite fühle sehr wohl die wohlwollende Atmosphäre, in der der Besuch stattfinde. Die Unterzeichnung eines wichtigen Dokuments³ stehe an, dessen Vorbereitung kein leichter Prozeß gewesen sei. Nunmehr sei es möglich, den Weg zur Zusammenarbeit für viele kommende Jahre zu finden. Auch die sowjetische Seite sehe diesen Besuch als ein großes Ereignis, zu dem auch der Herr BM einen großen persönlichen Beitrag geleistet habe, der bekannt sei als aufrichtiger Anhänger einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Er, Sch., schätze das gute persönliche Verhältnis sehr, das auch für schwierige Fragen Lösungen ermögliche. Es hänge viel von der Qualität der persönlichen Kontakte ab, die viel Gutes ermöglichten, wenn man sich gegenseitig vertraue und glaube.

Ein aktuelles, konkretes Thema sei jetzt, wie die Verminderung der militärischen Konfrontation durchgesetzt werden könne. Man dürfe nicht auf dem Erreichten stehenbleiben, denn das Wettrüsten dauere an. Es komme jetzt darauf an, eine

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Scheel am 13. Juni 1989 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1989 vorgelegen.

Das Gespräch wurde bereits teilweise veröffentlicht in: DIPLOMATIE, Dok. 1.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu auch Dok. 179 und Dok. 182.

³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

hohe Dynamik des Prozesses der Abrüstung und Rüstungskontrolle sicherzustellen. Wenn heute noch oder bei späteren Gelegenheiten des Zusammenkommens über die Zukunft Europas ein Meinungsaustausch durchgeführt werde, so sei er tief überzeugt, daß, wenn es zu einem realen Fortschritt, zu Ergebnissen bei der Reduzierung der Rüstungen komme, auch für die Zukunft Europas kühne Entwürfe möglich seien. Ob dies nun das gemeinsame europäische Haus oder irgendwie anders genannt werde, sei nicht so wichtig. Die Zeit sei herangereift, um das Vertrauen zwischen den Völkern zu stärken. Eine Grundlage dafür sei die Überwindung der militärischen Konfrontation. Die heute vorhandenen Chancen für gute Fortschritte in dieser Richtung dürften nicht aufgeschoben werden. Die heute lebende Generation sei reif dafür, kühne, allumfassende Entscheidungen auf diesem Gebiet zu treffen. Konkret gesprochen, sei es nach dem INF-Vertrag⁴ besonders wichtig, bei den Wiener Verhandlungen⁵ Erfolg zu erzielen. Jetzt lägen die Vorschläge des Warschauer Paktes und der NATO auf dem Tisch. Damit sei die Grundlage gegeben, nach Kompromißlösungen zu suchen. Auch falls die einzelnen Waffengattungen gesondert diskutiert würden, sei ebenfalls ein Erfolg möglich. Die seitens der NATO nunmehr vorliegenden Vorschläge seien ernsthaft und stellten einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Es müsse festgehalten werden, daß die gesamte INF-Problematik durchaus komplizierter gewesen sei, im Gegensatz dazu lägen jetzt gleich zu Anfang Grundlagen für die Kompromißlösung vor.

BM: Die kürzliche Brüsseler NATO-Tagung⁶ sei eine der wichtigsten gewesen, denen er je beigewohnt habe. Es sei bekannt, daß ihr lange Diskussionen vorangegangen seien, die zum Teil auch strittig verlaufen seien.

Sch.: Er habe alle Reden des BM gelesen.

BM: Im Verlauf dieser Diskussion habe sich ja gezeigt, daß die amerikanische und britische Presse nicht sehr freundlich mit ihm umgegangen seien. Das Ergebnis eines lebhaften Dialogs über den Atlantik hinweg sei aber schließlich die amerikanische Erkenntnis gewesen, daß die Chancen unserer Tage nicht ungenutzt bleiben dürften. Die NATO-Erklärung⁷ und die Rede von Präsident Bush⁸ belegten, daß die amerikanische Seite mehr und mehr Verständnis für unsere Position habe entwickeln können. Er habe dies schon bei⁹ der Brüsseler Begegnung mit Herrn Baker¹⁰ gespürt, der unmittelbar davor¹¹ in der Sowjetunion

⁴ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

⁵ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150. Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

⁹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nach“.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 12. Mai 1989 vgl. Dok. 138.

¹¹ Die Wörter „unmittelbar davor“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „kurz zuvor ja“.

mit Herrn Sch. gesprochen habe¹². So habe es sich ergeben, daß die Bundesrepublik und die USA sich Schulter an Schulter sozusagen im Sinne eines neuen Verhältnisses zwischen West und Ost eingesetzt hätten. Die nächste Woche werde er, der BM, in Washington sein¹³, um mit den meisten führenden politischen Repräsentanten zu sprechen. Auch der Vorschlag, Kampfflugzeuge und -hubschrauber in die konventionellen Abrüstungsvorschläge einzubeziehen, entspreche dem deutschen Standpunkt, wie er von Anfang an gewesen sei. Wir hätten gespürt, daß diese Frage ohnehin aufkommen werde und der Einschuß dieser Systeme daher offengelassen werden mußte. Wichtig sei ebenfalls, daß jetzt kein Beschluß zur Modernisierung der Kurzstreckenraketen gefaßt worden sei. 1992 werde dies im Lichte der dann erreichten sicherheitspolitischen Situation geprüft werden. Damit seien alle Optionen für eine gute Entwicklung offengehalten worden. Wichtig sei in dieser Situation, daß die Wiener Verhandlungen mit größter Intensität geführt würden, nach dem Sprichwort, daß das Eisen geschmiedet werden müsse, solange es heiß ist.

Sch.: Auch neben dem Einschuß der Luftwaffe sei der NATO-Vorschlag hinsichtlich der Zahlenstärken ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem verstehe er nicht, warum immer noch Angst vor einem Beginn über Verhandlungen zu den nuklearen Kurzstreckensystemen bestünde. Er kenne die persönliche Haltung des Herrn BM; aber warum sei die Allianz im ganzen noch nicht dafür zu gewinnen? Natürlich sei es gut, daß die Nuklear-Kurzstreckenwaffen-Modernisierung kein Tagesordnungspunkt sei; was geschehe aber, wenn es plötzlich nicht gelänge, über irgendein konventionelles Waffensystem Einigung zu erzielen? Dann müßten die Diskussionen weitergehen und könnten ein, zwei oder drei Jahre dauern. Die beste Lösung sei nach wie vor, parallele Verhandlungen zu allen Waffensystemen zu führen.

BM: Es sei ja kein Geheimnis, daß einige Bündnispartner zu den Nuklear-Kurzstreckensystemen gar keine Verhandlungen gewollt hätten. Nunmehr seien diese aber fest in Aussicht genommen worden; um so wichtiger sei jetzt, so schnell wie möglich Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen zu erzielen. Herr Sch. habe mit dem Begriff Dynamik ein gutes Wort gebraucht. Es bedürfe jetzt einer Abrüstungsdynamik, die auch zögernde Elemente mitziehen könnte. Es sei nötig, einen Einigungsdruck zu schaffen. Schon um die von Präsident Bush genannten Fristen halten zu können, sei dieser Druck nötig. Er schlage vor, daß sich die Abrüstungsexperten unserer Seiten so oft wie möglich treffen sollten.

Sch.: Ja, es wäre gut, wenn die Abrüstungsbeauftragten beider Seiten häufige Kontakte miteinander unterhielten. Es sei jedoch nicht damit getan, daß nur neue nukleare Kurzstreckensysteme von der Tagesordnung abgesetzt seien. Vielleicht solle auch die deutsche Seite nachdenken, was man noch tun könne, um an diesem Thema zu bleiben. Schließlich sei die Modernisierung noch nicht ausgeschlossen. Wenn es auch nur in einem Punkt der konventionellen Abrüstung zu keiner Einigung komme, müsse davon ausgegangen werden, daß die entsprechenden Waffentypen ja schon in der Entwicklung seien. Gegebenenfalls werde die Sowjetunion gezwungen sein, auch wieder an solchen Entwicklungen zu arbeiten. Die SU habe ja eine Kurzstreckenwaffe bis kurz unter 500 km Reich-

¹² Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹³ Bundesminister Genscher besuchte die USA am 20./21. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

weite in Form der SS-23 gehabt, auf deren Vernichtung sie sich dann doch eingelassen habe. Eben dieser Prozeß der erneuten Entwicklungen müsse aufgehalten werden. Das Vernünftigste seien eben Verhandlungen dazu. Wenn der Westen nun einmal richtiggehende Verhandlungen nicht wolle, sollten zumindest Konsultationen abgehalten werden. Die sowjetische Seite habe immerhin einige einseitige Schritte, zum Beispiel bei der Verschrottung nuklearer Systeme, schon geleistet. Es sollte also ständig versucht werden, hier weiterzukommen, und natürlich müßte versucht werden, den Wiener Verhandlungsprozeß so weit wie möglich zu beschleunigen.

BM: Wir sähen zwei Probleme mit den Kurzstreckensystemen. Die SU verfüge ja über eine hohe Zahl von landgestützten Raketen dieser Art. Daß die NATO sich auf baldige Verhandlungen geeinigt habe, sei, realistisch gesehen, das Maximum des jetzt Erreichbaren gewesen. Zweitens würde es aber sehr hilfreich sein, wenn die SU sich zu einer Reduzierung ihrer großen Zahl der Kurzstreckenraketen verstehen könnte, da dies ja den Druck auf eine Reduzierung¹⁴ der Kurzstreckenraketen verstärken würde.

Sch.: Die SU verfüge zwar über eine hohe Zahl an landgestützten Kurzstreckensystemen, wenn man aber die Gesamtzahl der Gefechtsköpfe berücksichtige (eingeschlossen also die luftgestützten Systeme und die nukleare Artillerie), könnte man fast von einem Gleichgewicht zwischen beiden Seiten sprechen.

BM bittet um Auskunft, wo nach sowjetischer Sicht der Westen überlegen sei, in nuklearer Artillerie oder bei der Luftwaffe? Und bei letzterem: hinsichtlich der Bomben oder der luftgestützten Raketen?

Sch.: Sowohl hinsichtlich Artillerie wie auch Luftwaffe; sowohl bei Bomben wie bei luftgestützten Raketen. Ein Streit darüber, wer mehr wovon habe, sei nutzlos. Man brauche nur an die 15 Jahre lang geführten, vergeblichen Verhandlungen darüber zu erinnern, wer worin zahlenmäßig überlegen sei. Man verfüge schon über genug Erfahrung und Grundlagen auf beiden Seiten, um substantielle Verhandlungen über die Abrüstung taktischer Nuklearwaffen zu führen.

BM: Er schlage vor, daß sich die Sachverständigen beider Seiten mit einem Zahlenvergleich befassen sollten und diese Ergebnisse vortragen sollten. Hierbei gehe es nicht darum, Rakete gegen Rakete aufzurechnen, sondern sich einen Überblick zu vermitteln.

Sch.: Er stimme zu; in der Delegation sei auch Herr Achromjew, er habe zehn Exemplare eines Gesamtübersichtsschemas dabei und könne diese verteilen. Er, Sch., finde es nicht ganz fair, von der Sowjetunion zu verlangen, ihre bodengestützten Raketen einseitig zu reduzieren angesichts des Gesamtkräfteverhältnisses. Vielleicht ließen sich hier etappenweise Fortschritte erreichen. Das vordringliche Problem sei bei den nuklearen Kurzstreckensystemen, genau wie im konventionellen Bereich, eine Beseitigung der Asymmetrien. Vielleicht sei dies der Hauptpunkt, der für die Erreichung reeller Absprachen wichtig sei: Als erstes müsse die Existenz von Asymmetrien anerkannt werden, zweitens müsse die Bereitschaft vorhanden sein, sie zu beseitigen. Genau dasselbe sei auch bei den taktischen Nuklearsystemen nötig. Trotz alledem halte er es für schwer glaub-

¹⁴ Die Wörter „eine Reduzierung“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einen Abbau“.

haft, daß eine Einigung für alle konventionellen Waffengattungen in sechs Monaten zu erreichen sei.

BM: Er würde vorschlagen, im Interesse schneller Abrüstungsfortschritte die Experten beider Seiten miteinander konsultieren zu lassen. Die konkreten Vorschläge beider Bündnisse würden natürlich innerhalb dieser Bündnisse formuliert. Um solche Formulierungen aber abfassen zu können, sollte man die Auffassungen der jeweils anderen Seite möglichst gut kennen. Diesem Zweck könnten Expertenkonsultationen dienen, damit dann aufgrund der Kenntnis beiderseitiger Vorstellungen die Formulierungen der konkreten Bündnisvorschläge entsprechend gestaltet werden könnten.

Sch.: Dies sei ein guter Vorschlag.

BM: Er wolle in aller Offenheit fragen, welches politische Ziel die sowjetische Seite mit diesem Besuch verbinde. Der Abschluß der Abkommen und die Verabschiedung der Gemeinsamen Erklärung sei eine klare abgesprochene Sache, aber es gebe ja auch weitreichende politische Ziele.

Sch.: Die Gemeinsame Erklärung müsse demonstrieren, daß beide Seiten nicht nur gute Worte verlieren wollten, sondern daß die Verwirklichung des Erklärten schon beginne. Daß es schließlich so gut gelungen sei, dieses gemeinsame Dokument zu produzieren, werde auch eine große Bedeutung für ganz Europa haben. Als Versuch, die hierin ausgedrückten Ziele sämtlich zu realisieren, sei das gesamte Abkommenspaket ein guter Beweis. Wahrscheinlich werde es in der Zukunft ein großes Europa-Gespräch über die Zukunft des Kontinents geben. Mit der Erklärung sei zwar theoretisch und weltanschaulich alles fixiert, jetzt stehe die ganz praktische Frage an, wie all diese Wünsche realisiert werden müßten. Man solle sich hier von einem pragmatischen Ansatz leiten lassen: Es sei nicht zufällig, daß die sowjetische Seite die Reduzierung der taktischen Nuklearbewaffnungen in den Vordergrund rücke. Jedoch werde auch alles andere, die wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Fragen, erweisen, was Partnerschaft in der Praxis bedeute. Und hierin liege auch die große Bedeutung der Gemeinsamen Erklärung: Sie zeige, was heute Partnerschaft und Zusammenarbeit bedeuten. Dies beschränke sich nicht nur auf das Verhältnis zur Bundesrepublik, sondern auch auf das zwischen der Bundesrepublik und der DDR und darauf, was tatsächliche Partnerschaft zwischen West und Ost insgesamt bedeute. Auch im Bereich der Wissenschaft und Forschung, der Technologie usw. komme es darauf an, die Partnerschaft aufzubauen. Der Herr BM habe mit Herrn Kwi-zinskij sehr interessante Gespräche über die künftigen europäischen Strukturen geführt. Auch GS Gorbatschow wolle mit allen seinen Gesprächspartnern diese Themen anschneiden. Die Sowjetunion wolle keine bestehenden Strukturen zerstören, denn dies sei unreal und verhängnisvoll. Es komme darauf an, die bestehenden Strukturen zu nutzen, um dann aber auch neue zu entwickeln. Der Vorschlag, die Bündnisblöcke aufzulösen, sei zwar der Sowjetunion sympathisch, aber da er keine Chance habe, angenommen zu werden, sei er irrational. Vonnöten sei ein anderer Ansatz: Schon die Wiener Verhandlungen der 23 Staaten bedeuten einen Übergang zu praktizierter Partnerschaft. Auch die Verhandlung der 35 KSZE-Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen¹⁵ sei ein weiterer Schritt

¹⁵ Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

auf diesem Wege. Falls sich Einigung im Bereich der konventionellen Abrüstung erreichen lasse, würden zunehmend die politischen Fragen statt der militärischen die erstrangige Bedeutung erhalten. Europa verfüge heute schon über eine reiche Erfahrung in wirtschaftlicher Zusammenarbeit, bei der Überwindung der militärischen Konfrontation, im humanitären Bereich und im grenzüberschreitenden Umweltschutz sowie auf vielen anderen Gebieten. Später entstehende Strukturen könnten mit Gewinn auf diesen Erfahrungen basieren. All diese Gedanken wären vor zehn Jahren noch als völlig abstrakt erschienen. Zum Beispiel hätten der Herr BM und Präsident Mitterrand einen KSZE-Gipfel zur Sicherheitspolitik unterstützt¹⁶. Warum könne dies nicht zu einer Tradition gemacht werden, da schließlich die Zeiten und die Politiker sich änderten bzw. sich ablösten? Wichtig sei auch das Zentrum zur Verminderung der Kriegsgefahr, wozu die Rede des Herrn BM¹⁷ viele interessante Ideen enthalten habe. Es werde zu der Bildung vieler neuer Institutionen kommen.

BM: Der Vorzug der Gemeinsamen Erklärung bestehe darin, daß man von bestehenden Strukturen ausgehe und gleichzeitig die Gestaltung der Zukunft entworfen werde. Schon, was den militärischen Bereich anbetreffe, werde es dank der vielen Überprüfungsmechanismen, die durch die neuen Vereinbarungen bedingt seien, zu institutionalisierten Strukturen kommen. Der Generalsekretär habe in New York den Gedanken der Errichtung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechtsfragen vorgetragen.¹⁸ Innerhalb der EG werde jetzt das Projekt des hochverdichteten Fernsehens vorangetrieben, das es ermögliche, in allen Ländern ein einheitliches Empfangssystem zu schaffen und damit zum besseren gegenseitigen Kennenlernen der Völker und ihrer Kulturen aktiv beizutragen.

Sch.: Es sei sehr wichtig, hierfür die technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen zu gewährleisten. In politischer Hinsicht habe die sowjetische Seite einen freien, gesamteuropäischen Informationsraum gefordert.

BM: Sehr wichtig sei auch, sich in der Infrastruktur auf die europäische Dimension einzustellen, dies bedeute neben der West-Ost-Struktur in der Bundesrepublik auch eine zusätzliche Nord-Süd-Struktur, nämlich hinsichtlich unserer Verkehrsnetze in Eisenbahn und auf der Straße. Es komme darauf an, in ganz Europa eine gemeinsame Struktur zu schaffen. Vereinheitlichung der Normen und der Umweltforschung seien wichtig. Es sei absurd, daß zum Beispiel Reisende zwischen der Bundesrepublik und der SU ihre jeweiligen Stecker in den Steckdosen der anderen Seite nicht verwenden könnten, weil die Standards verschieden seien. Europa müsse als Ganzes gesehen werden, obwohl es in dem

¹⁶ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vorgeschlagen“.

¹⁷ Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher anlässlich der Eröffnung des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung am 9. Juni 1989 in Budapest; BULLETIN 1989, S. 530–535.

¹⁸ In seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dar: „Wir meinen, daß die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag in bezug auf die Deutung und Anwendung der Menschenrechtsabkommen für alle Staaten verbindlich sein muß.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 34.

Zu seiner Rede und zu seinem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem am 8. November 1988 gewählten Präsidenten Bush vgl. auch AAPD 1988, II, Dok. 356, Dok. 357 und Dok. 359.

Sinne nicht einheitlich sei, daß es ein Kontinent der Vielfalt sei. Es komme aber darauf an, all die Faktoren zu beseitigen, die ein Zusammenwachsen verhindern. Wenn es gelinge, in all diesen Gebieten die Divergenzen einzugrenzen und zu beseitigen, werde sich auch die Zahl der politischen Probleme vermindern.

Sch. stimmt zu. Praktisch gesehen verhalte es sich so, daß die zukünftigen europäischen Strukturen im Dialog wachsen würden. Man könne tatsächlich nicht sagen, daß es in Europa einen Mangel an Dialog gebe. Auf allen möglichen Gebieten seien Gesprächsforen vorhanden. Im KSZE-Rahmen seien, besonders nach Wien, eine ganze Reihe von Konferenzen angesetzt worden. Woran es aber fehle, seien die Orientierungsmarken. Wohin wollen wir? Er habe zum Beispiel vor kurzem an einer Konferenz in Paris für die Menschliche Dimension¹⁹ teilgenommen, diese Konferenz sei auch sehr gut gewesen. Was aber komme danach? Wenn zum Beispiel die Wirtschaftskonferenz, die in Bulgarien stattfinden werde²⁰, kein konkretes Programm hervorbringe, sei ein Gefühl der Enttäuschung unausbleiblich. Oder das Wirtschaftsforum in Bonn²¹: Es könne ebensogut eine folgenlose Konferenz werden, wenn es nicht sehr gut vorbereitet würde. Es müßten also immer konkrete Projekte benannt und beschlossen werden, dazu seien auch Wege der Finanzierung zu erschließen. Alle gesamteuropäischen Kontakte müßten in dieser Hinsicht effektiver gemacht und konkretisiert werden.

BM: Das Beispiel der Pariser Konferenz zeige natürlich, wie wichtig es sei, konkrete Ziele anzusteuern und diese auch institutionell abzusichern. Schon GS Gorbatschow habe ja in New York entsprechende Erklärungen abgegeben. Natürlich seien wir froh, daß das Wirtschaftsforum in Bonn stattfinden werde. Der diesem Forum erteilte Auftrag hätte aber durchaus klarer sein können.

Sch.: Es sei völlig klar, daß Fragen der Verkehrswirtschaft, der Energetik usw. von den Staaten allein nicht mehr zu lösen seien. Als Energieträger gebe es heute die Atomenergie, die traditionellen Quellen wie Gas und Öl, aber was werde morgen? Hierzu gebe es nun das Projekt der Kernfusion, das für die Zukunft ausschließliche Bedeutung habe und an dem unsere beiden Seiten auch schon zusammenarbeiteten; warum aber sollte sich nicht ganz Europa daran beteiligen? Wenn sich die europäischen Konferenzen und Foren nur in allgemeinen Erwägungen ergingen, sei damit wenig geholfen. Es komme auf eine gewisse Zusammenführungsdynamik zwischen Ost und West an. Man denke nur einmal an die Dynamik der Entwicklungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten 12 bis 24 Monaten. Um die europäische Spaltung politisch und wirtschaftlich zu überwinden, müsse man zunehmend lernen, eine gemeinsame Sprache zu finden. Hierzu sei allein ein kontinuierlicher Dialog Voraussetzung. All das, was schon auf der Grundlage des KSZE-Prozesses gelungen sei, könne man wahrhaft revolutionär nennen. Es gebe hier viele Facetten und Komponenten. Ein kühner Ansatz sei vonnöten, jedoch auch eine bestimmte Toleranz und ein respektvolles Verhalten zu Partnern.

¹⁹ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

²⁰ In Sofia fand vom 16. Oktober bis 3. November 1989 ein KSZE-Umweltschutztreffen statt. Vgl. dazu Dok. 343.

²¹ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

BM: Herr Sch. möge sich bitte offen aussprechen, falls er mit diesen Gedanken eine Andeutung in bezug auf die Bundesrepublik machen wolle.

Sch.: Gut, er wolle direkt antworten: Es sei völlig in Ordnung, daß Präsident Bush in die Bundesrepublik gekommen sei²²; er werde auch geachtet und als seriöser Politiker nach Verdienst geschätzt. Warum aber halte er es für notwendig, die Atmosphäre gegen die DDR aufzuheizen? Irgendwelche Appelle würden die Situation in keiner Weise ändern. Er, Sch., sei vor kurzem in der DDR und in Berlin gewesen²³ und habe dort wegen der letzten Bush-Äußerungen über die Berliner Mauer nur Gereiztheit und sonst nichts angetroffen. Man sollte Feinfühligkeit walten lassen. Auch die Sowjetunion und die Bundesrepublik hätten nicht über Nacht zu humanitären Lösungen gefunden. Was die Sowjetunion heutzutage als neue Entwicklungen in ihrem Leben durchsetze, habe sie wahrlich nicht in der Konsequenz von Präsident Reagans Appellen getan. Auch die Berliner Mauer werde fallen, wenn dafür die Zeit reif sei. Dazu bedürfe es aber einer gewissen Atmosphäre des Vertrauens und des Wunsches, sich wirklich in der Situation auszukennen, sowie einer respektvollen Haltung gegenüber anderen Staaten.

BM: Er bitte um Verständnis für seine Ansicht, daß die Mauer natürlich ein Ärgernis sei und vor allem nicht zeitgemäß. In einem kürzlichen Spiegel-Interview²⁴ habe er gesagt, das Problem der DDR-Führung bestehe darin, daß sie zustande bringen müßte, die DDR attraktiv zu machen. Es sei eben so, daß die Ereignisse in der Sowjetunion bei der Bevölkerung der DDR ganz besonders attraktiv seien. Er, der BM, habe die Sorge, daß die DDR noch nicht den frischen Wind der Reformen wie in der Sowjetunion ins Land lassen wolle. In außenpolitischer Hinsicht sei die Bevölkerung der DDR durchaus zufrieden, weil sie überzeugt sei, daß die DDR zur Abrüstung beitragen wolle und zum Westen ein auskömmliches Verhältnis suche. Es habe ja auch große Fortschritte bezüglich des Reiseverkehrs gegeben. Es komme uns darauf an, daß die Verhältnisse in der DDR möglichst stabil gehalten werden könnten, wir wollten eben keine Destabilisierung; es sei gut, daß Herr Sch. vor kurzem in der DDR gewesen sei.

Sch.: Die Politik der DDR könne nur durch ihre Führung bestimmt werden; sie werde nicht in Washington, Moskau oder irgendwo anders gemacht. Die Amerikaner sähen diese Dinge in schiefem Licht, daher erklärten sich wohl auch die abschätzigen und respektlosen Äußerungen. Er habe mit Honecker ein dreistündiges Gespräch geführt, und es sei durchaus interessant, welches Programm der politischen Maßnahmen die DDR-Führung sich vorgenommen habe. In sozialer Hinsicht habe die DDR ohnehin viel geleistet. Man könne sagen, daß die Sowjetunion in dieser Hinsicht deutlich hinter der DDR zurückliege, ob es nun um das Wohnungswesen, die Kinderfürsorge, das Schulwesen oder den Sport gehe. Wahrscheinlich könne die DDR in der Menschenrechtspolitik etwas بهترter handeln, aber auch dies könne sie nur selber entscheiden.

²² Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

²³ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die DDR am 9. Juni 1989. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 62.

²⁴ Vgl. dazu den Artikel „Worten müssen auch bei uns Taten folgen“; DER SPIEGEL, Nr. 24 vom 12. Juni 1989, S. 20–23.

BM: Für ihn sei die Mauer ein Ärgernis; dieses sage er aus seiner Sicht, ohne daraus eine Prestigefrage machen zu wollen. Man solle überhaupt anderen gegenüber versuchen, Dinge nicht zu einem Prestigeproblem werden zu lassen.²⁵

Sch.: Er habe dies bewußt angeschnitten, da er klarmachen wolle, daß er keinem akuten Problem auszuweichen wünsche. Wie solle er zum Beispiel die Mauer bewerten, wenn er zugrunde lege, daß Honecker gegen die Atomrüstung sei, Frau Thatcher aber für die Beibehaltung von Atomwaffen? Was zähle dagegen dann die Mauer? Solle er aber andererseits keinen Dialog mit Frau Thatcher führen? Natürlich müsse ein Dialog auf der gebührenden Ebene geführt werden. Wahrscheinlich müßten alle lernen, die Meinung und die Standpunkte anderer zu achten.

BM: Die DDR-Führung sei in einer schwierigen Lage, da ein Arbeiter in der DDR seine Lage nicht mit der seines Kollegen in Polen, Ungarn, Rumänien usw. vergleichen würde, sondern mit der seines westdeutschen Kollegen. Die Bevölkerung wünsche auch Reformschritte. Es seien sehr nüchterne und realistische Leute, die einfach enttäuscht seien, wenn die DDR-Führung sich nicht zu dem entschließe, was jetzt in der SU in vollem Gange sei. Vor kurzem sei er in seiner Heimatstadt Halle bei den Handel-Festspielen²⁶ gewesen, habe dort ehemalige Schulkameraden und auch andere Menschen gesprochen. Bei allen sei der Wunsch angeklungen, es möge in der DDR dasselbe geschehen wie auch in der Sowjetunion.

Sch.: Wenn in der SU jetzt die Demokratisierung, die Öffnung usw. anstehe, so werde die Sache oft in dem Sinne falsch gesehen, als ob die Perestroika in der Sowjetunion durch irgendwelche äußeren Faktoren entstanden sei. Niemand aber und nichts Äußeres haben der Sowjetunion diesen Kurs aufgedrängt. Sie habe sich selber dazu entschlossen und werde deshalb auch keinen drängen, ihn zu kopieren. Früher seien solche Irrtümer durchaus begangen worden. Man nehme zum Beispiel einen Vergleich zwischen der Bundesrepublik und dem NATO-Partner Türkei. Die Demokratie in diesen beiden Ländern sei völlig unvergleichbar: In der Bundesrepublik zum Beispiel habe die DKP volle Betätigungsfreiheit, während ein kommunistischer Türke auf offener Straße erschlagen werden könne. Trotzdem werde die SU die Türkei niemals fragen, warum sie nicht Verhältnisse wie in der Bundesrepublik einführe.

BM wirft eine Anekdote ein: Er habe auf Fragen von Journalisten, warum er nicht die SU stärker dränge, auf die DDR Einfluß zu nehmen, gefragt, wie es miteinander zu vereinbaren sei, daß man früher der SU zuviel Einmischung in die DDR-Angelegenheiten vorgeworfen habe, um ihr jetzt vorzuwerfen, sich nicht genug einzumischen? Er wolle aber gerne von Herrn Sch. hören, wie die SU den weiteren Weg der DDR beurteile und welchen Rat sie uns zu geben habe, was unser weiteres Verhältnis zur DDR anbetreffe.

Sch.: Je weniger Konfrontation es gebe, desto besser. Aktionen wie die Bush-Rede jedoch verletzen die Selbstachtung der DDR, daher sei dies nicht nur eine Sache, mit der man nicht konform gehe, sondern er lehne sie durchweg ab.

²⁵ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher folgender Satz gestrichen: „Er sage dies aber nur, weil Herr Sch. das DDR-Thema angeschnitten habe, ansonsten hätte er es von sich aus nicht getan.“

²⁶ Die Handel-Festspiele der DDR in Halle fanden vom 2. bis 6. Juni 1989 statt.

BM: Er begrüße uneingeschränkt die Äußerung eines verehrten sowjetischen Kollegen auf der Wiener Konferenz vom „rostenden eisernen Vorhang“, der jetzt zerfalle.

Sch.: Er danke, letztlich, davon sei er überzeugt, würden alle zur Demokratie kommen. In der Sowjetunion habe man dies in den letzten Jahren eingesehen. Man solle kein Problem daraus machen, was die DDR zu ihrem Schutz für nötig halte; jedenfalls solle gegen die Selbstachtung von Staaten nicht verstoßen werden.

Der Herr *BM* äußerte seine Freude anlässlich der Änderung der sowjetischen Praxis in bezug auf die russische Benennung der Bundesrepublik Deutschland.²⁷

Beide Minister äußerten sich befriedigt über das offene und zugleich auch freundschaftliche Gespräch.

Beginn des Gesprächs: 13.40 Uhr; Ende des Gesprächs: 15.20 Uhr.

Referat 010, Bd. 178931

179

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

13. Juni 1989¹

Gespräch BM mit GS Gorbatschow am 13.6.1989 (9.30–10.15 Uhr)²

Ort: Residenz des sowjetischen Botschafters in Bonn

Weitere Teilnehmer: AM Schewardnadse, Botschafter Kwizinskij, Botschafter Meyer-Landrut, D2³.

GS begrüßt *BM* mit herzlichen Worten. Er habe gestern bereits in dem ersten Gespräch mit dem Bundespräsidenten⁴ den Beitrag der beiden Außenminister

²⁷ Zur Frage der Bezeichnung der Bundesrepublik im Russischen vgl. AAPD 1977, I, Dok. 148.

Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 14. Juni 1989, die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ habe am selben Tag auf der Titelseite die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 abgedruckt: „Dabei wird korrekt bei der Übersetzung unseres Staatsnamens das Wort ‚Deutschland‘ im Nominativ wiedergegeben. Auch die anderen Zeitungen halten sich seit Abdruck der Tischreden des BK und Gorbatschows am 13.6.1989 an diese Praxis. Nur die Sprecher der Fernsehnachrichten am 13.6.89 abends hatten sich noch nicht umgestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2307; Referat 213, Bd. 147132.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Kastrup gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1989 vorgelegen.

Für das Gespräch vgl. auch das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 36.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu auch Dok. 178 und Dok. 182.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Juni 1989 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legations-

zu dem Besuchsergebnis gewürdigt, und er möchte dieses nicht nur aus Höflichkeit wiederholen. Er wisse den persönlichen Beitrag des BM zu Fortschritten in den bilateralen Beziehungen hoch einzuschätzen. Es sei bisher nicht leicht gewesen und werde auch in Zukunft nicht leicht sein. Es gebe jedoch ein gutes Barometer, nämlich die Haltung der Bevölkerung in beiden Ländern. Dies stimme ihn zuversichtlich. Er rechne auch in Zukunft mit einer guten Zusammenarbeit.

BM erinnert an das erste Gespräch mit GS im Sommer 1986.⁵ Dabei habe GS die Formel gebraucht, daß man ein neues Kapitel in den Beziehungen aufschlagen wolle. Seitdem habe man einen weiten Weg zurückgelegt. Die heute zu unterzeichnende Gemeinsame Erklärung⁶ stelle eine Krönung des Weges dar, bedeute aber noch nicht die Endstation. BM verweist darauf, daß die Menschen bei uns in den letzten Jahren besser verstehen gelernt hätten, welche Entwicklungen in der Sowjetunion vor sich gehen und welchen Beitrag beide Länder für die Lage in Europa leisten könnten. Er, BM, freue sich, daß es möglich gewesen sei, ein großes, auch persönliches Vertrauen zu schaffen. Er sage dies insbesondere auch im Hinblick auf sein Verhältnis zu AM Schewardnadse.

Auf Zwischenfrage des GS, wie viele Male die beiden Außenminister sich inzwischen getroffen hätten, bemerkt AM Schewardnadse, er glaube ungefähr dreißigmal.

BM fährt fort, was die Qualität des bilateralen Verhältnisses anbetreffe, so stimmten ihn zwei Ereignisse zuversichtlich: einmal die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung und zum anderen die Verständigung beim NATO-Gipfel⁷ auf einen Kurs, der unserer Philosophie entspreche und seinen Ausdruck in der Gemeinsamen Erklärung finde.

BM erklärt, wir begrüßten die Entwicklungen im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis. Wir seien an Fortschritten interessiert und möchten dies fördern.

GS erwidert, beim Lesen des Dokuments von Brüssel⁸ empfinde er unterschiedliche Gefühle. Er sei realistisch genug, um zu verstehen, daß es nicht leicht sei, neue Schritte zu machen. Dem ganzen Dokument liege jedoch die Konzeption nuklearer Abschreckung zugrunde. Der Leser müsse deshalb insoweit den Eindruck gewinnen, als sei nichts Neues geschehen. Andere Teile des Dokuments zeigten eine Art Übergangsperiode, nämlich den Übergang vom Kalten Krieg zur Kooperation.

Was die Gemeinsame Erklärung betreffe, so stimme er, GS, dem BM zu, daß es sich um ein sehr wichtiges Dokument handle. Er frage sich allerdings, ob man

Fortsetzung Fußnote von Seite 795

rats I. Klasse Neubert vom 13. Juni 1989; Referat 213, Bd. 147130. Vgl. dazu ferner das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 33.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

das deutsch-sowjetische Verhältnis überall richtig begreife, insbesondere in einer europäischen Hauptstadt. Die jetzt mit der Erklärung in den beiderseitigen Beziehungen erreichte Stufe stelle an sich noch keinen Durchbruch dar, aber man sei nahe daran. Wichtig sei, wie beide Seiten die künftige Politik gestalten wollten.

Über die Umgestaltungspolitik in der SU bemerkt GS scherzhaft, er könne sich vorstellen, daß der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland darüber täglich zwei Telegramme nach Hause sende: Eines morgens, in dem er berichte, die Sowjetunion falle auseinander, und eines nachmittags, in dem gesagt werde, es sei doch noch nichts geschehen. Richtig sei, daß die Sowjetunion sich in einem Prozeß tiefgreifender Umgestaltung befinde. Wie auch die Arbeit an der Gemeinsamen Erklärung gezeigt habe, sei ein Wandel in den Ansichten immer eine komplizierte Sache. Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland sollten bereit sein, Europa und der Welt zu zeigen, daß es im Interesse aller liege, wenn sich ihr Verhältnis zueinander positiv entwickle. In offensichtlicher Anspielung auf die gegenwärtige Diskussion in der Sowjetunion über das Geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939⁹ bemerkt GS, es gebe keine geheimen Protokolle zu dem politischen Dokument. Die Quintessenz des neuen Denkens bestehe gerade in der Offenheit.

BM erklärt, im Westen bestehe vielfach die Vorstellung, daß es in der Sowjetunion seit Jahrzehnten nur eine Meinung gegeben habe.

GS erwidert, das sei seit langem nicht mehr der Fall.

BM fährt fort, die Stärke unseres Systems bestehe gerade darin, Gegensätze offen auszutragen. Wenn sich die Sowjetunion in dieser Richtung entwickle, werde sie kooperationsfähiger.

GS führt aus, der gerade beendete Kongreß der Volksdeputierten¹⁰ habe gezeigt, daß dies möglich sei. Er müsse jedoch sagen, daß die sowjetische Bevölkerung auf eine solche Situation psychologisch noch nicht vorbereitet sei. Hierin liege „unser Drama“. Generell müsse er sagen: Wenn man ihm bei Amtsantritt im März 1985 gesagt hätte, wie weit man im Juni 1989 gekommen sei, hätte er selbst eine solche Entwicklung nicht geglaubt.

BM bemerkt, bei seinem ersten Gespräch mit *GS* sei er besonders beeindruckt davon gewesen, daß dieser eingestanden habe, nicht auf alles eine Antwort zu wissen.

GS erklärt (scherzhaft), für eine Reihe von Leuten gebe es nur zwei Meinungen, die eigene und die falsche.

BM betont, *GS* habe bereits gestern am ersten Besuchstag erlebt, welche Empfindungen die Menschen in unserem Lande für ihn persönlich, seine Politik und sein Land hätten. Darin kommen das Vertrauen in ihn und der Respekt für seinen Mut zum Ausdruck. Die Menschen bei uns hätten das richtige Gefühl. Es liege in unseren eigenen Händen, Europa in eine bessere Zukunft zu führen.

⁹ Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229. Vgl. dazu ferner Dok. 173.

¹⁰ Die erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten fand vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 197.

Die Haltung unserer Bürger sei in der Diskussion über die Kurzstreckenraketen deutlich geworden. BM erwähnt, daß er in der vergangenen Woche in seiner Heimatstadt Halle Freunde und Schulkameraden getroffen habe. Auch sie hätten ihm bestätigt, daß er sich in der Raketenfrage richtig verhalten habe. Die Menschen in der DDR hätten genauso gedacht wie hier bei uns.

BM erklärt, er halte es für richtig, mit großer Energie Strukturen der Sicherheit zu schaffen, die viele Elemente in der gegenwärtig geltenden Verteidigungsdoktrin überflüssig machten. Bei solchen Bemühungen hätten die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung.

Die Gemeinsame Erklärung öffne Türen für einen Durchbruch; sie stelle eine sehr gute Grundlage dar, darüber zu sprechen. Wir verstünden sie ähnlich wie die Schlußakte von Helsinki¹¹: Sie schließe kein Kapitel ab, sondern eröffne neue Möglichkeiten.

GS kommt zurück auf die innere Entwicklung in der Sowjetunion und erklärt, man befinde sich in einem Prozeß weitgehender Umgestaltungen. Er müsse jedoch jedermann raten, vorsichtig zu sein. Niemand dürfe in Versuchung geraten, die Lage für eigene Interessen auszunutzen. Er möchte kurz erläutern, worüber er intensiv nachgedacht habe:

Grundbedingung sei, die bestehenden Realitäten zu beachten. Es gebe zwei Bündnisse. Die Sowjetunion und die USA hätten ihre Interessen und besonderen Verbindungen zu Europa. Wenn alle Beteiligten mit Verantwortung, Pragmatismus und Weitsicht vorgehen, sei er zuversichtlich, daß sich der ganze Prozeß normalisieren werde. Er halte eine Lösung aller Fragen für möglich. Dies gelte für das Schicksal der Bündnisse, aber auch für die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten. Europa sei ein vitaler Kontinent.

BM erklärt, man müsse wissen, wohin man wolle. Für Europa sei dies einfach zu beantworten: Europa müsse wieder zusammengeführt werden. Der gegenwärtige Zustand bekomme niemandem gut, und er entspreche nicht dem Bewußtsein der Europäer, den nur gemeinsam zu lösenden Problemen und den Vorstellungen von der Zukunft. Europa habe allerdings keine Aussicht auf eine bessere Zukunft, wenn die eine oder andere Seite die weitere Entwicklung als ihren Triumph ausbebe.

GS: Sehr richtig.

BM unterstreicht, es komme darauf an, die kooperativen Elemente zu stärken, auch in der Sicherheitspolitik. Es könne keine Sicherheit auf Kosten des anderen geben.

BM weist auf seinen Besuch in Washington in der kommenden Woche hin¹² und wiederholt, wir begrüßten jeden Fortschritt in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA, weil er die Entwicklung in Europa erleichtere.

GS bittet, Grüße an Präsident Bush zu übermitteln, und BM könne ihm sagen, bei den Gesprächen in Bonn seien sich beide Seiten bewußt gewesen, daß stets ein dritter Gesprächspartner dabeigewesen sei. Das bedeute nicht, daß man

¹¹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹² Bundesminister Genscher besuchte die USA am 20./21. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

wie ein Kaninchen auf die Schlange gesehen habe, sondern nur, daß man die politische Realität nicht vergessen habe. Fortschritte in Europa seien ohne die Vereinigten Staaten nicht vorstellbar; alles andere wäre eine Illusion.

BM bemerkt, er sei überzeugt, daß Präsident Bush, seine Berater im Weißen Haus und die Spitzen der Administration an einem guten Verhältnis zur Sowjetunion interessiert seien.

GS äußert sich zuversichtlich, daß sich das sowjetisch-amerikanische Verhältnis weiterentwickeln werde. Was die deutsch-sowjetischen Beziehungen und den gegenwärtigen Besuch anbetreffe, sei es wichtig, daß niemand verdächtigt werde. Auf den Einwand von *BM*, daß dies allenfalls in der Presse geschehen könnte, erwähnt *GS* die Namen Kissinger, Brzezinski und die Heritage Foundation.

Das Gespräch fand in einer sehr aufgeschlossenen und freundlichen Atmosphäre statt.

Referat 010, Bd. 178931

180

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann

416-425.20

15. Juni 1989¹

Über Dg41²/D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Bitte um Zustimmung zu Ziffer 4

Betr.: Soziale Dimension des Europäischen Binnenmarktes;
hier: Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte

1) Am 30.5.1989 hat die KOM den Vorentwurf einer „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte“ (Anlage 1⁵) vorgelegt. Entgegen ersten Überlegungen, auch den Verbraucher- und Umweltschutz aufzunehmen, beschränkt sich der Vorentwurf der KOM auf die Themen „Beschäftigung und Arbeit“ und betrifft nun folgende Bereiche:

- Recht auf Freizügigkeit,
- Beschäftigung und Arbeitsentgelt,

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schürmann und Referentin Caballero-Kolbenstetter konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 15. Juni 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 15. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Weiteres Verfahren: möglichst Billigung/Bestätigung der Schlußfolgerungen des Sozialministerrats durch ER Madrid; Auftrag für Aktionsprogramm. Verabschiedung der Sozialcharta auf ER Paris.“

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. Juni 1989 vorgelegen.

⁵ Für den Wortlaut des Vorentwurfs vgl. BULLETIN DER EG 5/1989, S. 118–121.

- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,
- Recht auf sozialen Schutz,
- Recht auf Koalitionsfreiheit und Tarifverhandlungen,
- Recht auf Berufsausbildung,
- Recht auf Gleichbehandlung von Männern und Frauen,
- Recht auf Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung der Arbeitnehmer,
- Recht auf Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz,
- Kinder- und Jugendschutz,
- ältere Menschen,
- Behinderte.

Zur Gewährleistung der sozialen Grundrechte dieser Charta verpflichten sich die MS, die entsprechenden Rechtsvorschriften zu verabschieden oder die Sozialpartner zum Abschluß von Tarifverträgen auf nationaler, regionaler, sektoraler oder Unternehmensebene zu veranlassen.

Außerdem soll der Europäische Rat der KOM das Mandat erteilen, bis zum 30.6.1990 hierzu ein Aktionsprogramm und ein entsprechendes Instrumentarium vorzulegen.

2) Haltung der anderen Mitgliedstaaten

Bei erster Erörterung des KOM-Vorentwurfs im Sozialministerrat am 12.6.89 sprach sich eine überwältigende Mehrheit in den von zehn MS gebilligten (von GB strikt abgelehnten, bei DK Parlamentsvorbehalt) Schlußfolgerungen des Rates dafür aus, daß

- „dem europäischen Sozialraum ein Katalog von Rechten zugrunde liegen muß, die klar abgesteckt und rechtlich verbindlich sein müssen“,
- „die sozialen Grundrechte von den Staats- und Regierungschefs im Wege einer feierlichen Erklärung so bald wie möglich gebilligt werden müssen“,
- „die KOM unverzüglich mit der Ausarbeitung der Bestimmungen über die Grundrechte und des Aktionsprogramms zur Verwirklichung der sozialen Ziele ... beginnt“,
- „bei den weiteren Beratungen die Sozialpartner ... beteiligt werden und dabei ein Höchstmaß an Konsens erzielt wird“,
- die von der KOM bereits vorgelegten, aber bislang blockierten Vorschläge (Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Elternurlaub) „umgehend erneut“ geprüft werden, „damit Beschlüsse gefaßt werden können“.⁶

Der Vorsitz wird den Entwurf der Schlußfolgerungen, die von zunächst zehn MS und bald von elf MS nach Aufhebung des DK-Parlamentsvorbehalts gebilligt werden, dem ER Madrid⁷ vorlegen. Die Aussprache war gekennzeichnet durch den schroffen Gegensatz zwischen GB, das eine solche Charta als „überflüssig“ und „sogar schädlich“ ablehnte, und den übrigen elf MS, die „grundlegendes Einvernehmen über die im Vorentwurf der Charta enthaltenen Grundrechte“

⁶ Vgl. den „Entwurf von Schlußfolgerungen des Rates“; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 13.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

bekundeten, und insbesondere D, B, NL, L, F, I, die besonderes Gewicht auf konkrete, präzise formulierte und verbindliche Arbeitnehmerrechte legten.

Die negative GB-Haltung überrascht nicht. PM Thatcher hatte bereits am 18.5.1989 in ungewöhnlich scharfer Form eine EG-Sozialcharta gegenüber „Daily Mail“ abgelehnt und als Rückfall „in den Marxismus und den Klassenkampf“ bezeichnet.⁸ Ihrer Ansicht nach würde die Charta die europäische Wirtschaft mit hohen zusätzlichen Kosten belasten und Europa im internationalen Wettbewerb schwächen. Sie kündigte an, daß GB jedes Mittel bis hin zu einem Veto nutzen werde. Hingegen bekräftigten BM Genscher und AM Dumas in einer gemeinsamen Erklärung vom 18.5.89⁹ sowie BM Genscher und AM Andreotti in einer gemeinsamen Erklärung vom 21.5.89¹⁰ die Bedeutung der sozialen Dimension des Binnenmarktes, dessen Verwirklichung zu sozialem Fortschritt führen müsse und nicht zu sozialem Rückschritt.

3) Deutsche Haltung

Als weiterer konkreter Ansatzpunkt (neben dem erfolgreichen RL¹¹-Paket zur Verbesserung des Arbeitsschutzes) für die Verwirklichung der sozialen Dimension des Binnenmarktes ist die Erarbeitung einer Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte zu begrüßen.

Wie die Ergebnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage nochmals belegen, ist dies außerdem ein unerläßlicher Schritt, die Zustimmung der Sozialpartner und der Bürger zum Binnenmarkt sicherzustellen. Im EG-Durchschnitt sprachen sich nämlich 69% der Befragten für eine solche Charta aus (I: 80%; F: 77%; NL und E: 72%; GB: 65%; D: 57%; DK: 47%).

Aus Sicht der Bundesregierung, die sich seit geraumer Zeit für grundlegende soziale Mindestregelungen auf Gemeinschaftsebene einsetzt, kann eine politische, aber rechtlich unverbindliche Erklärung nur ein erster Schritt auf dem Weg zu konkreten, einklagbaren „Mindestansprüchen“ in der Gemeinschaft sein, wie BM Blüm im Sozialministerrat betonte.

Wie in den vom Kabinett am 6.6.89 gebilligten Antworten auf die Großen Anfragen der SPD-Fraktion sowie der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Sozialen Dimension des Binnenmarktes¹² ausgeführt wird, unterschätzt die Bundesregierung keineswegs Wert und Bedeutung politischer Absichtserklärungen in

⁸ Vgl. die Artikel „My European Nightmare by Maggie“ und „Why I am the best European of all“, DAILY MAIL vom 18. Mai 1989, S. 1 f. bzw. S. 6 f.

⁹ Für die gemeinsame Erklärung des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas anlässlich ihres Treffens am 18. Mai 1989 in Paris, die am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. die Information Nr. 107/89 des Pressereferats des Auswärtigen Amtes vom 19. Mai 1989; Referat 013, Bd. 178980. Für den französischen Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Mai/Juni), S. 41.

¹⁰ Für die gemeinsame Erklärung des Bundesministers Genscher und des italienischen Außenministers Andreotti anlässlich ihres Treffens am 21. Mai 1989 in Rom, die am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. die Information Nr. 109/89 des Pressereferats des Auswärtigen Amtes vom 22. Mai 1989; Referat 013, Bd. 178980. Für das Gespräch der Außenminister vgl. Dok. 144.

¹¹ Richtlinien.

¹² Für den Wortlaut der Großen Anfrage der SPD-Fraktion vom 20. Februar 1989 („Europäischer Binnenmarkt und Soziale Demokratie“) sowie der Antwort der Bundesregierung vom 6. Juni 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4034 bzw. Nr. 11/4699.

Für den Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 10. März 1989 („Sozialraum Europäische Gemeinschaft“) sowie der Antwort der Bundesregierung vom 6. Juni 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4163 bzw. Nr. 11/4700.

diesem Bereich. Ein rechtlich unverbindlicher Katalog von Programmsätzen dürfte jedoch zentrale Erwartungen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften enttäuschen. Deshalb wird sich die Bundesregierung in engem Kontakt mit den Sozialpartnern dafür einsetzen, daß eine Reihe konkreter, rechtlich verbindlicher und einklagbarer Mindestregelungen EG-weit eingeführt wird¹³.

DGB-Chef Breit fordert ebenso wie der Europäische Gewerkschaftsbund EGB nach wie vor rechtsverbindliche soziale Grundrechte. Ohne die politische Bedeutung der Annahme sozialer Grundrechte durch die Staats- und Regierungschefs zu verkennen, halten sie eine feierliche Erklärung für unzureichend, wenn nicht gleichzeitig gemeinschaftliche Rechtsinstrumente zur Garantie dieser Rechte und ein genauer Zeitplan für deren Umsetzung bis zur Vollendung des Binnenmarktes bis zum 31.12.1992 vorgesehen werden.¹⁴

4) Wertung und weiteres Vorgehen

Aus Sicht des AA und der Ressorts BMA, BMWi sowie ChBK entsprechen die Schlußfolgerungen des Sozialministerrates voll den deutschen Interessen. Wichtig ist für uns, daß eine¹⁵ große Mehrheit wie wir für eine rasche Umsetzung der Charta in konkrete, rechtlich verbindliche und einklagbare Mindestansprüche eintritt. Diesem Zweck dient auch die Aufforderung an die KOM, unverzüglich mit der Ausarbeitung des Aktionsprogramms sozialer Grundrechte zu beginnen. Dies dürfte auch den Erwartungen des DGB und EGB entgegenkommen. Auch der F-Vorschlag, den Entwurf der Charta zunächst von einem hochrangigen Gremium beraten zu lassen, könnte als weiterführender Verfahrensweg nützlich sein.

Es kommt nun darauf an, daß diese Schlußfolgerungen möglichst vollständig vom ER Madrid gebilligt werden. Hierbei muß darauf geachtet werden, daß die Schlußfolgerungen durch etwaige Konzessionen an GB nicht so verwässert werden, daß sie für uns (und für den DGB) nicht mehr akzeptabel sind. Notfalls könnte auch daran gedacht werden (dies wäre Sache des Vorsitzes), ob die Schlußfolgerungen nur von elf Delegationen (ohne GB) des ER Madrid gebilligt werden sollten, wie dies z. B. auch beim ER Brüssel vom 29./30.6.1987¹⁶ zum Delors-Paket der Fall war.¹⁷

Schürmann

Referat E 10, Bd. 162313

¹³ Korrigiert aus: „werden“.

¹⁴ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Hieraus sollte sich aber kein Junktim ergeben!“

¹⁵ Korrigiert aus: „daß sich eine“.

¹⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 193.

¹⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Hängt von Verhandlungslage ab, auch im Zusammenhang mit der Diskussion zur WWU.“

181

**Bundeskanzler Kohl an den
kanadischen Ministerpräsidenten Mulroney****16. Juni 1989¹**

Sehr geehrter Herr Premierminister, lieber Brian²,

mit Genugtuung habe ich festgestellt, daß meine Initiative zum Schutz der Erdatmosphäre in den Vorbereitungsarbeiten für den diesjährigen Wirtschaftsgipfel in Paris³ breite Zustimmung gefunden hat und im Entwurf des Thematischen Papiers unserer Persönlichen Beauftragten seinen Niederschlag findet⁴.

Ich messe der Problematik der globalen Veränderungen der Erdatmosphäre ganz erhebliche Bedeutung bei. Besondere Probleme stellen der Ozonabbau in der Stratosphäre und die durch den Treibhauseffekt verursachten weltweiten Klimaänderungen dar. Hier liegt eine der zentralen Herausforderungen der 90er Jahre. Deshalb möchte ich mir erlauben, Ihnen vor dem Zusammentreten des Gipfels noch einmal die wichtigsten Elemente meiner Vorstellungen zu erläutern.

Erfreulicherweise ist in den vergangenen Jahren das Umweltbewußtsein spürbar gewachsen. Der Deutsche Bundestag hat 1987 eine Enquete-Kommission eingesetzt, die Umfang und Ursachen der globalen Veränderungen der Erdatmosphäre feststellen und mögliche nationale und internationale Vorsorge- und Gegenmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vorschlagen soll.⁵ Diese Kommission hat in intensiven Beratungen mit hochrangigen und weltweit anerkannten Experten aus vielen Ländern sowie internationalen Organisationen bisher hervorragende Arbeit geleistet.

Mit dem Bewußtsein der globalen Bedrohung der Erdatmosphäre verstärkt sich auch über die nationalen Grenzen hinweg der Konsens über die Notwendigkeit einer verbesserten weltweiten Kooperation. Gerade die Gipfelländer tragen gegenüber der Völkergemeinschaft eine besondere Verantwortung. Sie sind aufgerufen, in Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt und in Zusammenarbeit auch mit den Ländern Osteuropas sowie unter Einbeziehung der Kenntnisse und Möglichkeiten der internationalen Institutionen die Folgen dieser Entwicklung für unseren Planeten, die ökologischen Systeme und die Menschheit zu

¹ Ablichtung.

² Die Wörter „lieber Brian“ wurden von Bundeskanzler Kohl handschriftlich eingefügt.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

⁴ Vgl. dazu Ziffer 44 bis 62 des Thematischen Papiers der „Sherpas“ vom 4. Juni 1989; Referat 412 (E 24), Bd. 168589.

⁵ Am 24. Juni 1987 beantragten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Am 14. September 1987 beantragte die Fraktion der Grünen die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Langfristiger Klimaschutz“. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/533 bzw. Nr. 11/787.

Auf der Basis dieser beiden Anträge empfahl der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 15. Oktober 1987 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Diese Empfehlung nahm der Bundestag am 16. Oktober 1987 an. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/971, bzw. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 34. Sitzung, S. 2296 f.

Mit Datum vom 3. November 1988 legte die Kommission einen Ersten Zwischenbericht vor. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/3246 vom 2. November 1988.

begrenzen und abzuwehren. Die zum Schutz der Erdatmosphäre und des Weltklimas dringend erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen müssen ohne weitere zeitliche Verzögerung getroffen werden. Insbesondere sollte möglichst bald, spätestens bis zum Ende des Jahrhunderts, vollständig auf die Produktion und den Verbrauch der die Ozonschicht schädigenden Stoffe verzichtet werden. Ebenso ist die erhebliche und rasche Verringerung der für den Treibhauseffekt verantwortlichen Spurengase erforderlich.

Die Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen wirft große Probleme auf. Zu ihrer Bewältigung sind auch vermehrte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, etwa zur Entwicklung klimaverträglicher Ersatztechnologien, sowie die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Forschungsprogramme förderlich.

Um völkerrechtliche Verpflichtungen für die Begrenzung insbesondere der Kohlendioxid-Emissionen zu erreichen, halte ich die möglichst rasche Vereinbarung einer Weltklima-Konvention für ebenso dringlich wie die Stärkung bestehender Institutionen im Rahmen der Vereinten Nationen oder die Errichtung neuer Institutionen. Wir sollten die Arbeiten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und die Vorschläge für neue institutionelle Befugnisstrukturen nachdrücklich unterstützen.

Auch die Vernichtung der Tropenwälder, die ein immer bedrohlicheres Ausmaß annimmt, beeinflusst das globale Klima. Darüber hinaus führt die Zerstörung des Ökosystems Tropenwald mit seiner enormen Artenvielfalt dazu, daß die genetischen Ressourcen der Erde geschmälert werden. Wir sollten deshalb gemeinsam mit den betroffenen Ländern der Dritten Welt dafür Sorge tragen, daß die Nutzung tropischer Waldgebiete auf Formen begrenzt wird, die mit übergeordneten ökologischen Schutzerfordernissen und den Überlebensvoraussetzungen der dort lebenden Menschen vereinbar sind. Ein umfassendes international akzeptiertes Handlungskonzept für den Tropenwaldschutz muß deshalb entwickelt werden. Dem Tropenwald-Aktionsplan (TFAP) der FAO⁶ kommt dabei große Bedeutung zu. Wir sollten die Tropenländer bei der Durchführung konkreter Maßnahmen finanziell unterstützen. Aber auch die internationale Tropenholzwirtschaft kann durch Selbstverpflichtungen zu einer umweltschonenden holzwirtschaftlichen Nutzung beitragen. Hierfür bietet die Internationale Tropenholz-Organisation (ITTO)⁷ ein geeignetes Forum.

Für erforderlich halte ich auch, daß in der Entwicklungshilfe- und in der Schuldenpolitik verstärkt Umweltaspekte Berücksichtigung finden. Ich denke hier insbesondere daran, die Gewährung neuer Kredite durch internationale Institutionen an Entwicklungsländer und bilaterale Schuldenerlasse – soweit möglich – auch mit Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, insbesondere des Tropenwaldes, zu verbinden. Auch marktorientierte Schuldenreduzierungen einschließlich des „Schuldentausches für Umweltschutz“ (debt for nature swaps) könnten für den Umweltschutz nutzbar gemacht werden.

Bei dem bevorstehenden Zusammentreffen in Paris sollten wir eine kritische Bilanz der unternommenen Anstrengungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ziehen. Für eine Intensivierung dieser Arbeiten sollten wir Anstöße

⁶ Für den Wortlaut des „FAO's Tropical Forestry Action Plan“ (TFAP), der beim neunten Weltwald-Kongreß im Juli 1985 in Mexiko-Stadt vorgestellt wurde, vgl. UNASYLVA 38 (1986/2), Nr. 152, S. 38–64.

⁷ International Tropical Timber Organization.

geben, damit bis zum folgenden Gipfeltreffen⁸ greifbare Fortschritte erreicht werden können und von Paris ein deutliches Signal für unsere gemeinsame Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung ausgeht.

Mit freundlichen Grüßen
Dein Helmut Kohl

Referat 402, Bd. 159444

182

Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Leuchs

012-9-312.74 VS-NfD 161730

16. Juni 1989¹

Fernschreiben Nr. 37/38 Ortez

Ortez zum Besuch von GS Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 15.6.1989

I. Nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau (24.–27.10.1988²) hielt sich auf Einladung des Bundespräsidenten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Obersten Sowjet der UdSSR, Michail Gorbatschow, vom 12. bis 15.6.1989 in der Bundesrepublik Deutschland auf. Er wurde begleitet von seiner Frau Raissa Maximowna sowie von mehreren Beratern, unter ihnen Marschall der SU Achromejew. Der offiziellen Delegation gehörten AM Schewardnadse, Politbüromitglied Jakowlew und Stv. MP Silajew an.

Der Bundeskanzler führte mit dem Gast drei längere Gespräche von insgesamt sieben Stunden unter vier Augen sowie im Kreis der Delegationen.³ Der Bundespräsident⁴, die Bundestagspräsidentin⁵, der Bundesminister des Auswärtigen⁶

⁸ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

¹ Ablichtung.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher in der UdSSR vgl. AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

³ Für das erste und zweite Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12./13. Juni 1989 sowie das Delegationsgespräch am 13. Juni 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4. Für das erste und zweite Vier-Augen-Gespräch vgl. ferner die sowjetischen Gesprächsprotokolle; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 34 und Dok. 37. Am 14. Juni 1989 führten Kohl und Gorbatschow ein drittes Vier-Augen-Gespräch. Vgl. dazu das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 42.

⁴ Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Juni 1989 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert vom 13. Juni 1989; Referat 213, Bd. 147130. Vgl. dazu ferner das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 33.

Am 15. Juni 1989 kamen Weizsäcker und Gorbatschow zu einem Abschlusßgespräch zusammen. Vgl. dazu das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 43.

⁵ Das Gespräch der Bundestagspräsidentin Süssmuth mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, fand am 13. Juni 1989 statt.

⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 13. Juni 1989 vgl. Dok. 179.

und der SPD-Vorsitzende Vogel⁷ trafen zu gesonderten Unterredungen mit GS Gorbatschow zusammen. Vor dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft in Köln hielt das sowjetische Staatsoberhaupt am 13.6. eine Ansprache.⁸ Zu Ehren des Gastes gaben der Bundeskanzler am 12.6. in der Godesberger Redoute und der Bundespräsident am 13.6. in Schloß Brühl zwei Empfänge mit anschließendem Abendessen.

Im Rahmen des Gesamtprogramms hielten der BM des Auswärtigen und AM Schewardnadse⁹ sowie der BM für Wirtschaft¹⁰ und der Stv. MP Silajew Konsultationen ab. Der stv. Vorsitzende der SPD und saarländische MP Lafontaine, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger, der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick, Vertreter der „Grünen“ und CDU-Generalsekretär Geißler führten Gespräche mit Politbüromitglied Jakowlew.¹¹ Zu einem Meinungsaustausch trafen der BM der Verteidigung¹² sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr¹³ mit Marschall Achromejew zusammen. Frau Gorbatschowa stattete u. a. dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock einen Besuch ab; sie wurde dort hin von Frau Kohl begleitet.

Am 13.6. folgte GS Gorbatschow einer Einladung der Landesregierung Baden-Württembergs nach Stuttgart. Am letzten Tag besuchte das sowjetische Staatsoberhaupt auf Einladung der Landesregierung das Land Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf und Dortmund, wo er mit Betriebsräten und Arbeitern der Stahlindustrie (Hoesch) zusammentraf und eine Rede¹⁴ hielt). Bei dieser Gelegenheit führte der Gast auch ein Gespräch mit Willy Brandt und Helmut Schmidt.

II. Der Besuch war durch ein offenes und positives Gesprächsklima gekennzeichnet. Die große Anteilnahme der Bevölkerung hat bei den Gästen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Der Besuch von GS Gorbatschow ist ein bedeutendes Ereignis in den bilateralen Beziehungen und Höhepunkt auf dem Weg, der seit Unterzeichnung des Moskauer Vertrages 1970¹⁵ beschritten wurde. Die sowjetische Seite hat bereits im Vorfeld die Bedeutung des Besuches – aus ihrer Sicht – unzweideutig erklärt, nämlich einen Schlußstrich unter die Vergangen-

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kam am 13. Juni 1989 zu einem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Vogel zusammen. Vgl. dazu SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 15.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 16–20, bzw. EUROPA-ARCHIV 1989, D 387–390 (Auszug).

⁹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 12. Juni 1989 vgl. Dok. 178.

Anschließend trafen die beiden Außenminister zu einem Gespräch im erweiterten Kreis zusammen. Im Delegationsgespräch wurden die bisherigen Unterredungen resümiert. Ferner wurden der weitere Besuchsablauf und die zu unterzeichnenden Abkommen besprochen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147132.

Außerdem führten Genscher und Schewardnadse am 14. Juni 1989 in Wachtberg-Pech ein Gespräch. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 2.

¹⁰ Helmut Haussmann.

¹¹ Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, traf am 14. Juni 1989 in Bonn mit Vertretern der Grünen zusammen. Vgl. dazu SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 31.

¹² Gerhard Stoltenberg.

¹³ Dieter Wellershoff.

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 15. Juni 1989 in Dortmund vgl. SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 33 f.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

heit zu ziehen. Der GS hat dies in seinen öffentlichen Äußerungen in Bonn bestätigt („Ende der Nachkriegszeit“). Der Übergang zu einer neuen Phase der Beziehungen wird aus der Gemeinsamen Erklärung¹⁶ deutlich. Hier ist ein Programm für ihre weitere Entwicklung niedergelegt.

Wir sind uns mit sowjetischer Seite einig, daß die positive Entwicklung unseres Verhältnisses nicht nur bilateral wichtig ist, sondern von zentraler Bedeutung für die Lage in Europa und für das West-Ost-Verhältnis insgesamt. Dieser Überzeugung hatte BK Kohl bereits in seiner ersten Regierungserklärung¹⁷ Ausdruck gegeben.

III. 1) GS Gorbatschow hat – gerade in der intensiven jüngsten Phase der Entwicklung der Beziehungen – den politischen Standort der Bundesrepublik Deutschland, ihre feste Verankerung im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft, akzeptiert und respektiert. Die Gemeinsame Erklärung stellt eindeutig fest: Die Vertrags- und Bündnisverpflichtungen beider Seiten werden berücksichtigt, die Politik der Verbesserung der Beziehungen richtet sich gegen niemanden. Der GS hat in Tischreden und Gesprächen wörtlich gesagt, von niemandem werde verlangt, auf seine Identität zu verzichten oder seine Bündnisbeziehungen zu lockern. Auf der Pressekonferenz hat der GS dazu erneut klargestellt, daß die Verbesserung der bilateralen Beziehungen nicht die Zugehörigkeit zu verschiedenen Bündnissen berührt.

2) Der Besuch hat eine sehr realistische Betrachtungsweise Gorbatschows gezeigt:

Schon die Gemeinsame Erklärung stellt fest, daß auch in einem künftigen Europa (europäische Friedensordnung oder gemeinsames europäisches Haus) die USA und Kanada ihren Platz haben. Dies hat die SU erstmals in einem internationalen Dokument ausdrücklich unterschrieben.

Im Gespräch erklärte Gorbatschow: Fortschritte in Europa seien ohne die USA nicht vorstellbar; alles andere sei Illusion.

Die Rolle der EG wird nicht nur durch die Normalisierung zwischen EG und RGW und die Beziehungen und Verhandlungen der EG mit den europäischen RGW-Mitgliedstaaten anerkannt, sondern mit dem Hinweis auf den begonnenen politischen Dialog zwischen der SU und den zwölf Mitgliedstaaten der EG (EPZ) wird auch die politische Dimension des europäischen Einigungsprozesses der Zwölf anerkannt.

3) Die Gemeinsame Erklärung ist ein Meilenstein in unseren Beziehungen, aber auch im Verhältnis der Sowjetunion zum Westen insgesamt: Sie ist ein Dokument von außerordentlicher Bedeutung, da die Sowjetunion nie zuvor in einem gemeinsamen Dokument politische Aussagen mitunterschrieben hat, die westliche Wertvorstellungen und Grundsatzpositionen (s. Kap. I., II. und III. der Gemeinsamen Erklärung) wiedergeben.

¹⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

¹⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 121. Sitzung, S. 7213–7229.

Für den Wortlaut der Regierungserklärung Kohls vom 4. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 4. Sitzung, S. 56–74.

IV. 1) Für die bilateralen Beziehungen ist wichtig, daß die SU Interesse und Bereitschaft gezeigt hat, die vertraglichen Grundlagen der Zusammenarbeit in ihrer ganzen Breite erheblich auszuweiten. Die im Oktober in Moskau und jetzt hier unterzeichneten Vereinbarungen belegen dies (s. abgestimmte Pressemitteilung in Infofunk vom 14./15.6.89). Für uns erfreulich ist, daß die Zusammenarbeit immer stärker über die traditionellen Bereiche hinausgeht: Einrichtung von Kulturinstituten, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Jugendaustausch, Aus- und Weiterbildung von Führungskräften der Wirtschaft, Arbeitsschutz und berufliche Rehabilitation von Behinderten.

2) Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

2.1) Die Unterzeichnung des Investitionsförderungs- und -schutzvertrags¹⁸ und insbesondere der darin vereinbarte unbeschränkte freie Transfer von Kapital und Erträgen schafft zusätzliche Anreize für die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen, von denen bereits über 50 (nach sowjetischen Angaben 72) Joint-ventures in der SU gegründet haben.

2.2) Im Rahmen des ebenfalls unterzeichneten Abkommens über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft¹⁹ werden noch in diesem Jahr 500–600 sowjetische Manager in der Bundesrepublik Deutschland weitergebildet.

2.3) Die Deutsche Bank und das Büro des Ministerrats der UdSSR für Maschinenbau haben ein Protokoll über die Einrichtung eines Hauses der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau und eines entsprechenden Hauses der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.²⁰ Hierdurch werden neue Möglichkeiten für intensive Kontakte zwischen Firmen und Organisationen beider Seiten eröffnet.

2.4) GS Gorbatschow bekräftigte die wichtige Rolle, die die SU der deutschen Wirtschaft bei ihren Modernisierungsbemühungen im Rahmen des wirtschaftlichen Reformprozesses beimißt. Vor dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft lud er die deutschen Unternehmen zu einer umfassend und langfristig angelegten Zusammenarbeit ein.

2.5) Beide Seiten sprachen sich für eine Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken aus, für ein baldmögliches Inkrafttreten des entsprechenden Abkommens sowie

¹⁸ Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 343–349.

¹⁹ Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR ein Regierungsabkommen „über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft“. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Anlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 842–850.

²⁰ Zum Projekt eines „Hauses der Wirtschaft“ vgl. Dok. 133, Anm. 8. Referat 421 legte am 7. Juli 1989 dar: „Das ‚Haus der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau‘ soll als Joint-venture ein Geschäftszentrum errichten und betreiben [...]. Insbesondere soll es Kontaktmöglichkeiten für kleine und mittlere Firmen im Interesse einer Ausweitung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen fördern. [...] Der Moskauer Stadtsowjet hat ein Grundstück in attraktiver Innenstadtlage am Weißrussischen Bahnhof angeboten.“ Als Standort für das Haus der Wirtschaft der UdSSR in der Bundesrepublik seien Düsseldorf und Hannover im Gespräch. Vgl. Referat 421, Bd. 140375.

Für das Protokoll vom 13. Juni 1989 vgl. Referat 213, Bd. 147191.

des ersten Zusammenarbeitsprogramms, einschließlich der Beteiligung eines deutschen Wissenschaftsastronauten an einem Flug in einem sowjetischen Weltraumschiff und auf der sowjetischen Weltraumstation.²¹ Die verantwortlichen Stellen beider Seiten wurden beauftragt, in nächster Zukunft eine Vereinbarung über die Durchführung eines solchen Fluges vorzubereiten.

2.6) Mit dem Vollzug des ergänzenden Notenwechsels wurden die noch offenen Einzelheiten für eine effektive Nutzung der im Regierungsabkommen vom 25.10. 1988 über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen eröffneten Möglichkeiten vertiefter Einblicke in die sowjetische Kernenergiewirtschaft geregelt.²²

2.7) Die deutsche Wirtschaft unterstrich ihre Bereitschaft, durch Lieferungen, Beratung und moderne Kooperationsformen – bis hin zu Joint-ventures – zum Erfolg des wirtschaftlichen Reformprozesses in der SU beizutragen.

2.8) Es wurde festgestellt, daß der im Oktober 1988 von einem Bankenkonsortium der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellte Rahmenkredit in Höhe von 3 Mrd. DM²³ inzwischen zu mehr als der Hälfte mit entsprechenden Projekten ausgefüllt wurde.

2.9) Es bestand Einigkeit, daß sich seit 1988 wieder ein positiver Trend in den Handelsbeziehungen abzeichnet, daß aber die langfristige Perspektive der Wirtschaftsbeziehungen vor allem von einer Verbesserung der sowjetischen Exportgüterstruktur abhängt.

3) Zur kulturellen Zusammenarbeit

3.1) Die Weiterentwicklung deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit findet ihren Niederschlag auch in der Gestaltung der kulturellen Beziehungen. Im Anschluß an das erste kulturelle Zweijahres-Durchführungsprogramm²⁴ zur Implementierung des Kulturrahmenabkommens²⁵ und an die abgestimmten Ergebnisse des Bundeskanzlerbesuchs vom Oktober 1988 in Moskau²⁶ wurden am 13.6. in Bonn

²¹ Zur Frage des Mitflugs eines Astronauten aus der Bundesrepublik auf der sowjetischen Weltraumstation „Mir“ vgl. Dok. 133, Anm. 15.

²² Die Bundesrepublik und die UdSSR schlossen am 25. Oktober 1988 ein Regierungsabkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 13. Juni 1989 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 166–169.

²³ Ministerialdirigent von Kyaw teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 2. November 1988 mit: „Am 19.10. in Frankfurt und am 25.10. im Kreml wurde der Rahmenvertrag über den 1 Mrd.-Rubel-Kredit zwischen einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und der Bank für Außenwirtschaftliche Beziehungen der UdSSR unterzeichnet. [...] Der Rahmenkredit ist eine rein kommerzielle Vereinbarung. Die Bundesregierung, die an der Vereinbarung nicht beteiligt war und die den Kredit nicht verbürgt hat, bewertet diese auch unter politischen Gesichtspunkten positiv als Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Reformpolitik der SU und der Integration der SU in die Weltwirtschaft.“ Der Rahmenkredit reihe sich in bereits abgeschlossene oder in Verhandlungen befindliche Vereinbarungen mit ähnlicher Zweckbestimmung von Banken aus Frankreich, Großbritannien und Italien ein. Vgl. Referat 421, Bd. 140407.

²⁴ Das Erste Programm über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR für die Jahre 1988 und 1989 wurde am 26. Oktober 1988 in Moskau unterzeichnet.

²⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Mai 1973 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1685–1687.

²⁶ Für den Wortlaut der „abgestimmten Besuchsergebnisse“ anläßlich des Aufenthalts des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. BULLETIN 1988, S. 1274–1276.

fünf Regierungsabkommen aus dem Kulturbereich gezeichnet, auf deren Grundlage weit über tausend Sowjetbürger jährlich zu uns kommen.

3.2) Der Schüler- und Lehreraustausch wird intensiviert.²⁷ 1989 kamen bereits 40 Schulpartnerschaften zustande, darunter zwei mit Gymnasien in Berlin (West), weitere Steigerung in den nächsten Jahren.

3.3) Stipendien für sowjetische Wissenschaftler und Studenten (über DAAD und wissenschaftliche Stiftungen) zu Studien- und Forschungsaufenthalten bei uns, dazu: Bücherspenden an Bibliotheken in Moskau und Leningrad.²⁸

3.4) Steigerung des Jugendaustausches, unter anderem Bildung eines entsprechenden Rates.²⁹

3.5) Wir werden in Moskau in absehbarer Zeit ein Kulturinstitut eröffnen mit Sprach- und Programmangebot (die SU ein Kulturzentrum in Stuttgart).³⁰

4) Zu unseren nationalen Anliegen

4.1) Während der GS in Moskau (Oktober 1988) auf die Behandlung der deutschen Frage durch den BK noch – in seiner Rede³¹ – mit dem klassischen Revanchismusvorwurf reagierte (Wunsch nach Veränderung des Status quo bedeutet Gefährdung des Friedens), beschränkte sich der GS jetzt auf einen indirekten Appell: Nachdem er von „spezifischen Schwierigkeiten“ zwischen beiden Seiten spricht, sagt er: „Man kann aber offenbar davon ausgehen, daß wir mit Ihnen einen ausreichend hohen Grad an Verständigung erreicht haben und begreifen, daß es im beiderseitigen Interesse und im Interesse von Europa insgesamt liegt, die vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu vertiefen und die Lösung jener oder anderer gemeinsamen Aufgaben nicht in die Richtung von Sackgassen gleiten zu lassen ...“³² Dies ist ein qualitativer Unterschied im Umgang miteinander.

4.2) „Berlin (West) nimmt an den Entwicklungen der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des VMA vom 3.9.1971³³ teil“, heißt es in der Gemeinsamen Erklärung. Bemühungen, praktische Regelungen für Einzelfragen zu finden, sollten fortgesetzt werden.

4.3) Fragen der Sowjetbürger deutscher Nationalität sind angesprochen worden. Die sowjetische Seite prüft die Vorschläge, die wir in der humanitären AG im März 1989 übergeben haben. Wir verdeutlichten unsere Bereitschaft, den Sowjet-

²⁷ Vgl. dazu das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen von Schulpartnerschaften; BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 834 f.

²⁸ Vgl. dazu das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Erweiterung der Zusammenarbeit in den Bereichen von Wissenschaft und Hochschulen; BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 694–696.

²⁹ Vgl. dazu das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR über Jugendaustausch; BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 414 f.

³⁰ Die Bundesrepublik und die UdSSR schlossen am 13. Juni 1989 ein Regierungsabkommen „über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturzentren“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1992, Teil II, S. 229–231.

³¹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. BULLETIN 1988, S. 1265–1267.

³² Vgl. die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Juni 1989 in der Redoute in Bad Godesberg; BULLETIN 1989, S. 541.

³³ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

bürgern deutscher Nationalität überall dort zu helfen, wo es von sowjetischer Seite erwünscht ist. Sowjetische Seite wird sich dazu im einzelnen noch äußern.

Öffentliche Äußerungen hat die sowjetische Seite vermeiden wollen, offenkundig, um im Vorfeld des ZK-Plenums über die Nationalitätenpolitik³⁴ nicht den Eindruck präjudizierender Zusagen zu erwecken, die letztlich eine sinnvolle Diskussion der Anliegen der Sowjetdeutschen belasten könnten.

5) In Sicherheits- und Abrüstungsfragen hat Gorbatschow sich nuanciert geäußert:

5.1) Zum NATO-Gipfel³⁵ hat er positive Ansätze anerkannt, aber insgesamt seine Ablehnung der Strategie der nuklearen Abschreckung erneut deutlich gemacht (Denken des Kalten Krieges, kein Durchbruch).

5.2) Hinsichtlich der Bush-Initiative³⁶ hat er positiv reagiert und sie als „vernünftig und konkrete Antwort“ (auf seine eigenen Initiativen) bezeichnet. Er folgert daraus, daß „eine Einigung in Wien³⁷ wesentlich schneller, als früher erwartet, erreicht werden kann“ (Rede vom 12.6.). In der Pressekonferenz am 15.6. sagte er, daß hinsichtlich der unterschiedlichen Zeitvorstellungen von USA und SU für ein Ergebnis in Wien eine Lösung möglich erscheine. Damit zeichnet sich eine reale Chance für zügige und aussichtsreiche Verhandlungen ab.

5.3) Die Entschlossenheit beider Regierungen, ein weltweites, umfassendes und verläßlich verifizierbares Verbot chemischer Waffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen, fand in einer gesonderten Erklärung ihren Niederschlag, die BM Genscher und AM Schewardnadse am 14.6.1989 veröffentlichten.³⁸ Beide Seiten sind sich darin einig, daß es dringend notwendig ist, die Ergebnisse der Pariser Konferenz über das Verbot chemischer Waffen³⁹ bei den laufenden Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz⁴⁰ umzusetzen, damit die Konvention über chemische Waffen möglichst bald zur Unterzeichnung aufgelegt werden kann. Wir haben unsere Absicht zum Ausdruck gebracht, zu den Erstunterzeichnern dieser Konvention zu gehören. Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft bekräftigt, allen notwendigen Verifikationsmaßnahmen zuzustimmen.

V. Insgesamt werten wir den Besuch als großen Erfolg. In den deutsch-sowjetischen Beziehungen ist damit ein hohes Niveau politischer Verständigung nach intensiver werdender Zusammenarbeit auf vielen Gebieten erreicht worden. Dies schafft eine neue, günstigere Ausgangsbasis, um auf weitere Fortschritte hinzuarbeiten. Dies gilt nicht nur für die bilaterale Zusammenarbeit, sondern

³⁴ Das ursprünglich für Juli 1989 vorgesehene Plenum des ZK der KPdSU zur Nationalitätenfrage fand erst am 19./20. September 1989 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 263, Anm. 41.

³⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

³⁶ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

³⁷ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

³⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Butler übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 15. Juni 1989 den Text der Erklärung des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom Vortag zu den Verhandlungen über chemische Waffen in Genf. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4992; Referat 242 (222), Bd. 162074.

³⁹ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

⁴⁰ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 87, Anm. 5.

auch für die weitere Entwicklung in Europa und das West-Ost-Verhältnis insgesamt.

Die Stetigkeit und Verlässlichkeit unserer auf diesen Kurs ausgerichteten Außenpolitik wird dadurch unterstrichen, daß der Deutsche Bundestag am 16.6.1989 mit großer Mehrheit folgendem Beschlußantrag aller Fraktionen zugestimmt hat: „Der Deutsche Bundestag begrüßt die anlässlich des Besuchs von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn verabschiedete Gemeinsame Erklärung und stimmt ihr zu.“⁴¹

[gez.] Leuchs

Referat 213, Bd. 147130

183

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens

310-321.11 ISR

18. Juni 1989¹

Über Herrn D3², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴ mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt

Gesprächsvermerk über das Gespräch zwischen dem Bundesminister und dem israelischen AM Arens am 18.6.1989⁵

Im Mittelpunkt des dreistündigen Gesprächs, das auch während des Mittagessens geführt wurde, standen der Nahostkonflikt und die jüngste Entwicklung in der Sowjetunion. AM Arens erläuterte ausführlich den Shamir-Plan⁶ und warb um Unterstützung dieser israelischen Friedensinitiative durch die Europäer. Im Hinblick auf die Rolle der SU im Nahen Osten war er besonders an einer Be-

⁴¹ Für den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vom 16. Juni 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4805.

Der Antrag wurde am selben Tag angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 150. Sitzung, S. 11211.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 21. Juni 1989 gefertigt.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 22. Juni 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 23. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Schlagintweit an Referat 310 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann verteilt werden mit Vermerk ‚von BM noch nicht gebilligt‘.“

Hat Vortragendem Legationsrat Krekeler am 26. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 27. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 27. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin Kaempfe am 28. Juni 1989 vorgelegen.

⁵ Der israelische Außenminister Arens hielt sich am 18./19. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf.

⁶ Zum Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für den Nahen Osten vgl. Dok. 91, Anm. 4.

wertung der sowjetischen Politik und der Ergebnisse des Gorbatschow-Besuchs⁷ durch den Bundesminister interessiert.

Im einzelnen

Nach Begrüßung durch den Bundesminister verwies AM *Arens* darauf, daß dies sein zweiter Besuch in Bonn sei (1978 als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Knesset). Trotz der Probleme der Geschichte, die uns trennten, gebe es viele Dinge, die uns gemeinsam seien.

Er sei in einer interessanten Zeit nach Deutschland gekommen. Die Entwicklungen in der SU seien für die Deutschen ebenso wichtig wie für Israel. Die SU werde wieder aktiv in Nahost, wolle zum Friedensprozeß beitragen. Darüber hinaus gebe es für Israel das Problem der in der SU lebenden Juden, die ausreisen wollten, da sie kein Vertrauen in die Perestroika hätten. Er erwarte, daß viele nach Israel kommen würden. Er sei sehr interessiert an den Erfahrungen, die die Bundesregierung mit der Aussiedlung von Deutschen aus der SU gemacht habe.

Der *Bundesminister* ging zunächst auf die Situation der Deutschen in der SU ein, bei denen ebenfalls ein enormer Ausreisepressure bestehe. Erst seit 1988 seien die Ausreisemöglichkeiten besser geworden.⁸ Auch bei den Deutschen lägen ideelle Ausreisegründe vor den materiellen. Hinzu komme, daß sie über die gesamte SU verteilt lebten und nicht mehr zusammen in einer Region. Die Situation sei ähnlich wie bei den sowjetischen Juden.

Zur Frage der Bewertung der sowjetischen Politik sagte der Bundesminister, er hoffe, daß Gorbatschow bei der Politik der Perestroika bleibe. Deren Erfolg hänge allerdings wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese sei jedoch weniger eine Frage des Geldes als des Verteilungsapparats, der bisher nicht funktioniere. Ohne Preisreform könne es nicht vorangehen. Der Bundesminister bekräftigte seine Überzeugung, daß Gorbatschow es schaffen werde. Die SU habe keine Alternative. Die sowjetische Regierung habe erkannt, daß das Herrschaftssystem nicht nach alter Manier aufrechterhalten werden könne. Der Westen müsse die SU nun zum Abbau ihrer militärischen Überlegenheit, vor allem im konventionellen Bereich, bringen.

AM *Arens* erläuterte sodann die israelische Position im Nahostfriedensprozeß. Es handele sich nicht nur um einen nationalen, sondern auch einen kulturellen Konflikt. Israel sei ein Staat mit westlichen Prinzipien, die einzige Demokratie in der Region. Die arabischen Staaten seien nicht bereit, die Existenz Israels

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann notierte am 10. Januar 1989: „Die positive Entwicklung der Ausreisen Deutscher aus der UdSSR hat sich im vergangenen Jahr weiter verstärkt. Mit insgesamt 47 563 registrierten Aussiedlern aus der Sowjetunion ist 1988 das bisher höchste Jahresergebnis erreicht worden. Das bislang beste Jahresergebnis von 1987 mit 14 488 Aussiedlern ist damit um fast 230 % übertroffen worden.“ Dieser Trend sei „als Ausdruck der Bemühungen der sowjetischen Führung zu werten, im Zuge der inneren Umgestaltung auch die Gewährleistung von Menschenrechten durchzusetzen. Mitbestimmend für diesen Aspekt der Perestroika dürfte der Wunsch sein, der westlichen Kritik an Mißständen und Versäumnissen im humanitären Bereich – die im Gegensatz zu früher nunmehr auch eingeräumt werden – im Interesse einer besseren Selbstdarstellung wirksamer zu begegnen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147210.

anzuerkennen. Der Konflikt habe zwei Aspekte, den israelisch-palästinensischen und den israelisch-arabischen.

Zu der von PM Shamir erstmals in Washington präsentierten Friedensinitiative sagte AM Arens, daß sie Probleme in der eigenen Partei hervorgerufen habe, die aber sicher überwunden werden könnten. Der Shamir-Plan sei kein Friedensprogramm; er lege noch nicht fest, wie die endgültige Regelung sein solle. Er sehe Schritte vor, die die Atmosphäre verbessern sollten, damit Gespräche und Verhandlungen stattfinden können. Dies solle auf der Grundlage dessen geschehen, was Israel mit Ägypten getan habe.

Der Shamir-Plan enthalte vier Punkte, die alle gleich wichtig seien und parallel verwirklicht werden müßten, obwohl nur der Vorschlag von Wahlen große Aufmerksamkeit gefunden habe:

1) Treffen der Staatsführer, deren Vorgänger den Camp-David-Vertrag⁹ unterschrieben haben, um dessen Prinzipien zu bekräftigen. Dieses Treffen müsse nicht unbedingt neue Vereinbarungen bringen. Mubarak habe noch nicht entschieden, ob er zu einem solchen Treffen kommen werde. Er habe die Friedensinitiative bisher jedoch noch nicht zurückgewiesen. Israel habe die USA gebeten, auf Mubarak einzuwirken. Er bitte auch den Bundesminister, seinen Einfluß auf Ägypten hierfür einzusetzen. Ein derartiges Treffen wäre eine gute Eröffnung des Friedensprozesses. Es hätte positive Auswirkungen auf die restliche arabische Welt.

2) Appell an die arabischen Länder, den Kriegszustand mit Israel zu beenden, Gespräche mit Israel zu führen sowie Hetzpropaganda und Boykott einzustellen und den Frieden zu akzeptieren. Das hätte positive Auswirkungen nicht nur auf die Palästinenser, sondern auch auf die Israelis, wenn sie sicher sein könnten, nicht mehr angegriffen zu werden. Mubarak habe sich an diesem Vorschlag sehr interessiert gezeigt. Er zögere jedoch, da er kein Risiko eingehen wolle. Er müsse auch intern die Fundamentalisten fürchten. Boutros-Ghali habe bei seinem jüngsten Besuch in Tel Aviv¹⁰ weder ja noch nein gesagt. Israel rufe die Europäer auf, ihrerseits auf die Araber in diesem Sinne einzuwirken.

3) Rehabilitation der Flüchtlingslager in Judäa, Samaria und Gaza. Dort lebten 300 000 Palästinenser seit 41 Jahren unter schlechtesten Bedingungen. Es sei kein Wunder, daß Gewalt und Terror ausgebrochen seien. Die Araber wollten nichts für eine Verbesserung tun, da sie auf eine Rückkehr der Palästinenser in das heutige Israel hofften. Israel habe die USA gebeten zu helfen. Dieselbe Bitte gehe auch an die westeuropäischen Länder.

4) Freie und demokratische Wahlen in Westbank und Gaza, um Gesprächspartner für Verhandlungen mit Israel zu bestimmen. Nachdem Jordanien die Bühne verlassen habe, müßten die Israelis jetzt etwas tun, um Verhandlungspartner zu finden. Die Leute seien jedoch von der PLO terrorisiert.

Zum Abschluß seiner Erläuterung des Shamir-Planes bat AM Arens nochmals um Unterstützung der demokratischen Länder für die israelische Initiative. Er hoffe

⁹ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 45, Anm. 19.

¹⁰ Der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, hielt sich am 11./12. Juni 1989 in Israel auf.

insbesondere, daß der Europäische Rat Ende Juni eine entsprechende Erklärung verabschieden werde.¹¹

Der *Bundesminister* dankte AM Arens für die Erläuterung der israelischen Friedensinitiative. Die Bundesregierung habe immer Sadat und Mubarak in ihrer Friedenspolitik mit Israel unterstützt. Sie habe den anderen Arabern gesagt, daß es falsch sei, Ägypten zu isolieren. Es sei ein langwieriger Prozeß; aber die Entwicklung zeige, daß er Vorteile bringe.

AM *Arens* erwiderte auf die Frage des Bundesministers zur israelischen Beurteilung der PLO, daß diese das Haupthindernis für den Friedensprozeß sei, nicht nur wegen der Natur der Organisation, sondern vor allem auch, weil sie die Bevölkerung einschüchtere. Die PLO habe Waffen und Geld. Die Entwicklung werde immer gefährlicher, wenn dies nicht verhindert werden könne. Viele Regierungen, auch westliche, hätten durch ihre Politik zum Aufschwung der PLO beigetragen. Sie sollten lieber die israelische Friedensinitiative unterstützen. Arafat habe seine Position dank dieser Länder stärken können. Er habe viel Geld, das ihm Einfluß verschaffe. Die PLO sei ein Zusammenschluß terroristischer Gruppierungen.

Der *Bundesminister* erkundigte sich nach der israelischen Einschätzung der Rolle Jordaniens, Syriens und des Irak.

AM *Arens* verwies darauf, daß 60% der jordanischen Bevölkerung Palästinenser seien; mehr als in Westbank und Gaza. Das mache die Situation für Hussein so schwierig; er sei kein Befürworter der PLO; er hoffe, daß Arafat verliere, um sich dann wieder der Palästinenser anzunehmen.

Die Israelis hätten erfahren, daß Hussein resigniere, es fehle ihm an Antrieb. Je mehr für die PLO getan werde, um so schlechter werde es für Hussein.

Der Irak sei ein Rätsel. Ein brutales und totalitäres Regime, das über eine der größten Armeen der Welt verfüge, die Erfahrung mit chemischen Waffen habe. Israel sei sehr enttäuscht, daß Ägypten und westliche Firmen, auch deutsche, dem Irak geholfen hätten. Es gebe keine Hoffnung, daß Irak Frieden wolle.

Syrien bombardiere die Christen im Libanon. Es sei gefährlich, daß die Welt dies durchgehen lasse, ebenso wie den Einsatz chemischer Waffen durch Irak.

AM *Arens* unterstrich dann die wichtige Rolle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Israels mit Ägypten. Hier könnte auch Europa helfen. Die Ägypter zögerten jedoch noch.

Der *Bundesminister* bekräftigte die Bedeutung der wirtschaftlichen Kooperation, für die sich die Region anbiete.

Die beiden Minister kamen dann nochmals auf die Rolle der SU zu sprechen.

AM *Arens* äußerte sich sehr enttäuscht zur sowjetischen Haltung in Nahost, vor allem, daß die SU nicht bereit sei, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, obwohl dies für die Lösung des Nahostkonflikts von wesentlicher Bedeutung sei. Die Gründe für diese Weigerung seien Israel nicht bekannt. Die SU habe sehr enge Beziehungen zur PLO und zu Syrien. Das sei möglicherweise

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16f. Zur Tagung vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

ein Grund. Die israelische Regierung hoffe jedoch, daß offizielle sowjetische Besucher nach Israel kommen, darunter auch AM Schewardnadse.

Die SU wolle eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der fünf Ständigen SR-Mitglieder. Israel sei dagegen, da sonst auch China teilnehmen müsse, das seinen wahren Charakter gerade erst offenbart habe. Dies würde den Friedensprozeß nur behindern. Notwendig seien direkte Verhandlungen.

Der *Bundesminister* bemerkte, daß er die israelischen Gefühle und Sorgen verstehe. Es komme jedoch auf den Rahmen an, der auch den Arabern erlauben müsse, zu den Verhandlungen zu kommen. Er halte eine internationale Konferenz weiterhin für wichtig, sehe aber die israelischen Bemühungen, durch die neuen Vorschläge zu einer Lösung zu kommen.

Beim Besuch Gorbatschows sei nicht über Nahost gesprochen worden. Die sowjetische Führung sei zu sehr mit ihrer eigenen inneren Entwicklung beschäftigt. Sie habe zur Nahostpolitik noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen.

AM *Arens* betonte, daß die arabischen Staaten in einer internationalen Konferenz nur extreme Positionen einnehmen würden. Auch die USA seien der Ansicht, daß es jetzt nicht die Zeit für eine IFK¹² sei.

Er äußerte seine Enttäuschung über Frankreich, das Arafat die Türen öffne.

AM *Arens* hob dann nochmals die Bedeutung von Wahlen hervor, die in einer Atmosphäre ohne Angst stattfinden müßten. Solange Intifada¹³ andauere, seien freie Wahlen nicht möglich.

Auf die Frage des *Bundesministers*, was die EG im wirtschaftlichen Bereich tun könne, sagte AM *Arens*, es gebe zwei Dinge:

- Rehabilitierung der Flüchtlingslager wäre ein wichtiger Beitrag,
- Unterstützung für israelisch-ägyptische Zusammenarbeit, evtl. auch unter Einbeziehung Jordaniens.

Darüber hinaus sei aber vor allem die politische Unterstützung durch den Europäischen Rat wichtig. Es komme darauf an, zunächst eine Zwischenlösung zustande zu bringen und erst danach eine endgültige und dauerhafte Regelung.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß die israelische Position von den Europäern berücksichtigt werde.

Beide Minister erörterten dann kurz die Situation im Iran. Sie stimmten überein, daß es für eine Bewertung zu früh sei. Es gebe allerdings Anzeichen für Hoffnung. AM *Arens* meinte, es könne nicht schlechter werden.

AM *Arens* lud den Bundesminister zu einem Besuch Israels ein.

Der *Bundesminister* nahm die Einladung an.¹⁴

Referat 310, Bd. 149750

¹² Internationale Friedenskonferenz.

¹³ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

¹⁴ Bundesminister Genscher besuchte Israel am 23./24. Januar 1991.

184

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-13126/89 geheim
Fernschreiben Nr. 2386

Aufgabe: 19. Juni 1989, 17.48 Uhr¹
Ankunft: 19. Juni 1989, 16.21 Uhr

Betr.: Lage in Polen und Ungarn;
hier: Sowjetische Position

Zur Unterrichtung

Falls die Behauptungen aus Warschau zutreffen, daß die USA zusammen mit GB beabsichtigen, Polen einen Milliardenkredit zu geben, falls dort eine von der Opposition geführte Regierung eingesetzt wird, so verdient eine solche Entwicklung aus sowjetischer Sicht höchste Aufmerksamkeit.

Wir haben keine gesicherten Informationen, um die sowjetischen Äußerungen der letzten Zeit zur deutschen Frage, in denen uns zu verstehen gegeben wird, wir müßten nur warten können, näher zu bewerten. Im Gesamtkontext der Entwicklung der letzten Monate laufen sie auf die Andeutung hinaus, daß sich die deutsche Frage operativ schneller stellen könnte, als wir erwarteten.

Jedenfalls ist Gorbatschow, das zeigt vor allem auch sein innenpolitisches Vorgehen, ein Politiker, der auch großen Risiken nicht ausweicht, wenn er glaubt, sich dadurch seinen Zielen nähern zu können. Wir haben bisher aber keine wirkliche Gewißheit, was seine endgültigen Ziele tatsächlich sind und ob er und die ihn tragenden Kräfte tatsächlich bereit wären, die bisherige, durch den Zweiten Weltkrieg determinierte Struktur der Mächte in Europa wesentlich umzugestalten, wenn er dafür freien Rücken für den inneren Aufbau der SU erhielte.

Trotz aller weltpolitischen Risikobereitschaft Gorbatschows muß in Rechnung gestellt werden, daß ein noch rascheres Auseinanderdriften des WP, als es in den letzten Wochen sich beschleunigend zu beobachten ist (Wahlen in Polen², Nagy-Feiern³ und Runder Tisch in Ungarn⁴), seinen hiesigen Rückhalt überfordern könnte.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 20. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Brett und Stüdemann „z[ur] K[enn]tnisnahme“ sowie an Ministerialdirigent Höynck „z. Erl[äuterung] DB aus Warschau“ verfügte.

Hat Höynck vorgelegen.

² Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

³ Zur Wiederbestattung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Nagy vgl. Dok. 177, Anm. 4.

⁴ Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, informierte am 23. Juni 1989: „Nach zwei Plenarrunden (am 13. und 21.6.) hat das Gespräch ‚im Dreieck‘ zwischen der USAP, der ‚am Runder Tisch‘ versammelten Opposition sowie einer dritten Gruppe gesellschaftlicher Organisationen Struktur und Perspektive gewonnen. Künftige Verhandlungen werden in zwei Hauptbereichen: Politik und Wirtschaft, geführt werden, für die je eine Arbeitsgruppe und sechs Ausschüsse eingesetzt werden. [...] Der Verhandlungsplan ist das Ergebnis eines Kompromisses, mit dem beide Seiten ein klares Signal konstruktiver Haltung geben. Die Opposition hatte sich bis zuletzt geweigert, mit der USAP über Wirtschaftsfragen zu sprechen und diese damit aus der alleinigen Verantwortlichkeit für die desolate Wirtschaftslage des Landes zu entlassen. [...] Nach der Plenarrunde am 21.6., die wiederum vom Fernsehen direkt übertragen wurde, äußerten sich alle Teilnehmer zufrieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1130; Referat 214, Bd. 139935. Zur Eröffnungssitzung des „Runden Tisches“ in Ungarn am 13. Juni 1989 vgl. auch MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 65.

Die Unterhöhnung der Machtposition des hiesigen Parteiapparates unter dem Vorwand, dieser müsse eben der „Avantgarde-Rolle“ der Partei gerecht werden, wird in diesen Wochen dem Apparat sehr bewußt. Es war denn auch typisch, daß Gorbatschow am Tag nach der Einschwörung des Volkskongresses⁵ auf seine Reaktion auf die chinesischen Ereignisse bei der Vorstellung Ryschkows vor dem Obersten Sowjet plötzlich wieder die „herrschende“ Funktion der Partei und die Bedeutung des ZK bei den wesentlichen Personalentscheidungen hervorhob. Es ging ihm offensichtlich unter dem Eindruck der chinesischen Ereignisse um die Beruhigung des Parteiapparates. Wie risikoreich seine Politik hier offenbar von vielen empfunden wird, wurde dann in seinem Dementi der Gefahr eines Militärputsches in seinem Schlußwort am Ende des Kongresses⁶ deutlich.

Dies bedeutet nicht, daß es derzeit Anzeichen für eine sich ernsthaft formierende Opposition gegen Gorbatschow gäbe. Seine Position ist in den letzten Monaten vielmehr laufend stärker geworden. In den letzten Monaten sind aber zugleich auch die Einsätze in diesem Ringen immer höher geworden.

Dies bedeutet, daß es ihn überfordern könnte, wenn durch die angelsächsische Politik der Eindruck entstünde, als könnte die Lage von 1956⁷ wieder entstehen. Wenn man hier zu dem Schluß käme, Polen und Ungarn sollen aus dem sowjetischen Hegemonialbereich herausgebrochen werden, ohne daß es zu einer gesamt-europäischen Neuordnung kommt, in die die SU als echter Kooperationspartner eingebettet ist, dem man darin bei seiner friedlichen Entwicklung helfen will, so wäre ein Rückfall der SU in ihre alte Politik der Erzwingung von Konformität im WP durchaus nicht ausgeschlossen.

Dies bedeutet, daß jede Politik des Westens Ungarn und Polen gegenüber die SU einbeziehen muß. Es ist aus sowjetischer Sicht zwar nicht mehr erforderlich und wäre wohl eher für Gorbatschow peinlich, wenn man sich zunächst nur mit ihm über diese Staaten unterhielte. Ein neuer „Marshallplan“, wenn er dann wirklich erwogen würde, muß aber, und zwar weit mehr als der von 1948⁸, auch für die SU politisch und wirtschaftlich attraktiv sein.⁹ Falls dafür die Mittel fehlen und man wenigstens Polen und Ungarn helfen will, sind politische Auflagen aus sowjetischer Sicht voll¹⁰ unerträglich, schon damit das Prinzip „Frei-

⁵ Die erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten fand vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 197.

⁶ In seiner Schlußrede vor dem Kongreß der Volksdeputierten am 9. Juni 1989 in Moskau legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dar: „Hier waren beunruhigende Töne betreffs des Zentralkomitees und des Politbüros zu hören. Ich will sagen, daß das Zentralkomitee den gleichen Standpunkt vertritt, von dem ich bei der Beurteilung der Haltung des Politbüros sprach. Ich möchte Ihnen versichern, daß hierbei keine Gefahr von Umstürzen oder von sonst etwas dieser Art besteht. Das will ich ganz klar sagen. Machen wir Schluß mit allerlei Gerüchten, besonders hier, im obersten Machtorgan, und hören wir nicht auf leeres Geschwätz, das oft laut wird.“ Vgl. SOWJET-UNION HEUTE, Juli 1989, Beilage, S. XIX.

⁷ Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁸ Zum „Marshallplan“ vom 5. Juni 1947 vgl. Dok. 148, Anm. 7.

⁹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Höynck durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

heit der Wahl“¹¹ unbeschädigt bleibt, mit dem Gorbatschow seine Politik rechtefertigt.

Aus Moskauer Sicht ist es deshalb erforderlich, mit den USA und GB ein entsprechendes konzeptionelles Gespräch zu führen und ihnen zu erläutern, daß Verzicht auf politische Auflagen und Abwarten (außerhalb des Bereichs der Abrüstung) die bessere Politik sind, wenn der Westen den Wandel in Stabilität und nicht ein rasches Ende der Gesamtentwicklung nach kurzzeitiger Beschleunigung einiger ihrer Teile will.¹²

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13511 (213)

185

Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl

VS-NfD

20. Juni 1989¹

Vermerk über das Gespräch beim Bundeskanzler am 20. Juni 1989 unter Teilnahme der Bundesminister Genscher, Waigel, Schäuble, Kiechle, Blüm, Seitzers, Staatsministerin Adam-Schwaetzer, Staatsminister Stavenhagen, den Staatssekretären Schlecht, Tietmeyer, Lautenschlager sowie MDGs Thiele, Hartmann und VLR I Bitterlich

1) Wirtschafts- und Währungsunion

BM *Genscher* (BM) führt ein, berichtet über sein gestriges Gespräch mit Außenminister Dumas² und die französischen Vorstellungen für ein Ergebnis des ER in Madrid³. Er trägt hierbei auf der Grundlage des Vermerks von Dg41 vom 20.6.⁴

¹¹ Zum Prinzip der „Freiheit der Wahl“ vgl. Dok. 34.

¹² Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirigent Höyneck handschriftlich: „+wi[rtschaftliche] Zusammenarbeit“.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Lautenschlager am 21. Juni 1989 gefertigt.

² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 19. Juni 1989 in Paris vermerkte Ministerialdirigent Trumpf am 20. Juni 1989, es habe zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion folgendes ergeben: „Frankreich wünscht – wie wir – in Madrid einen Beschluß, der das Konzept des Delors-Berichts integral billigt (drei Stufen, die inhaltlich und prozedural eine Einheit bilden); der die erste Stufe als Teil des einheitlichen Prozesses in Gang setzt. Dazu gehören der Wunsch, daß die noch nicht dem Wechselkursmechanismus des EWS beigetretenen Länder dem spanischen Beispiel folgen; die Aufforderung an den EcoFin-Rat und die Zentralbankgouverneure, die für die Durchführung der ersten Stufe erforderlichen Beschlüsse zu treffen; daß ein neuer Vertrag über die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Regierungskonferenz vorbereitet wird. Die Präsidentschaft soll dafür sorgen, daß die entsprechenden Vorarbeiten vor dem nächsten Europäischen Rat abgeschlossen werden (das heißt, daß auf dem ER in Paris dann die Regierungskonferenz einberufen werden könnte).“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

⁴ Ministerialdirigent Trumpf vermerkte für Bundesminister Genscher: „Wie von Ihnen gestern im Flugzeug erbeten, lege ich Ihnen eine Übersetzung des in Paris aufgrund eines französischen Entwurfs zwischen den beiden Delegationen abgestimmten Entwurfs von Schlußfolgerungen des ER Madrid

vor und plädiert dafür, daß wir uns an den französischen Vorstellungen orientieren.

BK stellt zunächst Einigkeit fest über folgende Punkte:

- Bekräftigung des Zieles der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage der Europäischen Akte⁵,
- Billigung des Delors-Berichts⁶ und Bekräftigung der Einheit der drei Phasen,
- Bekräftigung des Zieles, alle Maßnahmen, die ohne Vertragsänderung zu erreichen sind (erste Stufe), bis 1. Juli 1990 zu beschließen und die erste Phase am 1.7.1990 beginnen zu lassen, wobei Teilnahme aller MS am Wechselkursmechanismus wünschenswert ist.

Dabei auch positive Kenntnisnahme des Beitritts von Spanien zum Wechselkursmechanismus⁷ (Hinnahme der erweiterten Bandbreiten von Spanien (und weiterhin Italien) durch uns).

BK sieht als erstes kontroverses Thema in Madrid die Frage der vollen Teilnahme GBs am EWS. Das Ergebnis dieser Diskussion habe große Bedeutung für den weiteren Prozeß.

Der BK sieht das Hauptproblem nicht nur in der Frage, wann eine Regierungskonferenz eingesetzt werden oder ihre Arbeit aufnehmen soll; wichtiger sei das Ende einer Regierungskonferenz, das er eher in luxemburgischer oder niederländischer Präsidentschaft⁸ sieht. In Madrid solle beschlossen werden, daß die Arbeiten auf der Grundlage des Delors-Berichts vorangetrieben werden sollten; ob man dann in Paris⁹ schon die Einsetzung einer Regierungskonferenz beschließen könne, hänge vom Stand der bis dahin geleisteten Arbeiten ab.

BM weist auf die Bedeutung der gestrigen deutsch-französischen Gespräche und die dabei entwickelten prozeduralen Überlegungen hin. Frankreich lege entscheidenden Wert darauf, daß im Dezember in Paris die Regierungskonferenz eingesetzt werde und die Präsidentschaft¹⁰ in Madrid beauftragt werde, die Vorarbeiten so abzuschließen, damit ein solcher Beschluß möglich wird. Vielleicht könne der Beschluß auch dahin gehen, daß die Konferenz erst später ihre Arbeit aufnimmt, z. B. am 1.7.1990. Es mache Sinn, wenn man die Einsetzung der Regierungskonferenz, die zur ersten Phase gehöre, mit dem Beginn der ersten Phase (1. Juli 1990) koppeln würde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 819

zum Thema WWU vor. Dieser Entwurf wurde gestern von Ihnen und Herrn Dumas gebilligt. [...] Es ist vereinbart worden, daß das Papier nur für die jeweiligen Mitglieder des Europäischen Rats selbst bestimmt ist. Es sollte also heute nachmittag im Ministergespräch beim Bundeskanzler nicht als solches erwähnt werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

Für den „Entwurf von Schlußfolgerungen“ vgl. Referat 412, Bd. 168730.

⁵ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

⁶ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁷ Die spanische Peseta wurde am 19. Juni 1989 in den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems aufgenommen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1989, S. 27.

⁸ Luxemburg hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1991 inne, die Niederlande anschließend bis 31. Dezember 1991.

⁹ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

¹⁰ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

BMF spricht sich gegen eine Festlegung der Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz schon in Paris aus. Vor Einsetzung einer Regierungskonferenz müßte eine Fülle von Fragen geklärt werden, die Voraussetzung für einen entsprechenden Beschluß seien. Er warnt, sich hier in einen Zeitzugzwang zu begeben. Wenn gesetzte Zeitziele nicht erreicht würden, müßte dies zu europapolitischen Rückschlägen führen. In einem knappen halben Jahr seien die Voraussetzungen für die Einsetzung einer Regierungskonferenz nicht zu schaffen, insbesondere wenn man an die Stufen 2 und 3 denke. Er bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den Brief des Bundesbankpräsidenten an den Bundeskanzler.¹¹

BMWi plädiert für die Setzung eines Termins für den Beginn der Regierungskonferenz z.B. zum 1.7.1990. Dies könne ggf. (bei Vorliegen der Voraussetzungen) auch in Paris beschlossen werden. Es sei wichtig, die Einheit des Prozesses auch gegenüber der Wirtschaft deutlich zu machen, wozu auch zeitliche Orientierungen in bezug auf die Regierungskonferenz gehörten.

BK meint, daß man der Einsetzung einer Regierungskonferenz schon in Paris nähertreten könnte, wenn zugleich ein Konsens darüber erreicht werde, daß hierfür bestimmte, klar definierte Voraussetzungen erfüllt sein müßten. Diese Voraussetzungen müßten auch im ER in Madrid vorgetragen und konkretisiert werden. Wenn diese Voraussetzungen bis Paris nicht hinreichend geschaffen seien, könne es auch in Paris noch zu keiner Entscheidung über die Einsetzung der Konferenz kommen. Unter diesen Kautelen halte er es für kein großes Risiko, ggf. in Madrid dafür einzutreten, daß in Paris die Einsetzung einer Regierungskonferenz zu einem bestimmten Zeitpunkt beschlossen werde. Alles hänge dann davon ab, ob die in Madrid zu nennenden Voraussetzungen bis Paris (oder bis Arbeitsaufnahme der Regierungskonferenz) erfüllt seien.

BM unterstreicht noch einmal, daß zeitliche Konkretisierungen notwendig sind, auch um deutlich zu machen, daß die drei Phasen Teil eines Ganzen seien und mit Inkraftsetzen der ersten Stufe, zu der auch die Regierungskonferenz gehöre, die anderen beiden Stufen angegangen würden.

BMF unterstreicht, daß er unverändert Vorbehalte gegen diesen Weg habe. Seien erst einmal Termine gesetzt, so komme man unter Druck, die Regierungskonferenz auch dann einzuberufen oder ihre Tätigkeit aufnehmen zu lassen, wenn ihre Voraussetzungen nicht oder nicht ausreichend gegeben seien.

BMWi plädiert dafür, das Ende einer Regierungskonferenz offenzulassen.

BK meint, daß wir bei allem bemüht bleiben müßten, den bestehenden grundsätzlichen Konsens mit der Bundesbank nicht zu gefährden.

BM unterstreicht, daß mit dem Beginn von Regierungsverhandlungen nichts über ihr Ergebnis gesagt sei. Man solle keine Angst vor Verhandlungen haben.

¹¹ Bundesbankpräsident Pöhl teilte Bundeskanzler Kohl am 16. Juni 1989 mit: „Es liegt auf der Hand, daß die Schaffung eines Europäischen Notenbanksystems mit eigenen geldpolitischen Befugnissen, wie sie für eine zweite Stufe vorgesehen ist, eine weitreichende Änderung des Bundesbankgesetzes beinhalten würde, von der nicht sicher ist, ob sie in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit breite Zustimmung findet. Auch in anderen Mitgliedsländern bestehen offenbar erhebliche Widerstände gegen so weitreichende Änderungen und den damit verbundenen Souveränitätsverzicht auf einem Gebiet, das ein Kernelement staatlicher Eigenständigkeit ist. Es erscheint auch deshalb dringend geboten, mit Regierungsverhandlungen erst zu beginnen, wenn die entsprechenden Vorarbeiten so weit gediehen sind, daß ein erfolgreicher Abschluß zu erwarten ist.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

Wenn das Ergebnis nicht befriedigend sei, seien wir natürlich nicht gehalten, dieses zu billigen. Alle Entscheidungen bedürften unserer Zustimmung. Wenn man den Beginn der Regierungskonferenz kopple mit dem Beginn der ersten Stufe und ausreichenden Vorarbeiten für die zweite und dritte Stufe, sei das Risiko gering. Im übrigen gäbe es auch taktische Überlegungen, mit der von ihm vorgetragenen Position in die Verhandlungen zu gehen. So sei nicht völlig ausgeschlossen, daß GB beim TOP Wirtschafts- und Währungsunion flexibler agieren könnte, um sich in der Frage der sozialen Dimension des Binnenmarktes mehr Verhandlungsspielraum zu schaffen.

BML weist darauf hin, daß die Währungsausgleichsproblematik beim ER in Madrid zur Sprache gebracht werden müßte, ein Anliegen, dem allseits zugestimmt wird.

BMF fragt, ob bei einer Weigerung GBs, im WWU-Bereich voranzugehen, daran gedacht sei, auch ohne GB die Arbeiten zur WWU anzufangen. In der sich anschließenden kurzen Diskussion wird einerseits das beim Mailänder ER¹² eingeschlagene Verfahren erwähnt, andererseits wird darauf hingewiesen, daß das in Madrid zur Diskussion stehende Thema gewichtiger sei als die seinerzeitige Themenstellung in Mailand. Es blieb offen, ob und inwieweit das damals gewährte Verfahren für Entscheidungen im Wirtschafts- und Währungsbereich herangezogen werden könne und solle. Im übrigen hänge die Entscheidung vom weiteren Verlauf der Entwicklung ab. Die Frage werde sich auch noch nicht in Madrid, sondern frühestens in Paris stellen.

BK bittet abschließend die anwesenden Staatssekretäre BMWi, BMF, AA, unter Vorsitz von StM Stavenhagen bis morgen abend (21.6.) ein Papier zu erstellen¹³, in dem im einzelnen aufgezeigt wird, welche „Voraussetzungen“ erfüllt sein müßten, damit eine Regierungskonferenz in Paris einberufen werden könnte, ggf. mit Arbeitsaufnahme zum 1.7.90 (als Unterlage für die Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand¹⁴).

2) Soziale Dimension¹⁵

Nach Vortrag von BM *Blüm* wird die bei den Europa-Staatssekretären beschlossene Linie einvernehmlich bestätigt.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder faßte die Ergebnisse des Gesprächs vom 21. Juni 1989 zwischen Staatsminister Stavenhagen, Bundeskanzleramt, sowie den Staatssekretären Lautenschlager (Auswärtiges Amt), Schlecht (Bundesministerium für Wirtschaft) und Tietmeyer (Bundesministerium der Finanzen) am selben Tag zusammen: „Bei Einlegung von Generalvorbehalten durch BMF und AA einigte sich die Staatssekretärsrunde ad referendum auf folgende deutsche Position: „Die notwendige Regierungskonferenz zur Änderung der Verträge entsprechend dem in Art. 236 EWG-Vertrag festgelegten Verfahren sollte ihre Arbeit aufnehmen, sobald die erste Phase der Wirtschafts- und Währungsunion begonnen hat und die entsprechenden Vorarbeiten der zuständigen Gemeinschaftsorgane für die zweite und die Schlußphase soweit fortgeschritten sind, daß sie als Grundlage für die Verhandlungen der Regierungskonferenz dienen können.“ Schönfelder führte dazu aus: „Diese Lösung entspricht zwar nicht den Idealvorstellungen des Auswärtigen Amts. Wir können aber mit ihr leben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

Vgl. ferner die Anlage 1 zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf vom 23. Juni 1989; Dok. 189.

¹⁴ Bundeskanzler Kohl traf am 22. Juni 1989 in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand zusammen. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

¹⁵ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

BK weist darauf hin, daß wir in diesem Bereich vor allem die spanische Präsidentschaft stützen wollen, was (nach entsprechender Anmerkung von BM Blüm und Frau StMin Adam-Schwaetzer) nicht ausschließt, daß wir unsere positive Grundhaltung in der Diskussion und in der Öffentlichkeitsarbeit angemessen verdeutlichen.

Referat 412, Bd. 168730

186

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington

21. Juni 1989¹

Besuch von BM Genscher in Washington vom 20.–21.6.1989²;
hier: Gespräch mit Präsident Bush am 21.6.1989³

In dem etwa dreiviertelstündigen, in sehr freundschaftlicher Atmosphäre geführten Gespräch (Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Baker, Scowcroft, Sununu, Gates, Blackwill, Jim Dobbins, Fitzwater; auf deutscher Seite: MD Kastrup, Botschafter) zeigte Präsident Bush großes Interesse an der Einschätzung des Besuchs von GS Gorbatschow⁴ und im Hinblick auf seinen, Präsident Bushs, bevorstehenden Besuch in Ungarn und Polen⁵ an der Entwicklung in Osteuropa.

BM überbrachte die Grüße des Bundeskanzlers. *BM* und *Präs. Bush* betonten beide den sehr erfolgreichen Verlauf des Besuchs des Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland⁶ und die große Wirkung der Mainzer Rede⁷.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruhfus, Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 2686 vom 22. Juni 1989 übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 23. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 26. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Niederschrift ist mit den Änderungen genehmigt.“ Vgl. Anm. 12 und 13.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 26. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung!“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 5. und 19. Juli 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179524.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher in den USA vgl. auch Dok. 195.

³ Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

⁶ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

Präs. *Bush* kam sodann auf den Besuch von Gorbatschow in D zu sprechen. BK habe ihn telefonisch unterrichtet.⁸

Auf Bitten des Präsidenten berichtete *BM* über den Verlauf und die Ergebnisse des Besuchs. Er erläuterte insbesondere die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Erklärung.⁹ Es sei erstmalig, daß in einer bilateralen Erklärung eines westlichen Staates mit der SU Ziele, Grundsätze und Werte niedergelegt worden seien, die – in Übereinstimmung mit den westlichen Prinzipien – die Struktur eines künftigen Europas bestimmen sollen. In der Erklärung sei ausdrücklich festgehalten, daß die USA und Kanada ihren Platz haben in der europäischen Friedensordnung, die wir entsprechend dem Harmel-Bericht von 1967¹⁰ erreichen wollen. Es sei klargestellt worden, daß USA und Kanada aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Kultur untrennbar mit Europa verbunden seien. Dies sei die Grundlage für die West-Ost-Kooperation in Europa. Niemand könne die USA und Kanada von Europa trennen. Die SU sei sich bewußt, daß die Präsenz und das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa Teil der europäischen Stabilität seien und damit auch im sowjetischen Interesse liegen.

Gorbatschow habe ihn beim Frühstück gebeten, Präs. Bush die besten Grüße zu übermitteln. Er habe sich sehr anerkennend über die Vorschläge von Präs. Bush über die konventionelle Abrüstung¹¹ geäußert. Es habe keine Kritik an deren Inhalt gegeben.

Auf Fragen von Präs. *Bush* nach der DDR und welche Haltung Gorbatschow zur Wiedervereinigung eingenommen habe, erwiderte *BM*, die DDR habe anders als Ungarn keine eigene nationale Identität. Zugleich gebe es in der DDR einen hohen Informationsstand über die Entwicklung in Westeuropa. 85 Prozent der DDR-Bürger sähen das Fernsehen der Bundesrepublik. Der Lebensstandard in der DDR liege höher als in den anderen osteuropäischen Staaten. Aber die Bürger der DDR verglichen ihren Lebensstandard mit dem der Bundesrepublik Deutschland. Die sowjetische Führung mache sich über die DDR größere Sorgen als über Polen und Ungarn. Auch in der DDR werde es früher oder später Reformen geben. Auch die SU frage sich, ob diese Reformen unter Umständen nicht zu spät kommen würden, um den Druck rechtzeitig aufzufangen. Bei der deutschen Frage dächten wir nicht in den Kategorien des 19. Jahrhunderts an die Wiederherstellung des¹² Deutschen Reiches. Wir zielten darauf ab, daß im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung die einzelnen Staaten näher zusammenrücken würden. Das werde auch die Lösung der deutschen Frage

⁸ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 15. Juni 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 5. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

¹⁰ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹¹ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

¹² Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eines“. Vgl. Anm. 1.

unter den veränderten Umständen möglich machen.¹³ In dem Maße, in dem die europäische Zusammenarbeit ausgebaut werde, würden die Grenzen an Bedeutung verlieren. Ein Beispiel hierfür seien unsere engen Beziehungen mit Frankreich.

Unser Schicksal sei eingebettet in die europäische Einigung. Wir seien Teil der EG, F und D seien die treibenden Kräfte innerhalb der Gemeinschaft. Beide Länder träten dafür ein, daß auf dem bevorstehenden Europäischen Rat in Madrid¹⁴ Fortschritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion erzielt würden. Die EG übe eine große Faszination auf andere europäische Länder aus. Insbesondere in Polen und in Ungarn stelle man sich die Frage, wie die Beziehungen zur EG verbessert werden könnten. Nach dem erfolgreichen EG-Gipfel im Februar 88¹⁵, der den Weg freigemacht habe für die Vollendung des Binnenmarktes 1992, sei innerhalb weniger Wochen das Protokoll über die Zusammenarbeit EG-COMECON¹⁶ vereinbart worden, über das man sich vorher jahrelang nicht habe einigen können.

Präs. *Bush* fragte, ob Polen und Ungarn aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen an verbesserten Beziehungen mit Westeuropa interessiert seien.

BM: In erster Linie seien wirtschaftliche und finanzielle Gründe maßgebend. Es gebe aber auch politische Gründe. Polen und Ungarn wollten zeigen, daß sie Europäer sind. Sie wollten ihre Länder demokratisieren. Bei dieser Entwicklung liege die Grenze im Bereich der Sicherheitsfrage. Ein Verlassen des Warschauer Paktes komme nicht in Betracht, aber unterhalb dieser Schwelle suchten sie eine engere Verbindung zur EG und auch zum Europarat.

In den West-Ost-Beziehungen seien die Aussichten auf Verbesserung nie günstiger gewesen als jetzt. Deshalb sei so bedeutsam, daß das Bündnis mit der politischen Erklärung des NATO-Gipfels¹⁷ eine gute Grundlage geschaffen habe, um die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen konstruktiv zu gestalten. Er sei AM Baker dankbar für die sehr gute Zusammenarbeit bei den Beratungen in Brüssel. Die Mainzer Rede des Präsidenten habe die Perspektiven für die künftige Politik dargelegt und habe deshalb einen so großen Erfolg gehabt.

Präsident *Bush* führte aus, die amerikanische Regierung habe den Besuch von Gorbatschow aufmerksam verfolgt. Der Besuch sei sehr gut verlaufen. Dies sei auch hilfreich für Deutschlands Position in den USA. Seine Regierung lege großen Wert auf sehr enge Konsultationen mit den Verbündeten.

Baker berichtete, er sei sich mit BM einig, daß die Vorschläge Präs. Bushs zur konventionellen Abrüstung bis zum 7.9.89 in Wien eingebracht werden sollen. Man wolle sich durch die britischen und französischen Bedenken zur zahlenmäßigen Festlegung (Flugzeuge, Hubschrauber) nicht davon abbringen lassen.

¹³ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988, I, Dok. 59.

¹⁶ Die Gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW wurde am 25. Juni 1988 in Luxemburg unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 576 f. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1988, S. 14–16.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Präs. *Bush* erklärte, der von ihm vorgeschlagene Zeitrahmen von sechs Monaten bis zu einem Jahr sei optimistisch. Es sei gleichwohl wichtig, daran festzuhalten.

BM antwortete, er halte die zeitliche Perspektive nicht für zu optimistisch. Die Bundesregierung habe die Vorschläge von Anfang an vorbehaltlos unterstützt.

BM verwies zu chemischen Waffen auf die eindrucksvolle Rede, die Präs. Bush als Vizepräsident in Genf 1984¹⁸ gehalten hatte. Angesichts der wachsenden Gefahr der Proliferation der CW müßten die Bemühungen um ein weltweites Verbot der CW mit allem Nachdruck fortgesetzt werden.

Bush stimmte zu. Die Verifikation sei allerdings ein großes Problem, aber er wolle weiterhin mit allen Staaten so eng wie möglich zusammenarbeiten, um das Ziel des weltweiten Verbots zu erreichen.

Von BM noch nicht gebilligt.

Referat 221 (204), Bd. 179524

187

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk

22. Juni 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten der Nationalen Partei Südafrikas, Erziehungsminister F. W. de Klerk, am Donnerstag, 22. Juni 1989, 10.00–11.00 Uhr²

Der *Bundeskanzler* heißt Herrn de Klerk herzlich willkommen. Dies sei ein wichtiges Gespräch für ihn, und er freue sich, Herrn de Klerk persönlich kennenzulernen.

Wir setzen in der Bundesrepublik viele Hoffnungen auf den künftigen Präsidenten der Republik Südafrika, weil es die Chance eines neuen Anfangs gebe. Er,

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf anlässlich der Vorlage des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 22. Juni 1989 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Entsprechend der Herrn GL 21 erteilten Weisung gehe ich davon aus, daß dieser Vermerk an niemanden weitergeleitet werden soll.“ Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja“ und „Teltschik“. Hat Teltschik am 23. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Hartmann verfügte. Hat Hartmann am 23. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, verfügte. Hat Ueberschaer am 23. Juni 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34146.

² Zum Besuch des südafrikanischen Erziehungsministers de Klerk am 22. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 188.

der Bundeskanzler, hoffe daher, daß Herr de Klerk die Wahl³ gewinne und eine gute Regierungsmannschaft zusammenstellen könne.

Nach seinem Eindruck habe sich die Lage in Südafrika verschlechtert. Bei uns halte der innenpolitische Druck in der Frage der Sanktionen an. Er selber sei entschiedener Gegner von Sanktionen. Die Diskussion hierüber werde aber sicherlich wieder zunehmen, wenn die Hoffnungen, die mit dem künftigen Präsidenten verknüpft werden, enttäuscht würden.

Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussion auf dem Europäischen Rat in⁴ Den Haag⁵, wo er als einziger klar gegen Sanktionen Stellung bezogen habe. Auch die Tatsache, daß in den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses eine demokratische Mehrheit bestehe, mache das Problem nicht leichter.

Der Bundeskanzler erinnert daran, daß er in Absprache mit PM Thatcher einen Schweizer Emissär nach Südafrika geschickt habe.⁶

Er lege großen Wert darauf, mit dem künftigen Präsidenten de Klerk einen direkten Kontakt herzustellen.

Er wolle schließlich noch drei Sachpunkte ansprechen:

- Die Verabschiedung des „Gesetzes über die Offenlegung finanzieller Zuwendungen aus dem Ausland“⁷ habe bei uns zu erregten Diskussionen geführt.
- Das Schicksal von Nelson Mandela: Er habe die südafrikanische Position hierzu nie verstanden und frage sich, ob es keine Chance gebe, Mandela freizulassen.
- Nächste Woche werde BM Blüm nach Südafrika reisen. Aus seiner Sicht sei es wichtig, daß BM Blüm bei dieser Gelegenheit maßgebende Vertreter der südafrikanischen Regierung treffe.⁸

Herr *de Klerk* erwidert, es sei für ihn eine große Ehre, mit dem Bundeskanzler zusammenzutreffen. Er sei seit elf Jahren im Kabinett. Früher sei er mit eher

³ In Südafrika fanden am 6. September 1989 Parlamentswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 284, Anm. 23.

⁴ Korrigiert aus: „Europäischen in“.

⁵ Auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 wurde beschlossen, in den folgenden drei Monaten über die Einführung von Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika zu beraten. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 181.

⁶ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher beauftragten den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Leutwiler, nach Südafrika zu reisen, um in einem Gespräch mit Präsident Botha politische Reformen in Südafrika und die Freilassung Nelson Mandelas anzusprechen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Vgl. dazu auch DBPO III/XI, Dok. 137, Dok. 138, Dok. 140 und Dok. 148.

⁷ Zum südafrikanischen Gesetz „Disclosure of Foreign Funding Bill“ vgl. Dok. 149, Anm. 15.

⁸ Bundesminister Blüm besuchte Südafrika vom 25. bis 28. Juni 1989. Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 30. Juni 1989, Blüm sei, „wie bisher nur wenige ausländische Besucher vor ihm, mit fast allen wichtigen hochrangigen Vertretern der Opposition und der Regierung zusammengetroffen“. Sein Wunsch „nach einem Besuch bei Mandela und der Übergabe einer Namensliste mit zum Tode Verurteilten führte zusätzlich zum vorbereiteten Programm zu einem von der Botschaft ad hoc vereinbarten Gespräch mit dem Justizminister Coetsee“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 392/393; Referat 320, Bd. 156017.

Am 27. Juni 1989 traf Blüm mit Präsident Botha zusammen. Stabreit berichtete am 3. Juli 1989, Blüm habe das Thema Nelson Mandela angesprochen. Daraufhin sei Botha in einen „Zustand hochgradiger Erregung“ geraten: „Seine Stimme hob sich, sein Zorn ließ ihn jede Rücksichtnahme auf den Gast vergessen, dem er vorwarf, die Etikette zu verletzen und bei einem Höflichkeitsbesuch Themen vorzubringen, die dort nichts zu suchen hätten.“ Bothas Gebärden seien „aggressiv“ gewesen. Blüm habe zum Schluß ausgeführt, „die Apartheid sei ein Schlag in das Gesicht der Menschenrechte. Die Geschichte werde gegen die Apartheid entscheiden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 395/397; Referat 320, Bd. 156017.

technischen Aufgaben – wie Bergbau und Post – betraut gewesen und habe sich in dieser Eigenschaft auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten. Dabei habe er vor allem das besondere Interesse und auch die Freundschaft der deutschen Industriellen für Südafrika erfahren.

Er sei sich der grundsätzlichen Haltung, die die deutsche Regierung in Fragen wie beispielsweise den Sanktionen angenommen habe, bewußt. Er begrüße, daß die deutsche Regierung am Prinzip festhalte, daß Handel ohne Einmischung in innere Angelegenheiten betrieben werden sollte. Er sei daher auch beeindruckt gewesen, daß dieses Prinzip in die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Gorbatschow⁹ Eingang gefunden habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die gleichen Leute, die dieses Prinzip in Erklärungen mit der Sowjetunion bejubelten, würden es im Falle Südafrika nicht anwenden wollen. Er halte trotzdem an seiner Position fest. Die westlichen Demokratien litten daran, daß die Politiker geneigt seien, den Finger in die Luft zu halten und danach ihre Position zu bestimmen.

Herr *de Klerk* erklärt, er habe das Gefühl, daß Südafrika singularisiert werde – dies aus verschiedenen Gründen. Er verstehe gleichzeitig, daß die wenigen guten Freunde Südafrikas – der Bundeskanzler zähle dazu – von den Verantwortlichen in Südafrika Aktionen erwarteten, die ihre Position stärkten.

Im übrigen sei er der Auffassung, daß sich das politische Klima innerhalb Südafrikas leicht verbessert habe, und zwar in dem Sinn, daß zwischen den vernünftigen Führern der Schwarzen als auch seiner eigenen Partei die Bereitschaft bestehe, jetzt in Verhandlungsprozessen zu Fortschritten zu kommen.

Er habe sowohl mit Buthelezi als auch mit Chief Minister Mabuza und anderen Gespräche geführt, die sehr konstruktiv gewesen seien.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies begrüße er nachdrücklich.

Herr *de Klerk* fährt fort, das fundamentale Problem sei der Mangel an gegenseitigem Vertrauen. Sein erstes Ziel sei daher, Vertrauen aufzubauen und allmählich zu verbreitern. Dies erfordere gute persönliche Beziehungen zwischen den Verantwortlichen.

Für die Wünsche des Bundeskanzlers zu den bevorstehenden Wahlen wolle er sich ausdrücklich bedanken. Wenn diese gut ausgingen – was er glaube –, werde er eine neue Dynamik in die Lage bringen, wobei das Ziel eine Verhandlungslösung sei. Er glaube allerdings nicht, daß man schon in kurzer Zeit zu einer ausgehandelten Vereinbarung (negotiated settlement) gelangen werde. Aber man könne dem Fortschritt mehr Substanz geben. Dann würde auch die Botschaft überkommen, daß eine konstruktive Entwicklung stattfinde. Dies habe er in mehreren programmatischen Erklärungen als neuer Vorsitzender der National Party zum Ausdruck gebracht.

Sein Programm enthalte klar das langfristige Ziel, daß alle Südafrikaner auf allen Ebenen der Regierung beteiligt werden müssen, und zwar in einer Weise, die nicht die Unterdrückung von Minderheiten nach sich ziehe. Er glaube nicht,

⁹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

Zu Gorbatschows Besuch vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

daß es praktisch möglich sei, in eine Lage mit einer typischen Mehrheitsregierung zu kommen. Dies sei ein entscheidender Punkt. Die unterschiedliche Struktur der südafrikanischen Gesellschaft müsse in einer endgültigen Lösung ihren Niederschlag finden, die nicht Apartheid heiße.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er sei sich bewußt, daß Herr de Klerk mit seiner Partei sich bereits im Wahlkampf befinde, und er wisse auch, daß es Leute gebe, die meinten, man könne mit dem Kopf durch die Wand gehen. In Südafrika gebe es in der Tat eine schwierige psychologische Lage, nicht zuletzt dadurch, daß sich britisches, deutsches und niederländisches Erbe vermischt hätten. Und wenn er allein an die deutsche Geschichte denke, so sei klar, daß dies nicht unbedingt immer vorteilhaft sei.

Herr *de Klerk* wirft ein, der Bundeskanzler habe das französische Erbe ausgelassen, wobei er darauf hinweisen wolle, daß er selbst zu 50 % französischer Abstammung sei.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er setze auf diese 50 %, denn in dem französischen Erbe stecke sicher viel common sense.

Herr *de Klerk* fährt fort, er wolle auch ausdrücklich den Wunsch des Bundeskanzlers nach einem kontinuierlichen direkten Kontakt aufgreifen. Er schätze dieses Angebot sehr.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man könne diesen Kontakt über Mitarbeiter herstellen, und benennt den Unterzeichner¹⁰ als Kontaktperson im Bundeskanzleramt. Im übrigen wolle er ausdrücklich erwähnen, daß der derzeitige deutsche Botschafter in Pretoria¹¹ sein besonderes Vertrauen habe.

Herr *de Klerk* fügt hinzu, er habe noch kürzlich mit dem deutschen Botschafter gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß dieser die Lage in Südafrika sehr gut verstehe und im übrigen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland mit großer Würde vertrete.

Er wolle auch nicht versäumen, an dieser Stelle die guten Wünsche von Präsident Botha zu übermitteln.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich hierfür.

Herr *de Klerk* fährt fort, Präsident Botha sei durch seinen Schlaganfall stark behindert.¹² Für ihn gebe es die schwierige Lage, daß er zwar Parteivorsitzender und auch Präsidentschaftskandidat sei, gleichzeitig aber nur ein Ministeramt innehabe. Er hoffe dennoch, daß es gelinge, die derzeitige Übergangsperiode ohne Schwierigkeiten zu meistern.

Im übrigen wolle er noch erwähnen, daß Präsident Botha ihn ausführlich über die Gespräche mit dem Schweizer Emissär des Herrn Bundeskanzlers und von Frau Thatcher informiert habe. Was das „Gesetz über die Offenlegung finanzieller Zuwendungen aus dem Ausland“ angehe, so könne er dem Bundeskanzler versichern, daß die Anwendung dieses Gesetzes mit größter Umsicht erfolgen werde. Das Gesetz werde nicht benutzt werden, um die Verwendung normaler Fonds für gesetzeskonforme Zwecke zu behindern oder zu kontrollieren. Er

¹⁰ Peter Hartmann.

¹¹ Immo Stabreit.

¹² Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

schätze sehr, was die Bundesregierung beispielsweise im Bereich der Investitionen oder der Ausbildung tue. Der Zweck des Gesetzes sei einzig und allein, solche Zuwendungen nach Südafrika zu unterbinden, die für terroristische oder andere Aktivitäten verwendet würden, die die öffentliche Ordnung untergrüben. Man wolle in einem Wort zweifelhaften Organisationen das Handwerk legen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er wolle über diese Frage sehr offen reden. Sowohl die protestantische als auch die katholische Kirche sowie die Gewerkschaften hätten wegen dieser Frage bei ihm interveniert. Er habe auch gehört, daß dieses Thema beispielsweise innerhalb der katholischen Kirche bis zum Vatikan vorgedrungen sei.

Herr *de Klerk* erwidert, er nehme diese Mitteilung gerne entgegen und könne dem Bundeskanzler versichern, daß man bei der Anwendung des Gesetzes in besonderer Weise darauf achten werde, jeglichen Konflikt mit den Kirchen zu vermeiden. Das Gesetz gebe es nun einmal. Es lasse sich nicht mehr ändern. Er werde sich aber bemühen, alles daranzusetzen, daß hieraus kein Problem werde.

Zum Besuch von Bundesminister Blüm wolle er anmerken, daß man sich auf dessen Kommen freue. Es sei sicher nützlich, daß BM Blüm außer den – von dem Unterzeichner genannten – Ministern Außenminister Botha sowie den für die Erziehung der Schwarzen zuständigen Minister¹³ sehe. Er werde entsprechende Instruktionen nach Pretoria geben.

Der *Bundeskanzler* erklärt, sein Wunsch sei es, daß BM Blüm mit der Botschaft aus Pretoria zurückkomme, daß man jetzt auf den neuen Präsidenten und auf die Zukunft setze.

Herr *de Klerk* erklärt, zum Komplex Mandela wolle er sich unter vier Augen äußern. Er wolle aber noch einmal zusammenfassend sagen, daß seine Partei nicht über die Schulter auf das rechte Spektrum starre.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei sehr wichtig.

Herr *de Klerk* fährt fort, man wolle vielmehr den Wählern die Botschaft vermitteln, daß man eine neue Verfassung brauche und zugleich auch eine neue soziale Basis, ferner, daß die Menschen eine Option haben müßten – das gelte insbesondere auch in der Frage der Wohngebiete. Seine Absicht sei es, neben den bestehenden Wohngebieten neue Wohngebiete für alle Bürger zu öffnen und gleichzeitig „offene Gruppen“ zu schaffen, in denen sich die Leute nicht nach rassistischen Kriterien zusammenfänden. Insgesamt brauche man eine „balance of power“, um von der Parole wegzukommen: „Einer muß gewinnen“. Nicht zuletzt wolle man dem Land eine breitere föderale Grundlage geben.

Das Gespräch wird an dieser Stelle unter vier Augen fortgesetzt.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34146

¹³ Gerrit Viljoen.

188

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk

22. Juni 1989¹

Gespräch BM Genscher mit dem Vorsitzenden der südafrikanischen Nationalen Partei, Erziehungsminister F. W. de Klerk, am 22.6.1989 in Bonn²

Weitere Teilnehmer: Botschafter van Niekerk, Gesandter Grobler, D 3³, Dg 32⁴, 010, 013.

1) Politische Lage in Südafrika

De Klerk erklärte, daß alle in Südafrika den gleichen Wunsch hätten: eine friedliche Lösung des Rassenproblems zu finden.

In der Regionalpolitik fühle sich Südafrika den Grundsätzen des Friedens verpflichtet. Südafrika wolle mit den Nachbarstaaten zusammenarbeiten, auch im wirtschaftlichen Rahmen. Sein Land sei eine Regionalmacht und auch bereit, dieser Region Dienste zu leisten.

Zugleich müsse es aber aus den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen. Die Möglichkeiten hierfür seien jedoch begrenzt.

Die Südafrikaner seien davon überzeugt, daß sie selbst Lösungen für ihre Probleme finden müßten. Man habe Vorstellungen, die für alle Südafrikaner eine Beteiligung an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen vorsähen. Er beschrieb seine Sicht der politischen Lage in Südafrika wie folgt:

- Man habe ein Reformprogramm begonnen. Dieses Reformprogramm werde allerdings durch Sanktionsmaßnahmen behindert. Um die Reformen durchzuführen, brauche man eine wirtschaftliche Wachstumsrate von 5%; gegenwärtig müsse man die wirtschaftliche Lage des Landes aber als negativ bewerten.
- Es fehle das Vertrauen in die südafrikanische Regierung. Seitdem er Vorsitzender der NP geworden sei, habe er begonnen, dieses Vertrauen wieder aufzubauen.

Dabei sei auch zwischen Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern ein solches Vertrauen wichtig. Es sei wichtiger, als manche es zugäben.

Er sei jetzt dabei, mit schwarzen Führern zu sprechen. Auf Frage von BM Genscher nannte er: Chief Buthelezi, Chief Minister Mabuza und die Mitglieder des National Forum.

Zu möglichen Gesprächen mit dem ANC und seinem Präsidenten Oliver Tambo sagte er, seine Regierung habe hierzu eine klare Position: Nur wenn der ANC

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Sulimma am 26. Juni 1989 gefertigt und über Ministerialdirektor Schlagintweit an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Zustimmung von BM Genscher herbeizuführen“.

² Zum Besuch des südafrikanischen Erziehungsministers de Klerk am 22. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 187.

³ Reinhard Schlagintweit.

⁴ Hans-Günter Sulimma.

auf Gewalt verzichte, könnten Gespräche stattfinden. Auch als Parteiführer sehe er da keinen Bewegungsspielraum. Wenn der ANC weiter eine Politik der Gewalt verfolge, könne es keinen Weg zu Gesprächen geben.

- Die südafrikanische Regierung wolle den nationalen Dialog, denn man habe sich zu einer Politik des „power sharing“ entschlossen. Dabei wolle die südafrikanische Regierung keine fertigen Lösungspläne auf den Tisch legen. Für Vorschläge, die in Richtung „joint decision making“ gingen, müßte die Regierung allerdings die Initiative ergreifen. Man sei sich bewußt, daß man Arbeitspapiere, d. h. also Alternativen, auf den Tisch legen müsse. Für diesen Weg brauche man jedoch Zeit.

BM *Genscher* erläuterte die in die EPZ-Positionen eingebettete deutsche Südafrika-Politik.

Er erhob gegenüber de Klerk folgende Forderungen:

- Beseitigung der Notstandsregelungen,
- Freilassung der politischen Gefangenen, einschließlich Nelson Mandelas,
- Aufhebung des Verbots der Anti-Apartheidsbewegungen,
- Beginn des nationalen Dialogs u. a. auch mit dem ANC und seinem Präsidenten Tambo.

Eine nationale Versöhnung setze die Aufhebung der Bannungen politischer Organisationen wie von Personen voraus, ebenso die Befreiung der Gefangenen. Je früher sich die südafrikanische Regierung hierzu entschlöße, um so besser.

De Klerk: Man hätte das Notstandsrecht⁵ mit „real agony“ verlängert. Seiner Regierung sei das keinesfalls leichtgefallen. Mit Hilfe des Notstandsrechts versuche man, das innenpolitische Klima so zu verbessern, daß eben diese Notstandsregelungen aufgehoben werden könnten. Die schwarzen Führer und ihre Organisationen seien nicht gebannt worden, weil sie schwarz seien, sondern weil sie „law and order“ und die Stabilität des Landes gefährdet hätten.

Auf die erneute Forderung von BM *Genscher*, Mandela freizulassen, da ein nationaler Dialog mit einem Mandela im Gefängnis nicht möglich und eine friedliche Lösung bei seinem Tode im Gefängnis undenkbar sei, sagte *de Klerk*: Der scheidende Präsident Botha habe zuletzt im April 1989 die Position der südafrikanischen Regierung hierzu dargestellt. Falls Mandela für friedliche Lösungen eintrete, könne man an seine Freilassung denken. Die Frage seiner Freilassung werde ständig geprüft; mehr könne er jetzt nicht sagen. Für die südafrikanische Regierung sei das ein Thema von höchster Priorität. Auch Buthelezi habe auf die Frage der Gefangenschaft Mandelas als Hinderungsgrund für Verhandlungen hingewiesen.

De Klerk betonte weiter, es wäre für Südafrika nicht gut, daß die Freilassung Mandelas dann als Ergebnis des Drucks von außen erscheine. Südafrika müsse die Möglichkeit haben, seine eigenen Konzepte zu entwickeln.

De Klerk hob in diesem Zusammenhang hervor, daß es hinsichtlich des Apartheidproblems in seiner Partei „a great sense of urgency“ gebe. Man wisse, daß jetzt etwas geschehen müsse. Allerdings gebe es keine schnellen Lösungen. Alles

⁵ Die südafrikanische Regierung verhängte am 12. Juni 1986 den Ausnahmezustand. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 173.

müsse sich entwickeln. Man müsse zuerst kurz- und mittelfristige Regelungen finden. Hierfür brauche man Zeit.

BM *Genscher* unterstrich, daß die Bundesregierung überzeugt sei, daß die Zeit für die Lösung des Apartheidproblems immer knapper werde. Der einzige Weg in eine friedliche Zukunft sei der nationale Dialog. Hierfür müsse die südafrikanische Regierung unverzüglich die Voraussetzungen schaffen. Vor allem sollte man erkennen: Wenn Mandela in der Gefangenschaft stirbt, werde das weitreichende Folgen haben. Er empfahl Gespräche mit Oliver Tambo, mit dem er selbst im AA gute Begegnungen gehabt habe.⁶

2) BM *Genscher* sprach den bevorstehenden Besuch von BM Blüm in Südafrika an.⁷ Er unterstützte nachdrücklich dessen Wunsch, Präsident Botha und Nelson Mandela zu treffen. Er bat de Klerk, sich dafür einzusetzen, und wies auf den großen Einfluß von BM Blüm in der deutschen Politik hin.

De Klerk zeigte Verständnis für das Anliegen BM Blüms, Staatspräsident Botha zu treffen, erwähnte aber Schwierigkeiten, die es dadurch gebe, daß Präsident Botha ernsthaft krank (seriously ill) sei⁸.

3) Bitte von SWAPO-Präsident Nujoma um Zusammentreffen mit de Klerk

BM *Genscher* übermittelte de Klerk die uns gegenüber geäußerte entsprechende Bitte von SWAPO-Präsident Nujoma.

De Klerk erklärte, daß ihm eine solche Begegnung mit dem SWAPO-Präsidenten während seines gegenwärtigen Aufenthalts in Europa „aus praktischen Gründen“ nicht möglich sei. Er hätte vom Augenblick des Gesprächs mit BM *Genscher* an Treffen in London⁹, Lissabon etc. auf dem Terminplan; danach reise er sofort zur Teilnahme an Wahlveranstaltungen nach Südafrika zurück.

Allerdings stelle er sich auch die Frage, ob eine solche Begegnung für ihn „weise“ wäre, solange das Treffen Nujomas mit seinem Kollegen Pik Botha noch nicht stattgefunden habe. Entscheidend für die jetzige Absage seien aber die bereits genannten praktischen Gründe.

Zusätzlich auf das im Prinzip vereinbarte Treffen AM Pik Botha/Sam Nujoma angesprochen, sagte er, er würde nach seiner Rückkehr nach Südafrika diese Frage mit AM Pik Botha aufnehmen.

4) Auf Bitte von de Klerk erläuterte BM *Genscher* eingehend die deutschen Vorstellungen zu verschiedenen Aspekten der Weiterentwicklung Europas, wie Fragen des EG-Binnenmarktes, den Gipfel von Madrid¹⁰ und die soziale Dimension der Europapolitik.

Er unterrichtete de Klerk auch über die Bedeutung der europäischen Wahlen¹¹ für die Innenpolitik in der Bundesrepublik.

⁶ Vgl. zuletzt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des südafrikanischen ANC, Tambo, am 14. Juni 1988; AAPD 1988, I, Dok. 177.

⁷ Zum Besuch des Bundesministers Blüm vom 25. bis 28. Juni 1989 in Südafrika vgl. Dok. 187, Anm. 8.

⁸ Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

⁹ Der südafrikanische Erziehungsminister de Klerk traf am 23. Juni 1989 in London mit der britischen Premierministerin Thatcher zusammen. Vgl. dazu DBPO III/XI, Dok. 165.

¹⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹¹ Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden vom 15. bis 18. Juni 1989 abgehalten. In der Bundesrepublik kam die SPD auf 37,3 % und die CDU auf 29,5 %. Die Grünen erreichten 8,4 % und die Republikaner 7,1 %. Die CSU erzielte 8,2 % und die FDP 5,6 %.

5) Abschließend bat *de Klerk* noch um Unterrichtung über die deutschen Pläne für eine Hilfe an Namibia vor und nach der Unabhängigkeit dieses Landes.

Referat 320, Bd. 156020

189

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

412-424.01/10-4

23. Juni 1989¹

Über Herrn D4², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Europäischer Rat in Madrid⁵;

hier: Szenario für das Thema Wirtschafts- und Währungsunion

Anlg.: 1

I. Unsere Interessenlage

Die WWU ist das zentrale Thema des ER in Madrid. Wir selbst haben gemeinsam mit F in Hannover⁶ dafür die Weichen gestellt. Von Deutschland und Frankreich hängt es ab, die Dynamik aufrechtzuerhalten und jetzt die Entscheidung über die Verwirklichung der WWU herbeizuführen. Die Zeit ist reif.⁷ Das Ziel wurde schon 1969 auf dem Gipfel von Den Haag⁸ anvisiert. Der Delors-Bericht⁹ ist das Resultat zwanzigjähriger Erfahrung, davon zehn mit dem EWS. Auch der welt-politische Gezeitenwandel im Ost-West-Verhältnis verlangt ein neues Ziel für die EG. Es muß über 1992¹⁰ hinausführen, damit die EG auch zukünftig auf alle Nationen Europas starke Anziehungskraft als Vorbild einer wirtschaftlichen und politischen Union der Europäer ausübt.¹¹

¹ Stempelvermerk auf der Aufzeichnung: „Zeitpunkt der Vorlage: sofort!“

² Hat Ministerialdirektor Jelonek am 23. Juni 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtig! Madrid.“

⁴ Hat Legationsrat Berger am 28. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent Trumpf verfügte und handschriftlich vermerkte: „Szenario-Vorlage lag im Fach WWU der Mappe, die BM während der Sitzung vorlag.“

Hat Trumpf am 28. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfelder verfügte.

Hat Schönfelder am 29. Juni 1989 vorgelegen.

⁵ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu auch Dok. 194.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 191.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das Schicksal des Werner-Planes der frühen 70er Jahre muß vermieden werden!“

⁸ Am 1./2. Dezember 1969 fand in Den Haag eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 385.

⁹ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

¹⁰ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹¹ Der Passus „Auch der ... ausübt“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

II. Verhandlungsziel

Als Ergebnis streben D und F gemeinsam eine Lösung mit folgenden Elementen (Stand nach Gespräch BK/Mitterrand¹²) an:

- 1) Delors-Bericht ist Grundlage.
- 2) Drei-Phasen-Gesamtansatz: Entscheidung für Stufe 1 = Entscheidung für den gesamten Prozeß (Ziffer 39 Delors-Bericht).
- 3) Ordnungspolitischer Datenkranz wie in Teil II des Delors-Berichts (deutsche Ausformulierungen – Anlage 1).
- 4) Beginn Stufe 1 am 1.7.1990 (Ziffer 43 Delors-Bericht).
- 5) Beginn der vorbereitenden Arbeiten für einen neuen Vertrag unverzüglich nach ER Madrid.
- 6) Regierungskonferenz sollte Arbeit aufnehmen, sobald
 - die erste Phase der Wirtschafts- und Währungsunion begonnen hat (d.h. 1.7. 1990) und
 - die entsprechenden Vorarbeiten der zuständigen Gemeinschaftsorgane für die zweite und die Schlußphase so weit fortgeschritten sind, daß sie als Grundlage für die Verhandlungen der Regierungskonferenz dienen können.¹³

Nicht ausbuchstabiert bei diesen Elementen ist, von wem und in welchen Verfahren die Vorarbeiten für den neuen Vertrag geleistet werden sollen. Im Gespräch der beiden Außenminister¹⁴ war als beste Lösung ins Auge gefaßt worden, dies der französischen Präsidentschaft¹⁵ anzuvertrauen. Damit vermeidet man¹⁶ eine lange Debatte im ER.

Aus Sicht des AA müßte der Allgemeine Rat die Federführung¹⁷ behalten. Eine wesentliche Rolle käme der Kommission, dem EcoFin-Rat, dem Ausschuß der Zentralbankgouverneure sowie dem Währungsausschuß und dem Ausschuß für Wirtschaftspolitik zu.

III. Verhandlungslage

Wie sind die Chancen der Durchsetzung unseres Verhandlungsziels?

Nach Kontakten mit den Hauptbeteiligten würde eine entschiedene deutsch-französische Linie

- klar unterstützt von der Kommission (Delors), von der Präsidentschaft (González) und Italien,¹⁸
- klar abgelehnt von GB. Britisches Verhandlungsziel scheint zu sein, keine bindenden Verpflichtungen einzugehen. Powell (diplomatischer Berater von

¹² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 22. Juni 1989 in Paris vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

¹³ Der Passus „die erste Phase ... dienen können“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unter Staatssekretären abgestimmte Formel (21.6.).“

¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 19. Juni 1989 in Paris vgl. Dok. 185, Anm. 2.

¹⁵ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

¹⁶ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(vielleicht).“

¹⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Besser ‚seine koordinierende Zuständigkeit‘ (statt ‚Federführung‘).“

¹⁸ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „– u. den meisten anderen Partnern im Prinzip jedenfalls.“

Frau Thatcher) hat Herrn von Richthofen gesagt, einer Lösung, wie sie sich im informellen EcoFin-Rat abgezeichnet habe, könne GB „gegebenenfalls“ zustimmen. D.h.: Vorbereitung der Maßnahmen für die erste Stufe, Definierung der operationellen Elemente von Stufe II und III, aber keine Zustimmung zur Definition der WWU nach dem Delors-Bericht.¹⁹

Die Benelux-Länder haben sich auf Initiative von PM Lubbers auf eine zwischen diesen beiden Lagern vermittelnde Linie festgelegt. Aber sie werden sich nach Einschätzung von Ersbølls Kabinett uns anschließen, wenn wir fest bleiben, zuerst Belgien. Irland und Portugal folgen der Mehrheit; für IRL ist die Aussage über weiteren Ressourcentransfer in Paragraph 29 des Delors-Berichts wichtig, für P lange Übergangszeiten. Die griechische Haltung kann zur Zeit nicht berechnet werden. DK will diesmal nicht allein bei GB stehen, sondern folgt der Bundesrepublik.

Wir könnten und sollten deshalb einen energischen Versuch unternehmen, eine 11:1-Position herzustellen.

Es bleibt zu entscheiden, ob dann nach Kompromissen mit GB gesucht werden soll. Im Ministergespräch am 20.6.²⁰ blieb die Frage offen, ob und inwieweit man wie beim ER in Mailand²¹ vorgehen solle.

Die Kommission hat als Grenze ihrer Kompromißbereitschaft folgende Minimallinie dem Ratspräsidenten González genannt:

- Annahme des Delors-Berichts (d.h. Zustimmung zu seinem Inhalt),
- Vorarbeiten für die erste Phase beginnen,
- Vorarbeiten für die Regierungskonferenz beginnen.

Kern der Minimallinie der Kommission ist die Zustimmung zum Delors-Bericht, d.h. zur Einheit der drei Phasen und zum ordnungspolitischen Inhalt.²²

Dahinter kann auch D nicht zurückgehen (für F gilt dasselbe). Nicht akzeptabel ist (da Gefahr eines erneuten Scheiterns WWU-Idee)

- Abweichen von Drei-Phasen-Gesamtansatz und statt dessen „pragmatische“ Weiterentwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit,
- Beginn Phase I und Beginn der Arbeit der Regierungskonferenz später als 1.7.1990,
- Verzicht auf den ordnungspolitischen Datenkranz wie in Teil II des Delors-Berichts (s. Anlage 1).

Bei Beginn von Phase I muß Einigkeit über ordnungspolitischen Gesamtrahmen bestehen (so auch Bundesbank). Kein ordnungspolitischer „Sprung ins Dunkle“ (leap in the dark). Verschiebung des Beginns der Regierungskonferenz über den 1.7.1990 hinaus sachlich nicht notwendig (Verzögerungstaktik).

Es wird auch spekuliert, PM Thatcher könne den Beitritt des Pfunds zum Wechselkursmechanismus des EWS bis zu einem bestimmten Datum als Kom-

¹⁹ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „u. keine Zustimmung zum ‚Dreiphasenkonzept‘“.

²⁰ Für das Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 185.

²¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

²² Dieser Satz und das Wort „Minimallinie“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir brauchen aber m. E. auch eine gewisse zeitliche Festlegung.“

promiß anbieten. So wünschenswert das wäre, sollte es nicht genügen, um uns den definitiven Einstieg in die WWU abzukaufen, der unser Ziel ist.

Falls GB nicht bereit ist, die Minimallinie der Kommission zu akzeptieren, könnte daran gedacht werden, dem Vorsitz den Auftrag zu geben, Schlußfolgerungen für elf MS zu erarbeiten. Diese sollten dem Europäischen Rat dann zur Entscheidung vorgelegt werden.

Trumpf

Anlage 1

Ordnungspolitischer Datenkranz (Version Staatssekretäre im Anschluß an Ministergespräch vom 20²³.6.1989)

Wesentliche Elemente der Wirtschafts- und Währungsunion sind

- für die Währungsunion
 - die Verpflichtung zur Sicherung der Geldwertstabilität,
 - der Ausschluß monetärer Finanzierung staatlicher Haushaltsdefizite,
 - eine Koordinierung und dann gemeinschaftliche Geldpolitik in einem föderativ organisierten europäischen Zentralbanksystem mit Weisungsunabhängigkeit,
 - die Stabilisierung und dann unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse und die Einführung einer gemeinsamen Währung;
- für die Wirtschaftsunion
 - die Vollendung des Binnenmarktes,
 - eine gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik bei Stärkung der Marktmechanismen,
 - eine dauerhaft wirksame Koordinierung für die makroökonomischen Politiken einschließlich Sicherung der Haushaltsdisziplin,
 - wirksame Politiken zur Regionalentwicklung.

Ordnungspolitischer Datenkranz (Version Schönfelder)

Wirtschafts- und Währungsunion bilden zwei Bestandteile eines Ganzen und müssen parallel zueinander und im gleichen Rhythmus realisiert werden.

Die Währungsunion ist gekennzeichnet durch uneingeschränkte, irreversible Konvertibilität der Währungen und vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie eine unwiderrufliche Fixierung der Wechselkursparitäten.

Die Wirtschaftsunion ist gekennzeichnet durch einen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestalteten einheitlichen Markt mit einer gemeinsamen Wettbewerbs-, Struktur- und Regionalpolitik sowie einer Koordinierung der makroökonomischen Politiken. Ziel der gemeinsamen Politik ist Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Zur Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion ist im wirtschaftlichen Bereich eine Stärkung der Kompetenzen und Strukturen der bestehenden Institutionen der Gemeinschaft notwendig, im monetären Bereich die Einrichtung eines Europäischen Zentralbanksystems.

²³ Diese Zahl wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich korrigiert in: „21“.

Das Europäische Zentralbanksystem muß der Preisstabilität verpflichtet, von Weisungen der nationalen Regierungen und der Gemeinschaftsinstitutionen unabhängig und föderal strukturiert sein.

Es darf keine Kredite an öffentliche Stellen gewähren.

Es berichtet dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat.

Referat 412, Bd. 168730

190

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow

413-420.30 TUR VS-NfD

23. Juni 1989

Über Dg41¹, D4² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Beziehungen EG–Türkei;

hier: Neue Entwicklungen der türkischen Haltung zum Beitrittsantrag⁴

Zweck der Vorlage: Kenntnisnahme und ggf. Unterrichtung des Herrn Bundesministers

I. Zusammenfassung

Gespräche mit türkischen Regierungsmitgliedern und Beamten anlässlich eines Seminars zum Südostanatolien-Projekt⁵ haben eine bemerkenswerte Änderung der internen Vorstellungen der Türkei zur Behandlung ihres Beitrittsantrages ergeben. Die Türkei hat Kommissar Matutes anlässlich dessen Besuchs in Ankara im April gebeten, die Stellungnahme der Kommission so zu handhaben, daß eine Ratsentscheidung vorerst vermieden wird. Die Türkei rechnet mit einer negativen Entscheidung, wenn diese jetzt zu treffen wäre. Der Regierung Özal kommt es jetzt darauf an, von der EG die Bestätigung einer Beitrittsoption zu erhalten. Sie erwartet, daß die Kommission in einer ersten Stellungnahme die Türkei

¹ Hat Ministerialdirigent Trumpf am 23. Juni 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Jelonek am 23. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist eine interessante Entwicklung, die wir zunächst noch gegenchecken und sorgfältig analysieren müssen.“

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 26. Juni 1989 vorgelegen.

⁴ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

⁵ Vortragender Legationsrat von Stechow notierte am 17. Mai 1989 zum türkischen „Great Anatolia Project“ (GAP): „Der Atatürk-Staudamm ist das Kernstück dieses Projektes, das der Entwicklung Südostanatoliens unter anderem durch die Einrichtung des Atatürk-Dammes, den dazugehörigen Stausee, die Gewinnung von Strom mit einer Fernübertragungsleitung nach Ankara sowie der Bewässerung der Urfa-Ebene dient. [...] Premierminister Özal hatte Bundeskanzler Kohl in Schreiben von 1988 und 1989 um Unterstützung des Projektes gebeten. [...] BMZ hat Vorbehalte gegen eine direkte FZ-Beteiligung an dem Projekt wegen dessen Größenordnung (es besteht noch Finanzierungsbedarf von insg[esamt] 1,6 Mrd. US-Dollar) sowie behaupteter völkerrechtlicher Implikationen gegenüber Syrien und Irak. BMZ hat allerdings keinen Einspruch gegen Lieferbürgschaften und erste Direktkredite für AEG und Brown Boveri erhoben.“ Vgl. Referat 223 (203), Bd. 183938.

grundsätzlich als Beitrittskandidaten bezeichnet, auf Festlegung eines Zeitpunktes für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch vor 1992, wie er bisher gefordert wurde, besteht sie nicht mehr. Erwartet werden von der Kommission Vorschläge für ein Programm, das die Türkei auch wirtschaftlich näher an die EG heranführt. Diese Vorschläge können letztlich zu bilateralen finanziellen Forderungen an uns führen. Die neue Haltung der türkischen Regierung hängt damit zusammen, daß für Ende des Jahres ein Ende der Regierung Özal erwartet wird. Für bevorstehende Verhandlungen über eine Koalitionsregierung wäre ein negativer Entscheid des Rates für die ANAP⁶ untragbar. Die neue Haltung der türkischen Regierung soll in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Deshalb wird die Türkei weiterhin auf einen raschen Beitritt drängen. Staatsminister Bozer möchte im Herbst Bonn besuchen, um mit Frau StM'in Adam-Schwaetzer den seit 1986 bestehenden Kontakt fortzusetzen.⁷

II. Im einzelnen

1) Gespräche mit Minister Kamran İnan (GAP-Projekt), Staatsminister Ali Bozer (Europaminister) sowie dem Generaldirektor im Europaministerium und weiteren Beamten des Außen- und Europaministeriums ergaben folgendes: Die Türkei rechnet nicht damit, bald Mitglied der EG werden zu können. Sie hat erkannt, daß weder auf seiten der EG noch auf seiten der Türkei die Voraussetzungen vorliegen, eine positive Entscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu erreichen, selbst dann nicht, wenn diese Verhandlungen auf einen langen Zeitraum angelegt werden und von großen Zugeständnissen türkischerseits (z. B. Verschiebung der Herstellung der Freizügigkeit um mehr als zehn Jahre) begleitet werden. Ein griechisches Veto wird für sicher gehalten, wenn der Rat entscheiden müßte, auch von uns wird nicht erwartet, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Kabinettsentscheidung zugunsten eines Beitritts erreichen könnten. Auch bei den anderen EG-MS werden keine günstigeren Voraussetzungen gesehen. Die Türkei hat inzwischen auch verstanden, daß die Beitrittsfrage institutionelle Fragen in der EG aufwirft, die nicht direkt den türkischen Beitritt alleine betreffen. Es kommt ihr jetzt darauf an, eine negative Entscheidung zu vermeiden. Deswegen hat Europaminister Bozer EG-Kommissar Matutes bei seinem Besuch in Ankara gebeten, die Stellungnahme der Kommission so zu formulieren, daß eine Entscheidung des Rates nicht erforderlich wird. Dies soll nach türkischer Vorstellung, die zum Teil den bisher bekannten Vorstellungen der Kommission entspricht, in einer ersten Stellungnahme erfolgen, in welcher die Türkei zwar grundsätzlich eine Beitrittsoption, wie sie bereits im Assoziationsvertrag von 1964 in der Präambel und in Artikel 28⁸ niedergelegt wurde, bestätigt. Diese Bestätigung würde allerdings im Rahmen von Artikel 237 EWG-Vertrag⁹ erfolgen. In der Stellungnahme sollen der große

⁶ Anavatan Partisi (Mutterlandspartei).

⁷ Zum Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer und des Staatsministers Stavenhagen, Bundeskanzleramt, mit dem türkischen Staatsminister Bozer am 8. September 1989 vgl. Dok. 271.

⁸ Für den Wortlaut der Präambel und von Artikel 28 des Abkommens vom 12. September 1963 zwischen der EWG und der Türkei zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–514 bzw. S. 526.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

Artikel 237 wurde mit Artikel 8 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

wirtschaftliche und soziale, aber auch ein politischer Nachholbedarf der Türkei und Fragen der Konsolidierung der Zwölfer-EG als Begründung dienen, in einem späteren endgültigen Avis auf die Beitrittsfrage zurückzukommen. Dieses Verfahren soll es dem Rat ermöglichen, den Bericht der Kommission lediglich zur Kenntnis zu nehmen, er müßte nicht entscheiden. Noch 1987, als der Beitrittsantrag gestellt wurde, wäre ein solches Vorgehen aus türkischer Sicht nicht akzeptabel gewesen. Daß es von der türkischen Regierung jetzt akzeptiert¹⁰ wird, hat im wesentlichen folgende Gründe:

- Nach den schweren Verlusten der regierenden ANAP in den Kommunalwahlen vom Frühjahr 1989¹¹ (gegenwärtig geben politische Beobachter der ANAP nur noch 15 %) wird allgemein angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Oktober¹² mit Verhandlungen über eine Koalitionsregierung gerechnet, die die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Lande besser widerspiegelt. Im Vorfeld solcher Verhandlungen kann sich die ANAP eine Niederlage ihrer EG-Politik nicht leisten. Sie braucht, wie MP Özal es ausdrückte, „grünes Licht“ in der EG-Frage.
- Die Gespräche, die die Türkei kontinuierlich mit der Kommission, mit EG-MS und Wirtschaftskreisen innerhalb und außerhalb der Türkei führt, aber auch die zahlreichen Seminare und Symposien zu diesem Thema, haben ihr verdeutlicht, daß eine positive Beitrittsentscheidung von mehr Faktoren beeinflusst wird, als die Türkei ursprünglich in Rechnung zu stellen bereit war. Es genügt nicht, materielle und zeitliche Konzessionen für spätere Beitrittsverhandlungen in Aussicht zu stellen und sich im übrigen auf den immer noch bestehenden nationalen Konsens und Eigenanstrengungen zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verlassen. Insbesondere werden die Eigendynamik der Entwicklung der EG und sich daraus ergebende materielle und institutionelle Konsequenzen für eine erneute Erweiterung heute realistischer beurteilt. In Gesprächen mit türkischen Regierungsvertretern wird heute auch die Rolle der Bundesrepublik Deutschland besser verstanden. Es wird anerkannt, daß wir nach dem Militärputsch in der Türkei von 1980¹³ eine wesentliche Rolle zugunsten der politischen Rehabilitierung der Türkei in Rat und EP durch unsere Forderung nach Wiederaufnahme der finanziellen Zusammenarbeit und nach Zusammentreten des Assoziationsrates EWG–Türkei¹⁴ gespielt haben.

2) Die Türkei kann diese realistischere Haltung in offiziellen Gesprächen oder gar in der Öffentlichkeit nicht zugeben. Sie wird auch in Zukunft öffentlich auf raschen Beitritt drängen. Innenpolitisch könnte keine türkische Regierung anders argumentieren.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹¹ In der Türkei fanden am 26. März 1989 Kommunalwahlen statt.

¹² Am 31. Oktober 1989 wählte das türkische Parlament Ministerpräsident Özal zum neuen Staatspräsidenten.

¹³ Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

¹⁴ Am 16. September 1986 fand in Brüssel eine Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei auf Ministerebene statt. Referat 411 notierte dazu am 19. September 1986: „Die eigentliche Bedeutung des Assoziationsrates bestand in der Tatsache, daß er erstmalig seit fünf Jahren überhaupt und ohne Eklat getagt hat.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

Die türkische Regierung rechnet jetzt damit, daß die Kommission bei grundsätzlicher Befürwortung einer Beitrittsoption Vorschläge machen wird, wie der Türkei wirtschaftlich geholfen werden kann, den Entwicklungsrückstand zur EG zu verringern, damit Beitrittsverhandlungen möglich werden. Skepsis herrscht über die Realisierbarkeit entsprechender Kommissionsvorschläge. Beim Vierten Finanzprotokoll¹⁵, das die Kommission dem Rat im Herbst zuleiten will, herrschen in der Türkei keine Illusionen über eine rasche Überwindbarkeit des griechischen Vetos, das erst bei Fortschritten in der Zypern-Frage fallen soll. Ähnliches wird für weitergehende Vorschläge der Kommission gelten. Wir müssen etwa gegen Jahresende damit rechnen, daß die Türkei bilaterale Bitten an uns heranträgt, die denen gleichen, die in den Staatssekretärsgesprächen von 1986 bis 1987 verhandelt wurden (Ausrüstungshilfe, Verteidigungshilfe, Industrialisierungshilfe).¹⁶ Sie werden mit dem Unvermögen der EG, Hilfsprogramme zu deblockieren, begründet werden.

Staatsminister Bozer bestätigte mir die vom Generaldirektor im Europaministerium erläuterte EG-Linie bei einem Höflichkeitsbesuch am 19.6. ausdrücklich. Er bat, Grüße an Frau StM'in Adam-Schwaetzer zu übermitteln. Er bat darum zu prüfen, ob ein Besuch in Bonn Anfang September dieses Jahres zur Fortsetzung des 1986 aufgenommenen bilateralen Dialoges über EG-Fragen möglich sei.

v. Stechow

Referat 413, Bd. 144916

¹⁵ Mit Schreiben vom 1. September 1989 an den Hauptgeschäftsführer des BDI, Mann, teilte Staatssekretär Lautenschlager mit: „Das 4. Finanzprotokoll EWG–Türkei, für das ein Finanzvolumen von 600 Mio. ECU vorgesehen ist, wäre für die Türkei sicherlich eine wichtige und dringend benötigte Finanzierungsquelle [...]. Die Laufzeit des 4. Finanzprotokolls war ursprünglich von 1981 bis 1987 vorgesehen. Wie Sie wissen, wurde es wegen der politischen Ereignisse in der Türkei von 1980 (Militärputsch) [...] nicht in Kraft gesetzt, obwohl es bereits paraphiert war. Das Europäische Parlament hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, das Finanzprotokoll erst dann dem Rat vorzulegen, wenn die politischen Verhältnisse in der Türkei dieses gestatten. Diese Bedingung des Parlamentes gilt noch heute.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144917.

¹⁶ Die ersten deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche fanden am 5./6. Dezember 1985 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 338. Die zweite Gesprächsrunde wurde am 6./7. Oktober 1986 in Ankara abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 274.

191

**Botschafter Graf zu Rantzau, z.Z. Paris,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1596

Aufgabe: 23. Juni 1989, 14.27 Uhr¹

Ankunft: 23. Juni 1989, 14.47 Uhr

Delegationsbericht Nr. 30

Betr.: Konferenz über die Menschliche Dimension in Paris (30.5.–23.6.1989);²
hier: Bilanz der Gespräche der Delegation mit Vertretern von nicht-staatlichen Organisationen (NGO)

I. NGOs sprachen überwiegend die Lage in der SU an. Besonders aktiv zeigten sich dabei Vertreter jüdischer NGOs (aus USA, GB, CDN, F), die die nach wie vor unbefriedigenden Ausreisebedingungen für jüdische Refusniks (state secrecy Refusniks, poor relatives), noch immer nicht erfolgte Gesetzesrevisionen sowie den zunehmenden Antisemitismus russisch-nationalistischer Gruppierungen beklagten. Von einigen NGOs wurden wir gebeten, uns für die Wiedenzulassung der ukrainisch-katholischen Kirche und die Wiedererlangung der vollen Souveränität der baltischen Staaten einzusetzen.

Andere NGOs sprachen die Situation in der ČSSR und der DDR (Interkirchlicher Friedensrat, NL) und die Inhaftierung von 17 Kurden in D (Mitglieder der PKK-Partei)³ an. Vertreter der deutschen Sektion der IGFM⁴ und des „Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki“⁵ suchten einen allgemeinen Meinungsaustausch.

Die meisten NGOs beklagten schwierige Zugangsbedingungen zu den Delegationen und Konferenzräumen auf der Pariser CHD, wodurch ein schlechtes Präzedenz für die Moskauer CHD 1991⁶ gesetzt werde.

II. Im einzelnen

[1] Die überwiegende Zahl der Gespräche (sechs von zehn) mit NGOs zielte auf die menschenrechtliche Situation in der SU, besonders aktiv waren Fürsprecher der sowjetischen Juden. Die Vertreter der NGOs Women's Campaign for Soviet Jewry (GB), Medical Committee for Soviet Jewry (GB), Legal Committee for Soviet Jewry (GB), Union of Councils for Soviet Jews (USA), Moscow Watch 1991

¹ Das Fernschreiben wurde von Legationssekretär Freiherr Freytag von Loringhoven, Paris, konzipiert.

² Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vgl. auch Dok. 192.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Weber teilte am 7. April 1989 mit: „In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der PKK wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (innerhalb der PKK) befinden sich z. Zt. 16 Beschuldigte in Untersuchungshaft, ein Beschuldigter in Auslieferungshaft (Paris) und ein Beschuldigter in Strafhaft. Mit dem Beginn der Hauptverhandlung vor dem OLG Düsseldorf ist für Anfang November 1989 zu rechnen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 206 (203); Bd. 151073.

⁴ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁶ Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

(USA), Comité féminin de soutien aux Juifs d'URSS (F), Canadian Jewish Congress (CDN) räumten ein, daß sich die Ausreisesezahlen in den vergangenen Jahren deutlich positiv entwickelt haben, doch gebe es nach wie vor zahlreiche ungelöste Fälle (zum Teil seit bis zu 15 Jahren) aus den Kategorien der „state secrecy Refusniks“ sowie der „poor relatives“; hierzu wurden zahlreiche Listen übergeben (Einzelvermerke mit Anlagen werden Zentrale im Anschluß an CHD übermittelt). Einige Gesprächspartner wiesen auf die besondere Verantwortung der Deutschen für das Schicksal sowjetischer Juden hin, wobei die Gespräche jedoch ausnahmslos sachlich verliefen. Zwar habe die SU wiederholt versprochen (zuletzt Botschafter Kaschlew auf PK am 16.6.1989), alle Ausreisegesuche – in Übereinstimmung mit dem WAD⁷ – bis zum 15. Juli „in einem positiven Geist zu lösen“, doch müsse man nach wie vor skeptisch sein, ob die SU ihren Verpflichtungen voll nachkommen werde; es gelte, nach dem 15. Juli die Bearbeitung der Einzelfälle sorgfältig zu überprüfen und ggf. den CHD-Mechanismus einzuschalten.

Besonders problematisch sei, daß es noch immer keine befriedigenden Gesetzesrevisionen zu den Ausreisemodalitäten von Sowjetbürgern gebe, die Menschen seien – wie zuvor – „Wechselgeld“.

Einige Gesprächspartner berichteten, daß sich unter Juden in der SU zunehmend Angst breitmache. Dies liege insbesondere an den Aktivitäten russisch-nationalistischer Gruppen wie „Pamjat“ und „Patriot“, die sich unverhohlen antisemitisch äußerten. Die Sowjetregierung unterstütze diese Organisationen dadurch, daß ihnen im Namen der neuen Demokratisierung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, sich öffentlich zu äußern; ebendies sei jüdischen Organisationen in der Sowjetunion nach wie vor weitgehend verwehrt. Viele Juden befürchteten, daß sich über kurz oder lang Enttäuschung über die Verheißungen der Perestroika ausbreiten werde und daß – angeheizt durch die Hetzkampagnen der o. g. Gruppen – speziell die Juden für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht würden.

Jurij Orlow wie auch Vertreter der NGO „Americans for Human Rights in Ukraine“ baten darum, daß wir die Nichtzulassung der ukrainisch-katholischen Kirche, die 1946 mit der russisch-orthodoxen Kirche zwangsvereinigt wurde, auf der CHD zur Sprache bringen sollten. Orlow regte folgenden Kompromiß an: Die ukrainisch-katholische Kirche solle sich verpflichten, sich nicht in politische Angelegenheiten einzumischen. Im Gegenzug solle die Sowjetregierung der Wiederzulassung der ukrainisch-katholischen Kirche zustimmen. Die Lösung dieses Problems benötige sicherlich einige Zeit; bereits jetzt solle allerdings auf die Einleitung von Verhandlungen zwischen Kirche und Regierung hingewirkt werden. Vertreter der „Americans for Human Rights in Ukraine“ wiesen darauf hin, daß es weiterhin politische Gefangene und Psychiatrie-Mißbrauch in der Ukraine gebe. Die Anfang April revidierten Fassungen der Art. 70 und 190/1 des sowjetischen StGB stellten de facto einen Rückschritt dar. Orlow erwähnte zusätzlich Art. 11/1 (der – nach Aussage des sowjetischen Vize-AM Adamischin am 22. Juni – inzwischen vom sowjetischen Volksdeputiertenkongreß zurückgezogen wurde).

⁷ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

Maido Kari, Präsident des Baltischen und des Estnischen Weltrats, sprach mit dem Petitionar vor, wir sollten auf der CHD – wie auf früheren KSZE-Konferenzen die USA, NWG und ITA – das Recht der baltischen Staaten auf volle Souveränität unterstreichen.

2) Auf die Situation in osteuropäischen Staaten wurde lediglich von der niederländischen NGO „Interkirchlicher Friedensrat“ (IKV⁸) aufmerksam gemacht (Inhaftierung – unter Verletzung des WAD – von Mitgliedern der „Independent Peace Association“ in der ČSSR; Einreiseverbot für IKV-Mitglieder in die DDR).

Vertreter des „Comité Kurdistan en France“ zielten weniger auf mangelndes Zursprachebringen durch westliche Delegationen der Lage der Kurden in der Türkei als auf die anhaltende Inhaftierung von 17 kurdischen Mitgliedern der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in der Bundesrepublik ab. Diese würden als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung „diffamiert“ und aus rein politischen Motiven seit Monaten festgehalten. Eine derartige „MR-Verletzung“ sei mit der von der Bundesregierung vertretenen Menschenrechtspolitik nicht zu vereinbaren.

Lediglich einen allgemeinen Meinungsaustausch über die Grundsatzpositionen der Bundesregierung auf der CHD suchten Vertreter der deutschen Sektion der IGFM sowie des „Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki“ (Träger: Konferenz Europäischer Kirchen). Letztere kündigten eine von ihnen im Januar 1990 veranstaltete Konferenz über die menschliche Dimension in Europa an.

III. Die meisten NGOs klagten darüber, daß die Pariser CHD – wegen übertriebener Sicherheitsvorkehrungen – schwierigere Arbeitsbedingungen für NGOs als vorhergehende KSZE-Konferenzen (Madrid⁹, Ottawa¹⁰, Bern¹¹, Wien) biete. Hiermit werde ein unliebsames Präzedenz für den Moskauer CHD 1991 geschaffen. Insbesondere hätten NGOs nur mit Einladung einzelner Delegationen Zugang zum Konferenzsaal (Anmerkung: Eine solche Einladung wird jedoch von einigen NGOs – etwa AI¹² – unter Verweis auf deren Unabhängigkeit abgelehnt); ferner könnten sich NGOs im Konferenzgebäude (mit Ausnahme des abgetrennten Flügels für Presse und Öffentlichkeit) nur nach Einladung durch Delegationsmitglieder bewegen; die Kontaktaufnahme mit den Delegationen sei jedoch nicht leicht (keine Telefon-, Delegationslisten etc.).

IV. In den Gesprächen mit Vertretern von NGOs stellten wir sorgfältige Prüfung der an uns herangetragenen Petitionen und Vorschläge in Aussicht. Die Bundesregierung habe sich bei der Lösung von Menschenrechtsfällen mit Erfolg des Weges der stillen Diplomatie bedient. Wir gingen daher mit direkten Vorwürfen an andere Delegationen sparsam um. Unsere Linie habe sich durch zahlreiche Erfolge im Bereich der menschlichen Kontakte bewährt. Insbesondere die Ausreise-

⁸ Interkerkelijk Vredesberaad.

⁹ In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

¹⁰ Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa ein KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

¹¹ Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

¹² Amnesty International.

bedingungen – für Deutsche und Deutschstämmige, aber ebenso auch andere ethnische Gruppen – im Ostblock haben für uns seit den 50er Jahren zentrale Bedeutung. Wir arbeiteten auf dem Pariser Treffen aktiv an Vorschlägen zur Verbesserung der Ausreisebedingungen mit. Zu den in der SU anstehenden Gesetzesrevisionen betonten wir, dies sei ein Mammutwerk, der Westen müsse Geduld aufbringen. Bestürzt äußerten wir uns über die Mitteilung, daß es zunehmende antisemitistische Tendenzen in der SU gebe.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 153481

192

**Botschafter Graf zu Rantzau, z.Z. Paris,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1602

Aufgabe: 23. Juni 1989, 18.38 Uhr¹

Ankunft: 23. Juni 1989, 19.52 Uhr

Delegationsbericht Nr. 36

Betr.: CHD-Treffen Paris (30.5.–23.6.1989)²;
hier: Schlußbericht

Zur Unterrichtung

1) Zusammenfassende Bewertung

Mit dem ersten Treffen der „Konferenz über die menschliche Dimension“ (CHD) begann ein neuer Abschnitt im KSZE-Prozeß.³ Er soll – mit den weiteren Etappen: Kopenhagen (1990⁴) und Moskau (1991⁵) – Fortschritte bei der Verwirklichung der Menschenrechte und anderer humanitärer Verpflichtungen, namentlich von Korb III⁶, bringen. In Paris wurde ein ermutigender Anfang dieses Verhandlungsprozesses gemacht – allerdings nur ein Anfang, da wenige

¹ Das von Vortragendem Legationsrat Metscher, z.Z. Paris, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 26. Juni 1989 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 213 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Grunenberg am 27. Juni 1989 vorgelegen.

² Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vgl. auch Dok. 191.

³ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug erstmals am 5. November 1986 in einer Rede in Wien die Abhaltung einer Konferenz über Menschenrechtsfragen in Moskau vor. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 341.

⁴ Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

⁵ Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

⁶ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

Monate nach Abschluß des Wiener (Haupt-)Treffens⁷ nicht bereits neue substantielle Verpflichtungen vereinbart werden konnten und auch von keinem Teilnehmerstaat ernsthaft angestrebt wurden. Wichtig war vielmehr die Bereitschaft aller Seiten, den neuen Konferenzstrang, der sich parallel zu den Wiener Verhandlungen über militärische Fragen⁸ entwickelt, offen und konstruktiv zu nutzen und auch hier den Bestand an gemeinsamen Interessen zu erweitern. Die Zunahme gruppenübergreifender Vorschläge in der menschlichen Dimension ist für diese Bereitschaft ein beredtes Beispiel.

Das Treffen spiegelte ganz überwiegend die Veränderungen in den West-Ost-Beziehungen und insbesondere einen sich fast dramatisch beschleunigenden Pluralismus im östlichen Lager wider. Seine Atmosphäre blieb – ungeachtet von Kontroversen über einzelne Implementierungsdefizite – entspannt und war kaum mehr vom West-Ost-Gegensatz geprägt. Emotional wurden hingegen Konflikte behandelt, die ihre Wurzeln nicht in dem West-Ost-Konflikt haben: Die Kontroverse über die Behandlung der türkischen Minderheit in BUL war (nicht zuletzt wegen der jüngsten Entwicklung⁹) häufiger Gegenstand der Beratungen. Ungewöhnlich offen wurde auch RUM von UNG wegen seiner Minderheitenpolitik angegriffen.

Auch im übrigen richtete sich die Implementierungskritik vorwiegend auf die Gruppe der reformunwilligen WP-Staaten: neben BUL und RUM vor allem ČSSR und DDR. Die Entwicklung des Reformprozesses in der SU nahm hingegen der westlichen Kritik weitgehend Ansatzpunkte und auch Elan.

Überraschend war die Fülle und Vielfalt neuer Vorschläge, die in Paris eingeführt wurden. Sie nehmen zwar oftmals unerledigte Anliegen von Wien wieder auf oder führen Wiener Texte fort. Für den KSZE-Prozeß neuartig und interessant sind daneben jedoch Konzepte wie der „Gemeinsame Europäische Rechtsraum“ oder der „Europäische Rechtsstaat“. Selbst wenn sie sich (auch nach Einschätzung ihrer Einbringer) allenfalls langfristig verwirklichen lassen, so wurde in Paris jedoch ein erster Anstoß gegeben.

Alle diese Vorschläge bleiben auch ohne förmliche Verweisung durch ein Schlußdokument in der Konferenz und können deshalb in Kopenhagen und Moskau weiter behandelt werden. Daß es nicht gelang, den Text eines gemeinsamen Kommuniqués zu vereinbaren, ist lediglich ein Schönheitsfehler. Er zeigt allerdings, wie sehr die Positionen von Außenseitern (etwa von RUM) oder die Verfolgung einzelner, wenn auch gewichtiger Interessen (etwa durch TUR) die Konsensbildung erschweren oder gar verhindern können.

Bei der Abstimmung über gemeinsame Vorschläge wie der Beratung über ein gemeinsames Schlußdokument wurde letztlich auch spürbar, daß ein Treffen

⁷ Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7.

⁸ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

⁹ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 153, Anm. 23.

Botschaftsrat I. Klasse Zimmermann, Sofia, berichtete am 19. Juni 1989, am Vortag sei in den bulgarischen Medien eine Erklärung von Ministerpräsident Atanassow zur neuen Ausreisegesetzgebung veröffentlicht worden. Allen bulgarischen Bürgern sei es nun möglich, das Land zu verlassen. Zimmermann resümierte, lange habe sich die bulgarische Regierung „dem berechtigten Vorwurf gegenübergesehen, sie lasse Angehörige der TUR Minderheit [...] nicht ausreisen. Jetzt unterstellt man ihr Vertreibung, nachdem sie die Grenzen geöffnet hat und sich eine Welle in Gang setzt, deren Ausmaß und Auswirkungen sie nicht erwartet hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; Referat 214, Bd. 139825.

von vier Wochen nicht ausreichend Zeit für intensive Textverhandlungen läßt. Hieran wird sich auch in Kopenhagen und Moskau kaum etwas ändern lassen.

2) Die westliche Allianz

Die westliche Seite ist geschlossen aufgetreten und hat Koordinierungsprobleme, etwa zwischen den Zwölf und 16, vermieden. Die intensive Abstimmung und das einheitliche Auftreten im Rahmen der EPZ machen die Zwölf zu einem gewichtigen Faktor des Verhandlungsprozesses. Sie haben nicht nur die ersten Vorschläge gemeinsam eingebracht, sondern auch die textlichen Grundlagen für die Beratungen über ein gemeinsames Schlußdokument gelegt.

Einer alten Tradition entsprechend, blieb das Gastgeberland F um Ausgleich und – wenn auch ohne Erfolg – ein möglichst substantielles Schlußdokument bemüht. Es hat dabei nicht immer ausreichend die Notwendigkeit und die Verfahren des innerwestlichen Abstimmungsprozesses beachtet, was u.a. die Zeitnot am Ende des Treffens erklärt. Seine Vorstellungen zur Entwicklung eines europäischen Rechtsstaates verlassen den Boden bisheriger KSZE-Verpflichtungen, da sie tief in Institutionen und Rechtssysteme der Teilnehmerstaaten eingreifen. Auch westliche Partner begegnen ihnen mit Vorbehalt.

Die Angelsachsen – US, GB und KAN – zeigten auch in Paris ihr besonderes Profil durch eine anhaltende, gelegentlich die Grenzen der Polemik streifende Implementierungskritik. Sie hielten diese Linie bis zum letzten Tag des Treffens durch, da sie hierin seine eigentliche Aufgabe sahen. Das hartnäckige, auch Wiederholungen nicht scheuende Auftreten der Angelsachsen führte schließlich in der letzten Woche zu einer heftigeren Reaktion der SU, die damit zumindest zeigen wollte, daß sie noch die härteren Bandagen früherer Treffen im Gepäck führt. Es stellt sich die Frage, ob die Versuche einer Implementierungskritik „in Permanenz“ nicht zu abnehmenden Erträgen führen – in der Aufmerksamkeit der anderen Delegationen wie in der Reaktion der betroffenen Staaten.

Distanziert zeigten sich die Angelsachsen auch gegenüber den Vorstellungen von einem „gemeinsamen Rechtsraum“ oder „europäischen Rechtsstaat“. Sie sind sich dabei nicht nur der Besonderheiten des eigenen Rechtssystems bewußt, sondern halten entsprechende Ansätze auch für zu vage, um konkrete Verbesserungen in absehbarer Zeit zu erreichen. Züge der Utopie trägt jedoch auch der US-Vorschlag über ein repräsentatives Regierungssystem¹⁰, der den Rahmen humanitärer Anliegen verläßt und letztlich Angleichung der östlichen Systeme an das westliche Modell oder gar dessen Übernahme verlangt.

Eine Sonderrolle spielte TUR wegen ihrer – unter Aufbietung aller diplomatischer Mittel – auch in Paris geführten Kampagne gegen die bulgarische Assimilierungspolitik bzw. die bulgarischen Zwangsausweisungen. An der Haltung Ankaras scheiterte nicht zuletzt der Versuch eines gemeinsamen Schlußkommunikés.

TUR selbst blieb allerdings wegen eigener Menschenrechtsverletzungen weitgehend verschont – wenn man von den Angriffen ZYP und GRI wegen der Beset-

¹⁰ Am 20. Juni 1989 schlug die Delegation der USA vor, die KSZE-Teilnehmerstaaten sollten das Recht aller Völker achten, „an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen“. Dem Vorschlag schloß sich Großbritannien an. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.33; Referat 212, Bd. 153480.

zung Nord-Zyperns¹¹ und kurzen Hinweisen von östlichen und neutralen Delegationen auf Folter und Minderheitenpolitik absieht.

3) Die WP-Staaten

Die östliche Seite hat in bislang nicht beobachteter Weise Pluralismus im Auftreten und den Verhandlungszielen gezeigt. Die SU hat ostentativ den Versuch aufgegeben, Blockdisziplin zu fordern und zu wahren. Aber auch die anderen sozialistischen Staaten zeigten untereinander kaum Solidarität. Sie blieben „Einzelkämpfer“ auf ihren jeweiligen humanitären Problemfeldern und zeigten auch bei der Entwicklung neuer Vorschläge durchaus unterschiedliches Profil. Die neue Meinungsvielfalt ist Teil von Perestroika, wie auch das sowjetische Auftreten selbst ganz maßgeblich von den Entwicklungen in Moskau bestimmt wurde. Die SU ließ in Paris eine ganze Reihe prominenter Volksdeputierter (von einer Kosmonautin bis zum Metropoliten) als Zeugen des neuen Denkens und der „jungen sowjetischen Demokratie“ auftreten und betonte auch in ihren Vorschlägen die europäische Gemeinsamkeit.

Mit dieser Linie hat die sowjetische Delegation der westlichen Kritik viele Ansatzpunkte genommen. Gegenstand westlicher Beanstandungen war deshalb überwiegend die menschenrechtliche Lage in der Gruppe der orthodoxen WP-Staaten. Hierzu gehörten BUL (wegen türkischer Minderheit), ČSSR (Verfolgung von Bürgerrechtlern) und DDR (wegen ihrer Ausreisepolitik und des Grenzregimes). Die Begrenzung auf einzelne Länder und Menschenrechtsverletzungen zeigt jedoch zugleich das Ausmaß der mittlerweile eingetretenen Verbesserungen.

RUM ist durch seine systematischen und massiven Verletzungen fast aller Menschenrechte, seinen Vorbehalt zum WAD¹² und seine zynischen Hinweise auf die „beklagenswerte“ soziale Lage vieler Länder zwar in der Außenseiterrolle geblieben. Es hat sich gegen den Versuch gewehrt, das Treffen mit einem Text zu beenden, der über eine rein faktische Beschreibung hinausging. Die rumänische Delegation überraschte dennoch durch ihr Auftreten, da sie sich selbst der Behandlung von Fragen des CHD-Mechanismus nicht verschloß (ohne jedoch ihre prinzipielle Ablehnung aufzugeben). Bukarest hat offenbar Weisung erteilt, zumindest den Verhandlungsprozeß unter den 35 nicht zu verlassen.

Die erwarteten Angriffe der WP-Staaten wegen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den westlichen Ländern sind über Ansätze kaum hinausgekommen. An ihnen haben sich im wesentlichen nur RUM und die DDR beteiligt. Den anderen WP-Staaten blieb der eigene Rückstand auch in diesen Bereichen zu bewußt.

Während POL eher zurückhaltend auftrat und auch als einziger WP-Staat von keiner Seite Kritik hinnehmen mußte, verhielt sich UNG – in Implementierungs-

¹¹ Am 15. Juli 1974 unternahm die von griechischen Offizieren befehligte zypriotische Nationalgarde einen Putsch gegen Präsident Makarios, der am Folgetag Zypern verließ. Am 20. Juli 1974 landeten türkische Truppen auf Zypern. Am 22. Juli 1974 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.

Am 8. August 1974 wurde ein Abkommen über die Festlegung der Demarkationslinien auf Zypern abgeschlossen; jedoch begann am 14. August 1974 ein erneuter Angriff türkischer Truppen. Die militärischen Operationen wurden am 16. August 1974 nach Appellen des VN-Sicherheitsrats weitgehend eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 233, Dok. 236 und Dok. 238.

¹² Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105.

kritik wie Vorschlagsphase – wie ein westlicher Teilnehmerstaat. Seine offene und unter Namensnennung geführte Kontroverse über die Behandlung der ungarischen Minderheit durch Bukarest ist bislang beispiellos in der KSZE-Geschichte. UNG marschiert nicht mehr nur vor dem, sondern im humanitären Bereich auch weitgehend außerhalb des WP.

4) Die N+N-Staaten

Sie spielten in keiner der Verhandlungsphasen eine eigene Rolle und waren kaum mehr als Konferenzgruppe vorhanden. So haben sie weder gemeinsame Vorschläge einbringen können noch einen maßgeblichen Part bei den Bemühungen um ein Schlußkommuniqué gespielt. Engagiert und initiativ gerade in humanitären Fragen zeigten sich erneut A und CH, während die nordischen Neutralen und die Ungebundenen kaum auftraten. Auch JUG blieb weitgehend im Schatten und wurde wegen seiner Politik auch von keiner Seite kritisiert, obgleich nicht zuletzt die Situation im Kosovo¹³ hierzu Anlaß geboten hätte.

5) Die eigene Delegation

Unsere Haltung zum CHD-Prozeß wurde am 2.6. durch den BM dargelegt.¹⁴ Er stellte Schutz und Verwirklichung der Menschenrechte in einen engen Zusammenhang mit der Wende in den West-Ost-Beziehungen und zeichnete das Bild eines europäischen Rechtsstaates mit den Menschenrechten als seinem Herzstück. Menschenrechte und Grundfreiheiten müßten für alle gelten – auch für die Deutschen und die deutschen Minderheiten in zahlreichen Staaten. Ein Europa ohne Trennung, ohne Mauern und Stacheldraht sei erreichbar.

Kritisch haben wir uns mit den massiven Menschenrechtsverletzungen in RUM, der Situation der türkischen Minderheit in BUL sowie eingehend mit Ausreiserecht und Praxis der DDR befaßt. Gegenüber der ČSSR haben wir den Fall Hájek¹⁵ angesprochen und eine sachlich befriedigende Stellungnahme gefordert. Wir haben aber auch positiv die Tätigkeit der deutsch-sowjetischen Arbeitsgruppe über humanitäre Fragen gewürdigt.

An neuen Vorschlägen haben wir die Texte der Zwölf zu Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit¹⁶ initiiert und als Miteinbringer Texte zum Zugang von NGOs zu CHD-Treffen¹⁷, Prozeßbeobachtern¹⁸, europäischen Rechts-

¹³ Zur Lage im Kosovo vgl. Dok. 79 und Dok. 200.

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in Paris vgl. BULLETIN 1989, S. 497–500.

¹⁵ Zum Fall Hájek vgl. Dok. 16, Anm. 8.

¹⁶ Die Delegationen der EG-Mitgliedstaaten sowie Kanadas und Österreichs unterbreiteten am 14. Juni 1989 Vorschläge zur freien Meinungsäußerung sowie zum „Recht auf friedliche Versammlung und Recht auf Vereinigung“. Den letztgenannten Vorschlag brachte auch Norwegen mit ein. Den beiden Vorschlägen schlossen sich San Marino und die Türkei bzw. San Marino, die Türkei und Ungarn an. Vgl. dazu die Dokumente CSCE/CDHP.1 und CSCE/CDHP.2; Referat 212, Bd. 153480.

¹⁷ Am 15. Juni 1989 brachten die Delegationen Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Großbritanniens, Islands, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Portugals, Spaniens, Schwedens und der Schweiz einen Vorschlag ein betreffend den „Zugang zu den Sitzungen der Konferenz über die Menschliche Dimension für nichtstaatliche Organisationen, Journalisten und die Öffentlichkeit“. Diesem Vorschlag schlossen sich Liechtenstein, Norwegen, Ungarn und die USA an. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.4; Referat 212, Bd. 153480.

¹⁸ Mit dem Ziel, „eine bessere Transparenz bei der Verwirklichung der im Abschließenden Dokument von Wien im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen“, schlugen die Delegationen Finnlands, Frankreichs, Liechtensteins, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und Ungarns am 16. Juni 1989 u. a. vor, jeder Teilnehmerstaat solle „auf Ersuchen eines anderen Teilnehmerstaates die Entsendung eines Beobachters zu einem bestimmten Gerichtsverfah-

staat¹⁹, Abschaffung von Ausreisegenehmigungen²⁰, Verbesserung des CHD-Mechanismus²¹, freien Gewerkschaften²² und Abschaffung der Todesstrafe²³ unterstützt.

Auch haben wir uns nachdrücklich für ein Schlußkommuniqué eingesetzt, wobei wir in der Schlußphase der Verhandlungen aus der Reihe der „Zwölf“ so gut wie keine Unterstützung, auch von F nicht, erhielten.

²⁴6) Deutschlandpolitische Aspekte

Die DDR gehörte sichtbar zur Gruppe der „Nachzügler und Bremser“ (so A-DL²⁵). Sie hat sich in dieser unbequemen Situation nicht ungeschickt verhalten und in Paris die weitgehende Isolierung vermeiden können, in die sie auf dem Informationsforum London²⁶ geraten war. Im Zentrum der Kritik von vielen Seiten (unter Einschuß der westlichen Neutralen) standen Mauer und Stacheldraht, die zunehmend auch als umfassende Verletzung der Menschenrechte verstanden werden. Ihr begegnete die DDR mit den bekannten Argumenten. Hinzu kam auch der Hinweis auf die Aktivitäten rechtsextremer und neo-nazistischer Gruppen, gegen die sie sich schützen müsse. Dem Vorwurf der Verweigerung von Ausreisefreiheit und Freizügigkeit begegnete sie mit der unzutreffenden Behauptung, sie erfülle mit der neuen Reiseverordnung²⁷, namentlich dem Recht auf Antragstellung, alle Verpflichtungen – wie auch die Reisetatistiken bewiesen.

Trotz oftmals provozierender westlicher Hinweise auf die gefährdete Glaubwürdigkeit der DDR verweigerte sie jede Auskunft oder Stellungnahme zur Veröffentlichung des nichtvereinbarten Textes des WAD.

Fortsetzung Fußnote von Seite 849

ren“ gestatten. Dem Vorschlag schlossen sich die Bundesrepublik, Kanada, San Marino, Spanien und die USA an. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.5; Referat 212, Bd. 153480.

¹⁹ Zusammen mit Frankreich, Österreich und der UdSSR legte die Delegation der Bundesrepublik am 16. Juni 1989 einen Text vor, in dem als langfristiges Ziel formuliert wurde, „die Errichtung einer gemeinsamen Rechtsgrundlage in einem Europa der Rechtsstaaten zu verwirklichen“. Diesem Text schlossen sich Polen, San Marino, die Tschechoslowakei und Ungarn an. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.17; Referat 212, Bd. 153480.

²⁰ Die Delegationen Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas, Liechtensteins, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, San Marinos, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, Ungarns und der USA präsentierten am 21. Juni 1989 Vorschläge zur „Abschaffung von Ausreisegenehmigungen und Ausstellung von Reisedokumenten“. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.34; Referat 212, Bd. 153480.

²¹ Am 16. Juni 1989 unterbreiteten die Delegationen der Bundesrepublik, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande und Portugals Vorschläge zur „Verbesserung des Funktionierens der im Kapitel über die menschliche Dimension der KSZE des Abschließenden Dokuments von Wien beschriebenen Verfahren“. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.20; Referat 212, Bd. 153480.

²² Die Delegationen der Bundesrepublik, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, San Marinos, Schwedens und Spaniens schlugen am 19. Juni 1989 u.a. vor, „alle rechtlichen und administrativen Hindernisse für den Pluralismus von Gewerkschaften“ zu beseitigen. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.29; Referat 212, Bd. 153480.

²³ Die Delegationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Liechtensteins, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Portugals, San Marinos, der Schweiz, Spaniens und Zyperns forderten am 19. Juni 1989, „die Todesstrafe dort, wo sie noch besteht, in Friedenszeiten schrittweise abzuschaffen“. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.28; Referat 212, Bd. 153480.

²⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1603 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁵ Leiter der österreichischen Delegation bei der Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) in Paris war vom 30. Mai bis 10. Juni 1989 Helmut Türk und vom 10. bis 23. Juni 1989 Martin Vukovich.

²⁶ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

²⁷ Zu den Durchführungsbestimmungen zur Reiseverordnung der DDR, die am 1. April 1989 in Kraft traten, vgl. Dok. 89, Anm. 9.

Die Vorschläge der DDR (zum Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Bildung, menschliche Dimension des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie die politische Kultur im Bereich der menschlichen Dimension²⁸) bewegen sich auf bekannter Linie. Dies gilt insbesondere für den Text über die „politische Kultur“, der sich als Kompendium der Argumente zugunsten der Nichteinmischung liest.

Das Verhältnis beider Delegationen war ungestört, der Umgangston zwischen ihnen sachlich und freundlich.

7) CHD-Mechanismus

Erstmals wurde der in Wien vereinbarte Mechanismus bilateraler Demarchen und Treffen sowie multilateraler Notifizierungen zur besseren Implementierung humanitärer Verpflichtungen einer kritischen Überprüfung unterworfen. Sie ergab die Übereinstimmung der Teilnehmerstaaten (Ausnahme: RUM) darüber, daß sich dieses „innovative“ Element des WAD einzuspielen beginne und formal zufriedenstellend funktioniere. Der Mechanismus verlange aber bessere Ergebnisse in der Substanz, insbesondere durch Lösung konkreter Einzelfälle.

8) Neue Vorschläge

Vier Monate nach Abschluß des Wiener Treffens mit einem umfangreichen und gerade im humanitären Bereich sehr gehaltvollen Dokument bestand Einvernehmen darüber, daß in Paris nicht bereits neue inhaltliche Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten angestrebt werden sollten – zumal die volle Implementierung der Wiener Vereinbarungen noch aussteht. Obgleich West wie Ost deshalb eine realistische und eher zurückhaltende Position zu neuen Texten einnahmen, litt das Treffen nicht an Mangel an Ideen und Konzepten. Es wurden 36 förmliche Konferenzvorschläge eingebracht. Auch insoweit blieb die westliche Seite initiativ und vorwärtsweisend. Sie entwickelte die Mehrzahl der Texte zu klassischen Freiheitsrechten und zur Überwachung ihrer Einhaltung, aber auch zu praktischen Verbesserungen im Bereich der Ausreisen und Freizügigkeit.

Die östliche Seite beschränkte sich nur zum Teil auf bekannte und orthodoxe Gegenvorschläge zu den Wirtschafts- und Sozialrechten. Sie entwickelte auch Texte zu eigenen Anliegen (Einreiseerleichterungen²⁹, Zusammenarbeit der Parlamente³⁰) oder sogar neue Konzepte. Dies gilt namentlich für den Vorschlag der SU, in langfristiger Perspektive einen gemeinsamen europäischen Rechtsraum anzustreben.³¹ Obgleich dieser Vorschlag noch vage bleibt und in eher bescheidenen ersten Schritten (etwa durch rechtsvergleichende Studien) umgesetzt werden soll, zeigt er das ernstzunehmende Interesse Moskaus, den Anschluß an eine gemeinsame europäische Tradition und Kultur des Rechts wiederzugewinnen.

²⁸ Zu den Vorschlägen der DDR vom 16. Juni 1989 vgl. die Dokumente CSCE/CDHP.9 bis CSCE/CDHP.12; Referat 212, Bd. 153480.

²⁹ Am 16. Juni 1989 machte die Delegation Bulgariens Vorschläge zur „Erleichterung von Reisen aus dringenden humanitären und beruflichen Gründen und zu touristischen Zwecken“. Am selben Tag legte die Delegation Polens einen ähnlichen Text vor. Vgl. dazu die Dokumente CSCE/CDHP.14 und CSCE/CDHP.16; Referat 212, Bd. 153480.

³⁰ Die Delegation Bulgariens unterbreitete am 15. Juni 1989 Vorschläge zur „Zusammenarbeit der Parlamente auf dem Gebiet der menschlichen Dimension der KSZE“. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.3; Referat 212, Bd. 153480.

³¹ Vgl. Anm. 19.

Bemerkenswert an diesem wie an verschiedenen anderen Texten ist auch, daß sie von Teilnehmerstaaten aus allen Konferenzgruppen getragen wurden und damit das bisherige Schema verlassen, wonach die drei Gruppen ihre jeweiligen Ausgangspositionen überwiegend durch getrennte Vorschläge bestimmen. Das Bemühen um einen gemeinsamen Ansatz ist stärker und auch sichtbarer geworden.

Durch die Zusammenfassung der drei Treffen in – einer – Konferenz bleiben die Vorschläge auch in Kopenhagen und Moskau auf dem Verhandlungstisch, ohne daß es hierzu eines besonderen Beschlusses des Treffens bedurfte. Der eigentliche Verhandlungsprozeß über die Texte hat in Paris noch nicht begonnen. Nicht auszuschließen ist trotz der beiden weiteren Treffen, daß die Vorschläge erst in Helsinki³² zu neuen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten führen.

9) Menschenrechtsgruppen (NGOs)

Wie kein anderer Bereich findet die menschliche Dimension die besondere Beachtung privater Menschenrechtsgruppen und einzelner Petenten. Unsere Delegation hat sich keinem Gesprächswunsch verschlossen und hat zahlreiche Gespräche geführt.

Aus Sicherheitsgründen blieb der Zugang der NGOs zu den Konferenzräumen und den Delegationen allerdings beschränkt³³, was zu erheblicher Unzufriedenheit führte. Selbst die – öffentlichen – Plenarsitzungen konnten nur über Monitore verfolgt werden. Damit wurde der Standard an Offenheit und Zugang, wie er nicht zuletzt in Wien vorhanden war, kaum mehr gewahrt, obgleich es hierzu eine ausdrückliche Verpflichtung im WAD gibt. In Kopenhagen sollen deshalb wieder großzügigere Zugangsbedingungen gelten.

[gez.] Rantzau

Referat 213, Bd. 147171

³² In Helsinki fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 die vierte KSZE-Folgekonferenz statt.

³³ Der Passus „Aus Sicherheitsgründen ... beschränkt“ wurde von Legationsrat I. Klasse Grunenberg hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kein gutes Zeichen für Moskau!“

193

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt**114-13251/89 VS-vertraulich****Aufgabe: 24. Juni 1989, 12.00 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 523****Ankunft: 24. Juni 1989, 13.12 Uhr****Citissime**

Betr.: Deutsch-iranische Beziehungen und anderes;
 hier: Vertrauliches Gespräch mit Westeuropa-Direktor des hiesigen
 Außenministeriums am 23.6.1989

Bezug: 1) DB 500 vom 19.6.1989 – Pol 321 IRN VS-NfD 131210²

2) DB 519 vom 22.6.1989 – Pol 383.25 211345³

Zur Information und mit der Bitte um Weisung

Kurzfassung:

Vertrauliches Gespräch mit Westeuropa-Direktor hiesigen AMs, Mussawian
 (enge Verbindung zu Rafsandschani), ergab:

a) Bilateral

Iran offensichtlich an zügiger Wiederherstellung guter Beziehungen interessiert und bereit, weitere „Signale“ zu geben. M. will sich persönlich um Aufklärung von menschenrechtlichen Einzelfällen bemühen. Er will außerdem im IAM⁴ und auch mit Rafsandschani aufgreifen: deutsch-iranisches Menschenrechtsseminar, Einladung Sonderberichterstatter MRK nach Iran, Amnestie für politische Häftlinge, Interview des neuen Präsidenten⁵ mit deutscher Zeitung. Aller-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 24. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, er habe Vortragenden Legationsrat Vorwerk informiert. Dieser habe um Information des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel und des Ministerialdirektors Schlagintweit sowie um Weiterleitung von Ablichtungen an Bundesminister Genscher, Ministerialdirektor Kastrup, Schlagintweit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Hoessle gebeten.

Zu den Weiterleitungen wurde handschriftlich vermerkt: „Erl[edigt] am 24.6.“

Hat Vorwerk und Dassel am 26. Juni 1989 vorgelegen.

² Botschafter Freitag, Teheran, berichtete: „Am 18.6.89 hatte ich nach über viermonatiger Abwesenheit erstes Gespräch mit dem Westeuropa-Direktor des I[ranischen]A[ußen]M[inisteriums], Mussawian. Termin ging auf Initiative M[ussawian]s zurück. M. empfing mich ausgesprochen herzlich und zeigte sich über meine Rückkehr sehr erfreut. Erster allgemeiner Meinungsaustausch verlief in der Sache z. T. kontrovers, aber ohne jede Schärfe. [...] Eher problematisch war die wiederholt betonte Absicht M.s, bei den nächsten Gesprächen bereits konkrete Sachthemen aufzugreifen und möglichst dort anzuknüpfen, wo wir vor der ‚Rushdie-Affäre‘ gestanden hätten. Ich sah mich daher veranlaßt, seine offenbar etwas hohen Erwartungen zu dämpfen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154139.

³ Mit Drahterlaß Nr. 199 vom 1. Juni 1989 wurde die Botschaft in Teheran u. a. um Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob im Iran inhaftierte Frauen, denen möglicherweise die Hinrichtung drohe, Ausreisewünsche geäußert hätten und ob in anderen EG-Mitgliedstaaten ähnlich großes Interesse an ihrem Schicksal bestehe. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154163.

Botschafter Freitag, Teheran, teilte am 22. Juni 1989 mit, er habe die Frage „in heutiger EPZ-Sitzung“ gestellt: „Die übrigen Missionschefs haben keine Informationen über die drohende Hinrichtung einer größeren Anzahl inhaftierter Frauen [...]. Ich werde Angelegenheit bei nächster Gelegenheit mit Vertreter hiesigen AM aufnehmen und danach berichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 519; Referat 311, Bd. 154163.

⁴ Iranisches Außenministerium.

⁵ Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

dings möchte Iran sichergehen, daß Signale auf positive Resonanz stoßen, daher seien schon jetzt Wiederaufnahme der Kontakte auf hoher Ebene und zügige Inangriffnahme konkreter Sachfragen vorzubereiten.

b) Innere Lage

Khomeinis letzte Entscheidungen hätten reibungslosen Übergang gesichert. Rafsandschani mit Sicherheit neuer Präsident. Ahmad Khomeini, der entgegen seinem Ruf ein Moderater sei, vielleicht neuer Parlamentssprecher. Die drei Persönlichkeiten von Khomeini zu enger Zusammenarbeit verpflichtet. Klerus unterstütze voll die Führerschaft Khameneis. Verfassungsreform stehe unmittelbar vor Abschluß. Die Radikalen hätten an Einfluß verloren.

c) Außenbeziehungen

- Moskau-Reise Rafsandschani⁶ unter gegebenen Umständen nicht zu vermeiden, aber gekürzt. Sorge wegen Ungleichgewichts iranischer Außenpolitik, wenn Zusammenarbeit mit Westen nicht schnell wieder aufgenommen wird. Osten hätte Rushdie-Affäre⁷ voll zu seinem Vorteil genutzt.
- Iran wolle mit Europa als dem „natürlichen Partner“ enger zusammenarbeiten. Hoffe auf positive Signale seitens EG, z.B. Aufhebung Beschluß über Einstellung politischer Kontakte⁸; würde Eintreten Europäischen Rats⁹ für zügige Implementierung von Resolution 598¹⁰ gerade jetzt als sehr hilfreich betrachten. Dagegen könnten irankritische Erklärungen die aufgrund neuer Lage gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten empfindlich stören.

Langfassung:

Am 23.6.1989 abends hatte ich über vierstündiges vertrauliches Gespräch (in Residenz) mit Westeuropadirektor hiesigen AMs, Mussawian. M. gehört, wie dort bekannt, zum Kreis um Rafsandschani und hat direkten Zugang zu diesem. Aus dem sehr offenen Gespräch über bilaterale Probleme, die interne Lage und iranische Außenbeziehungen halte ich zusammenfassend fest:

1) Bilaterale Fragen

Baldige Wiederaufnahme der konkreten Arbeit zur Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen sei – so M. – dringend erforderlich. In den nächsten Wochen müsse eine Art „Plan“ über die Schritte überlegt werden, die bis zum Jahresende unternommen werden sollten. Zunächst seien geeignete Ideen zu sammeln, sodann ihre Realisierung anzugehen. In Frage kämen praktisch alle Bereiche der bilateralen Zusammenarbeit.

⁶ Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, besuchte die UdSSR vom 20. bis 23. Juni 1989.

⁷ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43 und Dok. 49.

⁸ Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁰ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 und den Verhandlungen über ihre Implementierung vgl. Dok. 58, Anm. 5.

Referat 230 vermerkte am 20. Juni 1989, auch eine vierte Verhandlungsrunde vom 20. bis 23. April 1989 in Genf habe „keinerlei Fortschritte“ erbracht: „Iran kommt es vor allem auf den sofortigen Rückzug irakischer Truppen von iranischem Territorium an. Iran selbst hält kein irakisches Territorium mehr besetzt. Erst nach dem Truppenrückzug sollen ein ‚Waffenstillstand‘ geschlossen und die übrigen Fragen (Kriegsgefangenen austausch, Räumung des Schatt-el-Arab) geklärt werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149700.

Ich bestätigte unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Fortführung und Entwicklung der Beziehungen, legte aber nochmals eingehend die Belastungen dar, denen diese Beziehungen vor allem durch die Tötungsaufrufe und die Menschenrechtslage in Iran ausgesetzt worden seien. Gerade in diesen Bereichen seien positive Signale von iranischer Seite sehr wichtig.

M. erklärte sich hierauf bereit, sich – soweit notwendig, auch bei Rafsandschani persönlich – wie folgt zu bemühen:

a) Versuch, soweit wie irgend möglich den Einzelfällen im MR-Bereich nachzugehen. Hierzu bat er, ihm möglichst alle an uns herangetragenen Fälle einschließlich der in der Initiative des Regierenden Bürgermeisters genannten, zum Tode verurteilten Frauen¹¹ in Kopie zu überlassen. Er hätte auf diese Weise bereits einen ihm von Dg31¹² genannten Fall aufklären können.¹³ Allerdings könne er nicht versprechen, daß er in jedem Fall Erfolg haben werde, zumal, wenn es sich um große Zahlen handele.

b) Einladung des Sonderberichterstatters der MRK der VN nach Iran.¹⁴ Er sehe ein, daß dies Irans internationale Position erheblich verbessern würde, selbst bei einem kritischen Bericht des SB.

c) Prüfung einer Amnestie für politische Häftlinge nach Amtsantritt des neuen Präsidenten. M. verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß Khamenei vor wenigen Tagen den noch von Khomeini eingesetzten Amnestieausschuß zur Prüfung von Einzelfällen beauftragt habe, seine Arbeiten zügig weiterzuführen.

d) Veranstaltungen des von BM Genscher schon bei seinem Teheran-Besuch 1984¹⁵ vorgeschlagenen Seminars über Menschenrechte unter Beteiligung von

¹¹ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Momper, teilte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 12. Mai 1989 mit, daß die im Iran „nach dem iranisch-irakischen Waffenstillstand einsetzende Hinrichtungswelle zunehmend Frauen“ bedrohe: „Nach mir vorliegenden Meldungen sind zur Zeit im Teheraner Evin-Gefängnis 83 Frauen in Lebensgefahr, ihnen droht die Hinrichtung.“ Einige seien namentlich bekannt. Momper bat, sich bei der iranischen Regierung dafür einzusetzen, daß den Betroffenen Gelegenheit zur Ausreise in die Bundesrepublik gegeben werde. Das Land Berlin sei bereit, sie aufzunehmen. Vgl. Referat 311, Bd. 154163.

In seinem Antwortschreiben vom 28. Juni 1989 wies Genscher auf die bisherigen Bemühungen des Auswärtigen Amts zur Freilassung im Iran inhaftierter Frauen hin und führte aus, schon jetzt auf eine Ausreise hinzuwirken, sei problematisch, weil diese sich weiter in Haft befänden. Ein „allzu offenes Interesse an ihrer Ausreise zu bekunden“, könnte ihnen sogar schaden. Man habe daher „mit der gebotenen Vorsicht das Interesse an einer baldigen Freilassung signalisiert“. Vgl. Referat 311, Bd. 154163.

¹² Heinz Fiedler.

¹³ An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Kodamoradi?“

Zum Fall des 1981 im Iran aus politischen Gründen verhafteten iranischen Staatsangehörigen Abbas Khodamoradi, der seit 1968 mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet war, teilte der CDU-Abgeordnete Jenninger Bundesminister Genscher am 27. April 1989 mit: „Wie mir dessen Frau jetzt mitgeteilt hat, ist Herr Khodamoradi am 7. Februar d.J. aus der Haft entlassen worden. Allerdings bekam er zur Auflage, Teheran sechs Monate nicht zu verlassen, und sein Paß wurde ihm abgenommen. [...] Frau Khodamoradi hat sich bereits an die Deutsche Botschaft in Teheran gewandt und um Hilfe gebeten.“ Vgl. das Schreiben; Referat 311, Bd. 166850.

Botschafter Freitag, Teheran, informierte am 13. November 1989, Khodamoradi habe vorgesprochen und berichtet, sich weiterhin vergeblich um einen Reisepaß bemüht zu haben: „Sollten sich seine Bemühungen als erfolglos erweisen, so beabsichtige er, andere Möglichkeiten zum Verlassen des Landes zu nutzen (illegaler Grenzübertritt).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1064; Referat 311, Bd. 166850.

¹⁴ Zur Frage eines Besuchs des Sonderberichterstatters der VN-Menschenrechtskommission, Galindo Pohl, im Iran vgl. Dok. 217, Anm. 9.

¹⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

Wissenschaftlern, Theologen, Politikern und Journalisten. Das Seminar sollte – so M. – am besten noch in diesem Jahr, möglichst in Teheran, stattfinden.

e) Vermittlung eines Interviews des neugewählten Präsidenten mit einem angesehenen deutschen Blatt. Hierbei könnte über MR-Fragen und vieles andere gesprochen werden. M. bat um diskrete Anregung, welche Zeitungen nach unserer Erfahrung hierfür geeignet seien. Er selbst dachte an den „Spiegel“.

M. stellte die Notwendigkeit von „Signalen“ überhaupt nicht in Frage, meinte aber, daß Rafsandschani vorher mit Sicherheit wissen möchte, welche Erwartungen er an solche Zeichen knüpfen könne. Daher müsse man schon jetzt den „zweiten Schritt“, nämlich konkrete Vorhaben, überlegen. Hierzu gehörten beispielsweise:

- Aufhebung des EPZ-Beschlusses über das Aussetzen von Kontakten auf politischer Ebene;
- wechselseitige Besuche hochrangiger Regierungsvertreter zur Erörterung konkreter Sachthemen der bilateralen Zusammenarbeit. Zunächst könnten dies hohe Beamte sein (M. nannte StS von Würzen, D3¹⁶), nach der Regierungsbildung, die in etwa zwei bis drei Monaten abgeschlossen sein dürfte, auch Minister.¹⁷

M. erklärte sein Drängen wie folgt: Die innenpolitischen Weichen seien gestellt (siehe auch unter Ziffer 2). Die Führung treffe bereits jetzt konkrete Sachentscheidungen über den Wiederaufbau einschließlich Projektvergabe. Die Ostblockstaaten hätten die vier Monate der Rushdie-Krise voll zu ihrem Vorteil genutzt. Dies sei nicht im Interesse ausgewogener Außenbeziehungen Irans. Die Aufbau-probleme drängten aber. Man müsse weiterkommen. Der Wiederaufbau-„Kuchen“ werde daher schon kleiner. Es sei spät für den Westen, aber noch nicht zu spät.

Die Rücksendung von Botschafter Mostafavi nach Bonn sei von AM Velayati bereits unmittelbar nach meinem Eintreffen verfügt gewesen, sodann aber auf Widerspruch im Parlament und vor allem bei MP Mussawi gestoßen. Das IAM werde aber alles für eine baldige Rückkehr tun. Wenn ich AM Velayati in den nächsten Tagen eine „gute“ Botschaft von BM Genscher überbrächte, sähe er keine Probleme mehr für das IAM.¹⁸ AM Velayati würde mich zu diesem Zweck mit Sicherheit kurzfristig empfangen.¹⁹

¹⁶ Reinhard Schlagintweit.

¹⁷ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel handschriftlich: „Nicht unter Zeitdruck.“

¹⁸ Vortragender Legationsrat Vorwerk bat Botschafter Freitag, Teheran, dem iranischen Außenminister Velayati eine mündliche Botschaft von Bundesminister Genscher zu übermitteln. Darin solle das Interesse an guten Beziehungen erklärt werden. Genscher hoffe, „daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, den Blick nach vorn zu wenden“ und „daß manche der Probleme, die die Beziehungen zwischen beiden Ländern belastet haben und zum Teil fortbestehen, in einer gemeinsamen Anstrengung unter Respektierung der Einstellung auch der anderen Seite gelöst werden können. Zu diesen ungelösten Problemen gehören das Fortbestehen der Morddrohung gegen Salman Rushdie und seine Verleger [...] sowie Fragen, die den Gesamtkomplex der Menschenrechte betreffen.“ Vgl. den am 14. Juni konzipierten und am 22. Juni 1989 übermittelten Drahterlaß Nr. 231; Referat 311, Bd. 154139. Am 27. Juni 1989 berichtete Freitag, Velayati habe ihn am gleichen Tag „zwecks Übermittlung mündlicher Botschaft des Ministers“ empfangen. Velayati habe ausgeführt: „Leider habe die Rushdie-Affäre zu großen Schwierigkeiten geführt. Diese hätten vermieden werden können, wenn die deutsche Reaktion nicht so hart ausgefallen wäre.“ Zugleich habe Velayati seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „eine neue Periode der bilateralen Beziehungen beginne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 541; Referat 311, Bd. 154139.

¹⁹ An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Da ist etwas stark die sowjet[ische] Karte gespielt.“

202) Innere Lage

M.'s Ausführungen enthielten einige sehr bemerkenswerte Aspekte:

a) Khomeini habe, um sein Ende wissend, in den letzten Wochen weitreichende Entscheidungen für die Zukunft Irans getroffen. Dies sei der Hauptgrund für den reibungslosen Übergang.

- Im personellen Bereich habe sich der Imam klar für Khomeini als Führer und Rafsandschani als Präsidenten mit erweiterten Befugnissen ausgesprochen. Montazeri habe er zum Rücktritt als Nachfolger veranlaßt, weil er seinen langjährigen Schüler menschlich zwar geschätzt, aber nie für qualifiziert gehalten habe, Iran politisch zu führen. Dies sei immer seine Auffassung gewesen, aber die zuständigen Gremien (insbesondere die Expertenversammlung für die Nachfolgerwahl) hätten hierauf nicht reagiert. Daher habe er schließlich den entscheidenden Schritt selbst getan. Seinen Sohn Ahmad hätte Khomeini nie für eines der beiden Spitzenämter in Erwägung gezogen. Schon auf dem Krankenbett hätte er Ahmad, Khomeini und Rafsandschani eindringlich zur engen Zusammenarbeit verpflichtet. Diese funktioniere gut. Ahmad werde daher keinesfalls für die Präsidentschaft kandidieren. Möglicherweise würde er zum neuen Parlamentssprecher gewählt.

Ahmad sei im übrigen entgegen seinem Ruf ein „Moderater“.²¹ Er habe nur deshalb einige Zeit mit den Radikalen zusammengearbeitet, weil ihm das Gespann Khomeini/Rafsandschani während des internen Machtkampfes im vergangenen Jahr zu stark geworden sei. Im Grunde stehe er „rechts“. Dies ergebe sich u. a. daraus, daß er bis zuletzt gegen den Abbruch der Beziehungen zu Großbritannien²² „gekämpft“ habe. Auch habe er sich im vergangenen Jahr für einen „liberalen“ Handelsminister eingesetzt, dies sei aber am Widerstand des Parlaments gescheitert, so daß der Posten vakant blieb.

- Im sachlich-politischen Bereich habe Khomeini die Verfassungsänderung soweit vorbestimmt, daß die Beratungen problemlos verlaufen seien und in wenigen Tagen abgeschlossen würden. Zu dem brennenden Problem des Wohnungsbaus sei die Entscheidung Khomeinis zugunsten einer vollen Beteiligung des privaten Sektors ausgefallen. Außenpolitisch habe er sich für eine enge Zusammenarbeit mit Europa, das der „natürliche Partner“ Irans sei, ausgesprochen. Seine „weder Ost- noch West-Politik“ habe sich vor allem auf die beiden Supermächte bezogen.

b) Bedeutung und Einfluß der Radikalen um MP Mussawi und Innenminister Mohtaschami²³ seien unter diesen Umständen deutlich zurückgegangen. Ob die beiden dem neuen Kabinett angehören würden, sei fraglich. Etwa zwei Drittel der Minister würden aber bleiben, da sich viele nur wegen MP Mussawi nach außen radikal gegeben hätten. Mussawi werde voraussichtlich ein Lehramt und eine Zeitung übernehmen. Velayati werde AM bleiben, er sei kaum ersetzbar und stehe Khomeini sehr nahe. Der ehemalige VAM Larijani werde sehr wahrscheinlich eine wichtige Aufgabe im neuen Präsidialamt unternehmen.

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 524 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²¹ An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „So wie lt. M[ussawian] schon der Vater.“

²² Großbritannien brach die diplomatischen Beziehungen zum Iran am 7. März 1989 ab.

²³ Korrigiert aus: „Mahzashami“.

c) Zu den jüngsten Äußerungen und Entscheidungen des Klerus meinte M., daß es ihm selbst erst nach intensiven Gesprächen mit hohen Geistlichen möglich gewesen sei, die Vorgänge zu verstehen. Nunmehr sei klar: Der Klerus stehe voll hinter Khamenei. Letzterer sei als Oberster Führer der Republik auch in religiösen Fragen unabhängig. Dank seines theologischen Ranges als „Rechtsgelehrter“ sei er nicht mehr von einem „Marja-e-Taghli“ („Vorbild zur Nachahmung“, religiöse Führerschaft für den Gläubigen) abhängig, sondern könne in Religionsfragen eigenständig entscheiden. Die Benennung der Großayatollahs Araki und Golpayegani zu „Vorbildern“ habe nur Bedeutung für die individuelle Religionsausübung der Gläubigen und die Entrichtung der sog. religiösen Abgaben („Kum“). Die Großayatollahs hätten sich darüber hinaus in Anerkennung der Führerschaft Khameneis verpflichtet, dem neuen Führer jenen Teil der Abgaben für staatliche Zwecke zu übergeben, der nicht zur Finanzierung der theologischen Hochschulen benötigt würde. Selbstverständlich sei Khamenei frei, in religiösen Führungsaufgaben den Rat der hohen Geistlichkeit zu suchen, er müsse dies aber nicht tun.

3) Außenbeziehungen

– Moskau-Reise Rafsandschanis

Die Reise zum jetzigen Zeitpunkt sei im IAM und auch in der Führung auf Bedenken gestoßen. Man habe aber schließlich positiv entschieden, weil die Reise terminiert gewesen sei und eine Absage als Zeichen innerer Instabilität ausgelegt worden wäre. Allerdings sei die ursprünglich geplante Verbindung der Reise mit Besuchen in Sofia und Bukarest fallengelassen und der Moskau-Besuch auf drei Tage verkürzt worden. Zum Ergebnis der Reise wisse er nur so viel, daß das ursprüngliche Volumen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von 3 auf 8 Mrd. US-Dollar angehoben worden sei. Ob dies auch Waffenlieferungen umfasse, könne er noch nicht sagen. Jedenfalls solle der größere Teil dieses Volumens schon in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

– Beziehungen Iran–EG

IAM sei an enger Zusammenarbeit mit der EG interessiert. Es würde gerne schon in Kürze einen eigenen hochqualifizierten Botschafter bei der EG akkreditieren lassen. (M. nannte als Möglichkeit StS Navab vom Wirtschaftsministerium, früher Botschafter in Bonn!) Zuvor möchte das IAM jedoch sicher sein, daß die Akkreditierung auf keine Schwierigkeiten in Brüssel stoße, und hätte hierzu gern unsere Meinung. Außerdem wäre er uns dankbar für Informationshilfe in bezug auf Zuständigkeit und Arbeitsweise der EG.

– Iran–NL

Iranische Regierung habe nach erneuter Rückberufung des NL-Botschafters²⁴ ihren eigenen Botschafter aus Den Haag²⁵ endgültig abgezogen. Die diplomatische Vertretung sei damit dauerhaft auf Geschäftsträgerebene reduziert.

²⁴ Gesandter Trömel, Teheran, berichtete am 16. Mai 1989: „Botschafter Dr. Horak hat am 15.5.89 EPZ-Runde über seine Abberufung unterrichtet. Er sagte dazu, daß er erste Abberufungsweisung bereits nach Rafsandschanis Freitagspredigt vom 5.5.89 erhalten habe, diese dann nach dem Fernsehinterview Rafsandschanis vom 10.5.89 (Widerruf) zurückgezogen, jedoch nach dem Bericht über Staatspräsident Khameneis Äußerung in Peking zur Morddrohung gegen Rushdie wiederholt worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; Referat 220 (202), Bd. 174785.

²⁵ Mohammad Taqi Moayyed.

Da in Iran – anders als in Westeuropa – Außenhandel und Politik eng zusammenhängen, habe dies auch bereits zur Stornierung von iranischen Einkäufen in den NL geführt.

4) Abschließend meinte M., nicht zuletzt im Hinblick auf den bevorstehenden Europäischen Rat, Iran befinde sich in einer neuen Phase (wegen genau dieser für die Rückkehr der Botschafter gegebenen Begründung sind wir und F vor allem in der hiesigen Presse scharf kritisiert worden!). Die sich hieraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten würden durch weitere irankritische Erklärungen empfindlich gestört. Vielmehr sollte auch von europäischer Seite ein positives Signal überlegt werden. Man sei realistisch und verlange nichts Unmögliches. So sollte es z.B. dem Europäischen Rat keine politischen Schwierigkeiten bereiten, sich öffentlich für eine zügige Implementierung der SR-Resolution 598 einzusetzen. Dies würde in Iran gerade jetzt sehr positiv aufgenommen, zumal dieses Thema mit Gewißheit auch bei der Moskau-Reise Rafsandschanis eine wichtige Rolle gespielt habe. Die EG könne somit „gleichziehen“. Schließlich gab M. seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelinge, das bilaterale Verhältnis bald wieder auf den alten Stand zu bringen. Deutschland und das deutsche Volk seien in Iran weiterhin beliebt, BM Genscher trotz der Rushdie-Affäre noch immer der angesehenste ausländische Politiker im Lande.

5) M. will, wie schon bei meinem ersten Gespräch mit ihm nach Rückkehr deutlich wurde, ein beachtliches Tempo bei der Wiederherstellung guter bilateraler Beziehungen vorlegen. Einiges geht sicher auf sein persönliches Engagement zurück, Teile seiner Ausführungen sind auch sehr „iranisch“. Sicher scheint mir aber, daß die Grundtendenz seiner Darlegungen die Haltung der neuen Führung widerspiegelt. Ich wäre dankbar für Weisung, wie ich mich in den kommenden Gesprächen, die M. bereits für die nächste Zukunft angekündigt hat, zu den von ihm angeschnittenen Punkten verhalten soll.²⁶

[gez.] Freitag

VS-Bd. 13684 (311)

²⁶ An dieser Stelle notierte Vortragender Legationsrat Vorwerk handschriftlich. „Zu Weisungsbedarf: Wird m.E. durch Botschaft BM an Velayati vorerst abgedeckt; D3 will außerd[em] Bo[tschafter] Freitag schreiben.“

Ministerialdirektor Schlagintweit teilte der Botschaft in Teheran am 26. Juni 1989 mit: „Der Bezugsbericht ist hier auf großes Interesse gestoßen und wird sorgfältig analysiert werden. Bevor von unserer Seite sichtbare Signale gesetzt werden, halte ich [es] insbesondere angesichts unserer öffentlichen Meinung für erforderlich, daß die iranische Seite sich in irgendeiner verwendbaren Form zum Thema Rushdie äußert. Ich verstehe, daß dies vor Wahlen schwierig ist. Auch die Äußerungen Rafsandschanis in der Sowjetunion deuten in diese Richtung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 237; VS-Bd. 13684 (311); B 150, Aktenkopien 1989.

194

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Madrid

27. Juni 1989¹

Europäischer Rat in Madrid²;

hier: Frühstück des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten Mitterrand am 27. Juni 1989, 8.45–9.30 Uhr

Teilnehmer: der Bundeskanzler, BM Klein, MDg Dr. Neuer, VLR I Bitterlich, Herr Zimmermann als Dolmetscher; der Präsident, M. Jacques Attali, Mme Elisabeth Guigou, M. Hubert Védrine, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

Aus dem Treffen ist im wesentlichen festzuhalten:

1) Gemeinsames Rundfunk-Interview mit Europe 1

Ab Eintreffen in der Residenz des französischen Botschafters nahm der Bundeskanzler am laufenden Rundfunk-Interview des Präsidenten mit dem Chefredakteur von Europe 1 teil.

2) Gemeinsame Fernsehsendung im Herbst 1989 in F

In Ergänzung des am 22. Juni vorgetragenen Wunsches³ (Interview mit dem französischen Fernsehen vor dem Wirtschaftsgipfel⁴) regte der *Bundeskanzler* an, im Herbst 1989 vor dem ER in Straßburg⁵ mit dem Präsidenten eine gemeinsame Sendung im französischen Fernsehen mit dem Kernthema „Vision Europa“ zu machen.

Der *Präsident* stimmte dem zu.

3) Europäischer Rat

Der *Bundeskanzler* verwies auf den von der Präsidentschaft⁶ vorgelegten Entwurf der Schlußfolgerungen, dem wir im großen und ganzen zustimmen konnten. Wenn der Vorschlag zu den Kernfragen – Wirtschafts- und Währungsunion sowie soziale Dimension – so durchgehe, hätte die französische Präsidentschaft mit Blick auf den ER in Straßburg substantielles Programm vor sich. In dieser Perspektive könnte F darauf abzielen, insbesondere die folgenden Ziele zu erreichen:

- in der Wirtschafts- und Währungsunion
 - weitgehender Abschluß der Vorbereitungen der ersten Phase;
 - Aufnahme der Arbeiten zur zweiten und dritten Phase;
 - Konkretisierung des Beschlusses zur Regierungskonferenz;

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 4. Juli 1989 gefertigt.

² Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu auch Dok. 189.

³ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 22. Juni 1989 in Paris; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁶ Vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 hatte Spanien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

– in der sozialen Dimension: Verabschiedung der Sozialcharta⁷.

Der *Präsident* betonte, er müsse sich den Entwurf der Schlußfolgerungen noch ansehen, und zeigte sich skeptisch, in Madrid einen Schritt nach vorne zu erreichen. Man werde es in Straßburg dann mit der gleichen Opposition, nämlich GB, zu tun haben. „Nagelprobe“ sei, ob es gelinge, die Tatsache der Notwendigkeit einer Regierungskonferenz bzw. deren Einberufung in die Schlußfolgerungen aufzunehmen. Notfalls müßten diejenigen, die diese Entscheidung wollten, sich durch Mehrheitsabstimmung durchsetzen. Die Festlegung eines konkreten Datums für die Durchführung brauche in Madrid nicht zu erfolgen. Wichtig sei es, daß die Einheit des Gesamtprozesses festgehalten werde – er könne keinen Sinn darin sehen, die erste Phase am 1. Juli 1990 anlaufen zu lassen, ohne daß ein Engagement zugunsten der zweiten und dritten Phase bestehe.⁸

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

195

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke

204-321.11 USA

27. Juni 1989¹

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen;
hier: BM-Besuch in Washington am 20./21. Juni 1989

1) BM hielt sich am 21. Juni zu einem eintägigen Aufenthalt mit dicht gedrängtem Gesprächsprogramm mit Administration, Kongreß und Medien in Washing-

⁷ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

⁸ Vgl. dazu die Schlußfolgerungen der Präsidentschaft im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 8–17.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Bettzuege informierte am 30. Juni 1989 über die Tagung: „Auf der Grundlage des Berichts des Delors-Ausschusses hat der ER beschlossen, ‚daß die erste Stufe der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 beginnt‘. Er hat zugleich die zuständigen Gremien aufgefordert, ‚die Vorbereitungen für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Festlegung der anschließenden Stufen zu treffen‘, und entschieden, daß diese Konferenz zusammentritt, ‚sobald die erste Stufe begonnen hat‘.“ Zum Thema „soziale Dimension“ vermerkte Bettzuege: „Betonung, daß den sozialen Aspekten bei der Verwirklichung des Binnenmarktes ‚die gleiche Bedeutung wie den wirtschaftlichen Aspekten beizumessen ist‘. [...] Einvernehmliche Kenntnissnahme des Vorentwurfs einer Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte und des Entwurfs von Schlußfolgerungen hierzu, den im Sozialrat elf Delegationen (ohne GB) gebilligt haben. Damit hat der ER die Entscheidung über die Sozialcharta zunächst verschoben, um die spätere einstimmige Verabschiedung zu ermöglichen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 41; Referat 410, Bd. 160904.

¹ Ablichtung.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke leitete die Aufzeichnung am 28. Juni 1989 an das Ministerbüro mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Moltke verfügte und handschriftlich vermerkte: „Lieber Herr von Moltke, verteilen Sie den Vermerk mit dem Zusatz ‚von BM noch nicht gebilligt‘. Vielleicht kürzen Sie den Verteiler wie besprochen.“

Hat Moltke erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 221 (204), Bd. 179524.

ton auf. Anlaß war die Unterrichtung von Präsident Bush über den Besuch von Staatspräsident Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland.²

Der Besuch verlief ausgesprochen erfolgreich. BM wurde allseits sehr freundlich und mit deutlich erkennbarem Interesse (wie auch die beachtliche Reihe der Gesprächspartner erkennen ließ) empfangen. Kritische Untertöne, wie sie noch vor Wochen zur Person und Politik von BM an der Tagesordnung waren, fehlten ganz. Das Bewußtsein für den Stellenwert der Bundesrepublik Deutschland in der Allianz und im West-Ost-Kontext schien sichtlich gewachsen.

Die Gespräche mit Präsident Bush und den Vertretern der Administration (AM Baker, VM Cheney, HM³ Mosbacher) waren herzlich und von offenem, kooperativem Dialog bestimmt. Im Kongreß wurde BM sehr freundlich und mit respektvoller Anerkennung empfangen. Uns nahestehende, um die bilateralen Beziehungen bemühte Abgeordnete im Unterausschuß Europa des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses brachten aber auch Sorge um die unter Abgeordneten durch Rabta⁴ und SNF-Diskussion nachwirkend belasteten bilateralen Beziehungen zum Ausdruck.

Die Medienreaktion auf den Besuch war positiv und durchweg frei von kritischen Akzenten oder Reminiszenzen. (BM traf außer mit ausgewählten amerikanischen Journalisten auch mit der Redaktion der Washington Post zusammen.)

2) Über das in sehr freundschaftlicher Atmosphäre geführte Gespräch mit Präsident Bush, das in erster Linie dem Gorbatschow-Besuch, der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie der Bush-Initiative zur Truppenreduzierung⁵ und einem CW-Abkommen gewidmet war, hat die Botschaft mit DB 2686 vom 22.6. berichtet.⁶

3) Im Rahmen eines 45-minütigen Delegationsmittagessens im Blair House (Teilnehmer: Under Secretary Bartholomew; Under Secretary Kimmitt; Counselor Zoellick; Direktor Planungsstab Ross; Pressesprecherin Frau Tutwiler; Acting Assistant Secretary for European Affairs, Jim Dobbins; Pierre Shostal, Acting Deputy Assistant Secretary for European Affairs; Botschafter Dr. Ruhfus; D2⁷; D2A⁸; L 013⁹; L 010¹⁰; RL 204¹¹; Ges.Pol.¹²) faßten AM Baker und BM ihr vorangegangenes dreiviertelstündiges Vier-Augen-Gespräch zusammen und erörterten einzelne weitere Punkte:

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

³ Handelsminister.

⁴ Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 144, Anm. 9.

⁵ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. Juni 1989 vgl. Dok. 186.

⁷ Dieter Kastrup.

⁸ Josef Holik.

⁹ Jürgen Chrobog.

¹⁰ Frank Elbe.

¹¹ Gebhardt von Moltke.

¹² Gesandter und Leiter der Politischen Abteilung an der Botschaft der Bundesrepublik in Washington war Karl-Theodor Paschke.

- Beide Seiten bewerteten das Ergebnis des NATO-Gipfels, vor allem auch das verabschiedete Gesamtkonzept¹³, positiv.
- Baker bedankte sich für die Unterrichtung über den Gorbatschow-Besuch und äußerte sich zufrieden über den Verlauf und die Ergebnisse des Besuchs. Vor allem auch die Anerkennung der Rolle der USA für die weitere Entwicklung und Stabilität in Europa wurde von ihm mit Genugtuung vermerkt.
- Einigkeit bestand, alles zu tun, um die Bush-Initiative als integrales Paket im September in die Wiener Verhandlungen einzubringen; eine bilaterale hochrangige Expertengruppe wurde zu diesem Zweck vereinbart.¹⁴ BM bezeichnete den von Bush genannten Zeitrahmen als realistisch, weil die SU – allerdings aus anderen Gründen – Interesse hat, zu einem Ergebnis zu gelangen.
- Vereinbart wurde eine Fortsetzung der Diskussion über die Vorbereitung von SNF-Verhandlungen.
- BM unterstrich die Notwendigkeit eines baldigen weltweiten CW-Abkommens, um die Proliferation einzudämmen und die unmenschliche Waffe ganz zu eliminieren.
- BM stellte fest, daß auch die SU an einem Erfolg der Reformen in Polen und Ungarn interessiert sei, weil ein Mißerfolg sich auch negativ auf die SU auswirken würde. Früher oder später werde auch die DDR-Führung nicht umhin können, durch Reformen das System für die Bevölkerung attraktiver zu machen.
- BM erläuterte den Stand unserer Überlegungen bei der Verbesserung der Beziehungen zu Polen (Umwandlung alter Schuldtilgungen in Złoty, noch offen: künftige finanzielle Hilfsmaßnahmen¹⁵) und forderte die USA auf, auch ihrerseits finanzielle Hilfe beim Bush-Besuch¹⁶ zuzusagen und in den internationalen Gremien sich für Polen einzusetzen.
Baker erwähnte, daß amerikanische Gesetzgebung in Vorbereitung sei, um Ausbildungshilfe im technisch-wirtschaftlichen Bereich zu leisten.
- Baker forderte uns auf, mit der Genehmigung des Flugverkehrs zwischen Düsseldorf–Dresden und Frankfurt–Leipzig zu warten, bis die Berlin-Initiative¹⁷ Fortschritte bringe. MD Kastrup wies darauf hin, daß Berliner Interessen

¹³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156. Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke teilte der Botschaft in Washington und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 20. Juli 1989 mit, die Aufzeichnung bedürfe einer Richtigstellung: „Im Zusammenhang mit der Weiterverfolgung der ‚Bush-Initiative‘ [...] wurde keine bilaterale Expertengruppe eingesetzt; vielmehr wurde vereinbart, die Initiative gemeinsam in der HLTF voranzubringen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6076; Referat 221 (204), Bd. 179524.

¹⁵ Zur finanziellen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Polen vgl. Dok. 159.

¹⁶ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

¹⁷ Zur Berlin-Initiative des amerikanischen Präsidenten Reagan vgl. Dok. 37, Anm. 10. Vortragender Legationsrat Herold vermerkte am 28. Juni 1989: „In der Sitzung der Vierergruppe vom 27.6.89 teilte Sprecher GB mit, daß am gleichen Tage, 27.6., die Demarche zur Berlin-Initiative durchgeführt worden sei. Der französische Chargé d'affaires, begleitet jeweils von einem I. Sekretär von US und GB, sei dazu von Bondarenko, Leiter der 3. Europäischen Abteilung, empfangen worden.“

nicht berührt werden und daß die Zahl der Reisenden und damit die Nachfrage nach schnellen Verbindungen¹⁸ gewachsen sei. Die von Interflug angestrebten Landungsrechte in Frankfurt, die den Anschluß an das weltweite Flugnetz schaffen, würden von uns nicht konzidiert. Eine Annäherung der Standpunkte erfolgte nicht.

- Baker forderte unsere Unterstützung für die Regelung der Verschuldensfrage.
- Baker vertrat die Ansicht, daß eine Sanktionsgesetzgebung durch den Kongreß nicht zu verhindern sein werde, die Administration bemüht sei, dem Präsidenten weitgehende Flexibilität in der Anwendung zu erhalten. Die Chancen hierfür beurteilte er allerdings als nicht rosig. Botschafter Ruhfus wies auf unsere Bemühungen zur Beseitigung der für uns inakzeptablen Elemente (Retroaktivität, Exterritorialität, doppelte Bestrafung, keine Rechtsmittel) hin.
- Der Binnenmarkt und die Folgen für die USA wurden erörtert. Auf Frage von Baker über die Ziele einer Währungsunion erläuterte BM die Absicht, im Dezember 1989 in Paris¹⁹ die dreistufige Einführung einer Währungsunion und eines Zentralbanksystems (analog zu unserem Bund-Länder-System) beschließen zu können; BM ließ dabei offen, welche Chancen bestehen, MP Thatcher für dieses Konzept zu gewinnen.
- Baker hob die weitgehende Übereinstimmung in der Reaktion auf die Vorgänge in China hervor: Aufrechterhaltung der Beziehungen; keine Sanktionen, die die Bevölkerung treffen; weitere Forderung politischer und wirtschaftlicher Reformen; Suspendierung weiterer Kredite in internationalen Gremien.
- Baker zeigte sich interessiert, unmittelbar nach den Gesprächen BK oder BM mit de Klerk²⁰ über den Inhalt informiert zu werden, um über seine Wahrnehmung in den USA entscheiden zu können. BM sagte dies zu.
- Der Bericht BMs über seine Gespräche mit dem israelischen Außenminister Arens²¹ führte zu einem kurzen Gedankenaustausch, in dem Baker sich hinsichtlich der Lösung des Konfliktes im Nahen Osten nicht ganz hoffnungslos zeigte und die Ansicht vertrat, daß Israel seine Wahlvorschläge sich gern im Laufe der Zeit zu einem Verhandlungskonzept weiterentwickeln sehen würde. Die PLO habe die Vorschläge für Wahlen noch nicht ganz niedergeschlagen. Israel werde seinerseits nur Verhandlungen akzeptieren, wenn sein Wahlvorschlag auf konkrete Schwierigkeiten stößt.
- Baker machte BM auf den amerikanischen Verdacht aufmerksam, daß eine deutsche Firma dem Iran zur Beschaffung von Vorprodukten für die Herstellung von CW verholfen habe. BM bat um nähere Informationen und sagte umgehende Prüfung zu.²²

Fortsetzung Fußnote von Seite 863

[...] B[ondarenko] betonte, daß die SU nicht ‚vorschreiben‘ könne, daß die DDR, ein souveräner Staat, in Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland eintrete. [...] In einer ersten Stellungnahme bemerkte Sprecher GB, daß damit die sowjetische Seite weiter bei ihrer zurückhaltend-negativen Linie bleibe.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140737.

¹⁸ Korrigiert aus: „Verhinderungen“.

¹⁹ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

²⁰ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk am 22. Juni 1989 vgl. Dok. 187 und Dok. 188.

²¹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens am 18. Juni 1989 vgl. Dok. 183.

²² Zum Fall Rheineisen vgl. Dok. 233.

- Baker gab ein generelles Interesse an der Teilnahme der Tagung des IEWSS im Oktober in Frankfurt²³ zu erkennen, sah sich aber noch nicht zu einer definitiven positiven oder negativen Entscheidung in der Lage.

4) Das halbstündige Gespräch mit VM Cheney war in erster Linie den West-Ost-Beziehungen und Abrüstungsfragen gewidmet.

BM hob einleitend den erfolgreichen NATO-Gipfel mit der verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung²⁴ und dem Gesamtkonzept als Beweis der Einheit des Westens in dieser Zeit des Wandels hervor. Er unterstrich den positiven Verlauf des Bush-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland²⁵ und seine Mainzer Rede²⁶ als Ausdruck der gemeinsamen Ziele in Europa und als gute Vorbereitung für den Gorbatschow-Besuch. BM wies auf die deutsch-sowjetische Erklärung²⁷ hin, die nicht nur die von uns geteilten Werte und unsere gemeinsamen Ziele für Europa enthalte, sondern auch feststelle, daß die USA und Kanada ihren Platz in einem gemeinsamen europäischen Haus haben. Die sowjetischen Gesprächspartner hätten deutlich gemacht, daß die amerikanische Präsenz in Europa nach ihrer Auffassung für die Stabilität erforderlich sei. Sie wollten Abkommen zwischen West und Ost sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle. BM hob als bedeutsam hervor, daß in der Erklärung des NATO-Gipfels gemeinsam zum Ausdruck gebracht worden sei, daß der Erfolg der Reformen in der SU auch in unserem westlichen Interesse liegt.

BM wies darauf hin, daß gleichzeitig mit den Veränderungen im Osten ein äußerst dynamischer historischer Prozeß in der EG abläuft (Binnenmarkt, Währungsunion), der auch im Osten zusätzliche Attraktivität entfaltet. Ein Triumph unserer Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen sei im Gange.

Auf Frage von Cheney über die Entwicklung der Beziehungen EG–sozialistische Staaten Mittel- und Osteuropas führte BM aus, daß es falsch sein würde, die EG nur unter wirtschaftlichen Vorzeichen zu sehen. Ein ganz wichtiger Aspekt sei u. a. der Beweis, daß Völker auch aus der Geschichte lernen könnten.

BM wies auf das Interesse Polens und Ungarns (denen die ČSSR bald folgen werde) an engen Beziehungen zur EG hin. Diese könnten auch hilfreich sein, andere zu überzeugen, daß Reformen in ihrem Interesse liegen. BM erläuterte die besondere Lage der DDR. BM unterstrich, daß wir an einer Destabilisierung in diesen Ländern nicht interessiert sein könnten, weil es reaktionärer Gegenbewegung Auftrieb geben würde.

Auf Frage von Cheney nach der Einstellung Gorbatschows zu den Veränderungen führte BM aus, daß Gorbatschow auch an den unumgänglichen Reformen in den anderen Ländern interessiert ist. Er sei besorgt, daß sich dort, wo Reformen verweigert würden, früher oder später eine „Explosion“ entladen könnte. Die

²³ Die Tagung des Institute for East West Strategic Studies fand vom 19. bis 21. Oktober 1989 statt.

²⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

²⁵ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

²⁶ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

²⁷ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

von uns im KSZE-Prozeß ständig geforderte Anerkennung der Menschenrechte entfalte ihre Wirkung. Die Vorgänge in China arbeiteten nach seiner (BMs) Auffassung nicht gegen Gorbatschow, weil man dort versucht habe, die Reformen auf den wirtschaftlichen Bereich zu begrenzen, was nicht funktionieren könne. Cheney zeigte sich dennoch über das mögliche Auftreten ähnlicher Ereignisse in Osteuropa besorgt.

BM stellte heraus, daß die Verantwortlichen in Polen und Ungarn vor der schwierigen Situation stehen, die Kosten für die Fehler der Vorgänger tragen zu müssen und gleichzeitig die Kosten für die Reformen aufzubringen. Er plädierte für eine flexible Haltung der westlichen Staaten im Pariser Club und für Weitergabe unserer Erfahrungen durch Ausbildungshilfen.

Unter Bezugnahme auf die von ihm am Morgen vorgenommene Eröffnung der Luftbrücke-Ausstellung unterstrich BM die solide Basis des gemeinsamen Eintretens für Recht und Freiheit als verlässliche Grundlage für die Erörterung und Lösung eventueller Divergenzen zwischen uns.²⁸ Cheney stimmte dem zu und bemerkte, daß ebenso wichtig wie die Diskussion über die Substanz einzelner Fragen auch die Frage des Vorgehens („handling“) sei.

Cheney erwähnte, daß er die an der Weiterverfolgung der Bush-Initiative beteiligten Amerikaner zu zügiger Arbeit anhalte. BM trat dafür ein, auch die anderen Alliierten anzuhalten, damit das Momentum der Initiative nicht verlorengehe und Gorbatschow nicht aus der Umsetzung seiner positiven Reaktion entlassen werde.

Cheney maß den VKSE an Bedeutung mindestens gleichen Status wie den START-Verhandlungen zu. Die „policy review“ bezeichnete er hinsichtlich START für abgeschlossen. Die USA würden sich mit aller Kraft für ein Abkommen einsetzen, und er sei überzeugt, daß es dazu auch kommen werde. Im konventionellen Bereich werde es aber wahrscheinlich zeitweise einfacher sein, zu Ergebnissen zu gelangen.

Cheney bestätigte die Absicht, bis Ende 1990 die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Waffen abzutransportieren.²⁹ Er kündigte ein entsprechendes Papier für VM Stoltenberg in den nächsten Tagen an. Das Pentagon sei jetzt dabei, die technischen Probleme (Transportcontainer usw.) zu prüfen und zu lösen.

5) Über das Gespräch mit Handelsminister Mosbacher hat die Botschaft Washington mit DB 2706 vom 23.6.1989 (s. Anlage³⁰) berichtet. Es war im wesentlichen den Fragen gewidmet: Prognosen für US-Wirtschaft, EG-Binnenmarkt, europäische Währungsunion/Zentralbanksystem, West-Ost-Beziehungen.

²⁸ Vgl. dazu das Manuskript der Rede des Bundesministers Genscher am 21. Juni 1989 im Air and Space Museum in Washington; Referat 221 (204), Bd. 179524.

²⁹ Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76 und Dok. 208.

³⁰ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Im Gespräch am 21. Juni 1989 in Washington behandelten Bundesminister Genscher und der amerikanische Handelsminister Mosbacher die für 1992 vorgesehene Einrichtung des Europäischen Binnenmarktes, die geplante Wirtschafts- und Währungsunion sowie Schaffung einer europäischen Zentralbank, die Lage der amerikanischen Wirtschaft, den Reformprozeß in Ungarn und der UdSSR, COCOM und die Entwicklung in der Volksrepublik China. Vgl. dazu die mit Drahtbericht Nr. 2706 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 23. Juni 1989 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 240 (220), Bd. 163082.

6) BM traf im Kongreß mit mehreren Abgeordneten und Senatoren zusammen: im Repräsentantenhaus:

- bei einem vom Speaker Thomas Foley gegebenen Frühstück,
- bei einem vom Vorsitzenden des Unterausschusses Europa und Naher Osten des Auswärtigen Ausschusses, Lee Hamilton, arrangierten Gespräch,
- mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Les Aspin;

im Senat:

- mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses,
- mit Senator Sam Nunn (s. hierzu Vermerk von D2A³¹). (Ein mit dem Majority Leader, Senator Mitchell, vereinbartes Gespräch kam nicht zustande.)

a) An dem im Kapitol (Rayburn Room) von Speaker Thomas Foley gegebenen Frühstück nahmen auf amerikanischer Seite die gesamte, neu gewählte Führungsmannschaft der Demokraten im Repräsentantenhaus und die führenden Vertreter des Auswärtigen Ausschusses bzw. des für uns zuständigen Unterausschusses teil: Majority Leader Gephardt (D³²), Minority Leader Michel (R³³), Majority Whip Gray (D), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Fascell (D), Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten, Hamilton (D), Ranking Minority Member des Unterausschusses für Europa, Gilman (R).

BM stellte zu Beginn einleitend fest, daß wir in einer wichtigen, aber auch ermutigenden Zeit lebten. Nach dem erfolgreichen, die Einheit des Westens bestätigenden NATO-Gipfel und der eindrucksvollen Rede von Präsident Bush in Mainz, in der dieser die gemeinsame Politik für die künftige Entwicklung Europas bekräftigt habe, sei es an der Zeit, daß sich jetzt auch die führenden Parlamentarier in die Überlegungen einschalten, wie das künftige Europa gestaltet werden solle. Für uns gehe es dabei um das ganze Europa. Die USA hätten darin einen festen Platz. In der beim Gorbatschow-Besuch unterzeichneten Gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung hätten wir dies mit Gorbatschow gemeinsam klar zum Ausdruck gebracht. BM wies darauf hin, daß gleichzeitig mit den Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen ein dynamischer, historischer Prozeß in der EG stattfindet. Das entstehende integrierte Westeuropa sei unser Modell für das größere Europa. Die Zukunft dieser Länder hänge gewissermaßen vom Erfolg der EG ab.

Anschließend beantwortete BM Fragen von Foley, Fascell, Hamilton, Gilman, Michel und Gephardt:

Die Frage von Foley, ob die sowjetische Haltung zu den Truppenreduzierungs-Vorschlägen von Präsident Bush auch bei den Gesprächen in Bonn positiv gewesen sei, bejahte BM. Er führte weiter aus, sie hätten offen und ehrlich die Vorschläge als konstruktiven Beitrag begrüßt und sähen in ihnen die Möglich-

³¹ Bundesminister Genscher und der amerikanische Senator Nunn sprachen am 21. Juni 1989 in Washington über die Wahlen zum Europäischen Parlament, die VKSE, die SNF-Problematik, den Personalumfang der Bundeswehr, den Zustand der sowjetischen Streitkräfte und die Lage in der DDR. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

³² Demokrat.

³³ Republikaner.

keit für einen baldigen Durchbruch bei den Wiener Verhandlungen. Die jetzige sowjetische Führung sei realistisch in der Einschätzung der Notwendigkeiten für die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses. Ihr Interesse an einem erfolgreichen Abschluß der VKSE-Verhandlungen sei teils durch Sicherheitsüberlegungen, überwiegend aber durch wirtschaftliche und finanzielle Überlegungen bestimmt. Sie hätten erkannt, daß ihre Militärausgaben zu hoch seien und eine Verschwendung von Ressourcen bedeuten. Darauf habe er (BM) sie schon in seinen ersten Gesprächen hingewiesen. Entscheidend für das sowjetische Einlenken sei der Doppelbeschluß³⁴ gewesen. Gromyko habe noch im Oktober 1983³⁵ bei einem Gespräch in Wien³⁶ nicht geglaubt, daß die Bundesregierung die Raketenstationierung durchführen werde.

BM führte weiter aus, die von der SU angekündigten einseitigen Truppenreduzierungen seien zu begrüßen, es sei aber wichtig, sie in Wien vertraglich festzuschreiben, damit sie verbindlich seien und nicht von der SU auch einseitig wieder rückgängig gemacht werden könnten.

Auf Frage von Fascell, wie BM zu der Idee einer truppenfreien Zone in der Zentralregion stehe, führte BM aus, daß ein Blick auf die geographischen Gegebenheiten zeige, daß dies für uns sehr gefährlich sein würde. Die meisten Truppen seien in der Bundesrepublik Deutschland stationiert, eine truppenfreie Zone in der Zentralregion würde deshalb einen großen Teil der Truppen in Westeuropa eliminieren. Aus historischen Gründen käme eine Stationierung deutscher Truppen in anderen Ländern nicht in Betracht. Selbst wenn die SU bereit wäre, ihre Truppen hinter die russisch-polnische Grenze zurückzuziehen, wären sie nur 550 km von der deutschen Grenze entfernt. Auf absehbare Zeit würde die Bundesrepublik Deutschland weiter eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung spielen. Die Bevölkerung sei auch bereit, diese Lasten (alliierte Truppen, Wehrpflicht, Dichte der Verteidigungseinrichtungen) zu tragen.

Gephardt erkundigte sich danach, ob die von Präsident Bush vorgeschlagenen Truppenreduzierungen in der Bundesrepublik Deutschland mit Besorgnis aufgenommen wurden. BM verneinte dies und wies auf die vorher erfolgte Abstimmung mit uns und die Tatsache hin, daß vom Osten erheblich größere Reduzierungen vorzunehmen sein werden.

Hamilton bat um eine Interpretation des sehr freundlichen Empfangs von Gorbatschow durch die deutsche Bevölkerung. Werde die SU nicht mehr als Bedrohung empfunden und Gorbatschow als Friedensbringer gesehen?

BM wies auf den freundlichen Empfang von Gorbatschow in New York³⁷ und auf die Tatsache hin, daß er überall positive Einschätzungen erhält. In Deutschland sei die Ausgangslage deshalb besonders, weil wir uns von der Bedrohung

³⁴ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

³⁵ Korrigiert aus: „1982“.

³⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306 und Dok. 310.

³⁷ Der amerikanische Präsident Reagan, der am 8. November 1988 gewählte Präsident Bush sowie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich am 7. Dezember 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 356 und Dok. 361.

und von den früheren Ereignissen in Polen³⁸, Ungarn³⁹, der ČSSR⁴⁰ und Afghanistan⁴¹ besonders betroffen gefühlt hätten. Die Menschen hätten bei Gorbatschow das Gefühl, daß er, der in seinem eigenen Land mutig Reformen durchsetzt und den Polen und Ungarn Spielraum für eine eigene Entwicklung läßt, berechtigten Anlaß zu Hoffnung auf eine bessere Zeit gibt. Damit verbunden würden auch Hoffnungen auf Änderungen in der DDR.

Michel fragte danach, welche „message“ BM Präsident Bush für seinen Besuch in Polen und Ungarn empfehlen würde.

BM antwortete, daß wir alles tun sollten, um diesen Ländern zu helfen, wenn wir der Überzeugung seien, daß die Entwicklung dort im Interesse dieser Länder und auch in unserem Interesse ist. Wir sollten sie nicht durch die Forderung nach Rückzahlung der Schulden vor weiterer Hilfe für die Fehler in der Vergangenheit bestrafen. Die Verantwortlichen seien mit einem Doppel-Problem belastet: das kommunistische System durch marktwirtschaftliche Elemente zu reformieren und die Mittel dafür aufzubringen und gleichzeitig für die Fehler der Vorgänger zu zahlen. Die US-Regierung sei zusammen mit der Bundesregierung und der ganzen westlichen Welt dazu aufgerufen, im Pariser Club positive Entscheidungen durchzusetzen. Für ein Land sei die Last zu groß. Über das, was vom Westen erwartet werde, seien sich alle Polen einig, gleichgültig ob man mit der Regierung, der Kirche oder Solidarität spreche.

Gilman sprach den Ausgang der Europa-Wahlen⁴² an. BM erläuterte, daß das Ergebnis wegen der beschränkten Kompetenzen des EP von vielen zu einem Ausdruck des Protestes gegen Bonn gebraucht worden sei. Die politische Stabilität sei davon unberührt. In Bundestagswahlen würden viele der Republikaner-Wähler, von denen die Hälfte Protestwähler gewesen seien, nicht für diese Partei wählen.

BM dankte für das Engagement von Speaker Foley u. a. für den German-American Day, den die BT-Präsidentin Süßmuth in diesem Jahr mit zu begehen hoffe.⁴³ Foley begrüßte ihren Besuch. BM hob die Bedeutung dieses Tages als Demonstration der engen Verbindung unserer Länder in dieser Zeit der Veränderungen in der Weltpolitik hervor.

b) An dem Gespräch mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses (Unterausschuß Europa) unter Vorsitz von Lee Hamilton nahmen neun Abgeordnete teil

³⁸ Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

³⁹ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

⁴⁰ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁴¹ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁴² Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 15. bis 18. Juni 1989 vgl. Dok. 188, Anm. 11.

⁴³ Anlässlich des „German-American Day“ am 6. Oktober 1989 hielt sich eine Delegation von zwölf Abgeordneten unter Leitung von Bundestagspräsidentin Süßmuth vom 4. bis 6. Oktober 1989 in den USA auf.

(Hamilton (D), Berman (D), Ackerman (D), Miller (D), Solarz (D), Bereuter (R), Gilman (R), Meyers (R), Porter (R)).

Hamilton sprach eingangs die in diesem Jahr durch eine Reihe von Fragen (Rabta, Tiefflug, SNF) ungewöhnlich belasteten bilateralen Beziehungen an.

BM wies zustimmend auf die Feststellung von Präsident Bush bei seinem Besuch in Bonn hin, daß die Beziehungen niemals besser gewesen seien. Zu Rabta erwiderte er, daß wir inzwischen alles uns Mögliche getan hätten, um unsere Gesetze zu verschärfen.⁴⁴ Hinsichtlich der Tiefflug-Problematik müsse man sich vergegenwärtigen, daß unsere kleine Bundesrepublik die Hauptlast der Allianzverteidigung zu tragen habe, weshalb auch Überlegungen, die zu einer Entlastung beitragen könnten, verständlich seien. Bei SNF hätten wir mit den USA einen vernünftigen Kompromiß erreicht. BM wies auch auf die durch das Gesamtkonzept festgehaltene gemeinsame politische Strategie und die Bedeutung der Mainzer Rede von Präsident Bush hin.

Berman zeigte sich beeindruckt von den von uns ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung deutscher Beteiligung an CW-Proliferation. Er wies auf das wachsende Problem der CW-, biologischen und nuklearen Proliferation bei abnehmenden West-Ost-Spannungen hin.

BM wies auf seine lang zurückreichenden Forderungen nach einem vollständigen CW-Verbotsabkommen hin. Er unterstrich, daß unsere Gesetzgebung es deutschen Firmen und einzelnen verböte, an der Proliferation, Entwicklung oder Fabrikation im Ausland teilzunehmen oder Hilfestellung zu leisten. Jetzt gehe es auch darum, die SU durch Verpflichtungen einzubinden.

Bereuter sprach auch noch einmal die Belastungen der bilateralen Beziehungen an und äußerte sich in diesem Zusammenhang besorgt über die Popularität Gorbatschows und die Begeisterung der deutschen Bevölkerung.

BM erläuterte die Lage der Deutschen (in vorderster Front, jahrzehntelange Bedrohung, sowjetische Divisionen in der DDR, Blockade), die jetzt mit Gorbatschow die Hoffnung auf Entspannung verbinden, die sich auch auf die DDR erstreckt.

Meyers brachte die Sorge zum Ausdruck, daß wir zu wenig wachsam und verteidigungsbereit werden könnten.

BM wies darauf hin, daß wir uneingeschränkt für die Erhaltung unserer Verteidigungskraft seien, daß wir aber Abrüstung auf gleiche Obergrenzen wollten, d.h. Abbau der östlichen Überlegenheit. BM erwähnte auch die in der deutsch-sowjetischen Erklärung festgeschriebene Rolle der USA für die Stabilität in Europa.

Solarz erkundigte sich nach der Möglichkeit einer dritten Null-Lösung. BM wies auf das in Brüssel vereinbarte Gesamtkonzept hin, in dem Verhandlungen über gemeinsame, niedrigere Obergrenzen bei Kurzstreckenwaffen vorgesehen seien nach der Maßgabe der dann (1992) gegebenen Lage.

c) An dem Gespräch mit dem Auswärtigen Ausschuß des Senats nahmen vier demokratische Senatoren (Pell, Cranston, Sarbanes, Robb) teil.

⁴⁴ Zu den Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 59, Anm. 7.

Die Eingangserklärung des BM entsprach weitgehend der Einführung bei den vorangegangenen Gesprächen im Repräsentantenhaus.

Auf Frage von Pell, ob die Herstellung der deutschen Einheit schon vor einer Herstellung der Einheit Europas denkbar sei, antwortete BM, daß das Schicksal der deutschen Einheit in das Schicksal der europäischen Einheit eingebettet ist und wir mit unserem Ziel, die Trennung Europas aufzuheben, auch die Beseitigung der Trennung Deutschlands anstreben. BM wies den von Pell eingeworfenen Begriff „Finnlandisierung“ zurück und führte aus, daß zunächst in den Staaten Mittel- und Osteuropas substantielle Veränderungen zum Pluralismus notwendig seien, Interesse an enger Zusammenarbeit mit der EG werde folgen. Man müsse aber davon ausgehen, daß diese Länder aus Gründen der Sicherheitsgarantie für die SU noch lange Mitglieder des WP bleiben würden.

Pell fragte weiter, ob die Berliner Mauer bald fallen würde.

BM machte dies von der DDR-Führung und ihrer Bereitschaft zu Reformen abhängig.

Auf Frage von Sarbanes, ob Bush und Gorbatschow in nicht zu ferner Zukunft zusammentreffen sollten oder erst, wenn ein Abkommen erreicht ist, erwiderte BM, daß er sowohl von AM Baker wie von AM Schewardnadse eine positive Bewertung ihres Moskauer Treffens⁴⁵ erhalten habe. Bei ihrem nächsten Treffen im September⁴⁶ wollten sie auch darüber entscheiden, wann ein Gipfeltreffen nützlich und angebracht sei. Wir würden eine Begegnung und einen Meinungsaustausch begrüßen. Die Erwartungen für ein Treffen sollten nicht zu hochgeschraubt werden.

Cranston würdigte BMs führende Rolle in West-Ost-Fragen positiv. Er fragte, durch welche Faktoren die Verteidigungslasten finanziell reduziert werden könnten. BM wies auf ein konventionelles Rüstungskontrollabkommen hin und trat dafür ein, die von uns positiv beurteilte Bush-Initiative zügig voranzubringen und Zögerer auf westlicher Seite zu überzeugen. Auf Zusatzfrage von Cranston, ob weitere Reduzierungen möglich erscheinen, erwiderte BM, daß der Abrüstungsprozeß seine eigene Dynamik entfalten werde, die nicht zu stoppen sein und ein Feld nach dem anderen erfassen werde.

Auf Cranstons Sorge vor einem mit China vergleichbaren Rückschlag in Polen oder Ungarn trat BM für eine Unterscheidung der Vorgänge in China und in den Ländern Mittel- und Osteuropas ein.

Robb erkundigte sich nach möglichen Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die NATO. Sarbanes trat dieser Sorge bei, anerkannte aber die Entwicklung in der EG und ihre Bedeutung für die Welt. BM wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere in der EG vom freien Welthandel abhängig sei und wir uns selber ins eigene Fleisch schneiden würden, wenn wir nicht dafür Sorge tragen würden, ein freies Handelssystem aufrechtzuerhalten.

Sarbanes setzte sich für eine stärkere deutsche Unterstützung für den Brady-Plan⁴⁷ ein. Drei oder vier größere Länder sollten sich noch vor dem Wirtschafts-

⁴⁵ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

⁴⁶ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 21. bis 23. September 1989. Vgl. dazu Dok. 293.

⁴⁷ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

gipfel in Paris⁴⁸ zusammentun, um das Problem der Verschuldung in den Griff zu bekommen.

BM wies auf unsere Bereitschaft zur Kooperation bei diesem Problem hin, sah darin aber eine gemeinsame Aufgabe für alle westlichen Länder.

v. Moltke

Referat 221 (204), Bd. 179524

196

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Baker

28. Juni 1989¹

Lieber James,

für Ihr Schreiben zur Internationalen Konferenz über indochinesische Flüchtlinge in Genf², das mich am 14. Juni 1989 erreichte³, danke ich Ihnen herzlich.

Leider konnte auch ich nicht selbst an der Konferenz teilnehmen, die sich in der Tat erneut einem äußerst wichtigen Problem zuwenden mußte.

Allen Beteiligten ist bewußt, daß die Vereinigten Staaten zur Lösung dieses seit 1975 bestehenden und in jüngster Zeit wieder verschärften Problems einen herausragenden Beitrag geleistet haben. Die Ankündigung Ihres Vertreters in Genf⁴, erneut 22000 jener als „Longstayers“ bezeichneten Vietnamesen aus den Lagern der Region und bis zu 50 % der neu ankommenden und als Flüchtlinge

⁴⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

¹ Ablichtung.

² Vortragender Legationsrat Schwandt vermerkte am 19. Juni 1989: „Trotz ihres Namens befaßte sich die (nach 1979) zweite ‚Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge‘ am 13./14.6.1989 in Genf nicht mit den kambodschanischen und nur am Rande mit den laotischen Flüchtlingen in Thailand, sondern fast ausschließlich mit den vietnamesischen (Boots-)Flüchtlingen in den Lagern der Region. Dieses seit 1975 virulente Problem hat sich mit einer (seit Ende 1986) anschwellenden neuen Flüchtlingswelle wieder verschärft [...]. Die auf dem Vorbereitungstreffen erarbeiteten Entwürfe einer ‚Erklärung‘ und eines ‚Aktionsplanes‘ wurden der Konferenz vorgelegt und von dieser ohne Veränderung verabschiedet. [...] Problematisch und kontrovers waren auf der Konferenz vor allem die Tatsache, daß nicht alle Drittländer bereit sind, die vom UNHCR erbetenen Übernahmequoten zu erfüllen [...], ferner die Meinungsverschiedenheiten zu Alternativen einer ‚freiwilligen‘ Rückkehr nicht anerkannter Flüchtlinge nach Vietnam“. Vgl. Referat 231, Bd. 148285.

³ Der amerikanische Außenminister Baker teilte Bundesminister Genscher mit: „As resettlement nations, we must cooperate in doing our part. The nations of first asylum must establish fair and efficient refugee status determination procedures while continuing to provide asylum-seekers safe haven and humane treatment. [...] The United States deeply appreciates your continuing commitment to the resettlement effort. We look forward to working closely with you at the [International]C[onference on]I[ndo-Chinese]R[efugees] and at steering committee meetings thereafter, believing that within this framework, we can together manage humanely and effectively the difficult and often tragic problem we confront.“ Vgl. das Schreiben; Referat 231, Bd. 148285.

⁴ Lawrence S. Eagleburger.

anerkannten Vietnamesen in die Vereinigten Staaten zu übernehmen, ist ein weiterer Beweis für die großzügige Haltung Ihres Landes in dieser Frage.

Wie mein Vertreter auf der Konferenz⁵ bereits ankündigte, wird auch die Bundesregierung weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um das Los jener Menschen zu erleichtern, die sich wegen der Verhältnisse in ihrem Heimatland noch immer gezwungen sehen, eine in vieler Hinsicht gefahr- und risikoreiche Flucht auf sich zu nehmen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat bereits bisher einen beträchtlichen Beitrag zur Lösung des Problems geleistet. Seit 1975 haben wir 33 000 indochinesische Flüchtlinge bei uns aufgenommen; 3000 weitere warten noch in Vietnam auf die Ausreise zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland. Auch durch humanitäre und Nahrungsmittelhilfe, Aus- und Fortbildungsprogramme sowie durch die Unterstützung des „Anti-Piracy Programme“ und des „Orderly Departure Programme“ hat die Bundesregierung zur Linderung des Flüchtlingsproblems beigetragen. Soweit wir können, werden wir diese Hilfe auch in Zukunft fortsetzen.

Dem Wunsch des UNHCR nach einer zahlenmäßig bestimmten neuen Übernahmequote für vietnamesische Flüchtlinge können wir im Augenblick jedoch leider nicht entsprechen. Wegen des unverminderten Zustroms von Asylbewerbern, Flüchtlingen, Aus- und Übersiedlern trägt mein Land derzeit eine schwere Last. Allein 1988 stellten 103 000 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland einen Asylantrag, d. h. etwa 50 % aller Asylbewerber in Westeuropa. Im selben Jahr beanspruchten etwa 240 000 deutsche Aus- und Übersiedler aus Osteuropa und der Deutschen Demokratischen Republik die Aufnahmekapazitäten.

Aus humanitären Gesichtspunkten sind wir jedoch bereit, für die „Longstayers“ die Zusammenführung von vietnamesischen Familien in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Mein Vertreter konnte deshalb in Genf eine Erweiterung der Härtefallkategorie für diese Gruppe bekanntgeben. Dadurch werden in Zukunft Menschen aus den Lagern und ihre Familien zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland ausreisen können, die bisher dazu nicht berechtigt waren. Zwar haben wir auf diese Weise keine zahlenmäßig bestimmte Quote angenommen, gehen aber davon aus, daß die Neuregelung Hunderten von Vietnamesen in den Lagern und ihren Angehörigen nützen und damit wirkungsvoll zum Abbau des Flüchtlingselends beitragen wird.

Was das Schicksal der nicht als Flüchtlinge anerkannten Vietnamesen angeht, so bin ich mit Ihnen der Meinung, daß die gegenwärtige Lage in Vietnam ihre Rückkehr nur dann zuläßt, wenn sie freiwillig erfolgt. Dabei muß es bei diesem wie bei allen anderen Flüchtlingsproblemen unser vorrangiges Ziel bleiben, als beste dauerhafte Lösung die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat anzustreben. Mein Vertreter hat hierzu in Genf ausgeführt, daß es vor allem die Verantwortung der Ursprungsländer ist, Bedingungen zu schaffen, die eine Rückkehr von Flüchtlingen in Sicherheit und Würde ermöglichen. Durch die Hilfe von Drittländern allein können die Flüchtlingsprobleme nicht bewältigt werden. Gerade die Regierungen der Länder Indochinas müssen durch Reformen dazu beitragen,

⁵ Fredo Dannenbring.

neue Flüchtlingswellen zu verhindern, eine menschenwürdige Existenz im eigenen Land zu ermöglichen und die Voraussetzungen für eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge zu schaffen.

In der Hoffnung, daß schon bald Bedingungen geschaffen werden, die das indochinesische Flüchtlingselend von seiner Wurzel her angehen und damit dauerhaft beenden, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

Referat 231, Bd. 148285

197

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2512

Aufgabe: 28. Juni 1989, 14.27 Uhr¹

Ankunft: 28. Juni 1989, 13.42 Uhr

Betr.: Volkskongreß;
hier: Abschließende Bewertung

Bezug: DB Nr. 2127 vom 4.6.89 – Pol 320.00²

Zur Unterrichtung

1) Mit der Vorlage des offiziellen Schlußdokuments³ ist der Zeitpunkt gekommen, eine abschließende Wertung des zwölfjährigen Kongresses der Volksdeputierten in Moskau zu versuchen. Eine Zwischenbilanz ist bereits mit Bezugsbericht übermittelt worden.

2) Wichtigster Faktor des Volkskongresses scheint im Rückblick aus hiesiger Sicht die uneingeschränkte Offenheit gewesen zu sein: Nahezu zwei Wochen lang war die hiesige Bevölkerung praktisch vor den Bildschirm gebannt. Zum ersten Mal konnten die jetzt hier lebenden Generationen einen echten politischen Wil-

¹ Das von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 29. Juni 1989 vorgelegen.

² Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, zog eine Zwischenbilanz der ersten Tagung des Kongresses der Volksdeputierten vom 25. Mai bis 9. Juni 1989. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147109.

³ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 27. Juni 1989: „Die Endresolution des Volkskongresses, die nun veröffentlicht wurde, ist charakteristisch für den jetzt erreichten Stand des Umbaus der politischen und wirtschaftlichen Struktur der SU. [...] Weil aber die wenigsten dieser Fragen ausdiskutiert oder auch nur einigermaßen geklärt sind, enthält die Endresolution weit mehr Fragen und Aufträge für weitere Arbeit als Entscheidungen. [...] Potentiell am folgenreichsten und revolutionärsten dürften die Aussagen zum staatlichen Aufbau der SU sein. Hier werden im Prinzip die bisherigen Strukturen zwischen Zentrum und Randrepubliken zur Disposition gestellt. Der Volkskongreß bekräftigt die Prinzipien souveräner Rechte der Republiken, regionaler Rechnungsführung und besonderer Förderungswürdigkeit der Kulturen ethnischer Minoritäten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2502/2507; Referat 213, Bd. 147109.

lensbildungsprozeß verfolgen. Auf dem Kongreß kam auch schärfste Kritik zur Sprache. Es kam zu heftigen spontanen Kontroversen. Gorbatschow selbst wurde kritisiert. Alles dies konnte von der politisch interessierten Bevölkerung unmittelbar am Bildschirm miterlebt werden. In den Großstädten dürfte dies weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung gewesen sein. Für das Land sind Schätzungen schwer. Insgesamt dürfte aber etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung den Volkskongreß unmittelbar über die Direktübertragung miterlebt haben. Die Veröffentlichung der Sitzungsstenogramme in der Zentralpresse hat dafür gesorgt, daß das, was auf dem Kongreß gesagt worden ist, nicht in Vergessenheit gerät.

Welche Konsequenzen dies für das politische Selbstbewußtsein und die politische Kultur in diesem Land hat, wagt man sich kaum vorzustellen. Wahrscheinlich ist, daß mit der Berufungsgrundlage, die der Volkskongreß bietet, sich der Stil politischer Auseinandersetzungen in diesem Lande auf allen Ebenen ändern wird: Es wird künftig leichter sein, auch auf lokaler Ebene dem bisher allmächtigen Parteisekretär zu widersprechen. Kein Parteisekretär wird künftig noch in gewohnter Selbstherrlichkeit auf eine ungebrochene Autorität rechnen können. Es wird leichter werden, sich auch zwischen Andersdenkenden um Grundkonsens zu bemühen. Vielleicht die wichtigste Wirkung des Volkskongresses könnte darin liegen, daß eine breite Bevölkerung in diesem Land zum ersten Mal erfahren hat, daß eine politisch-sachliche Auseinandersetzung auch ohne persönliche Verunglimpfungen und konfrontatives Vernichtungsdenken und Gefahr für sich klar Äußernde möglich ist. Viel wird davon abhängen, in welchen Gleisen sich diese Ansätze zu parlamentarischer Kultur weiter entwickeln.

3) Der Volkskongreß hat einer Menge bislang unbekannter Gesichter politischer Führer zu plötzlicher Bekanntheit verholfen. Obolenskij, der gegen Gorbatschow antreten wollte, ist schlagartig in der ganzen Union berühmt geworden. Ähnliches gilt für mindestens 40 weitere Redner. Hier hat sich nicht nur ein deutlicher politischer Pluralismus innerhalb der bestehenden Partei artikuliert, hier hat sich ein neues Reservoir politischer Führungskapazitäten an den Parteigremien vorbei nach vorn geschoben. Es dürfte allein eine Frage der Zeit sein, wann einige derer, die sich auf dem Kongreß profiliert haben, an der bestehenden Parteihierarchie vorbei in Führungspositionen berufen werden.

4)⁴ Es ist viel Kritik laut geworden. Stärker noch als auf dem Parteikongreß im letzten Sommer⁵ sind die feingesponnenen Schleier von Propaganda und Selbstbetrug zerrissen worden. Zum ersten Mal ist der Blick nicht nur der sowjetischen Öffentlichkeit, sondern der Weltöffentlichkeit schonungslos auf die offenen Wunden dieser Gesellschaft gelenkt worden. Für viele, die hier den Kongreß verfolgten, dürfte die Einsicht bitter gewesen sein, daß dieses Land trotz aller einzelnen technologischen Spitzenerfolge im großen und ganzen wirtschaftlich rückständig, sozial ungerecht, ökologisch zerstört, geistig und moralisch korrumpiert ist. Dem Land und seiner Bevölkerung ist ein ernüchternder Spiegel vorgehalten worden,

⁴ Korrigiert aus: „5)“.

Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

⁵ Vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 fand in Moskau die Allunionsparteikonferenz der KPdSU statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 194.

dessen abstoßendes Bild noch heute mancher lieber hinwegargumentieren als wirklich zur Kenntnis nehmen möchte. Die erste Konfrontation mit einer nicht schönfärberisch entstellten Wirklichkeit und die offene Kritik, die sogar an Gorbatschow persönlich geäußert wurde, haben bei den Zuschauern tief gewirkt. Die ganze Tiefe dieser Wirkung dürfte sich erst allmählich herausstellen.

5) Der Kongreß hat einige weitere Tabus zerstört. Am brisantesten waren die direkten Angriffe auf Militär und KGB. Daß sie vereinzelt waren, mindert nicht ihre potentiell langfristige Wirksamkeit. Die Einsetzung eines Komitees des Obersten Sowjets über Sicherheitsfragen dürfte nicht unwesentlich auf diese Forderungen zurückgehen, KGB und Militär einer wirkungsvolleren parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen.

6) Der große Gewinner des Kongresses heißt ohne Zweifel Gorbatschow. Er hat beachtliches Geschick erwiesen, mit einer heterogenen Menschengruppe souverän und sicher umzugehen. Selbst da, wo offensichtlich keine vorausschauende Regie mehr möglich war, behielt er kaltblütig und mit verbindlichem Lächeln die Kontrolle in seinen Händen. Der Kongreß hat die relative Schwäche des radikalen Flügels offenbart. Dennoch hat Gorbatschow einige Exponenten des radikalen Lagers stärker zu Wort kommen lassen, als er gemußt hätte. Offensichtlich sah er die Chance, im Schutze radikaler „linker“ Forderungen seinen Handlungsspielraum unvermerkt zu erweitern, ohne den Anspruch, aus der Mitte und im allgemeinen Konsens zu operieren, aufgeben zu müssen. Er kann die Konservativen mit den Forderungen der „Linken“ schrecken, ebenso wie er umgekehrt die „Linken“ mit Hinweis auf den starken konservativen Flügel disziplinieren kann.

7) Enttäuscht hat insgesamt der radikale Flügel um die Moskauer Gruppe. Jelzin hat die selbstgesteckten Ziele immer wieder verfehlt, Sacharow hat sich als Gesinnungsethiker mit wenig politischem Gespür entpuppt, Popow und Afanasjew haben ihrer Sache durch schrilles Überziehen eher geschadet.

8) Umgekehrt haben die Balten den Kongreß stärker geprägt, als ihre relative Schwäche hätte erwarten lassen. Sie waren nicht nur glänzend koordiniert, man merkte ihnen immer wieder an, daß sie selbst nach eineinhalb Generationen unter diktatorischer Bevormundung einfach immer noch ein Gespür für demokratische Willensbildungsprozesse haben.

9) Auffällig war der außenpolitische Konsens. Fragen der außenpolitischen Orientierung waren kein Gegenstand der Debatte. Der neue Kurs Gorbatschows wird weder von Konservativen noch von Progressiven ernsthaft in Frage gestellt, die er bisher nicht zu deutlichen Einbußen geführt hat.⁶

10) Der Kongreß hat den Bankrott der marxistischen Ideologie besiegelt. Nicht ein einziges Mal wurde Marx zitiert. Ideologische Argumente fehlten völlig. Selbst Lenin wurde nur einmal zitiert: von Roi Medwedew gegen die Kandidatur seines Parteifreundes Kolbin. Zitiert wurden sonst Platon und Churchill. Es wurden auch keine eschatologischen Visionen eines Endzeitkommunismus beschworen. Nach der Atmosphäre des Kongresses zu urteilen, hätte sich jeder, der so etwas versucht hätte, lächerlich gemacht.

⁶ So in der Vorlage.

11) Der Kongreß war gut gesteuert. Immer wieder wurde spürbar, daß Gorbatschow und seine Vertrauten sehr viel Vorarbeit geleistet hatten. Im Prinzip konnte Gorbatschow sich auf eine auf ihn hörende Mehrheit verlassen. Dennoch gab es mehrere Situationen, die einfach nicht vorhersehbar waren. Gerade hier zeigten die Deputierten, daß sie bereit waren, sich führen, aber nicht sich vergewaltigen zu lassen. Kennzeichnend war, daß Abstimmungen um so knapper ausfielen, je mehr echte Wahlalternativen angeboten wurden: Die Wahlergebnisse für die Abgeordneten aus der RSFSR für den Nationalitätensowjet unterscheiden sich markant von den Ergebnissen der sonstigen Einheitslisten. Die Selbstkandidatur Obolenskij gegen Gorbatschow wurde nur äußerst knapp zurückgewiesen, ebenso wie die Mitgliedschaft Samsonows in der Verfassungskommission.

Die Sitzung des Volkskongresses im Mai/Juni 1989 war ein Auftakt. Viel wird davon abhängen, wie sich Routine und wachsendes Selbstbewußtsein künftig auswirken werden. Vermutlich wird es schon auf der nächsten Sitzung des Volkskongresses schwieriger werden, die Deputierten mit verspätet zugestellten Materialien oder plötzlichen Anträgen zur Geschäftsordnung zu überfahren. Es steht zu vermuten, daß die Deputierten besser vorbereitet und anspruchsvoller in die nächste Sitzung gehen werden. Dadurch wird die Leitung durch den Vorsitzenden schwieriger werden.

12) Nachteilig machte sich im Verlauf des Kongresses bemerkbar, daß es an einer thematisch geordneten Tagesordnung fehlte. Das stetige Springen zwischen teilweise gänzlich beziehungslosen Themen hat wesentlich dazu beigetragen, daß es selten zur Formulierung konkreter Empfehlungen kam. Jeder Deputierte war offensichtlich gut vorbereitet, aber jeder sprach letztlich für sich, ohne auf den Gang der vorhergehenden Debatte Rücksicht zu nehmen.

13) Was hat der Kongreß nachhaltig bewirkt? Die Frage läßt sich heute vorläufig beantworten. Der Oberste Sowjet hat sich in seiner neuen Form gerade erst konstituiert. Es läßt sich schwer abschätzen, mit welchem Erfolg er welche Kompetenzen erfolgreich für sich beanspruchen kann. Die bisherigen Erfahrungen mit der Regierungsbildung (bis heute acht Kandidaten, d. h. 14 Prozent der Vorschlagsliste abgelehnt) deuten auf ein selbstbewußtes und keineswegs parteikonformes Verhalten hin.

Mit dem Kongreß hat Gorbatschow sich eine Tribüne der Öffentlichkeit geschaffen, die von ihm als plebiszitäres Element genutzt werden kann. Er hat hiermit ein Gegengewicht zum Parteikongreß. Ebenso scheint der Oberste Sowjet ein Gegengewicht zum ZK zu bilden. Die Partei, das hält das Schlußdokument in unzweifelhafter Deutlichkeit fest, hat im Rahmen der Verfassungs- und Gesetzesordnung zu handeln, und diese wird vom Obersten Sowjet bzw. vom Volkskongreß festgelegt. Natürlich wirkt auch die Partei durch ihre vorherigen Beschlüsse in diese staatlichen Organe hinein. Dennoch zeichnet sich eine neue Art der Gewaltenteilung ab⁸: Die Staatsorgane bilden ein Gegengewicht gegen

⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2513 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁸ Die Wörter „eine neue Art der Gewaltenteilung ab“ wurden von Vortragendem Legationsrat Stüdemann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Das scheint mir zu optimistisch u. irreführend angesichts Überwiegens der Parteimitglieder im O[bersten] S[owjet].“

die Parteiorgane. Gorbatschow als Vorsitzender in beiden Gremien hat hier zahllose Möglichkeiten, Dinge in seinem Sinn zu steuern. Er kann die Parteidisziplin mobilisieren, um in Volkskongreß oder Oberstem Sowjet genehme Abstimmungen vorzubereiten, er kann andererseits die breitere Legitimation der Staatsorgane gegen die Exklusivität der Partei in Stellung bringen. Festzuhalten bleibt in jedem Fall, daß er nicht mehr gegen Überraschungen gefeit ist. Das haben die Litauer mit ihrem Auszug deutlich genug demonstriert.

14) Der Kongreß hat tiefe Spuren hinterlassen. Er hat aber nicht eindeutig Weichen stellen können. Die Enttäuschung bei einigen Intellektuellen und bei einer wesentlich größeren Menge von Arbeitern sitzt tief: Der Kongreß hat letztlich die Machtfrage nicht eindeutig zugunsten der Volksvertretung beantwortet. Vorstöße einiger Deputierter (Sacharow, Jemeljanow) sind in der Schlußresolution nicht aufgenommen worden. Der Kongreß hat keine konkreten Empfehlungen erarbeiten können, die einen Ausweg aus der sich täglich verschärfenden Wirtschaftsmisere weisen könnten. So kehrt bei manchen begeisterten Beobachtern nach einigen Tagen die ernüchternde Einsicht ein, daß brillante Debatten und mitreißende Appelle nicht die leeren Regale in den Läden füllen können. Der Kongreß war wohl alles in allem ein einigermaßen getreuer Spiegel der Meinungen im Lande. Die radikal-progressiven Deputierten zählten kaum mehr als 400. Die Mehrheit ist nach wie vor noch nicht bereit zu wirklich radikalen Wirtschaftsreformen. Ohne solche radikalen Einschnitte dürften die meisten Maßnahmen jedoch Kosmetik bleiben. Der Kongreß hat eine neue Arena abgesteckt. Der entscheidende Kampf steht noch bevor. Er wird in den kommenden Monaten im Obersten Sowjet und in der zweiten Sitzung des Volkskongresses im November d.J.⁹ aufgenommen werden, insbesondere wenn es um die Vorbereitung der Wahlen auf regionaler Ebene geht.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147109

⁹ Die zweite Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten fand vom 12. bis 24. Dezember 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 434.

198

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem australischen Ministerpräsidenten Hawke

29. Juni 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem australischen Premierminister Bob Hawke am Donnerstag, den 29. Juni 1989, 11.10–12.15 Uhr²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau Perry Notbohm als Dolmetscherin;

auf australischer Seite: Premierminister Bob Hawke, Botschafter Raymond James Greet als Note-taker.

I. Vier-Augen-Gespräch

Der *Bundeskanzler* begrüßt PM Hawke herzlich: Er freue sich, den in Canberra begonnenen Dialog fortzuführen und den freundschaftlichen Kontakt zu vertiefen. Er habe es sehr bedauert, seinen Besuch in Australien wegen des Todes von F.J. Strauß abkürzen zu müssen.³

PM *Hawke* dankt für die herzliche Aufnahme.

Der *Bundeskanzler* berichtet zunächst über die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland: Das Wirtschaftswachstum liege über den Erwartungen, allerdings sei auch eine höhere Inflationsrate als in den letzten sieben Jahren (wo sie unter 2% gelegen habe) zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit gehe zurück, die relativ hohe Arbeitslosenzahl sei zu einem großen Teil sowieso ein statistisches Problem: Das hohe soziale Versorgungsniveau verführe viele dazu, sich ohne Not arbeitslos zu melden.

PM *Hawke* erläutert auf Zwischenfrage des Bundeskanzlers, daß er vor der Bundesrepublik Deutschland Frankreich, Großbritannien und die USA besucht habe.⁴

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 30. Juni 1989 gefertigt und am 4. Juli 1989 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Seiders an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Hiermit lege ich den Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch (Teil I) und über das Gespräch im erweiterten Kreis (Teil II) mit der Bitte um Billigung und um Genehmigung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes über Teil II vor. Zu der von PM Hawke angesprochenen Frage unserer künftigen Antarktispolitik wird mit gesonderter Vorlage Stellung genommen.“

Hat Seiders am 5. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigen].“

Hat Ueberschaer am 7. Juli 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialrat Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, vermerkte: „Mit der Bitte um Weiterverfolgung der operativen Punkte wie besprochen.“

Hat Leuckart am 7. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist durch gesonderte Vorlage erledigt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34071.

² Der australische Ministerpräsident Hawke besuchte die Bundesrepublik vom 28. bis 30. Juni 1989.

³ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. Oktober 1988 in Australien auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 280.

⁴ Der australische Ministerpräsident Hawke hielt sich vom 17. bis 20. Juni 1989 in Frankreich auf, vom 20. bis 24. Juni in Großbritannien und vom 24. bis 27. Juni 1989 in den USA.

Der *Bundeskanzler* berichtet über die erfolgreichen Besuche von Präsident Bush⁵ und GS Gorbatschow in Bonn⁶ und erläutert seine Einschätzung der Entwicklungen in der Sowjetunion und dem Ostblock.

PM *Hawke* äußert, daß er die Lage in Australien nicht im Detail schildern wolle. Sie sei insgesamt gesehen sehr gut; der Wirtschaft gehe es so gut, daß sich seine Regierung zu Dämpfungsmaßnahmen veranlaßt sehe.

Er schlägt vor, zuerst die bilateralen Fragen zu erörtern; den EG-Fragen könne man sich später zuwenden, wenn die australischen Wirtschafts-Sondergäste beigezogen seien.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

PM *Hawke* erläutert, daß seit dem Besuch des Bundeskanzlers in Canberra im Oktober vergangenen Jahres viel Schwung in die deutsch-australischen Beziehungen gekommen sei. Die damals gegebenen Impulse seien von den Ressorts und der Wirtschaft beider Seiten aufgenommen und fortgesetzt worden. So gebe es Fortschritte in der Wirtschaftskooperation, in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, in den Rechtsbeziehungen und in der Sozialversicherung. Es handele sich dabei vorwiegend um praktische Fragen, die aber erheblich zum Brückenschlag beitragen. Der vom BDI veranstaltete Meinungsaustausch mit der deutschen Wirtschaft und sein Gespräch mit BM Haussmann⁷ seien eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Er begrüße es auch, daß BM Haussmann 1990 nach Australien kommen werde.

PM *Hawke* zeigt sich sodann interessiert an der Bewertung des Bundeskanzlers zu einer Reihe internationaler Fragen: zu den Ost-West-Beziehungen, zur Abrüstung, zum deutsch-sowjetischen Verhältnis, zum Stand der Reformen in der Sowjetunion sowie zur Entwicklung in der DDR.

Der *Bundeskanzler* betont, daß in das politische System der Sowjetunion Bewegung gekommen sei. Man müsse allerdings zwischen den Tatsachen und der damit verbundenen „psychologischen Welle“ unterscheiden. Er selbst halte sich an die Tatsachen, die bemerkenswert genug seien. Er habe beim Besuch von GS Gorbatschow ca. 20 Stunden im Gespräch mit ihm verbracht. Seit seinem Moskau-Besuch im Oktober vergangenen Jahres⁸ habe sich die Entschlossenheit Gorbatschows, seine Reformvorstellungen durchzusetzen, noch verstärkt. Diesem sei auch klar, daß er und seine engsten Mitarbeiter ihr politisches Schicksal mit dem Erfolg seiner Politik verknüpft hätten. Komme es zu einem Rückschlag, werde die politische Entwicklung in der Sowjetunion ohne sie weitergehen. Der

⁵ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁷ Bundesminister Haussmann und der australische Ministerpräsident Hawke trafen am 29. Juni 1989 zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die industrielle Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Australien, die „Uruguay-Runde“ des GATT, der Kohlebergbau und die Möglichkeiten für den Export australischer Kohle in die Bundesrepublik sowie die Handelspolitik im pazifischen Raum. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144462.

⁸ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

Personenwechsel auf der politischen Bühne Chinas, insbesondere der Abgang von GS Zhao Ziyang⁹, habe seinen Eindruck auf Gorbatschow nicht verfehlt.

Gorbatschow wisse, daß an seine Politik ein doppelter Maßstab angelegt werde: Er müsse ebenso Erfolge bei der demokratischen Öffnung wie bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vorweisen können. Dies sei ihm klar. Er wolle daher auch die wirtschaftliche Entwicklung der SU mit allem Nachdruck vorantreiben. Hierzu sei Hilfe von außen notwendig. Wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg sei aber die Veränderung des ökonomischen Systems in der SU selbst.

Vor diesem Hintergrund habe er, BK, Gorbatschow bereits in Moskau angeboten, jedes Jahr tausend sowjetische Manager zu Fortbildungskursen in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen. Die ersten beiden Gruppen seien bereits hier gewesen. Er hoffe, daß man 1989 insgesamt 400 sowjetische Manager zuerst in einer theoretischen Schulung und dann in der Betriebspraxis fortbilden könne.

Auf Frage von PM Hawke: Es handele sich dabei sowohl um hochrangige Wirtschaftsfunktionäre als auch um Direktoren größerer Betriebe von bis zu 10000 Mitarbeitern. Sie blieben zwischen acht Wochen und einem Vierteljahr in der Bundesrepublik Deutschland. Für die an eine zentrale Befehlswirtschaft gewöhnten sowjetischen Manager sei die Einführung in unser Wirtschaftssystem eine große Umstellung. Die meisten der Betroffenen seien jedoch hochmotiviert in die Sowjetunion zurückgekehrt. GS Gorbatschow und MP Ryschkow hätten sich darüber begeistert geäußert.

Die in der Sowjetunion im Zuge der politischen Reformen aufgebrochenen Nationalitätenprobleme hätten ihre Auswirkungen auf die Nah- und Mittelostpolitik Gorbatschows nicht verfehlt. Den islamischen Fundamentalismus empfinde Gorbatschow als klare Bedrohung. So sehe er das Hauptproblem für die Stabilität der Region auch nicht im israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern im Iran. Er wolle daher Bush bei dessen Bemühungen, Israel zu Verhandlungen zu bewegen, unterstützen. Die jüngsten Unruhen im asiatischen Teil der Sowjetunion habe Gorbatschow auf „fundamentalistische Banden“ zurückgeführt. Gorbatschow habe ihm auch seine Sorge darüber verdeutlicht, daß in fünfeinhalb Jahren die Hälfte aller Rekruten der Roten Armee Muslime sein würden.

Gorbatschow selbst, wie auch seine Frau, fühlten sich eindeutig als Europäer. Bei Äußerungen über die Stalin-Ära und die jetzt erfolgende Rehabilitierung ihrer Opfer habe Gorbatschow berichtet, daß seinerzeit auch sein Großvater mütterlicherseits verhaftet und gefoltert worden sei. Sein Bericht darüber sei sehr emotional gewesen. Stalin habe er als eine „asiatische Bestie“, Ceauşescu als „asiatischen Despoten“ bezeichnet.

⁹ Zur Stellung des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, vgl. Dok. 145, Anm. 5. Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 25. Juni 1989 über die Plenarsitzung des ZK der KPCh am 23./24. Juni 1989: „Das fünf Wochen nach Verkündung des Ausnahmezustandes und drei Wochen nach dem blutigen Eingreifen des Militärs in Peking einberufene Plenum des ZK hat zwar mit der Absetzung von GS Zhao Ziyang den Gewaltakt der greisen Führungsgruppe besiegelt, aber dennoch keine Klärung erbracht. [...] Mit der Kompromißwahl des neuen GS Jiang Zemin hat man wohl eine Integrationsfigur gefunden, doch wird auch er aus den sich widersprechenden Tendenzen – Diktatur der KP einerseits und Forderung nach weiterer Öffnung nach außen andererseits – kein tragfähiges Konzept entwickeln können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1302; Referat 341, Bd. 161816.

Die Gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung¹⁰ sei ein bemerkenswertes Dokument, dessen Zustandekommen noch vor kurzer Zeit undenkbar gewesen wäre. PM *Hawke* wirft ein, daß er es gelesen habe.

Der *Bundeskanzler* berichtet sodann über den Zusammenschluß von EG-Europa, der – angesichts der früheren Zerstrittenheit der Europäer – für Außenstehende wie Gorbatschow oder auch PM *Hawke* schwer verständlich sein müsse. Selbst für PM *Thatcher* sei die Intensität der kontinental-europäischen Impulse zum Zusammenschluß schwer erklärlich. In diesem Zusammenhang erläutert der *Bundeskanzler* an Einzelbeispielen die Dichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Kern der europäischen Einigung.

Zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen übergehend, äußert der *Bundeskanzler*, daß Gorbatschow in seiner Beziehung zu Präsident *Bush* noch unsicher sei, wie *Bush* umgekehrt auch in seiner Beziehung zu ihm. Jedenfalls sei Gorbatschows Beziehung zu *Bush* bisher bei weitem nicht so intensiv wie vorher die zu *Reagan*.

Dennoch biete die Entwicklung der Beziehungen der beiden Weltmächte zueinander gute Chancen für einen baldigen Beginn der START-Verhandlungen¹¹ und für eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen.

PM *Hawke* wirft ein, daß dem *Bundeskanzler* die Australische Initiative im Chemiewaffenbereich und die von Australien einberufene Canberra-Konferenz über C-Waffen¹² sicher bekannt seien. Er hoffe, daß sich die Bundesrepublik Deutschland an diesem Dialog in Canberra durch Entsendung von Regierungs- und Wirtschaftsvertretern beteiligen werde. Der *Bundeskanzler* sagt zu, daß er sich hierfür einsetzen wolle.

Im Hinblick auf die Rüstungskontrollverhandlungen weist der *Bundeskanzler* darauf hin, daß es für die Sowjetunion bei den konventionellen Waffen erhebliche Probleme gäbe. Um hier zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, werde die im konventionellen Bereich weit überlegene SU bedeutende Konzessionen machen müssen. Die Initiative von Präsident *Bush*¹³, der seinerseits Konzessionen der USA im konventionellen Bereich anbiete, sei für Gorbatschow überraschend gekommen. Sie biete eine gute Chance, um in 16 Monaten in Wien¹⁴ zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Baldige merkliche Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung könnten der Lösung unseres Problems der bei uns dislozierten Kurzstreckenraketen dienen, deren Modernisierung von der NATO und hier insbesondere von PM *Thatcher* gefordert werde. Für uns sei es inakzeptabel, daß in allen Bereichen der Kernwaffen mit Ausnahme dieser bei uns stationierten nuklearen Kurzstreckenwaffen abgerüstet werden solle. Wir wollten keineswegs für eine dritte Null-Lösung plädieren, seien aber der Auffassung, daß gerade bei den Kurzstreckenwaffen, bei denen die östliche Seite über eine 14-fache Übermacht verfüge,

¹⁰ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des *Bundeskanzlers* Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

¹¹ Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

¹² Zur Konferenz gegen chemische Waffen vom 18. bis 22. September 1989 vgl. Dok. 311.

¹³ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten *Bush* für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

¹⁴ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Abrüstungsverhandlungen für den Westen von besonderem Interesse seien. Die von Bush hergestellte zeitliche Verknüpfung der Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen über die Kurzstreckenwaffen mit vorher erreichten Ergebnissen bei der konventionellen Abrüstung lasse die „Stunde der Wahrheit“ näherücken.

Unsere Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich sei nicht primär vom Wunsch nach Reduzierung der uns durch die Bundeswehr auferlegten finanziellen Belastungen motiviert. Bei einer konventionellen Abrüstung im NATO-Bereich würden wir zuletzt einen Vorteil davon haben. Die konventionelle Stärke der NATO beruhe auf den US-Streitkräften und der Bundeswehr. Wir könnten im besten Falle in fünf bis sechs Jahren mit Truppenreduzierungen bei der Bundeswehr rechnen.

Die Truppen des Warschauer Paktes verfügten gegenwärtig über 50 000 Panzer. 40 000 von ihnen seien so modern, daß man im Westen nur den Leo II als gleichwertig ansehen könne. Auch wenn die SU 15 000 ihrer Panzer abziehe, ergebe dies noch immer kein Gleichgewicht im konventionellen Bereich zwischen Ost und West. Gorbatschow meine es mit seinen konventionellen Abrüstungsinitiativen ernst, müsse aber gerade in diesem Bereich mit innenpolitischen Schwierigkeiten rechnen, weil die Sowjetunion wegen des bestehenden Übergewichts hier erhebliche Vorleistungen zu erbringen habe.

Die prinzipielle Statik des Ostblocks werde sich nicht auf einmal, sondern nur kleinschrittig ändern. Polen und Ungarn seien hier die wichtigsten Vorreiter. Der DDR müsse die Öffnung am schwersten fallen. Öffne sie ihre Grenzen, müsse sie einen Exodus ihrer Bürger in den anderen Teil Deutschlands befürchten.

Die Bevölkerung der DDR verfolge alles, was sich in der Bundesrepublik Deutschland tue, mit größter Aufmerksamkeit. Das Zusammengehörigkeitsgefühl sei bei ihr besonders stark entwickelt.

Die Bundesregierung habe ihre Beziehungen zur DDR weitgehend normalisiert. Die Besucherzahlen im innerdeutschen Reiseverkehr stiegen stetig an. Für 1989 rechne man mit 4 Mio. DDR-Besuchern in der Bundesrepublik.

Wirtschaftlich gehe es den Menschen in der DDR besser als der Bevölkerung irgendwo sonst im Ostblock. Die Hauptprobleme für die DDR-Bürger seien dennoch nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur. Angesichts der vielen Kontakte sähen und verglichen sie, wie ihre Verwandten und Freunde im Westen lebten. Dies führe zu Unruhe.

Die DM (West) sei inzwischen zur Zweitwährung in der DDR geworden, da man sie legal erwerben und in Sonderläden in der DDR ausgeben könne. Scherzhaft unterscheide man in der DDR, wirtschaftlich gesehen, drei Klassen: Die erste Klasse seien die Funktionäre, die zweite seien diejenigen, die über DM (West) verfügten, die dritte und größte Klasse sei die der „armen Teufel“.

Ein besonders krasses Beispiel sei die Verlängerung der Bestellfrist für einen Pkw in der DDR, die 1982 zehn Jahre betragen habe und sich jetzt auf dreizehn Jahre belaufe. Die zusätzliche Verzögerung sei dadurch entstanden, daß Bürger der Bundesrepublik Deutschland seit einiger Zeit die Möglichkeit hätten, Verwandten oder Freunden in der DDR gegen Bezahlung in DM (West) einen Pkw aus DDR-Produktion zu schenken. Bei Einzahlung des Kaufpreises in DM (West)

auf ein Schweizer Konto werde der Wagen bereits nach einem Vierteljahr an den beschenkten Verwandten oder Freund in der DDR ausgeliefert.

Niemand könne heute sagen, wie es weitergehen werde, wenn Honecker und seine engere Regierungsmannschaft eines Tages gehen müssen. Dies werde noch einige Jahre dauern. Aber auch Gorbatschow warte bereits darauf.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß es Ziel seiner Politik sei, die Menschen in beiden Teilen Deutschlands zusammenzubringen und die Zusammenarbeit in für die Menschen wichtigen Bereichen wie der Umweltpolitik zu fördern.

PM *Hawke* spricht sodann das australische Interesse an der Nichtverbreitung chemischer und nuklearer Waffen an. Seine Regierung setze sich dafür ein, die Kontrollen zur Durchsetzung der Nichtverbreitung noch intensiver durchzuführen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu. Die Bundesregierung habe gerade einen „Riesenärger“ mit dem Export von Anlageteilen zur Chemiewaffenproduktion in sensible Regionen des Nahen und Mittleren Ostens erlebt. Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand habe eine kriminelle Firma unter Ausnützung der liberalen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland für Libyen eine ganze Chemiewaffenproduktionsanlage erstellt.¹⁵ Die Bundesregierung hoffe, daß das Beweismaterial für eine Verurteilung der Verantwortlichen ausreichen werde. Gerade in diesem „Rabta“-Fall seien nur wir international Angriffen ausgesetzt, obwohl an der dort gebauten CW-Anlage sechs Länder beteiligt gewesen seien. Ein wichtiger Computer stamme z. B. aus Florida.

Die Bundesregierung habe als Lehre aus dem Rabta-Fall eine besonders umfassende Exportkontrollgesetzgebung eingeführt.¹⁶ Inzwischen gäbe es bereits einen weiteren Fall, in dem eine Firma in der Bundesrepublik Deutschland Vormaterialien für C-Waffen aus Indien nach dem Iran verschifft habe.¹⁷ Bedauerlicherweise habe die Bundesregierung zu diesem Fall nicht selbst die nötigen Informationen erhalten, sondern sei erneut vom CIA darauf hingewiesen worden.

Der Bundesregierung sei daran gelegen, auch solche Fälle der Geschäftsvermittlung, ohne daß die Ware das Bundesgebiet berühre, unter Strafe zu stellen. Die Bundesregierung wolle jede Form der Beteiligung deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Firmen an der Herstellung oder Weitergabe von ABC-Waffen unter Strafe stellen. Bisher existiere eine derart weitgehende Gesetzgebung nirgendwo in der Welt. Die Bundesregierung lege jedoch größten Wert darauf und sei insoweit für jeden Rat dankbar.

Andererseits sei die Bundesrepublik¹⁸ ein Rechtsstaat, der nur aufgrund bestehender Gesetze Verurteilungen vornehmen könne. Die USA hätten hierfür z. B. auch im Falle der Nichtauslieferung des Terroristen M. A. Hamadi Verständnis gezeigt. Auf der gleichen Grundeinstellung beruhe jetzt auch die Unnachgiebigkeit der Bundesregierung gegenüber Drohungen von Terroristen, die Hamadi freipressen wollten.¹⁹

¹⁵ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 144, Anm. 9.

¹⁶ Zu den Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 59, Anm. 7.

¹⁷ Zum Fall Rheineisen vgl. Dok. 233.

¹⁸ Korrigiert aus: „Bundesregierung“.

¹⁹ Vgl. dazu den Entführungsfall Quint sowie den Entführungsfall Strübig und Kemptner; Dok. 130, besonders Anm. 7, bzw. Dok. 158, besonders Anm. 5.

PM *Hawke* kommt sodann auf China zu sprechen: Wie beurteile der BK die Ereignisse in China? Er, PM *Hawke*, habe hierüber mit den Präsidenten Bush²⁰ und Mitterrand gesprochen. Alle teilten seine Auffassung, daß ein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu China vor allem zu Nachteilen für die chinesische Bevölkerung führen müsse. Der Westen habe an der Fortsetzung der bisherigen Reform- und Öffnungspolitik auch deswegen ein Interesse, weil es gelte, eine erneute langjährige Abkapselung Chinas zu verhindern.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er diese Auffassung teile.

PM *Hawke* weist darauf hin, daß man ursprünglich für die bevorstehende COCOM-Sitzung im September d. J. eine weitere Liberalisierung der Exporte nach China vorgesehen hatte.

Der *Bundeskanzler* äußert, daß es jetzt darauf ankomme, Zeit zu gewinnen. Deng Xiaoping habe unrecht, wenn er davon ausgehe, daß eine Wirtschaftsreform ohne politische und gesellschaftliche Reformen denkbar sei. Im Gegensatz zu ihm habe Gorbatschow diesen Zusammenhang klar erkannt.

PM *Hawke* äußert, daß es für China wichtiger sei, daß Zhao Ziyang sich hierüber im klaren sei (falls Zhao überhaupt noch lebe). Betrachte man die Entwicklung der Wirtschaftsreform in China in den letzten zehn Jahren, so sei Zhao Ziyang der einzige, der in der Lage sei, die dabei entstandenen Probleme zu lösen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu. Für ihn sei die Entmachtung Zhaos schwer zu verstehen, nachdem Deng ihm noch vor kurzer Zeit erklärt habe, daß Zhao sein Erbe sein werde. Zhao sei vor zwei Jahren als privater Gast zu ihm, dem Bundeskanzler, nach Hause gekommen.²¹ So habe sich Gelegenheit zu sehr offenen Gesprächen ergeben.

PM *Hawke* wirft ein, daß er in Australien 20 Stunden zusammen mit Zhao verbracht habe.²² Er sei ein bemerkenswerter Mann.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, daß er und PM *Hawke* gemeinsam etwas unternehmen sollten, falls die chinesische Führung Zhao etwas anhaben wolle.

PM *Hawke* stimmt dem zu.

PM *Hawke* kommt sodann auf die Entscheidung seiner Regierung zu sprechen, das 1988 ausgehandelte „Übereinkommen über die mineralischen Rohstoffe der Antarktis“²³ nicht zu zeichnen. Australien wünsche ein umfassendes Umwelt-

²⁰ Für das Gespräch des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem australischen Ministerpräsidenten Hawke am 27. Juni 1989 in Washington vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memconscriptcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nur teilweise freigegeben).

²¹ Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

²² Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Australien am 18./19. April 1983.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Messer vermerkte am 3. Juni 1988, am Vortag sei das Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen der Antarktis nach sechsjährigen Verhandlungen abgeschlossen worden. Der Text werde bis November 1989 zur Zeichnung aufgelegt: „Die Konvention soll, für den Fall, daß Rohstoffaktivitäten in der Antarktis aktuell werden, einen Rechtsrahmen errichten, der den Schutz der verletzlichen antarktischen Umwelt sicherstellt und ein Wiederaufbrechen der im Antarktis-Vertrag neutralisierten Hoheitsrechte verhindert.“ Sie sehe aber auch, z. B. bei der Zusammensetzung wichtiger Organe, eine „ausgeprägte Besserstellung derjenigen Staaten vor, die in der Antarktis Hoheitsrechte geltend machen“. Dadurch würden die Regelungen „nur begrenzt unseren internen rechtlichen und wirtschaftlichen Vorstellungen“ entsprechen. Vgl. Referat 504, Bd. 194389.

schutz-Übereinkommen und einen Antarktis-Wildnispark im Rahmen des geltenden Antarktis-Vertragssystems²⁴. Es suche jetzt internationale Unterstützung für seine Initiative. Von Indien und Frankreich sei sie ihm bereits zugesagt, von Schweden, Belgien und Italien nur angedeutet. PM Hawke übergibt einen Brief mit der an den Bundeskanzler gerichteten Bitte, hierzu auf politischer oder Beamtenebene Stellung zu nehmen.

Der *Bundeskanzler* betont, daß die Bundesregierung über die Frage der Zeichnung des Übereinkommens „über die mineralischen Rohstoffe der Antarktis“ noch nicht endgültig entschieden habe. Auch wir sähen in diesem Text noch Lücken. Der 1988 mühsam erreichte Kompromiß sei jedoch unter Umständen besser als ein weiterhin ungeregelter Zustand. Die australische und die Bundesregierung sollten in dieser Frage in Kontakt bleiben und sie weiter erörtern.

Persönlich habe er, BK, viel Sympathie für den australischen Vorschlag. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland hätten einen ähnlichen Vorstoß in der Frage der Erhaltung des tropischen Regenwaldes – einem vergleichbaren Problem – im EG-Rat und auf dem letzten Wirtschaftsgipfel eingebracht.²⁵

Der brasilianische Präsidentschaftskandidat Collor de Mello habe ihn auf das Problem der öffentlichen Meinung in Brasilien hingewiesen, die unterstelle, daß die westlichen Industrieländer mit dieser Initiative neokolonialistische Ziele verfolgten. Man müsse sich jedoch darüber im klaren sein, daß der brasilianische Regenwald, der 40 % des Regenwaldes in der Welt ausmache, in zehn Jahren verschwunden sei, wenn die Industrieländer nicht für seine Erhaltung zu zahlen bereit seien.

Die Bundesregierung habe dies bereits im Falle Kenias, das über 5 % des Weltbestandes an Regenwald verfüge, praktiziert, dem es unter der Bedingung, diesen Wald zu erhalten, 860 Mio. DM Schulden erlassen habe.²⁶

Die europäischen Industrieländer könnten das Rheinwasser verbessern, aber nicht selbst den Regenwald erhalten. Experten hätten festgestellt, daß, wenn der Regenwald in Brasilien erst einmal gerodet sei, die Kahlschläge nicht mehr aufgeforstet werden könnten.

Vor diesem Hintergrund sei seine, des Bundeskanzlers, Reaktion auf die australische Antarktis-Initiative zunächst und vor allem Sympathie.

²⁴ Für den Wortlaut des Antarktis-Vertrags vom 1. Dezember 1959 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 1518–1525.

²⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. AAPD 1988, I, Dok. 181–184. Zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels erklärte Bundeskanzler Kohl bei einer Pressekonferenz am 21. Juni 1988: „Ich habe mich in der Diskussion sehr intensiv für gemeinsame Maßnahmen eingesetzt, die dem Schutz der Umwelt dienen. Wir waren uns einig, daß Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität besonders dringlich sind. [...] Mit besonderer Genugtuung können wir feststellen, daß alle Gipfelteilnehmer unseren Vorschlag unterstützen, Maßnahmen gegen die Vernichtung von Wäldern, insbesondere durch Abholzung der tropischen Regenwälder, einzuleiten. Die Auswirkungen auf das weltweite Klima sind offensichtlich. Wir waren uns alle einig, daß es einen engen Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie gibt, dem in noch viel stärkerem Maße auch international endlich Rechnung getragen werden muß. [...] Die enge Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Ökologie muß auch verstärkt Bestandteil des Nord-Süd-Dialoges werden.“ Vgl. das Manuskript; Referat 412, Bd. 168659. Vgl. dazu auch Ziffer 31 bis 33 der Wirtschaftserklärung vom 21. Juni 1988; EUROPA-ARCHIV 1988, D 386.

²⁶ Zum Schuldenerlaß der Bundesrepublik für Kenia vgl. Dok. 36, Anm. 5.

Auf Frage berichtet PM *Hawke*, daß er damit in Frankreich Unterstützung gefunden habe, nicht jedoch bei den Briten und Amerikanern. PM Thatcher sei dagegen; erst wenn Kinnock an die Regierung komme, werde dies anders. Präsident Bush neige dazu, die „Übereinkunft über die mineralischen Rohstoffe der Antarktis“ zu zeichnen.

Der *Bundeskanzler* äußert, daß er hierüber mit der US-Regierung reden wolle. PM *Hawke* bemerkt, daß die internationale Bürokratie offenbar ein eigenes Interesse an der Zeichnung der Übereinkunft entwickelt habe, nachdem sie so viel Zeit und Fleiß für die Entwürfe verwendet habe. Es handele sich aber hier um eine politische Frage. Die öffentliche Meinung in der Welt sei für den Schutz der Antarktis.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß er zu dieser Frage ein Ministergespräch führen wolle.²⁷ Er beauftragt den Unterzeichneten²⁸, hieran zu erinnern.

Abschließend stellt er PM *Hawke* die Frage, ob es hinsichtlich des australischen Fregatten-Auftrages²⁹ neue Entwicklungen gebe.

PM *Hawke* bemerkt, daß Ende Juli der Expertenbericht des australischen Verteidigungsministeriums fertiggestellt sein werde. Vorher sei das Kabinett am Entscheidungsprozeß nicht beteiligt. Er, *Hawke*, habe dem Bundeskanzler bereits in Canberra erklärt, daß der Entscheidungsprozeß relativ lang dauern werde. Wenn in vier bis fünf Wochen der Bericht der Experten fertiggestellt sei, werde das Kabinett auf der Grundlage des Berichts die Entscheidung treffen. Persönlich könne er dem Bundeskanzler jetzt lediglich sagen, daß aus seiner, des Premierministers, Sicht im Hinblick auf die geplante umfassendere bilaterale industrielle Zusammenarbeit eine Berücksichtigung des deutschen Angebots Sinn machen würde.³⁰

II. Gespräch im erweiterten Kreis

Das Gespräch wird anschließend unter Einbeziehung der offiziellen australischen Delegation und der Wirtschafts-Sondergäste fortgeführt.

Auf deutscher Seite nehmen an der Sitzung im erweiterten Kreis zusätzlich teil:

- StS Dr. von Würzen (BMWi),
- MDg Dr. Neuer,
- MDg Dr. Hartmann.

²⁷ Die Bundesrepublik zeichnete das Übereinkommen vom 2. Juni 1988 zur Regelung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen der Antarktis nicht. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Messer vom 4. Dezember 1989; Referat 504, Bd. 194393.

²⁸ Hans-Christian Ueberschaer.

²⁹ Das Bundesministerium für Verteidigung notierte am 20. September 1988: „Um das neue Fregattenbauprogramm (acht Fregatten für Australien, vier für Neuseeland) stehen zwei australische Firmenkonsortien in der Endauswahl; das eine ist mit Blohm + Voss, das andere mit einer niederländischen Werft liiert. Blohm + Voss bietet die bewährte Fregatte MEKO 200 an, von der zur Zeit vier Schiffe (für Portugal und Türkei) auf deutschen Werften gebaut werden.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144609.

³⁰ Botschafter Schauer, Canberra, meldete am 14. August 1989, das australische Kabinett habe entschieden, „den Fregattenauftrag dem AMECON-Konsortium (Melbourne) unter Beteiligung von Blohm + Voss zu erteilen. Damit hat ein mehrjähriges Auswahlverfahren einen für die deutsch-australischen Beziehungen erfreulichen Abschluß gefunden. [...] Die australische Entscheidung bedeutet ferner eine Abkoppelung von der Entscheidungsfindung in Neuseeland, nachdem dort offenbar nach der Regierungsneubildung keine kurzfristige Beschlußfassung möglich war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 342, Bd. 144470.

Der *Bundeskanzler* begrüßt die erweiterte Delegation von PM Hawke und unterstreicht erneut seine Befriedigung, daß dieser seinen Besuch in Australien so schnell erwidert habe. Man habe die in Canberra abgegebene gegenseitige Zusicherung, die Zusammenarbeit in allen Bereichen zu vertiefen, ernstgenommen. Im vorangegangenen Vier-Augen-Gespräch habe man Themen erörtert, die voraussichtlich auch auf dem bevorstehenden Wirtschaftsgipfel in Paris³¹ eine Rolle spielen würden: die Ost-West-Beziehungen, den Umweltschutz, das künftige Antarktis-Regime und die Erhaltung des Regenwaldes.

Die große räumliche Distanz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien werde für die Zusammenarbeit kein Hindernis darstellen. Er wolle die PM Hawke begleitenden hochrangigen Vertreter der australischen Wirtschaft ebenfalls zu verstärkter Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Technologie mit uns einladen.

Für Europa stünden wichtige Veränderungen bevor, die sowohl die EG wie das GATT betreffen.

Der Zusammenschluß der zwölf EG-Staaten sei für viele Nichteuropäer nicht recht faßbar; dies gelte allerdings auch für manche Europäer.

Er selbst habe diese Thematik bereits GS Gorbatschow erläutert; das gleiche werde Präsident Mitterrand bei GS Gorbatschows bevorstehendem Staatsbesuch in Frankreich³² unternehmen.

Kristallisationspunkt des europäischen Zusammenschlusses sei die enge deutsch-französische Bindung (67 Treffen mit Präsident Mitterrand während der Amtszeit des Bundeskanzlers, gemeinsame Brigade, gemeinsame Generalstabsausbildung).

Dennoch werde es auch nach Vollendung des Binnenmarkts keine Festung Europa geben. Dies werde die Bundesregierung nicht zulassen, und zwar aus folgenden Motiven:

- EG-Europa sei nur ein Teil Europas. Es liege nicht im deutschen Interesse, daß sich dieser Teil gegenüber Resteuropa abschließe.
- Auf dem Europa der Zwölf ruhe die Hoffnung der Dritten Welt. Eine „Festung Europa“ müßte deren Verschuldung noch verstärken.
- Gerade das Beispiel der deutschen Wirtschaftsentwicklung nach 1948 (Einführung der sozialen Marktwirtschaft, Währungsreform) beweiße, daß ohne eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung die Bundesrepublik Deutschland nicht das geworden wäre, was sie heute darstelle.

Trotz der insgesamt sehr positiven Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gebe es in einigen Bereichen noch Übergangsprobleme. So habe man in der Landwirtschaft zu spät mit den erforderlichen Umstrukturierungsmaßnahmen begonnen, was zu einer erheblichen Verbitterung der deutschen Landwirte geführt habe. Die gegenwärtige deutsche Kohleproduktion werde sich ebenfalls aus Rentabilitätsgründen nicht aufrechterhalten lassen. Man werde hier zu drastischen Reduktionen kommen müssen.

³¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

³² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 4. bis 6. Juli 1989. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seien die vom ER in Madrid³³ gefaßten Beschlüsse über die Wirtschafts- und Währungsunion, die jetzt unter der französischen EG-Präsidentschaft³⁴ weiterentwickelt werden müßten. Das entscheidende Datum sei das der Vollendung des Binnenmarktes am 31.12.1992. Dieser Termin werde sicher eingehalten werden; dies könnten auch „Bremser“ nicht verhindern. Im Mittelpunkt der geplanten Währungsunion werde die Schaffung einer Europäischen Zentralbank stehen. Dieses Organ – und hier sei die Bundesregierung zu keinerlei Zugeständnissen bereit – müsse unabhängig von den Regierungen agieren können. Wir hätten mit der Unabhängigkeit der Bundesbank sehr gute Erfahrungen gemacht; sie sei der Stabilität unserer Währung zugute gekommen.

Die Öffnung der nationalen Grenzen im Rahmen des Binnenmarktes werde Änderungen auf den verschiedensten Gebieten bringen – so z.B. auch in der Polizeipolitik, wo eine zentrale Koordination der verschiedenen nationalen Polizei-Organisationen notwendig werde.

Aus unserer Sicht sei der Prozeß des europäischen Zusammenschlusses nicht mehr umkehrbar. Es werde zwar sicher noch vielfach gebremst werden; es werde aber nicht dazu kommen, daß die Lokomotive am anderen Ende des Zuges angespannt werde.

EG-Europa werde nach Vollendung des Binnenmarktes genau wie bisher auf seine wichtigen Außenhandelspartner angewiesen bleiben. Als wirtschaftsstärkstes EG-Mitgliedsland fühlten wir uns besonders dazu aufgerufen, auch künftig bei der Pflege der Außenbeziehungen EG-Europa gute Dienste zu leisten. Der 1992 vollendete Binnenmarkt von 320 Millionen Menschen werde sich möglicherweise bis zum Jahre 2000 noch erweitern. Österreich wolle EG-Mitgliedsland werden³⁵; vielleicht werde sich auch die Schweiz zu einem solchen Antrag entschließen; entsprechende Überlegungen bestünden auch bei den nordischen Staaten.

Der australischen Wirtschaft wolle er das konkrete Angebot machen, ihr bei der künftigen Zusammenarbeit mit EG-Europa behilflich zu sein. Ohne freien Welthandel könne es kein Europa, wie wir es uns vorstellten, geben.

PM *Hawke* dankt dem Kanzler für diese aus australischer Sicht erfrischende Aussage, die ganz anders sei als das, was man in Downing Street gehört habe. In Australien begrüße man ein stärker integriertes Europa, wenn es nicht nur seinen Mitgliedsländern, sondern – bei richtiger Gestaltung seiner Außenbeziehungen – auch seinen Partnern Vorteile bringe.

Bei dem Wunsch, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Australien zu fördern, habe Australien bisher schlechte Erfahrungen mit der europäischen Agrarpolitik machen müssen. Die Aussage des Bundeskanzlers, daß diese Agrarpolitik auch deutschen und europäischen Interessen zuwiderlaufe, mache die deutschen Absichten klarer und verständlicher.

Australien habe seinen Einfluß in der Uruguay-Runde³⁶ aus eigenem Recht und namens der Cairns-Gruppe dazu genutzt, die Agrarfrage in das Arbeits-

³³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

³⁴ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

³⁵ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

³⁶ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 152 und Dok. 236.

programm bis zur Halbzeitüberprüfung wie auch in das der zweiten Halbzeit einzubringen. Wichtig sei nun, die Uruguay-Runde zu einem Erfolg werden zu lassen, da ein Scheitern zu einem Desaster führen müsse. Wenn es nicht zu einer Einigung über die Agrarpolitik komme, werde es keine gemeinsame Schlußübereinkunft geben.

Australien habe hier erheblich Druck auf Frankreich, Großbritannien und die USA ausgeübt und erwarte von der Bundesrepublik Deutschland eine positive Einflußnahme im EG-Rahmen, die einer vernünftigen Lösung den Weg bahne. Da man nur noch 18 Monate bis zum Ende der Uruguay-Runde habe, müsse man die Zeit nutzen, wenn die Hoffnungen für die Zeit nach 1992 sich nicht verflüchtigen sollten.

Im bilateralen Bereich akzeptiere die australische Regierung gern die deutschen Vorschläge für eine Wirtschaftskooperation bis zum Jahre 1992 und hoffe auch auf weitere Zusammenarbeit für die Zeit bis zum Ende der 90er Jahre.

Auf Wunsch des Bundeskanzlers nimmt StS *von Würzen* zu den australischen Aussagen zur Uruguay-Runde Stellung. Die Bundesregierung sei dankbar für die Rolle, die Australien als Sprecher der Cairns-Gruppe in der Uruguay-Runde gespielt habe. Die Ergebnisse der Halbzeitüberprüfung in Genf gäben Hoffnung auf eine Einigung auch in der Agrarfrage. Die Bemühungen in Montreal³⁷, hier zu konkreten Ergebnissen zu kommen, seien nicht an uns gescheitert.

Die deutsche Wirtschaft brauche dringend einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde. Das Ergebnis der Genfer Halbzeitüberprüfung sei nicht schlecht. Wir seien uns auch bewußt, daß wir im Hinblick auf den mittel- und langfristigen Abbau des Protektionismus Zugeständnisse machen müßten. Wir wollten den Gesamtumfang der Subventionierung herunterfahren, müßten uns allerdings die Freiheit vorbehalten, die Instrumente hierzu selbst zu wählen.

PM *Hawke* bemerkt, daß man auch nach der Genfer Halbzeitüberprüfung den bisherigen kooperativen Geist aufrechterhalten müsse. Problematisch sei nur, daß uns eine Berücksichtigung der jeweiligen Wählerinteressen von der angestrebten multilateralen Lösung entferne. Klar sei, daß alle zusammenwirken müßten, wenn es darum gehe, denjenigen zu helfen, die im Agrarbereich ernste Probleme hätten. Man müsse jedoch versuchen, hier von Produktionshilfen wegzukommen, da diese sich nur nachteilig auf die Interessen der Mitgliedsländer der Gemeinschaft wie auch der Agrarexportländer außerhalb der EG auswirkten. Mit Produktionshilfen ließen sich die bestehenden Verteilungsprobleme nicht überwinden.

StS *von Würzen* stimmt der Auffassung, daß man Produktionshilfen als Subventionsmittel abschaffen müsse, grundsätzlich zu. Gewisse Produktionshilfen müsse man aber noch für eine bestimmte Zeit erhalten, da ihre kurzfristige Abschaffung politisch nicht durchzuhalten sei.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, daß in der europäischen Agrarpolitik seit der dramatischen Nacht im ER im Februar 1988³⁸ große Fortschritte erzielt worden seien.

³⁷ Zur „Halbzeit-Konferenz“ der „Uruguay-Runde“ des GATT vom 5. bis 9. Dezember 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 368.

³⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988, I, Dok. 59.

Jedem Politiker sei klar, daß eine durch lange Jahre hindurch verfolgte Politik nicht über Nacht umgekehrt werden könne. Dies sei politisch nicht durchsetzbar. Die durchschnittliche Betriebsgröße in der deutschen Landwirtschaft betrage 17ha, während sie in Großbritannien rund das Zehnfache ausmache. Diesen kleinen Landwirten könne man nicht plötzlich die Existenzgrundlage nehmen.

Noch 1982 sei die Agrarpolitik der EG auf allgemeine Produktionserhöhungen ausgerichtet gewesen. Wenn 1982 ein junger deutscher Bauer zu einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle gegangen sei, habe man ihm – entsprechend der damaligen EG-Politik – empfohlen, sich 30 Kühe statt 15 zuzulegen. Die von diesem Bauern unter Kreditaufnahme getätigten Investitionen seien nach der heutigen EG-Agrarpolitik nicht mehr gefragt. Er müsse vielmehr seine Produktion reduzieren. Angesichts der bisherigen EG-Agrarpolitik sei aber eine Vollbremsung politisch nicht durchzustehen.

Die aufgrund einer falschen EG-Agrarpolitik entstandenen Butterberge seien jetzt weitgehend abgebaut. Dafür seien die Winzer im EG-Raum jetzt dabei, ihre Weinproduktion noch weiter zu erhöhen, statt sich einer Verbesserung der Qualität zu widmen.

Seine, des Bundeskanzlers, Philosophie demgegenüber sei einfach, aber schwer durchzusetzen: Wir Deutschen könnten unsere Maschinen nur dann an das Ausland verkaufen, wenn wir anderen Gelegenheit geben, bei uns ihr Fleisch und ihre Butter abzusetzen.

PM *Hawke* bemerkt dazu, daß es für Australien entscheidend sei, daß dieses Ziel allgemein akzeptiert werde. Die gegenwärtige EG-Agrarpolitik halte er politisch für fehlerhaft: Es sei nicht einzusehen, daß 90 % der Bevölkerung die Rechnung dafür zahlen müßten, daß die restlichen 10 % vom Staat alimentiert würden.

Einer der Sondergäste von PM *Hawke*, G. D. M. *Bolton*, stellt die Frage, ob es seitens der Bundesregierung eine Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Nahrungsmittelindustrie, sei es in Form von Förderungsplänen, sei es durch Unterstützung der entsprechenden wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit, gäbe.

Der *Bundeskanzler* betont, daß in der bei uns geltenden Wirtschaftsordnung der Unternehmer allein über Fragen der Kooperation mit dem Ausland zu entscheiden habe. In der deutschen Wirtschaft gebe es aber einen großen Umdenkungsprozeß zugunsten eines direkten Engagements im Ausland. Ein gutes Beispiel hierfür sei der deutsche Auslandstourismus.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sei die Bundesregierung bereit, die deutsch-australische Zusammenarbeit nach Kräften zu unterstützen, so auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Politik und der Kultur. Für die deutsch-australischen Beziehungen sei jetzt eine Aufbruchszeit gekommen, die man nutzen solle. Im Bereich der Wirtschaft biete sich vor allem eine Zusammenarbeit in Form von Joint-ventures an, über die man den in Australien gewünschten Technologietransfer am besten bewirken könne.

Der Pioniergeist der jungen Unternehmergegeneration, die zu neuen Grenzen aufzubrechen bereit sei, sei das beste Mittel im Kampf gegen die Bildung einer „Festung Europa“. Europa offenzuhalten, sei für uns alle von existentieller Bedeutung.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34071

199

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa

310-321.11 SYR

29. Juni 1989¹

Im Mittelpunkt des etwa zweistündigen Gesprächs², das mit einem Arbeitessen begann, standen die Lage im Libanon und der Nahostkonflikt.

AM Scharaa erläuterte die Haltung Syriens zum Libanon- und Nahostkonflikt.

Weitere Gesprächsthemen waren die Lage im Iran, die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen nach dem Besuch von GS Gorbatschow in Bonn³, die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die Ergebnisse des Europäischen Rats (Madrid, 26.–27.6.1989).

Im einzelnen

1) AM Scharaa berichtete zunächst kurz über das Ergebnis seines Gesprächs mit BM Schäuble, das nach seiner Ansicht positiv verlaufen sei.

Scharaa habe BM Schäuble den syrischen Wunsch nach verstärkter bilateraler Zusammenarbeit vorgetragen. Er wolle dies bei Gespräch mit BM Genscher noch einmal bekräftigen, wobei der syrische Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit über den politisch-wirtschaftlichen Bereich hinausgehe.

2) AM Scharaa erläuterte anschließend die syrische Haltung zum Libanon-Konflikt.

Obwohl es sich um eine innerlibanesische Angelegenheit handle, gebe es auch Außenfaktoren, und zwar positive wie negative. Ein negativer Außenfaktor sei Israel, das zweimal in den Libanon eingedrungen sei⁴ und unter Mißachtung der SR-Res. 425⁵ den Südlibanon seit Jahren besetzt halte.

Dies könne es nicht mit der Sorge um die Sicherheit seiner Nordgrenze begründen, da es durch seine Einmischung die Instabilität im Libanon und damit die Gefährdung seiner Nordgrenze selbst verursacht habe.

Sobald Israel sich zurückziehe, werde Ruhe im Libanon einkehren und die Gefährdung der israelischen Nordgrenze ein Ende finden.

Ein weiterer negativer Außenfaktor sei die verstärkte Einmischung des Irak (Waffenlieferungen an General Aoun) seit dem Ende des Golfkrieges.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 5. Juli 1989 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung“ an das Ministerbüro geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 5. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 310 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann mit reduziertem Verteiler mit dem Vermerk ‚von BM noch nicht gebilligt‘ verteilt werden.“

Hat Kaempffe am 6. Juli 1989 erneut vorgelegen.

² Der syrische Außenminister Scharaa hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁴ Israelische Streitkräfte intervenierten am 14. März 1978 und am 6. Juni 1982 im Libanon. Zum Einmarsch von 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 178.

⁵ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 425 des VN-Sicherheitsrats vom 19. März 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.

Erst nach Beginn der irakischen Einmischung sei der Krieg im Libanon eskaliert. Die syrische „Einmischung“ sei dagegen im Interesse des Libanon – auch der Christen, zu deren Hilfe die Syrer 1976 interveniert⁶ hätten.

Die syrische Intervention richte sich gegen alle, die den Libanon teilen wollten. Syrien wolle seinen Beitrag zur innerlibanesischen Versöhnung, zu der das Volk in seiner Mehrheit bereit sei, leisten.

Diese sei ohne eine Verfassungsreform unter Abschaffung des Konfessionalismus nicht möglich. Die Christen müßten auf Privilegien verzichten.

Darüber hinaus müsse die starke Stellung des Staatspräsidenten abgeschafft werden, der bisher außer in Budgetfragen am Parlament vorbei sowohl Personal- als auch Sachentscheidungen autonom habe treffen können.

Syrien gehe davon aus, daß die Mehrheit des libanesischen Volkes und auch die Mehrheit der Christen derartige Reformen wünschten.

Widerstand gebe es nur von seiten Aouns und Samir Geageas (dem Chef der Forces Libanaises), die ihre Privilegien nicht aufgeben wollten und hierbei von bestimmten Kreisen in Frankreich und im Vatikan unterstützt würden.

Syrien habe die Beschlüsse des Gipfels von Casablanca⁷ voll mitgetragen. Es habe die Bemühungen des Dreier-Ausschusses voll unterstützt und werde dies auch weiterhin tun. Auch Syrien sei der Auffassung, daß die Einhaltung der Waffenruhe und Aufhebung der Blockade erste Voraussetzungen für den Versöhnungsprozeß seien.

Die Blockaden könnten allerdings nur aufgehoben werden, wenn Aoun sich bereit erkläre, in die christlichen Häfen einlaufende Schiffe durch einen Ausschuß der Arabischen Liga auf Waffen durchsuchen zu lassen. Erkläre sich Aoun hierzu bereit, so werde Syrien seine innerlibanesischen Verbündeten nicht mehr mit Waffenlieferungen unterstützen.

Nach der Verabschiedung politischer Reformen durch das libanesisches Parlament, der Wahl eines Staatspräsidenten und einer Regierung müsse die territoriale Integrität des Libanon wiederhergestellt werden. Hierfür sei der israelische Rückzug Voraussetzung. Nach einem solchen Rückzug werde Syrien an der Entwaffnung der Milizen und dem Aufbau einer libanesischen Armee und Polizeitruppe mitwirken.

Vorstehender Stufenplan sei im übrigen von allen arabischen Bruderländern (außer Irak) auf der Konferenz von Casablanca mitgetragen worden.

Auf Fragen von *D3*⁸, ob sich nach den Plänen des Dreier-Ausschusses das libanesisches Parlament außerhalb des Libanon treffen sollte, erwiderte AM *Scharaa*, daß die Libanesen selbst entscheiden müßten, wie sie bei den politischen Reformen vorgehen. Hier werde sich Syrien nicht einmischen.

Auf Frage von *BM*, für wen der Dreier-Ausschuß spreche, führte AM *Scharaa* aus, daß dieser ein Mandat aller arabischen Staaten – sogar des Irak – habe.

⁶ Syrische Truppen marschierten am 1. Juni 1976 in den Libanon ein.

⁷ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26. Mai 1989 vgl. Dok. 130, Anm. 4.

⁸ Reinhard Schlagintweit.

BM *Genscher* erläuterte die Zwölfer-Position zu Libanon und zitierte die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Madrid (26.–27.6.1989)⁹, in denen die von uns mitgetragene Zwölfer-Position erneut bekräftigt worden sei.

Für die Bundesregierung und auch die öffentliche Meinung sei besonders wichtig, daß die Blockade aufgehoben werde. Wir verstünden zwar die Motive für die Forderung der Syrer nach Kontrollen der Schiffe, die die christlichen Häfen anlaufen. Es müsse dennoch eine Seite ohne Vorbedingungen den ersten Schritt tun. Dafür sei die Zeit jetzt reif.

Die Bundesregierung und ihre EG-Partner würden sich im übrigen nicht in den innerlibanesischen Reformprozeß einmischen. Der Reformprozeß müsse allerdings jetzt beginnen.

AM *Scharaa* erklärte auf entsprechende Frage von BM *Genscher*, daß nach syrischer Auffassung eine Beilegung des Libanon-Konflikts auch ohne Lösung des Nahostkonflikts möglich sei: Voraussetzung sei allerdings, daß eine gerechte und dauerhafte innerlibanesische Lösung gefunden werde.

3) BM *Genscher* sprach sodann den Nahostkonflikt an. Die Bundesregierung hätte sich bereits 1974¹⁰ in den VN für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ausgesprochen.¹¹ Die von den zwölf EG-Staaten zu Nahost in der Erklärung von Venedig (1980)¹² niedergelegte Position gelte unverändert fort. Seit der Erklärung der Außenminister der Zwölf vom Februar 1987¹³ träten die EG-Staaten für eine Friedenskonferenz unter der Ägide der VN ein. Darüber hinaus hätten die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten in der Nahosterklärung des Europäischen Rats¹⁴ positiv hervorgehoben, daß die Arabische Liga auf dem Gipfeltreffen von Casablanca die PNC-Beschlüsse von Algier¹⁵ unterstützt, in denen SR-Res. 242¹⁶ und 338¹⁷ anerkannt worden sind.

Von der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses erwarteten wir uns auch positive Impulse für die Lösung des Nahostkonflikts. Die Großmächte spielten eine entscheidende Rolle bei der Beilegung von Regionalkonflikten; Namibia und Afghanistan hätten dies gezeigt.

⁹ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen der Präsidentschaft zum Libanon-Konflikt im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 14 f.

¹⁰ Korrigiert aus: „1975“.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 52.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16 f.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988; EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

¹⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

¹⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

Das internationale Klima sei derzeit günstig, dies gelte es zu nutzen.

Auf Fragen von BM Genscher, ob Syrien seit seinem letzten Besuch in Damaskus im Januar 1988¹⁸ die Lage in Nahost negativer einschätze als damals, führte AM Scharaa aus, daß Syrien nach wie vor zuversichtlich sei. Syrien würde sich stets, im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten, an Beschlüsse der arabischen Staatengemeinschaft halten. So stehe man nach wie vor zu den Beschlüssen von Bagdad (1978)¹⁹ und Fes (1982)²⁰.

Auch die einschlägigen Beschlüsse von Casablanca würden von Syrien mitgetragen; Syrien frage sich allerdings, wie es einen Staat – Israel – anerkennen könne, der den palästinensischen Staat nicht anerkennen wolle, Expansionismus betreibe und seine eigenen Grenzen (Stichwort: Golan) festzulegen nicht bereit sei.

Es gebe zwar einige arabische Staaten, die dieses Problem für nicht besonders wichtig hielten. Syrien sei dagegen gemäßigt, aber gerecht.

Zum Shamir-Plan²¹ führte Scharaa aus, daß auch den Freunden Israels nunmehr klarwerden müsse, daß Israel eine Lösung mit demokratischen Mitteln nicht wolle.

4) BM Genscher bat AM Scharaa um seine Einschätzung der Lage im Iran.

AM Scharaa führte aus, daß Iran unter seiner neuen Führung seine Beziehungen zu den arabischen Staaten verbessern wolle. Rafsandschani und Khomeini seien derzeit Politiker, die sich gut ergänzten. Sollte allerdings Ahmad Khomeini – eher ein auf innenpolitische Themen konzentrierter, außenpolitisch unerfahrener und uninteressierter Doktrinär – bei den Wahlen im Juli²² für den Posten des Staatspräsidenten kandidieren, habe er allein aufgrund der Tatsache, daß er der Sohn des Imam sei, bessere Chancen als Rafsandschani.

5) Erörtert wurde der Stand der bilateralen Beziehungen. *Beide Minister* drückten ihre Befriedigung darüber aus, daß die bilateralen Beziehungen auch in schwierigen Zeiten intensiv und gut fortgesetzt worden seien.

Sie seien derzeit eng und freundschaftlich und sollten weiter vertieft werden.

AM Scharaa sprach den Wunsch Syriens an, bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den Genuß einer Sonderregelung zu kommen, wonach FZ-Neuzusagen in Ausnahmefällen auch dann möglich sind, wenn das Empfängerland – so wie derzeit Syrien – mit Rückzahlungsverpflichtungen in Verzug sei. Bei Gesprächen im BMZ sei syrischer Seite bedeutet worden, daß hierzu die Zustimmung des BMF nötig sei.

BM Genscher erwiderte, er wolle dies – ohne Zusagen machen zu können – mit dem BMF aufnehmen.

¹⁸ Bundesminister Genscher besuchte Syrien am 15./16. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 16 und Dok. 21.

¹⁹ Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Gipfelkonferenz arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

²⁰ Vom 6. bis 9. September 1982 fand in Fes eine Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 566–568.

²¹ Zum Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für den Nahen Osten vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

²² Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

6) BM Genscher unterrichtete zum Schluß AM Scharaa über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach seinem letzten Besuch in Washington²³, über das Ergebnis des Gorbatschow-Besuchs in Bonn und das Ergebnis des Europäischen Rats in Madrid (26.–27.6.1989).

7) AM *Scharaa* lud BM Genscher zu einem Besuch in Syrien ein. Die Einladung wurde von BM *Genscher* angenommen.

Referat 310, Bd. 149700

200

Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 605

Aufgabe: 29. Juni 1989, 14.00 Uhr¹

Ankunft: 29. Juni 1989, 14.57 Uhr

Betr.: Innere Lage;
hier: Serbische Kosovo-Feiern

Zur Unterrichtung

1) Die vergangene Woche stand in Serbien ganz im Zeichen der Feiern zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo), die in der feierlichen Massenveranstaltung am Denkmal der Schlacht (in der Nähe von Pristina) ihren Höhepunkt fanden.

Die Veranstaltungsreihe begann am 23.6. mit einem internationalen wissenschaftlichen Symposium über die Bedeutung der Schlacht in Geschichte und Gegenwart in der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (deutscher Teilnehmer: Prof. Kroll, Göttingen, über die Schlacht in der deutschen Slawistik).

Am 25.6. fand in Belgrad eine Großveranstaltung der serbisch-orthodoxen Kirche mit 100 000 bis 150 000 Teilnehmern statt.

Am Festakt der Republik Serbien am 26.6. im Belgrader Sava-Centar nahmen u. a. Regierungschef Marković und die hohe orthodoxe Geistlichkeit teil. Wir waren nur durch den Kulturattaché² vertreten, entsprechend dem Verhalten der größeren EG-Partner.

2) Die Hauptveranstaltung am 28.6. auf dem Amselfeld (Kosovo) wurde von über 1 Million Teilnehmern, vornehmlich aus Serbien, besucht. Der Vorsitzende des Staatspräsidiums, Drnovšek, Parteipräsident Pančevski und Regierungschef

²³ Bundesminister Genscher besuchte die USA am 20./21. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Göckel und Legationssekretär Walter, beide Belgrad, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 30. Juni 1989 vorgelegen.

² Johannes Haindl.

Marković nahmen teil. Patriarch German vertrat die serbisch-orthodoxe Kirche. Wir waren – wie alle EG-Partner – weisungsgemäß nicht vertreten; von den NATO-Partnern war nur der türkische Botschafter³ anwesend.

Der serbische Republikspräsident Milošević vertrat in seiner Festrede die bekannten serbischen Positionen. Er spannte den Bogen von 1389 bis ins Jahr 1989, in dem Serbien nach seiner Freiheit nun auch seine Einheit wiedergefunden habe. Die Schlacht auf dem Kosovo sei das Symbol eines serbischen Heldentums, das sich heute beim Kampf um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau Serbiens bewähren müsse.

Die Versammlung endete ohne Zwischenfälle – vielfach waren albanische Anschläge oder serbische Übergriffe befürchtet worden –, was wohl nicht zuletzt auf die umfangreichen Sicherungsmaßnahmen zurückzuführen ist.

3) Bewertung

Die über 1 Million Serben sind nicht nur deshalb in den Kosovo gekommen, weil sie der Geschichte gedenken wollten. Da die Schlacht auf dem Amselfeld zu 500 Jahren türkischer Oberhoheit über Serbien führte, ist die Schlacht selbst auch nicht unbedingt ein Anlaß für Jubelfeiern. Der Mythos, der sich in der serbischen Überlieferung um die Schlacht bildete, ist jedoch einer der wichtigsten staatsbildenden Faktoren in der serbischen Geschichte. Die Schlacht auf dem Amselfeld wurde als wichtiger Beitrag bei der Verteidigung nicht nur Serbiens, sondern des (christlichen) Abendlandes gegen die (islamischen) Türken dargestellt. Serbiens europäische Identität wurde immer wieder betont.

Für die Teilnahme an den Feiern auf dem Amselfeld dürfte die Gegenwart jedoch ebenso wichtig wie die Geschichte gewesen sein. Die Feiern waren eine machtvolle Demonstration der serbischen Präsenz im Kosovo. Nach den Änderungen der serbischen Verfassung und den folgenden Notstandsmaßnahmen im Kosovo⁴ ging es jetzt um die „Rückkehr der Serben“.

Auffallend war, wie eng die serbische Partei, der Staat und die serbisch-orthodoxe Kirche zusammenstanden. Die serbische „Homogenisierung“ erlebte einen weiteren Höhepunkt.

[gez.] Eiff

Referat 214, Bd. 139834

³ Tevfik Ünaydın.

⁴ Zur Lage im Kosovo vgl. Dok. 79.

201

**Gespräch des
Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt,
mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow**

30. Juni 1989¹

Gespräch AL2 mit dem bulgarischen Außenminister Petar Mladenow (Bonn, 30. Juni 1989, 11.00–12.00 Uhr)²

AL übermittelt herzliche Grüße des Bundeskanzlers, der bedauere, aus Termingründen den Außenminister nicht empfangen zu können. Er – der Bundeskanzler – erinnere sich aber gern an seine Reise nach Bulgarien³, zuerst als Oppositionsführer, sowie seine Begegnungen mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow.

AL stellt sodann im Rückblick auf den Besuch GS Gorbatschows⁴ fest, die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien heute in einer sehr guten Verfassung; bereits am übernächsten Wochenende⁵ komme eine starke sowjetische Wirtschaftsdelegation auf unmittelbare Weisung GS Gorbatschows, um auf diesem Gebiet nachzuarbeiten⁶.

AL bittet sodann um eine Einschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion.

AM Mladenow (M.) dankt für die Grüße des Bundeskanzlers und gibt einen Überblick über seine Gespräche mit Bundesminister Genscher.⁷ Erneut habe man feststellen können, daß es keine akuten Probleme in den bilateralen Beziehungen gebe und damit gute Voraussetzungen für ihre weitere Entwicklung gegeben seien.

Einen besonderen Stellenwert in diesen Gesprächen habe die weitere Perspektive der gesamteuropäischen Entwicklung eingenommen: Hier sei in der Tat ein neues Klima der Zusammenarbeit entstanden.

Dies habe sich – wie AL zu Recht angedeutet habe – auch bei den deutsch-sowjetischen Beziehungen gezeigt. Der Besuch GS Gorbatschows in unserem Lande

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 3. Juli 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 3. Juli 1989 vorgelegen.

² Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl besuchte Bulgarien vom 5. bis 7. Juni 1976.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ 8./9. Juli 1989.

⁶ Vom 8. bis 12. Juli 1989 hielt sich der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident und Gosplan-Vorsitzende Masljukow mit einer Delegation in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 232, Anm. 10.

⁷ Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 29. Juni 1989 im Kreis der Delegationen wurden die bilateralen Beziehungen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem im konventionellen Bereich, SNF, START sowie die türkische Minderheit in Bulgarien behandelt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139826.

sei die seit dem Zweiten Weltkrieg deutlichste Bekundung dafür, daß die Völker und Regierungen beider Länder in Frieden und Verständigung leben und zusammenarbeiten wollen. Dies sei sehr wichtig auch für Bulgarien, denn ohne gute Beziehungen zwischen der SU und der Bundesrepublik Deutschland seien positive Veränderungen in Europa nicht möglich. Deshalb freue sich auch Bulgarien über diese Aufwärtsbewegung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Nicht zuletzt habe die „Gemeinsame Erklärung“⁸ große Perspektiven eröffnet und sei für alle europäischen Länder von Bedeutung. Zwar bleibe noch viel zu tun, doch sei der eingeschlagene Weg richtig und liege im Interesse der Verbündeten beider Seiten.

Wichtig sei auch die Feststellung der „Gemeinsamen Erklärung“, daß die USA an diesem Prozeß teilnehmen müßten – in der Tat könne man ohne sie ein gemeinsames Haus Europa nicht bauen.

Größtes Augenmerk habe er – AM M. – mit Bundesminister Genscher dem Ausbau der bilateralen Beziehungen gewidmet. Es sei nun einmal so, daß Bulgarien in Europa nur zwei Freunde habe: die Deutschen und die Russen – dies werde von anderen, etwa den Engländern, manchmal nur schwer verstanden. Aber es sei die Realität. Er sei sich mit BM Genscher einig gewesen, den erreichten guten Stand der Beziehungen weiter zu pflegen. Er kehre optimistisch nach Sofia zurück.

AL unterstreicht die außerordentliche Breite, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten zwei Jahren gewonnen haben: Allein in den letzten sechs Monaten 17 Abkommen und die „Gemeinsame Erklärung“, die von GS Gorbatschow selbst als „einzigartig“ und von uns als „historisch“ bezeichnet worden sei. Dies alles verdeutliche, daß wir die Beziehungen umfassend und in allen Bereichen entwickeln wollten: von regelmäßigen politischen Begegnungen auf höchster Ebene über regelmäßige Konsultationen der Außenminister bis hin zur wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit sowie der Kooperation auf neuen Feldern wie Umweltschutz und Arbeitssicherheit.

Dabei sei klare Politik der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeskanzlers persönlich, diese Breite der Entwicklung nicht nur mit der SU, sondern mit allen Warschauer-Pakt-Staaten – auch hier nicht nur mit ausgewählten – zu erzielen. Dabei zeige sich eine Wechselwirkung zwischen den Reformprozessen in den sozialistischen Ländern und unseren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Deshalb habe er – AL – auch mit großer Aufmerksamkeit gelesen, was Staatsratsvorsitzender Schiwkow jetzt in Moskau⁹ über die bulgarischen Reformpläne ausgeführt habe. Denn es gebe noch eine weitere Wechselwirkung: die zwischen wirtschaftlichen Reformen einerseits und den¹⁰ politisch-gesellschaftlichen Reformen andererseits. Wir würden es deshalb sehr begrüßen, wenn Bulgarien im Zuge seiner Reformen auch die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland erweitern würde. Er bitte deshalb AM um nähere Einzelheiten zu den geplanten Reformen.

Mladenow verdeutlicht, Reformprozesse müßten allen Ländern (des Warschauer Pakts) zugute kommen, nicht allein Bulgarien. Selbstverständlich müsse bei der

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

⁹ Der bulgarische Staatsratsvorsitzende Schiwkow hielt sich am 23. Juni 1989 in der UdSSR auf.

¹⁰ Korrigiert aus: „die“.

Durchführung in unterschiedlicher Art und Weise vorgegangen und insbesondere das Tempo an die Bedingungen des jeweiligen Landes angepaßt werden. Wenn deshalb einige Stimmen behaupteten, Ungarn und Polen seien weit vorangeschritten, so müsse er entgegenhalten, daß man Reformen nicht als Wettlauf verstehen dürfe. Sie seien eine sehr ernsthafte Sache, die im Inneren zu tiefgreifenden Änderungen führen und die Möglichkeit zu größerer Teilhabe an der internationalen Arbeitsteilung und damit zu schnellerer Entwicklung schaffen werden. Gerade deshalb müsse man Destabilisierung, sowohl im wirtschaftlichen sowie im politischen Bereich, vermeiden. Niemand könne von einer Destabilisierung Bulgariens Nutzen haben.

M. wendet sich sodann gegen die Unterteilung der WP-Staaten in reformwillige, in zögernde und in reformunwillige Länder. Derartige Unterteilungen vereinfachten. Tatsächlich habe Bulgarien im Wirtschaftsbereich eine Pionierrolle gespielt. Beabsichtigt sei z. B. eine Änderung der Eigentumsgesetzgebung und der dahinterstehenden Philosophie, auf deren Grundlagen bisher die Gesellschaft aufgebaut worden sei. Dies sei ein sehr ernsthaftes, nicht über Nacht zu lösendes Problem. Andererseits sei es eine richtige Frage, ob man sich wirtschaftliche Reformen ohne politische Reformen vorstellen könne. Tatsächlich müsse man in etwa parallel vorgehen. Wenn wirtschaftliche Reformen durchgeführt würden, politische Reformen aber ausblieben – oder umgekehrt –, könne dies zweifellos in einem gewissen Zeitpunkt zu Kollisionen führen – er denke an die chinesischen Ereignisse. Nach seiner persönlichen Meinung – die Chinesen wüßten dies sicher besser – seien in der Tat Diskrepanzen zwischen beiden Reformprozessen die tiefere Ursache für das Geschehene.

Deshalb wende sich Bulgarien auch verstärkt den politischen Reformen zu. Geplant seien:

- Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen auf untere Organe – zentral sollten nur solche Entscheidungen getroffen werden, die die niedere Instanzen nicht zu treffen in der Lage seien.
- Selbstverwaltung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich, die den Menschen das Gefühl vermitteln solle, wirkliche Subjekte der Machtausübung zu sein; auch dies ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung.
- Überprüfung von Gesetzgebung und Machtstrukturen und ihre Anpassung an internationale Rahmenbedingungen: Entwicklung zu einem modernen, zivilisierten Rechtsstaat, in dem die Gesetze über allen stehen und für alle gleichermaßen gelten.

Auf dem ersten Gebiet habe Bulgarien schon viel geleistet, auf den anderen müsse weitergearbeitet werden. Dabei sei nicht einfach, daß nach ersten Schätzungen etwa 75 % der bisherigen Gesetze geändert werden müßten.

- Änderung der Verfassung¹¹ mit Einführung eines befristeten Mandatssystems (höchstens zwei Amtsperioden).

Zu Recht – so M. weiter – habe AL das Gespräch des Staatsratsvorsitzenden mit GS Gorbatschow erwähnt. Grundsätzlich könne man sagen, daß Bulgarien die

¹¹ Für den Wortlaut der bulgarischen Verfassung vom 18. Mai 1971 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 49–71.

strategische Linie der Umgestaltung in beiden Ländern teile, bei der taktischen Umsetzung aber die eigenen Verhältnisse berücksichtige und deshalb nicht einfach alles kopiere. Die SU habe ganz andere Probleme, z.B. die Abrechnung mit dem Stalinismus und seinen Übergriffen. Zwar habe es damals auch in Bulgarien Leute gegeben, die gelitten hätten, in der SU jedoch seien viele Millionen umgekommen. Deshalb stelle sich die Frage für die SU viel schärfer, diese Periode endgültig zu überwinden, die Ausschreitungen zu verurteilen und eine Wiederkehr dieser Zustände nicht zuzulassen.

In Bulgarien seien andere Probleme wichtiger, insbesondere so schnell wie möglich die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln und damit die Grundlage für ein demokratisches System zu schaffen, in dem die Menschen an den heutigen und an den morgigen Tag glauben.

Was den Vergleich mit Polen angehe, so sei es nach seiner Meinung in der Tat nicht notwendig, in Bulgarien eine Solidarität zu gründen.

Kurzum: Es gelte, im Auge zu behalten, was in anderen Ländern Gutes geschaffen worden sei, und gleichzeitig maximal den nationalen Bedingungen Rechnung zu tragen. Man dürfe Reformen nicht um der Reformen willen durchführen, sondern sie müßten für das Volk richtig und nützlich sein.

M. übermittelt abschließend Grüße des Staatsratsvorsitzenden an den Bundeskanzler. Er werde im übrigen gern beim bevorstehenden Treffen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes¹² auch den sowjetischen Kollegen die positive Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die er hier vorgefunden habe, übermitteln.

AL dankt für die Grüße an den Bundeskanzler und betont, dieser habe die beim Besuch des Staatsratsvorsitzenden¹³ ausgesprochene Gegeneinladung sehr gern angenommen. Aufgrund unserer innenpolitischen Lage sei noch nicht entschieden, welche der Reisen der Bundeskanzler im Herbst unternehmen werde. Es bestehe jedoch eine gewisse Möglichkeit, in diesem Zeitraum auch Bulgarien zu besuchen.

Mladenow erkundigt sich nach Reiseplänen in Richtung Polen.

AL erwidert, hier gestalteten sich die Dinge noch etwas schwierig, auch aufgrund der inneren Lage in Warschau. Niemand wisse, ob die heutige Führung in 14 Tagen noch im Amt sei: Diese Situation erschwere auch die von ihm geführten Vorbereitungsgespräche.¹⁴

¹² Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

¹³ Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 158.

¹⁴ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 159, Anm. 4. Teltschik und Kucza trafen am 26. Juni 1989 in Bonn erneut zusammen. Ministerialdirigent Höyneck vermerkte am 27. Juni 1989, er habe Teltschik um Informationen zu dem Gespräch gebeten: „1) Herr Teltschik sagte, der Sachstand sei ‚unverändert‘. Auf meine Frage, was dies bedeute, erwiderte er, die Verhandlungen gingen weiter. Auch Herr Kucza habe großen Wert auf die Feststellung gelegt, daß

Der Bundeskanzler – so AL weiter – habe GS Gorbatschow mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir nicht an einer Destabilisierung von wem auch immer interessiert seien. Wenn also jetzt mit Polen verhandelt werde, gehe es darum, einen Beitrag zu leisten, daß die Reformen gut und erfolgreich durchgeführt werden könnten.

Unter diesem Aspekt begrüße er ausdrücklich die Einschätzung M.s hinsichtlich Chinas. Man müsse deshalb alles tun, daß in anderen Ländern eine solche Kluft zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen nicht entstehe.

Was Bulgarien selbst angehe, so sei im Westen zu wenig bekannt, was tatsächlich geschehe, wie weit die wirtschaftlichen Reformen inzwischen vorangeschritten seien.

Nicht bekannt gewesen sei auch bei uns die kürzliche Änderung von Ausreisebestimmungen. Er wolle damit ein Thema, das M. sicher bereits mit jedem deutschen Gesprächspartner erörtert habe, nämlich das Los des türkischen Bevölkerungsteils¹⁵, nicht erneut ansprechen, wohl aber betonen, daß Bulgarien sich um sein Bild nach außen sorgen müsse, weil sonst insbesondere in Wirtschaftskreisen Zurückhaltung fortbestehe, sich in Bulgarien zu engagieren.

Botschafter *Evtimov* beklagt, daß unsere Massenmedien einseitig informieren – oder aber für bulgarische Informationen überhaupt nicht zugänglich seien. Er bittet um die Unterstützung der Bundesregierung.

AL bittet zu erwägen, verstärkt Abgeordnete des Deutschen Bundestages einzuladen – dies werde dann selbstverständlich auch Resonanz in unseren Medien haben.

Mladenow ergänzt, er habe AL sehr wohl verstanden. Er verabschiedet sich und erneuert die Grüße an den Bundeskanzler.

Referat 214, Bd. 139826

Fortsetzung Fußnote von Seite 901

die Verhandlungen nicht in einer Sackgasse seien. 2) Auf meine Frage nach den konkreten polnischen Forderungen: Kucza habe wiederum verlangt, daß das deutsche Angebot ‚mit einer Zahl‘ versehen werde. Außerdem habe Kucza erneut einen ungebundenen Finanzkredit erbeten; dies habe er, Teltchik, erneut zurückgewiesen.“ Der Termin für einen Besuch von Bundeskanzler Kohl in Polen sei „weiterhin offen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

¹⁵ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

202

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke

204-321.15-281/89 geheim

30. Juni 1989¹

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am
29.6.1989 in Paris²

Die Politischen Direktoren (D²³, Dufourcq, Fretwell, Acting Assistant Secretary Dobbins) trafen sich am 29. Juni in Paris zu ihren regelmäßigen vertraulichen Konsultationen.

Im Vordergrund der Konsultationen stand die Frage der Koordinierung der Politik gegenüber Osteuropa (insbesondere Polen und Ungarn). Hierzu hatte GB zwei Papiere als Diskussionsgrundlage ausgearbeitet.

1) Einvernehmen bestand, daß

- enge Konsultationen und eine Koordinierung des Vorgehens (sowohl politisch wie wirtschaftlich) dringend geboten sind,
- die westlichen Staaten gemeinsam durch geeignete Maßnahmen zum Prozeß wirtschaftlicher Reformen beitragen sollten,
- die Unterstützung wirtschaftlicher Reformen ein Mittel für den Westen ist, die politischen Reformen voranzubringen,
- die gemeinsamen Bemühungen gegenwärtig auf Polen und Ungarn konzentriert werden sollten,
- politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte in eine Gesamtbewertung eingehen müssen,
- Japan in die Koordinierung miteinbezogen werden sollte,
- die EG-Kommission beteiligt sein muß.

Auch USA zeigten ein ausgeprägtes Interesse an Konsultation und Koordinierung mit Blick auf die Reise von Präsident Bush nach Polen und Ungarn⁴ wie auch als Ausdruck der politischen Vorgabe der jetzigen Administration, generell und auch speziell hinsichtlich Mittel- und Osteuropa mit der EG und den EG-Ländern eng abgestimmt zusammenzuarbeiten. Dobbins wies auf die Reden von Präsident Bush in Boston⁵ und Mainz⁶ hin. Auf persönlicher Basis meinte er,

¹ Hat Bundesminister Genscher am 1. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 3. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 6. Juli 1989 erneut vorgelegen.

² Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. ferner Dok. 203.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 21. Mai 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 582–585. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 334–337.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

daß sich gerade der Bereich Osteuropa besonders für einen ersten Ansatz eines von Washington gewünschten stärkeren Dialogs mit der EG eignen würde.

Dobbins kündigte noch vor dem Bush-Besuch in Polen und Ungarn (Abreise 9.7.) US-Vorschläge für das weitere gemeinsame Vorgehen an: Erörterung beim WWG⁷ und Schaffung eines Koordinierungsmechanismus. Präsident Bush strebt vor seiner Reise schon insoweit eine Abstimmung mit den Sechs an, daß er in Polen und Ungarn von seinen Zielsetzungen beim WWG sprechen kann.

D2 unterstrich, daß wir dem gemeinsamen Vorgehen größte Priorität beimessen. Er rief ins Bewußtsein, daß es sich bei der Entwicklung in diesen Ländern um einen Prozeß handelt, der sich in die richtige, von uns gewünschte Richtung bewegt und der von uns in jeder Phase Schritt für Schritt durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden muß. Er trat, unterstützt von F, dafür ein, daß wir uns nicht (wie ansatzweise im britischen Diskussionspapier) selbst durch zu hohe politische Bedingungen („Erreichung demokratischer Zustände“) zu hohe Hürden für ein Aktivwerden setzen.

2) Bei der Diskussion über das für Konsultationen und Koordinierung geeignete Forum wurde kein Konsens erreicht. Eine deutliche Tendenz für einen Siebener-Rahmen war erkennbar (USA, GB, D).

F wies dagegen auf den starken Vorbehalt Präsident Mitterrands gegen jede Einrichtung von WWG-Gruppen hin (die Sieben können sich nicht anmaßen, Steuerungsgruppe der Weltpolitik zu sein) und sprach sich eher für Viererkreis und Einbeziehung Japans über OECD, IWF, Pariser Club aus.

USA plädierten dafür, durch den WWG je eine Gruppe (als sichtbare politische Differenzierung) für die Koordinierung gegenüber Polen und Ungarn ins Leben zu rufen, die sich als „Motor“ für Hilfsmaßnahmen, nicht als Steuerungsgruppe versteht und anderen interessierten Staaten zur Teilnahme offensteht. Zur Überbrückung der französischen Vorbehalte könnte daran gedacht werden, beim WWG nicht die Einsetzung der Gruppen zu beschließen, sondern nur zur Bildung von Koordinierungsmechanismen aufzurufen.

D2 sah in den Sieben die Kerngruppe, die von den Fragen am stärksten betroffen ist. Er hielt einen Siebener-Mechanismus auch ohne strukturelle Verbindung zum WWG für denkbar und wollte eine Ausweitung auf andere Länder (z. B. Österreich, einzelne EFTA-Staaten, Spanien) nicht ausschließen. Er wies darauf hin, daß auch der BK die Absicht habe, diesen Fragenkreis beim WWG anzusprechen.

3) Die Vorbereitungen für den Bush-Besuch in Polen und Ungarn sind noch nicht abgeschlossen. Dobbins erwähnte – mit der Bitte um vertrauliche Behandlung, damit dem Präsidenten bei seinem Aufenthalt der „news value“ erhalten bleibt – folgende geplante Maßnahmen:

a) gegenüber Polen:

- Unterrichtung über die beabsichtigten Konsultationen (beim WWG) über gemeinsames westliches Vorgehen,
- Schaffung einer Stiftung zur Förderung privater Investitionen für Kleinunternehmen (zum Kapital, zu dem auch andere Länder (beim WWG) aufgefordert

⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

werden sollen beizutragen, wollen die USA 100 Mio. \$ bereitstellen (Mittelfrage noch ungeklärt)),

- verstärkte Zusammenarbeit beim Umweltschutz als Anstoß für weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit,
- Aufnahme in den Länderkreis der Overseas Private Investment Guarantees (OPIG) Insurance,
- Investitionsschutzabkommen,
- Abkommen über verstärkten Handelsaustausch und Privatinvestitionen,
- Zusammenarbeit im Energiebereich und Wohnungsbau sowie bei der Tourismusförderung,
- Einrichtung von US-Kulturzentren;

b) gegenüber Ungarn:

- Unterrichtung über die beabsichtigten Konsultationen (beim WWG) über gemeinsames westliches Vorgehen,
- Schaffung einer Stiftung zur Förderung privater Investitionen für Kleinunternehmen (zum Kapital, zu dem auch andere Länder (beim WWG) aufgefordert werden sollen beizutragen, wollen die USA 25 Mio.\$ bereitstellen (Mittelfrage noch ungeklärt)),
- Einräumung des Meistbegünstigungsstatus,
- Zivilluftfahrtabkommen,
- Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technologie,
- Tourismusvereinbarung,
- Vereinbarung über Einsatz des Peace Corps,
- Einrichtung eines Büros des Endowment for Democracy (zur Unterstützung der Parteien).

D2 wies darauf hin, daß die Stiftung zur Förderung von Privatinvestitionen den ungarischen Wünschen entspricht, wie sie auch gegenüber BM bei seinem kürzlichen Besuch⁸ von der ungarischen Führung zum Ausdruck gebracht wurden.

v. Moltke

VS-Bd. 13036A (204)

⁸ Bundesminister Genscher besuchte Ungarn am 9. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1989

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1989

Band II: 1. Juli bis 31. Dezember 1989

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Daniela Taschler, Tim Szatkowski
und Christoph Johannes Franzen

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-066217-7
e-ISBN (PDF) 978-3-11-066281-8
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-066223-8
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Control Number: 2019952378

© 2020 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

203

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke

204-321.15-285/89 geheim

3. Juli 1989¹

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am
29.6.1989 in Paris

Anlg.: 1 (9 Seiten)

1) Die Politischen Direktoren (D2², Dufourcq, Fretwell, Acting Assistant Secretary Dobbins) trafen sich am 29. Juni in Paris zu ihren regelmäßigen vertraulichen Konsultationen. Im Vordergrund der Konsultationen stand die Frage der Koordinierung der Politik gegenüber Osteuropa (insbes. Polen und Ungarn). (Hierzu gesonderter Vermerk.³)

Die weiteren Themen waren

- Sowjetunion (innen- und außenpol. Entwicklung),
- Osteuropa (Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien),
- operative Schlußfolgerungen aus NATO-Gipfel (Bush-Initiative),
- Abrüstung und Rüstungskontrolle (START, CW),
- Regionalthemen (China, Iran, Libanon, Naher Osten, Kambodscha, Südafrika, Äthiopien),
- Wirtschaftsgipfel.

2) Zusammengefaßtes Ergebnis

Sowjetunion

- Einigkeit in der allgemeinen Beurteilung der Lage (Wirtschafts- und Finanzprobleme, ethnische und religiös begründete Nationalitätenprobleme) und der noch unangefochtenen Stellung Gorbatschows. GB pessimistischer infolge Sacharow-Äußerungen in London (keine Demokratiestärkung, sondern Machtkonzentration). GB und USA wiesen auf Notwendigkeit weiterer Militärausgabenkürzungen hin (gegenüber Chief of Staff Admiral Crowe von sowj. Militärs bestätigt (geringere Panzerproduktion)).
- SU–F: Politische Erklärung bei G.-Besuch von F abgelehnt, zwölf Abkommen.
- SU–GB: unverminderte sowj. Spionageaktivität, die Beziehungen belastet (keine Änderung durch G.-Politik).
- SU–USA: positive Entwicklung (US-Einschätzung), Fortsetzung START u. CW, Regionalgespräche Asien, Horn v. Afrika, Terrorismusgespräche.
- SU–Iran: sowj. Waffenlieferungen (Quelle: irak. Botschaft in Moskau) von anderen nicht bestätigt; allgemein vorsichtige Reaktion Gs. bei Rafsandschani-Besuch (F).

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 5. Juli 1989 vorgelegen.

² Dieter Kastrup.

³ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke vom 30. Juni 1989 vgl. Dok. 202.

- SU–China: Bemerkenswert vorsichtige Reaktion Gs. auf Vorgänge (F, D2), GB wollte erneute Verschärfung ideolog. Konfrontation nicht ausschließen. F sah begrenzte Auswirkungen auf das asiat. politische Kräftefeld durch Normalisierung der Beziehungen (China interessiert, USA und SU gegeneinander auszubalancieren und bei anderen asiat. Staaten nicht Gefahr einer Achse Moskau–Peking entstehen zu lassen).

Polen

- F berichtete von polnischer Demarche in Paris mit Unterrichtung über besorgniserregende Lage (in Land und Partei), die im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl (Jaruzelski) gesehen wird.
- F und GB wiesen auf Problem für Solidarität hin, in die Verantwortung institutionell eingebunden zu werden.

Ungarn

- GB brachte Sorge über sich beschleunigende Geschwindigkeit der Reformen zum Ausdruck. D2 wies auf bei BM-Besuch von allen polit. Führern zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit zur Fortführung der Reformen hin.

Rumänien

- Einigkeit, Druck aufrechtzuerhalten. USA wollen Beziehungen nicht ganz unterbrechen lassen. F wies auf zunehmende Isolierung im Osten hin.

Bulgarien (türkische Minderheit)

- D2 berichtete über Mladenow-Besuch (Anregung zur Einladung von Journalisten zu Augenschein). USA haben Vorgehen scharf kritisiert und Treffen stellv. AM Eagleburger–bulg. Botschafter abgesagt. F berichtete, daß Türkei VN-SR im August (Vorsitz: Jugoslawien) anrufen will.

NATO-Gipfel (oper. Schlußfolgerungen)

- VKSE: Einigkeit, daß westl. Vorschlag (Bush-Initiative) zügig eingebracht werden muß. USA und D2 drängten auf Einhaltung Zeitplans. D2 regte Einbringung noch vor Sommerpause (13.7.) an und forderte, HLTF-Diskussion (7.7.) entsprechend voranzutreiben (Definition und Höchststärke bei Flugzeugen und Hubschraubern). F verlangte unbedingte Einbeziehung von Verifikation (so auch GB) und Nichtumgehungsbestimmungen in Vorschlag; USA hielt dies erst für September für nötig und machbar.
- SNF: F bewertete Gipfel-Kompromiß positiv (keine dritte Null-Lösung, Priorität bei konvent. Rüstungskontrolle) und forderte, SU nicht Gelegenheit zu geben, verfrüht SNF-Verhandlungen vorzuschlagen.
- CW: US policy review noch nicht abgeschlossen. D2 hielt Verifikationsproblem für lösbar und unterstrich Bedeutung baldigen CW-Abkommens. F berichtete von (den anderen nicht bekannten) Fortschritten in Genf in Verifikationsfrage. GB nach Karpow-Besuch weiter pessimistisch über sowj. Kooperationsbereitschaft (wenig glaubwürdig zu CW-Beständen).

Regionalthemen

- China: GS Jiang Zemin Technokrat ohne Hausmacht. Macht in den Händen der Armee, die aber geteilt (F). Deng hat im Politbüro Gleichgewicht hergestellt, das nach seinem Ausscheiden wieder aufbrechen wird (F). F wegen

Kambodschafrage und GB wegen Hongkong besonders an Beziehungen interessiert. USA wollen Wirtschaftsgipfel befassen.

- Iran: Einigkeit, daß Entwicklung unklar. Chancen für Wahl Rafsandschanis und damit pragmatische Politik (F). F wollte nicht ausschließen, daß Parlament auf Wahl des Sohnes von Khomeini besteht. GB sah weitere Auseinandersetzungen mit Konservativen und Fundamentalisten. Geiselsproblem unverändert (USA, GB), steht Normalisierung der Beziehungen entgegen.
- Libanon: Einigkeit, daß Libanon-Komitee weiter unterstützt werden muß, auch wenn Chancen für Ergebnis begrenzt.
Naher Osten: USA streben Erklärung zu Shamir-Plan beim Wirtschaftsgipfel (Chairman's Statement) an. F hielt ausschließliche Unterstützung Shamir-Plans für ausgeschlossen, D2 wies auf Madrider ER-Erklärung hin.
USA trat für Förderung Shamir-Plans ein und stellte fest, daß PLO ihn bisher nicht eindeutig zurückgewiesen hat.
- Kambodscha: Prognosen über Konferenz am 25.7. in Paris schwierig (F), weil Unklarheit über chines. Haltung und Teilnahme an Konferenz. GB hält Einbindung der Roten Khmer in Regierung für wichtig, weil sonst früher oder später Bürgerkrieg unvermeidlich. USA gegen Beteiligung von⁴ Pol Pot, nicht aber der Roten Khmer. US-Administration in Gespräch mit Kongreß über Unterstützung von Sihanouk (auch mit Waffen).
- Südafrika: GB über Haltung von de Klerk ermutigt. D2 wies auf positive Einlassung bei Bonn-Besuch hin (auf Aufforderung zur Beendigung der Apartheid hat de K. allerdings auf Parteikongreß verwiesen). F bezeichnete dagegen de Ks. Vorstellungen als vage und Tragweite seiner Bereitschaft zur Öffnung als begrenzt. Positive Bewertung des Abkommens von Gbadolite, allerdings Zweifel hinsichtlich reibungsloser Umsetzung (F).
GB wies auf sich verschlechternde Lage in Mosambik hin.
- Äthiopien: Positive Bewertung des Angebots der äthiop. Regierung zur friedlichen Streitbeilegung. GB trat dafür ein, EPLF⁵ zur Teilnahme zu ermutigen. USA wies auf sowj. Bestreben hin, sich von Aufwendungen zu befreien. USA nicht bereit, EPLF zum Einlenken zu bringen (sowj. Wunsch), kein US-Schützling.

Wirtschaftsgipfel

- F kündigte für Sherpatreffen in New York (30.6./1.7.)⁶ Entwürfe für Erklärungen zu Menschenrechten, West-Ost, Terrorismus und China an. USA streben Erklärung zum Nahen Osten (Chairman's Statement) und Bildung von zwei Gruppen zur Koordinierung der Politik und Maßnahmen gegenüber Polen und Ungarn an.

v. Moltke

⁴ Korrigiert aus: „der“.

⁵ Eritrean People's Liberation Front.

⁶ Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, informierte die Ministerialdirektoren Teltschik, Bundeskanzleramt, und Kastrup am 3. Juli 1989, auf dem Treffen der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) am 30. Juni 1989 in New York habe der französische Beauftragte Attali mitgeteilt, „daß auf Wunsch von Präsident Mitterrand neben der Wirtschaftserklärung insgesamt vier Politische Erklärungen vorbereitet werden sollen“. Zu Menschenrechten und Ost-West-Beziehungen

Anlage

Im einzelnen:

Sowjetunion

Sowjetische Innenpolitik: Weitgehende Einigkeit bestand über die von F vorgenommene Bewertung der Lage in der SU: beachtliche institutionelle Veränderungen; bemerkenswerte Freiheit der Meinungsäußerung im Volkskongreß⁷; Stellung Gorbatschows fest und ohne sichtbare Konkurrenz; Gorbatschow Motor und Moderator in zentraler Position im neuen Präsidialsystem; Spannungsfeld um die Rolle der Partei; Gesamtsituation fließend infolge schwerwiegender Probleme (katastrophale Wirtschafts- und Finanzlage, Haushaltsdefizit, Nationalitätenprobleme (Fundamentalismus, Minderheiten), Aufrechterhaltung der Ordnung). USA sah die größte Gefahr für G. im Nationalitätenproblem. D2 wies darauf hin, daß seine Ursachen in starkem Maße in ethnischen⁸ und religiösen Bereichen liegen, wodurch die Handhabung nicht einfacher wird. Hinsichtlich der Gesamtlage hob D2 die spürbaren Veränderungen im politischen Klima hervor (freie, unzensurierte Debatten im Volkskongreß, ohne Tabus und in Offenlegung aller Probleme des Landes, TV-Übertragung der Debatten, die in der Bevölkerung mit großem Interesse verfolgt wurden).

Britische Einschätzung war insgesamt pessimistischer aufgrund von Äußerungen von Sacharow in London, der eine Stärkung der Demokratie durch die erfolgten Reformen in Zweifel zog⁹ (nur mehr Macht in einer Hand). GB sah auch Probleme im Volkskongreß voraus wegen des unvermeidbaren Konfliktes zwischen dem Führungsanspruch der Partei und den kritikfreudigen Abgeordneten.

USA sah einzige Chance für die Lösung der Finanzprobleme in noch stärkerer Reduzierung der Militärausgaben. Sowj. Militärs haben gegenüber US Chief of Staff Admiral Crowe auf bereits erfolgte Reduzierungen, z. B. in der Panzerproduktion, hingewiesen. Crowe konnte hierzu keine eigenen Feststellungen treffen. Dobbins war geneigt, hieran nicht zu zweifeln. GB sah Probleme mit den Militärs bei weiteren einschneidenden Reduzierungen für Militärausgaben voraus.

Sowjetische Außenpolitik:

- Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland¹⁰: F erkundigte sich nach den bleibenden Auswirkungen der Begeisterung der deutschen Bevölke-

Fortsetzung Fußnote von Seite 909

seien erste französische Entwürfe übergeben worden. Zu China und Terrorismus seien noch keine Entwürfe erstellt worden. Vgl. das Schreiben; Referat 221 (204), Bd. 179574.

⁷ Zur Tagung des Kongresses der Volksdeputierten vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 in Moskau vgl. Dok. 197.

⁸ Korrigiert aus: „ethischen“.

⁹ Botschafter Freiherr von Richthofen, London, berichtete am 21. Juni 1989, Andrej Sacharow habe sich vom 19. bis 23. Juni 1989 in Großbritannien aufgehalten, wo er u. a. mit Premierministerin Thatcher zusammengetroffen sei. Am 20. Juni 1989 habe er im Chatham House in London einen Vortrag gehalten, dessen Tenor gewesen sei: „Traut der Entwicklung in der SU nicht. Noch ist nichts erreicht. Bestenfalls sind alte Fehler korrigiert. Die Lage ist verworren. Entwicklungen zum Guten oder zum Schlechten bis hin zum Staatsstreich durch Konservative und Militärs sind möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1288; Referat 213, Bd. 147117.

¹⁰ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

rung. D2 wies auf den Hintergrund der deutschen Reaktion (Teilung Deutschlands, Hoffnung auf Reformen der DDR) hin und verneinte bleibende Auswirkungen auf die praktische Politik.

- F–SU: Bei Gorbatschow-Besuch in Paris¹¹ keine politische Erklärung (von F abgelehnt), Unterzeichnung von zwölf Abkommen (Entwicklung der industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, Investitionsschutz, landwirtschaftliche Zusammenarbeit, kulturelles Rahmenabkommen (aber noch Probleme hinsichtlich des Baus der Kulturzentren (eigene Firmen) und ihres Aktionsrahmens), Archivwesen, Jugendaustausch, Ausbildungshilfe, Visa (Vereinfachung der Formalitäten), Hilfe bei Seeunfällen). D2 wies darauf hin, daß SU unsere Forderung nach Bau des neuen GK Kiew¹² durch deutsche Firmen auf der Grundlage der Reziprozität akzeptiert hat. Er bat um Überlassung des Textes des Visaabkommens.
- GB–SU: Fretwell erwähnte, daß Gorbatschows Politik sich nicht auf die sowjetische Spionageaktivität niedergeschlagen habe, die in GB unvermindert fortgesetzt werde. Die Beziehungen seien dadurch belastet. Man habe es in Moskau offensichtlich noch nicht verstanden, daß normale Beziehungen damit unvereinbar seien. Dobbins wies in diesem Zusammenhang auch auf die inakzeptablen Arbeitsbedingungen der US-Botschaft in Moskau infolge der Abwehr- und Vorsichtsmaßnahmen gegen Spionage¹³ hin und trat für eine stärkere Politisierung dieses Aspektes in den Beziehungen ein.
- USA–SU: Dobbins berichtete von positiver Entwicklung der Beziehungen (Treffen Baker–Schewardnadse voraussichtlich im September¹⁴), Fortsetzung der Verhandlungen bei START und CW, Regionalgespräche über Asien (SU zurückhaltend), Horn von Afrika (SU möchte sich der Lasten entledigen), bevorstehendes erstes Terrorismustreffen (USA skeptisch, wird SU drängen, Einfluß auf Iran wegen Geiseln auszuüben).
- Iran–SU: Nur F lagen Informationen zu angeblichen sowjetischen Waffenlieferungen an Iran vor. Französische Quelle ist die irakische Botschaft in Moskau, die sich ihrerseits auf sowjetische Quellen beruft (Erde-Luft-Raketen, Panzer T-72, großräumige Helikopter). F wies darauf hin, daß andererseits bei Rafsandschani-Besuch¹⁵ abgeschlossenes Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit eine große Vorsicht Moskaus gegenüber Iran erkennen¹⁶ lasse.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

¹² Die Bundesrepublik und die UdSSR vereinbarten am 22. Juli 1986 die Errichtung von Generalkonsulaten in München und Kiew. Vgl. dazu das Protokoll; Referat 213, Bd. 143541. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 210.

¹³ Zum Einbau sowjetischer Abhóranlagen in der amerikanischen Botschaft in Moskau vgl. Dok. 121, Anm. 24.

¹⁴ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

¹⁵ Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, besuchte die UdSSR vom 20. bis 23. Juni 1989.

¹⁶ Korrigiert aus: „erkennbar“.

- China–SU: F sah in der Annäherung zwischen SU und China nur begrenzte Auswirkungen auf das asiatische politische Kräftefeld. Das bisher von der chinesisch-sowjetischen Konfrontation bestimmte asiatische Kräftegleichgewicht würde zwar etwas modifiziert, jedoch sei China interessiert, die SU und die USA gegeneinander auszubalancieren und auch bei den Ländern der Region den Eindruck einer befürchteten Achse Peking–Moskau zu vermeiden. Ziel Gorbatschows sei es, die SU auch als asiatische Kraft zu etablieren (Wladiwostok-Rede¹⁷). GB sah seine weltpolitische Manövrierfähigkeit im Dreieck USA–SU–China vergrößert. USA wies auf das Interesse Gorbatschows am Abbau von Spannungen aus innenpolitischen Gründen hin. D2 und F stellten eine bemerkenswert vorsichtige Reaktion Gorbatschows auf die Vorgänge in China fest. GB wollte eine erneute Verschärfung der ideologischen Konfrontation je nach der weiteren Entwicklung in China nicht ausschließen.

Polen

F berichtete von polnischer Demarche in Paris am 28.6. (wahrscheinlich analog in den anderen westlichen Hauptstädten) mit Unterrichtung über die besorgniserregende Lage in Polen und die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Polnischer Botschaftsrat gab dabei ein düsteres Bild über die Lage ab unter Hinweis auf die sich verschlechternde Wirtschaftslage (galoppierende Inflation) und auf die Vertagung des Plenums für die Wahl des Staatspräsidenten wegen fundamentaler Auseinandersetzungen in der Partei. BR hat offiziell Zweifel an der Wahl von Jaruzelski zum Staatspräsidenten geäußert und als Alternativen Fiszbach und Kania genannt. Im Quai interpretiert man diese ungewöhnliche Demarche als Aufforderung zur Unterstützung der Kandidatur Jaruzelskis. F (unter Bezug auf Gespräch Mitterrand–Wałęsa¹⁸) und GB (unter Bezug auf Besuch von Geremek in London) wiesen darauf hin, daß die Führer der Solidarität für eine drei- bis vierjährige Übergangszeit Jaruzelski als Präsidenten wollten, um Kontinuität und geordnete Überleitung zu gewährleisten. Die jungen Mitglieder der Opposition lehnen aber in zunehmendem Maße Jaruzelski ab. Nach Berichten der US-Botschaft in Warschau wird die Wahl des Staatspräsidenten voraussichtlich nicht mehr vor dem Besuch von Präsident Bush¹⁹ erfolgen. Jaruzelski soll auch nicht bereit sein, sich unter zu erniedrigenden Bedingungen zur Wahl zu stellen.²⁰ Nach der Ansicht von Geremek (in London) würde Solidarität in große Schwierigkeiten geraten, wenn sie aufgefordert würde, an der Regierungsverantwortung teilzuhaben.

Ungarn

GB brachte Sorge über die sich beschleunigende Geschwindigkeit der Reformen zum Ausdruck. D2 wies darauf hin, daß alle politischen Führer beim BM-Besuch

¹⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

¹⁸ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 14. bis 16. Juni 1989 in Polen auf.

¹⁹ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1989 in Polen auf.

²⁰ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 20. Juli 1989, der bisherige polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski sei am Vortag mit der kleinsten möglichen Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden, wobei ihm mindestens 30 Stimmen aus der Regierungskoalition gefehlt hätten. Er sei noch am selben Tag vereidigt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1451; Referat 214, Bd. 139854.

in Budapest am 9.6.²¹ ihre Entschlossenheit zur Fortführung der Reformen trotz der vorhandenen Probleme bekräftigt haben. Auf Frage von F, ob Ungarn bei dem bevorstehenden Treffen der Parteisekretäre der WP-Staaten in Bukarest²² mit Schwierigkeiten wegen des Reformkurses zu rechnen hätte, wies GB auf die bereits aus der DDR zu vernehmende Kritik hin, die an das Jahr 1968 erinnere.

Rumänien

Einigkeit bestand, daß der westliche Druck aufrechterhalten werden muß. In der Substanz wurden aber keine neuen Ansätze gesehen. USA berichtete von dem planungsgemäß (allerdings auf niedriger militärischer Ebene) durchgeführten Marinebesuch und wies auf das US-Interesse hin, die Beziehungen nicht ganz zu unterbrechen. F wies darauf hin, daß Rumänien sich auch zunehmend im Osten isoliert: Bei der Pariser MR-Konferenz²³ hielt sich SU mit einer Unterstützung zurück, Bulgarien hat Schiwkow-Besuch verschoben, ČSSR hat Besuch von Ceauşescu in Prag²⁴ heruntergespielt. Gegenüber französischem Gesprächspartner soll der frühere MP Maurer von einer totalen Ablehnung jeder Diskussionsbereitschaft innerhalb der Partei berichtet haben und einen Volksaufstand früher oder später nicht ausgeschlossen haben.

Bulgarien

D2 berichtete vom Besuch von AM Mladenow in Bonn²⁵ und der Anregung BMs durch den bulgarischen Botschafter²⁶ in einer Pressekonferenz, drei bis vier Journalisten nach Bulgarien zur Beobachtung der Behandlung der türkischen Minderheit²⁷ einzuladen. Mladenow sei hierauf eingegangen. State Department und Weißes Haus haben das bulgarische Vorgehen stark kritisiert und ein Treffen des stellv. AM Eagleburger mit dem bulgarischen Botschafter²⁸ abgesagt. F berichtete, daß die Türkei den VN-SR im August befassen wolle, wenn Jugoslawien den Vorsitz innehat.²⁹

Operative Schlußfolgerungen aus dem NATO-Gipfel³⁰

F nahm eingangs eine positive Bewertung des NATO-Gipfels vor: Wirkliche Diskussion fand statt, Priorität bei konventioneller Abrüstung, Einbeziehung der SNF in Verhandlungen geregelt, keine dritte Null-Lösung wird angestrebt.

21 Korrigiert aus: „3.6.“

Bundesminister Genscher besuchte Ungarn am 9. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.

22 Korrigiert aus: „Sofia“.

Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lor1.ETHZ.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

23 Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

24 Der rumänische Präsident Ceauşescu hielt sich am 17. Mai 1989 in der ČSSR auf.

25 Zum Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow vom 28. bis 30. Juni 1989 vgl. Dok. 201.

26 Georgi Evtimov.

27 Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

28 Welitschko Filipow Welitschko.

29 Jugoslawien hatte die Präsidentschaft im VN-Sicherheitsrat im Juli 1989 inne. Die Präsidentschaft im August 1989 wurde von Algerien ausgeübt.

30 Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

F forderte dazu auf, der SU keine Gelegenheit zu geben, verfrüht Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen vorzuschlagen.

Einigkeit bestand, daß die VKSE zügig vorangebracht und die Bush-Initiative³¹ schnell eingebracht werden muß. USA und D2 drängten auf Einhaltung des Zeitplanes für die Einbringung des Vorschlages. D2 regte die Einbringung noch während der gegenwärtigen Verhandlungsrunde³² und vor der Sommerpause am 13.7. an und forderte, die Diskussion der HLTF am 7.7.³³ so voranzutreiben, daß über die Definitionen und Höchststärken von Flugzeugen und Hubschraubern entschieden werden kann. USA trug vor, daß sie nach internen Beratungen vorschlagen werde, nur (entsprechend der Mehrheitshaltung) die Angriffshubschrauber einzubeziehen wie auch die ständig landgestützten Marineflugzeuge (um die Gefahr auszuschließen, daß die SU im Falle eines westlichen Ausschlusses im Gegenzug uns nicht willkommene Systeme ebenfalls ausnimmt).

F kritisierte, daß die Delegationen in Wien die Ergebnisse der HLTF vorwegnehmen und dadurch zur Verwirrung beitragen.

Er trat dafür ein, die Vorschläge so vollständig wie möglich zu präsentieren und darin unbedingt Verifikationsregelungen und Nichtumgehungsbestimmungen aufzunehmen. Hinsichtlich der Verifikation erklärte er sich mit den vier Punkten des US-Vorschlages einverstanden (Überwachung der Reduktionsmaßnahmen, Anmeldung des Bestandes, allgemeine Linie künftiger Verifikationsmaßnahmen, allgemeine Linie der Stabilisierungsmaßnahmen). Hinsichtlich der Nichtumgehung der Begrenzung des Flugzeugbestandes nannte er vier Voraussetzungen (Datenaustausch, feierliche Erklärung der Einhaltung, Einrichtung einer Berufungsinstanz, Reaktions- oder Vergeltungsmaßnahmen). GB trat den französischen Forderungen hinsichtlich der Einbeziehung der Verifikationsregelung in die Vorschläge bei. USA hielt es nicht für nötig und auch nicht für machbar, bis 13.7. über diese Frage zu gemeinsamen Positionen zu gelangen, und schlug vor, diese in den im September einzubringenden Entwurf aufzunehmen.

START: USA konnten von keinen wesentlichen neuen sowjetischen Reaktionen seit Wiederaufnahme der Verhandlungen (19.6.)³⁴ berichten. In der Administration wird nicht an einer teilweise positiven sowjetischen Reaktion zum Vorschlag gezweifelt, Verifikationsmaßnahmen schon parallel zu den Verhandlungen zu erproben.

CW: Die US policy review ist noch nicht abgeschlossen. D2 unterstrich (wie F) die große Bedeutung, die wir einem baldigen CW-Abkommen beimessen, und

³¹ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

³² Zur zweiten Runde der VKSE vom 5. Mai bis 13. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 223.

³³ Ministerialdirigent Roßbach, z. Z. Brüssel, teilte am 8. Juli 1989 zur Sitzung der HLTF der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle am Vortag mit, es sei ad referendum Einigung über den Text für einen erweiterten VKSE-Vorschlag erzielt worden: „HLTF hat so die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, damit die westlichen Unterhändler den erweiterten neuen Rahmenvorschlag des Bündnisses noch vor der Sommerpause am 13.7.1989 formell in Wien einführen können.“ Damit habe die Bundesregierung ihre Verhandlungsziele erreicht. Es sei nun „auch die zeitliche Voraussetzung erfüllt, um das für uns auch im Hinblick auf SNF besonders wichtige Ziel eines VKSE-Ergebnisses binnen Jahresfrist einzuhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 797; VS-Bd. 13508 (212); B 150, Aktenkopien 1989.

³⁴ Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

hielt das Problem der Verifikation eines weltweiten Verbotsabkommen für lösbar. F berichtete von (den anderen nicht bekannten) Fortschritten in Genf in der Verifikationsfrage. Es bleibe zwar noch sehr viel zu tun, bis ein Abkommen erreicht sei, die seit Februar erreichten Fortschritte sollten aber schon jetzt in den Vertragstext eingearbeitet werden. GB war nach dem Besuch von Karpow wegen seiner wenig glaubwürdigen Äußerungen zu den sowjetischen CW-Beständen über die sowjetische Kooperationsbereitschaft bei den Verhandlungen pessimistisch.

China

F bemerkte, daß, um Zhao abzusetzen³⁵, nicht eine normale Sitzung des ZK genügt hätte, sondern ein größeres Gremium habe einberufen werden müssen. Der Widerstand innerhalb der Partei gegen ein gewaltsames Vorgehen habe demnach stark sein müssen. Die Armee halte die Macht in den Händen, sie sei aber auch gespalten. Deng sei es gelungen, im Politbüro ein Gleichgewicht herzustellen, das aber wahrscheinlich bei seinem Ausscheiden wieder in einer politischen Krise aufbrechen werde. Der neue GS Jiang Zemin sei ein Technokrat ohne Hausmacht. Seine Wahl sei in gewisser Weise für den Westen beruhigend.

USA beabsichtigt, den Wirtschaftsgipfel in Paris³⁶ mit der Frage der weiteren Beziehungen zu China zu befassen (chinesisches Vorgehen verurteilen, aber Interesse an Aufrechterhaltung der Beziehungen bekunden), sieht aber ein Problem, Japan hierfür zu gewinnen.

Iran

Einigkeit bestand, daß die weitere Entwicklung unklar ist und erst die Präsidentschaftswahlen am 28.7. Hinweise bringen werden.³⁷ D2 wies auf die Chancen Rafsandschanis bei der Wahl und auf ein mögliches Führungsduo Khomeini/Rafsandschani hin. F erwartet von einer Präsidentschaft Rafsandschanis eine pragmatischere Politik. Er hielt es jedoch nicht für sicher, daß das Parlament einer Verfassungsänderung (Abschaffung des Amts des Premierministers und Vereinigung von Präsidentenamt und Amt des Regierungschefs) zustimmen werde. Es könnte vielmehr auf der Wahl des Sohnes von Khomeini³⁸ zum Präsidenten bestehen. Davon werde auch abhängen, ob eine präsidentielle oder eine parlamentarische Regierungsform entstehen werde. GB sah weitere Auseinandersetzungen mit den Konservativen und Fundamentalisten voraus und schätzte deshalb die künftige Entwicklung skeptischer ein. GB und USA wiesen auf das fortbestehende Geiselnproblem (GB auch auf Rushdie-Affäre³⁹) hin, für dessen Lösungen der Iran auch bis jetzt nicht seinen Einfluß geltend gemacht habe.

Libanon

Einigkeit bestand, daß das Libanon-Komitee⁴⁰ weiter unterstützt werden muß, auch wenn die Chancen für ein Ergebnis begrenzt sind. F meinte unter Berufung

³⁵ Zur Absetzung des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, vgl. Dok. 198, Anm. 9.

³⁶ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 231.

³⁷ Zur Entwicklung im Iran vgl. Dok. 217.

³⁸ Ahmad Khomeini.

³⁹ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43, Dok. 48 und Dok. 49.

⁴⁰ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

Referat 310 erläuterte im Juli 1989, gemäß einem am 5. Juni 1989 beschlossenen Aktionsplan seien Gespräche in Damaskus und Bagdad geführt worden: „Das Ziel dieser Konsultationen, Syrien und

auf syrische Politiker, daß nur die USA in der Lage seien, Syrien wirklich zu bewegen, die Blockade von Beirut, unter der die Bevölkerung leidet, aufzuheben; der sowjetische Einfluß sei demgegenüber begrenzt. Dobbins räumte dem Libanon in der US-Außenpolitik gegenwärtig keine hohe Priorität zu.

Naher Osten

USA streben eine Erklärung des Wirtschaftsgipfels in Paris (Chairman's Statement) an, mit der der Shamir-Plan⁴¹ unterstützt werden soll. D2 wies auf die Madrider ER-Erklärung⁴² hin. F hielt eine ausschließliche Unterstützung des Shamir-Plans für ausgeschlossen. USA trat für eine Förderung des Shamir-Plans ein und stellte fest, daß die PLO ihn bisher nicht eindeutig zurückgewiesen habe. Eine internationale Konferenz wäre erst nach Fortschritt in diesem Bereich sinnvoll. GB wies auf die starke Opposition innerhalb von Likud hin und stellte in Frage, ob der Shamir-Plan das bevorstehende Likud-Treffen am 5.7. überleben werde.⁴³

Kambodscha

F hielt Prognosen über die Konferenz am 25.7. in Paris⁴⁴ für schwierig, weil Unklarheit über die chinesische Haltung und die Teilnahme Chinas an der Konferenz bestehe. Prinz Sihanouk wird am 9.7. mit AM Dumas zusammentreffen. Auch der vietnamesische AM wird in Paris erwartet.⁴⁵ Aufgabe der Konferenz soll es sein, den Rückzug der Roten Khmer einzuleiten und Kontrollen zu vereinbaren sowie den Modus für die Wahlbeobachtung festzulegen. GB hielt es für wichtig, die Roten Khmer in eine künftige Regierung einzubinden, weil sonst ein Bürgerkrieg früher oder später unvermeidlich sei. USA schließen die Beteiligung von Pol Pot an einer Regierung aus, nicht jedoch der Roten Khmer. USA bekundeten Interesse an der Teilnahme an Verhandlungen, falls die Gespräche eine Annäherung bringen. Die US-Administration ist gegenwärtig mit

Fortsetzung Fußnote von Seite 915

Irak zur Einstellung der Waffenlieferungen an ihre jeweiligen Verbündeten zu bewegen, konnte bisher nicht erreicht werden.“ Bei einem Treffen der Könige Fahd (Saudi-Arabien) und Hassan II. (Marokko) sowie des algerischen Präsidenten Bendjedid am 27. Juni 1989 in Oran sei unterstrichen worden, „daß erste Voraussetzung für den innerlibanesischen Versöhnungsprozeß die Einhaltung der Waffenruhe sein muß“. Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

⁴¹ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

⁴² Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16 f.

⁴³ Botschafter Haas, Tel Aviv, teilte am 7. Juli 1989 mit, das Zentralkomitee der Likud-Partei habe den Plan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir gebilligt, allerdings mit von der innerparteilichen Opposition geforderten Einschränkungen: „keine Verhandlungen und Wahlen, solange Intifada fort dauert, keine fremde Souveränität und kein palästinensischer Staat in den Gebieten, keine Wahlbeteiligung der arabischen Einwohner von Ost-Jerusalem, Fortsetzung der Siedlungspolitik in den IBG“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 766; Referat 310, Bd. 147545.

⁴⁴ Am 25. Juli 1989 trafen in La Celle-Saint-Cloud bei Paris Vertreter der vier kambodschanischen Konfliktparteien zusammen. Gesandter Heinichen, Paris, berichtete dazu am 26. Juli 1989, nach Auskunft des französischen Außenministeriums sei es zu „keinerlei Annäherung zwischen den verhärteten Positionen gekommen“. Besonders umstritten sei die Frage der Vertretung Kambodschas auf der internationalen Kambodscha-Konferenz gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1909; Referat 342, Bd. 137128.

Vom 30. Juli bis 30. August 1989 fand in Paris die internationale Kambodscha-Konferenz statt. Vgl. dazu Dok. 258.

⁴⁵ Der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach hielt sich vom 20. bis 23. Juli 1989 in Frankreich auf.

dem Kongreß im Gespräch über eine Unterstützung von Sihanouk (auch mit Waffen).

Südafrika

GB berichtete, daß de Klerk sich bei Gesprächen in London⁴⁶ sehr offen und zu Reformen entschlossen gezeigt habe. Die Aussichten seien insgesamt sehr ermutigend, wenn auch noch abgewartet werden müßte, wie er sich nach der Wahl⁴⁷ im Amt verhalten werde. Von britischer Seite sei de Klerk deutlich gemacht worden, was von einer künftigen Regierung in SA erwartet würde: Herstellung der völligen Unabhängigkeit Namibias, wirkliche Reformmaßnahmen, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Freilassung Mandelas.

D2 fügte hinzu, daß de Klerk in Bonn⁴⁸ mit den gleichen Forderungen sowie mit der Forderung nach nationalem Dialog (auch mit ANC und Tambo) sowie mit der Forderung nach Beendigung der Apartheid konfrontiert worden sei. Bis auf den letzten Punkt, zu dem er auf den Parteikongreß⁴⁹ verwiesen habe, sei seine Reaktion konstruktiv gewesen. F bezeichnete dagegen de Klerks Vorstellungen als vage und die Tragweite seiner Bereitschaft zur Öffnung als begrenzt.

F wertete die Übereinkunft von Gbadolite⁵⁰ positiv, hatte jedoch Zweifel hinsichtlich der reibungslosen Bildung einer Regierung und der Integration der SWAPO-Kämpfer in die Armee.

GB wies auf die sich verschlechternde Lage in Mosambik hin.

Äthiopien

Das Angebot der äthiopischen Regierung, die Auseinandersetzung mit Eritrea⁵¹ auf friedlichem Wege beizulegen, wurde allgemein positiv bewertet. Über die Erfolgchancen bestand wenig Optimismus. GB trat dafür ein, die EPLF zur Teilnahme an Verhandlungen zu ermutigen. AM Howe hat am 20.6. die Initiative gegenüber dem äthiopischen AM⁵² begrüßt.

USA haben in den amerikanisch-sowjetischen Regionalgesprächen zwischen Cohen und Adamischin Ende Mai in Rom den Eindruck gewonnen, daß die SU

⁴⁶ Der südafrikanische Erziehungsminister de Klerk traf am 23. Juni 1989 in London mit der britischen Premierministerin Thatcher zusammen. Vgl. dazu DBPO III/XI, Dok. 165.

⁴⁷ In Südafrika fanden am 6. September 1989 Parlamentswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 284, Anm. 23.

⁴⁸ Zum Besuch des südafrikanischen Erziehungsministers de Klerk am 22. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 187 und Dok. 188.

⁴⁹ Zum Parteikongreß der südafrikanischen Nationalen Partei am 29. Juni 1989 in Pretoria vgl. Dok. 212, Anm. 10.

⁵⁰ Am 23. Juni 1989 schlossen der angolanische Präsident dos Santos und der Vorsitzende der UNITA, Savimbi, am Rande einer Gipfelkonferenz afrikanischer Staaten in der zairischen Stadt Gbadolite ein Waffenstillstandsabkommen. Vgl. dazu den Artikel „Waffenstillstand in Angola vereinbart“; DIE WELT vom 24./25. Juni 1989, S. 1.

⁵¹ Botschafter Stöckl, Addis Abeba, berichtete am 6. Juni 1989, das äthiopische Parlament habe am Vortag eine Friedensinitiative verabschiedet, um die seit Jahrzehnten andauernden Kämpfe in der nach Unabhängigkeit strebenden Provinz Eritrea zu beenden. Die Friedensgespräche mit allen interessierten Parteien sollten ohne Vorbedingungen aufgenommen und in Gegenwart eines Beobachters stattfinden, der in gegenseitigem Einvernehmen bestimmt werden sollte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 538; Referat 322, Bd. 150127.

Am 9. Juni 1989 übermittelte Stöckl Äußerungen des äthiopischen Präsidenten Mengistu, wonach „Regierung nicht autorisiert ist, Verhandlungen mit dem Ziel der Sezession irgendeines Landesteils, also auch nicht Eritreas, zu führen. Die Friedensinitiative ziele darauf ab, eine Lösung innerhalb des äthiopischen Staatsverbandes zu finden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 552; Referat 322, Bd. 150127.

⁵² Berhanu Bayeh.

bestrebt ist, ihre Lasten auch in dieser Region zu reduzieren. Die SU habe sich bereit erklärt, auf Mengistu einzuwirken, wenn die USA die EPLF an den Verhandlungstisch bringe. Die USA betrachten das ganze jedoch als sowjetisches Problem und sind nicht bereit, die EPLF als einen ihrer Schützlinge zu betrachten. Nach amerikanischen Feststellungen haben die sowjetischen Waffenlieferungen in der letzten Zeit wieder zugenommen.

v. Moltke

VS-Bd. 14150 (010)

204

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Plischka

514-516.20/9

3. Juli 1989

Über Herrn Dg51¹, Herrn D5² Herrn Staatssekretär³ zur Unterrichtung

Betr.: Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum
„Übereinkommen von Schengen“⁴

Bezug: Vorlage 514-516.20/9 vom 12.6.1989⁵

Anlg.: 1 (Vertragsentwurf)⁶

1) Unter Vorsitz von Europaministerin Cresson fand am 30. Juni 1989 in Paris die halbjährliche Tagung des Leitungsgremiums der Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen⁷ statt. Die deutsche Delegation wurde von Staatsminister Stavenhagen vom Bundeskanzleramt geleitet (Delegationsmitglieder: BMI, BMF, BMV und AA).

Die Verhandlungen befaßten sich insbesondere mit den polizeilichen Ausgleichsmaßnahmen für den beabsichtigten vollständigen Abbau der Binnengrenzkontrollen. Mit dem Wegfall der nationalen Grenzkontrollen müssen die Innenbehörden

¹ Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein Ministerialdirigent Eitel am 3. Juli 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 4. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte: „Eine instruktive Aufzeichnung! Könnten Sie bitte eine Kurzfassung veranlassen, damit ich die Auf[zeichnung] (ohne Anlage) dem BM z[ur] K[enntnis] geben kann?“
Hat Oesterhelt am 5. Juli 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 514 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Plischka am 5. Juli 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes informierte über den Stand der Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen. Vgl. dazu Referat 514, Bd. 217509.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

der Vertragspartner zukünftig Ansätze zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit organisieren, damit gleichwohl kein Sicherheitsdefizit entsteht. Über die bloße Verlegung der wegfallenden Kontrollen an die gemeinsame Außengrenze hinaus ergibt sich für die nationalen Rechtsordnungen – die bisher den Grenzkontrollen eine wesentliche Kontrollfunktion beimaßen – die Notwendigkeit zu einer Umstrukturierung in Richtung auf den gemeinsamen Binnenmarkt.

Ziel des französischen Vorsitzes war es, zum Abschluß seiner halbjährlichen Präsidenschaft zu einer Einigung über vier wesentliche Bereiche der Ausgleichsmaßnahmen zu kommen, die noch einer Unterzeichnung des – im übrigen schon weitgehend formulierten, s. Anlage – Ergänzenden Staatsvertrages entgegenstehen. Dieses Ziel wurde nur teilweise erreicht. Weitgehende Annäherung konnte bei Grundsatzfragen über die Errichtung des Schengener Informationssystems – SIS –, dem zukünftigen gemeinsamen Computer-Datensystem der Polizeiverwaltungen, erzielt werden. Offen blieben die Befugnisse zur Festnahme bei grenzüberschreitender Nacheile, die Grenzkontrollen im Inner-Schengener-Flugverkehr für Transitreisende aus Drittstaaten und die Festsetzung eines Mindeststrafrahmens für auslieferungsfähige Straftaten.

2) Verhandlungsstand im einzelnen

a) Die von Europaministerin Cresson – ohne vorherige Absprache – geschnürte Gesamtlösung für einige herausgehobene Streitfragen sah einen Verzicht auf exekutive Befugnisse bei der Nacheile (das wesentliche Anliegen von F gegenüber den anderen Vertragspartnern), die Freistellung aller Inner-Schengener Flüge von Grenzkontrollen, d. h. insbesondere die Einrichtung der Personenkontrollen am Eingangsflughafen (entgegen NL-Interesse), und die mittlere Festsetzung des Mindeststrafrahmens für auslieferungsfähige Straftaten auf ein Jahr vor. Die Einigung über den Sitz des zukünftigen SIS-Informationssystems war noch nicht Teil des Pakets (Bewerbungen von Paris, Den Haag und Wiesbaden).

Die deutsche, niederländische, belgische und luxemburgische Delegationen hielten die Gesamtlösung noch nicht für ausgewogen.

b) Zum Recht der grenzüberschreitenden Nacheile für die nationalen Polizeien wurde vorläufig Einigung erzielt auf die räumliche Begrenzung auf 10 km bei gleichzeitiger Verabredung bilateraler Erweiterungsmöglichkeiten, auf eine Liste verfolgungsfähiger Straftaten und auf den Ausschluß des Waffengebrauchs außer im Notwehrfall. Die Begrenzung auf nur 10 km (mit Rücksicht auf Luxemburg) wird insbesondere vom BMI als problematisch angesehen. Das Nacheilerecht soll sich nach französischer Auffassung auf eine reine Verfolgung beschränken bei gleichzeitiger Benachrichtigung der Polizei des Ziellandes mittels besonderer technischer Kommunikationsvorkehrungen. Nach Meinung der deutschen und der Benelux-Delegation sollten die verfolgenden Beamten auch zum „Festhalten“, wenn auch nicht zur förmlichen „Festnahme“ befugt sein, bis die nationale Polizei des Ziellandes einschreitet. Die franz. Haltung ist stark von Souveränitätsgesichtspunkten geprägt, die Haltung der anderen vom Ziel polizeilicher Effektivität.

Die Aufstellung gemeinsamer Polizeidienste, die den Streit entschärfen könnte, wurde nicht in Erwägung gezogen.

c) Über die generelle Beseitigung der Grenzkontrollen auch im Flugverkehr innerhalb des Schengener Vertragsgebietes besteht Einvernehmen. Für den Ver-

kehr mit Drittstaaten bedeuten die Flughäfen einen besonders wichtigen Teil der gemeinsamen Außengrenzen. Im einzelnen wird eine differenzierte Lösung ins Auge gefaßt. Bei der Behandlung von Flügen von außerhalb des Gemeinschaftsgebietes blieb offen, ob die Personenkontrollen bereits am Eingangsflughafen (so F, D, B, LUX) oder erst am Bestimmungsflughafen erfolgen. Die Gepäckkontrollen wurden jedenfalls auf den Bestimmungsflughafen verlegt. Eine Einigungsmöglichkeit zeichnet sich dahingehend ab, daß für bloße Transit-Passagiere (Verbleib auf demselben Flugzeug) der Bestimmungsflughafen gilt, für Transfer-Passagiere (nach Umsteigen) aber der Eingangsflughafen. NL verlangt darüber hinaus weitgehende Übergangsmaßnahmen für den Flughafenumbau und ggf. noch Sonderregelungen für einzelne Flüge.

d) Trotz des Ausbleibens der Einigung im Gesamtpaket kann sich der franz. Vorsitz den wichtigen Erfolg bei der Annäherung zur Einrichtung des SIS-Informationssystems zugute halten. Hauptfrage war hier, ob die Dateneingabe durch nationale Stellen in das gemeinsame Computersystem sofortige (automatische) polizeiliche Amtshilfe in den anderen Staaten nach sich zieht. Differenziert nach vier verschiedenen Fallgruppen, wird entweder die Polizei sofort tätig oder muß innerhalb einer 24stündigen Frist die ggf. zuständigen Gerichte (insbes. bei Festnahmen) einschalten. Die besonderen Verfahren, z.B. bei Auslieferungen, bleiben unberührt. Eine Vorbehaltsklausel erlaubt es einem Staat, im Einzelfall aus Gründen der Sicherheit oder politischen Opportunität ggf. nicht tätig zu werden.

Über die notwendigen datenschutzrechtlichen Regelungen laufen z.Zt. Verhandlungen unter den Datenschutzbeauftragten der Vertragspartner.

3) Für die zukünftige gemeinsame Sichtvermerkspolitik und die Asylpolitik der Schengener Vertragspartner sind folgende Ergebnisse der Pariser Konferenz von Bedeutung:

Die vertragsmäßige „gemeinsame Sichtvermerkspolitik“ wurde dahingehend präzisiert, daß die vollständige Übereinstimmung der Länderlisten nur für die wichtigsten Problemstaaten und im übrigen nur als weiteres Ziel angestrebt wird. Eine Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Staaten der bisherigen Problemstaatenliste soll nur im Einvernehmen möglich sein („Erleichterungen“ dagegen nach Konsultationen, so ausdrücklich StM Stavenhagen unter Bezugnahme auf den Fall Ungarn⁸). Die Einführung einer SV-Pflicht soll, weil ggf. dringlich, auch ohne Einvernehmen mit den anderen, aber bei vorheriger Information und sofortiger Konsultation möglich sein.

Die gemeinsame Asylpolitik soll – so ein Beschluß des NL Parlaments vom Vortage, den die niederl. Delegation zur Kenntnis gab, ohne ihn selbst in die Verhandlungen einzubringen – nicht nur den Zuständigkeitskatalog für die Bestimmung des jeweils zuständigen Mitgliedstaates enthalten, sondern auch

⁸ Referat 514 erläuterte am 13. Januar 1989, die von Ungarn ursprünglich gewünschte Abschaffung der Sichtvermerkspflicht sei „in Konsultationen mit den Schengen-Partnern, die auf Wunsch des Auswärtigen Amtes von StS Schreckenberger vorgenommen wurden, [...] fast durchweg auf harte Ablehnung gestoßen“. Schließlich seien zwischen der Bundesrepublik und Ungarn mit Wirkung vom 1. März 1988 Erleichterungen vereinbart worden, nämlich die Sichtvermerksbefreiung von Diplomatenpaßinhabern sowie „Jahressichtvermerke für alle Inhaber von Dienstpässen sowie Mitarbeiter in gemischten Firmen, für LKW-Fahrer und dergleichen“. Vgl. Referat 514, Bd. 217492.

eine materielle Vereinheitlichung der Asylvoraussetzungen. Die bisherigen Verhandlungen hatten sich bewußt auf den Zuständigkeitskatalog beschränkt in Kenntnis der großen verfassungsrechtlichen (Art. 16 GG⁹) und sozialrechtlichen Unterschiede der nationalen Asylgesetzgebungen. Sie sollten erst zu einem späteren Zeitpunkt harmonisiert werden. Nach einem bereits zuvor eingebrachten franz. Vorschlag soll zunächst eine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Rechtsordnungen erfolgen, um eine Grundlage für die Beurteilung der in fast allen Ländern bestehenden Befürchtung zu gewinnen, ihr Land werde von der Neuverteilung der Asylzuständigkeiten besonders benachteiligt.

Eine materielle Asylrechtsvereinheitlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt könnte den Abschluß der Verhandlungen über den Ergänzenden Staatsvertrag auf lange Zeit hinausschieben.

4) Weiteres Verfahren

Unter deutschem Vorsitz wird in der zweiten Jahreshälfte erneut der Versuch einer Einigung gemacht werden, um den Ergänzenden Staatsvertrag – so Chef BK¹⁰ – noch in diesem Jahr zeichnen zu können. Die Zielvorstellung des Schengener Vertrages von 1985, „möglichst bis zum 1.1.1990“ den Abbau der Grenzkontrollen durchzuführen, kann allerdings nicht erreicht werden. Die entsprechende Aussage Bundesinnenministers Schäuble kurz vor der Pariser Konferenz ist auch unter den Partnern nicht weiter umstritten. Die weitergehenden Presseäußerungen („Das Ende von Schengen“) sind Spekulationen. Ob der Vertrag noch im Laufe des Jahres 1990 wirksam werden kann, hängt insbes. auch von der Dauer des Ratifikationsverfahrens sowie davon ab, ob die vollständige Funktionsfähigkeit des SIS-Informationssystems zur Voraussetzung gemacht wird, die technisch gesehen 20 Monate erfordern soll (so BMI).

Der Leiter der franz. Delegation, Botschafter Cazimajou, wies nach Abschluß der Verhandlungen uns gegenüber darauf hin, daß nunmehr wohl der Zeitpunkt eines stärkeren Engagements außenpolitischer Erwägungen im Schengener Verhandlungsprozeß gekommen sei. Erfolg oder Mißerfolg der Schengener Fünf beim Abbau der Binnengrenzkontrollen würde entscheidenden Einfluß auf die entsprechenden Verhandlungen der EG-Zwölf für den Binnenmarkt haben. Schengen sei bisher Motor gewesen, es dürfe nicht einen Mißerfolg der Zwölf signalisieren. Nach seinem Eindruck seien die Verhandlungen bisher eher unter polizeilich-sicherheitsmäßigen Gesichtspunkten und weniger im europäischen Gesamtkontext geführt worden. Für den Binnenmarkt 1992 komme dem Abbau der Grenzkontrollen aber große politisch-symbolische und auch bürgernahe Bedeutung zu.

Die Pressekonferenz im Anschluß an die Verhandlungen ließ eine – vergleichbare – Skepsis der Medien erkennen, die den Ergänzenden Schengener Staatsvertrag eher als Versuch einer Verstärkung der Polizeikompetenzen zu sehen geneigt sind, als das eigentliche Ziel zu würdigen, mit dem Abbau der Grenzkontrollen die Freizügigkeit für das „Europa der Bürger“ zu vergrößern. Die richtige Balance in der Öffentlichkeit muß erst noch gefunden werden.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

¹⁰ Rudolf Seiters.

Hier fällt insbes. dem Bundeskanzleramt als Verhandlungsführer für die Schengener Vertragsverhandlungen eine besondere Verantwortung zu. Das Auswärtige Amt sollte es dabei wie bisher nachhaltig unterstützen.

Plischka

Referat 514, Bd. 217509

205

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

4. Juli 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung
Betr.: Mögliche Neuansätze für eine sowjetische Deutschlandpolitik der 90er
Jahre;
hier: Anstöße aus dem Moskauer Akademie-Institut für die Ökonomie
der sozialistischen Länder (Bogomolow)

I. Zusammenfassende Bewertung (als Kurzfassung)

1) In der SU kommen unterhalb der offiziellen, weiterhin am Status quo orientierten Deutschlandpolitik (u. a. „territoriale und politische Realitäten“, strikte Zweistaatlichkeit) neue perspektivisch angelegte Gedankenansätze auf. Sie gehen über das hinaus, was in letzter Zeit mit zumeist unklaren Intentionen von Sagladin, Falin, Portugalow u. a. zu hören war. Diese Ansätze entwickeln sich:

- erstens aus der inneren Logik der Perestroika und des Neuen Denkens in der sowjetischen Außenpolitik,
- zweitens aus der Forderung nach einer radikalen Neubestimmung der nationalen Interessen der SU in Mittel-Osteuropa und
- drittens aus einer zunehmenden Berücksichtigung der dynamischen Prozesse und Realitäten in beiden Teilen Europas (u. a. Anziehungskraft der EG auf die sozialistischen Staaten).

Diese Ansätze gehen ferner von einer zukünftigen Demokratisierung in der DDR (!), einem zunehmenden Umbau der bislang konfrontativen Ost-West-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das klingt alles sehr gut, aber richten wir uns auf längere Zeiträume ein!“

³ Hat Bundesminister Genscher am 9. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Citron verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „[Siehe] W[ei]s[un]g BM auf Seite 10.“ Vgl. Anm. 13.

Hat Vortragendem Legationsrat Hoffmann am 10. Juli 1989 vorgelegen, der vermerkte: „BM-Rücklauf. Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.

Strukturen (u.a. militärische Bündnissysteme) in kooperative Formen der Zusammenarbeit sowie von der Notwendigkeit „einer Wiederherstellung der künstlich unterbrochenen Verbindungen zwischen den Staaten Europas“ aus.

Mit diesen Ansätzen ist vor allem die Forderung verbunden, anzuerkennen, daß die „deutsche Frage“ beim Bau des Europäischen Hauses einen zentralen Platz einnehmen muß. Hiernach soll das deutsche Volk im Rahmen einer evolutionären Entwicklung in einem „Europa des Konsenses, der Ruhe und der Stabilität“ die Möglichkeit erhalten, „in Frieden und Eintracht mit seinen Nachbarvölkern selbst über sein Schicksal zu bestimmen“.

Explizit ist u.a. vom Fernziel einer deutschen Konföderation die Rede, ohne andere Formen des Zusammenlebens in Europa für die Deutschen auszuschließen.

Im Kern wird damit unser perspektivisches Konzept einer Europäisierung der deutschen Frage übernommen.

2) Die Protagonisten dieses Konzepts stammen in erster Linie aus dem Kreis der „Germanisten“ am Moskauer Akademie-Institut für die Ökonomie der sozialistischen Länder, das für seine illusionslose Bewertung der Lage und der Entwicklungsmöglichkeiten in Mittel-Osteuropa ebenso bekannt ist wie für seine teilweise radikalen Beiträge zur Förderung des Reformprozesses in der SU.

Bei diesen Experten handelt es sich derzeit noch um eine kleine Minderheitsströmung. Ihr stehen im Rahmen einer allmählich zunehmenden Diskussion andere, traditionelle deutschlandpolitische Positionen in der Öffentlichkeit, Wissenschaft und vor allem an den Schaltstellen des Staats- und Parteiapparats noch sehr dominant entgegen.

Aber es handelt sich bei diesen Experten um Persönlichkeiten mit nicht zu unterschätzenden Einflußmöglichkeiten, wie z.B. um den Direktor des Instituts, Bogomolow, der zum engeren Beraterkreis Gorbatschows gehört, oder um den hierzulande inzwischen bekannteren außenpolitischen Abteilungsleiter des Instituts, Daschitschew, der als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des sowjetischen Außenministeriums fungiert.

Die Vertreter dieser Denkrichtung sehen u.a. in der Gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung⁴, d.h. in den darin enthaltenen deutschland- und europapolitisch relevanten Prinzipien und Zielsetzungen, eine wichtige neue Plattform zur Weiterentwicklung ihres dynamischen Konzepts.

Dies wurde letzte Woche bei einer internen Osteuropa-Konferenz des BIOst (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien) deutlich, an der – erstmals – Bogomolow zusammen mit Daschitschew und drei weiteren ausgewiesenen Experten des Moskauer Instituts teilnahm.

Die sowjetischen Gäste präsentierten dabei u.a. ein längeres Gutachten Daschitschews zum Thema „Die Konzeption des gemeinsamen europäischen Hauses und die deutsche Frage“ und stellten sich einer offenen Diskussion. Sie verfolgen ihre Ideen offenbar ernsthaft und mit Engagement, zugleich aber auch in dem realistischen Bewußtsein, daß es sich lediglich um ein zukunftsbezogenes Konzept handelt.

⁴ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

3) Es reicht nicht aus, derartige Neuansätze als eine deutschlandpolitische Narrenfreiheit im Zeichen von Glasnost bzw. als besonders raffinierte Diversion gegen das westliche Bündnis abzutun. Wenn sich – so der dynamische Ansatz dieser Denkrichtung – die Reformentwicklungen im Osten weiter verfestigen und ausweiten, wenn sie vor allem auch in der DDR Fuß fassen, wenn zugleich die Wiener Verhandlungen (VKSE/VVSBM) in einer ersten Phase erfolgreich verlaufen und dem weiteren Etappenziel einer nichtoffensiven Verteidigungsstruktur der beiden Bündnisse zugeführt werden, wenn der KSZE-Prozeß, die Ost-West-Beziehungen insgesamt dynamisch und kooperativ vorankommen, dann würden ggf. in den 90er Jahren auch auf das deutsche Problem als den entscheidenden politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärstrategischen Knotenpunkt des Ost-West-Konflikts unweigerlich neue Fragestellungen zukommen.

Hier entstehen also in Moskau Keimlinge eines neuen deutschlandpolitischen Denkens, die es unter den skizzierten Voraussetzungen als möglich erscheinen lassen, daß in die derzeit weitgehend erstarrte offizielle Deutschlandpolitik der SU Bewegung kommt. In dem Maße, wie der neue Denkansatz Fuß faßt, wäre sogar eine radikale Fortentwicklung der bisherigen sowjetischen Deutschlandpolitik in den 90er Jahren nicht auszuschließen.

4) Diese Annahme mag heute zwar als sehr gewagt erscheinen. Aber wir sollten gerade in bezug auf die Sowjetunion als eine wichtige Lehre der letzten Jahre berücksichtigen, daß selbst in sensiblen Bereichen zunächst am Rande befindliche Meinungen und Vorschläge einzelner Experten angesehener sowjetischer Akademieninstitute allmählich deshalb dominant werden konnten, weil sie sich zwingend in die innere Logik des innen- und außenpolitischen Reformansatzes einfügten. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür bietet der tiefgreifende konzeptionelle und nun allmählich auch materielle Wandel in der sowjetischen Sicherheitspolitik, der ohne die mutigen Denkanstöße ziviler sowjetischer Sicherheitsexperten anders verlaufen wäre.

5) Die wichtigsten Äußerungen Bogomolows, Daschitschews und anderer sowjetischer Teilnehmer (Gutachten Daschitschews, Diskussionsbeiträge, Erläuterungen am Rande) bei der BIOst-Konferenz werden nachfolgend systematisch zusammengefaßt. Das BIOst wird die Diskussionen noch in diesem Jahr in Moskau fortsetzen. Das Gutachten von Daschitschew liegt anscheinend auch dem Planungsstab im sowjetischen Außenministerium vor. Möglicherweise ergibt sich bei den Anfang August in Moskau vorgesehenen Planungsstabkonsultationen⁵ Gelegenheit, diese Thematik aufzunehmen.

II. Die wichtigsten Elemente der neuen Konzeption (Langfassung)

Während Breschnew/Gromyko fest davon ausgingen, daß die Geschichte die deutsche Frage bereits erledigt habe, hat Gorbatschow wiederholt anklingen lassen, daß es auch in dieser Frage keinen Stillstand geben könne (z. B. in seinem Buch: „Vorläufig sollte man von den bestehenden Realitäten ausgehen...“⁶ oder gegen-

⁵ Die deutsch-sowjetischen Planungsstabgespräche fanden erst am 13./14. November 1989 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 20. November 1989; Referat 02, Bd. 178529.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führte zur deutschen Frage aus: „Und was in hundert Jahren sein wird, das soll die Geschichte entscheiden. Für die Gegenwart sollte man von den bestehenden Tatsachen ausgehen und sich nicht zu Spekulationen hinreißen lassen.“ Vgl. Michail GORBATSCHOW, *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987, S. 260 f.

über dem Bundespräsidenten 1987: „Was in hundert Jahren sein wird ...“⁷). AM Schewardnadse hatte bei seinem Bonn-Besuch im Januar 1988⁸, auf die deutsche Frage anspielend, darüber hinaus erklärt, daß die Geschichte keiner Verfassung die Treue geschworen habe.

Derartige politische Äußerungen und die in der deutsch-sowjetischen Gemeinsamen Erklärung enthaltenen deutschland- und europapolitisch relevanten Prinzipien und Zielsetzungen, u. a. Selbstbestimmungsrecht, Überwindung der Trennung Europas, bilden den politischen Ausgangsrahmen der Konzeption, die eindeutig von der Einheit der deutschen Nation und ihrer heutigen Zweistaatlichkeit ausgeht.

1) Radikale Neubestimmung der sowjetischen Interessenlage in Mittel-Osteuropa
Die Konzeption geht von der Notwendigkeit einer radikalen Neubestimmung der sowjetischen Interessenlage in Mittel-Osteuropa aus. Die Politik Stalins und seiner Nachfolger habe den „nationalstaatlichen Interessen“ der SU in mehrfacher Hinsicht gefährlichen Schaden zugefügt:

- Die SU habe hierdurch vor allem eine starke Koalition westlich orientierter Staaten provoziert und sich dadurch einer nicht mehr länger tragbaren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Belastung ausgesetzt, welche die eigene Entwicklung grundlegend gefährde.
- Die politische, wirtschaftliche und moralische Position der SU sei in Mittel-Osteuropa zutiefst erodiert. In den Augen der Bevölkerung der Region habe sich die SU vom Befreier zum Unterdrücker gewandelt. Die moralische Stellung der SU sei entsprechend zerstört.
- Das gewaltsam nach Mittel-Osteuropa hineingetragene stalinistische Kommandosystem habe zu einer tiefgreifenden strukturellen Destabilisierung in der Region geführt, die sich damit – infolge der sowjetischen Politik – von der eigentlich angestrebten Sicherheitszone für die SU zu einer Zone der Gefährdung und Instabilität gewandelt habe.

Entsprechend wird in der Konzeption eine grundlegende Entstalinisierung der sowjetischen Politik gegenüber Mittel-Osteuropa verlangt: „Der Kalte Krieg begann in und wegen Osteuropa; hier muß er auch beendet werden.“ Vier zentrale Aufgaben werden in den Vordergrund gestellt:

- konsequente Abkehr von einer selbstverschuldeten Konfrontation mit dem Westen;
- Befreiung Mittel-Osteuropas von jeglicher sowjetischer Bevormundung durch eine konsequente Entstalinisierung;
- freie Entwicklung für die Staaten Mittel-Osteuropas durch eine konsequente Ausfüllung der Konzeption der „Freiheit der Wahl“⁹ im Sinne eines uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts;
- neue Sicherheitsstrukturen in Europa mit dem Ziel einer glaubwürdigen Verteidigerdominanz.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Juli 1987 in Moskau; AAPD 1987, II, Dok. 206.

⁸ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 18 und Dok. 22.

⁹ Zum Prinzip der „Freiheit der Wahl“ vgl. Dok. 34.

In der sezierenden Radikalität und Ehrlichkeit dieser Sichtweise und Interessensbestimmung liegt der entscheidende Unterschied zu bisherigen einschlägigen Äußerungen von Sagladin, Falin, Portugalow u.a., denen immer noch eine große Portion Selbstgerechtigkeit bei der Beurteilung der bisherigen sowjetischen Hegemonialstellung gegenüber Mittel-Osteuropa anhaftet.

2) Sehnsucht nach einer neuen europäischen Ordnung

Als zentrale Trendeinschätzung geht die Konzeption davon aus, daß es zu einer raschen weiteren Aushöhlung des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo kommen werde. Das Bedürfnis nach Veränderung, nach Beendigung der Spaltung des Kontinents, wachse in West und Ost. Man stehe vor der Herausforderung, auf die sich ausbreitende Sehnsucht nach einer neuen, vollkommeneren und sichereren europäischen Ordnung eine zukunftsgerichtete Antwort zu finden.

Dieser dynamische Trend werde auch auf die offizielle Formel (so noch in jüngsten hochrangigen Begegnungen SU/DDR) von der „Bewahrung des territorialen und politischen Status quo“ unter zwei Aspekten nicht ohne Auswirkung bleiben:

- In politischer Hinsicht sei im Rahmen des Konzepts „Freiheit der Wahl“ eine Änderung des innenpolitischen und systemaren Status quo nicht mehr auszuschließen (auf Rückfrage wurde allerdings zur Option eines Bündnisaustritts bzw. Bündniswechsels Zurückhaltung deutlich, obwohl dies theoretisch bereits im Prinzip I der KSZE-Schlußakte¹⁰ als Option enthalten ist).
- In territorialer Hinsicht müsse man zwar im Sinne der Ostverträge¹¹/KSZE-Prinzipien weiterhin von der bestehenden Lage ausgehen, zugleich aber zukünftig ein neues Verständnis zur Bedeutung der Grenzen entwickeln: Grenzen nicht mehr als Trennlinien verkrampfter territorialer Abschottung, sondern als offene Linien, die lediglich zur Kennzeichnung der eigenen Identität und Herkunft dienen.

Im Grunde geht die Konzeption von einer konsequenteren Nutzung der Prinzipien I, III, IV, VII der KSZE-Schlußakte (d.h. souveräne Gleichheit, Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker) zur Überwindung der europäischen Trennung aus.

Als politisch-strategisches Fernziel der Konzeption wird deutlich, daß es der SU ermöglicht werden soll, durch eine an den KSZE-Prinzipien orientierte „Europäisierung“ (d.h. unter Beteiligung aller europäischer Staaten und der USA) aus

¹⁰ Für den Wortlaut von Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

¹¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

der bisherigen, nicht mehr tragbaren Hegemonialstellung gegenüber Mittel-Osteuropa herauszukommen.

Der damit notwendigerweise einhergehende grundlegende Wandel in den Beziehungen der SU zu den Staaten in Mittel-Osteuropa müsse allerdings auf westlicher Seite durch Maßnahmen ergänzt werden, „die für die SU und die anderen osteuropäischen Länder reale Sicherheitsgarantien schaffen und ihre Lebensinteressen berücksichtigen“. Gemeint sind hiermit in erster Linie die Herstellung beiderseitiger Verteidigerdominanz in Europa und – in der Perspektive – eine allmähliche Umwandlung der beiden Bündnisse in Instrumente der europäischen Zusammenarbeit.

Der östliche Beitrag müsse insbesondere darin bestehen, durch Reformen die Kompatibilität des eigenen Systems für mehr Zusammenarbeit in Europa und allmählich auch für gesamteuropäische Institutionen sicherzustellen. Dies werde die Wiederherstellung alter, künstlich unterbrochener Verbindungen in Europa erleichtern. Den politischen Befürchtungen der eigenen Konservativen wird klar entgegengehalten:

„Zutiefst irren diejenigen, die Befürchtungen und Unbehagen hegen wegen des ‚Abdriftens‘ der osteuropäischen Länder nach Westen und der westeuropäischen Länder nach Osten. Diese Politiker sind in den außenpolitischen Vorstellungen und Dogmen des 19. Jahrhunderts befangen. Was die Länder Osteuropas betrifft, so würde eine erhebliche Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Staaten und vor allem mit ihrem Hauptpartner, der Bundesrepublik, sehr helfen, ihre wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und ihre Wirtschaft voranzubringen. Und für die Sowjetunion könnte eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und den anderen westlichen Ländern die Lösung für viele wirtschaftliche Aufgaben der Perestroika bringen.“

Ziel einer insgesamt längeren europäischen Evolution, bei welcher dem deutsch-sowjetischen Interessenausgleich eine zentrale Bedeutung zukomme, sei ein „Europa des Konsenses, der Ruhe und Stabilität“, in dem „das deutsche Volk die Möglichkeit erhält, in Frieden und Eintracht mit seinen Nachbarvölkern selbst über sein Schicksal zu bestimmen“.

3) Einbettung der deutschen Frage

In der Konzeption wird klar festgestellt, daß die Idee des Gemeinsamen Europäischen Hauses nur dann ernstgenommen werden könne, wenn die deutsche Frage darin einen zentralen Platz erhalte. Die bisherige sowjetische Position, daß die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten den sowjetischen Interessen am besten diene, wird als einseitig und konservativ kritisiert. Dahinter „steht nur die Furcht“, das deutsche Problem konsequent zu durchdenken, und zwar:

- in seiner ganzen Dynamik (bedeutet offenbar u. a. Beendigung der Nachkriegszeit, Generationenwechsel, neue nationale Selbstfindung in beiden Teilen Deutschlands),
- in seiner Verknüpfung mit anderen Realitäten des internationalen Lebens (u. a. unumkehrbare EG-Bindung der Bundesrepublik Deutschland als zentrale Realität, Rolle in NATO; Entwicklung im WP; KSZE-Prozeß etc.)
- und unter Berücksichtigung der tatsächlichen nationalen Interessen der SU (s. o.).

Nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Europas werde die deutsche Frage bzw. das Thema „Die Deutschen“ neu bedacht. Dies zeigten nicht nur Arbeiten und Äußerungen aus Wissenschaft, Medien und Politik in Osteuropa, sondern auch die Art und Weise, wie dort das Problem der Minderheiten deutscher Nationalität zunehmend neu angegangen werde. Hier gebe es einen allmählichen Wandel, hinter dem die Reaktion der Deutschen selbst zur Thematik überraschend zurückbliebe. Bogomolow/Daschitschew verwiesen in diesem Zusammenhang u. a. auf ein Falin-Interview von Ende Mai für den britischen Independent: „One Germany wouldn't worry us“¹², das – für die SU überraschend – keinerlei Widerhall in den deutschen Medien gefunden habe.¹³

4) Der Weg zur Konföderation

Im Rahmen einer europäischen Einbettung, wie unter Ziff. 1 bis 3 skizziert, sieht die Konzeption grundsätzlich zwei zeitlich allerdings nicht genau definierte Entwicklungsphasen vor:

a) Erste Phase; Vorrang des Kooperationskonzepts:

- Notwendigkeit einer allmählichen Öffnung der DDR durch Reformen; in der Konzeption wird klar kritisiert, daß die DDR-Führung „in der nationalen Frage eine Position einnimmt, die nach unserer Ansicht ihrem Ansehen in der Bevölkerung beider deutscher Staaten schadet“;
- ungehinderte Ausweitung und Vertiefung einer allseitigen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten;
- Gewährung des „Rechts auf ungehinderte Kommunikation für die Deutschen in West und Ost“.

In dieser ersten Phase ist zugleich noch eine Respektierung der gesellschaftlich politischen Ordnung beider Staaten unabdingbar.

b) Zweite Phase; neue, höhere Qualität der Kooperation bis hin zur Konföderation bzw. „anderen Formen enger Zusammenarbeit“:

- dynamisch voranschreitende gesamteuropäische Kooperation und Vertrauensbildung als notwendiges Umfeld;
- korrelierend hierzu eine allmähliche Umwandlung konfrontativer Blockstrukturen in gesamteuropäische Kooperationsstrukturen;
- eingebettet hierin die „Bildung einer freiwilligen Konföderation der beiden deutschen Staaten“.

Als entscheidend wird der Wille der Deutschen betrachtet, sich für eine solche Entwicklung tatsächlich einzusetzen. (Hinweis: Auch in anderen sowjetischen Äußerungen unterschiedlichster Provenienz fällt zunehmend die These auf, daß es ggf. „Sache der Deutschen“ sei, über ihr Zusammenleben zu entscheiden.)

Mit einer solchen Entwicklung werde auf der militärischen Ebene allmählich die Notwendigkeit entfallen, amerikanische Truppen in Westeuropa und sowjetische

¹² Am 13. Mai 1989 wurde in der Presse über Äußerungen des Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Falin, in einem Interview während eines Aufenthalts in Österreich berichtet. Falin habe erklärt, falls sich die Bundesrepublik und die DDR eines Tages zu militärischer Neutralität entschlossen, entstünde eine neue Situation in Europa, über die gesprochen werden könne. Vgl. dazu den Artikel „One Germany ‚wouldn't worry Moscow‘“; THE INDEPENDENT vom 13. Mai 1989, S. 12.

¹³ An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Bitte besorgen!“ Vgl. Anm. 3.

in Osteuropa zu unterhalten. (Hinweis: In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß die Option eines Abzugs sowjetischer Truppen aus Osteuropa zunehmend zu einem gemeinsamen Element der unterschiedlichen sowjetischen Denkrichtungen wird.)

Die Leistungsfähigkeit der EG und damit ihre Anziehungskraft auf Mittel-Osteuropa solle bei dieser gesamteuropäischen Entwicklung realistisch zur Entfaltung kommen können. Die Möglichkeit einer Assoziation oder sogar einer Mitgliedschaft einzelner sozialistischer Staaten in der EG (gemeint wohl wirtschaftliche Dimension) wird nicht tabuisiert, sondern akzeptiert.

Damit wird in der Konzeption auch die Möglichkeit einer Verschiebung der bisherigen Kräftekorrelation in Europa zuungunsten der SU als akzeptabel und letztlich sogar als im eigentlichen sowjetischen Interesse stehend unterstellt.

In diesem Prozeß brauche es aber nicht notwendigerweise zu einer Konföderation oder gar zur Wiederherstellung der Einstaatlichkeit zu kommen. Auch ein offenes Zusammenleben wie zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland könne sich historisch als hinreichend erweisen. Entscheidend sei, einen Zustand zu erreichen, in welchem sich die Deutschen in Europa „wohl fühlen“ und in welchem sie ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen können. (Hinweis: Dieses Modell geht über den Ansatz Portugalows und anderer, die auf Österreich/Ungarn verweisen, hinaus, weil es für eine Systemangleichung der beiden deutschen Staaten implizit offen ist.)

Das Ergebnis einer solchen Entwicklung habe ggf. mit einer Neutralisierung Deutschlands nichts zu tun, weil dieses Ordnungsprinzip mit dem Wegfall der Blockkonfrontation einfach nicht mehr angewendet werden könne.

Aber in einer Übergangsphase wäre es vorstellbar, „daß unter günstigen Umständen das Prinzip der Nichtbeteiligung beider deutscher Staaten an Militärblöcken angewandt wird. Auf jeden Fall würde ein weiteres Fortschreiten auf dem Gebiete der Absenkung der militärischen Konfrontation und somit der Verbesserung des europäischen Sicherheitssystems der deutschen Frage ihre Schärfe nehmen“.

5) Einige operative Vorschläge in der Konzeption

Die Konzeption geht davon aus, daß es im Zuge von Reformen in der DDR früher oder später zu einer drastischen Intensivierung der Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten auf den verschiedenen Ebenen kommen werde. Insbesondere könnte es hiernach im wirtschaftlichen Bereich zu einer dynamischen Entwicklung auf der Grundlage einer seitens der DDR bisher allerdings vermiedenen Joint-venture-Gesetzgebung kommen.

Die Sowjetunion sollte qualitativ neue Formen der Zusammenarbeit mit beiden deutschen Staaten anstreben. Erwähnt wird im Zusammenhang des Vorschlags einer Freihandelszone in Ostpreußen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere mit Firmen aus beiden deutschen Staaten. Über die wirtschaftlichen Effekte hinaus werde dies einen wichtigen psychologischen Effekt auf die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten ausüben, indem hierdurch nur noch der rein formale Charakter der Grenzen in einem neuen Europa demonstriert werden könne.

Über die bisherigen Ansätze zur Management-Ausbildung¹⁴ hinaus wird vorgeschlagen, zu einer im Stalinismus erstickten Praxis der 20er und frühen 30er Jahre zurückzukehren, d.h. im großen Stil deutsche Experten zur Arbeit in der Sowjetunion einzuladen und umgekehrt sowjetische Experten stärker als bisher in Deutschland ausbilden zu lassen. Hierbei gehe es nicht nur um den Transfer von Wissen und Marketing, sondern insgesamt um den Abbau von „tief eingemieteten Feindbildern von den ‚Fremdlingen‘ und um die Stimulierung eines ‚gesamteuropäischen Bewußtseins‘ bei der sowjetischen Bevölkerung“.

Die Lage in Berlin solle von allen Diskriminierungen und Grauzonen befreit werden. Insgesamt solle zwischen dem Westen und dem Osten der Stadt eine kooperative Gesamtlage herbeigeführt werden, die als Vorbild und Versuchsfeld für ein Europäisches Haus gelten könne.

6) Schlußbemerkung

Den Protagonisten der Konzeption ist zweifelsohne bewußt, daß die Zeit für eine Umsetzung ihrer Ideen noch nicht herangereift ist. Sie geben in Gesprächen zu, daß angesichts immer komplizierterer Reformprozesse in Mittel-Osteuropa und in der SU objektiv kein aktuelles Interesse daran besteht, in der deutschen Problematik allzu rasche Wandlungen eintreten zu lassen. Entsprechend ambivalent bleibt auch die Haltung zum derzeitigen innenpolitischen Kurs der DDR, deren Haltung zu inneren Reformen zwar offen kritisiert, deren Rolle als Faktor relativer Stabilität andererseits aber ebenso offen anerkannt wird.

Die Konzeption zielt allerdings auf eine als grundsätzlich notwendig erachtete, mittelfristig insbesondere für den Fall erwartete Entwicklung, daß auch in der DDR dynamische Reformprozesse in Gang kommen. Sie versucht hierauf im Kontext der sowjetischen Reformentwicklungen und der dahinterstehenden Interessen eine vorausschauende Antwort zu geben.

Das Entwicklungspotential der Konzeption beruht auf ihrer Ehrlichkeit und Nüchternheit bei der Einschätzung der wichtigsten sowjetischen Interessen und der vorrangigen Entwicklungsparameter in ganz Europa. Sie könnte daher im sowjetischen Denken mittelfristig stärker Fuß fassen, sich möglicherweise auch auf eine allmählich öffentlichere Diskussion zur deutschen Frage und damit am Ende auch auf die sowjetische Politik auswirken. Vor diesem Hintergrund erscheint es in jedem Fall zweckmäßig, mit den Protagonisten dieser Denkrichtung den Gedankenaustausch weiterzuführen.

Citron

Referat 02, Bd. 178529

¹⁴ Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR ein Regierungsabkommen „über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft“. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Anlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 842–850.

206

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1320****Aufgabe: 4. Juli 1989, 15.30 Uhr¹****Cito****Ankunft: 4. Juli 1989, 16.35 Uhr**

Betr.: Deutsch-polnische Beziehungen;
 hier: Verschiebung des Bundeskanzlerbesuchs²

Bezug: dpa-Meldung 745 vom 3. Juli 1989

1) Die Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers wird in Polen von Regime und Solidarność-Vertretern mit einem resignierenden Schulterzucken zur Kenntnis genommen. Schon die Dauer der anderthalbjährigen Verhandlungen hatte zweifeln lassen, ob der beiderseits gewünschte Durchbruch auch 44 Jahre nach Kriegsende möglich sein würde.

2) In Polen sind es die europäischen Umfeldentwicklungen und die wirtschaftliche Not, die eine Hinwendung zur Bundesrepublik angeraten sein lassen. Bei der antikommunistischen Opposition und fortschrittlichen Kräften innerhalb des Regimes tritt hinzu der Wunsch, mit einem demokratischen Deutschland in enge Beziehungen zu treten und sich auch damit dem Westen anzunähern. Die Vorstellung, die sowjetische Garantie der polnischen Westgrenze abzulösen durch deutsche Zusicherungen, mag als Hoffnung mitschwingen in den Bemühungen um Ausgleich und Zusammenarbeit mit uns.

An dieser Haltung wird sich in Zukunft wenig ändern, doch bleibt ein bitterer Nachgeschmack, der eine emotional aus hiesiger Sicht jetzt möglich gewesene Öffnung uns gegenüber erschwert. Äußerungen bei Vertriebenentreffen und Berichte über Belastungen, auf die Reisende aus Polen³ in der Bundesrepublik treffen, tragen ebenfalls dazu bei, vorgestrige Klischees uns gegenüber wieder lebendig werden zu lassen.

3) Dazu gehört u. a. auch die Empfindsamkeit, von den Deutschen nicht als gleichstehend angesehen zu werden. Wenn ich auf die Adenauer-Erklärung von 1949⁴ verweise, wonach die Bundesrepublik Deutschland Ausgleich und Versöhnung mit Israel, Frankreich und Polen suchen müsse, wird mir geantwortet: Die Juden haben zwischenzeitlich über 80 Milliarden DM erhalten. Frankreich habt Ihr zu Eurem engsten Verbündeten gemacht, und wir erhalten die schöneren Worte.

4) Wie immer auch die innere Entwicklung Polens in den kommenden Wochen und Monaten verlaufen mag, für uns stellt sich die Frage, ob es unseren Inter-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 4. Juli 1989 vorgelegen.

² Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 201, Anm. 14. Am 4. Juli 1989 wurde gemeldet, Kohl habe wegen der „erheblichen Veränderungen“ in der polnischen Führung seinen Besuch verschoben. Dieser werde „nicht vor dem Herbst dieses Jahres“ zustande kommen. Bundesminister Klein habe zudem darauf hingewiesen, daß vor einem Besuch „subtile Fragen“ zu lösen seien. Vgl. dazu den Artikel „Bundeskanzler Kohl fährt vorerst nicht nach Polen“, FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 4. Juli 1989, S. 1.

³ Korrigiert aus: „Polenreisende“.

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

essen entspricht, sich aus Kostengründen gesamteuropäisch um Polen herum zu engagieren oder Polen mit einzubeziehen in unsere Bemühungen. Falls man dies auch aus moralisch-historischen Gründen bejaht, dann stellt sich die weitere Frage nach der Bedeutung, die man einer deutsch-polnischen Annäherung beimißt. Die polnischen Sorgen und wirtschaftlichen Nöte sind uns bekannt. Polen wünscht, sich in die weltwirtschaftlichen Abläufe zu integrieren über die Konsolidierung der innerpolnischen wirtschaftlichen Situation und über eine Annäherung an die Europäische Gemeinschaft mit dem schon absehbar werdenden Fernziel der Aufnahme in die EG. Polen hofft, daß über Zeitablauf und innereuropäische Verflechtungen auch seine nationalen Grenzen durch uns nicht mehr in Frage gestellt werden.

Dieses zweite Anliegen steht indes z.Zt. nicht so im Vordergrund des Interesses wie die wirtschaftliche Situation. Wenn wir uns in der Lage sehen, Angebote zu machen, die den polnischen Anliegen förderlich sind, die auch im Zusammenhang mit deutschen Leistungen zugunsten anderer Staaten nicht als kleinlich qualifiziert werden können, eröffnen wir uns Möglichkeiten zur Überwindung negativer Emotionen, zur bilateralen Annäherung an Polen und über die Stärkung Polens langfristig zur Stärkung des europäischen Gewichts. Dies ist aus hiesiger Sicht bisher nicht der Fall. Oberstleutnant Górnicki, enger Berater von General Jaruzelski, erklärte mir: Ihr seid die stärkste Wirtschaftsmacht auf der Welt. Dahinter steht die Auffassung, Ihr könntet uns wirtschaftlich helfen, Ihr wollt es nicht.

Auf die hohen Leistungen an die DDR und Rumänien werde ich oft bei entsprechenden Gesprächen hingewiesen. Solange wir Polen weniger günstig stellen als diese Staaten und Staaten in der Dritten Welt (z.B. Kenia), muß man hier davon ausgehen, daß die Beziehungen zu Polen für uns auch einen entsprechend geringen Stellenwert haben. Das häufig gehörte Argument, Polen habe fast 1/3 des Territoriums des Deutschen Reiches übernommen und damit sogar eine zu weit gehende Wiedergutmachung erfahren, sollte uns nicht den Blick dafür verstellen, auf der Grundlage der heutigen Gegebenheiten unsere nationalen Anliegen zu verfolgen.

Der durch die Verschiebung des Bundeskanzlerbesuchs erreichte Zeitgewinn sollte genutzt werden, um nochmals zu überlegen, in welchem Umfang Polen von uns geholfen werden sollte, um das m.E. erstrebenswerte Ziel zu erreichen, in nicht zu ferner Zukunft einen demokratischen und wirtschaftlich konsolidierten Partner in Warschau zu haben, dessen Beispiel auch auf die übrigen Nachbarn in einem unseren Vorstellungen entsprechenden Sinne ausstrahlen würde.

Ich bitte, diesen Bericht dem Herrn Bundesminister vorzulegen.

[gez.] Schoeller

Referat 214, Bd. 139857

207

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit**310-321.00 PAL****5. Juli 1989¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Unsere Beziehungen mit der PLO;
 hier: Verstärkung der politischen Kontakte mit der PLO

Bezug: BM-Vorlage vom 21.12.1988 (beigefügt)⁴

Zweck der Vorlage: Billigung des Vorschlages unter Ziffer 4.

1) In unserem Verhalten gegenüber der PLO sind wir zum europäischen Schlußlicht geworden. 1974 hatten wir als erste für eine Verhandlungslösung im arabisch-israelischen Konflikt das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes neben das Existenzrecht Israels gestellt⁵, später dazu beigetragen, daß sich diese Politik im Kreis der Zwölf durchgesetzt hat. Bei den Kontakten mit der PLO bewegten wir uns nach 1974 im europäischen Mittelfeld. Wir haben politische Gespräche auf Arbeitsebene geführt, hochrangige Kontakte aber mit ganz geringen Ausnahmen abgelehnt. Die anderen europäischen Partner gingen zunehmend dazu über, Kontakte mit PLO-Vertretern auf Außenminister- und sogar Regierungschef-Ebene zu pflegen.

Nachdem sich als Folge des Palästinensischen Nationalkongresses in Algier (November 1988)⁶ und der 43. GV in Genf (Dezember 1988)⁷ in der PLO eine gemäßigte Politik durchgesetzt hatte (mit Akzeptierung von SRR 242/338⁸ für

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Kaempffe konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 6. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin einverstanden.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 12. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 12. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Fiedler an Referat 310 verfügte.

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 24. Juli 1989 erneut vorgelegen.

Hat Fiedler am 24. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 25. Juli 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler vgl. AAPD 1988, II, Dok. 370.

⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

⁶ Vgl. dazu die Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988; EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

⁷ Vgl. dazu die Rede des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vor der VN-Generalversammlung am 13. Dezember 1988 in Genf sowie seine Pressekonferenz am folgenden Tag; EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–62.

⁸ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

eine Verhandlungslösung; Anerkennung des Rechts aller Konfliktparteien einschließlich Israels auf Existenz in sicheren Grenzen; Verurteilung von Terrorismus durch Arafat), haben alle europäischen Staaten hochrangige Kontakte mit der PLO aufgenommen. Die USA führen seitdem einen substantiellen Dialog mit der PLO in Tunis.⁹

Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland führen seit Jahren Gespräche mit der PLO, darunter auch mit Arafat. Allein zwischen Dezember 1988 und Mai 1989 war Arafat zu Gesprächen in Rom, Athen, Madrid und Paris.¹⁰ Die vor 1988 bei PLO-Kontakten zurückhaltenden Länder GB, NL und DK haben die Gesprächsebene mit der PLO deutlich angehoben. So traf StM Waldegrave (GB) im Dezember 1988 in London mit dem Arafat-Berater Bassam Abu Sharif und im Januar 1989 in Tunis mit Arafat selbst zusammen. NL hat im Januar 1989 eine hochrangige Delegation des Außenministeriums nach Tunis entsandt, die auch vorhatte, mit Arafat zusammenzutreffen. Andere EG-Länder (DK, P) haben PLO-AM Kaddumi in ihren Hauptstädten empfangen.

2) Unsere Abstinenz in dieser Frage schadet unserem Ansehen in der arabischen Welt. Bei fast allen Gesprächen mit ihren Führern (mit Ausnahme Syriens, das in einem Konflikt zu Arafats PLO steht) werden wir in dieser Frage gemahnt.

Darüber hinaus werden auch Sicherheitsinteressen berührt. Wir sind sowohl in der Frage deutscher Geiseln wie auch bei der Bekämpfung des Terrorismus auf eine gute Zusammenarbeit mit der PLO angewiesen. Bei vertraulichen Gesprächen über diese Frage kam die Enttäuschung der PLO deutlich zum Ausdruck.

3) Wegen unserer besonderen Beziehungen zu Israel und aus Rücksicht auf proisraelische Kreise in den USA müssen wir größere Zurückhaltung zeigen als etwa Frankreich und Italien. Dennoch ist eine Ausweitung unserer Kontakte angezeigt und durch die politische Entwicklung begründet, da

- auch die USA mit der PLO politische Gespräche führen,
- StPr Mitterrand ebenso wie die Regierungen I, GR, E (einschl. König¹¹) Arafat empfangen haben,
- der Europäische Rat in seiner Nahost-Erklärung¹² angesichts des insgesamt positiv verlaufenden Dialogs zwischen den EG-Ländern und der PLO dieser Entwicklung Rechnung trägt und für die PLO „Teilnahme an Verhandlungen“ verlangt (bisher: „the PLO must be associated to the negotiations“).

Es wird daher vorgeschlagen, daß wir dem Anliegen von Gesprächspartnern in der PLO entsprechen, ein Gespräch mit dem außenpolitischen Berater Arafats, Bassam Abu Sharif, in Bonn zu führen. Auf deutscher Seite sollten StM Schäfer und¹³ StS Sudhoff Partner sein.

⁹ Zur Aufnahme des Dialogs zwischen den USA und der PLO vgl. Dok. 40, Anm. 34.

¹⁰ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 23. Dezember 1988 in Italien, am 10./11. Januar 1989 in Griechenland, am 27. Januar 1989 in Spanien sowie vom 2. bis 4. Mai 1989 in Frankreich auf.

¹¹ Juan Carlos.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16 f.

¹³ Die Wörter „StM Schäfer und“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen.

Abu Sharif hat in den letzten Monaten hochrangige Gespräche (z.B. London, Tokio) geführt.

Als politischer Berater hat Bassam Abu Sharif (43 Jahre) bereits im Mai 1988 unter dem Einfluß der Bürgererhebung in den von Israel besetzten Gebieten¹⁴ eine politische Auseinandersetzung begonnen, in deren Zentrum die Frage der Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die Arafat-PLO stand. Er hat damit in den folgenden Monaten die Annahme der Zwei-Staaten-Lösung durch den PNC in Algier (November 1988) und die folgenden Entwicklungen innerhalb der PLO vorbereitet.

Zur Vorbereitung könnte StS Sudhoff den hiesigen PLO-Vertreter Frangi zu einem Gespräch empfangen.¹⁵

4) Mit diesen Gesprächen könnten wir dazu beitragen, die gemäßigte Arafat-Linie gegenüber radikalen Organisationen zu stärken, die die Fortsetzung des Kampfes statt der von Arafat vertretenen Verhandlungslösung fordern.

Wir können uns dafür einsetzen, daß die PLO unter den in der Erklärung des Europäischen Rats vom 27.6.1989 genannten Voraussetzungen den Wahlen in den von Israel besetzten Gebieten zustimmt und damit auch dem von AM Arens Ihnen gegenüber¹⁶ geäußerten Wunsch nach einer Unterstützung des Shamir-Plans¹⁷ entsprechen.

Schlagintweit

Referat 310, Bd. 185398

¹⁴ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

Zu den Kontakten mit dem Leiter der „Informationsstelle Palästina“ der PLO, Frangi, vgl. Dok. 239.

Ein Gespräch zwischen Staatssekretär Sudhoff und dem Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Sharif, fand am 16. Oktober 1989 statt. Vgl. Dok. 321.

¹⁶ Bundesminister Genscher und der israelische Außenminister Arens trafen am 18. Juni 1989 zusammen. Vgl. Dok. 183.

¹⁷ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4.

208

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher**201-363.52-606/89 VS-vertraulich****5. Juli 1989**Über D2¹, Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: CW-Abzug aus der Bundesrepublik Deutschland⁴;
hier: Gefährdung durch „Hopkins-Amendment“ im US-KongreßAnlg.: 2 a) DB Washington Nr. 2821 vom 30.6.1989 – VS-v⁵b) Fernkopie Washington Nr. 738 vom 30.6.1989 – offen⁶Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des in
II. vorgeschlagenen Vorgehens**Vorbemerkung**

- In der Bundesrepublik Deutschland laufen die Abzugsplanungen und -vorbereitungen in der Interministeriellen Kommission (IMK-CW) bisher ohne gravierende Probleme. Der BSR wird im Herbst erneut ausführlich unterrichtet werden.
- In den USA hat sich die mit dem Abzug beauftragte US Army entsprechend der präsidentiellen Direktive auf einen Abzug bis Ende 1990 (u. U. bereits Oktober/November) eingestellt und trifft entsprechende Vorbereitungen, wobei drei technische Probleme noch zu lösen sind:

¹ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup Ministerialdirigent Höynck am 5. Juli 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Ich habe diese Vorlage angefordert, weil das vorgesehene Amendment innen- wie außenpolitisch hochbrisanten Sprengstoff enthält. Ich halte allerdings nichts von einem Telefongespräch mit Baker. Dies muß ein Thema sein für ein Vier-Augen-Gespräch am Rande des Weltwirtschaftsgipfels.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 10. Juli 1989 vorgelegen, der den Passus „Dies muß ... des Weltwirtschaftsgipfels“ in der Bemerkung des Staatssekretärs Sudhoff hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „[richtig]“. Ferner vermerkte er: „Auskunft über Gespräch Stoltenberg–US-VM einholen und W[ieder]v[orlage] 11.7.“ Vgl. Anm. 9.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 201 tele[phonisch] vorab unterrichtet.“ Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Hofstetter an Referat 201. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Siehe] W[ei]s[un]g BM.“

Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Kastrup und Hofstetter am 10. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 10. Juli 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Zum vom amerikanischen Außenminister Baker am 6. März 1989 in Wien angekündigten geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Brigadegeneral Freiherr von UsLAR-Gleichen, Washington, informierte, der Streitkräfteausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses habe einstimmig das „Hopkins-Amendment“ verabschiedet. Obwohl auch noch der Senat zustimmen müsse, könne eine endgültige Annahme „zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen“, die einen beschleunigten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik unmöglich machen würden. Vgl. VS-Bd. 12149 (201); B 150, Aktenkopien 1989.

⁶ Dem Vorgang beigefügt. Die Botschaft in Washington übermittelte das vorgesehene „Hopkins-Amendment“ zum amerikanischen Haushaltsgesetz für 1990. Vgl. VS-Bd. 12149 (201); B 150, Aktenkopien 1989.

- Bereitstellung (d.h. Bau von Bunkern) von Lagerkapazität auf dem Johnston-Atoll im Pazifik, wo die Vernichtung erfolgen wird.
- Bereitstellung von ausreichendem Schiffsraum.
- Erprobung und Fertigstellung zusätzlicher Sicherheits-Stahlbehälter für den CW-Transport auf Straße, Schiene und Schiff.

1) Die bisher nicht unberechtigte Hoffnung auf einen CW-Abzug im Spätherbst 1990 (dieses Datum darf aber öffentlich nicht genannt werden) könnte ernsthaft gefährdet werden, wenn das Hopkins-Amendment Bestandteil des Haushaltsgesetzes 1990 würde.

Dieses Amendment umfaßt vier Vorbedingungen für die Freigabe von Haushaltsmitteln für den CW-Abzug:

- zwei sog. „Certification Messages“ des Pentagons über
 - a) das Vorhandensein ausreichender (angemessener) Mengen an binären CW als glaubwürdige Vergeltungs- bzw. Abschreckungskapazität (die Ermächtigung zur Produktion binärer CW erfolgte im Dezember 1987);
 - b) Minimierung technischer und operativer Risiken beim Abzug und Gewährleistung maximalen Schutzes für die Bevölkerung.
- Vorlage eines überarbeiteten Abzugsplanes.
- Erklärung über Auswirkungen des vorgezogenen CW-Abzugs aus Europa auf die Vernichtungsplanung der in USA befindlichen CW („chemical demilitarization program“).

2) Zu den vier Bedingungen des Hopkins-Amendments im einzelnen

a) Binäre CW-Kapazität

Ein ausreichendes binäres Potential ist als Voraussetzung für einen CW-Abzug im Briefwechsel BK–Reagan anerkannt worden. Im Brief BK vom 13. Mai 1986 heißt es hierzu:

„Der Abzug wird ausgeführt so früh wie militärisch gerechtfertigt in Übereinstimmung mit der Anforderung der MC 14/3⁷, die Fähigkeit aufrechtzuerhalten, tödliche CW-Wirkstoffe effektiv zur Vergeltung im beschränkten Umfange einzusetzen. Die zeitliche Abzugsplanung wird deshalb von der Verfügbarkeit eines angemessenen binären CW-Lagerbestandes in den Vereinigten Staaten abhängen.“⁸

Solange die Administration nicht verpflichtet wird, präzise Mengenangaben zu machen, hat sie es vermutlich in der Hand, das Vorhandensein eines „angemessenen binären CW-Lagerbestandes“ zu erklären. Wir selbst wissen nicht, welche Menge seit Dezember 1987 hergestellt worden ist.

Dieser Punkt des Hopkins-Amendments ist der potentiell gefährlichste, weil er zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Administration und Kongreß bzw. zwischen militärischer und politischer Führung führen könnte – letztlich zu unseren Lasten.

b) Minimierung von Risiken

Während die bei uns stationierten unitären US-CW-Bestände sich in einem guten und transportsicheren Zustand befinden, ist der Großteil der in den USA

⁷ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁸ Für das Schreiben vgl. AAPD 1986, I, Dok. 139.

lagernden CW-Bestände schlecht gewartet, z.T. verrottet und nicht mehr transportfähig; die Vernichtung muß daher überwiegend vor Ort erfolgen.

Es dürfte der Administration – in Zusammenarbeit mit uns – nicht schwerfallen, eine entsprechende „Certification Message“ bezüglich des CW-Abzugs aus der Bundesrepublik Deutschland abzugeben.

c) Vorlage eines überarbeiteten Abzugsplanes

Dies dürfte keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, soweit der Schiffstransport nach Johnston Island betroffen ist. Es muß aber vermieden werden, daß dem Kongreß konkrete Einzelheiten über den Abtransport in der Bundesrepublik Deutschland vom Lagerort zum Verschiffungshafen mitgeteilt werden, die bei uns nur einem kleinen Kreis bekannt sind und auch nicht veröffentlicht werden sollen. Die Abzugsvorbereitungen sind in den USA und bei uns „geheim“ eingestuft.

d) Auswirkungen auf das „Chemical Demilitarization Program“

Hinter der Forderung nach einer Erklärung hierzu verbirgt sich die Sorge, der vorgezogene CW-Abzug von unserem Territorium könnte sich nachteilig und verzögernd auf die Vernichtung von in den USA lagernden CW-Altbeständen auswirken. In der Tat mußte das inneramerikanische Vernichtungsprogramm aus anderen Gründen bereits zeitlich gestreckt werden: von ursprünglich 1995 auf jetzt 1997.

Zuvor müssen für die bei uns abzuziehenden CW-Bestände auf Johnston Island Bunker für die Lagerung errichtet werden, da die dortige Vernichtungskapazität für eine sofortige Vernichtung nicht ausreicht; aber eine nennenswerte Verzögerung bei der Vernichtung der in USA lagernden Bestände tritt dadurch nicht ein: Die meisten dortigen CW-Bestände sind nicht mehr transportsicher und können daher auf Johnston Island gar nicht vernichtet werden.

II. Weiteres Vorgehen

1) Bundesregierung und US-Administration haben ein gemeinsames Interesse an einem vorgezogenen, reibungslosen Abzug und an dessen planmäßiger, durch öffentliche Diskussion ungestörter Vorbereitung. Deutsch-amerikanische Kontakte sollten daher vertraulich erfolgen.

2) Wie wir aus dem BMVg hören, beabsichtigt BM Stoltenberg, am 6.7.1989 ein Telefongespräch mit US-VM Cheney in diesem Sinne zu führen.

3) Es wird vorgeschlagen, daß Sie mit AM Baker telefonieren und dabei auf folgender Linie mit ihm sprechen:

a) Bundesregierung geht von der Gültigkeit der präsidentiellen Direktive und dem in Wien von Baker angekündigten vorzeitigen Abzug aus. Das hierfür mitgeteilte Zieldatum: „bis Ende 1990“ bleibt vertraulich.

b) Wir vertrauen darauf, daß es der Administration gelingt, das Hopkins-Amendment zu verhindern.

c) Wir sind hierbei zu enger und vertraulicher Zusammenarbeit und Hilfestellung bereit.

d) Wir meinen, daß die Administration es ggf. in der Hand hat, die bis z.B. September 1989 hergestellten binären CW als „angemessenen Bestand“ (adequate stockpile) zu deklarieren.

e) Wir sind ggf. auch bereit, die Administration zu der Aussage zu ermächtigen, daß mit den bisherigen deutsch-amerikanischen Planungen die technischen und operativen Sicherheitsbedürfnisse der Bundesregierung für den Abzug erfüllt sind.

Der vorgesehene Transportweg zum Johnston Island berührt Kontinental-USA nicht.

Auf dieser Linie wird sich auch BM Stoltenberg gegenüber VM Cheney äußern.⁹

Dreher

VS-Bd. 12149 (201)

209

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Abgeordneten Geremek

7. Juli 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch BM mit Prof. Geremek und anderen führenden Vertretern der Solidarität am 7. Juli 1989²

Teilnehmer auf polnischer Seite: Prof. Geremek (G), Prof. Trzeciakowski (T), Bujak, Śliwiński;

auf deutscher Seite: BM, L 01³, Dg21⁴, RL 010⁵, RL 214⁶.

BM erinnert zu Beginn an Gespräche mit Wałęsa und Geremek in Warschau⁷ und Paris, die stets einen großen Wert für die Lagebewertung in Polen gehabt

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher notierte am 10. Juli 1989 Informationen des Bundesministeriums der Verteidigung zum Telefongespräch zwischen Bundesminister Stoltenberg und dem amerikanischen Verteidigungsminister Cheney am 6. Juli 1989. Stoltenberg habe Besorgnis über das geplante „Hopkins-Amendment“ ausgedrückt und Unterstützung der Bundesregierung in Aussicht gestellt sowie vorgeschlagen, sich öffentlich nur zurückhaltend und abgestimmt zu äußern. Cheney habe sich damit einverstanden erklärt und dargelegt, er „glaube, daß die Administration das Problem im Augenblick noch im Griff habe, d.h. Cheney halte es für ‚manageable‘.“ Vgl. VS-Bd. 12149 (201); B 150, Aktenkopien 1989. Vgl. Anm. 3.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix gefertigt und an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte um Zustimmung zu Verteilung gemäß Vorschlag“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. Juli 1989 vorgelegen.

² Die Delegation der polnischen Gewerkschaft Solidarność hielt sich vom 6. bis 8. Juli 1989 in der Bundesrepublik auf und traf am 7. Juli 1989 außerdem mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 15.

³ Jürgen Chrobog.

⁴ Wilhelm Höynck.

⁵ Frank Elbe.

⁶ Christoph Derix.

⁷ Bundesminister Genscher traf am 12. Januar 1988 in Warschau mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 17.

hätten. Heute begrüße er Geremek und seine Begleiter als gewählte Repräsentanten des polnischen Volkes.⁸ Mit großer Anteilnahme und Bewegung verfolgten wir den Weg Polens zur Demokratisierung. Das laufende Jahr mit seiner Erinnerung an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges weise auf die moralische und historische Dimension des deutsch-polnischen Verhältnisses hin. Wir seien entschlossen, bleibende Schritte zu tun auf der Grundlage des Warschauer Vertrages⁹, der von uns ohne Wenn und Aber bejaht werde.

Geremek würdigt das heutige Treffen als einen symbolischen Akt, da er und seine Begleiter als Vertreter einer legalen Solidarität, die ins Parlament gewählt seien, gekommen seien. Er stimme BM zu, auch Solidarität wolle in diesem Jahr einen neuen Anfang zwischen Polen und Deutschen machen. Es gelte, die Beziehungen zwischen beiden Regierungen zu verbessern und Mißverständnisse zu beseitigen. Die Opposition wolle die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland schnell entwickeln. Die Erinnerung an 1939 solle überwunden werden. Die junge Generation beider Länder könne neue Beziehungen begründen, wenn die bestehenden Grenzen nicht angezweifelt würden.

In Polen vollziehe sich derzeit eine grundlegende Wende. Die Demokratie habe begonnen. Es gebe noch keine Garantie, daß die politischen und wirtschaftlichen Reformen Erfolg haben werden. Es sei wichtig, daß die Entwicklungen in Polen evolutionär abliefen, um die Stabilität des Landes nicht zu beeinträchtigen und keine Gefahr für Europa heraufzubeschwören. Partei und Regierung hätten ihr Ja zu diesem Prozeß gesprochen. Zum ersten Mal vollziehe sich der Übergang von einem kommunistischen System zur Demokratie. Polen falle damit eine Pionierrolle zu.

Diesem Prozeß drohten aber noch Gefahren aus der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise. Die Reformen würden von der Bevölkerung große Opfer verlangen. Die Solidarität sei bereit, die Kosten mitzutragen. Notwendig sei ein Minimum an Vertrauen, damit die bevorstehenden Reformen eine Chance hätten. Dafür sei auch ein klares Engagement des Westens wichtig. Für Polen und die Solidarität sei von Bedeutung, daß die deutsche Kultur in Polen gegenwärtig sei. Man müsse dort frei Deutsch lernen können. Kulturdenkmäler sollten gepflegt werden. Der Jugendaustausch müsse verstärkt werden. All dies werde man von der Regierung fordern.

BM dankt für die Ausführungen. Er weist auf die Bedeutung des kulturellen Austauschs und die enge Verbindung beider Völker hin. Er bittet um Darlegung der weiteren Vorstellungen zu den wirtschaftlichen und politischen Reformen und um Ratschläge, wie wir uns in den bevorstehenden Gesprächen verhalten sollten.

Trzeciakowski gibt Erläuterungen zur Wirtschafts- und Finanzlage in Polen. Die Verschuldung gegenüber der SU betrage 6,5 Mrd. Transferrubel. Polen bemühe sich um eine Verlängerung der Rückzahlung bis 1994. Die Verschuldung gegenüber dem Westen liege bei 39 Mrd. \$. Er legt dar, daß Polen vom Westen eine Umschuldung erwarte, die tragbar sei.

⁸ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Er weist auf die galoppierende Inflation (1989: 100%, 1990: 300% erwartet) hin. Ein neues Wirtschaftsmodell sei nötig. Seine Komponenten: Beseitigung der Nomenklatura, schrittweise Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, Steigerung der Investitionen und Exportankurbelung. Man habe in dieser Hinsicht Wünsche an die G7, die sich in Kürze in Paris treffen.¹⁰ Dazu habe man seine Vorstellungen in einem Papier zusammengestellt.¹¹ In maximaler Form wolle man Mittel des IWF und der Weltbank nutzen.

Geremek ergänzt, man habe jetzt ein wirtschaftliches Reformprogramm, aber keine Garantie, daß dieses Programm zu Ende gebracht werden könne. Die Gewißheit könne Solidarität nur haben, wenn sie selbst die Regierung bilde. Dies strebe sie aber nicht an, weil dies eine Beseitigung der alten Strukturen erforderlich mache. Damit werde die PVAP zerfallen.

Die Solidarität sei im Interesse der Stabilität für einen evolutionären Weg. Schritte des „Kalenders der Veränderungen“ für die nächste Zeit seien die Legalisierung der Opposition, die Bildung eines „Wirtschaftsrats“, dem Abgeordnete beider Kammern angehören müßten und der Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung haben müsse, Unterstützung der Reformen durch die G7 (Vertretung in Polen, zu der AM Olechowski bisher noch keine klare Position bezogen habe), Schuldenregelung (unter Berücksichtigung des Soros-Plans¹²), Wahl des Staatspräsidenten (Solidarität werde einen Kandidaten der PVAP akzeptieren)¹³, Regierungsbildung (hier seien mehrere theoretische Möglichkeiten denkbar; die realistische sei eine PVAP-Regierung; Solidarität werde eine Regierung der Fachleute verlangen). Des weiteren wolle die Solidarität Zugang zu den elektronischen Medien, nachdem man eine eigene Zeitung habe, den Aufbau einer unabhängigen Justiz und einer regionalen und kommunalen¹⁴ Selbstverwaltung. Wichtig sei ein paralleler Verlauf der politischen und wirtschaftlichen Reformen, damit es nicht zur Eruption wie in China komme.

¹⁰ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 231.

¹¹ Referat 421 erläuterte am 5. Juli 1989 den Plan der polnischen Opposition zu internationalen Hilfsmaßnahmen für Polen („Trzeciakowski-Plan“). Dieser plädiere „für finanzielle Hilfsmaßnahmen des Westens in Höhe von 10 Mrd. US-\$ in einem Zeitraum von drei Jahren. Sie setzen sich zusammen aus: 2,7 Mrd. US-\$ vom IWF, 3,0 Mrd. US-\$ von der Weltbank, 4,3 Mrd. US-\$ an neuen bilateralen Krediten. [...] Die Gewährung westlicher Hilfen sollte an stabilitätspolitische Auflagen gebunden werden, die jedoch nur grob skizziert werden. Die Auflagen sollten insbesondere die wirtschaftspolitischen Vereinbarungen des Runden Tisches berücksichtigen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149289.

¹² Korrigiert aus: „Soros-Plan“.

Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 1. Juli 1989, gegenwärtig würden verschiedene Pläne zur Verwendung polnischer Schulden für Projektfinanzierungen erörtert: „Zu den in Polen zur Zeit am häufigsten erwähnten Plänen dieser Art gehören die Überlegungen des britisch-ungarischen Finanzmaklers George Soros. Ihm schwebt ebenfalls eine Umstellung von Polen-Forderungen auf Zloty-Verbindlichkeiten bzw. ihr Verkauf gegen Abschlüsse vor. Er hat außerdem einen Plan entwickelt, nach dem Polen Staatsunternehmen in ein Treuhandvermögen einbringt, das als Sicherheit für geregelte Gläubigerforderungen dienen soll. Das Treuhandvermögen soll von einer unabhängigen, von Auslandsexperten beratenen Agentur verwaltet werden. Hauptaufgaben der Agentur sollen die Betriebsleitung der Treuhandunternehmen und Unternehmensverkäufe an in- und ausländische Investoren sein. Der Plan sieht weiter ein dreijähriges Moratorium für die Schulden Polens gegenüber dem Pariser Club und anschließend, für den Fall einer erfolgreichen Tätigkeit der Agentur, die Umwandlung der Schulden Polens in Vorzugsaktien der Agentur vor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1301; Referat 422, Bd. 149289.

¹³ Zur Wahl des polnischen Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski zum Präsidenten am 19. Juli 1989 vgl. Dok. 203, Anm. 20.

¹⁴ Korrigiert aus: „kommenden“.

BM: Was er zu den politischen Reformen gehört habe, lasse ein großes Verantwortungsgefühl sichtbar werden. Wir unterstützten einen Fortgang der Reformen ohne Eruptionen.

Hinsichtlich der Wirtschaftsreformen wolle er sagen, für den Jumbo-Kredit¹⁵ gebe es den Vorschlag der Umwandlung in Złoty mit Verwendungsmöglichkeit für gemeinsame Projekte aus dem kulturellen und aus anderen Bereichen. Hinsichtlich der im Pariser Club zu behandelnden Schulden benötige Polen eine Atempause. Dazu wollten wir beitragen. Für neue Investitionen müsse die Möglichkeit von Hermes-Bürgschaften geschaffen werden. Wichtig sei die Frage des Zeitpunktes. Er bitte um einen Rat, wie sich die Bundesregierung in den nächsten Gesprächen mit der polnischen Regierung verhalten solle.

Trzeciakowski schlägt vor, Kredite bzw. Bürgschaften in Tranchen aufzuteilen und diese Tranchen jeweils mit Auflagen zu verbinden. Als Beispiele nennt er die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion und die Beseitigung der Nomenklatura.

Geremek erklärt, die Umwandlung des Jumbo sei eine große Geste. Daneben komme es auf Hermes-Bürgschaften für Neuinvestitionen an. Die Solidarität sei an einer Unterstützung der Reformen durch die Bundesregierung interessiert, die Auswirkungen auf das bevorstehende G7-Treffen in Paris habe. Außerdem benötige Polen dringend Nahrungsmittelhilfe (Fleisch, Butter) zur Überwindung akuter Engpässe.¹⁶

Abschließend stellt G. die Frage, weshalb es in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Krise gebe und die laufenden Gespräche unterbrochen seien.¹⁷

BM erläutert, er wolle den aktuellen Stand nicht als Krise bezeichnen. Man könne von einer schwierigen Lage sprechen. Diese Schwierigkeiten in den Beziehungen seien überwindbar. Wir seien uns der moralischen und historischen Dimension des deutsch-polnischen Verhältnisses bewußt. Wir wünschten, daß die Reformen Erfolg hätten. Wir wollten dazu beitragen. Die polnischen Erwartungen seien sehr hoch. Der Besuch *Geremek*s und seine Einschätzung seien für uns sehr wichtig gewesen und werden die Dinge weiter befördern. Insofern sei *Geremek* zum richtigen Zeitpunkt gekommen.

Geremek bedankt sich abschließend für das Treffen und drückt seine Wertschätzung für die Politik von *BM* aus.

BM bittet, Lech Wałęsa zu grüßen.

Das Gespräch dauerte eine Stunde.

Referat 010, Bd. 178931

¹⁵ Zur Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 159.

¹⁶ Vgl. dazu die Initiative von Bundesminister Genscher vom 11. Juli 1989 für eine EG-Nahrungsmittelhilfe an Polen; Dok. 218, besonders Anm. 18.

¹⁷ Zur Verschiebung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 206.

210

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris

412-424.01/10-4

7. Juli 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Treffen BM Genscher/AM Dumas am 7.7.1989 in Paris²;

hier: Wirtschafts- und Währungsunion

AM *Dumas* (D): Durch den ER Madrid³ habe man neue Handlungsmöglichkeiten erhalten. F habe zwar die Hoffnung auf noch weiterreichende Beschlüsse gehabt, insbesondere hinsichtlich des Datums für Beginn und Ende einer Regierungskonferenz. Dies sei aber wohl nicht möglich gewesen. Trotzdem bildeten die Beschlüsse von Madrid eine gute Ausgangslage. Über das Follow-up zum ER Madrid bestehe innerhalb der französischen Regierung Einigkeit.

Zu unterscheiden sei zwischen der Implementierung von Phase I des Delors-Prozesses⁴ und der Vorbereitung der Phasen II und III.

Bei der Implementierung von Phase I stellten sich zwei Aufgaben:

1) Die Rolle des Ausschusses der Zentralbankgouverneure der Gemeinschaft müsse gestärkt werden. Bei ihren regelmäßigen Treffen sollten sie sich nicht mehr ausschließlich auf Informationsaustausch über die Vergangenheit beschränken. Sie sollten vielmehr zukunftsorientierte Stellungnahmen und Leitlinien erarbeiten.

Möglicherweise werde es sinnvoll sein, zur Bewältigung der neuen Aufgaben ein Sekretariat des Ausschusses einzurichten.

Der französische Zentralbankpräsident werde diese Ideen am 10.7. beim nächsten Treffen des Ausschusses⁵ einführen.

2) Auf der politischen Seite müsse eine entsprechende vertiefte Koordinierung im Finanz- und Wirtschaftsbereich auf Ministerebene stattfinden. Finanzminister Bérégovoy werde entsprechende Vorschläge auf der Tagung des EcoFin-Rats am 10.7.89⁶ vorlegen. Es müsse ein Verfahren multilateraler Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung und -politik entwickelt werden, das zu mehr Kohärenz führe.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 10. Juli 1989 gefertigt.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 7./8. Juli 1989 in Frankreich auf.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

⁴ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁵ Zur Sitzung des Ausschusses der Notenbankgouverneure der EG-Mitgliedstaaten in Basel teilte das Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, Gleske, Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, am 14. Juli 1989 mit, der Präsident der französischen Notenbank, de Larosière, habe seine Überlegungen zur Stärkung des Ausschusses dargelegt. Bundesbankpräsident Pöhl habe mehr Profil des Ausschusses gefordert: „Dazu gehöre auch das Erfordernis größerer Unabhängigkeit der nationalen Notenbanken gegenüber ihren Regierungen, nicht zuletzt im Hinblick auf die spätere Schaffung eines Europäischen Notenbanksystems, dessen Kern der Gouverneursausschuß bilden müsse. [...] Die Koordinierung und Überwachung der Geldpolitik müsse dem Ausschuß der Notenbankgouverneure vorbehalten bleiben.“ Vgl. das Schreiben; Referat 412, Bd. 168731.

⁶ Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 11. Juli 1989 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am Vortag: „Kom[mission] und Rat stimmten überein, daß

Bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz gehe man von einem Zieldatum für Einberufung so bald wie möglich nach dem 1.7.1990 aus (BM Genscher: 2.7.1990).

Die vom ER Madrid genannten Voraussetzungen („umfassende und angemessene Vorbereitung“) müßten bis dahin geschaffen werden. Deshalb müsse jetzt mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen werden.

Zunächst einmal sei sicherzustellen, daß diese Vorbereitungen in der Kompetenz des Allgemeinen Rats blieben. Man könne aber andere betroffene Ressorts nicht ausschließen. Deshalb werde die französische Präsidentschaft⁷ auf dem Allgemeinen Rat am 17.7.89⁸ vorschlagen, eine Expertenkommission von persönlichen Beauftragten der Außenminister einzusetzen, der ein bis zwei Experten pro Land und der EG-Kommission angehörten. Ihre Aufgabe sei die Umsetzung des Delors-Berichts in einen Vorentwurf eines neuen Vertrags.

Innerhalb der französischen Regierung sei bereits abgesprochen, daß es ein Experte des Außenministeriums (stellvertretender Kabinettschef des Außenministers) und ein Experte des Finanzministeriums sein werden. Vorsitz werde die jeweilige Präsidentschaft haben. Diese Expertenkommission werde regelmäßig an den Allgemeinen Rat berichten und auch die Arbeit des Allgemeinen Rats zur Wirtschafts- und Währungsunion vorbereiten.

Wenn dieser französische Vorschlag angenommen werde, habe dies drei Vorteile:

- Es werde sofort konkret mit der Arbeit begonnen,
- es sei eine ständige Koordination durch die Außenminister gewährleistet und
- das Expertenkomitee könne als „Comité d’appel“ einer Regierungskonferenz dienen.

Der EcoFin-Rat werde am 10.7.89 noch nicht über die französischen Vorstellungen unterrichtet.

RL 412⁹ trug die Vorstellungen des Auswärtigen Amts (Aufzeichnung vom 4. Juli 1989¹⁰) vor:

- Die französische Präsidentschaft erinnert in den nächsten Wochen in geeigneter Weise in den vom ER Madrid genannten „zuständigen Gremien“ an den Auftrag des ER Madrid und ersucht diese, auf der Grundlage des Delors-

Fortsetzung Fußnote von Seite 943

die maßgeblichen Entscheidungen zur Verwirklichung der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vom EcoFin-Rat, der vom Währungsausschuß, dem Ausschuß der Zentralbankgouverneure und vom wirtschaftspolit[ischen] Ausschuß unterstützt wird, zu treffen sind. Sie verständigten sich auf einen ehrgeizigen Arbeitsplan, der es ermöglichen soll, diese Entscheidungen noch vor Ende dieses Jahres zu verabschieden. [...] Bezüglich der vorbereitenden Arbeiten für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Festlegung der anschließenden Stufen betonte Kom.-Präs[ident] Delors, daß es für eine etwaige (sic) solche Konferenz kein festes Datum gebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2392; Referat 410, Bd. 141608.

⁷ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁸ Zur EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 227.

⁹ Wilhelm Schönfelder.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder gab einen Überblick über die weiteren Arbeiten zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb der Bundesregierung sowie auf europäischer Ebene. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 168731.

Berichts konkrete Vorschläge für die zweite und die Schlußphase der WWU zu entwickeln.

- Der ER Straßburg¹¹ wird
 - die Berichte der zuständigen Gremien entgegennehmen (evtl. auch einen zusammenfassenden Bericht des Allgemeinen Rats) und – wenn möglich – bereits einige politische Eckpunkte verabschieden, eine hochrangige Ad-hoc-Gruppe unter Vorsitz von Jacques Delors (in persönlicher Eigenschaft) und Teilnahme je eines ranghohen Angehörigen von Regierungen (und Notenbanken) der EG-Länder mit dem Ziel einberufen, die vorliegenden Texte zu einem Vorentwurf für eine Ergänzung des EWG-Vertrags¹² (vergleichbar dem sog. Spaak-Bericht¹³) zu verschmelzen;
 - den politischen Grundsatzbeschuß fassen, daß nach der in Art. 236 EWG-Vertrag vorgesehenen Anhörung des EP für 1992 eine Regierungskonferenz auf der Grundlage dieses Vorentwurfs einberufen werden soll.

Dumas: Man müsse so viel Arbeit wie möglich auf die französische Präsidentschaft konzentrieren und alles, was in der französischen Präsidentschaft nicht geschafft werden könne, werde möglicherweise lange Zeit nicht geschafft werden. Mit Beginn der irischen Präsidentschaft¹⁴ werde vieles „in ein Loch“ fallen.

Bei Befassung der „zuständigen Gremien“ sehe er zwei Gefahren:

- Entweder werde alles „in den Sand gesetzt“ oder
- („im besten Falle“) werde alles aufgebröselt und fahre sich in den Fachgremien fest.

Das Finanzministertreffen in S'Agaró¹⁵ habe gezeigt, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln könnten.

Auf dem Rat am 17.7.89 erhoffe er zumindest die Unterstützung von E, B, I und D.

BM: F könne mit der Unterstützung von D rechnen. Allerdings würden wir möglicherweise drei Experten (AA, BMF und ChBK) in die Expertengruppe entsenden.

Er selbst werde den Rat am 17.7.89 wahrnehmen.

Referat 412 (E 24), Bd. 168590

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

¹² Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

¹³ Für den Wortlaut des am 21. April 1956 veröffentlichten „Spaak-Berichts“ vgl. BERICHT DER DELEGATIONSLEITER. Regierungsausschuß, eingesetzt von der Konferenz von Messina, hrsg. vom Sekretariat, Brüssel 1956.

¹⁴ Irland hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1990 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁵ Zum informellen Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten vom 19. bis 21. Mai 1989 vgl. Dok. 94, Anm. 7.

211

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher und des Vortragenden Legationsrats Herold

201-360.90 SOW-613/89 VS-vertraulich

7. Juli 1989

Über D2 i. V.¹ Herrn Staatssekretär²Betr.: MiG-Zwischenfall³;

hier: Vorbehaltsrechte der Alliierten

Bezug: Ihre Frage in der DB vom 7.7.1989

Zu Ihrer Frage nach den Vorbehaltsrechten der Alliierten ist zu sagen:

I. In Umrissen und unter Verwertung einer StS-Vorlage der Abteilung 5 vom 24.1.1984⁴ und einer Stellungnahme des BMVg vom Januar 1988 stellt sich die Lage wie folgt dar:

1) Zivile Luftfahrt

Für die zivile Luftfahrt übernahm die Bundesrepublik Deutschland gem. Überleitungsvertrag vom 26.5.1952/23.10.1954 (ÜLV, Zwölfter Teil⁵, Art. 1) die volle Verantwortung „vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2 bis 6 dieses Teils und jeder anderen gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft tretenden Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten“.

Der erste Teil des Vorbehalts betrifft insbesondere „jeden Luftverkehr nach und von den Berliner Luftschneisen“ (Berliner Luftverkehr, Art. 5 ÜLV, Zwölfter Teil) sowie Luftverkehr der Sowjetunion über der Bundesrepublik Deutschland, für den die Drei Mächte weiterhin die Kontrolle behielten (Art. 6 ÜLV, Zwölfter Teil).

¹ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup Ministerialdirigent Höynck am 7. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Sudhoff vermerkte: „Dies ist eine ausgedehnte ‚Grauzone‘; die Feststellungen, insbesondere 2b, beruhen auf alten Vorlagen. Es kann aber keinen vernünftigen Zweifel geben, daß wir das Recht haben, in einer dringenden Situation zu protestieren.“

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Offensichtlich gibt es auf meine Frage keine klare Antwort. Die Vorlage jedenfalls enthält sie nicht!“

Hat Ministerialdirektor Kastrup im Rücklauf am 10. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Höynck am 10. Juli 1989 erneut vorgelegen, der Referat 210 um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat Herold am 10. Juli 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg21 regt an: sehen, was im Zusammenh[ang] mit Großer Anfrage SPD sich ergibt; evtl. später gründlichere Prüfung.“

³ Am Morgen des 4. Juli 1989 mußte ein sowjetischer Pilot während einer Übung aus technischen Gründen sein Kampfflugzeug vom Typ MiG-23 über Polen mit dem Schleudersitz verlassen. Das Flugzeug flog jedoch in westliche Richtung weiter und überquerte die DDR, die Bundesrepublik und die Niederlande, bevor es wegen Treibstoffmangels um 10.37 Uhr in der Nähe von Kortrijk/Courtrai in Belgien ein Wohnhaus streifte und abstürzte, wobei ein junger Mann getötet wurde. Vgl. dazu den Artikel „Sowjetische MiG in Belgien abgestürzt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Juli 1989, S. 1.

⁴ Ministerialdirektor Bertele befaßte sich mit den rechtlichen Grundlagen des militärischen Flugbetriebs in der östlichen grenznahen Flugüberwachungszone. Vgl. dazu VS-Bd. 12414 (503); B 150, Aktenkopien 1984.

⁵ Für den Wortlaut des Zwölften Teils des Vertrags vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Überleitungsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 456–458.

Der zweite Teil des Vorbehalts betrifft insbesondere ein vertrauliches „vereinbartes Protokoll“, wonach die Bundesregierung die Einfluggenehmigung für Militärflugzeuge der Satellitenstaaten der SU nur mit Zustimmung, für zivile Flugzeuge dieser Staaten nur nach Konsultation der Drei Mächte erteilen darf.

2) Luftverteidigung

a) Die Ausübung der Luftverteidigung liegt als Teil der Souveränität in der alleinigen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland. Die Auffassung der Drei Mächte unter Berufung auf Art. 6 des Zwölften Teils ÜLV, daß die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland insoweit eingeschränkt sei, wird deutscherseits nicht geteilt, da Zwölfter Teil ÜLV, wie auch Überschrift des Zwölften Teils anzeigt, nur den zivilen Luftverkehr betrifft.

b) Den Drei Mächten ist erst durch Beschluß des NATO-Rats vom 28.9.1960 und den hiesigen, von SACEUR erlassenen Richtlinien (SACEUR's Rules of Engagement) vom 22.8.1961 die Sicherung der Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland übertragen worden. Diese mit deutscher Zustimmung, aber ohne Ratifizierung durch das Parlament erfolgte Übertragung von Hoheitsaufgaben scheint verfassungsrechtlich nicht unbedenklich zu sein. Frankreich beteiligt sich an dieser Aufgabe nicht mehr (Ausscheiden aus NATO-Integration⁶).

Allerdings wird die Wahrnehmung militärischer Aufgaben durch US- und britische Streitkräfte an der Grenze zur DDR und zur ČSSR auch aus dem allgemeinen Vorbehalt in Art. 2 des Deutschlandvertrages von 1952/54⁷ („Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes“) hergeleitet.

3) Aus politischen und rechtlichen Gründen wurde es in der Vergangenheit vermieden, mit den Drei Mächten in einen Meinungs austausch über den genauen Umfang der ihnen vorbehaltenen Rechte einzutreten.

II. Die Alliierten sind unmittelbar nach Übermittlung unseres Protestes⁸ unterrichtet worden. Sie vorher zu konsultieren, wäre zu zeitaufwendig gewesen:

- Belgien wollte noch am Abend des 4.7. protestieren.
- Die Niederlande ließen noch am 4.7. abends eine erste Verbalnote im sowjetischen Außenministerium übergeben.
- Bei uns brachten Radio und Fernsehen schon am 4.7. ausführliche Berichte.
- Die Presse machte am 5.7. mit diesem Thema auf.
- Auf dem Hintergrund der Souveränitätsdebatte bei uns galt es, schnell zu handeln. Durch den Zwischenfall waren auch unsere Rechte verletzt.

⁶ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

⁷ Für den Wortlaut von Artikel 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 306.

⁸ Ministerialdirektor Kastrup vermerkte am 5. Juli 1989, er habe am selben Tag um 10.30 Uhr gegenüber dem sowjetischen Geschäftsträger gegen die Verletzung des Luftraums der Bundesrepublik durch ein sowjetisches Kampfflugzeug am Vortag protestiert: „Jelisarjew erklärte, ihm lägen noch keine näheren Informationen zu dem Zwischenfall aus Moskau vor. Er könne aber bereits jetzt erklären, daß seine Regierung den Zwischenfall, insbesondere den Verlust eines Menschenlebens, bedaure. Er gehe davon aus, daß wir so schnell wie möglich eine offizielle Antwort seiner Regierung erhielten, in der auch eine Entschuldigung ausgesprochen werde.“ Vgl. VS-Bd. 12229 (201); B 150, Aktenkopien 1989.

- D2⁹ berichtete am 5.7., 8.00 Uhr, gegenüber Dg21¹⁰ und RL 201¹¹, BM habe ihn beauftragt, noch am Vormittag des 5.7. den sowjetischen Geschäftsträger einzubestellen und ihm unseren Protest zu übermitteln.

Herold Dreher

VS-Bd. 12229 (201)

212

Botschafter Stabreit, Pretoria, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 426
Citissime

Aufgabe: 10. Juli 1989, 16.17 Uhr¹
Ankunft: 11. Juli 1989, 09.48 Uhr

Betr.: Treffen zwischen Staatspräsident P. W. Botha und Nelson Mandela am 5.7.1989

Kurzfassung

[1] Am vergangenen Mittwoch, dem 5.7., empfing Staatspräsident Botha Nelson Mandela in seiner Kapstädter Residenz Tuynhuys zu einem 45-minütigen Gespräch, an dem auch Justizminister Coetsee teilnahm. Das Treffen, das erst am Samstag, dem 8.7., bekannt und noch am selben Tag vom Pressesprecher des Präsidenten dementiert worden war, kam für die meisten Beobachter völlig überraschend.

Regierungskreise äußerten sich positiv zu der Begegnung. Die konservative CP² kritisierte den „Empfang eines Kriminellen durch den Staatspräsidenten“. Die DP³ fühlte sich in ihrer Haltung – Kontakt mit dem ANC – bestätigt. Buthelezi begrüßte die Begegnung als Signal auch im Kontext der sich positiv entwickelnden Friedensgespräche zwischen Inkatha, UDF⁴, COSATU⁵ und ANC. Der GS der SACC⁶, Frank Chikane, bezeichnete im Namen der Mandela-Familie und Soweto Community Leaders das Treffen als „not a dramatic event“ und als „ploy by the ruling minority to sow confusion in the minds of black people and the outside world“. Tutu zeigte sich „surprised like most people“. Ebenso äußerte sich ein ANC-Vertreter in London.

⁹ Dieter Kastrup.

¹⁰ Wilhelm Höynck.

¹¹ Johann-Georg Dreher.

¹ Das von Botschaftsrat Born, Pretoria, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.

Hat Vortragendem Legationsrat Braun am 12. Juli 1989 vorgelegen.

² Conservative Party of South Africa.

³ Democratic Party.

⁴ United Democratic Front.

⁵ Congress of South African Trade Unions.

⁶ South African Council of Churches.

Mit der überraschenden Begegnung Botha–Mandela verbinden sich vielfältige Fragen, aber auch Hoffnungen auf einen friedlichen Wandel durch Verhandlungen unter Einschluß aller betroffenen Parteien, einschließlich des ANC, im Rahmen einer künftigen „großen Indaba“ nach den Wahlen vom 6.9.89.

Im einzelnen

2) Am vergangenen Mittwoch, dem 5. Juli, empfing Staatspräsident Botha Nelson Mandela in seiner Kapstädter Residenz zu einem 45-minütigen Gespräch, an dem auch Justizminister Coetsee teilnahm. Noch am Samstag, dem 8. Juli, hatte der Pressesprecher des Präsidenten Gerüchte über die Begegnung demontiert. Am selben Tag bestätigten jedoch Informationsminister van der Merwe und Justizminister Coetsee das Gespräch zwischen Botha und Mandela als „Teil der grundlegenden Vorbereitungen für künftige Verhandlungen“. Van der Merwe bezeichnete die Begegnung als „weiteren Schritt in Richtung Freilassung von Mandela und friedliche Lösung der Probleme Südafrikas“. Der Grundsatz einer Begegnung Botha–Mandela sei vom Kabinett gebilligt worden. Genaue Einzelheiten der Begegnung seien jedoch nur wenigen Ministern bekannt gewesen, unter ihnen NP⁷-Vorsitzender de Klerk, sowie einigen Senior Officials. Es sei sehr⁸ bedeutsam, daß zwei Führer wie Botha und Mandela zusammen über Frieden sprechen könnten. Ein solcher Schritt sei noch vor einem Jahr nicht vorstellbar gewesen. Justizminister Coetsee bestätigte die Unterstützung Mandelas für eine friedliche Entwicklung in Südafrika. Auf die Frage, ob diese Haltung Mandelas als das⁹ im NP-Fünfjahresaktionsplan¹⁰ geforderte „commitment to peace“ (als Voraussetzung für die Teilnahme an Gesprächen und Verhandlungen mit der Regierung über die künftige Verfassungsordnung) angesehen werden könne, sagte er: „Nothing has happened which is not in line with the NP's 5-year plan.“

AM Botha bezeichnete das Treffen als „one of the most important events of our time“.

Nicht namentlich erwähnte hohe Regierungsstellen unterstrichen die Entschlossenheit der Regierung, Vorbereitungen für den Verhandlungsprozeß voranzutreiben. Dies müsse jedoch nicht vor den Wahlen vom 6.9. geschehen. Sie warnten davor, das Treffen Botha–Mandela überzubewerten.

3)¹¹ Die CP äußerte eher Erstaunen darüber, daß der Staatspräsident einen zu lebenslänglicher Haft verurteilten „Kriminellen“ in seiner Residenz empfangen habe. Die Kritik der NP an der DP und an deren Kontakten mit dem ANC würde

⁷ National Party.

⁸ Korrigiert aus: „Es sehr“.

⁹ Korrigiert aus: „Mandelas das“.

¹⁰ Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 3. Juli 1989, die Nationale Partei habe auf ihrem Kongreß am 29. Juni 1989 einen für fünf Jahre geltenden Aktionsplan verabschiedet. Dieser sehe u. a. vor: „Beginn von Gesprächen und Verhandlungen mit den ‚anerkannten, für friedliche Lösungen eintretenden Führern aller Gruppen‘ über die künftige Gestaltung Südafrikas; Bildung von neuen Institutionen unter Beteiligung der Führer aller Gruppen; Neubestimmung der Aufgaben und der Kompetenzen des Staatspräsidenten in einer neuen Verfassungsordnung“. Stabreit führte dazu aus, der Plan trage „vor allem den erwarteten Hoffnungen und Befürchtungen der weißen Wähler Rechnung“. Insgesamt deute alles darauf hin, „daß auch unter de Klerk der Wandel langsam sein wird [...]“. Der wahre Test für die Reformbereitschaft de Klerks kommt erst nach den Wahlen vom 6. September.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 401/404; Referat 320, Bd. 155982.

¹¹ Korrigiert aus: „4“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

dadurch unglaublich, da nunmehr auch der erste Mann im Staate mit dem ersten Mann des ANC gemeinsame Sache mache. Das Gespräch helfe nur der DP, sich vom Vorwurf, sie sei gegen law and order, zu befreien.

DP-Ko-Vorsitzender Worrall kommentierte die Begegnung mit den Worten, sie erleichtere es der DP, dem Wähler ihre Kontakte mit dem ANC verständlich zu machen. Helen Suzman begrüßte das Treffen.

Ebenso äußerte sich Buthelezi, der die Notwendigkeit der Beteiligung Mandelas an jedem künftigen Verhandlungsprozeß unterstrich. Erzbischof Tutu äußerte sich, ebenso wie ein ANC-Vertreter in London, überrascht über die Begegnung. SACC-GS Frank Chikane bestätigte, daß Frau Mandela und Soweto-Führer keine vorherige Kenntnis von Treffen hatten, und erklärte in einem von der Mandela-Familie und den Community-Führern in Soweto erarbeiteten Statement bei einer Pressekonferenz im Hause von Winnie Mandela am Sonntagabend¹², die Begegnung müsse als Treffen zwischen Wärter und Häftling gesehen werden. Ohne vorherige Rücksprache mit und Zugang zu seinem Volk und seiner Organisation habe Mandela nicht „to any significant effect“ sprechen können. Erst müsse die Regierung durch Aufhebung des Ausnahmezustandes, Freilassung aller politischen Gefangenen und Aufhebung des ANC-Bannes das geeignete Klima für Gespräche schaffen. Das Treffen „does not constitute a dramatic event, as government would like to show. It was only a ploy to sow confusion in the minds of people and put up their hopes“.

4) Der SA Botschafter in Washington¹³ hat Medienberichten zufolge das State Department über das Treffen unterrichtet. Hier ist nicht bekannt, ob eine gleiche Unterrichtung auch in Bonn erfolgt ist.

¹⁴5) Wertung

Die vertrauliche Begegnung zwischen P. W. Botha und Mandela kam für alle Beobachter überraschend. Sie ist von hoher symbolischer, aber auch von großer politischer Bedeutung. Unerheblich ist in diesem Zusammenhang die Frage, auf wessen Initiative die Begegnung zurückgeht, ob allein auf Mandelas Bitte oder auf Wunsch des Präsidenten oder nach Absprache mit dem Kabinett und mit de Klerk.

Manches spricht dafür, daß zumindest auch der innere Zirkel – und dazu gehört vor allem auch das Sicherheitsestablishment, dem sich gerade P. W. Botha besonders eng verbunden fühlt – in seine Gesprächspläne eingeweiht gewesen sein dürfte.

Aus deutscher Sicht sieht es ferner fast so aus, als hätten die Worte BM Blüms gegenüber dem Staatspräsidenten¹⁵ Wirkung gezeigt, als jener diesen aufforderte, die ihm noch verbleibende Amtszeit mit einer historischen Geste zu krönen. Die Begegnung mit Mandela ist ein erster Ansatz für eine solche Geste. Vielleicht folgen weitere. Allgemein wird mit einer Freilassung Mandelas erst nach den Wahlen gerechnet. Aber einer Überraschung könnten weitere folgen.

¹² 9. Juli 1989.

¹³ Pieter G. J. Koornhof.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 429 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Blüm mit dem südafrikanischen Präsidenten Botha am 27. Juni 1989 in Pretoria vgl. Dok. 187, Anm. 8.

Am 18. Juli begeht Mandela seinen 71. Geburtstag. Möglicherweise beabsichtigt Präsident Botha aber auch nur, seinem Nachfolger den Amtsbeginn zu erleichtern, indem er den Grund für weiterreichende Entscheidungen vorbereitet.

Zu hoffen ist, daß die jüngste Begegnung der erste Schritt ist auf dem Wege der von der Regierungspartei in ihrem Aktionsplan versprochenen Gespräche und Verhandlungen mit allen Führern „committed to a peaceful development“ und nicht nur ein taktischer Zug vor den Wahlen.

Das Treffen mit Botha unterstreicht gleichzeitig Führungsanspruch und Prestige, die Mandela, für Millionen Schwarzer „Vater der Nation“, auch nach 27-jähriger Haft immer noch zuerkannt werden. Die SA Regierung hat Mandela nunmehr gleichsam Legitimität auch in den Augen der SA Wähler verschafft. Allerdings nicht ohne Dissens hervorzurufen. Insofern könnte ein heilsamer Prozeß durch deutlichere Klärung der Wahl- und Parteifronten stattfinden. Die NP weiß, daß sie Reformen, Gespräche und Verhandlungen nur gegen die CP und nur mit den fortschrittlichen Kräften durchführen kann. Den Abwurf von hemmendem Ballast auf der Rechten hofft sie möglicherweise durch Zugewinn auf dem Reformflügel mehr als wettzumachen. Diesem Ziel könnte die Begegnung mit Mandela dienen.

Nicht auszuschließen ist freilich auch eine „einsame Entscheidung“ des Präsidenten ohne Rücksicht auf die Wahlaussichten seines ungeliebten Nachfolgers. Eine Unbekannte in der Gleichung ist die Haltung des ANC. Grundsätzlich unternimmt Mandela, wie die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, keinen politisch wichtigen Schritt, ohne sich vorher mit dem ANC in Lusaka abzustimmen. Eine solche Abstimmung erfolgt üblicherweise auf sehr vertraulichem Wege. Hier ist nicht bekannt, ob vor seiner Begegnung mit Botha eine solche Abstimmung stattgefunden hat. (Hierzu könnte die Informationsreise aus Lusaka Aufschluß geben.) Äußerungen des SACC-GS Frank Chikane und von Winnie Mandela, ihr Mann habe nicht die Möglichkeit gehabt, mit dem ANC und seinen Leuten zu sprechen, müssen sehr vorsichtig aufgenommen werden.

Mandela dürfte seine politische Abstimmung kaum über seine Frau und den SACC durchführen. Deren Äußerungen, die Verärgerung durchscheinen lassen, dürften vielmehr in erster Linie an die internationale Öffentlichkeit gerichtet sein, um keinen allzu großen Erwartungshorizont entstehen zu lassen und um für weiteren Druck auf die SA Regierung zu sorgen. Auch die Reaktion in der schwarzen Bevölkerung wollte man wohl dämpfen.

Mandelas Gespräch mit Botha gewinnt zusätzliche Bedeutung im Kontext der Friedensgespräche zwischen Inkatha, COSATU, UDF und ANC in Natal. In den nächsten Wochen und Monaten wollen sich die Führer dieser vier Organisationen im Ausland treffen, auch, um über ein einheitliches Vorgehen der schwarzen Opposition bei den künftigen Gesprächen und Verhandlungen mit der SA Regierung zu beraten. Als Ort des Treffens sind Lusaka, Harare und London im Gespräch. Buthelezi optiert für ein Treffen in Kontinental-Westeuropa.

Wir könnten durch Einladung an die Führer der vier Organisationen zu einem historischen Treffen auf deutschem Boden möglicherweise einen wirkungsvollen Beitrag bei der Suche nach einer friedlichen Lösung zur Überwindung der Apartheid in Südafrika leisten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die SA Innenpolitik immer noch für Überraschungen gut ist. Der Empfang Mandelas im Tuynhuys hat, das läßt sich schon heute sagen, maßgebliche Wirkungen: Mandela, der ohnehin längst als Staatsgefangener dasteht, wird man nun kaum noch sehr lange in Haft halten können, und die psychologische Sperre für seine (und damit des ANC) Einbeziehung in Gespräche über die Zukunft des Landes ist beseitigt.

[gez.] Stabreit

Referat 320, Bd. 155990

213

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der philippinischen Präsidentin Aquino

11. Juli 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit der Präsidentin der Philippinen, Corazon Cojuangco Aquino, am Dienstag, 11. Juli 1989²

Der *Bundeskanzler* heißt Präsidentin Aquino herzlich willkommen. Er freue sich, Präsidentin Aquino kennenzulernen. Er verfolge mit großem Interesse, wie sie die schwierigen Aufgaben meistere, die sich ihr in ihrem Lande stellten. Er sei als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auf den Philippinen gewesen³ und habe den Eindruck eines sehr sympathischen Landes mitgenommen. Er hoffe, daß die Philippinen ihren inneren Frieden fänden. Dies sei die wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung. Wenn wir hierbei helfen könnten, würden wir das gerne tun.

In der Bundesrepublik Deutschland lebten viele junge Philippinen, die durch ihr freundliches Auftreten Sympathie für ihr Land schafften. Manche hierzulande seien der Ansicht, die Entwicklung auf den Philippinen gehe vor allem die USA und Japan an. Er teile diese Auffassung nicht. Die Philippinen seien ein wichtiges Land in einer Region, der eine große Zukunft vorausgesagt werde.

Europa werde 1992 einen gemeinsamen Binnenmarkt haben. Diese Entwicklung sei auch für die Philippinen von großem Interesse. Dabei wolle er ausdrücklich

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 12. Juli 1989 gefertigt und am 17. Juli 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe „zur Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher“ übermittelt mit dem Hinweis, daß sie von Bundeskanzler Kohl gebilligt sei.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerds am 19. Juli 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Referat 342 „z[um] Verbleib“ verfügte.

Hat Schlagintweit am 19. sowie Zeller am 20. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 342, Bd. 144569.

² Die philippinische Präsidentin Aquino hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Helmut Kohl besuchte die Philippinen vom 26. bis 29. August 1972.

klarstellen, daß wir keine „Festung Europa“ anstreben. Protektionismus sei für uns indiskutabel.

Präsidentin *Aquino* dankt dem Bundeskanzler für die Einladung. Der Staatsbesuch, den sie der Bundesrepublik Deutschland abstatte, sei eine große Ehre für sie persönlich und das philippinische Volk. Sie wolle dem Bundeskanzler ausdrücklich für die deutsche Unterstützung des Philippine Aid Plan⁴ danken und insbesondere auch für die großzügige Hilfe bei dem Taifun, der letztes Jahr die Philippinen heimgesucht habe.⁵

Sie sei bei ihren bisherigen Gesprächen⁶ immer wieder nach der Lage der Menschenrechte auf den Philippinen gefragt worden. Sie habe darauf hingewiesen, daß ihr vertrauliche Berichte vorlägen, wonach der in den Niederlanden lebende kommunistische Führer Jalandoni im Vorfeld ihres Besuches eine Kampagne gegen ihr Land in Gang gesetzt habe. Jalandoni sei im übrigen einer der politischen Gefangenen, die sie persönlich freigelassen habe, obschon die Militärs sich dem entgegengestellt hätten. Sie habe sich aber an ihr Versprechen, alle politischen Gefangenen freizulassen, gehalten. Darunter seien auch zwei führende Kommunisten gewesen. Einer davon, der berühmte Kommandant Dante, betreibe jetzt – mit Unterstützung der Regierung – eine Farm.

Die Regierung tue alles, um das Problem der Aufständischen in den Griff zu bekommen. Sie habe ein Programm zur nationalen Versöhnung in Gang gesetzt, das den Aufständischen die Chance biete, ein neues Leben zu beginnen. Diese müßten allerdings der Gewalt abschwören.

Viele anständige Menschen hätten sich darüber beklagt, daß den früheren Aufständischen mit Regierungsmitteln geholfen werde. Sie habe daher dafür Sorge getragen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel gleichmäßiger verteilt würden, auch an diejenigen, die sich nichts hätten zuschulden kommen lassen.

⁴ Botschaftsrat Duckwitz, Manila, legte am 9. Mai 1989 dar, der von den USA initiierte „Philippine Aid Plan“ sei auf fünf Jahre angelegt. Er solle von der Weltbank koordiniert werden und ein Volumen von 10 Mrd. US-\$ haben, wovon die Hälfte von privater Seite aufgebracht werden solle. Das Programm bestehe aus vier Elementen: der „Erhöhung der finanziellen Hilfe in Form von zinsgünstigen Krediten und nichtrückzahlbaren Leistungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Auslandsverschuldung, Förderung ausländischer Direktinvestitionen und Verbesserungen beim Zugang zu den Märkten der Industrieländer und/oder Handelskonzession auf bi- oder multilateraler Basis“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 443; Referat 342, Bd. 144569.

Am 30. Juni 1989 vermerkte Referat 342, die Bundesrepublik beteilige sich an dem Plan mit 60 Mio. DM. Vgl. dazu Referat 342, Bd. 144569.

⁵ Botschaftsrat Duckwitz, Manila, erläuterte am 9. Mai 1989, die Philippinen hätten nach zwei schweren Taifunen Ende 1988 eine Katastrophenhilfe in Höhe von 10 Mio. DM erhalten. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 443; Referat 342, Bd. 144569.

⁶ Laut einer Terminübersicht des Referats 700 vom 7. Juli 1989 traf die philippinische Präsidentin Aquino am 10. Juli 1989 mit Bundestagspräsidentin Süssmuth und dem SPD-Vorsitzenden Vogel und am Morgen des 11. Juli 1989 mit Vertretern der Grünen zusammen. Vgl. dazu Referat 342, Bd. 144569.

Am Morgen des 10. Juli 1989 sprach sie mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker. Themen waren die bilateralen Beziehungen, die Tätigkeit kirchlicher Organisationen aus der Bundesrepublik auf den Philippinen sowie die dortige Entwicklung der Menschenrechte, ferner die amerikanisch-philippinischen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144569.

Themen des Gesprächs mit Bundesminister Genscher am Nachmittag des 10. Juli 1989 waren die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN, die bilateralen Beziehungen sowie die Rolle des Militärs auf den Philippinen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144569.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Bundesminister Warnke am Morgen des 11. Juli 1989 standen die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit sowie die Umschuldung philippinischer Verbindlichkeiten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144569.

Der *Bundeskanzler* erklärt, mit dem Namen von Präsidentin Aquino sei die Rückkehr zur Demokratie verbunden. Sie sehe sich schwierigen Problemen gegenüber, wie beispielsweise der Landreform. Er persönlich habe großes Vertrauen in sie und darin, daß sie ihre Ziele redlich verfolge. Zugleich hätten auch wir die Pflicht, die Philippinen zu unterstützen.

Die Probleme auf den Philippinen hätten im übrigen Dimensionen, die die Leute hier gar nicht überschauten. Es sei immer einfach, von einem bequemen Sofa aus eine Entwicklung zu kritisieren. Als Deutscher wisse er, wie schwierig es sei, sich gegen bestimmte Strömungen der Weltöffentlichkeit zu behaupten. Auch seien andere Länder – der Bundeskanzler verweist auf das Beispiel Frankreich – geschickter in der Selbstdarstellung. Er wolle daher Frau Aquino, wenn er dürfe, den Rat geben, mehr für ihr Land zu werben. Die Philippinen hätten einen großen Sympathievorsprung, insbesondere auch Frau Aquino persönlich. Dieses Kapital solle sie in Europa stärker einsetzen.

Präsidentin *Aquino* wirft ein, der Bundeskanzler habe recht; es gebe noch viele Mängel in der Informationsarbeit ihrer Regierung.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, man müsse außerdem sehen, daß in der Frage der Menschenrechte viele auf einem Auge blind seien. Das gelte auch hinsichtlich der Philippinen.

Präsidentin *Aquino* erklärt, vor allem die extreme Linke verstehe es sehr gut, Propaganda zu machen. Im übrigen habe sich ihre Regierung zunächst auf andere Probleme konzentrieren müssen, abgesehen davon, daß man nicht genügend finanzielle Ressourcen habe. Als sie in ihr Amt gekommen sei, habe man genau beobachtet, was sie auf diesem Gebiet machen werde, da Marcos sich einen großen Propagandaapparat bedient habe. Sie sei leider in das andere Extrem gegangen in dem Glauben, das Geld sei für andere Zwecke besser angelegt. Schon nach ihrem ersten Amtsjahr habe sie die Notwendigkeit erkannt, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Politik zu verdeutlichen. Sie habe jetzt den Außenminister⁷ angewiesen, die Informationsarbeit der Botschaften zu verstärken. Diese dürften nicht nur – wie bisher – rein defensiv argumentieren.

Erst jüngst habe man Massengräber entdeckt mit den Leichen von kommunistischen Aufständischen, die von ihren eigenen Leuten umgebracht worden seien. Bis dahin habe man diese Greueltaten stets den Militärs oder der Polizei angelastet. Nachdem dies bekannt geworden sei, sei die Öffentlichkeit schockiert gewesen. Es hätten sich auch junge Leute aus den Reihen der Aufständischen zu Wort gemeldet, die berichteten, daß sie liquidiert werden sollten. Jetzt sei klar, daß die Kommunisten keine Achtung vor dem Menschenleben hätten.

Präsidentin *Aquino* berichtet sodann von einem öffentlichen Radioprogramm, in dem einfache Bürger zu Wort kämen, denen sie persönlich Rede und Antwort stehe. Es sei wichtig, daß die Leute im Lande sähen, daß sie persönlich sich um ihre Sorgen kümmere. Sie habe auch Sozialfonds eingerichtet, die aus Kasinogewinnen finanziert würden. Dabei arbeite man eng mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen.

⁷ Raúl S. Manglapus.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsidentin Aquino, sie arbeite auch mit kirchlichen Stellen zusammen, die ihrerseits von Organisationen wie Misereor unterstützt würden. Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsidentin Aquino, auch mit der Landreform komme man gut voran. Dies sei das Kernstück ihrer Regierungspolitik. Dabei gehe es nicht nur um Umverteilung, sondern auch darum, den neuen Landbesitzern entsprechende Kredite etc. zu beschaffen. Hierbei sei sie auch auf die Unterstützung des privaten Sektors angewiesen.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsidentin Aquino, es gebe heute kein großes Problem mehr mit den Marcos-Anhängern. Marcos selber befinde sich bekanntlich auf Hawaii und sei sehr krank. Allerdings wolle die Frau von Marcos unbedingt auf die Philippinen zurückkehren, weil in New York ein Verfahren gegen sie anhängig sei, dem sie entgehen wolle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, Frau Marcos habe ihm geschrieben und gebeten, er solle sich dafür verwenden, daß ihr Mann auf den Philippinen beerdigt werden könne.

Präsidentin *Aquino* erwidert, sie habe diesen Wunsch stets klar verneint. Wenn die Leiche von Marcos auf die Philippinen gebracht werde, habe seine Frau einmal einen Vorwand, ebenfalls einzureisen und dem Verfahren in New York zu entgehen, und zum anderen werde Frau Marcos dann ihre reichlich vorhandenen Finanzmittel einsetzen, um Versammlungen und Demonstrationen gegen die Regierung anzuzetteln. Dies könne nicht im Interesse des Landes sein.

Als ihr Mann ermordet worden sei⁸, hätten seine Anhänger vorgeschlagen, daß man seine Leiche im Land zur Schau stelle. Sie habe dies abgelehnt; sie habe nicht haben wollen, daß der Tod ihres Mannes in einen Zirkus umgemünzt werde.

Wenn Marcos' Leiche auf die Philippinen verbracht werde, werde es zu gewalttätigen Zusammenstößen kommen. Dies wolle sie unter keinen Umständen zulassen und sei daher in dieser Frage sehr entschieden.⁹

Während der Haft ihres Mannes hätten sowohl Marcos als auch seine Frau immer darauf gewartet, daß sie um seine Entlassung aus dem Gefängnis nachkomme. Ihr Mann sei entschieden gegen einen solchen Schritt gewesen, da er sich immer als eine klare Alternative zu den Kommunisten gesehen habe. Er habe etwas für sein Land tun wollen, und es sei ihm daher nicht wichtig gewesen, ob er ein langes Leben haben werde.

Präsidentin Aquino kommt sodann auf die Weltbank-Konferenz zum Philippine Aid Plan¹⁰ zu sprechen. Sie wolle der Bundesregierung ausdrücklich für ihren Beitrag hierzu danken. In wenigen Tagen fände in Paris der Weltwirtschaftsgipfel statt.¹¹ Sie würde es sehr begrüßen, wenn auf diesem Gipfel der Philippine

⁸ Der Vorsitzende der philippinischen Liberalen Partei, Aquino, wurde bei seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil am 21. August 1983 auf dem Flughafen in Manila erschossen.

⁹ Der ehemalige philippinische Präsident Marcos verstarb am 28. September 1989.

¹⁰ Vom 3. bis 5. Juli 1989 fand in Tokio eine Gläubigerkonferenz für die Philippinen statt. Dazu wurde in der Presse berichtet, nach Auskunft der Weltbank seien Finanzhilfen über ca. 3,5 Mrd. US-Dollar für die nächsten zwölf Monate versprochen worden. Vgl. dazu den Artikel „Finanzhilfe für die Philippinen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juli 1989, S. 11.

¹¹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 statt. Für den Wortlaut der Erklärungen vgl. BULLETIN 1989, S. 661–670. Vgl. auch dazu Dok. 231.

Aid Plan erwähnt werde. Die Japaner hätten sich bereit erklärt, sich hierfür einzusetzen. Sie glaube, daß auch die Amerikaner dies unterstützen würden. Eine solche Erwähnung sei sehr wichtig für die Philippinen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er werde sich der Sache annehmen. Seines Wissens sei bisher nur vorgesehen, die Unterstützung für Polen und Ungarn in den Erklärungen des Weltwirtschaftsgipfels zu erwähnen. Er werde aber gerne das Anliegen von Präsidentin Aquino prüfen, könne aber nicht versprechen, ob er mit einem möglichen Vorstoß erfolgreich sein werde.

Präsidentin *Aquino* erklärt, für sie sei wichtig, daß die Bürger ihres Landes sähen, daß die Demokratie für sie etwas bewirke. Freiheit ohne Brot könne man nicht verkaufen. Ihre Bürger seien für jede Unterstützung dankbar.

Präsidentin *Aquino* erwähnt in diesem Zusammenhang noch einmal die Hilfe der Bundesregierung bei der Taifun-Katastrophe im letzten Jahr.

Früher sei die Abhängigkeit der Philippinen von den USA besonders groß gewesen. Sie habe jetzt bewußt diese Europareise¹² gemacht, damit die Menschen in ihrem Lande mehr über Europa erfahren.

Der *Bundeskanzler* erklärt, die Tatsache, daß viele Menschen auch hierzulande Präsidentin *Aquino* kennen, sei eine große Chance. Wir seien bereit, ihr zu helfen, auf dem beschrittenen Weg voranzukommen. In dem Maße, wie die politische Stabilität auf den Philippinen zunehme, würden sich auch die privaten Investitionen der Wirtschaft einstellen.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie der Stand der Verhandlungen über die amerikanischen Basen¹³ sei.

Präsidentin *Aquino* erwidert, Ende des Jahres werde man mit den Gesprächen hierüber beginnen. Bis September 1991 müßten sich die Philippinen entscheiden, ob die amerikanischen Basen erhalten blieben oder nicht. Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers ergänzt Präsidentin *Aquino*, es handele sich vor allem um zwei Hauptstützpunkte, einen der Luftwaffe und einen der Marine. Sie habe erklärt, daß die Entscheidung hierüber ausschließlich von den nationalen Interessen der Philippinen bestimmt sein sollte. In der Verfassung der Philippinen¹⁴ sei verankert, daß nach dem September 1991 keine ausländischen Stützpunkte mehr existieren dürften. Wenn man das ändern wolle, sei eine Zweidrittelmehrheit im Senat erforderlich, und außerdem müsse das Volk in einem Referendum seine Zustimmung geben.

Das ganze sei ein sehr komplizierter Prozeß; sie glaube nicht, daß es einfach sein werde, zwei Drittel der Stimmen im Senat für einen Verbleib der Stützpunkte zu

¹² Im Anschluß an ihren Besuch in der Bundesrepublik hielt sich die philippinische Präsidentin *Aquino* vom 11. bis 14. Juli 1989 in Frankreich auf.

¹³ Botschafter Scholz, Manila, berichtete am 24. April 1989, der bisherige Stationierungsvertrag für die amerikanischen Stützpunkte ende 1991, lasse aber eine Verlängerung durch Verhandlungen offen. Die Stützpunkte dienten nicht nur der Sicherung amerikanischer Interessen im Pazifik, sondern auch der philippinischen Außenverteidigung, worauf die philippinischen Streitkräfte nicht eingestellt seien. Ferner seien die USA der drittgrößte Arbeitgeber im Land. Mit einer fortdauernden Nutzung der Stützpunkte sei daher auch über 1991 hinaus zu rechnen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 398; Referat 342, Bd. 144569.

¹⁴ Für den Wortlaut der Verfassung der Philippinen vom 2. Februar 1987 vgl. CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD, The Republic of the Philippines. Constitution, hrsg. von Rüdiger Wolfrum, Rainer Grote, New York, 2010, S. 1–52.

gewinnen. Im übrigen sähen sich die USA schon nach anderen Stützpunkten um.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, mit welchen Nachbarstaaten die Philippinen besonders enge Beziehungen unterhielten, erwidert Präsidentin *Aquino*, man habe besonders enge wirtschaftliche Beziehungen zu Japan, aber auch zu Taiwan. Dies sei allerdings insofern ein Problem, als ihr Land eine „One China Policy“ betreibe. Sie habe aber in Peking um Verständnis für die Handelsbeziehungen mit Taiwan geworben. Dort habe man erklärt, solange es sich nur um Handelsbeziehungen handele, habe man keine Einwände. Von den anderen Nachbarn der Region seien Indonesien und Brunei besonders wichtig.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsidentin *Aquino*, Brunei sei auch bereit, ihr Land finanziell zu unterstützen, wolle aber hiervon kein großes Aufhebens machen, um nicht von weiteren Interessenten bedrängt zu werden. Ein weiterer enger Verbündeter sei auch Singapur. Zu dem dortigen Regierungschef¹⁵ habe sie ein enges Verhältnis.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Verhältnis zur Sowjetunion erwidert Präsidentin *Aquino*, es gebe offizielle Beziehungen. Auf die weitere Frage des Bundeskanzlers nach einer Unterstützung der Aufständischen durch die Sowjetunion erwidert Präsidentin *Aquino*, in der Tat seien diese früher von der Sowjetunion und China unterstützt worden. Dies sei aber jetzt nicht mehr der Fall.

Sie habe BM Warnke heute morgen gebeten, eine Empfehlung geben zu dürfen, welche nichtstaatlichen Organisationen auf den Philippinen finanzielle Unterstützung von uns erhalten sollten, wobei sie vor allem an Organisationen denke, die nicht mit der extremen Linken zusammenarbeiteten. Auf die entsprechende Frage des *Bundeskanzlers*, ob sie Hinweise darauf habe, daß deutsche Mittel an derartige Organisationen (die der extremen Linken nahestehen) weitergegeben würden, erklärt Präsidentin *Aquino*, man wisse mit Sicherheit, daß Mittel aus den Niederlanden in derartige Organisationen geflossen seien. Dies sei vor allem zur Zeit von Marcos so gewesen, als auch eine Reihe Priester und Nonnen sich mit den Kommunisten verbündet hätten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wenn Präsidentin *Aquino* entsprechende Hinweise habe, möge sie ihn dies wissen lassen. Man sei in der Tat nicht immer sicher, wohin das Geld fließe, was beispielsweise hier in der Bundesrepublik Deutschland gesammelt werde.

Der Bundeskanzler weist abschließend darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn man unsere Leistungen an der Bevölkerungszahl messe, unter den ersten drei Geberländern der Welt sei. Unsere Bevölkerung sei nicht zuletzt deswegen zu großzügiger Hilfe bereit, weil sie selber nach dem Kriege bittere Not gelitten habe.

Referat 342, Bd. 144569

¹⁵ Lee Kuan Yew.

214

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron11. Juli 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Österreichischer Antrag auf Beitritt zur EG;
hier: Vorschlag für eine positive ReaktionBezug: Vorlage der Abt. 4 vom 3. Juli 1989⁴

1) Nach hiesiger Auffassung sollte die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem in Kürze zu erwartenden österreichischen Beitrittsantrag deutlicher als in der von Abt. 4 vorgeschlagenen Form zu erkennen geben, daß wir den österreichischen Antrag auch in einer gesamteuropäischen Perspektive sehen.

Damit würden Sie den konkreten Antrag zwar nicht direkt befürworten⁵, aber ein Kriterium nennen, das eine zentrale Bedeutung für unsere Europa- und Deutschlandpolitik hat.

Ob es uns gelingt⁶, unsere Partner für diese gesamteuropäischen Zielsetzungen zu gewinnen, wird sich nicht zuletzt bei diesem Antrag zeigen. Die Mitgliedschaft Österreichs wird damit zu einer Schlüsselfrage für die künftige Struktur der Gemeinschaft und des Europäischen Hauses.

⁷Zum Neutralitätsproblem könnte darauf verwiesen werden, daß diese Frage in erster Linie von der österreichischen Regierung und nicht von der Gemeinschaft gelöst werden müsse. Dem könnte hinzugefügt werden, daß die erhoffte weitere Annäherung zwischen West und Ost dieses Problem entschärfen dürfte.⁸

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Erath und Bauer konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe meinen beiliegenden Vermerk u. meine Anmerkungen.“ Für die Aufzeichnung Lautenschlagers vom 14. Juli 1989 vgl. Dok. 222.

³ Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 20. Juli 1989 vorgelegen. Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab.

Hat Vortragendem Legationsrat Hoffmann am 21. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Citron am 21. Juli 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Mit Blick auf den zu erwartenden österreichischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften unterbreitete Ministerialdirektor Jelonek Vorschläge für eine Reaktion der Bundesregierung. Er sprach sich dafür aus, zu verhindern, daß im EG-Ministerrat sofort eine Grundsatzdebatte über die Neutralitätsfrage stattfindet. Vor einer Bewertung sollte die Bundesregierung zudem die Stellungnahme der EG-Kommission abwarten. Es könne darauf verwiesen werden, „daß die Gemeinschaft im Prinzip für alle europäischen Demokratien offen ist und daß diese Offenheit gerade im Hinblick auf unser Nachbarland, mit dem wir politisch, wirtschaftlich und kulturell so eng verbunden sind, eine Selbstverständlichkeit sei. Beitritte zu Sonderbedingungen könne es allerdings nicht geben.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140562.

⁵ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das haben wir aber unter der Voraussetzung der Übernahme der Rechte u. Pflichten bereits getan.“

⁶ Die Wörter „es uns gelingt“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist m. E. nicht die Frage. M. E. geht es darum, ob Österreich sich in der Lage [sieht], Rechte u. Pflichten aus dem Beitritt zu übernehmen.“

⁷ Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Dok. 222, Anm. 2.

⁸ Der Passus „hinzugefügt werden ... entschärfen dürfte“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Schon aus taktischen Gründen m. E. nicht empfehlenswert.“

2) Der Behandlung des österreichischen Beitrittsantrags kommt erhebliche Präjudizwirkung für in der Zukunft denkbare Assoziationsanträge bzw. spätere Beitrittsersuche etwa Ungarns oder Polens zu. Letztlich geht es um die zukünftige Struktur der Gemeinschaft, die jetzt noch nicht festgelegt werden kann.⁹ Soll sie z.B. auf eine begrenzte Zahl auch sicherheitspolitisch homogener Mitglieder begrenzt bleiben, also auch zu einer Art westeuropäischem Pfeiler der Allianz werden, oder soll sie sich in ihrer Finalität als eine im Prinzip für alle kleineren und mittleren europäischen Staaten offene, gesamteuropäische Staatengemeinschaft verstehen?¹⁰

Beide Modelle schließen sich zwar nicht völlig aus. Das eine könnte ja Durchgangsstadium¹¹ für das andere sein, oder es könnte eine differenzierte, pluralistische Struktur in Europa entstehen. In jedem Falle besteht jedoch ein Spannungsverhältnis zwischen beiden Entwicklungspolen.

3) In der öffentlichen Diskussion sollten wir aus nachfolgenden Gründen für eine Offenheit der Gemeinschaft unter gesamteuropäischer Perspektive eintreten:

a) Unser vorrangiges¹² Interesse an einer Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands spricht für eine offene Gemeinschaft. Dementsprechend haben wir wiederholt erklärt, daß wir die Gemeinschaft als den Kern einer Europäischen Friedensordnung, eines größeren, auch Mittel- und Osteuropa einschließenden Gesamteuropas ansehen.

Mit fortschreitender Dynamik¹³ der Gemeinschaft zeigt sich dabei immer deutlicher, daß für Außenstehende ab einem¹⁴ bestimmten Entwicklungsniveau Kooperationsformen wie Assoziierung oder Kooperationsverträge letztlich unbefriedigend bleiben müssen.¹⁵

b) Die Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Staaten sieht – ausgesprochen oder unausgesprochen – ihre Zukunft in¹⁶ der EG. Eine Abschottung der EG würde diesen Staaten nicht nur de facto ihr „Europäisches Selbstbestimmungsrecht“ im Sinne des Prinzips I Abs. 2 der KSZE-Schlußakte¹⁷, sondern auch

⁹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Die Gemeinschaft hat Strukturen, die künftigen Strukturen müssen darauf aufbauen.“ Ferner Fragezeichen.

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Was heißt das? Soll die Gemeinschaft ‚aufgehen‘?“

¹¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Die EG als Durchgangsstation? Zu was?“

¹² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aus meiner Sicht heißt dies zugleich ein mindestens ebenso ‚vorrangiges‘ Interesse an der Gemeinschaft, weil die Überwindung der Teilung eine dynamische Gemeinschaft voraussetzt.“

¹³ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Die wir nur erreichen bzw. aufrechterhalten können, wenn die Gemeinschaft auch für uns unveränderte Priorität behält.“

¹⁴ Ende der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Dok. 222, Anm. 2.

¹⁵ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies mag so sein (z. B. Türkei).“

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „U. die EFTA-Staaten?“

¹⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Teilnehmerstaaten ‚haben das Recht, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschließlich des Rechts, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein; desgleichen haben sie das Recht auf Neutralität‘.“

Für den Wortlaut von Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

politische Perspektiven beschneiden, die wie in Ungarn und Polen Stimulans der Reformprozesse sind.

Die EG würde damit faktisch die Teilung des Kontinents, zumindest aber eine Zweiklassengesellschaft in Europa aufrechterhalten.¹⁸

c) Eine Notwendigkeit, den Integrationsprozeß anzuhalten¹⁹, um anderen Staaten den Anschluß zu ermöglichen, besteht solange nicht, als die Option „Beitritt“ auf allen Ebenen des Integrationsprozesses offengehalten wird. Die kritischen Punkte in diesem Prozeß sind natürlich die Vergemeinschaftung der Außen- und der Verteidigungspolitik.²⁰

Hierbei ist folgendes zu beachten: Erstens haben die einschlägigen Erfahrungen bei der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte²¹ gezeigt, daß bei wichtigen EG-MS kaum Bereitschaft²² besteht, entsprechende Kompetenzen in absehbarer Zeit auf die Gemeinschaft zu übertragen.²³

Sollte sich die Integration jedoch eines Tages auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik zubewegen, gibt es Möglichkeiten, den Zielkonflikt zwischen Offenheit und Integrationsdichte dadurch zu überbrücken, daß man die WEU zum Träger einer gemeinsamen Sicherheitspolitik macht und diese institutionell von der EG getrennt hält.²⁴

d) Das Argument, die Entscheidungsfindung in der EG sei schon mit zwölf Staaten schwierig genug, ist primär ein Argument für die – in der Tat notwendige – institutionelle Reform der Gemeinschaft. Sie ist jedoch kein Argument gegen neue Mitglieder.²⁵ In jedem Fall gilt, daß die Integrationsgeschwindigkeit zuallererst vom politischen Willen der beteiligten Staaten abhängt. Wie das Beispiel Spaniens und Portugals zeigt, sind es dabei sicher nicht immer die neuen Mitglieder, die es an europäischer Entschlossenheit fehlen lassen.

e) Das Argument, die Gemeinschaft dürfe sich wirtschaftlich mit der Aufnahme neuer, ökonomisch schwacher Staaten nicht übernehmen, ist wirtschaftlich unter Umständen kurzsichtig, weil es die Chance, längerfristig neue Märkte zu gewinnen, außer acht läßt. Für den Fall Österreichs, eines potentiellen Nettozahlers, trifft es schon gar nicht zu.

f) Die Frage der Neutralität wird, unterstellt man den Fortgang der beiden dynamischen Entwicklungen in West- und Osteuropa, zunehmend an Bedeutung ver-

¹⁸ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben.

¹⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ein nicht ungefährlicher Gedanke. Ab wann besteht die ‚Notwendigkeit, den Integrationsprozeß anzuhalten?‘“

²⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Und die Wirtschafts- u. Währungspolitik?“

²¹ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

²² An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Wir wollen die Wirtschafts- u. Währungsunion!“

²³ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Das sehe ich keineswegs so negativ. Immerhin haben wir gerade den Einstieg in die WWU beschlossen. Natürlich bleibt das alles schwierig, aber das war es schon immer.“

²⁴ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das muß man prüfen.“

²⁵ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „[r]ichtig!“

lieren. In dieser politischen Perspektive würde Österreich vermutlich problemloser in das EG-Europa hineinwachsen²⁶, als dies heute bei rein statischer, juristischer Betrachtungsweise den Anschein haben mag. Vor diesem Hintergrund verliert auch das Argument, Österreichs Beitritt in die Gemeinschaft könne der SU zu einem „droit de regard“ verhelfen, an Überzeugungskraft.²⁷

Citron

Referat 02, Bd. 178528

215

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Leonberger

411-420.20 EFTA

11. Juli 1989¹

Über Herrn Dg41² (im Konzept paraphiert), Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴
Betr.: Stand und Perspektiven der Beziehungen EG–EFTA

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Kurzfassung

I. Die 1960 als eine Art Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründete Europäische Freihandelszone (EFTA) ist heute der wichtigste Handelspartner der EG. Die Erweiterung der EG, die zunehmende Bedeutung der EPZ, vor allem aber die in der EEA festgeschriebene Entscheidung der Gemein-

²⁶ Die Wörter „in das EG-Europa hineinwachsen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist denkbar. Deshalb muß der Prozeß auch allmählich anlaufen. Zu Recht wird hier darauf abgestellt, daß Österreich in das EG-Europa ‚hineinwachsen‘ muß, es wird also keine Strukturveränderung der EG vorausgesetzt.“

²⁷ Der österreichische Außenminister Mock übergab dem französischen Außenminister Dumas als amtierendem EG-Ratspräsidenten am 17. Juli 1989 in Brüssel den Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Darin hieß es: „Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, daß es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.“ Vgl. die Anlage 1 zum Drahtbericht Nr. 2459 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG), vom 18. Juli 1989; Referat 203 (202), Bd. 140562.

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Leonberger und Lässig konzipiert.

² Jürgen Trumpf.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 13. Juli 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe Seite 7 der Langfassung + Seite 3.“ Vgl. Anm. 13 und 14.

Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 14. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err]n RL 411 i. V.: Bitte auch D 4 n[ach] R[ückkehr] + Dg 41 n. R. vorlegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 16. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) [Durchdruck] in ČSSR-Mappe Dg41. 2) Original später Dg41/D 4 noch verteilen.“

schaft, den gemeinsamen Binnenmarkt bis Ende 1992 zu verwirklichen⁵, haben zwangsläufig eine Debatte über die Neugestaltung der Beziehungen EG–EFTA ausgelöst. Dabei sind die Auffassungen, inwieweit eine engere Zusammenarbeit mit der EG in Zukunft multilateral qua EFTA oder wie bisher bilateral erfolgen soll, in der EFTA noch geteilt.

II. 1) In seiner Rede vor dem EP am 17.1.1989 hat Präsident Delors grundsätzliche Überlegungen zur zukünftigen Zusammenarbeit EG–EFTA angestellt.⁶ Um möglichst vollständige Teilhabe am Potential des Europäischen Binnenmarktes sicherzustellen, reiche bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Freihandelsabkommen EG/EFTA-MS auf der Grundlage des „Luxemburger Prozesses“⁷ erweiterter pragmatischer Kooperation nicht mehr aus. Es sei daher an eine neue Form der Zusammenarbeit mit multilateralem Schwerpunkt und unter Einschluß gemeinsamer institutioneller Strukturen zu denken (zwei Säulen EG/EFTA – Stärkung der EFTA-Strukturen – gemeinsame Beschluß- und Durchführungsorgane EG–EFTA).

2) Am 14. und 15. März 1989 haben die EFTA-Außenminister und -Regierungschefs bei einem Gipfeltreffen in Oslo die Delors-Vorschläge aufgegriffen.⁸

3) Auf dem EG-EFTA-Außenministertreffen in Brüssel am 20.3.89⁹ zeigte sich, daß die EFTA-Länder trotz erheblicher Divergenzen einig darüber waren, eine engere Kooperation mit der EG anzustreben.

4) Das Außenministertreffen EG/EFTA vom 20.3. war Auftakt für exploratorische Gespräche über neue Strukturen und binnenmarktähnliche Verhältnisse. Für das nächste EG-EFTA-AM-Treffen im Dezember d.J.¹⁰ sollen Arbeitsgruppen Elemente für ein von den Außenministern zu billigendes Mandat für Verhandlungen über ein Rahmenabkommen EG-EFTA ausarbeiten. Bisher gibt es nur bilaterale Freihandelsabkommen der EG mit jedem einzelnen EFTA-MS.

5) Bei dem EFTA-Ministertreffen in Kristiansand am 13./14.6. einigten sich die Minister auf erste Schritte zur Stärkung der EFTA als Voraussetzung für eine institutionalisierte Annäherung an die EG. Sie äußerten sich in einer politischen Absichtserklärung¹¹ positiv zu den geplanten Verhandlungen EG–EFTA. Die

⁵ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁶ Für den Wortlaut der Ausführungen des EG-Kommissionpräsidenten Delors im Rahmen seiner Erklärung über die Leitlinien der neuen EG-Kommission vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/89, S. 20f.

⁷ Vgl. dazu das Communiqué des Treffens der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 9. April 1984 in Luxemburg; EUROPA-ARCHIV 1984, D 339f.

⁸ Vgl. dazu das Communiqué der Konferenz der Regierungschefs der EFTA-Mitgliedstaaten; Twentieth Annual Report of the European Free Trade Association, Genf 1990, S. 35–38.

⁹ Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte am 21. März 1989 zu dem informellen Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am Vortag mit, die Erklärung von Staatsministerin Adam-Schwaetzer habe „praktisch als einzige bereits einige konkrete Beispiele für eine intensivere Zusammenarbeit“ enthalten: „Die konkreten deutschen Anregungen zur Festigung der Beziehungen (z. B. Rahmen-Abkommen), zugunsten verstärkten gemeinsamen Handelns in neuen Politikbereichen wie Umwelt- und Bildungspolitik, für bessere Überwachung der Anwendung gemeinsamer Regeln bis hin zur Beteiligung der EFTA-Länder an einigen EG-Sitzungen – unter bestimmten Voraussetzungen – wurden von der EFTA-Seite mit besonderem Interesse aufgenommen.“ EG-Kommissionspräsident Delors habe die Überlegungen jedoch in einer anschließenden Pressekonferenz als „verfrüht“ bezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 869/870/871; Referat 411, Bd. 160493.

¹⁰ Am 19. Dezember 1989 fand in Brüssel ein informelles Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 424.

¹¹ Für den Wortlaut des Communiqués der EFTA-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1989 in Kristiansand vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 426–428.

Verhandlungen sollten nicht allein die vier Binnenmarkt-Freiheiten, sondern auch flankierende Kooperationsmaßnahmen außerhalb des Binnenmarktprogramms umfassen. Sie sollten zur Schaffung eines „qualitativ neuen und umfassenden Rahmens für die EG-EFTA-Beziehungen mit gemeinsamen Entscheidungs- und Verwaltungsinstitutionen“ führen.

III. Die Haltung der einzelnen EFTA-Länder zur Zusammenarbeit mit der EG ist unterschiedlich: Schweiz übt Bremserrolle aus; Finnland verhält sich passiv; treibende Kräfte sind Norwegen, Schweden und Island. Österreich betrachtet dies neben seinem Beitrittsantrag¹² als zweite Schiene seiner Ankoppelungspolitik hinsichtlich des EG-Binnenmarktes 92.

IV. Von den EG-MS unterstützen neben der Bundesrepublik Deutschland die Benelux und Dänemark die von der Kommission initiierte Intensivierung der EG-EFTA-Zusammenarbeit im Sinne des sog. „Oslo-Brüssel-Prozesses“. Großbritannien hob hervor, daß es für alle Formen der Zusammenarbeit offen sei. Auch Frankreich ist positiv.

Wir haben von Anfang an die Delors-Initiative unterstützt. Die Bundesregierung hat in der Folge durch eine Erklärung von StM'in Dr. Adam-Schwaetzer (abgestimmte¹³ Haltung von BMWi, AA und ChBK) am 20.3. ihre Vorstellungen für ein Rahmenabkommen EG-EFTA-Staaten vorgelegt, die auf großes Interesse der EFTA-MS stießen und allgemein als konstruktivster Beitrag des Ministertreffens bewertet wurden. Die Bundesregierung hat damit aktiven Einfluß auf das Konzept der EG-KOM für eine Institutionalisierung der Beziehungen EG–EFTA genommen.

V. Weiteres Vorgehen

Fortschritte auf dem Weg zu Verhandlungen über eine „strukturierte Partnerschaft“ (Delors) werden nunmehr davon abhängen, daß

- die EFTA formell und materiell eine einheitliche Position ihrer MS vertreten kann,
- die EG der EFTA möglichst weit entgegenkommt.¹⁴

Auch nach Auffassung der EG-KOM sollten bei dem multilateralen Approach EG–EFTA keine Lösungen ausgeschlossen bleiben (auch nicht die Möglichkeit einer Zollunion). Der Mehrzahl der EFTA-MS könnte auf diese Weise ein dritter Weg zwischen Beitritt und pragmatischem Luxemburg-Prozeß eröffnet werden.

¹² Zum österreichischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vom 17. Juli 1989 vgl. Dok. 214, besonders Anm. 27.

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Auf welcher Ebene? Ich habe seinerzeit mit Dg 41 darüber gesprochen...“ Vgl. Anm. 4.

¹⁴ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Siehe auch Seite 7 der Langfassung.“

Auf Seite 7 der Langfassung der Vorlage wurde zu den Vorstellungen der Bundesregierung u. a. ausgeführt: „Regelmäßige Beratung mit der EFTA-Seite auf der Ebene der Ständigen Vertreter und des Rats.“ Dazu vermerkte Lautenschlager handschriftlich: „Was heißt das praktisch?“

Ferner wurde ausgeführt: „Langfristig evtl. auch gemeinsame Entscheidungen in bestimmten Fällen.“ Das Wort „gemeinsame“ wurde von Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Davon halte ich nichts.“ Vgl. Anm. 4.

Das Auswärtige Amt unterstützt diese von der Kommission verfolgte Linie, weil sie sich mit unseren europapolitischen Interessen deckt.

[Langfassung]

[...]

Leonberger

Referat 411, Bd. 160494

216

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec in Prag

12. Juli 1989¹

BM-Besuch in Prag vom 12./13.7.1989²;
hier: Gespräch mit MP Adamec

Zur Unterrichtung

Im Mittelpunkt des über einstündigen Gesprächs mit MP Adamec standen Fragen des „Umbaus“ in der ČSSR, die dieser ausführlich, wenngleich ohne neue Akzente darlegte, sowie Bilaterales und Menschenrechte, die Herr BM im Zusammenhang mit der MR-widrigen Behandlung Václav Havels³ sehr nachdrücklich ansprach.

Wesentlicher Gesprächsinhalt im einzelnen:

Nachdem *Adamec* seine Freude über den Besuch ausgedrückt und auf die besondere Bedeutung persönlicher Kontakte hingewiesen hatte, wandte er sich dem „Problem der Umgestaltung bei uns“, zu, die er „ganz offen ansprechen“ wolle. Die ČSSR habe zwar den höchsten Lebensstandard der sozialistischen Länder und sei insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich Selbstversorger. Zwar sei auch die Wirtschaft „stabil“, doch müsse sie von bisher extensiver auf intensive Struktur umgestellt werden. In der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gebe es „Lücken“. Die zentrale Wirtschaftslenkung habe „Probleme mit sich gebracht“. Schon der nächste Fünfjahresplan werde strukturelle Veränderungen enthalten. Schwierig sei dabei u. a. die Umstellung der Rüstungsindustrie, wo man zur Zeit 40 000 Menschen beschäftige. Problematisch sei fer-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Huber, Prag, mit Drahtbericht Nr. 1490 vom 14. Juli 1989 an das Auswärtige Amt zur Weiterleitung an die Botschaft in Paris „für BM-Delegation“ übermittelt. Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

² Zum Besuch vgl. auch Dok. 220.

Während seines Besuchs traf Bundesminister Genscher auch mit dem Schriftsteller Václav Havel zusammen. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 635.

³ Zur Verurteilung des Schriftstellers Václav Havel vgl. Dok. 66, Anm. 7.

Am 17. Mai 1989 berichtete Botschafter Huber, Prag, Havel sei am selben Tag nach Verbüßung der Hälfte seiner Strafe wegen guter Führung aus der Haft entlassen worden. Die Reststrafe sei zur Bewährung ausgesetzt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 993; Referat 214, Bd. 139909.

ner die Energieversorgung. Man wolle von der sehr schwefelhaltigen Kohle auf Atomkraft und Erdgas (aus SU und Iran) umsteigen.

Die ČSSR wisse, so Adamec, daß ein Wirtschaftsumbau ohne politische Umgestaltung nicht möglich sei. Neben wirtschaftlichen Maßnahmen (z. B. Gesetz über Staatsbetriebe u. v. a. m.) habe man demokratische Elemente eingeführt (z. B. Wahl der Direktoren in Betrieben, Ausschreibungsmethoden, Wahl kollektiver Organe; dabei gebe es mehrere Kandidaten). Die Betriebe müssen sich heute selbst tragen, doch behalte die „Zentralgewalt die Verantwortung, um Schaden abzuwenden“. Die Erweiterung der Demokratie sei „eine Notwendigkeit“, das dürfe aber nicht zu Versuchen der Systemveränderung führen, die manche anstrebten, die u. a. aus „westlichen Zentralen“ finanziert würden.

Besonders hart kritisierte Adamec in diesem Zusammenhang das Manifest „Nur ein paar Sätze“⁴, das von Václav Havel stamme. Die darin enthaltenen Forderungen nach „allgemeiner Freiheit“, „Freilassung politischer Gefangener“, „Abschaffung der Pressezensur“ und „Zulassung von Oppositionsparteien“ seien für die politische Umgestaltung sehr schädlich. Er, Adamec, komme zwar mit der Kirche und dem Kardinal, den er sehr schätze, gut aus, und er werde mit allen Mitteln verhindern, daß Menschen für ihre Meinung verfolgt würden. Aber er könne als Kommunist nicht für eine Opposition eintreten. An und für sich sei so ein Pamphlet nicht wichtig. Aber wenn sich zwei- oder dreitausend Menschen damit „radikalisieren“ ließen, nehme das „andere Dimensionen“ an. Er wies sodann auf die Bukarester Beschlüsse⁵ hin und erklärte, er „werde alles tun, daß diese Beschlüsse bei uns realisiert werden“. Schließlich beklagte er, daß verschiedene westliche Rundfunkanstalten über sein Land „auch Dinge verbreiteten, die nicht der Wahrheit entsprechen“. „Aber wir werden uns nicht ständig treten lassen“. Im bilateralen Bereich bedauerte Adamec, daß die deutsche Industrie die ČSSR „ein bißchen ignoriere“. Ferner bat er in der Kriegsgräberfrage⁶ um Geduld. Der Zweite Weltkrieg sei in der ts. Bevölkerung noch nicht völlig aufgearbeitet. „Wir können hier nicht überstürzt handeln.“

Abschließend kehrte der MP zur Umweltproblematik zurück. Es sei eine Schande, daß TSE diese so lange unterschätzt habe. Das sei heute anders. Die Konferenz der Umweltminister⁷ sei sehr gut gelaufen. Er wies sodann auf das trilaterale

⁴ Für den englischen Wortlaut des Manifests „Einige Sätze“ vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia>, Dok. 23.

⁵ Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

⁶ Referat 513 erläuterte am 28. Juni 1989, nachdem die tschechoslowakische Regierung entsprechenden Bemühungen der Bundesregierung jahrelang ausweichend begegnet sei, sei die Pflege deutscher Kriegsgräber in der ČSSR erstmals im Juni 1987 zwischen dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und dem Tschechoslowakischen Roten Kreuz (TRK) erörtert worden. In einem Non-paper von August 1988 habe die ČSSR erstmals schriftlich der Beteiligung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) an der Pflege zugestimmt und „konkrete Maßnahmen bezüglich der Erfassung und späteren Instandsetzung deutscher Soldatengräberstätten mitgeteilt, mit deren Durchführung die tschechoslowakische Seite bereits befaßt sei“. Eine erste Gesprächsrunde von DRK und VDK mit dem TRK habe Anfang April 1989 in Prag stattgefunden. Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1786.

⁷ Am 29./30. Mai 1989 fand in Prag eine Konferenz der Umweltminister der Bundesrepublik, der ČSSR, der DDR, Österreichs, Polens, der UdSSR und Ungarns statt.

Umweltabkommen mit POL und DDR⁸ hin und betonte, daß die Beratungen der Minister aller Nachbarstaaten fortgesetzt werden sollten. Umweltschutz sei teuer. TSE werde mit BR Deutschland über Fragen der Umwelttechnologie (und ihrer Finanzierung) verhandeln müssen.

Nach seinem Dank für die Darlegungen des MP wies BM zunächst auf das gemeinsame kulturelle Erbe und die gemeinsame Verantwortung hin, die uns als Nachbarn in der Mitte Europas daraus erwächst. Es gebe gemeinsame Interessen, auf die wir Beziehungen aufbauen könnten.

Am Rande VN-GV beabsichtige er, mit AM Johannes⁹ einen Kalender für konkrete Schritte hierzu zu besprechen. Wir wollten die erfolgreiche Fortsetzung der mit dem BK-Besuch Anfang 1988¹⁰ eingeleiteten fruchtbaren Prozesse.

Die Voraussetzungen für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seien günstig, es gebe noch Kapazitäten, aber die Zusammenarbeit müsse für beide Partner wirtschaftlich profitabel sein. BM unterstrich sodann unser Interesse an der Zusammenarbeit im Umweltbereich. Die Kosten des Umweltschutzes seien im Hinblick auf die Entwicklungskosten in der Tat sehr hoch. Wir verstünden die damit für TSE zusammenhängenden Probleme.

Er, BM, habe mit großem Interesse Adamec' Ausführungen zum Umbau gehört. Die Erfahrung zeige, daß dieser in Staat und Gesellschaft nicht nur einen Sektor umfassen könne, sondern insbesondere auch die Kreativität der Menschen fördern müsse. Jedes Land müsse wissen, wie sich solche Prozesse bei ihm vollziehen sollen. Wir wollten andere Länder nicht bevormunden. Mit Interesse hätten wir die Bukarester Erklärung gelesen. Die Pluralität der Meinungen gefährde das staatliche Zusammenleben nicht, sondern fördere es. Ein Konsens setze voraus, daß zuvor Meinungen ausgetragen werden. Entscheidend sei im übrigen, daß ein Staat die Menschenrechte achte. Er freue sich über Adamec' Äußerung zu Kardinal Tomášek und sei dankbar, daß er das Thema „Havel“ angesprochen habe. BM erläuterte Adamec sodann Bedeutung und Verleihungskriterien des Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.¹¹ „Es wäre daher sehr wichtig, wenn sie Herrn Havel Gelegenheit geben würden, diesen Preis persönlich in Empfang zu nehmen.“

Zum Thema Kriegsgräber führte BM aus, es sei lediglich beabsichtigt, Kreuze mit dem Namen – soweit sie noch bekannt sind – aufzustellen. An diese Frage gelte es für beide Seiten, im Geiste des neuen Denkens heranzugehen. Abschließend dankte Adamec Herrn BM für die „offenen Worte“. Er wisse, daß dieser als erfahrener Politiker seinen Partnern behilflich werden wolle. Er müsse aber einsehen, daß eine Umgestaltung nach 40 Jahren sehr schwierig sei, sie werde sich

⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 1. Juli 1989 zwischen der ČSSR, der DDR und Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. GESETZBLATT DER DDR 1990, Teil II, S. 9–12.

⁹ Bundesminister Genscher traf am 25. September 1989 in New York mit dem tschechoslowakischen Außenminister Johannes zusammen. Vgl. DIE EINHEIT, Dok. 7.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 33.

¹¹ Am 9. Juni 1989 wurde berichtet, der Schriftsteller Václav Havel werde mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Die Verleihung finde am 15. Oktober 1989 in der Paulskirche in Frankfurt am Main statt. Vgl. dazu die Meldung „Vaclav Havel“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Juni 1989, S. 33.

aber schließlich durchsetzen. Im übrigen hoffe er, daß sein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland¹² die endgültige Wende zur erfolgreichen Zusammenarbeit bringen werde.

Herr *BM* unterstrich, daß wir wüßten, wie schwierig die Aufgabe des *tsl. MP* sei. Gefahr und Chancen lägen sehr nahe beieinander. Er trage daher große Verantwortung. Aber in dieser Zeit großer Chancen und Risiken sei auch größeres Verständnis notwendig. Wir seien nicht an einer Destabilisierung der sozialistischen Länder interessiert, sondern wollten mit ihnen die Rahmenbedingungen für ein Europa der Zusammenarbeit schaffen.

[gez.] Huber

Referat 010, Bd. 178931

217

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

311-321.00 IRN

12. Juli 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Unser weiteres Vorgehen gegenüber Iran

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Billigung vorgeschlagenen Vorgehens in Ziffer II

I. 1) In Iran ist mit dem Tode Khomeinis⁴ eine neue Lage eingetreten. Die Aussichten, daß Rafsandschani am 28.7.1989 zum Staatspräsidenten gewählt wird und sich das Führungsduo Khomeini/Rafsandschani durchsetzt, sind gut.⁵

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix erläuterte am 6. Juli 1989, die tschechoslowakische Regierung werde auf einen Besuch von Ministerpräsident Adamec drängen. Nach Auskunft des Bundeskanzleramts gebe es noch keinen Termin. Ein Besuch noch 1989 sei „unwahrscheinlich“. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139912.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel und Vortragendem Legationsrat Vorwerk konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 13. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 14. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 31. Juli 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 31. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Fiedler an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dassel verfügte.

Hat Schlagintweit am 1. August 1989 erneut vorgelegen.

Hat Fiedler am 1. August 1989 vorgelegen.

⁴ Ayatollah Khomeini verstarb am 4. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 167.

⁵ Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 31. Juli 1989, der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, sei am 28. Juli 1989 zum iranischen Präsidenten gewählt worden. Gleichzeitig sei über eine Verfassungsreform abgestimmt worden, die den Präsidenten zum obersten Chef der Exekutive bestimme und seine Machtbefugnisse erweitere. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 667; Referat 311, Bd. 154137.

Auch unter der Führung Rafsandschanis wird Iran ein am Erbe Khomeinis ausgerichtet, islamisch geprägter Staat bleiben. Religiös konservative und sozial engagierte, staatswirtschaftlich orientierte Kräfte werden auch künftig wichtige Elemente des innenpolitischen Geschehens bleiben.

Rafsandschani hat aber bereits deutlich gemacht, daß er politisch und wirtschaftlich mit dem Ausland zusammenarbeiten will. Die Sanierung der von Inflation und Ineffizienz gekennzeichneten Wirtschaft Irans ist eines seiner vorrangigsten Ziele. Da Rafsandschani dazu auch den Westen braucht, sind die Aussichten für eine Verbesserung der Menschenrechtslage besser geworden.

2) Wir haben dieser Entwicklung durch Rückkehr unseres Botschafters⁶ nach Teheran am 14.6. Rechnung getragen.

Wir sollten – mit der wegen der noch bestehenden Probleme⁷ gebotenen Zurückhaltung – die Politik der positiven Signale fortsetzen und die sich abzeichnenden positiven Tendenzen fördern und ermutigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihres Gewichts als Außenhandelspartner Irans und in Hinblick auf ihre politischen Bemühungen in den letzten Jahren um das bilaterale Verhältnis und die Beendigung des Golfkriegs der westliche Staat, dem die iranische Regierung eine Brückenfunktion in ihrem Verhältnis zum Westen beimißt. Auch AM Velayati spricht in seiner kürzlichen Botschaft an Sie von einem Sonderverhältnis.⁸ Wir sollten und können diese Funktion wahrnehmen, allerdings nur, soweit die iranische Seite Hindernisse, zum Beispiel im Menschenrechtsbereich, tatsächlich beseitigt.

3) Die Reise des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandschani vom 20. bis 22.6.1989 in die SU zeigte, daß die sowjetische Iranpolitik durch die Entwicklung in den Beziehungen Irans zum Westen im ersten Halbjahr 1989 begünstigt wurde. Das Hauptgewicht bei Rafsandschanis Moskau-Besuch lag im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es ging aber auch um Schaffung vertraglicher Rahmenbedingungen für sowjetische Waffenlieferungen an Iran, die mit iranischen Erdgaslieferungen bezahlt werden sollen. Die Verhandlungen hierüber scheinen zwar noch nicht sehr weit gediehen zu sein. Sollte die SU ein wichtiger Waffenlieferant und bevorzugter Wirtschaftspartner Irans werden, wäre dies jedoch schon in Anbetracht der geostrategischen Schlüssellage Irans eine sehr negative Entwicklung. Daher haben wir ein Interesse daran, daß Iran geholfen wird, nunmehr auch wieder stärker mit dem Westen zusammenzuarbeiten.

⁶ Armin Freitag.

⁷ Vgl. dazu die Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie; Dok. 43, Dok. 48 und Dok. 49.

⁸ Zu der am 27. Juni 1989 vorgetragenen mündlichen Botschaft von Bundesminister Genscher an den iranischen Außenminister Velayati vgl. Dok. 193, Anm. 18.

Der iranische Botschafter Mostafavi übermittelte Genscher am 5. Juli 1989 die Antwortbotschaft Velayatis. Dieser bedauere, „daß die islamischen Normen und Wertvorstellungen im Westen nicht ausreichend verstanden würden. Man hätte erwartet, daß Europa die blasphemische Herabsetzung einer der großen Religionen der Gegenwart verurteilt und die Rechte dieser Religion durch die Beschlagnahme des Buches respektiert hätte. Diese Rechte seien auch als Menschenrechte zu betrachten.“ Nach Rückkehr von Botschafter Freitag nach Teheran seien nun aber die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Beziehungen gegeben: „Er hoffe, daß BM durch konstruktive Bemühungen dazu beitragen werde, daß negative Wertungen in der Öffentlichkeit beseitigt würden, damit Deutschland wieder eine Sonderstellung in den iranischen auswärtigen Beziehungen einnehmen könne.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 259 des Ministerialdirektors Schlagintweit vom 6. Juli 1989 an die Botschaft in Teheran; Referat 311, Bd. 154139.

4) Es gibt noch ungelöste Probleme in den deutsch-iranischen Beziehungen. Hierzu gehören das nach wie vor im Raume stehende und erneut bekräftigte Edikt Khomeinis gegen Rushdie sowie Fragen, die den Gesamtkomplex Menschenrechte betreffen. Dies ist der iranischen Regierung bekannt. In der Botschaft an Außenminister Velayati haben Sie auf diese Fragen hingewiesen. Wir haben Anhaltspunkte dafür, daß die iranische Führung über Lösungen zum mindesten nachdenkt und ihre Bedeutung für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen kennt. Mit raschen Entwicklungen ist nicht zu rechnen, da sich die Nachfolger Khomeinis allenfalls langsam aus dessen Schatten lösen können. Immerhin wissen wir aus der Umgebung Rafsandschanis, daß Teheran Möglichkeiten einer politischen Amnestie nach Amtsantritt des neuen Staatspräsidenten sowie beschleunigtes Entgegenkommen bei Einzelfällen, die wir vorgetragen haben, prüft und eine Einladung des Sonderberichterstatters der VN-MRK, den die iranische Regierung Ende Juni erstmals offiziell kontaktiert hat⁹, erwägt.

5) Nach seiner Rückkehr nach Teheran führte Botschafter Freitag zwei mehrstündige Gespräche mit dem Rafsandschani nahestehenden Leiter der Westeuropaabteilung des iranischen Außenministeriums, Mussawian.¹⁰ Mussawian betonte den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen und entwickelte zu diesem Zweck die erwähnten Möglichkeiten zur Gestaltung der Zusammenarbeit. Er ließ erkennen, daß man daran interessiert ist, das negative Iranbild in Deutschland abzubauen und unter die Probleme der letzten Monate nach Möglichkeit einen Schlußstrich zu ziehen. Der iranische Botschafter Mostafavi ist am 4.7.1989 nach Bonn zurückgekehrt, obwohl gerade in diesen Tagen die Affären Sobhani¹¹ und Rheineisen¹² Schatten über die Beziehungen zu werfen drohten.

II. Vor diesem Hintergrund kommen aus unserer Sicht folgende Schritte in Betracht:

1) Sie hatten 1984 bei Ihrem ersten Teheran-Besuch¹³ ein Menschenrechtsseminar vorgeschlagen. Die iranische Seite hat diesen Vorschlag jetzt aufgegriffen

⁹ Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 6. Juli 1989, das iranische Außenministerium habe der Botschaft die Kopie eines Schreibens an den Sonderberichterstatter der VN-Menschenrechtskommission, Galindo Pohl, übergeben: „In ihrem Schreiben weist die iranische Regierung den Vorwurf von MR-Verletzungen im Iran nachdrücklich und mit teilweise polemischen Akzenten zurück und stellt für eine Zusammenarbeit mit dem [Sonder]b[erichter]statter die bekannten Bedingungen: keine Nutzung von Informationen aus ihr nicht genehmen Quellen (terroristische und hochverräterische Kreise) sowie Verzicht auf diskriminierendes Vorgehen der MRK“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 590; Referat 231, Bd. 148163.

¹⁰ Das erste Gespräch zwischen Botschafter Freitag, Teheran, und dem Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, Mussawian, fand am 18. Juni 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 2. Zum zweiten Gespräch am 23. Juni 1989 vgl. Dok. 193.

¹¹ Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 27. Juni 1989 handschriftlich, die amerikanische Botschaft habe das Auswärtige Amt im April 1989 auf illegale Aktivitäten des Attachés an der iranischen Botschaft in Bonn, Sobhani, bei der Beschaffung von Chemikalien in den USA aufmerksam gemacht. Dies habe zur Entscheidung geführt, die iranische Seite um Abberufung Sobhanis zu bitten, was Botschafter Freitag, Teheran, nach seiner Rückkehr im iranischen Außenministerium getan habe, woraufhin ihm mitgeteilt worden sei, Sobhani habe Bonn bereits verlassen und werde nicht zurückkehren. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154156.

¹² Zum Fall Rheineisen vgl. Dok. 233.

¹³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

(Tagungsort Teheran). Eine gemeinsame Erörterung dieser Fragen könnte gerade jetzt wichtig sein¹⁴ und sowohl uns wie auch der iranischen Seite eine Möglichkeit bieten, die jeweiligen Auffassungen zur Frage der Einstellung gegenüber religiösen Werten darzulegen. Eine solche Ventilfunktion könnte eine vernünftigeren Behandlung der Rushdie-Frage in Iran erleichtern. Wir sollten auf das iranische Angebot positiv reagieren.

2) Falls es nach Amtsübernahme des neuen Staatspräsidenten weitere positive Signale gibt, so sollten wir die Modalitäten unserer amtlichen Beteiligung an der Herbstmesse in Teheran überdenken. Wir könnten etwa, falls auch andere westliche Staaten dies tun, zu Formen einer sichtbaren Messebeteiligung zurückkehren, wie sie der bisherigen Tradition entsprechen. Bislang war beschlossen, jeglichen Hinweis auf eine amtliche Beteiligung (u. a. keine Flagge, keine Embleme, kein Deutscher Tag) zu unterlassen.¹⁵

3) Im Falle einer weiteren positiven Entwicklung können wir dem mehrfach geäußerten iranischen Wunsch nach Wiederaufnahme der Erörterung von Sachthemen entgegenkommen und Gespräche auf hoher Beamtenebene mit der iranischen Seite führen.

Dabei könnte u. a. auch die Frage eines Vorbereitungstreffens für die 1989 (wegen Rushdie) deutscherseits verschobene Gemischte Deutsch-Iranische Wirtschaftskommission erörtert werden.

4) Verstärkte Kontakte zu deutschen Medien (hieran besteht ein wiederholt geäußertes iranisches Interesse) sind Sache der hiesigen iranischen Botschaft und des iranischen Informationsministeriums. Wir sollten uns hier nicht einschalten.

5) Mussawian hat angeregt, daß wir anlässlich des Jahrestages des Waffenstillstands Iran/Irak (25.8.) eine Erklärung abgeben. Wir könnten ein Interview von Ihnen, etwa zu dieser Zeit, dazu benutzen, um unsere fortdauernde Unterstützung für die Implementierung der SR-Res. 598 und der Bemühungen des VN-GS¹⁶ zu wiederholen.

6) Dr. Larijani, ehemaliger Vizeaußenminister und derzeit Leiter des in Iran sehr angesehenen Instituts für Logik und Mathematik an der Universität Teheran, wird vom 24.7. bis 3.8.1989 an einem Seminar über Logik und Mathematik in Berlin (West) teilnehmen. Er hat um einen Termin bei BM vor oder nach seinem

¹⁴ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das bedarf genauerer Darstellung.“

¹⁵ Am 8. September 1989 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel der Botschaft in Teheran zur internationalen Herbstmesse vom 17. bis 27. September 1989 mit: „Botschaft wird ermächtigt, wie in den vergangenen Jahren Deutschen Tag durchzuführen und Messeempfang zu veranstalten. Bisherige Weisung bezüglich Nichtverwendung staatlicher Embleme auf dem deutschen Ausstellungsgelände und dem internationalen Stand wird aufgehoben.“ Ferner werde eine Delegation unter Leitung von Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, zu Gesprächen mit iranischen Ministerien und Regierungsstellen anreisen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 7441; Referat 311, Bd. 154157.

¹⁶ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 und den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 193, Anm. 10.

Die Referate 311 und 230 erläuterten am 7. August 1989, auch bilaterale Treffen von Pérez de Cuéllar mit den Außenministern Velayati (Iran) am 4. Juli in Genf bzw. Aziz (Irak) am 6. Juli 1989 in Rom hätten „keinerlei Bewegung“ erbracht: „Beide Seiten beschuldigen sich, gegen SR-Res[olution] 598 zu verstoßen.“ Für September 1989 sei eine neue VN-Vermittlungsmission in den beiden Staaten in Aussicht genommen. Vgl. Referat 311, Bd. 154134.

Berlin-Aufenthalt gebeten. Es wird empfohlen, ihn zu empfangen.¹⁷ Larijani könnte in der künftigen iranischen Regierung (voraussichtlich im neuen Präsidialamt) wieder eine wichtige Funktion bekleiden.

Schlagintweit

Referat 311, Bd. 154139

218

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten

200-350.31 VS-NfD 121800

12. Juli 1989¹

Fernschreiben Nr. 21 Europol

Betr.: 75. EPZ-Ministertreffen, 11.7.89 in Paris;
hier: Ergänzende Unterrichtung

Schwerpunkt des insgesamt fünfstündigen Treffens lag bei den West-Ost-Beziehungen. Die Minister zogen Bilanz der jüngsten Ereignisse (Gorbatschow-Besuche in Paris und Bonn, Rede in Straßburg (Europarat²), WP-Gipfel in Bukarest³) und beschlossen Fortsetzung des politischen Dialogs mit SU sowie Polen und Ungarn. Sie verabschiedeten eine Erklärung zu Stand und Perspektiven des KSZE-Prozesses⁴ nach den Treffen von London⁵ und Paris⁶. BM schlug vor, den Agrarrat um Prüfung der Möglichkeit einer Nahrungsmittelhilfe aus EG-Überschußbeständen an Polen und andere reformbereite Länder in Mittel- und Osteuropa zu bitten.

Weitere Themen: Nah-Mittelost, China, Kambodscha (Erklärung zur Unterstützung der Kambodscha-Konferenz in Paris), ASEAN, südliches Afrika, Sudan, VN, Europarat.

¹⁷ Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 6. August 1989, der Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, Mussawian, habe in einem Gespräch am Vortag ausgeführt, er danke „für Gesprächsangebote StS Sudhoff und D 3. Larijani habe leider an Berliner Seminar nicht teilnehmen können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 699; Referat 311, Bd. 154139.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.

Hat Ministerialdirektor Kastrup am 12. Juli 1989 zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor dem Europarat am 6. Juli 1989 in Straßburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 587–595.

³ Am 7./8. Juli 1989 fand die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zur KSZE vom 11. Juli 1989 vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 82.

⁵ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

⁶ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

Die gesondert übermittelten Schlußfolgerungen der französischen Präsidentschaft⁷ werden im einzelnen wie folgt ergänzt:

1) West-Ost-Beziehungen, KSZE

AM Dumas bezeichnete den Gorbatschow-Besuch in Paris⁸ als ein wichtiges Ereignis, das sehr gut vorbereitet worden sei und – wie die Wahl des Europarats in Straßburg zeige – allen westeuropäischen Ländern gegolten habe. Die wesentlichen Eindrücke seien: Im deutlichen Unterschied zum letzten Besuch (Okt. 1985⁹) sei die sowjetische Hinwendung zu Europa sichtbar geworden. SU sei heute bereit, die westeuropäische Realität zur Kenntnis zu nehmen und daraus Schlüsse zu ziehen. Sie akzeptiere Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Breschnew-Doktrin¹⁰ sei also begraben. Der Sozialismus in der SU werde morgen ein anderes Gesicht haben als bisher. Sicherheitsfragen haben unverändert auf der Tagesordnung gestanden, die SU sei aber nicht im gleichen Maße wie bisher auf Fragen der militärischen Sicherheit fixiert. Das sowjetische Interesse gelte einer größeren Breite der Zusammenarbeit in allen Bereichen der drei KSZE-Körbe¹¹. Gorbatschow habe persönlich entspannt und sicher gewirkt. Freilich lasse sein Hinweis in Straßburg aufmerken, von der SU dürfe in der jetzigen Entwicklung nicht zuviel verlangt werden. Erkennbar sei auch die Sorge wegen der inneren Lage in der SU gewesen.

BM bestätigte die französischen Eindrücke aufgrund der Begegnungen in Bonn.¹² Eine nüchterne Bewertung der sowj. Außenpolitik ergebe, daß die SU die Gründe für bisherige Belastungen und Rückschläge analysiert und daraus im eigenen Interesse Schlüsse gezogen habe. Dazu gehöre, daß die Realität der EG nicht länger geleugnet, sondern Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärt werde. Er sei überzeugt, daß diese Entwicklung in Moskau wesentlich von der Dynamik beeinflusst werde, die die EG auf dem Weg zum Binnenmarkt entfaltet habe.

⁷ Für das mit Drahterlaß Nr. 5777 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow vom 12. Juli 1989 übermittelte „relevé des conclusions“ der französischen EG-Ratspräsidentschaft (CPE/Pres/Par 289) vgl. Referat 200, Bd. 144218.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete dazu am 11. Juli 1989, der französische Staatspräsident Mitterrand habe im Abschiedsgespräch erklärt, „Frankreich und die Sowjetunion könnten die ‚entscheidenden Elemente‘ der Wiederherstellung einer Gesamtheit der beiden Teile Europas sein. Die SU und F hätten dafür eine natürliche Bestimmung, und in dieser Perspektive könne das deutsche Problem eine harmonische Lösung finden. Mitterrand und Gorbatschow dämpften in ihrer Pressekonferenz am 5. Juli mit relativ ähnlichem Tenor Hoffnungen auf eine baldige Lösung der deutschen Frage. Letztlich sei die Zeit nicht reif, um die Grundlagen des Status quo – und dies gelte auch für Deutschland – in Frage zu stellen. AM Dumas erklärte nach Gorbatschows Rede vor dem Europarat, Frankreich sei der privilegierte Partner der Sowjetunion. Die Sowjetunion erwarte mehr von Frankreich als von seinen, Frankreichs, Partnern und Alliierten.“ Insgesamt, so Pfeffer, stelle der Besuch „einen wichtigen Schritt in der Revitalisierungspolitik Mitterrands gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion dar“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1796; Referat 201, Bd. 151161.

Zum Besuch vgl. auch MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 71, Dok. 72 und Dok. 74.

⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf.

¹⁰ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

¹¹ Vgl. dazu die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹² Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Insofern seien die großen Themen des ER Madrid¹³ auch im West-Ost-Verhältnis von hochpolitischer Bedeutung.

Zu den Schlüssen der SU aus erkannter Realität gehöre auch das Abstandnehmen von dem Versuch, Europa von den USA zu trennen. BM unterstrich hierzu die Bedeutung des NATO-Gipfels¹⁴ sowie der gegenwärtigen Reise des US-Präsidenten nach Polen und Ungarn¹⁵.

Der WP-Gipfel in Bukarest habe gezeigt, daß die SU den übrigen WP-Staaten mehr Freiraum gewähre als früher, was von einigen (Rumänien, DDR) unerfreulich restriktiv genutzt werde. Im übrigen habe Bukarest im Abrüstungsbereich konzeptionelle Annäherungen an den Westen gebracht, die Beachtung verdienen. BM beschrieb die Zukunft als eine Zeit des Übergangs, der Ungewißheit und der möglichen Instabilität. Sie erfordere in West und Ost ein hohes Maß an Staatskunst, um stabile Rahmenbedingungen für die Entwicklungen im Osten zu schaffen. Dazu gehöre, alles zu unterlassen, was Instabilität fördern könnte. Es komme darauf an, durch möglichst viele Vereinbarungen der Sicherheit und Abrüstung militärischen Instabilitäten entgegenzuarbeiten und durch eine Politik der Zusammenarbeit beizutragen, daß die Reformen in Mittel- und Osteuropa Erfolg haben. Uns müsse bewußt bleiben, daß wir diesen Ländern weder Risiken noch Probleme abnehmen, sondern sie nur unterstützen und begleiten können. Der Erfolg des europäischen Modells bedeute Ermutigung und Auftrieb für M/O-Europa¹⁶ und für uns die große Herausforderung für das Ende des Jahrhunderts.

An der Debatte beteiligten sich außerdem NL, P, B, E und GB.

AM van den Broek (NL) und AM Pinheiro (P) berichteten von ihrem Gespräch mit Gorbatschow in Straßburg als Mitglieder der Triade des MK des Europarats (NL, N, P). Sie hoben die Mahnung G's zur Geduld hervor sowie seine Erläuterung, daß Hinwendung zu Europa historisch-kulturelle Dimensionen habe und daß dieses nicht nur für den europäischen Teil der SU gelte.

AM Fernández Ordóñez (E) wies auf den begrenzten Manövrierraum der Reformer hin. Die wahre Feuerprobe stehe bevor in der Wirtschaft und bei den Nationalitäten. Er stimme BM darin zu, daß man nicht mehr vom „Ostblock“ sprechen sollte.

AM Eyskens (B) bezeichnete Zeitdruck als das größte Problem der Reformer. Der Westen sollte helfen, Zeit zu gewinnen. B verglich das sowj. Nationalitätenproblem mit der Entkolonialisierung, für deren Bewältigung der Westen 20–30 Jahre gebraucht habe. Praktisch komme es jetzt darauf an, bilateral wie gemeinschaftlich zu helfen und die Hilfe gut zu koordinieren.

AM Howe gab zu bedenken, daß in Moskau erkannte Realitäten nicht zugleich Änderung langfristiger Absichten bedeuten müssen. Es sei richtig, daß SU den Versuch, Europa von USA zu trennen, als unrealistisch erkannt habe. Daß SU

¹³ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu die Schlußfolgerungen der Präsidentschaft; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 8–17. Zur Tagung vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁵ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

¹⁶ Mittel-/Ost-Europa.

damit auch das strategische Ziel selbst aufgegeben habe, sei nicht bewiesen. Umsicht sei auch künftig ratsam. Der Ansicht, daß das westeuropäische Modell erfolgreicher sei, stimme er voll zu. Die inzwischen von der SU getanen praktischen Schritte seien beeindruckend. Das Hauptproblem sehe er (wie E) im wirtschaftlichen Bereich. Das gelte auch für PL, wo die Entwicklung entmutigend sei, und für UNG, das trotz großer Fortschritte noch keinen wirklichen Erfolg vorzuweisen habe. Insgesamt sehe er die Aussichten im Wirtschaftsbereich pessimistisch. Die westliche Unterstützung sollte weniger auf Kredite setzen als auf Vermittlung von Know-how. Auch er sei dafür, durch praktische Hilfe einer großen historischen Enttäuschung entgegenzuarbeiten.

BM ergänzte die Zusammenfassung der Präs.¹⁷ mit Hinweis auf die allgemein zum Ausdruck gekommene Bereitschaft, die reformbereiten Länder des Ostens zu unterstützen. BM schlug als praktischen Schritt vor, Polen – ggf. auch anderen reformbereiten Ländern – aus Überschußbeständen der EG bei der Überwindung akuter Nahrungsmittelknappheit zu helfen. Der Agrarrat solle gebeten werden, sich mit der Frage zu befassen und zu berichten.¹⁸ Diese Initiative wurde ohne Widerspruch der übrigen von AM Dumas spontan unterstützt.

2) Nah-Mittelost

2.1) Friedensprozeß

Im Rahmen eines Meinungs Austauschs zum Friedensprozeß in Nahen Osten äußerten mehrere Partner (Präs., E, NL) Besorgnis angesichts der jüngsten Entwicklungen. NL schlug vertrauliche Demarche der Präs. in Tel Aviv vor, um die in der Erklärung des ER Madrid zum Ausdruck gebrachte Haltung der Zwölf zu Shamirs Vorschlag für Wahlen in den besetzten Gebieten¹⁹ zu erläutern und ihre Sorge um den Fortgang des Friedensprozesses und ihr Beileid für die Opfer des jüngsten Anschlages auf einen israelischen Bus²⁰ auszudrücken. E sprach sich dafür aus, aus Gründen der Ausgewogenheit auch die israelische Repression in den besetzten Gebieten anzusprechen. GB, das ausdrücklich auf die Erklärung des ER als Leitlinie für Politik der Zwölf verwies, regte ergänzende Demarche bei PLO an, um diese zu gemäßigter Haltung zu ermutigen. Der jüngste Anschlag zeige die Gefahr eines Abgleitens des Friedensprozesses auf. Die Zwölf sollten darüber hinaus auch US-AM Baker anlässlich des WWG²¹ über ihre Haltung unterrichten.

AM kamen überein, die Kontakte zu den Konfliktparteien fortzusetzen. Präs. wurde beauftragt, vertrauliche Demarche in Tel Aviv und bei der PLO durchzuführen.

¹⁷ Frankreich hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁸ Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister beschloß am 24. Juli 1989 in Brüssel die Lieferung von 500 000 t Weizen zur Brotherstellung, 300 000 t Futtergetreide, 10 000 t Rindfleisch, 5000 t Olivenöl sowie 2000 t Zitronen nach Polen im Gesamtwert von 110 Mio. ECU. Vgl. dazu die Verordnung (EWG) Nr. 2247/89; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 216 vom 27. Juli 1989, S. 5. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 8 f.

¹⁹ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

²⁰ Am 6. Juli 1989 brachte ein Palästinenser einen israelischen Bus auf dem Weg von Tel Aviv nach Jerusalem in seine Gewalt und steuerte diesen in einen Abgrund, worauf der Bus in Flammen aufging. Mindestens 16 Personen wurden getötet und über 30 verletzt. Vgl. dazu die Meldung „Palästinenser steuert Bus in den Abgrund“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juli 1989, S. 1.

²¹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

2.2) Lage in den besetzten Gebieten

Auf Vorschlag Präs. kamen AM überein, vertieft Möglichkeiten der Gemeinschaft und ihrer MS zur Verbesserung der Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten zu prüfen.

2.3) Libanon

NL sprach die frz.-sowjetische Erklärung zum Libanon²² an und stellte die Frage, welche Haltung SU zu dem von den Zwölf geforderten Rückzug aller fremden Truppen aus Libanon einnehme. Präs. erläuterte, daß auf SU-Wunsch in gemeinsamer Erklärung auch zu Libanon Stellung genommen worden sei. Dabei sei als gemeinsamer Nenner die Forderung nach Unabhängigkeit und territorialer Integrität Libanons, ein Appell zur Einhaltung des Waffenstillstandes, die Unterstützung des Dreier-Ausschusses der AL²³ und des VN-GS²⁴ in die Erklärung aufgenommen worden. Zu weitergehenden Fragen wie der des Rückzuges nicht-libanesischer Truppen habe sich SU nicht festlegen wollen. Es sei jedoch deutlich geworden, daß SU sich der Libanon-Problematik bewußt sei und bereit sei, auch über gemeinsame diplomatische Schritte z. B. gegenüber Syrien und auch Irak nachzudenken.

2.4) Iran

Präs. sprach sich dafür aus, vor Überprüfung der Haltung der Zwölf Ergebnis der Präsidentenwahlen²⁵ abzuwarten. Die Zwölf sollten zunächst eine vorsichtige und abwartende Haltung einnehmen.

263) Asien

3.1) China

AM billigten von PK vorgeschlagene Demarche in Peking zur Erläuterung der Erklärung des ER Madrid.

3.2) Kambodscha

AM billigten eine Erklärung zur internationalen Kambodscha-Konferenz in Paris²⁷ (Text vgl. Annex des relevé).

3.3) ASEAN-Dialogpartnertreffen²⁸

Präs. unterrichtete unter Hinweis auf COREU-Unterrichtung (CPE²⁹/Pres/Par 286) über Verlauf und Ergebnisse des ASEAN-Dialogpartnertreffens.

²² Für den Wortlaut der französisch-sowjetischen Erklärung zum Libanon vom 5. Juli 1989 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Juli/August), S. 20.

²³ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 203, Anm. 40.

²⁴ Javier Pérez de Cuéllar.

²⁵ Zu den Präsidentschaftswahlen im Iran am 28. Juli 1989 vgl. Dok. 217, Anm. 5.

²⁶ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 22 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu Kambodscha vom 11. Juli 1989 vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 82f.

Die internationale Kambodscha-Konferenz fand vom 30. Juli bis 30. August 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 258.

²⁸ Vom 5. bis 8. Juli 1989 fand in Brunei ein Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten sowie Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 73.

²⁹ Coopération politique européenne.

4) Afrika

4.1) Südafrika

Einführend stellte Präs. Abnahme der Spannungen im gesamten südlichen Afrika fest und führte dies auf die verbesserten Ost-West-Beziehungen, die Bemühungen des VN-GS und die Kooperationsbereitschaft der Frontlinienstaaten³⁰ zurück. Da auch die Lage in Südafrika in Entwicklung begriffen sei, sollten die Zwölf ihre Rolle überdenken.

GB verwies auf die jüngste Erklärung des ER, in der die Position der Zwölf dargelegt worden sei. GB begrüßte das Waffenstillstandsabkommen von Gbadolite³¹, doch bleibe die weitere Entwicklung in Angola abzuwarten. Auch in Mosambik bestehe Hoffnung auf nationale Versöhnung, und es sei zu erwägen, mit dem Ziel südafrikanischer Unterstützung für den Prozeß „etwas nachzuhelfen“. Der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia, der für die Gesamtentwicklung im südlichen Afrika psychologisch außerordentlich wichtig sei, bleibe gefährdet. Die VN müßten weiter hart arbeiten, um die Dinge nicht aus der Hand gleiten zu lassen. GB habe zuletzt Nujoma zu konstruktiver Haltung aufgefordert.

P sah reale Veränderung in Südafrika und in den Beziehungen zu seinen Nachbarn. Die Zwölf müßten ihre Haltung überdenken, mit dem Ziel, eine aktive Rolle zu spielen.

Auf Vorschlag der Präs. kamen AM überein, eine Troika-Mission auf Direktorenebene zu einer Fact-finding-mission ins südliche Afrika zu entsenden. Angesichts GB-Zurückhaltung insbesondere gegenüber Gesprächen in Südafrika vor den Wahlen³² solle die Troika zu einem geeigneten Zeitpunkt Luanda, Maputo und ggf. weitere Staaten besuchen.

4.2) Sudan

NL warf Frage der Haltung gegenüber der aus einem Putsch hervorgegangenen neuen sudanesischen Regierung³³ auf. NL bleibe zunächst sehr zurückhaltend. Präs. stellte fest, daß eine Reihe arabischer Staaten positiv reagiert hätte, daß jedoch offen sei, ob die neue Regierung in der Frage des Bürgerkriegs eine neue Politik verfolge, und empfahl, zunächst abzuwarten.

5) Vereinte Nationen

Präs. stellte einführend Stand der Bemühungen der Zwölf um Vereinheitlichung des Stimmverhaltens in den VN dar und appellierte, Anstrengung zur weiteren Verbesserung der Geschlossenheit zu unternehmen. E berichtete, daß VN-GS Rolle der Zwölf positiv bewerte und einen verstärkten Zusammenhalt festgestellt

³⁰ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

³¹ Am 23. Juni 1989 schlossen der angolische Präsident dos Santos und der Vorsitzende der UNITA, Savimbi, am Rande einer Gipfelkonferenz afrikanischer Staaten in der zairischen Stadt Gbadolite ein Waffenstillstandsabkommen. Vgl. dazu den Artikel „Waffenstillstand in Angola vereinbart“; DIE WELT vom 24./25. Juni 1989, S. 1.

³² In Südafrika fanden am 6. September 1989 Parlamentswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 284, Anm. 23.

³³ Referat 310 erläuterte am 7. Juli 1989, am 29./30. Juni 1989 habe im Sudan ein Putsch stattgefunden, bei dem das Militär unter Omar Hassan Ahmed el-Bashir die Macht übernommen habe. Dieser stehe nun einem Revolutionsrat vor und sei zum Staatschef, Ministerpräsidenten und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt worden. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 149797.

habe. Defizite seien jedoch weiterhin in wirtschaftlichen und Nord-Süd-Fragen festzustellen.

Einige Partner (GR, NL, GB) betonten, daß unterschiedliches Stimmverhalten nicht in jedem Falle negativ zu bewerten sei. NL empfahl, verstärkt durch Stimm-erklärungen einheitliches Abstimmungsverhalten zu erreichen.

Auf Vorschlag BM kamen AM überein, PK und StV in New York um Bericht zur Verbesserung des Stimmverhaltens zu bitten.

6) „Vierertreffen“ EG-Europarat

Präs. unterrichtete über Themen des ersten „Vierertreffens“, das nach dem AM-Treffen stattfand³⁴, und bezeichnete diese Begegnung als gute Initiative, die zu einem günstigen Zeitpunkt stattfinde (Ergebnisse vgl. CPE/Pres/Par 291³⁵).

7) Verschiedenes

7.1) EG-ASEAN-Außenministertreffen

BM sprach sich im Hinblick auf hochrangige Wahrnehmung für Suche nach Alternativdatum zur Lösung Anfang Dezember bestehender Terminprobleme aus. Präs. unterrichtete, daß sie die Frage mit ASEAN aufgenommen habe.

7.2) BM-Initiative Polenhilfe

s. o. Ziffer 1.

Jagow³⁶

Referat 200, Bd. 144218

³⁴ Am 11. Juli 1989 fand in Paris ein Treffen des französischen Außenministers und amtierenden EG-Ratspräsidenten Dumas sowie des EG-Kommissionspräsidenten Delors mit dem amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees des Europarats, dem norwegischen Außenminister Stoltenberg, und der Generalsekretärin des Europarats, Lalumière, statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 81.

³⁵ Für das Fernschreiben der französischen EG-Ratspräsidentschaft Nr. 291 (Coreu) vom 11. Juli 1989 (CPE/Pres/Par 291) vgl. Referat 200, Bd. 144218.

³⁶ Paraphe.

219

**Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 898

Aufgabe: 12. Juli 1989, 17.40 Uhr¹

Ankunft: 13. Juli 1989, 17.41 Uhr

Delegationsbericht Nr. 79

Betr.: Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
(VVSBM);

hier: zweite Sitzungsperiode (5.5. bis 12.7.1989)

Zur Unterrichtung

I. Allgemein

1) Nach raschen Anfangserfolgen verlor die zweite Sitzungsperiode gegen Ende an Schwung.

a) Im Einklang mit der West-Ost-Großwetterlage konnten ohne Verzug – insbesondere früher, als nach den Erfahrungen und Bedingungen von Stockholm² zu erwarten – die folgenden Voraussetzungen für zügige, sachliche und ergebnisorientierte Verhandlungen geschaffen werden:

- Am 12.5., d.h. eine Woche nach Beginn der Sitzungsperiode, wurden – mit den üblichen Kautelen gegen Präcedenzwirkungen für das Endergebnis – zwei Arbeitsgruppen eingerichtet. Arbeitsgruppe A behandelt Information, Verifikation, Kommunikation und Konsultation, Arbeitsgruppe B Notifizierung, Beobachtung, Jahreskalender und beschränkende Maßnahmen. Die Arbeitsgruppen nahmen ihre Tätigkeit am 22.5. auf. Damit war eine am Modell von Stockholm orientierte, für detaillierte Verhandlungen erforderliche Arbeitsstruktur geschaffen. Sie erlaubt es – falls in Zukunft erforderlich – durch Aufteilung der Materie die Redaktionsarbeit in insgesamt vier Arbeitsgruppen durchzuführen.
- In diese Arbeitsstruktur wurde am 16.6. – aufgrund eines westlichen Vorschlages vom 5.5. (WV.4)³ – das Ad-hoc-Gremium zur Vorbereitung eines Seminars über Militärdoktrinen⁴ eingefügt. Dem Einsetzungsbeschuß ging ein längeres Ringen voraus, um die vom Westen vorgeschlagene, sachdienliche und der Interessenlage der Mehrheit der Teilnehmerstaaten entsprechende Schwer-

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (VSBM-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12 und 19.

² Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

³ Für den Wortlaut des Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten (CSCE/WV.4) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 5.

⁴ Das KSZE-Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa fand vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

punktbildung bei Fragen der Potentiale und Strukturen konventioneller Streitkräfte in der Zone zu fixieren. Inzwischen liegen ein westlicher, ein östlicher und ein schwedischer Vorschlag für Tagesordnung, Organisation und sonstige Modalitäten des Doktrinenseminars vor. Am 6.7. wurde der stv. A-DL Dr. Druml auf informellem Wege durch Absprache der jeweiligen Gruppenvorsitzenden zum Koordinator für das Ad-hoc-Gremium bestellt.

- Auf dem Verhandlungstisch der 35 liegen nunmehr ein westlicher, ein östlicher, ein rumänischer und ein N+N-Vorschlag⁵. Der Westen konnte die erweiterte Fassung seines Verhandlungsvorschlages (WV.1 amplified⁶) nach bündnisinternen Koordinationsanstrengungen am 9.6.1989 einbringen. Die WP-Delegationen haben ihre Vorschläge mit variablen Miteinbringerschaften vorgelegt: Der von BUL, ČSSR, DDR und UNG eingebrachte ursprüngliche Vorschlag WV.2⁷ wurde in der Woche vom 3. bis 7.7. durch insgesamt vier in den Arbeitsgruppen A und B eingeführte Arbeitspapiere zur statischen Information, zur Notifizierung von Luftaktivitäten⁸, zur Notifizierung von See- und amphibischen Aktivitäten⁹ und zu Constraints für Land-, Luft- und See-streitkräfte ausgebaut. Daneben liegt der rumänische Vorschlag WV.3¹⁰ mit den traditionellen rumänischen, auch nukleare Probleme umfassenden Themen auf dem Tisch und wird dort weitgehend ignoriert. WV.1 amplified ist nach wie vor das umfassendste Dokument. Es deckt den Bereich der Verhandlungen mit detaillierten westlichen Vorschlägen in Abkommenssprache ab und prägt damit die Verhandlungen konzeptionell. In den östlichen und N+N-Vorschlägen sind bewußt Lücken gelassen, die z.T. auf Unvermögen (infolge gruppeninterner Abstimmungsschwierigkeiten bzw. Rückstand in der Aufarbeitung der Materie, z.B. bei Verifikation von Luftaktivitäten), z.T. auf der Absicht beruhen, sich nicht festzulegen und Verhandlungspositionen flexibel zu halten.

Insgesamt verliefen die Verhandlungen während der zweiten Sitzungsperiode sowohl im Plenum als auch in den Arbeitsgruppen in guter, geschäftsmäßiger Atmosphäre. Dies ermöglichte einen raschen Übergang zur detaillierten Diskussion auch technischer Einzelfragen in den Arbeitsgruppen. Der rasche Diskussionsfortschritt führte vor allem bei westlichen und östlichen Delegationen dazu, daß der Vorrat vorbereitender Weisungen vor Ende der Sitzungsperiode aufgebraucht war.

⁵ Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns für ein Abschlußdokument der VSBM-Verhandlungen vom 12. Juli 1989 (CSCE/WV.5) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 6.

⁶ Für den Wortlaut des Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vom 9. Juni 1989 (CSCE/WV.1/amplified) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 2.

⁷ Für den Wortlaut des Vorschlags Bulgariens, der ČSSR, DDR und Ungarns vom 9. März 1989 (CSCE/WV.2) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 3.

⁸ Für den Vorschlag der ČSSR, der DDR, der UdSSR und Ungarns zur Notifizierung militärischer Aktivitäten von Luftstreitkräften vom 5. Juli 1989 (CSCE/WV/WGB.1) vgl. Referat 241 (221), Bd. 163127.

⁹ Für den Vorschlag Bulgariens, der DDR und der UdSSR zur Notifizierung militärischer Aktivitäten von see- und amphibischen Streitkräften vom 5. Juli 1989 (CSCE/WV/WGB.2) vgl. Referat 241 (221), Bd. 163127.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vorschlags Rumäniens vom 22. März 1989 (CSCE/WV.3) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 4.

Die einzige bemerkenswerte atmosphärische Störung wurde durch die Erörterung eines Zwischenfalles während der letzten US-Inspektion von SU-Aktivitäten in der DDR ausgelöst. Bei diesem Zwischenfall hatte ein SU-Soldat seine Waffe auf einen der US-Inspektoren gerichtet. Der Fall wurde in den letzten drei Wochen wiederholt in Plenum und Arbeitsgruppe A zwischen US und SU sowie gelegentlich der DDR kontrovers erörtert.

Am Ende der zweiten Sitzungsperiode zeichnet sich zwar bereits in einigen Bereichen eine gewisse Übereinstimmung zwischen den auf dem Tisch liegenden Vorschlägen ab. Dies gilt insbesondere für die statische Information über Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung und über die Information von Indienststellung und Umrüstungsmaßnahmen. Es gilt auch allgemein für die Absicht der Verbesserung des Regimes von Stockholm und die Bereitschaft zur Verbesserung der Kommunikation unter den 35. Allerdings bleibt nach wie vor eine Reihe von erheblichen, auch konzeptionell schwierig zu überwindenden Differenzen bestehen. Ein Übergang zu informellen Verhandlungsmethoden und zur Redaktionsarbeit in den Arbeitsgruppen wird infolgedessen noch einiger Zeit bedürfen. Ein besonderer Druck einer der anderen beiden Gruppierungen ist unwahrscheinlich, da vor allem die östliche Forderung auf Erfassung unabhängiger Luft- und Seeaktivitäten und der Behandlung von Constraints beim gegenwärtigen Stand der Dinge keine Aussicht hat, aussichtsreich in einem Redaktionsprozeß behandelt zu werden. Lediglich der Einschluß der statischen Information über Seestreitkräfte könnte mittelfristig möglich werden (vgl. gesonderten Bericht).

b) Darüber hinaus wurde in der zweiten Hälfte der Sitzungsperiode deutlich, daß die VSBM-Verhandlungen von den 23er-Verhandlungen¹¹ überschattet werden. Diese Entwicklung konnte niemanden überraschen. Überraschend ist höchstens, wie spät sie einsetzte und daß die VSBM-Verhandlungen überhaupt einen Eigenwert behalten haben. Die Entwicklung hat mehrere Ursachen und Implikationen:

- Im Verlauf der Sitzungsperiode, vor allem in ihrer zweiten Hälfte, traten die Bereiche der Überschneidung zwischen den beiden Foren klarer hervor, als dies während der Vorbereitung auf die beiden Verhandlungen der Fall war. Besonders stark betroffen sind die als „Flaggschiff“ bezeichneten Maßnahmen 1 bis 3 des westlichen Vorschlages WV.1, da sich abzeichnet, daß der Westen bei VKSE ein sehr ähnliches, wenn nicht identisches System vorschlagen wird, daß zumindest aber ein erheblicher Abstimmungsbedarf zwischen beiden Bereichen in solchen Fragen wie Definitionen, Formate, Verifikationssysteme etc. erforderlich wird. Nachdem es dem Westen gelungen ist, die mit seinem Markenzeichen versehenen Transparenzmaßnahmen der statischen Information sowohl im Osten wie bei den N+N konzeptionell durchzusetzen, wird er daran auch in Zukunft mit Nachdruck festhalten müssen. Wie wir jedoch auch aus Gesprächen mit östlichen Delegationen, insbesondere mit SU, wissen, sind sich alle Teilnehmer an den 23er-Verhandlungen der Überschneidungsproblematik bewußt und neigen eher dazu, konzeptionelle Vorklärungen im Bereich der 23 vorzunehmen, bevor es zu den Festlegungen bei 35 kommt.
- ¹²Personelle Engpässe sowohl vor Ort in Wien, insbesondere bei den kleineren Delegationen, als auch auf der Ebene der Weisungsgeber zwingen dazu, Priori-

¹¹ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 899 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

täten zu setzen. Dies führt natürlich zu einer vorrangigen Berücksichtigung der 23er-Verhandlungen. Zwar befinden sich diesbezüglich westliche und östliche Verhandlungsteilnehmer in einer vergleichbaren Situation. Doch fragt sich, ob der Westen sich damit zufriedengeben und in Kauf nehmen will, daß sich zumindest einige der N+N im VSBM-Bereich stärker, insbesondere konzeptionell, betätigen, als dies bisher der Fall war. Ein Teil der sachlich-konzeptionellen Überschneidungen zwischen den 23er- und den 35er-Verhandlungen könnte durchaus durch personelle Verstärkungen in einer Art bewältigt werden, daß zumindest für die Zeit nach dem Abschluß des VKSE-Abkommens die erforderlichen VSBM-Vorarbeiten geleistet sind.

c) Die nächste VSBM-Sitzungsperiode¹³ wird mit einem Treffen des Ad-hoc-Gremiums zur Vorbereitung des Militärdoktrinenseminars am 5.9.1989 beginnen. Die erste Plenarsitzung der dritten Verhandlungsperiode wird am 8.9. stattfinden. Das Arbeitsprogramm in der darauffolgenden Woche wird zunächst dem bisherigen Programm der zweiten Sitzungsperiode entsprechen.

2) Die westliche Allianz

Der Westen hat die selbstgesteckten Ziele noch vor Ende der Sitzungsperiode erreicht. Im Mittelpunkt stand die Fertigstellung des erweiterten westlichen Verhandlungspakets (WV.1 amplified) nach dessen Überweisung aus Brüssel an den Wiener NATO-VSBM-Caucus. Die Vorlage dieses Vorschlagspakets und seine detaillierte Darstellung in den Arbeitsgruppen haben dem Westen bisher die konzeptionelle Führung in den Verhandlungen gesichert. Ein Vergleich der Vorschläge und Texte aus den anderen Gruppierungen zeigt, daß sie, wenn nicht von westlichen Formulierungen, so doch von westlichen Ideen geprägt wurden. Auf jeden Fall bildete WV.1 amplified während der zweiten Sitzungsperiode konkurrenzlos die Diskussions- und Verhandlungsgrundlage.

Die Abstimmung im NATO-Caucus sowohl auf Delegationsleiter- wie auf Expertenebene verlief in einer guten, von Verhandlungserfolgen begleiteten und im allgemeinen ungestörten Atmosphäre.

Freilich gab es zum Teil persönlich geprägte, zum Teil durch Weisungen bedingte Unterschiede der einzelnen Delegationen in der Beförderung des bündnisinternen Abstimmungsprozesses und damit der Verhandlungen. Eine führende Rolle spielt die US-Delegation, mit der wir sehr eng zusammenarbeiten. Als an baldigen Fortschritten im VSBM-Bereich interessiert erweisen sich die Delegationen von KAN, NL, NOR und SP. GB und vor allem F halten sich eher zurück. Es fiel auf, daß insbesondere die F-Delegation in ihren Interventionen sowohl im Plenum als auch in den Arbeitsgruppen mit der jeweils restriktivsten Auslegung der gemeinsamen NATO-Position hervortrat, die möglich war. Dies geschah auf ausdrückliche Weisung aus Paris. Der Widerspruch zwischen dieser Praxis und der KSZE-freundlichen Philosophie des Quai ist unseren frz. Freunden hier bewußt, aber vor Ort nicht auflösbar.

3) Die WP-Staaten

Die Wahrnehmung nationaler Positionen durch einzelne WP-Delegationen hat sich während der zweiten Sitzungsperiode in einer für Sicherheitsverhandlungen

¹³ Die dritte Runde der VSBM-Verhandlungen fand vom 4. September bis 20. Oktober 1989 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 328.

überraschenden Deutlichkeit gezeigt. Dies läßt sich besonders an der variablen und nie vollständigen Einbringerschaft östlicher Vorschläge demonstrieren. WV.2 war bereits nicht formell von SU eingebracht worden. Das Arbeitspapier zur statischen Information und zur Information über Neu- und Umrüstungen war nur von Polen vorgelegt worden und trifft, trotz öffentlicher Lippenbekenntnisse, nach wie vor auf DDR-Vorbehalte. Die Arbeitspapiere zur Notifizierung von Luftaktivitäten und zu Seeaktivitäten sowie zu Constraints wurden ebenfalls in unterschiedlicher Zusammensetzung der Miteinbringer, erstmals unter Beteiligung der SU, vorgelegt. RUM spielt ohnehin eine eigene Rolle. Bemerkenswerte Differenzen gab es auch in den Diskussionsbeiträgen, in denen insbesondere UNG und POL durch Beiträge auffielen, die westlichen Positionen besonders nahekamen.

Westliche Delegierte befürchten zwar gelegentlich, daß hinter den Divergenzen ein Rollenspiel stehen könnte. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Divergenzen unter den WP-Staaten die Wirksamkeit der östlichen Verhandlungsposition beeinträchtigt. Unkoordinierte Positionen und Initiativen von Einzeldelegationen, auch der SU, können unter diesen Umständen leichter abgefangen und neutralisiert werden.

Unter diesen Umständen schien der gemeinsame niedrigste Nenner das professionelle Anliegen der WP-Delegationen zu sein, das Feld nicht ohne weiteres dem Westen zu überlassen. Darin scheint auch ein wichtiges Motiv der östlichen Arbeitspapiere zu liegen. Auch wenn deren konzeptionelle Anleihen beim Westen unübersehbar sind, wurde gerade von den für „Neues Denken“ stehenden Delegationen – SU, UNG, POL – die Eigenständigkeit der WP-Beiträge betont.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N-Delegationen spielten während des überwiegenden Teils der zweiten Sitzungsperiode eine nur marginale Rolle. Ihre Mitwirkung an den VSBM-Verhandlungen war je nach Delegation von unterschiedlicher Intensität und Qualität. Bei den kleineren Staaten, aber auch bei Österreich, wirkte sich der Veranstaltungskalender nach dem KSZE-Folgetreffen in Wien¹⁴ dahin aus, daß Delegationsleiter oder Delegationsmitglieder nicht in Wien, sondern an den KSZE-Folgeveranstaltungen in London¹⁵ und Paris¹⁶ teilnahmen. Angesichts der bevorstehenden weiteren KSZE-Folgeveranstaltungen könnte dies zu einer Marginalisierung zumindest einiger der N+N-Delegationen bei den Wiener Sicherheitsverhandlungen führen.

Nach Abschluß des KSZE-CDH¹⁷-Treffens in Paris wurde die Energie der N+N-Delegationen in Wien zum größten Teil durch die Arbeit an dem gemeinsamen Vorschlagspaket absorbiert. Die meisten N+N-Delegationen sehen darin in erster Linie die Geltendmachung ihres Anspruchs auf vollwertige Teilnahme an den Verhandlungen. Gegenüber diesem Anspruch ließen sie die Ausarbeitung einiger der Vorschläge im Detail zurücktreten.

¹⁴ Die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. November 1986 bis 19. Januar 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 7.

¹⁵ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

¹⁶ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

¹⁷ Conférence sur la dimension humaine.

Das N+N-Paket weist zwar eine Reihe von konzeptionellen Übereinstimmungen mit westlichen Positionen auf. Allerdings enthält es Themen, die für den Westen Probleme aufwerfen, wie den Einschluß der Seestreitkräfte in die statische Information, die Notifizierung von Luftaktivitäten und die vorzeitige Erwähnung von Constraints. Auch zeigt sich, daß der Prozeß der Vertrauens- und Sicherheitsbildung auch für die N+N an einen Punkt kommt, wo ihre nationalen Interessen in einer Art und Weise berührt werden, daß sie Vorbehalte anmelden. Das gilt insbesondere für ortsfeste Einrichtungen und Verbände sowie Milizeinheiten. Jede der einzelnen N+N-Delegationen, vor allem aber die CH-Delegation, hat während der zweiten Verhandlungsrunde auf gewisse eigene Sonderprobleme hingewiesen. Die JUG-Delegation, die noch immer ohne Delegationsleiter ist, fiel häufig als Sekundant und Stichwortgeber der SU-Delegation auf.

5) Die eigene Delegation

Dadurch daß wir – neben US und I – über eine eigene VSBM-Delegation verfügen, können wir Meinungsführerschaft übernehmen und den Verhandlungsprozeß innerhalb gewisser Grenzen vorantreiben. Wir haben dies bei den Vorarbeiten zum erweiterten Verhandlungspaket WV.1 amplified als auch bei der Vorbereitung des Militärdoktrinenseminars getan. Hinsichtlich des Militärdoktrinenseminars waren wir Sprecher der westlichen Gruppe und Verhandlungsführer bei der Einsetzung des Ad-hoc-Vorbereitungsgremiums. Darüber hinaus haben wir durch eigene Interventionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen einen großen Teil der Darstellung der westlichen Position übernommen.

Bei den am 12.7. verteilten Übersetzungen des westlichen Vorschlags des WV.1 amplified in der russischen Übersetzung unser Staatsname auch im Genitiv anders als bisher üblich „Germanija“ geschrieben wird.¹⁸

¹⁹II. Im einzelnen

1) Arbeitsgruppe A

In insgesamt acht Sitzungen widmete sich die Arbeitsgruppe A jeweils zur Hälfte den Themen Information und Verifikation sowie Kommunikation und Konsultation:

- Information und Verifikation: Westliche Delegationen stellten eingehend Maßnahmen 1–3 und 8 aus WV.1 amplified dar. Hier war nach der Einbringung des erweiterten westlichen Pakets zunächst Erläuterungsarbeit zu leisten, die durch zahlreiche detaillierte Fragen insbesondere von östlicher, aber auch von N+N-Seite, immer wieder neu angeregt wurde. Daraus ergab sich ein Verhandeln nahezu ausschließlich auf der Grundlage des westlichen Vorschlagspakets. Erst kurz vor Rundenschluß brachte POL einen Vorschlag zum Informationsaustausch über Land-, Luft- und Seestreitkräfte und Programme zur Beschaffung neuer Typen von Waffen und Ausrüstungen ein. Bereits früher war deutlich geworden, daß östliche und N+N-Staaten dem Gedanken des statischen Informationsaustauschs prinzipiell aufgeschlossen gegenüberstehen. Der POL Vorschlag sowie der zum Rundenschluß vorgelegte N+N-Gesamt-vorschlag bestätigten diese Tendenz und lassen für die kommende Runde – sofern die Linkage-Gefahr vermieden werden kann – auf substantiellen Fort-

¹⁸ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 900 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

schritt hoffen. Allerdings haben bisher weder der Osten noch die N+N-Staaten Vorschläge zur Verifizierung gemacht. Die Ankündigungen beider Gruppen in dieser Richtung blieben bislang vage.

- Kommunikation und Konsultation: Auch hier haben Vertreter aller Gruppen ein erhebliches Maß an Gemeinsamkeit festgestellt. Gleichwohl bleiben konzeptionelle Unterschiede, da der Osten – allerdings nicht mit einheitlicher Haltung – eine Institutionalisierung multilateraler Konsultationen wünscht, was im Westen unter Meinungsführerschaft von US und GB auf Ablehnung stößt. Da gleichzeitig, durch UNG stimuliert, auf allen Seiten über verbesserte Kommunikationsformen unter den 35 nachgedacht wird, ist hier mit weiteren Präzisierungen bereits in der kommenden Runde zu rechnen. Angesichts der Probleme in anderen Bereichen ist nicht auszuschließen, daß auf diesem Sektor zuerst Gemeinsamkeiten definiert werden können. Innerhalb des NATO-Caucus haben wir uns für ein verbessertes, zugleich effizientes und kostengünstiges Kommunikationssystem eingesetzt. Einige unserer Partner sehen in einem auf technische Mittel beschränkten Kommunikationsnetz eine gute Möglichkeit, weitergehenden östlichen Forderungen nach aufwendigen und kostspieligen Konsultationsorganen zu begegnen.

2) Arbeitsgruppe B

Die Arbeitsgruppe B befaßte sich während der zweiten Runde (insgesamt sieben Sitzungen) in wöchentlichem Wechsel jeweils mit zwei Themenbereichen, zum einen Vorankündigung und Beobachtung, zum anderen Jahreskalender und beschränkende Maßnahmen. Der Westen konzentrierte sich darauf, nach Einbringung des erweiterten westlichen Vorschlags „WV.1 amplified“ am 9. Juni im Detail und anhand von Einzelbeispielen um die in Maßnahme 4 (Jahreskalender), 5 (Vorankündigung), 6 (Beobachtung), 7 und 9 (Senkung der Schwellen) vorgeschlagenen Verbesserungen zu werben. Westliche Vorschläge haben aufgrund ihres Detaillierungsgrades faktisch die Basis bzw. Referenzgrundlage für die Diskussionen in der Arbeitsgruppe B geliefert. Von Beginn an legte Osten erwartungsgemäß Schwerpunkt auf die Einbeziehung von unabhängigen See- und Luftaktivitäten in Vorankündigung und Beobachtung sowie auf Constraints entsprechend in der Vorrunde eingebrachtem östlichen Vorschlag WV.2. Osten hat seine Position in der letzten Sitzung am 5.7.89 durch nähere Ausgestaltung von WV.2 weiter untermauert, und zwar durch Arbeitspapiere zu Notifizierung von Luftaktivitäten, zu Notifizierung von See- und amphibischen Aktivitäten sowie zu beschränkenden Maßnahmen für Land-, Luft- und See-streitkräfte. Festzustellen bleibt ein deutliches – vom Osten eingestandenes und zu beseitigendes – Defizit hinsichtlich der Verifikation der vorgeschlagenen Maßnahmen. In dieser Frage ist der Dialog noch unterentwickelt, ebenso hat der Osten die militärpolitische Begründung für seine Forderung auf dem Gebiet der Luftaktivität bisher nicht geliefert. Innerhalb der N+N haben in der Frage Constraints CH (dagegen, allenfalls in Verbindung mit Jahresübersichten) und JUG (Berücksichtigung der Aktivitäten aller Streitkräfte) gegenteilige Positionen bezogen. Zum Stichwort Constraints wiederholte F nationalen französischen Vorschlag, eine Art Durchschnittsziffer militärischer Aktivitäten einzuführen, deren Überschreitung als Signal eines außergewöhnlichen Zustands zu deuten wäre. S-Delegation machte detaillierte Vorschläge für eine Ausweitung der Vor-

ankündigung und Beobachtung hinsichtlich amphibischer Operationen, die in das am Rundenende eingebrachte N+N-Vorschlagspaket aufgenommen wurden. Hinsichtlich der Beobachtungsmodalitäten besteht bereits jetzt bei allen Gruppierungen breite Übereinstimmung für die Notwendigkeit zu neuen transparenzfördernden Maßnahmen. Dieser Bereich dürfte am ehesten die Chance bieten, nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im September in eigentliche Redaktionsarbeit überzugehen.

3) Ad-hoc-Gremium für Doktrinenseminar

Beim Thema Militärdoktrinen machte der Westen zunächst aus der Not eine Tugend. Da das erweiterte Vorschlagspaket WV.1 nicht vor dem 9.6. eingebracht werden konnte, führte der Westen am 5.5. den Vorschlag WV.4 für die Einsetzung eines Ad-hoc-Gremiums zur Vorbereitung des Militärdoktrinenseminars ein. Nach hartnäckigen Verhandlungen, bei denen es vor allem um die Schwerpunktsetzung bei konventionellen Streitkräften bzw. das Maß der Berücksichtigung von Nuklearfragen ging, konnte das Ad-hoc-Gremium am 16.6. eingesetzt werden. Diesem Gremium liegen inzwischen ein westlicher, ein östlicher und ein schwedischer Vorschlag in Form von Arbeitspapieren zur Tagesordnung, Organisation und den Modalitäten des Seminars vor. In der Diskussion über die vorliegenden Vorschläge, bei denen der schwedische, von den übrigen N+N nicht unterstützte Vorschlag durch seinen besonderen akademischen Anspruch auffällt, wurden eine Reihe von Konvergenzen festgestellt: Alle Teilnehmer treten für den Seminarcharakter der Veranstaltung ein, wollen Diskussion, aber keine Verhandlungen und kein Schlußdokument, treten für die Anwendung der KSZE-Regeln ein und gehen davon aus, daß der Einsetzungsbeschluß vom 16. Juni prinzipielle Grundlage für die weitere Vorbereitung des Seminars ist. Die informellen Gespräche am Rande, vor allem durch von uns geführte Sondierungen über die Möglichkeit zur Einsetzung eines Koordinators und zum Übergang zu informellen Sitzungen, führten am 6.7. nach verschiedenen Irrwegen zu dem von uns gewünschten Ergebnis. Koordinator ist der österreichische stv. DL Dr. Druml. Der Übergang zur Redaktionsarbeit in informellen Sitzungen wird noch nicht unmittelbar nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im September, sondern erst nach einigen formellen Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe möglich sein.

[gez.] Joetze

Referat 209, Bd. 148765

220

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPČ, Jakeš, in Prag

13. Juli 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch BM mit Generalsekretär Jakeš am 13.7.1989 in Prag²

An dem Gespräch, das gut 60 Minuten dauerte, nahmen außerdem teil:
auf deutscher Seite: Botschafter Huber, VLR I Elbe, Dg21³, Dolmetscher;
auf tschechoslowakischer Seite: Politbüromitglied Lenárt, Außenminister Johannes, Botschafter Spáčil, Dolmetscher.

Generalsekretär *Jakeš* (J.) nahm Hinweis BM während der einleitenden Bemerkungen zu WVO-Tagung in Bukarest⁴ auf und verwies darauf, daß die Dokumente der Tagung in Bukarest den gegenseitigen Interessen entgegenkämen. Es komme jetzt darauf an, einen Weg nach vorn zu finden, der auch ein Weg der Kompromisse sein müsse. Für die sozialistischen Länder komme es darauf an, daß ihre Systeme stabilisiert würden. Es gebe gute Bedingungen für eine Fortentwicklung der Menschen- und Freiheitsrechte. Die Suche nach dem Frieden erfordere, daß man die Rüstungen reduziere. Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten gewinne immer größere Bedeutung, insbesondere zwischen Nachbarn.

BM: Man müsse die Chancen und die Risiken sehen. Die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen verlange viel staatsmännische Weisheit. Es komme darauf an, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich der Wandel vollziehen könne. Uns gehe es nicht darum, irgendeinen anderen zu destabilisieren. Wenn es zu Rückschlägen komme, werde die Zeit fehlen, um die dringend notwendigen Fortschritte zu erzielen. Deshalb müsse jeder zur Stabilisierung beitragen. Sowohl im Westen wie auch im Osten. Fortschritte bei der Rüstungskontrolle seien wichtig. Sie sicherten die Stabilität und setzten Ressourcen frei. Es werde Vertrauen geschaffen, und man diene den beiderseitigen Interessen. Es gehe darum, eine Lage zu schaffen, in der sich niemand aus den positiven Entwicklungen herauslösen könne, ohne sich selbst schweren Schaden zuzufügen. Damit erreiche man Unumkehrbarkeit. Die Erklärung von Bukarest habe die Aussage bestätigt, daß niemand im Besitz der Wahrheit sei. Dies gelte für Staaten ebenso wie für Gesellschaften. Nur in der Auseinandersetzung der verschiedenen Meinungen entstehe die Möglichkeit, zwischen Alternativen zu entscheiden. Alle Stimmen müßten zu Wort kommen. Unsere Erfahrung sei, daß kritische Ausein-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck am 17. Juli 1989 gefertigt und an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn BM herbeizuführen“. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 18. Juli 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch von Bundesminister Genscher am 12./13. Juli 1989 in der ČSSR vgl. auch Dok. 216.

³ Wilhelm Höynck.

⁴ Am 7./8. Juli 1989 fand die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

andersetzen ein System insgesamt stabilisierten. Jede Auseinandersetzung führe bei uns die Gesellschaft zu einem höheren Reifegrad. Die „letzte Station“ könne man niemals erreichen. Allerdings werde man „eine letzte Station“ in anderem Sinne erreichen, wenn wir versagten.

BM verwies dann mit einigen Bemerkungen auf das Buch von Hans Jonas „Das Prinzip Verantwortung“⁵.

Jakeš: Verantwortung führe unter den heutigen Bedingungen zu mehr Zurückhaltung. Die östlichen Länder hätten heute einen realeren Blick auf den Westen. Sie täten von ihrer Seite alles, um in der Abrüstung einen Sprung nach vorne zu machen. Dem schon Erreichten wolle man weiteres hinzufügen. Dabei müsse aber Gerechtigkeit herrschen; es könne nicht der eine stark sein und der andere schwach. Heute gebe es bereits keine große Geheimniskrämerei mehr im Hinblick auf die Waffentechnologien. Wirksame Kontrolle sei möglich.

In dieser Perspektive seien die tschechoslowakischen Initiativen⁶ zu verstehen. Dies sei nicht immer von allen gleich verstanden worden. Das gelte insbesondere für die verschiedenen Zonenkonzepte. Auch die Tschechoslowakei begrüße eine generelle, nicht zonenbezogene Lösung. Aber seine Vorschläge seien Schritte, die in Richtung auf ein weiter gestecktes Ziel getan würden. Die Realität sollte in konkreten Beispielen erprobt werden.

Zu den wichtigen Fragen gehöre, was geschehe, wenn die Kurzstreckensysteme blieben. Die ČSSR, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR könnten von diesen Waffen getroffen werden. Aber er wolle eigentlich nicht in diesen Kategorien denken.

Die östliche Seite begrüße die richtigen Antworten, die bei dem Gipfeltreffen in Brüssel gegeben worden seien.⁷ Darauf wiederum sei die östliche Antwort in Bukarest gegeben worden. So werde ein Raum geschaffen, der Fortschritte ermögliche.

Die tschechoslowakische Führung sei aufgeschlossen für humanitäre Probleme. Menschenrechtliche und soziale Fragen müßten gelöst werden. Man dürfe aber nicht vergessen, daß man in zwei verschiedenen Systemen lebe. Änderungen könnten nicht von einem Tag zum anderen vollzogen werden, ohne daß ein solcher abrupter Wandel schwerwiegende Folgen habe. Um Wandel zu erreichen, sei Zeit erforderlich.

Die bilateralen Beziehungen seien durch bessere Ergebnisse im Tourismus und durch wachsende Besucherzahlen geprägt. Dies habe schon zu Problemen an den Grenzen und auch wohl bei den Botschaften geführt. Im wirtschaftlichen Bereich, auch in der Umwelttechnologie müsse man jetzt schneller vorangehen.

⁵ Vgl. Hans JONAS, *Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt am Main 1979.

⁶ Zu den Initiativen des Generalsekretärs des ZK der KPČ, Jakeš, bzw. des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec vgl. Dok. 28, Anm. 9.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom 29. Mai 1989 vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356. Vgl. dazu ferner Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Die gegenseitigen Kapitalinvestitionen seien jedoch zu niedrig. Das Kapital aus der Bundesrepublik Deutschland gehe allenfalls in den Dienstleistungsbereich, aber nicht in den Produktionsbereich. Die Tschechoslowakei brauche unseren technologischen Fortschritt. Hier gebe es viele Möglichkeiten für Verbesserungen, alle auf der Basis der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils. Die Tschechoslowakei sei ein kleines Land, das Zugang zu moderner Technologie brauche. Nach dem Kriege sei die Tschechoslowakei Mitglied einer Gemeinschaft relativ armer Länder geworden. Aufgrund ihres relativ großen Industriepotentials habe sie eine Reihe von Verpflichtungen übernehmen müssen. Die strukturelle Gestaltung in der Nachkriegszeit sei aber nicht ausgerichtet worden auf die Bedürfnisse des eigenen Landes, sondern auf Forderungen „aus der übrigen Welt“. Heute habe man deshalb eine Wirtschaftsstruktur, die durch Energie- und Materialverschwendung geprägt sei. Hinzu komme eine gewaltige Umweltbelastung. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß in der Tschechoslowakei pro Kopf der Bevölkerung eine Tonne Stahl produziert werde. Allein im Hinblick auf die Einfuhr der Erze führe dies zu unerträglichen Anforderungen an den Verkehrsbereich. Kontakte mit unserer Industrie hätten reale Möglichkeiten zur Entwicklung der Zusammenarbeit ergeben. Als Beispiel wolle er nur erwähnen, daß er während des Krieges als Ingenieur gewohnt gewesen sei, die DIN-Normen anzuwenden. Dies zeige nur, wie eng verwandt unsere Wirtschaften seien. Auch in solchen Bereichen wie den Normen würde die Tschechoslowakei gerne schneller vorangehen.

Hin und wieder würden die bilateralen Beziehungen durch Flugzeugentführungen und Kindesentführungen belastet. Man finde aber wieder zur Zusammenarbeit zurück.

Menschenrechte und Demokratie seien für die tschechoslowakische Führung ein wichtiges Thema. Man habe jetzt angefangen, die Direktoren in den Fabriken demokratisch wählen zu lassen. Dies gefalle vielen nicht.

Entscheidend sei, wie man zentrale Macht diversifizieren, d. h. nach unten verlagern könne. Das Ziel sei, 20% der Entscheidungen an zentraler Stelle zu treffen und 80% nach unten zu verlagern. Man wolle Demokratie nicht nur als ein formales Prinzip, das es erlaube, „auf unseren Straßen herumzuschreien“. Auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich gewönnen gewisse Kräfte ein Gewicht, die die Diktatur wollten oder zumindest wünschten, daß die Macht in feste Hände komme. Nach den tschechoslowakischen Erfahrungen gehe es hier um die Frage, wie man das rechte Maß finde. Überall gebe es Kräfte, die danach strebten, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Auch bei ihnen übten Dissidenten und Oppositionelle erheblichen Druck aus. Von der westlichen Seite sehe das so aus, daß es um mehr Freiheit gehe. Er erhalte jedoch aus der Bevölkerung Tausende von Resolutionen und Zuschriften, die forderten, daß man mit diesen Entwicklungen Schluß machen müsse; man solle die entsprechenden Leute aus der ČSSR wegschicken. Er habe Tausende, ja Millionen entsprechenden Appelle erhalten.

Wir hätten unsere Wirtschaft fest in der Hand. Die tschechoslowakische Führung sei jedoch in einer Verteidigungsposition angesichts einer Bevölkerung, die in der Mehrheit entsprechend reagiere. Für Kritik gebe es jedoch eine Grenze, das Gesetz. Vielleicht seien die Gesetze nicht alle in Ordnung, aber man arbeite an

einer neuen Verfassung, die im Herbst, zumindest in den Grundsätzen, fertig sein solle. In die Vorschläge für die Verfassung hätten alle internationalen Verpflichtungen Eingang gefunden. Die oppositionellen Gruppen erweckten ständig den unzutreffenden Eindruck, als ob die Regierung und die Partei nicht um Fortschritt kämpften.

Dabei sei ganz klar, daß die Opposition ohne die Hilfe des Rundfunks nichts ausrichten könne. Die ausländischen Sender verbreiteten kritische Meinungen, bei denen ein einzelner Sender zumindest dreimal so wirksam sei wie ein einheimischer Sender. Er habe nichts gegen Kritik, aber es gehe um solide Informiertheit. Heute könne man den Leuten ohnehin nichts mehr vormachen. Auf der Hälfte des Gebiets der Tschechoslowakei könne man das Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland oder aus Österreich sehen. Außerdem hätten viele Bürger Einrichtungen, um das Satellitenfernsehen zu empfangen. Leugnen und verheimlichen mache unter solchen Umständen für die Regierungen keinen Sinn.

Er sei nicht bereit, Kritik am Sozialismus auch da hinzunehmen, wo der Sozialismus etwas geleistet habe. In der ČSSR sei viel erreicht worden. Deshalb werde man heute keine generelle Umbewertung zulassen. Wenn er einen solchen Kurs befürworten würde, müsse er lügen und sage nicht die Wahrheit.

Von 1938 bis 1945 sei die Partei in der Illegalität gewesen. 1948 habe man die Macht erlangt. Anschließend seien einige Fehler in den 50er Jahren gemacht worden, dies habe am Personenkult und an sowjetischem Einfluß gelegen. Mit dem Versuch, diese Fehler zu korrigieren, sei man jedoch 1968 zu weit gegangen. Damals seien „sogar Verbrecher“ rehabilitiert worden. Die Reaktion auf diese Entwicklung sei aber beispielsweise in Ungarn 1956 sehr viel härter gewesen. Dort habe man Todesurteile gefällt und aufrechte Menschen seien aufgehängt worden. In der Tschechoslowakei habe es sich 1968 darum gehandelt, daß einige von der Politik Enttäuschte ihren politischen Beruf eingebüßt hätten. So sei dies in der Politik. Vielleicht habe man dabei auch einzelne Fehler gemacht. Dubček habe seinen politischen Einfluß verloren, aber er arbeite heute in der Forstwirtschaft. Seine Kinder hätten eine Hochschule besucht. Ein Sohn sei Arzt, der andere Diplomingenieur. Dubček habe ein Haus in Bratislava. Er habe zwar seinen politischen Einfluß eingebüßt, aber man sei nicht mit ihm umgegangen wie in Ungarn. Heute wolle Dubček nun erneut das durchsetzen, was er unter den Zeichen der Zeit verstehe. Dubček habe jedoch immer noch nicht begriffen, daß er nicht durch Panzer abgesetzt worden sei. Erst acht Monate nach Eingreifen der Truppen⁸ sei der Generalsekretär abgesetzt worden, weil er unfähig gewesen sei, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Partei habe ein Recht darauf zu bestimmen, wen sie an ihrer Spitze haben wolle.

Heute sehe man allerdings, daß man es noch nicht richtig verstanden habe, günstige Bedingungen für die Bevölkerung zu schaffen. Die großen Probleme, mit denen man gegenwärtig zu kämpfen habe, seien allerdings mehr ideologischen Charakters. Die Leute hätten den Sozialismus nicht richtig begriffen. Sozialismus sei nicht die Gleichmacherei im Hinblick z.B. auf den Lohn. Das töte die Initiative. Die Leute seien aber auch sehr vorsichtig, so daß manchmal eine

⁸ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Stelle mit höherem Verdienst abgelehnt werde, damit man nicht Anlaß für Neid gebe, der dann unweigerlich zu Spannungen führen müsse. Das habe allerdings zu einer Situation geführt, in der die Leute einfach warteten, bis der Staat ihre Probleme löse. Deshalb müsse die Macht verteilt werden, weil von einem einzigen Zentrum aus diese Dinge nicht lösbar seien. Heute warteten die Leute z. B., bis der Staat ihnen eine Wohnung zuweise. Sie kämen gar nicht auf die Idee, sich selbst um eine Wohnung zu kümmern. Hier gehe es um den richtigen Umbau. Das bedeute aber nicht, daß man die sozialistischen Prinzipien beiseite legen wolle und für eine totale Reprivatisierung eintrete. Wenn man z. B. im Hinblick auf die Landwirtschaft daran denke, die Genossenschaften aufzulösen und das entsprechende Land zu privatisieren, so könne das nicht funktionieren. Die Bequemlichkeit der Leute sei heute viel zu groß. Sie wollten ihren freien Samstag und freien Sonntag, und sie wollten ein Leben ohne Risiko. Vor allem wolle man ein persönliches Risiko nicht tragen, ein kollektives Risiko trage sich dagegen sehr viel leichter. Im Dienstleistungsbereich habe man versucht, im gesamten Instandhaltungsbereich die Mitarbeiter zur Gründung privater Betriebe zu ermuntern. Es sei einfach nicht gelungen. Die Leute wollten nicht ihre genossenschaftliche Organisation aufgeben. Sofern sie mehr arbeiten wollten, machten sie das im Rahmen von Schwarzarbeit, ohne dafür Steuern zu zahlen. Bis man die Leute soweit gebracht habe, daß sie Unternehmensgeist und Risikobereitschaft zeigten, werde eine längere Zeit vergehen.

BM: Danke für die Offenheit und den Freimut dieser Ausführungen. Auch die Kritik habe ihn beeindruckt.

Im wirtschaftlichen Bereich seien die beiden Länder vorbestimmt zur Zusammenarbeit, vor allem durch ihren beiderseitig hohen Entwicklungsstand. Die Anstrengungen sollten insbesondere auf höhere Qualität in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgerichtet werden. Notwendig sei der Abschluß eines IFV.⁹

BM erläuterte sodann unter Verwendung von Zahlen die Entwicklung des Handels innerhalb der ersten vier Monate 1989. Der positive Trend ändere jedoch nichts daran, daß auch Anstrengungen von politischer Seite erforderlich seien, um bessere Rahmenbedingungen zu erreichen.

Mit großer Aufmerksamkeit habe er auch die Ausführungen zur inneren Lage in der Tschechoslowakei gehört. Man müsse sich dafür interessieren, was im jeweils anderen Lande passiere. Er habe sich auch in sehr schwierigen Zeiten dafür eingesetzt, daß die Besuchskontakte zwischen beiden Ländern aufrechterhalten blieben. Vor allem als Nachbarn müsse man miteinander sprechen. Aufrichtigkeit und Offenheit liege im Interesse beider Seiten.

Eine Reformpolitik, die auf den wirtschaftlichen Sektor beschränkt werde, könne nicht zum Erfolg führen. Es müsse zur Verantwortung des einzelnen im ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bereich kommen. Damit schaffe

⁹ Referat 422 erläuterte am 4. Juli 1989 den Stand der Gespräche mit der ČSSR über einen Investitionsförderungs- und -schutzvertrag (IFV): „Das Hauptproblem liegt in dem freien Transfer der Erträge. Hier sieht sich die tschechoslowakische Seite zumindest zur Zeit nicht zu einer Vereinbarung in der Lage, die grundsätzlich auch die in nicht konvertierbarer Währung erwirtschafteten Gewinne umfaßt.“ Es bestehe Einigkeit, „daß offizielle Verhandlungen erst dann aufgenommen werden sollten, wenn Aussicht für eine beiderseits befriedigende Transferregelung besteht. Ein IFV mit der ČSSR ohne umfassenden freien Transfer wäre aus deutscher Sicht nicht sinnvoll.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149416.

man für jeden Möglichkeiten der Entfaltung. Die Erklärung von Bukarest sei eindrucksvoll, weil entsprechende Grundsätze von den Führungen aller beteiligten Länder unterschrieben worden seien. Wir respektierten, daß jeder seinen Weg gehe.

Unter Hinweis auf das jüngste Manifest der tschechoslowakischen Opposition¹⁰ bemerkte BM, eine offene Gesellschaft zeichne sich dadurch aus, daß man sich mit gegensätzlichen Meinungen ertrage. Dies mache eine Gesellschaft stark und nicht schwach.

Wir seien enttäuscht, daß Herr Hájek nicht habe kommen können, obwohl er von Willy Brandt und anderen eingeladen worden sei.¹¹ Er wiederhole die Bitte, daß Hájek seinen Besuch bei uns abstatten könne.

Ein anderer Fall könne, aber müsse nicht zu einem Problem werden. Herrn Havel sei der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zuerkannt worden.¹² Er, BM, bitte den Generalsekretär, sich die Liste der Preisträger anzuschauen. Es gebe Preisträger aus Ost und West und aus Entwicklungsländern. Der Preis sei auch vielfach an Deutsche verliehen worden. Unter diesen Deutschen seien die meisten kritisch gegenüber ihrer Regierung. Das habe uns aber nie gestört. Es handele sich um eine unabhängige Entscheidung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Angesichts seiner langjährigen Bemühungen um gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR habe er die herzliche Bitte, daß V. Havel den Preis entgegennehmen könne und die Möglichkeit erhalte, zurückzukehren. Für ihn, BM, sei es ganz wichtig, daß das Bild der ČSSR und ihrer Führung nicht beschädigt werde. Er wolle, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR vorankämen. Er habe gezeigt, daß er im Interesse dieses Ziels auch bereit sei, Widerstände zu überwinden. Er könne nicht verlangen, daß seinem Wunsch entsprochen werde, aber er wolle einen entsprechenden Rat geben.

BM unterstrich sodann die großen Chancen der internationalen Entwicklung. Neues Denken sei auf allen Seiten erforderlich. Insbesondere die Staaten in der Mitte Europas trügen eine große Verantwortung. Eine der großen europäischen Errungenschaften sei die Toleranz.

Die Bundesregierung wolle die Beziehungen weiterentwickeln. Das habe auch der Besuch des Bundeskanzlers in der Tschechoslowakei¹³ unterstrichen. Im September wolle er sich mit Außenminister Johanes in New York treffen¹⁴ und dann die konkreten Möglichkeiten für Besuche und die Perspektiven der Beziehungen erneut erörtern.

Als man 1969 mit der Vertragspolitik begonnen habe, sei dies der Beginn eines schweren Weges gewesen. Rückschläge habe man nicht vermeiden können. Heute

¹⁰ Für den englischen Wortlaut des Manifests „Einige Sätze“ vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia>, Dok. 23.

¹¹ Zur Verweigerung einer Reiseerlaubnis für den ehemaligen tschechoslowakischen Außenminister Hájek vgl. Dok. 16, Anm. 8.

¹² Zur Bekanntgabe der Verleihung vgl. Dok. 216, Anm. 11.

¹³ Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 33.

¹⁴ Bundesminister Genscher traf am 25. September 1989 mit dem tschechoslowakischen Außenminister Johanes zusammen. Vgl. DIE EINHEIT, Dok. 7.

zeigten aber die Verhandlungen in Wien¹⁵, in welchem Maße man Fortschritte mache. Es komme darauf an, der Verantwortung gerecht zu werden.

In einer kurzen Schlußbemerkung führte *Jakeš* aus, daß er die Bemerkungen von BM in Betracht ziehen wolle. Bei uns sei Innenpolitik einfacher. Er brauche Zeit, um das Verständnis der Mehrheit der Bevölkerung zu finden.

Referat 010, Bd. 178931

221

Gespräch der Außenminister der G7 in Paris

204-321.10

14. Juli 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Wirtschaftsgipfel Paris (14.–16.7.1989)²;
hier: Politische Themen

Die Außenminister der Sieben befaßten sich bei der 11/2stündigen Arbeitssitzung am 14.7. mit den vier Erklärungsentwürfen³ (West-Ost-Beziehungen, China, Menschenrechte, Terrorismus) und erörterten einzelne Aspekte der West-Ost-Beziehungen und des Verhältnisses zu China.

Sie waren sich einig in der Notwendigkeit der aktiven Unterstützung des Reformprozesses in der Sowjetunion und in anderen Ländern, besonders in Polen und Ungarn.

AM *Dumas* berichtete eingangs über den Besuch von Gorbatschow in Frankreich⁴ und stellte fest, daß er im Vergleich zu seinem ersten Besuch 1985⁵ selbstsicherer war und völlige Kontrolle über die Sachfragen hatte, andererseits sich auch stärker der Probleme bewußt gewesen sei. AM *Dumas* hob hervor, daß G. auch in Paris immer wieder den Platz, der den USA und Kanada in Europa zukommt, bestätigt hat. Er stellte zwei Feststellungen G.'s als bemerkenswert heraus:

- Jede Destabilisierung in Europa muß vermieden werden, weil sie der gegenwärtigen Entwicklung abträglich wäre;
- der Westen wird es bei einem Erfolg von Perestroika mit einem völlig anderen Sozialismus als heute im Osten zu tun haben.

¹⁵ Zu den VSBM-Verhandlungen bzw. den VKSE vgl. Dok. 219 bzw. Dok. 223.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 17. Juli 1989 gefertigt.

² Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

³ Für die Entwürfe vom 9. Juli 1989 vgl. Referat 221 (204), Bd. 179574.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 2. bis 5. Oktober 1985.

G. habe dabei um Vertrauen für seine Politik geworben und zum Ausdruck gebracht, daß, wenn er Erfolg habe, die Überwindung der Teilung Europas erfolgreich sein werde.

BM und *AM Andreotti* unterstrichen die Bedeutung der Entwicklung in der SU. *Andreotti* wies auf das demokratische Fieber hin, das die SU erfaßt hat, wie die Wahlen zum Volkskongreß und das Interesse der Bevölkerung an den Fernsehübertragungen der Debatten⁶ zeigen. *BM* stellte fest, daß ein Scheitern der Reformen in Polen und Ungarn auch Rückschläge für die SU bringen würde, was die sowj. Führung bei den Gesprächen in Bonn⁷ selbst auch offen zum Ausdruck gebracht habe. Auch der *japan.* *AM*⁸ vertrat die Ansicht, daß eine Unterstützung der Reformen und ihrer Fortsetzung für den Westen von entscheidender Bedeutung ist; ein Mißerfolg würde Gorbatschows Nachfolger zu äußerst vorsichtigem weiteren Vorgehen bei Reformen veranlassen. Die Entwicklung in China sei ein Alptraum für die dortige politische Führung. Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen sei hierfür ursächlich gewesen. Auch in der SU, wo die politische Reform der wirtschaftlichen voraussetzt, bestehe eine Diskrepanz. Der Westen müsse durch konstruktive, ruhige Zusammenarbeit mit historischer Perspektive eine friedliche Entwicklung der Reformen sicherstellen. Zu große Eile könnte dagegen schaden und den ganzen Prozeß stören.

AM Baker setzte sich aufgrund der frischen Eindrücke von der Bush-Reise nach Polen und Ungarn⁹ mit Nachdruck (Baker sprach selbst die beachtliche Änderung der amerikanischen Haltung seit Jahresfrist an) besonders für ein konzertiertes Vorgehen (nicht dagegen für eine „pledging conference“) in der Unterstützung dieser beiden Länder ein. Echte Reformentwicklungen hin zu Pluralismus und Marktwirtschaft seien festzustellen. Diese Entwicklung sei von großer Bedeutung für den Westen. Gerade jetzt, wo die Länder auf den Westen setzten, müßten wir alles uns Mögliche zu ihrer Unterstützung tun. Wichtig sei allerdings dabei, nicht die Fehler der 70er Jahre zu wiederholen sowie auf die Notwendigkeit einer parallelen Reformentwicklung im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu drängen. Unter Anspielung auf britische Zurückhaltung trat Baker dafür ein, nicht den Abschluß eines IMF-Abkommens zur Voraussetzung für weitere Hilfen zu machen. Polen würde eine solche Bedingung jetzt als Strafe empfinden, nachdem bei den drei letzten Sitzungen des Pariser Clubs davon nicht die Rede gewesen sei. *AM Howe* bestand darauf, bei der Bereitstellung weiterer Mittel Vorsicht walten zu lassen („get value for money“). Praktische Hilfe, wie z.B. die Ausbildung in Management-Fähigkeiten, sei für diese Länder am notwendigsten und deshalb besonders angebracht.

BM wies auf die Bedeutung eines Erfolges des Reformprozesses in Polen und Ungarn für die anderen Staaten hin. Dort warteten einige nur auf ein Scheitern.

⁶ Vom 11. bis 26. März 1989 wurden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten abgehalten. Vgl. dazu Dok. 78.

Zur ersten Tagung vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 in Moskau vgl. Dok. 197.

⁷ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁸ Hiroshi Mitsuzuka.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

Bei einem Erfolg könnten sich die anderen Länder dem Reformdruck nicht entziehen. BM machte deutlich, daß die Entwicklung für Polen und Ungarn sehr unterschiedlich sei, auch wenn sie einiges gemeinsam hätten (nämlich drei Probleme gleichzeitig zu lösen: das Land umgestalten, die alten Schulden tilgen und die Wirtschaft modernisieren; in beiden letzten Punkten kann Westen helfen: durch Atempause für Tilgung und Bereitstellung neuer Mittel): In Ungarn gäbe es innerhalb der Partei einen starken Reformflügel, in Polen ständen der Partei in Kirche und Solidarität zwei nicht als politische Parteien organisierte Kräfte gegenüber.

Unter Hinweis auf seine jüngste Reise in die ČSSR¹⁰ stellte BM die großen Unterschiede zwischen der ČSSR und etwa Ungarn allein bei den Grundwerten fest und erwähnte, daß die dortige Führung zwar vorgebe, Reformen zu wollen, aber nicht wisse, was sie tun solle: Als Beispiel für ihre an dem Kern der Sache vorbeigehenden Reformansätze hätte die Führung z.B. die Absicht erwähnt, die Firmendirektoren in Zukunft wählen zu lassen. Havel und Hájek seien im Gespräch nicht zuversichtlich gewesen, daß die gegenwärtige Regierung einen Reformprozeß steuern kann. Die sowj. Führung setze hier eher auf den Ministerpräsidenten¹¹ als auf den Generalsekretär¹².

AM *Andreotti* trat dafür ein, in der Politischen Erklärung auch Jugoslawien zu erwähnen, das einen wichtigen Platz für die Stabilität auf dem Balkan einnimmt und infolge seiner schwierigen Wirtschaftslage und seines Vielvölkerproblems Anlaß zu Sorge gibt. BM unterstrich die entscheidende Rolle J.'s für die Stabilität in der Region und trat für weitere Unterstützung ein. In einem deutlichen Signal des Gipfels an Polen und Ungarn sah er gleichzeitig eine Ermutigung für andere.

Japan hob sein Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Europa und USA bei Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle hervor, sprach sich aber für ein vorsichtiges Vorgehen bei der von der SU vorgeschlagenen Reduzierung der Seestreitkräfte im Pazifik aus.

China

Japan wandte sich dagegen, China zu isolieren. Eine Verurteilung des chin. Vorgehens und eine gewisse Einschränkung der Hilfsprogramme seien notwendig gewesen. Es sei aber im Hinblick auf die Bedeutung eines stabilen China für die ganze Region wichtig, China wissen zu lassen, daß eine Wiederaufnahme der Hilfe und der Zusammenarbeit möglich sei, wenn die Führung durch Taten eine klare Abkehr von repressiven Handlungen erkennen lasse. Dies sei auch Konsens der ASEAN-Staaten. Japan habe die bisherige Öffnung Chinas aktiv unterstützt, die China gemäßiger gemacht habe. Der MP von Singapur¹³, Lee Kuan Yew, der selbst Chinese sei, habe kürzlich zu Recht deutlich gemacht, daß China nicht wie die SU, die zu Europa gehören wolle, auf Druck mit Menschenrechtsfragen reagiere. In etwa 40–50 Jahren werde es sich von innen heraus selbst gewandelt haben.

¹⁰ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 12./13. Juli 1989 in der ČSSR vgl. Dok. 216 und Dok. 220.

¹¹ Ladislav Adamec.

¹² Miloš Jakeš.

¹³ Korrigiert aus: „Malaysia“.

BM, *AM Baker* und *AM Howe* sprachen sich ebenfalls dafür aus, China nicht zu isolieren. *AM Baker* wies auf den internen Druck in den USA auf Sanktionen hin, hielt aber die gemäßigte Reaktion der Administration für allein sinnvoll und politisch richtig. *BM* wies darauf hin, daß es immer unsere Politik gewesen ist, den Kontakt zu Regierungen möglichst nicht abubrechen, um Einfluß zu behalten. Er hielt es aber für falsch, offen zu sagen, daß wir China nicht isolieren wollten, weil dies die Wirkung unseres Drucks auf China nehmen würde. Im Text der Erklärung sollte die Erwartung ausgedrückt werden, daß China die Voraussetzungen schafft, daß die Beziehungen wieder normalisiert werden können. *AM Andreotti* wies darauf hin, daß die lange frühere Isolierung Chinas nicht die Haltung der chines. Führung beeinflussen konnte.

GB und *Kanada* brachten die Situation Hongkongs¹⁴ zur Sprache und forderten dazu auf, gemeinsam China zu drängen, das Vertrauen in die Zukunft Hongkongs wiederherzustellen. *AM Howe* bezeichnete unter Zitat des kanad. Ministerpräsidenten Mulroney Hongkong als „Problem der ganzen Welt“. Er regte an, daß die Sieben sich bereiterklären, Hongkong zur Seite zu stehen, wenn sich dramatische Veränderungen abzeichnen. *AM Clark* wies auf das starke Einwanderungsproblem hin, das besonders für Kanada entsteht. *AM Howe* erwähnte die Praxis von Singapur, die Ausnutzung eines Einreisevisums für die Dauer von fünf Jahren offenzuhalten. Dadurch würden die Auswanderungswilligen die Möglichkeit erhalten, sich die Auswanderung noch einmal zu überlegen und das Vertrauen in die Lage von H. zurückzugewinnen.

Referat 221 (204), Bd. 179574

222

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager

14. Juli 1989¹

1) Das Ziel, die Teilung Europas friedlich zu überwinden, erreichen wir nur durch die Attraktivität einer sich dynamisch entwickelnden Europäischen Gemeinschaft. Dazu bedarf sie der unzweideutigen Erhaltung ihrer politischen Finalität auf allen Gebieten und damit auch unseres unveränderten Engagements in diesem Sinne (einschl. der Übertragung neuer Zuständigkeiten auf die Gemeinschaft, vor allem das EP).

Die Gemeinschaft mit ihren Strukturen und Wertvorstellungen muß Kern und Leitbild eines sich formierenden größeren Europas bleiben, der andere sich entweder durch Beitritt mit allen Rechten und Pflichten oder in anderen, unter-

¹⁴ Großbritannien und die Volksrepublik China vereinbarten am 19. Dezember 1984 die Rückgabe von Hongkong, das ab 1. Juli 1997 eine Sonderverwaltungszone innerhalb der Volksrepublik China mit einem auf 50 Jahre garantierten Status werden sollte. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. UNTS, Bd. 1399, S. 61–73. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 630–643.

¹ Hat im Ministerbüro am 14. Juli 1989 vorgelegen.

schiedlichen Formen zuordnen. In der Attraktivität einer sich fortentwickelnden Gemeinschaft liegt der Schlüssel zur Überwindung der Teilung des Kontinents, nicht in der Verwässerung ihrer Strukturen und Zielsetzungen.

Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir die Gemeinschaft nur als eine Art „Durchgangsstation“ zu etwas sehen, was nicht definierbar ist, außer daß es eine gesamteuropäische Dimension aufweist (Seite 2 der Aufzeichnung²).

2) Im übrigen ist die jetzt wieder stärker diskutierte Fragestellung historisch nicht neu. Wir kennen sie aus den teilweise erbitterten Diskussionen in den späten fünfziger Jahren, als es um das Konzept „Freihandelszone“ (Maudling-Plan³) oder „Integriertes Europa“ mit politischer Zielsetzung ging. Wir kennen sie auch aus den verschiedenen Phasen der Beitrittsverhandlungen, wo es auch immer um die Frage ging: Änderung der Römischen Verträge⁴ oder integrale Aufrechterhaltung der Verträge mit Übergangsregeln bis zur vollen Übernahme aller Rechte und Pflichten durch die beitretenden Staaten.

Wie die Dinge sich seit 1957 entwickelt haben, ist bekannt (EG der Sechs, der Neun, der Zehn, der Zwölf, Gemeinsame Erklärung EG–RGW⁵, Beitrittsantrag Türkei⁶ und jetzt Österreich⁷, demnächst evtl. Zypern, Handelsverträge mit Osteuropa). Auf die in 30 Jahren europäischer Integrationspolitik gewonnenen Erfahrungen müssen wir uns besinnen, wenn wir uns auf kommende Diskussionen gedanklich vorbereiten.

3) Im übrigen ist m.E. bei Behandlung des österreichischen Beitrittsgesuchs jeder Hinweis auf gesamteuropäische Aspekte im Verhältnis zu unseren teilweise zögernden Partnern eher gefährlich (jeder ist sich natürlich dieses Aspekts bewußt, aber gerade hier müssen wir aus vielerlei Gründen besonders vorsichtig sein, um nicht Mißdeutungen Vorschub zu leisten).

4) Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen sind einige Aussagen der Aufzeichnung Ausdruck einer grundsätzlich anderen Betrachtungsweise, die ich nicht teile.

5) Siehe im übrigen meine Anmerkungen im Text.

Lautenschlager

Referat 02, Bd. 178528

² Staatssekretär Lautenschlager nahm Stellung zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 11. Juli 1989. Vgl. Dok. 214, besonders Anm. 7 und 14.

³ Auf Beschluß des Rats der OEEC vom 17. Oktober 1957 führte eine zwischenstaatliche Kommission unter Vorsitz des Sonderbeauftragten der britischen Regierung, Maudling, Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone. Ziel war der Abbau von Zollschränken und Kontingentierungen zwischen den potentiellen Mitgliedstaaten, denen aber, anders als in der EWG, die Zollautonomie gegenüber Drittstaaten belassen werden sollte. Da die französische Regierung diesen Vorstellungen nicht zustimmte, wurden die Gespräche im November 1958 abgebrochen. Für die von Maudling am 30. Oktober 1957 vorgelegten Vorschläge vgl. Referat 200, Bd. 456.

⁴ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

⁵ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des RGW vom 25. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 576 f.

⁶ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

⁷ Zum österreichischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vom 17. Juli 1989 vgl. Dok. 214, besonders Anm. 27.

223

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-376.00

14. Juli 1989¹Über Herrn Dg2A², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴Betr.: Bewertung der zweiten Runde der VKSE⁵Anlg.: 4⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Verlauf der Runde

Während der zehnwöchigen zweiten Runde der VKSE haben sich die Positionen von West und Ost einander stark angenähert. Die Annäherung geht weit darüber hinaus, was zu Beginn der Verhandlungen im März d. J.⁷ zu erwarten war. Die Dynamik der Verhandlungen geht zurück auf:

1) Bewegung des Ostens

Der Osten hat den westlichen Vorschlag⁸ weitgehend als Grundlage der Verhandlungen akzeptiert. Einmal mehr bestätigt sich, daß der Westen, wenn er – als Frucht mühsamen Tauziehens im eigenen Lager – ein ausgefeiltes Konzept hat, damit West-Ost-Verhandlungen den eigenen Stempel aufdrücken kann.

Der Osten hat die Kernpunkte des westlichen Konzepts übernommen:

- Konzentration auf die für Angriffsfähigkeit ausschlaggebenden Streitkräftekomponenten (Hauptwaffensysteme);
- Herstellung gleicher Höchststärken in diesen Kategorien unter dem Niveau der schwächeren Seite;
- numerische Übereinstimmung bei Obergrenzen für Panzer (20000) und Infanteriekampffahrzeuge (28000), Unterschiede bei Artillerieobergrenze wegen unterschiedlicher Definitionen;

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

Ferner Stempelvermerk: „Zeitpunkt der Vorlage: sofort!“

² Hat Ministerialdirigent Roßbach am 14. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 14. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein beachtliches Zwischenergebnis!“

⁴ Hat Vortragendem Legationsrat Gerds am 14. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 31. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 3. August 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Die zweite Runde der VKSE fand vom 5. Mai bis 13. Juli 1989 in Wien statt.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Anlage 1 war eine Synopse der von NATO bzw. Warschauer Pakt bei den VKSE vorgeschlagenen Truppenreduzierungen. Die Anlagen 2 bis 4 waren Karten, die die verschiedenen Zonen der Vorschläge des Warschauer Pakts vom 9. Mai bzw. 29. Juni 1989 sowie der NATO vom 9. März 1989 zeigten. Vgl. Referat 221, Bd. 144805.

⁷ Zur ersten Runde der VKSE vom 9. bis 23. März 1989 in Wien vgl. Dok. 74.

⁸ Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

- Grundsatz einer „Suffizienz-Regel“, d.h. Begrenzung des Potentials, das ein einzelner Staat im Verhältnis zu allen Verhandlungsteilnehmern haben darf;
- Grundsatz der spezifischen Limitierung des außerhalb des eigenen Territoriums stationierten Geräts (allerdings mit dem Unterschied, daß der Westen ein solches Stationierungs-Limit nur für Waffen der Landstreitkräfte in aktiven Einheiten, der Osten eine Begrenzung für alles stationierte Gerät – d.h. inkl. Gerät in Depots und auch für fliegendes Gerät – wünscht);
- Grundsatz regionaler Zwischenobergrenzen, wobei der Osten zwei Varianten vorschlug:
 - „Berührungs-Streifen“ vom Nordkap bis Anatolien mit besonderer Behandlung der „Jaruzelski-Zone“⁹ plus rückwärtiges Gebiet,
 - größere Region in Mitteleuropa unter Einbeziehung vier westlicher Militärbezirke der SU und von F sowie GB plus Norden plus Süden plus kleineres rückwärtiges Gebiet.

(Zu beiden Varianten siehe als Anlage beigefügte Karten.) Aus deutscher Sicht hat die zweite, am 29.6. nachgeschobene Variante den Vorzug, daß sie die strategisch wichtigen drei westlichen Militärbezirke der SU in die Region Mitte einbezieht.

Der Wille des Ostens, ergebnisorientiert zu verhandeln, läßt sich u. a. daran ablesen, daß früher vom Osten entwickelte Vorstellungen, deren Mangel an Akzeptanz dem Osten bekannt war, inzwischen völlig von der Bildfläche verschwunden sind: So kam z.B. der Osten kein einziges Mal mehr auf den Vorschlag verdünnter Korridore zurück, der noch im Rahmenvorschlag vom März¹⁰ enthalten war. Ebenso wenig hat der Osten versucht, in einem ersten Schritt nur Mitteleuropa zu erfassen. Der Osten hat vielmehr fast wörtlich aus dem westlichen Vorschlag die Bestimmung übernommen, wonach regionale Zwischenobergrenzen ein Ganzes bilden und nur gleichzeitig in ganz Europa zur Anwendung kommen sollen.

2) Westliche Bewegung

Der Westen ist seinerseits mit seiner durch die Bush-Initiative¹¹ ermöglichten Zustimmung, daß auch Flugzeuge und Hubschrauber von Anfang an in die Verhandlungen einbezogen werden, einen großen Schritt dem Osten entgegengekommen. Das Bündnis hat – über den Beschluß des NATO-Gipfels¹² hinaus – seinen Verhandlungswillen bewiesen, indem es den erweiterten westlichen Vorschlag schon zum Schluß der zweiten Runde am 13.7. und nicht erst – wie auf dem

⁹ Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski unterbreitete in einer Rede am 8. Mai 1987 in Warschau Vorschläge zu Abrüstung und Vertrauensbildung für eine Zone, die Mitteleuropa, Dänemark und Ungarn umfassen sollte. Für die englischsprachige Fassung der Rede vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV (1987/88), S. 153 f. (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. POLENS GEGENWART, Nr. 5/1987, S. 30–38.

¹⁰ Für den Wortlaut des von den Warschauer-Pakt-Staaten am 9. März 1989 vorgelegten „Konzeptionellen Rahmens eines Abkommens über Konventionelle Streitkräfte in Europa“ vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 475–480.

¹¹ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

¹² Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

NATO-Gipfel angekündigt – zu Beginn der dritten Runde¹³ am 7.9. vorlegte.¹⁴ Mit der beschleunigten Vorlage des neuen Vorschlags hat der Westen die Ernsthaftigkeit seiner Absicht unterstrichen, den Verhandlungsfahrplan von VKSE radikal zu beschleunigen und auf ein Verhandlungsergebnis binnen Jahresfrist hinzuarbeiten.

Bei der Diskussion in der HLTF über die Konkretisierung der Bush-Initiative war zwar die Neigung Großbritanniens und Frankreichs zur Vorsicht unübersehbar – so wie diese beiden Partnerländer auch in Wien eher zu einem bedächtigen Vorgehen neigten. Politisch gewichtige Einwände gegen die Konkretisierung der Bush-Initiative artikulierten sie jedoch letztlich nicht; ihre Bedenken bezogen sich vielmehr – z.T. durchaus berechtigt – auf technische Probleme. So spielten z.B. die in nuklearer oder in doppelter Einsatzrolle eingesetzten Flugzeuge an keinem Punkt der Erörterung über die der Bush-Initiative zugrundezulegende Flugzeug-Definition eine Rolle. Nach der in Wien jetzt vorgelegten Definition sind selbst die rein nuklear eingesetzten „Mirage IV“ Verhandlungsgegenstand. Statt über diese sensitiven Fragen stritt man sich in der HLTF darüber, ob und welche Schulflugzeuge vom erweiterten westlichen Vorschlag erfaßt werden sollen.

Auf den ersten Blick haben die beiden vom Westen am 13.7. vorgeschlagenen Obergrenzen (5700 Kampfflugzeuge, 1900 Kampfhubschrauber) den optischen Nachteil, daß sie über den vom Osten vorgeschlagenen Höchststärken liegen. Die wesentlich höhere Flugzeug-Obergrenze des Westens läßt sich jedoch überzeugend begründen: Der Westen will alle Flugzeuge erfassen, die für Kampfeinsätze geeignet sind. Der Osten wählte dagegen eine äußerst selektive und ihn einseitig begünstigende Definition, die u.a. die Abfangjäger ausschließt, und leitete davon seinen Vorschlag einer sehr niedrigen Obergrenze von 1500 ab. In den Verhandlungen liegt jetzt die Beweislast beim Osten: Er muß begründen, wieso er bestimmte Flugzeugtypen ausschließen will.

Schwachstelle des erweiterten westlichen Vorschlags ist das bilaterale sowjetisch-amerikanische Personal-Element. Zu offenkundig ist Bushs Absicht, weniger der östlichen Forderung nach Personal-Höchststärken als dem Wunsch des Kongresses nach Abbau der Verteidigungsausgaben ein Stück entgegenzukommen. In den Verhandlungen wird es nicht leichtfallen zu begründen, wieso der Westen für stationiertes Gerät eine kollektive Obergrenze, für stationiertes Personal dagegen eine Obergrenze nur für die SU und USA vorschlägt.

Eine Synopse der westlichen und östlichen Vorschläge ist als Anlage beigelegt.

II. Verhandlungsprobleme

Während der zweiten Runde schälte sich heraus, welches die Kernpunkte sind, für die es im weiteren Verhandlungsverlauf Lösungen zu finden gibt:

– Welche Flugzeuge werden erfaßt?

Die SU wird von ihrer selektiven Flugzeug-Definition nicht leicht abzubringen sein. Die militärische Führung der SU sieht hier hohe strategische Interessen tangiert: Sie möchte ihre Abfangjäger in den Verhandlungen nicht zur Dis-

¹³ Zur dritten Runde der VKSE vom 7. September bis 19. Oktober 1989 in Wien vgl. Dok. 327.

¹⁴ Für den Wortlaut der von den NATO-Mitgliedstaaten am 13. Juli 1989 vorgelegten erweiterten VKSE-Vorschläge vgl. ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE, S. 244–246 (Auszug).

position stellen. Diese sind aus sowjetischer Sicht Mittel zur Verteidigung der SU gegen interkontinentale Bomber, durch seegestützte Flugzeuge und durch weitreichende „Land Attack Cruise Missiles“ der USA, die alle bei VKSE nicht erfaßt sind. Es ist zu erwarten, daß die Einbeziehung der Abfangjäger erst im „endgame“ und als Ergebnis eines Beschlusses der politischen Führung der SU geregelt wird.

– Definition der übrigen vier Kategorien

Es bleibt zu klären, welche Waffen im Rahmen der Höchststärken für Kampfpanzer, Artillerie, Infanteriekampffahrzeuge (IKF) und Kampfhubschrauber im einzelnen reduziert und limitiert werden sollen.

Selbst hinsichtlich der Kampfpanzer und IKF, wo Einvernehmen über Höhe der Obergrenzen schon besteht, gehen West und Ost von unterschiedlichen Definitionen aus: Der Osten will „leichte Panzer“ einbeziehen, auf westlicher Seite sträuben sich vor allem die Briten dagegen. Bei IKF ist ungeklärt, wie weit u.a. die Unterkategorie der gepanzerten Führungsfahrzeuge erfaßt werden soll.

Bei der Artillerie sind die Abweichungen über die Definition noch größer: Der Osten will bei der Artillerie die Panzerabwehrkanonen (PAK) einbeziehen und treibt durch diese Regelung die Obergrenze hoch. Der Westen hat kein Interesse, die – eher veralteten – PAK zu erfassen, und legt Wert auf eine niedrige Artillerie-Obergrenze.

Bei Hubschraubern liegen die Definitionen nicht so weit auseinander. Die Definition des Westens erfaßt neben den bewaffneten Kampfhubschraubern auch die unbewaffneten Varianten des gleichen Typs („look alike, count alike“). Der Osten hat nur die Kampfhubschrauber selbst im Visier. Weil also der Westen mit seiner Definition ein breiteres Spektrum abdeckt, liegt der von ihm vorgeschlagene Ceiling (1900) leicht über dem östlichen Vorschlag (1700).

– Personal

Der Osten betrachtet den westlichen Vorschlag, nur das stationierte Personal der SU und der USA auf eine gleiche Obergrenze von 275 000 zu reduzieren, als einseitig (SU Abzug 325 000 Mann, US Abzug 30 000 Mann) und wird sich kaum darauf einlassen. Ungewiß ist jedoch, ob er weiterhin wie bisher auf kollektive Höchststärken für das gesamte Personal im Anwendungsbereich drängen wird. Für das Festhalten an dieser Position spricht, daß der Osten so auch den Personalumfang der Bundeswehr begrenzen kann¹⁵, woran ihm viel gelegen ist. Denkbar ist jedoch auch, daß der Osten auf dem Verlangen nach europaweiten Personal-Höchststärken nicht beharrt, jedoch auf den neuen westlichen Vorschlag einer nur bilateralen Obergrenze für das stationierte Personal der USA und der SU mit dem Gegenvorschlag einer kollektiven Limitierung des gesamten stationierten Personals antwortet. Mit einem solchen Vorschlag (z.B. 350 000) erheblich unter dem derzeitigen westlichen Niveau könnte der Osten den Westen stark in die Verlegenheit bringen¹⁶

¹⁵ Der Passus „so auch ... begrenzen kann“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das wird doch letztlich schon aus demografischen Gründen auch unser Interesse sein!“

¹⁶ Der Passus „Mit einem solchen ... die Verlegenheit bringen“ wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wirklich?“

(derzeitiges Niveau des Westens konzentriert auf unserem Territorium: ca. 460 000 Mann, davon US: 305 000, GB: 60 000, F: 44 000, B: 23 000, NL: 6000, CAN: 4000).

– Regionale Zwischenobergrenzen

Hier handelt es sich um ein Problem, bei dem – auf westlicher und östlicher Seite – neben wichtigen strategischen Belangen in hohem Maße auch politisch-psychologische Empfindlichkeiten im Spiel sind.

Dies wurde erneut nach der Präsentation des neuen sowjetischen Regionalkonzepts offenkundig: Während NL, B und wir den östlichen Verhandlungsschritt begrüßten, reagierten I, N, TUR und F mit Äußerungen z.T. erheblicher Irritation. Es wird erheblichen Fingerspitzengefühls und taktischen Geschicks bedürfen, um eine regionale Differenzierung zu finden, mit der alle 23 Teilnehmerstaaten werden leben können.

– Depot-Gerät

Wie Depot-Bestände erfaßt werden sollen, ist vor allem deswegen eine heikle Frage, weil sie eng mit dem Regionalproblem verknüpft ist. Der Osten verlangt, Depotgerät wie Gerät in aktiven Einheiten zu behandeln. Diese Forderung würde – in Verbindung mit den vom Osten vorgeschlagenen regionalen Zwischenobergrenzen – den Westen zu einem weitgehenden Abbau seiner (d. h. im wesentlichen amerikanischen) Depots in Mitteleuropa zwingen.

Der Westen möchte seinerseits den Osten dazu veranlassen, einen Teil des im Rahmen der Obergrenzen zulässigen Geräts in überwachte Depots einzulagern und so die schnelle Verfügbarkeit der Kräfte für überraschende Angriffsoperationen noch zusätzlich zu beschränken. F möchte vermeiden, daß die SU das Recht erhält, Depots in NSWP-Staaten anzulegen.

In der zweiten Runde wurden die Themen Stabilisierende Maßnahmen, Verifikation, Nichtumgehungs-Regelungen noch nicht diskutiert.

Die Erörterung darüber wird in der dritten Runde beginnen müssen. Die HLTF will in einem dichten Sitzungsprogramm bis zum 7.9. zu diesen Komplexen detaillierte Verhandlungspositionen erarbeiten.

Buerstedde

Referat 221, Bd. 144805

224

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter des Simon Wiesenthal Center, Rabbi Hier

17. Juli 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit einer Delegation des Simon Wiesenthal Center Los Angeles unter Leitung von Rabbi Marvin Hier am 17. Juli 1989

Rabbi *Hier* leitete das Gespräch ein mit Grüßen von MP Shamir und AM Arens an den Bundeskanzler, die Rabbi Hier zuvor – aus Israel kommend – getroffen hatte, und übergab dann einen Brief von vier amerikanischen Senatoren (u. a. Senator Dole) an den Bundeskanzler im Zusammenhang mit einer im US-Senat eingebrachten Resolution zu chemischen Waffen. Rabbi Hier skizzierte den Briefinhalt kurz dahingehend, daß die Senatoren in Erläuterung der Resolution sich für eine Formalisierung der Australien-Gruppe ausgesprochen hätten und daß Sanktionsmaßnahmen gegen die Firmen angesprochen würden, die sich an einer Weiterverbreitung von CW-Kapazitäten beteiligten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er kenne die Überlegungen zur Australien-Gruppe, die ihm der australische PM Bob Hawke bei seinem Besuch in Bonn² erläutert habe (Exkurs: Hinweis auf William Safire, der ihn, den Bundeskanzler, und unser Land hasse und viel zu Anti-Amerikanismus beitrage). Er wundere sich allerdings, daß die vier Senatoren an ihn und nicht an ihre eigene Regierung schrieben. Denn die Bundesregierung habe ganz klargemacht, daß sie für eine totale Ächtung der chemischen Waffen sei, wenn möglich morgen. Er habe mit Präsident Bush über dieses Thema – auch über das Verifikationsproblem – gesprochen, zuletzt auf dem Gipfel in Paris³. Er, der Bundeskanzler, habe sich dabei für ein internationales Verbotsabkommen ausgesprochen, und zwar so schnell wie möglich. Je früher ein solches Abkommen zustande komme, desto besser. Denn man müsse die Gefahr der Proliferation gerade bei den kleineren Ländern sehen.

Die Bundesregierung gehe mit ihrem Gesetzentwurf⁴ u. a. zur Bestrafung von Einzelpersonen und Firmen, die sich am Aufbau von B- und C-Waffenkapazitäten auch außerhalb unseres Landes beteiligten, bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Möglichen. Man müsse allerdings auch sehen, daß wir eines der offensten Länder der Welt und für den Freihandel seien und uns jeglichem Protektionismus widersetzen. Dies habe allerdings auch zur Folge, daß wir prinzipiell wenig Kontrollen im Handelsbereich hätten. Eine tatsächliche Kontrolle von Exportgeschäften sei schwierig, aber die Bundesregierung setze sich für eine Verschärfung ein und habe dies u. a. auch dadurch bewiesen, daß im Haushalt

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Westdickenberg, Bundeskanzleramt, am 18. Juli 1989 gefertigt.

² Der australische Ministerpräsident Hawke besuchte die Bundesrepublik vom 28. bis 30. Juni 1989. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 29. Juni 1989 vgl. Dok. 198.

³ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 231.

⁴ Zu den Bemühungen um eine Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

Mittel für beachtliche Personalverstärkungen in diesem Bereich vorgesehen seien. Wir wollten, daß das Problem der CW-Proliferation und der C-Waffen generell aus der Welt geschafft werde.

Unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß dies nicht für eine öffentliche Weitergabe bestimmt sei, äußerte der Bundeskanzler die Hoffnung, daß der Prozeß gegen die deutsche Firma gewonnen werde. Dies werde nicht einfach sein, weil die Beweislage schwierig sei. Es sei eine Sache, Dinge zu behaupten (erneuter Hinweis auf Kolumnen von William Safire); es sei eine andere, sie auch vor Gericht beweiskräftig vorbringen zu können.

Der Bundeskanzler sagte zu, den Brief zu beantworten.⁵

Rabbi *Hier* sprach sodann die Entwicklung im Nahen Osten an, über die er verwirrt sei. Als amerikanischer Beobachter sehe er keine Chance für einen Konsens in Israel darüber, auf der Westbank und in Jerusalem einen eigenen palästinensischen Staat zuzulassen. Das würde keine Regierung überstehen. Seiner Ansicht nach sehe keines der westlichen Länder den wirklich wichtigen Punkt, um den es bei der Nahostfrage gehe: die Beseitigung von Mißtrauen. Das kleine Israel sei von 22 wesentlich größeren arabischen Staaten umgeben. Der Westen sollte deshalb nicht gerade von Israel verlangen, daß es als erstes Land seinen Nachbarn Konzessionen mache.

Einen Ansatz zu einer Beseitigung des Mißtrauens sehe er darin, daß einige der moderaten arabischen Länder öffentlich in den VN erklärten, sie stünden nicht weiterhin zur VN-Resolution, die 1975 Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt habe⁶. Das könne in der israelischen Öffentlichkeit die Reaktion auslösen, man solle es doch einmal mit dem Dialog versuchen, und könnte insofern einen gewissen Druck auf MP Shamir ausüben. Beispielsweise habe seinerzeit MP Begin, als er Vertrauen gegenüber Ägypten gefaßt habe, den Sinai zurückgegeben⁷, obwohl er immer gesagt habe, dies niemals tun zu können. Er, Rabbi Hier, appelliere deshalb an den Bundeskanzler, seine guten Beziehungen – er habe sie zu beiden Seiten – dafür zu nutzen, in diesem Sinne auf moderate arabische Staaten einzuwirken.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, er werde sich darum kümmern und dafür sorgen, daß die Angelegenheit geprüft werde.

Rabbi *Hier* übergab in diesem Zusammenhang eine Aufstellung über anti-israelische Äußerungen von ägyptischer Seite in den Jahren 1986 bis 1988. Es handele sich – so Rabbi Hier – um halboffizielle Äußerungen eines Landes, mit dem Israel

⁵ Mit Schreiben vom 26. September 1989 an den amerikanischen Senator Heinz, das gleichlautend an die Senatoren Dole, Garn und Wilson ging, betonte Bundeskanzler Kohl das Interesse der Bundesregierung an einem weltweiten und umfassenden Verbot chemischer Waffen sowie an der verstärkten Zusammenarbeit in der „Australischen Gruppe“ und wies auf die Bemühungen zur Verschärfung von Exportkontrollen hin. Die Bundesregierung halte allerdings Initiativen des amerikanischen Kongresses für Sanktionen nicht für ein geeignetes Mittel, gegen die Weiterverbreitung chemischer Waffen vorzugehen: „Eine Anwendung der geplanten Sanktionsgesetzgebung auf EG-Staaten und europäische Firmen würde sich störend auf die politischen Beziehungen und die Handelsbeziehungen zwischen Europa und Amerika auswirken. Gegenmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft können dann nicht ausgeschlossen werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162336.

⁶ Vgl. dazu die Resolution Nr. 3379 der VN-Generalversammlung vom 10. November 1975; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 523 f.

⁷ Zum israelischen Rückzug aus dem Sinai vgl. Dok. 65, Anm. 3.

immerhin einen Friedensvertrag habe. Dies zeige, wie sehr Anlaß zu Mißtrauen bestehe und wie wichtig Initiativen zur Vertrauensbildung seien.

Als dritten Punkt sprach Rabbi Hier einen Fall an, der seinem Center, aber auch Simon Wiesenthal persönlich, sehr wichtig sei: Josef Schwammberger. Es handele sich um einen ganz schlimmen Nazi-Verbrecher, der persönlich für eine große Anzahl von Morden verantwortlich sei.⁸ Er sitze seit November 1987 in Auslieferungshaft in Argentinien. Die Bundesrepublik Deutschland habe seine Auslieferung beantragt, aber eine endgültige Entscheidung der argentinischen Justiz sei noch nicht gefallen. Im Zusammenhang mit der vom neuen argentinischen Präsidenten⁹ angesprochenen Amnestie für all diejenigen, die gegen die Menschenrechte verstoßen hätten, Sorge man sich nun, daß der neue Präsident die Angelegenheit nicht so wichtig nehme wie sein Vorgänger¹⁰. Der Bundeskanzler möge sich bei der argentinischen Seite nach dem Stand des Auslieferungsverfahrens erkundigen, um die Bedeutung des Falles zu verdeutlichen.

Auf die konkrete Frage des *Bundeskanzlers*, ob man befürchte, daß die Amnestie auch auf Nazi-Verbrecher angewandt werde, erwiderte Rabbi *Hier*, man wisse nur aus der Presse über die Amnestie, aber nichts Näheres. Man Sorge sich aber auch deshalb, weil die endgültige Entscheidung der argentinischen Justiz für den 20. Juni vorgesehen, dann aber wieder verschoben worden sei. Dem Washingtoner Repräsentanten des Wiesenthal Centers, der letzte Woche auf Einladung der argentinischen Justiz nach Argentinien hätte reisen sollen, sei erklärt worden, der Zeitpunkt sei jetzt nicht günstig für die Reise.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, sich der Angelegenheit anzunehmen, und erkundigte sich nach Alter (ca. 75 Jahre), Tätigkeit (Lagerkommandant von drei Arbeitslagern in Polen), Aufenthalt bei Kriegsende (in Österreich in Haft, dann entflohen) und nach dem Geburtsland (war nicht bekannt).

Rabbi *Hier* betonte, die SS-Personalakte von Schwammberger sei „gesäubert“ worden und enthalte keine Angaben nach 1940. Es gebe heute noch ungewöhnlich viele Augenzeugen der persönlichen Mordtaten von Schwammberger aufgrund deren Häufigkeit, und man habe allein 50 solcher Zeugen im Auslieferungsverfahren benannt. Die sich ergebende Verzögerung deute deshalb darauf hin, daß es nicht um eine juristische, sondern um eine politische Frage gehe.¹¹

Als letztes Petition sprach Rabbi Hier ein Projekt für das im Bau befindliche neue Gebäude des Wiesenthal Centers an, das gleichzeitig auch ein Museum beherbergen werde. Man beabsichtige mit Unterstützung der Computer-Firma Apple, die ganze Geschichte des Holocaust in ein Computerprogramm einzuspeisen, das dann über im Center einzurichtende Bildschirmarbeitsplätze abgerufen

⁸ Zum Fall des ehemaligen SS-Oberscharführers Schwammberger vgl. AAPD 1962, III, Dok. 483. Zu seiner Verhaftung in Argentinien im November 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 320.

⁹ Carlos Saúl Menem.

¹⁰ Raúl Alfonsín.

¹¹ Bundeskanzler Kohl teilte dem Leiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, Rabbi Hier, mit Schreiben vom 5. Oktober 1989 mit, eine Überprüfung der Lage im Fall Schwammberger habe ergeben, daß eine Amnestie ausgeschlossen werden könne, da diese sich nur auf interne argentinische Angelegenheiten beziehe. Ein Appellationsgericht in La Plata habe am 30. August 1989 zugunsten einer Auslieferung Schwammborgers entschieden, wogegen dieser jedoch noch Rechtsmittel einlegen könne. Kohl führte aus: „Angesichts dieser positiven Entwicklung möchte ich z. Z. nicht erneut auf Regierungsebene intervenieren.“ Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179517.

werden könne. Dabei würden nicht nur Texte gespeichert und wiedergegeben, sondern auch Photographien, Filme, etc. Von österreichischer Seite habe man inzwischen die Zusage, ca. 30 000 Photographien aus der Nazi-Zeit für die Einspeisung in dieses Computerprogramm zu erhalten. Die größten Bildarchive aber befänden sich in der Bundesrepublik Deutschland. Man bitte den Bundeskanzler um Unterstützung bei dem Vorhaben, auch von deutscher Seite ca. 30 000 bis 50 000 Photographien zu erhalten.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich als Laien in dieser Computermaterie und bat um ein detailliertes Schreiben des Wiesenthal Centers zu diesem Vorhaben. Bei uns komme in erster Linie wohl das Bundesarchiv in Betracht, aber evtl. auch Kommunalarchive, wie z.B. das von Frankfurt, das für die jüdische Gemeinde natürlich von besonderem Interesse sei. Er könne sich vorstellen, daß man da deutscherseits helfen könne.¹² Zuvor benötige man jedoch ein Schreiben mit den Einzelheiten.

Rabbi *Hier* lud den Bundeskanzler ein, bei seinem nächsten USA-Besuch doch auch Kalifornien und das Wiesenthal Center zu besuchen. Der *Bundeskanzler* verwies auf die zeitlichen Probleme, meinte jedoch, er komme gern auf die Einladung zurück. Im Herbst – ein Termin sei noch nicht festgelegt – werde er für drei Tage in die USA reisen und an der Harvard Universität eine Rede halten.¹³ Das stehe bereits fest.

Abschließend kam das Gespräch noch einmal kurz auf den Fall Schwammberger und – in einem Exkurs – auf die neue argentinische Regierung zurück, deren Kurs man – so der Bundeskanzler – abwarten müsse.

Das Gespräch endete um 11 Uhr 35 nach ca. 40 Minuten.

Am Gespräch nahmen weiterhin teil:

Rabbi Abraham Cooper, Wiesenthal Center, beigeordneter Dekan; Frau Lydia Triantopoulos, Wiesenthal Center, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit; Shimon Samuels, Europadirektor des Wiesenthal Center; ein weiterer Mitarbeiter des Wiesenthal Center, für Israel zuständig; sowie VA Frau Kaltenbach, VA Müller, VLR Dr. Westdickenberg als „Note-taker“.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

¹² Bundeskanzler Kohl führte am 5. Oktober 1989 in einem Schreiben an den Leiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, Rabbi Hier, aus, die zuständigen Behörden seien gebeten worden, „sich Ihrer Bitte um Überlassung geeigneten Archivmaterials für das neue Museum Ihres Zentrums anzunehmen“. Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179517.

¹³ Vortragender Legationsrat Kölsch teilte der Botschaft in Washington am 28. Juli 1989 mit, ein für den 19. September 1989 geplanter Besuch von Bundeskanzler Kohl in Washington müsse „wegen Terminschwierigkeiten“ entfallen. Vgl. dazu den Drahterlaß; Referat 221 (204), Bd. 179522.

225

**Botschafter Schlingensiepen, Damaskus,
an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 1640****Aufgabe: 17. Juli 1989, 12.00 Uhr****Ankunft: 18. Juli 1989, 09.49 Uhr**

Betr.: Libanon-Konflikt

I. Der libanesischer Bürgerkrieg, das zeigt sich immer mehr, wird noch lange unlösbar bleiben. Dies hat verschiedene Gründe:

1) Die libanesischen Warlords müssen fürchten, durch eine Lösung des Konflikts an Macht zu verlieren. Mindestens einige von ihnen scheinen deshalb an einer Lösung nicht wirklich interessiert.

2) Israel braucht den Südlibanon, um seine Nordgrenze vor Überfällen zu schützen, und ist deshalb zu einem Truppenabzug nicht bereit.

3) Syrien braucht die Bekaa als strategische Position gegenüber Israel und läßt deshalb seine Truppen ebenfalls im Libanon stehen. Es wird niemals den Libanon vor den Israelis verlassen.

4) General Aoun ist deshalb so erfolgreich mit der Herausforderung Syriens, weil fast alle christlichen Libanesen und auch ein erheblicher Teil der libanesischen Moslems für diese Herausforderung sind. Sie sagen, daß er den Libanon aus der Vergessenheit herausholte und die Weltöffentlichkeit wieder auf seine Probleme lenkte. Aoun hat aber keine Lösung anzubieten, solange er die christlichen Vorrechte nicht zur Disposition stellen will. Er ist zu schwach, um die Syrer zu dem von ihm geforderten Abzug zu bringen. Er ist aber, wie das Tauziehen um die irakischen Raketen zeigt, stark genug, um zu verhindern, daß die Syrer dem Libanon ihre Lösungsvorstellungen aufzwingen. Aoun bleibt aber auch nur einer der negativen Faktoren, die eine Befriedung des Libanon unmöglich machen.

II. 1) An sich wäre die Großwetterlage für eine Lösung günstiger als vor Jahren. Die Supermächte arbeiten heutzutage im Nahen Osten, wie mir gerade erst der amerikanische¹ und der sowjetische Botschafter² versicherten, mehr und mehr einvernehmlich zusammen, und die überwiegende Zahl der arabischen Mächte ist für die Lösung des Problems. Dennoch kann das Dreier-Komitee³ nichts Wirksames, nichts Dauerhaftes für eine Libanon-Regelung tun, solange sich das syrisch-israelische Verhältnis nicht regeln läßt. Da die eigentlichen Differenzen beider Länder aber außerhalb des Libanon ihre Ursache haben, nämlich Nahostprobleme sind, wird ein Friede im Libanon vermutlich erst nach einer Lösung des Nahostkonflikts möglich.

Alle Mächte, denen an einer Lösung des Libanon-Konfliktes liegt, müssen sich daher zunächst auf eine Lösung des übergeordneten Nahostproblems konzentrie-

¹ Edward Peter Djerejian.

² Alexander Iwanowitsch Sotow.

³ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 203, Anm. 40.

ren. Noch so griffige Lösungsvorschläge für die libanesische Frage müssen zur Zeit ins Leere gehen. Nicht nur das, auch die vorläufigen Aktionen der Drei oder die Reisediplomatie Ibrahimis⁴ wirken blaß und gekünstelt. Dennoch sind sie der einzige Weg. Im Libanon kann eben vorerst nicht mehr getan werden als Feuerwehrdienste. Alle arabischen und sonstigen Mächte müßten auf die Partner einwirken, kriegsschürende Maßnahmen zu unterlassen. Das bedeutet, daß die Iraker keine Waffen und Raketen liefern dürften und daß die Syrer ebenso wie die libanesischen Bürgerkriegsparteien kriegserischen Auseinandersetzungen ausweichen müßten. Die Entspannung könnte mit kleinen Schritten, etwa wie der Eröffnung der Passagen und Häfen, begonnen werden, wobei die syrische Forderung nach einer Unterbindung der irakischen Waffenlieferungen legitim ist. (Der sowjetische Botschafter sagte mir übrigens am 14.7., er wisse zuverlässig, sieben der – von den Sowjets an den Irak gelieferten – FROG⁵-Raketen seien inzwischen in den Händen der Streitkräfte Aouns.)

2) Ein eigenartiges Phänomen des Libanon-Konfliktes ist es, daß seine Lösung in den Händen zweier relativ kleiner Mächte, nämlich Israel und Syrien, liegt und daß weder die Supermächte noch die Europäer noch auch die überwiegende Mehrheit der Araber eine Lösung zustande bringen können, solange diese beiden Mächte nicht mitspielen.

Auch hier zeigt sich einmal mehr, daß die Supermächte in ihrer durch vielfältige Rücksichten auf widerstreitende Interessen oft schwer beweglichen Politik zur Lösung solcher brisanten lokalen Krisen nur sehr begrenzt tauglich sind. Es wird darauf ankommen, die Libanon-Politik so zu steuern, daß sie einer Nahostlösung nicht im Wege sein kann.

[gez.] Schlingensiepen

Referat 310, Bd. 149781

⁴ Referat 310 vermerkte im Juli 1989, der nach Beirut entsandte stellvertretende Generalsekretär der Arabischen Liga, Ibrahimi, bemühe sich, „zwischen General Aoun, MP Hoss, Damaskus und Beirut zu vermitteln und so die Voraussetzung für die Wahl eines libanesischen Präsidenten zu schaffen“. Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

⁵ Free Rocket Over Ground.

226

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron18. Juli 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: Energieversorgung und Umweltpolitik;

hier: Überlegungen zur außenpolitischen Behandlung dieser Herausforderung für die Zukunft

I. Einleitung, zugleich Kurzfassung

1) Die Staatengemeinschaft, voran die Industriestaaten, muß Handlungsstrategien entwickeln mit dem Ziel, durch Reduzierung umweltschädigender Emissionen eine möglichst schnell wirksame und grundlegende Revision der weltweiten Energiepolitik in Gang zu setzen. Dies erfordert erhebliche wirtschaftliche und politische Anstrengungen.

Denn neben einer ausreichenden Energieversorgung (unaufhaltsames Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern!) ist die Gefährdung des Weltklimas die größte Herausforderung der internationalen Energiepolitik:

Ca. 88% des heutigen Weltenergieverbrauches wird mit fossiler Energie gedeckt. Die CO₂-Emissionen nehmen ständig zu. 85% dieser Emissionen entfallen auf folgende Länder: USA und UdSSR (zusammen 50%), Europa und Japan (25%) und China (10%).

Für den Fall, daß die Entwicklung ungebremst weitergeht und der Treibhauseffekt⁴ wie prognostiziert eintritt, rechnen Experten

- mit einem Anstieg des Meeresspiegels bis zu mindestens 1m mit katastrophalen Folgen für Länder wie Bangladesch, aber auch für Küstenzonen in Europa und USA,
- einer Ausbreitung von Wüstenzonen bzw. Versteppung und in deren Folge
- Hungersnöte und Umweltflüchtlinge, vor allem in weiten Bereichen der Dritten Welt.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat kürzlich eine EntschlieÙung gefaÙt, in der anerkannt wird, daß die Festlegung von Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt nicht von der Ausräumung noch bestehender wissenschaftlicher Unsicherheiten abhängig gemacht werden darf.⁵

¹ Die Aufzeichnung wurde von Referent Liebler und Vortragendem Legationsrat Bauer konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 25. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Rede UN.“

Hat Legationsrat Berger am 24. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Hoffmann am 24. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Citron erneut vorgelegen.

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Auf Methan (Gas-/Landwirtschaft), FCKWs und Halone, die zusammen knapp die Hälfte der Treibhausgase ausmachen, wird hier nicht gesondert eingegangen, denn nur ein Bruchteil des Methananteils von ca. 19% am Treibhauseffekt sind auf den Energieträger Gas zurückzuführen.“

⁵ Für den Wortlaut der EntschlieÙung des EG-Ministerrats vom 9. Juni 1989 vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 116 f.

Eine Reihe von Klimakonferenzen haben stattgefunden bzw. sind geplant (zweite Weltklimakonferenz der WMO im Herbst 1990⁶, VN-Umweltkonferenz „Umwelt und Entwicklung“ im Frühjahr 1992⁷).

Die Diskussionen in der deutschen Öffentlichkeit haben – u. a. durch den Bericht der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“⁸ – bereits begonnen. Sie werden durch das vom BMWi im Herbst vorzulegende Energiepapier und die ebenfalls für den Herbst vorgesehene Weltenergie-Konferenz⁹ zusätzliches Momentum erhalten.

2) Fossile Energieträger und Kernenergie tragen heute zu über 90 % zur Energieversorgung bei. Diese Struktur wird bis auf weiteres die Energieversorgung bestimmen.

Eine Lösung des CO₂-Problems ist nur dann möglich, wenn es gelingt, schrittweise und kontinuierlich diese Energiestrukturen, mangelhafte internationale Kooperation und Koordinierung und nationale Egoismen zu überwinden. Hauptziel einer „umweltbewußten globalen Energie-Außenpolitik“ sollte eine weltweit simultan anzugehende Überprüfung und Koordination nationaler, regionaler (u. a. EG-Energie-Binnenmarkt; gesamteuropäische Zusammenarbeit) und globaler Energiepolitik sein.

Die Bundesrepublik Deutschland wird im übrigen nur dann eine glaubwürdige Energiepolitik vertreten können, wenn sie zu Abstrichen bei ihrer bisherigen Kohlepolitik bereit ist. Die Kernenergie wird für absehbare Zeit als Übergangsenergie unersetzlich sein. Verstärkte Anstrengungen beim Ausbau der Sicherheit aller KKW und hohe supranationale Standards, z. B. bei der Entsorgung, können das Profil der Kernenergie als „sauberer“ Energie verdeutlichen.

Selbst Kernenergie-Skeptiker wie der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator Meyer-Abich vertreten heute die Auffassung, daß diejenigen, die ein „weg von der Kernenergie“ fordern, auch ein „weg von der Kohle“ fordern müßten.

3) Angesichts der derzeit noch bestehenden Widerstände gegen eine substantielle Aufstockung der Kernkraft gilt es, in folgenden Bereichen Maßnahmen zur Eindämmung der CO₂-Emissionen zu ergreifen:

- Ausschöpfung der im Strom- und Wärmebereich bzw. in allen Sektoren der Industrie, in Haushalten¹⁰ und Verkehr bisher nur zum geringen Teil genutzten Möglichkeiten des Energiesparens (Minderverbrauch bzw. Erhöhung der Energieproduktivität sind zu einem erheblichen Teil ohne Komforteinbuße und zu wirtschaftlichen Bedingungen möglich);
- gezielte Förderung von erneuerbaren Energien (Forschung und Entwicklung in den IL, Breitereinsatz u. a. in den EL);

⁶ Die zweite Weltklimakonferenz der World Meteorological Organization fand vom 29. Oktober bis 7. November 1990 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

⁷ Die VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung fand vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro statt.

⁸ Zur Enquete-Kommission des Bundestags „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ vgl. Dok. 181, Anm. 5.

⁹ Die 14. Weltenergiekonferenz fand vom 17. bis 22. September 1989 in Montreal statt. Vgl. dazu Dok. 317, Anm. 8.

¹⁰ Korrigiert aus: „in allen Sektoren Industrie, Haushalte“.

- Festlegung von Emissionsgrenzwerten analog zum Montrealer Protokoll über FCKW¹¹ (Länder wie Schweden fordern bereits heute eine bei der globalen Umweltschutzkonferenz der UNEP 1992 zu verabschiedende Klimakonvention).
- 4) Gleichzeitig ist die internationale Diskussion und Abstimmung, u. a. in folgenden Foren, voranzubringen:
 - In der G 7

Der Weltwirtschaftsgipfel in Paris¹² als wichtigstes politisches Gremium der westlichen Welt hat zwar in der Wirtschaftserklärung ein deutliches politisches Signal für einen neuen Kurs in der Umweltpolitik gesetzt; er hat es aber den internationalen Organisationen überlassen, „zu Maßnahmen zu raten, darunter auch zu wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Energieeinsparung und allgemein den Wirkungsgrad bei der Nutzung von Energieträgern jeder Art verbessern und einschlägige Techniken und Technologien fördern“.¹³
 - In der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris, die sich auf ihrer letzten Ministertagung¹⁴ speziell mit dem Thema Umwelt und Energie befaßt hat. Angesichts der Tatsache, daß der Großteil der europäischen Umweltschäden aus den Ländern Mittel- und Osteuropas kommt, sollte eine schnellere und engere Heranführung dieser Länder an den Umweltdialog, später auch an den Energiedialog in der IEA erwogen werden.
 - In der von der EG-Kommission am 21. Juni offiziell vorgeschlagenen Europäischen Umweltagentur. Sie sollte von Anfang an nicht nur für die EFTA-Staaten, sondern auch die Staaten Mittel- und Osteuropas offenstehen. Die Agentur könnte einen breiten institutionellen Rahmen für die Erhebung von Umweltdaten als Grundlage für die zu ergreifenden energiepolitischen Maßnahmen bilden. Ein europäischer Umweltfonds (als Keimzelle eines weltweiten?) müßte supranationale Projekte finanzieren können.
 - Auch im KSZE-Rahmen (KSZE-Umweltforum Oktober 89 in Sofia¹⁵) sollte die Thematik von deutscher Seite¹⁶ initiativ in unserer Eingangserklärung über das enge Wiener Mandat¹⁷ (Gewässerschutz, Industrieunfälle, Chemikalien) hinaus zur Diskussion gestellt werden.
 - In der Economic Commission for Europe (ECE), in der sich die „Gruppe der Hohen Energiebeamten“ mit Energiestrategien beschäftigt. Diese Gruppe tagt bislang nur unregelmäßig.

II. Entwicklung des Energiebedarfs

Der Verbrauch an Primärenergien in der Welt gliedert sich (1988) in 37,7 % Öl, 30,1 % Kohle, 20,2 % Erdgas, 5,4 % Kernenergie und 6,6 % sonstige Energiequellen (der weit überwiegende Anteil stammt aus Wasserkraft, deren Ausbau erheblichen Umweltbedenken begegnet). In der Bundesrepublik Deutschland machten

¹¹ Für den Wortlaut des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1015–1028.

¹² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

¹³ Vgl. Ziffer 41 der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 16. Juli 1989; BULLETIN 1989, S. 668.

¹⁴ Die Ministerkonferenz der IEA wurde am 30. Mai 1989 in Paris abgehalten.

¹⁵ Zum KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 vgl. Dok. 343.

¹⁶ Korrigiert aus: „Sicht“.

¹⁷ Vgl. dazu das Abschließende Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989; BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

1988 die erneuerbaren Energieträger (ohne Wasserkraft) lediglich 1,1 % des Primärenergieverbrauchs aus.

Als Folge der nach den beiden Ölpreiskrisen ergriffenen Maßnahmen läßt sich seit Anfang der 80er Jahre eine Entkoppelung der Entwicklung des Bruttosozialproduktes und des Primärenergieverbrauches feststellen. Die Zuwachsraten des Energieverbrauches in den Industrieländern haben sich deutlich verringert, in der Bundesrepublik ist der Verbrauch seit 1985 nahezu konstant (385–390 Mio. t Steinkohleeinheiten).

Diese Entkoppelung reicht allerdings nicht aus, um eine starke Steigerung des künftigen Weltenergieverbrauchs¹⁸ aufzuhalten: Zwar ist in den Industrieländern (Energieverbrauch/Kopf im Mittel beim ca. Neunfachen der Entwicklungsländer) durch technische und fiskalische Maßnahmen eine Umkehr des Wachstumstrends, zumindest aber dessen Stagnation möglich. Auch die Entwicklungsländer haben erhebliche Einsparpotentiale.

Jedoch sprechen zwei vornehmlich in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu verzeichnende Faktoren für eine gewaltige Steigerung des Energiebedarfs in den nächsten Jahrzehnten:

- Die Notwendigkeit, die Infrastrukturen zu verbessern und die Wirtschaft auf- bzw. auszubauen, bedingt einen zunehmenden Energieverbrauch (u. a. in China, Indien, Brasilien).
- Die Weltbevölkerung wird nach den neuesten VN-Prognosen von gegenwärtig ca. 5,2 Mrd. Menschen bis zum Jahre 2025 auf ca. 10 Mrd. Menschen wachsen. 90 % dieses Wachstums dürfte in den EL stattfinden. Selbst bei Fortschreiben des Energieverbrauchs/Kopf auf dem heutigen niedrigen Niveau würde dies mehr als eine Verdoppelung des heutigen Energiebedarfs der EL bedeuten.

Unter diesen Umständen ist es Aufgabe einer zukunftsorientierten Energiepolitik, den Verbrauch in den Industrie- und Entwicklungsländern so zu steuern und zu modifizieren, daß der Mehrverbrauch in den EL nicht zu einem signifikanten Anstieg der globalen CO₂-Emissionen führt.

III. Mögliche Handlungsstrategien

Für die zu ergreifenden Handlungsstrategien gibt es im Hinblick auf die CO₂-Problematik prinzipiell nur zwei Möglichkeiten:

Entweder man setzt auf den Ausbau der Kernenergie. Diese Alternative ist aufgrund der politischen Realitäten u. a. in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit nicht überall realisierbar. Oder man macht konsequent (d. h. simultan) Gebrauch von den Möglichkeiten

- der Energieeinsparung,
- der verstärkten Einführung erneuerbarer Energiequellen und
- dem schrittweisen Abbau der Verbrennung fossiler Brennstoffe, insbesondere der Kohle.

Da bei diesem zweiten Pfad der Energiebedarf voraussichtlich nicht voll zu befriedigen sein wird bzw. die CO₂-Umweltziele nicht zu erreichen sind, dürfte eine stärkere Nutzung der Kernenergie nicht ausgeschlossen werden.

¹⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Weltenergieverbrauch nahm 1988 um ca. 4 % zu. BM Haussmann rechnet mit einer Verdoppelung des Weltenergiebedarfs bis zum Jahr 2020.“

a) Rationelle Energieverwendung

Sie ist unter wirtschaftlichen wie umweltpolitischen Aspekten mit Abstand die ergiebigste „Energiequelle“. Je nach Energiespar-Szenario (nationale Gegebenheiten) und in Abhängigkeit von der Höhe der Investitionen sind zweistellige Einsparraten realistisch. Der Zeitaspekt (kurzfristige Wirkung) und finanzielle Überlegungen (finanzierbare Investitions- bzw. Subventionshöhe; Rendite pro investierte Summe; volkswirtschaftliche Belebung) sprechen für ein alle Verbrauchssektoren berührendes Welt-Energiesparprogramm: Wärmedämmung bei Gebäuden, Modernisierung im Heizbereich; sparsamere und umweltfreundliche Automotoren; neue Technologien (z.B. höhere Wirkungsgrade bei Energieerzeugung; rationellere Energieausbeutung in der Produktion).

Dieses Einsparprogramm durch intelligentere technische Lösungen muß gekoppelt werden mit Energiepreisen, in die nicht nur die Verfügbarkeit, sondern vor allem auch die Umweltauswirkungen der eingesetzten Primärenergien eingehen. Eine nachdrückliche Erhöhung der Energiepreise – vor allem des Öls¹⁹ – könnte folgende positive Effekte haben. Sie würde

- die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen (s. u.),
- die Subventionierung der Kohle abbauen, wobei die eingesparten Mittel z. B. für einen umweltfreundlichen „Energimix“ verwandt werden könnten,
- den immer noch relativ hohen Anteil der Grundstoffindustrie in den Industrieländern (in der Bundesrepublik Deutschland ca. 20 %) zurückdrängen,
- einen erheblichen Technologie- und Innovationsschub (z. B. Meß- und Regelungstechnik, Baugewerbe und Handwerk) auslösen.

Ein breites Maßnahmenbündel, das zu einer umfassenden und nachhaltigen Verhaltensänderung führen würde, kann national relativ schnell verabschiedet und müßte in der Gemeinschaft wie auch international durchgesetzt werden. Auf diese Weise könnten sich die IL als Vorreiter einer ökologisch orientierten Energiepolitik zeigen.

b) Erneuerbare Energien

Die enormen Subventionen für die Kohle (in der Bundesrepublik Deutschland jährlich „bei über 10 Mrd. DM“, wobei (im BMWi) auch Zahlen von 12 bis über 15 Mrd. genannt werden) und die Aufwendungen für die erneuerbaren Energiequellen stehen noch längst nicht in der richtigen Proportion.

Besonders lohnend erscheint vor allem die Nutzung der Sonnenenergie. Auch wenn die Geographie Europas Sonnenkraftwerke kalifornischer Dimension höchstens im südlichen Teil zuläßt²⁰, kommt die geographische Struktur der Ent-

¹⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Eine Erhöhung der Benzinpreise um 200 %, wie sie jüngst C. F. von Weizsäcker zur Diskussion stellt, erscheint – wenn überhaupt – gesellschafts- wie industriepolitisch nur in einem längerfristigen, abgestuften Vorgehen möglich. Hierbei muß allerdings auf die soziale Akzeptanz und auf die zeitlichen Anpassungsmöglichkeiten der Industrie geachtet werden. Die SPD hat in den jüngsten Überlegungen der Arbeitsgruppe ‚Fortschritt 90‘ ein detailliertes Spektrum von Energiesteuern, Öko-Abgaben etc. aufgeführt.“

²⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Für die Bundesrepublik Deutschland sehen die Prognosen für erneuerbare Energien je nach Annahme von Energiepreisentwicklung, Wirtschaftswachstum, Änderung des Verbraucherverhaltens, Technologieentwicklung und Preisdegression im Jahr 2000 Anteile zwischen 2 % und 7 % des Primärenergieverbrauchs vor. In den EL sind wesentlich höhere Anteile vorstellbar.“

wicklungsländer dem meist dezentralen Charakter der Produktion erneuerbarer Energie entgegen. So plant Indien bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Installation von Sonnenkraftanlagen in der Größenordnung von 200 MW.

Gegenüber der bisherigen kostspieligen direkten Gewinnung von Elektrizität aus Sonnenkraft (Photovoltaik) zeichnen sich gegenwärtig erhebliche Kostendegressionen ab. Die Firma Siemens z.B. entwickelt neue Technologien, die erheblich billiger sind als die herkömmlichen Silizium-Scheiben.

Ein erhebliches Potential liegt auch in der Windenergie und – längerfristig – der Wasserstofftechnologie. Das kürzlich aufgelegte 100-MW-Windprogramm sowie andere laufende Programme des BMFT, aber auch das EG-Forschungsprogramm „JOULE“²¹ oder „THERMIE“²² zielen in die richtige Richtung. Der italienische Wissenschaftler Cesare Marchetti hat vorgeschlagen, das wasserstoffreiche Naturgas mit Hilfe von Kernenergie (Hochtemperaturreaktor) in Wasserstoff und CO₂ zu zerlegen, den Wasserstoff als umweltfreundlichen Energieträger zu nutzen und das CO₂ in die Erdgas-Bohrlöcher zurückzuverpressen.

Angesichts der überragenden Rolle der SU als Erdgasförderland und ihrem Interesse an nuklearer Prozeßwärme würde der Marchetti-Vorschlag auch hervorragende Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Ebene eröffnen.

Insgesamt sind die Grundlagenforschung, der Bau von Experimentier- und Demonstrationsanlagen für erneuerbare Energien und ggf. die Großserienfertigung in den IL wesentlich stärker als bisher zu fördern.

Speziell die Finanzierung und Implementierung der alternativen Energiequellen in den EL²³ erfordern weitreichende Konzepte und einen institutionellen Rahmen im Rahmen koordinierter Entwicklungshilfe bzw. Schuldenerlaßprogramme.

Den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten wären Hilfen beim Auf- bzw. Ausbau ihrer nationalen Energieversorgung und beim Übergang auf umweltschonende, auf sparsamen Energieverbrauch ausgerichtete Technologien anzubieten.

IV. Zusammenfassung und Empfehlungen

1) Zusammen mit der sich anbahnenden demographischen Herausforderung und dem wirtschaftlichen Abgleiten eines weiten Teils der Länder der Dritten Welt gewinnt die Frage der künftigen Energiepolitik eine immer größere global-politische Bedeutung für das Überleben der Menschheit. Im Zentrum steht hierbei der durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe ausgelöste Treibhauseffekt.

Primäres Ziel heutiger Energiepolitiken muß es sein, einen weiteren globalen Anstieg der CO₂-Emissionen zu verhindern.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn national und international eine neue, die CO₂-Emissionen verringemde Ausrichtung der Energiepolitik versucht wird.

2) Der Planungsstab empfiehlt, daß Sie sich in Grundsatzreden und Stellungnahmen zum Thema „Energie und Umwelt“, z.B. bei der nächsten VN-Vollversamm-

²¹ Joint Opportunities for Unconventional or Long-Term Energy Supply.

²² Technologies Européennes pour la maîtrise de l'Energie.

²³ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vgl. z.B. Sonderenergieprogramm des BMZ.“

lung²⁴ oder im Rahmen des Europäischen Rates, vorrangig für folgende Ziele aussprechen:

- unverzügliche Synopse aller vorhandenen und Vergabe weiterer Untersuchungen, die zur Aufklärung der möglichen Auswirkungen des Treibhauseffekts beitragen können,
- sofortige Verabschiedung von Maßnahmen, die zu einem ausgewogeneren, d.h. umweltfreundlicheren, „Energimix“ führen, durch:
 - Ausschöpfung der nach wie vor enormen Einsparungsmöglichkeiten durch intelligentere Nutzung von Energie (d.h. Senken des spezifischen Energieverbrauchs ohne Komforteinbuße und zu wirtschaftlichen Bedingungen),
 - Integration des Umweltfaktors in den Energiepreis (d.h. im Ergebnis eine Anhebung der Energiepreise),
 - schrittweiser Abbau der Kohlesubventionen,
 - nachhaltige Förderung alternativer Energieträger.
- Ausweitung und Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit durch:
 - deutlichere, auch institutionelle Verknüpfung von Energie- und Umweltpolitik als Ergebnis der Erklärung beim Weltwirtschaftsgipfel,
 - Verbesserung der Mechanismen auf VN-Ebene z.B. im Rahmen einer Klimakonvention (z.B. größere Exekutivbefugnisse und politische Durchschlagskraft für Einrichtungen wie UNEP – wie vom Brundtland-Bericht²⁵ gefordert),
 - Erarbeitung von energiepolitischen Szenarien und Handlungsstrategien auf gesamteuropäischer Ebene (z.B. nach dem Modell des gerade unter Federführung des BMWi gegründeten nationalen „Forums für Zukunftsenergien“),
 - Nutzung der geplanten Europäischen Umweltagentur für Messungen und Beratung beim Einsatz von Energiequellen in (Gesamt-)Europa.

Anregungen der Abteilung 4 wurden bei dieser Vorlage berücksichtigt.

Citron

Referat 02, Bd. 178528

²⁴ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. BULLETIN 1989, S. 849–853.

²⁵ Vgl. WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT (Hrsg.), *Our common future*, Oxford/New York 1987.

227

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 2473****Aufgabe: 18. Juli 1989, 16.05 Uhr¹****Cito****Ankunft: 18. Juli 1989, 16.35 Uhr**

Betr.: 1338. Tagung des Rates (allgemeine Angelegenheiten) am 17.7.1989;
 hier: Folgeberatung ER Madrid² – Wirtschafts- und Währungsunion
 (WWU)

Zur Unterrichtung

Die Außenminister befaßten sich im engen Kreis unter dem Top Folgeberatung des ER Madrid mit den Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion. Kom.-Präs. Delors stellte eingehend seine Vorstellungen über die bevorstehenden Aufgaben im Hinblick auf eine Verwirklichung der WWU dar und nannte insbesondere sechs Fragen, mit denen sich die Gemeinschaft intensiv befassen müsse. Hierzu rechnete er vor allem Fragen aus dem institutionellen Bereich, die in den Aufgabenkreis des Allgemeinen Rates fielen. Eine Aussprache über die Rolle des Allgemeinen Rates erbrachte kein abschließendes Ergebnis, zeigte jedoch, daß zumindest ein Teil der Minister, allen voran der BM, B (AM Eyskens) und Präs. AM Dumas³, die Rolle des Allgemeinen Rates nicht nur auf koordinierende Aufgaben und die Vorbereitung des Europäischen Rates beschränkt sehen will⁴, sondern eine aktive und schöpferische Tätigkeit wünscht. Hinsichtlich des Zeitplans bestand Übereinstimmung, daß eine beschleunigte und geraffte Arbeit aller zuständigen Gremien erforderlich sei, um beim ER Straßburg im Dezember⁵ alle Voraussetzungen für die erste Phase der WWU schaffen und danach mit den vorbereitenden Arbeiten für die Regierungskonferenz beginnen zu können. Eine Idee von Rats-Präs. AM Dumas, zur Unterstützung des Allgemeinen Rates eine besondere Gruppe unter Beteiligung der Kom. nach Art der „Dondelinger-Gruppe“⁶, die im Zusammenhang mit der EEA⁷ tätig gewesen war, zu gründen, wurde von BM nachdrücklich unterstützt, konnte angesichts der vorerst ablehnenden Haltung mehrerer Del. kein Einvernehmen des Rates finden. Im Ergebnis sagte Kom.-Präs. Delors zu, das angekündigte Kom.-Dokument zur WWU schon Mitte September und nicht erst Ende Septem-

¹ Das von Botschaftsrat Cuntz, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

² Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

³ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁴ Korrigiert aus: „beschränkt sehen“.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁶ Der EG-Ministerrat beschloß auf seiner Tagung am 22./23. Juli 1985 in Brüssel die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Generalsekretärs des luxemburgischen Außenministeriums, Dondelinger, die sich mit Fragen der institutionellen Reform der Europäischen Gemeinschaften und den erforderlichen Änderungen des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 befassen sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1985, S. 11.

⁷ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

ber vorzulegen. Die Beratungen sollen nach der Sommerpause unverzüglich beim informellen EcoFin-Ministertreffen in Antibes am 9.9.89 aufgenommen werden und im Allgemeinen Rat am 3.10.89⁸ zu einer erneuten vertieften Befassung führen, bei der auch institutionelle Fragen und die Aufgabenverteilung unter den verschiedenen Gremien erneut erörtert werden sollen.

Im einzelnen:

1) Auf Bitten des Vorsitzes trug Kom.-Präs. Delors seine Vorstellungen für die weiteren Arbeiten an der WWU vor und erinnerte an die Schlußfolgerungen des ER Madrid, den Delors-Bericht⁹ und insbesondere die notwendigen Arbeiten, um am 1. Juli 1990 die Phase 1 der WWU in Gang setzen zu können. Er bedauerte, daß die Diskussionen im letzten EcoFin-Rat¹⁰ lediglich zu internen Schlußfolgerungen geführt hätten. Man brauche eine klare Entscheidung, die auch der Öffentlichkeit mitgeteilt werde, um so zu einer Konvergenz der Politiken beitragen zu können. Eine wichtige Rolle habe neben Allgemeinem Rat und EcoFin-Rat auch der Ausschuß der Zentralbank-Präsidenten zu übernehmen, um die weiteren Phasen vorbereiten zu können. Er wiederhole, was er schon beim ER Madrid gesagt habe, daß nämlich der Delors-Bericht „nicht die Bibel“ sei, und betonte die Bedeutung der Parallelität zwischen Wirtschaftsunion und Währungsunion.

Als Kernpunkt seines Beitrages nannte Delors sechs grundlegende Fragen, mit denen sich die Gemeinschaft befassen müsse:

- Welchen Zentralisierungsgrad könnten die MS bei der WWU akzeptieren? Die Zentralisierung müsse evtl. in Währungsangelegenheiten stärker, in Wirtschaftsangelegenheiten weniger ausgeprägt ausfallen. Der Delors-Bericht sehe eine föderale Struktur für den Währungsbereich vor. Zu erinnern sei in diesem Zusammenhang daran, daß in der Gemeinschaft nur drei bis vier Prozent der Ausgaben der MS durch die Gemeinschaft selbst getätigt würden, in Bundesstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland dagegen 60 bis 66 Prozent auf den Bund entfielen.
- Inwieweit sind MS und Zentralbanken bereit, obligatorische Regeln zu akzeptieren? Der Delors-Bericht stelle hinsichtlich der Haushaltspolitik nur Regeln für die Größenordnung der öffentlichen Defizite und den Finanzierungsgrad auf.
- Welche wirtschaftliche und soziale Kohäsion unter¹¹ den Mitgliedstaaten ist für die WWU notwendig? Erste Grundlagen seien durch die Beschlüsse über die Strukturpolitik unter deutscher Präs.¹² geschaffen worden.
- Welches Format und welches Konzept solle für die neuen Institutionen vorgesehen werden? Welchen Stimmenanteil solle jeder MS in einer föderalen Bankinstitution haben und bedürfe es evtl. der Stärkung anderer Institutionen?

⁸ Korrigiert aus: „2.10.89“.

Zur EG-Ministerratstagung am 3. Oktober 1989 in Luxemburg vgl. Dok. 307.

⁹ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

¹⁰ Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 10. Juli 1989 in Brüssel vgl. Dok. 210, Anm. 6.

¹¹ Korrigiert aus: „und“.

¹² Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats auf seiner Tagung vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel zur Anhebung der Mittel für den Europäischen Strukturfonds; AAPD 1988, I, Dok. 59.

- Wem sei eine föderale Institution Rechenschaft schuldig, dem Europäischen Rat und/oder dem EP? Sicherlich nicht den EcoFin-Ministern. Er erinnerte daran, daß die unabhängige Bundesbank dem Bundestag Bericht erstatten müsse und öffentlich kritisiert werden könne.
- Müsse es ein demokratisches Gegengewicht geben, wenn die WWU-Institutionen verstärkt würden? Bedürfe es einer Stärkung des EP? Müßte nicht die Rolle von EP oder Rat neu definiert werden, um ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen der monetären und der politischen Macht zu erreichen?

¹³²⁾ Ratspräs. Dumas dankte Delors und stellte fest, daß im Hinblick auf eine beschleunigte Durchführung der vom ER Madrid besonders unter Punkt 4 der Schlußfolgerungen zur WWU gestellten Aufgaben eine regelmäßige Befassung der zuständigen Gremien mit der WWU erforderlich sei. Der Allgemeine Rat (AR) habe eine „vocation originale“ für die Koordinierung der Tätigkeit anderer Gremien, die sich aus dem Vertrag¹⁴ und aus dem Mandat des ER ergebe.

In der folgenden Aussprache betonten die meisten Minister die Rolle des Allgemeinen Rates nicht nur bei Koordinierungsaufgaben, sondern auch etwa hinsichtlich institutioneller Fragen, wie sie Delors aufgeworfen habe, so insbesondere B, I, E, GR, P, LUX und D. E unterstrich, daß der Allgemeine Rat eine wichtige Rolle bei der Überwachung der zeitlichen Planung und der Festsetzung der Schwerpunktgebiete zu spielen habe. In diesem Rahmen stelle sich auch die Frage, welches Arbeitsorgan den Rat vorbereiten solle. Wichtig sei, daß der Vors. einen Arbeitskalender aufstelle. Gemeinsam mit B betonte BM, daß der Allgemeine Rat neben seiner koordinierenden Funktion auch eigene kreative Beiträge leisten müsse. Es sei seine Aufgabe, die Gebiete zu definieren, für die er zuständig sei.

Etwas zögernder gegenüber einer gestärkten Rolle des AR äußerten sich NL und DK, die die Bedeutung des EcoFin-Rates unterstrichen, ohne sich gegen die Aufgabenstellung des AR bei koordinierenden und institutionellen Fragen auszusprechen. UK erinnerte darüber hinaus an seine bekannte Haltung zum Delors-Bericht, der nicht die einzige Grundlage für die weitere Entwicklung nach Phase 1 sei. UK werde aber konstruktiv zur weiteren Arbeit an der WWU beitragen. Man müsse „hastening slowly“ voranschreiten, d.h. zügig, aber gründlich. Für den Beitritt UKs zum Wechselkursmechanismus des EWS seien, wie bekannt, Fortschritte bei der Bekämpfung der Inflation im Inneren, aber auch Fortschritte bei der Vervollendung des Binnenmarkts im Rahmen der Gemeinschaft erforderlich.

Ministerin Cresson erklärte für F, daß die Regierungskonferenz nach frz. Vorstellungen bereits in der zweiten Hälfte 1990 stattfinden müsse. Es sei erforderlich, die Vorbereitungen und Beschlüsse für die erste Phase sofort in Angriff zu nehmen. VP Christophersen sprach sich dafür aus, daß zur Beschleunigung der Arbeiten eine klare Aufgabenverteilung auf die verschiedenen Gremien vorgenommen wird. Der EcoFin-Rat habe insbesondere eine Rolle bei der Beurteilung der makroökonomischen Faktoren zu spielen. Er unterstützte jedoch die Auffassung des BM, daß auch der AR aktiv zu den Arbeiten beitragen müsse.

¹³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2474 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

3) Vors. zog die Schlußfolgerung aus der Diskussion, daß ein geraffter Zeitplan geschaffen werden müsse. Dreh- und Angelpunkt sei der ER Straßburg. Bis dahin müsse die Phase 1 praktisch abschließend vorbereitet worden sein. Bezugnehmend auf die Beiträge einiger Minister, insbesondere LUX, meinte auch er, daß sich der AR ständig mit der Frage der WWU befassen müsse, und stellte eine „spontane Idee“ zur Diskussion, ob der AR nicht durch eine besondere Gruppe unter Beteiligung der Kom. nach Art der „Dondelinger-Gruppe“, die die EEA ausgehandelt habe, unterstützt werden solle. Im übrigen appellierte er an die Kommission, ihr Dokument nicht erst Ende September, sondern schon Anfang Sept. vorzulegen.

Kom.-Präs. Delors bezeichnete es als übereilt, für Anfang Sept. ein wohldurchdachtes Dok. vorlegen zu können. Wegen des Ferienmonats August könne bis dahin allenfalls eine Art „Non-paper“ vorgelegt werden. UK, LUX und NL äußerten Skepsis gegenüber dem Vorschlag von Dumas, eine hochrangige Gruppe nach Art der Dondelinger-Gruppe einzusetzen. LUX erläuterte seine Auffassung dahingehend, daß die WWU zu einem ständigen Top eines jeden AR gemacht werden solle. BM unterstützte jedoch die Idee des Ratspräsidenten ausdrücklich und betonte, daß man die Vorbereitung der WWU aus der Routine herausnehmen müsse.¹⁵

Der Vors. hielt fest, daß das Dok. der Kom. so schnell wie möglich vorgelegt werden solle, d.h. – wie er Kom.-Präs. Delors verstehe – etwa am 15.9. Die EcoFin-Minister würden sich bei ihrem informellen Treffen am 9.9. mit der WWU befassen. Der Allgemeine Rat werde die Arbeit bei seiner Tagung am 3. Oktober¹⁶ wiederaufnehmen.

[gez.] Ungerer

Referat 412 (E 24), Bd. 168590

¹⁵ In einem gemeinsamen Schreiben an Bundesminister Genscher, das am 28. August 1989 übergeben wurde und auch an Bundesminister Waigel ging, schlugen der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy und Außenminister Dumas die Einsetzung einer Gruppe aus persönlichen Vertretern der Außen- und Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten sowie der EG-Kommission vor: „Ce groupe [...] aura pour mission principale d'identifier, d'analyser et d'agencer les éléments qui pourraient être inclus, le moment venu, dans un traité sur l'Union Economique et Monétaire.“ Die Gruppe solle von der Beauftragten beim französischen Staatspräsidenten, Guigou, geleitet werden und Anfang September 1989 erstmals zusammentreten. Vgl. Referat 412, Bd. 168732.

Zum Bericht der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 348.

¹⁶ Korrigiert aus: „2. Oktober“.

228

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.00

19. Juli 1989¹

Über Dg41², D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister zur Unter-
richtung

Betr.: Zusammenschluß Daimler-Benz AG/MBB;
hier: Problematik der Marktbeherrschung in der Luft-, Raumfahrt- und
Wehrtechnik

Bezug: 1) Ihre Weisung vom 28.6.1989

2) Vorlage der Abteilung 4 – 411-455.70/03 vom 18.4.1989⁵ und Sprech-
zettel vom 24.4.1989⁶

Kurzfassung

Das Fusionsvorhaben verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen Wett-
bewerbs- und Ordnungspolitik (Vermeidung von Marktvermachtung und Siche-
rung des Wettbewerbs) und Industriepolitik (Konzept einer konkurrenzfähigen
nationalen Luft- und Raumfahrtindustrie).

Das außenpolitische Dilemma liegt in der drohenden Belastung der transatlanti-
schen Beziehungen (wegen Ablösung der Altlasten und Absicherung des Wechsel-
kursrisikos für Airbus⁷) einerseits und dem Verlust an europäischer Glaubwür-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Gruber konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosen-
garten am 19. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 21. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bei
der nicht einfachen Abwägung zwischen wettbewerbs-/ordnungspolitischen Nachteilen und industrie-
politisch/haushaltspolitischen Vorteilen überwiegen m. E. die Gründe für einen Zusammenschluß.
Wir brauchen Strukturen, die im Binnenmarkt und gegenüber USA u. Japan auf Dauer bestehen
können. D[a]imler-B[enz]/MBB wäre nicht größer als Aerospace (GB) und Aérospatiale/Dassault (F)
jeweils. Ich wäre für eine Ministererlaubnis mit gewissen Entflechtungsaufgaben.“

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 24. Juli 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister
Genscher strich und dazu handschriftlich vermerkte: „Diese interessante Aufzeichnung sollte BM
nach Wiederaufnahme der Dienstgeschäfte erneut vorgelegt werden.“

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 1. August 1989 vorgelegen.

Hat Berger am 29. September 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekre-
täre verfügte und handschriftlich auf einem Begleitvermerk vermerkte: „Besteht der Herr
Staatssekretär auf der Vorlage auch nach Abschluß des Vorgangs?“

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein.“

Hat Berger am 2. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 412 verfügte. Vgl.
den Begleitvermerk; Referat 412, Bd. 168553.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 3. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Ministerialdirektor Jelonek faßte den Entwurf einer Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft
auf eine Große Anfrage der Grünen bezüglich der geplanten Beteiligung von Daimler-Benz an MBB
zusammen. Vgl. dazu Referat 430 (411), Bd. 163042.

⁶ Referat 411 gab Hinweise zur Gesprächsführung mit den USA über die Neustrukturierung der Luft-
fahrtindustrie in der Bundesrepublik durch eine Beteiligung von Daimler-Benz an MBB. Vgl. dazu
Referat 430 (411), Bd. 163042.

⁷ Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über Airbus vgl.
Dok. 119, Anm. 10 und 11.

digkeit im Falle eines „Ausstiegs“ der Bundesrepublik aus dem Airbusprogramm durch Beendigung staatlicher Beihilfen andererseits.

Durch den Zusammenschluß von Daimler-Benz und MBB würde eine im Rüstungsbereich und in der Raumfahrttechnik marktbeherrschende Unternehmensgruppe entstehen. Sie hätte auf einzelnen Teilmärkten (u. a. Flugzeuge, Hubschrauber, Lenk Waffen) eine Monopolstellung als Systemführer. Dies ermöglichte es, nicht nur den Wettbewerb auch in anderen Bereichen erheblich zu beschränken, sondern auch politische Macht auszuüben (z. B. Durchsetzung von Erhaltungssubventionen, Ausfuhr genehmigung für Rüstungsgüter).

Die Bundesregierung hat bisher den Zusammenschluß unterstützt, da er die Chance eröffnet, das subventionsverzehrende Airbusprogramm längerfristig in die volle industrielle Eigenverantwortung zu stellen und damit die öffentlichen Finanzhilfen für den Airbus zurückzuführen. Die Fusion soll darüber hinaus eine Neuordnung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ermöglichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses Industriezweiges verbessern. Ziel ist, daß die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie auf dem künftigen EG-Binnenmarkt einen ihrem Technologie- und Beschäftigungspotential angemessenen Platz findet.

Nachdem das Kartellamt den Zusammenschluß aus wettbewerbsrechtlichen Gründen untersagt hat, muß der BMWi⁸ im Erlaubnisverfahren prüfen, ob der Zusammenschluß im öffentlichen Interesse liegt und gesamtwirtschaftlich vorteilhaft ist.

Bei Gewährung der Erlaubnis besteht die Gefahr, daß sich im Wettbewerb eine Art Zweiklassensystem entwickelt (aus industriepolitischen Gründen kein/oder wenig Wettbewerb für Unternehmen in Schlüsselbereichen, scharfer Wettbewerb in der mittelständischen Industrie).

Sollte die Erlaubnis versagt werden, würde sich das Problem der künftigen Airbusfinanzierung erneut stellen. Die erhofften Synergieeffekte der Fusion blieben aus mit dem Risiko, daß der deutsche Einfluß auf die Gestaltung der künftigen europäischen Luft- und Raumfahrtstruktur sehr gering wird.

Langfassung

I. Wettbewerbs- und ordnungspolitische Gesichtspunkte

1) Durch den Zusammenschluß von Daimler-Benz und MBB würde eine im Rüstungsbereich und bei der Raumfahrttechnik dominierende Unternehmensgruppe (1988 385 000 Mitarbeiter, 80 Mrd. DM Umsatz) entstehen, deren Marktmacht wegen der besonderen Rahmenbedingungen auf diesen Teilmärkten kaum zu kontrollieren wäre. Diese Marktmacht, die in weiten Bereichen auf einer Monopolstellung als Systemführer (Generalunternehmer) beruhen würde, ermöglichte es, den Wettbewerb erheblich zu beschränken.

Zwischen den wichtigsten im Rüstungssektor tätigen Unternehmen bestehen bereits jetzt umfangreiche Verflechtungen über Kapitalbeteiligungen und eine Vielzahl von personellen Querverbindungen. So ist z. B. der Großaktionär von Daimler-Benz, die Deutsche Bank, über Kapitalbeteiligungen und Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsräten bzw. Beiräten folgender im Rüstungssektor

⁸ Helmut Haussmann.

tätigen Unternehmen vertreten: AEG, Thyssen AG, Mannesmann AG, KHD, Siemens, Diehl, Rheinmetall, SEL, Feldmühle-Nobel.

Daimler-Benz ist seinerseits außer bei den eigenen Tochtergesellschaften AEG, Dornier und MTU auch bei Diehl und Krupp beteiligt.

Im Konzernverbund von MBB sind u. a. Erno Raumfahrttechnik, Panavia Aircraft, Euromissile, Eurofighter. Beteiligt ist MBB auch an Henschel und RTG-Raketen Technik GmbH (die wiederum mit 50 % an der Diehl GmbH beteiligt ist).

2) Vom gesamten derzeitigen Auftragsvolumen der Bundeswehr entfallen auf MBB 49 % und Daimler-Benz 18 %, insgesamt also 67 %. Betrachtet man nur das Finanzvolumen für Forschung und Entwicklung, ist der von MBB und Daimler kontrollierte Anteil 77,6 % (MBB 54,9 %, Daimler-Benz 22,7 %). Die Gruppe Daimler-Benz/MBB liegt damit auf der Systemebene weit vor allen anderen im Rüstungsbereich tätigen Unternehmen. Die kapitalmäßig mit MBB verbundenen Diehl und KraussMaffei kommen als Systemführer auf einen Anteil von nochmals über 10 %. Der Krupp-Konzern und Siemens haben jeweils einen Anteil von etwas unter 4 %.

Auf den Märkten für militärische Flugzeuge, Hubschrauber und für Lenkwaffen hat MBB bereits heute eine überragende Marktstellung. Gleiches gilt für MTU auf dem Markt für Triebwerke und für AEG und Dornier bei der Wehrelektronik.

Bei Flugzeugen, Hubschraubern, Triebwerken, Drohnen und Lenkwaffen würde nach dem Zusammenschluß Daimler-Benz/MBB eine Monopolstellung haben. Auch bei Schiffen würde sich auf der Systemebene eine marktbeherrschende Stellung ergeben. Bei der Wehrelektronik würde Daimler-Benz/MBB als Generalunternehmer unverzichtbar sein. Diese Rolle würde es dem Konzern erlauben, die Wertschöpfungsanteile bei der Vergabe von Unteraufträgen weitgehend im eigenen Konzern zu behalten und vor allem die Entwicklung von technologisch hochwertigen Komponenten den eigenen Konzern-Unternehmen vorzubehalten.

Der Ideen- und Innovationswettbewerb z. B. zwischen MBB und Dornier würde entfallen. Die vorwiegend klein und mittelgroß strukturierte Ausrüstungsindustrie könnte einem Verdrängungswettbewerb nicht standhalten. Damit würde die Ebene mit hoher Wettbewerbsintensität als Preis- und Qualitätsregulativ verlorengehen.

Die durch den Zusammenschluß gewonnene Marktmacht würde durch die absolute Größe der zusammengefaßten Kapazitäten eine marktübergreifende Dimension mit schwerwiegenden ökonomischen und politischen Auswirkungen erhalten. Verdeutlichen läßt sich dies etwa an dem Einfluß, den Daimler-Benz auf die Interessenvertretung der Luft- und Raumfahrtindustrie haben wird. So würden z. B. fünf (statt bisher drei) von acht Präsidiumsmitgliedern des Bundesverbandes der Deutschen Luft-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI) dem Daimler-Benz-Konzern angehören. Diese Verteilung spiegelt den Umstand wider, daß von 86 000 der im BDLI Beschäftigten 60 000 Beschäftigte zu Daimler-Benz und MBB gehören.

II. Industrie- und subventionspolitische Aspekte

1) Die Bundesregierung hat bisher den Zusammenschluß unterstützt, da er die Chance eröffnet, das Airbusprogramm längerfristig in die volle industrielle Eigenverantwortung zu stellen und damit die öffentlichen Finanzhilfen für den Airbus zurückzuführen. Die Fusion sollte darüber hinaus zugleich eine Neuordnung der

deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ermöglichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses Industriezweiges verbessern.

2) Über 20 Jahre Airbusförderung haben gezeigt, daß das System der Übernahme aller wesentlichen Risiken durch die Bundesregierung Gefahr läuft, sich zu einer Subventionsautomatik mit Dauercharakter zu verwandeln. Mit Beschluß vom 3. Juni 1987 hat die Bundesregierung den BMWi beauftragt, über die Ablösung der bestehenden Bundesbürgschaft hinaus keine Serienfinanzierung mehr zu übernehmen und auf eine Verstärkung der industriellen Basis und Eigenverantwortung hinzuwirken. Kontakte mit mehreren möglichen Partnern (Siemens, BMW) haben zu dem Ergebnis geführt, daß nur die Daimler-Benz AG bereit ist, durch die Zuführung von privatem Kapital und die Übernahme der industriellen Führung von MBB das unternehmerische Risiko (teilweise) zu übernehmen. Ein vom BMWi erstellter Vergleich der Subventionsbelastung bei Fortführung des bisherigen Airbus-Systems mit dem Daimler-Modell zeigt quantifizierbare Vorteile der Privatisierung in der Größenordnung von bis zu 3,3 Mrd. DM.

3) Ein weiteres Ziel des Zusammenschlusses ist es, der Zersplitterung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie entgegenzuwirken und durch die Zusammenfassung von industriellen Aktivitäten die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Gleichzeitig soll mit der Stärkung des industriellen Elements die notwendige Verbesserung der Kostenstruktur bei der Flugzeugentwicklung und -fertigung erreicht werden, um so die Abhängigkeit der Luftfahrtindustrie von staatlichen Subventionen zurückzuführen. Damit soll eine wichtige Voraussetzung für die deutsche Beteiligung an der europäischen Luftfahrtindustrie – auch im Hinblick auf eine Neuorganisation von Airbus Industrie – geschaffen werden. In einer künftigen europäischen Struktur soll die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie einen ihrem Technologie- und Beschäftigungspotential angemessenen Platz finden.

4) Die Konzentrationsbewegung in der Luft- und Raumfahrtindustrie findet weltweit statt und ist durch die enormen Kosten und Risiken der Flugzeugentwicklung und -fertigung bedingt. So sind in der verglichen mit Europa mehrfach größeren amerikanischen Luftfahrtindustrie nur noch zwei Hersteller großer Verkehrsflugzeuge übriggeblieben, die zusammen ca. 80% des Weltmarktes halten (Boeing allein über 60%). Boeing ist umsatzmäßig fünfmal größer als MBB und Dornier zusammen. Auch unter Einschluß der Wehrtechnik würden die Kapazitäten von MBB, Dornier, AEG und MTU die Größenordnung von British Aerospace einerseits und Aérospatiale/Dassault andererseits nicht übersteigen. Die französische und britische Luft- und Raumfahrtindustrie sind nicht nur wesentlich größer, sondern auch erheblich konzentrierter. In Frankreich sind Dassault und Aérospatiale in vollem oder mehrheitlich staatlichem Besitz. In GB sind die Kapazitäten bei Aerospace zusammengeführt worden. Gleichzeitig streben diese Unternehmen mit Unterstützung ihrer Regierung eine Diversifizierung an, um den Transfer hochwertiger Technologie in andere zivile Anwendungen zu erleichtern. So hat British Aerospace vor kurzem die Automobilfirma Rover mit 40 000 Beschäftigten übernommen.

Die Unternehmensgröße von Daimler/MBB relativiert sich weiter angesichts der Anforderungen, die der künftige EG-Binnenmarkt an die Kapitalkraft und Risikofähigkeit stellt. Um auf diesem attraktiven Markt Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu erreichen, ist ein Überdenken der bisherigen nationalen Betriebsgrößenstruktur erforderlich.

III. 1) Die teilweise mit Schärfe geführte Diskussion über den Zusammenschluß zeigt eine große Meinungsvielfalt quer durch die Parteien, Medien und gesellschaftlichen Gruppierungen. Dabei wird von den Befürwortern industriepolitisch argumentiert, während die Gegner die wettbewerbspolitischen Gesichtspunkte betonen.

Für die Befürworter des Vorhabens (Vertreter der Regierungskoalition, Länderregierungen mit Airbusbeteiligung und Airbusproduktionsstandorten, Betriebsrat MBB, DIHT, einzelne Medien) sind bestimmte Unternehmensgrößen der Luft- und Raumfahrtindustrie zur Erreichung von Wettbewerbsfähigkeit nötig, weil hier wegen der Verengung der internationalen Anbieterstruktur und der hohen Investitionen bei Amortisierung über relativ kleine Serien in sehr langen Zeiträumen enormer Kapitalbedarf mit hohen Risiken entsteht. Die Konkurrenz zweier unabhängiger deutscher Systemfirmen führe aus industriepolitischer Sicht auch zu einer Schwächung des deutschen Einflusses in den europäischen Projekten.

Für die Gegner der Fusion (Vertreter der Regierungskoalition, SPD, Grüne, Betriebsrat Daimler-Benz, die Mehrzahl der Medien) wäre die Ministererlaubnis der größte ordnungspolitische Sündenfall in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die dadurch entstehende Machtkonzentration (Anteil des Konzernumsatzes am Bruttosozialprodukt von 3,7 %, größter inländischer Arbeitgeber, Produktionsstandorte in Krisengebieten) würde Daimler-Benz Einfluß verleihen, der es dem Konzern erlaube, nicht nur seine Marktmacht als unverzichtbarer Systemführer zu Lasten der übrigen Anbieter auszunutzen, sondern auch politische Macht auszuüben (z. B. Durchsetzung von Erhaltungssubventionen, erleichterte Ausfuhrgenehmigung für Rüstungsgüter). Die Zulieferer stünden einem einzigen marktstarken Nachfrager gegenüber.

2) Aus den dargelegten wettbewerbspolitischen Gründen hat deshalb das Bundeskartellamt mit Beschluß vom 17.4.1989 den Zusammenschluß untersagt.

Die Daimler-Benz AG und MBB dagegen verneinen, daß in ihrem Fall die Untersagungsvoraussetzungen vorliegen, und haben am 24.5.1989 einen Antrag auf Ministererlaubnis gestellt. Der BMWi ist nun gefordert, in einer Güterabwägung bis Anfang September 1989 zu entscheiden, ob der Zusammenschluß, trotz der festgestellten Wettbewerbsbeschränkungen, von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen aufgewogen wird oder wegen eines überragenden Interesses der Allgemeinheit gerechtfertigt ist. Denkbar wäre auch die Erteilung der Erlaubnis unter Entflechtungsaufgaben (z. B. die Trennung von Daimler-Benz und Dornier).

3) Bei Erteilung der Ministererlaubnis wären die Folgen für die künftige deutsche Wirtschaftspolitik noch nicht abzusehen. Es bestände die Gefahr, daß sich im Wettbewerb eine Art Zweiklassensystem entwickelt. Die eine Klasse bilden Unternehmen in den Schlüsselbereichen (Kohle, Stahl, Werften, Automobil, Nuklear, Elektronik und Luft- und Raumfahrtindustrie), die aus industriepolitischen Gründen unter Hintanstellung wettbewerbspolitischer Bedenken gefördert werden. Die anderen Unternehmen (z. B. Textil, Lederwaren, der ganze Mittelstand) bleiben dem normalen Wettbewerb ausgesetzt. Wettbewerb zum Wohle der Verbraucher würde es nur noch in der mittelständischen Wirtschaft geben.⁹

⁹ Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Das ist nun mal die industrielle Wirklichkeit!“

Schließlich bleibt die Frage nach der Plausibilität, wenn ein Fall mit massiver Marktbeherrschung aus industrie- und subventionspolitischen Gründen genehmigt wird, während z. B. der Firma Melitta ein Zukauf verboten wurde, weil sich ihre marktbeherrschende Position bei Müllbeuteln verstärkt hätte.

4) Eine neue Dimension in der gesamtwirtschaftlichen Beurteilung von Großfusionen könnte sich nach Vollendung des EG-Binnenmarktes ergeben. Wenn der ökonomisch relevante Markt über die nationalen Grenzen hinausgeht, können internationaler Wettbewerb wirksam und dadurch hohe inländische Marktanteile kartellrechtlich relativiert werden. Die Beurteilung der Marktverhältnisse auf dem EG-Binnenmarkt wäre dann Aufgabe einer Europäischen Fusionskontrolle.¹⁰ Ref. 411 hat mitgewirkt.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168553

229

Aufzeichnung des Botschafters Göttelmann, z.Z. Bonn

20. Juli 1989¹

Über Herrn D3², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister

Betr.: Sicherheitslage in Beirut;

hier: Entscheidung über meine Rückkehr⁴

Bezug: Vorlage der Abt. 1 und 3 vom 19.7.1989⁵ – 118-260 GV 30 BEIR VS-NfD

In Ergänzung der Vorlage möchte ich auf drei Punkte hinweisen, die ich für die Beurteilung der Situation und die weitere Ausübung meiner Funktion in Beirut für wesentlich erachte.

¹⁰ Am 9./10. September 1989 wurde gemeldet, Bundesminister Haussmann habe die Ministererlaubnis zur Fusion von Daimler-Benz und MBB unter Auflagen erteilt und darauf verwiesen, daß die gesamtwirtschaftlichen Vorteile überwögen und der Staat durch die Privatisierung der Airbus-Risiken bis zum Jahr 2000 ca. 5 Mrd. DM einspare. Vgl. dazu den Artikel „Grünes Licht für die Fusion Daimler/MBB“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 9./10. September 1989, S. 33.

¹ Ablichtung.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 20. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Juli 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher strich und handschriftlich vermerkte: „Herr Botschafter Göttelmann, Ihr Engagement ehrt Sie. Wir verfahren gleichwohl nach der heute von mir abgezeichneten Vorlage der Abt. 3.“

⁴ Zum Abzug des Personals der Botschaft der Bundesrepublik in Beirut vgl. Dok. 130.

⁵ Zur zwischenzeitlichen Rückkehr von Botschafter Göttelmann vgl. Dok. 158.

⁵ Korrigiert aus: „17.7.1989“.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Disdorn und Vortragende Legationsrätin Kaempffe analysierten die Sicherheitslage im Libanon, eine mögliche Gefährdung des Botschafters Göttelmann und der Mitarbeiter der Botschaft in Beirut, die diplomatische Präsenz verbündeter Staaten und politische Aspekte und kamen zu dem Schluß: „Es wird vorgeschlagen, daß Botschafter Göttelmann und auch Kanzler

1) Mit dem BND bin ich der Auffassung, daß die „Warnmeldungen“ vor allem darauf zielen, eine „Drohkulisse“ aufzubauen und uns zu verunsichern. Für eine konkrete Gefährdung gibt es keine Erkenntnisse. Wir sollten daher einen kühlen Kopf bewahren. Bei einer realistischen Analyse der Gefährdungslage und der von uns ergriffenen Sicherheitsmaßnahmen muß

- eine Entführung – auch bei Fahrten nach West-Beirut – als undurchführbar,
- ein Anschlag als wenig aussichtsreich, vor allem als unwahrscheinlich angesehen werden.

Eine terroristische Aktion des Hamadi-Clans gegen deutsche Interessen ist außerhalb des Libanon m. E. leichter durchführbar als gegen den Botschafter und seine ebenso geschützten entsandten Mitarbeiter.

1.1) Dennoch folgert das BKA aus den Informationen (die im übrigen mir in Beirut zuzugingen und von denen ich jetzt abgeschnitten bin) ein „objektiv erhöhtes Risiko“ einer „konkreten Gefährdung“, ohne jedoch auf Schutz- und Abwehrmaßnahmen einzugehen, mit denen das Risiko in Beirut kontrollierbar ist.

1.2) Darüber hinaus wird vom BKA seinerseits zur Verunsicherung beigetragen, indem im Zusammenhang mit dem Hamadi-Urteil⁶ über „gezielte Sprengstoffattentate“ (RPG⁷) und „Mordanschläge“ (Sniper) spekuliert wird, für die überhaupt keine spezifischen Erkenntnisse vorliegen. Aber selbst wenn der Versuch solcher Anschläge unterstellt würde, ist bei einer ortskundigen Beurteilung der Sicherheitsmaßnahmen ein Anschlag auf die Visastelle (in der sich im übrigen keine entsandten Bediensteten mehr befinden) und im Residenzbereich praktisch kaum durchführbar.

In die erbetene neue Sicherheitsanalyse der Fachdienststellen müßten daher die örtlichen Gegebenheiten und die objektiven und personellen Schutz- und Abwehrmaßnahmen einbezogen werden, die uns – wie allen übrigen westlichen Staaten – die diplomatische Präsenz im Libanon ermöglichen.

2) Unsere Präsenz im Libanon ist aus politischen Gründen geboten.

2.1) Unsere ausgewogene Politik hat uns bei allen politischen Kräften im Libanon und in der Region großes Ansehen verschafft, welches wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollten. Nach erklärter Auffassung der Abt. 1 ist unsere Präsenz im Falle deutscher Geiseln unverzichtbar und sind unsere permanenten Kontakte zu allen Gruppierungen im Lande – auch hinsichtlich Präventivmaßnahmen – von sicherheitsrelevanter Natur.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1024

I. Staniszewski vorerst nicht nach Beirut zurückkehren.“ Göttelmann habe einen mehrwöchigen Urlaub angetreten. Danach solle erneut geprüft werden, „ob dann eine Rückkehr nach Beirut vertretbar ist oder ob jedenfalls kurze, unangemeldete Besuche unter der Voraussetzung, daß der sichere An- und Abflug gewährleistet werden kann, möglich sind“. Vgl. VS-Bd. 14207 (118); B 150, Aktenkopien 1989.

⁶ Zum Fall Hamadi vgl. Dok. 40, Anm. 6 und 8.

Am 17. Mai 1989 wurde Mohammed Ali Hamadi von der Jugendstrafkammer des Landgerichts in Frankfurt am Main wegen Mordes, Entführung, Geiselnahme, gefährlicher Körperverletzung und Sprengstoffschmuggels zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „Lebenslange Haft für Hamadi. ‚Urteil ohne Druck von außen‘“, DIE WELT vom 18. Mai 1989, S. 1.

⁷ Rocket-propelled grenade.

2.2) Wenn wir aus Sicherheitsgründen „die politische Notwendigkeit, unsere Präsenz in Beirut aufrechtzuerhalten, vorläufig zurückstellen“, so kommt dies zumindest in den Augen der Libanesen (und auch der Syrer) de facto einer Schließung der Botschaft gleich. Dieser De-facto-Zustand wird so lange anzunehmen sein, solange die Brüder Hamadi bei uns inhaftiert sind, und führt dazu, daß unsere politische Präsenz über das jeweilige Ausmaß der Drohkulisse manipuliert und bestimmt werden könnte. Dies hätte eine Schwächung der westlichen Position und der EG-Zwölf zur Folge und würde sich negativ auf unsere mitgestaltende Politik bei allen auch im Libanon reflektierten regionalen Faktoren auswirken.

Nicht zuletzt würde es einen schwerwiegenden Nachteil für unsere Bemühungen zur Freilassung der verschleppten Deutschen⁸ darstellen und könnte uns ggf. Vorwürfen in der Öffentlichkeit aussetzen. Meine Anwesenheit in Beirut ist eine wesentliche Voraussetzung permanenter Information, präventiver Politik und erfolversprechender Vermittlung (konkret: Kontakte zu Mustafa Saad, Sicherheitsabsprachen mit PLO und Amal etc. können nur auf der Basis persönlicher Beziehungen, nicht über internationale Gremien, Syrer oder befreundete Staaten vorgenommen werden).

3) „Kurze unangemeldete Besuche“ im Libanon sind kein geeignetes und wenig realistisches Mittel, unsere politische Präsenz im Libanon aufrechtzuerhalten.

3.1) Für solche sporadischen Kurzvisiten fänden wir – trotz aller Argumente und Erläuterungen – weder bei den politischen Kräften im Lande Verständnis, noch hätten sie für uns – zumal ohne technisch-administrative Infrastruktur am Ort – irgendeinen Nutzeffekt.

3.2) Vor allem aber ließen sich solche Besuche nur unter Inkaufnahme eines erheblich höheren Sicherheitsrisikos durchführen. Während die örtliche Präsenz aller entsandten Bediensteten (einschl. 18 Sicherheitskräfte) den permanenten Kontakt zu allen De-facto-Kräften und die ständige Information über die sich u. U. täglich ändernde Sicherheitslage ermöglicht, von denen unsere Bewegungen und Schutzmaßnahmen wesentlich abhängen, würde jeder „Kurzbesuch“ in Beirut einem Eintauchen in eine unbekannte Situation gleichkommen, in der die in Beirut besonders wichtige Vertrautheit mit dem örtlichen Geschehen fehlt, die aktuelle Sicherheitslage kaum beurteilt werden kann, die technischen Kommunikationsmittel fehlen und die mich begleitenden fünf bis sechs Personen- und Objektschützer völlig überfordert wären. Von einem solchen Abenteuer kann ich nur abraten, zumal die Ein- und Ausreise eines größeren Begleitkommandos mit der notwendigen Technik logistisch kaum durchführbar ist.

Göttelmann

VS-Bd. 14207 (118)

⁸ Zum Entführungsfall Strübig und Kemptner vgl. Dok. 158, besonders Anm. 5.

230

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mulack**513-542.15/3 BUDA VS-NfD****20. Juli 1989**Über D5¹, Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Vorsprache und Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in
Budapest⁴;
hier: aktuelle Lage

Bezug: Aufzeichnung vom 20. Juni 1989⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die Vorsprachen und Zufluchtnahmen von Deutschen aus der DDR haben in den letzten Wochen in Budapest dramatisch zugenommen. In der ersten Juli-hälfte 1989 haben bereits 700 Deutsche aus der DDR mit der Bitte um Hilfe vorgesprochen (Gesamtmonat Juni: 453 Vorsprachen). Die Tendenz hat sich in diesen Tagen weiter verstärkt. Zur Zeit sprechen täglich ca. 80 Hilfesuchende aus der DDR vor. Auch bei Referat 513 gehen zunehmend Telefonanrufe von Verwandten und Kontaktpersonen ein (ca. 20 bis 30 pro Tag).

In der Botschaft Budapest haben zur Zeit 59 Personen aus der DDR Zuflucht genommen, darunter elf kleine Kinder. Mit einem weiteren Anstieg ist zu rechnen.

Die Botschaft hat weitere Büroräume geräumt, um Zufluchtsuchende unterzubringen. Zur Unterbringung der ausgelagerten Büroräume ist ein Reihenhaushaus angemietet worden, das bereits bezogen wird. Die Problematik der Zufluchtsuche und der Vorsprachen hat im Arbeitsablauf der Botschaft Budapest zur Zeit Priorität. Sowohl der Wirtschaftsreferent⁶ als auch der Pressereferent⁷ sind zur Verstärkung von RK eingesetzt. Trotzdem kommt es zu einem Rückstau bei den Vorsprachen: Für „normale“ Fälle (ohne gescheiterten Fluchtversuch) gibt es eine Woche Wartefrist. Personalverstärkungsanforderung wird bereits bearbeitet.

Problematisch ist die Lage dadurch, daß die DDR für die Abwicklung von Zufluchtsfällen neue Bedingungen setzt. Hierüber finden seit 18.7.1989 intensive Gespräche zwischen Staatssekretär Priesnitz, BMB, und RA Vogel statt. Das BMB dringt darauf, daß die jetzigen Zufluchtsfälle im Rahmen einer Status-quo-Lösung abgewickelt werden.

¹ Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 20. Juli 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Juli 1989 vorgelegen.

³ Hat Legationsrat Berger am 21. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 513 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Hoffmann am 21. Juli 1989 vorgelegen.

⁴ Zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Budapest vgl. auch DIE EINHEIT, Dok. 1.

⁵ Vortragender Legationsrat Mulack gab einen Überblick über die Entwicklung der Zahlen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in den Botschaften der Bundesrepublik in Warschauer-Pakt-Staaten im Jahr 1989. Vgl. dazu B 85 (Referat 513), Bd. 2338.

⁶ Heinz-Peter Behr.

⁷ Martin Eberts.

2) Die Situation in der Volksrepublik Ungarn ist dadurch gekennzeichnet, daß zur DDR-Ferienzeit Hunderte, wenn nicht sogar Tausende von Deutschen aus der DDR den Ferienaufenthalt in Ungarn nutzen, um die Ausreise in den Westen zu realisieren.

Ungarn hat seit Frühsommer 1989 die Grenzkontrollen erheblich verstärkt (u. a. Patrouillen mit Hunden; strenge Kontrollen im Grenzvorfeld bis zu 50 km Tiefe; Verhöre und Zurückweisungen von Personen aus der DDR im Vorfeld auch ohne konkreten Fluchtverdacht). Allenfalls ein Drittel der Fluchtversuche gelingt. Das Abschiebungsgefängnis in Budapest ist bereits mit Deutschen aus der DDR überfüllt. Die Praxis der ungarischen Grenzorgane steht im krassen Widerspruch zu den Äußerungen ungarischer Politiker.

Viele Deutsche aus der DDR richten ihre Hoffnung auf die seit 12. Juni 1989 für Ungarn in Kraft getretene Genfer Flüchtlingskonvention⁸. Bisher ist allerdings noch kein Deutscher aus der DDR als Flüchtling behandelt oder anerkannt worden. Es gibt offensichtlich noch keine allgemein verbindliche Weisung an die Behörden, Deutsche aus der DDR, die eine Flüchtlingseigenschaft geltend machen, gemäß der Konvention zu behandeln. In der Regel wird bei einem mißlungenen Fluchtversuch auch diesen Personen eine Ausweisungsverfügung in die Personaldokumente eingestempelt. Bei einem erneuten Fluchtversuch werden die Personen direkt an die DDR ausgeliefert. Dort droht ihnen eine Haftstrafe von mindestens zwei Jahren wegen versuchter Republikflucht. Durch diese Praxis verletzt Ungarn die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention, die u. a. eine Zurückweisung von Flüchtlingen in den Verfolgerstaat verbietet (Art. 33, Verbot des „refoulement“) (vgl. auch gesonderte Vorlage der Abt. 2⁹). Die Ständige Vertretung Genf ist angewiesen worden, die Problematik mit dem UNHCR aufzunehmen.¹⁰

3) Botschaft Budapest hat die Frage der Behandlung von Deutschen aus der DDR mit zuständigen ungarischen Behörden am 19.7.1989 aufgenommen. Die

⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

Das Abkommen trat für Ungarn am 12. Juni 1989 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 636.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix legte am 20. Juli 1989 dar: „Wir dürfen uns in unserer Argumentation gegenüber Ungarn nicht in Widerspruch zu unserer Haltung zum Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit setzen. Wenn wir uns auf eine Pflicht Ungarns zur Nicht-Ausweisung gem. Art. 32 und 33 des Abkommens berufen und damit eine Flüchtlingseigenschaft bejahen, müssen wir klarstellen, daß dies nur insoweit erfolgt, als Ungarn nicht bereit ist, die deutsche Staatsangehörigkeit und damit unseren Schutzanspruch gegenüber DDR-Bürgern, die sich uns zuordnen, anzuerkennen.“ Derix schlug vor, Ministerialdirigent Höynck solle den ungarischen Botschafter Horváth bitten, die ungarische Regierung möge ihre eingegangenen Verpflichtungen einhalten. Flüchtlinge sollten „ein überprüfbares Anerkennungsverfahren durchlaufen und nicht aus der VR Ungarn in ihr Ursprungsland abgeschoben werden, wo ihnen aus politischen Gründen Verfolgung droht.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139946.

¹⁰ Ministerialdirektor Kastrup teilte der Ständigen Vertretung bei den internationalen Organisationen in Genf am 18. Juli 1989 mit, die ungarische Regierung wende die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 auch mit der Begründung noch nicht an, es gebe kein UNHCR-Büro in Budapest. Dieses solle erst im September 1989 errichtet werden. Kastrup wies Botschafter Dannenbring an, gegenüber dem VN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Hocké, auf die „schnelle, wenn möglich sogar umgehende Einrichtung eines UNHCR-Büros in Budapest“ zu drängen und zu erklären: „Wir gehen davon aus, daß UNHCR uns – aufgrund unserer traditionellen Haltung zu Flüchtlingsproblemen und als wichtigem Beitragszahler des UNHCR – bei diesem Wunsch entgegenkommen wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6022; B 85 (Referat 513), Bd. 2338.

ungarische Seite wiederholte bekannte Argumentation, Ungarn werde Genfer Konvention eng auslegen. Es wolle kein Transitland für Flüchtlinge aus sozialistischen Staaten werden. Botschaft setzte sich gegenüber ungarischen Behörden nochmals dafür ein, im Sinne von Artikel 33 der Konvention alles zu unterlassen, was zur Inhaftierung im „Verfolgerstaat“ (DDR) führe. In diesem Zusammenhang wurde in Erfahrung gebracht, daß unabhängig von eingestempelter Ausweisungsverfügung direkter Datenaustausch zwischen den ungarischen Sicherheitsbehörden und den in Budapest anwesenden Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes der DDR stattfindet. Dieses bedeutet in der Praxis, daß alle mißglückten Fluchtversuche, die zu einer Registrierung durch die ungarischen Grenzbehörden geführt haben, der DDR übermittelt werden. Auf dieser Grundlage müßte die Botschaft konsequenterweise den davon betroffenen Deutschen aus der DDR bei Vorsprache Zuflucht gewähren, was ein weiteres Ansteigen der Zufluchtsfälle zur Folge haben wird.

4) Auch an der Botschaft Prag haben sich die Zufluchtsnahmen auf inzwischen 60 erhöht, ebenfalls mit zunehmender Tendenz. Es sprechen täglich ca. 40 Personen aus der DDR vor. Vielfach handelt es sich bei den Zufluchtsuchenden um Personen, die vergeblich die Flucht über die VR Ungarn versucht haben und dann nach Festnahme durch die ungarischen Behörden durch Stempelindruck in die Personaldokumente ausgewiesen wurden. Die Lage in Prag ist insoweit weniger gespannt, da dort die räumliche Kapazität für bis zu 120 Zufluchtsuchende gegeben ist.

5) Die Zentrale steht mit den Botschaften Budapest und Prag in ständigem Kontakt. Es wird Vorsorge getragen, daß alle möglichen Vorkehrungen zur Unterbringung und Versorgung der Zufluchtsuchenden getroffen werden. Die Botschaft Budapest wird gerade noch mit der enormen zusätzlichen Belastung fertig. Bei der Botschaft Prag stellen sich diese Probleme zur Zeit noch etwas weniger dringlich.

6) Zur Einbestellung des ungarischen Botschafters¹¹ ergeht gesonderte Vorlage der Abt. 2.¹²

7) Ref. 514 und 214 haben mitgezeichnet.

Mulack

B 85 (Referat 513), Bd. 2338

¹¹ István Horváth.

¹² Zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix vom 20. Juli 1989 vgl. Anm. 9. Derix wies die Botschaft in Budapest am 24. Juli 1989 an, im ungarischen Außenministerium zu demarchieren, da das vorgesehene Gespräch zwischen Ministerialdirigent Höynck und dem ungarischen Botschafter Horváth wegen dessen Abwesenheit von Bonn derzeit nicht stattfinden könne. Vgl. dazu den Schrifterlaß; Referat 214, Bd. 139946.

231

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein**012-9-312.74 VS-NfD 211120****20. Juli 1989¹****Fernschreiben Nr. 43 Ortez**

Ortez zum Wirtschaftsgipfel Paris (14. – 16. Juli 1989)

I. Mit dem 15. Wirtschaftsgipfel in Paris wurde der dritte Zyklus der Gipfelveranstaltungen eröffnet. Der Gipfel war gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Übereinstimmung und durch den gemeinsamen Willen der beteiligten Staaten, sich den globalen Herausforderungen zu stellen.

Da der Pariser Gipfel im Umfeld der Feierlichkeiten zur 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution stattfand, bot die vorzeitige Anreise der Gipfeldelegationen und ihre Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten zur 200-Jahr-Feier eine Vielzahl von informellen Kontaktmöglichkeiten auch zu den aus diesem Anlaß anwesenden Staats- und Regierungschefs afrikanischer, asiatischer, südamerikanischer und anderer europäischer Staaten.

Beim eigentlichen Wirtschaftsgipfel waren im Wirtschaftsbereich die Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie und die globalen Probleme des Umweltschutzes Schwerpunkt. Außerdem wurden aktuelle außenpolitische Fragen (West-Ost-Beziehungen, Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn, China) erörtert.

II. Wirtschaftspolitische Themen

1) Im wirtschaftspolitischen Bereich konnten die Staats- und Regierungschefs eine positive Bilanz intensiver internationaler Zusammenarbeit ziehen. Sie bekundeten ihre Entschlossenheit, weiterhin in enger wirtschafts- und währungspolitischer Zusammenarbeit die Voraussetzungen für ein dauerhaftes und störungsfreies Wachstum zu schaffen und zugleich der zunehmenden Inflationsgefahr in ihren Ländern entgegenzuwirken. Sie plädierten dafür, den Bemühungen um den Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte neue Dynamik zu verleihen. Die USA, Kanada und Italien sollen ihre Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite verringern, um die Kluft zwischen Ersparnisbildung und Investitionen sowie die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu reduzieren.

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen weiter, die bisherigen kooperativen und flexiblen Ansätze in der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit beizubehalten und ggf. weiterzuentwickeln, um die Funktionsweise und die Stabilität des internationalen Währungssystems im Einklang mit den wirtschaftlichen Grunddaten zu verbessern.

2) Sie forderten die Überschußländer Japan und die Bundesrepublik Deutschland auf, auch künftig zur Förderung der Binnennachfrage eine geeignete makroökonomische Politik zu verfolgen und Strukturreformen zu verwirklichen.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, den Handelsprotektionismus in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Sie plädierten dafür, die Uruguay-Runde² planmäßig 1990 abzuschließen.

3) Für die Entwicklungsländer komme es auf die Schaffung günstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen an: starkes und dauerhaftes Wachstum des Welthandels in einem offenen Handelssystem, gesicherter Zugang zu den Märkten der Industrieländer, angemessene Mittelzuflüsse und Verpflichtung zu geeigneten wirtschaftlichen Reformen.

Die Staats- und Regierungschefs appellierten an die reichen Länder, den ärmsten Staaten statt Krediten Zuschüsse zu gewähren, und forderten mehr Flexibilität bei der Entwicklungshilfe.

4) Zur Weiterentwicklung der Schuldenstrategie für die besonders hochverschuldeten Länder merkten sie an, daß in vielen Ländern nach wie vor ein Großteil der Exporterlöse für die Schuldentilgung aufgewendet werden muß, es an Finanzierungsmitteln für wachstumsfördernde Investitionen fehlt und die starke Kapitalflucht nach wie vor das Schlüsselproblem vieler Schuldnerländer ist. Sie forderten die Schuldnerländer zu umfassenden wirtschaftlichen Reformprogrammen auf, die in Übereinstimmung mit den Leitlinien von IWF und Weltbank zum Schuldenabbau führen. Die Schuldenstrategie für hochverschuldete Länder soll sich auch weiterhin am Einzelfall orientieren.

5) Die Staats- und Regierungschefs appellierten an die Gläubigerbanken, die finanzielle Unterstützung von Reformprogrammen in Schuldnerländern variabler und flexibler zu gestalten. Insbesondere vor dem Hintergrund der noch andauernden Verhandlungen mit Mexiko empfehlen sie sowohl den Schuldnerländern als auch den Geschäftsbanken der Industrieländer, in ihren Verhandlungen realistische und konstruktive Standpunkte zu vertreten und die Verhandlungen bald zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.³

6) Ein zentrales Thema des Gipfels war die Umweltproblematik. Vom Gipfel ging ein klares Signal für die gemeinsame Verantwortung zur Bewahrung einer gesunden Umwelt aus. Die G7 fordern dringend einschneidende Maßnahmen, damit das ökologische Gleichgewicht der Erde verstanden und geschützt werden kann. Sie bekräftigten die Absicht, bis spätestens zum Ende des Jahrhunderts die Produktion ozonerstörender FCKW-Gase einzustellen. Sie empfehlen Maßnahmen zu Energieeinsparungen und einem wirksameren Energieeinsatz, um die Kohlendioxidemissionen zu vermindern. Auch eine umweltgerechte Nutzung tropischer Wälder sei dringlich. Die deutsche Initiative zur Erhaltung tropischer Wälder⁴ wurde ausdrücklich begrüßt. Mit Steuern, Abgaben und Auflagen sollen Preissignale bei der Produktion gesetzt werden, um Umweltschutz zu fördern.

² Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen legte am 31. Juli 1989 dar, am 23. Juli 1989 sei eine Einigung Mexikos mit insgesamt etwa 450 Gläubigerbanken über Altschulden in Höhe von 53 Mrd. US-Dollar bei einer Gesamtaußenschuld Mexikos von 110 Mrd. US-Dollar bekanntgegeben worden. Dabei seien verschiedene Optionen für Schuldenerleichterungen vorgesehen. Insgesamt könne die Einigung Mexikos mit den Gläubigerbanken „zwar als wichtiger Fortschritt bei der Umsetzung der Brady-Initiative, nicht aber als ein entscheidender Durchbruch bei der Überwindung der Verschuldungskrise (bzw. der dahinterstehenden Sozial- und Entwicklungskrise) bewertet werden“. Vgl. Referat 422, Bd. 149248.

⁴ Zur Initiative von Bundeskanzler Kohl zum Schutz der Erdatmosphäre vgl. Dok. 181.

III. Politische Themen

1) Seit dem Wirtschaftsgipfel 1983 in Williamsburg⁵, USA, gehören außenpolitische Themen fest zu den Gipfelberatungen. In diesem Jahr rückten die politischen Erörterungen durch die 200-Jahres-Feiern der Französischen Revolution und die jüngsten Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen (insbesondere die Reformprozesse in Ungarn und Polen, die Unterdrückung der Reformbewegung in China) besonders ins Blickfeld. Die Reise des US-Präsidenten Bush nach Polen und Ungarn⁶ und die seit Wochen lebhaft diskutierte Diskussion über Hilfsmaßnahmen für Polen gaben den Beratungen besondere Aktualität. Die Staats- und Regierungschefs befaßten sich deshalb auch länger als vorgesehen mit außenpolitischen Fragen.

2) Zum Abschluß der außenpolitischen Diskussion gaben die Staats- und Regierungschefs am 15. Juli vier politische Erklärungen ab:

- Erklärung zu den Menschenrechten,
- Erklärung zu den West-Ost-Beziehungen,
- Erklärung zu China,
- Erklärung zum Terrorismus.

Die Texte der Erklärungen wurden am 19. Juli im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht.⁷

3) Zentrales Thema der West-Ost-Diskussion war die Frage der Unterstützung der Reformprozesse in Polen und Ungarn und die Koordinierung von bilateralen und multilateralen Hilfsmaßnahmen. Der polnische Präsident Jaruzelski hatte hierzu ein Schreiben an die Teilnehmer gerichtet.⁸

Auf Vorschlag von Bundeskanzler Kohl wurde die EG-Kommission gebeten, die Initiative für eine baldige Koordinierungskonferenz zu ergreifen, an der über die Sieben hinaus alle interessierten Staaten teilnehmen können. Eine erste Sitzung der interessierten Staaten wird schon Anfang August stattfinden.⁹ Daß der Europäischen Gemeinschaft von den Sieben diese wichtige Aufgabe zugewiesen wurde, ist auch unter europapolitischen Gesichtspunkten bemerkenswert und bedeutet eine internationale Aufwertung der Gemeinschaft.

Die vom Bundesminister beim EPZ-Außenministertreffen der Zwölf am 11.7.1989 in Paris angeregte EG-Nahrungsmittelhilfe für Polen¹⁰ wurde von den Gipfelteil-

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

⁶ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärungen des Weltwirtschaftsgipfels vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. BULLETIN 1989, S. 661–670.

⁸ Für das Schreiben des polnischen Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 30. Juni 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 412 (E 24), Bd. 168590.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt notierte am 11. August 1989, am 1. August 1989 habe in Brüssel eine erste Koordinierungssitzung stattgefunden. Teilgenommen hätten die 24 OECD-Mitgliedstaaten. Im Ergebnis seien folgende Bereiche für Hilfsmaßnahmen identifiziert worden: „Landwirtschaft (Soforthilfe und mittelfristige Strukturmaßnahmen); Handel (Marktöffnung); Privat-Investitionen/Joint-ventures; Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich des Managements; Umweltschutz.“ Ein weiteres Koordinierungstreffen sei am 26. September 1989 in Brüssel vorgesehen. Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157060.

¹⁰ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ sowie zur Nahrungsmittelhilfe für Polen vgl. Dok. 218, besonders Anm. 18.

nehmern befürwortet. Der EG-Ministerrat bekräftigte bereits am 17.7.1989¹¹ auf Außenministerebene den Willen der Gemeinschaft zur Hilfe. Der EG-Agrarministerrat wird am 24.7.1989 die für die Durchführung notwendigen Entscheidungen treffen.

Der Bundeskanzler machte zum Abschluß des Gipfels deutlich, daß diese Maßnahmen nicht darauf abzielen, in die Prozesse dieser Länder einzugreifen, sondern daß die Länder, die sich für politische und gesellschaftliche Reformen und für mehr Marktwirtschaft entscheiden, wissen sollen, daß sie auf unsere Solidarität rechnen können.

4) Die Erklärung zu den Menschenrechten bekräftigt auf Initiative von Frankreich nicht nur die in bisherigen Abkommen und Erklärungen niedergelegten Menschenrechtsbekenntnisse, sondern enthält auch neue, in die Zukunft weisende Elemente (Schutz der Rechte der Kinder, der Behinderten und der älteren Mitbürger; Entwicklungen in den Humanwissenschaften; Umwelt).

Mit Fragen der Luftsicherheit (Flugzeugentführungen, Anschläge) hatte sich der Wirtschaftsgipfel seit 1978¹² immer wieder zu befassen. Die Erklärung zum Terrorismus steht in der Reihe der Erklärungen der letzten Jahre. Sie bekräftigt die Entschlossenheit der Sieben, weiterhin alles zur Bekämpfung des Terrorismus zu tun, insbesondere auch durch Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen (internationale Kennzeichnung von Plastik- und Foliensprengstoff). Sie enthält auch einen Appell zur Freilassung von Geiseln.

In der Erklärung zu China kommt der Konsens der Sieben zum Ausdruck, das gewaltsame Vorgehen der chinesischen Regierung einerseits deutlich zu verurteilen, andererseits aber Augenmaß zu bewahren und China nicht zu isolieren oder die Verbindungen abubrechen. Besonders Japan setzte sich für eine gemäßigte Reaktion und das Offenhalten einer Rückkehr zur Zusammenarbeit ein. Großbritannien lag an einer gemeinsamen Bekräftigung der Unterstützung für Hongkong.

5) Die Außenminister¹³ befaßten sich auch mit den Regionalthemen: Naher Osten (israelisch-arabischer Konflikt, Libanon) Kambodscha, Zentralamerika (Panama) und südliches Afrika. Das Ergebnis dieser (ohne Mitarbeiter geführten) Beratungen schlug sich in der mündlichen Zusammenfassung durch AM Dumas in der Pressekonferenz vom 15.7. (Chairman's Summary)¹⁴ nieder.

6) Der diesjährige Wirtschaftsgipfel fand außenpolitisch unter günstigen Voraussetzungen statt:

- Die den Sieben gemeinsamen Grundwerte (Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft, freier Welthandel) setzen sich weltweit – auch im Osten – stärker durch;
- in der Bewertung der West-Ost-Beziehungen besteht ein wachsender Konsens; vor allem herrscht Einigkeit über die Notwendigkeit aktiver Unterstützung

¹¹ Zur EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 227.

¹² Vgl. dazu die Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Flugzeugentführungen; BULLETIN 1978, S. 766. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 225.

¹³ Zum Gespräch der Außenminister der G 7 am 14. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 221.

¹⁴ Für den Wortlaut der Pressekonferenz des französischen Außenministers Dumas in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Juli/August), S. 47–50.

der im Interesse des Westens liegenden Reformprozesse in Polen und Ungarn sowie in der Sowjetunion;

- die US-Administration ist um partnerschaftliche Führung mit Europa¹⁵ bemüht;
- Japan nimmt zunehmend aktiver an den Diskussionen und der Formulierung gemeinsamer Politik teil.

Die Diskussionen ergaben ein breites Maß an Übereinstimmung. Bei der Bewertung der West-Ost-Beziehungen wird heute die vom Bundesminister seit seiner Rede in Davos im Februar 1987¹⁶ vorgezeichnete Linie weitgehend allgemein geteilt. Gemeinsam setzten sich Bundeskanzler Kohl und Präsident Bush für Hilfsmaßnahmen gegenüber Polen und Ungarn sowie für ihre Koordinierung ein.

7) Die Einbindung Japans in die Abstimmung einer gemeinsamen westlichen Politik ist ein wichtiger Aspekt jedes Wirtschaftsgipfels. Sie trägt zur Weiterentwicklung des wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Dreiecks USA–Europa–Japan bei. Der japanische Außenminister¹⁷ hob in den Gesprächen das Interesse der japanischen Regierung an einer engen Zusammenarbeit auch bei Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle hervor.

IV. In einem mit positivem Interesse aufgenommenen Brief vom 14.7.1989 hat GS Gorbatschow den Gipfelteilnehmern ein breit angelegtes Angebot für Dialog und Zusammenarbeit über weltwirtschaftliche Fragen gemacht.¹⁸ U. a. schlägt er vor:

- gemeinsam zur Lösung der Verschuldungskrise der Dritten Welt beizutragen,
- Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe,
- Schaffung „ökologischer Stabilisatoren für das Weltwirtschafts-Haus“,
- Weiterentwicklung der zunehmenden Integrationstendenzen in verschiedenen Teilen der Welt zu einer „weltweiten Partnerschaft“,
- Angleichung der verschiedenen Mechanismen zur makroökonomischen Koordination und Entwicklung einer gemeinsamen „Wirtschaftssprache“.

Präsident Mitterrand wird den Brief im Namen der G7 beantworten.¹⁹

[gez.] Trautwein

Referat 212, Bd. 158545

¹⁵ Die Wörter „partnerschaftliche Führung mit Europa“ wurden von Vortragendem Legationsrat Met-scher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Weltwirtschaftsforum am 1. Februar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 93–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 65.

¹⁷ Hiroshi Mitsuzuka.

¹⁸ Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. Referat 412 (E 24), Bd. 168590.

¹⁹ Für das undatierte Schreiben des französischen Staatspräsidenten Mitterrand an den Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, das mit Schreiben der französischen Botschaft vom 21. August 1989 an Bundeskanzler Kohl übermittelt wurde, vgl. Referat 412 (E 24), Bd. 168590.

232

Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-13756/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2861

Aufgabe: 20. Juli 1989, 17.55 Uhr¹
Ankunft: 20. Juli 1989, 17.00 Uhr

Betr.: Innenpolitische Lage in der SU

Zur Unterrichtung

Gorbatschow hat in seiner Rede vor der ZK-Konferenz am 18.7.89² selbst festgestellt, daß sich die Perestroika in einer „kritischen Periode“ befindet. Das Wort „kritisch“ wird in dem Sinne verwendet, mit dem man sonst einen Krankheitsverlauf beschreibt, also die Periode, in der sich entscheidet, ob die Medizin stärker ist als die Krankheit oder die Krankheit die Oberhand gewinnt.

In der Tat befindet sich die SU z.Zt. in einer Periode rapide zunehmender Instabilität. Die Massenstreiks der Kohle-Bergarbeiter in Westsibirien – eines der bedeutendsten Bergbau- und Schwerindustrie-Gebiete der SU – haben auf das bedeutendste Bergbau-Gebiet im europäischen Rußland – das Donezkbecken – übergegriffen. Die „Iswestija“ deutete ein Übergreifen der Streiks auf die Erzabbaugebiete und metallurgische Industrie im südlichen Ural sowie die dort befindliche bedeutende chemische Industrie an. Gorbatschow selbst hat von Absichten unter Eisenbahn-Arbeitern gesprochen, sich ab 1. August den Streiks anzuschließen. Mehrere Abgeordnete haben sich im Obersten Sowjet gegen „destabilisierende“ Streiks ausgesprochen. Dabei ist auch das Wort vom „Generalstreik“ gefallen.

Die Nationalitätenkonflikte in Abchasien, Nagorny Karabach und Kasachstan sowie zwischen Tadschiken und Kirgisen sind seit längerem in die Dimension der bewaffneten Unruhen hineingewachsen, in der nur patrouillierende Panzer und Ausgangssperren unkontrollierbare Explosionen verhindern. In Abchasien ist inzwischen eine Art von Belagerungszustand eingeführt worden. Die streitenden Abchasen und Georgier haben z.T. Polizeistationen überfallen, um sich zu bewaffnen.

Die Situation in Moldawien scheint nur kurz unterhalb der Schwelle des Ausbruchs offener Gewalt. Die Forderungen der Balten werden zwar friedlich vorgebracht. Die Organisation der russischen Bevölkerungsteile im Baltikum nimmt aber zu, und die Forderungen mancher baltischer Gruppen nach Unabhängigkeit werden nachdrücklicher. (Vgl. dazu heutiger Drahtbericht Nr. 2863³ zur Unabhängigkeitsstrategie der litauischen Sajūdis.)

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 21. Juli 1989 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf der Sitzung des ZK der KPdSU in Moskau vgl. den Artikel „Perestrojka raboty partii – važnejšaja ključevaja zadača dnja. Doklad M. S. Gorbacheva na soveščanii v CK KPSS“; PRAVDA vom 19. Juli 1989, S. 1–3 („Der Umbau der Arbeit der Partei – das ist die wichtigste Schlüsselaufgabe des Tages. Rede von M. S. Gorbatschow auf der Sitzung im ZK der KPdSU“).

³ Gesandter Heyken, Moskau, berichtete, der amerikanische Botschafter Matlock habe am Vortag nach einem Gespräch mit der litauischen Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis über deren Strategie infor-

Die Botschaft hat die Perestroika in ihrer Berichterstattung als eine Revolution von oben beschrieben. In einem sorgfältig gesteuerten Prozeß der Demokratisierung, bei dem bestimmte Teile der Medien gezielt eingesetzt wurden, und unter teilweise Rückgriff auf das Mittel der persönlichen Diskreditierung schreitet der Umbau der Machtstruktur voran. Die Apparate der Partei und der Regierung sind davon inzwischen erkennbar erfaßt. Das Prestige der Armee und des Innenministeriums sowie der Staatsanwaltschaft sind angegriffen worden. Weitgehend ungeschoren ist bisher nur der KGB.

Damit ist eine Lage entstanden, in der von der Streikbewegung, deren Hintergrund die gravierenden und nur über Jahre zu bessernden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme sind, und⁴ den Nationalitätenfragen – also von unten – spontane, nicht oder nur sehr schwer kontrollierbare Kräfte ausgehen, während gleichzeitig das Lenkungsinstrumentarium – von oben – gezielt verändert und dabei, solange diese Veränderung nicht abgeschlossen ist, geschwächt wurde.

Insbesondere die zurückhaltend verständnisvolle Reaktion Gorbatschows auf die Streiks an Stelle einer harten Aufforderung der Rückkehr zur Arbeit, kombiniert mit der Ankündigung von bisher als nicht finanzierbar abgelehnten Konsumgüterimporten, lassen darauf schließen, daß Gorbatschow sich in der Defensive sieht und kaum mehr über rasch wirksame Mittel verfügt, den sich aufbauenden Forderungen von allen Seiten zu begegnen. Die Anwendung von Gewalt à la „Kriegsrecht“ in Polen⁵ als Ultima ratio ist zwar möglich und bei einem weiteren Aufschaukeln der Streikbewegungen und nationalen Konflikte nicht auszuschließen. Sie wäre aber gleichbedeutend mit dem Scheitern Gorbatschows und dem einstweiligen Rückfall der SU in „bonapartistische“ Verhältnisse, den hier ein polnischer Diplomat für möglich erklärte.

Ein „Bonaparte“ ist allerdings nicht erkennbar. Die Versuche, ihn durch die Implikation in die usbekischen Bestechungsaffären zu diskreditieren, haben Ligatschow deutlich, wenn auch vielleicht nicht entscheidend geschwächt. Einen anderen Protagonisten scheinen die von Gorbatschow selbst angegriffenen „Dogmatiker“ nicht zu haben. Auffällig war, daß der frühere KGB-Chef Tschebrikow bei seiner kürzlichen Reise nach Lipetzk auch die „Fehler der Führung“ in der gleichen Manier kritisierte, in der der konservative Parteiflügel dies auf dem „Pensionierungsplenum“ im April⁶ getan hatte. Eine starke Basis hat dieser Flügel aber sicherlich noch im alten Apparat auf der mittleren und unteren Ebene.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1035

miert: Bereits im Herbst 1989 sollten direkte Wahlen für den Obersten Sowjet Litauens stattfinden. Dieser solle dann eine Unabhängigkeitserklärung abgeben, eine vorläufige Verfassung verabschieden und Neuwahlen für ein Parlament ausschreiben, welches die endgültige Verfassung erarbeiten und für die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit werben solle. Sajūdis habe diese Pläne auch dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dargelegt und erklärt, es gehe „um die Alternative zwischen einem ordentlichen Prozeß (gemäß dieser Strategie) und einer unkontrollierten Entwicklung mit allen Risiken“. Vgl. Referat 213, Bd. 147114.

⁴ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁵ Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

⁶ Zum Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau vgl. Dok. 121, Anm. 10.

Ansätze zu einer Formierung der ebenfalls von Gorbatschow kritisierten „Linksradikalen“, die schon auf dem Volkskongreß⁷ erkennbar waren, hat Jelzin jetzt in einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 19.7.89 aufgegriffen. Er schlug die Bildung einer „interregionalen Abgeordnetengruppe“ vor und kündigte für den 29. und 30. Juli eine Versammlung an, in der darüber beraten werden soll, also eine Versammlung, die sich leicht zur Konstituante einer Opposition machen ließe.⁸

So hängt jetzt sehr viel davon ab, ob die von der „progressiven“ Gruppe der Abgeordneten und vermutlich Teilen des KGB seit langem geforderten Konsumgüterimporte bzw. deren Ankündigung ausreichen werden, die Streikwelle zu brechen. Sie wurden, trotz ihres offensichtlichen Charakters als Mittel bloßer Überkleisterung der Probleme, von dem Abgeordneten Schmeljow, der als Wissenschaftler im Arbatow-Institut arbeitet, und vor wenigen Tagen von PB-Mitglied Jakowlew wirtschaftspolitisch gerechtfertigt. Da diese Importe zu hohen (Rubel-)Preisen verkauft werden würden, dienten sie zur „Geldvernichtung“ und dadurch „Inflationsbekämpfung“. Die Zuflucht zu so fadenscheinigen Argumenten zeigt den polit. Druck, unter dem man sich in der Spitze sieht.

Sie lassen aber auch erkennen, daß es zwischen Gorbatschow und Ryschkow wichtige Meinungsunterschiede gibt, wofür es z.B. im Prozeß der Regierungsbildung (Kamenzew-Affäre⁹) oder der Entsendung von Masljukow und nicht des Ryschkow-Vertrauten Silajew nach Bonn¹⁰ schon früher Indizien gab. Es ist vor diesem Hintergrund eventuell entscheidend, daß Gorbatschow die Armeespitze mit der Verteidigung Jasows im Obersten Sowjet nach vermutlich jedenfalls teilweise gezielten, diskreditierenden Angriffen auf Jasow sowohl geschwächt als auch an sich gebunden hat.

Insgesamt bestätigt sich immer mehr das Bild von der Perestroika als „Ritt auf dem Tiger“, das auch hochrangige sowjet. Gesprächspartner uns gegenüber verwendet haben.

Wenn Gorbatschow in dieser Lage seiner bisherigen Methode treu bleibt, so bedeutet dies eine weitere Beschleunigung der Flucht nach vorn. Ansätze dazu

⁷ Zur Tagung des Kongresses der Volksdeputierten vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 in Moskau vgl. Dok. 197.

⁸ Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 31. Juli 1989, 388 Deputierte des Volkskongresses hätten sich am 29./30. Juli 1989, angeführt vom Mitglied des Obersten Sowjet, Jelzin, zu einer „linksradikalen eigenständigen Vereinigung“ zusammengefunden. Damit habe sich zum ersten Mal in der Geschichte der UdSSR eine innerparteiliche Opposition formiert: „Zwar wird das seit 1921 verfemte Wort ‚Fraktion‘ noch sorgsam umgangen, faktisch bilden die knapp vierhundert Deputierten jedoch eine Fraktion der Radikalen im Volkskongreß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3016; Referat 213, Bd. 147110.

⁹ Gesandter Heyken, Moskau, teilte am 5. Juli 1989 mit, am Vortag habe der vom sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow für das Amt des Außenhandelsministers vorgesehene bisherige Vorsitzende der Außenwirtschaftskommission, Kamenzew, nicht die erforderliche Stimmenmehrheit im Obersten Sowjet erhalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2660; Referat 213, Bd. 147110.

¹⁰ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 29. Juni 1989, vom sowjetischen Staatlichen Planungskomitee (Gosplan) sei mitgeteilt worden, daß dessen Vorsitzender Masljukow vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gebeten worden sei, in die Bundesrepublik zu reisen, um dort die Beschlüsse aus dem Besuch Gorbatschows vom 12. bis 15. Juni 1989 „umzusetzen“. Meyer-Landrut führte dazu aus, für den Vorsitzenden des Büros für Maschinenbau, Silajew, müsse die Beauftragung Masljukows „einen Affront darstellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2528; Referat 213, Bd. 147151. Der Besuch von Masljukow fand vom 8. bis 12. Juli 1989 statt. Dazu führte das Bundesministerium für Wirtschaft am 14. Juli 1989 aus: „Es ist zu hinterfragen, ob Gosplan oder Büro für Maschinenbau (Silajew) für uns der einflußreichere und effizientere Partner ist oder ob auf beide Pferde gesetzt werden muß.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147151.

sind in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet vom 19.7.89¹¹ zu finden, in der er „irgend jemand“ beschuldigt, aus einer Lage (polit.) Vorteile ziehen zu wollen, „in der man darüber nachdenken muß, welche Formen zu verwenden sind, damit die Lage nicht aus den Händen gleitet“. Er deutet dann die Möglichkeit der Gründung eines „Komitees zur Unterstützung der Perestroika gegen deren Saboteure“ an.

Gleichzeitig könnte er die Probleme nutzen, um die bestehenden Gewerkschaften zu zerschlagen und aus den offensichtlich gut organisierten Streikkomitees neue „Gewerkschaften für die Perestroika“ zu machen.

Schließlich ist denkbar, daß er der Wirtschaftsreform, die in Ryschkows Schlußwort zur Regierungsbildung im Obersten Sowjet vom 18.7.89¹² nur noch einen ganz blassen Abglanz gefunden hat, einen neuen kräftigen Impuls zu geben.¹³ Diese Möglichkeit ist allerdings, wegen der damit verbundenen sozialen Folgen, die politisch unwahrscheinlichste, obwohl sachlich wohl die gebotenste. So ist eine baldige, tragfähige Stabilisierung nicht in Sicht.

[gez.] Heyken

VS-Bd. 13515 (213)

233

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein

012-9-312.74 VS-NfD 211530

24. Juli 1989¹

Fernschreiben Nr. 44 Orteze

Orteze zum jüngsten Chemieexportfall Rheineisen

1) Während seines Besuches in Washington² am 21.6.89 wurde BM Genscher von US-Außenminister Baker darauf angesprochen, daß ein deutsches Handelsunternehmen dabei sei, chemische Vorprodukte, die zur Herstellung von chemischen Waffen verwendet werden können, nach Iran zu liefern.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 15, S. 310–317.

¹² Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow auf der Sitzung des Obersten Sowjet in Moskau vgl. den Artikel „Realizm praktičeskich dejstvij. Zaključitel' noe slovo N.I. Ryžkova na pervoj sessii Verchovnogo Soveta SSSR“; PRAVDA vom 18. Juli 1989, S. 2 („Der Realismus praktischer Handlungen. Schlußwort von N.I. Ryschkow auf der ersten Session des Obersten Sowjet der UdSSR“).

¹³ So in der Vorlage.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 25. Juli 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 20./21. Juni 1989 in den USA vgl. Dok. 186 und Dok. 195.

Nähere Einzelheiten übermittelte die US-Administration kurz darauf. Die vom AA eingeschalteten inneren Behörden nahmen sofort die Ermittlungen auf. Sie stellten fest, daß die US-Hinweise zutrafen. Die Fa. Rheineisen, Düsseldorf, die im Alleineigentum einer britischen Staatsangehörigen („Strohfrau“?) steht und von einem als Prokurist tätigen Iraner geleitet wird, hatte Abschlüsse getätigt, wonach 257 t Thionylchlorid – eine Substanz, die u. a. zur Herstellung des Nervengifts Lost benutzt werden kann und die im Rahmen der Australischen Initiative von den beteiligten westlichen Industrieländern unter Exportkontrolle gestellt worden ist – auf dem unter deutscher Flagge (aber unter arabischem Charter) segelnden Schiff „Sea Crest Pioneer“ von Bombay nach Dubai und von dort nach Iran geliefert werden sollten. Die erforderliche Ausfuhrgenehmigung lag nicht vor.

Im Laufe des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens erklärte sich Rheineisen bereit, das Liefergeschäft zu annullieren und die bereits von Bombay aus verschiffte Teilmenge von 120 t von Dubai nach Bombay zurückzubeordern. Tatsächlich gelang es dank der schnellen Intervention unserer Vertretungen in Abu Dhabi, Dubai, New Delhi und Bombay sowie des Verständnisses der jeweiligen örtlichen Behörden, das bereits verschiffte Thionylchlorid in Dubai abzufangen und auf demselben Schiff nach Bombay zurückzubringen und zu entladen.

2) Im Gegensatz zum Rabta-Fall³ konnte daher diesmal dank des sofortigen Einsatzes aller beteiligten deutschen Stellen eine erneute deutsche Beteiligung an möglicher CW-Produktion im Ausland verhindert werden.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil

a) das Auswärtige Amt auf sofortige Maßnahmen drängte und alle beteiligten deutschen Stellen, vor allem die zuständige Oberfinanzdirektion, sofortige Schritte einleiteten,

b) das infolge der Rabta-Affäre verschärfte deutsche Exportkontrollrecht die rechtlichen Mittel für diesen Einsatz vorsieht.

Dabei ist besonders anzumerken, daß solche Transitgeschäfte, bei denen eine Ware, die unter Exportkontrolle steht, die Bundesrepublik nicht berührt, erst durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 7.3.89⁴ unter Genehmigungspflicht gestellt worden waren (Para 40⁵ Abs. 1 Außenwirtschaftsverordnung). Thionylchlorid wurde erst durch die 62. VO zur Änderung der⁶ Ausfuhrliste vom 6.4.89⁷ auf die Liste der exportkontrollierten Substanzen gesetzt.

3) Die infolge von Rabta vorgenommenen Änderungen zum Außenwirtschaftsrecht haben damit ihre erste Bewährungsprobe bestanden. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Maßnahmen noch keineswegs abgeschlossen sind. Alle

³ Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 144, Anm. 9.

⁴ Für den Wortlaut der Zweiten Verordnung vom 27. Februar 1989 zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 18. Dezember 1986, die am 7. März 1989 veröffentlicht wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 341.

⁵ Korrigiert aus: „Para 44“.

⁶ Korrigiert aus: „zur“.

⁷ Für den Wortlaut der Zweiundsechzigsten Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 68 vom 11. April 1989, S. 1889.

Neuregelungen, die Gesetzesänderungen erforderlich machen (insbesondere die neuen Strafvorschriften, die jede Beteiligung Deutscher an der Produktion von A-, B- und C-Waffen im In- und Ausland unter Strafe stellen), befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren.⁸

National bleibt die Aufgabe, das geltende Außenwirtschaftsrecht im Lichte der Erfahrungen weiterhin auf Lücken zu überprüfen und die Effizienz unserer Kontrollmechanismen angemessen zu verstärken. Allen hinreichend konkreten Hinweisen auf illegale Exportgeschäfte wird umgehend nachgegangen werden.

Der Fall Rheineisen hat im übrigen vor Augen geführt, daß rein nationale Maßnahmen nicht ausreichen. So hätte der Fall Rheineisen ohne die Kooperation der Regierung der VAE und der indischen Regierung nicht gelöst werden können. Es ist dabei anzumerken, daß der Export von Thionylchlorid in Indien nicht unter Exportkontrolle steht. Der indische Exporteur hat also nicht gegen Rechtsvorschriften verstoßen. Ein erneuter Export – diesmal ohne deutsche Beteiligung – in einen an CW-Produktion interessierten Staat kann daher nicht ausgeschlossen werden.

Es bleibt dringend erforderlich, alles zu tun, um diejenigen Staaten – vor allem Schwellenländer der Dritten Welt – mit eigener Chemieproduktion, die sich bisher den internationalen Bestrebungen um Verhinderung der Proliferation von CW verschließen, für diese Bemühungen (etwa in der Australischen Gruppe, aber auch auf der für September vorgesehenen internationalen Konferenz in Canberra⁹) zu gewinnen. Bis zum Abschluß eines weltweiten CW-Verbots können nur die Mittel der Exportkontrolle eingesetzt werden, um die Verbreitung der sogenannten „Atomwaffe des kleinen Mannes“ zu verhindern. Die Bundesregierung wird ihre nationalen wie internationalen Bemühungen in dieser Richtung konsequent fortsetzen.

[gez.] Trautwein

Referat 311, Bd. 154155

⁸ Zu den Bemühungen um eine Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

⁹ Zur Konferenz gegen chemische Waffen vom 18. bis 22. September 1989 vgl. Dok. 311.

234

Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse Storz-Chakarji**210-330.20 VS-NfD****27. Juli 1989¹**

Betr.: Äußerungen von Prof. Kaiser zu einer angeblichen Erklärung des früheren BK Adenauer über die Ostgrenze²

Anlg.: 2 (mit Unteranlagen)³

Trotz umfangreicher Recherchen in den Bundesarchiven⁴, in den National Archives in Washington und im Central Files des State Department hat sich bislang kein zweiseitiges Papier bzw. Brief finden lassen, in dem Adenauer sich hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie als zukünftiger Grenze eines wiedervereinigten Deutschlands festgelegt hat.

Anhand der vorliegenden Unterlagen kann lediglich der Beweis geführt werden, daß die Drei Mächte (beunruhigt durch Äußerungen Adenauers in der deutschen Öffentlichkeit Anfang November 1951) im Vorfeld und während der Pariser Konferenz (20. bis 23.11.1951) das Thema Oder-Neiße-Linie ausführlich untereinander, mit Hallstein und mit Adenauer erörtert haben. Die Frage war nach unserer Kenntnis erstmals am 13.11.1951 Diskussionsgegenstand zwischen Hallstein und den Hohen Kommissaren. Am 14.11.1951⁵ trafen die Hohen Kommissare mit Adenauer zusammen⁶ und unterbreiteten ihm – auf amerikanischen Wunsch – den Vorschlag, ein Papier zu unterzeichnen (agreed minutes). Adenauer

¹ Ablichtung.

Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen.

² Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 11. Juli 1989 über Äußerungen des Direktors des Forschungsinstituts der DGAP in einem Vortrag vor dem „American Institute for Contemporary German Studies“ am Vortag in Washington: „Kaiser erklärte, daß bei den Verhandlungen Adenauers mit den drei Westmächten Anfang der 50er Jahre über die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland auch die Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der künftigen deutschen Ostgrenze eine Rolle gespielt hätten. Adenauer habe damals mit den Drei Mächten auch eine Vereinbarung getroffen, der zufolge diese ihre Unterstützung bei künftigen deutschen Bemühungen um eine Wiedervereinigung zusagten, während Adenauer zum territorialen Kontext einer Wiedervereinigung erklärt habe, daß die Oder-Neiße-Linie dann die Ostgrenze Deutschlands sein würde.“ Diese von den Beteiligten als geheim behandelte Vereinbarung befinde sich laut Kaiser heute in den Archiven der vier Staaten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2924; Referat 210, Bd. 140835.

³ Vgl. Anm. 17 und 18.

⁴ Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, teilte am 18. Juli 1989 mit, „die offenen und VS-Akten des Bundeskanzleramts zu Deutschlandvertrag und Zusatzabkommen wurden auf Hinweise nach der von Prof. Kaiser behaupteten Erklärung Adenauers durchgesehen. Solche Hinweise sind nicht gefunden worden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140835.

Mit Schreiben vom 19. Juli 1989 informierte das Bundesministerium des Innern, daß auch im Bundesarchiv sowie in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus kein entsprechendes Schriftstück gefunden werden konnte. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 140835.

Auch die Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen bzw. der Justiz teilten am 20. bzw. 21. Juli 1989 mit, es sei in den dortigen Akten kein entsprechendes Dokument gefunden worden. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 140835.

⁵ Korrigiert aus: „15.11.1951“.

⁶ Für das Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und den Hohen Kommissaren François-Poncet (Frankreich), Kirkpatrick (Großbritannien) und McCloy (USA) vgl. AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 570–579.

scheint auf diesen Vorschlag – zumindest am 14.11.1951⁷ – nicht eingegangen zu sein, da er nach den Geheimtelegrammen von Kirkpatrick⁸ und McCloy⁹ auf seiner Position beharrte. Die Frage sollte deshalb bei dem Treffen mit den Außenministern während der Pariser Konferenz¹⁰ (20. bis 23.11.51) erneut aufgenommen werden.

Diese haben vor dem Treffen mit Adenauer bereits am 21.11.1951 Vorgespräche geführt und dabei ausführlich das Thema Oder-Neiße-Linie behandelt.¹¹

Adenauer traf seinerseits vor der gemeinsamen Unterredung zu bilateralen Gesprächen mit US-AM Acheson (21.11.51)¹², französischem AM Schuman (22.11.51) und britischem AM Eden (22.11.51)¹³ zusammen. Nach dem deutschen Gesprächsprotokoll muß das Thema Oder-Neiße in der Unterredung mit Acheson eine wichtige Rolle gespielt haben. Adenauers Position ist allerdings nur verkürzt wiedergegeben (s. Anlage). Sie ist der einzige Hinweis auf mögliche mündliche Zugeständnisse Adenauers in der Frage, da es kein amerikanisches Gesprächsprotokoll gibt. „Agreed minutes“ werden nicht erwähnt.

Nach unseren Unterlagen war die Oder-Neiße-Linie in den bilateralen Treffen mit Eden und Schuman nicht Gesprächsgegenstand. Hier könnten jedoch möglicherweise das britische Foreign Office bzw. der Quai d'Orsay¹⁴ weitere Aufschlüsse geben.¹⁵

Notizen über das Gespräch mit den drei Außenministern am 22.11.1951 geben Hinweise, daß man in der Frage schon vor dem Treffen einen Modus vivendi hatte finden können („Likewise we had reached agreement with him prior to the formal meeting that he would not press for any change in the present position of our three governments as regards Germany's Eastern territories“¹⁶). Auf welche Weise dies geschehen ist, läßt sich nicht rekonstruieren.

⁷ Korrigiert aus: „15.11.1951“.

⁸ Für das Telegramm des britischen Hohen Kommissars Kirkpatrick vom 15. November 1951 an das britische Außenministerium vgl. Referat 210, Bd. 140835.

⁹ Für den Wortlaut des Telegramms des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy vom 15. November 1951 an das amerikanische Außenministerium vgl. FRUS 1951, III/2, S. 1579–1582 (Dok. 392).

¹⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit den Außenministern Acheson (USA), Eden (Großbritannien) und Schuman (Frankreich) am Nachmittag des 22. November 1951 vgl. AAPD 1951, Dok. 192, bzw. FRUS 1951, III/2, S. 1605–1607 (Dok. 138).

¹¹ Für das Gespräch der Außenminister Acheson (USA), Eden (Großbritannien) und Schuman (Frankreich) am 21. November 1951 in Paris vgl. FRUS 1951, III/2, S. 1597–1604 (Dok. 136).

¹² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Acheson in Paris vgl. AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 526–528.

¹³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Außenminister Eden in Paris vgl. AAPD 1951, Dok. 190.

¹⁴ Die Wörter „Foreign Office“ und „Quai d'Orsay“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ergebnis?“

¹⁵ Gesandter Wegner, London, berichtete am 14. August 1989, das britische Außenministerium habe die dort archivierten Unterlagen überprüft und der Botschaft mitgeteilt, diese „enthielten keine Informationen, die die These von Professor Kaiser stützten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1622; Referat 210, Bd. 140835.

Am 19. September 1989 teilte Botschafter Pfeffer, Paris, mit, auch im Archiv des französischen Außenministeriums sei nach dessen Auskunft „kein Dokument gefunden worden, das die Anerkennung (l'acceptation) der Oder-Neiße-Linie durch Herrn Adenauer zu irgendeinem Zeitpunkt erwähnt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2399; Referat 210, Bd. 140835.

¹⁶ Vgl. das Telegramm des amerikanischen Außenministers Acheson vom 23. November 1951 an den amerikanischen Präsidenten Truman; FRUS 1951, III/2, S. 1610 (Dok. 140).

Als Ergebnis des Gesprächs vom 22.11.51 erhielten die Hohen Kommissare Mandat, die Angelegenheit mit dem BK weiterzuverfolgen „unter der Voraussetzung, daß eine solche Diskussion nicht zu neuen Diskussionen führen würde“. Ob die Diskussion tatsächlich fortgeführt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis.

Ein chronologischer Abriß der Ereignisse vom November 1951, wie sie sich nach unserem Kenntnisstand darstellen, findet sich mit Zitaten und Quellenangaben in Anlage 1 dieses Vermerks.¹⁷

Anlage 2 umfaßt eine Aufstellung der von Ref. 210 durchgesehenen Unterlagen.¹⁸

Storz-Chakarji

Referat 210, Bd. 140835

235

Bundesminister Genscher an den sowjetischen Außenminister Schewardnadse

27. Juli 1989¹

Sehr geehrter, lieber Herr Kollege,

ich wende mich mit diesem Brief in einer wichtigen Phase der Politik Ihres Landes in dem persönlichen und vertrauensvollen Geist, der in der Zusammenarbeit zwischen uns entstanden ist, an Sie.

Sie sollen wissen, daß ich in meiner Rekonvaleszenz² das Ringen um die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen in Ihrem Land mit großer Anteilnahme verfolge. Die Gespräche, die ich mit Ihnen und mit Generalsekretär Gorbatschow über diese Fragen geführt habe, sind mir dabei im Bewußtsein. Ich weiß, wieviel für die Bürger Ihres Landes, wieviel für Europa und wieviel für die ganze Welt vom Erfolg Ihrer Bemühungen abhängt. Darum wünsche ich Generalsekretär Gorbatschow und Ihnen von Herzen Erfolg. Was ich dazu beitragen kann, werde ich tun. Wenn es Ihnen notwendig erscheint, lassen Sie mich wissen, was ich dazu tun kann – auch jetzt. Mich bestimmen dabei der Moskauer Vertrag³, die Schlußakte von Helsinki⁴ und die deutsch-sowjetische

¹⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für die Chronologie vgl. Referat 210, Bd. 140835.

¹⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufstellung der Archivalien vgl. Referat 210, Bd. 140835.

¹ Das Schreiben wurde mit Drahterlaß Nr. 1211 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 27. Juli 1989 an Gesandten Heyken, Moskau, „persönlich“ übermittelt mit der Bitte, es „im Namen von Bundesminister Genscher“ noch am selben Tag dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zu übermitteln. Vgl. Referat 010, Bd. 178924.

² Bundesminister Genscher erlitt am 20. Juli 1989 einen Herzinfarkt. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 636 f.

³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Erklärung⁵, für deren Zustandekommen Sie sich mit so großem Engagement eingesetzt haben. Sie weist den Weg nicht nur für eine bessere Zukunft im deutsch-sowjetischen Verhältnis, sondern für das Zusammenleben der Völker und für die Bewältigung der globalen Herausforderungen, vor denen wir alle stehen. Ich weiß die Art, wie wir dieses Dokument gemeinsam formulieren konnten, hoch zu schätzen.

Herr Minister, die Verantwortung, die wir in dieser Zeit für das Wohlergehen und die Zukunft unserer Völker tragen, ist schwer. Die Kraft dafür finden wir in der Chance, das Tor zu einer glücklichen Zukunft zu öffnen. Nach den schrecklichen Leiden des Zweiten Weltkrieges empfinde ich es mit besonderer Dankbarkeit, daß ich an einer solchen Politik mitwirken kann. Es bestärkt mich dabei die Gewißheit, daß die Freunde und Verbündeten meines Landes die Verantwortung kennen und schätzen, die gerade wir Deutschen für die Zukunft Europas tragen.

Mit der Bitte, daß Sie meine guten Wünsche auch Generalsekretär Gorbatschow übermitteln, grüße ich Sie herzlich.⁶

Ihr Hans-Dietrich Genscher
Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Referat 010, Bd. 178924

Fortsetzung Fußnote von Seite 1043

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁵ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

⁶ In seinem Antwortschreiben vom 3. August 1989 führte der sowjetische Außenminister Schewardnadse u. a. aus: „Sie haben überzeugende Worte gefunden, um die Bereitschaft zum Ausdruck zu bringen, unsere Bemühungen im Bereich der Perestroika zu unterstützen. Ich sehe darin eines der eindrucksvollen Merkmale der tiefgreifenden Veränderungen zum Besseren im Verhältnis zwischen unseren Staaten. Diese Ihre Bereitschaft wissen wir sicherlich hoch zu schätzen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178924.

236

**Botschaftsrat Zepter, Genf (GATT-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1816**Aufgabe: 31. Juli 1989, 18.29 Uhr¹****Ankunft: 31. Juli 1989, 18.44 Uhr**

Bericht Nr. 171/89

Betr.: GATT Uruguay-Runde (UR);

hier: Stand der Verhandlungen zur Sommerpause

Bezug: 1) Vermerke Nr. 169/89² und 170/89 vom 28.7.1989³2) Bericht Nr. 115/89 vom 26. Mai 1989⁴

Zur Unterrichtung

Pas de salut hors du GATT: Mit dieser Ermahnung versuchte GATT-GD Dunkel in der TNC⁵-Sitzung vor der Sommerpause, die Delegationen der UR auf die Endphase der Verhandlungen einzuschwören und vor unilateralen Aktionen zu warnen.

Dunkel entsprach mit seinen Worten der von den meisten Verhandlungspartnern geteilten Auffassung, daß auch unter den derzeitig erschwerten Rahmenbedingungen (Verschuldungssituation der EL, amerikanische Aktionen nach Section 301 des Trade Act⁶) nicht uni- oder bilaterales Vorgehen, sondern nur die multilaterale Verhandlungslösung dauerhaften Erfolg bringt. Die UR – so der US-Delegierte Lavorel in der Sitzung des TNC am 27.7.89 – sei die letzte Chance für den Rest dieses Jahrhunderts, die Welthandelsordnung den Erfordernissen der Weltwirtschaft anzupassen.

Dunkel ermahnte aber auch alle Verhandlungspartner, über den sich erwartungsgemäß in der Endphase der Verhandlungen verschärfenden Interessensgegensätzen nicht das gemeinsame Ziel aus dem Auge zu verlieren. Am Ende der UR könne und müsse ein ausgewogenes Paket von Rechten und Pflichten stehen, bei dem jeder Teilnehmer letztlich unter dem Strich einen Vorteil mitnehme.

Mit der Festlegung von Datum und Ort der abschließenden Konferenz ist die UR in der Tat an einer entscheidenden Wegmarke angelangt. Vier Monate nach der Midterm Review⁷ und eineinhalb Jahre vor dem in Brüssel geplanten

¹ Das von Ministerialrat Witt und Botschaftsrat Zepter, beide Genf (GATT-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

² Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), informierte über den Verhandlungsstand in der „Verhandlungsgruppe Warenverkehr“ (GNG). Vgl. das Fernschreiben Nr. 1350 des Bundesministeriums für Wirtschaft; Referat 411, Bd. 160546.

³ Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), informierte über den Verhandlungsstand im „Ausschuß für Handelsverhandlungen“ (TNC). Vgl. das Fernschreiben Nr. 1351 des Bundesministeriums für Wirtschaft; Referat 411, Bd. 160546.

⁴ Für den mit Drahtbericht Nr. 1307/1308 des Ministerialrats Witt, Genf (GATT-Delegation), übermittelten Bericht Nr. 115/89 vgl. Dok. 152.

⁵ Trade Negotiations Committee.

⁶ Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 vgl. Dok. 103, Anm. 10.

⁷ Die Halbzeit-Evaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT fand vom 5. bis 8. April 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 103.

Abschluß stellt sich die Verhandlungssituation aus Genfer Sicht wie folgt dar:

1) Die Wiederaufnahme der laufenden Verhandlungen nach der relativ langen Unterbrechung durch das Halbzeittreffen⁸ zu Beginn dieses Jahres war zunächst geprägt durch eine Mischung aus Antiklimax und dem Wunsch, den Impuls des Midterm-Erfolgs zu erhalten. Während der Verhandlungsprozeß in einigen Gruppen zunächst stagnierte (insbesondere bei den institutionellen Themen, bei denen in der Midterm Review große Fortschritte erzielt werden konnten), war in anderen Bereichen der Wunsch spürbar, den durch das Halbzeittreffen bewirkten Zeitverlust möglichst rasch wettzumachen. Dies gilt vor allem für die Themen Dienstleistungen, Schutzklausel und TRIPS⁹, in denen neue, substantielle Vorschläge vorgelegt wurden. Losgelöst vom politischen Druck und auf der Grundlage des klaren Mandats für den weiteren Verhandlungsverlauf, konnten auch die Verhandlungen in den besonders sensitiven Bereichen Landwirtschaft und Textil konstruktiv fortgesetzt werden.

Insgesamt hat sich die Arbeit in fast allen Verhandlungsgruppen vor Beginn der Sommerpause beträchtlich intensiviert. Der von Dunkel als Aufgabe für die kommenden Monate gestellte Prozeß, bis Jahresende alle nationalen Positionen auf den Verhandlungstisch zu legen, ist demnach bereits in vollem Gange.

2) In den Monaten nach der Midterm Review wurde deutlich, daß sich die Hauptinteressenten auf die Endphase der Verhandlungen vorbereiten. Dies gilt insbesondere für die EG, die in einer ganzen Reihe wichtiger Themen ihre Verhandlungsposition weiter geklärt hat. Nicht die USA, sondern die EG bestimmt zur Zeit das Verhandlungstempo. Während die Nordics, KAN und AUS noch einigermaßen mithalten, vermitteln die USA den Eindruck, als hätten sie seit dem Regierungswechsel in Sachen UR immer noch nicht richtig Tritt gefaßt. Doch zeichnet sich jetzt kurz vor der Sommerpause eine Änderung ab. Es ist damit zu rechnen, daß die USA in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder sehr viel stärker in den Verhandlungen mitmischen werden. JAN hält sich wie gewöhnlich im Hintergrund, wohl in der Hoffnung, nicht aufzufallen und erst dann eingreifen zu können, wenn es seine Interessen unbedingt erforderlich machen.

3) In Anbetracht ihrer größeren Ressourcen haben die IL im Prozeß der Verhandlungsführung einen komparativen Vorteil gegenüber den EL. Dadurch rückt nicht nur das Verhandlungsinteresse dieser Länder stärker in die Optik, es entsteht auch der Eindruck, als drängten die IL die Interessen der EL bewußt in den Hintergrund. Wie in der Vergangenheit war dies auch bei den jüngsten GNG-¹⁰/TNC-Sitzungen Anlaß zu bitterer Klage seitens der EL. Dahinter mag freilich auch ein gewisses Maß an Verhandlungstaktik stehen. Der Leiter der hiesigen EGK-Vertretung, Tran, hat sicherlich recht, wenn er die EL dazu auffordert, ihre Interessen in allen Einzelfragen zu artikulieren, statt generell mehr special and differential treatment zu fordern. In der Tat haben die EL in der Midterm Review immer dann erfolgreich operiert, wenn sie in der Lage waren, ihre Interessen konstruktiv in eine spezifische Verhandlungssituation einzubet-

⁸ Vom 5. bis 9. Dezember 1988 fand in Montreal die sogenannte „Halbzeit-Konferenz“ statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 368.

⁹ Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

¹⁰ Group of Negotiations on Goods.

ten, statt gebetsmühlenartig die Forderung nach Sonderbehandlung ohne angemessenes Eigenengagement zu wiederholen. Der EG wird nach wie vor eine zentrale Rolle zugemessen, wenn es darum geht, die EL in das Gesamtpaket der UR einzubinden. Sie hat es immer wieder verstanden, den EL zumindest das Gefühl zu vermitteln, als verstehe man deren Sorgen und als werde sie alles tun, um den EL entgegenzukommen, wo immer dies vertretbar und bezahlbar erscheint. Dabei dürften sich auch andere IL darüber im klaren sein, daß ohne einen Preis in den Bereichen Textil, tropische Produkte oder bei der Schutzklausel ein Abschluß der UR im Konsens kaum möglich sein wird.

4) Recht haben die EL, wenn sie feststellen, daß ein wesentlicher Bestandteil der Ministererklärung von Punta del Este¹¹, nämlich die Verpflichtung, die eigene Verhandlungsposition nicht durch einseitige Maßnahmen zu verbessern und nicht-GATT-konforme Maßnahmen zurückzunehmen, bisher nicht im gewünschten Maße eingehalten wurde. Dennoch haben Standstill- und Rollback-verpflichtungen zumindest teilweise die beabsichtigte politische Wirkung gezeigt. Selbst in den USA war die neue Administration bemüht, mit dem Hinweis auf Standstill die protektionistischen Ambitionen des Kongresses einzudämmen und die Auswirkungen der verschärften 301-Verpflichtung auf ein Minimum zu beschränken. Bei Rollback gab es bereits zu Beginn der Verhandlungen ernsthafte Zweifel, ob die betroffenen Staaten wesentliche Konzessionen ohne Gegenleistungen anbieten würden. Hier besteht weiter die Hoffnung auf Entgegenkommen am Ende der Verhandlungen als Teil des Gesamtpakets.

5) Nach wie vor gilt die These, daß ein substantielles Ergebnis der UR weitgehend vom Willen der Hauptbeteiligten abhängen wird, ihre Interessen einander anzunähern. Das gilt in besonderem Maße für EG und USA. Die Behauptung aber, die Verhandlungen stünden und fielen mit den Fortschritten bei Agrar, wurde zumindest durch die Midterm Review ein wenig relativiert. Zwar spielt dieser Bereich immer noch eine zentrale Rolle. Die Vorgaben der Genfer Konferenz und die allgemeine Entspannung im Bereich des Weltagrarhandels haben jedoch dazu beigetragen, die Diskussion zu versachlichen. Andere Themen, insbesondere Dienstleistungen, Schutzklausel, Textil und Schutz des geistigen Eigentums, haben an Bedeutung zugenommen. Sie werden neben dem Thema Landwirtschaft über Erfolg oder Mißerfolg der UR mitentscheiden.

6) In der letzten TNC-Sitzung meldeten sich mehrere Teilnehmer mit der Frage zu Wort, in welcher Rechtsform die UR-Verhandlungen abgeschlossen werden sollten. Dunkel bezeichnete diese Frage als im derzeitigen Stadium verfrüht. Sie ist jedoch von großem praktischen Interesse und sollte auch von Seiten der EG bei den Beratungen über ihre Verhandlungspositionen stärker als bisher in Betracht gezogen werden: Anzustreben wäre eine Lösung, die, wenn immer möglich, der Konsens-Praxis des GATT entspricht und sich so eng wie möglich an das GATT als Vertrag anlehnt. Die Option einer Kodex-Lösung sollte jedoch gleichzeitig bei den dafür in Frage kommenden Gruppen auch aus verhandlungstaktischen Gründen nicht aus dem Auge verloren werden.

7) Insgesamt rechtfertigt der derzeitige Verhandlungsstand vorsichtigen Optimismus: Die Verhandlungsdelegationen haben im letzten TNC ihren Willen

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Ministerkonferenz des GATT vom 15. bis 20. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 268.

bekräftigt, die Verhandlungen zeitgerecht zum Abschluß zu bringen. Auch wenn die Positionen in vielen Bereichen noch weit auseinanderklaffen, so ist doch generell die Bereitschaft spürbar, zum Verhandlungserfolg beizutragen. Das gilt auch für diejenigen EL, die als besonders schwierige Verhandler gelten.

Der in Genf spürbare Optimismus baut wohl auch auf der Gewißheit auf, daß die UR nur Teil eines Gesamtprozesses darstellt. In wichtigen Bereichen wie Landwirtschaft und Dienstleistungen wird mit der UR ein Prozeß eingeleitet, der noch weiter in die Zukunft reichen wird. Mit den institutionellen Reformen wird die UR sicher den notwendigen Rahmen schaffen, um auch nach formellem Abschluß der Verhandlungen die Dinge weiter voranzubringen.

8) Eine Kurzbewertung des Stands der Verhandlungen in den einzelnen Verhandlungsgruppen folgt als Anlage.

[gez.] Zepter

(Folgt Anlage)

[...] ¹²

Referat 411, Bd. 160546

237

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Cappell

424-411.10

3. August 1989¹

Betr.: Wesentliche Probleme bei den Rüstungsexporten in die einzelnen Länder

Amerika, Vereinigte Staaten von

Da NATO-Staat, gibt es grundsätzlich keine Probleme. Probleme nur dann, wenn Fertigungsunterlagen zur Herstellung von Kriegswaffen exportiert werden sollen. In diesem Fall muß gemäß den Politischen Grundsätzen² eine Endverbleibsregelung für die in Amerika hergestellten Kriegswaffen angestrebt werden. Es dürfte schwierig sein, eine solche Regelung gegenüber Amerika durchzusetzen. Bisher sind noch keine einschlägigen Fälle aufgetreten.

Argentinien

Bei Rüstungsexporten nach Argentinien ist stets auf den noch bestehenden formellen Kriegszustand mit Großbritannien zu achten.³ Insbesondere hat Bundes-

¹² Für die mit Drahtbericht Nr. 1816/1817/1824 übermittelte Anlage vgl. Referat 411, Bd. 160546. Vgl. Anm. 1.

¹ Hat Legationsrat Warnken am 16. August 1989 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

³ Am 1./2. April 1982 besetzten argentinische Truppen die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Britische Einheiten gingen am 21. Mai 1982 an

kanzler PM Thatcher zugesagt, keine modernen SUT-Torpedos (Fa. AEG) nach Argentinien zu genehmigen.⁴ Dagegen werden weiterhin die technisch veralteten SST⁵-Torpedos (Fa. AEG) genehmigt. Argentinien steht ferner in Verdacht, enge Rüstungsbeziehungen mit Iran zu pflegen. Bei allen deutschen Rüstungsexporten nach Argentinien muß deshalb streng auf eine Endverbleibsklausel geachtet werden. Bei den aufgrund deutscher Fertigungsunterlagen und mit deutschen Teilzulieferungen in Argentinien gefertigten Panzern TAM⁶ liegt eine solche eindeutige Endverbleibsklausel für die Panzer nicht vor. Etwaigen Absichten Argentinien, den mit deutscher Hilfe gebauten Panzer TAM zu exportieren (als Empfänger war auch schon Iran in der Presse genannt worden), ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.⁷

Australien

Australien ist bei der Behandlung von Rüstungsexporten den NATO-Staaten gleichgestellt. Besondere Probleme gab es nicht. Den U-Boot-Auftrag hat nicht HDW, sondern eine schwedische Firma erhalten.

Bahrain

Für Bahrain wurden sowohl Radpanzer TPz⁸ „Fuchs“ als auch bewaffnete Patrouillenboote genehmigt. Kettenpanzer wurden bisher nicht beantragt.

Bangladesch

Bangladesch ist bisher als Empfänger deutscher Rüstungsgüter nicht in Erscheinung getreten.

Belgien

Bei Direktexporten nach Belgien gibt es keine Probleme, da NATO-Staat. Allerdings ist Belgien, insbesondere seine Häfen, als Umschlagplatz für Waffenexporte in Krisengebiete bekannt geworden.

Birma

Bis zum Sommer 1988 waren die Rüstungsexporte nach Birma (meistens Maschinen, mit denen Waffen oder Munition hergestellt werden können) problemlos. Aufgrund der inneren Unruhen in Birma im Sommer 1988 haben wir alle Rüstungsgüterlieferungen und Lieferungen, die zur militärischen Verwendung bestimmt sind, gestoppt. Hauptlieferant ist die Fa. Fritz Werner, die nach wie vor enge Geschäftsbeziehungen mit Birma unterhält. Die Fa. Fritz Werner hat angegeben, daß sie über keine Ausfuhrgenehmigungen mehr verfügt. Neue Ausfuhrgenehmigungen an die Fa. Fritz Werner werden nicht erteilt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1048

mehreren Stellen der Inseln an Land. Am 15. Juni 1982 kapitulierten die argentinischen Truppen, und ein Waffenstillstand trat in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108, Dok. 110, Dok. 137 und Dok. 175.

⁴ Zur Frage der Lieferung des Torpedos „Surface and Underwater Target“ nach Argentinien vgl. AAPD 1986, I, Dok. 60.

⁵ Special Surface Target.

⁶ Zum Bau des „Tanque Argentino Mediano“ vgl. AAPD 1977, II, Dok. 177.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Legationsrat Warnken handschriftlich: „Gleiches gilt für U-Boote, die in Deutschland hergestellt wurden bzw. mit dt. Zulieferungen auf argentinischen Werften montiert wurden.“

⁸ Transportpanzer.

Bolivien

Bolivien ist bisher kaum als Empfänger deutscher Rüstungsgüter in Erscheinung getreten.

Brasilien

Brasilien bezieht im großen Umfang Lieferungen (sowohl Rüstungsgüter als auch Dual-use-Güter) aus der Bundesrepublik Deutschland. Da Brasilien einer der größten Rüstungsexporteure der Dritten Welt ist, haben wir stets darauf geachtet, daß Endverbleib unserer Lieferungen Brasilien ist. Vorsicht ist geboten bei Zulieferungen, die für das brasilianische Nuklearprogramm im militärischen Bereich bestimmt sind. Brasilien arbeitet an der Entwicklung eines nuklearbetriebenen U-Bootes. Der elektrische Antrieb für eine U-Boot-Landtestanlage wurde jüngst genehmigt, da Brasilien bescheinigt hat, daß der Antrieb konventionell ist. Noch offen ist die Entscheidung über den Antrag auf Lieferung von 300 Panzermotoren für den brasilianischen Panzer „Osório“, für dessen Prototypen wir in den vergangenen Jahren mit Endverbleibsklausel Brasilien Zulieferungen genehmigt hatten. Die „Osório“-Panzer (mit den deutschen Panzermotoren) sollen nach Saudi-Arabien geliefert werden. Die für Brasilien genehmigten U-Boote sind ebenfalls noch nicht fertiggestellt. Es ist daher denkbar, daß es weiterhin Anträge auf Zulieferungen für den U-Boot-Bau geben wird.

Chile

Kriterium für die Beurteilung von Anträgen auf Genehmigung von Lieferungen nach Chile ist in erster Linie, ob mit diesen Waren Menschenrechtsverletzungen begangen werden können. Die Praxis ist bisher, daß Lieferungen von Waffen, Waffenersatzteilen an die Polizei oder Landstreitkräfte Chiles bisher nicht genehmigt wurden. Dagegen wurden Hubschrauberlieferungen in der Vergangenheit für die chilenische Polizei genehmigt. Diese Praxis der Genehmigung von Hubschrauberlieferungen an die chilenische Polizei soll offenbar nicht mehr fortgesetzt werden: Die Amtsleitung hat bisher über den Antrag auf Lieferung von zwei Polizei-Hubschraubern seit ca. 1 1/2 Jahren nicht entschieden. Dagegen wurden im Marinebereich Zulieferungen für die von der Bundesrepublik ausgelieferten U-Boote genehmigt. Hauptgrund hierfür: U-Boote und Schiffsbewaffnungen können kaum für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden.

Dominikanische Republik

Bisher als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

Ecuador

Mit Ausnahme von U-Boot-Lieferungen in der Vergangenheit bisher kaum als Empfänger deutscher Lieferungen in Erscheinung getreten.

El Salvador

Lieferungen, die für die dortigen Militärs bestimmt sind, können nicht genehmigt werden.

Finnland

Es gab zahlreiche Genehmigungen im Dual-use-Bereich. Bisher gibt es keine Informationen oder Anhaltspunkte dafür, daß Finnland diese Waren weiter in den Ostblock liefert. Dies ist aber immerhin denkbar.

Frankreich

Bei Direktlieferungen nach Frankreich gibt es keine Probleme, da NATO-Staat. Probleme gibt es dagegen im Bereich des deutsch-französischen Rüstungsexportabkommens von 1971.⁹ Kein Veto-Recht der Bundesregierung bei französischen Exporten von gemeinschaftlich entwickelten Rüstungsgütern (Milan, HOT, Alpha Jet). Die Praxis ist bisher, daß uns Frankreich innerhalb seines dreistufigen Genehmigungsverfahrens vor Erteilung der französischen Exportgenehmigung über einen geplanten Export eines gemeinschaftlich entwickelten Rüstungsgutes informiert. Wir haben dann die Möglichkeit, Bedenken im Rahmen von Konsultationen vorzutragen. Dies ist bisher in nur sehr kritischen Fällen (z.B. HOT und Milan nach Irak während des iranisch-irakischen Krieges) geschehen. Es ist Sache des BMVg, solche Konsultationen zu führen. Die Entscheidung darüber, ob solche Konsultationen eingeleitet werden, trifft der Bundessicherheitsrat (BSR).

Griechenland

Bei Direktexporten mit Endverbleib Griechenland kein Problem. Probleme können jedoch daraus entstehen, daß bekannt ist, daß Griechenland seine Waffen in Länder exportiert (Libyen, Iran, Irak), bei denen wir eine Genehmigung versagen würden. Hauptaugenmerk bei Griechenland ist deshalb auf eine nachprüfbare Endverbleibserklärung zu legen.

Großbritannien

Keine Probleme bei Direktexport, da NATO-Staat. Probleme gibt es dagegen im Rahmen des deutsch-britischen Rüstungskooperationsabkommens von 1983.¹⁰ Wie bei Frankreich haben wir kein Veto-Recht bei britischen Exporten von gemeinsam entwickelten Rüstungsgütern (Tornado, Feldhaubitze 70). Im Falle des britischen Tornado-Exportes nach Saudi-Arabien hat der BSR 1985 Bedenken erhoben, soweit nach Saudi-Arabien Tornados in der Angriffsversion IDS¹¹ geliefert werden sollen. Im Falle geplanter britischer Tornado-Lieferungen¹² (britisch-jordanischer Vertrag bisher nicht zustande gekommen und voraussichtlich auf zwei Jahre aufgeschoben) hat der BSR 1988 keine Bedenken erhoben. Thema der Rüstungskoperationen auf Regierungsebene wird weiter virulent bleiben. Es gibt Stimmen innerhalb der Regierungskoalition, die für eine bessere Umsetzung der deutschen Rüstungsexportgrundsätze bei Rüstungskoperationen eintreten.

Guatemala

Guatemala erhält von uns keine Rüstungsgüter wegen der innenpolitischen Lage.

Haiti

Als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

⁹ Für die Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder, die von der Bundesregierung am 7. Dezember 1971 und von der französischen Regierung am 7. Februar 1972 gezeichnet wurde, vgl. VS-Bd. 9521 (422).

¹⁰ Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

¹¹ Interdiction/Strike.

¹² Zur Frage des Exports des Kampfflugzeugs „Tornado“ vgl. Dok. 27, besonders Anm. 5.

Honduras

Erhält von uns keine Rüstungsgüter aufgrund der innenpolitischen Lage.

Irak

Während des Krieges wurden – wie im Falle Iran – keine Waffenlieferungen genehmigt. Seit August 1988 (Waffenstillstand) wurde über Anträge auf Lieferungen nach Irak (auch Dual-use-Anträge) nicht entschieden. Abt. 3 soll derzeit gefragt werden, ob es nicht wenigstens politisch vertretbar erscheint, Dual-use-Güter, die für zivile Empfänger in Irak bestimmt sind, zu genehmigen. An das irakische Institut Saad 16 können Lieferungen nicht genehmigt werden, da es sich hierbei um ein Raketenforschungsinstitut handelt. Erteilte Ausfuhrgenehmigungen, insbesondere an die Fa. Gildemeister Projecta, wurden widerrufen.¹³ Da Irak chemische und biologische Waffen entwickelt, ist größte Aufmerksamkeit solchen Anträgen zu widmen, die sich auf derartige Entwicklungen beziehen können. BND muß im Zweifel eingeschaltet werden.

Irland

Bisher als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

Island

Bisher als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

Israel

Hauptproblem derzeit Voranfrage für die Lieferung von zwei bis drei U-Booten. BSR-Entscheidung unerlässlich. Entwurf der BSR-Vorlage des Auswärtigen Amtes liegt Ressorts zur Stellungnahme vor.¹⁴ Waffenlieferungen nach Israel wurden bisher nicht genehmigt. Allenfalls kommen Genehmigungen von Dual-use-Gütern in Betracht, die im peripheren Bereich von der Rüstungsindustrie eingesetzt werden können (z. B. elektrische Antriebe für Panzer, Übungsschießanlagen usw.). Israel ist, was Rüstungslieferungen angeht, weit restriktiver behandelt worden als die arabischen Länder. Es gibt eine enge Kooperation mit dem BMVg im Rüstungsbereich.¹⁵ Es sollte darauf geachtet werden, daß BMVg keine Abkommen (Memorandum of Understanding) mit Israel in diesem Bereich ohne Beteiligung des AA abschließt. BMVg läßt teilweise Munition in Israel für die Bundeswehr produzieren (z. B. Bombletts).

Italien

Keine Probleme bei Direktlieferungen, da NATO-Staat. Italien tritt – ähnlich wie wir – für restriktivere Rüstungsexporte in Krisengebiete ein. Italien ist sowohl im VN-Rahmen als auch im EG-Rahmen als Initiator von Initiativen zur Verminderung des weltweiten Waffenhandels aufgetreten.

Jamaika

Bisher kaum als Empfänger deutscher Rüstungslieferungen in Erscheinung getreten.

¹³ Zur Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und von Unternehmen aus der Bundesrepublik an der Entwicklung und Herstellung von Raketen im Irak vgl. Dok. 82.

¹⁴ Zur Frage der Lieferung von U-Booten an Israel vgl. Dok. 126.

¹⁵ Zur Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Israel im Rüstungsbereich vgl. zuletzt AAPD 1987, I, Dok. 167, und AAPD 1987, II, Dok. 265.

Japan

Als Empfänger unproblematisch, da den NATO-Staaten gleichgestellt.

Jemen, Arabische Republik

Bisher wurden hauptsächlich Handfeuerwaffen im kleineren Umfang genehmigt.

Jemen, Demokratische Volksrepublik

Bisher nicht als Empfänger in Erscheinung getreten.

Jordanien

Wird ähnlich streng wie Israel behandelt. Lieferungen von Waren, die unmittelbar der Kriegsführung dienen könnten, werden nicht genehmigt. Z. B. wurde nicht genehmigt die Reparatur von Flugabwehrkanonen Hawk.

Jugoslawien

Kein COCOM-pflichtiges Land. Genehmigungen im Dual-use-Bereich wurden häufig erteilt. Selbst Tornado-Triebwerke für dortige eigene Flugzeuge einschl. Lizenzproduktion wurden genehmigt. Es ist aber auf evtl. Reexporte zu achten. Solche sind bisher nicht bekannt geworden. Referat 214 will jedoch aufgrund der jüngsten innenpolitischen Entwicklung in JUG Lieferungen nicht mehr zustimmen, die bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen durch Polizei oder Streitkräfte benutzt werden können.

Kanada

Keine Probleme bei Direktlieferungen, da NATO-Staat. Allerdings gibt es Hinweise, daß Thyssen eine Panzerproduktion in Kanada für Reexportzwecke plant. Dies müßte beobachtet werden.

Katar

In der Vergangenheit gab es Genehmigungen für bewaffnete Patrouillenboote. Sonst ist Katar kaum als Empfänger deutscher Rüstungsgüter in Erscheinung getreten.

Kolumbien

Hauptproblem ist, ob die von uns bisher genehmigten Kriegswaffen (Gewehre G3 und Maschinengewehre) für Menschenrechtsverletzungen durch dortige Streitkräfte und Polizei verwendet werden können. Im Oktober 1988 wurde auf Leitungsebene entschieden, daß Maschinengewehre und Gewehre G3 weiter nach Kolumbien genehmigt werden können, da es keine Beweise für planmäßige, von der Regierung gebilligte oder geduldete Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien gibt. Diese Lage kann sich jedoch jederzeit ändern. Botschaft berichtet hierzu laufend. Enger Kontakt mit Abt. 3 zu dieser Frage ist unbedingt erforderlich. Falls die kolumbianische Regierung weiterhin ohnmächtig bei der Verfolgung von einzelnen Menschenrechtsverletzungen durch Mitglieder der Streitkräfte und Polizei ist, müßte durchaus überlegt werden, ob wir unsere bisherige Praxis fortsetzen können (s. Beispiel Peru).

Korea, Republik

Noch ungelöstes Problem im Falle Koreas ist derzeit die Voranfrage der Fa. MBB auf Genehmigung der Lieferung von 50 Flugzeugen Tornado in der Angriffsversion IDS¹⁶ und in der elektronischen Kampfversion ECR¹⁷. Der Entwurf

¹⁶ Korrigiert aus: „Angriffsversion und im IDS“.

¹⁷ Electronic Combat Reconnaissance.

einer BSR-Vorlage mit negativem Votum liegt dem BMVg zur Stellungnahme vor.¹⁸ BMVg will derzeit nicht Stellung nehmen. Ball liegt demnach derzeit beim BMVg. U-Boote (9) wurden nach Korea genehmigt. Im Panzerbereich gibt es bisher lediglich die Genehmigung für Prototypen von Bergepanzern. Ferner gibt es seit Jahren eine Lizenzfertigung von Panzermotoren (Fa. MTU). BSR hat einem Panzermotorenkontingent von 512 zugestimmt. Falls dieser Rahmen wesentlich überschritten werden sollte, müßte erneut die Leitung befaßt werden.

Kuwait

Fa. Thyssen Henschel hat häufig Anfragen nach den Aussichten einer Genehmigung von gepanzerten Fahrzeugen nach Kuwait gestellt. Anfragen erschienen jedoch wenig realistisch und mehr vorbeugend gestellt. Es müßte daher darauf geachtet werden, daß solchen Anfragen ein entsprechendes kuwaitisches Interesse gegenübersteht. Kuwaitis wollen jedoch offenbar, daß deutsche Firmen, insbesondere die Bundesregierung auf Kuwait zugeht und Rüstungsgüter anbietet. Dieser Weg sollte nicht beschritten werden. Kuwaitische Regierung hat vor einiger Zeit verlangt, daß Angebote deutscher Firmen offiziell über die Botschaft mit Verbalnote geleitet werden müssen. Diesem Verfahren haben wir zugestimmt, sobald innerhalb der Bundesrepublik die Entscheidung über eine Genehmigung gefallen ist.

Offen ist noch eine Entscheidung über die Lieferung von 160 Panzermotoren der Fa. MTU.¹⁹ Die BSR-Vorlage des AA liegt dem Kanzleramt seit vielen Monaten zur Entscheidung vor.

Laos

Als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

Libanon

Als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

Luxemburg

Als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.

Malta

Kaum als Empfänger deutscher Lieferungen nicht in Erscheinung getreten.²⁰

Mexiko

Es gibt zahlreiche Zulieferungen für die Produktion von G3-Gewehren in Mexiko. Ansonsten ist Mexiko nicht als Empfänger deutscher Rüstungslieferungen in Erscheinung getreten.

Nepal

Es gibt hin und wieder Zulieferungen für die Herstellung von Handfeuerwaffen.

Neuseeland

Ist den NATO-Staaten gleichgestellt. Als Empfänger deutscher Lieferungen kaum in Erscheinung getreten.

¹⁸ Für den Entwurf einer Vorlage für den Bundessicherheitsrat, den das Auswärtige Amt am 10. Januar 1989 übersandte, vgl. Referat 424, Bd. 168298.

¹⁹ Zur Frage der Lieferung von Panzermotoren nach Kuwait vgl. AAPD 1988, II, Dok. 238.

²⁰ So in der Vorlage.

Nicaragua

Lieferungen, die für das Militär bestimmt sind, können nicht genehmigt werden.

Niederlande

Kein Problem, da NATO-Staat.

Norwegen

Kein Problem, da NATO-Staat. Die norwegische Fa. Kongsberg Våpenfabrikk²¹ stand allerdings seit einiger Zeit im Verdacht, unerlaubte Reexporte vorgenommen zu haben. Derzeit kein Problem.

Österreich

Bei Direktexporten keine Probleme, da NATO-Staaten gleichgestellt. Österreich ist jedoch als eine Drehscheibe für Waffenhandel in Europa bekannt. Deshalb sollte auf Endverbleibserklärungen Wert gelegt werden.

Oman

Wurde bisher wie die anderen Golf-Kooperationsstaaten auch behandelt. Offen ist derzeit lediglich eine Anfrage der Fa. MTU auf Lieferung von Panzermotoren. Antrag sollte ruhen, bis Entscheidung über Lieferung von Panzermotoren nach Kuwait durch BSR getroffen. Gegen britische Tornado-Lieferungen (acht Tornado ADV²²) nach Oman hat BSR keine Bedenken erhoben.²³ Es gibt ferner eine positive Entscheidung des BSR zur Vorführung der Panzerfaust 3 in Oman. Ansonsten gab es nur Zulieferungen für Kriegsschiffe.

Panama

Aufgrund der derzeitigen innenpolitischen Situation keine Genehmigungen für Lieferungen, die für das dortige Militär bestimmt sind.

Papua-Neuguinea

Als Empfänger deutscher Lieferungen kaum in Erscheinung getreten.

Paraguay

Einzelgenehmigungen. Menschenrechtslage beobachten.

Peru

Hauptproblem ist Menschenrechtslage in Peru. Jüngst wurde entschieden, daß Waffenlieferungen nach Peru nicht mehr genehmigt werden können aufgrund der Menschenrechtslage in Peru.

Portugal

Keine Probleme bei Direktlieferung, da NATO-Staat. Portugal ist jedoch als Waffenlieferant Irans bekannt geworden. Endverbleibserklärung bei deutschen Waffenlieferungen nach Portugal müßte deshalb verlangt werden.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien ist eines der Hauptprobleme bei unseren Rüstungsexporten. Grundsatzentscheidung des BSR über Art und Umfang einer Rüstungszusam-

²¹ Korrigiert aus: „Kronsberg Wapen Fabrik“.

²² Air Defence Variant.

²³ Zur Entscheidung der Bundesregierung bezüglich einer Lieferung des Kampfflugzeugs „Tornado“ durch Großbritannien an den Oman vgl. AAPD 1983, I, Dok. 100.

menarbeit mit Saudi-Arabien ist bisher nicht getroffen worden. Es gibt unterschiedliche Auffassungen zwischen der Abt. 3 und der Abt. 4 über die Genehmigungsmöglichkeiten der Lieferung von „Gepard“-Flugabwehrpanzern.²⁴ Abt. 4 ist restriktiver als Abt. 3 in diesem Bereich. Bisher haben wir es trotz der Zusage des Bundeskanzlers bei seiner Reise nach Saudi-Arabien im Jahr 1983²⁵ vermieden, Genehmigungen für die Vorführung und Lieferung von Kettenfahrzeugen nach Saudi-Arabien zu erteilen. Radpanzerfahrzeuge (Transportpanzer „Fuchs“ und „Wildcat“) wurden allerdings genehmigt. Weitere deutsche Rüstungsexportpraxis gegenüber Saudi-Arabien hängt u. a. von der U-Boot-Entscheidung Israel und von der weiteren innenpolitischen Diskussion über eine mögliche restriktivere Rüstungsexportpolitik ab. Amtsleitung ist innerhalb der letzten zwei Jahre einen immer restriktiveren Kurs gegenüber Saudi-Arabien gefahren.

Schweden

Keine Probleme, da NATO-Staaten gleichgestellt.

Schweiz

Keine Probleme, da NATO-Staaten gleichgestellt. Allerdings beachten, daß Hauptsitz der Fa. Consen, die sich mit Raketenentwicklungen beschäftigt, Schweiz ist. Von daher müssen Zulieferungen an die Fa. Consen streng kontrolliert werden.

Spanien

Keine Probleme, da NATO-Staat.

Südafrika

Kriterium der Prüfung aller Anträge auf Genehmigung von Lieferungen nach Südafrika ist das Waffenembargo der Vereinten Nationen²⁶ sowie der EPZ-Ministerratsbeschuß vom September 1985²⁷, wonach sensitive Güter, die für Polizei und Streitkräfte Südafrikas bestimmt sind, nicht genehmigt werden können. Es müssen alle Erkenntnisquellen ausgeschöpft werden, um sicherzustellen, daß unsere Lieferungen nicht an die Polizei und Streitkräfte in Südafrika gelangen. Probleme gab und gibt es auch bei (genehmigungsfreien) Hubschrauberlieferungen nach Südafrika. Es muß noch ein Brief von StS Lautenschlager an StS von Würzen vorbereitet werden, in dem BMWi letztmals aufgefordert wird, mit dem Ziel auf die Fa. MBB einzuwirken, keine Hubschrauber mehr nach Südafrika zu liefern, die für die Polizei und Streitkräfte im dortigen Land bestimmt sind.²⁸ Dies ist Weisung von StS Sudhoff. Falls BMWi einen solchen Brief an die Fa. MBB nicht mitzeichnet, soll gemäß Weisung StS Sudhoff AA allein an MBB schreiben. Mit dem BMWi haben wir bisher die Auffassung vertreten, daß das Waffenembargo der Vereinten Nationen innerstaatlich voll umgesetzt ist. Es ist jedoch denkbar, daß als Ergebnis der Arbeit des 1. Untersuchungs-

²⁴ Zur Frage der Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. zuletzt AAPD 1987, I, Dok. 85.

²⁵ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

²⁶ Vgl. dazu die Resolution Nr. 418 des VN-Sicherheitsrats vom 4. November 1977; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f.

²⁷ Zu den Beschlüssen der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 31, Anm. 9.

²⁸ Vgl. das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 31. August 1989 an Bundesminister Haussmann; Dok. 257.

ausschusses (U-Boot-Untersuchungsausschuß)²⁹ weitere Präzisierungen bestehender Vorschriften (z.B. Export unvollständiger Fertigungsunterlagen) gesetzlich geregelt werden müssen. Derzeit ist wohl noch kein Handlungsbedarf.

Syrien

Kriegswaffen und sonstige Waffen werden nach Syrien nicht genehmigt. Bei sonstigen Rüstungsgütern kommt es auf den Einzelfall an. Wir genehmigen keine Zulieferungen mehr an das syrische Institut CERS³⁰, das sich nach Erkenntnissen der Geheimdienste mit Waffenentwicklung beschäftigt.

Taiwan

Keine Genehmigung von Rüstungsgütern (Liste A) und Dual-use-Gütern, die für militärische Zwecke bestimmt sind, weil eine militärische Zusammenarbeit mit Taiwan nicht gewünscht. Folge wäre nämlich erhebliche Störung unserer Beziehungen zur VR China.

Türkei

Bei Direktlieferungen in die Türkei keine Probleme, da NATO-Staat. Allerdings ist die Türkei als Reexporteur von Waffen bekannt geworden bzw. will einen Teil der von ihr mit Lizenz hergestellten Waffen exportieren. Einer vernünftigen Endverbleibsregelung ist deshalb besonderes Augenmerk zu widmen.

Venezuela

Bisher keine Probleme bei den zahlenmäßig geringen Genehmigungen.

Vereinigte Arabische Emirate

Ist sehr an deutschen Waffenlieferungen interessiert. Es gibt zahlreiche Genehmigungen von Kriegsschiffen. BSR hat 1988 sogar die Vorführung des Kettenpanzers „Marder“ genehmigt. Diese Entscheidung wird dem Auswärtigen Amt häufig als Präzedenzfall bei Entscheidungen über Lieferungen von Kettenpanzern in Ländern des Nahen Ostens vorgehalten werden.

Zypern

Hauptproblem ist der Konflikt zwischen dem griechischen und türkischen Teil Zyperns. Ein bewaffnetes Patrouillenboot ist genehmigt worden, da es sich auf den Konflikt nicht auswirken kann. Dagegen dürfte die Lieferung von Handfeuerwaffen in größeren Stückzahlen nicht genehmigt werden.

Cappell

Referat 424, Bd. 162351

²⁹ Zu den Lieferungen von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. zuletzt AAPD 1988, I, Dok. 23.

Am 2. April 1987 setzte der Bundestag wie schon in der vorherigen Legislaturperiode einen Untersuchungsausschuß ein. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 8. Sitzung, S. 439.

³⁰ Zu den Lieferungen von chemischen Produkten an das syrische „Centre d'Etudes et de Recherches Scientifiques“ vgl. AAPD 1986, I, Dok. 6.

238

Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1656
Citissime

Aufgabe: 3. August 1989, 10.20 Uhr¹
Ankunft: 3. August 1989, 11.48 Uhr

Betr.: Festnahme von Václav Havel am 2.8.1989

Bezug: DB Nr. 1650 – gleiches Az. – vom 2.8.1989²

Zur Unterrichtung

Herr Havel rief gestern gegen 22.30 Uhr bei der Botschaft an und hinterließ, da er mich wegen einer Abendveranstaltung nicht erreichen konnte, beim diensthabenden HOD, daß er wieder auf freiem Fuß sei. Heute morgen (3.8.) telefonierte ich mit Herrn Havel, der mir die im Bezugs-DB enthaltene Sachdarstellung bestätigte. Er habe bei seiner Festnahme erklärt, daß er sich auf dem Weg zur Botschaft befinde und von mir zum Essen eingeladen sei. Während seiner Vernehmung habe er zu Protokoll gegeben, daß diese Festnahme im Hinblick auf die Einladung des deutschen Botschafters nicht im richtigen Moment erfolge und daß dies „Ärger geben werde“. Während der elfstündigen Vernehmung habe man ihm gesagt, seine Festnahme habe nichts mit dieser Einladung zu tun. Er werde aber aufgefordert, den gesamten Monat August außerhalb Prags zu verbringen. Andernfalls werde er sich ständig im Vernehmungsbüro wiederfinden.

Herr Havel bedankte sich sodann für die Unterstützung, die wir ihm durch unseren Protest gewährt haben. Allerdings sei er nicht in der Lage, nach Frankfurt zu kommen und den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels persönlich entgegenzunehmen. Kurz nach dem Besuch des Herrn Bundesministers³ hätten ihm die zuständigen Behörden mit einem offensichtlich auf einen Zeitpunkt vor dem BM-Besuch rückdatierten Schreiben mitgeteilt, daß er im Hinblick auf seine nur zur Bewährung erfolgte Freilassung aus der Haft keinen Paß erhalten könne. Havel bat, seine uns im verschlossenen Umschlag übermittelte Rede, die er anlässlich der Preisverleihung halten wollte, dem Börsenverein zu übermitteln und sicherzustellen, daß niemandem diese Rede vorher zugäng-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 3. August 1989 vorgelegen.

² Botschafter Huber, Prag, berichtete: „Auf dem Weg zu einem seit längerem vereinbarten Mittagessen bei mir in der Residenz wurde der Schriftsteller Václav Havel heute (2.8.) von zivilen Sicherheitsbeamten festgenommen.“ Er habe umgehend im tschechoslowakischen Außenministerium „telefonisch protestiert“ und dargelegt, er sei von Bundesminister Genscher beauftragt worden, „Havel über dessen Bemühungen zu unterrichten, ihm die Entgegennahme des Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zu ermöglichen. [...] Der Vorgang sei in beträchtlichem Ausmaß geeignet, unsere Beziehungen zu belasten.“ Der Protest sei „entschieden“ abgelehnt worden. Vgl. Referat 214, Bd. 139909.

³ Bundesminister Genscher besuchte die Tschechoslowakei am 12./13. Juli 1989. Vgl. dazu Dok. 216 und Dok. 220.

lich gemacht werde, vor allem, daß sie nicht vorzeitig der Veröffentlichung anheimfalle.⁴

Umschlag folgt mit nächstem Kurier.

[gez.] Huber

Referat 214, Bd. 139909

239

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hoessle

310-321.00 PAL

4. August 1989

Über Dg31¹, D3², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Unsere Beziehungen mit der PLO;
hier: Verstärkung der politischen Kontakte mit der PLO

Bezug: BM-Vorlage vom 5.7.1989 (beigefügt)⁵

Anlagen

Zweck der Vorlage: Zur Billigung des Vorschlages unter Ziffer 5)

1) Aufgrund der Zustimmung des Bundesministers zur Bezugsvorlage hat Staatssekretär Dr. Sudhoff den Leiter der Informationsstelle Palästina in Bonn, Abdallah Frangi, am 21.7.1989 zu einem Gespräch empfangen. Frangi nahm die Ankündigung des Staatssekretärs, für ein Gespräch mit dem Arafat-Berater Bassam Abu Sharif im August bis einschließlich 16.8. oder im September ab 20.9. zur

⁴ Die Rede des Schriftstellers Václav Havel anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 15. Oktober 1989 in Frankfurt am Main wurde von dem Schauspieler Maximilian Schell verlesen. Für den Wortlaut vgl. <https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/445722/>.

¹ Hat Ministerialdirigent Fiedler am 4. August 1989 vorgelegen.

² Reinhard Schlagintweit.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. August 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 21. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] nach Rückkehr.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. August 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS bei BM“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 23. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Sudhoff vermerkte: „1) BM-Rücklauf. 2) StS L[autenschlager] hat [Kopie], so daß R[ücksprache] gegebenenfalls auch in Ihrer Abwesenheit stattfinden kann.“

Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Sudhoff am 25. September 1989 erneut vorgelegen, der Ministerialdirektor Schlagintweit um Rücksprache bat.

Hat Schlagintweit am 10. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

Hat Vortragender Legationsrätin Kaempfe am 16. Oktober 1989 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Gespräch hat 16.10. stattgefunden.“

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit vgl. Dok. 207.

Verfügung zu stehen, mit sichtlicher Befriedigung auf. Er sagte zu, diese Information umgehend nach Tunis zu übermitteln. Er stimmte der Bitte des Staatssekretärs zu, gegenüber der Presse Vertraulichkeit zu wahren. Wenige Tage später teilte Frangi telefonisch mit, daß Abu Sharif den 16.8. als Gesprächstermin akzeptiere.

Am 29.7. suchte Frangi, der eigens aus Tunis zurückgekommen war, auf eigenen Wunsch D3 auf, um die dringende Bitte Arafats zu übermitteln, einen Besuch Abu Sharifs schon am 31.7/1.8. noch vor der Sitzung des Fatah-Zentralkomitees (Tunis, 3./4. August) zu ermöglichen. Frangi begründete diesen Wunsch damit, daß Arafat Unterstützung für seine gemäßigte PLO-Politik gegenüber dem zunehmenden Widerstand in den eigenen Fatah-Reihen brauche. D3 verwies darauf, daß dies schon aus Termingründen nicht möglich sei, daneben aber auch die entgegen der Vertraulichkeitsvereinbarung in der Presse erschienenen Meldungen über das Treffen einem sofortigen Gesprächstermin entgegenstünden. Frangi bestritt energisch, mit den Presseveröffentlichungen etwas zu tun zu haben, akzeptierte aber die von D3 gegebene Begründung für die Ablehnung eines sofortigen Termins.

2) Am 25.7. teilten MD Dr. Ackermann und MDg Dr. Hartmann (Bundeskanzleramt) dem Staatssekretär mit, daß der Bundeskanzler bei diesem wichtigen Schritt eingeschaltet und vorab informiert sein wolle, wenn ein konkreter Terminwunsch von Abu Sharif vorliege und bevor dieser positiv entschieden werde. Der Staatssekretär hat in einem Schreiben an MDg Dr. Hartmann⁶ die Gründe für die Entscheidung einer Verstärkung der Kontakte zur PLO dargelegt.

3) Bereits am 21.7. hat der Staatssekretär den israelischen Botschafter Navon von der Tatsache seines Treffens mit Frangi in Kenntnis gesetzt und die Gründe hierfür erläutert. Die Reaktion des Botschafters war: Er müsse, da er nun einmal davon in Kenntnis gesetzt worden sei, die offizielle Haltung seiner Regierung zu PLO-Kontakten vortragen, und die sei ablehnend.⁷

Am 2.8. suchte der israelische Botschafter den Staatssekretär erneut auf, um auf Weisung seines Ministers das Bedauern und die „schwerwiegenden Gefühle“ seiner Regierung vorzutragen.⁸ AM Arens nehme die deutsche Entscheidung, die PLO-Kontakte anzuheben, sehr ernst. Sie unterstütze die Illusion bei der PLO, auf der nahöstlichen Bühne eine Rolle spielen zu können. In Wirklichkeit könne aber nur der Shamir-Plan⁹ zum Frieden führen.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es u. a. auch gerade Zweck eines Treffens mit Abu Sharif sei, für den israelischen Friedensplan, insbesondere den Vorschlag von Wahlen in den besetzten Gebieten, zu werben. Er stellte klar, daß es sich um Kontakte auf Beamten- und nicht auf politischer Ebene handele. Im übrigen

⁶ Für das Schreiben des Staatssekretärs Sudhoff vom 3. August 1989 an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, vgl. Referat 310, Bd. 185398.

⁷ Zum Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem israelischen Botschafter Navon vgl. die Aufzeichnung Sudhoffs vom 24. Juli 1989; Referat 310, Bd. 185398.

⁸ Im Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem israelischen Botschafter Navon am 2. August 1989 wurden die verstärkten Gesprächskontakte zwischen der Bundesregierung und der PLO, Entführungsfälle im Libanon und eine mögliche Lieferung von U-Booten an Israel thematisiert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149749.

⁹ Zum Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für den Nahen Osten vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

wies er darauf hin, daß die vom Botschafter vorgetragenen Argumente in die Überlegungen der Bundesregierung einbezogen würden.

4) Die israelische Presse hat über das Treffen StS/Frangi eher zurückhaltend berichtet und darauf hingewiesen, daß die anderen europäischen Länder in ihren Kontakten mit der PLO längst viel weiter vorangeschritten sind.

Die deutsche Presse hat das Thema ebenfalls aufgegriffen und dabei die von unseren europäischen Partnern seit langem geübte Praxis sowie den Dialog USA/PLO hervorgehoben.¹⁰ Auf welchem Wege die Presse von dem Treffen StS/Frangi Kenntnis erhalten hat, obwohl Vertraulichkeit vereinbart war, konnte nicht geklärt werden.

5)¹¹ Angesichts der bisherigen Presseveröffentlichungen und der Reaktion der israelischen Seite beabsichtigt der Staatssekretär nicht mehr, den Gesprächstermin mit Abu Sharif vor seinem Urlaub (18.8.) anzunehmen. Das Thema soll nicht zum Gegenstand des politischen Sommertheaters werden. So eilig ist die Sache auch nicht. Als Grund könnte gegenüber der PLO angeführt werden, daß Staatssekretär Sudhoff vor seinem Urlaub wegen seiner starken dienstlichen Inanspruchnahme nicht die Zeit zur Verfügung hat, die ein derart wichtiges Gespräch erfordert.

Es wird vorgeschlagen, die Frage des Treffens StS/Abu Sharif nach Rückkehr des Staatssekretärs im September wieder aufzunehmen.

Es wird um Zustimmung gebeten, Abdallah Frangi entsprechend zu unterrichten.¹²

Hoessle

Referat 310, Bd. 185398

¹⁰ Zur Aufnahme des Dialogs zwischen den USA und der PLO vgl. Dok. 40, Anm. 34.

¹¹ Korrigiert aus: „6“.

¹² Ministerialdirektor Schlagintweit unterrichtete den Leiter der „Informationsstelle Palästina“ der PLO, Frangi, am 14. August 1989 über den geplanten Besuch des Beraters des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Sharif. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 185398.

Für das Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit Abu Sharif am 16. Oktober 1989 vgl. Dok. 321.

240

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten

411-423 POL

7. August 1989¹Über Dg41², D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Beziehungen EG–Polen;
hier: Abschluß der Verhandlungen über ein Handels- und Kooperations-
abkommen EG–Polen;
Förderung der polnischen Reformprogramme

Bezug: StS-Vorlage 411-423 POL vom 15.6.1989⁵Anlg.: 1⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Handels- und Kooperationsabkommen

Nach vier Runden exploratorischer Gespräche (Juli 1986, November 1986, September 1987, September 1988) und vier Verhandlungsrunden (21./22.3.89, 16./17.5.89, 20./21.6.89 und 24./25.6.89 – jeweils in Brüssel) haben sich die Europäische Gemeinschaft und Polen über einen Abkommenstext geeinigt, der am 8.8.1989 in Warschau paraphiert⁷ werden soll.⁸ Das Abkommen enthält (auf der Grundlage des Verhandlungsmandats des Rates vom 20.2.89) im wesentlichen folgende Elemente:

(a) Handelspolitischer Teil

(1) Im Hinblick auf die ohnehin bestehende GATT-Verpflichtung (Polen ist GATT-Vertragspartei, die Gemeinschaft ist über die Gemeinsame Handelspolitik und die Mitgliedschaft der EG-MS auf das GATT verpflichtet) räumt das Abkommen Polen bilateral Meistbegünstigung ein.

Ein ausgewogenes Verhältnis von handelspolitischer Leistung und Gegenleistung ist indes solange nicht möglich, wie die Zölle als Steuerungselement der Außen-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten und Legationsrat Höpfner konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 7. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 8. August 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn StS Lautenschlager n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enn]tnisnahme.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. August 1989 vorgelegen.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten unterrichtete über den Stand der Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Polen über den Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 160504.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Paraphieren wird (wohl) EG-Kommissar Andriessen; unterzeichnen die F-Präsidentschaft und die EGK.“ Dazu handschriftlicher Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten: „Paraphierung ist am 8.8. erfolgt.“

⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. September 1989 zwischen der EWG und Polen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 339 vom 22. November 1989, S. 2–52.

handelspolitik in Polen nur eine marginale Bedeutung haben (Staat ist Käufer und Verkäufer zugleich; Handelslenkung primär durch administrative Entscheidungen), so daß für die EG polnische Zugeständnisse auf dem Gebiet der Zölle derzeit von geringem Wert wären. Das Abkommen sieht daher im handelspolitischen Kooperationsteil polnische Gegenleistungen dahingehend vor, daß Polen den Waren aus der EG eine nichtdiskriminierende Behandlung vor allem bei der Lizenzerteilung und der Devisenzuweisung einräumt und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für EG-Geschäftsleute sorgt.

(2) Das Hauptzugeständnis der Gemeinschaft an Polen liegt in dem bis zuletzt umstrittenen Abbaumechanismus für die im Verhältnis zu Polen bestehenden mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen der EG(-MS).

Polen wollte zunächst mit Hinweis auf eigene Reformanstrengungen hinsichtlich des zeitlichen Rahmens bei der Beseitigung bestehender mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen der EG wie Ungarn behandelt werden.

Es wünschte daher grundsätzlich – wie andere RGW-MS auch – die Beseitigung aller mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen der EG bzw. der EG-MS nach einem festen Zeitplan (im Abkommen EG–Ungarn⁹ bis 1995, allerdings gekoppelt mit einer bis 1998 befristeten „Superschutzklausel“). Die polnische Seite machte geltend, nur noch die EG halte diskriminierende mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Polen aufrecht.

Bei der Vorbereitung der dritten Verhandlungsrunde war dann aber deutlich geworden, daß Polen eine für die EG-MS unverzichtbare „Superschutzklausel“ in keinem Fall akzeptieren und auf einen festen Endtermin verzichten würde, falls die EG insbesondere im sensiblen Warenbereich eine schrittweise Aufstockung bestehender oder noch zu eröffnender Einfuhrkontingente zusagen würde. Diese polnische Haltung erklärte sich wahrscheinlich aus der besonders bedrängten wirtschaftlichen Lage Polens: Polen kam es offenbar in erster Linie darauf an, kurzfristig (d.h. also vor einem etwaigen Endtermin) spürbare Einfuhrerleichterungen durch die Eröffnung von Kontingenten und ihre progressive Aufstockung zu erhalten. Der Abkommenstext sieht deshalb folgende Regelung vor:

- Bei einer ersten, wirtschaftlich wenig bedeutenden Gruppe von Waren sollen die diskriminierenden Einfuhrbeschränkungen im Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens beseitigt werden (Liste A als Annex zum Abkommen).
- Bei einer zweiten, bedeutsameren Gruppe von Waren sollen die diskriminierenden Einfuhrbeschränkungen spätestens zum 31.12.1992 beseitigt werden (Liste B); zwischen Anfang 1990 und dem 31.12.1992 sollen jährlich für diese Waren Einfuhrkontingente eröffnet werden.
- Bei den besonders sensiblen Waren mit diskriminierenden Einfuhrbeschränkungen (Liste C) sollen ab Anfang 1990 ebenfalls Kontingente eröffnet werden; diese oder bereits bestehende Kontingente sollen möglichst regelmäßig aufgestockt und möglichst zum 31.12.1994 beseitigt werden. Ausnahmen (nicht näher definiert) sollen aber möglich bleiben.

⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. September 1988 zwischen der EWG und Ungarn über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

- 1994 soll der Gemischte Ausschuß hinsichtlich der dann noch verbliebenen mengenmäßigen Beschränkungen über das Einfuhrregime für einen „bestimmten Zeitraum“ („période déterminée“) entscheiden. Diese schließlich von Polen vorgeschlagene Formulierung in Art. 10 des Abkommens ist leider doppeldeutig. D und einige andere MS hatten sich in der EG-internen Koordinierung damit einverstanden erklärt, daß im Gemischten Ausschuß 1994 Schlußtermine für die restlichen Beschränkungen vereinbart würden. Die Kommission hat der polnischen Seite am letzten Verhandlungstag auch ausdrücklich konzediert, daß man im Gemischten Ausschuß 1994 „über ein Datum“ sprechen werde. Die vereinbarte Formulierung könnte aber für die EG Spielraum für Verzögerungsaktionen nach 1994 lassen.

Nachteile der o.g. Lösung für Polen sind, daß verschiedene EG-MS im Bereich der sensiblen Waren versuchen werden, von der in Art. 9 vorgesehenen Ausnahmeregelung extensiv Gebrauch zu machen. Im Ergebnis kann Polen jedoch mit der getroffenen Regelung kurz- und mittelfristig schneller substantielle Einfuhrliberalisierungen erzielen als Ungarn.

Der sukzessive Abbau von mengenmäßigen Beschränkungen seitens der EG wird Polen die Möglichkeit einräumen, durch erhöhte Exporte in die EG seinen Aktivsaldo im Handelsverkehr mit der EG (1988: 0,5 Mrd. ECU; 1984: rund 1 Mrd. ECU) wieder auszubauen und damit mehr Hartwährung zu verdienen, die es für Importe und zur Schuldentilgung dringend benötigt.

(3) Erstmals hat die EG einem der Verhandlungspartner in Mittel- und Osteuropa nicht nur Konzessionen im industriellen Bereich, sondern in begrenztem Maße auch in der Landwirtschaft in Form von begrenzten Einfuhrliberalisierungen, insbesondere Zollerleichterungen, gemacht. Polen hatte substantielle Konzessionen im Agrarhandelsbereich, in dem es wegen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EG bei Marktordnungswaren seine Liefer- und Wettbewerbsfähigkeit nicht voll entfalten kann, zu einem wesentlichen Verhandlungswunsch gemacht, da es sich hier (potentiell) um eine wichtige Deviseneinnahmequelle handelt.

(4) Eine Präferenzbehandlung wurde im Falle Polens abgelehnt.

(5) Schutzklausel: Sollten aus dem Wegfall von Einfuhrbeschränkungen Marktstörungen für die EG-Mitgliedstaaten erwachsen, hat die Gemeinschaft aufgrund des Abkommens (Art. 15) die Möglichkeit zu selektiven Schutzmaßnahmen.

(6) Preisklausel: Eine Preisklausel stellt die Berücksichtigung der Besonderheiten der Preisbildung in Polen sicher.

(b) Wirtschaftliche Kooperation

Die im Abkommen vorgesehene wirtschaftlich-industrielle Zusammenarbeit umfaßt auch den Umweltschutz, den Energiesektor, das Transportwesen, den Bereich der Wissenschaft und Technik und die Berufsausbildung (management training).

Zur Herstellung geschäftlicher Kontakte soll eine gemeinsame Institution gegründet werden, die auch zur Betreuung konkreter Projekte dienen soll (die EG-Kommission beabsichtigt im übrigen, noch 1990 in Warschau – wie auch in Budapest (1989) und Moskau – eine EG-Delegation zu eröffnen). Die polnische Seite hat mehrfach betont, daß sie dem Abkommen weniger mit Blick auf den Handelsteil als auf den Kooperationsteil große Bedeutung für Polen beimesse.

Eine eventuelle Finanzierung bestimmter polnischer Wirtschaftsprojekte durch die EIB ist im Abkommen nicht geregelt. Diese Frage soll entgegen dem ursprünglichen Wunsch Polens außerhalb des Abkommens weiterverfolgt werden.

(c) Die mittlerweile eine ständige Vertragspraxis der EG darstellende zweiseitige Geltungsbereichsklausel (Einbeziehung von Berlin) war von Polen problemlos akzeptiert worden.

(d) Gemischter Ausschuß: Das Abkommen ist durch einen Gemischten Ausschuß zu implementieren und weiterzuentwickeln (Evolutivcharakter des Abkommens), insbesondere auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

2) Förderung der polnischen Reformprogramme

Auf ausdrücklichen polnischen Wunsch nennt Art. 18 des Abkommens strukturelle Veränderungen der polnischen Wirtschaft als ein Ziel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Der Abschluß der Verhandlungen EG–Polen nur wenige Tage nach dem Pariser Wirtschaftsgipfel¹⁰ wurde von Polen und allen beteiligten Geberstaaten als konkreter Beitrag zu der vom Gipfel beschlossenen internationalen Hilfsaktion zur Stützung der polnischen Reformprogramme unter Koordinierung der EG-Kommission bewertet.

Mit umgekehrter Blickrichtung könnte insbesondere die Implementierung der im Abkommen vereinbarten breiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch den zu erwartenden stabilisierenden Effekt der Nahrungsmittelforthilfe der EG (ergänzt durch entsprechende Hilfsleistungen der anderen Geberländer) erheblich erleichtert werden.

Aufgrund von Beschlüssen des Allgemeinen Rats vom 17.7.¹¹ und des Agrarrats vom 24.7.1989¹² hatte sich die EG auf eine Initiative von BM Genscher (EPZ-AM-Treffen in Paris v. 11.7.89¹³) zur Lieferung von Nahrungsmitteln aus EG-Interventionsbeständen im Buchwert von 110 Mio. ECU (zzgl. 15–20 Mio. ECU Transportkosten) an Polen bereit erklärt. Der Marktwert dieser Lieferungen beträgt ein Vielfaches des Buchwertes (z. B. im Fall Brotweizen ca. dreifacher Wert).

Die vereinbarte Verwendung des im Rahmen der Nahrungsmittellieferungen einzurichtenden Gegenwertfonds zur Unterstützung struktureller Änderungen der polnischen Landwirtschaft könnte dabei eine wichtige Impulswirkung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit EG–Polen haben. Diese würde noch erheblich verstärkt, falls sich Geberländer – entsprechend unserer Anregung (D4 bei Koordinierungssitzung in Brüssel am 1.8.89¹⁴) – auf einen auch mit Devisen zu speisenden globalen Unterstützungsfonds für die polnischen Reformprogramme einigen würden. In diesem Zusammenhang könnten dann auch EIB-Kredite zur Finanzierung einzelner Projekte eine wichtige Rolle spielen.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

¹¹ Zur EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 227.

¹² Zu den Beschlüssen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vgl. Dok. 218, Anm. 18.

¹³ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11. Juli 1989 vgl. Dok. 218.

¹⁴ Zur Bildung der „Gruppe der 24“ zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn vgl. Dok. 231, Anm. 9.

Die strukturelle Förderung der polnischen Reformprogramme durch die EG hat damit derzeit folgende drei Säulen:

- Handels- und Kooperationsabkommen EG–Polen;
- Nahrungsmittellieferungen aus EG-Interventionsbeständen und Einrichtung eines Gegenwertfonds zur Finanzierung von Strukturreformen im Agrarbereich;
- Koordinierungsrolle der EG-Kommission bei der vom Pariser Wirtschaftsgipfel beschlossenen internationalen Hilfsaktion.

Auf diese Weise nimmt die EG materiell und institutionell eine Schlüsselrolle im Hilfsprogramm der westlichen Industrieländer für Polen ein. Das 1988/1989 entwickelte ostpolitische Engagement der EG hat vor diesem Hintergrund eine neue Dimension erhalten.

Rosengarten

Referat 411, Bd. 160505

241

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-330.66 UNG

9. August 1989

Über Dg21¹, D2 i. V., Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR in der Botschaft Budapest;
hier: Optionen für unser weiteres Verhalten

Bezug: Weisung StS vom 8.8.1989

Anlg.: 1⁴

Zweck der Vorlage: Mit der Bitte um Entscheidung über das weitere Vorgehen

I. Die aktuelle Lage

1) Die Zahl der Festsetzungen von DDR-Bürgern in der Botschaft Budapest hat am 8.8.1989 mit 168 einen neuen vorläufigen Höchststand erreicht. In Prag hat sich die Zahl seit gestern von 30 auf 42 erhöht. Die Festsetzungen in Budapest sind seit Anfang Juli von 30 rapide angestiegen. Mit weiteren Festsetzungen ist zu rechnen. Einzelheiten ergeben sich aus anliegender Zusammenstellung.

Darüber hinaus hält sich in Ungarn eine nicht bekannte Zahl von DDR-Bürgern auf, die auf die Eröffnung des UNHCR-Büros in Budapest warten.⁵

¹ Hat Ministerialdirigent Höynck am 9. August 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 29. August 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte und handschriftlich vermerkte, die Aufzeichnung habe Bundesminister Genscher „als FS“ vorgelegen. Ferner vermerkte er: „Durch Telefonat BM/StS erledigt.“

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Zur Frage der Eröffnung eines UNHCR-Büros in Budapest vgl. Dok. 230, Anm. 10.

2) Eine Veränderung der Situation ist durch die Verhärtung der Haltung der DDR eingetreten. Wie StS Priesnitz (BMB) bestätigt, ist das Mandat von RA Vogel für Festsetzungsfälle auf Weisung von GS Honecker eingeschränkt worden. Er kann ab sofort nur noch Straffreiheit für die Festsetzung, nicht aber die viel wichtigere wohlwollende Prüfung des Ausreiseantrags in Aussicht stellen. Damit ist der Abfluß von Festsetzern aus den Botschaften unterbrochen, auch wenn für einige der 168 in Budapest bisherige Zusagen noch Gültigkeit haben.

3) Die Ständige Vertretung in Berlin (Ost) ist am 8.8.1989 wegen Erschöpfung der Aufnahmemöglichkeiten (130 Festsetzungen) für den Publikumsverkehr geschlossen worden.⁶ MDg Duisberg vom Bundeskanzleramt hat auf Arbeitsebene die Empfehlung ausgesprochen, die Botschaften Budapest und Prag ebenfalls zu schließen.

II. Perspektiven für die Zufluchtsuchenden

Für die Beurteilung der weiteren Reaktion ist zunächst ausschlaggebend, welche Perspektiven für die Zuflucht suchenden DDR-Bürger in der gegenwärtigen Lage bestehen:

- DDR: Von ihr ist in der derzeitigen Lage eine Mitwirkung bei der Lösung des Problems nicht zu erwarten. Die Einschränkung des Mandats von RA Vogel und die Erklärung des DDR-Außenministeriums⁷ machen deutlich, daß die DDR auf eine Zuspitzung der Lage hinsteuert.
- UNHCR: Mit ihm sind wir in ständigem Kontakt. Der UNHCR hat der ungarischen Seite eine humanitäre Lösung für die Festsetzungsfälle in Budapest dergestalt vorgeschlagen, daß die Zufluchtsuchenden mit einem IKRK-Dokument in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen. Die Reaktion der ungarischen Seite steht noch aus. Im günstigsten Fall wird es möglich sein, auf diese Weise unsere Botschaft von den gegenwärtigen Fällen zu befreien. Als generelle Prozedur wird Ungarn diesen Weg aber mit Sicherheit nicht akzeptieren.
- Ungarn: Die Gespräche von Botschafter Arnot⁸ haben deutlich gemacht, daß die Ungarn die Zufluchtsfälle als deutsch-deutsches Problem ansehen. Sie weisen auf vertragliche Verpflichtungen gegenüber der DDR und ihre Stellung im WP hin. Nach Schaffung von Anerkennungsverfahren und administrativen Strukturen wird es für DDR-Bürger allenfalls in Einzelfällen eine Anerkennung als Flüchtling geben (wobei offen ist, ob damit auch einer Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zugestimmt wird). Einer pauschalen Lösung,

⁶ Zur Schließung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 20 und Dok. 21.

⁷ In der Presse wurde berichtet: „Die DDR hat der Bundesregierung ‚folgenreiche Konsequenzen‘ für ‚regierungsamtliche Bonner Einmischung in souveräne Rechte der DDR als auch Kampagnen, die bis zur versuchten Erpressung anderer Staaten ausarten‘, angedroht.“ Ein Sprecher des Außenministeriums der DDR habe dargelegt, die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest gewähre DDR-Bewohnern „widerrechtlich“ Aufenthalt. In der offiziellen Erklärung vom 8. August 1989 werde weiter ausgeführt, „die von der Bundesrepublik derzeit betriebenen Aktivitäten könnten nur zu einer Belastung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten führen. Auch werde die DDR nicht zulassen, daß ihre traditionell engen und guten Beziehungen zu Ungarn durch ‚derartige Machenschaften‘ belastet würden.“ Vgl. den Artikel „Die DDR droht ‚folgenreiche Konsequenzen‘ an“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. August 1989, S. 2.

⁸ Botschafter Arnot, Budapest, führte am 4. und 7. August 1989 Gespräche im ungarischen Außenministerium. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 39–42.

die DDR-Bürgern die Weiterreise nach D ermöglicht, wird Ungarn im Hinblick auf seine eigene Stellung nicht zustimmen können.

Fazit: In der derzeitigen Situation ist eine generelle Lösung für Zufluchtsuchende aus der DDR in UNG nicht in Sicht.

III. Bisherige Maßnahmen

Die Botschaft Budapest hat inzwischen ein Haus als Dienststelle der Botschaft angemietet, um die Unterbringungskapazität für Zufluchtsuchende zu erweitern. Das Personal ist entsprechend den Anforderungen der Botschaft aufgestockt worden. Daneben ist die Botschaft mit den dringendsten Ausrüstungen zur Aufnahme der Zufluchtsuchenden (200 Betten, Decken, Herd, Waschmaschine, Küchengerät etc.) ausgestattet worden. Im Augenblick funktioniert die Versorgung im wesentlichen. Die Botschaft hat bisher vorbildlich und unter Anspannung aller verfügbaren Kräfte gearbeitet.

IV. Weiteres Verhalten

1) Mit den bisherigen Maßnahmen werden die Aufnahmekapazitäten der Botschaft mit 200 Festsetzungen erschöpft sein. Angesichts der unverändert ansteigenden Festsetzungszahlen und der Haltung der DDR, die auf eine Zuspitzung hinsteuert, wird in Kürze der Punkt erreicht sein, an dem über das weitere Vorgehen zu entscheiden ist.

2) Als Optionen kommen in Betracht:

2.1) Weitere Aufnahme aller vorsprechenden und sich festsetzenden DDR-Bürger

Dies wird schon jetzt die Anmietung weiterer Häuser erforderlich machen. Ob die ungarische Seite einer weiteren Vermehrung von Dienststellen unserer Botschaft (Immunität) zustimmen wird, ist fraglich. Ohne die Mitwirkung ungarischer Stellen können Objekte nicht angemietet werden. Die ungarische Seite wird es im Hinblick auf ihr Verhältnis zur DDR kaum hinnehmen können, daß eine Vielzahl von Häusern in Budapest als Dienststellen der Botschaft mit DDR-Bürgern „gefüllt“ sind. Die Engpässe des Budapester Wohnungsmarktes setzen hier auch faktische Grenzen. Unsere Botschaft wäre mit der Verwaltung und Logistik ab einem bestimmten Punkt überfordert.

Die DDR wird – wenn die Ungarn uns eine umfängliche Erweiterung unserer Dienststellen gestatten würden – ihre unnachgiebige Haltung voraussichtlich weiter verhärten.

2.2) Einstellung des Publikumsverkehrs an der Botschaft Budapest

Für den Fall der Notwendigkeit einer Einstellung des Publikumsverkehrs an der Botschaft Budapest ergibt sich folgendes Szenario:

2.2.1) Bei Erschöpfung der Belegungsdichte sind krisenhafte Entwicklungen (innere Streitigkeiten, Klaustrophobie, Krankheiten) nicht auszuschließen. Um zu vermeiden, daß Zufluchtsuchende aus der Botschaft entfernt werden müssen (Hausrecht), würde sich eine Einstellung des Publikumsverkehrs nicht vermeiden lassen.

2.2.2) In diesem Fall müßte vor allem vermieden werden, daß das Verhältnis zum Gastland so belastet wird, daß die Lösung des Problems der Zuflucht suchenden DDR-Bürger unmöglich gemacht wird. Dies gilt in erster Linie für die Ausstellung von Sichtvermerken an ungarische Staatsbürger. Außerdem müssen

Bundesbürger und Volksdeutsche (vor allem aus Rumänien) weiter konsularisch betreut werden können.

2.2.3) Nach Auffassung der Botschaft ist die Abwicklung der Sichtvermerksausstellung ohne Publikumsverkehr im wesentlichen über Reisebüros und das ungarische Außenministerium möglich (monatlich ca. 50000 Sichtvermerke). Nur Durchreisende aus Drittstaaten könnten auf diese Weise keine Sichtvermerke erhalten.

Die wichtigsten Kontakte anderer Arbeitsbereiche der Botschaft (Politik, Wirtschaft, Kultur, Öffentlichkeitsarbeit) könnten ebenfalls außerhalb der Botschaft abgewickelt werden.

Problematisch wäre demgegenüber die konsularische Betreuung Deutscher aus der Bundesrepublik Deutschland (ca. 180 Vorsprachen monatlich) und Volksdeutscher aus Rumänien (ca. 900 monatlich).

Sie müßte in der Form eines permanenten Konsularsprechtages außerhalb der Botschaft erfolgen. Fraglich erscheint, ob bei einem Schnitt von 50 Vorsprechenden pro Arbeitstag eine Annahme z.B. in einer Hotellobby durchführbar ist oder ob nicht Räumlichkeiten angemietet werden müßten, bei denen nach Meinung der Botschaft ebenfalls Festsetzungen (allerdings kein völkerrechtlicher Schutz) erfolgen könnten.

2.2.4) Bei Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr und Verlagerung aller Kontakte nach außen ist unvermeidlich, daß die Arbeit der Vertretung intern fortgeführt werden muß. In jedem Fall müssen die dort befindlichen Zufluchtsuchenden versorgt und beaufsichtigt werden (Sicherheitsaspekte). Die Botschaft weist auf die Möglichkeit hin, daß Zufluchtsuchende, die sich auf Straßen und Dienstgrundstücken aufhalten, Einlaß begehren oder sogar anläßlich des Zuganges von Bediensteten erzwingen könnten. Die Öffnung des Zuganges für Bedienstete und Fahrzeuge (Versorgung) ist jedoch unvermeidbar. Erzwungene Zufluchten wären nur in Einzelfällen möglich; dies müßte in Kauf genommen werden.

Referat 110 hat mitgewirkt. Referat 513 hat mitgezeichnet.

Derix

Referat 214, Bd. 139946

242

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hoessle

9. August 1989¹

Sprechzettel für die Kabinettsitzung am 9.8.1989

Betr.: Geisellaffäre im Libanon

Sachstand des Falles Obeid/Higgins

1) Als Antwort auf die israelische Kommandoaktion vom 28.7. gegen den islamischen Geistlichen und Hisbollahführer Obeid (Imam des Dorfes Jibchit im Südlibanon) verkündete die bisher nicht bekannte „Organisation der Unterdrückten dieser Welt“, daß sie den von ihr seit September 1986 als Geisel festgehaltenen UNIFIL-Oberst Higgins am 31.7. hingerichtet habe. Bis jetzt ist nicht mit letzter Sicherheit geklärt, ob Higgins an diesem Tage wirklich getötet wurde. Möglicherweise ist er bereits im Juli oder Dezember 1988 ermordet worden (so US- und israelische Geheimdienste).

Mit weiteren Hinrichtungen, insbesondere Tötung der amerikanischen Geisel Cicippio, wurde gedroht, sofern Obeid nicht umgehend von den Israelis freigelassen werde. Nach mehrmaliger Verlängerung von Ultimaten schoben die Geiselnnehmer unter dem Eindruck der internationalen Bemühungen die Ermordung von Cicippio auf unbestimmte Zeit hinaus. Damit hat sich die Lage zunächst entspannt.

Vorausgegangen waren internationale Bemühungen, vor allem über Iran und Syrien Einfluß auf die Entführer im Libanon zu nehmen. Iran hat zwar mit Vorbehalten (keine Verbindung zu Geiselnnehmern), aber doch aufgeschlossen reagiert und offensichtlich sofort Kontakte mit Gruppen im Libanon aufgenommen und damit die Hinrichtung verhindert.

Im Anschluß daran hat Rafsandschani in seiner Freitagspredigt am 4.8. den USA Hilfe angeboten – unter der Voraussetzung einer amerikanischen Haltungsänderung zur Nahostfrage und zu den in USA eingefrorenen iranischen Guthaben (3 Mrd. US-Dollar). Insgesamt ist der Realitätssinn in Teheran gewachsen, aber es gibt weiterhin unterschiedliche Stimmen (PM Mussawi und Innenminister Mohtaschami²). Rafsandschani steht unter dem Zwang innen- und außenpolitischer Erfolge.

Syrien hat sich vorerst bedeckt gehalten.

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hoessle vermerkte handschriftlich: „Dg31 und D3 haben im Konzept abgezeichnet.“

Hat Oberamtsrat Grohmann am 11. August 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 310 „zum Verbleib“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Im Kabinett am 9.8.89 angesprochen; ‚Z. Zt. sei – so BM Schäuble – noch nicht bekannt, daß die beiden Deutschen Strübig und Kemptner tatsächlich im Libanon entführt worden seien. Auf alle Fälle sei man intensiv bemüht, sie in eine mögliche Austauschaktion einzubeziehen.“

² Korrigiert aus: „Mastashemi“.

Die SU zeigt sich kooperativ und hat ebenfalls auf die Iraner eingewirkt (Besuch von AM Schewardnadse in Teheran³; Erklärung des Sprechers des sowjetischen Außenministeriums).

Die USA haben sehr besonnen und überlegt reagiert. Sie haben Festigkeit mit Flexibilität verbunden.

Algerien, das auf den Wunsch der USA zusammen mit Pakistan in Teheran aktiv geworden war, hat aufgrund seiner guten Kontakte mit radikalen schiitischen Hisbollah-Kreisen nunmehr auch im Libanon eine Vermittlerrolle für alle Geiseln übernommen.

Gleichzeitig führt VN-Untergeneralsekretär Goulding im Libanon und in Syrien Gespräche mit Regierungen und verschiedenen Gruppierungen über die Hintergründe im Fall Higgins und die Geiselfrage im allgemeinen. Die Gesprächsphase ist eröffnet. Offenbar stehen auch die Israelis in Verhandlungen. Einzelheiten, ob direkt oder über Vermittler, sind nicht bekannt. Mit langwierigen Verhandlungen wird jedoch allgemein gerechnet.

2) Reaktionen der Zwölf und der Bundesregierung

Ebenso wie unsere europäischen Partner haben auch wir in Einzeldemarchen gegenüber Iran, Syrien und Israel darauf gedrängt, alles zu tun, um die Geisellaffären zu entschärfen. Am 1.8. wurden der iranische Botschafter⁴ und der syrische Geschäftsträger⁵ zu diesem Zweck ins Auswärtige Amt gebeten. Unsere Missionschefs in Teheran⁶ und Damaskus⁷ haben am gleichen und den darauffolgenden Tagen, am 3./4.8. auch nachts, mehrere Gespräche mit den Gastregierungen geführt. Nach Mitteilung von StS Vaezi war unsere Demarche zusammen mit einer über Oman geleiteten Botschaft Präsident Bushs maßgeblich für das Hilfsangebot Rafsandschanis.

Am 4.8. hat BM Genscher Briefe an die Außenminister Velayati, Scharaa und Arens gesandt und um tatkräftige Hilfe bei der Lösung der Geiselfrage gebeten.⁸ Über die Einzelheiten unserer Aktionen wurde bisher Vertraulichkeit gewahrt. Nachdem von israelischer Seite über unsere Demarche der Presse Mitteilung gemacht wurde, haben wir lediglich die Tatsache der vielseitigen Bemühungen der Bundesregierung gegenüber Staaten der Nah- und Mittelostregion bestätigt (Anlage⁹).

Die Troika der Zwölf hat am 31.7. und 1.8. entsprechende Demarchen in Damaskus, Teheran und Jerusalem durchgeführt. Darüber hinaus hat die Präsidentschaft im Namen der Zwölf eine Erklärung abgegeben (Anlage¹⁰).

³ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte den Iran am 31. Juli und 1. August 1989.

⁴ Mehdi Ahary Mostafavi.

⁵ Joseph Raad.

⁶ Armin Freitag.

⁷ Georg-Hermann Schlingensiepen.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Mützelburg übermittelte den Botschaften in Damaskus, Teheran und Tel Aviv am 4. August 1989 gleichlautende Schreiben des Bundesministers Genscher vom selben Tag zur Weiterleitung an den jeweiligen Außenminister. Vgl. dazu die Drahterlasse; Referat 310, Bd. 196195.

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Schumacher vom 7. August 1989 an die Botschaft in Tel Aviv vgl. Referat 310, Bd. 196196.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die mit Drahtbericht Nr. 362 aus Paris (Coreu) vom 7. August 1989 übermittelte Erklärung vgl. Referat 310, Bd. 196196.

Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 83.

3) Fall Strübig/Kemptoner¹¹

Im Fall der beiden am 16.5.1989 im Südlibanon verschwundenen Deutschen Strübig und Kemptoner gibt es keine neuen Erkenntnisse. Wir wissen weder von wem noch wo sie festgehalten werden. Die in der Presse aufgetauchten Meldungen über angebliche Forderungen der Entführer beruhen auf Fehlinformationen. Der für diesen Fall eingesetzte und mehrmals wöchentlich tagende Arbeitsstab Libanon hat dies durch eine Presseerklärung richtiggestellt (Anlage¹²).

Wir bemühen uns weiter intensiv um eine Lösung dieses Falles. Wir haben insbesondere bei unseren Demarchen gegenüber Teheran, Damaskus und Jerusalem gebeten, auch die beiden Deutschen in eine eventuelle umfassende Lösung einzubeziehen. Daneben haben wir auch die algerische Regierung und VN-Untergeneralsekretär Goulding um Berücksichtigung gebeten.

Hoessle

Referat 310, Bd. 196196

243

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert

220-371.81 VS-NfD

10. August 1989¹Über D2A² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Nuklear- (START-) und Weltraum-Verhandlungen in Genf;
hier: Stand und Perspektiven nach der 11. Runde (19. Juni–7. August 1989)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Zusammenfassung

Bei den amerikanisch-sowjetischen Nuklear- und Weltraum-Verhandlungen (Nuclear and Space Talks/NST) in Genf hat vom 19. Juni–7. August 1989 nach siebenmonatiger Pause die 11. Runde stattgefunden. Am 25. September 1989,

¹¹ Zum Entführungsfall Strübig und Kemptoner vgl. Dok. 158, besonders Anm. 5.

¹² Dem Vorgang nicht beigelegt.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert und Legationsrat I. Klasse Krug konzipiert.

² Hat Botschafter Holik am 10. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. August 1989 vorgelegen.

Hat Botschafter Holik am 11. August 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert am 14. August 1989 erneut vorgelegen.

nach dem bilateralen AM-Treffen⁴, werden die Verhandlungen mit einer längeren Runde fortgesetzt werden.⁵

Zu Beginn der 11. Runde hat Präsident Bush es als Ziel der Verhandlungen bezeichnet, verifizierbare Abkommen zu erreichen, die „unsere Sicherheit verbessern“⁶ – und zwar durch Erhöhung der strategischen Stabilität, Verringerung der Gefahr eines Krieges, Erhaltung glaubwürdiger und effektiver nuklearer Abschreckung (während Präsident Reagan eher die Reduzierungen an sich – „50 %“ – betont und seine Vision einer Welt ohne nukleare Abschreckung zum Ausdruck gebracht hatte). Bush betrachtet außerdem die Neustrukturierung des amerikanischen nuklearstrategischen Potentials ausdrücklich als komplementär zu START, im Hinblick auf die Erhaltung der Abschreckung (d. h. stärkere Berücksichtigung der Interdependenzen zwischen Rüstungskontrolle und Verteidigungsplanung, insbesondere: Zustimmung des Kongresses zu mobilen landgestützten Interkontinentalraketen/ICBM der USA ist Voraussetzung für eine eventuelle Änderung der amerikanischen START-Position zu mobilen ICBM). Diese Akzentverschiebungen sind ein Ergebnis der Bestandsaufnahme der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik (policy review); nicht zufällig sind dies auch Fragen, auf die der Senat bei Ratifikation eines START-Abkommens besonderes Gewicht legen wird.

Als ein weiteres Ergebnis der policy review haben die USA in der 11. Runde neue Vorschläge zu Verifikation und Vertrauensbildung (u. a. Test-Inspektionen) eingeführt und erörtert, die bereits vor Vertragsabschluß durchgeführt werden sollen, um Erfahrungen zu gewinnen, die in den endgültigen Vertragstext einfließen könnten (s. u. Ziffer I. 2). Im übrigen wollen die USA im wesentlichen auf der Grundlage des bisherigen gemeinsamen Vertragsentwurfs und der Position der Reagan-Administration weiterverhandeln, behalten sich jedoch vor, Änderungen und neue Initiativen vorzuschlagen.

Die SU hat in der 11. Runde weitere Detailvorschläge zur Verifikation bei mobilen ICBM eingebracht und im übrigen ihre Bereitschaft angekündigt, auch Alternativen zu ihren bisherigen Verhandlungsvorschlägen zu prüfen.

Insgesamt erbrachte die 11. Runde keine größeren Fortschritte in den Sachfragen, war jedoch zur Einstimmung zwischen den beiden neuen Verhandlungsteams und zur Bekräftigung von Kontinuität in der US-Politik wertvoll. Die Rüstungskontrolle im strategischen Bereich behält auch für die USA – gleichzeitig mit VKSE, aber von diesen unabhängig – hohe Priorität. Die USA vermeiden allerdings im Gegensatz zu früher (und zu VKSE) zeitliche Vorgaben für einen Vertragsschluß. Deutlicher als bisher kommt zum Ausdruck, daß es bei der strategischen Rüstungskontrolle um den Kern der nationalen Sicherheit der USA geht. Die Administration will sicherstellen, daß der Senat ein ausgehandeltes START-Abkommen auch ratifiziert. Sie wird diese Gesichtspunkte nicht dem Ziel eines schnellen Vertragsabschlusses unterordnen.

⁴ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 21. bis 23. September 1989. Vgl. dazu Dok. 293.

⁵ Die zwölfte Runde von START fand vom 29. September bis 8. Dezember 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 427.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Präsidenten Bush vom 19. Juni 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 755 f.

Im einzelnen

I. Stand der START-Verhandlungen (Strategic Arms Reduction Talks)

1) In den vorangegangenen Verhandlungsrunden hatten sich USA und SU auf die folgenden wesentlichen Elemente eines künftigen START-Abkommens geeinigt:

- Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen der USA und der SU (innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten eines START-Abkommens) auf jeweils 1600 Trägersysteme (landgestützte ballistische Raketen – ICBM –, seegestützte ballistische Raketen – SLBM – und strategische Bomber) und 6000 Gefechtsköpfe (GK), davon höchstens 4900 GK auf ballistischen Raketen (Zwischengrenze) und davon wiederum höchstens 1540 auf höchstens 154 schweren ICBM (betrifft derzeit nur die sowjetischen SS-18);
- Zählregeln für die Anrechnung von GK pro ballistischem Raketentyp sowie Grundsätze der Anrechnung von strategischen Bombern und luftgestützten Marschflugkörpern (ALCM);
- Reduzierung des Gesamtwurfgewichts (d.h. der „Nutzlast“) der ballistischen Raketen der SU um 50 % (d.h. etwa auf das jetzige US-Niveau);
- Struktur und wichtige Elemente des Verifikationssystems;
- über Defensiv- und Weltraumwaffen soll ein separater Vertrag abgeschlossen werden (s. u., Abschnitt II.).

2) Als ein Ergebnis ihrer Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik (policy review) haben die USA zu Beginn der 11. Runde innovative neue Vorschläge zur Verifikation, Vertrauensbildung und Förderung der Stabilität in die Verhandlungen eingeführt. Sie schlagen Verifikations- und vertrauensbildende Maßnahmen vor, die möglichst bald, bereits vor Vertragsabschluß, durchgeführt werden sollen, um Erfahrungen mit der Verifikation eines START-Vertrages zu gewinnen, die dann in den endgültigen Vertragstext einfließen und so die START-Verhandlungen fördern könnten.

Die Vorschläge beinhalten:

- Überwachung des Zugangs und der Grenze des Produktionsgeländes (Perimeter and Portal Monitoring/PPM) „bestimmter“ ICBM-Produktionsstätten; über einzubeziehende Produktionsstätten wäre zu verhandeln, wobei USA besonderes Interesse an solchen für mobile ICBM haben, um sowjetische Angaben über ihre Bestände an mobilen ICBM besser beurteilen zu können;
- Datenaustausch mit konkreten Daten (ähnlich wie beim INF-Datenmemorandum) über die strategischen Nuklearstreitkräfte, um die Planung von Inspektionsverfahren zu erleichtern; zusätzlich Austausch von Experten, die sich mit den ICBM sowie mit Praktiken und Anlagen der anderen Seite vertraut machen sollen;
- Verbot der Verschlüsselung von Telemetriedaten bei Teststarts bestimmter ICBM- und SLBM-Typen;
- wechselseitige Demonstration von Verfahren zur Überprüfung, daß die Zahl der Gefechtsköpfe auf bestimmten ballistischen Raketentypen nicht die jeweils vereinbarte Zahl übersteigt;

- wechselseitige Demonstration von Technologien zur eindeutigen Identifizierung ballistischer Raketen (tagging);
- Erörterung der besonderen Probleme zukünftig möglicher SLBM mit kurzen Flugzeiten (u. a. SLBMs mit flachen Flugbahnen);
- wechselseitige Notifizierung der jährlich jeweils größten strategischen Übung.

Die beiden zuletzt genannten vertrauensbildenden Maßnahmen sind zusätzlich zum und nicht als Teil eines START-Vertrags gedacht.

Diese in der 11. Runde erörterten Vorschläge sind kein „Alles-oder-Nichts“-Angebot, sondern die USA sind bereit, sie je einzeln zu verhandeln und gegebenenfalls durchzuführen, sofern die SU nicht allen zustimmt.

Eine offizielle Antwort der SU steht noch aus; Vize-AM Karpow hat am 10.7. 1989 gegenüber der Presse erklärt, die amerikanischen Vorschläge für Test-Inspektionen seien akzeptabel, vorausgesetzt, daß sie beide Seiten gleichermaßen betreffen und nicht nur, wie von den USA vorgeschlagen, für bestimmte ballistische Raketen, sondern auch für strategische Bomber, ALCM und SLCM angewandt werden (die USA lehnen bisher Inspektionen von Bomber-Basen oder Schiffen ab). Karpow stimmt den USA darin zu, daß derartige Test-Inspektionen vor Vertragsunterzeichnung dazu beitragen könnten, Mißverständnisse zu vermeiden.

3) Im übrigen haben die USA aufgrund der policy review entschieden, im wesentlichen – abgesehen von den genannten neuen Vorschlägen und einer möglichen künftigen Positionsänderung bei mobilen ICBM (s. u.) – auf der Grundlage des vorhandenen gemeinsamen Vertragsentwurfs (Joint Draft Treaty/JDT, mehr als 450 Seiten mit „1000 Klammern“) und der bisherigen US-Positionen weiter zu verhandeln. Sie behalten sich vor, Änderungen und neue Initiativen mit dem Ziel der Stärkung der Sicherheit und der strategischen Stabilität vorzuschlagen; dieses Recht steht ohnehin beiden Partnern zu, solange das Abkommen noch nicht unterzeichnet ist.

4) Bezüglich der wichtigsten noch offenen Fragen zeichnet sich nach Abschluß der 11. Runde folgendes Bild ab:

- Bei mobilen ICBM fordern die USA nach wie vor ein Verbot, lassen jedoch erkennen, daß sie diese Forderung zurücknehmen könnten, wenn u. a. eine effektive Verifikation zahlenmäßiger Begrenzungen vereinbart werden kann. Über ein gemeinsames Arbeitspapier zur Verifikation mobiler ICBM wird seit der 10. Runde⁷ verhandelt; die SU hat in der 11. Runde hierzu einige neue Detailvorschläge unterbreitet.

Ausschlaggebend für die künftige US-Position hierzu werden jedoch die Entscheidungen über das künftige eigene Potential sein (die SU verfügt bereits über schienen- wie auch über straßenmobile ICBM). Die Administration hat Mittel für die Dislozierung bisher silogestützter MX „Peacekeeper“-ICBM auf Eisenbahnzügen und für die Entwicklung einer straßenmobilen „Midgetman“-ICBM beantragt. Nur wenn der Kongreß diesen – dort umstrittenen – Anträgen zustimmt, würden die USA ein Abgehen von ihrer Forderung nach einem Verbot erwägen. Diese stärkere Berücksichtigung der Interdependenzen

⁷ Die zehnte Runde von START fand vom 12. Juli bis 15. November 1988 in Genf statt.

zwischen Rüstungskontrolle und Verteidigungsplanung ist ebenfalls ein Ergebnis der policy review. Die Beseitigung von Hindernissen für START ist ein wichtiges Argument der Befürworter von US-Mobilsystemen (ein Verbot mobiler ICBM wäre für die SU inakzeptabel, während die Zulassung mobiler ICBM, ohne daß die USA über sie verfügen, ein START-Abkommen im Senat scheitern ließe).

- Bei SLCM stehen sich die Positionen unverändert gegenüber. Einvernehmen besteht darüber, daß sie nicht unter die oben (Ziffer I.1) genannten Obergrenzen fallen sollen.

Die SU strebt verbindliche Obergrenzen für nukleare und für konventionelle SLCM an. Sie bemüht sich (zuletzt in einer Verfahrensdemonstration für amerikanische Kongreßabgeordnete und Wissenschaftler auf dem sowjetischen Lenkwaffenkreuzer „Slawa“ im Schwarzen Meer Anfang Juli 1989) um den Nachweis, daß eine SLCM-Verifikation, insbesondere eine Unterscheidung zwischen nuklearen und konventionellen SLCM, möglich ist.

Die USA sind zwar weiterhin bereit, eine beiderseits annehmbare Lösung zur Begrenzung nuklearer SLCM und wirksame Verifikationsverfahren hierfür zu suchen. Den USA zufolge gibt es jedoch bisher keine Verfahren für eine zuverlässige Feststellung nuklearer SLCM auf Abstand (ohne – für die USA inakzeptables – Betreten von Schiffen) sowie für deren Unterscheidung von konventionellen SLCM und von anderen Quellen nuklearer Strahlung.

Untersuchungen des Pentagon zufolge wären derartige Messungen nur in einem Abstand von weniger als 8 m von einem Gefechtskopf möglich. Außerdem dürfe das Untersuchungsobjekt nicht zusätzlich abgeschirmt sein. Selbst unter diesen Voraussetzungen lasse sich nicht sicher unterscheiden, ob Strahlungsquelle ein SLCM, ein SLBM, ein nuklearer Torpedo, eine nukleare Mine oder ein Reaktor ist.

Daher sind die USA bei SLCM weiterhin nur zu einem deklaratorischen Ansatz (wechselseitige, nicht bindende Ankündigung des jeweils geplanten SLCM-Potentials) bereit und schlagen vor, ein START-Abkommen ohne verbindliche Beschränkung der SLCM abzuschließen, wenn die Verifikationsprobleme nicht gelöst werden können. (Sicherheitsberater Scowcroft hatte sich vor seinem Eintritt in die Bush-Administration zwar für einen Verzicht auf nukleare SLCM ausgesprochen; es gibt jedoch bisher keine Anzeichen dafür, daß dies US-Position würde.)

Bei der Unterrichtung des NATO-Rats am 5.7.1989 durch die Genfer Chef-Unterhändler haben mehrere Bündnispartner – außer, wie schon früher, KAN und NWG auch B, DK und E – Besorgnis über eine mögliche Nichteinbeziehung von SLCM in ein START-Abkommen geäußert.⁸ Andererseits wäre zuverlässige Verifikation bisher nur durch Inspektionen auf Schiffen möglich.

⁸ Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), informierte am 5. Juli 1989 über die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats zum Verhandlungsstand durch die amerikanischen Delegationsleiter Burt (START) und Cooper (Weltraumwaffen) am selben Tag: „Nach Prüfung sowjetischer Vorschläge für SLCM-Verifizierung sind US zu dem Schluß gekommen, daß diese kein wirksames Regime darstellten. Darüber hinaus würden sowjetische Vorschläge gegen westlichen Grundsatz, Vorhandensein Nuklearwaffen auf Schiffen weder zu bestätigen noch zu dementieren, verstoßen.“ SLCM seien „keine zentralen strategischen Systeme“. Sie eigneten sich weder als Mittel noch als Ziel eines Erstschlags

Die Lösung dieser Fragen erweist sich nicht zuletzt deshalb als besonders schwierig, weil mit ihnen wegweisende Implikationen für die künftigen Kräftestrukturen beider Seiten verbunden sind. Die Interdependenz von Rüstungs- und von Rüstungskontrollentscheidungen wird auch hier besonders deutlich. Auch bei weiteren wichtigen, noch ungelösten Fragen der START-Verhandlungen sind die Positionen nach Abschluß der 11. Runde unverändert:

- Bei luftgestützten Marschflugkörpern (ALCM) sind weiterhin umstritten: die pro Trägerflugzeug anzurechnende Zahl von Gefechtsköpfen (USA: eine bestimmte Zahl – nicht mehr als zehn – pro Bombertyp, die unter der möglichen ALCM-Maximalausstattung liegt und die geringere Bedrohung durch Bomber im Vergleich zu ICBM widerspiegelt; SU: je nach ALCM-Maximalausstattung des jeweiligen Bombertyps) und Reichweite, ab der diese erfaßt werden (USA: 1500 km; SU: 600 km);
- USA fordern weitere Zwischengrenze von 3000–3300 GK auf ICBM (innerhalb der Zwischengrenze von 4900); SU ist hiermit nur einverstanden, wenn auch für SLBM und strategische Bomber Zwischengrenzen vereinbart werden;
- USA fordern Verbot von Produktion, Flugtests oder Stationierung neuer oder modernisierter Typen schwerer ICBM (an schweren ICBM gibt es z. Z. nur sowjetische SS-18);
- zur Verknüpfung von START mit dem Defensiv-/Weltraum-Bereich s. u., Abschnitt II.

5) Für die SU bleibt START der „erste Tagesordnungspunkt der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen“ (so Chefunterhändler Nasarkin am 3.8.1989 vor der VN-Abrüstungskonferenz/CD in Genf). VAM Karpow hat (am 10.7.1989 gegenüber der Presse) erklärt, die SU sei möglicherweise bereit, Alternativen zu ihren bisherigen Vorschlägen von Beschränkungen bei ALCM und bei SLCM zu prüfen. Die bisherigen amerikanischen Vorschläge hierzu sowie zu den Defensiv- und Weltraum-Waffen seien jedoch nicht akzeptabel.

II. Stand der Defensiv- und Weltraum-Verhandlungen

1) Im Defensiv-/Weltraum-Bereich hat es auch in der 11. Runde keine Annäherung in den entscheidenden Fragen gegeben. Wichtige Grundlage der Verhandlungen ist weiterhin die amerikanisch-sowjetische Einigung beim Washingtoner Gipfel (Dezember 1987), die Delegationen in Genf anzuweisen,

„eine Übereinkunft auszuarbeiten, die die Seiten verpflichtet, den ABM-Vertrag, so wie 1972 unterzeichnet⁹, bei der Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie bei den notwendigen Erprobungen, die der ABM-Vertrag erlaubt, einzuhalten, und den ABM-Vertrag während einer vereinbarten Frist nicht aufzukündigen“.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 1076

und könnten daher „nicht zur Umgehung von START-Grenzen genutzt werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 786/787; Referat 213, Bd. 147165.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

¹⁰ Vgl. die Gemeinsame Erklärung des amerikanischen Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zum Besuch Gorbatschows vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den

Die SU setzt sich dafür ein, die Washingtoner Formel unverändert in den Entwurf für einen Defensiv-/Weltraum-Vertrag zu übernehmen. Ihr Ziel ist offenbar, das Festhalten am ABM-Vertrag „wie 1972 unterzeichnet“ festzuschreiben.

Die USA verlangen hingegen, vor Übernahme in einen Defensiv-/Weltraum-Vertrag die Mehrdeutigkeiten in der Washingtoner Formel auszuräumen, insbesondere im Hinblick auf Ratifikation eines solchen Vertrages im Senat. Zu Beginn der 11. Runde hat Präsident Bush als Ziel bei den Defensiv-/Weltraum-Verhandlungen genannt:

„eine Übereinkunft über einen kooperativen Übergang zu einem stabileren nuklearen Kräfteverhältnis, das sich in zunehmendem Maße auf Defensivsysteme stützt“.¹¹ (Defensiv-/Weltraum-Chefunterhändler Cooper hat vor dem NATO-Rat am 5.7.1989 hinzugefügt: „sofern effektive Defensivsysteme sich als machbar erweisen“.)

Die USA wollen die Optionen für SDI offenhalten. Zwar teilt die Bush-Administration Präsident Reagans Vision eines hundertprozentigen Schutzes für Streitkräfte und Bevölkerung der USA nicht. Die Administration hat vielmehr den SDI-Haushaltsansatz gekürzt und strebt nunmehr ein Defensivsystem an, das die Trefferwahrscheinlichkeit eines Erstschlags auf amerikanische ICBM-Silos verringern und daher nach amerikanischer Auffassung die strategische Stabilität erhöhen würde. Senat und Abgeordnetenhaus werden sich voraussichtlich darauf einigen, den SDI-Haushaltsansatz der Administration noch zu kürzen; dies gilt allerdings auch für andere Teile des Verteidigungshaushalts.

Eine weitgehende Reduzierung der Planungen für das SDI-Programm in einer Weise, die es auch langfristig im Rahmen des ABM-Vertrages halten und damit für die SU akzeptabel machen könnte, ist jedoch nicht abzusehen.

2) Verknüpfung zwischen START und Defensiv-/Weltraum: Die SU macht weiterhin den Abschluß eines START-Abkommens vom Zustandekommen eines Defensiv-/Weltraum-Abkommens abhängig. Die USA lehnen dieses Junktim ab und fordern die SU dazu auf, einen Defensiv-/Weltraum-Vertrag separat, nach dessen eigenen Zielsetzungen und eigenem Zeitplan, auszuhandeln; dies hat Defensiv-/Weltraum-Chefunterhändler Cooper vor dem NATO-Rat am 5.7.1989 bekräftigt. Die USA mahnen allerdings die Einhaltung bereits abgeschlossener Rüstungskontrollverträge an und fordern die SU dazu auf, als Bedingung für den Abschluß neuer Rüstungskontrollabkommen im strategischen Bereich den sowjetischen Großradar bei Krasnojarsk, der aus US-Sicht den ABM-Vertrag verletzt, vollständig (Empfänger und Sender) abzubauen.

3) Die USA und die SU verhandeln außer über ein Defensiv-/Weltraum-Abkommen auch über ein Protokoll zu diesem Abkommen. Das Protokoll wird jährliche Expertentreffen sowie einen jährlichen Datenaustausch über eine Reihe von Aktivitäten im Bereich der ballistischen Raketenabwehr vorsehen. Allerdings ist eine Reihe von Fragen noch ungeklärt, insbesondere der Umfang der auszutauschenden Daten. Die USA sehen hierin eine Art vertrauensbildender Maß-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1077

USA; EUROPA-ARCHIV 1988, D 35. Zum Besuch vgl. ferner AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹¹ Vgl. die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Bush vom 19. Juni 1989; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 755 f.

nahmen (predictability measures). Die SU hingegen strebt an, auch für diesen Bereich tief eindringende Verifikationsmaßnahmen zu vereinbaren, mit denen sie das Festhalten am ABM-Vertrag auch künftig sicherstellen will.

III. Wertung und Perspektiven

Der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß der amerikanischen Administration im Bereich der strategischen Rüstungskontrolle ist nur zögernd in Gang gekommen. Auf der Grundlage dieser Entwicklung und bisheriger amerikanischer Äußerungen zeichnen sich folgende Perspektiven ab:

- START bleibt nicht nur für die SU, sondern auch für die US-Administration prioritär, denn (so Chefunterhändler Burt im Senat am 5.5.1989) die SU ist das einzige Land der Welt mit dem Potential, die USA zu zerstören.
- Zu begrüßen ist die Klarstellung von US-Chefunterhändler Burt (vor dem NATO-Rat am 5.7. und jetzt auch vor der CD in Genf am 3.8.1989¹²), daß START und VKSE für die USA unabhängig voneinander hohe Priorität haben, d. h., daß von dem (seit Äußerungen des späteren Vizepräsidenten Quayle im Wahlkampf) gelegentlich diskutierten Gedanken eines Junktims zwischen START und VKSE nicht mehr die Rede sein kann. Im Gegensatz zu früher (und zu VKSE) nennen die USA keine zeitliche Vorgabe mehr für einen START-Vertragsschluß; dies dürfte indirekt auch eine gewisse Rangfolge der Prioritäten (zwischen VKSE und START) widerspiegeln.

- Die policy review hat zu einer Akzentverschiebung bei den amerikanischen Verhandlungszielen geführt. Präsident Bush hat es bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen (19.6.1989) als Ziel bezeichnet,

„verifizierbare Abkommen zu erreichen, die unsere Sicherheit verbessern und hierbei die Stabilität erhöhen und das Risiko eines Krieges verringern. Schwerpunkt bei den START-Verhandlungen werden die Schaffung eines stabileren nuklearen Kräfteverhältnisses und die Stärkung der Abschreckung durch Verringerung und Beschränkung derjenigen strategischen Nuklearstreitkräfte sein, die Sicherheit und Stabilität am meisten bedrohen.“ Chefunterhändler Burt hat vor der CD hinzugefügt, tiefgreifende Reduzierungen der strategischen Nuklearstreitkräfte könnten die Stabilität erhöhen, wenn sie „richtig durchgeführt“ würden (properly applied); die Stabilität könne erhöht werden durch Verringerung der Verwundbarkeit, Erhöhung der Transparenz und Förderung der Berechenbarkeit (predictability).

Präsident Reagan hatte dagegen die Reduzierungen an sich („50%“) betont und seine Vision einer Welt ohne nukleare Abschreckung zum Ausdruck gebracht.

- Ein weiteres Ergebnis der policy review ist die stärkere Berücksichtigung der Interdependenzen¹³ zwischen strategischer Rüstungskontrolle und Verteidigungsplanung. Präsident Bush betrachtet die Neustrukturierung des amerikanischen nuklearstrategischen Potentials als komplementär zu START im

¹² Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der amerikanischen START-Delegation, Burt, vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2151, S. 17–19.

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was wir schon seit langem vertreten!“

Hinblick auf die Erhaltung der Abschreckung. Somit wird die künftige US-Rüstungskontrollposition zu mobilen ICBM maßgeblich von der Entscheidung des Kongresses über mobile US-ICBM abhängen.

- Die USA halten fest an der Zielsetzung, nicht nur quantitative Beschränkungen des Gesamtpotentials, sondern auch Umstrukturierungen zu Lasten der besonders destabilisierenden Systeme (ICBM, insbesondere schwere ICBM) zu erreichen; dies kommt auch bei den neuen amerikanischen Vorschlägen zur Verifikation und Vertrauensbildung (s. o., Ziff. I.2) zum Ausdruck, die z.T. nur ICBM betreffen. Diese Zielsetzung wird von der SU – wie auch ihre erste Reaktion auf die amerikanischen Vorschläge zeigt – weiterhin nur mit Einschränkungen geteilt, da sie selbst einen deutlich höheren Teil ihres nuklear-strategischen Potentials auf ICBM disloziert hat.
- Die SU macht weiterhin eine Einigung über das Festhalten am ABM-Vertrag „wie 1972 unterzeichnet“ zur Vorbedingung für ein START-Abkommen. Die Hauptsorge der SU dürfte weniger dem Aufbau amerikanischer Defensivsysteme an und für sich gelten als vielmehr einem damit verbundenen technologischen Rüstungswettlauf, den sie zu verlieren befürchtet. Während die USA das Erfordernis der Krisenstabilität betonen, steht für die SU die Stabilität der Rüstungskonkurrenz im Vordergrund.
- Die USA äußern sich dennoch unverändert zuversichtlich, daß die SU ein START-Abkommen, an dem sie auch großes Interesse habe, letztlich nicht an der Verknüpfung mit den Defensiv-/Weltraum-Verhandlungen (in denen es von allen laufenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen bisher am wenigsten Annäherung der Positionen gegeben hat) scheitern lassen werde. Die USA verweisen darauf, daß die SU auch bei INF letzten Endes bezüglich der Einbeziehung amerikanischer „forward based systems“, der Einbeziehung bzw. der Kompensation französischer und britischer Systeme und des Junktims mit SDI schließlich nachgegeben habe.
- Wir sollten uns darauf einstellen, daß mit einem schnellen Abschluß der Verhandlungen nicht zu rechnen ist. Im amerikanischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß kommt deutlicher als bisher zum Ausdruck, daß es sich bei der strategischen Rüstungskontrolle um den Kern der nationalen Sicherheit der USA handelt. Dies bedeutet auch, daß der Senat hohe Anforderungen an ein START-Abkommen – insbesondere auf dem Gebiet der Verifikation und der Sicherung der Zweitschlagsfähigkeit des amerikanischen Potentials – stellen wird. Nach den Erfahrungen mit dem SALT-II-Abkommen¹⁴ und den sehr eingehenden, kritischen Fragen der Senatoren im Ratifikationsverfahren des INF-Abkommens¹⁵, insbesondere zur Verifikation, wird die Administra-

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197. Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 ersuchte Präsident Carter den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, mit Schreiben vom 3. Januar 1980, die Debatte im Senat über die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags auszusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 12.

¹⁵ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug).

tion in jedem Falle sicherstellen wollen, daß der Senat ein ausgehandeltes START-Abkommen auch ratifiziert. Es ist daher davon auszugehen, daß die Administration diese Gesichtspunkte nicht dem Ziel eines schnellen Vertragschlusses unterordnen wird.

Seibert

Referat 240 (220), Bd. 163103

244

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elias

340-320.10 AFG

10. August 1989¹

Über Dg34², D3³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Aktuelle Lage in Afghanistan

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zum 15. Februar 1989⁵ hat sich der Widerstand wider Erwarten nicht militärisch gegenüber dem Regime in Kabul durchsetzen können. Auch seine Versuche, eine politische Struktur zu schaffen, blieben erfolglos.

Nadschibullah und die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) konnten demgegenüber – nicht zuletzt dank massiver Waffenhilfe aus der Sowjetunion – ihre Position behaupten, wenn nicht gar verstärken.

Die USA und Pakistan setzen auf militärische Erfolge des Widerstandes und erwarten bis November 1989 (Wintereinbruch) erste greifbare Ergebnisse. Dadurch soll die Verhandlungsposition der Mudschaheddin gestärkt werden. Eine „policy review“ gegen Jahresende wird zeigen, ob Washington bei seiner Linie bleiben kann, die nicht nur Nadschibullah, sondern auch die gesamte DVPA als Teil einer politischen Lösung ablehnt.

Die Sowjetunion unterstützt weiterhin massiv das Regime in Kabul. International versucht sie, nicht ohne Erfolg, den Eindruck zu vermitteln, daß ihre „Verständigungsbereitschaft“ durch einen auf Konfrontationskurs eingestellten Widerstand, den die USA, Pakistan und Saudi-Arabien massiv unterstützen, untergraben wird.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elias und Legationsrat I. Klasse Zenner konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Zeller am 10. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 10. August 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. August 1989 vorgelegen.

⁵ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

Im Hinblick auf die kommende VN-Generalversammlung⁶ ist nicht auszuschließen, daß eine für das Regime positive Afghanistan-Resolution verabschiedet wird. Die amerikanische „policy review“ mit einer eventuell daraus resultierenden Änderung der Prioritäten käme dafür zu spät.

Der Westen darf sich hier die Initiative nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir, d.h. die Europäer, sollten daher mit den USA und danach Pakistan überlegen, ob der VN-Generalsekretär⁷ nicht frühzeitig zu einer politischen Lösung ermuntert werden sollte, an der alle Gruppierungen einschließlich der DVPA – jedoch ohne Nadschibullah und seine engsten Mitarbeiter – beteiligt sind.

Nach außen gilt auf jeden Fall, daß unsere und der Europäer Afghanistanpolitik nur im engen Schulterschuß mit den USA und Pakistan erfolgen kann.

II. Im einzelnen

1) Wider Erwarten gelang es dem Widerstand nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zum 15.2.1989 nicht, die Lage militärisch zu seinen Gunsten zu entscheiden. Präsident Nadschibullah und das von ihm geführte Regime der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) konnten sich – nicht zuletzt wegen massiver sowjetischer Waffenlieferungen – behaupten, wenn nicht gar ihre Position verstärken. Der Widerstand hingegen geht weiterhin militärisch unkoordiniert entsprechend seiner bisherigen Guerilla-Taktik vor.

Dadurch ist er bei größeren militärischen Aktionen – wie z.B. dem Angriff auf die befestigte Stadt Dschalalabad – der gut gerüsteten afghanischen Armee unterlegen. Im übrigen haben Teile des Widerstands durch Metzeleien potentielle Überläufer aus dem Regierungslager abgeschreckt. Bis zum sowjetischen Abzug war der Widerstand dadurch „erfolgreich“, daß er nicht bezwungen wurde. Nach dem 15.2.89 trifft das mit umgekehrten Vorzeichen auf das Regime in Kabul zu.

Politisch konnte er es gleichfalls nicht erreichen, eine für alle Gruppierungen (Traditionalisten, Fundamentalisten, Schiiten, Kommandanten, Stammesführer, exilierte Intellektuelle und Technokraten) akzeptable politische Konzeption zu erarbeiten. Die von einer Ratsversammlung (Schura) am 23.2.1989 gewählte „Widerstandsregierung“ wird vor allem von Vertretern des schiitischen Widerstands im Iran sowie einer Reihe wichtiger Widerstandskommandanten in Afghanistan nicht unterstützt. Daneben gibt es auch innerhalb der diese „Regierung“ tragenden Siebener-Allianz in Peschawar erhebliche Divergenzen, die sogar schon zu blutigen Auseinandersetzungen geführt haben. Der prowestliche, royalistische Parteiführer Gailani hat sich unlängst offen gegen die „Widerstandsregierung“ ausgesprochen. Insgesamt sind die Zukunftsaussichten für den Widerstand nicht günstig und damit auch seine politischen Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt, solange er keine politische Kohärenz erreicht.

2) Der Sowjetunion ist es durch und nach Genf gelungen, sich mit vergleichsweise geringen Verlusten für ihr Ansehen militärisch aus Afghanistan zu lösen. Das Regime in Kabul und Nadschibullah will sie nach wie vor nicht fallenlassen und wirkt auf ihre Einbeziehung in eine künftige gesamtafghanische Regierung hin. Die jüngste militärische Entwicklung dürfte sie in dieser Haltung bestärken.

⁶ Die 44. VN-Generalversammlung begann am 19. September 1989 in New York.

⁷ Javier Pérez de Cuéllar.

Der Arbeitsbesuch Schewardnadses am 6.8.89 deutet darauf hin, daß Moskau bei dieser Linie gegenüber dem Kabul-Regime bleibt. International versuchen Moskau und Kabul, nicht ohne Erfolg, den Eindruck zu vermitteln, daß ihre „Verständigungsbereitschaft“ durch einen auf Konfrontationskurs eingestellten Widerstand, den die USA, Pakistan und Saudi-Arabien massiv unterstützen, untergraben wird und daß diese Staaten deshalb die Verantwortung für die Verlängerung des Konflikts tragen.

Es ist im übrigen ein Phänomen, daß es der Sowjetunion als ehemaligem Aggressor nach dem Abzug ihrer Truppen gelungen ist, sich in der Dritten Welt als Befürworter eines unabhängigen und stabilen Afghanistan zu profilieren.

3) Die USA streben ein unabhängiges Afghanistan mit einer Regierung an, die durch einen breiten Konsens in der afghanischen Bevölkerung getragen wird. Eine politische Lösung, die Nadschibullah und die DVPA einbezieht, ist für sie erklärtermaßen ausgeschlossen. Eine nach Amtsantritt von Präsident Bush vollzogene „policy review“ kam im Frühjahr d.J. zu dem Ergebnis, daß der Widerstand trotz der gezeigten Schwächen eine militärische Chance gegenüber dem Regime in Kabul habe, die Grundlage für eine politische Lösung sei. Dazu bedürfe er aber weiterer Waffenlieferungen, die die massive sowjetische Unterstützung für das Regime ausgleichen und darüber hinaus wirksamer gegen Luftangriffe schützten. Entsprechend dieser Analyse liefern die Amerikaner weiterhin – auch „höherwertige“ – Waffen. Eine „negative Symmetrie“ kommt für sie deshalb z.Zt. nicht in Frage, was von ihnen auch in den im übrigen ergebnislos verlaufenen Afghanistangesprächen in Stockholm am 31.7./1.8.89 bestätigt wurde.

Für das Ende der Kampfsaison, d.h. zum Wintereinbruch im November d.J., haben die Amerikaner sich eine erneute „policy review“ vorbehalten. Das bedeutet – unausgesprochen –, daß Washington bei einem Scheitern des Widerstandes eine andere, rein politische Lösung ins Kalkül ziehen könnte.

4) Pakistan hat im Afghanistankonflikt bislang die größte Last getragen. Es hat über drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen und geduldet, daß der Widerstand von seinem Territorium aus operiert. Sein vorrangiges politisches Ziel bleibt die Rückkehr der Flüchtlinge nach Afghanistan und die Etablierung einer pakistanfreundlichen Regierung in Kabul. Mit der Entlassung des Chefs des militärischen Geheimdienstes (ISI⁸), Hamid Gul, am 25.5.1989 hat PM Benazir Bhutto ihre Optionen auch im Hinblick auf eine politische Lösung des Konflikts erweitert. Vorerst ist sie in dieser Frage aber auf das Wohlwollen der Militärs angewiesen, die weiterhin eine harte Haltung vertreten. Deshalb hatten die Amerikaner offensichtlich keine Schwierigkeiten, sie bei ihrem Besuch in Washington (5.–7.6.1989⁹) auf ihre, d.h. die amerikanische, Linie festzulegen.

5) Der Iran (der selbst zwei Millionen afghanische Flüchtlinge beherbergt) widmet sich seit Ende des Golfkriegs vermehrt dem Afghanistankonflikt. Gegenüber sowjetischen Versuchen (Rafsandschani in Moskau, 20.–22.6.1989¹⁰; Scheward-

⁸ Inter-Services Intelligence.

⁹ Die pakistanische Ministerpräsidentin Bhutto besuchte die USA vom 5. bis 9. Juni 1989.

¹⁰ Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, hielt sich vom 20. bis 23. Juni 1989 in der UdSSR auf.

nadse in Teheran, 1./2.8.1989¹¹), ihn zu einer Zusammenarbeit mit Kabul zu gewinnen, zeigte er sich gesprächsbereit. Nach iranischen Vorstellungen könnte eine Regionalkonferenz mit den Teilnehmern Iran, Pakistan, Sowjetunion, Widerstand und Kabul(!) versuchen, eine Lösung zu finden. Teherans Hauptinteresse besteht darin, den amerikanischen Einfluß in Afghanistan zu verhindern. Er nutzt bei dieser Politik die schiitischen Widerstandsgruppen, um über sie seinen eigenen Einfluß auch längerfristig geltend zu machen.

6) Der VN-Generalsekretär sieht derzeit keine Möglichkeit, als Vermittler zwischen den Konfliktparteien tätig zu werden, solange es nicht zwischen den USA und der SU zu einer grundsätzlichen Verständigung über eine politische Lösung gekommen ist. Ihm wurde von Washington signalisiert, daß eine Vermittlungstätigkeit z.Zt. noch nicht erwünscht sei. Mit seiner am 3.8.1989 veröffentlichten Erklärung zu Afghanistan¹² hat er jedoch den Anspruch der VN bekräftigt, eine Konfliktregelung in Afghanistan voranzutreiben und mitzugestalten.

7) Die Zwölf haben – zuletzt der Europäische Rat am 26./27.6.1989 – stets eine von den Afghanen selbst zu realisierende, umfassende politische Lösung gefordert.¹³ Sie sind jedoch in ihren politischen und materiellen Möglichkeiten eingeschränkt. Bei einer Lösung des Afghanistanproblems können sie bestenfalls hilfreich sein. Die entscheidenden Impulse können nur von den USA und der Sowjetunion unter Mitwirkung von Pakistan und dem Iran ausgehen. Hierzu sind Washington und Moskau bislang jedoch nicht bereit.

8) Das Thema Afghanistan wird in den kommenden Monaten auf der Agenda der Blockfreienkonferenz in Belgrad¹⁴ und der VN-GV stehen. Es erhebt sich daher die Frage, ob eine neuerliche Bestandsaufnahme der amerikanischen Afghanistanpolitik Ende des Jahres nicht zu spät kommt, um eine Schwächung westlicher und prowestlicher Positionen vor allem in der bevorstehenden Afghanistandebatte der VN-Generalversammlung zu vermeiden. Pakistan gelang es bereits in der Afghanistandebatte des VN-Sicherheitsrats im April d. J. nicht mehr, die bisherige einheitliche Haltung zu Afghanistan der meisten DrittWeltstaaten sicherzustellen.

Wie die Stimmung z.Zt. ist, wird der Blockfreiengipfel in Belgrad in wenigen Wochen erweisen. Die Amerikaner haben zwar ein gesundes Vertrauen in die pakistanische Fähigkeit, zu überzeugen und einen Konsens nach ihren Vorstellungen zu erreichen, aber möglicherweise sind diese hierbei überfordert. Es ist nicht auszuschließen, daß Moskau und Kabul eine Mehrheit für eine von ihnen geprägte Afghanistanresolution in den Vereinten Nationen erhalten. Das wäre ein beachtlicher politischer Erfolg für das Regime in Kabul und würde es inter-

¹¹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte den Iran am 31. Juli und 1. August 1989.

¹² Für die Erklärung des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vgl. Referat 230, Bd. 167248.

Botschafter Vergau, New York (VN), berichtete am 3. August 1989, die Erklärung sei „ohne erkennbaren äußeren Anlaß“ veröffentlicht worden. Auf die Frage nach dem Anlaß habe das VN-Sekretariat „humanitäre Beweggründe“ genannt, insbesondere die wachsende Zahl ziviler Opfer bei den Kampfhandlungen in den letzten drei Wochen. Dies habe der Generalsekretär „nicht stillschweigend hinnehmen wollen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1368; Referat 230, Bd. 167248.

¹³ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats in Madrid zu Afghanistan; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 15. Zur Tagung vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁴ Am 1./2. September 1989 fand in Belgrad die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt, der vom 4. bis 8. September 1989 die Gipfelkonferenz folgte.

national so aufwerten, daß eine politische Lösung ohne es danach schwer vorstellbar wäre.

9) Von daher gesehen müßte politischen Erwägungen zur Lösung des Afghanistankonfliktes der Vorrang gegeben werden. Zu einer Interimsregierung könnten, so die Überlegungen moderater Widerstandsgruppen, auch unbelastete Vertreter des Regimes in Kabul gehören. Nadschibullah und seine engsten Mitarbeiter sind jedoch nicht konsensfähig. Eine wichtige Rolle in diesem Prozeß würde der VN-Generalsekretär übernehmen, dessen Stellvertreter Benon Sevan bereits kontinuierlichen Kontakt zu allen Konfliktparteien unterhält. Allerdings ist aufgrund der gegenwärtigen Haltung der USA und Pakistans sowie der Sowjetunion die kurzfristige Realisierung einer solchen Vermittlungsaktion wenig aussichtsreich.

Diese Einschätzung ist auch das Ergebnis der letzten Diskussionen im EPZ-Rahmen, die im September im Hinblick auf die bevorstehende VN-Generalversammlung vertieft werden sollen. Hierbei könnten bereits Verlauf und Ergebnis der Blockfreienkonferenz als Indikatoren für die Afghanistandebatte in den Vereinten Nationen berücksichtigt werden. Danach wäre zu überlegen, wie wir den Amerikanern intern unsere Überlegungen im Hinblick auf eine notwendige politische Lösung nahebringen können.

Eine solche Lösung könnte u. a. folgende Elemente beinhalten:

- Von USA und Pakistan unterstützte Vermittlungsinitiative des VN-Generalsekretärs, die den Widerstand in Pakistan und dem Iran, die im Lande kämpfenden Kommandanten sowie die DVPA einschließt. Nadschibullah und seine engsten Mitarbeiter sind jedoch nicht konsensfähig.
- Bildung einer repräsentativen Regierung, die durch die traditionelle afghanische Form einer großen Stammesversammlung, „Loya Jirga“, legitimiert wird. Freie Wahlen erscheinen aufgrund der ethnischen Divergenzen und der Zersplitterung des Landes nicht praktikabel.
- Mögliche Miteinbeziehung von Ex-König Zahir Schah als nationale Integrationsfigur bzw. als Symbol der Einheit des Landes. Ob hierfür alle Gruppierungen zu gewinnen wären, bliebe abzuwarten. Eine Reihe von Widerstandsführern hat sich gegen den Ex-Monarchen ausgesprochen.

Nach außen gilt auf jeden Fall, daß unsere und der Europäer Afghanistanpolitik nur in engem Schulterschuß mit den USA und Pakistan erfolgen kann.

Referat 230 hat mitgezeichnet.

Elias

Referat 340, Bd. 156104

245

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schmiegelow

331-323.60/1 LA

14. August 1989

Über Dg33¹, D3² Herrn Staatssekretär³ zur UnterrichtungBetr.: Bewegung im zentralamerikanischen Friedensprozeß;
hier: Bewertung des Gipfels von Tela

I. Mit dem Treffen der fünf zentralamerikanischen Präsidenten⁴ vom 5.–7. August 1989 in Tela, Honduras, hat der Friedensprozeß in Zentralamerika offenbar Anschluß an den globalen Trend zum Abbau der lange vom Ost-West-Gegensatz gekennzeichneten Regionalkonflikte in der Dritten Welt gefunden:

1) Unmittelbar vor Beginn des Gipfels kam in Nicaragua eine auch von der US-Regierung begrüßte Einigung zwischen Regierung und Opposition über die Rahmenbedingungen praktizierter pluralistischer Demokratie zustande (verbunden mit einem gemeinsamen Aufruf zur Demobilisierung der Contras).

2) Während die Demokratie in Nicaragua noch im Mittelpunkt der beiden vorausgegangenen Gipfel (in San José, Costa Rica, im Januar 1988⁵ und Tesoro Beach, El Salvador, im Februar 1989⁶) gestanden hatte, konnten die Präsidenten das Schwerkgewicht ihrer Bemühungen jetzt auf den zweiten Kernbereich des Esquipulas-II-Abkommens verlagern: die Sicherheit.

3) Dabei kam die gleiche regionale Dynamik zum Tragen wie bei dem inzwischen historischen Esquipulas-II-Gipfel vom 7. August 1987⁷: Die fünf etablierten Regierungen (vier mit traditionell „westlichen“ Bindungen, eine mit revolutionärem Ursprung und „östlichen“ Bindungen) einigten sich erneut zu Lasten der Widerstandsbewegungen gleich welcher Couleur.

4) Ebenso wie vor zwei Jahren in Esquipulas handelten die fünf Präsidenten in frappierender Unabhängigkeit von dem „hegemonialen“ Einfluß der USA in der Region. Neu und weltpolitisch bedeutsam ist die offensichtliche Bereitschaft der USA, das Ergebnis dieses Handelns im wesentlichen anzuerkennen.

5) Die wichtigsten Gipfelsergebnisse sind:

a) ein Plan zur Demobilisierung der von Honduras aus operierenden anti-sandinistischen Contras;

¹ Hat Ministerialdirigent Henze am 15. August 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 15. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. August 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Sulimma am 17. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Henze vermerkte: „[siehe] S. 3 u. 4.“ Vgl. Anm. 12, 15 und 18.

Hat Henze am 17. August 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer am 24. August 1989 vorgelegen.

⁴ Óscar Arias Sánchez (Costa Rica), José Azcona del Hoyo (Honduras), Marco Vinicio Cerezo Arévalo (Guatemala), Alfredo Cristiani Burkard (El Salvador) und José Daniel Ortega Saavedra (Nicaragua).

⁵ In San José fand am 15./16. Januar 1988 ein Gipfeltreffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten statt.

⁶ Zum Gipfeltreffen zentralamerikanischer Präsidenten am 13./14. Februar 1989 in Costa del Sol (El Salvador) vgl. Dok. 55, Anm. 2.

⁷ Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

b) ein Aufruf an die salvadorianische Guerilla-Front FMLN, die Waffen niederzulegen;

c) das lange erwartete Ersuchen der Fünf an die VN, den Überwachungsmechanismus in Gang zu setzen⁸, der mit Beteiligung von KAN, E und D den Verzicht der Fünf auf „Revolutionsexport“ durch Unterstützung von Insurgenten (d. h. praktisch Nicaraguas Unterstützung für die salvadorianische Guerilla) oder durch Bereitstellung eigenen Staatsgebiets für Insurgenten der vier anderen Staaten (d. h. praktisch honduranischen Gebiets für die anti-sandinistischen Contras) überwachen soll;

d) ein bilaterales Abkommen zwischen Honduras und Nicaragua über die Bedingungen der Rücknahme der Klage Nicaraguas gegen Honduras vor dem IGH.⁹

II. Die Ergebnisse sind von unterschiedlicher rechtlicher Reichweite und politischer Qualität. Alle haben jedoch beträchtliches Potential, weiter zu dem bereits erheblich beschleunigten Momentum des Friedensprozesses und zum Abbau der noch fortbestehenden Hürden und Risiken beizutragen.

1) Zum Contra-Demobilisierungsplan:

Seine wichtigsten Merkmale sind:

a) Das Prinzip der Freiwilligkeit der Entwaffnung und Rückkehr der Contras nach Nicaragua: Es entspricht humanitären Mindestanforderungen und ist wesentliche Grundlage der bemerkenswerten Akzeptanz des Gipfelergebnisses durch die US-Regierung.

b) Die Bildung einer internationalen Kommission zur Unterstützung und Verifikation des Plans (CIAV¹⁰): Sie soll von VN und OAS gebildet werden und sicherstellen, daß die Demobilisierung im Einvernehmen mit den Contras erfolgt (Erläuterung des Plans, Entgegennahme der Waffen, Rückführung der Contras in Zusammenarbeit mit den Behörden Nicaraguas, Nachbetreuung in Nicaragua).

c) Die anspruchsvolle Fristenregelung: 30 Tage (bis 8. September) für die Bildung der CIAV, 90 Tage (bis 8. Dezember) für die Demobilisierung selbst, zehn Tage (bis 18. Dezember) für die Vorlage des Vollzugsberichts durch die CIAV.

Die Regelung setzt alle Beteiligten unter Erfolgszwang und rechnet offensichtlich mit der Zugkraft des Arguments, daß die Contras auf diese Weise noch an den Wahlen in Nicaragua am 25. Februar 1990¹¹ teilnehmen und so ihr Ergebnis beeinflussen können. Ob die Contras von dieser Option Gebrauch machen werden, ist noch offen. Doch gibt es inzwischen auch in der US-Regierung Stimmen, die die Attraktivität dieser Möglichkeit eines doppelten Gewinns sehen, nämlich:

- sich der Hypothek der fehlgeschlagenen Politik des militärischen Drucks auf Nicaragua zu entledigen und
- die Wahlchancen der Opposition bei den Wahlen in Nicaragua zu erhöhen.

⁸ Zur Bildung einer Beobachtergruppe für Zentralamerika (ONUCA) vgl. Dok. 55, Anm. 8.

⁹ Zur Klage Nicaraguas gegen Honduras vor dem Internationalen Gerichtshof vgl. Dok. 165, Anm. 16.

¹⁰ Comisión Internacional para el Apoyo y la Verificación.

¹¹ In Nicaragua fanden am 25. Februar 1990 Präsidentschaftswahlen statt.

Unübersehbar ist die Feststellung der fünf Präsidenten, daß sie für die CIAV internationale Finanzhilfe erwarten.

2) Zum Aufruf an den FMLN, die Waffen niederzulegen:

a) Dieses Ergebnis bleibt in seiner rechtlichen Reichweite weit hinter dem Contra-Demobilisierungsplan zurück.¹² Der salvadorianische Präsident Cristiani hat sein Ziel, ein „linkage“ zwischen Demobilisierung der Contras in Honduras und des FMLN in El Salvador herzustellen, nicht durchsetzen können. Dies als diplomatischen „Sieg“ Ortegas zu bezeichnen, hieße jedoch, die Dinge zu vereinfachen. Der „harte Kern“ des FMLN macht sich immer noch Hoffnungen auf einen militärischen Sieg, die salvadorianische Guerilla als Ganzes ist deswegen bei weitem noch nicht so „reif“ für eine Demobilisierung wie die Contras in Honduras.

b) Dennoch sollte der politische Druck des Gipfelappells an den FMLN nicht unterschätzt werden, nachdem schon Präsident Gorbatschow in Havanna¹³ allen Doktrinen des „Revolutionsexports“ eine klare Absage erteilt hat. Je starrer der FMLN an den alten Doktrinen festhält, desto mehr verliert er von seinem früher durchaus erheblichen Rückhalt im internationalen Umfeld. Auch der Umstand, daß die Zwölf in ihrer Erklärung vom 9. August zum Gipfel von Tela¹⁴ ausdrücklich den Aufruf an den FMLN zur Waffenniederlegung unterstützen, stellt ein unmißverständliches Signal an die Guerillaführung dar.¹⁵

3) Zum Ersuchen der Fünf an die VN, den Überwachungsmechanismus in Gang zu setzen:

a) Hiermit ist eine wesentliche Hürde für den Beginn des Prozesses der sicherheitspolitischen Vertrauensbildung zwischen den zentralamerikanischen Staaten überwunden, der als eigentliches Anliegen der Contadora-Gruppe ursprünglich am Anfang des Friedensprozesses stehen sollte.

Als Vorarbeit in Erwartung dieses Ersuchens hat das VN-Sekretariat bereits seit längerem ein Konzept für den Überwachungsmechanismus ausgearbeitet, das auf dem klassischen Modell der VN-Beobachtermissionen mit militärischer Struktur aufbaut (die „VN-Beobachtergruppe für Zentralamerika“, mit ihren spanischen Initialen „ONUCA“¹⁶ genannt). Doch darf die alten VN-Mustern entsprechende militärische Struktur der ONUCA nicht zu dem Fehlschluß führen, als habe sie die Aufgaben einer Friedenstruppe, die grenzüberschreitende Aktivitäten von Insurgenten selbst unterbinden könne. Die Aufgaben der ONUCA werden auf die Überwachung des Verhaltens der fünf Regierungen gegenüber Insurgenten, d. h. des Verzichts auf deren Unterstützung, beschränkt sein. Es handelt sich nicht um militärische Funktionen, sondern um einen klassischen Fall der Vertrauensbildung, vergleichbar mit den Verifikationsmechanismen der KVAE. Dies werden wir bei der Entscheidung über die Form unserer

¹² Die Wörter „weit“ und „zurück“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist leider sehr wahr!“ Vgl. Anm. 3.

¹³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Kuba vom 3. bis 5. April 1989.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel und Paris vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1989, S. 84.

¹⁵ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Ich hoffe, dies ist mehr als wishful thinking.“ Vgl. Anm. 3.

¹⁶ Grupo de Observadores de las Naciones Unidas en Centroamérica.

Beteiligung an ONUCA zu berücksichtigen haben (vgl. hierzu Vorlage vom 11.8.1989¹⁷).¹⁸

b) Das Ersuchen der Fünf an die VN war seit langem formuliert, aber durch einen Vorbehalt von Honduras blockiert, das auf vorheriger Rücknahme der Klage Nicaraguas gegen Honduras vor dem IGH wegen der Contra-Angriffe von honduranischem Gebiet bestanden hatte. Diesen Vorbehalt wird Honduras jetzt zurücknehmen, nachdem es sich ebenfalls auf dem Gipfel von Tela mit Nicaragua über die Bedingungen der Rücknahme der IGH-Klage geeinigt hat.

4) Zur bilateralen Übereinkunft zwischen Nicaragua und Honduras über die IGH-Klage:

Sie entspricht im wesentlichen einem vor Monaten vom VN-GS¹⁹ vorgeschlagenen Kompromiß und enthält folgende Verpflichtungen:

a) „Im Vertrauen“ auf friedliche Mitarbeit von Honduras an der Durchführung des Contra-Demobilisierungsplans bittet Nicaragua den IGH um vorläufige Aussetzung des Verfahrens.

b) Honduras bittet den VN-Sicherheitsrat um Entsendung einer „Friedenstruppe“, die die Nutzung von honduranischem Territorium durch irreguläre Streitkräfte gegen Nicaragua ausschließen soll (ob mit dieser mißverständlichen Klausel die CIAV oder die ONUCA oder eine echte Friedenstruppe gemeint ist, bedarf noch der Klärung).

c) Nicaragua nimmt die Klage endgültig zurück, sobald die CIAV den Vollzug der Contra-Demobilisierung gemeldet hat.

III. Eine sichere Prognose, ob die Vertrauensbildung in Zentralamerika gelingen wird, ist selbstverständlich nicht möglich. Die Chancen dafür sind jedoch besser als je zuvor. Drei Faktoren sind dafür wesentlich:

- die überparteiliche Verständigung zwischen US-Regierung und US-Kongreß vom März 1989, die die Verlagerung der Mittel der Zentralamerikapolitik der USA vom militärischen Druck auf Nicaragua zur Strategie der positiven Anreize brachte;
- Gorbatschows Absage an die Doktrinen des „Revolutionsexports“ bei seinem Besuch in Havanna im April 1989;
- der jetzt erzielte erstmalige Konsens zwischen Regierung und Opposition in Nicaragua über die Rahmenbedingungen praktizierter pluralistischer Demokratie.

¹⁷ In einer am 11. August 1989 konzipierten Aufzeichnung schlug Vortragender Legationsrat Haas am 14. August 1989 vor, „unserer Vertretung bei den VN in New York drahtlich Weisung zu erteilen, das VN-Sekretariat hochrangig (U[nder]S[ecretary]G[eneral] Goulding) noch einmal um Verständnis zu bitten, daß der Bundesregierung eine kurzfristige Entscheidung über die Beteiligung uniformierten Personals (Bundeswehr oder BGS/Polizei) an der ONUCA nicht möglich sein wird, daß sie jedoch bereit wäre, eine rasche Entscheidung über eine angemessene zivile Beteiligung herbeizuführen; dem VN-Generalsekretariat die Entsendung eines qualifizierten zivilen Arztes zur Teilnahme an einer Erkundungsmission des Sekretariats in der Region zuzusagen und unser Interesse an der Teilnahme eines Vertreters des Auswärtigen Amtes an der Mission zur Prüfung einer zivilen politischen Komponente darzulegen“. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146600.

¹⁸ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Erleichtert uns das nicht die Beteiligung mit Zivilisten?“ Vgl. Anm. 3.

Dazu vermerkte Ministerialdirigent Henze handschriftlich: „Im Prinzip ja, leider sieht es das VN-Sekretariat nicht so.“

¹⁹ Javier Pérez de Cuéllar.

Der weltweite Trend zur Entideologisierung und zum Pragmatismus hat offensichtlich auch Zentralamerika erfaßt. Es scheint nicht mehr ausgeschlossen, daß er eines Tages auch El Salvador erreicht und einem der virulentesten Bürgerkriege der Dritten Welt ein Ende bereitet.

Schmiegelow

Unterabteilung 33, Bd. 146582

246

Botschafter Zimmermann, Havanna, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 160

Aufgabe: 14. August 1989, 10.50 Uhr¹

Ankunft: 14. August 1989, 18.39 Uhr

Betr.: Reise StM Schäfer nach Kuba und ZA vom 8.–23.8.89²;
hier: Gespräche in Kuba

Bezug: Laufende Berichterstattung

M. d. B. um Genehmigung durch StM und danach zur Unterrichtung

1) Zusammenfassung

StM Helmut Schäfer hielt sich vom 9. bis 11.8.1989 zu einem offiziellen Besuch in Havanna auf. Es handelte sich dabei um den ersten Besuch eines Mitglieds der Bundesregierung in Kuba seit Bestehen des Castro-Regimes. Im Laufe seines Aufenthalts wurde StM Schäfer vom Staats- und Parteichef Fidel Castro zu einem fast vierstündigen Gespräch empfangen, bei dem u. a. Fragen der Dritte-Welt-Politik, der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb des kommunistischen Staatensystems und der Lage in Kuba selbst berührt wurden. Castro brachte Sorge über Zukunft der Dritten Welt zum Ausdruck. Zu alten Problemen wie ungleichen Austauschbeziehungen und Überschuldung kämen nun noch Umweltprobleme hinzu.

¹ Das auch an die Botschaft in Tegucigalpa gerichtete Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5, 8, 17 und 23.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer am 14. August 1989 vorgelegen, der für Legationssekretär Timmermann handschriftlich vermerkte: „Bitte Genehmigung StM Schäfer aus Teg[ucigalpa] tel[efonisch] einholen und dann R[ück]spr[ache].“

Hat Timmermann am 15. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, er habe Legationsrat Freitag, Tegucigalpa, angerufen: „Wird Bestät[igung] drahten.“

Hat Timmermann am 16. August 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, er habe mit der Botschaft in Havanna telefoniert: „Rest-DB wird heute geschickt, Kopie an San Salvador.“ Vgl. Anm. 23.

Hat Heymer erneut vorgelegen.

Hat Timmermann am 24. August 1989 erneut vorgelegen, der als Ergebnis eines Gesprächs zwischen Heymer und Legationssekretär Dengg handschriftlich festhielt: „Kann verteilt werden.“

² Staatsminister Schäfer hielt sich am 8./9. August 1989 in Mexiko auf. Im Anschluß an seinen Aufenthalt vom 9. bis 11. August in Kuba besuchte er vom 12. bis 14. August Guatemala, vom 14. bis 16. August Honduras, am 16./17. August El Salvador, vom 17. bis 19. August Nicaragua und vom 19. bis 23. August 1989 Costa Rica.

Zu Veränderungen im sozialistischen Lager wiederholte Castro bekannte Position, daß Kuba keinen Anlaß habe, Gorbatschow-Reformen nachzuahmen, da die meisten der sowjetischen Probleme in Kuba nie aufgetreten seien. Er respektiere alle Reformbestrebungen, bestehe aber darauf, daß auch eigener kubanischer Weg respektiert werde.

Am Ende Gesprächs lud Castro StM Schäfer zu Urlaubsaufenthalt in Kuba ein und sagte ihm erneutes Gespräch bei dieser Gelegenheit zu.

StM führte weitere Gespräche mit Vizepräsident und Politbüromitglied Carlos Rafael Rodríguez, Politbüromitglied und Sekretär des ZK, Jorge Risquet, amtierendem AM José Raúl Viera und erstem Vizeaußenminister Ricardo Alarcón. Dabei wurde Frage der bilateralen Beziehungen, insbesondere Problem der Berlin-Klausel in internationalen Vereinbarungen³, besprochen und Gedankenaustausch zu internationalen Problemen, darunter Lage in ZA und im südlichen Afrika, durchgeführt. StM Schäfer sprach Vizepräsident Rodríguez außerdem auf Menschenrechtssituation in Kuba an.

2) Im einzelnen

2.1) StM Schäfer besuchte vom 9. bis 11.8.1989 Havanna. Es handelte sich dabei um den ersten Besuch eines Mitglieds der Bundesregierung in Kuba seit der Machtübernahme Fidel Castros am 1.1.1959.

StM Schäfer wurde von Staats- und Parteichef Fidel Castro am 10.8. zu einem fast vierstündigen Gespräch empfangen, das in sehr angenehmer Atmosphäre stattfand und dessen wesentlicher Inhalt weiter unten wiedergegeben wird. Zum Abschluß des Gesprächs lud Fidel Castro StM Schäfer zu einem Urlaubsaufenthalt in Kuba ein und versicherte ihm, daß er ihn bei dieser Gelegenheit gern zu einem weiteren Gespräch empfangen würde.

StM Schäfer führte außerdem Gespräche mit dem Vizepräsidenten des Staats- und Ministerrats und Mitglied des Politbüros der PCC⁴, Carlos Rafael Rodríguez, dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, Jorge Risquet, dem amtierenden Außenminister José Raúl Viera und dem ersten Vizeaußenminister Ricardo Alarcón.

⁵2.2) Gespräch mit Fidel Castro

Auf einführende Feststellung StM eingehend, daß Ost-West-Konflikt sich Ende zuneige und nun Entwicklung Dritter Welt die Herausforderung des kommenden Jahrhunderts darstelle, bemerkte Castro, daß Entwicklungsländer (EL) sich fragten, was Arrangement zwischen Großmächten für sie bringe. Er sei nicht sehr hoffnungsvoll, denn zu den klassischen Problemen wie Inflation, ungleiche

³ Referat 331 legte am 6. Januar 1989 dar: „Zu einer nennenswerten Intensivierung der Beziehungen mit Kuba ist es bislang nicht gekommen, weil Kuba auf formalisierten Abkommen in den verschiedenen Bereichen besteht; diese scheitern daran, daß Kuba auf unsere klaren Positionen bei der Berlin-Formel nicht eingeht. Derartige Probleme sind nur mit Staaten des Ostblocks, nicht aber mit Blockfreien und Ländern der Dritten Welt aufgetreten (positives Beispiel Mosambik). Die deutsche Politik ist von dem Wunsch nach Verständigung auch in dieser Frage geprägt. Kuba muß dabei jedoch berücksichtigen, daß Berlin ein zentrales Anliegen nationaler deutscher Politik und nicht etwa taktisches Verhandlungsobjekt ist. Für die Bundesrepublik Deutschland ist maßgeblich, daß mit Ausnahme von Kuba sonstige ungebundene Staaten [...] diesem deutschen Anliegen Rechnung tragen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 144001.

⁴ Partido Comunista de Cuba.

⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 161 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Austauschbeziehungen und Überschuldung käme nun zusätzlich die von den Industrieländern geschaffene Umweltproblematik. Zeichnete pessimistisches Bild internationaler Wirtschaftssituation: Selbst wenn alle Schulden gestrichen würden, wäre dies keine Lösung. Ohne fundamentale Änderung Austauschbedingungen würde sich Problem in wenigen Jahren erneut stellen. Für sehr reiche und sehr arme Länder könnten nicht gleiche Regeln gelten. Auf der einen Seite stünden hohe Produktivität und viel Kapital, auf der anderen Analphabetismus, Mangel an technischen Kenntnissen und an Wissenschaftlern sowie Überbevölkerung. Die wenigen vorhandenen Wissenschaftler würden von USA abgezogen. Hinzu komme, daß Industrieländer untereinander finanzielle Solidarität üben. Wenn brasilianischer Cruzado oder argentinischer Austral falle, helfe dagegen niemand. Starke westliche Wirtschaft, insbesondere USA, ziehe Geld armer Länder an sich. Einen von StM erwähnten „patriotismo económico“ gebe es nicht, denn Kapital kenne kein Vaterland, es tendiere dahin, wo ihm beste Bedingungen geboten würden.

Castro räumte ein, daß viele Fehler gemacht würden. Gelte das aber nur für Afrika, LA, nicht aber für Europa, wo alle Erfolg haben? Dies könne nicht nur an Unfähigkeit der Politiker liegen.

Auch Kuba habe Probleme, aber im Unterschied zu anderen EL gebe es hier keine Kapitalflucht. Viele soziale Investitionen seien getätigt worden, es gebe ausreichend Ärzte, Lehrer, Schulen, Nahrung. Kuba habe zwar Rationierung, aber keine Inflation. Es folgte Aufzählung wissenschaftlicher und technischer Leistungen (Impfstoff gegen Meningitis B, Medikamente zur Anregung Hautwachstums bei Verbrennungen und AIDS-Bekämpfung, Viehfutter aus Zuckerrohrabfällen, Eigenproduktion von Baumaschinen, neue Fischzuchtmethoden) sowie Lob eigenen Wirtschaftssystems (freiwillige Arbeit, Materialeinsparungen durch Rectificación-Prozeß). Kuba spüre auch schon Einfluß ökologischer Faktoren: In diesem Jahr geringerer Pampelmusenertrag, der auf etwas über Durchschnitt liegende Temperaturen während Blütezeit im Januar/Februar zurückgeführt wird.

Im Rahmen langen Exkurses über Landwirtschaft erwähnte Castro, daß Kuba Nahrungsmittel (Zucker) für 40 Mio. Menschen exportiere.

Auf Frage StM nach Folgen US-Embargos erläuterte Castro, daß bei kubanischem Hauptprodukt totale Marktverlagerung von USA zur SU stattgefunden habe. Dies sei jedoch von Vorteil für Kuba, da SU besseren Preis als USA zahle. Einfuhren aus USA seien völlig unterbunden, Kuba könne sich aber aus anderen Ländern versorgen, z. B. bei Hochtechnologiegeräten insbesondere aus BR Deutschland.

Im weiteren Verlauf Gesprächs erläuterte StM deutsche Haltung zu Abrüstung und Umweltschutz. Castro brachte volle Zustimmung zu Abrüstungsverhandlungen zwischen Großmächten zum Ausdruck, betonte aber gleichzeitig Notwendigkeit, bei Entspannungsbemühungen regionale Konflikte nicht zu vergessen. Auch Verwendung von Rüstungseinsparungen für E-Zwecke⁶ stehe bei ihm im Vordergrund Überlegungen.

⁶ Entwicklungshilfe-Zwecke.

Von StM auf offensichtliche Skepsis gegenüber Entwicklungen in Osteuropa angesprochen, die in Rede zum 26. Juli in Camagüey⁷ und in kürzlichem Granma-Leitartikel zum Ausdruck kamen, betonte Castro, daß er alles, was andere Länder tun, respektiere, selbst Wechsel Systems von Sozialismus zu Kapitalismus. Aber Kuba fordere gleichen Respekt für eigenen Weg. Entwicklung in Kuba sei anders verlaufen als in SU. Es habe z.B. keinen Stalinismus gegeben, Kuba habe keine Nationalitätenprobleme, es habe keine Zwangskollektivierung Landwirtschaft stattgefunden, Parlamentswahlssystem unterscheide sich grundlegend von früherem sowjetischen, soziale Sicherheit sei in Kuba in viel stärkerem Maß als in SU verwirklicht. Er habe in Camagüey nicht Polen, sondern faschistische Parolen in Polen kritisiert, und Hinweis auf Versorgungsschwierigkeiten sei für eigenes Volk bestimmt gewesen: SU-Regierung tue möglichstes, um Verpflichtungen zu erfüllen, aber Umstellung Wirtschaftssystems habe zu Chaos geführt. Statt mit Zentralbehörden über Lieferungen zu sprechen, müßten nun Hunderte von Lieferbetrieben besucht werden.

Zum Verbot von „Novedades de Moscu“ und „Sputnik“ sagte Castro, er glaube, daß Gorbatschow Sozialismus wolle, die genannten Veröffentlichungen aber seien antisozialistisch. Man habe Vertrieb verboten, um zu vermeiden, daß man bei jeder Ausgabe erneut gegen sie polemisieren müsse.

Beziehungen zu osteuropäischen Staaten seien unterschiedlich stark entwickelt. Mit SU, DDR, ČSSR und Bulgarien seien sie immer gut gewesen, mit Rumänien manchmal besser, manchmal schlechter. Mit China hätten sie sich wirtschaftlich stärker als politisch entwickelt. Mit Polen und Ungarn habe es dagegen nie eine enge Zusammenarbeit gegeben. Dies sei kein Zufall, Polen seien immer mehr nationalistisch als internationalistisch gewesen. Im Falle Ungarn sei jetzt etwas nicht Akzeptierbares geschehen: Dort sei ein beleidigender Artikel erschienen, und man habe entsprechend geantwortet. Die Ungarn hätten zurückgeschlagen, also werde man dies auch selbst wieder tun. In dieser Welt werde nur respektiert, wer kämpft.

Auf Frage StM, wie er zu politischen Reformen in SU stehe, ob sie Modell für Kuba sein könnten, antwortete Castro, daß sie außergewöhnliches Experiment darstellten, wie seinerzeit etwa erste Herztransplantationen. Er sehe zu und wolle Ergebnisse abwarten. Er habe Eindruck, daß man in SU dabei sei, Parlamentarismus zu erfinden, und er frage sich, ob sowjetische Führung in letzten Monaten überhaupt noch Zeit zum Regieren gehabt habe.

Gegen Glasnost habe er keine Einwände. In Geschichte kubanischer Revolution habe es immer Selbstkritik gegeben, dafür sorgten starke Massenorganisationen der Bauern, Jugend, Frauen, Gewerkschaften.

Bei Reformüberlegungen dürfe man aber Frage der Nachbarschaft nicht außer acht lassen. In Osteuropa lebten alle sozialistischen Staaten in geschlossenem geographischen Gebiet. Kuba liege im Westen. Wenn Sozialismus in Kuba schwach

⁷ Botschafter Zimmermann, Havanna, berichtete am 31. Juli 1989: „Bei Revolutionsfeiern, die zum Gedenken an Fidel Castros Angriff auf Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba am 26. Juli 1953 jedes Jahr in verschiedener Provinz stattfinden, hielt Castro dieses Jahr in Camagüey Rede, die einmal durch Kürze von weniger als zwei Stunden, zum anderen durch scharfe Kritik an Entwicklungen in SU, Polen und Ungarn [...] auffiel. [...] Mit Schilderung von ‚Schwierigkeiten in der sozialistischen Bewegung‘ verband er kaum verhüllte Vorwarnung, daß Kuba wirtschaftlich schweren Zeiten entgegengehen dürfte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 331, Bd. 144000.

werde, greife Nachbar an. Zwar träumten auch in Kuba einige von US-Konsumgesellschaft, Masse sei aber ideologisch gefestigt. In Polen und Ungarn träumten viele. Er gönne ihnen die Erfahrung, man werde sehen, wie sie am Ende reagieren. Auf Bemerkung StM, daß Konkurrenz nützlich sei, weil sie zu stetiger Reaktion auf sich stellende Problem zwinge, und wir es begrüßten, daß tödlicher Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus überwunden sei, antwortete Castro mit einem (aus seinem Munde erstaunlichen) Witz: Auch wenn die ganze Welt sozialistisch werde, müsse man Kapitalismus mindestens in einem Land, z. B. der Schweiz, beibehalten: um nämlich noch etwas einkaufen zu können. Er fühle sich weniger als Nationalist denn als Internationalist. Man dürfe nicht nur die eigene Familie lieben, sondern auch andere Menschen. Es gebe viele Systeme, Religionen etc., ein universal gültiges System existiere nicht. Er glaube an den Sozialismus als richtiges System vor allem für die Dritte Welt.

Castro dankte abschließend StM, daß er Kuba auf ZA-Reise nicht ausgelassen habe, und lud ihn zu Kuba-Urlaub ein, für den er ihm Fortsetzung Gesprächs zusagte. Er drückte den Wunsch aus, daß in Zukunft Europa seinen Einfluß in der Welt erhöhen und LA aus dem Schatten der USA heraustreten möge.

⁸2.3) Zu bilateralen Beziehungen

StM sprach sich einleitend für pragmatischen Ausbau bilateraler Beziehungen aus, die sich im Bereich Kultur und Wissenschaft letzthin relativ gut entwickelt hätten. Grenzen seien durch Problem Berlin-Klausel gesetzt, das Abschluß formeller völkerrechtlicher Abkommen verhindere. Berlin-Problematik spiele auch bei Beziehungen zu anderen sozialistischen Ländern Rolle, es habe aber zuletzt Fortschritte, auch mit SU, gegeben. Unsere Standard-Berlin-Klausel sei auch von Angola⁹ und Mosambik¹⁰ akzeptiert worden, nachdem wir erläuternden Zusatzbrief geschrieben haben. Es sei selbstverständlich, daß wir nicht Vier-Mächte-Abkommen¹¹ ändern wollten.

Amtierender AM Viera betonte, daß auch Kuba Ausbau Beziehungen wünsche, aber natürlich dabei stark entwickelte Beziehungen zu DDR berücksichtigen müsse. Bei Beziehungen mit uns stehe neben Kultur Wirtschaft im Vordergrund.

Im Tourismus weise BR Deutschland höchste Steigerungsraten auf, was ab diesem Herbst zu Erhöhung wöchentlicher Flüge auf insgesamt sieben führen werde. Darüber hinaus sei Kuba an Joint-ventures bei Aufbau touristischer Infrastruktur sowie bei Leichtindustrie interessiert.

Kuba wäre gern bei Formel geblieben, die bei Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen¹² verwandt wurde, habe aber auch Varianten vorgeschlagen, um uns entgegenzukommen.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 162 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁹ Die Bundesrepublik und Angola nahmen am 16. August 1979 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 916. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 252.

¹⁰ Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.

¹¹ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹² Am 18. Januar 1975 gaben die Bundesrepublik und Kuba die Wiederaufnahme der am 14. Januar 1963 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen bekannt. Vgl. dazu BULLETIN 1975, S. 56. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 3.

Angola-Mosambik-Formel sei ihm nicht geläufig. Kuba wolle sich nicht in europäische Probleme einmischen, es sei alles akzeptabel, was Beteiligte akzeptieren. StM bot an, kubanischer Regierung alle Verträge der letzten Zeit zu übermitteln, und erläuterte auf eine Zwischenfrage von Viera Sondercharakter Frank-Falin-Klausel¹³. Viera sagte Prüfung Angola-Mosambik-Lösung nach Erhalt Vertragstexte zu. Beide Seiten stimmten überein, daß Problematik auch im Lichte sich stärker entwickelnder Zusammenarbeit zwischen EG und RGW gesehen werden müsse.

Zum Abschluß Gesprächs lud StM Vize-AM Viera zu Besuch Bundesrepublik ein.

2.4) Zentralamerika (ZA)

StM brachte gegenüber Gesprächspartnern Hoffnung Bundesregierung zum Ausdruck, daß nach Tela¹⁴ friedliche Lösung Konflikte in Nähe gerückt. ZA-Probleme könnten nur im regionalen Rahmen gelöst werden.

Im Vordergrund stünden z. Zt. Rückführung Contras und Durchführung freier Wahlen in NIC. BR Deutschland sei bereit, zusammen mit E und CDN bei Überwachungsprozeß mitzuwirken.¹⁵ Es bestehe noch Verfassungsproblem, ob Bundeswehr eingesetzt werden könne, aber wenn dies nicht möglich sei, würde andere Lösung gefunden.

In ELS sei Situation noch komplizierter, aber Tatsache, daß offenbar auch FMLN Ergebnisse von Tela akzeptiere, gebe Anlaß zu Hoffnung. Wir setzten auch Erwartungen in Wahlen zu ZA-Parlament 1990. Danach müßten vorrangig soziale Fragen in Angriff genommen werden, bei deren Lösung wir Hilfe zu leisten bereit seien.

Carlos Rafael Rodríguez (CRR) begrüßte Rolle, die EG in ZA schon bisher gespielt hat. USA reagierten etwas positiver als früher auf Entwicklungen in ZA.

Kuba habe immer Grundsatz vertreten, daß alles akzeptabel, was für NIC akzeptabel. Kuba sei bereit, alle Berater, auch militärische, aus NIC abzuziehen, wenn NIC dies wolle. Es habe sich günstig ausgewirkt, daß Regierung und Opposition vor Tela Vereinbarungen getroffen haben.

Es sei wichtig, daß in Tela „link“ zwischen ELS-Regierung und Guerillas hergestellt worden sei. Ohne Lösung des ELS-Problems werde ZA nicht zur Ruhe kommen. In GUA sei es anders. Dortige Guerilla sei nicht so bedeutsam.

Auf Frage StM, ob Kuba ELS-Guerilla zu Gesprächen ermutigen werde, antwortete CRR, Fidel habe immer gesagt, daß er Guerilla-Standpunkte respektiere,

¹³ Am 27. März 1972 einigten sich Staatssekretär Frank und der sowjetische Botschafter Falin auf die Formulierung für eine Berlin-Klausel: „Im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird sich dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) erstrecken.“ Frank stellte dabei klar, daß die Bundesregierung „auf den in der jetzt üblichen Berlin-Klausel enthaltenen Nachsatz ‚sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von drei Monaten ...‘ nur gegenüber der Sowjetunion verzichten“ könnte. Diese wisse nämlich, um was es sich bei den in Anlage IV zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 zitierten „festgelegten Verfahren“ handle. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Well vom 28. März 1972; VS-Bd. 8558 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1972. Vgl. dazu auch AAPD 1972, I, Dok. 74 und Dok. 86.

¹⁴ Zum Treffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten vom 5. bis 7. August 1989 vgl. Dok. 245.

¹⁵ Zur Beteiligung der Bundesrepublik an einer Beobachtergruppe für Zentralamerika (ONUCA) vgl. Dok. 245, Anm. 17.

selbst wenn er sie für falsch halte. Kuba wolle sich nicht als Berater aufdrängen. Kuba akzeptiere, ebenso wie Guerilla, politische Lösung. Jetzt habe Cristiani ebenfalls Bereitschaft zu politischer Lösung zu erkennen gegeben. Wenn Kuba von Guerilla um Rat gebeten werde, werde es diesen geben.

CRR bestreite in diesem Zusammenhang kubanische materielle Hilfe für Guerilla. Kuba lehne es zwar ab, eine internationale Zusage zu machen, die Guerilla nicht mehr zu unterstützen, aber dies nur, weil dadurch politische Position der Guerilla geschwächt würde. Tatsächlich habe es aber aus geographischen Gründen nie materielle kubanische Hilfe gegeben. Guerilla habe alle ihre Waffen von Regierungstruppen erbeutet. Umgekehrt hätte Guerilla schon längst gesiegt, wenn Regierung nicht laufend von USA Waffen erhalten hätte.

Auf weitere Frage des StM schloß CRR kubanische Beteiligung an konkreten Verhandlungen, vergleichbar mit Angola/Namibia-Verhandlungen¹⁶, nicht aus. Er glaube jedoch nicht an Cristianis Aufrichtigkeit, auch wenn er jetzt Schritt nach vorn gemacht habe.

Auch Duarte habe Guerilla nur verbal ins politische Leben einbeziehen wollen, zu wirklichen Konzessionen sei er nicht bereit gewesen. Verhandlungsprozeß werde sich lange hinziehen. Alle stimmten überein, daß keine Seite stark genug sei, andere zu besiegen. Kirche könne bei Verhandlungen wichtige Rolle spielen.

Auch Jorge Risquet (JR) begrüßte Vereinbarungen von Tela, sprach sich anerkennend über Einstellung BR Deutschland und EG zu ZA aus, die sich wohltuend von den USA abhebe. USA betrieben noch immer veraltete Hinterhofpolitik. Region sei immer ausgebeutet worden: von United Fruit Co. und Tyrannen wie Somoza.

Tela könne umgesetzt werden, wenn USA sich nicht widersetzen. Entscheidung über Zukunft der Region müsse dortigen Völkern überlassen werden. Fälle NIC und ELS seien völlig verschieden. Im ersteren werde ein Land von Contras von außen angegriffen, im zweiten handele es sich um interne Auseinandersetzung. Auch JR erklärte kubanische Bereitschaft, militärische Berater aus NIC abzuziehen, freilich unter Voraussetzung, daß alle militärischen Berater aus Region abgezogen würden. Kuba sei auch mit sowjetischem Vorschlag einverstanden, alle Waffenlieferungen in die Region einzustellen.

JR stimmte StM zu, der sich für baldige Wahlen zu ZA-Parlament und Schaffung gemeinsamen ZA-Marktes ausgesprochen hatte. ZA werde umfassende Wirtschaftshilfe von außen benötigen. Kuba erkenne Willen Europas an, ZA zu helfen.

¹⁷2.5) Zu südlichem Afrika

Viera betonte wichtigen Beitrag, den Kuba bei Lösung Probleme im südlichen Afrika geleistet habe und der auch von USA anerkannt worden sei. Kuba erfülle jetzt alle Verpflichtungen gewissenhaft und sei mit Truppenabzug z. Zt. sogar voraus. Auch SUA habe Verpflichtungen bisher erfüllt, es gebe aber noch Probleme mit paramilitärischen Verbänden. Kuba unterstütze auch internen angolanischen Versöhnungsprozeß.

¹⁶ Zu den Verhandlungen über eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 45, Anm. 15.

¹⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 163 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Bei Gespräch mit erstem Vizeaußenminister Ricardo Alarcón (RA) erläuterte StM ausführlich unsere Haltung zu Lage in südlichem Afrika. Wir gingen davon aus, daß Zeitplan für Umsetzung SR-Res. 435¹⁸ eingehalten werde und Wahlen in Namibia zu vorgesehenem Zeitpunkt stattfinden könnten. Es blieben zwei Hauptsorgen: Verhalten der Polizeikräfte im Norden Namibias und SUA-Propaganda bei Wahlvorbereitung. Bundesregierung frage sich auch, wie sich SWAPO wohl im Falle zu erwartenden Wahlsiegs verhalten werde: Demokratisierung oder Schaffung neuer Probleme? BR Deutschland werde jede frei gewählte Regierung akzeptieren und sei bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten.

RA stimmte Analyse StM zu. Er habe mit VN-GS¹⁹ und auch mit SUA-Gesprächspartnern über die von StM erwähnten Sorgen gesprochen. Er verstehe nicht, daß SUA große Verpflichtungen wie militärischen Abzug erfülle, andererseits sich bei relativ kleinen Problemen unbeweglich zeige. Damit zerstöre es Sympathievorsprung, den es im April, als SWAPO schweren Fehler beging²⁰, gewonnen habe. Nach kubanischer Überzeugung werde SWAPO vernünftige und verantwortungsbewußte Politik treiben. Sie könne keine Politik treiben, die Realitäten der Region außer acht lasse (Nähe SUA!). RA glaubt auch, daß SUA-Regierung bereit sei, mit SWAPO zusammenzuarbeiten. Widerstand sei allenfalls von „gestrigen“ Weißen zu erwarten. Ganz gleich, wer Wahlen²¹ Gewinne, Sieger müsse politischem Gegner Raum zur Entfaltung lassen. Alarcón kündigte (vertraulich) an, daß Kuba demnächst Beobachtermission in Windhuk eröffnen werde. SUA sei dazu konsultiert worden und habe positiv auf Absicht reagiert. Dies sei neues Denken, denn noch im März habe ihm van Heerden erklärt, Gedanke kubanischer Vertreter in Windhuk sei für SUA unerträglich.

RA bezeichnete Aussöhnung in Angola als schwierig. Auf beiden Seiten würden Fehler gemacht, es gebe aber kein Zurück. Auf beiden Seiten existierten starke Gefühle für Frieden. Ein Ende des Krieges sei in Sicht. Risquet meinte, Thema südliches Afrika habe größere Dimension als ZA-Thema: Südliches Afrika habe 100 Mio., ZA nur 30 Mio. Einwohner. SWAPO werde Interessen weißer Minderheit in Namibia berücksichtigen. Es werde vielrassische Gesellschaft entstehen. Dies müsse auch in SUA geschehen, sonst werde es Blutbad geben. Ohne Überwindung der Apartheid werde SUA keine politische Stabilität erlangen.

2.6) Zur ideologischen Auseinandersetzung mit SU

StM wies gegenüber CRR auf Beachtung hin, die Fidel Castros Rede zum 26. Juli in europäischer Presse gefunden hat. Er verband damit Frage nach Rolle Kubas in gewandelter Welt. Wir wollten nicht, daß Gorbatschow mit seinen Reformen, die Revolution in Entwicklung Ost-West-Beziehungen darstellen, scheitert. Nun hörten wir skeptische Töne aus Kuba. Bestehe nicht Gefahr, daß sich Kuba zwischen alle Stühle setze? Will Kuba keine flexiblere Politik?

CRR antwortete, man müsse hinsichtlich Gorbatschows Politik differenzieren.

¹⁸ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

¹⁹ Javier Pérez de Cuéllar.

²⁰ Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

²¹ Vom 7. bis 11. November 1989 fanden in Namibia Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 361, Anm. 20.

Sie sei sicherlich nötig für Entwicklung des Sozialismus in Europa und in restlicher Welt, Fidel sei nicht skeptisch, sondern er habe gewisse Sorgen. Er sei völlig einverstanden mit Gorbatschows Außenpolitik der Friedenssuche, denn Frieden sei höchstes Ziel. Aber er Sorge sich, daß über Entspannungspolitik der Großen die Lage in der Dritten Welt vergessen werde.

Was erwähnte Flexibilität angehe, müsse man sich Frage stellen, was verändert werden solle. Veränderungen in Polen, Ungarn seien keine Veränderungen innerhalb Sozialismus, sondern in Richtung auf etwas, was Kuba nicht wolle. Ungarn drifte in Richtung Sozialdemokratie ab. Sozialdemokratie könne für manche Länder richtiger Schritt sein. Innerhalb des Sozialismus stelle sie aber Rückschritt dar. Kuba bejahe, ebenso wie DDR, ČSSR, Veränderungen, aber nicht solche wie in Ungarn.

Im Falle SU wehre man sich dagegen, daß Geschichte verneint werde. Dabei gehe es nicht um Verteidigung Stalinismus. Er selbst sei Stalinist gewesen, weil er Wahrheit nicht gekannt oder geglaubt habe. Heute sei er keiner mehr. Das hindere ihn aber nicht, positive Leistungen Stalins anzuerkennen.

CRR stellte rhetorische Frage, warum es, im Gegensatz zu SU, in Kuba keine Streiks gebe. Selbst gegebene Antwort lautete: Weil man sich in Kuba besser um das Volk gekümmert habe. Volk sei mit Revolution insgesamt zufrieden, kritisiert würden nur Einzelaspekte. Gegebenheiten in SU und Kuba seien völlig unterschiedlich. Anlaß für Veränderungen in Kuba könne vielleicht im Bereich Glasnost bestehen. Kubanische Presse könne bisher nur schwarz-weiß malen.

Zu Stichwort Pluralismus verwies CRR auf Tatsache, daß 6 Mio. Kubaner Verfassung²² gebilligt hätten. Er zweifle, ob nun Veränderungen gewollt würden. Auf Einwand StM, daß sich nach moderner Auffassung jede Partei in Frage stellen lassen müsse, da sie sonst Gefahr liefe, sich einzukapseln, wies CRR darauf hin, daß Gorbatschow zwar für Pluralismus, nicht aber für Mehrparteiensystem eintrete. Freilich sei letzteres im Sozialismus theoretisch nicht ausgeschlossen. Lenin habe Möglichkeit ausdrücklich eingeräumt. In Kuba stünde dem jedoch geschichtliche Entwicklung entgegen: Traditionelle Parteien hätten immer nur Rolle verlängerten Arms der USA gespielt. Nur Linke habe sich gegen USA gestellt. Kommunistischer Partei sei in kubanischer Verfassung Orientierungsrolle zugewiesen. Kubanische KP sei nur kleine Partei von 600 000 Mitgliedern, sie übe ihr zugewiesene Rolle aber effizient aus. Dies werde vom Volk anerkannt. Obwohl beispielsweise bei Wahlen Kandidatenbenennung an Basis ohne Beteiligung Partei erfolge, würden über 80 Prozent Parteimitglieder nominiert und über 90 Prozent gewählt. Basis übe Kritik an Partei. Ausgenommen sei freilich Person Fidel Castros. Das sollte man vielleicht ändern, es sei aber schwierig, da bei Kritik an Fidel sofort Widerspruch aus Bevölkerung komme. Dies hänge mit historischer Rolle Castros zusammen.

²³2.7) Zu Menschenrechtssituation

StM übergab CRR Dokumentation von Amnesty International zur Situation von

²² Für den Wortlaut der kubanischen Verfassung vom 24. Februar 1976 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 257–283.

²³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 164 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens, das auch an die Botschaft in San Salvador gerichtet war. Vgl. Anm. 1.

sechs Mitgliedern der Menschenrechtsorganisation APAL²⁴, die sich seit längerem in Haft befinden. Er erkundigte sich außerdem besonders über derzeitige Lage Lázaro Cabrerass, der im September 1988 in unserer Botschaft Schutz gesucht hatte und dem in Gespräch zwischen BM Genscher und AM Malmierca am Rande der GV in New York Straffreiheit zugesichert worden war²⁵, sowie über gerade bekanntgewordene Verhaftung Elizardo Sánchez und zweier weiterer Führer von Menschenrechtsgruppen.

CRR bemerkte, er nehme die AI-Liste nicht gern entgegen, könne Annahme aber nicht verweigern. Keiner der darin enthaltenen Namen sage ihm etwas. Er beauftragte seinen anwesenden Mitarbeiter Salsamendi, Angelegenheit zu überprüfen und Antwort für StM vorzubereiten.

2.8) Sonstiges

Bezüglich Verhältnisses zu USA betonte Jorge Risquet fortbestehende Bereitschaft zu Dialog. Bedingung sei aber Dialog zwischen Gleichen. USA und Kuba müßten lernen, zusammenzuleben. Vor 1959 haben neokolonialistische Beziehungen bestanden. Erst Revolution habe echte Unabhängigkeit verwirklicht. Kuba bedaure, daß es bisher keinen Nutzen aus Entspannung zwischen Supermächten ziehen könne. Es sei immer auf Angriff vorbereitet.

USA unterhielten noch immer Stützpunkt in Guantánamo. Kuba werde dagegen keine Gewalt anwenden, da dies Krieg bedeuten würde.

Kuba beabsichtige nicht, in USA sozialistisches System einzuführen, lasse sich aber auch nicht von USA kapitalistisches System aufzwingen.

USA hätten versucht, Kuba zu isolieren, dies sei aber nicht gelungen. Kuba unterhalte heute Beziehungen zu den meisten Ländern, auch in LA, und genieße weithin Ansehen.

Viera klagte darüber, daß wohl die SU die Breschnew-Doktrin²⁶ aufgegeben habe, nicht aber die USA ihre Hinterhof-Doktrin in ZA und Karibik.

Auf Frage StM nach kubanischer Einstellung zu regionaler Zusammenarbeit in Karibik antwortete Viera positiv. Kuba sei immer an regionaler Zusammenarbeit interessiert gewesen, aus politischen Gründen aber draußen gehalten worden. Logisch wäre LA-Integration. Leider geschehe dabei wenig. Ansätze bestünden in argentinisch-brasilianischer Zusammenarbeit, sie kämen aber nicht recht voran, vor allem wegen fehlender innenpolitischer Kohäsion in Argentinien. Bemühungen um gemeinsamen Markt in ZA würden durch COS und HON, unter US-Einfluß, gebremst. MXI schaue z.Zt. leider mehr nach USA als nach südlichen Nachbarn. Bei CARICOM²⁷ fehle die finanzielle Komponente, eine Intensivierung

²⁴ Asociación Pro Arte Libre.

²⁵ Botschafter Zimmermann, Havanna, berichtete am 21. Juli 1989: „Lázaro Angel Cabrera Puentes, Führungsmitglied der Dissidentengruppe ‚Asociación Pro Arte Libre‘ – APAL, hatte Ende September/Anfang Oktober 1988 für zehn Tage in der Botschaft Schutz gesucht. Er verließ das Botschaftsgebäude erst, als ihm Zusicherungen der kuban[ischen] Regierung übermittelt worden waren, daß ihm nichts passieren werde. Vorausgegangen war ein Gespräch des Herrn Bundesministers mit AM Malmierca am 29.9.88 am Rande der VN-GV, bei dem letzterer eine derartige Zusicherung gemacht hatte.“ Am 4. November 1988 sei die Botschaft informiert worden, daß Cabrera festgenommen worden sei. Er sei weiterhin inhaftiert und befinde sich im Hungerstreik. Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; Unterabteilung 33, Bd. 146536.

²⁶ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

²⁷ Caribbean Community.

der Zusammenarbeit sei möglich, aber nicht wahrscheinlich, da es die meisten Mitgliedstaaten nicht mit USA verderben wollten. SELA²⁸ sei als Konsultationssystem positiv zu sehen, aber es sei eben kein Integrationsinstrument.

Zur kubanischen Politik gegenüber Afrika kündigte Viera (vertraulich) an, daß Kuba beabsichtige, demnächst die noch in Äthiopien stehenden, eher symbolischen militärischen Kontingente abzuziehen. Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntgabe dieser Entscheidung werde von äthiopischer Regierung bestimmt.

Zur internationalen Zusammenarbeit erklärte Risquet, daß Kuba offen sei für Dialog mit Vertretern jeglicher Tendenz. Man sei bereit, nicht nur mit Kommunisten, sondern auch mit Sozialdemokraten, Christdemokraten, allen Liberalen zu sprechen. StM sagte zu, diese Aussage bei bevorstehendem Kongreß des Liberalen Weltverbandes²⁹ weiterzugeben.

3) Wertung

Kubanische Regierung hatte es immer bedauert, daß im Gegensatz zu Praxis meister anderer EG-Staaten bisher kein Mitglied Bundesregierung seit Machtübernahme Castros Kuba besucht hat. Ankündigung Besuchs StM Schäfer wurde deshalb als Geste gewachsener deutscher Aufgeschlossenheit gegenüber Kuba gewertet und daher sehr begrüßt. Obwohl Besuchstermin in Ferienmonat August fiel, war kubanische Seite mit Erfolg bemüht, StM hochrangige Gesprächspartner für alle uns interessierenden Themenbereiche zu bieten.

Empfang StM Schäfer durch Staats- und Parteichef Fidel Castro zu Gespräch, das sich dann über fast vier Stunden hinzog, war sichtbarer Ausdruck Bedeutung, die kubanische Führung Besuch beimaß. Eine ganz besondere Ehrung stellte die Einladung Castros für StM dar, zu einem Ferienaufenthalt nach Kuba zu kommen und bei dieser Gelegenheit das begonnene Gespräch fortzuführen.

Weder Empfang noch Einladung für StM waren Routinemaßnahmen. Fidel Castro behält sich vielmehr in jedem Fall eigene Entscheidung vor.

Alle Gespräche fanden in angenehmer und entspannter Atmosphäre statt, die auch dadurch belegt wird, daß Gesprächspartner StM bisher öffentlich nicht bekannte Entscheidungen kubanischer Regierung mitteilten. Alles in allem: Es war ein sehr erfolgreicher Besuch.

[gez.] Zimmermann

Unterabteilung 33, Bd. 146537

²⁸ Sistema Económico Latinoamericano y del Caribe.

²⁹ Die Tagung der Liberalen Internationale fand vom 12. bis 14. Oktober 1989 in Paris statt.

247

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 15. August 1989, 11.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1621

Ankunft: 15. August 1989, 08.49 Uhr

Betr.: Zur Frage der weiteren deutsch-chinesischen Beziehungen

Bezug: DE 712 vom 9.8.1989 – 341-320.10 CHN²

1) Ziel unserer Chinapolitik in der derzeitigen Phase sollte einmal die Förderung aller derer sein, die sich in China für mehr Demokratie einsetzen, andererseits der Versuch, ein Abgleiten Chinas in eine außenpolitische Isolation oder gar Umorientierung zu verhindern.

a) Trotz der gegenwärtigen und vermutlich noch für längere Zeit anhaltenden innenpolitischen Stagnation und Verhärtung sollten wir unsere Bemühungen fortsetzen, alle die Kräfte zu stützen, die sich für eine demokratische Modernisierung des Landes einsetzen. Die 1986 und 1989 aufgebrochenen Bewegungen haben den Beweis erbracht, daß die von den Chinesen selbst eingeleitete und vom Westen unterstützte Öffnungspolitik dazu geführt hat, daß heute die Generation unter 40 in den Städten weitgehend eine andere Gesellschaft will. Wir können davon ausgehen, daß diese Tendenzen unter vielen Technokraten Unterstützung finden. Zusätzliche Faktoren sind die Tatsache, daß die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Regierung sich seit Juni radikal verschlechtert hat und daß – aus vielen Gründen heraus – in den erfolgreichen Küstenprovinzen sich eine distanzierte Haltung gegenüber dem Zentralkurs bemerkbar macht. Wie sich die nächste Zukunft gestalten wird, wie lange die alten und orthodoxen Kräfte unter Abstützung auf das Militär sich werden halten können, welche Rücksichten auf die Menschenrechte genommen werden, vermag niemand vorauszusagen. Sicher ist nur, daß eine auf Wachstum gerichtete Politik weitere Reformen voraussetzt und daß eine solche Politik nur Erfolg haben kann, wenn sie von den politischen Reformen begleitet wird. Wir sollten deshalb den letztlich nicht aufzuhaltenden³ Trend nach Auflockerung unterstützen.

b) Außenpolitisch geht es uns darum, das Abgleiten Chinas in eine Isolation oder gar Umorientierung zu verhindern.

- Eine Wiederannäherung Chinas an die SU in einer für uns unerwünschten Weise ist in nächster Zeit kaum zu erwarten. An eine militärische Kooperation denkt ohnehin keiner von beiden. Der wirtschaftlichen Kooperation sind, wie mir einer der Minister noch kurz vor dem Gorbatschow-Besuch⁴ sagte, enge Grenzen gesetzt. Dazu kommt für China die Sorge vor einer Infektion durch

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „In D[irektoren]B[esprechung] behandelt (16.8.).“

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel teilte der Botschaft in Peking mit: „Amtsleitung ist an einer Analyse über unsere Möglichkeiten und den Zeitpunkt neuer Anstöße in unseren Beziehungen zur VR China interessiert.“ Vgl. den am 8. August 1989 konzipierten Drahterlaß; Referat 341, Bd. 161817.

³ Korrigiert aus: „auszuhaltenden“.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

Glasnost-Ideen. Gelegentliche Äußerungen der Chinesen (z.B. auch von Botschafter Mei), „man könne ja auch mit der SU oder der DDR“, sind m.E. nicht ernst zu nehmen.

- Wichtiger ist, daß wir uns die konstruktive Mitarbeit Chinas in der Weltpolitik erhalten. Diese hatte sich in jüngster Zeit als positiv erwiesen und war besonders durch den seit 1988 amtierenden Außenminister⁵ tatkräftig gefördert worden. Dies zeigte sich vor allem in den VN, bei der Frage der Beendigung des Golfkrieges und auch beim Thema CW. In vielen Situationen hat China Positionen bezogen, die mit den unseren übereinstimmten oder ihnen nahekamen. Da sich seit Juni in der chinesischen Außenpolitik keine Änderung abzeichnet, sollten wir dieses Potential für uns erhalten und nutzen.
- 2) In der Krisensituation hat sich die Abstimmung unserer Chinapolitik mit unseren EG-Partnern als überaus nützlich erwiesen. Diese Abstimmung sollte fortgeführt werden. Im Hinblick auf unsere Rolle in der Weltpolitik brauchen wir aber deswegen auch nicht auf eigene Initiativen zu verzichten. Die Respektierung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 15.6.⁶ und 23.6.⁷ einerseits und die Vereinbarungen mit unseren Partnern andererseits schließen eine aktive Gestaltung unserer China-Beziehungen nicht aus. Wie der Verlauf der jüngsten Kambodscha-Konferenz in Paris⁸ zeigte, sehen unsere Partner das ebenso. Spätestens mit der VN-GV Ende September⁹ wird sich die Frage nach einem Treffen mit dem chinesischen Außenminister stellen. Dafür müßte rechtzeitig Vorsorge getroffen werden.
- 3) Wir haben in jüngster Zeit mehrfach angedeutet, daß wir an einer Fortsetzung der Kooperation interessiert sind, sofern die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dazu zählen:
- Unsere Kaufleute sind relativ früh, früher jedenfalls als Japaner oder Amerikaner, nach Peking zurückgekehrt. Großprojekte wie Lufthansa-Werft¹⁰ und -Hotel¹¹ oder VW-Schanghai¹² erfuhren keine Unterbrechung.

⁵ Qian Qichen.

⁶ Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen zu den Ereignissen in der Volksrepublik China vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4790.

⁷ Für den Wortlaut des Antrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen zu den Todesurteilen in der Volksrepublik China vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4873.

⁸ Zur Internationalen Kambodscha-Konferenz vom 30. Juli bis 30. August 1989 vgl. Dok. 258.

⁹ Die 44. VN-Generalversammlung begann am 19. September 1989 in New York.

¹⁰ Botschaftsrat I. Klasse Wiesner, Peking, berichtete am 25. April 1989: „Zusammen mit Air China plant die Lufthansa ein Joint-venture zur Instandhaltung von Flugzeugen, Triebwerken und Geräten. Der Name des Unternehmens ist AMECO Beijing (Aircraft Maintenance and Engineering Cooperation Beijing). Alle in Peking stationierten Flugzeuge (ausschließlich russischer Flugzeugtypen) sollen durch das Joint-venture instandgehalten werden, darüber hinaus auch die Flugzeuge, Triebwerke und Geräte anderer chinesischer Luftverkehrsgesellschaften. Überholungsarbeiten, die heute noch ins Ausland vergeben werden, sollen im eigenen Land durchgeführt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 818; Referat 423, Bd. 176459.

¹¹ Botschaftsrat I. Klasse Wiesner, Peking, informierte am 25. April 1989, das Beijing Lufthansa Center sei ein 1987 vertraglich vereinbartes Joint-venture-Projekt zur Errichtung und zum Betrieb eines Hotel-, Geschäfts- und Wohnkomplexes: „Die Baukosten betragen ca. 311 Mio. DM, die Gesamtinvestition beträgt etwa 460 Mio. DM.“ Für die Finanzierung seien auf deutscher Seite die Deutsche Bank und die Dresdner Bank verantwortlich; das Projekt sei durch eine „Hermes-Deckung“ abgesichert. Die Fertigstellung sei für März 1992 geplant. Vgl. den Drahtbericht Nr. 818; Referat 423, Bd. 176459.

¹² Am 10. Oktober 1984 unterzeichneten das Volkswagenwerk und verschiedene chinesische Partner in Peking einen über 25 Jahre laufenden Vertrag zur Gründung der „Shanghai Volkswagen Automotive

- Wir haben der chinesischen Seite verbal unsere Bereitschaft zu weiterer Zusammenarbeit übermittelt.
- Wir haben den Chinesen gesagt, daß wir keinesfalls daran dächten, Verträge zu brechen.
- Unsere Industrie beteiligt sich weiter an Messen (amtliche Beteiligung ist vorerst gestoppt).
- Wir haben die Zusage einer Nahrungsmittelhilfe vom April (10000 to Weizen) bereits im Juli implementiert und dieser Tage eine weitere Spende von 10000 to Weizen für Katastrophenopfer zugesagt.
- Die Zusammenarbeit im Bereich der WTZ geht auf Arbeitsebene weiter (die für Oktober festgelegte Tagung der Regierungskommission ist auf Anfang 1990 verschoben worden).
Die WT-Zusammenarbeit im Nuklearbereich ist allerdings deshalb vorerst ausgesetzt, weil der von uns erhoffte Auftrag für einen KKW-Bau, auf den die Zusammenarbeit abgestimmt ist, bisher nicht erteilt wurde.
- Obwohl im Kreis der EG-Partner ein späterer Zeitpunkt vorgeschlagen worden war, kehrten¹³ unsere Lektoren bereits im September nach China zurück.
- Aufgrund früherer Zusagen sind Hermes-Deckungen für das Lufthansa Beijing Center und für ein Mannesmann-Röhrenwerk¹⁴ erteilt worden.
- Beim Bau des Ausbildungs- und Fortbildungszentrums Tianjin¹⁵ ist keine Unterbrechung eingetreten.
Geblieben sind auch der an die Außenhandelsuniversität Peking entsandte Architekt sowie die Langzeitexperten der Lederfabrik Lhasa.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1102

Corporation Limited“, an der Volkswagen und die chinesische Seite zu je 50 % beteiligt waren. Vorgeesehen war, in einem noch auszubauenden Werk in Anting bei Schanghai ab 1989 20 000 Personenvagen vom Typ „Santana“ sowie ab 1990 100 000 Motoren zu produzieren. Vgl. dazu den Artikel „Bundeskanzler Kohl trifft Teng Hsiao-ping: ‚Für ein einiges und starkes Europa‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Oktober 1984, S. 2.

Botschaftsrat Ring, Peking, berichtete am 17. November 1989, bei der Produktion des „Santana“ zeigten sich „gravierende Absatzschwierigkeiten“. Potentielle Käufer bekämen keine Kaufgenehmigung. Teilweise werde diese zurückgehalten, „bis die Interessenten ihre Steuerschulden beglichen hätten. Nach Einschätzung der Botschaft fügt sich Verweigerung der Kaufgenehmigungen in die seit Herbst letzten Jahres in Angriff genommene [...] Austeritätspolitik, die undifferenziert das Wachstum ganzer Sektoren und Wirtschaftszweige zurückstutzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2183; Referat 341, Bd. 161844.

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Botschaftsrat I. Klasse Wiesner, Peking, berichtete am 24. April 1989: „Nach rund vierjähriger Verhandlungsdauer wurde der Vertrag über das Hütten- und Röhrenwerk Tianjin im Februar 1988 unterzeichnet. Der Devisenanteil beläuft sich auf 910 Mio. DM, davon entfallen auf die Lieferungen von Mannesmann-Demag 350 Mio. DM. Mannesmann-Demag, das überwiegend das Hüttenwerk bauen wird, hatte zunächst gute Aussichten, den Zuschlag für das Gesamtprojekt zu erhalten.“ Nach „Softloan-Zusagen“ der italienischen Regierung habe Mannesmann-Demag schließlich ein Konsortium mit einer italienischen Firma gebildet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 811; Referat 422, Bd. 149099.

¹⁵ Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China vereinbarten am 12. Februar 1987 die Errichtung eines Aus- und Fortbildungszentrums für moderne industrielle Technik in Tianjin. Bei der 7. Sitzung der Gemischten Kommission für Entwicklungspolitische Zusammenarbeit vom 29. Mai bis 1. Juni 1989 in Bonn teilte die chinesische Seite mit, „daß auf nationaler Ebene das Ministerium für Maschinenbau und Elektronik als verantwortlicher Projektträger bestimmt worden sei. Mit diesem Ministerium sei bereits die Frage der unzureichenden Bereitstellung von Betriebsmitteln aufgenommen worden. Beide Seiten stimmten darin überein, daß das Projekt als Ausbildungsvorhaben in keinem Fall seine laufenden Kosten selbst erwirtschaften kann, selbst wenn es Auftragsproduktionen aus der Industrie in großem Umfang hereinnimmt.“ Vgl. das Protokoll vom 1. Juni 1989; Referat 341, Bd. 161856.

4) Für die Fortführung unserer Beziehungen stehen im Hinblick auf die Beschlüßlage (Deutscher Bundestag 15.6. und 23.6., Europäischer Rat 27.6.¹⁶) folgende Problemfelder im Vordergrund:

- die Wiederaufnahme hochrangiger Kontakte,
- neue Hermes-Deckungen,
- die Fortsetzung der Entwicklungshilfe.

a) Für eine schrittweise Wiederaufnahme der eingefrorenen hochrangigen Kontakte sprechen:

- Spätestens Ende September stellt sich bei der VN-GV die Frage des traditionellen Treffens mit dem chinesischen Außenminister.
- Bis Oktober bedarf das TZ-Großprojekt „Berufsbildung“, das in erster Linie der Bevölkerung zugute kommt, der Besprechung auf hochrangiger Ebene.
- Daß die Zeit für die Wiederaufnahme hochrangiger Kontakte jetzt herankommt, belegt auch die Tatsache, daß bereits zwei EG-Partner (F, GB) die Gelegenheit der Kambodscha-Konferenz zu bilateralen Kontakten mit dem chinesischen Außenminister genutzt haben. Auch die Außenminister der USA¹⁷, Japans¹⁸, Kanadas¹⁹ und Australiens²⁰ sahen keine Hinderungsgründe für solche Gespräche.

b) Weitere Hermes-Deckungszusagen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung größerer deutscher Kooperationsprojekte, da die Chinesen außerstande sein werden, die erforderlichen Vorfinanzierungen bereitzustellen. Zwar liegen dem IMA²¹ im Augenblick keine neuen Anträge vor, die derzeit abgelehnt werden müßten, doch sind beispielsweise größere Verträge von Siemens und Daimler-Benz auf der Hermes-Deckung aufgebaut. Auch könnte sich die Frage der Realisierung einer der KWU gegebenen Zusage stellen. Die Frage nach Überprüfung der Sperrbeschlüsse des Bundestages vom 23.6. und des ER vom 27.6. wird sich daher im Herbst stellen. Eine Abstimmung mit unseren EG-Partnern könnte hilfreich sein.

c) Bei der Entwicklungshilfe sind mehrere Entscheidungen erforderlich.

(1) An erster Stelle steht das Groß- und Prestigeprojekt U-Bahn Schanghai. Nachdem der Regierungs-²² und anscheinend auch die Firmenverträge bereits vor dem Mai unterzeichnet worden waren, hängt das Inkrafttreten dieser Verträge lediglich von einem noch ausstehenden Notenwechsel ab. Dieser sollte in nicht allzu ferner Zeit vollzogen werden, weil

¹⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats bei seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid zur Lage in der Volksrepublik China vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 17. Zur Tagung vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹⁷ James A. Baker.

¹⁸ Hiroshi Mitsuzuka, seit 9. August 1989 Taro Nakayama.

¹⁹ Joe Clark.

²⁰ Gareth Evans.

²¹ Interministerieller Ausfuhrgarantie-Ausschuß.

²² Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China unterzeichneten am 16. Januar 1989 in Bonn ein Regierungsabkommen über Finanzielle Zusammenarbeit im Rahmen des Vorhabens „Erste Ausbaustufe der U-Bahn Schanghai“. Für das Abkommen vgl. Referat 341, Bd. 161856.

- wir zwar formal sagen können, diese Verträge seien schwebend unwirksam, damit aber nur mühsam einen materiellen Vertragsbruch kaschieren können;
- die Nichtimplementierung auch auf unserer Seite nicht unbeträchtliche Kosten verursachen würde, die die beteiligten Firmen versuchen könnten, der Bundesregierung anzulasten;
- das Verhalten der Franzosen in einem Parallelfall (FZ-Abkommen 1989) zeigt, daß auch Paris unterschriebene Verträge grundsätzlich dann als bindend ansieht, wenn nur noch Formalien fehlen.

Angesichts der zu erwartenden innenpolitischen Widerstände wäre zu erwägen, ob hinsichtlich des Zeitpunktes gerade im Hinblick auf das französische FZ-Abkommen eine Vorabstimmung in Paris vorgenommen werden sollte.

(2) Im Bereich der FZ geht es vordringlich um die Weiterführung der sieben unterschriebenen, aber noch nicht durch Darlehensverträge der KfW umgesetzten Verträge aus den Jahren 1985 bis 1988. Für den Abschluß dieser Darlehensverträge sollte jetzt die Zustimmung gegeben werden.

Offen bleibt dagegen wohl auch weiterhin das Schicksal der paraphierten, aber nicht mehr unterschriebenen FZ-Zusage 1989. Über diese über 220 Mio. DM lautende Zusage kann wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

(3) Im Bereich der TZ stehen folgende Fragen an:

- Für 21 unterschriebene TZ-Projekte fehlt zu ihrer Durchführung noch der Vollzug des Notenwechsels. Diese sollten nach den Vereinbarungen erstmals lediglich auf Englisch vollzogen werden. Eine baldige positive Entscheidung wäre wünschbar, zumal diese Projekte in die Kategorie jener Vorhaben fallen, die der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen.
- Ebenfalls positiv zu entscheiden wäre über die Rückkehr der Experten, die Ausreise neuer Experten im Rahmen der genannten Projekte und von Experten aufgrund abgestimmter Pläne.
- Hinsichtlich der TZ-Neuzusagen 1989 ist folgendes wichtig:
 - Von den vorgesehenen insgesamt 67 Mio. DM betreffen 45 Mio. DM Aufstockungen früherer Projekte. Sie sollten genehmigt werden, damit keine Ruinen entstehen.
 - Größtes und wichtigstes Neuprojekt ist die Förderung der Berufsbildung, für das 10 Mio. vorgesehen sind. Dieses im Interesse der Menschen Chinas liegende und auf die Zukunft gerichtete Projekt sollte unbedingt fortgesetzt werden. Es war bisher vorgesehen, daß StS Lengl im Oktober an einem Symposium in Peking über Berufsbildungsfragen teilnimmt.
 - Zwei weitere Projekte aus der Liste 1989 scheinen ebenfalls unbedenklich: Je 3 Mio. DM sind vorgesehen für eine Ambulanz in Peking und eine orthopädische Lehrwerkstatt in Wuhan. Auch hierfür könnte grünes Licht gegeben werden.
 - Dagegen sollte die Inangriffnahme von zwei Projekten zunächst noch geprüft werden: Es handelt sich um die Bereitstellung von Lehrmitteln für die Fachhochschule Hangzhou und um vier Millionen für das Katasteramt Peking. Beide Projekte sollten vorerst zurückgestellt werden.

- Bewährt hat sich das Programm „senior experts“ wie auch das Vorhaben „integrierte Fachkräfte“. Beide Programme zielen auf die Entsendung von Experten, die innerhalb der Betriebe Ausbildungsarbeit leisten. Beide Projekte sollten fortgesetzt werden.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161817

248

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg

500-321.05 POL VS-NfD

16. August 1989¹

Betr.: Polnische Reparationsforderungen

Bezug: Gutachten Ress vom 28.7.1989 (nicht zur Verteilung bestimmt)²

Das Gutachten (Seiten in Klammern) bestätigt weitgehend unsere Bewertung, wie sie in der deutschen Note vom 17.9.1987³ und im Gutachten des Referats 500 vom 6.4.1988 zum Ausdruck kommt. Zusammengefaßt läßt sich folgendes festhalten:

1) Bundesrepublik Deutschland als Anspruchsgegner

Die polnische Haltung ist widersprüchlich, da sie bekanntlich die Identität der BR Deutschland mit dem Deutschen Reich leugnet, gleichwohl aber Forderungen aus wiedergutzumachendem Unrecht gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet (bei Delikt keine Staatennachfolge auf Schuldnerseite) und dies zudem nur gegen einen der Nachfolgestaaten (Polen ist in bezug auf die ONG⁴ sogar selbst Nachfolgestaat) (S. 18, 47f.).

2) Zivilrechtliche Ansprüche

Polen macht „zivilrechtliche“ Ansprüche auf Wiedergutmachung geltend. Keinesfalls bestehen völkerrechtliche Ansprüche von Privaten (S. 94ff.). Ob zivilrechtlich Ansprüche bestehen können, ist zweifelhaft (S. 20), sie könnten höchstens gemäß deutscher Rechtsordnung bestehen. Ansprüche z.B. aus Arbeitsverhältnissen scheiden wohl wegen Ausschließlichkeit der völkerrechtlichen Verantwortung von Staaten für Kriegsereignisse aus (S. 53ff., vom BGH dahingestellt, vgl. S. 57, 59).

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Löschner am 17. August 1989 vorgelegen.

² Für das Gutachten von Professor Ress „über Reparationsforderungen der Volksrepublik Polen gegen die Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung etwaiger zivilrechtlicher Entschädigungsansprüche vor dem Hintergrund der Noten der polnischen Botschaft vom 11. Dezember 1986 und 19. September [1988] sowie des Auswärtigen Amts vom 17. September 1987“ vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 2046.

³ Für die Verbalnote des Auswärtigen Amts an die polnische Botschaft vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 2041.

⁴ Oder-Neiße-Grenze.

3) Der polnische Verzicht

Polen konnte völkerrechtlich Forderung von einzelnen als Heimatstaat „aufnehmen“ und über sie verfügen. Zivilrechtliche Ansprüche sind, selbst wenn sie bestanden, auf diesem Wege „absorbiert“ worden und durch Verzicht untergegangen, vorausgesetzt, der in der polnischen Erklärung vom 23.8.1953⁵ enthaltene Verzicht auf „Reparationen“ schließt „zivilrechtliche“ Ansprüche ein (S. 100 ff., 132 f.). Der Verzicht von 1953 wurde gegenüber „Deutschland“, also auch der BR Deutschland, erklärt. Diese kann sich ganz unabhängig von der polnischen Bekräftigung im Jahre 1970⁶ auf sie berufen.

4) „Deni de justice“

Letztlich ist also entscheidend, ob die geltend gemachten Forderungen unter den Reparationsbegriff fallen. Wenn dies der Fall ist, stellt die Nichtzulassung von Klagen auf Entschädigung durch deutsche Gerichte unter Berufung auf das LSA⁷ (S. 59 f.) keinen völkerrechtswidrigen „deni de justice“ dar (S. 16).

5) Der Reparationsbegriff

Der Begriff ist entsprechend internationaler Praxis umfassend zu verstehen (S. 132). Die von P vertretene Ausgliederung von „Wiedergutmachung“ aus dem Reparationsbegriff entspricht nicht der Staatenpraxis einschließlich der früher mit Deutschland abgeschlossenen Reparationsvereinbarungen (S. 32). Das LSA entfaltet zwar für P als Drittstaat keine unmittelbaren Rechtswirkungen (S. 52, 144). Es kann aber ebenso wie der Versailler Vertrag⁸ (S. 67 ff.) und das Potsdamer Abkommen⁹ (S. 72 ff., 80 ff.) als Beweis dafür dienen, daß alle Ansprüche im Zusammenhang mit Kriegsereignissen – auch die von Privaten – unter den Reparationsbegriff fallen und Gegenstand von Friedensverhandlungen sind (S. 64 f., 91 f.; anders BVerwG: zwar unter Art. 5 (2) LSA, aber nicht unter den Reparationsbegriff i. e. S., vgl. S. 66, 88). Der weite Reparationsbegriff ist auch in der Literatur herrschend (S. 79).

6) Die besatzungsrechtliche Reparationsregelung

Polen muß sich nicht nur den eigenen Verzicht, sondern auch die Regelung der Reparationsfrage durch die Siegermächte entgegenhalten lassen. Die Siegermächte haben in Jalta¹⁰ und Potsdam nicht in Reparationen und Wiedergut-

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung vgl. den Artikel „Erklärung der Regierung der Volksrepublik Polen zur deutschen Frage“; NEUES DEUTSCHLAND vom 25. August 1953, S. 1.

⁶ Vgl. dazu Ziffer IV der Erläuterungen der Bundesregierung zum Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970; BULLETTIN 1970, S. 1819.

⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1951, Dok. 210, AAPD 1952, Dok. 1, und AAPD 1953, I, Dok. 42.

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

⁹ Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die britischen Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit dem amerikanischen Präsidenten Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

¹⁰ In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit

machung unterschieden (S. 85f.). Sie teilten das Reichsvermögen in Zugriffs-massen West und Ost auf mit der Folge, daß Ansprüche der SU nicht mehr im Hinblick auf Westvermögen geltend gemacht werden konnten (S. 113 ff., 148). Polen hat sich dem angeschlossen und sich durch Abkommen mit der SU vom 16.8.1945¹¹ für befriedigt erklärt (S. 127). Auch der Verzicht von 1953 beruht auf dieser reparationsrechtlichen Gesamtverständigung (und dem späteren sowjetischen Bemühen um Deutschland im Jahre 1953).

7) Angeblicher Vorbehalt von Wiedergutmachungsansprüchen im Jahre 1970

Ob sich Polen bei den Verhandlungen 1970 mündliche „Wiedergutmachungs“-Ansprüche vorbehalten hat, kann dahinstehen, da ein solcher Vorbehalt bereits durch Verzicht erloschene Ansprüche nicht hat wieder zum Erstehen bringen können (S. 145).

8) Verhalten der Bundesregierungen

Bedenklich im Hinblick auf die Auslegung des Reparationsbegriffs ist, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Wiedergutmachungszahlungen und Abschluß von Wiedergutmachungsabkommen Zweifel an ihrer Auslegung des Reparationsbegriffs hat aufkommen lassen (S. 133f.). Freiwillige Zahlungen aus moralischen Gründen lassen aber nicht rückwirkend auf ein enges Verständnis des Reparationsbegriffs schließen (S. 137).

Hillgenberg¹²

B 80 (Referat 500), Bd. 1467

Fortsetzung Fußnote von Seite 1107

der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 16. August 1945 zwischen Polen und der UdSSR über die Ersatzleistung von Schäden, die durch die deutsche Besetzung verursacht worden sind, einschließlich des Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 14 (1946), Heft 348, S. 343f. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTPAKT-SYSTEM, S. 55.

¹² Paraphe.

249

Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1760
Citissime

Aufgabe: 16. August 1989, 15.00 Uhr¹
Ankunft: 16. August 1989, 20.55 Uhr

Betr.: Tsl. Lage vor dem 21. August

Bezug: Lfd. Berichterstattung

Zur Unterrichtung

1) Mit nervöser Spannung sieht man hier auf allen Seiten den Ereignissen zum Jahrestag des WP-Einmarsches in die ČSSR (21.8.68²) entgegen. Dies nicht etwa aus Unkenntnis der grundsätzlichen Strategie der jeweils anderen Seite; beide Seiten haben bereits im Vorfeld ihre Karten offen auf den Tisch gelegt. Vielmehr deswegen, weil zur Stunde niemand zuverlässig voraussehen kann, welchen Ausgang dieses Spiel mit offenen Karten nehmen wird, das für die weitere Entwicklung in der Tschechoslowakei besonders wichtig werden könnte:

2) Die von Hardlinern dominierte tsl. Parteiführung hat ihre Linie sehr deutlich gemacht. Sie will am 21. August einen harten Kurs fahren.

Die hiesigen Hardliner, die ihre Machtposition der Liquidierung des Prager Frühlings verdanken, sehen eben diese durch die aus ihrer Sicht äußert ungünstige politische Konjunktur insbesondere in drei von vier sozialistischen Nachbarstaaten und die dort wachsende Bereitschaft zur öffentlichen Reevaluation von 1968 bedroht.

Der polnische Senat hat sich vom WP-Einmarsch bereits distanziert, ungarische Offizielle haben sich ähnlich geäußert – wobei man aus Budapest noch gewichtigere Erklärungen fürchtet –, und selbst der seinerzeitige Königsmacher Moskau gesteht inzwischen knapp unterhalb der Schwelle offizieller Verlautbarungen 1968 zumindest indirekt als Fehler ein (jüngstes Beispiel Gorbatschow-Berater Jewgenij³ Ambarzumow in La Repubblica vom 13.8.: Die dramatischen Ereignisse in der ČSSR würden nicht wiederholt werden.⁴ Die ungarische KP reevaluierte 1968, selbst wenn der Prager Frühling von Moskau noch nicht offiziell rehabilitiert sei, änderten sich nun auch dort die Dinge). Gleichzeitig war die tsl. Opposition bei allen fortdauernden strukturellen Mängeln selbstbewußter geworden, nutzte immer intensiver die inzwischen ungestörten Kommunikationsmöglichkeiten über Rundfunk (RFE⁵) für politische Erklärungen, pflegte zuneh-

¹ Das von Botschaftsrat Steiner, Prag, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 17. August 1989 vorgelegen.

² Zur Intervention von Streitkräften des Warschauer Pakts in der ČSSR vgl. AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

³ Korrigiert aus: „Ergenij“.

⁴ Vgl. dazu den Artikel „Mai più invaderemo un alleato“, LA REPUBBLICA vom 13./14. August 1989, S. 3.

⁵ Radio Free Europe.

mende Kontakte in die SU, nach Polen und Ungarn und hat bereits Zusagen für unterstützende Besuche der polnischen Solidarität sowie aus Ungarn zum 21. August.

In dieser Lage hatte der Prager KP-Sekretär Štěpán bereits am 1.8. öffentlich unverhüllt Gewaltmaßnahmen gegen evtl. Aktionen der Opposition zum Jahrestag des WP-Einmarsches angedroht (DB Nr. 1670 vom 4.8.⁶). Die KP-Präsidiumsmitglieder Fojtík und Knotek äußerten sich mittlerweile, wenn auch weniger schrill, in derselben Richtung.

Die breite Medienkampagne gegen die Opposition und die oppositionellen Künstler im besonderen hält an. Gegen Organisatoren des Oppositionsmanifests „Nur einige Sätze“⁷ (inzwischen über 18000 Unterschriften mit weiter steigender Tendenz) wurden Strafverfahren („Aufwiegelung“) eingeleitet, in deren Gefolge nicht nur in Prag lfd. Hausdurchsuchungen erfolgten (etwa am 14.8. in Preßburg bei vier Oppositionellen, wie auch Rudé Právo kurz berichtete). Führenden Oppositionellen wie Havel und Hájek wurde von den Sicherheitsbehörden auferlegt, um den 21.8. Prag zu meiden. Die Polizei zeigt bereits seit einigen Tagen zunehmend verstärkte demonstrative Präsenz im ganzen Land. Schließlich stimmte auch das KP-Präsidium die Parteimitglieder in einem Rundschreiben darauf ein, daß die Opposition angeblich die Konfrontation suche, was zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen müsse.

Dabei ist die Strategie deutlich: Eine tätige Solidarisierung der in ihrer Mehrheit gegenüber den oppositionellen Gruppierungen freilich noch gleichgültigen Bevölkerung mit der Opposition soll vermieden, gleichzeitig soll ein harter Oppositionskern isoliert werden, an dem man dann zum 21.8. – trotz des berichteten mahnenden Appells von Kardinal Tomášek⁸ – ein abschreckendes Exempel statuieren kann (Rudé Právo am 14.8.: „Wir differenzieren: zwischen den Organisatoren (des Oppositionsmanifests) und denen, die das Pamphlet aus mangelnder Kenntnis, Furcht oder politischer Naivität ... (lediglich) unterzeichnet haben. Letztere werden die wahren Absichten der Chartisten nach und nach erkennen.“

⁹³) Die Charta 77 hat diese Strategie der machthabenden Hardliner nach anhaltenden internen Diskussionen vor allem auch mit aktionsgeneigten jungen Oppositionellen mittlerweile erkannt. Sie will sich nicht zu einer gewaltsamen Konfrontation provozieren lassen, bei der sie nur den kürzeren ziehen kann.

Die Charta hat sich deshalb für den Jahrestag auf eine Strategie verständigt, mit der man sich Zugriffen der öffentlichen Gewalt nach Möglichkeit entziehen will. Die drei Charta-Sprecher riefen, unterstützt von anderen Oppositionsgruppen, dazu auf, keine Demonstrationen mit Parolen durchzuführen, vielmehr

⁶ Für den Drahtbericht des Botschafters Huber, Prag, vgl. Referat 214, Bd. 139906.

⁷ Für den englischen Wortlaut des Manifests „Einige Sätze“ vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia>, Dok. 23.

⁸ Botschafter Huber, Prag, berichtete am 4. August 1989, der Erzbischof von Prag, Kardinal Tomášek, habe sich mit einem offenen Brief vom selben Tag an die tschechoslowakische Regierung, das ZK der KPČ und die Medien des Landes gewandt. Er rufe „im Vorfeld des 21. August ‚dringlich‘ zum Frieden auf. [...] In dieser Situation bietet er den offenen Dialog als ‚einzigen grundlegenden Ausgangspunkt‘ an, verbunden mit der Bereitschaft der Kirche, zu einer Lösung beizutragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1671; Referat 214, Bd. 139906.

⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1773 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

solle in den Fußgängerzonen der Städte zu noch bekanntzugebender Uhrzeit für zwei Minuten jede Bewegung schweigend unterbrochen werden. (Gleichzeitig sollen mit dieser vergleichsweise harmlosen Aktionsform aber auch Schwellenängste Teilnahmebereiter herabgesetzt werden.)

Freilich ist man mit dieser bewußt konfrontationsvermeidenden Strategie weder gegen den Aktionismus einiger oppositioneller Heißsporne noch – vor allem – gegen Agents provocateurs gefeit, deren Einsatz die Opposition (auch aufgrund der Erfahrungen aus den Oktober-Demonstrationen) besonders fürchtet. Dies bestätigte uns sowohl Prof. Hájek als auch die Charta-Sprecherin Němcová, die sich aufgrund der nervlichen Anspannungen der letzten Tage und im Hinblick auf mögliche Gewaltmaßnahmen der Sicherheitsorgane im vertraulichen Gespräch mit uns kaum der Tränen erwehren konnte.

Auch der Schriftsteller V. Havel hat – nach einigem Zögern – am 14.8. zum Jahrestag eine Erklärung abgegeben, die gestern von RFE verbreitet wurde: Es gebe Hinweise darauf, daß die Staatsmacht zum 21.8. Provokationen durchführen werde, die ihr eine „definitive Abrechnung“ mit Oppositionsgruppen ermöglichen sollen. Es gebe Gerüchte, deren Wahrheitsgehalt nicht auszuschließen sei, wonach die Staatsgewalt sogar plane, einen ihrer eigenen Angehörigen anzuschießen. Daher sei Mäßigung nötig. Es sei falsch, alle Energie auf den 21.8. zu konzentrieren. Vielmehr gehe es um ruhige, kontinuierliche und langfristige Arbeit (der Opposition).

Ebenfalls am 14.8 schließlich wandten sich Havel, Vondra und Křížan in einer gemeinsamen Erklärung gegen die offensichtlichen Spaltungsbemühungen der Machthaber: Es sei müßig, ein Strafverfahren nur gegen die „Organisatoren“ des Manifests anzustrengen, denn es bestünde keinerlei organisatorischer Unterschied zwischen denjenigen, die lediglich zuerst unterschrieben hätten, und den 18265 Tschechoslowaken, die darauf bisher folgten. Auch die Stoßrichtung der offiziellen Kampagne gegen die Charta gehe ins Leere, da nur ca. 3 Prozent der Unterschriftsleistenden der Charta angehörten, ca. 20 Prozent seien Künstler und Wissenschaftler, jedoch ca. 75 Prozent Arbeiter.

4) Die Strategien beider Seiten sind somit deutlich. Jedenfalls die große Mehrheit der Opposition und deren Führer wollen die gewaltsame Konfrontation vermeiden, die machthabenden Hardliner dagegen nehmen sie zumindest mit Dolus eventualis in Kauf, wobei manche sie offensichtlich geradezu herbeiführen wollen.

Dies heißt jedoch keineswegs, daß diese harte Linie im offiziellen Prag ungeteilte Zustimmung fände. Ein stellvertretender Chefredakteur von Rudé Právo gab uns vor einigen Tagen glaubhaft zu verstehen, daß man sich dort auch immer wieder bemühe, allzu Konflikthanheizendes zu vermeiden. Tatsächlich war auch heute auf S. 1 in RP ein – durchaus mutiger – Aufruf des offiziellen Menschenrechtsausschusses zur Mäßigung zu verzeichnen. Selbst ein direkter Mitarbeiter des KP-Chefideologen Fojtík im ZK-Sekretariat distanzierte sich am 11.8. uns gegenüber deutlich von dem verordneten Konfrontationskurs. Und im Außenministerium war gar die berichtete Warnung vor der „Falle“ der Hardliner zu hören. Geradezu atemberaubend war aber ein heutiges vertrauliches Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Chefredakteur von Mladá fronta (zwölf Zeitungen) und Chef der KP-Basisgruppen dieses Verlags, der die politische Führung unter Ver-

weis auf ähnlich denkende KP-Mitglieder in radikaler Weise kritisierte (hierzu folgt gesonderter Bericht¹⁰).

In diesem Zusammenhang sind auch Hinweise darauf interessant, daß es im KP-Präsidium im Juli zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen GS Jakeš und PM Adamec gekommen sein soll, in der dieser sich nachdrücklich – im Gegensatz zu ersterem – für rasche, substantiellere Reformen und ein weniger konfrontatives Vorgehen gegenüber der Opposition ausgesprochen haben soll (vgl. hierzu auch DB Nr. 1541 vom 20.7.). Kurz darauf begaben sich beide auf Einladung der KPdSU gleichzeitig (offiziell zum Urlaub) auf die Krim in die SU, von wo auch man von beiden bis zu ihrer gestrigen gemeinsamen Rückkehr zunächst nichts Öffentliches mehr hörte – und dies, während die Stimmung im Lande zunehmend nervöser wurde.

Es wird sich zeigen, mit welcher Haltung Partei- und Regierungschef ihre Dienstgeschäfte wieder aufnehmen. Man kann nur hoffen, daß die angedrohten Gewaltmaßnahmen ausbleiben. Jedenfalls könnte anderenfalls in den kommenden Tagen die Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung in der ČSSR in nächster Zeit auf dem Spiel stehen.

Dabei wären einmal inzwischen erreichte, wenn auch kleine Freiräume und Pluralitätsfortschritte – vor allem im künstlerischen Bereich – gefährdet. Zum anderen könnte aber auch die zumindest allmähliche Ermöglichung des innertsl. Dialogs und Brückenschlags über die Lager hinweg zurückgeworfen werden, was für eine positive Entwicklung in der ČSSR so dringlich wäre.¹¹ Auf beiden Seiten gibt es hierzu grundsätzlich Bereite, Václav Slavík hat dies unter Berufung auf Dubček gegenüber La Repubblica noch am 13.8. ausdrücklich gefordert¹² – freilich wollen genau dies die hiesigen vom Status quo zehrenden Ultras und ihre Alliierten verhindern, weil hiermit zugleich die Machtfrage gestellt wäre.

[gez.] Metzger

Referat 214, Bd. 139906

¹⁰ Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, informierte am 18. August 1989: „Am 17.8. führte Botschaftsangehöriger mit dem Ersten Stellvertr[etenden] Chefredakteur des Verlagshauses ‚Mladá fronta‘ [...] und Vorsitzenden der dortigen KP-Betriebsorganisation ein erstes ausführliches vertrauliches Gespräch, bei dem sich dieser rückhaltlos kritisch über die gegenwärtige politische Führung in der ČSSR äußerte. Auf ausdrücklichen Wunsch des Gesprächspartners fand die Unterredung in der Botschaft und am 17.8., also kurz vor dem Jahrestag des WP-Einmarsches, statt. Er vermittelte den Eindruck, daß uns gerade im Vorfeld der kommenden Ereignisse bewußt signalisiert werden sollte, daß es in der ts[chechosl]owakischen KP auch solche Kräfte gebe, die dem Kurs der gegenwärtigen KP-Führung ablehnend gegenüberstehen.“ Angesichts der „massiv verhärteten Haltung der KP-Führung“ seien die Äußerungen als „ausgesprochen mutig“ zu bewerten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1781; Referat 214, Bd. 139906.

¹¹ So in der Vorlage.

¹² Vgl. dazu den Artikel „Tavola rotonda a Praga“, LA REPUBBLICA vom 13./14. August 1989, S. 2.

250

Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff**014-207/89A VS-NfD****18. August 1989¹**

Betr.: Mein Gespräch mit dem ungarischen AM Horn am 14.8.1989,
9.00–11.15 Uhr, zum Thema der DDR-Flüchtlinge in Ungarn²

Ich dankte für die Gesprächsmöglichkeit und überbrachte Grüße des Bundesministers. Ich erinnerte an die Besuche Horns in Bonn und unsere damaligen Gespräche über die Entwicklung in Ungarn. In den letzten zwölf Monaten hätte ich mich manches Mal dieser Gespräche erinnert, weil Horn damals schon mit großer Präzision skizziert habe, wie die Entwicklung in Ungarn verlaufen werde. Die Bundesregierung verfolge die innenpolitische Entwicklung in Ungarn mit großem Respekt und tiefer Sympathie. Wir hofften auf ein Europa des Dialogs und der Zusammenarbeit. Wir seien bereit, mit Ungarn neue Formen und Wege der Zusammenarbeit zu entwickeln. Es liege im Sinne der von uns angestrebten europäischen Friedensordnung, daß der Weg Ungarns zu einer neuen politischen und gesellschaftlichen Form Erfolg habe. Wir seien überzeugt, daß die Zukunft Europas in einer über Systemgrenzen hinausgehenden Zusammenarbeit liegt. Wir seien bereit, unseren Beitrag zu dieser Entwicklung auch weiter zu leisten.

Leider müsse man feststellen, daß diese Entwicklung an einigen Staaten des Warschauer Paktes bisher vorübergegangen sei. Dies sei z.B. in Rumänien der Fall, mit großen Konsequenzen für Ungarn. Dies sei auch in der DDR der Fall, mit großen Konsequenzen für uns. Wir anerkannten, daß in den letzten Jahren die Möglichkeiten zur legalen Ausreise aus der DDR wesentlich erweitert worden seien. Von Januar bis Juli 1989 seien allein 47 000 Menschen aus der DDR so ausgereist. Das Streben nach Freiheit des einzelnen lasse sich aber nicht in Kategorien und in Zahlen festhalten. Der Druck steige. Die Festsetzungen in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, in Prag sowie die Versuche, über Ungarn in den anderen Teil Deutschlands zu gelangen, zeigten dies. Diese Entwicklung habe zu massiver Zuflucht in unsere Botschaft in Budapest geführt. Die Menschen aus der DDR seien nach unserem Verfassungsverständnis Deutsche wie wir, die wir nicht aus dem Hause weisen könnten und wollten. Die Bundesregierung sei für die ungarische Haltung dankbar, die ein tiefes Verständnis für die humanitäre Dimension des Problems erkennen lasse. Die Menge der Zufluchtsuchenden habe dazu geführt, daß wir die Vertretung vorübergehend hätten schließen müssen, weil ihre Kapazität restlos erschöpft sei.³ Fragen der Hygiene, der feuerpolizeilichen Sicherheit und auch

¹ Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Sudhoff an Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 20. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.“

² Für ein weiteres Gespräch zwischen Staatssekretär Sudhoff und dem ungarischen Außenminister Horn vgl. Dok. 251.

³ Staatssekretär Sudhoff teilte der Botschaft in Budapest am 13. August 1989 mit, daß „eine vorübergehende Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr unabwendbar geworden“ sei. Die Schließung werde noch am Nachmittag bekanntgegeben. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 371; B 85 (Referat 513), Bd. 2340.

der Zumutbarkeit für die schon im Hause festsitzenden DDR-Bürger hätten uns dazu gezwungen. Dies führe bei vielen, die jetzt auf der Straße stünden, zu einem verstärkten Gefühl der Hoffnungslosigkeit und der Aussichtslosigkeit. Die Bundesregierung stehe mit der DDR in Verbindung, um eine Lösung der Botschaftsfälle in einem humanitären Sinne zu erreichen. Wir hofften auch, daß die DDR eine Haltung entwickle, die den vielen anderen Ausreisewilligen eine Ausreiseperspektive eröffne. Ich trug sodann folgende konkrete Bitten vor:

- keine Abschiebung oder Ausweisung in die DDR derjenigen, die beim Versuch, die Grenze zu überqueren, gefaßt werden;
- keine Stempel in Pässe;
- keine Datenübermittlung in die DDR;
- keine Gewaltanwendung einschließlich Schußwaffen an der Grenze;
- keine Mißhandlungen;
- Duldung des Aufenthalts derjenigen in Ungarn, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist.

Die Bundesregierung werde die hierfür entstehenden Kosten nicht auf Ungarn sitzen lassen.

Ich erklärte ferner, eine Lösung werde letztlich nur im Zusammenwirken aller, auch der DDR, zu erreichen sein. Dafür sei aber Zeit erforderlich, währenddessen die Betroffenen nicht gefährdet sein dürften.

Wir hofften und rechneten auf die ungarische Bereitschaft zu pragmatischen humanitären Lösungen. Die Bundesregierung sei der Meinung, dies sei ein Fall für die VN-Flüchtlingskonvention, deren Mitglied Ungarn vor kurzem geworden sei.⁴ Wir stünden mit dem UNHCR in Genf in Verbindung, der auch bei der temporären Unterbringung der Ausreisewilligen seine guten Dienste angeboten habe. Bei der Anwendung der VN-Flüchtlingskonvention könne man auch an Verfahren denken, wie sie in Jugoslawien für die ungarnstämmigen Flüchtlinge aus Rumänien angewendet würden. Auch solle man die Frage einer Ausweisung an Drittstaaten prüfen. Auch sei daran zu denken, das IKRK und seine Möglichkeiten einzuschalten.

Das Thema der Flüchtlinge sei in der Bundesrepublik Deutschland eine Frage von erstrangiger Bedeutung. Sie werde von unserer Regierung und von der Öffentlichkeit mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Bundesregierung sei in allen diesen Fragen an einem engen Kontakt mit Ungarn interessiert.

BM Genscher verbringe noch etwa zwei Wochen Erholungsurlaub in Süddeutschland. Er würde sich freuen, Herrn Horn dort sehen zu können.⁵ Zu einem Gespräch sei er gerne jederzeit bereit.

AM Horn dankte für meinen Besuch. Er finde in einer außerordentlichen Situation und in einer außerordentlichen Angelegenheit statt, in denen beide Seiten

⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298. Das Abkommen trat für Ungarn am 12. Juni 1989 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 636.

⁵ Der ungarische Außenminister Horn hielt sich zusammen mit Ministerpräsident Németh am 25. August 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 28 und Dok. 29.

operative Lösungen suchen müssen. Für Ungarn sei wichtig, die Dinge zwischen der DDR, Ungarn und der Bundesrepublik gelöst zu sehen. Die Presseveröffentlichungen der letzten Tage seien nicht dienlich gewesen. Man stehe jetzt unter dem Druck der Öffentlichkeit. Viele Leute seien auch erst durch die Presseberichte zur Flucht veranlaßt worden. Ungarn befinde sich in einer prekären Lage. Es messe seinen Beziehungen zur Bundesrepublik große Bedeutung bei. Gleichzeitig müsse man sehen, daß die Beziehungen zur DDR schlecht seien. Die ganze Angelegenheit sei ein ernstes politisches Problem, das auch den gesamten ungarischen Reformprozeß berühre. Es gebe schon heftige Attacken gegen Ungarn. Auch die DDR-Führung sei in einer ernsten Lage.

Bis zum 31.7.1989 seien 1,3 Millionen DDR-Bürger nach Ungarn gekommen. Honecker fürchte, daß es noch mehr würden. Für die DDR sei das auch eine Prestigefrage.

Für Ungarn ergebe sich der Ernst der Lage auch daraus, daß man bereits 15000 Flüchtlinge aus Rumänien habe, und dies mit wachsender Tendenz. Was geschehe, wenn auch die Menschen aus der ČSSR kommen wollten? In der Sowjetunion werde die Lage auch immer ernster. Hier seien die Grenzen offen. Hunderttausende könnten kommen.

Auch aus Jugoslawien könne sich über Ungarn ein Strom ergießen. Darauf sei Ungarn nicht vorbereitet. Es bereite auch der Bevölkerung große Probleme. Das ungarische Verhältnis zu seinen gesamten Nachbarn sei berührt. Verschlechterung des Verhältnisses zur ČSSR und zur Sowjetunion könne die Folge sein. Der ungarische Reformprozeß passe sowieso nicht allen sozialistischen Staaten. Dies alles erschwere den internen ungarischen Reformprozeß.

Ungarn verstehe und respektiere die humanitäre Haltung der Bundesrepublik gegenüber den DDR-Bürgern. Aber in erster Linie sei das eine Sache der beiden deutschen Staaten. Ungarn könne nicht zum Transitland für Flüchtlinge werden.

Auf meine konkreten Bitten wolle er, Horn, sagen, die Angelegenheit habe nichts mit der Genfer Konvention zu tun. Die DDR-Bürger kämen als Touristen und mit eigenem Pkw. Sie bäten gar nicht um politisches Asyl, sondern meldeten sich bei der Botschaft der Bundesrepublik. Ungarn halte die Genfer Konvention nicht für anwendbar. In Jugoslawien liege der Fall anders. Die Mehrzahl der Flüchtlinge komme dort illegal und bitte um Asyl.

Die Bundesregierung müsse weiterhin auf hoher Ebene mit der DDR verhandeln. Ungarn werde auch mit der DDR sprechen. Das gemeinsame Ziel müsse sein, eine humanitäre Lösung zu finden. Die bisherigen Verhandlungen Ungarns mit der DDR seien erfolglos geblieben.

Ein anderer Weg sei der, den ich eingangs erwähnt hätte, nämlich die Kontaktaufnahme mit dem IKRK. Ungarn sei bereit, dies noch heute zu tun.

Das IKRK habe das Recht, ein Laissez-passer auszustellen. Unsere Botschaft könne dann die entsprechenden Einreiseformulare ausstellen. Aufgrund des IKRK-Papiers werde Ungarn die Ausreise gestatten. Ein Beispiel für diesen Weg seien die zwölf bulgarischen ungarnstämmigen Zufluchtsuchenden in der ungarischen Botschaft in Sofia gewesen. Auch hier habe das IKRK ein Laissez-passer ausgestellt. Dies sei ein realer und gangbarer Weg.

Horn: „Was soll mit den Leuten geschehen, die mit abgelaufenen Papieren sonst noch im Lande sind?“ „Wir werden sie nicht ausweisen!“ „Wovon aber sollen sie leben und wo, in ihren Autos?“ „Im Flüchtlingslager? Sie sind doch keine Flüchtlinge.“ Es befinden sich über 200 000 DDR-Bürger in Ungarn. Man müsse doch mal an die praktischen Folgen denken. Die Nicht-Einstempelung an der Grenze sei durch das Einlegeblatt schon gelöst. Dies werde beim Verlassen des Landes einbehalten.

Auf meinen Hinweis, es dürften aber auch nicht die Daten weitergegeben werden, sagte Horn dies zu. Es gebe ferner die Weisung, Waffen nicht anzuwenden, nur zur Selbstverteidigung. Es habe Vorfälle gegeben, wo DDR-Leute in Gruppen von acht bis zehn Personen ungarische Grenzer zusammengeschlagen hätten. Die Grenzstreifen seien meistens mit zwei Mann besetzt. Versuche, DDR-Flüchtlinge aufzuhalten, hätten schon mit Prügel für die ungarischen Grenzer geendet.

Horn dankte für die Anerkennung, die die Bundesregierung der Politik Ungarns entgegenbringe. Ungarn wolle das Problem „maximal und humanitär“ lösen. Er dankte auch für die Grüße des Bundesaußenministers. Er verehere ihn sehr für seinen Beitrag zum Entspannungsprozeß und für die bilateralen Beziehungen. Wenn es eben gehe, werde er von seiner Einladung auch Gebrauch machen.

Horn fragte weiter, ob man nicht Österreich in die Lösung einschalten könne. Für Ungarn könne es leichter sein, wenn die Botschaftsgäste in ein Drittland ausreisten. Das sei gegenüber der DDR besser. Die Angelegenheit der 181 Gäste in der Botschaft würde mit einem Reisedokument des IKRK gelöst werden. Was aber geschehe nach der Abreise der 181? Ungarn habe nach der Abreise seiner Leute in Sofia die Botschaft angewiesen, keine neuen Gäste aufzunehmen. Man müsse den Wunsch dämpfen, auf diese Weise auszureisen. Die Bundesregierung müsse auch öffentlich sagen, daß die DDR-Bürger sich an ihre eigenen Organe wenden müßten. Andere Wege seien damit ja nicht ausgeschlossen. Auch solle man die DDR bewegen, die zweite Zusage („positive Prüfungszusage“) wieder einzuführen.

Ich erklärte dem AM, ich könne nicht zusagen, die Botschaft nach Abreise der Gäste geschlossen zu halten. Das Maximum seien ein paar Tage, die man ohnehin brauche, um das Haus wiederherzustellen. Horn insistierte nicht auf diesem Punkt. Er fragte dann nach den Dokumenten, die die Bundesrepublik ausstellen würde. Könne man den Leuten Pässe geben? Solle man sie mit Sonderflugzeugen abholen? Dafür seien 181 wohl zuviel, denn das werde auf jeden Fall publik.

Horn wörtlich: „Ich verspreche eine Lösung“,

- 1) über das IKRK oder
- 2) mit direkter Abholung.

„Ich bin bereit, mit einem kleinen Kreis des Kabinetts eine Lösung auf mich zu nehmen. Wenn die Sache mit dem IKRK nicht geht oder sich sehr verzögert, nehmen wir die andere Lösung.“

Zur Pressebehandlung:

Vorschlag Horn: „Wir haben über Möglichkeiten von Lösungen für die humanitären Probleme gesprochen.“

Ungarischer Wunsch: „Wir waren uns einig, daß eine Lösung über den UNHCR nicht möglich ist.“

Auf meinen Widerspruch, dem könne ich nicht zustimmen, weil wir anderer Meinung seien, schlug Horn vor: „Deutsche Seite hat zur Kenntnis genommen, daß die ungarische Seite keine Möglichkeit über den UNHCR sieht.“ Dem habe ich zugestimmt.

Sudhoff

Referat 010, Bd. 178925

251

Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff

18. August 1989¹

Betr.: Mein Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Horn in Budapest am 16.8.1989, 13.00–14.35 Uhr²

Ich dankte dem ungarischen Außenminister für die erneute Gesprächsmöglichkeit und überbrachte die Grüße des Ministers und die Erneuerung der Einladung. Die Bundesregierung sei dankbar für ungarisches Verständnis und Hilfsbereitschaft

bei der Regierung,

bei der Stadt Budapest,

bei den ungarischen Hilfsorganisationen,

bei den unmittelbaren Anwohnern der Kanzlei und RK-Stelle.

Zu den zwei Themenkreisen

a) Flüchtlinge in der Botschaft

b) Flüchtlinge außerhalb der Botschaft

führte ich folgendes aus:

a) Innerhalb der Botschaft

Ich hätte mit Präsident Sommaruga vom IKRK persönlich gesprochen und auch unseren Botschafter in Genf³ mit einer Demarche zu ihm entsandt. Das IKRK sei bereit, ein Verfahren wie in Sofia durchzuführen. Als Voraussetzung habe Sommaruga genannt:

1) die Aufnahmebereitschaft der Bundesregierung,

2) die Aufnahme- oder Durchreisebereitschaft Österreichs,

3) die Ausreisebereitschaft Ungarns.

Die Punkte 1 und 2 seien klar. Mit Österreich hätte ich selbst telefoniert (Staatssekretär Klestil). Österreich habe auch bereits gegenüber dem IKRK seine Bereitschaft erklärt.

¹ Ablichtung.

² Für ein weiteres Gespräch zwischen Staatssekretär Sudhoff und dem ungarischen Außenminister Horn vgl. Dok. 250.

³ Fredo Dannenbring.

Es sei jetzt an Ungarn, seinerseits seine Bereitschaft zu diesem Procedere gegenüber dem IKRK zu erklären. Das IKRK werde sodann seine Vertreter nach Budapest zu Individualgesprächen mit den Gästen der Botschaft entsenden.

Was die Modalitäten der Ausreise betreffe, ob nach Deutschland oder nach Österreich, sei das eine ungarische Entscheidung, ebenfalls, ob per Flugzeug, Bus oder Bahn. Wir seien bereit, bei allem mitzuwirken.

b) Was die übrigen Flüchtlinge angehe, so hätte ich Verständnis für die politischen Überlegungen, die hinter der ungarischen Position stünden, die VN-Flüchtlingskonvention nicht anzuwenden.⁴ Die Bundesregierung allerdings sei dezidiert der Meinung, daß dies durchaus ein Fall der Anwendung der VN-Flüchtlingskonvention sei. Diejenigen, die ausreisen wollen, seien Flüchtlinge im Sinne dieser Konvention. Die Zusage der Straffreiheit durch die DDR könne ihren Status nicht verändern, denn es könne doch nicht sein, daß die Regierung eines Landes, dessen Menschen fliehen, durch eine solche einseitige Erklärung die Anwendbarkeit der Flüchtlingskonvention ausschließen könne. Dann mache die Konvention keinen Sinn mehr. Dann könne ja den Flüchtlingen eben durch die Regierung, vor der sie fliehen, die Berufung auf den Flüchtlingsstatus unmöglich gemacht werden. Es könne auch nicht entscheidend sein, ob die Rückkehrer strafrechtlich verfolgt werden oder nicht. Die politische Verfolgung drücke sich eben nicht nur in gerichtlichen Maßnahmen aus.

Auch die ungarische Sorge, daß Ungarn Aufnahmeland werden könne, falls die Konvention angewendet werde, sei unbegründet, denn die Menschen wollten gerade weiterreisen. Wir bäten Ungarn, sich nicht zu Wächtern für den Honecker-Staat zu machen und nicht zuzulassen, daß die Berliner Mauer jetzt auch nach Ungarn ausgedehnt werde. Der UNHCR⁵ solle Gelegenheit haben, mit einer Delegation zurückzukehren. Wir seien bereit, alles zu unterstützen, was Ungarn wolle, politisch und finanziell. Wir unterstützten jede Hilfeleistung durch UNHCR und andere Helfer. Es brauche auch gar nicht zum Entstehen von Flüchtlingslagern zu kommen, wenn dem UNHCR die Möglichkeit zu direkter Weiterleitung eröffnet werde. Das Problem entstehe ja nur, weil und wenn Ungarn die Menschen nicht weiterziehen lasse.

Ich sagte ihm wörtlich:

„Sagen Sie Ihren Leuten: Laßt die Menschen ziehen, macht die Augen zu und die Tore auf!“

AM Horn antwortete, die Zahl derjenigen DDR-Bürger, die nicht zurück wollten, belaufe sich jetzt schon auf 600. Die Zahl steige von Stunde zu Stunde an. Für ihn bleibe die bislang unbeantwortete Frage, was geschehe mit der Botschaft, wenn die jetzigen Gäste ausgereist seien. Dann kämen doch neue Leute. Er frage mich, ob wir wieder neue Leute aufnehmen würden.

Ich erklärte AM Horn dezidiert, daß unsere Rechtslage ein Geschlossenhalten unserer Botschaft nur dann zulasse, wenn die Ausübung der Botschaftsaktivi-

⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

Das Abkommen trat für Ungarn am 12. Juni 1989 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 636.

⁵ Jean-Pierre Hocké.

täten physisch unmöglich sei. Das sei der Grund, warum wir seit kurzem geschlossen hätten. Wenn die Botschaft wieder frei sei, müßten wir nach ein paar Tagen des Säuberns und der Reorganisation wieder öffnen.

AM Horn fragte sodann, was denn weiter geschehen solle und was die Bundesregierung bisher getan habe.

Ich verwies auf die Kontakte des Bundeskanzlers mit der DDR-Führung⁶ und das Angebot zur Fortführung der Gespräche auf hoher Ebene.

AM Horn bedankte sich, daß ich nach dem Gespräch vom Montag das Gesprächsergebnis und auch den ungarischen Standpunkt gegenüber der Presse korrekt wiedergegeben und interpretiert hätte. Auch der Regierungssprecher in Bonn⁷ habe korrekt gesprochen. Dies sei für Ungarn auch innenpolitisch wichtig. Am Nachmittag des 14.8.1989 habe er den DDR-Botschafter⁸ zu sich gerufen. Er habe ihn von der Tatsache des Gesprächs mit mir in Kenntnis gesetzt und ihm erklärt, daß nach ungarischer Meinung auf den Fall der DDR-Bürger die Flüchtlingskonvention nicht zutreffe, daß die DDR und die Bundesrepublik eine Lösung finden müßten und daß Ungarn dabei seine Vermittlerdienste anbiete.

Über die mit mir am Montag entwickelten Vorstellungen zum Thema IKRK oder über andere Möglichkeiten habe er mit dem DDR-Botschafter nicht gesprochen. Der DDR-Botschafter habe zur Kenntnis genommen, was er, Horn, ihm zu sagen gehabt hätte.

Zu dem Weg über das IKRK erklärte Horn:

„Wir wollen das auf positive Weise erledigen!“ Aber Ungarn habe große Sorge, was dann geschehe. „Sie werden die Tür öffnen und alles beginnt von vorn.“ Nicht ein einziger Staatsbürger der DDR habe sich bislang an ungarische Behörden gewandt und um Asyl gebeten. In der Flüchtlingskonvention stehe aber, daß nur, wenn ein Asylantrag gestellt werde, die Mitglieder der Konvention verpflichtet seien, den Asylantenstatus zu prüfen. Diese Möglichkeit bestehe hier nicht. Die DDR-Bürger fielen nicht in die Kategorie der Flüchtlinge.

Inzwischen werde die Grenze massenweise überquert. Es seien auch Rumänen dabei. Diese seien von österreichischen Behörden zurückgeschickt worden. Keiner von den Rumänen habe die Möglichkeit erhalten, in Österreich zu bleiben. So sehe die Haltung der österreichischen Nachbarn aus!

Er bitte, daß unser „Freund Genscher“ das verstehe. Was sollten die Ungarn gegenüber der DDR machen? Die diplomatischen Beziehungen abbrechen? Daß dies geschehe, sei gar nicht einmal mehr ausgeschlossen. 180–200 000 DDR-Bürger seien in Ungarn. Immer mehr von ihnen wollten nicht mehr zurückkehren. Sie versuchten, jetzt die Grenze zu überschreiten.⁹ Die deutsche Presse

⁶ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. August 1989 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 22.

⁷ Hans Klein.

⁸ Gerd Vehres.

⁹ In der Presse wurde berichtet: „Bei der größten Massenflucht seit dem Mauerbau haben sich am Wochenende wahrscheinlich fast 900 Deutsche aus der DDR von Ungarn nach Österreich abgesetzt. [...] Die ungarischen Grenzsoldaten drückten am Samstagnachmittag beide Augen zu, als im Festgewühl des seit Monaten vorbereiteten paneuropäischen Treffens unmittelbar an der Grenze bei Sopron (Ödenburg) Hunderte von überall aus Ungarn angereiste Deutsche aus der DDR sich unauffällig in die Menge der hier versammelten Österreicher und Ungarn mischten und durch ein offenstehendes

ermuntere sie ja noch dazu. Die deutschen Fernsehanstalten machten Aufnahmen an der Grenze. Nichts bleibe geheim. Die Konsequenz für Ungarn werde sein, einen ernsten Konflikt mit der DDR zu bekommen. Dies könne dazu führen, daß die DDR ihre Grenzen schließe. Auch werde die DDR verlangen, ihre Bürger zurückzuschicken. Auch unter den Tschechen und den Sowjets verbreite sich, daß man in Ungarn in den Westen gelangen könne. Es käme schon zu Desertionen sowjetischer Soldaten. Ungarische Grenzer würden angegriffen. Die 400km lange Grenze sei nicht hermetisch abgeriegelt, Ungarn wolle das auch gar nicht. An der Grenze entstehe aber eine unmögliche Lage.

AM Horn fragte sodann: Können Sie uns garantieren:

1) Wenn die 171 mit unserer Hilfe weg sind, bleibt dann die Botschaft für Flüchtlinge geschlossen?

2) Können wir diskret und ohne Presse folgendes machen:

Wir öffnen die Grenze für ein bis zwei Tage für die DDR-Bürger. Wir tun dies verdeckt. Wer gehen will, wird durchgelassen. In 48 Stunden werden wir wieder schließen.

Für uns ist das auch ein innenpolitisches Problem. Die DDR-Bürger werden zunehmend aggressiv und stellen Forderungen.

Sind Sie bereit, folgendes öffentlich zu sagen:

„Für uns ist das Verfahren mit den 171 kein Präzedenzfall, sondern er wird nur ausnahmsweise über das IKRK geregelt.“

Ich habe geantwortet: Wir können unsere Botschaft nicht geschlossen halten. Wir können auch nicht verhindern, daß die zunehmende Bewegung über die Grenze der Presse bekannt wird.

Horn: Die Angelegenheit der 171 wird auf jeden Fall geregelt. Wir öffnen hierfür den Weg durch das IKRK. Die anderen können auch gehen. Wir werden dafür Möglichkeiten schaffen.

Die Bundesregierung sollte allerdings eine politische Erklärung abgeben, daß die Angelegenheit der Aussiedler nur auf dem Weg der Abmachungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu lösen sei und daß dies nur auf der Grundlage der bisherigen Praxis geregelt werden könne, so wie es bisher war. Eine solche Erklärung würde die Fluchtlust dämpfen. Er, Horn, befürchte sehr, daß bei Zuspitzungen der Lage die DDR-Führung alles abriegeln werde. „Honecker mag die Ungarn nicht, und umgekehrt mögen wir ihn auch nicht!“

Ich faßte das Ergebnis wie folgt zusammen:

1) Für die Gäste in der Botschaft wird ein Ausreiseverfahren über das IKRK gesucht. Wir werden das IKRK bitten, mit den Ungarn hierzu Kontakt aufzunehmen. Ungarn wird auch von sich aus diesen Kontakt mit dem IKRK suchen. Die Form der Abwicklung überlassen wir dem IKRK und den Ungarn. Wir sind

Fortsetzung Fußnote von Seite 1119

Grenztör wie selbstverständlich auf österreichisches Gebiet spazierten. Nach der Idee der Festveranstalter sollten die Teilnehmer die Grenze nach Österreich symbolisch überschreiten, um anschließend auf ungarisches Gebiet zurückzukehren. Die DDR-Flüchtlinge liefen jedoch einfach weiter.“ Vgl. den Artikel „Massenflucht von Deutschen aus der DDR über die ungarisch-österreichische Grenze“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. August 1989, S. 1 f.

zu jeder Form der Mitwirkung bereit, um die Ungarn oder das IKRK uns bittet. Das gilt auch für Form und Weg des Transportes.

2) Die Ungarn werden auch für alle anderen Ausreisewilligen Möglichkeiten schaffen. Auch hier gilt, daß wir zu jeder Form der Hilfestellung bereit sind, um dies technisch durchzuführen. Ungarn soll auf uns zukommen und uns sagen, wo, wann und wenn wir helfen können.

AM Horn erklärte abschließend, sofort nach dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten¹⁰ und dem Innenminister¹¹ zu sprechen. Schon die Regelung mit den 171 werde wütende Reaktionen der DDR zur Folge haben. Aber das würden sie schon zu ertragen wissen.

[Sudhoff]

B 2, Bd. 286

252

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg

500-320.08 SOW

21. August 1989

Über Herrn D5¹, Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt⁴

Bezug: Mitteilung Ministerbüro vom 16.8.1989 (Anlage 1⁵)

Anlg.: 5⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

¹⁰ Miklós Németh.

¹¹ István Horváth.

¹ Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 23. August 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 29. August 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. August 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 500 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 29. August 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hillgenberg am 30. August 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Ferner schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Legationsrat I. Klasse Berger teilte Referat 500 mit: „Der Herr Bundesminister bittet um Erstellung eines Gutachtens des Auswärtigen Amts zur Frage, ob der Hitler-Stalin-Pakt von Anfang an nichtig war. Er bezieht sich dabei auf ein an die Botschaft Warschau übergebenes Gutachten eines Deutschland-Experten der polnischen Opposition (DB 1516) sowie auf die Diskussion in der Direktorenbesprechung vom 2.8.89 über ein von den Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1311.

⁶ Dem Vorgang teilweise beigelegt. Vgl. Anm. 5, 7, 8, 14 und 15.

I. Einleitung

Sie haben um ein Gutachten zur Frage, ob der Hitler-Stalin-Pakt von Anfang an nichtig war, gebeten und sich auf ein Gutachten des polnischen Deutschland-Experten Dr. Hajnicz vom 23.1.1989 (Anlage 2⁷) sowie auf ein vom wissenschaftlichen Fachdienst des Deutschen Bundestages für die Grünen erstelltes Gutachten vom 29.7.1988 (Anlage 3⁸) bezogen. Letzteres Gutachten ist uns erst jetzt über die polnische Seite bekannt geworden. Beide Gutachten kommen zu dem Ergebnis, daß die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen von 1939 von Anfang an nichtig waren, weil sie angeblich gegen zwingendes Völkerrecht, nämlich das im Briand-Kellogg-Pakt von 1928⁹ und ähnlichen bilateralen Vereinbarungen niedergelegte Gewaltverbot verstießen.

II. Haltung der Bundesregierung

1) Die Bundesregierung hat zur Frage der Gültigkeit des Vertragswerkes vom 23.8.1939 (geändert 28.9.1939) mehrfach Stellung genommen. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß der Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland nicht rechtsgültig ist und spätestens durch den Angriff des Deutschen Reiches auf die SU im Jahre 1941 hinfällig wurde. Die Bundesregierung hat auch betont, daß sie keinen Teil der Vereinbarungen als völkerrechtlich verbindlich einstuft (vgl. zuletzt Antworten StM Adam-Schwaetzer vom 2.6.1989 auf Anfrage MdB Graf Huyn¹⁰ und vom 16.6.1989 auf Anfrage MdB Czaja¹¹).

2) Die Bundesregierung hat bisher allerdings vermieden, zur Ungültigkeit der Vereinbarungen ab initio (d.h. schon ab 1939 und nicht erst ab 1941) Stellung zu nehmen. Dies geschah nicht aus Zweifeln an der Völkerrechtswidrigkeit der Vereinbarungen. Die Bundesregierung hatte Zweifel, ob für die Periode von 1939–1941 Nichtigkeit angenommen werden könne. Außerdem wollte sich die Bundesregierung wie ihre Vorgängerinnen zurückhalten, um keine Zweifel hinsichtlich der im Vertrag enthaltenen Nichtangriffsverpflichtung und ihres Bruchs durch Hitler im Jahre 1941 aufkommen zu lassen.

Was die von den Vereinbarungen geförderten und in der Folge durchgeführten Annexionen durch die Sowjetunion anbelangt, so hat die Bundesregierung deren Völkerrechtswidrigkeit stets betont. Sie hat erklärt, daß sie die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion nicht anerkennt (die Lage hinsichtlich

⁷ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Gesandter Bauch, Warschau, informierte am 28. Juli 1989: „Einer der Deutschland-Experten der Opposition, Hajnicz, übergab der Botschaft ein Gutachten über die ‚völkerrechtliche Beurteilung des Ribbentrop-Molotow-Paktes, die Bemühungen um dessen Ungültigkeitserklärung sowie die Stellungnahme der beiden Vertragsstaaten zu dieser Angelegenheit‘, das er für das Bürgerkomitee der Solidarität in dessen Auftrag erstellt hat [...]. Hajnicz vertritt in seinem Gutachten die Auffassung, es bleibe die Pflicht der VR Polen, die Verurteilung und Ungültigkeitserklärung des Hitler-Stalin-Paktes anzustreben. Die Feststellung der Ungültigkeit bedeute nicht Rückkehr in die früheren Grenzen, sondern sei Voraussetzung für die Normalisierung mit den am Pakt beteiligten Staaten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1516; Referat 213, Bd. 147114. Für das Gutachten vgl. Referat 214, Bd. 139879.

⁸ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. August 1928 zur Ächtung des Krieges vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 97–101.

¹⁰ Für den Wortlaut der Frage des CSU-Abgeordneten Graf Huyn und der Antwort der Staatsministerin Adam-Schwaetzer vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4725 vom 9. Juni 1989, S. 2.

¹¹ Für den Wortlaut der Fragen des CDU-Abgeordneten Czaja und der Antworten der Staatsministerin Adam-Schwaetzer vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4876 vom 23. Juni 1989, S. 1 f.

der polnischen Ostgrenze ist wegen der Beschlüsse von Jalta¹² und des sowjetisch-polnischen Vertrages vom 16.8.1945¹³ rechtlich komplizierter).

III. Stellungnahme zu den Gutachten Hajnicz und wissenschaftlicher Fachdienst

1) Der Briand-Kellogg-Pakt

Der sog. Briand-Kellogg-Pakt von 1928 lautet in seinem Artikel I:

„Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik verzichten.“

Kriegsführung – außer zur Selbstverteidigung – wird damit verboten. Der Vertrag stellt eine Umkehrung der bisher geltenden Anerkennung des Krieges als Instrument nationaler Politik dar. Er wurde von fast allen Staaten einschließlich des Deutschen Reiches und der Sowjetunion ratifiziert. Im Hinblick auf seine fast universelle Geltung, seine Unkündbarkeit und zentrale Bedeutung für Recht und Frieden gibt der Pakt heute universelles Völkergewohnheitsrecht wieder. Die Aussage der Gutachten, daß dies bereits 1939 bei Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes der Fall war, läßt sich mit guten Argumenten halten (anders allerdings eingehend eine Monographie von 1932).

2) Hitler-Stalin-Pakt als Verstoß

Die Vereinbarungen von 1939 beinhalten einen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 mit einem Geheimen Zusatzprotokoll, das „für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung“ in baltischen Staaten und Polen eine „Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR“ festlegt sowie hinsichtlich Südosteuropas das sowjetische „Interesse“ und deutsche „Desinteressement“ an Bessarabien erklärt. Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 legt dann nach dem deutsch-sowjetischen Einmarsch in Polen „endgültig“ die „Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen“ in Polen fest, wobei jede Seite „die staatliche Neuregelung“ in ihrem Gebiet übernimmt. In einem Geheimen Zusatzprotokoll wird entgegen den geheimen Vereinbarungen vom August auch Litauen der Interessensphäre der UdSSR zugeschlagen.

Formal gesehen beinhalten die Vereinbarungen außer der völkerrechtlich unbedenklichen Nichtangriffsverpflichtung nur die Abgrenzung von Interessensphären und keine Rechtsgrundlage für Annexionen. Die sowjetische Seite hat sich jüngst auf die Zulässigkeit solcher Abgrenzungen berufen (DB Nr. 1453 vom 18.8.1989 aus New York, vgl. Anlage 4¹⁴). Sie hat allerdings den Verstoß gegen

¹² In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 16. August 1945 zwischen Polen und der UdSSR über die polnisch-sowjetische Grenze vgl. UNTS, Bd. 10, S. 194–201. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTPAKT-SYSTEM, S. 52f.

¹⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Ministerialdirigent Eitel, z.Z. New York, berichtete: „Ein bilaterales Arbeitssessen mit Leiter Rechtsabteilung im SAM, J. Rybakow, gab Gelegenheit zur Frage, ob SU eine Erklärung herauszugeben gedenke, nach welcher der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und insbesondere seine geheimen Zusatzvereinbarungen von Anfang an nichtig gewesen seien. Rybakow antwortete unerwartet temperamentvoll: Idee solcher Erklärung könne nur von Dummköpfen oder Kriminellen stammen. Vereinbarungen

Verträge der SU eingeräumt (Jakowlew, vgl. DB Nr. 3318 vom 18.8. aus Moskau, vgl. Anlage 5¹⁵). Materiell bereiten die Vereinbarungen vom August und, soweit der Einmarsch noch nicht erfolgt war, auch die vom September 1939 den Einmarsch in dritte Staaten gegen deren Widerstand oder nur unter deren erzwungener Zustimmung vor, d.h. eine Verletzung des 1939 zumindest unter den Vertragspartnern des Briand-Kellogg-Paktes geltenden Angriffsverbots. Die Klausel „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“ vom August setzt einen Einmarsch voraus, wie er dann auch erfolgt ist. Diese indirekte Bezugnahme auf die gemeinsame Zielsetzung sollte genügen, um die Vereinbarungen als Verstoß gegen das Gewaltverbot und damit als völkerrechtswidrig einzustufen. Insoweit ist den Gutachten zu folgen.

3) Nichtigkeit der Vereinbarungen wegen Verstoßes gegen zwingendes Völkerrecht (*ius cogens*)?

Die entscheidende Frage ist allerdings, ob sich aus der Völkerrechtswidrigkeit der Vereinbarungen von 1939 auch ihre Nichtigkeit ergibt. Sie wird von Hajnicz (S. 7, 9) und vom wissenschaftlichen Fachdienst (S. 18 und 20) ohne Begründung und unter fälschlicher Zitierung von Berber bejaht. Das Konzept des *ius cogens* ist „recht neu“ (so die VN-Völkerrechtskommission noch 1963). Es hat sich zwar durchgesetzt (vgl. Art. 53 Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969¹⁶), blieb aber bis dahin umstritten. Bis zum Jahre 1939 waren die Befürworter (insbesondere Verdross) in der Minderheit. Um nicht heutige Normen rückwirkend auf Tatbestände von 1939 anzuwenden, muß man annehmen, daß zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes der Gedanke eines Gewaltverbotes, das jede entgegenstehende Vereinbarung ab initio ungültig sein läßt, noch nicht allgemein geltendes Völkerrecht war.

IV. Ergebnis

Im Ergebnis ist festzuhalten, daß die Vereinbarungen von 1939 zwar völkerrechtswidrig waren, insoweit sie den Einmarsch in die baltischen Staaten, Polen und Bessarabien vorbereiteten, daß sie wegen Fehlens einer entsprechenden Norm des allgemeinen Völkerrechts aber nicht von Anfang an nichtig waren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1123

über die Abgrenzung von Interessensphären habe es vor dem Hitler-Stalin-Pakt und später gegeben. Weder das Völkergewohnheitsrecht noch die – spätere – Wiener Vertragsrechtskonvention sähen für solche Vereinbarungen eine Nichtigkeit ab initio vor. Er, Rybakow, werde jeden Parlamentarier (!), der mit solchen Ideen komme, bis an sein Lebensende bekämpfen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147114.

¹⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Gesandter Heyken, Moskau, unterrichtete über ein in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 18. August 1989 erschienenes Interview mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew. Dieser habe eindeutig unterschieden „zwischen dem Nichtangriffsvertrag als solchem und dem Zusatzprotokoll sowie dem Vertragswerk vom 28.9.39. Ersterer habe der SU weit überwiegend – auch im nachhinein betrachtet – Vorteile verschafft. Das Zusatzprotokoll und der weitere Vertrag hätten jedoch im wesentlichen den Spielraum der Nazis für verschiedene Kriegshandlungen erweitert. Insbesondere der Vertrag vom 28.9.39 habe dem Wesen, den Absichten und Interessen der SU widersprochen. Er müsse in erster Linie als ein Vertrag zwischen Hitler und Stalin persönlich angesehen werden.“ Jakowlew habe es unterlassen, „die politische Funktion des Zusatzprotokolls als wesentliche Voraussetzung für die Einverleibung der baltischen Republiken in die SU beim Namen zu nennen. Diese Haltung dürfte letztlich auch gemäßigte Kreise im Baltikum eher enttäuschen und aufreizen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147114.

Für den Wortlaut des Interviews mit Jakowlew vgl. den Artikel „Sobytyja 1939 goda – vzgljad s poluvekovoj distancii“; PRAVDA vom 18. August 1989, S. 1 f. („Die Ereignisse des Jahres 1939 – Rückblick aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts“).

¹⁶ Für den Wortlaut von Artikel 53 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 946.

Der Vorschlag einer „Nichtigkeitserklärung“, d. h. einer nachträglichen Außerkraftsetzung mit Wirkung von Anfang an, ist nicht Gegenstand der Frage. Aussagen, die wie eine Nichtigkeitserklärung (mit Wirkung ex tunc) rechtsgestaltend in die Zeit vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland zurückgreifen, erwecken Zweifel an der Aktivlegitimation der Bundesrepublik Deutschland, das Deutsche Reich trotz alliierter Vorbehalte so weitgehend zu vertreten. Es sollte genügen, daß die Bundesrepublik Deutschland selbst aus dem Pakt und seinen Zusatzvereinbarungen keine Rechtfertigung für nachfolgende Völkerrechtsverstöße der SU und des Deutschen Reiches herleitet und sich auch sonst in keiner Weise auf die Vereinbarungen beruft. Die Frage der Ungültigkeit für die SU und für das Deutsche Reich schon ab 1939 ist auch deshalb mit Vorsicht zu behandeln, weil nicht klar ist, wieweit Aussagen über eine Ungültigkeit ab initio Auswirkungen auf Rechte deutscher Staatsangehöriger haben könnten (vgl. z. B. vertrauliches Protokoll vom 28.9.1939 zu Vermögensrechten von Auswanderern aus den von der SU übernommenen Gebieten).

Hillenberg

B 80 (Referat 500), Bd. 1311

253

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

22. August 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Verifikationsmittel und Methoden;
hier: Europäischer Beobachtungssatellit

Bezug: Vorlage 02 vom 13.3.1989⁴ und Vorlage 221 vom 26.5.1989⁵

1) Ausgangspunkt

Der zügige und ergebnisorientierte Verlauf der bisherigen Wiener VKSE-Verhandlungen läßt substantielle Reduzierungen konventioneller Streitkräfte-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bauer und Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. August 1989 vorgelegen.

³ Hat im Ministerbüro vorgelegen, das den Rücklauf an Referat 02 verfügte.

⁴ Ministerialdirektor Citron legte dar: „Die anlaufenden KRK-Verhandlungen machen es erforderlich, rechtzeitig ein solides KRK-Verifikationsregime zu erarbeiten. Dabei kommt es darauf an, die Verifikationsmaßnahmen so wirkungsvoll auszugestalten, daß ein künftiges KRK-Abkommen nicht umgangen werden kann und mehr Sicherheit erreicht wird. Der Aufwand für ein KRK-Verifikationsregime sollte sich am Vertragsgegenstand orientieren und ihm angemessen sein, d. h. nicht zu einer unerträglich hohen Anzahl von Kontrollmaßnahmen oder nachrichtendienstlichem Mißbrauch führen.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178527.

⁵ Botschafter Holik führte aus, mittlerweile seien die Konturen eines VKSE-Abkommens sichtbar geworden. Daher gelte es nun, zügig ein „zuverlässiges und praktikables Verifikationskonzept“ zu entwickeln. Mögliche Verifikationsmittel seien der Informationsaustausch, die einseitige Überwachung der Vertragseinhaltung sowie „kooperative Mittel“, darunter Vor-Ort-Inspektionen, Überflüge, der Einsatz von Beobachtern, die Verwendung von Nahsensoren oder „fälschungssichere Kennzeichen“. Vgl. Referat 221, Bd. 144804.

komponenten und anschließend eine Umstrukturierung der Streitkräfte zunehmend realistisch erscheinen. Verhandlungserfolge dürften tiefgreifende Auswirkungen auf Quantität, Auftrag und Struktur der Streitkräfte haben.

Es wird jedoch nur zu einem Abschluß und der anschließenden Ratifizierung der Vereinbarungen kommen, wenn ein stringentes und umfassendes Verifikationsregime zur Verfügung steht, das die Einhaltung der Vertragsbestimmungen garantiert, Vertragsumgehungen ausschließt und – insgesamt – vertrauensbildend wirkt.

Ein wichtiges technisches Element eines solchen umfassenden Verifikationsregimes stellen Beobachtungssatelliten dar.

Dies gilt besonders dann, wenn Verifikation über den ATTU⁶-Bereich – also ostwärts des Urals – hinaus notwendig wird, um jene Kräfte zu überwachen, deren etwaige Zuführung in den ATTU-Bereich Invasions- und Offensivfähigkeit in begrenzter Zeit wiederherstellen könnte. Insbesondere für die zweite Phase der VKSE, in der auch Strukturveränderungen der Streitkräfte überwacht werden müssen, dürfte daher ein europäisches System der Satellitenüberwachung notwendig werden, gerade auch im Hinblick auf nicht auszuschließende „Schlechtwetterperioden“ im Ost-West-Verhältnis.

Damit erhalten die innerhalb der Bundesregierung und mit unseren Verbündeten Mitte der 80er Jahre geführten und dann unterbrochenen Gespräche über die Entwicklung eines Satelliten für Zwecke der Aufklärung und Verifikation⁷ neues Gewicht.

2) Politische Argumente

Für die Entwicklung eines europäischen Beobachtungssatelliten gibt es zusätzliche politische Argumente, die zum Teil erst durch die Öffnungspolitik Gorbatschows relevant geworden sind.

Die Argumente zeigen, wie stark gerade die Bundesregierung an der Realisierung eines europäischen Beobachtungssatelliten interessiert sein muß:

- Unsere Möglichkeiten der Durchsetzung einer dynamischen und konstruktiven Ostpolitik in der europäischen und westlichen Staatengemeinschaft sind um so größer, je begründeter und sicherer das westliche Vertrauen in die Einhaltung von Vereinbarungen ist, die mit dem Warschauer Pakt abgeschlossen wurden.
- Die Europäische Gemeinschaft hat in den letzten Jahren ihr außenpolitisches Aktionsfeld – auch geographisch – erheblich ausgeweitet. Zugleich haben Krisenentwicklungen wie der Iran-Irak-Konflikt und der Nahostkonflikt (u. a. Libanon) den Bedarf an aktuellen präzisen Informationen für die politische Willensbildung deutlich werden lassen. Eine der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stehende, durch Satelliteninformationen gestützte Erkenntnisquelle, die eine autonome Lagebeurteilung erleichtern würde, könnte zur Entwicklung einer europäischen Außenpolitik beitragen.

⁶ Atlantic to the Urals.

⁷ Das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten wurde von französischer Seite im November 1983 vorgeschlagen. Im November 1985 teilte die Bundesregierung mit, daß eine Beteiligung aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 356, AAPD 1984, II, Dok. 293, AAPD 1985, I, Dok. 35, und AAPD 1985, II, Dok. 196 und Dok. 305.

- Daten des Satelliten könnten längerfristig auch für Möglichkeiten der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses genutzt werden. Die sowjetische Seite hat z.B. innerhalb des VSBM-Rahmens den Vorschlag für ein europäisches Zentrum zur Verhinderung von Überraschungsangriffen entwickelt. Wir denken eher an ein Europäisches Kommunikationszentrum (Vorlage 02 zu diesem Thema ist in Vorbereitung⁸). Über Satelliten gewonnene Informationen könnten in einem solchen Zentrum in kooperativer Weise und unter Beteiligung aller am KSZE-Prozeß Beteiligten – d.h. auch der N+N und mittel- und osteuropäischer Staaten – ausgetauscht und interpretiert werden.
- Das Einsatzspektrum der Satelliten könnte zugleich zivile Aufgaben, und zwar mit Schwerpunkt Umwelt, umfassen. Im europäischen Umweltschutz gibt es enorme Defizite, deren Liste mit ungesicherten oder nicht vergleichbaren Daten beginnt. Gleichzeitig vollzieht sich sowohl in Westeuropa als auch im RGW eine grundsätzliche Neubewertung der Ökologie. Durch die politischen Aktivitäten im Gemeinschaftsrahmen, in der ECE und vor allem auch in der KSZE gibt es heute vielfältige Ansatzpunkte nicht nur für eine kohärentere Umweltpolitik in der EG, sondern im gesamteuropäischen Rahmen. Die geplante Europäische Umweltagentur, die auch unter Beteiligung von EFTA und mittel- und osteuropäischen Staaten arbeiten sollte, könnte in Zukunft u. a. mit Hilfe von satellitengestützten Daten bei der Feststellung und Messung von Umweltschäden substantiell zu einer gesamteuropäischen Umweltpolitik beitragen.

3) Politische Unterstützung

Die politische Unterstützung für die Entwicklung eines europäischen Verifikationssatelliten ist in letzter Zeit deutlich gewachsen:

- In der WEU besteht prinzipielle Übereinstimmung, daß unverzüglich ein europäisches Satellitensystem für Zwecke der Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen, Krisenmanagement und zivile Nutzungen geschaffen werden sollte. Der WEU-Ministerrat hat am 3.4.1989⁹ eine Studie über die Entwicklung einer satellitengestützten Aufklärungskapazität in Westeuropa in Auftrag gegeben. Ein Zwischenbericht wird den Ministern im Herbst 89 zur Kenntnis vorgelegt.¹⁰

⁸ Ministerialdirektor Citron legte am 25. August 1989 dar: „1) In ihrer Budapester Erklärung vom 28. Oktober 1988 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen haben die WP-Außenminister den Vorschlag eines ‚Zentrums zur Verminderung der Kriegsgefahr und zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs in Europa‘ in den west-östlichen Sicherheitsdialog eingeführt; am 9.3.89 wurde er als Teil des östlichen VSBM-Pakets in Wien formal vorgelegt. Im westlichen Bündnis hat der Vorschlag bisher nur eine skeptische Beurteilung erfahren. Hierzu hat auch beigetragen, daß Aufgabenbereich und Zusammensetzung der als ‚risk reduction center‘ bezeichneten Institution von östlicher Seite bisher nur vage definiert wurden. Als Aufgaben wurden hauptsächlich ein VSBM-bezogener Informationsaustausch und die Klärung besorgniserregender Situationen genannt. 2) Wir sollten aufgeschlossen prüfen, ob nicht ein Kommunikationszentrum für VSBM im westlichen Interesse liegen würde. Hierbei könnte es sich um eine Kombination aus einer Clearing-Stelle für VSBM-Probleme und militärische Zwischenfälle und einer zentralen Übermittlungsstelle für den VSBM-Informationsaustausch der 35 handeln.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

⁹ Zur WEU-Ministerratstagung am 3./4. April 1989 in London vgl. Dok. 87.

¹⁰ Vgl. dazu die WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1989 in Brüssel; https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/AA/AA_Dokumente/021-ZD%20A_1989-11-15_Ortex_62.pdf.

- Der Bundeskanzler hat am 19.4.1989 anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der ESA ausgeführt: „Dennoch sollten wir nicht verkennen, welche Bedeutung der Raumfahrt auch für die Sicherung des Friedens zukommt. Zum Beispiel könnten europäische Beobachtungssatelliten uns in die Lage versetzen, künftig mit eigenen Mitteln die Einhaltung von Rüstungskontrollvereinbarungen zu überprüfen.“¹¹ MdB Rühle steht dem Projekt aufgeschlossen gegenüber und damit in der Fraktion nicht alleine.
- Die SPD-Fraktion hat sich ebenfalls voll hinter die Forderung nach einem eigenen europäischen Satellitensystem gestellt.
- Die Ressorts (BK, BMVg, AA, BMU, BMP, BMFT und BND) haben nach gemeinsamer Absprache am 4.7.1989 drei Studien zur Frage der Verifikationsmöglichkeiten und der Überlebensfähigkeit von Satelliten in Auftrag gegeben.

4) Kosten

Aufgrund der hohen Kosten werden Entwicklung und Aufbau eines europäischen Satellitensystems nur in multilateraler Kooperation erfolgen können. Nach bisherigem Sachstand (Dornier-Studie) ist für einen Zehn-Jahres-Zeitraum mit einem Gesamtkostenaufwand von 11 Mrd. DM zu rechnen.

Der deutsche Anteil würde bei einem europäischen Vorhaben ca. 4 Mrd. DM betragen.

Im Haushalt des BMVg sind für ein Satellitenprogramm bisher keine Mittel vorgesehen.

Das BMVg hat jedoch die Absicht, im Rahmen der derzeit laufenden Überprüfung der künftigen Bundeswehrstruktur und der daraus resultierenden Rüstungsvorhaben einen Beitrag zum Satellitensystem in die Planung einzubringen. Dies hätte allerdings eine Veränderung der bisherigen Prioritätenliste zur Folge und würde zur Streichung anderer Projekte führen.

Der frühestmögliche systematische Einsatz eines europäischen Satellitensystems kommt nicht vor dem Jahr 2000 in Betracht. Europa wird deshalb in einer relativ langen Übergangsphase der Verifikation auf Zusammenarbeit mit den USA angewiesen sein. Dieser späte Zeitpunkt erfordert andererseits eine sorgfältig durchdachte Koordination aller übrigen Verifikationsmöglichkeiten im Bündnis, um die Einhaltung des Ergebnisses der VKSE I zu überwachen.

5) Hindernisse

Friktionen im Bündnis, die aus der Einführung eigenständiger europäischer Aufklärungskapazitäten resultieren könnten, sind bei vernünftiger Beurteilung der beiderseitigen Interessen wenig wahrscheinlich. Insbesondere gebietet die zu erwartende Fülle der Verifikationsaufgaben eine Aufgaben- und Arbeitsverteilung im Bündnis. Sie ist gerade von den USA immer wieder gefordert worden.

Hinzu kommt, daß die USA bei einer solchen Arbeitsteilung zunächst die führende Rolle spielen werden. Daten, die es erlauben, eindeutig Veränderungen festzustellen, sind nur über in Jahren erarbeitetes Vergleichsmaterial zu gewinnen. Hier sind die Europäer auf Unterstützung der USA angewiesen. Ähn-

¹¹ Vgl. die Rede des Bundeskanzlers Kohl in Paris; BULLETIN 1989, S. 316.

liches gilt für die gesamte Software der Satellitenaufklärung. Die Europäer könnten jedoch bei einer fairen Kostenaufteilung schrittweise ihre Rolle ausbauen und durch einen schrittweise gleichgewichtiger werdenden Datenaustausch zu einer Verbesserung des gesamten westlichen Satelliten-Verifikations- und Aufklärungssystems beitragen.

6) Weiteres Vorgehen

Der Planungsstab empfiehlt,

- die für Anfang der 90er Jahre notwendige nationale Entscheidung für einen europäischen Verifikationssatelliten und die bereits für diesen Herbst vorgesehenen Erörterungen im WEU-Rahmen durch jetzt einsetzende positive politische Absichtserklärungen (Reden, Artikel, Gespräche auf Koalitionsebene) günstig zu beeinflussen.
- Eine Intensivierung der politischen Kontakte in dieser Frage mit Frankreich, aber auch anderen interessierten Staaten wie Italien, den Niederlanden und Spanien könnten ebenfalls geeignet sein, die Durchsetzungschancen des Projektes zu erhöhen.
- Daneben sollte das Projekt bereits frühzeitig in die neugeschaffenen Raumfahrtgremien (DARA¹², Kabinettausschuß für Raumfahrt) eingebracht werden, um die Vorteile sichtbar werden zu lassen, die sich technologisch und politisch für das nationale und europäische Raumfahrtprogramm aus einer Verbindung von zivilen und militärischen Nutzungsmöglichkeiten ergeben.¹³

Citron

Referat 02, Bd. 178529

¹² Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten.

¹³ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist bereits in der ‚Vorfeld‘-Diskussion im DARA-Rahmen u. von mir gestern mit dem ‚Chef‘ der DARA erörtert worden, der aufgeschlossen reagierte.“

254

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch

411-423 DDR

28. August 1989¹Herrn Staatssekretär²

Betr.: Innerdeutscher Handel (IDH);
 hier: „Dynamische Auslegung“ des Protokolls über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen vom 25.3.1957³ (PIH) durch die EG-Kommission

Bezug: StS-Vorlage vom 7.12.1988 – 411-423 DDR VS-NfD⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu III. 1)

I. Die EG-Kommission und unsere EG-Partner, insbesondere Benelux und F, haben in letzter Zeit intensive Überlegungen zum gemeinschaftsrechtlichen Sonderstatus des innerdeutschen Handels angestellt.

Ausgangspunkt ist dabei

- zum einen die Sorge der anderen EG-MS vor Wettbewerbsnachteilen durch einen nach Wegfall der Binnengrenzen⁵ unkontrollierbaren Zustrom von solchen DDR-Waren, die nach zoll- und abschöpfungsfreier sowie umsatzsteuerlich begünstigter Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland (IDH) dann im Rahmen des EG-weiten Freiverkehrs in andere EG-MS weitergeliefert werden;
- zum anderen die Sorge vor einer Beeinträchtigung des freien Warenverkehrs durch die von uns praktizierte Einfuhrsperre hinsichtlich solcher DDR-Waren, die nach Einfuhr in ein anderes EG-Land von dort in die Bundesrepublik Deutschland geliefert werden sollen (sog. Dreiecksgeschäfte).

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten und Legationsrat Höpfner konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Jelonek am 1. September 1989 vorgelegen.

Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf Ministerialdirigent von Kyaw am 5. September 1989 vorgelegen.

Hat Rosengarten am 5. September 1989 erneut vorgelegen.

Hat Höpfner am 8. September 1989 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtig bleibt, daß bei dem Abstimmungsprozeß innerhalb der Bu[ndes]Reg[ierung] ChBK, BMB (neben BMWi natürlich u. auch BMF) beteiligt bleiben u. gefundene Lösungen mittragen. Zu gegebener Zeit müßten evtl. auch die deutschen Kommissionsmitglieder (u. ggf. auch andere) vom Stand der Überlegungen unterrichtet werden.“

³ Durch das Protokoll vom 25. März 1957 über den Innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen genoß der innerdeutsche Handel in der EWG einen besonderen Status. In Ziffer 1 des Protokolls, das gemäß Artikel 239 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 „Bestandteil dieses Vertrags“ war, wurde festgelegt, daß der Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR „Bestandteil des innerdeutschen Handels ist“. Daher erfordere die Anwendung des EWG-Vertrags „in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 900 und S. 984.

⁴ Ministerialdirigent Trumpf vermerkte, die EG-Kommission habe am 27./28. September 1988 in Brüssel erneut exploratorische Gespräche mit der DDR über ein mögliches Handelsabkommen geführt. Sie bitte, über die Haltung der Bundesregierung, insbesondere zur Frage der Absicherung des IDH, bei einem solchen Abkommen unterrichtet zu werden. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 160515.

⁵ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

II. Die EG-Kommission hat in diesem Zusammenhang auf ihrer Sitzung am 19.7.1989 ein vertrauliches Arbeitsdokument von VP Andriessen und Bangemann gebilligt, das Lösungsvorschläge im Wege einer „dynamischen Auslegung“ des PIH enthält. Das Dokument soll im Laufe des August überarbeitet und dann an die EG-MS offiziell verteilt werden. Es enthält folgende für uns wesentliche Thesen:

1) Freiverkehrsfähigkeit von DDR-Waren, die im IDH in die Bundesrepublik Deutschland geliefert werden:

Da es sich beim IDH um einen Teil der deutschen Binnenwirtschaft handle, bestehe für solche DDR-Waren grundsätzlich EG-weite Freiverkehrsfähigkeit. Das PIH setze dem jedoch in zweierlei Hinsicht Grenzen:

a) Nach § 2 Satz 2 des PIH habe die Bundesrepublik Deutschland geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Schädigungen innerhalb der Volkswirtschaften der anderen MS zu vermeiden.

Dieser Pflicht sei die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Kommission in der Vergangenheit in vollem Umfang gerecht geworden, insbesondere durch

- freiwillige und am Inlandsbedarf orientierte Beschränkung des Handelsvolumens des IDH u. a. durch Kontingentierungen,
- Festlegung von Mindestpreisen, orientiert am Preisniveau in der Bundesrepublik Deutschland,
- Verbot von „Reexporten“ bei bestimmten Warengruppen (z.B. bei allen Marktordnungswaren) insbesondere durch regionale Verwendungsbeschränkungen (z.B. West-Berlin),
- Wegfall des Anspruchs auf Umsatzsteuerrückvergütung (11% des Warenwerts) im Fall des „Reexports“,
- strenge behördliche Überwachung und Ahndung von Verstößen.

b) Nach § 3 PIH könne grundsätzlich jeder MS geeignete Schutzmaßnahmen treffen, um zu verhindern, daß sich für ihn aus dem IDH Schwierigkeiten ergeben. § 3 sei jedoch im Verhältnis zu § 2 Satz 2 PIH subsidiär; d.h. Schutzmaßnahmen nach § 3 dürfen nur dann ergriffen werden, falls die von der Bundesrepublik Deutschland nach § 2 Satz 2 getroffenen Vorkehrungen nicht ausreichen sollten. Dies sei derzeit nicht ersichtlich.

Die Praxis der Benelux-Staaten und F's, die die Einfuhr von DDR-Waren, die zunächst im IDH in die Bundesrepublik Deutschland geliefert worden sind, systematisch unterbinden, sei daher unverhältnismäßig und mit dem Prinzip der EG-weiten Freiverkehrsfähigkeit nicht vereinbar.

2) Sog. Dreiecksgeschäfte

Für Waren, die von der DDR direkt in eines der elf übrigen EG-MS geliefert werden, gelte ebenfalls das Prinzip der Freiverkehrsfähigkeit.

Diesem Grundsatz widerspreche die „weite Auslegung“ des Begriffs „bestehendes System“ (des IDH) (§ 1 PIH), die die Bundesregierung (BMWi) zur Rechtfertigung des sog. „Flankenschutzes“ des IDH heranziehe:

Die Bundesrepublik Deutschland unterbindet die Einfuhr von DDR-Waren über andere EG-MS (Dreiecksgeschäfte) bisher mit dem Argument, das „bestehende

System“ (des IDH) im Sinne des § 1 PIH beinhalte, daß DDR-Waren ausschließlich im geschlossenen Verrechnungssystem des IDH in die Bundesrepublik Deutschland gelangen. Ausnahmen werden im Rahmen eng begrenzter mengenmäßiger Beschränkungen gemacht, wobei zusätzliche Abgaben erhoben werden.

In der Perspektive des offenen Binnenmarkts sei diese „weite Auslegung“ des PIH nicht haltbar. Zudem sei das PIH als Ausnahmeregelung zum EWG-Vertrag⁶ grundsätzlich eng auszulegen. Nach Sinn und Zweck des PIH solle der direkte Handel zwischen den beiden deutschen Staaten vom gemeinschaftlichen Handelssystem (Art. 113 EWG-V) ausgenommen, jedoch nicht der Aufbau zusätzlicher Handelsbarrieren innerhalb der Gemeinschaft gegenüber solchen (DDR-)Waren ermöglicht werden, die bereits in die EG eingeführt sind und demgemäß am EG-weiten Freiverkehr teilnehmen. Etwas anderes könne ausnahmsweise nur im Fall gezielter (bislang wegen des noch bestehenden Grenzkontrollregimes nicht auftretender) Umgehungstatbestände gelten; d. h. bei solchen Dreiecksgeschäften, die den Zweck verfolgen, die Beschränkungen und spezifischen Regelungen des IDH vor allem auch hinsichtlich der im IDH geltenden Zahlungsmodalitäten (Verrechnungsverkehr) zu umgehen.

Die DDR könnte an derartigen Umgehungen möglicherweise zur Erwirtschaftung dringend benötigter Devisen ein Interesse haben.

3) Die mit der Schaffung des EG-Binnenmarkts entfallenden Kontrollmöglichkeiten an den EG-Binnengrenzen müßten durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Verwaltungen und der Kommission sowie durch verstärkte Kontrollen der am Wirtschaftsverkehr mit der DDR beteiligten Unternehmen durch die zuständigen nationalen Behörden aufgefangen werden. Geeignete Kontrollmöglichkeiten insbesondere zur Verhinderung mißbräuchlicher Dreiecksgeschäfte ließen sich darüber hinaus auch an der EG-Außengrenze unter Beteiligung der EG-Kommission durchführen. Dabei werde vor allem auch das mit dem Handelsabkommen EG-DDR⁷ zu schaffende vertragliche Handelsregime von Nutzen sein.

III. Das BMWi hatte zur Herbeiführung einer Meinungsbildung der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem AA kurzfristig eine Ressortbesprechung für Freitag, den 18.8.89, einberufen.

1) Das AA hat in dieser Besprechung darauf hingewirkt, daß dem Kommissionspapier in seinen oben dargelegten Grundzügen seitens der Bundesregierung ohne Einschränkungen zugestimmt wird. Die Bewertung der Kommission erscheint ausgewogen und sachgerecht. Sie wird unseren deutschlandpolitischen und wirtschaftlichen Interessen voll gerecht, die EG-weite Freiverkehrsfähigkeit von DDR-Waren, die im IDH in die Bundesrepublik Deutschland geliefert werden, zu erhalten, ja sogar diesbezüglich bestehende Schranken abzubauen. Auf diese Weise kann unser Ziel erreicht werden, daß solche DDR-Waren auch nach Schaffung des EG-Binnenmarktes gemeinschaftsweit „handelbar“ bleiben.

Die bisherige „weite Auslegung“ des PIH durch das BMWi („bestehendes System“) zur Rechtfertigung der von der Bundesrepublik Deutschland bisher praktizierten

⁶ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

⁷ Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR über ein Handelsabkommen vgl. Dok. 283, Anm. 26.

Unterbindung der sog. Dreiecksgeschäfte steht im Widerspruch zum gemeinschaftsrechtlichen Grundsatz des freien Warenverkehrs und ist h.E. nicht EWG-vertragskonform (KOM hat informell gegenüber BMWi mit Vertragsverletzungsverfahren gedroht). Ein Beharren auf den bisherigen Schutzmechanismen würde auch unser im übrigen aktives Eintreten für den freien Warenverkehr und einen offenen Binnenmarkt unglaublich machen. Eine Gefahr für den Sonderstatus des IDH besteht nicht, solange – entsprechend den Vorschlägen der Kommission – die Möglichkeit besteht, Mißbräuche zu unterbinden.

BMW hat bisher gegenüber der Kommission auf unveränderter Aufrechterhaltung des „Flankenschutzes“ zur Verhinderung der Dreiecksgeschäfte bestanden. In der Ressortbesprechung konnte mit BMW nun jedoch dahingehend Einvernehmen erzielt werden, daß das Kommissionspapier unter Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen seinen beiden Kernelementen (s. o. II., 1) und 2)) als Ganzes von der Bundesregierung begrüßt werden soll. In anderen Worten: Flexibilität der Bundesregierung bzgl. der Dreiecksgeschäfte, falls die Benelux-Staaten und F die Kritik der EG-Kommission beherzigen und ihre systematischen Einfuhrsperren für DDR-Waren aus dem IDH aufgeben.

Die Euro-Staatssekretäre könnten auf ihrer Sitzung am 19.9.89 von dieser Haltung der zuständigen Ressorts⁸ Kenntnis nehmen. Bisher ist in Sachen EG-DDR für die TO der Sitzung vom 19.9.89 lediglich das Thema Handelsabkommen EG-DDR (Nichtberührung des IDH) vorgesehen (gleichfalls Kenntnisnahme). BMB nimmt teil.⁹

2) Der Meinungsbildungsprozeß hinsichtlich notwendiger Anpassungen nach Abschaffung der EG-Binnengrenzen, insbesondere die Notwendigkeit der Verschärfung interner (Unternehmens-)Kontrollen mit dem Ziel, Wettbewerbsnachteile der anderen EG-MS im Fall von Weiterlieferungen von DDR-Waren des IDH („Reexport“) zu verhindern, ist im BMF und BMWi erst in den Anfängen. Am 12.9.89 sollen hierzu Konsultationen des BMWi mit der EG-Kommission (unter Beteiligung des AA) stattfinden.

Es wird entscheidend darauf ankommen, sicherzustellen, daß der Umsatzsteuervorteil bei solchen Weiterlieferungen lückenlos abgeschöpft wird. Eine wünschenswerte Anpassung an die Verhältnisse des Binnenmarkts wäre auch eine Abschöpfung des Zollprivilegs bei solchen Weiterlieferungen (möglicherweise bei uns – „Agententheorie“).

D2¹⁰ hat mitgezeichnet.

Pabsch

Referat 411, Bd. 160515

⁸ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „zustimmend“.

⁹ Zum Tagesordnungspunkt „Auslegung des Protokolls über den innerdeutschen Handel unter Berücksichtigung des EG-Binnenmarktes“ der Sitzung des Ausschusses der Staatssekretäre für Europafragen am 19. September 1989 teilte Vortragender Legationsrat Leonberger dem Bundesministerium für Wirtschaft am 15. September 1989 mit, dessen Entwurf einer vorbereitenden Aufzeichnung werfe Fragen auf, „die noch zwischen unseren beiden Häusern geklärt werden müssen“. Die zuständigen Staatssekretäre sollten erst bei einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Thema befaßt werden. Vgl. Referat 411, Bd. 160515.

¹⁰ Dieter Kastrup.

255

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1785****Citissime****Aufgabe: 30. August 1989, 10.00 Uhr¹****Ankunft: 30. August 1989, 10.38 Uhr**

Betr.: Botschaft des Bundespräsidenten an den Staatspräsidenten der Volksrepublik Polen zum fünfzigsten Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges²

Habe Jaruzelski Schreiben des Herrn Bundespräsidenten heute übergeben. Text des Briefes war dem Präsidenten bereits gestern zugeleitet worden.

Der Staatssekretär im Amt des Präsidenten, Czyrek (früher Außenminister bzw. Sekretär für Auslandsbeziehungen im Zentralkomitee), bat gestern angesichts der gegebenen Belastungen um Verständnis für die Verschiebung des Termins der Übergabe des Originalbriefes des Herrn Bundespräsidenten auf den heutigen Tag.

Jaruzelski hatte ausrichten lassen, ich möge unbegleitet ohne Dolmetscher zu ihm kommen. Am Gespräch nahm außer seinem Dolmetscher der Persönliche Referent des Präsidenten teil. Das Gespräch fand in einer offenen, vertrauensvollen Atmosphäre statt.

Jaruzelski eröffnete Gespräch, ihm sei Inhalt des Briefes des Bundespräsidenten bekannt. Er schätze sehr, daß Bundespräsident zum richtigen Zeitpunkt die Initiative zu einem Gedankenaustausch von hoher moralischer und politischer Bedeutung ergriffen habe. Er wisse um die Einstellung des Bundespräsidenten und um seine Bemühungen, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen zu normalisieren. Dies sei schon anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes³ deutlich geworden.

Der Herr Bundespräsident habe in seinem Brief die Verantwortung Hitlers und damit des Deutschen Reiches für den Ausbruch des Krieges und für die nachfolgenden Leiden der Völker, insbesondere des polnischen Volkes, dem ersten Opfer der Aggression, herausgestellt. Jaruzelski sei der Auffassung, daß dieser Krieg über alle Völker, auch über das deutsche Volk, das Werkzeug und Opfer Hitlers gewesen sei, großes Leid gebracht hätte. Zum Leiden des deutschen Volkes habe er sich 1984 schon einmal geäußert. Die Deutschen, die in den westpolnischen Gebieten gelebt hätten, seien von den Folgen der Hitlerischen Politik besonders hart getroffen worden – wörtlich: „Wir müssen mit Achtung ihrem Opfer und ihren Leiden gegenüberstehen.“ Die Folgen der deutschen Niederlage könnten nicht wieder verändert werden.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 30. August 1989 vorgelegen.

Für eine polnische Aufzeichnung vgl. POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 10.

² Für den Wortlaut des Schreibens von Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker vom 28. August 1989 an den polnischen Präsidenten Jaruzelski vgl. BULLETIN 1989, S. 713 f.

Für das Antwortschreiben vom 3. November 1989 vgl. Referat 010, Bd. 178923.

³ Korrigiert aus: „Kriegsausbruchs“.

Vgl. dazu die Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag; BULLETIN 1985, S. 441–446.

Polen strebe eine volle Normalisierung zu den Deutschen an. Dies schließe eine Versöhnung zwischen Deutschen und Polen ein. Darum sollten sich die Beteiligten bemühen. Der Warschauer Vertrag⁴ sei Grundlage für diese Entwicklung. Auch in dieser Beziehung sei der Brief des Bundespräsidenten zu begrüßen. Er wolle mir seinen Unmut über Äußerungen auch von Mitgliedern der Bundesregierung nicht verhehlen, mit denen die Grundlage für eine positive Entwicklung der Beziehungen in Frage gestellt werde. Die laufenden Gespräche der beiden Regierungsbeauftragten sollten mit dem Ziel weitergeführt werden, alle belastenden Probleme auszuräumen.⁵ (Davon geht man auch im Außenministerium und im ZK der PVAP aus.) Er nutze jedoch die Gelegenheit, um die Frage der individuellen Wiedergutmachung der durch das Dritte Reich geschädigten Polen zu erwähnen, die vom Primas, Kardinal Glemp, in Tschenstochau vor zehn Tagen aufgeworfen worden sei.⁶ Hier stelle sich ein wichtiges politisches und moralisches Problem.

Die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen und die Demokratisierung in Polen würden die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen günstig beeinflussen. Ohne deutsch-polnische Aussöhnung sei der Bau des europäischen Hauses nicht vorstellbar. Die deutsch-polnischen Beziehungen seien ein Eckstein beim Aufbau Europas. Er wolle nochmals betonen, daß alle Fragen, die von den beiden Beauftragten erörtert würden, bei gutem Willen lösbar seien. Er betone dies auch deshalb, weil ihm signalisiert wurde, daß innerdeutsche Entwicklungen – er denke hierbei an das Aufkommen der Republikaner – der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen entgegenstehen könnten. Eine weitere Stärkung dieser Kräfte würde in Polen beunruhigen.

Ich habe Jaruzelski unter Hinweis auf die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik die innenpolitische Situation der Republikaner erläutert und darauf hingewiesen, daß es nicht hilfreich sei, wenn die von Kardinal Glemp gestellte Forderung einer weitergehenden Entschädigung polnischer Opfer des Dritten Reiches über die bisherigen Leistungen hinaus in den derzeitigen Gesamtzusammenhang der Verhandlungen einbezogen würde.

Jaruzelski fuhr fort, man wisse um den guten Willen von Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundesaußenminister, vieler deutscher Politiker, auch von der SPD. Das Potential der so gegebenen Kräfte sei sicher groß genug, um extremistischen Kräften entgegenwirken zu können. Die Gelegenheit, in diesem symbo-

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

⁵ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 201, Anm. 14.

⁶ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 17. August 1989 über die Predigt des Primas von Polen, Kardinal Glemp, am 15. August 1989: „Nach Ausführungen zur polnischen Wirtschaftskrise wehrte sich Glemp gegen den Vorwurf, die Gründe für den wirtschaftlichen Mißerfolg lägen im Charakter der Polen. Für die Schwierigkeiten gebe es andere Gründe: in erster Linie die Kriegszerstörungen und der praktische Entzug von Reparationen und zivilrechtlichen Entschädigungen für Verluste während des Krieges: Millionen Tote, Zerstörungen, Zwangsarbeit nicht nur in Polen, sondern auch im ‚Reich‘ und in Österreich. [...] Polen habe keine Reparationen und Entschädigungen erhalten, weil sie aus dem Pool der UdSSR gezahlt werden sollten und die UdSSR – und Polen mit ihr – 1953 auf ihre Forderungen verzichtet habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1663; Referat 214, Bd. 139887.

lischen Jahr bei diesem günstigen Umfeld einen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen zu erreichen, sollte genutzt werden. In diesem Zusammenhang stelle er auch heraus, daß das deutsche Volk nicht gleichzusetzen sei mit Hitlerismus. Er achte und schätze die Deutschen, die in die Schatzkammer der Weltkultur über ihre Denker, Dichter, Musiker, Techniker und Chemiker soviel eingebracht hätten. Der Achtung, die man den Deutschen entgegenbringen könne, müßte auch die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen entsprechen. Beide Völker im Herzen Europas könnten gemeinsam zu einer glücklichen Entwicklung dieses Kontinents beitragen. Er sage dies allumfassend und schließe hierbei auch die DDR ein.

Er bitte mich nochmals, seine Hochschätzung und seinen Dank dem Herrn Bundespräsidenten dafür zu übermitteln, daß er die jetzt gegebene Gelegenheit ergriffen habe, um sich zu den deutsch-polnischen Beziehungen zu äußern, wie er es schon häufig getan habe. Er schätze auch die persönliche Geste des Herrn Bundespräsidenten, der seine Frau anlässlich ihres Besuchs in der Bundesrepublik empfangen habe. Sie sei glücklich gewesen, den Herrn Bundespräsidenten persönlich kennenzulernen.

Er hoffe nun auf einen baldigen Besuch des Bundeskanzlers⁷, wobei er davon ausgehe, daß die deutsch-polnischen Beziehungen sich mit der Regierung Mazowiecki rasch dynamisch entwickeln.

Abschließend bat Jaruzelski, dem Herrn Bundespräsidenten mit seinem Dank seine besten Wünsche zu übermitteln und den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu grüßen.

[gez.] Schoeller

Referat 214, Bd. 139890

⁷ Zur Verschiebung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 206.

256

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 3593****Aufgabe: 30. August 1989, 19.52 Uhr¹****Ankunft: 31. August 1989, 02.52 Uhr**

Betr.: US Holocaust Museum Washington

Bezug: DE 764 vom 29.8.89 – 204-320.15/4 USA – VS-NfD²

Zur Unterrichtung

1) Die auf deutsch-jüdische Verständigung in den USA abzielende bisherige Zusammenarbeit mit dem American Jewish Committee (AJC) schließt seit längerem Überlegungen darüber ein, wie auf dem im Rahmen des deutsch-jüdischen Verhältnisses in den USA für uns schwierigsten Gebiet, die hier im Entstehen befindlichen Holocaust-Museen, im Blick auf deren inhaltliche Gestaltung ein für uns weiterführender Dialog in Gang gebracht werden kann. Das gilt in besonderem Maße für das in Washington in Vorbereitung stehende Museum des US Holocaust Memorial Council.

Auch unsere bisherigen Partner im AJC sehen dies als die für uns politisch schwierigste Aufgabe an, die Behutsamkeit und Einfühlungsvermögen erfordert. Die Gruppen um die Initiatoren und Träger dieser Museumsprojekte sind gegenüber nichts so empfindlich, wie was als deutsche Einflußnahme bezeichnet werden könnte. Hier in letzter Zeit aufgekommene Gerüchte über ein deutsches Angebot unmittelbarer finanzieller Zuwendungen für das US Holocaust Museum in Washington, das abgelehnt worden sei, machen das besonders deutlich.

Die mit unseren amerikanisch-jüdischen Partnern bisher angestellten Überlegungen zielten bereits seit einiger Zeit darauf ab, vor der Aufnahme direkter – über die bisherigen, sich in der Sache im wesentlichen auf die Arbeitsebene des Council beschränkenden Kontakte der Botschaft hinausgehende – Gespräche mit Vertretern dieser Museumsinitiative zunächst einmal auf andere Weise im Prinzip die gleiche Problemstellung berührende Präzedenzfälle dafür zu schaffen, daß auch auf diesem Gebiet durchaus eine Möglichkeit des Zusammenbringens der hiesigen Holocaust-Bewegung mit in diesem Zusammenhang besonders wichtigen deutschen Anliegen besteht. Gelegenheit dazu wurde im Rahmen der Bemühun-

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 31. August 1989 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 204 verfügte.

Hat Legationssekretär Busch vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Hanckel am 18. September 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „DB lag wohl im Fach von Hrn. Busch ‚fest‘; erst heute erhalten.“

Hat Moltke am 22. September und erneut am 22. November 1989 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke bat die Botschaft in Washington, „über den gegenwärtigen Stand des Holocaust Museum zu berichten. Besonders interessieren hierbei Erkenntnisse über das Ausstellungskonzept und die Aussichten unserer Bemühungen, dieses in unserem Sinne auszuweiten. Überlegungen und Anregungen der Botschaft, was von unserer Seite getan werden kann und/oder getan werden sollte, würden begrüßt.“ Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179514.

gen gesehen, den in vielen amerikanischen Schulen stattfindenden besonderen Holocaust-Unterricht durch ein versöhnliches Schlußkapitel über die Bundesrepublik Deutschland zu ergänzen. Die ersten konkreten Schritte dafür erfolgten im Sommer d. J. im US-Bundesstaat Ohio, wo Holocaust-Unterricht erteilende Lehrer im Rahmen von Fortbildungsseminaren zum ersten Mal mit unserem versöhnlichen Schlußkapitel vertraut gemacht werden konnten. Dieses ist ein wichtiger Präzedenzfall, nicht nur für Bemühungen, ähnliches künftig auch in anderen US-Bundesstaaten zu versuchen, es wird auch als wichtiger Schritt zur Vorbereitung eines weiterführenden Dialogs mit maßgeblichen Vertretern des US Holocaust Memorial Councils angesehen.

Die Ergänzung des Holocaust-Unterrichts und die Aufnahme des Dialogs über die entstehenden Holocaust-Museen standen bereits bisher auf der Agenda der Zusammenarbeit des AJC mit der Atlantik-Brücke (AB). Die AB war auf den Fortbildungsseminaren für Holocaust-Unterricht erteilende Lehrer in Ohio als private Organisation bei der Vorstellung des versöhnlichen Schlußkapitels deshalb auch offiziell der deutsche Partner, obwohl sie dabei personell nicht selbst vertreten war und diese Aufgabe von Mitarbeitern der Botschaft bzw. des GK Detroit wahrgenommen wurde.

Bereits nach dem erfolgreichen Verlauf der ersten dieser Fortbildungsseminare wurde in diesem Sinne auch schon erster Kontakt mit dem US Holocaust Memorial Council aufgenommen. Durch Vermittlung des bisherigen stv. Exekutivdirektors des AJC, Trosten, fand am 24. Juli d. J. in San Francisco in dessen Beisein ein erstes vertrauliches Gespräch zwischen dem langjährigen Vizepräsidenten des Council, Lowenberg, und dem Vorsitzenden der AB, Kiep, statt. Wie die Botschaft inzwischen erfahren hat, soll dieses Gespräch sehr offen geführt worden sein. Lowenberg habe für unsere Anliegen grundsätzliches Verständnis gezeigt und sei bereit, den Kontakt mit uns (Kiep) darüber fortzusetzen. Es handele sich um keine leichte Aufgabe. Es müsse aber darüber nachgedacht und weiter darüber gesprochen werden, wie unsere Anliegen Berücksichtigung finden könnten.

Ein erneuter Gesprächstermin Kiep/Lowenberg ist noch nicht festgesetzt. Die Wiederaufnahme dieses Kontaktes sollte aus hiesiger Sicht nicht zu lange aufgeschoben werden.

2) Die Planung für das Holocaust-Museum in Washington ist inzwischen weiter fortgeschritten. Auf der für die ständige Ausstellung vorgesehenen Ausstellungsfläche von etwa 4000 qm auf zweieinhalb Etagen soll der Holocaust in drei Etappen dargestellt werden:

- (1) „The Assault“, 1933 bis 1939;
- (2) „The Holocaust“, 1939 bis 1945;
- (3) „Bearing Witness“, 1945 bis heute.

Über die Grundzüge der Darstellung ist im Council inzwischen Einigung erzielt worden. Das erste Kapitel (3. Etage) soll die Jahre von der Machtergreifung der Nationalsozialisten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges behandeln, das zweite Kapitel (2. Etage) den eigentlichen Holocaust und das dritte Kapitel (1. Stock) die Folgen des Holocaust, Menschenverluste, neue Heimat der Überlebenden, Strafverfolgung der Täter u. a. m.

In diesen Rahmen müssen sich unsere Bemühungen einfügen, die darauf gerichtet sind, daß insbesondere der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime, die Aktionen auch von Deutschen zur Rettung verfolgter Juden und die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vor allem im Blick auf das deutsch-jüdische Verhältnis in angemessener Form im Rahmen der Dauerausstellung mitberücksichtigt werden.³

[gez.] Paschke

Referat 221 (204), Bd. 179514

257

Bundesminister Genscher an Bundesminister Haussmann

424-411.10 SUA VS-NfD

31. August 1989¹

Lieber Herr Kollege,

die Firma MBB ist im Besitz einer Negativbescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft, wonach sie weltweit zivile Leichthubschrauber des Typs Bo 105, Baureihe ACS, sowie Zivilhubschrauber des Typs BK 117 ohne Genehmigung ausführen kann, sofern sie keine genehmigungspflichtigen Bau- und Navigationsgeräte (Positionen 1485 und 1501 der Ausfuhrliste²) enthalten. MBB hat nach eigenen Angaben aufgrund dieser Negativbescheinigung zwischen 1980 bis 1987 sieben zivile Hubschrauber des Typs Bo 105 und neun zivile Hubschrauber des Typs BK 117 nach Südafrika geliefert.³

Der Bundesregierung wird immer wieder von den Staaten Schwarzafrikas vorgeworfen, sie habe nicht verhindert, daß einige dieser Hubschrauber von den Streitkräften und der Polizei Südafrikas eingesetzt werden. Damit habe sie gegen das Waffenembargo der Vereinten Nationen⁴ verstoßen. Bisher ist die Bundesregierung solchen Vorwürfen mit Hinweis auf die Genehmigungsfreiheit und den rein zivilen Charakter der Hubschrauber entgegengetreten. Diese Begründung hat jedoch die Kritiker der Bundesregierung nicht überzeugt. Sie konnte nicht verhindern, daß insbesondere im Arms Embargo Committee des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen weiterhin massive Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhoben werden. Es muß damit gerechnet werden, daß diese Vorwürfe erneut auf der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im Herbst dieses Jahres⁵ erhoben werden.

³ Das United States Holocaust Memorial Museum in Washington wurde am 22. April 1993 eröffnet.

¹ Ablichtung.

² Für den Wortlaut der Positionen 1485 und 1501 der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 19. Juli 1989 vgl. BUNDESANZEIGER vom 28. Juli 1989, Beilage Nr. 139 a, S. 64–68.

³ Zur Lieferung von zivilen Hubschraubern nach Südafrika vgl. AAPD 1988, I, Dok. 137.

⁴ Vgl. dazu die Resolution Nr. 418 des VN-Sicherheitsrats vom 4. November 1977; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f.

⁵ Vom 12. bis 14. Dezember 1989 fand in New York die 16. VN-Sondergeneralversammlung statt, die sich mit den Auswirkungen der Apartheid in Südafrika beschäftigte.

Diese Kritik schadet dem außenpolitischen Ansehen der Bundesregierung.

Soweit ich das übersehen kann, ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige westliche Land, das Hubschrauberlieferungen an die Polizei und Streitkräfte Südafrikas zuläßt. Eine Umfrage bei den Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Italien und Spanien hat ergeben, daß keines dieser Länder Hubschrauberlieferungen nach Südafrika genehmigt, wenn Endempfänger Polizei oder Streitkräfte sind. Die USA haben nur Hubschrauberlieferungen nach Südafrika an private Endabnehmer zu zivilen Zwecken genehmigt. Auch die französische Regierung hat versichert, daß sie keine Hubschrauberlieferungen an die Streitkräfte oder Polizei Südafrikas genehmigt.

Aus der Sicht des Auswärtigen Amtes ist die Fortsetzung der bisherigen Praxis mit der Südafrikapolitik der Bundesregierung nicht zu vereinbaren. Es muß in Zukunft verhindert werden, daß deutsche Hubschrauber von Militär oder Polizei Südafrikas eingesetzt werden können. Das gemeinsame Gespräch von Herrn Ministerialdirektor Dr. Schomerus und Herrn Ministerialdirektor Dr. Jelonek vom Auswärtigen Amt mit der Firma MBB hat ergeben, daß sie grundsätzlich bereit zu sein scheint, künftig auf solche Geschäfte mit Südafrika freiwillig zu verzichten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn das BMWi die Bemühungen, MBB zu einem freiwilligen Verzicht auf Hubschrauberexporte an Polizei und militärische Stellen Südafrikas zu bewegen, intensiv fortsetzen könnte. Falls die Firma MBB hierzu nicht bereit sein sollte, müßte angesichts wachsender internationaler Kritik an die Einführung einer Genehmigungspflicht für derartige Hubschrauberexporte gedacht werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir das Ergebnis der erneuten Bemühungen des Bundesministeriums für Wirtschaft mitteilen könnten.⁶

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

Referat 010, Bd. 257751

⁶ Bundesminister Haussmann teilte Bundesminister Genscher am 20. September 1989 mit, er sei bereit, „das Gespräch mit der Firma MBB über Hubschrauberlieferungen nach Südafrika fortzuführen. Ich habe Herrn Ministerialdirektor Dr. Schomerus gebeten, ein erneutes Gespräch mit der Firma MBB zu vereinbaren.“ Vgl. das Schreiben; Referat 424, Bd. 168320.

Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „Die Lieferung ist unter allen Umständen zu verhindern.“ Vgl. Referat 424, Bd. 168320.

Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, teilte Ministerialdirektor Jelonek am 2. Oktober 1989 mit, die Firma MBB habe zugesagt, daß sie „nach Abwicklung bestehender vertraglicher Verpflichtungen ab Beginn des Jahres 1990 bis auf weiteres keine Hubschrauber nach Südafrika liefern werde“. Vgl. das Schreiben; Referat 424, Bd. 168320.

Jelonek vermerkte am 19. Oktober 1989, daß MBB bis Jahresende noch drei Hubschrauber vom Typ Bo 105 und einen Hubschrauber vom Typ BK 177 nach Südafrika liefern werde. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 168320.

258

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ahrens**342-322.00 KAB****31. August 1989**Über Herrn Dg 34¹, Herrn D3 i. V.² Herrn Staatssekretär³Betr.: Scheitern der Pariser Kambodscha-Konferenz Juli/August 1989⁴

Zweck der Vorlage: Zur Kenntnisnahme

1) Die Internationale Kambodscha-Konferenz (IKK) von Paris hat ihr Ziel, eine umfassende Lösung der internen und der externen Aspekte des Kambodscha-Konflikts herbeizuführen, nicht erreicht. Gescheitert ist sie vor allem an den „internen Aspekten“. Sie war nicht in der Lage, das Verhältnis der vier kambodschanischen Fraktionen zueinander auch nur für eine Übergangszeit zu regeln. Eine isolierte Lösung der „externen Aspekte“, d.h. des vietnamesischen Truppenrückzugs und der ausländischen Waffenlieferungen, haben insbesondere wichtige westliche Länder nicht gewünscht, da eine solche, so der amerikanische Delegationsleiter⁵, nur dazu geführt hätte, dem in Phnom Penh an der Macht befindlichen Heng-Samrin-Regime international einen Anschein von Legitimität zu verleihen.

2) Der Kern der internen Problematik liegt bei den Roten Khmer. Diese haben sich seit 1979 kaum geläutert. Für das kambodschanische Volk sind sie ein Alptraum. Militärisch sind sie aber eine starke Kraft. Die einzige Gegenkraft, die ihnen möglicherweise Paroli bieten kann, ist das Heng-Samrin-Regime, das seinerseits einen Sozialismus sowjetisch-vietnamesischer Prägung vertritt und in der kambodschanischen Bevölkerung aufgrund gewisser Wiederaufbauerfolge wachsenden Rückhalt findet. Für die sehr junge Bevölkerung Kambodschas sind die beiden westlichen Fraktionen Sihanouks und Son Sanns politisch weniger präsent. Sie sind militärisch schwach. Ein echter Kompromiß mit den Roten Khmer scheint kaum denkbar. Sie würden mit ziemlicher Sicherheit versuchen, jede Koalition von innen aufzurollen, um so die 1979 verlorene Alleinherrschaft zurückzugewinnen. Vorstellbar ist eine Koalition zwischen dem Phnom Penher MP Hun Sen und den beiden westlichen Fraktionen. Sie würde aber Hun Sen politisch sehr stark machen.

3) Die Möglichkeit einer solchen starken Stellung Hun Sens verknüpft den internen Aspekt mit den Interessen der Großmächte. Hun Sen gilt zu Recht oder zu Unrecht als vietnamhörig und ist daher als maßgebender Machthaber in Phnom

¹ Hat Ministerialdirigent Zeller am 31. August 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Ergebnis, d.h. mit Blick auf eine ‚Lösung‘, hat die Konferenz eher negativ gewirkt, wenn auch für F eher ehrenvoll. Unmittelbar werden Afghanistan und Kambodscha für den Westen und damit auch für die Europäer zu schwierigen Themen auf der nächsten VN-GV. Vor Ort nehmen die Leiden der Bevölkerung eher zu.“

² Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 31. August 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Sache muß m. E. weiter in der EPZ besprochen werden.“

⁴ Die Internationale Kambodscha-Konferenz begann am 30. Juli 1989 mit einem Treffen auf Außenministerebene, das bis 1. August 1989 andauerte. Anschließend wurden die Verhandlungen bis 30. August 1989 fortgesetzt.

⁵ Richard H. Solomon.

Penh für China und für einzelne ASEAN-Staaten, aber offenbar auch für die USA, nicht akzeptabel. Frankreich hat in der wohl richtigen Erkenntnis, daß es höchst gefährlich wäre, die Roten Khmer auch nur im Rahmen einer Übergangsregelung in echte Machtpositionen (die sie bisher innerhalb Kambodschas kaum haben) einrücken zu lassen, am Konferenzende auf einen Kompromiß hingearbeitet, der unter einigen gesichtswahrenden Regelungen die Roten Khmer von der wirklichen Macht ausschließen und letztlich auf den Fortbestand des durch Sihanouk verstärkten und äußerlich⁶ veränderten Heng-Samrin-Systems hinauslaufen würde. Die Zeit ist für diese Lösung offenbar noch nicht reif.

4) Die Gründe für das Scheitern der Konferenz, die derzeit in den Medien erörtert werden, erklären sich aus diesem Problemkern. Keine Einigung

- über provisorische Machtteilung,
- über Teillösungen einschließlich eines Waffenstillstandes,
- über die Rolle der VN, die bekanntlich die Widerstandskoalition⁷ als kambodschanische Regierung anerkennen,
- über die Bezeichnung „Genozid“ für die Verbrechen der Roten Khmer.

Ein Nebenaspekt ist die Zukunft der vietnamesischen Siedler in Kambodscha, deren Zahl von Phnom Penh mit 80 000 und von Sihanouk mit einer Million angegeben wird.

5) Es ist damit zu rechnen, daß die Vietnamesen wie angekündigt bis Ende September ihren Truppenabzug für beendet erklären und daß die andere Seite behaupten wird, es handele sich um einen Scheinrückzug. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für eine noch vor vollständigem Abzug der Vietnamesen einsetzende militärische Offensive der Roten Khmer. Voraussagen über den Ausgang des damit bevorstehenden verschärften Bürgerkriegs und über das Verhalten der Verbände Sihanouks und Son Sanns, die bisher, wenn überhaupt, eher auf die Roten Khmer als auf die Truppen Phnom Penhs geschossen haben, lassen sich derzeit nicht machen.

6) Das Scheitern der Konferenz wird Folgen haben und auch uns zu Entscheidungen zwingen:

- Was wird aus dem kambodschanischen Sitz in den Vereinten Nationen?
- Wird die alljährlich von uns miteingebrachte VN-Resolution weiterhin den Rückzug der vietnamesischen Truppen fordern können, wenn dieser praktisch erfolgt ist?
- Machen wir unsere EZ mit Vietnam und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha von tatsächlichen Erkenntnissen über den Truppenrückzug abhängig oder warten wir ab, bis eine Neuauflage der IKK den Abzug beglaubigt hat?
- Wird sich die westliche Politik jetzt tendenziell in zwei Linien spalten, nämlich eine stärker auf Phnom Penh und Hanoi setzende (Frankreich, Australien, Indonesien) und eine den bisherigen harten Kurs fortsetzende (USA, Singa-

⁶ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Sulimma gestrichen.

⁷ Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, die von dem früheren König und Staatschef Sihanouk, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann angeführt wurde.

pur)? In Thailand, das als Transitland für die chinesischen Waffenlieferungen an die Roten Khmer besondere Bedeutung hat, zeichnen sich beide Linien schon jetzt ab: Umwandlung Indochinas vom Schlachtfeld in einen Markt oder Rücksichtnahme auf Peking?

7) Für die deutsche Politik empfiehlt es sich, auch weiterhin, wie schon während der Pariser IKK, sehr vorsichtig zu operieren. Einerseits sollten wir aus eigener Überzeugung und aus Rücksichtnahme auf unsere Öffentlichkeit, die eher der „französischen Linie“ zuneigt, jeden Anschein vermeiden, als akzeptierten wir eine Rote-Khmer-Beteiligung an der Macht in Kambodscha. Andererseits empfiehlt es sich aber, mit entsprechenden Erklärungen zurückhaltend zu sein, da wir nicht ohne Not Distanz zu wichtigen Verbündeten wie den USA erkennen lassen sollten. Deshalb wird auch nicht vorgeschlagen, daß wir jetzt mit einer Erklärung über die Konferenz an die Öffentlichkeit gehen. Am besten dürfte es sein abzuwarten, was Frankreich im Rahmen der EPZ unternehmen wird.

Ahrens

Referat 342, Bd. 144517

259

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Kastrup und Oesterhelt

230-381.50/1

1. September 1989¹

500-503.01

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen;
hier: Politisches und rechtliches Szenario einer eventuellen Grundgesetzänderung

Bezug: 1) Weisung von Staatssekretär Dr. Sudhoff vom 8.6.1989
2) Vorlage der Abt. 2 und 5 vom 26.8.1988³

Anlg.: 1⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung über die politischen und rechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung der Bundeswehr an VN-Friedenstruppen

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Vollers und Hillgenberg, Vortragendem Legationsrat Haas und Legationsrat I. Klasse Bock konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. September 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich empfehle, über diesen Komplex das früher bereits ins Auge gefaßte Gespräch mit BM Stoltenberg bald zu führen.“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 13. September 1989 vorgelegen.

³ Die Ministerialdirektoren Freiherr von Richthofen und Oesterhelt befaßten sich mit der Diskussion über eine Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen. Vgl. dazu Referat 230, Bd. 158182.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

I. Einleitung

Die innenpolitische Diskussion über eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen hat sich weiter belebt. In der Aussprache des Bundestages am 1. Juni 1989 über die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur VN-Politik der Bundesrepublik Deutschland war dies ein zentrales Thema von Rednern aller Fraktionen.⁵ Erkennbar ist eine zunehmende Bereitschaft der im Bundestag vertretenen Parteien (Ausnahme: Grüne), sich mit der Perspektive deutscher „Blauhelme“ anzufreunden.

In dem Interview des BM mit der „Welt am Sonntag“ vom 20.5.1989 hat er sich zum Thema geäußert und u. a. festgestellt:

- Die Bundeswehr sei durch ihre innere Haltung und die Qualität ihrer Ausbildung besonders geeignet, Friedensaufgaben im Rahmen der UNO zu erfüllen.
- Alle Bundesregierungen hätten bisher die Meinung vertreten, daß das Grundgesetz einen Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO nicht zulasse. Verfassungsrechtliche Klarheit sei geboten.
- Wenn man den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der VN wolle, müsse man die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.⁶

Bei der folgenden Darstellung der Rechtslage und des politischen Szenarios einer Grundgesetzänderung gehen wir davon aus, daß die angestrebte Klarstellung des GG den Einsatz der Bundeswehr nur im Rahmen der VN für zulässig erklären, die Verfassungslage im übrigen aber nicht berühren soll.

Wir müssen damit rechnen, daß das Thema zu einer umfassenden parlamentarischen und öffentlichen Diskussion führen wird und daß unsere Partner in NATO und WEU diese Diskussion wegen der „Out-of-area“-Problematik aufmerksam verfolgen werden.

II. Rechtslage

1) In der Praxis der Vereinten Nationen hat sich die Entsendung von VN-Friedenstruppen durch den Sicherheitsrat entwickelt. Sie bedarf der Zustimmung des Stationierungslandes. Die Teilnahme erfolgt freiwillig. Zwar fehlt eine ausdrückliche Rechtsgrundlage in der Charta, die Befugnis des Sicherheitsrates zu ihrer Aufstellung und Entsendung wird jedoch heute nicht mehr bestritten.

Daneben kann der VN-Sicherheitsrat im Rahmen von Maßnahmen nach Kap. VII der VN-Charta⁷ zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens nach Art. 42 militärische Zwangsmaßnahmen verhängen. Dies ist bisher nie geschehen. Auch folgt hieraus nach überwiegender Auffassung der Literatur kein Recht des VN-Sicherheitsrates, von Mitgliedstaaten die Stellung von Truppenkontin-

⁵ Für den Wortlaut der Großen Anfrage der SPD-Fraktion vom 8. Juni 1988 zu den Aktivitäten der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen sowie der Antwort der Bundesregierung vom 9. Februar 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2427 bzw. Nr. 11/3963.

Für den Wortlaut der Bundestagsdebatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 146. Sitzung, S. 10871–10885.

⁶ Für den Wortlaut des am 21. Mai 1989 erschienenen Interviews vgl. den Artikel „Wir müssen die Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural schaffen“, WELT AM SONNTAG vom 21. Mai 1989, S. 25 f.

⁷ Für den Wortlaut von Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 458–465.

genten unmittelbar zu verlangen. Hierzu sei vielmehr der Abschluß von Sonderabkommen nach Art. 43 der Charta Voraussetzung.

Um alle möglichen Formen einer Beteiligung abzudecken, müßte die Ergänzung des GG inhaltlich so abgefaßt sein, daß sie nicht nur eine Beteiligung an den bisher nicht relevant gewordenen mandatorischen Maßnahmen nach Kap. VII der VN-Charta, sondern auch an sonstigen friedenserhaltenden Maßnahmen umfaßt.

2) Selbst wenn man der bisherigen Rechtsauffassung der Bundesregierungen nicht folgt und annimmt, daß Art. 87 a GG⁸ einem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen friedenswahrender Maßnahmen der VN nicht entgegensteht (so jetzt die große Mehrheit unter den Wissenschaftlern), wird man plausibel argumentieren können, daß eine Ergänzung des Grundgesetzes aus Gründen der Rechtsklarheit notwendig ist, bevor sich die Bundesregierung auf den Weg einer militärischen Beteiligung am „peace-keeping“ der VN begibt. Wenn eine Frage derart umstritten ist, wenn insbesondere die Bundesregierung über lange Zeit eine bestimmte Haltung eingenommen hat, erscheint eine ausdrückliche Klarstellung des Grundgesetzes durch Ergänzung desselben sowohl aus politischen als auch aus rechtlichen Gründen geboten.

Die Ergänzung könnte entweder bei Art. 24 GG⁹ oder bei Art. 87 a GG erfolgen.

Eine Ergänzung von Art. 24 GG würde deutlich machen, daß es sich bei friedenserhaltenden Maßnahmen der VN zwar nicht unbedingt um einen Einsatz in einem System „gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ (Art. 24 Abs. 2 GG), wohl aber um einen Einsatz handelt, der einem ähnlichen Ziel dient. Diejenigen, die Art. 24 GG eng auslegen, würden in einer entsprechenden Ergänzung eine Erweiterung des ursprünglichen Norminhalts sehen; die Vertreter der Mehrheitsmeinung, in deren Augen Art. 24 GG bereits jetzt auch VN-Einsätze zuläßt, könnten sich darauf zurückziehen, daß eine Ergänzung des Grundgesetzes in diesem Punkte lediglich eine (nützliche) Klarstellung beinhalte.

Für eine Ergänzung von Art. 87 a GG spricht, daß dieser Artikel weithin als die zentrale Bestimmung für den Einsatz der Streitkräfte gilt. (Dies ist allerdings nicht unbestritten. Zunehmend wird behauptet, die Bestimmung betreffe lediglich den Inlandseinsatz, nicht aber den Auslandseinsatz der Bundeswehr.)

Auch hier gilt das eben Gesagte: Wird eine Ergänzung des Grundgesetzes vorgenommen, so können diejenigen, die den Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen von VN-Truppen bereits jetzt für verfassungsrechtlich zulässig halten, darin zumindest eine Klarstellung erblicken. Für diejenigen, die wie die bisherigen Bundesregierungen die Bestimmung eng auslegen, wäre eine Grundgesetzänderung die nötige gesetzliche Grundlage für den VN-Einsatz.

3) Die Grundgesetzänderung könnte (vorbehaltlich näherer Prüfung durch die Verfassungsressorts) wie folgt lauten:

„Der Bund kann sich mit Streitkräften an Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens beteiligen.“

⁸ Für den Wortlaut von Artikel 87 a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 24 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4.

Dieser neue Absatz würde entweder ein neuer Absatz 3 des Art. 87 a GG (die bisherigen Absätze 3 und 4 würden Absätze 4 und 5). Er könnte aber auch als Absatz 3 des Art. 24 GG Verwendung finden (der bisherige Absatz 3 würde dann Absatz 4).

Um denjenigen, die in Art. 87 a GG lediglich eine Regelung des Inlandseinsatzes der Bundeswehr sehen, den Wind aus den Segeln zu nehmen, und um den Auslandseinsatz zugleich umfassend zu normieren, käme auch eine Formulierung auf folgender Linie in Betracht (wiederum vorbehaltlich näherer Prüfung durch die Verfassungsressorts):

Neuer Absatz 3 des Artikels 87 a GG:

„Im Ausland dürfen die Streitkräfte nur im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland oder im Rahmen von Verpflichtungen aus Bündnissen, die dem gemeinsamen Schutz vor Angriffen dienen, oder im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens eingesetzt werden.“

Eine Formulierung auf vorstehend gekennzeichnete Linie käme denjenigen in der SPD entgegen, die dafür eingetreten sind, daß Auslandseinsätze außerhalb des westlichen Verteidigungsbündnisses ausdrücklich „nur“ im Rahmen der VN erfolgen dürfen (was, für sich genommen, zu eng wäre). Allerdings würde sie Art. 87 a Abs. 2 GG endgültig auf den Inlandseinsatz reduzieren.

III. Politisches Szenario

1) Die Initiative zu einer GG-Änderung könnte entweder von der Bundesregierung selbst ausgehen oder aus dem parlamentarischen Raum, etwa in Form eines Entschließungsantrags, kommen. Voraussetzung für ein Tätigwerden der Bundesregierung wäre, daß sie zunächst die Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr zu diesem Zweck für wünschenswert erklärt.

Grundlage der Haltung der Bundesregierung bilden bisher die Beschlüsse des Bundessicherheitsrats (BSR) vom 1. September¹⁰ und 3. November 1982¹¹, die zu dem Ergebnis kamen, daß eine Beteiligung der Bundeswehr an VN-Friedenstruppen wegen des engen Verteidigungsbegriffs vom GG nicht gedeckt sei.

Als erster Schritt wäre deshalb ein neuer Beschluß des BSR anzustreben, der als politisches Ziel die Möglichkeit der Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden Maßnahmen der VN postuliert. Der Antrag an den BSR könnte¹² vom Auswärtigen Amt formuliert werden, wobei zu prüfen wäre, welche sachlich interessierten Ressorts ihn mittragen müßten.

Unter Berücksichtigung der bisher von allen Bundesregierungen eingenommenen Haltung zur Auslegung insbesondere von Art. 87 a und 24 GG sollte eine

¹⁰ Botschafter Ruth notierte am 3. September 1982, in der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 1. September 1982 habe Bundeskanzler Schmidt zur Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der Vereinten Nationen erklärt, „daß wir diese Frage nicht nach Opportunitätsgesichtspunkten beurteilen dürfen und nicht unsere Verfassung verschieben sollten, um uns einer Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der VN zu entziehen. Man solle darüber nachdenken, was getan werden kann [...]. BMVg und BMJ stellten fest, daß die Bundeswehr bereits an Aktionen der VN beteiligt gewesen sei. Die Teilnahme von Bundeswehr-Soldaten als Streitkräfte sei jedoch nach der Verfassung nicht möglich.“ Vgl. VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

¹¹ Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. AAPD 1987, I, Dok. 159.

¹² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Als 1. Schritt sollte ein Gespräch BM mit BM Stoltenberg ins Auge gefaßt werden.“

Ergänzung des GG in Aussicht genommen werden. Durch den BSR-Beschluß könnte das fachlich zuständige Ressort – BMJ, in Zusammenarbeit mit dem AA, BMI und BMVg – mit der Vorbereitung einer GG-Änderung und einer entsprechenden Kabinettsvorlage beauftragt werden. Die Entscheidung über die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens sollte dann in einem zweiten Schritt vom Kabinett getroffen werden.

2) Nicht nur wegen der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat, sondern – wichtiger noch – wegen ihrer politischen Bedeutung und Tragweite ist für den Erfolg dieser Gesetzesinitiative ein breiter parteiübergreifender Konsensus unerlässlich.

In jedem Fall sollte die Bundesregierung ihre Position möglichst frühzeitig mit den in Frage kommenden parlamentarischen Gremien (Arbeitskreise, Ausschüsse, Fraktionen) abstimmen. Einheitliche Positionen der Fraktionen zur Beteiligung an Friedensaktionen gibt es mit Ausnahme der Grünen, die einem Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, bisher nicht. Vielmehr gibt es in jeder der drei übrigen Fraktionen sowohl Befürworter als auch Gegner dieser Beteiligung.

Unser Ziel muß sein, durch umfassende Information über die friedenserhaltenden Aktivitäten der Vereinten Nationen die öffentliche Debatte in sachliche Bahnen zu lenken und, sofern erforderlich, einer innenpolitischen Polarisierung bei diesem Thema entgegenzuwirken.

Außer den Gesprächen könnten auch Informationsreisen von Abgeordneten zu den VN und zu einigen Friedensmissionen in Betracht gezogen werden.

3) Gegenüber unseren Verbündeten müßten wir rechtzeitig deutlich machen, daß der Einsatz der Bundeswehr bei VN-Friedensmissionen nicht als ein Zeichen wachsender Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden kann, in einem weltweiten Rahmen, und damit auch über den Anwendungsbereich des NATO-Vertrags¹³ hinaus, Aufgaben durch die Bundeswehr zu übernehmen. Es wird dabei allerdings nicht leicht sein, den Unterschied zwischen VN-Friedensmissionen und militärischen, aber nicht kämpfenden Aktionen der Verbündeten wie z.B. im Golf (Minenräumung zur Sicherung der Schifffahrt¹⁴) in ihrer Zielsetzung zu verdeutlichen.

Ref. 011 hat mitgezeichnet.

Kastrup Oesterhelt

Referat 230, Bd. 158182

¹³ Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹⁴ Zur Entsendung von Marineeinheiten verschiedener WEU-Mitgliedstaaten in den Persischen Golf vgl. AAPD 1988, II, Dok. 245.

260

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1828****Aufgabe: 4. September 1989, 14.15 Uhr¹****Citissime****Ankunft: 4. September 1989, 15.48 Uhr**

Betr.: Deutsch-polnische Beziehungen;
hier: Gespräch von MP Rau mit Kardinal Glemp²

Glemp eröffnete Gespräch damit, daß MP Rau hier in Warschau viele Neuigkeiten erfahren werde. Es sei zu hoffen, daß nunmehr die Zeit der Unsicherheit in Polen zuende gehe. Doch dürfe man nicht zuviel erwarten. Das bisher Erreichte sei ein Maximum. Er schätze Mazowiecki sehr, der reiche politische Erfahrungen habe und schon in der Vergangenheit viel für Polen getan habe. Mazowiecki sehe sich zwei Problemen gegenüber. Einmal müsse er sich mit den Kommunisten arrangieren. Zahlreiche Mitglieder der Partei fühlten sich heute gedemütigt. Sie müßten zur Mitarbeit gewonnen werden. Zum anderen müsse er die öffentliche Moral anheben, d.h., die Menschen müßten wieder Vertrauen haben und überzeugt sein, daß es lohnt, sich in Polen zu engagieren. Bisher sei dies noch nicht gelungen. Erschwert werde für Mazowiecki die Situation durch die Inflation und damit durch die schwieriger werdenden sozialen Verhältnisse.

Es gäbe aber auch Hoffnung. Schon sei ein sichtbarer politischer Pluralismus erreicht worden.

Auf die Frage des MP, ob Solidarność eine pluralistische Organisation oder eine katholische Arbeiterbewegung sei, stellte Glemp fest, daß Solidarność zur Zeit eine Revolution durchmache. Nachdem anfänglich die Christen die Mehrheit gehabt hätten, werde Solidarność mehr und mehr zu einer pluralistischen Bewegung. Heute gebe es bei Solidarność Christen, Liberale und Marxisten. Dies habe die grundsätzlich christliche Ausrichtung von Solidarność noch nicht beeinflusst. Ob sich aus Solidarność eine politische Partei entwickeln werde, sei noch offen. Es könne Solidarność genauso ergehen wie den Kommunisten, die sich wahrscheinlich teilen würden. Sicher werde Solidarność eine starke Gewerkschaft bleiben. Wałęsa habe wiederholt geäußert, er wolle vor allem Gewerkschafter sein. Das sei jedoch abzuwarten. Auf eine entsprechende Frage des MP: Die katholische Kirche sei jetzt frei. Der eingeräumte Freiraum müsse jedoch noch mit Leben erfüllt werden. Die Kirche habe das Recht, Schulen und Krankenhäuser einzurichten und eigene Organisationen in unterschiedlichen Lebensbereichen aufzubauen. Weil man nicht die geeigneten Kräfte habe, brauche dies jedoch Zeit. Im Universitätsbereich sei man bereits aktiv durch die Päpstliche Akademie in Krakau, die Katholische Akademie in Warschau, die theologischen Fakultäten in Warschau, Posen und Breslau und durch die Katholische Universität in Lublin. Eine diesen Gegebenheiten entsprechende Entwicklung habe bereits in den vergangenen Jahren eingesetzt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lincke am 5. September 1989 vorgelegen.

² Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau hielt sich vom 30. August bis 1. September 1989 in Polen auf. Das Gespräch mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, fand am 30. August 1989 statt.

MP sprach Glemp auf die Predigten in Tschenstochau an, wobei er einmal auf die Frage der Wiedergutmachung für im Kriege erlittenes Unheil³ eingegangen sei und sich zum anderen zum polnisch-jüdischen Dialog⁴ geäußert habe.

Glemp erklärte hierzu, es sei zu bedauern, daß man nicht die Originaltexte seiner Predigten veröffentlicht habe. Er sei enttäuscht über die Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland. Ihm sei es um eine Klarstellung gegenüber der Bevölkerung gegangen. Er habe Rechenschaft gefordert, wohin die Reparationsgelder geflossen seien, auf die Polen einen Anspruch habe. Dazu müßten sich die Regierungen der SU, Polens und der Bundesrepublik äußern.

Man habe den Polen gesagt, sie würden einen Prozentsatz der Reparationslieferungen erhalten, die der SU zugestanden worden seien. Er erwarte eine Klärung, was tatsächlich bis 1953 geleistet worden sei. Für ihn beschränke sich das Problem nicht auf neue Forderungen an die deutsche Regierung. Es betreffe vor allem die polnische Regierung. Seine Predigt über das Verhältnis zu den Juden sei bestimmt gewesen von dem Wunsch auf einen ehrlichen polnisch-jüdischen Dialog. Man solle sich auf seine Texte beziehen. Er habe von den Leiden gesprochen, die Juden von Polen zugefügt⁵ wurden und umgekehrt. Auschwitz und Birkenau wollten die Juden allein für sich in Anspruch nehmen ohne Rücksicht auf polnische und kirchlich-katholische Rechte.

Der jüdische Überfall auf das Kloster der Karmeliterinnen in Auschwitz⁶ werde in der Welt so dargestellt, als ob den Angreifern ein Unrecht geschehen sei und nicht den belagerten Schwestern.⁷ Er habe den Juden in seiner Predigt ein Leben ohne Bedrängnis und ein neues Verhältnis zu den Polen gewünscht. Man spüre bei den Juden den Antipolonismus.

Das Problem des Klosters in Auschwitz sei zur Zeit nicht zu lösen. Kardinal Macharski habe sich mit einer Verlegung des Klosters an eine andere Stelle einverstanden erklärt, um den jetzt besetzten Platz den Juden zu überlassen.

³ Zur Predigt des Primas von Polen, Kardinal Glemp, am 15. August 1989 vgl. Dok. 255, Anm. 6.

⁴ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 12. September 1989, der Primas von Polen, Kardinal Glemp, habe sich zwar in einer Predigt am 26. August 1989 für einen Dialog mit den Juden eingesetzt: „Die Predigt stieß in- und außerhalb Polens (auch innerhalb der katholischen Kirche) auf Kritik – und wurde als latent antisemitisch gewertet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1940/1941; Referat 214, Bd. 139887.

⁵ Korrigiert aus: „zugeführt“.

⁶ Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), erläuterte am 3. August 1989: „Im Jahre 1984 hatte eine Gruppe von Karmelitinnen ein halbruiniertes Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz als Kloster übernommen, das von niemandem beachtet wurde, in der Folge aber zum Zankapfel zwischen Juden und Katholiken wurde. [...] Schon ein Jahr nach der Aufnahme des Klosters durch die katholischen Nonnen meldete sich Widerstand seitens jüdischer Organisationen. Sie verwarnten sich gegenüber der Präsenz einer katholischen Religionsgemeinschaft an dem Ort, der in ihren Augen vor allem ein einziger großer jüdischer Friedhof ist. Nach verschiedenen Treffen zwischen Vertretern der katholischen Hierarchie und jüdischer Organisationen wurde am 22. Februar 1987 in Genf eine vertragliche Abmachung getroffen, das umstrittene Kloster in ein internationales Informationszentrum zu verlegen, das in der Entfernung von 600 m vom ehemaligen Lager in Auschwitz entstehen und eine Stätte der Begegnung, des Gebets und von Studien werden soll.“ Die Verlegung des Klosters habe sich jedoch erheblich verzögert. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 322; Referat 214, Bd. 139887.

⁷ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 12. September 1989: „Mitte Juli kam es zu teilweise gewalttätigen Protestaktionen New Yorker Juden unter Führung des Rabbiners Abraham Weiss und Beteiligung ausländischer Medien. Die jüdischen Protestler kletterten über die Klostermauer, ließen sich mit Transparenten im Hof nieder und versuchten danach mit Gewalt, in das Gebäude einzudringen, wurden jedoch von polnischen Arbeitern mit Schmutzwasser übergossen und vom Gelände geschafft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1940/1941; Referat 214, Bd. 139887.

Die Juden seien indes nicht an dieser Lösung interessiert und betrieben die Dislozierung der Schwestern. Damit seien Macharski z. Zt. die Hände gebunden.⁸

Auf die Frage nach den anstehenden Themen der polnischen Gesellschaft erklärte Glemp, daß die Entstaatlichung der Wirtschaft als vordringlich angesehen werde. Mit der Bildung von neuen Parteien sei zu rechnen, eine christlich-demokratische Partei und eine Partei der nationalen Demokraten; beide Parteien hätten schon in der Vorkriegszeit bestanden. MP erkundigte sich nach der polnischen Reaktion auf die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.⁹ Für Glemp ist die Erklärung in Polen günstig aufgenommen worden. Die Äußerung zur polnischen Westgrenze des BMF¹⁰ sei ohne Emotionen registriert worden. Er habe gewußt, daß BM Waigel bei dieser Gelegenheit gezwungen war, sich so zu äußern, wie er es getan habe.

Glemp ging über zur Frage der deutschen Minderheit. Das Problem sei noch offen und delikat. Auch wegen des starken Drängens der Landsmannschaften sei er noch nicht bereit, die deutsche Minderheit politisch anzuerkennen. Man müsse auch wissen, daß im Raume Oppeln viele Menschen aus dem früheren Ostpolen leben. Die Einheimischen seien eine Minderheit. Eine zu starke Betonung des deutschen Charakters dieser Region führe zu Unruhen. Es gäbe allerdings auch Fortschritte wie die wöchentlichen Gottesdienste auf dem Annaberg in deutscher Sprache. Er müsse mit Bedauern feststellen, daß zahlreiche Aktivisten die Bevölkerung bedrängen, sich zur deutschen Volksliste zu bekennen. Er sage dies mit der Einschränkung, daß er seine Beobachtungen aus seiner Warschauer Perspektive mache.

Auf die Frage der Beziehungen der Kirche zur SU, ČSSR und zum Baltikum erklärte Glemp, man habe gute persönliche Beziehungen zu Kardinal Tomášek. In der SU würden sich die Kontakte zu den orthodoxen Bischöfen entwickeln. Zahlreiche Kirchen würden in der SU den Katholiken zurückgegeben, so im Raum Schitomir zehn Kirchen. Da es an Priestern fehle, schicke er polnische Priester zu drei- bis viermonatigen Aufenthalten in die SU.

Das Gespräch fand in einer spannungsfreien freundlichen Atmosphäre statt.

Wertung

Vor einigen Monaten hatte der Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof Dąbrowski, mir erklärt, die Kirche könne sich aufgrund der innenpolitischen Entwicklung auf ihre seelsorgerischen und karitativen Aufgaben konzentrieren. Sie sei nicht mehr gezwungen, die Interessen der Polen gegenüber einer aufgezwungenen Staatsmacht zu vertreten.

⁸ Botschaftsrat I. Klasse Repges, Rom (Vatikan), teilte am 20. September 1989 mit, der Heilige Stuhl habe in einer Erklärung vom Vortag „sein Schweigen zu den Auseinandersetzungen um das Karmelitinnenkloster in Auschwitz gebrochen“ und sei „nachdrücklich für die vereinbarte Verlegung des Konvents in ein noch zu errichtendes Gebets-, Dialog- und Informationszentrum in der Nähe von Auschwitz eingetreten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 100; Referat 214, Bd. 139887.

⁹ Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sowie von polnischen Katholiken „Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“ vom 9. August 1989 vgl. <https://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Fuer-Freiheit-Gerechtigkeit-und-Frieden-in-Europa-Erklaerung-polnischer-und-deutscher-Katholiken-zum-1-September-1989-37x/>.

¹⁰ Für den Wortlaut der Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Waigel auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 2. Juli 1989 in Hannover vgl. BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 8/1989, S. 1021f. (Auszug).

Die Äußerungen von Glomp zur Wiedergutmachung, zum polnisch-jüdischen Verhältnis, zur deutschen Minderheit zeigen, daß die Kirche Polens weiterhin mit der Hand am Puls der Polen ihre Position bewahren, wenn möglich noch stärken will. Sie zögert hierbei nicht, sich populistisch bei Tagesthemen zu engagieren, um deutlich zu machen, daß sie die polnischen Interessen weiterhin gegen wen auch immer wahrnehmen will.

Die Äußerungen zur deutschen Minderheit lassen befürchten, daß die Regierung Mazowiecki bedrängt wird, bei ihren Gesprächen mit uns nicht über die kirchlichen Vorstellungen hinauszugehen. Nachdem selbst bei den Kommunisten in dieser Frage eine konstruktive Einstellung in den vergangenen Monaten erkennbar wurde, verbleibt nur noch Glomp als möglicher Bremser, was nicht unterschätzt werden sollte.

[gez.] Schoeller

B 86 (Referat 503), Bd. 1987

261

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning

201-363.52 IMK-CW-737/89 geheim

5. September 1989¹

Betr.: Abzug amerikanischer CW aus der Bundesrepublik Deutschland²;
hier: 12. Sitzung der Interministeriellen Kommission (IMK-CW) am
30.8.1989

Die Sitzung der IMK-CW am 30.8.1989 brachte im wesentlichen folgende Ergebnisse:

1) Terminplanung für den CW-Abzug

- US-Verteidigungsminister Cheney hat BM Stoltenberg in einem geheimen Schreiben erstmals formell und konkret mitgeteilt, daß die US-Seite beabsichtigt, den CW-Abzug aus der Bundesrepublik Deutschland bis Ende September 1990 abzuschließen. Er hat gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Realisierung dieser Planung davon abhängt, daß
 - der US-Kongreß dem Abzug keine weiteren Hindernisse in den Weg legt („Hopkins-Amendment“, s. Vorlagen vom 23.8.1989 – 201-363.52 IMK-CW-708/89 geh.³ – und vom 5.7.1989 – 201-363.52 IMK-CW-606/89 VS-vertraulich⁴);

¹ Hat Bundesminister Genscher am 12. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[siehe] S. 5.“ Vgl. Anm. 6.

² Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher berichtete über den Stand der Erörterungen im amerikanischen Repräsentantenhaus zur Frage des Abzugs der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik sowie das weitere Vorgehen der Bundesregierung. Vgl. dazu VS-Bd. 12150 (201); B 150, Aktenkopien 1989.

⁴ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vgl. Dok. 208.

- die gemäß neuer Sicherheitsbestimmungen erforderlichen Spezialbehälter für den Seetransport von CW (die noch entwickelt und produziert werden müssen) rechtzeitig zur Verfügung stehen.
- BM Stoltenberg hat daraufhin seinerseits VM Cheney jede mögliche deutsche Unterstützung zur Einhaltung des Abzugstermins 1990 zugesagt, sei sie finanzieller Art oder auch bei der technischen Entwicklung und Beschaffung der Spezialcontainer.
- General Eggleston, der im amerikanischen Verteidigungsministerium für die Abzugsplanung verantwortlich ist, hat den zuständigen Referatsleiter im BMVg, Oberst i. G. Fischer, FüS III 1, gebeten, von deutscher Seite gegenwärtig nicht an den US-Kongreß heranzutreten und zu versuchen, auf die Beratungen über das vom Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses in die Haushaltsberatungen des Kongresses eingebrachte „Hopkins-Amendment“ Einfluß zu nehmen. Die amerikanische Seite befürchtet, daß ein solcher Einflußversuch z. Z. kontraproduzent wirken würde, da hinter der Forderung des Repräsentantenhauses vor allem amerikanische innenpolitische Motive stünden („Warum sollen die in Deutschland gelagerten CW früher vernichtet werden als die auf dem amerikanischen Festland gelagerten Bestände?“). General Eggleston hat andererseits deutlich gemacht, daß sich die amerikanische Regierung unverzüglich mit der Bundesregierung in Verbindung setzen werde, wenn sie den Zeitpunkt für eine Intervention von deutscher Seite für gegeben halte.

Der Vorsitzende der IMK-CW, Generalmajor Naumann, hat insofern angekündigt, daß sich BM Stoltenberg mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister des Auswärtigen u. U. auch kurzfristig in Verbindung setzen werde.

- Unter diesen Prämissen ist im einzelnen folgende Zeitplanung vorgesehen:
 - 25.9.1989, 13. Sitzung IMK-CW,
 - 5./6.10.1989, bilaterale deutsch-amerikanische Arbeitsgespräche in Miesau,
 - 30.10.1989, 14. Sitzung IMK-CW,
 - 8./9.11.1989, dritte bilaterale deutsch-amerikanische Konsultationen in Bremerhaven; Abschluß der gemeinsamen Abzugsplanung,
 - anschließend (zweite Hälfte November/erste Hälfte Dezember) Vorlage der ausgearbeiteten Abzugsplanung an den BSR zur Genehmigung⁵; gleichzeitig Befassung der amerikanischen Regierung in Washington zur Genehmigung der Abzugsplanung,
 - Frühjahr 1990: praktischer Vorlauf der Abzugsvorbereitungen,

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher vermerkte am 14. November 1989, das Bundesministerium der Verteidigung habe am 10. November 1989 den Entwurf einer Vorlage an den Bundessicherheitsrat für dessen Sitzung am 23. November 1989 übermittelt, dem der Entwurf einer deutsch-amerikanischen Regierungsvereinbarung über die Vorbereitung und Durchführung des Abzugs der in der Bundesrepublik gelagerten amerikanischen chemischen Waffen beigelegt sei. Dreher empfahl, „der Mitzeichnungsbitte zu entsprechen“. Der Entwurf der Vorlage für den Bundessicherheitsrat „gibt die derzeitige Abzugsplanung, so wie mit der amerikanischen Seite abgestimmt und in der Interministeriellen Kommission (IMK-CW) unter Leitung des BMVg vorbereitet, in umfassender und klarer Weise wieder. [...] Darstellung und Bewertung der Einzelelemente der Abzugsplanung, einschließlich der Risiken und der zu ihrer vorbeugenden Bekämpfung erforderlichen Maßnahmen, sind in sich schlüssig und zwischen allen Beteiligten, einschließlich der Bundesländer, abgestimmt.“ Vgl. VS-Bd. 12151 (201); B 150, Aktenkopien 1989.

- Mitte Juni bis 20.9.1990 Straßentransport der CW zum Eisenbahnverladeort,
- ab 20.9.1990 (fünf bis sieben Nächte) Eisenbahntransport zum Verschiffungshafen,
- Ende September 1990 Abschluß des Abtransports aus der Bundesrepublik Deutschland.

General Naumann hat alle Beteiligten nochmals sehr dringend darum gebeten, diese Zeitplanung strikt geheim zu behandeln, da durch ein frühzeitiges Bekanntwerden die Zeitplanung erheblich gestört werden könne.

2) Praktische Vorbereitungen

- Das BMVg hat gemeinsam mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa (USAREUR) eine integrierte ständige Arbeitsgruppe gebildet, die für die Abstimmung aller Details der Organisation des Abzugs verantwortlich ist. In diesem Rahmen sind zwei amerikanische Offiziere in das BMVg (FüS III 1) bis zum Abschluß des CW-Abzugs abgeordnet worden; die Arbeitsgruppe tagt abwechselnd in Bonn und in Heidelberg (viermal wöchentlich).

Ferner hat das BMVg für die internen Unterstützungsleistungen, die die Bundeswehr beim Abzug erbringt, eine BMVg-interne Arbeitsgruppe gebildet, die ebenfalls ständig arbeitet.

- Wie die Diskussion bei der Sitzung der IMK-CW deutlich machte, sind die Abstimmungsprobleme zwischen BMVg, BMI und den betroffenen Bundesländern noch nicht gelöst. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß der BMI die Zuständigkeiten für alle Fragen der polizeilichen Gefahrenabwehr und des Umwelt- und Katastrophenschutzes ausschließlich bei den Bundesländern sieht und der Auffassung ist, daß er für diesen Bereich nicht einmal eine Koordinierungskompetenz besitze, sondern lediglich den Bundesländern „Empfehlungen“ für die Wahrnehmung ihrer eigenständigen Aufgaben übermitteln könne („Scharnierfunktion“). Im Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr scheint dies, vor allem auch in Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz, zu gelingen; dagegen gibt es noch erhebliche Abstimmungsschwierigkeiten bei der notwendigen vorsorglichen Vorbereitung für den Katastrophenschutz. Hier verweisen die Bundesländer lt. BMI auf die Schwierigkeit, Vorbereitungen unter Bedingungen zu treffen, die von strikter Geheimhaltung begleitet sind. Die Zuständigkeiten im Katastrophenschutz seien von unten nach oben geregelt (Gemeinden, Kreise, Regierungspräsidien, Oberste Landesbehörden); die zuständigen Stellen seien nur an der Spitze (Landesinnenministerien) geheimermächtigt. Solange die strikte Geheimhaltung aufrechterhalten werden müsse, seien die Bundesländer und ihre Behörden deshalb teilweise nicht bereit, entsprechende Verantwortlichkeiten zu übernehmen, sondern verlangten vollständige Abwicklung und Übernahme der Verantwortung durch den Bund.

Das BMVg verwies demgegenüber darauf, daß die Bundesländer bereits im Mai 1989 in einer gemeinsamen Sitzung mit den Amerikanern die erforderlichen Informationen durch detaillierte Planungsunterlagen erhalten hätten. Das BMVg räumte allerdings ein, daß die Frage des Grades der Geheimhaltung aller Einzelheiten auf der Basis des „need to know“ erneut geprüft und dem BSR zur Entscheidung vorgelegt werden müsse.

Die IMK-CW beschloß, über die bereits bestehenden Arbeitsgruppen für polizeiliche Gefahrenabwehr und Katastrophen- und Umweltschutz nochmals mit den Ländern im Detail zu verhandeln. Falls diese Verhandlungen keinen Erfolg brächten, solle geprüft werden, ob und wie die Bundesländer formell in die IMK-CW aufgenommen werden, um sie in das Planungsverfahren und die Durchführung vollständig einzubinden.

3) Unterrichtung des Deutschen Bundestages

BM Stoltenberg liegt z. Z. der Entwurf eines Schreibens an die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse für Verteidigung, Verkehr, Umwelt und Inneres vor, mit dem der Bundesminister der Verteidigung den Ausschüssen anbietet, sie über den Stand der Planung, soweit dies erforderlich und gewünscht ist, eingestuft (unter „geheim“) zu unterrichten. Die übrigen Ressorts wurden vom BMVg gebeten, sich an dieser Unterrichtung im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit zu beteiligen.⁶

Gröning

VS-Bd. 12150 (201)

262

Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 3555

Citissime

Aufgabe: 5. September 1989, 20.40 Uhr¹

Ankunft: 5. September 1989, 19.59 Uhr

Betr.: Lage in Litauen;

hier: Eindrücke von einer Dienstreise nach Vilnius

Bezug: DB Nr. 3505 vom 31.8.89 – Pol 320.10/2²

Zur Unterrichtung

Nachfolgend faßt die Botschaft die wichtigsten Eindrücke einer 2 1/2-tägigen Dienstreise von zwei Mitarbeitern nach Vilnius zusammen. Ausführlicher Schriftbericht folgt.³

1) In Vilnius herrscht trotz großer politischer Spannung äußerlich vollkommene Ruhe. Es ist bisher zu keinen Zwischenfällen gekommen. Die politischen Kund-

⁶ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sollten wir auch tun. Mit Büro Stoltenberg abstimmen.“ Vgl. Anm. 1.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 6. September 1989 vorgelegen.

² Gesandter Heyken, Moskau, berichtete über die Reaktionen in den baltischen Sowjetrepubliken auf die Erklärung des ZK der KPdSU vom 26. August 1989. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147113.

³ Für den Schriftbericht Nr. 2874 des Botschaftsrats Adam und des Legationsrats Wolter, beide Moskau, vom 13. September 1989, der mit Begleitvermerk des Botschafters Blech vom selben Tag übermittelt wurde, vgl. Referat 213, Bd. 147117.

gebungen verlaufen angesichts der scharfen politischen Gegensätze überraschend diszipliniert und ruhig. Eine Veranstaltung von Sajūdis mit etwa 1200 Menschen, auf der das Moskauer ZK mit beißendem Spott übergossen und wiederholt die völlige Lostrennung Litauens von der SU gefordert wurde, verlief ungestört. Weder Pfiffe noch Gejohle, weder Drängeleien noch Störversuche fanden statt. Die Miliz trat praktisch nicht in Erscheinung. Die Veranstaltung war dominiert von den alten Fahnen sämtlicher Randrepubliken im „Krisenhalbmond“ von Estland bis Armenien einschließlich der alten zaristischen russischen Trikolore. Prominente Teilnehmer an der Veranstaltung schlossen hochrangige Vertreter von Partei und Regierung mit ein (sic).

2) Sajūdis, eine Bewegung ohne feste Mitgliedschaft mit einem Stab von nur 14 ständigen Mitarbeitern (davon sechs Fahrer und Sekretärinnen), vereinigt nach eigenen Angaben mindestens 75 Prozent der litauischen Bevölkerung. Sajūdis hat zusammen mit den Volksfronten Estlands und Lettlands die baltische Menschenkette organisiert, an der über 1 Mio. Menschen teilnahmen.⁴ Einfluß und Popularität von Sajūdis werden auch daran deutlich, daß die Bewegung in einer Unterschriftenaktion, in der die Nichtigerklärung des Molotow-Ribbentrop-Abkommens⁵ und der Abzug der sowjetischen Truppen gefordert werden, nach eigenen Angaben bereits über 1,5 Mio. Unterschriften sammeln konnte. Über 40 Prozent der Anhänger von Sajūdis sollen Mitglieder der KP sein. Der Vorstand, Sejm genannt, besteht aus 200 Personen, darunter auch hochrangige Regierungsmitglieder. Die Zeitung von Sajūdis hat eine Auflage von über 100 000 in der litauischen und 40 000 in der russ. Ausgabe erreicht. Das Organisationszentrum, in der Stadtmitte unmittelbar neben der Kathedrale, ist erkennbar durch große, weithin sichtbare Karikaturen: Hitler führt die Braut Stalin zum Altar, ein Hakenkreuz- und ein Hammer-und-Sichel-geschmückter Arm tauschen das Territorium Litauens gegen einen Sack von 31 000 Goldmark.

3) Die Ziele von Sajūdis, entsprechend einem knapp dreistündigen Gespräch mit Vytautas Landsbergis, dem Präsidenten von Sajūdis: vollständige Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Litauens, im besten Fall eine „Finnlandisierung“ ohne regierende kommunistische Partei, im zweitbesten Fall ein Verbleib im Warschauer Pakt, aber ohne Stützpunkte der Sowjetarmee und mit einer kommunistischen regierenden Partei, die jedoch vollständig unabhängig sein muß von Moskau und in ihrem Programm Mehrparteiensystem und weitgehend sozialdemokratische Grundsätze anerkennen muß. Litauen sei niemals rechtsgültig der SU beigetreten, insofern könne es jetzt auch nicht austreten. Der Westen solle unbedingt an seiner Nichtanerkennungspolitik festhalten, unter-

⁴ Am 23. August 1989 bildeten ca. 1 Mio. Menschen eine etwa 600 km lange Menschenkette, die von Tallinn über Riga bis Vilnius reichte, um an den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR zu erinnern. In einem Appell vom selben Tag forderten die Unabhängigkeitsbewegungen der baltischen Sowjetrepubliken das Recht auf Selbstbestimmung. Vgl. dazu den Artikel „Hunderttausende Balten begehren gegen die russische Vorherrschaft auf“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. August 1989, S. 1 f.

⁵ Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Ferner schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

halb der formalen diplomatischen Ebene jedoch Kontakte auf allen Kanälen intensivieren: Sport (Litauen will bei den Olympischen Spielen 1992⁶ mit eigener Mannschaft antreten), Städtepartnerschaften, gesellschaftliche Organisationen, Kulturzentren und Studentenaustausch, pragmatischere Visaerteilung, Handelsvertretungen. Westen, insbesondere Bundesrepublik Deutschland, solle mit größerem Nachdruck darauf hinweisen, daß Annexion des Baltikums widerrechtlich erfolgt sei und baltische Völker heute noch unter Nachwirkungen des Hitler-Stalin-Paktes zu leiden hätten. Baltischen Völkern bleibe Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Niemand könne Interesse an Destabilisierung der Region haben. Aber gerade Deutsche sollten wissen, daß Vorenthalt des Selbstbestimmungsrechtes auf Dauer keine Stabilität zu schaffen vermöge. Destabilisierung habe drei Aspekte: Wiederherstellung demokratischer Institutionen und Respekt vor Menschenrechten seien gut vorangekommen. Es mangle jedoch noch an jeglichem Ansatz, die Stalinsche Pervertierung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung zu korrigieren. Westen solle bei den Abrüstungsverhandlungen mit Moskau Lage im Baltikum miteinbeziehen und Moskau Konzessionen anbieten, falls Moskau Truppen aus baltischen Staaten zurückzieht.

Großes Interesse besteht an der Einrichtung einer Fährverbindung Klaipėda–Travemünde. Hiervon erhofft man sich nicht nur unmittelbare Direktkontakte zu Westeuropa, sondern eine deutliche Belebung des Tourismus und des Transitverkehrs.

4) Charakteristisch für Litauen ist, daß weite Teile der Kommunistischen Partei und der Regierung Sajūdis unterstützen. Prominent ist die Stv. MP Kazimira Prunskienė, die die Ziele von Sajūdis voll unterstützt und an der o.g. Kundgebung auf der Rednertribüne teilnahm. Auch sie will ein staatlich soweit wie möglich unabhängiges Litauen. Sie ist zur Zeit einer der interessantesten und einflußreichsten Gesprächspartner in Litauen. Sie will demnächst Deutschland besuchen (Kiel und Wiesbaden). Die Kommunistische Partei Litauens will sich noch in diesem Monat auf einem Sonderparteitag selbständig erklären, sich ein neues Statut und ein neues Programm geben und den Passus über die „führende Kraft im Staate“ aus der Verfassung streichen. Schon die nächsten Lokalwahlen sollen auf der Basis einer offenen Konkurrenz zwischen mehreren Parteien stattfinden.

5) Die „Erklärung“ des ZK der KPdSU⁷ wurde einhellig als Versuch gewertet, Zwietracht zu sähen und die baltischen Volksfronten zu diskreditieren. Sie sei typischer Ausdruck des absoluten Mangels an demokratischer Tradition inner-

⁶ Die XVI. Olympischen Winterspiele wurden vom 8. bis 23. Februar 1992 in Albertville ausgetragen. Die XXV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 25. Juli bis 9. August 1992 in Barcelona statt.

⁷ Gesandter Heyken, Moskau, teilte am 28. August 1989 mit, im sowjetischen Fernsehen sei am 26. August 1989 eine Erklärung des ZK der KPdSU zum Baltikum verlesen worden. Darin sei von „nationalistische[n], extremistische[n] Gruppierungen“ die Rede, die offen „separatistische, antisowjetische und antisozialistische Absichten“ bekundeten, aber nicht die wahre Stimmung der Bevölkerung ausdrückten. Es werde vor der Gefahr von Bürgerkonflikten gewarnt, die letztlich die Lebensfähigkeit der betroffenen Völker bedrohten. Der Wohlstand des Baltikums lasse sich dagegen nur im Verband mit der UdSSR anheben. Heyken führte dazu aus, es erscheine „unvorstellbar, daß ein solches Dokument im Namen des ZK erscheint, ohne daß der Generalsekretär es gebilligt hat. Offenbar ist der Druck derjenigen, die ein klares Signal fordern, so stark geworden, daß Gorbatschow auch diese Sprache billigen mußte, die sonst kaum zu seinem Stil paßt.“ Die Erklärung hinterlasse den Eindruck „hilfloser Ohnmacht eines zentralen Parteiapparates, dem mehr und mehr die tatsächliche Kontrolle über die politischen Ereignisse in diesem Land entgleitet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3440; Referat 213, Bd. 147113.

halb der Partei. Die Vorwürfe, die sie enthalte, seien völlig aus der Luft gegriffen. Die massiven Einschüchterungsversuche zeigten, daß das friedliche Zusammenleben der Völker in erster Linie von dieser Art des großrussischen Chauvinismus bedroht sei. In Litauen sei die politische Auseinandersetzung bislang völlig gewaltlos verlaufen, und so solle es bleiben. Wer die „Lebensfähigkeit“ der Völker bedroht sehe, bloß weil sie beanspruchten, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, verrate entweder imperialistisches oder zutiefst paternalistisches Gehabe. Beides sei mit „Neuem Denken“ nicht vereinbar. Sajūdis hat in Absprache mit den anderen beiden Volksfronten des Baltikums als Reaktion auf die ZK-Erklärung einen Aufruf an die Völker der SU und einen Brief an GS Pérez de Cuéllar verfaßt. (Der Text des Aufrufes wird mit Schriftbericht übermittelt.) In dem Schreiben an den UNO-GS wird um die Entsendung einer Fact-finding-Kommission gebeten. Sie solle sich von der Unhaltbarkeit der Behauptungen der ZK-Erklärung vor Ort überzeugen.

6) Wertung

Litauen liegt eindeutig an der Spitze der baltischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Bisher hat Sajūdis es verstanden, flexibel, kaltblütig und besonnen die jeweiligen Forderungen so zu dosieren, daß eine offene Konfrontation mit Moskau vermieden werden konnte. Die Erklärung des ZK und die in Vilnius spürbare Hartnäckigkeit weisen darauf hin, daß der Raum für Flexibilität und Kompromisse immer schmaler wird. Ligatschows drohende Äußerungen vom 2.9.89 lassen vermuten, daß maßgebende Kräfte in Moskau eine Abtrennung der Litauischen Partei nicht hinzunehmen gewillt sind. Eine formale staatliche Autonomie mag noch akzeptabel sein. Die Durchtrennung der direkten Machtkanäle der Parteihierarchie müßte jedoch den gegenwärtigen zentralistischen Steuerungsapparat der Partei im Kern treffen. Gorbatschows Position in dieser Auseinandersetzung läßt sich nicht klar bestimmen. Er soll Brazauskas nachdrücklich am Telefon gewarnt haben, den zentralen Parteiapparat mit solch einer Sezession auf Parteiebene herauszufordern.

Im Baltikum könnte schon bald die Stunde der Wahrheit für Perestroika und „Neues Denken“ schlagen. Nach außen ist der Breschnew-Doktrin⁸ eine klare Absage erteilt worden. Gilt sie im Inneren der SU fort? Wie will Moskau mit einer echten Massenbewegung, die einhellig die Wiederherstellung staatlicher Selbständigkeit fordert, auf die Dauer fertig werden? Die Gewährung wirtschaftlicher Selbständigkeit wird zwar ab 1.1.90 vielleicht zunächst für geraume Zeit die politischen Kräfte an andere, pragmatischere Aufgaben binden, mittelfristig jedoch das Reibungspotential zwischen Peripherie und Zentrum nur noch weiter vermehren.

Die Konfrontation im Baltikum ist – im Gegensatz zu den Konflikten im Kaukasus – bisher durch Gewaltlosigkeit und eine atemberaubende politische Dynamik gekennzeichnet. Sajūdis ist noch nicht einmal ein Jahr alt! Angesichts dieser Dynamik ist jeder Versuch einer Prognose riskant. Die gegenwärtige Führungsgruppe von Sajūdis beeindruckt durch taktisches Geschick, Flexibilität im Vorgehen und Radikalität in den Zielvorstellungen. Sie weiß zwar, daß ein gewaltvoller Konflikt mit Moskau unter allen Umständen vermieden werden muß.

⁸ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

Ob dies allerdings angesichts der sich versteifenden Intransigenz Moskaus und der Radikalisierung der öffentlichen Meinung im Baltikum möglich bleibt, ist aber keinesfalls ausgemacht.

Zunehmend versucht Sajūdis, ebenso wie die anderen beiden Volksfronten des Baltikums, direkten Einfluß auf die öffentliche Meinung in Europa zu gewinnen. Es könnte sein, daß die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs am entschiedensten nicht von außerhalb, sondern von innerhalb der SU in Frage gestellt werden. Landsbergis selbst meinte, der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands führe nur über die Unabhängigkeit des Baltikums. Dieses Zitat läßt das Ausmaß der Krise erkennen, die sich im Baltikum anbahnen könnte.

Die zunehmende Härte der Moskauer Reaktionen, nicht nur die Frage nach dem Charakter der zukünftigen Föderation der SU, sondern auch nach Struktur und Programmatik der Partei, wird Moskau vom Baltikum beschleunigt aufgedrängt und zeigt, wie sehr ernst man die baltische Entwicklung bis herauf in die Führung der SU derzeit nimmt. Andererseits führt⁹ Härte in Moskau, vor allem wenn sie sich in einem drohenden und massiven Ton äußert, auch zur Polarisierung.

[gez.] Heyken

Referat 213, Bd. 147117

263

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger

105-A89/5

6. September 1989¹

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger am 6.9. 1989, 11.00 Uhr (im weiteren abgekürzt als BM und E.)²; hier: Dolmetscheraufzeichnung

Bei dem etwa 55 Minuten dauernden Gespräch wurde über aktuelle Fragen der amerikanischen Innen- und Außenpolitik gesprochen sowie über die Lage in Zentralamerika, in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn. Das deutsch-amerikanische Verhältnis, die Bekämpfung des Drogenhandels und Entwicklungen im Abrüstungsbereich kamen außerdem zur Sprache.

Im einzelnen:

1) Zu Beginn des Gesprächs griff *Eagleburger* das Thema Zentralamerika, Nicaragua auf. Hier habe die amerikanische Regierung mit den meisten Problemen

⁹ Korrigiert aus: „löst“.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Notbohm am 7. September 1989 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher am 8. September 1989 vorgelegen.

² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Eagleburger traf ferner am 7. September 1989 mit Bundesminister Seitzers zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 37.

zu rechnen. Sie versuche, ihre Haltung zur Frage der Contras abzuändern und sich auf die Ergebnisse der in Nicaragua anstehenden Wahlen³ vorzubereiten. Dies führe zu Schwierigkeiten mit der republikanischen Rechten. Das Problem sei also eher innenpolitischer Natur. Selbst Baker, der stets gute Beziehungen zu den konservativen Republikanern gehabt habe, sehe sich nun Problemen mit ihnen gegenüber. Obwohl sie keine wirkliche Kontrolle über irgend etwas ausüben könnten, seien sie doch in der Lage, den Gesamtprozeß zu verlangsamen.

2) Abgesehen von diesem eher innenpolitischen Problem, so E., sei die Position des Präsidenten⁴ unangefochten und auch von den Demokraten nicht angreifbar.

3) Was die Sowjetunion und Europa anbetreffe, so E., gebe es keine größeren Probleme.

BM bestätigte, daß die amerikanische Außenpolitik in diesen Bereichen ausgezeichnet sei. Der Gipfel in Brüssel⁵ sei ein Erfolg für das gesamte Bündnis gewesen. Das Vertrauen in die Allianz sei größer als seit vielen Jahren. Dies gelte nicht nur für die Politiker, sondern auch für die Öffentlichkeit. In der gesamten Bundesrepublik höre man keine antiamerikanischen Äußerungen mehr, nicht einmal von der Linken. Dies gelte auch für die vom Bündnis verfolgte Politik. In der Bundesrepublik existiere eine breite Basis für die gemeinsame Politik der NATO. BM hob hervor, daß eine derartige Unterstützung für Demokratien von herausragender Bedeutung sei.

4) *Eagleburger* erkundigte sich dann nach potentiellen Problemfeldern im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Er äußerte die Sorge, daß die militärische Rolle der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik zu einem Problem werden könne. E. bat BM um seine Einschätzung der Lage.

BM entgegnete, daß einzelne Gruppen zwar versuchten, diese Frage vor den Wahlen⁶ zu einem Thema zu machen, daß das Echo in der deutschen Öffentlichkeit jedoch gering sei. Vorsicht sei in jedem Fall geboten. Gespräche zwischen dem Verteidigungsminister der Bundesrepublik, Stoltenberg, und seinen Kollegen sowie den Verbündeten seien hier sehr wichtig. Stoltenberg sei ein guter Verteidigungsminister, besser als seine beiden Vorgänger⁷. In der Bundesrepublik gebe es keine Diskussionen mehr über die Bundeswehr. Dies sei darauf zurückzuführen, daß der Verteidigungsminister größeres Interesse an den Soldaten als an Panzern und Raketen habe.⁸ Es sei⁹ wichtiger, sich zunächst um eine Verbesserung der Situation der Soldaten zu bemühen. Dies finde in der deutschen Öffentlichkeit ein positives Echo. In seiner Zeit als Finanzminister sei Stoltenberg sehr viel stärker kritisiert worden als nun als Verteidigungsminister. Er sei der erste beliebte Verteidigungsminister nach Schmidt und Leber. Nach Ansicht BM sei dies ein gutes Signal. Potentielle Probleme im deutsch-amerikanischen

³ In Nicaragua fanden am 25. Februar 1990 Präsidentschaftswahlen statt.

⁴ George H. W. Bush.

⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁶ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁷ Manfred Wörner und Rupert Scholz.

⁸ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Soldaten, so habe er einmal gesagt, könnten abstimmen, Panzer nicht.“

⁹ Die Wörter „Es sei“ wurden von Bundesminister Genscher eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Deshalb sei es“.

Verhältnis ließen sich bei ausreichender Sorgfalt und Wachsamkeit überwinden bzw. vermeiden.

Eagleburger erwähnte, daß Walters morgen von seiner USA-Reise zurückkomme. Er habe sich sehr besorgt gezeigt. Was ließe sich in dieser Hinsicht tun?

BM entgegnete, daß er¹⁰ mit Hans-Jochen Vogel zusammentreffen werde und diese Frage dabei ansprechen könne. Sollten sich Probleme ergeben, so könnten diese noch vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen¹¹ diskutiert werden.

Eagleburger warnte davor, eine konfliktähnliche Situation zu schaffen, in der es aussehe, als ob die Deutschen Forderungen stellten.

BM erwiderte, daß man aus diesem Grund die Frage nicht in der Öffentlichkeit ansprechen wolle. In jedem Fall sei jedoch die Beurteilung durch Hans-Jochen Vogel abzuwarten.

5) *Eagleburger* kündigte Bewegung im Hinblick auf die START-Gespräche an. Bisher habe der Präsident aus verschiedenen – u. a. haushaltspolitischen – Gründen Vorsicht walten lassen. Er und auch Scowcroft hätten befürchtet, daß man zu schnell zu große Schritte machen könne, was die Demokraten dann hätten ausnutzen können, um die Verteidigungsausgaben zu drücken. Obwohl die Debatte über den Verteidigungshaushalt noch nicht abgeschlossen sei, wolle man nun die Dinge mehr vorantreiben. Auch die Verhandlungen über konventionelle Sicherheit in Europa liefen gut. Der deutsche Beitrag sei hier besonders hervorzuheben.

BM nannte Dr. Josef Holik einen sehr erfahrenen Mann. Dies sei wichtig; Ergebnisse in diesem Bereich ließen sich sehr bald erzielen. Nach Ansicht *BM* habe auch die Sowjetunion ein großes Interesse an Ergebnissen. Dafür sprächen nicht nur finanzielle Überlegungen, dies sei auch eine Frage der Ressourcen. Jedes nicht für militärische Zwecke genutzte Fahrzeug in der Sowjetunion stehe für dringend zu erfüllende zivile Bedürfnisse zur Verfügung. Die Sowjetunion habe aus der Erfahrung mit den Mittelstreckenraketen und dem NATO-Doppelbeschluß¹² gelernt. Die unnachgiebige Haltung des Westens sei hier von vorrangiger Bedeutung gewesen.

6) *Eagleburger* bat um Einschätzung der Lage in Polen.

BM erwähnte, daß er Wałęsa in zwei Tagen zum dritten oder vierten Mal treffen werde.¹³ Die Polen sähen sich sehr großen Schwierigkeiten gegenüber.¹⁴

BM hob hervor, wie wichtig ein Erfolg für die Solidarität sei. Er betonte, daß die Bundesrepublik Polen helfen wolle. Man¹⁵ denke¹⁶ zunächst daran, ihnen im

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „am Montag“.

¹¹ Die 44. VN-Generalversammlung begann am 19. September 1989 in New York.

¹² Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

¹³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, am 8. September 1989 vgl. Dok. 267 und Dok. 268.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Dies werde, so E, noch erschwert durch die Tatsache, daß die Solidarität nun die Verantwortung übernommen habe.“

¹⁵ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Dabei“.

¹⁶ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „man“.

Pariser Club eine Atempause von zwei, drei Jahren zu verschaffen. Man müsse vermeiden, eine Situation heraufzubeschwören, in der die Reformer für die Fehler ihrer Vorgänger zu bezahlen hätten. BM erinnerte an die erste demokratische deutsche Republik nach dem Ersten Weltkrieg. Sie habe die Fehler des Kaisers¹⁷ geerbt. Und wer habe davon profitiert? Die Polen bräuchten außerdem den Rat von Sachverständigen und Experten. Deutsche, vielleicht auch amerikanische und französische Sachverständige könnten mit dem notwendigen Know-how im wirtschaftlichen, finanziellen und haushaltspolitischen Bereich den Polen zur Seite stehen. BM nannte hier Herrn Herrhausen und schloß auch die Möglichkeit nicht aus, den früheren Minister Schiller noch einmal zu einer solchen Aufgabe heranzuziehen. Er betonte, daß dies Leute mit langer Erfahrung seien. Die Polen hätten zwar den Willen, Reformen durchzuführen, doch fehlten ihnen die nötigen Mittel. Behindert würden sie außerdem durch eine Bürokratie, die an einem Fehlschlag ihrer Politik interessiert sei. BM verwies darauf, daß er der Solidarität empfohlen habe, die Kommunisten nicht nur im Innen- und Verteidigungsbereich einzusetzen, sondern ihnen auch in anderen Bereichen, z.B. dem Wirtschaftsbereich, Verantwortung zu übertragen. Sie würden dann nicht mehr in der Lage sein, den anderen die Schuld für mögliche Probleme zuzuschreiben. Außerdem benötigten die Polen dringend neues Geld. BM erklärte, daß er dabei nicht nur an Kredite denke, sondern auch an Bürgschaften für¹⁸ westliche Investitionen und an Managementhilfe¹⁹. Bei einem Treffen mit Wałęsa im Dezember letzten Jahres in Paris habe er diesen davon überzeugen können, daß Joint-ventures mit deutschem, amerikanischem, französischem und britischem Management das richtige Mittel zur Bewältigung der Probleme seien. Den Polen ließe sich vielleicht auch noch in einem vierten Bereich helfen, dem der Nahrungsmittelversorgung. BM berichtete, daß Roland Dumas gestern in Bonn gewesen sei²⁰ und daß diese Frage auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft diskutiert werde. Dumas wolle als Präsident der EGK²¹ eventuell nach Warschau reisen.

7) BM ging dann auf die Situation in Ungarn ein und brachte die Frage der deutschen DDR-Flüchtlinge²² zur Sprache. Er habe seinen sieben Kollegen bereits beim Weltwirtschaftsgipfel in Paris²³ angekündigt, daß das nächste Land, mit dem es Probleme geben werde, die DDR sein werde. Da die Führung in der DDR gegen Reformen sei, bleibe den dort lebenden Menschen keine Hoffnung und

17 Wilhelm II.

18 Die Wörter „Bürgschaften für“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

19 Die Wörter „an Managementhilfe“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Management“.

20 Vortragender Legationsrat Gerdts notierte am 5. September 1989 zum Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem französischen Außenminister am selben Tag: „AM Dumas wird noch vor dem 6. Oktober in seiner Eigenschaft als EG-Präsident nach Ungarn reisen. Er bat BM, bei seinem Gespräch mit Lech Wałęsa am kommenden Freitag (8.9.) zu klären, ob ein solcher Besuch auch in Warschau opportun sei.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

21 So in der Vorlage.

Am 18. September 1989 fand ein Besuch des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Andriessen, in Ungarn statt. Am 19. September 1989 reisten Andriessen und der französische Außenminister Dumas in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident gemeinsam nach Polen. Dumas besuchte Polen und Ungarn erneut vom 16. bis 18. November 1989, diesmal in Begleitung von EG-Kommissionspräsident Delors.

22 Zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Budapest vgl. zuletzt Dok. 250 und Dok. 251. Vgl. dazu ferner DIE EINHEIT, Dok. 3.

23 Für das Gespräch der Außenminister der G 7 am 14. Juli 1989 vgl. Dok. 221.

keine Perspektive. Besonders die jungen Menschen seien deshalb bestrebt, das Land zu verlassen.²⁴

BM erklärte, daß das Problem der Botschaft in Budapest gelöst sei.²⁵ Er rechne damit, daß die noch in Ungarn verbleibenden Deutschen am Freitag²⁶ außer Landes gebracht werden könnten.²⁷ In den vergangenen vier Wochen hätten mehr als 6000 Deutsche Ungarn verlassen. Nach deutschen Angaben rechne man mit mindestens weiteren 6000. Die Deutschen würden mit Unterstützung des Roten Kreuzes aus Ungarn herausgeholt. Auch die Ungarn selbst, so BM auf Nachfrage von E., seien sehr hilfsbereit und kooperativ gewesen. Man habe ihm berichtet, daß die ungarische Grenzpolizei sogar angewiesen worden sei, die Grenze an bestimmten Tagen zu öffnen und die Leute durchzulassen. Auf diese Art und Weise seien die ersten 6000 Deutschen außer Landes gekommen. Es habe dann aber Kritik seitens der Sowjetunion gegeben, und Ungarn habe eingreifen müssen. Da die Sowjetunion ein kurzes Grenzstück mit Ungarn teile, hätten auch einige Soldaten der sowjetischen Roten Armee auf diese Art und Weise das Land verlassen, was die Sowjetunion zum Eingreifen veranlaßt habe. Deshalb seien die Ungarn nun an der Grenze vorsichtiger. Man habe das Verfahren geändert und werde verstärkt auf das Rote Kreuz zurückgreifen. Dieses Verfahren werfe für Ungarn keine Probleme mit der Sowjetunion auf.

BM berichtete dann vom Besuch des ungarischen Außenministers Horn in Begleitung von Németh in der Bundesrepublik vor zwei Wochen. Man habe ein Gespräch im engsten Kreise geführt, bei dem nur der Bundeskanzler, BM, die zwei Ungarn und ein Dolmetscher anwesend gewesen seien.²⁸ Die ungarische Seite habe erwähnt, daß die Ungarn während des Warschauer-Pakt-Gipfels in Bukarest²⁹ ein Papier über die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vorgelegt hätten. Inhalt dieses Papiers sei die Forderung gewesen, daß jeder Mitgliedstaat das Recht auf eigene Entwicklung haben müsse und frei über das eigene soziale und politische System zu entscheiden habe. Dieses Papier sei von allen Anwesenden abgelehnt worden. Erst nachdem Gor-

²⁴ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „BM berichtete von seinem Besuch des Händel-Festivals in Halle im Juni dieses Jahres. Er erwähnte, daß er mit ehemaligen Schulfreunden zusammengetroffen sei, die zum ersten Mal bereit gewesen seien, ihm persönlich gegenüberzutreten. Aus Furcht vor Repressalien hätten sie ihm zuvor nur Briefe geschrieben. BM berichtete, daß diese ausgezeichneten Menschen von ihren Kindern kritisiert und gefragt würden, warum sie geblieben und nicht fortgegangen seien. Dies sei nur ein Beispiel für das, was in zahlreichen Familien in der DDR passiere.“

²⁵ Referat 214 legte am 4. September 1989 dar: „In der Botschaft Budapest halten sich weiterhin keine zufluchtssuchenden Deutschen aus der DDR auf. In den verschiedenen Unterkünften unter Obhut des Ungarischen Roten Kreuzes und des Ungarischen Maltester-Hilfsdienstes befinden sich derzeit (Stand: 4.9., 15 Uhr) rund 5500 Personen“. Die Zahl der Ausreisewilligen steige um 300 bis 400 Personen pro Tag an. Vgl. Referat 214, Bd. 139947.

²⁶ 8. September 1989.

²⁷ Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

²⁸ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher trafen am 25. August 1989 auf Schloß Gymnich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh und Außenminister Horn zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 28 und Dok. 29.

²⁹ Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/coltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

batschow sich mit dem ungarischen Vorschlag identifiziert habe, sei dieser Text auch von den anderen Mitgliedern akzeptiert worden. Unter der Voraussetzung allerdings, daß man Mitglied im Warschauer Pakt bleibe. Zwei Tage, bevor Jaruzelski den neuen Ministerpräsidenten³⁰ ernannt habe, habe Ceauşescu einen zweiten Gipfel gefordert.³¹ Dieser Vorschlag sei von Gorbatschow verworfen worden.³² BM verwies auch auf den Parteitag, der am 6.10. in Ungarn stattfinden werde.³³ Die Ungarn hätten ihn wissen lassen, daß sie diesen Parteitag zum Anlaß nehmen wollten, ihren Reformkurs zu bekräftigen. Eine Entwicklung wie die in Polen wollten sie vermeiden. Anläßlich ihres Besuchs hätten Außenminister Horn und Németh auch von einer möglichen Spaltung der Partei während des Parteitags gesprochen. Nach Ansicht BM wünschten die Ungarn diese Spaltung.³⁴ Die Ungarn hätten auch eine Reihe von Fragen an die Adresse der EG. BM erwähnte, daß er diese Fragen auch in seinem Gespräch mit Dumas angesprochen habe. Dumas werde noch vor dem 6.10. nach Ungarn reisen und später vielleicht auch noch Warschau besuchen. Die Ungarn hätten anläßlich ihres Besuchs ebenfalls erwähnt, daß die Oppositionsparteien in Ungarn einen Austritt aus dem Warschauer Pakt diskutierten. Ihm habe Németh aber gesagt, daß sie an einen solchen Austritt nicht dächten. Sollte der Warschauer Pakt sich jedoch in die inneren Angelegenheiten Ungarns einmischen, dann stelle sich die Frage neu³⁵. BM übergab E. daraufhin einen Text mit dem Titel „Ungarische Erwartungen³⁶ gegenüber den USA“ (Anlage³⁷), den die Ungarn ihm gegeben hätten mit der Bitte, auf die Amerikaner einzuwirken.

Eagleburger erwiderte auf die Frage BM, daß die Ungarn bis jetzt noch keine Bitten an sie herangetragen hätten.

8) *BM* berichtete, daß er in seinem Gespräch mit Dumas auch darüber gesprochen habe, wie die EG die USA beim Kampf gegen den Drogenhandel unterstützen können. Er bat, auch im Namen von Dumas, E. darum, deutlich zu machen, wie die USA am besten zu unterstützen seien. Dabei denke er nicht nur an den Drogenhandel innerhalb Europas, sondern auch und vor allem an die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels.

Eagleburger sagte dem Minister die Zusendung von weiteren Informationen zu. Als ein Beispiel für mögliche Unterstützung seitens der Bundesrepublik erwähnte er die Bereitstellung eines besonderen Flugzeugtyps, den die USA nicht zur Ver-

³⁰ Tadeusz Mazowiecki.

³¹ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „Noch zwei Tage zuvor habe Jaruzelski über seine Absichten für einen neuen Ministerpräsidenten gesprochen. Diese Frage sei zum damaligen Zeitpunkt bereits in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Ceauşescu habe dies zum Anlaß genommen, einen zweiten Gipfel zu fordern.“

³² An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Gorbatschow habe öffentlich gesagt, es handle sich hier um die Angelegenheiten der Polen und nicht um die des Warschauer Pakts.“

³³ Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

³⁴ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Sie sprachen bereits von der kommunistischen Partei, als habe es niemals eine Verbindung gegeben.“

³⁵ Der Passus „dann ... neu“ wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dann müsse über einen möglichen Austritt diskutiert werden.“

³⁶ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bestrebungen“.

³⁷ Dem Vorgang nicht beigefügt.

fügung stellen könnten. Es handle sich hierbei um die CASA 235, ein besonders geländegängiges und zu kurzen Starts und Landungen fähiges Flugzeug. Es gehe dabei nicht nur um die Bereitstellung eines Flugzeugs, sondern auch um eine begrenzte Ausbildung an diesem Flugzeug.

BM entgegnete, daß er mit diesem Flugzeugtyp nicht vertraut sei. Er unterstrich die Bedeutsamkeit gemeinsamen Vorgehens.

Eagleburger sagte, daß er bereits vor der Friedrich-Ebert-Stiftung davon gesprochen habe, daß die Situation sehr ernst sei. Das Drogenproblem der Vereinigten Staaten werde eines Tages auch das Problem der Deutschen sein. Deshalb müsse man gemeinsam und rechtzeitig dagegen angehen.

BM fragte daraufhin, ob es dabei ausschließlich um Kolumbien gehe.³⁸

Eagleburger erwiderte, daß jedes andere Land genauso wichtig sei, doch Kolumbien habe eine besondere Bedeutung. Dort gebe es eine Regierung innerhalb der Regierung. Barco müsse unterstützt werden, da er zeigen wolle, daß er die Drogenmafia in den Griff bekommen könne. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß die Drogenmafia besser bewaffnet sei als das kolumbianische Militär. E. verwies auf nachrichtendienstliche Informationen vom selben Tage, denen zufolge die Drogenmafia in der Lage sei, Luft-Boden-Raketen zu beschaffen. Barco sei mutig, und deshalb verdiene er jegliche Unterstützung. Ein Fehlschlag seiner Bemühungen bedeute den Ruin für alle.

9) BM bat E. um eine Beurteilung der Lage in der Sowjetunion.

Eagleburger entgegnete auf die Frage, ob er neue Information habe, daß auch er nur das beobachten könne, was BM sehe. Das Hauptproblem, so habe Schewardnadse bei seinem letzten Treffen mit Außenminister Baker³⁹ gesagt, sei die Nationalitätenfrage. Dieses Problem mache die Russen nervös. Nach der deutlichen Erklärung von Gorbatschow zum Thema der baltischen Staaten⁴⁰ habe man die Amerikaner gebeten, sich nicht in diese Frage einzumischen. Dies sei ihnen auch von amerikanischer Seite zugesagt worden. Bessmertnych habe E. anlässlich seines Washington-Besuchs auch berichtet, daß sie beunruhigt seien über das, was die Emigranten aus den baltischen Staaten verlauten ließen. Ihre Äußerungen würden von den Medien in den baltischen Staaten wiederaufgegriffen. E. erwähnte außerdem, daß aufgrund des Parteipenums nächste Woche⁴¹

³⁸ Zur Unterstützung des Kampfs gegen den internationalen Drogenhandel durch die Bundesregierung vgl. Dok. 282 und Dok. 324.

³⁹ Die Außenminister Baker (USA) und Schewardnadse (UdSSR) trafen am 29. Juli 1989 am Rande der internationalen Kambodscha-Konferenz in Paris zusammen. Gesandter Heyken, Moskau, übermittelte dazu am 3. August 1989 Informationen des amerikanischen Botschafters Matlock vom Vortag: „Schewardnadse habe unter vier Augen die innersowjetische Entwicklung erläutert. Tenor: sehr schwierige Periode, Führung sei dennoch fest entschlossen, an Perestroika festzuhalten. Baker habe Schewardnadse weiterhin Erfolg gewünscht. Die USA wollten keine Schwierigkeiten machen. [...] Zugleich habe Baker – Matlock bat hierzu um vertrauliche Behandlung – in freundlichen Worten die Auffassung vertreten, daß die zukünftige amerikanisch-sowj. Zusammenarbeit leiden könne, wenn die SU ihre Reformpolitik einschränke.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3069; Referat 213, Bd. 147165.

⁴⁰ Vgl. dazu die Erklärung des ZK der KPdSU vom 26. August 1989; Dok. 262, Anm. 7.

⁴¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 21. September 1989 zum Plenum des ZK der KPdSU am 19./20. September 1989 in Moskau: „Gorbatschow hat auf diesem Plenum unter Beweis gestellt, daß er die Fäden der sowjetischen Politik stärker denn je in der Hand hält.“ Verschiedene konservative Mitglieder des Politbüros seien entfernt und durch Reformer ersetzt worden: „Gorbatschow hat auf diesem Plenum Parteifragen und dem Ausbau seiner Machtstellung Priorität vor den virulenten Nationalitätenkonflikten eingeräumt [...]. So kritisch, unbeirrt und hart er mit den Konservativen

das ursprünglich für den 8. vorgesehene Treffen Baker–Schewardnadse verschoben worden sei. Dies sei auf eine Bitte der Sowjets erfolgt und mache deutlich, daß es Probleme gebe. Anzeichen für eine organisierte Opposition gebe es jedoch nicht. Dies sei sicherlich zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Opposition auch wisse, daß die Probleme ernst seien, und selbst keinen Lösungsvorschlag habe.

BM bestätigte, daß sich alle Gruppierungen in der Sowjetunion dahingehend einig seien, daß die Lage schlecht sei. Niemand habe eine Alternative, und dies sei auch die Stärke Gorbatschows. *BM* vertrat die Ansicht, daß es für Gorbatschow hilfreich sei, daß er auch von den progressiven Gruppen kritisiert werde. Dies schaffe ihm eine Position in der Mitte. *BM* gab auch seiner Überzeugung Ausdruck, daß es eine stille Beziehung zwischen Gorbatschow und Jelzin⁴² gebe.

Eagleburger bat *BM* um Bestätigung einer von den Ungarn ihnen gegenüber gemachten Aussage. Die Ungarn hätten ihm gesagt, daß sie nervös seien angesichts der Zukunft Gorbatschows. Sie hofften, daß er bei der Durchsetzung seiner Reformen auch die notwendigen Pausen einlege.

BM entgegnete darauf, daß ihm gegenüber keine derartige Äußerung gemacht worden sei. Németh habe jedoch gesagt, daß ein Fehlschlag der ungarischen und polnischen Politik sich auch auf die Position Gorbatschows auswirken werde. Die Ungarn hätten ihm gesagt, eine Unterstützung Ungarns bedeute gleichzeitig eine Unterstützung der Reformen in der Sowjetunion. Nur in diesem Zusammenhang sei also diese Frage angesprochen worden.

Eagleburger hob hervor, daß seiner Ansicht nach die Erfolgsaussichten des ungarischen Reformprozesses weit höher seien als die des polnischen. Er bat *BM* um Bestätigung.

BM teilte diese Auffassung. Erstens sei Ungarn ein kleineres Land und könne deshalb mit westlicher Unterstützung auch stärker werden, zweitens seien die Strukturen in Ungarn auch günstiger als in Polen. Vielleicht seien auch die Kenntnisse der ungarischen Führung größer. Die Politik der Reform werde schon seit langem diskutiert. Die Solidarität hingegen habe lange um ihr Überleben kämpfen müssen. Nun habe sie vielleicht sogar mehr Macht, als sie erwartet habe und als ihr lieb sei. Die Aufgabe des Westens sei es jetzt, darauf zu achten, daß diese Politik nicht fehlschlage. *BM* hob hervor, daß er nicht nur als Deutscher spreche, der eine besondere Verantwortung trage, sondern auch als Mitglied der westeuropäischen Gemeinschaft.

Eagleburger erklärte dazu, daß auch die Vereinigten Staaten mehr zu tun gedächten, als der Präsident öffentlich bekanntgegeben habe.⁴³ Dies sei jedoch eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 1164

in der Partei ins Gericht ging, so konsequent insistierte er auf den Prinzipien seiner Nationalitätenpolitik: Fortbestand der SU und Einheit der Partei.“ Allerdings sei der Weg zu mehr Eigenständigkeit der Republiken, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, geebnet worden: „Offen bleibt derzeit, wie die größere wirtschaftliche, kulturelle und z.T. auch politische Autonomie für die Republiken konkret verwirklicht werden soll.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147110.

⁴² Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dem früheren Parteiführer“.

⁴³ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 10. Juli 1989 vor dem polnischen Parlament in Warschau; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 920–924. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST, Sonderdienst, Dokumentation, S. 1–7.

Vgl. dazu auch das „White House Fact Sheet on Proposed Assistance for Poland and Hungary“ vom 10. Juli 1989; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 924–927. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST, Sonderdienst, Hintergrundmaterial, S. 1–6.

Geldfrage. Man müsse sorgfältig abwägen, wofür man Mittel bereitstellen wolle. Die vom Minister vorgeschlagene Bildung von Joint-ventures, Bereitstellung von Management und Sachverstand seien der richtige Weg.

BM hob noch einmal hervor, wie wichtig für die Polen eine Atempause sei. Der Westen müsse eine gemeinsame Strategie gegenüber der Sowjetunion, Polen und Ungarn ebenso wie gegenüber den anderen Warschauer-Pakt-Staaten verfolgen. Dies solle auch im Mittelpunkt der Gespräche der vier Außenminister in New York⁴⁴ stehen. *BM* bedauerte, daß⁴⁵ nur eine Stunde zur Verfügung stehen werde. Das Gespräch werde sich wohl auf zwei Hauptthemen konzentrieren: Zentralamerika (sofern die Vereinigten Staaten dies wünschten) und die Entwicklungen im Warschauer Pakt.

Eagleburger kam dann noch einmal auf das Thema Zentralamerika zu sprechen. Er betonte die Bedeutung deutscher Unterstützung vor Abhaltung der Wahlen in Nicaragua. Die Deutschen könnten sich an Inspektionen vor den Wahlen beteiligen⁴⁶ und so zur Sicherung der Abhaltung freier Wahlen beitragen. Soweit er wisse, sei die Bundesrepublik bereits Mitglied einer VN-Gruppe.

BM erkundigte sich, ob eine Reise nach Nicaragua⁴⁷ vielleicht hilfreich sein könne. Er habe dies bisher nur aus Rücksicht auf die USA nicht getan.

Eagleburger begrüßte diesen Vorschlag. Er bedankte sich außerdem für die Unterstützung der EG im Falle Panamas.⁴⁸

10) *BM* erkundigte sich darauf nach den amerikanischen Beziehungen zu Kuba. *Eagleburger* entgegnete kurz, es gebe keine. Er fuhr fort und erklärte, daß die Beziehungen schlecht seien. Die Rede Castros vor etwa zwei Wochen sei interessant gewesen, insofern als sie einer Honecker-Rede geähnelt habe. Castro habe betont, daß man Kommunisten bleiben werde. Nach Ansicht von E. sei dies Ausdruck der Nervosität Castros angesichts der Unterstützung durch die Sowjetunion. E. schloß eine mögliche Veränderung in den Beziehungen zu Kuba nicht aus, hob jedoch hervor, daß diese Frage nicht parallel zu der Zentralamerikafrage behandelt werden könne. Diese Dinge müßten Schritt für Schritt und eins nach dem anderen erfolgen. E. äußerte sich erfreut über die Tatsache, daß es in Nicaragua nun eine geeinte Opposition gebe. Die Tatsache, daß Frau Chamorro der Opposition nun vorstehe, sei sehr hilfreich. Der Westen müsse nun noch mehr

⁴⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Major (Großbritannien) am 27. September 1989 vgl. Dok. 284, Anm. 26.

⁴⁵ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „darin“.

⁴⁶ Zur Beteiligung der Bundesrepublik an der „Grupo de Observadores de las Naciones Unidas en Centroamérica“ (ONUCA) vgl. Dok. 245, Anm. 17.

Zur Vorbereitung einer Ressortbesprechung am 19. September 1989 erläuterte Referat 230: „Bundesregierung steht bei den ZA-Staaten und dem VN-Sekretariat im Wort, sich an ONUCA zu beteiligen. [...] Einem Einsatz der Bundeswehr stehen die BSR-Beschlüsse von 1982 entgegen. Ein Einsatz des BGS kommt nach Ansicht des BMI wegen des militärischen Charakters dieser Mission nicht in Betracht. Um den an uns gestellten Erwartungen zu entsprechen, müssen wir daher prüfen, ob wir uns auf logistischem, technischem oder medizinischem Gebiet an ONUCA beteiligen können.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146600.

⁴⁷ Die Wörter „nach Nicaragua“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in die Region“.

⁴⁸ Zur Entwicklung in Panama und der Annullierung der dortigen Wahlen vgl. Dok. 134.

Die EG-Mitgliedstaaten gaben im Rahmen der EPZ am 2. September 1989 eine Erklärung zu Panama ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 9/1989, S. 56.

tun, um das Licht der Öffentlichkeit weiter auf diesen Bereich der Welt scheinen zu lassen.

BM erwähnte, daß er möglicherweise Ende Oktober Costa Rica besuchen werde.

Eagleburger begrüßte diese Absicht, solange sie nicht als Ausdruck deutscher Unterstützung für die Sandinistas mißverstanden werde.

BM und *Eagleburger* versicherten sich gegenseitig, daß sie weiterhin in Kontakt bleiben würden.

Referat 010, Bd. 178931

264

Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong

7. September 1989¹

Deutsch-chinesische Beziehungen;

hier: Gespräch zwischen AL2, MD Teltschik, und dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong

AL2 empfing heute den chinesischen Botschafter Mei Zhaorong auf dessen Bitte zur Übermittlung einer mündlichen Botschaft der chinesischen Führung an den Bundeskanzler.

Aus dem Gespräch, an dem Botschaftsrat Ma Canrong und der Unterzeichnete² teilnahmen, ist folgendes festzuhalten:

Mei erklärte eingangs, daß er während seines zurückliegenden, fast zweimonatigen Aufenthalts in China am 15. August 1989 vom neuen Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, empfangen worden sei. Dieser habe ihn beauftragt, die nachfolgende mündliche Botschaft dem Bundeskanzler persönlich zu übermitteln. Er, *Mei*, verstehe aber, daß der Bundeskanzler gegenwärtig nicht die Zeit habe, ihn selbst zu empfangen.

GS Jiang Zemin lasse dem Bundeskanzler mitteilen, daß es der chinesischen Führung nicht möglich gewesen sei, dessen humanitärem Appell zur Verschonung der drei jungen Leute, die in Schanghai wegen Inbrandsetzung eines Zuges

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 22. September 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts“ übermittelt.

Hat Bächmann am 22. September 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 22. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über D3, Dg 34 RL 341 m[it] d[er] B[itte] um Kenntnisnahme. 2) [Durchdruck] vorab 010, 014.“

Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 25. September 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Zeller und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 25. September 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 161823.

² Hans-Christian Ueberschaer.

zum Tode verurteilt worden waren, zu entsprechen.³ Es seien keine Studenten gewesen, und sie hätten nichts mit den Studentenunruhen zu tun gehabt. Die Inbrandsetzung eines Zuges werde nach chinesischem Strafrecht stets mit der Todesstrafe geahndet. Sein Land habe eine von der Regierung unabhängige Justiz. Die Exekutive habe keine Möglichkeit, auf die Rechtssprechung Einfluß zu nehmen.

Zur künftigen Gestaltung des bilateralen Verhältnisses wolle GS Jiang Zemin dem Bundeskanzler folgendes mitteilen:

Die chinesische Führung sei sehr daran interessiert, die freundschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland fortzuführen. Der chinesische Kurs der Reformen im Innern und der Öffnung zum Ausland werde mit Nachdruck weiterverfolgt werden. GS Jiang Zemin werde zum Nationalfeiertag am 1. Oktober eine Grundsatzrede halten, mit der er die Notwendigkeit der Fortführung und Stärkung der bisherigen Reformpolitik begründen werde.⁴

Als ehemaliger Schanghaier Parteichef und Oberbürgermeister sei GS Jiang Zemin im übrigen persönlich daran interessiert, gerade die zwischen Schanghai und deutschen Firmen vereinbarten Projekte fortzuführen.

Auf Frage von AL2 erklärt Mei, daß die Lage in China gut und stabil sei – besser, als er selbst erwartet habe.

Der Ausnahmezustand bestehe nur mehr im Hinblick auf einzelne Objekte in acht Bezirken Pekings. Praktisch unterstütze lediglich die Armee die Polizei bei der Bewachung potentiell gefährdeter Objekte. Während der Tumulte seien zahlreiche Waffen geraubt worden, was eine befristete Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands notwendig mache.

Im Bereich der Wirtschaft rechne die chinesische Führung in diesem Jahr, wenn es nicht noch zu Naturkatastrophen kommen sollte, mit der größten Ernte seit der „Befreiung“ im Jahre 1949.

Die industrielle Produktion habe im ersten Halbjahr d.J., verglichen mit dem Vorjahr, eine Steigerung von 10,6% zu verzeichnen. Dies entspreche der beabsichtigten Reduzierung der wesentlich höheren Steigerungsrate im Vorjahr. Die chinesische Führung wolle die Konjunktur aber noch weiter abbremsen, um fortbestehende Überhitzungserscheinungen abzubauen.

³ Bundeskanzler Kohl richtete am 16. Juni 1989 ein Schreiben an den chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng. Darin bat er darum, im Falle von drei chinesischen Staatsbürgern, die „wegen Aufruhrs und Störung des Eisenbahnverkehrs“ von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden seien, „aus humanitären Gründen von einer Vollstreckung der Todesstrafe abzusehen und die drei Bürger zu begnadigen. Ich bitte Sie, bei der Entscheidung besonders die tragischen Umstände der Tat – sechs Freunde der Verurteilten waren zuvor von dem Zug, der in Brand gesteckt wurde, überfahren und getötet worden – zu berücksichtigen.“ Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bächmann vom 16. Juni 1989 an die Botschaft in Peking; Referat 341, Bd. 161814.

Am 21. Juni 1989 wurde gemeldet, die drei Verurteilten seien hingerichtet worden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel vom selben Tag; Referat 341, Bd. 161814.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Jiang Zemin, am 29. September 1989 auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China vgl. BEIJING RUNDSCHAU, 26. Jg., Nr. 41 vom 10. Oktober 1989, S. 14–30.

Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete dazu am 2. Oktober 1989, die Rede enthalte „weder neue noch vorwärtsweisende Gedanken, sondern liest sich eher wie eine Neuauflage von Gedankengängen der fünfziger Jahre. [...] Nirgends wird ein angeblich liberaler Einfluß von Deng Xiaoping sichtbar. Die Ausführungen des neuen GS manifestieren die konservative und defensive Tendenz der gegenwärtigen Führung“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1907; Referat 341, Bd. 161818.

Die Preissteigerungsrate im ersten Halbjahr d.J. betrage zur Zeit noch immer gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum 25 %. Man sehe jedoch gute Chancen, den Kaufkraftüberhang⁵ abzubauen. Die Sparquote nehme zu. Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs sei allgemein gut, die Preise gäben bereits etwas nach.

Im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen sei die chinesische Führung – wie von GS Jiang Zemin unterstrichen – an der Fortsetzung der guten, freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Jetzt komme es aber auch auf die Haltung der Bundesregierung an.

Aus chinesischer Sicht sei bei uns eine Überreaktion festzustellen. Die USA und Frankreich verhielten sich China gegenüber wesentlich flexibler als wir. Für ihn, Mei, stelle sich die Frage, warum die Bundesregierung die Resolutionen – gemeint sind wohl die beiden Erklärungen des Bundestages zur China-Politik nach den Juni-Ereignissen⁶ – „so ernst nehme“. GB wie F hätten China inzwischen neue Kredite gewährt; die USA versuchten, die Beziehungen zu intensivieren. Das Ganze gelte erst recht für Japan.

Für die chinesische Führung stelle sich die Frage, wie die Bundesregierung die bilateralen Beziehungen weiterführen wolle.

AL 2 weist darauf hin, daß die gegenwärtige Bundesregierung alles ihr Mögliche getan habe, um die Beziehungen zur VR China umfassend auszubauen. In Deutschland habe für die Kooperation mit China nahezu Begeisterung geherrscht; man habe den Eindruck einer Aufbruchssituation in China gehabt. Die Ereignisse am Platz des Himmlischen Friedens hätten auf die Haltung der deutschen Bevölkerung dann wie eine kalte Dusche gewirkt. Kriterium der Bundesregierung für ihre weitere China-Politik sei jetzt das Ausmaß der Bereitschaft der chinesischen Führung, ihre Reform- und Öffnungspolitik fortzuführen. Nach unserem Eindruck sei die Entwicklung insoweit eher rückschrittlich. In Hochschulen und Universitäten herrsche Disziplinierung und Repression. Eine erfolgreiche wirtschaftliche Reformpolitik ohne sie begleitende Reformen im Bereich von Politik und Kultur sei für uns schwer vorstellbar. Wir könnten und wollten uns nicht in chinesische interne Verhältnisse einmischen, sähen in der Fortsetzung der Öffnungspolitik aber dennoch den Schlüssel für Weiterführung und Vertiefung der bisherigen Zusammenarbeit.

Uns sei daran gelegen, unsere Aus- und Fortbildungsförderung für Chinesen fortzuführen. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter funktioniere. Insoweit bestehe aus unserer Sicht auch eine Interdependenz zwischen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Botschafter *Mei* unterstreicht, daß die chinesische Führung daran interessiert sei, die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland so umfassend wie möglich fortzuführen. Dazu gehörten auch die Ausbildungsprogramme für chi-

⁵ Korrigiert aus: „Kaufkraftübergang“.

⁶ Zur Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 161, Dok. 162 und Dok. 166.

Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen vom 15. Juni 1989 zu den Ereignissen in der Volksrepublik China vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4790.

Für den Wortlaut des Antrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen vom 23. Juni 1989 zu den Todesurteilen in der Volksrepublik China vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4873.

nesische Studenten. Aus chinesischer Sicht gehe es jedoch nicht an, daß die Stipendiaten im Ausland gegen die eigene Regierung intrigieren oder ohne Not China endgültig den Rücken kehrten. In China selbst müßten die Studenten lernen, die wahren Zusammenhänge zu begreifen und auch die Grenzen dessen zu verstehen, was sich ein Staat bieten lassen könne. Nach 20 Tagen Geduld hätte die chinesische Führung eine weitere Besetzung des Platzes des Himmlichen Friedens nicht länger hinnehmen können.

In der „Aufarbeitung“ der Ereignisse wisse die chinesische Führung sehr wohl zwischen der Mehrzahl der an den Protesten beteiligten Studenten und zwischen Verbrechern bzw. Rädelsführern zu unterscheiden. Es habe hierunter solche gegeben, die die Ereignisse auf dem Platz des Himmlichen Friedens in konspirativer Zusammenarbeit mit der Voice of America und dem CIA gesteuert hätten.

Was die Fortführung der Reformen angehe, werde die Bundesregierung sich davon überzeugen können, daß die auf dem 13. Parteitag der KPCh⁷ beschlossenen neuen Bestimmungen ohne Abstriche umgesetzt und angewandt würden.

Er, Botschafter Mei, appelliere an die Bundesregierung, China nicht zu zwingen, die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland „herunterzufahren“. China wünsche, die Beziehungen mit uns in allen Bereichen umfassend fortzuführen, könne dies aber nicht einseitig und ohne positive Reaktion von deutscher Seite tun.

AL2 betont, daß die Bundesregierung die Fortsetzung der Beziehungen wünsche und nur darauf warte, daß China hierfür die erforderlichen Voraussetzungen schaffe. Er hoffe, daß die gegenwärtigen Kontakte sich insoweit als weiterführend erweisen würden.

Botschafter Mei bittet AL 2, dem Bundeskanzler auch Grüße von MP Li Peng zu übermitteln, der sich eine positive Weiterführung der bilateralen Beziehungen erhoffe. Dem U-Bahn-Projekt Schanghai⁸ komme hier eine Schlüsselstellung zu: Es sei der „I-Punkt“ in unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ein Rückzug von deutscher Seite würde bei der Schanghaier Bevölkerung größte Enttäuschung auslösen. Auch gebe es bereits Bemühungen – nicht nur von seiten unserer westlichen Partner –, an unserer Stelle einzuspringen, wenn wir dieses Projekt aufgäben.

AL2 äußert, daß man mit einer baldigen Entscheidung rechnen könne, nachdem BM Genscher am kommenden Dienstag den Dienst wiederaufnehme.⁹

Botschafter Mei betont, daß auch andere schwebende Projekte einer Entscheidung bedürften. Auch hier seien die Franzosen bereit, „hilfreich“ einzuspringen. Die chinesische Führung erwarte insoweit unsere Entscheidung.

Referat 341, Bd. 161823

⁷ Der XIII. Parteitag der KPCh fand vom 25. Oktober bis 1. November 1987 in Peking statt.

⁸ Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China unterzeichneten am 16. Januar 1989 in Bonn ein Regierungsabkommen über Finanzielle Zusammenarbeit im Rahmen des Vorhabens „Erste Ausbaustufe der U-Bahn Schanghai“. Für das Abkommen vgl. Referat 341, Bd. 161856.

Das am Abkommen trat durch Notenwechsel zwischen der Botschaft in Peking und dem chinesischen Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel vom 23. Oktober 1989 in Kraft. Für die Noten vgl. Referat 341, Bd. 161856.

⁹ Nach seinem Herzinfarkt am 20. Juli 1989 nahm Bundesminister Genscher am Montag, dem 11. September 1989, offiziell die Dienstgeschäfte wieder auf. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 645.

265

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2212

Citissime nachts

Aufgabe: 7. September 1989, 14.00 Uhr¹

Ankunft: 7. September 1989, 15.17 Uhr

Betr.: Kriegsführung im Libanon;
hier: Motive und Brutalitäten der Syrer und des Generals Aoun in
Beirut, Abzug US-Diplomaten²

Bezug: Laufende Berichterstattung und DE-Plurez Nr. 7349 vom 6.9.1989³

I. Der obige Bericht ist überwiegend vor Eingang des Bezugserlasses konzipiert worden. Ich bemühte mich beim Diktat, auf die Hintergründe der dortigen Anfrage einzugehen. Recherchen sind heute nicht mehr möglich, Durchfeilung auch nicht.

II. 1) Spätestens seit der Kriegserklärung Aouns an die Syrer⁴ hat sich der Bürgerkrieg im Libanon in einen verdeckten Krieg des Irak gegen Syrien verwandelt. Die Kämpfe um Beirut werden von Assad und Saddams „Stellvertreter“ Aoun mit der gleichen steigenden Grausamkeit geführt. Auch Aoun würde im Exil vor Attentaten christl. Libanesen nicht sicher sein, die Angehörige und Eigentum verloren haben.

2) Aoun hätte diese Kriegserklärung nie abgeben können, wenn ihn die Iraker nicht mit Duldung Israels „aufgebaut“ hätten. Aouns Selbstgewißheit und Intransigenz beruhen teils auch auf der privilegierten Behandlung der Maroniten durch eine westliche Macht.

3) Der Vernichtungskrieg, den die Syrer in Beirut jetzt führen, läßt sich durch nichts entschuldigen. Die Brutalität ist derjenigen gleichzusetzen, mit der Assad 1982 den Aufstand in Hama niederschlagen ließ.⁵ Die Syrer haben aber ihre Entschuldigungen für dieses Vorgehen. Beide Supermächte haben bisher nur halbherzig Maßnahmen im Libanon getroffen. Die Amerikaner hindern die Syrer – zu Recht –, Ost-Beirut zu erobern. Aber auch wenn Syrien von dem Beschuß zu richtigen Kämpfen überginge, so würde dieses zu keinem leichten Sieg, son-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Fernau am 7. September 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 8. September 1989 vorgelegen.

² Am 6. September 1989 gab das amerikanische Außenministerium den Abzug des Personals der Botschaft in Beirut bekannt. Als Gründe wurden u. a. die Belagerung der Botschaft durch Demonstranten und Drohungen gegen das Botschaftspersonal angeführt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2152, S. 62.

³ In einem Drahterlaß an die Botschaft in Washington, der nachrichtlich u. a. auch an die Botschaft in Damaskus übermittelt wurde, bat Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hoessle mit Blick auf eine für den 8. September 1989 geplante Sitzung des Arbeitsstabs Libanon um einen Bericht zu den genauen Umständen und Hintergründen der Schließung der amerikanischen Botschaft in Beirut sowie zum weiteren Vorgehen der USA. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 196196.

⁴ Zu den Äußerungen von General Aoun vom März 1989 vgl. Dok. 110, Anm. 2.

⁵ Zu den Unruhen in der syrischen Stadt Hama im Februar 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 69.

dern zu einem Stalingrad en miniature führen, hätte vielfache negative Folgen auch für die Syrer. Sie wären vor allem noch mehr die „Schlächter“.

4) Assad bleibt also kein Weg, als Aoun durch Beschießung und Blockade allmählich „kleinzukriegen“. Brutalität war seit jeher kennzeichnend für dieses Regime, aber sie ist kein Markenzeichen Syriens in dieser Region (Gaskrieg Nassers, Hussein gegen die Palästinenser, Golfkrieg und Völkermord an den Kurden). Außerhalb der Region kann man an Warschau 1939, Algerien in den fünfziger Jahren, Vietnam und Afghanistan und die 100 Kriege der Entwicklungsländer erinnern. Das entschuldigt Syrien nicht, aber wenn Syrien heute zunehmend von der Weltöffentlichkeit verurteilt wird, so muß beachtet werden, daß es nicht wie ein wundes Tier in die Ecke getrieben werden darf. Öffentliche Verurteilungen oder gar Sanktionen wären nutzlos, ja schädlich. Die Entwicklung könnte, wenn Assad und seine Regierung sich einmal wirklich in ihrer Existenz gefährdet sehen, zu großen Gefahren in der Region und darüber hinaus führen. Bis jetzt ist das nicht der Fall, aber die Syrer sind nervöser, als gut ist.

Die israelische Intervention 1982⁶ ließ die Israelis bis ca. 25 km vor Damaskus gelangen, und sie stießen auf maronitische Sympathie. Das ist hier unvergessen. Zu verhindern, daß an der syrischen Flanke ein Libanon à la Aoun, ein „zweites Israel“ (Scharaa), entsteht, ist seither ein Hauptziel der syr. Politik geblieben. Deshalb die Furcht und Erbitterung über die irak. Unterstützung der Maroniten.

III. 1) Libanon und die Nahostfrage hängen intensiver zusammen, als dies die Supermächte zuweilen in Rechnung stellen. Der libanesische Bürgerkrieg kann wohl noch eine ganze Weile isoliert gehalten werden. Aber eben wegen der Involvierung Syriens und Israels kann hieraus schlimmstenfalls irgendwann doch ein neuer Nahostkrieg entstehen. Dann aber müßten die Amerikaner Israel und die Sowjetunion immer noch Syrien unterstützen. Der Sarajevo-Charakter dieser Region ist trotz der neuen Entwicklung durch Gorbatschow noch nicht gebannt.

2) Die französische Initiative⁷ hat Aoun nicht gebändigt, und die Syrer sind nicht gemäßigter geworden. Scheer hat ihnen ihre Auffassung, daß acht Kriegsschiffe nicht ausschließlich humanitäre Ziele verfolgen können, nicht ausreden können. Hier tröstet man sich in der französisch orientierten ehem. Oberschicht damit, daß die Franzosen die ganze Aktion lediglich für den Hausgebrauch arrangiert hätten. Die hiesigen Amerikaner sagen dasselbe. Mein Kollege⁸ meinte zu mir, „das war weder mit Ihnen noch uns koordiniert, wenig seriös und hatte bisher

⁶ Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

⁷ Referat 310 erläuterte im September 1989: „Frankreich hatte schon am 13.8. eine breit angelegte diplomatische Initiative mit dem Ziel gestartet, die festgefahrenen Friedensbemühungen voranzubringen. So wurden hochrangige Emissäre nach Damaskus, Moskau, in den Vatikan, nach Algier, Rabat und Riad (Hauptstädte der Mitglieder des Dreier-Ausschusses) und nach Tunis (Hauptquartier der AL) und Beirut entsandt. In einem weiteren Schritt hat AM Dumas am 28.8. einen Drei-Punkte-Plan zu Libanon vorgelegt. Dieser Plan sieht nachstehend aufgeführte, zeitlich aufeinanderfolgende Schritte vor: Waffenruhe inkl. Verbot von Waffenlieferungen an Milizen; politische Reformen; Abzug der israelischen und syrischen Streitkräfte aus dem Libanon. Der Plan wurde vom GS im französischen AM, Scheer, in Damaskus, Beirut und den Hauptstädten der im Dreier-Ausschuß vertretenen Länder erläutert.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149787.

⁸ Edward P. Djerejian.

die geringsten positiven Folgen“. Bisher ist auf die französische Initiative ja auch nichts weiter als stärkerer Beschuß in Beirut erfolgt.

3) Die Hoffnungen auf die Dreier-Initiative⁹ wachsen wieder. Diese dürfte aber nicht den Fehler der ersten Runde wiederholen und sich auf die z.Zt. nicht aktuelle Reformfrage statt auf die Frage der Unterbindung der irak. Waffenlieferungen als Vorbedingung für den Waffenstillstand konzentrieren¹⁰. Wenn letzteres gelänge, wäre eine erste wichtige Vorbedingung für den Rückzug der Syrer in die Bekaa erfüllt.

4) Da die Amerikaner Israel, wenn überhaupt, nur langsam auf den Weg einer Verständigung bringen können, starke Kräfte inner- und außerhalb des Nahen Ostens aber zu einer schnelleren Gangart drängen, ist Syrien den USA als retardierendes Element nützlich. Auch deshalb bedrängen sie die Syrer im Libanon und anderswo wenig.

5) Ob der General Aoun die US-Botschaft belagern läßt und deren Personal abgezogen wird, hat auf die amerikanische Politik im Libanon und in der Region langfristig wohl keinen Einfluß, wird sich aber auf die prekären Chancen des libanesischen Generals, zu überdauern, eher weniger positiv auswirken. Die Amerikaner treiben im Libanon wie die Sowjets eine umsichtige und moderate Politik, fern einer unbesonnenen Parteinahme. Das hat den Zorn Aouns hervorgerufen, wohl auch angesichts der französischen Haltung. Beide Supermächte taktieren aber so zurückhaltend, daß sie die Eskalation des Bürgerkriegs seit Monaten faktisch in Kauf nehmen. Hier liegt die Gefahr. Für die Lebensdauer von Aouns Staatsplänen und damit indirekt für seine eigene ist es wenig förderlich, wenn er die stärkste Macht der Erde gegen sich aufbringt.

Die arabische Szene ist so inkohärent, so zerstritten, daß immer noch wenig auf einen Erfolg der Drei zu hoffen ist. Auf die Dauer wird die „Internationalisierung“ wohl nicht zu vermeiden sein. Im Golfkrieg kam erst dann der Friedensprozeß in Gang, u. a. weil eine in der arabischen Welt anders als andere unbelastete westl. Macht die Dinge energisch vorantrieb.

[gez.] Schlingensiepen

Referat 310, Bd. 149782

⁹ Zu den Vermittlungsbemühungen des von der Arabischen Liga eingesetzten Dreier-Ausschusses der Könige Hassan II. (Marokko) und Fahd (Saudi-Arabien) sowie des algerischen Präsidenten Bendjedid vgl. Dok. 203, Anm. 40.

Referat 310 notierte am 16. August 1989, der Dreier-Ausschuß habe am 31. Juli 1989 in Algier „vorerst das Scheitern seiner Bemühungen erklärt. Das Kommuniqué von Algier ist so abgefaßt, daß Syrien als Hauptverantwortlicher für das Scheitern des Ausschusses erkennbar wird. In so deutlicher Form ist Syrien bisher in der Arabischen Liga nie kritisiert worden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149782.

¹⁰ Korrigiert aus: „Waffenstillstand zu konzentrieren“.

266

**Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. Prag,
an Bundesminister Genscher**

114-14537/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2015
Citissime nachts

Aufgabe: 7. September 1989, 18.05 Uhr¹
Ankunft: 7. September 1989, 18.41 Uhr

Nur für Bundesminister und StS²

Betr.: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR in Botschaft³;
hier: Gespräch D2 mit AM Johannes am 7.9.89

Das Gespräch (Dauer: eine Stunde) verlief in der Atmosphäre ruhig und sachlich, in der Sache jedoch hart. Die ČSSR zeigte keinerlei Bewegung. AM Johannes, der seine Darlegungen von einem vorbereiteten Sprechzettel vortrug, verwies mehrfach darauf, daß die Frage allein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geregelt werden müsse, so wie dies auch 1984⁴ geschehen sei. Er referierte die uns gegenüber bisher von der DDR gemachten Zusagen. Es bestehe keine andere Möglichkeit für die Zufluchtsuchenden in der Botschaft, als in die DDR zurückzufahren. Als Bürger ihres Staates müßten sie die Gesetze des Landes beachten. Die DDR habe ein ordentliches Verfahren bei Ausreisewünschen zur Verfügung gestellt. Dieses müsse eingehalten werden. Zufluchtnahme in die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland sei kein erfolgversprechender Weg; die Ausreise könne auf diese Weise nicht erzwungen werden. Die DDR sei ein souveräner Staat, der allein bestimme, wer seine Staatsbürger seien. Die Einschaltung des Roten Kreuzes könne deshalb keine Lösung darstellen. AM Johannes unterstrich, daß der Aufenthalt in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland illegal sei. Unter diesen Umständen verhalte sich die Regierung der ČSSR humanitär, wenn sie die Versorgung mit Lebensmitteln oder Medikamenten nicht behindere. Mehrfach benutzte AM Johannes die Formulierung, die ČSSR sei an ihre Verträge mit der DDR und internationales Recht gebunden.

Auf meine Frage, ob das humanitäre Verhalten der ČSSR auch darin zum Ausdruck kommen könne, daß die ČSSR ggf. Anmietung von Hotelraum oder Errichtung eines Zeltplatzes durch die Botschaft dulde, erwiderte AM Johannes, die Haltung der Regierung der ČSSR richte sich nach den tsł. Gesetzen und den

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. September 1989 vorgelegen.

² Jürgen Sudhoff.

³ Zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. DIE EINHEIT, Dok. 3.

In einer „Leitlinie für Gespräche in Prag“ vom 4. September 1989 legte Ministerialdirektor Kastrup dar: „Die Lösung kann nicht darin bestehen, daß wir die betroffenen Menschen gegen ihren Willen aus unserer Botschaft weisen. Es handelt sich nach unserer Verfassung um Deutsche, denen wir Schutz und Beistand gewähren. Die bisherigen Zusagen der DDR (Straffreiheit) reichen nicht aus, um die Zufluchtsuchenden zu veranlassen, in ihre Heimat zurückzukehren. Einige scheinen bereit zu sein, ihre bisher ablehnende Haltung zu überdenken, wenn sie die Zusage erhielten, daß ihre Ausreisearträge wohlwollend bearbeitet werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139917.

⁴ Zu den Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. AAPD 1984, I, Dok. 62 und Dok. 68, sowie AAPD 1984, II, Dok. 264 und Dok. 337.

Verträgen mit der DDR. Dies muß als eine klare negative Antwort verstanden werden.

Ich fragte, ob AM Johanes es für sinnvoll halte, das Gespräch, evtl. auch auf höherer Ebene, fortzusetzen; wir seien dazu jederzeit bereit. AM Johanes ging hierauf überhaupt nicht ein.⁵

[gez.] Kastrup

VS-Bd. 14153 (010)

267

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa

8. September 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt!

Besuch von Lech Wałęsa in der BR Deutschland, 5.–8.9.89²;

hier: Termin bei BM, 8.9.89, 10 Uhr 30 bis 11 Uhr 30 (Gästehaus Kiefernweg)

Wałęsa begann das Gespräch mit einer Darstellung seiner politischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Er sei zwar ein Romantiker, aber die europäische Einigung werde sich nicht aufhalten lassen. Dabei komme der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland eine wichtige Rolle zu. Es könne allerdings nicht so sein, daß in der Zukunft überall die gleichen demokratischen Institutionen bestünden, ohne daß das Gefälle in den Volkswirtschaften beseitigt würde. Hierzu bedürfe Polen der Hilfe. Polen sei aber andererseits zu den allergrößten Anstrengungen bereit.

BM dankt Lech Wałęsa für die offene Darlegung seiner Motive und Ziele. Wir Deutschen wollten ebenfalls die Zusammenarbeit mit Polen. Dies sei gut für Polen und Europa. Zum einen seien ihm demokratische Staaten im Osten lieber als kommunistische, zum anderen bewege ihn unsere historische und moralische Verpflichtung gegenüber Polen. Unsere Auffassung sei: Die EG sei ein Wunder für Europa; in der EG hätten wir die Lehren der Geschichte gelernt. Die erfüllte ihren Zweck nur, wenn sie offen bleibe; offen für die Zusammenarbeit mit den

⁵ Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Johanes trafen am 25. September 1989 in New York zusammen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 7, bzw. BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, Dok. 12.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 9. September 1989 gefertigt und an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, Zustimmung von BM zu Inhalt und Verteiler zu erwirken“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 14. September 1989 vorgelegen.

² Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. auch Dok. 268.

Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, traf außerdem am 7. September 1989 mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 38.

Zum Besuch vgl. ferner POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 12.

östlichen Nachbarn, soviel diese wollten und könnten. Polen müsse entscheiden, wie weit es hierbei gehen wolle.

BM habe in den letzten Tagen zwei Besucher gehabt: den französischen AM Dumas³ und den stv. US-Außenminister Eagleburger⁴. Ihnen habe er gesagt:

1) Die Reformer dürften nicht zahlen für die Fehler ihrer Vorgänger. Dies solle das Verhalten im Pariser Club bestimmen. Wir wollten bei der Schuldenfrage zu einer großen Atempause verhelfen. Wir selbst würden scheitern bei einem Zuziehen der Schlinge, d.h., wir müßten die ersten Schritte tun im Pariser Club. Wir Deutschen hätten zusätzlich eine Frage zu lösen: den Jumbo-Kredit von 1975. Hierzu werde der Bundeskanzler Wałęsa die Stichworte Umwandlung in Złoty und Gegenwertfonds für Projekte genannt haben.⁵

2) Polen brauche Expertise. Hochrangige Persönlichkeiten mit Erfahrung müßten Polen Rat geben können.

3) Unsere Wirtschaft sei bereit zum Engagement. Voraussetzung hierfür seien Hermes-Bürgschaften für konkrete Investitionsvorhaben. Wałęsa selbst habe bei der letzten Begegnung mit BM in Paris im Dezember 1988 dargetan, für wie wichtig er Joint-ventures halte.

4) Möglicherweise sei auch unmittelbare Nahrungsmittelhilfe nötig; dies sei von Polen zu entscheiden.

Bei Eagleburger habe BM Verständnis bei seinen Erläuterungen zum Pariser Club gefunden. Dumas sehe die anderen Fragen und die Frage des Pariser Clubs wie wir. Daher würden Frankreich und Deutschland diese Frage auf die Tagesordnung der EG setzen.⁶ BM habe AM Dumas geraten, noch während des EG-Vorsitzes Frankreichs nach Polen zu reisen. BM sei ermächtigt zu sagen, daß Dumas nach Etablierung der polnischen Regierung nach Polen kommen wolle, um zu diskutieren, was die EG tun könne.⁷

Zu den politischen Fragen überleitend, betonte BM, er als einer, der als junger Mann die DDR verlassen habe, sehe sich als Mitteleuropäer. Polen sei nicht Osteuropa. Und östlich von Polen beginne nicht Westasien, sondern Osteuropa. Daher wollten wir auch gute Beziehungen zur Sowjetunion.

Wałęsa ging unmittelbar auf die letzte Bemerkung ein: Er könne sich mit BM nicht messen in Fragen der internationalen Politik; doch was die Wirtschaftsfragen angehe, wolle er andere Akzente setzen. Natürlich sei der Pariser Club wichtig, ohne Regelung dort gebe es keine Lösung. Doch wolle er „frech“ sagen: In diesem (sozialistischen) System könne Polen die Schulden gar nicht zurückzahlen; Polen wolle aber die Schulden begleichen; „je eher Sie Geld sehen wollen, desto schneller müssen Sie beim Umbau helfen“. Polen müsse sich an den Westen angleichen. Die Frage sei nur, wie. Er wisse, daß noch viel zu tun sei,

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 5. September 1989 vgl. Dok. 263, Anm. 20.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger am 6. September 1989 vgl. Dok. 263.

⁵ Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 281.

⁶ Zur Erörterung auf der EG-Ministerratstagung am 3. Oktober 1989 in Luxemburg vgl. Dok. 307.

⁷ Der französische Außenminister Dumas reiste in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident am 19. September 1989 nach Polen.

daß noch Kommunisten im Apparat seien. Die früheren Regierungen hätten die Milliarden des Westens in die Hütte von Kattowitz gesteckt. Kattowitz bleibe zwar weiter bestehen, da der Bedarf an Stahl groß sei, doch seien Großbetriebe dieses Stils nicht gut, die Last an Subventionen unerträglich. W. denke, daß viel nötiger als Investitionen in Großbetriebe jetzt viele kleine Bankfilialen seien, in die viele kleine und mittelständische Betriebe Geld einzahlen und von dort Kredite aufnehmen könnten. In Polen sei genügend Geld.

Auf den Zwischenruf von *BM*, Polen brauche Banken, in die die Leute Vertrauen hätten, meinte *Wałęsa*, „mein Geld in Ihre Banken“.

Auch müßten die Kreditbedingungen anders aussehen: Maschinen z.B. dürften nicht übereignet, sondern lediglich geliehen werden, was diejenigen, die nicht zurückzahlten, zur Rückgabe der Maschinen verpflichtete.

Es verdürben z.B. 30% der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Transport. Polen sei jedoch zur Eigenernährung in der Lage.

BM verwies auf die Notwendigkeit einer Preisreform.

Wałęsa, der auf diese Bemerkung nicht einging, verwies auf die Amerikanerin, Frau Johnson, die im Begriffe sei, die Lenin-Werft in Danzig zu kaufen.⁸ Sie wolle die Arbeiter in Dollar bezahlen. Sie habe alles – auch den Schrott – übernommen und werde sogar in Danzig wohnen.

Wie viele Deutsche wollten zurück in ihre Heimat, nach Danzig! Allerdings nicht als Fünfte Kolonne! Sie könnten fünf Hotels in Danzig für Ausländer bauen. Polen erhalte die Steuern, die Deutschen die Gewinne.

Bremen habe Erfahrung mit Werftbau; zwar werde dort gesagt, bei Werften müsse man zuzahlen, doch sei dies in Polen bei den dortigen Löhnen nicht richtig. Polen habe eine Stimulierung durch Banken nötig, nicht durch Kreditgeld.

Ein Problem sei auch die Landwirtschaft, die Ernährung. Hier müsse mit Überschüssen aus dem Westen geholfen werden, wenn dies auch nicht eine Dauerlösung sein könne. Es sei eine neue Infrastruktur zu schaffen.

BM sagte zu, wir wollten helfen und verstünden Polens Lage. Wenn *Wałęsa* sage, daß die Hilfe nur eine Hilfe zur Selbsthilfe sein könne, so bestätige dies *BM* ausdrücklich. Er wolle das Europäische Haus, doch dürfe der östliche Teil nicht unter Wasser stehen; schon jetzt sei hier viel Wasser abzupumpen.

Wałęsa erklärte, es sei eine Schande, wenn Polen hierher kämen, um zu betteln. Es sei aber nur die Hälfte der Wahrheit. Europa werde immer kleiner, wie Tschernobyl⁹ gezeigt habe.

BM bestätigte ausdrücklich, daß auch er es nicht immer leicht gehabt habe, seine westlichen Freunde von der eigentlichen Größe dessen zu überzeugen, was ganz Europa sei.

Auf die Frage von *BM*, wer neuer polnischer Außenminister werde, erklärte *Wałęsa*, die jetzige Personenauswahl sei eine Übergangslösung. Das PAM¹⁰ habe

⁸ Zu den Plänen der aus Polen stammenden amerikanischen Millionenerbin Barbara Piasecka Johnson zur Gründung einer Schiffbaugesellschaft, die die von Schließung bedrohte Lenin-Werft in Danzig betreiben sollte, vgl. den Artikel „A U.S. Angel With Millions Helps Walesa“; THE NEW YORK TIMES vom 11. Juni 1989, S. 9.

⁹ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

¹⁰ Polnisches Außenministerium.

nicht an einen Kommunisten fallen sollen, Bürgerkomitee/„Solidarität“ wollten es aber auch noch nicht selbst übernehmen. So habe man einen Fachmann gewählt.¹¹

Wałęsa kam nochmals auf die Wirtschaftsprobleme zurück. Zweck seiner Reise sei, Lösungen zu beschleunigen. Er fühle Verständnis in der BR Deutschland. Bisher sei die Lage einem Kartenhaus zu vergleichen, auf dem Mazowiecki oben auf sitze; den Beton für die notwendigen Mauern müsse die Wirtschaft darum herum bauen.

BM bemerkte sodann, Wałęsa habe ihn in diesem Gespräch nicht auf das Thema „polnische Westgrenze“ angesprochen. Vielleicht glaube Wałęsa, dies sei bei ihm, BM, nicht nötig. Er wolle feststellen, die Garantie der polnischen Westgrenze überließen wir nicht der Roten Armee und Ost-Berlin. Diese Garantie übernähmen wir selbst.

Wałęsa stellte darauf lachend die Frage, wann er sich auf dem Besitz von BM in der DDR treffen könne. Er fühle sich dazu durchaus in der Lage.

Auch hoffe er darauf, wie er dem Bundeskanzler unter Anspielung auf gemeinsame deutsch-französische Wahlplakate gesagt habe, es könne einmal geschehen, daß dies auch im Verhältnis zu Polen möglich sei.

Referat 010, Bd. 178931

268

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa

8. September 1989¹

Treffen BM mit Lech Wałęsa, 8.9.1989²;

hier: Unterstützung von Zufluchtsuchenden in Botschaft Warschau³

Vermerk nur zu diesem Teilaspekt! Restliches Gespräch in gesondertem Vermerk!

¹¹ Das polnische Parlament billigte am 12. September 1989 die von Ministerpräsident Mazowiecki am 7. September 1989 vorgelegte Kabinettsliste. Außenminister wurde der parteilose Jurist Krzysztof Skubiszewski.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schrömbgens gefertigt und an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, Zustimmung von BM zu Inhalt und Verteiler einzuholen“. Hat Schrömbgens erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erteilt durch L 010 am 11.9., 18h15.“

² Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, hielt sich vom 5. bis 8. September 1989 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. auch Dok. 267. Wałęsa traf außerdem am 7. September 1989 mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 38. Zum Besuch sowie zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau vgl. ferner POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 12, Dok. 13 und Dok. 15.

³ Zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau vgl. DIE EINHEIT, Dok. 3. Botschafter Schoeller, Warschau, teilte am 8. September 1989 mit, gegenwärtig hielten sich 43 Zufluchtsuchende in der Botschaft auf. Steige diese Zahl, sei, „solange ordnungsgemäßer Dienstbetrieb

BM sprach das Problem der Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft Warschau an. Er verwies auf die Zufluchtsuchenden in der StäV⁴, in Ungarn⁵ und Prag⁶. Auch in der Botschaft Warschau befanden sich einige Deutsche aus der DDR. Die Prager Führung habe sich dem Problem gegenüber ebenso restriktiv gezeigt wie die in Ost-Berlin. Ungarn dagegen habe die Zufluchtsuchenden aus der Botschaft über ein neutrales Land, Österreich, ausreisen lassen; auch die noch in Ungarn Verbliebenen würden noch herauskommen.

Er bitte die Repräsentanten des neuen Polen, sich wie die Ungarn zu verhalten.

Wałęsa ging auf diese Bitte nicht unmittelbar ein. Er höre hier in der BR Deutschland die Bewertung, die BR Deutschland habe gegenüber der DDR Fehler gemacht. Doch sehe er, daß die Konzeption der BR Deutschland gegenüber der DDR aufgehe. Jetzt müsse man die Rechnung zahlen. Er habe in diesem Zusammenhang eine Angst vor einem „zu schnell“. Er wisse nicht, ob diese Entwicklung seine eigenen schnellen Pläne stören werde (!). Die DDR spiele ein eigenes Spiel.

BM kam nochmals auf die Ausgangsbitte zurück. Er wolle, daß die Zufluchtsuchenden über ein neutrales Land ausreisen könnten und von dort zu uns.

Wałęsa: „Sie brauchen nicht nachzudenken, sich darüber keine Gedanken zu machen, bei uns kann es nicht anders sein“ (ohne deutlich zu sagen: anders als wo?!; die Aussage ließ sich aber nicht anders interpretieren als: in Ungarn).

Doch schließe er daran eine Frage: Hier handele es sich um mutige Einzelpersonen. Würden die nicht zu Hause gebraucht? Richtig sei, daß die BR Deutschland das Problem der Zufluchtsuchenden lösen müsse, doch müsse man das Problem politisch verstehen. Es seien „Verluste, Verluste, Verluste“ für die DDR. Dasselbe gelte für die Ausreise der Deutschen aus Polen.

BM wandte ein, über diese spreche er nicht, ausschließlich über DDR-Bürger, die sich in der Botschaft Warschau befänden.

Wałęsa: „Das ist kein Problem“, führte dann nochmals aus, daß er Problem in einem größeren politischen Rahmen sehe und die Lücken bemerke, die in der⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 1178

der Botschaft aufrechterhalten werden soll“, die „Kapazität der Botschaft innerhalb der vorhandenen Gebäude nahezu erschöpft“. Die Botschaft habe jedoch „bereits Überlegungen angestellt und Schritte unternommen, um weitere Gebäude für eine Unterbringung bereitzustellen“. So sei bereits Kontakt zur karitativen Kommission des polnischen Episkopats aufgenommen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1895/1896; Referat 214, Bd. 139868.

⁴ Zu den Zufluchtsfällen an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 26, Dok. 27, Dok. 30 und Dok. 32.

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 8. September 1989, sämtliche 117 Zufluchtsuchende hätten am selben Tag die Ständige Vertretung verlassen. Rechtsanwalt Vogel habe erklärt, „daß er den Zufluchtsuchenden bei freiwilligem Verlassen des Gebäudes neben der Straffreiheitszusage eine umfassende anwaltliche Beratung und Unterstützung zusagen könne“. Bertele führte aus: „Ich empfehle, die StäV vorerst geschlossen zu halten, bis erkennbar ist, wie die jetzt gefundene Lösung im Einzelfall umgesetzt wird. Nach außen hin könnten wir auf notwendige Renovierungsarbeiten hinweisen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1938; B 85 (Referat 513), Bd. 1995.

⁵ Zu den Zufluchtsfällen an der Botschaft der Bundesrepublik in Budapest vgl. Dok. 263, Anm. 25 und 27.

⁶ Zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 266.

⁷ Korrigiert aus: „bemerke, in der“.

Gesellschaft entstünden. Selbst „Solidarität“ sei organisatorisch nicht zu schaffen, weil Leute fehlten.

BM hob den Unterschied zwischen Polen und der DDR hervor. Die VR Polen sei auch Polen geblieben, als sie von den Falschen regiert worden sei; nicht so die DDR, der die nationale Identität fehle. Aus der DDR würden die Besten vertrieben.

Wałęsa: „Wir wollen das verwirklichen, was Sie wollen; wir handeln, wenn Sie uns ein Zeichen geben.“

Zwei Grundsätze seien zu beachten: Polen wolle sich nicht in die deutsch-deutschen Fragen einmischen; man könne nicht Europa wollen, aber die Grenze nicht anerkennen.

Er habe bereits öffentlich davon gesprochen, daß die Leute, die nach Danzig zurückkehren wollten, dies tun könnten. Doch nicht im Wege des Ausverkaufs von Polen, sondern als Rückkehrer und Europäer. Dies sei der neue Ansatz in einer neuen Zeit. Altes dürfe dabei nicht wiedererstehen.

Referat 214, Bd. 139868

269

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Roesch

330-504.00 CHL

9. September 1989

Betr.: Colonia Dignidad¹;

hier: Gespräch D3² mit chilenischem Botschafter am 9.9.1989, 11.00 h

- 1) Auf Weisung BM wurde chilenischer Botschafter am 9.9.1989 um 11.00 h von D3 einbestellt.
- 2) D3 las ihm die beigegefügte Erklärung³ vor und teilte ihm mit, daß diese Erklärung noch heute an die Presse weitergegeben werde.

¹ Ministerialdirigent Henze, z. Z. Santiago de Chile, teilte am 8. September 1989 mit, der Oberste Gerichtshof Chiles habe seine Entscheidung zum Fall „Colonia Dignidad“ verkündet. Der Bericht des Untersuchungsrichters werde gebilligt, die von ihm eröffneten Strafverfahren wegen Betrug und Unterschlagung bzw. unerlaubter Berufsausübung würden an ein Gericht in Parral abgegeben. Ansonsten sei der Untersuchungsauftrag beendet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 433; Referat 330, Bd. 159205.

Am 11. September 1989 führte Henze, z. Z. Buenos Aires, ergänzend aus, die Entscheidung habe bestätigt, „daß unter dieser Regierung eine Lösung für die C[olonia] D[ignidad] nicht mehr zu erwarten ist. [...] So sind offensichtlich Interessen, die eine Untersuchung in der CD verhindern wollen, stärker als das Interesse an guten, aber nicht sehr inhaltsreichen Beziehungen mit uns.“ Das Verhalten des Gerichtshofs lasse befürchten, „daß der Wunsch nach Blockierung an hoher Stelle besteht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 921; Referat 330, Bd. 159205.

² Reinhard Schlagintweit.

³ Dem Vorgang beigegefügt. In der Presseerklärung wurde dargelegt, die Bundesregierung sei durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Chile „tief betroffen“ und sehe darin „den Willen der derzeitigen chilenischen Führung, eine Aufklärung der gegen Mitglieder der ‚Colonia Dignidad‘ erhobenen

3) Chilenischer Botschafter, der über den Beschluß des chilenischen Obersten Gerichtshofs vom 8.9.1989 noch nicht unterrichtet war, nahm die Erklärung zur Kenntnis. Auf den Inhalt der Erklärung ging er wie folgt ein:

Sie zeichne sich durch besondere Härte aus, die die chilenische Regierung zwingen werde, ebenso hart zu antworten. Die Erklärung höre sich an wie eine „Kriegserklärung“ von Minister Genscher an die chilenische Regierung. Sie beziehe sich jedoch auf einen Vorgang, auf den die Regierung Chiles keinen Einfluß ausüben könne, da es sich um eine autonome Entscheidung des obersten chilenischen Gerichts handele. Die chilenische Justiz stehe nicht mit der Exekutive in Verbindung, deshalb frage er sich, was die Bundesregierung mit dieser Erklärung beabsichtige. Beide Seiten hätten sich auf den juristischen Weg geeinigt. Die Entscheidung des chilenischen Gerichts müsse respektiert werden.

D3 erwiderte, daß er nicht beauftragt sei, die Erklärung von Minister Genscher zu kommentieren. Er sei jedoch der Ansicht, daß die chilenische Regierung mehr hätte tun können, wenn sie tatsächlich an der Aufklärung interessiert gewesen sei. Dabei denke er vor allem an die Aussagen Baar, Packmor und Kuhn und den Fall Szurgelies. D3 erklärte, wir wüßten, daß AM Errázuriz sich persönlich im Fall „CD“⁴ stark engagiert habe.

4) Am Abend des 9.9.1989 fand ein weiteres Gespräch D3–Botschafter Riesco statt, als der Botschafter sich den Text der Erklärung abholte. Der Botschafter erwähnte dabei,

- die Untersuchungen wegen Betrugs, Unterschlagung und unerlaubter Berufsausübung gingen weiter,
- die Wahl von RA Pacheco sei nicht glücklich gewesen. P. sei Politiker. Durch diese Wahl sei in Chile der Verdacht entstanden, rechtliche und innenpolitische Fragen würden miteinander vermengt,
- bei anderem Vorgehen hätte eventuell die Möglichkeit bestanden, Schäfer abzuschieben (D3: Eine solche Möglichkeit ist von Chile nie angedeutet worden).

D3 wies nochmals auf unsere Überzeugung hin, daß in Chile die Frage „CD“ bei weitem nicht mit dem Nachdruck behandelt und verfolgt worden sei, wie es eine so in Vorwürfe und Affären verstrickte Gruppe erfordert hätte.

Roesch

Referat 330, Bd. 159205

Fortsetzung Fußnote von Seite 1180

schwerwiegenden Beschuldigungen, die sich auf Folterung, Freiheitsberaubung und andere gewichtige Delikte beziehen, zu verhindern“. Sie gehe davon aus, daß die chilenische Regierung nicht die Absicht habe, den Schutz deutscher Staatsangehöriger sicherzustellen: „Dieser schwerwiegende Vorgang stellt eine ernste Belastung der deutsch-chilenischen Beziehungen dar. Die Bundesregierung fühlt sich von der derzeitigen chilenischen Führung getäuscht.“ Sie behalte sich weitere Schritte in internationalen Gremien und in bezug auf die bilateralen Beziehungen vor. Vgl. Referat 330, Bd. 159205.

⁴ Colonia Dignidad.

270

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup und des Botschafters Holik

201-363.52 IMK-CW-742/89 VS-vertraulich

11. September 1989¹

222-370.45 USA-1247/89 VS-vertraulich

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Bilaterale sowjetisch-amerikanische Gespräche über ein Verbot
chemischer Waffen³;
hier: US-Demarche vom 8.9.1989 zur Einbeziehung der amerikanischen
CW-Bestände in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: DB Nr. 3424 der Botschaft Washington vom 18.8.1989 VS-v (liegt bei)⁴

Anlg.: 1) Bezugsbericht
2) Speaking Notes der Demarche⁵

Zweck der Vorlage: Antwort an amerikanische Seite (Ziff. II. 5) gemäß
Entscheidung in Direktoren-Besprechung am 11.9.1989

I. Zusammenfassung

USA haben uns nach Vorabunterrichtung vom 5.9.⁶ mittels Demarche bei Dg2A⁷
am 8.9. um Stellungnahme zu Überlegungen gebeten, der SU indirekt Informa-

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Dreher und von Butler und Vortragendem Legationsrat Gröning konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Wie in der D[irektoren]-B[esprechung] am 11.9. besprochen, müssen wir natürlich die US-Anfrage positiv beantworten (was ja wohl auch schon geschehen ist mit Zustimmung des BMVg). Der Hinweis auf ‚Bedingungen‘ bezieht sich auf jene, die die USA genannt haben u. die wir akzeptieren. 2) Herrn Minister z[ur] K[enntnisnahme].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Weisung StS L[autenschlager] ist zustimmende Antwort gemäß II.5 bereits erfolgt.“

Hat Mützelburg am 25. September 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 26. September 1989 vorgelegen.

³ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über chemische Waffen vgl. Dok. 136, Anm. 17. Gesandter Paschke, Washington, teilte am 18. August 1989 mit, er sei vom amerikanischen Außenministerium unterrichtet worden, die USA planten, der UdSSR ein Memorandum of Understanding über ein Verifikationsexperiment vorzuschlagen, das noch in diesem Jahr unterzeichnet werden und Anfang 1990 in Kraft treten solle. Phase 1 des Experiments solle kurz nach Inkrafttreten beginnen: „Mit der Durchführung des zweiten Teils solle gewartet werden, bis nach übereinstimmender amerikanischer und sowjetischer Auffassung ein weltweites CW-Verbotsabkommen kurz vor der Unterzeichnung stehe.“ Von amerikanischer Seite sei vorgesehen, „den Sowjets in Phase 2 des Experiments auch die dann ehemaligen Lagerstätten amerikanischer CW-Bestände in der BR Deutschland zu benennen. Ferner sei eine Inspektion dieser Stätten vorgesehen, allerdings erst dann, wenn sie geräumt worden seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3427; VS-Bd. 12284 (222); B 150, Aktenkopien 1989.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für das am 8. September 1989 übergebene amerikanische Papier „U.S. – USSR chemical weapons discussions“ vgl. VS-Bd. 12286 (222).

⁶ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3667 des Gesandten Paschke vom 5. September 1989; VS-Bd. 12286 (222); B 150, Aktenkopien 1989.

⁷ Anton Roßbach.

tionen über Menge der US-CW in Bundesrepublik Deutschland zu geben. Ohne diese Information werde es beim Treffen Baker/Schewardnadse am 19./20.9.⁸ voraussichtlich nicht möglich sein, ein Memorandum of Understanding (MOU) zu CW-Verifikationsexperiment und Datenaustausch zu zeichnen, welches Teil des US-Bemühens um möglichst baldigen Abschluß einer CW-Konvention sei.

Erste Fühlungnahme mit BMVg auf Arbeitsebene ergab Übereinstimmung, daß trotz gewisser Risiken für sicheren CW-Abzug aus der Bundesrepublik Deutschland⁹ den US-Überlegungen wegen ihrer Bedeutung für die CW-Verhandlungen zugestimmt werden sollte unter folgenden Voraussetzungen, die offenbar bereits Teil der amerikanischen Überlegungen sind:

- Vertraulichkeit des Datenaustausches mit der SU,
- keine direkten Angaben über Umfang hier gelagerter US-CW,
- keine Angaben über Lagerorte in der Bundesrepublik Deutschland vor Abzug.

Entscheidung eilt sehr, da sie möglichst bei einem administrationsinternen Gespräch des US-Präsidenten am 12.9. zu West-Ost-Abrüstungsfragen Berücksichtigung finden sollte.

II. Im einzelnen

1) Die hiesige US-Botschaft (Gesandter-Botschaftsrat Grobel) trug am 8.9.1989 eine Demarche folgenden Inhalts vor:

- USA streben bei Treffen Baker/Schewardnadse am 19./20.9.1989 in Wyoming den Abschluß eines Memorandum of Understanding (MOU) über ein bilaterales Verifikationsexperiment bei CW einschließlich Datenaustausch an, durch das der CW-Verhandlungsprozeß vorangetrieben werden soll.
- Das Verifikationsexperiment soll, entsprechend früheren US-Informationen (s. Bezug 1), in zwei Phasen verlaufen:

Erste Phase: Bald nach Einigung über Modalitäten bilateralen Austausch von:

- Gesamtumfang der beiderseitigen CW-Bestände und gelagerten Kampfstoffe,
- CW-Lagerorte in SU und USA,
- der CW-Produktionsanlagen,
- mit CW befüllte/befüllbare Munitionstypen.

Zugleich gegenseitige Orientierungsbesuche in US und SU.

Zweite Phase, kurz vor Vertragsabschluß:

- Routineinspektion in deklarierten CW-Anlagen,
- Verdachtskontrollen in limitierter Zahl, teils vor Paraphierung, teils vor Ratifikation, auch in Drittstaaten mit CW-Installationen von US und SU.
- US stimmten mit uns überein in dem Bemühen um weltweites CW-Verbot so bald als möglich und sähen in vorgesehenem Verifikationsexperiment auf

⁸ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

⁹ Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 261.

Grundlage des MOU eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme im Vorfeld der Konvention.

- Die SU besteht auf frühzeitiger Information auch über außerhalb der Territorien beider Länder dislozierte CW. Die USA haben entsprechende Angaben bisher abgelehnt. Die jüngste bilaterale amerikanisch-sowjetische CW-Gesprächsrunde hat dem State Department den Eindruck vermittelt, daß die SU zur Unterzeichnung des MOU nur bereit wäre, wenn USA ihre Haltung insoweit ändern und anbieten, Zahlen über ihren Gesamtbestand an CW und eine prozentuale Aufschlüsselung nach Lagerorten innerhalb der USA einschließlich Johnston Atoll mitzuteilen.
- Die USA bitten im Hinblick auf die bei uns gelagerten CW-Bestände um unsere Stellungnahme zu folgendem Vorschlag:
 - USA geben SU den Gesamtbestand ihrer CW bekannt,
 - sie machen Angaben über den prozentualen Anteil der in den US-Lagerstätten und auf dem Johnston Atoll im Pazifik gelagerten CW.

Damit kann im Wege der Subtraktion der prozentuale Anteil und der Umfang der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW errechnet werden.

- Keine direkten Angaben über CW-Lager in der Bundesrepublik Deutschland,
- keine Offenlegung der Lagerorte in der Bundesrepublik Deutschland vor Abzug der US-CW.
- Das State Department argumentiert, die der SU auf diese Weise übermittelten Informationen ließen sich aus dem Studium der offenen Literatur praktisch alle auch heute schon errechnen.

2) Die amerikanischen Zeitvorstellungen sehen wie folgt aus:

- Datenaustausch soll in nächster bilateraler CW-Gesprächsrunde¹⁰ noch vor Ende des Jahres erfolgen. US-Vertreter wiesen darauf hin, daß sich die Tatsache der Datenaustausch-Zusage an die SU trotz Vertraulichkeit möglicherweise nicht vor der Presse geheimhalten lasse.
- Antwort auf die Demarche, über die wir durch Botschaft Washington am 5.9. vorunterrichtet worden waren, wurde für so bald als möglich erbeten. Botschaft Washington teilte am 8.9. mit, daß von US-Seite¹¹ wegen einer Besprechung mit Präsident Bush über mit der SU zu erörternde Abrüstungsthemen am 12.9. Antwort bis 11.9. erbeten wird. Unsere Entscheidung ist daher dringlich.

3) Dg2A hat in erster persönlicher Reaktion unter Hinweis auf Vorüberlegungen auf Arbeitsebene

- Befriedigung über US-Bemühungen geäußert, den Genfer Verhandlungsprozeß durch Verifikationsexperimente und Datenaustausch beschleunigen zu wollen;
- Möglichkeit unserer Zustimmung zur beabsichtigten Information zu erkennen gegeben unter der Voraussetzung
 - Vertraulichkeit des Datenaustausches US–SU,

¹⁰ Die nächste Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über chemische Waffen fand vom 30. Oktober bis 10. November 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 352, Anm. 33.

¹¹ Korrigiert aus: „daß US-Seite“.

- nur indirekte Angaben über Lagermengen von US-CW in Bundesrepublik Deutschland,
- keinerlei Angaben über Lagerorte;
- darauf hingewiesen, daß verhandlungsrelevante Daten über US-CW-Lagerorte um so eher verfügbar seien, je früher der Abzug abgeschlossen sei.

4) Bewertung

4.1) Das vorgesehene bilaterale Verifikationsexperiment mit Datenaustausch zwischen USA und SU dürfte für CW-Verhandlungsfortschritte von erheblichem Gewicht sein. Die USA haben es in letzter Zeit als „fundamentale Frage“ bezeichnet, daß die Verifikationsmaßnahmen vor Paraphierung einer CW-Konvention ausprobiert werden und ihre Funktionsfähigkeit bewiesen haben. Es muß in unserem Interesse liegen, diesen Prozeß soweit als möglich zu fördern und schon gar nicht als Bremser bei den Verhandlungen zu erscheinen. Dies gilt um so mehr, als die USA nach monatelanger weitgehender Passivität in Genf¹² jetzt im bilateralen Bereich zu weiterführenden Vorschlägen bereit sind.¹³ Diese berühren nicht nur Verifikationsaspekte, sondern zielen auch auf größere Transparenz sowjetischer CW-Bestände ab.

4.2) Aber: Ein Bekanntwerden des genauen Umfangs der CW-Bestände in der Bundesrepublik Deutschland würde die öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit den angeblichen Gefahren des CW-Abtransports schüren. Zwar dürfte zutreffen, daß sich diese Menge bei geduldiger Nachforschung auch aus öffentlich zugänglichen Quellen erschließen ließe. Unser Interesse ist es aber nicht, derartige Berechnungen durch offizielle Angaben von Regierungsseite zu bestätigen. Das BMVg, das für den CW-Abzug federführend ist, legt deshalb Wert darauf, daß der entsprechende amerikanisch-sowjetische Datenaustausch vertraulich erfolgt; dies erhält die Möglichkeit für die Bundesregierung, bis zum Abzug bzw. dessen Abschluß die Politik des „weder bestätigen noch dementieren“ aufrechtzuerhalten.

4.3) Im Interesse eines ungestörten sicheren Abzugs der CW hatte der BSR am 18.11.1988¹⁴ beschlossen,

„die Vorbereitungen für den Abzug der chemischen Waffen so lange wie möglich geheimzuhalten und bis zum Beginn des Abzugs eine reaktive und restriktive Informationspolitik zu verfolgen“.

¹² Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 87, Anm. 5.

Im Abschlußbericht zur Jahressitzung der Genfer Abrüstungskonferenz vermerkte Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), am 29. August 1989: „Stärker noch als in den Vorjahren dominierten die Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen die Arbeit der CD. Dennoch muß das Ergebnis enttäuschen: Der politische Impuls der Pariser Konferenz konnte nicht in notwendige Fortschritte in den zentralen Verhandlungsbereichen umgesetzt werden. Ausschlaggebend für diese Verhandlungssituation war die andauernde amerikanische Überprüfung ihrer CW-Politik. US-Delegation sah sich nicht in der Lage, zu offenen politischen Fragen Stellung zu beziehen. Sie zog sich immer wieder auf die in ihrem 1984 vorgelegten Vertragsentwurf enthaltenen Positionen zurück und war bestrebt, Festlegungen zu vermeiden und Optionen offenzuhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2007/2008/2009; Referat 222, Bd. 162093.

¹³ Der Passus „Es muß in ... Vorschlägen bereit sind“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

¹⁴ Korrigiert aus: „17.11.1988“.

Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 18. November 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 318 und Dok. 329.

Diese Haltung wurde bisher auch von den an den Abzugsvorbereitungen beteiligten amerikanischen Stellen (Pentagon, USAREUR) mit großem Nachdruck vertreten.

Wenn nunmehr im wohlverstandenen Interesse von Fortschritten in Genf eine bisher auch von US-Seite als geheimhaltungsbedürftig angesehene Information praktisch freigegeben wird, sollte dies nicht zu einer „Salami-Taktik“ führen, in deren Fortgang die praktische Durchführung des Abzugs ernstlich gefährdet werden könnte.

5) Vorschlag

Es ist vorgesehen, die Demarche der US-Botschaft nach Abstimmung mit dem BMVg durch Verbalnote folgenden Inhalts zu beantworten:

- „Die Bundesregierung hat mit Befriedigung die Absicht der amerikanischen Regierung zur Kenntnis genommen, sich mit der SU schon sehr bald auf ein CW-Verifikationsexperiment zu einigen. Sie stimmt mit US-Regierung darin überein, daß weltweites CW-Verbot so bald als möglich erreicht werden muß und daß größere Transparenz bei CW-Daten und Überprüfung durch Verifikationsexperimente einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Genfer Verhandlungen darstellen.
- Die Bundesregierung ist mit dem von der amerikanischen Regierung für einen solchen bilateralen Datenaustausch vorgesehenen Verfahren unter den in der Demarche der amerikanischen Botschaft vom 8.9.1989 genannten Bedingungen einverstanden. Dabei geht die Bundesregierung von der Vertraulichkeit des amerikanisch-sowjetischen Datenaustauschs aus.
- Die Bundesregierung unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die sie auch weiterhin der gemeinsamen Vorbereitung und Verantwortung für den sicheren Abzug der amerikanischen CW aus der Bundesrepublik Deutschland beimißt. Sie geht dabei in Übereinstimmung mit der von Verteidigungsminister Cheney BM Stoltenberg übermittelten Zeitplanung davon aus, daß der Abzug von deutschem Boden im Herbst 1990 abgeschlossen sein wird.“¹⁵

Kastrup Holik

VS-Bd. 12286 (222)

¹⁵ Botschafter Holik wies die Botschaft in Washington am 11. September 1989 an, das Einverständnis der Bundesregierung mit einem amerikanisch-sowjetischen Datenaustausch zu den in der amerikanischen Demarche vom 8. September 1989 genannten Bedingungen zu erklären. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 7493; VS-Bd. 12286 (222); B 150, Aktenkopien 1989.

271

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow**413-420.30 TUR****11. September 1989¹**

Betr.: Besuch Europastaatsminister Prof. Dr. Ali Bozer in Bonn am 8. September 1989

1) StM Bozer führte Gespräche in Bonn mit StM'in Adam-Schwaetzer, die ihm im Gästehaus des Bundesministers ein Mittagessen gab, sowie mit StM Chef BK Stavenhagen. Am Mittagessen nahmen teil MdBs Dr. Schwarz, CDU; Frau Folz-Steinacker, FDP; Frau Hensel, Die Grünen.

2) Gesprächsthemen im AA mit StM'in A-S waren der EG-Beitrittsantrag der Türkei und die Assoziation EG-Türkei, der Zypern-Konflikt, Menschenrechtsfragen und das KSZE-Umwelttreffen in Sofia.

3) Die türkische Haltung zum Beitrittsantrag zur EG² war im Vergleich zu den früheren Begegnungen 1987 und 1988³ bemerkenswert modifiziert worden. StM Bozer stellte die innenpolitischen Konsequenzen der im Herbst zu erwartenden Stellungnahme der Kommission⁴ in den Mittelpunkt seiner Erwägungen. Der Avis der Kommission sei nur eine Etappe auf dem langwierigen Weg der Türkei zur EG-Mitgliedschaft. Ihm müsse eine Stellungnahme des Rates folgen, und dann müsse das EP seine Meinung bilden. Das werde viel Zeit kosten. Erst wenn alle diese Instanzen positiv Stellung genommen hätten, könnten Verhandlungen aufgenommen werden. Auch diese würden sehr lange dauern. Dann würden ebenfalls sehr lange Übergangsregelungen nötig sein. Auch die Türkei, insbesondere die türkische Wirtschaft, brauche Zeit, um sich auf die EG-Mitgliedschaft einzustellen. Er verkenne nicht, daß die Gemeinschaft zuerst interne Probleme bewältigen müsse. Sie habe die Vollendung des Binnenmarktes und die Währungsunion in ihr Programm aufgenommen. Jedoch brauchten diese Entwicklungen den türkischen Beitrittsantrag nicht zu tangieren.

Innenpolitisch nicht zu verkraften wäre jedoch eine Zwischenlösung, die keine Beitrittsperspektive enthalte, oder ein negativer Bescheid. Die Türkei sei ein

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Stechow mit der Bitte um Genehmigung an Staatsministerin Adam-Schwaetzer geleitetet.

Hat Legationsrat I. Klasse Michael am 11. September 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Adam-Schwaetzer verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „[Siehe] u[nter] Stavenhagen ab S. 6.“

Ferner vermerkte er zur Bitte um Genehmigung: „[I]n O[rdnung], Einbesserung S. 4 an H[errn] v. Stechow durchgegeben.“ Vgl. Anm. 15.

Hat Adam-Schwaetzer vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „O.k.“

² Zur türkischen Haltung zum Antrag auf EG-Beitritt vom 14. April 1987 vgl. Dok. 190.

³ Der türkische Staatsminister Bozer hielt sich am 3. April 1987 in der Bundesrepublik auf. Für seine Gespräche mit Staatsministerin Adam-Schwaetzer und Staatssekretär Ruhfus vgl. AAPD 1987, I, Dok. 93.

Bozer hielt sich am 15./16. September 1987 erneut in der Bundesrepublik auf und traf am 16. September 1987 mit Adam-Schwaetzer und kurz mit Bundesminister Genscher zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 151042.

Ein weiteres Gespräch zwischen Bozer und Adam-Schwaetzer fand am 29. Februar 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 74.

⁴ Zur Stellungnahme der EG-Kommission zum türkischen Antrag auf EG-Beitritt vgl. Dok. 396.

europäisches Land und ein Beitrittskandidat. Für die Türkei sei auch von Bedeutung, daß das von der EG gewählte Verfahren die Türkei gegenüber den Beitritten von P, E und GR nicht diskriminiere. Im Falle GRs hätte die Kommission in ihrem Avis⁵ eingangs große Defizite festgestellt und sei zu dem Schluß gekommen, weitere Daten und Fakten seien für eine Stellungnahme erforderlich, habe dann aber überraschend die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vorgeschlagen. Im Gegensatz dazu habe TUR, wie auch EGK festgestellt habe, alle Fragen nach Informationen und statistischem Material umfassend beantwortet. Letztlich bedürfe es des politischen Willens der Gemeinschaft, die Türkei aufzunehmen. Wenn der nicht vorhanden sei, müsse TUR ihren⁶ eigenen Weg gehen. Dabei sei vor allem unsere Haltung für Türkei von besonderer Bedeutung. D habe in türkischer Meinungsbildung nicht nur bei Regierung, sondern auch bei Bevölkerung hervorgehobene Bedeutung. Ein politischer Wille wie beim österreichischen Beitrittsantrag⁷ werde erwartet. D's Haltung werde große Auswirkungen auf die türkische Politik haben. Es gebe in der Türkei einen nationalen Konsens für Europa. Eine Enttäuschung würde schlimme Auswirkungen nicht nur für die Türkei, sondern auch für Europa haben. Für die türkische Regierung sei dies eine Prestigefrage. Eine Enttäuschung müsse verhindert werden.

StM'in A-S sagte, rein juristisch betrachtet habe die Bundesregierung keinen Einfluß auf den Avis der Kommission. Wir seien uns der großen innenpolitischen Bedeutung für die Türkei bewußt. Deswegen müßten die mit dem Beitritt zusammenhängenden Fragen auch politisch durchdacht werden. Persönlich vertrete sie die Auffassung, daß der Avis der Kommission für die Türkei eine Perspektive als europäisches Land enthalten werde. Es sei erfreulich, daß auch TUR sich über die zeitliche Perspektive realistische Vorstellungen mache. In der Zwischenzeit dürfe aber kein Stillstand in den Beziehungen EG–Türkei eintreten. Der Assoziationsvertrag⁸ müsse ausgebaut werden. Das enthalte auch eine finanzielle Perspektive, z.B. beim Vierten Finanzprotokoll⁹, aber auch die Verpflichtung TURs, den Pflichten des Assoziationsabkommens z.B. beim Zollabbaukalender weiter nachzukommen. Dies sei auch deswegen erforderlich, um dem für diese Entscheidungen erforderlichen Einstimmigkeitsprinzip Rechnung zu tragen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Konstruktive Türkeipolitik sei seit langem die Politik der Bundesregierung, die im Rat stets auf weitere Fortschritte im Verhältnis EG–Türkei hingearbeitet habe. Für die Erreichung der Einstimmigkeit sei aber auch eine weitere Frage, die im engeren Sinne keine EG-Frage sei, von Bedeutung, nämlich der Zypern-Konflikt. Dieser habe immer unausgesprochen die Entscheidungen der Gemeinschaft maßgeblich mit beeinflußt. Er

⁵ Griechenland stellte am 12. Juni 1975 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die EG-Kommission legte am 29. Januar 1976 eine Stellungnahme dazu vor. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 28.

⁶ Korrigiert aus: „seinen“.

⁷ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214, besonders Anm. 27.

⁸ Am 12. September 1963 schlossen die EWG und die Türkei ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation. Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

⁹ Zum Vierten Finanzprotokoll zwischen der EWG und der Türkei vgl. Dok. 190, Anm. 15.

sei letztlich auch der Grund für den Ausgang des Assoziationsrates 1988¹⁰ unter deutscher Präsidentschaft gewesen. Deswegen würden wir nachdrücklich begrüßen, wenn die türkische Regierung in dieser Frage die notwendigen Gespräche mit Denktasch führe, um den derzeit wieder festgefahrenen interkommunalen Dialog¹¹ wieder in Gang zu bringen.

Ein weiterer wichtiger Faktor sei die Menschenrechtsfrage. Wir begrüßten die türkischen Anstrengungen, die damit zusammenhängenden Probleme besser in den Griff zu bekommen, leider gäbe es aber immer wieder auch in unserer sensiblen Öffentlichkeit beunruhigende Meldungen über Menschenrechtsverletzungen, die nicht mit der Vorstellung der Römischen Verträge¹² in Einklang zu bringen seien. Sie könne die türkische Regierung daher nur ermutigen, nicht einzuhalten, diese Probleme zu beseitigen.

StM Bozer führte aus, er sei ganz dieser Auffassung. Dies seien auch politische Fragen, die gelöst werden müßten. Zu Zypern müsse die Türkei darauf bestehen, daß dies keine EG-Angelegenheit sei. Auch im Avis zum griechischen Beitrittsantrag sei dies von EGK klar festgestellt worden. Das müsse auch für TUR gelten. Dennoch müsse man über diese Frage sprechen. Die jüngsten Kontakte Denktasch–Vassiliou zeigten, daß Denktasch nicht für alles verantwortlich gemacht werden könne. TUR trete für einen Konsens im interkommunalen Dialog ein. Sehr nachdrücklich erläuterte er, TUR brauche Sicherheit für Menschenrechtsgarantien für die Türken-Zypern. Zypern gehöre weder der Türkei noch Griechenland. Die Ereignisse vor 1974 sprächen eine deutliche Sprache und könnten nicht vergessen werden. Selbst Kinder seien massakriert worden. TUR brauche eine Garantie, daß auch GR bereit sei, die Rechte der Türkisch-Zyprioten zu respektieren. Dies sei der eigentliche Grund für die Stagnation des Dialogs. Was gebraucht werde, seien Bizonalität und Sicherheit.

StM'in A-S erwiderte, sie werde in naher Zukunft auch mit Camilión¹³ sprechen. Gespräche fänden auch mit der Regierung Zyperns statt. Auch ihnen erläuterten

¹⁰ Zu der für den 25. April 1988 in Luxemburg geplanten Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei vgl. Dok. 61, Anm. 7.

¹¹ Referat 203 erläuterte am 1. September 1989, nach dem Scheitern einer ersten Vermittlungsrunde 1985 sei der Dialog der Volksgruppen auf Zypern unter Vermittlung des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im August 1988 erneut aufgenommen worden. Ziel bleibe „die Erarbeitung eines Vertrages (Verfassungsentwurf) über die Errichtung eines bizonalen und bikommunalen Bundesstaats Zypern und die Überwindung der Teilung Zyperns. Allerdings hat die Veröffentlichung eines ‚Grundlagenpapiers‘ über das Ergebnis der bisher zwischen beiden Volksgruppen-Führern geführten Gespräche durch den VN-GS im Juli 1989 den erbitterten Widerspruch Denktaschs ausgelöst, der sich durch schriftliche Fixierung von Teilergebnissen nicht festlegen lassen möchte.“ Die Bundesregierung vertrete die Ansicht, „daß die Volksgruppengespräche unter VN-Ägide unter allen Umständen fortgesetzt werden sollten“. Vgl. Referat 413, Bd. 144917.

¹² Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

¹³ Staatsministerin Adam-Schwaetzer traf am 14. September 1989 mit dem Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs für Zypern, Camilión, zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna teilte dazu am 15. September 1989 mit, die Gesprächspartner hätten darin übereingestimmt, daß die Türkei mit Blick auf einen EG-Beitritt zu einer konstruktiven Haltung im Zypern-Konflikt bereit sei. Camilión habe den Stand der Volksgruppengespräche dargelegt und erklärt, „daß Denktasch ohne befriedigende Garantien durch TUR praktisch keinen Spielraum habe. De facto sei ohne TUR Truppenkontingent keine Einigung möglich.“ Zentral seien die Fragen von Eigentumsrückgabe bzw. Rück-siedelungen. Camilión habe ferner erläutert, VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar „sehe keinen Nutzen in der Fortsetzung der unverbindlichen Volksgruppengespräche wie bisher. Jetzt müsse die Verhandlungsphase beginnen. Man habe damit aber keine Eile.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 7678; Referat 203, Bd. 150984.

wir klar unsere Haltung. Wir wüßten, daß die Türkisch-Zyprioten Garantien benötigten. Aber auch der griechische Teil der Insel könne zu Recht Erwartungen stellen. Vermittler könnten wir allerdings nicht sein. In der EG stelle sich die Lage nun einmal so dar, daß GR Mitglied sei. Einstimmigkeit werde so lange nicht erzielt werden, wie es keinen Fortschritt in Zypern gebe. Dies müsse man realistisch sehen.

StM Bozer erwiderte, ein Land könne keine Konzession mit dem Risiko der Gefährdung von Menschenleben machen. Es stimme, daß Einstimmigkeit für EG-Entscheidungen erforderlich sei, diese könne aber nicht auf Kosten der Bevölkerung Nordzyperns erkaufte werden. Diesen Preis könne keine türkische Regierung bezahlen. Deshalb sei auch Druck auf GR erforderlich. Er sagte, das Ergebnis des Assoziationsrates von Luxemburg 1988 habe ihn sehr enttäuscht. Er hätte stattfinden können. Die Türkei sei in einer mißlichen Lage. Alle wollten Konzessionen der Türkei, sowohl für die Assoziation als auch für den Beitritt. Die Türkei wolle Gerechtigkeit. Es gebe eine Grenze für Konzessionen. Er kam auf die Ad-hoc-Gespräche vom Dezember 1988 zu sprechen und bezeichnete deren Ergebnisse als enttäuschend für die Türkei. Die Türkei habe erneut Konzessionen, z. B. beim Zollabbau, gemacht. EGK habe keine Verhandlungsmarge gehabt. TUR sei sehr empfindlich gegen Diskriminierungen jeder Art. TUR werde alle Pflichten aus dem Assoziationsabkommen erfüllen.

Er erwähnte die Frage der Freizügigkeit. TUR habe diese Frage nicht erneut aufgeworfen. Für sie gelte weiter die alte Abmachung¹⁴, an die TUR sich halten werde. Auch für die Freizügigkeit werden realistische Regelungen zu finden sein.

StM'in A-S erwiderte, nicht nur Türkei habe Konzessionen gemacht, auch EG habe erhebliche Vorleistungen in der Assoziation erbracht. Bei¹⁵ Beitritt der Türkei werde EG erheblich mehr leisten müssen, und das werde nicht nur für GR schwierig werden. Hier sei großer Realismus erforderlich. Sie erläuterte auf Bitte von StM Bozer Vorwürfe zu Menschenrechtsverletzungen:

Es gäbe gesetzliche Regelungen in TUR auf der juristischen Ebene, die nicht europäischem Standard entsprächen. Es sei unbestritten, daß es Fortschritte gegeben habe. Aber z. B. bei der Frage der Inhaftierung von Gefangenen ohne die Möglichkeit eines juristischen Beistandes sei ein Defizit feststellbar. Auch fehle es an der Freiheit für volle gewerkschaftliche Betätigung, wie sie in den Römischen Verträgen festgelegt sei. Auch unterhalb der juristischen Ebene gelte es, Gesetze und Vorschriften auch tatsächlich zu beachten und durchzuführen. Hier sei ein strenger Maßstab anzulegen. Es gäbe immer wieder Berichte von Folterungen und Mißhandlungen. Folter sei ihrer Auffassung nach das Schlimmste, was Menschen anderen Menschen antun könnten.

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Präsidenten Evren am 20. November 1982 in Ankara; AAPD 1982, II, Dok. 314.

Referat 203 vermerkte am 2. August 1988: „In der Freizügigkeitsfrage wurde die Position der Bundesregierung durch eine EuGH-Entscheidung vom 30.9.1987 gestärkt, die die übersteigerten türkischen Interpretationen deutlich einschränkt. Demzufolge können türkische Staatsangehörige aus den Freizügigkeitsbestimmungen des Assoziierungsabkommens keine Rechte herleiten, weil es sich nicht um unmittelbar in Mitgliedstaaten anwendbares Recht handelt. Die Türkei ist damit zum Gefangenen ihrer eigenen Interpretation geworden.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151034.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Michael handschriftlich eingefügt: „evtl.“ Vgl. Anm. 1.

StM Bozer stimmte bezüglich der Länge der Haftdauer zu. Dies müsse geändert werden. Ein Gesetz sei in Vorbereitung, jedoch kompliziert, da die derzeitigen Regelungen in der Verfassung¹⁶ verankert seien. In der Frage der Gewerkschaftsfreiheit sei er anderer Meinung. Es gebe in der Türkei Streiks, z.B. in der Metallbranche. Vielleicht werde die Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei anders gehandhabt. Streiks mit politischer Zielsetzung seien verboten. Auch gebe es Inkompatibilität zwischen Gewerkschaftsämtern und der Mitgliedschaft in der Nationalversammlung. Er kam auf die Folter zurück. Die Türkei stünde zu ihren Pflichten in den VN und im Europarat. Diese Frage werde in unserer Presse zu sehr ausgeschlachtet, auch für andere Zwecke. Die Türkei sei durch die Aktivität der PKK in einer schwierigen Lage. TUR könne keine Bestrebungen zulassen, die die Desintegration des Landes förderten. Dies gelte nicht für die Kurden, sie könnten im Lande friedlich leben. Man könne TUR nicht mit dem Iran oder Irak vergleichen. Dennoch gäbe es isolierte Fälle von Folter.

4) StM'in A-S sprach türkische Absicht, an KSZE-Umwelttreffen Sofia nicht teilzunehmen¹⁷, an. Sie bäte nachdrücklich um Revision dieser Entscheidung. Der KSZE-Prozeß sei sehr wichtig; gerade jetzt, wo Bewegung in Europa entstanden sei, werde er zur Festlegung der Lebensbedingungen in Europa gebraucht.

StM Bozer sagte, dies sei innenpolitisch sehr schwierig. Er werde die Frage erneut prüfen, könne aber nichts versprechen. Innenpolitisch könne sich keine türkische Regierung leisten, nach Sofia zu gehen. Es fehle an Solidarität und Unterstützung des Westens für schwierige türkische Lage bei den Bulgaren-Flüchtlingen.¹⁸ Davon gebe es inzwischen 360 000.

StM'in A-S hob das Konsensprinzip in der KSZE hervor. Sogar Rumänien habe man überzeugt, an für Rumänien sehr unangenehmen Treffen der KSZE teilzunehmen. Sie könne sich vorstellen, daß auf dem Treffen die deutsche Delegation in der Frage der Bulgaren-Türken deutliche und klare Worte sagen werde, selbst wenn es sich um eine Umweltkonferenz handele. Auch brauche die türkische Delegation nicht so hochrangig zu sein wie andere Delegationen.

StM Bozer sagte zu, diese Frage mit dem Ministerpräsidenten¹⁹ nochmals zu besprechen.

5) Im Gespräch mit StM Stavenhagen ergaben sich einige zusätzliche Gesichtspunkte. StM Bozer betonte in der Beitrittsfrage, deren langfristige Perspektive er ungeschminkt erläuterte, daß ein negativer Bescheid nicht nur für die Türkei, sondern auch für die Region von Bedeutung sein werde. Dabei seien die Rolle der Türkei gegenüber ihren Nachbarn und die zunehmenden fundamentalistischen

¹⁶ Für den Wortlaut der türkischen Verfassung vom 7. November 1982 vgl. BEITRÄGE ZUR KONFLIKTFORSCHUNG, Bd. 13, Nr. 1 (1983), S. 111–173.

¹⁷ Referat 212 vermerkte am 6. September 1989, die türkische Entscheidung, wegen der Lage der türkischen Minderheit und Menschenrechtsverletzungen in Bulgarien nicht am KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia teilzunehmen, sei Ministerialdirektor Kastrop in einer Demarche des türkischen Botschafters Arim am 24. August 1989 erläutert worden. Außerdem hätten türkische Demarchen in anderen EG-Mitgliedstaaten stattgefunden: „Die Zwölf berieten auf 200. PK (5./6.9.) über gemeinsames Vorgehen, um TUR zu Revision dieser – noch nicht öffentlich gemachten – Entscheidung zu bewegen“. Die Bundesregierung habe außerdem die USA gebeten, „Einfluß in Ankara geltend zu machen“. Vgl. Referat 413, Bd. 144917.
Zum KSZE-Umweltschutztreffen vgl. Dok. 343.

¹⁸ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

¹⁹ Turgut Özal.

Infiltrationen aus Irak, Syrien und Iran zu berücksichtigen. TUR habe nur die europäische Option. Nur bei positiver Perspektive für Beitritt könne sich Türkei auch wirtschaftlich und in der Menschenrechtsfrage weiterentwickeln.

StM Stavenhagen führte aus, ein Verweis auf nach 1992²⁰ sei keine Diskriminierung der Türkei gegenüber früheren Beitrittsländern, sondern nunmehr die erklärte Politik der Gemeinschaft. Er sei überzeugt, daß die Entwicklung der EG mit den Zwölf noch nicht zu Ende sei. Sie hätten kein Monopol auf Europa. Die Bundesregierung könne nicht akzeptieren, daß über Erweiterungen erst nach Vollendung der Europäischen Union geredet werde. Jetzt habe die EG als Priorität die Integration, früher sei die Süderweiterung eine Priorität gewesen. Er verkenne nicht die Schwierigkeiten, die neue Beitritte für den Haushalt, für die Frage der Freizügigkeit, in der Frage der Einstimmigkeit, der Zustimmung durch das EP und bezüglich der Haltung Griechenlands haben. Deshalb sei der Ansatz der Türkei, in langfristigen Perspektiven zu denken, klug.

Weitere Gesprächsthemen waren Zypern, Menschenrechte und KSZE, die im Ergebnis einen ähnlichen Inhalt hatten wie die Gespräche mit StM'in Adam-Schwaetzer.

v. Stechow

Referat 413, Bd. 144917

272

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3788

Aufgabe: 13. September 1989, 18.21 Uhr¹

Ankunft: 14. September 1989, 00.37 Uhr

Betr.: Besuch von Boris Jelzin in den Vereinigten Staaten (9. bis 16. September 1989)

1) Zusammenfassung

Der erste Besuch Boris Jelzins in den Vereinigten Staaten hat diesen zwar, nach eigenem Bekunden, innerhalb weniger Stunden nach Eintreffen in New York davon überzeugt, daß alle negativen Vorinformationen, die er aus sowjetischen Quellen über dieses Land erhalten hatte, absolut unzutreffend seien, andererseits hat sich der Besuchsablauf als ein einziges Knäuel von Verwicklung und Konfusion erwiesen.

Ohne die Abstimmung mit der eigenen Regierung, der US-Botschaft oder sonstigen Amerika-Kennern zu suchen, hatte sich J. vor einigen Wochen schriftlich

²⁰ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Gottwald, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Brett am 14. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein zu Recht ironisch geschriebener Bericht! Umlauf.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert vorgelegen.

verpflichtet, seine erste USA-Reise durch das kalifornische Esalen-Institut organisieren zu lassen, das auch die Hälfte der Redehonorare erhalten sollte. Dieses Institut, zwar seit den 60er Jahren mit allen möglichen Friedensinitiativen hervorgetreten, hat jedoch keinerlei Erfahrung mit einer solchen Besuchsplanung und war der Herausforderung gegenüber völlig hilflos. Wie die Botschaft von einem noch unmittelbar unter dem Schock der dadurch ausgelösten Konfusion stehenden Mitarbeiter des Sowjetunion-Referats im State Department plastisch geschildert bekam, reihte sich bereits in den ersten Tagen J.s in den USA eine Fast-Katastrophe an die nächste:

Beiläufig erwähnte J. bei der Verabschiedung durch den US-Botschafter in Moskau², daß er bei Ankunft in New York erwarte, durch Gouverneur Cuomo und prominente Senatoren begrüßt zu werden. Hektische Anrufe ergaben, daß die Betroffenen von diesem Wunsche keinerlei Ahnung hatten. Auch für Kontakte mit der Administration ließ sich J. auf keine Vorbereitung ein, erzählte aber sofort bei Eintreffen den Medien freudestrahlend, daß er in den USA vor allem auf die Begegnung mit dem Präsidenten zähle.

Während man im State Department davon ausging, daß Gorbatschow den Empfang seines ehemaligen Verbündeten durch die Administration als Beweis für Glasnost tolerieren werde, hatte man im Weißen Haus diesbezüglich bis zuletzt erhebliche Bedenken. Hatte man sich zu einem Termin bei AM Baker mit 24 Stunden Vorlauf durchringen können, so kam die Entscheidung Sicherheitsberater Scowcrofts, den Gast zu empfangen, erst eine Stunde vor der Begegnung. Im Grunde wider seinen Willen, sich jedoch der von J. geschickt angefachten Pressekampagne der Erwartungen auf eine Begegnung mit ihm beugend, wählte Präsident Bush den Weg des geringsten Widerstandes und nahm für 15 Minuten an J.s Termin bei Scowcroft teil (auch VP Quayle absolvierte in gleicher Form seinen Kontakt mit J.).³ Gleichzeitig bemühte man sich, den reinen Privatcharakter der Begegnung zu unterstreichen. Präsidentsprecher Fitzwater erklärte: „We do want to be clear that United States policy is to support Glasnost and Perestroika and the reforms under way in the Soviet Union and, so, we didn't want to indicate we were trying to provide a platform for dissent.“ Wie uns der Gesprächspartner freimütig wissen ließ, sei J. bei der Administration alles andere als beliebt. Seine Transformation vom Stalinisten über den Gorbatschow-Gefährten zum exzentrischen Demagogen könne man wohl nur mit der hohen Selbsteinschätzung J.s erklären. Seine Neigung zu heftigem Alkoholkonsum mache den Kontakt mit ihm nicht gerade leichter.

Über den Inhalt seiner Gespräche verlautete, daß diese sich im allgemeinen bewegt hätten und man konkrete Einzelfragen weder bei Scowcroft noch Baker behandelt habe. Aufmerksamkeit erregte J. vor allem mit seiner Vorhersage gleich zu Beginn des Besuches, daß Gorbatschow nur noch sechs bis zwölf Monate habe, um sichtbare Erfolge vorweisen zu können, andernfalls aber mit seinem Sturz rechnen müsse. Auch in den USA setzte J. die scharfe Kritik an sowjetischen Zuständen und seine Vorschläge für Verbesserungen insbesondere im

² Jack F. Matlock.

³ Vgl. dazu die Erklärung des Pressesprechers des amerikanischen Präsidenten, Fitzwater, vom 12. September 1989; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1182.

Konsumbereich fort, die seine Popularität bei seinen Moskauer Wählern begründet haben.

Jelzin reist ohne jegliche Abstimmung mit der sowjetischen Botschaft und ohne offizielle Begleiter, nur mit zwei Mitarbeitern des Obersten Sowjets. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß State Department und sowjetische Botschaft (diese hat signalisiert, daß man an der Art der Wahrnehmung J.s keinen Anstoß nehme) sich gegenseitig bei den Konfusionen und Zumutungen des Jelzin-Besuches Beistand und Tröstung leisten mußten. Um nur einige der Beinahe-Pannen zu erwähnen: Da J. in den USA Vorträge gegen Honorar hält, benötigt er einen zur Arbeit berechtigenden Sichtvermerk des U.S. Immigration Service. Das State Department, an die Ausstellung diplomatischer Visa gewöhnt, war hier machtlos und konnte nur knapp verhindern, daß der Besuch schon bei der Ankunft geendet hätte. Auch die gut gemeinte Hilfestellung David Rockefellers, J. sein Privatflugzeug für die Reise von New York nach Washington zur Verfügung zu stellen, hätte fast zu Verwicklungen geführt, da Sowjetbürger für Flüge in US-Privatmaschinen eine FBI-Genehmigung brauchen, die innerhalb weniger Stunden am Wochenende durch die unverzagten Beamten des Sowjetunion-Referats beschafft werden konnte.

Auch daß J. den pünktlichkeitsfanatischen AM Baker über eine halbe Stunde warten ließ, dürfte die Stimmung im State Department nicht gerade zu seinen Gunsten verändert haben. So ist man schließlich nur froh, daß der ursprünglich eine Woche später geplante Besuch, der sich dann mit dem bilateralen AM-Treffen⁴ überschneiden hätte, hinter sich gebracht werden konnte. Nach einer noch für Überraschungen guten Tour durch eine Anzahl Städte des Mittleren Westens und Kaliforniens wird Jelzin, bereits zwei Tage früher als geplant, zurück nach Moskau kehren, um an der Sitzung des Obersten Sowjets teilzunehmen. Daß dadurch ein vorgesehener zweiter Termin in Washington ausfallen muß, dürfte manche hier mit Erleichterung erfüllen.

Nachdem das offizielle Washington somit seinen Tribut an das zarte Pflänzchen der sowjetischen Demokratie geleistet hat, wendet man sich mit neuem Enthusiasmus dem bevorstehenden Schewardnadse-Besuch zu, der in wohlgeordneter und gut geplanter Weise zu verlaufen verspricht.

[gez.] Ruhfus

Referat 213, Bd. 147166

⁴ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

273

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Metscher

212-341.00

15. September 1989¹

Betr.: Bericht BM vor Auswärtigem Ausschuß am 14.9.89 zu Fragen der West-Ost-Beziehungen

Anlg.: 1 (Leitfaden)²

BM eröffnet mit Hinweis auf dramatische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Habe Parallele in der Dynamik der EG. Eiserner Vorhang roste nicht nur, sondern zerfalle. Dabei finde eine durchaus unterschiedliche Entwicklung statt, die wir zu analysieren haben.

Polen: Dort hätten die gesellschaftlichen Kräfte immer eine gewisse Eigenständigkeit des Landes gewahrt. Solidarität habe ihre Heimat in der katholischen Kirche und werde von ihr gestützt.

Ungarn: Kádár habe nach 1956 Weg beschränkter Reformen beschritten. Träger sei die kommunistische Partei selbst gewesen, weshalb dort die Reformkräfte in der Partei vorhanden seien.

ČSSR: Anders in Prag, wo nach den Säuberungen (nach 1968) keine reformbereiten Persönlichkeiten innerhalb des Parteiapparates existierten.

DDR: Das kritische Potential habe das Land verlassen und verlasse es weiterhin. Dies bedeute Verlust an Reformfähigkeit.

Rumänien: Dort bestünde das allen bekannte besondere System.

Bulgarien: Sofia habe eigenständige Entwicklung genommen, die zurückgehe auf das besondere Verhältnis zwischen Bulgaren und Russen.

Insgesamt könne man nicht mehr von einem Ostblock sprechen. In der deutsch-sowjetischen Erklärung³ sei das Recht aller Staaten auf eigene innere Ordnung und Entwicklung bestätigt worden. Auch der letzte WP-Gipfel⁴ habe dieses Recht bekräftigt. Ein entsprechendes ungarisches Papier sei erst nach einer Intervention von GS Gorbatschow akzeptiert worden.

Sowjetunion: Die offenkundigen Schwierigkeiten des dortigen Reformprozesses gingen auch zurück auf die Größe des Landes und dessen verkrustete Strukturen.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 15. September vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.
Hat Elbe vorgelegen.

² Dem Vorgang beigelegt. Für den „Leitfaden für Bericht vor dem Auswärtigen Ausschuß am 14.9.89 zu Fragen der West-Ost-Beziehungen“ vgl. Referat 010, Bd. 178932.

³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

⁴ Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

Die Auseinandersetzungen über den Reformkurs seien jedoch keine Zeichen der Schwäche. Wir im Westen hätten die Offenheit unserer Systeme immer als unsere Stärke angesehen. Wir könnten unser Urteil hinsichtlich entsprechender Vorgänge in der Sowjetunion nicht ändern.

Das Thema der Nationalitäten sei alt und habe schon Lenin und Stalin beschäftigt. Es trete jetzt wieder zutage. Die UdSSR sei bereit, jetzt eine Entwicklung zu vollziehen, die ihrem Staatsnamen Rechnung trage. Der föderative Charakter bilde sich heraus (nicht nur *de jure*, sondern jetzt auch *de facto*).

Es komme jetzt darauf an, daß wir in geeigneter Weise auf diese Entwicklungen reagierten.

Ungarn: Darüber habe er mit Németh und Horn bei ihrem Bonner Besuch⁵ gesprochen. Es sei nichts zurückzunehmen, was bereits öffentlich zu diesem Thema gesagt worden sei. Zu keiner Zeit sei die Lösung der Lage der Zuflucht-suchenden mit der Forderung oder Erwartung nach wirtschaftlicher Hilfe verbunden worden. Auch seien keine entsprechenden Zusagen gemacht worden. Was wir gegenüber Ungarn tun, ist die logische Fortsetzung bereits begonnener Zusammenarbeit. In Ungarn marschiere die kommunistische Partei an der Spitze der Reformbewegung. Die Spaltung der Partei auf dem nächsten Parteitag⁶ sei möglich, wobei die Abspaltung der orthodoxen Kräfte die Basis der Partei verbreitern könne.

Polen: Unsere Erwartungen an ein verbessertes Verhältnis seien weitgehend erfüllt. Jetzt gehe es um die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit⁷, über die wir uns verständigen müßten. Umwandlung des Jumbo-Kredits in Złoty, um gemeinsame Vorhaben zu finanzieren. Entscheidend sei Haltung des Pariser Clubs. Wichtig sei, daß man die Reformkräfte nicht für die Fehler der Vorgänger bezahlen lasse. Es liege eine enorme Bürde aus der Vergangenheit gerade auf diesen Reformkräften. Polen wie Ungarn versuche, Investitionskapital dadurch in das Land zu bekommen, daß die Beteiligung an oder ganze Unternehmen zum Verkauf angeboten würden. Man habe von polnischer Seite eine entsprechende Liste erbeten.

Für Entwicklung der West-Ost-Beziehungen insgesamt seien zwei Maximen wichtig:

- eine noch stärkere Differenzierung nach den Ländern,
- unser Interesse an Erfolg der Reformbewegung.

Wir könnten namentlich durch erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen (vor allem in Wien⁸) hierzu beitragen.

⁵ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher trafen am 25. August 1989 auf Schloß Gymnich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh und Außenminister Horn zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 28 und Dok. 29.

⁶ Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

⁷ Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 281.

⁸ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

BM schloß mit Bemerkung zur neuen Diskussion über deutsche Frage. Nicht die deutsche Frage sei wieder aktuell. Vielmehr sei die europäische Frage aktuell. Wir seien gut beraten, wenn wir bisherigen guten Kurs beibehielten. Deutsches Schicksal bleibe in europäische Entwicklung eingebettet. Nur auf diesem Wege sei deutsche Frage zu lösen, nicht auf anderen. Die Väter des Grundgesetzes hätten dies bereits gewußt, als sie Präambel zum Grundgesetz⁹ formulierten. Unsere Außenpolitik sei um so nationaler, je europäischer sie sei.

Es folgten Fragen und Stellungnahmen von Abgeordneten.

- MdB Geiger fragte nach Haltung der anderen EG-Partner.
- MdB Voigt stimmte Bericht in allen Teilen zu. Er verwies auf umgekehrten Zusammenhang: Unsere europäische Einbettung sei nur durchzuhalten, wenn sich auch Westeuropa in seiner Politik gesamteuropäisch orientiere. Hieran bestünden Zweifel. Hinweis auf Quotenregelung bei europäischer Fernsehregelung¹⁰; Schengener Abkommen¹¹; EUREKA und Erasmus.
- MdB Lippelt betonte, daß Prozesse in Mittel- und Osteuropa rational verlaufen müßten. Er fragte nach unseren Ordnungskonzepten für die deutsche Frage.
- MdB Gansel bat darum, gegenüber ausländischen Staatsmännern deutlich zu machen, daß ihre derzeitigen Aussagen über die wieder aktuelle deutsche Frage unseren Anliegen nicht hilfreich seien.

BM verwies auf zwei Themen, die in diesem Zusammenhang einer besonderen Behandlung bedürften:

- Welche Aufgabe habe EG?
- Wie sei das Verhältnis zwischen unseren nationalen und unseren europäischen Interessen?

Er verwies auf jetzt anstehende Beitrittskandidaturen.¹² EG sei offen für alle europäischen Demokratien. Ob diese beitreten könnten, sei ihre eigene Angelegenheit und Entscheidung. Die europäischen Problemländer in wirtschaftlicher Hinsicht seien bereits aufgenommen. Bei den jetzt anstehenden Kandidaturen handle es sich nicht mehr um wirtschaftliche Problemländer. Er könne auch nicht akzeptieren, daß EG mit steigender Mitgliederzahl schwerer lenkbar sei. Dies sei ausschließlich Frage der europäischen Institutionen.

Die verteidigungspolitische Identität Europas sei allerdings nicht in EG, sondern in WEU zu suchen. Hinderlich für eine gesamteuropäische Politik seien restriktive EG-Vereinbarungen wie das Schengener Abkommen.

Gegenüber Ländern Mittel- und Osteuropas seien neue Formen der Vertragspolitik erforderlich. Bereits in Vergangenheit habe Gemeinschaft jeweils an

⁹ Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

¹⁰ Zur EG-Fernsehrichtlinie vgl. Dok. 152, Anm. 8.

¹¹ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

¹² Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Zum Stand vgl. Dok. 271. Zum österreichischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vom 17. Juli 1989 vgl. Dok. 214, besonders Anm. 27.

gepaßte Vereinbarungen etwa mit ASEAN-¹³ und Golf-Ländern¹⁴ gefunden oder auch im Lomé-Abkommen¹⁵. Wir benötigten jetzt Modell für eine Zusammenarbeit mit den reformwilligen Ländern Osteuropas. Darüber könne er vielleicht in der nächsten Sitzung sprechen (die für 4. Oktober vorgesehen ist¹⁶).

Metscher

Referat 010, Bd. 178932

274

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 15. September 1989, 10.57 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1999

Ankunft: 15. September 1989, 11.56 Uhr

Betr.: Einfluß der Fluchtbewegung über Ungarn² auf die deutsch-deutschen Beziehungen

1) Das explosive Anschwellen des Flüchtlingsstroms über Ungarn hat die DDR-Führung gänzlich unvorbereitet getroffen und in eine tiefe innere Krise gestürzt. Sie steht vor einem Scherbenhaufen zerstörter Illusionen:

Die gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verfolgte Dialogpolitik mit ihrem wichtigen Kernbestandteil einer erheblichen Ausweitung von Reisegenehmigungen seit 1986 hat nicht die gewünschte innenpolitische Stabilisierung durch Gewinn größerer Akzeptanz für die DDR-Führung bei der eigenen Bevölkerung gebracht.

¹³ Die EWG-Mitgliedstaaten und die ASEAN-Mitgliedstaaten schlossen am 7. März 1980 ein Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

¹⁴ Am 15. Juni 1988 unterzeichneten die EWG-Mitgliedstaaten und die Mitgliedstaaten des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten ein Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 54 vom 25. Februar 1989, S. 3–15.

¹⁵ Die EWG-Mitgliedstaaten schlossen erstmals am 28. Februar 1975 ein Abkommen mit den AKP-Staaten. Das vierte Abkommen (Lomé IV) wurde am 15. Dezember 1989 unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 397.

¹⁶ Vortragender Legationsrat Blomeyer-Bartenstein vermerkte am 5. Oktober 1989 zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Vortag: „BM berichtet unter VS-v zu seinen Gesprächen am Rande der Generalversammlung und schildert die jüngste Entwicklung in der Situation der Flüchtlinge aus der DDR an den Botschaften in Prag und Warschau.“ Bundesminister Genscher habe zahlreiche Fragen der Abgeordneten beantwortet, „in deren Mittelpunkt die Themen Situation in der DDR, wirtschaftliche Hilfe für die Staaten in Mittel- und Osteuropa zur Abstützung des Reformprozesses, Zusammenhang westeuropäische Einigung und Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas stehen; ferner eine Frage zur möglichen Beteiligung von Bundeswehreinheiten an VN-Friedensmissionen“. Vgl. Referat 011, Bd. 150691.

¹ Das Fernschreiben wurde von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 15. September 1989 vorgelegen.

² Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

Das Echo in den westlichen Medien zeigt deutlich, daß der durch Honeckers Besuchspolitik in maßgebenden westlichen Ländern erhoffte Prestigegewinn für die DDR verspielt ist. Die schwerste Erschütterung des Selbstvertrauens resultiert aus der gänzlich versagten (Ungarn) oder nur noch mit Einschränkungen (zurückhaltende Presseerklärungen von TASS³ und ČTK⁴) bewiesenen Solidarität der sozialistischen Verbündeten. Die volle Solidarität Rumäniens (Erklärung von Agerpres⁵) zählt wenig, zumal auch Warschau kritisch abseits steht.

2) Das Gefühl nahezu vollständiger Isolierung, das durch den Besuch von Ligatschow⁶ und die Besuchsankündigung Gorbatschows⁷ nicht wettgemacht wird, zumal aus Moskau andere Töne als von Ligatschow zu vernehmen sind, führt angesichts des breiten westlichen Medienechos, das über Fernsehen und Rundfunk überall in der DDR aufgenommen wird, zu einer massiven Gegenaktion des Propagandaapparats, dessen ungezügelter Angriff an die Adresse der Bundesrepublik nur allzu deutlich die eigenen Defizite erkennbar werden lassen. Mit Ausnahme der „Jungen Welt“, die auch keine Antworten weiß, stellt niemand die Frage, wieso nach 40 Jahren Sozialismus junge Menschen, die ausschließlich durch die immer wieder gepriesene sozialistische Schule gegangen sind, so leicht den angeblichen Verführungen des Westens erliegen konnten. Auch wenn anzunehmen ist, daß diese Fragen mit aller Nüchternheit parteiintern gestellt werden (so z. B. Politbüromitglied Krolkowski gegenüber BM Kiechle⁸), so findet das nach außen keinen Niederschlag, wodurch der Eindruck der Ratlosigkeit der Führung noch verstärkt wird. Der krankheitsbedingte Ausfall der Führungsspitze Honecker⁹ ist nicht Ursache der Krise, verschärft sie aber, weil jetzt, wo

³ Für den Wortlaut der Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 12. September 1989, S. 1.

⁴ Für den Wortlaut der Meldung der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur ČTK vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 13. September 1989, S. 1.

⁵ Für den Wortlaut der Meldung der rumänischen Nachrichtenagentur Agenția Națională de Presă vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 14. September 1989, S. 1.

⁶ Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow, hielt sich vom 12. bis 15. September 1989 in der DDR auf. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, teilte dazu am 15. September 1989 mit: „Angesichts der Bedrängnis, in die die DDR infolge des Flüchtlingsproblems geraten ist, ist die wirtschaftliche Thematik des Besuchs, die ursprünglich der Hauptgegenstand gewesen sein mag, auf den zweiten Platz zurückgetreten. Im Vordergrund steht das Signal des Beistands, den [Ligatschow] mit seiner Stellungnahme zum Flüchtlingsproblem (allerdings, wie hier üblich, ohne jemals das Problem deutlich zu benennen) und mit der Ankündigung von Gorbatschows Besuch gab. Ganz ohne Haken und Ösen ist allerdings auch dieser Zuspruch für die DDR nicht. L. verurteilt nicht die Ungarn (wie ausdrücklich Rumänien und verklausuliert die ČSSR in ihren Agenturerklärungen).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2006; Referat 210, Bd. 140713.

⁷ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR anlässlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung fand am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER – GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

⁸ Bundesminister Kiechle hielt sich am 3./4. September 1989 in der DDR auf und traf am 4. September 1989 mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Krolkowski, zusammen. Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, teilte dazu am 6. September 1989 mit, in bezug auf die Zufluchtsuchenden aus der DDR in Botschaften der Bundesrepublik habe Krolkowski versichert, „daß mir jeder junge Mensch leid tut, der von uns geht“. Er habe „die Arroganz der Medien“ angesprochen, die „aus einer Randerscheinung ... eine Haupterscheinung“ machten. Staab führte dazu aus: „Auffallend war, daß Krolkowski sich sehr eng an weitgehend bekannte, oft stereotyp wirkende Redewendungen hielt. Er ließ in keinem Punkt irgendeine Lockerung der DDR-Haltung erkennen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1921; Referat 210, Bd. 140701.

⁹ Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, berichtete am 12. September 1989 über die Erkrankung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, seit Anfang Juli 1989: „Aus sehr hoher DDR-Quelle

Entschlußkraft vonnöten ist, der Eindruck der Führungsschwäche noch bis zum Ausfall der Führung gesteigert wird.

Die Stützen, auf die sich die DDR-Führung meinte verlassen zu können, d. h. innenpolitisch ein gewisses Mindestmaß von Zufriedenheit und daraus folgend Unterstützung durch die eigene Bevölkerung und außenpolitisch die Einbettung in die Solidarität der sozialistischen Verbündeten und die Absicherung durch die Dialogpolitik mit dem Westen, haben sich als morsch und nicht mehr tragfähig erwiesen. Die DDR fühlt sich isoliert und sieht sich durch die in der Sowjetunion sichtbar gewordenen Folgen der Entstalinisierung der Außenpolitik (Absage an den Hitler-Stalin-Pakt¹⁰, in Frage stellen der Annexion der baltischen Republiken und Bessarabiens) selbst in ihrer Existenz als Geschöpf der Stalinschen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bedroht. Um so mehr betont sie die Unwiderruflichkeit der Nachkriegsentwicklung in Europa, die zu zwei deutschen Staaten geführt habe, und sieht mit Schrecken, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht nur ein Thema in westdeutschen, sondern auch in britischen, französischen, amerikanischen und gar polnischen Zeitungen wird.

3) Als Folge dieser tiefen Verunsicherung, die durch die Führungslage noch kompliziert wird, ergibt sich für die Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen, daß die DDR ihrerseits, um eine weitere Destabilisierung zu vermeiden, alles daran setzen wird, vorhandene Absprachen zu erhalten. Das gilt insbesondere für den wirtschaftlichen Bereich. Darüber hinaus wird sie auch interessiert bleiben, wo immer finanzwirksame Absprachen getroffen werden, die Verhandlungskanäle offenzuhalten. Erschwernisse dürften sich hier nur aus den durch Honeckers Ausfall komplizierter gewordenen innerstaatlichen Entscheidungsabläufen ergeben. Andererseits aber wird sich die DDR bemüßigt fühlen, nicht so tun zu wollen, als sei gar nichts geschehen. Daher dürfte z. B. die Delegation des CSU-MdB Lintner hier keine Gesprächspartner gefunden haben. Die Zurückstellung von drei Kulturprojekten geschah nicht mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zuspitzung des Verhältnisses. In jedem einzelnen Fall wurden in sich schlüssige Begründungen gegeben, daß die Maßnahmen jetzt nicht durchgeführt werden können. Gleichwohl hätte sich unter anderen Umständen die DDR größere¹¹ Mühe gegeben, um die Maßnahmen doch rechtzeitig durchführen zu können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1199

erfahren wir über Mittelsmann, daß man sich auf Führungssituation wie in der Endphase Breschnews einrichten müsse. Zwar sei der Gesundheitszustand von H[onecker] nicht so besorgniserregend, wie westliche Presse ihn darstelle, jedoch sei auch nicht damit zu rechnen, daß H. wieder die volle Kontrolle und bisherige Leistungsfähigkeit erlangen werde. Andererseits könne man ihn aber auch nicht ablösen. Es finde sich niemand, der hierzu bereit sei. So werde man eine ungewiß lange Zeit mit einer ungeklärten Führungssituation leben müssen.“ Zur Nachfolgesituation sei geäußert worden, „Krenz genieße das Vertrauen der Hardliner, so daß alles auf ihn als Nachfolger hinweise. Modrow habe keine Chancen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1960; Referat 210, Bd. 140683.

¹⁰ Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229. Ferner schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

¹¹ Korrigiert aus: „DDR nicht größere“.

4) Mit der Propaganda-Gegenkampagne gegen die „Obhutspflicht“ der Bundesrepublik gegenüber DDR-Bürgern, die mit der Forderung nach der nach DDR-Ansicht völkerrechtlich gebotenen Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit verbunden wurde, hat die DDR-Führung eine Position eingenommen, von der es ihr schwerfallen wird, wieder abzurücken. Angesichts der Festigkeit der Positionen der Bundesrepublik gerade in diesem Bereich ist hiermit ein Hindernis aufgebaut worden, das über die eher deklamatorische Bedeutung der Geraer Forderungen¹² hinausreicht. Davon kann die DDR-Führung nicht ohne Gesichtungsverlust abgehen. Allenfalls durch größeren Zeitablauf kann dieser Punkt in seiner Bedeutung zurückgestuft werden. Folglich ist damit zu rechnen, daß der gesamte Reiseverkehr, selbst wenn es zu weiteren autonomen Erleichterungen durch die DDR kommen sollte, für längere Zeit sehr sensibel bleiben wird.

Insgesamt ist durch die Gesamtlage und auch die Erkrankung Honeckers bedingt auf nicht abzusehende Zeit mit einer Verlangsamung der Entwicklungsmöglichkeiten im deutsch-deutschen Verhältnis zu rechnen.

[gez.] Bertele

Referat 210, Bd. 140733

275

Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem indischen Präsidenten Venkataraman

18. September 1989¹

Besuch des Präsidenten der Republik Indien, Ramaswamy Venkataraman, in der Bundesrepublik Deutschland vom 17. bis 22. September 1989;

hier: Gespräch mit dem Bundespräsidenten am Montag, den 18. September 1989

Der *Bundespräsident* führte bei der Begrüßung des Gastes aus, wir seien froh über den Aufschwung in den Beziehungen, der sich in allen Bereichen abzeichne.

Der *indische Präsident* dankte dem Bundespräsidenten für den Empfang. Deutsche haben in der Vergangenheit den Indern geholfen, ihre eigene Kultur zu entdecken. Er habe Deutschland mehrfach besucht, auch nach dem Krieg. Nach den damaligen Zerstörungen bewundere er die deutschen Leistungen des Wie-

¹² Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in einer Rede in Gera Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Freiherr von Pfetten-Arnach, Bundespräsidialamt, am 19. September 1989 gefertigt und mit Fernkopie vom 20. September 1989 an Vortragenden Legationsrat Hauswedell übermittelt.

Hat Hauswedell am 22. September 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 340, Bd. 156182.

deraufbaus und den hohen technologischen Stand von heute. Beide Länder hätten etwa zur gleichen Zeit 1947 ihren Aufbau begonnen. Indien nach der Kolonialzeit sei ein armes Land ohne Industrie gewesen, von regelmäßigen Hungerkatastrophen heimgesucht. Um seine Bevölkerung zu ernähren, habe es die Welt um Unterstützung bitten müssen. In der Kolonialzeit war es lediglich ein großer Markt für den Kolonialherrn. Erst unter Nehru habe man die indischen wirtschaftlichen Fünfjahrespläne begonnen. Den Erfolg beweise heute die Nahrungsmittelproduktion. Trotz der schlimmsten Trockenheit seit Menschengedenken im Jahre 1986/87 habe man keine Nahrungsmiteleinführen mehr tätigen müssen. Heute könnte Indien Nahrungsmittelhilfe an Länder wie den Sudan oder Äthiopien geben. Man habe die Wirtschaftsstruktur diversifiziert und in den vergangenen Planperioden ein industrielles Wachstum von 8 % per annum erzielt. Für 1990 und den nächsten Fünfjahresplan erwarte man ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 6 %. In den Zahlen qualifizierter Ingenieure sowie von Naturwissenschaftlern sei Indien inzwischen weltweit zu führender Stellung aufgestiegen.

Die Beziehungen zum Partner Deutschland entwickelten sich günstig. Man habe von der Bundesrepublik insgesamt 11 Milliarden DM Wirtschaftshilfe erhalten. Die Bundesrepublik sei nach Volumen und nach Qualität der größte Hilfegeber Indiens. Hierfür sei man dankbar. Der Handel entwickle sich positiv und erreiche nunmehr vier Milliarden DM jährlich. Man habe noch immer ein Außenhandelsdefizit mit der Bundesrepublik. Er bitte den Bundespräsidenten, diesem Problem Aufmerksamkeit zu schenken und dazu beitragen zu helfen, es zu reduzieren. Indische Software sei z.B. in der elektronischen Datenverarbeitung heute weltweit führend und könnte vermehrt von Deutschland bezogen werden. Die indische Wirtschaft widme sich jetzt mehr den technologisch anspruchsvollen Gütern. Dennoch könnten indische traditionelle Konsumgüter dazu beitragen, den Außenhandel ausgeglichener zu gestalten. Die deutsche technische Zusammenarbeit sei besonders wertvoll, da sie nicht mit politischen Auflagen und Bedingungen verknüpft sei. Vor Jahren sei der Ehrenpräsident der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, nach Indien gekommen. Auf die Frage, was ihn veranlasse, nach Indien zu reisen, habe er erklärt, er käme, weil sich in Indien der größte potentielle Markt der Welt befinde. Bei einem Wachstum der Kaufkraft der indischen Bevölkerung von nur 5 % könnte Indien die gesamte europäische Industrieproduktion aufnehmen. Abs habe recht.

Der indische Präsident ging dann auf das Thema der indischen Beziehungen zu seinen Nachbarn in Südasien ein. Das Verhältnis zu Pakistan habe sich seit der Wahl von Frau Bhutto und der Wiederherstellung der Demokratie erheblich verbessert. Es habe zwei Treffen zwischen ihr und Präsident Gandhi gegeben.² Erfreulich sei das Abkommen über Nichtangriff auf die jeweiligen Nuklearanlagen des anderen Landes.³ Wichtige Themen der bilateralen Beziehungen hätten sich lösen lassen. Besonders bedeutsam sei es, daß die Pakistaner zugestimmt

² Der indische Ministerpräsident Gandhi und die pakistanische Ministerpräsidentin Bhutto trafen am 31. Dezember 1988 sowie am 16./17. Juli 1989 jeweils in Islamabad zusammen.

³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 31. Dezember 1988 zwischen Indien und Pakistan über das Verbot von Angriffen gegen nukleare Anlagen und Einrichtungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 37.

hätten, daß künftige Streitfälle im Rahmen des alten Simla-Abkommens⁴ gelöst werden sollten: Damit werde auf den Verhandlungsweg verwiesen.

Zu Sorge Anlaß gebe jedoch die Einführung neuer und höherwertiger Waffensysteme in Pakistan. Die amerikanische Militärhilfe an Pakistan ginge in Quantität und Qualität weit über das hinaus, was Pakistan für seine Verteidigung benötige. Offensichtlich handle es sich hier um das Teilgebiet einer größeren amerikanischen Strategie. Obwohl die Vereinigten Staaten Indien immer wieder zu beruhigen suchten, daß diese Waffen nicht gegen Indien eingesetzt werden, könne man in Indien hinsichtlich dieses militärischen Aufbaus nicht beruhigt sein. Schiffsraketen vom Typ Exocet, über die Pakistan verfüge, könnten zum Beispiel nicht in Afghanistan eingesetzt werden. Auch der Zulauf an Unterseebooten für die pakistanische Marine sei beunruhigend. Indien müsse dringend anderweitig benötigte Ressourcen aufwenden, um ein vergleichbares Militärpotential aufzustellen. Ein weiterer Grund zur Beunruhigung sei das pakistanische Nuklearprogramm. Indien habe bekanntermaßen die Fähigkeit für die Entwicklung von Nuklearwaffen, habe sich aber entschlossen, seine Nuklearindustrie nur für friedliche und zivile Zwecke einzusetzen. Dagegen müsse es beunruhigen, wenn Pakistan waffengrädige Herstellungstechnologien anwende. Ein weiterer schwieriger Nachbar sei China. Trotz der jahrtausendealten Beziehungen über den Himalaya hinweg hätten die Grenzzwischenfälle von 1962⁵ das Verhältnis nachhaltig gestört. Der Premierminister suche mit seinem Besuch im Dezember 1988⁶ das Verhältnis wieder in freundschaftliche Bahnen zu lenken. Gemeinsame Kommissionen müßten sich jetzt bemühen, Lösungen für die Grenzfrage zu finden.

Was die Beziehungen zu Nepal betreffe, so bringe die Stellung Indiens als größerer Nachbar ebenso viele Vorteile wie Nachteile. In einem Abkommen von 1950 hätten sich beide Länder gegenseitig die Gleichbehandlung ihrer Bürger mit denen des eigenen Landes zugesichert.⁷ Seit langen Jahren wohnten über eine Million Inder in Nepal. Obwohl Nepalis in Indien normal ihrer Tätigkeit nachgehen könnten und insoweit alle Rechte genössen, sei es für die Inder in Nepal nicht das gleiche. Indien habe Nepal innerhalb einer „special relationship“ eine große Anzahl von Konzessionen eingeräumt und liefere Nepal gewisse Waren zu Vorzugspreisen. Außerdem würde man die Elektrifizierungsbestrebungen Nepals unterstützen. Falls die Nepalis bestehende Abmachungen zu ändern wünschten, müßten sie mit Indien diese Punkte diskutieren. Indien komme Nepal in jeder Beziehung entgegen, zum Beispiel habe es als Transitland Nepal anstelle der unter den GATT-Regeln einzuräumenden zwei Zugangsstellen insgesamt 14 gewährt. In Anbetracht dieser Situation sollten aber auch die Nepalis auf indische Anliegen angemessene Rücksicht nehmen. Glücklicherweise sei das letzte Treffen zwischen dem Premierminister und dem nepalischen König in

⁴ Am 2. Juli 1972 unterzeichneten Indien und Pakistan in Simla ein Abkommen über die bilateralen Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 858, S. 72f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 358–360.

⁵ Zum Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Indien vgl. Dok. 81, Anm. 5.

⁶ Der indische Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 19. bis 23. Dezember 1988 in der Volksrepublik China auf.

⁷ Vgl. dazu den Vertrag vom 31. Juli 1950 zwischen Indien und Nepal über Frieden und Freundschaft; UNTS, Bd. 94, S. 4–9.

Belgrad⁸ positiv verlaufen, so daß man nunmehr in Verhandlungen zur Bereinigung der ausstehenden Punkte eintreten könne.

Zu Sri Lanka gebe es zu berichten, daß Indien nur auf die ausdrückliche Bitte der srilankischen Regierung hin Truppen entsandt habe, um den Frieden und die Ruhe im Norden Sri Lankas wiederherzustellen.⁹ Dabei handelte es sich nicht um eine Unterstützung für tamilische Extremisten. Indien vertrete und unterstütze die territoriale Integrität Sri Lankas. Es gehe lediglich darum, eine ethnische Minderheit in ihren Rechten zu schützen. Man sei indischerseits gegen tamilische Extremisten aufgetreten und habe Sri Lanka vor einer Dismembration bewahrt. Er könne uns die Mitteilung machen, daß am heutigen Tage ein Abkommen unterzeichnet worden sei, welches den Rückzug indischer Truppen zum Jahresende vorsehe. Sri Lanka wird es übernehmen, seinerseits den Schutz seiner Minderheiten zu gewährleisten.

In Europa seien in letzter Zeit große Veränderungen eingetreten, die Liberalisierung in der Sowjetunion sei eine der wichtigsten davon. Er, der Präsident, glaube, daß sich innerhalb der Menschheit ein Evolutionsprozeß vollziehe. Der Mensch erreiche einen höheren Grad der Vervollständigung und der mitmenschlichen Beziehungen. Dies könne auch einen Beginn für den Erfolg der Abrüstungsbemühungen bedeuten, die Indien immer zu ermutigen versucht habe. Damit könnten Militärausgaben reduziert und die eingesparten Mittel dringend benötigten anderen Zwecken zugeführt werden. Falls die Entwicklung in der Sowjetunion anhalte, werde dies dazu führen, daß die Menschen ein freieres Leben unter rechtsstaatlichen Garantien führen könnten.

Auch zwischen den beiden deutschen Staaten gebe es Trends, die auf Fortschritte hinwiesen. Es gebe eine Flüchtlingsbewegung über Ungarn. Hier würde eine Beurteilung des Bundespräsidenten interessieren. Schließlich sei in Europa die Integration in einen einheitlichen Markt bis 1992¹⁰ im Entstehen. Für Indien sei die EG der größte Handelspartner. Es stelle sich hier die Frage, was die Auswirkungen auf Entwicklungsländer wie Indien sein würden, insbesondere ob dann der Zugang zu diesem Markt beschränkt werde und andere Länder nicht mehr konkurrenzfähig sein würden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen lud der indische Präsident den Bundespräsidenten zu einem Staatsbesuch in Indien ein. Er schlug einen frühen Reisettermin im Jahr vor, damit dieser Besuch in der klimatisch besten Jahreszeit stattfinde. Der *Bundespräsident* nahm die Einladung dankend an.¹¹

Der Bundespräsident unterstrich, daß die Beziehungen eine neue Qualität angenommen hätten. Wir hätten immer den höchsten Respekt gegenüber Indien

⁸ Der indische Ministerpräsident Gandhi und der nepalesische König Birendra trafen am Rande der vom 4. bis 7. September 1989 stattfindenden neunten Gipfelkonferenz blockfreier Staaten zusammen.

⁹ Die Botschaft in New Delhi legte am 10. August 1989 dar: „Aus dem zunächst als begrenzte Maßnahme konzipierten Einsatz indischer Truppen in Sri Lanka (Juli 1987) erwuchs der indischen Außenpolitik eines ihrer schwierigeren Probleme. Ziel des indischen Engagements war und ist, den Tamilen einen autonomen Status innerhalb Sri Lankas zu sichern, d. h. sowohl ihre Unterdrückung durch die Singhalesen als auch das Entstehen eines unabhängigen Tamilenstaates, der auch auf indische Minderheiten infizierend wirken könnte, zu verhindern. Auch geht es Indien darum, den Einfluß raumfremder Mächte in Sri Lanka und im Indischen Ozean zu unterbinden.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1455; Referat 340, Bd. 156182.

¹⁰ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹¹ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 28. Februar bis 6. März 1991 in Indien auf.

gehabt. Dennoch seien die Beziehungen zeitweilig nicht genügend mit Inhalten erfüllt worden. Indien habe Großartiges in seiner Eigenanstrengung geleistet und Hilfe nur als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden. Seit Beginn der 80er Jahre seien die Beziehungen enger geworden, man habe begonnen, auf größere Nähe hinzuarbeiten. Daran habe besonders der Bundeskanzler persönlichen Anteil genommen. Die Wirtschaftsbeziehungen hätten zugenommen. Sie hätten durch Abhaltung der Industrieausstellung Technogerma in Neu Delhi im März 1988¹² und die Absprachen des Bundeskanzlers mit Premierminister Gandhi im letzten Jahr¹³ wichtige Anstöße erhalten. Zwar bestehe im Volumen des Handels nach wie vor ein Saldo zu unseren Gunsten, allerdings sei dieser durch indische Exportanstrengungen rückläufig. Die Investitionen würden für den großen indischen Markt getätigt. Der Bundespräsident würdigte die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Zusammenarbeit in Zukunftstechnologien unter Herrn Breitschwerdt. Er begrüßte den Zuwachs der deutschen Investitionen in Indien und die Anzahl der Joint-ventures und Kooperationsverträge. Was das Investitionsvolumen angehe, so sei nicht nur die Größe der investierten Summe von Bedeutung, sondern auch ihr Effekt auf die Übertragung von technologischen Fähigkeiten. Der Bundespräsident erwähnte die gute Arbeit von „fast track“. Die Aufwärtsentwicklung in allen Bereichen sei gegenwärtig nicht nur charakteristisch für das bilaterale Verhältnis, sondern auch, was Europa als Ganzes anbetreffe. Indien habe in Richtung auf die Vereinigten Staaten und Japan geblickt, aber auch die Europäische Gemeinschaft sei ein bedeutender Partner geworden. Der Prozeß der europäischen Integration sei außerordentlich vielschichtig. Ein derartiger Prozeß, den wir übrigens auf nationaler Ebene schon im vergangenen Jahrhundert durchlaufen haben, sei nicht eine Angelegenheit von Jahren, sondern von Dekaden. Er werde deshalb wahrscheinlich nicht ganz so schnell verlaufen, als die Jahreszahl 1992 annehmen lasse. Der private Sektor habe sich jedoch inzwischen davon überzeugt, daß es die Regierungen mit ihren Bestrebungen, einen einheitlichen Markt zu schaffen, ernst meinen. Dadurch sei ein Prozeß eingeleitet, der sich selbst trage. Wir seien nur eines von zwölf Partnerländern, aber wir seien führend im Außenhandel. Deswegen hätten wir ein ganz besonderes Interesse daran, zu verhindern, daß sich die EG zu einer handelspolitischen Festung entwickle oder abschließe. Wir könnten dies aus unseren ureigensten Interessen nicht zulassen. Wir betrachteten uns als Garanten dafür, daß sich Europa nicht in Richtung auf eine Festung entwickle, weder was die Mentalität betreffe noch hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen. Wir werden uns in Richtung auf die Erhaltung der Offenheit der EG mit Sicherheit durchsetzen. Für Indien sei eine größere und stärkere EG keine Gefahr, sondern ein Vorteil und eine Chance. Er danke dem indischen Präsidenten für seine Darstellung der Beziehungen zu Pakistan, Nepal, China und Sri Lanka. Von hier aus gesehen, gebe es in Asien zwei Großmächte: Indien und China, wozu noch in wirtschaftlicher Hinsicht Japan trete. Wenn durch die Veränderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts politisch neue Kapitel aufgeschlagen würden und berechnete Sicher-

¹² Die Ausstellung „Technogerma India“ fand vom 14. bis 20. März 1988 statt.

¹³ Bundeskanzler Kohl und der indische Ministerpräsident Gandhi trafen am 7. Juni 1988 zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 156146.
Für das Gespräch zwischen Gandhi und Bundesminister Genscher am 8. Juni 1988 auf Schloß Gymnich vgl. AAPD 1988, I, Dok. 167.

heitsbedürfnisse befriedigt werden könnten, dann sei Indien in seiner Region „well established“. Indien werde dann auch seiner gewachsenen Verantwortung gerecht werden können.

Beide deutsche Staaten seien vital an den Ost-West-Beziehungen interessiert. Zwar sei die Bundesrepublik fest in der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft verankert, habe aber dennoch ein vorrangiges Interesse an der Ostpolitik. Sie lenke die Aufmerksamkeit ihrer¹⁴ Alliierten vermehrt auf die Ost-West-Beziehungen. Mit Gorbatschows Reformwerk gebe es inzwischen den dritten Anlauf zu einer Reform in der Sowjetunion. Dieser habe Chancen bewirkt, wie sie in diesem Jahrhundert noch nicht bestanden haben. Ausgelöst worden seien sie durch die Wahrnehmung Gorbatschows, daß sein Land ohne eine Systemreform nicht wettbewerbsfähig sei. Eine solche Reform hinwiederum erfordere die Partizipation der Bevölkerung, die hierfür motiviert werden müsse. Das bedeute, daß sie ernster genommen werden müsse und daß man ihr eine Chance auf politische Teilhabe einräumen müsse. Das gelte auch für die Errichtung eines Marktes. Markt habe nichts mit Kapitalismus oder Sozialismus zu tun, jedoch müsse man die Gesetze der Preisbildung in der Sowjetunion ernst nehmen. Das bisherige Vorgehen Gorbatschows sei eine Ermutigung. Allerdings könne niemand sagen, wo dieser Prozeß ende. Es gebe Schwierigkeiten und Gefahren. Wir hätten hier¹⁵ ein ganz tiefes Interesse daran, daß die Gorbatschow-sche Reform Erfolg habe. Zwar werde dann ein neuer internationaler Wettbewerber entstehen. Das müsse nicht immer angenehm sein, aber jedenfalls vorteilhafter als eine unversöhnliche ideologische Gegnerschaft wie in der Vergangenheit. Die außenpolitischen Auswirkungen haben sich bereits gezeigt. Konflikte wie der Golfkrieg, Afghanistan, Kambodscha, Angola, Äthiopien und eine Anzahl anderer Konflikte hätten sich lösen lassen oder seien auf dem Weg der Lösung. Diese Entwicklungen führten zu einer Entspannung. Auch die Abrüstung sei vorangegangen. Wir hätten ein gut verhandeltes INF-Abkommen geschlossen.¹⁶ Bei START hofften wir auf eine Wiederaufnahme.¹⁷ Gespräche über den konventionellen Bereich¹⁸ erschienen aussichtsreich. Die Entwicklung in ost- und mitteleuropäischen Staaten verlief dramatisch schnell.

An dieser Stelle mußte das Gespräch aus Zeitgründen abgebrochen werden. In einem zweiten Gespräch vor der Abreise des Gastes behandelt der *Bundespräsident* unter vier Augen das Berlin-Thema.¹⁹ Er verwies auf die zahlreichen Be-

¹⁴ Korrigiert aus: „seiner“.

¹⁵ Korrigiert aus: „wir“.

¹⁶ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

Vgl. dazu ferner das Übereinkommen vom 11. Dezember 1987 zwischen den USA und Belgien, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien sowie den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“, BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437. Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 369.

¹⁷ Die zwölfte Runde von START fand vom 29. September bis 8. Dezember 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 427.

¹⁸ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

¹⁹ In einem von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elias am 31. August 1989 vorgelegten Gesprächsführungsvorschlag hieß es: „Indien hat zwar die Berlin-Klausel in den bilateralen Verträgen mit uns

suche aus Staaten der Dritten Welt in Berlin und darauf, daß die²⁰ Sowjetunion daran keinen Anstoß nehme²¹. Indien brauche keine Beeinträchtigung seiner Beziehungen zum Ostblock zu befürchten. Er drückte die Hoffnung aus, daß Indien seine restriktive Haltung ändere. Der *indische Präsident* reagierte verständnisvoll.

Referat 340, Bd. 156182

276

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert

213-321.21 SOW-1365/89 geheim

18. September 1989¹

Über Dg21², D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Einreisesperre für Angehörige des Auswärtigen Dienstes;
hier: Ihr Gespräch mit AM Schewardnadse am 29.9.1989 in New York⁶

Bezug: 1) Vorlage vom 8.8.89 – 213-321.20-1190/89 geheim⁷

2) DB 2954/1117 geh. aus Moskau vom 26.7.89⁸

3) DB 3108 vom 4.8.89 (anbei) Pol 321.00-1172/89 VS-vertraulich⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 1206

akzeptiert, nimmt aber seit längerem auf die östliche Position in der Statusfrage Rücksicht und hat bisher keinen hochrangigen Besucher nach Berlin (West) entsandt.“ Vgl. Referat 340, Bd. 156182.

²⁰ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Hauswedell handschriftlich eingefügt: „Kritik /der“.

²¹ Die Wörter „daran keinen Anstoß nehme“ wurden von Vortragendem Legationsrat Hauswedell gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „keine Auswirkungen auf die Beziehungen zur SU gehabt hätte“.

¹ Die Aufzeichnung wurde mit dem Stempelvermerk versehen: „Zeitpunkt der Vorlage: sofort!“

² Hat Ministerialdirigent Höyneck am 22. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 22. September 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. September 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 22. September 1989 vorgelegen.

Hat Mützelburg am 9. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wurde in N.Y. nicht angesprochen.“ Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neubert.

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Kastrup am 12. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

Hat Neubert am 14. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen am 27. September 1989 zusammen. Vgl. DIPLOMATIE, Dok. 5.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert informierte über das von der UdSSR verhängte Einreiseverbot für ehemalige Mitarbeiter der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau sowie für Korrespondenten und führte dazu aus, daß das sowjetische Außenministerium „zwar keine Eskalation betreibt, aber dem Verlangen des KGB nach Vergeltung getreulich Folge leistet. Ein Bemühen, davon im Interesse der bilateralen Beziehungen abzusehen, ist nicht erkennbar.“ Das Auswärtige Amt könne zwar die Spionagevorwürfe gegen seine Mitarbeiter zurückweisen, damit bleibe jedoch „das sachliche Problem ungelöst, daß der KGB weiterhin glaubt, sich bei uns wie bei sich zu Hause benehmen zu können und sich auch noch das Recht herausnimmt, Vergeltung gegen Unschuldige zu üben, wenn er bei seiner Arbeit erwischt wird“. Vgl. VS-Bd. 15538 (213); B 150, Aktenkopien 1989.

⁸ Für den Drahtbericht des Gesandten Heyken, Moskau, vgl. VS-Bd. 15538 (213).

⁹ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Gesandter Heyken, Moskau, legte dar: „Insgesamt sind hier bisher keine Ansätze dafür vorhanden, daß man hier begreifen könnte, daß die Auslandsspionage des KGB die Bemühungen um Vertrauens-

Anlg.: 4¹⁰

Vorschlag: Mit der Bitte um Kenntnisnahme und Billigung des Vorschlags in Ziffer III

I. Sachverhalt

- Im Strafprozeß über den Spionagekomplex „Kobalt“ wurden 15 Sowjetbürger (zwölf Diplomaten, drei Journalisten) als Agenten erkannt. Sie waren mittlerweile ausgeweist.
- Dg21 hat auf Bitten BMI am 9.3.1989 gegenüber sowjet. Gesandten¹¹ gegen diese Aktivitäten protestiert und eine Einreisesperre für die Betroffenen angekündigt.
- SU hat am 26. Juli gegenüber unserer Botschaft im Wege der Retorsion zwölf Angehörige des Auswärtigen Dienstes und drei Journalisten „mit ihrem Status nicht vereinbarer“ Aktivitäten bezichtigt und gegen sie eine Einreisesperre verhängt (siehe Anlage DB 2954 vom 26.7.89).

II. Bewertung

1) Zum konkreten Fall

- a) Die sowjetische Bezichtigung – da nicht gerechtfertigt – unterstellt
 - dem Auswärtigen Amt, seine Auslandsvertretungen für Spionage mißbrauchen zu lassen;
 - seinen Mitarbeitern, ihren Status dafür mißbraucht zu haben.
- b) Die Einreisesperre verkleinert das Reservoir an sprach- und landeskundigen Mitarbeitern für künftige Verwendungen in der SU und schränkt unseren personalpolitischen Spielraum ein. Gleichzeitig greift es gravierend in die beruflichen Zukunftspläne und -chancen unserer Mitarbeiter ein.
- c) Im Fall der Medienvertreter entsteht das Risiko, daß unsere Maßnahmen gegen sowjetische Agenten – und damit die sowjetische Spionage – öffentliches Diskussionsthema werden und die bilateralen Beziehungen belasten.

2) Grundsätzlich ist festzustellen, daß die sowjetische Spionagetätigkeit – vor allem wenn sie öffentlich bekannt wird¹² – die bilateralen Beziehungen belastet.

Die SU hat in den letzten 1 1/2 Jahren versucht, sieben unseren Behörden als solche bekannte KGB-Angehörige bei den amtlichen sowjetischen Vertretungen in Bonn, Köln (HV¹³), Hamburg (GK) und München (GK) zu akkreditieren. Wir haben die Einreise auf Wunsch des BMI nicht gestattet.

Da das KGB offenkundig seine Planstellen hier routinemäßig nachbesetzen will, dürften diese Versuche fortgesetzt werden:

- a) Es ist zu befürchten, daß die sowjetische Seite unsere Einreiseverweigerungen irgendwann mit Maßnahmen gegen zu versetzende Mitarbeiter beantwortet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1207

bildung mit dem Westen konterkariert. Gleichzeitig sprechen manche Anzeichen dafür [...], daß der KGB in der gegenwärtigen Führung über starken Rückhalt verfügt, vor allem wohl, weil er nach wie vor ein unverzichtbares Mittel zur Kontrolle der inneren Entwicklung der SU ist.“ Vgl. VS-Bd. 15538 (213); B 150, Aktenkopien 1989.

¹⁰ Dem Vorgang teilweise beigelegt. Vgl. Anm. 15.

¹¹ Gennadij Iwanowitsch Jelisarjew.

¹² Der Passus „vor allem ... bekannt wird“ wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlägelt.

¹³ Handelsvertretung.

tet. Damit würde die Arbeitsfähigkeit unserer Vertretungen in der SU beeinträchtigt.

b) Die Abfolge von Maßnahmen und Gegenmaßnahmen müßte auch die Gefahr einer öffentlichen Diskussion heraufbeschwören, da nicht immer alles vertraulich bleibt.

III. Vorschlag

Ziel ist, einen „Schlagabtausch“ in Form von Ausweisungen und Einreisesperren und eine öffentliche Diskussion darüber – wie sie im Verhältnis der SU zu den USA, Kanada und Großbritannien in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben – zu vermeiden und unsere bilateralen Beziehungen davon freizuhalten.

Dazu müßte das Bewußtsein der sowjetischen Seite dafür geschärft werden, daß der fortgesetzte und ungenierte Mißbrauch der amtlichen Vertretungen der SU für Agententätigkeit politischen Schaden anrichtet und mit der angestrebten Entwicklung der Beziehungen nicht im Einklang steht.¹⁴

Dies hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn Sie dies auf der politischen Ebene AM Schewardnadse in geeigneter Weise (Vier-Augen-Gespräch) darlegen. Die nächste Gelegenheit dafür ist Ihr Gespräch mit ihm in New York am 29. September 1989.

Punktation für Gesprächsführung ist als Anlage beigelegt¹⁵; sie entspricht der Bezugsvorlage vom 8.8.1989.

Neubert

VS-Bd. 13510 (213)

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt: „und daß durch die ungerechtfertigte Retorsion gegen unsere Leute alles nur noch schlimmer wird!“

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die „Stichworte für Gespräch mit AM Schewardnadse“ vgl. VS-Bd. 13510 (213); B 150, Aktenkopien 1989.

277

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum

330-504.00 CHL

18. September 1989¹

Über Dg33², D3³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Colonia Dignidad⁶;
hier: weiteres Vorgehen

Bezug: Vorlage vom 11.9.1989 – Ihre Weisung vom 12.9.1989

1) Am 18.9.1989 fand unter Leitung von D3 eine Hausbesprechung über mögliche weitere Schritte in Sachen Colonia Dignidad statt.

Teilnehmer: D3, Dg51⁷, Dg33, Botschafter Dr. Knackstedt, Referate 013, 231, 400, 422, 510, 511, 611.

2) Als Ergebnis der Besprechung werden Ihnen folgende Schritte vorgeschlagen bzw. sind bereits aufgrund Ihrer Weisung vom 12.9.1989 erfolgt:

2.1) Verfahren in Deutschland

Ermittlungsverfahren der StA⁸ Bonn gegen Paul Schäfer und andere.

Aufgrund einer früheren Weisung von Ihnen⁹ hatte D5¹⁰ am 8.8.1989 beim BMJ über Stand des Verfahrens Auskunft erbeten und angefragt, wann Haftbefehl gegen Paul Schäfer ergehen werde. Auf Ihre Weisung vom 12.9.1989 wurde erneut angefragt. BMJ hat JM¹¹ NRW daraufhin telegraphisch noch einmal um Bericht gebeten.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum und Vortragendem Legationsrat Roesch konzipiert.

Ferner Stempelvermerk: „Zeitpunkt der Vorlage: sofort!“

² Hat Ministerialdirigent Henze am 21. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 21. September 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. September 1989 vorgelegen.

⁵ Hat laut Vermerk des Ministerbüros Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdtz vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Schlagintweit an Referat 330 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 2. Oktober 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM-Rücklauf.“

Hat Schlagintweit am 2. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 3. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Zur Entscheidung des chilenischen Obersten Gerichtshofs, die Untersuchungen gegen führende Mitglieder der „Colonia Dignidad“ weitgehend einzustellen, vgl. Dok. 269.

⁷ Hans Freiherr von Stein.

⁸ Staatsanwaltschaft.

⁹ Bundesminister Genscher bat Staatssekretär Sudhoff am 8. August 1989, „die zuständige Staatsanwaltschaft darauf hinzuweisen, daß sich die Fluchtgefahr bei Schäfer und anderen erhöht, und zwar sowohl angesichts des jetzt in Chile eingeleiteten Verfahrens, aber auch im Blick auf das bevorstehende Ende des Pinochet-Regimes“. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 2404.

¹⁰ Jürgen Oesterheld.

¹¹ Justizministerium.

Um zu verhindern, daß StA Bonn das Ermittlungsverfahren vorzeitig einstellt, sollte Botschaft Santiago de Chile um einen Bericht zur Weiterleitung an die StA Bonn gebeten werden, der auf die Veränderung der Situation in Chile nach den Wahlen¹² hinweist und auf die Möglichkeit, daß sich dann Zeugen melden werden, die bisher aus Furcht vor Repressalien nicht gewagt haben, auszusagen.¹³

2.2) Verfahren in Chile

2.2.1) Nochmaliger Antrag auf Einsetzung eines „Ministro en Visita“

Entsprechend dem Vorschlag der Botschaft sollte erneut ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsrichters (Ministro en Visita) gestellt werden. Dies ist verfahrensrechtlich möglich, da der Beschluß des Obersten Gerichts vom 8.9.1989 das Verfahren nicht endgültig abschließt.

Um erneutes Verfahren mit Aussicht auf Erfolg einleiten zu können, müssen neue Tatsachen oder neue Beweismittel vorgebracht werden. Neue Tatsachen liegen nicht vor, jedoch neue bzw. nicht genutzte Beweismittel: Aussage von Ex-Ehefrau Kuhn (ehemaliges CD-Mitglied) und nochmaliges Angebot, Ehepaar Baar in Deutschland auf dem Wege der Rechtshilfe oder durch die chilenische Botschaft in Bonn vernehmen¹⁴ zu lassen.

RA Pacheco sollte damit beauftragt werden, ein Gutachten zu erstellen, das der Botschafter zusammen mit einer Note, in der er erneut den Antrag auf Einsetzen eines Untersuchungsrichters bittet¹⁵, überreicht¹⁶. (Kein Ministerbrief)¹⁷

2.2.2) Anzeigen der Betroffenen bzw. deren Angehöriger (z. B. Frau Baar, Frau Schaffrik)

Diese Alternative wurde mit Betroffenen bereits im Januar d. J. erörtert.¹⁸ Betroffene verlangen Übernahme der Verfahrenskosten (50 000 US-Dollar je Verfahren). Dg33 und Referat 330 bleiben mit Angehörigen in Verbindung, um auf diese Möglichkeiten hinzuweisen, ebenso mit Frau Greisner wegen Klage auf Herausgabe ihres Sohnes.

2.2.3) Strafverfahren in Parral (unzulässige Berufsausübung und Betrug)

Erfolgssaussichten werden aufgrund örtlicher Verfilzung CD-Justiz-Polizei als äußerst gering angesehen (Botschafter Knackstedt).

¹² Zu den für den 14. Dezember 1989 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Chile vgl. Dok. 50, Anm. 4.

¹³ Mit Schreiben vom 4. Oktober 1989 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schober dem Bundesministerium der Justiz die Zusammenfassung eines Berichts der Botschaft in Santiago de Chile vom 2. Oktober 1989 zu möglichen Veränderungen in Chile nach den Wahlen vom 14. Dezember 1989 und den Folgen für eine strafrechtliche Aufarbeitung der Vorgänge in der „Colonia Dignidad“. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 2406.

¹⁴ Korrigiert aus: „vernehmen“.

¹⁵ So in der Vorlage.

¹⁶ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „bzw. übersendet“.

¹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum vermerkte am 31. Oktober 1989, der chilenische Rechtsanwalt Pacheco habe ein Gutachten erstellt. Daraufhin sei Botschafter Knackstedt, Santiago de Chile, am 19. Oktober 1989 gebeten worden, die Bitte um Einsetzung eines neuen Untersuchungsrichters vorzutragen. Dies sei auf Arbeitsebene im chilenischen Außenministerium geschehen. Die Botschaft werde dort in den nächsten Tagen zusätzliche Beweismittel vorlegen. Vgl. dazu Referat 330, Bd. 159206.

¹⁸ Zum Gespräch am 26. Januar 1989 vgl. Dok. 50, Anm. 3.

2.2.4) Administrative Verfahren

Für administrative Verfahren ist die Zeit nach dem Machtwechsel in Chile abzuwarten. Aylwin hat in Bonn¹⁹ angekündigt, daß die Verhältnisse in der „Colonia Dignidad“, die er als „Staat im Staate“ bezeichnete, nach Übergang zur Demokratie mit rechtsstaatlichen Verfahren schonungslos aufgeklärt werden müßten. RA Pacheco sollte beauftragt werden, bereits jetzt mit der Sammlung von Material zu beginnen. In Betracht kommen

- Entzug der Rechtspersönlichkeit,
- Prüfung, ob arbeitsrechtliche Vorschriften verletzt werden,
- Entzug der Erlaubnis zum Waffenbesitz,
- Ausweisung Schäfers.

2.2.5) Fall Szurgelies

Unsere Forderung, daß Botschafter das Mitglied der Colonia Dignidad Szurgelies unter vier Augen sprechen kann, ist noch nicht erfüllt.²⁰

2.2.6) Entzug des Gemeinnützigkeitsprivilegs für die „Private und Sociale Mission“ in Siegburg

BMF wurde um Prüfung und Einleitung der erforderlichen Schritte gebeten.

2.3) Wirtschaftliche Maßnahmen

Hermes-Deckung für Ausfuhrgeschäft für chilenische Armee (SEL²¹, Auftragsvolumen DM 15 Mio.) wurde bereits durch Auswärtiges Amt abgelehnt.

Weltbankkredit wurde am 14.9.1989 von Direktoren im Konsens genehmigt.

Chilenische Opposition hat keine Einwendungen gegen eine Zusammenarbeit der internationalen Finanzorganisationen mit derzeitiger chilenischer Regierung (zuletzt Gespräch Aylwin mit Ihnen am 18.9.1989).

2.4) Schritte auf kulturellem Gebiet

Unser Kulturabkommen mit Chile²² ist eingefroren. Kulturpolitische Zusammenarbeit mit der chilenischen Regierung gibt es z.Z. nicht. Einschränkung der Tätigkeit von deutschen Schulen, Goethe-Instituten etc. liegt nicht in unserem Interesse.

2.5) Schritte auf internationaler Ebene

2.5.1) Zwölferdemarche in Chile (ist in Vorbereitung)²³

¹⁹ Im Gespräch mit dem chilenischen Präsidentschaftskandidaten Aylwin am 18. September 1989 bat Bundesminister Genscher darum, „daß eine demokratische Regierung sich sofort der schutzbedürftigen Deutschen annehme, den Status von Colonia Dignidad untersuche und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen lasse. Aylwin führte zu Colonia Dignidad aus: Bundesregierung könne sicher sein, daß sich eine demokratische Regierung bemühen werde, dieses Problem zu lösen. Er habe bereits 1968 auf die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Prüfung der Siedlung hingewiesen. [...] Colonia Dignidad werde von Pinochet und ihm nahestehenden Personen geschützt.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142934.

²⁰ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „Wir sollten nach März 1990 eine Untersuchung beantragen.“

²¹ Standard Elektrik Lorenz.

²² Für den Wortlaut des Kulturabkommens vom 20. November 1956 zwischen der Bundesrepublik und Chile sowie des ergänzenden Notenwechsels vom 13. April 1959 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 550–553 bzw. S. 1018.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte den Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten am 9. Oktober 1989 mit, in der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 5/6. Oktober

2.5.2) Schreiben von Ihnen an Vorsitzenden der VN-MRK in Genf (Entwurf liegt Ihnen vor)

Das Schreiben wird auch als offizielles VN-Dokument zirkuliert werden.²⁴

2.6) Sonstiges

Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages: Entwurf eines Schreibens von Ihnen an Vorsitzenden des Petitionsausschusses mit der Bitte, Colonia Dignidad zu besuchen, wird vorgelegt werden.²⁵

3) Für weitere rechtliche Beratung ist erforderlich, daß RA Pacheco weiterhin für die Botschaft tätig bleibt. Ggf. erforderliche zusätzliche außerplanmäßige Mittel müssen rechtzeitig beantragt werden. Ihre Zustimmung ist dafür erforderlich.

Heubaum

Referat 330, Bd. 159206

Fortsetzung Fußnote von Seite 1212

1989 in Paris seien die anderen EG-Mitgliedstaaten „an ausstehende Stellungnahme zu unserer per Coreu und in der AG vorgetragenen Bitte um Unterstützung gegenüber chilenischer Regierung in Form einer Demarche in Santiago erinnert worden. Partner nahmen Erinnerung und Erläuterung in vorbereitender Korrespondentsitzung zur Kenntnis.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 25/26; Referat 200, Bd. 144230.

24 Für den am 13. September 1989 vorgelegten Entwurf eines Schreibens von Bundesminister Genscher an den Vorsitzenden der VN-Menschenrechtskommission, Bossuyt, vgl. Referat 330, Bd. 159205.

In dem am 22. September 1989 übermittelten Schreiben wies Genscher auf die schweren Vorwürfe gegen die Führung der „Colonia Dignidad“ und die in der Bundesrepublik anhängigen Strafverfahren hin und warf der chilenischen Regierung vor, wichtige Beweismittel und Zeugen in der Untersuchung nicht berücksichtigt zu haben. Daher sei „die Bundesregierung der Ansicht, daß die chilenische Regierung eine schwere Mitverantwortung an den berichteten Folterungen, Mißhandlungen und an der Verweigerung persönlicher Freiheitsrechte trägt“. Genscher kündigte an, die Bundesrepublik werde „diesen gravierenden Fall von Menschenrechtsverletzung in Chile auf der 46. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen“ vorbringen. Vgl. Referat 010, Bd. 178920.

Das Schreiben wurde von Botschafter Bräutigam, New York (VN), am 26. Oktober 1989 an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar übermittelt. Für das Dokument A/44/680 vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/44/680.

25 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum notierte am 4. Oktober 1989, Staatssekretär Sudhoff habe am 26. September 1989 an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Bundestags, den CDU-Abgeordneten Pfennig, geschrieben. Heubaum führte dazu aus: „Es ist vorgesehen, daß eine Delegation des Petitionsausschusses vom 3.–10.1.1990 nach Chile reisen wird. Antrag bei Bundestagspräsidentin zwecks Genehmigung der Reise wurde bereits gestellt. Voraussetzung für Reise wird sein, daß Leitung CD freien Zugang auf das Gelände und unbeaufsichtigte Gespräche mit Petenten zusichert.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159206.

278

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1835****Aufgabe: 18. September 1989, 11.48 Uhr¹****Ankunft: 18. September 1989, 10.45 Uhr**

Betr.: China – innere Lage und auswärtige Beziehungen

Bezug: DE 804 vom 7.9.1989 – 341-320.10 CHN

DB 1679 vom 23.8.1989 – Pol 321.00²

1) Auch drei Monate nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung wird die politische Landschaft von Repressionsmaßnahmen beherrscht. Trotz der unverkennbaren Normalisierung des äußeren Lebens deuten fortlaufende Säuberungen, die Ankündigung allgemeiner Ausweiskontrollen, die Aktivierung der Straßenkomitees als Kontrollorgane, die fieberhafte Suche nach Waffen an, daß die Wiederherstellung der politischen Kontrolle Vorrang hat vor allen anderen Zielen. Fragen der Innenpolitik oder Wirtschaft, gar der Fortsetzung der Reformen und der politischen Strukturen, werden nicht konkret diskutiert. Seit der Entlassung Zhao Ziyangs³ hat die Politik des Landes ihre Dynamik verloren.

Gesiegt haben vorerst die Gegner einer als bedrohlich empfundenen Reform, doch verbergen sich offenbar hinter einer unbeweglichen Fassade von Schlagworten Differenzen in der Führung über das, was nun geschehen soll. Von einer Stabilität, die diese Führung für sich in Anspruch nimmt, kann wohl kaum die Rede sein.

2) Die im Juni angelaufene Säuberungskampagne, die zunächst mit brutaler Offenheit durchgeführt worden war, wird jetzt verdeckt, aber doch in großer Breite weitergeführt. Die Zahl der Verhaftungen und Hinrichtungen kennt niemand genau, doch rechnet man mit Zehntausenden von Verhaftungen. Allerdings nimmt die Kampagne bisher anscheinend nicht die Ausmaße der Kulturrevolution an.

Parallel dazu läuft eine Indoktrinationskampagne in Betrieben, Verwaltungen und Universitäten, die alle Mitarbeiter und Studenten intensiven Selbstkritiken und Schulungen unterwirft und damit mindestens einen Einschüchterungseffekt auslöst. Gegenüber den Studenten werden die Zügel angezogen: Beschränkung der Zulassungen, vormilitärische Ausbildung, Landverschickung auf ein Jahr und schärfere politische Überprüfung der Graduierten sind Mittel, die ein erneutes Aufflackern des Studentenprotestes verhindern sollen.

An der Spitze des Landes sind bisher nur wenige Umbesetzungen bekannt geworden. Der Entlassung Zhao Ziyangs ist bisher kein Verfahren gefolgt, doch nehmen in den letzten Wochen die öffentlichen Angriffe gegen ihn zu. Unter den Ministern wurde lediglich die Absetzung des liberalen Kulturministers

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 18. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gut.“

² In dem Drahtbericht Nr. 1679/1680 gab Botschafter Hellbeck, Peking, einen Überblick über die innenpolitische Lage in der Volksrepublik China. Vgl. dazu Referat 341, Bd. 161823.

³ Zur Absetzung des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, vgl. Dok. 198, Anm. 9.

und Schriftstellers Wang Meng bekannt. Aus dem Regierungsapparat sind viele aktive Verfechter der Reformpolitik verschwunden – verhaftet, ausgewandert, verdrängt. Auch in der Presse hat es auf den Leitungsebenen zahlreiche Umbesetzungen gegeben.

3) Die Führung kündigt seit Juni immer wieder an, sie wolle die Reform- und Öffnungspolitik fortsetzen. In Wirklichkeit ist die Reformpolitik zum Stillstand gekommen. Der reformpolitische „Acquis“ soll zwar nicht angetastet werden, doch gilt das nur für einige Sektoren. Reformschritte wie die Schaffung einer Sozialversicherung oder des Berufsbildungswesens werden sicherlich fortgesetzt, politische Reformen stehen dagegen nicht mehr auf der Tagesordnung. Im Bereich der Wirtschaft geht die Tendenz wieder mehr auf Plan als auf Markt. So dürften die Preisreform und Privatisierungspläne als gescheitert gelten. Sektorale Strukturreformen dagegen werden vermutlich weitergeführt, vor allem in den Provinzen, die sich teilweise erfolgreich gegen Pekinger Weisungen wehren.

Aber selbst andere Vorhaben, wie z. B. das seit längerer Zeit in Diskussion befindliche Demonstrations- und Presserecht, kommen nicht vom Fleck. Aus dem Volkskongreß, der in den letzten beiden Jahren zunehmende Selbständigkeitsregungen gezeigt hatte, kommen keine Impulse mehr.

In der Presse breitet sich das antiquierte kommunistische Vokabular aus. Mao Zedong wird wieder häufiger zitiert, der Klassenkampf als politisches Prinzip gepriesen. Privatbetriebe werden mit dem Knüppel schärferer Besteuerung bedroht, materielle Anreize kritisiert und die Nivellierung der Einkommen empfohlen.

4) Die Führung des Landes ist nicht so geschlossen, wie sie sich präsentiert. Die orthodoxen Kräfte der Veteranen waren mit Staatspräsident Yang Shangkun und Ministerpräsident Li Peng zusammengegangen, um die (immerhin von Deng Xiaoping eingeleitete) Reformpolitik zu beenden, mußten aber in Kauf nehmen, daß sowohl im Politbüro wie im Zentralkomitee unter Berufung auf Deng oder sogar mit seiner Unterstützung Kräfte verblieben, die wenigstens einen Teil der Reformen weiterführen wollen. Li Ruihuan, Wan Li und der neue Generalsekretär Jiang Zemin sind vermutlich den reformfreundlichen Kräften zuzurechnen.

In dieser Konstellation kommt Deng Xiaoping besondere Bedeutung zu. Solange er noch aktiv sein kann (Gerüchte wollen von einer sich verschlimmernden Erkrankung wissen), wird er bemüht sein, einerseits die vier kommunistischen Prinzipien (Parteiherrschaft, Volksherrschaft, Marxismus-Leninismus, Sozialismus) mit dem Ziel von Reform und Öffnung zu verbinden. Er glaubt, daß wirtschaftliche Effizienz auch ohne marktwirtschaftliche (und damit letztlich politische) Öffnung zu erreichen sei. In manchen Fragen hat er sich wohl durchsetzen können: So ist es beispielsweise bisher nicht zu einem formellen Verfahren gegen Zhao Ziyang gekommen.

Das Militär, das im Politbüro nicht auffällig vertreten ist, mag seine Bedeutung dann erlangen, wenn die Neuverteilung der Macht ansteht. Ob es bereit sein wird, einem Yang Shangkun bedingungslos zu folgen, bleibt nach den Ereignissen des Sommers offen. Auch die Militärs wissen, daß größere wirtschaftliche Effizienz und damit mehr Mittel für die Rüstung durch einen planwirtschaftlichen Sozialismus kaum bereitgestellt werden können. Eine eigenständige politische Profilierung des Militärs ist allerdings kaum zu erwarten, weil es dafür in der chinesischen Geschichte wenig Tradition gibt.

5) Die Wirtschaft befindet sich nach den Worten der obersten Führer in Schwierigkeiten. Zwar ist die Zuwachsrates der Industrieproduktion mit 10 Prozent immer noch beachtlich, doch liegen diese Zuwächse nicht im Bereich der lebenswichtigen Engpaß-Industrien (Energie, Rohstoffe, Landwirtschaft, Transport). Bedrohlich ist die nach wie vor hohe Inflationsrate (22 bis 30 Prozent), gefährlich ist die weiter steigende Subventionsrate (46 Prozent der Staatseinnahmen) und das seit dem letzten Jahr schnell angestiegene Außenhandelsdefizit (etwa 10 Prozent des Außenhandelsumsatzes). Dazu kommen ein Haushaltsdefizit von 35 Mrd. Yuan (gleich 13 Prozent der Einnahmen) und eine Außenverschuldung von über 40 Mrd. Dollar. Die so in Gang gekommene Rezession wird nach den Worten der obersten Führer mindestens drei Jahre anhalten. Denn die nicht gebändigte Inflation zwingt zu weiteren Subventionen und damit zum weiteren Notendruck. Die an sich notwendige Freisetzung von Arbeitskräften zur Steigerung der viel zu niedrigen Produktivität wird als nicht möglich angesehen, weil niemand weiß, wie Arbeitslose verkraftet werden könnten. Unter diesen Umständen ist der wirtschaftspolitische Spielraum der Führung stark eingeschränkt.

6) Die Führung und ihre Politik finden in der Bevölkerung nur wenig Zustimmung. Besonders der jüngere Teil der Bevölkerung unter vierzig kritisiert und schimpft unverblümt. Prestige und Einfluß der Partei sind gleich null, politische Parolen zünden schon lange nicht mehr. Das Volk mag zwar skeptisch gegenüber den Ambitionen der Studenten und Demonstranten des Mai gewesen sein, die brutale Niederschlagung der Demonstrationen wird aber nicht nur von den Jüngeren abgelehnt. Angesichts der Tatsache, daß von der neuen Führung keine neuen Ideen kommen, vielmehr alte Schlagworte lediglich neu aufgelegt werden, machen sich Resignation und Apathie breit. Zu besorgen ist, daß in einer Krisensituation die Emotionen sich erneut und dann womöglich vehementer Luft machen werden.

7) Tibet: Seit den Unruhen vom 5. März⁴ herrscht in Lhasa das Ausnahme-recht. Daß bei dem harten Vorgehen der Sicherheitskräfte lediglich 16 Menschen umgekommen sein sollen, wie dies offiziell behauptet wird, stößt überall auf Zweifel. Zwischen September 1987 und Februar 1989 hatte es bei 21 Vorfällen 600 Tote und Verletzte gegeben. Reisen nach Tibet sind jetzt wieder als Gruppenreisen möglich, Journalisten ist die Region nach wie vor verschlossen.

Tibet lebt im Augenblick zwar im Schatten der Peking-er Ereignisse. Aber auch schon vorher reagierte Peking allergisch auf jede Kritik der chinesischen Politik im Land (Resolution des Europäischen Parlaments⁵ vom 16.3.⁶ und Anhörung im Deutschen Bundestag am 21.4.).

Wie entschlossen die im Prinzip auf eine Entwicklung der Region gerichtete Politik durchgeführt wird, ist von außen schwer auszumachen. Immer wieder aufflackernde Unruhen, auch von Demonstrationen wie im Gefolge der Peking-er Ereignisse, an denen sich sogar Han-Chinesen beteiligten, machen es den Vertretern der harten Politik leicht, die an sich gewünschte Entwicklungspolitik zu bremsen. Trotzdem bemüht sich die Peking-er Propaganda, die Leistungen für

⁴ Zu den Unruhen in Tibet vgl. Dok. 62, Anm. 3.

⁵ Korrigiert aus: „Rats“.

⁶ Zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. März 1989 vgl. Dok. 62, Anm. 8.

Tibet gebührend herauszustellen und damit die anhaltende Absicht einer Entwicklungspolitik zu betonen. Ein seit langem diskutiertes Treffen mit dem Dalai Lama⁷ läßt jedoch weiter auf sich warten.

8) In der Außenpolitik stehen sich zwei Tendenzen gegenüber: Einerseits will Peking die Öffnung nach außen weiter betreiben und auch mit den westlichen Ländern die bisher so lukrativen Beziehungen fortsetzen. Andererseits wird man sich zunehmend darüber klar, daß die Juni-Ereignisse doch zu einem größeren Einbruch geführt haben. Diskussionen in internationalen Gremien (Genf: Menschenrechte⁸, IPU: deutscher Resolutionsantrag⁹, VN: Gefahr einer China-Debatte¹⁰) haben zu denken gegeben. Da Deng Xiaoping überdies zwischen der Entwicklung in China und den Auflockerungen in Osteuropa einen Zusammenhang herstellte, dient jetzt der Vorwurf an die westliche Adresse, man plane mit Hilfe einer „friedlichen Evolution“ eine Änderung von Chinas politischen Strukturen, als Vorwand, verstärkt Kontakte zur Dritten Welt und einigen Staaten Osteuropas zu suchen. Vor diesem Hintergrund sind die demonstrativ ausgebauten Beziehungen beispielsweise zur DDR, zur SU und zu Nordkorea zu sehen. Allerdings sind die besonneneren¹¹ Kräfte in der Peking Führung sich sehr wohl darüber im klaren, daß weder aus der Dritten Welt noch aus Osteuropa oder der SU irgendeine nennenswerte Unterstützung des chinesischen Aufbaus zu erwarten ist. Trotz der gegen die angebliche Einmischung des Westens in Chinas innere Angelegenheiten gerichteten Rhetorik wird China nur zu sehr bereit sein, die zusammengebrochenen Beziehungen wieder anzuknüpfen.

9) Es kann nicht im Interesse des Westens liegen, China in eine Isolation zu drängen. Das Land ist Mitglied nicht nur der VN, sondern auch des Sicherheitsrats und hat dort eine Stimme, die es in den letzten Jahren in zunehmendem Maße zu Gehör gebracht hat. Ohne China lassen sich die wichtigen Fragen der Weltpolitik nicht lösen, mit Chinas Hilfe ist es in den letzten Jahren gelungen,

⁷ Tenzin Gyatso.

⁸ Gesandter Martius, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 1. September 1989 mit, der Unterausschuß zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz von Minderheiten der VN-Menschenrechtskommission habe am Vortag eine Resolution zur Menschenrechtslage in der Volksrepublik China angenommen: „Der überaus zurückhaltende Text sowie die geheime Abstimmung haben die relativ eindeutige Mehrheit in der Kommission möglich gemacht. Zwar ist im Text nicht einmal das Wort Menschenrechtsverletzungen enthalten. Doch konnte andererseits vermieden werden, daß sich ein Menschenrechtsgremium der VN so kurz nach den Ereignissen in Peking aus politischen Gründen dazu verschwiegen hätte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2037; Referat 231, Bd. 148156. Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 5. September 1989, die chinesische Regierung habe „hart und uneinsichtig“ reagiert und sich „jegliche Einmischung von außen“ verboten. Die Resolution sei als „ungesetzlich, null und nichtig“ bezeichnet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1750; Referat 231, Bd. 148156.

⁹ Botschafter Freiherr von Richthofen, London, teilte am 8. September 1989 mit, die Delegation der Bundesrepublik habe zu Beginn der 82. Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 4. bis 9. September 1989 den Antrag gestellt, die Ereignisse in der Volksrepublik China als zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Der Antrag sei jedoch mit 393 gegen 335 Stimmen bei 509 Enthaltungen abgelehnt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1750; Referat 011, Bd. 138486.

¹⁰ Am 29. Dezember 1989 teilte Botschafter Vergau, New York (VN), mit: „NL-Versuch, mit einem Resolutions-Entwurf über Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung wenigstens in abstrakter Form und ohne China zu nennen klarzustellen, daß Ereignisse wie das Massaker in Peking mit geltenden Menschenrechts-Standards unvereinbar sind, scheiterte an dem entschlossenen Widerstand Chinas, das es verstand, G 77-Mehrheit gegen NL-Entwurf zu mobilisieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3086/3087/3088; Referat 230, Bd. 142160.

¹¹ Korrigiert aus: „besonneneren“.

manches Problem in unserem Sinne zu regeln. Wichtig ist aber nicht nur eine allgemeine außenpolitische Zusammenarbeit, sondern auch die Fortsetzung einer wirtschaftlichen Kooperation. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat bewiesen, daß der Reform-, Öffnungs- und Emanzipationsprozeß in China in erheblichem Maße durch die zahllosen Hilfsmaßnahmen und Kontakte vor allem mit dem Westen gefördert worden ist. Der Aufbruch des Frühjahrs 1989 wäre ohne diesen Einfluß des Westens nicht denkbar gewesen. Wir können heute davon ausgehen, daß nahezu alle Chinesen unter vierzig (in den Städten) für moderne Ideen aufgeschlossen sind und das petrifizierte Regime ablehnen. Auch unter den gegenwärtigen Bedingungen, die in dieser oder anderer Form noch längere Zeit anhalten können, ist deshalb eine Chinapolitik geboten, die nicht nur auf den Machtstatus Chinas Rücksicht nimmt, sondern auch der Bevölkerung zeigt, daß uns ihr Schicksal und ihre Zukunft nicht gleichgültig sein können. Nur so können wir unsere harte Haltung gegenüber dem für den Pekingener Juni verantwortlichen Regime glaubhaft unterstreichen.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161818

279

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2390

Cito

Aufgabe: 18. September 1989, 20.44 Uhr¹

Ankunft: 18. September 1989, 23.33 Uhr

Betr.: Flüchtlinge aus der DDR;

hier: Französische Reaktionen, Verhältnis F-DDR

Bezug: DB Nr. 122 und 123 vom 14.1.1988 – Pol 322.00

Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Die massenhafte Absetzbewegung von DDR-Bewohnern aus Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland² hat über zwei Wochen hinweg in der Berichterstattung der französischen Medien an vorderster Stelle gestanden und eine breite, zusehends differenziertere Medien-Debatte ausgelöst, in der die Begriffe der „deutschen Frage“ und der Wiedervereinigung zentrale Plätze einnehmen.

¹ Das von Botschaftsrat Elfenkämper, Paris, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 19. September 1989 vorgelegen

² Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

Von Regierungsseite haben sich AM Dumas und VM Chevènement zu Wort gemeldet. Dumas' Äußerungen gegenüber der Presse in Madrid am 11.9.1989 und in einem Radio-Interview am 15.9.1989³ lassen das Bemühen erkennen, dramatisierende Effekte und Parteinahmen – etwa gegenüber der DDR oder Ungarn – zu vermeiden. Chevènement spricht u.a. die Sorge vor einem „Ungleichgewicht in Europa“ zugunsten Deutschlands an.

Von den Politikern der ersten Garnitur außerhalb der Regierung haben bisher, soweit zu übersehen, lediglich Parlamentspräsident Fabius und Giscard d'Estaing Stellung bezogen, wobei Fabius das Dilemma der französischen politischen Klasse angesichts der Ereignisse am deutlichsten artikuliert: Befriedigung über die Entwicklung zu mehr Freiheit einerseits, deutliche Sorge vor „Destabilisierung“ andererseits. Aus den Reihen der rechten Opposition hat sich, soweit zu übersehen, bisher kein Politiker von Rang zur Entwicklung um die DDR-Flüchtlinge geäußert.

Ob es, wie ursprünglich geplant, noch vor Jahresende zu einem Besuch Staatspräsident Mitterrands in der DDR kommt, bleibt abzuwarten. AM Dumas hat erklärt, daß der Besuch grundsätzlich vorgesehen sei, ein Datum aber noch nicht feststehe.⁴

II. Im einzelnen

1) Die Absetzbewegung der DDR-Bewohner aus Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland ist der französischen Öffentlichkeit von den Medien intensiv präsentiert und von ihr mit großer Anteilnahme verfolgt worden. Das Ansehen der DDR, die sich erst in jüngerer Zeit mit Mühe ein Minimum an Respektabilität in F erworben hatte, ist durch die Entwicklung der letzten Wochen erneut auf einem Tiefpunkt angelangt, für den das häufige Auftauchen des Symbols der Mauer in politischen Karikaturen symptomatisch ist.

Die Entwicklung hat eine⁵ Mediendebatte über die „deutsche Frage“ hervorgerufen, die immer wieder auf den mit diffusen Ängsten besetzten Begriff der Wiedervereinigung zuführt.

Stand noch zu Jahresanfang die Angst vor einem „deutschen Abgleiten nach Osten“ im Vordergrund, so scheint man jetzt Angst vor einer allzu großen Anziehungskraft des Westens, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, für die Staaten des mittel- und osteuropäischen Ländergürtels zu haben⁶, aus der sich das Risiko einer Destabilisierung (der DDR, aber auch der UdSSR Gorbatschows) ergeben könnte. Korrelat hierzu ist die Furcht vor einem Ansteigen des relativen Gewichts der Bundesrepublik Deutschland mit der Folge eines „Ungleichgewichts“ in der europäischen Konstruktion.

2) AM Dumas hat sich – als erstes Regierungsmitglied – zu der Massenflucht von DDR-Flüchtlingen geäußert. Agentur-Meldungen zufolge hat er am 11.9.1989 in Madrid zu der ungarischen Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, gesagt:

³ Für den Wortlaut des Interviews des französischen Außenministers Dumas mit dem Radiosender RTL vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (September/Oktober), S. 29–31.

⁴ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR auf. Vgl. dazu Dok. 431.

⁵ Korrigiert aus: „zu einer“

⁶ Korrigiert aus: „befürchten“.

„Die Tatsache, daß Ungarn diese Entscheidung getroffen hat, ist sehr wichtig, und man muß darüber nachdenken, wie man dieses Problem lösen kann. Dies kann nur im Rahmen internationaler Konsultationen geschehen, aber unter Berücksichtigung der Entwicklungen, die sich hier und dort vollziehen.“ Wie der Deutschland-Referent des Quai, Vaugier, gegenüber dem Politischen Gesandten⁷ erläuterte, habe der Hinweis auf „internationale Konstellationen“⁸ keinerlei konkreten Hintergrund. Vielmehr sei Dumas in Madrid von der Frage nach der DDR-Flüchtlingsbewegung überrascht worden und habe eine Antwort improvisiert. In einem Radio-Interview (RTL) vom 15.9.1989 hat Dumas ausgeführt, daß der Westen „alles ermutigen muß, was in Richtung Reform geht“. Er hat hinzugefügt, daß man hingegen nicht „soweit gehen darf, die Destabilisierung der Länder des Ostens zu fördern, was einen Rückschlag auslösen könnte“.

Dumas hat weiterhin ausgeführt, daß „natürlich, wie man sieht, der Anspruch auf die Einheit der deutschen Nation ein legitimer Anspruch im Verständnis der Deutschen ist ... im übrigen ist diese Wiedervereinigung dabei, sich fast durch Osmose zu vollziehen, von der Basis her, da sie sich nicht durch die Institutionen vollzieht. Aber sie könnte sich nur auf demokratischem Wege und im Rahmen der internationalen Abmachungen vollziehen. Und das ist sehr schwer zu steuern“. („C'est très difficile à gérer.“)

Dumas hat im übrigen ausgeführt, daß ein Besuch des Staatspräsidenten in der DDR im Prinzip beschlossen, aber ein Datum noch nicht festgelegt sei. (Vollständiger Text des Dumas-Interview wurde als FK vorab übermittelt.)

VM Chevènement äußerte sich in der Fernsehsendung „7 sur 7“ am 17.9.1989 auf die an ihn⁹ gerichtete Frage zur Fluchtbewegung der Deutschen aus der DDR dem Sinne nach wie folgt:

Der „Exodus“ aus der DDR sei ein Zeichen für das „Scheitern“ der DDR. Chevènement erinnerte in diesem Zusammenhang an die Äußerung von Brecht aus dem Jahre 1953, die Regierung müsse sich „ein anderes Volk suchen“¹⁰. Dieser Gedanke habe jetzt „die Fiktion überschritten“. Chevènement betonte das Recht auf Selbstbestimmung, das selbstverständlich auch den Deutschen zustehe, wies indessen zugleich darauf hin, daß das „Gleichgewicht in Europa“ erhalten bleiben müsse. Dabei müsse man daran denken, daß eventuell zu 80 Mio. Deutschen im Falle der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch noch Österreich als gewissermaßen „deutsches Element“ hinzukomme (sic). Für Frankreich stelle die Entwicklung ein großes Problem dar. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den sicherheitspolitischen Aspekt, da die Bemühungen der SU darauf gerichtet seien, Deutschland in der Mitte Europas zu neutralisieren.

Auf die Frage, was man tun könne, meinte Chevènement, im Augenblick gehe es um eine „erste Etappe“, in der man dazu beitragen müsse, „die DDR zu demokratisieren“. Danach werde man weitersehen. Am Schluß seiner Bemerkungen

⁷ Fritjof von Nordenskjöld.

⁸ So in der Vorlage.

⁹ Korrigiert aus: „die ihn“.

¹⁰ Vgl. Bertolt BRECHT, Die Lösung, in: Ders.: Gedichte 2. Sammlungen 1938–1956, Berlin, Weimar, Frankfurt am Main 1988, S. 310 (Bertolt Brecht, Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, hrsg. von Werner Hecht u. a., Bd. 12).

sprach er sich allgemein für die Entwicklung einer gemeinsamen Politik gegenüber dem Osten aus.

Als weiterer, Präsident Mitterrand sehr nahestehender Politiker hat sich Parlamentspräsident Fabius am 12.9.1989 ausführlich unter dem Eindruck der Massenflucht aus Ungarn geäußert. Auf eine Reporterfrage, ob er glaube, daß „sich eine gewisse Wiedervereinigung vollzieht“, sprach Fabius von mehreren möglichen Szenarien, die man sich vorstellen könne, von denen das tragischste, das man aber niemals ausschließen könne, darin bestehe, daß die durch die Ereignisse hervorgerufene Destabilisierung für ein Regime wie die DDR und vielleicht für andere Länder des Ostens so stark sei, daß es einen Rückschlag gebe. Er zeigte sich betroffen durch das paradoxe Geschehen: Einerseits gewinne die Freiheit an Boden, weil die europäische Gemeinschaft ihr attraktives Gesicht gezeigt habe. Andererseits vollziehe sich vielleicht etwas, was sehr destabilisierend sei für die europäische Konstruktion: „Es ist offensichtlich, daß die Entwicklung dahin führen kann, die europäische Konstruktion in einer sehr starken Richtung für die Bundesrepublik Deutschland ins Ungleichgewicht zu bringen.“

¹¹Von Oppositionsseite liegen bisher lediglich Äußerungen Giscard d'Estaings vor, der darauf hinwies, man dürfe nicht vergessen, daß die Deutschen im Westen und im Osten ein und dasselbe Volk seien. Giscard betonte gleichzeitig, er glaube nicht, daß die politische Wiedervereinigung für morgen bevorstehe.

3)¹² In Gesprächen der Botschaft mit französischen Partnern auf der Beamtenebene ist zwar die hohe Aufmerksamkeit spürbar, mit der die Entwicklung von hier aus verfolgt wird, man versucht jedoch, Gelassenheit zu zeigen, vermeidet Kritik, aber auch Lob, z.B. an die Adresse Ungarns. Deutschland-Referent des Quai gab in Gespräch am 18.9.1989 deutlich zu verstehen, daß er offensichtliches Lob für Budapest, wie es z.B. US-Präsident Bush ausgesprochen habe, für zuviel des Guten halte.

In dem Maße, wie Zahlen über den Umfang der spontanen Absetzbewegung aus Ungarn im Verhältnis zur staatlicherseits genehmigten Umsiedlung Deutscher aus der DDR und anderen WP-Staaten in die französischen Medien gelangen, wird das ungarische Phänomen in seinen Proportionen gesehen und relativiert. Andererseits sind gerade die jetzt einer breiteren Öffentlichkeit vorgeführten Gesamtzahlen (so z.B. die in der Presse häufig zu findende Zahl von 0,5 Mio. geschätzten Umsiedlern aus den verschiedenen Bereichen für das Gesamtjahr 1989) in anderer Hinsicht nicht unbedingt geeignet, in F Beruhigung zu verbreiten: An die Stelle des hier seit längerem gepflegten Bildes eines zwar noch wirtschaftlich überlegenen, aber langfristig wegen seiner katastrophalen demographischen Lage hinter F zurückfallenden deutschen Nachbarn tritt bereits das Bild eines sich durch Neuzustrom von außerhalb der Landesgrenzen kräftig regenerierenden Volkes mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen.

4) Aus hiesiger Sicht scheint aus den Äußerungen Dumas' und Fabius' vor allem die Furcht vor einer möglichen Destabilisierung der östlichen Verhältnisse festzuhalten, bei Fabius und Chevènement darüber hinaus noch die nicht verhüllte

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2391 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Korrigiert aus: „4“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

Sorge, die Bundesrepublik Deutschland könnte im Zuge der gegenwärtigen Entwicklung zu einem politischen Gewicht erstarken, das die europäische Konstruktion aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß Präsident Mitterrand in einem Interview vor seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1987¹³ ähnliche Sorgen vor den möglichen destabilisierenden Effekten einer deutschen Wiedervereinigung artikuliert und in seinem Interview vom 26. Juli d.J. deutlich machte, daß F an keiner Entwicklung gelegen ist, die sich als politisch schwer kontrollierbar erweisen könnte.

5) Die von Dumas und Fabius geäußerte Furcht vor Destabilisierung bezieht sich nicht zuletzt auf Gorbatschow und seine Stellung. Man darf – anders als noch vor etwa zwei Jahren bei der bürgerlichen „Kohabitations“-Regierung – bei der sozialistischen Führung F's ein Interesse daran unterstellen, daß Gorbatschow am Ruder bleibt. So sagte Fabius im weiteren Verlauf seines Interviews: „Man muß ihm (Gorbatschow) helfen, denn es ist eine Chance, nicht nur für die Sowjetunion, sondern für die ganze Welt.“

Unmittelbar bezieht sich aber die Warnung vor möglichen Destabilisierungseffekten auf die DDR. Mit der größtenteils spontanen Massenabsetzbewegung tausender DDR-Bewohner aus dem ungarischen Urlaubsquartier ist ein qualitativ neues Element, ein „Unruhefaktor“ im Kontext der ohnehin aus französischer Sicht komplizierten deutsch-deutschen Beziehungen aufgetreten, von dem weiterer Druck auf die schon unter hoher Dynamik ablaufenden Wandlungsprozesse in Mittel- und Osteuropa ausgeht.

Paris hat die DDR in den letzten Jahren als ein zwar unansehnliches, aber wegen seiner relativen wirtschaftlichen Überlegenheit im sozialistischen Lager stabiles System, das seinerseits die Lage in Mitteleuropa stabilisieren half, in sein¹⁴ Kalkül gesetzt.

Aus der Sicht von F hat der¹⁵ seit dem Grundlagenvertrag¹⁶ entwickelte Modus vivendi in Deutschland zur Stabilisierung der Mitte Europas beigetragen.

Sie hat ihre Haltung zur DDR in jüngster Zeit vorsichtig verändert.

Mitterrand empfing Honecker im Jahre 1988¹⁷ in Paris gegen die Meinung eines nicht unerheblichen Teils der politischen Klasse und der Öffentlichkeit. Es wird sich zeigen müssen, ob und in welchem Zeitrahmen Mitterrand an seinem Besuchsvorhaben in der DDR festhält. Abgesehen von den Unwägbarkeiten, die zur Zeit bei der DDR-Führung selbst liegen, dürfte es ihm die Entwicklung der öffentlichen Meinung F's gegenüber der DDR schwermachen, die Reise in absehbarer Zeit durchzuführen.

6) Hinsichtlich der weiteren Entwicklung in der DDR selbst sieht sich der Quai d'Orsay auf Spekulationen angewiesen. Was die Positionen der Mitglieder der

¹³ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 19. bis 22. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 294.

¹⁴ Korrigiert aus: „ihr“.

¹⁵ Korrigiert aus: „hat sich der“.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 9. Januar 1988 in Frankreich auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 8.

Ostberliner Führungsmannschaft angeht, so hat man in den letzten Tagen vor allem das verstärkte Auftreten von Günter Mittag bemerkt, der u. a. Ligatschow bei seinem Besuch in der DDR¹⁸ empfangen habe. Demgegenüber sei Egon Krenz seit längerem nicht gesichtet worden.

Als mögliche Optionen für eine Änderung der politischen Linie der DDR nannte Deutschland-Referent Vaugier an erster Stelle die mögliche Entscheidung, völlige Freizügigkeit für die DDR-Bewohner einzuführen. Eine solche Maßnahme könne dazu führen, daß die Absetzbewegungen aus der DDR längerfristig aufhörten.

Gesprächspartner schloß aber auch einen Rückgriff auf Repression und Schließung der Grenzen, wie sie 1961 vollzogen worden sei, nicht aus.

7) Der Gesprächspartner erwartete nicht, daß Gorbatschow seinen Besuch in der DDR¹⁹ anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung dazu nutzen wird, bei der DDR-Führung Reformen anzumahnen. Die gegenwärtigen Führer der DDR würden sich in dieser Hinsicht von Gorbatschow keine Lektionen erteilen lassen, da sie das von ihnen geschaffene System als dem von Gorbatschow herbeigeführten gegenwärtigen Zustand der SU (Nationalitätenprobleme, Wirtschaftschaos) überlegen ansähen. Gorbatschows Besuch werde daher eher dazu dienen, die gegenwärtig im Amt befindlichen Führer der DDR zu stützen.

III. Wertung

Nach dem Eindruck der Botschaft überwiegt in der Lageeinschätzung der politisch Verantwortlichen in F gegenwärtig die Sorge vor möglichen destabilisierenden Effekten, die von der durch die Massenflucht aus Ungarn ausgelösten Entwicklung ausgehen könnten. Angesichts unklarer politischer Alternativen in der DDR scheint es Paris auch nicht angeraten, politische Reformen in der DDR anzumahnen oder offen die Verantwortlichkeiten für die gegenwärtige Entwicklung auszusprechen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die französische Führung genötigt sehen wird, angesichts näherrückender Termine im deutschen Umfeld (40. Jahrestag der DDR Anfang Oktober, fälliger deutsch-französischer Gipfel im Spätherbst²⁰) in offenerer Form Stellung zu beziehen. In den französischen Medien wird bereits jetzt vereinzelt die Forderung laut, die französische Führung müsse sich eindeutig zum Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung bekennen, das Trauma einer deutschen Wiedervereinigung endgültig abschütteln und in jedem Fall aktiver und deutlicher in der gegenwärtigen Entwicklung Stellung beziehen. Diese Stimmen bleiben allerdings vorerst eine Minderheit in der Medienlandschaft, in der politischen Klasse haben sie bisher keinen öffentlichen Widerhall gefunden.

[gez.] Pfeffer

Referat 210, Bd. 140706

¹⁸ Zum Besuch des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow, vom 12. bis 15. September 1989 in der DDR vgl. Dok. 274, Anm. 6.

¹⁹ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR fand am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER – GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

²⁰ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. Dok. 342, Dok. 346 und Dok. 351.

280

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

412-424.01/10-4

20. September 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Information

Betr.: Wirtschafts- und Währungsunion;

hier: Angeblicher Gegensatz BM Genscher/BM Waigel

1) Im Zusammenhang der Berichterstattung über das informelle EcoFin-Treffen am 9. und 10. September 1989⁴ in Antibes wurde in der deutschen Presse über angebliche Gegensätze zwischen Ihnen und BM Waigel in der Frage der Einberufung einer Regierungskonferenz und der Durchführung der Stufen II und III einer Wirtschafts- und Währungsunion berichtet.

Sie stünden eher auf der Seite der französischen Regierung und unterstützten aus politischen Gründen das Pariser Drängen auf rasche Weiterführung des Integrationsprozesses. Indirekt wird der Vorwurf erhoben, Sie benutzten die Stabilität der DM als Instrument der Außenpolitik („Die Welt“ vom 12.9.1989⁵).

BM Waigel rufe dagegen zu größter Sorgfalt auf, ehe die Gemeinschaft unter dem Druck Frankreichs institutionelle Änderungen der währungspolitischen Strukturen in Europa beschließe. Seinen Vorstellungen nach müßten sich die weiteren Beratungen an den drei Leitlinien Stabilitätspolitik, Marktwirtschaft und solide Finanzpolitik orientieren.

2) Tatsächlich gibt es jedoch zwischen Auswärtigem Amt und BMF und auch zwischen Ihnen und BM Waigel hinsichtlich des Stabilitätsanfordernisses einer Wirtschafts- und Währungsunion und der dafür notwendigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen keine Differenz. Sowohl AA wie auch BMF wie auch die Bundesbank stimmen grundsätzlich den entsprechenden Passagen des Delors-Berichts⁶ zu.

3) Unterschiede scheint es hinsichtlich der Zeitvorstellungen und hinsichtlich der Federführung zu geben.

Das BMF, auf europäischer Ebene unterstützt von GB und NL, möchte eine Regierungskonferenz am liebsten erst nach Beendigung von Phase I einberufen sehen, ohne allerdings zu sagen, wann Phase I beendet sein soll.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 25. September 1989 vorgelegen.

Hat Berger am 7. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat BM als Anlage zu den Vorlagen Guigou und GB vorgelegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. November 1989 vorgelegen.

Hat Jelonek am 8. November 1989 erneut vorgelegen.

Hat in Vertretung von Trumpf Ministerialdirigent von Kyaw am 9. November 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 10. November 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Korrigiert aus: „8. und 9. September 1989“.

⁵ Vgl. dazu den Kommentar von Peter Gillies: „Inflations-Union?“; Die Welt vom 12. September 1989, S. 2.

⁶ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

Dahinter steht im BMF möglicherweise auch der Wunsch, das Thema WWU aus dem Bundestagswahlkampf 1990⁷ herauszuhalten.

GB möchte eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einem europäischen Zentralbanksystem und einer europäischen Währung verhindern, weil es (derzeit) nicht zu der damit verbundenen Übertragung von nationaler Souveränität auf europäische Institutionen bereit ist.

In den NL stehen dagegen wohl keine grundsätzlichen, sondern eher Bedenken hinsichtlich möglicher Gefahren für die Geldwertstabilität im Vordergrund.

4) Die Frage der Federführung in Sachen WWU – auf nationaler Ebene BMF (und teilweise BMWi) alleine oder auch AA, auf europäischer Ebene EcoFin alleine oder auch Allgemeiner Rat – wurde zuletzt im Zusammenhang des von der französischen Präsidentschaft gebildeten hochrangigen Ausschusses persönlicher Beauftragter der Außen- und Finanzminister diskutiert.⁸

Auch hier gab es die Koalition BMF/NL/GB, die den Ausschuß verhindern wollte.

Intern hat es große Anstrengungen bedurft, das BMF davon zu überzeugen, an der ersten Sitzung am 5.9.1989 teilzunehmen und das Auswärtige Amt als gleichberechtigten Partner anzuerkennen.

Inzwischen hat die Gruppe zweimal getagt. Sie ist dabei, die zentralen Fragen aufzulisten, die sich im Zusammenhang der Verwirklichung von Stufen II und III stellen (deutsche Vertreter: AA: D4; BMF: MD Köhler; BMWi: MDg Flandorffer).

5) Hinsichtlich der Einberufung einer Regierungskonferenz hat der Präsident des BDI, Necker, in einem Schreiben vom 24.8.1989 an BK Kohl⁹ ebenfalls auf der Linie des BMF argumentiert. Er befürchte, daß man eine Regierungskonferenz zu früh und ohne ausreichende konzeptionelle Vorbereitung beschließen könnte.

Die deutsche Industrie würde es deshalb begrüßen, wenn die Bundesregierung eine Gruppe ausgewiesener Experten damit beauftragen würde, die sich aus einer weiteren währungspolitischen Integration ergebenden politischen, wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Konsequenzen sorgfältig zu untersuchen.¹⁰

⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁸ Zur Einsetzung der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 227, Anm. 15.

Zum Bericht der Gruppe vgl. Dok. 348.

⁹ In dem Schreiben wies der Präsident des BDI, Necker, darauf hin, daß die dritte Phase einer Wirtschafts- und Währungsunion die Aufgabe „sehr weitreichender nationaler Kompetenzen“ erfordere: „Zwingende Voraussetzung dafür ist wiederum eine übereinstimmende Konzeption über die künftige politische Verfaßtheit Europas. Die eigentliche Diskussion darüber hat aber noch gar nicht begonnen, und zwar weder in den Mitgliedstaaten noch in den europäischen Gremien. Viel entscheidender aber ist, daß die für die Endstufe einer Wirtschafts- und Währungsunion unerläßliche Übereinstimmung der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft in den wirtschaftspolitischen Zielen und Strukturen noch lange nicht erreicht ist, so daß eine künstliche Beschleunigung des monetären Integrationsprozesses eher zu neuen Spannungen als zu Fortschritten in der Gemeinschaftsentwicklung führen müßte. Das gilt nicht zuletzt für die Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten auf eine Politik monetärer Stabilität, die trotz gewisser Anstrengungen in der Gemeinschaft aufgrund der bisherigen ökonomischen Entwicklung ihre eigentliche Bewährungsprobe noch nicht durchlaufen hat.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168732.

¹⁰ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Präs[ident] Necker u. BDI-Geschäftsführer Mann haben bei mir wegen eines Gesprächs mit Ihnen sondiert, ein Gespräch, das ich grundsätzlich für nützlich halten würde.“ Ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und BDI-Präsident Necker sowie BDI-Hauptgeschäftsführer Mann fand am 7. Dezember 1989 statt. Vgl. Dok. 399.

Bundesbankpräsident Pöhl hat sich in den letzten Monaten zu WWU-Fragen öffentlich mehrmals schillernd geäußert.

In getrennten Briefen vom 13. Sept. 1989 an Sie¹¹, BK Kohl und BM Waigel hat er vorgeschlagen, daß Bundesregierung und Bundesbank eine abgestimmte deutsche Position zu Fragen erarbeiten, die in einer Regierungskonferenz vertraglich geregelt werden müßten, bevor ein Termin für eine Regierungskonferenz festgelegt werde (hierzu erfolgt gesonderte Vorlage).

Jelonek

Referat 412, Bd. 168733

281

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

421-400.01 SB VS-NfD

20. September 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Vorbereitung eines offiziellen Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in der VR Polen;

hier: Besprechung bei MD Dr. Teltschik am 20.9.1989

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Hinweis auf Ministergespräch beim Bundeskanzler Anfang Oktober⁴

1) MD Dr. Teltschik lud kurzfristig zu einer Besprechung ein, um im Lichte seiner Gespräche in Warschau (14./15.9.1989) notwendige weitere Prüfungen anzuregen. Es müßten bis zur abschließenden nächsten Gesprächsrunde mit dem polnischen Beauftragten Pszon am 3./4. Oktober in Bonn⁵ die erforderlichen Entscheidungen in einem Gespräch auf Ministerebene getroffen und dazu die Optionen vorbereitet werden.

¹¹ Bundesbankpräsident Pöhl übersandte Bundeskanzler Kohl, Bundesminister Genscher und Bundesminister Waigel am 13. September 1989 einen Katalog mit Fragen zur Errichtung einer Europäischen Zentralbank. Für das Schreiben an Genscher und den Fragenkatalog vgl. Referat 412, Bd. 168733.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Kyaw konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 21. September 1989 vorgelegen.

Hat Mützelburg am 9. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 421 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 9. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Göckel am 10. Oktober 1989 vorgelegen.

⁴ Der Passus „und Hinweis ... Anfang Oktober“ wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

⁵ Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und der am 4. September 1989 neu ernannte polnische Beauftragte Pszon trafen am 3. Oktober 1989 zusammen. Dazu wurde mitgeteilt, es sei Übereinstimmung in allen Fragen zur Vorbereitung eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen erzielt worden. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 888. Vgl. dazu ferner POLSKA WOBEK ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 18 und 20.

An der Besprechung im Bundeskanzleramt nahmen außer D4⁶ noch MD Dr. Köhler (BMF) und MDg Dr. Gerlach (BMW) teil.

2) „Jumbo“-Kredit

Polnische Seite habe um Prüfung gebeten, ob Kredit nicht voll erlassen werden könne (statt Rückzahlung in Złoty des künftig fällig werdenden Teils). In der Gesprächsrunde bestand eher Tendenz (auch Teltschik), es beim vorgesehenen teilweisen Erlaß zu belassen, nicht zuletzt weil über die Złoty-Mittel ein Anknüpfungspunkt zur Finanzierung deutscher Aktivitäten in Polen im politisch-kulturellen Bereich gegeben sei.

3) Schuldenproblematik im „Pariser Club“

Polen wünscht ein Moratorium beim Schuldendienst (Polen V) von etwa drei bis fünf Jahren. BMWi und AA unterstützen diesen Wunsch nachdrücklich und sind bereit, bis auf acht Jahre zu gehen (gesamter Umschuldungszeitraum 15 Jahre). BMF zeigte sich verständnisvoll, hielt sich jedoch hinsichtlich der Konditionen (zeitliche Dauer und Zinsdienst) bedeckt. AA und BMWi sprachen sich auch für totale Zinspause aus. Für Umschuldungsverhandlungen federführendes BMWi und BMF werden zunächst eine gemeinsame Haltung zu entwickeln versuchen.

Die deutschen Privatbanken sollen auf der Grundlage des Brady-Plans⁷ in die Umschuldung einbezogen werden. Damit soll eine Verlagerung der Lasten vom Privatsektor auf den Bund vermieden werden.

4) Hermes-Bürgschaften

Hier wünschen die Polen weiterhin einen bezifferten Plafond (3 Mrd. für drei Jahre). T. hielt es für denkbar, daß im Rahmen einer internationalen Aktion diese Frage für uns leichter zu lösen sein könnte, und brachte den Gedanken eines „pledging“ im Rahmen der „Gruppe der 24“⁸ auf. Insbesondere BMF und BMWi wiesen im Lichte früherer Erfahrung darauf hin, daß Exportbürgschaften nationale Leistungen darstellten und als solche in Brüssel höchstens koordinierend zusammengestellt werden könnten. Jeder würde angeben, was er national sowieso zu leisten bereit sei. Das müßten wir dann natürlich auch beziffert tun. In diesen Grenzen sei eine entsprechende Anregung im Rahmen der „24“ denkbar.

5) Gesonderter Fonds

T. wies auf eventuell sich stellende Frage eines zusätzlichen Fonds zur Förderung von Investitionen und Restrukturierungsmaßnahmen in Polen hin, ggf. in Verbindung mit dem Gegenwert-Fonds aus der Nahrungsmittelhilfe⁹ aus der

⁶ Alois Jelonek.

⁷ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

⁸ Zur Bildung der „Gruppe der 24“ zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn vgl. Dok. 231, Anm. 9.

⁹ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 218, Anm. 18. Referat 411 erläuterte am 7. September 1989: „Diese Lebensmittel werden in Polen gemäß dem zwischen der EG-Kommission und der polnischen Regierung vorgenommenen Briefwechsel ‚zu normalen Marktpreisen‘ an den Endverbraucher verkauft. [...] Die Verkaufserlöse (in Złoty) werden in einen gemeinsam von der EG-KOM und polnischen Stellen zu verwaltenden Gegenwertfonds eingebracht, der insbesondere zur Finanzierung von wirtschaftlichen Restrukturierungsmaßnahmen für den priva-

EG. Ich habe diese Idee befürwortet und auch auf die Möglichkeiten der EIB – wie zuletzt von Italien gefordert – hingewiesen. Demgegenüber warnte BMF vor einer „Verzettelung“. Wir brauchten angesichts der mit einem Reformprogramm in Polen verknüpften Probleme „Reserven“. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollte man sich bei der Bereitstellung zusätzlicher Mittel, sei es beim Landwirtschaftsfonds oder hinsichtlich der Einschaltung der EIB, eher zurückhalten. BMWi erhielt dennoch den – vorsorglichen – Auftrag, in neutraler Form die Möglichkeiten für einen derartigen Fonds zu prüfen.

6) Beratung

T. regte Einsetzung eines „Polen-Beauftragten“ der Bundesregierung an, der sich vornehmlich mit der Hilfsaktion befassen sollte („ich bin kein Kandidat“), sowie Schaffung einer „Beratergruppe“ von Wirtschafts¹⁰-Experten für Polen. Ich unterstrich, daß es sich bei der letzteren Gruppe um eine solche internationalen Zuschnitts unter deutscher Beteiligung handeln müßte. Auch IWF und Weltbank seien zu beteiligen. BMWi ergänzte, daß neben der allgemeinen wirtschaftspolitischen Beratung der Polen bei der Umsetzung ihres Reformprogramms auch eine sektorspezifische Beratung denkbar sei. Für die Projektberatung käme eventuell eine Konsultationsgruppe der Privatbanken in Frage. BMWi arbeite an einem Papier hierzu.

7) Ungarn

Zur Hilfsaktion für Ungarn erklärte T., daß man noch vor dem nächsten Parteitag der ungarischen Kommunisten (6./7. Oktober)¹¹ eine Entscheidung zur Frage einer Aufstockung des bereits zugesagten und vom Bund zu verbürgenden Bankenkredits von 250 Mio. DM auf 500 Mio. DM benötige.¹² Hier sei der Bundeskanzler in der Pflicht. Diese 500 Mio. DM kämen zusätzlich zu dem kürzlich zustande gekommenen Bankenkredit über 500 Mio. DM, von denen 250 Mio. DM durch die Länder Baden-Württemberg und Bayern verbürgt wurden. Die Teilnehmer der Gesprächsrunde waren sich einig, daß dieser neue bundesverbürgte Kredit tunlichst nicht zur Schuldenbedienung benutzt werden dürfe. Ein Ministergespräch auch zu dieser Frage wird erst Anfang Oktober nach Rückkehr von BM Waigel aus Washington¹³ anberaumt werden.

Jelonek

Referat 420 (425), Bd. 157062

Fortsetzung Fußnote von Seite 1227

ten Agrarsektor eingesetzt werden soll“. Der Gegenwertfonds werde Ende September 1989 eingerichtet. Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157061.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

¹¹ Korrigiert aus: „7./8. Oktober“.

Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

¹² Zur Frage von Krediten an Ungarn vgl. Dok. 135, besonders Anm. 16.

¹³ Bundesminister Waigel nahm an der Jahrestagung des IWF und der Weltbank vom 26. bis 28. September 1989 teil.

282

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Henze**331-320.10 KOL****20. September 1989**Über D3¹, Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Drogenhandel;

hier: Unterstützung kolumbianischer Regierung

Langfassung

I. Zur Entwicklung in Kolumbien ist aus meinen Gesprächen in Bogotá (mit Außenminister⁴, Wirtschaftsminister⁵, Chef der Streitkräfte⁶, EG- und US-Botschafter⁷, Leitern deutscher Unternehmen, dem Leiter der deutschen Schule in Bogotá, BKA-Beamten und Botschaft) zu berichten:

1) Der Kampf der Regierung in Kolumbien gegen den Drogenhandel (vor allem das sog. Kartell in Medellín) ist noch nicht entschieden. Er wird mit der Gewalttätigkeit (violencia) geführt, die eine lange Tradition hat. Dabei geht diesmal der Terror bisher allein von den Drogenhändlern in Medellín und dem offenbar mit ihnen zusammenarbeitenden Teil der Guerilla (ELN⁸) aus. Die größeren Guerilla-Kräfte, vor allem die FARC⁹, halten einseitig einen Waffenstillstand ein, binden jedoch weiter einen Teil der Streitkräfte.

Ein Ende des Konflikts ist nicht abzusehen. Solange die Führer des Kartells nicht gefaßt sind und weiter über ihre auf Milliarden Dollar geschätzten Finanzmittel verfügen, können sie immer wieder Terrorakte verüben lassen.

2) Eine zusätzliche Unsicherheit besteht darin, daß das Oberste Gericht die Verfassungsmäßigkeit der von der Regierung erlassenen Notstandsverordnungen (Dekrete) überprüfen muß. Sie sehen die Auslieferung von in den USA gesuchten Drogenhändlern durch Verwaltungsanordnung und die Beschlagnahme von mit Drogenmitteln erworbenen Gütern vor. Bei negativer Entscheidung würde die Regierung zwei der wichtigsten Instrumente verlieren. Eine Verurteilung wichtiger Drogenhändler zu nachhaltigen Strafen durch die unter Bedrohung

¹ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 20. September 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager in der Kurzfassung am 21. September 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 331, Bd. 143979.

³ Die Kurzfassung hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 22. September 1989 vorgelegen. Hat Gerdts am 26. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Henze verfügte. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 27. November 1989 vorgelegen. Hat Henze am 4. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 331 verfügte. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer am 4. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmiegelow verfügte. Hat Schmiegelow am 4. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wie bespr[ochen]“. Vgl. die Kurzfassung; Referat 331, Bd. 143979.

⁴ Julio Londoño Paredes.

⁵ Carlos Arturo Marulanda Ramírez.

⁶ José Nelson Mejía Henao.

⁷ Thomas Edmund McNamara.

⁸ Ejército de Liberación Nacional.

⁹ Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia.

(etwa 200 Richter ermordet) und Korruption leidende kolumbianische Justiz und der Vollzug solcher Strafen sind nicht zu erwarten.

3) Schon jetzt ist zu erkennen, daß die kolumbianische Regierung einen längeren Kampf nicht finanzieren kann (so Chef der Streitkräfte und Wirtschaftsminister). Allein die Kosten bis zum Jahresende werden auf 200 Mio. US-\$ geschätzt. Ausländische Hilfe hierfür ist bisher nicht in Sicht. Die USA beschränken sich auf (lt. Chef der Streitkräfte nur teilweise benötigte) Ausrüstung und Ausbildung. Budget-Hilfe soll nach Auskunft des US-Botschafters nicht möglich sein. Die Aussicht auf einen Zugriff auf das Vermögen der Drogenhändler in nennenswertem Umfang ist bisher gering. Alle kolumbianischen Gesprächspartner weisen darauf hin, daß Kolumbien den Kampf weitgehend auch für andere Länder führt und dabei große Opfer an Leben und Gütern bringt.

4) Schließlich ist offen, mit welcher Zielsetzung der Konflikt geführt wird. Erreichbar und möglicherweise schon teilweise erreicht ist eine teilweise Unterbrechung der Infrastruktur, die die Lieferfähigkeit für Drogen erheblich einschränkt. Sehr viel schwieriger, wenn nicht unmöglich, erscheint eine dauerhafte Zerstörung der Infrastruktur, die Kolumbien als Lieferland ausschalten würde. Bisher gibt es auch keine Hinweise, daß eine Verhaftung und Auslieferung der führenden Drogenhändler gelingen könnte. Man vermutet, daß sie sich noch in Kolumbien aufhalten. Selbst bei ihrer Ausschaltung ist zu befürchten, daß Kolumbien weiter im Drogenhandel eine wichtige Rolle spielen wird. Der Kampf der Regierung richtet sich vor allem gegen das sog. Kartell von Medellín. Daneben gibt es ein Kartell von Cali, das wesentlich geräuschloser, angeblich auch effizienter arbeiten und stärker im gesellschaftlichen Gefüge Calis verankert sein soll. Ein weiteres Kartell soll von der FARC gebildet werden. Schließlich gibt es Hinweise auf Bildung eines vierten Kartells. Die riesigen im Drogenhandel zu verdienenden Summen erlauben immer einen raschen Aufbau der Infrastruktur (Sammeln der Rohstoffe, Labors zur Kokain-Fertigung, Beschaffung der Chemikalien, Transport der fertigen Ware).

II. Unterstützung der kolumbianischen Regierung

1) Kolumbien ist aus praktischen und psychologischen Gründen auf die Hilfe möglichst vieler Länder angewiesen. Als wichtiges westliches Land und Partner Kolumbiens können wir uns nicht ausschließen. Bei einer Verweigerung würden wir nicht nur kein Verständnis bei unseren Verbündeten finden, sondern müßten vor allem in den USA mit Verstimmlung rechnen. Auch in der deutschen Öffentlichkeit, in der die Forderung nach Unterstützung für Kolumbien wächst, dürfte eine Verweigerung auf erhebliche Kritik stoßen, zumal das Bewußtsein der eigenen Bedrohung durch Drogen wächst. In Kolumbien selbst könnte eine solche Haltung sehr negative Folgen haben, psychologisch den Drogenhandel stärken und die Regierung gegenüber der eigenen Öffentlichkeit angesichts der großen Opfer in eine schwierige Lage bringen. Eine Gefährdung von Deutschen kann nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden. Das gilt jedoch auch für die anderen beteiligten Länder, deren Kreis täglich wächst (bisher USA, demnächst GB, F, I, SPA, ARG). Unsere Hilfe sollte

- soweit wie möglich von vornherein im EG-Rahmen erfolgen,
- zumindest in der ersten Phase defensiv und soweit möglich vertraulich sein (Botschaft Bogotá hat anscheinend schon Möglichkeiten einer Lieferung von Fahrzeugen angedeutet),

– im weiteren Verlauf möglichst bald und möglichst weitgehend multilateral (EG, G7, VN-Institutionen) eingebunden werden.

2) Bei der Unterstützung muß berücksichtigt werden, daß Peru und Bolivien sich in einer ähnlichen Lage befinden. Peru hat bereits Ausrüstung für die Bekämpfung des Drogenhandels erbeten. Bei einer Unterstützung für Kolumbien können wir die peruanische Bitte kaum vollständig ablehnen. Ein Anbau von Koka und mögliche Drogenherstellung werden auch für Brasilien und Argentinien befürchtet. Beides sind jetzt schon wichtige Transitländer.

3) Eine Unterstützung darf nicht zur Gefährdung der Deutschen in Kolumbien über das schon bisher übliche Maß hinausführen. Neben der Botschaft gibt es 61 EZ-Experten, vier deutsche Schulen mit 40 entsandten Lehrern und 515 deutschen Schülern neben einer erheblich größeren Zahl kolumbianischer Schüler und Lehrer, zwölf entsandte bei politischen Stiftungen, Goethe-Instituten o. ä., 13 deutsche Dozenten an Hochschulen, zwölf deutsche Unternehmen mit insgesamt etwa 6000 Arbeitskräften, darunter vermutlich etwa 100 entsandte Deutsche, deutsche Touristen (Zahl unbekannt).

Ein Schutz dieser Personenkreise ist nicht möglich. Die deutsche Schule in Bogotá z. B. ist ein nach außen völlig offener Bau mit großen Glaswänden und lediglich einem Drahtzaun. Die Firmen haben überwiegend die notwendigen Schutzmaßnahmen getroffen, die jedoch kaum einen wesentlichen Schutz bei gezielten Angriffen darstellen. Ihre im Vorstand der deutsch-kolumbianischen Handelskammer sitzenden Vertreter äußerten sich mir gegenüber besorgt über die Möglichkeit von Terrorangriffen bei spektakulärer deutscher Hilfe. Botschaftskanzlei und Residenz ließen sich mit zusätzlichen Maßnahmen schützen, die Wohnungen der Botschaftsangehörigen kaum.

Die EG-Botschafter sind ebenfalls besorgt über die Möglichkeit von Terrorakten gegen ihre Landsleute, schätzen diese jedoch nicht so hoch ein, daß dadurch diskrete Hilfe ausgeschlossen werden sollte. Der amerikanische Botschafter erklärte, bisher seien weder die über Kolumbien verstreuten US-Firmen noch die US-Schule in Bogotá angegriffen worden. Auf die Botschaft wurde allerdings am 17.9. eine (wirkungslose) Rakete abgefeuert.

4) Bei der Hilfe muß zwischen unmittelbaren, mittel- und langfristigen Maßnahmen unterschieden werden.

a) Kurzfristig sind möglich

- ein besserer Schutz von Richtern; in Betracht kommt vor allem die Lieferung gepanzerter Fahrzeuge. Sie muß allerdings begleitet sein von einer Ausbildung für Begleitpersonal und für die gefährdeten Richter selbst. Das Auto allein schützt nur auf der Fahrt.
- Die Lieferung von Ausrüstung für Kommunikation (mit Verschlüsselung) und elektronischer Aufklärung, an der die kolumbianische Regierung großes Interesse hat (Chef der Streitkräfte, Chef der nationalen Polizei gegenüber Vertretern des BKA). Im BKA wird über diskrete Lieferung aus eigenen Mitteln nachgedacht. Ich habe gebeten, AA hierüber unterrichtet zu halten.

Zusätzlich ist Kolumbien an nachrichtendienstlichen Erkenntnissen interessiert. Hier besteht bereits eine Zusammenarbeit. Andere Länder (USA, GB (anerkannt effizient) und F) verfügen dementsprechend über Rauschgiftbevoll-

mächtigte in ihren Botschaften. Wir sollten jedoch von einer entsprechenden Maßnahme in diesem Augenblick wegen möglicher zusätzlicher Gefährdung absehen.

b) Zusätzlich ist aus kolumbianischer Sicht besonders wichtig

- die Verhinderung der Lieferung von Chemikalien für die Herstellung von Drogen. Hier sollen bisher die USA und die Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen. Obwohl die Chemikalien, vor allem Äther und Acetylen, relativ leicht herzustellen sind und auch für viele andere Zwecke verwendet werden, sollten wir doch in der EG eine entsprechende Exportkontrolle vorschlagen; die genannten Chemikalien werden in besonders großer Menge für die Drogenherstellung gebraucht;
- die Wiederbelebung des Kaffeeabkommens¹⁰. Wir sollten sowohl in der EG wie gegenüber der USA (auf hoher Ebene) darauf hinweisen, daß das Kaffeeabkommen gerade für Kolumbien bei den Exporten wegen seiner Sozialstruktur (viele kleine Plantagen) und für die wirtschaftliche Entwicklung und dem damit verbundenen Steueraufkommen eine besonders große Rolle spielt (der Preis des kolumbianischen Kaffees sank über 20 %, die Verluste werden auf 410 Mio. US-\$ im Jahr geschätzt) und deshalb umgehend Verhandlungen mit flexiblen Positionen nötig sind. Kaffee ist auch für andere Produzentenländer und potentielle Anbauländer wichtig. Koka könnte ein Ersatzprodukt werden.

c) Schließlich braucht Kolumbien finanzielle Unterstützung. Die Kosten des Krieges werden allein bis Jahresende auf 200 Mio. US-\$ geschätzt bei gleichzeitig sich verschlechternder Wirtschaftslage mit entsprechenden Steuerverlusten. Deswegen sollte Kolumbien (obwohl Schwellenland)

- FZ erhalten; auch ein geringerer Betrag würde ein Signal für andere westliche Länder geben. Er sollte aus schnell abfließenden Mitteln (Warenhilfe) bestehen;
- bei seinem Bemühen um Kredite multilateraler Institutionen (Weltbank) unterstützt werden; dazu sollten BM Waigel (und Bundesbankpräsident Pöhl) gebeten werden, die von kolumbianischer Seite gewünschten Gespräche mit Finanzminister Alarcón in Washington am Rande der IWF-Jahrestagung¹¹ zu führen.

d) Mittelfristig sollte eine Stärkung der kolumbianischen Justiz geprüft werden, die neben schlechter Bezahlung unter unzureichender Ausbildung der sehr legalistisch denkenden Richter leidet. Hier bemüht sich bereits eine private kolum-

¹⁰ In einer Kabinetttvorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 25. August 1989 wurde erläutert, die Laufzeit des am 16. September 1982 geschlossenen Vierten Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1983 ende am 30. September 1989. Die Verhandlungen über ein verbessertes Abkommen seien jedoch am 3. Juli 1989 gescheitert. Der Internationale Kaffeerat habe am selben Tag beschlossen, „das laufende Übereinkommen, allerdings unter Wegfall aller Bestimmungen mit wirtschaftlichen Auswirkungen (Exportquoten und Preisspannen) für einen Zeitraum von zwei Jahren bis zum 30. September 1991 zu verlängern“. Ferner seien die wirtschaftlichen Bestimmungen des laufenden Übereinkommens mit sofortiger Wirkung ausgesetzt worden: „Seit dem 4. Juli besteht deshalb ein freier Kaffeemarkt.“ Vgl. Referat 501, Bd. 310192.

¹¹ Die Jahrestagung des IWF und der Weltbank fand vom 26. bis 28. September 1989 statt.

bianische Stiftung (Fundación de Educación superior in Cali). Wir könnten sie durch die Entsendung von Juristen und Stipendien für kolumbianische Richter unterstützen. Selbst wenn sich das kolumbianische Rechtssystem von unserem stark unterscheidet, könnte doch die Einführung in die deutsche Justizpraxis eine wirkungsvolle Hilfe sein. Die USA planen ähnliche Maßnahmen.

e) Längerfristig werden wir eine Strategie entwickeln müssen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Produzentenländer, vor allem die Lage der Bauern, stärker unterstützt durch die Förderung des Anbaus von Substitutionsprodukten und den Ausbau der Infrastruktur für ihre Vermarktung. Hierzu sind jedoch so erhebliche Mittel erforderlich, daß sie nur gemeinsam von den Geberländern aufgebracht werden können.

5)¹² Wichtig ist, daß der kolumbianischen Regierung das Gefühl vermittelt wird, bei ihrem Kampf nicht nur verbal die volle Unterstützung westlicher Länder (als Konsumentenländer) zu erhalten. Dazu sollte die Botschaft Bogotá möglichst bald in die Lage versetzt werden, vertraulich konkrete Maßnahmen anzukündigen. Hierzu könnten gehören

- die Lieferung der Fahrzeuge mit entsprechender Ausbildung,
- unser Einsatz für Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Kaffeeabkommen,
- unser Bemühen um Exportkontrolle für Chemikalien,
- Finanzhilfe,
- Richterausbildung.¹³

Henze

Referat 331, Bd. 143979

¹² Korrigiert aus: „4)“.

¹³ Zur Beteiligung der Bundesrepublik am Kampf gegen Drogen vgl. weiter Dok. 324.

283

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**411-423.00 RGW-MS****21. September 1989¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Deutsche Initiative zur Weiterentwicklung der Beziehungen der EG zu
den Staaten Mittel- und Osteuropas;
hier: Kooperationskonzept gem. Art. 238 EWG-V⁴

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu den Vorschlägen⁵ in Ziff. III.
und IV.⁶

Zusammenfassung: Sie hatten mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen,
daß die EG ein neues, spezifisches Modell für die Zusammenarbeit mit interes-
sierten, reformwilligen RGW-MS entwickeln müsse. Die Vorlage enthält hierzu
erste konzeptionelle Überlegungen.

I. Kürzliche Anregungen der ung. und poln. Regierung für eine mehr struktu-
rierte Annäherung an die EG (Freihandelsabkommen, Assoziierung) bedürfen
sorgfältiger Prüfung.

II. Die erste Phase des Ausbaus der Beziehungen EG–europäische RGW-MS
durch Handelsabkommen mit Kooperationsteil steht vor dem Abschluß.

III. Eine zweite Phase in Form einer institutionalisierten Annäherung ist not-
wendig, um handelspolitisch, wirtschaftlich, finanziell⁷ und außenpolitisch den
Anforderungen der Reformländer an die EG zu entsprechen. Eine solche Insti-
tutionalisierung könnte, gestützt auf Art. 238 EWG-V, durch Assoziierung in

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 14. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr instruktive Vorlage, der ich voll zustimme.“

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 16. Oktober 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 411 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „BM hat im Verlauf des informellen EPZ-Treffens am 14./15.[10.] auf der Basis dieser Vorlage argumentiert (ohne alle Details vorzutragen).“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 16. Oktober 1989 vorgelegen, der vermerkte: „BM Rücklauf. Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Jelonek am 17. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „L[eiter]P[l]anungsstab hat [Durchdruck].“

Hat Ministerialdirigent Trumpf am 19. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 19. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Für den Wortlaut von Artikel 238 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 900.

Artikel 238 wurde mit Artikel 9 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

⁵ Die Wörter „zu den Vorschlägen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „zur Tendenz der Überlegungen“.

⁶ Die Ziffer „IV.“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „zum Verfahren in Ziffer IV.“

⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bedarf der Präzisierung.“

Form des Abschlusses von Kooperationsabkommen (mit Handelsteil) erfolgen (ähnlich wie in den Fällen Jugoslawien⁸ und Israel⁹). Die hierdurch angestrebte verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit würde den Reformprozeß in Osteuropa fördern und einen wichtigen Beitrag zur Annäherung zwischen West und Ost leisten.

IV. Es wird vorgeschlagen, zunächst die Haltung der EG-Kommission zu unseren Vorstellungen informell zu sondieren.¹⁰

D 2¹¹ hat mitgezeichnet.

Jelonek

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Deutsche Initiative zur Weiterentwicklung der Beziehungen der EG zu den Staaten Mittel- und Osteuropas;
hier: Kooperationskonzept gem. Art. 238 EWG-V

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu den Vorschlägen¹² in Ziff. III. und IV.¹³

Vorbemerkung:

Sie hatten im Auswärtigen Ausschuß am 14.9.¹⁴ und in Ihren Interviews vom 17.9. (RIAS)¹⁵ und 21.9. (DLF)¹⁶ die Notwendigkeit hervorgehoben, daß die EG ein neues, spezifisches Modell für die Zusammenarbeit mit den hieran interessierten, reformwilligen europäischen RGW-MS entwickeln sollte. Das Auswärtige Amt hat seit einiger Zeit konzeptionelle Überlegungen für ein solches Modell angestellt. Diese Vorlage enthält den augenblicklichen Stand unserer diesbezüglichen Vorstellungen.

⁸ Die EWG und Jugoslawien schlossen am 2. April 1980 ein Kooperationsabkommen sowie am 1. April 1982 ein Zusatzprotokoll. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 1095–1172, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 279–303.

⁹ Die EWG und Israel unterzeichneten am 11. Mai 1975 ein Abkommen, das die schrittweise Einführung einer Freihandelszone vorsah. Dieses wurde am 8. Februar 1977 durch ein Zusatzprotokoll sowie durch ein Protokoll über finanzielle Zusammenarbeit erweitert. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 136 vom 28. Mai 1975, S. 1–190, bzw. Nr. L 270 vom 27. September 1978, S. 2–14.

Am 15. Dezember 1987 wurden ein weiteres Zusatzprotokoll sowie ein weiteres Protokoll über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 36–50 bzw. S. 52–56.

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Vorschläge zum weiteren Prozedere Seite 8.“ Vgl. Anm. 44.

¹¹ Dieter Kastrup.

¹² Die Wörter „zu den Vorschlägen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „zur Tendenz der Überlegungen“.

¹³ Die Wörter „und IV.“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „U. zum Verfahren Ziffer IV“.

¹⁴ Korrigiert aus: „15.9.“.

Zu den Ausführungen von Bundesminister Genscher vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags vgl. Dok. 273.

¹⁵ Für das Interview des Bundesministers Genscher mit dem Sender RIAS vgl. die Pressemitteilung Nr. 1138/89; Referat 013, Bd. 179075.

¹⁶ Für das Interview des Bundesministers Genscher mit dem Deutschlandfunk vgl. die Pressemitteilung Nr. 1141/89; Referat 013, Bd. 179075.

I. Aktuelle Problematik

Die von GS Gorbatschow in der SU initiierte politische und wirtschaftliche Reformbewegung und die daraus resultierende Lockerung des sowjetischen Hegemonialanspruchs haben in einigen osteuropäischen Staaten Bestrebungen nach einer Reorientierung ihrer bisher einseitig auf SU und RGW ausgerichteten Bindungen ausgelöst. Vor dem Hintergrund eines infolge zunehmender Gegensätze zwischen Wirtschaftsreformern (SU, POL, UNG) und Konservativen dem Zerfall nahen RGW gewinnt das Modell einer sich wirtschaftlich und politisch dynamisch entwickelnden Europäischen Gemeinschaft „1992“¹⁷ wachsende Attraktivität für Mittel- und Osteuropa.

Von Ungarn (Memorandum an die EG-KOM vom 25./26.7.89¹⁸) und Polen (Äußerungen von polnischer Regierungsseite anlässlich Unterzeichnung des Abkommens EG–Polen am 19.9.89¹⁹) kommen verschiedentlich Vorschläge für eine mehr strukturierte Annäherung an die EG (Ungarn: Teilhabe am EG-Integrationsprozeß durch Interim-Freihandelsabkommen; Polen: Assoziierung). Die Anregungen der ungarischen und polnischen Regierung bedürfen sorgfältiger Prüfung.

II. Gegenwärtige Entwicklung der Beziehungen (erste Phase)

Mit der gemeinsamen Erklärung EG–RGW vom 25.6.88²⁰ leitete die Europäische Gemeinschaft eine neue Phase des aktiven Ausbaus ihrer Außenbeziehungen zu den osteuropäischen RGW-MS ein: Mit allen diesen Staaten (Ausnahme: Rumänien) bestehen nunmehr diplomatische²¹ Beziehungen; mit Ungarn wurde am 26.9.88 ein Handels- und Kooperationsabkommen²², mit der ČSSR am 19.12.88 ein Handelsabkommen²³; mit Polen am 19.9.89 ein Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. Förmliche Abkommensverhandlungen mit der SU²⁴ und Bulgarien²⁵ sind im Gange, mit der DDR werden exploratorische Gespräche²⁶ über ein Handelsabkommen geführt.

¹⁷ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁸ Für das ungarische Papier „Ideas by Hungary on International Support to the Reform Process“ vom 29. Juli 1989 vgl. Referat 420 (425), Bd. 157059.

¹⁹ Zum Abkommen vom 19. September 1989 zwischen der EWG und Polen vgl. Dok. 240.

²⁰ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des RGW vom 25. Juni 1988 EUROPA-ARCHIV 1988, D 576 f.

²¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das der ‚amtliche‘ Ausdruck?“

²² Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. September 1988 zwischen der EWG und Ungarn über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

²³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Dezember 1988 zwischen der EWG und der ČSSR über den Handel mit gewerblichen Waren und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 88 vom 31. März 1989, S. 2–12.

²⁴ Zum Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EWG und der UdSSR vgl. Dok. 428.

²⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten teilte der Botschaft in Sofia am 9. Oktober 1989 mit, nach zwei Verhandlungsrunden im April bzw. Mai 1989 habe die EG-Kommission eine für Ende Juli vorgesehene dritte Verhandlungsrunde „aus ‚technischen Gründen‘ ‚sine die‘ vertagt. Dies war eine autonome Entscheidung der EG-Kom. als Verhandlungsführerin (Hintergrund: zu weitgehende materielle bulgarische Forderungen, Problematik der Behandlung der türkischen Minderheit in Bulgarien, türkische Demarche bei MS und EG-Kom.).“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8408; Referat 411, Bd. 160500.

²⁶ Referat 411 vermerkte am 20. September 1989 zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR: „Nach vier Sondierungsgesprächen (27./28.6 und 27./28.9.1988 sowie 18./19.1. und 18.4.1989) steht nun die Vorlage des Mandatsentwurfs durch die EG-Kommission kurz

Ziel der neuen EG-Ostpolitik²⁷ ist es derzeit, die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten zu intensivieren. Mit der Einräumung von Meistbegünstigung und dem Abbau der diskriminierenden mengenmäßigen Beschränkungen bietet die Gemeinschaft den ost- und mitteleuropäischen Staaten die Möglichkeit, ihre Warenexporte in die EG zu steigern und damit Hartwährung zur Abdeckung von Schulden und zum Import dringend benötigter westlicher Industriegüter und Vorfabrikate zu verdienen. So konnte Polen gegenüber der EG 1984 einen Handelsbilanzüberschuß von ca. 1 Mrd. ECU, 1988 von nur noch 0,5 Mrd. ECU verbuchen. Ihrerseits haben die EG und die EG-MS erhebliches wirtschaftliches und politisches Interesse an dem Wirtschaftsraum Mittel- und Osteuropa mit über 400 Mio. Verbrauchern als einem großen potentiellen Markt.

Diese erste Phase des Ausbaus der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und den europäischen RGW-MS mittels Unterzeichnung „klassischer“ Handelsabkommen mit Kooperationsteil dürfte bis Mitte 1990 abgeschlossen sein.

Über Abschluß und Durchführung der Abkommen hinaus hat die EG im Verhältnis zu Osteuropa mit dem Koordinierungsauftrag des Pariser Gipfels²⁸ für eine internationale Hilfsaktion zur Stützung der Reformen in Polen und Ungarn²⁹ und der von Ihnen vorgeschlagenen Initiative zu Nahrungsmittellieferungen aus EG-Interventionsbeständen an Polen³⁰ eine zusätzliche aktive Rolle bei der weiteren Ausgestaltung der West-Ost-Beziehungen in Europa übernommen.

III. Institutioneller Ausbau (mögliche zweite Phase)

1) Die bisherige Strukturierung der Beziehungen der EG zu den Staaten Mittel- und Osteuropas reicht nicht aus, um handelspolitisch, wirtschaftlich, finanziell³¹ und außenpolitisch den Anforderungen und Chancen zu entsprechen, welche sich aus den Reformprozessen in Polen und Ungarn für die Gemeinschaft ergeben. So sind die bestehenden Abkommen keine beiderseitigen oder einseitig präferentiellen Freihandelsvereinbarungen (letzteres wird z.B. von Ungarn gewünscht). Sie enthalten auch keine finanziellen Regelungen/Finanzprotokolle (wie z.B. von Polen während der Vertragsverhandlungen gefordert).

Insbesondere die BR Deutschland, die aus historischen, wirtschaftlichen, politischen und geographischen Gründen das stärkste Eigeninteresse in der Gemein-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1236

bevor: Das Interesse der DDR richtet sich auf ein klassisches Handelsabkommen. Sie möchte erst zu einem späteren Zeitpunkt bei bestehendem beiderseitigen Interesse über eine Erweiterung des Handelsabkommens um Kooperationselemente, z.B. im Bereich des Umweltschutzes, der technischen Normen und Standards, Wissenschaft u. a. sprechen. Die DDR sieht offenbar jetzt eine Notwendigkeit, sich auf den Europäischen Binnenmarkt einzustellen, und strebt einen vertraglich gesicherten direkten Handelszugang zur gesamten EG an.“ Der Entwurf eines Verhandlungsmandats sei fertiggestellt und werde voraussichtlich in einigen Wochen den zuständigen EG-Gremien vorgelegt werden. Vgl. Referat 411, Bd. 160515.

²⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann man schon so allgemein von ‚EG-Ostpolitik‘ sprechen? Eher z.B. noch ‚Außenwirtschaftspolitik‘ der Gemeinschaft gegenüber osteurop[äischen] Ländern.“

²⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

²⁹ Zur Bildung der „Gruppe der 24“ zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn vgl. Dok. 231, Anm. 9.

³⁰ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 281, Anm. 9.

³¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was damit gemeint ist, bedarf der Präzisierung.“

schaft an einer Intensivierung der EG-Ostpolitik hat, sollte, die ungarischen und polnischen Vorstellungen als Diskussionsgrundlage aufgreifend, im EG-Rahmen auf eine „zweite Etappe“ in der Entwicklung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft zu diesen Staaten dringen. Die EG müßte Bereitschaft zeigen, die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa in Richtung auf Marktwirtschaft und politischen Pluralismus handelspolitisch, wirtschaftlich, aber auch finanziell stärker als bisher zu unterstützen und hierfür eine institutionalisierte Annäherung entwickeln.

2) Eine solche – über die bisherigen Abkommen hinausgehende – Institutionalisierung der Beziehungen EG–Osteuropa würde sich auf die Gestaltungsmöglichkeiten stützen können, die Art. 238 EWG-V als Rechtsgrundlage bietet.

Nach Art. 238 EWG-V kann die EG „mit einem dritten Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.“ Der Begriff der Assoziation ist dabei offen. Mit diesen Abkommen sollen jedenfalls besondere, politisch und wirtschaftlich privilegierte Beziehungen mit einem Drittstaat geschaffen werden. Je nach Zielsetzung der jeweiligen Assoziierung ist allerdings zu differenzieren zwischen „echten“ Assoziierungen, deren Vertragsziel ein späterer Beitritt (Türkei³²) oder zumindest die stufenweise Schaffung einer Zollunion (Malta³³, Zypern³⁴) ist, und solchen Assoziierungen, die in Verbindung mit Freihandels- oder Präferenzregelungen (z. T. Israel, Jugoslawien) wirtschaftliche Kooperation zum Gegenstand haben (bei den Maghreb- und Maschrek-Staaten sog. Entwicklungsassoziierung).

[3]) Der Abschluß von „echten Assoziierungen“ mit interessierten mittel- und osteuropäischen Staaten ist jedoch im Hinblick auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme von EG-MS und RGW-MS derzeit auszuschließen. Gegen den Abschluß „echter“ Assoziationsabkommen (im Sinne von Beitritt oder Zollunionsoption) sprechen:

- die Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten (ausgenommen Jugoslawien) in WP und RGW,
- die Stationierung sowjetischer Truppen in diesen Staaten,
- die im wesentlichen noch bestehenden planwirtschaftlichen und Einparteiensysteme,
- die großen Probleme mit den bisherigen Assoziationspartnern (z. B. Türkei).

³² Am 12. September 1963 schlossen die EWG und die Türkei ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation. Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

³³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. Dezember 1970 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Malta und der dazugehörigen Dokumente sowie des Zusatzprotokolls vom 27. Oktober 1977 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 61 vom 14. März 1971, S. 2–73, bzw. Nr. L 304 vom 29. November 1977, S. 2–7. Vgl. dazu ferner das Ergänzungsprotokoll vom 14. Dezember 1988 und das Protokoll zum Assoziationsabkommens im Anschluß an den Beitritt Spaniens und Portugals; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 81 vom 23. März 1989, S. 2–9 bzw. S. 11–79.

³⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Dezember 1972 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Zypern und der dazugehörigen Dokumente sowie des am 20. Dezember 1977 vom EG-Ministerrat genehmigten Zusatzprotokolls vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 133 vom 21. Mai 1973, S. 2–86, bzw. Nr. L 339 vom 28. Dezember 1977, S. 2–68.

Zwar regt ein Bericht der „Trilateralen Kommission“ (trilateral paper Nr. 36/1989³⁵) der Verfasser Giscard d'Estaing, Nakasone und Kissinger eine „economic association“ zwischen den Staaten Mittel- und Osteuropas und der EG an (bemerkenswerterweise unter dem Vorbehalt, daß die betreffenden Länder „frei“ sein sollten, ein solches Assoziationsverhältnis einzugehen). Er geht auf die o.g. Differenzierungen hinsichtlich des Assoziierungsbegriffs jedoch nicht ein.

4) Bei realistischer Betrachtungsweise kann daher für einen institutionellen Ausbau der Beziehungen der EG zu interessierten europäischen RGW-MS³⁶ (entsprechend den polnischen und ungarischen Wünschen) auf der Basis von Art. 238 EWG-V nur eine Assoziierung in Form von Kooperationsabkommen in Betracht kommen, wie sie – allerdings mit anderer Zielsetzung (Entwicklungsassoziierung) – im Rahmen der 1972 beschlossenen globalen EG-Mittelmeerpolitik³⁷ bereits mit den Maghreb- und Maschrek-Staaten sowie ähnlich mit Israel (Rechtsgrundlage Art. 113 EWG-V³⁸, Zusatz- und Finanzprotokoll auf Basis Art. 238 EWG-V) und Jugoslawien (Rechtsgrundlage Art. 238 EWG-V) abgeschlossen wurden. Der Abschluß derartiger Abkommen mit interessierten Staaten Mittel- und Osteuropas könnte eine Art Assoziierung mit Freihandelsperspektive zum Gegenstand haben und käme insoweit den von Ungarn und Polen geäußerten Vorstellungen entgegen.

Kooperationsabkommen dieser Art würden, wie in den Fällen Jugoslawien und Israel, eine Kombination handels- und kooperationspolitischer Elemente aufweisen.

[5]) Handelspolitisch (GATT-rechtlich) wäre eine Verbesserung der bestehenden (auf der Rechtsgrundlage der Art. 113/238 EWG-V³⁹ geschlossenen) Abkommen etwa nach dem Vorbild des einseitig-präferentiellen Abkommens EG–Jugoslawien (Kooperationsabkommen mit Handelsteil) problematisch⁴⁰, da Ungarn und Polen im Gegensatz zu etwa Jugoslawien keinen EL-Status haben. Etwas anderes könnte u. U. gelten, wenn Ungarn und Polen EL-Status – etwa durch Selbsterklärung im GATT – annehmen würden oder wenn absehbar würde, daß eine einseitig-präferentielle Regelung de facto im GATT nicht beanstandet würde. Eine solche Entwicklung könnte sich vor dem Hintergrund der von den USA und Japan erwogenen Gewährung von Zollpräferenzen ergeben, ist letztlich aber noch nicht absehbar. Insgesamt wäre jedoch mit großem Widerstand anderer Handelspartner zu rechnen.

Ein – GATT-rechtlich unproblematisches – reziprokes Freihandelsabkommen (vergleichbar etwa den EG–EFTA Freihandelsabkommen; evtl. sogar über eine

³⁵ Vgl. Valéry GISCARD D'ESTAING, Yasuhiro NAKASONE, Henry A. KISSINGER, East-West-Relations. A Task Force Report to The Trilateral Commission, o.O. 1989, bzw. <http://trilateral.org/file/36>.

³⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Nicht zum RGW selbst, da dies ‚parallelem Ansatz‘ der EG-Ostpolitik mit Schwergewicht auf den Beziehungen EG-RGW-MS widersprechen würde (auch daher wären die Abkommen der EG mit regionalen Organisationen wie ASEAN, Lomé, Golfat für EG-RGW-MS kein Ansatz).“

³⁷ Vgl. dazu Ziffer 11 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz vom 19./20. Oktober 1972 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1972, D 506. Zur Konferenz vgl. AAPD 1972, III, Dok. 344.

³⁸ Für den Wortlaut von Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.

³⁹ Korrigiert aus: „Art. 113/235 EWG-V“.

⁴⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Aber gleichwohl Einbeziehung in das System der allgemeinen Präferenzen.“

EFTA-Mitgliedschaft) wird jedenfalls von Ungarn derzeit wegen erhöhten Schutzbedürfnisses der dortigen Binnenwirtschaft noch explizit ausgeschlossen. In Betracht käme aber, in einem erweiterten Kooperationsabkommen mit Handelsteil, Finanzprotokoll und institutionellem Unterbau (Rechtsgrundlage Art. 238 EWG-V) eine ausdrückliche Option für einen späteren (nach ausreichendem Abbau der planwirtschaftlichen Mechanismen zu realisierenden) Übergang zu einem reziproken Freihandelsabkommen festzuschreiben. Auch in diesem Fall sollte aber – ungeachtet noch bestehender planwirtschaftlicher Mechanismen – ein sofortiger⁴¹ vollständiger Abbau noch bestehender mengenmäßiger EG-Einfuhrbeschränkungen gegenüber dem jeweiligen Land im Abkommen geregelt werden, um dringend benötigte Deviseneinnahmen zu ermöglichen.

Der Kooperationsteil wäre auf eine breitere Zusammenarbeit zur

- industriellen, wissenschaftlichen und technologischen Kooperation,
- Investitionsförderung,
- finanziellen und technischen Zusammenarbeit,
- Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturen,
- Kooperation im Umweltschutz

gerichtet.

Die aufgeführten Bereiche der Zusammenarbeit sollten die tatsächlichen Bedürfnisse der mittel- und osteuropäischen Vertragspartner berücksichtigen.

Diese Zusammenarbeit könnte aus ergänzend zu den Kooperationsabkommen abzuschließenden Finanzprotokollen finanziert werden.

6) Im Rahmen der Kooperationsabkommen würden Kooperationsausschüsse und Kooperationsräte geschaffen, welche eine regelmäßige Konsultation der Vertragsparteien über die Durchführung und Weiterentwicklung der Kooperationsabkommen sicherstellen würden. Vor allem würde hierdurch auch die Möglichkeit eines institutionalisierten politischen⁴² Dialogs EG–Osteuropa geboten (Erörterung von EPZ-Fragen im institutionalisierten Dialog auf AM-Ebene). Es bestünde auch die Möglichkeit institutionalisierter Kontakte auf parlamentarischer Ebene (vgl. z.B. parlamentarische Versammlung im Rahmen des Lomé-Abkommens⁴³).

Die mit der Assoziation in Form von Kooperationsabkommen angestrebte institutionalisierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten und der Gemeinschaft würde den Reformprozeß in diesen Staaten fördern. Eine solche (auch die EPZ einbeziehende) Zusammenarbeit mit den europäischen RGW-MS würde einen wichtigen Beitrag zur Annäherung zwischen West- und Osteuropa und damit auch zur politischen Stabilisierung in Europa leisten.

⁴¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wünschenswert, aber objektiv schwierig.“

⁴² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Haben wir in den jetzt verhandelten Abkommen nicht bereits gemischte Ausschüsse?“

⁴³ Die EWG-Mitgliedstaaten schlossen erstmals am 28. Februar 1975 ein Abkommen mit den AKP-Staaten. Das vierte Abkommen (Lomé IV) wurde am 15. Dezember 1989 unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 397.

Politisch hätten Assoziierungen in der Form von Kooperationsverträgen der EG den Vorteil, daß sie – im Gegensatz zu „echten“ Assoziierungen – keine Beitritts- oder Zollunionsoption enthalten und damit auch keinen Anlaß zu sowjetischen Interventionen liefern würden.

7) Da die Kooperationsabkommen inhaltlich über handelsvertragliche Regelungen hinausgehen, wären sie als „gemischte Verträge“ von EWG und MS gemeinsam abzuschließen. Nach Art. 238 EWG-V müßte ihnen das EP (das starkes Interesse an einer Intensivierung der EG-Ostpolitik nimmt) zustimmen.

⁴⁴IV. Weiteres Prozedere

1) Es wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

- informelle Sondierung der Haltung der EG-Kommission zu unseren Vorstellungen,
- Abstimmung der Haltung der Bundesregierung (Einberufung einer Ressortbesprechung durch das AA, Befassung der Europa-Staatssekretäre),
- Kontaktaufnahme mit unseren wichtigsten EG-Partnern (F, I, GB),
- offizielle Einführung unserer Vorschläge in Brüssel.

2) Zeitpunkt für die offizielle Befassung der zuständigen Gemeinschaftsgremien:

- nach Abschluß erster Runde von Abkommen der EG mit allen europäischen RGW-MS (Ausnahme: Rumänien) – voraussichtlich erste Jahreshälfte 1990,
- sobald die Verhandlungen EG–EFTA in den wichtigsten Bereichen Lösungen erbracht haben (Beziehungen EG–EFTA sollten für EG Vorrang behalten).

D 2 hat mitgezeichnet.

gez. Jelonek

Referat 411, Bd. 160509

284

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mützelburg

21. September 1989¹

Betr.: Deutsch-britische AM-Konsultationen vom 20. September 1989

1) Teilnehmer

Britische Seite: AM Major, Richard Gozney (Persönlicher Referent) und – lediglich bei Abendessen – Botschafter Mallaby.

Deutsche Seite: BM, VLR I Mützelburg.

⁴⁴ Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 10.

¹ Ablichtung.

Ferner handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 27. September 1989 vorgelegen.

2) Rahmen

Erstes persönliches Treffen beider Außenminister; ca. zweieinhalbstündige Konsultationen einschließlich Mittagessens, Besuch des Museums Ludwig, Abendessen mit Frau Genscher und Besuch Konzerts der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Leonard Bernstein.

3) Zum Inhalt

3.1) Zusammenfassung:

Die beiden AM hatten einen umfassenden und detaillierten Meinungsaustausch, in dessen Mittelpunkt die Entwicklung im West-Ost-Verhältnis stand. Sie stimmten über Notwendigkeit überein, den Reformprozeß in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach Kräften zu unterstützen. In diesem Zusammenhang betonten sie besondere Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft, die sich sowohl in der gemeinschaftlichen Hilfe als auch in der Koordinierung der Unterstützungsmaßnahmen ihrer Mitgliedstaaten beweisen müsse.

BM unterrichtete AM über seine Einschätzung der Entwicklung in der DDR und der Lage der Deutschen aus der DDR, die in den deutschen Botschaften in Staaten des Warschauer Paktes Zuflucht suchen.

3.2) AM erläutert auf Frage BM innenpolitische Situation in GB: Regierung „nicht auf Gipfel ihrer Popularität“, schwierige, teils unglücklich dargestellte innenpolitische Probleme wie Gesundheitsreform, Steuerreform für Gemeinden und Privatisierungsfragen.

Als für ihn schwierigste außenpolitische Fragen stellten sich dar: Europafragen, darunter Binnenmarkt und WWU, West-Ost-Beziehungen (Geschwindigkeit der Reformentwicklungen in Polen und Ungarn übersteige jedenfalls britische Erwartungen, Frage westlichen Konzeptes auf schmalem Grat zwischen Unterstützung der Reformbewegung und Destabilisierung), Lage in Südafrika und Namibia, Hongkong (Flüchtlingsproblematik² und Entwicklung nach 1997³) sowie Rüstungskontrollfragen, insbesondere VKSE und CW.

BM nimmt Würdigung seiner Wiener Rede vom 14. September⁴ durch AM zum Anlaß, Philosophie unserer West-Ost-Politik darzustellen:

Deutsche Vertragspolitik gegenüber osteuropäischen Staaten als Voraussetzung für Schlußakte von Helsinki⁵, die Wegbereiter heutiger Reformentwicklung war; westliches Konzept einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung

² Generalkonsul Bracklo, Hongkong, berichtete am 7. September 1989 über die Situation vietnamesischer Flüchtlinge in Hongkong, diese seien in Lagern untergebracht, in denen es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und zum Ausbruch von Krankheiten komme. Nach Gesprächen in London habe der britische Gouverneur Wilson mitgeteilt, „daß die Regierung darauf hinarbeite, die nicht als politische Flüchtlinge anerkannten Vietnamesen (Flüchtlinge insgesamt: ca. 40 000, Anerkennungsrate: ca. 7–9 v. H.) nach Vietnam abzuschieben, und zwar möglichst noch in diesem Jahr“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 225; Referat 301, Bd. 146394.

³ Zur Rückgabe von Hongkong an die Volksrepublik China am 1. Juli 1997 vgl. Dok. 221, Anm. 14.

⁴ Für die Rede des Bundesministers Genscher zum Thema „Europäische Gemeinschaft – Auf dem Weg zur Europäischen Union. Das ganze Europa – Auf dem Weg zu sich selbst“ vgl. die Pressemitteilung Nr. 1134/89; Referat 013, Bd. 179075. Vgl. dazu auch den Artikel „Genscher für eine Europäisierung der Deutschlandpolitik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. September 1989, S. 3.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

(Harmel⁶), das nun mit Gorbatschows Vorstellungen des gemeinsamen europäischen Hauses positives Echo findet; KSZE als Kursbestimmung europäischer Friedensordnung; anfänglich unter Ausschluß der militärischen Aspekte; nunmehr in Wien⁷ Ausbau einer kooperativen Sicherheitsstruktur; Bedeutung eines gleichzeitig mit Reformentwicklung in ost- und mitteleuropäischen Staaten vorangetriebenen westeuropäischen Integrationsprozesses, der wegen Modellcharakters große Anziehungskraft für WP-Staaten hat und dortige Reformentwicklungen ermutigt. Daher, aber auch wegen unverrückbarer nationaler Interessen, Advokat europäischen Einigungsprozesses, in den wir eingebettet sind; Überwindung der Trennung (nicht Teilung) Europas als wesentliches Element der Reformbestrebungen in Polen und Ungarn dient in besonderem Maße deutschen Interessen; was Europa trennt, trennt die Deutschen, was Europa zusammenbringt, führt die Deutschen zueinander; geopolitische Lage in Europa zwingt uns mehr als andere zu Interessenausgleich zwischen West und Ost; entsprechend haben bereits Väter des GG in Präambel⁸ beide Elemente, europäischen Einigungsprozeß und deutsche Einheit, miteinander verbunden; Äußerungen insbesondere auf deutschem rechten Spektrum, die Gegensatz zwischen unserem nationalen Interesse und europäischen Verpflichtungen konstruieren, daher unsinnig und gefährlich; nationale Alleingänge mit deutschen Interessen unvereinbar.

3.3) AM berichtet über Treffen mit ungarischem Botschafter⁹ am 19.9.1989, der Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß Ungarn bezüglich westlicher Unterstützung nicht wegen Polen übersehen werde. Gespräch habe ihm atemberaubendes Tempo, aber auch unterschiedliche Entwicklung der Reformprozesse deutlich gemacht. Hinweis auf beabsichtigtes Treffen zwischen PM Thatcher und Gorbatschow (auf deren¹⁰ Rückweg von Tokio¹¹) und paralleles Treffen Baker/Schewardnadse in Wyoming¹².

Gorbatschow vor immensen Problemen; Frage, ob er sich weiter auf Machtverlagerung von ZK zu Oberstem Sowjet konzentrieren oder primär mit Nationalitätenfrage, insbesondere in baltischen Staaten, auseinandersetzen müsse; Hauptproblem sowjetischer Entwicklung: politische Reform schreitet bedeutend schneller voran als wirtschaftliche; Kritik über Ausbleiben wirtschaftlicher Erfolge und

⁶ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

⁷ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

⁸ Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

⁹ Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

¹⁰ Mátyás Domokos.

¹¹ Korrigiert aus: „dessen“.

¹² Im Anschluß an einen Besuch vom 19. bis 22. September 1989 in Japan traf die britische Premierministerin Thatcher am 23. September 1989 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen. Vgl. dazu MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 85, bzw. <https://www.margaretthatcher.org/document/112005>.

¹³ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

allgemeine Unzufriedenheit kann sich wegen Glasnost frei entfalten und explosive Lage schaffen.

BM stimmt zu und unterstreicht Notwendigkeit differenzierender Betrachtung: polnische Reformbewegung in Gestalt Solidarität ist Volksbewegung von unten; wichtige Rolle spielt katholische Kirche, die historisch Symbol der nationalen Identität Polens. In Ungarn wird Reform demgegenüber von oben, durch Reformflügel ungarischer Arbeiterpartei, durchgeführt; auf bevorstehendem Parteitag ist Teilung der USAP zu erwarten¹³; ungarische Entwicklung stimmt eher mit Gorbatschow-Kurs überein, da ebenfalls Reform von oben, wobei Gorbatschow allein wegen Größe der SU ganz andere Probleme zu bewältigen hat; öffentliche Auseinandersetzungen in SU dürfen nicht überinterpretiert werden; wir im Westen haben ständig offene Diskussion als eine unserer Stärken betrachtet; Gorbatschow nutzt öffentliche Auseinandersetzungen und nationale Bewegungen, um verkrustete Strukturen aufzubrechen; Nationalitätenfrage hat schon in jeder Rede Lenins eine Rolle gespielt; auch in ersten Jahren Stalins; sie verschwand erst mit dessen kriminellen Säuberungsaktionen.

AM stimmt Analyse zu und äußert Sorge, daß Solidarität politischen Preis für mögliches Fehlschlagen wirtschaftlicher Reformen in Polen zahlen muß.

BM teilt Sorge; sein Rat an Solidarność daher: PVAP nicht aus wirtschaftlicher Verantwortung zu entlassen. Hauptsache jedoch: koordiniertes westliches Hilfspaket, das dazu beiträgt, Scheitern polnischer Reform zu verhindern.

Hervorhebung der deutschen historischen und moralischen Verantwortung für Polen. Bedauern über Grenzdiskussion; juristische Haarspaltereien hinsichtlich Legitimation für endgültige Grenzziehung sind unsinnig; heute muß Entwicklung gefördert werden, die Grenzen überflüssig macht; wir müssen auf jeden Fall Situation verhindern, in der sowjetische Armee behaupten kann, sie gewährleiste Westgrenze Polens.

Notwendige Elemente westlicher Unterstützung:

- (1) Pariser Club: Reformer, die belastet durch Fehler ihrer Vorgänger, brauchen Atempause.
- (2) Westliche Investitionen müssen garantiert werden. Es geht darum, Kapital für private Investitionen zu mobilisieren, nicht aber, der polnischen Regierung frisches Geld zur Verfügung zu stellen.
- (3) Westliches Know-how und Managementausbildung sind zu vermitteln.
- (4) Kurzfristig ist weitere Lebensmittelhilfe erforderlich.
- (5) Mittelfristig muß polnische Landwirtschaft, die völlig untermechanisiert, instand gesetzt werden, Lebensmittelversorgung polnischer Bevölkerung sicherzustellen.

Erforderlich ist engste Koordinierung der verschiedenen Hilfsmaßnahmen sowohl der Gemeinschaft als auch ihrer Mitgliedstaaten, also ein Europaplan (Marshallplan)¹⁴ für Europa sei mißverständlich, da Marshallplan-Hilfe direkt an Regierung

¹³ Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

¹⁴ Zum Marshallplan vgl. Dok. 148, Anm. 7.

gen gegangen sei, was im Falle Polens vermieden werden müsse). Uns kommt es aus politischen Gründen darauf an, daß Hilfe als gemeinschaftliche Hilfe der EG-Zwölf erscheint, nicht weil wir Geld sparen wollten. D ist bereit, einen großen Teil zu übernehmen. EG ist jedoch als Geber politisch unverdächtig, während sich gegen nationale Aktionen immer der Verdacht einer Einflußnahme richten könne. EG als Ganzes habe auch Interesse, daß Reformprozeß und darin liegende Rückbesinnung auf Europa nicht scheitere.

AM hält Momentum beider, der EG-Hilfe und der bilateralen Unterstützung durch Mitgliedstaaten, für wichtig. (Einwand BM: der bilateralen, aber im Zwölferteil koordinierten! – AM: Ja.)

Besonders wichtig seien Know-how-Fonds. Schuldenproblem müsse strukturiert werden. Zunächst sei IWF-Vereinbarung erforderlich (BM: Ja). Multilaterale Umschuldung im Pariser Club.

Es sei darauf zu achten, daß westliche Banken gleiche Konditionen wie staatliche Kredite erhielten, da sonst der Schuldendienst für die teureren Bankkredite durch die billigeren Staatsdarlehen finanziert würde. GB halte weiterhin Exportkredite sowohl für Handel als auch Investitionen für sinnvoll, auch Nahrungsmittelhilfe und Handelskonzessionen.

3.4) AM drückt Bewunderung für Handhabung des Problems der Zufluchtsuchenden aus der DDR durch die Bundesregierung aus (seiner Ansicht sei Flüchtlingsbegriff auf diese Deutschen, die in die Bundesrepublik wollten, nicht anwendbar). Wie solle es weitergehen? Ungarischer Botschafter habe ihm gegenüber Zweifel angedeutet, ob Grenzen auf Dauer offen bleiben könnten.

BM zur Größenordnung der Fluchtbewegung: Bisher aus Ungarn 18000; ca. 1000000 potentielle Ausreisewillige in DDR. Deren Motive: erst in zweiter Linie wirtschaftlicher Art, DDR-Bürger seien Bevormundung durch Behörden und ständige Gängelei satt, sähen für sich und ihre Kinder keine Perspektiven. Die meisten würden sicherlich bleiben, wenn Reformen begönnen, die ihnen eine Perspektive gäben. Insbesondere die Kirchen, aber auch einige oppositionelle Gruppen machen sich zu Sprechern der allgemeinen Unzufriedenheit. Lage sei sehr explosiv. Die DDR-Bürger, die zu 85 % unser Fernsehen, zu 100 % unser Radio hörten, kannten Unterschied zwischen Leben in der DDR und Bundesrepublik. Seine große Sorge sei, daß verhärtete DDR-Führung etwa auf größere Demonstrationen nicht verantwortlich, sondern mit Gewalt reagiere. DDR-Führer, die jetzt wie etwa Reinhold den Sinn einer eigenständigen DDR in ihrer sozialistischen Natur sähen, entzögen in Zeiten der Reform ihrem Staat die Grundlagen.

AM fragt nach Bedeutung Gorbatschow-Besuchs zum 7. Oktober.¹⁵

BM unterstreicht die Risiken, die Besuch für Gorbatschow beinhaltet, da verschiedene Adressatenkreise verschiedene Erwartungen hegen. DDR-Führung erwartet lobende Worte, wird andererseits von Lob der Perestroika und Ermutigung zu Reformen schmerzlich berührt sein. Andererseits wird Reaktion der

¹⁵ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR anläßlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung fand am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER – GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

DDR-Bevölkerung ohne Appell zu Reformen völlig negativ sein, ganz abgesehen davon, daß für sowjetischen Hausgebrauch Unterstreichung der Perestroika erforderlich. Hauptpunkt seiner Gespräche mit AM Schewardnadse in New York¹⁶ werde darin bestehen, ihm seine Besorgnis über Entwicklung in DDR zu vermitteln.

Reformkräfte zweifelsohne auch in DDR vorhanden, aber nicht in engerem Führungszirkel. Selbst nach Tod Honeckers¹⁷ nicht zu erwarten, daß bereits Reformer in Vordergrund treten. Hoffnungsträger vielleicht Hans Modrow und Mischa Wolf. Gegenwärtige Führungsschwäche in DDR besonders tragisch: nichts schlimmer als Stillstand in der Führung zu einer Zeit, in der das Volk in Bewegung sei.

(Problematik Gorbatschow-Besuchs in Berlin wurde bei Abendessen weiter vertieft.)

3.5) Europapolitische Fragen

BM unterstreicht, daß hinsichtlich sozialer Dimension unterschiedliche historische Entwicklungen zu beachten; wichtig nur, daß kein soziales „dumping“; also Mindeststandards zu beachten, die weder für GB noch für Bundesrepublik Problem darstellen dürften. Kein deutsches Ziel, unsere sozialen Standards EG-weit verbindlich zu machen; allerdings dürfe umgekehrt auch kein Zwang zu sozialem Abbau in Bundesrepublik entstehen, der explosive Situation schüfe. Zu späterem Zeitpunkt könnten unterschiedliche Systeme konvergieren.

AM betont unterschiedliche historische Erfahrung in GB, insbesondere erforderlichen Abbau von Privilegien der Gewerkschaften. Er verstehe grundsätzlich Gedanken der Sozialcharta, allerdings seien ursprüngliche Vorschläge der KOM¹⁸ inakzeptabel; für GB insbesondere wichtig: Subsidiaritätsprinzip, keine Ausdehnung von Kommissionszuständigkeiten.

BM betont zu EWS, daß wir größtes Interesse daran haben, GB als Stabilitätsalliierten zu gewinnen, da GB und D sich in Währungspolitik viel näher als manch andere EG-Staaten.

AM unterstreicht, daß grundsätzlich positive Entscheidung seitens GB in Madrid¹⁹ getroffen sei; hinsichtlich konkreter Ausgestaltung bitte er um Geduld der Partner. Probleme für GB seien: Inflationsrate, Kontrolle über Währungspolitik sowie Phasen 2 und 3 des Delors-Berichtes²⁰. Selbst wenn britische Regierung intellektuell von vorgeschlagenem Weg überzeugt sei, bestünden enorme emotionale Hindernisse im britischen Parlament. Auf absehbare Zeit könne keine britische Regierung dort vorschlagen, das Pfund Sterling abzuschaffen und die „Bank of England“ zu einer Zweigstelle der Europäischen Zentralbank zu machen. Dennoch bestünde Einvernehmen über Notwendigkeit der Koordinierung

¹⁶ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen am 27. September 1989 zusammen. Vgl. DIPLOMATIE, Dok. 5.
Ein weiteres Gespräch fand am 28. September 1989 statt. Vgl. DIE EINHEIT, Dok. 8.

¹⁷ Zur Erkrankung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 274, Anm. 9.

¹⁸ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte“ vom 30. Mai 1989 vgl. Dok. 180.

¹⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

²⁰ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

der Wirtschafts- und Währungspolitiken. Frage sei, auf welchem Wege das am besten geschehen könne.

BM plädierte nachdrücklich für Europäische Währungsunion. Er selbst sei anfänglich ein Skeptiker des EWS gewesen, da er Gefahren für Stabilitätspolitik befürchtete. Diese seien jedoch nicht eingetreten. Im Gegenteil, Mitgliedstaaten hätten größere Stabilität als zuvor. Vorteile EWS seien nur voll zur Geltung zu bringen bei gemeinsamer Währung. Nirgendwo existiere funktionierender Binnenmarkt ohne gemeinsame Währung. Gerade weil wir GB in Wirtschafts- und Finanzpolitiken näherstünden als vielen anderen, strebten wir besonders enge Abstimmung mit GB über diese Fragen an.

AM meint, daß in Vergangenheit Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Methoden zu Lasten der gemeinsamen Ziele überzogen dargestellt worden seien. Wichtig sei schrittweise Umsetzung in Form praktischer Maßnahmen, die in einzelnen Staaten parlamentarischen Rahmenbedingungen entsprechen müßten.

3.6) AM bemerkt, US seien beunruhigt über deutsche Position zur Fernsehrichtlinie.²¹ Deutsche Position sei wohl fließend.

BM stellt klar, daß Position zwar noch nicht endgültig festgelegt, Tendenz aber ablehnend ist.

AM erläutert, daß britische Kompromißbereitschaft aus Befürchtung herrührt, daß Alternativen noch protektionistischer werden könnten.

Beide AM verabreden, bis zur Entscheidung am 3. Oktober²² miteinander in Kontakt zu bleiben.

3.7) AM spricht Probleme der Fusionskontrolle sowie der Mitbestimmungsmodelle für die Europa-AG an.

BM sagt zu, sich über Problemstellungen kundig zu machen. (Abteilung 4 wird um entsprechende Unterrichtungsvorlagen gebeten.)

3.8) AM hält Ergebnis der Wahlen in Südafrika²³ trotz einiger Verluste an die äußerste Rechte insgesamt für klares Reformmandat an de Klerk. Er erhofft wenn auch langsame Bewegung de Klerks, die sich z. B. in Entlassung Mandelas und der Aufnahme eines Dialoges mit ANC ausdrücken könne. Seine Sorge sei, daß

²¹ Zur EG-Fernsehrichtlinie vgl. Dok. 152, Anm. 8.

²² Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 4. Oktober 1989 zum Tagesordnungspunkt „Fernsehrichtlinie“ auf der EG-Ministerratstagung am Vortag: „Gegen die Stimmen von B und DK, aber mit unserer Stimme verabschiedete der Rat mit qualifizierter Mehrheit die Richtlinie in zweiter Lesung. Dieser Abstimmungserfolg war u. a. deshalb möglich geworden, weil Präs[identschaft] und Kom[mision] unserem von UK unterstützten Anliegen entgegenkamen, in einer gemeinsamen Erklärung von Rat und Kom. die sog. ‚Quotenregelung‘ (mehr als die Hälfte europäischer Werke in den Fernsehprogrammen) als lediglich politisch verbindlich und damit nicht rechtlich einklagbar zu bezeichnen. Außerdem wurde uns durch eine Erklärung betr. eine weitergehende Definition der ‚europäischen Werke‘ geholfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3078; Referat 200, Bd. 144224.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke vermerkte zu den Parlamentswahlen am 6. September 1989 in Südafrika, die bisher regierende Nationale Partei habe trotz erheblicher Verluste ihre absolute Mehrheit halten können. Insgesamt seien die reformwilligen Kräfte gestärkt worden: „Das Ergebnis der Wahl bietet Chancen für eine grundsätzliche Neuorientierung der südafrikanischen Politik.“ Allerdings sei „der politische Entscheidungsspielraum des zukünftigen Präsidenten de Klerk [...] stark eingeschränkt, und die Notwendigkeit von Kompromissen ist größer geworden“. Vgl. Referat 320, Bd. 155981.

Am 14. September 1989 wurde der amtierende Präsident de Klerk zum Präsidenten gewählt.

Reformgegner in Namibia Schwierigkeiten inszenierten, die Rückwirkung auf SA hätten.

Aufrechterhaltung Drucks auf SA weiter erforderlich, aber nicht durch Sanktionen. Zu grundsätzlicher Ablehnung GBs gegen Sanktionen käme, daß sie zu jetzigem Zeitpunkt besonders kontraproduzent seien.

Insgesamt Aussichten auf Reformentwicklung besser als seit langem.

BM stimmt Lageanalyse und Ablehnung von Sanktionen zu. Heutige Situation sei nicht zuletzt Ergebnis der Bemühungen der Kontaktgruppe (KG²⁴). Er rege ähnliche Initiative zum Zustandekommen eines nationalen Dialoges in SA an, die von westlicher Gruppe in Zusammensetzung der seinerzeitigen KG, ggf. unter Beteiligung anderer Staaten, ausgehen sollte.

AM reagiert rezeptiv und betont positive Erfahrungen, die GB durch Nutzung bilateraler Kanäle gemacht hat (Sechs von Sharpeville²⁵).

BM will New Yorker Treffen der Vier dazu nutzen, Idee einer erneuten westlichen Initiative zu propagieren²⁶, da Zeit dafür reif.

3.9) Gespräch während Abendessens drehte sich in erster Linie um Problem der Zufluchtsuchenden aus DDR und Lage in DDR.

BM unterrichtete AM in groben Zügen über Stand der Bemühungen der Bundesregierung zur Lösung der Zufluchtsfälle innerhalb und außerhalb unserer Botschaften.

Mützelburg

Referat 210, Bd. 140698

²⁴ 1977 bildeten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA die Kontaktgruppe zur Lösung der Namibia-Frage. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1983, II, Dok. 313.

²⁵ Zum Fall der „Sharpeville Six“ vgl. Dok. 36, Anm. 13.

²⁶ Im Gespräch mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Major (Großbritannien) am 27. September 1989 in New York schlug Bundesminister Genscher vor, Einfluß auf die neue südafrikanische Regierung zu nehmen und die vier Politischen Direktoren der Außenministerien mit der Entwicklung entsprechender Vorschläge zu beauftragen, die die Grundlage für eine Außenministerinitiative sein könnten. Baker sprach sich dafür aus, auch Japan hinzuzuziehen. Major gab zu bedenken, daß eine Einflußnahme von außen die Position des neuen südafrikanischen Präsidenten de Klerk erschweren könne: „Der Vorschlag von AM Major, beim nächsten Vierer-Treffen am Rande der NATO-Herbsttagung die Angelegenheit weiter zu diskutieren, fand allgemeine Zustimmung.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 156011.

285

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein**431-464.76 INI/BRA****21. September 1989¹**Über Herrn Dg 43², Herrn D 4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵Betr.: Trägertechnologie-Regime (TTR)⁶;

hier: Geplanter Transfer von Ariane-Technologie an Indien und Brasilien

Anlg.: 2⁷Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung⁸**I. Sachstand**

1) Frankreich hat mit Non-paper vom 12.9.89 (Anlage 1⁹) die TTR-Partner über seine Absicht informiert, die Weitergabe von Raketentechnologie an Indien und Brasilien genehmigen zu wollen. Es handelt sich um Antriebstechnik (für Indien die Kryogen-Antriebstechnik und für Brasilien der „Viking“-Motor), die in der Ariane-Rakete Anwendung findet. Die in Rede stehende Ausrüstung und Technologie gehört zu den durch das TTR kontrollierten Gegenständen und ist zum Teil sehr sensitiv. Frankreich glaubt, im Einklang mit Buchstaben und Geist des TTR zu handeln und durch ausgewogene Zusammenarbeit in Verbindung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein und Legationssekretär Soos konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Pabsch Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Rohr am 21. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 21. September 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Dies ist in der Tat eine besorgniserregende Entwicklung in Frankreich! Zu gegebener Zeit muß dies auch auf pol[itischer] Ebene gegenüber Frankreich angesprochen werden.“

⁵ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 22. September 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und „Dg 43“ an Referat 431 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „BM hat anl[ä]ßlich] Parisreise (30.11.) Kenntnis genommen.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager erneut vorgelegen.

Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent von Kyaw am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat in Vertretung Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Rohr am 6. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Blankenstein am 6. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationssekretär Soos „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Wagner am 7. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Soos am 7. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 425 „z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dahlhoff vorgelegen.

⁶ Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA wandten seit April 1987 ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

⁷ Vgl. Anm. 9 und 10.

⁸ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Überlegungen zum weiteren Vorgehen folgen.“

⁹ Dem Vorgang beigefügt. Für das französische Non-paper vgl. Referat 431, Bd. 160656.

mit geeigneten Kontrollmaßnahmen einen Mißbrauch der übertragenen Technologie ausschließen zu können. Wir müssen annehmen, daß das französische Vorgehen intern auf relativ hoher Ebene abgestimmt ist.

2) Die USA haben in einem am 18.9.89 übergebenen Non-paper (Anlage 2¹⁰) das französische Vorhaben als ernsthafte Bedrohung des TTR bezeichnet. Die anscheinend geplante Übertragung von Raketen-Produktionstechnologie stelle einen Verstoß gegen Wortlaut und Geist des TTR dar.

3) Das Auswärtige Amt hat die Ressorts (BMVg, BMWi, BMFT) um Stellungnahme zu beiden Papieren gebeten. Die Botschaften in den TTR-Hauptstädten wurden um Sondierung der dortigen Reaktionen gebeten; bisher liegen nur Berichte aus London¹¹ und Ottawa¹² vor.

II. Wertung

1) Die Übertragung von Technologie für die Konstruktion von Raketen oder deren Teilsystemen (z. B. Triebwerke) ist nach Ansicht des Auswärtigen Amts bereits mit dem Wortlaut des TTR nicht vereinbar. (Nach Abs. 2 der Richtlinien werden Fertigungseinrichtungen, für die – hier einschlägige – Kategorie I bis auf weiteres nicht genehmigt. Gemäß Abs. 1 b) der Technischen Liste des TTR „unterliegt die Weitergabe von Konstruktions- und Fertigungstechnologie einer ebenso strengen Prüfung und Überwachung wie die Ausrüstung selbst“.)

2) Der geplante Transfer würde auch gegen den Geist des TTR verstoßen. Ziel des TTR ist es zu verhindern, daß Staaten, die möglicherweise Nuklearsprengsätze entwickeln und nicht Parteien des Nichtverbreitungsvertrages (NVV)¹³ sind, in den Besitz der für den Einsatz erforderlichen Träger gelangen.

Indien und Brasilien gehören dem NVV nicht an. Indien hat 1974 einen Kernsprengsatz gezündet¹⁴ und durch den Start der „Agni“¹⁵ dokumentiert, daß es entschlossen und in der Lage ist, Trägertechnologie im militärischen Sektor ein-

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für das amerikanische Non-paper vgl. Referat 431, Bd. 160656.

¹¹ Botschaftsrat I. Klasse Greinert, London, teilte am 20. September 1989 mit, eine Rücksprache im britischen Außenministerium habe ergeben, „daß GB in erster Reaktion F-Absicht mindestens ähnlich kritisch, wenn nicht kritischer (horror, very concerned) wie wir sieht“. Das britische Außenministerium befürwortete „europäische Aktion, der F am ehesten zugänglich sei (Gefahr, daß F auf US-Druck allergisch reagiere). Brit. Botschaft wird AA wegen gemeinsamer Demarche europäischer Partner ansprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1840; Referat 431, Bd. 160656.

¹² Botschafter Behrends, Ottawa, berichtete am 20. September 1989, die kanadische Regierung nehme gegenüber den französischen Exportplänen eine ablehnende Haltung ein, da Indien „wegen der engen Verflechtung von Militärapparat und ziviler Forschung“ als „äußerst sensibles Land“ angesehen werde. Ähnliche Bedenken bestünden auch gegenüber Brasilien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 700; Referat 431, Bd. 160656.

¹³ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 143.

¹⁴ Zur Zündung eines nuklearen Sprengsatzes durch Indien am 18. Mai 1974 vgl. AAPD 1974, II, Dok. 228.

¹⁵ Botschafter Seitz, New Delhi, berichtete am 23. Mai 1989, Indien habe am Vortag erstmals erfolgreich eine Mittelstreckenrakete vom Typ „Agni“ getestet mit einer vermuteten Reichweite von 2500 km bei einer Nutzlast von 1000 kg. Zwar habe Ministerpräsident Gandhi betont, die „Agni“ solle nicht nuklear bestückt werden, sondern als Träger für konventionelle Sprengköpfe fungieren. Seitz führte dazu aus, es sei jedoch zu bezweifeln, daß die „Agni“ über eine Distanz von 2500 km die Zielgenauigkeit erreiche, die die Verwendung eines konventionellen Sprengkopfes sinnvoll mache. Damit sei der Versuch, durch das Trägertechnologie-Kontrollregime „die Verbreitung nuklearfähiger Raketen durch die Verhinderung der Weitergabe entsprechender Schlüsseltechnologien zu beschränken“, im Falle Indiens als gescheitert anzusehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 691; Referat 431, Bd. 160657.

zusetzen. Über Brasilien haben die Medien schon öfter berichtet, daß es an der Entwicklung eigener nuklearwaffenfähiger Trägersysteme arbeite.

3) Das französische Argument, die hier in Rede stehende Antriebstechnik sei militärisch nicht sinnvoll einzusetzen, überzeugt nicht. Sie ist zwar nicht die geeignetste Technologie für militärische Zwecke, kann aber nach Meinung von Experten dafür verwendet werden.

4) Mit der Durchführung der französischen Pläne würde von der ESA verwendete oder entwickelte Technologie weitergegeben. Dies würde mit Sicherheit die europäisch-amerikanische Weltraumzusammenarbeit gefährden. Dies ist im amerikanischen Non-paper bereits angedeutet.

5) Das französische Vorgehen stünde im Gegensatz zur sehr restriktiven Genehmigungspraxis der Bundesregierung. Dies ist hier besonders von Bedeutung, weil auch deutsche Unternehmen an Arianespace beteiligt sind. Derartigen Ausführungen aus der Bundesrepublik würde das AA die Zustimmung versagen. Dies würde bedeuten, daß die deutschen Unternehmen entweder Konkurrenz Nachteile geltend machen, die durch das TTR ja gerade vermieden werden sollen, oder aber unsere Kontrollen via Ariane-Beteiligung praktisch unterlaufen können.

6) Das französische Vorgehen paßt auch nicht zu den derzeitigen Bemühungen um eine Erweiterung des Kreises der TTR-Staaten¹⁶, die darauf abzielt, das Regime zu stärken: Tatsächlich würde das französische Vorgehen das Regime insgesamt aufweichen.

7) F hat sich gegenüber den anderen TTR-Partnern in Zugzwang gesetzt, weil es gleichzeitig Indien und Brasilien einen Vorschlag über Bedingungen eines Technischen Transfers mitgeteilt hat.

8) Dies alles würde diejenigen Kräfte im Kongreß stärken, die eine Sanktionsgesetzgebung zur Ahndung von Verstößen gegen das TTR (aus der Sicht der USA) einführen wollen. Das würde nicht nur Frankreich treffen.

III. Wir werden uns vorrangig um eine abgestimmte Haltung der Bundesregierung bemühen und die Reaktion der anderen TTR-Partner erkunden müssen. Bis jetzt sind keine befürwortenden Stellungnahmen eingegangen. Es zeichnet sich aber ab, daß das französische Vorgehen nicht nur bei den USA auf starke Kritik stoßen wird. Erst wenn uns ein vollständiges Bild aus den Partner-Hauptstädten vorliegt, sollten wir entscheiden, ob und inwieweit wir uns der US-Demarche in Paris anschließen oder die Angelegenheit in anderem Rahmen (EPZ?) aufgreifen.¹⁷

Referat 425 hat mitgewirkt.

Blankenstein

Referat 431, Bd. 160656

¹⁶ Zu den Bemühungen, weitere Staaten in das Trägertechnologie-Regime einzubeziehen, vgl. Dok. 341.

¹⁷ Vgl. dazu weiter Dok. 310.

286

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens in New York

25. September 1989¹

Der Bundesminister (BM) führte heute (25.9.) ein etwa halbstündiges Gespräch mit dem israelischen Außenminister (AM).²

AM erklärte, israelische Vorschläge für Wahlen in den besetzten Gebieten³ seien die einzige Chance für einen Friedensprozeß. Er bedauerte, daß Mubarak seine Gedanken⁴ nicht zunächst mit dem israelischen Ministerpräsidenten besprochen habe und statt dessen Rabin eingeladen habe. Er, Arens, werde Mubarak drängen, sich mit Shamir zu treffen. Mit einer Reihe von Punkten Mubaraks gebe es keine Probleme. Leider seien aber von den anderen arabischen Staaten Reaktionen auf die israelischen Vorschläge ausgeblieben, insbesondere von Jordanien, „ein palästinensischer Staat außer dem Namen nach und empfindlich gegenüber Druck von außen“, und Syrien, bei dem es nicht viel Hoffnung gebe.

BM erwähnte die Hinweise des amerikanischen Präsidenten in seiner heutigen Rede⁵ auf das Erfordernis der Demokratie. Eines der Probleme im Nahen Osten sei, daß es dort auf der anderen Seite nur totalitäre Regime gebe.

AM begrüßte den Waffenstillstand im Libanon.⁶ Frankreich käme ein Verdienst zu. Jetzt müsse ein Weg gefunden werden, um Syrien von weiterer Einmischung abzuhalten.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, mit Drahtbericht Nr. 5 vom 26. September 1989 übermittelt.

Hat Legationssekretär Schäfer am 28. September 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 230, Bd. 142159.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

⁴ Für den Wortlaut der Zehn Punkte des ägyptischen Präsidenten Mubarak in der Fassung vom 4. September 1989 vgl. ISRAEL-ARAB READER, S. 362 f.

Für eine Fassung vom 11. September 1989 vgl. <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook8/Pages/101%20Ten-Point%20Peace%20Proposal%20by%20President%20Mubarak.aspx>.

Referat 310 vermerkte am 22. September 1989, die Zehn Punkte seien beim Besuch des israelischen Verteidigungsministers Rabin am 18. September 1989 in Ägypten erörtert worden. Dabei handele es sich nach Auskunft des ägyptischen Außenministers Abdel-Meguid um an Israel gerichtete Fragen „zur Präzisierung des Shamir-Vorschlags von Wahlen. Wesentliche Funktion dieses Fragen-Katalogs soll sein, Israelis und Palästinenser auf dieser Grundlage zu einem Dialog zu bringen.“ Wichtigste Punkte seien: „aktives und passives Wahlrecht für Bewohner Ost-Jerusalems; Wahlen als Schritt zu endgültiger Regelung; Prinzip Land für Frieden“. Der israelische Ministerpräsident Shamir habe gegenüber der Presse negativ reagiert und insbesondere Gespräche mit PLO-Vertretern abgelehnt. Vgl. Referat 310, Bd. 147545.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush vor der VN-Generalversammlung am 25. September 1989 in New York vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1248–1252. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 639–643 (Auszug).

⁶ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga sowie Frankreichs im Libanon vgl. Dok. 265, Anm. 7 und 9.

Botschaftsrat Erbel, Riad, berichtete am 17. September 1989, der Dreier-Ausschuß der Arabischen Liga habe am Vortag eine sieben Punkte umfassende Erklärung verabschiedet, die u. a. einen sofortigen

BM fragte, ob der *AM* Wünsche für seine Gespräche mit den arabischen Gesprächspartnern⁷ habe. *AM* erwiderte, Israel sei bereit, mit jedem von ihnen über jedes Thema zu sprechen. Das Verhältnis zu Irak sei unstabil. Es gebe keinen Waffenstillstand. Irak habe zusammen mit Jordanien Flüge entlang der Grenze durchgeführt. Israel halte es nicht für ausgeschlossen, daß es, als Rache für die israelische Zerstörung des irakischen Atomreaktors⁸, einen militärischen Schlag plane. Es habe eine der größten Armeen der Welt und sei hochgerüstet, auch mit chemischen Waffen. *BM* fragte nach der jüdischen Auswanderung aus der Sowjetunion. *AM* erwiderte, sie habe sich gut entwickelt. Dieses Jahr rechne man mit 50 000, nächstes Jahr mit 100 000 Auswanderern, davon gingen 10 v. H. nach Israel, der Rest in die USA. *AM* erkundigte sich nach der Einschätzung des *BM* hinsichtlich der Verhältnisse in der Sowjetunion. *BM* sagte, das alte Problem der Nationalitäten, das bereits Lenin beschäftigt habe, komme jetzt wieder auf die Führung zu und müsse neu gelöst werden. *AM* erklärte, der sowjetische Schriftsteller Achmatow habe die Wirtschaft als Hauptproblem genannt. Man hoffe auf deutsche Hilfe. *BM* erwiderte, die Erwartungen der Sowjetunion, Ungarns und Polens überstiegen unsere Möglichkeiten bei weitem. Die westlichen Bemühungen müßten zwischen EG und den anderen Mitgliedern des Siebenergipfels koordiniert werden. Es sei wichtig, daß die Gespräche über konventionelle Abrüstung⁹ Mittel für die Wirtschaft frei machten. Entscheidend sei eine richtige Preisreform.

Abschließend sagte der *AM*, er hoffe, den *BM* bald in Israel zu sehen. Der *BM* nahm die Einladung an, sagte aber, er werde zunächst wenig reisen.

Referat 230, Bd. 142159

Fortsetzung Fußnote von Seite 1252

und umfassenden Waffenstillstand vorsehe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 431; Referat 310, Bd. 149782.

Am 28. September 1989 notierte Referat 310: „Nachdem General Aoun und die Syrer den Sieben-Punkte-Friedensplan der Arabischen Liga akzeptiert haben, ist die Seeblockade des christlichen Landesteils aufgehoben und der Flughafen Beirut geöffnet worden. Dennoch bleibt die Waffenruhe brüchig; zu größeren Auseinandersetzungen ist es bisher nicht gekommen. Am 30.9. sollen die libanesischen Parlamentsabgeordneten zu einer ersten Sitzung in Taif zusammentreffen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149787.

⁷ Bundesminister Genscher traf am 29. September 1989 in New York mit dem syrischen Außenminister Scharaa, dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und dem irakischen Außenminister Aziz zusammen. Vgl. dazu Dok. 298, Dok. 300 und Dok. 301.

⁸ Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ (Tammuz-1 und Tammuz-2) am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

⁹ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

287

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-14839/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2125
Citissime nachts

Aufgabe: 25. September 1989, 15.30 Uhr¹
Ankunft: 25. September 1989, 16.18 Uhr

New York UNO: BM-Delegation: ein Exemplar auch für D 2²

Betr.: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR³

Bezug: Telefongespräch Dg 21⁴/Schoeller

1) Es war mir nicht möglich, Termin bei Kulski telefonisch abzusagen. Habe ihn daher um 9.00 Uhr heute morgen aufgesucht und entsprechend Weisung unterrichtet, daß wir in Erwartung einer Antwort der DDR auf unsere Vorschläge vom vergangenen Freitag⁵ seien. Die von DDR-Vertretern gemachte Zusage, uns eine Antwort bis Samstag nachmittags zu geben, sei nicht eingehalten worden.

Kulski, der von Król und Sulek begleitet war, erklärte, daß man polnischerseits die Flüchtlinge ausreisen lassen könne. Politisch-doktrinäre Zwänge würden dem nicht entgegenstehen. Allerdings sei damit das Problem nur vorübergehend ausgeräumt. Andere DDR-Bürger würden nachdrängen. Die Botschaft würde u. U. künftig von tausenden Zufluchtsuchenden in Anspruch genommen. Er wiederholte, daß RA Vogel bei seinen Gesprächen in Warschau am Donnerstag der vergangenen Woche⁶ bedeutet worden sei, es handele sich um ein Problem der beiden deutschen Staaten, wobei man ihn ermuntert habe, der Bundesrepublik Deutschland entgegenzukommen und auch Kontakt mit mir aufzunehmen. Vogel habe sich verabschiedet mit der Zusage, in Bonn am Freitag die Bereitschaft zu erklären, daß die sich in Botschaften der Bundesrepublik aufhaltenden deutschen Zufluchtsuchenden in der DDR straffrei blieben und über ihre Ausreisearträge positiv entschieden würde. Die DDR habe hierzu inzwischen auch schriftlich erklärt, daß sie bei den Anträgen der Betroffenen davon ausgeht, daß durch

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 25. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: 1. Kopie StS L[autenschlager], 2. Kopie 010.“

² Dieter Kastrup.

³ Zur Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau vgl. Dok. 268.

Am 19. September 1989 wies Ministerialdirektor Jansen die Botschaft in Warschau an: „Angeichts des Erreichens der Kapazitätsgrenze für die Aufnahme von Zufluchtsuchenden aus der DDR ist eine vorübergehende Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr unabwendbar geworden. Die Botschaft ist daher ab Dienstag abend, den 19. September 1989, bis auf weiteres für den Publikumsverkehr zu schließen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 965; B 85 (Referat 513), Bd. 2334.

⁴ Wilhelm Höynck.

⁵ 22. September 1989.

⁶ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 25. September 1989 in New York informierte der polnische Außenminister Skubiszewski darüber, „daß Rechtsanwalt Vogel nicht persönlich im Außenministerium empfangen worden sei, weil die polnische Regierung dies nicht gewollt habe“. Auf die Frage Genschers, „welche Lösung die polnische Seite für die Zufluchtsuchenden aus der DDR in Aussicht genommen habe“, erklärte Skubiszewski, „daß er diese Frage noch nicht beantworten könne. Die polnische Seite denke jedoch an eine endgültige Lösung.“ Bis dahin bleibe es bei dem, was er, Skubiszewski, bereits zugesagt habe, daß niemand gegen seinen Willen in die DDR abgeschoben werde. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178934.

ihre Ausreise keine gesellschaftlichen Interessen geschädigt würden und die öffentliche Ordnung nicht gestört würde.⁷ Mündlich sei von der DDR ergänzend geäußert worden, daß über die Ausreiseanträge der Zufluchtsuchenden binnen sechs Monaten entschieden würde.

Voraussetzung für diese Regelung sei allerdings, daß Zufluchtsuchende aus der DDR künftig nicht mehr in den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme finden. Diese Regelung sei von unserer Seite 1984 in einem ähnlich gelagerten Fall in unserer Ostberliner Vertretung akzeptiert worden.⁸

Er wolle mir nicht verhehlen, daß man polnischerseits zufrieden sei, durch entsprechendes Drängen die DDR zu einer flexibleren Haltung veranlaßt zu haben. Nach vorliegenden Informationen habe BM Seiders erfreut auf DDR-Angebot reagiert. Er habe zugesagt, heute, Montag, mit BK über diesen Vorschlag sprechen zu wollen.

Ich habe Kulski darauf hingewiesen, daß DDR-Bewohner nach unserem Recht die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch einen Anspruch auf unsere konsularische Betreuung haben, falls sie dies wünschen. Den Inhalt unseres Gesprächs würde ich nach Bonn weitergeben und erneut um Weisung bitten.

2) Anschließend sprach ich mit dem Vorsitzenden der Fraktion der OKP⁹, Prof. Geremek, und unterrichtete ihn über mein Gespräch mit Kulski. Geremek erklärte, daß man die Entwicklung in und an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau genau verfolge, daß man eine Regelung des Problems der Zufluchtsuchenden durch die beiden deutschen Staaten gerne gesehen hätte und daß man jede Bemühung unterstütze, eine Regelung zu finden.

Wałęsa habe erklärt, daß für Polen eine Lösung „à la hongroise“ in Frage käme. Die ungarische Lösung¹⁰ sei gerecht und gut (juste et bonne). Da im Gegensatz zu Ungarn der Landweg ausscheide, verbleibe nur der Luft- und Seeweg für die Ausreise der Zufluchtsuchenden. Offen bleibe die Frage, wie man sich polnischerseits künftig verhalten sollte, wenn die Botschaft von weiteren Zufluchtsuchenden angelaufen würde. Jetzt käme jedenfalls nur eine Lösung in Frage, die den völkerrechtlichen humanitären Verpflichtungen Polens, aber auch dem Selbstverständnis der Regierung Mazowiecki entsprechen würde.

Tatsächlich sei eine entsprechende Entscheidung bereits am Freitag morgen innerhalb von Solidarität getroffen worden. Er werde heute mittag versuchen, eine wichtige Persönlichkeit (Czyrek?) von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Gewährung einer freien Ausreise zu überzeugen. Er hoffe auf eine Regierungsentscheidung noch in dieser Woche.

3) Die Erklärungen Kulskis und Geremeks lassen wieder einmal die so unterschiedliche Haltung zu menschenrechtlichen Fragen und zu den Beziehungen zu uns deutlich werden. Während die in der sozialistischen Tradition stehenden

⁷ Für die Erklärung des Rechtsanwalts Vogel vom 22. September 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 47, Anm. 1.

⁸ Zu den Zufluchtsfällen an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 68, Dok. 82 und Dok. 93, sowie AAPD 1984, II, Dok. 206.

⁹ Obywatelski Klub Parlamentarny „Solidarność“ (Bürgerlicher Parlamentsclub „Solidarność“).

¹⁰ Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

Angehörigen des polnischen Außenministeriums keine Schwierigkeiten haben, die Verwaltungsgewalt des Staates über den einzelnen als eine Selbstverständlichkeit anzusehen, bleibt Geremek einer freiheitlichen, am Individuum ausgerichteten Ordnung treu, nach der Solidarność angetreten ist. Während im Außenministerium noch sozialistischer Gemeinschaftskult über polnisch-nationale Interessen gesetzt wird, steht für Geremek sicher auch das unmittelbare polnische Interesse an unbelasteten Beziehungen zu uns vor der Bundeskanzlerreise¹¹ im Vordergrund seiner Überlegungen.

[gez.] Schoeller

VS-Bd. 13521 (214)

288

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker in New York

26. September 1989¹

Bilaterales Gespräch BM/AM Baker²

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Under-Secretary Kimmitt, Counselor Zoellick, Botschafter Pickering, Assistant Secretary Seitz, Assistant Secretary Bolton, Pressesprecherin Tutwiler, Direktor Shostal.

Teilnehmer auf deutscher Seite: D2³, D2A⁴, L013⁵, RL 010⁶, Ges. Paschke.

BM sprach einleitend das Thema Südafrika an. Er empfahl, möglichst bald weiter über dieses Thema zu sprechen, wobei über die Vierergruppe hinaus auch Japan einbezogen werden könnte. Die Zeit sei reif, auf Reformen in Pretoria zu drängen.⁷ AM Baker stimmte dem zu. Er zöge allerdings vor, zunächst auf den Viererkreis beschränkt zu bleiben; die Hinzunahme Japans würde die Frage weiterer Teilnahmekandidaten wie etwa Kanada aufwerfen.

BM wandte sich dann dem Thema koordinierter Hilfe für die reformwilligen osteuropäischen Staaten zu. Er sei gestern mit dem ungarischen AM⁸ zusammen-

¹¹ Zur Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 330

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem Paschke, z. Z. New York, gefertigt.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Josef Holik.

⁵ Jürgen Chrobog.

⁶ Frank Elbe.

⁷ Zu den Überlegungen von Bundesminister Genscher für eine Initiative gegenüber Südafrika vgl. Dok. 284, Anm. 26.

⁸ Gyula Horn.

getroffen, den er persönlich sehr schätze und der insbesondere in der deutschen Flüchtlingsfrage außerordentlich hilfreich gewesen sei. Dieser habe ihm u. a. dargetan, daß in seinem Lande die kommunistische Partei sich an die Spitze der Reformbewegung gesetzt habe und nun dringend, noch vor dem heranstehenden Parteitag⁹, auf positive Signale aus dem Westen angewiesen sei.

In Polen sei die Situation ähnlich. Auch hier gelte es, rasch Hilfe zu leisten. Dort sei man angesichts des nahenden Winters mit dem Problem des nackten Hungers konfrontiert. BM referierte anschl. die Elemente seines „Europaplane“¹⁰ und betonte erneut, Europäer und Amerikaner müßten ihre Hilfe so eng wie möglich koordinieren. AM *Bakers* Reaktion war auch hier positiv. Er vertrat die Auffassung, Washington tue schon eine Menge, und zwar genau in der von BM beschriebenen Richtung. Er habe auch gerade mit dem ungarischen AM gesprochen, der ihm erzählt habe, Budapest sehe erhebliche Probleme mit dem IMF. Er – Baker – habe ihm versprochen, Washington werde sich für Ungarn verwenden, obwohl es bekanntlich besonders schwierig sei, Finanzminister zu Meinungsänderungen zu veranlassen.

BM schilderte dann den Stand der deutschen bilateralen Gespräche mit den Polen.¹¹ Er sagte, diese befänden sich in der Endphase, nachdem es nunmehr gelungen sei, Warschau von seinen ganz unrealistischen Anfangsvorstellungen abzubringen.

BM schilderte dann kurz die sehr schwierige Situation in unserer Botschaft in Prag¹², wo sich bereits über tausend Flüchtlinge aufhalten und bei einem für morgen angesetzten Fußball-Länderspiel ČSSR–DDR¹³ möglicherweise mit einem weiteren Zustrom zu rechnen sei.

Im Anschluß an einen Meinungsaustausch von gestern abend erwähnte BM anschließend, worauf AM Baker bei einem etwa von ihm erwogenen Besuch in der DDR zu achten habe. Es gelte dort heute, nicht nur Gespräche mit der Regierung zu führen, sondern auch Kontakte mit der Kirche und dem „Neuen Forum“ zu suchen. AM *Baker* dazu: Über dieses Thema habe er sich noch kein abschließendes Urteil gebildet.¹⁴

AM Baker brachte dann kurz zwei Themen zur Sprache:

- die amerikanische Sorge über die deutschen Wechselkursgarantien bei Airbus¹⁵, die der amerikanischen Luftfahrtindustrie Anlaß zu Beschwerden in Washington geben;

⁹ Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

¹⁰ Zu den Überlegungen für die künftigen Beziehungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den mittel- und osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 283.

¹¹ Zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit mit Polen vgl. Dok. 281.

¹² Zur Zuflichtnahme von Deutschen aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 290.

¹³ Ein Länderspiel zwischen der ČSSR und der DDR fand nicht statt.

¹⁴ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich am 12. Dezember 1989 in der DDR auf. Vgl. dazu Dok. 408, Anm. 8.

¹⁵ Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über Airbus vgl. Dok. 119, Anm. 10 und 11.

- Washingtons Hoffnung, daß die Bundesrepublik und insbesondere unsere politischen Parteien der Kandidatin der Vereinigten Opposition in Nicaragua, Mrs. Chamorro, in ihrem Wahlkampf¹⁶ Unterstützung gewähren mögen.

Dazu *BM*: Den ersten Punkt habe er sehr ausführlich mit der Handelsbeauftragten Carla Hills angesprochen.¹⁷ Er wolle bei dieser Gelegenheit gleich die deutsche Sorge über die im Kongreß anhängige US-Sanktionsgesetzgebung zu Protokoll geben, die bei unserer Wirtschaft erhebliche Unruhe hervorrufe. – Zu Nicaragua wisse er, daß die deutschen demokratischen Parteien dort bereits Hilfestellung leisteten. Man solle auch daran denken, Mrs. Chamorro durch offizielle Besucher aufzuwerten.

AM Baker reagierte, ein Bonn-Besuch von Mrs. Chamorro erscheine ihm noch nützlicher, außerdem finanzielle Unterstützung für den Wahlvorgang und die Entsendung von offiziellen Wahlbeobachtern.

Zum Schluß wandte sich das Gespräch noch einmal West-Ost-Fragen zu. *AM Baker* erklärte auf Frage, er habe aus seinem Gespräch mit Schewardnadse¹⁸ den sicheren Eindruck gewonnen, daß Moskau den kleineren osteuropäischen Staaten in sehr weitem Umfang Gestaltungsfreiheit für die innere Verfassung zugestehe („almost anything goes“) bis auf die des Verlassens des Warschauer Pakts oder des COMECON, wobei letzteres für diese Staaten angesichts ihrer Rohstoffabhängigkeit sowieso nahezu undenkbar sei. Die Frage möglicher Gewaltanwendung habe Schewardnadse implizite so beantwortet, daß die Sowjetunion eine solche grundsätzlich ausschließe, einen etwaigen Truppeneinsatz zur Verhinderung oder Eindämmung von Unruhen innerhalb des sowjetischen Territoriums (Armenien!) jedoch qualitativ anders sähe.

Zum Abschluß einigten sich beide Minister darauf, die Frage des Kontakts westlicher Länder zu den baltischen Staaten heute abend im Zwölferkreis¹⁹ zu vertiefen. Sie stimmten darin überein, daß es sich hier um ein sehr wichtiges und aktuelles Thema handele, das man möglichst abgestimmt angehen solle. *BM*

¹⁶ In Nicaragua fanden am 25. Februar 1990 Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁷ Bundesminister Genscher traf am 15. September 1989 mit der amerikanischen Handelsbeauftragten Hills zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten teilte der Botschaft in Washington am 18. September 1989 dazu mit: „H[ills] warf Frage der Dollarkurssicherung auf. *BM* machte deutlich, daß mit dieser befristeten Ausnahmeregelung Anreiz zur Privatisierung der deutschen Airbus GmbH geschaffen werden solle, die langfristig Abbau von Hilfen möglich machen solle. [...] H. nahm unseren Standpunkt zur Kenntnis, verwies jedoch auf Notwendigkeit eines generellen Subventionsabbaus (neben Airbus Agrarhandel, Schiffsbau). *BM* fragte, ob man angesichts überwiegenden Weltmarktanteils der US-Flugzeughersteller noch von freiem Wettbewerb sprechen könne. H. führte dazu aus, daß angesichts hohen Auftragsbestands in Zukunft mit beträchtlicher prozentualer Steigerung des Airbus-Weltmarktanteils auf über ein Drittel zu rechnen sei.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 010, Bd. 178931.

¹⁸ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

¹⁹ Im Gespräch mit den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten am 26. September 1989 in New York wies der amerikanische Außenminister Baker auf die Bedeutung der Unabhängigkeitsbestrebungen für den Zusammenhalt der UdSSR hin. Dazu berichtete die französische EG-Ratspräsidentschaft am 30. September 1989, Baker habe ausgeführt: „Les Etats-Unis ont donc adopté une formulation prudente, qui part de la reconnaissance de principe de l'autodétermination tout en exprimant le souhait que les mouvements en cours n'entraînent pas de déstabilisation de l'URSS.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 563 (Coreu); Referat 213, Bd. 147113.

erwähnte in diesem Zusammenhang, daß in der Vergangenheit Kontaktversuche der baltischen Staaten mit einzelnen deutschen Bundesländern²⁰ stets von uns aus grundsätzlichen Erwägungen zurückgewiesen worden seien, man aber angesichts der neuesten Entwicklungen hier vielleicht umdenken müsse.

Referat 010, Bd. 178934

289

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach

222-370.45 VS-NfD

26. September 1989¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Weltweites CW-Verbot;

hier: Vorschläge von Präsident Bush vor VN-GV am 25.9.1989³

Anlg.: 1⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I.1) Die CW-Abrüstungsvorschläge von Präsident Bush vor der VN-GV am 25.9., über die AA wenige Stunden vor der Rede unterrichtet wurde⁵, umfassen drei Elemente:

- US-Bereitschaft zu beschleunigter CW-Zerstörung nach Inkrafttreten CW-Verbotskonvention: Eliminierung von über 98 % gegenwärtiger US-Vorräte innerhalb von acht Jahren (im bisherigen Vertragsentwurf vorgesehen: 100 % in zehn Jahren). Voraussetzung: Auch SU beteiligt sich als Vertragspartei.
- Vernichtung verbleibenden Restes (uns erläutert als „retaliatory stockpile“) bis Ablauf zehnten Jahres. Voraussetzung: Alle CW-fähigen Staaten sind Vertragspartei und vernichten ihre Bestände.

²⁰ Zur Frage von Kontakten mit den baltischen Sowjetrepubliken vgl. Dok. 63.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 26. September 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Sudhoff am 28. September 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler am 29. September 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik verfügte.

Hat Holik am 29. September 1989 vorgelegen.

³ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush vor der VN-Generalversammlung am 25. September 1989 in New York; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1248–1252. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 639–643 (Auszug).

⁴ Dem Vorgang beigelegt war ein Auszug aus der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush vor der VN-Generalversammlung am 25. September 1989 in New York. Vgl. VS-Bd. 12284 (222); B 150, Aktenkopien 1989.

⁵ Vgl. dazu die von der amerikanischen Botschaft am Vormittag des 25. September 1989 übergebenen Papiere „Talking Points on President's CW-Initiative“, „Fact Sheet on President's Initiative on CW“ sowie „Questions and Answers on CW-Initiative“; Referat 242 (222), Bd. 162077.

- Vorschlag an SU, möglichst umgehend vorgezogenes bilaterales CW-Zerstörungsprogramm für beiderseitige Bestände zu vereinbaren. Umfassend verifizierbarer Abbau auf beiderseitige Obergrenzen in Höhe von etwa 20% gegenwärtiger US-Bestandsmenge.

Präsident äußerte sich ferner zuversichtlich zu CW-Verifikationsmöglichkeiten. In US-Erläuterung wird auf erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Verifikationsfähigkeit als zentrales Element der Bush-Initiative hingewiesen. Angesichts „schrecklicher Herausforderung“ des Verifikationsproblems sei Verstärkung von US-Verifikationsforschung und -entwicklung angeordnet worden.

2) US-Präsident begründet seine Vorschläge mit unakzeptabler Entwicklung angesichts drohender regionaler CW-Gefahren und Verbreitung – über zwanzig CW-fähige Staaten. US-Initiative zielt auf Durchsetzung weltweiten CW-Verbots. Uns wurde erläutert,

- Präsident sei überzeugt von Notwendigkeit führender US-Rolle bei weltweiter CW-Beseitigung.
- Nach persönlicher Einbringung des CW-Vertragsentwurfs 1984⁶ und jüngsten US/SU-Vereinbarungen zu Datenaustausch⁷ halte er jetzt mutige Schritte für erforderlich.
- Ziel sei Voranbringen der Genfer Verhandlungen und Aufforderung an SU zur Beseitigung ihrer CW-Bedrohung.

II. Erste Bewertung

1) Neues US-Engagement im CW-Bereich hat sich bereits in ausführlicher CW-Behandlung bei AM-Gespräch in Wyoming angekündigt. Kraftvolles Bekenntnis des US-Präsidenten zu globaler CW-Beseitigung und Ergreifen der Initiative beim Bemühen um weltweite Konvention ist nachdrücklich zu begrüßen. Insbesondere ist festzuhalten:

- Umfassendste und hochrangigste präsentierte US-Initiative im CW-Abrüstungsbereich seit Vorlage CW-Vertragsentwurfs 1984. Offensichtliche Beendigung der seit Jahresanfang infolge „Policy Review“ vorherrschenden Ungewißheit bei US-Position und der mangelnden Handlungsfähigkeit.
- Trotz starker bilateraler Elemente der Vorschläge bleibt enge Verknüpfung mit multilateralem Genfer Prozeß⁸ gegeben, der durch neues US-Engagement nachhaltig belebt werden könnte.
- Aufforderung zu beschleunigter CW-Vorabvernichtung weist SU besondere Verantwortung zu, die sie zu mehr Aktivität veranlassen dürfte als in letzten Monaten gezeigt.

⁶ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf anlässlich der Vorlage des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

⁷ Während des Treffens des Außenminister Baker (USA) und Schewardnadse (UdSSR) am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) wurde ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, das ein Verifikationsexperiment, den Austausch von Daten über die jeweiligen Bestände an chemischen Waffen sowie gegenseitige Inspektionen vorsah. Für den Wortlaut des Memorandums sowie der Gemeinsamen Erklärung über chemische Waffen vom 23. September 1989 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2152, S. 8 f. bzw. S. 18–20. Zum Treffen vgl. Dok. 293.

⁸ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 270, Anm. 12.

- Druck auf Beteiligung CW-fähiger DrittWeltstaaten wird erhöht mittels Konditionierung der Restbestands-Vernichtung durch Beitritt aller CW-fähigen Staaten.
- Zugleich ist mögliche Abmilderung der selbst geschaffenen US-Bedingung anzunehmen, schon den eigenen Konventionsbeitritt von Beteiligung aller CW-fähigen Staaten abhängig zu machen.
- Sicherheit während CW-Vernichtungsphase würde bei Realisierung der Vorschläge erhöht, bei weitgehender Ausschaltung der Nachteile früherer „Security Stocks“-Konzepte⁹.
- Vorsichtige Zuversicht des Präsidenten bezüglich Verifizierbarkeit relativiert bisherige kritische US-Stimmen, die mit Argument der Nichtverifizierbarkeit arbeiten.

Hauptansatzpunkte der Kritik dürften der Gedanke einer Erhaltung von Restbeständen und Unklarheit über Zeitpunkt ihrer endgültigen Vernichtung sowie die fortgeführte Binärproduktion sein.

2) Zu den einzelnen Vorschlags-Elementen:

US-Präsident geht mit seinen Vorschlägen auf drei Problembereiche der CW-Verhandlungen ein, die aus Sicht Washingtons die US-Sicherheitsinteressen wesentlich berühren:

- Bedrohung durch übergroße CW-Bestände der SU
Diesem Problem wird sowohl durch Forderung nach vorgezogener Reduktion auf gleich niedrige Obergrenzen als auch durch Vorschlag beschleunigten CW-Abbaus nach Inkrafttreten des Abkommens begegnet:
 - US-Vorschlag vorgezogener bilateraler Vernichtung zielt auf baldigen Abbau bestehender CW-Asymmetrien und trägt damit zur Lösung des Problems „Aufrechterhaltung der Sicherheit während CW-Vernichtungsphase“ bei. Er ermöglicht ferner ein Testen der Implementierung zentraler Abkommensbestimmungen bereits vor Vertragsabschluß. Seine Realisierung setzt allerdings ausreichende CW-Vernichtungskapazität zu frühem Zeitpunkt voraus. Dies bringt SU angesichts Nichtinbetriebnahme neuer Vernichtungsanlage Tschapajewsk (Bürgerproteste) in schwierige Situation. Bei jüngstem Außenministertreffen vereinbarte Zusammenarbeit bei CW-Vernichtung könnte hier hilfreich sein.
 - Beschleunigte 98-prozentige Bestandsvernichtung in acht Jahren im Konventionsrahmen bewirkt ebenfalls vorzeitigen Abbau der SU-Überlegenheit. Für DrittWeltstaaten mit kleinen CW-Beständen bedeutet diese Regelung praktisch völlige Eliminierung ihrer CW bereits nach acht Jahren im Gegensatz zu bisher vorgesehenen zehn Jahren.
- Sorge vor CW-Fähigkeit von DrittWeltstaaten, die Konvention nicht beitreten
Vorschlag einer zu Vergeltungszwecken aufrechterhaltenen CW-Restkapazität in Höhe von ca. 2 % gegenwärtiger US-Bestandsmengen (weniger als 1000 Tonnen bei Zugrundelegen publizierter US-Mengenschätzungen) über acht

⁹ Vgl. dazu die französischen Vorschläge vom April 1987 für eine Sicherheitsreserve bei chemischen Waffen; AAPD 1987, I, Dok. 105.

Vernichtungsjahr hinaus entspricht vor allem US-Anliegen, CW-Bedrohung weltweit abschrecken zu können. Nachteile aufgegebenen französischen Security Stocks-Konzepts werden vermieden: kein Recht aller Staaten auf Neu- anlage von Sicherheitsbeständen, keine Geheimhaltung, sondern nur Erhaltung einer Restmenge.

Vorschlag weicht allerdings ab von bisheriger Verpflichtung im Abkommens- entwurf zur Vernichtung aller CW in zehn Jahren. Problematisch für Dritt- weltstaaten dürfte vermeintliche Anmaßung einer Supermacht sein, über end- gültige CW-Vernichtung zu entscheiden, da es keine objektiven Kriterien für Eintreten der Bedingung „Beitritt aller CW-fähigen Staaten“ gibt. Minimal- Voraussetzung für Konsensfindung dürfte das Recht auf Erhalt von Rest- mengen auch für andere CW-Besitzer sein.

– Intensivierte Verifikationsbemühungen

Bush-Hinweis auf Verifikation entspricht hoher Priorität, die US im Hinblick auf militärische Bedürfnisse und Ratifikationserfordernisse optimalen Veri- fikationsbestimmungen beimißt. Erfolgreiches bilaterales „Vorabtesten“ der Verifikationsbestimmungen mit SU stellt für US, ähnlich wie bei START und CTB, Voraussetzung für Vertragsabschluß dar. Neu ist die vorsichtig zuversichtliche Äußerung, daß Verifikation erreichbar.

Diese erste Bewertung ist nicht mit BMVg abgestimmt. Sie bedarf, schon wegen einer Reihe offener Fragen nach entsprechender US-Erläuterung, der Ergänzung.

III. Wir sollten

- US-Initiative begrüßen und zum Anlaß nehmen, verstärkte Konsultationen mit einer offensichtlich auch im CW-Bereich wieder handlungsfähigen Ad- ministration zu suchen. Bevorstehender Besuch von ACDA-Direktor Lehman sollte zur Erörterung der Thematik und Auslotung der US-Position benutzt werden.¹⁰
- In Genf sollten wir bemüht bleiben, daß bilaterale Vorschläge sich nicht verselbständigen, sondern nachhaltige neue Anstöße für multilaterale Bemü- hungen geben.
- Im Hinblick auf erheblich intensivierte US-Verifikationsforschung und -entwicklung müßte überprüft werden, ob unsere personellen und finanziellen Ressourcen ausreichen, um adäquate Gesprächspartner zu bleiben und eigene Beiträge leisten zu können.

Roßbach

VS-Bd. 12284 (222)

¹⁰ Legationsrat I. Klasse Krug vermerkte am 5. Oktober 1989 zu den Gesprächen zwischen Botschafter Holik und dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Leh- man, am 3./4. Oktober 1989: „Auf Frage nach Bush-Vorschlägen vor VN-GV und darin enthaltener 2%-Option für ‚retaliatory stocks‘ erläuterte L[ehman], daß noch unklar sei, wie man diesen Vorbehalt in Konvention festlege. [...] Zu dem zwischen US und SU in Wyoming vereinbarten MoU zu CW-Daten- austausch präziserte L., daß Orts-Offenlegung aller CW-Lager beider Seiten vereinbart worden sei. Allerdings könne jede Seite zunächst noch die Ortsangabe für eine CW-Menge in Höhe von 2 % ihrer Bestände zurückhalten. Damit werde die Geheimhaltung der CW-Lagerorte in der Bundesrepublik beibehalten.“ Vgl. Referat 220, Bd. 163081.

290

**Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem
tschechoslowakischen Ersten Stellvertretenden
Außenminister Sadovský in Prag**

VS-NfD

27. September 1989¹

Protokoll über das Gespräch zwischen StS Dr. Sudhoff und dem Ersten tsl. VAM Sadovský am 27.9.1989 von 12.45–13.25 Uhr²

An dem kurzfristig zustande gekommenen Gespräch nahmen ferner auf tsl. Seite Botschafter Dr. Kadnár und der Deutschlandreferent Jandura teil, auf deutscher Seite Botschafter Huber und BR I Metzger.

StS Dr. *Sudhoff* (StS) dankte zunächst für das kurzfristige Zustandekommen der Begegnung, was er auch als Zeichen für den Stand der bilateralen Beziehungen wertete.

Sodann: „Ich komme in einer Sache, die Ihnen bestens vertraut ist, und möchte nach einer fast schlaflosen Nacht über die Situation an der Botschaft mit Ihnen sprechen. Es war sehr hilfreich, daß RA Vogel nach Prag gekommen ist.³ Er hat ein Angebot mitgebracht, das die Vertreter der Bundesregierung, neben mir StS Dr. Priesnitz und StS Dr. Bertele, sehr nachdrücklich zur Annahme empfohlen haben. Wir haben sehr dafür geworben, das Angebot zu akzeptieren. Das Ergebnis war leider nicht gut. Die Zahl der 200 Menschen, die gestern ‚abgeflossen‘ sind, wurde durch Neuzugänge in der Nacht überkompensiert.

Dies alles hat viele Gründe. In erster Linie ein abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber der eigenen Führung. Wir haben versucht, vertrauensbildend zu wirken, und dabei insbesondere auch über die guten Erfahrungen gesprochen, die wir in den vielen Jahren unserer Zusammenarbeit mit RA Vogel gewonnen haben. Wir waren bemüht, die schwierige Mission Vogels flankierend zu unterstützen. Dies hat aber nur zu einem kleinen Teil gewirkt.

Daß wir Gäste aufnehmen, entspricht unserem Verständnis von Humanität und unserem Grundsatz, auch für Menschen aus der DDR einzutreten. Wir haben niemanden aufgefordert, die DDR zu verlassen, wer jedoch von sich aus zu uns kommt, wird nicht abgewiesen.

Die Verhältnisse an der Botschaft werden zunehmend problematischer. Ich habe deshalb Anweisung gegeben, das DRK (oder auch andere vergleichbare Orga-

¹ Ablichtung.

Botschafter Huber, Prag, übermittelte die von Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, gefertigte Gesprächsaufzeichnung am 27. September 1989 an Staatssekretär Sudhoff „persönlich“. Vgl. das Begleit-schreiben; B 2, Bd. 286.

² Für eine zusammenfassende Darstellung des Gesprächs vgl. BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, Dok. 15.

³ Botschafter Huber, Prag, teilte am 26. September 1989 mit, die Gespräche des Rechtsanwalts Vogel in der Botschaft seien in einer „spannungsgeladenen und von teilweise heftigen Emotionen seitens der Zufluchtsuchenden begleiteten Atmosphäre“ verlaufen. Vogel habe jedem die Ausreise aus der DDR in die Bundesrepublik innerhalb von sechs Monaten garantiert. Eine direkte Ausreise wie im Fall der Zufluchtsuchenden in Budapest „komme definitiv nicht in Frage“. Es werde auch kein anderes Angebot geben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2214; B 85 (Referat 513), Bd. 2346. Für das Angebot des Rechtsanwalts Vogel vom 26. September 1989 vgl. auch DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 47.

nisationen) einzuschalten; denn die Botschaft ist alledem bald nicht mehr gewachsen. Der Präsident des DRK wird mit einer Gruppe von Fachleuten noch morgen in Prag eintreffen.⁴

Botschafter Huber war am Montag bei Ihnen⁵, BM Genscher hat soeben in New York mit AM Johanes gesprochen⁶, doch war dies alles, bevor Vogel sein Angebot unterbreitet hat und dieses von einer nur geringen Zahl Zufluchtsuchender angenommen worden ist. Das bedeutet, daß heute eine andere Situation gegeben ist.

Ich möchte im Namen der Bundesregierung sehr herzlich bitten, die Frage humanitärer Möglichkeiten der Versorgung der Menschen in der Botschaft noch einmal zu überdenken; letztlich geht nichts ohne Zutun der tsł. Regierung, wobei ich zugleich weiß, daß ein gewisser harter Kern der Zufluchtsuchenden das Angebot Vogels in keinem Fall annehmen wird. Ich bitte deshalb, die Möglichkeit zu prüfen, zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR außerhalb der Botschaft und ggf. mit Unterstützung tsł. karitativer Organisationen unterzubringen.

Ich kenne die Argumentation der tsł. Seite, aber wir werden letztlich die ČSSR nicht aus ihrer humanitären Verpflichtung entlassen. Dies wird von den Medien bei uns wie anderswo ebenso gesehen. Hier geht es um mehr, als nur eine Linie durchzusetzen. Wir müssen mit Problemen in der Botschaft rechnen, die wir ohne Ihre Hilfe nicht lösen können. Ich muß Ihre Regierung in eine humanitäre Pflicht nehmen, es gibt keine andere Wahl, wenn wir eine Katastrophe verhindern wollen.“

Erster VAM *Sadovský* (VAM) erwiderte: „Es tut mir leid, daß unser erstes Gespräch in diesem Ton und mit diesem Inhalt stattfindet.“

StS: „Mir auch.“

VAM: „Ich habe diesen Ton nicht eingeschlagen und möchte trotz allem die tsł. Position noch einmal wiederholen, aber zuerst eine Frage stellen:

⁴ Der Präsident des DRK, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, traf am 29. September 1989 in Prag mit dem Vizepräsidenten des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes, Novotný, zusammen. Botschafter Huber, Prag, berichtete dazu am selben Tag, nach Auskunft von Wittgenstein habe sich Novotný bereit erklärt, „zu untersuchen, ob zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR in Prag oder in der Umgebung von Prag untergebracht werden könnten, ‚ohne daß ihr Status verändert‘ werde. Dies ‚werde einige Zeit dauern‘. Mit einer Antwort sei nicht vor nächster Woche zu rechnen.“ Huber führte dazu aus, diese Zusage könne jedoch aus Sicht der Botschaft „nicht als erster Schritt zu einer ‚ungarischen Lösung‘ interpretiert werden“. Die tschechoslowakische Regierung befürchte, „daß die Einrichtung von Flüchtlingslagern für Deutsche aus der DDR einen Dammbbruch auslösen könnte und dann Zehn- oder Hunderttausende über die offenen Grenzen in der ČSSR strömen würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2275; B 85 (Referat 513), Bd. 2348.

⁵ Botschafter Huber, Prag, berichtete am 25. September 1989, in seinem Gespräch mit dem tschechoslowakischen Ersten Stellvertretenden Außenminister am selben Tag habe Sadovský eine „Verantwortlichkeit der ČSSR für die hiesige Situation und ihre mögliche Entwicklung“ abgelehnt. Diese müsse von der Bundesrepublik und der DDR geklärt werden: „Die Möglichkeit einer aushäusigen Unterbringung der Zufluchtsuchenden in Prag müsse noch erörtert werden.“ Sadovský habe „mit leicht scherzhaftem Unterton die Möglichkeit einer Erhöhung oder Verstärkung des Botschaftszauns sowie Einrichtung von Hundestreifen durch t[schecho]s[lowakische] Sicherheitskräfte“ angesprochen, was er, Huber, „kategorisch und nachdrücklich“ zurückgewiesen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2188; Referat 214, Bd. 139918.

⁶ Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Johanes trafen am 25. September 1989 in New York zusammen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 7, bzw. BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, Dok. 12.

1) Frage: Wie stellt sich das AM der Bundesrepublik Deutschland den weiteren Fortgang vor? Was möchten, was wollen Sie von uns?

2) Die Belehrung, ja Lektion über die Verantwortung der ČSSR lehne ich unter einer Bedingung ab: Wir haben Botschafter Huber wegen der Exterritorialität und Untastbarkeit des Botschaftsgeländes Garantien durch entsprechende Maßnahmen angeboten, wenn wir darum gebeten werden. Es genügt ein Wort. Der Botschafter hat das strikt abgelehnt. Wenn die Botschaft die Bitte äußert, sind wir bereit, das Botschaftsgelände abzuschirmen.

Solange das nicht geschieht, lehne ich eine Mitverantwortung der ČSSR ab. Das ist ein Problem zwischen der BR Deutschland und der DDR. Wir erwarten, daß zwei souveräne Staaten Lösungen finden. Wir haben diesen Stand der Dinge nicht verursacht.

Unsere humanitäre Position ist folgende: Wir garantieren die Versorgung und die Krankenbehandlung, wenn es aber zu Zwischenfällen und Massenepidemien kommt, sind wir die Leidtragenden. Die ČSSR bittet deshalb, mit der DDR möglichst rasch eine Lösung zu finden.“

StS: „Ich werde noch morgen mit dem für die Beziehungen zur DDR zuständigen BM Seitzers sprechen und ihm, auch über unser jetziges Gespräch, Bericht erstatten. Es ist sicher, daß die Bundesregierung alles tun wird, um mit der DDR auf hoher politischer Schiene zu sprechen.

Ich weiß, das Problem ist ein deutsch-deutsches Problem. Nur: Dieses Problem spielt sich auf dem Boden der ČSSR ab. Ein Abschirmen der Botschaft führt nicht weiter. Ich kann nur unterstreichen, was Botschafter Huber hierzu gesagt hat. Nach unserem politischen Verständnis ist dies nicht zu machen. Damit bleibt das humanitäre Problem gleichwohl im Land. Irgendwann wird es ohne Bitte um humanitäre Aktion aus Ihrem Land nicht mehr gehen. Natürlich sprechen wir das auch mit der DDR an, aber da gibt es die gleichen Probleme wie bisher. Aber das kann uns nicht davon abhalten, vorsorglich diesen Punkt zu machen. Wenn es in Prag zu einem Drama kommt, hilft dies niemandem, weder der DDR, noch uns, noch Ihnen...“

VAM: „Ich unterbreche nicht gerne, Herr StS, aber Sie wiederholen immer dasselbe. Sie versuchen, die ČSSR zu erpressen. Der Bundesrepublik Deutschland ist es ganz klar, daß das eine politische Frage ist, die der Staatsbürgerschaft der DDR. Und als Unbeteiligte werden wir damit erpreßt. Die ČSSR ist nicht in der Lage, das ungarische Modell⁷ nachzuvollziehen. Uns ist es auch peinlich, daß das bei uns passiert. Was wollt Ihr? Die ungarische Lösung?“

StS: „Ich habe nur gemeint, daß diese Masse von Menschen in der Botschaft bald nicht mehr zu bewältigen sein wird und daß es dann Sache humanitärer Organisationen der ČSSR sein wird, sich auch außerhalb der Botschaft um diese Menschen zu kümmern. Ich habe in der Botschaft klar gesagt, daß es in bezug auf die ČSSR keine ungarische Lösung geben wird. Ich versuche nur, ein Szenario zu entwickeln, das uns Schlimmeres erspart. Ich möchte mich auch dagegen

⁷ Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

verwahren, daß dies mit einer für kriminelle Tatbestände benutzten Terminologie bewertet wird.“

Bo. *Kadnár*: „Wie hoch war die Reaktion auf das Vogel-Angebot?“

StS: „Ca. 200 Menschen, d.h. etwa ein Sechstel, haben die Botschaft verlassen.“

VAM: „Wir sind bereit, mit Ihnen weiter zu sprechen, wir sind bereit, Ihre Experten anzuhören.“

StS: „Bereits morgen kommt der Präsident des DRK, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, mit Kollegen und Experten.“

Uns geht es nicht um offene Grenzen. Wir wollen eine Lösung unterhalb dieser Schwelle.“

VAM: „Was heißt das konkret?“

StS: „Wir denken an das Rote Kreuz oder vergleichbare Organisationen, an die Möglichkeit, zusätzliche Deutsche aus der DDR unterzubringen, denen wir nahelegen werden: ‚Nehmt das Vogel-Angebot an‘.“

VAM: „Was ist, wenn in den nächsten Monaten nicht 10000, sondern 15000 Zufluchtsuchende auftauchen? Dann ist das unser Problem. Wir haben jedes Jahr mehr als 8 Millionen DDR-Touristen in der ČSSR, die ohne Visum, ohne Paß nach hier einreisen können. Was dann?“

StS: „Ich sehe Ihren Punkt. Wir werden Gespräche, auch mit der DDR, weiterführen müssen. Aber was passiert, wenn es eine ‚Explosion‘ der Botschaft Prag gibt? Wir haben kein Allheilmittel.“

VAM: „Ich sehe das, aber das Grundproblem liegt in Ihrer politischen Haltung.“

StS: „Ich hoffe, gleichwohl mit diesem Gespräch Anstöße gegeben zu haben, und bitte Sie, das alles zu überdenken.“

VAM: „Nach dem Gespräch mit Bo. Huber haben wir versucht zu überlegen. Danach haben wir hart gearbeitet. Uns ist es nicht egal, was passiert. Uns fällt am Schluß der Dreck auf den Kopf, während Sie und die DDR fein dastehen werden. Warum sagt Ihr nicht, daß wir die Botschaft abschotten sollen, Ihr laßt Räuber und Halunken rein.“

StS: „Dazu habe ich Ihnen unsere Position schon mitgeteilt.“

VAM: „Es reicht ein Wort, und morgen kommt keiner mehr rein. Ihr schafft die Probleme, und uns sagt Ihr, wir seien inhuman.“

StS: „Wir schaffen nicht die Fakten, warum laufen denn die Menschen aus der DDR fort? Wir weisen niemanden aus. Wir schreiben niemandem etwas vor. Wir gängeln die Menschen nicht.“

VAM: „Ihr schafft die Probleme, weil Ihr Leute in die Botschaft hereinlaßt.“

StS: „Ich bitte gleichwohl, daß Sie das alles überdenken und daß unsere DRK-Leute etc. zu Gesprächen empfangen werden.“

Das ist eine für uns beide nicht angenehme Situation. Wenn man aber erlebt hat, was sich in der Botschaft alles abspielt, gerade auch betreffend die Kinder, dann muß man verstehen, daß ich mich an Sie wende.“

VAM: „Die Eltern sind verantwortlich, wenn sie ihre Kinder dieser Situation aussetzen.“

StS: „Die Eltern müssen schon sehr verzweifelt sein ...“

VAM: „Aber warum sind sie denn im konkreten Fall verzweifelt? Da muß man doch nach den wirklichen Gründen suchen. Ich habe zehn Jahre in der DDR gelebt und von solch einer Verzweiflung nichts bemerkt.“

StS: „Die Menschen in der DDR haben Angst und sind verzweifelt.“

VAM: „Das ist doch nicht mein Problem, das ist doch kein tsł. Problem.“

Bo. Kadnár: „Jetzt gibt es aber doch Garantien. Daran haben wir mitgeholfen.“

StS und Botschafter Huber: „Was glauben Sie, was wir alles versucht haben, um die Leute zu überzeugen, diese Garantien anzunehmen.“

VAM: „Dann muß man politisch beweglicher werden. Sie lassen die Leute rein, beherbergen und verpflegen sie. Sie stellen Pässe aus.“

Bo. Huber: „Wir haben für Zufluchtsuchende aus der DDR noch nicht einen einzigen Paß ausgestellt.“

VAM: „Das Problem sehen wir menschlich so wie Bo. Huber, aber es ist eine Frage der Politik. Uns verantwortlich zu machen, ist unfair. Das muß ich kategorisch ablehnen.“

StS: „Ich stelle fest, daß wir das alles verschieden sehen, aber ich hoffe, daß dies nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird. Die ČSSR sollte ihrerseits auf bessere Verhältnisse in der DDR hinwirken und mithelfen, eine Lösung unterhalb der politischen Linie zu finden.“

VAM: „Wie ich schon anfangs bemerkt habe: Schade, daß unser erstes Gespräch so stattgefunden hat.“

StS: „Ich hoffe, daß wir auch einmal bessere Gespräche haben werden.“

VAM: „Hoffentlich. Wir werden die Gespräche mit Ihrem DRK führen und wir arbeiten auch – eng – mit der DDR zusammen.“

Ich möchte Ihnen, Herr StS, für Ihre korrekten und sehr fairen Bemühungen danken. Sie haben sehr klare Positionen dargelegt.“

B 2, Bd. 286

291

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Horn in New York

27. September 1989¹

Gespräch BM mit dem ungarischen Außenminister Horn am 27.9.89²

BM dankte *AM Horn* für die ungarische Unterstützung bei der Lösung des Problems der zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR.³ Die ungarische Hilfe habe ihn tief bewegt. Er habe gestern im Kreis der EG-Außenminister die Idee eines Plans der Solidarität für Europa⁴ vorgetragen. Dieses Projekt habe breite Unterstützung gefunden. Er habe im übrigen den EG-Kommissar Andriessen heftig kritisiert wegen seiner Verhandlungsführung bei seinem letzten Besuch in Budapest⁵. Der Ministerrat der EG werde sich mit dem Thema der Hilfe für Ungarn und Polen am kommenden Dienstag in Brüssel befassen.⁶

AM Horn sagte, daß Andriessen, als er ihn jetzt in New York getroffen habe, wie verwandelt gewesen sei. Seine Gespräche mit ihm in Budapest seien in einer ähnlichen Weise verlaufen, wie er üblicherweise Gespräche mit COMECON-Bürokraten geführt habe. Offensichtlich verstehe Andriessen sehr wenig von Ost-West-Beziehungen. Ungarn brauche keine Hilfe, sondern Investitionen. Ausländische Investitionen zeigten eine positive Auswirkung auf die innere Situation des Landes. Er habe gestern auch mit *AM Baker* über dieses Thema gesprochen.

BM sagte, daß *Baker* bereits von *Eagleburger* über die ungarischen Vorstellungen informiert gewesen sei.⁷ Er habe *Baker* gesagt⁸, daß *Horn* zu den wichtigen Reformpersönlichkeiten Ungarns zähle.

AM Horn sagte, daß er gerade von *AM Fischer* (DDR) komme. *Fischer* wolle die Wiederherstellung des Abkommens von 1969.⁹ Die DDR bereite auch interne

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe, z. Z. New York, gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 12. Oktober 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

⁴ Zu den Überlegungen für die künftigen Beziehungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den mittel- und osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 283.

⁵ Der Vizepräsident der EG-Kommission, Andriessen, besuchte Ungarn am 18. September 1989.

⁶ Die EG-Ministerratstagung fand am 3. Oktober 1989 in Luxemburg statt. Vgl. dazu Dok. 307.

⁷ In einem Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister *Eagleburger* am 6. September 1989 übergab Bundesminister Genscher ein ungarisches Papier zu möglicher amerikanischer Wirtschaftshilfe. Vgl. Dok. 263.

⁸ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister *Baker* trafen am 26. September 1989 in New York zusammen. Vgl. Dok. 288.

⁹ Die DDR und Ungarn schlossen am 20. Juni 1969 ein Abkommen über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr sowie ein dazugehöriges Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 986, S. 42–57.

Referat 214 erläuterte am 13. September 1989, Ungarn habe im Vorfeld seiner am 10. September 1989 bekanntgegebenen Entscheidung, Zufluchtsuchende aus der DDR über Österreich ausreisen zu lassen, das Protokoll zum Abkommen mit der DDR vom 20. Juni 1969 „vorübergehend suspendiert.

Maßnahmen vor, um die Flucht über Ungarn zu verhindern, sie wolle aber keine Beendigung des Reiseverkehrs. Er, Horn, hatte Fischer offen gesagt, daß die Ungarn nicht bereit seien, die Situation zu ändern. Gegenwärtig gebe es dramatische Szenen an der Donau, wo Flüchtlinge versuchten, über die tschechoslowakisch-ungarische Grenze zu gelangen. Die ungarischen Behörden würden ihnen finanzielle Unterstützung gewähren und sie mit vorläufigen Reisepapieren ausstatten.

BM meinte, daß die Probleme zunehmen werden. Er berichtete über die gescheiterten Missionen von Rechtsanwalt Vogel in Warschau¹⁰ und Prag¹¹. Es seien Reformen in der DDR notwendig, die Menschen eine Perspektive zum Bleiben geben würden.

AM Horn erwiderte, daß AM Fischer die Situation offensichtlich immer noch nicht verstehe. Er habe zweimal gesagt, daß die innere Lage der DDR hervorragend sei. Er, Horn, werde das am 40. Geburtstag der DDR erleben.

AM Horn überreichte BM eine Geschenkkassette, die ein Stück des abgebauten Stacheldrahtes aus der ungarisch-österreichischen Grenzbefestigung¹² enthielt. AM Horn teilte mit, daß er heute abend AM Schewardnadse sehen würde. Es sei seine Meinung, daß die Sowjets die deutsche Frage nicht dramatisieren sollten. Offensichtlich hing auch alles mit dem 7. Oktober zusammen. BM erwiderte, daß Gorbatschow einen schweren Gang nach Ost-Berlin gehe.¹³ Er wolle ihm freimütig sagen, daß die Lage in der DDR gefährlich sei. Deutsche dürften sich in Europa nicht isolieren. Es sei gefährlich, Reformen zu verweigern.

BM kam darauf zu sprechen, daß er gerne nach Budapest kommen würde, um persönlich seinen Dank abzustatten.¹⁴ Horn möge ihm doch sagen, wann es der ungarischen Seite passen würde. AM Horn hielt einen Termin im Anschluß an den ungarischen Parteitag¹⁵ für geeignet. Er rechne damit, daß die Partei sich teilen werde. Er und seine Reformfreunde könnten nicht länger mit den orthodoxen Kommunisten zusammenarbeiten. Die Angelegenheit der kommunistischen Partei komme einem Todesurteil für die Demokratie Ungarn gleich. Er beglückwünschte BM für seine heutige Rede vor den Vereinten Nationen.¹⁶ Die Rede sei deswegen so wichtig gewesen, da sie geeignet war, deutschen Phobien entgegenzuwirken.¹⁷

Referat 214, Bd. 139939

Fortsetzung Fußnote von Seite 1268

In § 1 dieses Protokolls haben beide Seiten vereinbart, daß „die zuständigen Organe beider Abkommenspartner gewährleisten, daß Bürger des anderen Staates nicht nach dritten Staaten, für die die Reisedokumente keine Gültigkeit haben, ausreisen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139948.

¹⁰ Zum Besuch von Rechtsanwalt Vogel am 21. September 1989 vgl. Dok. 287, besonders Anm. 6.

¹¹ Zum Besuch von Rechtsanwalt Vogel am 26./27. September 1989 vgl. Dok. 290, besonders Anm. 3.

¹² Zum Abbau der Grenzbefestigungen zwischen Österreich und Ungarn vgl. Dok. 176, Anm. 19.

¹³ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR fand am 6./7. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung statt. Vgl. dazu HONECKER – GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

¹⁴ Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. November 1989 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 376.

¹⁵ Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

¹⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in New York vgl. BULLETIN 1989, S. 849–853.

¹⁷ So in der Vorlage.

292

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler**310-555.30 LIA/SB VS-NfD****27. September 1989¹**Über Herrn D3², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Mutmaßliche deutsche Geiseln Strübig/Kemptner⁵,
 hier: Entscheidung über die Entsendung von Botschafter Dr. Göttelmann
 zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt in Beirut⁶

Bezug: Vorlage der Abt. 1 und 3 vom 19.7.89 – 118-260 GV 30 BEIR VS-NfD⁷

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Billigung des Vorschlages unter
 Ziffer 3

1) Von den beiden im Südlibanon am 16.5.89 verschwundenen und wahrscheinlich entführten Deutschen Strübig und Kemptner fehlt weiterhin jedes Lebenszeichen.

1.1) Seit dem Abzug von Botschafter Dr. Göttelmann am 21.6.1989 haben wir keinen Kontakt mehr zu den in der Geiselfrage einflußreichen libanesischen De-facto-Kräften.

Wir haben bisher stets die Auffassung vertreten, daß unsere Präsenz im Libanon unverzichtbar ist, wenn sich dort Deutsche in Geiselhaft befinden. Der Arbeitsstab ist der Auffassung, daß von hier aus im Falle Strübig und Kemptner nichts mehr bewegt werden kann und für unsere Bemühungen um das Auffinden der beiden Deutschen Kontakte von unserer Seite zu Gesprächspartnern wie Berri, Hoss und Saad dringend erforderlich sind. Es besteht nur ein informatorischer und völlig unzuverlässiger Kontakt Dr. Göttelmanns zu Abdel Hadi Hamadi über die Ortskraft Jamal.

1.2) Der Arbeitsstab geht davon aus, daß Abdel Hadi Hamadi zumindest Zugriff auf Strübig und Kemptner hat. Ob sie sich auch in seinen Händen befinden, ist nicht sicher. Denkbar ist, daß eine in der Nähe von Sidon operierende palästinensische Splittergruppe die Deutschen noch gefangenhält.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle und Legationsrat I. Klasse Fernau konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 28. September 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 29. September 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 10. Oktober 1989 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat und handschriftlich vermerkte: „Ist für ausreichenden Schutz gesorgt?“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. Oktober 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Fiedler an Referat 310 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Frage BM.“ Ferner bat er um Wiedervorlage.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 10. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 11. Oktober 1989 vorgelegen.

⁵ Zum Entführungsfall Strübig und Kemptner vgl. Dok. 158, besonders Anm. 5.

⁶ Zum Abzug des Personals der Botschaft der Bundesrepublik in Beirut vgl. Dok. 130.

Zur zwischenzeitlichen Rückkehr von Botschafter Göttelmann vgl. Dok. 158.

⁷ Zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Disdorn und der Vortragenden Legationsrätin Kaempffe vgl. Dok. 229, Anm. 5.

Wir können uns hierüber nur Klarheit verschaffen, indem wir mit Berri (Kontakte zu Hamadi), Hoss (Kontakte zu Palästinensern) und Saad (starker Mann in Sidon) persönlich sprechen.

1.3) Inzwischen hat die OK Jamal telegrafisch Forderungen von Abdel Hadi Hamadi nach Freilassung seiner beiden Brüder⁸ übermittelt (Anlg.⁹). Der Arbeitsstab kann (noch) nicht beurteilen, wie authentisch diese Mitteilung ist. Telefonate, die Dr. Göttelmann im Auftrag des Arbeitsstabes mit Jamal führte, haben bisher keine Klarheit gebracht.

2) Die Fachdienststellen sind der Auffassung, daß die Rückkehr von Botschafter Dr. Göttelmann nach Beirut im Interesse von Strübig und Kempfner notwendig und möglich ist.

Inzwischen ist seit 22.9.1989 eine neue politische und militärische Lage eingetreten. Die Vermittlungsbemühungen des Dreier-Ausschusses der AL waren erfolgreich.¹⁰ Der von ihm verfügte Waffenstillstand wurde von allen Parteien angenommen und wird auch im großen und ganzen eingehalten. Eine Überwachungskommission wurde vom Dreier-Komitee eingesetzt. Der internationale Flughafen ist wieder geöffnet. In christlichen Häfen werden Schiffe ungestört entladen. Die Libanesen kehren in großer Zahl aus dem Ausland und dem Südlibanon nach Beirut zurück. Der politische Dialog soll am 30.9.1989 in Djidda durch ein erstes Treffen libanesischer Parlamentarier aufgenommen werden.¹¹

2.1) Der Arbeitsstab hat festgestellt, daß die generelle terroristische Bedrohung bei Beachtung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für die Rückkehr keinen Hinderungsgrund darstellt. Dies wird auch von unseren europäischen Partnern (F, GB, I) so gesehen, die weiterhin im Libanon mit Botschaftern und entsandtem Personal vertreten sind. Neue Erkenntnisse oder Warnmeldungen liegen uns nicht vor.

2.2) Der Arbeitsstab hat sich daher schon vor Inkrafttreten des Waffenstillstandes für die Entsendung von Dr. Göttelmann mit Sicherheitskräften nach Beirut zu einem zeitlich begrenzten und auf die Geiselfrage beschränkten Auftrag ausgesprochen. Nach Eintritt der neuen Lage und angesichts der deutlich verbesserten Sicherheitslage besteht auch aus politischen Gründen die Notwendigkeit, unsere diplomatische Präsenz wiederherzustellen.

3) Daher wird vorgeschlagen, daß Botschafter Dr. Göttelmann etwa Mitte Oktober über Damaskus nach Beirut zurückkehrt, sofern sich die Sicherheitslage bis zu diesem Zeitpunkt nicht wieder erheblich verschlechtert (die technisch-administrative Vorlaufzeit beträgt etwa 14 Tage).

⁸ Zum Fall Hamadi vgl. Dok. 229, Anm. 6.

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Für das Fernschreiben vom 15. September 1989 vgl. Referat 310, Bd. 149786.

¹⁰ Zum Waffenstillstand im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 6.

¹¹ Ministerialdirigent Fiedler legte am 16. Oktober 1989 zu den seit 30. September 1989 in Taif bei Djidda unter Schirmherrschaft des Dreier-Ausschusses der Arabischen Liga stattfindenden Verhandlungen libanesischer Parlamentarier dar: „Über die inneren Reformen ist weitgehende Einigung im Prinzip erzielt worden. Bindende Beschlüsse können allerdings erst in Beirut, am Sitz des Parlaments, getroffen werden. [...] Die ungelöste Hauptfrage ist der Truppenabzug der Syrer, die ihre Militärpräsenz im Libanon aufrechterhalten wollen. Die Christen respektieren keine inneren Reformen ohne Einigung über einen Kalender über den syrischen Truppenabzug. Sie fordern feste Garantien des Dreier-Komitees.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149782.

3.1) Die wenigstens vorübergehende Rückkehr Dr. Göttelmanns ist zur Kontaktaufnahme in der Geiselfrage, für begleitende Gespräche mit der christlichen und muslimischen Führung sowie zur Anleitung und Kontrolle von Jamal geboten.

3.2) Wir sind in der Geiselfrage auf das Verständnis und die volle Mithilfe aller maßgebenden Kräfte angewiesen und müssen alles vermeiden, was sich negativ auf unsere politische Glaubwürdigkeit und unsere Einflußmöglichkeiten in der Geiselfrage auswirken könnte.

- Erfolgversprechende Gespräche in der Geiselfrage sind nur zu erwarten, wenn die Kontakte zu den De-facto-Kräften am Ort in Beirut selbst aufgenommen werden.
- Eine Begegnung mit libanesischen Moslemführern nur in Damaskus würde in christlichem Lager als Parteinahme mißverstanden und wäre geeignet, unserer ausgewogenen Politik und unserem Ansehen im Libanon Schaden zuzufügen.
- Die Aufrechterhaltung unseres vorübergehenden Abzugs würde im jetzigen Zeitpunkt von Libanesen und Europäern, die sich für die Einheit und Souveränität des Libanon einsetzen, zu Recht als Schwächung der westlichen Position angesehen werden.

3.3) Der Vorschlag gewährleistet eine flexible Vorgehensweise:

- Die Rückkehr in den Libanon kann im Falle einer militärischen Eskalation von Bonn oder Damaskus aus kurzfristig gestoppt/aufgeschoben werden,
- eine Abreise aus Beirut kann jederzeit erfolgen, sollte dies aus Sicherheitsgründen erforderlich werden,
- Gespräche in der Geiselfrage können ggf. im Anschluß an Beirut in Damaskus fortgeführt werden.¹²

Abteilung 1 hat mitgezeichnet.

Fiedler

Referat 310, Bd. 149786

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Kruse teilte Kanzler I. Klasse Staniszewski, z. Z. Nikosia, am 18. Oktober 1989 mit: „Bundesminister hat Rückkehr des entsandten Personals zugestimmt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8752; Referat 110, Bd. 349993.

Am 31. Oktober teilte Kruse mit: „Der nach wie vor eingeschränkte Dienstbetrieb der Botschaft ist am 26. Oktober 1989 wiederaufgenommen worden.“ Vgl. den Hauserlaß; Referat 310, Bd. 149782.

293

**Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. New York,
an das Auswärtige Amt**

114-14871/89 geheim
Fernschreiben Nr. 9

Aufgabe: 27. September 1989, 11.15 Uhr¹
Ankunft: 27. September 1989, 17.51 Uhr

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am
25.9.1989 in New York

Bezug: ohne

Die Politischen Direktoren (Seitz, Fretwell, Dufourcq, D2²) trafen sich am Rande der VN-GV am 25.9. zu Konsultationen. Im Mittelpunkt des rund vierstündigen Gesprächs standen

- das Treffen Präs. Bush–AM Baker–AM Schewardnadse in Washington³/Jackson Hole, Wyoming,
- die gemeinsamen Unterstützungsmaßnahmen für Polen und Ungarn,
- die DDR.

1) USA–SU

a) Seitz berichtete über die gute Gesprächsatmosphäre und beeindruckt von der Offenheit und Freimütigkeit, mit der Schewardnadse über die Entwicklung und Probleme in der SU während des vierstündigen gemeinsamen Fluges sprach (frankness born of deep concern, S. crossed fingers about the effects of discontent). Auch über das Nationalitätenproblem habe er lange gesprochen. (Gewährung weitgehender Autonomie, aber nicht Unabhängigkeit. Auf Frage von Baker schloß S. die Möglichkeit eines Referendums in den baltischen Staaten nicht aus.)

Hinsichtlich des rechtlichen und politischen Status der baltischen Staaten hat B. die Haltung der USA wiederholt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, daß USA an einer ruhigen, geordneten politischen Entwicklung in der Region und in ganz Osteuropa interessiert sind. Auf B.'s Hinweis über die katastrophalen Auswirkungen des Einsatzes militärischer Macht durch SU auf die gesamten West-Ost-Beziehungen stellte S. solche Absichten als unzeitgemäß in Abrede (Vorgänge wie in Tiflis⁴ würden nicht wieder geschehen, allerdings könnte ein Außer-Kontrolle-Geraten von Gewalt wie in Aserbaidshan⁵ nicht toleriert werden. Vor-

¹ Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke, z.Z. New York, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ex[emplar] 2 an Dg 20/D 2 i. V.“

² Dieter Kastrup.

³ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker trafen am 21. September 1989 in Washington mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zusammen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> bzw. LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 77.

⁴ Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

⁵ Zum Konflikt um Nagorny Karabach vgl. Dok. 128, Anm. 13.

Botschafter Blech, Moskau, berichtete am 4. Oktober 1989, die Situation habe sich „im Verlauf des vergangenen Monats noch weiter zugespitzt. [...] Die Gewalttätigkeit und der Haß zwischen beiden

gehen nur im Rahmen der Gesetze). F und GB wiesen auf die wirtschaftliche Interdependenz und das Bindeglied durch die von G.⁶ verteidigte einheitliche Kommunistische Partei hin.

Die Frage einer Mitgliedschaft der SU in den internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen wurde von sowj. Seite nicht angesprochen. US hatte Eindruck, daß die Diskussion über Perestroika und sowj. Wirtschaftsprobleme die Grundlage für eine spätere Erörterung dieser Frage darstellte.

b) US-Delegation hatte Eindruck, daß S. stark auf Verständigung und vertragliche Vereinbarungen ausgerichtet war und kontroverse Themen fast ausklammerte (Referenz auf 40 bilaterale Abkommen. US-Eindruck: Abkommen als Legitimierungs- und Referenzmittel). Besonderes Interesse, START voranzubringen.

c) Rüstungskontrolle und Abrüstung (zentrales Thema)

START: Seitz bezeichnete Gorbatschow-Brief als in zentralen Fragen (Junktim START-ABM⁷) nicht klar und eindeutig (US-Interpretation: würdige Verpackung der Konzession), hob aber die klare Bestätigung durch S. bei den Gesprächen hervor: keine Verknüpfung mehr mit Defensiv-Weltraum, ABM-Passage in Vertragsentwurf wird entfernt. US-Seite geht davon aus, daß SU ein Abkommen zu Defensiv-Weltraum zunächst zurückgestellt habe und ein Protokoll zum ABM-Vertrag (erlaubte Maßnahmen) anstrebe, daß aber der Abschluß und die Implementierung eines START-Abkommens hiervon unabhängig sind. US-Interpretation für sowj. Schritt: 1) großes Interesse am START-Abschluß, 2) SDI wird nicht mehr als so bedrohlich empfunden (techn. Durchführbarkeit, Finanzfrage), 3) erwartetes Anwachsen des Widerstandes in USA gegen SDI. Seitz wies darauf hin, daß grobe ABM-Verletzung als Rückzugsgrund auch durch „supreme national interest clause“ im START-Vertrag abgedeckt wird. F erwähnte, daß S. im Gespräch mit AM Dumas zweimal darauf hingewiesen habe, daß der ABM-Vertrag voll in Kraft bleibe und seine Verletzung zur Kündigung eines START-Abkommens führen würde. SU-Entscheidung zum Abbau des Krasnojarsk-Radars wurde allseits als bemerkenswert festgestellt.

Positive SU-Reaktion auf US-Vorschläge für vorgezogene Erprobung von Verifikationsmaßnahmen. SU-Entwurf vorgelegt. Diskussion über Einzelheiten machte deutlich, daß SU weiter zu gehen bereit ist (alles was START betrifft, muß einbezogen sein) als USA.

SU-Ansatz, SLCM-Problem außerhalb eines START-Abkommens zu regeln, evtl. im Rahmen von allgemeinen Verhandlungen über Seestreitkräfte. Für Erörterung dieses Vorschlages blieb in Wyoming keine Zeit.

Kein Zieldatum für Abschluß der START-Verhandlungen vereinbart. USA geht davon aus, daß dieser vor einem Gipfeltreffen liegt (US-Wunsch für Gipfel „significant progress“).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1273

Völkern haben weiter zugenommen. Weder in Jerewan oder Baku noch in Moskau erscheinen überzeugende Lösungsansätze absehbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4064; Referat 213, Bd. 147121.

⁶ Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

- Open skies⁸: positive SU-Reaktion zu Konferenz. S. erweiterte Rahmen auf „open land, open seas, open space“ und schlug internationales Inspektionsbüro mit Flugzeugbestand, Besatzung usw. vor. US-Eindruck: Sowj. Seite hat etwas ungute Gefühle über Bedeutung und Tragweite US-Vorschlags.
- VKSE: SU-Vorschlag: Ministertreffen Anfang 1990, Gipfeltreffen der 35 Ende 1990 (auch gegenüber AM Dumas). AM Baker hat gegen Ministertreffen Vorbehalte und trat für Gipfeltreffen in zweiter Hälfte 1990 ein.

d) Zur Entwicklung in Osteuropa würdigte S. die US-Haltung (kein Interesse an Destabilisierung oder an Entwicklungen, die sich gegen SU richten) und betonte sowj. Interesse an stabilen Reformentwicklungen in Polen und Ungarn.

GB wies auf mögliche, die SU herausfordernde Entwicklungen und die damit verbundenen Gefahren hin (Äußerung G.'s über Notwendigkeit des Fortbestands des WP und mögliche Entwicklungen in Ungarn, die dies in Frage stellen).

e) Seitz berichtete, daß bei Menschenrechtsfragen die Stimmung auf sowj. Seite etwas ungehalten gewesen sei. S. habe erwidert, daß SU alle Anstrengungen unternehme, die Standards anzuheben. Ein von der Arbeitsgruppe aufgestelltes ambitiöses Arbeitsprogramm sei von den Ministern nicht gebilligt worden, Teile davon seien in die Erklärung⁹ übernommen worden. Baker habe von dem Thema etwas Abstand gewinnen wollen.

¹⁰²⁾ Polen – Ungarn

Einigkeit bestand, daß die Unterstützungsmaßnahmen – besonders für Polen – vorangetrieben werden müssen. D2 trat für eine kleinere Gruppe innerhalb der 24¹¹ ein, die dies aktiv übernimmt, wie auch für Befassung der Ministerbene zwecks politischer Entscheidungen. Einigkeit bestand, daß die Treffen der Sieben und der Zwölf mit den USA in New York¹² besonders geeignet sind, hier zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen.

USA trat dafür ein, Polen schon jetzt deutlich zu machen, welche Unterstützungsmaßnahmen es nach Abschluß eines IMF-Abkommens erwarten kann, um die Bereitschaft zu unvermeidlichen Opfern durch eine Perspektive zu stärken. GB plädierte dafür, stärker Japan mit seinen großen Ressourcen zu drängen und evtl. auch die SU zu einem Beitrag aufzufordern. F wies auf das Problem Polens hin, einen konkreten Plan für einen Übergang zur Marktwirtschaft vorzulegen, für den wir aber auch im Westen keine Vorschläge hätten. Er trat für eine beschleunigte Ratifizierung der EG-Abkommen¹³ ein. In Paris wurde inzwischen die Einrichtung eines hochrangigen Polen-Koordinators (im Matignon oder Elysée) mit einem Korrespondenten in der Botschaft in Warschau beschlossen.

USA sagte auf Frage von D2, daß aufgrund der Initiativen der Demokraten im Kongreß Absprachen zwischen Administration und Kongreß über die Er-

⁸ Zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vom 12. Mai 1989 vgl. Dok. 312.

⁹ Für den Wortlaut der amerikanisch-sowjetischen Gemeinsamen Erklärung vom 23. September 1989 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2152, S. 5–8.

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 10 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Zur Bildung der „Gruppe der 24“ zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn vgl. Dok. 231, Anm. 9.

¹² Zum Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 26. September 1989 vgl. Dok. 288, Anm. 19.

¹³ Zum Abkommen vom 19. September 1989 zwischen der EWG und Polen vgl. Dok. 240.

höhung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Hilfsansätze¹⁴ wahrscheinlich seien.

Einigkeit bestand, daß die politische Entwicklung in Ungarn (Demokratisierung durch die Partei) ein anderes Gewicht hat und die historische Chance nicht durch mangelnde Unterstützung des Westens verspielt werden dürfte.

3) Bulgarien¹⁵

Einigkeit bestand, die Türkei weiterhin zur Teilnahme an Sofia-Konferenz zu drängen.¹⁶ USA berichtete, daß bulgarische Seite US-Botschafter¹⁷ über geplante Gesetzgebung für Minoritäten unterrichtet habe. F wird bei Eröffnung auf Mini-sterebene vertreten sein.

4) DDR

D2 erläuterte ausführlich die Problematik und Zusammenhänge der Fluchtbewegung, der Lage in den Vertretungen Prag und Warschau und die Haltung der tschechoslowakischen und der polnischen Regierung sowie die jüngsten Vorschläge von Rechtsanwalt Vogel¹⁸. Seitz reagierte auf die Ausführungen zur Lage in der DDR (keine nationale Identität) mit der Feststellung, daß die USA hier vor eine schwierige politische Bewertung gestellt würden: Natürliche Reaktion wäre eine Ermütigung der (Auflösungs-) Entwicklung, aber wäre das wirklich in unserem Interesse?

Seitz berichtete, daß S. auf Frage über Einschätzung der Fluchtbewegung nur mit der Hoffnung G.'s auf einen erfolgreichen Besuch in Ost-Berlin am 7. Oktober¹⁹ reagierte. Baker habe aber den Eindruck gehabt, daß S. über die Entwicklung in der DDR, das Fehlen von Reformen und die Haltung Honeckers besorgt gewesen sei. F erwähnte, daß S. im Gespräch mit AM Dumas auf diese Frage, statt zu antworten, heftige Kritik an der Rede des BK beim CDU-Parteitag in Bremen²⁰ geübt habe.

¹⁴ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 10. Juli 1989 vor dem polnischen Parlament in Warschau; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 920–924. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST, Sonderdienst, Dokumentation, S. 1–7.

Vgl. dazu auch das „White House Fact Sheet on Proposed Assistance for Poland and Hungary“ vom 10. Juli 1989; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 924–927. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST, Sonderdienst, Hintergrundmaterial, S. 1–6.

¹⁵ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien sowie zur Teilnahme der Türkei am KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia vgl. Dok. 271, besonders Anm. 17.

¹⁶ Botschafter Eickhoff, Ankara, berichtete am 13. Oktober 1989, die türkische Regierung habe mitgeteilt, daß sie an der Eröffnung des KSZE-Umweltschutztreffens am 16. Oktober 1989 in Sofia mit einem Vertreter ihrer dortigen Botschaft teilnehmen werde: „Wenn BUL seine Einstellung positiv ändere, werde kontinuierlichere Teilnahme an Treffen erfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1145; Referat 212, Bd. 158557.

Zum KSZE-Umweltschutztreffen vgl. Dok. 343.

¹⁷ Sol Polansky.

¹⁸ Für die Erklärung des Rechtsanwalts Vogel vom 22. September 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 47, Anm. 1.

¹⁹ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 6./7. Oktober 1989 in der DDR anlässlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung vgl. HONECKER – GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

²⁰ Für den Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Kohl vom 11. September 1989 auf dem CDU-Parteitag, der vom 11. bis 13. September 1989 stattfand, vgl. 37. BUNDESPARTEITAG DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS, Niederschrift, hrsg. von der CDU Deutschlands, Bonn [1989], S. 17–35.

Auf Frage von D2, ob auch die „deutsche Frage“ in Wyoming erörtert worden sei (wie die Presse unter Bezugnahme auf die PK von AM Baker²¹ berichtet), sagte Seitz, daß Baker auf die Frage, ob über die „DDR und die deutsche Frage“ gesprochen worden sei, bejahend geantwortet habe. Hier läge ein klares Mißverständnis vor. Die „deutsche Frage“ sei kein Thema gewesen.

5) VKSE

Die Arbeit der HLTF wurde allseits positiv gewürdigt. Genugtuung über Einführung westlichen Vorschlags²². Entgegenkommen der USA gegenüber europ. Partnern bei Verifikation wurde von GB und F positiv hervorgehoben. Einigkeit bestand, daß die politische Entwicklung in Osteuropa die Konsensbildung im WP nicht gerade fördert.

6) Regionalthemen

Zentralamerika: Bei Gesprächen in Wyoming waren ZA und Afghanistan dominierende Regionalthemen. Baker hat noch deutlicher als bisher S. zu verstehen gegeben, das USA eine substantielle Reduzierung der Waffenlieferungen nach NIC (auch durch sowj. Partner Kuba u. a.) erwarten (US-Feststellung, daß Waffenlieferungen im Laufe letzten Jahres gestiegen). Neue sowj. Politik bei Regionalfragen würde an dieser Frage gemessen. S. erwiderte auf Vorwürfe mit Hinweis auf die bereits dargelegten sowj. Maßnahmen und auf Unabhängigkeit Kubas.

Afghanistan: US gaben SU zu verstehen, daß sie zu jeder Lösung bereit sind, vorausgesetzt, Nadschibullah ist nicht Teil. USA ist an politischer Lösung (z.B. Gespräche Zentralregierung–Widerstand) mit Blick auf Pakistan und seine Stabilität interessiert. SU-Kritik wegen US-Lieferungen an den Widerstand wurden unter Hinweis auf Genfer Abkommen²³ (kein Verbot) zurückgewiesen. US und GB sehen in sowj. Haltung Ausdruck größerer sowj. Zuversicht über Entwicklung.

Kambodscha: F beurteilt Rückzug Vietnams²⁴ als potentielle Gefährdung für weitere Entwicklung. F verfügt über keinen Plan oder Konzept für weitere Bemühungen. Gespräche AM Dumas in New York mit indones. AM²⁵ vorgesehen. Kontaktaufnahme mit China jetzt nicht vorgesehen, vielleicht in einigen Wo-

²¹ Für den Wortlaut der Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Baker am 23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2152, S. 10–15.

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde vermerkte: „Der Westen hat am 21.9.1989 seine Vorschläge zu den noch ausstehenden Elementen Informationsaustausch, Stabilisierende Maßnahmen, Verifikation und Nicht-Umgehung bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) eingebracht.“ Hauptaufgaben des Verifikationsregimes seien die stichprobenartige Überprüfung von Daten, die Überwachung der Zerstörung bzw. Unbrauchbarmachung für militärische Nutzung von überzähligem Gerät sowie die Überprüfung der Einhaltung der festzulegenden Obergrenzen. Dabei werde es sich vor allem „auf Routine- und Verdachtsinspektionen vor Ort, aber auch auf Überflüge und den Einsatz nationaler/multinationaler technischer Mittel stützen“ sowie eine „bisher nicht vorstellbare Dichte an Verifikationsaufgaben – insbesondere aktive und passive Inspektionen sowie Datenaustausch und -erfassung – für die Bundesrepublik Deutschland mit sich bringen“. Vgl. Referat 221, Bd. 162113.

²³ Zu den Abkommen vom 14. April 1988 zur Regelung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 80, Anm. 5.

²⁴ Botschafter Broudré-Gröger, Hanoi, berichtete am 21. September 1989, der Abzug der letzten vietnamesischen Truppen in Kambodscha werde am selben Tag beginnen und am 26. September 1989 abgeschlossen sein. Eine internationale Kontrolle des Truppenabzugs sei jedoch nicht zustande gekommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1096; Referat 342, Bd. 144517.

²⁵ Ali Alatas.

chen). AM Baker wird AM Chinas²⁶ in New York treffen. AM Schewardnadse schlug in Wyoming Moratorium für Waffenlieferungen vor. Baker hat dies unter Hinweis auf starke sowj. Lieferungen in letztem Jahr zurückgewiesen und politische Lösung zur Voraussetzung gemacht.

Naher Osten: Diskussion in Wyoming brachte keine neuen Ansätze (SU: Hinweis auf PLO, USA: auf Wahlen²⁷ konzentrieren). USA beurteilen Zehn-Punkte-Plan Mubaraks²⁸ positiv für Förderung des Wahlkonzepts. Über positive Reaktion Shamirs war Seitz sich nicht so sicher. GB wies darauf hin, daß Arafat auf die Reaktion Shamirs wartet.

[gez.] Kastrup

VS-Bd. 13036A (204)

294

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kulski in Warschau

Geheim

28. September 1989¹

Gespräch StS Dr. Sudhoff mit Vizeaußenminister Kulski am Donnerstag, 28.9.1989, 9.00–10.15 h, Außenministerium Warschau

Der *Staatssekretär* erklärte, er komme aus Prag², wo er im Auftrag der Bundesregierung zusammen mit anderen hohen Beamten an den Gesprächen teilgenommen habe, die Prof. Dr. Vogel mit den zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR geführt habe.

²⁶ Qian Qichen.

²⁷ Vgl. dazu die Vorschläge des israelischen Ministerpräsidenten Shamir; Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

²⁸ Zum Zehn-Punkte-Plan des ägyptischen Präsidenten Mubarak vgl. Dok. 286, Anm. 4.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Schoeller, Warschau, gefertigt.

Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Exemplar 1. In 2 Exemplaren. 2. Exemplar ausschließlich zur Kenntnis D 2.“

Ferner vermerkte Sudhoff am 29. September 1989 handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Dieser Vermerk gibt den Gesprächsinhalt korrekt wieder.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 29. September 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte.

Hat Mützelburg am 2. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „BM ist unterrichtet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 3. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn StS L [Lautenschlager]: Seite 7. 2) D 2 zum Verbleib.“ Vgl. Anm. 8 und 10.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 3. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Bächmann am 12. November 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Zum Vorgang.“

Hat Kastrup am 14. November 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch des Staatssekretärs Sudhoff am 26./27. September 1989 in der ČSSR vgl. Dok. 290.

Den Vertretern aus Bonn sei es darum gegangen,

- 1) den Gästen ihre Lage klarzumachen: keine direkte Ausreise à la Ungarn³ möglich,
- 2) für RA Vogel vertrauensbildend zu wirken,
- 3) die mit der hohen Zahl der Zufluchtsuchenden gegebenen logistischen Probleme aufzugreifen,
- 4) mit der Regierung der Tschechoslowakei zu sprechen.

Vogel habe am vergangenen Freitag in Bonn das Angebot gemacht, wer in die DDR zurückkehre, bleibe straffrei und könne die DDR innerhalb von sechs Monaten verlassen.⁴ Dies sei das beste Angebot gewesen, das man bisher von DDR-Seite bekommen habe. Gemeinsam mit den StSen Priesnitz und Bertele sei er bemüht gewesen, dieses den Zufluchtsuchenden zu vermitteln und ihnen deutlich zu machen, daß Vogel ein vertrauenswürdiger Partner sei, daß sein Angebot unter den Umständen das Bestmögliche sei und daß dieses Angebot genutzt werden solle, weil die politischen Verhältnisse in der ČSSR eine direkte Ausreise wie in Ungarn nicht möglich machten. Zweimal sei mit den Zufluchtsuchenden gesprochen worden, erstmals am Dienstag nachmittag und dann am Mittwoch morgen. Das Ergebnis sei enttäuschend. Von 1200 Menschen am Dienstag hätten sich nur ca. 200 am Dienstag entschlossen, in die DDR zurückzureisen. Gestern Abend sei dazu von der Deutschen Welle verbreitet worden, daß mit einem entsprechenden Papier von Prof. Vogel ausreisende Deutsche am Prager Bahnhof verhaftet worden seien, ihnen dieses Papier abgenommen worden sei und sie anschließend wieder in die Botschaft zurückgekehrt seien. Wir seien zur Zeit um Verifizierung bemüht. Unter den Zufluchtsuchenden habe es offensichtlich auch einen erheblichen Gruppendruck gegeben, sich gegen Vogels Angebot zu entscheiden.

Nach Meldungen von heute morgen befänden sich jetzt nahezu 2000 Zufluchtsuchende in der Prager Botschaft. Damit seien die Möglichkeiten der Botschaft bei weitem überschritten. Der Staatssekretär habe bereits gestern um die Entsendung eines Expertenteams des DRK gebeten. Dieses reise heute an. Dabei sei auch der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.⁵ Der StS sei gestern mittag ferner bei Vizeaußenminister Sadvský gewesen. Das Gespräch sei außerordentlich schwierig gewesen. Er habe der tschechoslowakischen Seite die sich zuspitzende Lage geschildert und um humanitäre Mitwirkung bei ihrer Bewältigung gebeten. Die ČSSR könne bei allem Verständnis für die Lage, in der sie jetzt sei, von uns nicht aus ihrer humanitären Mitverantwortung entlassen werden. Der „Abfluß“ von Gästen verlaufe stockend bis unbefriedigend, der Zustrom halte an, die Probleme stiegen, die Stunde der Wahrheit stehe vor der Tür. Die Bundesregierung tue alles, um Vogels Mission in Prag erfolgreich zu machen, aber eines sei klar: Niemand werde abgewiesen, niemand werde rausgesetzt. Das sei Gebot unserer Verfassung!⁶

³ Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

⁴ Für die Erklärung des Rechtsanwalts Vogel vom 22. September 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 47, Anm. 1.

⁵ Zum Besuch des Präsidenten des DRK, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, in der ČSSR vgl. Dok. 290, Anm. 4.

⁶ Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

Sadovský habe erregt reagiert. Wir könnten ja Miliz anfordern und die Botschaft abriegeln. Der StS erklärte, dies kategorisch zurückgewiesen zu haben. Die Tschechoslowakei, so Sadovský weiter, gehöre zu den Leidtragenden der deutsch-deutschen Schwierigkeiten.

Der StS habe sodann gegenüber Sadovský die Bitte geäußert, die ČSSR möge humanitäre Maßnahmen zugunsten der Zufluchtsuchenden ermöglichen. Nach den letzten Bemerkungen Sadovskýs am Schluß des Gespräches halte er solche Maßnahmen auch nicht für ausgeschlossen.

Vogel sei deprimiert vom Prager Ergebnis in Warschau eingetroffen. Gestern habe man die Gäste in zwei Gruppen empfangen. Nach den Ausführungen von Vogel habe StS Priesnitz wiederholt, daß es sich um das objektiv günstigste Angebot der DDR handele. Es müsse jedem überlassen bleiben, wie er sich entscheide. Von den Gruppen seien dann keine Fragen mehr gestellt worden, auch nicht die, ob es in Polen eine Lösung à la Ungarn geben werde. Es habe daher auch keine Veranlassung gegeben, von seiten der Bundesregierung dazu irgend etwas zu sagen.

Nach den Ansprachen von Vogel und Priesnitz seien die Gruppensprecher aufgetreten und hätten gemeinsam unterzeichnete Erklärungen der Teilnehmer an der Versammlung übergeben, wonach sie nicht bereit seien, in die DDR zurückzukehren.

Vogel habe es danach zunächst abgelehnt, weitere Gespräche zu führen. So sehr habe ihn die geschlossene starre Haltung beeindruckt. Es zeichne sich jedoch ab, daß doch noch kleinere Gruppen heute morgen mit Vogel sprechen wollten.

Der StS betonte, die Vertreter der Bundesregierung hätten nach bestem Wissen und Gewissen auf die günstigen rechtlichen Auswirkungen der Annahme des Vogel-Vorschlages hingewiesen, sich einer Empfehlung aber enthalten.

Die polnische Regierung befinde sich in einer schwierigen Lage, dies werde von deutscher Seite gesehen und verstanden. Man habe auf unserer Seite alles versucht und sei jetzt am Ende der eigenen Möglichkeiten angelangt. Der StS bat sodann die polnische Regierung, nach neuen Wegen zu suchen, um im humanitären Geiste baldmöglichst Lösungen für das Problem der Zufluchtsuchenden zu finden und in der Richtung weiterzudenken, in die die polnischen Überlegungen ja schon gingen.

Kulski dankte für die Schilderung und stellte fest, daß die Lage für beide Seiten schwierig sei, d. h. für die Bundesrepublik und auch für Polen. Man befinde sich in einem Zeitpunkt, in dem man sich beiderseits bemühe, bestehende Hindernisse abzubauen. Keinesfalls sollten sich neue Störungen ergeben, die die weitere Entwicklung belasten.

Es gehe bei dieser Frage aber auch um einen unmittelbaren Nachbarn Polens, mit dem man traditionelle gute Beziehungen unterhalte. Von Anfang an habe man die humanitären Aspekte des Problems im Auge behalten und insbesondere die DDR gedrängt, diese Sicht zu übernehmen.

Die Bemühungen Polens hätten wohl zu der DDR-Bereitschaft geführt, Vogel mit neuen Vorschlägen nach Bonn zu schicken. Das jetzt gemachte Angebot sei aufrichtig.

Kulski fuhr fort, daß man befürchtet habe, daß die DDR-Angebote nicht ausreichen. Es gebe einfache Lösungen, mit denen jedoch Schleusen geöffnet würden, die nicht mehr geschlossen werden könnten. Es gebe auch Lösungen anderer Art. Polen sei allerdings in einer anderen Lage als Ungarn. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen könne man sich bestimmte Lösungen nicht leisten. Trotzdem suche man nach einer humanitären Lösung des Problems. Man wolle aber gleichzeitig das Aufkommen neuer Fluchtfälle vermeiden.

Die polnische Regierung beabsichtige nicht, irgendwelchen Zwang anzuwenden, um die Zufluchtsuchenden in die DDR zurückzuzwingen.

Zufluchtsuchenden, die sich auf polnischem Boden unter der Obhut eines anderen Staates befänden, müsse ein Minimum an menschlicher Existenzvoraussetzung gewährleistet werden. Dabei habe man auch keine Bedenken, wenn sie sich an verschiedenen Orten aufhalten.

Er wiederhole nochmal, daß die DDR jetzt glaubwürdige Zusicherungen für die Flüchtlinge gegeben habe. Er würde es begrüßen, wenn Polen eine zwischen der Bundesrepublik und DDR vereinbarte Lösung sehen könnte, der es beitreten würde. Man müsse jedoch davon ausgehen, daß für Leute, die von der Vogel-Option nicht Gebrauch machen wollen, eine andere Lösung gefunden werden müsse. Es sei vielleicht günstig, wenn man noch eine Weile zuwarte. Zur Zeit seien die Menschen emotional derart aufgeladen, daß sie zu klaren Entschlüssen nicht in der Lage seien. Er plädiere deshalb dafür, den Zufluchtsuchenden ein paar Tage Zeit zum Nachdenken zu geben.

Er beharre darauf, daß eine Lösung entsprechend den gemeinsamen Bemühungen von Vertretern der DDR und der Bundesrepublik, wonach die Zufluchtsuchenden zunächst in die DDR zurückkehren, am günstigsten sei. Hierdurch würde auch die befürchtete Sogwirkung vermieden.

Die polnische Regierung schließe indes nicht aus, daß sie ggf. keine Einwendungen dagegen hätte, wenn die Zufluchtsuchenden in ein Land reisten, für das ihr Paß gültig sei. Die Zufluchtsuchenden könnten beispielsweise in kleinen Gruppen nach Ungarn fliegen. Auf Zwischenfrage des StS, ob denn die DDR-Pässe an sich, vom Visum abgesehen, zur Reise nach Ungarn berechtigten, bejahte dies *Kulski*. Man solle jedoch andererseits nicht erwarten, daß die polnische Regierung sich in irgendeiner Form mit Vorbereitungen und Durchführung derartiger Reisemöglichkeiten befassen würde. Sie würde von sich aus auch keine entsprechende Empfehlung an die nachgeordneten polnischen Verwaltungsbehörden geben. Sie hätte indes keine Bedenken, wenn touristische Organisationen in Polen sich entsprechend engagieren würden. Er wiederhole, daß er der Meinung sei, daß die Realisierung dieser Version nicht unmittelbar ins Auge gefaßt werden sollte. Man sollte noch etwa zwei Wochen abwarten. Alle Beteiligten sollten vor allem interessiert sein, daß solche Überlegungen streng vertraulich blieben. Sie seien polnischerseits sich entwickelnde Vorüberlegungen, die noch nicht zu einem Abschluß gekommen seien.

StS dankte für die bisherigen polnischen Hilfsleistungen für die in unserer Obhut stehenden Flüchtlinge, er dankte vor allem für diese „Botschaft der Hoffnung“. Die DDR-Regierung werde in jedem Fall bitter reagieren, die Bundesregierung werde von sich aus größte Zurückhaltung üben. Die polnische Botschaft von heute sei ein Stück der sich im Sinne der Menschen verändernden euro-

päischen Realität. Es werde ein Stück praktizierter europäischer Zusammenarbeit sein, im besten KSZE-Sinne, das weit über den engeren Themenkreis hinausstrahlen werde. Er hoffe auf baldige Realisierung. Er werde die Bundesregierung davon unterrichten.

Er wolle auch darauf hinweisen, daß Polen in der Bundesregierung für seine wirtschaftlichen Probleme einen Fürsprecher habe, in der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus. Wir bemühten uns nachhaltig um eine weitere Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Kulski kenne die Haltung vor allem unseres Ministers. Polen reiche der Bundesrepublik die Hand, dafür sei man dankbar, Polen setze die Humanität an die erste Stelle, vor allen anderen Überlegungen. Das werde für unsere Beziehungen weitreichende Auswirkungen haben.

Der StS stimmte zu, daß dieses Gespräch unter den direkt Beteiligten bleiben müsse.⁷ Das erleichtere die Dinge, die sich jetzt entwickelten. Als Sprachregelung schlage er vor: Sie haben mich empfangen, und wir haben über die Lage der Flüchtlinge gesprochen. Mehr solle nicht gesagt werden.

Kulski stimmte dem zu. Man befinde sich in einer Etappe der Überlegungen für eine humanitäre Lösung, die äußerst sensibel sei. Es sei nicht gut, wenn die Öffentlichkeit davon allzu früh erfahre, dann werde dieser Weg vielleicht verschlossen. Man müsse sich politischen Spielraum erhalten. Zu berücksichtigen sei auch, daß es in Polen eine Koalitionsregierung mit durchaus unterschiedlichen Tendenzen gebe. Er sei froh, daß StS die Angelegenheit in einem seinen eigenen Überlegungen entsprechenden Sinne auffasse.

Die Verwirklichung des Projekts könne unmöglich werden, falls es zu früh Publizität gebe: Was man tun müsse, müsse man ganz leise tun.

⁸Kulski hob sodann anerkennend die abgewogene, hilfreiche Position der Vertreter der Bundesregierung gegenüber der jetzt von der DDR angestrebten Lösung hervor. Professor Vogel habe ihm gesagt, wir hätten uns fair und ehrlich verhalten. Diese unsere Haltung sei deshalb wichtig, damit man in Polen alle überzeugen könne, daß wirklich alles getan worden sei, um die erste Lösung zu verwirklichen. Er werde seine Regierung (MP⁹, AM und die höchsten Staatsbehörden) über den Verlauf des Gesprächs unterrichten. Alle Genannten seien interessiert, daß die Zufluchtsuchenden nicht zu sehr litten. Auch die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen sei ausgerichtet auf eine polnische Hilfs-

⁷ Staatssekretär Sudhoff informierte Bundesminister Genscher, z.Z. New York, am 29. September 1989 über sein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kulski am Vortag in Warschau und führte dazu aus: „Ich habe aus guten Gründen über dieses Gespräch kein Telegramm aus Warschau anfertigen lassen. Ich habe auch niemandem außer D2 von dieser potentiellen Entwicklung erzählt, auch nicht den Vertretern anderer Ressorts. Jede Nebenluft kann die Polen nur in Verlegenheit bringen und die Pläne nur gefährden. Der Botschafter selbst, der mich begleitet hat, ist ausdrücklich ermahnt worden, gegenüber jedermann in der Botschaft den Mund zu halten. [...] Die von Kulski erwähnten zwei Wochen Bedenk- und Abwicklungszeit der polnischen Regierung können zu lang sein. Inzwischen kann der Druck, auch der von Prag ausgehende, so steigen, daß dies in der Öffentlichkeit zu harscher Kritik auch in Polen führt. Auch werden die noch regierungsintern zu führenden Gespräche über unsere Möglichkeiten gegenüber Polen nicht gefördert, wenn noch das offene Problem unserer Flüchtlinge dazwischen steht. Es liegt deshalb auch im Interesse der Polen, diese Abwicklungszeit so stark wie möglich zu verkürzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 216; VS-Bd. 13521 (214); B 150, Aktenkopien 1989.

⁸ Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

⁹ Tadeusz Mazowiecki.

bereitschaft. Polnischerseits sehe man in dieser Unterstützung nicht nur einen Propagandaeffekt. In diesem Sinne werde man versuchen, Einfluß auf die Massenmedien zu nehmen.

StS erklärte abschließend, er wolle wie folgt zusammenfassen:

- 1) Die Bundesregierung wird weiter die rechtlichen Vorteile der Annahme des Angebots von Prof. Vogel nahebringen.
- 2) Bis zu einer Lösung ihrer Probleme können die Zufluchtsuchenden in ihren derzeitigen Unterkünften verbleiben.
- 3) Die polnische Regierung denkt in die Richtung, die Zufluchtsuchenden dahin ausreisen zu lassen, wohin die Pässe es zulassen.
- 4) Das bedeutet auch die Möglichkeit der Ausreise nach Ungarn.
- 5) Die Ausreise könnte über eine unabhängige Reiseorganisation vorbereitet und durchgeführt werden.
- 6) Diese Entwicklung könnte frühestens in zwei Wochen einsetzen. Wir hofften aber auf sehr viel früher.

Kulski bestätigte diese Zusammenfassung ausdrücklich.¹⁰

Nach nochmaligem Dank lud der *StS* Kulski nach Bonn ein und bat, AM Skubiszewski unbekannterweise zu grüßen.

VS-Bd. 13521 (214)

295

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Yakub Khan in New York

28. September 1989¹

Der BM führte heute ein etwa halbstündiges Gespräch mit dem pakistanischen AM.²

1) Zunächst erläuterte der *AM* die Entwicklung der pakistanisch-indischen Beziehungen. Zwischen den beiden Regierungschefs³ hätte sich ein gutes Einvernehmen eingestellt, das sich auch politisch positiv ausgewirkt habe. Allerdings seien die Fortschritte in der Frage des Siachen-Gletschers⁴ nur langsam, aber es ginge vorwärts.

¹⁰ Ende der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, mit Drahtbericht Nr. 16 vom 28. September 1989 übermittelt. Vgl. Referat 230, Bd. 142159.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Benazir Bhutto (Pakistan) bzw. Rajiv Gandhi (Indien).

⁴ Korrigiert aus: „Sialkot-Gletschers“.

Im „Politischen Halbjahresbericht Pakistan“ (Stand: 30. Oktober 1989), der am selben Tag mit Schriftbericht Nr. 1143 übermittelt wurde, legte die Botschaft in Islamabad dar: „Vor den indischen Wahlen

2) Die Afghanistan-Frage befinde sich in einer schwierigen Phase. Die Erwartung, daß das Regime in Kabul bald zusammenbrechen werde, habe sich nicht bestätigt, vor allem wegen der Schwäche der Mudschaheddin, aber auch weil die SU durch ihre Waffenlieferungen Kabul eine Überlegenheit verschafft habe. Pakistan versuche nun, die Widerstandskoalition zu einigen und zu erweitern.

In den VN arbeite man auf eine Konsensresolution zusammen mit der SU hin. Er glaube nicht, daß Probleme auftreten würden.

Eine militärische Lösung sei keine Antwort. Allerdings könne militärischer Druck eine politische Lösung fördern. Die Gespräche Baker–Schewardnadse in Wyoming⁵ seien befriedigend gelaufen und hätten den Schnittpunkt zwischen regionalen und globalen Fragen aufgezeigt.

3) Der AM fuhr fort, er halte Gorbatschow für eine ganz ungewöhnliche Persönlichkeit. Pakistan wünsche ihm jeden Erfolg. Er frage sich aber, ob ein auf unhinterfragbaren Voraussetzungen beruhendes System auf diese Weise in Frage gestellt werden könne, ohne daß seine Basis zerfällt.

Der BM antwortete, Gorbatschow selbst habe von einer „Revolution“ gesprochen. Er kenne also genau die Dimension seines Handelns. Für uns sei es wichtig, daß wir an seinem Erfolg interessiert seien und ihn daher stützen sollten.

Daher wollten wir für Stabilität in Europa sorgen und soviel wie möglich zur Abrüstung beitragen, auch damit sich die sowj. Wirtschaft besser entwickeln könne. Das hieße aber keinesfalls, daß wir unsere Wachsamkeit und unsere Verteidigungsfähigkeit vernachlässigen dürften.

4) Zu China sagte der AM, Pakistans Einstellung stimme nicht ganz mit der harten Haltung des Westens überein. Pakistan trete zwar für Demokratie ein, verstehe aber auch, daß die chines. Führung nicht allen extremen Tendenzen nachgeben konnte. Es glaube auch nicht, daß die westliche Haltung in China etwas bewirken würde.

Die Pariser Kambodscha-Konferenz⁶ habe gezeigt, daß China weiter eine internationale Rolle spiele. Die SU verhalte sich sehr vorsichtig.

Pakistan habe die Entwicklung der indisch-chinesischen Beziehungen genau beobachtet. Man sei nicht dagegen – auch weil es sich hier um taktische, nicht wirklich strategische Veränderungen handele. Die Gegensätze im Indischen Ozean würden fortbestehen.

5) Der AM machte den BM auf Gefahren der sowj.-iranischen Beziehungen aufmerksam. Die SU richte ihre Augen – wenn auch mit friedlicher Absicht – auf

Fortsetzung Fußnote von Seite 1283

Ende November und der Regierungsbildung wird nicht einmal eine Zwischenlösung zur Beendigung der in der Weltöffentlichkeit weithin unbekannten Positionskämpfe im Gebiet des fast 7000 Meter hoch gelegenen Siachen-Gletschers möglich sein. Hier wird mit immensen Kosten ein veritabler, doch begrenzter Krieg unter mörderischen klimatischen Bedingungen geführt, den die politische Führung beider Länder offenbar am liebsten rasch beenden würde.“ Vgl. Referat 340, Bd. 144711.

⁵ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

⁶ Die internationale Kambodscha-Konferenz fand vom 30. Juli bis 30. August 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 258.

den Golf. Dies sei nicht gut. Iran auf der anderen Seite werde dann mehr auf die Beziehungen zur SU zurückgreifen, wenn es sich international isoliert fühle. Er möchte auch darauf hinweisen, daß Iran auf den Terrorismus verzichtet habe. Der BM erwiderte, daß wir zu den wichtigsten Freunden Irans im Westen gehörten und diese Umstände in unsere Politik einbezögen.

6) Der BM erklärte abschließend, er hätte die Absicht, Pakistan zu besuchen. Wegen seiner längeren Abwesenheit von den Amtsgeschäften⁷ sei es ihm nicht mehr möglich, in diesem Jahr zu reisen. Er denke aber sicher, im ersten halben Jahr 1990 kommen zu können.

Der AM begrüßte dies und sagte, der BM sei herzlich willkommen. Er bedankte sich für die deutsche Hilfe auf vielen Gebieten – wirtschaftlich, technisch, Flüchtlingshilfe.

Referat 230, Bd. 142159

296

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-410.05/3

28. September 1989¹

Über Referat 011², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister

Betr.: Verschärfung der Kontrollen des Außenwirtschaftsverkehrs mit dem Ausland im militärisch-strategischen Bereich;
hier: Vorbereitung der Kabinettsitzung am 4.10.89

Bezug: Schreiben des BMWi vom 28.9.89 – V B 2 – 48 03 00/5 – mit Entwurf der Kabinettvorlage für die Sitzung am 4.10.89 (Anlage 1)⁴

Vorschlag: Zustimmung⁵

⁷ Nach seinem Herzinfarkt am 20. Juli 1989 nahm Bundesminister Genscher am 11. September 1989 offiziell die Dienstgeschäfte wieder auf. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 645.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Vortragendem Legationsrat Schlegel konzipiert.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger am 3. Oktober 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 3. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Grohmann am 5. Oktober 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 424 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vom Kabinett am 4. Oktober 1989 beschlossen.“

Hat Vortragendem Legationsrat Schlegel am 5. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Kyaw, Ministerialdirektor Jelonek und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ackermann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Kyaw, auch in Vertretung von Jelonek, am 6. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Ackermann am 9. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Bundesministers Haussmann vgl. Referat 424, Bd. 162349.

⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben.

I. Die vom BMWi übersandte Kabinettsvorlage (vgl. Anlage 2)⁶ enthält die nachfolgend aufgeführten Änderungsvorschläge, über die in der Kabinettsitzung am 4.10.89 abschließend entschieden werden soll:

- Das sog. Artikelgesetz (Gesetz zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen) soll dahingehend geändert werden, daß die Strafbarkeit des leichtfertigen Förderns der verbotenen Handlung (Entwicklung, Herstellung etc. von A-, B- und C-Waffen) auch auf Atomwaffen erstreckt wird. Nach dem bisherigen Entwurf der Bundesregierung – am 23.6.1989 in erster Lesung im Bundestag beraten⁷ – war nur das leichtfertige Fördern bei B- und C-Waffen mit Strafe bedroht.
- Der Strafraum bei Verstößen gegen das Außenwirtschaftsrecht (bisher Höchstmaß gem. § 34 AWG⁸ drei Jahre Freiheitsstrafe) soll nunmehr für den Grundtatbestand auf fünf Jahre Freiheitsstrafe, für besonders schwere Fälle auf zehn Jahre Freiheitsstrafe erhöht werden. Der bisherige Entwurf der Bundesregierung, wie er schon 1988 beschlossen worden war, sah vor: drei Jahre Freiheitsstrafe für den Grundtatbestand, fünf Jahre Freiheitsstrafe für besonders schwere Fälle.
- Die Ausfuhrliste⁹ soll dahingehend erweitert werden, daß in Zukunft insgesamt 42 chemische Vorprodukte, die geeignet sind für die CW-Herstellung, unter verbindliche Exportkontrolle gestellt werden.

II. 1) Wenn das Kabinett am 4.10.89 die oben unter Ziffer I. aufgeführten Änderungen beschließt, zieht es einen – zumindest vorläufigen – Schlußstrich unter das ganze Bündel von Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Außenwirtschaftskontrolle. Für eine abschließende Beurteilung ist es notwendig, sich noch einmal vor Augen zu halten, welche Änderungen im Außenwirtschaftsrecht in den letzten zwölf Monaten umgesetzt worden sind:

a) Mit unmittelbarem Bezug zu Libyen:

- „Lex Rabta“¹⁰ (gem. §§ 5b und 45a AWV¹¹ ist die Ausfuhr von allen – auch genehmigungsfreien – Produkten/Technologien verboten, die im Zusammenhang mit der Anlage in Rabta stehen),
- „Luftbetankung“ (gem. §§ 5b und 45a AWV¹² ist die Ausfuhr von Produkten verboten, die im Zusammenhang mit einem Projekt der Luftbetankung von Flugzeugen in Libyen stehen),

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Kabinettsvorlage vgl. Referat 424, Bd. 162349.

⁷ Für den Wortlaut der Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 153. Sitzung, S. 11576–11593.

⁸ Für den Wortlaut von § 34 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 in der Fassung vom 29. März 1976 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil I, S. 872.

⁹ Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 19. Juli 1989 vgl. BUNDESANZEIGER vom 28. Juli 1989, Beilage Nr. 139 a.

¹⁰ Zur „Lex Rabta“ vgl. Dok. 59, Anm. 7.

¹¹ Für den Wortlaut der neu eingefügten §§ 5b und 45a der Außenwirtschaftsverordnung vgl. die Dritte Verordnung vom 22. März 1989 zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung; BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 535.

¹² Durch die Vierte Verordnung vom 21. Juni 1989 zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung wurde in § 5b bzw. 45a die Frage von Projekten der Luftbetankung in Libyen ergänzt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 1134.

- „Hängegleiter“ (durch die Einführung einer Pos. 1461 in die Ausfuhrliste wurde die Ausfuhr von Hängegleitern, mit oder ohne Motor, und besonders konstruierter Bestandteile hierfür genehmigungspflichtig, wenn diese nach Libanon, Libyen oder Syrien geliefert werden sollen).

b) Generelle Neuregelungen:

- Ausdehnung der Genehmigungspflicht für Technologie-Unterlagen und Software (die Ausfuhr von Fertigungsunterlagen, Technologie-Unterlagen, technischen Daten, Software etc. wird weltweit – bis auf die OECD-Länder – unter Genehmigungspflicht gestellt; der Technologietransfer wird damit erheblich stärker kontrolliert),
- weltweite Kontrolle des Transithandels (durch eine Änderung von § 40 AWV¹³ wird weltweit – bis auf die OECD-Länder – der Transithandel genehmigungspflichtig, d.h., ein Handelsgeschäft muß genehmigt werden, selbst wenn der Boden der Bundesrepublik Deutschland nicht berührt wird),
- Ausweitung der Exportkontrollen für chemische Vorprodukte (die Genehmigungspflicht bei der Ausfuhr von Vorprodukten, die geeignet sind für die CW-Herstellung, ist zunächst auf 17 Substanzen erhöht worden und soll nun durch den für die Kabinettsitzung am 4.10.89 vorgesehenen Beschluß um weitere 25 Substanzen erhöht werden),
- Präzisierung der Genehmigungspflicht für Chemieanlagen (das schon seit 1984 bestehende Genehmigungserfordernis für die Ausfuhr bestimmter Chemieanlagen ist durch eine Neufassung des Abschnitts D der Ausfuhrliste, Pos. 2001, präzisiert, die Ausfuhrkontrolle damit verbessert worden),
- Einführung einer Genehmigungspflicht für biologische Anlagen (für Anlagen mit Eignung für die Herstellung biologischer Kampfstoffe wurde durch die Einführung eines Abschnitts E der Ausfuhrliste eine Ausfuhrgenehmigungspflicht geschaffen),
- Verbesserung der Strafbestimmungen (das frühere Erfolgsdelikt – § 34 AWG – wurde in ein Gefährdungsdelikt umgewandelt und damit die Chance zur Bestrafung solcher Täter erheblich verbessert; der Strafraum wurde von ursprünglich drei Jahren Freiheitsstrafe auf fünf Jahre für den Normalfall, auf zehn Jahre Freiheitsstrafe für besonders schwere Fälle erhöht. Diese Erhöhung soll ebenfalls vom Kabinett am 4.10.89 noch beschlossen werden),
- Erhöhung der Geldbußen von bisher 500 000 DM auf 1 Mio. DM,
- Einführung einer Kontrolle der Auslandstätigkeit Deutscher im A-, B- und C-Waffen-Bereich (das sog. „Artikelgesetz“ – am 23.6.89 in erster Lesung im Bundestag behandelt – sieht völlig neue Verbots- und Strafvorschriften über die Beteiligung Deutscher bei der Errichtung von Anlagen zur Herstellung von Atomwaffen, biologischen oder chemischen Waffen vor; die Strafbarkeit einer fahrlässigen Tatbegehung – in Form der Leichtfertigkeit – soll per Kabinettsbeschluß am 4.10.89 verbessert und vereinheitlicht werden),
- Einführung einer Ermächtigungsgrundlage zur Kontrolle der Auslandstätigkeit Deutscher im gesamten Rüstungsbereich, im besonderen bei Projekten

¹³ Für den Wortlaut von § 40 der Außenwirtschaftsverordnung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDES-GESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2691.

der Raketentechnologie (das Kabinett hatte im Juli sich bereits auf den Wortlaut einer neuen Ermächtigungsgrundlage – Einführung eines Abs. III in § 7 AWG¹⁴ – geeinigt und im Vorgriff auf die Zeit nach Inkraftsetzung dieser Ermächtigungsgrundlage eine Verordnung beschlossen, durch die die Auslandstätigkeit Deutscher bei Projekten der Raketentechnologie genehmigungspflichtig gemacht wird).

c) Administrative Maßnahmen

- Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen, die Materialien, Anlagen oder Ausrüstungen im kerntechnischen, biologischen oder chemischen Bereich herstellen,
- Verbesserung der Informationsbasis der Genehmigungs-, Überwachungs- und Ermittlungsbehörden im Außenwirtschaftsverkehr,
- Schaffung der rechtlichen Voraussetzung für eine intensivere Auswertung der Ausfuhrerklärung durch die Ausfuhrüberwachungsbehörden,
- Vereinbarung intensiverer Zollkontrollen in besonders kritische Länder,
- Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Genehmigungsbehörde (für das BAW Aufstockung des Personals, Verbesserung der Organisation, Einführung eines EDV-Systems).

2) Zwischen den zuständigen Ressorts waren bis zuletzt nur zwei Punkte streitig geblieben:

- Welcher Grad der Fahrlässigkeit beim „Fördern“ der zukünftig verbotenen Handlungen (Entwicklung, Herstellung, Vertrieb) im A-, B- und C-Waffen-Bereich gelten soll,
- ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen die Genehmigungspflicht der Auslandstätigkeit deutscher Staatsangehöriger auf den gesamten Bereich des Abschnitts A der Ausfuhrliste (Waffen, Munition und Rüstungsmaterial) erstreckt werden kann.

3) Über diese strittigen Punkte wurde in einer Staatssekretärs-Besprechung am 25.9.89 Einigung erzielt.

Eine Einigung war schon deshalb notwendig, weil andernfalls die verbliebenen o. g. Punkte nicht am 4.10.89 dem Kabinett zur Entscheidung hätten vorgelegt werden können; damit wäre es nicht mehr möglich gewesen, den schon extrem knappen Zeitplan der weiteren parlamentarischen Behandlung einzuhalten (öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuß am 23.10., abschließende Beratung der mitberatenden Ausschüsse am 25.10., abschließende Beratung des Wirtschaftsausschusses am 8.11., Plenum Bundestag 16./17.11., Plenum Bundesrat 21.12.89, Inkrafttreten 1.1.1990)¹⁵.

¹⁴ Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

¹⁵ Die geplanten Neuregelungen der Außenwirtschaftsgesetzgebung wurden erst 1990 durchgeführt. Vgl. dazu das Fünfte Gesetz vom 20. Juli 1990 zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes; BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil I, S. 1457–1459.

Vgl. dazu ferner das Gesetz vom 5. November 1990 zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen; BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil I, S. 2428–2431.

Unabhängig davon ist unsere Zustimmung aus materiellen Gründen sinnvoll:

- Zum Grad der Fahrlässigkeit beim „Fördern“:

Das BMWi hat in einem detaillierten Rechtsgutachten – das auch die Auffassung des BMJ widerspiegelt – dargelegt, daß es einerseits keine zwingenden Gründe für eine Differenzierung im Schuldvorwurf bei A-, B- und C-Waffen gibt, andererseits eine Ausdehnung der Strafbarkeit des Förderns auf leichte Fahrlässigkeit nicht in Betracht gezogen werden kann (Gründe: Weite des Tatbestandes des Förderns, Unschärfe des Begriffs der Leichtfertigkeit, erhebliches Maß an Rechtsunsicherheit und unvertretbare Belastungen für die internationale wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Kooperation).

Gleichzeitig haben wir nach hartem Ringen mit den anderen Ressorts – im besonderen BMFT – durchgesetzt, daß die Strafbarkeit des leichtfertigen „Förderns“ auch auf den A-Waffen-Bereich erstreckt wird. Bisher war nur eine Strafbarkeit leichtfertigen Förderns bei B- und C-Waffen vorgesehen.

Durch diese Neuregelung ist gewährleistet, daß in Zukunft jeder Kaufmann, jeder Forscher oder Wissenschaftler regelmäßig prüfen und dazu sein Gewissen anspannen muß, ob er Anhaltspunkte dafür hat, daß die von ihm durchgeführten Geschäfte/Tätigkeiten im Zusammenhang mit A-, B- oder C-Waffen stehen könnten.

- Zur Erweiterung der Kontrolle der Auslandstätigkeit Deutscher auf den gesamten Bereich des Abschnitts A der Ausfuhrliste:

Durch die Einführung der neuen Ermächtigungsnorm in § 7 Abs. 3 AWG kann die Bundesregierung in Zukunft innerhalb von wenigen Tagen reagieren, wenn sie Hinweise erhält, daß Deutsche irgendwo auf der Welt in Projekten beschäftigt sind, die im Zusammenhang mit der Produktion von Waffen aller Art stehen.

Außerdem ist das Netz unserer Kontrolle durch die neuen Beschränkungen des Technologietransfers (z.B. bei der Mitnahme von technischen Unterlagen durch reisende Techniker) und durch die erheblich verschärften Strafvorschriften enger geworden.

Das Paket all dieser sich gegenseitig ergänzenden Maßnahmen ist ausreichend, um in Zukunft vor der Tätigkeit im A-, B- oder C-Waffen-Bereich abzuschrecken bzw. um ggf. gegen eine solche Tätigkeit sofort einschreiten zu können. Das Auswärtige Amt hat im Gebiet der Verbesserung des Außenwirtschaftsrechts sehr viel mehr erreicht, als man vor einigen Monaten erwarten konnte.

III. Aus den unter Ziffer II. 3 wird vorgeschlagen, der Kabinettsvorlage des BMWi zuzustimmen.¹⁶

Jelonek

Referat 424, Bd. 162349

¹⁶ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

297

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern lateinamerikanischer Staaten in New York

29. September 1989¹Aus BM-Delegation²

Der BM führte am 29.9.89 während eines Frühstücks ein über eineinhalbstündiges Gespräch mit den Außenministern der Contadora-Staaten. Daran nahmen teil die Außenminister von Costa Rica³, Nicaragua⁴ und Honduras⁵, die Vizeaußenminister von Guatemala und Mexiko und die UN-Botschafter von Salvador⁶ und Kolumbien⁷.

Der BM begrüßte die Kollegen mit der Bemerkung, wir verfolgten mit großer Anteilnahme den Friedensprozeß in Zentralamerika und hofften, weiter dazu beitragen zu können.

Der AM *Costa Ricas* berichtete, der Gipfel von Tela⁸ habe große Fortschritte gebracht sowohl hinsichtlich der Wahlen in Nicaragua⁹ als auch der Gespräche zwischen Regierung und Opposition in Salvador, die jetzt in eine konstruktive Phase.¹⁰

Zweifellos hätten die verbesserten Beziehungen zwischen USA und SU geholfen. Der AM *Nicaraguas* wies darauf hin, wie wichtig die Änderung der amerikanischen Politik gewesen sei. Dies sei in der UN-Rede von Präsident Bush¹¹ deutlich zum Ausdruck gekommen: weniger Konfrontation, mehr Respekt als früher. Außerdem habe es in der Zwischenzeit vier Gesprächsrunden zwischen beiden Ländern gegeben, allerdings nicht auf politischer Ebene, sondern zwischen Aronson und seinem Vizeminister¹². Besorgniserregend sei, daß die Repatriierung der Contras zu langsame Fortschritte machte. Dies sei ein Spiel mit dem Feuer.

Der AM erklärte, BM Genscher könne mit der Entwicklung in Zentralamerika zufrieden sein, besonders was Salvador anbelange. Er selbst hätte diese guten Chancen unterschätzt. Die Aussichten auf Frieden seien jetzt besser, die Zusammenarbeit mit Europa habe sehr geholfen und sei für alle Zentralamerikaner

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, mit Drahtbericht Nr. 1715 übermittelt. Vgl. Referat 413, Bd. 145042.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Rodrigo Madrigal Nieto.

⁴ Miguel d'Escoto Brockmann.

⁵ Carlos López Contreras.

⁶ Roberto Meza.

⁷ Enrique Peñalosa Camargo.

⁸ Zum Treffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten vom 5. bis 7. August 1989 vgl. Dok. 245.

⁹ In Nicaragua fanden am 25. Februar 1990 Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁰ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush vor der VN-Generalversammlung am 25. September 1989 in New York vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1248–1252. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 639–643 (Auszug).

¹² Victor Hugo Tinoco.

wichtig. Dies wurde in den anschließenden Beiträgen von allen anderen Gesprächspartnern im vollen Umfang bestätigt.

Der *Vizeminister Guatemalas* hob drei Punkte hervor: Einmal hätten die Schwierigkeiten und Konflikte eine alte Quelle, nämlich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Zentralamerika. Besonders zu nennen seien hier Handel und Landwirtschaft. Sodann seien die Fortschritte bei der Bildung eines zentralamerikanischen Parlaments zu begrüßen, denn dieses Parlament sei die Garantie dafür, daß der interzentralamerikanische Dialog weitergehe. Man habe sich jetzt geeinigt, daß die Staaten, die das Abkommen¹³ bereits ratifiziert hätten, schon anfangen könnten, Abgeordnete zu wählen und das Parlament arbeiten zu lassen. Schließlich gebe es das Problem des Umweltschutzes. Es habe kürzlich in Guatemala ein Umwelttreffen stattgefunden. Man wolle möglichst bald ein zentralamerikanisches Abkommen über eine gemeinsame Umweltagentur abschließen. Die Umweltproblematik könnte auch Thema der weiteren Zusammenarbeit zwischen Europa und Zentralamerika werden.

Der *BM* erklärte, er erlebe heute mehr Ermutigung als jemals zuvor. Auch für Zentralamerika sei die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses ein großer Vorteil. Was sollen Europa und Deutschland weiter tun?

Der *AM von Honduras* wies auf die Notwendigkeit hin, das Internationale Kaffee-Abkommen¹⁴ wieder in Kraft zu setzen. Europa könnte helfen, hier wieder Ordnung herzustellen. Außerdem sei frisches Geld für den interamerikanischen Handel nötig. Ohne solches Geld würde dieses wichtige Entwicklungsinstrument zum Erliegen kommen. Schließlich gebe es noch die Schuldenproblematik.

Der *AM von Costa Rica* stellte die Frage, ob die europäische Hilfe für Osteuropa nicht auf Kosten anderer Partner wie der Zentralamerikas gehe. Außerdem wolle er darauf hinweisen, daß die Europäer Pläne für die Zusammenarbeit entwickelten, die die Förderung der Privatwirtschaft und privaten Investitionen und Technologietransfer zum Inhalt hätten. Dem stünde aber die hohe Außenverschuldung der zentralamerikanischen Staaten entgegen. Schließlich bestätigte er, wie wichtig die Unterstützung Europas und Deutschlands bei der weiteren Verifikation des Friedensprozesses sei. Dies würde auch dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit der Region zu erhöhen.

Der *BM* erklärte, er habe unseren Beitrag zu ONUCA¹⁵ ausführlich mit dem UN-Generalsekretär¹⁶ erörtert. Unsere Verfassung hindere uns zwar, militärisch beizutragen¹⁷, aber eine Überwachung sei ja nicht nur eine militärische Aufgabe. Neben technischen Mitteln würden wir auch Zivilpersonen in praktisch un-

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 2. Oktober 1987 zur Gründung des Zentralamerikanischen Parlaments und anderer Organe vgl. UNTS, Bd. 1777, S. 148–209.

¹⁴ Zum Stand des Vierten Internationalen Kaffee-Übereinkommens vgl. Dok. 282, Anm. 10.

¹⁵ Zur Beteiligung der Bundesrepublik an der ONUCA vgl. Dok. 263, Anm. 46.

¹⁶ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 27. September 1989 dankte VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar „im voraus für unsere Unterstützung bei ONUCA, wobei er unsere Schwierigkeit verstehe. ONUCA sei die einzige VN-Friedensmission, bei der die Region selbst die teilnehmenden Länder ausgewählt habe. BM wiederholte seine Zusage, im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Möglichkeiten ONUCA zu unterstützen. D3 bat um die Möglichkeit zur Entsendung eines deutschen politischen Beraters in die Mission.“ Vgl. die mit Drahtbericht Nr. 13 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vollers, z. Z. New York, übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 230, Bd. 142159.

¹⁷ Zur Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen vgl. Dok. 259.

beschränkter Zahl zur Verfügung stellen können, die über¹⁸ große Erfahrungen verfügten. Er habe den Eindruck, daß der Generalsekretär hierauf in konstruktiver Weise eingehen werde.¹⁹

Was die Wirtschaftshilfe angehe, könne er seinen zentralamerikanischen Freunden versichern, daß sie keinen Anlaß zur Sorge hätten. Sie würden von dem, was wir in bezug auf Zentral- und Osteuropa täten, nicht berührt. Durch die Politik Gorbatschows sei eine ganz neue Lage eingetreten. Bisher hätte es durch die Hochrüstung, die Spannungen und auch durch die Verlagerung des Ost-West-Konfliktes in die Dritte Welt eine riesige Verschwendung gegeben. Jetzt würden große Mittel frei, die für eine bessere Zukunft nicht nur Europas, sondern auch unserer anderen Partner investiert werden könnten. Die Wirtschaften der verschiedenen Teile Europas seien komplementär: die der hochindustrialisierten westeuropäischen Staaten, der industrialisierungsfähigen Staaten Osteuropas und der riesigen natürlichen und menschlichen Ressourcen der Sowjetunion, des potentiell reichsten Landes der Welt. Es gebe keine Konkurrenz zwischen dem einen und dem anderen, im Gegenteil, die gute Entwicklung in einer Region käme auch den anderen Partnern zugute.

Der *Botschafter Salvadors* dankte für die Unterstützung Deutschlands und Europas. Der *stellvertretende AM Mexikos* wies darauf hin, daß es ohne wirtschaftliche Entwicklung keinen Frieden in Zentralamerika geben könne, daher hätten Mexiko, Venezuela und Kolumbien auch eigene Entwicklungsprojekte für Zentralamerika entwickelt.

Der Contadora-Prozeß gehe zu Ende und könne durch andere Prozesse abgelöst werden, z. B. durch den San-José-Prozeß. Mexiko werde an diesem Prozeß gerne weiter teilnehmen. Abschließend dankten die Außenminister Nicaraguas und Honduras' für die Aufmerksamkeit und die Zeit des BM und die gute Zusammenarbeit.

Referat 413, Bd. 145042

¹⁸ Korrigiert aus: „können, über“.

¹⁹ Botschafter Bräutigam, New York (VN), berichtete am 12. Oktober 1989: „Im Auftrag von Generalsekretär Pérez de Cuéllar übermittelte mir USG Goulding heute das Ersuchen an die Bundesregierung, sich an der Beobachtermission der VN in Zentralamerika (ONUCA) mit einem zivilen Element zu beteiligen. Dieses solle sich wie folgt zusammensetzen: Personal für den medizinischen Dienst (vier Ärzte und zehn Krankenschwestern oder Krankenpfleger), ein kleineres Flugzeug für den ONUCA-Kommandanten mit Bedienungs- und Wartungspersonal. Das Sekretariat ist außerdem bereit, einen von uns abzuordnenden Beamten als politischen Berater für eines der Verbindungsbüros in den fünf Hauptstädten zu übernehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1864; Unterabteilung 33, Bd. 146600.

298

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa in New York

VS-NfD

29. September 1989¹

Der BM führte am 29.9. ein etwa 40minütiges Gespräch mit dem syrischen AM.² Auf Bitte des BM erläuterte der AM die jüngsten Entwicklungen in der Libanon- und Nahostfrage.

Die Lage im Libanon habe sich sehr verbessert. Dazu habe wesentlich beigetragen, daß man nach Monaten des Kampfes endlich akzeptiert habe, was Syrien immer vorschlug, nämlich, daß der Waffenstillstand³ durch einen Mechanismus gesichert werden müsse. Nun sei es wichtig, die Waffenlieferungen in den Libanon zu stoppen. Aber auch der Druck auf Aoun habe mitgeholfen. Aoun habe das Land an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Schließlich habe das Dreier-Komitee jetzt stärker mit Syrien zusammengearbeitet als früher. Syrien sei mit dieser Zusammenarbeit sehr zufrieden.

Morgen trafen sich die Abgeordneten des libanesischen Parlaments in Saudi-Arabien.⁴ Sie würden anhand eines Entwurfs des Dreier-Komitees politische Reformen diskutieren und sie dann zu Hause mit ihren Gruppen erörtern. Seien diese damit einverstanden, so könnten sie angenommen werden. Dann könnte man zur Wahl eines Präsidenten schreiten und eine Regierung der nationalen Versöhnung bilden.

Syrien und alle anderen Araber, vielleicht außer Irak, würden dieser Regierung helfen, ihre Gewalt auf das ganze Land auszudehnen.

Dies sei das theoretische Szenario. Man müsse aber mit Versuchen rechnen, es zu stören, vor allem von seiten Aouns. Daher müsse der Druck auf Aoun aufrecht-erhalten werden.

Viele Beobachter glaubten, daß die Waffenruhe nur vorübergehend wäre und die Kämpfe weitergingen. Die kürzlichen Erklärungen Ost-Beiruts seien nicht hilfreich gewesen. Es gebe wichtige christliche Kräfte, die entweder ihre privilegierte Stellung im Libanon behalten oder das Land teilen wollten. Beide Optionen würden nicht durchsetzbar sein. Syrien werde eine Teilung nicht hinnehmen.

Der AM sah im Friedensprozeß keine Fortschritte. Israel habe sich nicht bewegt, im Gegenteil. Der BM wies auf den Besuch Rabins in Kairo⁵ hin, der doch Bedeutung habe. Er sei nicht als Privatmann mit Mubarak zusammengetroffen. Der AM erwiderte, die Amerikaner förderten Rabin, weil er so gemäßigt sei wie Labour und so „hawkish“ wie Likud. In Wirklichkeit habe Rabins Besuch in

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, mit Drahtbericht Nr. 1724 übermittelt. Vgl. Referat 230, Bd. 142159.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Zum Waffenstillstand im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 6.

⁴ Zu den Verhandlungen libanesischer Parlamentarier in Taif vgl. Dok. 292, Anm. 11.

⁵ Zum Besuch des israelischen Verteidigungsministers Rabin am 18. September 1989 in Ägypten sowie zum Zehn-Punkte-Plan des ägyptischen Präsidenten Mubarak vgl. Dok. 286, Anm. 4.

Kairo nicht weitergeholfen. Mubarak wisse nicht weiter, da er keine Änderung der israelischen Position feststellen könne. Der *BM* fragte den *AM*, ob er Ausichten für Mubaraks Zehn Punkte sehe. Der *AM* erwiderte, er sähe keinen Ernst im Friedensprozeß. Israel ignoriere immer noch die Bestrebungen der Palästinenser und betrachte die besetzten Gebiete als israelischen Besitz. Die Intifada⁶ zeige, daß weniger als der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine Art palästinensischer Staat nicht akzeptabel sei.

Aber selbst Mubarak ginge nicht so weit. Er spreche nur von Rückzug aus den stark besiedelten Gebieten. In diesen Gebieten nehme der Fundamentalismus zu; vor allem im Gaza. Aber auch in der Westbank habe er 50 Prozent erreicht.

*D3*⁷ fragte, ob mehr Frieden im Libanon zu einer Integration der Schiiten und damit zu einer Aussicht für die Geiseln führen werde. Der *AM* bejahte dies. Wenn Frieden einkehre, würden bald alle Geiseln freikommen. Auf Frage: Iran habe Einfluß nur dann, wenn die Instabilität zunehme.

Der *BM* wies darauf hin, daß im Libanon auch zwei Deutsche festgehalten würden⁸, auf deren Befreiung wir hinarbeiteten.

Auf Bitte des *AM* erläuterte der *BM* dann ausführlich die Entwicklungen in Osteuropa und die Lage und Hintergründe der Deutschen, die die DDR verlassen wollten.

Referat 230, Bd. 142159

299

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski in New York

29. September 1989¹

Gespräch BM mit AM Skubiszewski am 29.9.89 anläßlich eines Mittagessens in der polnischen Residenz²

Aus dem Gespräch mit AM Skubiszewski ist folgendes festzuhalten:

AM *Skubiszewski* begrüßte den Stand der guten Beziehungen. Er dankte BM für die Polen betreffende Passage in seiner Rede³. Die persönliche Ansprache des BM habe ihm gutgetan.

⁶ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

⁷ Reinhard Schlagintweit.

⁸ Zum Entführungsfall Strübig und Kemptner vgl. Dok. 292.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. Oktober 1989 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 11. Oktober 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

AM S. sagte, daß für die weitere Entwicklung Polens die wirtschaftlichen Beziehungen am wichtigsten seien. Er habe entsprechende Gespräche mit AM Baker und Präsident Bush⁴ geführt. Die Amerikaner seien bereit, etwas zu tun, und zwar nicht nur im Rahmen des IMF. Es sei für die Reformregierung notwendig, schnelle Erfolge vorzeigen zu können. Vorrangig seien zwei Probleme zu bewältigen, nämlich die Reduzierung des Haushaltsdefizits und die Inflationsbekämpfung. Polen brauche schnelle Hilfe. Er habe jedoch Zweifel, ob es zu einer schnellen Hilfe kommen werde. Der Złoty sei keine echte Währung mehr. Insbesondere stimme seine Wechselkursrelation zum Dollar nicht mehr. Polen drücke die Zinsenlast aus seiner Verschuldung. AM S. nahm Bezug auf ein Gespräch des polnischen Finanzministers Balcerowicz mit Finanzminister Waigel in Washington⁵. BM Waigel soll in diesem Gespräch angeblich eine Zahlung von Zinsen an den Pariser Club als Geste verlangt haben. AM S. stellte hierzu fest, daß dies Polen aus eigener Kraft nicht schaffen könne.

BM erwiderte, daß er bedaure, daß die Einigung im finanziell-wirtschaftlichen Bereich⁶ nicht früher erreicht worden sei. Er trägt des weiteren vier Punkte vor:

- 1) Polen benötige im Pariser Club eine Atempause. Die Reformer dürften nicht für die Fehler der Vorgänger zahlen. Der Schuldendienst sei zu drückend. Er und AM Baker seien für eine Atempause. Sie wünschten beide den Reformern Erfolg. Polen brauche für seine weitere Entwicklung den Rücken frei.
- 2) Was das spezielle Problem des Jumbo-Kredits angehe, habe er, BM, sich durchsetzen können, den Kredit teilweise zu erlassen bzw. teilweise umzuwandeln.
- 3) Es sei wichtig, sich den Kopf zu zerbrechen, wie man neue Investitionen in Polen ermutigen könne. Hierfür kämen insbesondere Joint-ventures in Frage. Der Hermes-Rahmen werde großzügig sein.
- 4) Ein weiteres essentielles Mittel sei die Zurverfügungstellung von Expertisen.

BM führte aus, daß man das Paket nicht auf die lange Bank schieben könne. Die polnische Regierung habe eine schwere Verantwortung übernommen. Man müsse dringend Lösungen finden. Bisher seien es noch die Probleme der alten Vorgängerregierung. Bald könnten es die Probleme der jetzigen Regierung werden.

Onyszkiewicz wies an dieser Stelle auf die Probleme mit der Versorgung von Nahrungsmitteln hin. BM erwiderte, daß die Nahrungsmittelhilfe notwendig sei und auch umgesetzt werden müsse. Er möchte jedoch auf eine Initiative des

Fortsetzung Fußnote von Seite 1294

³ Bundesminister Genscher führte am 27. September 1989 vor der VN-Generalversammlung in New York aus: „Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.“ Vgl. BULLETIN 1989, S. 849.

⁴ Der polnische Außenminister Skubiszewski und der amerikanische Präsident Bush trafen am 25. September 1989 in New York zusammen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁵ Bundesminister Waigel nahm an der Jahrestagung des IWF und der Weltbank vom 26. bis 28. September 1989 teil.

⁶ Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 281.

früheren Landwirtschaftsministers Ertl eingehen, der sich für eine Modernisierung des landwirtschaftlichen Maschinenparks ausgesprochen habe. Er schlage vor, daß Ertl zur Erörterung dieses Problems nach Warschau fahre. *Onyszkiewicz* sprach sich für eine Konversion der Industrie in dem Sinne aus, daß sie auch die Landwirtschaft erfasse. Die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sei in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden. *AM Skubiszewski* warf an dieser Stelle ein, daß es auch darum gehe, den Einfluß der Lobby der Schwer- und Militärindustrie zurückzudrängen.

Zur Frage der deutschen Minderheit führte *AM S.* aus, daß man hier zu einem Durchbruch kommen werde. Die Juristen würden eine Lösung finden, wobei die Bezeichnung der Minderheit nicht so wichtig sei. Es komme auf eine Formel an, die für beide Seiten akzeptabel sein müsse. Im Sejm sei eine Gesetzesvorlage über Minderheiten in Vorbereitung. Sie umfasse alle Minderheiten, also auch neben den Deutschen einige Hunderttausend Weißrussen und Ukrainer. Was die deutschen Vereine in Schlesien angehe, sagte *S.* zu, daß er dieses Problem erledigen wollte. *Wałęsa* habe hierzu interessante Ideen entwickelt.

BM fragte *AM S.*, wo denn gegenwärtig noch die Probleme lägen, was noch offen sei. *AM Skubiszewski* erwiderte, daß die Frage, ob beim Jumbo ein Teil liquidiert und ein Teil umgewandelt wird, noch ein offenes Problem sei. Die polnische Erwartung sei, alles zu liquidieren. Bei den Hermes-Garantien rechneten sie mit einem Plafond in Höhe von 3 Milliarden DM.

BM sagte, daß er in der nächsten Zeit hierüber ein Gespräch mit *BK* führen möchte.⁷

AM Skubiszewski stellte fest, daß die Äußerungen von *BM Waigel* zur Grenzfrage⁸ eine tiefe Beunruhigung in Polen hervorgerufen hätten. An dieser Stelle bedankte sich *Onyszkiewicz* für die klaren Feststellungen in der Rede des *BM*. *Onyszkiewicz* warf noch das Problem auf, ob die Bundesregierung den Hitler-Stalin-Pakt nicht als ungültig erklären könnte.⁹ *BM* erwiderte hierauf, daß der Bundespräsident in seiner Rede vom 8.5.85¹⁰ von der Einzigartigkeit der faschistischen Verbrechen gesprochen habe. Es komme darauf an, aus der Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen. Wir müßten mit zwei Erfahrungen leben, einmal mit der Geschichte und den Verbrechen Hitlers und zum anderen mit der Tatsache, daß wir uns nicht selbst befreien konnten. Wir hätten unsere eigene, sehr entschiedene Meinung zum Hitler-Stalin-Pakt. Es empfehle sich jedoch nicht, Stalin bei der Frage, wie wir mit unserer Geschichte ins reine kommen wollen, in Anspruch zu nehmen. Wir müßten mit unserer Geschichte fertig werden und nicht auf die Schuld Stalins verweisen.

Referat 214, Bd. 139860

⁷ Am 24. Oktober 1989 fand ein Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl statt. Vgl. dazu Dok. 330.

⁸ Für den Wortlaut der Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Waigel auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 2. Juli 1989 in Hannover vgl. BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 8/1989, S. 1021 f. (Auszug).

⁹ Zur Frage der Gültigkeit des Hitler-Stalin-Pakts vgl. Dok. 252.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag vgl. BULLETIN 1985, S. 441–446.

300

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
ägyptischen Präsidenten Mubarak in New York**

VS-NfD

29. September 1989¹

BM führte heute ein etwa dreiviertelstündiges Gespräch mit dem ägypt. Präsidenten Mubarak, an dem auch Boutros-Ghali teilnahm.²

Auf Bitte des Präsidenten schilderte der *BM* zunächst die Lage in Prag und die politische Situation in der DDR.

Der *Präsident* berichtete dann von seinem heutigen Zusammentreffen mit dem israelischen AM Arens. Arens habe erklärt, das politische System in Israel sei kompliziert. Mubaraks Treffen mit Rabin³ habe eine Spaltung ins israelische Kabinett gebracht. Er habe gefragt, warum er, Mubarak, nicht mit Shamir zusammentreffe. Er sei selbstverständlich dazu bereit, ein solches Treffen müsse aber sehr gut vorbereitet werden. Würden die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllt, gäbe es am Schluß kein wirkliches Ergebnis, so hätte dies eine schlechte Wirkung auf die Bevölkerung und auf die Medien.

Arens hätte aber wiederholt, er, Mubarak, vernachlässige Shamir. Daraufhin habe er noch während der Anwesenheit von Arens Shamir angerufen und ihm seine Auffassung über die Voraussetzungen eines Treffens dargelegt. Er habe ganz deutlich gemacht, daß er bereit sei, mit Shamir zusammenzuarbeiten, auch diskret, Vorbereitungen zu treffen und ein Treffen zu arrangieren. Aber nur wenn es ein Ergebnis gebe. Er habe Shamir erklärt, die Zehn Punkte seien nur eine Diskussionsgrundlage, Vorschläge. Er sei bereit, über alles zu sprechen, nur solle Israel von vornherein nicht immer Nein sagen, und: Frieden ohne Land könne es nicht geben, solange ägyptisches Land besetzt sei. Mubarak berichtete weiter, Shamir sei sehr erfreut über diesen Anruf gewesen.

Der *BM* sagte, er habe in seiner Rede⁴ die Zehn Punkte ausdrücklich erwähnt und unterstützt. Was könnten wir weiter tun? Der *Präsident* antwortete, die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft sei sehr wichtig. Man könne Israel sagen, daß Vertrauen, daß Gespräche notwendig seien, daß verhandelt werden müsse. Die Madrider Erklärung⁵ sei hilfreich gewesen und habe ihm auch bei der Formulierung der Zehn Punkte geholfen.

Zur Haltung der USA sagte der Präsident, er habe die meisten der Zehn Punkte mit den Amerikanern abgeklärt. Punkte, die die Israelis irritieren müßten, habe

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, mit Drahtbericht Nr. 1717 übermittelt. Vgl. Referat 230, Bd. 142159.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Zum Besuch des israelischen Verteidigungsministers Rabin am 18. September 1989 in Ägypten sowie zum Zehn-Punkte-Plan des ägyptischen Präsidenten Mubarak vgl. Dok. 286, Anm. 4.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. BULLETIN 1989, S. 849–853.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16 f.

er gar nicht erwähnt: Selbstbestimmung, PLO, palästinensischer Staat. Die USA sollten sich weiter engagieren.

Der Präsident nannte die gegenwärtige Administration ausgesprochen vernünftig. Dies gelte sowohl für Bush wie Baker. Trotzdem wäre es nützlich, wenn wir uns auch bei den USA für eine konstruktive Linie einsetzten.

Zur Haltung der PLO meinte der Präsident, diese sei sehr vernünftig geworden. Arafat habe auch niemand anderen als Ägypten, der ihn unterstütze.

Zum Libanon sagte der Präsident, er sei froh, daß die Komitees zur Überwachung des Waffenstillstandes⁶ nun arbeiteten. Man müsse sich aber auch klar darüber sein, daß es unvernünftig sei, von Syrien zu verlangen, seine Truppen innerhalb von sechs Monaten ganz aus dem Libanon zurückzuziehen. Dies sei für Assad weder politisch zumutbar, noch könne er auf die wirtschaftliche Tätigkeit der syrischen Truppen im Libanon verzichten. Dieses Problem müsse schrittweise gelöst werden: politische Reformen, Bildung einer Regierung, dann Teilrückzug, weitere innere Entwicklung im Libanon, dann könne Syrien sich langsam weiter herausziehen. Dies müsse aber auch für Israel gelten. Auch die israelischen Truppen müßten den Libanon verlassen.

Auf eine Frage des BM zu Gaddafi sagte der Präsident, er würde jetzt sehr gut mit ihm zusammenarbeiten. Er habe während der Casablanca-Konferenz⁷ lang und offen mit ihm geredet und ein gutes Einvernehmen erzielt. Das Hauptproblem läge ganz woanders, beim zweiten Mann, Dschallud. Dschallud füttere Gaddafi immer wieder mit Nachrichten, die ihn „noch verrückter machten“, und führe ihm zweifelhafte politische Gruppen zu. Aber Gaddafi befinde sich langsam auf einem guten Weg. Der *BM* sagte, ihm seien diese Mitteilungen wichtig, man könne bei uns noch nicht von ganz normalen Beziehungen zu Gaddafi sprechen, daher messe er den Bemerkungen des Präsidenten Bedeutung bei. Der *Präsident* riet, noch etwas abzuwarten und dann schrittweise vorzugehen.

Der Präsident sprach dann den BM noch auf die IWF-Probleme Ägyptens⁸ an. Eine nachhaltige deutsche Unterstützung sei außerordentlich wichtig. Der *BM* sagte zu, er werde sich mit dieser Frage nach seiner Rückkehr befassen.

Abschließend sagte der *Präsident*, er bedauere, daß der BM schon lange nicht mehr in seinem Land gewesen sei.⁹ Er lud ihn ein, auch einmal zur Erholung und zu ruhigen Gesprächen mit ihm nach Ägypten zu kommen.

Referat 230, Bd. 142159

⁶ Zum Waffenstillstand im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 6.

⁷ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26. Mai 1989 vgl. Dok. 130, Anm. 4.

⁸ Zu den Beziehungen zwischen Ägypten und dem IWF vgl. Dok. 65, Anm. 5 und 11.

Referat 412 erläuterte am 4. September 1989, eine Einigung über ein vom IWF zu unterstützendes Wirtschaftsprogramm sei noch nicht zustande gekommen, „da nach Ansicht des IWF die wirtschaftspolitischen Absichten Ägyptens in Anbetracht der hohen Schulden und der fundamentalen volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht ausreichend sind. [...] Völlig offen ist auch, wie die Schließung der äußeren Finanzierungslücke von 2 Mrd. \$ für das Haushaltsjahr 1989/1990 erreicht werden soll. Nach Meinung des IWF kann dies nicht durch erhöhte Geberleistungen geschehen. Vielmehr seien zusätzliche Politikanstrengungen seitens der Ägypter notwendig.“ Vgl. Referat 412 (E 24), Bd. 168606.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich zuletzt am 7./8. Dezember 1987 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 361.

301

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Aziz in New York

D3-311-321.11 IRK

29. September 1989¹

Am Rande der VN-Vollversammlung führte der BM am 29.9. ein etwa 40minütiges Gespräch mit dem irakischen AM.²

Der *BM* fragte zunächst, wie der *AM* die Lage in Iran einschätze. Der *AM* antwortete, bei der jetzigen Führung handele es sich um alten Wein in neuen Flaschen. Die Situation sei immer noch unkalkulierbar. Außer Khomeini seien im Prinzip die gleichen Leute an der Macht wie früher. Allerdings gebe es eine gewisse Verjüngung und mehr Verbindung zu den einfachen Menschen. Vielleicht würde jetzt verstanden, daß etwas besser gemacht werden muß. Es frage sich aber, ob die Führung bereit und in der Lage sei, ihre altmodischen Theorien aufzugeben.

Der *AM* sagte, er habe sich ein paar Mal mit AM Velayati getroffen. Sein Instinkt sage ihm, daß Rafsandschani noch nicht bereit sei, die notwendigen Vereinbarungen mit Irak zu treffen. Er versuche Zeit zu gewinnen und den Ball in das irakische Feld zu spielen.

Irak begrüße, daß Botschafter Eliasson die Region bereisen werde.³ Irak sei bereit zu einem umfassenden Abkommen. Man sei an Konflikt und Krieg nicht interessiert. Der *BM* sagte, es sei für uns schwierig zu sehen, wie der Übergang vom Waffenstillstand zu einem echten Frieden bewerkstelligt werden könne. Wir rechneten damit, daß dies noch viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Zunächst sei wichtig, daß die Feindseligkeiten nicht wieder aufgenommen würden. Der *AM* schloß neue Kämpfe aus. Der *BM* erklärte, wir würden den GS voll bei seinen Bemühungen unterstützen, die SR-Resolution 598⁴ zu implementieren. Der *AM* erklärte, auch Irak unterstütze diese Bemühungen, aber man wolle auch nicht, daß die Welt diesen Konflikt vergesse. Man versuche, die Aufmerksamkeit

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit mit Drahterlaß Nr. 8266 vom 4. Oktober 1989 an die Botschaft in Bagdad übermittelt. Ferner verfügte er die Weiterleitung an Referat 311 „m[it] d[er] B[li]tte“ um weitere Veranl[assung].
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 9. Oktober 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 311, Bd. 154120.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der 44. VN-Generalversammlung vom 23. bis 29. September 1989 in den USA auf.

³ Zu den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 217, Anm. 16.
Die Referate 230 und 311 legten am 2. Oktober 1989 dar, Pérez de Cuéllar habe am 20. September 1989 in New York eine weitere Pendelmission seines Sonderbeauftragten Eliasson zwischen Teheran und Bagdad im Oktober/November 1989 angekündigt, bei der vermutlich zwei Aspekte im Vordergrund stünden: „Rückzug der Streitkräfte auf die international anerkannten Grenzen und Freilassung der Kriegsgefangenen, beides innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens. Gleichzeitig sollen sich beide Parteien auf die Durchführung der übrigen Elemente der Resolution 598 verpflichten.“ Allerdings bestehe nur wenig Aussicht auf schnelle Fortschritte: „Offenbar ist innerhalb der irakischen Regierung auch immer noch strittig, ob man sich mittelfristig auf den neuen iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani einstellen oder nach wie vor auf einen Zusammenbruch des Regimes in Iran setzen soll. Von dieser Grundfrage scheint irakischerseits jedenfalls zur Zeit noch jede weitere Bewegung in den Friedensgesprächen abzuhängen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154134.

⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 5f.

des GS auf das Erfordernis zu lenken, eine Gesamtlösung zu finden. Es dürfe keine instabile Lage eintreten, man müsse Iran dazu bringen, einer umfassenden Lösung zuzustimmen.

Der *BM* fragte den *AM* nach Afghanistan: Auf wen stütze sich die Regierung in Kabul? Der *AM* erwiderte: vor allem auf die Fehler der Mudschaheddin. Die Regierung sei jetzt eine afghanische Regierung. Er sei kürzlich mit Hekmatyar zusammengetroffen und habe ihm geraten, die Regierung Nadschibullah zu unterstützen. H. hatte an schnelle Siege geglaubt. Er habe dem widersprochen.

Der *BM* fragte, ob nach Ansicht des *AM* die islamischen Teile der Sowjetunion vom islamischen Fundamentalismus beeinflusst würden. Der *AM* meinte: höchstens als eine Form der Opposition gegen die Regierung.

Der *AM* fuhr fort, was den Libanon anbelange, so sei er nicht optimistisch. Wenn Syrien darauf bestehe, in Beirut zu bleiben, werde es keinen Frieden geben, denn die Christen würden diese Anwesenheit nicht akzeptieren. Vielleicht gelinge es aber dem Dreier-Komitee⁵, wenigstens für Groß-Beirut eine vernünftige Lösung zu finden. Dann wäre die Lage besser.

Der *BM* wandte sich dann dem israelisch-arabischen Konflikt zu. Fortschritte im Friedensprozeß hingen jetzt weitgehend von der israelischen Regierung ab. Sie entscheide viele Fragen unter innenpolitischen Gesichtspunkten. Der *AM* sagte, es wäre wichtig zu wissen, wieweit die Vereinigten Staaten bereit seien, Israel unter Druck zu setzen. Der *BM* sagte, er hätte den Eindruck, daß die USA die gegenwärtige Phase sehr ernst nehme.

Anschließend schilderte der *BM* die Fortschritte in den Abrüstungsgesprächen hinsichtlich konventioneller und chemischer Waffen sowie die Entwicklungen in Polen und Ungarn. Die DDR habe das besondere Problem einer fehlenden Identität. Der *BM* erläuterte die Hintergründe der gegenwärtigen Fluchtbewegung und die Bedeutung stabiler politischer Rahmenbedingungen in Europa. Der *AM* unterstrich das wichtige Beispiel der EG für andere Staaten. Viele von ihnen würden diesem Beispiel nacheifern.

Abschließend bat der *BM*, Präsident Assad⁶ seine herzlichen Grüße zu übermitteln.

D3 übergab dem Begleiter des *AM* ein Papier über den Fall Homam Ali Ghazi⁷ mit der Bitte, sich des Falles auf Grund humanitärer Erwägungen anzunehmen.

Referat 311, Bd. 154120

⁵ Zum von der Arabischen Liga vermittelten Waffenstillstand im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 6.

⁶ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Saddam Hussein“.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel notierte am 26. September 1989, Homam Ghazi sei „iranischer Staatsangehöriger und wird seit 1986 in Bagdad festgehalten. Gründe hierfür wurden nicht mitgeteilt. Seine deutsche Ehefrau und seine beiden Söhne (dt. Sta[atsangehörige]) haben mehrfach um Intervention gebeten. Wegen fehlender deutscher Staatsangehörigkeit können wir nur um Gewährung der Ausreise aus humanitären Gründen bitten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154129.

In einem Gespräch mit Ministerialdirigent Fiedler am 26. September 1989 führte der irakische Botschafter Ghani aus, Homam Ghazi sei nicht inhaftiert, sondern dürfe lediglich nicht ausreisen, da er aus irakischer Sicht Geheimnisträger sei: „Er habe mit irakischen Stellen während des Iran-Irak-Konflikts zusammengearbeitet. Irakischerseits sei man deshalb heute um sein Leben in größerer Sorge, als dies Ghazi selbst bewußt sei.“ Eine Freilassung vor einem Friedensvertrag mit Iran sei „schwer vorstellbar“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 154129.

302

**Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff
mit dem tschechoslowakischen Botschafter Spáčil**

214-330.66 TSE

29. September 1989¹

Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR in der Botschaft Prag;
hier: Gespräch StS Dr. Sudhoff mit dem tschechoslowakischen Botschafter
Dr. Spáčil am 29.9.1989

StS weist eingangs auf sein Gespräch in Prag mit dem Stv. AM Sadovský² und seine Teilnahme an den Gesprächen von RA Vogel in der Botschaft hin. Er habe soeben Kontakt mit BM gehabt. Dieser sei zutiefst enttäuscht über den Verlauf seines Gespräches gestern abend mit AM Johanes in New York.³ AM habe Weiterleitung der Bitte BM hinsichtlich Unterbringungsmöglichkeiten zugesagt. Inzwischen seien fast 24 Stunden vergangen, ohne daß eine Reaktion auf den Appell erfolgt sei. BM habe deutlich gemacht, daß die Haltung der TSE-Regierung in dieser Angelegenheit einen nachhaltigen Einfluß auf die deutsch-tsl. Beziehungen haben werde. Heute morgen habe eine Sitzung der tsl. Regierung zu dem Ersuchen von BM stattgefunden.⁴ Wir bäten die tsl. Seite dringend, uns in kürzester Zeit über das Ergebnis zu unterrichten. BM sei tief enttäuscht, daß noch keine Antwort vorliege. Die Zustände in unserer Botschaft seien besorgniserregend. Die TSE könne sich dieser Frage nicht durch einen Hinweis auf die Verantwortung der beiden deutschen Staaten entziehen.

Botschafter leugnet die Verantwortung der tsl. Seite. Diese liege allein bei der BR Deutschland. Die Botschaft werde zu fremden Zwecken mißbraucht. Die DDR-Bürger könnten jederzeit nach Hause gehen. Im übrigen müsse die tsl. Seite bedenken, was in Zukunft geschehe, wenn sie tätig werde. Hier gehe es um Menschenmuggel.

StS weist dies mit aller Schärfe zurück. Er drängt erneut darauf, in kürzester Frist über die Entscheidung der tsl. Regierung unterrichtet zu werden. Es gehe allein um eine menschenwürdige Unterbringung der Betroffenen. Die karitativen Organisationen beider Seiten sollten zusammenwirken können. Er weist erneut auf den Hinweis von BM hin, daß das Verhalten der tsl. Regierung in dieser Frage nachhaltig auf die bilateralen Beziehungen durchschlagen werde.

Botschafter weist auf die Möglichkeit hin, den Zaun der Botschaft durch tsl. Organe schützen zu lassen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix gefertigt und Staatssekretär Sudhoff „zur Billigung vorgelegt“.
Hat Sudhoff am 2. Oktober 1989 vorgelegen.

² Zum Gespräch am 27. September 1989 vgl. Dok. 290.

³ Zum Gespräch vgl. DIE EINHEIT, Dok. 8, bzw. BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, Dok. 16.

⁴ Zu den Beratungen der tschechoslowakischen Regierung vgl. BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, Dok. 20 und Dok. 21.

StS macht deutlich, daß dies nach unserem verfassungsrechtlichen, politischen und KSZE-Verständnis keine Lösung sein könne. Dies habe er schon dem Stv. AM Sadvovský erklärt.

Botschafter: Er werde sich um eine schnellstmögliche Antwort bemühen.⁵

Referat 214, Bd. 139918

303

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2117

Aufgabe: 29. September 1989, 18.17 Uhr¹

Ankunft: 29. September 1989, 19.32 Uhr

Betr.: Kritische Stimmungslage in der DDR

1) In der DDR ist eine gefährliche Stimmungslage entstanden, die zu unvorhersehbaren Ausbrüchen führen könnte. Es ist ein Rückstau von Aggressionen eingetreten, der eher noch zunimmt, weil es bisher keine Sicherheitsventile gibt. Die massenhafte Abwanderung, vor allem über Ungarn, verschafft keine Entlastung, erhöht eher noch das Problem, weil die Zurückgebliebenen sich entweder selbst Vorwürfe machen, nicht den Mut zu einem vergleichbaren Schritt gehabt zu haben, oder voll Zorn auf die Weggegangenen blicken, deren Arbeit sie übernehmen müssen oder deren Leistungen nun fehlen. Die Zunahme der aggressiven Stimmung wurde bei den „Vogel raus“-Rufen gegen Rechtsanwalt Vogel in Prag² und Warschau³ deutlich sichtbar. Sie ist kein Einzelfall. Aus

⁵ Am Morgen des 30. September 1989 fand ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Seiders mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR statt. Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, vermerkte dazu am 2. Oktober 1989, Neubauer habe mitgeteilt: „Die DDR beabsichtigt, umgehend zwei Schnellzüge nach Prag und entsprechende Zugkapazität nach Warschau zu schicken, um alle in den Botschaften befindlichen Personen in die Bundesrepublik zu befördern. [...] Den Personen wird zugesichert, daß während der Fahrt keine Kontrolle erfolgt außer der erforderlichen Abgabe der Personalpapiere der DDR zwecks Feststellung der Identität und Aushändigung der Ausreisepapiere.“ Die Aktion solle am 1. Oktober 1989 erfolgen. Auf Nachfrage habe Neubauer präzisiert: „keine Kontrolle bedeutet freies Geleit; kein Problem, wenn Vertreter der Bundesregierung die einzelnen Zugtransporte begleiten (BM Genscher hatte im ersten Teil des Gespräches auf Notwendigkeit der Vertrauensbildung bei den Zufluchtsuchenden hingewiesen; es werde deshalb erforderlich sein, daß er selbst und BM Seiders in Prag mit ihnen sprechen und die Züge begleiten würden)“. Vgl. Referat 214, Bd. 139798. Vgl. dazu auch BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, Dok. 27.

Zu weiteren Gesprächen am 30. September 1989 mit Neubauer vermerkte Duisberg am 5. Oktober 1989, es sei mitgeteilt worden, daß eine Begleitung der Züge durch Genscher und Seiders nicht möglich sei. Gegen die Begleitung durch leitende Beamte erhebe die DDR keine Einwände. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139798.

Zur Bekanntgabe der Ausreiseerlaubnis für die Zufluchtsuchenden in Prag durch Genscher am Abend des 30. September 1989 vgl. DIE EINHEIT, Dok. 12.

¹ Das Fernschreiben wurde von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 2. Oktober 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch von Rechtsanwalt Vogel am 26./27. September 1989 vgl. Dok. 290, besonders Anm. 3.

³ Zu den Besuchen von Rechtsanwalt Vogel vgl. Dok. 287, besonders Anm. 6, und Dok. 294.

Betrieben wird berichtet, daß Parteifunktionäre mit Spott und Hohn als Nichtstuer zurückgewiesen würden. Auch die qualitativ neuen Demonstrationen in Leipzig⁴ haben gezeigt, daß die ohnmächtige Wut der Bevölkerung gegenüber einer anmaßenden, jedes vernünftige Gespräch mit der Bevölkerung ablehnenden Führung weiter anwächst. Eine schon seit längerem zu beobachtende erhöhte Konfliktbereitschaft der Bevölkerung wurde zunächst an dem Phänomen der auch in der DDR auftretenden Skinheads sichtbar.

Die öffentliche Billigung der brutalen Unterdrückung der Studentendemonstrationen in Peking durch die DDR-Führung, insbesondere den ersten Nachfolgekandidaten für Honecker, Krenz⁵, wie auch die verschiedentlich gemeldeten und auch selbst beobachteten Übungen von Kampfgruppen und Feuerwehreinheiten, die in der DDR zur Polizei gehören, denen beiden Funktionen bei der Bekämpfung möglicher innerer Unruhen zugewiesen werden, sind besorgniserregende Hinweise auf eine mögliche Eskalation der Konfliktbereitschaft seitens der Sicherheitskräfte, die auf die frustrierte Bevölkerung aufreizend wirken. Im Gegensatz zu früher wird heute nicht mehr resigniert, sondern die Bereitschaft, Widerstand zu leisten, wächst. Das wird erkennbar an dem Bemühen solcher Bewegungen wie des „Neuen Forums“, durch möglichst zahlreiche Unterschriften durch Massenzulauf Stärke zu gewinnen.

2) Die Führung tut nichts, um diese sich abzeichnende Eskalation zu bremsen. Die Zeichen der Nachdenklichkeit (Kommentare der Jungen Welt), der Reformbereitschaft (Rede des LDPD-Vorsitzenden Gerlach⁶) und der Dialogbereitschaft (Hermlin, Höpcke und Markus Wolf) sind in ihrer gegenwärtigen Wirkung nur marginal, vor allem deshalb, weil die Zentralpresse, insbesondere das Neue Deutschland, mit ihren klassenkämpferischen Beiträgen nur noch als Verhöhnung empfunden wird. Der Eindruck, daß die DDR-Führung jeglichen Kredit bei der eigenen Bevölkerung verspielt hat, bestätigt sich immer wieder. Besonders fatal wirkt bis heute der Wahlbetrug vom Mai des Jahres⁷ fort, wo es der

⁴ Am 26. September 1989 wurde in der Presse berichtet, am Vorabend sei es in Leipzig zur bislang größten Demonstration für eine Demokratisierung in der DDR gekommen: „Nach Angaben von Vertretern der Bürgerrechtsgruppen zogen etwa 8000 Menschen nach dem traditionellen Friedensgebet von der Leipziger Nikolaikirche in Richtung Bahnhof. Erst dort hätten die Sicherheitskräfte eingegriffen und zahlreiche Menschen festgenommen.“ Die Teilnehmer des Friedensgebets hätten Meinungs- und Versammlungsfreiheit gefordert. Vgl. dazu den Artikel „Festnahmen bei Demonstration in Leipzig“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. September 1989, S. 1.

⁵ Während eines Besuchs am 7./8. Juni 1989 in der Bundesrepublik, der auf Einladung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine stattfand, erklärte das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Krenz, in Neunkirchen: „Bei der Beurteilung der Ereignisse in der Volksrepublik China kann man nicht von den Horrordarstellungen der BRD-Medien ausgehen. Man muß sich auf die wirklichen Ereignisse und die Erklärungen der chinesischen Partei- und Staatsführung stützen. In diesen wird klar und deutlich festgestellt, daß die friedlichen Demonstrationen der Studenten zu einem konterrevolutionären Umsturz in der Volksrepublik China ausgenutzt werden sollten.“; Vgl. den Artikel „Erklärung von Egon Krenz“; NEUES DEUTSCHLAND vom 9. Juni 1989, S. 2.

⁶ Zur Rede des LDPD-Vorsitzenden auf einer Veranstaltung zum 40. Jahrestag der DDR am 19. September 1989 berichtete Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, am 21. September 1989, bemerkenswert sei, daß Gerlach sich nicht scheue, „die das Land derzeit beschäftigenden Probleme wie Flucht-bewegung, Rückzug in private Zirkel bis hin zur Äußerung faschistischer Tendenzen anzusprechen“. Die Rede habe jedoch auch deutlich gemacht, „daß Gerlachs ‚Offenheit‘ noch lange nicht auf eine tiefgreifende Veränderung der DDR gerichtet ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2043; Referat 210, Bd. 140684.

⁷ Zu den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 in der DDR vgl. Dok. 132, Anm. 4.

Führung nicht gelungen ist, die offenbar gewordenen Mißstände zu korrigieren oder die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen oder wenigstens Besserung für die Zukunft zu geloben. Als Eindruck bleibt bestehen, daß die Regierung ihre eigene Bevölkerung belügt. Rechtsanwalt Vogel bekam dies in Prag und Warschau zu spüren.

3) In der entstandenen Situation der Ablehnung der eigenen Regierung, der Verachtung für die SED, des Zynismus über die nicht zu beseitigenden Versorgungsmängel und der Empörung über die ständige Entmündigung durch die Behörden stehen sich eine ratlos gewordene Regierung und eine rationalen Argumenten kaum noch zugängliche Bevölkerung wie zwei angeschlagene Kämpfer gegenüber. Daraus erwächst die Sorge vor unkontrollierbaren Ausbrüchen mit nicht abzusehenden Folgen. Gewisse aktuelle Sorge bereiten die monatlich wiederkehrenden Dauerinterventionen⁸ gegen den Wahlbetrug am 7.5.89. Das nächste konfliktreiche Datum ist der 7.10.89.

4) In dieser Situation liegt es in unserem Interesse, wie auch immer mäßigend auf die Stimmung in der Bevölkerung einzuwirken, da die allgemeine Entwicklung ohnehin auch in der DDR auf Reformen hinausläuft, auch wenn die Führung dies nicht wahrhaben will. Ihre Chancen, den reaktionären Kurs durchzuhalten, sind auf die Dauer gering. Hier können wir darauf vertrauen, daß der natürliche Verlauf der Dinge die überalterte Führung in abseh⁹.

Im übrigen sagte mir heute ein Mitglied des Ministerrats, daß unsere Wiedervereinigungsdiskussion den Reformern, zu denen er sich zähle, fast jegliche Einmischungsmöglichkeit nehmen wird. Sei jetzt den Hardlinern den erwünschten Vorwand, alle Reformen abzublocken.¹⁰

[gez.] Bertele

Referat 210, Bd. 140684

⁸ Korrigiert aus: „Dauerinterventionen“.

⁹ Verstümmelte Übermittlung des Drahtberichts.

¹⁰ So in der Vorlage.

304

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Aufgabe: 29. September 1989, 20.46 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1088****Ankunft: 29. September 1989, 22.16 Uhr**

Betr.: Gipfel-Folgemaßnahmen²; Ratsdiskussion über Mittel- und Osteuropa
am 27.9.1989

Bezug: DB vom 29.9.1989³ – I-362.05 1.0

Bitte um Weisung

In Ergänzung zu Bezugs-DB werden aus Ratssitzung 27.9.1989⁴ über Mittel- und Osteuropa (MOE) folgende Einzelheiten festgehalten:

A. EPZ-Partner

1) Belgien

Was sich derzeit in MOE entwickle, sei völlig in unserem Sinne, könne jedoch Rückwirkungen auf uns und unsere Sicherheit haben. Sehr wenig hänge von uns ab. Westlicher Handlungsspielraum sei gering. Rolle des Bündnisses sei eine Rolle der Distanz: beobachten, analysieren, anregen und aufmerksam machen. In einigen eher technischen Bereichen bestünden Möglichkeiten, am Reformprozeß mitzuwirken (Einzelheiten wurden nicht genannt). Anschließend unterrichtete StV B⁵ über bisherige Sitzungen und Maßnahmen G24⁶.

2) Wir äußerten uns auf Grundlage von Weisungen und BM-Reden und Interviews gemäß Sprechzettel. Zahlreiche Partner stimmten unseren Ausführungen ausdrücklich zu.

3) Frankreich äußerte sich erst im letzten Drittel der Interventionen, also in Kenntnis der Tendenz der Meinungsbildung.

¹ Das von Botschaftsrat Schumacher, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 2. Oktober 1989 vorgelegen.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

³ Korrigiert aus: „28.9.“

Mit Drahtbericht Nr. 1089 vom 29. September 1989 gab Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), einen Überblick über die Diskussion der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 27. September 1989. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 151195.

⁴ Korrigiert aus: „28.9.1989“.

⁵ Prosper Thuysbaert.

⁶ Zur Bildung der „Gruppe der 24“ zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für Polen und Ungarn vgl. Dok. 231, Anm. 19.

Vortragender Legationsrat Heinsberg vermerkte am 27. September 1989: „In Sitzung im 24er-Kreis am 26.9.1989 legte EG-Kommission einen Aktionsplan für Polen und Ungarn vor, der Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft (Strukturhilfe), Handelserleichterungen, Erleichterungen von Investitionen, Aus- und Weiterbildung und Umwelt vorsieht [...]. Die EGK versteht ihren Plan als politischen Anstoß in Richtung einer Dynamisierung der Hilfsaktion und fordert die Nichtmitgliedstaaten der EG auf, sich an diesem Maßnahmenkatalog zu beteiligen. Als Finanzrahmen schlägt EGK eine besondere Haushaltslinie im EG-Haushalt für 1990 in Höhe von 200 Mio. ECU vor. Weiter schlägt EGK einen zusätzlichen finanziellen Beitrag der EG-MS in Höhe von 100 Mio. ECU sowie der Nichtmitgliedstaaten der EG in Höhe von 300 Mio. ECU vor, d. h. insgesamt 600 Mio. ECU (1,2 Mrd. DM). Die Initiative der EGK wurde von allen Teilnehmern begrüßt.“ Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157062.

StV F-Intervention war bemerkenswert, nicht nur, weil sie sich außerhalb des Konsenses stellte, sondern auch mit bewußt zynischem Unterton für NATO-Beratungen zu West-Ost-Fragen vorgetragen wurde. Nicht erkennbar war, inwieweit Robin sich auf Weisungsbasis bewegte.

In einer gegenüber koordiniertem Bündnisansatz äußerst kritischen, fast höhnischen und sarkastischen Intervention äußerte StV F Ansicht, daß Bündnis weder intellektuell für einen wie auch immer gearteten „Masterplan“ über MOE gerüstet sei, noch sei es überhaupt wünschenswert, sich in derzeitiger Situation als Block darzustellen. Im übrigen verfüge Allianz auch nicht über gemeinsames Ziel zur Gestaltung der Beziehungen zwischen West und Ost. Allianz solle sich also zunächst auf Analyse der Entwicklungen konzentrieren. Es sei zweifelhaft, ob der nur allgemein formulierte Gipfelkonsens⁷ für Aktionen ausreiche. Eher gelte es, Vielfalt und Diversifizierung zu zeigen und an jeden Einzelfall und Einzelvorhaben pragmatisch (d.h. offenbar unkoordiniert) heranzugehen. Nicht Ordnung in politischer und operativer Reaktion auf Veränderungen in MOE sei angebracht, sondern gerade das Gegenteil. Allgemein gelte es, positive Reformen zu ermutigen, ohne jedoch Destabilisierung zuzulassen. Dies setze auf westlicher Seite große Sorgfalt und Umsicht voraus.

Relativ breiter Handlungsspielraum bestünde für Regierungen MOE in Bereichen Wirtschaftsreformen und Menschenrechte. Mit Sorge dagegen sehe er mögliche Entwicklungen in Nationalitätenfrage, die Fundament des „Reiches“ erschüttern könnten.

Wichtig sei, daß Reaktionen westlicher Länder breit gefächert und diversifiziert seien.

Zur Analyse der SU:

Robin ging davon aus, daß der Schlüssel für die weitere Entwicklung der WP-Staaten unverändert in Moskau liege und Gorbatschow dabei der Hauptspieler sei. Man könne darüber streiten, wie man dessen Strategie und Ziele beurteile. F gehe davon aus, daß Gorbatschow Partei und Staat reformieren wolle, um beide effizienter zu machen. Insoweit handele es sich hier um einen schlichten Pragmatismus. Was die Außenpolitik angehe, so sei diese in der Tat radikal neu, wie Abzug aus Afghanistan⁸ (auch Angola und KAB), INF-Vertrag⁹ und Eingehen auf westliche Verifikationsvorstellungen zeigten. Aber auch die Prioritäten hätten gewechselt: Moskau gebe sich heute eine realistischere Antwort auf das, was Macht bedeute, als noch vor Jahren. Man könne eine Abkehr vom Ausgreifen in die Dritte Welt beobachten, statt dessen Konzentration auf Dialog mit denen, die Macht hätten: USA, China und Europäischer Gemeinschaft. Dieser Wechsel der Prioritäten zeige eine defensive Haltung. SU sei bereit, Regionalkonflikte abzubauen und zu lösen. Sie wolle ihr „image ennemie“ verlieren. Sie sehe, daß mit Ideologieverbreitung nichts zu erreichen sei, ebensowenig mit Angriffen auf den Kapitalismus.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

⁸ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

⁹ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

Die neue Politik gebe aber die Grundpositionen keineswegs auf: So gehe ihre Politik „en place“ – z.B. Afghanistan, Angola – weiter, d.h., die Regierungen blieben im Amt auch ohne fremde Truppenpräsenz. Für Osteuropa gelte: Wandel ja, aber Wahrung des durch die Rote Armee erreichten *acquis* auch ohne die Rote Armee (also der WP) durch Legitimierung des geopolitischen Status quo. Auch INF-Vertrag diene letztlich Verstärkung der strategischen Präponderanz in Europa. Kurzgefaßt: Es werde Ballast abgeworfen, damit das Schiff weiterfahren könne.

Robin sah in der Strategie Gorbatschows gegenüber dem Wandel in Osteuropa etwas Verzweifelteres. Der Wandel der letzten Monate sei so rapide vor sich gegangen, daß der Grenzpunkt nahe komme, an dem das Wesentliche (aus SU-Sicht) berührt werden könne. Es werde also „eng“ für Gorbatschow. Man könne nicht ausschließen, daß er mit seiner Strategie auf ernste Schwierigkeiten stoße und schwierige Entscheidungen zu treffen habe. Es beginne also eine Periode, in der man Vorsicht walten lassen müsse, weil hier auf den Westen womöglich schwierige Fragen zukämen. Wesentlich sei, daß Fortschritt anhalte, ohne daß es zu Destabilisierungen komme.

Zur Haltung des Westens:

Allianz sei keine Heilsarmee. Sie sei nicht in der Lage, einen Meisterplan zu erstellen, das sei ein Traum, das sei auch nicht wünschbar. Kein monolithischer Ansatz, vielmehr diversifizierte Aktionen seien notwendig. Robin bekannte sich zu einer „*éloge du désordre*“. Die Allianz habe durchaus eine Rolle, aber sie sei keine wirtschaftliche oder kulturelle Organisation. NATO sei zuständig für Sicherheit (was aus F-Sicht identisch ist mit Verteidigung). In diesem Bereich gebe es mehr als genug zu tun. Man solle sich über die militärische Situation unterhalten, z.B. was sind die Konsequenzen eines VKSE-Abkommens für SU. Robin faßte seine „*message simple*“ zusammen: NATO soll bei ihren Aufgaben bleiben.

4) Großbritannien

Zustimmung zu unserer Feststellung, daß Westen an einer durch den Status quo definierten Stabilität nicht interessiert sein könne, weil sie nicht dauerhaft sei. Ein Zurück zum früheren Zustand in MOE werde es nicht geben.

Konkrete Einflußnahme des Westens sei kaum möglich, seine Verantwortung dagegen groß. Bescheidenheit und Realismus sollten Leitlinie sein. Auslöser der Krise und des Wandels: Kontrast zwischen erfolgreichen westlichen Gesellschaften und zurückgebliebenen, gescheiterten Gesellschaften MOE. Es sei an SU und anderen MOE-Staaten, das Drama des Wandels durchzumachen. Westen dürfe sich hier nicht einmischen. Früher oder später werde er ohnehin vor unbequeme Alternativen gestellt werden und schwierige Entscheidungen zu treffen haben.

Differenzierter Ansatz, je nach Reformanstrengungen in einzelnen Staaten (wobei Polen, Ungarn an der Spitze, Rumänien am unteren Ende stünden, auch Jugoslawien solle durchaus Aufmerksamkeit zuteil werden), sei angebracht.

GB werde auch weiterhin Kontakte aller Art fördern und im Wirtschafts- und Finanzbereich Joint-ventures und Umschuldung (in vom Thatcher-Brief¹⁰ defi-

¹⁰ In einem Schreiben vom 4. September 1989 an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand sowie in ähnlichen Schreiben an Bundeskanzler Kohl und den amerikanischen Präsidenten Bush legte

nierten Grenzen) unterstützen. Bündnis habe im weiteren Prozeß Funktion, Meinungsaustausch zu ermöglichen und, wo erforderlich, Auffassungen zu harmonisieren. Wenn Rat Ehrgeiz habe, detaillierte Politik bezüglich MOE zu entwerfen, sei dies eine¹¹ Illusion. Man werde nicht viel mehr als im Gipfel-Dokument sagen können. Für kohärenten Ansatz sei dies völlig ausreichend. Als Gesamtheit hätten Bündnispartner vor allem die Aufgabe, feste und kohärente „posture“ zu gewährleisten. NATO solle sich aber besser darstellen und auch positiv in Anspruch nehmen, was andere westliche Organisationen leisteten. Arbeiten anderer Organisationen solle Bündnis nicht an sich ziehen.

¹²5) Niederlande

Wegen transatlantischen Charakters sei NATO optimales Forum für Bewertung von politischen und militärischen Fragen bezüglich SU und MOE allgemein.

Ausgangspunkt müsse Feststellung sein, daß es positive Entwicklungen gebe, die deshalb Unterstützung verdiensten (Ziffer 8 Gipfelerklärung „Schaffung einer neuen Struktur der Beziehungen“). Erfolg der Reformen hänge auch von westlicher Politik ab. Fortsetzung des Prozesses setze westliche Hilfe und Unterstützung voraus. Bleibe diese Hilfe aus, bestehe Gefahr negativer Auswirkungen. Allgemeiner Ansatz müsse sein, Demokratisierung zu fördern. Umsetzung solle differenziert werden, je nach Fortschritten bei Menschenrechten, politischen und sozialen Reformen. Wegen derzeit nur geschäftsführender Regierung im Haag¹³ sei nicht mit besonderen Initiativen NL zu rechnen. Zustimmung finde jedoch

- Investitionsförderung,
- liberale Handelspolitik,
- präferentielle Behandlung,
- Nahrungsmittelhilfe,
- Hilfe beim Umweltschutz.

Makro-orientierte Finanzhilfen kämen dagegen nur nach Abschluß IMF-Abkommens in Betracht.

6) Italien

StV I¹⁴ beschränkte sich auf Darlegung italienischer Haltung zu Entwicklungen in JUG (vgl. separaten DB¹⁵).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1307

die britische Premierministerin Thatcher ihre Vorschläge für eine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung Polens dar. Vgl. dazu Referat 420 (425), Bd. 157061.

¹¹ Korrigiert aus: „sei eine“.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1090 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ In den Niederlanden fanden am 6. September 1989 Parlamentswahlen statt. Am 7. November 1989 wurde Ministerpräsident Lubbers erneut vereidigt.

¹⁴ Francesco Paolo Fulci.

¹⁵ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 29. September 1989: „Bereits vor der Ratssitzung hatte Delegation I bei Partnern nachdrücklich dafür geworben, in die Erörterung der Entwicklung in Osteuropa auch Jugoslawien einzuschließen, dessen Bedeutung angesichts der dynamischen Veränderungen in SU, Polen und Ungarn in den Hintergrund zu fallen drohe („forgotten country“), obwohl Lage des Landes sich besorgniserregend zuspitze. StV I widmete seinen Beitrag in Ratssitzung dann sogar ausschließlich Jugoslawien. Jugoslawien sei integraler Bestandteil der Sicherheit und Stabilität in Europa, gerade auch angesichts der derzeitigen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa. Wirtschaftskrise, Nationalitätenkonflikt und Versagen bisheriger Lösungsversuche könnten, wenn sich die Entwicklung noch verschlechtere, verheerende Folgen für Stabilität auf dem Balkan und letztlich für ganz Europa haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1083; VS-Bd. 13508 (212); B 150, Aktenkopien 1989.

7) Spanien

Angeichts vieler ungeklärter Fragen (z.B. Nationalitätenproblem) und Spannungen in stark heterogenen Staaten MOE sei KZSE einziges Instrument zur Förderung des Reformprozesses, ohne Destabilisierung zu provozieren.

Angebot EG-Kommission biete gute Grundlage auch für andere Länder, Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Westliche Diversifizierung könne sich dabei als vorteilhaft für Zusammenarbeit mit MOE erweisen. Für engere Zusammenarbeit zwischen NATO und WP böten sich einzelne Bereiche wie etwa Zivilschutz (Tschernobyl¹⁶, Armenien¹⁷) an.

8) Dänemark

Es sei nicht auszuschließen, daß politische Entwicklung negative Wende nehme. Hierauf müsse Westen vorbereitet sein. SU befinde sich weiterhin im Zustand einer Krise unter Kontrolle. Wachsamkeit bei weiterer Entwicklung sei angezeigt, insbesondere hinsichtlich Implementierung östlicher Streitkräfte-reduzierungen.

Bekanntlich erkenne DK Regierungen der drei baltischen Republiken nicht an. Öffentliches Interesse in DK am Wandel im Baltikum nehme jedoch zu. Derzeit noch bestehende Beschränkungen würden deshalb reduziert. Man prüfe u. a. Möglichkeiten zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Intensivierter Dialog mit SU, UNG, Polen, DDR, ČSSR habe begonnen. DK strebe Verbesserung der Kontakt- und Reisemöglichkeiten an, Ausweitung des West-Ost-Handels, Förderung von Investitionen vor Ort (im Gegensatz zu staatlichen Finanzhilfen in 60er und 70er Jahren), Ausbildung und Beratung. Sorgen der MOE-Staaten in Umweltschutzbereich verdienten westliche Unterstützung, wobei jedoch Koordinierung erforderlich sei. Bei allen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen sei intensiver Dialog sine qua non. Bündnis müsse sich auf neue Entwicklungen einstellen, die gegebenenfalls eine Überprüfung der Strategie gegenüber MOE erfordern.

9) Griechenland

Reformprozeß müsse sich in Stabilität vollziehen können. Schritt-für-Schritt-Ansatz sei ratsam, für den Fall, daß Entwicklung entgleise.

Hinsichtlich vorrangiger westlicher Ziele seien Kontakte innerhalb NATO wünschenswert.

Beim Thema Menschenrechte komme es zwar darauf an, weiterhin Druck aufrechtzuerhalten, doch gälten diese universell und nicht nur selektiv, daher solle kein einzelner Staat isoliert werden (gemeint war einmal mehr Bulgarien/türkische Minderheit¹⁸). Auch solle Westen sich nicht dem Vorwurf der Einmischung aussetzen.

Als Bereiche für Hilfe und Unterstützung böten sich an: Umweltfragen, Drogenbekämpfung, Terrorismus.

¹⁶ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

¹⁷ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

¹⁸ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

B. Nicht-EPZ-Partner

10) USA

Situation in MOE stelle derzeit Hauptgegenstand Bündnisinteresses dar. Reformprozeß in Polen und Ungarn enthalte Chancen und Risiken. Es sei eine Entwicklung in richtige Richtung, die Unterstützung verdiene, doch gebe es bis jetzt nur wenig, was als unumkehrbar zu betrachten sei. Es komme darauf an, Prozeß in Stabilität vonstatten gehen zu lassen. Frühere Situation sei im wesentlichen eine instabile gewesen.

Neue Führung in Polen, die vor geradezu entmutigenden Aufgaben stehe, benötige westliche Unterstützung. Reformbemühungen in UNG seien noch nicht so weit fortgeschritten, daß auch hier westliche Unterstützung angezeigt sei. Dem Kongreß seien Gesetzentwürfe für Hilfe und Unterstützung zugunsten Polens und Ungarns zugeleitet worden.

Vorbereitung für Koordinierung der Hilfe an diese Länder (wie derzeit in G24 in effizienter Weise durch EG-Kommission) müßten getroffen werden. Westen müsse sich darüber klarwerden, welche Art von politischen und wirtschaftlichen Reformen er unterstützen wolle. Das Wie sei zu beantworten mit

- formeller Erklärung für Unterstützung Polens und Ungarns,
- Liste von wirtschaftlichen Prioritäten über Nahrungsmittelhilfe hinaus,
- Diskussion, wie Polen IMF-Abkommen abschließen könne.

Polen habe Regierungsdokument vorgelegt, das ehrgeizige Anstrengungen innerhalb eines Rahmens von 90 Tagen vorsehe.¹⁹ Auch OECD sollte nach Möglichkeiten suchen, Kontakt zu beiden Staaten zu entwickeln.

Hinsichtlich Regierungen in RUM, ČSSR und DDR müsse überlegt werden, wie man hier vorgehe. An Jugoslawien sei ebenfalls zu denken.

Es könne jetzt nicht darum gehen, Geld nach Polen und Ungarn zu pumpen, vielmehr sollten wirkliche, mit geringem finanziellem Einsatz mögliche Reformvorhaben ermutigt werden. Es dürfe nicht – wie in Vergangenheit – Geld verschwendet werden.

Rat müsse eine eindeutige Erklärung der Bündnishaltung zu Reformprozeß abgeben. Darüber hinaus könnten Politischer Ausschuß und Wirtschaftsausschuß evtl. Papier über MOE überarbeiten.

11) KAN

Einig mit uns, daß Bündnis bis Herbsttreffen²⁰ Antwort auf Prozeß in MOE finden müsse.

¹⁹ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 13. Oktober 1989 über das Wirtschaftsprogramm der polnischen Regierung. Dieses basiere auf einem Memorandum vom 21. September 1989, das in einer erweiterten Form durch Finanzminister Balcerowicz am 23. September 1989 an den IWF und die Weltbank übermittelt worden sei. Es bezeichne „als wirtschaftspolitisches Hauptziel die Umwandlung der polnischen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft mit einer Eigentumsstruktur, die sich allmählich der der fortgeschrittenen Industrieländer angleichen soll“. Gemäß dem Memorandum und weiterer zwischenzeitlicher Erklärungen Balcerowicz sei folgende zeitliche Abfolge vorgesehen: „In den nächsten ungefähr drei Monaten soll eine Reihe prioritärer Maßnahmen ergriffen werden, um die Effizienz der Fiskal-, Einkommens- und Geldpolitik sicherzustellen. [...] In der ersten Phase sollen außerdem erste Maßnahmen zur Änderung der Eigentumsstrukturen, Demonopolisierung, Budget- und Bankenreform und zur Schaffung eines sozialen Sicherungsnetzes beginnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2124; Referat 214, Bd. 139872.

Vorgänge seien von historischer Bedeutung. Man sei im Begriff, Nachkriegsära zu verlassen. Selbstverständlich könnten Ereignisse in MOE auch Rückwirkungen auf Westen haben, doch sei Entwicklung insgesamt in westlichem sicherheitspolitischen Interesse. Wirkliche Reformen würden westlichen Ländern bedeutende Vorteile bringen. Zwecks Umsetzung der Zusammenarbeit müßten detaillierte Vorschläge in politischem, wirtschaftlichem und sozialem Bereich gemacht werden (als Beispiele für SU: Hilfe bei Entwicklung des Steuer- und Rechtswesens). Vorgehen müsse je nach Land differenziert werden. Selbst Polen und Ungarn fielen nicht in gleiche Kategorie. Im Baltikum erscheine Hilfe in Nichtregierungsbereich angemessen.

Kohärenz durch Konsultation und Koordination könne nur Rat gewährleisten. Kein anderes Gremium habe diese transatlantische Zusammensetzung aufzuweisen. Anregung zu prüfen, ob und wie PC-Bericht zu Osteuropa neugefaßt werden solle.

12) Norwegen

Dank für positive Reaktionen auf Brief früheren AM Stoltenberg²¹ zur Verbesserung Konsultationsprozesses im Bündnis.²²

Hinsichtlich Polen Einverständnis mit US, daß IMF-Abkommen notwendige Voraussetzung sei. Auch OECD könne nützliche Rolle spielen.

Bei allen Maßnahmen müsse Duplizierung vermieden werden. Zustimmung zu dänischen Überlegungen, Situation im Baltikum zum Anlaß Überprüfung bisheriger Politik zu nehmen.

Anregung zu prüfen, ob NATO bei einigen Programmen (Umweltschutz) Beteiligung MOE ermöglichen solle.

13) Türkei

Aufgaben Bündnisses sehe TUR vor allem in

- Beobachtung der Entwicklungen in MOE,
- Beobachtung von Rückwirkungen auf westliche Gesellschaften, wobei Selbstdarstellung Bündnisses zu verbessern wäre,
- Entwicklung eines breiteren Sicherheitskonzepts als bisher,
- kontinuierliche Pflege der bündnisinternen Beziehungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1310

²⁰ Am 4. Dezember 1989 fand in Brüssel eine NATO-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 392 und Dok. 393.

Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

²¹ In einem Schreiben vom 26. Juni 1989 an Bundesminister Genscher schlug der norwegische Außenminister Stoltenberg zur Verbesserung der Konsultationen der NATO-Mitgliedstaaten folgende Maßnahmen vor: häufigere Gipfelkonferenzen, mehr informelle Treffen der Außenminister, Treffen auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister bzw. der Politischen Direktoren der Außenministerien, informellere Treffen der Ständigen Vertreter, bessere Zusammenarbeit zwischen dem Ständigen NATO-Rat und anderen NATO-Gremien und -Ausschüssen. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 151195.

²² In seinem Antwortschreiben vom 21. Juli 1989 riet Bundesminister Genscher dazu, mit dem „wichtigen Instrument“ von Gipfelkonferenzen „sorgfältig“ umzugehen. NATO-Gipfelkonferenzen sollten „nicht zur Routine werden“. Genscher bot einmal jährlich stattfindende bilaterale sicherheitspolitische Konsultationen auf der Ebene der stellvertretenden Politischen Direktoren unter Beteiligung der Verteidigungsministerien an. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6105 des Vortragenden Legationsrats Gröning vom 21. Juli 1989 an die Botschaft in Oslo; Referat 201, Bd. 151195.

Es spreche vieles dafür, Harmonisierungs- und Steuerfunktion im Bündnis zu belassen:

- bei Umsetzung Aktionsplan,
- bei Verteilung einzelner Aufgaben (wie jetzt an EG-Kommission).

StV TUR²³ kündigte Papier zum Thema Reformprozeß in Osteuropa an.

[gez.] Hansen

Referat 201, Bd. 151195

305

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem finnischen Präsidenten Koivisto auf Schloß Gymnich

3. Oktober 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Vermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Staatspräsident Koivisto am 3. Oktober 1989 in Gymnich²

Teilnehmer

Finnische Seite: Staatspräsident Koivisto; Herr Kalela, Kabinettschef und Chef der Präsidialkanzlei; Herr Wihtol, Staatssekretär im Außenministerium; Herr Karhilo, stellvertretender Staatssekretär der politischen Abteilung im Außenministerium.

Deutsche Seite: BM, Dg20³, Dg013⁴, LR I Berger⁵/010.

Zu Beginn des etwa dreiviertelstündigen Gesprächs unterrichtet *BM* den finnischen Staatspräsidenten über die dramatische Entwicklung in der deutschen Botschaft in Prag.⁶

²³ Ünal Ünsal.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hofstetter am 4. Oktober 1989 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 6. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte:

„Vermerk ist zur vorläufigen Verteilung freigegeben; von BM n[och] n[icht] gebilligt.“

² Der finnische Präsident Koivisto besuchte die Bundesrepublik vom 1. bis 5. Oktober 1989.

³ Rolf Hofstetter.

⁴ Jürgen Chrobog.

⁵ Korrigiert aus: „LR Berger“.

⁶ Zu den Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. Dok. 290 und Dok. 302.

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 3. Oktober 1989, Staatsministerin Adam-Schwaetzer habe die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bei der EG-Ministerratstagung am selben Tag in Luxemburg über die sich „zuspitzende Lage der DDR-Flüchtlinge in Prag“ unterrichtet: „4000 Flüchtlinge befanden sich mittlerweile im Haus und im Garten der Botschaft. Vor der Botschaft hätten sich bisher schon mehr als 1000 Menschen aus der DDR auf der Straße versammelt, da sie nicht mehr in die Botschaft aufgenommen werden könnten, in der äußerst beengte und hygienisch problematische Verhältnisse herrschten. Die Bundesregierung stehe in Kontakt mit den Regierungen der DDR und der ČSSR mit dem Ziel einer ‚Anschlußregelung‘ an die humanitäre Aktion am letzten Samstag, bei der um 6000 Menschen aus Prag und Warschau über die DDR in die Bundesrepublik gelangt seien.“

Staatspräsident weist auf den bevorstehenden Besuch von Gorbatschow in Ost-Berlin⁷ hin, der wahrscheinlich gar nicht gegen Reformen in der DDR sei.

BM: Gorbatschow habe sicher ein Interesse daran, daß die Entwicklung in der DDR nicht außer Kontrolle gerate und es nicht zu unkalkulierbaren Entwicklungen komme. Da der DDR die nationale Identität fehle, sei sie das schwächste und schwierigste Glied in der Kette. Es werde viel davon abhängen, wie Gorbatschow reagiere und wie er auf die DDR einwirke. Der Grund für die Ausreisewelle liege nicht in materiellen Erwägungen, sondern in dem Fehlen innerer Reformen und der Perspektivlosigkeit. Wir seien Zeugen und Mitgestalter einer historischen Entwicklung. Von uns werde eine Politik des Augenmaßes gefordert.

Staatspräsident: Es sei bezeichnend, daß in der DDR sowjetische Zeitschriften wie *Nowosti* und *Sputnik* verboten worden seien.⁸ In der Sowjetunion werde offen über die Ereignisse von 1939 gesprochen, insbesondere hinsichtlich der baltischen Staaten.

BM: Die DDR sei der große Instabilitätsfaktor. Es lasse sich noch nicht übersehen, wie die Feiern zum 40. Jahrestag ablaufen. Wir hätten kein Interesse an einer Destabilisierung der Regierung der DDR, könnten aber auch nicht deren Aufgaben übernehmen. Es sei undenkbar, daß wir unsere Botschaften einmauern. Uns müsse daran gelegen sein, daß die Entwicklung in der DDR nicht die größere Entwicklung in Europa störe.

Staatspräsident: Was die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa betreffe, so sei die Jahreswende ein wichtiger Termin, weil dann in den baltischen Staaten die Wirtschaftsänderungen in Kraft träten.

BM: Die Russen seien nicht schlecht beraten, wenn sie die baltischen Staaten als wirtschaftliches Versuchsgelände benutzten. Anders als in Rußland gebe es dort noch Erfahrungen mit unserem Wirtschaftssystem.

Staatspräsident: Während es z.B. in China qualifizierte Handwerker gebe, fehlten diese in der Sowjetunion fast vollständig. Man habe in der Sowjetunion enorme Summen in die Infrastruktur investiert, aber die praktischen handwerklichen Fähigkeiten vernachlässigt. Wissenschaftlich Ausgebildete, wie Mathematiker, gebe es hingegen genug.

BM: Es sei erstaunlich, daß die Sowjetunion auf militärischem Gebiet und auch in der Raumfahrt zur Weltspitze gehöre, ansonsten aber ein Entwicklungsland sei. Ein „spin-off“ der militärischen Aktivitäten für die zivile Wirtschaft habe es in der Sowjetunion, die sozusagen ihr eigenes COCOM geschaffen habe, nicht gegeben.

BM kommt auf die bevorstehende Gorbatschow-Reise zurück: Es sei dies Gorbatschows schwerste Reise; von ihm werde ein Balanceakt verlangt. Wir könnten

Fortsetzung Fußnote von Seite 1312

Die Gespräche mit beiden Regierungen hätten bisher zu keinen Ergebnissen geführt. Besonders dringlich sei in Prag eine Lösung für die DDR-Deutschen, die sich ohne Unterkunft auf der Straße befänden und unter Umständen die Nacht dort verbringen müßten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3030; Referat 214, Bd. 139876.

⁷ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR fand anlässlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER–GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

⁸ Zum Verbot sowjetischer Filme und der Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR vgl. AAPD 1988, II, Dok. 346.

in dieser Situation keinen Einfluß nehmen. Prag sei nur die Spitze des Eisbergs, was sich darunter vollziehe, sei noch viel dramatischer.

Staatspräsident: Er habe gehört, daß es in Ungarn auch rumänische Flüchtlinge gebe.

BM: Dies treffe zu, außerdem seien dort auch russische und tschechische. Dies habe das Problem so kompliziert gemacht. Die Ausreise aus Ungarn werde nur Deutschen aus der DDR gestattet.

Er, BM, sei nach wie vor davon überzeugt, daß Gorbatschows Politik gelingen werde.

Staatspräsident erkundigt sich nach den Aussichten der polnischen Reformen. Er habe heute gelesen, daß die kommunistische Partei in der Bevölkerung eine Unterstützung von nur 3 % habe.

BM: Eine positive wirtschaftliche Entwicklung sei nicht über Nacht zu erreichen. Wichtig sei, daß der Westen jetzt großzügig helfe. Er bedaure, daß die Entwicklung in Prag ihn daran hindere, an der heutigen Sitzung in Luxemburg⁹ teilzunehmen. Er habe die Absicht gehabt, sich dort für eine solche großzügige Hilfe einzusetzen.

Staatspräsident: Die Bundesrepublik Deutschland habe bereits in der Vergangenheit umfangreiche Hilfe gewährt.

BM: Den Kredit von 1975¹⁰ müsse man im Zusammenhang mit der Ausreise Deutschstämmiger aus Polen sehen. Noch heute würden wir an Rumänien Barzahlungen leisten, damit Deutsche ausreisen könnten.¹¹ Bis Ende des Jahrhunderts werde es in Rumänien keine Deutschen mehr geben.

In der Sowjetunion versuchten die Deutschen, wieder eine eigene Republik zu schaffen.¹² Darüber werde in der sowjetischen Führung diskutiert.

Staatspräsident weist auf die Umsiedlung von 400 000 Finnen im Jahre 1940 hin. Früher sei in Nordrußland Finnisch gesprochen worden, dies sei nicht mehr der Fall.

BM würdigt die Rede, die Staatspräsident Koivisto am Abend des Vortages in Schloß Augustusburg gehalten hat. Was der Präsident gesagt habe, sei auch auf uns anwendbar.

Es gebe bei uns Leute, die immer wieder darauf hinwiesen, die Grenzen seien nicht endgültig. Die Lehre der Geschichte laute jedoch, daß Grenzdiskussionen Europa zu einem Pulverfaß machten. Die Zeit schreite über Grenzen hinweg.

Er erinnere an den Streit um Elsaß-Lothringen. Dies sei heute ebensowenig ein Problem wie Eupen und Malmedy. Statt dessen hätten wir mit Frankreich einen Beamtenaustausch und planten zwei gemeinsame Botschaften.¹³

⁹ Zur EG-Ministerratstagung vgl. Dok. 307.

¹⁰ Korrigiert aus: „1976“.

Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5 % über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

¹¹ Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. zuletzt AAPD 1988, II, Dok. 279.

¹² Zur Frage der Errichtung einer Autonomen Republik an der Wolga vgl. Dok. 336.

¹³ Zum Vorhaben gemeinsamer Auslandsvertretungen mit Frankreich vgl. Dok. 157, Anm. 15.

Der Warschauer Vertrag¹⁴ habe den Teufelskreis von Unrecht und Unrecht beendet. Unsere Aufgabe sei es, den Blick nach vorne zu richten. In dieser Hinsicht hätten wir große Bewunderung für die finnische Staatskunst, aus den gegebenen Möglichkeiten das Äußerste (aber auch nicht mehr) zu machen. Die Bundesrepublik Deutschland und Finnland seien diejenigen Staaten in Europa, die am besten empfinden könnten, was im Osten vorgehe, und die deshalb auch eine besondere Verantwortung trügen.

Referat 210, Bd. 140733

306

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2234

Citissime nachts

Aufgabe: 3. Oktober 1989, 08.00 Uhr¹

Ankunft: 3. Oktober 1989, 21.31 Uhr

Betr.: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR

Bezug: DE 1040 vom 2.10.1989 – 214-321.00 POL 021250²

1) Habe heute AM Skubiszewski BM-Schreiben vom 2.10. (Bezugs-DE) übergeben und dabei AM davon unterrichtet, daß sich zum Zeitpunkt des Gesprächs (16.00 Uhr) bereits wieder 258 Deutsche aus der DDR in der Obhut der Botschaft befänden. Angesichts der offensichtlich auch in Warschau weiter ansteigenden Zahl von Zufluchtsuchenden sowie der sich zunehmend verschlechternden Witterung sei es dringend geboten, eine baldige humanitäre Lösung auch für die neuen Zufluchtsfälle zu finden. Eine solche könne auch aus unserer Sicht sehr wohl so aussehen, wie sie VAM Kulski gegenüber StS Sudhoff am 28.9. skizziert habe.³ Wichtig sei vor allem, daß man Lösungsmöglichkeiten bald anpacke.

AM Skubiszewski bestätigte ausdrücklich die von VAM Kulski gegenüber StS Sudhoff skizzierte Lösungsmöglichkeit, die nach Absprache mit ihm selbst erfolgt sei. Polen messe der Tatsache größte Bedeutung zu, daß das Problem der Zu-

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Bauch, Warschau, konzipiert.

² Ministerialdirigent Höynck übermittelte der Botschaft in Warschau ein Schreiben des Bundesministers Genscher vom 2. Oktober 1989 an den polnischen Außenminister Skubiszewski. Darin hieß es: „Die Bundesregierung und ich persönlich bitten Sie herzlich, für die Regelung neuer Zufluchtsfälle nunmehr das Verfahren durchzuführen, das Vize-Außenminister Kulski am 28.9.89 gegenüber Staatssekretär Sudhoff in Aussicht gestellt hat und das wir in unserem Gespräch in New York bestätigt haben. Die Bundesregierung ist selbstverständlich bereit, wenn und soweit Sie dies wünschen, vorbereitende Gespräche mit der Regierung des Landes zu führen, das Sie als Durchgangsland vorgesehen haben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139869.

³ Zum Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kulski in Warschau vgl. Dok. 294.

fluchtsuchenden nach Möglichkeit zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt werde. Deshalb sei für ihn eine Antwort auf die Frage, ob die am 30.9./1.10. gefundene Lösung⁴ wirklich einmalig bzw. ob eine Wiederholung oder eine anderweitige Regelung mit der DDR möglich sei, von großer Wichtigkeit. Die Komplikation bestehe darin, daß sich die Ereignisse wiederholen werden. Er könne heute noch keine Antwort geben, wolle allerdings als feststehende Haltung Polens noch einmal betonen, daß niemand zwangsweise in die DDR abgeschoben werde und daß Polen behilflich sein wolle, Bedingungen zu schaffen, die den Zufluchtsuchenden aus der DDR einen zeitweiligen Aufenthalt in Polen ermöglichen. Die Gründe, weshalb Polen die beste Lösung weiterhin in einer Absprache zwischen Bonn und Berlin sehe, seien bekannt. Polen wolle weiterhin ein Drittstaat bleiben und nicht intervenieren. Erst wenn sich dies als unmöglich erweise, käme eine andere Lösung in Betracht, wie etwa die von VAM Kulski erwähnte. Eine dahingehende Entscheidung sei allerdings nicht Sache des Außenministeriums allein, sondern eine Sache der ganzen Regierung. Diese verstehe die Lage sehr gut und werde ohne Verzögerung prüfen, was getan werden könne. Dennoch brauche die Regierung eine gewisse Zeit, wobei er auf seine Inanspruchnahme durch den Staatsbesuch des spanischen Königspaares⁵ sowie auf eine zweitägige Reise verwies, von der er erst am Sonntag⁶ zurück sei⁷. Er bzw. in seiner Abwesenheit VAM Kulski stünden jederzeit zum Gespräch zur Verfügung. Man werde über eine Lösung nachdenken, auch deshalb, weil Polen nicht wünsche, ein permanentes Durchgangsland für Flüchtlinge aus einem Nachbarland zu werden. Auch wolle er wiederholen, daß man eine humanitäre und pragmatische Lösung finden müsse. Trotz allem wolle er auf diesem Wege an die Bundesregierung appellieren, noch einmal mit der Regierung der DDR über Lösungsmöglichkeiten zu sprechen. Polen müsse völlige Sicherheit über die definitive Antwort der DDR haben und die Position der DDR in der konkreten Lage exakt kennen. Im übrigen lasse er dem BM für den Brief danken, den er beantworten werde, sobald er mehr zur Lösung sagen könne.

2) Das erneut in einer ausgesprochen freundlichen Atmosphäre geführte Gespräch machte wiederum deutlich, wie sehr die polnische Regierung sich einerseits menschenrechtlichen Aspekten verpflichtet fühlt und wie sehr sie andererseits alles vermeiden möchte, um die DDR in einer bereits schwierigen Situation weiter zu reizen bzw. die Beziehungen zu Ost-Berlin zu belasten. So ist vor allem Skubiszewskis mehrmaliger Hinweis zu verstehen, man brauche eine gewisse Zeit und absolute Sicherheit über die endgültige Entscheidung der DDR, bevor man sich selbst für eine Lösung, wie im vorliegenden Fall skizziert, entscheide. Angesichts der Tatsache, daß zum 40. Jahrestag des Bestehens der DDR am 7.10. eine hochrangige Delegation (nach bisherigem Informationsstand: Staatspräsident Jaruzelski, StM Czyrek und Parteichef Rakowski) nach Ost-Berlin reisen wird, ist vor diesem Datum sicherlich keine Entscheidung zu erwarten. Möglich ist auch, daß die von Skubiszewski erwähnte Reise nach Ost-Berlin führt.

⁴ Zur Ausreise von Zufluchtsuchenden aus der DDR aus Warschau in die Bundesrepublik am 1. Oktober 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 52, sowie DIE EINHEIT, Dok. 14.

⁵ Der spanische König Juan Carlos I. und Königin Sofia besuchten Polen vom 3. bis 5. Oktober 1989.

⁶ 8. Oktober 1989.

⁷ Der polnische Außenminister Skubiszewski nahm an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR am 6./7. Oktober 1989 in Ost-Berlin teil.

Darüber hinaus legt Polen entscheidenden Wert auf eine völlige Ausschöpfung der deutsch-deutschen Lösungsmöglichkeiten, und erst, wenn es davon überzeugt ist, könnte eine Lösung wie die hier in Frage stehende in Betracht kommen, die dann allerdings durchaus so aussehen könnte, wie jetzt bereits bekannt.

[gez.] Schoeller

B 85 (Referat 513), Bd. 2335

307

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3028

Aufgabe: 3. Oktober 1989, 23.00 Uhr¹

Cito

Ankunft: 3. Oktober 1989, 23.53 Uhr

Betr.: 1349. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) am 3.10.1989 in Luxemburg;
hier: Polen- und Ungarnhilfe

Bezug: DB 2968 vom 27.9.1989 – Pol 423.10 POL/UNG²

Zur Unterrichtung

In einer ausführlichen Aussprache des Rates, an der sich alle Delegationen beteiligten, fand der Aktionsplan der Kommission für die Polen- und Ungarnhilfe³ allgemeine Unterstützung. Trotz einiger punktueller Probleme, die von einzelnen MS aufgebracht wurden – so z. B. von E die technischen HH-Probleme, von UK ein Zusammenhang mit Vereinbarungen Polens mit dem IWF und eine vorläufige Beschränkung der Gemeinschaftsaktionen auf das HH-Jahr 1990 sowie von NL gewisse Reserven gegenüber einer Einbeziehung Polens und Ungarns in das allgemeine Präferenzsystem –, ging die Tendenz in Richtung noch stärkerer Bemühungen der Gemeinschaft für die Polen- und Ungarnhilfe im Rahmen der internationalen Koordinierung der 24. Vor allem I (AM De Michelis) und D (StMin Adam-Schwaetzer) legten die Dringlichkeit rascher und umfassender Hilfeleistung für die im Aufbau befindlichen Demokratien in Polen und Ungarn mit aller Deutlichkeit dar. Der Vorsitz faßte die Ergebnisse in „Schlußfolgerungen des Rates“ in schriftlicher Form zusammen (folgen per Fernkopie).⁴ Die Diskus-

¹ Das von Botschaftsrat Cuntz, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

² Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), berichtete über die Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 27. September 1989 zur Hilfe für Polen und Ungarn: „Der Vorsitz geht davon aus, daß im Allgemeinen Rat am 3.10.89 eine politische Substanzdiskussion mit konkreten politischen Schlußfolgerungen geführt wird, die im EcoFin-Rat am 9.10.89 zu den speziellen finanziellen Aspekten fortgesetzt werden soll.“ Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157062.

³ Zum Aktionsplan der EG-Kommission vom 26. September 1989 vgl. Dok. 304, Anm. 6.

⁴ Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 1119 des Botschaftsrats Cuntz, Brüssel (EG), vom 3. Oktober 1989; Referat 410, Bd. 141609.

sion soll im EcoFin-Rat am 9.10.89 fortgesetzt werden, insbesondere um konkrete Beschlüsse zu den von der Kommission angekündigten Verordnungsvorschlägen betreffend den Finanzbedarf in Höhe von 200 MECU und die Garantien für EIB-Darlehen sowie über evtl. noch ungeklärte HH-Fragen zu beschließen.⁵ Im Gemeinschaftsrahmen soll sich der nächste Allgemeine Rat am 6. November wieder mit den politischen Perspektiven der Polen- und Ungarnhilfe befassen.⁶ Im Kreise der 24 wird eine Koordinierungssitzung auf politischer Ebene (d.h. Minister) angestrebt, sobald die Entwicklungen es erlauben.⁷

Im einzelnen

1) Der Vorsitz (AM Dumas) erinnerte eingangs an den Auftrag des Weltwirtschaftsgipfels von Paris⁸ und die politische Tragweite der anstehenden Entscheidungen. Zur Diskussion stünden in erster Linie der Aktionsplan der Kommission und die Koordinierung der Polen- und Ungarnhilfe im Kreise der 24, die rascher Umsetzung bedürften.

2) VP Andriessen berichtete von den bisherigen Bemühungen der KOM und der Gemeinschaft und zählte die Hauptpunkte des Aktionsplanes der KOM auf. Er wies auf den Finanzbedarf für die Aktivitäten im Rahmen der 24 hin (200 MECU Gemeinschaft, 100 MECU MS, 300 MECU andere Teilnehmerstaaten). Man hoffe, daß diese Beträge insbesondere durch Anstrengungen von seiten der anderen Teilnehmerstaaten noch überschritten werden könnten. Im Hinblick auf die Bedeutung der Angelegenheit solle aus Sicht der KOM eine Koordinierungssitzung der 24 auf Ministerebene anberaumt werden, sobald die Bedingungen hierfür gegeben seien. VP Andriessen unterrichtete den Rat, daß die KOM im nächsten Jahr Delegationen in Warschau und Budapest zu eröffnen beabsichtige und schon zuvor Vertreter in die beiden Hauptstädte zum Zwecke besserer Informationen entsenden wolle. Er unterstrich, daß die Kommission weltweite Lösungen für die Probleme Polens und Ungarns suche, insbesondere in Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank und anderen Organisationen. VP Christophersen berichtete von den Kontakten der Kommission mit der EIB, die sehr interessiert hinsichtlich eines Engagements für privatwirtschaftliche Vorhaben reagiert habe. EIB-Darlehen seien z. B. für „Joint-ventures“ denkbar. Voraussetzungen seien jedoch ein einstimmiger Beschluß im Gouverneursrat, die Schaffung einer

⁵ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 13. Oktober 1989 zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 9. Oktober 1989 in Luxemburg, für Polen seien „im Haushaltsplan 1990 zusätzlich 200 Mio. ECU bereitgestellt“ worden. Der Rat habe außerdem die „Gewährung von EG-Bürgschaften für EIB-Darlehen an Polen und Ungarn bis zur Höhe von 1 Mrd. ECU für die nächsten drei Jahre beschlossen“. Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157063.

⁶ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), informierte am 8. November 1989 über die Ergebnisse der EG-Ministerratstagung am 6. November 1989 in Brüssel zur Hilfe für Polen und Ungarn. Es sei „die Aufhebung der spezifischen, gegenüber Staatshandelsländern diskriminierenden mengenmäßigen Beschränkungen ab 1.1.1990“ beschlossen worden: „Auf Vorschlag des BM wurde die KOM darüber hinaus aufgefordert, bis zum nächsten Allgemeinen Rat am 27.11.89 einen Vorschlag für die Abschaffung auch der nicht diskriminierenden mengenmäßigen Beschränkungen vorzulegen. VP Andriessen sagte dies zu. Der Rat sprach sich außerdem dafür aus, daß die KOM einen Vorschlag für erweiterte Nahrungsmittelhilfe für Polen angesichts der sich im Winter verschlimmernden Situation vorlegt. Die KOM will weiterhin ihre Vorstellungen für einen Überbrückungskredit für Polen und Ungarn konkretisieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3525/3526; Referat 410, Bd. 141609. Zur Tagung vgl. ferner Dok. 348.

⁷ Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

Rechtsgrundlage für Garantien durch die Gemeinschaft in Form einer Verordnung und die ordnungsgemäße Einstellung in den Haushalt der Gemeinschaft. Es gebe Präzedenzfälle für EIB-Engagement zugunsten von Staaten außerhalb der Gemeinschaft, so z. B. Jugoslawien und Portugal vor seiner Mitgliedschaft. Christophersen betonte, daß die von der KOM in Aussicht genommenen EIB-Darlehen nichts mit einer Lösung der Schuldenfrage zu tun hätten. Die Verschuldungsproblematik sei in Zusammenarbeit der 24 mit dem Pariser Club, dem IWF, der Weltbank u. a. zu lösen. Allerdings werde die Beurteilung der Rentabilität von Vorhaben auch von der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den IWF beeinflußt werden. Christophersen wies weiter darauf hin, daß die KOM die Anregung des belgischen Finanzministers⁹ prüfe, ob Ungarn ein Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 1 Mrd. Dollar gewährt werden könne. Hintergrund sei, daß sich Belgien in der gleichen IWF-Gruppe wie Ungarn befinde und Ungarn einen Finanzierungsbedarf für die nächsten drei Jahre in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar angemeldet habe. Von dem Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 1 Mrd. Dollar seien etwa 600–700 Mio. Dollar von seiten der Gemeinschaft erwünscht. Die KOM sei noch zu keinem Schluß gekommen. Man müsse festhalten, daß für solche Hilfeleistungen auch andere Institutionen, wie z. B. die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich, in Frage kämen. Diese Frage müsse ebenso wie die Frage der EIB-Darlehen und die Beschlüsse über die von der KOM angekündigten Verordnungen im EcoFin-Rat am 9.10.1989 erörtert werden.

3) Der Vorsitz veranstaltete eine Tischumfrage, bei der sich alle Delegationen grundsätzlich positiv zum Aktionsplan der KOM äußerten und verstärkte Bemühungen befürworteten. StMin Adam-Schwaetzer unterstrich die hohe Attraktivität, die die EG auf Ungarn und Polen ausübe. Man nehme die Gemeinschaft dort als Leitbild auf dem Weg zu Demokratie und Pluralismus. Wir unterstützten den Aktionsplan der KOM, der viele wichtige Ansatzpunkte enthalte. Man müsse sich jedoch fragen, ob nicht noch mehr getan werden müsse, um den beiden Ländern in dieser entscheidenden Phase zu helfen. Eines der Hauptelemente seien private Investitionen. In den meisten Mitgliedstaaten gebe es Systeme von Bürgschaften, so z. B. in D die „Hermes-Bürgschaften“, die in den Aktionsplan aufgenommen werden könnten und über die Garantien für die EIB-Darlehen hinausgingen. Auch in der öffentlichen Darstellung müsse deutlich gemacht werden, daß von seiten der MS über den Aktionsplan der Kommission und die Maßnahmen im Rahmen der 24 hinausgehend bilaterale Beiträge geleistet würden. Polen brauche bei der entscheidend wichtigen Verschuldungsproblematik eine Atempause für Rückzahlungen. Dies müsse bei den Verhandlungen im Pariser Club berücksichtigt werden. Die neue Regierung brauche Rückenwind für Anfangserfolge und sei auf die Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen. Im übrigen setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, daß so bald wie möglich eine Ministerkonferenz der 24 einberufen werde.

B und UK unterstützten die Idee einer verstärkten Förderung privater Investitionen, wobei B auf das bereits vorhandene eigene Instrumentarium hinwies. AM Eyskens bestätigte, daß der B-Finanzminister beim EcoFin-Rat auf die Frage der Zahlungsbilanzkredite zu sprechen kommen werde. B habe allerdings bis-

⁹ Philippe Maystadt.

her keine konkreten Beträge genannt, wie sie von VP Christophersen in die Debatte gebracht worden seien. UK (AM Major) erhob¹⁰ entgegen früheren Äußerungen seitens UK keine Einwendungen gegen EIB-Darlehen in besonderen Fällen, z.B. zur Förderung von Joint-ventures. Es sei jedoch zunächst erforderlich, daß Vereinbarungen mit dem IWF im Hinblick auf die Sanierung der Wirtschaft vorlägen. UK wolle sich auch nicht gegen die Gewährung von Zollpräferenzen im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems für diese beiden Länder sperren, obwohl der konkrete Nutzen nicht erkennbar sei. UK befürworte schließlich auch den Einsatz von 200 MECU im HH-Jahr 1990, wendet sich jedoch gegen eine Festlegung auf mehrere Jahre. Dem widersprach P, das insbesondere für die mittelfristige Strukturhilfe ein auf mehrere Jahre angelegtes Vorgehen der Gemeinschaft für erforderlich hält.

NL (AM van den Broek) sprach sich ebenso wie zuvor UK für IWF-Vereinbarungen vor Anlauf der Strukturhilfe durch die Gemeinschaft aus. NL habe ebenso wie UK auch Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Einbeziehung von Polen und Ungarn in das allgemeine Präferenzsystem. Vielleicht müsse man differenziert vorgehen wie im Fall Jugoslawiens. Auch E lobte den Aktionsplan der Kommission. Hinsichtlich eines beschleunigten Abbaus der mengenmäßigen Beschränkungen für Polen gab E allerdings zu bedenken, daß man noch keine rechte Erfahrung mit dem Ungarn-Abkommen¹¹ gemacht habe, das ja auch erst vor kurzem abgeschlossen worden sei. Schließlich gebe es noch technische HH-Probleme hinsichtlich des Finanzbedarfs von 200 MECU und der EIB-Garantien. E wolle daher zu Protokoll geben, daß die Hilfe für diese beiden Länder nicht auf Kosten der Mittel für andere Gemeinschaftsprogramme gehen dürfe. Einige andere Delegationen, darunter I, widersprachen und betonten, daß technische HH-Probleme kein Hindernis für die Beschlußfähigkeit der Gemeinschaft in dieser wichtigen Angelegenheit sein dürften.

¹²I (AM De Michelis) hielt ein eindrucksvolles Plädoyer für das uneingeschränkte Engagement der Gemeinschaft in dieser historisch entscheidenden Phase. Ein Scheitern der Entwicklungen in Ungarn und Polen, auf die man mehr als 40 Jahre gewartet habe, wäre katastrophal. Drei Hauptkriterien für die Polen- und Ungarnhilfe seien zu nennen: rasches Handeln, globale Aktionen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und eine dem Bedarf der beiden Länder angemessene Hilfeleistung. Von der Gemeinschaft werde ein politisches Signal erwartet. Außer den für den Fortgang der Hilfe wichtigen Beschlüssen des EcoFin-Rates am 9.10. müsse der nächste Allgemeine Rat Anfang November Beschlüsse über das gesamte Hilfsprogramm treffen. Auch I unterstützte die belgische Anregung hinsichtlich Zahlungsbilanzkrediten für Ungarn, die wahrscheinlich später auch von Polen erbeten würden.

GR, IRL, DK und LUX äußerten sich durchweg im Sinne eines beschleunigten Vorgehens auf der Grundlage des Aktionsplanes der KOM. Auch F (Madame

¹⁰ Korrigiert aus: „hob“.

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. September 1988 zwischen der EWG und Ungarn über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3029 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Cresson) gab dem Aktionsplan der KOM ihre volle Unterstützung. Entscheidungen müßten schon bald gefaßt werden, so daß z.B. eine Einbeziehung von Polen und Ungarn in das allgemeine Präferenzsystem schon vor Ende des Jahres für das Jahr 1990 beschlossen werden könne.

In seiner abschließenden Stellungnahme unterstützte VP Andriessen die Ausführungen von I hinsichtlich der drei „Kriterien“. Schnelles Handeln sei erforderlich. Im Hinblick auf die entsprechende Äußerung von UK meinte Andriessen, ein Mehrjahresprogramm sei wichtiger als eine einmalige Aktion. Er ging auch in positivem Sinne auf die Beiträge von D, B und UK hinsichtlich einer verstärkten Unterstützung von Privatinvestitionen ein.

4) Ratspräsident Dumas hielt die Ergebnisse der Aussprache in Schlußfolgerungen des Rates fest, die anschließend schriftlich verteilt wurden.

Der ursprüngliche Text wurde nach Intervention mehrerer MS dann noch revidiert (der revidierte Text wird als Fernkopie übersandt). E, B, NL und KOM hatten noch punktuelle Vorbehalte zu einigen Passagen, die im Ratsprotokoll festgehalten werden sollen bzw. bei späteren Erörterungen präzisiert werden sollen. Die Geltung der Schlußfolgerungen insgesamt wurde aber von keiner Delegation in Frage gestellt.

[gez.] Ungerer

Referat 410, Bd. 141609

308

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2573

Aufgabe: 4. Oktober 1989, 16.27 Uhr¹

Ankunft: 4. Oktober 1989, 17.12 Uhr

Betr.: Die deutsche Frage;

hier: Gespräch mit dem Generalsekretär des Elysée, Bianco

Bezug: DB 2292 vom 8.9.89

Generalsekretär Bianco hat mich zu einem Mittagessen unter vier Augen am 3. Oktober in das Elysée eingeladen. Das Gespräch hatte das Flüchtlingsproblem und die deutsche Frage zum Hauptgegenstand.

Ich habe meine dort bekannten Gedankengänge entwickelt (Bezugs-FS), die auf die französische Gemütsverfassung besonders eingehen.

Bianco erklärte, er sei mit allen diesen Argumenten einverstanden.

Leider werde, wie ich richtig dargestellt hätte, in Frankreich zur Zeit viel Illusorisches ventiliert, und zugegebenermaßen gebe es gewisse „mythische Ängste“ der Franzosen. Er könne aber versichern, daß der Präsident der Republik² und

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach vorgelegen.

² François Mitterrand.

die französische Regierung diese Ängste in keiner Weise teilten. Diese mythischen Ängste seien in sich teils widersprüchlich, teils unklar und atavistisch. Sie würden von einigen Presseorganen eher angefacht. Dabei spiele in der Tat die Sorge vor einer wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands eine herausragende Rolle.

Er sehe ein, wie schwierig es für uns sei, diese emotionalen Ängste durch rationale Argumentationen auszuräumen. Das sei ebenso schwierig für die französische Führung, die eigentlich nur immer wiederholen könne, daß die Wiedervereinigung ein legitimer Wunsch des deutschen Volkes sei. Der französischen Nation müsse gleichzeitig klargemacht werden, daß sie deshalb keine Sorge zu haben brauche. Je mehr der deutsche Botschafter in Paris und die deutsche Seite überhaupt unterstrichen, wie energisch und hartnäckig wir am Weiterbau Europas mitarbeiteten, und zwar als tragendes und motorisches Element zusammen mit Frankreich, desto mehr würden diese konkreten Beweise für unsere Westbindung als Gegengewicht gegen die mythischen Ängste wirken. Eine ähnlich beruhigende Wirkung würde sich einstellen, wenn wir gemeinsam mit Frankreich für Polen und Ungarn Hilfe leisteten. Konkretes gemeinsames Handeln gegenüber diesen Ländern zeige, daß wir das deutsche Problem innerhalb des europäischen Problems lösen wollten, und dadurch, daß wir diejenigen besonders honorierten, die in ihren Reformbemühungen mutig voranschritten, würde für die DDR hoffentlich ein Anreiz geschaffen, nachzuziehen.

[gez.] Pfeffer

Referat 210, Bd. 140723

309

Gespräch des Bundesministers Genscher mit EG-Kommissionspräsident Delors

5. Oktober 1989¹

Herr Minister

Gespräch des Herrn Bundesministers mit EG-Kommissionspräsident Delors (D.)
am 5.10.1989²

Anwesend: Herr Bundesminister, Frau Staatsministerin Adam-Schwaetzer, Frau Siebourg, Unterzeichner³.

1) Zu Beginn des Gesprächs gab *BM* einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand und die mit dem Abtransport der Zufluchtsuchenden in Prag und War-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Berger am 9. Oktober 1989 gefertigt. Hat Berger am 11. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gesprächsprotokoll ist nur zur vorläufigen Verteilung freigegeben; von BM noch nicht gebilligt.“

² EG-Kommissionspräsident Delors traf am 5. Oktober 1989 auch mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 58.

³ Christian Berger.

schau zusammenhängenden Probleme.⁴ *Delors* stimmte mit seiner Einschätzung überein, die Lage der DDR sei explosiv. *BM* ergänzte, Gorbatschow stehe vor seinem schwierigsten Besuch.⁵

2) *Delors* fragte *BM* nach der deutschen Haltung zu den derzeitigen grundlegenden Veränderungen in Europa. Er bezog sich dabei auf die *BM*-Interviews für *RIAS*⁶ und *Spiegel*⁷.

Er betonte, daß die Veränderungen in Europa Thema des Europäischen Rates in Straßburg⁸ werden müßten. Als konkrete Aufgabe des ER definierte er die Festlegung einer Position der EG zu den übrigen Staaten bzw. Staatengruppen Europas und die Klärung der Frage, was nach 1992⁹ kommen solle; der ER müsse insbesondere Orientierungen für die einzuberufende Regierungskonferenz geben.

BM stimmte zu, es sei richtig, dem ER eine Aufgabe zu stellen, die über 1992 hinausweise; es sei gut, daß gerade Präsident Mitterrand den Vorsitz im ER führen werde. Die Attraktivität der EG beruhe darauf, daß sie mehr sei als eine Freihandelszone gehobener Qualität. Das politische Gewicht der EG werde an ihrer Entschlossenheit gemessen, die Politische Union zu verwirklichen. Dabei sei das deutsche Schicksal in das europäische Schicksal eingebettet. Nachdem Deutschland in der Vergangenheit oft im Gegensatz zu seinen europäischen Nachbarn gestanden habe, sei diese Einbettung in das Schicksal Europas die bedeutendste Entscheidung der Nachkriegszeit gewesen.

Es gebe wegen der Verankerung in der EG keinen deutschen Sonderweg mehr; die auf wirtschaftliche Integration zielende WWU werde diese Einbettung auch politisch unauflöslich machen. Wie für die Bundesrepublik Deutschland gelte auch für Spanien, Portugal und Griechenland, daß bei ihrem Beitritt zur EG die Stabilisierung einer demokratischen Entwicklung von besonderer Bedeutung gewesen sei. Für die Bundesrepublik Deutschland sei die Aufnahme in die EG die Wiederaufnahme in den Kreis der freien Völker Europas gewesen. Die Identifikation mit Europa mache es für die Deutschen leichter, Kompetenzen an die EG abzutreten.

Davon ausgehend, so *BM* weiter, stelle sich die Frage nach der Haltung zu den übrigen Staaten Europas. Für Österreich¹⁰ gelte, es müsse für sich selbst beantworten, ob es die Finalität einer Politischen Union mit seiner eigenen Politik für vereinbar erachte. Die Türkei¹¹ sei aufgrund ihres demokratischen, wirt-

⁴ Zu den Zufluchtsuchenden aus der DDR in den Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau vgl. Dok. 305, Anm. 6, bzw. Dok. 306.

⁵ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR fand anlässlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER–GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

⁶ Für das Interview des Bundesministers Genscher mit dem Sender *RIAS* vom 17. September 1989 vgl. Referat 013, Bd. 179075.

⁷ Vgl. dazu den Artikel „Hier ist Engagement gefordert“, *DER SPIEGEL*, Nr. 39 vom 25. September 1989, S. 24–27.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁹ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁰ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

¹¹ Zum türkischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 190.

schaftlichen und sozialen Entwicklungsstandes ein sehr viel problematischerer Beitrittskandidat. Was die Staaten Mittel- und Osteuropas angehe, so komme es darauf an, Flexibilität und Ideenreichtum zu zeigen. Anders als die AKP-Staaten, ASEAN oder den GCC dürfe man diese Staaten nicht als einheitliche Gruppe behandeln. Die gemeinsame Erklärung zwischen EG und RGW¹² gebe nur den Rahmen ab, innerhalb dessen die einzelnen RGW-Staaten versuchen werden, ihre Beziehungen zur EG individuell zu gestalten. Einen Ostblock gebe es nicht, man möge nur Ungarn mit Rumänien vergleichen. Im übrigen sei zwischen Sofortmaßnahmen und systematischer Gestaltung der Beziehungen zu diesen Staaten zu unterscheiden. Zur Frage einer EG-Mitgliedschaft führte BM aus, daß ökonomische und politische Reformen in einzelnen Staaten Mittel- und Osteuropas noch keine Demokratie bedeuten. Wie weit die Möglichkeiten dieser Staaten gehen, Demokratie zu verwirklichen, bzw. wieweit sie durch ihre Bindungen (Warschauer Pakt, RGW) gehindert seien, dies zu tun, könne heute nicht abschließend beurteilt werden. Man dürfe nur die Perspektiven für eine mögliche Entwicklung nicht versperren.

Zum Verhältnis EG–EFTA merkte BM unter Zustimmung von D. an, die EG sei auf dem Weg zur Europäischen Union. Offen sei, wie sich andere Staaten bzw. Staatengruppen wie die EFTA entwickeln würden. Entscheidend sei es, so BM, sein eigenes Ziel (Europäische Union) zu kennen. Es sei sehr weise gewesen, mit Art. 237 EWG-V¹³ die Möglichkeit von Beitritten zur EG vorzusehen. Außerdem habe die EG eine Reihe von Kooperations- und Assoziationsmodellen entwickelt. Aber auch Formen offener europäischer Kooperation, etwa EUREKA oder die grenzüberschreitende Umweltpolitik, seien Beispiele für die offene Gestaltung europäischer Zusammenarbeit.

Zusammenfassend stellte BM fest, die deutsche Frage sei seit 1945 immer auf dem Tisch gewesen, jetzt komme die europäische Frage hinzu. Ausgelöst worden sei dies durch die Dynamik der EG auf dem Weg zur Europäischen Union einerseits und die Reformdynamik in einigen sozialistischen Ländern andererseits. Es sei entscheidend, daß die Dynamik der EG stärker bleibe, damit die EG ihre führende Rolle in der Zukunftsgestaltung Europas behält.

Delors stellte zum Verhältnis zwischen der EG und den übrigen Staaten Europas fest:

- Die derzeitige Hilfe für Polen und Ungarn sei nicht ausreichend, wobei Ungarn Wert darauf lege, nicht wie Polen eingeschätzt und behandelt zu werden. Ein Fehlschlag in Polen werde im übrigen die EG mehr belasten als die finanziellen Kosten der EG-Hilfen, die zum Erfolg der polnischen Reformen beitragen.
- Die EG müsse die Struktur und Perspektive ihrer Zusammenarbeit mit der EFTA definieren.

¹² Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des RGW vom 25. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 576 f.

¹³ Für den Wortlaut von Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

Artikel 237 wurde mit Artikel 8 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

BM ging anschließend auf eine Bemerkung von *D.* ein, daß zwischen ihnen in der Sicherheitspolitik in Nuancen unterschiedliche Auffassungen bestünden. Er umriß seine Auffassung wie folgt:

- Die militärischen Elemente werden im Rahmen des Ost-West-Konflikts an Bedeutung verlieren.
- Trotzdem bleibe die NATO angesichts des Gewichts der Sowjetunion unverzichtbar für die Sicherheit Europas. Sie stelle die stabile Statik dar, auf deren Basis die EG ihre Dynamik entfalten kann. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die USA seien in Europa nicht mehr erforderlich, die EG mache das allein.
- Die EG hat im begrenzten Rahmen (Bsp.: Stockholmer Konferenz¹⁴) eine eigene Sicherheitspolitik entwickelt.
- Die Revitalisierung der WEU ist für die Weiterentwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik notwendig, gerade weil die WEU-Mitglieder sich ohne jeden Vorbehalt als der NATO zugehörig betrachten, während eine Reihe von EG-Staaten Schwierigkeiten mit einer Identifikation mit der Allianz haben.

Auf die Überlegung *Delors'*, daß die SU auch in ferner Zukunft nicht gleichzeitig den Verlust ihrer Kontrolle über die übrigen WP-Staaten und eine eventuelle Auflösung des Verbundes der Sowjetrepubliken akzeptieren werde, erwiderte *BM*, er sehe die interne Lösung für die SU in einer föderalistischen Struktur, die ihre Grenze dort findet, wo ein Teilstaat versucht, die Sowjetunion zu verlassen. Er wiederholte, die NATO bleibe das einzig mögliche Gegengewicht zum sowjetischen Machtpotential. Die Zustimmung zur Sicherheitspolitik der Allianz sei in der Bundesrepublik Deutschland noch nie so groß gewesen wie nach den Brüsseler Beschlüssen¹⁵.

Delors führte anschließend aus, daß es wichtig sei, die von *BM* skizzierte deutsche Haltung den übrigen Partnern zu erläutern. Er schlug vor, das Thema Polen/Ungarn auf der bevorstehenden informellen Tagung des EG-Außenminister-rates¹⁶ zur Sprache zu bringen. Es herrsche viel Unverständnis über die deutsche Haltung zu diesem Thema in der EG (GB, F, NL namentlich). Einerseits sei er sich mit *BM* einig (Bestätigung durch *BM*), daß Polen/Ungarn derzeit zu wenig geholfen werde, andererseits befürchten, so *D.*, schon jetzt viele EG-Staaten, daß *D* mit einer breit angelegten Wirtschaftshilfe einen Alleingang in Osteuropa machen wolle. *BM* sagte dazu, um solchen Bedenken entgegenzuwirken, wolle er, daß möglichst viel an Zusammenarbeit mit den Reformstaaten im Rahmen der EG erfolge.

Zur deutschen Frage merkte er an, der von *BM* verwendete Ausdruck „Zusammenführung“ sei eine Formel, die ihm sehr zusage.

BM faßte abschließend zusammen, er befürworte die engste Abstimmung mit *D.* über die Gestaltung der weiteren Entwicklung, wobei das ausführliche heutige

¹⁴ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

¹⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁶ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Oktober 1989 im Château d'Esclimont vgl. Dok. 323.

Gespräch gezeigt habe, daß sie beide den gleichen konzeptionellen europapolitischen Ansatz verfolgten. Er lud Herrn Delors ein, das Gespräch unter Beteiligung von Frau Staatsministerin Adam-Schwaetzer bald fortzusetzen, was dieser erfreut zusagte.

Referat 010, Bd. 178929

310

Ministerialdirektor Jelonek an die Botschaft in Paris

431-464.76 INI/BRA 110610

Aufgabe: 6. Oktober 1989, 14.00 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 8373 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Trägertechnologie-Regime;
hier: Französische Pläne, Trägertechnologie an Indien und Brasilien zu übertragen²

Bezug: DE 8232 vom 3.10.1989 – 431-464.76 INI/BRA³

Botschafter⁴ wird gebeten, nachfolgende Demarche im Außenministerium vorzutragen. Sie ist mit der britischen Regierung abgestimmt. Britischer Botschafter⁵ wird noch heute demarchieren. Eine gemeinsame⁶ Demarche, wie beabsichtigt, kann wegen Zeitmangels nicht mehr erreicht werden. Nachdem die Presse (Financial Times⁷) das Thema bereits aufgegriffen hat, muß der Eindruck vermieden werden, daß die Bundesregierung erst auf Druck der Presse reagiert.

Folgt Demarche:

- 1) Die Bundesregierung dankt der Regierung Frankreichs für das Non-paper, das sie ihr kürzlich zu diesem Thema übermittelt hat.
- 2) Die Bundesregierung ist sich zwar bewußt, daß die Richtlinien des Trägertechnologie-Regimes (TTR⁸) nicht darauf abzielen, die internationale Zusammen-

¹ Durchschlag als Konzept.

Das Fernschreiben wurde von Legationssekretär Soos konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Blankenstein vorgelegen.

² Zu den von Frankreich mit Non-paper vom 12. September 1989 übermittelten Plänen vgl. Dok. 285.

³ Vortragender Legationsrat Blankenstein teilte den Botschaften in London und Rom sowie nachrichtlich u. a. der Botschaft in Paris mit, die britische Botschaft habe am 2. Oktober 1989 den Entwurf eines Non-papers übergeben, mit dem das französische Non-paper vom 12. September 1989 beantwortet werden solle: „Es ist beabsichtigt, dies zum Anlaß einer gemeinsamen Demarche (D, GB, I) zu nehmen, die im wesentlichen dem britischen Entwurf – der in den Einzelheiten noch abgestimmt werden muß – folgen wird. Botschaften werden gebeten, bei den Gastregierungen die Zustimmung zu diesem Vorgehen einzuholen.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151118.

⁴ Franz Pfeffer.

⁵ Ewen Fergusson.

⁶ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Blankenstein handschriftlich: „Ist doch erfolgt am 6.10., 15.00.“

⁷ Vgl. dazu den Artikel „EC urged to join in missile accord“, FINANCIAL TIMES vom 6. Oktober 1989, S. 1 und 28.

⁸ Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA wandten seit April 1987 ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an.

arbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums zu behindern, sie kann jedoch nicht umhin, ernste Befürchtungen im Zusammenhang mit dem französischen Vorhaben zu äußern.

3) Die Bundesregierung ist insbesondere besorgt über die Weitergabe von Gegenständen der Kategorie I an Länder, die neben ihrem zivilen Raumfahrtprogramm bekanntermaßen ballistische Flugkörper entwickeln, ohne daß für uns eine eindeutige Trennung ersichtlich ist. Wir würden es begrüßen, wenn sich die französische Seite zu der Frage äußern könnte, wie die Einhaltung der nach den TTR-Richtlinien vorgesehenen Garantien für die Endverwendung sichergestellt werden soll.

4) Dem französischen Non-paper ist ferner zu entnehmen, daß Frankreich beabsichtigt, Brasilien die Lizenz zur Herstellung des Viking-Motors zu erteilen. Im Ergebnis wird der Empfänger dadurch, wie bei der Weitergabe entsprechender Fertigungseinrichtungen, in die Lage versetzt, einen Kategorie-I-Gegenstand herzustellen. Wir würden es begrüßen, wenn die französische Regierung dazu Stellung nehmen könnte, wie diese Absicht mit Abs. 2 der Richtlinien in Einklang zu bringen ist. Darin heißt es, daß die Weitergabe von Fertigungseinrichtungen für die Kategorie I nicht genehmigt wird. Die Bundesregierung nimmt zur Kenntnis, daß Frankreich Indien die für den Bau des Viking-Motors erforderliche Technologie 1974 zur Verfügung gestellt hat. Da das TTR erst 1987 in Kraft trat, ist die Bundesregierung der Auffassung, daß damit kein Präzedenzfall geschaffen worden ist.

5) Die Bundesregierung ist überrascht, daß die französische Seite behauptet, Flüssigtreibstoffe könnten sinnvollerweise nur für zivile Raumfahrtträger verwendet werden. Sowohl taktische als auch strategische Raketen und Flugkörper mit Flüssigtreibstoffen sind seit langem im militärischen Einsatz. Die Mehrzahl der sowjetischen und chinesischen ICBM ist mit Flüssigtreibstoffen ausgestattet. Auch die ersten ICBM der NATO und des Warschauer Paktes bedienten sich der Flüssigtreibstoffe, einige auch kryogener Treibstoffe.

6) Die Bundesregierung befürchtet, daß das TTR durch eine derart breit angelegte Zusammenarbeit untergraben wird, und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Partner um neue Mitglieder bemühen.⁹

7) Die französische Regierung dürfte wissen, daß die Bundesregierung aufgrund des TTR strenge Kontrollen für den Export von Trägertechnologie eingeführt hat, die u.a. auch für Exporte nach Indien und Brasilien gelten. Aufgrund dessen haben wir unseren eigenen Unternehmen Ausfuhrgenehmigungen für Gegenstände der Technischen Liste des TTR nach Indien und Brasilien verweigert. Es würde uns überaus schwerfallen, diesen Standpunkt weiterhin zu vertreten, wenn ein anderer TTR-Partner nachweislich Gegenstände der Technischen Liste des Trägertechnologie-Regimes – und sogar solche der Kategorie I – an diese Länder exportierte.

8) Die Bundesregierung mißt Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Flugkörper große Bedeutung bei. Auch wir sind wie Frankreich

Fortsetzung Fußnote von Seite 1326

Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

⁹ Zu den Bemühungen, weitere Staaten in das Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie einzubeziehen, vgl. Dok. 341.

Mitglied der ESA und Anteilseigner von Arianespace und werden uns wie bisher für den Erfolg des im Rahmen der ESA-Programme entwickelten Ariane-Trägers einsetzen. Wir wären überaus beunruhigt, wenn das europäische Raumfahrtprogramm mit der Weitergabe von Technologie in großem Maßstab an zwei Länder in Verbindung gebracht würde, die möglicherweise ballistische Flugkörper mit Hilfe der im Rahmen ihrer zivilen Raumfahrtprogramme erlangten Technologie entwickeln.¹⁰

[gez.] Jelonek

Referat 431, Bd. 160657

311

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege

012-9-312.74 061350

6. Oktober 1989¹

Fernschreiben Nr. 54 Orteiz

Betr.: Regierungs-/Industriekonferenz gegen chemische Waffen in Canberra
(18. – 22.9.89)

Vom 18. – 22.9.1989 fand in Canberra auf australische Einladung die „Regierungs-/Industriekonferenz gegen chemische Waffen“ statt, an der 65 Staaten teilnahmen. Unserer Delegation unter Leitung von D2A² gehörten neben Beamten der zuständigen Bundesministerien Vertreter wichtiger Chemie-Unternehmen, des Verbandes der Chemischen Industrie, des BDI sowie des DIHT an.

Die Konferenz endete am 22. September mit einer zusammenfassenden Erklärung des australischen AM Evans.³ Das von der Konferenz nicht formell verabschiedete, mit den wichtigsten Teilnehmerstaaten jedoch abgestimmte Abschlußdokument stellt zutreffend fest, daß die von den Veranstaltern vorgegebenen Konferenzziele erreicht worden sind:

- Demonstration des gemeinsamen Engagements von Regierungen und Industrie für weltweites Verbot chemischer Waffen,

¹⁰ Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 6. Oktober 1989: „1) Am 6.10.1989 habe ich mit dem britischen Botschafter die Demarche beim Generalsekretär des Quai d'Orsay, Scheer, ausgeführt. Scheer erklärte, er habe über das Dossier heute morgen mit dem Generalsekretär des Elysée, Bianco, gesprochen. In der französischen Administration habe bisher der Eindruck vorgeherrscht, daß nur die USA sich heftig gegen die französischen Absichten wendeten. [...] Präsident Mitterrand habe noch keine Entscheidung getroffen. Er, Scheer, werde die Demarchen-Texte sofort zur Kenntnis des Außenministers und des Präsidenten bringen. 2) Ich hatte den Eindruck, daß der Generalsekretär [...] unsere Linie versteht, vielleicht sogar in unserer Richtung auf die französische Willensbildung einzuwirken versucht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2607; Referat 431, Bd. 160656.

¹ Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Reyels konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat König vorgelegen.

² Josef Holik.

³ Für die Erklärung des australischen Außenministers Evans vgl. AV, Neues Amt, Bd. 25417.

- Förderung des Dialogs zwischen Regierungen und Industrie, um Abschluß einer CW-Konvention zu beschleunigen,
- Vorbereitung der Implementierung dieser Konvention; hier erwähnt der Bericht namentlich die Bundesrepublik Deutschland als durch Erweiterung des Kriegswaffengesetzes beispielgebend⁴,
- Werben für verantwortungsbewußtes Handeln schon vor einem CW-Verbot in Form von Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung chemischer Waffen.

Bereits am 20.9. hatte die in Canberra vertretene Industrie der Teilnehmerstaaten in einer gesonderten und in ihrer Art erstmaligen Erklärung („Industry Statement“⁵) ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Genfer Verhandlungen über ein weltweites CW-Verbot und ihre Bereitschaft zur Mithilfe bei der Lösung der noch offenen Fragen der Überprüfung der chemischen Industrie zugesagt. Ein zu schaffendes internationales Industrieforum soll die Genfer Verhandler ständig beraten. Alle Delegationen sprachen sich für einen raschen Abschluß der Genfer Arbeiten an der CW-Verbotskonvention⁶ aus.

Wertung:

Es ist in unserem Interesse, daß die Konferenz von Canberra – ähnlich wie schon die Pariser Konferenz im Januar 1989⁷ –, ausgehend von einer ursprünglich anderen Zielsetzung, in eine Unterstützung der Genfer Verhandlungen über ein weltweites CW-Verbot mündete: War es in Paris zunächst um eine Bekräftigung des Genfer Protokolls von 1925⁸ gegangen, so stand am Beginn⁹ der Canberra-Konferenz der amerikanische Wunsch nach einer Eindämmung der Proliferation chemischer Waffen. Wie schon in Paris, so hat sich auch in Canberra eindrucksvoll die Überzeugung manifestiert, daß nur ein baldiges weltweites und verifizierbares Verbot das Problem der chemischen Waffen wirksam und auf Dauer lösen kann.

Canberra hat den politischen Konsens von Paris um wichtige praktische Elemente ergänzt, die der in Abrüstungsverhandlungen bisher nie dagewesenen Einbindung eines wichtigen Industriezweiges Rechnung tragen. Die Canberra-Konferenz war schon von ihrer Anlage her weniger politisch als die von Paris. Ihr Erfolg besteht darin, daß in einer weit über den Kreis der CD-Mitglieder hinausgehenden Konferenz praktische Unterstützung der chemischen Industrie der Teilnehmerstaaten für die weiteren Arbeiten in Genf und die notwendigen nationalen Vorbereitungen für die Umsetzung eines CW-Verbots gewonnen werden konnte. Jetzt kommt es darauf an, diese Bereitschaft in konkrete Verhandlungsfortschritte in Genf umzusetzen.

[gez.] Bettzuege

Referat 012-9, Bd. 161323

⁴ Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

⁵ Für das „Industry Statement“ vgl. AV, Neues Amt, Bd. 25417.

⁶ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 270, Anm. 12.

⁷ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

⁸ Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

⁹ Die Wörter „am Beginn“ wurden von Vortragendem Legationsrat König handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „an der Wiege“.

312

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach

220-370.26

9. Oktober 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Amerikanische Open-skies-Initiative;

hier: Vorbereitung einer Konferenz in Ottawa (29.11.–15.12.1989)

Anlg.: 1⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der Ziffern 3 und 5

1) Entstehung und Inhalt der Initiative

Präsident Bush hat die Open-skies-Initiative am 12. Mai 1989 in seiner Rede vor der Universität von Texas angekündigt⁵; er knüpfte damit an einen Vorschlag von Präsident Eisenhower aus dem Jahr 1955 an. Der Anstoß zum Aufgreifen dieses Gedankens kam von der kanadischen Regierung. Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben den Open-skies-Vorschlag in der Gipfelerklärung vom 30.5.1989 indossiert.⁶

Die USA haben ihre Vorstellungen in einem am 31.8. in das Bündnis eingeführten Papier konkretisiert⁷ und seither auf der Grundlage von Kommentaren der Bündnispartner weiterentwickelt. Wesentliche Elemente des amerikanischen Konzepts sind nach dem gegenwärtigen Diskussionsstand:

- Zur Förderung von Offenheit und Vertrauensbildung wird ein internationales Abkommen angestrebt, das den Teilnehmerstaaten gegenseitige Luftaufklärung mit eigenen unbewaffneten Flugzeugen ermöglicht.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert und Vortragendem Legationsrat Schultheiß konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Oktober 1989 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat Gerdtts am 19. Oktober 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 20. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert am 23. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik, Vortragenden Legationsrat Schultheiß und Legationsrat I. Klasse Krug verfügte.

Hat Holik am 24. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Roßbach am 24. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

Hat Schultheiß am 25. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der um Wiedervorlage bat.

Hat Krug vorgelegen.

Hat Schultheiß am 27. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 14.

⁵ Zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vgl. Dok. 136, Anm. 32.

⁶ Vgl. dazu Ziffer 18 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 35. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 340. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte am 31. August 1989 ein amerikanisches Papier vom selben Tag zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vom 12. Mai 1989 („U.S. Comments on Open Skies Initiative“). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 929/930; Referat 240 (220), Bd. 163071.

- Teilnehmer an einem Open-skies-Regime sollen wegen ihrer militärischen Bedeutung und im Hinblick auf die bessere Implementierbarkeit zunächst nur die Mitgliedstaaten der beiden Bündnisse sein. Der gesamte Luftraum der Teilnehmerstaaten soll für Überflüge offenstehen. Beschränkungen sind nur auf der Grundlage der allgemein geltenden Flugsicherheitsbestimmungen zulässig.
- Jeder Teilnehmerstaat muß eine gewisse Anzahl von Flügen pro Jahr hinnehmen, deren Zahl und Dauer sich nach der Größe seines Territoriums richten. Nach dem US-Modell würden dies für uns vier Flüge von höchstens je sechs Stunden Dauer pro Jahr, für die USA 52 Flüge von bis zu zwölf Stunden und für die Sowjetunion 124 Flüge von bis zu 24 Stunden Dauer bedeuten.
- Die Überflüge können nach einer Notifizierungsfrist von 24 Stunden und einer weiteren Wartezeit (24–30 Stunden) am Abflugort im zu inspizierenden Land durchgeführt werden.
- Ein Open-skies-Regime wäre getrennt von anderen Rüstungskontrollforen zu verhandeln und zu implementieren.

Kanada hat von Anbeginn großes Interesse daran bekundet, Gastgeber einer ersten Konferenzphase zu sein. Die kanadische Regierung hat die Bündnispartner nunmehr unterrichtet, daß sie in Kürze alle NATO- und WP-Staaten zu einer ersten Konferenzphase vom 29.11. bis 15.12.1989 in Ottawa einladen werde. Die Konferenz soll auf Außenministerebene eröffnet werden (29.11.–1.12.).

Nach Informationen der USA soll Ungarn bereit sein, die Gastgeberrolle für eine zweite Konferenzphase im Februar 1990 zu übernehmen.

2) Sowjetische Reaktion

Außenminister Schewardnadse hat am 23.9. die Open-skies-Initiative begrüßt und die Bereitschaft der SU zur Teilnahme an einer Konferenz zur Konkretisierung ihres Inhalts erklärt.

Sowjetischer Meinung nach müsse Offenheit überall zum Zuge kommen. Daher müsse ein umfassender Ansatz im Sinne „offener Meere und Ozeane, offenen Landes und eines offenen Weltraums“ angestrebt werden.

In der amerikanisch-sowjetischen Arbeitsgruppe Rüstungskontrolle haben sich in Wyoming⁸ allerdings wichtige konzeptionelle Divergenzen gezeigt:

- SU hat Ausdehnung des Regimes auf die Drittstaaten, in denen sich Militärbasen der Teilnehmerstaaten befinden und in denen Waffen erprobt werden, vorgeschlagen. Die USA bestehen hingegen auf strikter Beschränkung auf das Gebiet der NATO- und WP-Staaten.
- SU will die Gleichheit der Aufklärungsmöglichkeiten gewährleistet sehen. Sie schlägt daher die Schaffung eines Pools mit gleichen Flugzeugtypen und gleichen Aufklärungsmitteln für alle Teilnehmer vor. Die Flugzeuge sollen von

⁸ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

internationalen Crews geflogen, die Ergebnisse durch multinationales Expertenteam mit einheitlichen technischen Mitteln ausgewertet werden. Die USA sind der Auffassung, daß dies die Schaffung einer internationalen Einrichtung erfordere, die Flexibilität bei der Durchführung einenge und unpraktikabel sei. Sie befürworten statt dessen eine Kooperation innerhalb des jeweiligen Bündnisses.

3) Unsere Haltung

Die Bundesregierung hat in der NATO-Gipfelerklärung die Open-skies-Initiative unterstützt. Davon ausgehend, haben wir auf Arbeitsebene mit BMVg und BMV folgende Haltung abgestimmt und für uns wichtige Anliegen identifiziert:

- Ein Open-skies-Regime kann einen Beitrag zu mehr Offenheit und Vertrauensbildung leisten und eine Stärkung der Verifikation bestehender und künftiger Rüstungskontrollabkommen bewirken. In diesem Sinne könnte ein Open-skies-Abkommen dem Rüstungskontrollprozeß zusätzliche Impulse verleihen. Überschneidungen mit laufenden Rüstungskontrollverhandlungen und eine Blockierung dafür benötigter Ressourcen sind jedoch zu vermeiden.
- Zweck des Abkommens: Für uns sind neben der von den USA primär angestrebten militärischen Aufklärung rüstungskontrollpolitische Ziele (Vertrauensbildung, Verifikation, Nichtumgehung) von Bedeutung. Dies sollte bei der Ausgestaltung des Konzepts zum Ausdruck kommen, unter anderem durch eine deutliche Verringerung der von den USA für Vorankündigung und Durchführung der Flüge vorgesehenen Fristen.
- Teilnehmer: Wir stimmen mit den USA überein, daß in erster Phase im Interesse leichter Implementierbarkeit nur NATO- und WP-Staaten am Open-skies-Regime teilnehmen sollten. Aus unserer Sicht ist die Teilnahme der an uns angrenzenden WP-Staaten von besonderem Interesse.
- Quoten: Von besonderer Bedeutung für uns ist, daß die in einem Abkommen niedergelegten Rechte und Belastungen für uns ausgewogen sind. Daher unterstützen wir den amerikanischen Ansatz, wonach das Kriterium der Fläche bei der Berechnung der passiven Quote und der Bestimmung der Flugdauer ausschlaggebend sein soll. Eine unverhältnismäßig hohe⁹ Belastung unseres Luftraums ist wegen der ohnehin herrschenden Luftverkehrsdichte zu vermeiden. Dies gilt auch im Hinblick darauf, daß wir durch Verifikationsflüge bestehender und künftiger Rüstungskontrollabkommen (INF, KVAE, KSE) erheblich stärker als andere Bündnispartner belastet werden. Aus Gründen der Flugsicherheit müssen Flüge bei uns im übrigen unter ständiger Kontrolle von Flugverkehrsstellen durchgeführt werden. Das hat für unser Gebiet zur Folge, daß Sichtflüge in niedriger Höhe und der Gebrauch von Hubschraubern ausgeschlossen sind.
- Sperrgebiete: Wir sind grundsätzlich bereit, unseren Luftraum für Flüge unter Beachtung der Flugsicherheitserfordernisse zu öffnen. Dabei wird auf die Gegenseitigkeit bei allen Teilnehmern zu achten sein.

⁹ Die Wörter „unverhältnismäßig hohe“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei 4 Flügen à 6 Stunden pro Jahr sollten wir mit diesem Argument sparsam umgehen!“

- Bündnisinterne Kooperation: Wir sind weiter grundsätzlich bereit, mit unseren Bündnispartnern gemeinsame Flüge durchzuführen und die gewonnenen Erkenntnisse mit ihnen zu teilen. Wir halten den sowjetischen Ansatz eines bündnisübergreifenden Pools für Flüge und Auswertung auch nicht für praktikabel.¹⁰ Wir befürworten jedoch eine Prüfung, wie durch die Entwicklung kooperativer Elemente eine Annäherung zwischen den unterschiedlichen Konzeptionen der USA und SU gefördert werden kann.
- Ein Erfolg der Open-skies-Konferenz ist gerade in der gegenwärtigen dynamischen Phase der West-Ost-Beziehungen wichtig. Dies erfordert eine sorgfältige Vorbereitung, das heißt die Ausarbeitung einer einvernehmlichen Bündnisposition und die Annäherung der unterschiedlichen Verhandlungsansätze durch Kontakte zwischen den Hauptbeteiligten.

4) Beratung im Bündnis

Bisher haben im Bündnis drei Sitzungen im Senior Political Committee (SPC, Gesandtenebene) stattgefunden, bei denen die Bündnispartner ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem US-Vorschlag erklärt haben. Die Diskussion im Bündnis hat jedoch auch gezeigt, daß bei einer Reihe von Sachfragen (u. a. Sperrgebiete, Abwicklungsfristen, zulässiges Aufklärungsgerät) noch ein erheblicher Abstimmungsbedarf besteht.

Außerdem hat sich die Special Working Group (SWG) der WEU am 6.10. mit dem Thema befaßt. Dabei wurden vor allem Zweifel deutlich, ob es bis zum vorgesehenen Konferenztermin Ende November gelingen wird, eine einvernehmliche Bündnisposition zu erarbeiten. F und B plädierten für eine Verschiebung der Konferenz und eine Verkürzung ihrer Dauer. Sie baten bilateral um unsere Unterstützung bei einem entsprechenden Antrag.¹¹ Andere Länder (GB, I) äußerten sich positiver. Während die meisten Bündnispartner mit der Begrenzung auf die 23 einverstanden sind, plädierte Frankreich auf eine Ausweitung des Teilnehmerkreises um zumindest einige Staaten des 35er-Kreises, um jeden Anschein von Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen zu vermeiden.¹²

5) Weiteres Vorgehen

Open skies wird erneut auf der Sitzung des SPC am 18.10. behandelt werden. Außerdem wird sich die SWG der WEU am 20.10. erneut mit dem Thema befassen. Wir werden unsere oben dargelegte Sachposition vortragen und uns für eine gründliche¹³ Konferenzvorbereitung (beginnend mit der Definition des auf der ersten Konferenzphase angestrebten Ziels) einsetzen. Zu diesem Zweck werden wir prozedural für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Bündnis unter Hinzuziehung von Experten aus den Hauptstädten plädieren.

¹⁰ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wieso eigentlich?“

¹¹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wir sollten bei allem Willen zur Kooperation mit F nicht bei den Bremsern sein!“

¹² An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Daran sollte die Sache nicht scheitern müssen.“

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja, aber nicht bremsen.“

Zur Eröffnung auf Ministerebene: Kanada hat Einladungen an die Außenminister zur Eröffnung der ersten Konferenzphase in Ottawa (29.11. bis 15.12.1989) angekündigt (vgl. Anlage¹⁴). In der Gemeinsamen Erklärung vom 23.9.1989¹⁵ haben die Außenminister Baker und Schewardnadse ihre Bereitschaft geäußert, an einer internationalen Konferenz zu Open skies teilzunehmen. Allerdings findet ab 29.11. ein Besuch Gorbatschows in Italien statt¹⁶, so daß fraglich ist, ob Außenminister Schewardnadse und der italienische AM¹⁷ für die Eröffnung einer Open-skies-Konferenz zur Verfügung stehen. Der spanische Außenminister¹⁸ kann aus innenpolitischen Gründen nicht teilnehmen.

Die Frage des Termins der Konferenz und ihrer Eröffnung auf Außenministerebene sollte primär unter dem Gesichtspunkt einer gründlichen, sachlichen Konferenzvorbereitung entschieden werden. Deshalb und aufgrund der noch ungeklärten Haltung der anderen Außenminister schlage ich vor, die Frage der Eröffnung auf Außenministerebene noch offenzuhalten. Es wird allerdings vorgeschlagen, den Termin 29.11. bis 1.12. intern vorzumerken.¹⁹

Roßbach

Referat 240 (220), Bd. 163071

¹⁴ Dem Vorgang beigelegt war der Drahtbericht Nr. 716 des Botschafters Behrends, Ottawa, vom 2. Oktober 1989. Behrends informierte, Mitarbeiter des kanadischen Außenministeriums hätten „heute in kurzem Briefing Vertreter von NATO- und WP-Staaten offiziell über kanadische Absicht“ unterrichtet, „erste West-Ost-Konferenz zu ‚Open skies‘ auf AM-Ebene vom 29. November bis 15. Dezember 1989 in Ottawa auszurichten. Anwesenheit der AM sei insbesondere zu offizieller Konferenzeröffnung am 29. November sowie den Arbeitssitzungen am 30. November und 1. Dezember erwünscht.“ Vgl. Referat 240 (220), Bd. 163071.

¹⁵ Für den Wortlaut der amerikanisch-sowjetischen Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2152, S. 5–8.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Italien vom 29. November bis 1. Dezember 1989.

¹⁷ Gianni De Michelis.

¹⁸ Francisco Fernández Ordóñez.

¹⁹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Ich finde die AM-Ebene sehr gut!“

313

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem niederländischen Außenminister van den Broek**

202-321.11 NLD

10. Oktober 1989¹

Vermerk, von BM noch nicht gebilligt, über das Gespräch des Herrn BM mit dem niederländischen AM Hans van den Broek am 10.10.1989 in Bonn

Teilnehmer:

NL-Delegation: H. van Walsum, Politischer Direktor im AM, H. van Swinderen, Europa-Direktor, Botschafter van der Tas.

Dt. Delegation: D 2², Dg 20³, Dg 41⁴, RL 202⁵, H. Mützelburg (010).

Nld. AM drückte bezüglich DDR-Flüchtlingswelle Bewunderung für Politik der Bundesregierung aus und beglückwünschte BM zu seinen persönlichen Erfolgen.

Er bot Unterstützung seiner Regierung als enger Verbündeter an, z.B. für den Fall der Zuflucht von DDR-Einwohnern in NLD-Botschaften in Ost-Berlin, Warschau, Prag etc.

BM erläuterte Situation der 1989 insgesamt ca. 500 000 Übersiedler aus DDR, SU, Polen, Rumänien etc., deren größtes Problem Bereitstellung von Wohnungen sei. BM ging dann auf Eingliederungsprobleme ein, wobei es solche für DDR-Übersiedler kaum, für die anderen mit abgestuften Schwierigkeiten gebe.

BM rechnet mit drastischer Erhöhung der DDR-Ausreisegenehmigungen und Verkürzung des Ausreiseverfahrens in den nächsten Tagen: DDR-Regierung sei daran gelegen, internationale Publizität der „Botschaftsausreisen“ zu vermeiden. Ob und ggf. wie groß Dialogbereitschaft der DDR-Führung als wichtigste Voraussetzung für Lösung vorhanden sei, könne z.Zt. nicht ermessen werden. Es gebe allerdings Hinweise auf das Wirken gemäßigter DDR-Prominenter. Andererseits sei für Verständnis der Vorgänge wichtig anzuerkennen, daß keineswegs alle DDR-Einwohner das Modell der Bundesrepublik anstrebten.

Zur Motivation der Flüchtenden: Ideelle Motive überwiegen, doch gebe es eine Mischmotivation, die ihn u. a. veranlasse, stets politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen in der DDR zu fordern.

Gerade wegen des Autoritätsverlustes der DDR-Führung, der einen unerreichten Tiefpunkt erreicht hat, sei für Bundesregierung und andere Staatsorgane wie etwa Bundestag größte Zurückhaltung geboten. DDR dürfe nicht in Isolierung getrieben werden: Dies wäre ein ebenfalls unerwünschter deutscher Alleingang! Er appelliere an befreundete Regierungen wie die niederländische, bei DDR auf umfassende Reformen zu drängen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nestroy am 12. Oktober 1989 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Späth am 12. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Diktat verweist.“

² Dieter Kastrup.

³ Rolf Hofstetter.

⁴ Jürgen Trumpf.

⁵ Harald-Norbert Nestroy.

Außenpolitik der Bundesregierung sei voll europäisiert, voll in europäische Entwicklung eingebettet. Jeder Enteuropäisierung sei entgegenzutreten. Nur in Fortentwicklung der europäischen politischen Gemeinschaft sei die darin bereits teilweise verwirklichte europäische Friedensordnung als Attraktion auch für Mittel- und Osteuropa aufrechtzuerhalten und zu erweitern.

Allerdings sei dies nur realistisch, wenn auch Rolle der USA in europäischer Friedensordnung von SU anerkannt werde. Gorbatschow sei hierbei realistisch. Wir brauchten USA, damit die Statik im gesamten Europa (d.h. einschließlich SU) stimme. Die Bündnisse würden noch lange von essentieller, stabilisierender Bedeutung sein. Der Doppelbeschluß⁶ sei die wichtigste Entscheidung gewesen, die SU von der Zwecklosigkeit ihrer damaligen expansiven Außenpolitik zu überzeugen.

Nld. AM bemerkte, eine politische europäische Union würde ohne Sicherheitsunion nicht vollständig sein. Er frage, ob das Ziel einer europäischen Sicherheitsunion zu Komplikationen in der Entwicklung der Beziehungen der EG zu Mittel- und Osteuropa führen könnte.

BM erwiderte, EG sei nie als Militärbündnis konzipiert worden. Wir sollten nicht Eindruck erwecken, als wolle oder könne EG die NATO ersetzen. Dies könnte verheerende Wirkungen z.B. in USA haben und wäre falsches Signal gegenüber Osten. Für europäische Sicherheit seien USA nicht zu ersetzen. Befassung der EG mit Fragen der Sicherheitspolitik widerspreche hingegen nicht dem EG-Konzept. Soweit es sich um rein militärische Fragen handele, gehörten sie in WEU-Rahmen. EG müsse ihrem Vertrag treu bleiben, wonach es europäischen Demokratien möglich sei, Mitglied zu werden.⁷

Er teile nicht die Auffassung, daß Erweiterung der EG über „Zwölf“ hinaus nicht tunlich sei. Dies sei eine Frage der Institutionen. Es sei dringend, hierbei Fortschritte zu erzielen. Er spreche sich für die Einrichtung eines europäischen „Staatsoberhauptes“ aus.

Nld. AM führte aus, die Europäer hätten bisher die Meinung vertreten, daß sich WEU nur so lange mit militärischen Fragen der Sicherheit befassen solle, als dies nicht im EG-Rahmen möglich sei. Von dieser Haltung scheine Bundesregierung nun abzuweichen. Er verweise hierzu auf das Spiegel-Interview des BM.⁸ Er habe daraus den Eindruck gewonnen, daß BM die Sicherheitskomponente aus EG-Rahmen fernhalten wolle, um nicht die Annäherung neutraler bzw. mittel-/osteuropäischer Staaten an EG zu beeinträchtigen. Er frage sich, ob ein Ausklammern der sicherheitspolitischen Aspekte nicht die politische Finalität der EG tangiere.

BM erwiderte, die Kernfrage sei, ob eine NATO-Mitgliedschaft Voraussetzung für EG-Beitritt sei. Diese Frage sei eindeutig zu verneinen. Wer beitreten wolle,

⁶ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

⁷ Vgl. dazu Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898. Artikel 237 wurde mit Artikel 8 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

⁸ Vgl. dazu den Artikel „Hier ist Engagement gefordert“, DER SPIEGEL, Nr. 39 vom 25. September 1989, S. 24–27.

müsse hingegen politische Finalität unzweideutig akzeptieren. Diese müsse allerdings baldigst wesentlich genauer definiert werden. Dies gelte im übrigen nicht nur bezüglich des Sicherheitsbereichs, sondern auch für den wirtschaftlichen. Hier werde die Haltung zur Wirtschafts- und Währungsunion der Test sein. Wir selbst hätten nie Integrationsprobleme gehabt; was Verteidigung anbetrifft, täten wir das meiste.

Nld. AM betonte, zur Europäischen Union gehöre eine gemeinsame Außenpolitik. Bereits jetzt nähmen die „Zwölf“ zu außenpolitischen Fragen wie Südafrika, China etc. Stellung. Man müsse sich fragen, ob neutrale Mitgliedsländer eine solche gemeinsame Außenpolitik mittragen könnten.

BM antwortete, dies sei eine zentrale Frage der politischen Finalität, und gemeinsame Außenpolitik heiße Parteinahme. Auch in diesem Zusammenhang sei eine stärkere Institutionalisierung gefordert, denn selbst die „Zwölf“ kämen ohne sie nicht mehr aus. Es sei unaufrichtig, Ja zur Europäischen Union zu sagen, gleichzeitig aber Übertragung von Souveränitätsrechten abzulehnen.

Nld. AM stimmte zu, daß NATO-Mitgliedschaft keine Voraussetzung für EG-Mitgliedschaft sein könne. Eine andere Frage sei es, ob z.B. auch ein Mitglied des Warschauer Pakts beitreten könne.

BM erwiderte, dies schließe er aus. NATO und WP werde es noch lange geben. Er warne vor illusionären Vorstellungen, die NATO sei in absehbarer Zeit durch etwas anderes zu ersetzen.

Nld. AM fragte, ob nach Meinung des BM die Notwendigkeit für die Schaffung eines neuen „Kommunikationsforums“ zwischen NATO und WP bestünde, um über politische Maßnahmen wie Stabilität etc. zu sprechen.

BM verwies auf sein Spiegel-Interview, wo er gesagt habe, daß man der Phantasie der Geschichte keinen Zwang antun dürfe. Er hätte sich bereits zu frühem Zeitpunkt für KSZE-Folgetreffen als „Bilanzierungsforen“ ausgesprochen, als dies noch umstritten war. Durch diese Folgetreffen sei bereits eine gewisse Institutionalisierung der Kontakte zwischen NATO und WP erreicht worden.

Zurückkommend auf europäische Integration, halte er es für wichtig zu verhindern, daß ein Gegensatz zwischen unseren europäischen und nationalen Interessen konstruiert werde. Je europäischer deutsche Politik sei, um so besser diene sie auch unseren nationalen Interessen. Wir hätten uns daher unzweideutig für den Weg über Europa entschieden.

Nld. AM fragte nach Bewertung neuer südafrikanischer Regierung.⁹

BM hielt es für richtig, der SA-Regierung deutlich zu verstehen zu geben, was wir von ihr erwarteten und welche Forderungen im einzelnen erfüllt werden müßten. Unser Maßstab werde sein, ob SA-Regierung innerhalb angemessener Frist ihren Worten Taten folgen ließe.

Wir sollten europäische Initiative erwägen, alle Beteiligten in Südafrika zur Aufnahme des nationalen Dialogs zu bewegen. Z.B. könnte EG zu Dialog an drittem Ort nach dem Modell „Lancaster House“¹⁰ einladen.

⁹ Zu den Parlamentswahlen am 6. September 1989 in Südafrika und der Wahl des Präsidenten de Klerk am 14. September 1989 vgl. Dok. 284, Anm. 23.

¹⁰ Vom 10. September bis 15. Dezember 1979 fand im Lancaster House in London die Verfassungskonferenz für den Übergang Simbabwe in die Unabhängigkeit statt. Am 21. Dezember 1979 wurde

Nld. AM unterrichtete BM über Bitte ungarischer Oppositionsgruppen um finanzielle Unterstützung. Niederländische Regierung hätte Bedenken, sich mit direkter Hilfe zu engagieren, da ihr Einmischung in innere Angelegenheiten vorgeworfen werden könnte.

BM wies auf die Tätigkeit der deutschen politischen Stiftungen hin, die in Ungarn bereits tätig seien. Eine direkte Hilfe seitens der Bundesregierung werde nicht erwogen.

Nld. AM lud BM zur Teilnahme an Konferenz über Sicherheitspolitik und parlamentarische Kontrolle im März 1990 im Haag ein. Die Außenminister Baker und Schewardnadse seien bereits eingeladen worden.

BM teilte mit, der dänische Außenminister¹¹ habe ihn von einem Beschluß des Nordischen Rates unterrichtet, keine offiziellen Kontakte zu den drei baltischen Staaten aufzunehmen, vielmehr den Status quo beizubehalten. Er sei der Ansicht, daß auch die EG-Staaten alles unterlassen sollten, was als Anerkennung der Annexion ausgelegt werden könne.

Nld. AM erwiderte, seinerzeit hätte niederländische Regierung zwar keinen Vorbehalt gegen Annexion ausgesprochen. Die geschilderte Haltung des Nordischen Rates erscheine jedoch auch für seine Regierung als die richtige Linie.

Referat 203 (202), Bd. 140587

314

Gespräch des Bundesministers Stoltenberg mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und Sicherheitsberater Scowcroft in Washington

10. Oktober 1989¹

Besuch BM Stoltenberg in Washington²;
hier: Gespräch mit General Scowcroft am 10.10.1989

Teilnahme auf amerikanischer Seite: Gates, Blackwill, Hutchings; auf deutscher Seite: Naumann, Schönbohm, Botschafter³.

Zu dem etwa dreiviertelstündigen, in sehr freundschaftlicher Atmosphäre geführten Gespräch stieß in der ersten Viertelstunde Präsident Bush hinzu. *Präsident*

Fortsetzung Fußnote von Seite 1337

das Lancaster-House-Abkommen unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).

¹¹ Uffe Ellemann-Jensen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruhfus, Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 4160 vom 11. Oktober 1989 übermittelt. Vgl. Referat 201, Bd. 151175.

² Bundesminister Stoltenberg besuchte die USA vom 9. bis 14. Oktober 1989.

³ Jürgen Ruhfus.

äußerte sich sehr anerkennend über die Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland auf die Ereignisse in der DDR. BM *Stoltenberg* überbrachte Grüße des Bundeskanzlers. Noch kurz vor der Abreise seien die Ereignisse in der DDR das Hauptthema einer Erörterung mit dem Bundeskanzler im Bundesvorstand der CDU gewesen.⁴ Wir hofften, daß die jüngsten Ereignisse zu positiven Veränderungen führen würden. Wir seien aber zugleich besorgt, daß eine harte Reaktion mit Unterdrückungsmaßnahmen ebenso gut die mögliche Entscheidung der Regierung in Ost-Berlin sein könnte. Etwa 50–70 000 hätten in Leipzig gestern demonstriert. Die SU sei mit der Entwicklung in der DDR nicht zufrieden. Niemand könne derzeit mit Genauigkeit voraussagen, welche Linie die Führung der DDR wirklich einschlagen werde. *Präsident* betonte die Schnelligkeit der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Bundesrepublik und USA verfolgten gegenüber Polen die gleiche Linie (are on track). Er habe 200 Mio. Dollar zusätzliche Hilfe für Polen in Aussicht gestellt.⁵ Sein Problem sei, daß die Abgeordneten des Kongresses nach jedem Besuch in Polen zusätzliche Hilfsmaßnahmen in Höhe von vielen Millionen Dollar vorschlagen.

BM: Man müsse zweigleisig vorgehen. Auf kurze Frist müßte möglichst schnell effektive Hilfe geleistet werden, um die wirtschaftlichen Probleme zu lindern. Längerfristige substantielle Hilfe solle erst dann gegeben werden, wenn weitgreifende Reformen der Wirtschaftsstruktur in Polen durchgeführt worden sind.

Präsident betonte, hier gebe es eine weitgehende Übereinstimmung. Die Bundesrepublik habe in den Kontakten mit den osteuropäischen Ländern große Erfahrung. Auch Ungarn mache eine faszinierende Entwicklung durch. Er werde bald seinen üblichen Hinweis – noch keine kommunistische Regierung habe sich selbst aus dem Sumpf herausgezogen – korrigieren und an die jüngste Entwicklung anpassen müssen.

Präsident äußerte seine Besorgnis über die nach wie vor unsichere Entwicklung in Nicaragua. Einige Europäer hätten Illusionen über die Situation in Nicaragua. Sie hofften, daß man dort ein schwedisches Modell des Sozialismus erreichen könne. Die Lage in Panama sei kompliziert. Er sei jüngst kritisiert worden (came a little under fire). Die große Mehrheit des Landes u. Panama wollen Noriega loswerden.⁶ Andererseits wüßten auch die deutschen Generale, wie groß die Verantwortung sei, wenn es darum ginge, junge Soldaten in die Schlacht zu kommandieren.

BM Stoltenberg berichtete über seine Gespräche mit VM Cheney. Durch den persönlichen Einsatz von *Präsident* Bush sei der NATO-Gipfel im Mai⁷ ein großer Erfolg geworden und habe besonders in den Bereichen Rüstungskontrolle und Abrüstung und der Politik gegenüber Osteuropa der westlichen Haltung neues Momentum gegeben. *Präsident* stimmte dem nachdrücklich zu.

BM erkundigte sich nach dem Stand der Budget-Verhandlungen. *Präsident*: Es gebe Druck im Kongreß, die Verteidigungsausgaben zu verringern. Die Abgeord-

⁴ Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl in der Sitzung des CDU-Vorstands am 9. Oktober 1989 vgl. BERICHT ZUR LAGE 1989–1998, S. 1–26.

⁵ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

neten beriefen sich auf die Änderungen in der SU. Er sei zuversichtlich, daß es gelingen werde, eine angemessene Lösung (adequate reply) zu finden.

Nach Weggang des Präsidenten berichtete *Scowcroft* über die Gespräche mit Schewardnadse.⁸ Die SU habe große Probleme, aber es bestehe z. Zt. keine Gefahr für die Regierung Gorbatschow. Gorbatschow habe seine persönliche Position eher noch gestärkt. Auch den Besuch in Ost-Berlin⁹ habe Gorbatschow mit Geschick gehandhabt. Zu Armenien und Aserbaidschan habe Schewardnadse gesagt, wenn Demonstrationen mit Machtmitteln unterdrückt werden müßten, wäre dies ein Fehlschlag von Perestroika.

Die jüngsten Vorschläge der SU im Abrüstungsbereich hätten die Situation wieder flüssiger und beweglicher gemacht (much more fluid). Er sei gedämpft optimistisch, daß die Vorschläge ernstgemeint seien. *Gates* warf ein, die politische Ebene der SU, ähnlich wie in USA und D, sei optimistischer im Hinblick auf den Verhandlungserfolg als teilweise die Arbeitsebene in Wien¹⁰. Schewardnadse habe von einem VKSE-Gipfel im Herbst 1990 gesprochen. Das sei im Hinblick auf die Wahlen in der Bundesrepublik¹¹ sicher ein günstiger Termin.

BM *Stoltenberg* äußerte sich zuversichtlich über die VKSE-Verhandlungen in Wien. Allerdings gebe es Probleme bei den Zählkriterien für Flugzeuge und der Verifikation. Der Vorschlag der SU für den Ausschluß der Jagdflugzeuge sei unannehmbar. Die Einsatzform (capabilities) der Jagdflugzeuge könne schnell geändert werden. Bei dem Besuch von General Wellershoff in der Sowjetunion¹² habe ein sowjetischer Soldat geantwortet: Sein Jagdflugzeug könne innerhalb von 30 Minuten umgestellt werden. Die Verifikation von 4000 Installationen sei problematisch. Wir seien zurückhaltend hinsichtlich der Einbeziehung der Rüstungsindustrie, da unsere Unternehmen vielfach gemischte zivile und militärische Produktion vornähmen. Wenn wir Truppen und Panzer wie vorgeschlagen reduzieren, stelle sich die Frage, wie eine glaubwürdige Vorneverteidigung erhalten werden könne. *Gates*: Das Problem sei, daß die westlichen Zahlen keine Verhandlungsbasis darstellten, sondern bereits die Minimalposition für die gerade noch mögliche Vorneverteidigung.

BM und *Scowcroft* stimmten überein, daß VKSE höchste Priorität unter den verschiedenen Abrüstungsbereichen zukommt.

⁸ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

⁹ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR fand anlässlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER–GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

¹⁰ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

¹¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

¹² Zum Besuch des Generalinspektors der Bundeswehr, Wellershoff, vom 3. bis 6. Mai 1989 in der UdSSR vermerkte Vortragender Legationsrat Gröning am 9. Juni 1989, dieser habe „in unseren Dialog mit der sowjetischen Seite über sicherheits- und militärpolitische Fragen eine neue Ebene einbezogen: die militärische Führungsspitze beider Länder. Hierin liegt – über die historische Dimension hinaus – die eigentliche Bedeutung des Besuches.“ Beide Seiten hätten ein Programm militärischer Kontakte verabredet. Dieses sehe u. a. vor: „Begegnungen der Inspektoren der Teilstreitkräfte, Kontakte zwischen der sowjetischen Militärakademie und der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, Flottenbesuche, Sportbegegnungen sowie gegenseitige Veröffentlichungen in Militärzeitschriften“. Vgl. Referat 201, Bd. 151168.

BM fragte nach dem Bericht der Washington Post vom 9.10. zu CW.¹³ Scowcroft: Neue binäre Waffen sollten während der Übergangsperiode produziert werden bis zur Höhe von zwei Prozent der bisherigen Bestände. Sie sollten beibehalten werden, bis alle der weltweiten Vernichtung zugestimmt haben. Wenn Restbestand beibehalten werde, dann sei es besser, die sicheren neuen binären CW zu haben. Er habe bereits bei der Ankündigung des Plans von Präsident Bush¹⁴ gesagt, wir werden modernisieren. Die Presse habe die Tatsache erst jetzt herausgefunden.

Gates: Man müsse versuchen, die CW-Kapazitäten zu beseitigen und die Schaffung neuer Kapazitäten zu verhindern durch so drastische Sanktionen, daß vom Unterlaufen abgeschreckt werde. Zu Zentralamerika führte Scowcroft aus, Nicaragua liefere derzeit keine Waffen mehr nach El Salvador. Zu Kolumbien sagte Scowcroft, Präsident Barco habe eine Erfolgchance, wenn die Gerichte ihn nicht im Stich ließen. Nur 40 Prozent der Kokainexporte aus Bolivien, Kolumbien und Peru gingen in die USA, der Rest in andere Länder, davon in zunehmendem Maße auch nach Europa.

BM Stoltenberg berichtete, er habe VM Cheney gedankt für die Hilfe in der Frage der Tiefflüge. Seine Vorschläge seien im Bundestag von den Regierungsparteien unterstützt worden.¹⁵ Auch die Reaktion der Presse sei besser als erwartet gewesen. Es gebe in der Bundesrepublik Deutschland einen von der Opposition geschürten Ansatz für eine Diskussion über die Frage, ob die Bundesrepublik nur begrenzte Souveränität habe. Die Bundesregierung werde auch in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD¹⁶ ausführen, wir wollen weder den NATO-Vertrag¹⁷ noch andere Verträge kündigen oder neu verhandeln. Änderungen sollten ähnlich wie beim Tiefflug bei der praktischen Anwendung erreicht werden. Scowcroft äußerte die Bereitschaft zur Kooperation auch bei diesem Thema. FS hat BM Stoltenberg vorgelegen.

Referat 201, Bd. 151175

¹³ Vgl. dazu den Artikel „U. S. to Keep Producing Poison Gas“; THE WASHINGTON POST vom 9. Oktober 1989, S. A 1 und A 8.

¹⁴ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 289.

¹⁵ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Stoltenberg am 29. September 1989 im Bundestag zur Problematik der Tiefflüge vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 162. Sitzung, S. 12303–12307.

¹⁶ Für den Wortlaut der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zur „sicherheitspolitischen Lage und Entwicklung der Bundeswehr“ vom 1. März 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4102. Eine schriftliche Beantwortung erfolgte nicht. Der Bundestag debattierte über die Große Anfrage am 26. April 1990. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 207. Sitzung, S. 16301–16320.

¹⁷ Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

315

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2628

Aufgabe: 10. Oktober 1989, 8.43 Uhr¹

Ankunft: 10. Oktober 1989, 8.55 Uhr

Betr.: Die Erinnerungsfeier an die Kanonade von Valmy (1792)

Der folgende Drahtbericht ist versehentlich liegengeblieben: Am 16. September 1989 habe ich an der Erinnerungsfeier auf dem Schlachtfeld von Valmy teilgenommen. Fast die gesamte französische Regierung erwartete Mitterrand, der mit dem Hubschrauber einflog.

Mit Valmy ist das letzte große Fest der 200-Jahr-Feiern zum Gedenken an die Französische Revolution zu Ende gegangen.

Der Sinn des Festes, das vordatiert werden mußte, um in den Bicentenaire eingefügt zu werden, wurde von der französischen Führung so gedeutet: Valmy rettete die Revolution, der Angriff der reaktionären Verbündeten scheiterte. Valmy bedeutete die „Geburt der Nation“. In einer meisterhaften Rede, die nach der Beschreibung des Vorgangs der Kanonade vor allem auf die Gegenwart bezogen war, zog Mitterrand die Lehren von der Abschreckungsphilosophie bis zur Notwendigkeit, das Einvernehmen zwischen Armee und Nation so zu erhalten, wie es ist. Gegen die Unruhe in der Gendarmerie setzte er, natürlich nur mittelbar, die Formel, die an die römische Kaiserzeit erinnert: „Ich, Staatschef und Chef der Armeen.“ Die Strategie des französischen Präsidenten, die Revolutionsfeiern instrumental für seine Politik zu nutzen, läßt sich nun im gesamten Bogen übersehen: Am 14. Juli war die idealistische Phase der Revolution zu begehen, vor allem durch die Erinnerung an die Verkündung der Menschenrechte, um die noch heute, sozusagen in Verlängerung der Französischen Revolution, in vielen Teilen der Welt, vor allem aber im Osten, gerungen wird. Der Terror bleibt ausgeklammert, nur Oppositionelle erinnern an den „Genozid“ in den Provinzen. Am 16. September gedachte man des legitimen Verteidigungssiegs, unter Ausklammerung der Eroberungskriege Napoleons. Alles hatte seine Symbolik. Auf Einladung des Staatspräsidenten nahm der Comte de Paris² an der Feier in Valmy teil: als Nachfahre eines der Sieger von Valmy, des Herzogs von Orléans und späteren Königs Louis Philippe. So gab man denn auch freimütig zu, daß Valmy ein gemeinsamer Sieg royalistischer Truppen und des entstehenden Volksheers gewesen ist. Ein Versuch mehr, durch das Mittel der Geschichte die Franzosen mit sich selbst zu versöhnen. Mitterrand zitierte sogar aus einem der Bücher de Gaulles. Der heutige Staatschef, erbitterter Gegner des Schöpfers der V. Republik, jedenfalls zu dessen Lebzeiten, versäumt bekanntlich keine Gelegenheit, die Verdienste Robert Schumans und Jean Monnets um die Vereinigung Europas und die Versöhnung mit Deutschland hervorzuheben und damit de Gaulles Verdienste zu relativieren. Auf dem Höhepunkt seiner Macht umfaßt

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Merkel vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[u] d[en] A[kten]. 200. Jahrestag Fr[an]z[ösische] Revolution.“

² Henri d'Orléans.

Miterrand eben die ganze Nation und bindet alle politischen Tendenzen durch die Historie in sein Bild von Frankreich ein.

Wir Deutschen waren nicht nur durch die unsichtbaren preußischen Truppen, die, so hörte man, durch eine Reihe in der Luft geparkter drohender Hubschrauber dargestellt wurden, sondern vor allem durch Goethe ständig präsent, über dessen berühmten Ausspruch³ ich immer wieder Auskunft zu geben hatte, angefangen von einem Briefwechsel mit dem Außenminister⁴ zu Beginn des Jahres.

2) Durch alle Revolutionsfeiern zog sich die heutige Botschaft Frankreichs an die Welt. So überhöhte sich in glänzender Orchestrierung die französische Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Die französische Hauptstadt war in aller Munde. Der Anspruch konnte nicht trügen. So fand denn auch die Kanonade von Valmy ihren Ausklang in einem Pariser Feuerwerk. Niemand zählt mehr, dem wievielten. Und wenn auch jedesmal wieder in der staunenden Menge die spöttische Bemerkung zu hören war: „Da geht unser Steuergeld“, so bleibt am Ende doch, aller Krittelei zum Trotz, das Gefühl des Stolzes auf Frankreich, eines Stolzes – und auch dieses Gefühl wird von Mitterrand induziert –, der sich zunehmend zu verschmelzen beginnt mit dem Stolz auf Europa, das die Franzosen als Wiege der umfassendsten Kultur und Zivilisation der Weltgeschichte mit sich selbst in eins setzen.

3) Mancher wird nach Valmy und der Riesenwelle der Gedenktage, nicht nur des Bicentenaire, sondern anderer Jahrfeiern zu 100., 50., 40., 25. Geburtstagen, erschöpft zurücksinken. Aber es wird kein Atemholen geben. Im nächsten Jahr steht der 100. Geburtstag de Gaulles heran. Den Ermüdeten Trost bei Goethe: „Ihr seid dabeigewesen.“

[gez.] Pfeffer

B 97 (Referat 610), Bd. 520

³ In seiner autobiographischen Schrift „Campagne in Frankreich 1792“ schrieb Johann Wolfgang von Goethe unter dem Datum „19. September nachts“ zur „Kanonade von Valmy“: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Vgl. Goethes Werke. Band X. Textkritisch durchgesehen von Lieselotte Blumenthal und Waltraud Loos. Kommentiert von Waltraud Loos und Erich Trunz. München 1998, S. 235.

⁴ Roland Dumas.

316

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch**431-466.21 BRA****11. Oktober 1989¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Deutsch-brasilianische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie;
 hier: Frage der Kündigung des bilateralen Regierungsabkommens vom 27. Juni 1975⁴

Bezug: Ministervorlage der Abteilung 4 vom 7.8.1989⁵ bzw. 15.9.1989 – Az. s.o.

Anlg.: 2

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu Ziffer 3⁶

1) Der Bundestag wird am 19. Oktober 1989 den Antrag der SPD-Fraktion auf Kündigung des deutsch-brasilianischen Kernenergieabkommens von 1975 (s. Anlage 1 – BT-Drucksache 11/5266⁷) behandeln. Vorgesehen ist eine Debatte von 45 Minuten.

2) Das Auswärtige Amt hat die Frage der Kündigung gründlich geprüft. Mit der brasilianischen Seite sind in den letzten Wochen offene und umfassende Gespräche geführt worden, die zu einer uns voll befriedigenden Klärung aller Sachfragen geführt haben, vor allem auch der, die im SPD-Antrag erwähnt werden. Durch Ihr Schreiben an IAEO-Generalsekretär Blix vom 22. September 1989⁸ ist auch diese internationale Organisation in die Klärung einbezogen worden. Einzelheiten ergeben sich aus der beigefügten Aufzeichnung (Anlage 2).⁹

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt.“

³ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 16. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich für das Büro von Staatssekretär Lautenschlager vermerkte: „BM bittet dringend um Rücksprache.“

Hat Berger am 18. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Rücksprache BM mit StS L[autenschlager] hat stattgefunden.“

Hat Pabsch am 19. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 431 „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Juni 1975 zwischen der Bundesrepublik und Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

⁵ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner vgl. Referat 431, Bd. 160685.

⁶ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Behandlung im Kabinett am 18.10. – kurzer Vortrag durch AA als federführendes Ressort.“

⁷ Dem Vorgang beigefügt. Für den Antrag der SPD-Fraktion vom 28. September 1989 vgl. Referat 431, Bd. 160685.

Vgl. ferner BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5266.

⁸ Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 22. September 1989 an den Generaldirektor der IAEO, Blix, vgl. Referat 431, Bd. 160685.

⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Sie ist bewußt ausführlicher gehalten.)“

Wir haben nach allem keinen Anlaß, ein Abkommen zu kündigen, das in unseren vielschichtigen und sehr guten Beziehungen zur lateinamerikanischen Ordnungsmacht Brasilien einen hohen Stellenwert innehat. Die beteiligten Ressorts BMFT und BMWi sowie ChefBK sind – soweit bisher feststellbar, bis zur AL-Ebene, BMFT und BMWi auch StS-Ebene – derselben Meinung.

3) Das Auswärtige Amt ist für die Behandlung des SPD-Antrags federführend. Im Vorgriff auf die parlamentarische Behandlung am 19. Oktober 1989 wird vorgeschlagen¹⁰, daß Sie in der Kabinettsitzung am 18. Oktober 1989 die Angelegenheit aufgreifen, um den Konsens auf politischer Ebene klarzustellen. Dies könnte in der Form geschehen, daß Sie bei dem Tagesordnungspunkt „Bundestag“ eine kurze Stellungnahme zu der vorgesehenen Debatte über das Brasilien-Abkommen im oben skizzierten Sinne abgeben und die Zustimmung des Kabinetts dazu einholen.¹¹ Diese Stellungnahme wird zur Zeit mit den Ressorts abgestimmt und Ihnen rechtzeitig vorgelegt werden.

BMFT, BMWi und ChefBK sind mit diesem Vorgehen einverstanden.¹²

i. V. Pabsch

Anlage 1

[...]

Anlage 2

Aufzeichnung

Betr.: Deutsch-brasilianische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie;
hier: Frage der Kündigung des bilateralen Regierungsabkommens vom 27. Juni 1975

1) Problemstellung

Die von den Fraktionen der SPD und der Grünen¹³ eingebrachten Anträge auf Beschlußfassung des Deutschen Bundestages zur Kündigung des deutsch-brasilianischen Regierungsabkommens vom 27. Juni 1975 sind der vorläufige Schlußpunkt unter eine seit mehreren Wochen in Teilen der Medien erhobene Kritik an der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Der Text der Entschließungsanträge stützt sich – wie frühere öffentliche Erklärungen der SPD-Fraktion sowie darauf aufbauende Pressemeldungen – auf Akten, die die Bundesregierung dem 2. BT-Untersuchungsausschuß¹⁴ in der Annahme einer in diesen Fällen üblichen vertraulichen Behandlung zur Ver-

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies ist auf Vorschlag von BM Seiders bei beamteten Staatssekretären am 10.10. so vorgeschlagen worden.“

¹¹ Der Passus „Im Vorgriff ... einholen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich wie folgt geändert: „Zur Vorbereitung der parlamentarischen Behandlung am 19. Oktober 1989 wird vorgeschlagen, daß Sie in der Kabinettsitzung am 18. Oktober 1989 die Angelegenheit aufgreifen und bei dem Tagesordnungspunkt ‚Bundestag‘ eine kurze Stellungnahme zu der vorgesehenen Debatte über das Brasilien-Abkommen im oben skizzierten Sinne abgeben mit dem Petition der zustimmenden Kenntnisnahme des Kabinetts.“

¹² An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dies entspricht dem Votum der beamteten Staatssekretäre.“

¹³ Für den Antrag der Grünen vom 9. Oktober 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5358.

¹⁴ Am 21. Januar 1988 beschloß der Bundestag, einen Untersuchungsausschuß „Atomskandal – Transnuklear“ einzusetzen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 55. Sitzung, S. 3791f.

fügung gestellt hat. Unabhängig von diesen innenpolitischen Vorgängen hatten die Ressorts die Frage der Kündigung des deutsch-brasilianischen Regierungsabkommens zu prüfen, da gemäß Art. 11 Abs. 2 dieses Abkommens die turnusgemäß alle fünf Jahre mögliche nächste Kündigung spätestens zum 18. November 1989 (mit Wirkung zum 18. November 1990) erfolgen müßte.

2) Sachstand

Das Abkommen hat eine umfassende Zusammenarbeit beider Staaten bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vereinbart, die zum heutigen Zeitpunkt den Bau von zwei Kernkraftwerken, die Errichtung einer Brennelementeproduktionsanlage, einer Schwerkomponentenfabrik sowie einer Urananreicherungsanlage nach dem von dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) entwickelten Trenndüsenverfahren umfaßt. Flankierend hierzu hat sich unter Federführung des BMFT eine umfangreiche wissenschaftliche Projektzusammenarbeit entwickelt. Die in diesem Rahmen durchgeführten Transfers von Kernmaterial, kerntechnischen Anlagen sowie technologischen Informationen wurden durch ein Trilaterales Safeguards-Abkommen vom 26. Februar 1976 zwischen Brasilien, der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO)¹⁵ sämtlich internationalen Kontrollmaßnahmen (= IAEO-Safeguards) unterworfen.

Neben dieser Zusammenarbeit hat Brasilien seit einigen Jahren ein eigenes, international nicht kontrolliertes Nuklearprogramm aufgelegt. Dieses sogenannte „autonome“ Programm umfaßt die Entwicklung eines nuklearbetriebenen (konventionell bewaffneten) U-Bootes sowie die Urananreicherung nach dem Zentrifugenverfahren zur Herstellung des für den U-Boot-Reaktor benötigten Brennstoffes. Die derzeitige Welle der Kritik an der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist dadurch zustande gekommen, daß Brasilien ohne vorherige Konsultationen mit uns durch Präsidialdekrete vom 31. August 1988 eine Reorganisation des nationalen Nuklearsektors eingeleitet hat. Diese Umstrukturierung hat uns veranlaßt, in Gesprächen mit der brasilianischen Seite sicherzustellen, daß ihre Durchführung nicht zu einer Verwischung der bisher klaren Trennung zwischen dem Bereich der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit und dem autonomen Nuklearprogramm führt. Dies schien uns politisch geboten, um rechtzeitig diese potentielle Gefahr und daraus entstehende Zweifel auszuräumen. Die SPD-Fraktion hat diese Gespräche in öffentlichen Erklärungen in einer Weise interpretiert, als sei die von uns gesehene potentielle Gefahr bereits Zustand in der Wirklichkeit. Die Gespräche mit der brasilianischen Seite (am Rande der Sitzung der bilateralen Kommission über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im August 1989¹⁶ und am Rande der IAEO-Generalkonferenz im September 1989¹⁷) sind inzwischen so weit vorangekommen, daß die erzielten Ergebnisse eine sachgerechte Entscheidung über die Frage der Kündigung des Abkommens ermöglichen.

¹⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik, Brasilien und der IAEO über die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen vgl. <https://www.iaea.org/publications/documents/infircs/text-safeguards-agreement-26-february-1976-between-agency-brazil-and-federal-republic-germany>.

¹⁶ Die Sitzung der deutsch-brasilianischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 28./29. August 1989 in Brasilia statt.

¹⁷ Die Generalversammlung der IAEO fand vom 25. bis 29. September 1989 in Wien statt.

3) Bewertungskriterien

Unsere Entscheidung muß sich an folgenden Aspekten orientieren:

- Unsere rechtlichen Verpflichtungen aus dem deutsch-brasilianischen Regierungsabkommen sowie aus dem Trilateralen Safeguards-Abkommen beziehen sich im Kern darauf, alle in Zusammenarbeit mit uns transferierten bzw. in Brasilien gemeinsam errichteten kerntechnischen Einrichtungen einschließlich Kernmaterial und technologischen Unterlagen unter Kontrollen der IAEO zu stellen und keine nicht-friedliche Nutzung dieser Einrichtungen einschließlich Material und Technologie zuzulassen. Diesen Verpflichtungen sind wir nachgekommen, da die IAEO aufgrund des Trilateralen Safeguards-Abkommens die erforderlichen Kontrollen durchführen kann und bisher keine Verletzungen des Abkommens festgestellt hat. Um dies auch weiterhin zu gewährleisten, haben Sie mit Schreiben an IAEO-Generalsekretär Blix vom 22. September 1989 (siehe Bezugsvorlage vom 15.9.1989) die IAEO gebeten, ihre Kontrollfunktionen auch in Zukunft mit Nachdruck und größtmöglicher Sorgfalt wahrzunehmen.
- Wir haben auch weiterhin keine Hinweise dafür, daß Kernmaterial, Teile von nuklearen Anlagen oder technologische Unterlagen vom Bereich der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit in das autonome Nuklearprogramm Brasiliens abgezweigt worden wären. Einzige mögliche Schwachstelle dieser klaren Trennung war und ist der Know-how-Transfer „durch die Köpfe“, d.h. die Abwanderung von in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildeten brasilianischen Fachleuten in das autonome Programm. Ein derartiger Transfer ist – soweit es sich nicht um deutsche Staatsangehörige handelt – nicht zu verhindern und wird auch nicht von den Kontrollmaßnahmen der IAEO abgedeckt, da sich „Safeguards“ nicht auf Know-how erstrecken.
- Das autonome Nuklearprogramm Brasiliens hat zwar eine militärische Ausrichtung in dem Sinne, daß die Entwicklung eines nuklearbetriebenen (konventionell bewaffneten) U-Bootes angestrebt wird, kann aber deshalb nicht schon als „nicht-friedlich“ bezeichnet werden. Wir haben keinerlei eigene Hinweise oder nachrichtendienstliche Erkenntnisse befreundeter Regierungen darauf, daß Brasilien mit dem autonomen Programm an der Entwicklung eines Kernsprengkörpers arbeitet oder sonstige nicht-friedliche Zwecke verfolgt (vgl. Anlage¹⁸). Da das autonome Programm bisher nicht den gesamten Brennstoffkreislauf umfaßt, ist Brasilien im übrigen derzeit auch technisch nicht in der Lage, einen Kernsprengkörper zu bauen. Schließlich enthält die neue brasilianische Verfassung vom 5. Oktober 1988¹⁹ eine Norm, die Nuklearaktivitäten im Land nur zu friedlichen Zwecken zuläßt und den gesamten nationalen Nuklearsektor der parlamentarischen Kontrolle unterstellt.
- Wir haben schon bei Abschluß des Regierungsabkommens hingenommen, daß Brasilien nicht Partei des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kern-

¹⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für die „Stellungnahme des BND vom 23. August 1989 zu jüngsten Presseberichten über das Nuklearprogramm Brasiliens“ vgl. Referat 431, Bd. 160685.

¹⁹ Für den Wortlaut vgl. Wolf PAUL (Hrsg.), Die Brasilianische Verfassung von 1988. Ihre Bedeutung für Rechtsordnung und Gerichtsverfassung Brasiliens, Frankfurt am Main 1989, S. 121–189 bzw. S. 192–227.

waffen²⁰ (NVV) ist; dieser Umstand kann darum für sich allein heute eine Kündigung des Abkommens nicht rechtfertigen. Im übrigen wäre, selbst wenn Brasilien dem NVV angehören würde, die Entwicklung eines nuklearbetriebenen U-Bootes zulässig.

- Unsere Gespräche mit der brasilianischen Seite über die Probleme, die durch die Umstrukturierung des brasilianischen Nuklearsektors entstanden sind bzw. möglicherweise in Zukunft entstehen könnten, haben jetzt zu konkreten und befriedigenden Ergebnissen geführt.

Die durch die Umstrukturierung beabsichtigte entschädigungslose Auflösung des deutsch-brasilianischen gemeinsamen Unternehmens zur Urananreicherung (Nuclei) wurde von brasilianischer Seite zurückgenommen; die Nuclei wird entsprechend der gesellschaftsrechtlichen Vereinbarung, mit der das Unternehmen im Jahre 1975 errichtet wurde, weitergeführt und nach Ablauf der Vereinbarung unter Wahrung aller Rechte und Pflichten beider Seiten liquidiert bzw. von der neu gegründeten Holding „Industrias Nucleares do Brasil“ (INB) übernommen werden. Damit konnte die Gefahr einer Inanspruchnahme von Bundesgarantien (im Fall einer sofortigen Auflösung von Nuclei) abgewendet werden.

Eine inzwischen unterzeichnete Vereinbarung von INB und STEAG²¹/Interatom soll sicherstellen, daß nach einer Übernahme der Nuclei durch INB ein deutscher Technischer Manager weiterhin die gleichen Kontrollbefugnisse im Hinblick auf die Urananreicherungsanlage ausüben wird, wie es ursprünglich in der Nuclei der Fall war.

Auch im zweiten Problembereich, wo uns die Umstrukturierung Anlaß zur Sorge gab, sind erhebliche Fortschritte erzielt worden. In der Tat hat Brasilien zugesichert, die gemäß Trilateralem Safeguards-Abkommen vorgesehenen Notifizierungsverpflichtungen (= Meldung von aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Nuklearlieferungen bei Empfang in Brasilien zwecks Anwendung von IAEO-Safeguards) in Zukunft in extensiver Weise auszulegen und damit eine umfassende Anwendung von IAEO-Safeguards auf den Bereich der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit auch nach der Umstrukturierung voll zu gewährleisten. Noch bestehende Notifizierungsdefizite auf brasilianischer Seite konnten ausgeräumt werden.

4) Abwägung

Anhand dieser Bewertungskriterien ist eine Abwägung der Gründe, die für bzw. gegen eine Kündigung des deutsch-brasilianischen Regierungsabkommens sprechen, möglich:

Für die Kündigung sprechen:

- Die jüngsten Pressemeldungen sowie der Kündigungsantrag der Oppositionsparteien im Bundestag werden bei einem Teil der Öffentlichkeit Resonanz finden, die unterstellt, daß Brasilien die Entwicklung auch von Kernsprengkörpern anstrebt.

²⁰ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 143.

²¹ Steinkohlen-Elektrizität AG.

- Die von der brasilianischen Regierung vorgenommene Umstrukturierung des nationalen Nuklearsektors entspricht nicht dem Geiste der langjährigen, von uns bisher vertrauensvoll durchgeführten Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, weil sie ohne Konsultation mit uns erfolgte.
- Die Zusammenarbeit konnte einen Know-how-Transfer „durch die Köpfe“ nicht verhindern.
- Der Ansatz der Bundesregierung, durch eine Zusammenarbeit auch mit Staaten, die dem NVV nicht beigetreten sind, diese nach und nach in das internationale Nichtverbreitungsregime einzubinden, hat im Falle Brasiliens jedenfalls bisher nicht zur Anwendung von „Safeguards“ im autonomen Programm geführt.
- In den letzten Jahren ist die Bundesregierung bei ihrer nuklearen Exportkontrollpolitik restriktiver geworden und bewegt sich in Richtung auf die Forderung von „Full-Scope-Safeguards“ (Genehmigung von Nuklearexporten nur dann, wenn im Empfängerstaat alle Nuklearaktivitäten unter internationalen Kontrollen stehen); Brasilien genügt dieser neuen Forderung nicht mehr.

Gegen die Kündigung sprechen:

- Mit der Entwicklung eines autonomen Nuklearprogramms verstößt Brasilien nicht gegen vertragliche Verpflichtungen (weder gegen das bilaterale Regierungsabkommen noch das Trilaterale Safeguards-Abkommen); selbst bei einem (bisher nicht geplanten) Beitritt zum NVV bliebe die Entwicklung eines nuklearketriebenen U-Bootes zulässig.
- Da durch das Trilaterale Safeguards-Abkommen alle aus der Bundesrepublik Deutschland transferierten bzw. in Brasilien gemeinsam errichteten kerntechnischen Anlagen (einschließlich Kernmaterial und technologische Unterlagen) international kontrolliert werden, erfüllen wir unsere eigenen Verpflichtungen aus dem NVV; die „Full-Scope-Safeguards“-Forderung geht über den NVV hinaus.
- Brasilien ist unseren Forderungen zur befriedigenden Lösung der Probleme, die im Anschluß an die Umstrukturierung des brasilianischen Nuklearsektors entstanden sind bzw. von uns als potentielle Gefahr erkannt wurden (Weiterbestehen des deutsch-brasilianischen Unternehmens Nuclei und rechtzeitige und umfassende Meldungen von Nukleartransfers an die IAEO), in befriedigender Weise entgegengekommen und hat die für uns erforderlichen Zusicherungen abgegeben.
- Brasilien ist mit dem zweiten großen lateinamerikanischen Staat Argentinien, welcher über ein autonomes Nuklearprogramm verfügt, im Gespräch über die Einrichtung eines gemeinsamen Inspektionssystems mit dem Ziel gegenseitiger Kontrollmaßnahmen der jeweiligen autonomen Nuklearprogramme. Damit werden Fortschritte in Richtung auf eine „Full-Scope-Safeguards“-Situation in diesen Staaten möglich.
- Eine Kündigung hätte zur Folge, daß die an der Zusammenarbeit beteiligten deutschen Firmen keine Ausfuhrgenehmigungen für noch ausstehende Lieferungen erhalten würden. Dies würde die im Ausland geschätzte Liefertreue der deutschen Exportindustrie in Frage stellen und die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen stark beeinträchtigen.

- Die vielschichtigen und äußerst guten Beziehungen zur latein-amerikanischen Ordnungsmacht Brasilien haben für uns, insbesondere seit der Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses in diesem Land, einen hohen Stellenwert. Die bisherigen, vorwiegend technischen Probleme bei der Abwicklung der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie sind nicht gewichtig genug, um eine Belastung dieser Beziehungen durch eine Kündigung zu rechtfertigen, zumal sie in befriedigender Weise gelöst werden konnten. Nach der schwierigen, noch nicht abgeschlossenen Umweltdiskussion²² sollten wir auch möglichst weitere Irritationen im Verhältnis zu Brasilien vermeiden.
- Interventionen für eine Kündigung sind von ausländischer Seite nicht – auch nicht andeutungsweise – erfolgt, weder von befreundeter noch von anderer Seite.

5) Votum

Obwohl die Gründe für eine Kündigung angesichts der besonderen innenpolitischen Sensibilität von „nuklearen“ Fragen ernst genommen werden müssen, sollte sich²³ das Auswärtige Amt gegen eine Kündigung des deutsch-brasilianischen Regierungsabkommens aussprechen.²⁴ Die Gründe hierfür haben im Vergleich zu den Gegenargumenten größeres außenpolitisches Gewicht.²⁵

D3²⁶ und D5²⁷ haben mitgezeichnet.

i. V. Pabsch

Referat 431, Bd. 160685

²² Zur Frage von Umweltauflagen bei einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28. Referat 400 vermerkte am 15. Juni 1989 zum sogenannten „zweiten Energiesektorkredit“, die Weltbank habe ihn „mit strengen Umweltschutzauflagen versehen, die Brasilien auch akzeptierte. Der Kredit kam aus anderen Gründen nicht zustande: Die Weltbank war nicht bereit, die Wirtschaftlichkeit des mit deutscher Hilfe gebauten KKW ‚Angra dos Rei‘ zu akzeptieren. Seitdem verhandelt sie mit Brasilien über andere Sektorkredite, in die sie die Umweltauflagen des ‚zweiten Energiesektorkredits‘ hin übernehmen will. Brasilien hatte gerade von uns eine Anwaltsrolle bei dem Energiesektorkredit erwartet, die wir aber wegen der Umweltprobleme im Amazonas nicht übernehmen konnten. Eine gewisse Verstimmung gegen uns ist nicht zu verkennen und nicht leichtzunehmen. Erreicht haben wir aber im Prozeß dieser Verhandlungen ein unerwartet stark gewachsenes Umweltbewußtsein in Brasilien selbst, das [...] die Regierung Sarney zu einer eigenen breiten Umweltschutzpolitik im Amazonas-Becken bewogen hat“. Vgl. Referat 330, Bd. 142875.

²³ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „auch“.

²⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „In Übereinstimmung mit den beteiligten Ressorts.“

²⁵ Der Bundestag beschloß am 19. Oktober 1989, den Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 11/5266) und den Antrag der Grünen-Fraktion (Drucksache 11/5358) auf Kündigung des deutsch-brasilianischen Abkommens vom 27. Juni 1975 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Forschung und Technologie zu überweisen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 167. Sitzung, S. 12687.

Der Bundestag folgte am 16. November 1989 mit den Stimmen der CDU/CSU- sowie der FDP-Fraktion der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Forschung und Technologie, die Anträge auf Nichtverlängerung des Abkommens vom 27. Juni 1975 abzulehnen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 176. Sitzung, S. 13420.

²⁶ Reinhard Schlagintweit.

²⁷ Jürgen Oesterheldt.

317

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoffmann
und des Vortragenden Legationsrats Schöning**

433/405

12. Oktober 1989¹

Über Herrn Dg 43², Herrn Dg 40³, Herrn D 4⁴ an das Referat 012

Aufzeichnung für die geplante Sonderausgabe des Blauen Dienstes „Aktuelle Themen unserer Außenpolitik“

Energie und Umwelt

Kurzfassung siehe unter III.

I. Die energiebedingten Umweltrisiken

a) Durch die Energiepreiskrisen der siebziger Jahre wurde eine intensive Diskussion über die Knappheit der Energieressourcen ausgelöst. In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt der Diskussion verschoben. Neben das Streben nach einer sicheren, preiswerten Energieversorgung ist zunehmend die Sorge um eine umweltverträgliche Energieversorgung getreten. Als wichtigster Engpaßfaktor gelten weitgehend nicht mehr die mögliche Erschöpfung der Ressourcen, sondern die mit Energieerzeugung und Energieverbrauch verbundenen Umweltgefahren. Zu diesen Umweltgefahren zählen:

- die „traditionellen“ Schadstoffe Schwefeldioxide, Stickoxide, Staub u. a.;
- die potentiellen Strahlungsgefahren bei der Kernenergie;
- die Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und die nicht energiebedingten FCKWs und Halone.

b) Im folgenden wird nur auf den Treibhauseffekt (mögliche Klimaveränderungen) als der gravierendsten Umweltgefahr eingegangen. Den größten Beitrag zur Aufwärmung der Erdatmosphäre (Treibhauseffekt) liefert das Kohlendioxid (CO₂), das bei jeder Verbrennung fossiler Energieträger (Öl, Kohle, Gas) und zum Teil auch bei erneuerbaren Energiequellen wie Holz, Dung und Biosprit entsteht. 1987 wurden 88,1% des Weltenergieverbrauchs mit fossiler Energie gedeckt (Wasserkraft: 6,7%; Kernenergie: 5,2%). Der CO₂-Ausstoß nimmt aufgrund des wachsenden Energieverbrauchs ständig zu. Anders als bei Schwefeldioxid (SO₂) und Stickoxid (NO_x) gibt es beim CO₂ keine Möglichkeit des Ausfilterns. Die wissenschaftliche Forschung zu Rückhaltetechniken (und Lagerung in Erdsenken oder in den Ozeanen) steht noch in den Anfängen.

Die mit dem Treibhauseffekt verbundene Gefahr eines Klimawechsels ist zwar von der Forschung noch nicht in allen ihren Auswirkungen erfaßt; gleichwohl muß aufgrund der bisher vorliegenden Forschungsergebnisse mit der Möglichkeit folgender Gefahren ernsthaft gerechnet werden:

¹ Ablichtung.

² Wiegand Pabsch.

³ Heinrich Dieckmann.

⁴ Alois Jelonek.

- Erwärmung der Erdatmosphäre und damit verbundener Anstieg des Meeresspiegels durch Ausdehnung der Wassermasse und Abschmelzen von Festlandeis; Überschwemmungsgefahr für niedrig liegende Landgebiete; Verschwinden ganzer Inselstaaten wie z. B. der Malediven;
- Häufung extremer Witterungsbedingungen (Trockenheit; Wirbelstürme) mit Auswirkungen auf die Landwirtschaft (Versteppung);
- Gesundheitsschädigungen (die Forschung hierzu ist noch in den Anfängen);
- Sekundärfolgen wie Hungersnöte und Umweltflüchtlinge.

c) In der Diskussion über die Klimaveränderungen spielt die Frage eine wichtige Rolle, welchen Ländern die CO₂-Emissionen zuzurechnen sind. Dazu folgende Zahlen:

CO₂-Emissionen weltweit im Jahre 1986: 20,5 Mrd. t.

Davon	Nordamerika:	28 %
	Westeuropa:	15,4 %
	Staatshandelsländer (ohne China):	21,6 %
	China:	13 %
	diese Länder zusammen:	78 %
	(BR Deutschland:	3,6 %)

Der gesamte Weltenergieverbrauch betrug 1987: 11,2 Mrd. t SKE (Tonnen Steinkohleneinheiten).

Jährliche Steigerungsrate: 2 bis 2,5 %.

Da die Zunahme der Weltbevölkerung sich in den kommenden Jahren fast ausschließlich in den EL vollziehen wird, wird in den EL auch der größte Energieverbrauchszuwachs verzeichnet werden. Demographische Entwicklung und erheblicher Nachholbedarf gegenüber den IL kumulieren sich. Aber auch in den IL steigt der Energieverbrauch.

Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre wird also ungebremst ansteigen, wenn nicht gegengesteuert wird.

II. Gegenmaßnahmen

a) Die zunehmend als Bedrohung künftiger Generationen empfundenen Klimaveränderungen haben zu einer Reihe von Bemühungen um klarere Erkenntnis der Situation und um Gegenmaßnahmen geführt. Die wichtigsten dieser Aktivitäten zum Schutz des Klimas sind:

- 1988 haben das United Nations Environment Programme UNEP und die World Meteorological Organization WMO das zwischenstaatliche Gremium für Klimaveränderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC) gegründet. Das IPCC wird von allen Ländergruppen getragen (IL, EL, Staatshandelsländer). IPCC faßt die weltweit verfügbaren Forschungsergebnisse zusammen, betrachtet die sozio-ökonomischen Aspekte und entwickelt Strategien für Maßnahmen zum Klimaschutz. IPCC erarbeitet zur Zeit Elemente für eine Klimarahmenkonvention. Diese soll von einer UNEP-Arbeitsgruppe verhandelt werden und bei der UN-Umweltkonferenz 1992⁵ zur Zeichnung aufliegen. Zu die-

⁵ Die VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung fand vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro statt.

ser Rahmenkonvention müssen dann Protokolle (z. B. zu CO₂, Methan, Tropenwäldern, Klimafonds) erarbeitet werden.

- Der Weltwirtschaftsgipfel von Paris (14. bis 16. Juli 1989)⁶ hat sich entschieden für gemeinsame Bemühungen zur Begrenzung der Emissionen von Kohlendioxid und anderen den Treibhauseffekt hervorrufenden Gasen, die zu Klimaveränderungen zu führen drohen, ausgesprochen. Er unterstützt ausdrücklich die diesbezügliche Arbeit des IPCC.
- Die Internationale Energieagentur IEA in Paris hat das Thema „Energie und Umwelt“ neben der traditionellen Aufgabe der Sicherung der Energieversorgung zu ihrem zweiten, gleichgewichtigen Schwerpunkt gemacht. Sie unterstützt nachdrücklich die Arbeiten des IPCC.
- Die 1987 gebildete Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat im November 1988 einen ausführlichen Zwischenbericht vorgelegt, der eine Analyse und erste Empfehlungen zum Treibhausproblem enthält.⁷

Die Bundesregierung nimmt an allen genannten Aktivitäten (die Aufzählung ist nicht vollständig) intensiv teil.

b) Inhaltlich wird national und international eine Palette von Maßnahmen zur Bekämpfung des Treibhauseffektes durch CO₂-Reduzierung diskutiert. Dazu gehören:

- Ersatz fossiler Brennstoffe durch nicht-fossile Brennstoffe (Kernenergie einschließlich Fusion, erneuerbare Energien wie Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme, insbesondere solar erzeugter Wasserstoff) und Ersatz CO₂-intensiver (Öl, Kohle) durch CO₂-ärmere Brennstoffe (Gas). Alle diese Ersatzbrennstoffe haben (noch) ernsthafte Nachteile:
 - Kernenergie: Akzeptanzprobleme;
 - Kernfusion: technologischer (und wirtschaftlicher) Durchbruch noch nicht in Sicht;
 - erneuerbare Energien (mit Ausnahme der Wasserkraft): noch nicht an der Schwelle der Wirtschaftlichkeit, allerdings wirtschaftlich in Nischenbereichen (Inseln, netzferne Gegenden);
 - Gas: Verteuerung, falls im großen Maßstab zur Stromerzeugung eingesetzt.
- Energiesparmaßnahmen und rationelle Energiegewinnung und -verwendung werden allgemein (z. B. Weltenergiekonferenz September 1989 in Montreal⁸ und BT-Enquete-Kommission) als eine der vielversprechendsten Optionen betrachtet. Hierzu gehören u. a.:

⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

⁷ Zur Enquete-Kommission des Bundestags vgl. Dok. 181, Anm. 5.

⁸ Referat 405 vermerkte am 27. September 1989 zur 14. Weltenergiekonferenz vom 17. bis 22. September 1989, die wichtigsten Ergebnisse seien: „Kernproblem der internationalen Energieversorgung ist nicht mehr ausschließlich die Frage ausreichender Energieressourcen. Von entscheidender Bedeutung wird es sein, die Bereitstellung von Energie für IL und EL zu vernünftigen Preisen mit der Erhaltung der natürlichen Umwelt in Einklang zu bringen. [...] Es herrschte Einmütigkeit, daß nur globale Strategien weiterhelfen.“ Weiter hieß es: „Trotz der von den fossilen Energieträgern ausgehenden Umweltgefahren geht die W[orld]E[nergy]C[onference] davon aus, daß Öl auch im 21. Jahrhundert die dominierende Energiequelle bleibt. Der Kohle werde in vielen Ländern der Dritten Welt eine wachsende Bedeutung zukommen.“ Vgl. Referat 012-9, Bd. 161315.

- umweltpolitisch motivierte Umstrukturierungen im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau bzw. Siedlungswesen;
- Einbeziehung der Umweltkosten in den Energiepreis, z. B. als Steuer auf fossile Energie oder als CO₂-Abgabe. Entsprechende Modelle werden derzeit von den deutschen Parteien entwickelt und erörtert;
- Gebote und Verbote;
- handelbare Erlaubnisscheine;
- Erziehungs- und Aufklärungsmaßnahmen;
- Sparanreize durch geeignete Tarifgestaltung (die Bundesregierung hat am 20. September 1989 dem Entwurf einer neuen Bundestarifordnung Elektrizität zugestimmt, durch die die finanziellen Anreize für einen sparsamen und rationellen Umgang mit Strom verstärkt werden).

Ferner sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- verstärkte Anstrengungen zur Forschung, Entwicklung und Demonstration CO₂-freier oder CO₂-armer Energietechniken;
- verstärkte Hilfe für die Entwicklungsländer bei der Bewältigung ihrer Energieprobleme und beim Schutz tropischer Regenwälder; die Ausgestaltung dieser Hilfe wirft schwierige Fragen nach Höhe und Art eines Ressourcentransfers von den IL zu den EL auf.
- Es besteht Übereinstimmung, daß wegen des globalen Charakters der Herausforderung nur global abgestimmte Gegenmaßnahmen erfolgreich sein können. Von daher ergibt sich der Sachzwang, zu einer internationalen Klimakonvention mit ergänzenden Einzelprotokollen zu kommen.

III. Wertung (zugleich Zusammenfassung)

Das Bemühen um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung stellt eine gewaltige Herausforderung an die Staatengemeinschaft dar. Die Herausforderung wird dadurch verschärft, daß sich zur Zeit nicht die Möglichkeit einer Vermeidung der Klimaveränderung, sondern allenfalls einer gewissen Schadensbegrenzung abzeichnet. Dabei wird von vielen insgeheim gehofft, daß sich die Auswirkungen der Vermehrung der Treibhausgase letztlich als weniger verhängnisvoll erweisen, als es derzeit von ernsthaften Wissenschaftlern dargestellt wird. Falls sich jedoch wissenschaftlich erhärtet, daß sich der Treibhauseffekt zu einer Klimakatastrophe verdichtet, wird über massive Maßnahmen zu befinden sein:

- drastische Einschränkungen des Energieverbrauchs unter Hinnahme einer Reduzierung des materiellen Lebensstandards, wobei die Auswirkungen derartiger Energieeinschränkungen auf die Volkswirtschaft kaum zu lösende Probleme aufwerfen;
- Bereitschaft zu massiver Hilfe für die EL, um deren notwendiges Mitwirken an einer globalen Strategie sicherzustellen.

Jeder Staat wird zu schmerzlichen Opfern bereit sein müssen. Für die Bundesrepublik Deutschland müßte z. B. die Kohlevorrangpolitik radikal in Frage gestellt werden. Die Kernenergie Diskussion ist bereits jetzt im Lichte der Klimaproblematik neu entbrannt.

Die Frage einer sicheren und umweltverträglichen Energiepolitik ist von der internationalen Tagesordnung nicht mehr wegzudenken. Eine befriedigende Antwort ist nicht in Sicht.

Hoffmann Schöning

Referat 431, Bd. 160659

318

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2241
Citissime

Aufgabe: 12. Oktober 1989, 14.26 Uhr¹
Ankunft: 12. Oktober 1989, 16.11 Uhr

Betr.: Innere Lage;
hier: Einschätzung möglicher weiterer Entwicklungen

1) Zusammenfassung

Die Politbüro-Erklärung vom 11. Oktober² stellt ein erstes Zurückweichen der Honecker-Führung vor den immer drängender werdenden Reformforderungen der unzufriedenen Bevölkerung, der Intellektuellen, aber auch der unteren Parteifunktionäre dar. Wie schon in den Presseverlautbarungen der letzten Tage erkennbar wurde, ist aber die Führung nicht bereit, eine wirkliche Wende zu vollziehen. Sie will die „Arbeitermacht“ ungeschmälert erhalten und alle Diskussionen in schon existierenden sozialistischen Formen und Foren auffangen. Zusätzlich verspricht sie mehr Waren und Bezahlung, realistische Medien und Reisemöglichkeiten. Es erscheint zweifelhaft, ob hierdurch den Forderungen genügt wird. Es gibt Anzeichen, daß weitere Schritte auf dem ungewollten Reformweg folgen müssen. Das wird dann auch nicht ohne personelle Konsequenzen bleiben.

2) Im einzelnen

1) Die SED-Führung hat aus den Ereignissen der letzten Wochen und ihren Zuspitzungen in den letzten Tagen mit der Politbüro-Erklärung vom 11. Oktober die erste Konsequenz gezogen, daß sie sich der Diskussion stellen will. Dahinter steht das Anerkenntnis eines Reformbedarfs, der aber nicht öffentlich zugegeben wird. Wie schon im Pressebild der letzten Tage erkennbar wurde, zeigt sich die SED-Führung taktisch bemüht, den nicht mehr zu verschweigenden Zweifel an der Richtigkeit des bisherigen Kurses dadurch aufzufangen, daß man sich nach außen gesprächsbereit gibt, ohne sich aber in den Positionen tatsächlich in Frage stellen zu lassen. Das betrifft vor allem die Abgrenzung von jenen, denen unter-

¹ Das von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 12. und 13. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Erklärung des Politbüros des ZK der SED vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 12. Oktober 1989, S. 1.

stellt wird, sie trachteten danach, die Bürger für konterrevolutionäre Attacken zu mißbrauchen. Für Diskussionen gebe es alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. Konsequenter heißt es in der Politbüro-Erklärung weiter, daß die SED gegen Vorschläge und Demonstrationen sei, hinter denen die Absicht stecke, Menschen irrezuführen (d.h. anders als die SED anzusprechen) und das verfassungsmäßige Fundament des Staates zu verändern. Damit bleibt das „Neue Forum“ u.a. ausgegrenzt. Die in Leipzig bekundete Gesprächsbereitschaft der SED-Führung mit Sprechern des Neuen Forums soll damit ein Ausnahmefall bleiben, wie die gemeldete Absage eines weiteren Gesprächs zeigt. Entsprechend der Linie des Politbüros hatte die „Junge Welt“ bereits am 11.10. die von den oppositionellen Gruppen eingeforderten Begriffe wie „Forum“ oder „Dialog“ für sich in dem Sinne reklamiert, daß Gesprächsebenen der SED und der FDJ für alle Kritik zur Verfügung stünden. In diesem Sinne ist die für die DDR-Presse gänzlich ungewöhnliche breite Auseinandersetzung mit den Demonstrationen der letzten Tage in den Provinzblättern zunächst schon am 9.10. und im Neuen Deutschland zweiseitig dann am 10.10.³ zu verstehen, daß nämlich hier von der Partei und ihren Organen das Diskussionsforum bereitgestellt wird. Wie inhaltlich diese Diskussion bestritten wird, wird aus der Politbüro-Erklärung und der Presselinie seit dem 7. Oktober sichtbar, indem deutlich gesagt wird, die SED werde auch künftig nicht zulassen, daß die Macht der Arbeiter und Bauern angetastet wird. Angesichts dieser gegenwärtig nur als taktisch zu bewertenden Reaktion des Politbüros, die darauf abzielt, entstandenen Diskussionsbedarf aufzufangen und sich möglicherweise in den lähmenden Diskussionen mit Parteiführern totlaufen zu lassen, stellt sich die Frage, auf welche Weise der Reformprozeß aus den endogenen Kräften der DDR weiter vorangetrieben werden kann.

2) Die gegenwärtige entscheidende Frage ist, ob jemand die immer noch stalinistisch geprägte SED-Führung Honeckers zu einer Kursrevision im Sinne des Einräumens eines Teils der Macht, die eben im stalinistischen Sinne von der SED ausschließlich für sich beansprucht wird, zwingen kann.

2.1) Die oppositionellen Gruppen sind immer noch zu schwach, um jetzt schon von der SED eine solche Beteiligung erzwingen zu können. Sie brauchen trotz aller gedanklichen Vorarbeit, die sie bereits geleistet haben oder in diesen Wochen weiter erbringen, noch erhebliche Zeit, um aus dem Geruch, im wesentlichen nur Intellektuellenvereinigungen zu sein, herauszukommen und sich als wirkliche politische Kräfte darzustellen. Auch wenn diese Gruppierungen vermocht haben, in den vergangenen Tagen bedeutende Demonstrationen auf die Straße zu bringen, so hat die SED doch gezeigt, daß sie immer noch über alle Machtmittel verfügt und auch gewillt ist, diese im Ernstfall einzusetzen. Die Erklärung des Politbüros bestätigt das. Aus Sicht der SED ist das Ende der Eskalationsstufe noch nicht erreicht. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die SED mit sehr viel größerem Zögern, als dies für die chinesische Parteiführung der Fall war, zu einer Peking-Lösung⁴ schreiten würde. Die Rücksichtnahme auf die Glaub-

³ Vgl. dazu die Meldungen „Bürger der DDR: Wir wollen unser sozialistisches Land zum Wohle der Menschen weiter ausgestalten und alles für den Frieden tun. Aus Bezirkszeitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Oktober 1989, S. 3 f.

⁴ Zur Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 161, Dok. 162 und Dok. 166.

würdigkeit der sowjetischen Europapolitik wie auch auf die durch Honeckers Dialogpolitik nach Westen etablierte Respektabilität der DDR stehen einer schnellen Entscheidung zu einer gewaltsamen Lösung hinderlich im Wege. Es darf dennoch nicht bezweifelt werden, daß, wenn sich die SED-Führung an die Wand gedrückt fühlt, sie nicht zögern würde, ausschließlich nach ihren Interessen zu handeln, d. h. mit aller Gewalt Unruhen zu unterdrücken. Die oppositionellen Gruppen, die hier maßgeblich auch von Kirchenführern beraten werden, sehen diese mögliche Entwicklung sehr deutlich und warnen daher zu Recht immer wieder davor, zur Gewalt zu schreiten.

2.2) Die immer noch nicht gebremste Abwanderungsbewegung über Ungarn und Polen wie auch die ČSSR, bei weitergehender relativ großzügiger Genehmigung legaler Übersiedlung aus der DDR, hat schon jetzt zu erheblichen Belastungen der Wirtschaft geführt. Der vom DIW geschätzte Verlust von 1,5 v. H. der qualifizierten Industriearbeiterschaft hat die DDR-Wirtschaft, die ohnehin wegen ihrer unzureichenden Arbeitskräfte ersetzenden Investitionen einen erheblichen Arbeitskräftemangel aufweist, in beträchtliche Schwierigkeiten gebracht. Diese Abwanderung hat auf die SED-Führung, wie die Politbüro-Erklärung zeigt, als Warnsignal gewirkt, so daß eine Reaktion dringend erforderlich wurde. Die Aufrufe zu mehr und besserer Arbeit, die Aussage, daß man jeden Abgewanderten brauche, ist eine deutliche Wende gegenüber der bisherigen Gehässigkeit in den Presseverlautbarungen (keine Träne nachweinen). Dieser Meinungswandel mag der Sorge vor drastischen wirtschaftlichen Einbrüchen entspringen. Die Wirtschaftsmanager in der SED fühlen die Personalmängel bei der Planerfüllung und dürften ihren Unmut und ihre Sorge deutlich ausgesprochen haben. Der Leitartikel des „Morgen“ vom 12.10., der sich beunruhigt über die Sicherung der Brennstoffversorgung im Winter äußert, zeigt die Brisanz der Wirtschaftsprobleme.

2.3) In den Kreisen der Künstler, Schriftsteller und sonstigen Intellektuellen haben die Ereignisse der letzten Wochen, sei es die ständige Abwanderungsbewegung und ihre dramatische Zuspitzung in Ungarn und der ČSSR wie auch die Demonstrationen der letzten Tage, zu einer erheblichen Beunruhigung geführt. Sie empfinden am deutlichsten die Defizite des Umgangs der Behörden mit dem Volke. Derartige Kritik ist vom stellvertretenden Kulturminister Höpcke, von Markus Wolf, von Christa Wolf, auch vom Intendanten des Brecht-Theaters, Wekwerth, und Hermann Kant, dem Präsidenten des Schriftstellerverbandes, mit großer Deutlichkeit angesprochen worden. Diskussionen und Anschläge in den Theatern, Erklärungen der Rockmusiker sind Zeugnisse für die große Sorge und Unruhe, die sich dieses Bevölkerungsteiles bemächtigt hat. Ihre Aktivitäten dürften ihren Eindruck auf die Führungsentscheidung nicht verfehlt haben. Wichtig bleibt auch bei der Absage des Politbüros an die oppositionellen Gruppen, daß das Wirken der Künstler usw. die oppositionellen Gruppen bestärkt. Aus zuverlässiger Quelle ist zu hören, daß die Schriftsteller Christa Wolf und Christoph Hein die Bewegung „Neues Forum“ unterstützen. Darüber hinaus ist nicht zu unterschätzen, daß die Aussagen dieser Intellektuellen einen nicht geringen Einfluß auf jüngere Parteimitglieder haben, eine Bewegung, die aus der Partei herauskommt, zu stärken und zu gestalten. Soweit wird der Druck auf die oberste Führungsebene erhalten bleiben, auch wenn sie jetzt nur Mut zu einem halben Schritt hatte.

2.4) Die Liberal-demokratische Partei (LDPD), ihr Vorsitzender Gerlach und auch die Zeitung der LDPD, „Der Morgen“, haben in bemerkenswerter Weise ihrerseits das Thema Reformen in der DDR aufgegriffen. In geringerem Maße tut das auch die CDU der DDR. Die anderen beiden Parteien, Bauernpartei und National-Demokratische Partei, halten sich demgegenüber zurück. Es ist nicht zu erwarten, daß aus der LDPD der entscheidende Reformanstoß kommt. Das Selbstverständnis der SED als führende Kraft im Staat wird es nicht dulden, daß die gering geachtete Blockpartei eine solche entscheidende, eine historische Wende markierende Rolle beansprucht. Gleichwohl ist das Agieren der LDPD von nicht zu unterschätzender Bedeutung, vor allem für die Glaubwürdigkeit dieser Partei als mitgestaltende Kraft für die Zeit nach der Zuwendung zu Reformen im Lande.

⁵2.5) Entscheidend für den Druck von unten auf die SED dürfte das Verhalten der Arbeiterschaft sein. Bisher hat sie sich merklich zurückgehalten. Die unzufriedenen Kräfte aus der Arbeiterschaft haben eher für die Abwanderung in den Westen optiert als für das Engagement in den oppositionellen Bewegungen. Aber auch hier gibt es Anzeichen für um sich greifende Unzufriedenheit, ja erste Streikdrohungen, wie die westliche Presse wissen will. Laut TAZ sollen in Leipzig Belegschaften mit der Parole „Neues Forum“ auf die Straße gegangen sein. Der Brief der Gewerkschaftsorganisation der Berliner Firma Bergmann-Borsig an den FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch⁶ ist ein weiteres Warnzeichen, daß die Unruhe auch Berliner Betriebe ergriffen hat. Dies ist für die SED, die sich als Partei der Arbeiterschaft versteht, ein starkes Zeichen für die Notwendigkeit wirklichen Einlenkens. Demgemäß verspricht die Politbüro-Erklärung auch ausdrücklich gute Warenangebote, bessere Bezahlung und Reisemöglichkeiten. Die wichtige Rolle der Arbeiterschaft wird aus dem bisher nicht sehr erfolgreichen Bemühen der oppositionellen Kräfte, insbesondere des Neuen Forums, ersichtlich, größere Resonanz in diesen Kreisen zu finden. Aus gleichen Überlegungen heraus bemühen sich die Künstler an den Berliner Theatern, diejenigen Betriebe, die Patenschaften zu ihren Theatern übernommen haben, in ihre Reformdiskussionen einzubeziehen.

2.6) Unter den gegenwärtigen Umständen scheinen Reformanstöße aus der SED selbst, wie die Politbüro-Erklärung zeigt, die größten Chancen zu haben. Die unteren und mittleren Parteifunktionäre sind von großer Unruhe erfaßt. Nun hat diese Unruhe auch die oberste Ebene ergriffen. Die Parteibasis spürte als erste den vollen Druck der Arbeiterschaft, der Betriebsleiter wie auch der unruhigen Intellektuellen und fühlte sich durch unzureichende Verhaltens- und Argumentationsrichtlinien von der Spitze im Stich gelassen. Dieses Veränderungspotential an der Basis hat nun einen ersten politischen Erfolg gegenüber der Honecker-Führung durchgesetzt.

Die Art der Reaktion der SED-Führung, nämlich Entscheidung durch das (erweiterte) Politbüro, nicht aber durch ein Sonderplenum des ZK, zeigt deutlich das Bestreben, die Dinge auf möglichst normale Weise zu behandeln und damit zu

⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2242 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁶ Für den Wortlaut des offenen Briefs von Gewerkschaftsmitgliedern des VEB Bergmann-Borsig vom 29. September 1989 an den Vorsitzenden des FDGB, Tisch, vgl. SCHWERPUNKT. ORGAN DER LEITUNG DER BETRIEBSPARTEIORGANISATION DER SED IM VEB BERGMANN-BORSIG 41 (1989), Nr. 21, S. 3.

entdramatisieren. Ein Sonderplenum hätte größere Unruhe ausgedrückt, möglicherweise auch größeren Druck auf die Führung bis hin zu Personalveränderungen bedeuten können. So indiziert das Beschlußforum auch die Halbherzigkeit der jetzigen Entscheidung. Dennoch könnte die Führung auch künftig unter Druck geraten, ein Sonderplenum einzuberufen, wenn die jetzt angekündigten Maßnahmen (besseres Warenangebot und bessere Bezahlung, realistische Medienpolitik, mehr Reisen) nicht greifen sollten. Die SED-Führung möchte sich bis zum nächsten ZK im Dezember Luft verschaffen, darauf weist die Bemerkung von Vorschlägen der Parteileitung beim nächsten Plenum hin. Ob ihr diese Zeit vergönnt wird, hängt von der weiteren inneren Entwicklung ab. Die SED ist dabei nicht mehr alleiniger Herr des Geschehens. Es ist kaum zu erwarten, daß die unzufriedene Bevölkerung durch die wenig überzeugenden Versprechungen der Politbüro-Erklärung allein besänftigt werden wird. Vieles hängt davon ab, ob die SED sich wirklich auf einen Reformkurs begibt oder weiterhin zu geringe Konzessionen zu spät macht.

Selbst wenn es Honeckers Gruppe noch einmal gelingen sollte, die aufgebrochene Unruhe einzufangen, bleibt er unter Druck. Die Parteibasis und die mittlere Parteiführung können sich durch die vor dem Parteitag notwendigen Wahlen der Parteitagsdelegierten Gehör verschaffen. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das üblicherweise alle Personalentscheidungen von dem Willen der Spitze abhängig macht, könnte bei der Delegiertenauswahl aus Unmut über die Führung durchbrochen werden. Dann könnte die von unten kommende Kritik an der Parteiführung wirksam werden. Insofern kann auch der bevorstehende Parteitag (Mai 1990), entgegen der Absichten der Führung, ihn zu einem Kontinuitätsparteitag zu machen, eine wichtige Funktion bei der Korrektur des politischen Kurses der SED spielen.

3) In der gegenwärtigen Situation, da die oppositionellen Kräfte der DDR noch schwach sind und die SED nur halbherzige Konzessionen macht, bleiben unsere Möglichkeiten, d.h. auch die aller westlichen Partnerländer, beschränkt. Wir werden weiter Reformen einfordern müssen, die auch in hohem Maße der Erfüllung von KSZE-Verpflichtungen durch die DDR entsprechen. Daneben bedürfen die oppositionellen Kräfte, die Bewegungen wie auch die verschiedenen Künstlerverbände unserer behutsamen, aber beständigen Unterstützung. Wie wirksam diese Unterstützung ist, zeigen die Ausfälle der Politbüro-Erklärung an unsere Adresse. Darüber hinaus wird es auch unser Anliegen sein müssen, die Kanäle zu SED-Funktionären offen zu erhalten, weil ohne sie die entscheidenden Schritte auf einem Reformkurs nicht vollzogen werden. Das verlangt Rücksichtnahme auf die Existenzangst der SED. Die Furcht vor der Wiedervereinigung wird gerade von der herrschenden SED-Führung als Disziplinierungsmittel gegenüber Veränderungswünschen eingesetzt. Für unsere und die westliche Politik wird es darauf ankommen, die von Otto Reinhold dargestellte Alternative zu widerlegen, daß es nur eine sozialistische DDR oder eine kapitalistische Bundesrepublik geben kann, nicht aber ein Aliud. Das Aliud wäre gerade eine DDR, die sich im Sinne der politischen Vorstellungen der oppositionellen Gruppierungen als eine bessere DDR und nicht als Teil der Bundesrepublik versteht. Für diese Entwicklungsrichtung muß unsere Politik durch ein konsequentes Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR Raum lassen. Von diesem Konzept einer anderen DDR wäre eine gewandelte SED nicht von vorn

herein ausgeschlossen. Sie müßte allerdings den entscheidenden Schritt vollziehen, daß sie einer Teilhabe an der Macht, d.h. einem Übergang zu politischem Pluralismus in der DDR, ihre Zustimmung erteilt. Dazu ist die jetzige Führungsspitze nicht bereit. Die Entwicklung in Polen und Ungarn, die den Verlust der (absoluten) Macht für die Bruderpartei brachte, wirkt abschreckend. Ohne durchgreifende personelle Veränderungen an der Spitze der SED wird es zu einem echten politischen Pluralismus in der DDR nicht kommen. Die Chancen für einen tiefgreifenden politischen Wandel in der DDR sind daher z. Z. äußerst gering.

[gez.] Bertele

Referat 210, Bd. 140684

319

Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15117/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1137

Aufgabe: 12. Oktober 1989, 20.26 Uhr¹
Ankunft: 12. Oktober 1989, 21.00 Uhr

Betr.: Besuch des Ständigen NATO-Rates in GB 1.–6.10.89

Zusammenfassung

GB nahm 40. NATO-Jubiläum zum Anlaß, um NATO-Rat unter Leitung GS Wörners zu einwöchigem Besuch – erstmalig – einzuladen. Entsprechend politischem Stellenwert, den GB der NATO einräumt, war Wahrnehmung hochrangig: einstündiger Empfang durch PM Thatcher (Einzelheiten vgl. Ziffer 1), mehrere Begegnungen mit Verteidigungsminister King (der auch als Gastgeber auftrat), Staatsminister Waldegrave (FCO) sowie führenden Beamten und Offizieren aus FCO bzw. Verteidigungsministerium und Chefs der Teilstreitkräfte.

Programmgestaltung und Gespräche machten deutlich, in welchem Maß GB Sicherheit und Verteidigung als synonym betrachtet.

Zusammenfassend ist aus Gesprächen festzuhalten, daß GB an die sicherheitspolitisch relevanten Entwicklungen im West-Ost- wie im West-West-Verhältnis mit – aus seiner Sicht – pragmatischer Behutsamkeit und Vorsicht herangeht; wir – und viele andere kontinentaleuropäische Partner – würden den Ansatz eher statisch und status-quo-orientiert nennen. Beeindruckend waren dennoch die professionelle Solidität und das sichere Selbstvertrauen, welches die Führungsspitze der Streitkräfte, aber auch die besuchten Einheiten der drei Teilstreitkräfte selbst ausstrahlten. In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland wurden immer wieder die guten und engen Beziehungen hervorgehoben. Die jüngsten Gespräche auf Außen- und Verteidigungsministerebene² wurden von

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Leutrum am 16. Oktober 1989 vorgelegen.

² Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Major am 20. September 1989 vgl. Dok. 284.

Der britische Verteidigungsminister King hielt sich am 21. September 1989 in der Bundesrepublik auf und traf mit Bundesminister Stoltenberg am Rande der Übung „White Rhino“ der britischen

StM Waldegrave und Verteidigungsminister King mit großem Nachdruck als besonders positiv bewertet. Die Kontroversen im Vorlauf zum Gipfel³ wie auch die SNF-Frage spielten, abgesehen von PM, so gut wie keine Rolle.

Im einzelnen

1) PM Thatcher

Empfang bei PM Thatcher zum Schluß des Besuchs (5.10.) wurde von dieser zu kurzen Einzelgesprächen mit StV genutzt. Eine stichwortartige Zusammenfassung ihrer Äußerungen macht deutlich, wie sie ihre eigene Rolle im westlichen Bündnis versteht und wo sie dessen Probleme sieht.

- Zu USA und GS Wörner: Wir drei – gemeint USA, GB und D – bestimmen hier die Politik. Im Nachsatz: Bei Nuklearfragen spricht F natürlich mit.
- Zu F (in Anwesenheit der Ständigen Vertreter von GB⁴ und USA⁵): Ich möchte, daß Sie sich ihnen anschließen (I want you to join them).
- D: Ich hoffe, Sie halten sich an den Gipfel. Die Vereinbarung des Gipfels war „teilweise“ – dieses Wort war unterstrichen –, d.h. in keinem Fall null. Gehen Sie niemals auf null bei Kurzstreckenraketen. (Der Zeigefinger von Frau Thatcher unterstrich diese Worte mit beängstigender Lebhaftigkeit. Beobachtende Briten später: So ist sie eben.)

Erhebliches Erstaunen über meine „Widerrede“: Der Konsens von Brüssel wird von niemandem in Frage gestellt. Er ist aber umfassend: Wir haben entschlossene Anstrengungen verabredet, die Übermilitarisierung der West-Ost-Beziehungen zurückzudrehen. Wiener Verhandlungen⁶ spielten hierbei eine zentrale Rolle. Wir sind auf eine aktive gemeinsame Ostpolitik verabredet.

PM: In Brüssel wurde kein „Konsens“, sondern Einigung erzielt. Konsens registriert man dann, wenn Meinungen nicht zusammenkamen. Im übrigen vergessen Sie nie: Die USA müssen in Europa gehalten werden.

- I: Erinnerungen an persönliche Kontakte mit italienischer Führung.
- E: Wir haben etwas gemeinsam (spanischer Botschafter⁷: Gibraltar?). Nein, Terrorismus. Nur wir verstehen, wie man ihn bekämpft.
- NL und GRI: Fragen nach innenpolitischer Lage.
- LUX: Übereinstimmung in Fragen der EG-Finanzpolitik.
- B: Nicht viel Verständnis verratende Fragen nach Problem Wallonen/Flamen.
- T: Ratschläge zur Inflationsbekämpfung.
- NOR und DK: Halten Sie sich an das beim Gipfel Vereinbarte.

Mein „Gespräch“ mit Frau Thatcher war das längste und lebhafteste. Sie wirkte insgesamt müde (offenbar angestrengt durch die vorausgegangenen Beratungen über Heraufsetzung des Zinssatzes auf 15 Prozent). Sie war ganz auf „Sendung“

Fortsetzung Fußnote von Seite 1360

Streitkräfte zusammen. Vgl. dazu den Artikel „West German Greens put the British Army to flight“; THE TIMES vom 22. September 1989, S. 8.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Michael Alexander.

⁵ William H. Taft.

⁶ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

⁷ Jaime de Ojeda.

eingestellt⁸, nicht auf Gespräch. Wie andere Kollegen hatte auch ich Eindruck, daß Brüsseler NATO-Gipfel nicht voll verkraftet ist.

Immerhin brachte Thatcher-Empfang etwas zustande, wogegen F sich in NATO und WEU mit Vehemenz wehrt: eine informelle Begegnung der Ständigen Räte und der Generalsekretäre beider Organisationen (da alle Londoner NATO-Botschafter und WEU-GS van Eekelen eingeladen waren).

2) Europapolitische Konzeption

Die übrigen Gespräche ließen nicht erkennen, daß GB über das bisher Bekannte hinausgehende Vorstellungen zur Entwicklung Gesamteuropas oder einer (west-)europäischen sicherheitspolitischen Identität und ihrer Ausgestaltung hat (BMVg-Frage vom 11.9.). Diesbezügliche Fragen wurden – für GB überraschend – intensiv gestellt. Sogar F-Botschafter Robin sah sich mit einem Seufzer über diesbezügliche Perspektivlosigkeit veranlaßt, FCO-Vertreter im Ständigen WEU-Rat, Ratford, zu fragen, ob GB überhaupt eine europapolitische Vision habe.

StM Waldegrave sah solche Fragen angesichts internationaler Entwicklung als zunehmend unrealistischer an – auch nach VKSE würden NATO und WP zwei eindrucksvolle Allianzen darstellen. In der Sicherheitsstruktur des WP sei keine grundsätzliche Änderung zu erwarten. Über europäische Währungsunion äußerte sich Waldegrave mit großer Emphase, aber erschreckender politischer Naivität: DM-Dominanz sei Tatsache. Sie werde noch stärker. Damit bestimme Bundesbank. Andere Europäer müßten folgen – und damit sei finanzpolitische Disziplin gewährleistet. Auf dieses Ergebnis allein komme es an.

Ratford zeigte sich beruhigt durch Tatsache, daß es innerhalb des Westens bisher kaum zu institutionellen Friktionen NATO-EGK-G7-G24 gekommen ist. Debatte werde die 90er Jahre bestimmen, aber bis 1992⁹ seien alle kreativen Energien absorbiert.

Rüstungsdirektor Levene wollte EG auch unter Perspektive 1992 aus Strukturfragen des Rüstungsmarktes heraushalten und IEPG dessen Gestaltung vorbehalten. Wie dies zu bewerkstelligen sei, konnte er nicht sagen.

Zum Stand bilateraler Nuklearzusammenarbeit GB-F: In großer Diskussionsrunde nur Unverbindliches. In Gespräch unter vier Augen wurde Eindruck vermittelt, daß F stark drängt und daß GB-Zurückhaltung abnehmende Tendenz hat. (Prepared to „thicken-up“ cooperation. We have much in common.)

Insgesamt konnte kein britischer Gesprächspartner konkreter antworten als AM Major, der am 12.9. in seiner New Yorker Rede¹⁰ Sicherheit als viertes Element des britischen Europakonzepts so beschrieben hatte: Es konkretisierte sich in der Bereitschaft, mehr für Verteidigung in Europa selbst zu tun – mit dem Ziel,

⁸ Korrigiert aus: „angestellt“.

⁹ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁰ In der Presse wurde dazu berichtet: „Mr John Major, the Foreign Secretary, yesterday dismissed as ludicrous any suggestion of a lack of British enthusiasm for European integration and he urged the United States and the European Community to make greater efforts to help Eastern Europe 'break free of dictatorship'. Mr Major backed Mrs Thatcher's commitment to the EC in a speech due to be delivered in New York last night, the first big address by the Foreign Secretary since he was appointed in July. 'Britain is a full and active participant in this historic change,' he said. 'It is not just a matter of economics for us. Nor just a matter of politics. Our active membership of the Community is a fixed point in our future.'“ Vgl. den Artikel „Major defends UK role in forging European unity“; THE TIMES vom 13. September 1989, S. 10.

den europäischen Beitrag zur Allianz als „einzige und wichtigste Basis für die europäische Sicherheit“ zu erhöhen.

3) West-Ost-Beziehungen

Ostpolitische Aussagen von Verteidigungsminister und Offiziellen entsprachen dem Bekannten. Von Interesse war ein Hinweis auf mögliches Umdenken: PM Thatcher habe in Anwesenheit von AM und Verteidigungsminister im Rahmen sicherheitspolitischer Diskussion (vgl. Ziffer 4) gemahnt, nicht zu vergessen, daß Deutschland in Mitteleuropa liege.

Deutliche skeptische Untertöne in allen Äußerungen, z.B. erwartete Ratford in SU in den nächsten fünf Jahren ein „Maximum an Ungewißheit und Unberechenbarkeit“. Gorbatschow sei eindeutig der Führer, aber: „Wie weit ist er in Kontrolle?“ Westliches Interesse wird stark passiv gesehen: Hoffnung auf Wandel in Stabilität. Andererseits aber Eingeständnis, daß es Veränderung ohne Risiken nicht gebe (im Zusammenhang mit DDR-Entwicklung). Insgesamt also freundlich aufgeschlossenes Abwarten (Westen muß richtige Signale setzen) statt entschlossenem Willen zu gestaltendem Handeln: Wahrscheinlich werde ein ost-europäischer Slum „in unserem Hinterhof“ unvermeidlich sein.

4) Rüstungskontrolle und Verteidigungsplanung

Um die neue Dynamik im Verhältnis zwischen Verteidigungsplanung und Rüstungskontrolle zirkulierten die vielen Sorgen. Verteidigungsminister King reflektierte offenbar das Ergebnis einer ganztägigen Besprechung am 30.9. unter Leitung von PM Thatcher, als er große Probleme für flexible Erwidern¹¹ und Vorneverteidigung voraussah, wenn man über die jetzigen westlichen Vorschläge in Wien hinausgehen würde. Dem liegt anscheinend die Philosophie zugrunde, daß VKSE letztlich nur darauf abzielt, den derzeitigen militärstrategischen Zustand auf einem niedrigeren Niveau vertraglich zu fixieren, nicht aber schrittweise Weichenstellungen in Richtung auf eine grundsätzlich andere Friedensordnung in Europa zu beeinflussen. PM Thatcher hatte bereits in der Gipfelerklärung vom Mai den Begriff einer neuen politischen Friedensordnung ablehnen lassen mit der Begründung, dies klinge zu sehr nach Soldatenstiefeln. Am 30.9. soll sie die Frage der Fortgeltung von Vorneverteidigung und flexibler Erwidern zu Kernkriterien für Zulässigkeit von Überlegungen gemacht haben, die über westliche Wiener Vorschläge hinausführen.

StS Quinlan vom Verteidigungsministerium bezeichnete es als seine größte aktuelle Sorge, daß NATO-Partner – im Vorgriff auf VKSE – unstrukturiert einseitig mit der Abrüstung beginnen könnten. King artikuliert mit Nachdruck britische Sorge, daß selbst bei Koordinierung von Abrüstungsschritten auf der Grundlage eines Abkommens gefährliche sicherheitspolitische Destabilisierungen eintreten könnten, weil der Westen zur Durchführung seiner Implementierungsschritte allenfalls neun Monate brauche und von seiner Öffentlichkeit zu unverzüglicher Implementierung getrieben werde, während die SU – wegen des Umfangs der Reduzierung und ihres technischen Rückstandes – Jahre benötigen würde.

Weder die Verteidigungsplaner noch Rüstungsdirektor Levene hatten sich mit der Frage befaßt, ob Rüstungskontrollperspektiven zu Schwerpunktverlagerun-

¹¹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

gen in westlicher Verteidigungsplanung führen könnten, z.B. in Richtung Überwachung und Aufklärung (C3¹²-Bereich), Reservebildung und Mobilität sowie Bevorratung und Sperrsysteme. Levene bezeichnete Überlegungen dieser Art in seinem Zuständigkeitsbereich, d.h. auch in der CNAD oder IEPG, für unzulässig: Zuständig hierfür seien die „Kunden“ der Rüstungsbeschaffer, also Verteidigungsministerien und Teilstreitkräfte.

5) Britische Seite sprach offen über Probleme im Verteidigungsbereich, besonders bei Finanzen und Personal.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13047 (205)

320

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

13. Oktober 1989

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister² zur Information

Betr.: Entwicklungen an der Peripherie der SU und Möglichkeiten, diese zu beeinflussen;

hier: Treffen der Planungsstäbe der NATO-Staaten (APAG³) vom 9. – 12.10.1989

1 Anlage⁴

1) Auf französische Einladung trafen sich vom 9. – 12. Oktober die Planungsstäbe der NATO-Staaten in Saint-Jean-Cap-Ferrat zu einem Brainstorming über die Auswirkungen der Entwicklungen an den Rändern der SU auf das westliche Bündnis. Das Interesse der Teilnehmer konzentrierte sich weitgehend auf die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und die künftige Architektur Europas.

Im Gegensatz zu früheren APAG-Treffen, bei denen wir fast allein für eine positive Bewertung der Politik Gorbatschows eingetreten waren, herrschte diesmal weitgehend Übereinstimmung, daß die von Gorbatschow eingeleitete Politik in weiten Bereichen irreversibel sei und Chancen für kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa gegeben seien.

¹² Command, Control, and Communications.

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff am 13. Oktober 1989 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 1. November 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 2. November 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Citron verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Fragen BM auf Seite 3.“ Vgl. Anm. 9 und 10.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 2. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) BM-Rücklauf. 2) L[eiter] 02.“ Ferner vermerkte er: „Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

³ Atlantic Policy Advisory Group.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6.

Es wurde allerdings mehrfach die Sorge ausgesprochen, daß die wirtschaftliche Dauerkrise und die Nationalitätenkonflikte den Reformspielraum Gorbatschows und damit auch den seiner WP-Partner erheblich einschränken könnten.

Es bestand Einvernehmen, daß es der SU bei verbesserten West-Ost-Beziehungen erheblich schwerer fallen würde, bei Krisen in Mittel- und Osteuropa militärisch zu intervenieren, selbst wenn ein Staat den WP-Vertrag⁵ aufkündigen würde.

Unbeantwortet blieb die Frage, ob der Westen die SU vor einem harten Eingreifen in den baltischen Staaten warnen solle, u. a. um einen durch eine etwaige Intervention ausgelösten Kälteeinbruch im West-Ost-Verhältnis zu vermeiden.

2) Das von uns vorgelegte Arbeitspapier (s. Anlage⁶), welches für eine aktive westliche Unterstützung der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa und damit für eine Hebung der sowjetischen Interventionsschwelle eintritt und eine Reihe von konkreten Vorschlägen enthält⁷, fand erfreulicherweise weitgehende Zustimmung der Bündnispartner. Der amerikanische Vertreter sah unsere Vorschläge in einem positiven Zusammenhang mit dem Marshallplan der 40er Jahre⁸ und westlicher EH, die auch häufig politisch gezielt sei, ohne daß ein Erfolg garantiert werden könne.

US-Planungsstab präsentierte ein Papier über die sicherheitspolitischen Herausforderungen nach einem ersten CFE-Abkommen, in dem auch die Problematik der künftigen Kernwaffenstruktur des Bündnisses offen angesprochen wird.

Die Amerikaner plädieren in dem Papier für eine stärker politisch geprägte Rolle des Bündnisses, für eine Politik gegenüber dem Osten „beyond containment“, welche selbst die Einbeziehung einer sich pluralistisch entwickelnden SU in eine Gemeinschaft freier Nationen vorsieht.

3) Es bestand Einvernehmen, daß angesichts der dynamischen, aber auch unvorhersehbaren Entwicklung in Mittel- und Osteuropa eine stabile westliche Struktur in Europa unabdingbar sei.

Die Bündnispartner plädierten für die Erörterung einer künftigen übergreifenden europäischen Architektur, wobei allerdings Niederländer und Briten deutlich⁹ davor warnten, die vorhandenen westlichen Strukturen (vor allem EG und

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

Der Vertrag wurde mit Protokoll vom 26. April 1985 um 20 Jahre verlängert. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1985, Teil II, S. 47 f.

⁶ Dem Vorgang beifügt. Für das undatierte Papier „Opportunities for the West to positively influence developments in Central and Eastern Europe“ vgl. Referat 02, Bd. 178529.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Joint-ventures, Managementausbildung, Know-how-Fonds, gesamteuropäische Fernsehprogramme, Konferenzen über Europäischen Rechtsraum, Umweltkooperation, institutionelle Zusammenarbeit.“

⁸ Zum „Marshallplan“ vom 5. Juni 1947 vgl. Dok. 148, Anm. 7.

⁹ Die Wörter „Niederländer und Briten deutlich“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie ist es mit der WWU?“ Vgl. Anm. 2.

Ministerialdirektor Citron notierte am 6. November 1989: „Die Diskussion befaßte sich weitgehend mit der Frage, ob und inwieweit die westeuropäischen Strukturen (ER, EG) für Staaten Mittel- und Osteuropas geöffnet werden sollten. Eine Erörterung der nächsten Schritte beim westeuropäischen Integrationsprozeß, u. a. WWU, fand nicht statt. [...] Lediglich der niederländische Planungschef sprach die Sorge aus, daß das deutsche Interesse, den Staaten Mittel- und Osteuropas die EG zu öffnen, mit dazu beitragen könne, den Willensbildungsprozeß in Richtung auf eine WWU zu verzögern.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

Europarat) durch vorzeitige Öffnung und evtl. Senkung der Aufnahme­standards zu schwächen.

Zunehmendes Interesse findet das Konzept der konzentrischen Kreise¹⁰, in deren Innerstem die EG als Kraftquelle und Magnet fungiert, vor allem da es auch den Staaten, die noch nicht beitriffsfähig sind, Perspektiven der schrittweisen Annäherung bietet.

Bei der Erörterung zukünftiger Entwicklungen zeigten sich vor allem die kleineren Bündnispartner besorgt, daß bei schwindender sowjetischer Bedrohung der Zusammenhalt des Bündnisses und die westeuropäische Dynamik abnehmen könnten, ja, daß beim Abzug aller sowjetischer Truppen aus WP-Staaten auch alle US-Truppen und mit ihnen die „extended deterrence“ zurückgezogen würden. Sie äußerten Skepsis, ob die europäische Pfeiler-Rhetorik größerer europäischer Partner wirklich ernst zu nehmen sei.

Wir plädierten für eine optimistische Bewertung der Weiterentwicklung der EG zu einer Europäischen Union und für ein Offenhalten der Gemeinschaft für andere Staaten. Die Aufgabe des Bündnisses bleibe es – wie beim Brüsseler Gipfel¹¹ vereinbart –, dazu beizutragen, die Trennung Europas zu überwinden. Der KSZE-Prozeß biete hierzu vielfältige Möglichkeiten, die längst nicht alle ausgeschöpft seien.

Britischer Planungschef¹² warb für Schaffung vielfältiger Vernetzung von West und Ost durch Vertrauensbildende Maßnahmen auch im Bereich der Menschenrechte, so z.B. durch Inspektionen bei Wahlen, Gerichtsverfahren und in Gefängnissen.

Die sich anschließende Erörterung der deutschen Frage zeigte, daß sich die Partner – aufgrund der jüngsten Ereignisse – auf eine zunehmend dynamische Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen bis hin zu einer Konföderation einzustellen beginnen, wobei am ehesten noch die sicherheitspolitischen Auswirkungen Sorgen bereiten. (Bleiben beide deutsche Staaten auch bei einer denkbaren Föderation in ihren Bündnissen?)

4) Während US-Vertreter für baldige Erarbeitung von westlichen Konzepten für CFE II eintraten, u. a. im Bereich defensiver Strukturen, zeigte sich die französische Seite eher zurückhaltend. Dabei wurde die Sorge deutlich, daß bei fortschreitender konventioneller Abrüstung Legitimation der KW weiter abnehmen könne und außerdem die Aktionsfreiheit für französische Einsätze außerhalb Europas beeinträchtigt werden könne. Wir unterstützten diese amerikanischen Überlegungen ebenso wie den Gedanken, die politische Rolle des Bündnisses bei der Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa weiter zu stärken und auch damit zu mehr Stabilität beizutragen.

¹⁰ Die Wörter „Konzept der konzentrischen Kreise“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei wem? Bitte Namen und Länder.“ Vgl. Anm. 2. Ministerialdirektor Citron notierte am 6. November 1989: „Dieses Konzept wurde am Rande der Konferenz erörtert, wo vor allem die Franzosen großes Interesse zeigten, die Niederländer nur z. T., da sie zwar die EFTA-Staaten und die mitteleuropäischen Reformstaaten in das Konzept der Kreise aufnehmen wollen, nicht aber die SU.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

¹¹ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹² David Gore-Booth.

Vertreter des IS der NATO plädierten dafür, sich rechtzeitig auf weitere mögliche Entwicklungen im WP einzustellen, z. B.:

- SU-Vorschläge für weit niedrigere konventionelle Streitkräfte beider Seiten als jetzt bei den Wiener Verhandlungen¹³ vorgesehen,
- eine mehr defensive Ausrichtung der WP-Streitkräfte.

Sie stellten die Frage, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, Gespräche zwischen den Institutionen NATO und WP vorzusehen und dafür die Zustimmung im Bündnis zu erreichen.

5) Insgesamt wurde deutlich, daß zumindest die Planer der Bündnispartner mehr als bisher bereit sind, Lösungsansätze für die „deutsche Frage“ im europäischen Rahmen in Erwägung zu ziehen und Verständnis für die Vordenkerrolle der Bundesrepublik Deutschland in West-Ost-Fragen zu zeigen.

Citron

Referat 02, Bd. 178529

321

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Sharif

VS-NfD

16. Oktober 1989¹

Gespräch StS Dr. Sudhoff mit dem Arafat-Berater Bassam Abu Sharif am 16.10. 1989

An dem ca. 70 Minuten dauernden Gespräch nahmen teil auf deutscher Seite: StS Sudhoff, D3², RL 310³; auf palästinensischer Seite: Bassam Abu Sharif, Marwan Kanafani (Mitglied des Palästina-Komitees in den USA), Abdallah Frangi (Leiter der Informationsstelle Palästina in Bonn).

StS Dr. Sudhoff eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, daß er in den letzten Wochen überwiegend mit dem Problem der deutschen Flüchtlinge aus der DDR beschäftigt gewesen sei und viele Reisen unternommen habe. Daher habe sich dieser Gesprächstermin verzögert.

¹³ Korrigiert aus: „Vorschlägen“.

Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 6. November 1989 gefertigt und über Ministerialdirigent Fiedler sowie Ministerialdirektor Schlagintweit an „Herrn Staatssekretär m[it] d[er] B[itte] um Billigung“ geleitet.
Hat Fiedler am 14. November 1989 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen.

² Reinhard Schlagintweit.

³ Andreas von Hoessle.

Er wies darauf hin, daß die Bundesregierung seit Beginn der 70er Jahre für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingetreten sei.⁴ Die Erklärung der Europäer von Venedig⁵ sei mit maßgeblicher deutscher Beteiligung entstanden. Es sei unser Wille, zur friedlichen Entwicklung im Nahen Osten beizutragen – einer Region, die so nah mit Europa verbunden ist.

Seit 1988 habe es wichtige Entwicklungen gegeben (PNC in Algier⁶, Arafat-Erklärung in Genf⁷), die unsere Zustimmung gefunden hätten. Dieses heutige Treffen sei ein Zeichen für unsere Ermutigung an die PLO, ihre Politik fortzusetzen und für den Dialog einzutreten.

Die Bundesregierung habe klar und deutlich zur unhaltbaren Lage in den besetzten Gebieten Stellung genommen, auch gegenüber Israel. Wir setzten uns dafür ein, Länder in der Region und die USA zu überzeugen, eine Lösung im Rahmen einer internationalen Konferenz unter VN-Beteiligung zu suchen.

Bassam Abu Sharif erwiderte, die Lage in der Region sei sehr gefährlich geworden. Eine Explosion müsse vermieden werden. Grund sei die ablehnende Haltung der Israelis. Dabei basierten doch die Zehn Punkte Mubarak⁸ auf dem Shamir-Plan⁹. Die PLO habe bisher weder ja noch nein zu den Zehn Punkten gesagt, Mubarak aber aufgefordert, sich weiter um eine Lösung zu bemühen. Shamir habe jedoch zu allem nein gesagt.

Er, Abu Sharif, sei hierhergekommen, um mit den Deutschen die Verantwortung dafür zu übernehmen, das „Momentum“ zu bewahren und eine Katastrophe zu vermeiden.

Überall auf der Welt strebten die Menschen nach Freiheit, so auch sein Volk. Die Palästinenser dürften nicht das Gefühl der Hoffnungslosigkeit haben. Sie bräuchten wirtschaftliche und politische Hilfe.

Die Bundesregierung müsse Shamir sagen, daß es so nicht weitergehen könne. Die PLO verlange nicht Sanktionen gegen Israel; sie wolle vielmehr eine Aufwertung der deutschen Beziehungen mit der PLO, nicht eine Verminderung der Beziehungen zu Israel, so z. B. einen Status für das PLO-Büro wie in Frankreich. Die PLO erwarte nicht, daß die Bundesregierung den palästinensischen Staat jetzt anerkenne.

Abu Sharif schilderte dann die Situation in den besetzten Gebieten. Israel zerstöre systematisch die Infrastruktur. Schulen und Universitäten würden ge-

⁴ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vor der VN-Generalversammlung am 13. Dezember 1988 sowie seiner Pressekonferenz am folgenden Tag vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–62.

⁸ Zum Zehn-Punkte-Plan des ägyptischen Präsidenten Mubarak vgl. Dok. 286, Anm. 4.

⁹ Zum Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für den Nahen Osten vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

schlossen, die jungen Generationen würden seit 1967 gezielt an der Ausbildung gehindert.

In Gaza sei 80% des kultivierbaren Landes an israelische Siedler gegeben worden, nur 20% stünden für 800 000 Palästinenser zur Verfügung. Darüber hinaus gebe es Probleme beim Export landwirtschaftlicher Produkte, da Gaza keinen Hafen habe. Hier könne Deutschland helfen, ebenso beim Bau von Krankenhäusern. Dabei solle die Hilfe nicht über die PLO geleistet werden, sondern z. B. über internationale Organisationen.

Abu Sharif bekräftigte dann nochmals, daß die PLO bei ihrer vom PNC beschlossenen Haltung bleibe, auch wenn Shamir weiterhin nein sage. Die Intifada¹⁰ werde mit den gleichen Mitteln wie bisher fortgesetzt, auch wenn die palästinensischen Opfer größer würden.

StS Dr. Sudhoff dankte für die eindrucksvolle Schilderung der Lage in den besetzten Gebieten. Wir seien uns der Gefahr der Hoffnungslosigkeit und der damit verbundenen Gefahr einer Eskalation bewußt. Allein und mit unseren europäischen Partnern hätten wir wiederholt unseren Standpunkt ausgedrückt. Es gebe keine andere Lösung, als sich an den Tisch zu setzen und zu verhandeln.

Der Staatssekretär wies darauf hin, daß wir bereits substantielle Hilfe für die besetzten Gebiete geleistet hätten und auch weiter leisten würden.

Abu Sharif sagte auf die Frage nach den Möglichkeiten einer „weniger auffälligen Beteiligung“ der PLO an Gesprächen mit Israel, daß dies einer der „hot points“ sei. Die PLO habe auf alle Friedensvorschläge sehr positiv geantwortet, obwohl der nach dem PNC-Treffen in Algier vorgelegte Vorschlag der PLO nie von Israel als Grundlage akzeptiert worden sei. Die PLO wolle richtige Wahlen, wie in D oder GB. Die Wahlen müßten ein erster Schritt zu einer Gesamtlösung sein. Die PLO habe auch zugestimmt, daß über die Delegation für die Verhandlungen diskutiert werde. Sie bestehe lediglich darauf, daß Palästinenser sowohl von innerhalb als auch von außerhalb der besetzten Gebiete beteiligt würden. Das Problem sei Israel, das diese selbstverständliche Forderung ablehne.

Abu Sharif bekräftigte seine Sorge vor einer Explosion. Arafat sei bisher in der Lage, die Entwicklung zu kontrollieren. Doch terroristische Einzelfälle seien immer möglich. Er wolle hier deutlich sagen, daß die PLO jederzeit bereit sei, mit Israel über Frieden zu verhandeln – mit einer „PLO-designated delegation“.

StS Dr. Sudhoff wies darauf hin, daß wir in engem Kontakt mit den USA seien, die die europäische Haltung kennten. Wir würden unsere Partner über dieses Gespräch unterrichten. Er werde auch bei seinem bevorstehenden Besuch in Israel mit der israelischen Regierung darüber sprechen.¹¹ Allerdings dürften

¹⁰ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

¹¹ Staatssekretär Sudhoff besuchte Israel vom 27. bis 31. Oktober 1989. Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete am 31. Oktober 1989, seine Gespräche im dortigen Außenministerium und im Amt des Ministerpräsidenten seien „in verschiedener Hinsicht bemerkenswert“ gewesen: „Durch die Klarheit und Härte, mit der jede Beteiligung der PLO und der nicht in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser am Friedensprozeß ausgeschlossen wurde, durch die deutliche Warnung an die Adresse der Europäer, mit eigenen Initiativen die amerikanisch-israelischen Kreise zu stören und der PLO den Rücken zu stärken, durch die völlige Aussparung des kürzlich vom StS in Bonn geführten Gesprächs mit Abu Sharif oder anderer bilateraler Probleme [...] Is[r]aelische Beteuerung, es halte an seiner Friedensinitiative fest, gab angesichts der ohne die geringste Andeutung von Kompromißbereitschaft gezogenen roten Linien keinen Anlaß zu Optimismus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1279; Referat 310, Bd. 185311.

unsere Möglichkeiten nicht überschätzt werden. Der Akzent unserer Aktivitäten liege in der Zusammenarbeit mit den Zwölf. Dabei müßten wir, was Israel angehe, mit Rücksicht auf die besonderen Umstände in zurückhaltenderer Weise als unsere Partner auftreten.¹²

Abu Sharif erwiderte, daß er unsere positive Rolle kenne, aber auf noch aktiveren Einfluß hoffe.

StS *Dr. Sudhoff* unterstrich zum Abschluß nochmals, daß unsere Politik eine Reaktion auf die positive Entwicklung sei, die in Algier begonnen habe. Wir ermutigten Arafat, auf diesem Wege weiterzugehen. Existenzrecht Israels, Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Verzicht auf Gewalt seien die Prinzipien unserer Politik.

Nach dem Ende des Gesprächs bemerkte *Abu Sharif* im Hinausgehen, ein Besuch Arafats in Bonn würde von der PLO begrüßt. StS *Sudhoff* ging hierauf in der Sache nicht ein und antwortete ausweichend.

Referat 310, Bd. 185398

322

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Grewlich

432-473.31/1 VS-NfD

17. Oktober 1989

Über Dg 43, D 4¹ Herrn Staatssekretär²

Betr.: Sicherheit elektronischer Datensysteme im europäischen Binnenmarkt; hier: Zusammenarbeit der Niederlande, der Bundesrepublik Deutschland, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs im Bereich der Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnik

Bezug: Staatssekretärsausschuß für das geheime Nachrichtenwesen und die Sicherheit (gemeinsame Vorlage der Referate 118 und 432 vom 5. Oktober 1989 – Anlage 1³)

Anlg.: 3⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Der EG-Binnenmarkt macht eine starke Zunahme des elektronischen Austauschs strukturierter Daten zwischen unterschiedlichen Computersystemen

¹² Der Passus „Der Akzent ... auftreten“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Sudhoff zurück. Vorher lautete er: „Unsere Stärke liege in der Zusammenarbeit mit den Zwölf. Dabei könnten wir mit Rücksicht auf unsere besondere Lage nur in weniger auffälliger Weise als unsere Partner auftreten.“

¹ Hat Ministerialdirigent Pabsch, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek, am 19. Oktober 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. Oktober 1989 vorgelegen.

³ Für die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte Ohlraun und Grewlich vgl. Referat 432, Bd. 150855.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3, 11 und 12.

mittels standardisierter Signale erforderlich. Zu diesem Ergebnis kam kürzlich eine vom EG-Wirtschafts- und Sozialausschuß einberufene zweitägige Konferenz über den „elektronischen Datenaustausch (EDI⁵) vor und nach 1992“ in Brüssel.

Gleichzeitig mit der Zunahme des Informations- und Datenverkehrs wächst auch das Bewußtsein für die Risiken der modernen Informations- und Kommunikationstechnik.

Die folgenden Beispiele machen die Verwundbarkeit moderner Daten- und Telekommunikationssysteme deutlich:

- Anfang März 1989 sind in der Bundesrepublik Deutschland drei junge Computerspezialisten festgenommen worden, und zwar unter dem Verdacht, daß sie Codes und Paßwörter aus militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Datensystemen ermittelt und via Ost-Berlin an den sowjetischen Geheimdienst (KGB) verkauft haben.
- Im November des vergangenen Jahres haben „Viren in US-Computernetzen“ Datenbanken und Netzrechner wichtiger Spezialnetze in den Vereinigten Staaten lahmgelegt.
- Belgischen Hackern gelang es 1988, in das Computersystem der belgischen Regierung einzudringen und sich u. a. auch Zugang zu den vertraulichen Tagesordnungen des belgischen Kabinetts und auch zu Informationen für den Ministerpräsidenten zu verschaffen.
- Ein Wartungstechniker erreichte durch Manipulation eines Datenverarbeitungsprogramms bei einer Bank in Frankfurt, daß 1 Mio. DM auf ein Konto in Hongkong überwiesen wurde.

Die Beispiele verdeutlichen, daß Computersicherheit („Datensicherheit/Netzintegrität“, d. h. Daten dürfen weder verändert werden noch in die Hände Unbefugter geraten; Netz und Computer müssen vor „Fremdbefehlen“ geschützt werden) zunehmend zu einem integrierenden Bestandteil sowohl der informationstechnischen Hardware als auch der Software werden muß. Dies gilt nicht nur für den zwischenbehördlichen oder militärischen, sondern auch für den privaten Bereich (Banken, Versicherungen usw.).

2) „Sicherheit in der Informationstechnik“ ist ein Wachstumsmarkt:

Wirtschaftlich-technologisch hat Sicherheitstechnik für Computernetze ein beträchtliches Marktpotential, das (im zivilen Bereich) durch die Einführung offener und integrierter Netze (ISDN/Integrated Services Digital Network) zur Entfaltung kommen dürfte. Fachleute rechnen damit, daß Hersteller von Hardware sowie Anbieter von kommunikationsgestützten Dienstleistungen, die nicht in der Lage sind, zugleich überprüfte Sicherheitskonzepte mitzuliefern, in der Gefahr sind, aus wichtigen Bereichen der informations- und kommunikationstechnischen Märkte (einschließlich Software) verdrängt zu werden.

Die amerikanische Informations- und Computerindustrie hat unter der Bezeichnung „Secure Data Network System (SDNS)“ ein großangelegtes Programm in enger Zusammenarbeit mit der National Security Agency (NSA) begonnen. In Europa sind andererseits nur wenige Unternehmen in der Lage, die anspruchsvolle Sicherheitstechnik für Computernetze zu entwickeln: in Deutschland

⁵ Electronic Data Interchange.

Siemens und ANT, in Frankreich vor allem Bull und Thompson, in Großbritannien ICL, in den Niederlanden Philips.

Europa ist somit mit folgender Situation konfrontiert:

- Die europäische Industrie hat einen Rückstand von mehr als zwei Jahren gegenüber den Vereinigten Staaten in der Sicherheitstechnik.
- Die Bereiche militärische/zwischenbehördliche Sicherheitstechnik und der Bereich der zivilen Entwicklung von Sicherheitstechnik sind in Europa (allerdings mit Ausnahme von Frankreich und mittlerweile Bundesrepublik Deutschland – nach Umgestaltung der Zentralstelle für das Chiffrierwesen in eine Obere Bundesbehörde (ZSI⁶); dazu die gemeinsame Vorlage der Referate 118 und 432 vom 5. Oktober 1989⁷ – Anlage 1) grundsätzlich noch getrennt, während in den Vereinigten Staaten eine Zusammenarbeit zwischen NSA und den amerikanischen Telekommunikations- und Computerfirmen stattfindet.
- Es besteht die Gefahr, daß die in USA entwickelten Standards sich – zum Nachteil der Europäer – de facto durchsetzen bzw. in den internationalen Standardisierungsgremien (wie ISO⁸ oder CCITT⁹) festgeschrieben werden.

3) Daraus folgt:

- In Europa ist eine Harmonisierung der Sicherheitskriterien für die Informations- und Kommunikationstechnik erforderlich, damit eine Fragmentierung dieses Schlüsselfaktors für den zukünftigen Binnenmarkt (elektronische Datenströme) vermieden wird.
- Eine Bündelung der Kräfte der Leistungsstärksten ist notwendig, um den zukunftssträchtigen Markt der IT-Sicherheit zu erschließen (und auch um den Amerikanern gegenüber in eine partnerschaftliche Position zu gelangen).

II. Gegenwärtiger Stand der Zusammenarbeit in der „Sicherheit der Informationstechnik“ in Europa – weiteres Vorgehen

1) Im Rahmen einer quadrilateralen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, UK und Frankreich wurden zwei Aktionslinien erarbeitet:

- Rahmenbedingungen für eine Bündelung der Kräfte der Unternehmen (Siemens, ANT, Bull und Thompson sowie ICL (UK) und der niederländischen Philips) in einem Projekt, das im Rahmen des Telekommunikationsforschungsprojektes RACE¹⁰ läuft;
- ein politisches Konzept („Grünbuch“ – zu dem auch die Vereinheitlichung der IT-Sicherheitskriterien gehört); Vertreter der EG-Kommission haben an der Erarbeitung des Konzepts mitgearbeitet.

Das Konzept (Grünbuch) wird demnächst als Vorschlag der EG-Kommission dem Rat vorgelegt. Gleichzeitig soll eine „Gruppe Hoher Beamte für die Sicherheit in der Informationstechnik“ (SOGIS – Senior Officials Group Information Security)

⁶ Zentralstelle für Sicherheit in der Informationstechnik.

⁷ Korrigiert aus: „8. Oktober 1989“.

⁸ International Organization for Standardization.

⁹ Comité Consultatif International Téléphonique et Télégraphique.

¹⁰ Research and Development of Advanced Communication Technologies in Europe.

eingesetzt werden (Anlage 2¹¹). Ende September hat sich die genannte quadrilaterale Gruppe von EG-Mitgliedstaaten in Paris getroffen (Teilnehmer in Anlage 3¹²). An diesem wie an den vorangegangenen Treffen haben nicht nur Vertreter der Wirtschafts-/Industrieministerien, der Auswärtigen Ämter, sondern auch der kryptologischen Stellen/„Dienste“ aus der Bundesrepublik Deutschland (ZSI), Frankreich, Niederlande und Großbritannien teilgenommen. Das Treffen hatte folgendes Ergebnis:

- Ein einheitliches „Meßsystem“ zur Bewertung der Sicherheit von informationstechnischen Systemen/Komponenten muß zusätzlich zu den Sicherheitskriterien erarbeitet werden, und zwar mit dem Ziel, dieses Meßsystem dann EG-weit einzuführen. (Es gibt bereits einen deutsch-französischen Konsens in der Form einer gemeinsamen Haltung zu einem Kriterienhandbuch sowie einem Meßsystem.)
- Die amerikanischen Anstrengungen in der Sicherheit für Informations- und Kommunikationstechnik (Secure Data Network System, SDNS) sollen weiterhin beobachtet werden, und zwar mit dem Ziel, zum geeigneten Zeitpunkt die transatlantische Kooperation – ausgehend von einer europäischen Bündelung der Kräfte – in dem sensitiven Bereich der Sicherheit in der Informationstechnik zu stärken.
- Da ein kontrollierter Transfer von Know-how der kryptologischen Stellen/„Dienste“ in den zivilen Bereich erfolgen muß, ist es gegebenenfalls angezeigt, die Thematik auch im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu behandeln. Diese Frage soll jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt eingehender beraten werden.

Referat 118 hat mitgezeichnet.

Grewlich

Referat 432, Bd. 150855

323

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Berger

17. Oktober 1989¹

Betr.: EPZ-AM-Treffen am 14./15.10.1989²

Aus dem Treffen ist dem Unterzeichner das Folgende bekannt geworden. Ein Debriefing über die beim Mittag- und Abendessen behandelten Themen hat

¹¹ Für das Papier „Proposal to set up a Senior Officials Group on Information Security“ vom 11. September 1989 vgl. Referat 432, Bd. 150855.

¹² Für die Teilnehmerliste („Governmental-level Conference Paris, September 29th 1989, Members of Delegation“) vgl. Referat 432, Bd. 150855.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 18. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM n[och] n[icht] gebilligt.“

² Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand im Château d'Esclimont statt.

nicht stattgefunden. Die Bündelung der Themen (II.2), II.3)) erfolgte durch die Präsidentschaft³.

I. EPZ-Themen

Zentrales EPZ-Thema war die Entwicklung in der DDR (inkl. EG-Aspekte, Handelsabkommen). BM führte dazu u. a. aus: Die SED-Führung erlebe derzeit einen ungeahnten Autoritätsverlust. Die Reformkräfte nähmen an Stärke zu, sie verlangten neben ökonomischen vor allem politische und soziale Veränderungen. Beachtenswert sei dabei, daß die Forderung der Reformen „Freiheit“ laute, nicht „Einheit“. BM unterstrich, daß sich diese dynamischen Entwicklungen in der DDR vollziehen, trotzdem seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder große Teile der politisch aktivsten Bevölkerung die DDR verlassen haben.

Die Zwölf kamen nach einer längeren Aussprache im Anschluß an die Ausführungen des BM wie folgt überein:

- Die zwölf AM stimmten den von der DDR-Regierung gewünschten regelmäßigen Kontakten zur EPZ grundsätzlich zu, halten jedoch die Aufnahme solcher Kontakte zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zweckmäßig, wobei BM zum Ausdruck brachte, daß dies durchaus nicht eine Verschiebung in die ferne Zukunft bedeuten müsse.
- Die zwölf AM forderten die EG-Kommission auf, die Vorbereitungen für die Vorlage eines Mandatsentwurfs an den Rat für die Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der DDR⁴ ohne Verzögerung abzuschließen und dem Rat den Mandatsentwurf vorzulegen.
- Über die Frage einer gemeinsamen Demarche der Zwölf wegen Verstößen gegen KSZE-MR-Bestimmungen ist nichts bekannt geworden.

Weitere EPZ-Themen waren Südafrika und China. NL schlug vor, angesichts der jüngsten Entwicklungen einen Schritt auf die RSA zu tun. Während sich GB und P dazu tendenziell positiv äußerten, reagierten die übrigen zurückhaltend. I sprach sich dafür aus, die Kontakte zur VR China nicht zu sehr einschlafen zu lassen. Offenbar ging niemand auf diese Überlegung ein.

Über die Gespräche beim Abendessen wurde nichts bekannt.

II. EG-Themen (inkl. gelegentlicher Überlappungen mit EPZ-Fragestellungen)

1) Polen/Ungarn

Nach Einführung durch die Präsidentschaft ergriff der Kommissionspräsident das Wort:

- Die koordinierte Soforthilfe sei erfolgreich gewesen, aber weder qualitativ noch quantitativ ausreichend.
- Polen: Schlüsselprobleme seien Währung, wobei sich der IWF für eine Währungsreform erst nach drei Jahren Stand-by-Kreditprogramm ausgesprochen habe, und Landwirtschaft. Er rechne mit einem Stand-by-Kredit zum Jahresanfang 1990. Polen benötige kurzfristig (für 1990?) einen Kredit von 1 Mrd. US-Dollar.

³ Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 hatte Frankreich die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴ Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

- Ungarn: Das jetzige hohe Handelsbilanzdefizit sei Folge des lange zurückgestauten Auslandskonsums. Zum kurzfristigen Zahlungsbilanzausgleich benötige Ungarn etwa 1 Mrd. ECU, weshalb er den belgischen Vorschlag eines Überbrückungskredits unterstütze.
- Weiterhin setzte sich H. Delors für eine Vertiefung der politischen Zusammenarbeit mit beiden Staaten ein.

GR, E, NL und B unterstützten die Kommission, GB mit Zurückhaltung bezüglich des Finanzvolumens. I unterstrich die Bedeutung des politischen Aspekts der Zusammenarbeit mit POL/U und forderte neben sofortigen politischen Kontakten, daß der ER Straßburg⁵ sich der POL/U-Thematik grundsätzlich annehmen müsse. DK wies auf die Möglichkeit hin, auch privat(-wirtschaftliche) Kontakte zu POL/U zu intensivieren. F schlug, mit ausdrücklicher Zustimmung von IRL, eine Präsidenschafts- oder Troikakommission nach POL vor. LUX schlug eine EPZ-Studie über die möglichen Folgen für die EG eines Scheiterns der Reformpolitik vor.

BM unterstützte voll die Analyse und Folgerungen von Delors. Er beschrieb die bilateralen deutschen Hilfsmaßnahmen für POL/U und betonte, diese sollten sich nach deutschem Willen in die Aktionen der Gemeinschaft einfügen. Das Handeln der Gemeinschaft müsse angesichts der Vertiefung der EG und der gleichzeitigen Desintegrationstendenz des RGW den Charakter eines „Plans europäischer Solidarität“ annehmen, der ja seinen ersten Ausdruck schon in den angelaufenen, von der Kommission koordinierten Hilfsmaßnahmen gefunden habe.

2) Umsetzung der EEA⁶, Außenbeziehungen (ohne POL/U), WWU

Die struktur- und die agrarpolitische Bilanz sei positiv, so H. Delors. Was den Agrarsektor angehe, so haben Außeneinflüsse und Stabilisatoren zu einem Haushaltsüberschuß von 4 Mrd. ECU geführt; Ersparnis in dieser Höhe sei auch zukünftig zu erwarten. Er halte eine große Flexibilisierung der Mittelverwendung (um diese Überschüsse anderweitig verwerten zu können) für sinnvoll. Sorge bereiten ihm die Verzögerungen bei den Dossiers Unternehmenszusammenschlüsse, Europa AG und die auch psychologisch ungemein wichtige Frage der physischen und fiskalischen Grenzen. Zur Sozialpolitik schlug er vor, für den Allgemeinen Rat vom 27.11.⁷ ein sozialpolitisches Aktionsprogramm vorzubereiten, das in Straßburg gemeinsam mit der Sozialcharta⁸ präsentiert werden solle.

Die Beziehungen zu den USA haben sich nach Einschätzung von Delors gebessert. Die Beziehungen zu Japan könnten sich nur durch gemeinsamen Druck der USA und der EG bessern. Die Mittelmeerstaaten (wie die AKP) hätten das Gefühl, gegenüber den EFTA- und den RGW-Staaten vernachlässigt zu werden. Zur EFTA führte H. Delors aus:

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁶ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

⁷ Die EG-Ministerratstagung fand am 27. November 1989 in Brüssel statt.

⁸ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180 und Dok. 410.

Die EG könne ihre Politik zur EFTA wie folgt gestalten:

- Fortsetzung der pragmatischen Kooperation auf der Basis von Luxemburg 1984⁹;
- Mitgliedschaft à la carte, d.h. Zusammenarbeit (nur) in bestimmten Beziehungen;
- Gleichbehandlung der einzelnen EFTA-Staaten durch die Kommission, ohne daß diese ihrerseits der Kommission gegenüber als Gruppe auftreten;
- weitere Verdichtung der Zusammenarbeit von Gruppe zu Gruppe, was eine Stärkung der inneren Struktur der EFTA voraussetzt.

H. Delors zeigt eine deutliche Präferenz für das Zwei-Gruppen-Modell. EG und EFTA seien als Gruppen demokratischer europäischer Staaten für eine enge Zusammenarbeit prädestiniert. Zugleich biete die EFTA aber in einem großen europäischen Wirtschaftsraum eine Alternative zur EG-Mitgliedschaft an.

Zu den von H. Delors angesprochenen Themen führte BM aus, auch ihn beunruhige der mangelnde Fortschritt bei manchen Binnenmarktdossiers. Die jetzt avisierte Mehrwertsteuerlösung dürfe in jedem Fall nur transitorisch gelten. Er schlug vor, daß der Allgemeine Rat das Thema aufgreifen solle. Zur Frage der Europäischen Sozialcharta unterstrich BM, diese müsse einen substantiellen Katalog an sozialen Minimalnormen enthalten. Er brachte ferner seine Auffassung zum Ausdruck, der ER Straßburg müsse das zweite Halbjahr 1990 als Datum für die einzuberufende Regierungskonferenz zur WWU beschließen.

B teilte die Sorge von BM bezüglich Mehrwertsteuer. NL wandte sich (wie GB) gegen die Delorssche Idee einer Budgetflexibilisierung, teilte aber seine Befürchtungen über die Grenzkontrollfragen. Sowohl B als auch vor allem NL äußerten sich besorgt über eine mögliche Neigung, „zuviel nach Osten“ zu blicken. GR plädierte für generelle Zurückhaltung bei der Weiterentwicklung der Beziehungen zu Außenstehenden. Dagegen wies E darauf hin, daß die Gemeinschaft gerade wegen ihres Erfolges auf Außenstehende eine große Anziehungskraft ausübe. LUX wandte sich gegen die Notwendigkeit einer Harmonisierung der direkten Steuern; im Gegensatz dazu Italien, welches im übrigen die Kapitalverkehrsliberalisierung mit der Steuerharmonisierung verknüpfte.

3) Lomé/Drogen/ER Straßburg/WWU

Die Präsidentschaft stellte zu Lomé¹⁰ die Finanzfrage in den Vordergrund. Die Spannweite liege hier noch zwischen 9 und 12 Mrd. ECU. Delors unterstützte die Präsidentschaftsposition, daß mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müßten, hob aber den gleichzeitigen Mangel an Zugeständnissen der EG im handelspolitischen Bereich hervor. Die AKP-Staaten seien in Sorge vor der Festung Europa, außerdem fließen nach ihrer Auffassung zu viele EG-Finanzmittel in die Strukturfonds und die Hilfe für Reformstaaten in Ost- und Mitteleuropa.

GR wandte sich dezidiert dagegen, den AKP-Staaten Kompensationen für mögliche Folgen der Verwirklichung des Binnenmarktes zu geben. Sonstige Bemerkungen zu diesem Thema wurden nicht bekannt.

⁹ Am 9. April 1984 fand in Luxemburg ein Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedsstaaten statt. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 339f.

¹⁰ Zum Vierten AKP-EWG-Abkommen vgl. Dok. 397.

Allgemeiner Konsens ergab sich zum Präsidentschaftsvorschlag über die Einsetzung europäischer Drogenbeauftragter. Das Thema wurde nicht vertieft.

ER Straßburg: Mit den Stichworten WWU, Drogen, audiovisuelle Medien und Europäischer Sozialcharta umriß AM Dumas den Problemkatalog für den ER. I, E, GR, B, P (sowie implizit F und die Kommission) sprachen sich für die Einsetzung einer Regierungskonferenz zur WWU (Sept./Okt. 1990) aus, IRL lediglich für eine Entscheidung in Straßburg; GB, NL, DK und LUX hatten mit in Reihenfolge der Nennung abnehmender Intensität Vorbehalte.

Berger

Referat 010, Bd. 178932

324

Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush

17. Oktober 1989¹

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber George,

ich danke Ihnen für Ihre persönliche Botschaft vom 7.9.1989, in der Sie mir Ihre Initiative zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in Kolumbien, Peru und Bolivien² erläutern und ein breites Hilfspaket der westlichen Industrienationen zur Rauschgiftbekämpfung in den drei Anden-Ländern vorschlagen.³

Ich begrüße Ihren Vorschlag als einen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung der auf dem Pariser Wirtschaftsgipfel als dringlich erachteten Maßnahmen im Kampf gegen die internationale Drogenkriminalität.⁴ Nur ein gemeinsames,

¹ Ablichtung.

² Vgl. dazu die Fernsehansprache des amerikanischen Präsidenten Bush vom 5. September 1989 und das „White House Fact Sheet on the National Drug Control Strategy“ vom selben Tag; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1136–1142. Für den deutschen Wortlaut der Ansprache vgl. AMERIKA-DIENST vom 13. September 1989, Dokumentation, S. 1–7.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Bächmann teilte der Botschaft in Washington am 17. Oktober 1989 mit: „Im Anschluß an ein Telefongespräch am 5. September 1989 hat Präsident Bush am 7. September 1989 mit einer von der hiesigen US-Botschaft übermittelten persönlichen Botschaft an den Herrn Bundeskanzler appelliert, die Bundesregierung mit einem angemessenen Beitrag an einer Finanzierungsaktion der Mitgliedstaaten des Wirtschaftsgipfels (ohne USA) zur Bekämpfung der Drogenkriminalität in Kolumbien, Peru und Bolivien in der Größenordnung von 250 bis 300 Mio. Dollar im Laufe des kommenden Jahres zu beteiligen, um dadurch die bilateralen Maßnahmen der USA abzustützen; Präsident Mitterrand zu bitten, in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des letzten G7-Gipfels die Möglichkeit der Ankündigung einer solchen Initiative von Paris aus zu prüfen. Präsident Bush erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß die US-Administration bereits Kolumbien ein 65-Mio.-Dollar-Nothilfeprogramm zugesagt habe und weitere 260 Mio. Dollar im neuen US-Haushaltsjahr, welches in diesem Oktober beginne, vorsehe.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 233, Bd. 216352.

⁴ Vgl. dazu die Ziffern 52 und 53 der Wirtschaftserklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris; BULLETIN 1989, S. 669 f. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

abgestimmtes Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft hat Aussicht auf Erfolg.

Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sich an der von Ihnen vorgeschlagenen gemeinsamen Aktion zu beteiligen. Sie ist bereit, hierzu einen substantiellen und angemessenen Beitrag im Rahmen der von Ihnen für die Partner der USA in der G7 angeregten Größenordnung für den von Ihnen genannten Zeitraum zu erbringen und selbst aktiv zur zügigen Verwirklichung Ihrer Initiative beizutragen. Dabei strebt die Bundesregierung auch eine Koordinierung der praktischen Maßnahmen in der Europäischen Gemeinschaft und mit ihren Partnern an.

Angesichts der akuten Krisensituation in Kolumbien konzentrieren sich die Überlegungen für konkrete deutsche Hilfsmaßnahmen zunächst darauf, diesem akut in seinem Bestand gefährdeten Land beizustehen.⁵

Ich glaube, daß es neben diesen kurzfristigen Beiträgen zu einem gemeinsamen Hilfspaket auch längerfristiger, gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um den drei Anden-Ländern bei der Bewältigung der Drogenprobleme zu helfen.

So wäre unter anderem ein neues internationales Kaffee-Übereinkommen⁶ mit einer Quotenregelung ein wichtiges Element der wirtschaftlichen Stabilisierung, vor allem für Kolumbien. Wir sind mit unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft bereit, über ein solches Abkommen bald und zügig zu verhandeln.

Ich habe auch großes Verständnis für das Interesse, das der Frage einer Kontrolle der für Drogenherstellung notwendigen chemischen Ausgangsstoffe entgegengebracht wird. Diese Frage beschäftigt die Bundesregierung und unsere chemische Industrie schon seit geraumer Zeit. Wir wollen dieses Thema gemeinsam mit Ihnen und unseren übrigen westlichen Partnern in Angriff nehmen.

Letztlich wird die internationale Rauschgiftkriminalität nur dann wirksam zu bekämpfen sein, wenn die zugrundeliegenden sozialen und strukturellen Probleme in den betroffenen Ländern gelöst werden. Hierbei wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit in multilateralen Gremien und eine verstärkte Beteiligung auch der internationalen Finanzinstitutionen unverzichtbar sein.

Wie von Ihnen angeregt, habe ich auch Präsident Mitterrand brieflich darauf hingewiesen, daß die von Ihnen vorgeschlagene gemeinsame Aktion der sechs Partnerstaaten der USA in der G7 in Abstimmung mit den bilateralen Hilfsmaßnahmen der USA wesentlich zur Stabilisierung der drei Anden-Staaten beitragen könnte.

Konkret habe ich ihm nahegelegt, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des letzten Wirtschaftsgipfels die Möglichkeit einer abgestimmten Ankündigung einer solchen Initiative von Paris aus in Betracht zu ziehen, falls Frankreich und die übrigen vier Partnerstaaten der G7 sich ebenfalls zu einer Mitwirkung entschließen können.⁷

⁵ Zur Unterstützung der kolumbianischen Regierung im Kampf gegen den internationalen Drogenhandel vgl. Dok. 282.

⁶ Zum Stand des Vierten Internationalen Kaffee-Übereinkommens vgl. Dok. 282, Anm. 10.

⁷ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 17. Oktober 1989 an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. Referat 233, Bd. 216352.

Sobald mir eine Antwort von Präsident Mitterrand zu dieser Frage vorliegt⁸, werde ich Sie hiervon unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl

Referat 331, Bd. 143998

325

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister De Michelis

18. Oktober 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt.

Deutsch-italienische Regierungskonsultationen am 18. Oktober 1989 in Bonn²; hier: Gespräch BM mit italienischem AM De Michelis

1) Im Rahmen der deutsch-italienischen Regierungskonsultationen traf BM mit dem italienischen AM De Michelis zu einem einstündigen politischen Meinungsaustausch zusammen. Auf italienischer Seite nahmen u. a. zusätzlich teil: Parlamentarischer StS Vitalone, Generalsekretär Bottai, Botschafter Guidi, Botschafter Vanni d'Archirafi (Direktor Wi), Gesandter Borga (stellvertretender Direktor Pol) sowie Deutschlandreferent Mattei. Auf deutscher Seite: StS Lautenschlager, Botschafter Ruth, D4³, Dg20⁴, Dg41⁵, MDg Chrobog, VLR I Mützelburg, RL 203⁶. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der europäischen Einigung, West-Ost-Beziehungen sowie Einzelthemen wie Lage in China, Somalia und Albanien.

2) Im einzelnen: *BM* begrüßte italienische Delegation und wies auf den hohen Grad der Übereinstimmung zwischen D und I hin. Dieser habe sich bereits bei der gemeinsamen Eröffnungsveranstaltung des deutsch-italienischen Gesprächsforums am Morgen des 18. Oktober in Bad Neuenahr⁷ und bei dem vorangegangenen informellen AM-Treffen der EPZ unter französischem Vorsitz im Château

⁸ Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bei der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels vgl. Dok. 342, Anm. 6.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 19. Oktober 1989 gefertigt.

² Der italienische Ministerpräsident Andreotti und Außenminister De Michelis hielten sich am 18./19. Oktober 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 62.

³ Alois Jelonek.

⁴ Rolf Hofstetter.

⁵ Jürgen Trumpf.

⁶ Karl-Heinz Kuhna.

⁷ Zur Eröffnung des deutsch-italienischen Gesprächsforums vgl. die Rede von Bundeskanzler Kohl; BULLETIN 1989, S. 937–939.

d'Esclimont⁸ erwiesen. Namentlich bei Themen wie der Weiterentwicklung der EG, Vorbereitung des Europäischen Rats und der Beurteilung des West-Ost-Verhältnisses sei er dankbar für die Unterstützung des deutschen Standpunktes durch I gewesen. BM dankte ferner für die freundschaftliche Aufnahme durch die italienischen Gastgeber am vergangenen Sonntag⁹ in Rimini bei der Entgegennahme des Pio-Manzù-Preises. Er hoffe, daß sich seine jahrelange freundschaftliche Zusammenarbeit mit den AM Colombo und Andreotti auch mit AM De Michelis fortsetzen werde. Viel werde davon abhängen, daß D und I auch in Zukunft in der Europapolitik, in Fragen des West-Ost-Verhältnisses sowie in ihrer Politik gegenüber der Dritten Welt an einem Strang zögen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß über die offiziellen Kontakte der AM hinaus auch die Praxis informeller Gespräche und Telefonkontakte mit I weitergeführt werde. Er hoffe, daß es noch in diesem Jahr zu einem solchen informellen Treffen der AM in der Bundesrepublik kommen werde.

AM dankte für den freundlichen Empfang. Er freue sich, die engen und freundschaftlichen Beziehungen zu BM in der Tradition seines Vorgängers Andreotti fortsetzen zu können. Das heutige Treffen sei ein Arbeitsbesuch mit Schwerpunkten auf EG und West/Ost. Er schlage als Tagesordnung drei Hauptthemen vor:

- Prozeß der europäischen Einigung, Europäischer Rat in Straßburg¹⁰,
- Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa mit Schwerpunkten Polen, Ungarn und Jugoslawien,
- als Einzelthemen die Entwicklungen in China, Somalia und Albanien.

3) Europafragen: AM erläuterte, I gehe hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion von den im Château d'Esclimont getroffenen Vereinbarungen aus. Man lege auch großen Wert auf die Verwirklichung der europäischen Sozialcharta¹¹. Wichtig sei es, ein Datum für die Regierungskonferenz zum Thema WWU festzulegen. Die AM hätten sich mehrheitlich am Sonntag für einen Termin im Oktober 1990 – also während der italienischen Präsidentschaft – ausgesprochen. Daran halte I fest.

Weiter werde es auch darauf ankommen, auf politischer Ebene festzulegen, wie die Fragen der steuerlichen Harmonisierung zu lösen seien. Auch müsse man sich fragen, ob die Regierungskonferenz noch unter der italienischen Präsidentschaft abgeschlossen werden könne. Auch müsse man sich über die Organisation der Konferenz Gedanken machen.

BM trat dafür ein, in Straßburg einen Termin für den Beginn der Regierungskonferenz in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 zu beschließen. Der Oktober sei ihm so angenehm wie jeder andere Monat. Unrealistisch sei jedoch die Erwartung, daß die Konferenz noch unter italienischer Präsidentschaft abgeschlossen werden könne. Er halte einen Zeitplan für möglich, der das Wünschenswerte mit dem Erreichbaren verbinde: Konferenzbeginn im Oktober 1990, Konferenz-

⁸ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Oktober 1989 vgl. Dok. 323.

⁹ 14. Oktober 1989.

¹⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

¹¹ Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180 und Dok. 410.

abschluß gegen Ende 1991. Damit hätten die Mitgliedstaaten das Jahr 1992 voll für den Ratifizierungsprozeß zur Verfügung, um das Inkrafttreten der zweiten Stufe der WWU termingerecht zum Idealtermin des 1. Januar 1993 sicherzustellen. Wenn das erreicht werde, sei dies ein großer Erfolg. Jetzt müßten alle Europäer zeigen, daß den großen Worten auch Taten folgten. Er glaube aber, daß alle an einem Strang zögen. In diesem Zusammenhang wolle er, BM, die Frage nach den Zielen der italienischen Präsidentschaft stellen. Diese falle in ein entscheidendes Jahr, das für die Vollendung des Binnenmarktes und für die künftige Entwicklung der West-Ost-Beziehungen gleichermaßen bedeutend sei.

AM bekräftigte, er stimme mit den Zeitvorstellungen über den Ablauf der Regierungskonferenz voll überein. Es bleibe noch die Frage, wie man die Arbeiten gestalte, da die Konferenz in verschiedenen Sessionen stattfinden werde. I wolle mit D hierfür ein Modell erarbeiten. Da die Vorarbeiten unter deutscher Präsidentschaft¹² eingeleitet worden seien, werde man D den Vorentwurf des Arbeitsplans frühzeitig zeigen.

Die Ziele der italienischen Präsidentschaft hingen von einer Reihe von Faktoren ab. Grundsätzlich habe man vor, sich auf die Überwindung der politischen Hindernisse für die Einführung des Binnenmarktes 1992 zu konzentrieren:

- Fragen der Steuerharmonisierung, soweit nicht bereits gelöst, um eine Entscheidung bis zu dem in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegten Termin¹³ herbeizuführen;
- Fragen, die sich mit der Aufhebung der Binnengrenzen stellen. Hier gebe es noch Verzögerungen und sachliche Differenzen innerhalb der Gemeinschaft;
- Umweltprobleme: Hier strebe I neben Fortschritten bei den anstehenden Fragen einen besseren Schutz der Alpen-Umwelt an. Gerade auf diesem Gebiet gebe es einen deutlichen Rückstand gegenüber anderen Umweltthemen.

AM nannte zusätzlich drei Prioritäten, deren Behandlung die italienische Präsidentschaft je nach Reifegrad vorantreiben wolle:

- 1) Ausbau der Handelspolitik im Rahmen der Uruguay-Runde¹⁴ (soweit nicht schon beendet),
- 2) Verkehrspolitik,
- 3) Ausbau der Sozialpolitik auf der Grundlage der Beschlüsse von Straßburg.

Zusätzlich wolle I gern ernsthafte Gespräche mit der Maghreb-Union einleiten, in der Algerien ab 1992 den Vorsitz übernehme. Dadurch werde die Union an Stabilität gewinnen. Der Prozeß der politischen Zusammenarbeit (EPZ) werde es Italien erlauben, als Präsidentschaft aktiv zu sein. Großen Wert lege I dabei auf die Erörterung und Weiterentwicklung der West-Ost-Beziehungen, in der Hoffnung, daß die Wiener Abrüstungsgespräche¹⁵ dann abgeschlossen seien oder zumindest kurz vor dem Abschluß stünden. Auch den für 1990 geplanten neuen

¹² Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

¹³ Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDES-GESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

¹⁴ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

¹⁵ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

Gipfel Gorbatschow/Bush¹⁶ wolle man bei den Überlegungen der Präsidentschaft berücksichtigen.

BM dankte für die Darlegung der sehr realistischen italienischen Vorstellungen. Er hoffe, daß die italienische Präsidentschaft auch 1990 wieder einen ähnlichen Erfolg haben werde wie seinerzeit bei dem wichtigen ER in Mailand¹⁷, der Zeichen gesetzt habe. Dabei wolle D helfen. Er wolle noch eine Bemerkung zur Steuerharmonisierung machen. Das von den Finanzministern der Zwölf erzielte Ergebnis sei bisher leider nicht befriedigend. Mindestens brauche man ein Enddatum für die Übergangszeit bis zu einer echten Steuerharmonisierung. Wenn der jetzige Zustand verlängert werde, kämen auf die Gemeinschaft riesige und unzumutbare bürokratische Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen zu. Dies behindere dann auch Fortschritte bei der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Verabschiedung einer gemeinsamen Sozialcharta in Straßburg halte er für sehr wichtig.

4) West-Ost-Beziehungen: BM knüpfte an den ausführlichen Meinungsaustausch der zwölf AM im Château d'Esclimont am vergangenen Wochenende an. Dabei habe sich die gemeinsame Einschätzung der Lage bestätigt. In der DDR spreche alles dafür, daß es zu strukturellen Änderungen kommen werde, wahrscheinlich auch zu Änderungen in der politischen Führung. Er wolle über das, was in der DDR-Führung vorgehe, nicht spekulieren. Beeindruckend sei, was zur Zeit in den DDR-Großstädten geschehe: Alle Bevölkerungsschichten, auch die Arbeiter mit ihrer langen revolutionären Tradition, beteiligten sich an den Massendemonstrationen. Man könne nur hoffen, daß die Führung in der DDR rechtzeitig zur Besinnung komme, um Reformen im friedlichen Rahmen zu ermöglichen. Die Entwicklung werde sich aber nur dann unter Kontrolle halten lassen, wenn die Demonstranten eine positive Resonanz in der Führungsspitze verspürten.

AM stimmte dieser Analyse zu. Jetzt gehe es darum, den Druck in Richtung auf Reformen gegenüber dem Osten zu verstärken. I beabsichtige, in den nächsten Wochen in dieser Richtung zu wirken:

- Heute, am 18.10., werde der polnische MP Mazowiecki in Rom zu politischen Gesprächen erwartet.¹⁸
- Am 11./12. November werde in Budapest ein Vierertreffen zwischen I/JUG/Österreich und Ungarn stattfinden.¹⁹

¹⁶ Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

¹⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

¹⁸ Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki besuchte Italien vom 18. bis 20. Oktober 1989.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow vermerkte am 16. November 1989: „Am 11./12. November 1989 trafen die stellvertretenden Regierungschefs und Außenminister Italiens, Österreichs, Ungarns und Jugoslawiens auf Einladung der ungarischen Regierung in Budapest zur konstituierenden Sitzung der ‚Vierer-Initiative‘ zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung sind die Hauptziele dieses neu geschaffenen zwischenstaatlichen Forums zusammengefaßt: Stärkung des KSZE-Prozesses; Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit [...]. I und UNG verfolgen mit ihrer Zusammenarbeit in der ‚Vierer-Initiative‘ jedoch weitergehende politische Ziele: I sieht in diesem Forum ein Instrument zur Stabilisierung Südosteuropas; UNG hofft auf engere Anbindung an die Demokratien Westeuropas.“ Wichtig sei, daß „kein neues Integrationsmodell“ entstehe, „das in Konkurrenz zu EG und EFTA treten könnte“. Vgl. Referat 200, Bd. 144181.

I vertrete insgesamt folgende Haltung:

Rom werde sich an den im Rahmen des EG-Aktionsplanes²⁰ von den EG-MS aufzubringenden 100 Mio. ECU mit 15 Mio. ECU beteiligen. I stimme den Garantien für EIB-Darlehen zu. Der EcoFin werde darüber auf seiner nächsten Sitzung entscheiden.²¹ Darüber hinaus werde sich I am Zahlungsbilanzstützungskredit in Höhe von 1 Mrd. Dollar für Polen beteiligen. Man stimme mit USA überein, diese Maßnahme an die Einigung zwischen IWF und Polen über ein Reformprogramm, die bis Ende 1989 erwartet werde, zu binden.

Als bilaterale Maßnahme gegenüber Polen habe das italienische Kabinett am 17.10. beschlossen, Kredite bis zur Höhe von 400 Mio. Dollar wieder in Deckung zu nehmen.

Zusätzlich habe man einen in der Höhe noch nicht bestimmten Kredit zu Entwicklungshilfebedingungen für Polen beschlossen. Ab 1. Januar 1990 würden alle Handelsrestriktionen gegenüber Polen aufgehoben werden. I sei auch für die Fristenkürzung im Abkommen EG/Polen²². Zusätzlich zur EG-Lebensmittelhilfe werde I Rindfleisch, Lammfleisch und Olivenöl für Polen zur Verfügung stellen.

Schließlich habe man die Gründung eines Fonds für „Joint-ventures“ in Höhe von 50 Mrd. Lire für das Haushaltsjahr 1990 beschlossen, um direkte italienische Investitionen in Polen und Ungarn zu fördern.

Dies seien erste Anstrengungen von I als Zeichen guten Willens im Rahmen der von der EG angeregten Aktionen. Weitere Maßnahmen für Ungarn und Jugoslawien seien vorgesehen. Was Jugoslawien angehe, so werde I im EG-Rat am 27.11.²³ für Maßnahmen zugunsten Jugoslawiens eintreten.

Als letzten Punkt wolle er, AM, noch das große Interesse von I am Zustandekommen eines politischen Dokuments der Gemeinschaft zur Entwicklung in Osteuropa unterstreichen. Zwei Punkte seien dabei wichtig:

- 1) Bereitschaft zur Unterstützung der reformwilligen Länder durch die Gemeinschaft;
- 2) keine Ausnutzung der gegenwärtigen Lage gegenüber SU, um Gleichgewicht in Europa zu ändern.

BM dankte für die Erläuterung der Lage zu Polen, die unserer Einschätzung entspreche. I und D seien sich auch hier einig. Polen und Ungarn hätten jetzt genügend gute Worte gehört. Er habe daher an Dumas und Delors geschrieben, die Nahrungsmittelhilfe für Polen aufzustocken.²⁴ Die Lage in Polen sei gerade auf dem Versorgungsgebiet schlimm. Noch Schlimmeres sei für den Winter zu befürchten.

Auch er habe sich für politische Erklärung zur Entwicklung in Osteuropa bei ER Straßburg ausgesprochen. Er stimme zu, daß die gegenwärtige Lage in Osteuropa nicht zu einer Änderung des Kräfteverhältnisses ausgenutzt werden dürfe. Durch Hilfe müsse im Gegenteil mehr Stabilität erreicht werden.

²⁰ Zum Aktionsplan der EG-Kommission für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

²¹ Die Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister fand am 13./14. November 1989 in Brüssel statt.

²² Zum Abkommen vom 19. September 1989 zwischen der EWG und Polen vgl. Dok. 240.

²³ Die EG-Ministerratstagung fand am 27. November 1989 in Brüssel statt.

²⁴ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 281, Anm. 9.

5) BM bat sodann um Erläuterung der Lage in Jugoslawien.

AM äußerte sich besorgt, weil die politische und wirtschaftliche Lage dort gleichermaßen schlecht sei. Die Regierung Marković sei die letzte politische Chance, um das Gleichgewicht zwischen den auseinanderstrebenden Volksgruppen Jugoslawiens zu wahren. Sie werde stürzen, wenn sie nicht bald die Wirtschaftsentwicklung wieder unter Kontrolle bekomme. Besonders die Hyper-Inflation sei gefährlich. Um gegenzusteuern, seien zentralistische Maßnahmen in den Teilrepubliken durchzusetzen. Auch müsse die Haushaltsautonomie dieser Teilstaaten eingeschränkt werden. Zusätzlich müsse die Regierung Marković einzelnen Regionen, besonders Serbien, die Möglichkeit für eigene Entwicklungsprogramme einräumen. Dies sei allerdings wiederum das Gegenteil von zentralistischen Maßnahmen. Jugoslawien brauche internationale Hilfe. Man müsse jetzt sehen, was Marković konkret tue. Wenn er angemessene Maßnahmen einleite, werde sich I für internationale Hilfe aussprechen. Sonst sehe er das politische Risiko, daß Jugoslawien wieder autoritär regiert werde. Dies wäre ein schlechtes Signal für Moskau und die Politik Gorbatschows, der an dem „serbischen Modell“ scheitern könne.

BM ergänzte, die Bundesrepublik Deutschland habe seit langem gute Beziehungen zu Jugoslawien. Wir bemühten uns um mehr Verständnis für Jugoslawien in der EG. Er stimme der Auffassung zu, daß die Entwicklung in Jugoslawien nicht nur wichtig für die Region sei, sondern als Beispiel für einen Vielvölkerstaat auch Auswirkungen auf die Entwicklung in der SU haben könne.

6) AM wies abschließend darauf hin, I beobachte die Lage in China aufmerksam. Er sei der Auffassung, daß bei ER Straßburg die in Madrid beschlossenen Maßnahmen gegen China²⁵ revidiert werden müßten. Man müsse mindestens zeigen, daß diese Maßnahmen nicht endgültig seien.

In Somalia betonte er das Interesse von I, die Beziehungen zur Regierung Barre nicht völlig zu blockieren. Dies habe er den USA gesagt, er wiederhole dies jetzt in Bonn. Schließlich wolle er als letzten Punkt die Zusammenarbeit in Umweltfragen im Mittelmeer ansprechen. Mit Jugoslawien habe I ein Abkommen über Umwelt-Zusammenarbeit im MM-Bereich geschlossen. Dies solle jetzt auf Albanien ausgedehnt werden, um das Land aus der Isolierung zu lösen. Darüber hinaus erwäge I den Vorschlag, MM-Zusammenarbeit in Umweltfragen auch auf das Schwarze Meer auszudehnen, um auch Bulgarien, Rumänien und SU in Umwelt-Zusammenarbeit einzubeziehen.

BM dankte für die Erläuterungen und sagte deren Prüfung zu.

Referat 206 (203), Bd. 140532

²⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats bei seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid zur Lage in der Volksrepublik China; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 17. Zur Tagung vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

326

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 2319****Citissime****Aufgabe: 19. Oktober 1989, 18.19 Uhr¹****Ankunft: 19. Oktober 1989, 20.13 Uhr**

Betr.: 9. Tagung des ZK der SED am 18. Oktober 1989;

hier: Ablösung GS Honecker durch Egon Krenz/Rede Egon Krenz²Bezug: StäV-FS Nr. 2310 vom 18.10.1989³

Nach Vorliegen der Rede von Krenz auf der⁴ kurzfristig einberufenen 9. Tagung des ZK der SED am 18.10.1989 kann die mit Bezugs-FS gegebene Bewertung bestätigt werden.

1) Honecker, Mittag und Herrmann sind erst nach längerer Diskussion im Politbüro am 17./18. Oktober⁵ und nicht freiwillig zurückgetreten. Ihrem Rücktritt sowie der Übertragung der Funktion des Generalsekretärs der SED auf Egon Krenz sind offensichtlich kontroverse Diskussionen vorausgegangen, ohne daß eine Versöhnung zustande gekommen ist. Egon Krenz wird nur „einnützig“, nicht einstimmig zum Nachfolger gewählt. Die Hauptstreitpunkte innerhalb des Politbüros und im ZK liegen in den Bereichen Wirtschaftspolitik und Medienpolitik. Durch die SED geht ein Riß zwischen Reformwilligen und Hardlinern. Mit der Wahl von Krenz zum Nachfolger von Honecker in der Funktion des Generalsekretärs der SED haben die Hardliner die Oberhand behalten. Die etwa einstündige Rede von Egon Krenz vor dem ZK-Plenum, die am Abend des 18. Oktober ab 20.00 Uhr auch im Fernsehen der DDR ausgestrahlt wurde, kann als Versuch angesehen werden, die SED zur Einigkeit und Geschlossenheit wieder zusammenzuführen.

2) Es gibt Anzeichen dafür, daß mit dieser Nachfolgeregelung keine Interimslösung beabsichtigt ist. Gegen eine Zwischenlösung sprechen das Alter von Egon Krenz (52) und seine beschlossene Nachfolgerschaft in allen drei Ämtern, die Honecker innehatte (Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Staatsrates, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates). Gegen die Interimslösung

¹ Das Fernschreiben wurde von Regierungsdirektor Reuter, Ost-Berlin, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 20. Oktober 1989 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Krenz, vom 18. Oktober 1989 vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 19. Oktober 1989, S. 1 f.

³ Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete über die Veränderungen in der Führung der SED: „Honecker ist nicht freiwillig zurückgetreten: In seiner Rücktrittserklärung gibt er zu, daß er ‚im Ergebnis der gestrigen Beratung im Politbüro‘ zu dem Entschluß gekommen sei. Sein angeschlagener Gesundheitszustand, der als plausibler Grund angegeben wird, hat offenbar allein nicht ausgereicht. Noch deutlicher ist der nicht freiwillige Rücktritt von Mittag und Herrmann: Diese beiden wurden ihrer Ämter entbunden.“ Zur Rede des neuen Generalsekretärs des ZK der SED, Krenz, führte Bertele aus: „Eine kompromißlos harte und konservative Rede, insbesondere kompromißlose Betonung des Macht- und Führungsanspruches der SED bei keinerlei Öffnung gegenüber oppositionellen Kräften wie z. B. ‚Neues Forum‘.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140683.

⁴ Korrigiert aus: „Krenz der“.

⁵ Zu den Sitzungen des Politbüros des ZK der SED am 17. und 18. Oktober 1989 vgl. <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/index.htm>.

spricht sicherlich auch das Selbstverständnis von Krenz. Es wird aber darauf ankommen, daß Egon Krenz sich auch auf Dauer durchsetzen kann und die SED zu Geschlossenheit führt. In seiner Rede hat Krenz keine Zweifel daran gelassen, daß er dieses Ziel ganz energisch durchsetzen will.

3) Alles spricht dafür, daß die personellen Veränderungen in der Führungsspitze der SED länger vorbereitet worden sind. Die Tagung des ZK soll am 18. Oktober, 14.00 Uhr, begonnen haben. Die Entscheidung über die Ablösung von Honecker wurde bereits um 14.13 von ADN gemeldet. Auch die Rede von Krenz ist wohl-vorbereitet und sorgfältig formuliert. Die unterlegenen Kräfte in der SED dürften nicht verärgert werden und müßten sich in Teilen der Rede wiederfinden können.

4) Neben dem Bemühen, die SED wieder auf eine einheitliche Haltung zurück-zuführen (Wiedererlangung der politischen und ideologischen Offensive), läßt Krenz keinen Zweifel daran, das Herrschaftsmonopol der SED kompromißlos hart durchzusetzen. In die Defensive gedrängt wurde aus der Sicht von Egon Krenz die SED nicht zuletzt durch die in den letzten Wochen stark in Erscheinung getretenen oppositionellen Kräfte (Neues Forum, SDP usw.). Er schließt sie faktisch aus dem begonnenen gesellschaftlichen Dialog über die inneren Probleme der DDR aus und sagt ihnen den Kampf an, auch mit Hilfe der Medien und ggf. mit Hilfe der Sicherheitskräfte.

5) Krenz will die generelle politische Linie der SED beibehalten. Aber er verspricht, es besser zu machen als sein Vorgänger Honecker. Grundlegenden Reformen des politischen Systems, der Wirtschaft und der Gesellschaft erteilt er eine klare Absage. Seine Kritik an der Politik Honeckers gilt insbesondere den Bereichen Wirtschaft und Informationspolitik. Er nennt die hier aufgetretenen Probleme und kündigt Verbesserungen auf diesen Gebieten zum Teil als Sofortmaßnahmen an.

6) Die wirtschaftliche Mängelliste nimmt in der Rede von Krenz einen breiten Raum ein. Krenz geht dabei auf die Punkte ein, die in den von der Partei gelenkten „Aussprachen“ in einigen Großbetrieben in den vergangenen Tagen im ND veröffentlicht worden sind. Dabei geht es um Fragen der bedarfsgerechten Versorgung, der Zulieferindustrie, um Dienstleistungen und Ersatzteilprobleme und vor allem um die Durchsetzung des Leistungsprinzips. Krenz wertet zugleich die Politbüro-Mitglieder (Schabowski, Tisch, Eberlein) auf, die sich diesen Sorgen in den Betrieben gestellt haben. Die Mängel müßten durch Sofortmaßnahmen gelöst werden. Dies sei Sache des Ministerrats, der Minister und Generaldirektoren sowie der Leiter der Betriebe und Handelseinrichtungen. Damit wird – der bisherigen SED-Linie folgend – die Verantwortung für Mängel in Einzelbereichen von der Partei auf die Leitungskader abgewälzt. Diese Schicht, die bisher schon heftiger Kritik in den DDR-Medien ausgesetzt war, wird erneut kritisiert, was deren Leistungsbereitschaft und Motivation nicht stärken dürfte. Insgesamt drücken die wirtschaftlichen Aspekte der Rede von Krenz ernsthafte Sorgen aus. Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf bestimmte ausgewählte Zweige stellt die grundlegende Kritik an der bisher von Mittag geführten Wirtschaftspolitik dar. Krenz kündigt an, daß man auf einige vorgesehene große Investitionsprojekte verzichten werde. Ob es auch bei der zur Vergeudung der knappen Ressourcen führenden Subventionspolitik bleiben wird, ist noch nicht abzusehen. Grundsätzliche Änderungen sind hier allerdings

nicht zu erwarten. Allenfalls dürfte es zu einer Differenzierung in der Subventionspolitik kommen.

7) Auch die Medienpolitik soll verändert werden. Diesem Bereich gilt neben der bisherigen Wirtschaftspolitik seine schärfste Kritik. Das Versagen der bisherigen Führung in beiden Bereichen, was in der Öffentlichkeit immer heftiger kritisiert wurde, war ein Hauptgrund für den auch von Krenz beklagten Vertrauensverlust zwischen Partei und Bevölkerung. In den Medien soll sich der begonnene Dialog widerspiegeln, aber sie dürften kein Forum für „Demagogen“ sein. Deutlich kritisiert Krenz die Arbeit von Volkskammer und Ministerrat. Auch hier scheinen personelle Veränderungen bevorzustehen (Ablösung Sindermann, Stoph?)

8) Scharf attackiert Krenz mit den seit Wochen bekannten Vorwürfen die Bundesrepublik. Gleichzeitig aber wirbt er auch um den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten auf allen Bereichen. Insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit, wohl aus Sorge um die schwierige wirtschaftliche Lage der DDR, will er gefördert und ausgebaut wissen. Im Gegenzug könnte sich die DDR zu Zugeständnissen im innerdeutschen Reiseverkehr bereit erklären. Erleichterungen im Reiseverkehr (Erweiterung des Personenkreises für Westreisen) liegen aber vor allem auch im innenpolitischen Interesse der DDR. Denn hier liegt eines der wichtigsten Probleme für die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Wenn Krenz die ungelöste Frage der Staatsangehörigkeit als „ernsthaftes Hindernis“ für weitere Reiseerleichterungen besonders hervorhebt, so vergißt er den wohl für die DDR zumindest ebenso wichtigen Aspekt dieses Problems, nämlich die Bereitstellung von Devisen hierfür.

9) Mehrfach und in unterschiedlichen Zusammenhängen weist Krenz auf den „Ernst der Lage“ hin. Als Symptome der entstandenen schwierigen Situation nennt er die nicht abebben wollende Ausreise- und Fluchtwelle, das gebrochene Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Bevölkerung, die ernsthaften Schwierigkeiten in der Wirtschaft; der desolate Zustand der SED wird deutlich durch seinen eindringlichen Appell für Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Standfähigkeit der SED-Mitglieder. Zugleich liefert er mit dieser Beschreibung der Lage die Gründe für die Ablösung Honeckers, Mittags und Herrmanns.

10) Die kompromißlose, harte Rede von Krenz hat viele Hoffnungen auf grundlegende Reformen zerstört. Bei aller Skepsis aufkeimende Hoffnungen, die Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober⁶ könnte doch noch eine Entwicklung zu grundlegenden Wandlungen einleiten, sind enttäuscht worden. Die Personalentscheidungen und die Rede von Krenz sind in der inneren Entwicklung der DDR eher ein Rückschritt. Sie dürften in der Bevölkerung zu Enttäuschungen führen. Die angespannte Lage zwischen Führung und Bevölkerung ist nicht behoben. Die mutige Entschlossenheit der oppositionellen Gruppierungen einerseits und die Härte und Kompromißlosigkeit andererseits, die die Rede von Krenz auszeichnen, schließen eine Eskalation in der inneren Entwicklung der DDR nicht aus.

[gez.] Bertele

Referat 210, Bd. 140683

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Politbüros des ZK der SED vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 12. Oktober 1989, S. 1. Vgl. dazu auch Dok. 318.

327

**Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1410

Citissime

Aufgabe: 19. Oktober 1989, 17.45 Uhr¹

Ankunft: 19. Oktober 1989, 20.59 Uhr

Delegationsbericht Nr. 175/89

Betr.: VKSE;

hier: Die Verhandlungen nach der dritten Runde (7.9. – 19.10.1989)

Zur Unterrichtung

I. Allgemein

Auch in der dritten Verhandlungsrunde blieb die Dynamik der VKSE ungebrochen. Zwar fehlte es an spektakulären Ergebnissen, jedoch konnten die Voraussetzungen für substantielle Annäherungen in wichtigen Sachfragen verbessert werden. Kurz vor Ende der Runde gelang mit der Einigung auf die Artillerie-Definition ein Abschluß, von dem Signalwirkung ausgehen könnte. Insgesamt wurde erneut deutlich, daß unverändert auf beiden Seiten der Wille vorhanden ist, in dem gesetzten Zeitlimit zu einem schlüssigen Gesamtergebnis in Form eines VKSE-Abkommens zu gelangen. Auch der Osten hat sich nach anfänglichem taktischen Zögern nun klar zu dieser Zeitvorstellung bekannt.

Materiell stand die Runde im Zeichen des vom Westen am 21.9. vorgelegten umfangreichen Vorschlagspakets zu stabilisierenden Maßnahmen, Informationsaustausch, Verifikation und Nichtumgehung.² Der Osten war mit seinem Positionspapier zur Flugzeugproblematik vom 28.9.³ sowie mit dem zum Schluß der Runde eingebrachten Paket zu Informationsaustausch, Verifikation und stabilisierenden Maßnahmen⁴ lediglich zu Reaktionen auf bereits vorliegende Vor-

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Boden, Wien (VKSE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haak vorgelegen.

² Zu den Vorschlägen vgl. Dok. 293, Anm. 22.

³ Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), berichtete am 29. September 1989, die DDR habe am Vortrag im Namen der Warschauer-Pakt-Staaten einen Vorschlag zur „Begrenzung der Kampfflugzeuge der Frontfliegerkräfte (der taktischen Fliegerkräfte) und der Kampfhubschrauber“ eingeführt. Die amerikanische Delegation habe „schröff“ reagiert und darauf hingewiesen, „daß ‚Tausende von Kampfflugzeugen‘ ausgeschlossen würden, mehr, als der Osten in das Abkommen einbringen wolle. So könne man keine sinnvollen Obergrenzen festlegen. Im übrigen spreche der Vorschlag nur von Reduzierungen, nicht aber von der Zerstörung der reduzierten Kampfflugzeuge. Was wird also mit ihnen geschehen?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1274; Referat 209, Bd. 148765.

⁴ Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), informierte am 20. Oktober 1989 über die Vorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten vom Vortrag: „Im östlichen Vorschlag zum Informationsaustausch wurde das westliche Konzept bis hin zu den Begriffsbestimmungen und der Wortwahl weitgehend übernommen. [...] Der östliche Verifikationsvorschlag ist ebenfalls konzeptionell weitgehend deckungsgleich mit dem westlichen Ansatz, im Aufbau jedoch unterschiedlich. Der östliche Vorschlag geht sogar z.T. im Detaillierungsgrad über den westlichen Ansatz hinaus, insbes[ondere] bei dem Verifikationsregime für Luftstreitkräfte sowie bei dem Einsatz ständiger Inspektionen und der Einrichtung und Überwachung von Exit- und Entry-Points.“ Letzterer sei daher „eine recht brauchbare Verhandlungsgrundlage“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1421; Referat 212, Bd. 158583.

schläge des Westens in der Lage. Er blieb damit insgesamt in einer reaktiven Rolle. Beide Seiten haben nunmehr die vom Mandat⁵ umschriebene Verhandlungsmaterie voll auf den Tisch gelegt. In der Sache hat sich der Westen einen klaren Vorsprung erarbeitet.

Eine nüchterne Bewertung der dritten Runde kommt aber auch nicht an der Feststellung vorbei, daß manche der zu Rundenbeginn gesetzten Ziele verfehlt wurden und daß das politische Momentum nicht immer ausreichend für sachliche Fortschritte genutzt worden ist. Mehr als zuvor sind auch einige gravierende Mängel des Verhandlungsprozesses hervorgetreten:

- Auf westlicher Seite fällt ein Mangel an Entschlossenheit ins Gewicht, die durch konzeptionelle Vorgaben der HLTF verfügbaren Spielräume westlich-intern in Wien auch am Verhandlungstisch optimal zu nutzen. Hinzu kommen Probleme auf Grund nationaler Sensitivitäten (z.B. 14 Tage Zeiteinbuße zu Beginn wegen eines griechischen Vetos zum Paket stabilisierender Maßnahmen).
- Auf östlicher Seite wird wegen einer zunehmenden internen Interessendifferenzierung im WP die Abstimmung merklich schwieriger und wirkt bremsend auf das Verhandlungstempo. Wiederholt war von östlicher Seite zu hören, der Westen müsse „vorangehen“, damit man selbst manövrierfähig werde. Insgesamt ist festzustellen, daß heute die Auffassungsunterschiede innerhalb des WP teilweise eine größere Spannweite haben als im Westen.
- Hemmend bemerkbar machen sich auch Unzulänglichkeiten der Arbeitsmethodik. Ursächlich sind nicht nur unzureichende Personalausstattung vieler Delegationen, sondern auch mangelndes Vermögen beider Seiten, bei Sitzungen der Arbeitsgruppen die aufgegebenen Materien konzentriert und ergebnisorientiert zu behandeln. Hier haben wir gegen Ende der Runde eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen eingebracht, die grundsätzlich positiv aufgenommen wurden und in der nächsten Runde⁶ weiterdiskutiert und umgesetzt werden müssen.

Dennoch ist es gelungen, in der dritten Runde die Sachdebatte auch bei jenen Fragen, in denen sich – wie bei Personal und Flugzeugen – die Positionen des Westens und des Ostens bisher hart gegenüberstehen, weit voranzutreiben. Zum Ende der Runde ist auf beiden Seiten der Wille deutlich geworden, in bisher strittigen Sachfragen stärker aufeinander zuzugehen. Dies gilt insbesondere für das Gebiet der Definitionen, wo sich bei leichten Panzern, bei gepanzerten Infanteriefahrzeugen, vielleicht auch bei Hubschraubern und Flugzeugen, Möglichkeiten für Kompromisse abzeichnen. Auch in der schwierigen Depotfrage deutet sich eine gewisse Beweglichkeit des Ostens an, die auf mittlere Sicht zu Fortschritten nicht nur bei diesem Problem, sondern auch bei der damit eng verknüpften Frage der Regionaleinteilung führen könnte.

Bereits jetzt wird erkennbar, daß die vierte Verhandlungsrunde mit steigenden Anforderungen für alle Delegationen verbunden sein wird. Der Verhandlungsstoff ist mit der Einbringung der neuen Materien von stabilisierenden Maß-

⁵ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

⁶ Die vierte Runde der VKSE fand vom 9. November bis 21. Dezember 1989 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 425.

nahmen, Verifikation, Informationsaustausch und Nichtumgehung umfassender als je zuvor. Es ist vorauszusehen, daß gerade das Thema der Verifikation sich in der neuen Runde zu einem Schwerpunkt entwickeln wird. Durch die geplante Einbringung von Abkommensentwürfen des Westens und – dann wohl wieder folgend – des Ostens in der neuen Runde wird auch dieser Komplex erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand erfordern.

II. Im einzelnen

In den wesentlichen offenen Fragen besteht am Ende der dritten Runde die folgende Verhandlungslage:

1) Regionaleinteilung: Hier haben sich die Fronten gegenüber dem Sachstand vom Ende der zweiten Runde⁷ kaum bewegt. Auf eine eingehendere Diskussion wurde auch deswegen verzichtet, weil man auf beiden Seiten erkannt und akzeptiert hat, daß vor einer weiteren Annäherung auf diesem Gebiet die Depotfrage einer Lösung zugeführt werden muß. In diesem größeren Zusammenhang arbeiten wir wie bisher auf einen Ansatz hin, der die erweiterte zentraleuropäische Zone gemäß Regel 4.3 (in Verbindung mit 4.1) in den Mittelpunkt stellt, in die als Unterfall die Zentralzone gemäß Regel 4.4 einbezogen sein könnte.

2) Die Diskussion zur Depotfrage konnte in dieser Runde vor allem durch Beiträge unserer Delegation bedeutend vertieft werden. Mit seinem Vorschlag überwachter Depots im Paket der am 21.9. eingebrachten stabilisierenden Maßnahmen hat hier der Westen eine entsprechende Initiative ergriffen. Der Osten hat zu unserem Vorschlag eine Reihe durchaus kritischer Einlassungen gemacht, ohne aber das westliche Konzept insgesamt zurückzuweisen oder aber ein eigenes Konzept zu präsentieren. Darin spiegeln sich auch Sachdifferenzen, die zur Depotfrage WP-intern bestehen. Insgesamt ist sich der Osten durchaus bewußt, daß er mit der grundsätzlichen Zustimmung zum westlichen Vorschlag dazu beitragen würde, die VKSE in einem zentralen Bereich zu deblockieren. In Äußerungen zur Schlußphase der Runde ließ die SU Bereitschaft anklingen, eine Lösung auf der Linie des westlichen Konzepts mit gewissen Modifikationen bei den vorgeschlagenen Obergrenzen ernsthaft zu überdenken. Ob ein solcher Kompromiß möglich ist, muß zu Beginn der neuen Runde eruiert werden. Dabei ist es für uns geboten, in dieser Frage auch innerwestlich behutsam vorzugehen und auf nach wie vor bestehende Empfindlichkeiten der Bündnispartner Rücksicht zu nehmen.

3) Die Definitionen der vertraglich zu erfassenden Kategorien konventioneller Waffen waren in der dritten Runde ein Schwerpunkt der Verhandlungsarbeit und werden dies voraussichtlich auch in der vierten Runde bleiben. Die zuletzt erreichte Einigung bei der Artillerie-Definition, bei der beide Seiten ihre Bereitschaft zur Kooperation bewiesen haben, könnte Signalwirkung haben. (Zu lösen bleibt noch die Frage der Obergrenze für Artillerie, wo der Osten die von ihm vorgeschlagene Zahl von 24000 nach Herausnahme der Panzerabwehrgeschütze erheblich reduzieren müßte.) In den anderen Bereichen ist die Sachdiskussion sowohl innerhalb der Bündnisse als auch zwischen beiden Seiten vorangeschritten, so daß sich die Voraussetzungen für ein Einvernehmen verbessert haben.

⁷ Zur zweiten Runde der VKSE vom 5. Mai bis 13. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 223.

Dies gilt insbesondere für die Panzer-Definition, bei der eventuell auf westlicher Seite Bewegung möglich wird, nachdem UK eine flexiblere Haltung zur Frage der vom Osten nach wie vor geforderten Einbeziehung leichter Panzer erkennen läßt. Damit bestehen für eine Einigung in diesem seit Monaten blockierten Bereich auf der Basis modifizierter westlicher Vorschläge – Herabsetzung der bisherigen Parameter zu Gewicht und Kaliber auf 10 t bzw. 75 mm – bessere Aussichten.

In enger Verbindung mit den Panzern steht die Definition der Infanteriekampffahrzeuge (ATC⁸). Hier hält der Osten bisher an seiner umfassenden Definition fest, deren tatsächlicher Inhalt aber nicht klar ist. Es muß dem Osten deutlich gemacht werden, daß ein westliches Entgegenkommen bei der Panzer-Definition vom Osten durch Bewegung bei den ATC beantwortet werden muß. Wenn sich dies als möglich erweist, wäre ein Kompromiß, der zu Lösungen in beiden Kategorien führt, denkbar.

4) Bei den Hubschraubern konnte in intensiven Sachdiskussionen eine Annäherung der Positionen erreicht werden. Der Osten sträubt sich allerdings gegen unser Prinzip des „look alike – count alike“, da damit mehrere Tausend seiner Mi-8-Transporthubschrauber, der nur in etwa 600 Einheiten als Kampfversion verwendet wird, abgerüstet werden müßten. Die westliche Seite sah sich in letzter Zeit zu einem behutsamen Vorgehen in der Hubschrauberfrage veranlaßt, da die von uns selbst vorgeschlagene und vom Osten akzeptierte Obergrenze von 1900 nach neuen Berechnungen für den Westen problematisch geworden ist.

⁹⁵) In der Flugzeugfrage stehen sich die Positionen des Ostens und Westens weiterhin hart gegenüber. Das vom Osten hierzu am 28.9. eingebrachte Positionspapier macht zwar einen Schritt in die richtige Richtung, schafft aber mit der darin geforderten Sonderbehandlung bzw. Herausnahme vier verschiedener Flugzeugteilkategorien neue Barrieren. Das bisher bestehende Grundsatzproblem der Unterscheidung zwischen offensiven und defensiven Flugzeugen wird damit in eine Reihe vielschichtiger, vielleicht unterschiedlich gewichtiger, jedenfalls aber schwierig zu lösender Teilprobleme verwandelt. Nach wie vor geht der Osten dabei von einem selektiven Ansatz aus. Wir müssen unser Grundprinzip, alle zum Kampfeinsatz fähigen Flugzeuge, soweit sie innerhalb des Anwendungsgebiets stationiert sind, in ein VKSE-Abkommen einzuschließen, in geduldiger Detaildiskussion weiterhin zur Geltung bringen. Als Ansatzpunkt könnten jene Elemente dienen, mit denen sich der Osten auf unsere Position zubewegt hat: die Abschaffung von regionalen Zwischenobergrenzen für Flugzeuge (wie auch für Hubschrauber) sowie die Annäherung bei der vom Osten für das gesamte Vertragsgebiet festgesetzten Obergrenze (4700 gegenüber den vom Westen vorgeschlagenen 5700). Bei der Kompliziertheit des Problems ist es wenig wahrscheinlich, daß eine Gesamtlösung schon in der nächsten Runde gefunden werden kann. Es gab jedoch gegen Ende der Runde Signale, daß die SU-Delegation nach Lösungsansätzen für einige der bei Flugzeugen bestehenden Einzelprobleme sucht.

6) In der Personalfrage bewegte sich die Diskussion während dieser Runde auf den bekannten gegensätzlichen Positionen. Der Osten veränderte im Laufe der

⁸ Armored Troop Carrier.

⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1411 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Runde seine Position dahingehend, daß er gleiche Gesamtobergrenzen für Personal im ATTU¹⁰-Bereich von 1 350 000 Mann sowie Obergrenzen für Stationierungstreitkräfte von je 300 000 Mann vorschlägt. Weiterhin verfügt der Osten gegenüber dem Westen in der Personalfrage über die rüstungskontrollpolitisch stichhaltigeren Argumente. Für den Westen stellt sich die Frage, wieviel er für eine Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa um etwa die Hälfte zu zahlen bereit ist. Der westliche Vorschlag, der lediglich sowjetische und US-Stationierungstreitkräfte berücksichtigt und US-Reduzierungen von 30 000 Mann vorsieht, wird kaum durchzuhalten sein und bedarf der Weiterentwicklung. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Lösung des Personalthemas ohne westliche Bewegung erreichbar ist.

7) Informationsaustausch/Verifikation: Zu dieser in der dritten Runde durch den Westen am 21.9. neu eingeführten Verhandlungsmaterie hat zum Rundenschluß auch der Osten seine Vorschläge auf den Tisch gelegt. Sie decken sich – ungeachtet einer Reihe von Ergänzungen – konzeptionell und sachlich weitgehend mit westlichen Vorstellungen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Verifikation, wo auch der Osten das Prinzip vertritt, daß ein Regime einfach, zuverlässig und möglichst kostengünstig sein muß. Die noch zu leistende Verhandlungsarbeit ist jedoch erheblich, zumal auch die vom Westen eingebrachten Vorschläge weiterer eingehender Detailarbeit bedürfen. Damit läßt sich absehen, daß dieses Gebiet in der nächsten Runde einen weiteren Verhandlungsschwerpunkt bilden wird.

8) Stabilisierende Maßnahmen: Auch zu diesem Bereich hat der Osten am 19.10. eigene Vorschläge eingebracht, die insgesamt das vom Westen am 21.9. vorgelegte Maßnahmenpaket zur Grundlage haben. Eine Ausnahme bildet lediglich der Komplex der Depothaltung, den der Osten nicht – wie im westlichen Vorschlag vorgesehen – als stabilisierende Maßnahme ansieht und separat behandelt wissen will. Andererseits enthält das vom Osten vorgelegte Paket zusätzlich eine für uns delicate Maßnahme zur Beschränkung der Bewegungen konventioneller Streitkräfte, die von außerhalb in das Vertragsgebiet herangeführt werden, sowie solcher Streitkräfte, die das Vertragsgebiet im Transitwege passieren. Diese Problematik wird nun in der bereits laufenden Detaildiskussion der Arbeitsgruppe B vertieft zu behandeln sein. Angesichts weitgehender konzeptioneller Übereinstimmung des westlichen und östlichen Vorschlags sind die Aussichten für eine Einigung nicht ungünstig.

9) VKSE-Vertragsentwurf: Beide Seiten bereiten sich darauf vor, in der neuen Runde Entwürfe für ein VKSE-Abkommen einzuführen. Eine informelle Abstimmung über diese Frage wurde aufgenommen. Die erforderlich werdende Beratung der Entwürfe dürfte allen Delegationen weitere Arbeitskapazität – z.B. in Form der Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe – abverlangen. Als sachliches Kernproblem eines künftigen Abkommensentwurfs stellt sich bereits jetzt die Regelung des Verhältnisses zwischen kollektiven und einzelstaatlichen Verpflichtungen heraus.

III. Straffung der VKSE-Arbeitsmethoden

Zum Abschluß der Runde haben wir in den westlichen Kreis eine Reihe von Überlegungen eingeführt, die u.a. eine vermehrte Zahl informeller Begegnungen auf

¹⁰ Atlantic to the Urals.

allen Ebenen, die Einführung eines Chef-de-file-Systems auf freiwilliger Grundlage und die Straffung der Verfahrensmethoden in den Arbeitsgruppen vorsehen. Nicht nur in westlichen Delegationen wächst die Einsicht, daß nur durch effizientere Entscheidungsfindungsprozesse die wachsende Zahl der Aufgaben innerhalb des politisch vorgegebenen Zeitlimits bewältigt werden kann. Die kommende Runde wird zunächst innerwestlich auch im Zeichen einer Diskussion stehen, wie bisherige VKSE-Arbeitsmethoden verbessert werden können. Wir werden darauf drängen, daß konkrete Diskussionen in dieser Frage baldmöglich auch mit der östlichen Seite aufgenommen werden.

[gez.] Hartmann

Referat 212, Bd. 158583

328

**Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1425
Citissime

Aufgabe: 20. Oktober 1989, 16.45 Uhr¹
Ankunft: 23. Oktober 1989, 07.48 Uhr

Delegationsbericht Nr. 140

Betr.: Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
(VSBM);
hier: 3. Sitzungsperiode (4.9.–20.10.1989)

Zur Unterrichtung

I. Allgemein

1) Die dritte VSBM-Sitzungsperiode brachte deren erstes Ergebnis: Das VSBM-Plenum beschloß am 20.10. die Durchführung eines Seminars über Militärdoktrinen vom 16.1.–5.2.1990 im Rahmen der VSBM-Verhandlungen und verabschiedete Tagesordnung und Modalitäten dazu.² Redner aus allen drei Gruppierungen sprachen die Erwartung aus, daß das Seminar ein wegweisendes, politisch und militärisch bedeutsames Forum wird, das neben der eigentlichen Seminararbeit Gelegenheit zu hochrangigen Begegnungen eröffnen soll. Das Ergebnis entspricht im wesentlichen westlichen Vorstellungen und ist entscheidend durch den – unter unserer Federführung entstandenen – westlichen Vorschlag geprägt.

Neben den intensiven Verhandlungen über das Militärdoktrinenseminar war das zweite prägende Element dieser Sitzungsperiode die Diskussion des Verhältnisses

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (VSBM-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Erck vorgelegen.

² Zum Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa, das in Wien stattfand, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

der beiden Wiener Verhandlungen über VSBM und KSE zueinander. Die Entwicklung konkretisierte sich mit Einbringung der westlichen VKSE-Vorschläge vom 21.9. zu Informationsaustausch, Verifikation, stabilisierenden Maßnahmen und Constraints.³ Mit diesen Vorschlägen wurden die Bereiche der Überschneidung markiert. Die VSBM-Delegationen aller drei Gruppierungen haben seither bis zum Ende dieser Sitzungsperiode sowohl gruppenintern als auch im gemeinsamen Gedankenaustausch die politischen und verhandlungstechnischen Implikationen der eingetretenen und – nach inzwischen allgemein vorherrschender Auffassung – unvermeidlichen Überschneidungen analysiert und versucht, daraus Konsequenzen für den weiteren Verhandlungsgang zu ziehen. Als Ergebnis kann festgehalten werden:

- Die zunächst (vor allem im VSBM-Plenum am 29.9.) sehr deutlich artikulierten Sorgen der N+N über eine Schwächung der militärischen und sicherheitspolitischen Elemente des KSZE-Prozesses und damit verbunden einer Marginalisierung der N+N im politischen Entscheidungsprozeß sind inzwischen einer nüchternen, z. T. resignierenden Betrachtungsweise gewichen.
- Bei Wahrung der gegenwärtigen Priorität der VKSE, von der sich auch – wie der Generalsekretär im österreichischen Außenministerium, Klestil, im Informationstreffen über die VKSE am 20.9. ausführte – die N+N weiterführende Impulse für die künftige Entwicklung auch der VVSBM erwarten, soll keine der beiden Verhandlungen die andere verzögern oder behindern.
- Nach Klärung der konzeptionellen und verhandlungstechnischen Implikationen der Überschneidung werden die VSBM-Verhandlungen auf Betreiben der N+N im Verlauf der nächsten Sitzungsperiode⁴ zu einem informellen Verhandlungsmodus übergehen.

2) Die westliche Allianz

Der Westen hat die für diese Sitzungsperiode selbstgesteckten Ziele erreicht: Der vollständige Beschluß über die Durchführung des Militärdoktrinen-Seminars, d.h. sowohl mit Tagesordnung als mit allen Modalitäten, entspricht westlichen Vorstellungen. Insgesamt hat der Westen trotz und gerade während der Diskussion um die Überschneidungsproblematik die konzeptionelle Führungsrolle in den Verhandlungen behalten. Neben den besser eingespielten allianzinternen Abstimmungsmechanismen sind dafür die Fähigkeit und Bereitschaft der Allianzpartner zu Pragmatismus und größerer Beweglichkeit ausschlaggebend. Diese Eigenschaften haben die Allianzpartner in Oslo beim Brainstorming der Delegationsleiter vom 30.9.–1.10.1989 insbesondere in der Frage des Overlap erneut unter Beweis gestellt und damit konzeptionelle Vorarbeit für die Verhandlungen insgesamt geleistet.

Die Abstimmung im NATO-Caucus sowohl auf Delegationsleiter- wie auf Expertenebene verlief in einer guten, von Verhandlungserfolgen begleiteten Atmosphäre. Sachlich unterschiedliche nationale Positionen waren in der dritten Sitzungsperiode nicht relevant, so daß der Westen vor allem im Vergleich zu den beiden anderen Gruppierungen ein bemerkenswertes Bild der Kohärenz aufwies.

³ Zu den Vorschlägen vgl. Dok. 293, Anm. 22.

⁴ Die vierte Runde der VSBM-Verhandlungen fand vom 10. November bis 20. Dezember 1989 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 430.

3) Die WP-Delegationen

Die Wahrnehmung nationaler Positionen durch einzelne WP-Delegationen hat sich auch während der dritten Sitzungsperiode weiter verstärkt.

Unter den WP-Delegationen spielen sich im Laufe der Zeit Verfahrensweisen der gruppeninternen Abstimmung ein, die im Westen und im Kreis der N+N üblich sind. Freilich sind die WP-Abstimmungsmechanismen noch nicht eingespielt und führen zu gelegentlichen Pannen. In einem Fall (sowjetische Zusatzwünsche in letzter Minute zur Tagesordnung Doktrinenseminar) teilten uns zwei WP-DL offiziell mit, daß kein anderer WP-DL diese Änderung mittrage.

In den übrigen Bereichen vertreten WP-Delegationen z.T. auffällig divergierende Positionen, auch nach außen. Das gilt z.B. für die Frage eines Kommunikationssystems oder die Einrichtung eines Mechanismus zum Krisenmanagement unter 35 (UNG und PL einerseits gegen ČSSR und DDR andererseits). UNG hält sich in allen Bereichen, die es aus dem östlichen Vorschlagspaket nicht für konsensfähig hält, z.B. See und Luft, deutlich zurück. Es sucht vielmehr nach Bereichen, in denen es zu gemeinsamen, blockübergreifenden Vorschlägen kommen könnte. UNG hat diesbezüglich Kontakte mit F, NL, UK und uns in verschiedenen Bereichen aufgenommen.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N-Delegationen gaben während der dritten Sitzungsperiode ein unterschiedliches Bild ab. Die vier Neutralen, verstärkt durch MLT, waren ständig und engagiert präsent.

Jugoslawien hatte während der gesamten dritten Sitzungsperiode keine eigene VSBM-Delegation in Wien und war nur während der Plenarsitzungen durch den bilateralen Botschafter⁵ vertreten. JUG hat auch an N+N-internen Abstimmungen nicht teilgenommen. Wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten sollen den Grund für die Abwesenheit bilden.

Da in Wien keine Abstimmung im EPZ-Rahmen stattfindet, neigt die irische Delegation zunehmend zur Anlehnung an N+N-Gruppe. IRL-Delegation hat bereits am Ende der letzten Sitzungsperiode seine Miteinbringerschaft zum N+N-Verhandlungspaket (WV.5)⁶ erklärt. Z.Z. wird sowohl in N+N-Kreisen wie auch am Rande der Verhandlungen diskutiert, ob IRL in Zukunft vielleicht sogar die Rolle eines Koordinators während der Verhandlungen übernehmen könnte. Diese Frage muß auch von uns überlegt werden.

5) Die eigene Delegation

Die eigene Delegation hatte während der dritten Sitzungsperiode zahlreiche Besuche aus dem parlamentarischen Bereich. Mitte September besuchte der Unterausschuß des Deutschen Bundestages für Abrüstung und Rüstungskontrolle die beiden Verhandlungen, am 5. und 6. Oktober folgten MdB Ronneburger und Nolting, und am 10.–13.10. hielt sich der Parlamentarische Staatssekretär

⁵ Miloš Krstić.

⁶ Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns für ein Abschlußdokument der VSBM-Verhandlungen vom 12. Juli 1989 (CSCE/WV.5) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 6.

im Bundesverteidigungsministerium, Wimmer, in Wien auf. Die Besucher gaben Gelegenheit zu einer eingehenden Analyse des Verhandlungsstandes in beiden Foren sowie zur eingehenden Darstellung der Verhandlungspositionen der Bundesrepublik und zu einer Vielzahl nicht nur für die Besucher aufschlußreicher Gespräche und Kontakte im Zusammenhang mit dem Besuchsprogramm.

Das unter unserer Federführung entstandene westliche Vorschlagspapier für das Seminar über Militärdoktrinen und unser Engagement in dieser Frage machten uns zu einem der westlichen Meinungsführer in diesen Verhandlungen, die wir auch durch unseren persönlich guten Kontakt zum österreichischen Koordinator⁷ nachhaltig beeinflussen konnten.

Im übrigen haben wir die Diskussion im NATO-Caucus zur Frage der Beziehungen zwischen den beiden Verhandlungen über VSBM und VKSE durch eigene Beiträge beeinflußt und versucht, konzeptionelle und verhandlungstechnische Lösungen aufzuzeigen. Darüber hinaus haben wir durch eigene Interventionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen einen großen Teil der westlichen Position übernommen.

⁸II. Im einzelnen

Arbeitsgruppe A

Die Arbeitsgruppe A befaßte sich während der dritten Runde in insgesamt sechs Sitzungen im wöchentlichen Wechsel jeweils entweder mit Information und Verifikation oder mit Kommunikation, Kontakten und Konsultation.

Sehr schnell stellte sich heraus, daß die Diskussion über Information und Verifikation besonders von der in dieser Runde deutlich gewordenen Überschneidungsproblematik der Verhandlungsmaterien beider Wiener Foren betroffen war. Gleichwohl konnte ein Stillstand der Verhandlungen zu diesen Themen vermieden werden. Dies vor allem deshalb, weil der N+N-Verhandlungsvorschlag WV.5 zunächst Anlaß für Fragen und klärende Antworten bot.

Bei den Themen Kommunikation, Kontakte und Konsultation kam es zu wichtigen Klärungen. Nach in hohem Maße unseren Bemühungen zuzuschreibender Bewegung von F und USA scheint sich ein prinzipieller Konsens über die Nützlichkeit eines jährlichen Expertentreffens herauszubilden, dessen Aufgabe die Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der Implementierung eines künftigen Schlußdokuments sein soll. Darüber hinaus kam es innerhalb des Westens und gegen Rundenschluß auch unter den 35 zu ersten Klärungsversuchen über Beschaffenheit und Aufgaben eines neu zu schaffenden Kommunikationsverfahrens der 35, das in Ausfüllung von Maßnahme 11 (WV.1 amplified⁹) den erhöhten Anforderungen eines künftigen VSBM-Regimes gerecht werden und zugleich als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme aus eigenem politischen Recht ausgestaltet werden soll. Hier haben wir zusammen mit F die innerwestliche Meinungsbildung vorangetrieben und Widerstand von UK und USA teilweise überwunden. UNG und A liegen in ihren Positionen nahe bei uns und haben

⁷ Johannes Werner Druml.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1426 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁹ Für den Wortlaut des Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vom 9. Juni 1989 (CSCE/WV.1/amplified) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 2.

Zusammenarbeit vorgeschlagen. Hier wird ein Schwerpunkt der Arbeit der kommenden Runde liegen.

Die positiven Entwicklungen in den Bereichen Konsultation und Kommunikation haben zugleich die nützliche Klärung mit sich gebracht, daß weitergehende Forderungen einzelner östlicher Staaten (DDR, vor allem aber ČSSR) nach Einrichtung eines Risk Reduction Center auf einhellige Ablehnung bei westlichen und neutralen Delegationen gestoßen sind.

Arbeitsgruppe B

Der Westen konzentrierte sich vorrangig darauf, Konvergenzen zwischen westlichem Vorschlag WV.1 amplified und N+N-Vorschlag WV.5, insbesondere in den Bereichen Jahreskalender und Beobachtungsmodalitäten, herauszuarbeiten. Der Osten setzte erwartungsgemäß seinen Schwerpunkt auf die Einbeziehung von Luft- und Seeaktivitäten in Vorankündigung und Beobachtung sowie auf beschränkende Maßnahmen.

Hinsichtlich der Seeaktivitäten legte der Osten eine neue Variante vor (im Plenum am 15.9. und in Arbeitsgruppe B am 20.9.), die zwar den funktionalen Vorbehalt anerkennt, im Ergebnis aber darauf hinausläuft, daß jedwede Seeaktivität notifiziert werden muß, sofern bestimmte Seeparameter erfüllt sind.

Hinsichtlich der Luftaktivitäten versuchte der Osten den Nachweis zu erbringen, daß seine Forderung nach Notifizierung und Beobachtung von Luftaktivitäten in der Praxis machbar sei und angemessene Verifikationsmaßnahmen entwickelt werden könnten. Ihre Bemühungen in dieser Richtung können bisher kaum überzeugen.

Im Bereich der beschränkenden Maßnahmen ist der Westen in gewisse Argumentationsschwierigkeiten geraten, nachdem er bei VKSE zu beschränkenden Maßnahmen bereit ist, hingegen bei VVSBM eine substantielle Einlassung hierzu derzeit verweigern muß.

[gez.] Joetze

Referat 209, Bd. 148765

329

Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-15237/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4364

Aufgabe: 23. Oktober 1989, 10.21 Uhr¹
Ankunft: 23. Oktober 1989, 09.32 Uhr

Betr.: Entwicklungen in der SU, in Ost- und Mitteleuropa;
hier: Deutsch-britische Konsultationen in London am 24.10.89

Bezug: DB Nr. 2003 vom 17.10.89 aus London²

Zur Unterrichtung

1) Die hiesigen westlichen Botschaften tauschen sich seit Jahrzehnten in einer Intensität über die Politik des Gastlandes aus, wie sie in anderen Hauptstädten eher ungewöhnlich ist. Dies führt zu einem persönlichen Vertrauensverhältnis, das auch enger ist als im Kreise von Vertretungen bei multilateralen Organisationen, in denen man sich in langen Verhandlungssitzungen entgegenkommt. Diese Zusammenarbeit hatte mit Beginn der Ära Gorbatschow spürbar nachgelassen, weil „Glasnost“ zu einer solchen Fülle von Informationen und Kontaktmöglichkeiten mit sowjetischen Stellen führt, daß man weniger auf diesen laufenden Austausch angewiesen ist (und auch weniger dafür Zeit hat). Die Entwicklungen der letzten Monate sowohl in der sowjetischen Innen- wie in der Außenpolitik sind aber so dramatisch und verlaufen mit einer sich steigernden Beschleunigung, daß dieser Austausch in letzter Zeit wieder sehr viel enger geworden ist. Wegen der Entwicklung in und um die DDR sind wir in den letzten Wochen natürlich ein besonders gesuchter Gesprächspartner. So wurde ein guter Vergleich hiesiger Aussagen mit denen der betreffenden Hauptstädte möglich.

2) Unverkennbar sind in diesen Gesprächen auch unsere engsten westlichen Verbündeten nicht vollständig offen, und zwar nicht nur, was ihre Gespräche mit der SU angeht (bei allen Gemeinsamkeiten gibt es eben auch die Konkurrenz politisch, wirtschaftlich und kulturell), sondern auch, was ihre tatsächliche

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 23. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn BM vorzulegen.“

Hat Bächmann am 23. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.

Hat Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1989 vorgelegen.

Hat Bächmann am 27. Oktober 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neubert „mit der Bitte um Übernahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 27. Oktober 1989 vorgelegen.

² Botschafter Freiherr von Richthofen, London, berichtete: „Im britischen Außenministerium und im Kabinett der Premierministerin werden wir in den letzten Tagen immer wieder auf die bevorstehenden deutsch-britischen Konsultationen zu den Entwicklungen in der Sowjetunion sowie in Mittel- und Osteuropa angesprochen. [...] Die in Großbritannien bis in das Frühjahr d.J. hinein spürbare Zurückhaltung und Skepsis bezüglich eines durchgreifenden Wandels in der Region ist inzwischen gewichen. Mit großer Nachdenklichkeit werden heute die Maßnahmen zur Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Wandels verstärkt und auch erste Überlegungen zur künftigen Gestaltung Europas angestellt. Bei den bevorstehenden Konsultationen werden wir daher von britischer Seite nicht nur mit eindringlichen und detaillierten Fragen über unsere Vorstellungen, sondern auch mit ersten konkreten Hinweisen auf übergreifende britische Überlegungen rechnen können.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147154.

Beurteilung der inneren Lage der SU angeht, weil jede Analyse die operativen Schlußfolgerungen vorbestimmt.

Dennoch ist verlässlich feststellbar, daß die Prognose, die GB und F der Perestroika stellen, deutlich pessimistisch ist, und zwar in letzter Zeit eher noch mehr als zu der Zeit vor zwei Jahren, als man uns – weniger hier in Moskau als im Westen – des unbegründeten Optimismus beschuldigte. Die USA sind hier zwar nicht pessimistisch, jedoch verhalten skeptisch, während wir bei aller Nüchternheit konstatieren, daß die Perestroika gegen wachsende innere und äußere Schwierigkeiten vorankommt und Gorbatschow es bisher an jeder kritischen Wegmarke geschafft hat, durchaus mächtige Gegner kaltzustellen. Jedenfalls die hiesigen Amerikaner neigen nicht dazu, gleich nervös zu werden, sollte Gorbatschow, wie sich an einigen Punkten zeigt (Kritik an einigen Presseorganen), eine etwas härtere Gangart der Disziplinierung anschlagen.

3) Ein Kommentar britischer Gesprächspartner hier charakterisierte die Lage Gorbatschows vor wenigen Tagen so: Das ZK-Plenum³ hat die Nationalitätenfrage nicht entschärft, der Konflikt Armenien/Aserbaidschan ist am Rande des Bürgerkrieges, die Lage in Georgien ist nur kurz unter der Schwelle erneuter größerer Gewaltausbrüche, die Emotionen im Baltikum verfestigen sich, in der Ukraine sind Vorbeben zu spüren. Die Geschäfte sind leer, die Kohlebergleute warten immer noch auf die zugesagten Verbesserungen, die Gewerkschaften kämpfen um ihr Überleben, sie verbünden sich mit russischem Chauvinismus und alten Partei- und Regierungsapparatschiks. Der Parteiapparat hat inzwischen begriffen, daß es um sein Überleben ginge, wenn die Regionalwahlen frei stattfänden, der Regierungsapparat wehrt sich gegen die Wirtschaftsreform mit Klauen und Zähnen, weil er weiß, daß er in einer Marktwirtschaft überflüssig wird. Das Militär ist in seinem Selbstverständnis gekränkt und sieht sich in seiner sozialen Sicherheit gefährdet.

Außenpolitisch halten sich die USA bei allen wichtigen Anliegen der SU zurück, die Wiener Verhandlungen⁴ gefährden die Präsenz der SU in Mitteleuropa, Polen und Ungarn sind schon revisionistisch, jetzt droht auch die DDR noch außer Kontrolle zu geraten. Die Zeit publikumswirksamer Außenpolitik ist vorbei. Der Gorbatschow-Effekt nehme international, allerdings im Westen wohl weniger rasch ab als hier, wo er sich in endlosen Parlamentsdebatten verschleife. Man müsse also fragen, wie lange das ganze noch gutgehe.

Die französische Sicht der Dinge ist ähnlich. Ein amerikanischer Sachkenner meint, Gorbatschow habe sich in den ersten Jahren Mühe geben müssen, den Tiger in Bewegung zu setzen, jetzt müsse er ihn reiten. Das könne schon gehen.

4) Diese Sicht der Dinge kontrastiert aus hiesiger Sicht nur scheinbar mit den zunehmenden Erklärungen der Unterstützung für Gorbatschow und seine Politik durch die Spitzen der Regierungen in Paris, Washington und London. Vielmehr war man vermutlich so lange an der Spitze dieser Staaten offener im Ausdruck seiner Skepsis, solange man den „Tiger“ der Demokratisierung noch nicht in Bewegung sah und die Verhältnisse für stabil real-sozialistische, beglei-

³ Zum Plenum des ZK der KPdSU am 19./20. September 1989 in Moskau vgl. Dok. 263, Anm. 41.

⁴ Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 328.

tet von oberflächlicher Wirtschaftsreform und außenpolitischen Entlastungsversuchen, hielt. Insofern sind solche Unterstützungserklärungen Folge des Interesses an Stabilität in einer als zunehmend instabil empfundenen Lage.

5) Wir halten dieser, in vielem durchaus zutreffenden Analyse der Lage entgegen, daß man sie nicht verstehen könne, wenn man die tatsächlich revolutionäre Zielsetzung Gorbatschows nicht ernst nehme. Nach unserer Beobachtung sei Instabilität, allerdings natürlich in Grenzen, in vielen Bereichen von Gorbatschow nicht nur hingenommen, sondern offenbar bewußt, zielgerichtet und schrittweise, aber, bei allen taktischen Konzessionen, mit erbarmungsloser Konsequenz herbeigeführt. Er wolle eine andere SU und arbeite auf die Zerstörung des alten Partei- und Wirtschaftsapparates hin, vermutlich wesentlich auf den Sicherheitsapparat gestützt. Inwieweit die Vision der „Erneuerung des Sozialismus“ tatsächlich einen in unserem Sinne demokratischen Sozialismus im Auge habe, sei noch nicht zu sagen. G. habe bisher aber die Konsequenzen seines Ziels der Konkurrenzfähigkeit der SU im nächsten Jahrhundert auch im Bereich der politischen Reform gezogen, soweit er sie für notwendig hielt.

6) Schwieriger gestaltet sich das Gespräch über die Konsequenzen für Deutschland. GB und F sind hier zwar relativ verschlossen, zeigen aber deutliche Zeichen der Beunruhigung über die Perspektive der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, deren Implikationen sie hier, wie wir von ihnen wie von ihren Gesprächspartnern in den sowjetischen Instituten hören, mit den Sowjets offenbar intensiv erörtern. Sie gehen dabei durchaus soweit, auch uns die Zweistaatlichkeit als die im Sinne europäischer Stabilität bessere Variante darzustellen.

Verschiedene ihrer sowjetischen Gesprächspartner sagen uns allerdings, und zwar wohl kaum nur entsprechend der alten Taktik, nach der Streit im Westen ihnen nur nützt, wir könnten uns gar nicht vorstellen, wie intensiv man ihnen gerade von britischen Gesprächspartnern von links bis rechts und auch von französischer Seite beizubringen versuche, daß niemand an einem geeinten Deutschland interessiert sein könne. Sie behaupten sogar, daß dies auch auf höchster politischer Ebene geschehe.

In den letzten Tagen ist allerdings auch in der Haltung von GB und F eine gewisse Bewegung zu spüren, die nicht nur Hoffnung auf eventuelle Erfolge einer die DDR stabilisierenden Reformpolitik zeigt, sondern sich auch ernsthafter mit der Eventualität deutscher Einheit befaßt. Die Ursache dafür liegt in der Analyse der Gorbatschow-Rede in Berlin (Ost)⁵ und der Erkenntnis, im Grunde über keine vorzeigbaren Argumente gegen eine solche Entwicklung zu verfügen, wenn die SU sie zuließe. Spontan positiv wurde diese Rede im Viererkreis eigentlich nur vom Amerikaner bewertet, die britische Seite war zurückhaltend, die französische schwieg.

Unsere Bemühungen, ihnen unsere gesamteuropäische Konzeption, gestützt auf eine dauerhafte NATO und weiter integrierende europäische Gemeinschaft, nahe-

⁵ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Uns vereinen die Ideale des Sozialismus und des Friedens“; NEUES DEUTSCHLAND vom 9. Oktober 1989, S. 3f. Zum Besuch Gorbatschows anläßlich des 40. Jahrestags der Gründung der DDR am 6./7. Oktober 1989 vgl. HONECKER–GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

zubringen, finden Interesse, werden aber mit einem gewissen Lächeln als lediglich raffiniertere Form des Strebens nach einem deutschen Nationalstaat aufgenommen. Wie fast stets, sind die Briten hier etwas pragmatischer. Die Haltung, daß ihnen hic et nunc – und vielleicht weiter darüber hinausgreifend – allzuviel Dynamik in Mitteleuropa nicht zupaß kommt, läßt immer noch Raum für die Flexibilität, sich in das, was sich als geschichtlich unvermeidlich herausstellen mag, rechtzeitig zu schicken und sich an seiner Gestaltung zu beteiligen. Den Franzosen, mit denen wir es hier zu tun haben, fällt das wesentlich schwerer.

[gez.] Blech

VS-Bd. 13510 (213)

330

Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl

VS-NfD

24. Oktober 1989¹

Vorbereitung des offiziellen Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in der Volksrepublik Polen²;

hier: Chef-Besprechung, Dienstag, 24. Oktober 1989

Teilnehmer: der Bundeskanzler; Auswärtiges Amt: BM Genscher, StMin Dr. Adam-Schwaetzer (zeitweise); Bundesministerium der Finanzen: BM Dr. Waigel, StS Dr. Tietmeyer; Bundesministerium für Wirtschaft: BM Dr. Haussmann, StS Dr. von Würzen; Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: BM Kiechle; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: BM Dr. Warnke; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: BM Klein; Bundeskanzleramt: BM Seiters, AL 2³, RL 212⁴ (Note-taker).

Der *Bundeskanzler* ruft gemäß der den Teilnehmern vorliegenden Beschlußvorlage die Einzelpunkte auf:

1) Internationaler Währungsfonds/Weltbank

BM Dr. Waigel berichtet über Teilnahme an Jahrestagungen von IWF und Weltbank⁵: dort nachdrücklicher Einsatz für Polen-Hilfe beider Institutionen. IWF-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 31. Oktober 1989 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers“ an die Bundesminister Genscher, Haussmann, Kiechle, Waigel und Warnke übermittelt.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 3. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre sowie die Ministerialdirektoren Kastrup und Jelonek verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM.“

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178923.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

³ Horst Teltschik.

⁴ Uwe Kaestner.

⁵ Die Jahrestagung des IWF und der Weltbank fand vom 26. bis 28. September 1989 in Washington statt.

Anpassungsprogramm Grundvoraussetzung für Hilfe, damit wir nicht selber Bedingungen diktieren müssen.

Der *Bundeskanzler* stellt Einvernehmen fest, in beiden Institutionen nachhaltig auf baldige Abschlüsse zu drängen.

2) Umschuldungen im Pariser Club

Keine Wortmeldungen. Der *Bundeskanzler* stellt Einvernehmen fest, daß so wie vorgeschlagen verfahren wird.

3) Umschuldungen/private Banken

Der *Bundeskanzler* kündigt an, er werde mit dem Vorsitzenden des Bankenverbandes⁶ reden. Anwendung des Brady-Plans⁷ auf Polen sei durchaus attraktive Überlegung.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß Gesetzgebung anderer Gläubigerländer Abschreibung von Verbindlichkeiten nicht erlaubt. Demgegenüber haben aufgrund unserer fortschrittlichen Gesetzgebung unsere Banken bereits weitgehend abgeschrieben. Wenn wir jetzt Brady-Plan anwenden, zahlen die Polen mit „unserem Geld“ Verbindlichkeiten an andere Gläubiger zurück.

StS *Dr. Tietmeyer/AL2* weisen darauf hin, daß am 27. Oktober Gespräch mit einem Vorstandsmitglied der federführenden Dresdner Bank stattfindet. Danach Prüfung der konkreten Möglichkeiten.

Der *Bundeskanzler* betont, er sei zusammen mit BM *Dr. Waigel* bereit, dieses Gespräch auf höchster Ebene zu führen.

BM *Dr. Waigel* weist darauf hin, daß in bisherigen Anwendungsfällen der Brady-Initiative nur die beiden ersten Optionen wahrgenommen worden sind, aber kein fresh money geflossen ist. Im übrigen gebe es hinsichtlich des Brady-Plans in der deutschen Bankenwelt erhebliche, auch persönlich gefärbte Meinungsunterschiede.

4) Hermes-Bürgschaften

BM *Dr. Haussmann* führt ein, von polnischer Seite werde ein Plafond von 3 Mrd. DM gewünscht. Demgegenüber hielten wir schrittweise Eröffnung mit neuentwickeltem Kontrollsystem für richtiger: Je mehr Kontrollen die Projekte durchlaufen müßten, desto besser. Bei Nennung einer Zahl innenpolitische Schwierigkeiten nicht auszuschließen.

BM *Dr. Waigel* unterstützt dies.

Der *Bundeskanzler* erwidert, diese Position sei ihm sympathisch, jedoch brauche er ohne Nennung einer Zahl nicht nach Warschau zu reisen. In einer Vielzahl von Gesprächen mit der polnischen Seite habe sich klar herausgestellt, daß Bezifferung des Plafonds für sie „Dollpunkt“ ist.

BM *Genscher* bestätigt dies aus Gespräch mit polnischem Außenminister Prof. Skubiszewski in New York.⁸ Da Vorgängerregierung Frage der Bezifferung zum

⁶ Wolfgang Röllner.

⁷ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski am 29. September 1989; Dok. 299.

Dollpunkt gemacht habe, sei jetzige Regierung in außerordentlich schwieriger Lage, wenn sie andere Position einnehmen würde.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt, daß MP Mazowiecki und seine Regierung in einer unübersehbaren innenpolitischen Drucksituation seien.

BM *Kiechle* bestätigt aus Vier-Augen-Gespräch mit MP Mazowiecki: Dieser brauche eine Zahl!

BM *Dr. Waigel* entgegnet, mit dieser Forderung schneide sich Polen ins eigene Fleisch. Er könne die Linie von BM *Dr. Haussmann* nur bestätigen. Wenn man – wie von uns vorgeschlagen – Projektfinanzierung betreibe, könne man durchaus 3–4 Mrd. DM erreichen. Wenn man aber eine Summe nenne, müsse Projektfinanzierung angerechnet werden. Die gleiche Frage stelle sich bei der Stabilisierungshilfe gemäß Bush-Initiative.⁹ Ferner gelte es, den revolvierenden Plafond für kurzfristige Geschäfte einzubeziehen.

Der *Bundeskanzler* betont, man brauche ihn nicht zu überzeugen, die Sache sei jedoch für die Polen zutiefst emotionalisiert.

AL2 wirft ein, unter die zu nennende Summe könnten alle drei Arten von Bürgschaften – gemäß Entscheidungsvorlage – subsumiert werden.

BM *Dr. Waigel* bemängelt, daß Polen bisher dem Vertrag zum Schutz und zur Förderung von Investitionen (IFV) nicht zugestimmt habe. Es gehe nicht an, hier an diesem Tisch über derartige Summen zu reden, während die andere Seite gewisse Grundvoraussetzungen nicht erfülle.

StS *Dr. von Würzen* weist darauf hin, daß eine weitere Verhandlungsrunde in der nächsten Woche stattfinden wird.¹⁰

BM *Genscher* hält für wahrscheinlich, daß die Polen nachgeben werden.

Der *Bundeskanzler* pflichtet BM *Dr. Waigel* bei: Der IFV müsse durchgesetzt werden!

StS *Dr. von Würzen* hält Dreiteilung der zu verbürgenden Finanzierungen fest: normale Liefergeschäfte (zunächst kurzfristig), Lieferungen an Investitionen (langfristig), Finanzierung von Projekten, die sich selber tragen (auch langfristig).

Der *Bundeskanzler* stellt Einvernehmen fest, daß in der vorgeschlagenen Weise verfahren wird. Er fragt sodann nach Prozeduren, die sorgfältige Projektauswahl

⁹ Am 4. Oktober 1989 teilte der Sprecher des amerikanischen Präsidenten, Fitzwater, mit, Polen habe zusätzlich zu einem Kredit des IWF um einen Stabilisierungskredit der westlichen Industriestaaten in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar nachgesucht. Präsident Bush habe daher beschlossen, den Kongreß um 200 Mio. US-Dollar an nicht rückzahlbaren Mitteln („grant“) als amerikanischen Beitrag zu bitten. Voraussetzung sei, daß sich auch andere Staaten beteiligten und daß Polen ein Abkommen mit dem IWF schließe. Bush werde außerdem eine Expertenkommission nach Polen entsenden, um mit der dortigen Regierung über deren Wirtschaftspläne und die notwendigen Maßnahmen zu sprechen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1305–1307.

¹⁰ Zu den Verhandlungen mit Polen über einen Investitionsschutz- und -förderungsvertrag (IFV) vgl. Dok. 135, Anm. 14 und 15.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte am 3. November 1989, die Verhandlungen seien am selben Tag mit der Paraphierung der Vertragstexte im Auswärtigen Amt abgeschlossen worden: „Damit sind die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung durch BM Genscher anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers in Warschau geschaffen. [...] Die polnische Regierung hat sich nach langer Überzeugungsarbeit dazu durchgerungen, einen IFV zu vereinbaren, der dem hohen Rechtsschutzstandard der von der Bundesrepublik Deutschland weltweit abgeschlossenen Verträge dieser Art und insbesondere dem der IFVe mit Ungarn, Jugoslawien und der Sowjetunion entspricht.“ Vgl. Referat 420, Bd. 157150.

gewährleisten. Die Polen seien angeblich – ohne Rücksicht auf Prestige Gesichtspunkte – zur Hinnahme derartiger Kontrollen bereit.

BM Dr. Haussmann und StS Dr. von Würzen erläutern ein im BMWi entwickeltes erschwertes Kontrollverfahren. Dies solle nicht für gewöhnliche Liefergeschäfte, wohl aber für größere Investitionsprojekte gelten. Zentraler Gedanke: Begutachtungsgremium, zusammengesetzt aus Vertretern der Wirtschaft, der Banken sowie aus Beamten, soll wirtschaftliche Rentabilität prüfen. Offen noch Organisationsform – evtl. gemeinsames Institut, das durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau mitgegründet werden könnte. Das Gremium müßte mindestens drei- bis viermal im Jahr zusammen mit den Polen tagen, u. a. um ihnen zu vermitteln, warum gewisse Projekte nicht rentabel seien, andere aber doch.

Der Bundeskanzler vergleicht mit Kreditausschüssen bei den Landeszentralbanken und Geschäftsbanken.

StS Dr. Tietmeyer wendet sich dagegen, Geschäfte 100 % in Deckung zu nehmen – erforderlich sei ein Selbstbehalt.

Der Bundeskanzler pflichtet bei: Davon sei man bisher stets ausgegangen. Nach Erörterung des Prozentsatzes, an der sich BM Genscher, StS Dr. Tietmeyer und StS Dr. von Würzen beteiligen, wird festgehalten, gegenüber Polen nicht zu diskriminieren, aber den im Hermes-System geläufigen Höchstsatz – 15 % – anzuwenden. Der Projektprüfungsausschuß könne gleichwohl das Recht erhalten, von diesem Satz abzuweichen.

Der Bundeskanzler stellt Einvernehmen fest. Er hält ferner fest, das Projektprüfungsgremium – gleichgültig ob es „Kreditausschuß“ oder anders heiße – müsse mit den Polen institutionalisiert werden. Das Gremium müsse von unserer Seite erstklassig besetzt werden – dies sei von größter politischer Bedeutung!

StS Dr. von Würzen kündigt an, sein Haus werde noch in dieser Woche ein entsprechendes Modell schriftlich vorschlagen. Er erneuert seine Präferenz für eine gemeinsame Bank, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau mitgegründet werden könne. Im Fall anderer Partner auf deutscher Seite stelle sich die Wettbewerbsfrage.

StS Dr. Tietmeyer weist darauf hin, daß vor Befassung des Prüfungsgremiums die Projekte bereits durch eine neutrale Stelle – z. B. Treuarbeit – begutachtet werden sollten.

BM Genscher pflichtet ausdrücklich bei.

Der Bundeskanzler beauftragt BMF und BMWi, bis spätestens zu seiner Polen-Reise ein unseren Vorstellungen entsprechendes Modell für ein Projektprüfungsgremium zu entwickeln und schriftlich zu fixieren.

BM Dr. Waigel bekräftigt, auch hierbei müsse darauf geachtet werden, daß das Polen-Engagement nicht nur vom Staat abgesichert werde, sondern auch unsererseits die Privaten hinzukommen.

Der Bundeskanzler pflichtet ausdrücklich bei: Dies sei ein wirtschaftspädagogisch wichtiges Ziel.

Hinsichtlich der zu nennenden Summe geht der Bundeskanzler von 3 Mrd. DM zu den eben genannten Bedingungen aus.

BM Dr. Waigel wendet ein, dies sei eine Summe, die man früher als nicht erreichbar bezeichnet habe.

BM *Dr. Haussmann* weist darauf hin, daß man diese Zahl in den ersten zwei Jahren nicht erreichen werde und daß man im übrigen der polnischen Seite klar sagen müsse, daß – wenn sie keine geeigneten Projekte vorlege – der Rest nicht für andere Dinge verwandt werden könne.

BM *Dr. Waigel* bekräftigt dies. Es könne neben der genannten Zahl keinen ungebundenen Kredit geben.

Der *Bundeskanzler* bittet, auch diesen Punkt in das von den Ressorts zu entwickelnde Papier aufzunehmen.

BM *Kiechle* berichtet aus Gespräch mit MP Mazowiecki, daß er mit aller Klarheit verdeutlicht habe, es werde keine ungebundenen, sondern nur projektbezogene Kredite geben. MP Mazowiecki habe nicht widersprochen.

Zugleich liege jedoch eine beachtliche Zahl landwirtschaftlicher Projekte praktisch fertig auf dem Tisch. Zwar könne er – BM *Kiechle* – nicht sagen, ob sie auch mit 15 % Selbstbehalt zu verwirklichen seien. Ihn ermutige aber, daß einige Projekte bereits ohne Hermes-Garantie angelaufen seien. Im übrigen dürfe man über alle genannten Prinzipien nicht vergessen, daß dringende Hilfe an die polnische Privatlandwirtschaft notwendig sei. Dazu gehöre auch ein Beratungsnetz, das selbstverständlich nicht über Kredite finanziert werden könne. Auch müsse man Vertriebswege außerhalb des staatlichen erschließen.

BM *Genscher* unterstützt dies nachhaltig.

BM *Dr. Waigel* weist darauf hin, im Agrarhaushalt müßten sich einige Millionen DM für die genannten Zwecke finden lassen. Im übrigen stimmt er allen getroffenen Abmachungen unter der Bedingung zu, daß ein Vertrag über Schutz und Förderung der Investitionen zustande kommt. Die BM *Dr. Haussmann*, *Kiechle* und *Genscher* bekräftigen dies, der *Bundeskanzler* stellt Einvernehmen fest.

5) Jumbo-Kredit

BM *Dr. Waigel* trägt vor, nach jetzigem Stand gebe es Rückstände in Höhe von 537 Mio. DM, die zu erlassen wären, und künftige Fälligkeiten in Höhe von 779 Mio. DM, die in Złoty umzuwandeln und einem Fonds für gemeinsame Projekte zuzuführen seien.

Der *Bundeskanzler* ist einverstanden, weist jedoch hin auf andere Zahlen zum 15. November: rückständige Forderungen: 760 Mio. DM, künftige Fälligkeiten: 569 Mio. DM.

BM *Dr. Waigel* bestätigt diese Zahlen.

Der *Bundeskanzler* stellt Einvernehmen fest.

BM *Kiechle* fragt nach einer Gleitklausel.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß ein besonderes Abkommen ausgehandelt werden muß – diese Frage solle dabei geklärt werden.

6) Beratung und Koordinierung

Der *Bundeskanzler* betont, dies sei für ihn die wichtigste Sache überhaupt. Im Idealfall könne man eine Gruppe von drei bis vier Persönlichkeiten für ein entsprechend hohes Niveau der Beratung zusammenbringen. Er denke u. a. an das ausscheidende Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, Dr. Gleske, der Polnisch spreche, als erstklassigen Fachmann für Fragen der Wäh-

rung/Währungsreform/Konvertibilität. Einen weiteren Fachmann brauche man in der Industrie, der Landwirtschaft sowie im Bankenbereich.

Die Bundesminister *Genscher*, *Kiechle* und *Dr. Waigel* und die Staatssekretäre *Dr. von Würzen* und *Dr. Tietmeyer* schlagen eine Reihe von Persönlichkeiten vor.

Der *Bundeskanzler* bittet um weitere Überlegungen, hält aber als Tendenz fest, daß es nicht durch andere Funktionen überlastete und auch nicht zu alte Persönlichkeiten sein dürften.

StS *Dr. von Würzen* übernimmt es, vertraulich die Präsidenten der Wirtschafts-Spitzenverbände zu konsultieren.

7) KfW/DEG

AL2 fragt nach möglicher Einbeziehung der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit eigenen Projekten sowie die Öffnung der DEG für Anlagen in Polen und anderen Staatshandelsländern.

BM *Dr. Waigel* ist einverstanden, daß sich die KfW an normalen Projekten beteiligt, lehnt aber jede Subventionierung und zusätzliche Verbürgung von KfW-Darlehen ab.

BM *Dr. Warnke* bezeichnet für ein DEG-Engagement eine Satzungsänderung für erforderlich. Hinsichtlich der KfW hält er den Einsatz eines Zinsverbilligungstitels für möglich, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, eine ausländische Volkswirtschaft durch Technologietransfer zu fördern. Im übrigen müsse aber das Risiko voll zum Tragen kommen.

BM *Kiechle* wendet ein, man solle Polen nicht mit Organisationen konfrontieren, die Entwicklungshilfecharakter haben. Bei allem rationalen Denken unsererseits sehe er hier in Polen erhebliche Widerstände gegen alles, was nach Staat und Entwicklungshilfe aussehe, voraus. Vonseiten der Solidarität werde dafür plädiert, die Dinge möglichst über die private Schiene laufen zu lassen.

BM *Genscher* pflichtet bei: Gerade in Polen dürfe man die psychologische Seite nicht vernachlässigen. Zusätzlich gebe es aber auch das außenpolitische Problem, das bereits jetzt in der Dritten Welt zunehmend gefragt werde – und seine Gespräche in New York hätten es gezeigt –, ob der Westen sein Interesse nunmehr vom Süden nach Osten umlenke. Wenn sich dies erhärte, rolle eine beachtliche neue Forderungswelle des Südens auf uns zu – deshalb solle man den Weg der Entwicklungshilfe eher nicht gehen.

BM *Dr. Haussmann* sieht im Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission durchaus Möglichkeiten, die DEG zu beteiligen.

Der *Bundeskanzler* hält diesen Vorschlag für vernünftig und unterstreicht im übrigen die psychologischen Bedenken.

BM *Dr. Warnke* erinnert erneut an die notwendige Satzungsänderung, wonach die DEG nicht nur in Entwicklungsländern tätig sein könne, und zwar auch mit Risikobeteiligung.

Der *Bundeskanzler* und BM *Dr. Haussmann* halten dies für schwierig, zumal es im Haushaltsausschuß zu öffentlichen Diskussionen kommen könne. BM *Dr. Warnke* sieht hier kein Problem.

StS *Dr. Tietmeyer* fragt, ob die DEG sich dann mit Treuhandmitteln, ohne Eigenbeteiligung, engagieren könne – er selbst sei dagegen, weil sonst die falsche Art von Investitionen nach Polen gehe.

BM Dr. Warnke lehnt Finanzierungsfälle, die in Richtung Entwicklungshilfe gehen, ab. Es müsse sich um Risikoengagement handeln, etwa unter dem Gesichtspunkt des Technologietransfers.

Der Bundeskanzler stellt Einvernehmen fest, daß möglichst bald die Vorschläge von BM Dr. Haussmann und BM Dr. Warnke zusammengebracht und verwirklicht werden.

BM Dr. Waigel hält erneut fest, auch für KfW-Projekte könne es nicht um zusätzliche Verbürgung gehen.

StS Dr. Tietmeyer weist darauf hin, daß die KfW für deutsche mittelständische Unternehmen Kredite zu 0,5% unter Marktzinsen geben könne – derartige Projekte könnten auch in Richtung Polen laufen. Jedoch dürfe es keine Sonderregelung hinsichtlich der Absicherung sowie hinsichtlich der 5%-Kreditregel geben.

StS Dr. von Würzen stellt gleiches auch hinsichtlich der DEG fest.

StS Dr. Tietmeyer weist darauf hin, daß die DEG nur Treuhandmittel aus dem Haushalt des BMZ erhalte.

BM Genscher fragt, ob Einsatz derartiger Mittel für Polen Abzug von dem für die Entwicklungshilfe verfügbaren Volumen bedeute.

BM Dr. Warnke sieht die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel für ein Polen-Engagement voraus. Diese könne die DEG u. a. auch aus eigenen Mitteln nehmen.

BM Dr. Haussmann und BM Genscher weisen darauf hin, daß man eine derartige DEG-Aktivität nicht auf Polen begrenzen könne – auch Ungarn sei sehr interessiert.

BM Dr. Waigel wirft ein, man könne den Erlös aus dem DIAG-Verkauf¹¹ für derartige Zwecke zur Verfügung stellen.

BM Dr. Haussmann wendet ein, noch sei das Unternehmen nicht verkauft, außerdem stehe die Zweckbindung Umwelt bereits fest.

Der Bundeskanzler hält fest, man könne eine evtl. Erweiterung der DEG-Aktivitäten nicht auf Polen begrenzen. Er beauftragt BMZ, BMF, BMWi und AA, eine geeignete Lösung der DEG-Frage zu Papier zu bringen.

Der Bundeskanzler fragt sodann, ob es eine Beteiligung der Deutschen Ausgleichsbank geben könne.

StS Dr. Tietmeyer weist darauf hin, daß, wenn man – wie beschlossen – die KfW auf Normalgeschäfte begrenze, sich die DAB-Frage nicht mehr stelle.

8) Aus- und Weiterbildung

BM Dr. Warnke plädiert dafür, das BMZ, das über umfassende Erfahrung mit der Aus- und Weiterbildung von Multiplikatoren verfüge (insgesamt eine halbe

¹¹ In der Presse wurde dazu berichtet: „Finanzminister Theo Waigel stößt auf zunehmende Schwierigkeiten bei der geplanten Privatisierung der Bundesunternehmen DIAG und Salzgitter AG. Der Maschinenbaukonzern DIAG, der an MAN verkauft werden soll, steht nicht gut da. Anfang November, bei einer Besprechung mit dem potentiellen Käufer im Bonner Finanzministerium, wurde deutlich, daß die DIAG in den vergangenen Monaten drastische Umsatzrückgänge hinnehmen mußte. Eine Ursache des Debakels: Viele Kunden sind durch die langen Verkaufsverhandlungen verunsichert, sie wissen nicht, ob MAN alle Produktionszweige fortführt, und kaufen deshalb vorsichtshalber anderswo. MAN ist nun nicht mehr bereit, das Unternehmen zu dem ursprünglich errechneten Preis zu erwerben.“ Vgl. den Artikel „Privatisierung der Bundesunternehmen wird schwierig“, DER SPIEGEL, Nr. 47 vom 20. November 1989, S. 146.

Mrd. DM pro Jahr – gleiche Größenordnung über Stiftungen und Kirchen), auch mit Polen-Aktivitäten zu betrauen. Er habe nun zu seiner Überraschung entdeckt, daß ein neuer Untertitel beim AA geschaffen worden sei.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß Aus- und Fortbildung im Wirtschafts- und Universitätsbereich traditionelle Tätigkeit des Auswärtigen Amtes seien. Im Haushaltsjahr 1990 brauche man 7,6 Mio. DM, um ein Minimum an Aufgaben wahrnehmen zu können.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß auch für die Tätigkeit der politischen Stiftungen ein gewisser Ansatz vorgesehen sei: Errichtung von Außenstellen in osteuropäischen Hauptstädten. Dies sei stets über den Haushalt des Auswärtigen Amtes geregelt worden. Im übrigen seien die diskutierten Beträge – insbesondere, wenn er an den Hochschulbereich denke – eher zu gering – man solle wegen geringer Beträge keine Grundsatzdebatte führen, sondern einfach entsprechend verfahren.

StS *Dr. Tietmeyer* weist darauf hin, daß im Haushaltsausschuß nunmehr folgendes Volumen vorgesehen sei (bei Kürzungen an anderer Stelle):

- 6 Mio. DM für die politischen Stiftungen,
- 7 Mio. DM für Aus- und Fortbildung.

Nur hinsichtlich der letztgenannten Summe gehe es um die Frage, in welchem Einzelplan sie auszubringen sei.

BM *Genscher* bittet, jetzt keine Grundsatzstreitigkeiten zu führen. StS *Dr. von Würzen* weist auf das bewährte Vorbild des Aus- und Fortbildungsprogramms mit der SU hin: Das AA trage die Verantwortung, leite aber die Mittel über Fachinstitutionen weiter.

BM *Dr. Warnke* meldet erneut Vorbehalt zugunsten seines Hauses an.

Der *Bundeskanzler* hält fest, daß verfahren wird, wie jetzt geplant. Er fragt, ob angesichts der beabsichtigten Aktivitäten auch im Hochschulbereich die Bezeichnung des Titels nicht irreführend ist.

BM *Kiechle* plädiert für Einbeziehung des Bauern- und des Raiffeisenverbandes in Ausbildung und Beratung. Notwendig sei der Aufbau von Selbsthilfeorganisationen in Polen.

9) Gemeinsame Erklärung

StS *Dr. Tietmeyer* weist darauf hin, daß nach dem Ergebnis der heutigen Besprechung die Ziffer 31 angepaßt werden müsse.

Der *Bundeskanzler* beauftragt AL2, dies in Abstimmung mit den Ressorts zu tun.¹²

¹² Anlässlich des bevorstehenden Besuchs von Bundeskanzler Kohl vom 9. bis 14. November 1989 in Polen teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 31. Oktober 1989 mit: „Herr Ministerialdirektor Teltschik und der polnische Beauftragte Pszon haben am 27. d. M. die Gemeinsame Erklärung überarbeitet und [...] Änderungen vorgenommen.“ Kaestner übermittelte den neuen Entwurf. In Ziffer 31 hieß es: „Hinsichtlich des Finanzkredits von 1975 gewährt die Bundesregierung im Rahmen eines gesonderten Abkommens Erlaß der rückständigen Zahlungsverpflichtungen. Die verbleibenden Zahlungsverpflichtungen werden bei Fälligkeit in Złoty erfüllt und in einen Fonds zur Finanzierung von Projekten gemeinsamen Interesses in Polen eingebracht.“ In einer Anlage zum Entwurf wurde dazu erläutert: „Die weitergehende polnische Forderung (... in einer Art, die nicht die Inflation stärken würde ...) konnte bei kurzfristiger

10) Bush-Initiative

BM *Dr. Waigel* weist auf notwendige Klärung hin, ob durch Bush-Initiative oder andere multilaterale Maßnahmen zusätzliche Mittelanforderungen auf uns zukommen. Die heute besprochenen 3 Mrd. DM bedeuteten einen derart substantiellen Devisenzufluß nach Polen, daß alle anderen Elemente auch abgedeckt sein sollten.

StS *Dr. von Würzen* weist auf Berechnungen des IWF hin, wonach eine kurzfristige Deckungslücke in der Leistungsbilanz Polens entstehe. Wir könnten uns einem Beitrag an deren Schließung nicht entziehen. Parallellfall: Jugoslawien.

BM *Dr. Waigel* betont, die IWF-Berechnung sehe die Hauptprobleme nicht bei der Handelsbilanz, sondern beim Schuldendienst Polens.

Der *Bundeskanzler* fragt nach Engagement anderer westlicher Staaten.

StS *Dr. Tietmeyer* berichtet, bei einem angenommenen Volumen von 1 Mrd. US-Dollar für zwei Jahre liege bisher nur die Zusage Präsident Bushs in Höhe von 200 Mio. US-Dollar vor, die aber vom Kongreß noch nicht gebilligt sei.

Der *Bundeskanzler* wendet ein, Präsident Bush habe ihm kürzlich gesagt, die 200 Mio. US-Dollar seien eine Mindestsumme, im Kongreß gebe es Mehrheiten für höhere Zahlen.¹³

StS *Dr. Tietmeyer* berichtet weiter, andere westliche Industrieländer hätten sich nur in dem Sinn geäußert, daß sie ihre Exportkreditversicherungszusagen in diese Summe einbeziehen wollten.

BM *Genscher* bittet bereits jetzt um Klärung, ob wir uns dem Grunde nach an einer derartigen Aktion beteiligen wollen.

BM *Dr. Waigel* führt aus, für diesen Zweck komme nur ein ungebundener Finanzkredit oder Finanzierung aus dem Bundeshaushalt in Frage. Er habe erhebliche Zweifel, ob der Haushaltsausschuß dies mittragen werde – ganz abgesehen von Reaktionen der Öffentlichkeit.

StS *Dr. von Würzen* regt an, den Polen bei Nennung der Zahl von 3 Mrd. DM zu sagen, daß 2,5 Mrd. DM für Hermes-Bürgschaften bestimmt sind und 0,5 Mrd. DM für evtl. multilaterale Finanzhilfen reserviert bleiben.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die amerikanische Öffentlichkeit nicht interessiert ist, was wir bilateral für Polen tun, sondern in welchem Maße wir zur Bush-Initiative beitragen.

Die Frage von BM *Genscher*, ob die polnische Seite eine derartige Lösung akzeptieren werde, wird von AL2 bejaht. 2,5 Mrd. DM als Hermes-Plafond und 500 Mio. DM als Währungshilfe.

Der *Bundeskanzler* hält diese Lösung für gut, insbesondere weil es Präsident Bush helfe und andere dazu bringe, auch etwas zu tun.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1408

Ressortabstimmung nicht durchgesetzt werden. Die Botschaft Warschau sollte hierzu der polnischen Seite verdeutlichen, daß die neue Formulierung unser äußerstes Entgegenkommen ist. Alle weiteren Rückzahlungsmodalitäten müssen der Regelung im „gesonderten Abkommen“ vorbehalten bleiben.“ Vgl. das Schreiben; Referat 010, Bd. 178923.

¹³ Vgl. dazu das Telefongespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Präsidenten Bush am 23. Oktober 1989; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 64. Vgl. dazu ferner das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

11) Medienbehandlung

Der Bundeskanzler weist nachdrücklich darauf hin, über die heutige Sitzung keine Mitteilung an die Presse zu geben.

Referat 010, Bd. 178923

331

Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2038

Aufgabe: 24. Oktober 1989, 16.00 Uhr¹

Ankunft: 24. Oktober 1989, 17.57 Uhr

Betr.: Innenpolitische Lage Ungarns

Zur Unterrichtung

I. Das ungarische Reformwerk gewinnt zunehmend festen Boden. Indizien hierfür sind:

1) Politisches Reformwerk im Parlament

Die Verfassungsänderungen für die „Republik Ungarn“ als demokratischen Verfassungsstaat nach westlichem Modell wurden fast einstimmig verabschiedet (mit geringen Abweichungen handelte es sich um die in den bilateralen Verhandlungen USAP–Opposition–gesellschaftliche Organisationen Mitte September ausgehandelten Texte²). Das alte „Einparteien-Parlament“ wandelte sich, in gleicher Besetzung, zu einer konstituierenden Versammlung für eine neue Grundordnung des Staates.

Im Parlament gibt es bisher keine Fraktionsbildung alter Kommunisten zum Widerstand gegen die politischen Reformen. Nach Auflösung der USAP³ hat sich von ihren 250 Abgeordneten nur ein Teil, etwa 100, zur neuen USP geschlagen. Die übrigen ehemaligen USAP-Abgeordneten sind noch oder bleiben bis zum Ablauf der Legislaturperiode Anfang 1990 parteilos. Die Fraktion der USP ist daher gegenüber den parteilosen Abgeordneten in der Minderheit. Zur Zeit erscheint die Nationalversammlung als wohl unzeitgemäßes Beispiel eines erheblich parteiunabhängigen Parlamentarismus.

2) Die Regierung

MP Németh stellt seine Mannschaft als Expertenkabinetts zurecht. Am 19.10. wurde dort intern beschlossen, daß es den Ministern überlassen bleibt, ob sie der

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Annen am 25. Oktober 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Derix am 28. Oktober 1989 vorgelegen.

² Zu den Vereinbarungen vom 18. September 1989 zwischen der USAP, den Oppositionsbewegungen und der Dritten Seite vgl. WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 48.

Für den Wortlaut der ungarischen Verfassung vom 20. August 1949 in der Fassung vom 23. Oktober 1989 vgl. WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 53.

³ Die USAP beschloß auf ihrem XIV. Parteitag am 6./7. Oktober 1989 in Budapest ihre Selbstauflösung und die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei. Vgl. dazu WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 49.

neuen USP beitreten, sich anderen Parteien anschließen oder parteilos bleiben wollen. Németh verstärkt seinen Kurs, die politische Reform des Landes mit seiner Regierung durchzusetzen und es der USP zu überlassen, ob sie ihm folgen kann. Nachdem er und die übrigen Radikalreformer (Pozsgay, Horn) auf dem Parteitag (6.–10.10.) ihren Kurs nur unter Kompromissen und Abstrichen gebilligt sahen und ihnen Schlüsselstellungen in der Partei vorenthalten blieben, setzt Németh für seine politische Zukunft zunehmend auf die Regierungsarbeit, die mit konkreten, für die Wähler spürbaren Erfolgen für Stabilität sorgen und im übrigen Wirrwarr der Parteien den Politiker Németh am Ruder halten wird (in einem Interview hat sich Németh vor einigen Tagen als Premier für die aus den Wahlen im März 1990⁴ hervorgehende Regierung angeboten). Mit seinem jüngst in der Verfassungsdebatte des Parlaments gezeigten selbstbewußten, energischen und ideenreichen Stil gewinnt er zunehmend Vertrauen im Land. In den letzten Tagen hat hierzu der Erfolg seiner Initiative beigetragen, die Arbeitermiliz ersatzlos und sofort aufzulösen, eine (so Németh zu uns) „delikate Operation“.⁵

3) Das Parteienspektrum gewinnt Konturen

- Die USP trägt noch immer erheblich an dem Verdacht gegen die „Kommunisten im Schafspelz“. Doch haben der Verlauf des Parteitages, die Regierungsarbeit des Reformers Németh, die Verfassungsgesetze des Parlaments und, nicht zuletzt, die offene Bestrebung zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei der Wende der USP zu einer reformsozialistischen Partei Glaubwürdigkeit gewonnen.
- Die Opposition gliedert sich zunehmend deutlich in eine der USP zugewandte und in eine radikale Gruppe:
 - Die größte Oppositionspartei, das Demokratische Forum, erhielt zum Parteitag (20.–22.10.) eine Grußbotschaft von MP Németh, in der dem MDF⁶ „nationale Verantwortlichkeit“ und „konstruktive Opposition“ bescheinigt werden. Gegen dieses durchaus nicht ungefährliche Kompliment „von falscher Seite“ hat sich das MDF bisher nicht gewehrt, vielmehr seine kompromißbereite Haltung in den Verhandlungen mit der (früheren) USAP herausgestellt und auf dem Parteitag die Radikalopposition der Freien Demokraten als „überhitzt“ und destabilisierend angegriffen. Das MDF sieht sich als künftig vielleicht stärkste, zur Regierungsfähigkeit des Landes auf jeden Fall mitentscheidende Kraft und als möglicher Koalitionspartner der USP. Hierfür spricht sein Programm und auch seine bisherige Geschichte: 1987 noch in der Illegalität gegründet, wurde das MDF von Beginn an vom damaligen Präsidenten der Patriotischen Volksfront und späteren Staatsminister Pozsgay gefördert. Der Reformer der USAP half damit schon frühzeitig, einen Faktor für das geplante Mehrparteiensystem und einen späteren Koalitionspartner zu schaffen.
 - Die Christdemokratische Volkspartei und die Volkspartei haben sich personell konsolidiert. Die Partei der kleinen Landwirte und weitere Gründungen

⁴ In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

⁵ Vgl. dazu das Gesetz Nr. XXX, das vom ungarischen Parlament am 17. Oktober 1989 verabschiedet wurde; WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 52.

⁶ Magyar Demokrata Fórum.

stehen noch im Führungsstreit zwischen den „alten Herren“ und der nachrückenden Generationen. Alle diese Parteien, die übrigens zu einer Koalition mit dem MDF neigen, zeigen organisatorische Schwächen und leiden unter Geldmangel.

- Die Sozialdemokratie Ungarns zerfleischt sich immer noch in internen Flügelkämpfen und kann für ihr Renommee bisher nur auf die Treue ihrer Anhänger im Lande und der Sozialistischen Internationale (eindrucksvoll demonstriert durch SPD-Vorsitzenden Vogel bei seinem Besuch in Budapest, 12.–14.10.⁷) verweisen.
- Die radikale Opposition wird zur Zeit durch die „Allianz der Freien Demokraten“ und die Jugendorganisation Fidesz⁸ gestellt. Ihre Radikalität hat Konturen: Sie propagieren das Mißtrauen gegen den Reformsozialismus der früheren Kommunisten, was in der Bevölkerung noch wählerwirksam ist. Sie verweigern eine spätere (nach den Wahlen) Regierungszusammenarbeit mit der USP mit dem Argument, nicht in die „Kompanie der Bankrotteure“ eintreten zu wollen. Sie fordern die vollständige Befreiung vom Sozialismus, die radikale Reform Ungarns zu einem Staat nach westeuropäischem Modell. Fidesz proklamierte auf ihrem jüngsten (ersten) Kongreß (13.–15.10.89) die politische und militärische Unabhängigkeit Ungarns, eine Verringerung der militärischen Bedeutung des Warschauer Paktes, Verkürzung des Wehrdienstes von 18 auf sechs Monate. Die „Allianz der Freien Demokraten“ hat frühere nationalistische Töne, besonders gegen Rumänien, zuletzt gedämpft. Die Tendenz dazu ist aber geblieben.

II.1) Die Parteiengliederung nach heutigem Stand bietet die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Mehrparteiensystems mit regierungsfähigen Gruppierungen. Noch gibt es freilich keine zuverlässige Schätzung der wirklichen Kräfteverteilung. Die Wahlvorhersagen sind äußerst unsicher und nur mit Vorbehalt der rasanten Entwicklung insgesamt abzugeben. Vorhersagen für die USP schwanken zur Zeit zwischen 15 und 25 v.H., das Demokratische Forum sieht sich bei etwa 30 v.H., die Allianz der Freien Demokraten erwartet um die 15 v.H., die Christdemokraten ebenso, Fidesz erhofft sich 5–8 v.H., die Sozialdemokraten sehen sich „stark“.

2) Die Bevölkerung verhält sich weiterhin zurückhaltend. Darin liegt Stabilisierendes und Verunsicherndes zugleich. Noch können die Regierung, die bisher herrschende Partei, die Intellektuellen in der Hauptstadt frei nach ihren Vorstellungen und Erwartungen planen und schalten. Die Menschen sind gegenüber allem⁹ Politischen vorsichtig, aus Erfahrung gewarnt, sich vorzeitig zu engagieren, und im übrigen voll damit beschäftigt, ihren Lebensunterhalt zu sichern. In den ersten freien (Nach-)Wahlen im August 89 kam im ersten Wahlgang in drei Wahlbezirken die erforderliche Wahlbeteiligung von 50 v.H. nicht zustande. Andererseits aber zeigten die etwa 200 000 Unterschriften vom Oktober 89 für ein Referendum über verschiedene Fragen einschließlich der Präsidentenwahl, daß die Bevölkerung politisch durchaus ansprechbar ist. Die zum Jahresende

⁷ Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Vogel in Ungarn vgl. WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 51.

⁸ Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund Junger Demokraten).

⁹ Korrigiert aus: „allezu“.

geplanten, im Augenblick aber wegen des drohenden Referendums unsicheren Präsidentschaftswahlen¹⁰ würden die nächste Möglichkeit bieten, zu erkennen, ob die Bevölkerung zur Demokratie bereit ist. Die Parteien einschließlich der USP haben diese Bereitschaft bereits bewiesen.

[gez.] Arnot

Referat 214, Bd. 139936

332

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

26. Oktober 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Ergebnis der Planungsstabsgespräche mit den USA

I. Einleitung, zugleich Kurzfassung

Die US-Delegation wurde angeführt durch den stellvertretenden Leiter des US-Planungsstabs, Mr. Fukuyama, Autor der umstrittenen These vom endgültigen Sieg der Demokratie – „End of History“.⁴

Das Interesse der US-Gesprächspartner konzentrierte sich auf die Frage nach der zukünftigen Rolle der USA in Europa und die künftige europäische Architektur.

Der freimütige Gedankenaustausch zeigte, daß die dramatischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa in Washington nicht ohne Sorge betrachtet werden.

¹⁰ Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, berichtete am 2. November 1989: „1) Ung[arisches] Parlament beschloß am 31.10., Referendum über Wahl des Präsidenten der Republik am 26.11. abhalten zu lassen. Bevölkerung wird entscheiden, ob dieser vom Volk oder erst von der neuen Nationalversammlung gewählt werden soll. 2) Parlamentsentscheidung ist ein Erfolg der radikalen Opposition (Allianz der Freien Demokraten, Jugendorganisation Fidesz), die seit Frühjahr gegen Präsidentschaftswahl vor der ersten freien Parlamentswahl (voraussichtlich Frühjahr 1990) mit dem Argument streitet, mit der (bis vor kurzem) wahrscheinlichen Wahl des populären Reformers Pozsgay würden die Chancen der Opposition zur Parlamentswahl gemindert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2074; Referat 214, Bd. 139936.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil und Vortragendem Legationsrat Möckelmann konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Oktober 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 1. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr instruktive Vorlage. Sie weist auf US-Seite noch erheblichen Nachholbedarf an Analyse und Perspektive auf. Herrn StS [Sudhoff] zur Kenntnis.“

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 2. November 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, „Herrn StS S z[ur] Kenntnis“, an den Planungsstab verfügte und handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Bemerkung BM.“ Vgl. Anm. 14.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. November 1989 vorgelegen.

⁴ Vgl. Francis FUKUYAMA, The End of History?, in: The National Interest, Nr. 16, Sommer 1989, S. 3–18.

Hierbei geht es nicht in erster Linie um die Sorge vor eventuellen explosiven Entwicklungen im Osten und damit um die Gefährdung des neu begonnenen fruchtbaren Großmächtedialogs, sondern um die Befürchtung, daß die Überwindung des Status quo in Europa die Rolle der USA mindern könne. Die von uns befürwortete Öffnung der EG nach Mittel-/Osteuropa stellt dabei wohl einen kritischen Punkt dar.

Von unserer Seite wurde betont, daß die EG eine Verantwortung über Westeuropa hinaus trage.

Die EG müsse den sozialistischen Reformstaaten eine langfristige Perspektive bieten. Ohne Offenheit westlicher Institutionen werde unser Plädoyer für die freie Wahl der inneren Entwicklung unglaubwürdig.

Die Konsultationen zeigten, daß es eines ständigen Dialogs auf den verschiedensten Ebenen bedarf, um die Administration von der Notwendigkeit der Öffnungspolitik der EG im Interesse Europas zu überzeugen.⁵

II. Im einzelnen

1) Rolle der USA in einem künftigen Europa (Rolle der NATO)

Wir betonten eingangs das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Bewahrung der Stabilität gerade in einer Epoche schnellen Wandels. Hierfür sei das fortdauernde Engagement der USA in Europa auch über den militärischen Bereich hinaus unabdingbar.

Aus diesem Grunde sei für uns die Betonung dieses Platzes der USA in Europa in der deutsch-sowjetischen Erklärung⁶ so wichtig gewesen.

US-Seite stellte die Frage, ob angesichts der zu erwartenden Fortschritte in der Abrüstung, beim Binnenmarkt 1992 und angesichts der mittel- und osteuropäischen Reformprozesse sich nicht auch die Rolle der USA in Europa verändern müsse.

Wenn die EG erfolgreich eine Magnetfunktion für Gesamteuropa ausübe und nach und nach gesamteuropäische Strukturen schaffe, stelle sich für die Amerikaner die Frage, ob es für die USA in Europa noch einen Platz gebe.

Die EG sei eine Wertegemeinschaft. Könne dies dann noch gelten, wenn osteuropäische Staaten aufgenommen würden?

In dieser Perspektive seien auch Wirtschafts- und Handelsfragen wichtig. Hieraus könnten sich zunehmend Friktionen unter den Alliierten ergeben.

Wir betonten demgegenüber, daß bei uns gerade aufgrund des raschen Wandels in Mittel-/Osteuropa das Bewußtsein um die Notwendigkeit des amerikanischen Engagements in Europa zunehme. Ganz deutlich sei dieser Trendwandel beispielsweise in der SPD.

Auch auf seiten der SU sei nicht zuletzt im Hinblick auf die deutsche Frage das Bewußtsein um die stabilisierende Rolle der USA auf dem europäischen Kontinent gewachsen.

⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „wobei zu definieren wäre, was unter ‚Öffnungspolitik der EG‘ zu verstehen ist.“

⁶ Vgl. dazu Ziffer II der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989; BULLETIN 1989, S. 542.

Wie in der Brüsseler NATO-Gipfelerklärung⁷ bekräftigt, gehe es in Europa um die Überwindung der Trennung des Kontinents. Die EG habe hier eine wichtige Funktion. Dies stehe nicht im Gegensatz zu den Interessen der USA an einer Mitgestaltung der Entwicklung in Europa.

Die Wertegemeinschaft EG bleibe. Neue Mitglieder müßten als Eintrittsvoraussetzung diese Werte voll übernehmen.

Was für die USA gelte, gelte auch für das Bündnis. Es sei der wichtigste Stabilisator des Wandels. Seine Funktion werde allerdings zunehmend politischer. Dies komme in der Brüsseler Gipfelerklärung bereits zum Ausdruck.

Das in dieser Erklärung niedergelegte Konzept der Überwindung der Teilung des Kontinents erfordere eine aktive Mitwirkung der USA. Diese wünschten wir uns besonders auch im Hinblick auf den KSZE-Prozeß, der längst noch nicht ausgeschöpft sei.

2) Deutsche Frage

Wir erläuterten die Lage in der DDR und betonten, daß wir entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes⁸ schrittweise eine Annäherung der beiden deutschen Staaten im größeren europäischen Rahmen erwarteten.

Die Politik Gorbatschows, die den Völkern Wahlfreiheit zusichere, werde letztlich auch den Menschen der DDR das Selbstbestimmungsrecht nicht versagen können.

Fukuyama wies auf die positive Einstellung der amerikanischen Administration zur Frage der deutschen Einheit hin. Dies komme in den Erklärungen von Präsident Bush und Außenminister Baker deutlich zum Ausdruck.

Gleichzeitig gab Fukuyama zu verstehen, daß die USA diese Entwicklung jedoch gerne stabil und unter Kontrolle halten wollten.

3) Unterstützung der Reformbemühungen Polens und Ungarns

Fukuyama wies darauf hin, daß ein Großteil der polnischen Probleme hausgemacht sei. Westliche Hilfe könne erst dann sinnvoll einsetzen, wenn polnische Regierung hierfür die Voraussetzungen geschaffen habe.

Hilfe zur Selbsthilfe sei auch das Prinzip der USA bei Auswahl und Dosierung der Unterstützungsmaßnahmen.

Die Kritik an dem von Präsident Bush im Sommer unterbreiteten Angebot für Polen⁹ sei nicht berechtigt gewesen, da seinerzeit weder eine glaubwürdige polnische Regierung im Amt gewesen sei, noch ein Reformprogramm vorgelegen habe.

Die jüngsten US-Angebote (insgesamt mehr als ca. 425 Mio. Dollar) unterstrichen das breite Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit an der Stützung des

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁸ Vgl. dazu die Präambel zum Grundgesetz vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

⁹ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 10. Juli 1989 vor dem polnischen Parlament in Warschau; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 920–924. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST, Sonderdienst, Dokumentation, S. 1–7.

Vgl. dazu auch das „White House Fact Sheet on Proposed Assistance for Poland and Hungary“ vom 10. Juli 1989; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 924–927. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST, Sonderdienst, Hintergrundmaterial, S. 1–6.

Reformprozesses in Polen. Er habe einige Zweifel, ob die traditionelle Auflagenpolitik (austerity) des IWF im Falle von Polen zum Erfolg führen könne. Die Frage stelle sich, ob z.B. eine mit den Problemen der Reformländer vertraute Gruppe von „Weisen“ oder eine andere Institution (z.B. OECD) mit herangezogen werden könne.

Was die SU anlange, so habe AM Schewardnadse in Wyoming¹⁰ erklärt, daß die Perestroika Sache der SU sei und Moskau keine direkte Hilfe erwarte. Die US-Regierung sehe daher im Hinblick auf die SU lediglich eine Beratung, aber keine materielle Unterstützung vor.

Der wirtschaftspolitische Dialog mit der SU habe bereits begonnen (z.B. Greenspan-Besuch in Moskau¹¹ u. a.).

An eine Lockerung der COCOM-Bestimmungen sei gegenwärtig aus innenpolitischen Gründen nicht zu denken.

Wir wiesen darauf hin, daß wir gegenüber Polen eine besondere Verantwortung tragen. Die Bundesregierung wünsche sich jedoch, daß auch ihre Partner ihre Hilfen für Polen und Ungarn verstärkten. Das notwendige Maß an Hilfe könne nur durch eine Gemeinschaftsleistung erbracht werden.

Unsere Handelspolitik¹² müsse mit den politischen Veränderungen Schritt halten. Deshalb sei auch eine Überprüfung von COCOM notwendig.¹³

4) VKSE II

Für die Phase nach Abschluß der VKSE I stand für die US-Delegation die Frage im Vordergrund, wie der Verhandlungsrahmen einer VKSE II ausgefüllt werden soll.

Die US-Delegation erklärte, daß sich die Verhandlungen in einer VKSE II weniger auf „deep cuts“ als auf eine Konsolidierung der bis dahin erreichten Stabilität konzentrieren sollten (z.B. Intensivierung der Verifikation und der VSBM, Verfeinerung der constraints etc.).

Es gelte, die bisher nicht oder weniger behandelten Fragen zu lösen (z.B. Regionalprobleme, weitere Waffenkategorien, Interventionsstreitkräfte, Streitkräftestrukturen), ferner Fragen der Konversion und Mobilmachung (Warnzeit) auszuloten.

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

¹¹ Der Vorsitzende des Gouverneursrats des amerikanischen Federal Reserve System, Greenspan, besuchte die UdSSR vom 8. bis 12. Oktober 1989. Gesandter Winkelmann, Moskau, berichtete dazu am 17. Oktober 1989: „Die Gespräche konzentrierten sich nach Aussagen eines amerikanischen Kollegen in erster Linie auf monetäre Fragen, insbesondere die auf sowj[etischer] Seite angestrebte Schaffung eines Kapitalmarktes und die Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen zur Finanzierung des Budgetdefizits.“ Die „hochrangige Wahrnehmung Greenspans“ zeige, „daß die sowj. Seite gegenwärtig ein offenes Ohr für kompetenten wirtschaftlichen Rat aus westlicher Quelle hat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4281; Referat 213, Bd. 147166.

¹² An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „d.h. die der EG“.

¹³ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „wobei das Verhältnis der vergemeinschafteten Handelspolitik zur COCOM-Politik noch nicht befriedigend geklärt ist.“

Für den Westen komme es darauf an, der eigenen Öffentlichkeit und den Parlamenten deutlich zu machen, daß

- Verteidigungsbereitschaft weiterhin notwendig sei, weil der Ost-West-Gegensatz nicht einfach aufgehoben werde,
- Verteidigungsfähigkeit auch im Nord-Süd-Verhältnis¹⁴ eine Rolle spiele und
- Verteidigung weiterhin erhebliche Anforderungen stelle.

In diesem Zusammenhang wurde von uns – auf persönlicher Basis – die Frage der technologischen Rüstungskontrolle angesprochen. Modernisierung sei unabweisbar, aber sie dürfe nicht zur Veränderung der im VKSE-Prozeß angestrebten Balance führen.

Wir erwähnten sowjetische militärische Autoren, die auf technologische Mittel setzten, um die Reduzierungen auszugleichen.

Die US-Delegation plädierte dafür, in den VKSE-Vereinbarungen für die Modernisierung des Geräts Definitionen zu finden und Regelungen für die Einführung neuen Gerätes zu treffen, die eine „Übervorteilung“ einer Seite ausschließen.

Es sei ferner notwendig, in Wien ein überzeugendes Transparenz-Regime auszuhandeln.

Es bestand Einvernehmen, daß die Chancen, durch die VKSE mehr Sicherheit zu erreichen, auch von der Weiterentwicklung der Reformen in der SU und den zukünftig vorherrschenden sicherheitspolitischen Bedingungen im WP (evtl. Rückschläge) abhängig sein würden.

5) SNF-Frage

Kurzes Gespräch über SNF ließ erkennen, daß die amerikanische Administration sich darüber klarzuwerden beginnt, daß sie den Beginn von Konsultationen über SNF-Verhandlungen nicht mehr lange verschieben kann. US-Sprecher betonten, Nuklearwaffen blieben notwendig als Mittel

- zur „extended deterrence“ und
- als Bindeglied zwischen den USA und Europa.

Umfang und Struktur der Nuklearstreitkräfte seien jedoch abhängig von Struktur und Umfang der nach VKSE I noch verbleibenden konventionellen Streitkräfte.

Citron

Referat 02, Bd. 178529

¹⁴ Die Wörter „Verteidigungsbereitschaft“ und „Nord-Süd-Verhältnis“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie ist das zu verstehen?“ Dazu notierte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.

Ministerialdirektor Citron legte am 3. November 1989 dar: „Bei Gesprächen am 17. Oktober erklärten Mitarbeiter des US-Planungsstabes, daß das westliche Bündnis seine Verteidigungsfähigkeit nicht nur wegen nicht auszuschließender Rückschläge im West-Ost-Verhältnis bewahren müsse, sondern auch wegen möglicher krisenhafter Entwicklungen in Regionen der südlichen Erdhälfte. Sie meinten damit denkbare Konflikte z. B. in Nah- und Mittelost, welche [...] direkt oder indirekt westliche Sicherheitsinteressen erheblich beeinträchtigen könnten.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

333

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Leonberger

411-455.70/03

26. Oktober 1989

Über Herrn Dg41¹, Herrn D4², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴
Betr.: Airbus-Programm;

hier: Frage einer zweiten Endmontagelinie in Hamburg

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Billigung der AA-Haltung lt.
Abschnitt II.

I. 1) PStS und Luft- und Raumfahrtkoordinator (LRI⁵) Riedl hat im Oktober 1988 in einem Schreiben an den französischen Verkehrsminister Delebarre (Hauptzuständiger für Airbus-Fragen) gefordert, es müsse zwischen D und F eine gleichberechtigte Aufteilung der wichtigsten Flugzeugkomponenten und damit auch der Endmontage beim europäischen Airbus angestrebt werden. Erster Schritt soll die Verlegung der Endmontage für die Modelle A320/A321 nach Hamburg sein. Die daraufhin eingesetzte gemeinsame Arbeitsgruppe nahm ihre Tätigkeit nie auf.

2) Beim deutsch-französischen Gipfeltreffen (19./20.4.89) beschlossen BK und Präsident Mitterrand, eine gemeinsame, vertrauliche Studie erarbeiten zu lassen.⁶ Das Ergebnis der Untersuchung eines französischen (Jacques Bénichou, früherer Chef des Triebwerksunternehmens Snecma) und eines deutschen Experten (Dr. Jürgen Krackow, ehemals Vorstandsvorsitzender von ARBED-Saarstahl) liegt seit Mitte September vor. Die Gutachter kommen zu keinem einheitlichen Votum. Thema der zweiten Endmontagelinie steht auf der Tagesordnung des nächsten deutsch-französischen Gipfels (2./3.11.1989)⁷.

3) BMWi (Schreiben PStS Riedl an BK vom 14.9.) hat Gutachten wie folgt ausgewertet:

- Deutscher Experte sieht erhebliches Potential zur Kostensenkung, wenn Fertigungsabschnitte Innenausstattung und Endmontage bei Typen A320/A321

¹ Hat Ministerialdirigent Trumpf in der Kurzfassung am 31. Oktober 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

² Hat Ministerialdirektor Jelonek in der Kurzfassung am 3. November 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager in der Kurzfassung am 4. November 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

⁴ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 6. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 411 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM hat Kurzfassung auf dem Flug London–Paris gelesen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Jelonek am 7. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Kyaw am 7. Dezember 1989 vorgelegen. Vgl. die Kurzfassung; Referat 430 (411), Bd. 163042.

⁵ Luft- und Raumfahrtindustrie.

⁶ Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand erörtern die Frage einer zweiten Endmontagelinie am 4. April 1989 in Günzburg. Vgl. dazu Dok. 83.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und Ministerpräsident Rocard am 3. November 1989; Dok. 342.

zusammengelegt werden. Schätzungen laut MBB-Berechnungen belaufen sich auf jährlich 90 Mio. US-Dollar bei einmaligen Investitionen von 230 Mio. US-Dollar.

- Französischer Experte sieht nur marginale Kosteneinsparungen, die sich bei einem Investitionsaufwand (er schätzt ca. 500 Mio. US-Dollar) nicht rechnen. Außerdem ist er der Auffassung, daß die Verlegung der Endmontage in einem Augenblick, in dem die Stückzahl der Produktion der A320 durch Kapazitätserweiterungen beträchtlich erhöht wird, zu große Risiken (Lieferverzögerungen, Qualitätsprobleme) mit sich bringt.

LRI hält jedoch Errichtung zweiter Endmontagelinie in D auch angesichts französischer Dominanz in allen europäischen Weltraumprogrammen für nach wie vor unverzichtbar.

4) Angesichts

- innenpolitischer Brisanz in F (Airbus als nationales Prestige- und Erfolgssymbol) und
- regionalpolitischer Bedeutung (Zukunft der französischen Flugzeugindustrie in Toulouse ist wegen der Schwierigkeiten von Dassault nicht gesichert)

betreibt französische Regierung Verschleppungstaktik. Sie dürfte kaum in der Lage sein, auf deutsche Forderung jetzt schon einzugehen. Französischer Experte deutet aber in seinem Gutachten bereits an, daß Einigung auf Einrichtung zweiter Endmontagelinie für die Typen A330/A340 als Kompromiß leichter zu erreichen sein dürfte.

5) Der französische Senat hat in einer Studie beträchtliche negative Effekte für die Gesamtbilanz Frankreichs bei einer Verlegung der Endmontage errechnet. Bundesbank-Papier kommt hingegen zu relativ unbedeutenden Auswirkungen.

Angesichts wachsenden Defizits im deutsch-französischen Warenaustausch zu Lasten von F spielen außenhandelspolitische Aspekte eine besondere Rolle. Einfache Berechnungsbeispiele zeigen jedoch, wie irreführend eine rein bilaterale Betrachtungsweise ist. Bisherige Verhältnisse (Endmontage Toulouse) erhöhen deutschen Überschuß in bilateraler deutsch-französischer Handelsbilanz (deutsche Zulieferung von 40 % der Komponenten an Toulouse zählt als deutscher Export, dem bei Flugzeugverkauf in ein Drittland keine französische Lieferung an uns gegenübersteht). Bei Verlegung nach Hamburg würde sich deutsches Defizit bzw. französischer Überschuß ergeben. Global gesehen verändert sich nur die Zurechnung für die Wertschöpfung in der Endmontage (ca. 5 % des Gesamtflugzeugs).

6) BM Haussmann hat im Schreiben vom 29.9.89 an Minister Delebarre vorgeschlagen, ein gemeinsames Treffen mit Teilnahme von LRI Riedl zu arrangieren, um die vorgesehene Beratung auf deutsch-französischem Gipfel Anfang November vorzubereiten. Bisher ist keine Reaktion aus Paris erfolgt.

7) Bei öffentlicher Polemik in französischer Presse sind vor allem der Vorstandsvorsitzende von Aérospatiale, Martre, sowie AI⁸-Präsident Pierson mit einseitigen und pointierten Stellungnahmen zugunsten französischen Interesses an Bei-

⁸ Airbus Industrie.

behaltung alleiniger Endmontage des Airbus-Programms in F hervorgetreten. BM Haussmann hat dies in o.g. Schreiben gerügt.

Ernst zu nehmen ist jedoch Argument, daß Verlegung in einem Zeitpunkt, wo erheblicher Produktionshochlauf bei A320 angesichts Auftragspolsters für ca. 800 Maschinen notwendig ist, wirtschaftliche Risiken mit sich bringt. MBB-Behauptung, Produktionszeit pro Maschine könne unter ihrer Regie von bisher 86 auf 46 Tage abgesenkt werden, erscheint wenig realistisch.

II. 1) Gesamtbewertung

a) Der europäische Charakter des Airbus-Programms erfordert auf mittlere Sicht eine gleichberechtigte Aufteilung, zunächst zwischen D und F, aber auch hinsichtlich der beiden anderen Partner GB und E, der wichtigsten Flugzeugkomponenten und damit auch der Endmontage. Für den weiteren Erfolg und die rasche Kapazitätsausweitung, die neue umfangreiche Investitionen erfordert, muß Weichenstellung möglichst bald erfolgen.

b) Aus deutscher Sicht kommt es darauf an, weiterhin Druck auf Airbus-Konsortium zur Kostensenkung auszuüben und damit möglichst bald in die Rentabilitätszone zu gelangen. Staatliche Finanzhilfen lassen sich angesichts des Booms auf dem Weltflugzeugmarkt nicht länger rechtfertigen. Dabei darf keine Möglichkeit „tabuisiert“ werden. Diskussion um Standorte der Produktionslinien und Endmontage für neue Modelle A320 (einschließlich gestreckter Version A321), sowie 330/340 muß sachlich und mit ökonomischen Argumenten geführt werden.

c) Diskussion dieses heiklen Themas einer zweiten Endmontagelinie sollte nicht nur Regional- und Industriepolitikern oder den Medien überlassen werden. Es besteht sonst Gefahr, daß die deutsch-französische Partnerschaft als tragendes Element des Airbus-Programms und Motor der Europäisierung der Luftfahrtindustrie Schaden nimmt.

2) Vorschlag

Für Ausweg aus dem nun entstandenen Dilemma:

- Einsetzung einer zweiten von Airbus-Partnern unabhängigen Expertenkommission oder Beauftragung einer Wirtschaftstreuhandgesellschaft, die einheitliche sachliche Stellungnahme erarbeitet. Als Vorgabe könnten Airbus-Partner einen abgestimmten Fragenkatalog und Referenzrahmen erarbeiten, damit einheitliche Sachaussagen gewährleistet sind.
- Verfahren für Vergabe dieses Gutachtens und weitere Entscheidung sollte in die Hände des AI-Aufsichtsrats gelegt werden (Entpolitisierung). Die evtl. später notwendige Einschaltung der politischen Ebene sollte im Rahmen des Airbus-Regierungsausschusses erfolgen (kein bilaterales Vorgehen, um deutsch-französische Konfrontation zu vermeiden und Zusammenhalt aller vier Airbus-Partner zu stärken).
- Kaum mehr vermeidliche Endmontage der A320/321 in Toulouse, da dort bereits beträchtliche Zusatzinvestitionen getätigt wurden, sollte mit verbindlicher französischer Zusage für Endmontage der Langstreckenmodelle A330/340 in Hamburg verknüpft werden.

Leonberger

334

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Cheney

VS-NfD

27. Oktober 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Richard W. Cheney (27. Oktober 1989, 11.00 Uhr–12.10 Uhr)²

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit einer Situationsanalyse der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa. Dort seien gewaltige Entwicklungen im Gange. Die Bundesregierung orientiere sich an Realitäten und könne diese sehr wohl von Träumereien unterscheiden, die Tatsachen sprächen aber für sich. Ungarn befände sich in einer totalen Aufbruchsstimmung. Als der Präsident vor wenigen Tagen das Ende der Volksrepublik Ungarn verkündet und die Republik Ungarn ausgerufen habe³, hätten junge Leute ein Banner entrollt mit der Inschrift: „Ungarn kehrt heute nach Europa zurück.“

Seine geplante Reise nach Polen⁴ sei eine der bedeutsamsten Reisen eines deutschen Regierungschefs während der letzten 40 Jahre. Die über 300-jährige gemeinsame Geschichte sei häufig von Problemen und Spannungen geprägt gewesen. Nun stünde man vor einem Neuanfang wie seinerzeit mit Frankreich. Die wirtschaftliche Lage sei desolat, vergleichbar mit unserer 1948. Aber während bei uns die Menschen damals vorwärts wollten, sei die polnische Bevölkerung entmutigt. In allen Bereichen müsse ganz von vorn angefangen werden, aber es fehle das Know-how und die notwendige Manpower.

Wenn die Reformen scheiterten, wären die Folgen nicht auszudenken. Der Bundeskanzler informiert Minister Cheney, daß er Ende nächster Woche Präsident Bush anrufen werde, um ihn zu bitten, den US-Anteil an der Polen-Initiative⁵ von insgesamt 1 Mrd. US-Dollar von 200 auf 250 Mio. Dollar zu erhöhen.⁶ Unter dieser Voraussetzung würde die Bundesregierung ihren Anteil ebenfalls von 200 auf 250 Mio. Dollar erhöhen, und dann müßte es für die anderen Partner möglich sein, die restlichen 500 Mio. Dollar aufzubringen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Kapitän zur See Lange, Bundeskanzleramt, am 30. Oktober 1989 gefertigt und am 14. November 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Ministers“ übermittelt.

Hat Bächmann am 17. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte „mit der Bitte, V[er]T[eil]l[er] zu verfügen“.

Hat Elbe am 17. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 20. November 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178925.

² Der amerikanische Verteidigungsminister Cheney besuchte die Bundesrepublik vom 26. bis 28. Oktober 1989. Am 28. Oktober 1989 hielt er sich in Berlin (West) auf.

³ Der Präsident der ungarischen Nationalversammlung, Szűrös, proklamierte am 23. Oktober 1989 die „Republik Ungarn“.

⁴ Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

⁵ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

⁶ Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 17. November 1989; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 93. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Was die DDR anbeträfe, so wisse derzeit niemand, wie es dort weiterginge. Wir würden jedoch unseren Kurs nicht ändern. Der gesamte Reformprozeß im Warschauer Pakt sei nur möglich geworden, weil die NATO einerseits fest und geschlossen geblieben wäre und zum anderen die Europäische Gemeinschaft eine starke Dynamik entfaltet habe. Wenn der NATO-Gipfel im Mai⁷ nicht ein so großer Erfolg gewesen wäre, wären wir auch nicht in der Lage, eine so gute Ostpolitik zu machen. Die deutsch-amerikanische Freundschaft sei von existentieller Bedeutung. In der geschilderten Gesamtlage sei es allerdings immer schwieriger, die Notwendigkeiten gesicherter Verteidigungsfähigkeit der Bevölkerung zu verdeutlichen.

Verteidigungsminister *Cheney* erwidert, daß es in den USA ähnliche Probleme mit der Bevölkerung und dem Parlament gäbe bezüglich der Verteidigungsaufwendungen. Die USA wollten jedoch ihre Verpflichtungen für Europa so gut wie möglich einhalten. Er habe gewisse Bedenken bezüglich der Durchsetzung von Reformen in Polen, da die Bürokratie immer noch von alten Kommunisten durchgesetzt sei.

Der *Bundeskanzler* bestätigt dieses Problem, hält jedoch die Offenheit, mit der seitens der Führung darüber gesprochen würde, für eine sehr positive Entwicklung. Seiner Einschätzung nach stünden die Chancen in Ungarn etwa 60:40, in Polen eher nur 40:60. Aus unserer Geschichte ergäbe sich eine besondere Verpflichtung, die Reformen zu unterstützen. Schon Konrad Adenauer habe 1949 als politisches Ziel Friede und Aussöhnung, nach Möglichkeit sogar Freundschaft mit Frankreich, Israel und Polen vorgegeben. Mit Frankreich sei dies optimal gelungen, mit Israel gäbe es viele Kontakte vor allem unter jungen Menschen. Sein Wunsch sei, daß eines Tages der deutsche Bundeskanzler mit dem polnischen Regierungschef so Aussöhnung über den Gräbern demonstrieren könne, wie er es mit Präsident Mitterrand in Verdun⁸ getan habe.

Verteidigungsminister *Cheney* erkundigt sich nach der Einschätzung des Bundeskanzlers über die Reformaussichten in der DDR.

Der *Bundeskanzler* antwortet, daß die Entwicklung in der DDR stark von der Lage in der Sowjetunion abhängen würde. Ein Ostexperte habe zu Recht gesagt, die Staaten Ungarn und Polen habe es vor dem Sozialismus gegeben, und sie werde es auch nach dem Sozialismus noch geben, die DDR jedoch nur mit dem Sozialismus. Die Menschen in der DDR hätten sich in den Grundfragen allerdings nicht anders entwickelt. Wir würden behutsam an die Entwicklung herangehen und nichts tun, um die Temperatur im Kessel zu erhöhen. An einem Ausbruch wie 1953⁹ oder 1956¹⁰ könne niemandem gelegen sein. Der Prozeß in der Sowjetunion sei selbst bei einem Sturz Gorbatschows allenfalls vorübergehend zu stoppen, aber nicht mehr umkehrbar. In der Sowjetunion gäbe es gewaltige Probleme, so würden z.B. ab 1995 50% aller Rekruten aus Familien islamischen Glaubens

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁸ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld von Verdun der Toten beider Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

⁹ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

¹⁰ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

stammen. Entscheidend sei jedoch, daß die Idee der Freiheit unaufhaltsam sei. Die Geschichte sei voll von Beispielen, daß auf Dauer Herrschaft nicht auf Bajonetten zu begründen sei.

Auf die Frage nach den Chancen für Egon Krenz führt der Bundeskanzler aus, daß Krenz nicht Honeckers Wahl gewesen sei. Krenz wollte an die Macht. Vermutlich werde er im November etwa zwei Drittel der Regierung und die Hälfte des Politbüros auswechseln. Er sei nicht als Zwischenkandidat anzusehen. Sein politisches Schicksal entscheide sich an seiner Reformfähigkeit. Als erstes werde er versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln. Dies würde vermutlich ganz gut gelingen, da auf bessere Strukturen zurückgegriffen werden könne als in Polen oder in der Sowjetunion. Allerdings werde es unter ihm keinen Parteienpluralismus geben. Insofern unterscheide er sich von den Reformern in Ungarn, die als wahre Patrioten sogar ihren Abschied von der absoluten Mehrheit zugelassen hätten.

Verteidigungsminister *Cheney* erkundigt sich nach den Grenzen der Reformen. Der *Bundeskanzler* führt aus, daß ein Austritt aus dem Warschauer Pakt derzeit wohl nicht denkbar sei. Allerdings gäbe es regionale Unterschiede. Ein Abzug der Roten Armee aus Ungarn sei aufgrund der geographischen Situation eher möglich als der aus Polen. Insgesamt gelte es, den Reformprozeß behutsam, aber nachhaltig zu unterstützen. Der Reformprozeß sei in unserem Interesse, auch aus sicherheitspolitischer Sicht. Insofern sei die Polen-Hilfe auch ein Beitrag zum Burden sharing. Insgesamt arbeite die Zeit für uns. Es komme darauf an, die deutsch-amerikanische Partnerschaft auf allen Ebenen zu festigen. Auf dieser Basis innerhalb der NATO und eingebettet in die Europäische Gemeinschaft, deren sichtbarste Ausprägung die enge deutsch-französische Partnerschaft sei, würden wir unsere Politik gestalten.

Die Anwesenheit der US-Truppen auf unseren Territorien sei von zentraler Bedeutung. Natürlich seien damit Probleme und Belastungen der Bevölkerung verbunden, wie überall, wo Soldaten üben.

Der Bundeskanzler bedankte sich für das von Minister *Cheney* bereits gezeigte Verständnis im Bereich Tiefflug und Manöverbelastung und bittet vor allem beim Tiefflug noch mehr zu tun, dies sei ein neuralgischer Punkt.

Verteidigungsminister *Cheney* führt am Beispiel seines Heimatstaates Wyoming aus, daß ihm das Problem Tiefflug-Proteste durchaus vertraut sei, und sagt zu, alles zu tun, um die Belastung bei uns noch weiter zu verringern.

Der *Bundeskanzler* beendet das Gespräch mit Grüßen an Präsident Bush und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß er eventuell noch in diesem Jahr eine kurze Reise in die USA machen könne.

Gesprächsteilnehmer

Auf deutscher Seite: Verteidigungsminister¹¹, Kapitän zur See Lange (Notetaker), Dolmetscherin Frau Kaltenbach; auf amerikanischer Seite: Staatssekretär Hadley, Europadirektor Bader, US-Botschafter Walters.

Referat 010, Bd. 178925

¹¹ Gerhard Stoltenberg.

335

Botschaftsrat Hiller, Prag, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 2525****Citissime****Aufgabe: 29. Oktober 1989, 14.45 Uhr¹****Ankunft: 29. Oktober 1989, 16.14 Uhr**

Betr.: Demonstrationen anlässlich Republik-Gründungstag (28.10.89);
hier: 1) Umfang und Verlauf

2) Übergriffe auf in Prag filmendes ZDF-Team

Bezug: 1) DB Nr. 2523 vom 27.10.89²

2) Telefongespräch Hiller/RL 214³ vom 28.10.89

und DB Nr. 2524 vom 29.10.89 an AA-Bereitschaftsdienst⁴

Übersicht

1) Am Nachmittag des Republik-Gründungstags (28.10.89) kam es in Prager Innenstadt zu größeren Demonstrationen gegen herrschendes Regime und für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Tsl. Sicherheitskräfte, die auf Protestaktionen vorbereitet waren, gingen mit großer Härte und teilweise brutalem Einsatz vor, um Menschenansammlungen aufzulösen und Demonstrationen zu zerschlagen. Es gab zahlreiche Verletzte und Festnahmen, darunter auch Ausländer. Beobachter sprechen übereinstimmend davon, daß es sich um die bisher größten Protestaktionen der vergangenen Jahre gehandelt habe. Dieser Vergleich ist ohne Frage richtig hinsichtlich der Bürgerrechtsproteste im Januar⁵ und August d.J. Einzelne Pressestimmen, die von der größten „Massenbewegung“ seit 1968 sprechen und einen Bezug hierzu herstellen, sind allerdings erheblich überzogen.

2) Ein am Wenzelsplatz filmendes ZDF-Team wurde von Sicherheitsbeamten massiv an der Arbeit behindert, teilweise bedroht, Ausrüstung wurde beschädigt und Filmkassetten weggenommen. Auf Bitten des Teams hat Botschaft Hilfestellung bei Transport von (gerettetem) Filmmaterial ins Überspielungsstudio geleistet.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 30. Oktober 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Der Vorfall mit dem ZDF-Team wird in die Zwölfer-Demarche aufgenommen, die 31.10. oder 1.11. erfolgen soll. 2) StS L[autenschlager] wird Bo[tschafter] Spáčil heute auf Vorfall ansprechen + Besorgnis BM zum Ausdruck bringen.“

² Botschaftsrat Hiller, Prag, berichtete: „Für morgigen (28.10.89) 71. Republik-Gründungstag werden hier größere Demonstrationen von oppositionellen Gruppen erwartet. Über Ausmaß und etwaiges Engagement auch breiterer Bevölkerungskreise gibt es im Kreis westlicher Beobachter unterschiedliche Einschätzungen. Gestrige (vorübergehende) Festnahme von Václav Havel stand mit großer Wahrscheinlichkeit im unmittelbaren Sachzusammenhang mit den für das Wochenende zu erwartenden Protestaktionen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139906.

³ Christoph Derix.

⁴ Botschaftsrat Hiller, Prag, berichtete, die Korrespondentin des ZDF, Gelhard, habe um Weiterleitung eines Schreibens an den Chefredakteur des ZDF, Bresser, gebeten. Darin teilte sie mit, sie und ihre Kollegen seien bei Dreharbeiten in Prag „durch die tschechoslowakische Polizei massiv behindert“ worden und sähen sich daher „nicht in der Lage, die weitere Berichterstattung zu gewährleisten, und bitten Sie, Protest einzulegen. [...] Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir niemanden provoziert und nur unsere Arbeit getan haben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139905.

⁵ Zu den Demonstrationen in Prag anlässlich des 20. Jahrestags der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach vgl. Dok. 28.

3) Ich habe noch am gleichen Abend im tsl. Außenministerium (Bereitschaftsdienst) gegen die Übergriffe auf ZDF-Team protestiert und den diensthabenden Beamten ersucht, den Protest unverzüglich an zuständige Stellen weiterzuleiten, was dieser zusagte.

4) ZDF-Team hat sich parallel hierzu an ZDF-Chefredaktion gewandt und sie gebeten, Protest einzulegen (vgl. DB Nr. 2524 vom 29.10.89).

Im einzelnen

1) Wie erwartet, kam es am 28.10.89⁶ (Republik-Gründungstag) in Prag zu größeren Demonstrationen, die sich gegen Regime, Regierung und Partei richteten. Charta 77 und andere Bürgerrechtsgruppen hatten seit längerem zu Protesten aufgerufen und entsprechende Aktionen angekündigt. Auch in anderen Städten kam es zu vergleichbaren Protestaktionen, an denen sich jeweils einige tausend Menschen (so z.B. in Brünn) beteiligt haben sollen. Einzelheiten hierzu konnten allerdings bisher nicht in Erfahrung gebracht werden.

2) Für Vormittag des 28.10.89 hatte Regierung in Prager Innenstadt, die teilweise abgesperrt war, eine große Rekruten-Vereidigungszeremonie arrangiert, zu der besondere Eintrittskarten ausgegeben worden waren. Alle Teilstreitkräfte der Armee einschließlich der Sondertruppen des Innenministeriums defilierten in einer großen Parade vor geladenen Gästen vorbei. Diese offene Machtdemonstration am Gründungstag der Demokratischen Republik wurde von vielen wohl nicht zu Unrecht als gewollte Provokation und als offene Zurschaustellung der etablierten Staatsmacht verstanden, und war – so steht zu vermuten – als solche wohl auch gedacht.

3) Am Nachmittag des 28.10.89 versammelten sich dann, wie angekündigt, gegen 15.00 Uhr am Wenzelsplatz verschiedene Bürgerrechtsgruppen und eine mit ihnen sympathisierende größere Menschenmenge, um friedlich gegen Unterdrückung und staatliche Repression zu demonstrieren. Auf mitgeführten Transparenten wurden „Freiheit“, „Demokratie“ und „Menschen- und Bürgerrechte“ eingefordert. Sprechchöre verlangten: freie Wahlen, Entlassung der politischen Häftlinge und Ablösung der herrschenden Kommunistischen Partei. Sie ließen sowohl Alexander Dubček als auch den Bürgerrechtler Václav Havel hochleben.

4) Die Zahl der Demonstranten in der Prager Innenstadt wurde von den meisten Augenzeugen auf etwa 10000–15000 Menschen geschätzt. Angaben anderer Beobachter, die von 20000–25000 oder noch mehr Demonstranten sprechen, erscheinen dagegen zu hoch gegriffen.

5) Die tsl. Sicherheitsbehörden, die die Protestaktionen erwartet hatten, waren entsprechend vorbereitet. Sie hatten neben regulären Polizeikräften auch Sondertruppen des Innenministeriums in den Seitenstraßen und auf den an die Demonstrationszone angrenzenden Plätzen bereitgestellt. Die Sicherheitskräfte gingen von Anfang an, ohne von den friedlichen Demonstranten provoziert worden zu sein, planmäßig und gezielt mit großer Härte und teilweise direkter Brutalität gegen die demonstrierenden Menschen vor, um sie abzudrängen und auseinanderzutreiben. Polizeieinsatz richtete sich dann schnell und wahllos auch gegen unbeteiligte Passanten und Schaulustige, was zu Prügeleiszenen führte. Es gab zahlreiche Verletzte und Verhaftungen, deren Zahl vom ČTK zunächst mit

⁶ Korrigiert aus: „28.4.89“.

150, später mit 355 Personen beziffert wurde. Gemessen an den vielen in den Nebenstraßen bereitgestellten Einsatzbussen und „Gefängniswagen“, die zum Abtransport der Verhafteten benutzt wurden, dürften die ČTK-Angaben bezüglich Inhaftierter eher an der unteren Grenze liegen.

6) Nach ČTK sind unter den Verhafteten auch eine größere Zahl von Ausländern. Botschaft hat auf dem üblichen Wege über das tschl. Außenministerium um unverzügliche Feststellung gebeten, ob unter den Verhafteten auch deutsche Staatsbürger sind. Wir werden weiter nachfragen und, sobald Auskunft vorliegt und wir betroffen sein sollten, berichten und die notwendigen Schritte einleiten.

7) Etwa gegen 17.45 Uhr (28.10.89) rief mich die ZDF-Korrespondentin Susanne Gelhard zu Hause an und teilte mit, daß sie und ihr Team bei Dreharbeiten am Wenzelsplatz von Sicherheitskräften massiv an der Arbeit gehindert und mit tätlichen Angriffen bedroht worden seien. Dem Team seien einzelne Ausrüstungsgegenstände zerstört und Filmkassetten weggenommen worden. Das Team sei anschließend ins Hotel zurückgekehrt, da an Arbeit nicht mehr zu denken gewesen sei. Es sei hierbei bis zum Interconti-Hotel von Sicherheitsbeamten verfolgt worden. Nur durch das Dazwischentreten von anderen Journalisten und Hotelgästen habe man die Zimmer ohne weitere Belästigungen erreichen können. Frau Gelhard teilte weiter mit, daß sich das Team im Hotelzimmer aufhielte und nicht wage, allein das (gerettete) Filmmaterial zur Überspielung ins Studio zu bringen, weil weitere Gewaltanwendung nicht ausgeschlossen werden könnte.

8) Ich habe daraufhin LR I Seebode (der den im Urlaub befindlichen Pressereferenten⁷ vertritt) gebeten, sich ins Interconti-Hotel zu begeben und dem ZDF-Team nach Möglichkeit Hilfe zu leisten. Herr Seebode hat dann in Begleitung eines ZDF-Journalisten das Filmmaterial im eigenen Wagen ins Studio gebracht. Fahrt und Überspielung verliefen ohne Probleme und Schwierigkeiten.

9) Ich ließ mir anschließend die Behinderungen und Belästigungen des ZDF-Teams von Frau Gelhard nochmal im einzelnen schildern und habe dann gegen 19.00 Uhr von der Botschaft aus im tschl. Außenministerium telefonisch beim Bereitschaftsdienst (anderer Ansprechpartner war nicht verfügbar) energisch gegen die Behinderung der ZDF-Journalisten, gegen Bedrohung, Gewaltanwendung und die Wegnahme von Filmmaterial protestiert und darum gebeten, daß dieser Protest unverzüglich an die zuständigen Stellen weitergeleitet wird, was der diensthabende Beamte zusagte.

10) Vor diesem Hintergrund rege ich an, daß wir am Montag (30.10.89) im Nachgang zu dem telefonisch anhängig gemachten Protest noch einmal schriftlich mit Note bei Leiter Abteilung 4 im tschl. AM (Kadnár) demarchieren.⁸ Hierzu erbitte ich Drahtweisung.

⁷ Michael Steiner.

⁸ Bundesminister Genscher teilte dem stellvertretenden Chefredakteur des ZDF, Radke, mit Schreiben vom 14. November 1989 mit, das Vorgehen der tschechoslowakischen Polizei gegen das ZDF-Team am 28. Oktober 1989 in Prag sei Gegenstand von Gesprächen der Staatssekretäre Lautenschlager und Sudhoff mit dem tschechoslowakischen Botschafter Spáčil gewesen. Nach einem ersten telefonischen Protest am 28. Oktober 1989 sei die Botschaft der Bundesrepublik am 30. Oktober 1989 „auf hoher Ebene“ im tschechoslowakischen Außenministerium vorstellig geworden. Ferner sei der Vorfall Teil einer Demarche der französischen EG-Ratspräsidentschaft gewesen, mit der am 2. November 1989 gegen das Vorgehen gegen Bürgerrechtler protestiert worden sei. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139905.

Bewertende Anmerkungen

1) Die Vorgänge am Wenzelsplatz am 28.10.89 machen zunächst deutlich, daß es im Gastland ein größeres und vor allem, so scheint es, wachsendes Protestpotential gibt, das gegen die allgegenwärtige staatliche Unterdrückung und Bevormundung aufbegehrt und versucht, sich öffentlich, auch unter Hinnahme von Risiken, wie z.B. Verhaftungen, Gehör zu verschaffen. Vor dem Hintergrund einzelner Pressestimmen, die Vergleiche mit 1968 anstellen und von einer Volksbewegung sprechen, muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß – auch im Lichte der gestrigen größeren Demonstrationsbeteiligung in Prag und in anderen Städten – solche Aussagen und Bewertungen als erheblich überzogen und nicht an den Realitäten orientiert zu gelten haben.

2) Die gestrigen Ereignisse und die Reaktion der staatlichen Organe hierauf lassen allerdings auch kaum Zweifel an dem ungebrochenen Willen, jedenfalls der alten, die Schlüsselfunktionen besetzenden Führungsgruppe, aufkommen, jedes Rütteln an ihrem Machtmonopol von vornherein mit aller Härte und durch Einsatz des gesamten Repressionsinstrumentariums niederzuhalten. Das große Aufgebot von Sicherheitskräften und ihr planmäßiger, rücksichtsloser Einsatz gegen Beteiligte und Unbeteiligte läßt nur den Schluß zu, daß hiermit ein doppeltes Ziel erreicht werden sollte: Zerschlagung der Demonstration und gleichzeitig Setzen eines weithin sichtbaren Warnsignals an alle im Land, die bestehenden Herrschaftsstrukturen nicht herauszufordern. Anders gesagt: Von einem Lernprozeß im Zusammenhang mit den Entwicklungen in den „sozialistischen Bruderländern“, von Flexibilität oder gar politischer Dialogbereitschaft mit oppositionellen Kräften und politisch Andersdenkenden war gestern aber auch gar nichts zu spüren. Es drängte sich vielmehr der Eindruck auf, daß die politische Führung den 71. Gründungstag der Republik, den sie mit einem imposanten Militärschauspiel begann, am Nachmittag bewußt und gewollt mit einer einschüchternden Machtdemonstration begehen wollte.

3) Das rücksichtslose und – wie es schien – wohlgesteuerte Vorgehen gegen ausländische Pressevertreter, die – wie das ZDF-Team – drangsaliert und bis ins Hotel verfolgt wurden, unterstreicht, daß Partei und Regierung im Zweifel, wenn es darum geht, innenpolitische Macht zu demonstrieren, sich wenig um ihre Reputation im Ausland kümmern.

[gez.] Hiller

Referat 214, Bd. 139906

336

Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-15364/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4501
Citissime

Aufgabe: 30. Oktober 1989, 16.28 Uhr¹
Ankunft: 30. Oktober 1989, 18.28 Uhr

Betr.: Lage der Deutschen in der SU;
hier: Perspektiven für eine Autonome Republik und unsere Haltung

Bezug: 1) DE Nr. 8941 vom 24.10.89 – 213-321.39²
2) DE Nr. 9030 vom 25.10.89 – 213-321.39³
3) DB Nr. 4386 vom 23.10.89 – Verk. 455.00/4⁴
4) DB Nr. 4435 und 4436 vom 25.10.89⁵ – Wi 410.20 VS-v⁶
5) DE Nr. 1757 vom 27.10.89 – 605-600.51 SOW⁷

Auf Weisung

I. Die Gründung einer autonomen Territorialeinheit der Deutschen an der Wolga ist, dies zeichnet sich immer stärker ab, das Ziel Gorbatschows. Dieses Ziel ist allerdings nach wie vor umstritten. Allen Anzeichen nach stößt Gorbatschow auch in dieser Frage noch auf mannigfaltige Widerstände bis hinein in die sowjetische Führung.

¹ Das von Botschaftsrat Adam und Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, beide Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 31. Oktober 1989 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert teilte der Botschaft in Moskau mit: „Nach hier vorliegenden Agenturmeldungen hat der Vorsitzende der Kommission der Nationalitätenkammer des Obersten Sowjet, Kisseljow, die Wiederherstellung der territorialen Autonomie für die Deutschen in der SU an der Wolga ‚in Etappen‘ empfohlen.“ Neubert bat darum, in Gesprächen zu klären, „was unter ‚etappenweisen‘ Vorgehen zu verstehen ist und ob andere Varianten (Stichwort: Königsberg) von der Kommission oder anderen relevanten politischen Stellen als ernstzunehmende Alternative in Erwägung gezogen werden“. Vgl. den am 23. Oktober 1989 konzipierten Drahterlaß; Referat 213, Bd. 147152.

³ Ministerialdirigent Höynck teilte der Botschaft in Moskau mit: „Im Hinblick auf weiteren bilateralen Dialog wird um Bericht gebeten, welche Gesichtspunkte aus dem Gesamtkomplex ‚Deutsche in der SU‘ wir nach dem Nationalitätenplenium mit der sowjetischen Seite politisch vertieft erörtern sollten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147152.

⁴ Gesandter Winkelmann, Moskau, legte dar: „Wegen der nicht mehr auszuschließenden Wiedererrichtung einer deutschen Wolgarepublik und der langfristigen Sicherung deutscher Wirtschaftsinteressen auch gegenüber ausländischer Konkurrenz würde ich ein Gespräch auf hoher Ebene (PStS Riedl) mit der Unternehmensführung von MBB und Dornier über die vorgeschlagene Kooperation mit dem Saratower Flugzeugwerk für richtig halten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147197.

⁵ Korrigiert aus: „29.10.89“.

⁶ Botschafter Blech, Moskau, berichtete, Vertreter der Flugzeugwerke in Saratow hätten ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Flugzeugindustrie der Bundesrepublik in einem Gespräch erneut „als Arbeitsschaffungsmaßnahme für nach Wiederbegründung der deutschen Wolgarepublik in das Gebiet von Saratow zurückkehrende Deutsche“ dargestellt: „Ebenfalls anwesende hochrangige Vertreter von Rußlanddeutschen drängten auf möglichst schnelle deutsche Zusagen für Wirtschaftshilfe, die einen endgültigen Beschluß des Obersten Sowjets zur Wiederherstellung einer autonomen deutschen Wolgarepublik beschleunigen und bereits jetzt aufkommende nationale Spannung vermindern könnten.“ Vgl. VS-Bd. 13510 (213); B 150, Aktenkopien 1989.

⁷ In dem am 26. Oktober 1989 konzipierten Drahterlaß informierte Vortragender Legationsrat Massing die Botschaft in Moskau über ein Gespräch des Auswärtigen Amts mit einem Vertreter der Gesellschaft „Wiedergeburt“ über Möglichkeiten zur Unterstützung von Deutschstämmigen in der UdSSR. Vgl. dazu Referat 605, Bd. 179987.

Dabei werden die gegebenen örtlichen Widerstände an der Wolga zu darüber hinausgehenden Zielsetzungen instrumentalisiert, z.B. dem Versuch des Nachweises,

- daß die russische Bevölkerung der Leidtragende von Gorbatschows Nationalitätenpolitik sei,
- daß Gorbatschow kapitalistische Wirtschaftsformen einführe,
- daß Gorbatschow der Schaffung einer deutschen fünften Kolonne in der SU Vorschub leiste.

Gorbatschow und seine Mannschaft im ZK-Sekretariat unter Jakowlew sehen dagegen vermutlich in der deutschen Frage die Möglichkeit zu zeigen,

- daß es auch lösbare Nationalitätenfragen gibt,
- daß das stalinistische Regime auch heute noch Wunden hinterlassen hat, die geheilt werden müssen,
- und daß in einer vernünftigen Nationalitätenpolitik Chancen auch für die bessere Einbindung der SU in die Weltwirtschaft stecken, indem sie mit dem Konzept „freier Wirtschaftszonen“ verknüpft wird.

Die Botschaft hat keinen Zweifel, daß sich Gorbatschow auch in dieser Frage am Ende durchsetzen wird. Die Zeiten, wo ein Generalsekretär hier aber praktisch alles ohne Widerstände durchsetzen konnte (Stalin) oder nichts durchsetzen wollte, um keine der etablierten Interessen herauszufordern (Breschnew), sind aber vorbei. Gorbatschow muß also auch in dieser Frage nach der jeweiligen taktischen Gesamtlage vorgehen, in der die Interessen der betroffenen Nation, in diesem Fall der deutschen, und der betroffenen örtlichen Wirtschaft sekundär sind.

Unsere Politik muß sich deshalb der Frage stellen, wie wir taktisch und schrittweise vorgehen wollen, um den Befürwortern der territorialen Autonomie am besten zu dienen.

II. Im einzelnen

Die Botschaft steht in laufendem Kontakt mit der Leitung der Gesellschaft „Wiedergeburt“ und hat mit mehreren ihrer Mitglieder auch in den letzten Tagen gesprochen (vgl. die laufende Berichterstattung). Der Vorsitzende der Kommission des Volkskongresses, die das Problem der Wolgarepublik untersuchen soll, Kisseljow, war für uns in den letzten Tagen nicht erreichbar. Er hat jedoch mit Vertretern der „Wiedergeburt“ gesprochen und der „Sowjetskaja Rossija“ am 21.10. ein ausführliches Interview gegeben. Aus beidem ergibt sich folgendes:

1) Kommissionsvorsitzender Kisseljow hat am 26.10.89 auf einer Sitzung mit Vertretern von Gruppen aus dem betroffenen Wolgagebiet, die gegen die Wiederherstellung einer deutschen Autonomie sind, keinen Zweifel daran gelassen, daß das Votum der Kommission für eine Autonomie an der Wolga Billigung „auf höchster Ebene“ gefunden hat. Die Kommission unter Kisseljow reiste am 29.10.89 ins Wolgagebiet, um dort im Gespräch den Widerstand in der lokalen Bevölkerung zu überwinden bzw. zu mildern. Die Kommission hat empfohlen,

- nur das Wolgagebiet für eine territoriale Autonomie für die Deutschen in Betracht zu ziehen,
- diese Frage mit äußerster Dringlichkeit zu behandeln und
- etappenweise vorzugehen.

Die Volksdeputierten aus den betroffenen Gebieten sollen diesem Votum zugestimmt haben.

In einem längeren Interview in „Sowjetskaja Rossija“ vom 21.10.89 führte Kisseljow diese Prinzipien weiter aus: Leider herrsche bei vielen Leuten der betroffenen lokalen Bevölkerung Mangel an konkretem Wissen über die Pläne zur Wiederherstellung einer deutschen Autonomie. Die Interessen derer, die jetzt dort wohnten, würden in keiner Weise geschmälert werden. Er zitierte lange Passagen aus dem „Aufruf“ der „Wiedergeburt“ an die lokale Bevölkerung im Wolgagebiet, der im März d.J. verfaßt worden war.⁸ Damals hatten sich die lokalen und regionalen Zeitungen im Wolgagebiet geweigert, diesen Aufruf abzdrukken. Er ist lediglich im „Neuen Leben“ erschienen. Kisseljow betonte die Notwendigkeit, nicht nur historisches Unrecht wiedergutzumachen, sondern auch einer weiteren Auswanderung der Deutschen in die BR Deutschland wirksam zu begegnen. „Jetzt geht es um die volle politische Rehabilitierung der Sowjetdeutschen, um die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit“. Er versuchte möglichen Widerstand mit dem Hinweis auf die zukunftsweisenden wirtschaftlichen und kulturellen Impulse zu entkräften, die von einer solchen Entwicklung ausgehen könnten. Allerdings räumte er ein, daß die Schaffung einer neuen Infrastruktur enorme Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Arbeitsplätze, Wohnungen für Millionen müßten neu geschaffen werden.

2) Ein Angehöriger der Leitung der „Wiedergeburt“ wies nochmals darauf hin, daß der Widerstand gegen diese Pläne nicht unterschätzt werden sollte. Er könne vermutlich mit Sympathie auch bei einigen einflußreichen politischen Personen in Moskau rechnen. Man müsse einstweilen alles vermeiden, was den Anschein erwecken könne, es solle eine neue fünfte Kolonne entstehen oder es würden Sonderbeziehungen zwischen Sowjetdeutschen und der Bundesrepublik Deutschland angebahnt, die an den politischen Strukturen der SU vorbei oder ihnen zuwiderlaufen. Auch dürfe nicht der Eindruck entstehen⁹, als solle eine künftige Wirtschaftskooperation zwischen der BR Deutschland und einer Wolgarepublik zum Hebel für eine systemfremde und ideologisch subversive Einflußnahme dienen. Damit würde nur in die Hand derjenigen gearbeitet, die nicht nur die Wolgarepublik mit Skepsis betrachten, sondern auch den ganzen gegenwärtigen Reformkurs ändern wollten. Man müsse schließlich darauf achten, daß man nicht den Neid der übrigen Bevölkerung der SU wecke, wenn durch privilegierten Zugang zu westlichem Kapital und westlicher Technologie plötzlich eine Insel relativen Wohlstandes in einem Meer wirtschaftlicher Rückständigkeit entstünde.

3) Damit scheint die politische Grundsatzentscheidung gefallen zu sein. Der Oberste Sowjet und der Volkskongreß dürften überwiegend positiv zu den Autonomieplänen eingestellt sein. Unklar bleiben allerdings weiterhin Umfang und Bedingungen einer solchen Autonomie. Die Wiederherstellung der Grenzen der Wolgarepublik von 1941 auf einen Schlag erscheint unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist mit dem „etappenweisen“ Vorgehen gemeint, daß zunächst als Nukleus Autonomie in einem Rajon oder einem Oblast gewährt wird. Je nach

⁸ Für den deutschen Wortlaut des „Appells der Gründungskonferenz der Gesellschaft ‚Wiedergeburt‘ an die nichtdeutsche Bevölkerung des Wolgagebiets“, der am 3. Mai 1989 in der sowjetischen Wochenzeitschrift „Neues Leben“ erschien, vgl. OSTEUEUROPA 40 (1990), A 22–24.

⁹ Korrigiert aus: „verstehen“.

Umfang und Tempo des Zuzugs könnte dieses Territorium dann erweitert werden. Bisher kann noch niemand vorhersagen, wie und in welchem Umfang die sowjetdeutsche Bevölkerung auf das Angebot einer Autonomie reagieren wird. Auch dürfte der Einschluß der großen, überwiegend russisch besiedelten Städte besondere Schwierigkeiten machen. Vorstellbar ist deshalb auch eine Lösung mit En- bzw. Exklaven. Für ein solches behutsames Angehen der Frage spricht auch, daß auf diese Weise die erforderlichen ökonomischen Mittel konzentrierter und wirkungsvoller eingesetzt werden könnten. Daß diese Variante von der „Wiedergeburt“ abgelehnt wird, ändert nichts daran, daß sie insgesamt realistischer zu sein scheint als die Forderung, alles auf einmal zu erhalten.

¹⁰⁴⁾ Was die „Königsberger Variante“ betrifft, so ist sie bisher in keinem offiziellen sowjetischen Dokument jemals genannt worden, vielmehr nennt der Beschluß des ZK-Plenums vom September¹¹ ausdrücklich die Wolgaregion für das Deutschen-Problem, das zuvor ohne Ortsbezeichnung in die Nationalitätenfragen eingereiht war.

Grundsätzlich hat Ostpreußen für die Sowjetdeutschen keine besondere Attraktivität, während ein großer Teil dieser Volksgruppe mit der Wolgaregion eine alte Anhänglichkeit verbindet. Ostpreußen ist auch so besiedelt, daß dort ähnliche, vermutlich sogar größere Probleme wie in der Wolga mit der jetzigen einheimischen Bevölkerung auftraten. Dort befindet sich auch eine große Konzentration militärischer Einrichtungen¹², die das nördliche Ostpreußen aus sowjetischer Sicht wohl kaum zu einer für eine „freie Wirtschaftszone“ geeignete Region machen. In allen offiziellen oder offiziellen Veröffentlichungen zu solchen Zonen ist deshalb von Ostpreußen auch nie die Rede, sondern von Wyborg, Nowgorod und der Krim bzw. dem Fernen Osten. Wenn man dazu nimmt, daß die hiesigen Konservativen noch vor wenigen Wochen versucht haben, uns Gebietsansprüche auch gegen die SU zu unterstellen, dann wird erkennbar, wie gefährlich ein deutscher Einstieg auf die „Königsberg-Variante“ sein könnte.

Vertreter der Sowjetdeutschen vermuten auch, sie sei ohnehin nur ins Spiel gebracht worden, um die hiesigen Deutschen zu spalten und das Wolgaprojekt zum Scheitern zu bringen oder doch aufzuhalten. Dementsprechend drängen einige dieser Sowjetdeutschen auch auf rasche Angebote konkreter wirtschaftlicher Hilfe für eine eventuelle Wolgarepublik. Sie werden in diesem Drängen möglicherweise auch von Kräften im hiesigen Apparat unterstützt, die letztlich gegen eine solche Autonome Republik an der Wolga sind, und entweder

- bei einem Ausbleiben deutscher Hilfszusagen das Projekt für nicht verwirklichtbar aus deutscher Schuld oder
- bei einer raschen Zusage umfassender Hilfe als politisch unerträglich darstellen wollen.

III. Daraus ergeben sich folgende Empfehlungen:

- Wir sollten nunmehr intern mit den Ressorts, insbesondere BMI, BMWi und BMF sowie BMA, beginnen, konkrete Vorstellungen zu entwickeln, wie wir und mit welchem finanziellen Engagement

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4502 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Zum Plenum des ZK der KPdSU am 19./20. September 1989 in Moskau vgl. Dok. 263, Anm. 41.

¹² Korrigiert aus: „Entwicklungen“.

- eine Autonome Republik an der Wolga ökonomisch und kulturell unterstützen können,
- die im übrigen verstreut lebenden Deutschen kulturell besser betreuen können.
- Wir sollten die „Königsberger Variante“ weder intern noch gar nach außen hin aufgreifen und jeden sowjetischen Gesprächspartner, der sie ins Spiel bringt, fragen, in wessen Namen er handelt.
- Wir sollten der Öffentlichkeit zu Hause weiterhin sagen, daß die Frage einer Autonomie für die Sowjetdeutschen eine interne sowjetische Angelegenheit sei, in die die Bundesrepublik sich nicht einmischen könne und wolle, daß die Bundesregierung jedoch bereit sei, eventuell zusammen mit der DDR und anderen Deutsch sprechenden Staaten (Österreich) Möglichkeiten einer Unterstützung der Sowjetbürger deutscher Nationalität in Betracht zu ziehen, wenn die SU dies vorschläge.
- Wir sollten in amtlichen Gesprächen mit der SU diskret sondieren, ob die Vorstellungen einzelner Vertreter der Sowjetdeutschen bzw. der sowjetischen Wirtschaft amtliche Unterstützung besitzen und unsere grundsätzliche Bereitschaft zu einer Unterstützung darlegen.

[gez.] Blech

VS-Bd. 13510 (213)

337

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister Vaezi

VS-NfD

31. Oktober 1989¹

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung²

Gespräch des BM mit dem iranischen Vize-Außenminister Vaezi;

hier: Gespräch im kleinen Kreis

Herr Vaezi bat im Anschluß an die Darlegung allgemeiner politischer Fragen³ um ein Gespräch im kleinsten Kreis (auf deutscher Seite: BM, D3⁴; auf iranischer Seite: Vaezi, Botschafter⁵, Dolmetscher) und trug folgendes vor:

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 2. November 1989 gefertigt.

² Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 7. November 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Schlagintweit verfügte und handschriftlich vermerkte: „Von BM n[och] n[icht] gebilligt.“ Ferner verfügte er: „Möglichst kleiner Verteiler.“

Hat Schlagintweit am 14. November 1989 erneut vorgelegen.

³ Bundesminister Genscher und der stellvertretende iranische Außenminister Vaezi führten am 31. Oktober 1989 ein erstes Gespräch. Themen waren die wirtschaftliche Entwicklung des Iran, die außenpolitischen Ziele der iranischen Regierung, der Libanon-Konflikt und die Bemühungen um Implementierung

1) Menschenrechtsfragen

Präsident Rafsandschani habe ihm aufgetragen, dem BM mitzuteilen, man habe in Iran nicht vergessen, daß BM Genscher die erste Persönlichkeit gewesen sei, die erklärt habe, Irak habe den Krieg begonnen.⁶ In der Menschenrechtspolitik sei Präsident Rafsandschani für Entspannung. Er wisse, daß es wichtig sei, alle Hindernisse zu beseitigen, die Iran bei anderen Staaten und Internationalen Organisationen Schwierigkeiten machten.

Der BM habe im vergangenen Jahr Iran gebeten, den Sonderberichterstatter einzuladen.⁷ Iran habe an diesem Vorschlag ernsthaft gearbeitet. Aufgrund der damaligen Verhältnisse und des Drucks ultralinken Gruppierungen sei es nicht möglich gewesen, die Absichten des Außenministeriums umzusetzen.⁸

Man glaube, daß die Voraussetzungen jetzt aber günstig seien. Einmal habe Präsident Rafsandschani eine ausreichende Machtposition erlangt, außerdem hätte sich das Justizwesen positiv weiterentwickelt. Man habe jetzt einen Plan, die Menschenrechtsproblematik ein für allemal durch die Einladung des Sonderberichterstatters zu lösen. Allerdings würden einige islamische Grundprinzipien unverändert bleiben, über andere könne man sprechen. Daher wolle man sich dafür einsetzen, daß der Sonderberichterstatter so bald wie möglich – auf Frage des Bundesministers: in etwa ein bis zwei Wochen – nach Teheran komme, damit in den VN keine Iran-Resolution angenommen werde. Der *BM* wandte ein, wenn man verhindern wolle, daß es eine Resolution gebe, könne man dies am besten durch die Einladung selbst tun. *Vaezi* sagte, man sei zu diesem Schritt entschlossen, aber andere Länder sollten verhindern, daß es zu einer Resolution käme. Iran hoffe auf die Unterstützung der Bundesrepublik und ihrer Freunde.

BM wiederholte, die Einladung des Sonderberichterstatters werde einen positiven Eindruck hervorrufen. Daher könne er nur raten, sie nicht hinauszuzögern und sie nicht mit Bedingungen zu versehen.⁹

Vaezi erklärte, man werde die iranische Botschaft bei den VN anweisen, mit dem deutschen Botschafter¹⁰ darüber zu sprechen. Evtl. könnten auch andere Botschafter der Zwölf mit dem iranischen Botschafter¹¹ Gespräche führen.

Er müsse allerdings sagen, daß man in Iran der Ansicht sei, die Menschenrechtsfrage sei nur ein politisches Spiel; zeige sich die Regierung flexibler, so würde

Fortsetzung Fußnote von Seite 1432

der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

⁴ Reinhard Schlagintweit.

⁵ Mehdi Ahary Mostafavi.

⁶ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandschani am 21. Juli 1984 in Teheran; AAPD 1984, II, Dok. 201.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandschani am 29. November 1988 in Teheran; AAPD 1988, II, Dok. 344.

⁸ Zur Frage eines Besuchs des Sonderberichterstatters der VN-Menschenrechtskommission, Galindo Pohl, im Iran vgl. Dok. 217, Anm. 9.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel vermerkte am 24. November 1989, die Bundesregierung sei „befriedigt, daß die iranische Regierung erstmals im Juni den Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der VN, G. Pohl, direkt kontaktiert hat. [...] Die iranische Seite hat zwar zwischenzeitlich mehrfach mitgeteilt, daß S[onder]B[ericht]E[rstatter] ohne Bedingung eingeladen werde. Die Frage einer Einladung ist aber zur Stunde noch offen“. Vgl. Referat 311, Bd. 154146.

¹⁰ Hans Otto Bräutigam.

¹¹ Mohammad Jafar Mahallati.

dies vom Ausland mißbraucht werden. Der *BM* erwiderte, was die Zwölf anbelange, so seien wir nicht Präsidentschaft. Das müsse mit Frankreich besprochen werden, aber er werde sich am Montag in Brüssel mit den Außenministern der Zwölf treffen.¹² Dabei gebe es vertrauliche Gespräche im kleinen Kreis. Wenn Iran bis dahin eine Einladung ausgesprochen habe, wäre das ein interessantes Gesprächsthema.

H. *Vaezi* erklärte, er werde bereits morgen in Teheran sein, aber schon vorher versuchen, den Präsidenten über dieses Gespräch zu informieren und ihn zu weiteren Schritten zu ermutigen. Falls Entscheidungen fielen, würde er den *BM* bis Sonntag¹³ unterrichten, um eine Erörterung im Zwölferkreis zu ermöglichen.

2) Resolution 598¹⁴

Vaezi: Präsident Rafsandschani habe sich seinerzeit für die Annahme dieser Resolution eingesetzt. Jetzt werfe man ihm in Iran vor, daß dies in den vergangenen 14 Monaten zu nichts geführt habe. Iran sei entschlossen, es nicht noch einmal zum Krieg kommen zu lassen. Der Präsident sei mit der Haltung der Zwölf in der Frage der 598 nicht zufrieden. Er wünsche und erwarte in dieser Frage eine Zusammenarbeit.

Der *GS* habe dem *SR* einen Bericht vorgelegt¹⁵ und Herrn Eliasson in die Gegend entsandt.¹⁶ Nun soll man sich dafür einsetzen, daß E. nicht mit leeren Händen zurückkehre. Der *SR* habe noch keinen Rahmen für dessen Vorgehen bestimmt. Iran würde es sehr begrüßen, wenn die Gemeinschaft in ihrer nächsten Sitzung hierüber diskutieren und etwas Positives tun könnte. Dies würde dem *GS* das Gefühl geben, daß sein Plan unterstützt werde. Der *BM* erwiderte, Donnerstag und Freitag würden in Bonn deutsch-französische Konsultationen¹⁷ stattfinden. Frankreich führe den Vorsitz in der Gemeinschaft. Er werde dieses Thema gern mit seinem französischen Kollegen aufnehmen.

Vaezi sagte, er habe in seinem Gespräch mit AM Dumas am vergangenen Donnerstag¹⁸ einen entsprechenden Vorschlag gemacht.

3) Beziehungen zu den USA

Vaezi betonte zunächst, daß es sich hier um eine persönliche Unterrichtung des *BM* handele. Präsident Rafsandschani versuche seit seinem Amtsantritt, die Beziehungen zu den USA zu entspannen. Auch die Haltung Präsident Bushs habe sich geändert. Aber es gebe noch Probleme zwischen beiden Ländern. Rafsandschani habe sich kürzlich in einem Interview dazu geäußert, z. B. wenn die amerikanischen und anderen ausländischen Geiseln¹⁹ befreit werden sollen,

¹² Zur EG-Ministerratstagung am 6. November 1989 vgl. Dok. 348.

¹³ 5. November 1989.

¹⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 5f.

¹⁵ Für den Wortlaut des Berichts von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vom 22. September 1989 (S/20862) vgl. <https://digitallibrary.un.org/record/74305?ln=en>.

¹⁶ Zu den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 301, Anm. 3.

¹⁷ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. Dok. 342, Dok. 346 und Dok. 351.

¹⁸ 26. Oktober 1989.

¹⁹ Zu den amerikanischen Geiseln im Libanon vgl. Dok. 242.

Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 15. November 1989 über Äußerungen von Gesprächspartnern im amerikanischen Außenministerium: „Seit der Geiselkrise Anfang August nach der is-

so müßten auch die iranischen Geiseln im Libanon²⁰ und die Guthaben in den USA freigegeben werden²¹.

Die USA hätten vorgeschlagen, über den Schadensersatz für die Airbus-Opfer²² zu verhandeln. Iran habe seine Bereitschaft hierzu über japanische Vermittler erklärt.

Am 21.11. stehe die Verhängung von amerikanischen Sanktionen gegen Iran zur Verlängerung an. Es würde sehr wichtig und hilfreich sein, wenn es nicht zu dieser Verlängerung käme. Der *BM* erklärte, auch hier seien Fortschritte in der Menschenrechtsfrage hilfreich.

D3 erklärte, für die Amerikaner sei es nicht akzeptabel, die Frage zum Teil eines Geschäfts zu machen. Was die iranischen Geiseln im Libanon anbelange, so hätten wir glaubwürdig gehört, daß diese tot seien. Herr *Vaezi* erklärte, dann sei Iran sehr interessiert, wenigstens die Leichen überstellt zu bekommen.

Der *BM* bat *Vaezi*, daß Iran sich auch für die Freilassung der beiden Deutschen einsetze.²³

Anhang

Vaezi führte das Gespräch mit *D3* am Abend weiter. Er sagte, er habe sich Gedanken über den möglichen Inhalt einer europäischen Erklärung zu 598 gemacht. Eine neutrale, unparteiische Erklärung könne und solle folgende Punkte enthalten:

- 1) Die Zwölf sollten die sofortige Implementierung von 598 voll unterstützen.
- 2) Sorge, daß 598 noch nicht realisiert ist.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1434

raelischen Entführung von Sheik Obeid und der ‚Ermordung‘ von Oberst Higgins habe es in der Geiselfrage so gut wie keine Bewegung, keine neuen Informationen, ja beinahe einen ‚black out‘ gegeben. Seit August sei US-Seite u. a. aus humanitären Gründen bemüht gewesen, über verschiedene Kanäle (IKRK-Vertreter, Vatikan, u. a. Syrien) wenigstens den Leichnam von Oberst Higgins ggf. als Ansatzpunkt für ein Gespräch zu bekommen. Bemühungen, so mit der Hisbollah in Kontakt zu treten, hätten aber sämtlich nicht weitergeführt.“ Die derzeitige „Arbeitshypothese“ laute, „daß US-Geiseln zwar nicht tot seien, sich aber nach langer Gefangenschaft unter miserablen Bedingungen (südliche Vorstädte von Beirut am wahrscheinlichsten) in entsprechender [...] Verfassung befinden müßten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4661; Referat 310, Bd. 196197.

²⁰ In der Presse wurde dazu berichtet: „President Hashemi Rafsanjani of Iran said today that Teheran would help the Bush Administration obtain the freedom of American hostages if Washington helped solve the case of three Iranians kidnapped in Lebanon or returned Iranian assets frozen in the United States since 1979.“ Zum ersten Mal habe der iranische Präsident Rafsandschani öffentlich eingeräumt, die drei iranischen Diplomaten könnten tot sein: „In a recent gesture of goodwill to Iran, Administration officials said today, the United States used its good offices to help secure the release of 17 Iranian travelers in Lebanon. The Iranians, who had been held hostage for about a year, were released by the Lebanese Forces in August, American officials said.“ Vgl. den Artikel „Iran Offers Trade on Hostages, but U.S. Is Cautious“; THE NEW YORK TIMES vom 24. Oktober 1989, S. A 10.

²¹ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 10. November 1989, die USA hätten sich mit dem Iran geeinigt, bald beschlagnahmtes Vermögen im Wert von 567 Millionen US-Dollar freizugeben. Im Gegenzug habe der Iran zugestanden, „zur Befriedigung amerikanischer Ansprüche“ 243 Millionen US-Dollar auf einen „security account“ zu überweisen: „Auch nach der in Den Haag erreichten Teileinigung hält iranische Seite weiterhin unverändert an ihrer aus US-Sicht auf versuchte Erpressung hinauslaufenden Haltung fest: mögliche iranische Mithilfe bei Lösung der Geiselfrage nur, wenn iranische Forderungen gegenüber den USA erfüllt sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4595; Referat 311, Bd. 154148.

²² Am 3. Juli 1988 wurde ein Linienflugzeug der iranischen Fluggesellschaft „Iran Air“, das sich auf dem Weg in die Vereinigten Arabischen Emirate befand, über dem Persischen Golf von einem amerikanischen Kriegsschiff beschossen. Alle 290 Personen an Bord kamen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 199.

²³ Zum Entführungsfall Strübig und Kemptner vgl. Dok. 292.

- 3) Ein Zustand weder Krieg noch Frieden sei nicht nur nachteilig für die beiden beteiligten Länder, sondern für alle Anlieger des Golfs.
 - 4) Volle Unterstützung des VN-GS.
 - 5) Der GS solle seine Aktivitäten verstärken.
 - 6) Begrüßen, daß Eliasson nun in die Region kommt.
 - 7) Notwendigkeit aller Staaten der Region und anderer Länder, dafür zu sorgen, damit diese Reise ein Ergebnis hat.
 - 8) Zwei vordringliche Schritte sind Rückzug der Truppen auf die internationalen Grenzen und der Austausch von Kriegsgefangenen auf der Grundlage 598 und der Beschlüsse des SR.
 - 9) Die Zwölf werden auch nach der Reise Eliassons ihre Bemühungen fortsetzen.
 - 10) Aufforderungen an den SR, diese Frage ernsthaft zu verfolgen.
- D3 erklärte dazu, die Europäer würden selbst entscheiden, welche Formulierungen sie für geeignet hielten. Er schilderte außerdem die schwierige Prozedur eines Abstimmungsprozesses unter den Zwölf.

Referat 311, Bd. 154146

338

Gespräch des Staatssekretärs Lautenschlager mit dem amerikanischen Botschafter Walters

311-321.00 LIY-1035/89 geheim

31. Oktober 1989¹

Unsere Politik gegenüber Libyen;
hier: Demarche von US-Botschafter Vernon Walters bei StS Lautenschlager am 31.10.1989
Anlage: 1²

Am 31.10.1989 sprach US-Botschafter Walters bei StS Lautenschlager zu Libyen vor. Er war in Begleitung von Botschaftsrat Grobel. Außerdem waren anwesend Dg31³ und Unterzeichner⁴.

Botschafter Walters führte aus, er sei von seiner Regierung angewiesen worden, die Bundesregierung umgehend auf höchster erreichbarer⁵ Ebene zu unterrichten. Walters trug aus einem Non-paper (anbei) vor, das kurz zusammengefaßt folgenden Inhalt hatte:

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Vorwerk gefertigt, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager „m[it] d[er] B[itte] um Genehmigung“ verfügte. Hat Lautenschlager am 3. November 1989 vorgelegen.

² Dem Vorgang nicht beigelegt.

³ Heinz Fiedler.

⁴ Wolfgang Vorwerk.

⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

Mit der Unterstützung der Bundesregierung und vieler anderer Länder habe die Politik der Isolierung und der Verhängung von Sanktionen gegenüber Libyen offensichtlich dazu geführt, daß Libyen bei Verfolgung seiner abzulehnenden politischen Ziele in Teilbereichen nun maßvoller vorgehe, ohne daß es jedoch diese Ziele aufgeben habe. Es sei daher wichtig, sich darüber zu verständigen, welcher Art die Handlungen Libyens sein müßten, um einen Beweis für eine konkrete und dauerhafte Änderung zum Besseren darzustellen. Nach US-Ansicht müßten solche Handlungen (Kriterien) eine Reihe von Einzelmaßnahmen umfassen (wie Ausweisung der Abu-Nidal-Gruppe, Beendigung der Unterstützung der IRA, Aufgabe aller Bemühungen um CW und anderer Fähigkeiten der nicht-konventionellen Kriegsführung einschließlich Demontage von Rabta).

Man bitte uns um unsere Meinung hierzu, auch zu evtl. signifikanten Änderungen im libyschen Verhalten. Auch würde es die US-Regierung für nützlich halten, wenn wir den libyschen Stellen diese Kriterien zur Kenntnis bringen würden. Solange wir nicht alle davon überzeugt seien, daß Libyen dauerhafte Änderungen vorgenommen habe, halte es die US-Regierung für wichtig, den Druck auf Libyen aufrechtzuerhalten, einschließlich der gegenwärtig angewandten Wirtschafts-sanktionen.

Botschafter Walters ließ auf Anfrage erkennen, daß diese Demarche auch in anderen europäischen und nichteuropäischen Hauptstädten durchgeführt werde. StS *Lautenschlager* sagte eingehende Prüfung zu, legte aber auch dar, daß es gerade in bezug auf Libyen eine besonders restriktive Exportgenehmigungspolitik der Bundesregierung gebe (l. Rabta⁶). Weitere gesetzliche Regelungen⁷ befänden sich im Gesetzgebungsverfahren. Dg31 legte dar, daß es auch nach unserer Einschätzung im außenpolitischen Verhalten Libyens Elemente der Mäßigung gebe (Mahgreb-Union⁸, Tschad⁹, Treffen mit Mubarak¹⁰). Auch hätten wir seit „La Belle“¹¹ keine terroristischen Aktivitäten mehr auf deutschem Boden feststellen können. Überdies gälten die 1986 getroffenen Libyen-Maßnahmen¹² wei-

⁶ Lex Rabta.

Zur „Lex Rabta“ vgl. Dok. 59, Anm. 7.

Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

⁷ Die Wörter „gesetzliche Regelungen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Maßnahmen“.

⁸ Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien schlossen am 17. Februar 1989 in Marrakesch einen Vertrag über die Gründung der Union des Arabischen Maghreb. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 280–282.

⁹ Referat 321 notierte am 12. September 1989: „Nach unter algerischer Vermittlung und diskreter französischer Förderung in Paris vom 21. bis 25.8.1989 geführten Verhandlungen zwischen Tschad und Libyen wurde am 31.8.1989 in Algier von den beiden Parteien ein Rahmenabkommen unterzeichnet, das eine Beendigung der langjährigen tschadisch-libyschen Auseinandersetzungen auf dem Verhandlungswege möglich macht. Das Abkommen sieht eine Lösung des Territorialkonflikts um den Aouzou-Streifen binnen eines Jahres mit politischen Mitteln vor sowie eine Entlassung der libyschen Kriegsgefangenen im Tschad [...]. Für den Fall des Scheiterns einer politischen Lösung des Aouzou-Konflikts ist eine Anrufung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vorgesehen, dessen Spruch dann bindend ist.“ Vgl. Referat 321, Bd. 154415.

¹⁰ Oberst Gaddafi und der ägyptische Präsident Mubarak trafen am 16./17. Oktober 1989 zu Gesprächen in Marsa Matruh bzw. Tobruk zusammen.

¹¹ Zum Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5. April 1986 in Berlin (West) vgl. Dok. 22, Anm. 17.

¹² Nach dem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5. April 1986 in Berlin (West) beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bei ihren Konferenzen im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag und am 21. April 1986 in Luxemburg Maßnahmen gegen Libyen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1986, S. 117–119.

ter (im SV-Bereich sowie Beschränkungen der Bewegungsfreiheit für LVB¹³-Personal und der Personalstärke des LVB). Wir würden diesen Fragenkomplex auch mit unserem Botschafter in Tripolis¹⁴ erörtern, der in nächster Zeit nach Bonn kommen werde.

StS Lautenschlager versprach Unterrichtung des Ministers.¹⁵

VS-Bd. 13684 (311)

339

Botschafter Blech, Moskau, an Bundesminister Genscher

31. Oktober 1989¹

Streng persönlich

Sehr verehrter Herr Minister,

am 26. Oktober hatte ich mein erstes Gespräch mit Falin, nach etlichen kurzen Unterhaltungen am Rande anderer Veranstaltungen. Hierüber habe ich den beigefügten Vermerk gefertigt, der sich so eng wie möglich an den Ablauf hält. Ein Bericht in der üblichen Form schien mir nicht angebracht.

Man braucht sich nicht sehr damit aufzuhalten, in welchem Maße Falin ad usum delphini, also taktisch auf die Person des neuen Botschafters zugeschnitten, sprach, wieweit er sowjetische „Ressort-Politik“ machte und wieweit er die Bedeutung seiner Person (Bezug auf 1975) hervorheben wollte. Sicher hat all das eine Rolle gespielt. Deshalb sind seine Ausführungen aber wohl nicht weniger interessant, deren Bedeutung nur zur Hälfte in den sachlichen Mitteilungen, zur anderen in den indirekten Andeutungen und in der Betonung bestimmter Wörter liegt (etwa „dieser“ im vorletzten Satz meines Vermerks).

Offenbar besonders wichtig war für Falin die von ihm ja auch am konkretesten angesprochene Frage des Kommunikationsstranges in sensitiven Angelegenheiten. Diese Frage kann ich nur an Sie so weitergeben, wie sie aufgeworfen wurde. Sie mag eine Rolle spielen, wenn ich – was er mir für relativ bald in Aussicht gestellt hat – Jakowlew spreche. Die Vorbehalte gegenüber der sowjetischen Botschaft in Bonn waren unverkennbar. Ob Falin auch eine Multiplizierung von Kanälen auf unserer Seite im Sinne hatte, kann ich nicht endgültig beurteilen. Bowin, ein Experte bei der Abhörung hustender Flöhe, mit dem ich am Vortage ein Gespräch führte, erzählte mir von einer Äußerung Teltschiks, demnächst die Sowjetunion besuchen zu wollen, und nahm leicht amüsiert zur Kenntnis, daß ich hierzu mangels Information nicht Stellung nahm. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Falin hiervon nichts gehört hätte.

¹³ Libysches Volksbüro.

¹⁴ Jürgen Hellner.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹ Privatdienstschreiben.

Hat Bundesminister Genscher am 2. November 1989 vorgelegen.

Nicht erlauben kann ich auch, wo bei der Ermunterung Falins, den Strang zu Gorbatschow über ihn und seinen Vorgesetzten Jakowlew, also den ZK-Apparat, zu nutzen, Schewardnadse bleibt. Hier liegt offenkundig ein Problem. Wollen Jakowlew und Falin mit Schewardnadse konkurrieren? Hier hineinzugeraten könnte wenigstens für Vertreter der amtlichen Diplomatie unbequem werden. Ich halte es aber auch für möglich, daß Schewardnadse als Mitglied der Perestroika-Kernmannschaft hier durchaus nicht ausgegrenzt werden soll, wohl aber sein Ministerium. Davon, daß Kwisinskij bald in dieses auf eine hohe Stelle zurückkehre, ist im Augenblick hier übrigens nichts mehr zu hören.

Auffallend war, daß Falin bei seinen Betrachtungen über erste und zweite Schritte überhaupt keine Zeitvorstellungen äußerte. Nicht die Verlagerung eines zweiten Schrittes in eine ganz ferne historische Perspektive schien ihm wichtig, sondern die Sequenz. Allerdings dürften die Bemerkungen zur Kultur der öffentlichen Meinung gerade auch in diesem Zusammenhang zu sehen sein. Diese öffentliche Meinung verkraftet die Qualität und Geschwindigkeit der Veränderungen nicht oder wenigstens nicht leicht; eine kritische Grenze kann erreicht werden. Illustriert wird dies, auf einem anderen Gebiet, durch die Feststellung Jakowlews gegenüber Willy Brandt, die Spitze der KPdSU habe nicht die geringsten Schwierigkeiten hinsichtlich eines engeren Verhältnisses zu den westlichen Sozialisten und Sozialdemokraten, ein solches Näherücken wäre aber heute noch dem Gros der Funktionäre und Mitglieder sehr schwer zu vermitteln; sorgfältiges Vorgehen sei daher am Platze.² Die Frage scheint mir erlaubt (wobei ich hoffe, das stereophonische Hören à la Falin nicht zu übertreiben), ob die sowjetische Führung im Augenblick eine schnellere Entwicklung der Dinge in Mitteleuropa (DDR!) nicht mehr ausschließt, sich deswegen nicht nur außenpolitische und strategische, sondern auch innenpolitische Sorgen macht und um der größtmöglichen Kontrolliertheit vielleicht unvermeidlicher Vorgänge willen eines ständigen verlässlichen Kommunikationsweges mit uns unterhalb der Begegnungen auf eigentlich politischer Ebene sicher sein möchte.

Mit meinen besten Grüßen
Ihr sehr ergebener Klaus Blech

[Anlage]

Moskau, den 29. Oktober 1989

Vermerk

Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Internationalen Sekretariat des ZK, Falin, am 26. Oktober 1989

² Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Brandt, besuchte die UdSSR vom 14. bis 17. Oktober 1989. Am 15. Oktober 1989 traf er mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, zu einem Abendessen zusammen. Botschafter Blech, Moskau, berichtete dazu am 19. Oktober 1989, bei dem Gespräch sei deutlich geworden, „daß die KPdSU vorsichtig, um die Masse des Funktionärskaders der Partei nicht zu überfordern, aber zielbewußt und entschlossen die Zusammenarbeit mit der SI ausweiten will. Jakowlew, von dem uns Angehörige des ZK-Sekretariats sagten, daß er inzwischen die Nr. 2 im Politbüro sei, spielt dabei eine wesentliche Rolle als Vordenker.“ Das Ziel sei es, „dem Konzept der ‚Erneuerung des Sozialismus‘ Gorbatschows Substanz zu verleihen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4320; Referat 213, Bd. 147146.

Für das Gespräch Brandts mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 17. Oktober 1989 in Moskau vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 10, Dok. 54. Vgl. ferner das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 51.

Am 26. Oktober d.J. stattete ich Falin einen ersten Besuch in seinem Büro ab. Auf eine entsprechende Andeutung seinerseits ließ ich mich nicht von einem Mitarbeiter begleiten. Anwesend war noch Portugalow. Die Sprache war Deutsch. Nach dem üblichen Austausch von Höflichkeiten stellte ich Falin die Frage, was er dem neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland für seine Arbeit mit auf den Weg geben wolle.

Falin begann mit zunächst sehr allgemeinen Ausführungen über den Prozeß der Veränderungen, der sich in der Sowjetunion, in ihrer Außenpolitik und damit in der gesamten internationalen Lage, insbesondere in Europa, vollzöge. Es komme auf die der Komplexitäten dieser Prozesse adäquate Analyse an; nur so sei zu erfassen, was in einer bestimmten Phase möglich sei und was nicht. Man müsse gerade jetzt „stereophonisch“ zu hören, „holographisch“ zu sehen verstehen, damit das Geschehen und die Prioritäten, nach denen es sich vollziehe, verstanden würden – das, was sich auf lange Sicht durchsetzen werde, und das, wo heute noch Unsicherheiten bestünden. Dann lasse sich auch begreifen, wo die Sowjetunion nicht nur parallel, sondern gemeinsam mit anderen gehen wolle. Das neue Vokabular der sowjetischen Politik, das Verhältnis von Wort und Tat (auch der gelegentliche Unterschied zwischen beiden), müsse richtig interpretiert werden. Die Antwort auf Fragen, die sich dabei stellten, sollte nicht immer in der Vergangenheit gesucht werden.

In diese in der Diktion eher philosophischen, aber beziehungsreichen Ausführungen schob Falin eine Bemerkung ein, die offenkundig direkt auf Haltungen und Tendenzen in der Bundesrepublik zur deutschen Frage gemünzt war. Bei der Komplexität der Prozesse wäre es gefährlich, wollte man den zweiten Schritt vor dem ersten versuchen. Jage man zwei Hasen zur gleichen Zeit, bekomme man am Ende vielleicht gar keinen.

Falin wurde dann expliziter: „Die Bundesrepublik Deutschland spielt in Europa eine besondere Rolle und wird sie auch in Zukunft spielen.“ Sie sei in Europa die größte „Potenz“, die Sowjetunion „perfekt“ zu verstehen. Die Gründe dafür seien mannigfaltig; er wolle auf sie jetzt nicht eingehen. Den Beziehungen Bundesrepublik–Sowjetunion komme eine „kreative“ Rolle zu; sie könnte allerdings positiv oder negativ, dynamisch oder bremsend sein. Kaum etwas in Europa könnte besser sein als das jeweilige deutsch-sowjetische Verhältnis. Ohne uns beide gebe es kein Europa. Das bedeute so etwas wie eine Vorausbestimmung, Vorprogrammierung oder Mission der Bundesrepublik Deutschland (Falin und Portugalow waren sich über die richtige Übersetzung des von jenem hier benutzten russischen Wortes nicht ganz einig).

An dieser Stelle gab mir Falin Gelegenheit zu einigen Bemerkungen. Über die Komplexität des Geschehens in der Sowjetunion seien wir uns durchaus im klaren. Wir – und dies sei oft von Verantwortlichen gesagt worden – sähen ihre historische Dimension. Im Grunde handle es sich um einen revolutionären Vorgang, die Geburt von etwas Neuem. Jede Geburt sei schmerzhaft, schwierig, „kritisch“. Bei einer Geburt sei aber niemand allein schon deshalb pessimistisch, weil sie so sei. Um pessimistisch zu sein, müsse schon einiges mehr dazukommen. Die Bundesregierung beteilige sich daher nicht an dem Pessimismus-Gerede, das in westlichen Medien in Gange sei. Es stütze sich auf objektive Schwierigkeiten in der Sowjetunion, aber auch – das müsse man sehen – auf gezieltes

Gerede, das aus der Sowjetunion selbst komme. Was Falin über unsere Fähigkeit des Verstehens im Hinblick auf die Sowjetunion gesagt habe, empfänden wir ähnlich, nicht nur als einen gleichsam taktischen Vorteil, sondern als eine politische Verantwortung unter nationalen wie europäischen Vorzeichen. Ich erinnerte mich lebhaft an einen Anlaß, wo der Bundesaußenminister Jahre, bevor Perestroika ein Thema gewesen sei, sich in diesem Sinne geäußert habe. Die Anspielung auf die zwei Hasen glaubte ich wohl verstanden zu haben. Natürlich stünden wir dazu, daß es eine der Lösung harrende deutsche Frage gebe. Genauso stünden wir aber auch zu der im Brief zur Deutschen Einheit³, dessen Genesis er, Falin, besser kenne als ich, ausgedrückten politischen Logik. Hic et nunc gehe es um die europäische Friedensordnung, in der später die Lösung unseres nationalen Problems möglich werde. Wenn der Bundesaußenminister davon spreche, daß die Geschichte ihre Angebote nicht zu wiederholen pflege, meine er genau dies: die Möglichkeit der Schaffung einer solchen Ordnung. Sie sei die konkrete Aufgabe. Die Äußerungen des Bundeskanzlers auf dem Bremer Parteitag der CDU hätten dem mit Gewißheit nicht widersprechen wollen; die sowjetische Reaktion sei insofern objektiv vielleicht etwas übersensibel gewesen.⁴ Jedenfalls sei es gut, daß dies mittlerweile ausgeräumt sei. Was er, Falin, über die Komplexität der Analyse, über die Notwendigkeit des „stereophonen Hörens“ gesagt habe, entspreche durchaus dem, wie ich meine Aufgabe sähe. Wie ich sie erfüllte, hänge aber wesentlich davon ab, wie ich Gelegenheit zu diesem Hören bekomme.

Falin wurde dann recht direkt mit der Frage, ob und in welchem Maße ich mich in der Lage sähe, das Bild unserer Haltung, wie es der obersten Führung übermittelt werde, autoritativ nahezubringen und, soweit es über andere Kanäle vermittelt werde, auch zu korrigieren (sic!). Dies auch im Bereich der Wirtschaft. In sehr vorsichtigen Worten deutete er an, daß er die Berichterstattung der sowjetischen Botschaft in Bonn und der sowjetischen Handelsvertretung nicht für ganz zuverlässig bzw. richtig motiviert halte. (Dies entspricht Andeutungen, die mir Portugalow schon vor längerer Zeit noch in Bonn mehrfach machte.) Ich könnte davon ausgehen, daß alles, was ich autoritativ mitzuteilen hätte – schriftlich (etwa als Non-paper), mündlich-förmlich oder auch nur als „lautes Denken“ –, die Spitze erreichen werde. Er stünde hierfür zur Verfügung, jederzeit jedenfalls Portugalow, der sein volles Vertrauen habe (dies zu demonstrieren, war offenbar dessen asymmetrische Hinzuziehung).

³ Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.

Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

⁴ Für den Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Kohl vom 11. September 1989 auf dem CDU-Parteitag, der vom 11. bis 13. September 1989 stattfand, vgl. 37. BUNDESPARTEITAG DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS, Niederschrift, hrsg. von der CDU Deutschlands, Bonn [1989], S. 17–35.

Zur sowjetischen Reaktion vgl. DIPLOMATIE, Dok. 3.

Ich antwortete mit dem Hinweis, daß ich nicht hier wäre ohne das Vertrauen meiner Regierung. Falins schweigende Reaktion machte deutlich, daß das nicht seiner Frage Genüge tat, daß er aber verstand, warum ich so und nicht anders zu antworten hatte. Ich wick dann auf die Wirtschaft aus; ich sähe mich durchaus imstande, meine persönliche Bekanntschaft mit vielen Wirtschaftsführern der ersten Garnitur dafür einzusetzen, daß sie und nicht nur irgendwelche Abteilungsleiter ihrer Unternehmen sich für die Sowjetunion interessierten.

Falin kam dann auf den Brief zur Deutschen Einheit zurück. Die in ihm angelegte Reihenfolge finde schon im Moskauer Vertrag⁵ selbst einen Ansatz, nämlich in dem von den wenigsten richtig, d.h. als Prinzip für ganz Europa, gelesenen Gewaltverzicht. Folgt man seiner Logik, wären wir alle in gewissem Sinne neutral, würden wir alle zu „Konföderierten“ – manche dann eben mehr, manche weniger. In dieser Richtung weiterzudenken, habe man schon 1971⁶ in Oreanda⁷ versucht; das sei auf sowjetischer wie deutscher Seite und von den Amerikanern torpediert worden (Anspielung auf Kissingers „Jahr Europas“ 1973⁸). Beim kurzen Besuch Gorbatschows in Bonn 1975⁹ sei über all diese Dinge schon gesprochen worden. Gorbatschow habe schon damals begonnen, über sie nachzudenken. Was er jetzt tue, sei daher eine seit langem wohlüberlegte Politik, kein Produkt des Augenblicks. Es sei wichtig, sich dessen bewußt zu sein.

In Zukunft – dies bezog sich hauptsächlich auf die Entwicklung innerhalb der Sowjetunion – werde noch vieles geschehen, manches auch anders als erwartet und gewünscht. In der Sowjetunion spiele die öffentliche Meinung jetzt eine stärkere Rolle als je; ihre politische Kultur sei aber noch nicht so ausgereift, wie sie es sein sollte. Dies habe man zu berücksichtigen, wenn durch innere Veränderungen und Änderungen der Außenpolitik Bedingungen für ein ganz neues Herangehen an die Probleme zu schaffen seien. Im Augenblick sei die beste Außenpolitik für die Sowjetunion eine gute Innenpolitik (d.h. die Bewältigung der inneren Schwierigkeiten im Sinne der Perestroika). Jeder von uns, d.h. jedes Volk, jeder Staat, sei nun einmal das, was er geworden sei. Durch „Balancieren“ der Eigenheiten müßten die Gemeinsamkeiten hergestellt werden, die angesichts der objektiven Gefahren für die Zivilisation, etwa im ökologischen Bereich, für alle lebensnotwendig seien.

Die in den nächsten Monaten fälligen Wahlen in der Sowjetunion (Republiken, Regionen) würden einige Überraschungen bringen, vor allem für die Partei selbst. Sie werde sie hinzunehmen haben, und sie werde sie hinnehmen.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

⁶ Korrigiert aus: „1972“.

⁷ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Oreanda auf. Vgl. dazu AAPD 1971, II, Dok. 310, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.

⁸ Am 23. April 1973 hielt der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, auf dem Jahresessen der „Associated Press“ in New York eine Rede, in der er 1973 zum „Jahr Europas“ ausrief. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 118.

⁹ Die Wörter „Bonn 1975“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nahm vom 6. bis 13. Mai 1975 auf Einladung der DKP an Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Kriegsendes teil.

Abschließend kam Falin nochmals auf meine Arbeit zu sprechen. Für seine Seite stehe deren Beginn unter den Vorzeichen zweier bis zur Spitze bekannter Tatsachen: meiner Mitwirkung an den Verhandlungen über die KSZE-Schlußakte¹⁰ und meiner Verbindung als Chef des Präsidialamtes mit dem Bundespräsidenten. „Dieser Mann hat das volle Vertrauen des Generalsekretärs – und das zu Recht.“

Das Gespräch wurde nach einer knappen Stunde wegen eines anderen Termins Falins beendet.

Blech

Referat 010, Bd. 178924

340

Rundschreiben des Auswärtigen Amts

410-424.00

31. Oktober 1989¹

412-424.01/10-4

Betr.: Wirtschafts- und Währungsunion (WWU);
hier: Problempapier zu politisch-institutionellen Fragen

Anlg.: 1

Der Entwurf des Problempapiers ist in der Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt am 26. Oktober 1989 abschließend durchgesprochen worden. Die beigelegte Neufassung enthält die Formulierungen, die in der Ressortbesprechung vereinbart worden sind, und greift in dem neu formulierten Abschnitt zur Rolle des Europäischen Parlaments die in der Ressortbesprechung von mehreren Seiten geäußerten Überlegungen sowie das dort erzielte inhaltliche Einvernehmen auf.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹ Das Rundschreiben wurde an das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien der Finanzen bzw. für Wirtschaft und die Bundesbank sowie nachrichtlich an die Bundesministerien des Innern bzw. der Justiz übermittelt.

Die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Kudlich und Schönfelder legten das Rundschreiben vor Abgang Ministerialdirigent Trumpf und Ministerialdirektor Jelonek „mit der Bitte um Zustimmung“ vor. Dazu vermerkten sie: „Das Papier enthält in den Abschnitten Beschlußverfahren im Rat und Rolle des EP je zwei Alternativen, weil im Ressortkreis Einvernehmen nicht erzielt werden konnte. Dabei wird jeweils die erste Alternative von AA und Bundesbank vertreten, die zweite von BMF und BMWi. Zur Frage der Zusammensetzung und Stimmgewichtung in den EZBS-Gremien gibt es ebenfalls Alternativformulierungen. Die Bundesbank spricht sich darin – auf Weisung von Vizepräsident Schlesinger – für die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten aus. AA hätte dagegen keine sachlichen Bedenken, hält die Nichtberücksichtigung des wirtschaftlichen Gewichts der Bundesrepublik Deutschland (innenpolitisch) aber letztlich nicht für durchsetzbar.“
Hat Trumpf und Jelonek am 31. Oktober 1989 vorgelegen.
Hat Kudlich am 3. November 1989 erneut vorgelegen.

Falls dennoch einzelne Textänderungen gewünscht werden, bitte ich dies dem Auswärtigen Amt (Referat 410) bis spätestens Donnerstag, den 2. November 1989, Dienstschluß, mitzuteilen.

Das Papier wird sodann, wie in der Ressortbesprechung im BMF am 14. September 1989 vereinbart, dem BMF zugeleitet werden.

Im Auftrag
Kudlich Schönfelder²

[Anlage]³

Politisch-institutionelle Fragen bei der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Vorbemerkung

Die nachstehenden Ausführungen behandeln den Endzustand der WWU. Der ER Madrid⁴ hat festgelegt, daß die sich an die erste Stufe anschließenden Stufen Gegenstand einer Regierungskonferenz sein werden. Wenn es Zwischenstufen geben sollte, werden also auch diese in dem Vertrag über die WWU zu regeln sein.⁵

Für den Stufenprozeß werden darin jeweils

- qualitative Kriterien zu definieren sein, die erfüllt werden müssen, bevor der Übergang in die nächste Stufe erfolgen kann. Dabei sollte jeweils eine Bestandsaufnahme darüber vorgesehen werden, ob und wo Nachholbedarf im Sinne der Parallelität von wirtschaftlicher und monetärer Konvergenz gegeben ist und welche Maßnahmen hierzu eingeleitet werden müssen;
- Verfahren festzulegen sein, nach denen – ohne neuerliche Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten – die Erfüllung der Kriterien festgestellt und der Übergang in die folgende Stufe vollzogen wird.

Die institutionelle Ausgestaltung von Zwischenstufen würde von deren Inhalt abhängen. Das Endziel sowie die Kriterien für einen Stufenprozeß müssen von Beginn an so klar und eindeutig festgelegt sein, daß das Erreichen des Ziels auf keiner Stufe in Frage gestellt werden kann.

Allgemeiner politischer und institutioneller Rahmen

1) In der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)⁶ haben die zwölf Mitgliedstaaten ihren Entschluß bekräftigt, die Gesamtheit ihrer Beziehungen in eine Europäische Union umzuwandeln. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam zu konkreten Fortschritten auf diesem Wege beizutragen.

Die institutionelle Ausgestaltung der WWU und die damit zusammenhängende Übertragung nationaler Kompetenzen auf gemeinschaftliche Institutionen muß in der Perspektive dieser politischen Finalität erfolgen.

² Paraphen.

³ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich handschriftlich: „Von AA am 3.11.89 bei AL-Besprechung im BMF verteilt.“

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die WWU ist in sachlichem Zusammenhang mit dem Ziel der Europäischen Union zu sehen. Dies wird bei der Erörterung der für die WWU notwendigen institutionellen Anpassungen mit erwogen werden müssen.“

⁶ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

Das Verfahren für institutionelle Veränderungen im Wirtschafts- und Währungsbereich ist in dem (durch die EEA eingefügten) Artikel 102a EWG-V⁷ angesprochen; danach findet Artikel 236 EWG-V⁸ (Vertragsänderung) Anwendung.

2) Organe der EG waren bisher das Europäische Parlament (EP), der Rat, die Kommission und der Europäische Gerichtshof. Die EEA (Artikel 2) hat daneben dem Europäischen Rat eine vertragsrechtliche Grundlage gegeben.

Für die WWU schlägt der Delors-Bericht⁹ (Ziffer 31¹⁰) eine neue monetäre Institution vor. Auf wirtschaftlichem Gebiet sei ein institutioneller Rahmen bereits mit dem Römischen Vertrag geschaffen worden. Hier sei eine gewisse Umstrukturierung der bestehenden Gemeinschaftsgremien und eine angemessene Kompetenzübertragung auf die Gemeinschaftsebene erforderlich (Ziffern 31, 33 Absatz 1).

3) Im Zusammenhang mit der Übertragung weiterer Kompetenzen von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft stellt sich die Frage nach dem richtigen Ausmaß solcher Kompetenzübertragungen. Der Delors-Bericht (Ziffer 20) erwähnt hier als Leitlinie das „Subsidiaritätsprinzip“, wonach die Kompetenzen der höheren Regierungsebenen möglichst begrenzt bleiben und gegenüber denen der niedrigeren Ebenen hilfsweisen Charakter haben sollten.

Dem ist zuzustimmen.

Der Subsidiaritätsgedanke findet sich schon an einigen Stellen des EWG-V (in der Fassung der EEA): Mindestvorschriften zum Arbeitsschutz (Artikel 118a¹¹) und zum Umweltschutz (Artikel 130t¹²); in Artikel 130r Absatz 4¹³ (Umweltpolitik) ist er ausdrücklich erwähnt.

Aus deutscher Sicht sollten der Gemeinschaft in der WWU nur die Befugnisse übertragen werden, die für ein gutes gesamtheitliches Funktionieren erforderlich sind; dabei kann der Grad der Subsidiarität je nach Bereich unterschiedlich sein.

4) Es stellt sich weiterhin die Frage, auf welche Weise die zur Verwirklichung der WWU notwendigen Entscheidungen zustande kommen sollen:

- Ist es möglich und empfehlenswert, durch Einzelregelungen schon im Vertrag abschließend festzulegen, wo die Grenzen der Gemeinschaftszuständigkeit liegen?

⁷ Mit Artikel 20 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 102a hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1108.

⁸ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

⁹ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Ziffern beziehen sich auf den Delors-Bericht.“

¹¹ Mit Artikel 21 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 118a hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1108.

¹² Mit Artikel 25 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 130t hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1111.

¹³ Mit Artikel 25 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 130r hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1110.

Wenn diese Frage zu verneinen ist:

- Kann der festgelegte Rahmen der Gemeinschaftszuständigkeit später ohne ratifikationsbedürftige Vertragsänderungen, aber unter Mitwirkung aller Mitgliedstaaten, ggf. an die Entwicklung angepaßt werden?

Grundsätzlich wird auch auf die WWU das System der begrenzten Ermächtigung anzuwenden sein. Je nachdem, wie präzise der Zielkatalog der WWU gefaßt wird und wie weit die Einzelermächtigungen reichen, könnte die Lösung einer funktionsadäquaten Ermächtigung und einem entsprechenden Verfahren überlassen werden.

Zu der Frage, ob neue Institutionen erforderlich sind, wird für Wirtschaftsunion und Währungsunion gesondert Stellung genommen. Während die Errichtung des EZBS¹⁴ im Vertrag festzulegen wäre, sollte die Gemeinschaft für die übrigen Bereiche die Befugnis zur Errichtung Oberer Gemeinschaftsbehörden erhalten.

Wirtschaftsunion

Vorbemerkung

Der Delors-Bericht (Ziffer 33 Absatz 1) hält es auf wirtschaftlichem Gebiet nicht für erforderlich, ein neues Gemeinschaftsorgan zu schaffen; dem ist im Prinzip zuzustimmen. Bei der Zuweisung weiterer Kompetenzen an die Gemeinschaft stellt sich die grundsätzliche Frage,

- ob die derzeitige Stellung der Organe im Beschlußverfahren der Gemeinschaft gewahrt werden muß oder
- ob die ziel- und aufgabengerechte Wahrnehmung der neuen Kompetenzen eine Neuordnung des Verhältnisses der Organe zueinander erforderlich werden läßt.

Im letzteren Falle wird die institutionelle Ausgestaltung der Wirtschaftsunion institutionelle Anpassungen auch in anderen Teilen des EWG-Vertrages mit sich bringen müssen. Dabei wird ein neues Gleichgewicht zu suchen sein, das vor allem auch die effiziente Arbeit in der Gemeinschaft sicherstellt.

I. Zur Rolle des Rates

Im Bereich der Wirtschaftspolitik weist der Vertrag der Gemeinschaft nur die Befugnis zur Koordinierung mitgliedstaatlicher Maßnahmen im Rahmen eines unverbindlichen Verfahrens zu; lediglich für den Bereich der Konjunkturpolitik gilt gemäß Art. 103 EWG-V eine Ausnahme. Die Sektoren Agrar-, Verkehrs- und Außenhandelspolitik sind Zuständigkeit der Gemeinschaft.

Nach dem Delors-Bericht soll der Rat in der Endphase für den gesamten Bereich der Wirtschaftspolitik Beschlußhoheit erhalten, die er „in Zusammenarbeit mit dem EP“ auszuüben hat. Leitlinien im Bereich der makroökonomischen Politik soll der Rat mit Mehrheit verabschieden können (Ziffer 59 Absatz 3).

Zur deutschen Position:

Soweit der Gemeinschaft neue Befugnisse im Bereich der Wirtschaftspolitik übertragen werden, soll die Beschlußhoheit beim Rat liegen (zur Beteiligung des EP siehe unten).

¹⁴ Europäisches Zentralbanksystem.

Alternative 1

(Der Rat sollte dabei im gesamten ggf. auf die Gemeinschaft übertragenen Bereich der Wirtschaftsunion ausnahmslos mit qualifizierter Mehrheit (Artikel 148 Absatz 2 EWG-V) entscheiden, d.h. in allen vier Teilbereichen, die der Delors-Bericht nennt:

- Binnenmarkt,
- Wettbewerbspolitik,
- Strukturpolitik,
- makroökonomische Politiken.)

Alternative 2

(Die im Vertrag festzulegenden Entscheidungsverfahren im Rat richten sich nach Bedeutung und Besonderheit des jeweiligen Politikbereichs.)

II. Zur Rolle des Europäischen Parlaments

1) Im Titel II „Die Wirtschaftspolitik“ des EWG-Vertrags kommt das Europäische Parlament (EP) nicht vor. Der Delors-Bericht spricht sich dagegen eindeutig für die Stärkung der Rechte des EP aus (Ziffern 31, 56 (1), 59 (3)).

2) Traditionelle deutsche Haltung ist es, die Rechte des EP zu stärken. In der Regierungskonferenz von 1985 zur Ausarbeitung der EEA¹⁵ ist die Bundesregierung als erste Delegation mit einer Initiative zur Erweiterung der Befugnisse des EP hervorgetreten. Nach amtlichen deutschen Erklärungen muß der nächste deutliche Schritt in dieser Richtung vor der nächsten EP-Wahl (Mitte 1994)¹⁶ erfolgen. Die deutsche Position für die Wirtschaftsunion darf deshalb nicht hinter dem Delors-Bericht zurückbleiben. Im Falle der Übertragung entsprechender Befugnisse auf die EG ist das EP an der Formulierung von Regeln und wirtschaftspolitischen Zielen angemessen zu beteiligen.

3) Bei der Wahl des Beteiligungsverfahrens sind nebeneinander zwei Ziele zu verfolgen:

- Es muß ein glaubwürdiges demokratisches Verfahren sein;
- es muß sichergestellt sein, daß Beschlüsse gefaßt werden.

Der EWG-Vertrag in seiner jetzigen Form kennt drei Verfahrensarten für die Beteiligung des EP:

- die Anhörung,
- das Verfahren der Zusammenarbeit (Artikel 149 Absatz 2¹⁷),
- das Verfahren der Zustimmung des EP (Artikel 237, 238¹⁸).

Die Anhörung als schwächste Form der EP-Beteiligung bliebe hinter den Formulierungen des Delors-Berichts zurück und wäre deshalb für die Wirtschaftsunion

¹⁵ Die Regierungskonferenz für eine Europäische Union wurde am 9. September 1985 in Luxemburg eröffnet.

¹⁶ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 9. bis 12. Juni 1994 statt.

¹⁷ Mit Artikel 7 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde Artikel 149 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

¹⁸ Mit Artikel 8 bzw. Artikel 9 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurden Artikel 237 und 238 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

unzureichend. Beim Verfahren der Zusammenarbeit braucht der Rat – Einstimmigkeit vorausgesetzt – die Auffassungen des EP nicht zu berücksichtigen; das EP hat also eine wesentlich schwächere Stellung. Andererseits können Änderungswünsche des EP Beschlüsse des Rates verhindern, wenn dieser nicht zur Einstimmigkeit findet. Darin liegt die Gefahr der Selbstblockierung des Gesetzgebers.

Das Verfahren der Zustimmung gibt dem EP zwar insofern eine ebenso starke Stellung wie dem Rat, als ein Ratsbeschluß nicht ohne gleichlautenden Beschluß des EP wirksam wird. Das EP hat jedoch – bei der in Artikel 237 und 238 verwendeten Konstruktion – keinen Einfluß auf den Inhalt des Beschlusses. Auch ist hier die Gefahr besonders groß, daß kein Beschluß zustande kommt.

Alternative 1

(Deshalb sollte für die Wirtschaftsunion ein Verfahren entwickelt werden, das eine gleichberechtigte Mitentscheidung von Rat und EP vorsieht, beiden Einfluß auf die Ausgestaltung des Beschlußinhalts einräumt und am Ende des Verfahrens Vorkehrungen trifft, um eine gegenseitige Blockierung von Rat und EP zu vermeiden. Ein Modell dafür könnte der Vermittlungsausschuß sein, wie ihn Artikel 77 GG¹⁹ auch für Zustimmungsgesetze kennt.)

Alternative 2

(Auch für Beschlüsse im Bereich der Wirtschaftsunion sollte das Verfahren der Zusammenarbeit nach Artikel 149 Absatz 2 EWG-V eingeführt werden.)

4) Wenn im Rahmen der Wirtschaftsunion die Beteiligung des EP, wie in Ziffer 3 vorgeschlagen, eingeführt wird, muß darauf geachtet werden, daß die institutionelle Struktur der Gemeinschaft in sich ausgewogen bleibt. Deshalb wird diese Beteiligungsform auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden müssen – nicht nur dort, wo es sich um Teilbereiche der Wirtschaftsunion handelt (z. B. Wettbewerbsregeln, Strukturpolitik, (Folgebeschlüsse im Binnenmarkt)²⁰, sondern in allen Bereichen, die in die Gemeinschaftszuständigkeit übergeführt sind (z. B. Landwirtschaft, Verkehr) oder noch werden.

5) Dem EP sollte in weitem Umfang das Recht eingeräumt werden, periodisch über die Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele durch die Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene unterrichtet zu werden.

III. Zur Rolle der Europäischen Kommission

1) Initiativrecht

Für die (kurzfristige) Konjunkturpolitik der Gemeinschaft hat die KOM das Initiativrecht (Artikel 103 Absätze 2 und 3 EWG-V). Sie sollte es auch in den übrigen Bereichen der Wirtschaftspolitik erhalten. Es ist zu prüfen, ob und inwieweit im Rahmen einer eventuellen Anpassung der institutionellen Strukturen der Gemeinschaft auch anderen Gemeinschaftsorganen Initiativrechte übertragen werden sollten.

¹⁹ Für den Wortlaut von Artikel 77 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 10.

Artikel 77 wurde durch das Achtzehnte Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 15. November 1968 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 1177.

²⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vorbehalt für den Fall, daß in anderen Bereichen der Wirtschaftsunion ein Verfahren der Mitentscheidung von Rat und EP eingeführt wird (Ziffer 3, Alternative 1).“

Wenn (über Artikel 103 Absatz 3 hinaus) entsprechend Ziffer 56 Absatz 4 der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, stellt sich die Frage, ob in diesen Bereichen, die sich aus der bloßen Koordinierung mitgliedstaatlicher Wirtschaftspolitiken zur Formulierung einer gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik entwickelt haben, auch Artikel 149 Absatz 1 EWG-V gelten soll – oder ob dies der KOM nicht nur gegenüber dem Rat, sondern auch im Vergleich mit dem EP eine zu starke Stellung geben würde.

2) Kontroll- und Sanktionsrechte (Ziffer 33 Absatz 2, zweiter Anstrich)

Die Aufgabe, über die Einhaltung von Gemeinschaftsrecht zu wachen, folgt schon aus Artikel 152, erster Anstrich EWG-V. Für die einzelnen Bereiche wird zu untersuchen sein, welche Sanktionsmittel in Abhängigkeit vom Grad der Verbindlichkeit der jeweiligen Beschlüsse in Frage kommen:

- Befassung des EuGH, u.U. nach dem vereinfachten Verfahren von Artikel 93 oder Artikel 100 a Absatz 4, dritter Unterabsatz EWG-V²¹,
- Vorschläge an den Rat,
- unmittelbare Zwangsmittel (z.B. Aussetzung von Zahlungen aus dem Gemeinschaftshaushalt).

3) Exekutivbefugnisse

Entsprechend Ziffer 33 Absatz 2 erster Anstrich sollten die Mitgliedstaaten und die Kommission in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen für die Umsetzung auf Gemeinschaftsebene getroffener wirtschaftspolitischer Entscheidungen sorgen.

Währungsunion

Das Europäische Zentralbanksystem sollte von politischen Weisungen unabhängig sowie föderal strukturiert und organisiert sein. Es sollte vorrangig auf die Wahrung der Geldwertstabilität verpflichtet sein.

1) Nach dem Delors-Bericht ist eine Übertragung von Entscheidungsbefugnissen von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaftsebene in erster Linie in den Bereichen der Geldpolitik sowie der Koordinierung der makroökonomischen Politiken notwendig (Ziffer 32).

Eine Währungsunion erfordert eine auf die Geldwertstabilität als vorrangiges Ziel verpflichtete gemeinsame Geldpolitik. Für deren Formulierung muß ein einziges, von politischen Weisungen unabhängiges Entscheidungsgremium zuständig sein (Ziffern 19, 24 und 32), ein Europäisches Zentralbanksystem (EZBS).

2) Die Schaffung eines EZBS wirft zahlreiche Fragen auf (vgl. im einzelnen Fragenkatalog der Bundesbank vom September 1989²²).

Bereits die Übertragung geldpolitischer Befugnisse auf ein EZBS macht eine Änderung des Bundesbankgesetzes²³ (§3 und §§14ff.) notwendig. Die Übertragung des Notenausgabemonopols und der Befugnis zur Währungssteuerung auf ein

²¹ Mit Artikel 18 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 100 a hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1108.

²² Bundesbankpräsident Pöhl übersandte Bundeskanzler Kohl, Bundesminister Genscher und Bundesminister Waigel am 13. September 1989 einen Katalog mit Fragen zur Errichtung einer Europäischen Zentralbank. Für das Schreiben an Genscher und den Fragenkatalog vgl. Referat 412, Bd. 168733.

²³ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 26. Juli 1957 über die Deutsche Bundesbank vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 745–755.

EZBS wirft die Frage der Notwendigkeit einer Änderung von Art. 88 GG²⁴ auf („Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank“).

3) Unter politisch-institutionellen Aspekten sind

- Mandat und Funktion,
- währungspolitische Befugnisse,
- Struktur und Organisation,
- Status,
- Sitz

eines EZBS besonders wichtig. Die deutsche Position sollte sich an folgenden Grundlinien orientieren:

Mandat und Funktion

Das EZBS ist der Preisstabilität verpflichtet. Dieses Ziel hat Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen.

Das EZBS hat den Geldumlauf und die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft zu regeln und wirkt bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs in der Gemeinschaft und gegenüber Drittländern mit. Außerdem ist es zuständig für (die Wechselkurspolitik und) die Verwaltung der Währungsreserven (vgl. Ziffer 37 und 60).²⁵

Das EZBS unterstützt, unter Wahrung seiner primären Aufgabe, die auf Gemeinschaftsebene festgelegte allgemeine Wirtschaftspolitik und berät insoweit die zuständigen Organe.

Der Präsident des EZBS wird eingeladen, an den Sitzungen des Ministerrats in Angelegenheiten von währungspolitischer Bedeutung teilzunehmen.

Der Vorsitzende des Ministerrats (und ein Vertreter der Kommission) kann ohne Antrags- und Stimmrecht an den Sitzungen des Gouverneursrats des EZBS teilnehmen. Beschlüsse des Gouverneursrats sind auf ihr Verlangen bis zu ... Wochen auszusetzen.

Das EZBS sollte vor dem Erlass bankaufsichtsrechtlicher Normen und bei Grundsatzzfragen ihrer praktischen Durchführung beteiligt werden, im übrigen sollten bankaufsichtsrechtliche Kompetenzen im nationalen Bereich verbleiben (vgl. Ziffer 32).

Währungspolitische Befugnisse

Das EZBS erhält das erforderliche marktwirtschaftliche Instrumentarium zur Steuerung der Geldpolitik der Gemeinschaft und zur Kontrolle der Geldmenge unter Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Notwendigkeiten.

Kredite an öffentliche Stellen dürfen nicht gewährt werden.

Struktur und Organisation

Das EZBS ist föderal strukturiert. Es umfaßt eine Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken. Es hat einen Gouverneursrat (Beschlußgremium) und ein Direktorium (Exekutivorgan).

²⁴ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 12.

²⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Übertragung der Währungsreserven bedarf einer besonderen Regelung.“

Die Mitglieder des Direktoriums gehören dem Gouverneursrat an.

Die Präsidenten der nationalen Zentralbanken sind ex officio Mitglied im Gouverneursrat.

Alternative 1

(Das Stimmrecht im Gouverneursrat ist gewichtet entsprechend dem Anteil des jeweiligen nationalen BSP am EG-BSP.)

Alternative 2

(Jedes Mitglied im Gouverneursrat hat eine Stimme.)

Die Abstimmung erfolgt mit (einfacher) Mehrheit (evtl. Rückfallposition: Gewichtung entsprechend Art. 148 EWG-V, Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, Stichwort: Sperrminorität).

Dem Direktorium gehören (maximal 5 (7) Mitglieder an) (je ein Vertreter der Mitgliedstaaten der WWU an). Die Mitglieder des Direktoriums haben Sitz und Stimme im Gouverneursrat.

Der Vorsitzende des Direktoriums ist gleichzeitig Vorsitzender des Gouverneursrats.

Unabhängigkeit

Das EZBS ist bei der Ausübung seiner Befugnisse unabhängig von Weisungen der nationalen Regierungen und der Gemeinschaftsorgane. Voraussetzung dafür ist die Unabhängigkeit der jeweiligen nationalen Zentralbanken von Weisungen politischer Stellen auf nationaler wie gemeinschaftlicher Ebene. Die Mitglieder des Gouverneursrats und des Direktoriums üben ihre Tätigkeit in eigener Verantwortung aus und sind nur ihrer Institution verpflichtet.

Die Mitglieder des Direktoriums müssen die erforderliche Qualifikation und die Staatsangehörigkeit eines EG-Mitgliedstaates besitzen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf acht Jahre bestellt.

Das EZBS legt jährlich sowohl dem Europäischen Parlament wie auch dem Europäischen Rat einen Bericht vor.

Sowohl das Europäische Parlament wie auch der Europäische Rat können den Präsidenten des EZBS anhören.

Sitz

Die EZB hat ihren Sitz in Frankfurt/Main.

Externe Zuständigkeit

Die externe Zuständigkeit der Gemeinschaft ergibt sich aus der Verteilung der inneren Zuständigkeit. In den Bereichen, in denen nach Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion die Zuständigkeit von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft übergegangen ist (wie bereits jetzt z.B. im Bereich der Außenhandelspolitik), vertreten die zuständigen Organe der Gemeinschaft die Mitgliedsländer international.

Die Gemeinschaft wird nach Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion – soweit dies nicht bereits der Fall ist – Mitglied in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen werden und stimmt dort entsprechend der Zahl der Stimmen der Mitgliedstaaten für diese insgesamt ab.

Referat 410, Bd. 160933

341

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner

431-464.75-922/89 geheim

31. Oktober 1989¹Über Dg⁴³², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Trägertechnologie-Regime (TTR);
hier: Einbeziehung der restlichen EG- und ESA-MS

Anlg.: 1 (4. Kopie 431-493.15-165/87 geheim)⁵

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung

1) Seit 16. April 1987 wenden D, GB, F, I, J, KAN und USA ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an.⁶ Ziel ist es, die Ausfuhr von unbemannten Flugkörpern, die als Träger nuklearer Sprengköpfe geeignet sind, sowie von Komponenten und Technologien zur Herstellung solcher Träger (Mindestnutzlast 500kg, Mindestreichweite 300km) zu kontrollieren. Das daraus entstandene Kontrollsystem hat sich nach Auffassung der TTR-Partner im großen und ganzen bewährt. Um seine Wirksamkeit zu steigern, ist es erforderlich, daß möglichst alle Staaten, die die Möglichkeit haben, nuklearwaffenfähige Trägertechnologie weiterzugeben, dem TTR beitreten.

2) Deswegen und wegen der möglichen Kollisionen von nationalen Maßnahmen der TT-Ausfuhrkontrolle mit Regelungen über den freien Technologietransfer innerhalb des EG-Binnenmarktes (Wegfall der Binnengrenzen) und der ESA hat sich die Bundesregierung stets für eine vorrangige Einbeziehung der restlichen EG-MS und zugleich bzw. anschließend der restlichen ESA-MS eingesetzt.

Darüber besteht im Kreis der TTR-Partner inzwischen Einigkeit, nur das Vorgehen ist noch umstritten.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationssekretär Soos konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Pabsch Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 31. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 31. Oktober 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Jelonek vermerkte: „[1] Ich bin mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden, das aber vor Einleitung mit den Ressorts abzustimmen ist. [2] Der Anmerkung von D4 betr[effend] Japan ist nachzugehen. (Wer könnte/sollte ggf. mit Japan sprechen?) [3] Schließlich Frage: Ist daran gedacht, die Kommission zu informieren? [4] Müssen oder sollten wir den Ausw[ärtigen] Ausschuß zu gegebener Zeit von uns aus unterrichten?“ Vgl. Anm. 11.

Hat Jelonek am 2. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 „z[ur] weiteren V[er]anlassung“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 2. November 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Gerlach vermerkte: „Können Sie das anleiern bitte.“

Ferner vermerkte Wagner zu Punkt 1) der Bemerkungen Lautenschlagers: „Ja!“ Zu Punkt 2): „UK.“ Zu Punkt 3): „KOM bei EPZ dabei.“ Zu Punkt 4): „Ja, wenn EG-MS zum Beitritt gebeten werden.“

Hat Legationssekretär Soos am 8. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für das Aide-mémoire vom 4. März 1987 vgl. Referat 431, Bd. 160653.

⁶ Zum Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie vgl. AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

3) Als größtes Hindernis wird die Existenz des geheimen Aide-mémoire (AM) angesehen, das neben den Richtlinien und der Technischen Liste ein funktionaler Bestandteil des TTR ist. Darin wird bestimmt:

- keine Exportkontrollen zwischen den TTR-Partnern;
- Vorrang der Verpflichtungen aus den EG-Verträgen, dem ESA-Vertrag⁷ („EG- bzw. ESA-Privileg“) und dem NATO-Bündnis, d.h. insoweit keine Einschränkung und Kontrollen nach dem TTR;
- reziprokes Informationssystem über Ablehnungen bzw. Exportabsichten im TTR-Bereich, um wirtschaftliche Wettbewerbsverzerrungen auszuschließen.

4) Inzwischen haben die TTR-Partner, mit Ausnahme Japans, die Notwendigkeit anerkannt, das AM allen EG-Staaten gleichzeitig offenzulegen. Ob und wie das AM danach geändert werden müßte bzw. der Grad der Öffentlichkeit eines künftigen AM ist noch nicht geklärt. Die europäischen TTR-Partner haben sich auf der Grundlage eines britischen Entwurfs über die Grundzüge eines neuen AM bereits geeinigt. Es soll unter Beibehaltung der wesentlichen Elemente des ursprünglichen offen eingestuft werden. Lediglich die Aussage, daß die Verpflichtungen der Regierungen aus internationalen Verträgen unberührt bleiben, soll in einer geheimen „additional note“ konkretisiert werden, d.h., daß es sich dabei um die EG-Verträge, den ESA-Vertrag und das Atlantische Bündnis⁸ handelt.

5) Da auch innerhalb der ESA wegen des dort geltenden Prinzips des „free flow of technology“ die Problematik vergleichbar ist, wäre es zweckmäßig, in gleicher Weise auch an die restlichen ESA-Staaten heranzutreten. Allerdings haben sich die USA dazu, im Gegensatz zu der Einbeziehung der EG-MS (Vizepräsident Quayle hat sie öffentlich zum Beitritt eingeladen, vgl. Financial Times vom 6.10.1989⁹), noch nicht eindeutig geäußert.

6) Die nächste Gelegenheit, Fortschritte in dem Bereich der Erweiterung des TTR zu erreichen, könnte sich bei einem Treffen der sieben TTR-Partner am 4. Dezember 1989 in London ergeben.¹⁰ Der Termin wurde von GB vorgeschlagen. Die USA und wir wären zur Teilnahme bereit. Reaktionen der anderen liegen uns jedoch noch nicht vor.

7) Um den Widerstand Japans¹¹ gegen eine Offenlegung des AM zu überwinden, wäre es wichtig, daß die restlichen Sechs ihren Wunsch deutlich machen.

a) Die Bundesregierung könnte im Vorfeld des Treffens in einem Non-paper darauf hinweisen, daß die Verpflichtungen aus dem TTR mit Vollendung des Binnenmarktes für die EG-MS nicht mehr einzuhalten sind.

⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 30. Mai 1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1862–1904.

⁸ Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

⁹ Vgl. dazu den Artikel „EC urged to join in missile accord“, FINANCIAL TIMES vom 6. Oktober 1989, S. 1 und 28.

¹⁰ Das Treffen der am Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie teilnehmenden Staaten fand am 5./6. Dezember 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 403.

¹¹ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Man hat wohl mit den Japanern noch nicht intensiv genug gesprochen!“ Vgl. Anm. 4.

Auch wenn theoretisch nach dem EWG-V¹² Kontrollmöglichkeiten bestehen, wären sie faktisch wegen des „Wegfalls der Schlagbäume“ nicht umsetzbar. Der einzige Ausweg wäre ein Beitritt der restlichen EG-MS, was wiederum nur durch gleichzeitige Offenlegung des AM an alle zu erreichen ist.

Die Existenz des AM ist in der EG teilweise schon bekannt (NL und B wurden von D mit Einverständnis der anderen TTR-Partner bereits ausführlich unterrichtet); der Eindruck eines „Zwei-Klassen-Systems“ würde andere EG-MS vom Beitritt abhalten.

b) Zugleich kann darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Problematik bereits jetzt für die ESA gilt und somit auch hier Handlungsbedarf besteht. Die Bundesregierung würde daher die gleichzeitige Einbeziehung der ESA-Staaten vorschlagen.

c) Innerhalb der Bundesregierung ist aufgrund der bisherigen Gespräche mit der Zustimmung der anderen Ressorts¹³ zu rechnen.

8) Es wird um Zustimmung zu 7 a), b)¹⁴ gebeten.

Wagner

Referat 431, Bd. 160653

342

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und Ministerpräsident Rocard

VS-NfD

3. November 1989¹

III. Gespräch mit dem Präsidenten im Beisein des Premierministers am 3. November 1989, 9.20–9.55 Uhr²

Teilnehmer: Der Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann, VLR I Bitterlich, Dolmetscherin;

Staatspräsident Mitterrand, PM Rocard, J. Attali, Mme Guigou, Ph. Petit, Dolmetscherin.

Wesentliche Themen:

- Drogenbekämpfung im EG-Rahmen,
- Asylpolitik,

¹² Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

¹³ Die Wörter „Zustimmung der anderen Ressorts“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese ist aber herbeizuführen!“

¹⁴ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „+ c?“.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 7. November 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt,

- Schengen (Sichtvermerksbefreiung für Ungarn),
- Vorbereitung gemeinsamer Pressekonferenz (einschließlich Sprachregelung für Airbus).

Im wesentlichen ist festzuhalten:

Der *Bundeskanzler* spricht zunächst die Drogenbekämpfung an und verweist darauf, daß die Bundesregierung in der vergangenen Woche im Kabinett eine umfassende Diskussion geführt und im Bundestag Vorschläge für das weitere Vorgehen erläutert habe³. Er nimmt Bezug auf das Schreiben des französischen Staatspräsidenten vom 9. Oktober 1989 und stimmt der darin enthaltenen Ausrichtung auf eine wesentliche Verstärkung der Zusammenarbeit im EG-Rahmen zu.⁴ Er halte es für wichtig, daß der ER in Straßburg⁵ die Grundausrichtung für das weitere Vorgehen festlege.

Der Bundeskanzler verweist darauf, daß unsere Beobachtungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Drogenproblematik deprimierend seien. Verkauf und Verteilung von Drogen gingen einher mit einer neuen Art von Kriminalität, mit der die Polizei bisher kaum zurechtkomme. Er sei bereit, alle Vorschläge zu unterstützen, die zu einer Verbesserung der bisherigen Lage beitragen können.

Der *Präsident* nimmt Bezug auf seinen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EG vom 9. Oktober 1989 und erläutert seinen Vorschlag zur Benennung persönlicher Beauftragter. Es müsse sich dabei um Persönlichkeiten handeln, die in den jeweiligen Staaten über eine gewisse Autorität und politische Statur verfügen, die nicht von einem Minister oder Ministerium abhängen, sondern direkt dem jeweiligen Premierminister verantwortlich sind. (Auf Frage des Bundeskanzlers:) Es sei wichtig für die Zukunft, in diese Zusammenarbeit auch Drittländer einzubeziehen – wie die USA, Lateinamerika, Schweiz, Schweden, Österreich.

Der Präsident bittet den Bundeskanzler um baldige Benennung seines Beauftragten, da das erste Treffen noch vor dem ER Straßburg stattfinden solle. In Straßburg wolle er dann einen ersten Bericht über diese Beratungen in den ER einführen, um zu weiterführenden Entscheidungen zu kommen.

Der *Bundeskanzler* stimmt diesem Ansatz zu, der Präsident könne auf ihn rechnen.⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 1454

am 9. November 1989 über Bundesminister Seitzers „mit der Bitte um Billigung“ an Bundeskanzler Kohl geleitet. Außerdem vermerkte Hartmann: „Ich gehe davon aus, daß dieser Vermerk nicht weitergegeben werden soll.“

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. November 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 33984.

Für die Teile I und II der Gesprächsaufzeichnung vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 70.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. auch Dok. 346 und 351.

³ Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl sowie der Bundesminister Engelhard, Lehr, Schäuble und Warnke am 24. Oktober 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 169. Sitzung, S. 12759–12765.

⁴ Für das Schreiben des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 9. Oktober 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 220 (202), Bd. 174719.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁶ Bundeskanzler Kohl schrieb dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 9. November 1989 und nahm auf dessen Schreiben vom 9. Oktober 1989 Bezug: „Ich begrüße Ihre umfassenden

Der Bundeskanzler verweist darauf, daß er gestern abend mit dem Premierminister im Zusammenhang einer Erörterung über das Schengener Abkommen⁷, aber auch mit Blick auf 1992⁸, über die Asyl-Problematik gesprochen habe. Der Zustrom von Asylbewerbern nehme kein Ende, aber weder Frankreich noch Deutschland könnten die Probleme der Welt lösen. Man müsse Mittel und Wege erkunden, gemeinsam dieses Problem besser in den Griff zu bekommen.

Der *Präsident* pflichtet dieser Einschätzung bei. Auf dem Papier seien die französischen Bestimmungen durchaus einleuchtend, der Ausführung in der Praxis vermöge er aber nicht mehr zu folgen. Die illegale Einwanderung sei grundsätzlich verboten; daher müßten solche Einwanderer vom Gesetz her ausgewiesen werden – nur in der Praxis erfolge dies nicht.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß bei uns die Lage praktisch genauso sei. Vom Grundsatz her sei es aber noch schwieriger bei uns, da das Asylrecht im Grundgesetz als unbeschränktes Grundrecht enthalten sei⁹.

Der *Präsident* wirft ein, daß das Asylrecht auch in Frankreich Verfassungsrang habe, und fragt den Bundeskanzler nach den absoluten Zahlen.

Der *Bundeskanzler* entgegnet, von rund 100 000 Asyl-Bewerbern im letzten Jahr seien vielleicht 5000–7000 echte Asylanten.

Der *Präsident* betont, daß die Entwicklung in Frankreich vergleichbar sei. Man müsse sie dringend ändern.

Der *Bundeskanzler* erläutert den Mißbrauch des Asylrechts anhand des Beispiels, daß im vorigen¹⁰ in Frankfurt mehrmals in der Woche ein Jumbo aus Sri Lanka mit jungen Leuten und Kindern angekommen sei, die nur ein deutsches Wort gelernt hätten: „Asyl“. Die entsprechenden Verfahren bis hin zu den Gerichten mit zwei bzw. drei Instanzen zögen sich in die Länge. Selbst nach abschließender Ablehnung des Asylantrages sei es extrem schwierig, diese Leute in ihre Ursprungsländer zurückzuschicken. Vor allem Pfarrer und linke Gruppen würden diese Leute verteidigen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1455

Vorschläge, die auf eine Annäherung der Politiken gegenüber den Erzeuger- und Transitländern, auf eine Annäherung der Strategien zur Bekämpfung der unerlaubten Einfuhr und der illegalen Nachfrage einschließlich der Prävention sowie der Behandlung und Rehabilitation Drogenabhängiger abzielen. [...] Das von Ihnen vorgeschlagene Gremium von Beauftragten sollte dem Europäischen Rat Vorschläge unterbreiten, die unsere entschlossene Haltung in der Drogenfrage widerspiegeln. Als meinen Beauftragten benenne ich Herrn Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble.“ Vgl. Referat 220 (202), Bd. 174719.

Auf seiner Tagung am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg ersuchte der Europäische Rat „die Gruppe der Koordinatoren ‚Drogenbekämpfung‘, die vor kurzem auf Initiative des französischen Präsidenten eingesetzt worden ist, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die unerlässliche Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten in den wichtigsten Bereichen der Drogenbekämpfung – Vorbeugemaßnahmen, Gesundheits- und Sozialpolitik gegenüber den Drogenabhängigen, strafrechtliche Verfolgung des Rauschgifthandels und internationale Maßnahmen – sicherzustellen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 11.

⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 375.

⁸ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁹ Vgl. dazu Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

¹⁰ So in der Vorlage.

Der Bundeskanzler verweist darauf, er habe gestern abend mit dem Premierminister vereinbart, daß BM Schäuble mit ihm möglichst bald Kontakt aufnehmen werde, um gemeinsam rasch über Lösungswege nachzudenken. Aus seiner Sicht werde aus dem weiteren Abbau der Grenzkontrollen im Rahmen des Abkommens von Schengen nichts, wenn man nicht rasch zu Vereinbarungen auch über das Asylrecht komme.

Der *Präsident* stimmt dem Bundeskanzler zu und fügt hinzu, der Zusammenhang zwischen Asylanten, Flüchtlingen aus der DDR, Aussiedlern und Asylbewerbern aus Polen sei für die Bundesregierung sehr schwierig. In Frankreich würden Einwanderer aus anderen Ländern – nämlich aus Nordafrika und Jugoslawien – für eine innenpolitisch ähnliche schwierige Problemlage sorgen.

Der *Premierminister* ergänzt, die Grundschwierigkeit liege darin, daß Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland Rechtsstaaten seien. Jede Ausweisung könne erst nach entsprechender gerichtlicher Überprüfung erfolgen. Aufgrund der großen Zahl der anstehenden Fälle dauerten die Verfahren zu lange. Man brauche sechs bis sieben Monate bis zur ersten Entscheidung, bis zum Durchlauf aller gerichtlichen Instanzen (zwei) vergingen zwei bis drei Jahre. Was man an sich bräuchte, wäre die Befugnis, Einwanderer bereits an der Grenze abzulehnen und zurückzuweisen – hier gebe es aber juristische und verfassungsrechtliche Bedenken.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß die Probleme bei uns ähnlich seien.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Haltung der Parteien in Frankreich zur Asyl-Problematik erläutert der *Präsident*, daß die Sozialisten in bezug auf eine Verschärfung der Maßnahmen zurückhaltend seien. Die generelle Meinung im Volk und bei den Parteien sei jedoch gegen die illegale Einwanderung. Hier müsse man die Verfahren beschleunigen, auch bei der gerichtlichen Überprüfung. Innerhalb von einer Woche bis zehn Tagen müsse die erste Entscheidung möglich sein. Frankreich brauche auch dringend mehr Verwaltungsrichter. Er halte es für wesentlich, daß die Regierung diesen Fragenkomplex vordringlich angehe.

Der *Bundeskanzler* erklärt dem Präsidenten, die Bundesregierung sei zu enger Zusammenarbeit bereit. Leider hätten Frankreich und Deutschland für diese Probleme auf europäischer Ebene zu wenig oder keine Unterstützung. Italien sei z.B. nicht einmal an diesen Fragen interessiert. (Einwurf des *Präsidenten*: Die Mehrzahl der Einwanderer aus Jugoslawien komme über Italien, das diese nachlässig kontrolliere.)

Der *Premierminister* spricht an dieser Stelle die von uns im Rahmen von Schengen eingebrachte Abschaffung der Sichtvermerke für Ungarn¹¹ an. Frankreich sei bereit, großzügig zu sein, habe aber gewisse Sicherheitsbedenken, auch im Hinblick auf die Präzedenz eines solchen Vorgehens.

Der *Bundeskanzler* betont, daß aus unserer Sicht Ungarn im großen und ganzen keine Sicherheitsprobleme bereite. Auch im Verhältnis zu Polen werde der Strom von Einwanderern zurückgehen, sobald sich die Wirtschaftslage bessere.

Der *Premierminister* sagt zu, die französische Haltung in bezug auf Ungarn noch einmal zu überprüfen.

¹¹ Zur Frage der Abschaffung der Sichtvermerkspflicht für Ungarn vgl. Dok. 204, Anm. 8.

Der *Bundeskanzler* spricht abschließend die Vorbereitung der gemeinsamen Pressekonferenz an.¹² Er wolle eine kurze Einführung geben, dabei auch die Überreichung des Adenauer-de-Gaulle-Preises¹³ hervorheben. Er wolle dann berichten, daß im Mittelpunkt des Gesprächs die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen gestanden habe und man in den nächsten Wochen gemeinsam intensiv den ER in Straßburg vorbereiten wolle. Er wolle nur kurz die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion, wie gestern vereinbart, und die Drogenbekämpfung erwähnen.

Der *Bundeskanzler* ergänzt, daß die Journalisten wahrscheinlich nach dem Airbus – Einrichtung einer zweiten Endmontagelinie in Deutschland – fragen würden.¹⁴ Er schlage vor, hierauf zu antworten, daß man über diese Frage nicht gesprochen habe, da die anstehenden Entscheidungen Sache der Firmen seien.

Der *Präsident* wirft ein, er sehe diesen Fragenkomplex als „curiosité“ an und werde diesen als solche bewahren. Es sei nicht seine Sache, die Verträge der Industrie neu zu verhandeln.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem Präsidenten zu. Er wolle nicht, daß dieses Thema zu einem Streit zwischen beiden Regierungen führt. Er bestätigt nochmals, daß er in der Pressekonferenz auf evtl. Fragen sagen werde, diese Angelegenheit sei eine Sache der Firmen.

Der *Präsident* spricht noch einmal die Wirtschafts- und Währungsunion an und betont, der *Bundeskanzler* wisse, daß er ihm das Leben nicht schwermachen wolle, er könne aber gegenüber der Presse nicht hinter dem zurückbleiben, was er in Straßburg gegenüber dem Europäischen Parlament gesagt habe¹⁵. Er hoffe, daß die Regierungskonferenz noch im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1990 zusammentreten werde; ein Abschluß der Ratifizierungsverfahren bis zum 1.1. 1993 sei aus seiner Sicht wünschenswert – er sei aber kein Prophet.

Der *Bundeskanzler* äußert Verständnis hierfür und betont, er werde sich zum Termin der Regierungskonferenz vor der Presse nicht äußern, sondern lediglich darauf verweisen, daß der Präsident und er in den kommenden Wochen Straßburg gemeinsam vorbereiten würden.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 33984

¹² Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 3. November 1989 in Bonn vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (November/Dezember), S. 4–7.

¹³ Zur Stiftung des Adenauer-de-Gaulle-Preises für Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft am 22. Januar 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 32.

Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl überreichten am 2. November 1989 den ersten Adenauer-de-Gaulle-Preis an die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit und das Bureau International de Liaison et de Documentation. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 1037 f.

¹⁴ Zur Frage einer zweiten Endmontagelinie für den „Airbus“ vgl. Dok. 333.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 25. Oktober 1989 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (September/Okttober), S. 175–183. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 10/1989, S. 82–90 (Auszug).

343

**Botschafter z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. Sofia,
an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 768****Aufgabe: 3. November 1989, 18.00 Uhr¹****Ankunft: 6. November 1989, 10.50 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 19

Betr.: KSZE-Umweltschutztreffen Sofia²;
hier: Abschlußbericht

Zur Unterrichtung

1) Zusammenfassung

Umwelttreffen Sofia (SEM³), erste Folgeveranstaltung der KSZE im Bereich des Korbes II⁴, ging heute ohne Schlußdokument, aber mit substanziell reichem Ergebnis bei den Mandatsthemen⁵ zu Ende. Verabschiedung eines Schlußdokuments wurde in letzter Minute durch RUM (das im Einleitungsteil eines Schlußdokuments Aussagen zur Rolle von Individuen und regierungsunabhängiger Organisationen nicht akzeptieren konnte) verhindert. SEM muß gleichwohl als Erfolg⁶ gewertet werden. Umfangreiche und gründliche Erörterung der Mandatsthemen, deren Ergebnis von allen TNS vorbehaltlos gebilligt wurde, ergab wesentliche Vorarbeiten für die jetzt insbesondere im Rahmen ECE fortzuführende Debatte. Dabei für uns wesentlich: Ausarbeitung Gewässerrahmenkonvention durch ECE parallel zu Vorbereitung spezifischer Gewässerkommissionen, daneben rechtliches Instrument zu Industrieunfällen. SEM hat grundlegende Bedeutung des Themenkomplexes Umwelt für West-Ost-Verhältnis insgesamt und für gesamten KSZE-Prozeß wirkungsvoll unterstrichen. In erster Analyse werden Verlauf und Ergebnis auch ohne Schlußdokument von den 34 TNS, die den Schlußdokumentenentwurf der Koordinatoren zu tragen bereit waren, einhellig positiv bewertet. Dies wurde auch in den Schlußerklärungen deutlich unterstrichen. Mehrzahl TNS erklärte sich bereit, erzielte Ergebnisse zu Mandatsthemen zügig umzusetzen. SEM hat spürbare Öffnung einer Reihe von WP-Staaten anhand Erörterung des Themenkomplexes Umweltpolitik erneut deutlich manifestiert. Traditioneller West-Ost-Gruppengegensatz und Bilateralismus der Großmächte traten bei

¹ Das von Legationsrat I. Klasse Gallon, Ministerialrat Kristof, BMB, und Vortragendem Legationsrat Lemp, alle z. Z. Sofia, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.

² Das KSZE-Umweltschutztreffen fand vom 16. Oktober bis 3. November 1989 statt.

³ Sofia Environmental Meeting.

⁴ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

⁵ Anhang VI des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 enthielt eine Tagesordnung für das KSZE-Umweltschutztreffen, die als dessen Themen „a) Verhinderung und Bekämpfung grenzüberschreitender Auswirkungen von Industrieunfällen; b) Umgang mit potentiell gefährlichen Chemikalien; c) Verschmutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen“ festlegte. Vgl. BULLETIN 1989, S. 100 f.

⁶ Korrigiert aus: „gleichwohl Erfolg“.

SEM nicht in Erscheinung, auch bilateraler TUR-BUL-Konflikt⁷ hat Treffen nicht beeinträchtigt. Arbeit des SEM war stattdessen überwiegend durch zielorientierte Sacharbeit an den Mandatsthemen gekennzeichnet. Differenzierungen innerhalb östlicher Gruppe manifestierten sich verstärkt. Insbesondere auch BUL und DDR, die in Paris⁸ noch mit RUM und ČSSR gewisse Kohärenz wahrten, ließen bei SEM Öffnungstendenzen erkennen.

2) Zu Verlauf und Ergebnis im einzelnen

2.1) In Eröffnungs-Plenarrunde waren alle WP-Staaten (außer UNG, dessen Min.⁹ kurzfristig verhindert war) sowie wir (BM Töpfer), Präs. der Zwölf¹⁰ (StS für Umweltfragen beim PM, Lalonde) und GRI auf Ebene Umweltminister vertreten.

Eröffnungserklärungen ließen bereits deutlich überwiegendes Interesse der meisten TNS an konkreter, mandatsbezogener Sacharbeit erkennen. Westliche Teilnehmerstaaten verbanden deutliche, zugleich überwiegend nicht konfrontative Aussagen zu Menschenrechtspraxis in einigen WP-Staaten (DDR, ČSSR, RUM, BUL) mit Darlegung konkreter, oft umfangreicher Zielsetzung im umweltpolitischen Bereich. N+N-Eröffnungserklärungen waren im wesentlichen auf Mandatsthemen konzentriert, nur A und CH erwähnten auch MR-Bereich in allgemeiner Form. Östliche Delegationen sprachen erwartungsgemäß ausschließlich Mandatsthemen an.

2.2) Die damit insgesamt vorgegebene Ausrichtung auf intensive, geschäftsmäßige Sacharbeit an Mandatsthemen setzte sich im weiteren Verlauf des Treffens in den SWBs¹¹ sowie in zahlreichen informellen, oftmals gruppenübergreifenden Arbeitssitzungen fort. Diese Sacharbeit wurde weder vom früher und bei anderen Themen traditionellen West-Ost-Gegensatz noch von anderen, vorher vermuteten Problembereichen (insbes. TUR-BUL-Konflikt, Haltung wichtiger TNS zu MR-Fragen) wesentlich beeinflusst.

Aus den Ergebnissen zu den drei Mandatsthemen ist im einzelnen festzuhalten:

a) Gewässerschutz

Ergebnis bedeutet wichtigen Schritt zu gesamteuropäischem Regime für Gewässerschutz. TNS wollen Ausarbeitung einer verbindlichen Rahmenkonvention zum Schutz grenzüberschreitender Gewässer im Rahmen der ECE in Gang setzen. Hierfür wurden substantielle Vorgaben erarbeitet, wie z.B. Anwendung von Emissionsnormen auf Basis des Standes der Technik sowie die im Ost-West-Kontext erstmalige Anerkennung des Verursacherprinzips. Entscheidendes Gewicht kommt der Festlegung zu, daß die Anrainerstaaten grenzüberschreitender Wasserläufe spezifische Vereinbarungen zur Einrichtung gemeinsamer Kommissionen abschließen werden mit konkreter Aufgabenstellung, die auf die Sanierung der Wasserläufe abzielt.

⁷ Zur Frage der Teilnahme der Türkei am KSZE-Umweltschutztreffen vgl. Dok. 271, besonders Anm. 17.

⁸ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

⁹ László Maróthy.

¹⁰ Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 hatte Frankreich die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹¹ Subsidiary Working Body.

Für uns ist damit Weg frei, unverzüglich Verhandlungen über Einrichtung einer Elbe-Schutz-Kommission aufzunehmen, die auch dem Schutz der Nordsee zugute kommen wird. Entsprechendes gilt für Schutz der Donau.

b) Industrieunfälle

Betont wurde von den TNS die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen von Industrie und Behörden zur Vermeidung von Industrieunfällen, von Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, einschließlich der gegenseitigen Unterstützung im Falle eines Unfalls, und zu grenzübergreifender Zusammenarbeit. Auf dieser Basis soll jetzt internationale Vereinbarung ebenfalls im Rahmen der ECE ausgearbeitet werden.

c) Umweltchemikalien

TNS einigten sich auf eine Reihe wichtiger Grundsätze für ein umfassendes System der Kontrolle potentiell gefährlicher Umweltchemikalien: von der toxikologischen und ökotoxikologischen Prüfung alter Stoffe in internationaler Arbeitsteilung über striktes Anmeldeverfahren bis hin zu Verwendungsbeschränkungen, zum Verbot und zur Substitution gefährlicher Stoffe. Ziel ist, die internationale Kooperation zu intensivieren, um auf diesem Wege Beitrag zur Harmonisierung der nationalen Regelungen auf hohem Schutzniveau zu erreichen.

Zu den drei Mandatsthemen konnten wir alle unsere wesentlichen Anliegen durchsetzen. Voraussetzung dafür war, daß es gelang, die EG-Abstimmung auf der Basis unseres Positionspapiers¹² durchzuführen und auch NATO-Partner ohne Abstriche an Substanz für die so erreichten Zwölfer-Positionen zu gewinnen. (Nach den für uns enttäuschend verlaufenen Abstimmungsversuchen der Konferenzvorbereitung in Brüssel ist dieser Erfolg um so bemerkenswerter.)

2.3) Bei der bereits zu Beginn des Treffens aufgeworfenen Frage der Miteinbringung durch NATO-Verbündete bei den Vorschlägen der Zwölf ergab sich nach langwierigen Diskussionen bei den Zwölf und den 16 sowie nach bilateralen Demarchen der Präsidentschaft in den Hauptstädten der nicht den zwölf angehörenden Verbündeten erst in der letzten Konferenzwoche eine Lösung: Die Verbündeten erklärten sich expressis verbis – nur im Hinblick auf Sofioter Treffen – bereit, die ursprünglich von GB vorgeschlagene Formel: „Proposal submitted by the delegation of (Präsidentschaft) in the name of the twelve participating states, members of the European Community (ohne namentliche Nennung der Zwölf)“, ggf. ergänzt durch: „As well as those of ... (andere als Zwölf in alphabetischer Reihenfolge)“ („Sir-Anthony-Formula“¹³) zu akzeptieren. Dies führte dazu, daß die Vorschlagstexte der Zwölf und 16 zunächst nur ohne Autorenbenennung als „Non-paper“ und erst zu Ende der Konferenz als förmliche Vorschläge (Vorschlag zu Chemikalien mit Unterstützung nur von CDN, andere Vorschläge nur von Zwölf) eingeführt werden konnten.

¹⁴2.4) Endphase des Treffens konnte beginnen, nachdem zunächst in westlicher Gruppe nachdrückliche Forderung von US, CDN und NWG nach Erwähnung von Menschenrechten und Rolle und Verantwortung von Individuen und regie-

¹² Für das Positionspapier der Bundesregierung vom 30. August 1989 vgl. Referat 504, Bd. 194472.

¹³ Die britische Delegation beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia wurde von Anthony Williams geleitet.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 770 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

rungsunabhängigen Organisationen (und von TUR von Minderheiten) im Schlußberichtsentwurf der Koordinatoren (SEM.36¹⁵) mit Einigung auf allgemeinen Verweis auf relevante Bestimmungen des WAD¹⁶ ausgeräumt war.

Konsens über Schlußdokument wurde dann am letzten Konferenztage von RUM verhindert.

RUM hatte zu Koordinatorenentwurf für Schlußdokument (SEM.36) auf Delegationsebene zunächst Zustimmung signalisiert, legte aber am Abend des 2.11. eigenen Vorschlag zu NGOs vor¹⁷, der durchweg als Provokation empfunden wurde. Auch SU (und, soweit es vom Chair aus möglich war, DDR) machte Distanzierung und Isolierung RUM auch innerhalb des WP deutlich und war nur halbherzig für Berücksichtigung des RUM-Anliegens. Auch nach Gesprächen auf höchster Ebene (Telefonate Schiwkow/Ceausescu) sah RUM-Delegation sich außerstande, im Einleitungskapitel des Entwurfs der Koordinatoren für Schlußdokument o. g. zwei Passagen über Rolle von Individuen und unabhängigen Organisationen im Umweltbereich zu akzeptieren.

2.5) Schlußinterventionen werteten SEM gleichwohl einhellig (mit Ausnahme RUM, das nur Einmischung in innere Angelegenheiten zu beklagen hatte) als Erfolg. Hervorgehoben wurde erzielte Übereinstimmung zu allen Mandatsthemen, oftmals verbunden mit Bereitschaft, Übereinkünfte unverzüglich national und in internationalen Gremien umzusetzen. Darüber hinaus waren Schlußinterventionen nach dem Zwischenfall vom 26.10. (s. u.) in hohem Maße von Forderung nach Entfaltungsmöglichkeiten für NGOs geprägt. SU nutzte BUL-Darstellung über die den NGOs eingeräumte Rolle als Anlaß für scharfe indirekte Kritik daran, daß RUM deswegen Konsens verweigerte.

3) Mit zunehmendem Verlauf des Treffens gewann die Debatte über menschenrechtliche Aspekte spürbar an¹⁸ Gewicht.

3.1) Diskussion zu Menschenrechten begann bereits in Eingangsphase aus Anlaß Behandlung islamisch-türkischer Minderheiten durch BUL und konzentrierte sich deswegen vor allem auf zum Teil scharfe Kritik an Übergriffen in die Rechte einzelner. (Westl. und N+N-Vertreter sprachen dabei eher der Vollständigkeit halber auch RUM, ČSSR und DDR an.) Schon in dieser Phase haben aber USA und wir Bedeutung der „aktiven“ Menschenrechte – aktive und passive Informationsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit – angesprochen. Deren Bedeutung bestimmte schlagartig das Treffen nach dem Zwischenfall vom 26.10. Eine weitere Perspektive eröffneten US mit der Begründung von SEM.29¹⁹ (den

¹⁵ Korrigiert aus: „366“.

Für den Vorschlag Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz für einen Bericht über Schlußfolgerungen und Empfehlungen des KSZE-Umweltschutztreffens vom 2. November 1989 (CSCE/SEM.36) vgl. Referat 504, Bd. 194472.

Für die revidierte Fassung vom 3. November 1989 (CSCE/SEM.36/Rev. 1) vgl. Referat 212, Bd. 153482.

¹⁶ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

¹⁷ Für den Vorschlag Rumäniens (CSCE/SEM.37) vgl. Referat 212, Bd. 153482.

¹⁸ Korrigiert aus: „den“.

¹⁹ Für den Vorschlag der USA sowie Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Frankreichs, Irlands, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und Spaniens vom 27. Oktober 1989 (CSCE/SEM.29), dem sich auch Griechenland, Großbritannien und die Türkei anschlossen, zu den Rechten „um den Schutz bzw. um die Sanierung der Umwelt bemühte[r] Personen und Organisationen“ vgl. Referat 212, Bd. 153482.

wir mit eingebracht haben), in der mit dem Hinweis auch auf Rechtssicherheit und Rule of Law die jetzt im KSZE-Prozeß anstehenden Themen zum Konferenzgegenstand gemacht wurden. Wir haben dies in eigener Schlußintervention weitergeführt und am Beispiel des Umweltthemas demonstriert, wie sehr das künftige Europa von dem durch die europäische Aufklärung geformten Bild vom Menschen geprägt werden muß. Dabei haben wir besonders auf (westl. geprägten) Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit verwiesen (vgl. zur Schlußphase 2.4).

3.2) Eine zeitweilige Beeinträchtigung der konstruktiven Atmosphäre ergab sich durch Zwischenfall in Sofioter Innenstadt in zweiter Konferenzwoche: Gewalt-same Auflösung einer Demonstration von etwa 30–40 „Öko-Glasnost“-Vertretern veranlaßte F (für Zwölf), UK, NL, DK und US in darauf folgender Arbeitsgruppensitzung zu scharfem Protest gegen Verstoß gegen Meinungsfreiheit einer Umweltgruppe und zugesicherte Zugangsbedingungen. BUL-DL, Umweltminister Djulgerow, sah sich genötigt, „bedauerlichen Zwischenfall“ und Übergriffe zu konzedieren und darzulegen, Vorkehrungen für konstruktive Fortsetzung der Konferenzarbeit im Saal und der Rahmenbedingungen außerhalb seien getroffen, obwohl möglicherweise einige Delegierte und Journalisten „Gastfreundschaft mißbraucht“ hätten. (Erklärung wurde im BUL-TV veröffentlicht.) Vorfall wurde dann zu Beginn letzter Konferenzwoche erneut von US-Seite (im NATO-Caucus) vorgebracht mit dem Vorwurf, BUL-Seite habe ihre Zusagen nicht eingehalten, nach wie vor seien BUL-Umwelt- und MR-Aktivisten behördlichen Übergriffen ausgesetzt. Demarche einer Gruppe westl. und neutraler DL bei BUL-DL Djulgerow führte dann zu einem Ergebnis, das von Beteiligten insgesamt als hinreichend angesehen wurde und sich auf Arbeit an Schlußdokumententwurf der Koordinatoren nicht weiter negativ auswirkte.

Bei diesem Vorgang ist insgesamt als kennzeichnend für inzwischen erreichten Stand des KSZE-Prozesses hervorzuheben, daß auch SU – erstmals auf KSZE-Veranstaltung – indirekt WP-Staat BUL wegen Menschenrechtsverletzungen kritisierte und sich auch DDR genötigt sah, Distanz zu Vorgehen der BUL-Polizeiorgane erkennen zu lassen. Vorgang unterstreicht, daß erkannte MR-Verletzungen inzwischen für – jeden – TNS Risiko der Isolierung in sich bergen. Daneben zeigt sich hier wiederum, daß unsere nordamerikanischen Verbündeten auch diese KSZE-Veranstaltung im wesentlichen unter dem Menschenrechtsaspekt werten und die umfangreiche geleistete Sacharbeit, an der sie sich wenig beteiligt haben, für sie allenfalls in zweiter Linie von Interesse ist.

3.3) TUR-BUL-Konflikt kam am zweiten Konferenztag in kurzer, aber heftiger Polemik zwischen TUR und BUL zum Ausbruch, die jedoch mit Zeichen von Dialogbereitschaft und Appellen zu gemeinsamer Lösungssuche verbunden war. Im weiteren Verlauf des Treffens spielte dieser bilaterale Konflikt keine nennenswerte Rolle mehr. Bilaterales AM-Treffen in Kuwait²⁰ trug darüber hinaus auch atmosphärisch spürbar zu weiterer Entspannung auf dem Treffen bei.

4.1) Die eigene Delegation hat sich im Plenum, in beiden Arbeitsgruppen, in zahlreichen Kontakten am Rande und in der Abstimmung in den Kreisen der Zwölf und 16 aktiv und weitgehend meinungsführend beteiligt. Ihr wurde wiederholt bestätigt, Akzente gesetzt zu haben.

²⁰ Am 30. Oktober 1989 trafen in Kuwait-Stadt der bulgarische Stellvertretende Ministerpräsident Jordanow und der türkische Außenminister Yilmaz zusammen.

4.2) Auftreten der DDR-Delegation unterschied sich merklich von dem auf den Treffen in London²¹ und Paris. Vor Honecker-Rücktritt²² war es bestimmt durch rigorose Beschränkung auf Mandatsthemen und Vermeidung jeglicher darüber hinausgehender politischer Stellungnahmen. Dieses betont geschäftsmäßige, sachorientierte Verhalten setzt sich bei Umweltextperten während des gesamten Treffens fort.

Nach Honecker-Rücktritt suchten DDR-DL²³ und sein Vertreter²⁴ Gespräch mit unserer Delegation, wobei Reformansätze jeweils besonders betont wurden. In der Konferenzarbeit schlug sich dies bei zwei Gelegenheiten nieder: In der Behandlung des Zwischenfalls vom 26.10. beschränkte sich DDR-DL nach der vorangegangenen SU-Intervention auf die bei allen früheren KSZE-Veranstaltungen für die DDR typische Aufforderung, „erfolgsorientiert“ für ein Schlußdokument zu arbeiten.

DDR-DL hielt mit uns besonders engen Kontakt, als er am vorletzten Tag Vorsitz hatte. Diskussionen am Rande des Treffens mit DDR-Vertretern über Ereignisse und Entwicklungen in der DDR waren offen und sachbezogen und von dem Versuch geprägt, mit uns ins Gespräch zu kommen, wobei auch Ansätze zu Meinungs- und Wertpluralität erkennbar wurden.

5) Besuch BM Töpfer

Durch seine Anwesenheit und Ansprache am Eröffnungstag des Umweltforums hat BMU Dr. Töpfer große Bedeutung des Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland und besonders deutsches Interesse an fortschrittlicher gesamt-europäischer Umweltpolitik unterstrichen.²⁵ Dies wurde auch in deutschen Medien positiv registriert.

Am Rande der Konferenz führte BM Töpfer bilaterale Gespräche mit Umweltministern von BUL, POL²⁶, SU²⁷ und DDR. Mit DDR-Umweltminister Reichelt wurden auch Projekte der bilateralen Umweltzusammenarbeit erörtert.

BM Töpfer traf außerdem in seinem Hotelzimmer mit führenden Mitgliedern unabhängiger bulgarischer Umweltschutzgruppe „Öko-Glasnost“ zusammen.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 153482

²¹ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

²² Zur Ablösung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

²³ Hans Voss.

²⁴ Joachim Klein.

²⁵ Für die Rede des Bundesministers Töpfer am 16. Oktober 1989 beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia vgl. Referat 504, Bd. 194472.

²⁶ Bronisław Kamiński.

²⁷ Die UdSSR war beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia durch den Vorsitzenden des Staatskomitees für Umweltschutz, Woronzow, vertreten.

344

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 788****Aufgabe: 5. November 1989, 09.00 Uhr¹****Ankunft: 5. November 1989, 13.11 Uhr**

Betr.: Innere und äußere Lage Irak;
hier: Bilaterale Beziehungen

Ereignisse und Entwicklungen letzter Wochen ergeben folgendes Bild von innerer und äußerer Lage des Irak und den bilateralen Beziehungen:

I. Innere Lage**1) Stabilität des Regimes**

Präsident Saddam Hussein regiert das Land unangefochten, gestützt von Partei, Geheimpolizei und Militär. Eine ernsthafte Opposition ist nicht zu beobachten, Kritik nicht üblich. Veränderungen im Kabinett gehen lautlos vor sich. So wurden Finanzminister Mekhailif und amtierender Landwirtschaftsminister Badr Danouk über Nacht entlassen, ohne daß hierfür Erklärungen abgegeben wurden.

2) Innere Sicherheit

Die innere Sicherheit ist nicht gefährdet. Obwohl die Serie von Sprengstoffanschlägen auf ausländische Fahrzeuge und Einrichtungen am 22.10. mit einem Anschlag auf das Auto des Handelsrates der türkischen Botschaft fortgesetzt wurde, ist hierin eine Gefahr für das politische System nicht zu sehen. Andere Beobachter teilen diese Einschätzung nicht. Insbesondere sind Amerikaner wegen Fundes eines Explosivkörpers vor der Unterkunft ihrer Marines beunruhigt und schließen aus Serie von Anschlägen auf schwindende Stabilität des Systems. Ihre Lagebeurteilung ist aber nicht immer frei von Hektik und läßt – anders als die der Briten und Franzosen – eine gewisse Kontinuität vermissen. Dabei wird wohl auch zu wenig gesehen, daß derartige Anschläge auch vom Geheimdienst ausgehen können.

3) Kurden

Die Umsiedlungsaktion der Kurden ist abgeschlossen. Über hunderttausend Menschen aus den Grenzgebieten zur Türkei und zum Iran sowie den Stützpunkten der Barzani- und Talabanirebellen wurden zwangsweise in die Nähe größerer Orte in der Ebene verbracht.

Eigene Dienstreisen vom 11.–13.10. und am 26./27.10. in das innere Kurdistan, die auch in entlegene Täler führten, sowie Gespräche mit Kollegen, die ebenfalls Kurdistan bereist haben, vermitteln das Bild äußerer Ruhe. Die Zentralregierung ist weitgehend Herr der Lage. Anzeichen für weitere Zwangsumsiedlungen sind nicht erkennbar.

Weite Gebiete sind aber immer noch von Militär und Geheimdienst gesperrt. So sind auf der Strecke Mossul–Ain Sifni–Atrosh schon kurz nach Mossul die ersten Feldlager der Armee, ausgerüstet mit schwerer Artillerie und gepanzerten

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 3.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 6. November 1989 vorgelegen.

Fahrzeugen, zu beobachten. In Atrosh selbst und nördlich davon beherrscht die Armee fast das Straßenbild. Ähnliches gilt für die Strecke Ain Sifni nach Aqra und von dort über Buchal nach Shaklawā. Die Weiterreise von Shaklawā am westlichen Rand des Dokan-Sees entlang nach Sulaimaniya wurde von den Sicherheitskräften unter Hinweis auf kurdische Rebellentätigkeiten untersagt. Selbst bei Tageslicht könne in dieser Gegend sich nur bewaffnetes Militär bewegen. Im unteren Dokantal ist zu erkennen, daß die menschlichen Ansiedlungen zerstört wurden und die Felder (Gemüse- und Obstanbau) verwildern. Menschen und Vieh sind nicht zu sehen. Die an der Straße Chamchamal–Sulaimaniya und bei Tasluja am Ausgang des Dokantal angelegten Flüchtlingssiedlungen mit wohl mehreren 10000 Bewohnern vermitteln ein trauriges und abstoßendes Bild. Elektrizität ist vorhanden, die Wasserversorgung noch nicht sichergestellt. Die Menschen – überwiegend Frauen, Kinder und Alte – sind ohne Zukunft, da das umliegende Land anderen gehört und keine Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Es muß angenommen werden, daß ein großer Teil der Männer vor oder bei der Zwangsumsiedlung in die Berge geflüchtet oder Zwangsmaßnahmen zum Opfer gefallen ist. Dies dürfte insbesondere für die Anhänger und Helfer der Barzani- und Talabanirebellen gelten. In Sulaimaniya wird (insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit) Sicherheit und Ordnung von kurdischen Milizen sichergestellt.

Die in Kurdistan im September abgehaltenen Wahlen für das Regionalparlament der „Autonomen Region Kurdistan“ haben eher Alibi-Funktion. Die Zentralregierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, den kurdischen Norden fest in die Gewalt zu bekommen. Zeichen hierfür ist, daß Präsident Saddam Hussein sich am Stadtrand von Mossul in der Nähe Ninives – unter großen Sicherheitsmaßnahmen – einen gewaltigen Palast errichten läßt. Zu diesem Zwecke wurde sogar die Hauptdurchgangsstraße zur Türkei verlegt. Der Präsident bemüht sich, durch zahlreiche Reisen in den Norden die Sympathien der Kurden zu gewinnen, nach der brutalen Verfolgungsaktion ein wohl vergebliches Bemühen.

Die Äußerungen des Präsidenten, durch die Umsiedlungsaktion erhielten die Kurden eine gesicherte wirtschaftliche und soziale Grundlage, und sie würde² sie von ihrer rückständigen Lebensweise ohne Strom und Wasser in den Gebirgstälern befreien, dürften eher wie Hohn klingen. Auch die Aufforderung, um Fleiß und Sauberkeit bemüht zu sein, dürfte in den Ohren der Kurden eher beleidigend klingen, wenn man ihre Arbeitsamkeit und ihre Dörfer mit den Arabern vergleicht.

4) Demobilisierung

Es ist davon auszugehen, daß die Streitkräfte immer noch eine Stärke von 1 Mio. Mann haben. Zwar wurden als Demobilisierungsmaßnahmen bekanntgegeben:

- Auflösung des 1. Armeekorps,
- Entlassung von mehr als 240000 Soldaten zwischen Oktober 88 und Juni 89,
- Auflösung von fünf Divisionen des Heeres.

Diese Meldungen sind jedoch eher mit Vorsicht zu bewerten. Bei diesem Korps handelte es sich um eine Spezialeinheit, die zuletzt mit jüngeren Soldaten und meist veraltetem Gerät ausgestattet war. Die Einheiten dürften der Präsidenten-

² Korrigiert aus: „und würde“.

garde zugeschlagen worden, das Gerät teils ausgelagert oder aufgeteilt oder in andere Staaten gelangt sein.

Eine ersatzlose Entlassung von über 240000 Mann hätte nicht unbemerkt bleiben können. Es ist zu vermuten, daß die Entlassung zumindest teilweise durch Neueinberufungen im Rahmen der normalen Wehrpflicht kompensiert wurde.

Die Ende September angekündigte Entlassung von fünf Divisionen des Heeres sollte bis Ende Oktober abgeschlossen sein. Hierzu konnte näheres bisher nicht festgestellt werden. Sicherlich ist der innenpolitische Druck zur Demobilisierung groß, aber auch hier dürfte es sich im wesentlichen um eine Umgruppierung handeln.

Solange der Frieden für Irak durch einen Friedensvertrag mit dem Iran nicht sicherer geworden ist, dürfte sich an der Stärke der irakischen Streitkräfte nicht viel ändern.

5) Wirtschaft

Im Vordergrund stehen die ehrgeizigen Industrialisierungspläne des Industrieministers Hussein Kamil, Schwiegersohn des Präsidenten: Wiederaufbau und Ausbau der Erdöl- und Erdgasförderung und der Exportkapazitäten, Bau neuer Industriebetriebe in den Bereichen Eisen und Stahl, Kraftfahrzeuge (LKW und PKW), Arzneimittel, Leichtindustrie, Petrochemie, Baustoffe sowie Expansion der Schwefel- und Phosphataufbereitung und -verarbeitung. Große Publizität erhalten auch die Wiederaufbaukampagnen von Fao, Basra und Mossul, die mit einem Heer eigener Fach- und Hilfskräfte durchgeführt wird, was sowohl dem Selbstwertgefühl des Siegers im Golfkrieg Rechnung trägt, als auch dringend benötigte Deviseneinsparungen ermöglicht. Die Projekte anderer Ministerien verblassen hiergegen. Die Durchsetzungsmöglichkeit der anderen Fachminister ist weitaus geringer, was sich auch in der Abwicklung von überfälligen Forderungen aus dem Altgeschäft zeigt. Wer sich dem Industrieminister in den Weg stellt, wie der Finanzminister, wird aus dem Amt entfernt.

Im übrigen wird auf DB Nr. 754 vom 26.10.1989 an Referat 311 verwiesen.

6) Kultur

Das internationale Babylon-Festival im September/Oktobre wurde ein großer Erfolg der Veranstalter. Aus 40 Ländern traten Ballette, Opern-Ensembles und Folkloregruppen auf. Aber auch auf anderen Gebieten wie Wissenschaft, Technologie, Dichtung, Malerei versucht der Irak, durch internationale Veranstaltungen ein Mittelpunkt in dieser Region zu werden.

³II. Außenbeziehungen

1) Friedensprozeß mit dem Iran

Obwohl Irak den Krieg mit dem Iran als beendet betrachtet, mißt man der Implementierung von UN-Resolution 598⁴ weiterhin höchste Priorität zu. Botschafter Eliasson wurde unmittelbar nach Ankunft von Präsident Saddam Hussein empfangen.⁵ So wie man den Iranern vorwirft, 598 nicht als Ganzes implementie-

³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 789 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 5 f.

⁵ Zu den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 301, Anm. 3. Referat 230 vermerkte am 5. Dezember 1989, der Sonderbeauftragte Eliasson habe am 16. November 1989 eine 17-tägige Pendelmission zwischen Irak und Iran beendet. Für Mitte Dezember 1989 seien

ren zu wollen, möchte man selbst unter Berufung auf die Dritte Genfer Kriegsgefangenenkonvention⁶ vorab die Rückkehr der Kriegsgefangenen erzwingen, ohne hierfür eine Gegenleistung, wie die Freigabe iranischen Territoriums, zuzusagen. Man wünscht direkte Gespräche mit dem Iran, dem man auch nach dem Tode von Khomeini nicht traut, und lehnt die bisherigen Zwei- und Vier-Punkte-Vorschläge des VN-GS⁷ ab. Man will den „No-war-no-peace“-Status durch eine umfassende Friedensregelung auf der Basis von 598 beenden.

2) Regionalpolitik

Als aktive Partei im „Arab Cooperation Council“ (ACC) ist man bemüht, eine führende Rolle in der Region zu übernehmen. Auf diese Weise hofft man, Kuwait und Saudi-Arabien gegenüber stärkeres Gewicht zu erlangen. Die hegemonialen Bemühungen sind unverkennbar und werden damit begründet, daß man in einem siebenjährigen Krieg die arabischen Nachbarn vor der Invasion der Perser geschützt habe. Mit diesem Hinweis verweigert man auch die Rückzahlung von 40 Mrd. US-Dollar Krediten, die Irak während des Krieges von arabischen Nachbarn erhalten hat.

3) Syrien

Erzfeind ist Präsident Assad, dem man nicht vergeben will, während des Krieges den Iran unterstützt zu haben. Jedes Mittel ist recht, um Assad zu isolieren oder in Verlegenheit zu bringen. Im Libanon ist dies nicht gelungen. Die militärische Unterstützung von MP Aoun⁸ hat sich bisher nicht bezahlt gemacht. Die Rücksichtnahme der AL-Dreier-Kommission⁹ auf syrische Interessen war eine Ohrfeige für den Irak. Wie der Irak zum Ergebnis von Taif¹⁰ steht, wird offiziell nicht bekanntgegeben.¹¹ Das gesamte Nachrichtenbild ist jedoch weiterhin von einer deutlichen Parteinahme für MP Aoun gezeichnet, wobei man offiziell für die „Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon“ eintritt, damit aber eindeutig auf den syrischen Truppenrückzug abzielt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1467

in New York Einzelgespräche mit den Außenministern Aziz (Irak) und Velayati (Iran) geplant. Der Erfolg der Mission Eliassons habe vor allem im atompärischen Bereich gelegen, da der Irak die neue iranische Führung als Verhandlungspartner anerkenne. Inhaltlich seien „keine greifbaren Ergebnisse“ zu verzeichnen gewesen. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154134.

⁶ Für den Wortlaut des III. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 838–897.

⁷ Javier Pérez de Cuéllar.

⁸ Zur Unterstützung des libanesischen Generals Aoun durch den Irak vgl. Dok. 265.

⁹ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 6.

¹⁰ Zu den Verhandlungen libanesischer Parlamentarier in Taif vgl. Dok. 292, Anm. 11.

Referat 310 erläuterte am 8. November 1989 zu einem am 22. Oktober 1989 verabschiedeten Dokument: „Wesentlicher Inhalt: 50:50 Proporz; Einschränkung der Macht des Staatspräsidenten; Beibehaltung der religiösen Verteilung der höchsten Staatsämter; syrischer Truppenabzug in die Bekaa zwei Jahre nach Regierungsbildung, dann Verhandlungen mit Syrien.“ Vgl. Referat 310, Bd. 196197.

Für den englischen Wortlaut des Dokuments vgl. www.presidency.gov.lb/Arabic/LebaneseSystem/Documents/TaifAgreementEn.pdf.

¹¹ Botschafter Ellerkmann, Bagdad, teilte am 16. November 1989 mit, die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten seien am 14. November 1989 im Außenministerium informiert worden, „Irak habe nichts gegen die Anwendung des Abkommens von Taif und werde dessen Anwendung nicht behindern, habe aber deutliche Vorbehalte wegen fehlender verbindlicher Vereinbarungen über den syrischen Truppenabzug und dessen Garantie durch die am Abkommen von Taif interessierten Bruderländer“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 819; Referat 311, Bd. 154122.

4) Großmächte USA und UdSSR

Die Beziehungen zu den beiden Großmächten sind nicht ohne Störung. Den USA verübelt man noch heute, daß sie nach dem Gaseinsatz gegen die Kurden¹² im Kongreß Boykott-Gesetze gegen den Irak erwogen haben. Dies war aber kein Hinderungsgrund, weder für die USA noch für den Irak, ab 1987 ein jährliches US-Mrd.-Geschäft zum Einkauf von Reis und Weizen abzuschließen.

Die UdSSR hat ihre privilegierte Position, die sie als Partner eines Freundschaftspaktes¹³ und als Raketenlieferant und Militärausbilder im Irak besaß, durch politische Gespräche und Rahmenabkommen anlässlich des Besuchs von Rafsandschani in Moskau¹⁴ mit dem Iran erheblich beeinträchtigt.

5) Westliche Länder

Hier stehen die Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Länder, deren Firmen man für den Wiederaufbau und die Industrialisierung benötigt, erfahren eine faire Schuldenregelung und erhalten neue Aufträge, wenn sich die Regierungen an der Finanzierung durch Garantien beteiligen. Hierzu gehören vor allem F, das einen Vertrag über die Neulieferung von Jagdbombern abgeschlossen hat, Kanada und die Schweiz. Auch andere Länder prüfen sorgfältig, ob bei der Vergabe bei neuen Industrieanlagen die irakische Rüstungsindustrie gefördert wird. GB ist durch zwei angebliche Spionagefälle (Bazoft und Mrs. Parish¹⁵) erheblicher Kritik ausgesetzt. In Kommentaren und TV-Beiträgen wird GB, indem auf die Balfour-Deklaration¹⁶ zurückgegriffen wird, die geschichtliche Verantwortung für das Schicksal der Palästinenser zugewiesen.

6) Östliche Länder

Kommunistische und sozialistische Länder stehen dem autarken Baath-System Iraks ideologisch näher. Dies hat Saddam Hussein in seiner Botschaft zu Mohammeds Geburtstag (am 12.10.) verdeutlicht. Er beansprucht im Namen des Islam die geistige Führung und Erneuerung der Menschheit gegenüber einer Welt des Materialismus. Der Materialismus werde repräsentiert durch den materialistischen Kommunismus und den materialistischen Kapitalismus, die es beide zu überwinden gelte. Die Krise im Kommunismus zeige bereits den Beginn der Erneuerung. Der Kapitalismus sei aber das sehr viel größere Übel mit seinen Elementen Unterdrückung, Ausbeutung und Klassensystem.

¹² Im März 1988 kam es in der Nähe der Stadt Halabdscha im Norden Iraks zum Einsatz chemischer Waffen. Vgl. AAPD 1988, I, Dok. 99.

¹³ Der Irak und die UdSSR schlossen am 9. April 1972 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA 1972, S. 463–466.

¹⁴ Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, hielt sich vom 20. bis 23. Juni 1989 in der UdSSR auf.

¹⁵ Der iranischstämmige, für britische Medien arbeitende Journalist Farzad Bazoft wurde am 15. September 1989 von irakischen Sicherheitskräften verhaftet und am 26. November 1989 wegen angeblicher Spionage für Israel zum Tode verurteilt. Die britische Krankenschwester Daphne Parish, die ihn bei seinen Recherchen unterstützt hatte, wurde zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Bazoft wurde am 15. März 1990 hingerichtet. Vgl. dazu die Artikel „A reporter's road to death“; THE OBSERVER vom 18. März 1990, S. 21, und „Hurd rejects Iraq sanctions“; THE GUARDIAN vom 16. März 1990, S. 1. Parish wurde am 16. Juli 1990 aus der Haft entlassen. Vgl. dazu den Artikel „Daphne Parish freed by Iraq“; THE GUARDIAN vom 17. Juli 1990, S. 1.

¹⁶ Für den Wortlaut der Erklärung der britischen Regierung vom 2. November 1917 vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. III, S. 32.

III. Ausblick

Für den Irak ist der Krieg mit Iran eine Sache der Vergangenheit. Man hat sich längst anderen Zielen zugewendet. Neben einer Schein-Demokratisierung (Parlamentswahlen, Pressegesetz, Parteiengesetz), Industrialisierung und internationalen Kulturaktivitäten steht die Stabilisierung des polizeistaatlichen Systems im Vordergrund. Eine Gefährdung durch innere Feinde ist nicht in Sicht.

Saddam Hussein wird eher eines Tages an schwindendem Realitätssinn und zunehmendem Größenwahn scheitern. Bei der feierlichen Eröffnung des Babylon-Festivals ließ er sich vor 5000 Zuschauern in einer Mammutschau als Vollender der irakischen Geschichte feiern, und zwar in der historischen Folge von Tammuz und Ishtar, Hammurabi und Nebukadnezar. Der Zeitraum von Nebukadnezar zu ihm selbst von 2500 Jahren wurde unterschlagen. Die Parallele zu Schah Reza Pahlevi, der sich als Nachfolger von Kyros sah und den ebenfalls ein brutaler Geheimdienst und eine hochgerüstete Armee nicht retten konnten, drängt sich auf. Saddam Hussein ist so sehr mit seiner vermeintlichen Mission als Retter der arabischen Nation und der eigenen Glorie befaßt, daß er mehr und mehr den Kontakt zu den Menschen und den Realitäten seiner Umgebung verliert.

IV. Bilaterale Beziehungen

1) Politik

Bei den guten politischen Beziehungen ist auch nach zwei Jahren der Besuch des Bundesministers¹⁷ von besonderem Gewicht. Das damalige längere und intensive Gespräch mit Präsident Saddam Hussein wirkt bis heute nach. Es ist aber nicht zu verkennen, daß man, nachdem Vizepräsident Maruf, AM Tarik Aziz und der frühere Finanzminister Mekhailif (mehrfach) die Bundesrepublik besucht haben¹⁸, mit einem baldigen hochrangigen Besuch in Bagdad rechnet. Dies gilt um so mehr, als die Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission in Bagdad längst überfällig und nur noch schwer zu erklären ist, warum BM Haussmann, nachdem letzte Kommissionssitzung im November 1987 in Bonn¹⁹ und Umschuldungsverhandlungen im März 1989 in Bagdad²⁰ auch für uns außerordentlich erfolgreich verlaufen sind, immer noch keinen Termin für die nächste Sitzung

¹⁷ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 18./19. November 1987 im Irak vgl. AAPD 1987, II, Dok. 330.

¹⁸ Der irakische Außenminister Aziz besuchte die Bundesrepublik am 29./30. Juni 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 190 und Dok. 192.

Der irakische Vizepräsident Mahrouf hielt sich vom 20. bis 23. November 1988 in der Bundesrepublik auf, der irakische Finanzminister Mekhailif vom 16. bis 18. Januar 1989 sowie im Juni 1989.

¹⁹ Die vierte Tagung der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission fand am 17./18. November 1987 statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte das Auswärtige Amt am 23. November 1987, entscheidend für den Erfolg sei gewesen, daß neue Hermes-Bürgschaften in Aussicht gestellt worden seien. Dabei „wurden die deutschen Interessen gewahrt, da neue Hermes-Deckungen abhängig sind von der Zahlung von Außenständen. Es muß sich nun zeigen, ob das in diesem Zusammenhang wieder in Aussicht genommene Ölgeschäft durchführbar ist.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149143.

²⁰ Ministerialdirigent Gerlach, Bundesministerium für Wirtschaft, z.Z. Bagdad, informierte am 20. Februar 1989, am 17. Februar seien die dreitägigen deutsch-irakischen Umfinanzierungsverhandlungen für 1989 abgeschlossen worden. Dabei habe sich eine Lösung finden lassen, die „insbesondere die Rückzahlung von knapp 400 Mio. DM Krediten, die im Jahre 1983 gegeben worden sind, in Öl vorsieht. Dieser Kompromiß wurde in einem Agreement sowie Agreed Minutes niedergelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; Referat 311, Bd. 154127.

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, teilte am 15. März 1989 mit, die „Unterzeichnung der Agreed Minutes und des Agreements“ sei am selben Tag im irakischen Handelsministerium erfolgt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 217; Referat 311, Bd. 154127.

benannt hat. Um so wichtiger erscheint es, daß StM Schäfer, der bereits für Januar, dann März 1989 angekündigt war, seine Zusage, Bagdad zu besuchen, wahr macht. Sein Besuch könnte auch dazu dienen, Themen anzusprechen, die Irak bei uns in Mißkredit gebracht haben und noch fortwirken wie Behandlung der Kurden, anhaltende Produktion von Kampfgas und Verletzung von Menschenrechten. StM Schäfer sollte darauf bestehen, eine Reise nach Kurdistan zu unternehmen, und zwar in die von der Zwangsumsiedlung betroffenen Gebiete, wie sie im Augenblick von MdB Frau Beer, Die Grünen, durchgeführt wird.²¹

2) Wirtschaft

Die Bundesrepublik nimmt in den Handelsbeziehungen wieder Platz 3 nach USA und Türkei ein. Wenn man bei USA 1 Mrd. US Dollar für Getreidelieferungen und bei Türkei Grenzhandel abzieht, bedeutet dies bei Industriegütern für uns den ersten Rang. Die Nachfrage nach deutschen Industrie- und Konsumgütern zeigt sich auch darin, daß die Bundesrepublik mit 155 Ausstellern bei der am 1.11. begonnenen internationalen Messe mit Abstand wieder größter Aussteller ist. Deutsche Unternehmen haben gute Aussichten, auch bei weiteren Großprojekten bei der vom Industrieminister betriebenen Industrialisierung Großaufträge zu erhalten. Bisher wurden Daimler-Benz, Mannesmann, Klöckner, Ferrostaal berücksichtigt. Bei diesen Neuaufträgen gibt es keine Zahlungsschwierigkeiten. Auch bei der Umschuldung von Altschulden haben wir mit unserem Abkommen vom März 1989 (keine Neuumschuldung der Schulden aus 1986 und davor, für andere Schulden drei freie Jahre und drei Tilgungsjahre) in Verhandlungen mit anderen Ländern den Weg gewiesen. Irakische Regierung wünscht nunmehr Möglichkeit, mit uns über eine Umschuldung für Fälligkeiten von 1990–1992 zu reden²². Diese günstige Entwicklung hat den IMA²³ veranlaßt, Irak einen neuen Hermes-Plafond von 600 Mio. DM einzuräumen.

3) Kultur

Die Deutsche Schule konnte zur Erleichterung zahlreicher deutscher Firmen, aber auch der Botschaftsangehörigen, ihre Existenz über die Kriegsjahre retten. Die Durststrecke ist jedoch noch nicht überwunden. 18 Schülern und 25 Kindergartenkindern stehen derzeit allerdings Ankündigungen mehrerer deutscher Firmen gegenüber, ihr ausländisches Personal erheblich aufzustocken. Mit großem Erfolg hat die Deutsch-Irakische Kulturgesellschaft ihre Tätigkeit aufgenommen. Bereits im zweiten Tertial wurden 150 Sprachschüler aufgenommen, 35 mußten wegen Lehrermangel zurückgewiesen werden. Ein sehr einfallsreicher und energischer Vorstand sorgt für ein attraktives und beliebtes Veranstaltungsprogramm. Die Entsendung eines hauptamtlichen Dozenten des Goethe-Instituts ist für Ende dieses Jahres vorgesehen. Bei dem von 40 Ländern besuchten Babylon-Festival war die Bundesrepublik mit der Trachten- und Tanzgruppe „Die Wendelsteiner“ aus München vertreten, die mit großem Erfolg sowohl in Babylon als auch in Bagdad auftraten. Es hat sich gezeigt, daß mit dieser Art von Darbietung noch am ehesten der durchschnittliche Iraker erreicht werden kann.

²¹ Die Grünen-Abgeordnete Beer hielt sich vom 31. Oktober bis 6. November 1989 im Irak auf.

²² Korrigiert aus: „regeln“.

²³ Interministerieller Ausfuhrgarantie-Ausschuß.

4) Presse

Die Fluchtwellen Deutscher aus der DDR und der Rücktritt Honeckers²⁴ sind Ereignisse, die wie kaum ein anderes der letzten Monate ständig und ausführlich an prominenter Stelle, meist auf der ersten Seite, dargestellt wurden. Die Berichterstattung ist objektiv und stammt ausschließlich von westlichen Agenturen. Die Sympathien liegen eindeutig auf unserer Seite. Bei der ideologischen Nähe des hiesigen Regimes, das seinen Sicherheitsdienst von der Stasi hat ausbilden lassen, eine bemerkenswerte Beobachtung.

[gez.] Ellerkmann

Referat 311, Bd. 154115

345

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

VS-NfD

6. November 1989

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister² zur Unterrichtung

Betr.: Überlegungen zur Europäischen Architektur;
hier: Brain-Storming der Planungsstäbe der EPZ

Bezug: Vorlage von 02 vom 5. Mai 1989³1 Anlage (nur beim Original)⁴

1) Auf unsere Anregung hatte die französische Präsidentschaft die Leiter der europäischen Planungsstäbe am 24.10. zu einer Gesprächsrunde über die europäische Architektur der Zukunft eingeladen, um den im Mai d. J. in Madrid begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen.

Ausgangspunkt der Aussprache waren Papiere der Franzosen, Italiener und der Kommission.

Im Gegensatz zur Gesprächsrunde in Madrid, bei der Italien und wir weitgehend allein für ein Offenhalten der EG plädiert hatten, bestand diesmal weitgehend

²⁴ Zur Ablösung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff am 6. November 1989 vorgelegen.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 7. November 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Brose vorgelegen, der den Rücklauf an den Planungsstab verfügte und handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM.“

³ Ministerialdirektor Citron faßte die Ergebnisse eines Treffens der Planungsstäbe der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten am Vortrag in Madrid zusammen, „bei dem freimütig über die Chancen und Schwierigkeiten einer künftigen gesamteuropäischen Zusammenarbeit gesprochen“ worden sei: „Es bestand Einvernehmen, daß die Gemeinschaft über die schon laufenden Bemühungen der EG und der EPZ [...] hinaus ein langfristiges Konzept entwickeln müsse, welche Perspektiven sie den Staaten Mittel- und Osteuropas bieten könne.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3.

Einvernehmen, daß die EG als Kernelement der europäischen Einigung eine politische Mitverantwortung auch für die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa trage.

Das französische Arbeitspapier – das ausdrücklich als die Regierung nicht bindendes Non-paper bezeichnet wurde – enthält eine Reihe von wichtigen Fragen, auf die sich die Diskussion konzentrierte:

Soll die EG jetzt zur Politischen Union weiterentwickelt werden oder soll die Erweiterung im gesamteuropäischen Interesse Vorrang erhalten?

Wie müssen die europäischen Institutionen den neuen Aufgaben angepaßt werden?

Wie soll die EG eine eigene Sicherheitsdimension erhalten?

Wie kann die deutsche Frage einer Lösung nähergebracht werden?

2) Nachstehend wird die Erörterung kurz zusammengefaßt:

a) Ein integriertes Europa – oder ein Europa der Zusammenarbeit?

Französische Seite plädierte in ihrem Arbeitspapier dafür, den Integrationsprozeß auch in Richtung auf die WWU zu nicht aufzuhalten, den Beitrittskandidaten dafür andere Optionen zu bieten, etwa eine Freihandelszone wie von Delors den EFTA-Staaten vorgeschlagen⁵ oder neue Formen der Assoziation.

Die Partner, die sich z.T. (u.a. UK) auf persönlicher Basis äußerten, waren überwiegend der Auffassung, daß ein weiteres Zusammenwachsen der EG mit dem Ziel einer Europäischen Union nicht im Widerspruch zu einer schrittweisen Aufnahme weiterer Mitglieder stehe. Letztlich habe die EG eine politische Aufgabe und müsse sich ihrer politischen Verantwortung für denkbare Beitrittskandidaten wie Ungarn und Polen stellen. Auch in der Vergangenheit habe die Aufnahme neuer Mitglieder den Integrationsprozeß nicht notwendigerweise aufgehalten. Andere Partner plädierten allerdings dafür, zunächst Annäherungsschritte unterhalb des Beitritts vorzusehen.

Wir sprachen uns angesichts der derzeit noch bestehenden Rahmenbedingungen für eine flexible Nutzung des Instruments der Assoziation aus.

Das auf persönlicher Basis präsentierte Papier des Kommissionsvertreters plädierte für folgende Schritte:

- Einrichtung von EG-Vertretungen in den RGW-Staaten,
- Schaffung eines mehrjährigen Fonds im Budget der EG,
- Entwicklung eines Konsultationsforums über Wirtschaftsfragen für interessierte europäische Staaten,
- Schaffung von Strukturhilfen für Zahlungsbilanzprobleme sowie Hilfsprogramme verschiedener Art.

Zweifel wurden gegenüber einer baldigen Aufnahme Österreichs⁶ geäußert, wobei nicht ausgeschlossen wurde, daß die österreichische Neutralität als mög-

⁵ Vgl. dazu die Ausführungen des EG-Kommissionpräsidenten Delors im Rahmen seiner Erklärung über die Leitlinien der neuen EG-Kommission; BULLETIN DER EG, Beilage 1/89, S. 20 f.

⁶ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

liches Handicap für einen Beitritt im Laufe einer möglichen De-Militarisierung der West-Ost-Beziehungen an Bedeutung verlieren könne.⁷

b) Anpassung der europäischen Institutionen

Französische Seite plädierte z. T. unter Bezug auf Delors' Rede in Bonn am 5.10.⁸ für die Entwicklung eines föderalen Konzepts für Europa, in dem vor allem die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt werden müsse. Dies sei notwendig, um eine stärkere Unterstützung der öffentlichen Meinung für die Weiterentwicklung der EG zu erhalten.

Dabei könne in Zukunft die Kommission die Rolle einer europäischen Regierung übernehmen, die gemäß dem Subsidiaritätsprinzip nur über die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche entscheiden solle, während der Ministerrat gleichsam als zweite Kammer in Teilbereichen eigene Zuständigkeiten behalten würde.

Wir begrüßten unter Hinweis auf die starke Stellung der Länder in unserer Verfassung diese Überlegungen, die letztlich im Interesse aller Mitgliedstaaten auf eine verstärkte Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zielten.

Britischer Planungschef⁹ zeigte Sympathie für französische Gedanken, wies jedoch auf skeptische Haltung der britischen MP¹⁰ und vieler britischer Parlamentarier hin.

Entwicklung in Mittel- und Osteuropa zu mehr Demokratie könnte jedoch auch in EG Anstöße geben, Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken.

Europa dürfe im übrigen nicht den Fehler der Großmächte US und SU wiederholen, der Zentralregierung allzuviel Macht zu geben.

Es bestand weitgehend Übereinstimmung, daß die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle der EG unaufhaltsam sei.

Kommissionsvertreter trat für mehr EPZ-Stellungnahmen auf der Grundlage von qualifizierten Mehrheiten (d. h. Verzicht¹¹ auf Konsens) ein, um sicherzustellen, daß Europa mehr und mehr mit einer Stimme spricht, u. a. im Europarat und in der KSZE. Britische und niederländische Vertreter hielten eine effizientere Dialogfunktion der EPZ für wichtig (Troika reiche nicht aus). Vielleicht solle man an einen GS der EPZ denken oder in Teilbereichen der Kommission Sprecherfunktionen geben.

c) Europäische Sicherheitsdimension

Die Diskussion zeigte, daß die Partner bisher noch keine klaren Vorstellungen entwickelt haben, wie die EG der Zukunft ihre Sicherheit gewährleisten soll.

Vertreter der Kommission wies in seinem persönlichen Papier darauf hin, daß die EG sich entsprechend dem Artikel 30.6 der EEA¹² mit Fragen ihrer lang-

⁷ Der Passus „österreichische Neutralität ... verlieren könne“ sowie die Wörter „an Bedeutung verlieren“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.

⁸ EG-Kommissionspräsident Delors hielt sich am 5. Oktober 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 309.

Für den Wortlaut seiner Rede am Wissenschaftszentrum Bonn vgl. Jacques DELORS, Der Aufbau Europas – Das Gebot der Stunde, Bonn 1989.

⁹ Robert Francis Cooper.

¹⁰ Margaret Thatcher.

¹¹ Korrigiert aus: „d. h. auf Verzicht“.

¹² Für den Wortlaut von Artikel 30 Absatz 6 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1112.

fristigen Sicherheit befassen müsse, so u. a. mit neuen Bedrohungen (Proliferation von KW und CW in angrenzenden Gebieten) und etwaigen destabilisierenden Entwicklungen in Osteuropa. Er hielt eine Abstimmung über die verschiedenen sicherheitspolitischen Aufgaben zwischen WEU, EG und IEPG (Koordination der europäischen Rüstungsindustrie) für möglich.

Er erinnerte ferner an die Rede von Präsident Bush vom 21. Mai, in der dieser der EG und ihren Mitgliedstaaten neue Mechanismen der Konsultation und Kooperation angeboten habe, u. a. um die Teilung Europas zu überwinden.¹³

Es gelte, eine überzeugende Antwort auf dieses Angebot zu finden, auch um die außenpolitische Rolle der EG zu stärken, so wie die ostpolitische Funktion der Gemeinschaft durch die Koordinierung der Hilfe der 24 Staaten¹⁴ deutlich gewachsen sei.

Unsere Überlegungen, daß die NATO auch in einer Welt des Wandels bei einem schrittweisen Abbau der Militärpotentiale als Stabilisierungsfaktor notwendig sei und die WEU – nicht die EG – die Funktion eines europäischen Sicherheitspfeilers im Rahmen der Allianz übernehmen könne, fanden z. T. Zustimmung. NL-Sprecher betonte, daß die Situation in Europa sich ändern könne, falls die US-Präsenz als Ergebnis von CFE stark vermindert würde; dies könne die Europäer zu neuen Überlegungen veranlassen. Europa werde ohnehin über kurz oder lang ein geopolitischer Machtfaktor. Irischer Sprecher schloß militärische Rolle der EG nicht für alle Zukunft aus, meinte jedoch, diese Frage sei derzeit nicht aktuell.

Die Partner verstehen, daß unser Ansatz u. a. das Ziel verfolgt, den Staaten Mittel- und Osteuropas die Annäherung an die EG, ggf. die Assoziation und letztlich sogar den Beitritt zu erleichtern. (Österreichische Beitrittsfrage wurde im gleichen Kontext gesehen.)

Französische Seite stellte lediglich die Frage, ob eine sich immer stärker integrierende EG als souveräne Macht nicht eines Tages auch die Zuständigkeit für ihre militärische Verteidigung beanspruchen müsse.

d) Deutsche Frage: Für Erörterung dieses Themas stand leider nur wenig Zeit zur Verfügung. Thema soll bei nächstem Treffen der Planer¹⁵ weiter behandelt werden.

Das französische Papier und das der Kommission hatten die Frage gestellt, wie die Stärkung der EG mit der Lösung der deutschen Frage in Einklang gebracht werden könne, ohne jedoch Antworten anzubieten. Wir haben auf die dynamische Entwicklung in der DDR hingewiesen, die letztlich auf freie Wahlen zu steuere. Angesichts der auch von Gorbatschow gesetzten Rahmenbedingungen hänge es letztlich von der Entscheidung einer frei gewählten Volkskammer ab, ob die DDR sich der EG annähern oder sogar langfristig eine Konföderation mit der Bundesrepublik Deutschland anstreben wolle. Zweifellos hätten die Vier Mächte in dieser Frage eine Mitsprache.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush an der Boston University vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 582–585. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 334–337.

¹⁴ Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

¹⁵ Die Planungsstäbe der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten setzten am 21. November 1989 in Brüssel ihre Gespräche „zur Europäischen Architektur“ fort. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 27. November 1989; Referat 02, Bd. 178529.

Britischer Vertreter erklärte, der Westen könne den Menschen in der DDR nicht das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Dennoch sei es wichtig, daß diese Entwicklung so verlaufe, daß sie nicht die Perestroika in der SU zum Scheitern bringe. Der Westen müsse behutsam reagieren.

Italienischer Sprecher hielt Assoziation der DDR an die EG zu gegebener Zeit für möglich.

3) Wertung

Der informelle Gedankenaustausch der Planungschefs zeigte, daß unsere positive Bewertung der Chancen für ein schrittweises Zusammenwachsen Europas mehr und mehr auch in den anderen Hauptstädten geteilt wird.

Dabei betonen unsere Partner allerdings mehr als wir die Risiken, die sich aus dem schnellen Wandel in Mittel- und Osteuropa ergeben.

Citron

Referat 02, Bd. 178529

346

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann

416-321.10 FRA

6. November 1989¹

Noch nicht von Bundesminister gebilligt

Betr.: Deutsch-französische Regierungskonsultationen am 2./3.11.89 in Bonn²;
hier: Europa-Fragen und bilaterale Wirtschaftsfragen

(Zum Gespräch BM–AM Dumas vgl. Vermerk von D4 vom 3.11.89³; zum Gespräch StM Adam-Schwaetzer–Mme Cresson vgl. Vermerk von 416 vom 2.11.89)

I. Aus der Plenarsitzung am 3.11.89 im ChBK ist festzuhalten:

1) Außenminister (Europaminister): Vorbereitung des ER Straßburg⁴

BM betonte Einvernehmen beider Außenminister zur Frage der westlichen Unterstützung der Reformprozesse in Polen und Ungarn (Verstärkung der 24er-Aktion unter KOM-Koordinierung⁵, Erhöhung der EG-Nahrungsmittelhilfe⁶, Ministerkonferenz noch vor Jahresende⁷).

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 7. November 1989 vorgelegen.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. auch Dok. 342 und Dok. 351.

³ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vgl. Referat 411, Bd. 160506.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁵ Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

⁶ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 281, Anm. 9.

Im November 1989 beschloß die EG-Kommission die Lieferung weiterer Mengen Getreide an Polen, die bis Januar 1990 durchgeführt werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1989, S. 62.

⁷ Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

Die Attraktivität der Gemeinschaft stehe und falle mit ihrer Fortschrittsdynamik. Beide Seiten wollen weitere Fortschritte zur Vollendung des Binnenmarktes und zum Abbau der Binnengrenzkontrollen im Schengen-Rahmen erreichen.⁸ Weitere Themen: EG-Umweltagentur und D-F Verteidigungsrat⁹.

AM Dumas stimmte zu und bemerkte ergänzend, daß zusammen mit Europa-ministerin Cresson und Frau StM Adam-Schwaetzer aktuelle Fragen zur Vorbereitung des ER Straßburg (EG-Sozialcharta, WWU) und des Binnenmarktes (Aufenthaltsrecht, Fusionskontrolle) erörtert wurden.

2) Finanzminister: WWU/Steuerharmonisierung

2.1) WWU

BM Waigel berichtete, daß beide Finanzminister die zur Vorbereitung der ersten Stufe (1.7.90) erforderlichen Ratsentscheidungen zur Stärkung der Rolle der EG-Zentralbankpräsidenten und zur Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz erörtert hätten, die am 13.11. im EcoFin-Rat behandelt werden.¹⁰ Zur geplanten Regierungskonferenz erklärte BM Waigel, die Festlegung eines konkreten Termins für den Beginn der Regierungskonferenz hätten sich der BK und Präsident Mitterrand vorbehalten. Hierzu bemerkte Minister Bérégovoy, F lege Wert darauf, daß die Regierungskonferenz entsprechend dem „Guigou-Bericht“¹¹ vorangetrieben werde.

2.2) Steuerharmonisierung

BM Waigel erklärte, daß D bereit sei, das F-„Übergangsmodell“ für die MWSt¹² mitzutragen, allerdings dürfe durch diese Übergangslösung nicht das Verwaltungsverfahren komplizierter werden. Minister Bérégovoy bemerkte, daß das von F vorgeschlagene Modell nur für eine Übergangsperiode gelten und danach von einer endgültigen Regelung zur Steuerharmonisierung abgelöst werden solle.

2.3) Weiter erörterten sie die Arbeit der vom deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrat zur Analyse des Handelsungleichgewichts sowie der Haushalts- und Steuerpolitik eingesetzten Arbeitsgruppen sowie EWS-Fragen. Themen beim Wirtschaftsfrühstück (Teilnehmer: BM Waigel, BM Haussmann, BM Töpfer,

⁸ Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 375.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Bettzuege informierte am 8. November 1989: „Im Rahmen der Gipfelkonsultationen trat der deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Dabei wurde insbesondere der Stand des Aufbaus der deutsch-französischen Brigade gewürdigt: Nach der Aufstellung der Stäbe ist nunmehr mit der Zuführung von Truppenteilen begonnen worden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 59; Referat 012-9, Bd. 161323.

¹⁰ Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 13./14. November 1989 vgl. Dok. 348, Anm. 3, 7 und 11.

¹¹ Zum Bericht der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 348, Anm. 2.

¹² Ministerialdirektor Jelonek faßte am 3. November 1989 zur beabsichtigten Harmonisierung der indirekten Steuern zusammen: „Nach zweijährigen Beratungen der Finanzminister ist keine befriedigende Lösung in Sicht. Die im EcoFin-Rat am 9.10.1989 von zwölf MS ins Auge gefaßte F-„Übergangslösung“ bringt zwar freie Einkaufsmöglichkeiten für Privatpersonen, verlagert aber im Warenverkehr die Steuerkontrollen nur von Binnengrenzen auf Unternehmen und Steuerbehörden im Inland. Noch keine Lösung zeichnet sich für die Angleichung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze ab. Diese Regelung kann nur als klar befristete Übergangslösung hingenommen werden. Ohne tatsächliche Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuersätze ist kein echter Binnenmarkt möglich und würde die WWU gefährdet.“ Vgl. Referat 220 (202), Bd. 174717.

StM Adam-Schwaetzer/D 4¹³⁾ waren GATT-Runde, Steuerpolitik, Umweltpolitik, Polen/Ungarn.

3) Der BK wies darauf hin, daß die Reformentwicklung in Mittel-/Osteuropa zu mehr Freiheit und Öffnung ohne die Fortschrittsdynamik der Europäischen Gemeinschaft nicht möglich gewesen wäre. D sei ein treuer und verlässlicher Partner und kein Wanderer zwischen zwei Welten. Am Binnenmarktzieldatum '92 werde festgehalten, aber auch nach '92 müsse die politische Integration weiter vorangebracht werden.

4) Wirtschaftsminister: Bilateral Handelसा Austausch, deutsch-französische Energiekooperation, EG-Einfuhrpolitik u. a.

BM Haussmann berichtete, daß das Thema Handelsungleichgewicht gemeinsam geprüft werde; das kürzlich in Paris durchgeführte deutsch-französische Unternehmer-Rundgespräch¹⁴⁾ solle im März 1990 in D fortgesetzt werden (mit Mittelstandskooperation als Schwerpunkt)¹⁵⁾.

Die in der energiepolitischen Zusammenarbeit D-F erzielten Resultate seien gute Grundlage für weitere Zusammenarbeit und Beitrag zur Verwirklichung des EG-Energiemarktes. Zur EG-Automobileinfuhr aus Japan gäbe es noch unterschiedliche Meinungen, aber beide Seiten stimmen im Ziel überein, sich auf die Liberalisierung vorzubereiten.

Zum Thema Airbus werde erwogen, daß dem Aufsichtsrat eine gewisse Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden sollte.¹⁶⁾

Frau Europaministerin Cresson bezeichnete die Verabschiedung der EG-Fusionskontrolle bis Jahresende als wichtigen Schritt zur Verwirklichung des Binnenmarktprogramms und appellierte an die deutsche Seite, zu dem endgültigen Globalkompromiß aktiv beizutragen.

II. Aus der gemeinsamen Pressekonferenz am 3.11.89 im Bundeskanzleramt¹⁷⁾ ist festzuhalten:

1) Europäische Einigung

BK betonte Übereinstimmung beider Seiten, daß die Fortschrittsdynamik der Europäischen Gemeinschaft Voraussetzung für Reformentwicklung in Mittel-/Osteuropa sei und daß der europäische Einigungsprozeß weiter vorangetrieben werden müsse. Die Lösung der deutschen Frage sei nur unter einem europäischen Dach möglich. D sei kein Wanderer zwischen zwei Welten, sondern wünsche die politische Einigung Europas. Präsident Mitterrand bezeichnete es als funda-

¹³⁾ Alois Jelonek.

¹⁴⁾ Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 20. September 1989 über das Gespräch zwischen Unternehmern aus der Bundesrepublik und Frankreich unter dem Vorsitz des Bundesministers Haussmann und des französischen Industrieministers Fauroux am 15. September 1989, man habe über Investitionen, industrielle Kooperation und Marktzugang gesprochen: „Bemerkenswert ist, daß mehrere französische Sprecher die Offenheit des deutschen Marktes anerkannten und die Gründe für die relativ schwache Exportleistung bei sich suchten. Anders als in Regierungsgesprächen wurden Einzelfälle von minderer Bedeutung, in denen französische Firmen Schwierigkeiten haben, sich der deutschen Gesetzgebung anzupassen, nicht übermäßig problematisiert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2417; Referat 220 (202), Bd. 174773.

¹⁵⁾ Das zweite deutsch-französische Unternehmengespräch fand am 7. Juni 1990 in Bebenhausen statt.

¹⁶⁾ Zur Frage einer zweiten Endmontagelinie für den „Airbus“ vgl. Dok. 333.

¹⁷⁾ Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (November/Dezember), S. 4-7.

mental, daß die Gemeinschaft sich um so schneller und stärker weiterentwickeln müsse, je schneller die Reformentwicklung in Osteuropa sei.

Auf Frage (SAT.1) nach der Wiedervereinigung erklärte Präsident Mitterrand, er habe keine Angst vor der Wiedervereinigung. Was vor allem zähle, sei das Selbstbestimmungsrecht und der Wille des deutschen Volkes. Für die Deutschen sei das Streben nach Wiedervereinigung im Rahmen einer friedlichen und demokratischen Entwicklung legitim. Wenn sie diese wollen und durchführen können, werde Frankreich seine Politik so anpassen, daß es so gut wie möglich im Interesse Europas und in seinem eigenem Interesse handeln könne. Die Europäische Gemeinschaft müsse ihre Strukturen in dem Maße verstärken, in dem Osteuropa sich fortentwickle.

2) Vorbereitung des ER Straßburg

BK betonte, daß D eng mit F-Vorsitz bis zum ER Straßburg zusammenarbeite, dessen Erfolg auch im D-Interesse liege.

2.1) EG-Sozialcharta

BK und Präs. Mitterrand erwarten Verabschiedung der Gemeinschaftscharta sozialer Grundrechte der Arbeitnehmer beim ER Straßburg am 8./9.12.89.¹⁸

Auf Frage (BBC) bestätigte Präs. Mitterrand, daß man über die GB-Haltung gesprochen habe; er hoffe, daß GB der EG-Sozialcharta zustimmen werde.

2.2) WWU

Präs. Mitterrand erklärte, daß er beim ER Straßburg eine Entscheidung über eine Regierungskonferenz zur WWU während der I-Präsidentschaft¹⁹ vorschlagen wolle.

Auf Frage, wann genau die Regierungskonferenz zur WWU einberufen werden solle, antwortete Präsident Mitterrand, er habe keinen Tag dafür angesetzt, auch keine besondere Woche oder einen Monat. Sollte aber das Ziel des EG-Binnenmarkts erreicht werden, wäre es gut für Europa, wenn die Konferenz noch 1990 stattfinden würde.

Schürmann

Referat 210, Bd. 140723

¹⁸ Zur Verabschiedung der europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 410.

¹⁹ Italien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 inne.

Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2477

Aufgabe: 6. November 1989, 18.16 Uhr¹

Ankunft: 6. November 1989, 19.09 Uhr

Betr.: Innere Lage in der DDR

1) In der DDR hat sich am vergangenen Wochenende eine Entwicklung vollzogen, die einige Teilnehmer der Großdemonstration vom Samstag² (ca. 500 000 Teilnehmer) unter dem Motto „Oktoberrevolution 89“ zusammenfaßten. Die größte freiwillige Demonstration seit Bestehen der DDR offenbarte tausendfaches politisches Engagement, aber auch Kreativität und Witz. Das Fernsehen der DDR übertrug die Kundgebung auf dem Alexanderplatz und scheute nicht, die auf den Transparenten mitgeführten Forderungen und Losungen im Bild festzuhalten. Erstmals konnte die gesamte DDR-Bevölkerung an einer nicht staatlich verordneten Veranstaltung teilhaben. Egon Krenz hat noch am Vorabend in einer Fernsehansprache³ versucht aufzuzeigen, daß die unter seiner Führung eingeleitete Wende alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasse. Dies ist – wenn überhaupt – ihm nur in sehr geringem Umfang gelungen. Das tiefe Mißtrauen gegenüber allen amtlichen Ankündigungen konnte er nicht erschüttern, zumal er das Zentralkomitee der SED als treibende Kraft für Veränderungen darstellt und somit keine Einsichtsfähigkeit erkennen ließ. Der Rücktritt weiterer Politbüromitglieder und der Wechsel in der Leitung von zwei weiteren Bezirken werden inzwischen eher als selbstverständliche Notwendigkeit wahrgenommen als als Beweis für Reformwillen. Die Ansprüche der Bevölkerung wachsen von Tag zu Tag. Bisher hinkt die Regierung den immer lauter werdenden Forderungen nach umfassenden Reformen hinterher.

2a) Die Hauptforderungen der Bevölkerung, wie sie in den zahlreichen Debatten der vergangenen Tage und auch der Demonstration vom Wochenende zum Ausdruck kommen, beziehen sich auf politische Reformen. Gefordert wird u. a.: eine Verfassungsänderung hinsichtlich der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, keine Alleinherrschaft einer Partei, Rücktritt der Regierung, Reisefreiheit, Erlass eines demokratischen Mediengesetzes, Änderungen im Strafgesetzbuch, Abschaffung bzw. starke Reduzierung des Staatssicherheitsdienstes, Einrichtung eines Verfassungsgerichts, Aufklärung der Übergriffe von Volkspolizisten am 7.10.1989⁴, Versammlungsfreiheit, Zulassung oppositioneller Gruppier-

¹ Das Fernschreiben wurde von Oberregierungsrat Vandersee, Ost-Berlin, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 7. November 1989 vorgelegen.

² 4. November 1989.

Für den Wortlaut der Reden bei der Demonstration vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin vgl. Annegret HAHN/Gisela PUCHER/Henning SCHALLER/Lothar SCHARSICH (Hrsg.), 4. November 1989. Protestdemonstration Berlin DDR, Ost-Berlin 1990 S. 116–211.

³ Der Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, teilte am 3. November 1989 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache den Rücktritt der Politbüromitglieder Axen, Hager, Mielke, Mückenberger und Neumann mit und kündigte Reformen an. Ein vom Politbüro erarbeitetes Aktionsprogramm solle dem ZK der SED zur Beratung übermittelt werden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 702–705.

⁴ Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, informierte am 10. Oktober 1989, daß Sicherheitskräfte der DDR am 7. Oktober 1989 gewaltsam gegen Demonstranten vorgegangen seien, die auf dem Alexander-

rungen, Abschaffung von Privilegien für Funktionäre, neue Ehrlichkeit in der „politischen Biographie der DDR“, unabhängige Gewerkschaften, umfassende Reform des Bildungssystems und freie Wahlen. Damit einhergehend und notwendigerweise verknüpft ist die Frage nach Wirtschaftsreformen.

2b) Die bisherigen Antworten der SED-Führung lassen erkennen, daß sie nicht bereit ist, am Führungsanspruch und damit an ihrer Alleinherrschaft rütteln zu lassen. Die Grundzüge eines Aktionsprogramms, wie es vom Politbüro erarbeitet wurde, gehen am Kern der geforderten Wende vorbei. Krenz verspricht die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofs, eine Verwaltungsreform, ein Vereinigungsgesetz, Präzisierung des Par. 213 des Strafgesetzbuches (Republikflucht)⁵ und die Ausarbeitung eines Mediengesetzes. Begonnen wurde bereits mit der Veröffentlichung von Umweltdaten, das neue Reisegesetz wird heute im Entwurf vorgestellt⁶.

Die Frage nach Rücktritt der Regierung⁷ und der Neuwahl des Präsidenten der Volkskammer⁸ sei von der Volkskammer selbst zu entscheiden.

Krenz appelliert an die Bürger, der Politik der Erneuerung zu vertrauen.

Die führende Rolle der SED, die Zulassung von freien und geheimen Wahlen und der Beteiligung oppositioneller Gruppierungen daran werden nicht im Sinne der Forderungen thematisiert.

2c) Daß starke Skepsis angezeigt ist, zeigt auch ein heute im Neuen Deutschland abgedrucktes Interview mit dem Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Generaloberst Mittig.⁹ Mittig erklärt, die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit seien uneingeschränkt für die angestrebte Umgestaltung und die notwendigen Reformen. Er kündigt eine gründliche Überprüfung an, inwieweit die Arbeit des Ministeriums den gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen noch entspreche. Er scheue eine öffentliche Kontrolle nicht. Nach diesen positiven Ansätzen verfällt er jedoch in alte Zeiten, wenn er erklärt, ein „allgegenwärtiges Spitzelsystem“ existiere nur in der Phantasie westlicher Medien, die Staatssicherheit habe nie das eigene Volk überwacht.

Für den Leser des Neuen Deutschland ist dieses Interview der Beweis, daß der Rücktritt von Spitzenfunktionären keine inhaltliche Neuorientierung bedeutet.

3) Gerade weil in entscheidenden Fragen ein Einlenken oder wenigstens ein Problembewußtsein der SED-Führung bisher nicht erkennbar ist, werden die Forderungen aus der Bevölkerung immer präziser und umfassender werden. Als letzte der Blockparteien veröffentlicht nunmehr auch das Organ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, das Bauern-Echo, ein Thesenpapier der Bauern-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1480

platz und vor dem Palast der Republik am Rande des Empfangs zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR protestiert hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2216; Referat 213, Bd. 147157.

⁵ Für den Wortlaut von § 213 des Strafgesetzbuchs der DDR in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juni 1979 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1979, Teil I, S. 143 f.

⁶ Für den Wortlaut des Entwurfs für ein neues Reisegesetz sowie der Durchführungsverordnung vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 6. November 1989, S. 1 und 3.

⁷ Der Ministerrat der DDR erklärte am 7. November 1989 seinen Rücktritt.

⁸ Horst Sindermann trat mit Wirkung zum 13. November 1989 als Präsident der Volkskammer der DDR zurück. Zu seinem Nachfolger wurde am selben Tag der Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Maleuda, gewählt.

⁹ Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Staatliche Sicherheit – Grundbedingung für Erneuerung und für Bewahrung des Erreichten“; NEUES DEUTSCHLAND vom 6. November 1989, S. 3.

partei zu grundlegender Demokratisierung in allen Bereichen, zur Stärkung der Autorität der Volksvertretung und zu einer Reform der Verwaltungsstruktur.¹⁰ Die DBD fordert eine größere Regierungsbeteiligung und ruft zu verantwortungsvoller, kameradschaftlicher und gleichberechtigter Zusammenarbeit der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block und der Nationalen Front der DDR auf.

Es zeichnet sich ab, daß auch die Basis der SED zunehmend ihre Unzufriedenheit mit der Führung der Partei zum Ausdruck bringt. Auf einer öffentlichen Veranstaltung vom Wochenende¹¹ wurde von Parteimitgliedern u.a. eine Vorverlegung des Parteitages, eine komplette Neuwahl des Zentralkomitees und die Direktwahl der Mitglieder des Politbüros und der Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED gefordert. Verschiedene Genossen sprachen sich dafür aus, den Führungsanspruch der Partei nicht gesetzlich zu verordnen, sondern durch harte Arbeit zu erringen. Die Forderung nach einer Wahlmöglichkeit zwischen mehreren sozialistischen Parteiprogrammen wurde mit großem Applaus aufgenommen. Kennzeichnend für die Diskussion war, daß sich zu dem Forum zum Thema „führende Rolle der SED“ fast ausschließlich Parteimitglieder versammelt hatten, während es offensichtlich für die Mehrzahl der Nichtparteimitglieder bereits heute kein Thema mehr ist.

Eine Stabilisierung der schwer angeschlagenen Führung kann nur über ernstgemeinte sofortige politische Schritte erfolgen. Alle Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich können nur mittel- oder langfristig Wirkung erzielen und kommen in der jetzigen heißen Phase zu spät.

Es sei darauf hingewiesen, daß bei den vielen hundert Meinungsäußerungen in Wort und Schrift der letzten Tage das in der Bundesrepublik vieldiskutierte Thema der Wiedervereinigung keine Rolle spielte. Daß irgendwann in der Zukunft die Frage der Existenz zweier deutscher Staaten behandelt werden wird, ist für die meisten Gesprächspartner eine logische Folge der jetzt angestrebten Reformen. Für die aktuelle Tagespolitik hat sie keine Bedeutung, die Sorgen der Bevölkerung liegen in anderen Bereichen.

[gez.] Studnitz

Referat 210, Bd. 140685

¹⁰ Für den Wortlaut des Thesenpapiers „Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR“ des Präsidiums des Parteivorstands vgl. BAUERN-ECHO vom 4./5. November 1989, S. 3–5.

¹¹ Zum „Sonntagsgespräch“ am 5. November 1989 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Radikale Schritte zur Erneuerung der SED von der Parteiführung gefordert“; BERLINER ZEITUNG vom 6. November 1989, S. 1 und 4.

348

Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3500

Aufgabe: 6. November 1989, 21.20 Uhr¹

Ankunft: 6. November 1989, 21.45 Uhr

Betr.: 1358. Tagung des Rates der EG (AM-Rat) am 6.11.89;

hier: TOP 8 – Wirtschafts- und Währungsunion

Bericht der Gruppe auf hoher Ebene

Zusammenfassung

Der Bericht der Ad-hoc-Gruppe (auf hoher Ebene) zur Wirtschafts- und Währungsunion (Guigou-Bericht)² wurde allgemein zustimmend zur Kenntnis genommen. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Guigou-Gruppe ihr Mandat voll erfüllt habe und der Bericht eine gute Grundlage für die weiteren Arbeiten sei. Nach der Beratung des Berichts am 13. ds.Mts. im EcoFin-Rat³ soll sich der AM-Rat am 27. ds.Mts.⁴ erneut damit befassen und sodann eine Stellungnahme für den ER in Straßburg⁵ erarbeiten. Der von britischem AM Hurd kurz vorgestellte

¹ Das von Bundesbankoberrat Heislitz, z. Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

² Zur Einsetzung der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 227, Anm. 15.

Die Beauftragte beim französischen Staatspräsidenten, Guigou, übermittelte den „Bericht über die wichtigsten Fragen der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion“ am 30. Oktober 1989. Vgl. Referat 412, Bd. 168734.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder notierte am 3. November 1989, der Bericht sei aus Sicht der Bundesregierung positiv zu bewerten, Großbritannien habe „mit allen Kräften“ versucht zu bremsen, teilweise unterstützt von den Niederlanden und Dänemark: „Letztlich haben in der Gruppe nur Italien und Frankreich und wir konstruktiv an der Diskussion über die eigentlichen WWU-Fragen mitgearbeitet. Erstaunlich und enttäuschend ist das NL-Verhalten. Auch die Belgier und Luxemburger beteiligten sich nur zurückhaltend an der Arbeit. [...] Innerhalb der deutschen Delegation gab es erhebliche Abstimmungsschwierigkeiten, da der Vertreter des BMF (unter strenger Weisung stehend) sich teilweise sehr zurückhaltend und auf der britischen Linie äußerte. Insofern bedarf es auch intern noch erheblicher Überzeugungsarbeit.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168734.

³ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), informierte am 16. November 1989, die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister vom 13./14. November 1989 habe den Fragenkatalog des Guigou-Berichts als noch nicht abschließend bezeichnet. Bundesminister Waigel habe auf die „großen Interessengegensätze und Unterschiede in den Grundauffassungen hingewiesen, die schon bei der Formulierung der Fragen aufgetreten“ seien. Waigel zufolge gelte es jetzt, „Antwortmöglichkeiten – auch in der Form von Alternativen – auf die bisher gestellten und hinzukommenden Fragen zu erarbeiten. Man dürfe sich nicht unter zu großen Zeitdruck setzen, etwa durch die Festlegung des Beginns oder des Endes der Reg[ierungs]konferenz“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3696/3697; Referat 412, Bd. 168734.

⁴ Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), informierte am 27. November 1989, der französische Außenminister Dumas habe in der EG-Ministerratstagung am selben Tag erklärt, die französische EG-Ratspräsidentschaft bereite eine Note zur Wirtschafts- und Währungsunion an den Europäischen Rat vor, „die den Stand der Vorbereitungen darstellen und der der Guigou-Bericht als Anlage beigeheftet sein soll“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3886; Referat 410, Bd. 141609.

Am 29. November 1989 ergänzte Trumpf: „Eine inhaltliche Vertiefung der Themen im Kreise der Minister fand, wie das der Übung der Ratstagungen vor Europäischen Räten entspricht, nicht statt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3924; Referat 410, Bd. 141609.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

Entwurf einer Alternative zum Delors-Bericht⁶ wurde zur Kenntnis genommen, jedoch nicht diskutiert; dies soll dem EcoFin-Rat vorbehalten werden.⁷

Mehrere Delegationen betonten, daß der Delors-Bericht die Grundlage für das weitere Vorgehen bleiben solle. Zahlreiche Del. sprachen sich für eine baldige Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz (RK) und ihre Einberufung für die zweite Jahreshälfte 1990 aus. E, GR und P unterstrichen die Wichtigkeit wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion als einer Voraussetzung für die WWU. Kommissionspräsident Delors verwies demgegenüber auf die differenzierenden Ausführungen hierzu in dem nach ihm benannten Bericht und warnte davor, die Kohäsion zur Bedingung der WWU zu machen. BM Genscher wies auf die große Bedeutung des bevorstehenden ER von Straßburg hin: Mit der Entscheidung über die WWU werde über die weitere Zukunft der Gemeinschaft, d.h. darüber entschieden, ob man den Weg zur Politischen Union gehen will.

Im Einzelnen

GB: AM Hurd meinte, die Guigou-Gruppe sei zu früh einberufen worden; der abschließende Bericht sei jedoch nützlich. Für die RK sei aber noch viel Arbeit erforderlich, wobei der Delors-Bericht nur eine Grundlage sei und Gegenvorschläge berücksichtigt werden müßten. Im EcoFin-Rat und den Fachgremien (Währungsausschuß, Ausschuß der Zentralbankgouverneure) müßten alle Substanzfragen, einschließl. GB-Alternative, geklärt werden, bevor sich der AM-Rat mit der Angelegenheit weiter befasse. Im übrigen stellte AM Hurd das GB-Papier in den Grundzügen vor. Er meinte, der darin skizzierte Prozeß könnte wahrscheinlich sogar zu schnelleren Fortschritten führen als der im Delors-Bericht vorgeschlagene. Auf jeden Fall sei der britische Weg mit geringeren Risiken behaftet als die im Delors-Bericht vorgesehene institutionelle Lösung.

B: AM Eyskens wies darauf hin, daß der Gouverneursausschuß und der Währungsausschuß vor dem ER oder der RK keineswegs zu den Fragen im Guigou-Papier Stellung nehmen könnten. Diese Fragen müßten in der RK beantwortet werden. Der AM-Rat müsse weiterhin am Entscheidungsprozeß, insbes. bei den institutionellen Fragen, beteiligt bleiben. Auf keinen Fall dürfe er „kurzgeschlossen“ werden.

⁶ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder hielt am 3. November 1989 fest, die britische Regierung habe am Vortag „ein als Alternative zum Delors-Bericht gedachtes Papier zum Thema ‚Ein evolutionärer Ansatz für die Wirtschafts- und Währungsunion‘ verbreitet“. Seine Grundgedanken seien: „Ablehnung der Schaffung einer Europäischen Zentralbank, Ablehnung der Schaffung einer europäischen Einheitswährung, mehr Wettbewerb zwischen den elf Währungen der Gemeinschaft, ohne daß allerdings jede Währung in jedem Mitgliedsland gesetzliches Zahlungsmittel würde, Weiterentwicklung des EWS in ein System mit ‚mehr oder weniger festen Wechselkursen‘.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168734.

Für den deutschen Wortlaut des Papiers des britischen Schatzamts vgl. Henry KRÄGENAU/Wolfgang WETTER, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation, Baden-Baden 1993, Dok. 67.

⁷ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), berichtete am 16. November 1989, in der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 13./14. November 1989 hätten die übrigen EG-Mitgliedstaaten zum britischen Papier vom 2. November 1989 geäußert, „es sei keine Alternative zum Delors-Bericht“. Bemängelt worden sei, „daß es zur bisherigen Definition einer Währungsunion in Widerspruch steht (I, B), in der ersten Stufe stehenbleibe (B) und ein Wettbewerb von Währungen nicht vereinbar sei mit einer Währungsunion (F, E)“. Italien habe bezweifelt, „daß Konvergenz, insbes[ondere] Geldwertstabilität in der Gem[inschaft] unter dem Druck der Marktkräfte zustandekomme. Der Gefahr, daß eine inflationäre Währung andere anstecke, könne man nur mit zentraler Entscheidungsgewalt begegnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3696/3697; Referat 412, Bd. 168734.

NL: AM van den Broek bezweifelte, ob der Guigou-Fragenkatalog erschöpfend sei. So fehle z.B. die Frage der Autonomie der nationalen Zentralbanken. Dieses Thema sei aber wichtig. Es müsse möglich sein, auch noch nachträglich auftauchende Fragen in den Katalog aufzunehmen. Einige Fragen seien überbetont, etwa zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Das Problem der regionalen Ungleichgewichte sei keine Frage der WWU, sondern der für 1992 vorgesehenen Neuevaluierung der Strukturfonds. Es sei im übrigen eine angemessene weitere Vorbereitung der RK nötig, also eine Diskussion über wesentliche Fragen des Guigou-Bericht mit dem Ziel, einen gewissen Grundkonsens zu erreichen. Auf dem ER von Straßburg sollte der Beginn der RK festgelegt werden, und zwar für zweite Hälfte 1990. Während der RK solle auf die in erster Phase der WWU zu sammelnden Erfahrungen eingegangen werden. Das GB-Papier enthalte überraschend positive Worte zum EWS. Es sei zu hoffen, daß GB bald die Bedingungen für einen Beitritt zum EWS als erfüllt ansehe.

D: BM Genscher bezeichnete den Bericht der Guigou-Gruppe als einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur WWU. Er enthalte alle wichtigen Fragen. Maßgeblich für die Entscheidungen des ER könnten allein die Stellungnahmen des AM-Rates und des EcoFin-Rates sein, nicht diejenigen etwaiger anderer nachgeordneter Gremien. Im übrigen unterstrich BM Genscher, daß die Entscheidung über die WWU die Kernfrage für den Willen zur Vertiefung der Gemeinschaft sei und zur Entschlossenheit, zur Politischen Union voranzuschreiten. D messe der WWU außerordentliche Bedeutung für die Zukunft der Gemeinschaft bei.

IRL: Auch AM Collins bezeichnete den Bericht als wichtigen Beitrag für die RK. Wichtig sei, den gegenwärtigen Schwung der Verwirklichung der WWU aufrechtzuerhalten.

I: AM De Michelis meinte, daß mit dem Bericht der Guigou-Gruppe alle Elemente für eine Entscheidung für die Einberufung einer RK gegeben seien. Die Antworten auf die Guigou-Fragen könnten nur auf der RK gegeben werden. De Michelis betonte im übrigen die Einheitlichkeit der zu treffenden Entscheidungen, d.h., der Anlauf der ersten Phase und die Vorbereitung der zweiten Phase sollten parallel erfolgen. Wichtig sei die Grundsatzentscheidung, daß über die erste Phase hinausgegangen werden solle. Sonst habe dies keinen Sinn. Allerdings müsse man die Verwirklichung der ersten Stufe auch im Zusammenhang mit der Vollendung des Binnenmarktes sehen. Dies erfordert auch steuerliche Regelungen, z. B. in Begleitung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

P: AM Pinheiro⁸ unterstützte die Zielsetzung des Delors-Berichts. Alternative Vorschläge seien jedoch ebenfalls zu erwägen. Die WWU sei aber nur bei sozio-ökonomischer Kohärenz zu verwirklichen.

GR: AM Papoulias forderte die Einberufung der RK für zweite Hälfte 1990. Grundlage der Entscheidung solle der Delors-Bericht sein. Voraussetzung für die WWU sei die Konvergenz der Volkswirtschaften.

E: AStS⁹ Solbes begrüßte zwar den GB-Beitrag, soweit er neue Elemente enthält. Für die zu treffenden Entscheidungen müsse aber der Delors-Bericht als Grund-

⁸ Korrigiert aus: „AM de Deus Pinheiro“.

⁹ Außenstaatssekretär.

lage dienen. In Straßburg sollte die Entscheidung über den Weg nach der ersten Phase gefällt werden. E wolle ihn bis zum Ende mitgehen.

LUX: AM Poos wies darauf hin, daß die notwendige einfache Mehrheit für die Einberufung einer RK schon vorhanden sei, jedoch bestünden in der Substanz noch fundamentale Meinungsverschiedenheiten. Es wäre daher nützlich, sowohl die Erfahrungen in der ersten Stufe als auch diejenigen nach dem GB-Beitritt zum EWS bei der RK zu berücksichtigen.

DK: AM Ellemann-Jensen bezeichnete den Guigou-Bericht als umfassende und angemessene Vorbereitung einer Regierungskonferenz. Die Grundlagen für eine Entscheidung in Straßburg darüber seien gegeben.

KOM: Präsident Delors warnte davor, daß sich die Arbeiten an der WWU in anderen Gremien als dem AM- und EcoFin-Rat festfahren könnten. Er kündigte eine Zusammenstellung der Vor- und Nachteile der WWU an, die im April der irischen Präsidentschaft übergeben werden soll. Auch das GB-Papier werde geprüft.

¹⁰Der soziale Zusammenhalt der EG sei wichtig. Er dürfe aber nicht zur Voraussetzung für die WWU gemacht werden, sonst gerate man in eine Krise. Für den Übergang von Phase 1 zu Phase 2 sei ein politischer Impuls nötig. Er finde nur statt, wenn Phase 1 Erfolg habe, es gebe insofern also keinen automatischen Übergang zwischen den Phasen.

Vizepräsident Christophersen meinte, die Arbeiten an der WWU befänden sich im Zeitplan. Der EcoFin-Rat werde wahrscheinlich den beiden KOM-Vorschlägen zur ersten Phase am 13.11.89 grundsätzlich zustimmen.¹¹

Im ersten Halbjahr 1990 solle eine Diskussion über erforderliche Anpassungen der Arbeitsweise von EcoFin-Rat und EP stattfinden. Der Gouverneursausschuß wolle im ersten Halbjahr 1990 eine Forschungsgruppe einsetzen, so daß der Ausschuß seine Diskussionen auf der Grundlage eigener Studien führen könne.

[gez.] Grünhage

Referat 412, Bd. 168734

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3501 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), informierte am 14. November 1989 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister vom 13./14. November 1989: „Rat verabschiedete im Sinne einer polit[ischen] Orientierung die beiden Rechtsakte zur Vorbereitung der ersten Stufe der WWU (Beschlufentwurf über die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der MS der EG sowie Entscheidungsentwurf zur Erreichung von schrittweiser Konvergenz der wirtschaftl[ichen] Ergebnisse während der ersten Stufe der WWU). Dabei konnte das D-Hauptanliegen – keine Beteiligung der Gouverneure der Zentralbanken (ZB) an förmlichen Tagungen des EcoFin-Rates – durchgesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3629/3630; Referat 412, Bd. 168780. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 11/1989, S. 12.

349

**Bundeskanzler Kohl an den
südafrikanischen Präsidenten de Klerk**7. November 1989¹

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

für Ihr Schreiben vom 21. September, in dem Sie mir Ihre innenpolitischen Initiativen anlässlich Ihrer Regierungsübernahme erläuterten², danke ich Ihnen.

Ich begrüße den in Ihrer Antrittsrede vom 20. September³ zum Ausdruck gebrachten Willen, durch eine Politik substantieller Reformschritte friedliche Lösungen für die Probleme Ihres Landes zu suchen.

Die von Ihnen in der Zwischenzeit ergriffenen Maßnahmen – die Zulassung friedlicher Demonstrationen, die Freilassung einer Gruppe langjährig inhaftierter politischer Gefangener, Ihre Ankündigung, den Ausnahmezustand⁴ aufheben zu wollen, und Ihre grundsätzliche Bereitschaft zu baldigen Verhandlungen mit den Führern der schwarzen Bevölkerung – halte ich für wichtige positive Schritte.

Ich möchte Sie dazu ermutigen, auch die weiteren, noch erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die von Ihnen angestrebten Verhandlungen über eine friedliche Überwindung der Rassentrennung und zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die eine gerechte Beteiligung aller Südafrikaner an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in Ihrem Lande sicherstellt, in Gang zu bringen. Ich versichere Ihnen, daß die von mir geführte Bundesregierung einen solchen Verhandlungsprozeß in konstruktiver Weise begleiten und nach Kräften fördern wird.

Sie haben in Ihrem Brief auch die gegen die SWAPO erhobenen Anschuldigungen angesprochen, nach wie vor Gefangene in Angola und anderen Ländern der Region unter menschenunwürdigen Umständen festzuhalten. Diese Anschuldigungen sind auch hier bekannt und werden von der Bundesregierung sehr ernst genommen. Als Mitautor des Lösungsplans für Namibia⁵ tritt die Bundesregierung mit Nachdruck dafür ein, daß alle beteiligten Parteien sich strikt an die Resolution 435 des VN-Sicherheitsrats⁶ halten und ihre Verpflichtungen hieraus

¹ Ablichtung.

² Für das Schreiben des südafrikanischen Präsidenten de Klerk vom 21. September 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 320, Bd. 156011.

³ Für die Rede des südafrikanischen Präsidenten de Klerk bei seiner Amtseinführung am 20. September 1981 in Pretoria vgl. Referat 320, Bd. 155990.

⁴ Die südafrikanische Regierung verhängte am 12. Juni 1986 den Ausnahmezustand. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 173.

⁵ 1977 bildeten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA die Kontaktgruppe zur Lösung der Namibia-Frage. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1983, II, Dok. 313.

⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

gewissenhaft erfüllen. Wir sind daher an einer möglichst schnellen Aufklärung der gegen die SWAPO erhobenen Anschuldigungen interessiert und unterstützen alle Bemühungen, die dazu beitragen können.

So habe ich mit Befriedigung vermerkt, daß der VN-Sonderbeauftragte⁷ auch nach der Rückkehr der von ihm nach Angola und Sambia entsandten Mission seine Entschlossenheit erklärt hat, um Aufklärung des Schicksals der vermißten 315 SWAPO-Gefangenen bemüht zu bleiben.

Meine Regierung ist und bleibt – sowohl in Namibia als auch in den VN – mit allen Parteien im Gespräch, um dazu beizutragen, daß der Übergang Namibias in die Unabhängigkeit sich friedlich und demokratisch und unter Achtung der Menschenrechte vollziehen kann. Alle Beteiligten tragen gerade in der jetzt vor uns liegenden wichtigsten Phase des Friedensprozesses in Namibia große Verantwortung. Nach meiner Überzeugung verdienen die Vereinten Nationen, und hier insbesondere der Generalsekretär⁸, sein Sonderbeauftragter für Namibia und die UNTAG als „Geburtshelfer“ des künftigen unabhängigen Staates Namibia, unser Vertrauen und unsere besondere Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

[Helmut Kohl]

Referat 320, Bd. 156011

350

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

7. November 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

mit der Bitte um Kenntnisaufnahme und dem Vorschlag, die hier angeschnittene COCOM-Problematik mit den USA auf politischer Ebene aufzunehmen.

Betr.: COCOM-Probleme in Zusammenhang mit der sicherheitstechnischen Nachrüstung von Kernkraftwerken aus der Sowjetunion (insbesondere in der DDR) und Lieferung von Hochtemperaturreaktoren.

1) Am Beispiel der Kernkraftwerke aus der SU und der Lieferungen von Hochtemperaturreaktoren in die Sowjetunion werden erneut prinzipielle Probleme des COCOM-Systems deutlich.

⁷ Martti Ahtisaari.

⁸ Javier Pérez de Cuéllar.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Referent Liebler und Vortragendem Legationsrat Bauer konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von der operativen Schlußfolgerung möchte ich in Hinblick auf den in Bearbeitung befindlichen

a) Nachrüstung von sowjetischen KKWen

Herr Hirschmann⁴, Vorstandsmitglied der Siemens AG, berichtete am 25.10.1989 dem Planungsstab über den äußerst besorgniserregenden Sicherheitszustand von sowjetischen Kernkraftwerken in der SU und der DDR. Eine sicherheitstechnische Nachrüstung sei dringend geboten. Jeden Tag könne ein zweites Tschernobyl⁵ passieren. Mit der DDR verhandele Siemens über die leittechnische Nachrüstung der vier alten 440 MW-Blöcke in Greifswald (Auftragswert ca. DM 500 Mio.), mit der SU über ein Joint-venture für Diagnoseeinrichtungen.

Neben der noch offenen Finanzierung bereite die Nachrüstung Schwierigkeiten im COCOM. Wenn die Bundesregierung sich nicht mit Nachdruck für eine Freigabe des Technologietransfers einsetze, sei die Nachrüstung nicht möglich, zumal hierzu auch amerikanische Rechner gehörten, die für die von Siemens zu liefernden fest verdrahteten und speicherprogrammierbaren Leittechniksysteme unverzichtbar seien.

b) Hochtemperaturreaktoren

COCOM-Probleme, so im Ergebnis Herr Hirschmann, werde es möglicherweise auch bei der Lieferung von Hochtemperaturreaktoren⁶ in die SU geben. Auch hier würden US-Rechner benötigt, auch hier treffe man auf amerikanischen Widerstand. Der Westen müsse an der Lieferung von HTRs ein um so größeres Eigeninteresse haben⁷, als die SU die von Hochtemperaturreaktoren erzeugte Prozeßwärme u. a. zur Produktion von Wasserdampf verwenden und damit die Ausbeute ihrer Erdöllagerstätten erheblich steigern wolle. Andernfalls sei die SU gezwungen, auf fossile, die Umwelt schwer belastende Brennstoffe zurückzugreifen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1488

Antwortbrief des BK an Prä[sident] Bush abraten. Die COCOM-Problematik ist Gegenstand der Diskussion mit den USA auf allen Ebenen.“

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. November 1989 vorgelegen, der Staatssekretär Lautenschlager um Rücksprache bat.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „[für] Rücksprache StS L[autenschlager] bei BM“ verfügte.

Hat Lautenschlager am 14. November 1989 erneut vorgelegen.

Hat Genscher am 21. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]-v[orlage] mit Stellungnahme der Abt[eilung] 4.“

Hat Lautenschlager am 21. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück]-spr[ache] erledigt. 21.12.“ Außerdem verfügte er die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“.

Hat Jelonek am 22. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 431 und 425 verfügte und für Referat 425 handschriftlich vermerkte: „B[itte] R[ücksprache].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dahlhoff am 27. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dieser Vorgang traf am 27.12.89 bei 425 ein.“

4 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich kenne Herrn Hirschmann seit vielen Jahren, auch die durchaus legitimen Interessen seines Hauses.“

5 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

6 Die Wörter „bei der Lieferung von Hochtemperaturreaktoren“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses war Gegenstand ausführlichen Meinungsaustausches am Vorabend des BK-Besuchs in Moskau u. des Gorbatschow-Besuchs in Bonn.“

7 Der Passus „Der Westen ... Eigeninteresse haben“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber wir bauen ihn nicht!“

2) Der Vortrag Hirschmanns zeigt h. E., zu welchen unvernünftigen Ergebnissen eine überzogene COCOM-Politik führen kann. In beiden Fällen sind konkrete Gefährdungen – für das Leben und den globalen Klimahaushalt – gegen eine immer abstrakter werdende sicherheitspolitische Gefahr abzuwägen. In beiden Fällen bedeutet es für den Westen letztlich Selbstschädigung, an den COCOM-Bestimmungen festzuhalten.

3) Hinzu kommt, daß der Bundeskanzler und andere Mitglieder der Bundesregierung nach dem KKW-Unfall in Tschernobyl weltweit höhere Sicherheitsstandards gefordert und deutsche Hilfe dabei angeboten haben. Auf der Konferenz über die Übereinkommen zur frühzeitigen Benachrichtigung bei Nuklearunfällen und über gegenseitige Hilfeleistung hat BMU Wallmann das deutsche Angebot wiederholt.⁸

Es gibt daneben noch eine Vielzahl anderer Gründe, die ein konsequentes und umgehendes Tätigwerden der Bundesregierung nahelegen:

- Allein für den RGW-Bereich werden die gesamten Nachrüstungskosten auf 30–35 Mrd. DM (ca. DM 400 Mio. pro KKW-Block, derzeit 78 Blöcke in Betrieb) geschätzt. Dies wäre, wenn sich für die Finanzierungsfrage (s. u.) Lösungsmöglichkeiten zeigten, ein riesiger Markt. Letztlich geht es aber nicht nur um Umsätze, sondern auch um eine intensivere sicherheitstechnische und technologische Anpassung des Ostens an westliche Standards und eine stärkere Verflechtung, wie sie sich aus gemeinsamen Sicherheitsanalysen, Training, Auslegungskriterien etc. ergeben würde.
- Weder die europäische noch die amerikanische Kernkraftindustrie werden ein zweites Tschernobyl politisch überstehen. Angesichts der zwischenzeitlich erreichten Abhängigkeit von kerntechnisch erzeugter Energie hätte dies auch volkswirtschaftlich katastrophale Folgen.
- Zu einer modernen Leittechnik gehören Rechner⁹ mit einer bestimmten Kapazität. Westliche Lieferungen, die unterhalb des state of the art lägen, müßten die Frage nach einem doppelten Standard von „westlicher und östlicher Sicherheit“ aufwerfen. Dies wäre für uns weder innen- noch außenpolitisch hinnehmbar¹⁰.
- Bei Einwendungen der USA wäre auch auf die Möglichkeit der Verwendungsüberwachung hinzuweisen. Die USA und die EG haben z. B. beim Export von Flugzeugen (Boeing, Lockheed, Airbus) in RGW-Staaten sensitive Technologien zum Schutz gegen mißbräuchliche Verwendung versiegelt. Zu denken wäre auch an Inspektionen, für die trotz der hiermit verbundenen Problematik (Extraterritorialität) nunmehr auch auf östlicher Seite eine größere Akzeptanz bestünde. Letztlich wäre ein Mißbrauch der Software bzw. ein Abbau von Rechnern technisch relativ leicht und zu jedem Zeitpunkt durch geeignete Kontrollstellen mittels Ferndiagnose/-überwachung überprüfbar.
- Die deutsche Sicherheitstechnologie repräsentiert international höchsten Standard. Ein Unglück wie Tschernobyl wäre nach Auffassung von Experten beim

⁸ Die Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz fand vom 24. bis 26. September 1986 in Wien statt. Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Wallmann am 24. September 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 941 f. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 266.

⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses COCOM-Problem stellt sich leider nicht nur hier.“

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Einsatz dieser weitgehend automatisch arbeitenden Sicherheitsausrüstung ausgeschlossen gewesen. (Aus diesem Grund sind auch Länder wie Indien, wenn sie russische KKWs kaufen, am Einbau deutscher Sicherheitstechnologie interessiert.)

4) Das Eigeninteresse des Westens an der Sicherheit von KKWs im RGW-Bereich, und insbesondere der DDR, sollte sich auch in der Finanzierungsfrage¹¹ niederschlagen.

Die Bundesregierung könnte insbesondere prüfen, ob die im Haushalt des BMU für die Durchführung von gemeinschaftlichen Umwelt-Projekten mit der DDR vorhandenen Mittel nicht auch auf den KKW-Bereich ausgedehnt werden können. Für die DDR kämen auch Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Betracht. Daneben sollten wir¹² uns, angesichts des gewaltigen Volumens, auch auf EG-Ebene für Finanzhilfen¹³ einsetzen. Eine solche EG-Hilfe könnte von vornherein als weiterer Schritt zu einer gesamteuropäischen Energie-Zusammenarbeit – von der Ausarbeitung gemeinsamer Sicherheitsstandards bis hin zum Stromverbund – konzipiert werden.

Referat 431 hat mitgewirkt.

Citron

Referat 424, Bd. 220448

351

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-360.92 FRA (KOM)

8. November 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Betr.: Sitzung des deutsch-französischen Ratskomitees für Verteidigung und Sicherheit am 3.11.1989 in Bonn, 8.30–9.50 Uhr, im Kanzleramt²

Anlg.: 1 (Teilnehmer)

1) West-Ost-Beziehungen

BM Genscher: Wir seien uns alle der dramatischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa bewußt. Es handele sich um parallele Entwicklungen, die aber jeweils

¹¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Dies ist m. E. Teil einer umfassenderen Thematik.“

¹² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer?“

¹³ Die Wörter „EG-Ebene“ und „Finanzhilfen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Freitag und Kapitän zur See i.G. Nachtsheim, Bundesministerium der Verteidigung, konzipiert.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 342 und Dok. 346.

von den spezifischen Umständen und Problemen der einzelnen WP-Staaten bestimmt würden.

In Ungarn seien die Wirtschaftsreformen sowie die Öffnung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, insbesondere der Aufbau von Parteistrukturen, am weitesten fortgeschritten. Die kommunistische USAP versuche, sich an die Spitze der Reformbewegung zu setzen und dabei ihre orthodoxe Einstellung abzustreifen. Die Wahlen im nächsten Jahr³ würden zeigen, wie weit sie sich von der Vergangenheit zu lösen und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen vermag. Auf jeden Fall handele es sich um eine Entwicklung, die es zu stützen gelte.

Die Lage in Polen sei viel komplexer. Die bisher allein regierende kommunistische PVAP habe abgewirtschaftet. Die Senatswahlen⁴ hätten gezeigt, daß sie keinerlei Vertrauen bei der Bevölkerung mehr besitze. Andererseits gebe es keine Parteistrukturen, die bereits jetzt an die Stelle der PVAP treten könnten. Solidarność sei nicht vorbereitet gewesen, eine Regierungsrolle zu übernehmen. Die innerhalb der Solidarność vorhandenen Gegensätze brächen seit ihrer Regierungsbeteiligung offen auf. Eine Besonderheit kennzeichne die Lage in Polen: Allen derzeit relevanten Kräften – die PVAP, Staatspräsident Jaruzelski mit einer zunehmend eigenständigeren Rolle, Solidarność und die Kirche – sei der Wille gemein, die Krise gemeinsam überwinden zu wollen. Die Wirtschaftslage in Polen sei allerdings katastrophal, die Regierung zum Erfolg verurteilt, wenn es nicht zum Chaos kommen solle. Die EG habe daher beschlossen, ein zweites Mal Nahrungsmittelhilfe an Polen zu liefern⁵; weitere Schritte zur Verbesserung der Wirtschaftslage sollten folgen. Die Teilnehmerstaaten des 24er-Kreises unter Federführung der EG (EG, EFTA, USA, CDN, Japan, Australien, Neuseeland, Türkei) seien übereingekommen, noch in diesem Jahr eine weitere Konferenz einzuberufen, um ihren Unterstützungsbemühungen für die Wirtschaftsreformen einen politischen Impuls zu geben.⁶ Wie fragil die Lage in Polen sei, zeigten die Vorbereitungen für den Besuch des BK in Polen.⁷ Die PVAP nutze jede Möglichkeit, der Regierung mangelnde Festigkeit bei der Verfolgung nationaler Interessen vorzuwerfen. Für den Westen sei daher wichtig, dazu beizutragen, der neuen Regierung eine Chance zu geben.

Die Situation in der DDR sei noch komplizierter und von besonderen Bedingungen geprägt. Hierzu zählten insbesondere das Fehlen einer nationalen Identität sowie die Stationierung der stärksten sowjetischen Militärpräsenz in Europa

³ In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

⁴ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

⁵ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

⁶ Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G 24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

⁷ Zur Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 330.

In einem Gespräch mit dem polnischen Gesandten Jędrzyński am 8. November 1989 führte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, aus: „Gesamtlage am Vorabend des Polen-Besuchs des Bundeskanzlers besorgt uns, weil augenblickliche öffentliche Diskussion in Polen und bei uns – in Wechselwirkung – zu erheblichen Belastungen des Besuches führt. [...] Von Anfang an Grundverständnis, daß bei diesem ersten Besuch nicht alle Probleme auf einmal gelöst werden können. Deshalb dürfen Bundeskanzler jetzt keine Lasten aufgebürdet werden, die er nicht tragen kann [...]. Für uns kein Problem, wenn Vereinigung ehemaliger Zwangsarbeiter ihre Forderungen artikuliert – MD Kastrup wird in Warschau mit Vertretern der Vereinigung Gespräch führen. Offensichtlich aber auch Demonstrationen geplant. Hier entscheidend, wo und wie diese ablaufen. Wenn daraus Provokation gemacht würde, wäre es für BK unerträglich.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34037.

außerhalb der SU. Die bisherige Reaktion der Führung auf Reformforderungen sei von der Bevölkerung in keiner Form als ausreichend empfunden worden. Deshalb halte die Fluchtbewegung an. Wir könnten davon ausgehen, daß die SU der DDR-Führung gesagt habe, sie wolle nicht – wie 1953⁸ – mit ihren Streitkräften in Angelegenheiten der DDR verwickelt werden; die DDR habe selbst ihre Probleme zu lösen. Die SU sei sich bewußt, daß sie mit der DDR-Führung zusammenarbeiten müsse. Das sowjetische Medienecho auf den Moskau-Besuch von Krenz⁹ zeige aber, daß die SU bisher nicht davon überzeugt sei, die neue Regierung habe ein Vertrauensminimum bei der Bevölkerung gewonnen. Diese Auffassung teilten auch wir. Schon gestern abend, nur einen Tag nach Aufhebung der Visapflicht für Reisen der Deutschen aus der DDR in die ČSSR, hätten sich bereits mehr als 1300 Menschen in unserer Botschaft in Prag eingefunden.¹⁰

Die Entwicklung in der SU lasse deutlich verschiedene Stadien der Reformfortschritte erkennen: Die Reformpolitik habe zu einer weitreichenden Korrektur der sowjetischen Außenpolitik geführt, sie mache Fortschritte bei der Entwicklung der innerstaatlichen Demokratie (Machtverlagerung von der KPdSU zum Obersten Sowjet); bei den Wirtschaftsreformen stellten sich dagegen kaum Fortschritte ein, die größten Probleme verursache das Nationalitätenproblem. Die Korrektur ihrer Außenpolitik habe zu einer veränderten Haltung der SU insbesondere in Abrüstungsfragen geführt: Das INF-Abkommen¹¹ sowie die KSE-Verhandlungen¹² belegten beispielhaft, daß die SU heute eine Haltung annehme, die sie früher abgelehnt habe. Die Aufgabe der eindeutig expansiven Außenpolitik der Breschnew-Ära zugunsten einer Sicherheitspolitik spiegele sich in ihrem Verhältnis zu den anderen WP-Staaten wider. Unklar sei zwar, welche Konsequenzen die SU im einzelnen für ihre Beziehungen zu den anderen WP-Staaten aus ihrer veränderten Außenpolitik ziehen wolle. Tatsache sei aber, daß sie nicht interne Reformentwicklungen behindere, sondern zum Teil ermutige. Hieraus könne auf eine neue Rolle der SU in ihren Beziehungen zu den WP-Staaten geschlossen werden. Dies gelte allerdings nicht für die DDR, zu der die SU aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen spezielle Beziehungen pflegen werde.

Angesichts der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa müsse die EG ihre Dynamik bewahren. Der Integrationsprozeß dürfte nicht erlahmen, da er auf die

⁸ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

⁹ Der Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, hielt sich vom 31. Oktober bis 1. November 1989 in der UdSSR auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU am 1. November 1989 vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 52, und VORWÄRTS IMMER, Dok. 45. Botschafter Blech, Moskau, erläuterte am 2. November 1989, daß die sowjetische Presseberichterstattung über den Besuch „eine auffällige protokollarische Herabstufung“ darstelle. Bei der Pressekonferenz von Krenz habe sich der Eindruck aufgedrängt, „daß hier jemand in aller Hast ein Perestroika-Make-up aufgelegt hat, bei dem jedoch bei näherem Hinsehen (bzw. Zuhören) die nicht sehr fortschrittliche Substanz spürbar wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4550/4551; Referat 210, Bd. 140713. Zur Pressekonferenz von Krenz am 1. November 1989 vgl. den Artikel „In großer Offenheit haben wir über alles gesprochen“, NEUES DEUTSCHLAND vom 2. November 1989, S. 1 und 2.

¹⁰ Zur Lage an der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. DIE EINHEIT, Dok. 18.

¹¹ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹² Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Staaten in Mittel- und Osteuropa eine große Signalwirkung ausübe. Es gelte, im Bündnis politische Solidarität und Einigkeit zu wahren. Unsere Bevölkerung begrüße die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa sowie die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen. Sie stelle jedoch die Notwendigkeit eines starken und einigen Bündnisses nicht in Frage. Insbesondere gebe es keine Grundstimmung für einseitige Vorleistungen des Westens.

AM Dumas: Er stimme damit überein, daß die Entwicklung in jedem Lande in Mittel- und Osteuropa unterschiedlich sei. Dies gelte auch für die ČSSR. Festzuhalten sei, daß in keinem Land die Reformbewegung abgeschlossen sei; sie werde voranschreiten. Er teile die Ansicht BM Genschers: Wir stünden erst am Anfang. Nur die DDR trete als potentielles Reformland auf der Stelle.

Die USAP in Ungarn spüre die Gewalt aus ihren Händen gleiten und versuche, dies aufzuhalten. In Ungarn sei die Reformbewegung am weitesten fortgeschritten. Es entwickle sich ein Mehrparteiensystem, neue Parteien seien entstanden. Dennoch sei festzuhalten, daß nur ca. 10 % der ehemaligen USAP-Mitglieder in die neugegründete „Ungarische Sozialistische Partei“ (USP)¹³ übergetreten seien. Dies zeuge von einem großen Desinteresse der Bevölkerung, irgendeiner Ideologie zu folgen.

Die PVAP in Polen habe nahezu die Rolle einer parlamentarischen Opposition angenommen, die der Regierung vorwerfe, das Land nicht führen zu können.

Die neue Regierung in der DDR¹⁴ lasse sich auf eine Art Dialog ein, schlage gewisse Reformmaßnahmen vor. Jeder stelle jedoch fest, es reiche nicht aus.

Für die nächste Zeit sei zu erwarten, daß die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa Konsequenzen sowohl für den Warschauer Pakt als auch für das Atlantische Bündnis hervorrufen würden. AM Schewardnadse habe auf der Tagung der Außenminister der WP-Staaten am 26./27.10.1989 in Warschau¹⁵ vor allem zwei wichtige Schwerpunkte gesetzt. Zum einen habe er angekündigt, die SU werde das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und auf freie Wahl seines gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungsganges ohne Einmischung von außen wahren. Dies stehe im Gegensatz zur Breschnew-Doktrin¹⁶. Zum andern habe er die vorbehaltlose Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und der territorialen Integrität als Leitprinzip unterstrichen. Dagegen habe er die Solidarität der WP-Staaten eher beiläufig erwähnt, obwohl in einigen Ländern Überlegungen zum langfristigen Austritt aus dem WP nicht mehr tabu seien. Weiter habe er angekündigt, es komme der Tag, an dem die SU ihre außerhalb des sowjetischen Territoriums stationierten Truppen in Europa zurückziehen würde. Die Außenminister der WP-Staaten hatten sich in dem Kommuniqué zu der seit den 50er Jahren bekannten Vision eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit bekannt und längerfristig für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des WP plädiert. Er sei daher nicht ausgeschlossen, daß die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa langfristig

¹³ Zur Gründung der USP vgl. Dok. 331.

¹⁴ Zum Wechsel an der Spitze der SED vgl. Dok. 326.

¹⁵ Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopice5ae.html>.

Für das Schlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 67–71.

¹⁶ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

auch zu einer Erosion des westlichen Bündnisses führen könnten. Es gelte, sie genau zu beobachten. Wir sollten uns daher im Rahmen der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit überlegen, wie sich die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa auf die Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen in Europa auswirken könnten. Gorbatschow werde weiterhin für Überraschungen gut sein.

Auch Präsident Bush ergreife nunmehr nach einer abwartenden Haltung zusehends die Initiative zur Gestaltung der West-Ost-Beziehungen. Sein Vorschlag zu US/SU-Truppenreduzierungen anlässlich des NATO-Gipfels im Mai¹⁷ belege dies. Nunmehr überrasche er mit einem von ihm initiierten informellen Gipfeltreffen mit Gorbatschow am 2./3.12.1989 im Mittelmeer.¹⁸

BM Genscher: Zu den letzten Gedanken von AM Dumas zwei Anmerkungen: Was immer im WP geschehe, stets müssten wir uns vergegenwärtigen: Die Großmacht SU ist in Europa. Dies bedeute: Wir müssten im klaren darüber sein, daß – wie immer die Sicherheitsstrukturen in Europa aussähen – die USA nicht entbehrlich seien.

AM Dumas: Gerade damit habe F Schwierigkeiten, insbesondere mit einem US-Führungsanspruch.

BM Genscher: Der letzte Punkt seiner (Genschers) Ausführungen sei aber wichtig für uns. Er frage sich allerdings, ob es optisch sinnvoll sei, das informelle Gipfeltreffen des US-Präsidenten und des SU-Generalsekretärs im Mittelmeer auf zwei Kreuzern beider Staaten zu veranstalten.

AM Dumas: Dieser Bewertung sei uneingeschränkt zuzustimmen.

2) Rüstungskooperation

VM Chevènement: Untersuchungen des Sekretariats dürften nicht nur konzeptionelle, in die Zukunft gerichtete Themen betreffen, sondern müssten auch den aktuellen Stand der D/F-Zusammenarbeit z. B. auf dem Gebiet der Rüstungskooperation darstellen.

Hinsichtlich der Feststellung BM Stoltenbergs, dies sei Auftrag der sich in Kürze konstituierenden „Gruppe der Weisen“, sei zu bemerken, daß es nicht ausreiche, die militärischen und ausbildungsmäßigen Voraussetzungen bzw. Implikationen der Rüstungskooperation zu untersuchen.

Vielmehr komme es darauf an, mit Blick auf die Herausbildung einer europäischen (Sicherheits-)Identität auch die mit der Rüstungskooperation verbundenen industriepolitischen Fragen zu untersuchen. Hierzu fehle der „Gruppe der Weisen“ jedoch möglicherweise der Sachverstand.

BM Genscher schlug hierzu vor, den Zwischenbericht der „Gruppe der Weisen“ anlässlich der dritten Sitzung des Rats¹⁹ abzuwarten und dann das weitere Vorgehen zu entscheiden.

¹⁷ Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁸ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹⁹ Zur Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 26. April 1990 in Paris vgl. AAPD 1990.

VM Chevènement/AM Dumas: „Gruppe der Weisen“ solle sich mit dem aktuellen Stand der Rüstungskoooperation befassen. Das Sekretariat sei hingegen am ehesten für die Untersuchungen der langfristigen Perspektiven auf diesem Gebiet geeignet.

Bei diesen Untersuchungen müsse vor allem berücksichtigt werden, daß die D/F-Zusammenarbeit ein Ganzes sei und ausgewogen bleiben müsse. Dies gelte auch für die Rüstungskoooperation.

Auf diesem Gebiet habe es unerfreuliche Rückschläge gegeben. Ein gemeinsames Panzerprojekt²⁰ sei ebenso gescheitert wie die gemeinsame Entwicklung des Jägers 90²¹; ferner habe sich die Bundesregierung aus dem Seeaufklärerprojekt Atlantic 2²² zurückgezogen. Es blieben damit zwei Großprojekte: der Panzerabwehrhubschrauber PAH2²³ unter „Federführung“ von MBB als Generalunternehmen sowie der NATO-Transporthubschrauber NH90 unter „Federführung“ von Aérospatiale, über dessen Entwicklungsbeteiligung die Bundesregierung noch nicht endgültig entschieden habe. Für F stellten beide Projekte ein Gesamtpaket dar. F habe die Verwirklichung des NH90 zur Geschäftsgrundlage für seinen Entwicklungsbeitrag zum PAH2 gemacht. Die gemeinsame Entwicklung des NH90 sei nunmehr das wichtigste Projekt der gemeinsamen Rüstungskoooperation. Es könne nicht sein, daß D in den für D interessanten Programmen verbleibe und die für F interessanten Projekte verlasse.

BM Stoltenberg: Der Stand der gemeinsamen Rüstungskoooperation sei wesentlich positiver als von F dargestellt. Bedauerlich sei zwar die Entscheidung der französischen Vorgängerregierung, sich nicht an dem Projekt Jäger 90 zu beteiligen. Der Panzerabwehrhubschrauber PAH2 werde jedoch gemeinsam durchgeführt. Daneben gebe es 75 gesicherte und sinnvolle Gemeinschaftsprojekte.

Es sei klarzustellen, daß die Bundesregierung keinerlei Verpflichtung für die Entwicklung des NH90 eingegangen sei. Sie habe die für eine Realisierung dieses Projekts erforderliche Parlamentsentscheidung bisher nicht beantragt. Es sei nicht ungewöhnlich, daß eine Regierung vor der Realisierung eines gemeinsam geplanten Projekts aussteigen müsse; der Rückzug F aus der Entwicklung der NATO-Fregatte veranschauliche dies beispielhaft. Im übrigen habe D nie eine Zusage zum Atlantic-2-Programm gegeben.

²⁰ Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit 1979 die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers. Eine Vereinbarung darüber wurde am 5. Februar 1980 in Paris unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.

Wegen einer veränderten Bundeswehrplanung sowie aus wirtschaftlichen Gründen kam es jedoch zu Einwänden im Verteidigungsausschuß des Bundestags. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 64.

Im Gespräch mit Bundesminister Genscher, dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 21. Oktober 1982 teilte Bundesminister Wörner mit, daß sich für das Projekt keine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik finden lasse. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 284.

²¹ Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. AAPD 1985, II, Dok. 198 und Dok. 224.

²² In der Presse wurde berichtet, die Bundesmarine werde als Flugzeug zur Seeaufklärung und U-Boot-Bekämpfung nicht die französische Atlantic 2, sondern die amerikanische P-3C Orion beschaffen. Vgl. dazu den Artikel „Marine erhält US-Flugzeug statt ‚Atlantic‘“, DIE WELT vom 14. November 1988, S. 5.

²³ Die Bundesrepublik und Frankreich unterzeichneten am 13. November 1987 eine Regierungsvereinbarung über die Entwicklung eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers (PAH2). Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 1071.

Angesichts der nicht hinnehmbaren Tatsache, daß die Industrie uns immer wieder mit zum Teil erheblichen Kostensteigerungen konfrontiere, werde er keine Verpflichtungen eingehen, bevor nicht entsprechende Voraussetzungen seitens der Hersteller gegeben und die erforderlichen finanziellen Entscheidungen durch die Bundesregierung und das Parlament sichergestellt seien.

Auf Anregung von AM Genscher/BM Stoltenberg wurde Einvernehmen hergestellt, daß beide Verteidigungsminister vor der nächsten Sitzung des Ratskomitees²⁴ bilateral diese Probleme erörtern und das Thema Rüstungskoooperation auf der Grundlage des Berichts der „Gruppe der Weisen“ sowie der bilateralen Gespräche beider Verteidigungsminister als TO-Punkt für die nächste Sitzung des Ratskomitees vorgemerkt wird.

3) Geschäftsordnung/Fragenkatalog des Sekretariats

Das Ratskomitee nahm die Geschäftsordnung und den Fragenkatalog des Sekretariats²⁵ entsprechend der Ausschlußempfehlung billigend zur Kenntnis und beschloß, beide dem Rat zur Billigung vorzulegen.

4) Arbeitsmandat für die zuständigen Gremien der D/F-Zusammenarbeit

Das Ratskomitee billigte das Arbeitsmandat des Ausschusses²⁶ für die zuständigen Gremien der deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere für das Sekretariat, und beschloß, dem Rat zu empfehlen, den Arbeitsauftrag wie vom Ausschuß vorgeschlagen zu erteilen.

Danach sollen die zuständigen Gremien der deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere das Sekretariat, sich vorrangig mit zwei Themen beschäftigen, die gegenwärtig im Zentrum des politischen Interesses stehen. Es sind dies:

- die Bewertung der möglichen Auswirkungen einer Vereinbarung über konventionelle Abrüstung auf die Sicherheitspolitik der beiden Länder,
- die Rolle der bilateralen Zusammenarbeit bei der Herausbildung einer europäischen Identität im Bereich der Sicherheit im Einklang mit den Verpflichtungen, die beide Länder im Rahmen der WEU und des Atlantischen Bündnisses eingegangen sind.

Dreher

Referat 201, Bd. 151184

²⁴ Die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 26. April 1990 in Paris statt.

²⁵ Für die Geschäftsordnung und den Fragenkatalog des Sekretariats des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit vgl. VS-Bd. 12183 (201).

²⁶ Zum vom Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit am 3. November 1989 dem Ratskomitee vorgeschlagenen Arbeitsmandat für die Institutionen der deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitskooperation vgl. VS-Bd. 12183 (201).

352

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke

204-321.15-388/89 geheim

8. November 1989¹

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 7.11. in Bonn

Das Treffen der Politischen Direktoren (D2², Seitz, Fretwell, Dufourcq) am 7.11. in Bonn war in erster Linie den West-Ost-Beziehungen und den Entwicklungen in der DDR und in einzelnen osteuropäischen Staaten gewidmet. Rüstungskontrollfragen (VKSE, CW, START, Open skies) und Regionalthemen (Naher Osten, Südafrika) wurden kurz erörtert.

1) West-Ost-Beziehungen

Über die historische Dimension der im westlichen Interesse liegenden Entwicklung in der SU und einzelnen WP-Staaten und die Notwendigkeit der Unterstützung der Reformprozesse mit dem Ziel, sie unumkehrbar zu machen, bestand ebenso Einigkeit wie hinsichtlich enger Abstimmung und gemeinsamen Vorgehens.

D2 sprach sich (unter Hinweis auf BM-Interview im Figaro³) gegen Ausarbeitung festen Konzepts („blueprint“) aus, weil die Entwicklung dies nicht zulasse, sondern Flexibilität erfordere. USA und GB ließen erkennen, daß sie (zumindest hinsichtlich DDR) Aufstellungen über mögliche Maßnahmen oder Optionen (ohne Prioritätenbestimmung) ausgearbeitet haben, in denen der Lage von Berlin besonders Rechnung getragen wird. Sie stimmten zu, daß angesichts der schnellen Entwicklung konkrete Aktionspläne nicht möglich sind, und betonten deshalb Notwendigkeit engen Gedankenaustausches unter den Vier. BM-Anregung, am Vorabend der NATO-Herbsttagung⁴ ausreichend Zeit für vertieften Gedankenaustausch der Minister vorzusehen, wurde allseits unterstützt. F wird (als Gastgeber) Frage eines Abendessens am 13.12. prüfen und demnächst Vorschläge unterbreiten⁵ (ggf. Zeitproblem durch Ministertreffen der 24⁶ und Konsultationen USA–EG am 13.12.⁷).

¹ Ablichtung.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke vermerkte: „Vermerk konnte D2 vor Abreise nach Warschau nicht mehr vorgelegt werden. Billigung wird nach Rückkehr nachgeholt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 11. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister“.

Hat Bundesminister Genscher am 22. November 1989 vorgelegen.

Hat Mützelburg am 27. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 5. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

² Dieter Kastrup.

³ Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „On pose la question de la liberté partout en Europe de L'Est“; LE FIGARO vom 2. November 1989, S. 4.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

⁶ Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

⁷ Die Konsultationen zwischen der EG-Kommission und den USA fanden am 15. Dezember 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1989, S. 87.

D2 unterstrich die Notwendigkeit, Hilfe und Unterstützung nicht auf den wirtschaftlichen Bereich zu beschränken, sondern auf das kulturelle und humanitäre Feld auszudehnen, und hob die zentrale Rolle der Menschenrechte hervor. Die Sorge vor politischer Instabilität in den Ländern Mittel- und Osteuropas war bei den Partnern deutlich spürbar. F und GB stellten den Gesichtspunkt der Wahrung von Stabilität bei aller Hilfe und Stimulierung und dabei das richtige Gespür für die Grenze westlichen Vorgehens heraus. USA warf die Frage nach den Grenzen der Toleranz der SU hinsichtlich der (von ihr mitverursachten) Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa auf. SU wolle zwar neue Ordnung, sei aber nicht in der Lage, die Entwicklung zu steuern oder zu kontrollieren. Kern der Baker-Rede vom 16.10.⁸ sei deshalb gewesen: Weil wir nicht wissen, wohin die Entwicklung geht, heute sichern, was im Interesse des Westens liegt. Wichtiges Anliegen des Gipfeltreffens⁹ sei, Unsicherheiten, Mißverständnisse oder Fehler in der gegenseitigen Einschätzung zu vermeiden.

D2 riet zu Vorsicht bei der Definition des Begriffes „Instabilität“. Er wies darauf hin, daß viele der jetzt zu beobachtenden Vorgänge (Demonstrationen für demokratische Reform, Ausrufung der Republik in Ungarn, Bankrotterklärung der polnischen kommunistischen Partei) in KSZE-Dokumenten niedergelegten Prinzipien entsprechen. Er unterstrich die fortbestehende Rolle der USA und Kanadas in Europa als ein für die Stabilität wichtiges Gegengewicht zur SU und die Anerkennung dessen durch die SU in der deutsch-sowjetischen Erklärung¹⁰.

Die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Zukunft wurde allseits hervorgehoben. F forderte eine vollständige Ausschöpfung des durch die drei Körbe¹¹ gesetzten Rahmens. USA sah im KSZE-Konzept ein geeignetes Rahmenwerk für eine europäische Ordnung, das noch kreativer genutzt werden sollte (die wichtigsten Akteure sind Mitglieder, westliche Interessen und Werte die Grundlage). Außerdem verfüge es über einen Kalender. Unter Bezugnahme auf US-Haltung bei KSZE-Umweltkonferenz in Sofia¹² (die D2 und F insgesamt positiv bewerteten) sprach D2 die bisher häufig einseitige US-Betrachtung (Menschenrechtsfragen) des KSZE-Prozesses an und wies auf die in der Schlußakte angelegte breite Agenda hin, die es gerade jetzt zur Förderung der Reformen weit zu nutzen gilt, wie z. B. in der KWZE¹³. Die Konferenz könnte dem Westen wichtigen Einfluß auf die wirtschaftlichen Reformen in Polen und Ungarn (z. B. Management, Wirtschaftspolitik) geben. USA sollten sich zu positiver Haltung zur Konferenz durchringen. Die US-Administration solle insgesamt erkennen, daß die KSZE das Instrument für die europäische Zusammenarbeit darstellt.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Baker vom 16. Oktober 1989 vor der Foreign Policy Association in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2153, S. 10–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 18. Oktober 1989, Dokumentation, S. 1–11.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹⁰ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

¹¹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹² Zum KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 vgl. Dok. 343.

¹³ Die Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

Zu der bei kürzlichen Troika-Konsultationen in Washington¹⁴ aufgeworfenen Frage der künftigen Rolle der Allianz wies D2 auf das bewährte, gerade neu bestätigte Harmel-Konzept¹⁵ und die bei NATO-Gipfel verabschiedete „Joint Agenda for the Future“¹⁶ hin. Der WP suche seinerseits neue Strukturen, weg vom rein militärischen Bündnis zu einer mehr politischen Organisation. Erstmals gehe ein WP-Kommuniqué auch auf die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen ein¹⁷; alles Entwicklungen in unserem Sinn. USA betonte, daß Allianz über all diesen Entwicklungen nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe und daß mehr denn je Zusammenhalt und beharrliche Verfolgung der gemeinsamen Ziele wichtig sei. In Washington sei man besorgt, die Entwicklung im Gleichgewicht zu halten. Niemand verfüge jedoch über strategisches Konzept zu Entwicklungen, die sich z.B. aus der Verwirklichung der Selbstbestimmung, Ungarns Interesse am EG-Beitritt, möglicher Forderungen nach Gleichstellung von WP und NATO, Entwicklungen in den baltischen Staaten, deutscher Wiedervereinigung ergeben. Alle diese Entwicklungen beinhalteten Element der Instabilität. Guten Beziehungen und gegenseitigem Verstehen zwischen USA und SU komme deshalb große Bedeutung zu, was Präsident Bush bei Entscheidung für informelles Treffen mit Gorbatschow bestärkt habe.

2) DDR

D2 gab Bewertung der Lage (historische Ereignisse, eindrucksvolle, friedliche Demonstrationen, Revolutionen von unten („Wir sind das Volk“), Verlust allen Vertrauens seitens der Regierung¹⁸, unbefriedigendes Reisegesetz, offene Grenze über ČSSR¹⁹, Führung ohne Kontrolle, einziger Weg zum Stopp des Exodus durch mehr demokratische Strukturen und freie Wahlen). Er wies auf Übereinstimmung unter Parteien des Bundestages und die besonnene, verantwortungsvolle Reaktion bei uns hin. Vorgänge in der DDR entsprächen dem, was wir immer gefordert hätten. Wiedervereinigung stehe bei uns gegenwärtig nicht auf der Agenda; auch bei Demonstrationen in der DDR gegenwärtig nicht. GB meinte (unter Zustimmung von D2), daß Selbstbestimmung im Vordergrund stehen müsse und keine Bevormundung der DDR-Bevölkerung in ihrer Wahl erfolgen dürfe. Auf US-Frage erläuterte D2 die durch Exodus für DDR, aber auch für uns entstandenen Probleme.

¹⁴ Die Konsultationen zwischen der EG-Troika und den USA fanden am 25./26. Oktober 1989 in Washington statt.

¹⁵ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14. Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 24./25. Oktober 1989 in Almansil bekräftigte den Harmel-Bericht als Grundlage für die Weiterentwicklung der Allianz. Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 115f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 143.

¹⁶ Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁷ Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 26./27. Oktober 1989 in Warschau vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopice5ae.html>. Für das Schlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 67–71.

¹⁸ So in der Vorlage.

¹⁹ Die ČSSR öffnete am 3. November 1989 die Grenze zur Bundesrepublik. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 18.

Beide BM-Anregungen wurden positiv aufgenommen:

- Ausarbeitung einer gemeinsamen Bewertung in Bonner Vierergruppe als Diskussionsgrundlage für Ministertreffen am Vorabend der NATO-Herbsttagung;
- Ausarbeitung eines länger als üblichen Abschnitts für NATO-Kommuniqué durch Bonner Vierergruppe, der den Vorgängen in der DDR gerecht wird.

Seitz gab zu erkennen, daß Washington besorgt, Vorgänge in der DDR könnten außer Kontrolle geraten. Er betonte Interesse an engem Kontakt zur Bundesregierung zur rechtzeitigen Abstimmung angemessener Reaktion. USA verfügen über keinen Plan, haben aber Auflistung möglicher Maßnahmen und Optionen (ohne Prioritäten) vorgenommen. Auch GB verfügt über entsprechende Auflistung und hält im Falle krisenhafter Entwicklung Treffen der vier Außenminister für angezeigt.

Auf Frage von F wies D2 darauf hin, daß es aus Moskau zu den Vorgängen in der DDR bezeichnenderweise keine öffentliche oder vertrauliche Stellungnahme gibt. Gorbatschow habe nach unserer Einschätzung beim Krenz-Besuch in Moskau Distanz bewahrt. Krenz habe bei PK den Fehler begangen, alte Politik lächelnd neu verkaufen zu wollen.²⁰ D2 hielt militärisches sowjetisches Eingreifen für unwahrscheinlich; USA und GB wiesen auf die entgegenstehende sowjetische Interessenlage hin.

3) Treffen Bush–Gorbatschow im Mittelmeer

USA berichtete zu Treffen:

Ort: noch nicht fest bestimmt, voraussichtlich Hafen von Malta.

Charakter:

- kein Gipfeltreffen, nur informelle Begegnung,
- keine abgestimmte Tagesordnung, nur Abstimmung über Ablauf der Gespräche,
- keine Verhandlungen, keine Vereinbarungen (Bush hierzu fest entschlossen, deutliche Abkehr von Reykjavik²¹),
- eventuelle Aufstellung eines Arbeitsprogramms für die Zeit bis zum Gipfeltreffen Mitte 1990²².

Vorbereitung: Gespräche Bushs mit amerikanischen SU-Experten über Lage in SU und Themenwahl sowie vermutliche Themen Gorbatschows.

Hauptinteressen Bushs:

- (1) Entwicklung der SU und von Gorbatschow erwartete westliche Reaktion,
- (2) Widerspruch in sowjetischer Haltung zu Regionalkonflikten (Afghanistan, Zentralamerika) aufklären,
- (3) Wirtschaftsthemen (außer Perestroika), auch US-SU Wirtschaftsbeziehungen,

²⁰ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Krenz, vom 31. Oktober bis 1. November 1989 in der UdSSR vgl. Dok. 351, Anm. 9.

²¹ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

²² Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

(4) Entwicklung in Osteuropa (Darlegung amerikanischer Ziele; Versicherung keiner Beeinträchtigung sowjetischer Sicherheit, sofern SU sich verantwortlich verhält; Vermeidung von Fehleinschätzung und Mißverständnissen; Gorbatschow beim Wort nehmen, daß Völker frei ihr System bestimmen können; Entwicklung in baltischen Staaten).

Unterrichtung der Allianz: Baker hat über persönliche Unterrichtung des NATO-Rates nach Malta noch nicht entschieden (in Anbetracht geringer AM-Beteiligung bei Unterrichtung nach Moskau-Reise im Mai²³ und in Anbetracht der bald folgenden Herbsttagung am 14.12.).

D2 erklärte, daß BM bereit, an NATO-Unterrichtung durch Baker teilzunehmen, jedoch am 4.12. nachmittags zu Besuch nach Moskau²⁴ abreisen müsse.

4) Baltische Staaten

F unterrichtete USA über Ergebnis der EPZ-Expertengruppe zur Haltung der Zwölf (Anerkennung von Pässen, Arbeitskontakte der Botschaften in Moskau (unter Ebene Botschafter), Ermutigung zu Städtepartnerschaften und anderen Kontakten nicht offiziellen, politischen Charakters). D2 erläuterte Ansatz: Unterstützung und Zusammenarbeit bei Vermeidung einer Anerkennung. USA werden diesen Ansatz bei sich bietender Gelegenheit ebenfalls wählen.

USA befürchten infolge Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen in absehbarer Zeit Zuspitzung der Lage. Bush wird deshalb bei Mittelmeer-Treffen unter der Berücksichtigung der Komplexität für Moskau Frage der Selbstbestimmung der baltischen Staaten ansprechen und Entgegenkommen Gorbatschows zu erwirken versuchen unter Hinweis auf Sonderfall, der die Entwicklungen in anderen Teilen der SU nicht berührt. USA wollen Gorbatschow versichern, daß sie kein Interesse an destabilisierenden Entwicklungen haben und keine Gefährdung für Gorbatschows Politik heraufbeschwören wollen.

5) Polen

D2 unterrichtete über bevorstehenden BK-Besuch²⁵ und wies hinsichtlich wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Hilfe auf BK-Brief an die Regierungschefs²⁶ hin. Gemeinsamer deutsch-polnischer Ausschuß wird Projekte, die durch Hermes-Exportversicherung abgesichert werden sollen, auswählen. GB bemängelte Koordinierung innerhalb der polnischen Regierung bei Entwicklung wirtschaftlichen Konzepts. USA wies auf beachtliche westliche Hilfe hin, die Polen insgesamt fast 4 Milliarden Dollar (mit erster IMF-Tranche und Weltbankkredit rund 5 Milliarden Dollar) zur Verfügung stellt. Von US-Seite wird demnächst mit Zusagen in

²³ Der amerikanische Außenminister Baker unterrichtete den Ständigen NATO-Rat in Brüssel am 12. Mai 1989 über seinen Besuch in der UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

²⁴ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

²⁵ Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelte den Botschaften in London, Ottawa, Paris, Rom, Tokio und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel am 7. November 1989 Schreiben des Bundeskanzlers an die jeweiligen Staats- bzw. Regierungschefs und EG-Kommissionspräsident Delors vom Vortag über die Beschlüsse der Bundesregierung zur Unterstützung Polens und Ungarns. Vgl. dazu Referat 222 (205), Bd. 178051.

Höhe von 500 bis 550 Mio. US-\$ (ohne Stabilisierungsfonds²⁷) gerechnet. Der bevorstehende Besuch von Wałęsa²⁸ wird die Verabschiedung dieser Programme im Kongreß beschleunigen. Hinsichtlich des Stabilisierungsfonds äußerte USA Zweifel, ob EG und 24er-Gremium²⁹ der geeignete Koordinierungsort oder ob nicht, vor allem mit Rücksicht auf Japan und IMF/WB, der Kreis der Sieben geeigneter wäre.

6) ČSSR

Einigkeit bestand, daß bei interner Entwicklung kein Fortschritt zu verzeichnen und Menschenrechtslage weiterhin schlecht ist. USA haben mehrmalige tschechoslowakische Initiative zur Verbesserung der Beziehungen mit Hinweis auf Menschenrechtslage beantwortet. F wies auf unterschiedliche Bewertung des Prager Frühlings durch Adamec und Jakeš hin. D2 stellte Apathie der Bevölkerung, das Fehlen einer kohärenten Opposition und damit einer sichtbaren Alternative fest. GB meinte, daß auch ČSSR-Führung sich bald werde Reformen beugen müssen.

7) Abrüstung und Rüstungskontrolle

a) VKSE

D2 appellierte, alle Anstrengungen zur Überwindung allianzinterner Meinungsverschiedenheiten zu machen, um Initiative zu behalten und Abkommen 1990 zu erreichen. F, GB und USA widersprachen unserer Anregung und traten nachdrücklich dafür ein, Verhandlungsvorbereitung weiter in HLTF zu belassen und nicht Details Wiener Verhandlungsführern zu überlassen. Die Materie sei Neuland (USA), man brauche einen klaren, distanzierten Überblick (F) und die Entscheidungen würden besser von Mitarbeitern aus den Hauptstädten getroffen (GB). HLTF habe sich sehr bewährt. USA wollte spätere Verlagerung nicht ganz ausschließen. GB wies auf die Notwendigkeit baldiger interner Klärung der Modalitäten für Truppenreduzierungen hin; GB sei nicht bereit, seine Stationierungstruppen einzubeziehen. F machte auf Problem des Gleichgewichts zwischen nationalen und gemeinsamen Truppenplafonds aufmerksam und regte baldige Behandlung dieser Fragen in HLTF an. USA machte deutlich, daß US-Seite keinen Vorschlag verfolgen werde, der nicht europäischen Interessen entspricht. Zur Verifikation werde deshalb neuer Ansatz gesucht, der von der militärischen Bedeutung einer Verletzung und nicht von numerischer Betrachtung ausgeht. D2 wies auf in Bonner Vierergruppe behandelte Frage der Einbeziehung Berlins hin, die vor Vorlage eines Abkommensentwurfs intern gelöst sein sollte.

Zur Frage eines Außenministertreffens in Wien äußerte sich nur GB ablehnend (no point in having and deciding so early). F empfahl abzuwarten, bis der Fortschritt der Verhandlungen zufriedenstellend, damit nicht zu viele Fragen für Ministertreffen offen bleiben. USA gab sich offen.

²⁷ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

²⁸ Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, hielt sich vom 13. bis 19. November 1989 in den USA auf. Am 13. November 1989 führte er in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und hielt am 15. November eine Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses.

²⁹ Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

Bei Seminar über Militärdoktrin³⁰ werden USA voraussichtlich durch Stellv. Chief of Staff³¹ vertreten; Diskussion aber noch nicht abgeschlossen, ob hoher Militär teilnehmen soll. GB und F verfügten hierzu über keine Information. USA regte Ausarbeitung eines gemeinsamen Ansatzes für Seminar an.

b) CW

USA berichtete, daß Expertentreffen mit SU letzte Woche in New York über praktische Tragweite des MOU von Wyoming³² keine wesentlichen Erkenntnisse erbracht hat.³³ SU kündigte Gorbatschow-Brief zur Frage der 80-prozentigen Reduzierung³⁴ an. F forderte USA auf, sicherzustellen, daß bilateral vereinbarte Maßnahmen in das internationale Abkommen eingehen. D2 wies auf Problem geplanter US-CW-Produktion über Abkommensabschluß hinaus hin.

c) START

USA berichtete, daß Bush anstrebt, überwiegenden Teil eines Abkommens bis zum Gipfeltreffen 1990 auszuhandeln. Seitz betrachtet Abkommensunterzeichnung beim Gipfel als unwahrscheinlich (nur Rahmenabkommen), dagegen aber Unterzeichnung eines Testabkommens. SU hat in Genf Bereitschaft bestätigt, über SLCM außerhalb von START zu verhandeln. Unklar aber noch Bedingung für Verhältnis zu START.

d) Open skies

F und GB sahen Nutzen in Verbindung von VKSE und Open-skies-Regime³⁵ bei der Verifikation durch Flugzeuge. Verbindung darf aber nicht zu Reduzierung von Open skies auf VKSE-Gebiet (bis Ural) führen. GB und D2 drängten auf Verkürzung der US-Wartefrist; Seitz regte Ausarbeitung gemeinsamer Position bis zur NATO-Herbsttagung an.

8) Regionalthemen

a) Naher Osten

USA hatte keine Detailinformationen über jüngsten Baker-Vorschlag³⁶ (durch Baker telefonisch von Australien³⁷ aus verhandelt), hielt aber eine Lösung, die die PLO ganz auszuschließen trachtet, für undenkbar.

³⁰ Das Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa fand vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

³¹ Stellvertretender Vorsitzender der amerikanischen Joint Chiefs of Staff war Robert T. Herres.

³² Zu dem amerikanisch-sowjetischen Memorandum of Understanding vgl. Dok. 289, Anm. 7.

³³ Brigadegeneral von Uslar-Gleichen, Washington, teilte am 14. November 1989 mit, nach Angaben aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium seien die bilateralen Gespräche mit der UdSSR vom 30. Oktober bis 10. November 1989 vor allem mit Fragen des Datenaustauschs über chemische Waffen befaßt gewesen: „Dabei sei erneut, wie schon so oft, deutlich geworden, daß man sich mit den Sowjets auf etwas einigen, um sich dann später intern wie bilateral zu fragen, was man ‚eigentlich gemeint‘ habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4635; Referat 242 (222), Bd. 162078.

³⁴ Vgl. dazu die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen; Dok. 289.

³⁵ Zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vom 12. Mai 1989 vgl. Dok. 312.

³⁶ Für den Fünf-Punkte-Plan des amerikanischen Außenministers Baker vom 1. November 1989 vgl. <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook8/Pages/107%20Five-Point%20Election%20Plan%20of%20Secretary%20of%20State.aspx>.

³⁷ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 1. bis 8. November 1989 in Australien auf.

b) Libanon

F wies auf neue institutionelle Legitimität, aber auf unklare Absichten missionarischen Aouns und Meinungsverschiedenheiten unter Christen hin. Syrien verhalte sich z. Zt. ruhig, fraglich aber, ob diese Haltung bei Verschlechterung der Lage fortbestehen werde.

c) Südafrika

D2 wies darauf hin, daß die Minister in New York³⁸ vereinbart haben, bei NATO-Herbsttagung den Gedankenaustausch fortzusetzen. GB und USA sahen positive, ermutigende Entwicklungen seit Wahl von de Klerk³⁹: Zulassung von Demonstrationen, die ordentlich verliefen; Zurückhaltung der Regierung und Bereitschaft zu Dialog. GB trat dafür ein, de Klerk zu weiterem Dialog zu ermutigen. USA hob die Zurückhaltung auch der Schwarzen hervor und hielt es für angezeigt, ANC nicht als einzigen Verhandlungspartner zu betrachten und den schwarzen Führern zu verdeutlichen, daß Fortschritt nicht nur Konzession der Regierung, sondern Bereitschaft zu Dialog beider Seiten voraussetzt.

USA war zwar gegen Reaktivierung der Contact Group⁴⁰, zeigte sich aber zu Konsultationen im westlichen Kreis bereit. F und GB ließen hierfür wenig Interesse erkennen.

[gez.] Moltke

VS-Bd. 13036 A (204)

353

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski in Warschau

214-321.00 POL

9. November 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch BM–AM am 9.11.1989

AM begrüßt BM und würdigt den Besuch² als wichtig für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

³⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Major (Großbritannien) am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 284, Anm. 26.

³⁹ Zu den Parlamentswahlen am 6. September 1989 in Südafrika und der Wahl des Präsidenten de Klerk am 14. September 1989 vgl. Dok. 284, Anm. 23.

⁴⁰ 1977 bildeten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA die Kontaktgruppe zur Lösung der Namibia-Frage. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1983, II, Dok. 313.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix, z. Z. Warschau, am 10. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 13. November 1989 vorgelegen.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl.

BM dankt für die Begrüßung. Der Besuch sei ein bedeutsames Ereignis, das die deutsch-polnischen Beziehungen weit voranbringen werde. Am Ende der Arbeitssitzung werde man ein Konsultationsprotokoll³ unterzeichnen. Dies werde die Grundlage für intensiviertere Konsultationen über alle Fragen in den verschiedenen Bereichen sein. Er, BM, hoffe, AM in Anwendung des Protokolls in der ersten Hälfte des Jahres 1990 in der Bundesrepublik begrüßen zu können.⁴

AM dankt. Er erinnert an die Ausführungen von BM zur polnischen Westgrenze vor den VN.⁵ Mit Befriedigung habe man auch die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8.11.1989⁶ zur Kenntnis genommen. Die Äußerungen von BM hätten darin Eingang gefunden. Die Entschließung sei ein Schritt nach vorne. Dafür danke man BM und dem Deutschen Bundestag.

Die Beziehungen Polens zur deutschen Nation, zu den Deutschen und zur Bundesrepublik Deutschland seien ein bedeutendes Element der polnischen Außenpolitik. In der sowjetischen Presse habe es Artikel zur Haltung Polens gegenüber den Deutschen gegeben. Die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8.11.1989 mache die Lage für Polen leichter.

Beide Regierungschefs würden die Gemeinsame Erklärung⁷ unterzeichnen. Sache der AM sei es, dafür zu sorgen, daß die Erklärung in die Tat umgesetzt werde.

Ein Kernelement polnischer Außenpolitik sei die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen auf der Grundlage des Warschauer Vertrages⁸. AM unterbreitet sodann eine Reihe von Vorschlägen zur Normalisierung der Beziehungen:

- Abschaffung der Sichtvermerkpflcht für die Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen oder bestimmte Personenkategorien, auf die man sich verständigen könne.
- Abschaffung des Devisennachweises für polnische Bewerber um Touristenvisa.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1505

dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 76, Dok. 77, Dok. 89 und Dok. 92, DIE EINHEIT, Dok. 19 und Dok. 20, sowie POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 26–29. Vgl. dazu ferner Dok. 354 und Dok. 371.

³ Für den Wortlaut des deutsch-polnischen Protokolls über Konsultationen vom 9. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1195.

⁴ Zum Besuch des polnischen Außenministers Skubiszewski vom 6. bis 8. Februar 1990 in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1990.

⁵ Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

⁶ Der Bundestag bekräftigte am 8. November 1989 den Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen und erklärte: „Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“ Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5589.

Die Entschließung wurde vom Bundestag in namentlicher Abstimmung mit 400 zu 4 Stimmen bei 33 Enthaltungen angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 173. Sitzung, S. 13061 f.

⁷ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

- Einstellung von Kontrollpraktiken an den Grenzen der Bundesrepublik, die gezielt gegen polnische Staatsangehörige gerichtet seien zur Verhinderung des Handeltreibens.
- Erhöhung des Kontingents der Werkvertragsarbeitnehmer (derzeit 10 500).
- Ausbau des Polnisch-Unterrichts in deutschen Schulen und Prüfung der Möglichkeit, in Gebieten mit starkem polnischem Bevölkerungsanteil polnischsprachige Schulen zu errichten.
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Pflege polnischer Zivil- und Kriegsgräber in D.

BM kommt auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8.11.1989 zur polnischen Westgrenze zurück. Sie sei mit sehr großer Mehrheit verabschiedet worden, und das sei zu einem guten Zeitpunkt geschehen, am Tag vor dem BK-Besuch.

Zu den Vorschlägen des *AM* aus dem RK-Bereich schlägt *BM* vor, daß die Leiter der Rechtsabteilungen beider Außenministerien⁹ diese Fragen im Geiste der Gemeinsamen Erklärung im einzelnen besprechen.

*D6*¹⁰ weist zum polnischen Sprachunterricht und Unterricht auf die bereits eingeleitete Befassung der KMK hin. Dies gelte auch für die Frage der Zahl der Lehrstühle für polnische Literatur. Er weist auf die Sitzung der Gemischten Kulturkommission Anfang 1990 hin.

AM stimmt zu. Er geht zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen über und bittet, den Herrhausen-Vorschlag zur Reduzierung polnischer Schulden¹¹ im Auge zu behalten. Im übrigen sei die polnische Seite für einen baldigen Zusammentritt der Gemischten Wirtschaftskommission. Er würdigt die deutsche Haltung zum Jumbo und in der Frage neuer Hermes-Bürgschaften.¹²

BM weist auf die Gelegenheit hin, mit Herrhausen über seinen Vorschlag und mit *BM* Haussmann über die nächste Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission zu sprechen.

AM spricht sich dafür aus, den in D lebenden Polen einen besseren Zugang zu den Medien einzuräumen, auch wenn sie keine sehr homogene Gruppe wie z.B. die türkischen Gastarbeiter seien.

BM fragt nach der geschätzten Zahl.

AM beziffert die aus Polen nach D eingewanderten Personen auf etwa 1 Mio. Viele hätten aber keine Bindungen zu Polen mehr.

BM fragt, was die polnische Seite konkret erwarte.

⁹ Jürgen Oesterhelt und Janusz Mickiewicz.

¹⁰ Barthold Witte.

¹¹ Legationsrat I. Klasse Gruber hielt am 2. Oktober 1989 fest, er habe sich am selben Tag bei dem Vortandsprecher der Deutschen Bank nach dessen „Vorschlag der Schaffung einer polnischen ‚KfW‘“ erkundigt. Herrhausen habe erklärt, „er habe mit seinem Vorschlag die politisch Verantwortlichen in den Geberländern problembewußt machen wollen. Er habe sich zwar zur konkreten Aufgabenstellung einer ‚polnischen KfW‘ noch keine Gedanken gemacht, könne sich aber Aktionsfelder im Bereich der Förderung des privaten Unternehmertums und der Übernahme von Exportgarantien und Investitionsbürgschaften vorstellen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139874.

¹² Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 330.

AM weist auf türkische Zeitungen und ausländische Programme im deutschen TV hin.

BM erläutert, daß die TV-Programme für Gastarbeiter seien, die auf Zeit in D seien und dann zurückgingen. Diese Programme sollten diesem Personenkreis helfen, die Verbindungen zu ihrer Heimat zu behalten. Sendungen für Menschen, die auf Dauer bei uns blieben, gebe es nicht. Er bittet die polnische Seite, den Personenkreis der Interessenten, die sie im Auge habe, näher zu konkretisieren.

AM sagt dies zu. Zur Frankfurter Buchmesse 1991 schlägt er vor, den 200. Jahrestag der polnischen Verfassung vom Mai 1791 zu einem der Themen-Schwerpunkte zu machen.

D6 regt an, dies zusammen mit der polnischen Botschaft gegenüber dem Börsenverein aufzunehmen.

AM plädiert sodann für eine Erhöhung der Stipendien-Kontingente für polnische Bewerber.

D6 schlägt vor, diese Frage in der Gemischten Kulturkommission zu behandeln und das Ergebnis bei unseren Haushaltsberatungen einzubringen.

AM geht anschließend auf die Entschädigungsforderungen für ehemalige polnische Zwangsarbeiter ein. Rechtlich habe Polen 1953 auf alle Reparationen verzichtet.¹³ Diese Frage sei aber nicht nur ein rechtliches Problem. Sie sei mit der Versöhnung verknüpft, auch wenn das Problem seinen Niederschlag in Geld finde. Was der BK in einem Interview am 8.11.1989¹⁴ gesagt habe, sei ein Schritt vorwärts. Der Umstand, daß diese Frage in der Gemeinsamen Erklärung nicht behandelt werde, bedeute nicht, daß dieses Thema nicht existiere. Diese Frage habe in Polen große Dimensionen in der öffentlichen Diskussion angenommen. An die SU sei Polen nunmehr auch mit ähnlichen Forderungen herangetreten. In Polen habe dieses Problem eine große Bedeutung. Man müsse dafür eine Lösung finden.

BM erklärt, die deutsche Seite sei sich der Bedeutung der Frage bewußt. Er weist auf die bekannte Rechtsposition der Bundesregierung hin. BK habe in seinem Interview vom 8.11. zu diesem Thema erklärt, er glaube, daß über diese Frage in Warschau gesprochen werde.

AM erwähnt kurz die polnisch-schwedische Initiative zu einer Ostseereinhal tungskonferenz¹⁵ und bittet BM, die deutsche Haltung dann in der Sitzung am 10.11.1989 darzulegen.

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung vom 23. August 1953 vgl. den Artikel „Erklärung der Regierung der Volksrepublik Polen zur deutschen Frage“; NEUES DEUTSCHLAND vom 25. August 1953, S. 1. Zur Reparationsfrage vgl. Dok. 248.

¹⁴ Bundeskanzler Kohl gab am 6. November 1989 dem polnischen Fernsehen ein Interview, das zwei Tage später ausgestrahlt wurde. Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Wywiad kanclerza RFN dla TVP“ („Interview des Kanzlers der BRD für TVP“); TRYBUNA LUDU vom 9. November 1989, S. 2 (Auszug).

¹⁵ Ministerialdirektor Jelonek notierte am 3. November 1989 für Bundesminister Genscher, die Ressorts und das Bundeskanzleramt seien gegenüber der schwedisch-polnischen Idee einer Ostseeschutzkonferenz der Regierungschefs zurückhaltend: „Aus dieser Sicht besteht kein Bedarf, weil der Schutz der Ostsee in der Helsinki-Kommission behandelt wird. [...] Sie haben Ihrem schwedischen Kollegen am Rande der 44. UN-GV zugesagt, sich im Rahmen der Bundesregierung für das Vorhaben einzusetzen. [...] Wir sollten, unserer generellen politischen Linie folgend, bestehende Umweltschutzorganisa-

BM spricht das Problem der Beschaffung von Personenstandsurkunden an (Ortsbezeichnungen, Personennamen, Echtheit). Auch diese Frage solle in einer baldigen neuen Runde der Leiter der Rechtsabteilungen beider Außenministerien aufgenommen werden.

Im Anschluß an die Sitzung unterzeichneten beide AM in Anwesenheit der Mitarbeiter

- das Protokoll über Konsultationen der Außenminister und -ministerien sowie
- das Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen von GK in Krakau und Hamburg¹⁶.

Referat 010, Bd. 178931

354

Bundeskanzler Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki

VS-NfD

9. November 1989¹

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie von unseren Persönlichen Beauftragten² vereinbart und während des Besuchs einer wirtschaftlich-finanziellen Delegation Ihres Landes unter Leitung von Herrn Minister Prof. Witold Trzeciakowski bestätigt, möchte ich Ihnen hiermit zu der heute von uns unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung³ folgende Einzelheiten mitteilen:

1) Hinsichtlich des Finanzkredits von 1975⁴ besteht Einvernehmen, daß der Stichtag für die Berechnung der rückständigen bzw. der verbleibenden Zahlungsverpflichtungen der 15. November 1989 ist.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1508

tionen stärken. Daher wird vorgeschlagen, die Ressorts um Zustimmung zu einer Konferenz auf Regierungschefs- oder Ministerebene im Rahmen der Helsinki-Konvention zu bitten.“ Vgl. Referat 504, Bd. 194512.

¹⁶ Für das „Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik Deutschland in Krakau und der Volksrepublik Polen in Hamburg“ vgl. den Drahterlaß Nr. 1300 des Vortragenden Legationsrats Schrömbgens vom 7. November 1989 an die Botschaft in Warschau; Referat 214, Bd. 139861.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 16. November 1989 vorgelegen, der die Anfertigung einer Ablichtung für Ministerialdirigent Höynck verfügte.

Das Schreiben wurde am 14. November 1989 übergeben. Zum Besuch von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. auch Dok. 353 und Dok. 371.

² Horst Teltschik und Mieczysław Pszon.

³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

⁴ Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5% über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

Dies bedeutet, daß rückständige Fälligkeiten (Zinsen und Tilgungen) in Höhe von rd. 760 Millionen Deutscher Mark erlassen werden und die verbleibenden Zahlungsverpflichtungen in Höhe von rd. 570 Millionen Deutscher Mark bei ihrer Fälligkeit in Złoty erfüllt werden.

Über das nunmehr abzuschließende gesonderte Abkommen, das auch Einzelheiten zur Auswahl von Projekten gemeinsamen Interesses in Polen regelt, werden die beiderseitigen Finanzministerien sich unverzüglich in Verbindung setzen.

2) Zur weiteren Entlastung der polnischen Zahlungsbilanz setzt sich die Bundesregierung nachdrücklich dafür ein, daß zusätzlich zum Abschluß des bilateralen Umschuldungsvertrages für die Jahre 1986–1988 (Polen IV)⁵ zu den günstigen Zinsen des Vorjahres und zusätzlich zu weiteren langfristigen Umschuldungsregelungen im Pariser Club (Polen V) auch die Privatbanken (Londoner Club) entsprechende Umschuldungsregelungen treffen.⁶

3) Die Bundesregierung übernimmt – nach Abschluß des bilateralen Umschuldungsvertrages Polen IV und in Erwartung einer baldigen weiteren Schuldenregelung im Pariser Club (Polen V) – als Finanzhilfe sofort wieder Ausfuhrgeleistungen (Hermes-Bürgschaften) für Polen. Sie sind wie folgt ausgestaltet:

3.1) Die Bundesregierung stellt einen Gewährleistungsrahmen von 3 Milliarden Deutscher Mark für Kredite an Polen zur Verfügung.

Von diesem Gesamtbetrag sind 2,5 Milliarden Deutscher Mark für die Deckung von Ausfuhrgeschäften (Hermes) vorgesehen. Der Rahmen von 2,5 Milliarden Deutscher Mark ist bis zum 31. Dezember 1992 ausnutzbar.

Ein Betrag von bis zu 500 Millionen Deutscher Mark wird für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine eventuelle internationale koordinierte Stabilisierungshilfe der westlichen Partnerländer reserviert.

3.2) Der Hermes-Plafond dient zur Absicherung von Forderungen deutscher Lieferanten oder Banken für Lieferungen und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Volksrepublik Polen. Die Nutzung ist insbesondere für folgende Vertragstypen vorgesehen:

- Einzelne Projekte, die ihren Schuldendienst in Devisen selbst erwirtschaften,
- Lieferungen an deutsch-polnische Gemeinschaftsunternehmen,
- sonstige Liefer- und Leistungsgeschäfte, wobei vor Abschluß der Umschuldungsregelung Polen V kurzfristige Kredite verbürgt werden, danach auch längerfristige Kredite.

⁵ Zum Abschluß des Vierten Umschuldungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen am 9. Oktober 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 910.

⁶ Ministerialdirektor Köhler, Bundesministerium der Finanzen, informierte am 22. Dezember 1989, daß „das IWF-Direktorium voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar 1990 seine endgültige Entscheidung über die Gewährung eines Bereitschaftskredits an Polen treffen“ könne. „Was die bevorstehende Umschuldung Polen V angeht, so hat der französische Vorsitzende des Pariser Clubs, Jean-Claude Trichet, dem polnischen Finanzminister Balcerowicz bereits am 13. Dezember 1989 brieflich mitgeteilt, daß die entsprechenden Verhandlungen im Pariser Club alsbald nach der Entscheidung des IWF-Direktoriums über den Bereitschaftskredit stattfinden können. [...] Den erheblichen Anstrengungen der öffentlichen Gläubiger im Pariser Club werden vergleichende Anstrengungen der im Londoner Club zusammenarbeitenden Geschäftsbanken entsprechen müssen. Während die Gläubigerländer in den vergangenen Jahren nur ganz geringfügige polnische Zahlungen erhalten haben, sind die Zinsforderungen der Geschäftsbanken von Polen weitestgehend pünktlich bedient worden.“ Vgl. das Schreiben an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, Staatssekretär Lautenschlager sowie Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft; Referat 214, Bd. 139874.

3.3) Deckung für kurzfristig finanzierte Geschäfte mit Laufzeiten bis max. 360 Tagen werden unter einem besonderen, auf den Rahmen von 2,5 Milliarden Deutscher Mark anzurechnenden revolving Plafond eingesetzt, d. h., bei Bezahlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten und dem damit bedingten Auslaufen der Deckungen werden die freigewordenen Deckungsbeiträge dem Plafond zur erneuten Nutzung wieder zugeführt.

3.4) Die Zahlungsbedingungen, Sicherheiten und sonstigen Konditionen bestimmen sich nach nationalen und internationalen Gesetzen und Regelungen.

3.5) Zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung besteht Einigkeit darüber, daß die unter dem Deckungsplafond verfügbaren Finanzmittel möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden und einen nachhaltigen Beitrag zur Erstarkeung der Wirtschaft der Volksrepublik Polen leisten sollen.

Die Bundesregierung wird deshalb die Verwendung der zu deckenden Lieferungen besonders sorgfältig prüfen.

Für die Deckung von Projekten ist vorgesehen, unbeschadet des bestehenden deutschen Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens ein neues deutsch-polnisches Prüfungsgremium zu schaffen.⁷ Dieses Gremium wird den Auftrag erhalten, die Projekte auf ihre wirtschaftliche Qualität für den Auf- und Ausbau der Wirtschaft der Volksrepublik Polen zu prüfen.

Aus der Natur der Sache erklärt sich, daß das kurzfristige Geschäft einer solchen Prüfung nicht unterliegen kann.

Ähnliche Überlegungen müssen auch für mittelfristig finanzierte Geschäfte mit geringeren Auftragswerten gelten.

Für Geschäfte mit höheren Auftragswerten, insbesondere im Investitionsgüterexport, wird vor der endgültigen Entscheidung des Interministeriellen Ausschusses für Ausfuhrgarantien und -bürgschaften das von mir erwähnte besondere deutsch-polnische Prüfungsgremium eingeschaltet.

Die Ausgestaltung des Gremiums sollten unsere Fachleute unverzüglich besprechen.

4) Nach Abschluß des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen⁸ ist die Bundesregierung bereit, in Übereinstimmung mit den bestehenden Verfahren Garantien für Kapitalanlagen in Polen zu übernehmen. Das in Ziffer 3.5. erwähnte neue deutsch-polnische Prüfungsgremium wird bei der Vorbereitung von Entscheidungen über derartige Garantien mitwirken.

Herr Ministerpräsident, aus unserer früheren Korrespondenz⁹ weiß ich mich mit Ihnen einig, daß die konsequente Umsetzung und Fortführung der politischen,

⁷ Botschafter Knackstedt, Warschau, berichtete am 16. Dezember 1989, vom 11. bis 13. Dezember 1989 habe in Warschau die erste Sitzung des deutsch-polnischen Prüfungsgremiums stattgefunden, bei der eine Analyse der polnischen Wirtschaftslage und ein Kriterienkatalog für die Auswahl förderungswürdiger Projekte diskutiert worden seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3131; Referat 214, Bd. 139874.

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 607–614.

⁹ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 8. September 1989; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 39.

Für die Antwort Mazowieckis vom 27. September 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 48.

wirtschaftlichen und sozialen Reformen in Polen eine grundlegende Voraussetzung für die Gesundung der Volkswirtschaft und für die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Polens mit seinen westlichen Partnern ist. Mit den weitreichenden wirtschaftlich-finanziellen Entscheidungen, die ich Ihnen mit diesem Schreiben mitteile, ist die Bundesregierung entschlossen, einen wirkamen Beitrag zur Reformentwicklung in Polen zu leisten.¹⁰

Mit freundlichen Grüßen
[Helmut Kohl]

Referat 214, Bd. 139874

355

Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter in Warschau

214-552.00/2 POL

10. November 1989¹

BK-Reise nach Warschau²;
Gespräch D2³ mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter am 10.11.1989⁴

Teilnehmer Prof. Ozdowski, Dr. Gawlowski, Dr. Kozłowski, D2, Gesandter Bauch, RL 214⁵, Dolmetscherin.

Prof. *Ozdowski* dankt eingangs für die Möglichkeit zum Gespräch. Er erläutert das Anliegen der „Gesellschaft der vom Dritten Reich geschädigten Polen“. Ziel sei eine gerechte Regelung der Schäden, die Polen durch das Dritte Reich entstanden seien. Der von ihm vertretene Verband umfasse derzeit 2 Mio. Mitglieder. Die Tendenz sei aber noch steigend. Polen sei das erste und das am schwersten getroffene Opfer von Hitler-Deutschland gewesen. Die Vereinigung konzentriere sich derzeit darauf, die entstandenen Schäden zu erfassen, zu dokumentieren und zu verifizieren. Der Verband wolle im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR als Sprecher der Geschädigten fungieren, um für berechnigte Forderungen eine gerechte Entschädigung zu erwirken. Dazu

¹⁰ Für das Antwortschreiben des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 30. Januar 1990 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 154.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 13. November 1989 gefertigt.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Zur Frage der Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter vgl. auch POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 25 und Dok. 26.

⁵ Christoph Derix.

wolle man auf den verschiedenen Ebenen (Regierung, Parlamentarier) Gespräche führen. Für eine Entschädigung gebe es Präzedenzfälle im Verhältnis zu anderen Völkern in Europa. Auf der Grundlage dieser Präzedenzfälle wolle die Vereinigung ihre Gespräche führen, sobald die Dokumentation der Schäden erstellt sei. Man gehe davon aus, bis Mitte 1990 die entsprechenden Unterlagen zusammengestellt zu haben.

Er weist auf bereits bestehende Kontakte zu den Grünen in Deutschland hin. Im Frühjahr 1990 solle zu dem Thema Entschädigung ein Seminar in Polen unter Beteiligung der Kirchen abgehalten werden. Die Entschädigungsfrage sei im übrigen die Grundlage für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen. Abschließend erwähnt er beispielhaft einige Kategorien von typischen Schadensfällen.

D2 erläutert, daß sich die Bundesregierung des großen menschlichen Leides bewußt sei, das vielen Menschen in Polen durch Hitler-Deutschland zugefügt worden sei. Dies sei auch in der Tischrede des BK am Vorabend⁶ deutlich zum Ausdruck gekommen. Dieses Schicksalsjahr der 50. Wiederkehr des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges rufe die Leiden in besonderer Weise in Erinnerung. Der BK und BM hätten ihn beauftragt, das heutige Gespräch zu führen. Die Frage sei bereits Gegenstand von Gesprächen beider Regierungen. Sie sei am Vortage auch im Gespräch zwischen BK und MP Mazowiecki behandelt worden.⁷

Er weist auf unsere Rechtsauffassung hin, die in entsprechenden Noten ihren Niederschlag gefunden habe.⁸ Die Bundesregierung habe sich in der Vergangenheit im übrigen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bemüht, für bestimmte Personengruppen Entschädigung zu leisten.

Er, D2, sei nicht befugt, zur Sache selbst Aussagen zu machen. Er werde aber die von den Vertretern des Verbandes vorgetragenen Gesichtspunkte der Bundesregierung darlegen, damit diese in die Prüfungen mit einbezogen werden können. Prof.⁹ Ozdowski dankt abschließend nochmals für das Gespräch und für die Ausführungen von D2.

Referat 214, Bd. 139860

⁶ Für den Wortlaut der Ansprache des Bundeskanzlers Kohl am 9. November 1989 in Warschau vgl. BULLETIN 1989, S. 1085–1088.

⁷ Bundeskanzler Kohl und der polnische Ministerpräsident Mazowiecki kamen am 9. November 1989 in Warschau zu einem ersten Gespräch zusammen. Für eine polnische Gesprächsaufzeichnung vgl. POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 27.

⁸ Zur Rechtsauffassung der Bundesregierung in der Frage einer Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter vgl. AAPD 1988, I, Dok. 69.

⁹ Korrigiert aus: „Graf“.

356

**Botschafter Freiherr von Richthofen, London,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 2165
Citissime

Aufgabe: 10. November 1989, 02.24 Uhr¹
Ankunft: 10. November 1989, 02.54 Uhr

Betr.: Die deutsche Frage;
hier: Britische Haltung

I. Die politischen Veränderungen in der DDR werden in Großbritannien mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Seit Wochen bringen die Medien ausführliche Berichte über die Entwicklungen im Lande selbst, die Flüchtlingsströme in die Bundesrepublik Deutschland und die Reaktionen aus Bonn. Kommentatoren in den hiesigen Zeitungen werfen immer häufiger die Frage einer deutschen Wiedervereinigung auf. Dabei zeigt die Mehrheit großes Verständnis für den Wunsch nach Wiederherstellung der nationalen Einheit. Befürchtungen eines die politische Balance in Europa gefährdenden übermächtigen Deutschlands werden nur selten laut. Eine deutsche Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Aufgabe der deutschen West-Bindung wird nicht als realistische Alternative gesehen. Eine unrühmliche Ausnahme bildete der kürzliche Artikel von Conor Cruise O'Brien in der Times, der die Möglichkeit der Entstehung eines „Vierten Reiches“ mit allen negativen Attributen der nationalsozialistischen Herrschaft an die Wand malte.² Die uns hierauf zugegangenen Reaktionen reichten von Ablehnung bis Empörung.

Weder Premierministerin Thatcher noch andere führende Politiker der britischen Regierung haben bisher die jüngsten Ereignisse kommentiert. Diese Zurückhaltung spiegelt das bei Teilen der Kriegsgeneration noch immer unterschwellig vorhandene Mißtrauen gegenüber Deutschland und auch etwas Neid und Mißgunst vor der politisch und wirtschaftlich immer stärker werdenden Bundesrepublik wider. Auf ausdrückliches Befragen forderte der Pressesprecher des Foreign Office gestern freie Wahlen und grundlegende Reformen in der DDR sowie den Abriß der Mauer. Offenheit, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit müßten Platz greifen. Es gehe letztlich um das Recht der Menschen in der DDR, ihre Zukunft auf demokratischem Wege und in Freiheit selbst zu bestimmen. Es wäre dagegen nicht hilfreich zu spekulieren, wie sich die Menschen entscheiden. Pressesprecher ergänzte, er bewundere die standhafte Politik der Bundesrepublik Deutschland und ihre großen Anstrengungen um eine Integration der Flüchtlinge. Bundeskanzler Kohl sei zuzustimmen, daß die Reformen in der DDR dazu führen müßten, daß die Menschen dort gerne zu leben wünschten.

II. In zahlreichen Gesprächen mit britischen Politikern aller Parteien wie mit zuständigen Beamten im FCO begegnen uns folgende Argumente:

1) Die Reformen in der DDR seien überfällig, wie sich unschwer am Ausmaß des Flüchtlingsstroms und an den ständig zunehmenden Demonstrationen ab-

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Klaiber, London, konzipiert.

² Vgl. den Artikel Conor Cruise O'Briens „Beware, the Reich is reviving“; THE TIMES vom 31. Oktober 1989, S. 18.

lesen lasse. Trotz besserer wirtschaftlicher Ausgangsposition (im Vergleich zu den anderen Staaten des Warschauer Pakts) sehne sich die Bevölkerung nach demokratischem Pluralismus, nach Reise- und Meinungsfreiheit. Was Ungarn und Polen gewährt werde, könne der DDR nicht vorenthalten werden.

2) Die Bemühungen der Bundesregierung um eine möglichst reibungslose Integration der Flüchtlinge aus der DDR finden große Anerkennung und Bewunderung. Nur gute Organisatoren wie die Deutschen könnten diese Aufgabe so erfolgreich bewältigen.

3) Die politischen Reaktionen Bonns auf die Entwicklungen in der DDR werden hier mit Genugtuung registriert. Die Briten haben in dieser Beziehung offenbar großes Vertrauen in die politische Umsicht der Bundesregierung.

III. In den Couloirs des britischen Parlaments und in der Öffentlichkeit wird die deutsche Frage inzwischen lebhaft diskutiert. Im Gegensatz zu den USA (Bush³, Baker, Scowcroft) und Frankreich (Mitterrand⁴) haben aber in letzter Zeit weder Premierministerin Thatcher und AM Hurd (bzw. dessen Vorgänger Major) noch andere Kabinettsmitglieder zur DDR und zur deutschen Frage Stellung bezogen. Zuletzt hatte PM Thatcher am 6. Juni im Unterhaus auf eine Frage nach der britischen Unterstützung einer deutschen Wiedervereinigung auf Artikel 7 der Bonn-Pariser-Konvention aus 1955⁵ verwiesen und betont, daß Großbritannien weiterhin zu dieser Verpflichtung stehe.⁶ Ähnlich hatte sich AM Major im Anschluß an Konsultationen mit BM in einer Pressekonferenz in Bonn geäußert.⁷ Beide Stellungnahmen fanden in den hiesigen Medien keinen Niederschlag.

Um so bemerkenswerter ist, daß sich der britische EG-Kommissar Sir Leon Brittan in einer gestrigen Rede in London positiv zu einer deutschen Wiedervereinigung und für eine entsprechende Stellungnahme der Gemeinschaft ausgesprochen hat („opposing reunification will make it more likely to occur in the form we would least want“)⁸ (vgl. Bericht Nr. 2151 vom 8.11.1989, Wi 420.00 GRO⁹). Besonders beachtlich ist sein Hinweis, daß ein vereintes Deutschland

³ Der amerikanische Präsident Bush erklärte der Tageszeitung „The New York Times“ am 24. Oktober 1989 in einem Interview: „I don't share the concern that some European countries have about a reunified Germany, because I think Germany's commitment to and recognition of the importance of the alliance is unshakable.“ Vgl. die Artikel „Excerpts on the German Question From Bush Interview“ und „Bush Unperturbed On German Unity“; THE INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 26. Oktober 1989, S. 1 f.

⁴ Vgl. dazu die gemeinsame Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 3. November 1989 in Bonn; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (November/Dezember), S. 4–7.

⁵ Für den Wortlaut von Artikel 7 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

⁶ Für die schriftliche Stellungnahme der britischen Premierministerin Thatcher am 7. Juni 1989 zur Möglichkeit eines vereinigten Deutschland vgl. HANSARD, Commons, 1989, Bd. 154, Spalte 162w.

⁷ Zum Besuch des britischen Außenministers Major am 20. September 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 284. Zur gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesminister Genscher vgl. den Artikel „Genscher und Major einig über Hilfen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. September 1989, S. 5.

⁸ Für einen Auszug aus der Rede des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Brittan, am 7. November in London vgl. Referat 210, Bd. 140724.

⁹ Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Richthofen, London, vgl. Referat 210, Bd. 140724.

ohne Neuverhandlung als Mitglied der EG anzusehen sei. Im FCO wurde uns allerdings auf Arbeitsebene bedeutet, da es sich nicht um die Stellungnahme eines Mitglieds der britischen Regierung handele, erübrige sich eine offizielle Stellungnahme.

IV. Für die augenfällige Zurückhaltung der britischen Regierung, insbesondere der Premierministerin, werden eine Reihe von Gründen genannt:

- Die Premierministerin sei derzeit mit innenpolitischen Problemen absorbiert und könne sich daher mit der deutschen Frage nicht befassen.
- Die britische Regierung sei noch immer von den dramatischen Veränderungen im West-Ost-Verhältnis überwältigt und habe sich noch zu keiner klaren Positionsbestimmung durchringen können. Dies gelte auch für die deutsche Frage.
- Die noch immer spürbare Zurückhaltung zu den Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent, die sich angesichts der britischen Insellage und des hiesigen nationalen Selbstverständnisses beim europäischen Einigungsprozeß zeige, wirke sich auch in bezug auf die Entwicklungen in den deutsch-deutschen Beziehungen aus.
- Die Premierministerin habe schließlich Besorgnisse hinsichtlich eines wiedervereinigten Deutschland, die wohl zum Teil generationsbedingt sind, zum Teil auf der Sorge vor einem weniger westlich orientierten Deutschland beruhen.

V. Nach meinem Eindruck spielt eine große Rolle, daß die Premierministerin und viele Briten mit ihr noch immer nicht akzeptieren können, daß sich das West-Ost-Verhältnis entscheidend wandelt und auch Großbritannien die Frage der eigenen Rolle in einer neuen europäischen Architektur stellen und beantworten muß. Andererseits dürfte auf mittlere Sicht der bekannte britische Pragmatismus das Beharren auf alten Politiken überwinden helfen, wenn sich zu gegebener Zeit neue Perspektiven für die deutsche Frage ergeben sollten. Die Vier-Mächte-Verantwortung dürfte dieser Entwicklung nicht ernstlich im Wege stehen, wenngleich gesehen werden muß, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes ein letzter Bestandteil britischer Großmachtstellung sind. Der Bezug der Premierministerin auf Artikel 7 des Deutschland-Vertrages im Juni d.J. rechtfertigt diese Annahme. Natürlich besteht auch in GB eine gewisse Unruhe über ein immer stärker werdendes Deutschland im Zentrum Europas. Sie ist aus dem wirtschaftlichen Konkurrenzdenken zwischen den großen Ländern Europas auch verständlich. Daß unsere Zugehörigkeit zum westlichen Staatenverbund und zur Europäischen Gemeinschaft nicht zur Disposition steht, daran zweifeln seriöse Beobachter nicht.

VI. Trotz und gerade wegen der Haltung der britischen Regierung und ihrer Premierministerin müssen wir unter allen Umständen der Versuchung widerstehen, den britischen Partner in unserem Bemühen um eine Neugestaltung der europäischen Architektur zu vernachlässigen. Die zuweilen unterschiedlichen britischen Reaktionen, mögen sie auch nicht immer unseren Vorstellungen entsprechen, sollten uns dabei nicht beirren. Die junge Generation in GB wünscht genau wie die unsere die Überwindung der West-Ost-Antagonismen und einen immer engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas. Eine Wiedervereini-

gung der beiden deutschen Staaten dürfte vor diesem Hintergrund und dem Stellenwert, den die nationale Komponente im Staatsverständnis Großbritanniens einnimmt, als eher natürliche Entwicklung verstanden werden.

[gez.] Richthofen

Referat 210, Bd. 140724

357

Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

11. November 1989¹

Telefongespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten Gorbatschow am Samstag, dem 11. November 1989

Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Gorbatschow und bedankt sich bei ihm für die Botschaft, die er ihm am 10. November 1989 übermittelt habe.² Er führt aus, daß er seinen Besuch in Polen³ unterbrochen habe, später jedoch wieder nach Warschau fahre. Morgen, am Sonntag, habe er ein längeres Treffen mit Präsident Jaruzelski.⁴ Der Bundeskanzler regt an, die Grüße von Präsident Gorbatschow zu überbringen.

Präsident *Gorbatschow* stimmt zu und fügt hinzu, der Bundeskanzler könne sich gerne auf das heute mit ihm geführte Telefongespräch beziehen.

Der *Bundeskanzler* fährt fort und bemerkt, daß er zu der Botschaft Präsident Gorbatschows vom gestrigen Tage eine kurze Antwort und Stellungnahme abgeben wolle.

Vor einer Stunde habe er mit Herrn Krenz telefoniert.⁵ In der DDR werde am Samstag eine neue Regierung gebildet.⁶ Am Montag, dem 20. November 1989, werde er einen Beauftragten zu Krenz schicken, um das Gespräch zwischen

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt. Ferner Stempelvermerk: „Verschlossen“.

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. November 1989 vorgelegen.

Das Dokument wurde bereits veröffentlicht in: DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 87. Für das sowjetische Gesprächsprotokoll vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, ließ Bundeskanzler Kohl am 10. November über den sowjetischen Botschafter Kwizinskij und Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, eine mündliche Botschaft übermitteln. Für den Wortlaut vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 80.

³ Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Präsidenten Jaruzelski am 12. November 1989 in Warschau vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 89.

⁵ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, am 11. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 86, und VORWÄRTS IMMER, Dok. 51.

⁶ Am 13. November 1989 wählte die Volkskammer der DDR Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrats.

Krenz und ihm selbst vorzubereiten.⁷ Er werde sich mit Krenz wohl Ende November treffen. Er habe zu Krenz gesagt, er begrüße es, daß die Grenze jetzt geöffnet worden sei⁸, und habe unser Interesse betont, daß die Reformen in Ruhe abgewickelt werden. Er, der Bundeskanzler, lehne jede Form der Radikalisierung ab. Dies habe er schon die ganzen vergangenen Tage gesagt und auch gestern in Berlin wiederholt.⁹ Er wünsche vor allem, daß die Menschen in der DDR bleiben. Dies nicht etwa, weil wir, wie manche befürchteten, Probleme mit der großen Anzahl von Menschen hätten, sondern im Interesse der Stabilität. Bisher seien 230 000 Übersiedler aus der DDR untergebracht worden. Aber es wäre eine absurde Entwicklung, wenn zu viele herüberkämen. Ein solcher Exodus sei mit schweren ökonomischen Schäden und Problemen verbunden. Seine Einschätzung von heute mittag um 12.00 Uhr sei, daß nach Öffnung der Grenzen zwar Hunderttausende zu Besuch kommen, aber die meisten wieder zurückgingen. Er glaube, daß weniger blieben, als ursprünglich befürchtet¹⁰ worden sei. Er habe schon betont, daß er keine Destabilisierung wolle, und dabei bleibe er. Er wisse noch nicht, in welchem Umfang Krenz Reformen machen wolle, aber hiervon hänge eben alles ab. Er dankt Gorbatschow nochmals für die Botschaft und bemerkt, er hätte Gorbatschow in der nächsten Woche, wie vereinbart, nach Abschluß seines Polen-Besuchs anrufen.

Zu Polen wolle er noch bemerken, daß wir den Kurs der wirtschaftlichen Reformen dort stark unterstützten. Auch hierüber wolle er mit Gorbatschow in Kontakt bleiben. Er finde es gut, daß Gorbatschow mit Bush zusammentreffe.¹¹ In seinem Telefongespräch gestern abend habe er Bush gesagt, er hoffe sehr, daß auch im Hinblick auf die Abrüstungsverhandlungen Fortschritte erzielt werden.¹² Schließlich wolle er noch sagen, daß, falls es bei der wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion Schwierigkeiten gebe, aufgrund der Abmachungen, die wir auf diesem Gebiet getroffen hätten, durchaus die Dinge verbessert werden könnten, falls dies erforderlich sei. Er bittet Gorbatschow, ihm zu sagen, wenn er helfen könne.

Präsident *Gorbatschow* dankt dem Bundeskanzler für seinen Anruf. Er bemerkt, es entstehe auch in dieser Hinsicht eine gute Tradition. Dies entspreche dem

⁷ Bundesminister Seiters hielt sich am 20./21. November 1989 in Ost-Berlin auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 20. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 96, und COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 52.

⁸ In einer Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November 1989 in Ost-Berlin informierte das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Schabowski, über eine neue Reiseregulation, wonach ständige Ausreisen über alle Grenzübergangsstellen erfolgen könnten und private Reisen ins Ausland kurzfristig genehmigt würden. Auf Rückfrage von Journalisten teilte er mit, daß diese Reiseregulation „sofort, unverzüglich“ in Kraft trete. Für ein Transkript der Erklärung Schabowskis vgl. BERLINER MAUER, S. 148 f.

Für den Wortlaut der neuen Reiseregulation vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 79 A.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus vgl. BULLETIN 1989, S. 1065 f.

¹⁰ Korrigiert aus: „befürwortet“.

¹¹ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹² Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 10. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 82. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Niveau sowohl der deutsch-sowjetischen Beziehungen als auch den persönlichen Beziehungen zwischen ihnen beiden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, vor allem der persönlichen Beziehungen.

Präsident *Gorbatschow* bemerkt, er habe für die Wichtigkeit der persönlichen Beziehungen viel Verständnis. Das Gespräch in Bonn mit dem Bundeskanzler betreffend die Analyse der Lage in der Welt und Europa sei sehr nützlich gewesen.¹³ Die Veränderungen in Osteuropa hätten sich jedoch sehr viel schneller entwickelt, als man damals angenommen habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, daß dies richtig sei.

Präsident *Gorbatschow* fährt fort, dies gelte z. B. jetzt auch für Bulgarien.¹⁴ Auch dort hätten die Veränderungen begonnen. Die Ereignisse gewannen an Geschwindigkeit. Er glaube, daß jedes Land sein eigenes Tempo einschlagen müsse und daß ein Unterschied bestehe, was die Tiefe und die Form der Veränderungen angehe. Er wolle betonen, daß die Absprache, die er mit dem Bundeskanzler getroffen habe, in Kontakt zu bleiben, sehr wichtig sei und daß man bei allem die Ausgewogenheit beachten müsse. Er glaube, daß man infolge dieser Veränderungen nicht nur mehr Verständnis füreinander entwickle, sondern auch, daß wir uns näherkämen. Daher begrüße er, was der Bundeskanzler gestern und heute gesagt habe. Dies seien wichtige politische Äußerungen. Er glaube, daß die gegenwärtige Führung in der DDR ein weitgehendes Programm der Umgestaltung in bezug auf Freiheit, Demokratie und wirtschaftliches Leben habe. Es ist nötig, der Entwicklung Zeit zu lassen. Er habe Krenz den Rat hierzu gegeben und mit der Öffentlichkeit und den verschiedenen demokratischen Bewegungen seines Landes zu diskutieren. Die Europäer und die ganze Welt verfolgten die Ereignisse in der DDR. Für die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion seien sie jedoch wegen der Geschichte und der gegenwärtigen Beziehungen von noch größerem Interesse. Es entstehe ein Dreieck, in dem alles balanciert und ausgewogen sein müsse. Er glaube, daß die gegenwärtigen guten Beziehungen dies ermöglichten. Natürlich beinhalteten alle Veränderungen eine gewisse Instabilität. Wenn er sage, die Stabilität solle bewahrt werden, so meine er, daß alle Verantwortungsgefühl und Umsicht zeigen müßten. Es handele sich um historische Veränderungen in Richtung auf neue Beziehungen und eine neue Welt. Er meine, man dürfe die Entwicklung nicht mit ungeschickten Handlungen behindern. Man müsse vorsorgen, daß kein Chaos entstehe. Er nähme sehr ernst, was der Bundeskanzler ihm gesagt habe, und hoffe, daß er weiterhin seinen politischen Einfluß geltend machen werde, damit auch andere in dem Rahmen blieben, den die Zeit erfordere.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er gerade in einer Sondersitzung des Kabinetts ähnliches geäußert habe. Wenn *Gorbatschow* dabeigewesen wäre, wäre er sicherlich über das Maß an Übereinstimmung mit ihm erstaunt gewesen. Man erlebe eine historische Stunde. Wir hätten den Begriff des „Augenmaßes“. Dies bedeute, daß man bei allem, was man tue, die Folgen bedenken müsse. Es heiße

¹³ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Gorbatschow*, und des sowjetischen Außenministers *Schewardnadse* vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁴ Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

dies auch, daß persönliche Verantwortung gefordert sei. Diese Verantwortung verspüre er besonders. Kein Bundeskanzler sei bisher in einer Lage gewesen, die soviel Verantwortungsgefühl erfordert habe wie die jetzige. Er empfinde es als ausgesprochen glückliche Fügung, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland sich so gut entwickelt hätten wie jetzt und insbesondere auch, daß die Beziehungen zwischen Gorbatschow und ihm selbst so gut seien. Er wolle sagen, daß man diese Beziehungen noch weiter entwickeln könne und er dazu bereit sei. Er wisse, daß die persönlichen Beziehungen kein Problem lösen, die Lösung jedoch erleichtern könnten. Zur Beurteilung der Lage in der DDR wolle er noch bemerken, daß er das Hauptproblem im psychologischen Bereich sehe. Honecker habe bis zuletzt jede Reform verweigert, und deshalb stehe seine Mannschaft nun unter ungeheurem Zeitdruck. Das sei ein großes Problem. Gorbatschow habe recht, wenn er sage, daß die Entwicklung Zeit brauche. Das Problem sei jedoch, daß man den Menschen in der DDR dies klarmachen müsse.

Präsident *Gorbatschow* gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gründlichkeit der Deutschen, die ja in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sei, die Lösung dieses Problems ermöglichen werde. Die Fragen müßten alle eingehend durchgearbeitet werden, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Gorbatschow wünscht dem Bundeskanzler Erfolg bei der Fortsetzung seines Besuches in Polen. Er hoffe, daß, falls die Situation dies erfordere, eine Möglichkeit gefunden werde, um sofort in Kontakt zu kommen.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und fügt hinzu, daß er noch lieber mit Gorbatschow ohne dramatische Akzente spreche.

Präsident *Gorbatschow* teilt diese Auffassung und äußert abschließend nochmals, daß es wichtig sei, umsichtig zu handeln.

Der *Bundeskanzler* bittet Präsident Gorbatschow, seine Frau zu grüßen. Präsident *Gorbatschow* bedankt sich und läßt zurückgrüßen.

Das Gespräch endete nach ca. 30 Minuten.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59728

358

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann

424-410.08

13. November 1989¹

Über Dg42², D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Novellierungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des
Außenwirtschaftsgesetzes⁶;
hier: Außenwirtschaftskontrolle in ausländischen Staaten im Vergleich
zu den deutschen Regelungen

Bezug: Vermerk von Ref. 424 vom 27.10.89 mit Vermerk des BM (Anlage 1)⁷

Anlg.: 2

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung⁸

I. Die Novellierungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes sind in der öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses am 23.10. und im Rechtsausschuß am 25.10.89 erörtert worden.

Auf den Vermerk über den Verlauf dieser Beratungen hatten Sie notiert: „Wir sollten ausländischen Vergleich heranziehen, z. B. USA.“

In der Zwischenzeit haben alle betroffenen Botschaften zu dieser Thematik berichtet.

Auf der Grundlage dieser Berichterstattung, eigener Quellen und in Abstimmung mit dem BMWi kommt ein Vergleich der deutschen Neuregelungen mit den

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Vortragendem Legationsrat Schlegel konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 13. November 1989 vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 13. November 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. November 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 28. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Trifft es zu, daß in den USA die Genehmigungspflicht vermutet wird? W[ieder]v[orlage].“ Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. Januar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Dieckmann an Referat 424 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Frage BM.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. Januar 1990 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 29. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Dieckmann am 30. Januar 1990 vorgelegen.

⁶ Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

⁷ Korrigiert aus: „Vermerk von Ref. 424 vom 27.10.89 (Anlage 1) mit Vermerk des BM (Anlage 2)“. Dem Vorgang als Anlage 1 beigefügt war eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel vom 27. Oktober 1989. Darin resümierte er die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses des Bundestags vom 23. Oktober 1989 sowie des Rechtsausschusses am 25. Oktober 1989 zu den vorgesehenen Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs. Bundesminister Genscher vermerkte darauf am 29. Oktober 1989 handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager: „Wir sollten ausländische Vergleiche heranziehen, z. B. USA.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162328. Zur Anlage 2 vgl. Anm. 14.

⁸ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „lt. Weisung.“

Bestimmungen in anderen Staaten zu dem Ergebnis, daß wir bei dem Ausmaß der Exportkontrollvorschriften im vorderen Feld der westlichen Industrieländer liegen, unser Strafraumen ist neben dem der USA der höchste.

II. Im einzelnen

Bei einem Vergleich der Exportkontrollvorschriften in den westlichen Industrieländern muß wie folgt differenziert werden:

- Kontrolle von Anlagen und Vorprodukten, die für die Erzeugung chemischer oder biologischer Kampfstoffe geeignet sind,
- Kontrolle des Transfers von Technologieunterlagen sowie Weitergabe nicht allgemein zugänglicher Kenntnisse über die Fertigung sensitiver Waren und Technologien,
- Beschränkung der Auslandstätigkeit eigener Staatsangehöriger, wenn diese an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich beteiligt sind,
- Strafraumen bei Verstößen gegen außenwirtschaftliche Kontrollvorschriften.

1) Kontrolle von Anlagen und Vorprodukten (geeignet für die Herstellung von CW oder biologischen Kampfstoffen)

Es gibt seit jeher für alle COCOM-Mitgliedstaaten einen Genehmigungsvorbehalt für Ausrüstungsgegenstände, die speziell für die Entwicklung, Produktion, Prüfung, Herstellung und Tests von chemischen und biologischen Stoffen geeignet sind. Bei Exportvorgängen innerhalb der COCOM-Mitgliedstaaten (Intra-COCOM-Handel) ist das Kontrollsystem teilweise liberalisiert worden.

Außerhalb der COCOM-Regelungen gibt es meist kein Kontrollsystem für die Ausfuhr von Anlagen oder für Ausrüstungsgegenstände, die ihrer Natur nach auch zivil verwendbar sind („dual use“). Wir haben als einziger Staat – bereits seit 1984 – eine Ausfuhrgenehmigungspflicht für Chemieanlagen⁹, die durch die 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 19.7.89¹⁰ (Pos. 2001) näher konkretisiert und für biologische Anlagen erstmals neu eingeführt worden ist (Pos. 3001).

Nur in den USA gibt es eine vergleichbare Regelung, weil dort eine Exportkontrolle für die Ausfuhr von Komponenten und Know-how für Chemieanlagen besteht. Wir bemühen uns seit Anfang 1989 im Rahmen der Australischen Initiative, die anderen Mitglieder dieser Gruppe dazu zu bewegen, ähnliche Regeln für Chemieanlagen national einzuführen. Ob und ggf. wann diese Bemühungen erfolgreich sein werden, läßt sich z.Z. nicht vorhersagen. Bei der Exportkontrolle für chemische Vorprodukte werden wir lediglich von den USA und Japan übertroffen. (Wir kontrollieren 42 Produkte¹¹, USA und Japan jeweils 50; USA allerdings nur gegenüber wenigen¹² Ländern.)

⁹ Vgl. dazu die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

¹⁰ Für den Wortlaut der 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 19. Juli 1989 vgl. BUNDESANZEIGER vom 28. Juli 1989, Beilage Nr. 139 a.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „Bei uns lt. Gesetz ‚erga omnes‘. In der BAW-Praxis wird dies aber vor allem relevant bei ‚Problemländern‘. (Unproblematische Exporte erhalten Genehmigungen.) Im Ergebnis sind deutsche u. US-Praxis daher nicht sehr unterschiedlich! (Gilt auch für Japan.)“.

¹² An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „sensitiven“.

2) Kontrolle des Transfers von Technologieunterlagen sowie der Weitergabe von allgemein zugänglichen Kenntnissen über die Fertigung sensibler Waren und Technologien

Über die COCOM-Regeln hinausgehende Beschränkungen bestehen weder in Frankreich noch in Großbritannien; in der Schweiz unterliegt die Weitergabe von Fachwissen und technischen Unterlagen keinen Beschränkungen. In USA und Japan existiert eine Genehmigungspflicht sowohl für die Ausfuhr von Technologieunterlagen als auch für die Weitergabe nicht allgemein zugänglicher Fertigungskennnisse und für das Erbringen von Dienstleistungen.

In D besteht eine Kontrolle¹³ des Technologietransfers für alle Länder mit Ausnahme der OECD-Staaten.

3) Beschränkung der Auslandstätigkeit eigener Staatsangehöriger bei Beteiligung an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich

Bis auf eine eingeschränkte Kontrolle in den USA gibt es in den westlichen Industrieländern generell keine Beschränkungen für die Auslandstätigkeit ihrer jeweiligen Staatsbürger. Die Auslandstätigkeit von Amerikanern wird bei Auslandsprojekten im Rüstungsbereich in dem Ausmaß beschränkt, wie die jeweilige Tätigkeit nach den allgemeinen Bestimmungen für Exportkontrollen genehmigungspflichtig ist. Da die USA meist länderspezifische Exportkontrollen haben, wird das Ausmaß dieser Beschränkung der Auslandstätigkeit insoweit stark reduziert.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Verschärfungen (Strafbarkeit der Beteiligung Deutscher bei Herstellung etc. von A-, B- und C-Waffen und Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage im AWG für die Einführung einer Genehmigungspflicht bei Beteiligung Deutscher an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich) stellen unter den westlichen Industriestaaten insoweit also eine Neuerung dar.

4) Strafraumen bei Verstößen gegen außenwirtschaftsrechtliche Kontrollvorschriften

In mehreren Staaten (Großbritannien, Japan, Kanada, Niederlande) besteht eine Strafandrohung zwischen zwei bis fünf Jahren Freiheitsstrafe.

In Belgien ist der Strafraumen erheblich geringer (Höchststrafe ein Jahr), in Frankreich gibt es keine besonderen Strafbestimmungen, soweit die Handlung nicht nach anderen Vorschriften des Strafgesetzes (wie z.B. Geheimnisverrat) bestraft wird.

In der Schweiz werden Verstöße gegen die Außenwirtschaftskontrollvorschriften nur mit Geldbußen geahndet, Haftstrafen sind nur bei Verstößen gegen das Kriegsmaterialgesetz vorgesehen.

Die höchsten Strafandrohungen gibt es in den USA und bei uns. In USA: Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren, bei uns: gemäß den vorliegenden Gesetzesentwürfen bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe im Regelfall, zehn Jahren in besonders schweren Fällen.

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Genehmigungspflicht“.

III. Die Einzelheiten der jeweiligen Regelungen in den westlichen Industriestaaten sind in einem Vermerk – vgl. Anlage 2¹⁴ – dargestellt.

IV. Zusammenfassung und Bewertung

Der o.g. Vergleich zeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland in den dargestellten vier Bereichen der bereits gültigen bzw. vorgeschlagenen Außenwirtschaftskontrollen im vorderen Feld der anderen westlichen Industrieländer liegt. Bei einer Bewertung muß allerdings berücksichtigt werden, daß in den verglichenen Staaten der Außenwirtschaftsbereich teilweise sehr unterschiedlich strukturiert bzw. organisiert ist (z. B. in den USA), insoweit bleibt jeder Vergleich unvollständig.

Zusammenfassend kann man jedoch feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Regelung der Exportkontrolle keinen Handlungs-Nachholbedarf mehr hat, wenn die neuen Vorschriften in Kraft treten. In einigen Bereichen (z. B. Auslandstätigkeit, Kontrolle von Chemie- und Biologieanlagen) würde nach Inkrafttreten die Bundesregierung weltweit ein positives Beispiel geben.¹⁵

Der Kritik, die neuen Vorschriften gingen zu weit und belasteten den Außenhandel in unvertretbarer Weise, ist entgegenzuhalten, daß es bisher keinen konkreten Vorschlag – geschweige denn Beispiele – gibt, an welcher Stelle man auf jetzt vorgesehene Exportkontrollvorschriften verzichten könne. Zum Ausmaß der Belastungen ist darauf hinzuweisen, daß die unseren¹⁶ vergleichbaren Regelungen in den USA seit vielen Jahren existieren, ohne daß die auch sehr exportorientierte amerikanische Wirtschaft dagegen so Sturm gelaufen wäre, wie dies jetzt aus gewissen Kreisen der deutschen Wirtschaft geschieht. Außerdem ist das Kernstück der Kontrollen auf den höchst sensitiven Bereich der Herstellung von A-, B- und C-Waffen und die Raketentechnologie beschränkt. Der außenpolitische Schaden, der bei deutschen Beteiligungen in diesen Bereichen entsteht, rechtfertigt zusätzliche Belastungen auch für Wirtschaftsunternehmen. Es wird allerdings entscheidend darauf ankommen, daß die Arbeitsweise der deutschen Genehmigungsbehörde, des Bundesamtes für Wirtschaft, endlich den Minimalforderungen einer¹⁷ modernen und effizienten Verwaltung entspricht und damit die zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft in akzeptablen Grenzen gehalten werden. Laut BMWi soll dies Anfang 1990 der Fall sein.¹⁸

Ackermann

Referat 424, Bd. 162328

¹⁴ Dem Vorgang beigelegt war eine Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 10. Oktober 1989 mit Informationen zu außenwirtschaftlichen Regelungen und Kontrollen in anderen Industriestaaten. Vgl. Referat 424, Bd. 162328. Vgl. Anm. 7.

¹⁵ So in der Vorlage.

¹⁶ Korrigiert aus: „uns“.

¹⁷ Der Passus „Es wird ... Minimalforderungen einer“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

359

Botschafter Lewalter, Sofia, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 784****Citissime****Aufgabe: 13. November 1989, 12.50 Uhr¹****Ankunft: 13. November 1989, 13.50 Uhr**

Betr.: Innenpolitische Entwicklung nach Rücktritt Schiwkows und Wahl
Mladenows zum GS der BKP

Bezug: DB Nr. 780 vom 11.11.1989 – Pol 320.11²

1) Drei Tage nach dem „historischen“ ZK der BKP (10.11.89), das die bereits am Vorabend vom PB beschlossene Ablösung Todor Schiwkows bestätigte und AM Petar Mladenow an die Spitze der Partei berief, ist in der Öffentlichkeit in Sofia von einer Wende oder von Aufbruchstimmung nichts zu spüren. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen vermelden³, was von ihnen erwartet wird, daß sie nämlich vom „Ende einer Epoche“ sprechen. Die Straßen und Plätze füllen sich nicht mit Menschen, die ihrer Freude oder Hoffnung Ausdruck geben. Das Leben scheint weiterzugehen wie zuvor. Die Bevölkerung verhält sich abwartend und kann offensichtlich noch nicht glauben, daß sich etwas bewegen wird.

Der Eindruck der Ruhe täuscht. Die Partei, von der ihr neuer GS vor dem ZK sagte, daß sie auch weiterhin „Vorhut und führende Kraft“ sein solle, ist voll und ganz mit sich selbst beschäftigt. Der Kampf um das Erbe ist bislang nur in einem Punkt entschieden. Offen bleibt, wer Todor Schiwkow als Staatsratsvorsitzender ablösen soll, ob die Erneuerung an der Spitze nicht auch zu einschneidenden Veränderungen im PB und im Ministerrat führen muß und ggf. zu welchen.

2) Mladenows Wahl zum GS ging offensichtlich eine Auseinandersetzung zwischen Reformern und Konservativen voraus, die allerdings auch der Auffassung waren, daß, mit Schiwkow weiterhin an der Spitze, der Partei Richtung, Zusammenhalt und die Fähigkeit zur Machtausübung verlorenzugehen drohe. Die letzteren sammelten sich um PB-Mitglied Dimitar Stojanow, früherer Innenminister, jetzt ZK-Sekretär und Mitglied des Staatsrats, ein Mann, der mit der Macht und dem Apparat umzugehen weiß. Er soll am Abend des 9.11. nur knapp das Ziel verfehlt haben, dem ZK zur Wahl ins Amt des GS vorgeschlagen zu werden, und dürfte jetzt versuchen, bei der Neuverteilung von Ämtern sich selbst und seinem Anhang Einfluß und Macht zu sichern.

Manches spricht dafür, daß Mladenow auch nach dem Vorsitz im Staatsrat strebt, nicht zuletzt das Moskauer Vorbild, wie auch deutlich wird, daß Mladenow der Wunschkandidat Gorbatschows war, dessen Glückwunschtelegramm von der hiesigen Sowjetbotschaft bereits am Vormittag des 10.11. übermittelt wurde und,

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Zimmermann, Sofia, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 13. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Götz verfügte.
Hat Götz vorgelegen.

² Botschafter Lewalter, Sofia, informierte über die Wahl des bisherigen bulgarischen Außenministers Mladenow zum Generalsekretär des ZK der BKP nach dem Rücktritt Todor Schiwkows von allen Partei- und Staatsämtern. Vgl. Referat 214, Bd. 139824.

³ Korrigiert aus: „vermeiden“.

zusammen mit der Nachricht vom Rücktritt Schiwkows, in den Mittagsnachrichten des BUL Rundfunks verlesen werden sollte. Beide Meldungen seien „in letzter Minute“ unterdrückt worden. Daraufhin sei die Nachricht vom Wechsel an der Spitze der BKP in Moskau bereits gelaufen, als die BUL Nachrichtenagentur BTA⁴ sie noch zurückgehalten habe, angeblich aufgrund einer Äußerung Gerassimows am frühen Nachmittag des 10.11. ausländischen Journalisten gegenüber.

3) Mladenows Nachteil in der gegenwärtigen Situation, in der Teile des Apparats eine Demontage alter Prinzipien, ihrer Machtstellung und ihrer Privilegien befürchten, ist das Fehlen einer Hausmacht im Mittel- und Unterbau der Partei.⁵ Dies wird insbesondere von Gruppen in und am Rande der Partei als Herausforderung empfunden, die bislang wegen ihres Eintretens für Perestroika und Glasnost, mehr Demokratie und Öffnung, Schwierigkeiten hatten. Andere, die von außerhalb der Partei Einfluß auf eine Entwicklung BULs in Richtung auf Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der MR und Demokratie nehmen wollen und wie Öko-Glasnost „unter dem Schutz“ des KSZE-Ökoforums in Sofia (16.10.–3.11.1989)⁶ auftreten und sich artikulieren konnten, scheinen ebenfalls bereit zu sein, Mladenow zu unterstützen, wenn denn „der neue Mann eine neue Politik“ bedeutet.

Wie wir erfahren, trafen sich an den letzten Abenden und am Wochenende in Privatwohnungen Vertreter aller solcher Gruppen, um über die Möglichkeit zu sprechen, durch Demonstrationen, die sie anmelden wollen, dem neuen GS der BKP ihre Unterstützung zu versprechen und die Bevölkerung dazu aufzurufen, seine Bemühungen mitzutragen.

Für kommenden Samstag⁷ soll versucht werden, eine solche Versammlung auf dem Platz vor der Alexander-Newski-Kathedrale einzuberufen, auf der nach dem Vorbild der Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin⁸ Vertreter aller Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen sollen. Eine Video-Kassette mit Aufnahmen dieser Massenkundgebung wird jetzt hier als Lehrbeispiel gezeigt, ein weiteres Beispiel dafür, wie die Ereignisse in der DDR auf die Entwicklung hier übergegriffen haben.

4) Erste Gespräche über die Bildung einer „Volksfront“, die allen kritischen und oppositionellen Gruppen ein Dach schaffen könnte und für die diskreditierte „Vaterländische Front“, Sammelbecken für die von der BKP beeinflussten und gegängelten Massenorganisationen, ein Gegengewicht schaffen würde, sollen gescheitert sein. Mladenows Beharren auf dem Führungsanspruch der BKP scheint die Bereitschaft der antikommunistischen Opposition zum Zusammengehen mit reformierten Kräften aus der BKP zu bremsen. Gleichwohl sollen sie sich mit einer gemeinsamen Kundgebung einverstanden erklärt haben.

5) Die scheinbare Ruhe, die nach dem ZK-Plenum zunächst eintrat, dürfte nicht viel mehr sein als ein Atemholen vor der zweiten Phase. Wie lange dies dauern

⁴ Bulgarska Telegraphia Agenzia (Bulgarische Telegraphenagentur).

⁵ Der Passus „Fehlen einer ... der Partei“ wurde von Legationsrat I. Klasse Götz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „+ Gesundheit“.

⁶ Zum KSZE-Umweltschutztreffen vgl. Dok. 343.

⁷ 18. November 1989.

⁸ Zur Demonstration vom 4. November 1989 in Ost-Berlin vgl. Dok. 347, besonders Anm. 2.

und wie die Sammlung der Kräfte ausgehen wird, ist zur Stunde nicht abzu-
sehen. Eine vorsichtige Prognose läßt sich jedoch wagen: Ein Schritt zurück ist
kaum denkbar. Möglich allerdings erscheint, daß sich für Mladenow, der zu
kämpfen haben wird, wie uns ein enger Mitarbeiter von ihm bestätigte, die Not-
wendigkeit ergibt, Kompromisse auf Zeit zu schließen. Aber schon in einer solchen
Übergangsphase dürften politische und gesellschaftliche Prozesse beginnen, die
den Bruch mit der Vergangenheit sichtbar machen. Auf jeden Fall braucht der
neue GS auch von unserer Seite Verständnis und Geduld.

Sein Zeitplan, so erfuhren wir heute aus der Umgebung von Parlamentspräsident
Stanko Todorow, soll wie folgt aussehen:

- am Wochenende ZK-Plenum, das ein neues PB wählen soll (etwa die Hälfte
der bisherigen Mitglieder soll ausscheiden);
- in der darauffolgenden Woche Sitzung der Volksversammlung, von der man
die Bestätigung eines neuen Ministerrats (Mladenows Kandidat für den
Vorsitz der jetzige Außenhandelsminister Lukanow) und die Wahl des neuen
Staatsratsvorsitzenden erwarte (falls nicht Mladenow, dann „im Vorgriff auf
die neue Verfassung“ eine Persönlichkeit mit Integrationskraft, aber ohne
starke politische Macht);
- eine zweite Sitzung der Volksversammlung im Dezember (erste Verfassungs-
änderungen und Etatberatung);
- im ersten Jahresdrittel 1990 der 14. Parteikongreß (sollte 1991 stattfinden,
wurde dann auf letztes Jahresdrittel 1990 anberaumt).

Angesichts der Zusammensetzung der BKP-Kader dürften hier ähnliche Opera-
tionen und Taktiken des Umbaus erforderlich sein, wie sie Gorbatschow in der
SU anwandte und anwendet. Der sowjetische Botschafter Scharapow war hin-
ter den Kulissen tätig und steht als Berater zur Verfügung. Angesichts des in
Moskau bereits zurückgelegten Wegs dürfte der Zeitbedarf fürs Nachholen ge-
ringer sein. Aber hier wie dort gehen die Reformanstöße von oben, von den
fortschrittswilligen Kräften der Führung und von der Intelligenz, aus. Druck von
unten, der Dämme einreißt und wegpült, kann sich erst in längerer Frist auf-
bauen.

[gez.] Lewalter

Referat 214, Bd. 139824

360

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 2950****Aufgabe: 13. November 1989, 19.22 Uhr¹****Ankunft: 13. November 1989, 19.45 Uhr**

Betr.: Frankreich und die Ereignisse in der DDR

1) Die Stimmung in Frankreich

Die „Nacht der Freiheit“ vom 9. November 1989 hat die Welt verändert. Davon ist auch Frankreich überzeugt. Staunen und Bewunderung herrschen hier. Staunen wegen der Schnelligkeit, mit der sich die Ereignisse überstürzen, Bewunderung wegen der Selbstbeherrschung des deutschen Volkes:

Eine Revolution vollzieht sich ohne Blutvergießen. Die Bevölkerung der DDR ertrotzt die Öffnung der Grenze und das Versprechen freier und geheimer Wahlen. Im 200. Jahr der Französischen Revolution, die hier bis zur Erschöpfung gefeiert worden ist, sieht sich die französische Nation plötzlich einer ähnlich gewaltigen Umwälzung in der Wirklichkeit gegenüber. Der Durchbruch durch die Mauer gleicht dem Abbruch der Bastille.²

Eine lange bezweifelte Erkenntnis bricht sich Bahn. Die deutsche Nation fühlt sich als eine einzige, sie ist eins. Sie ist nur künstlich getrennt. Sie hat sich nicht auseinandergelebt. Die Ideologie auf der anderen Seite war höchstens ein dünner Firnis.

Frankreich ist auch menschlich mitgerissen, durch die Bilder still vor sich hin weinender Menschen und durch den Jubel derer, die sich in die Arme fliegen. Ein Franzose schreibt mir: „Was doch die deutschen Tugenden vermögen, wenn sie im Dienst der Freiheit wirken.“

Frankreich wird aber auch zum ersten Mal in dieser Dichte und Fülle mit einem Teil der Leiden konfrontiert, die Deutschland seit 1945 durchmachen mußte. Die Fernsehbilder von den geglückten und gescheiterten Fluchtversuchen gehen nahe. Der Tod Peter Fechtters³, der vor aller Augen noch einmal stirbt und nach Stunden des Verblutens weggetragen wird, steht für die Qualen aller übrigen. Die Bravourstücke der Freiheitsliebenden werden wieder vorgeführt: von den Tunnelbauten bis zum verwegenen Ballonflug über die Grenze.

Während noch bis in diese Tage „Deutschlandexperten“ behaupten konnten, die Bevölkerung in der DDR habe nie aufzustehen gewagt wie die Polen und Ungarn, wird jetzt an 1953⁴ erinnert, das man fast vergessen habe. Es wird daran erinnert, daß, im Gegensatz zu Polen und Ungarn, mehrere sowjetische Armeen auf dem Boden der DDR stationiert sind und daß der Mut der Bevölkerung also

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten vorgelegen.

² Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

³ Korrigiert aus: „Paul Fechtters“.

Der achtzehnjährige Peter Fechter starb am 17. August 1962, nachdem er bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer von Grenzsoldaten der DDR angeschossen worden war.

⁴ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

um so mehr zu bewundern ist. Die Insinuation, daß andere mutiger seien, während in der DDR die Friedhofsruhe herrsche, daß man dort kusche, daß dort nach 40 Jahren viele vielleicht doch Marxisten geworden seien – alle diese Deutungen sind wie weggewischt.

Am 11. November, bei der Gedenkfeier zum Waffenstillstand 1918 am Arc de Triomphe, nahm das Händeschütteln mit mir kein Ende. Die Botschafter, aus eigenem Antrieb sicher, aber auch durch die französische Umgebung beeinflusst, wünschten Glück und fanden zu Herzen gehende Worte. Der Anlaß des Tages schien vergessen. Unsere Landsleute „von drüben“ waren die Helden des Tages.

Die Stimmung in Frankreich wird durch eine Sondage von heute belegt, wonach 62 Prozent der Franzosen eine baldige staatliche Wiedervereinigung Deutschlands für sicher oder wahrscheinlich halten, 60 Prozent meinen, daß dies für Frankreich gut sei, und 70 Prozent sind der Ansicht, eine solche Entwicklung bedeute für den weiteren Aufbau Europas kein Hindernis.⁵

2) Sorgen über die Folgen

Der französische Außenminister hat diese Nacht als das größte Ereignis seit 1945 bezeichnet. Das heißt: Die Welt von gestern bricht zusammen. Was wird, was soll an die Stelle der bisherigen Ordnung treten?⁶

Nicht so sehr die Bevölkerung, aber die Medien und vor allem die politische Klasse stellen diese Frage. Welches sind die Folgen, wie lassen sich die Ereignisse beherrschen, wie nutzen?

Hier kehren die Sorgen zurück, ja die Ängste, vor allem vor den Folgen einer Wiedervereinigung. Wenn die Sondage stimmt, geht es hier nur noch um 40 Prozent der Bevölkerung, aber nach meiner Ansicht um die Mehrheit der Meinungsmacher und in der politischen Klasse.

Einige glauben, die Wiedervereinigung Deutschlands stünde vor der Tür. Das ist ein unreflektiertes Gefühl: als wenn die Durchbrechung der Mauer den Fall der Grenze bedeutete, als wenn es keine Zugehörigkeit der DDR zum Warschauer Pakt gäbe⁷. Bedurfte es der Erklärungen von Schewardnadse und Krenz, um diese Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen?

Andere verbreiten eine Schreckenskarte, in der die Bundesrepublik Deutschland, aus der Europäischen Gemeinschaft ausgeklammert, ein riesiges mitteleuropäisches Reich bis an die Grenzen der Sowjetunion „beherrscht“. Daneben nimmt sich das Europa der Elf, flächenmäßig gesehen, geradezu kümmerlich aus. Alfred Grosser trägt diese Karte in seiner Brieftasche mit sich, um die französischen Ängste durch sie zu erhellen.

Wer sich nicht um den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der EG sorgt, der meint zumindest, das große Wirtschaftsgewicht eines immer mehr zusammenwachsenden Deutschland werde ein destabilisierendes Ungleichgewicht herbeiführen.

⁵ Zu der von Louis Harris im Auftrag der Tageszeitung Le Figaro durchgeführten Umfrage vgl. den Artikel „60 % des Français sont pour l'unité allemande“; LE FIGARO vom 13. November 1989, S. 7.

⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

⁷ Der Passus „als wenn ... Pakt gäbe“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

3) Die Äußerungen des offiziellen Frankreich

Auch das offizielle Frankreich versagt uns seine Bewunderung und Mitfreude nicht. Dumas hat beides ausgesprochen.

Chirac meint, die Wiedervereinigung müsse kommen, Giscard, sie sei verfrüht. Damit spricht Giscard aus, was mindestens 40 Prozent der Franzosen, wenn man der Umfrage traut, mit Erleichterung quittieren werden. Aber er tut es auf eine Weise, die ihm in Deutschland kaum Freunde machen wird und die den Verdacht erweckt, als sollte sich der Westen eher gegen diese Entwicklung sträuben, als sie richtig steuern. Um wieviel klüger Mitterrand, der davon spricht, daß eine alte Ordnung zerbreche, daß eine neue, bessere Ordnung entstehen werde und daß wir im Übergang mit Turbulenzen rechnen müßten. Für ihn also schmilzt hier eine Masse, aus der wir eine neue Gestalt formen können.

Von der Wiedererstehung des Bismarckreichs ist weniger die Rede. Es bleibt die Sorge, wie gesagt, vor der erdrückenden Wirtschaftsmacht⁸ von 60 plus 17 Millionen Deutschen und die Unruhe, ob die Bundesrepublik Deutschland ihre Energie nicht doch den neuen Bewegungen im Osten zuwenden werde und dadurch sich von der Mitarbeit an der Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses werde abziehen lassen.

4) Erste Schlußfolgerungen

Ich möchte aus diesen ersten Einschätzungen folgende Schlußfolgerungen für unsere Arbeit in Frankreich ziehen:

Wir können mit dem großen Goodwill wuchern, der durch die Freiheitsliebe unserer Landsleute und ihren herzlichen Empfang in der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Je beherrschter wir über die Folgen diskutieren, zusammen mit den Franzosen die Konsequenzen bedenken und unsere Aktionen beraten, desto mehr wird die Hochachtung steigen. Denn wenn wir uns jetzt von Emotionen mitreißen ließen, würde das jeder Franzose auch verstehen.

In der Sache müssen wir klarmachen, daß wir weiterhin eisern an dem Ziel festhalten, sowohl den europäischen Einigungsprozeß voranzubringen als auch die Teilung Europas zu überwinden, und zwar unter den Bedingungen, die wir dazu aufgestellt haben, und mit den Instrumenten der KSZE-Politik – kurz, daß die „Vereinigung Deutschlands“ – vielleicht sollte man sich diesen Ausdruck zu eigen machen, um anzuzeigen, daß unsere Politik nicht rückwärtsgewandt ist –, daß eine solche Vereinigung nur im europäischen Zusammenhang möglich sein wird.

Es geht zunächst darum, eine neue Ordnung in der DDR entstehen zu lassen und sie durch unsere Hilfe von außen abzustützen, durch Ermutigung und durch wirtschaftliche Hilfe, die, ähnlich wie die gegenüber den anderen Reformstaaten, zusammen mit unseren Partnern geleistet werden sollte. Auch sollten wir noch stärker mit dem Argument arbeiten, daß nur das „westliche Konsortium“ diese Bürde schultern kann, weil sie für uns allein zu groß ist.⁹ Die gemeinsame Hilfe sollte aus Engagement für die Freiheit, aus Solidarität mit uns und auch aus

⁸ Der Passus „Es bleibt ... erdrückenden Wirtschaftsmacht“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu drei Kreuze.

⁹ Der Passus „Es geht ... groß ist“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu Häkchen.

dem Interesse gespeist sein, daß Gemeinschaftsaktionen dem Gewicht der Bundesrepublik Deutschland im Osten die Waage halten.

Diese Grundlinien unserer Politik überzeugend darzulegen und in immer neuen Variationen zu wiederholen, scheint mir, gerade gegenüber unserem Hauptpartner Frankreich, die erste Priorität für die nähere Zukunft.

[gez.] Pfeffer

Referat 411, Bd. 160568

361

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd

15. November 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt.

Deutsch-britische AM-Konsultationen am 15.11.89²

1) Gesprächsteilnehmer

Britische Seite: AM Douglas Hurd; Stephen Wall, Ministerbüro Hurd;

deutsche Seite: BM Genscher; VLR I Mützelburg, 010; Frau Notbohm, Dolmetscherin.

2) Zusammenfassung

Es handelte sich um Antrittsbesuch AM Hurds. Gespräch war konzentriert auf West-Ost-Beziehungen, insbesondere Entwicklungen in DDR. Weitere Gesprächsthemen: WWU und Sozialcharta, Namibia, Kambodscha.

Übereinstimmung: positive Bewertung der Entwicklung in DDR. Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der EG-MS in Mittel- und Osteuropa mit Ziel stabiler Rahmenbedingungen für Reformprozesse; bedeutsam in diesem Zusammenhang, daß von Treffen in Paris politisches Signal an Mittel- und Osteuropa ausgeht, wonach der Westen Probleme und Verwerfungen im Zusammenhang mit Reformen nicht zu seinem Vorteil ausnutzen wird (keine Konkursstrategie des Westens!); Mandat an EG-KOM, Verhandlungen mit DDR zu eröffnen; Notwendigkeit der fantasievollen Entwicklung von Modellen der Zusammenarbeit zwischen EG und einzelnen Reformstaaten, die spezifischem Entwicklungsstand jeweiligen Staates entsprechen; Begrüßung Wahlergebnisses in Namibia; Sorge über Rolle der Khmer Rouge in Kambodscha.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 17. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe vorgelegen.

Für einen britischen Bericht über das Gespräch vgl. <https://www.margareththatcher.org/source/prem19/prem19-2997>, S. 268–273. Vgl. dazu außerdem DBPO III/VII, Dok. 52.

² Der britische Außenminister Hurd hielt sich am 15./16. November 1989 in der Bundesrepublik auf.

Meinungsverschiedenheiten: Weiterentwicklung der EG in monetärem Bereich: GB lehnt mit bekannten Bedingungen weiterhin ab, über Phase 2 und 3 des Delors-Berichtes zu entscheiden; BM betont, daß Stagnation in EG-Integration falsches Signal für Reformprozeß in MOE gibt und fristgerechte Vollendung gemeinsamen Binnenmarktes gefährdet.

Im einzelnen:

a) BM auf Fragen AMs nach Zielen des Treffens der Regierungschefs und AM der Zwölf in Paris am 18.11.1989³: Ziele noch nicht völlig klar, Präsidentschaft offenbar an Meinungsäußerung der Europäer vor amerikanisch-sowjetischem Gipfel⁴ interessiert. Hauptpunkt vermutlich Diskussion der Entwicklungen in MOE.

Wichtig: gemeinschaftliche Antwort der EG-Zwölf auf Reformentwicklungen; auch Entwicklungen in DDR einzubetten in europäische Politik; wir streben keinen nationalen Alleingang an.

b) BM unterrichtet Gast über deutsche Ministerrunde zur Deutschlandpolitik vom 15.11.1989: auf Öffnung der Grenzen durch DDR⁵ positives Signal der EG erforderlich in Form Mandats für EG-KOM zur Aufnahme von Verhandlungen mit DDR⁶. Deutsche Überlegungen zur Stützung Reformprozesses: Steigerung Besucherverkehrs durch Erhöhung Besuchergeldes, die immer noch billiger als Aufnahme großer Zahl von Übersiedlern. In Diskussion: Erhöhung Besuchergeldes auf 300 DM, aber gegen Umtausch in Ost-Mark, wobei Wechselkurs subventioniert wird (etwa Verhältnis 1:4). Dadurch gewonnene Ost-Mark sollen in Sonderfonds fließen, aus dem in Abstimmung mit DDR dortige Projekte, etwa Bau von Hotels, Umweltschutzmaßnahmen etc. finanziert werden sollen.

Auf Fragen AMs schlossen sich Ausführungen BMs zum Komplex der Aus- und Übersiedler aus MOE an.

c) BM unterrichtet Gast auf dessen Frage über Eindrücke von Polen-Reise⁷: Katastrophale wirtschaftliche Situation, verschärft durch Hortung der landwirtschaftlichen Produkte, weil Erzeuger Produkte in Erwartung einer Währungs- und Preisreform zurückhalten; dringend erforderlich: Währungsbeistand durch IWF, westliche Investitionen in produktiven Bereichen; D bereit, sich an von USA vorgeschlagenem Fonds von 1 Mrd. Dollar⁸ mit 250 Mio. zu beteiligen.

³ Am 18. November 1989 fand in Paris ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1989, S. 59f. Vgl. dazu auch Deutsche Einheit, Dok. 94 und Dok. 94A, sowie KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 983–985, sowie GENSCHER, Erinnerungen, S. 662f. Der französische Staatspräsident Mitterrand erklärte bei seiner anschließenden Pressekonferenz, vorrangig seien die Entwicklungen in Osteuropa und die Haltung der EG dazu besprochen worden. Dazu seien die EG-Kommission und die Staaten der Troika – Frankreich, Irland und Spanien – beauftragt worden, Handlungsmöglichkeiten zu untersuchen, unter denen Mitterrand auch die Gründung einer Entwicklungsbank für Osteuropa nannte. Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (November/Dezember), S. 58–65. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 4 f. (Auszug).

⁴ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

⁵ Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

⁶ Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

⁷ Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

⁸ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

AM: GB will ebenfalls Fonds beitreten, konkrete Zahlen in Diskussion; Infrastrukturprobleme in Polen offenbar enorm, vor allem Mängel im Verteilungssystem. Sorge, daß Solidarność und Regierung Mazowiecki aufgrund Schwierigkeiten wirtschaftlicher Form Rückhalt in Bevölkerung verlieren.

BM teilt Sorge. Bisher genießt Regierung noch Vertrauen. Voraussetzungen wirtschaftlichen Aufschwungs jedoch mit Abstand schlechter als in DDR und in ČSSR (Hinweis auf hohe wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands und der ČSSR vor Zweitem Weltkrieg). Falls DDR morgen mutige Wirtschaftsreformen anpacke, sei schnell beachtliche Aufwärtsentwicklung möglich.

AM weist auf Sorgen britischer Geschäftswelt, daß deutsche Industrie bei rapider Entwicklung in DDR gegenüber GB erhebliche Wettbewerbsvorteile habe. Wie schnell sei Handelsausbau zu erwarten?

BM: Hängt von Tempo der Reformentwicklung in DDR ab.

d) *BM* auf Frage nach Beurteilung der Entwicklungen in DDR durch *SU*: Stabilität in DDR für *SU* wichtig wegen geostrategischer Lage der DDR, aber auch wegen dortiger Anwesenheit von 22 sowjetischen Divisionen. DDR-Bevölkerung werfe daher in sehr kluger, besonnener und verantwortungsvoller Weise zwar die Frage nach inneren Reformen, nach freien Wahlen, Parteienpluralismus etc., nicht aber die Frage des Verhältnisses zur Bundesrepublik auf.

AM: Können sie dies weiterhin sicherstellen, was geschieht bei freien Wahlen?

BM: Beruht auf eigener Einsicht der DDR-Bevölkerung; auch bei freien Wahlen kaum zu erwarten. Auch in Polen wird Verbleib in WP – anders etwa als in Ungarn – nicht diskutiert. In allen „Frontlinienstaaten“, die direkte Grenze zu Westen haben, wird Stabilitätsbedürfnis der *SU* berücksichtigt.

Wie hat sich *SU* als Statusmacht gegenüber GB geäußert?

AM: Sowjetischer Botschafter⁹ hat ihm gegenüber erhebliche Sorge über gewisse Äußerungen in Bundesrepublik – nicht die des *BM* – geäußert. *SU* habe Krenz gewählt und unterstütze seinen Reformkurs. Wirkliche Sorge bestehe über Unverletzlichkeit der Grenzen, auch die der DDR. Äußerungen des *BM* zur polnischen Westgrenze¹⁰ seien sehr hilfreich gewesen.

BM: Gemeinsame Erklärung Kohls und Mazowieckis¹¹ habe Problem der polnischen Grenze gelöst. Alle Europäer könnten zur Schaffung stabiler Rahmenbedingungen beitragen. Bedeutsam sei insbesondere, daß von Treffen der Regierungschefs und *AM* in Paris am 18.11.89 Botschaft ausgehe, daß der Westen die unvermeidbarerweise im Laufe der Reformprozesse auftauchenden Probleme, Instabilitäten und Verwerfungen nicht zum eigenen Vorteil ausnutze und keine „Konkursstrategie“ betreibe.

AM stimmt lebhaft zu.

e) *BM* auf Frage nach innerer Situation in *SU*: Lage sehr kompliziert, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Wegen hoher Geburtenrate in moslemischen Ländern

⁹ Leonid Mitrofanowitsch Samjatin.

¹⁰ Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

¹¹ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

geht Bevölkerungsanteil der Russen prozentual zurück. In naher Zukunft zu erwarten, daß jeder dritte sowjetische Soldat moslemischer Herkunft; gewaltige Herausforderung durch moslemischen Fundamentalismus. Allerdings würden Probleme im Baltikum vom Westen überschätzt. Falls dort eigenständige Entwicklung erlaubt werde, sei dort am ehesten modellhafter Erfolg der Perestroika möglich. Probleme im Süden der SU dagegen viel ernster; bezeichnend, daß gewaltsame Ausschreitungen nur im Süden der SU.

AM: US beabsichtigten, auf bevorstehendem Gipfel erheblichen Druck auf SU wegen baltischer Staaten auszuüben. GB halte dies für Fehler und habe versucht, US zu entmutigen.

BM: Problem der baltischen Staaten wäre weniger prekär, wenn es außer Russen nur noch Balten gäbe. Rufe nach Selbständigkeit der Balten machen jedoch Forderungen aus dem Süden nur noch lauter und vehementer. Nationalitätenproblem begleite SU seit Geburtsstunde und sei erst mit Pogromen Stalins verstummt. Wichtig sei, daß die systemimmanenten Probleme Gorbatschows nicht von außen verschärft würden.

f) *BM* auf Frage nach eventuellen Rüstungskontrollvorschlägen Gorbatschows anlässlich amerikanisch-sowjetischen Gipfels: Westen habe durch NATO-Gipfel¹² erneut Initiative ergriffen. Gorbatschow werde vermutlich versuchen, Initiative durch präzise und wirksame Vorschläge zurückzugewinnen. Objektive Analyse müsse sowjetischen Führern zeigen, daß erhebliche Verringerung der Verteidigungslasten in ihrem Interesse, weil von Westen keine Bedrohung ausgehe und Aufrechterhaltung riesiger Militärmaschine daher sinnlos.

AM wendet ein, daß Militärmaschine Teil des sowjetischen Systems; Frage sei, wieweit politische Führung das Militär unter Kontrolle habe, da zu schnelle Reduzierung sonst erhebliche Probleme schaffen könne.

BM sieht Vorrang der Politik vor Militärs. Streben nach militärischer Überlegenheit sei Ergebnis expansiver Außenpolitik gewesen; durch Aufbau einer Druckkulissee sollte Westeuropa für politische Erpressung anfällig gemacht werden. Nachdem politische Grundsatzentscheidung gegen expansive Außenpolitik gefallen sei, folge Reduzierung der Militärausgaben als gewollte Konsequenz.

g) *BM* greift auf Frage *AMs* nach Perspektiven für Straßburger ER¹³ die Guildhall-Rede der Premierministerin¹⁴ auf: Falls er richtig verstanden habe, glaube die PM, daß man als Antwort auf Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa das Tempo der europäischen Integration, vor allem im monetären Bereich, drosseln solle. Sie zögere, jetzt nationale Souveränitätsrechte zu übertragen. Er sehe die Dinge genau umgekehrt. Die Stimulierung der Reformprozesse sei nur möglich, wenn die europäische Integration weitere Fortschritte mache. Eine Stagnation in Straßburg sei das falsche Signal gegenüber dem Osten, aber auch dem Westen. Bei Aufgabe der Ziele der Regierungskonferenz im Währungsbereich könne die Kraft der Integration erlahmen und der erforderliche Schwung für eine fristgerechte Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes verlorengehen.

¹² Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

¹⁴ Für die Rede der britischen Premierministerin Thatcher am 13. November 1989 in der Londoner Guildhall vgl. <https://www.margarethatcher.org/document/107821>.

AM hielt es ebenfalls für wichtig, in Straßburg einen Fehlschlag und insbesondere eine größere Auseinandersetzung zu vermeiden. *GB* strebe letztlich dasselbe wie seine Partner, aber auf einem anderen, nach seiner Auffassung richtigeren, weil liberaleren Weg an. Im übrigen glaube er nicht, daß in den Straßen von Leipzig die Frage der zweiten und dritten Phase des Delors-Berichtes¹⁵ eine größere Rolle spielen werde.

BM replizierte, daß es um die Dynamik der weiteren Integration gehe.

AM stimmte zu, daß Dynamik der EG-Integration zu erhalten sei; es frage sich nur, wohin die Dynamik führen solle. Wie sei etwa mittelfristig das Verhältnis zwischen der EG und den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa zu gestalten? Sollten sie EG-MS werden? EFTA-MS?

BM warnte vor Konzeption künstlicher „blueprints“. Reformstaaten seien weniger an EFTA, sondern eher an spezifischen Arrangements mit der EG interessiert. EG habe in Vergangenheit viele unterschiedliche Modelle der Kooperation mit der Türkei¹⁶, den Maghreb-Ländern¹⁷, ASEAN¹⁸, Zentralamerika¹⁹ etc. entwickelt. Nunmehr sei Phantasie gefordert, angemessene Modelle der Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn, der DDR etc. zu entwickeln. Frage, ob Reformstaaten Mitglied der EG werden könnten, sei falsch gestellt. Ein WP-Mitglied könne nicht gleichzeitig EG-Mitglied sein. Eine solche Diskussion beunruhige unnötigerweise die SU, die selbst durchaus Interesse an engerer Zusammenarbeit mit EG habe.

AM stimmt zu, daß nach gemeinsamer Analyse in gemeinsamem Ansatz maßgeschneiderte Modelle der Zusammenarbeit zu entwickeln seien, die dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Reformstaaten Rechnung trügen.

h) Hinsichtlich Namibias stimmten beide *AM* darin überein, daß das Wahlergebnis besser kaum vorstellbar für eine auf Kompromiß und Verständigung angewiesene Verfassungsdebatte ausgefallen ist.²⁰ Ergebnis werde möglicherweise Zieldatum für die Unabhängigkeit beschleunigen.

¹⁵ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

¹⁶ Am 12. September 1963 schlossen die EWG und die Türkei ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation. Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

¹⁷ Die Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien wurden im April 1976 in Algier, Rabat und Tunis unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

¹⁸ Vgl. dazu das Kooperationsabkommen vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

¹⁹ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

²⁰ In Namibia fand zwischen dem 7. und 11. November 1989 die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Die SWAPO erhielt 57 % der Stimmen, die Demokratische Turnhallenallianz (DTA) 29 %. Ministerialdirigent Sulimma resümierte am 17. November 1989: „Das Wahlergebnis übt einen für eine demokratische Entwicklung Namibias sicher förderlichen Druck auf die SWAPO zu Kompromißbereitschaft und Zusammenarbeit aus. Da keine der anderen Parteien eine Sperrminorität besitzt oder ihre Stimme zum Erreichen der 2/3-Mehrheit unabdingbar erforderlich ist, würde ein zu starres Festhalten an Minderheitenpositionen sie ins Abseits führen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155888.

i) *AM* äußerte Sorge über Kambodscha. Die Erfolge der Khmer Rouge auf dem Schlachtfeld führten zu kritischen Reaktionen der britischen Medien. GB habe hinsichtlich der Wirtschaftshilfe an Kambodscha leichte Kurskorrektur vorgenommen und steige etwas stärker ein.

BM teilte Sorge über mögliche Rückkehr der Khmer Rouge, auch wenn Entwicklung in Kambodscha noch kein öffentliches Thema in Bundesrepublik sei.

j) Auf Frage *BM*s nach Situation in Nordirland führte *AM* aus: Situation wandle sich – wenn auch sehr langsam – auf Druck der konfliktmüden Bevölkerung zum Besseren. Leider denke die politische Führung in Nordirland auf beiden Seiten noch in Kategorien des 17. Jahrhunderts. Die weitere Enttribalisierung Nordirlands werde noch erhebliche Zeit dauern. Das größte Problem sei eine Gruppe von ca. 400 erfahrenen Terroristen (pool of killers), die nahezu apolitisch seien und über Waffen und Geld im Überfluß verfügten.

AM dankte in diesem Zusammenhang für gute Kooperation mit D bei Terroristenbekämpfung und brachte Mitgefühl für Übergreifen der IRA-Aktivitäten in Bundesrepublik²¹ zum Ausdruck. Er bat, soweit möglich, die Kontakte zu Nordirland in allen Bereichen zu verstärken, damit Nordirland sich nicht vom Rest Europas verlassen fühle.

k) Der weitere Verlauf des Gespräches, insbesondere während Abendessens, drehte sich um die innenpolitische Situation in GB und D, wobei *BM* innenpolitische Situation in Bundesrepublik vor den Wahlkämpfen des nächsten Jahres²² darstellte.

Referat 010, Bd. 178922

362

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Kimmitt

204-321.16 USA

15. November 1989¹

Gespräch StS Sudhoff–Under Secretary Kimmitt am 15.11.89 in Bonn

1) StS *Sudhoff* empfing am 15.11. den Under Secretary for Political Affairs im State Departement, Robert M. Kimmitt, zu einem etwa einstündigen Gespräch. (Teilnehmer: Botschafter Walters, Special Assistant Eric Edelman, Erster Sekre-

²¹ Zur Festnahme zweier mutmaßlicher Mitglieder der „Provisional Irish Republican Army“ an der deutsch-niederländischen Grenze vgl. Dok. 27, Anm. 26.

²² Für 1990 standen außer Bundestagswahlen Landtagswahlen im Saarland sowie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern an.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 17. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 21. November 1989 vorgelegen.

tär Bob Bradtke, D2², RL 204³). Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Entwicklung in der DDR und das beiderseitige Interesse an enger Konsultation.

2) *StS* und *Kimmitt* unterstrichen die Wichtigkeit enger Konsultation und Abstimmung angesichts der Entwicklungen in der DDR und in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. *Kimmitt* begrüßte in diesem Zusammenhang den bevorstehenden Besuch des BM in Washington⁴. *StS* hob den günstigen Zeitpunkt des BM-Besuchs (Vorbereitung des Treffens Bush–Gorbatschow in Malta⁵) und die Sichtbarkeit sehr enger Zusammenarbeit in dieser wichtigen politischen Phase hervor.

StS gab eine Bewertung der jüngsten Entwicklung in der DDR: Die Bevölkerung sei politisch reifer als erwartet, die Entwicklung laufe erstaunlich kontrolliert und diszipliniert ab. Die Menschen seien die ständigen Bevormundungen leid; sie verlangten nach Meinungs- und Wahlfreiheit. Wiedervereinigung sei für sie gegenwärtig kein Thema. Für die weitere demokratische Entwicklung sei das Fehlen geeigneter Strukturen und Führungspersönlichkeiten, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen, ein großes Problem. Der Aufbau solcher Strukturen brauche Zeit und erfordere große Anstrengungen. Für die Reformbewegungen und Blockparteien könnten die von Krenz angekündigten Wahlen⁶ deshalb zu früh kommen. *StS* betonte, wir müßten einen kühlen Kopf bewahren. Wir hätten nicht die Absicht, den Reformprozeß, auf den wir so lange mit dem KSZE/Harmel-Konzept⁷ hingearbeitet hätten, durch unrealistische Ansätze zu belasten. Es läge uns fern, die von der DDR-Bevölkerung abgelehnte Bevormundung durch eine neue zu ersetzen. *StS* hob die große Bedeutung der Unterstützung, die wir von unseren westlichen Partnern und Freunden erhielten, hervor. Wir strebten keinen Alleingang an, die gesamte Entwicklung sei eine europäische Angelegenheit, die nur in einem gesamteuropäischen Rahmen vorangebracht werden könne. Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der Zwölf in Paris⁸ sei in diesem Zusammenhang das richtige Zeichen. Konkrete Beschlüsse seien von einem derartigen Arbeitsessen nicht zu erwarten. Neben einer Lageanalyse werde wahrscheinlich darüber gesprochen, was die EG tun könne, um die Verhandlungen mit der DDR⁹ voranzubringen, und welcher Beitrag von der EG für eine Weiterentwicklung des Reformprozesses geleistet werden könne.

² Dieter Kastrup.

³ Gebhardt von Moltke.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich am 21./22. November 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 373 und Dok. 374.

⁵ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

⁶ Bei einer Kundgebung am 10. November 1989 in Ost-Berlin erklärte der Generalsekretär des ZK der SED, Krenz: „Wir setzen uns dafür ein, daß freie Wahlen stattfinden“. Vgl. den Artikel „Kampfgeist und der Wille zur Einheit und Erneuerung der Partei“, NEUES DEUTSCHLAND vom 11./12. November 1989, S. 3.

⁷ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

⁸ Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

⁹ Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

D2 machte deutlich, daß eine Vier-Mächte-Konferenz nach unserer Auffassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei und abgelehnt werde.

Kimmitt betonte seinerseits den engen Schulterschuß zwischen Washington und Bonn. Die Allianz behalte ihre zentrale Bedeutung; die Allianzstrukturen seien effektiv und bewährt. Kimmitt hob die Bedeutung der Allianz für die europäische Entwicklung und für die Abstimmung der Politik in den West-Ost-Beziehungen hervor. Die Herbsttagung¹⁰ stelle die Allianz vor eine ähnliche Herausforderung wie vor dem NATO-Gipfel¹¹: die Festlegung einer gemeinsamen Politik für eine Dekade des Wandels und ihre richtige Präsentation gegenüber der Öffentlichkeit.

Kimmitt unterstrich die Bedeutung, die die USA der Erhaltung und Gewährleistung von Stabilität in Europa beimessen. Bush sehe hierin einen wichtigen Aspekt des Treffens mit Gorbatschow. StS betonte auch unser Interesse an stabilen Rahmenbedingungen für den Reformprozeß. Botschafter Walters fügte unter Hinweis auf sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschewasow, am 11.11. hinzu, daß die sowjetische Seite fast ausschließlich an Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bei den Vorgängen in Berlin interessiert gewesen sei. StS wies in diesem Zusammenhang auf den Brief Gorbatschows an Bush¹² hin und betonte, wie wichtig es sei, Gorbatschow deutlich zu machen, daß wir aus den Entwicklungen keine zu Lasten der SU gehenden Vorteile ziehen wollten.

StS erläuterte die Vorbereitungen eines geplanten Treffens des BK mit GS Krenz durch BM Seitzers¹³. In Anbetracht der vielen praktischen Fragen, die sich für uns durch die Öffnung der Grenze¹⁴ und die wirtschaftlichen Auswirkungen stellten, sei ein Treffen für uns unumgänglich. Abwartende Zurückhaltung, die gegenüber der neuen Regierung zunächst angebracht sei, müßten wir deshalb zurückstellen. D2 hielt deshalb die Durchführung des geplanten Besuchs von Präsident Mitterrand¹⁵ in nächster Zeit nicht für wahrscheinlich. StS unterstrich, daß in Zukunft jeder offizielle ausländische Besucher aus dem Westen auch Gespräche mit den Oppositionsgruppen führen müsse. Er stellte in Frage,

¹⁰ Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

¹¹ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹² Botschafter Ruhfus, Washington, teilte am 13. November 1989 mit: „Am 10. November hat sich Präsident Gorbatschow mit einer schriftlichen Botschaft an Präsident Bush gewandt und darin unter Hinweis auf die außergewöhnliche Situation in der DDR, über die er auch schon mit BK Kohl gesprochen habe, darauf hingewiesen, daß in Berlin (West) eine politische Massenveranstaltung unter Beteiligung von Vertretern der Bundesregierung vorgesehen sei und gleichzeitig eine ähnliche Veranstaltung in Berlin (Ost), woraus sich u. U. eine chaotische Lage mit möglicherweise unabsehbaren Folgen ergeben könnte. Er – Gorbatschow – habe BK Kohl aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um eine daraus evtl. resultierende Komplizierung und Destabilisierung zu verhindern. [...] Erklärungen von seiten der Bundesrepublik Deutschland über die beiden deutschen Staaten (gemeint ist wohl das Stichwort ‚Wiedervereinigung‘) seien nur geeignet, den sich abspielenden Prozeß zu unterminieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4611; VS-Bd. 13503 (210); B 150, Aktenkopien 1989. Für das Schreiben Gorbatschows vgl. Referat 210, Bd. 140719.

¹³ Bundesminister Seitzers hielt sich am 20./21. November 1989 in Ost-Berlin auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 20. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 96, und COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 52.

¹⁴ Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

¹⁵ Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR vgl. Dok. 431.

daß die gegenwärtige DDR-Führung den Entwicklungen gewachsen sei und die Kontrolle über die Ereignisse habe. Die Öffnung der Mauer sei in dieser Form nicht geplant gewesen. Eine beachtliche Reihe von Fehleinschätzungen sei feststellbar.

Kimmitt machte erneut deutlich, daß das Malta-Treffen ein reiner Gedankenaustausch ohne Verhandlungen und ohne Beschlüsse sein werde. Dies entspreche auch den von AM Schewardnadse gegenüber AM Dumas¹⁶ gegebenen Darstellungen. In Paris halte man es dennoch nicht für ausgeschlossen, daß Gorbatschow wie in Helsinki¹⁷ einen Vorschlag für weitere Entspannungsschritte mache, um Aufmerksamkeit zu gewinnen. *Kimmitt* hielt es nicht für ausgeschlossen, daß Bush den NATO-Rat nach dem Treffen bei Malta persönlich unterrichtet.

3) Bei einem Abendessen in der Residenz des US-Botschafters traf *Kimmitt* erneut mit StS Sudhoff sowie mit den MdBs Hamm-Brücher und Stobbe, MD Schlagintweit, MD Dobiey, MDg Hartmann, Karl Kaiser, Thomas Kielinger und Friedhelm Kemna zusammen.

Referat 210, Bd. 140685

363

Aufzeichnung des Referats 214

VS-NfD

15. November 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Betr.: Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags,
15.11.89;

hier: Ausführungen von BM zu Entwicklung in Osteuropa

BM bat eingangs um Vertraulichkeit.

Es habe sich in den Gesprächen mit Polen² und den westlichen Partnern gezeigt, daß die Ereignisse in der DDR größte Aufmerksamkeit beanspruchten. Die Reaktion dieser Gesprächspartner sei nicht einheitlich. In POL und UNG

¹⁶ Der französische Außenminister Dumas hielt sich am 13./14. November 1989 in der UdSSR auf.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Finnland vom 25. bis 27. Oktober 1989. Botschaftsrat I. Klasse Trebesch, Helsinki, teilte dazu am 26. Oktober 1989 mit, Gorbatschow habe am selben Tag in einer Rede „detaillierte Vorschläge zur Sicherheit und Abrüstung in Nordeuropa“ unterbreitet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 334; Referat 213, Bd. 147158.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 17. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.

Hat Elbe vorgelegen.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

sei die Sorge groß, daß sich die deutsche Aufmerksamkeit auf die DDR konzentriere und daß POL und UNG vergessen würden. Es sei klar, daß die Entwicklung in der DDR nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht Teil eines größeren Reformprozesses wäre. Die Stabilisierung in der DDR setze die Stabilität in SU, POL und UNG voraus. Daher habe er im Kontakt mit Delors und Dumas vorgeschlagen, daß die Konferenz der 24 noch 1989 auf AM-Ebene stattfinden solle³, wohl vor der NATO-AM-Konferenz am 12./13.12.89⁴. Bis dahin müsse der IWF seine Untersuchungen abgeschlossen haben; die Terminierung der 24er-Konferenz sei als heilsamer Druck auf den IWF hilfreich. In Polen sei eine Währungsreform nötig.

Die Bereitschaft der Beteiligung an Hilfsmaßnahmen sei noch nicht überall groß. D werde 2,5 Mrd. DM Hermes-Deckung sowie 500 Mio. DM als Beitrag zur Stabilisierungsmaßnahme von 1 Mrd. US\$⁵ beitrugen. Der deutsche Beitrag stelle immerhin 25 % der Maßnahme dar und werde hoffentlich auch US dazu anregen, ihren bisher zugesagten Beitrag von 200 Mio. US\$ aufzubessern. Hierdurch sollten auch die anderen Partner zur Aufbesserung ihrer Beiträge angeregt werden können.

Am Dienstag, 21.11., werde er den US-AM in Washington⁶, am 30.11. den F-AM in Paris sehen⁷, heute (15.11.) sei der GB-AM hier in Bonn⁸. Nach dem US-SU-Gipfel vor Malta am 2./3.12. folge wohl am 4.12. die NATO-Unterrichtung⁹, am 5./6.12. besuche BM Moskau¹⁰, so daß er am 7.12. den Auswärtigen Ausschuß unterrichten könne.

Am 10.11. abends habe BM mit seinen US-, F-, GB-Kollegen, am 11.11. morgens mit SU-AM gesprochen.¹¹ Deutlich sei, wie aufnahmebereit das US-Publikum für die jüngsten Ereignisse sei: Was sie für das deutsche Ansehen täten, könne man mit Geld nicht aufwiegen.

(Als Beispiel ging BM auf die spontane Äußerung einer Telefonistin des AA ein, die bei der Vermittlung des Gesprächs BM-AM Baker diesem spontan für alles, was US für uns Deutsche getan hätten, gedankt und hinzugefügt habe: „God bless America“ – eine Anekdote, die keine 30 Minuten später durch US-AM als „mit Tränen vernommen“ im Äther gewesen sei.)

³ Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

⁵ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker vgl. Dok. 374.

⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas vgl. Dok. 389.

⁸ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd vgl. Dok. 361.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPD SU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Bush unterrichtete den NATO-Rat am 4. Dezember 1989 in Brüssel darüber. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹⁰ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

¹¹ Für das Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. DIPLOMATIE, Dok. 7.

Am 13.11. habe BM gemeinsam mit BMVg Stoltenberg in WEU-Sitzung¹² sehr viel Respekt vor dem Verhalten der DDR-Bürger vernommen, doch auch viele Fragen zu unserem Kurs und zur Entwicklung in der DDR. BM habe hierauf die Einheit unserer Nation deutlich gemacht, unabhängig davon, ob sie in zwei Staaten geteilt sei. Die DDR-Deutschen stellten die Freiheitsfrage obenan. Von Deutschen in Freiheit und Demokratie sei noch nie eine Bedrohung ausgegangen. Wichtig sei zu wissen, daß wir uns im klaren darüber sein müßten, wie sehr unsere Haltung in der EG beobachtet werde. Unsere Entschlossenheit zur Integration in der EG müsse unzweifelhaft sein.

Es gebe keine Alternative: EG oder Einheit der deutschen Staaten. Je mehr wir uns in die EG integrierten, desto mehr erhielten wir Unterstützung von unseren Partnern. Dort gebe es noch viel Ängstlichkeit, nicht zuletzt aus Egoismus.

Wie die EG in der Lage gewesen sei, Modelle mit Dritten zur Zusammenarbeit zu entwickeln, so sei dies auch mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas notwendig. Hierin sei BM mit Kommissionspräsident Delors einig. Ein erstes Signal werde im nächsten Ministerrat gesetzt, wenn die Kommission gebeten werde, Verhandlungen zu einem Handelsvertrag mit der DDR aufzunehmen.¹³ Wir stünden unter Beobachtung; F, das für die Meinungsbildung zur Ostpolitik entscheidend sei, werde uns besonders beobachten.

Der ganze Westen müsse klarmachen, daß er nicht die Absicht habe, krisenhafte Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen.

Wir Deutschen stünden zu den Verträgen. SU-AM habe BM gesagt, die Stabilität der DDR sei für SU von besonderer Bedeutung. BM habe hierauf unwidersprochen geantwortet, die SU solle daher dafür eintreten, daß die Stabilität durch Reformen gestärkt werde. Hier zeige sich ein neues Sicherheitsverständnis der SU: Die Sicherheit stütze sich nicht allein auf Soldaten und Waffen, sondern auf Akzeptanz. Wir wollten den Abrüstungsprozeß forcieren, um auch hier die Dynamik des Reformprozesses zu unterstützen. BMs Eindruck in Brüssel sei gewesen: die Partner schauten besonders intensiv auf uns und unseren Beitrag zur Integration im Westen.

Stercken, Ausschußvorsitzender, verwies darauf, daß die West- und EG-Integration von BT gesehen werde. Daher wolle man die Behandlung von elf Vorlagen zum Thema Europa, die vor der dritten Lesung stünden, noch vor der Weihnachtspause zum Anlaß einer generelleren Europa-Debatte nehmen.

Frau Geiger bat um eine Bewertung des POL-Besuchs von BK, der wegen der Entwicklung in der DDR in den Medien in den Hintergrund gerückt sei.

Stobbe zeigte die Veränderungen der SU-Außenpolitik auf: Weggefallen sei das Aufstülpen ihres (stalinistischen) Systems, die Moskauer Garantie für die kommunistischen Parteien und deren Führungsrolle sowie die Nutzung der militä-

¹² Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1989 in Brüssel vgl. DIE EINHEIT, Dok. 21.

¹³ Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

Der Ministerpräsident der DDR, Modrow, übermittelte der französischen EG-Ratspräsidentschaft am 17. November 1989 ein Memorandum. Darin skizzierte er innenpolitische Reformvorhaben und erklärte, die Existenz der DDR und der Bundesrepublik „in den bestehenden Grenzen und ihre Bündniszugehörigkeit“ blieben Grundelemente europäischer Sicherheit. Außerdem regte er einen Ausbau der Beziehungen zwischen der DDR und den Europäischen Gemeinschaften sowie den baldigen Abschluß eines Handelsabkommens an. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 2-4.

rischen Maschinerie (=Intervention) zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses. Dadurch sei Demokratisierung möglich geworden, was die DDR-Bevölkerung spüre. Eine Antwort auf die neue Entwicklung sei von allen westlichen Partnern zu geben, nicht von D allein. Jetzt sei eine neue Partnerschaft nötig, die zu dokumentieren sei. Nötig sei eine Politik in Richtung Westen, die Ostpolitik zu einer europäischen Sache zu machen, z.B. die EG-Assoziierung der Reformstaaten, die Aufhebung des „Cordon stalinaire“ (sic!).

Zum Thema zwei deutsche Staaten: Die Mauer sei Symbol des Kalten Krieges, die Lage von Berlin jedoch Ergebnis des Krieges selbst. Die Sicherung des territorialen Status quo sei das vierte Prinzip sowjetischer Außenpolitik, das jedoch unverändert bestehen geblieben sei. Er bewundere das Verhalten der Vier Mächte in den letzten Tagen: Sie sprachen miteinander und ließen die beiden deutschen Sicherheitskräfte miteinander reden; ein wohlthuender Unterschied zum Verhalten, als Fechter an der Mauer verblutete¹⁴ und ein amerikanischer Colonel zu Albertz auf dessen Drängen nach Hilfe sagte: That's none of your business.

Gansel besorgte sich darum, daß man derzeit allzu gespannt auf die deutsche Entwicklung schaue; die Entwicklung in UNG habe eine bedeutende Rolle gespielt. (Hier schloß er eine Bemerkung zu einem Entschließungsantrag der SPD¹⁵ an, der mir unverständlich blieb.)

Eine zweite Sorge sei die Wiedervereinigungsrhetorik. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der DDR sei dramatisch; sie könnte u.U. als Folge der Wiedervereinigung de facto haben. Dies aber könnte im Westen Ängste einer Neutralisierung Deutschlands, im Osten Ängste eines NATO-Beitritts der DDR erzeugen.

Alle betonten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Hierin bestehe der Schlüssel, denn die DDR werde sich – wenn erst einmal frei gewählt werden könne – in die internationalen Sicherheitsinteressen einbetten.

Wischnewski betonte, die DDR-Bürger hätten sich zwar ihre Rechte auf der Straße erstritten; doch sei dies nur möglich gewesen mit Gorbatschow sowie den Entwicklungen in POL und UNG. Die SU habe Sorgen, daß die DDR ihre Wirtschaftsverpflichtungen nicht werde einhalten können. Daran dürften wir jedoch kein Interesse haben. Bei den anstehenden Gesprächen mit der DDR solle angesprochen werden, ob und inwieweit wir (z.B. mit Maschinen) behilflich sein könnten, daß die DDR gegenüber Moskau leistungsfähig bleibe.

Zu POL bemerkte er, das hungernde Land liefere Fleisch und Fleischkonserven im Werte von 200 Mio. DM nach D. Zwar bräuchten sie das Fleisch zu Hause, doch auch Devisen. Davon seien 30 Mio. DM an die EG zu zahlen. Dies sei nicht in Ordnung und müßte ebenfalls angesprochen werden.

Feldmann bat um eine Bewertung der SU-Deutschlandpolitik sowie um Auskunft zur Einleitung neuer Abrüstungs-Impulse.

Lippelt unterstützte Gansel mit dessen Bemerkung, über den deutschen Fragen POL nicht zu vergessen. Er begrüßte die Aussagen von BM über das neue SU-Sicherheitsverständnis.

¹⁴ Der achtzehnjährige Peter Fechter starb am 17. August 1962, nachdem er bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer von Grenzsoldaten der DDR angeschossen worden war.

¹⁵ Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der SPD-Fraktion vom 15. November 1989 „zur Unterstützung der Reformen und Soforthilfe für Polen“ vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5692.

BM zu Frau Geiger: Auch wenn POL in der Berichterstattung in den Hintergrund getreten sei, sei mittel- und langfristige Wirkung des BK-Besuchs deutlich. Die Gemeinsame Erklärung¹⁶ sei die Antwort auf diese Sorge; zwar sei es nur eine deutsche Antwort, hinzu müsse die westliche Antwort kommen. Daher auch die 24-er Initiative¹⁷, damit sich hier noch andere anschließen. Wenn in letzter Zeit ihm gegenüber AM-Kollegen ihre Sorge darüber ausgedrückt hätten, daß D mit seiner Wirtschaftskraft stark in Mittel- und Osteuropa einsteigen könnte, habe er geantwortet, die Reaktion dürfte dann nicht Zurückhaltung durch die westlichen Partner sein, sondern durch starke Beteiligung würde ganz im Gegenteil der deutsche Anteil verhältnismäßig geringer. Das deutsch-polnische Verhältnis werde von den Partnern sehr empfindlich registriert.

Die Fragen der deutsch-polnischen Belastungen seien durch die Gemeinsame Erklärung beantwortet. Von westlichen Partnern würden die Sorgen Polens ernster genommen als die der TSE oder von UNG.

Geschichtlich habe die BK-Reise zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden, wenn sie in den Medien auch ins zweite Glied verwiesen worden sei.

Zu Stobbe: Die Veränderungen in der SU-Außenpolitik erklärten sich aus dem Abschied von einer expansiven Außenpolitik. Hieraus lasse sich alles ableiten: Verzicht auf die „Militär-Maschine“, Abzug aus Afghanistan, Verzicht auf Unterwerfungsgesten, Stützung auf den Volkswillen.

Die Paktsysteme würden zu Ziehern der Abrüstungsfäden. Das Verhalten der Alliierten in Berlin sei ein Vertrauensbeweis für die Deutschen in Ost und West. Die Kontakte der beiden Großmächte seien auf Stabilität ausgerichtet.

Wir sollten den Prioritätenkalender der DDR akzeptieren und nicht selbst einen solchen Kalender aufstellen wollen: Demokratie, freie Wahlen, freie Gesellschaft. Die Wiedervereinigung solle nicht forciert werden, jetzt solle man nur die Freiheitsfrage stellen. „Unfreiheit trennt, Freiheit führt zusammen.“ Der Weg des näheren Zusammenrückens sei nur über die Freiheitsfrage zu beschreiten. Man müsse abwarten, was das neu gewählte DDR-Parlament sage.

Die europäische Einbindung der Frage sei nötig. Dies werde nicht nur eine Hilfe für die DDR sein, sondern auch für die Reformstaaten insgesamt.

Der geschichtliche Kalender sei klug: zuerst Reformen in UNG, dann in POL, jetzt erst in der DDR; und die DDR sei auch nicht der letzte der Reformstaaten.

Jetzt seien Entscheidungen zu treffen, schnelle und mittelfristige: zu den schnellen gehöre die Prüfung der Finanzierung des Besuchsverkehrs, der den Ausreisepressure dämpfe. Mittelfristig seien Infrastrukturfragen zu prüfen: Z. B. habe bei der Frage der Anbindung Berlins an das IC-Netz bis vor wenigen Tagen richtigerweise als einzige Kategorie gegolten, wie man am schnellsten nach Berlin und zurück komme; jetzt aber müsse man prüfen, ob man Magdeburg wirklich links liegenlassen könne. Neue Antworten seien nötig.

Noch im letzten Juli wären wir bei einer Diskussion darüber, welche Unterstützung wir bei Öffnung der Mauer geben könnten, zu großen Leistungen bereit

¹⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

¹⁷ Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

gewesen. Zwar hingen Wirtschaftsinvestitionen von der freien Wirtschaft ab, doch der Staat könne durchaus bei Infrastrukturmaßnahmen wie Kommunikation, Telefon vorangehen.

Nötig sei der Gleichschritt in der europäischen Entwicklung, auch in bezug auf die DDR. Es dürfe keinen deutschen Sonderweg in der Zusammenführung der deutschen Nation geben; aber auch keinen negativen Sonderweg: den europäischen Einigungsweg voranzuschreiten und dabei auf der Einigung der deutschen Nation zurückzubleiben.

Köhler verwies darauf, daß bei möglichen neuen IC-Trassen nicht nur an Berlin, sondern auch an Dresden zu denken sei. Aus seiner Erfahrung wisse er, daß Stabilisierungsmaßnahmen grundsätzlich zu kurz griffen; ob BM bei seiner Bemerkung zum Stabilisierungskredit von 1 Mrd. US-Dollar das Gesamtvolumen oder nur den amerikanischen Anteil erhöht wissen wolle?!

Kittelmann fragte, ob Hilfen an die DDR – ebenso wie die für UNG und POL – davon abhängig gemacht würden, daß das Land sich auf eine Marktwirtschaft zubewege.

BM zu Köhler: Nur Erhöhung des US-Beitrags! Nur wenn US mehr leisteten, sei von den anderen mehr zu erwarten.

Zu Kittelmann: Für Privatinvestitionen müßten Rahmenbedingungen geschaffen werden, sonst würde sich kein Investor finden. Für öffentliche Investitionen dagegen (z.B. Umweltschutz, Kommunikation) sei Platz unabhängig davon, ob Marktbedingungen geschaffen würden. Alles aber hänge ab von freien Wahlen und deren Terminierung; wenn Bedingungen gestellt würden, seien diese nicht unsere, sondern die der DDR-Bürger.

Der nächste Bericht von BM vor dem Auswärtigen Ausschuß wird für 7.12., ca. 12h30 bis 14h30 (in der Mittagspause) erwartet.¹⁸

Referat 010, Bd. 178916

¹⁸ Vortragender Legationsrat Blomeyer-Bartenstein faßte am 7. Dezember 1989 zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom selben Tag zusammen: „Der Bundesminister berichtete unter VS-v zunächst über die Bündnisunterrichtung über den amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Malta. Sodann schilderte er die Ergebnisse seiner jüngsten Gespräche in Washington, London, Paris und Moskau.“ Schwerpunkte der anschließend an ihn gerichteten Fragen seien die „Haltung der Vier Mächte zur Deutschen Frage, insbesondere Einschätzung der sowjetischen Haltung; weitere Entwicklung der VKSE-Verhandlungen; Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion“ sowie die Entwicklung in der DDR gewesen: „Den Abschluß bildeten einige zusammenfassende Ausführungen des Bundesministers zur Lage in der DDR und der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in Deutschland.“ Vgl. Referat 011, Bd. 150695.

364

Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15633/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1326
Citissime

Aufgabe: 15. November 1989, 19.32 Uhr¹
Ankunft: 15. November 1989, 19.52 Uhr

Betr.: Lage in Mittel- und Osteuropa;
 hier: Konsultationen im verstärkten NATO-Rat am 14.11.1989

Bezug: 1) DB 1319 vom 14.11.89 – I-321.15 VS-NfD
 2) DB 1320 – I-360.90 OE–3031/89 VS-v vom 15.11.89²

Zur Unterrichtung

II. Im einzelnen

1) Under Secretary of State for Political Affairs Kimmitt stellte eingangs fest, daß SU und einige ihrer Verbündeten weitreichende Reformen eingeleitet hätten, um auf die Herausforderungen der Gegenwart zu antworten. Offensichtliches Versagen des stalinistischen Systems, etwas anderes als Hochrüstung zu produzieren, habe zu einer Neubewertung geführt. Zusätzlich zum Rahmen von Perestroika und Glasnost für Wandel in der Sowjetunion habe SU unter Gorbatschow ihren Verbündeten breiten Spielraum für die Entwicklung ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme überlassen. Laut Gerassimow habe SU nunmehr Breschnew-Doktrin durch die Sinatra-Doktrin „you do it your way“ ersetzt.³

Er hob hervor, daß es wichtig sei, im Bündnis Konsultation und Zusammenarbeit fortzusetzen, wenn es gelingen solle, die östlichen Nachbarn in europäische Angelegenheiten zu „reintegrieren“.

Gipfelerklärung im Mai⁴ habe unersetzliche Rolle hervorgehoben, die NATO bei der Festlegung der Sicherheitsagenda für die West-Ost-Beziehungen spiele. Beim

¹ Das von Botschaftsrat Schumacher, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 31.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 16. November 1989 vorgelegen.

² Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), faßte als Punkt I die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat im erweiterten Kreis am 14. November 1989 über die Entwicklung in Osteuropa zusammen. Vgl. dazu VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

³ In der Presse wurde berichtet, der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, habe am 25. Oktober 1989 bei einer Pressekonferenz in Helsinki die Äußerung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die UdSSR habe kein moralisches oder politisches Recht, in die Angelegenheiten ihrer osteuropäischen Nachbarstaaten einzugreifen, erläutert: „His spokesman embroidered the theme jokingly, saying that Moscow had adopted 'the Sinatra doctrine' in Eastern Europe. 'You know the Frank Sinatra song, „I did it my way?“ said Gennadi I. Gerasimov to reporters. 'Hungary and Poland are doing it their way. I think the Brezhnev doctrine is dead,' he added, using the Western term for the previous Soviet policy of armed intervention to prevent changes in the Communist governments of the Warsaw Pact.“ Vgl. den Artikel „Gorbachev, in Finland, Disavows Any Right of Regional Intervention“; THE NEW YORK TIMES vom 26. Oktober 1989, S. 1.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Herbsttreffen der AM im Dezember⁵ werde es darauf ankommen, fortgesetzte Vitalität des Bündnisses gegenüber den Herausforderungen eines Wandels ohnegleichen im Osten zu zeigen.

Fünfte Dekade des Bündnisses werde, wie Präsident Bush kürzlich erklärt habe, eine Dekade der Demokratie sein. Bündnis müsse weiterhin bedeutende Rolle bei der Förderung des demokratischen Wandels im Osten und bei der Antwort hierauf spielen. NATO werde langfristig wesentliche Grundlage der Bemühungen sein, ein ganzes und freies Europa aufzubauen. Präsident Bush und acht Präsidenten vor ihm hätten konstant die Beendigung der künstlichen Teilung Europas gefordert. US hätten an diesem Ziel auch unter Kritik festgehalten.

Bei Gipfeltreffen in Malta⁶ würden breites Spektrum internationaler Fragen sowie bilaterale Beziehungen US–SU behandelt werden. Es biete Bush Gelegenheit zu Gedankenaustausch über schnelle Abfolge von Ereignissen in Osteuropa. Jedoch sei es kein Treffen über Osteuropa. Weder Bush noch Gorbatschow planten, Abkommen zu unterzeichnen oder Entscheidungen zu treffen. Bush sei daran interessiert, klareres Bild über Ziele Gorbatschows für Entwicklungen in Sowjetunion und auch hinsichtlich sowjetischer Politik gegenüber raschen Veränderungen in Osteuropa zu gewinnen. Er werde Gorbatschow daran erinnern, daß weder die NATO noch der Prozeß politischer und wirtschaftlicher Reformen sowjetische Sicherheit bedrohe. Auf einzelne Länder eingehend, erklärte Kimmitt:

Sowjetunion

Hoffnung, daß historischer Wandel in SU eine humanere, auf Recht basierende, offenere und konstruktivere Gesellschaft ermögliche. Es könne jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß hierfür lange Geschichte sowjetischen und russischen Absolutismus überwunden werden müsse. Keine Gesellschaft habe je einen wirtschaftlichen und sozialen Umformungsprozeß dieses Ausmaßes erlebt. Gefahr einer Rückkehr zu einem autoritäreren Führungsstil sei daher nicht auszuschließen. (Auf spätere Frage: Eine solche Rückkehr brauche nicht unbedingt das Ausscheiden Gorbatschows aus der Führung zu bedeuten.) Falls SU es wünsche, werde US Rat und Fachwissen zur Verfügung stellen, damit Reformen Erfolg hätten (Beispiel: jüngste Greenspan-Reise⁷).

Baltische Staaten

Im Dezember anstehende Regionalwahlen⁸ könnten erstmals Wahl unter mehreren Kandidaten ermöglichen. Intensität der Forderungen nach politischem Wandel stellten Herausforderung für Westen dar. US verstünden zwar, daß baltische Staaten gegen ihren Willen Teil der Sowjetunion seien, und unterstützen ihre Bemühungen um Selbstbestimmung und Demokratie, aber US wollten friedlichen politischen Prozeß fördern und vermeiden, daß es zu gewaltsamer Unterdrückung laufender Reformen komme.

⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

⁶ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

⁷ Zum Besuch des Vorsitzenden des Gouverneursrats des amerikanischen Federal Reserve System, Greenspan, vom 8. bis 12. Oktober 1989 in den UdSSR vgl. Dok. 332, Anm. 11.

⁸ Die Wahlen zum Obersten Sowjet der Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen fanden am 24. Februar, diejenigen zu den Obersten Sowjets der Sozialistischen Sowjetrepubliken Estland und Lettland am 18. März 1990 statt.

DDR

Wandel in DDR sei atemberaubend. Entscheidung Gorbatschows, in Osteuropa nicht mehr einzugreifen, um unglaubliche kommunistische Regime zu stützen, habe in DDR tumultuöse Auswirkungen gehabt. Protestbewegung könne durchaus die Regierung dazu zwingen, echte politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Krenz stehe vor monumentalem Dilemma: Entweder gebe er den harten Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen nach oder aber er müsse ansehen, wie die Zukunft des Landes in den freien Teil Deutschlands abwandere. Millionen friedlicher Demonstranten forderten nicht weniger als die Demokratisierung des politischen Prozesses, Arbeitsreformen, Pressefreiheiten und volle Beachtung der KSZE-Verpflichtungen.

Polen

Institutionelle Rolle der Kommunistischen Partei sei stark vermindert. Eine genaue Beurteilung der Zukunft der Partei müsse bis nach Kongreß im Januar 1990⁹ zurückgestellt werden, da hier deutlich die Differenzen zwischen Reformern und orthodoxen Kommunisten ausgetragen würden.

Zum ersten Mal habe in Polen eine Regierung ohne Interesse am Status quo die Autorität, die politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsstrukturen abzubauen. Zwar erfreue sich die von Solidarität geführte Regierung unter Mazowiecki breiter Unterstützung, doch werde sie bald mehr anbieten müssen als nur Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft. Westen müsse Polen wirtschaftlich und politisch helfen. Unterstützung für polnische Bitte um einen Stabilisationsfonds über eine Milliarde Dollar¹⁰ sei daher von vitaler Bedeutung, und zwar nicht nur, um den dramatischen Umbau in eine freie Marktwirtschaft zu unterstützen, sondern auch, um westliche Unterstützung für das kühne Demokratie-Experiment zu zeigen.

Ungarn

Politische Debatte habe eine Vielzahl von Stimmen hervorgebracht. Es sei nicht absehbar, wer am Ende dieses Prozesses die Führung übernehmen werde. Opposition habe sich bisher jedoch als stärker erwiesen, als von Reformkommunisten für möglich gehalten wurde. Ungarn dächten über ihre Zukunft im europäischen Rahmen nach. Sie hätten Status quo überwunden. Pozsgay erkläre, das Land entwickle sich unabhängig und ohne Rücksicht auf WP. Unverkennbar sei eine neutralistische Neigung in Ungarn, welche durchaus zu einem Test für Erklärungen sowjetischer Vertreter werden könne, daß SU sich strikt an Prinzip der Nichteinmischung halten werde.

Bulgarien

Kürzliche Ablösung Schiwkows¹¹ mache es schwer, Aussagen über voraussichtliche Entwicklung in Bulgarien zu machen. Im Vorfeld des KSZE-Umwelttreffens in Bulgarien¹² habe es einige Fortschritte im Bereich der Menschenrechte gegeben

⁹ Der XI. Parteitag der PVAP fand vom 27. bis 30. Januar 1990 statt. Er endete mit der Auflösung der Partei.

¹⁰ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

¹¹ Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

¹² Das KSZE-Umweltschutztreffen fand vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia statt. Vgl. dazu Dok. 343.

(türkische Minderheit¹³, großzügigere Reisepaßausstellung). Erstmalige kürzliche Demonstrationen könnten Hinweis sein, daß auch Bulgarien gegen Reformtrend nicht immun sei.

Tschechoslowakei

Beim ersten Treffen AM US und ČSSR¹⁴ seit zehn Jahren im September habe Baker erklärt, er hoffe, daß Freiheit und Offenheit wieder in die Tschechoslowakei zurückkehrten.

Es müsse jedoch festgehalten werden, daß besondere Umstände gegen sofortigen Wandel sprächen. Bevölkerung erfreue sich eines soliden, wenn auch bescheidenen Lebensstandards. Andererseits trage tschechoslowakische Führung persönliche Verantwortung für Entscheidungen von 1968¹⁵. Ernsthafte politische Reformen dürften nicht vorstellbar sein, ohne daß sie hierfür zur Rechenschaft gezogen würde. Sowjetische Neubewertung der Ereignisse von 1968 trüge dazu bei, daß Führungsschicht in Prag beunruhigt sei.

Rumänien

Führung befinde sich weiterhin in völliger Isolation. Rumänien mißachte Schlüsselbestimmungen des KSZE-Prozesses und habe Arbeit der Sonderberichterstatter der VN über Menschenrechte behindert. 14. Kommunistischer Parteikongreß, der am 20. November beginne, dürfte stalinistisches Wirtschaftsmodell bestätigen. Ohne eine Änderung in der Führung sei mit einer¹⁶ neuen Politik nicht zu rechnen.

Jugoslawien

Gegenwärtige Regierung sei zu marktwirtschaftlichen Reformen bereit, stehe jedoch vor der schwierigen Aufgabe, weit auseinandergehende wirtschaftliche Interessen in dem stark dezentralisierten Staat unter einen Hut zu bringen. Hinzu kämen ethnische Konflikte. Serbischer Nationalismus habe zu Gewalttätigkeiten und Unterdrückung im Kosovo geführt und Konflikte zwischen Serbien einerseits und Slowenien, Kroatien und anderen Republiken andererseits nach sich gezogen. Ereignisse hätten jugoslawisches Einvernehmen über Wirtschaftspolitik um so schwerer gemacht und jugoslawische Stabilität bis in ihre Wurzeln erschüttert. AM Baker habe bei kürzlichem Besuch Ministerpräsident Marković in Washington¹⁷ eine Initiative vorgeschlagen, um dringendsten Bedarf Jugoslawiens, besonders im Bereich Wirtschaft und „Know-how“, zu befriedigen.

¹⁸Westliche Politik

Westliche Ziele seien freie Wahlen und marktwirtschaftliche Dynamik, mit anderen Worten offene Grenzen, Respekt der Menschenrechte, Offenheit in inneren und äußeren Angelegenheiten, Austausch von Menschen, Informationen und Ideen. Das heiße auch Lösung von nationalen und internationalen Streitigkeiten

¹³ Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

¹⁴ Jaromír Johanes.

¹⁵ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

¹⁶ Korrigiert aus: „Führung syamn v einer“.

¹⁷ Der jugoslawische Ministerpräsident Marković besuchte die USA vom 9. bis 14. Oktober 1989.

¹⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1327 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

mit friedlichen Mitteln. Mit Wandel in DDR stellten sich längerfristige Fragen über die Zukunft Deutschlands in einem gewandelten Europa. Ein ganzes und freies Europa werde Vorkehrungen mit einzubeziehen haben, die zum einen die Bestrebungen der Deutschen nach Selbstbestimmung, zum anderen Bedürfnis ihrer Nachbarn nach Sicherheit und Stabilität befriedigten. Mit dieser Vorstellung unterstützten US das höchste Ziel eines vereinten Deutschlands in Frieden und Freiheit auf der Basis der Selbstbestimmung und integriert in die demokratische europäische Gemeinschaft der Nationen.

Präsident Bush habe angedeutet, daß die Aussicht auf ein vereintes Deutschland keine Quelle für Besorgnisse anderer Nationen sein müsse.¹⁹ US hätten Vertrauen in die Stärke der deutschen Demokratie und in die Tiefe ihrer Verpflichtung zu Kooperation innerhalb des Westens. US seien beeindruckt von Klugheit und Geschick, mit der Bundesrepublik sowohl intern wie international auf die Lage reagiere, die sich durch den raschen Wandel in DDR ergeben habe.

Zwar würden Wesen und Tempo der Reformen in Osteuropa durch Osteuropäer selbst bestimmt, jedoch berührten diese Veränderungen in fundamentaler Weise die Sicherheit jedes NATO-Mitgliedstaates. Daher müßten nach US-Auffassung alle Mitgliedstaaten beim Bemühen um Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Wandels in Osteuropa Partner sein. Diese Auffassung komme auch in Gipfelerklärung über die Überwindung der Teilung Europas zum Ausdruck. In Umsetzung dieser Strategie und der Verpflichtung in der Gipfelerklärung habe „Gruppe der 24“ Wirtschaftshilfe an Polen und Ungarn eingeleitet²⁰.

US würden auch weiterhin das ihre dazu beitragen, um dieses Ziel zu erreichen. Reise Präsident Bush nach Polen und Ungarn im Juli²¹ habe Entschlossenheit US, Wandlungsprozeß zu fördern, unterstrichen. Kürzlicher Besuch von Pozsgay²² und in dieser Woche von Lech Wałęsa²³ seien weitere Schritte auf diesem Weg. Bilaterale Hilfe, die bald den Kongreß passieren werde, zielen besonders auf Unterstützung des sich allmählich bildenden Privatsektors in beiden Ländern ab. Präsident Bush werde vom 29. November bis 2. Dezember eine hochrangige Sonderdelegation nach Polen entsenden, damit Empfehlungen über die bestmögliche Hilfe für Polens Reformanstrengungen erarbeitet werden könnten.

Alle westlichen Länder und Organisationen hätten wichtige Rolle in diesem historischen Prozeß, namentlich EG, IMF und Weltbank sowie OECD. Bei der vor dem Westen liegenden Herausforderung gehe es um nicht weniger als die Ermutigung und Hilfe der östlichen Länder, Anschluß an die moderne Welt zu finden. In diesem Zusammenhang werde die Ankündigung eines Treffens der

¹⁹ Zum Interview des amerikanischen Präsidenten Bush für die Tageszeitung „The New York Times“ vgl. Dok. 356, Anm. 3.

²⁰ Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

²¹ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

²² Der ungarische Staatsminister Pozsgay besuchte die USA am 2. November 1989.

Für sein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington vgl. <https://bush41.library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

²³ Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, hielt sich vom 13. bis 19. November 1989 in den USA auf. Am 13. November 1989 führte er in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und hielt am 15. November eine Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses.

Staats- und Regierungschefs der EG an diesem Wochenende über Osteuropa²⁴ begrüßt.

Gesamtstrategie des Bündnisses zur Überwindung der Trennung Europas sei unverändert gültig. Skizze dieser Strategie sei von Staats- und Regierungschefs in der Gipfelerklärung dargelegt. Hierzu gehörten im wesentlichen die Förderung größerer politischer Freiheit und Pluralismus in jedem einzelnen östlichen Land. Es sei Aufgabe der NATO, diese Strategie weiterhin umzusetzen und dabei die Anstrengungen an neue Veränderungen und Möglichkeiten im Osten anzupassen. Dabei müsse auf die unterschiedlichen Situationen in einzelnen Ländern eingegangen werden. Es gehe nicht nur um Wirtschaftshilfe, sondern auch um konkrete Schritte bei der Unterstützung größeren politischen Pluralismus', um größeren Informationsfluß, um notwendiges technisches und Managementwissen zu entwickeln und nicht zuletzt, um mittels unserer Verteidigungs- und Rüstungskontroll-Anstrengungen einen stabileren Sicherheitsrahmen für einzelne europäische Staaten in Ost und West herzustellen.

Als Institution spiele NATO in diesem Zusammenhang zwei Rollen:

Erstens: Auf kurze Sicht diene sie als einzigartiges Forum, um enge politische Zusammenarbeit zu entwickeln, die für Umsetzung einer derart breiten politischen Strategie umzusetzen²⁵. NATO bleibe das beste Instrument, mit dem die nordamerikanischen Demokratien zusammen mit ihren europäischen Verbündeten die Steuerung dieser Aufgaben umfassend und in strategischem Kontext erörtern könnten.

Zweitens sei auf längere Sicht die Atlantische Allianz das beste Instrument, um dem künftigen Europa eine Struktur zu geben. Sie könne dazu beitragen, innerhalb Westeuropas größere Einigkeit herzustellen und die Auflösung der Barrieren zum Osten zu fördern. Sie werde helfen, daß der fundamentale Wandel bei der Überwindung der Trennung Europas gesteuert werden könne, und zwar in einer Weise, daß Stabilität und Sicherheit aller Staaten gestärkt würden.

Jedoch müsse Allianz bessere Arbeit leisten bei dem Bemühen, die Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieses Ansatzes zu überzeugen. Beim Herbst-Treffen der AM im Dezember²⁶ werde westliche Politik gegenüber Osteuropa ein zentrales Diskussionsthema sein. Hierbei, im Kommuniqué und evtl. anderen Texten, müsse die Zuversicht des Bündnisses in Ziele und Strategie deutlich ausgedrückt werden. In der kommenden Dekade werde starke und zukunftsorientierte NATO so wichtig sein wie in Vergangenheit.

2) In einleitenden Bemerkungen hob ich hervor, daß historischer Wandel die Frage nach Europa als Ganzem aufwerfe, und darin eingebettet die deutsche Frage. Ich dankte für kontinuierliche Solidarität der Bündnispartner und ihre Sympathiebekundungen im Rat und gegenüber der Bundesregierung, desgleichen für Unterstützung unserer Haltung und unseres Handelns angesichts der Entwicklung in Ost-Berlin und der DDR.

²⁴ Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

²⁵ So in der Vorlage.

²⁶ Korrigiert aus: „AMV Dezember“.

Dg21²⁷ wies darauf hin, daß Bündnis seit 1967 daran arbeite, daß Harmel-Bericht²⁸ Wirklichkeit werde. Er habe, ergänzt durch Rüstungskontrollbemühungen und Anstrengungen für Durchsetzung der Menschenrechte, dazu geführt, daß betroffene Staaten sich nunmehr nicht nur mit Symptomen der Spannungen zwischen West und Ost, sondern mit den zugrundeliegenden politischen Fragen befaßten. Dg21 ergänzte BM-Unterrichtung für Botschafter der Bündnispartner in Bonn am 11.11. und unsere laufende Unterrichtung des NATO-Rates, zuletzt am 13.11.²⁹, und gab eindrucksvolle Analyse jüngster Entwicklungen in DDR. Wir können damit feststellen, daß Bündnispartner in Brüssel laufend und so umfassend wie möglich unterrichtet wurden. Dg21 berichtete außerdem über unsere Sicht zu Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie über Besuch BK und BM in Polen.³⁰

313) Stv. Leiter Politischer Abteilung im spanischen AM, Grandes, berichtete über Besuch spanischen PM González in Budapest³². Er bestätigte die von Dg21 vertretene Auffassung, daß sowjetische Haltung für Beginn des Reformprozesses in ČSSR und BUL (wie vorher in DDR) von entscheidender Bedeutung sei. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Äußerung von sowjetischer Seite gegenüber dem Leiter der Politischen Abteilung im spanischen Außenministerium³³, der mit Bezug auf DDR kürzlich gesagt habe: „Be patient, important developments will be coming in GDR“.

González' Besuch in Ungarn sei erster Besuch eines spanischen Ministerpräsidenten gewesen, nach dem Besuch in der Sowjetunion³⁴ der zweite in einem Land des Warschauer Paktes. Ziel sei gewesen, ungarischer Führung politische Unterstützung Spaniens für Demokratisierung und gesellschaftlichen Wandel kundzutun. Es sei deutlich geworden, daß ungarischer Führung an Unterstützung durch Westen gelegen sei. Im Verlauf der Gespräche seien wiederholt Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen spanischem Demokratisierungsprozeß ab 1975 und ungarischem Wandel erörtert worden. Alle ungarischen Gesprächspartner (Ministerpräsident Németh, Präsident ad interim³⁵, Vorsitzender der

²⁷ Wilhelm Höyneck.

²⁸ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

²⁹ Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), teilte am 13. November 1989 mit: „GS Wörner machte sich zum Sprecher des Rates, indem er Glückwünsche der Bündnispartner zu den für die deutsche Nation so positiven – und bewegenden – Entwicklungen der letzten Tage aussprach.“ In der Aussprache sei mehrfach als besonders wichtig hervorgehoben worden, „daß BM die NATO-Botschafter am 11.11. im Anschluß an Sondersitzung des Bundeskabinetts persönlich unterrichtet hatte. [...] Ich hatte nach den einleitenden Bemerkungen von GS einen Überblick über jüngste Entwicklung gegeben, die zu Recht als historischer Wendepunkt bezeichnet worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1314; Referat 201, Bd. 151210.

³⁰ Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

³¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1328 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³² Der spanische Ministerpräsident González besuchte Ungarn am 8./9. November 1989.

³³ Fermín Zelada Jurado.

³⁴ Der spanische Ministerpräsident González besuchte die UdSSR vom 19. bis 22. Mai 1986.

³⁵ Mátyás Szűrös.

Ungarischen Sozialistischen Partei, Nyers, und Pozsgay) hätten um Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Westeuropa geworben. Dabei gehe es, wie ausdrücklich betont worden sei, nicht um Hilfe, sondern um Zusammenarbeit. Darüber hinaus seien Gespräche mit verschiedenen Oppositionsführern geführt worden.

Der generelle Eindruck sei, daß alle Kräfte bis zu den Wahlen³⁶ um Konsens bemüht seien. Ungarn brauche offensichtlich wirtschaftliche Unterstützung von westlichen Institutionen, vor allem aber IMF. Darüber hinaus sei großes Interesse an Ausbau der Beziehungen zur EG geäußert worden. USP-Vertreter hätten außerdem um Unterstützung gebeten für Aufnahme in Sozialistische Internationale.

Drei Abkommen seien unterzeichnet worden zu

- Investitionsschutz,
- Energie- und Technologiefragen,
- Managerausbildung.

4) StV DK³⁷ erklärte, daß es wichtig sei, einen geordneten Übergang des Europa von gestern zum Europa der Zukunft zu bewerkstelligen. Dabei sei jede Art von Bevormundung zu vermeiden. Mit KSZE bestehe in Europa ein Rahmen, der Vertrauen zwischen den Staaten ermögliche. Bündnis könne vor ihm liegende Aufgaben meistern, wenn es zusammenstehe.

5) StV I³⁸ betonte, daß Wandel den Forderungen des Westens nach Freiheit und Demokratie entspreche. Die Veränderungen stünden folglich in Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen. Westen müsse nunmehr sein eigenes Verhalten darauf einstellen, indem er schnell und entschlossen und in verantwortlicher Weise handle. Weitere Entwicklung müsse jedoch in Stabilität vor sich gehen. Zwischen den westlichen Ländern müßten die Bindungen weiter gefestigt werden, damit eine Entwicklung der Beziehungen zu Osteuropa möglich wird. Gipfelerklärung enthalte bereits die Leitlinien westlichen Handelns. Dezember-Kommuniqué müsse Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und zur Vertiefung des West-Ost-Dialogs weiter verdeutlichen. Es komme darauf an, den Übergang dieser Länder zu demokratischen Gesellschaften zu erleichtern. In diesem Zusammenhang sei Jugoslawien von wesentlicher Bedeutung für die Stabilität im südöstlichen Teil Europas. Vor diesem Hintergrund sei die bekannte vierseitige Initiative (I, A, JUG, UNG)³⁹ zu sehen.

6) Darlegungen des Vertreters aus griechischem AM, Bourloyannis, gaben gute Übersicht über griechische Position, ohne neue Erkenntnisse zu vermitteln.

7) StV KAN⁴⁰ erklärte, daß Stabilität eine Voraussetzung für Wandel sei, den Westen in Osteuropa zu sehen wünsche. SU habe wiederholt das Thema Zugehörigkeit zu WP aufgebracht. Westen solle seinerseits überlegen, welche Sicherheitsordnung in Europa errichtet werden solle. Welches seien die sowjeti-

³⁶ In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

³⁷ Ole Bierring.

³⁸ Francesco Paolo Fulci.

³⁹ Zur „Vierer-Initiative“ vgl. Dok. 325, Anm. 19.

⁴⁰ Gordon Scott Smith.

schen Sicherheitserfordernisse und wie könnten diese mit dem Recht auf Selbstbestimmung vereinbart werden? Bündnis habe die Aufgabe, seine institutionellen Möglichkeiten zu nutzen und auf die neue Situation einzugehen.

StV KAN drückte seine Enttäuschung aus, daß Politischer Ausschuß durch eine Delegation (uns, siehe besonderer DB) gehindert werde, ein Konsenspapier über Osteuropa zu erarbeiten.⁴¹

Am 27. November werde KAN Verbündete über Besuch PM Mulroney in Sowjetunion⁴² unterrichten.

8) StV ISL⁴³ verwies auf Erklärung AM Hannibalsson zu Entwicklung in DDR.

9) NWG (Rindal) unterstrich Notwendigkeit, daß nach Ereignissen in Polen, Ungarn und DDR westlicher Bündniszusammenhalt unverändert bleibe. Westliche Festigkeit und Beständigkeit sei guter Beitrag zur Stabilität. Enge politische Konsultationen im Bündnis seien in derzeitiger Situation noch wichtiger als zuvor.

10) StV NL⁴⁴ hob den Wunsch osteuropäischer Länder, insbesondere Polens und Ungarns hervor, zu einer engeren Zusammenarbeit mit westlichen Ländern innerhalb der EG oder sogar WEU zu kommen. EG solle sich jedoch nicht anpassen, um derartige Zusammenarbeit zu ermöglichen, sondern vielmehr ihre Integrationsanstrengungen fortsetzen, damit sie weiterhin Anziehungskraft auf Osteuropa ausübe. Wandel in Osteuropa solle sich in Stabilität vollziehen. Es sei wichtig, daß Bündnis zu einer einheitlichen Bewertung der Ereignisse in Osteuropa komme.

NATO-Kommuniqué müsse der Öffentlichkeit vermitteln, warum sie in diesen Zeiten des Wandels wichtige Rolle habe und worin diese bestehe.

11) StV TUR⁴⁵ wies darauf hin, daß Veränderungen in BUL bisher ihre Ursache nicht in Aktionen der Bevölkerung gehabt hätten. Man sei jedoch bereit, neuer bulgarischer Führung „benefit of doubt“ zu geben, und werde bei in Kürze anstehendem Treffen der AM⁴⁶ sehen, welche Haltung sie hinsichtlich der 1,5 Millionen zählenden türkischen Minderheit einnehme. Bulgarische Kurskorrektur scheine darauf abzuzielen, traditionellen Schulteranschlag mit Moskau wiederherzustellen.

⁴¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert notierte am 9. November 1989: „Seit Juni d. J. wird in der NATO für die bevorstehende Herbsttagung der Außenminister im Dezember ein Papier über sowjetische Außenpolitik erarbeitet [...]. Der Internationale Stab strebt außerdem die Verabschiedung eines Papiers über ‚Osteuropa‘ an.“ Es gelinge „trotz unserer vielen konstruktiven und kompromißbereiten Beiträge nicht, die negative Grundtendenz des Textes so zu verändern, daß wir seine Weiterleitung an die Außenminister verantworten könnten. Um so mehr stellt sich aber angesichts der fortschreitenden Entwicklung in Mittel- und Osteuropa die Frage nach Sinn und Zweck solcher Papiere überhaupt.“ Falls kein tragbarer Text zustandekomme, sei es „angezeigt, einer Verabschiedung des Papiers nicht zuzustimmen. [...] Der Ministerrat wird seine politischen Akzente unabhängig von diesen Ausschußpapieren setzen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147154.

⁴² Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich vom 20. bis 23. November 1989 in der UdSSR auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1989 vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 106.

⁴³ Einar Benediktsson.

⁴⁴ Adriaan P. R. Jacobovits de Szeged.

⁴⁵ Ünal Ünsal.

⁴⁶ Die Außenminister Dimitrow (Bulgarien) und Yılmaz (Türkei) trafen am 9./10. Januar 1990 in Kuwait-Stadt zusammen.

12) StV GB⁴⁷ erinnerte daran, daß Mauer in Berlin 1961 als Reaktion auf Ungleichheit der beiden deutschen Gesellschaften errichtet worden sei. Es stelle sich die Frage, ob diese Ungleichheit heute nicht eher noch markanter sei und welche Auswirkungen ein erneuter Aderlaß auf politische Struktur der DDR haben würde. Wenn man Situation in DDR unter Kontrolle halten wolle, sei materielle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

Offenbar gebe es in Osteuropa einen umgekehrten Dominoeffekt. Ereignisse in DDR seien durch ungarische Grenzöffnung⁴⁸ in Gang gesetzt worden. Veränderungen in BUL seien nach Beschleunigung des Prozesses in DDR erfolgt. Erleichterung der Ausreise aus ČSSR⁴⁹ sehe aus wie eine Flucht nach vorn. All dies müsse die Führung in SU tief beunruhigen. Es stelle sich die Frage, wieviel sie noch verkraften könne. Auch hinsichtlich der von SU-Vertretern gezogenen Grenze (WP-Mitgliedschaft) stelle sich die Frage, inwieweit SU überhaupt noch in der Lage sei, Respektierung dieser Forderung durchzusetzen. Könnte es sein, daß sowjetische Truppen in Osteuropa bald Geiseln einer Situation seien, die sie nicht kontrollieren können? Sowjetischer Vorschlag der Auflösung beider Bündnisse könne daher der Versuch sein, aus der für SU verfahrenen Situation Kapital zu schlagen. Dies habe alles tiefe Implikationen für den Westen.

Im Hinblick auf das Dezember-Kommuniqué komme es darauf an, daß das Bündnis einen nüchternen Blick auf den vor ihm liegenden Weg werfe. Es brauche Zeit, über die zu lösenden komplexen Fragen nachzudenken. Bündnis müsse deutlich machen, daß es weiterhin ein Element der Stabilität und Berechenbarkeit bleibe, jedoch gleichzeitig Unterstützer der Reform in Osteuropa. Kommuniqué müsse daher zwei Botschaften enthalten:

Erstens Bekräftigung der Verpflichtung zu Solidarität und die Bereitschaft, die für die Sicherheit erforderlichen Mittel auf dem gebotenen Stand zu halten. Es müsse darlegen, warum Bündnis seine militärischen Fähigkeiten aufrechterhalte. Eine der größten Gefahren sei das fehlende Verständnis in der Öffentlichkeit.

Zweitens müsse das Bündnis klar seine Unterstützung für den Reformprozeß ausdrücken, und zwar

- zur Selbstbestimmung,
- zu Ereignissen in der DDR (auch die Implikation für den Westen, Unterstützung und Sympathie des Bündnisses für die Bundesrepublik Deutschland, die bei Formulierung westlicher Reaktion führende Rolle habe),
- Eingehen auf sich wandelnde Beziehungen zur SU,
- Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und anderer Hilfe zur Unterstützung der Reform,
- Rüstungskontrolle,
- Offenheit und Berechenbarkeit in Europa durch KSZE als Rahmen für Stabilität in ganz Europa,

⁴⁷ Michael Alexander.

⁴⁸ Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

⁴⁹ Die ČSSR öffnete am 3. November 1989 die Grenze zur Bundesrepublik. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 18.

- Respekt für die Sicherheitsinteressen aller WP-Staaten,
- Zusicherung, daß Westen Instabilität nicht zu einseitigem Vorteil ausnutzen werde.

Man dürfe nicht kurzfristige Probleme vermischen mit langfristigen Aufgabenstellungen bei künftiger Konstruktion Europas.

Abschließend sei festzuhalten, daß Bewahrung eines kühlen Kopfs im Westen der wichtigste Beitrag für die weitere Entwicklung des Wandels in Osteuropa sei.

13) StV P⁵⁰ erklärte, daß die Entwicklung in Osteuropa die Politik der Allianz, wie sie in Harmel-Bericht und Gipfelerklärung niedergelegt sei, voll bestätige. Man freue sich über die Ereignisse in DDR für „unsere deutschen Freunde“. Die Rolle von GS Gorbatschow für Ereignisse in DDR, Polen, Ungarn sei sicherlich wesentlich, selbst wenn sie eine negative sein sollte. (In Polen kommunistische Regierungsbeteiligung. In Ungarn sei alles unter Kontrolle Gorbatschows gelaufen. In DDR sei Entscheidung im wesentlichen von Gorbatschow getroffen worden, auch wenn weitgehend improvisiert worden sei.) Es stelle sich jedoch die Frage, ob Gorbatschow eine klare Deutschland-Politik habe. Habe er eine Perspektive für geordnete Entwicklung? Oder trete er nur Flucht nach vorn an? Begegnung von Malta könnte zur Klärung nützlich sein. Man dürfe auch nicht außer acht lassen, daß im Falle der DDR die Zahl der Mitspieler größer sei als bei den anderen WP-Staaten (weitere Ausführungen, um singulären Charakter DDR-Entwicklung unter NSWP-Ländern herauszuarbeiten). Deutschland betreffende Fragen gingen alle Europäer an, auch USA und Kanada. Sie beträfen auch direkt das Bündnis: Um das Bündnis herum könne sich nicht alles ändern, nur es selbst bleibe unverändert. Damit werde nicht ein Verschwinden der Allianz befürwortet. Hier gebe es also eine ganze Reihe von Problemen, für die die Gipfelerklärung keine Antwort bereithalte. Diese Antworten zu geben, sei jedoch im Dezember erforderlich. Natürlich könne Botschaft des Bündnisses nicht lauten, daß Osteuropa so bleiben solle wie bisher.

14) Erklärung StV P⁵¹ enthielt keine neuen Elemente.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13041 (204)

⁵⁰ Gabriel Robin.

⁵¹ José Gregório Faria Quiteres.

365

Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1022****Aufgabe: 15. November 1989, 17.00 Uhr¹****Ankunft: 16. November 1989, 08.58 Uhr**

Betr.: Veränderungen in den sozialistischen Staaten und die rumänischen Realitäten

1) Die Ereignisse und Veränderungen in der DDR und die Öffnung der Grenzen², zusammen mit der auch hier völlig überraschenden Ablösung Schiwkows im Nachbarland³, müssen auf Ceaușescu und sein Regime als tiefer Schock gewirkt haben. Obwohl krampfhaft versucht wird, dem Volk weiterhin die Wahrheit vorzuenthalten, und den offiziellen Medien die Vorgänge nur aus den Glückwunschtelegrammen an die „Genossen“ Nachfolger von Honecker⁴ und Schiwkow sowie winzigen, schlecht platzierten Notizen im Rückschlußwege zu entnehmen waren, darf man davon ausgehen, daß so gut wie jeder hier davon weiß. Nicht nur, daß die ausländischen Radiosender lebhaft abgehört werden, auch das im Westen des Landes zu empfangende Fernsehprogramm Ungarns zeigte die Öffnung der Berliner Mauer ausführlich, ebenso wie im hier normal zu empfangenden bulgarischen Fernsehen ein sichtlich konsternierter Schiwkow von der Gewährung seiner Bitte um Rücktritt erfuhr.

Die Parallelen zu Bukarest liegen so auf der Hand, daß es nicht einmal eines Einverständnisses über Blickkontakt bedarf. Die professionellen Anpasser und Linien-Nachbeter hier wissen auf manche Fragen nur noch verschlungene Antworten und verwickeln sich in Widersprüche, da die Sprachregelung mit der Rasanz der Ereignisse deutlich nicht mehr mitkommt.

Ein rumänischer Beamter, der Ceaușescu zum 40. DDR-Jahrestag⁵ begleitete, wußte zu erzählen, man habe den Conducator in einem Berliner Hotel untergebracht, an dem am Abend die „Gorbi, Gorbi“ rufenden Demonstrationen junger DDR-Deutscher vorübergezogen seien. Ceaușescu sei bei dem Anblick dieser Demonstrationzüge buchstäblich schlecht geworden, so daß er sich habe hinlegen müssen. Daß so etwas jetzt erzählt wird, ist schon ein Zeichen für sich.

2) Um so mehr jedoch lautet der Beschluß des Conducators: „Nun erst recht!“ Der Parteikongreß der nächsten Woche⁶ wird mit so umfassendem propagandistischen Aufwand vorbereitet, daß kaum daran zu zweifeln ist,

„daß auf dem XIV. Parteitag Genosse Nicolae Ceaușescu, der geniale Gründer des modernen sozialistischen Rumäniens, der weitblickende Führer der ganzen Nation auf dem Wege des Fortschritts und des Wohlstands, eine glanzvolle Per-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 16. November 1989 vorgelegen.

² Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregulung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

³ Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

⁴ Zur Ablösung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

⁵ Der rumänische Präsident Ceaușescu hielt sich am 6./7. Oktober 1989 in der DDR auf.

⁶ Der Vierzehnte Parteitag der KPR fand vom 20. bis 24. November 1989 in Bukarest statt.

sönlichkeit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, ein unermüdlicher Kämpfer für die Sache des Sozialismus und des Kommunismus, für den Triumph des Friedens und der Zusammenarbeit in der Welt, in das hohe Amt des Generalsekretärs der Rumänischen Kommunistischen Partei wiedergewählt werden soll“ (Parteibeschuß der Ortsorganisationen Bukarest).

Vermutlich wird es der mit massiver Repression durchgeführten Voreinstudierung gelingen, den Kongreß als gewaltige Huldigung und würdelose Beweihräucherung auch durchzuführen. In der neuen Umgebung der sozialistischen Familie und der europäischen Umwelt klingt dieses Gepränge aber hohler denn je. Es ist zu spüren, daß sich nunmehr fast alle in diesem Land dessen bewußt sind, wie einsam die Führung dasteht.

3) Und dennoch – so unbehaglich er sich jetzt fühlen mag – kann Ceauşescu darauf rechnen, daß sich Widerstand hier schwer artikuliert. Die Überzeugung der meisten, daß die Tage auch dieses Regimes gezählt sind, ist eines, ihre Umsetzung in die Tat aber ein anderes. Eine disziplinierte, aber entschlossene Massenbewegung wie in der DDR ist hier schwer vorzustellen. Dazu fehlt eine gesellschaftliche Strukturierung ebenso wie eine schützende Institution wie etwa die Kirche. Die spontane Erhebung von Kronstadt/Braşov hat seinerzeit 1987⁷ nicht landesweit gezündet. Ob dies heute eher der Fall wäre, mag man, auch angesichts der drohenden Verfolgung bis zur physischen Vernichtung, bezweifeln. Allenfalls denkbar wäre eine oppositionelle Gruppierung innerhalb der höheren Ränge der Partei, schon um für eine fernere Zukunft die eigene Haut zu retten. Dies hatten offensichtlich die sechs prominenten Altkommunisten im Sinn, die im Frühjahr ihren offenen Brief verfaßten.⁸ Auch hier aber blieb der erhoffte Schneeball-Effekt aus.

Vermutlich wird es eines zusätzlichen auslösenden Ereignisses innerhalb Rumäniens bedürfen, um die Lawine loszutreten, die dann allerdings nicht mehr leicht zu kontrollieren und auf disziplinierten, gewaltlosen Druck zu reduzieren wäre.

Für eine Weile noch wird Ceauşescu an dem „jeweils eigenen Haus“ werkeln, das er in Abwandlung vom Gorbatschowschen „gemeinsamen europäischen Haus“ propagiert. Der Sturz von dessen Dach wäre dann allerdings um so tiefer.

[gez.] Terfloth

Referat 214, Bd. 139892

⁷ In der Presse wurde berichtet, daß es am 15. November 1987 im rumänischen Braşov (Kronstadt) zu gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen und Gebäudebesetzungen gekommen sei, die noch am gleichen Tag von Polizei und Sicherheitsdienst niedergeschlagen worden seien. Vgl. dazu den Artikel „Romanian workers in protest“; THE GUARDIAN vom 19. November 1987, S. 11.

⁸ Zum Schreiben von sechs ehemaligen hohen rumänischen Funktionären an Präsident Ceauşescu vgl. Dok. 72, Anm. 11.

366

Botschafter von Schubert, Straßburg (Europarat), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 322
Citissime

Aufgabe: 16. November 1989, 20.00 Uhr¹
Ankunft: 16. November 1989, 21.45 Uhr

Betr.: 85. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 16.11.89

Zur Unterrichtung

1) Unter Teilnahme von zwei Regierungschefs (MLT², LST³), 15 Außenministern, drei Staatsministern, zwei Staatssekretären und einem Ständigen Vertreter fand unter norwegischem Vorsitz am 16.11. 85. Sitzung MKs EURs statt. Deutsche Delegation wurde von StM Schäfer geleitet. Erstmals in der Geschichte EURs gab es einen Meinungsaustausch mit den Außenministern Polens, Ungarns und Jugoslawiens.

Sitzung wurde abgeschlossen mit traditionellem Kolloquium mit Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung. Mit Ende der Sitzung ging der Vorsitz von MK auf Portugal über. Nächste Sitzung MK wurde für den 10. Mai 1990 vorgesehen.

2) Im Vordergrund der Sitzung stand Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und die sich hieraus für zukünftige Arbeit des EUR ergebenden Konsequenzen.

Teilnehmer bewerteten Treffen als bedeutendes, zukunftsweisendes Ereignis.

Antrag Ungarns auf Mitgliedschaft im EUR, Ankündigung weiterer Beitrittsbemühungen (Jugoslawien) und weiterer Reformen, die eines Tages den Beitritt erlauben (Polen), setzten zusammen mit der Unterzeichnung der Kulturkonvention⁴ durch Ungarn und Polen die Hauptakzente. Hinsichtlich Entwicklung in DDR kam Hoffnung zum Ausdruck, daß dort bald Bedingungen geschaffen würden, die eine Intensivierung der Kontakte zum EUR erlauben.

Zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wurde dem Komitee der Ministerbeauftragten der Auftrag erteilt, Prioritäten unter den bereits festgelegten Interessengebieten (Menschenrechte, rechtliche Zusammenarbeit, Kultur etc.) zu erarbeiten und mögliche Konventionsbeitritte zu prüfen.

¹ Hat Staatsminister Schäfer am 17. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte an Leitungsebene leiten: Zu ergänzen ist, daß ich eine wesentlich ausführlichere Darstell[un]g unserer Ostpolitik beim M[i]ttag[E]ssen der Delegationsleiter geben konnte (auf englisch) und anschließend mit den AM Ungarns, Polens und Jugoslawiens sprach. Der poln[ische] AM fand den Besuch des BK gut und für die weiteren bilateralen Beziehungen sehr zufriedenstellend. AM Lončar bat um ein Gespräch mit BM in Bonn – evtl. im Rahmen des Besuchs seines MP (spätes[tens]).“

Hat Legationssekretär Dengg am 20. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Hofstetter an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Jagow verfügte.

Hat Jagow am 20. November 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 21. November 1989 vorgelegen.

² Edward Fenech Adami.

³ Hans Brunhart.

⁴ Für den Wortlaut des Europäischen Kulturabkommens vom 19. Dezember 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 1128–1132.

Grundsätzliche Bereitschaft bestand auch, dem EUR die notwendigen Mittel für die Verwirklichung seiner angestrebten Kooperation mit Ost- und Mitteleuropa zur Verfügung zu stellen.

Reaktion auf den Vorschlag der Generalsekretärin⁵ vom 14.11.89, hochrangiges Treffen der 23 MS zur Behandlung von Ost-West-Fragen einzuberufen, stieß insofern auf positive Reaktion, als die kommende portugiesische Präsidentschaft aufgefordert wurde, abzuklären, inwieweit ein Sonderministertreffen als nützlich angesehen und gewünscht werde.⁶

Für den EUR bedeutete Sitzung Ermutigung und Bestätigung neuen politischen Gewichts.

3) Im einzelnen ist aus informellem Meinungsaustausch der Minister festzuhalten:

a) Polnischer AM Skubiszewski sah in Einladung MKs Bestätigung polnischer Reformpolitik. Er bewertete die Rolle EUR als gesamteuropäische Institution als besonders wichtig. Dies gelte im Hinblick auf Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, zur parlamentarischen Demokratie und im Anknüpfen an gemeinsame kulturelle Wurzeln Europas. Polnische Wirtschaftsreformen seien realistisch und würden sich in Richtung Privatwirtschaft bewegen. Polens Weg sei ein Weg der Stabilität und ein evolutionärer Prozeß. Polen werde seinen Verpflichtungen im Warschauer Pakt nachkommen. Es sei aber kein Satellit, sondern fühle sich unabhängig von den Supermächten. Zwischen den europäischen Staaten müßten Beziehungen der Gleichheit bestehen. Die polnische Politik werde immer besser von der SU und anderen Bündnispartnern verstanden. Dies hätten der Schewardnadse-Besuch⁷ und die Konferenz der WP-AM in Warschau⁸ gezeigt.

Der Demokratisierungsprozeß in Polen sei unumkehrbar und eine Antwort auf die Erwartungen des Volkes. Die von befreundeten Staaten an Polen geleistete Hilfe sei für die Stabilität der Entwicklung wichtig.

Im Ausbau der Beziehungen zum EUR sehe Polen eine Quelle der Inspiration für seine Reformpolitik. Polen habe Absicht, Vollmitglied des EUR zu werden, sehe aber hierfür noch die Notwendigkeit einer Periode der Adaptation. Während dieser Übergangszeit strebe Polen den Beitritt zu weiteren Konventionen an, befürworte Expertenbegegnungen in allen Bereichen. Demnächst werde als Vertretung Polens beim EUR ein Generalkonsulat in Straßburg eröffnet. Polen werde seinen Antrag auf Vollmitgliedschaft im EUR erst nach Schaffung einer parlamentarischen Demokratie stellen und hoffe in der Übergangszeit auf eine wachsende substantielle Zusammenarbeit.

Frankreich für die Zwölf und andere MS sicherten Polen ihre Unterstützung zu und bewerteten Anwesenheit des polnischen AM als Zeichen für die Überwindung der Trennung Europas.

⁵ Catherine Lalumière.

⁶ Am 23./24. März 1990 fand in Lissabon eine Sondersitzung des Ministerkomitees des Europarats statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

⁷ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 24./25. Oktober 1989 in Polen auf.

⁸ Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 26./27. Oktober 1989 vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopice5ae.html>.

Für das Schlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 67–71.

b) Jugoslawischer AM Lončar unterrichtete MK über Absicht seiner Regierung, die bisher bereits existierende Zusammenarbeit mit dem EUR auszubauen. JUG denke über einen Beitritt nach. Er erläuterte die in Jugoslawien eingeleiteten Reformen zu mehr Demokratie, Pluralismus und wirtschaftlicher Entwicklung und drückte Interesse am Beitritt zu einer großen Zahl von Konventionen des EUR aus. Darüber hinaus sprach er die wachsende Bedeutung der Menschenrechte in JUG an und erwähnte in diesem Zusammenhang die Reform der Strafgesetzgebung.

Die Ausführungen von AM Lončar wurden in der anschließenden kurzen Aussprache von den AM (I⁹, OST¹⁰, F¹¹, SCN¹²) begrüßt. Sie sprachen sich übereinstimmend für einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen EUR und Jugoslawien aus.

c) AM Horn legte für Ungarn klares Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie ab. Ungarn werde ein Rechtsstaat werden, der das freie Unternehmertum fördern, die Marktwirtschaft einführen und enge Beziehungen zum Westen entwickeln werde. Dann stellte er offiziell Antrag auf Aufnahme Ungarns in den EUR.

Er verlas eine Botschaft von MP Németh, wonach Ungarn seine fortbestehende Mitgliedschaft im WP nicht als wesentliches Hindernis für seine Aufnahme in den EUR ansehe. Ungarn habe sich auch schon im Rahmen der blockfreien Staaten eingegrenzt.

Es strebe auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EG und der EFTA an.

Horn erklärte ferner, Ungarn wolle sich mit Wirkung vom 1.1.90 an „Eurimages“ beteiligen und dafür 100 000 Dollar zur Verfügung stellen.

Unter lebhaftem Beifall schloß Horn seine Erklärung mit den Worten ab: „Ungarn ist jetzt wieder ein mitteleuropäisches Land geworden, und wir wollen eifrige Mieter im gemeinsamen europäischen Haus sein.“

OST, D und F für die Zwölf, E¹³, I begrüßten ungarische Haltung und Absichten. Als Vorsitzender EFTA-Rates sprach sich isländischer AM¹⁴ für einen Dialog mit Ungarn und Polen aus.

d) Jüngste Entwicklung in DDR, die von den Ministern übereinstimmend als historisch bedeutsam bezeichnet wurde, nahm breiten Raum in Debatte ein. Portugiesischer AM¹⁵ bezeichnete die Ereignisse in DDR, Ungarn und Polen als „gewaltiges Erdbeben“, das allerdings nicht Blick auf andere Probleme verstellen dürfe. Dänischer AM¹⁶ sagte, man erlebe einen „atemberaubenden Zeitabschnitt“. Der Fall der Berliner Mauer sei ein bewegendes Ereignis. Doch müsse man sehen, daß der Reformprozeß erst in seinem Anfangsstadium sei.

⁹ Gianni De Michelis.

¹⁰ Alois Mock.

¹¹ Für Frankreich nahm Europaministerin Cresson teil.

¹² Für Schweden nahm der Staatssekretär im Außenministerium, Schori, teil.

¹³ Für Spanien nahm der Staatssekretär im Außenministerium, Solbes, teil.

¹⁴ Jón Baldvin Hannibalsson.

¹⁵ João de Deus Pinheiro.

¹⁶ Uffe Ellemann-Jensen.

StM Schäfer dankte in ausführlichem Diskussionsbeitrag Ministern für ihr Interesse an dramatischer Entwicklung, über deren Verlauf er einen Überblick gab. Er warnte vor gewissen Untertönen in öffentlicher Diskussion, die glauben machten, daß überstürzte Entwicklung in Richtung Wiedervereinigung eintreten könnte. Wiedervereinigung stehe nicht zur Debatte. Er betonte unsere fortdauernde Westbindung und Tatsache, daß sich unsere Politik nicht ändere. StM erläuterte die Wünsche der Bevölkerung der DDR. Es wäre falsch, sie beeinflussen zu wollen oder Ratschläge zu erteilen. Auch solle man nicht vorschnell Kooperationsprojekte mit DDR vereinbaren, bevor dort Organe entstünden, die durch freie Wahlen bestimmt seien. Der StM betonte, daß wir keinerlei Interesse an einer Destabilisierung der DDR hätten. Der EUR könne im Zusammenhang mit der Entwicklung in der DDR durchaus eine Rolle spielen.

4) An Kolloquium mit Vertretern Parlamentarischer Versammlung nahmen wegen der Polen-Debatte im Deutschen Bundestag¹⁷ keine deutschen Abgeordneten teil. Nachdem sich norwegischer Vorsitzender¹⁸ des MK wegen des verspäteten Beginns und entsprechender scharfer Kritik entschuldigen mußte, konzentrierte sich Meinungsaustausch ebenfalls auf Ost-West-Fragen.

Vorsitzender Ausschusses für Nichtmitgliedstaaten, Sager (SCZ), sprach sich dafür aus, Reformschritte in Ländern Mittel- und Osteuropas abgestuft zu honorieren und zu prüfen, inwieweit als Zwischenstufe zur Vollmitgliedschaft eine Assoziation in Frage käme. Auch sollte geprüft werden, inwieweit die Zeichnung der Menschenrechtskonvention¹⁹ für Nichtmitglieder geöffnet werden könnte. Alle Debattenteilnehmer sprachen sich nachdrücklich für eine Unterstützung der Haushaltsvorschläge der Generalsekretärin aus für die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern.

Eine Empfehlung des Ständigen Ausschusses der PV an das KMB²⁰, die Ost-West-Haltung des EUR dem informellen Zwölfer-Gipfel am 18. November²¹ und dem Europäischen Rat am 7. und 8. Dezember²² zur Kenntnis zu bringen, wurde bereits während informellen Teils der MK-Sitzung gebilligt.

5) Schlußkommuniké folgt nach Endredaktion.²³

[gez.] Schubert

Referat 200, Bd. 144163

¹⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 16. November 1989 im Bundestag über seine Reise nach Polen und die anschließende Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 176. Sitzung, S. 13326–13381.

¹⁸ Kjell Magne Bondevik.

¹⁹ Für den Wortlaut der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 686–700, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1880–1883.

²⁰ Korrigiert aus: „MKB“. Komitee der Ministerbeauftragten.

²¹ Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

²² Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

²³ Für den Wortlaut des Schlußkommunikés vgl. https://www.coe.int/en/web/cm/meetings-1993-1985/-/asset_publisher/OZPU3QR7b5uC/content/cm85-session-of-the-committee-of-ministers, S. a 11–14.

367

Aufzeichnung des Referats 412**17. November 1989¹**

Wirtschaftliche Unterstützung der DDR

1) Ziel

- Unterstützung des Reformprozesses
- Unterstützung einer marktwirtschaftlichen Umgestaltung der Wirtschaft der DDR
- Verhinderung einer „Ausplünderung“ der DDR

2) Derzeit sichtbarstes Zeichen des Reformprozesses Reisefreiheit². Darf nicht wegen Devisenmangel obsolet oder durch Schwarzarbeit/Schwarzhandel finanziert werden.

Mögliche Aktionsparameter:

- Statt Begrüßungsgeld aus Bundeshaushalt subventionierter Umtausch. Eingenommene DDR-Mark könnten zur Finanzierung von Projekten in der DDR verwandt werden.
- Bundesbank gewährleistet (in begrenztem Rahmen) mittleren, kaufkraft-äquivalenten Kurs der DDR-Mark (riskant wegen Auswirkungen auf Geldpolitik).

3) Unterstützung der marktwirtschaftlichen Umgestaltung der DDR-Wirtschaft

- Durch nationale Maßnahmen
 - Öffnung der bestehenden ERP-Programme für Investitionen in der DDR,
 - Schaffung eines Instruments analog § 16 Berlinförderungsgesetz³ zur Investitionsfinanzierung in der DDR,
 - Öffnung des BMWi-Eigenkapitalhilfeprogramms für Existenzgründungen in der DDR,
 - Erweiterung der Absicherung vor allem von Anlage- und Investitionsgüterlieferungen in die DDR durch westdeutsche Unternehmen,
 - Absicherung von Kapital- und Sachinvestitionen bei betrieblicher Zusammenarbeit, insbesondere bei Joint-ventures,
 - Absicherung von Bankkrediten,
 - Unterstützung von Firmen und Verbänden in der notwendigen umfangreichen Beratungstätigkeit,

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder übermittelte die Aufzeichnung am 21. November 1989 an Staatssekretär Lautenschlager mit dem handschriftlichen Vermerk: „Dies ist das ‚DDR-Papier‘, von dem ich sprach.“

Hat Lautenschlager am selben Tag vorgelegen, der handschriftlich für Schönfelder notierte: „Haben wir eigentlich einige verlässliche Zahlen in bezug auf die DDR – z. B. Bevölkerungszahl, davon Beschäftigte, BSP (vergleichbar mit dem Westen), Außenhandelszahlen (RGW u. andere) etc. ... Wie ist eigentlich das Bankwesen organisiert – gibt es so etwas wie eine ‚Bundesbank‘? Wie organisiert die DDR ihre Entwicklungshilfe?“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat E 24 (412), Bd. 168567.

² Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

³ Für den Wortlaut von §16 des Gesetzes zur Förderung der Berliner Wirtschaft (Berlinförderungsgesetz) in der Fassung vom 1. Januar 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2430.

- Abschluß eines Investitionsschutzvertrags,
- Erhöhung des Kürzungsanspruchs bei Bezügen aus der DDR; sehr wirksam, aber auch sehr riskant (starke Kritik unserer EG-Partner zu erwarten)⁴,
- Erhöhung des „Swing“ (derzeit 850 Mio. VE).⁵
- Auf europäischer Ebene:
 - Öffnung der EIB-Programme für Investitionen in der DDR.
 - Finanzierung von Projekten über die von französischer Seite vorgeschlagene Europäische Entwicklungsbank für Mittel- und Osteuropa,
 - Maßnahmen⁶ im Rahmen der EG-Regional- und Strukturpolitik,
 - Finanzhilfen aus dem EG-Haushalt⁷,
 - gemeinsame Hilfsmaßnahmen der Zwölf (z. B. für Umwelt- und Energieprojekte), Koordinierung durch KOM,
 - Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens.

4) Verhinderung der „Ausplünderung“ der DDR

Mögliche Gefahren

- Entstehung von „Polen-Märkten“ (à la West-Berlin) entlang der gesamten innerdeutschen Grenze und in West-Berlin. Mit dem DM-Erlös, zum verzerrten Kurs von 10:1 gewechselt, setzt sich eine für Schwarzhändler äußerst profitable Spirale in Bewegung.
- Horten von DDR-Mark durch westdeutsche Bürger zum Aufkauf von Grundstücken etc. in der DDR (direkt oder durch Strohmannen).
- Abwerbung von DDR-Fachkräften (im Wege der Umsiedlung oder auch Schwarzarbeit).
- Aufkauf von DDR-Unternehmen mit westdeutschem Kapital.

Es muß verhindert werden, daß „Schutzwall“-Behauptung im nachhinein Rechtfertigung erfährt.

Einziger Weg, dem entgegenzuwirken: Wohlstandsgefälle so schnell wie möglich vermindern. DDR muß Subventionen abbauen und Währung konvertibel machen. All dies nur mittelfristig möglich. Bis dahin auch unsererseits Kontrollen notwendig.

Referat E24 (412), Bd. 168567

⁴ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was verbirgt sich dahinter?“

⁵ Die Treuhandstelle für Industrie und Handel und das Ministerium für Außenhandel der DDR vereinbarten am 5. Juli 1985 eine Erhöhung des zinslosen Überziehungskredits im Rahmen des innerdeutschen Handels („Swing“) auf 850 Millionen Verrechnungseinheiten. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 705 f.

⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In der DDR?“

⁷ Der Passus „Maßnahmen im Rahmen ... dem EG-Haushalt“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Das geht sehr weit!“

368

Botschaftsrat Hiller, Prag, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 2661****Aufgabe: 17. November 1989, 15.01 Uhr¹****Citissime nachts****Ankunft: 20. November 1989, 11.31 Uhr**

Betr.: Innenpolitische Linie der tschechoslowakischen Führung angesichts der Entwicklungen in den sozialistischen Nachbarländern der ČSSR

Bezug: Lfd. Berichterstattung

Zur Unterrichtung

1) Die jüngsten Entwicklungen in der DDR und deren in Ansätzen bereits spürbare Resonanz in der ČSSR haben die Verunsicherung der das Land führenden Hardliner in der KPTsch unter GS Jakeš massiv verstärkt. Nicht zu Unrecht fühlen sie sich nunmehr im außenpolitischen Umfeld völlig isoliert und auch innenpolitisch zunehmend in die Defensive gedrängt. Die schlichte Taktik, Gorbatschow und seine häretische Politik als unangenehme, aber vorübergehende Erscheinung im sozialistischen Lager mit bloßer Umbaurhetorik ohne substantielle Veränderungen in der ČSSR auszusitzen, geht, dies wird nun auch der hiesigen Führung zunehmend deutlich, nicht auf. Jakeš glaubt inzwischen selbst nicht mehr an seine politische Zukunft.

In dieser Lage ist die Führung zu einer konsistenten, kraftvollen, langfristig ausgerichteten Politik nicht mehr fähig. Was sie betreibt, ist nur mehr kurzfristige Überlebenspolitik, die darin besteht, dem als unselig empfundenen Zeitgeist zwar verstärkt Öffnungen zu konzedieren, freilich nur systemimmanente, also nur solche, die die politische Struktur und vor allem die bestehenden Machtpositionen nicht wirklich gefährden können:

2) Neben dem tiefen Schock über den Verlust des letzten Bundesgenossen unter den Nachbarstaaten der ČSSR und dem – wie zu hören ist – vernehmlichen Anmahnen eines tschl. Kurswechsels aus Moskau (Gorbatschow hat in der letzten Woche eine entsprechende Botschaft an Jakeš gerichtet, wie uns im Parteipräsidium vertraulich bestätigt wurde) muß die Führung auch im Innern nun zunehmend beunruhigende Resonanzen der Entwicklungen im außenpolitischen Umfeld konstatieren. Zwar ist sowohl die inner- als auch außerparteiliche Opposition vorerst noch zersplittert, vergleichsweise kraftlos und verhalten. Auch in der Bevölkerung dominiert offenbar immer noch eine lethargische Grundströmung. Dies ändert sich freilich langsam; allmählich häufen sich mosaikartig Zeichen der Renitenz und oppositionelle Ereignisse:

– Die Parteien der Nationalen Front werden allmählich selbstbewußter. Die Sozialistische Partei entwickelt z.Zt. ein neues Grundsatzprogramm mit durchaus interessanten Elementen (folgt gesonderter Bericht). In der KPTsch selbst gibt es zwar noch starke Status-quo-orientierte (und -interessierte) Kräfte, vor

¹ Das von Botschaftsrat Steiner, Prag, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 4.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 20. November 1989 vorgelegen.

allem auch in der mittleren Parteihierarchie und in der Provinz. Progressiv Denkende – die es zunehmend gibt – haben sich noch nicht sichtbar zu einer parteiinternen Opposition formiert und artikulieren sich noch nicht offen, allenfalls verschlüsselt. Dennoch wächst in der KPTsch die Unzufriedenheit darüber, daß die Führung der Partei diese nur noch zum eigenen Machterhalt benützt, damit aber diese und zugleich die politischen Zukunftschancen der Nachfolgeneration zerstört, was sich auch in den parteiinternen Diskussionen im Vorfeld des Parteitags im Mai immer deutlicher niederschlägt.

- Viele Journalisten werden zunehmend selbstbewußter und riskieren immer offener nichtkonforme Berichte. Die zweitwichtigste Zeitung des Landes, das Organ des Jugendverbands, „Mladá Fronta“ (MF), entwickelt sich im ständigen Konflikt mit der Parteiführung allmählich zu einem ausgesprochen unbequemen Blatt; auch das Organ der Sozialistischen Partei berichtet immer unverblümt. Für die zwei in Haft genommenen Redakteure der oppositionellen Zeitung „Lidové noviny“ haben tsl. Journalisten eine Solidaritätserklärung abgegeben.

- Die neugegründete „Demokratische Initiative“ unter Emanuel Mandler (der sich auf 2000 Mitglieder beruft) hat am 13.11. offiziell Zulassung als politische Partei beantragt.

Das Oppositionsmanifest „Einige Worte“² trägt inzwischen ca. 40 000 Unterschriften. Für diejenigen, die aus ihrer Unterschrift Nachteile erleiden, wurde mittlerweile ein Unterstützungsfonds eingerichtet. Auch die bekannte Tschechische Philharmonie hat sich mit Benachteiligten solidarisch erklärt und deswegen jede weitere Zusammenarbeit mit dem tsl. Fernsehen und Rundfunk trotz ministerieller Intervention standhaft abgelehnt, wofür das Orchester gestern abend (16.11.) vom Publikum eine stehende Ovation erhielt. Ganz generell ist gerade die Kulturszene im Lande eine besonders mutig und aktiv zum Wandel treibende Kraft.

- In Oppositionskreisen gibt es verstärkt Bemühungen, zu einer einheitlichen Linie unter den vielen Gruppen zu finden, zu denen laufend neue hinzukommen. Auch wächst hier – beflügelt durch die Ereignisse in der DDR – allmählich das Selbstbewußtsein. An dem Prozeß gegen vier Oppositionelle in Bratislava nahmen Dubček und Jiří Hájek demonstrativ gemeinsam als Beobachter teil (das vergleichsweise milde Urteil – drei Freisprüche, eine Haftstrafe von acht Monaten auf Bewährung für Miroslav Kusý – wurde in Oppositionskreisen als Erfolg gewertet). Vor allem aber gibt es angesichts der katastrophalen Umweltbedingungen in der ČSSR nun lfd. ökologisch motivierte Demonstrationen, auch in der Provinz, die stark beachtet werden und aus deren Umfeld man sich gerade auch bei fortschrittlichen Kräften im Apparat einen positiven politischen Impuls erhofft.

3) Um diesen zunehmend außen- und innenpolitischen Druck aufzufangen, sieht sich die Parteiführung zu wenigstens optischen und verbalen Öffnungen genötigt, mit denen der Nachweis geführt werden soll, daß in der ČSSR die anderswo eingeleiteten Veränderungen gar nicht mehr nötig, weil bereits vollzogen sind.

² Für den englischen Wortlaut des Manifests „Einige Sätze“ vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia>, Dok. 23.

So waren auf der gesamtstaatlichen Konferenz des Sozialistischen Jugendverbands (SSM³) am 11./12.11. kritische Diskussionsbeiträge durchaus erwünscht, wurden von Rudé Právo auch ausführlich abgedruckt und in einem begleitenden Kommentar sogar begrüßt. Danach habe ein Arbeiter den Mitgliederschwund insbesondere an Arbeitern auf die vorherrschende „Atmosphäre des Mißtrauens hinsichtlich der Möglichkeit politischer und wirtschaftlicher Veränderungen“ zurückgeführt. Andere beklagten die Bevormundung des Jugendverbands durch die Partei und das die gesamte Gesellschaft durchziehende und sich nun auch auf Schulen ausdehnende „Beziehungsnetz“ in der ČSSR.

⁴Freilich gab es auf der Tagung in Wirklichkeit wesentlich härtere Diskussionen bis tief in die Nacht, die in Rudé Právo verschwiegen wurden. Gerade diese „stürmischen Auseinandersetzungen“ waren das eigentliche Ereignis der Konferenz, wie uns der stv. Chefredakteur von MF sagte. MF kündigte daher öffentlich an, sämtliche Diskussionsbeiträge der Tagung, auch die wegen Zeitmangels nicht abgegebenen, sukzessive abzdrukken.

Auch die Rede von GS Jakeš auf der Konferenz am 12.11. belegt, daß es letztlich um „sozialistischen Pluralismus“ und „sozialistische Demokratie“, d.h. nur um eine systemkonforme Öffnung gehen soll, die die machtsichernden Strukturen nicht antastet. Zitat Jakeš:

„Wir sind für einen aufrichtigen, ehrlichen Dialog mit allen, die auf der Grundlage der Verfassung⁵ Ausgangspunkte finden und ihre Kräfte zu konstruktiver Arbeit im Interesse der weiteren sozialistischen Entwicklung unseres Landes einbringen wollen. Wir halten den Dialog für eine grundlegende Voraussetzung zur Gewinnung des Vertrauens der Menschen in die Politik der KP, der Nationalen Front und des sozialistischen Staates, für einen größeren Anteil der Bürger am Entscheidungsprozeß über wichtige Fragen des Lebens der Gesellschaft. Man muß damit rechnen, daß die ausgedrückten Meinungen Konfliktcharakter haben, auch widersprüchlich sein können. Eines sollte jedoch klar sein: Der Dialog kann nicht anonym oder durch so etwas wie die Straßendemonstrationen geführt werden, deren Ziel es ist, zu provozieren, Spannung in der Gesellschaft hervorzurufen, die öffentliche Ordnung zu stören, mit verschiedenen Aufrufen und mit Hilfe einiger westlicher Massenmedien unsere Gesellschaftsordnung anzugreifen sowie mit der Losung einer ‚Demokratisierung‘ in Wirklichkeit ein Verlassen des sozialistischen Wegs der Entwicklung anzustreben.“

Innerhalb dieser systemstabilisierenden Vorgaben ist denn auch die Ankündigung von Jakeš auf der Konferenz zu verstehen, wonach die zukünftige Verfassung auch ein Verfassungsgericht vorsehen soll.

⁴⁶ Wie lfd. berichtet, will PM Adamec hinsichtlich der systemkonformen Öffnung wesentlich rascher vor- und weitergehen als Jakeš und liefert sich mit diesem denn auch bereits seit Monaten einen ständigen Kleinkrieg. In seinem am 14.11. vor der Föderalversammlung abgegeben dritten Rechenschaftsbericht seit Verkündung des Regierungsprogramms am 8.11.1988 bekräftigte er die

³ Socialistický Svaz Mládeže (Sozialistischer Jugendbund).

⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2679 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁵ Für den Wortlaut der tschechoslowakischen Verfassung vom 11. Juli 1960 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 420–475.

⁶ Korrigiert aus: „3)“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

Absicht umfassender Wirtschaftsreformen, kündigte – freilich vage – den seit langem bereits vorangekündigten Wegfall der Ausreisegenehmigung an (ges. Bericht⁷) und stellte immerhin fest:

„Unsere Kraft liegt in ehrlicher Politik. Mangelnde Sensibilität und Vorurteile verhindern die Gewinnung von Vertrauen in den sozialistischen Staat, und ohne Vertrauen kann man weder demokratisch regieren noch den Weg der gesellschaftlichen Reformen erfolgreich fortsetzen.“

Freilich macht auch Adamec – wenn auch wesentlich gefälliger als Jakeš – die Grenzen der Öffnung und des kritischen Dialogs deutlich, so daß, trotz aller Kämpfe hinter den Kulissen, zwischen beiden nach außen vorerst weiterhin zwar signifikante, aber keine fundamentalen Unterschiede erkennbar sind:

„Wir sind für eine breite Diskussion, gehen auch keinem scharfen Meinungsaustausch aus dem Weg. Aber unter einer Bedingung: im Rahmen der Verfassung der ČSSR, unter Beachtung der Normen der öffentlichen Ordnung, im Geiste der demokratischen Traditionen und eines anständigen Verhaltens. ... Dem ist so in allen Rechtsstaaten. ... Mit denjenigen, denen es wirklich um eine Beseitigung von Deformationen und überkommenen Vorstellungen von Sozialismus geht, können wir uns einigen.“

Auf der gestrigen (16.11.) Regierungspressekonferenz bestätigte Regierungssprecher Pavel denn auch, daß die Rede von Adamec in der Tat als Ausschluß der oppositionellen Kräfte vom Dialogangebot zu verstehen sei.

5) Die nach 1968⁸ in der ČSSR eingeleitete Phase der sog. „Normalisierung“ – richtiger der oppressiven Restauration – geht zu Ende; das Land scheint nun in eine labile Übergangsphase zu geraten. Indiz dafür, daß die ČSSR noch beherrschenden Hardliner inzwischen selbst nicht mehr an einen dauerhaften Erfolg ihrer Überlebenspolitik glauben, ist die vertrauliche (zuverlässige) Mitteilung eines Rundfunkredakteurs an uns, ihm habe ein Sohn von Jakeš kürzlich gesagt, sein Vater habe im Familienkreis festgestellt, er werde das Jahr 1989 politisch nicht überleben. An dieser Aussage ist weniger das genannte Datum als die resignative Einschätzung der eigenen Lage bedeutsam, da gerade in der von allseitiger Furcht beherrschten und gelähmten ČSSR auch die psychologischen Befindlichkeiten der verschiedenen Parteien bedeutsam sind.

Der o.g. stv. Chefredakteur von MF, der zugleich ein Funktionsamt in der KPTsch bekleidet, sagte uns, vordringlich sei zunächst, daß die drei „Schlüsselfiguren“ in der Führung – er nannte GS Jakeš, Parlamentspräsident Indra, Chefideologe Fojtik – abtreten. Dies könne dann möglicherweise als „Katalysator“ für eine tiefgreifende Demokratisierung der tschl. Gesellschaft dienen, wobei denkbar wäre, daß selbst der Prager KP-Chef Štěpán sich „à la Krenz“ erneut als rascher „Wendehals“ entpuppen würde.

Die Frage, ob sich auch in der ČSSR ein Wandel vollziehen wird, ist spätestens seit den Ereignissen in der DDR positiv beantwortet. Trotz aller retardierenden Momente, trotz der vergleichsweise guten tschl. Konsumlage, trotz auch relativ

⁷ Für den Drahtbericht Nr. 2655 des Botschaftsrats Hiller, Prag, vom 15. November 1989 vgl. Referat 214, Bd. 139906.

⁸ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

guter Einkommen eines Teils der tsl. Arbeiterschaft wird sich das Land nicht auf Dauer als anachronistische Insel, umgeben von nunmehr ausnahmslos anders ausgerichteten Nachbarstaaten, behaupten lassen.

Die Fragen des „wie“, „wer“ und „wann“ sind dagegen vorerst kaum zu beantworten. Zwar ließe sich spekulieren, daß die genannten, auf einen Wandel drängenden außen- und innenpolitischen Faktoren in ihrer Summe zu einer Art „kritischen Masse“ werden, zu einem politischen Umfeld führen, in dem es fast zwangsläufig zu einem Führungswechsel, etwa in Form eines innerparteilichen Putsches kommen muß. Allerdings ist gegenwärtig weder vorauszusehen, wer die jetzige Führung beerben wird – Adamec hat zwar Aspirationen, ob er das Zeug hierfür hat, ist offen –, noch unter welchen konkreten Begleitumständen – evolutionär oder eruptiv – die Erbschaft angetreten werden wird.

Noch weniger läßt sich gegenwärtig der Zeitpunkt eines Wechsels vorhersehen. Wie man uns in Kreisen der innerparteilichen Opposition sagte, rechnen „die Optimisten“ noch mit diesem Jahr, „die Pessimisten“ mit nächstem Sommer, freilich sind dies eher gefühlsmäßige Daumenpeilungen. Auch die Vermutung, daß es auf dem soeben auf den 14./15.12. terminierten 16. ZK der KPTsch bereits zu einem fundamentalen Wechsel kommen wird, läßt sich noch nicht näher begründen.

Fest steht vorerst nur, daß nun auch in der tsl. Bevölkerung ein atmosphärischer Wandel gespürt wird („es liegt etwas in der Luft“, hört man inzwischen allenthalben) und daß die beharrenden Kräfte in der ČSSR zwar bewirkten, daß das Land inzwischen zu einem Schlußlicht der Demokratisierungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa wurde – was viele Tschechoslowaken als beschämend genug empfinden –, daß aber die ČSSR letztlich nicht von diesem Zug abgekoppelt werden können wird.

[gez.] Hiller

Referat 214, Bd. 139906

369

Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 18. November 1989, 15.50 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 4764

Ankunft: 18. November 1989, 14.16 Uhr

Citissime nachts

Betr.: Gespräch der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Süßmuth, und des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius, mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Gorbatschow, am 17.11.1989

Zur Unterrichtung

Gorbatschow (G.) empfing die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Süßmuth (PBT), und den Präsidenten der französischen Nationalversammlung,

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 20. November 1989 vorgelegen.

Herrn Fabius (PAN²), am 17.11. im Gebäude des Obersten Sowjet zu einem etwa anderthalbstündigen Gespräch. Anwesend waren außerdem auf sowjetischer Seite die Präsidenten der beiden Häuser des Obersten Sowjet, Primakow und Nischanow, sowie Sagladin, auf deutscher Seite VLR I Ischinger und ich, auf französischer Seite Botschafter Mérillon und der außenpolitische Berater von PAN, Bernard.

Gorbatschow eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, die beiden Präsidenten würden ihm gewiß erklären, weshalb sie zusammen nach Moskau gereist seien. Er selbst wolle aber nicht mehr auf die Beziehungen zwischen den drei Parlamenten eingehen. Dieses Thema sei ausgiebig mit Lukjanow, Primakow und Nischanow besprochen worden. Statt dessen wolle er sich unmittelbar den politischen Themen zuwenden.

PAN nannte drei Interessenschwerpunkte: Europäische Fragen, dabei insbesondere Deutschland und Berlin. Das Verhältnis zwischen den schnellen politischen Reformen in der Sowjetunion und anderen Ländern einerseits, der Langsamkeit wirtschaftlicher Reformen andererseits. Das Verhältnis von Demokratie und Stabilität unter den Bedingungen der Reformen, dabei insbesondere auch die Nationalitätenfrage. Was die gemeinsame Reise der beiden Präsidenten betreffe³, seien sie als Freunde und als Vertreter eng befreundeter Länder gekommen. Frankreich und Deutschland hätten sich im Herzen der ersten Phase des europäischen Aufbaus befunden, deshalb komme ihnen auch eine besondere Rolle in der jetzigen, zweiten Phase zu. In beiden Ländern sei das Interesse an dem, was in der Sowjetunion und anderswo geschehe, außerordentlich groß. Dabei richte sich die Aufmerksamkeit insbesondere auch auf die Frage des Verhältnisses zwischen Demokratisierung und Stabilität.

G. warf ein, daß er gerade für letzteres Verständnis habe. PBT ergänzte, G. habe bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland⁴ die Sympathien, aber auch die hohen Erwartungen, die die Deutschen in ihn setzten, gespürt. Viele Freunde in und außerhalb unseres Landes äußerten die Befürchtung, daß wir mehr Interesse am Osten als am Westen hätten. (Einwurf G.: bei uns genau umgekehrt.) Geschichte und geopolitische Lage erklärten, warum Friede, Öffnung der Grenzen und Zusammenarbeit für die Deutschen so wichtig seien. Fast zum ersten Mal in der Nachkriegszeit gebe es die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden, und diese werde ganz persönlich mit Gorbatschow verbunden.

G. nahm den Aspekt der Öffnung der Grenzen⁵ auf. Er höre, es gebe schon Schlangen von Leuten, die aus der Bundesrepublik zurück in die DDR wollten. PBT antwortete, die Bewegung würde sich wohl normalisieren. Es habe bis zum Sommer einen außerordentlichen Druck gegeben. Mit der Öffnung der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR bzw. in Berlin habe sich die Situation stark verändert. Mit den in der DDR eingeleiteten Reformen entschieden sich die Menschen vor einem anderen Hintergrund. Schlangen von Rückkehrwilligen

² Président de l'Assemblée nationale.

³ Korrigiert aus: „antreffe“.

⁴ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

gebe es an der Grenze wohl noch nicht. Man könne sich aber vorstellen, daß es mehr in den nächsten Wochen würden, wenn die Verhältnisse sich tatsächlich änderten. Wichtig sei, daß der Prozeß der Reformen in der DDR als unumkehrbar gesehen werden könne und die Grenzen offen blieben. Wie zu hören, gehe die Einleitung der Reformen in der DDR auch auf den Einfluß Gs. zurück. Dafür sei sehr zu danken. Es sei gut, daß die Entwicklung sich ohne Gewalt vollzogen habe. Sie, PBT, wolle feststellen, daß die deutsche Frage nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu lösen sein werde. So sei das erste Ziel jetzt, in der DDR mehr Demokratie und Selbstbestimmung zu verwirklichen.

G. nahm auf seinen Auftritt vor sowjetischen Studenten am 15.11.⁶ Bezug. Man habe die Aufgaben der Generationen diskutiert, die Geschichte – was hat was beeinflusst –, ihre treibenden Kräfte und auch die Frage, was man aus der Vergangenheit in die Zukunft mitnehmen solle und was nicht. Er wolle hier Lenin zitieren, nicht weil es Lenin sei, sondern ein grundsätzlicher Gedanke, der im übrigen auch ein Licht auf die Denkweise Lenins werfe. Man solle nämlich an Einzelfragen nicht ohne grundsätzliche und allgemeine Positionen herangehen, weil sich sofort herausstelle, daß jede einzelne Frage mit den allgemeinen großen Fragen unserer Welt verbunden und von diesen abhängig sei. So gebe es keine Veränderung ohne die neue Einsicht im Osten, Westen und auch Süden, daß wir alle einer einzigen Zivilisation angehörten. Wir stünden alle vor den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Entwicklung des Kommunikationswesens, der Endlichkeit der Ressourcen, der ökologischen Gefahren und der Lebensgefahr, die sich aus den angehäuften Waffenarsenalen ergebe. Heute zeige sich, welches Echo die einfache Wahrheit der Zusammengehörigkeit in der Welt finde. So sei seine Hauptthese: Es komme auf die gemeinsame Einsicht ins Notwendige an. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe man weit hin Politik in einer Weise gemacht, die dem Zeitalter der Religionskriege ähnlich gewesen sei. Man habe die großen Einsichten der Französischen Revolution vergessen und sei nur auf gegenseitige Vernichtung, auf Beseitigung der anderen Ideologie und des anderen Systems bedacht gewesen. Daher komme es nicht von ungefähr, daß wir jetzt zur Einsicht in die Zusammengehörigkeit der Menschheit kämen. Blicke man auf die westlichen sozialen Systeme, so habe sich dort vieles geändert, nicht zuletzt das Verhältnis zum Eigentum und das Bewußtsein sozialer Verantwortung. Auch die sozialistische Welt sei im Wandel. Die Frage sei nun, ob beide auseinander- oder aufeinander zu gingen. Er sehe Ansätze für letzteres. Alles sei zu unterstützen, was dieses Aufeinanderzugehen fördere.

Jene Einsicht und diese Absicht liege auch den Veränderungen innerhalb der Sowjetunion selbst zugrunde. Sie seien eine Aufforderung an andere, sich in der gleichen Richtung zu bewegen. Keiner von uns habe ein Wahrheitsmonopol. Jeder stehe unter dem Druck der Tagesprobleme, und wir alle seien Kinder unserer Zeit und schleppten altes Denken mit. Auch hier sei ein gewisses Maß an Toleranz nötig.

Was die Prozesse in der DDR und in anderen Ländern angehe, so seien diese völlig normal. Anomal sei vielmehr, daß sich westliche Länder zu langsam wandelten, weil sie dabei blieben, daß Osteuropa ihre Werte zu übernehmen hätte.

⁶ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 15. November 1989 vor dem Allunions-Studentenforum in Moskau vgl. DIE EINHEIT, Dok. 23.

Man sollte frei genug sein, Politik und Ideologie voneinander zu trennen. Er habe soeben vom britischen Botschafter⁷ ein Schreiben von Frau Thatcher⁸ übermittelt bekommen. Was diese über das Ende des Sozialismus in letzter Zeit gesagt habe, sei ihm bei der Veranstaltung mit den Studenten von diesen entgegengehalten worden. Bei aller grundsätzlichen Hochachtung für Frau Thatcher habe ihn dies zu einer so heftigen Reaktion veranlaßt, daß es besser gewesen sei, nachher die namentliche Nennung von Frau Thatcher im Zusammenhang mit seiner Reaktion aus der Berichterstattung, auch der des Fernsehens, zu eliminieren. An dem Vorgang sehe man: Junge Menschen beobachteten alles.

Demokratie bringe so viele Forderungen an die Oberfläche, daß sich die Frage der Stabilität stelle, und zwar in ganz wichtigem Maße. Die einen sähen in bestimmten Entwicklungen gleich gewaltige Durchbrüche, die anderen nur Schaum. Mit dieser Situation könne man nur durch ganz verantwortungsvolles Handeln fertig werden. Wo große Veränderungen sich vollzögen, tauchten Extremisten in verschiedenen Richtungen auf. So beobachte er selbst sehr aufmerksam (und analysiere es sorgfältig), wie gesellschaftliche Kreise in der Bundesrepublik Deutschland sich hier verhielten. Er sehe, daß es Leute gebe, die Unruhe haben wollten. Im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik sei zu erwarten, daß manche auch dieses Thema ausnützen wollten. Von solchen Politikern habe er auch einen Brief (Briefe?) bekommen. Angesichts dessen wolle er seine Position bekräftigen. Das Europa von heute sei aufgebaut auf den Realitäten der Nachkriegszeit. Es sei „veredelt“ durch Helsinki⁹. Wer diese Voraussetzungen in Frage stelle, gehe in die falsche Richtung. Wir brauchten keinen Abstand von Helsinki I, im Gegenteil, nötig sei die Annäherung an Helsinki II¹⁰.

¹¹Dieses wäre ein weiteres Element für den Aufbau des europäischen Hauses. Es könne nicht darum gehen, das Vorhandene zu liquidieren, sondern darum, es zu verändern („transformieren“), indem man alle Möglichkeiten zu der Zusammenarbeit, wie sie in der Schlußakte und dem Wiener Schlußdokument¹² niedergelegt seien, ausnütze. Es wäre auch nicht gut, jetzt die Frage der Liquida-

⁷ Roderic Quentin Braithwaite.

⁸ Für das Schreiben der britischen Premierministerin Thatcher vom 15. November 1989 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DBPO III/VII, Dok. 50.

⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁰ Referat 212 erläuterte am 1. Dezember 1989, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe am 26. Oktober 1989 in Helsinki ausgeführt, die nächste KSZE-Folgekonferenz in Helsinki 1992 solle „von den ‚Führern‘ aller 35 Staaten besucht werden“. Ziel sei: „Erörterung der europäischen Zukunft mit Blick auf das nächste Jahrhundert (Helsinki II nach der Schlußakte von Helsinki I)“. Ferner habe er vorgeschlagen: „Abschluß der Wiener Verhandlungen schon 1990 und Unterzeichnung der Vereinbarungen durch alle 35 Staats- und Regierungschefs.“ Am 30. November 1989 habe Gorbatschow in Rom vorgeschlagen, im Lichte der Ereignisse des Jahres 1989 „das gesamteuropäischen Gipfeltreffen, d. h. Helsinki II, von 1992 auf 1990 vorzuverlegen“. Referat 212 führte dazu aus: „Zu unterscheiden ist also: Vorschlag KSZE-Folgetreffen Helsinki auf Gipfebene als ‚Helsinki II‘; Vorschlag Vorverlegung dieses Gipfeltreffens von 1992 auf 1990 (allerdings: SU DL Grinewskij in Wien [...]: IV. KSZE-Folgetreffen Helsinki 1992 hiervon nicht berührt!); Vorschlag VKSE-Gipfeltreffen 1990, wobei nicht klar, ob zu 35 oder zu 23, ob nur Abrüstung oder auch KSZE-Materie (SU-Präferenz für 35 vielleicht nur mit Blick auf N+N)“. Vgl. Referat 212, Bd. 158506.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4765 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

tion des Warschauer Paktes und der NATO aufzuwerfen. Auch hier gehe es um eine Transformation in politische Instrumente, und zwar parallel mit dem Prozeß der Abrüstung. Der Ausbau der Beziehungen zwischen RGW und EG sei wichtig. Dem Europäischen Parlament und dem Europarat komme eine bedeutende Rolle zu. Alles in allem: Den bestehenden Strukturen müßten neue hinzugefügt werden. Nochmals: Transformation statt Liquidation.

Genau dies gelte auch für die deutsche Frage. Sie sei durch bestimmte Ereignisse entstanden. Heute gebe es zwei deutsche Staaten. Eine Politik der Absorption des einen durch den anderen könne keine Zukunft haben. Jedoch könne eine Erweiterung der europäischen Prozesse zu solchen Verhältnissen führen, wo die Geschichte auch in der deutschen Frage ein neues Wort zu sprechen vermöchte. Es sei ja „unser“ Wunsch, die Geschichte in die richtige Richtung zu lenken. Dabei dürfe es keine Hektik geben. Man müsse nachdenken und die Interessen harmonisieren.

Zur Frage Stabilität Perestroika: Die Sowjetunion werde die politischen Reformen abschließen. Durch wirtschaftliche Reformen wolle man nun neue Mechanismen zur Wirkung bringen. Geschehe dies mit Erfolg, würde dieser nicht nur in einer einzigen Richtung wirken. Es handele sich um einen äußerst komplexen Prozeß, und es wäre unrealistisch, absolute Synchronisierung aller seiner Schritte zu erwarten. Immer wieder werde die Frage nach der Richtigkeit der Reihenfolge – zuerst politische Reformen, dann wirtschaftliche – gestellt. In „unserer“, d. h. der russischen und sowjetischen Geschichte habe man mehrfach die Wirtschaft zum Ausgangspunkt von Reformen gemacht, und dies nie mit Erfolg. Deshalb hätten sich die heute Verantwortlichen dazu entschlossen, die politischen Reformen an die Spitze zu stellen, um durch diese den Menschen Impulse zur aktiven Teilnahme an der Umgestaltung zu geben. Perestroika solle nicht nur den Charakter einer Werkshalle haben, sondern das Volk in allen seinen Lebensbereichen erfassen. In der Tat sei es jetzt an der Zeit, die wirtschaftlichen Probleme anzugehen. Ein zentrales Problem sei dabei die Reform der Eigentumsverhältnisse mit dem Ziel, dem Eigentum die ihm angemessene Stellung in der Produktion zu geben. Der Mensch solle unmittelbar mit dem Ergebnis seiner Arbeit, mit Grund und Boden, verbunden werden. Dazu sei Dezentralisierung und anderes notwendig. Es handele sich um schmerzhafteste Prozesse, bei denen Verzerrungen nicht ausbleiben könnten. Auch Destabilisierungen seien unvermeidlich. Diese könne man aber durchaus auch – dialektisch – als Verneinung gerade derjenigen „Stabilität“ sehen, die die Sowjetunion in die gegenwärtige Misere gebracht habe. Hier habe der Begriff Destabilisierung einen positiven, unumgänglichen Aspekt. Gleichzeitig brauche man aber Mechanismen, um den Gesamtprozeß nicht in Anarchie ausarten zu lassen. Dies jedenfalls sei seine, Gs., Haltung. Es gebe auch andere, die alles Vorhandene zerstören wollten. Aber auch das habe es in der Geschichte gegeben. Daher sei er ein Gegner konservativer Positionen wie auch zugleich ein Gegner von Abenteuerertum und Experimentiersucht, wie sie einem so großen Lande gänzlich unangemessen wäre. Die Diskussion über die wirtschaftliche Reform laufe. In der Sowjetunion habe man viele Defizite, nur an Diskussionen fehle es nicht. Die Erwartung, daß die sowjetische Führung auf alle Fragen Antworten parat habe, sei unverantwortlich. Die Führung habe eine Richtung gewiesen, in der nun die einzelnen Antworten zu erarbeiten seien.

Das sowjetische Volk sei geduldig und bescheiden. Aber doch bringe die Lage auf den Märkten heute einen hohen Grad der Verbitterung mit sich. Die Versorgungslage und die gesamte finanzielle Situation der Sowjetunion müssten verbessert werden.

Auch er höre, Gorbatschow mache es nicht mehr länger als ein halbes Jahr. Darauf komme es überhaupt nicht an. Die Sache sei im Grunde getan. Eine Umkehr in die alte Richtung werde es nicht mehr geben. Er bleibe bei dem, was er für richtig halte.

Mit zwölf Republiken, zum Teil sehr großen, und weit über hundert verschiedenen Sprachen weise die Sowjetunion in der Tat eine große Besonderheit auf. Wenn schon de Gaulle gefragt habe, wie man ein Land mit über hundert Käsesorten regieren solle, könne man verstehen, vor welchen Schwierigkeiten die SU stehe. Viele Probleme hätten sich über Jahrzehnte angehäuft, die jetzt unter den Bedingungen von Demokratie und Glasnost an die Oberfläche kämen. Die sowjetische Führung werde alles tun, um der „Föderation“ ein neues Antlitz zu geben. Dies sei eine Uhrmacherarbeit, außerordentlich fragil, unter dem Zwang, auf Empfindlichkeiten und Verletzbarkeiten Rücksicht zu nehmen. In gewissem Sinne sei es ein internationales Problem. Was die Sowjetunion hier zu leisten habe, brauche die ganze Zivilisation.

In Amerika gebe es noch besonders viele Leute, die der Sowjetunion keinen Erfolg wünschten. Vielleicht würden es zur Zeit weniger. Bush und seine Umgebung hätten sich jetzt offenbar zu einer positiveren Haltung durchgerungen, sonst hätte es ja auch die Vereinbarung über das informelle Treffen im Mittelmeer¹³ nicht geben können. Bei den Europäern sehe es besser aus. Stelle man die Frage, wie der Sowjetunion zu helfen sei, so komme es vor allem auf eines an: Verständnis und nochmals Verständnis. Es gebe in der ganzen Welt nicht genügend Kapital, um die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion zu lösen; das müsse sie nun einmal selbst tun. Dieses Land habe ein gewaltiges Potential an natürlichen Ressourcen, riesigen Produktionsanlagen und vor allem an intellektuellen Fähigkeiten. Dies alles müsse nunmehr anhand eines neuen Mechanismus zur Wirkung gebracht werden. Die alte Trägheit sei zu überwinden, ohne die Schaffung einer neuen. Natürlich brauche man wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch wenn es hier noch Hindernisse gebe, hauptsächlich die Schuldenlast der Sowjetunion und die Inkonvertibilität des Rubels. Das werde aber mit der Zeit zu lösen sein.

PBT kam auf die von G. zum Ausdruck gebrachten Sorgen bezüglich einiger Stimmen und Gruppen in Europa zurück. Für die Bundesrepublik könne sie feststellen, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich den von Gorbatschow genannten Prinzipien verpflichtet fühle. Dies gelte insbesondere für die Menschenrechte und die Forderung nach Toleranz, ohne welche dogmatisches Denken nicht zu überwinden sei. Es gebe eine gefährliche Bewegung in der Welt, nämlich den Fundamentalismus. Es sei aller Aufgabe, solches Denken mit den Mitteln der Demokratie zu überwinden. In der Bundesrepublik seien extreme Gruppen in der Minderheit, die auf eine vorschnelle Lösung der deut-

¹³ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

schen Frage, also auf politische Lösungen hinauswollten, die keine seien. So wolle sie, PBT, wiederholen: Es gebe keine Alternative zur gemeinsamen Zusammenarbeit in einer europäischen Friedensordnung. Wir sähen die Reformprozesse stets im Zusammenhang mit anderen. Deshalb seien wir zur Zusammenarbeit auch mit allen bereit. Hier liege auch eine Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft. Zusammenarbeit vertrage kein Besserwissen, jedes Volk habe seine Selbstwertgefühle. Man müsse vermeiden lernen, dem anderen eigene Vorstellungen aufzuzwingen. Halte man sich daran, werde es auch echte Lösungen geben.

PBT verwies insbesondere auf die Bereitschaft der deutschen Wirtschaft zur Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Ausbildung. Gorbatschow betonte, daß im Grunde die Perestroika eine Revolution des Bewußtseins sei. Ohne eine Veränderung desselben laufe nichts. Aber sie sei schwierig herbeizuführen. Und unter den Bedingungen der revolutionären Umgestaltung brauche man sicher auch ein gewisses Maß an Konservatismus, um sicherzugehen. Nun seien die Deutschen besonders vorsichtig mit ihrem Kapital und ließen sich ungern auf Risiken ein. Aber es gebe eben auch interessante Projekte für dessen Einsatz. Auf sowjetischer Seite beobachte man, ob man etwas wage und riskiere, also Vertrauen in die Entwicklung habe. Die Perestroika werde nicht von Almosen leben. Im Gegenteil, man wolle auf sowjetischer Seite die Mentalität, auf anderer Kosten zu leben, überwinden. Der Sowjetunion liege an einer gleichgewichtigen Zusammenarbeit.

Zum Schluß wurden noch einige Bemerkungen über Jugendaustausch, Städtepartnerschaften und ähnliches gewechselt.¹⁴

[gez.] Blech

Referat 213, Bd. 147106

¹⁴ Botschafter Blech, Moskau, faßte am 20. November 1989 zusammen: „Der gemeinsame Besuch der Präsidenten des deutschen und des französischen Parlaments beim Vorsitzenden des Obersten Sowjet in Moskau am 16./17.11.1989 kann durchaus als voller Erfolg betrachtet werden, obwohl Präsident Fabius durch Verzicht auf Eingangserklärungen in der abschließenden Pressekonferenz leider einen Teil der Öffentlichkeitswirkung verschenkt hat. Dennoch haben beide Präsidenten in ihren Gesprächen und durch die prominente Darstellung des Besuchs in den sowjetischen Medien der sowjetischen Führung sowohl das gemeinsame westeuropäische Interesse am Erfolg der Perestroika noch einmal dargelegt, als auch den Willen der Westeuropäer unterstrichen, den Prozeß des ‚Fallens des Eisernen Vorhangs‘ (Fabius) im stabilen Rahmen einer Fortentwicklung des Helsinki-Prozesses voranzutreiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4767; Referat 200, Bd. 144241.

Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush**20. November 1989¹**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber George,
für Ihren Brief vom 25. September 1989 zu Fragen des COCOM und der COCOM-Kontrollen über Werkzeugmaschinen² danke ich Ihnen.

Es steht auch für mich außer Frage, daß im Coordinating Committee gemeinsam beschlossene Ausfuhrkontrollen konsequent und wirksam durchgeführt werden müssen. Wir gehen deshalb in der Bundesrepublik Deutschland allen konkreten Hinweisen auf eine mögliche Verletzung oder Umgehung unserer Ausfuhrbestimmungen weiterhin mit größter Sorgfalt nach. Dies gilt insbesondere für die von Ihnen angesprochenen Werkzeugmaschinen, soweit deutsche Unternehmen betroffen sind.

Ich stimme mit Ihnen überein, daß in der Sowjetunion und in Osteuropa grundlegende Veränderungen im Gange sind. Im Verhältnis zwischen West und Ost vollzieht sich ein weitreichender Wandel. Die Aufgabe des COCOM, die strategisch relevanten Exporte des Westens in den Osten zu kontrollieren, kann von diesen Veränderungen nicht unberührt bleiben. Der Erfolg der Reformpolitik osteuropäischer Staaten setzt eine weitreichende Modernisierung ihrer Wirtschaft voraus, die nur in Zusammenarbeit mit dem Westen erreicht werden kann. Mir ist sehr daran gelegen, daß insbesondere Ungarn und Polen die Möglichkeit gegeben wird, sich technologisch dem Westen anzunähern. Ohne wirtschaftliche Erfolge werden die derzeitigen politischen Veränderungen im Osten langfristig nicht aufrechtzuerhalten sein.

Ich stimme Ihnen zu, daß der Westen bei den strategischen Exportkontrollen für Industriegüter seine fundamentalen Sicherheitsinteressen nicht ignorieren kann. Meine Regierung hält strategische Exportkontrollen auch in der Zukunft für unabweisbar. Wir unternehmen deshalb zur Zeit erhebliche Anstrengungen, um unser Kontrollsystem weiter auszubauen. Aber der Umfang der kontrollierten Güter und Technologien, die sowohl für militärische wie zivile Zwecke genutzt werden können, muß wesentlich reduziert werden. Ich begrüße daher nachdrücklich Ihre Bereitschaft, sich für eine grundlegende Kürzung der COCOM-Kontroll-Listen in Übereinstimmung mit den geltenden hochrangigen COCOM-Beschlüssen einzusetzen.

¹ Ablichtung.

² Der amerikanische Präsident Bush erklärte in einem Schreiben vom 25. September 1989 an Bundeskanzler Kohl: „We see no change in the strategic military posture of the Soviet Union or in their commitment to advanced high technology weaponry and strategic forces. There is evidence that the Soviet campaign of technology acquisition from the West has actually increased. We clearly still need to keep up our collective guard. In that respect, we have a serious problem in the area of machine tools. [...] A significant number of tools that the Soviets are receiving are being used to enhance their military capabilities, including the manufacture of nuclear weapons. [...] As a first step in tackling this problem together, I would like to send a senior-level team to Bonn, as well as to other concerned capitals, in the very near future to talk about the compliance problem in the machine tool area.“ Vgl. Referat 424, Bd. 220427.

Meine Regierung bleibt bemüht, die politische Akzeptanz der COCOM-Kontrollen in der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hat die Frage der Exportkontrollen für präzise Werkzeugmaschinen besondere Bedeutung. Ich bitte Sie daher, in der Frage der Positioniergenauigkeit der Maschinen der von allen europäischen COCOM-Mitgliedern und von Japan befürworteten Kontrollschwelle von fünf Mikron zuzustimmen und damit dem technischen Fortschritt in den Ländern des Ostens und dritten Ländern Rechnung zu tragen. Meine Regierung ist gern bereit, diese Angelegenheit mit Ihrer Regierung bilateral und im COCOM im konstruktiven Geiste und partnerschaftlicher Verbundenheit weiter zu verfolgen.³

Mit freundlichen Grüßen
[Helmut Kohl]

Referat 424, Bd. 220427

371

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein

012-9-312.74 VS-NfD 201115
Fernschreiben Nr. 64 Orteiz

Aufgabe: 20. November 1989¹

Besuch des Bundeskanzlers in der Volksrepublik Polen, 9.–14. November 1989
Verlauf

1) BK hat in Begleitung von sieben BM (BM – 9./10.11. –, BMWi², BML³, BMJFFG⁴, BMU⁵, BMFT⁶, BM Klein) und unter Beteiligung von über 70 Sondergästen aus Parlament, Wirtschaft, Kirche, Kultur und Gesellschaft der VR Polen vom 9. bis 14. November 1989 offiziellen Besuch abgestattet. Achtzehnstündige Unterbrechung am 10./11. wegen aktueller Entwicklungen in der DDR. Hauptgesprächspartner neben MP Mazowiecki (drei Gesprächsrunden)⁷: Staatspräsident Jaruzelski⁸, Präsidium von Sejm (Kozakiewicz) und Senat (Stelmachowski), Wałęsa⁹ sowie – in Abwesenheit von Primas Glemp – Erzbischof Stroba. Begeg-

³ Botschaftsrat Gaerte, Washington, informierte am 1. Dezember 1989, daß das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl am selben Tag im Weißen Haus abgegeben worden sei. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3500; Referat 424, Bd. 220427.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 31.

² Helmut Haussmann.

³ Ignaz Kiechle.

⁴ Ursula Lehr.

⁵ Klaus Töpfer.

⁶ Heinz Riesenhuber.

⁷ Bundeskanzler Kohl und der polnische Ministerpräsident Mazowiecki kamen am 9. November 1989 in Warschau zu einem ersten Gespräch zusammen. Für eine polnische Gesprächsaufzeichnung vgl. POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 27.

Für die Gespräche am 10. und 14. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 77 und Dok. 92.

⁸ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Präsidenten Jaruzelski am 12. November 1989 in Warschau vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 89.

⁹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, am 9. November 1989 in Warschau vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 76.

nung mit Vertretern Deutscher Freundschaftskreise in Schlesien in der Botschaft.

Gemeinsame Teilnahme mit MP Mazowiecki am Gottesdienst in Kreisau sowie Besuch in Tschenstochau am 12.11., Ehrendoktorwürde der Katholischen Universität Lublin.

Kranz- und Blumengebindeniederlegungen in Warschau (Unbekannter Soldat, Nike- u. Ghetto-Denkmäler, Grab Popielusko, unbekannter deutscher Soldat), Auschwitz und Birkenau.

2) Gespräche von BM mit AM Skubiszewski¹⁰, Staatsminister im Präsidialamt, Czyrek, Wałęsa, Geremek, Michnik und Vorsitzendem der Demokratischen Partei, Józwiak. BM und AM unterzeichneten am 9.11. Konsultationsprotokoll der Außenminister¹¹ und Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen über die Errichtung von GK in Krakau und Hamburg¹².

3) In Anwesenheit beider Regierungschefs wurden am 10.11. eine Reihe von Abkommen unterzeichnet bzw. Vereinbarungen getroffen, und zwar in folgenden Bereichen: Jugendaustausch¹³, WTZ¹⁴, Gesundheitswesen¹⁵, Schutz von Kapitalanlagen¹⁶, Umweltschutz¹⁷, Kulturinstitute¹⁸, Förderung der Landwirtschaft¹⁹, Wiederaufnahme des Rechtshilfeverkehrs in Zivil- und Strafsachen, Austausch von Verteidigungsattachés. Zum Abschluß des Besuchs am 14.11. Unterzeichnung Gemeinsamer Erklärung durch beide Regierungschefs.²⁰

4) Baldige Fortsetzung des bilateralen Dialogs auf höchster Ebene: BPräs wurde zu Staatsbesuch nach Polen eingeladen.²¹ MP Mazowiecki wird 1990 BK-Besuch erwidern.²²

¹⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski am 9. November 1989 in Warschau vgl. Dok. 353.

¹¹ Für den Wortlaut des deutsch-polnischen Protokolls über Konsultationen vom 9. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1195.

¹² Für das „Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik Deutschland in Krakau und der Volksrepublik Polen in Hamburg“ vgl. den Drahterlaß Nr. 1300 des Vortragenden Legationsrats Schrömbgens vom 7. November 1989 an die Botschaft in Warschau; Referat 214, Bd. 139861.

¹³ Für den Wortlaut des Abkommens über Jugendaustausch und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1993, Teil II, S. 2008–2011.

¹⁴ Für den Wortlaut des Abkommens über Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 302–311.

¹⁵ Für den Wortlaut des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 312–316.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 607–614.

¹⁷ Für den Wortlaut des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 262–271.

¹⁸ Für den Wortlaut des Abkommens über die gegenseitige Errichtung und die Tätigkeit von Instituten für Kultur und wissenschaftlich-technologische Information und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 731–735.

¹⁹ Für den Wortlaut des Abkommens über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 714 f.

²⁰ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

²¹ Bundespräsident von Weizsäcker besuchte Polen vom 2. bis 5. Mai 1990. Vgl. dazu AAPD 1990.

²² Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki hielt sich am 8. November 1990 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1990.

Ergebnisse

1) Gemeinsame Erklärung ist wegweisendes Dokument zur umfassenden Regelung deutsch-polnischer Beziehungen auf allen Gebieten. Beide Länder wollen ihr Verhältnis im Gedenken an die tragischen Seiten ihrer gemeinsamen Geschichte zukunftsgerichtet gestalten. Erklärung enthält eine Fülle von Initiativen für enge politische, wirtschaftlich-finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit. Hinsichtlich der Sicherung der Rechte für die in Polen lebenden Deutschen ist mit Gemeinsamer Erklärung Durchbruch erzielt.

2) In den politischen Gesprächen war für die polnische Seite der Warschauer Vertrag²³ und die Frage der Westgrenze Polens ein Hauptthema, wobei die aktuellen Entwicklungen in der DDR diesem Thema einen besonderen Bezug gaben. Die polnischen Gesprächspartner äußerten sich über die am Vortag der Reise vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit angenommene Entschließung²⁴ positiv. BK hat deutlich gemacht, daß Warschauer Vertrag festes Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen bleibt. Bundesregierung könne und wolle Rechtspositionen nicht verändern. Er wies auf Artikel I Absatz 3 des Vertrages („keine Gebietsansprüche“) hin und wiederholte sein Bekenntnis zum Heimatrecht der jenseits der polnischen Westgrenze seit zwei Generationen lebenden Polen.

3) Im Zusammenhang mit den Veränderungen in der DDR wurde polnische Sorge geäußert, daß das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung in Polen nachlassen und die Unterstützung von Reformen in der DDR für D Vorrang haben und zu Lasten der Hilfe für Polen gehen werde. BK ist diesen Befürchtungen unter Hinweis auf unser Eigeninteresse am Erfolg der polnischen Reformen sowie auf wirtschaftliche Ergebnisse des Besuchs und deutsches Engagement im Kreis der 24²⁵ deutlich entgegengetreten. Erfolg polnischer Reformen sei uns hohen Einsatz wert. Er hob Bedeutung der Reformen in Polen und Ungarn für Reformprozeß in der DDR hervor und sagte weitere Unterstützung der Reformentwicklungen in Polen zu. BM erläuterte gegenüber AM Skubiszewski Vorgänge in der DDR als Teil eines europäischen Prozesses. Wir würden auch in gegenwärtiger Entwicklung unserer Verantwortung gegenüber unseren Nachbarn gerecht. Westliches Interesse, daß Reformentwicklungen ohne Brüche ablaufen.

4) Die getroffenen wirtschaftlich-finanziellen Vereinbarungen²⁶ stärken Grundlagen der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, indem sie Polen substantielle Finanzhilfe gewähren und Voraussetzungen für breites Engagement der deutschen Privatwirtschaft in Polen verbessern.

Im einzelnen:

Zum Investitionsförderungs- und -schutzvertrag: In der bis zuletzt offenen Frage des Transfers der in Złoty erwirtschafteten Unternehmensgewinne ist die Bundesregierung Polen weit entgegengekommen: Durch die Übergangslösung einer stufenweisen Herstellung des vollen Transfers der Złoty-Gewinne zwischen 1993

²³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

²⁴ Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

²⁵ Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

²⁶ Vgl. dazu Dok. 354.

und 1998 wird Polens angespannter Devisenlage und der Notwendigkeit einer finanziellen Atempause Rechnung getragen. Sobald IFV in Kraft getreten ist, kann der deutsche Investor seine Kapitalanlage durch Bund versichern lassen.²⁷

Bereitstellung eines Gesamt-Gewährleistungsrahmens in Höhe von 3 Mrd. DM für 1990 bis 1992. Davon entfallen 2,5 Mrd. DM auf Deckung von Ausfuhrgeschäften (Hermes-Bürgschaften) – zunächst für Projekte, die ihren Schuldendienst in Devisen selbst erwirtschaften, für Lieferungen an deutsch-polnische Joint-ventures sowie für kurzfristige Liefergeschäfte (360 Tage); nach Abschluß einer weiteren Umschuldungsregelung (Polen V: Fälligkeiten ab 1.1.1989) im Pariser Club auch für längerfristige Geschäfte.

Bis zu 500 Mio. DM als deutscher Beitrag zu einer eventuellen internationalen Stabilisierungshilfe in Höhe von 1 Mrd. US \$.²⁸

Regelung des Milliardenkredits von 1975 („Jumbo“) durch Erlaß der Rückstände (760 Mio. DM) und Zahlung künftiger Fälligkeiten (570 Mio. DM) in Złoty. Diese sollen in Fonds eingebracht werden, aus dem Projekte gemeinsamen Interesses finanziert werden.

Das bilaterale Umschuldungsabkommen zu Polen IV (Umsetzung des multilateralen Umschuldungsprotokolls im Rahmen des Pariser Clubs über die Fälligkeiten 1986–88) wurde bereits am 9.10.1989 in Bonn unterzeichnet.²⁹ Die Bundesregierung setzt sich für eine baldige konstruktive Einigung Polens mit dem IWF ein.

5) Von grundlegendem Interesse für uns sind Möglichkeiten zur Wahrung und Entfaltung sprachlicher und kultureller Identität. Damit ist Durchbruch für Verbesserung der Lage in Polen lebender Deutscher und deutscher Volkszugehöriger erzielt. In Gemeinsamer Erklärung ist festgeschrieben: Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher bzw. polnischer Abstammung sind oder die sich zur Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten. Alle interessierten Personen sollen verstärkt Zugang zu Sprache und Kultur der anderen Seite erhalten, Publikationen vertreiben und lesen, Vereinigungen zur Pflege von Sprache, Kultur und Tradition frei bilden können, außerdem Möglichkeit zur Einrichtung von Büchereien und Zugang zu regionalen Medien. Die Aufnahme eines Passus in Gemeinsame Erklärung, wonach beide Regierungen sich bei Religionsgemeinschaften für Abhaltung von Gottesdiensten in jeweils anderer Sprache einsetzen wollten, scheiterte am Widerstand polnischer katholischer Kirche. Der Ausbau von Gedenkstätten für Gerhart Hauptmann und Joseph von Eichendorff ist vorgesehen. Die Bundesrepublik Deutschland kann im ehemaligen KZ Auschwitz eine nationale Gedenkstätte einrichten, in Kreisau und am ehemaligen Hauptquartier in Rastenburg Gedenktafeln an den deutschen Widerstand und am Geburtshaus Kurt Schumachers eine Gedenkplakette anbringen. Polnische Gedenktafeln sind im ehemaligen KZ Bergen-Belsen und dem

²⁷ Der Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen trat am 24. Februar 1991 in Kraft. Vgl. dazu die Bekanntmachung vom 5. September 1991; BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 1049.

²⁸ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

²⁹ Zum Abschluß des Vierten Umschuldungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. BULLETIN 1989, S. 910.

Südfriedhof Nürnberg vorgesehen. Pflege und Erhalt der Gräber von Kriegstoten über die zuständigen Trägerorganisationen wird künftig möglich sein.

6) Frage der Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter wurde von polnischer Seite wiederholt angesprochen.³⁰ BK verwies auf bekannte deutsche Position, bekundete aber zugleich Bereitschaft, über das Thema nochmals nachzudenken.

Bewertung

Besuch fand in Phase dynamischer Entwicklungen in Europa statt. Kurzfristige Unterbrechung wegen aktueller Lage in der DDR machte zugleich deutlich, daß unser Verhältnis zu Polen und Entwicklung in der DDR unmittelbar miteinander verbunden sind. Mit Gemeinsamer Erklärung, abgeschlossenen Abkommen und getroffenen Vereinbarungen sind nicht nur vielfältige Stolpersteine und störende Faktoren aus dem ³¹bilateralen Verhältnis beiseite geräumt worden. Beide Seiten haben im 50. Jahr der Wiederkehr des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs durch eine umfassende Zusammenarbeit in allen Bereichen ihre Absicht bekundet, die deutsch-polnischen Beziehungen zukunftsgewandt zu gestalten und ein Beispiel für gute Nachbarschaft zu geben. Sie tragen damit der historisch-moralischen Dimension ihrer Beziehungen Rechnung. Beide Seiten haben sich in wichtigen Grundfragen aufeinander zu bewegt. Durch ihr Engagement im Bereich der wirtschaftlich-finanziellen Zusammenarbeit trägt die Bundesrepublik unmittelbar zur Stärkung des polnischen Reformprozesses bei. Die Sicherung der Rechte der Deutschen in Polen kann den innenpolitischen Konsens in Polen verbreitern. Auch künftig wird die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen ein hohes Maß an Sensibilität und Einfühlungsvermögen erfordern. Die umfassenden und weitreichenden Besuchsergebnisse eröffnen die Hoffnung auf einen Weg beider Völker in gemeinsame Zukunft in Frieden, Freiheit und guter Nachbarschaft.

Trautwein³²

Referat 012-9, Bd. 161323

³⁰ Vgl. das Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter am 10. November 1989 in Warschau; Dok. 355.

³¹ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 65 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³² Paraphe.

372

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südkoreanischen Präsidenten Roh Tae-woo

21. November 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Korea, Roh Tae-woo, im Bundeskanzleramt am Dienstag, den 21.11.1989, 11.00–12.15 Uhr²

Gesprächsteilnehmer:

Auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Dr. Stiller als Dolmetscher.

Auf koreanischer Seite: Präsident Roh Tae-woo, Botschafter Chung Sup-shin als Note-taker, Kim Tae-kyung als Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* (BK) äußert seine Freude, Präsident Roh Tae-woo (P.) kennenzulernen. Die Bundesregierung habe größtes Interesse, die traditionell guten und erfreulich unkomplizierten Beziehungen, insbesondere auch im Bereich von Wirtschaft und Kultur, weiter auszubauen.

Deutsche und Koreaner verbinde das gleiche Schicksal der Teilung beider Länder. Er, BK, habe großen Respekt vor dem Weg, den Südkorea genommen habe, insbesondere vor den bedeutenden wirtschaftlichen Leistungen. Das persönliche Verdienst von Präsident Roh sei es, seinem Land den Weg zur Überwindung einer schwierigen politischen Lage geebnet zu haben. Hierzu wolle er ihn beglückwünschen.

Präsident dankt BK für die ihm gegebene Gelegenheit zu einem umfassenden Gespräch trotz der durch die Entwicklungen in der DDR bedingten Arbeitsbelastung. Sein heutiger Staatsbesuch sei sein erster Besuch in Deutschland seit Antritt seines Amtes³.

Deutschland und Korea verbinde in der Tat ein gemeinsames Schicksal: Für beide Länder stelle sich die historische Aufgabe, die Teilung zu überwinden. Die BR Deutschland habe trotz der Teilung große wirtschaftliche Fortschritte

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 27. November 1989 gefertigt und nach Billigung durch Bundeskanzler Kohl von Legationsrat I. Klasse Weigel, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1989 „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann geleitet.

Hat Bächmann am 8. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Amtsinspektor Pahlke am 8. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel „mit der Bitte um Übernahme“ verfügte.

Hat Schlagintweit am 8. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Zeller am 11. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Scheel am 12. Dezember 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 161987.

Das Dokument wurde bereits teilweise veröffentlicht in: DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 97.

² Der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo besuchte die Bundesrepublik vom 20. bis 22. November 1989.

³ Roh Tae-woo trat die Präsidentschaft der Republik Korea am 25. Februar 1988 an.

gemacht; den Leistungen von BK als Regierungschef seit 1982 – insbesondere auf den Gebieten von Politik und Wirtschaft – bringe er großen Respekt entgegen.

Für die Entsendung des ehemaligen Bundespräsidenten Scheel als Sonderbotschafter zu seinem Amtsantritt wolle er BK bei dieser Gelegenheit noch einmal persönlich danken.

Gleiches gelte für die Unterstützung der Bundesregierung für die Ausrichtung der Olympiade in Seoul⁴, die ein großer Erfolg geworden sei. Der deutsche Einfluß auf die Ausgestaltung habe zu diesem Erfolg erheblich beigetragen.

Die Bundesrepublik Deutschland sei für die Republik Korea in vielen Bereichen – insbesondere in denen der Wirtschaft, der Kultur und der sozialen Sicherheit – stets Vorbild gewesen. Gerade im Hinblick auf die vielen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern sei das bilaterale Handelsvolumen aber nicht ausreichend. Sein Besuch solle für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit neue Impulse geben.

BK stimmt zu, daß hier ein Nachholbedarf besteht, der Wunsch von P. entspreche auch seinen Intentionen.

Präsident bittet dann BK um dessen Bewertung der Reformpolitik in der Sowjetunion und der Entwicklungen in Ungarn, Polen und der DDR.

BK erklärt, daß der in der Tat dramatischen Situation in Osteuropa drei gleichermaßen wichtige Entwicklungen zugrunde lägen:

- Ohne die Durchsetzung der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses und der Stationierung der Pershing-Raketen⁵ durch die gegenwärtige Bundesregierung hätte es nicht die bedeutsamen Abrüstungsschritte zwischen Ost und West gegeben. GS Gorbatschow habe nach Amtsübernahme erkannt, daß das Wettrüsten für die SU nicht zu gewinnen sei, und sich daher für einen neuen Kurs in der Abrüstung entschieden.
- Die SU und die Staaten des Warschauer Pakts hätten das Scheitern des sozialistischen Wirtschaftsmodells erkennen müssen, das für eine moderne Volkswirtschaft nicht brauchbar sei. Die im Zeitalter modernster Computer- und Fernmeldetechnologie herangebildete große Zahl beruflich hochqualifizierter Experten sei nicht mehr bereit, ohne Freiheit und ohne angemessenes Entgelt zu arbeiten.
- Wesentliches zukunftsweisendes Element seien schließlich die Erfolge im europäischen Einigungsprozeß. Diese Erfolge könnten künftig auch Auswirkungen auf die koreanische Politik haben. Die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes seien ebenso wie die der EG europäische Länder. Entwicklungen in Westeuropa blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklungen in Osteuropa. Als die SU festgestellt habe, daß die Länder Osteuropas bei fortdauernder Repression unregierbar zu werden drohten, habe sie ihnen Freiraum für Reformen eingeräumt. Die daraufhin in einzelnen Ländern einsetzenden Entwicklungen hätten sich gegenseitig beeinflußt: Ohne die Entwicklungen in Polen und Ungarn hätte es keine Entwicklung in der DDR gegeben.

⁴ Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.

⁵ Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

Dabei habe es Unterschiede in der Ausgangslage gegeben: Ungarn und Polen seien eigene Nationen; die DDR hingegen sei Teil einer gemeinsamen deutschen Nation. Für beide deutsche Staaten gebe es eine gleiche Geschichte, gleiche Sprache und gleiche Kultur. Es sei nur ein Zufall, in welchem der beiden deutschen Staaten ein Deutscher geboren sei.

Die dramatische Entwicklung der Lage in der DDR gehe nicht zuletzt auf die genaue Beobachtung der Lage der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bevölkerung in der DDR zurück. Diese sei genauso intelligent und innovativ und mindestens genauso fleißig. Sie vermöge daher nicht einzusehen, warum es ihr schlechter gehen solle als der Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Die Entwicklungen in Polen und Ungarn hätten ihren Eindruck auf die Menschen in der DDR nicht verfehlt. Diese hätten auch die Worte Gorbatschows über Reformen ernstgenommen.

Bewundernswert sei, daß die Entwicklungen in der DDR bisher ohne jede Gewalt verlaufen seien: Hunderttausende kämen praktisch täglich bei friedlichen Demonstrationen zusammen, um freie Wahlen, Meinungsfreiheit und Wirtschaftsreformen in der DDR durchzusetzen.

Vor Öffnung der Grenzen⁶ sei die Bevölkerung der DDR dem Regime, das sich nicht reformbereit zeigte, in Massen weggelaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt habe es 1989 170 000 Aussiedler aus der DDR gegeben. Als die DDR-Führung dann die Grenzen geöffnet habe, seien innerhalb von 20 Tagen 8 von 17 Millionen DDR-Einwohnern zu Besuch in die Bundesrepublik gekommen, während das Interesse an einer Aussiedlung seither erheblich nachgelassen habe. Zu befürchten sei allerdings ein erneutes Zunehmen der Aussiedlerzahlen, wenn sich die DDR-Führung nicht zu wirklich weitreichenden Reformen bereit finden sollte.

Die weitere Entwicklung in der DDR sei offen. Er, BK, habe Zweifel an einem Verbleiben der gegenwärtigen DDR-Führung im Amt. Sie müsse sich zunehmend mit Vorwürfen aus der Bevölkerung wegen ihrer bisherigen Politik auseinandersetzen.

Jetzt müsse man abwarten, wie sich die zunehmende Öffnung in der DDR auswirke: Eines Tages werde sich dort der Wunsch nach staatlicher Einheit manifestieren. Dies sei nicht eine Sache von wenigen Tagen; die Tatsache, daß in beiden Staaten Deutsche lebten, werde aber langfristig ihre Wirkung nicht verfehlen.

Er, BK, sehe eine wesentliche Aufgabe darin, das Ziel der deutschen Einheit in einer Weise zu verfolgen, die die Nachbarländer nicht beunruhige. Im Osten wie im Westen gebe es große Besorgnisse gegenüber einem einheitlichen Deutschland, und zwar nicht so sehr militärischer als wirtschaftlicher Art. Viele unserer Nachbarn seien geneigt, ein einheitliches Deutschland mit 62+17 Mio. Einwohnern als wirtschaftlich bedrohlich zu empfinden.

Präsident bemerkt, daß die jüngsten Entwicklungen und die weiteren Perspektiven für die Lösung der deutschen Frage aus koreanischer Sicht beneidenswert seien. In Korea sei die Trennung zwischen Nord und Süd von Anfang an viel

⁶ Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

rigoroser als in Deutschland gewesen. Die Bevölkerung Nordkoreas wisse nichts über die Lebensverhältnisse im Süden; sie nehme an, daß die Hungersnot dort noch größer sei als im Norden.

Sie habe wegen bestehender strikter Verbote bzw. technischer Begrenzungen keine Möglichkeit, sich aus südkoreanischen Fernseh- und Radiosendungen bzw. Zeitungen zu unterrichten. Aufgrund der nordkoreanischen Propaganda glaube sie, daß die Südkoreaner Sklaven der USA seien und von diesen ausgeplündert würden.

Im Gegensatz zu den Gegebenheiten in Deutschland denke die nordkoreanische Führung an eine gewaltsame Wiedervereinigung unter nordkoreanischem Vorzeichen. Früher hätten die Sowjetunion und die VR China Nordkorea in dieser Haltung unterstützt; die Sowjetunion sei davon jetzt abgekommen.

Auf Frage von BK fügt P. hinzu, daß die Tendenz der chinesischen Führung seit den Juni-Ereignissen⁷ auf stärkere Abschließung gegenüber Südkorea und erneute Vertiefung der Zusammenarbeit mit Nordkorea hinauslaufe. Nur die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seien unverändert geblieben.

BK bemerkt, daß Deng Xiaoping ihm vor zwei Jahren⁸ gesagt habe, daß China – bei aller auf Nordkorea zu nehmenden Rücksicht – sich gegenüber Südkorea öffnen wolle. Die Äußerung habe eine klare positive Tendenz erkennen lassen.

Präsident meint, daß die Pekinger Probleme dadurch entstanden seien, daß die chinesische Führung zwar eine wirtschaftliche Öffnung gefördert, aber eine politische Öffnung gebremst habe.

Eine Übernahme der Reformpolitik der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder werde von Kim Il-sung mit allen Kräften unterbunden.

In Seoul sei man ursprünglich davon ausgegangen, eher mit der VR China als mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufnehmen zu können. Jetzt sei die Tendenz jedoch umgekehrt: Es werde bald konsularische Beziehungen zwischen Südkorea und der Sowjetunion geben. Der bevorstehende Besuch in Ungarn⁹ diene der Wegbereitung für Beziehungen zur Sowjetunion.

BK bewertet dies als sehr gut.

Präsident erläutert, daß sein Europabesuch zwei Hauptziele habe:

- mit der Bundesrepublik Deutschland als wichtigstem Partnerland in der EG die künftige Politik Koreas gegenüber dem Binnenmarkt zu koordinieren,
- mit dem Besuch in Ungarn eine Öffnung zunächst zur Sowjetunion und langfristig auch zu Nordkorea vorzubereiten.

BK wirft ein, daß der ungarische Ministerpräsident ihn bei dessen kürzlichem Besuch¹⁰ auf große wirtschaftliche Schwierigkeiten seines Landes hingewiesen habe. Die Bundesregierung habe Hilfe zugesagt.

⁷ Zur Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 161, Dok. 162 und Dok. 166.

⁸ Bundeskanzler Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 12. bis 19. Juli 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

⁹ Der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo hielt sich vom 22. bis 24. November 1989 in Ungarn auf.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh am 19. November 1989 in Ludwigshafen vgl. Dok. 377.

Im Hinblick auf die Handelspolitik der EG nach Vollendung des Binnenmarkts werde er, BK, sich gegen jede Festungsmentalität wenden und einen offenen Welthandel und eine offene EG befürworten – allerdings auf Grundlage der Gegenseitigkeit und zum Nutzen für alle.

BK spricht sodann erneut das Verhältnis Südkoreas zu Nordkorea an: Nach anfänglichen Erfolgen der von P. eingeleiteten Öffnungspolitik weiche die nordkoreanische Führung jetzt zurück. Sehe P. dennoch eine Chance für eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses?

Präsident erwidert, daß eine Chance kommen werde, wobei offen sei, wann. Er selbst habe in seiner Rede vor der VN-GV am 7.7.1988¹¹ und in einer Erklärung im September d. J.¹² Vorschläge zu einer Wiedervereinigung Koreas auf demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Grundlage gemacht.

Konkrete Stellungnahmen der nordkoreanischen Führung fehlten, aber Präsident Kim Il-sung, den er persönlich nicht kenne, habe ein gemeinsames Treffen der beiden Staatschefs vorgeschlagen.

Wenn Kim Il-sung oder dessen Sohn¹³ eines Tages die Grenzen Nordkoreas öffnen würde, müßte er mit einem Zusammenbruch des Systems rechnen. Wenn die Bevölkerung Nordkoreas den Lebensstandard der Südkoreaner zu Gesicht bekäme und weiter keine Chance zur Verbesserung der eigenen Lage erkennen könnte, wäre mit Sicherheit mit großen Aussiedlerzahlen zu rechnen. Diese Erkenntnis gebe Nordkorea wenig Anlaß zur Öffnung. Südkorea benötige daher weiterhin viel Geduld im Hinblick auf die Frage der nationalen Einheit.

Das Verhältnis der Bevölkerungsteile in beiden Hälften des Landes sei während des Korea-Krieges etwa 15 Mio. zu 15 Mio. gewesen. Während des Krieges seien rd. 5 Millionen Koreaner umgekommen. Jetzt belaufe sich das Verhältnis auf 42 Mio. (Südkorea) zu 17 Mio. (Nordkorea).

Statistisch sei das Bruttosozialprodukt im Süden vier- bis fünfmal so hoch wie im Norden. Dieses Ergebnis sei aber immer noch „geschönt“, weil in der nordkoreanischen Statistik die – außerordentlich hohen – Militärausgaben nicht aufgeführt seien. Die nordkoreanische Führung benötige zur Aufrechterhaltung ihrer Übernahmepäne eine entsprechend große und kampfkraftige Armee.

Angesichts der übergroßen nordkoreanischen Militärmacht müsse Südkorea für den Fall eines Abzugs der US-Truppen nach wie vor mit einem Invasionsversuch Nordkoreas rechnen. Der Rückzug der Amerikaner sei eine Hauptforderung Nordkoreas. Vor diesem Hintergrund müsse auch Südkorea seine eigene Rüstung weiter verstärken.

¹¹ Der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo sprach am 18. Oktober 1988 in New York zur VN-Generalversammlung. Für den Wortlaut vgl. ROH TAE-WOO, Korea. A Nation Transformed. Selected Speeches, Oxford u. a. 1990. S. 3–10.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel skizzierte am 19. September 1989 das von dem südkoreanischen Präsidenten Roh am 11. September 1989 vorgestellte Konzept für eine Wiedervereinigung Koreas in drei Schritten, das er als „interessant, aber letztlich wenig konkret“ bewertete: „Die Formel ist inzwischen von Nordkorea auch mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß sie zum einen nicht den Rückzug der US-Streitkräfte aus Südkorea vorsehe und zum anderen nicht auf den nordkoreanischen Vorschlag eingehe, eine Konföderation zu bilden, bei der beide Teile ihre unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systeme beibehalten sollen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161989.

¹³ Kim Jong-il.

Auf eine Reihe von Einzelfragen von BK berichtet P., Nordkorea rechne sich gute Chancen für eine militärische Einnahme Südkoreas im Fall eines Rückzugs der US-Truppen aus; es arbeite auch mit konspirativen Mitteln intensiv auf einen Umsturz in Südkorea hin.

Wenn BK davon ausgehe, daß die Soldaten der NVA einen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht mitmachen würden, sei Deutschland hierum zu beneiden. Im Bürgerkrieg zwischen Süd- und Nordkorea habe es viele Millionen Tote gegeben.

Dieser Bürgerkrieg habe Millionen koreanischer Familien getrennt, die seither keine Möglichkeit gehabt hätten, die Familienbeziehungen durch Briefwechsel aufrechtzuerhalten. Sie seien seit Jahrzehnten absolut getrennt. Er, P., sei bemüht, durch Einschaltung des Internationalen Roten Kreuzes eine Familienzusammenführung zu fördern.

Im Rahmen einer (sehr begrenzten) Familienzusammenführung verfolge Nordkorea vor allem das Ziel, Familienbeziehungen zu Spionagezwecken zu nutzen. So gebe es immer wieder Einladungen an Südkoreaner zu Besuchen in Nordkorea, die man dort alsbald durch Drohung mit Nachteilen für ihre Verwandten zu Spionagezwecken gefügig zu machen versuche.

Nordkorea verfolge seit Jahrzehnten die Strategie, Südkorea zu unterminieren:

- So habe es 1968 eine Sondertruppe mit dem Auftrag aufgebaut, das südkoreanische Präsidialamt anzugreifen.
- 1983 habe Nordkorea durch einen Bombenanschlag in Birma eine Reihe südkoreanischer Minister ermordet, die sich dort zu einem offiziellen Besuch aufhielten.
- Um die Olympischen Spiele in Seoul zu sabotieren, habe Nordkorea schließlich 1987 in einer KAL-Maschine eine Bombe gezündet.

Nordkorea nütze jede offene wie konspirative Methode zu einem Angriff gegen Südkorea.

Wirtschaftlich sei Nordkorea als geschlossener Markt mit Befehlswirtschaft und niedrigem Lebensstandard seiner Bevölkerung nicht erfolgreich. Es habe jedoch eine funktionierende Rüstungsindustrie.

Angesichts der schwierigen Lage im geteilten Korea hoffe er, P., auf weitere politische Unterstützung der Bundesregierung. Ein neuer Krieg auf der koreanischen Halbinsel würde – wegen einer möglichen Beteiligung der USA, der Sowjetunion und/oder Chinas – die Gefahr eines Weltkrieges mit sich bringen.

Die Veranstaltung der Olympiade in Seoul sei ein bewußter Schritt Südkoreas gewesen, um seine Verständigungsbereitschaft und Friedensliebe international unter Beweis zu stellen. Südkorea sehe als einzigen Weg zur Einheit die Demokratisierung ganz Koreas.

Auf Frage von BK berichtet P., daß es sicher auch in Nordkorea gemäßigte Mitglieder in der Führung gebe. Diese Tatsache habe sich aber in der Haltung Nordkoreas bisher nicht niedergeschlagen.

Angesichts des perfekten Repressionssystems und der vollständigen Unkenntnis der Verhältnisse außerhalb des Landes bestehe gegenwärtig am Gehorsam der Bevölkerung wie auch der Armee Nordkoreas gegenüber Staatschef Kim Il-sung,

der sich – vergleichbar nur mit dem verstorbenen iranischen Revolutionsführer Khomeini – als absolutes Symbol des Staates feiern lasse, kein Zweifel. Die wenigen Nordkoreaner, die die Verhältnisse außerhalb Nordkoreas kennengelernt hätten, seien vielleicht kritisch, verfügten aber über keinen Einfluß.

Zum bilateralen Verhältnis bemerkt P., daß sich der deutsch-koreanische Handelsaustausch in den letzten Jahren verdoppelt habe. Angesichts der Wirtschaftskraft beider Länder sei das erreichte Volumen dennoch immer noch zu gering. Er, P., hoffe auf Unterstützung von BK für eine dynamischere Weiterentwicklung.

BK wiederholt, daß dies auch seiner Absicht entspreche. Die traditionell engen deutsch-japanischen Beziehungen sollten dabei kein Hindernis sein. In zehn Jahren werde Korea seinen Weg gegangen sein und die Teilung überwunden haben. Es werde als großes Land mit einer jungen Bevölkerung in Asien eine große Rolle zu spielen haben.

Innerhalb der EG bestehe – aufgrund der kolonialen Vergangenheit vieler Partnerländer – die Tendenz zu einer bevorzugten Zusammenarbeit mit Afrika. Deutschland sei traditionell eher nach Lateinamerika ausgerichtet gewesen. Weder Afrika noch Lateinamerika dürften aber im 21. Jahrhundert führende Kontinente werden. Vielmehr sei damit zu rechnen, daß es schon im Jahre 2000 drei wirtschaftliche Schwerpunkte in der Welt geben werde:

- Nordamerika, evtl. unter Einschluß Mexikos,
- die um zusätzliche europäische Länder erweiterte EG,
- den Fernen Osten und hier insbesondere Japan und Korea.

Vor diesem Hintergrund wäre es ein Unding, wenn die Bundesregierung nicht an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Korea interessiert wäre. Frühere Hindernisse für eine solche Vertiefung: selbstgewählte Abschottung Koreas, das Fehlen demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und eine unzureichende Achtung der Menschenrechte würden seit Amtsübernahme durch Präsident Roh Schritt für Schritt überwunden. Deutschland und Korea hätten keine historischen Probleme.

Der Besuch von Präsident Roh werde von ihm, BK, als Startsignal für einen neuen gemeinsamen Beginn verstanden. Dies sei für ihn, BK, auch Grund für den Wunsch, seinerseits Korea in absehbarer Zeit einen Besuch abzustatten, zumal ihm hierfür bereits eine alte Einladung vorliege.¹⁴

Präsident spricht erneut eine herzliche Besuchseinladung aus: BK könne einer großartigen Wahrnehmung in Korea sicher sein. Die Freundschaft der Koreaner zu Deutschland habe eine lange Tradition. Der letzte koreanische Kaiser¹⁵ habe deutsche politische Berater gehabt, deutsche Ärzte hätten bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt der koreanischen Bevölkerung geholfen.

Wenn Korea trotz 43 Jahren japanischer Kolonialherrschaft relativ schnell einen großen Aufschwung genommen habe, so gebe es hierfür vor allem zwei Gründe:

- das hohe Bildungsniveau der Koreaner (die Zahl der Universitäten sei von drei auf 120 angewachsen),

¹⁴ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Zeller durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁵ Gojong.

- die dreijährige Wehrpflicht jedes männlichen Koreaners, während der er zu Zusammenarbeit und Patriotismus und damit zu einer exzellenten Arbeitsmoral erzogen werde. (Südkorea habe bei der jährlichen Veranstaltung einer „Technischen Olympiade“ seit acht Jahren ohne Unterbrechung eine Medaille erhalten.)

Zur deutsch-koreanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fügt P. hinzu, daß man sich auch über eine deutsch-koreanische Drittlandkooperation Gedanken machen sollte.

BK betont sein Interesse, den Besuch von Präsident Roh auch zum Beginn einer engeren persönlichen Zusammenarbeit werden zu lassen. Er wolle ihm ausdrücklich anbieten, jederzeit direkt telefonisch oder durch persönliche Beauftragte Fragen von gemeinsamem Interesse aufzugreifen.

Präsident erwidert, daß er genauso denke und die Vorschläge des Bundeskanzlers „in seinem Herzen mitnehmen“ wolle.

Abschließend wolle er zwei Punkte nochmals unterstreichen:

- Die Republik Korea setze ebenso auf wirtschaftlichen wie auf demokratischen Fortschritt.
- Er wolle die künftige Politik seines Landes gegenüber der EG mit deren wichtigstem Mitglied – der Bundesrepublik Deutschland – koordinieren.

Referat 341, Bd. 161987

373

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, in Washington

21. November 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des BM mit Scowcroft am 21.11.1989²

Nach der Begegnung mit dem Präsidenten³ wird das Gespräch mit Scowcroft in dessen Büro für etwa 1/2 Stunde fortgesetzt.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Kastrup am 23. November 1989 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 24. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und den Rücklauf an Kastrup verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „StS L[autenschlager] hat Durchschlag.“ Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Kastrup am 27. November 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Höynck an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 28. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Höynck „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Höynck am 1. Dezember 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21. November 1989 in den USA vgl. auch Dok. 374.

³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. November 1989 in Washington vgl. DIPLOMATIE, Dok. 8. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

BM unterstreicht in Anknüpfung an seine Darlegungen gegenüber Präsident Bush, es sei ganz wichtig, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit des Selbstbestimmungsrechts eingeräumt werde. Niemandem im Westen drohe eine Gefahr, wenn der zweite deutsche Staat eine Demokratie werde. Für uns bleibe entscheidend die Einbettung in das Schicksal Europas. Die EG stelle bereits ein Stück verwirklichter europäischer Friedensordnung dar.

BM verweist auf das Memorandum der DDR an die französische Präsidentschaft⁴ und zitiert einige Sätze.

Scowcroft fragt nach der wirtschaftlichen Situation in der DDR.

BM schildert die Probleme, die auf ökonomischem Gebiet durch die Übersiedler entstanden sind. Es sei nötig, die Währungsprobleme mit der DDR zu diskutieren. Grundsätzlich bestünden gute Voraussetzungen für westliche Investitionen, es gebe aber bereits Stimmen in der DDR, die Befürchtungen vor einem Ausverkauf an den Westen äußerten. Über die Probleme der DDR dürften die Schwierigkeiten Polens und Ungarns nicht ins Hintertreffen geraten. Er begrüße deshalb, daß sich die Außenminister der 24 am 13.12. in Brüssel trafen⁵.

BM unterrichtet über die Gespräche beim EG-Gipfel in Paris am 18.11.⁶ zur Gründung einer Bank europäischer Zusammenarbeit.⁷ Die Institution solle nicht auf die zwölf Mitgliedstaaten beschränkt sein, sondern für andere europäische Länder, auch östliche, offen sein.

BM unterstreicht noch einmal seine Aussage gegenüber dem Präsidenten, den Sowjets müsse immer wieder gesagt werden, daß der Westen nicht beabsichtigt, Schwierigkeiten der Umgestaltungsprozesse für sich auszunutzen.

Scowcroft wirft die Frage einer Konferenz der Vier Mächte oder des Abschlusses eines Friedensvertrages⁸ auf.

⁴ Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Anm. 13.

⁵ Zur Tagung der Außenminister der G 24 vgl. Dok. 416.

⁶ Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

Das Bundesministerium der Finanzen teilte am 23. November 1989 mit: „Auf der Sondersitzung des Währungsausschusses am 14.11.1989 hat Frankreich einen Vorschlag zur Errichtung einer Europäischen Bank vorgelegt, die marktwirtschaftliche Reformen in osteuropäischen Ländern unterstützen soll [...]. Der Herr Bundeskanzler hat am 18.11.1989 in Paris eine Prüfung dieser Initiative zugesagt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168765.

⁷ Botschaftsrat Cuntz, Brüssel (EG), übermittelte am 17. November 1989 den französischen „Vorschlag einer Europäischen Bank“. Vgl. die Fernkopie Nr. 1980; Referat 412, Bd. 168764.

Zum Inhalt vermerkte das Bundesministerium der Finanzen am 17. November 1989: „Neben einer sich auf den Kapitalmärkten refinanzierenden Bank soll auch ‚ein Sonderfonds‘ eingerichtet werden. Dieser Fonds soll konzessionäre Kredite für Projekte im Sozial- und Infrastrukturbereich vergeben. Das Startkapital soll 10 Mrd. ECU betragen. [...] Die Mitgliedschaft steht allen europäischen Ländern sowie der Europäischen Investitionsbank (EIB) offen. Die Geberseite (EG, EIB und Mitgliedstaaten der EG) soll die Majorität erhalten. Die Bank soll Direktkredite vergeben sowie Garantien und Beteiligungen übernehmen; außerdem soll sie die Koordinierung aller bi- und multilateralen Hilfsmaßnahmen für die osteuropäischen Länder durchführen. Zum Sitz der Bank sowie zum Umfang und zur Finanzierung des Sonderfonds werden keine Angaben gemacht.“ Vgl. Referat 413, Bd. 168765.

⁸ Die Wörter „Konferenz der Vier Mächte“ und „Abschlusses eines Friedensvertrags“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Auch die USA werden sich daran gewöhnen müssen, daß Jalta vorbei ist!“

BM verweist auf die Rede von Willy Brandt im Bundestag⁹ und betont, daß eine „Katzentischlösung“ für uns keinesfalls in Betracht komme. Unter den heutigen Bedingungen wäre eine Vier-Mächte-Konferenz politisch ein Rückschlag. „We have a winning concept and reason for self-confidence.“

Auf Frage von BM nach den amerikanischen Vorstellungen für den Malta-Gipfel¹⁰ erklärt *Scowcroft*, Einzelheiten von Rüstungskontrollfragen würden nicht im Mittelpunkt stehen. Den US käme es in erster Linie darauf an, herauszufinden, was Gorbatschow wolle, welche Ziele er verfolge. Mit Besorgnis registrierten sie sowjetisches Verhalten bei regionalen Konflikten.

Bush werde am 4.12. nach Brüssel reisen, um das Bündnis zu informieren. Einzelheiten stünden noch nicht fest.

BM verweist auf seine Reise nach Moskau am 5./6.12¹¹. Er sei deshalb an detaillierter Unterrichtung interessiert, was *Scowcroft* zusagt.

Referat 210, Bd. 140730

374

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Washington

VS-vertraulich

21. November 1989¹

Betr.: Besuch BAM in Washington 21.11.89²;
hier: Arbeitsmittagessen im State Department

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Secretary Baker, Botschafter Walters, Under Secretary Kimmitt, Under Secretary Bartholomew, Counselor Zoellick, Assistant Secretary Ross, Desk Officer Menold, Dolmetscherin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter Ruhfus, D2³, D2A⁴, Gesandter Paschke, L013⁵, L010⁶, L204⁷, Dolmetscherin.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des SPD-Abgeordneten Brandt vor dem Bundestag am 16. November 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 175. Sitzung, S. 13335–13340.

¹⁰ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹¹ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem Paschke, Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 4742 des Botschafters Ruhfus, Washington, am 22. November 1989 an das Auswärtige Amt übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 27. November 1989 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 13503 (210); B 150, Aktenkopien 1989.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21. November 1989 in den USA vgl. auch Dok. 373.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Josef Holik.

⁵ Jürgen Chrobog.

⁶ Frank Elbe.

⁷ Gebhardt von Moltke.

Secretary *Baker* (B) hieß BM Genscher (G) noch einmal offiziell im DoS⁸ willkommen und bat ihn, sich bei seinem nächsten Besuch doch etwas mehr Zeit zu nehmen. Man könne dann auch mal an ein Treffen außerhalb Washingtons denken. (G. darauf, er sehe einer offiziellen Einladung mit Interesse entgegen.)

Vor der Erörterung von Punkten, die G. aufzubringen wünsche, wolle er (B.) zur Klärung der Atmosphäre noch einmal eine von Präsident Bush gemachte Bemerkung unterstreichen, daß die Administration über die heute in der hiesigen Presse zu lesenden Äußerungen deutscher „Officials“ enttäuscht sei, die Frage der SNF-Modernisierung müsse als lachhaft bezeichnet werden.⁹ Er sei seit der NATO-Frühjahrstagung¹⁰ davon ausgegangen, man wolle dieses Thema im Moment nicht berühren und erst 1992 wieder darauf zurückkommen

Genscher stimmte zu, daß es gegenwärtig keinen Anlaß gebe, die SNF-Frage zu diskutieren.

Baker fragte dann, wie die Bundesregierung sich die Behandlung der aktuellen deutsch-deutschen Entwicklungen bei der amerikanisch-sowjetischen Begegnung in Malta¹¹ wünsche.

Genscher trug dazu im Zusammenhang vor: Es gelte, Gorbatschow insbesondere zwei Punkte zu verdeutlichen. Erstens: Die Bundesrepublik stehe unverändert zur Einigung Europas und sei entschlossen, daran mit unverminderter Kraft weiterzuarbeiten. Das werde sich schon beim Europäischen Rat in Straßburg¹² erweisen. Es gehe darum, die Dynamik der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten. Diese werde ihre positive Auswirkung auch auf Osteuropa nicht verfehlen. Zweitens: Das Atlantische Bündnis werde seine Wichtigkeit behalten, aber es werde einen mehr politischen Charakter bekommen und insbesondere eine stärkere Rolle in den Abrüstungsbemühungen zu spielen haben. (G. in einer Nebenbemerkung: Was GR und TR augenblicklich bei der westlichen Positionsabstimmung aufführten¹³, sei unverantwortlich, wo es doch darum gehe, zügig und erfolgsorientiert zu verhandeln.)

⁸ Department of State.

⁹ In der Presse wurde ein Mitglied einer Delegation der Bundesrepublik in Washington vom 20. November 1989 zitiert: „The question of nuclear modernization makes us laugh. [...] I don't think there is any possibility of it being implemented.“ Weiter hieß es: „The West German official explained that the idea of the Western alliance's going ahead with plans to deploy more advanced versions of the Lance, which the Bonn Government has long opposed, made no sense any more since the only countries these short-range missiles might be used against would be a Solidarity-led Poland, a Hungary abandoning communism and an East Germany that is not only democratizing but is also moving toward closer ties with West Germany.“ Vgl. den Artikel „Bonn Aides, in Washington, Say Modernizing Missiles Is Dead Issue“, THE NEW YORK TIMES vom 21. November 1989, S. 8.

¹⁰ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹¹ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

¹³ Vortragender Legationsrat Hennig resümierte am 24. November 1989: „Die Beobachtung des türkischen Verhaltens bei den Wiener Verhandlungen [...] führt zu dem Eindruck, daß die Türkei das Interesse an Verhandlungsfortschritten ihrem Interesse deutlich untergeordnet, möglichst ein Maximum nationaler türkischer Positionen durchzusetzen bzw. sich im Verhältnis zu Griechenland Vorteile zu sichern. [...] Aktuelles Beispiel hierfür ist die Blockade bei der Einführung des westlichen KSE-Vertragsentwurfs. Hier vereitelt die Türkei mit ihrer Weigerung, anläßlich der Vertragseinführung einen indirekten Hinweis darauf zuzulassen, daß die Frage des Anwendungsgebiets (und damit die im Verhandlungsmandat nach langem Ringen bewußt offen gelassene Frage des Ein- oder Ausschlusses der türkischen Hafenstadt Mersin) mit der Vorlage des Entwurfstextes noch nicht abschlie-

Wenn die Bundesrepublik sich um eine gesamteuropäische Friedensordnung bemühe, dann gehöre für sie ganz ohne Frage die USA mit dazu, und zwar schon deshalb, weil eben auch die SU – und zwar aus geographischen Gründen – dazugehöre. In diese Thematik eingeschlossen sei auch die Truppenpräsenz der USA in Europa. Wenn Wien¹⁴ erfolgreich sei, werde sich aber logischerweise die militärische Komponente dieser Friedensordnung verringern. Die SU werde dann ebenfalls weniger Wert auf die Anwesenheit ihrer eigenen Truppen in den osteuropäischen Ländern legen.

Der Westen müsse es sich auch angelegen sein lassen, mehr Substanz, neue Themen in den KSZE-Prozeß einzuführen, zu weiteren kooperativen Strukturen zu kommen.

Im deutsch-deutschen Verhältnis zeichne sich augenblicklich eine „Wiedervereinigung von unten“ ab. Die Bundesrepublik müsse an diese Entwicklung mit großer Sensibilität und Delikatesse herangehen. Wenn es z.B. zur Gründung einer Art „Development Bank“ zugunsten Osteuropas komme¹⁵, müsse man dafür den Begriff „Entwicklungsbank“ vermeiden, da er an Dritte Welt und Entwicklungshilfe erinnere.

G. fuhr dann fort: Er rege an, Präsident Bush möge Gorbatschow – am besten gleich zu Beginn seiner Ausführungen – versichern, daß der Westen nicht die Absicht habe, die Umwälzungen in Osteuropa einseitig für sich auszunutzen und daraus auf Kosten der anderen Seite Vorteile zu ziehen. Bush möge ruhig hinzufügen, so dächten auch die westlichen Alliierten, insbesondere die Deutschen.

Was unsere spezifische Situation angehe, so wolle er (G.) ganz klar feststellen: In der DDR werde jetzt um Freiheit gerungen. Und mehr Demokratie, mehr Freiheit für mehr Deutsche sei für keinen unserer Nachbarn eine Bedrohung.

In seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin letzte Woche¹⁶ habe er gesagt (und dafür viel Beifall bekommen): Es gebe nicht zwei, sondern nur eine deutsche Nation, weder eine sozialistische noch eine kapitalistische. Wenn sich die beiden Teile Europas aufeinander zu bewegten, könnten die Deutschen von diesem Rapprochement nicht ausgeschlossen bleiben.

Am 5.12. bei seinem nächsten Besuch in Moskau¹⁷ werde er sich genauso ausdrücken.

Auf Zwischenfrage B.s: Nicht nur für Polen, auch für unsere sonstigen Nachbarn und auch für die SU sei von Wichtigkeit, daß wir die Sicherheit der polnischen Westgrenze nicht in Frage stellen. Er (G.) wolle an seine VN-Rede vom September¹⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 1591

ßend geregelt ist, einen wichtigen weiteren Verhandlungsschritt des Westens.“ Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163151.

¹⁴ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

¹⁵ Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

¹⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/7, S. 403–405.

¹⁷ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

¹⁸ Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

erinnern und die Ausführungen, die er dabei – an den polnischen Außenminister¹⁹ gewandt – gemacht habe. Er weise auch auf die mit überwältigender Mehrheit angenommene Bundestagsentschließung von letzter Woche²⁰ mit dem gleichen Tenor hin.

Im übrigen wolle er zu kürzlich in der Presse aufgekommenen Ideen bezüglich einer baldigen Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland bemerken, daß uns an einer solchen Veranstaltung nicht gelegen und wir auch nicht an einem formellen Friedensvertrag interessiert seien, weil wir durch eine solche Übung als Deutsche wieder singularisiert würden, was wir durch den europäischen Verbund als überwunden ansähen.

Es entspann sich anschließend ein kurzer Meinungs austausch über das Verhältnis EG/NATO und den KSZE-Prozeß, wobei G. die Meinung vertrat, der Atlantischen Allianz solle mehr politische und wirtschaftliche Zuständigkeit zugebilligt werden, während B. im wirtschaftlichen Bereich Zuständigkeitsprobleme zu erkennen glaubte.

G. bemerkte dann, die traditionellen Deutschland- und Berlin-Treffen am Vorabend von NATO-Ratstagungen seien in den letzten Jahren immer kürzer geworden. Beim nächsten Mal solle man sich dafür mindestens drei Stunden Zeit nehmen. *Baker* stimmte dem zu, es gebe ja wahrlich genug Themen zu besprechen.²¹

B. fuhr fort, man müsse sich auch über die Entwicklungen im Verhältnis zur SU austauschen. Die USA seien über die Fortschritte im bilateralen Verhältnis Washington–Moskau insgesamt befriedigt. Insbesondere in Wyoming²² sei man in den meisten Bereichen ein gutes Stück weitergekommen. Unrühmliche Ausnahme davon: die Regionalfragen. Hier gebe es nach wie vor ein unerklärliches Festhalten der Sowjets an überkommenen Verhaltensweisen, so etwa in Zentralamerika, in Afghanistan, in Kambodscha.

Genscher dazu: Er habe keine sichere Erklärung dafür, jedoch gewisse Indizien, daß der innere Führungskreis in der SU, also Gorbatschow, Jakowlew, Schewardnadse, derart mit anderen Problemen absorbiert ist, daß sie sich um weiter entfernt liegende Komplexe nicht ausreichend kümmern können und insoweit die alte Politik von den alten Funktionären weitergeführt werden kann (Beispiel: Bondarenko und sein Einfluß auf die sowjetische Berlin-Haltung).

Baker erwähnte anschließend, die SU habe sich in ihren Gesprächen mit Washington in hohem Maße irritiert gezeigt von allerlei deutschen Äußerungen zur möglichen Wiedervereinigung. Er (B.) wolle erneut betonen, daß es amerikanische Politik sei, ja zur deutschen Wiedervereinigung zu sagen. Hier werde es keine Haltungsänderung geben. Man müsse sich jedoch die sowjetischen Befürchtungen vergegenwärtigen.

¹⁹ Krzysztof Skubiszewski.

²⁰ Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

²¹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

²² Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

Genscher: Er wolle noch einmal daran erinnern, daß unser Streben nach deutscher Einheit eingebettet sei in unser Ziel, die Einigung Europas herbeizuführen. Wenn man das Memorandum von DDR-Ministerpräsident Modrow an Präsident Mitterrand über das von Ostdeutschland angestrebte Verhältnis zur EG²³ analysiere, komme man zu dem Schluß, daß die DDR eine ganz ähnliche Zielvorstellung habe wie wir.

Nach einer kurzen Zwischenphase mit dem Austausch von DDR-Witzen bat G. die amerikanische Seite darum, sich positiv zur KWZE im März 1990²⁴ einzustellen und eine hochrangige Delegation zu der Veranstaltung in der Bundesrepublik zu entsenden.

Baker meinte dazu, wenn es gelinge, die Konferenz an der extensiven Diskussion von COCOM zu hindern, könne diese in der Tat zu einer nützlichen Übung werden.

B. kam auf die „regional issues“ zurück und schlug vor, USA und D sollten gemeinsam Moskau davon zu überzeugen suchen, daß die 5 bis 7 Mrd. Rubel, die die SU jährlich für Kuba ausbebe, besser für die Promovierung deutscher und amerikanischer Investitionen in Russland eingesetzt werden sollten.

Genscher erkundigte sich danach, wie verläßlich diese Zahlen sowjetischer internationaler Einflußnahme seien, worauf von mehreren Seiten eine ganze Fülle von Beträgen für Libyen, Kambodscha, Nicaragua genannt wurden.

Baker meinte, diese Zahlen seien für die USA ein PR-Problem, man könne die amerikanische öffentliche Meinung nicht für eine entgegenkommendere Haltung in Rüstungskontrollfragen gewinnen, solange den Sowjets gravierendes Fehlverhalten in der Dritten Welt nachgewiesen werde.

Genscher faßte gegen Ende des Gesprächs noch einmal die Bonner Position zum deutsch-deutschen Komplex zusammen und empfahl, im Bündnis dazu auf gemeinsame Sprache zu achten. Er sei stolz auf das Verhalten der Deutschen in der DDR und hoffe, daß deren Aspirationen nicht durch unverantwortliches Gerede mit Begriffen wie etwa „das Vierte Reich“ diskreditiert würden.

Baker reagierte darauf mit der Bekräftigung der amerikanischen Einstellung zur deutschen Einheit: „Wir sind dafür.“ Washington wünsche sich nur, daß sich die Entwicklung in friedlicher und stabiler Form vollziehen möge. Wiedervereinigung sei und bleibe amerikanische Politik. Die sensitive Frage sei hier nur das Wann und Wie.

Genscher dazu: Deshalb sei auch das Malta-Treffen zwischen Bush und Gorbatschow so wichtig. Die USA könnten dort auch für die deutschen Allianzpartner vertrauensbildend wirken.

Baker abschließend: Die amerikanische Delegation werde die deutsche Haltung in Malta mit großer Sorgfalt einbringen.

VS-Bd. 13503 (210)

²³ Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Anm. 13.

²⁴ Die Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

375

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt**514-516.20/9****21. November 1989¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung und zur Vorbereitung der Kabinettsitzung am 23. November 1989

Terminsache

Betr.: Abschluß der Verhandlungen für einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen;
hier: Konferenz der Minister und Staatssekretäre in Bonn am 13.11.1989

Bezug: Vorlage vom 3.7.1989 – 514-516.20/9 – (Anlage 2)⁴

Anlg.: 1) Vorläufiger Vertragstext nach dem Stand vom 30.10.1989⁵

2) Vorlage vom 3.7.1989

3) Vorlage vom 25.7.1989 – 514-516.20/9 – zum Verhältnis Schengen/DDR⁶

Die mit der Verhandlung des Ergänzenden Staatsvertrages zum Übereinkommen von Schengen⁷ von den Regierungschefs von D, F und Benelux beauftragten

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger am 21. November 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Eine wichtige und lesenswerte Aufzeichnung, die ich mir voll zu eigen mache u. die ich Ihnen im Hinblick auf die Kabinettsitzungen zur zustimmenden Kenntnisnahme vorlege.“

³ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 18. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 514 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes am 19. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Freiherr von Stein an Ministerialdirektor Oesterhelt verfügte und handschriftlich vermerkte: „Es ist nicht ersichtlich, ob BM Aufz[zeichnung] z[ur] K[enn]t[n]is nahm.“

Hat Stein am 19. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Oesterhelt am 19. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Plischka vgl. Dok. 204.

⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes beantwortete Fragen von Bundesminister Genscher und führte aus, im Zusammenhang mit dem Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen werde festgehalten, daß „die Deutsche Demokratische Republik in den Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland betrachtet wird“. Die genaue völkerrechtliche Form dafür stehe noch nicht fest, doch könne man bereits konstatieren, „daß die Vertragspartner keinerlei Einwände gegen die Erklärung erhoben haben. [...] Die Einreise von Deutschen aus den WP-Staaten in das Gebiet der Schengener Vertragspartner ist nach Ausstellung von Reisepapieren der Bundesrepublik Deutschland sichtvermerksfrei möglich, ansonsten mit den Pässen ihrer Herkunftsländer sichtvermerkspflichtig.“ Außerdem legte Mattes dar, für welche „Rechtsgebiete des innerstaatlichen Rechts“ aufgrund des Vertrags Veränderungen vorzusehen seien. Vgl. Referat 514, Bd. 217513.

⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Minister und Staatssekretäre haben auf ihrer Konferenz in Bonn am 13.11.1989 Einvernehmen über alle wesentlichen Fragen des Vertragstextes erzielt und sich auf die Unterzeichnung am 15.12. geeinigt.

I. Inhalt des Vertrages

Mit der vorgesehenen Beseitigung der Kontrollen an den Binnengrenzen der Vertragsstaaten und dem gleichzeitigen Aufbau der dadurch notwendigen Zusammenarbeit der Innen- und Justizbehörden („Ausgleichsmaßnahmen“) wird der Binnenmarkt im Personenverkehr „im Pilotprojekt Schengen“ verwirklicht.

Der Vertrag regelt folgende wesentlichen Komplexe:

– Freier Personenverkehr (Kapitel 3 bis 7)

Die Vertragsbestimmungen betreffen das Überschreiten der gemeinsamen Grenzen, das Überschreiten der Außengrenzen, die Einreisebedingungen, die Sichtvermerksbestimmungen, den Aufenthaltsstatus von Ausländern, Verpflichtungen für Beförderungs- und Hotelunternehmen.

– Asylzuständigkeitsregelung (Kapitel 8)

Die Bestimmungen beschränken sich auf eine Zuständigkeitsregelung unter den Vertragsstaaten für Asylanträge je nach „Verantwortlichkeit“ wegen Visumserteilung, Grenzübertritt etc. Materiell-rechtliche Vorschriften des Asylrechts sind nicht Gegenstand des Vertrages; es gilt insoweit der Vorbehalt des nationalen Rechts (Artikel 16 GG)⁸.

– Ausgleichsmaßnahmen (Kapitel 10 bis 16)

Sie haben die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Abwehr illegaler Einwanderung zum Ziel und betreffen die polizeiliche Zusammenarbeit, die grenzüberschreitende Nacheile, die Rechtshilfe in Strafsachen, Auslieferungsfragen, die Übertragung der Vollstreckung von Strafurteilen, die Harmonisierung der Kontrollen gegenüber illegalem Rauschgifthandel und von Teilen des Waffenrechts.

Als gemeinsame Organisation des Fahndungs- und Informationssystems wird eine EDV-Zentraleinheit eingerichtet. Über den Standort (Bewerbungen: Wiesbaden, Paris, Den Haag) wollen sich die Minister/Staatssekretäre noch vor der Unterzeichnung einigen.

– Warenverkehr (Kapitel 17 und 18)

Hier wurden Bestimmungen über pflanzenschutzrechtliche Kontrollen, den Transport gefährlicher Güter und über strategische Industriewaren (Beratungsklausel, Artikel 125) getroffen. Die Bestimmungen zielen darauf ab, die Kontrollen statt an den Grenzen im Binnenland zu vollziehen. Kontrollen der im Reiseverkehr mitgeführten Waren sollen auch nach Inkrafttreten des Vertrages auf einem möglichst niedrigen Niveau bis zur Angleichung der Steuersätze möglich bleiben (Artikel 126).

II. Verfahren

1) Die Federführung für den Schengen-Komplex liegt beim ChBK. Sie geht auf die Initiative von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand zurück,

⁸ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

die 1984 zum Vertrag von Saarbrücken über den deutsch-französischen Grenzabbau⁹ führte. Beide Seiten benannten persönliche Beauftragte (deutscherseits StS Schreckenberger). Ende 1984 wurden Verhandlungen unter Einbeziehung von Benelux begonnen, die 1985 zum ersten Schengen-Übereinkommen führten.

Das Auswärtige Amt war an den Verhandlungen mit dem Schwerpunkt „Personenverkehr“ auf Arbeitsebene beteiligt.

Die Konferenz in Bonn am 13.11.1989 hat dreijährige Verhandlungen abgeschlossen, die auf deutscher Seite zuletzt von StM Stavenhagen geführt wurden. Von französischer Seite nahmen am Ministertreffen am 13.11. Europaministerin Cresson und für die EG-Kommission Vizepräsident Bangemann teil.

2) Der Ergänzende Staatsvertrag soll am 15. Dezember 1989 in Schengen/Luxemburg wie sein Vorgänger 1985 von den Beauftragten (deutscherseits StM Stavenhagen) unterzeichnet werden und nach Ratifizierung durch die Parlamente sowie nach Funktionstüchtigkeit des gemeinsamen EDV-Informations- und Fahndungssystems zum 1.7.1991 in Kraft treten. Die Paraphierung ist für die erste Dezemberwoche im Rahmen der Zentralen Verhandlungsgruppe vorgesehen.

3) Der ChBK (StM Stavenhagen) wird das Bundeskabinett am 23.11. über den Abschluß der Verhandlungen unterrichten. Für den 13.12. ist eine Beschlußfassung des Kabinetts vorgesehen. Der ChBK fertigt hierzu eine Kabinettsvorlage¹⁰.

4) Der Innenausschuß und der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages wurden bisher mehrfach von StS Neusel und StM Stavenhagen über den Stand der Verhandlungen unterrichtet, den Berichterstattem wurden die Vertragstexte überlassen¹¹.

III. Wertung

1) Allgemeine außenpolitische Gesichtspunkte

Die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes ist – neben der allgemeinen Bedeutung des Vertrages als Pilotprojekt für den freien Personenverkehr im europäischen Binnenmarkt – vor allem unter folgenden Gesichtspunkten berührt:

a) Personenverkehr

- Zuständigkeit der Auslandsvertretungen für die Erteilung des „visa uniforme“ (Artikel 11) in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Vertragspartner. Diese Zuständigkeit, die vom BMI bei der Novellierung des Ausländergesetzes¹² in Frage gestellt wurde, ist gewahrt.
- Gemeinsame Sichtvermerkspolitik gegenüber Drittstaaten (Artikel 8). Der Bestand der gegenwärtigen Harmonisierung der Sichtvermerkspflicht bzw. Sichtvermerksfreiheit für Drittstaaten kann in Zukunft nur noch im Einvernehmen aller Vertragspartner geändert werden – mit der Ausnahmemöglichkeit

⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 13. Juli 1984 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 768–771. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 155.

¹⁰ Für die Kabinettsvorlage des Bundesministers Seitzers vom 12. Dezember 1989 vgl. Referat 514, Bd. 217512.

¹¹ Die Wörter „wurden die Vertragstexte überlassen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies wird von FDP (Hirsch) bestritten!“

¹² Für den Wortlaut des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 353–362.

keit zu einseitigem Vorgehen nach Konsultationen bei herausragenden Gründen der nationalen Politik. Das Auswärtige Amt ist mit der getroffenen Regelung einverstanden.

- Ausländerrechtlicher Kontrollmaßstab für Einreise und Aufenthalt von Drittstaatlern (Artikel 4/14). Den vom Auswärtigen Amt im Zusammenhang mit der Novellierung des Ausländergesetzes vertretenen Forderungen ist im vorliegenden Ergänzenden Staatsvertrag Rechnung getragen.

¹³b) Geltungsbereich

- Regelung für DDR-Bürger (Vorlage vom 25.7.1989, Anlage 3):

Die Bundesrepublik Deutschland gibt bei Unterzeichnung folgende, zwischen ChBK, BMB, BMI und AA abgestimmte Erklärung ab (die im übrigen auch im EG-Rahmen von den Innenministern der EG-Zwölf akzeptiert wurde):

„Die Deutsche Demokratische Republik ist im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland. Bezugnehmend auf die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „deutscher Staatsangehöriger“ vom 25.3.1957 zum EWG-Vertrag¹⁴, stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland klar, daß alle Deutschen, auch diejenigen aus der DDR und Berlin (Ost), wenn sie in das Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin einreisen wollen, nicht dem Sichtvermerkszwang unterliegen und für den vorübergehenden oder dauernden Aufenthalt keiner Erlaubnis bedürfen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß alle diese Personen, wenn sie sich mit einem Paß oder Paßersatzpapier der Bundesrepublik Deutschland ausweisen, in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nicht dem Sichtvermerkszwang unterliegen.“

Betreffend den Umfang der Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze wird sich mit Inkrafttreten des Ergänzenden Staatsvertrages 1991 die Frage stellen, wie an den vielen Grenzübergängen sichergestellt werden kann, daß Drittausländer nicht unkontrolliert in das Vertragsgebiet einreisen.

In diesem Zusammenhang ist auf die Vertragsklausel für „besondere Umstände“ zu verweisen (Artikel 5/2.2): „Können wegen besonderer Umstände die Kontrollen nicht durchgeführt werden, sind Schwerpunkte zu setzen.“

In den Verhandlungen wurde durch die deutsche Delegation klargestellt, daß jede Vertragspartei selbst über das Vorliegen dieser besonderen Umstände bestimmt. Damit kann nach Einschätzung von ChBK, BMI und BMB der¹⁵ besonderen Natur der Kontrollen an der innerdeutschen Grenze Rechnung getragen werden.

- Fortgeltung des deutsch-österreichischen Abkommens über Grenzerleichterungen von 1984¹⁶: Sie wird durch einseitige, im Einvernehmen mit den Partnern formulierte Erklärung sichergestellt:

¹³ Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Dok. 414, Anm. 5.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 764.

¹⁵ Ende der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Dok. 414, Anm. 5.

¹⁶ In einem am 21. August 1984 vollzogenen Briefwechsel vereinbarten Bundeskanzler Kohl und der österreichische Bundeskanzler Sinowatz eine erleichterte Grenzabfertigung. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 842.

„Die im deutsch-österreichischen Abkommen vom 20.8.1984 getroffene Regelung über Kontrollerleichterungen an den gemeinsamen Grenzen für die Staatsangehörigen beider Staaten bleibt durch den Ergänzenden Staatsvertrag unberührt, muß aber im Interesse der Sicherheitslage der Schengener Vertragsparteien so vollzogen werden, daß sich die Vergünstigungen in der Praxis auf österreichische Staatsangehörige beschränken.“

2) Die umfangreichen Regelungen des Vertragswerks zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit der Vertragspartner (Schwerpunkte der Ausgleichsmaßnahmen für die Beseitigung der Grenzkontrollen) wurden im einzelnen unter der Verhandlungsführung des ChBK von BMI und BMJ ausgehandelt. Das Auswärtige Amt war hierfür nicht zuständig und war hierbei nur am Rande beteiligt. Die Regelungen, z.B. Nacheile, Bekämpfung des Rauschgifthandels, Fahndungs- und Informationssystem, sind das Ergebnis schwieriger Verhandlungen, bei denen unterschiedliche Rechtssysteme und -traditionen miteinander in Einklang zu bringen waren. Die erzielten Kompromisse erscheinen akzeptabel und sind nach Meinung der Verfassungsressorts (BMJ und BMI) mit dem deutschen Recht vereinbar.

Bürgerrechte sind durch Datenschutzbestimmungen und die Gewährung von Rechtsschutz sichergestellt.

3) Grenzkontrollbeseitigung und Ausgleichsmaßnahmen durch Zusammenarbeit der Innenbehörden haben über den Vertrag hinausweisende Bedeutung:

- Die Beseitigung der Grenzkontrollen ist ein wichtiger Schritt in dem Bemühen, das Zusammenwachsen Europas für den einzelnen Bürger sichtbar zu machen. Darüber hinaus könnte der Vertrag Bedeutung für die weitere Entwicklung der EG erhalten; dies eventuell auch in der Perspektive einer Annäherung unserer östlichen Nachbarn an die EG. Die EG-Zwölf haben unter französischem Vorsitz und unter Mitwirkung der Koordinatoren des Europäischen Rates von Rhodos¹⁷ begonnen, vergleichbare Vertragstexte auszuarbeiten, die 1993 in Kraft treten sollen.
- Das Abkommen legt den Grundstein für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Innenverwaltungen und den Ausbau gemeinsamer Institutionen. Die europäische Zusammenarbeit wird damit um den Pfeiler wesentlicher Bereiche der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit erweitert.

Oesterhelt

Referat 514, Bd. 217511

¹⁷ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

376

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Horn in Budapest

214-321.11

23. November 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

BM-Besuch in Budapest 23./24.11.1989²;
hier: Gespräch mit AM Horn am 23.11.1989

AM begrüßt BM und weist einleitend auf die Bedeutung der deutsch-ungarischen Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis hin.

BM dankt für die Einladung zu Gesprächen nach Budapest in wichtiger Zeit. Die Einsicht, dem Willen der Menschen und den Reformen mehr Gehör zu geben, nehme zu. Es sei zu wünschen, daß sich diese Einsicht durchsetze, ohne daß es zu Gewalt komme. Die Entwicklungen in der DDR seien zu begrüßen. Er hoffe, daß die dortige Führung den Weg der Verantwortung weitergehe. In bezug auf die ČSSR sei die Hoffnung, daß die Führung Gewalt vermeide.

Am Dienstag sei er, BM, in Washington gewesen.³ In den Gesprächen mit Präsident Bush, AM Baker, dem Sicherheitsberater⁴ und im Repräsentantenhaus habe er sehr viel Verständnis für seine Auffassung gefunden, daß die Reformen in Mittel- und Osteuropa breiteste Unterstützung brauchten. Im Kreise der EG-Länder habe er darauf hingewiesen, daß durch die Veränderungen in der DDR die Entwicklungen in Polen und Ungarn nicht in den Hintergrund treten dürften.

Sein Vorschlag, das nächste Treffen im Kreis der 24 auf Ministerebene abzuhalten, habe Zustimmung gefunden. Es werde am 13. Dezember stattfinden und ein wichtiges politisches Signal für Budapest und Warschau bedeuten.⁵ Hier gehe es um Maßnahmen für die nahe Zukunft. Es gelte jetzt, darüber nachzudenken, wie die Zusammenarbeit für die mittlere und fernere Zukunft zu gestalten sei. Hier sehe er zwei nebeneinander existierende Möglichkeiten:

- Die Entwicklung konkreter Kooperationsmodelle der EG mit den einzelnen mittel- und osteuropäischen⁶ jeweils zugeschnitten auf die individuellen Bedürfnisse des jeweiligen Landes.
- Schaffung einer europäischen Bank („Europabank“) auf breiter Grundlage. (EG-Staaten, weitere OECD-Länder, Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa). Dieser Vorschlag sei beim EG-Gipfel in Paris⁷ gemacht worden.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 27. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 27. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. auch WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 55 und Dok. 57.

³ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21. November 1989 in den USA vgl. Dok. 373 und Dok. 374.

⁴ Brent Scowcroft.

⁵ Zur Tagung der Außenminister der G 24 in Brüssel vgl. Dok. 416.

⁶ So in der Vorlage.

In Paris sei auch an den IWF appelliert worden, seine Arbeit mit Verstand zu Ende zu bringen. Es gehe um einen Wettlauf mit der Zeit. Die Konferenz im Kreis der 24, der Vorschlag einer europäischen Bank und die Beratungen über Assoziierungsverträge seien konkrete Möglichkeiten, die Zusammenarbeit in Europa zu stabilisieren.

AM erläutert, daß die ungarische Regierung vor der schwierigen Frage stehe, mit wem sie bei ihrem Umgestaltungsprogramm auf Hilfe rechnen könne.

D spiele in dieser Hinsicht aus zwei Gründen eine maximale Rolle:

- Die Bundesregierung rede nicht; sie handele konkret;
- die Bundesregierung und vor allem BM seien sich der Bedeutung der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa voll bewußt.

Es gebe jetzt die historische Chance, vieles aus der Vergangenheit zu bewältigen. Dies nicht zu erkennen, wäre ein historisches Versäumnis. Viele Länder bekundeten verbal ihre Unterstützung. Sobald es aber um die Antwort auf konkrete Initiativen gehe, warte man vergeblich. Das Engagement der Bundesregierung in Paris werde sehr hoch eingeschätzt.

In Mitteleuropa sei ein sehr positiver Prozeß in Gang gekommen. Er wisse nicht, was das bevorstehende ZK-Plenum der KPTsch⁸ entscheiden werde. Von Jakeš habe man in der derzeitigen schwierigen Lage eine Botschaft erhalten, die nicht sehr viel Selbstkritik erkennen lasse. Dort sei von Pluralismus als einer Rückkehr zum bürgerlichen System die Rede gewesen. Aber Jakeš werde nicht entscheiden, sondern das tschechoslowakische Volk. Auch die ČSSR werde um Veränderungen nicht herumkommen.

Infolge der Veränderungen in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten und der Reformen in der SU entstünden dort große innere Spannungen, die schwerwiegende Folgen haben könnten. Ungarn könne aber noch einen retrograden Orientierungswechsel nicht verkraften. Man hoffe sehr, daß in Malta⁹ bei der SU nicht eine Position die Oberhand gewinne, wonach der Sozialismus in Europa nur „kleinerer Korrekturen“ bedürfe. Die Situation in der SU sei schwierig. Die Kräfte für Veränderungen seien zwar in der Mehrheit. Die „retrograden“ Kräfte hätten aber noch erhebliche Macht. Deshalb sei es eine existentielle Frage, wie sich Westeuropa in bezug auf die Reformen verhalte.

Ungarn teile die Bewertung der Lage in der DDR durch BM. Die deutsche Frage sei heute nicht mehr aus dem Blickwinkel des Jahres 1945 zu beurteilen. Man müsse auf eine neue Weise an sie herangehen. Eine Wiedervereinigung sei in ungarischen Augen keine Tragödie, sondern das natürliche Begehren eines Volkes. Die Realisierung werde die Realitäten in Europa zu berücksichtigen haben.

Was die Konferenz der 24 am 13. Dezember angehe, so bereite Ungarn, das zur Teilnahme eingeladen sei, sich darauf vor. Er, AM, werde die ungarische Posi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1600

⁷ Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 vgl. Dok. 361, Anm. 3.

Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

⁸ Während des Plenums des ZK der KPČ am 24. November 1989 erklärte das gesamte Präsidium der Partei, einschließlich ihres Generalsekretärs Jakeš, den Rücktritt. Vgl. dazu Dok. 382.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

tion vertreten. Mit dem IWF komme Ungarn nicht recht voran. Das Parlament sei nicht bereit, alles zu akzeptieren, was der IWF verlange. Der Fonds müsse seine Haltung gegenüber Ungarn ändern.

BM: Mit dem Treffen der 24 werde auch das Ziel verfolgt, Druck auf den IWF auszuüben und andere Länder zu veranlassen, bis zur Konferenz ihre Entscheidung über ihre Beteiligung am Gesamtpaket der Hilfe zu treffen. Er dankt für die Ausführungen von AM zum Schicksal der Deutschen. Die Deutschen in der DDR handelten mit großer Verantwortung. Wichtig sei auch, den europäischen Kontext nicht zu vergessen. Die Regierung Modrow bette die deutsch-deutschen Beziehungen ebenfalls in den europäischen Zusammenhang.

Die USA würden der SU in Malta bekräftigen, daß der Westen aus den derzeitigen Entwicklungen keine einseitigen Vorteile ziehen sollte. Die neuen Prozesse müßten in stabilen Rahmenbedingungen ablaufen. Die Abrüstung bekomme heute eine neue politische Qualität. Je mehr militärisches Potential reduziert werde, um so größer werde der Handlungsspielraum der mittel- und osteuropäischen Staaten. In dieser Zeit sei eine dichte Kommunikation notwendig. Dafür wolle er sich am 28./29.11. in Paris und London¹⁰ und am 5./6.12. in Moskau¹¹ einsetzen.

AM stimmt zu. Die SU betone derzeit die Souveränität der einzelnen osteuropäischen Länder. Diesen Prozeß gelte es zu stärken. Ungarn wolle bis 1990 den Abzug aller sowjetischen Truppen von seinem Territorium erreichen. Dies sei innenpolitisch sehr wichtig. Im WP engagiere man sich für eine Reform des Bündnisses, was von der SU begrüßt werde.

Abschließend spricht er das ungarische Memorandum zur COCOM-Frage an, das man den USA überreicht habe¹². Er bittet um deutsche Unterstützung.

BM sagt dies zu. Man könne bei COCOM nicht so tun, als ob sich nichts geändert habe.

AM teilt mit, die Grundstücksfrage für unser GK in Fünfkirchen sei geklärt (Musikschule). Und bezüglich unseres Kulturinstitutes in Budapest habe die ungarische Regierung keine Probleme, wenn es unter dem Namen „Goethe-Institut“ firmiere.

BM dankt für diese Unterstützung.

Referat 010, Bd. 178931

¹⁰ Bundesminister Genscher hielt sich am 29./30. November 1989 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 388.

Für das Gespräch Genschers mit dem französischen Außenminister Dumas am 30. November 1989 in Paris vgl. Dok. 389.

¹¹ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

¹² Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 6. November 1989, in einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 2. November 1989 habe der ungarische Staatsminister Pozsgay darum gebeten, die COCOM-Restriktionen zu erleichtern, und ein Memorandum „über Garantien und Vor-Ort-Inspektionen zur Kontrolle von Technologie-Lieferungen nach Ungarn“ übergeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4513; Referat 221 (204), Bd. 179532.

Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

377

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Göckel**23. November 1989**Über Dg42¹ an D4².

VLR I Dr. Kaestner (ChBK) teilt zum Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh (19.11.1989)³ folgendes mit:

Németh habe vor allem immer wieder betont, daß Ungarn „das Wasser am Hals“ stehe. Németh hoffe auf beschleunigten Abschluß mit dem IWF; vor der Wahl⁴ seien allerdings gewisse IWF-Forderungen nicht akzeptabel (z.B. Betriebs-schließungen, Abwertung, beschränkte Devisenzuteilung für ungarische Touristen). Noch Anfang 1990 seien wichtige Reformgesetze vorgesehen; man könne der Bevölkerung nicht noch zusätzlich scharfe Restriktionen entsprechend den IWF-Wünschen zumuten.⁵

Németh habe außerdem auf Probleme mit der Sowjetunion betreffend Öllieferungen hingewiesen. Die Sowjets hätten zunächst die im RGW üblichen Lieferungen ganz streichen wollen und hätten sich nach Némeths Intervention bereit erklärt, noch 75 % zu liefern. Im Winter werde eine Energiekrise erwartet; für die Kraftwerke würden Kohle und Öl knapp.

Auf vorsichtige Bitten Némeths nach weiterer deutscher finanzieller Unterstützung habe der Kanzler abgewinkt.⁶

Der Bundeskanzler habe vor allem über das EG-Treffen in Paris⁷ unterrichtet und auch auf die engen Grenzen der Hilfsbereitschaft der EG-Partner hingewiesen. (VLR I Dr. Kaestner sagte hierzu ergänzend, der Kanzler habe in Paris eine Tischumfrage gemacht zu der Bush-Initiative, Polen einen Stabilisierungskredit von 1 Mrd. \$⁸ zu geben; die Umfrage sei mit eisigem Schweigen aufgenommen worden, niemand habe reagiert.)⁹

Göckel

Referat 420, Bd. 157170

¹ Hat Ministerialdirigent Dieckmann am 23. November 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 24. November 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Jelonek am 25. November 1989 vorgelegen.

³ Das Gespräch fand in Ludwigshafen statt.

⁴ In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

⁵ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Dieckmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie in vielen E[ntwicklungs]L[ändern]“.

⁶ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Dieckmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁷ Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 vgl. Dok. 361, Anm. 3.

⁸ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

⁹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Dieckmann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Ministerialdirektor Jelonek vermerkte dazu handschriftlich: „Verstehe ich nicht, die 1 Mrd. \$ sind bereits zusammen.“

Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush

VS-vertraulich

24. November 1989¹

Lieber George,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 25. September 1989², in dem Sie Ihre Entschlossenheit betonen, alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, um ein weltweites CW-Verbot zu erreichen, und in dem Sie mich über Ihre neuen Vorschläge in Verfolgung dieses Ziels unterrichten. Mit Ihrem eindrucksvollen Plädoyer vor den Vereinten Nationen³ haben Sie Ihr starkes persönliches Engagement für baldige Beseitigung aller CW eindrucksvoll bekräftigt.

Die erklärte Bereitschaft der USA zu 98-prozentiger Vernichtung ihrer CW in acht Jahren nach Inkrafttreten der CW-Verbotskonvention stellt einen kühnen Schritt dar, der seine Wirkung auf die Sowjetunion und die anderen Verhandlungspartner in Genf nicht verfehlen wird. In der Aufrechterhaltung des 2-prozentigen „retaliatory stockpile“ (Vergeltungsbestandes) sehe auch ich ein politisches Druckmittel, beitragsunwillige Staaten mit CW-Fähigkeit zum Konventionsbeitritt bewegen zu können. Die bilateralen Absprachen von Wyoming⁴ betrachte ich als bedeutsame zusätzliche Schritte, die sich in den Genfer Verhandlungen positiv auswirken müssen.

Ich teile Ihre Zuversicht, daß ein weltweites CW-Verbotsabkommen verifiziert werden kann. Es erfüllt mich mit Befriedigung, daß die von Ihnen 1984 in Genf präsentierte Philosophie der „offenen Einladung“ zu kurzfristigen Kontrollen „any time, any place“⁵ sich inzwischen durchgesetzt hat und auch von der Sowjetunion akzeptiert worden ist. Auch ich bin überzeugt, daß wir ein solches Maß an Kontrolle erreichen können, daß Herstellung und Lagerung von CW in militärisch signifikanten Mengen nicht unentdeckt bleiben würden.

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 27. November 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur dortigen Unterrichtung sowie zur Information der Botschaft Washington“ übermittelt. Dazu vermerkte er: „Das Schreiben wurde bereits unmittelbar auf direktem Weg an das Weiße Haus übermittelt.“

Hat Bächmann am 28. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Hofstetter verfügte.

Hat Kastrup und Hofstetter am 28. November 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 29. November 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

² Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12284 (222).

³ Zur Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 25. September 1989 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 289.

⁴ Zu dem während des Treffens der Außenminister Baker (USA) und Schewardnadse (UdSSR) am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) unterzeichneten Memorandum of Understanding und der Gemeinsamen Erklärung über chemische Waffen vgl. Dok. 289, Anm. 7.

Zum Treffen vgl. Dok. 293.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf anlässlich der Vorlage des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

Bei Verfolgung Ihres klaren Ziels eines baldigen umfassenden weltweiten und verifizierbaren CW-Verbotsabkommens versichere ich Sie der weiteren vollen Unterstützung der Bundesregierung. Uns sollte es darauf ankommen, wie Außenminister Baker gerade in San Francisco⁶ gesagt hat, Bedingungen zu schaffen, die jedem nahelegen, dem umfassenden CW-Verbotsabkommen beizutreten. Dieses Ziel muß Vorrang haben vor Erwägungen, die zwar geeignet sein mögen, Besorgnisse in Teilbereichen zu entkräften, zugleich aber den Gesamterfolg unserer Bemühungen um ein CW-Verbot und die Verhinderung von CW-Proliferation ernsthaft gefährden.

Dies gilt insbesondere für den Gedanken der Aufrechterhaltung der Produktion chemischer Waffen nach Inkrafttreten der Konvention, über den in jüngster Zeit in der Presse spekuliert worden ist. Dies würde den Grundkonsens der Abrüstungskonferenz für ein CW-Verbot in Frage stellen, wie er sich aufgrund des von Ihnen in Genf vorgelegten US-Vertragsentwurfs gebildet hat.

Solange die Produktion chemischer Waffen nicht durch zwingendes Völkerrecht verboten wird, wächst die Gefahr ihrer Weiterverbreitung. Die Einräumung einer Option, chemische Waffen auch nach Inkrafttreten der Konvention zu produzieren, könnte von interessierten Staaten als Einladung genommen werden, sich selbst entsprechende Kapazitäten zu schaffen.

Mit jedem neuen Staat, der sich chemische Waffen zulegt, wird auch die Erarbeitung eines umfassenden und weltweiten CW-Verbots schwieriger. Deshalb begrüße ich es, daß die Maßnahmen gegen die Proliferation chemischer Waffen schon im Vorfeld einer Verbotskonvention in engem Zusammenwirken unserer Regierungen und weiterer westlicher Partner erheblich intensiviert und ausgebaut werden konnten. Die Bundesregierung hat, wie Sie wissen, in diesem Jahr entscheidende Maßnahmen zur Verschärfung ihrer Exportkontrollen ergriffen⁷, die ihre erste Bewährungsprobe bestanden haben. Diesem Problem gilt auch in Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Kohl⁸

VS-Bd. 13041 (204)

⁶ Der amerikanische Außenminister Baker hielt am 23. Oktober 1989 in San Francisco vor dem Commonwealth Club eine Rede zur Rüstungskontrolle. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 25. Oktober 1989, Dokumentation, S. 1–9.

⁷ Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

⁸ Paraphe.

379

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rudolph

232-320.15/1

24. November 1989

Über Dg 23¹, D 2², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Namentliche Nennung der Bundesrepublik Deutschland in zwei VN-GV Resolutionen vom 22.11.1989⁵ zu Apartheid⁶;
hier: Erste Bewertung und Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Bezug: Ihre Weisung vom 23.11.1989

Anlg.: 4⁷

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

A. Kurzfassung

Die kritische Nennung der Bundesrepublik Deutschland in zwei Apartheidresolutionen der 44. GV bedeutet bei aller möglichen Relativierung einen Ansehensverlust. Sie war aber wahrscheinlich durch ihre Vorgeschichte nahezu unausweichlich geworden. Unsere intensiven Bemühungen richteten sich auf Herausnahme der Namensnennungen. Sie brachten, obwohl das erhoffte Ergebnis nicht erreicht wurde, trotzdem beachtliche Erfolge. Wir sind insbesondere einer Verurteilung entgangen. Positiv ist zu werten, daß bei getrennten Abstimmungen über unsere Namensnennung jeweils nur 53 von 159 Mitgliedstaaten für die Beibehaltung stimmten. Alle westlichen und westlich orientierten neutralen Staaten sowie alle EG-Partner stimmten geschlossen mit Nein. Wichtige blockfreie Staaten und viele afrikanische Staaten enthielten sich der Stimme, einige stimmten sogar gegen die Resolutionen.

Die Verabschiedung beider Resolutionen läßt sich nicht rückgängig machen. Wir sollten uns jetzt darum bemühen, den Schaden zu begrenzen und eine Wiederholung dieses Vorgangs zu verhindern. Dabei sollten auch mögliche Re-

¹ Hat Ministerialdirigent Schilling am 24. November 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Kastrup am 24. November 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 24. November 1989 vorgelegen.

⁴ Hat laut Vermerk des Ministerbüros Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 27. November 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Schilling an Referat 232 verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „1) Vorlage wurde von BM mit StS S[udhoff] ausführlich telefonisch besprochen. 2) S[iehe] Unterstreichungen BM auf Seiten 4 + 5.“ Vgl. Anm. 14 und 21.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 4. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup Ministerialdirigent Hofstetter am 4. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Schilling am 4. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rudolph am 4. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Korrigiert aus: „22.1.1989“.

⁶ Vgl. dazu die Resolutionen Nr. 44/27 C und Nr. 44/27 I der VN-Generalversammlung vom 22. November 1989; RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 44th session, S. 35 und 38.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 10, 16 und 20.

aktionen gegen Staaten geprüft werden, die gegen uns gestimmt haben. Das betrifft insbesondere jene drei Staaten, die für unsere Namensnennung vor allem verantwortlich sind: Ghana, Sambia und Simbabwe.

Auch die Apartheid-SGV (12. – 14.12.1989) könnte zur Schadenseindämmung benutzt werden. Möglichkeit eigener nationaler Erklärung und Rang-Niveau unserer Teilnahme sollten geprüft werden.

Ein Abschluß des Blaupausen-Vorgangs⁸ vor der nächsten VN-GV⁹ würde unsere Position verbessern.

B. Vollständige Fassung

I. Ausgangslage

1) Die kritische Nennung der Bundesrepublik Deutschland in zwei Resolutionen der 44. GV (Res. 44/27 C und I zu umfassenden und zwingenden Sanktionen sowie zu militärischer Zusammenarbeit mit Südafrika – Anlg. 1 und 2¹⁰) – bedeutet bei aller möglichen Relativierung für uns einen Ansehensverlust.

Derartige Namensnennungen haben wir zwar mit z.T. weitaus härterer Sprache auch in den Jahren 1976 bis 1983 regelmäßig hinnehmen müssen, wir befanden uns dabei aber vereint mit einer größeren Anzahl anderer westlicher Länder. Diesmal sind wir einmal allein und beim anderen Mal lediglich mit Israel und Chile zusammen aufgeführt.

Die Namensnennung war andererseits durch ihre Vorgeschichte bedingt:

- Die Namensnennung Japans als größter Handelspartner Südafrikas in 43. GV¹¹ hatte nach dem Eindruck der Befürworter solcher Namensnennung zu einem Rückgang des Handels zwischen diesen beiden Ländern geführt.¹²
- Die ausführliche Darlegung der negativen Aspekte des Blaupausen-Vorgangs auch durch Mitglieder des Bundestags-Untersuchungsausschusses vor Anti-Apartheidsgruppen der VN in diesem Jahr hatte die Tendenz zur Namensnennung zunehmend verstärkt.

2) Unsere intensiven Bemühungen durch weltweite Demarchen und entschiedenes Lobbyieren in New York richteten sich auf Herausnahme der Namensnennung insbesondere aus Resolution 44/27 I (Waffenembargo). Diese Bemühungen brachten zwar nicht das erhoffte Ergebnis, erzielten aber trotzdem beachtliche Erfolge. Bei Resolution 44/27 I entfiel der ursprünglich darin enthaltene Vorwurf, die Bundesregierung habe den Blaupausen-Export „erlaubt“. Nach einer diesen Vorwurf eher noch verschlechternden Zwischenfassung richtet sich jetzt die Kritik unmittelbar nur an zwei deutsche Firmen, verbunden mit der Aufforderung an die Bundesregierung, gegen beide Unternehmen eine Strafverfolgung durchzuführen. Eine Nichtstrafverfolgung wird zwar zumindest inzident als Verstoß

⁸ Zu den Lieferungen von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. zuletzt AAPD 1988, I, Dok. 23.

Am 2. April 1987 setzte der Bundestag wie schon in der vorherigen Legislaturperiode einen Untersuchungsausschuß ein. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 8. Sitzung, S. 439.

⁹ Die 45. VN-Generalversammlung begann am 18. September 1990 in New York.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 232, Bd. 153357.

¹¹ Vgl. dazu die Resolution Nr. 43/50 C der VN-Generalversammlung vom 15. Dezember 1988; RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 43rd session, S. 50 f.

¹² Die Bundesrepublik löste 1988 Japan als größter Handelspartner Südafrikas ab. Vgl. dazu Dok. 31.

gegen die Waffenembargo-Resolution 421 (1977) des Sicherheitsrats¹³ gewertet, dies aber nicht ausdrücklich ausgesprochen. Wir sind damit einer Verurteilung entgangen.

Als positiv ist zu werten, daß sich bei getrennten Abstimmungen über unsere Namensnennungen jeweils nur 53 von 159 VN-Mitgliedstaaten bereit fanden, für die Beibehaltung dieser Nennung zu stimmen. Jeweils über 80 abstimmende Staaten waren dazu nicht bereit. Diese Mehrheit derer, die uns eine Namensnennung ersparen wollte, verweist auf ein beachtliches Sympathiepotential, das durch unsere Bemühungen aktiviert und genutzt wurde.

Weiter ist als positiv hervorzuheben,

- daß alle westlichen und westlich orientierten neutralen Staaten bei den getrennten Abstimmungen gegen die Namensnennung stimmten,
- daß bei Resolution 44/27I trotz der vorangegangenen getrennten Abstimmung alle EG-Partner zum Gesamttext in Abweichung von der Vorjahresenthaltung mit Nein stimmten, was zunächst keineswegs gesichert erschien,
- daß der Versuch Sambias, Simbabwe, Ghanas und Ugandas, eine getrennte Abstimmung über unsere Nennung in Res. 44/27I überhaupt zu verhindern (Nichtbefassungsantrag) klar scheiterte (58 für getrennte Abstimmungen, 45 dagegen, 26 Enthaltungen),
- daß sich bei getrennter Abstimmung zur Res. 44/27I wichtige blockfreie Staaten wie Jugoslawien und Indien und viele afrikanische Staaten (darunter Kamerun, Elfenbeinküste, Kenia, Liberia, Zaire) der Stimme enthielten,
- daß unter den Nein-Stimmen der getrennten Abstimmung zu Res. 44/27I auch afrikanische Staaten waren (darunter Malawi, Togo, Sierra Leone),
- daß neun der ursprünglich 35 Miteinbringer dieser Resolution ihre Miteinbringerschaft zurückzogen (Antigua und Barbuda, Benin, Burundi, Komoren, Dschibuti, Gambia, Kenia, Liberia, Niger).

3) Diese positiven Elemente relativieren die Bedeutung beider Gesamtresolutionen und der zu ihnen erzielten Abstimmungsergebnisse (Res. 44/27C: 118:11:22, Res. 44/27I: 106:17:26). Bei Resolution 44/27I wird der Negativ-Effekt für uns auch dadurch relativiert, daß im gleichen Text Israel und Chile namentlich kritisiert werden. Dies hat für viele Staaten, die in getrennter Abstimmung bereit waren, nicht gegen uns zu stimmen, einen Verzicht auf die Nein-Stimme zur Gesamtresolution unmöglich gemacht.

II. Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Die Verabschiedung beider Resolutionen läßt sich nicht rückgängig machen. Selbst einzelne nachträgliche Stimmkorrekturen würden nicht zu einer Korrektur des festgestellten Abstimmungsergebnisses führen, sondern hätten allenfalls psychologische Bedeutung.¹⁴ Wir sollten unsere Anstrengungen daher darauf richten, den eingetretenen Schaden zu begrenzen und die Wiederholung dieses Vorgangs in der nächsten GV zu verhindern.

¹³ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 421 des VN-Sicherheitsrats vom 9. Dezember 1977 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 42.

¹⁴ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

1) Reaktionen gegen Staaten, die gegen uns gestimmt haben

Wir sollten unsere möglichen Reaktionen sorgfältig differenzieren. Ein Rundumschlag brächte voraussichtlich mehr Schaden als Nutzen. Das entspricht auch der Einschätzung der Vertretung (DB¹⁵ Nr. 2692, Anlage 3¹⁶). Wir sollten andererseits ein besonders entschiedenes Verhalten von Staaten gegen uns nicht völlig übergehen.

Nach allgemeiner Einschätzung (Wertung der Vertretung, Kontakte RL 232 in New York) sind für unsere Nennung in beiden Resolutionen und für das Scheitern von Versuchen, sie rückgängig zu machen, vor allem drei Staaten bzw. deren VN-Botschafter verantwortlich: Ghana (Gbeho, zugleich Vorsitzender des Sanktionsunterausschusses des Anti-Apartheid-Ausschusses), Sambia (Zuze, zugleich Präsident des Namibiarats) und Simbabwe (Mudenge). Ein Ausbleiben jeglicher Reaktion würde gerade von vielen afrikanischen Staaten, die uns unterstützt oder sich zumindest nicht aktiv gegen uns gestellt haben, nicht verstanden werden. Auch hierauf deuten viele Äußerungen hin, die wir in New York während des Lobbying erhalten haben.

Wir haben bisher folgendes unternommen:

- Dg32 hat am 23.11.1989 in Sambia gegenüber Präsident Kaunda unsere Enttäuschung über das Verhalten Sambias zum Ausdruck gebracht.¹⁷
- StM Schäfer hat ebenfalls am 23.11.1989 gegenüber dem Staatspräsidenten von Ghana¹⁸ Befremden über ghanesisches Agieren in dieser Sache geäußert.¹⁹
- StS Lengl (BMZ), der am 24.11.1989 nach Sambia zur Unterzeichnung eines Schuldenerlasses reist, wurde ein zwischen Abteilung 2 und 3 abgestimmter und vom StS gebilligter Sprechzettel mit Sachstand zur Verfügung gestellt (Anlage 4²⁰).

¹⁵ Korrigiert aus: „DE“.

¹⁶ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Bräutigam, New York (VN), informierte am 23. November 1989, man habe es „mit einer von praktisch allen VN-Mitgliedern geteilten Überzeugung zu tun, daß Bauunterlagen für U-Boote geliefert und die Lieferung vollständiger Unterlagen zumindest versucht worden ist und daß für das Ausbleiben der Strafverfolgung wegen dieses Verhaltens keine plausible Erklärung vorliegt. Die Einbringer der Resolution konnten sich auf sorgfältige Recherchen und insbesondere die detaillierten Aussagen von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages stützen. [...] Meines Erachtens sollten wir darauf gelassen reagieren. Aus hiesiger Sicht scheint es jedenfalls nicht gerechtfertigt, die Kritik an uns zum Anlaß für negative Reaktionen gegenüber unseren Partnern in dem jeweiligen bilateralen Verhältnis zu nehmen.“ Vgl. Referat 232, Bd. 153357.

¹⁷ Ministerialdirigent Sulimma hielt sich vom 23. bis 26. November 1989 in Sambia auf. Botschafter Timmermann, Lusaka, übermittelte am 25. November 1989 einen Vermerk Sulimmas über ein Gespräch vom 23. November 1989, bei dem er den sambischen Präsidenten Kaunda auf die Hintergründe der Resolution Nr. 44/271 der VN-Generalversammlung vom Vortag angesprochen habe: „Ich erklärte ihm, daß ich es für außerordentlich bedauerlich hielte, daß sich die sambische Vertretung in New York trotz der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und trotz unserer klaren Erläuterungen zum Sachverhalt derart verhalten habe. [...] Kaunda, der unter dem Eindruck des Briefes des Bundeskanzlers zur Schuldenfrage und der herzlichen Atmosphäre des Abendessens stand, wirkte sehr betroffen. Auf meinen Hinweis, daß ein derartiges Verhalten seiner Vertretung in New York in der Zukunft vermieden werden sollte, sagte er: ‚I’ll see to it‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 262; Referat 320, Bd. 155931.

¹⁸ Jerry John Rawlings.

¹⁹ Staatsminister Schäfer besuchte Ghana vom 21. bis 24. November 1989.

²⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für den Sprechzettel vom 23. November 1989 vgl. Referat 232, Bd. 153357.

2) Apartheid-SGV in New York (12. – 14. 12. 1989)²¹

Hier ist zu entscheiden, ob und wie wir in der SGV auf die Namensnennungen reagieren wollen.

Wir sollten auch hier konstruktiv reagieren.

a) Einen ersten Anlaß hierfür bietet die in Aussicht genommene Zwölfererklärung. Wir haben im Zwölferkreis sehr darauf gedrängt, daß die Partner mit einheitlicher Stimme sprechen. Die Afrikaexperten der EPZ in New York haben empfohlen, nationale Erklärungen nur nach Konsultation der übrigen Partner und im Prinzip nur dann abzugeben, wenn der gemeinsame Text die Anliegen aller Partner nicht ausreichend berücksichtigt. Bisher haben nur GB und DK Tendenz zu zusätzlicher Erklärung erkennen lassen. In einer etwaigen nationalen Erklärung könnte eine deutliche Zurückweisung unserer Namensnennung mit einer Darstellung unserer Leistungen (positive Maßnahmen, selektive Maßnahmen) verbunden werden. Der in den Namensnennungen zum Ausdruck kommende Geist der Konfrontation sollte als niemandem dienend bedauert und zurückgewiesen werden.

b) Rang-Niveau unserer Teilnahme

Hierzu gibt es noch keine Leitungsentscheidung. Eine Vorlage wird vorbereitet. In der Afrikaexperten-EPZ-AG neigten fast alle Partner dazu, sich lediglich durch ihre Ständigen Vertreter am Ort vertreten zu lassen. Nur F (EPZ-Präsidentschaft) hat sich bisher für AM-Ebene entschieden, GB erwägt, Staatsminister aus FCO zu entsenden.

c) Für die nächste VN-GV würde ein rechtzeitiger Abschluß des Blaupausen-Vorgangs unsere Position deutlich verbessern.

Unsere Stellung als größter Handelspartner werden wir dagegen voraussichtlich beibehalten und nach bisherigen Informationen für 1989 sogar noch ausweiten.

Rudolph

Referat 232, Bd. 153357

²¹ Die Daten wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

380

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.01/10-4

24. November 1989

Über Dg41, D4¹, Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Billigung

Betr.: Wirtschafts- und Währungsunion;

hier: Vorbereitendes Ministergespräch beim Bundeskanzler zur Vorbereitung ER Straßburg⁴

1) Zur Vorbereitung des TOP Wirtschafts- und Währungsunion auf dem ER Straßburg soll ein Ministergespräch beim Bundeskanzler stattfinden. Termin und Teilnehmerkreis ist noch offen. (Im Gespräch, aber noch nicht bestätigt, ist eine Koalitionsrunde am 29.11.1989. Es ist auch noch offen, ob ggf. WWU auf der Tagesordnung stehen wird.)

2) Der ER Straßburg sollte entscheiden über

- Beginn (evtl. auch Ende) einer Regierungskonferenz und die Organisation der vorbereitenden Arbeiten sowie
- politische Eckpunkte für eine Wirtschafts- und Währungsunion.

3) Termin einer Regierungskonferenz

Die Terminfrage war in den letzten Monaten einer der zentralen Punkte der Diskussion. Der ER wird sich dazu äußern müssen. Eine Ausklammerung erscheint nicht möglich und würde als erheblicher Rückschlag gewertet werden.⁵

– Interne Positionen:

– AA:

Beginn zweite Hälfte 1990; Ende möglichst unter NL-Präsidentschaft in zweiter Hälfte 1991; Momentum muß erhalten bleiben, auch angesichts der europäischen Gesamtsituation; bei entsprechendem politischen Willen

¹ Hat Ministerialdirigent von Kyaw, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek, am 24. November 1989 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Rechtzeitig vor dem Ministergespräch sollte eine Besprechung bei Ihnen stattfinden.“

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 24. November 1989 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 412 verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „Vorlage wurde BM auf der Reise London/Paris vorgelegt.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager und Jelonek verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „BM-Rücklauf“.

Hat Lautenschlager erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 6. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Kyaw am 7. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am selben Tag erneut vorgelegen.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁵ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Kyaw handschriftlich: „D würde dafür die wesentliche Verantwortung zugeschoben bekommen.“

lassen sich anstehende Fragen in 24 Monaten (Dezember 1989–Dezember 1991) lösen.

- Bundeskanzler:
Vor EP am 22.11.1989⁶: „Es wäre ein schwerer Fehler und eine völlige Verkennung der Situation, wenn wir jetzt dem Prozeß der europäischen Einigung den Schwung nehmen würden.“
 - BMF:
Kein Beschluß ER Straßburg; Beginn Regierungskonferenz im Lichte der Erfahrungen von Stufe I; keine Regierungskonferenz während Bundestagswahlkampf; Lösung der anstehenden Probleme außerordentlich schwierig und zeitaufwendig.
 - BMWi (StS Schlecht gegenüber Dg 42⁷):
Beschluß ER Straßburg zu Vorkonferenz Dezember 1990 und/oder Beginn Regierungskonferenz 1991; ansonsten ähnlich wie BMF, will aber eine „mittlere“ Position zwischen AA und BMF einnehmen.
 - Bundesbank:
In sich widersprüchlich, geht aber wohl von Entscheidung für Regierungskonferenz aus: Brief Bundesbank-Präsident Pöhl an Bundeskanzler in Vorbereitung, in welchem auf notwendige politische Eckpunkte verwiesen wird. („Die Regierungskonferenz sollte klare Zielvorgaben in den Grundpositionen erhalten, die für eine funktionsfähige WWU unerlässlich sind.“)
 - Parteien, Spitzenverbände etc.:
Stimmen sind zahlreicher geworden, die vor „übereilten Schritten“ warnen (MdB Graf Lambsdorff, MdB Dregger, Necker (BDI), Stihl (DIHT), Geiger (Sparkassenverband), Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi). Argumente sind Mischung aus innenpolitischen Befürchtungen (Bundestagswahl 1990), sachlichen Überlegungen (mangelnde Konvergenz etc.) und teilweise nationalen Gefühlen.
SPD für Regierungskonferenz.
 - Positionen auf Gemeinschaftsebene:
 - Nachdem sich nun auch holländischer MP Lubbers grundsätzlich für Beginn Regierungskonferenz im Herbst 1990 ausgesprochen hat, gibt es nur noch entschiedene Ablehnung durch GB und zögerliche Haltung durch LUX. DK grundsätzlich einverstanden, richtet sich im übrigen nach uns.
 - GB will Option offenhalten, keine Regierungskonferenz abzuhalten; WWU soll in „evolutionärem Prozeß“ entstehen. Ablehnung Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems und Europäischer Währung.⁸
- 4) Organisation der vorbereitenden Arbeiten hängt ab von Entscheidung über Regierungskonferenz bzw. Vorkonferenz.
- Sollte Vorkonferenz beschlossen werden, würde diese Konferenz „steering committee“ für weitere Arbeiten sein.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl in Straßburg vgl. BULLETIN 1989, S. 1133–1136.

⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Kyaw gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „41“.

⁸ Vgl. dazu das britische Papier „Ein evolutionärer Ansatz für die Wirtschafts- und Währungsunion“ vom 2. November 1989; Dok. 348, Anm. 6 und 7.

Sollte keine Vorkonferenz, sondern Datum für Regierungskonferenz beschlossen werden, müßte aus Sicht AA ebenfalls eine Art „steering committee“ gebildet werden. Irische Präsidentschaft (erstes Halbjahr 1990) denkt in diese Richtung. Harter Widerstand des BMF und anderer Finanzminister zu erwarten.

Intern müßte entschieden werden, wie deutscherseits ein solches „steering committee“ besetzt werden sollte.⁹

AA muß entscheidende Rolle behalten.

5) Politische Eckpunkte

Beschluß politischer Eckpunkte¹⁰ in unserem Sinne parallel zu eventuellen prozeduralen Beschlüssen könnte erheblich zur Erleichterung innenpolitischer Diskussionen beitragen. Auch gegenüber Partnerländern sollten wir frühzeitig deutlich machen, welche Punkte für uns nicht verhandelbar sind:

– Ordnungspolitisch:

Nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestalteter, wettbewerbsorientierter einheitlicher Binnenmarkt.

– Wirtschaftspolitisch:

Am Geldwert orientierte, auf nicht-inflationäres Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau gerichtete Stabilitätspolitik mit einer effektiven Koordinierung der makro-ökonomischen Politiken, die durch ein System verbindlicher Regeln über den Umfang und die Finanzierung nationaler Haushaltsdefizite geleitet werden muß.

– Geldpolitisch:

Der Preisstabilität als prioritärem Ziel verpflichtetes, von Weisungen der nationalen Regierungen und der Gemeinschaftsinstitutionen unabhängiges und föderal strukturiertes europäisches Zentralbanksystem.

– Im Verhältnis Gemeinschaft/Mitgliedstaaten strikte Anwendung des Prinzips der Subsidiarität und der Pluralität.

Interne Positionen:

Kein Dissens in wichtigen Sachfragen zu Endstufe WWU zwischen Ressorts und Bundesbank; Dissens wahrscheinlich bei Definition von Übergangsschwellen zwischen einzelnen Stufen.

Positionen auf Gemeinschaftsebene:

Grunddissens zwischen elf Mitgliedstaaten und Großbritannien;

Elf akzeptieren grundsätzlich Delors-Bericht¹¹, *acquis communautaire* und Mandat ER Madrid¹² als Grundlage für Schaffung WWU mit entsprechenden institutionellen Veränderungen im Rahmen eines einheitlichen Prozesses.¹³

⁹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist eine wichtige Frage, über die intern noch gesprochen werden muß – mit BM.“

¹⁰ Die Wörter „Beschluß politischer Eckpunkte“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

¹¹ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

¹² Der Europäische Rat faßte bei seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid Beschlüsse zu einer Wirtschafts- und Währungsunion. Vgl. dazu Dok. 194, Anm. 8.

¹³ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Einschließlich EP!)“.

Diskussion zu erwarten bei Ausformulierung von wirtschaftspolitischen Prioritäten (Priorität Geldwertstabilität) und ordnungspolitischen Prinzipien (z.B. Unabhängigkeit eines EZBS).

GB akzeptiert nicht die im Delors-Bericht vorgeschlagene Einheitlichkeit des Prozesses mit entsprechenden institutionellen Veränderungen. Britisches Konzept eines „evolutionsorientierten Ansatzes im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion“ wird von übrigen Elf nicht als Alternative akzeptiert.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168735

381

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

27. November 1989¹

Über Herrn Staatssekretär², Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer 3

Betr.: Kolloquium des Planungsstabes vom 20.11.1989 zum Thema:
„Bevölkerungsdruck und Umweltzerstörung“

2 Anlagen⁴

1) Der Planungsstab führte unter Vorsitz von LPI⁵ am 20.11.1989 ein ganztägiges Kolloquium zum Thema „Bevölkerungsdruck und Umweltzerstörung“ durch. Namhafte Wissenschaftler mit Schwerpunkt Demographie, Ernährung und Umwelt, Praktiker besonders aus VN- und Nichtregierungsorganisationen sowie Ressortvertreter (AA, BMU, BMZ) bildeten den Teilnehmerkreis (s. Anlage⁶). Ziel des Kolloquiums war es, die Rolle des Bevölkerungsdrucks in der Dritten Welt für die regionale und globale Umweltzerstörung zu ermitteln und Handlungsstrategien zu entwickeln, die effektiv und zugleich gesellschaftsverträglich den Bevölkerungsdruck eindämmen können.

2) Die Teilnehmer machten u. a. folgende Vorschläge für Handlungsstrategien:

- Aufklärungskampagnen sind erforderlich, um im Norden wie Süden den Zusammenhang und die globalen Auswirkungen von Bevölkerungsdruck und Umweltzerstörung bewußt zu machen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Möckelmann konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. November 1989 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am selben Tag vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Problemanalyse ist wohl zutreffend. Was Ziffer 3 betrifft, so rate ich zur Vorsicht.“

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 29. November 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Brose am 27. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an den Planungsstab verfügte und handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM“.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6 und 23.

⁵ Leiter des Planungsstabes war Klaus Jürgen Citron.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 02, Bd. 178529.

- Der Norden muß Anpassungsstrategien im Verhältnis zu Natur und Umwelt entwickeln, die der Zerstörung Einhalt gebieten und dem Süden als Vorbild für umweltverträgliche Wohlstandsmodelle dienen können. Schadensreparatur reicht nicht aus.
- Bevölkerungs- und Umweltpolitik müssen integraler Bestandteil der Entwicklungspolitik sein. Nachhaltiges Wachstum in der Dritten Welt läßt sich nicht erreichen, wenn beide Sektoren nicht aufgewertet werden.
- Ebenso wie umweltpolitische gehören bevölkerungspolitische Fragen zum Politikdialog zwischen Norden und Süden. Dem multilateralen Rahmen ist dabei der Vorzug vor dem bilateralen zu geben.
- Ein wiederzubelebender Nord-Süd-Dialog, vorbereitet durch einen Nord-Süd-Gipfel, sollte sich den Themen Bevölkerung und Umwelt genauso intensiv widmen wie den Themen Verschuldung, Handel, Drogen u. a.⁷
- Die Abstimmungsmechanismen zwischen den zahlreichen für Bevölkerungsfragen zuständigen VN-Organisationen müssen verbessert und die UNEP gestärkt werden.⁸
- Die globale Bedrohung, die von ungebretem Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung ausgeht, sollte mit der Einrichtung eines Sicherheitsrates⁹ für Bevölkerung und Umwelt beantwortet werden.
- Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank müssen berücksichtigen, daß die Einschränkung staatlicher und halb-staatlicher Ausgaben in Ländern der Dritten Welt nicht die bevölkerungspolitisch wichtigen Sektoren Erziehung, Ausbildung und Gesundheit berühren.
- Die Geberländer müssen zusätzliche Mittel für bevölkerungspolitische Programme zur Verfügung stellen. Eine Umschichtung reicht nicht, wie die Erfahrung mit Mittelangeboten für Umweltmaßnahmen zeigt.¹⁰
- Bevölkerungspolitik¹¹ muß bei uns den Rang von Umweltpolitik erhalten. Ein mit DM 50 Mio. ausgestatteter deutscher Bevölkerungsfonds im Einzelplan 23 sollte hierzu ein Zeichen setzen.
- Der EZ-Koordinierungsausschuß der Geberländer DAC¹² sollte eine ständige Arbeitsgruppe für Bevölkerungs- wie Umweltfragen einrichten, um die Abstimmungsmechanismen der Geber zu verbessern.
- Nichtregierungsorganisationen im Norden wie Süden, besonders von Frauen bestimmt, muß eine Schlüsselrolle im Aufklärungs-, Einführungs- und Durchführungsprozeß bevölkerungs- und umweltpolitischer Aktivitäten zukommen.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Dieses Thema sollte BM im nächsten Jahr neu besetzen.“

⁸ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das müßte dann auch für UNFPA gelten.“

⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im Rahmen der UN? Zusammensetzung?“

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Dies wird mit sehr begrenztem Erfolg schon seit längerem versucht.)“

¹¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorsicht!“

¹² Development Assistance Committee.

Sie müssen ggf. gegen die Interessen der politischen Elite im Süden gestärkt werden.¹³

3) Anregungen

Es wird angeregt, daß Sie in künftigen Reden diese für die Zukunft der Menschheit immer wichtiger werdende Thematik herausstellen.¹⁴ Dabei sollte auf die Rolle der VN verwiesen und betont werden, daß alle gegenwärtigen Entwicklungshilfebemühungen und Umweltprogramme vergeblich sein werden, wenn Nord und Süd sich nicht gleichzeitig um eine sozialverträgliche, d. h. vor allem erziehungsorientierte Bevölkerungspolitik¹⁵ bemühen.

Es wird ferner vorgeschlagen, diese Thematik auch bei Beratungen über die künftige Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland stärker zu betonen.¹⁶

4) Die Diskussion der Ausgangslage bei dem Kolloquium läßt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Multiplikation der Wirkungen aus relativer Überbevölkerung in der Dritten Welt und der Naturverwendung nach Maßstab der Industrieländer bringt für die regionale und globale Umwelt katastrophale Perspektiven mit sich.
- Im Jahre 2000 werden 64 Länder der DW nicht mehr in der Lage sein, sich selbst zu ernähren.
- Wurde Bevölkerungspolitik, speziell Familienplanung, auf der Bevölkerungskonferenz 1974¹⁷ noch als Neokolonialismus, Eingriff in die Souveränität oder die Schöpfung betrachtet, so verpflichteten sich die Unterzeichner des Aktionsplans von Mexiko 1984¹⁸ bereits zur Einbeziehung der Bevölkerungs- in die Entwicklungspolitik.
- Bevölkerungspolitik heißt primär Senkung der Geburtenziffern, wobei die Familiengröße bestimmt wird durch die Stellung der Frau in der Gesellschaft, Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind, den Informationsgrad und Zugang zu Familienplanungsdiensten, die Höhe des Familieneinkommens und die Bildungsmöglichkeiten für Frauen.
- Die chinesische Bevölkerungspolitik der Ein-Kind-Familie war zeitweise erfolgreich wegen der individuellen Einsicht, daß weniger Kinder bessere Bildungs- und Einkommensmöglichkeiten bedeuten. Der in der chinesischen Gesellschaftsstruktur mögliche soziale Druck wirkt stärker als rechtliche und materielle Sanktionen.¹⁹

¹³ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Und gegen den Papst!“

¹⁴ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[ichtig]“.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das müßte aber sehr behutsam geschehen – das Thema ‚Bevölkerungspolitik‘ gehört mit zu den sensibelsten Themen.“

¹⁶ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Womit aber auch innenpolitische Fragestellungen aufkommen).“

¹⁷ Die erste VN-Weltbevölkerungskonferenz fand vom 19. bis 30. August 1974 in Bukarest statt.

¹⁸ Die zweite VN-Weltbevölkerungskonferenz fand vom 6. bis 14. August 1984 in Mexiko-Stadt statt. Für den Wortlaut der „Recommendations for the further implementation of the World Population Plan of Action“ vom 14. August 1984 vgl. UNITED NATIONS DEPARTMENT OF TECHNICAL CO-OPERATION FOR DEVELOPMENT, Report of the International Conference on Population, New York 1984, S. 6–42.

¹⁹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Genau dies hat die USA bisher davon abgehalten, Beiträge zu UNFPA zu leisten (weil UNFPA u. a. auch chinesisches ‚Bevölkerungsprogramm‘ fördert).“

- Die indische Bevölkerungspolitik steht 20 Jahre nach ihrem Beginn wieder am Anfang. Zentral erarbeitete und (teilweise mit Zwang) durchgeführte Programme haben Bewußtsein, Werte und Motivation der lokalen Nachbarschaften weitgehend vernachlässigt. Die Bedeutung der Erziehung für das regenerative Verhalten wurde unterschätzt. Der Bevölkerungsdruck auf die Umwelt zeigt sich besonders darin, daß rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche geschädigt ist.
- In Afrika hat Bevölkerungspolitik fast noch gar nicht Fuß gefaßt. Traditionen, Machtdenken und geringe Bevölkerungsdichte sind Grund hierfür. Der durch Umweltschäden bedingte dramatische Rückgang der wirtschaftlich nutzbaren Flächen, verbunden mit extrem hohen Zuwachsraten der Bevölkerung, beginnt ein Umdenken einzuleiten.
- Für Familienplanungsdienste sollte strikte Freiwilligkeit ohne materielle Anreize gelten. Sie sollten Angebote umfassender sexueller Aufklärung, freie Auswahl unter mehreren bewährten Methoden der Empfängnisverhütung, Möglichkeit der Nachbetreuung und einen möglichst hohen Einsatz einheimischer Mitarbeiter umfassen sowie in Mutter-und-Kind- bzw. allgemeine Gesundheitsprojekte eingebettet sein.
- Für die Zahl gewünschter Kinder sind kulturelle, soziale und religiöse Interessen in vielen Gesellschaften gleichgewichtig zu ökonomischen; der Zugang zu kontrazeptiven Mitteln macht diese daher aus religiösen, sozialen und kulturellen Gründen häufig nicht akzeptabel. Entsprechend werden Verhaltensänderungen weniger durch den Westen oder die DW-Eliten als mehr durch kulturelle und gesellschaftliche Vorbilder im Mikrokreis bewirkt werden.
- Mit Änderungen im regenerativen Verhalten auf eine Senkung der Kleinkindersterblichkeit kann frühestens erst nach einer Generation gerechnet werden.
- Die Stellung der Frau ist entscheidend für die Bestimmung künftiger Wachstumsraten der Bevölkerung: Rechtliche Stellung und sozialer Status, Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Heiratsalter, Zugang zu Familienplanungsdiensten und Gesundheit entscheiden maßgeblich über die Familiengröße.
- Die Akzeptanz der Familienplanung auf freiwilliger Basis ist im letzten Jahrzehnt in Teilen der Dritten Welt erheblich gewachsen, wobei politische und kulturelle Eliten asiatischer und lateinamerikanischer Länder eine deutlich positivere Einstellung als afrikanische haben.
- Auch wenn die Beziehung zwischen kleiner Familie und Wohlstand nicht eindeutig ist, übt die demographische Entwicklung des Nordens Einfluß auf die Einstellung des Südens aus. Deshalb sind die amerikanischen „right-of-life“-Fundamentalisten mit ihrem pro-natalistischen Denken außerordentlich schädlich, auch weil sie US-Beiträge zu Bevölkerungsprogrammen in der Dritten Welt verhindern.
- Zwischen 1990 und 2000 wird die Bevölkerung der Dritten Welt um 902 Millionen wachsen. Von den heute 4 Milliarden sind in der Dritten Welt rund 40% unter 15 Jahre alt. Auf der Suche nach Einkommen übt der Norden eine starke Anziehungskraft aus. In den Maghrebstaaten wollen nach Schät-

zungen schon heute rd. 20 Mio. Einwohner nach Europa (Migration als Bedrohung.)²⁰

- Die Entwicklungsländer speziell Afrikas haben in den letzten Jahren aus Mangel an Ressourcen die Mittel für Bevölkerungsplanung auf rd. DM 10 pro Kopf jährlich halbiert. Mit zusätzlichen DM 10,- pro Kopf jährlich über ein Jahrzehnt hinaus könnte bei Mitwirken der Eliten die heutige Bevölkerung Afrikas (650 Mio.) weitgehend stabilisiert werden. Dies würde Mittel in Höhe von DM 6,5 Mrd. allein für Afrika erforderlich machen.
- Die westlichen Industrieländer stellen durchschnittlich nur 1 % ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA²¹) für Bevölkerungsprogramme bereit. Mindestens 4 % müßte der Anteil sein, wenn die am Bedarf der Entwicklungsländer orientierten Bevölkerungsprogramme der VN-Organisationen durchgeführt werden sollen.

5) Das vom Planungsstab durchgeführte Kolloquium wurde von den Teilnehmern als wichtiger Anstoß für die Bewußtseinsbildung bezeichnet und mit der Erwartung politischer Weichenstellung verknüpft. Gerade die Vertreter des BMZ erhoffen sich eine Unterstützung des AA bei ihren Bemühungen, der Familienpolitik stärkere Unterstützung zu sichern.²²

Für uns entscheidend ist, daß aktive Bevölkerungspolitik angesichts der globalen Herausforderung heute nicht mehr tabuisiert ist und daß sie weit intensiver als bisher gefördert werden kann und muß.

Wie bedeutsam diese Thematik ist, zeigte auch das Internationale Forum über „Bevölkerung im 21. Jahrhundert“ Anfang November in Amsterdam (vgl. beiliegenden Vermerk²³).

Citron

Referat 02, Bd. 178529

²⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das große Thema in 10/15 Jahren! Auch für die Struktur des Ausw[ärtigen] Dienstes!“

²¹ Official Development Assistance.

²² An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wie soll denn das aussehen?“

²³ Dem Vorgang beigelegt. Die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Möckelmann vom 14. November 1989 resümierte die Beratungen des Internationalen Forums über „Bevölkerung im 21. Jahrhundert“, das vom 6. bis 9. November 1989 in Amsterdam stattfand. Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix**214-320.10 TSE****27. November 1989¹**Über Herrn D2 i. V.² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Aktuelle Lage in der ČSSR (Stand 27.11.1989 vormittags)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die aktuelle Lage in der ČSSR (Stand 27.11.1989 vormittags) gibt Anlaß zu folgenden ersten bewertenden Bemerkungen:

1) Unter dem Druck seit dem 17.11.1989 täglich wiederkehrender Massendemonstrationen in Prag und anderen tschechoslowakischen Städten ist die gesamte spätstalinistische Prager Parteiführung am 24. und 26.11.1989 zurückgetreten. Mit der Wahl des bislang weithin unprofilieren, daher als unbelastet geltenden 48-jährigen ZK-Abteilungsleiters Karel Urbánek zum Nachfolger von KPTsch-GS Jakeš hat die Partei ihr Bemühen zum Ausdruck gebracht, den fälligen Neubeginn auch durch einen personellen Generationenwechsel an der Führungsspitze zu signalisieren.

Das ZK der KPTsch hat auf seiner Krisensitzung am 26.11.1989 einen Sonderparteitag für den 26.1.1990 einberufen, welcher die personelle, programmatische und organisatorische Neuorientierung der Partei vollziehen soll.

2) Die neue Parteiführung bemüht sich sichtbar um Dialog und Kooperation mit der Opposition und anderen gesellschaftlichen Kräften außerhalb der KP (Koalitionsangebot). Erstes konkretes Ergebnis des am 26.11.1989 begonnenen Dialogs der Führung (früherer MP Adamec) mit der Opposition: Freilassung aller politischen Gefangenen am 27.11.1989.

3) Der Führungswechsel in Prag ist eine logische Konsequenz der lähmenden Strukturkrise in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der ČSSR. Das alte Regime, durch die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings⁴ an die Macht gelangt und zu durchgreifenden Reformen weder bereit noch fähig, sah sich angesichts der Reformen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn, vor allem aber in Anbetracht der Reformentwicklungen in der DDR und Bulgarien, am Ende innen- und außenpolitisch weitgehend isoliert. Neben Rumänien war die ČSSR der letzte WVO⁵-MS, der noch nicht den Weg der Umgestaltung und Öffnung beschritten hatte. Den entscheidenden letzten Stoß erhielt das Regime durch die Entwicklungen in der DDR, den Sturz Schiwkows⁶ und die im In- und Aus-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat Annen konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 27. November 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 27. November 1989 vorgelegen.

⁴ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

⁵ Warschauer Vertrags-Organisation.

⁶ Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

land mit Empörung aufgenommenen brutalen Repressionsmaßnahmen der tschechoslowakischen Sicherheitsorgane gegen Demonstranten am 28.10.1989 (tschechoslowakischer Nationalfeiertag⁷) und am 17.11.1989.

4) Notwendige Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Neubeginn sind durchgreifende strukturelle und personelle Veränderungen an der Spitze von Partei und Staat. Dabei verfügt die diskreditierte Partei- und Staatsführung nach 20-jähriger konsequenter orthodoxer Kaderpolitik in der KPTsch nicht über Politiker, die nach innen und außen eine Politik der Umgestaltung und Öffnung glaubwürdig vertreten können.

5) Die seit dem 19.11.1989 im „Bürgerforum“ zusammengeschlossene Opposition greift nach Jahren der Begrenzung ihrer Wirkung auf einen Kern von Dissidenten vorwiegend aus Kreisen der Intellektuellen erstmals auf die breite Bevölkerung einschließlich der bislang eher apathischen Industriearbeiterschaft zurück, die sich bislang politisches Wohlverhalten mit Konsumgeschenken honorieren ließ. Ein für den 27.11.1989 ausgerufenen zweistündigen symbolischen Generalstreik wird Aufschluß über das Ausmaß der Unterstützung für die Anliegen der Opposition durch die Bevölkerung geben.

6) Auch die Opposition ist trotz einzelner herausragender Persönlichkeiten (Václav Havel, Jiří Hájek) weitgehend ohne politische Führungspersönlichkeiten. Hoffnungsträger der Reformer ist daher der 68-jährige frühere Parteichef Alexander Dubček, der nach 20-jähriger erzwungener politischer Abstinenz in der Bevölkerung als politische und moralische Autorität anerkannt ist. Dubček scheint bereit, im Zuge der nunmehr eingeleiteten Entwicklung erneut eine politische Führungsrolle zu übernehmen.

Derix

Referat 214, Bd. 139906

⁷ Zu den Demonstrationen am tschechoslowakischen Nationalfeiertag vgl. Dok. 335.

383

Botschafter Ruth, Rom, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1645****Aufgabe: 27. November 1989, 11.58 Uhr¹****Citissime nights****Ankunft: 27. November 1989, 11.35 Uhr**

Betr.: Äußerungen von MP Andreotti zur deutschen Frage;
Hier:²

Bezug: DB Nr. 1621 vom 21.11.1989 – Pol 322.00³

Zur Unterrichtung

Brüssel Euro: Bitte sofort BM-Delegation vorlegen.⁴

MP Andreotti hat sich in einem Interview mit der zweitgrößten Tageszeitung Italiens, „Corriere della sera“, vom 26.11.1989⁵ sowie in einem Namensartikel in der „Stampa Sera“ vom 27.11.1989⁶ auch zur deutschen Frage geäußert. Er hat dabei im wesentlichen die bereits in anderen Äußerungen der jüngsten Zeit festgelegte Linie, von einer Nation und zwei Staaten zu sprechen und im übrigen auf die Grenzaussagen der Schlußakte von Helsinki⁷ zu verweisen, bekräftigt. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die Äußerungen Andreottis von hiesigen deutschen Korrespondenten aufgegriffen und im Sinne einer grundsätzlichen Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung in der Linie seiner Äußerungen von 1984⁸ gedeutet werden. Dies würde jedoch den differenzierten Äußerungen des italienischen Ministerpräsidenten nicht gerecht werden.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Libal, Rom, konzipiert.

Hat Legationssekretärin Grzeski am 27. November 1989 vorgelegen, die die Weiterleitung an Referat 212 und das Büro Staatsminister „zu Interpretation KSZE-Schlußakte“ verfügte.

² So in der Vorlage.

³ Botschafter Ruth, Rom, teilte mit, der italienische Ministerpräsident Andreotti habe „in einem Interview im ‚Messaggero‘ vom 19.11.1989 [...] zur Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, insbesondere auch in Deutschland, Stellung genommen und dabei die [italienische] Haltung wie folgt skizziert: [...] ‚Das Konzept einer Nation und zweier Staaten ist ein Konzept, das nicht an Aktualität verloren hat. Das Problem der Wiedervereinigung, wie alle einräumen, ist, wenigstens für den Moment, nicht auf dem Tapet. Ich glaube, daß es gut ist, die Probleme ins Auge zu fassen, die existieren, und nicht jene, die in einer langfristigen Perspektive aufkommen können.‘“ Vgl. Referat 223 (203), Bd. 173565.

⁴ Bundesminister Genscher nahm am 27. November 1989 an der EG-Ministerratstagung in Brüssel teil. Vgl. dazu Dok. 389, Anm. 20.

⁵ Vgl. den Artikel „Andreotti: che dirò a Gorbaciov“; CORRIERE DELLA SERA vom 26. November 1989, S. 1f.

⁶ Vgl. den Artikel „Europa a grandi passi verso la ‚casa comune‘“; STAMPA SERA vom 27. November 1989, S. 1f.

Botschafter Ruth, Rom, informierte am 28. November 1989: „Wie heutige [italienische] Presse berichtet, stammt gestriger Namensartikel in ‚Stampa Sera‘ nicht von MP Andreotti, sondern von AM De Michelis. [...] Für die Bewertung ergibt sich hieraus die Feststellung, daß es zwar in der politischen Substanz (Primat der europ[äischen] Einigung, keine Gefährdung der Reformprozesse in Osteuropa und der Annäherung zwischen West und Ost) keine Divergenzen zwischen Andreotti und de Michelis gibt, daß aber die Wahl der Formulierungen durch AM De Michelis eine etwas positivere Haltung zum Problem der Überwindung der deutschen Teilung erkennen läßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1659; Referat 223 (203), Bd. 173561.

⁷ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁸ Zu den Ausführungen des italienischen Außenministers Andreotti am 13. September 1984 in Rom zur deutschen Frage vgl. AAPD 1984, II, Dok. 236 und 255.

Zur Bewertung der Äußerungen Andreottis ist folgendes zu sagen:

1) Die Aussagen zur deutschen Frage stellen jeweils nur einen Teilaspekt der Äußerungen Andreottis dar, die sich mit dem umfassenden Prozeß der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa befassen. Sie sind allerdings, im Falle des „Corriere“ durch die Auswahl der Überschriften „Die Grenzen mit dem Osten sind unantastbar. Für Andreotti ist die Existenz zweier Deutschland heute eine Tatsache“, für den Leser besonders stark herausgehoben worden.

2) Mit seinem Hinweis auf die Notwendigkeit, die sowjetischen Militärs nicht durch eine Infragestellung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen und Bündnisstrukturen in Europa zu beunruhigen, spezifiziert Andreotti nur die im Westen allgemein anerkannte These, daß der Westen nicht versuchen dürfe, sicherheitspolitisches Kapital aus den Veränderungen im Osten zu schlagen.

3) Andreottis Verteidigung der Endgültigkeit und Unberührbarkeit der Grenzen im Lichte der KSZE-Schlußakte ist ausdrücklich auf sämtliche in der Vergangenheit wurzelnde Grenzprobleme in Europa und nicht ausschließlich auf die deutsche Frage bezogen. Darüber hinaus hat Andreotti⁹ in seinem Namensartikel – und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die Ereignisse in Berlin – hervorgehoben, daß der freie Verkehr von Personen, Ideen und Sachen in einem endlich homogeneren Europa die Grenzen bedeutungslos machen sollte.

Allerdings muß hier, wie schon bei einer früheren Äußerung von AM De Michelis, die einseitige Interpretation der KSZE-Schlußakte, nämlich ohne den Hinweis auf die Möglichkeit einer friedlichen und einvernehmlichen Änderung der Grenzen (Prinzip I der Schlußakte), kritisch vermerkt werden. Ich rege an, die italienische Regierung möglichst bald in geeigneter Weise auf die korrekte Interpretation der Schlußakte aufmerksam zu machen.

4) Es kann kein Zweifel bestehen, daß Andreotti die Formel von der einen Nation und den zwei Staaten für die gegenwärtige Situation gelten lassen will. Zugleich verweist Andreotti korrekt auf die Präambel zum GG¹⁰ und auf unsere Politik der Europäisierung der deutschen Frage. Während seine Weigerung, im „Corriere“, sich über künftige Entwicklungen zu äußern, als persönliche Kühle gegenüber den Aussichten auf eine Überwindung der deutschen Teilung gedeutet werden kann, zeigt der Artikel in „Stampa Sera“¹¹ die Bereitschaft, anzuerkennen, daß die Verwirklichung der Einheit der deutschen Nation in Form einer Integration zwischen den beiden deutschen Staaten durchaus eine Aufgabe der Zukunft ist. Allerdings – aber auch dies ist die traditionelle italienische Linie – soll diese Integration im Rahmen eines verstärkten Zusammenhalts innerhalb der EG und von organischen Beziehungen zwischen dieser und den Staaten des Ostens erfolgen.

5) Die von flüchtigen Lesern möglicherweise am stärksten inkriminierten Äußerungen Andreottis über die Unerwünschtheit eines bestimmten Typs von Wiedervereinigungsprozeß beziehen sich in ihrem gedanklichen Zusammenhang eindeutig auf die Gefahr einer spontanen, unkontrollierten und daher die Stabilität

⁹ Dieses Wort wurde von Legationssekretärin Grzeski gestrichen. Dafür fügte sie handschriftlich ein: „De Michelis.“ Vgl. Anm. 6.

¹⁰ Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

¹¹ Die Wörter „Stampa Sera“ wurden von Legationssekretärin Grzeski hervorgehoben. Dazu vermerkte sie handschriftlich: „De Michelis“. Vgl. Anm. 6.

der Verhältnisse in Europa untergrabenden Entwicklung und nicht auf das Konzept einer Wiedervereinigung für sich genommen.

6) Natürlich ist unverkennbar, daß im Vergleich zu anderen italienischen Politikern, etwa zu Staatspräsident Cossiga, Andreotti eine deutlich distanzierte Haltung gegenüber der Möglichkeit einer staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands erkennen läßt. Es wäre aber nicht richtig, seine Äußerungen immer im Lichte seiner Bemerkungen von 1984 zu interpretieren. Für die ganze italienische Regierung ist entscheidend, daß der Prozeß des Wandels in Mittel- und Osteuropa nicht außer Kontrolle gerät und einen Rückschlag erleidet und daß sich alle künftigen Wandlungsprozesse – einschließlich eines etwaigen Prozesses der Herstellung der Einheit Deutschlands – im Rahmen der stabilen Strukturen der EG und des KSZE-Prozesses vollziehen.

[gez.] Ruth

Anlage

Es folgt die Übersetzung der für uns wichtigsten Passagen.

1) Aus dem Interview im „Corriere della Sera“ vom 26.11.1989:

... Frage: Der Westen hat sich lange gefragt, ob der gesamte Reformprozeß in Osteuropa unumkehrbar ist. Was ist heute noch umkehrbar, und was ist es nicht mehr?

Antwort: Hier geht es darum, die Risiken zu bewerten, und ich glaube, daß im wesentlichen zwei Risiken bestehenbleiben: Das erste betrifft den militärischen Faktor, wenn das Verhältnis zum Osten, das nun alle Gebiete umfaßt, auch die Sicherheitsprobleme außerhalb des Rahmens der laufenden Verhandlungen und somit außerhalb des Dialogs zwischen NATO und Warschauer Pakt mit einbeziehen würde, dann glaube ich, daß die sowjetischen Militärs darin ein schwerwiegendes Problem sehen könnten und dann wiederum im Inneren ein Problem verursachen könnten, das dann letztendlich die Reform behindern würde. Das andere Risiko, das mir geringer erscheint, weil ich glaube, daß es niemand wirklich stellt, sind die Grenzen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Schlußakte von Helsinki von 1975 in der Geschichte Europas eine Wende dargestellt hat, auch weil sie bekräftigt hat, daß die Grenzen nunmehr endgültig sind und nicht in Frage gestellt werden dürfen. Wenn diese Frage nun wieder neu gestellt würde, dann glaube ich, daß wir hier dann einige Probleme für alle bekämen, und die ersten Anzeichen dafür sind gerade aus dem Osten gekommen durch die Kontraste zwischen Ungarn und Rumänien. Aber es ist zweifelsohne so, daß die Konsolidierung der europäischen Landkarte Zeit und hohe Wachsamkeit erfordert.

Frage: Wenn Bush und Mitterrand behaupten, sie fürchteten die deutsche Wiedervereinigung nicht, sagen sie also nicht die ganze Wahrheit ...

Antwort: Dies ist eine Frage, bei der es um Realismus und Vorsicht geht. Im übrigen sollte man hier nicht weiter gehen als die Deutschen selbst. Die Regierung in Bonn ist an die Klauseln ihres Grundgesetzes gebunden und an die Möglichkeit, eines Tages durch Befragung und freie Selbstbestimmung eine positive Lösung für ihre Probleme zu finden. Aber von Beginn an ist diese Perspektive in den Rahmen einer europäischen Vision gestellt worden, und die Vereinbarung von Helsinki kam anschließend. Ich glaube also, daß heute die Existenz einer Nation in zwei Staaten eine Tatsache ist, eine Realität, die nicht

bestritten wird. Etwas anderes wäre es natürlich, sich die zukünftigen Entwicklungen der Geschichte vorzustellen, weil dies Aufgabe eines Propheten wäre und wir hingegen dazu da sind, Politik zu betreiben.

Frage: Glauben Sie also, daß in einer vorhersehbaren Zukunft die Frage der deutschen Einheit sich nicht stellt?

Antwort: Ich glaube nicht. Auch wenn ich mir bewußt bin, daß Probleme wie dieses sich einer rationalen Bewertung entziehen können. Wir haben Gorbatschow Honecker umarmen sehen, es hieß, daß die Mauer noch hundert Jahre stehen würde, und wir wissen, wie es letztendlich dann kam. Aber ich hoffe, daß im Falle der deutschen Wiedervereinigung ein solcher Prozeß nicht stattfindet, weil ansonsten ein Nachzieheffekt entstehen würde und die ganze europäische Nachkriegsordnung Gefahr laufen würde, umgeworfen zu werden. Eine der positiven Schlußfolgerungen des Abendessens im Elysée¹² war gerade dies. Einige fürchteten, daß Frau Thatcher uns sagen würde, daß neue politische Probleme entstanden sind, daß dies nicht der Augenblick ist, die Entwicklung in der Gemeinschaft zu beschleunigen. Aber Frau Thatcher hat in Paris nicht ein einziges Wort in dieser Richtung gesagt.

Frage: Scheint es Ihnen realistisch zu sein, von der Überwindung der traditionellen Bündnisse zu sprechen, wie dies die Sowjets tun? ...

... Antwort: Denken wir z.B. einen Augenblick daran, was geschehen würde, wenn Ostdeutschland ein militärisches Problem aufwerfen würde, das Problem des Bündnisses. Dann müßten wir unseren Atem jede Minute anhalten, und nicht jeden Tag, wie wir das bereits tun.

2) Aus dem Namensartikel in „Stampa Sera“ vom 27.11.1989:

Die deutsche Frage ist emblematisch für das Erfordernis der Verbindung einer mehr als 40 Jahre andauernden Stabilität mit der neuen demokratischen Dimension in Europa. Wichtig ist der geopolitische Rahmen, in den die Deutschen die Einheit ihrer Nation stellen werden.

Es ist wünschenswert, daß die Integration zwischen den beiden deutschen Staaten, ganz gleich, welche Form sie hat, in einen Kontext des vertieften Zusammenhalts der europäischen Gemeinschaft und organischer Beziehungen zwischen ihr und den östlichen Ländern erfolgt.

Bush und Gorbatschow werden bei ihrem Treffen in Malta¹³ ganz gewiß einer Meinung sein über die strategische Bedeutung der Integration im Europa von heute, und zwar gemäß einer Sicherheitslogik, die sich genau an den Antipoden derjenigen befindet, die mit dem Namen Jalta¹⁴ verbunden ist und auf Desintegration fußt. Was die Frage der Grenzen anbetrifft, so bin ich der Auffassung, daß man sie auch hier unter Befolgung der Kriterien von Helsinki bedeutungs-

¹² Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 vgl. Dok. 361, Anm. 3.

¹³ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

¹⁴ In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

los werden lassen sollte durch die Freizügigkeit der Dinge, der Gedanken, der Personen in einem endlich homogenen Europa, in dem sich die Gesellschaften mischen und die Volkswirtschaften sich integrieren, wie dies in diesen Tagen unter dem Himmel von Berlin geschieht.

Referat 223 (203), Bd. 173561

384

Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15863/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1413

Aufgabe: 28. November 1989, 11.21 Uhr¹
Ankunft: 28. November 1989, 13.21 Uhr

Betr.: Sitzung Eurogroup 27.11.1989;
hier: Eurodinner

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt der sehr offen geführten Diskussion, bei der mehrere Verteidigungsminister ausdrücklich an WEU-Ministerberatungen vor zwei Wochen² anknüpften, standen einerseits der seither mit noch größerer Dynamik verlaufende Prozeß der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zu politischer Reform, auf der anderen Seite aber auch die sich mehrenden Anzeichen für ernsthafte Versorgungsprobleme, zumal auf dem Energiesektor, mit der Perspektive kurzfristiger krisenhafter Zuspitzung. Vor diesem Hintergrund wurden Handlungsoptionen westlicher Staaten – mit deutlich differenzierter Akzentsetzung – erörtert und Frage nach Stabilität der Sicherheitsstruktur in Europa geprüft. Bei allgemein positivem Ansatz wurden Sorgen deutlich artikuliert, besonders zu SU, aber auch Polen und anderen Staaten.

BM Stoltenberg erläuterte auf allgemeinen Wunsch eingehend Entwicklungen in der DDR und beantwortete zahlreiche, zum Teil mit deutlichen Sympathiekundgebungen für Entwicklung in Deutschland verbundene Fragen zu weiteren Perspektiven. Ohne auf BK-Regierungserklärung vom 28.11.³ Bezug zu nehmen, erläuterte er Bereiche, in denen konkrete Schritte der Annäherung durch Zusammenarbeit möglich sind. Seine Bekräftigung fester Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und der Einbettung der deutschen Frage in den europäischen Kontext wurde mit Befriedigung aufgenommen.

Forderung BMs, kurzfristige Hilfe der EG und anderer Instanzen zu erhöhen, damit erste Chance zur Demokratie nicht in Wirtschaftskrise untergeht, wurde

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 30. November 1989 vorgelegen.

² Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1989 in Brüssel vgl. DIE EINHEIT, Dok. 21.

³ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

ebenso zustimmend aufgenommen wie seine Feststellung, daß Westen auch zur Unterstützung durchgreifender Wirtschaftsreformen beitragen müsse, in denen Voraussetzungen für tiefgreifende Verbesserungen durch Transfer von Kapital, Technologie und Know-how gefördert würden, auch wenn hier gewisse Vorbehalte und Attentismus erkennbar wurden.

PTG-Minister⁴ fand breite Zustimmung, als er Verantwortung der Europäer hervorhob und ihre Initiative forderte. Er betonte, daß Hilfe zur erfolgreichen Reform in derzeitiger Lage bessere Sicherheitsinvestition sei als vermehrte Rüstungen.

BM appellierte an seine Kollegen, sich im Bewußtsein der historischen Bedeutung gegenwärtiger Entwicklungen nicht nur für volle Nutzung der Rüstungskontrolldynamik zur Unterstützung der Reformen einzusetzen, sondern auch für Aktivierung der sonstigen, westlichen Regierungen verfügbaren Handlungsoptionen.

GB betonte neben den Chancen vor allem die großen Herausforderungen und Risiken von Rückschlägen bis hin zum Einsatz von Gewalt in Mittel- und Osteuropa, der Allianz vor „wirkliche Probleme“ stellen würde.

Einvernehmlich wurde schneller Abschluß der Wiener Verhandlungen⁵ gefordert (türkisch-griechische Problematik⁶ wurde nicht angesprochen).

Angesichts jüngster Meldungen aus USA wurde – auch mit Blick auf am 28.11. anstehende DPC-Beratung⁷ – unterstrichen, daß unilaterale Reduzierungen, zumal der USA, sehr schädliche Kettenreaktionen auslösen könnten und daß Vorverteidigung weiter gewährleistet werden müsse. BM arbeitete heraus, daß Festhalten an Vorverteidigung keineswegs west-östlicher oder deutsch-deutscher Annäherung von vorneherein enge Grenzen setzt.

Angeregt durch spanische Präsidentschaft kam es zum Schluß zu einem eher als „Brainstorming“ zu bezeichnenden Gedankenaustausch darüber, wann und ggf. in welchem Umfang derzeit als Grundpfeiler der westlichen Sicherheit bezeichnete Elemente wie Vorverteidigung oder flexible Erwiderng⁸ überprüft werden könnten.

SNF-Frage wurde dabei am Rande durch SPA angesprochen (angesichts DDR-Entwicklung wäre Stationierungsforderung ernster Fehler). GB warnte vor Abrücken von Gipfeleinigung⁹, die Problem aus wohlerwogenen Gründen der Prüfung im Jahre 1991 vorbehalten habe.

Im einzelnen:

1) Entwicklung in DDR

BM Stoltenberg skizzierte zunächst Entwicklung bis zur Grenzöffnungsentscheidung vom 9.11.¹⁰ und politische Reformschritte, die seither durch demokratische

⁴ Eurico de Melo.

⁵ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

⁶ Zu den Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei vgl. Dok. 374, Anm. 13.

⁷ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 28./29. November 1989 in Brüssel vgl. Dok. 387.

⁸ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁹ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁰ Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

Massenbewegung erzwungen worden sind. Während Richtung politischer Reform bereits erkennbar sei, bestehe im wirtschaftlichen Bereich Unklarheit. Wirtschaftslage der DDR sei schlechter als zunächst vermutet. Ohne erste Reformschritte werde sich beim Privatsektor kein Vertrauen in wirtschaftliche Entwicklung ergeben, ohne sein umfassendes Engagement werde aber letztlich die zur Behebung der Wirtschaftskrise notwendige Umstrukturierung nicht möglich sein. Bundesrepublik Deutschland sehe sich einerseits in der Lage, Ratschläge geben zu können und müssen, andererseits aber solche Ratschläge nicht aufdrängen zu dürfen. DDR zögere verständlicherweise mit grundlegender Währungsreform. Volle Konvertibilität sei in naher Zukunft schwer vorstellbar. Eher scheine ein realistischerer offizieller Wechselkurs möglich.

Auf entsprechende Fragen erläuterte BM die unter gewissen Voraussetzungen (kontinuierliche politische Reform bis hin zu freien Wahlen in etwa einem Jahr und Einleitung der Wirtschaftsreform) gegebenen Ansatzpunkte für engere Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR. Diese Möglichkeiten würden auch anderen EG-Partnern offenstehen.

BM Stoltenberg arbeitete mit Nachdruck heraus, daß Entwicklung in DDR nur im Gesamtzusammenhang der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, ausgehend von Gorbatschow-Reform in SU, möglich geworden sei: Freiheit und Demokratie seien die gemeinsamen Leitideen in allen Reformstaaten.

In Deutschland gebe es natürlich ein zusätzliches Problem, das manche als erledigt angesehen hätten. Aber jüngste Entwicklung habe deutlich gemacht, daß die deutsche Nation eine Realität sei.

Bezugnehmend auf die „mancherorts lautgewordenen Sorgen“ bekräftigte BM unsere feste Verankerung in EG und NATO und erinnerte an konsequente Politik der Bundesregierung, Überwindung der Teilung nur im Zusammenhang eines europäischen Prozesses, nicht aber isoliert zu suchen (Stichworte: Selbstbestimmungsrecht und europäische Friedensordnung).

Zu den Zukunftsperspektiven befragt, bezeichnete BM es als notwendig, daß EG eine Politik der Assoziierung für mittel- und osteuropäische Länder entwickle, sofern diese es wünschen. Volle Mitgliedschaft könne derzeit weder von ihnen noch von EG-Seite akzeptiert werden. Assoziierung erlaube aber, hilfreiche Modelle zu entwickeln, die jeweiliger Situation Rechnung trügen.

Andere Minister dankten BM für erneute und offene Unterrichtung, Minister King (GB) anerkannte ausdrücklich verantwortungsbewußte Politik von BK und Bundesregierung.

2) SU

Es bestand Einvernehmen über in letzten Monaten stark verschlechterte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die durch zunehmende Nationalitätenprobleme verschärft wird. BM äußerte Sorgen über angekündigte Kürzungen von SU-Energielieferungen an COMECON-Partner und mögliche negative Konsequenzen halbherziger sowjetischer Wirtschaftsreform auch bei ihnen.

Minister Serra (Spanien) bezweifelte SU-Bereitschaft, mit wirklicher Wirtschaftsreform verbundene Kosten (z.B. vorübergehendes Ansteigen der Arbeitslosigkeit und negative Wirkungen eines Preismechanismus) zu akzeptieren.

Minister Ditlev-Simonsen¹¹ (NWG) nahm Information über Energiesektor mit großer Besorgnis auf: Nicht nur sei Energie die „Seele jeden Wachstums“, Energieexporte seien für SU auch fast einzige Devisenquelle. Ihr Einstellen würde außerdem auf Welt-Ölpreisniveau wirken.

¹²³) Westliche Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa

BM Stoltenberg bezeichnete Prüfung als dringend, wie kurzfristige Hilfe seitens EG oder anderen Staaten erhöht werden kann. Es wäre aus westlicher Sicht Tragödie, wenn die demokratisch orientierten Führer der Reformländer beim ersten Anlauf zur Demokratisierung an der Folge einer Wirtschaftskrise scheitern würden. Über Soforthilfe, besonders Nahrungsmittelhilfe¹³, gebe es in EG Konsens.

Längerfristig sei dies aber keine Lösung. Westen müsse beratend helfen, Wirtschaftsreform selbst durchzuführen, d. h. auf Bedingungen hinwirken, in denen größerer Transfer von Kapital, Technologie und Know-how wirksam werden könne.

Minister Serra verstärkt aufgrund eigener spanischer Erfahrungen in den 30er und 70er Jahren Argumentation: Es müsse demonstriert werden, daß Demokratie mit besserem Lebensstandard verbunden sei. Aber man könne nicht nur, wie US-Vertreter es noch Anfang Oktober formuliert hätten, zeigen, „wie man Fische fängt“. Bis man das gelernt habe, müsse man auch Fische zu essen haben. Aufgabe des Westens sei es also, die Verantwortlichen zu wirklicher Reform zu überreden und parallel Schritte zur Verbesserung des Lebensstandards zu fördern. Der Weg, der im Osten eingeschlagen werde, hänge auch von westlicher Hilfe und Phantasie ab.

Unter allseitiger Zustimmung zog portugiesischer Verteidigungsminister politische Schlußfolgerungen für Allianz:

- Demokratische freie Entwicklung in Osteuropa ist am besten.
- Dafür ist auch wirtschaftlicher Fortschritt erforderlich, der nur mit Solidarität westlicher Länder erreicht werden kann.
- Hilfe für Osteuropa kann gegenwärtig mehr für westliche Sicherheit leisten als erhöhte Rüstungsaufwendungen. Dies sei jedenfalls Haltung portugiesischer Regierung.
- Westeuropäer müssen Initiativen ergreifen und können Handeln weder Gorbatschow noch USA überlassen.

NWG ergänzte:

- Große gemeinsame Anstrengung setzt voraus, daß Privatwirtschaft ein Teil des Risikos durch Verbürgungssystem in großem Maßstab abgenommen wird. Ein Teil des Risikos muß von den Ländern selbst (auch SU) übernommen werden.

BM ergänzt:

- Es ist koordinierte westliche Anstrengung unter Einschluß von USA erforderlich. Da öffentliche Mittel nicht im notwendigen Umfang verfügbar sind, muß Fluß privaten Kapitals in Gang gesetzt werden. Verantwortung für wirtschaft-

¹¹ Korrigiert aus: „Simonson“.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1414 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

liche Vertrauensbildung liegt bei jeweiligen Regierungen. Risikomittragung durch Westen ist aber wichtig (Erläuterung deutschen Garantierahmens für Polen).

Im Gegensatz zu diesen nach vorn weisenden konzeptionellen Überlegungen betonten GB und B eher die Risiken und Herausforderungen (GB: „Europa stehen schwere Zeiten bevor“).

4)¹⁴ VKSE

Spanien plädierte für schnellen Abschluß und warnte vor ambitioniertem Versuch, westliche Verhandlungsposition an neue Lage anzupassen. Weitere Abrüstungsschritte könnten später erwogen werden.

GB war ebenfalls für schnelle Fortschritte in Wien, mahnte aber Engagement der Verteidigungsminister an, um Eigenleben der Verhandlungen (d.h. losgelöst von Verteidigungsbedürfnissen der Allianz) zu vermeiden. Insbesondere dürfe Vorneverteidigung nicht in Frage gestellt werden. Dies könne bei Hinausgehen über jetzige Vorschläge der Fall sein, daher sei sehr sorgfältige Prüfung künftiger Vorschläge notwendig.

DK bestätigte, daß „Realität der Vorneverteidigung“ für DK (und MS in vergleichbarer Nähe zum WP) auch in gegenwärtiger Lage unverzichtbar sei.

Auch BM unterstrich politische Bedeutung der Vorneverteidigung und verdeutlichte, daß sie – auch tiefen – Veränderungen im West-Ost- oder im deutsch-deutschen Verhältnis nicht entgegensteht: Selbst wenn es in der Zukunft zu gewissen gemeinsamen Institutionen zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR komme, was wünschenswert sei, könnten durchaus noch sowjetische Truppen in DDR stationiert sein. BM befürwortete daher ein stufenweises System der Veränderungen.

5) Spekulationen über US-Rückzüge

GB-Verteidigungsminister teilte aus Gespräch mit Cheney am 27.11. mit, dieser sei sich bewußt, daß Reduktionen nur nach Allianzberatungen erfolgen könnten. Er verstehe auch, daß unilaterale Reduzierungen, zumal der USA, unkontrollierbare Kettenreaktionen auslösen könnten.

King unterstrich erneut, der einzige „proper yardstick“ für weitere Veränderungen und Reduzierungen sei Beibehaltung einer glaubwürdigen Verteidigung. Angesichts divergierender Einzelinteressen der Mitgliedstaaten komme gemeinsamer Prüfung der militärischen Bewertung besondere Bedeutung zu. Dabei sei Einbeziehung von F wichtig.

6) West-Ost-Entwicklung und Stabilität westlicher Sicherheitsstrukturen

Spanischer Minister Serra unternahm Versuch, angesichts dynamischer Prozesse Elemente der Stabilität zu identifizieren. EG bezeichnete er als klarstes und stabilstes Element. Hingegen sah er es als Fehler an, „für andere Lage konzipierte Rezepte“ (z.B. Vorneverteidigung) als Stabilitätselemente auch in der neuen Lage unbedingt bewahren zu wollen („braucht man sie noch, wenn es deutsche Union gibt?“). Man müsse sich auf Kernelemente der Strategie konzentrieren und nicht „sinnlos“ versuchen, alles zu erhalten. Es wäre beispielsweise auch ein schwerer Fehler, jede Überprüfung der flexiblen Erwiderung zu verweigern.

¹⁴ Korrigiert aus: „3)“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

GB-Minister King bezeichnete es seinerseits als ernsten Fehler, angekündigte Änderungen schon als Tatsache zu sehen, bevor sie durchgeführt seien. Sowjetische Rüstungsproduktion erbringe auch in Perestroikazeiten beachtliche Leistungen, so daß jeder Nachfolger Gorbatschows über eindrucksvolles modernes Arsenal verfügen würde.

Bericht hat BM Stoltenberg vorgelegen.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13041 (204)

385

Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 4911

Aufgabe: 28. November 1989, 13.02 Uhr¹

Ankunft: 29. November 1989, 09.52 Uhr

Betr.: Sowjetische West-Politik vor dem Malta-Gipfel²

Zur Unterrichtung

1) „Helsinki II“³ und „Transformation, nicht Liquidation“ der Gegebenheiten, auch der Bündnisse, sind die Schlüsselbegriffe des sich entwickelnden Konzepts der SU für die Stabilisierung des rapiden Wandels in Mittel- und Osteuropa. Ihre sich häufende Verwendung durch Gorbatschow in der Serie der nicht abbreißenden hochrangigen Besuche in den letzten Wochen zeigt, daß die SU unter Gorbatschow inzwischen nicht mehr als Status-quo-Macht bezeichnet werden kann.

2) „Stabilität“ und „Ruhe“ sind zwar nicht weniger häufig zu findende Worte. Sie bezeichnen aber inzwischen nicht mehr das Ziel der sowjetischen Politik einer bedingungslosen Verteidigung der „Nachkriegsordnung“, sondern sind Ausdruck der Forderung, bei der im Gange befindlichen Veränderung dieser Nachkriegsordnung „ruhig“ und „vernünftig“ vorzugehen, d. h. vor allem, „nicht einseitig“ und „im Konsens“ die „Erbschaft der Geschichte“, d. h. „die Teilung Europas“, zu überwinden, von der die „deutsch-deutschen Fragen“ nur „ein Glied“ sind.

3) Zwar fehlt es bisher an näheren Erläuterungen von autorisierter Seite, welche konkreten Vorstellungen hinter diesen Darlegungen Gorbatschows und Scharowskys stehen. Dennoch ergeben sie vor dem Hintergrund der rasch voranschreitenden Emanzipationsbewegungen in Mittel- und Osteuropa und in der Vorbereitung des Gipfels von Malta den erkennbaren Versuch, von westlicher

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

Hat Legationsrat I. Klasse Luy am 30. November 1989 vorgelegen.

Das Dokument wurde bereits veröffentlicht in: ARNIM, Zeitnot, S. 235–239.

² Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

³ Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 369, Anm. 10.

Seite eine politische Legitimation einer neuen Struktur in Mittel- und Osteuropa zu gewinnen, die sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung trägt, den Bestand der SU sichert und wirtschaftlicher Hilfe des Westens auch an die SU den Weg öffnet.

4) Dieses massive sowjetische Interesse ist insbesondere die Konsequenz des laufenden Verlustes des politischen Werts der sowjetischen militärischen Präsenz in Mittel- und Osteuropa. Die SU hat auf den Einsatz dieser Streitkräfte zur Erzwingung von Konformität verzichtet. Dieser Verzicht ist auch glaubwürdig, da ein Einsatz alle Chancen zu einer umfassenden Zusammenarbeit des Westens mit der SU und auf ökonomische Entlastung durch Abrüstung auf lange Zeit zerstören würde.

5) Angesichts des diesem Verzicht auf Gewalt folgenden Funktionsverlusts dieser Streitkräfte und Fehlens einer glaubhaften Bedrohung durch die NATO ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Völker der bisherigen WP-MS den Abzug der sowjetischen Truppen verlangen werden. Denn sie sehen, bei allen Problemen untereinander, in diesen Truppen in erster Linie nicht einen Schutz vor den NATO-Truppen, sondern die eigentliche Bedrohung. Sie können nicht hoffen, daß zukünftige sowjetische Führer sich bezüglich ihres Einsatzes selbst die Hände ähnlich binden.

Dies ist der sowjetischen Führung bewußt. Sie wird deshalb, und dies schlägt sich in der Forderung nach „Helsinki II“ nieder, zu handeln versuchen, bevor die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa die sich bildende Zwickmühle, die ihre Präsenz gefährdet, endgültig schließt.

6) Die Suche nach einem Ersatz für den WP muß in dieser Lage zwangsläufig über Absprachen mit dem Westen laufen, die durch Legitimation andauernder, wenn auch evtl. stark reduzierter US-Präsenz eine politische Basis für vergleichbare sowjetische Präsenz schaffen.⁴ Dazu sollen beide Bündnisse offenbar so etwas ähnliches wie Suborganisationen eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems werden.

7) Aus diesem Ansatz folgt, daß die SU kein Interesse an der Verdrängung der amerikanischen Präsenz und auch kein Interesse an einer Antagonisierung von GB und F wegen deren Status als nukleare Mächte hat. Sie braucht ihre Präsenz und Mitwirkung an diesem Gesamtsystem genauso im ökonomischen Bereich, in dem es nicht im Interesse der SU liegt, auf das sich allmählich zusammenschließende Deutschland als einzigen potenten und gleichzeitig kooperationswilligen Partner im Westen angewiesen zu sein.

8) Dieses Interesse an umfassender Kooperation ist aber die eigentliche Triebkraft der sowjetischen Außenpolitik. Es entspringt dem Willen, den Anschluß der SU an den Entwicklungsstand der modernen Staaten des Westens zu schaffen. Dieser Wille ist der Motor der internen Demokratisierung der SU, die ihrerseits nolens volens die SU zur Hinnahme ähnlicher Prozesse in den WP-MS veranlaßt hat.

9) Der Versuch der Legitimierung sowjetischer Sicherheitsinteressen mit Hilfe des Westens ist aber nicht nur der Versuch, aus der Not des Machtverfalls im WP eine Tugend zu machen. Die Nationalitätenprobleme in der SU sind viel-

⁴ Korrigiert aus: „Präsenz zu schaffen“.

mehr inzwischen tatsächlich dabei, den Bestand der Union in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung zu bedrohen. Es ist keineswegs sicher, daß die Republiken im Kaukasus und vor allem im Baltikum bereit sind, freiwillig bei der Union zu bleiben, wenn diese nur den Zwangscharakter ihrer Bildung in den 20er Jahren anerkennt. Gerade für das Baltikum-Problem sind daher territoriale Bestandsgarantien des Westens in indirekter Form, wie z. B. eine Bestätigung der europäischen Grenzen, für Gorbatschow von großem innenpolitischen Wert.

10) In der Zunahme der Diskussion über die Eignung eines westlichen „Marshallplans“ für die SU in den sowjetischen Medien sowie insbesondere in der allmählich stärkeren Erwähnung dieses Themas in den Äußerungen der Führung, wenn auch bisher in der Form, daß man auf Almosen nicht angewiesen sei, wird aber deutlich, daß Gorbatschow und seine Mannschaft ein solches Gesamtsystem auch brauchen könnten, um nicht nur Diskriminierungen zu beseitigen, sondern echte Hilfe zu erhalten. Das beginnende Interesse an vom Westen bisher Entwicklungsländern vorbehaltenen staatlichen Garantien von Krediten ist ein bezeichnendes Symptom. Es folgt inzwischen auch nicht mehr lediglich dem den Gesamtprozeß auslösenden und tragenden Interesse an einer Wiedergewinnung des Anschlusses an den Westen, sondern ist immer stärker die Konsequenz eines sich verschärfenden Versorgungsnotstandes.

11) Die SU sieht sich selbst in dieser Lage fast auf ganzer Linie in einer Position der Schwäche. Sie fürchtet, daß die USA sich auf eine Lebensversicherung für den WP durch seine Verknüpfung mit der NATO zu einem Gesamtsystem der Sicherheit nicht einlassen, die Erosion der sowjetischen Position in Mittel- und Osteuropa, eventuell sogar im Baltikum abwarten und u. U. sogar noch verstärken würde. Gleichzeitig sitzt die Sorge tief, daß die Deutschen, gerade weil sie das Gegenteil beteuern, die seit 1945 noch nie so günstig erscheinende Lage ausnutzen könnten, um ihre nationale Frage zu forcieren.

12) In dieser Situation bauen Gorbatschow und seine Mannschaft auf den Verstand des Westens, d. h. auf die Erkenntnis, daß ein weiteres Abgleiten der sowjetischen Position entweder ihn zu einem radikalen Wechsel seiner Politik zwingen oder, nach inneren Auseinandersetzungen, eine neue Führung an die Macht bringen könnte, die eine radikal veränderte, d. h. die alte sowjetische Politik betreibt. Während vor einiger Zeit eine dynamische Außenpolitik (z. B. INF-Abkommen⁵) ein Mittel der Kompensation für das Ausbleiben innerer⁶ wirtschaftlicher Erfolge war, tritt jetzt deutlich die Sorge in den Vordergrund, daß eine nicht mehr ganz kontrollierte außenpolitische Dynamik die innere Stabilität negativ beeinflusst.

⁷13) Gorbatschow hofft dabei, dies ist die Folge seiner Eindrücke des Besuchs bei uns⁸, die stark gewesen sein müssen, wohl vor allem auf uns, da wir nur in einer

⁵ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

⁶ Korrigiert aus: „immer“.

⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4912 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁸ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Gesamtregelung Aussicht haben, unser nationales Problem dauerhaft lösen zu können. Er setzt gleichzeitig auf das Interesse von GB und F, eine übermäßige deutsche Position in Europa zu verhindern, auf das er in seinen Gesprächen bei beiden⁹ wohl deutlich genug gestoßen ist.¹⁰ Alle Hinweise von sowjetischer Seite, daß es aber gerade diese Staaten seien, die die deutsche Einheit nicht wollen, machen aber deutlich, daß sie selbst inzwischen nicht mehr glaubt, sich ihrerseits dagegen exponieren zu müssen. Sie ist einerseits in der vorteilhaften Lage, dort, wo sie Zeit braucht, weitgehend durch andere bremsen lassen zu können, aber auch zu wissen, daß eine Beschleunigung, sollte eine solche ihr Vorteile bringen, letztlich in ihrer Hand liegt. Andererseits legt sie sich gewiß die für ihr Gewicht höchst bedeutsame Frage vor, ob – objektiv und in der Perception (einiger) westlicher Staaten – noch die bisher unbezweifelte Prämisse stimmt, daß nämlich der Demokratisierungsprozeß in Mittel- und nichtsowjetischem Osteuropa unauflöslich an die Perestroika mit allen ihren Facetten in der SU gebunden ist. Vieles spricht dafür, daß dies nicht mehr der Fall ist, dort vielmehr der point of no return auch dann überschritten bleibt, wenn es in der SU selbst zu einem Rückschlag käme. Trifft dies zu, wäre das Interesse an der SU zumindest bei denen reduziert, für die die Grenze Europas am Bug liegt. Das Klassenziel der kleineuropäischen Demokratisierungsmission wäre also schon erreicht, die SU im Grunde (wenn auch noch unter Berücksichtigung ihrer Größe und Masse) marginalisiert. Daß eine solche Schlußfolgerung für die Sowjetunion nicht nur nach ihrem (macht-)politischen Selbstverständnis, sondern auch für die gegenwärtige Führung wegen ihrer mannigfaltig begründeten Politik der Europäisierung der SU unerträglich sein muß, liegt auf der Hand. Sie wäre, käme sie zu Wirkung, das Ende dieser Politik und ihrer Exponenten. Die Sowjetunion hat zumindest zwei Hebel, die sie gegen eine solche Tendenz einsetzen kann:

- Die mehr oder weniger diskrete Demonstration, daß ohne sie in der blockübergreifenden und mit der Demokratisierung in der DDR, Polen usw. nicht identischen deutschen Frage nichts geschehen kann, aber alles, wenn sie sich dazu in Übereinstimmung mit dem Willen und den Gefühlen der Deutschen entscheiden sollte. Dies angesichts der Tatsache, daß sie als europäische Macht bei ihrer Größe vom Argument der zu vielen 80 Mio. Deutschen eigentlich nicht sehr zu beeindrucken ist.
- Die (relative) Sicherheit, daß wenigstens die Deutschen das wissen und es bei der Definition ihrer Interessen und ihres substantiellen Engagements ins Kalkül einbeziehen (obgleich einige Töne aus der deutschen Wirtschaft in allerletzter Zeit, jetzt sich in der näherstehenden und „leichteren“ DDR auf Kosten der schwierigeren SU engagieren zu wollen, hier doch irritiert haben). Recht autoritative Äußerungen, nach denen die sowjetische Führung in der Bundesrepublik das westliche Land mit der weitaus größten Fähigkeit des Verstehens, was die SU heute sei und was sie politisch wolle, sehe, haben hier ihren Platz.

⁹ Korrigiert aus: „Gesprächen beiden“.

¹⁰ Vgl. dazu das Gespräch der britischen Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 23. September 1989 in Moskau und das Telefongespräch des französischen Staatspräsidenten Mitterrand mit Gorbatschow am 14. November 1989; MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 85 und 104.

14) Gleichzeitig sieht die SU, daß jener britisch-französische Schutzschild gegen die Entwicklung in Deutschland fallen dürfte, wenn Bedingungen, die es jetzt noch politisch legitimieren, wie die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, brüchig werden. Die Hauptunbekannte in diesem Kalkül ist deshalb die Geschwindigkeit der Abläufe in der DDR bzw. die Ungewißheit, ob ihre Bevölkerung diesen Staat in neuer Form doch tragen würde, was die Sowjetunion derzeit angesichts seines Mangels an historischer Identität wohl kaum glaubt, oder ob sich zunächst Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wiederentdecken und dann eine neue Föderation nicht mehr aufzuhalten ist. Es fällt auf, daß in allen Äußerungen zur deutschen Frage („nicht unter den jetzigen Gegebenheiten, aber ...“), auch in persönlichen Gesprächen, Zeitspannen, in denen das wohl letztlich für unvermeidlich Gehaltene „aber“ sich realisieren könnte, nicht mehr erwähnt werden (anders als soeben noch Frau Thatcher¹¹). Es kommt darauf an, die Rahmenbedingungen geschaffen zu haben, bevor elementare Ereignisse eintreten, die eben – diese Erfahrung hat man am 9.11. gemacht – nicht absolut auszuschließen sind. Daneben (und überhaupt nicht nachrangig) mag die Überlegung eine Rolle spielen, daß der Druck der deutschen Frage die Schaffung solcher Rahmenbedingungen fördert, die – ganz abgesehen vom deutschen Aspekt – im dringenden materiellen Interesse der SU liegen, s. o. Ziff. 8 u. 10. Dieses materielle Interesse wird in entscheidendem Maße nur mit deutscher Kooperationsbereitschaft zu befriedigen sein.

15) Die gesamte Interessenslage der SU, aber auch der Charakter Gorbatschows, sprechen dafür, daß er schnell vorangehen will. Der Gipfel von Malta ist der geeignete Ort. So wird es wahrscheinlich, daß die SU dort

- gegen politische Legitimation des WP in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem die weitere Toleranz der Emanzipationsprozesse im WP anbietet;
- den Weg zur jeder Lösung der deutschen Frage, die sowjetischen Interessen entspricht, offenhält, ohne daß Auswirkungen auf den territorialen Bestand der SU sowie den der anderen WP-MS eintreten dürfen;
- die Beschleunigung des Prozesses der Abrüstung mit Truppenabzügen herbeiführt, um Restkontingente politisch abzusichern.

[gez.] Blech

Referat 210, Bd. 140727

¹¹ Die britische Premierministerin Thatcher erklärte am 22. November 1989 in einem Zeitungsinterview: „There can be no question of redrawing the boundaries of Germany for many years.“ Vgl. den Artikel „East Bloc democracy gets top priority“, THE TIMES vom 24. November 1989, S. 5.

386

Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 4936
Citissime

Aufgabe: 29. November 1989, 10.14 Uhr¹
Ankunft: 29. November 1989, 09.04 Uhr

Betr.: Besuch BM Genscher in der Sowjetunion vom 4. bis 6.12.1989²;
 hier: Stand der Wirtschaftsreform in der SU und Engagement der
 deutschen Wirtschaft

Bezug: Schriftbericht Nr. 3581/89 vom 21.11.1989 – Az.: Wi 400.00³

Anlg.: 1

Zur Unterrichtung

Unterstützung der Perestroika durch ein größeres Engagement der deutschen Wirtschaft ist wünschenswert. Ohne politische, aber wohl auch finanzielle Unterstützung der Bundesregierung wird dies nicht zu erreichen sein.

Im einzelnen

Fragen der Wirtschaftsreform und eines stärkeren deutschen Engagements dürften während des geplanten BM-Besuches eine Rolle spielen.

Botschaft hat bereits mit o. g. Schriftbericht über Entwicklung und Stand der Wirtschaftsreform in der SU berichtet. In letzter Zeit sich häufende kritische Bemerkungen sowjetischer Gesprächspartner über mangelnde Risikobereitschaft der deutschen Wirtschaft, vor allem aber Bemerkungen von Generalsekretär Gorbatschow gegenüber Bundestagspräsidentin Süssmuth am 17. November 1989⁴, veranlassen mich aber zu einigen zusätzlichen grundlegenden Feststellungen:

Unterstellt, der Vorwurf mangelnder Risikobereitschaft, worunter sowjetische Seite mangelnde Bereitschaft zu Investitionen im größeren Umfang und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf neuen Gebieten versteht, sei zutreffend, so ist nach den Gründen dieser Zurückhaltung zu fragen. Diese Gründe sind in dem offenen Ausgang der Reformbemühungen und den schwierigen Wirtschaftsbedingungen in der SU zu suchen, die sie für die deutsche Wirtschaft in Zeiten der Hochkonjunktur nicht oder nur in Ausnahmefällen attraktiv macht.

¹ Das von Gesandtem Winkelmann, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5, 12 und 17.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

³ Botschafter Blech, Moskau, resümierte: „Erstmals seit Beginn der Perestroika liegt heute ein in sich abgestimmtes Konzept der Wirtschaftsreform vor. [...] Unzufriedenheit mit der angespannten, sich noch weiter verschlechternden Versorgungslage, Nationalitätenkonflikte und der jahrelang unterdrückte Anspruch auf politische Mitgestaltung entladen sich in wirtschaftlich schmerzhaften Streiks. Schwarzmarkt und steigende Wirtschaftskriminalität diskreditieren Ansätze zur ‚Privatwirtschaft‘, ehe sie noch haben Fuß fassen können. Reformorientierte Wirtschaftspolitik findet keine ausreichende Resonanz in einer Bevölkerung, der wirtschaftliches Denken und Handeln ungewohnt, ja fremd sind. Der emotionale Widerstand gegen jeden Ansatz zu einer Preisbildungsreform ist kaum zu überschätzen. [...] Die Zeit drängt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147186.

⁴ Zum Gespräch der Bundestagspräsidentin Süssmuth und des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 17. November 1989 in Moskau vgl. Dok. 369.

Wie wir sieht auch die deutsche Wirtschaft, daß eine Prognose über den Ausgang der wirtschaftlichen und politischen Reformbemühungen schwer zu treffen ist. Beide Reformbemühungen sind untrennbar miteinander verknüpft. Der Wirtschaftsreform liegt der Gedanke zugrunde, daß nur die Wiederbelebung der Privatinitiative die sowjetische Wirtschaft vor dem Kollaps retten kann. Diese Wiederbelebung ist aber ohne Diskussions- und Meinungsfreiheit unmöglich. Ein etwaiges Scheitern der politischen Reform müßte daher ein Scheitern der Wirtschaftsreform nach sich ziehen. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftsreform ist auch deshalb unvorhersehbar, weil das die Berechenbarkeit der Psyche des sowjetischen Menschen voraussetzt, die von 70 Jahren Diktatur und Planwirtschaft geprägt ist. Eine psychische Entwicklung läßt sich aber nicht mit Sicherheit bestimmen, insbesondere dann nicht, wenn die Voraussage in eine Investitionskalkulation aufgenommen werden muß. Für die Gegenwart ist folgendes festzuhalten:

1) Die breite Masse ist träge und müde geworden. Die Opferbereitschaft früherer Jahre ist der fordernden Erwartung gewichen, daß „die da oben“ für ihr Wohlergehen zu sorgen hätten. Das Bewußtsein für die Eigenverantwortlichkeit fehlt, ebenso die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen und die damit verbundenen Opfer. Diese lethargische Grundhaltung läßt Freude an der Arbeit und vor allem an sorgfältiger Arbeit nicht aufkommen. Allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit und Schlußerei sind die Folgen. Ausnahmen gibt es, sie bestimmen nicht das allgemeine Bild.

Die Ursachen dafür liegen in der schrecklichen Vergangenheit.

2) Der Direktor eines sowjetischen Betriebs ist durch Ausbildung und Erfahrung auf wirtschaftlich vernünftiges Handeln nicht vorbereitet. Zu selbständigen Entscheidungen und zum Eingehen eines Risikos, wie jeder Geschäftsmann bei uns, ist er nicht in der Lage. Er begreift nicht, was ein Risiko für sein Unternehmen, für ihn selbst und für die ihm anvertrauten Arbeitskräfte sein kann. Also sieht er auch nicht, wie sehr er sich anstrengen muß, um dieses Risiko, ist es einmal eingegangen, von Tag zu Tag unter Kontrolle zu halten und zu mindern. Über seinen Erfolg entschied bisher nicht der Marktmechanismus, sondern sein Gehorsam gegenüber seinem Vorgesetzten, der wiederum fest in die Verwaltungshierarchie mit ihren allgemeinen, nicht vom Markt bestimmten Plananweisungen eingebunden war. Die Folge dieser Wirtschaftsreform ist zum einen die Tonnenideologie mit ihrer Vernachlässigung von Warenqualität und der Verschwendung von Ressourcen, zum anderen die Unfähigkeit des Direktors, in einer weniger geplanten Wirtschaft selbständig Lieferanten und Abnehmer zu finden.

3) Der Wiederbelebung der Privatinitiative zum Preis von weniger Planung steht der Widerstand großer Teile der Bürokratie entgegen, die bisher diesen Plan festlegte und durchführte. Das überrascht nicht. Für sie bedeutet weniger Planung Verlust von Einfluß, Privilegien und möglicherweise sogar der Stellung.

4) Noch schwieriger als in der übrigen Wirtschaft ist die Lage in der Landwirtschaft, weil der russische Bauer, von gewissen Teilen des Landes abgesehen (aus denen übrigens Gorbatschow stammt), noch nie vollkommen selbständig gewesen ist und in ihm die mit der Zwangskollektivierung verbundenen fürchterlichen Ereignisse besonders nachhaltig weiterwirken. Es gibt schlichtweg kaum noch einen bodenverbundenen Bauern („wir haben sie umgebracht“). Außerdem ist beim jetzigen Agrararbeiter der Neid auf selbständig mit Erfolg Wirtschaftende,

obwohl auch sonst verbreitet, besonders stark ausgeprägt und steigert sich zuweilen in kriminelle Handlungen.

5) Das Nebeneinanderbestehen von alten und neuen Formen des Wirtschaftens führt zwangsläufig zu einem weiteren Sinken der Produktivität der sowjetischen Wirtschaft. Bis zu einem realen Wachstum wird daher noch eine längere Übergangszeit vergehen, in der Konsumgüter weiterhin knapp sein oder ganz fehlen werden. Die dringend notwendige Unterstützung der Reform durch die breite Masse dürfte dadurch noch schwieriger zu erhalten sein.

Der offene Ausgang der wirtschaftlichen Reformbemühungen und die schwierigen Arbeitsbedingungen in der SU machen die Zurückhaltung deutscher Unternehmen verständlich. Um so mehr, wenn unsere Unternehmen daran gewöhnt sind, auch bei vernünftig riskanten Engagements eine Aussicht zu haben, im dritten oder vierten Jahr in schwarze Zahlen zu kommen. (Mittlere Unternehmen können überhaupt nicht anders, als in solchen Zeiträumen zu kalkulieren.) Die Bundesregierung hat keinerlei Möglichkeit, sie zu einem stärkeren Engagement zu zwingen. Sie sollte aber alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um ihnen ein Engagement zu erleichtern. Denn die weitere Unterstützung der Perestroika liegt sowohl in unserem politischen als auch langfristig wirtschaftlichen Interesse. Ihr Scheitern können wir aus vielen bekannten Gründen nicht wollen, von denen zwei nochmals genannt werden sollen:

1) Vom Ausgang der Reformbemühungen hängen nicht nur die weitere Entwicklung in der SU, sondern auch das Schicksal der Reformprozesse in den übrigen osteuropäischen Ländern und in der DDR ab. Die Entwicklung in der SU bleibt vielleicht nicht der Schlüssel für die Veränderungen in Osteuropa, sicher aber für die DDR. Wegen der DDR liegt der positive Ausgang der Reformbemühungen in der SU auch in unserem nationalen Interesse.

⁵2) Auch langfristig müssen wir ein großes wirtschaftliches Interesse an einem verstärkten Engagement in der SU haben. Es wäre kurzfristig, wegen augenblicklicher Schwierigkeiten hier und voller Auftragsbücher zu Hause jetzt die SU zu vernachlässigen.

Die SU bildet potentiell einen riesigen Markt vor unserer Haustür. Das Land verfügt über

- ein gewaltiges Potential an natürlichen Ressourcen,
- ein gewaltiges Potential an intellektuellen Fähigkeiten,
- riesige Produktionsanlagen.

Beim Gelingen der Perestroika wird sich ein jetzt geleistetes Engagement unserer Wirtschaft langfristig auszahlen. Die Frage ist, ob die Wirtschaft allein die Lasten der Langfristigkeit tragen kann, vor allem die mittlere und kleinere Wirtschaft. Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir günstigere Startbedingungen:

- den erklärten politischen Willen der Führung des Landes, vor allem mit uns zusammenarbeiten zu wollen (Gorbatschow auf dem Rückflug vom Staatsbesuch in der Bundesrepublik⁶ zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten

⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4937 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außen-

Silajew: „Ich habe noch nie ein Land mit einer solchen Infrastruktur gesehen. Mit dem will ich es machen.“);

- eine alte Handelstradition, die in die Zarenzeit zurückreicht, mit langen – in der SU besonders wichtig – menschlichen Bindungen;
- genaue Kenntnisse des hiesigen Marktes und der russischen Mentalität.

Es ist zu befürchten, daß mangelndes Engagement in der jetzigen Krise der Führung des Landes das Gefühl gäbe, von uns im Stich gelassen zu werden. Bei einem glücklichen Ausgang der Krise könnte sich das später für uns nachteilig auswirken und unsere wirtschaftlichen Chancen mindern. Die Demokratisierung des Imperiums außerhalb der SU selbst entspricht der Philosophie Gorbatschows, auch aus guten politischen Gründen. Dennoch kann sie für ihn zu einem schicksalhaften innenpolitischen Problem werden, gerade und vor allem auch die deutsche Dynamik. Es ist für ihn von entscheidender Bedeutung, plausibel machen zu können, daß dies für die SU per saldo nicht nur ein politischer, sondern auch wirtschaftlicher Vorteil ist, der seinen Menschen spürbar wird.

Ein Engagement zum jetzigen Zeitpunkt könnte dem Verlauf der Perestroika positive Impulse geben und uns langfristig helfen, die Absatzchancen auf dem sowjetischen Markt zu sichern.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Überlegungen könnte an folgende vorläufige Maßnahmen gedacht werden:

1) Der Furcht der wirtschaftlichen Vernachlässigung zugunsten von Polen und der DDR sollte nochmals durch ein klares Wort entgegengetreten werden. Der bereits durch Wolff von Amerongen und Necker bei ihrem Besuch in der vorletzten Woche⁷ erklärte Wille, unser Engagement durch die Ereignisse in diesen beiden Staaten nicht beeinträchtigen zu lassen, kann einer verunsicherten sowjetischen Führung nicht oft genug bekräftigt werden. Daß es der sowjetischen Seite obliegt, bestimmte sachliche Voraussetzungen zu schaffen, braucht hierbei nicht verschwiegen zu werden. Daher:

2) Wir sollten die sowjetische Seite nochmals an die in ihre Verantwortung fallenden Probleme durch Hindernisse für eine aktivere Betätigung deutscher Firmen in der Sowjetunion erinnern. Mein Vorgänger hatte bereits am 26.10.1987 AM Schewardnadse ein entsprechendes Memorandum⁸ übergeben, auf das die sowjetische Seite am 10.3.1988 in unzureichender Form geantwortet hat.

Ein vom Auswärtigen Amt im Oktober 1988 angeforderter überarbeiteter Text liegt dort vor, wird aber als Anlage diesem DB nochmals beigelegt. Dieses Memorandum ist noch aktuell, da sich an den dort geschilderten Umständen bisher nichts geändert hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1637

ministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁷ Der Präsident des BDI, Necker, und der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, besuchten die UdSSR vom 15. bis 18. November 1989.

⁸ Für das von Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, übergebene Memorandum vom 15. Oktober 1987 über Möglichkeiten für verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR und Schwierigkeiten bei deren Durchführung vgl. Referat 213, Bd. 143591.

Gesandter Winkelmann, Moskau, teilte am 28. Oktober 1987 die Übergabe des Memorandums mit. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3473; Referat 213, Bd. 143591.

3) Der erneute Verweis auf das Memorandum allein wird nicht ausreichen, um der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen einen neuen Anstoß zu geben. Folgende weitere Maßnahmen sollten in unsere Prüfungen einbezogen werden. Sie werden damit nicht vorgeschlagen. Jedoch wird durchaus vorgeschlagen, in einer ungewöhnlichen Lage auch Ungewöhnliches in Betracht zu ziehen:

- Gewinntransferfinanzierung mit Hilfe deutscher Kredite trotz des vorhandenen Risikos würde deutschen Unternehmen die Investition in der SU erleichtern, wenn Sicherheit gegeben wäre, ihren Gewinn in Hartwährung zu transferieren. Hier gibt es trotz des aus unserer Sicht eindeutigen Investitionsschutzabkommens (noch nicht in Kraft)⁹ Schwierigkeiten. Für den Anfang der Tätigkeit eines Joint-ventures sollte es möglich sein, einen Gewinntransfer aus deutschen Krediten zu finanzieren.
- Weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung sind notwendig. Eine Aufstockung der Mittel ist unerlässlich. Die Maßnahmen müssen auch in der SU selbst erfolgen, am erfolgversprechendsten in den bereits gegründeten oder noch zu gründenden Joint-ventures, weil hier das Interesse deutscher Unternehmen mit dem sowjetischen verknüpft ist. Das Beispiel deutscher Manager und Arbeiter im Betrieb selbst könnte dem unerfahrenen und auf seine Aufgabe nicht vorbereiteten sowjetischen Leitungspersonal zeigen, wie, unabhängig von vorgegebenen Planziffern und Preisen, gearbeitet, kalkuliert und verkauft werden muß.

Diese praktische Zusammenarbeit von deutschem und sowjetischem Personal in der Bewältigung der täglichen Schwierigkeiten ist als Ergänzung zu den bereits von uns in der Bundesrepublik durchgeführten Kursen unbedingt erforderlich. Es wäre zu überlegen, ob die dazu erforderlichen Devisen, soweit sie nicht von den Joint-ventures erwirtschaftet werden oder vom deutschen Teilhaber aufgebracht werden können, zumindest teilweise aus Haushaltsmitteln bestritten werden könnten. Der bisherige Haushaltsansatz reicht dazu nicht aus.

- Angleichung von Normen und Standards

Die Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft erfordert eine Angleichung ihrer Normen und Standards. Auch sie könnte ein weitergehendes Engagement unserer Wirtschaft erleichtern. Die sowjetische Seite wird, wie aus dem Außenministerium zu erfahren war, demnächst noch einmal mit der Bitte um Unterstützung an uns herantreten. Wir sollten uns dem nicht versagen. Beratungskosten sollten von uns übernommen werden.

- Beratungshilfe bei Preis- und Geldreform

Die Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft erfordert eine radikale Reform des Währungssystems, ohne die es keine Preisreform geben kann. Die sowjetische Seite hat durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Abalkin anlässlich des Besuches von Necker und Wolff von Amerongen am 16.11. ihren Wunsch um Beratungshilfe in dieser für die Wirtschaftsreform zentralen Frage zum Ausdruck gebracht. Das von den beiden Herren für Ende Januar 1990 vorgeschlagene Seminar in Moskau zu diesen Fragen sollte von der Bundesregierung nachdrücklich unterstützt werden.

⁹ Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, der am 5. August 1991 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 343–349.

Die Teilnahme von Bundesbankpräsident Pöhl wäre wünschenswert. Unsere Seite sollte darüber nachdenken, welche anderen Hilfeleistungen auf diesem Gebiet der Sowjetunion erbracht werden könnten.

– Verlagerung von Produktionskapazitäten in SU, Lohnveredelung

Gegen den Vorschlag, das vergleichsweise niedrige Lohnniveau in der SU zu unseren Gunsten auszunutzen, wird von der Unternehmerseite mit der zu niedrigen Produktivität des sowjetischen Arbeiters argumentiert.

Die Richtigkeit dieses Arguments wäre zu überprüfen. Bei genügend materieller Interessiertheit liegt, wie das Beispiel des Joint-ventures „Lenwest“¹⁰ zeigt, die Produktivität weit höher.

Neue Felder der Zusammenarbeit

Gemeinsame Entwicklung von Prototypen

Die sowjetische Seite drängt uns immer wieder, ihr riesiges Forschungspotential zur gemeinsamen Entwicklung von Prototypen zu nutzen, der deren serienmäßige Produktion und Absatz sowohl in der SU als auch auf dem Weltmarkt folgen soll. Das letzte große Angebot dieser Art stammt von Gosplan (s. Büronotiz Nr. 3577 vom 21.11.1989 – Wiss 461.02 WTZ). Die deutsche Wirtschaft hat sich demgegenüber bisher sehr reserviert verhalten. Die Gründe dazu sind hier nicht im einzelnen bekannt. Ein Grund liegt wohl in der bisher nicht erfüllbaren Erwartung auf Unterstützung aus dem Haushalt des BMFT.

Hier läge aber für die Zukunft ein großer Markt. Wir sollten deshalb prüfen, wieweit nicht eine Unterstützung aus Bundesmitteln, evtl. durch Aufstockung der Haushaltsmittel des BMFT, möglich ist. Dieses ist z.B. bei der geplanten Entwicklung eines Hochtemperaturreaktors¹¹ bereits vorgesehen.

¹²Weltraumforschung

Das entsprechende Abkommen über die Zusammenarbeit im Kosmos¹³ ist wegen der fehlenden Einigung über den Kosmonautenmitflug¹⁴ nicht in Kraft getreten. Eine Einigung ist bisher an fehlenden Haushaltsmitteln und unserer Auffassung gescheitert, daß es sich bei dem Kosmonautenmitflug um einen Unterfall der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit handelt. Ein Kompromiß sollte möglich sein. Wie mir BDI-Präsident Necker in einem Gespräch am 16. November versicherte, ist die deutsche Wirtschaft interessiert und in der Lage, einen solchen Flug zu finanzieren.

¹⁰ In der Presse wurde berichtet, daß die Salamander AG und die Leningrader Schuhfabrik Nr. 2 „Proletarischer Sieg“ 1987 in Leningrad das Gemeinschaftsunternehmen „Lenwest“ zur Schuhproduktion gegründet hätten. Vgl. dazu den Artikel „Lurchi statt Parteiabzeichen“, DIE ZEIT vom 25. März 1988, S. 34.

¹¹ Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte am 14. November 1989 mit: „Während des Moskau-Besuchs des Bundeskanzlers im Oktober 1988 wurde von den Industriepartnern HTR-Konsortium ABB/Siemens und Glawatom Energo ein Generalvertrag über die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer großtechnischen Versuchsanlage (GTV) mit gasgekühltem Hochtemperaturreaktor kleinerer Leistung, der in der UdSSR errichtet werden soll, unterzeichnet.“ Hauptprobleme bei den aktuellen Verhandlungen über einen Projektierungsvertrag seien die Höhe des deutschen Lieferumfangs und die Finanzierung. Vgl. Referat 431, Bd. 160706.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4938 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Oktober 1988 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 801 f.

¹⁴ Zur Frage des Mitflugs eines Astronauten aus der Bundesrepublik auf der sowjetischen Weltraumstation „Mir“ vgl. Dok. 133, Anm. 15.

Von einem Inkrafttreten des Abkommens würde auch ein Impuls auf die gemeinsame kommerzielle Nutzung von Weltraumtechnologie ausgehen.

Umweltschutz

Die sowjetische Seite hat in letzter Zeit immer wieder ihren Wunsch nach nicht nur wissenschaftlicher, sondern auch wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf diesem Gebiet geäußert.

Von Regierungsseite könnte diesem Wunsch durch Aufnahme von Industrievertretern in den Delegationsaustausch im Rahmen unseres Umweltschutzabkommens¹⁵ Rechnung getragen werden.

Bei der Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen dürfte unsere Unterstützung durch günstige Finanzierungsbedingungen und Kreditabsicherungen notwendig werden.

Flugzeugbau

Die Sowjetunion hat mehrfach ihr ernsthaftes Interesse an gemeinsamer Konstruktion und Vertrieb von Flugzeugkomponenten und Flugzeugen betont. Ihre Enttäuschung über den bisherigen ergebnislosen Verlauf von Gesprächen mit der deutschen Industrie fand zuletzt ihren Ausdruck in der Ablehnung einer Einladung PStS Riedls an den sowjetischen Minister für Flugzeugbau Syszow.

Unsere Seite müßte sehr genau prüfen, ob die vom BMWi genannten Gründe für die Zurückhaltung der deutschen Flugzeugindustrie (kein Markt, COCOM, bereits vorliegende abgeschlossene Planungen) diese Zurückhaltung wirklich rechtfertigen. Amerikanische, englische und französische Firmen haben nach dem hier Bekanntgewordenen derartige Gründe nicht.

Soweit wirklich COCOM ein Engagement erschweren sollte, müßten wir uns politisch mit Nachdruck für eine Lösung einsetzen.

Ein von seiten der Bundesregierung höchststrangig geführtes Gespräch mit Vertretern der deutschen Luftfahrtindustrie, vor allem mit der Konzernspitze von Daimler-Benz, würde ich für wichtig und hilfreich halten.

Eine große Chance droht uns sonst verlorenzugehen.

Landwirtschaft

Die Reform der sowjetischen Landwirtschaft mit dem Ziel einer besseren und ausreichenden Lebensmittelversorgung der sowjetischen Bevölkerung und der Einsparung von ca. 5 Mrd. Rubel Devisen für Lebensmittelimporte hat für das Gelingen der Wirtschaftsreform eine Schlüsselfunktion. Versuche der deutschen Wirtschaft, in ausgewählten Gebieten der Sowjetunion landwirtschaftlichen Betrieben von der Erzeugung bis zum Absatz der Produkte zu helfen, sollten daher von der Bundesregierung nachhaltig unterstützt werden.

Auch hier spielt die Ausbildung eine zentrale Rolle. Wir sollten zusammen mit der sowjetischen Seite ein großangelegtes Ausbildungs- und Beratungsprogramm als Teil unseres Ausbildungsprogramms für den Einsatz entsprechender Experten in der SU selbst entwickeln. Dazu müßte auch der Einsatz von Experten für Landwirtschaftsmaschinen, Lagerhaltung und Transport gehören. Beratung

¹⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Oktober 1988 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 462–466.

über die Bildung bäuerlicher Genossenschaften und ihre Arbeit dürfte nicht fehlen. Zur Finanzierung eines solchen Programms wäre nicht nur an den Einsatz von Bundesmitteln zu denken, sondern es wäre auch zu überlegen, wie die Landmaschinen-, Düngemittel- und Kühlhausindustrie zur Mitfinanzierung gewonnen werden könnte.

Weitere Finanzhilfen

Die obigen Überlegungen wären unvollständig, wenn sie die Möglichkeit baldiger umfangreicher Kredithilfe außer acht ließen.

Wir sollten uns darauf vorbereiten, daß die zu erwartenden Verwerfungen bei der Durchführung des Reformprogramms in der Übergangszeit plötzlich eine noch weiter erhöhte Einfuhr von Konsumgütern unabwendbar machen, für die die hiesigen Finanzmittel nicht ausreichen. Schnelle und unbürokratische Hilfe in Form von Krediten könnte notwendig werden. Ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Entwicklung einen europäischen Wirtschafts-Hilfsplan für die Sowjetunion notwendig macht. Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen EG-SU¹⁶ ist unter diesem Gesichtspunkt besonders wichtig.

4) Die deutsche Wirtschaft kann und sollte daher auch nicht ermutigt werden, sich auf Unüberschaubares einzulassen. Sehr wohl kann sie aber zum ganz konkreten Gespräch mit der sowjetischen Seite über das aufgefordert werden, wozu sie – wenn der Rahmen stimmte – bereit wäre, was sie zu leisten vermag und was die unabdingbaren Voraussetzungen ihres Engagements wären, die die sowjetische Seite herzustellen hätte. Es muß klar sein, daß es nicht um ein abstraktes „Interesse“, um den guten Willen, sondern um die Berücksichtigung wirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten geht, gerade auch im Interesse der Sowjetunion.

Zusammenfassung

1) Der Ausgang der wirtschaftlichen Reformbemühungen in der SU hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der Haltung der breiten Masse ab, deren Lethargie die Reform letztlich verhindern kann.

2) Wir sollten trotzdem in unserem wirtschaftlichen Engagement nicht nachlassen wegen unseres Interesses am Gelingen der Perestroika. Sogar ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft ist erforderlich. Ohne politische und finanzielle Unterstützung der Bundesregierung wird dies nicht möglich sein. Wir werden Opfer bringen müssen.

[gez.] Blech

Es folgt Anlage

[...] ¹⁷

Referat 412, Bd. 168815

¹⁶ Korrigiert aus: „Verhandlungen der EG-SU“.

Zum Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EWG und der UdSSR vgl. Dok. 428.

¹⁷ Für das Memorandum vom Oktober 1988 über „Arbeitsbedingungen deutscher Geschäftsleute“, dessen Übermittlung mit dem vierten Teil des Fernschreibens, der mit Drahtbericht Nr. 4939 übermittelt wurde, fortgesetzt wurde, vgl. Referat 412, Bd. 168815. Vgl. Anm. 1.

387

Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Aufgabe: 29. November 1989, 21.03 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1432****Ankunft: 29. November 1989, 21.32 Uhr**

Betr.: DPC-Ministersitzung 28./29.11.89²;
 hier: Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis

Zur Unterrichtung

Nach der Eingangserklärung des Vorsitzenden des Militärausschusses, des norwegischen Generals Eide (mit gesondertem DB übermittelt), erklärte GS Wörner, die Allianz befinde sich in einer entscheidenden Phase, sehe sich aber auch wachsenden Herausforderungen gegenüber. In der Öffentlichkeit würden vier Fragen gestellt:

- Ist die Allianz in der Lage, sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen?
- Könnte sie zu einem Hindernis für die weitere West-Ost-Annäherung bzw. für die Überwindung der Teilung Europas werden?
- Ist sie ein Relikt des Kalten Krieges?
- Wie sehen ihre künftige Rolle, ihre Aufgaben aus; welchen Anpassungen wird sie sich unterziehen müssen?

Auf diese Fragen müsse die Allianz Antworten finden. Die DPC-Sitzung finde vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen in Mittel- und Osteuropa statt, die sehr zu begrüßen seien. Die Allianz könne auf ein ermutigendes Jahr zurückblicken, müsse aber darauf achten, initiativ und entscheidungsfähig zu bleiben. Für die nahe Zukunft sei die Verteidigungsfähigkeit gesichert, aber auch langfristig sei sie unverzichtbar. Die Allianz sehe sich in Wien³ in rasch voranschreitenden Verhandlungen, habe eine prozedurale Lösung für die Harmonisierung von Rüstungskontrolle und Streitkräfteplanung im Rahmen der Sechzehn gefunden, müsse aber auf die Erhaltung einer effizienten integrierten Verteidigungsstruktur achten.

Die Zukunft der Allianz sei dadurch gekennzeichnet, daß der Kalte Krieg zu Ende gehe. Die SU könne nicht mehr auf ihre Verbündeten zählen, verfüge aber nach wie vor über ein großes militärisches Potential. Die politische Szenerie ändere sich laufend. Die Allianz dürfe nicht nur reagieren, obwohl ihre auf dem Harmel-Konzept⁴ beruhende Politik sich als immer erfolgreicher erweise. Bei der Ver-

¹ Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z.Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

Hat Dreher am 1. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

² Korrigiert aus: „27./28.11.89“.

³ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

⁴ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut

teidigungsfähigkeit gehe es darum, der SU auch künftig militärische Optionen in Europa zu verwehren. Die Allianz müsse vermeiden, daß ihre Erklärungen und die tatsächlichen Ereignisse auseinanderfallen. Die Aufgabe sei, Verteidigung und Stabilität mit der Förderung des Wandels in Mittel- und Osteuropa in Einklang zu bringen. Wichtig sei auch, sich über die Bedrohung klarzuwerden: Wie und in welchem Umfang habe sie sich verändert?

US-VM Cheney stellte fest, die Allianz sei Zeuge ihres eigenen großartigen Erfolges. Sie habe für die Veränderungen in der SU und in Osteuropa eine Schlüsselrolle gespielt, schon dadurch, daß die Kluft zwischen den Erfolgen westlicher Freiheit und Demokratie und den Mißerfolgen auf östlicher Seite zu groß geworden sei. Deshalb gelte es, die Allianz auch weiterhin zu erhalten. Es sei unzulässig, NATO und WP zu vergleichen. Allerdings: Die Allianz müsse flexibel und anpassungsfähig bleiben.

Zur Debatte über den amerikanischen Verteidigungshaushalt müsse er darauf hinweisen, daß zur Zeit drei Verteidigungshaushalte fast gleichzeitig zu behandeln seien. Der bis Oktober 1990 laufende Haushalt sei mit etwa 293 Mrd. Dollar praktisch verabschiedet, er sehe die Reduzierung um 50000 Soldaten vor; überwiegend in USA, ca. 15000 INF-Truppen (Intermediate Range Nuclear Forces) in Europa.

Der Haushalt 1991 werde einen Umfang von ca. 295 Mrd. Dollar haben; notwendige Einsparungen könnten US-Streitkräfte in Europa tangieren; die endgültige Höhe werde vom Kongreß festgelegt.

Im April 1990 müsse er dem Kongreß ein Haushalts- und Verteidigungsprogramm für vier Jahre (1991–95) vorlegen, und hieran knüpften sich die jüngsten Pressespekulationen.

Hierzu sei zu bemerken: Diese Vorschauen gebe es seit langem; sie seien in Wachstumsannahmen immer überzogen und unrealistisch gewesen. Er habe sich zum Ziel gesetzt, eine realistische und glaubwürdige Planung vorzulegen, auch um den Kongreß auf seine Seite zu bringen und zu verhindern, daß dieser von sich aus in sicherheitspolitisch problematischer Weise kürze. Im schlimmsten Falle würden über diesen vierjährigen Zeitraum 160–180 Mrd. Dollar⁵ weniger verfügbar werden. Dennoch werde es bei einem jährlichen Verteidigungshaushalt von ca. 300 Mrd. Dollar und einem relativ hohen Verteidigungsanteil am BSP bleiben. Die Planung 1991–95 basiere auf der Erwartung eines substantiellen VKSE- sowie eines START-Abkommens, fortdauernden Wandels in der SU und in Osteuropa und relativer Ruhe in der Dritten Welt. Komme es nicht zu einem VKSE-Abkommen, müsse die Planung überdacht werden.

Den Bündnispartnern versicherte er:

- Die USA werden keine einseitigen Reduzierungen von NATO-Verpflichtungen vornehmen, sondern nur nach Konsultation und Koordinierung in der Allianz abziehen.
- Die USA werden nur reduzieren, wenn auch die östliche Seite dies entsprechend tut.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1643

vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

⁵ Korrigiert aus: „160–180 Dollar“.

- US-Streitkräfte werden so lange in Europa bleiben, wie die Europäer dies wünschen und es erforderlich ist.
- Allianz bleibt Rückgrat („bedrock“) der gemeinsamen Sicherheit.

Das Cheney-Urteil zur Rüstungspolitik der SU war differenziert: Die SU modernisiere nuklear-strategisch. Modernisierungsprogramm werde Mitte der 90er Jahre abgeschlossen sein. Anders verhalte es sich im konventionellen Bereich. Hier restrukturiere sie und führe die angekündigten einseitigen Reduzierungen durch. Der sowjetische Verteidigungshaushalt habe sich 1985 bis 1988 um jährlich ca. drei Prozent erhöht, sinke seit 1989. Das Pentagon werde im April 1990 neue Erkenntnisse veröffentlichen, rechne für 1991 mit starker Kürzung. Auch die NSWP-Staaten reduzierten.

Der Kongreß habe für die Verlegung des 401. Geschwaders von Spanien nach Italien 360 Mio. Dollar gebilligt.

Zum Treffen Bush–Gorbatschow in Malta am 2./3. Dezember 1989⁶: Dies sei für Bush als Präsident das erste Zusammentreffen. Es werde keine Unterzeichnung von Vereinbarungen geben, wohl aber würden sie für Frühjahr 1990 vorbereitet. Bush habe verdeutlicht, daß nicht über die Zukunft Europas entschieden werde, dies sei Sache der Europäer selbst. Man werde aber sicher Entwicklung in SU und Osteuropa erörtern. Rüstungskontrollabkommen würden nicht abgeschlossen, Thematik werde aber erörtert. Das Treffen diene der Vorbereitung eines echten Gipfels. Bush werde auch fortgesetzte sowjetische Waffenlieferungen an Kuba und Nicaragua und „Revolutions-Export“ in die Dritte Welt ansprechen sowie sowjetische Stützung undemokratischer Regime. Bush werde die Möglichkeit weiterer sowjetischer Truppenreduzierungen bzw. Rückzüge aus Europa sondieren. Die Partner würden am 4.12. in Brüssel noch vor der amerikanischen Öffentlichkeit unterrichtet werden.

P VM de Melo: Auch freie Wahlen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die interessant zu werden versprochen, würden die Bedrohung nicht ganz verschwinden lassen. Es blieben Risiken und Unsicherheiten; die Allianz müsse wachsam bleiben. Ein substantielles VKSE-Ergebnis werde große Bedeutung haben; auf Allianzseite sollten keine einseitigen Reduzierungen vorgenommen werden.

Amerikanische und kanadische Präsenz in Europa bleibe erforderlich. Portugal sei weiterhin um eine wirksame Verteidigung bemüht.

NWG VM Ditlev-Simonsen: Die Ereignisse in Osteuropa und in der SU seien ebenso begrüßenswert wie die Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen, die freilich überwiegend die Zentralregion betreffen. Er sei besorgt über die sowjetischen Truppen auf der Kola-Halbinsel und über die sowjetische Nordflotte, die über moderne Überwasserschiffe, atomgetriebene und atomwaffenbestückte U-Boote (zwei Drittel des SU-Bestandes) verfüge und zahlreiche Übungen in der Barentssee durchführe.

Norwegen könne sich nicht allein verteidigen und sei dankbar für die Aufstellung der „NATO Composite Force“. Auch Verstärkungspläne seien für Norwegen bedeutsam, deshalb begrüße man auch die Präsenz alliierter Kriegsschiffe im

⁶ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

Norden. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Reduzierungen nur in der Zentralregion, aber nicht im Norden stattfänden.

Sich deutlich von anderen Ministern abhebend, bezeichnete NWG es als verfrüht, Reduzierungsabsichten der SU abschließend zu bewerten: Die angekündigten Truppenreduzierungen könnten sich angesichts notwendigen Vorlaufs erst 1991/92 auswirken. Es sei daher davor zu warnen, Seriosität der SU in Zweifel zu ziehen.

Für Norwegen bleibe die Allianz und ihre strategische Einheit wichtig. Zonen unterschiedlicher Sicherheit dürfe es nicht geben, an der Verbindung mit USA und Kanada müsse festgehalten werden. Allianzkonsultationen hätten besonders wichtige Funktion.

DK VM Enggaard: Aufgabe der Allianz sei die Absicherung eines geordneten Übergangs der West-Ost-Beziehungen in ein neues Zeitalter, Minimierung eventueller Risiken. Das Harmel-Konzept sei auch künftig für die Allianzpolitik richtungsweisend. Der transatlantische Verbund behalte seine Bedeutung. Die Allianzmaschinerie müsse auch für die Zeit nach einem ersten KSE-Abkommen erhalten bleiben.

KAN StV Smith: MP Mulroney habe soeben die SU besucht⁷ und werde seine Kollegen am 4.12. ausführlich unterrichten. Gorbatschow habe sich in guter Form präsentiert und für den Übergang von Konfrontation zur Kooperation geworben. Für die Nationalitätenprobleme schwebte ihm eine föderative Lösung vor. Über die Entwicklungen in Osteuropa, besonders in der DDR, habe er sich gespannt gezeigt. Er sei besonders an Stabilität und daher an Erhaltung des WP (und der NATO) interessiert, was er im Zusammenhang mit DDR (ohne auf innere Entwicklung dort einzugehen) deutlich herausgehoben habe.

Aus kanadischer Sicht sei das sowjetische Militärpotential noch nicht erheblich reduziert worden. In Osteuropa könnte eine Periode politischer Turbulenzen bevorstehen.

Kanadische Budget-Entscheidungen vom Frühjahr 1989 beträfen auch den Verteidigungshaushalt. Kanada werde darüber im Frühjahr 1990 konsultieren. Einprozentiges Wachstum sei gesichert. Vor einem Wiener Ergebnis werde bei den kanadischen Streitkräften in Europa keine Änderung eintreten.

TUR VM Giray bezeichnete Öffnung der Berliner Mauer als wichtigstes politisches Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg. Bündnis sei aufgefordert, die Ziele („aspirations“) des deutschen Volkes in Rechnung zu stellen.

Demokratisierungsprozesse in Osteuropa und die Öffnung der Mauer hätten größte Bedeutung. Von See ausgehende Bedrohung habe sich verringert, aber die sowjetische Militärmaschine laufe immer noch gut. Die SU verfüge noch über mehr Streitkräfte, als sie verkraften könne.

Den Reformprozeß in der SU gelte es zu unterstützen, wobei es auch auf Achtung der Menschenrechte und mehr Transparenz ankomme. Gegenüber den WP-Ländern sollte differenziert vorgegangen werden. Eine Zeit des Wandels berge

⁷ Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich vom 20. bis 25. November 1989 in der UdSSR auf. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1989 in Moskau vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 106.

auch Risiken, deshalb sei Allianzsolidarität und starke und kohärente Verteidigung weiterhin wichtig, wobei es auch auf fortgesetzte US-Präsenz in Europa ankomme.

I VM Martinazzoli: Demokratisierungsprozesse in Osteuropa stellten einen großen Erfolg für die NATO dar, die diesen Wandel weiter fördern und sich dabei dynamisch zeigen müsse. Gorbatschow werde in Kürze Italien besuchen.⁸ Dies erlaube klärende Gespräche über die weiteren Perspektiven. Ziel der Entwicklung in Europa müsse eine stabile Friedensordnung mit einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen sein. Der Harmonisierung von Rüstungskontrolle und Streitkräfteplanung müsse das besondere Augenmerk gelten. Die Mitarbeit Frankreichs sei zu begrüßen.

Für die Aufnahme des 401. Geschwaders gingen die Arbeiten in Crotone planmäßig voran, Italien werde seine Verpflichtungen erfüllen.

E VM Serra wiederholte in verdichteter Form seine These aus der Eurogroup⁹, daß Allianz nicht mit einem singulären Ereignis, sondern einer Kette Ereignissen in WP-Ländern konfrontiert sei. Es gelte, mehrere „Aktionslinien“ zu berücksichtigen:

- Rahmen zur Unterstützung des Reformprozesses sei zu schaffen. Westliche Hilfe sollte selektiv erfolgen und sowohl den Demokratisierungsprozeß fördern als auch den Lebensstandard heben. EG habe hier besondere Verantwortung, aber auch NATO.
- Prozeß europäischer Integration müsse intensiviert werden, Europa brauche stabilen Referenzpunkt.
- Rüstungskontrolle in allen Bereichen müsse vorangebracht werden. Wien solle nicht durch neue Vorschläge kompliziert, sondern schnell abgeschlossen werden.
- In Allianz müsse man zur Überprüfung – wo nötig – bereit sein, einschließlich Strategie und Doktrin (dies aber vertraulich).

¹⁰D VM Stoltenberg: Wir seien Zeuge bewegender und vielversprechender Ereignisse im Osten, besonders in der DDR, die uns naturgemäß besonders am Herzen läge. Hierzu werde später noch eingehende Analyse vorgetragen. Es bestehe Konsens, daß die westlichen Länder aufgerufen seien, diesen Wandel zu fördern und das Entstehen einer neuen Ordnung in Europa zu unterstützen.

Die Entwicklung böte weitreichende Chancen, aber auch Risiken, insbesondere der wirtschaftliche Abstieg der SU, der ihren Partnern zusätzliche Lasten aufbürden werde, gebe Anlaß zu Sorge. Außerdem gebe es die Nationalitätenprobleme. Im Verteidigungsbereich sei SU-Verhalten nicht von Widersprüchen frei, sie habe echtes Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung dokumentiert, baue andererseits militärische Stärke aus.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Italien vom 29. November bis 1. Dezember 1989. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti am 29. November 1989 in Rom vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 57.

⁹ Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 27. November 1989 in Brüssel vgl. Dok. 384.

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1433 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Cheney-Ausführungen seien für Beratungen von großem Wert. Die Neubewertung der Ressourcenlage überrasche nicht, wenn man US-Haushaltsprozeß kenne.

Auch wir müßten Überprüfung vornehmen, weniger aus Haushalts- als aus demographischen Gründen. Daher Prüfung eines anderen Mix zwischen präsenten und Reservetruppen sowie der zahlenmäßigen Stärke der Bundeswehr.

Es sei erforderlich, für die Post-VKSE-Periode ein Konzept einer glaubwürdigen Verteidigung zu entwickeln. Das Konzept der Vorneverteidigung bleibe auch dann für unser Land – wie für andere Partner in ähnlicher geographischer Lage – besonders wichtig. Wenn die USA über Wien hinaus mittelfristig zusätzliche Reduzierungen beabsichtigten, müsse dies beraten werden, denn es gehe auch die Europäer an. US-Absichten könnten in Europa erheblichen Reduzierungsdruck auslösen. Es gelte, die Problematik in Rechnung zu stellen, zumal wenn der Kongreß gleichzeitig erwarte, daß die Europäer zusätzliche Verteidigungsleistungen übernehmen.

BM fragte Cheney in diesem Zusammenhang nach evtl. amerikanischen Überlegungen, wie ihre (haushaltsmäßig bedingten) Reduzierungsabsichten in den Rüstungskontrollprozeß eingeführt werden sollten, besonders, ob Veränderung derzeitiger VKSE-Position erwogen oder weitere Schritte erst bei einem Follow-up vorgeschlagen werden sollten. Letzteres bedürfe sorgfältiger Beratung. Zumal wenn man höre, daß die SU u. U. fünf bis sieben Jahre für die volle Implementierung eines ersten Wiener Ergebnisses benötige, sei die Bedeutung der Fortsetzung von VKSE offenkundig. Hierüber müsse eingehend gesprochen werden. Die Allianz habe eine Zukunft. Ihre Existenz hänge nicht vom Fortbestehen des WP ab. Allianz stelle die einzige transatlantische Institution dar, und die weitere Zusammenarbeit Europas mit den USA und Kanada sei lebenswichtig. Vielleicht werde über eine veränderte Allianzstruktur nachgedacht¹¹ werden müssen.

B VM Coëme: Die Allianz sollte auch weiterhin militärische Vorsicht („prudence“ war die wesentliche politische Botschaft von B auch in anderen Äußerungen) walten lassen und Wiener Verträge abwarten. Zunächst müsse sie den Wandel in Osteuropa begleiten. Langfristig müsse über ihre Rolle nachgedacht werden. Sein kürzlicher Besuch in Ungarn¹² habe ihm die Bedeutung gezeigt, die auch Länder wie Ungarn einem VKSE-Ergebnis zumessen: Ungarn arbeite auf einen Abzug der sowjetischen Truppen hin. Es werde schwer sein, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit angemessener Verteidigungshaushalte zu verdeutlichen. Aber auch Abrüstung koste Geld.

GB VM King: Die Bevölkerung in Osteuropa dränge auf Demokratisierung und engagierte sich. Dies berge sehr reale Gefahr in sich, zu Chaos und Unglück zu führen. Die westliche Öffentlichkeit sollte vor Euphorie gewarnt werden, Regierungen dürften sich nicht auf denselben Weg drängen lassen, sondern Führung ausüben.¹³ In SU werden laufend große Mengen neuen schweren Gerätes und moderner Ausrüstung zugeführt. Unbestreitbar sei, daß sie bessere Beziehungen zum Westen suche. Es handele sich aber um die Führung durch nur einen Mann.

¹¹ Korrigiert aus: „Allianzstruktur müsse nachgedacht“.

¹² Der belgische Verteidigungsminister Coëme besuchte Ungarn vom 1. bis 4. November 1989.

¹³ So in der Vorlage.

Westen sei weit entfernt von Gewißheit, daß G. bleiben und erfolgreich sein werde. Die Ergebnisse in Osteuropa faszinierten das westliche Publikum, die SU sei vermutlich weniger begeistert. Die wirtschaftliche Lage in den meisten WP-Ländern sei schlecht bis katastrophal. Jeder Nachfolger von G. würde moderne Streitkräfte vorfinden, deshalb sollte die Allianz sich nur auf sicherem Boden bewegen. Allianz dürfe sich aber auch nicht als kalter Krieger darstellen. Es komme auf die richtige Balance an.

Er danke US-VM Cheney für die Zusage, daß es keinen einseitigen Abzug gebe und daß vor eventuellen Truppenreduzierungen konsultiert werde, ferner daß USA in Europa präsent bleiben würden. Hinweis auf die unterschiedliche moralisch-politische Qualität von NATO und WP sei wichtig. Auch Gorbatschow erkenne jetzt den stabilisierenden Wert der NATO, die ein Defensivbündnis sei und keinerlei Hindernis für weitere Verbesserungen und Annäherungen im West-Ost-Verhältnis – was durch derzeitige Entwicklung überzeugend bewiesen werde.

Die Fragen von BM verdienten sorgfältige Prüfung. Zustimmung, daß auch in Zukunft Vorneverteidigung gewährleistet werden müsse. Verifikation habe große Bedeutung.

Osteuropa könnte geholfen werden, eine Rolle des Europarats sei zu prüfen, desgleichen „some form of“ Assoziierung mit der EG. NATO müsse zeigen, daß sie – neben Gewährleistung der Verteidigung – die Hand ausstrecke und bei Überwindung wirtschaftlicher Probleme helfen wolle.

NL StV Jacobovits de Szeged: Der Westen müsse sicherheitspolitisch einig bleiben, und die europäische Komponente in der NATO – zunächst durch WEU, später durch EG – sollte gestärkt werden, auch in Reaktion auf Ankündigung von Truppenreduzierungen.

L StS Wohlfahrt: Die Entwicklungen in Osteuropa seien zu begrüßen. Noch sei aber das sowjetische Militärpotential eindrucksvoll, daher sei Vorsicht angebracht. Osteuropa und der SU drohe eine Wirtschaftskatastrophe, hier müsse die EG helfen. Wichtig sei vor allem baldiger Abschluß von VKSE, START, CW.

US-VM Cheney nahm zu den verschiedenen Fragen wie folgt Stellung:

- Berichte über spezifische US-Reduzierungsvorschläge für Malta seien unzutreffend. Präsident werde keine detaillierten Vorschläge machen, wohl aber mit SU diskutieren und sie ermutigen, über ihre bisherigen Reduzierungsabsichten hinauszugehen.
- Es gebe keinen amerikanischen Vorschlag, die westliche Wiener Position zu verändern. Es sei wichtig, diese Verhandlungen aggressiv anzugehen und nicht zu gestatten, daß Fragen von relativ geringer Bedeutung sie aufhielten.
- SU habe natürlich Zeitbedarf, was Implementierung eines ersten Abkommens angehe. Westen müsse notfalls Druck ausüben, damit sie schneller erfolge. Östliche Öffentlichkeit würde jedenfalls Abwarten nicht verstehen.
- Im Interesse der Allianz liege es, in Osteuropa einen ordnungsgemäßen Übergang zu demokratischen Verhältnissen zu fördern und die SU zum Rückzug ihrer Truppen zu ermutigen. Sowjetische Truppenpräsenz in Osteuropa stelle Kern des Kalten Krieges dar. Die Allianz solle Stabilität und Berechenbarkeit erhalten.

- Konsultationsprozesse in Allianz mußten flexibel sein, um sich bietende Chancen zu nutzen und zu niedrigeren Obergrenzen als in Wien zu gehen. Dies müsse aber im Bündnis beraten werden. Dafür sei auch militärischer Rat nötig.
- Es gelte, ein Gleichgewicht zu finden zwischen Bemühen, im Bündnis keine zusätzlichen Belastungen zu erzeugen, und dem Interesse, Chancen zu nutzen, die sich jetzt eröffneten.

[gez.] Ploetz

Referat 201, Bd. 151213

388

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd in London

29. November 1989¹

Gespräch BM mit AM Hurd am 29.11.89 (Abendessen)²

1) Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter von Richthofen, VLR I Mützelburg, Frau Siebourg (Dolmetscher);

Teilnehmer auf britischer Seite: AM Douglas Hurd, Fretwell (Politischer Direktor), Richard Gozney (MB).

2) Gespräch fand im Anschluß an Treffen BM mit PM Thatcher statt, an dem AM Hurd ebenfalls teilgenommen hatte.³ Hauptgesprächsthemen: Zehn-Punkte-Plan des BK⁴, sowjetisch-amerikanisches Treffen in Malta⁵, Reformentwicklungen in MOE, insbesondere in DDR, Europäischer Rat in Straßburg⁶.

3) BM stellte in Vertiefung der Diskussion bei PM Reaktion der Bundestagsparteien auf Zehn-Punkte-Plan des BK dar und betonte in diesem Zusammenhang Notwendigkeit, Sicherheitsinteressen osteuropäischer Staaten, insbesondere der SU und Polens, zu berücksichtigen (insbesondere Recht auf sichere Grenzen).

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 1. Dezember 1989 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 3. Dezember 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 29./30. November 1989 in Großbritannien auf.

³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher und Außenminister Hurd am 29. November 1989 in London vgl. DIPLOMATIE, Dok. 10.

Für eine britische Gesprächsaufzeichnung vgl. <https://www.margarethatcher.org/source/prem19/prem19-2997>, S. 226–228.

⁴ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

⁵ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

AM bestätigt, daß dies im Hinblick auf bereits geäußerte Sorgen der SU besonders wichtig. SU werde von BM bei dessen bevorstehendem Moskau-Besuch⁷ entsprechende Zusicherungen erwarten.

4) Als Hauptgesprächsthemen für Malta erwarteten beide AM übereinstimmend Rüstungskontrolle, insbesondere im konventionellen Bereich (Wien⁸), strategische Beziehungen zwischen Supermächten, in diesem Zusammenhang auch Erörterung der künftigen Aufgaben der Allianzen sowie Drittwelt-Konflikte.

BM verwies auf Interesse der SU, ihre Truppen insbesondere in DDR zu reduzieren, um damit Reformprozessen mehr Raum zu geben. Auf Frage AMs, ob eventuelle sowjetische Initiativen in Wien nicht bisherige Ausgewogenheit Verhandlungspaketes stören und damit Verhandlungen komplizieren könnten, erwiderte BM, daß man sich Vorschlag der SU auch⁹ für zweite Phase der Verhandlungen vorstellen könne, über dessen Verhandlung man sich ggf. bei erster Phase verständigen könne (commitment to negotiate).

5) Im Ergebnis einer Erörterung der Unterschiede in den Reformprozessen in MOE unterstrichen beide AM übereinstimmend die bestimmende Rolle der SU unter Gorbatschow, die auch bei westlicher Zusammenarbeit zu berücksichtigen sei. Anders als in der Vergangenheit, als SU Reformen blockierte, sei sie jetzt deren Motor.

6) Auf Frage AMs nach Reise des BK in die DDR¹⁰ führte BM aus: BK strebe Reise noch in diesem Jahr an, als Termin bleibe nur noch 19.12. offen. Fraglich jedoch, ob ausreichend Zeit für gründliche Vorbereitung bestehe. Ergebnisse der Reise von BM Seiters nach Ost-Berlin in der nächsten Woche¹¹ abzuwarten. Daran schloß BM Darstellung der ins Auge gefaßten Sofortmaßnahmen (Reiseerleichterungen, medizinische Versorgung, Umweltschutz). Er betonte, daß Aussichten für wirtschaftliche Entwicklung in DDR vor allem davon abhängen, daß günstige Bedingungen für private Investitionen geschaffen würden. Subventionierung zum Erhalt des bestehenden sozialistischen Systems seien für uns nicht vorstellbar.

7) Europäischer Rat in Straßburg muß nach übereinstimmender Auffassung beider AM auch im Hinblick auf Reformprozesse in MOE fortdauernde Dynamik des EG-Integrationsprozesses signalisieren. Allerdings bestehen Meinungsunterschiede bezüglich Regierungskonferenz zur WWU fort, wobei GB Bemühen zu erkennen gab, Isolierung in Straßburg zu vermeiden.

AM betonte, daß EG-MS in Substanzfragen, insbesondere hinsichtlich Erfordernis der Unterstützung der Reformprozesse in MOE und diesbezüglicher politischer Erklärung übereinstimmen. Es käme deshalb darauf an, das mögliche gute, zukunftsorientierte Ergebnis nicht von prozeduraler Debatte über Regierungskonferenz überschatten zu lassen. Öffentlichkeit würde sonst unzutreffen-

⁷ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

⁸ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

⁹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

¹¹ Bundesminister Seiters traf am 5. Dezember 1989 in Ost-Berlin mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

des Bild der Zerstrittenheit in der Sache vermittelt werden. Problem sei für ihn in erster Linie taktischer Natur.

BM plädierte demgegenüber dafür, Vorbereitungen für WWU unverzüglich in Angriff zu nehmen. *BK* werde sich in Straßburg wohl dafür einsetzen, Regierungskonferenz für Ende 1990 einzuberufen. Gerade, weil es sich nur um prozedurale Entscheidung handle, müßte auch *GB* zustimmen können, weil es seine Vorstellungen hinsichtlich der Substanz in die Vorbereitungen für die Regierungskonferenz miteinfließen lassen könne. Mitarbeit *GBs* sei für uns besonders wichtig, da *GB* in der Sache auf unserer Linie läge. Wir brauchten *GB*, damit Währungsunion zur Stabilitätsunion werde. Gerade in Situation, in der manche gegenüber *D* Zweifel bezüglich eines Driftens nach Osten äußerten, habe für uns Haltung zu Integration¹² besondere Bedeutung. Abschließend wies *BM* auf Erfahrungen von Mailand mit Europäischer Akte¹³ hin.

AM antwortete, daß *GB* Politik „leeren Stuhls“ nicht in Betracht ziehe. Seine Sorge sei, daß eine erhitze Diskussion über Regierungskonferenz das Straßburger Zusammentreffen überschatte.

8) *AM* berichtete über Gespräche mit costaricanischem¹⁴ und pakistanischem *AM*: Nach costaricanischer Einschätzung seien Vorgänge in Salvador¹⁵, die den Friedensplan von Arias¹⁶ gefährdeten, auf Kubaner zurückzuführen, die sich in Lateinamerika als Fackelträger der Revolution gerierten und ihre Unabhängigkeit von Moskau demonstrieren wollten.

Yakub Khan habe düsteres Bild der Aussichten für Afghanistan gezeichnet. Widerstand sei weder in der Lage, militärische Entscheidung herbeizuführen, noch politische Einheitsfront herzustellen. Hinsichtlich der Lage von *PM* *Frau Bhutto* habe *Khan* sich eher distanziert analysierend als unterstützend geäußert. Die *PM* habe keine Kontrolle in Punjab und Probleme im Süden. Parlamentarische Lage sei unsicher.

Abschließend sprach *BM* *Fall Söring*¹⁷ an. Er bat unter Überreichung eines Aide-mémoire darum, *Söring* nicht in die USA, sondern in die Bundesrepublik auszuliefern.

Referat 010, Bd. 178931

¹² Die Wörter „Haltung zu Integration“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Beschluß zur Einberufung Regierungskonferenz, der eine klare Verpflichtung auf weitere Integrationsfortschritte darstelle“.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

¹⁴ Rodrigo Madrigal Nieto.

¹⁵ Zur Situation in El Salvador vgl. Dok. 389, Anm. 4 und 5.

¹⁶ Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

¹⁷ Referat 511 faßte am 27. November 1989 zum Thema „Auslieferung aus Großbritannien wegen eines von Söring in Virginia, USA, begangenen Tötungsdelikts in zwei Fällen im März 1985“ zusammen, Großbritannien lägen zwei konkurrierende Auslieferungsersuchen aus den USA und der Bundesrepublik vor. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 2458.

389

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris

30. November 1989¹

Gespräch BM Genscher mit AM Dumas am 30.11.1989 im Quai d'Orsay²

Teilnehmer (z. T. zeitweise) deutsche Seite: VLR I Mützelburg, VLR Dr. Schumacher, Gesandter von Nordenskjöld; französische Seite: Leiter der Politischen Abteilung Dufourcq, Leiter der Wirtschaftsabteilung de Boissieu, Leiter Europaabteilung Blot, Deutschlandreferent Vaugier, Mitarbeiter im Kabinett de Zorzi; Dolmetscherinnen Mme Sauzay und Frau Siebourg.

1) El Salvador

BM regte an, die Lage in El Salvador in Straßburg³ anzusprechen. Die Situation dort werde immer gefährlicher. Er habe gerade entschieden, unsere Botschaft zu evakuieren, da in ihrer Umgebung gekämpft werde und die Botschaftsangehörigen in akute Gefahr geraten seien.⁴ BM erkundigte sich nach der Einschätzung und Entscheidungslage der französischen Seite.

AM *Dumas* erklärte, daß nach seiner Kenntnis die Lage um die französische Botschaft bisher ruhig sei. Man habe bisher keine Hinweise darauf, daß sich die Situation verschlechtert habe. Er werde sich jedoch um neue Information zur Lage bemühen. Französische Stellen hätten Gelegenheit gehabt, mit den Zeugen des von der Guerilla verübten Mordes an den sechs Geistlichen⁵ zu sprechen. Er habe den für humanitäre Fragen zuständigen Staatssekretär Kouchner nach El Salvador entsandt.

2) EG-Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion

AM Dumas wies darauf hin, daß das Kooperationsabkommen der EG mit der SU unterschriftsreif sei.⁶ F würde es begrüßen, wenn die Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten und die SU noch unter der französischen Präsidenten-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem von Nordenskjöld, Paris, am 1. Dezember 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 2. Dezember 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher führte am 30. November 1989 in Paris auch ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand. Vgl. *DIPLOMATIE*, Dok. 11.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer notierte am 30. November 1989, Botschafter Neukirch, San Salvador, habe ihm telefonisch erklärt, „daß auch für das Botschaftspersonal der Zeitpunkt gekommen sei, vorübergehend so schnell als möglich außer Landes zu gehen. Die Guerilla habe sich in zahlreichen Häusern des Wohnviertels Escalón, in dem sich Residenz und Kanzlei befinden, festgesetzt und damit zahlreiche Bewohner faktisch als Geiseln genommen. Niemand könne unter diesen Umständen für die Sicherheit der Botschaftsangehörigen garantieren.“ Die Ausreise sei für den 1. Dezember 1989 ins Auge gefaßt. Vgl. Referat 331, Bd. 143912.

⁵ Am 16. November 1989 wurden auf dem Gelände der Jesuitenuniversität in San Salvador sechs Priester, ihre Haushälterin und deren Tochter von uniformierten Kräften erschossen. Die salvadorianische Regierung und die FMLN bezichtigten sich gegenseitig der Tat. Vgl. dazu den Artikel „Weltweites Entsetzen über die Bluttat in El Salvador“, *FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG* vom 18. November 1989, S. 7.

⁶ Zum Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EWG und der UdSSR vgl. Dok. 428.

schaft⁷ in Brüssel erfolgen könnte. Als Datum schlage er deshalb den 18.12.1989 vor. Ihm schwebte vor, die Unterzeichnung mit einem Diner ähnlich wie in New York bei der UNO zu verbinden.

BM zeigte sich mit diesem Vorschlag grundsätzlich einverstanden, bat jedoch darum, die Unterzeichnung möglichst spät am 18.12.1989 anzusetzen, da er etwas später nach Brüssel komme. 18.00 Uhr wäre nach seiner Ansicht eine gute Zeit. Anlaß für seine Verspätung sei ein privater Besuch in der DDR, den er wie jedes Jahr zu dieser Zeit am 16. und 17. Dezember in seiner Geburtsstadt Halle absolvieren werde. In diesem Jahr werde er allerdings auch mit Oppositionsvertretern sprechen.⁸

3) Es folgte ein kurzer Gedankenaustausch über die Polen-Reise von AM Dumas und Kommissionspräsident Delors am 15. und 16. November 1989.⁹

4) Verhandlungen mit den AKP-Staaten

AM *Dumas* berichtete von den mühsamen Verhandlungen mit den AKP-Staaten, die sich – offensichtlich auf Grund eines Mißverständnisses – falsche Vorstellungen über die finanzielle Ausstattung des neuen Lomé-Abkommens gemacht hätten und dann über das konkrete Angebot sehr enttäuscht gewesen seien. F habe sich daraufhin entschlossen, eine zusätzliche Anstrengung zu unternehmen. Man wolle das bisherige Angebot um 100 Mio. ECU aufstocken. F werde einen Anteil von 35 Mio. ECU übernehmen. Auch Italien und Belgien hätten grundsätzlich Bereitschaft gezeigt, sich an der Aufstockung zu beteiligen. Seine Bitte gehe an D, einen Anteil an der Aufstockung zu übernehmen. Die Sache eile, da man zu einem Abschluß kommen müsse.¹⁰

BM sagte zu, sich um die Sache zu kümmern.

5) Moskau-Reise des BM

AM *Dumas* bezeichnete die bevorstehende Moskau-Reise BMs¹¹ als sehr wichtig und nützlich und bat um enge Abstimmung.

BM bestätigte, daß das Treffen in einem sehr wichtigen Moment erfolge. Er werde sich sofort nach dem NATO-Treffen in Brüssel¹² am Montagabend nach Moskau begeben und am Dienstagabend zurückkehren. Bereits ab Montagmorgen würden fünf Arbeitsgruppen zusammentreten. Er werde Gorbatschow, Schewardnadse und Jakowlew sehen. Er sei gerne bereit, AM Dumas am Mitt-

⁷ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁸ Bundesminister Genscher nahm am 17. Dezember in Leipzig am Gründungsparteitag der Oppositionsbewegung „Demokratischer Aufbruch“ teil. Vgl. dazu den Artikel „Recht auf Einheit gefordert“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Dezember 1989, S. 3. Zu Genschers Besuch in der DDR vgl. auch GENSCHER, Erinnerungen, S. 697–702.

⁹ EG-Kommissionspräsident Delors und der französische Außenminister Dumas in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident besuchten am 16./17. November 1989 Ungarn und am 17./18. November 1989 Polen.

¹⁰ Zum Vierten AKP-EWG-Abkommen vgl. Dok. 397.

¹¹ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

¹² Am 4. Dezember 1989 fand eine NATO-Gipfelkonferenz statt, bei der der amerikanische Präsident Bush über sein Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vor Malta informierte. Vgl. dazu Dok. 392 und Dok. 393.

wochfrüh vor dessen Abreise nach Kiew (12.00 Uhr)¹³ über das Ergebnis seiner Gespräche zu informieren.

6) Zur Entwicklung in der DDR und zur Debatte im Bundestag

BM führte aus, die Menschen in der DDR seien bisher mit großem Verantwortungsbewußtsein für ihre Freiheitsrechte eingetreten. Es könnte sich dabei um die erste wirklich erfolgreiche Revolution für die Freiheit in Deutschland handeln. Dies wäre ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag für die deutsche Geschichte. Wie sich die politischen Verhältnisse in der DDR entwickeln würden, sei schwer vorherzusagen. Es gebe Altparteien, deren Zukunftschancen ebenfalls schwer zu beurteilen wären. Ob sich z.B. die LDPD, der auch er einmal angehört habe, neues Vertrauen erwerben könne, wisse er noch nicht. Die SED habe jedenfalls jedes Vertrauen verloren. Ihre Aussichten bei einer freien Wahl würden nicht höher als 15–20 % eingeschätzt. Dies sei jedoch wohl noch zu hoch. Derartige Werte könnten wohl nur erreicht werden, wenn es Modrow gelänge, eine gute Politik zu machen. Die Opposition sei erst dabei, sich zu organisieren. So habe „Neues Forum“ noch nicht entschieden, ob es sich zu einer politischen Partei entwickeln solle. „Demokratischer Aufbruch“ werde eine solche Entwicklung jedoch vornehmen. Der erste Parteitag dieser neuen Partei sei für den 16. und 17.12.1989 in Leipzig geplant. Der Vorsitzende¹⁴ habe den Wunsch geäußert, ihn unmittelbar danach in Leipzig oder Halle zu treffen. Dies werde dazu führen, daß sein bereits erwähnter Familienbesuch einen sehr politischen Teil umfassen werde. Im übrigen hätten ihn auch Studenten aus Halle angeschrieben, daß sie mit ihm bei dieser Gelegenheit diskutieren möchten. In der DDR sei insgesamt sehr viel in Bewegung geraten, und dies habe auch eine Gegenwirkung in der Bundesrepublik. Wie durch eine Laune des Schicksals werde nun Ende 1990 sowohl in der Bundesrepublik¹⁵ wie in der DDR gewählt werden. Diese Interdependenz spiele bereits eine erhebliche Rolle. In beiden deutschen Staaten habe praktisch der Wahlkampf bereits begonnen. Dabei bestehe ein großes Interesse, hüben und drüben den eigenen Ideen nahestehende Ansprechpartner zu finden. Dies sei für die in der Bundesrepublik vorhandenen politischen Parteien nicht in allen Fällen ganz leicht.

Zur Debatte im Bundestag am 28.11.1989¹⁶ erklärte BM:

Wichtig sei, daß die West-Bindung der Bundesrepublik unterstrichen und jedem deutschen Alleingang eine Absage erteilt worden sei. Es sei bestätigt worden, was die Bundesregierung schon immer gesagt habe, vor allem zur Einbettung der deutschen Frage in das Schicksal Europas. Deshalb sei auch das Bekenntnis zum Fortbestand des Bündnisses so klar ausgefallen. Die politische Bedeutung des NATO-Bündnisses werde zunehmen. Es werde eine wichtige Rolle insbesondere im Abrüstungsbereich zu spielen haben. Es bestehe Konsens über die Finalität der Europäischen Union.

¹³ Der französische Außenminister Dumas begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch am 6. Dezember 1989 in der UdSSR.

¹⁴ Wolfgang Schnur.

¹⁵ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

¹⁶ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

Zu der Behandlung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten führte BM aus, daß es zunächst darum gegangen sei, die dringlichen Aufgaben zu definieren. Hier handele es sich um Bereiche, von denen die Menschen in der DDR direkt berührt seien, und um Aufgaben, die sofort gelöst werden könnten. Dazu gehöre vor allem die Devisenversorgung der Besucher aus der DDR und insgesamt eine Neuordnung des gesamten Reiseverkehrs in beide Richtungen. Die Bundesregierung sei bereit, anstelle des Begrüßungsgeldes einen Devisenfonds zu gründen. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß die DDR den Zwangsumtausch aufhebe, nach dem bisher jeder Besucher aus dem Westen für jeden Besuchstag 25 DM im Verhältnis 1:1 in die DDR-Währung umtauschen müsse. Dies sei ein schlechtes Geschäft für die Besucher und eine sehr gutes Geschäft für die Staatskasse der DDR gewesen. Eine weitere dringende Aufgabe sei die Hilfe im Gesundheitswesen der DDR, das in einem katastrophalen Zustand sei. Zur Zeit fehlt jede Art moderner Pflege in den Krankenhäusern. Es gebe weder moderne medizinische Geräte, noch moderne Medikamente oder Hilfsmittel wie Einwegspritzen etc.

Als Sofort-Maßnahmen sind weiterhin ins Auge gefaßt, Hilfe beim Umweltschutz und beim Ausbau des DDR-Telefonnetzes zu leisten. Zur Zeit müsse man bis zu 15 Jahre auf einen Anschluß warten. Auch bei der Verbesserung der Verkehrsstruktur könne Sofort-Hilfe geleistet werden. Es gebe bereits Gespräche über den Ausbau einer Schnellbahnverbindung zwischen Hannover und Berlin¹⁷, aber die Bundesregierung sei auch bereit, darüber nachzudenken, ob man eine derartige Verbindung über Magdeburg führe, um eine neue Infrastruktur zu schaffen.

Auf der DDR laste ein erheblicher Druck, die Abhaltung freier Wahlen zuzulassen. Dies sei auch unverzichtbar, denn die Bürger der DDR müßten ihren Willen frei ausdrücken können. Die Abhaltung freier Wahlen sei auch kein Diktat von seiten der Bundesrepublik, sondern die Voraussetzung für eine Entwicklung in der DDR, die eine weitere intensive Hilfe und Zusammenarbeit von seiten der Bundesrepublik erst möglich mache. Ministerpräsident Modrow habe seinerseits eine Vertragsgemeinschaft angeboten¹⁸. Die Bundesregierung sei bereit, darauf einzugehen. BK habe in seiner Erklärung die Möglichkeit gemeinsamer Ausschüsse dargestellt. Man werde dann sehen, wie die Entwicklung weitergehe.

Ein interessanter Punkt für uns sei gewesen, daß die DDR am gleichen Tage, an dem Ministerpräsident Modrow seine Regierungserklärung abgegeben habe, der Präsidentschaft der EG ein Papier mit dem Angebot der Zusammenarbeit¹⁹ habe übergeben lassen. Damit habe die DDR unsere Auffassung übernommen, daß jede Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten gleichzeitig eine Annäherung der DDR an die Gemeinschaft bedeute. Deshalb seien wir auch dafür, daß die Vorbereitungen für einen Kooperationsvertrag zwischen der Gemeinschaft und der DDR jetzt vorangetrieben werden sollten. Es komme darauf an, daß von Brüssel aus, aber insbesondere auch vom Europäischen Rat in Straßburg

¹⁷ Zum Schnellbahnprojekt vgl. Dok. 89, Anm. 12.

¹⁸ Vgl. dazu die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. November 1989, S. 3–5.

¹⁹ Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Anm. 13.

aus, klare Signale an den Osten gingen, die unseren Kurs deutlich machten. Die politische Erklärung, über die man in Brüssel gesprochen habe²⁰, enthalte bereits sehr substantielle Elemente. Es müsse deutlich werden, daß wir nicht beabsichtigten, die Schwierigkeiten, mit denen sich Mittel- und Osteuropa zur Zeit auseinanderzusetzen haben, auszunutzen.

Wichtig sei auch, daß der Annäherungsprozeß zwischen Ost und West die polnische Westgrenze nicht in Frage stelle. AM Schewardnadse habe eindeutig klargestellt, daß eine positive Entwicklung auch zwischen den beiden deutschen Staaten durchaus möglich sei, wenn klar sei, daß eine Rückkehr zu den Grenzen von 1937 nicht in Frage komme. Wichtig sei auch, daß deutlich werde, daß der Integrationsprozeß der Gemeinschaft nicht an Elan verlieren dürfe, weil sonst seine Attraktivität für den Osten nachlassen würde und die Gemeinschaft dann auch nicht die Kraft finden würde, sich dem Osten zu öffnen. Vielmehr müsse der Osten durch eine verstärkte Integration der Gemeinschaft zu weiteren Reformschritten ermutigt und die Gemeinschaft in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Möglichkeiten zu einer Öffnung nach Osten zu verbessern. Er habe in diesem Zusammenhang auch Frau Thatcher gesagt²¹, daß es für diese verstärkte Integration der Gemeinschaft wichtige politische Gründe gebe. Hierbei dürfe man nicht außer acht lassen, wie die zukünftige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aussehen solle. Wir müßten uns die Frage stellen, ob nicht auch die SU dringend Hilfe benötige. General Winter dürfe nicht gegenüber den Reformen die Oberhand behalten. Vielleicht würden wir nach dem Treffen von Malta etwas mehr darüber wissen. Auch sei es möglich, daß nach den beiderseitigen Besuchen in Moskau klarere Vorstellungen hierzu möglich wären.

Eine wirtschaftliche Erholung sei am schnellsten in der DDR und der ČSSR möglich. Voraussetzung sei allerdings, daß in beiden Ländern die Voraussetzungen für private Investitionen geschaffen würden. Steuermittel würden für diese Investitionen nicht erforderlich sein, denn es gebe in Europa genügend Kapital, das es vorziehen würde, in der DDR oder in der ČSSR zu arbeiten als etwa in der Dritten Welt. Die Lage in Polen, Ungarn und in der SU sei anders. Dies gelte auch für Bulgarien, wo es einen sehr spezifischen eigenen Reformprozeß gebe, bei dem überall die Hand der SU spürbar sei.

Als Begründung dafür, daß Gorbatschow dem Reformprozeß in den mittel- und osteuropäischen Staaten so viel Freiraum gelassen habe, erklärte BM, Gorbatschow habe den Menschen in der SU möglicherweise vorführen wollen, daß Reformen auch gelingen können. Er sei dabei wohl davon ausgegangen, daß dies in kleineren Staaten leichter möglich sein werde als in der SU selbst. Er selber habe Gorbatschow vor einiger Zeit gefragt, warum er nicht einen ersten Reform-

²⁰ Am 27. November 1989 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt. Ministerialdirigent Höynck vermerkte dazu am 28. November 1989, Bundesminister Genscher habe dargelegt: „Der ER werde eine sehr politische Veranstaltung. [...] Was den Ostaspekt anlange, so müsse die West-Ost-Erklärung eine Botschaft der EG zu diesem Thema sein. Nach dem Gipfel von Malta sei dies besonders wichtig. Es müsse eine klare Botschaft sein und nicht ein Bericht über das Geschehene. Die Grundstimmung müsse optimistisch sein und zur Reform ermutigen. [...] Wir dürfen jetzt nicht triumphieren. Die Erklärung werde eine große psychologische Wirkung haben, die beachtet sein müsse.“ Vgl. Referat 200, Bd. 144218.

²¹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher und Außenminister Hurd am 29. November 1989 in London vgl. DIPLOMATIE, Dok. 10. Genscher und Hurd trafen am selben Tag zu einem weiteren Gespräch zusammen. Vgl. Dok. 388.

Versuch in den baltischen Staaten unternehme. Dort seien die Voraussetzungen am besten, weil die Strukturen und der Ausbildungsstand der Bevölkerung am weitesten entwickelt seien.

AM *Dumas* leitete seine Erwiderung mit einer generellen Bemerkung ein: Es gelte, in dieser Zeit einen klaren Kurs zu steuern und eine klare Zielbestimmung zu treffen. Es sei nicht immer einfach, da viele Ereignisse nicht allein von uns selbst bestimmt werden könnten. Seine Analyse der Ereignisse im Osten ergebe, daß sich die derzeitige Reform-Bewegung fortsetzen werde. Allerdings könne man schwer sagen, wann auch Rumänien einbezogen würde. Er habe kürzlich im Kabinett festgestellt, daß er sich im Falle der ČSSR hinsichtlich des Zeitbedarfs geirrt habe. Es sei deshalb sehr schwer zu sagen, ob sich die Entwicklung in der DDR nicht auch noch weiter beschleunigen werde. Man habe bei den letzten Massendemonstrationen – etwa in Leipzig – inzwischen Transparente gesehen, auf denen die Einheit Deutschlands gefordert werde. In der ČSSR sehe man ähnliche beschleunigende Entwicklungen. AM *Dumas* zog daraus die Konsequenz, daß es wichtig sei, nicht noch zusätzlich Schwierigkeiten zu schaffen. Er erachte es deshalb als wichtig, daß deutsche Spitzenpolitiker deutlich sagten, daß die Bündnisse und die Grenzen nicht in Frage gestellt würden. In Ungarn und in der ČSSR spreche man bereits über den Verbleib sowjetischer Truppen in diesen beiden Ländern. Hier könnten sich schwierige Probleme ergeben, die man mit kaltem Kopf angehen müsse. Wenn diese Länder ihre Reformen weiter vorangetrieben hätten, würde sich die Frage nach ihrer Souveränität von selbst stellen. Dieser Prozeß solle deshalb nicht von unserer Seite zusätzlich angeheizt und damit kompliziert werden. Er sage nicht, daß er die Rede des Bundeskanzlers vor dem Bundestag in diesem Sinne auffasse. Der Bundeskanzler habe viele richtige Dinge zum europäischen Zusammenhang gesagt. Das Schlaglicht liege jedoch auf dem anderen Teil seines Planes. Der habe in Paris alle Verantwortlichen aufmerken lassen.

AM *Dumas* stellte dann fest, daß es auch einen Bereich gebe, in dem wir die Dinge selbst in die Hand nehmen könnten, und dies sei in erster Linie die Europäische Gemeinschaft. Gerade jetzt, wo der ganze Osten in Bewegung sei, gebe es in Europa eine wirklich klare Angelegenheit: die Europäische Gemeinschaft. Deshalb übe sie auch eine derartige Anziehungskraft auf den anderen Teil Europas aus. Es sei klar, daß Europa sich um diese Gemeinschaft herum entwickeln werde. Sollte sich also die Gemeinschaft nicht weiter entwickeln, würde sich das deshalb sehr negativ auf die Entwicklungen in ganz Europa auswirken. Weitere Schritte auf die Union hin seien daher unerlässlich. Konkret heiße dies, daß der nächste Schritt beim Europäischen Rat in Straßburg die Festlegung der Regierungskonferenz sein müsse. Im Grunde sei man sich ja einig, daß dies ein unausweichlicher Schritt zur Wirtschafts- und Währungsunion sei. Bis 1994 müsse aber noch viel geschehen. Deshalb sei es wichtig, daß bereits jetzt ein starkes Signal gesetzt werde und daß insbesondere die deutsche Unterstützung für die französische Präsidentschaft deutlich werde. Schließlich handele es sich bei unseren beiden Ländern um das Kernpaar der Gemeinschaft. Unter den folgenden Präsidentschaften würden viele Dinge anders laufen.

BM erwiderte darauf, daß man sich darüber verständigen sollte, von Straßburg aus ein doppeltes Signal zu setzen: zum einen den Fortgang der Integration und zum andern die Kooperationsbereitschaft mit den Reformstaaten. Wenn dies

möglich wäre, würde der Europäische Rat in Straßburg in die Geschichte eingehen. Auch er sei der Meinung, daß das eine nicht ohne das andere gehe. Wenn wir die Dynamik der EG verlieren würden, seien wir nicht in der Lage, die Entwicklung im Osten Europas verantwortlich mitzugestalten. Die Öffentlichkeit brauche einfache und klare Signale. Wir müßten deutlich machen, daß wir einen klaren Kurs steuern. Er habe das auch der britischen Premierministerin und dem britischen Außenminister bei seinem Besuch in London gesagt.

Der Leiter der Handelsabteilung im Quai, *de Boissieu*, machte hier einen Einwurf zu möglichen Mißverständnissen, die es zwischen F und D bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz wohl immer noch gebe:

Hierbei gehe es um die Frage der Unabhängigkeit der gemeinsamen Zentralbank, um die Frage zwingender Regeln bei der Stabilitätspolitik und die Frage nach der Finanzierung von Haushaltsdefiziten. Er wolle nur darauf hinweisen, daß F mit den deutschen Positionen so gut wie vollständig einverstanden sei. Er verstehe deshalb nicht, warum es von deutscher Seite immer neue Fragen gebe.

BM wies darauf hin, daß die Bundesregierung ihre internen Beratungen noch nicht abgeschlossen habe. Sie werde ihre Position aber bis zum Europäischen Rat in Straßburg formuliert haben.

BM kam noch einmal auf seine erste Argumentation zurück und unterstrich, daß in der derzeitigen Lage nichts geschehen dürfe, was destabilisierend wirken könne. Andererseits brauche man keine Angst zu haben vor der Forderung nach freien Wahlen. Auch glaube er, daß sich in der SU die Einschätzung der sowjetischen Sicherheitsinteressen geändert habe. Man sehe wohl auch dort, daß es besser sei, wenn man sich auf die Zustimmung verbündeter Völker stützen könne statt auf die eigenen Bajonette. Die Aussagen zum Bestand der Bündnisse seien wichtig. Diese würden noch für lange Zeit eine stabilisierende Rolle spielen. Dies sei auch ein wichtiges Signal in Richtung Westen. Unsere klaren Aussagen würden dann auch von den Menschen im Osten richtig verstanden. Die SU habe sich ihrerseits klug verhalten, indem sie öffentlich ihre Zustimmung zum Demokratisierungsprozeß zum Ausdruck gebracht habe. Er werde dies auch Gorbatschow bei seinem Besuch sagen und ihn darauf hinweisen, daß es seinerzeit die Rote Armee gewesen sei, die sich in den Staaten Mittel- und Osteuropas der Freiheit entgegengestellt habe, und daß es heute die SU sei, die den Freiheits- und Demokratisierungsprozeß erlaube. Es sei sehr weitsichtig von der sowjetischen Politik, daß sie keinen Gegensatz zwischen Bündniszugehörigkeit und freien Wahlen herstelle. Es sei kein Zufall, daß das Recht auf die eigene innere Entwicklung in der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung²² enthalten sei. Wir hätten seinerzeit keine Mühe gehabt, dies in den Text hineinzubekommen. Die SU wollte offensichtlich schon damals ein Signal geben, daß sie sich nicht einmischen werde, wenn sich eine entsprechende Entwicklung ergebe.

BM unterstrich, daß der Westen nun seinerseits dafür sorgen müsse, daß der Rahmen der Entwicklung stabil bleibe. Dazu gehöre vor allem die Zusicherung,

²² Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

die Probleme der Staaten Mittel- und Osteuropas nicht zum eigenen Vorteil auszunutzen, und die Feststellung, daß die Bündnisse ihre Bedeutung behielten. Dies sei ein wichtiges Signal an die Reformstaaten. Im übrigen müßten wir dafür Sorge tragen, daß der Abrüstungsprozeß beschleunigt werde. Auf diese Weise könne erreicht werden, daß die sicherheitspolitische Bedeutung der Reformstaaten für die SU geringer werde und diese deshalb auf die Entwicklungsvorgänge gelassener reagieren könne.

AM *Dumas* wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Bedeutung der Grenzfragen hin. Bei seinem Besuch in Warschau habe sich wieder deutlich gezeigt, wie stark das Problem der polnischen Westgrenze dort die Gemüter beschäftige. In dieser Frage seien sich alle Polen einig. Dies sei ihm immer wieder gesagt worden. Die polnische Haltung werde auch in den Aussagen des polnischen Ministerpräsidenten in Moskau²³ deutlich. Er habe dort auch ganz klar gesagt, daß Polen nicht aus dem WP austreten werde.

AM *Dumas* fragte zum Abschluß des Gesprächs, ob die Reise des BK in die DDR²⁴ inzwischen festgelegt sei.

BM antwortete, daß für die Reise zunächst drei Fragen geklärt werden müßten:

- ob BM Seiters in der kommenden Woche erneut in die DDR fahren werde²⁵;
- ob das Ergebnis einer derartigen Reise zufriedenstellend sei;
- wie die Perspektiven für den Parteitag der SED²⁶ seien.

Seiner Auffassung nach werde Krenz wohl im Amt bleiben. Es gebe zwar Gerüchte, daß sich der Bürgermeister von Dresden²⁷ zur Wahl stellen werde. Er glaube dies jedoch nicht, da dies bedeuten würde, den Bürgermeister zu unterschätzen. Wer jetzt die Führung der SED übernehme, werde der Konkursverwalter der SED sein. Die guten Leute würden sich seiner Meinung nach viel mehr für die Zeit nach den Wahlen bereithalten.

Der BK habe wohl zeitlich die Möglichkeit, am 19. Dezember 1989 in die DDR zu reisen. Darüber werde er jedoch erst entscheiden, wenn sicher sei, daß er konkrete Vereinbarungen treffen können. Für ihn stelle sich die Situation deshalb anders dar als für Präsident Mitterrand²⁸. Auf jeden Fall werde BK nicht nach Ost-Berlin gehen.

AM *Dumas* wies darauf hin, daß der Besuch von Präsident Mitterrand bereits seit längerer Zeit programmiert gewesen sei. Er habe schon in New York mit AM Fischer darüber gesprochen, der sehr insistiert habe, daß dieser Besuch noch in diesem Jahr statfinde. Im übrigen habe kein anderes Datum als das jetzt

²³ Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki besuchte die UdSSR vom 23. bis 27. November 1989. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 24. November 1989 vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 107.

²⁴ Bundeskanzler Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

²⁵ Bundesminister Seiters traf am 5. Dezember 1989 in Ost-Berlin mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

²⁶ Ein zunächst für den 15. bis 17. Dezember 1989 einberufener Außerordentlicher Parteitag der SED fand in einem ersten Teil bereits am 8./9. Dezember 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 12.

²⁷ Wolfgang Berghofer.

²⁸ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR auf. Vgl. dazu Dok. 431.

festgelegte zur Verfügung gestanden. Es wäre gut, wenn auch in Deutschland klargestellt werden könnte, daß es von französischer Seite keinen Wettlauf in die DDR gebe. Die Reise solle drei Tage umfassen und nach Ost-Berlin, Leipzig und Dresden führen.

Referat 010, Bd. 178931

390

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf Leutrum

205-321.00 D

4. Dezember 1989¹

Über Dg20, D2² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Deutsche Frage;

hier: Haltung der nordeuropäischen Staaten

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die Vorgänge in der DDR und unsere Reaktion auf sie, insbesondere die Öffnung der Mauer am 9.11. und der Zehn-Punkte-Plan des BK vom 28.11.⁴, riefen auch in Nordeuropa bei Regierungen und Öffentlichkeit lebhaftes Interesse sowie ein umfangreiches Kommentarcheo hervor.

Während das Ende des DDR-Stalinismus und die Öffnung der innerdeutschen Grenze einhellig begrüßt werden, mischen sich in die daran anknüpfenden Überlegungen zur weiteren Entwicklung in Deutschland zum Teil alte und neue Ängste, historische Erfahrungen und Sorgen vor einem instabilen Europa.

II. Zu den einzelnen Ländern

1) Dänemark

Die Regierung äußerte sich grundsätzlich positiv und ausgewogen, betonte das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, aber auch den gesamteuropäischen Rahmen, in den die deutsche Frage eingebettet sei.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Leutrum und Legationssekretär Siebert konzipiert.

² Hat, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, Ministerialdirigent Hofstetter am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Analyse erscheint mir unangemessen optimistisch!“

Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 6. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup „z[ur] g[e]fälligen K[en]ntnisnahme!“ sowie an Referat 205 verfügte.

Hat Kastrup am 6. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

AM Ellemann-Jensen stimmte dem Ziel der Wiedervereinigung im europäischen Rahmen mit einem Zitat aus dem Brief zur Deutschen Einheit⁵ ausdrücklich zu und betonte die Notwendigkeit von Wirtschaftshilfe an die DDR (Joint-ventures) ebenso wie die wichtige Rolle der EG, aber auch der NATO, der KSZE und des Europarats.

MP Schlüter sagte, er glaube „nicht sehr“ an eine Wiedervereinigung, und fügte an: „Das ist auch nicht etwas, was ich mir wünsche.“⁶

In der dänischen öffentlichen Meinung mischen sich freudige Anteilnahme und Verständnis für die – meist als maßvoll bezeichnete – Reaktion der Bundesregierung mit Zweifeln und Warnungen angesichts von Perspektiven, die erneut traditionelle Ängste des kleinen Dänemark vor dem übermächtigen südlichen Nachbarn wachrufen.

2) Norwegen

Auch die norwegische Regierung (Interview AM Bondevik vom 29.11.) äußert sich mit verständnisvoller Grundeinstellung zur deutschen Frage; drei Elemente bestimmen ihre Haltung:

- Es ist Sache der Deutschen, über ihre politische Zukunft zu entscheiden.
- Die Frage der Wiedervereinigung muß im europäischen Zusammenhang gelöst werden, weil der politischen Stabilität in Europa höchste Priorität zukommt.
- Eine Lösung der deutschen Frage sollte nicht forciert werden, vielmehr sei zunächst wichtig, den Reformprozeß in der DDR unumkehrbar zu machen.

Die norwegische Presse beschreibt die durch die Entwicklungen in der DDR veränderten Perspektiven recht nüchtern und erläutert die möglichen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Folgen.

3) Schweden

Der schwedische AM Andersson sagte am 12.11. in Moskau⁷:

„Ein vereinigt Deutschland würde heute ein chauvinistisches Deutschland werden.“ Es könne ein Hindernis für ein neues Europa werden.

Nach halbherzigen Interpretationen und Dementis dieser Auslassungen, die in Schweden selbst kontroverse Debatten auslösten, vertrat der AM am 20.11. gegenüber einer deutschen Parlamentariergruppe eine gemäßigte⁸ Linie, die sich anderen europäischen Staaten annähert. Durch Schaden klug geworden, hält sich die schwedische Regierung im Augenblick mit deutschlandpolitischen Äußerungen zurück.

Die öffentliche Meinung ist zwiespältig; auf der einen Seite fürchtet man Instabilität in Europa und verstärkten wirtschaftlichen Konkurrenzdruck eines vereinten Deutschland, auf der anderen gibt es Hoffnungen, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt Europas sich wieder stärker nach Norden verlagert und daß

⁵ Zum Brief zur Deutschen Einheit vgl. Dok. 339, Anm. 3.

⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht unerwartet!“

⁷ Der schwedische Außenminister Andersson hielt sich vom 8. bis 12. November 1989 in der UdSSR auf.

⁸ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lip service!“

ein schwedischer EG-Beitritt durch eine mögliche Ausklammerung der Sicherheitspolitik erleichtert werden könnte. Gibt es, v.a. auf der Linken, ideologische Vorbehalte gegenüber der Politik einer „konservativ-kapitalistischen“ Bundesrepublik, so sehen andere in der Wiederbelebung des deutschen kulturellen Erbes durch ein einheitliches, demokratisches Deutschland nicht eine Gefahr, sondern eine Chance für Europa.

4) Finnland

Präsident Koivisto äußerte am 29.11. in einer Rede vor der Paasikivi-Gesellschaft die Überzeugung, die allgemeine europäische Konstellation werde sich nicht sehr schnell ändern, da zu viele Interessen dagegen stünden. Während Äußerungen über die Wiedervereinigung mehr noch im Westen als im Osten Unruhe hervorriefen, könnten praktische Schritte wie vertrauensbildende Maßnahmen und Verstärkung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten den Abbau der Teilung Europas voranbringen.

AM Paasio betonte am 28.11., die deutsche Frage sei Teil des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses. „Wir haben keinen Grund, den jetzt in Gang gekommenen Prozeß in Europa zu fürchten.“ Dies zeige auch der Zehn-Punkte-Plan des BK.

Die lebhafteste öffentliche Diskussion der Entwicklung in Deutschland ähnelt derjenigen in den anderen nordeuropäischen Ländern, jedoch werden z.T. noch recht stereotype Befürchtungen (deutscher Alleingang, Neutralismus) geäußert.

III. Wertung

Die insgesamt maßvollen⁹ Kommentare zeigen, daß unsere Beziehungen zu den nordeuropäischen Ländern stabil und vertrauensvoll, auch in gewissem Maße belastbar sind. Der enge bilaterale Kontakt hat einen kontinuierlichen Meinungsaustausch auch über die Deutschlandpolitik ermöglicht (zuletzt etwa bei finnischem Staatsbesuch¹⁰ und bei Direktorenkonsultationen mit NWG im Oktober¹¹ sowie Besuch des neuen norwegischen AM Bondevik¹² und Reise StM'in Adam-Schwaetzer nach Finnland im November).

⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na, na!“

¹⁰ Der finnische Präsident Koivisto besuchte die Bundesrepublik vom 1. bis 5. Oktober 1989. Vgl. dazu Dok. 305.

¹¹ Im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Kolby, am 23. Oktober 1989 führte Ministerialdirektor Kastrup aus: „Kern der deutschen Frage sei die Freiheit, nicht die Einheit. Den Rest müsse die Geschichte entscheiden. K[olby] erwiderte, die Bundesregierung habe auf die heikle Lage in der DDR äußerst geschickt reagiert. Auf die Frage, ob die DDR als Staat auf Dauer überleben könne, wenn sie sich reformiere, antwortete D2, dieses Problem hätte sogar der SED-Chefideologe Reinhold angesprochen, und RL 210 ergänzte, man könne auch die umgekehrte Meinung vertreten, daß die DDR ohne Reformen nicht überleben könne. K. fragte, ob kleine Schritte ausreichten, um Fluchtwellen und Opposition zu bremsen. D2 verneinte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 222 (205), Bd. 171332.

¹² Im Gespräch mit dem norwegischen Außenminister Bondevik am 27. November 1989 führte Bundesminister Genscher aus: „Modrow habe von einer Vertragsgemeinschaft gesprochen und damit das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland anerkannt. Er, BM, halte dies für einen begrüßenswerten Vorschlag. Man könne z. B. gemeinsame Kommissionen schaffen, die zu praktischer Kooperation führten.“ Zur deutschen Frage erklärte Genscher: „Hierüber werde im Ausland stärker diskutiert als bei uns. Wir seien uns der Implikationen dieser Frage voll bewußt. Wir Deutschen hätten in der Vergangenheit oft im Gegensatz zu unseren Nachbarn gestanden. Wir seien mit dem Schicksal Europas enger verbunden als andere. Einen deutschen Sonderweg werde es nicht geben. Deutscher Neutralismus sei daher kein Thema. Unser Schicksal sei eingebettet in das Schicksal

Der Chauvinismusvorwurf des schwedischen AM blieb ein einzelner Ausrutscher¹³, den zu korrigieren die schwedische Regierung sich bemüht hat. Demgegenüber zeigen die Stimmen aus Dänemark, Norwegen und Finnland, daß Ressentiments aus der Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion heute keine besondere Rolle¹⁴ mehr spielen. Soweit Befürchtungen auftauchen, sind diese eher in die Zukunft gerichtet und betreffen das große deutsche Potential als Faktor bei der Gestaltung der künftigen politischen, auch sicherheitspolitischen, und wirtschaftlichen Ordnung Europas.

Diese Bedenken werden allerdings insofern relativiert, als man in diesen Ländern die Bedeutung der Bundesrepublik als Motor für die europäische Einigung und nicht zuletzt auch für engere Beziehungen der EG zu den EFTA-Staaten hoch einschätzt und die deutsche Frage nur im europäischen Rahmen für lösbar hält.

Leutrum

Referat 222 (205), Bd. 178328

391

Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15972/89 VS-vertraulich

Aufgabe: 4. Dezember 1989, 13.40 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1443

Ankunft: 4. Dezember 1989, 13.52 Uhr

Betr.: Malta-Gipfel² und weitere West-Ost-Beziehungen;

hier: Gespräch BM–AM Baker am 3.12.89 in Brüssel³

Nach Ankunft aus Malta in Brüssel gab AM Baker – parallel zu Gespräch BK–Bush⁴ – BM erste Unterrichtung, die auch Gelegenheit zu Meinungsaustausch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1663

Europas. [...] Es werde zu engeren Verbindungen zwischen West und Ost kommen. Die Frage der deutschen Einheit werde am Ende weniger dramatisch sein, als es manchen jetzt erscheine. Maßgebend sei für uns die Präambel des Grundgesetzes.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

¹³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das war kein Ausrutscher!“

¹⁴ Die Wörter „heute keine besondere Rolle“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Da habe ich doch erhebliche Zweifel!“

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

² Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Für die amerikanischen Gesprächsprotokolle vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Für ein zusammenfassendes sowjetisches Protokoll eines Teils der Gespräche vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 110, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 59 und Dok. 60. Vgl. dazu auch Dok. 392 und Dok. 393.

³ Für eine Zusammenfassung des Gesprächs vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 115.

⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

über aktuelle Entwicklungen in der DDR und Vorschau auf Europäischen Rat⁵, G 24⁶ und NATO-Außenministertreffen⁷ bot. Bakers in seiner gewohnt nüchternen Art vorgetragener Bericht über Malta vermittelte Eindruck, daß US-Seite ihrem Grundansatz treu geblieben ist (kein Rüstungskontroll- oder Verhandlungsgipfel, weite thematische Anlage, keine bilaterale Erörterung eines Europa-Konzepts), daß aber Beziehungen in ihrer ganzen Breite deutlichen positiven Impuls erfahren haben. Für jetzt konzentriert anlaufende Vorbereitungen eines Gipfels in der zweiten Juni-Hälfte 1990⁸ sind konkrete Aufträge verabredet worden (erstes AM-Treffen in SU bereits im Januar⁹ mit Schwerpunkt START). CW-Verhandlungen und Wiener VKSE¹⁰ haben ebenfalls Impuls erhalten, letztere durch Inaussichtnahme Unterzeichnung auf Gipfelebene 1990.

Wichtig war für SU erklärte US-Bereitschaft, SU-Integration in Weltwirtschaft konkret zu fördern, ferner erkennbarer US-Verzicht, aus Schwierigkeiten in Osteuropa einseitige Vorteile zu ziehen.

Baker nannte Zentralamerika und Wiedervereinigungsfrage als diejenigen Bereiche, in denen keine generelle Übereinstimmung habe festgestellt werden können. In letztgenannter Frage beziehe sich sowjetische Sorge offensichtlich auf mögliche „übereilte“ Entwicklungen, die nicht in europäischen Kontext, besonders KSZE, eingebunden sind. Bezüglich Grenzfrage seien sowjetische Sorgen – unausgesprochen – in bezug auf polnische Westgrenze besonders deutlich.

Breiten Raum nahm Lage in SU selbst ein. Baker zeigte sich von Lösungsansätzen für Wirtschaftsprobleme nicht beeindruckt.

Im einzelnen:

1) Bericht über Malta

a) Baker leitete mit allgemeinen Bemerkungen ein:

Bush sei es darauf angekommen, Beziehungen in ihrer ganzen Breite zu entwickeln, einschließlich Rüstungskontrolle, Regionalfragen und bilaterale Beziehungen. Zur Charakterisierung der aufgeschlossenen Haltung von Bush benutzte Baker mehrfach den Ausdruck „he was leaning forward“. Gespräche seien sehr konstruktiv und produktiv gewesen.

Nur in zwei Fragen sei kein Einvernehmen im generellen Sinne erzielt worden, nämlich bei Zentralamerika und zur Frage der Wiedervereinigung. Gorbatschow sei über Perspektive einer Wiedervereinigung deutlich besorgt (quite concerned) gewesen und habe seine Politik bekräftigt, daß Wiedervereinigung gegenwärtig außer Frage stehe und der Geschichte überlassen werden sollte, d.h., man dürfe sich hier nicht schnell bewegen.

Präsident Bush habe deutlich gemacht, daß er eine breite Verbesserung der Beziehungen wünsche und dafür die derzeitigen Veränderungen in Osteuropa

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

⁶ Zur Tagung der Außenminister der G 24 am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 416.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

⁸ Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

⁹ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1990 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 173.

¹⁰ Korrigiert aus: „VSKE“.

nutzen wolle. Zur Wiedervereinigung habe sich Bush grundsätzlich unterstützend (supportive) geäußert unter der Voraussetzung, daß sie auf Grundlage westlicher Werte erfolge.

Dieser Diktion habe SU-Seite widersprochen. Jakowlew habe sie als unzulässig abgelehnt. Östliche Seite sei gerade dabei, sie zu verwirklichen. Man hatte sich dann auf den Begriff „demokratische Werte“ verständigt (Einwurf eines Baker-Beraters: zu denen sich USA seit 200 Jahren, Sowjets seit 20 Monaten bekennen.)

Baker verneinte auf Frage BMs, daß SU gegen Verbesserung unserer Beziehungen zur DDR sei. Sie habe aber, wie schon früher, die Linie (bottom line) bei Fortbestand der DDR-Mitgliedschaft im Warschauer Pakt gezogen: Bei den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen laufe alles (anything), nicht aber bei Austritt aus dem WP.

Auf BM-Frage erläuterte Baker, daß Gorbatschow sein Interesse unterstrichen habe, nicht über Grenzänderungen zu reden. USA hätten auf Schlußakte Helsinki und dort verbrieft Möglichkeit des friedlichen Wandels¹¹ verwiesen. US-Seite habe aus sowjetischen Einlassungen das Gefühl mitgenommen – konkret sei dies nicht ausgesprochen worden –, daß sowjetische Sorgen sich nicht so sehr auf deutsch-deutsche Grenze, sondern auf deutsch-polnische Grenze beziehen.

b) Bush-Vorschlagsliste

- Gipfel 1990: In letzten beiden Juni-Wochen. Gorbatschow sei einverstanden gewesen.

Im Januar würden Außenminister in SU zusammentreffen mit speziellem Auftrag im Rüstungskontrollbereich: möglichst Lösung der ALCM-Frage, des Problems der nicht-stationierten Raketen und der Verschlüsselung von Telemetrie.

- Einbeziehung SU in internationale Wirtschaft:
 - Sofortige Einleitung von Verhandlungen über Gewährung der Meistbegünstigung (dies sei Voraussetzung für spätere Aufhebung des Jackson-Vanik-Amendments¹²). Deutliche sowjetische Befriedigung, auch wenn substantielle Verbesserungen weniger zu Buche schlagen als politisch symbolischer Charakter. (Anbindung an sowjetische Auswanderungsgesetzgebung bleibt.)
 - Einräumung Beobachterstatus für SU im GATT, allerdings erst nach Beendigung derzeit laufender Runde¹³ 1990. Aber SU müsse bis dahin Großhandelspreisreform durchführen. US hätten Zweifel, ob dies möglich sei.
 - Zehn bis zwölf Projekte für technische und wirtschaftliche Kooperation (der Begriff „Hilfe“ werde, da SU empfindlich sei, nicht mehr verwandt).
 - SU-Zugang zu EXIM¹⁴-Krediten: US bereite erforderliche Gesetzgebung vor – sehr zu sowjetischer Zufriedenheit.
 - Investitionsschutzabkommen: Verhandlungsaufnahme beschlossen.

¹¹ Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

¹² Zum „Jackson-Vanik-Amendment“ vgl. Dok. 153, Anm. 10.

¹³ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

¹⁴ Export-Import Bank of the United States.

- Menschenrechtsfragen: Lösung aller anstehenden Fälle von geteilten Familien bis Gipfel 1990 angestrebt (vierte „Null-Lösung“).
- Rüstungskontrolle: Anknüpfend an Bush-Vorschlag zu CW bei letzter VN-GV¹⁵ hätten USA jetzt Bereitschaft erklärt, auf den seinerzeit gemachten Modernisierungsvorbehalt dann zu verzichten, wenn SU auf Vorschlag eingehe. SU denke offenbar ernsthaft nach. Einen Zeitplan gebe es nicht, USA strebten aber Unterzeichnung der Verpflichtung zu 80prozentiger Kürzung beim nächsten Gipfel an. Dies würde bedeuten, daß USA auf 20 Prozent ihrer jetzigen Bestände heruntergehen würden, SU ebenfalls auf dieses Niveau – was angesichts ihrer sehr viel umfangreicheren CW-Bestände deutlich asymmetrische Abrüstung bedeute.

Auf BM-Frage erklärte Baker, für Genfer CW-Verhandlungen sei kein Zeitplan in Aussicht genommen. Bartholomew ergänzte, man müsse mit einigen Jahren (a few years) rechnen angesichts der zahlreichen Beteiligten. Präsident wolle aber durch vorgeschlagene bilaterale Reduzierung den Verhandlungen deutlichen Impuls geben.

- Gipfel zur Unterzeichnung KSE-I-Abkommens im Jahre 1990: angestrebt auf Grundlage des jetzt auf dem Verhandlungstisch liegenden Vorschlags.¹⁶

Auf BM-Frage: In diesem Zusammenhang sei nicht über die weitere Zukunft Europas, insbesondere nicht über irgend etwas, was über KSE-I hinausgehe, gesprochen worden. Man sei sehr weit entfernt gewesen von irgend etwas, was in Richtung Kondominium gehe. SU verstehe durchaus, daß USA durch die Allianz arbeiten wolle.

- START: Man wolle möglichst alle offenen Fragen bis zum Gipfel lösen oder lösungsreif machen, damit Abkommen bis Ende 90 unterzeichnet werden könne. Vorher seien auf beiden Seiten und zwischen beiden Seiten Durchbrüche nötig, wobei Baker besonders ALCM, SLCM und nicht-dislozierte Raketen nannte.
- Beim Gipfel sollten die Testverbotsverträge unterzeichnet werden.
- Nichtproliferation von Raketentechnik: US-Vorschlag, SU solle sich zur Beachtung der in den Richtlinien¹⁷ festgesetzten Grenzen verpflichten.
- US-Anregung, sowjetischen Verteidigungshaushalt zu veröffentlichen (US-Haushaltsdokumente wurden als „Muster“ übergeben). AM und BM waren sich einig, daß sowjetische Angaben wahrscheinlich glaubhaft sind, daß Führung in Moskau selbst kein klares Bild von tatsächlichen Verteidigungsaufwendungen hat.
- Olympische Spiele in Berlin (auf Rückfrage: in beiden Teilen): Nicht terminierter Reagan-Vorschlag¹⁸ wurde von Bush erneuert, und zwar für das Jahr 2004.

¹⁵ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 289.

¹⁶ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

¹⁷ Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA wandten seit April 1987 ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

¹⁸ Vgl. dazu die „Berlin-Initiative“ des amerikanischen Präsidenten Reagan; Dok. 37, Anm. 10.

Globale Herausforderungen:

- Umweltprobleme, insbesondere globale Klimaentwicklung, sollten Schwerpunkt Bemühungen sein.
- Regionalprobleme: Umfassend erörtert mit Schwerpunkt:
- Nahost (hier besonders Libanon ausführlich. US unterstützten wie D Taif¹⁹. Frage sei, wie lange Syrien sich noch zurückhalte.)
- Afghanistan
- Zentralamerika: US-Seite habe hier erläutert, welch innenpolitisches Störpotential für positive Entwicklung amerikanisch-sowjetischer Beziehungen darin liege, daß SU nicht den ihr möglichen Druck auf Ortega und Castro ausübe, um Waffenlieferungen und damit dramatische Entwicklung in El Salvador zu verhindern. Man glaube, daß SU selbst keine Waffen liefere, aber es gingen umfangreiche Mittel (6 bis 7 Mrd. Dollar) nach Nicaragua. Wie solle US-Regierung vor diesem Hintergrund erklären, daß sie SU helfen wolle?

BM sagte auf Bitte von AM zu, bei seinem bevorstehenden Moskau-Besuch²⁰ sowjetisches Verständnis für innenpolitische Dimension dieser Frage fördern zu wollen. AM bezeichnete es als wichtig, daß SU ihr möglichen Einfluß ausübt, um auf politische Lösungen hinzuwirken.

c) Sowjetische Vorstellungen und Vorschläge

Auf Frage BMs meinte AM, hier sei „nichts völlig Neues“ gekommen:

- Marine-Rüstungskontrolle: US habe hier weitere Probleme.
- Eliminierung aller seegestützten taktischen Nuklearwaffen: Thema sei eher philosophisch, nicht in Form konkreter Vorschläge angesprochen worden. Es sei auch nicht mit VKSE verbunden worden, allenfalls gewisse Querverbindung zu VSBMs.
- KSE-AM-Treffen: wurde von SU-Seite angesprochen und würde für USA kein Problem darstellen, wenn erzielbare Fortschritte dies rechtfertigen.
- Helsinki II²¹: US-Reaktion sei gewesen, auf notwendige Beratungen mit Bündnispartnern zu verweisen. Eigene US-Haltung sei eher lauwarm, zunächst wolle man Wirtschaftskonferenz in Bonn²² und Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen²³ als konkrete Folgeveranstaltungen abwarten. US-Ansatz zu KSZE-Veranstaltungen sei grundsätzlich eher konkret, sie müßten etwas Produktives erbringen. Sollten allerdings Bündnispartner auf Helsinki II drängen, würden sich USA nicht verschließen.

BM meinte, unter Bündnispartnern gebe es positive Tendenz.

Ein Meinungsaustausch über mögliche Motive sowjetischen Interesses identifizierte folgende mögliche Gesichtspunkte: vollberechtigte Teilnahme im Welt-

¹⁹ Zum Abkommen von Taif vom 22. Oktober 1989 vgl. Dok. 344, Anm. 10.

²⁰ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

²¹ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 369, Anm. 10.

²² Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²³ Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

wirtschaftsclub, vielleicht auch Suche nach Forum, um „Dinge wie DDR“ zu behandeln (AM). Hinweis auf Stil Gorbatschows, in Konferenzen zu operieren (Zoellick). Vollberechtigte Teilnahme SU an Gestaltung Europas (Bartholomew), aber auch der USA: SU-Interesse an Fortbestehen der Allianzen und US-Präsenz in Europa (BM) – hierzu ausdrückliche Zustimmung von AM: Sowjetische Seite habe diesbezügliches Interesse artikuliert, Bündnisse hätten 40 Jahre lang Stabilität gesichert. Versuch, die Umwälzungen durch KSZE-Struktur zu managen (Zoellick).

AM verhehlte gewisse Überraschung nicht, daß Begriff „europäisches Haus“ nur einmal von sowjetischer Seite erwähnt wurde. Dabei habe man an frühere US-Diktion angeknüpft, die sich auf Freizügigkeit bezogen habe. Jetzige SU-Äußerung habe Grenzproblematik betont: Wie könne man europäisches Haus haben, wenn die Wände laufend versetzt würden?

^{24d)} Interne sowjetische Lage

Wirtschaftslage sei sehr ernst. Offenbar wisse SU nicht, was sie tun solle, und habe insbesondere keine weiterführenden Pläne. Schewardnadse sei zwar optimistisch gewesen (bei letztem Gespräch vor Malta), daß SU auch bezüglich Energieproblemen über den Winter komme. Sowjets hätten auch beim Gipfel nicht um Geld oder Nahrungsmittelhilfe gebeten, aber nachhaltig wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit begrüßt. Zugang zu internationalen Wirtschaftsgremien habe im Vordergrund SU-Interesses gestanden.

Bartholomew verwies darauf, daß keinerlei Vorstellungen zur Abschöpfung des Kaufkraftüberhangs in SU zu bestehen schienen. Zoellick registrierte, daß Gorbatschow seit Mitte 89 Wirtschaftsfragen stärkere Aufmerksamkeit widmet, aber immer noch nicht den Grundfragen, besonders dem Preissystem.

Baker war über Gorbatschows Verständnis der westlichen Wirtschaftsordnung erstaunt: Gorbatschow habe allen Ernstes behauptet, daß es in USA praktisch kein Privateigentum gäbe (worunter er offenbar verstehe, daß Fabriken etc. sich im Eigentum einer einzigen Person befinden müßten).

Zoellick spekulierte, daß SU die mit Privateigentum verbundenen ideologischen Probleme dadurch zu umgehen versuchen könnte, daß Aktienbesitz nicht als Privateigentum angesehen werde.

Gemeinsame Analyse BM und AM der Ernährungsprobleme, insbesondere Verteilung und Transport, stimmte überein.

e) Aus Diskussion über Malta-Gespräche ist festzuhalten:

BM kam zurück auf Grenzfrage, zu der US-Seite zutreffend auf den „friedlichen Wandel“-Vorbehalt in Schlußakte verwiesen habe. BM erinnerte in diesem Zusammenhang an Verhandlungsgeschichte der Schlußakte: Bundesregierung habe 1974 auf zwei wichtige Positionen Wert gelegt:

- Einbeziehung eines Streifens sowjetischen Territoriums in Anwendungsbereich von vertrauensbildenden Maßnahmen.
- Vorbehalt friedlichen Wandels.

In Gesprächen sei Gromyko klargemacht worden, daß auf unserer Seite damit deutsch-deutsche Grenze gemeint sei: Es müsse in der Souveränität zweier Staa-

²⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1444 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

ten liegen, ihre gemeinsame Grenze abzuschaffen.²⁵ Dies sei unser Verständnis von friedlichem Wandel. Gromyko habe erklärt, SU würde dieser Formulierung niemals zustimmen. Bundesregierung habe dafür auch nicht Unterstützung ihrer Verbündeten. Gromyko habe insofern recht gehabt, als Verbündete bis dahin das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen ohne Vorbehalt friedlichen Wandels zu akzeptieren bereit gewesen seien. Nach Gesprächen mit Bündnispartnern, in denen deren Unterstützung erlangt worden sei, habe man sowjetischer Seite deutlich gemacht, daß ohne entsprechende Regelung – durch die Respektierung des Briefs zur Deutschen Einheit²⁶ verdeutlicht würde – Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland zur Schlußakte nicht geleistet werden würde. BM zog hieraus Schlußfolgerung, daß SU auch heute nicht ernsthaft bestreiten könne, daß Frage seinerzeit bereits diskutiert worden sei.

AM nahm dies interessiert zur Kenntnis und stellte mit Bezug auf Malta fest, daß dort keine spezifische Diskussion darüber stattgefunden habe, welche Grenze aus sowjetischer Sicht wichtiger sei, die deutsch-deutsche oder die deutsch-polnische. Nach seinem Gefühl wollten Sowjets überhaupt nicht über irgendeine Grenze reden. Nach ihrer Meinung sei auch Diskussion über deutsch-deutsche Grenze „verboten“, deutsch-polnische Grenze sei für sie aber letztlich sicher wichtiger. Jedenfalls wollten Sowjets jedes forcierte Vorgehen, das gefährlich werden könnte, ausschließen. Es sei das Bild gebraucht worden von der „Vergiftung durch Genuß unreifer Früchte“. Insgesamt hätten sowjetische Äußerungen aber nicht den Eindruck gemacht, daß sie Thematik voll durchdacht hätten, wohl aber, daß sie sie nicht als „reif“ für konkrete Behandlung ansehen. Baker schloß ab: Jedenfalls würden Sowjets nie eine Änderung der deutsch-polnischen Grenze akzeptieren.

BM verwies auf seine Ausführungen vor VN-GV²⁷ und verlas Wortlaut, der durch Resolution des Deutschen Bundestages am 8.11.²⁸ mit großer Mehrheit indossiert worden sei. Dies wolle er auch in Moskau wiederholen, weil darin die Versicherung für SU und Polen enthalten sei, daß Frage der deutsch-polnischen Grenze nicht erneut aufgeworfen werde.

AM bezeichnete es als sehr wichtig, daß BM dies tue, da auf sowjetischer Seite erkennbare Aufregung bestehe.

BM erläuterte, Klarheit in dieser Frage liege auch deshalb in unserem eigenen Interesse, weil Polen sonst an die Seite der SU gedrängt und vielleicht sogar ein Verbleiben der Roten Armee anstreben würde.

2) Entwicklung in DDR

BM bezeichnete Entwicklung als dramatisch.

Fundamentaler Führungswechsel²⁹ habe auch das Ziel, Position der SED im Land zu verbessern und mit neuen Gesichtern neue Politik zu machen. Es sei

²⁵ Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15. September 1974 auf Schloß Gymnich, am 26. September 1974 in New York sowie am 30. Oktober 1974 in Moskau; AAPD 1974, II, Dok. 263, Dok. 277 und Dok. 316.

²⁶ Zum Brief zur Deutschen Einheit vgl. Dok. 339, Anm. 3.

²⁷ Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

²⁸ Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

²⁹ Zum Rücktritt der SED-Parteführung am 3. Dezember 1989 vgl. Dok. 395.

für uns nicht absehbar, wie neue Parteistruktur aussehen werde. Möglicherweise werde sich SED, wenn sozialdemokratische Traditionen nach Zwangsvereinigung lebendig geblieben seien, in ihre ursprünglichen Komponenten aufspalten.

Auf Frage AMs nach Ausgang eines DDR-Referendums über Wiedervereinigung in Prozenten zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezeichnete BM ein Urteil als kaum möglich. Im Vordergrund stehe heute Forderung nach Demokratie und freien Wahlen. BM hatte aber keine Zweifel, daß es allgemeine Auffassung auch in der DDR sei, daß die deutschen Staaten in langfristiger Entwicklung zusammenkommen. Weiterer Gang hänge stark davon ab, ob wirkliche Reformen unternommen würden. Falls nicht, werde großer Druck auf Wiedervereinigung entstehen.

Gespräch war Gelegenheit für BM, Baker einige – diesen offenkundig sehr interessierende – Informationen über jüngere und jüngste Geschichte Mitteldeutschlands und der DDR zu geben.

3) Westliche Institutionen

a) AM bezeichnete es als wichtig, wie sich Institutionen des Westens (NATO und EG), aber auch KSZE auf sich abzeichnende Veränderung europäischer Ordnung einstellten. Dabei müsse besonders deutsches Interesse an voller west-europäischer Integration dargelegt werden.

BM stimmte zu, daß EG-Integration mindestens gleiche Dynamik zeigen müsse wie der dynamische Prozeß in Mittel- und Osteuropa. EG-Dynamik wirke schon jetzt positiv, indem sie Beispiel für enge, friedliche und dem gegenseitigen Nutzen dienende Zusammenarbeit von Demokratien gebe. Bevorstehender Europäischer Rat in Straßburg sei vor Hintergrund der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa von historischer Bedeutung. Er müsse doppeltes Signal geben:

- Fortschritt der EG-Integration,
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa.

Reihenfolge verdeutliche Prioritätenfolge.

Für Partner der Bundesrepublik Deutschland sei Straßburg aber auch unter dem Gesichtspunkt wichtig, ob dort weiteres deutsches Engagement für europäische Integration dokumentiert werde (ausdrückliche Zustimmung von AM Baker).

Zur Haltung Mitterrands stellte BM fest, daß er deutsche Position in Straßburg als Testfall für deutsche Haltung ansehe, daß er aber auch – bei Fortschritt in Integration – an der Seite der Deutschen stehe, wenn es um stärkere Einbeziehung aller Deutschen in die europäische Zusammenarbeit gehe.

Mit Zustimmung AMs zeigte sich BM auch davon überzeugt, daß auch SU Interesse an weiterer Integration der Bundesrepublik Deutschland in EG habe.

b) BM und AM waren sich in Beurteilung der auf dem Wege zur monetären Union anstehenden Sachfragen (insbesondere Status und Struktur einer europäischen Zentralbank) einig.

BM bezeichnete es als wichtig, das Dezember AM-Treffen in der NATO zu nutzen, um deren politische Dimension und ihre Bedeutung für Verbindung USA–Europa stärker – auch gegenüber der Öffentlichkeit – zu verdeutlichen. Allianz gehe weit über Verteidigungsdimension (Baker gebrauchte später den Ausdruck „Sicherheitsdimension“) hinaus, indem sie stabilisierend wirke und Perspektive für friedliches Zusammenleben in Europa verfolge. NATO-Treffen vorausgehen-

des Vierertreffen³⁰ sei besonders wichtig: Man solle sich für Erörterung der West-Ost-Fragen viel Zeit nehmen.

AM stimmte in allen Punkten zu und regte an, politische Dimension der NATO im Kommuniké sogar vor Behandlung der West-Ost-Veränderungen anzusprechen (Zustimmung BM).

c) Zur G24 zeigte sich Baker besorgt, daß Stabilisierungsfonds von 1 Mrd. Dollar für Polen³¹ nicht tatsächlich, sondern zum Teil nur auf dem Weg über Exportkredite verfügbar sei. Er unterstrich auch symbolische Bedeutung des Stabilitätsfonds für Polen. Es sei daher wichtig, bei G24 volle Verpflichtung aller Geber zu erreichen. Nachdem BM feste deutsche Verpflichtung unterstrichen hatte, verwies AM darauf, daß von USA zugesagte 200 Mio. Dollar voll als Zuschuß gewährt würden, während deutsche Hilfe Darlehen sei.

BM warnte in bezug auf Ungarn davor, Hilfszusagen bis zu den Wahlen zurückzustellen. Ungarn brauche jetzt Hilfe.

AM war mit Stand des IMF-Programms nicht vertraut und sagte Prüfung zu.

4) Gespräch, an dem sich auf US-Seite auch innerer Beraterkreis von Baker (besonders Zoellick und Ross sowie Bartholomew) beteiligte, fand in sehr offener und freundschaftlicher Atmosphäre statt.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13041 (204)

392

Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1446

Citissime nachts

Aufgabe: 4. Dezember 1989, 19.39 Uhr¹

Ankunft: 4. Dezember 1989, 20.01 Uhr

Betr.: NATO-Rat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 4.12.89²;

hier: Malta-Gipfel³ und West-Ost-Beziehungen

³⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

³¹ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Drautz, Brüssel (NATO), konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 6. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrätin I. Klasse Storz-Chakarji vermerkte: „Bitte [Kopie] der Bush-Äuß[erun]g zu D[deutschland]-Frage.“

Hat Storz-Chakarji vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Erl[edit].“

² Zur NATO-Gipfelkonferenz vgl. auch Dok. 393.

³ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vgl. auch Dok. 391.

Bezug:⁴

I. 1) Nachmittagssitzung des NATO-Rats stand im Zeichen einer zweiten umfassenden Äußerung Präsident Bushs „Future shape of the new Europe“. ⁵ Ausgehend vom klaren Bekenntnis zu den Grundwerten des Bündnisses, setzte er sie in Beziehung zu den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Er begrüßte die „friedliche Revolution“ und sprach sich für die Selbstbestimmung der Deutschen aus (Wortlaut vgl. Anlage). Nach seiner Ansicht geschieht jetzt das, was die NATO noch im Frühjahr als ihr ureigenstes Ziel deklariert hat, die Überwindung der schmerzlichen Teilung Europas.⁶ Präsident Bush unterstrich allerdings, daß eine Vereinigung („unification“) Deutschlands im Kontext der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der NATO, der EG und den Alliierten geschehen müsse. Er unterstrich das amerikanische Interesse an einer friedlichen, graduellen und Schritt-für-Schritt-Entwicklung („peaceful, gradual and step by step“). Hinsichtlich der Grenzen in Europa wiederholte er die Grundsätze, die in der Schlußakte von Helsinki⁷ niedergelegt sind.

Die Rolle der NATO muß nach Ansicht Bushs in der Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Reform in Osteuropa bestehen mit dem Ziel der Versöhnung zwischen Ländern Ost- und Westeuropas. Diese Mission verdeutliche ursprüngliche Rolle der NATO als politische Allianz, neben der sie traditionelle Aufgabe der Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Friedens in Europa nicht vernachlässigen dürfe. In dieser Perspektive müßten Erwartungen und Realitäten immer wieder kritisch überprüft werden. Präsident Bush unterstrich feierlich, daß die USA ihre militärische Präsenz in Europa aufrechterhalten werden, solange die Partner dies als Teil gemeinsamer Sicherheitsanstrengung wünschten. Die USA würden eine europäische Macht bleiben.

Im Hinblick auf die Wiener Verhandlungen⁸ kritisierte Bush, daß Potential bisher nicht ausgeschöpft sei. Er rief dazu auf, die derzeitigen Möglichkeiten zu nutzen und die militärischen Gegebenheiten dem politischen Klima anzupassen, d. h. die Armee der SU aus Osteuropa herauszudrängen und das Risiko eines Überraschungsangriffs und einer Aggression substantiell zu reduzieren. Engstirniges Eigeninteresse dürfe kein Hindernis beim Fortschritt der Verhandlungen sein.

Im Zusammenhang der KSZE rief Bush dazu auf, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Korb II) stärker zu entwickeln, um den Übergang

⁴ So in der Vorlage.

⁵ In der Nachmittagssitzung am 4. Dezember 1989 in Brüssel äußerte sich der amerikanische Präsident Bush außerdem zu den VKSE sowie zum Fortgang des KSZE-Prozesses. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1445 des Botschafters von Ploetz, Brüssel (NATO), vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158559. Für den Wortlaut der Erklärung von Bush vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1644–1647.

⁶ Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Vgl. dazu ferner das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom 29. Mai 1989; https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁸ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.
Zu den VSBM vgl. Dok. 430.

von Planwirtschaften zu freien Marktwirtschaften in Osteuropa zu fördern. KSZE überbrücke sowohl die Teilung Europas wie die durch Atlantischen Ozean. Ihre Struktur könne viel zur künftigen Architektur Europas beitragen.

Präsident Bush anerkannte die vitale Rolle der Europäischen Gemeinschaft in einem „neuen Europa“.

Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Verpflichtungen der 24 beim Weltwirtschaftsgipfel⁹, Polen wirtschaftlich zu helfen. Die EG könne diese Bürde nicht allein tragen, die USA seien im Zeichen des neuen Atlantizismus bereit, ihren Beitrag zu liefern. Die transatlantische Partnerschaft könne die Architektur für ein „neues Europa“ schaffen.

2) Während die übrigen Partner dem BK-Vorschlag zu folgen bereit waren, die kraftvollen und positiven Aussagen Bushs als Schlußwort zu akzeptieren, intervenierte PM Andreotti zur deutschen Frage. Er verwies auf Problematik des Selbstbestimmungsrechts im Zusammenhang mit Deutschland. Wollte man es auch Litauen, Lettland und Estland so gewähren, daß sie „morgen souverän sind“? Man könne das Selbstbestimmungsrecht nicht aus dem Zusammenhang der Schlußakte von Helsinki isolieren, die ein ausgewogenes System darstelle. Wenn Frage der Wiedervereinigung gestellt werde, dann ergebe sich das Risiko, in einem schwierigen politischen Umfeld den Eindruck zu vermitteln, diese Frage könne sofort oder fast sofort gelöst werden. Zumal dann, wenn der Eindruck bestehe, daß die Mauer durch eine Volksbewegung viel leichter und schneller als durch geduldige Diplomatie überwunden werden könne. Andreotti mahnte dazu, behutsam vorzugehen und sich die Zeit zur Prüfung aller Probleme zu nehmen, damit die Ereignisse sich nicht den Regierungen entzögen.

3) BK erinnerte daraufhin daran, daß Wiedervereinigung oder Konföderation in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Zusammenhang mit einem Zeitplan behandelt würden. Darüber spreche man eher im Ausland, wo man die Problematik in Deutschland, einschließlich ihrer emotionalen Aspekte, nicht voll in Rechnung stelle.

BK unterstrich den Realitätssinn und das Verantwortungsbewußtsein der Deutschen. Jüngste Demonstrationen in der DDR in Form von Menschenketten aus 1,5 Millionen Bürgern machen dies deutlich, bringen aber gleichzeitig auch die Meinung der Bevölkerung klar zum Ausdruck. In Erwartung von freien Wahlen in der DDR innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre habe sein Zehn-Punkte-Vorschlag¹⁰ folgendes vorgeschlagen:

- Bildung einer Anzahl von gemeinsamen Institutionen, wie sie zwischen Nachbarn völlig normal seien und im Verhältnis zu anderen Nachbarn (CH, B, NL, F, DK) längst vorhanden seien.
- Nachdenken über konföderative Züge, nicht schon über Konföderation.
- Beachtung der Sicherheitsaspekte, auch wenn es – eine Abstimmung heute würde dies verdeutlichen – Wille vieler Deutscher sei, zusammenzugehören.

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

Aber niemand nenne hier kurzfristige Termine. Zur Verwirklichung dieses Zieles gehöre, wie Präsident Bush gesagt habe, Beachtung der Sicherheitsimplikationen. Wer Abrüstung wolle, tue nichts, was diese hemmen könnte. Wer Frieden wolle, müsse auch Gerechtigkeit walten lassen.

BK unterstrich Entschlossenheit, bestehende Institutionen im Westen zu festigen. Er legte nachdrückliches Bekenntnis zur Allianz ab und erinnerte daran, 1983 seine politische Existenz mit Allianzfrage verbunden zu haben. Ebenso klares Bekenntnis legte BK zu europäischer Integrationspolitik ab und sprach Erwartung aus, daß alle übrigen Partner mit der gleichen Entschlossenheit zum Straßburger Gipfel¹¹ kommen würden.

BK lehnte Politik der Experimente ab, er wandte sich gegen jede Destabilisierung der NATO, die unsere Sicherheit gewährleiste, und der EG, die uns Wohlstand gebracht habe. BK sprach sich für eine Politik der stabilen Entwicklungen aus, bat aber gleichzeitig um Verständnis, daß – angesichts sehr emotionaler Situation in Deutschland – Anstrengungen erforderlich seien, damit Entwicklung vernünftig ablaufe. Grundhaltung der Deutschen könne für niemanden überraschend gewesen sein. Auch wenn Frage der Wiedervereinigung heute nicht operativ auf der Tagesordnung stehe, sei er, BK, optimistisch, daß die Zukunft für uns arbeite.

4) PM Lubbers äußerte großes Verständnis für Deutschland und identifizierte sich voll mit Bush-Analyse dieses Problems. Zustimmung BKs hierzu habe daher nicht überrascht. BK habe die Perspektiven für die deutsche Bevölkerung, d.h. Perspektiven für die Zukunft, überzeugend dargelegt. Italienischer PM übersehe vielleicht psychologische Aspekte der „Heilung Europas“, die jetzt im Gange sei. Dies habe vielleicht damit zu tun, daß Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die Deutschen, die in den beiden Staaten lebten, mit einem weiter definierten Begriff des deutschen Volkes (d.h. über diesen Bereich hinaus) in Verbindung gebracht werde.

5) PM Thatcher zeigte Verständnis für italienischen Versuch, Anwendung des Begriffs Selbstbestimmungsrecht – und seine Grenzen – zu verdeutlichen. Sie registriere auch dankbar, daß BK keinen Zeitplan mit seinem Vorschlag verbunden habe und sein Festhalten an NATO und EG bekräftigt habe. Die Bush-Äußerungen seien so fundamental, daß man hierauf nicht sofort antworten könne, man solle sie sehr sorgfältig prüfen.

6) GS¹² schloß diesen Punkt ab mit der Aufforderung, den „ausgezeichneten Rahmen“, den Bush-Formulierungen böten, auch in Äußerungen gegenüber Öffentlichkeit zu nutzen. Im übrigen appellierte er an Staats- und Regierungschefs, HLTF-Arbeit auch in Hauptstädten zusätzliche Unterstützung (mehr Personal) zukommen zu lassen, um in Wien zügig voranzukommen.

7) Aus den Ausführungen der übrigen Partner am Nachmittag (NL, NWG, LUX) ist festzuhalten, daß übereinstimmend die positive Rolle des Europarates gewürdigt wurde. Er könne bei der Heranführung und Integration der sich entwickelnden osteuropäischen Demokratien an die vom Europarat repräsen-

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

¹² Manfred Wörner.

tierten Werte gute Dienste leisten und solle deshalb allen Interessenten offenstehen.

[gez.] Ploetz

Folgt Anhang

Bush zur Deutschlandfrage vor NATO-Rat am 4.12.89:

- „The first principle for Europe’s future: Overcoming the division of Europe through freedom.
- In any time of great change, it is good to have firm principles to guide our way. Our governments committed themselves again in May to seek an end to the painful division of Europe. We have never accepted this division. The people of every nation have the right to determine their own way of life in freedom.
- Of course, we have all supported German reunification for four decades. And in our view, this goal of German unification should be based on the following principles:
 - First, self-determination must be pursued without prejudice to its outcome. We should not at this time endorse nor exclude any particular vision of unity.
 - Second, unification should occur in the context of Germany’s continued commitment to NATO and an increasingly integrated European Community, and with due regard for the legal role and responsibilities of the Allied powers.
 - Third, in the interests of general European stability, moves towards unification must be peaceful, gradual and part of a step-by-step process.
 - Lastly, on the question of borders we should reiterate our support for the principles of the Helsinki Final Act.
- An end to the unnatural division of Europe, and of Germany, must proceed in accordance with and be based upon the values that are becoming universal ideals, as all the countries of Europe become part of a Commonwealth of Free Nations. I know my friend Helmut Kohl completely shares this conviction.“

Referat 210, Bd. 140779

393

Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1447

Citissime nachts

Aufgabe: 4. Dezember 1989, 22.02 Uhr¹

Ankunft: 4. Dezember 1989, 22.22 Uhr

Betr.: Malta-Gipfel und weitere West-Ost-Beziehungen;
hier: NATO-Rat in Brüssel am 4.12.89 auf Ebene der Staats- und
Regierungschefs²

Im Anschluß an Malta-Begegnung mit Gorbatschow unterrichteten Präsident Bush den Bundeskanzler³ und AM Baker den Bundesaußenminister noch am 3.12. in parallelen Abendessen bilateral über Gesprächsergebnisse (DB über AM-Gespräch wurde bereits 201 übermittelt⁴), bevor sie am 4.12. NATO-Rat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs (übliche Beteiligung, Ausnahme Spanien) unterrichteten. Über fünfstündige Begegnung wurde – von allen Teilnehmern begrüßt – zu intensiven Konsultationen über West-Ost-Lage, Rüstungskontrollfragen, transatlantisches Verhältnis und künftige Sicherheitsarchitektur Europas genutzt. Deutsche Frage nahm dabei viel Raum ein. Sie wurde mit speziellem Verständnis für unsere Interessenlage behandelt. Dabei wurden gewisse Reserven gegenüber zu schnellem und konkretem Vorgehen erkennbar, denen gegenüber BK auf Einbindung der deutschen Frage in europäischen Kontext (deutsche Frage kann nur unter europäischem Dach gelöst werden) und bewußten Verzicht auf jeden Zeitplan im Zusammenhang mit seinen Zehn Punkten vom 28.11.⁵ verwies. Neben Bush berichteten auch Andreotti und Mulroney über ihre kürzlichen Begegnungen mit Gorbatschow.⁶

In Beratungen kam – noch stärker als beim Mai-Gipfel⁷ – übereinstimmendes Interesse an Erfolg der Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa und der

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20 und 26.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz vgl. auch Dok. 392.

³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁴ Für den Drahtbericht Nr. 1443 des Botschafters von Ploetz, Brüssel (NATO), vom 4. Dezember 1989 vgl. Dok. 391.

⁵ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

⁶ Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich vom 20. bis 25. November 1989 in der UdSSR auf. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1989 in Moskau vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 106. Gorbatschow besuchte Italien vom 29. November bis 1. Dezember 1989. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti am 29. November 1989 in Rom vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 57.

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156. Vgl. dazu auch die Erklärung; NATO FINAL COMMUNIQUE 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Vgl. dazu ferner das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung; <https://www.nato.int/docu/rta/>.

SU zum Ausdruck. Von Präsident Bush aufgezeigte konkrete Perspektive, 1990 zu einem Jahr konkreter Abrüstungsschritte in allen Bereichen (bilaterale Abkommen über START und CW-Reduzierung, KSE) zu machen, wurde von allen Bündnispartnern mit Nachdruck begrüßt.

Gewachsene Verantwortung europäischer Bündnispartner, besonders EG, war unumstritten. Bevorstehendem Europäischen Rat in Straßburg⁸ wurde deshalb wichtige Rolle zugewiesen, desgleichen unter EGK-Federführung stattfindender Sitzung der G24⁹.

Präsident Bush legte in seinem Schlußwort nachdrückliches Bekenntnis zur Allianz ab und betonte feierlich US-Bereitschaft, so lange mit Truppen in Europa zu bleiben, wie europäische Partner dies wünschten.¹⁰

Im einzelnen:

1) GS¹¹ leitete dritte NATO-Gipfelkonferenz innerhalb von 18 Monaten¹² und – dies ist Premiere – zweite Gipfelkonferenz innerhalb eines Jahres mit Feststellung ein, Tagung bewiese Vitalität der Allianz in ihrem Hinwirken auf Veränderung in Europa. Frage nach seiner künftigen Architektur stelle sich viel schneller als erwartet. Aufgabe und Chance der Allianz sei, eine solche neue europäische Ordnung zu „erfinden“ (gemäß Mitterrand-Formulierung).

2) Präsident Bush berichtete über Malta-Gespräche. Sie seien – bei Terminplanung unvorhersehbar – angesichts dramatischer Entwicklungen in Ost- und Zentraleuropa von großer Aktualität gewesen.

Amerikanisch-sowjetischen Beziehungen habe durch Gespräch neuer politischer Impetus gegeben werden sollen. Dies sei gelungen. Nach US-Einschätzung sei Zeit gekommen, bei Restrukturierung und Entwicklung der SU-Wirtschaft zu helfen, die sich in¹³ verzweifelter Lage befinde. Das Wesentliche müsse durch SU selbst bewerkstelligt werden, aber USA und Westen könnten fortgesetzte Reform unterstützen und Wechselwirkung zwischen SU und Weltwirtschaft fördern. Daher habe man sich zum Ziel gesetzt, bis zum Gipfel 1990 (zweite Juni-Hälfte¹⁴) mit Verhandlungen über Gewährung der Meistbegünstigung zu beginnen. Wenn SU-Gesetzgebung über Emigration rechtzeitig abgeschlossen sei, könne Jackson-Vanik-Amendment¹⁵ dann aufgehoben werden. USA befürworteten auch Gewährung des Beobachterstatus für SU im GATT, sobald Uruguay-Runde¹⁶ beendet sei. Zur Erweiterung der bilateralen technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei Papier mit zahlreichen konkreten Vorschlägen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1677

nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁹ Zur Tagung der Außenminister der G 24 am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 416.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Präsidenten Bush am 4. Dezember 1989 in Brüssel vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1644–1647.

¹¹ Manfred Wörner.

¹² Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel eine NATO-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹³ Korrigiert aus: „die in“.

¹⁴ Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

¹⁵ Zum „Jackson-Vanik-Amendment“ vgl. Dok. 153, Anm. 10.

¹⁶ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

übergeben worden. USA seien auch bereit, für SU-Zugang zu EXIM¹⁷-Krediten erforderliche Gesetzgebung einzuleiten.

Über Rüstungskontrolle habe es keine Verhandlungen gegeben, wohl aber sei Verhandlungen ein politischer Schub vermittelt worden:

- START: Außenminister sollten bereits im Januar in SU¹⁸ konkrete Fragen (ALCM, nicht-dislozierte Raketen, Telemetrie-Verschlüsselung) lösen. Gorbatschow habe Vorschlag gern zugestimmt.
- VKSE: USA habe vorgeschlagen, noch 1990 Unterzeichnungsgipfel in Wien abzuhalten. Abschluß Wien sei aus US-Sicht Priorität. Man müsse Anstrengungen in Richtung auf dieses Ziel verdoppeln. Alle Verhandler sollten entsprechende Weisungen erhalten. Gorbatschow fühle sich KSE-Prozeß politisch stark verpflichtet, habe aber keine konkreten Vorschläge gemacht. Spekulationen über „große Überraschung“ in Malta hätten sich als gegenstandslos erwiesen. Gorbatschow habe aber vorgeschlagen, nach den jetzt verhandelten Reduktionen der Boden- und Lufttruppen die Rüstungskontrolle über Seestreitkräfte zu beginnen. Hier habe er das Verbot taktischer seegestützter Nuklearwaffen vorgeschlagen und sowjetische Interessenlage aufgrund ihrer „Umzingelung“ durch US-Seestreitkräfte nachzuweisen versucht. US-Position sei unverändert.
- CW: Bush unterstrich sein fortdauerndes persönliches Engagement und erläuterte, daß er, anknüpfend an seinen VN-Vorschlag¹⁹, US-Verzicht auf Modernisierung (binäre CW) angeboten habe, falls SU sich bei Juni-Gipfel bilateral verpflichte, gemeinsam mit USA auf gleiches Niveau (20 Prozent derzeitiger US-Bestände) herunterzugehen.

USA hätten auch generelle, für West-Ost-Beziehungen nach vorn weisende Vorschläge gemacht, so gemeinsame amerikanisch-sowjetische Unterstützung für Abhaltung Olympischer Spiele im Jahre 2004 in Berlin (offenbar keine sowjetische Reaktion) und gemeinsames Engagement im Umwelt (Klimaveränderungs)-Bereich.

Veränderungen in, wie Bush sich stets ausdrückte, „Ost- und Zentraleuropa“ hätten vor Malta ebenfalls Spekulationen angefacht. USA seien dabei geblieben, und Gorbatschow habe dem zugestimmt, daß die Völker Europas selbst über ihre eigene Zukunft entscheiden müßten. Gorbatschow habe immer wieder (he went out of his way) unterstrichen, daß die Osteuropäer ihren eigenen Weg definieren müßten und daß SU Verbleiben von USA und Kanada in Europa wünsche. USA wollten Verbindungen zu Osteuropa vertiefen, aber – dies hätten sie deutlich gemacht – dabei nicht in irgendeiner Weise sowjetische Sicherheitsinteressen bedrohen.

Gorbatschow habe sein Interesse an Stabilität immer wieder unterstrichen und sich über Tempo der Veränderungen, nicht über deren Richtung, besorgt geäußert. Dies habe zu Diskussion über Zukunft Europas geführt. Gorbatschow habe kein Grand design vorgeschlagen, er habe auch nicht Auflösung der Allianzen gefordert, wohl aber Transformation von NATO und WP.

¹⁷ Export-Import Bank of the United States.

¹⁸ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1990 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 173.

¹⁹ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 289.

Besorgnis habe bei Sowjets die westliche Diktion hervorgerufen, daß Veränderungen in Osteuropa auf Grundlage „westlicher Werte“ erfolgen sollten.

²⁰Gorbatschow habe von westlicher Arroganz gesprochen, denn schließlich handele es sich um „universelle“ Werte, denen der Osten allerdings nicht immer gefolgt sei.

Gorbatschow habe sich dann „mit beachtlichem Enthusiasmus“ mit dem von Baker vorgeschlagenen Begriff „demokratische“ Werte einverstanden erklärt. Dies sei positiv.

Gorbatschow sei entschlossen gewesen in seinem Insistieren darauf, daß Geschichte zwei deutsche Staaten erzeugt habe und daß sie über weiteren Gang entscheiden müsse. Er, Bush, habe demgegenüber traditionelle Unterstützung für Selbstbestimmungsrecht der Deutschen geäußert.

Bei Regionalfragen sei SU-Rolle in Zentralamerika strittigstes Thema gewesen. Man habe Gorbatschow klar wissen lassen wollen, daß enorme sowjetische Unterstützung für Kuba und Nicaragua (über 15 Mrd. Dollar) unakzeptabel sei. Zwei Tage vor Malta-Gipfel habe Präsident von Costa Rica²¹ mitgeteilt, kubanisches Verhalten sei für Demokratien in westlicher Hemisphäre nicht hinnehmbar. US-Seite habe – angesichts großer innenpolitischer Bedeutung – auf Thema insistiert und hoffe, Gorbatschow überzeugt zu haben, auch wenn er nichts zugesagt habe. Sowjets hätten zwar glaubhaft versichert, selbst keine Waffen an Nicaragua und Kuba zu liefern. Sie sollten aber mit allen ihnen verfügbaren Mitteln auf Sandinistas und Kubaner einwirken, damit diese ihre Politik änderten. Sowjetische Politik in Zentralamerika sei immer noch „badly out of step“ mit allgemeiner Außenpolitik. Dies könne ein großes Hindernis für Verbesserung amerikanisch-sowjetischer Beziehungen darstellen.

Gespräche seien insgesamt offen und außerordentlich nützlich gewesen und stellten einen großen Schritt vorwärts bei Gipfelvorbereitungen dar.

Gorbatschow selbst habe entschlossen und energiegeladen gewirkt, obwohl er durch Besuchsprogramm in Italien vorher stark beansprucht worden sei. Er, Bush, habe sein Verständnis für Änderung und Umfang der Herausforderungen verdeutlicht, denen Gorbatschow sich gegenüberstehe, und seinen Willen unterstrichen, Gorbatschow erfolgreich zu sehen.

Die Zuversicht, die Gorbatschow ausgestrahlt habe, könne nur aus der Überzeugung stammen, die richtige Richtung zu kennen. Er sei fest verpflichtet auf Perestroika, auch wenn seine Kenntnisse von Wirtschaft und dem Funktionieren der Marktwirtschaft sehr schwach seien. Perestroika gebe die Chance, die West-Ost-Beziehungen dramatisch zu verbessern, sogar zu verwandeln.

Auch wenn Bush in seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Gorbatschow²² seine Position als vorsichtig (cautious) beschrieben habe, habe Gorbatschow deshalb nicht gefunden, daß die USA mauerten.

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1448 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²¹ Óscar Arias Sánchez.

²² Für den Wortlaut der gemeinsamen Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten Bush und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Passagierschiffs „Maxim Gorki“ im Hafen von Marsaxlokk/Malta vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1625–1634. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 39–49.

Die Begegnung in Malta habe mit positiver Note geendet, ohne Euphorie oder spektakuläre Durchbrüche. Er selbst, Bush, verstehe jetzt besser, was andere westliche Führer ihm an Eindrücken über die kraftvolle Persönlichkeit Gorbatschows mitgeteilt hätten. Er sei daher entschlossen, die Zusammenarbeit mit dem Ziel fortgesetzten Wandels in der SU zu fördern.

3) PM Andreotti faßte seine Eindrücke – nach Darstellung der bilateralen Absprachen – wie folgt zusammen:

- Gorbatschow habe vorgeschlagen, die Helsinki-Plattform im Lichte der jüngsten Entwicklungen zu beleben. Er sehe dies offenbar im Zusammenhang mit Menschenrechten und Wirtschaftszusammenarbeit, aber auch mit US- und kanadischer Beteiligung an europäischer Sicherheit. Gorbatschow habe Interesse an Respektierung der Rolle der Allianzen im militärischen Bereich bekundet und Erweiterung ihrer Aktivitäten im politischen Bereich gefordert. Er habe sich positiv zu Glaubensfreiheit geäußert. Sorgen habe er bezüglich der Entwicklungen in der DDR geäußert, nachdem er die Entwicklung – eingebettet in kritische Bemerkungen über frühere Führung – insgesamt als gerechtfertigt bezeichnet habe: Ein skrupulöses Festhalten am Helsinki-Prozeß solle helfen, Probleme nach Öffnung der Grenzen zu vermeiden. Im Wirtschaftsbereich habe Gorbatschow Engagement italienischer Industrie gefordert, u. a. bei Konversion bei sowjetischer Militärindustrie. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel habe Gorbatschow von weiterer Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und PLO abhängig gemacht.

Andreotti zog für West-Ost-Beziehungen folgende allgemeine Schlußfolgerungen:

- Wunsch, bei Rüstungskontrollverhandlungen so schnell wie möglich zu Abschlüssen zu kommen, besonders CW und VKSE.
- Mit Blick auf bevorstehenden strengen Winter müsse Soforthilfe an Osteuropäer ins Auge gefaßt werden, EG und USA müßten mehr und dieses schneller tun.
- Allianzen würden noch auf lange Zeit notwendig sein bei dem Übergang zu stabilerer Ordnung in Europa und zur Sicherung der Verbindung Europa–USA. Ein Dialog zwischen ihnen könne sich entwickeln. Das alte System (Jalta²³) breche jedenfalls zunehmend ein.

Parallelen zur Vorkriegszeit wollte Andreotti nicht zulassen, weil Tatsache der US-Präsenz auf europäischem Kontinent grundsätzliche Differenz darstelle. Diese neue Realität müsse deutlich gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden.

- In bezug auf Reformergebnisse in SU und NSWP-Staaten äußerte sich Andreotti nicht sehr hoffnungsvoll. Er sprach sich aber dafür aus, diese Staaten möglichst in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren und Interdependenzen zwischen West und Ost zu verstärken.

²³ In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

4) Kanadischer PM Mulroney zeigte sich beeindruckt davon, mit welcher Klarheit Gorbatschow seine Probleme übersieht – und mit welcher Zuversicht, fast entspannter Haltung er ihnen gegenübertritt. Größtes Problem sei offenbar die Haltung der Sowjetbürger auf allen Ebenen, deren Änderung man nicht befehlen könne.

Gorbatschow brauche und wünsche neue Beziehungen zum Westen. Insbesondere brauche er Zeit und Ruhe, seine Wirtschaft zu reformieren. Er brauche auch Hilfe, könne aber aus politischen Gründen nicht darum bitten. Mulroney forderte Bündnispartner auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, da Gorbatschow auf Signal warte, daß der Westen den Umfang seiner Probleme realisiere. Gorbatschow wolle SU in Welthandels- und -zahlungssystem integrieren, die Veränderungen in Osteuropa bejahe und fördere er.

Gorbatschow habe direkt vor westlichen Versuchen gewarnt, aus seinen Problemen Vorteile zu ziehen. Er habe mit großer Wärme über Streben nach politischem Pluralismus überall in Osteuropa gesprochen, aber mit großem Geschick SU von dieser Bewegung ausgenommen. Auch Ryschkow und Schewardnadse hätten sich diesbezüglichen Fragen entzogen.

Gorbatschow habe jede Veränderung der Allianzen oder der Strukturen in Europa (womit er offenbar Grenzen gemeint habe) als extrem gefährlich bezeichnet angesichts der Verwerfungen in Osteuropa. Er habe vor dem möglicherweise zutiefst destabilisierenden Effekt gewarnt.

Besonders besorgt sei Gorbatschow darüber gewesen, daß von deutschen Staaten Ansteckungsgefahr ausgehe, wenn einer von ihnen „durch Genuß einer unreifen Frucht“ erkrankte.

Gorbatschow sei sich des großen Problems bewußt, das durch ausbleibende Befriedigung der von ihm selbst geweckten hohen Erwartungen in SU erzeugt werde.

Mulroney unterstrich seine Überzeugung, daß SU sich weiter verändern werde, unabhängig vom Schicksal Gorbatschows. Dieser steige aber langsam, so neue ukrainische Führung²⁴, aus dem Tief (nach enttäuschem Anfangsoptimismus) auf und dürfte auch noch in fünf Jahren umfassende Machtstellung (absolute command) haben, zumal keine Gegner von Format in Sicht seien.

5) Präsident Mitterrand kommentierte Bush-Bericht in zahlreichen Punkten mit Verständnis und positiv. Zur Entwicklung in Osteuropa und dem Stichwort Ansteckungsgefahr meinte er, diese gehe von Demokratie und Freiheit aus, für deren Entfaltung Gorbatschow selbst in Moskau Voraussetzungen geschaffen habe. Die Ansteckungsgefahr werde auch nach Moskau zurückkehren, denn es sei undenkbar, daß SU dem Prozeß in Richtung Pluralismus entkomme.

In Osteuropa spiele sich die wichtigste Revolution der letzten 200 Jahre mit unglaublichem Tempo ab, und zwar – erstmalig bei einer Revolution solchen Umfangs – ohne Blutvergießen. Würde dieses beginnen, würde sich der Cha-

²⁴ Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 29. September 1989, in der Sitzung des ZK der KP der Ukraine am Vortag sei der bisherige Erste Sekretär Schtscherbitskij von seinen Aufgaben entbunden worden, was seit seinem Ausscheiden aus dem Politbüro des ZK der KPdSU am 20. September 1989 besiegelt gewesen sei. Nachfolger sei der bisherige Zweite Sekretär Iwaschko, der als „reformfreundlicher“ gelte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4029; Referat 213, Bd. 147110.

rakter der Revolution ändern. Die Allianzpartner sollten hierauf vorbereitet sein.

Es sei sehr wichtig, daß Entwicklung in Osteuropa friedlich und demokratisch verlaufe. In bezug auf deutsche Frage gehe es zuerst um Demokratie. Bush habe daher zutreffend gegenüber Gorbatschow auf Selbstbestimmungsrecht verwiesen.

Dessen Ausübung sei aber mit anderen Fragen verbunden, besonders politischen Reformen. Hierzu gehöre aus unserer Sicht auch Entwicklung der EG und ihrer Beziehungen zu den Ländern in Osteuropa.

Zum Stichwort „friedlich“ verwies Mitterrand auf Kontinuität in Gorbatschows Denken, der keine Veränderung von Grenzen wünsche. Die geltenden Verträge sprächen aber nicht von „unveränderlich“²⁵, sondern von „unverletzlich“. Bush habe Stichwort „permanent“ gegeben. Man könne fragen, wann Grenze permanent, wann sie unverletzlich und wann sie unveränderlich werde.

In Deutschland finde demokratische Entwicklung statt, und zwar friedlich. Es müsse Vorsorge getroffen werden,

- daß das Volk seinen Willen ausdrücken könne,
- wie er ausgedrückt werde,
- daß dies so geschehe, daß nicht das allgemeine Gleichgewicht zerstört werde.

Mitterrands Einschätzung der von Gorbatschow zu bewältigenden Probleme entsprach der der Vorredner.

Mit START-Zielen von Bush erklärte sich M. einverstanden, bei CW hielt er schnelleres Vorgehen für wünschenswert. Bezüglich VKSE stimmte er Konferenz 1990 zu. Er hoffte im übrigen, daß für Verhältnis zu KSZE das richtige Format gefunden würde. Mit US-Haltung zu Rüstungskontrolle bei Seestreitkräften war M. ebenfalls einverstanden.

M. warnte davor, Strukturen unserer eigenen Sicherheit aufzugeben, selbst wenn östliche Allianz von innen heraus bedroht scheine.

²⁶6) BK beglückwünschte Bush zum Malta-Treffen, der Idee hierzu, seinen Zeitpunkt und dem Ergebnis. Es sei deutlich geworden, daß ein wichtiger neuer Abschnitt der Weltgeschichte eingeleitet sei.

BK erklärte sich mit Einschätzung der Position Gorbatschows einverstanden. Klugheit gebiete, an seinem Erfolg interessiert zu sein.

Zu Realitäten, von denen auszugehen sei, gehöre Wertegemeinschaft des Bündnisses, das zu Verteidigung von Frieden in Freiheit geschlossen sei. So wichtig Notwendigkeit, Solidarität und Kohäsion 1983²⁷ beim Nachrüstungsbeschluß gewesen seien, so wichtig seien sie für die Gestaltung Zukunft.

In bezug auf Nationalitätenproblem und innersowjetische Versorgungslage und der in Mittel- und Osteuropa äußerte sich BK wie Vorredner. Er forderte Hilfsbereitschaft, auch um unser Interesse an Stabilisierung zu verdeutlichen.

²⁵ Korrigiert aus: „nicht ‚unveränderlich‘“.

²⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1449 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁷ Korrigiert aus „1982“.

Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

Er begrüßte die Rüstungskontrollperspektiven von Malta, die Hoffnungen vom NATO-Gipfel im Mai noch überträfen. Es müsse alles getan werden, um 1990 in diesem Sinn zu nutzen. Dabei sei wichtig, daß westliche Seite – auch nach außen sichtbar – Initiative behalte.

BK forderte angesichts gleichermaßen schwieriger Lage in Polen und Ungarn wirksame Unterstützung. Große Risikobereitschaft beider Regierungen, unpopulären und schmerzhaften, aber richtigen Weg der Reform zu gehen, müsse honoriert werden.

In ČSSR erwartete BK weitere dramatische Veränderungen und bekundete größte Sympathie für Entwicklung. Auch hier werde Hilfe notwendig werden.

In bezug auf DDR sah BK Lage voller Hoffnung, aber auch gekennzeichnet von Gefahren. Man müsse alles tun, damit keine Destabilisierung erfolge. Durch viel zu lange Reformverweigerung habe sich Situation in der DDR ungewöhnlich kompliziert, wie jüngste dramatische Veränderungen²⁸ bewiesen.

Bevölkerung habe mit ungewöhnlicher Disziplin und ohne schrille Stimmen gehandelt, jüngster Beweis sei Millionen-Demonstration am Wochenende.

In Gang gekommener Prozeß werde ähnliche Richtung wie in Polen und Ungarn nehmen, ohne freie und pluralistische Wahlen und Einsetzung einer frei gewählten Regierung werde keine Ruhe einkehren. Es gebe keine Anzeichen, auch nicht aufgrund zahlreicher direkter Kontakte, daß Gorbatschow sich einer solchen Entwicklung in den Weg stellen werde.

Wenn Bundesregierung vom Selbstbestimmungsrecht spreche, dann im Bewußtsein, daß wir Teil Europas seien. Eine Politik in Deutschland, die die Interessen der Nachbarn nicht berücksichtigen würde, sei undenkbar. Die deutsche Frage sei eingebettet in die Entwicklung in Europa und ein wichtiger Teil der Sicherheitsinteressen im West-Ost-Zusammenhang.

Auch europäische Integration sei Teil der europäischen Entwicklung. Es sei wichtig, daß in Straßburg neuer, dynamischer Schritt getan werde. EG brauche heute mehr denn je Fortschritte. Bundesregierung gehe mit konstruktiver Haltung nach Straßburg. BK appellierte an Partner zu entsprechendem Verhalten.

Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erfolgten vor dem Hintergrund einer stabilen und handlungsfähigen NATO und eines dynamischen Integrationsprozesses in Europa. Beides müsse bleiben. Die deutsche Frage sei nur unter europäischem Dach lösbar.

In diesem Sinne auch die Zehn Punkte vom 28.11. zu verstehen, in denen ausdrücklich auf KSZE Bezug genommen sei und die einen schrittweisen Prozeß in langen Zeiträumen, aber ohne Nennung eines Kalenders, skizzierten. In naher Zukunft eine deutsche Föderation zu erwarten, sei abwegig. Schritte in der Zukunft sollten mit großer Ruhe, Überlegung und vor allem mit Augenmaß getan werden.

BK warnte aber mit Nachdruck davor, Problem der deutschen Teilung totzuschweigen. Wichtig sei, daß alles, was hier gedacht und getan werde, friedlich verlaufe. Das Selbstbestimmungsrecht müsse für alle gelten, die NATO habe sich

²⁸ Zum Rücktritt der SED-Parteführung am 3. Dezember 1989 vgl. Dok. 395.

bereits im Harmel-Bericht²⁹ und erneut in der Gipfel-Erklärung 89 dazu bekannt unter besonderer Bezugnahme auf deutsche Teilung (BK verlas entsprechende Passagen).

BK versicherte, es werde keinen Alleingang der Bundesrepublik Deutschland oder der Deutschen geben. Ihre Entscheidung für westliche Wertegemeinschaft sei irreversibel und Teil der deutschen Staatsräson.

BK schloß ab mit der Bitte um – wie in der Vergangenheit – vertrauensvolle Zusammenarbeit.

7) MP Martens bekannte sich zu kurz- und mittelfristiger Hilfe für Zentral- und Osteuropa, zum Festhalten am Selbstbestimmungsrecht (wichtigerer Wegweiser denn je) und den Harmel-Prinzipien für die deutsche Frage.

8) Türkischer MP³⁰ bekannte sich zu kollektiven Anstrengungen, um Transformation in Europa evolutionär zu bewirken. Er forderte energische Rüstungskontrollpolitik und unveränderte Beiträge aller Bündnispartner zur gemeinsamen Sicherheit. Er betonte ferner Konsultationsprozeß, über europäische Zukunft müsse im Atlantischen Bündnis unter voller Teilnahme aller Bündnispartner beraten werden.

Den Platz der Türkei in der westlichen Welt wollte MP in allen Dimensionen gesichert sehen, auch in der europäischen Dimension müsse ihm Rechnung getragen werden.

9) MP Portugal³¹ hob auf historischen Augenblick ab, in dem sich Allianzkohäsion zu bewähren habe. Nur so würden bei der Rüstungskontrolle und in den West-Ost-Beziehungen die gewünschten Ergebnisse erzielt werden können. Er bekannte sich nachhaltig zu engen Bindungen USA/Kanada und Europa in der Allianz.

10) PM Thatcher bezeichnete es als vitale Frage, wie eigene Sicherheit gefördert werden könne. Dazu sei Allianz erforderlich und amerikanische und kanadische Truppenpräsenz.

PM verband dies mit Dank an BK für seine Feststellung, daß Bundesrepublik Deutschland nichts tun werde, um Stabilität zu gefährden bei Lösung der deutschen Frage.

Zur Reformentwicklung in SU (und VRC) äußerte sich PM skeptisch, weil Verständnis für Konsequenzen von Freiheit und Demokratie sowie Marktwirtschaft (besonders Preissystem) fehle.

Allianz müsse in gegenwärtigen Grenzen fortgesetzt werden, alles andere würde Sicherheit gefährden. Visionen, die manche Leute heute hätten, seien sehr weit entfernt. Allianz müsse auch betonen, daß die beiden Bündnisse in Europa Stabilisierungsfunktion hätten und an Bedeutung gewännen als Instrument, um Rüstungsreduzierungen auszuhandeln.

²⁹ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

³⁰ Yıldırım Akbulut.

³¹ Aníbal Cavaco Silva.

PM bekannte sich zur Verantwortung, zum Erfolg der Reformen in Ungarn und Polen beizutragen (auch wenn Erwartungen verfügbare Mittel überstiegen). Man müsse den Ländern über den Winter helfen, und dann – obwohl schwieriger – auf dem Wege zur Marktwirtschaft.

In bezug auf SU distanzierte sich PM von Bush: Ihre Zulassung zum GATT sei erst denkbar, wenn sie über echte Marktwirtschaft verfüge.

Zusammenarbeit in anderen Bereichen sei aber durchaus denkbar, besonders Umwelt.

PM warnte davor, COCOM („eine unserer wertvollsten Errungenschaften“) zu gefährden.

Zur Unterzeichnung von KSE im Jahr 1990 äußerte sich PM zustimmend, sofern unsere Sicherheit dies zulasse. Aber PM warnte: Unterzeichnung bedeute nicht Implementierung. Sie könne, gerade bei den enormen Abrüstungsmaßnahmen auf östlicher Seite, lange dauern. Entsprechendes gelte bei CW. SU habe nicht einmal erste CW-Vernichtungsanlage in Betrieb genommen.

PM warnte vor einseitigen Abrüstungsschritten von Allianzpartnern. Abrüstung solle nur aufgrund von Vereinbarungen mit dem Osten und aufgrund von sorgfältig ausgehandelten Vereinbarungen über die Aufteilung von Reduzierungen unter Bündnispartnern erfolgen.

11) PM Schlüter bezeichnete es nicht als weise, an den gegenwärtigen Strukturen der Sicherheit in Europa herumzuhantieren. Niemand solle einseitige Vorteile im Osten suchen.

Tragische Wendungen seien im Osten nicht ausgeschlossen. Daher solle man Reform entschlossen stärken.

12) Griechischer PM³² zeigte sich ermutigt über internationale Entwicklung und einverstanden mit Grundlinie der Bush-Politik.

13) PM Island³³ erklärte sich zur Teilnahme an polnischem Stabilitätsfonds bereit und zeigte sich enttäuscht, daß Abrüstung bei Seestreitkräften noch nicht auf Tagesordnung steht. Er schätze wie USA Bedeutung der Seeverbindungswege – gerade in Perspektive von Abrüstung – hoch ein. Sie könnten aber gerade durch Rüstungskontrolle geschützt werden.

PM mahnte auch Engagement für Meeresreinhaltung an.

[gez.] Ploetz

Referat 210, Bd. 140779

³² Xenophon Zolotas.

³³ Steingrímur Hermannsson.

394

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jugoslawischen Präsidenten Drnovšek

5. Dezember 1989¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Dr. Drnovšek (Bonn, 5. Dezember 1989, 12.00 bis 14.00 Uhr)²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, RL 212³ (Note-taker), Dolmetscher;

auf jugoslawischer Seite: Staatspräsident Drnovšek, Außenminister Lončar, Persönlicher Referent Jefremovič; Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* begrüßt Staatspräsident Dr. Drnovšek (D.) und erinnert an die Begegnung in Paris am Rande der Feiern zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution – seither habe sich in Europa und in der Welt vieles ereignet, was man mit Fug und Recht als revolutionär bezeichnen könne.

Der Bundeskanzler gibt sodann einen Überblick über unsere innere Situation: 1989 sei ein wirtschaftlich sehr gutes Jahr für uns gewesen. 1990 werde es ähnlich sein – dies wäre dann das achte gute Jahr in einer Reihe. Dabei zeige sich, daß, wenn es dem Volk schlecht gehe, das Regieren schwierig sei – aber auch dann, wenn es dem Volk zu gut gehe. Die Leute richteten sich ein, würden träge. Dies sei aber genau das, was man nicht brauchen könne, wenn es gelte, sich mit Beginn des letzten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. Wir hätten, wenn wir vernünftig seien, dazu gute Chancen.

Die Entwicklung in der DDR stelle uns vor völlig neue Probleme. Ein Teil von D.'s Gesprächspartnern⁴ habe sich vor kurzem noch mit Leuten umarmt, die heute im Gefängnis säßen!

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 11. Dezember 1989 gefertigt und am 15. Dezember 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt. Dazu vermerkte er: „Operative Punkte sind dem Auswärtigen Amt bereits durch Übersendung von Aktenvermerken übermittelt worden.“

Hat Bächmann am 15. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 15. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Höynck an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte „m[it] d[er] B[itte] um Übernahme“.

Hat Kastrup am 15. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat in Vertretung von Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 18. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Derix am 19. Dezember 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 139848.

² Der jugoslawische Präsident Drnovšek hielt sich vom 4. bis 6. Dezember 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Uwe Kaestner.

⁴ Der jugoslawischen Präsident Drnovšek traf am 5. Dezember 1989 mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker zusammen. Themen waren die Entwicklung in Jugoslawien, seine Rolle in der Bewegung blockfreier Staaten, seine Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften sowie zur EFTA, der Nord-Süd-Dialog und die Entwicklung in Südosteuropa. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139848.

Botschafter Eiff, z. Z. Bonn, vermerkte am 7. Dezember 1989, Drnovšek sei außerdem mit Bundestagspräsidentin Süssmuth, den Fraktionsvorsitzenden Dregger (CDU/CSU) und Mischnick (FDP),

Die Entwicklung der europäischen Integration sei im Blick auf den großen Markt 1992⁵ sehr dynamisch. Soeben habe er Staatspräsident Mitterrand einen Zeitplan für weitere Schritte (sc. Wirtschafts- und Währungsunion) geschickt⁶, den man am Freitag und Sonnabend in Straßburg⁷ beraten werde.

Was die Weltlage angehe, so stelle das Ergebnis der Begegnung bei Malta, über das Präsident Bush gestern die Verbündeten unterrichtet habe⁸, sehr zufrieden. Bis zum Sommer 1990 werde man in Abrüstung und Rüstungskontrolle ein großes Stück weiterkommen (START, VKSE, CW). Noch vor zwei Jahren wäre dies ein Traum gewesen!

Bei alledem gehe es ihm darum, die Lage überall zu stabilisieren, auch in der Region Südosteuropa. Die Entwicklung in Jugoslawien sei – ebenso wie die in Ungarn und Polen – wichtig auch für die Entwicklung in der DDR. Hier müsse man viel Geduld haben, mit Augenmaß vorgehen und vor allem die Stimmung nicht anheizen – doch sei seit der Offenlegung der Korruptionsfälle⁹ die Sache schwieriger geworden.

Drnovšek dankt für die Gastfreundschaft und bedauert sodann, aus seinem Land nicht so positive Nachrichten mitbringen zu können. 1989 sei ein ziemlich schwieriges Jahr gewesen – und zwar in Fortsetzung einer über achtjährigen Stagnation und politisch-wirtschaftlichen Krise.

Zunächst jedoch zur internationalen Lage: Jugoslawien schätze die Prozesse in den osteuropäischen Ländern sehr positiv ein und hoffe, daß sie erfolgreich und in stabilem Umfeld zu Ende geführt werden können.

Jugoslawien verfolge die Politik der Blockfreiheit und führe gegenwärtig den Vorsitz der Bewegung; in diesem Zusammenhang danke er dem Bundeskanzler für seine freundschaftliche Botschaft zum Blockfreien-Gipfel¹⁰. Derzeit sei Jugoslawien dabei, ein Gipfeltreffen zur Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen zu organisieren, und zwar gemeinsam mit Ägypten, Indien, Senegal und Venezuela. Er bitte bereits jetzt um Unterstützung der Bundesregierung, damit man einer Lösung der Probleme zwischen Nord und Süd näherkomme.

Jugoslawien interessiere sich sehr für seinen Platz im europäischen Integrationsprozeß. Das Staatspräsidium habe beschlossen, daß Jugoslawien dem Europarat beitreten solle. Ferner gehe es Jugoslawien um Annäherung an die EFTA in der Perspektive der Mitgliedschaft. Nicht zuletzt aber wolle man Annäherung an die Europäische Gemeinschaft. Zwar sei derzeit eine Vollmitgliedschaft nicht realistisch, jedoch wolle man jetzt bereits „maximale Bedingungen“ schaffen, um die Möglichkeit der Annäherung zu eröffnen. Hierbei wäre die Unterstützung des Bundeskanzlers sehr erwünscht. Keinesfalls wolle Jugoslawien hinter dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 1687

dem SPD-Vorsitzenden Vogel, dem ehemaligen Bundeskanzler Brandt sowie mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau zusammengetroffen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139848.

⁵ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁶ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 5. Dezember 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 111.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁸ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

⁹ Zur Aufdeckung von Korruptionsfällen in der DDR vgl. Dok. 395, Anm. 6.

¹⁰ Für den Wortlaut der Grußbotschaft von Bundeskanzler Kohl zur neunten Gipfelkonferenz blockfreier Staaten vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad vgl. BULLETIN 1989, S. 772.

zurückbleiben, was sich jetzt zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern Osteuropas anbahne. Deshalb sei man bereit, über die Öffnung des jugoslawischen Marktes zu sprechen und ein entsprechendes Verfassungssystem anzustreben. Die innerjugoslawischen Reformanstrengungen zielten darauf, die Anpassung an die Europäische Gemeinschaft zu erleichtern (Exkurs: Inflationsbekämpfungsprogramm¹¹, IWF-Verhandlungen¹²). Jugoslawien verfüge heute über ziemlich große Devisenreserven, benötige aber gleichwohl die Unterstützung von IWF, Weltbank, EIB, der Europäischen Gemeinschaft insgesamt und des Pariser Clubs. Es gehe nicht nur darum, die Wirtschaft zu beleben, sondern den Reformprozeß insgesamt glaubwürdig zu machen. Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet werde sich auch innenpolitisch auswirken.

Der *Bundeskanzler* betont – wie bereits bei seinem Besuch in Belgrad¹³ –, die Stabilität Jugoslawiens sei ein wichtiger Teil der Stabilität der Region und diese wichtiger Teil der Stabilität Europas. Die Gefahren, über die man bei seinem Besuch gesprochen habe – etwa Einmischung von außen, Breschnew-Doktrin¹⁴ –, bestünden nicht mehr. Heute gebe es andere Gefahren: Die Reformbewegung könne zur Destabilisierung führen. Er unterstreiche seine Sympathie für die Reformbewegung, jedoch müsse man versuchen, klug vorzugehen.

Auch die jugoslawischen Anliegen an die Europäische Gemeinschaft verfolge er mit Sympathie, wohlwissend, daß er hier andere Positionen vertrete als einige EG-Kollegen. Dies beginne mit der Psychologie: Die EG sei nicht ganz Europa, sondern nur ein Torso – allerdings ein wichtiger Teil, vergleichbar einem Antriebsaggregat. Die Bundesrepublik Deutschland werde alles in Richtung Integration unterstützen – schon aus deutschen Gründen! (Exkurs: Bild der Welt im Jahre 2000: drei Wirtschaftsregionen Europa/USA-Kanada/Ostasien).

Gerade weil Budapest, Wien, Belgrad genauso Europa seien wie Rom, Paris, Bonn oder Leipzig, müsse man Formen der Annäherung, auch der Assoziierung suchen. Er werde hilfreich sein. Im übrigen möge D. nicht glauben, die Bundesrepublik Deutschland engagiere sich besonders für Polen und Ungarn und vernachlässige

¹¹ In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. November 1989 wurde erläutert, die jugoslawische Inflationsrate betrage gegenwärtig 1600 %. Die jugoslawische Regierung habe zwar bereits Maßnahmen ergriffen, die „galoppierende Inflation“ sei jedoch „zum Haupthindernis für eine erfolgreiche Wirtschaftsreform geworden“. Ein neues Zentralbankgesetz stärke zwar die Unabhängigkeit der Nationalbank: „Sie verfügt gleichwohl noch nicht über das für eine weitgehende Steuerung der Geldmenge nötige Instrumentarium.“ Die Erfolgsaussichten der Wirtschaftsreform hingen „stark von politischen Fakten ab: unterschiedliche Reformbereitschaft in den einzelnen Teilrepubliken. In den südlichen Teilrepubliken steht die soziale Problematik stark im Vordergrund. Zudem ist es bisher nicht gelungen, einen echten gesamtjugoslawischen Binnenmarkt mit positiven Auswirkungen auf Wettbewerb und Preise zu schaffen.“ Referat 214, Bd. 139839.

¹² In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. November 1989 wurde dargelegt, eine IWF-Mission habe im Juni 1989 Verhandlungen mit Jugoslawien über ein neues Stand-by-Abkommen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar bei einer Laufzeit von 18 Monaten aufgenommen: „Dieses soll an ein Anpassungsprogramm gekoppelt werden, mit Schwerpunkten auf der Beseitigung von Defiziten öffentlicher Unternehmen, dem Aufbau eines funktionierenden Bankensystems, Inflationsbekämpfung durch effektivere Geld- und Fiskalpolitik. Als Folge der fehlenden Vereinbarung mit dem IWF gibt es auch noch kein neues Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club. Das bisherige ist zum 30.6.1989 ausgelaufen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139839.

¹³ Bundeskanzler Kohl besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. Juni 1985. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 145 und Dok. 147.

¹⁴ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

andere Freunde – im Gegenteil sei unser Interesse, daß die gesamte Reformbewegung erfolgreich sei, nicht zuletzt wegen ihrer Auswirkung auf die DDR.

Drnovšek dankt für die zugesagte Unterstützung. Der Bundeskanzler und D. vereinbaren, daß AM Lončar und AL2 die EG-Wünsche Jugoslawiens im einzelnen besprechen.¹⁵

D. betont, es gehe Jugoslawien nicht um massive finanzielle Unterstützung aus dem Ausland – was gebraucht werde, sei die regelmäßige Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen, der EG und dem Pariser Club, um das jetzt vorbereitete Sanierungsprogramm durchzuführen.

AM Lončar erläutert sodann die jugoslawischen Wünsche an die EG (gemäß einem der Kommission übergebenen Memorandum¹⁶). Zentraler Punkt ist der Wunsch nach einem 1-Mrd.-US-Dollar-Kredit, davon 300 Mio. US-Dollar von der Weltbank, 500 Mio. US-Dollar von EG-Mitgliedstaaten, 200 Mio. US-Dollar von USA/Japan/Kanada. Zweckbestimmung: Sanierung des Bankensystems.

Der Bundeskanzler sagt zu, sich auf dem EG-Gipfel in Straßburg für die jugoslawischen Anliegen einzusetzen. Bereits bei einem Treffen der christlich-demokratischen Regierungschefs in Salzburg¹⁷ habe sich Österreich stark für die Wünsche Jugoslawiens eingesetzt.

Wichtig sei bei alledem auch, ausländische Investitionen zu gewinnen und dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Drnovšek erwidert, im Augenblick würden ausländische Investoren durch zwei Dinge „weggezogen“: Hyperinflation und innenpolitische Lage, vor allem Konflikte zwischen den Teilrepubliken.

Jugoslawien biete das Bild politischer Instabilität. Die Regierung kämpfe mit allen Kräften, diese Situation zu beenden. Sie stehe in einem Wettlauf mit nationalistischen Bestrebungen zwischen den jugoslawischen Völkern. Die Lage werde erschwert durch hohe Arbeitslosigkeit, die viele Leute zu Emotionalität, zu Nationalismus verleite. Eine wirtschaftliche Konsolidierung werde dazu beitragen, die nationalen Fragen besser in Griff zu bekommen – derzeit gebe es leider noch keine zufriedenstellenden wirtschaftlichen Ergebnisse. Blieben sie weiter aus, so könne er eine Verschlechterung der innenpolitischen Lage nicht ausschließen.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, notierte am 6. Dezember 1989, der jugoslawische Außenminister Lončar habe gegenüber Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, einen Finanzrahmen in Höhe von 1 Mrd. DM zur Sanierung des Bankensystems genannt: „AM De Michelis/Italien habe italienische Beteiligung in Höhe von 25 % des o.a. EG-Volumens (= 125 Mio. US-Dollar) zugesagt, von uns erhoffe man 20 % (= 100 Mio. US-Dollar), von Frankreich 15 %. Hinsichtlich des jugoslawischen Assoziierungswunsches erhoffe Belgrad sich eine befürwortende Passage im Schlußkommuniqué des Europäischen Rates.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139848.

¹⁶ Für das jugoslawische Memorandum vgl. Referat 214, Bd. 139848.
Referat 413 vermerkte am 29. November 1989 zu dem Anfang November 1989 übergebenen Memorandum, Jugoslawien bekenne sich zu „Pluralismus und Demokratie, marktwirtschaftlichen Reformen, Inländerbehandlung für ausländische Investitionen, monetärer und budgetärer Disziplin und einem neuen Beistandsabkommen mit dem IWF.“ Für letzteres wünsche es Unterstützung sowie für ein Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank, bei der Sanierung des Bankensystems sowie bei Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club. Ferner erbitte es u. a. zusätzliche Exportkreditgarantien, 1 Mrd. US-Dollar für Strukturanpassungsmaßnahmen sowie einen besseren Zugang für jugoslawische Agrar- und Industrieprodukte. Vgl. Referat 214, Bd. 139848.

¹⁷ Am 2./3. Dezember 1989 fand ein Treffen der Europäischen Demokratischen Union statt.

Derzeit bereite man eine neue Verfassung vor, die so wichtige und schwierige Fragen wie die des politischen Pluralismus und der Beziehungen zwischen den Teilrepubliken sowie den Teilrepubliken und der Föderation lösen müsse. Dabei gebe es mehr Übereinstimmung hinsichtlich des politischen Pluralismus wie auch der Einführung des offenen Marktes und der Öffnung für die Weltwirtschaft.

Auf Fragen des Bundeskanzlers bekräftigt D., sein Land sei der Reformentwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet Ungarn voraus.¹⁸

Das Hauptproblem sei jedoch das gegenseitige Mißtrauen unter den Nationalitäten. Die Regierung und das Präsidium sahen keinen anderen Ausweg, als mit wirtschaftlichen Mitteln in den kommenden Monaten eine Wende herbeizuführen. Dies schließe eine Schocktherapie bei der Inflationsbekämpfung – in Erwartung wirtschaftlicher Besserung – ein. Noch vor Jahresende werde die Regierung ein Anti-Inflationsprogramm¹⁹ vorlegen. Man mache sich aber keine Illusionen, daß das Problem damit gelöst sei: Tatsächlich gebe es einen Wettlauf mit zunehmendem Nationalismus und immer größer werdenden ethnischen Konflikten.

Der Bundeskanzler drückt seine Hoffnung aus, daß die geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen greifen. Das heutige Bild Jugoslawiens nach außen wecke Besorgnis. (*Drnovšek* und *AM Lončar* pflichten bei.)

Drnovšek erläutert sodann spezifische jugoslawische Wünsche auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiet:

- Erhöhung des Hermes-Plafonds von 200 auf 400 Mio. DM,
- Umwandlung des 1-Mrd.-DM-Kredits von 1974²⁰, Rückzahlung in Landeswährung, Verwendung für Wiedereingliederungsfonds, Infrastrukturmaßnahmen usw.,
- Management-Ausbildung,
- Erhöhung des Kontingents für Werkvertragsarbeitnehmer²¹ (vergleiche hierzu gesonderten Aktenvermerk²²),

¹⁸ So in der Vorlage.

¹⁹ Botschafter Eiff, Belgrad, berichtete am 19. Dezember 1989, der jugoslawische Ministerpräsident Marković habe am Vortag sein Wirtschaftsprogramm für 1990 vorgestellt: „Schwerpunkt des Programms bildet ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der auf Jahresbasis die 2000-Prozent-Marke überschreitenden Hyperinflation.“ Dabei verzichte er „weitgehend auf die üblichen Rezepte für kurzfristige Inflationsbekämpfung (Preisstopp, künstliche Wechselkurse) und tritt statt dessen die ‚Flucht nach vorne‘ an: volle Konvertibilität des Dinar, weitgehend freie Preis- und Zinsbildung, einschneidende Maßnahmen zur Beendigung der ‚Geldschöpfung‘. Um den Teufelskreis der Inflation zu durchbrechen, wird der Wert des Dinar durch Garantie eines festen Wechselkurses (7:1) bis Mitte 1990 an die DM gebunden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1203; Referat 214, Bd. 139839.

²⁰ Jugoslawien erhielt von der Bundesrepublik im Dezember 1972 Kapitalhilfe in Höhe von 300 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 5.

Am 10. Dezember 1974 unterzeichneten die Bundesrepublik und Jugoslawien ein Abkommen über die Gewährung von Kapitalhilfe in Höhe von 700 Mio. DM. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 363.

²¹ Referat 513 legte am 16. November 1989 dar, die Bundesrepublik und Jugoslawien hätten am 24. August 1988 eine Vereinbarung über Werkvertragsarbeitnehmer geschlossen: „Diese Vereinbarung ermöglicht einem jährlichen Kontingent von 5000 Werkvertragsarbeitnehmern die ausländerrechtlich und verwaltungsmäßig vereinfachte Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1843.

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner notierte am 6. Dezember 1989 zum jugoslawischen Wunsch nach Erhöhung des Kontingents für Werkvertragsarbeitnehmer, insbesondere im Bauwesen: „Der Herr Bundeskanzler äußert sich unter Hinweis auf das Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung grundsätzlich positiv.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1843.

- Sichtvermerks-²³ und Asylantenproblem (vergleiche hierzu gesonderten Aktenvermerk²⁴).

Der Bundeskanzler verweist zum letzteren Thema auf die – nach anfänglichem Greifen unserer sichtvermerksbeschränkenden Maßnahmen – wieder drastisch angestiegenen Asylbewerberzahlen. Er bekräftigt seine Hoffnung, daß das Problem in Jugoslawien selbst gelöst werden könne, und regt an, daß die beiderseitigen Innenministerien – unterhalb der Ministerebene – baldmöglichst zusammenkommen, um über geeignete Maßnahmen zu beraten. Je diskreter, desto besser!

Er wolle hilfreich sein – man müsse jedoch auch sehen, daß dies für uns ein großes innenpolitisches Problem sei.

(Das Gespräch wird während des Mittagessens fortgesetzt.)

Der Bundeskanzler begrüßt D. und Delegation im erweiterten Kreis als guten Freund und bekräftigt erneut seine Überzeugung, daß die Reformentwicklung in Jugoslawien – genauso wie in Ungarn, Polen und der ČSSR – gut verlaufen müsse, nicht zuletzt wegen der Rückwirkungen auf die DDR, aber auch auf die Sowjetunion.

Er habe am Sonntagabend in Brüssel lange über diesen Komplex mit Präsident Bush gesprochen²⁵: Unser Interesse sei keine Destabilisierung! Ganz falsch wäre es, eine derart labile Situation ausnutzen zu wollen. Dies wollten weder wir, noch die Amerikaner, noch die NATO insgesamt.

Andererseits sei klar, daß in den meisten Reformstaaten ein schwieriger Winter vor der Tür stehe (Exkurs: Transport- und Versorgungsprobleme der SU). Die Thematik und Hilfsmöglichkeiten würden auch Thema des EG-Gipfels in Straßburg sein – das wichtigste jedoch müsse in den Ländern selbst geschehen.

Die deutsche Frage – so der Bundeskanzler weiter – sei heute Hauptgesprächsthema in der Welt. Viele hätten sie für erledigt geglaubt, andere verdrängt. Nun hätten sich die Dinge in der DDR dramatisch bewegt. Bisher habe die Bevölkerung sich in ihrem Protest unglaublich diszipliniert verhalten und jede Radikalisierung vermieden. Die neu aufgedeckten Korruptionsfälle würden nun allerdings die Wut steigern, dies sei normale menschliche Reaktion (Exkurs: Verhandlungen Chef BK/MP Modrow²⁶, eigene DDR-Reise²⁷).

²³ Zur Frage der Einführung der Visumspflicht für jugoslawische Staatsangehörige vgl. Dok. 70, Anm. 2.

Referat 514 vermerkte am 15. November 1989, die am 8. März 1989 vom Kabinett beschlossene Einführung der Sichtvermerkspflicht sei noch nicht verkündet und somit noch nicht in Kraft getreten: „Nach einem kräftigen Rückgang der Asylzahlen von März 1989 (2724) bis Juni (556) infolge jugoslawischer Gegenmaßnahmen stiegen die Zahlen seit Juli (763) wieder kontinuierlich erheblich an und erreichten im Oktober 1989.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139845.

²⁴ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, vom 6. Dezember 1989 vgl. Referat 214, Bd. 139845.

²⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

²⁶ Am 5. Dezember 1989 fand in Ost-Berlin ein Gespräch zwischen Bundesminister Seitzers und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, statt. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

²⁷ Bundeskanzler Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

Die wirtschaftliche Lage in der DDR sei derzeit sehr kritisch. Hier aber könne man aufgrund einer guten Grundsubstanz rasch helfen. Das Hauptproblem sei aber nicht wirtschaftlich, sondern politisch. Ohne eine Entwicklung wie in Ungarn oder Polen werde es keine Ruhe geben und die Zahl der Zufluchtsuchenden wieder steigen (Exkurs: bis Jahresende 200 000, Durchschnittsalter 28 Jahre). Dieser Exodus sei eine Katastrophe für die Gesellschaft. Er liege nicht in unserem Interesse. Das gleiche gelte für die Aussiedler aus der Sowjetunion und Polen, während er – der Bundeskanzler – hinsichtlich der Rumäniendeutschen keine Chancen sehe, ihre Lage vor Ort zu stabilisieren.

Der Bundeskanzler erläutert sodann seine Zehn Punkte²⁸: Sie seien kein Kalender, wie dies manche „Nicht-Freunde“ im Ausland sähen, sondern ein Prozeß. Westliche Skepsis sei auch in unserer Wirtschaftskraft begründet.

Der Bundeskanzler betonte die entscheidende Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts: Es müsse überall in der Welt, auch für die Deutschen, gelten. Andererseits erwarte man von uns zu Recht, daß der deutsche Prozeß in die gesamteuropäische Entwicklung eingebettet werde. Genau das sei unsere Absicht. Wir wollten nicht destabilisieren, sondern stabilisieren und Sicherheitsprobleme aller Beteiligten berücksichtigen. Das deutsche Problem sei nur unter einem europäischen Dach zu lösen.

Unser Problem sei auch nicht die Grenze an Oder und Neiße. Wenn heute die Deutschen die Chance hätten, über die Einheit ihres Landes und gleichzeitig über die Oder-Neiße-Grenze abzustimmen, dann sehe er überhaupt kein Problem. Dies habe er auch in Warschau²⁹ betont. Das einzige Problem sei, daß man von uns nicht immer nur Vorleistungen erwarten könne. Im übrigen hielten wir uns strikt an die KSZE-Schlußakte: Dort bestehe die Möglichkeit, Grenzen friedlich, mit Zustimmung der Beteiligten zu verändern.³⁰

In diesem Sinne müsse es möglich sein, die absurde Teilung zu überwinden – andererseits würde von uns selbstverständlich das, was die Bevölkerung in der DDR in freier Selbstbestimmung beschließe, respektiert. (Exkurs: Olympiade 2004 in Berlin: BK nicht dagegen, aber auch nicht begeistert; Gespräche mit Andropow und Andreotti über Absurdität der Teilung Moskaus bzw. Roms.)

Er – so der Bundeskanzler – denke in einer Zeitachse. Es dürfe kein Prozeß der Verunsicherung sein, sondern eine Bewegung, die die Dinge auch psychologisch näher zueinander führe.

Drnovšek bestätigt, daß auch in Jugoslawien die Ereignisse in der DDR größte Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die jugoslawische Regierung habe keine offizielle Stellungnahme abgegeben, zumal diese durch das rasante Tempo rasch überholt würde.

²⁸ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

²⁹ Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

³⁰ Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

Nach seiner persönlichen Meinung seien jedoch die Zehn Punkte sehr kluge Politik! Sie ermöglichten die Reaktion, den Vorgriff auf Ereignisse, die noch kommen könnten. Er teile die Meinung, daß Selbstbestimmung eine universelle Frage sei und sich auf alle Länder beziehe. Auch dürfe Europa nicht durch die Brille der Vergangenheit gesehen werden – sondern durch die der Zukunft. Er sei deshalb fest überzeugt, daß der Einigungsprozeß in Europa gutgehen werde und in diesem Licht auch die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu erwarten sei. Natürlich sehe er, daß einige auf diesen Gedanken mit den Resten der Vergangenheit, mit Blockmentalität, reagierten. Aber diese Vergangenheit werde überwunden werden, und es werde rasch in Europa zu neuem Denken und zur Vereinigung kommen. Jugoslawien werde sich nicht gegen die integrierenden Prozesse in Europa stellen, sondern vielmehr darauf achten, seinen Platz dabei zu finden.

Der *Bundeskanzler* begrüßt dies nachdrücklich. Er bekräftigt seine Entschlossenheit, alles zu vermeiden, was auf Irritation herauslaufen könne – andererseits müsse man sehen, daß Teilung schmerze. Sie sei und bleibe Abnormität und bringe keinen Frieden. Er wolle erreichen, daß der Strom der Geschichte in ruhiger Weise sein Ziel erreiche, ohne daß von unserem Boden Angst ausgehe (Exkurs: Haltung PM Shamirs zur deutschen Frage³¹).

Drnovšek erläutert – auf Fragen des Bundeskanzlers – die Beziehungen Jugoslawiens zu Rumänien, die Lage der rumänischen Minderheit in Jugoslawien und die Lage in Rumänien selbst. Er stellt heraus, daß Jugoslawien ein zunehmendes Flüchtlingsproblem von dort habe. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß Rumänien einen ähnlichen Prozeß wie andere osteuropäische Staaten durchlaufen werde, jedoch sei die Repression derzeit ziemlich stark.

AM *Lončar* wirft ein, Ceauşescu nutze geschickt die Feindseligkeit der Rumänen gegenüber der SU aus und werfe sogar die territoriale Frage (Moldawien) auf. In Moskau wachse die Befürchtung vor anti-russischer, anti-sowjetischer Stimmung. Er selbst glaube, daß eine Veränderung in Rumänien dramatischer sein werde als anderswo.

Der *Bundeskanzler* schildert die Lage der Rumäniendeutschen und die Bemühungen der Bundesregierung, sie „herauszukaufen“³².

Das Tischgespräch schließt mit einer Würdigung der beiderseitigen Beziehungen gegenüber der Republik Ungarn; der Bundeskanzler schildert seinen jüngsten Gesprächskontakt mit MP Németh³³ (dramatische Verschlechterung der Energieversorgung), würdigt die ungarische Haltung gegenüber den Zufluchtsuchenden aus der DDR und gibt einen Ausblick auf seinen Ungarn-Besuch³⁴.

Drnovšek schildert die Vierer-Zusammenarbeit (JUG-OST³⁵-UNG-IT³⁶).

³¹ Zu den Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir und zur Reaktion von Bundeskanzler Kohl vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 106.

³² Zu den Absprachen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Ausreise von Deutschstämmigen vgl. zuletzt AAPD 1988, II, Dok. 226.

³³ Bundeskanzler Kohl und der ungarische Ministerpräsident Németh trafen am 19. November 1989 in Ludwigshafen zusammen. Vgl. dazu Dok. 377.

³⁴ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 16. bis 18. Dezember 1989 in Ungarn auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124, sowie WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 60.

³⁵ Korrigiert aus: „OES“.

³⁶ Zur „Vierer-Initiative“ vgl. Dok. 325, Anm. 19.

Abschließend versichert der *Bundeskanzler D.*, er könne in der Gewißheit heimreisen, hier in Bonn gute Freunde zu haben. Er wiederhole sein starkes Interesse an innenpolitischer und wirtschaftlicher Stabilität Jugoslawiens und seine Zusage, die jugoslawischen Anliegen auf dem EG-Gipfel in Straßburg anzusprechen.

Referat 214, Bd. 139848

395

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-320.15

5. Dezember 1989¹

Über Herrn Dg²¹², Herrn D²³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵
Betr.: Innere Lage der DDR nach dem Rücktritt des SED-Zentralkomitees⁶;
hier: Neuformierung des politischen Kräftefeldes

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung im Hinblick auf Vierertreffen in Brüssel,
13.12.1989⁷

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Vortragendem Legationsrat Brandenburg konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 5. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrop Ministerialdirigent Hofstetter am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 11. Dezember 1989 vorgelegen.

⁶ Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 12. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Staatssekretär Berteles, Ost-Berlin, berichtete am 2. Dezember 1989, in der Sitzung der Volkskammer sei am Vortag die Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung der DDR beschlossen worden. Ferner teilte er mit: „Erschütterung löste der Zwischenbericht des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses ‚Korruption und Amtsmissbrauch‘ über das als ungeheuer empfundene Ausmaß persönlicher Verfehlungen früherer leitender Funktionäre in der Staats- und Parteiführung aus. Besondere Empörung rief das Unvermögen von Außenwirtschaftsminister Beil hervor, Rechenschaft über den von Staatssekretär Schalck-Goldkowsky geleiteten Bereich ‚Kommerzielle Koordinierung‘ zu geben, hinter dem sich ein undurchsichtiges Geflecht von Firmen zur Beschaffung von Devisen verbirgt.“ Auch die Position des Generalsekretärs des ZK der SED, Krenz, sei seit dieser Sitzung „eindeutig angeschlagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2759; Referat 210, Bd. 140682. Vgl. dazu auch VOLKSKAMMER DER DDR, 9. Wahlperiode, 13. Tagung, 1. Dezember 1989, Stenografische Niederschrift, S. 317–354.

Am 3. Dezember 1989 fand eine Sondertagung des ZK der SED statt. Dazu berichtete Berteles am 4. Dezember 1989, diese habe mit dem „dramatischen Rücktritt des erst am 8. und 10. November 1989 neu gewählten Politbüros geendet. Die Dramatik wurde damit noch weiter gestärkt, daß auch das gesamte Zentralkomitee zurückgetreten ist. Damit ist die SED praktisch führungslos.“ Die durch die Enthüllungen vom 1. Dezember 1989 ausgelöste Sondertagung habe durch „die Aufdeckung der Verquickung der DDR in undurchsichtige Waffenschließungsgeschäfte und durch die Flucht des dafür verantwortlichen Staatssekretärs Schalck eine dramatische Zuspitzung“ erfahren. Bei Massendemonstrationen vor dem ZK-Gebäude sei der Rücktritt der gesamten Führung gefordert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2763; Referat 210, Bd. 140683. Für das Sitzungsprotokoll vgl. DAS ENDE DER SED, S. 461–481.

⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

I. Kurzfassung

Mit dem erzwungenen Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED am 3.12.89 ist in der DDR für jeden sichtbar ein Machtvakuum entstanden, dessen Schließung von mehr als dem bevorstehenden Sonderparteitag (15.–17.12.) abhängt. Staatsrat und Volkskammer in alter Besetzung amtieren nur noch auf Abruf. Die Regierung Modrow hat eine Chance, sich durch Kompetenz Legitimation zu verschaffen: Auch sie wird sich jedoch von einer Anzahl belasteter Figuren trennen müssen. Die Basis der SED hat einen Prozeß der Abrechnung in Gang gesetzt, an dessen Ende eine erfolgreiche Selbstreinigung, aber auch Spaltung oder teilweise Neugründung stehen können.

Mühsam sucht sie nach glaubwürdigen Vertretern: Einige (Berghofer, Gysi, Kroker, Höpcke) gehören dem Interims-Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Parteitags an. Gleichzeitig verlassen täglich rd. 10 000 Mitglieder die Partei aus Enttäuschung oder aus Opportunismus. Die Parole der Einheit wirkt wie ein stalinistisches Fossil in einer Zeit zunehmender Auffächerung des politischen Spektrums. Neben der SED ist für die bisherigen Blockparteien ein eigenes politisches Profil unversehens zur Existenzfrage geworden. Beim Profilieren tun auch sie sich schwer, mit dem „Wendehals“-Etikett fertig zu werden.

Innen gegenüber steht bisher eine weitgehend unstrukturierte Volksbewegung. Das „Neue Forum“ hat zwar angeblich 500 000 Unterschriften gesammelt, sich aber bislang nicht als Partei definiert. SDP und Grüne können sich an westlichen Vorbildern orientieren – Vorteil in einem Land mit Westfernsehen –, stehen jedoch noch am Anfang ihres Aufbaus. Die Gruppe „Demokratie Jetzt“ hat sich frühzeitig als Wahlplattform konstituiert, läßt sich jedoch programmatisch kaum einordnen. Ähnliches gilt für den „Demokratischen Aufbruch“, der ebenfalls seine Gründung als Partei beschlossen hat. Hinzugekommen sind in den letzten Wochen weitere kleine Gruppierungen, einige davon mit linksradikaler Tendenz. Gemeinsam ist ihnen bisher das Bekenntnis zu einem reformierten Sozialismus. Ein wie auch immer gestalteter Sozialismus und das Festhalten an der DDR-Staatlichkeit scheinen jedenfalls heute noch Geschäftsgrundlage für alle politischen Kräfte in der DDR. Angesichts einer nicht zu beziffernden, aber ohne Zweifel populären „gesamtdeutschen“ Tendenz in der Bevölkerung lassen die neuen Gruppen also bislang ein wichtiges Segment unbesetzt. Dies haben als erste die Initiatoren einer „Partei für die Wiedervereinigung“ erkannt, deren Gründung erstmals von der „Welt“ am 1.12. gemeldet wurde.⁸ Wie die übrigen Gruppen ist sie als Partei nicht registriert. Mit ihrer einfachen, auf rasche Übernahme unseres Systems gerichteten Programmatik könnte sie sich dennoch bald zum politischen Sprengsatz entwickeln.

Partei- und Staatsführung in der DDR muß daran gelegen sein, dem gesamtdeutschen Segment auch weiter politischen Ausdruck zu verwehren. Die Eilfertigkeit, mit der sich Krenz, Modrow und andere hinter den Appell „Für unser Land“⁹ (Initiatoren Christa Wolf und Stefan Heym) gestellt haben und damit die bisherige, intellektuelle Opposition zum legitimen Vertreter der Bevölkerung

⁸ Für das Gründungspapier der „Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (PWD) vgl. den Artikel „Jetzt den Schritt zur staatlichen Einheit Deutschlands folgen lassen“, DIE WELT vom 1. Dezember 1989, S. 5.

⁹ Für den Wortlaut des Aufrufs „Für unser Land“ vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 29. November 1989, S. 2.

befördern, wird sich am „Runden Tisch“, der am 7.12. beginnen soll¹⁰, wohl fortsetzen. Je bereitwilliger sich die Opposition dort umarmen läßt, um so größer wird allerdings die Gefahr, daß alle Beteiligten die Rechnung ohne den Wirt aufmachen.

II. Im einzelnen

1) Die SED ist seit Monaten nicht aus der Defensive herausgekommen. Sie bleibt getrieben von den Ereignissen, aber auch von der eigenen ratlosen und durch die Enthüllung immer neuer Korruptionsfälle demoralisierten Basis. Ihre Mitgliederzahl ist in wenigen Monaten von 2,3 Mio. auf (wie Krenz sagt) 2 Mio. zurückgegangen; Einzelberichte beziffern die Austritte auf rd. 25 %, darunter ca. 70 % Arbeiter. In Kundgebungen wie am 28.11. in Leipzig (10000 Teilnehmer) wenden sich Parteisprecher gegen eine Kollektivschuld der SED und beschwören die historische Einheit. Die Gefahr einer Spaltung wird in Versammlungen und Leserbriefen diskutiert. Die Mehrheit der SED-Mitgliedschaft besteht jedoch weder aus überzeugten Kommunisten noch aus verkappten Sozialdemokraten, sondern aus verunsicherten Karrieristen. Sollte es zu einer Spaltung kommen, dürften daher eher wahltaktische als ideologische Überlegungen den Ausschlag geben: Die SDP könnte sich mit einer Armee von „Wendehälsen“ konfrontiert sehen.

Der Rücktritt von ZK und Politbüro am 3.12.¹¹ und der Parteiausschluß Honeckers sind bisheriger Gipfel einer Entwicklung, die auch die unteren Ebenen der Partei erfaßt hat. Einzelne Kreisverbände haben ihre Beitragszahlungen eingestellt. Drei Kreisvorsitzende begingen Selbstmord. Gegen weitere Prominente laufen Parteiausschluß- und strafrechtliche Ermittlungsverfahren. Die fieberhafte Selbstreinigung hat jedenfalls bisher in der Bevölkerung eher Befremden ausgelöst: Krenz selbst verkörperte ihre Unglaubwürdigkeit. Außer Modrow (der heute auch von seiner früher beklagten Popularität in den Westmedien profitiert) konnte noch kein prominenter Sympathieträger gefunden werden. Die ideologische Aufarbeitung der „Wende“ steht noch am Anfang. Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK und bisher bekanntester Ideologe der SED, trat von seinen Funktionen zurück. Seine Nachfolger haben ein neues Sozialismusmodell zu entwerfen, das auf die bisherigen „historischen Gesetzmäßigkeiten“ verzichtet und in Rechnung stellt, daß der „real existierende Sozialismus“ in den Augen der Mehrheit seine letzte Chance verspielt hat.

In dieser Verfassung wählen die Grundorganisationen der SED ihre Delegierten für den Sonderparteitag vom 15. – 17. Dezember.¹² Sie wählen – wie einzelne

¹⁰ Zum „Runden Tisch“ in der DDR vgl. Dok. 404.

¹¹ Korrigiert aus: „3.11.“

¹² Der außerordentliche Parteitag der SED fand bereits am 8./9. Dezember 1989 statt. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete dazu am 9. Dezember 1989, die Partei habe „eine deutliche, unwiderrufliche Abgrenzung gegenüber dem von Ulbricht und Honecker praktizierten stalinistischen Sozialismus der letzten 40 Jahre gezogen“. Neuer Vorsitzender sei der Rechtsanwalt Gysi. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2818/2819; Referat 210, Bd. 140684.

Zum zweiten Teil des außerordentlichen Parteitags am 16./17. Dezember 1989 teilte Bertele am 18. Dezember 1989 mit, dem bisherigen Parteinamen werde noch „PDS“ („Partei des demokratischen Sozialismus“) hinzugefügt. Dies solle den „inneren Wandel der Partei zum Ausdruck bringen“. Die Partei habe sich für die Zweistaatlichkeit ausgesprochen. Bertele bilanzierte: „Der Test für alle die verheißungsvollen Ankündigungen einer erneuerten SED-PDS wird zunächst in der Umsetzung im Lande

Berichte erkennen lassen – unter mehreren Kandidaten und scheinen die bisherige Manipulation von Vorschlagslisten durch den Apparat vielfach nicht mehr hinzunehmen. Sicher ist daher, daß sich das neue Zentralkomitee deutlich von dem bisherigen abheben wird. Forderungen nach einer Neugründung nach ungarischem Muster gewinnen an Boden. Sie könnte, wenn sie sich ähnlich orientiert und möglicherweise mit der neuen SDP verbindet, eines Tages zu einer Abspaltung orthodoxer Kommunisten führen und damit die Zwangsvereinigung von 1946 rückgängig machen.

Unabhängig vom Ausgang des Parteitags kann sich in der DDR heute niemand vorstellen, daß die SED in freien Wahlen eine Mehrheit erzielte. Modrow selbst rechnet mit einem Stimmenanteil von 20%. Auch ein solches Ergebnis dürfte eine glaubwürdige Vergangenheitsbewältigung und realistische Zukunftsperspektiven voraussetzen, für den Augenblick daher zu hoch gegriffen sein.

2) Die SED ist in der Volkskammer traditionell nur eine Minderheit: Die Mehrheit stellen die übrigen Parteien und Massenorganisationen des „Demokratischen Blocks“, die durch eigene Statuten bisher auf die führende Rolle der SED festgelegt waren. Äußerungen aus dem Kreis von SED und Blockparteien (die heute eine „Koalitionsregierung“ bilden) deuten darauf hin, daß bei künftigen Wahlen ein Parteien-Parlament angestrebt werden soll. FDGB, FDJ, Frauenbund und Kulturbund würden danach keine eigenen Fraktionen mehr stellen, was ihrer Überparteilichkeit zugute käme. Sie wären nicht Teil des politischen Spektrums. Um ihr politisches Überleben kämpfen dagegen die Altparteien, die sämtlich inzwischen dem SED-Führungsanspruch abgeschworen haben.

a) Die LDPD konnte durch die frühzeitige (September 1989) Profilierung ihres Vorsitzenden Gerlach¹³ zunächst Punkte gewinnen. In dieser – wenn auch kurzen – Reformtradition stellt sie heute ihre Parteizeitung Oppositionsgruppen als Tribüne zur Verfügung und hat eine FDJ-unabhängige Jugendorganisation gegründet. Unter Selbständigen und Freiberuflern dürfte sie über einen Stamm von Anhängern verfügen (Mitgliederzahl: 104 000), der ihr politisches Überleben sichert. Belastet ist sie allerdings durch Figuren wie Justizminister Heusinger, dessen Mitverantwortung für die Rechtsbeugungen der Vergangenheit sich kaum verleugnen läßt, und Gerlach selbst, den langjährigen Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats. Mit einer bisher winzigen Freien Demokratischen Partei könnte ihr darüber hinaus Konkurrenz erwachsen.

b) Die CDU hat ihren kompromittierten Vorsitzenden Gerald Götting bald nach Krenz' Amtsantritt¹⁴ fallengelassen. Sein Nachfolger Lothar de Maizière, Synodaler und Anwalt, könnte von dem erheblichen Vertrauensbonus der evangelischen Kirche profitieren. Die Partei (140 000 Mitglieder) hat Aussichten, über diese Zahl hinaus einen Wählerstamm in der kirchlich gebundenen Bevölkerung auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1697

vorgenommen werden. All das, was die intellektuellen Vordenker der Humboldt-Universität und ein Gysi aus den Notwendigkeiten der veränderten Zeit abgeleitet haben, ist für den kleinen Parteifunktionär an der Basis etwas Unerhörtes. [...] Für den nun aufgerufenen Wähler dürfte die Zeit zwischen dem Erneuerungsparteitag und den Wahlen zu kurz sein, um sich wirklich von einer erneuerten SED überzeugen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2898; Referat 210, Bd. 140684.

¹³ Vgl. dazu die Rede des LDPD-Vorsitzenden Gerlach am 19. September 1989 in Ost-Berlin; Dok. 303, Anm. 6.

¹⁴ Zur Ernennung von Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

zubauen. Ebenso wie die LDPD hat die CDU inzwischen einen eigenen Jugendverband gegründet. Als erste Partei beschloß sie am 3.12. formell ihren Austritt aus dem „Demokratischen Block“. In einem Interview am 4.12. äußerte de Maizière Interesse an engeren Kontakten mit den in Kirchenkreisen entstandenen Gruppen „Demokratie Jetzt“ und „Demokratischer Aufbruch“: vielleicht ein Hinweis auf künftige Koalitionsmöglichkeiten.

c) Die NDPD hat sich ebenfalls kurz nach dem 18.10. von ihrem bisherigen Vorsitzenden getrennt. Der neue Parteichef Günter Hartmann wird es schwer haben, der ursprünglich als Sammelbecken für konvertierte Deutschnationale gegründeten Organisation (110 000 Mitglieder) ein eigenes Profil zu geben. Noch immer auf dem Boden der DDR-Verfassung¹⁵, versucht er es mit Sprüchen wie „wenn wir national sagen, meinen wir deutsch“. Am weitesten von allen „Altparteien“ wagt sich die NDPD an das Thema der nationalen Einheit heran (so weit, daß sie sich inzwischen von Deutschnationalen bei uns absetzen muß). In einzelnen Äußerungen entwickelt sie die Idee eines neutralen Gesamtdeutschland. Ihre Vergangenheit als Erfüllungsgehilfe der SED und der Mangel an bekannten und glaubwürdigen Wortführern werden es ihr jedoch schwermachen, gegen eine sich möglicherweise konstituierende Wiedervereinigungspartei zu bestehen.

d) Grund für Existenzsorgen trotz ihrer 115 000 Mitglieder hat auch die DBD, deren Vorsitzender Günther Maleuda seine kürzliche Wahl zum Volkskammer-Präsidenten weniger eigener Bekanntheit als den Stimmen von SED-Mitgliedern verdankt, die seinem Gegenkandidaten Gerlach einen Denkkzettel erteilen wollten. Ihr langjähriger Umweltminister Reichelt schlägt um so negativer zu Buche, je offener über das Ausmaß der Umweltverschmutzung in der DDR diskutiert wird. Grundsätzlich wird es die Bauernpartei schwer haben, als politische und nicht als Standesorganisation zu überleben: eine solche – die VdgB¹⁶ – gibt es jedoch bereits.

Alle Blockparteien (diesen Namen verwenden sie heute nicht mehr) haben eigene Zeitungen, eine ausgebaute Organisation und eine unterschiedlich motivierte Mitgliedschaft. Trotz ihrer historischen Belastung haben sie daher eine Überlebenschance: in ihrer bisherigen Form oder als Kern neuer Gruppierungen.

3) Die heute bekannten neuen politischen Gruppen entstanden erst im September/Oktober 1989 als Reaktion auf Fluchtwelle und zunehmende Erosion des alten Regimes. Sie können jedoch auf einer Vielzahl von Initiativgruppen aufbauen, die zuvor nur im Schutzbereich der evangelischen Kirche agieren konnten. Noch immer sind Pastoren und Kirchenmitarbeiter überproportional vertreten. Die evangelische Kirche hilft wie bisher mit Räumen und Vervielfältigern. Keine der Gruppen ist bis heute offiziell registriert. Es fehlt ihnen an Fachleuten und klaren Programmaussagen vor allem im Wirtschaftsbereich. Ihr Bekenntnis zum Sozialismus läßt weiteste Auslegung zu. Ihr eigenes Mobilisierungspotential bleibt schwer einschätzbar: Das „Neue Forum“ brachte am 18.11. in Leipzig nur ca. 30 000 Personen auf die Straße, wirkte dann allerdings an der erfolgreichen Menschenkette vom 3.12.1989 mit.

¹⁵ Für den Wortlaut der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 432–456.

¹⁶ Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

a) Das „Neue Forum“ beruht auf einem Gründungsaufruf vom 11.9.89¹⁷, den inzwischen angeblich mehr als 500 000 DDR-Bewohner unterschrieben haben. Er fordert auf zum Engagement für eine geläuterte, freie und selbstbestimmte Gesellschaft, wendet sich gegen Bevormundung, aber auch gegen Abhängigkeit vom Westen. Zwei seiner bekanntesten Wortführer, Bärbel Bohley und Jens Reich, wollen es als parteiunabhängige Sammlungsbewegung erhalten, andere drängen auf eine rasche Parteigründung. Für den 6.1.90 ist ein republikweites Kontaktleutetreffen, für den 26.1. eine offizielle Gründungsversammlung vorgesehen. Die Sprechchöre „Neues Forum“ bei den ersten Massendemonstrationen in Leipzig¹⁸ haben die Bewegung zu einem Mythos gemacht, hinter dem sich politisch sehr unterschiedliche Kräfte sammeln. Ein Aufruf des „Neuen Forums“ Karl-Marx-Stadt zum Generalstreik am 6.12. wird vom „Neuen Forum“ Berlin ausdrücklich nicht unterstützt.

b) Die Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ (Vorsitzender: Rechtsanwalt Schnur, weitere Wortführer die Pfarrer Eppelmann, Richter und Schorlemmer) will sich bis Mai 1990 als politische Partei konstituieren und strebt eine Beteiligung an den nächsten Volkskammerwahlen an. Sie befürwortet vorerst Eigenstaatlichkeit und Sozialismus. Die Zweistaatlichkeit sei jedoch „historisch bedingt und deshalb nicht von Dauer“. Die Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers¹⁹ werde begrüßt. Im Vergleich zu anderen zeichnet die Gruppe sich durch Kompetenz und Zielstrebigkeit vieler ihrer Mitarbeiter aus, die seit langem in der kritischen Kirchenszene engagiert sind. Heute kann sie auf etwa 10 000 Mitglieder rechnen.

c) Von vornherein als Wahlplattform verstand sich die Gruppe „Demokratie Jetzt“. Ihr „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ erschien am 17.9.89.²⁰ Sie tritt u. a. für eine gemischte Wirtschaft ein. Beide deutsche Staaten sollen sich „um der Einheit willen aufeinander zu reformieren“. Profiliert haben sich in der Gruppe bisher Ulrike Poppe, Hans-Jürgen Fischbeck und der Regisseur Konrad Weiß. Ihre Mitgliederzahl liegt bei ca. 4000.

Bisher wird nicht deutlich, worin sich „Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“ und „Demokratie Jetzt“²¹ programmatisch voneinander abheben. Dies räumen auch ihre Sprecher ein. Ein Zusammenwachsen oder eine gemeinsame Kandidatur sind daher denkbar, wenn sich das „Neue Forum“ endgültig zur Wahlbeteiligung entschließt.

d) Die Sozialdemokratische Partei (SDP) trat mit ihrer „Gründungsurkunde“ am 7.10.1989 an die Öffentlichkeit.²² Gleichzeitig beschloß sie ein Statut und beantragte ihre Aufnahme in die Sozialistische Internationale. Sie beruft sich in

¹⁷ Für den Wortlaut des Gründungsaufrufs des „Neuen Forums“ vgl. DEUTSCHE VEREINIGUNG, S. 60f.

¹⁸ Zu den Demonstrationen in Leipzig vgl. Dok. 303, Anm. 4.

¹⁹ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

²⁰ Für den Wortlaut des „Aufrufs zur Einmischung in eigener Sache“ vgl. DEUTSCHE VEREINIGUNG, S. 67.

²¹ Korrigiert aus: „Demokratie“.

²² Für den Wortlaut der Gründungsurkunde der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ vgl. den Artikel „Für eine ökologische soziale Demokratie“, DIE WELT vom 9. Oktober 1989, S. 6.

ihrem Programm ausdrücklich auf die deutsche sozialdemokratische Tradition, vermeidet jedoch ein Anknüpfen an die 1961 aufgelöste Berliner Ost-SPD. Während sie sich gegen „unproduktives Wiedervereinigungsgerede“ wendet, will sie von Anfang an eine „Vereinigung“ nicht ausschließen. Beim Aufbau ihrer Bezirks- und Kreisorganisationen will sie inzwischen über 20000 Mitglieder gewonnen haben. Ausdrücklich wirbt sie auch um „sozialdemokratisch denkende SED-Mitglieder“: Den Vorwurf einer Spaltung der Arbeiterbewegung weist sie zurück. Für den 5. bis 9.4.1990 plant die SDP einen ersten Parteitag in Leipzig. Im Westen bekannt geworden sind bisher vor allem ihr Geschäftsführer Ibrahim Böhme und der junge Pfarrer Steffen Reiche.

Mehr als für andere wird für die SDP das künftige Schicksal der SED eine Rolle spielen. Deren Aufspaltung könnte es ihr erleichtern, die traditionellen sozialdemokratischen Wählerschichten vor allem in Sachsen und Thüringen zu reaktivieren. Mit einem deutlicheren Bekenntnis zur deutschen Einheit könnte es ihr gelingen, das Wählerpotential der jetzigen SED noch weiter zu schmälern, wenn sie sich nicht mit einer nichtkommunistischen Reform-SED zusammenschließt.

e) Am 24.11.89 haben sich in Berlin (Ost) die „Grünen“ in der DDR gegründet. In einem ADN-Interview nannte Parteisprecher Vollrad Kuhn „Ökologie als Hauptziel“.²³ Gleichzeitig trat er für einen Sozialismus mit neuem Inhalt ein. Über Mitgliederzahl und Organisation der Partei gibt es bisher wenig zuverlässige Informationen. Das Vorhandensein eines westlichen Pendants und die Umweltprobleme der DDR dürften ihr jedoch von Anfang an einen sicheren Platz im Parteienspektrum verschaffen.

f) Die „Vereinigte Linke“ (bisher bekannt geworden vor allem ihr Berliner Sprecher Thomas Klein) will anders als SED-Vertreter keine „Krise des Sozialismus“ gelten lassen. In eine Krise geraten sei nur das „politbürokratische Kommandosystem“. Die Gruppe setzt sich nachdrücklich für die Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, gegen Parlamentarismus und für ein RäteSystem ein. Nichts spricht dafür, daß sie in Zukunft mehr als eine politische Sektiererrolle spielen wird.

g) Wenig bekannt ist bisher über eine „Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (PWD), die sich nach einem am 1.12. in der „Welt“ veröffentlichten Gründungspapier als weder links noch rechts definiert und die Selbstauflösung nach erreichter staatlicher Einheit ankündigt. Weitere Aussagen fordern schnellstmögliche Überwindung des SED-Staats und eine soziale Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild. Die Gruppe tauchte unmittelbar nach Veröffentlichung des Intellektuellen-Aufrufs „Für unser Land“ auf und vertritt demonstrativ eine Gegenposition. Sollte sie sich erfolgreich konstituieren können, träfe sie auf eine verbreitete Stimmung in der Bevölkerung, die von den Reformgruppen bislang bewußt übergangen wurde: eine Stimmung, die vom Zorn über die „SED-Clique“ und Frustration angesichts erster Konsumerlebnisse im Westen genährt wird. Auch für eine Rechtspartei gäbe es in der Bevölkerung ein Unterstützungspotential.

²³ Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Was wollen die Grünen in der Parteienlandschaft?“, NEUE ZEIT vom 4. Dezember 1989, S. 3.

4) SED, Blockparteien und neue Gruppen werden sich voraussichtlich am 7.12. am „Runden Tisch“ einfinden; einen Runden Tisch von Jugendverbänden – darunter auch Revolutionäre und Autonome – gibt es bereits. Wie ein unglücklicher Vorläufer dieses anderswo bewährten Gremiums wirkt der Aufruf „Für unser Land“, den Christa Wolf (vor einigen Wochen aus der SED ausgetreten) und Stefan Heym am 28.11. vorgestellt haben. Er fordert eine Verteidigung der Eigenständigkeit der DDR, die noch eine Chance zur Entwicklung einer sozialistischen Alternative habe. Entschieden wendet er sich gegen eine „Vereinnahmung“ durch uns, gegen den Ausverkauf materieller und moralischer Werte.

Die lauterer Absichten der Autoren geraten ins Zwielficht durch die Eilfertigkeit, mit der alle DDR-Medien, Egon Krenz und Hans Modrow, Regierung, SED und alle Blockparteien die Initiative unterstützen und republikweit propapieren: Deren Stellungnahmen wecken Erinnerungen an traditionelle Ergebnheitsadressen. Inzwischen wehren sich die Initiatoren gegen die angelaufene Kampagne und betonen die Anonymität der Unterschriftsleistung. Zu verlockend muß es jedoch für die bisherige Führung sein, mit Hilfe ihres noch funktionierenden Apparats auf diese Weise auch einmal millionenfache Zustimmung nachweisen zu können. Während die Mehrheit der Oppositionsgruppen den Aufruf zu unterstützen scheint, haben einige – so die SDP – bereits Skepsis geäußert. Der „Demokratische Aufbruch“ scheint sich ebenfalls abzusetzen. Aus den Reihen des „Neuen Forums“ werden Proteste bekannt.

Für die Glaubwürdigkeit der neuen Gruppen und ihre künftigen Wahlchancen wird entscheidend sein, ob sie sich einer Rolle von bloßen Stichwortgebern für den neuen, von Modrow geführten Machtapparat entziehen können. Dessen Umarmungstaktik könnte zum Erfolg führen, wenn SED und Blockparteien selbst zu einer Erneuerung fähig sind. Erste Hinweise wird der bevorstehende Parteitag geben. Die Gefahr, daß sich in einem solchen Konsensus ein wichtiger Teil der Bevölkerung nicht wiederfindet, bestünde jedoch weiter.

Lambach

Referat 210, Bd. 140685

396

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**413-420.30 TUR VS-NfD****6. Dezember 1989¹****410-420.10 TUR VS-NfD**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: EG-Beitrittsantrag der Türkei⁴;hier: Kommissionsstellungnahme⁵Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu Vorgehen unter Ziffern 4 und 5⁶

1) Die Kommission beabsichtigt, ihre Stellungnahme zum türkischen Beitrittsantrag noch vor Weihnachten 1989 AStV und Rat vorzulegen. Ob eine Befassung des AM-Rates am 19.12. noch möglich ist, steht dahin.⁷

Inhaltlich läuft die Stellungnahme nach internen Informationen der Kommission darauf hinaus, eine Beitrittsoption der Türkei, als schon im Assoziationsvertrag von 1963⁸ verankert, zu bestätigen, aber keinen Vorschlag für ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu machen. Die Stellungnahme soll damit begründet werden, daß die Gemeinschaft bis 1993 mit dem Binnenmarkt, der WWU und der Entwicklung in Osteuropa voll in Anspruch genommen ist und auch die Türkei noch starke Defizite aufweist, die einen Beitritt derzeit nicht zulassen.

Die Türkei ist in mehreren Gesprächen mit der Kommission auf die Stellungnahme vorbereitet worden. Die Stellungnahme soll, laut EGK-Auskunft, keine

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich und Vortragendem Legationsrat von Stechow konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 18. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 19. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 413 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Stechow am 22. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

⁴ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

⁵ Für die Stellungnahme der EG-Kommission (SEC(89) 2290 final) vgl. https://www.cvce.eu/en/obj/commission_opinion_on_turkey_s_request_for_accession_to_the_community_20_deember_1989-en-4cc1acf8-06b2-40c5-bb1e-bb3d4860e7c1.html. Für eine Zusammenfassung vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 91.

⁶ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „in der von mir ergänzten Form“. Vgl. Anm. 9 und 13.

⁷ Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), teilte am 19. Dezember 1989 mit, in der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1989 sei die Stellungnahme der EG-Kommission zum türkischen Beitrittsantrag vom 14. April 1987 erörtert worden. Die französische EG-Ratspräsidentschaft zusammenfassend erklärt, daß der EG-Ministerrat Kenntnis genommen habe: „Die Stellungnahme und die Vorschläge der Kom[mission] würden im Geiste der privilegierten Beziehungen zur Türkei auf der Grundlage des Abkommens von Ankara von 1963 einer vertieften Prüfung unterzogen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4282; Referat 413, Bd. 144917.

⁸ Am 12. September 1963 schlossen die EWG und die Türkei in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

konkreten Vorschläge enthalten, die Notwendigkeit einer Fortentwicklung der Assoziierung soll aber betont werden. Es bleibt dem Rat überlassen, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

2) Politisch ist das Vorgehen der Kommission sinnvoll. Eine Ablehnung des Antrags wäre angesichts der Beitrittsoption im Ankara-Abkommen und angesichts der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Türkei für die EG, aber auch als Bündnispartner in der NATO, nicht zu vertreten⁹.

3) In der türkischen Öffentlichkeit wird die Stellungnahme erhebliche Diskussionen auslösen. Die türkische Regierung hat damit begonnen, die Öffentlichkeit vorzubereiten. (Präsident Özal sprach vom „greenish light“.) Es ist nicht auszuschließen, daß sich die Türkei an uns mit dem Wunsch um Hilfestellung wenden wird.

4) Ohne den genauen Inhalt der Stellungnahme zu kennen, ist ein abschließender Vorschlag zum weiteren deutschen Vorgehen nicht möglich.¹⁰ Wir sollten uns, was die Behandlung der Stellungnahme im Rat angeht, von folgenden Überlegungen leiten lassen: Eine längere Debatte über das Für und Wider eines Beitritts der Türkei ist zu vermeiden. Der Rat sollte daher die Stellungnahme zur Kenntnis nehmen (Beschluß mit einfacher Mehrheit). Um der Türkei eine politische Perspektive zu geben, sollte der Rat eine Entschließung verabschieden, in der die Kommission um Vorschläge gebeten wird, wie das Verhältnis EG–Türkei in den kommenden Jahren weiterentwickelt werden kann (Verabschiedung mit Mehrheit genügt).

Die Initiative für dieses Szenario sollte möglichst von der Präsidentschaft¹¹ ausgehen. Erforderlichenfalls könnten wir unterstützend eingreifen.

EGK erwägt Vorschlag einer neuen Haushaltslinie zu einer „punktuellen Aktion“ für die Türkei für 1991 (Verabschiedung mit qualifizierter Mehrheit möglich) als „Ersatz“ für das Vierte Finanzprotokoll¹², das wegen des griechischen Widerstandes nicht in Kraft treten kann (Einstimmigkeit erforderlich). Wir sollten diese EGK-Überlegungen gegenüber den anderen Mitgliedstaaten unterstützen. So könnten wir unsere konstruktive Haltung auch nach außen verdeutlichen.

5) Die Ressorts drängen auf sofortige Behandlung der Stellungnahme nach Vorlage durch die Kommission. Wir werden dem Wunsch entsprechen müssen, aber auf Low-key-Behandlung drängen¹³. Eine öffentliche Debatte, die sich hauptsächlich um Freizügigkeit und Menschenrechte drehen würde, dürfte unsere bilateralen Beziehungen erheblich belasten.

⁹ Die Wörter „nicht zu vertreten“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „politisch nicht opportun“. Vgl. Anm. 6.

¹⁰ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Gleichwohl sollten wir rechtzeitig eine Presse-Sprachregelung vorbereiten, die eher prozedural gehalten sein sollte.“

¹¹ Frankreich hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹² Zum Vierten Finanzprotokoll zwischen der EWG und der Türkei vgl. Dok. 190, Anm. 15.

¹³ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „und ohne besonderen Zeitdruck vorgehen“. Vgl. Anm. 6.

Kabinettsbefassung sollte nur auf ausdrückliches Insistieren der Ressorts¹⁴ erfolgen.¹⁵

D²¹⁶ hat mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 413, Bd. 144917

397

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege

012-9-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 6. Dezember 1989¹

Fernschreiben Nr. 68 Ortez

Betr.: Zum Abschluß der Neuverhandlungen des Lomé-Abkommens

Zur Unterrichtung

1) Nach Aufbesserung des Finanzangebots der EG aus dem Siebten Europäischen Entwicklungsfonds um 100 MECU auf 10,8 Mrd. ECU sind die Verhandlungen über Lomé IV praktisch abgeschlossen. Es bleiben noch einige technische Fragen zu bereinigen.

Die abschließende EG-AKP-Ministertagung im kleineren Kreis (zwölf EG, 42 AKP) vom 27.–29. Nov. 1989 unter Leitung von frz. AM Dumas und Planungsminister Sefali von Lesotho stand im Zeichen EG-interner Bemühungen um einen Kompromiß zum Finanzvolumen. F und EGK drängten auf hohes Finanzvolumen; zurückhaltend vor allem E, GB und D. AKP waren über Finanzangebot enttäuscht, das ihnen erst unterbreitet wurde, nachdem sie einem Gesamtkompromißangebot der Gemeinschaft zu allen Sachfragen zugestimmt hatten.

Der Gesamterfolg der Verhandlungen wird dadurch nicht beeinträchtigt. Mit dem neuen Abkommen wird die EG-Zusammenarbeit konsolidiert, wirksamer gestaltet und an die neuen Gegebenheiten angepaßt. Wir haben uns insbesondere in den Bereichen Handel, STABEX², finanzielle und technische Zusammenarbeit, Umweltschutz, Bevölkerungspolitik und Menschenrechte erfolgreich für Verbesserungen eingesetzt. Durch den Ko-Vorsitz von StM'in Adam-Schwaetzer in der zuständigen Verhandlungsgruppe konnten wir bei Rohstoffen, STABEX, SYSMIN³ besonderen Einfluß nehmen.

¹⁴ Die Wörter „nur auf ausdrückliches Insistieren“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies müssen wir uns vorbehalten. Ob und wann wir das Kabinett befassen, ist eine politische Entscheidung des zuständigen Außenministers, die diesem vorbehalten bleibt.“

¹⁶ Dieter Kastrup.

¹ Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Eichinger konzipiert.

² Système de Stabilisation des Recettes d'Exportation.

³ System of Stabilization of Export Earnings from Mining Products.

2) Das Gesamt-Finanzvolumen für Lomé IV beläuft sich auf 12 Mrd. ECU, 10,8 Mrd. ECU (Lomé III⁴: 7,4) aus dem Siebten Europäischen Entwicklungsfonds und 1,2 Mio. ECU Eigenmittel der EIB (Lomé III: 1,1), die aus dem EEF zinssubventioniert werden. Aus dem EEF werden außerdem die Mittel für die überseeischen Länder und Gebiete aufgebracht. Im Siebten EEF sind dafür 140 Mio. ECU vorgesehen. D wird mit 26 % auch am Siebten EEF den höchsten Anteil tragen.

3) Beim Handel gewährt die EG den AKP

- weitere Verbesserungen des Marktzugangs für Agrarprodukte durch Zollabbau und Abschöpfungsermäßigung;
- Lockerung der Ursprungsregeln;
- Ersatz der nationalen Einfuhrkontingente für Rum durch Gemeinschaftskontingent bis Ende 1992, anschließend jährliche Anhebung der EG-Quote, vor Februar 1995 Entscheidung mit dem Ziel der völligen Abschaffung der Einfuhrkontingentierung;
- gemeinsame Erklärung zum Bananenprotokoll⁵, in der AKP-Staaten die Aufrechterhaltung bestehender Vergünstigungen über 1992 hinaus und Konsultationen im Hinblick auf künftige Importregelung zugesichert werden;
- Erhöhung der Rindfleischquote und Zusage wohlwollender Prüfung weiterer Erhöhung in Verbindung mit dem Beitritt von Namibia.

In gemeinsamen Erklärungen⁶ wurden gemeinsame Prüfung von Maßnahmen zur Sicherung der AKP-Interessen bei Minderung der Präferenzmargen durch allgemeine Handelsliberalisierung und spätere Verhandlungen über die Einbeziehung von Dienstleistungen vereinbart (um den Ergebnissen der Uruguay-Runde⁷ Rechnung zu tragen).

4) Bisherige Finanzhilfe (Projekte und Programme) wird durch Strukturanpassungshilfe in Form von allgemeinen und sektoriellen Importprogrammen in Abstimmung mit IWF, Weltbank und anderen Gebern ergänzt, unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Komponente. Aber auch Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen Strukturanpassung in Ländern zu unterstützen, die keine Vereinbarungen mit dem IWF über Strukturanpassungsprogramme haben.

Für die Strukturanpassungshilfe sind etwa 10 % der EEF-Mittel vorgesehen, erforderlichenfalls ergänzt durch Mittel der Projekt- und Programmhilfe. Wegen Abschaffung der Sonderdarlehen besteht Hilfe künftig im wesentlichen aus Zuschüssen.

5) Die Förderung der Industrialisierung, insbesondere durch kleine und mittlere Unternehmen, wird verstärkt. Damit wird die wichtige Rolle der Industrialisierung für die Entwicklung neben Ernährungssicherung und ländlicher Entwick-

⁴ Für den Wortlaut des Dritten AKP-EWG-Abkommens vom 8. Dezember 1984 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 19–164.

⁵ Bestandteil des Vierten AKP-EWG-Abkommens vom 15. Dezember 1989 war ein „Protokoll Nr. 5 betreffend Bananen“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 141 f.

⁶ Zusammen mit der Unterzeichnung des Vierten AKP-EWG-Abkommens vom 15. Dezember 1989 wurde eine Vielzahl gemeinsamer bzw. einseitiger Erklärungen abgegeben. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 150–173.

⁷ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

lung anerkannt. Investitionsschutzabkommen werden auch künftig bilateralen Verhandlungen überlassen bleiben.

6) Bei STABEX wurden die Mittel relativ zum Gesamtvolumen erhöht (ca. 14%). Durch Einführung eines Selbstbehalts (1% für LLDC, 4,5% für andere), Abschaffung des „Tunnels“ (Vermeidung Wechselkursrisiko bei Abwertung), Absenkung der Exportabhängigkeitsschwelle und Ersatz der bisherigen Ausnahmeregelung für AKP-Länder, die vorwiegend in Nicht-EG-Länder exportieren, durch generelle Regelung wurden Funktionsfähigkeit und Verteilungsgerechtigkeit des Systems verbessert.

Außerdem wurde die Rückzahlungspflicht generell abgeschafft. Über die Mittelverwendung wird künftig eine Vereinbarung zwischen Empfängerland und Kommission getroffen.

7) Bei der Bergbau-Förderungsfazilität SYSMIN werden das Verfahren vereinfacht sowie Präventiv- und Diversifizierungsmaßnahmen einbezogen. Außerdem wird künftig auch ein starker Rückgang der Exporterlöse als Auslösekriterium für SYSMIN-Hilfe anerkannt. Als neue Produkte kommen Uran und Gold dazu.

8) Gemeinschaft beharrte auf ihrem Standpunkt, daß die für die AKP zentrale Frage der Verschuldung, die ohnehin in erster Linie die EG-MS betrifft, in den dafür zuständigen internationalen Gremien (IWF, Weltbank, Pariser Club) behandelt werden muß. EG ist jedoch bereit, den Meinungsaustausch mit den AKP zum generellen Verschuldungsproblem im Rahmen internationaler Diskussionen fortzusetzen und verstärkt technische Hilfe beim Schuldenmanagement zu leisten. Finanzielle Zugeständnisse in anderen Bereichen des Abkommens tragen zur Verbesserung der Liquidität der AKP-Staaten bei (z.B. Strukturanpassungshilfe, Ersetzung der Sonderdarlehen durch Zuschüsse, Abschaffung Rückzahlungspflicht bei STABEX).

9) Die Menschenrechtsbestimmungen werden im neuen Abkommen u. a. durch Bezugnahme auf alle einschlägigen Menschenrechtskonventionen in der Präambel und durch das Bekenntnis zur menschlichen Würde und den Menschenrechten im Text des Abkommens wesentlich verstärkt und erweitert.

10) Umweltschutz und Erhaltung der natürlichen Ressourcen erhalten im neuen Abkommen einen wesentlich höheren Stellenwert durch ein eigenes Kapitel⁸ dafür, besondere Priorität unter den Zielen des Abkommens, besondere Aktionen u. a. zur Erhaltung der tropischen Wälder, systematische Einbeziehung des Umweltschutzes bei der Projektbeurteilung und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Großprojekten und Projekten mit potentieller Gefahr für die Umwelt.

Die Rolle der Frau wird stärker hervorgehoben und durchgehend im Abkommen berücksichtigt. Erstmals gibt es einen eigenen Artikel zur Bevölkerungspolitik.

11) In gemeinsamer Erklärung wird den Beitrittsanträgen von Haiti und der Dominikanischen Republik zugestimmt und gleichzeitig bestätigt, daß die Beitritte kein Präzedenzfall für den Beitritt anderer Staaten außerhalb des geographischen Geltungsbereichs des Abkommens sein können. Dominikanische Republik verpflichtet sich in Briefwechsel, keinen Antrag auf Beitritt zum Zucker-

⁸ Korrigiert aus: „Kapital“.

protokoll⁹ zu stellen. Dominikanische Republik wird von den künftigen Vorteilen für AKP-Bananenlieferanten ausgeschlossen.

Namibia kann Lomé IV nachträglich nach vereinfachtem Verfahren beitreten, falls es seinen Antrag auf Mitgliedschaft nach Zeichnung der Konvention, aber vor deren Inkrafttreten stellt.

12) Das neue Abkommen wird eine Laufzeit von zehn Jahren haben, mit Kündigungsmöglichkeit für einzelne Bestimmungen und verkürzter Verhandlungsdauer nach fünf Jahren. Das Finanzvolumen wird in einem Finanzprotokoll¹⁰ mit fünfjähriger Laufzeit festgelegt.¹¹

Bettzuege¹²

Referat 012-9, Bd. 161323

398

Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 6. Dezember 1989, 18.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 607

Ankunft: 7. Dezember 1989, 00.29 Uhr

Citissime

Betr.: Überreichung des Beglaubigungsschreibens

Bezug: DB Nr. 605 vom 5.12.89²

DE 245 vom 28.11.89 – 330-321.20 CHL³

DE 257 vom 5.12.89 – 330-504.00 CHL⁴

1) Wie mit Bezugsbericht angekündigt, überreichte ich heute, 6.12.89 um 11h, eine Woche nach Eintreffen Präsident Pinochet mein Beglaubigungsschreiben. Das hier übliche große Zeremoniell war eindrucksvoll: Abholung mit Eskorte und

⁹ Bestandteil des Vierten AKP-EWG-Abkommens vom 15. Dezember 1989 war ein „Protokoll Nr. 8 betreffend AKP-Zucker“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 143–145.

¹⁰ Für den Wortlaut des Finanzprotokolls, das Bestandteil des Vierten AKP-EWG-Abkommens vom 15. Dezember 1989 war, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 75.

¹¹ Das Vierte AKP-EWG-Abkommen wurde am 15. Dezember 1989 in Lomé unterzeichnet. Für den Wortlaut einschließlich aller Protokolle, Erklärungen und sonstiger Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 3–173. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 12/1989, S. 19 f.

¹² Paraphe.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 7. Dezember 1989 vorgelegen.

² Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, berichtete über seinen Antrittsbesuch beim chilenischen Außenminister am 5. Dezember 1989, in dem er auch die Frage der „Colonia Dignidad“ angesprochen habe. Errázuriz habe auf die Unabhängigkeit der Gerichte verwiesen. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 2406.

³ Vortragender Legationsrat Roesch übermittelte der Botschaft in Santiago de Chile die von Ministerialdirektor Schlagintweit gebilligte Antrittsrede für Botschafter Pabsch. Vgl. dazu Referat 330, Bd. 142934.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum bat Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, das Thema „Colonia Dignidad“ bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens anzusprechen, und übermittelte Gesprächselemente. Vgl. dazu Referat 330, Bd. 159206.

Wagenkolonne an der Residenz, Abschreiten einer Ehrenkompanie (in alten Reichswehrstahlhelmen) mit Fahnenehrung und klingendem Spiel, Fanfarengruß und Präsentieren des Gewehrs durch die verstärkte Palastwache, roter Teppich quer über den Innenhof des Palacio de La Moneda, nach Abschluß der Zeremonie Nationalhymne auf dem menschengefüllten Moneda-Platz.

2) Präsident Pinochet, flankiert von Außenminister und vom Chef des Militärkabinetts, empfing mich mit Händedruck und ließ sich die Botschaftsangehörigen des Höheren Dienstes vorstellen. Ansprachen wurden nicht gewechselt, die vorbereiteten Reden wurden auf Bitten des Protokolls lediglich ausgetauscht (Text der chilenischen Ansprache in der Anlage). Danach Gespräch mit dem Präsidenten nur in Anwesenheit des Außenministers (die Mitarbeiter der Botschaft wurden nach draußen gebeten):

Der Präsident hieß mich in Santiago willkommen, wünschte Erfolg für die dienstliche Mission und blickte mich erwartungsvoll an. Ich erklärte, ich betrachtete es als ehrenvolle Aufgabe, in dieser entscheidenden Phase des Übergangs zur Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie⁵ mein Land in Chile zu vertreten. Die Bundesregierung und das deutsche Volk, das durch vielfältige, auch familiäre Bindungen mit dem chilenischen seit Generationen verbunden sei, verfolgten diesen Prozeß mit großer Aufmerksamkeit und Anteilnahme und hätten die Hoffnung, daß er zu einem positiven Abschluß führe, der der großen demokratischen Tradition des Landes würdig sei und die Grundlagen für dauerhafte politische und wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt fortentwickle. Die guten Wünsche der Deutschen für das künftige Wohlergehen des chilenischen Volkes gründeten sich auf diese Hoffnung.

Präsident Pinochet unterbrach mit der Bemerkung, auch er sei ein Bewunderer der Demokratie, wie sie sich in Europa entwickelt habe. „Demokratie“ bedeute aber unterschiedliches für jedes Land, in Afrika z. B. gälten andere Maßstäbe, auch in Chile sei die Stabilität der Institutionen die wichtigste Voraussetzung für das Wohlergehen des Volkes, das nur durch „Ordnung und Arbeit“ zu sichern sei. Die Chilenen seien stolz auf diese Stabilität, er persönlich sei stolz auf die Leistungen seiner Regierung in den letzten 16 Jahren. Man lasse sich in der Wahl der Mittel und Wege vom Ausland nicht bevormunden. Es habe viele ungebetene Besucher in Chile gegeben und gebe sie noch. Er schätze die Deutschen hoch (er erwähnte einzelne deutschstämmige Professoren und Offiziere der Kriegsakademie, die ihm „orden y trabajo“ als höchste Tugenden vermittelt hätten) und wolle guten Rat auch nicht zurückweisen, aber es gebe ein chilenisches Sprichwort, wonach „alles darauf ankomme, wie der Pfarrer predigt“.

Ich entgegnete, „Ordnung“ und „Arbeit“ seien auch in Deutschland hochgehaltene Werte, aber wir hätten gelernt, daß zum Wohlergehen der Menschen die freie

⁵ Zu den für den 14. Dezember 1989 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Chile vgl. Dok. 50, Anm. 4.

Bei den Präsidentschaftswahlen siegte der von dem Oppositionsbündnis „Concertación de Partidos por la Democracia“ unterstützte Vorsitzende des Partido Demócrata Cristiano, Aylwin, mit 55,2% der Stimmen. Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, berichtete am 18. Dezember 1989, zwar sei die „Concertación“ bei den Wahlen zum Senat hinter den Erwartungen zurückgeblieben, habe jedoch im Abgeordnetenhaus eine klare absolute Mehrheit erreicht. Der chilenische Präsident Pinochet habe den Wahlsieg Aylwins „uneingeschränkt akzeptiert“ und erklärt, er werde nach dessen Amtsübernahme nur noch Oberbefehlshaber des Heeres sein. Vgl. den Drahtbericht Nr. 625; Referat 330, Bd. 142925.

Entfaltung der Persönlichkeit und die Beteiligung an der Ausübung der staatlichen Hoheitsgewalt unentbehrlich seien. Darauf beruhe die glückliche Entwicklung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 40 Jahren. Wenn sich Deutsche zur Entwicklung in Chile äußerten, dann geschehe dies aus dieser eigenen Erfahrung heraus, wobei sich viele gerade durch die engen freundschaftlichen Beziehungen zum chilenischen Volk zu ihren Äußerungen legitimiert fühlten.

Aus Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Beziehungen müsse ich auch darauf hinweisen, daß das Ausbleiben einer Lösung im Falle der Colonia Dignidad (C.D.) meiner Regierung ernste Sorge bereite. Wir seien davon überzeugt, daß dort Verhältnisse herrschten, die eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und der chilenischen Gesetze darstellten. Wir hätten der chilenischen Regierung erneut Beweismittel zugänglich gemacht, die eine Wiederaufnahme der Untersuchung ermöglichten, und hätten eine entsprechende Bitte geäußert.⁶ Die Bundesregierung bitte mit Nachdruck darum, daß die chilenische Regierung alle Möglichkeiten zur Aufklärung der ihr bekannten Vorwürfe ausschöpfe.

Präsident Pinochet hörte zu, ohne zu unterbrechen. Er antwortete, in Chile herrsche Gewaltenteilung, die Aufklärung der Vorwürfe sei Sache der Gerichte, die Regierung mische sich nicht ein. Wenn die Justiz Gesetzesverletzungen in der C.D. feststelle, werde er diese nicht decken, sondern die C.D. auflösen. Er habe nichts mit ihr zu tun. AM Errázuriz griff mit der Bemerkung ein, das Untersuchungsverfahren sei nicht abgeschlossen und könne jederzeit aufgrund neuer Beweise fortgesetzt werden, außerdem habe er, der Präsident, ihn ermächtigt, den administrativen Unregelmäßigkeiten, die der Untersuchungsrichter festgestellt habe, gemeinsam mit dem Innenminister⁷ nachzugehen. Ich erklärte, ich nähme dies gerne zur Kenntnis und hoffe, daß die Aufklärung der strafrechtlichen Vorwürfe und die Herstellung gesetzmäßiger Verhältnisse in der C.D. möglichst bald zu einer Bereinigung dieses die beiderseitigen Beziehungen stark belastenden Problems führen werden.

Präsident Pinochet verabschiedete mich mit guten Wünschen für mein persönliches Wohlergehen und das meiner Familie. Der Protokollchef sagte beim Hinausgehen, das Gespräch, das 17 Minuten dauerte, sei eines der längsten Botschaftergespräche seit langer Zeit gewesen.

3) An dem Gespräch erscheint vor allem bemerkenswert, daß P. sich meine Ausführungen zu C.D. relativ gelassen anhörte, darauf einging und ausdrücklich erklärte, er werde, wenn sich die Vorwürfe bestätigen sollten, die Schuldigen nicht decken. „Er habe nichts mit der C.D. zu tun.“ Auch daß AM Errázuriz in meiner Gegenwart den Präsidenten daran erinnerte, er habe ihn und den Innenminister mit der Aufklärung der administrativen Unregelmäßigkeiten beauftragt, ist eine neue Variante. Ob der Regierungsspitze inzwischen der Grad unserer Empörung über die hiesige Behandlung der Angelegenheit bewußt geworden ist und sie – mindestens taktisch – einzulenken bemüht ist, läßt sich allein aufgrund der heutigen Eindrücke und Wahrnehmungen nicht entscheiden. Zu oft haben

⁶ Zur „Colonia Dignidad“ und zur Bitte, erneut einen Untersuchungsrichter einzusetzen, vgl. Dok. 277, besonders Anm. 17.

⁷ Carlos Francisco Cáceres Contreras.

die Freunde der C.D. im Regime versucht, uns Sand in die Augen zu streuen. Es bleibt weiterhin Skepsis angezeigt, über deren Berechtigung allein das weitere tatsächliche Verhalten der Regierung entscheiden wird.

4) Im übrigen habe ich gegenüber der hiesigen Presse nach dem gestrigen Besuch beim Außenminister erklärt, daß das Problem der C.D. die beiderseitigen offiziellen Beziehungen weiterhin stark belastet. Diese Äußerung wurde heute in einigen Zeitungen und im Rundfunk wortgetreu wiedergegeben.

[gez.] Pabsch

Folgt Anlage

[...] ⁸

Referat 330, Bd. 142934

399

Gespräch des Bundesministers Genscher mit BDI-Präsident Necker und BDI-Hauptgeschäftsführer Mann

424.01/10-4

7. Dezember 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

BDI zur WWU;

hier: Gespräch Necker/Mann mit BM am 7.12.1989

BDI-Präsident Necker und Geschäftsführer Mann suchten BM Genscher kurz vor dessen Abflug nach Straßburg² zu einem Gespräch über die WWU auf.

Necker warnte mit großem Nachdruck davor, in Straßburg einen Termin für die Regierungskonferenz festzulegen. Die Zeit sei nicht reif dafür.

Necker argumentierte:

- 1) Eine solche Konferenz müsse sachlich/fachlich sorgfältig und ohne Zeitdruck vorbereitet werden. Bisher sei das nicht der Fall.
- 2) Die Divergenzen unter den europäischen Volkswirtschaften seien zu groß, um sich auf das Wagnis WWU – zweite und dritte Stufe – einzulassen. Man solle zunächst einmal Erfahrungen mit der ersten Stufe sammeln und dann weitersehen.
- 3) Das WWU-Thema sei innenpolitisch hochbrisant. Die mit der WWU verbundenen Befürchtungen um den Verlust an Währungsstabilität werden bei den Wahlen den Republikanern in die Hände spielen.

⁸ Für die Rede des chilenischen Präsidenten Pinochet vgl. Referat 330, Bd. 142934.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Jelonek am 11. Dezember 1989 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 12. Dezember 1989 vorgelegen.

² Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

Diese Sicht der Dinge führe den BDI, der im übrigen voll für die europäische Integration sei, dazu, vor übereilten Festlegungen in Straßburg zu warnen.

BM begrüßte das europapolitische Engagement der deutschen Wirtschaft, hielt den Herren aber – unterstützt von *D4*³ – folgendes entgegen:

1) Die volle Wirkung des Binnenmarktes könne sich nur entfalten, wenn wir den Integrationsprozeß konsequent auf den Wirtschafts- und Währungsbereich ausdehnten.

2) Pflichtgemäß müsse er darauf aufmerksam machen, daß die deutsche Wirtschaft den vollen Binnenmarkt nicht bekommen werde, wenn sie die WWU nicht wolle. Man solle sich insoweit hinsichtlich unserer Partner keine Illusionen machen.

3) Das innen- und wahlpolitische Argument – Republikaner – halte er für falsch. Was der Wähler erwarte, sei, daß die Regierung ohne Wenn und Aber sage, wo es langgehe.

4) Im übrigen möchte er betonen, daß er – bei aller Bejahung der Notwendigkeit der WWU – ein unbestechlicher Stabilitätsfanatiker sei.

Für ihn seien insbesondere

– die Unabhängigkeit des EZBS⁴

– und das Verbot der monetären Finanzierung von Haushalts-Defiziten unverzichtbare Bausteine der WWU. Dies stehe ja auch im Delors-Bericht⁵.

5) Zum Zeitargument sei darauf hinzuweisen, daß der Beschluß zur Verwirklichung einer WWU auf dem ER in Hannover⁶ unter deutscher Präsidentschaft gefaßt worden sei. Dann habe der Delors-Ausschuß mit Bundesbankpräsident Pöhl ein Jahr gearbeitet, wobei der Bericht weitgehend Pöhls Handschrift trage; dann habe der Guigou-Ausschuß die vorbereitenden Arbeiten fortgesetzt und einen weiteren Bericht vorgelegt.⁷ Vor dem Zusammentritt der Regierungskonferenz werde man ein weiteres Jahr für eine umfassende und gründliche Vorbereitung haben. Die Regierungskonferenz werde dann die eigentlichen Verhandlungen führen. Die deutsche Seite werde dabei energisch auf der Durchsetzung unserer stabilitätspolitischen Essentials bestehen. Im übrigen habe man ja mit dem EWS – als eine Art Vorlauf zur WWU – zehn Jahre lang Erfahrungen gesammelt, und zwar durchweg positive, wie der BDI bestätigen werde.

Der Bundesminister betonte weiter, daß er aus der Sachlogik des europäischen Integrationsprozesses für die WWU sei. Er mache auch darauf aufmerksam, welchen Eindruck unsere EG-Partner von den Deutschen haben müßten, wenn wir angesichts der dynamischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa jetzt Nein zur WWU sagten.

Nachdem *Necker* und *Mann*, ohne Neues zu bringen, ihre Position noch einmal wiederholten, wobei sie nunmehr betonten, daß sie nur gegen übertriebene Eile bei der Verwirklichung der WWU seien, betonte der *BM*, daß er davon ausgehe,

³ Alois Jelonek.

⁴ Europäisches Zentralbanksystem.

⁵ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 191.

⁷ Zum Bericht der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 348.

daß sich der ER am 8. Dezember auf Dezember 1990 als Beginn der Regierungskonferenz einigte. Er lade die deutsche Wirtschaft daher ein, an den vorbereitenden Arbeiten zur Konferenz mitzuwirken und dafür ihre besten Köpfe zur Verfügung zu stellen.

Referat 412, Bd. 168735

400

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

7. Dezember 1989¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: 42. Europäischer Rat in Straßburg (8./9.12.1989)⁴

Anlg.: 1⁵

I. Konferenzunterlagen

Mit anliegendem Schreiben vom 6.12.1989 hat Präsident Mitterrand die Teilnehmer des Straßburger ER über dessen zeitlichen und thematischen Ablauf unterrichtet.⁶ In Ergänzung wird Ihnen die für den Bundeskanzler und Sie vorbereitete Mappe mit Gesprächsunterlagen gesondert übermittelt werden. Die Mappe wurde weitgehend im Kanzleramt auf der Grundlage von Beiträgen der Ressorts einschließlich AA und nach Abstimmung mit uns (Dg41⁷, RL 410⁸, RL 412⁹) erstellt. Sie enthält auch einen im Kanzleramt gefertigten Leitfaden.

Für das Abendessen der Außenminister werden gesonderte EPZ-Unterlagen vorgelegt werden. Bei der Ost-West-Erklärung haben wir ein Interesse an einer besonderen Würdigung der Rolle der Gemeinschaft im Prozeß der Förderung von Reformen und der Entwicklung gesamteuropäischer Strukturen.¹⁰

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Kyaw konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 11. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent von Kyaw verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Aufzeich[nun]g lag BM in Straßb[ur]g vor.“

Hat Kyaw am 11. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek sowie die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Schönfelder und Kudlich „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Jelonek am 11. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Schönfelder am 12. und Kudlich am 13. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6.

⁶ Für das Schreiben des französischen Staatspräsidenten Mitterrand an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat E 10, Bd. 162283.

⁷ Dietrich von Kyaw.

⁸ Christian Kudlich.

⁹ Wilhelm Schönfelder.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(einschließlich Passus zur deutschen Selbstbestimmung)“.

II. Vorrangige Gesprächsziele des AA

1) Wir erwarten von dem Straßburger ER

- Impulse für die Vollendung des Binnenmarkts, insbesondere in den Bereichen Steuerharmonisierung und Abbau der Binnengrenzen;
- Aufrechterhaltung der Dynamik des Integrationsprozesses durch möglichst konkrete Festlegungen zum weiteren Verfahren bei der Wirtschafts- und Währungsunion (Arbeitskalender), insbes. Grundsatzentscheidung zur Einberufung einer Regierungskonferenz für spätestens Anfang 1991 (vgl. im einzelnen unten zu 2 a));
- Verabschiedung der Sozialcharta¹¹, ggf. auch ohne Zustimmung von GB, da weitere Abschwächung des Textes auch für uns nicht akzeptabel;
- Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa, insbes. 24er-Aktion zu Polen/Ungarn (einschließl. neuestem EGK-Vorschlag eines mittelfristigen 1-Mrd.-Kredits der Gemeinschaft an Ungarn), Handels- und Kooperationsabkommen mit DDR¹² (als „Sonderfall“ bei voller Respektierung des Protokolls über den Innerdeutschen Handel¹³), Eingliederung der SU in die Weltwirtschaft (insbes. Beobachterstatus im GATT), „Bank für (Ost-)Europa“ (vgl. zu letzterer unten zu 2 b));
- Betonung des Engagements der Gemeinschaft gegenüber Drittstaaten wie EFTA (Mandat für umfassendes Abkommen durch AM-Rat am 19.12.1989 vorgesehen¹⁴), Dritte Welt (u. a. erfolgreicher Abschluß von Lomé IV¹⁵), Mittelmeerraum.

2) In Ergänzung der Kanzleramtmappe einschließlich Leitfaden besteht für das AA Anlaß, auf folgende Gesichtspunkte besonders hinzuweisen:

a) Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Hier handelt es sich um das wichtigste europapolitische Thema des ER. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Termin für eine Regierungskonferenz (RK).

Präsident Mitterrand wird nach Aussage seiner europapolitischen Beraterin Guigou „auf einer Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 insistieren“.¹⁶ In seinem Einladungsschreiben vom 6.12.1989 (vgl. Anlage) stellt der Präsident ausdrücklich fest: „Wir

¹¹ Zur Verabschiedung der europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 410.

¹² Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 363, Anm. 13.

¹³ Zum Status des innerdeutschen Handels in der EWG vgl. Dok. 254.

¹⁴ Am 19. Dezember 1989 fand in Brüssel ein informelles Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 424.

¹⁵ Zum Vierten AKP-EWG-Abkommen vgl. Dok. 397.

¹⁶ Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 1. Dezember 1989, die Beauftragte beim französischen Staatspräsidenten, Guigou, habe gegenüber den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am selben Tag erklärt, es handle sich „nur um das Datum des Beginns. Die Bestimmung des Datums wolle Mitterrand gern dem Geschick der italienischen Präsidentschaft überlassen. Der Präsident sei überzeugt, daß dieser Schritt für allen weiteren Fortgang der Gemeinschaft Schlüsselbedeutung habe. [...] Präsident Mitterrand sei der entschiedenen Ansicht, daß man durch ein Hinausschieben der Regierungskonferenz nicht zu besseren Bedingungen kommen könne. Die Ereignisse in Osteuropa, die Grund für unser aller Freude seien, brächten doch auch Instabilität mit sich. Wir müßten von einer Ordnung zu einer anderen übergehen, deren Konturen noch verschwommen seien. [...] Parallelismus und Komplementarität der Westintegration mit den Bewegungen im Osten seien notwendig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3101; Referat 412, Bd. 168735.

müssen jetzt den Zeitpunkt für die Einberufung dieser Konferenz nennen. Diese Entscheidung wird schon jetzt als deutlicher Beweis dafür angesehen, daß wir gewillt sind, einen neuen Schritt in der Gemeinschaft zu tun.“

Demgegenüber hat der Bundeskanzler in seinem Schreiben an Präsident Mitterrand vom 27.11.1989¹⁷ vorgeschlagen, der ER Straßburg solle beschließen, daß der ER unter italienischer Präsidentschaft Ende 1990 die Einsetzung einer RK für das Frühjahr 1991 beschließt. Zugleich sollen auch die Wünsche des EP nach institutionellen Verbesserungen berücksichtigt werden. Ziel des Bundeskanzlers ist es weiter, die RK 1992 abzuschließen und den revidierten Vertrag vor der EP-Wahl 1994¹⁸ durch die nationalen Parlamente ratifizieren zu lassen.

Die übrigen MS (außer GB) können in Straßburg voraussichtlich der französischen, ggf. auch der deutschen Position zustimmen. Ihre endgültige Haltung wird vom Verlauf der Verhandlung abhängen.

Vermieden werden muß eine deutsch-französische Verstimmung wegen der vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Stufenlösung zum Beschluß über die Einberufung der RK. Auch sollten wir in der gegenwärtigen Situation nicht den Eindruck aufkommen lassen, wir machten letztlich mit GB gemeinsame Sache. Die Verärgerung würde sich vor allem gegen uns richten, denn es kann davon ausgegangen werden, daß GB bei allem Widerstand von PM Thatcher an einer einmal anberaumten RK letztlich teilnehmen wird.¹⁹ Daher sollten wir gleich zu Beginn des ER auch nicht die angekündigte britische Absicht unterstützen, den Themenkreis Ost-West-Beziehungen an die Spitze der TO zu setzen.

Eine Kompromißlösung²⁰ könnte u.U. in einem „direkten“ Beschluß des ER Straßburg für einen Beginn der RK Anfang 1991 in Verbindung mit einem Auftrag an die nächsten Präsidentschaften von IRL und IT liegen, diese Konferenz sachlich sorgfältig vorzubereiten. Auch im Interesse des notwendigen Moments angesichts zahlreicher „Bedenkenträger“ gerade bei uns spricht weiterhin vieles für eine definitive Grundsatzentscheidung in Straßburg. Das vom Bundeskanzler vorgesehene zweistufige Beschlußverfahren verlegt die eigentliche Terminentscheidung im übrigen in den Zeitraum direkt nach den Bundestagswahlen²¹ mit allen sich daraus evtl. ergebenden zusätzlichen Unwägbarkeiten.

Bei der Vorbereitung der RK muß ferner darauf geachtet werden, daß die Außenminister beteiligt bleiben, etwa entsprechend der beim ER Madrid²² gefundenen Formel („zuständige Gremien“: Allgemeiner Rat, EcoFin-Rat etc.).²³ In den für den Bundeskanzler und Sie vorbereiteten Gesprächsunterlagen ist dies – nach Intervention AA bei ChBK – so nunmehr vorgesehen. (Im Brief des Bundes-

¹⁷ Für das Schreiben und den dazugehörigen „Arbeitskalender für das weitere Vorgehen bis 1993“ vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 100 und Dok. 100A.

¹⁸ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 9. bis 12. Juni 1994 statt.

¹⁹ Der Passus „kann davon ... teilnehmen wird“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

²⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Sollte nicht von uns vorgeschlagen werden.“

²¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

²² Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

²³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist ganz wichtig.“

kanzlers an Präsident Mitterrand sind dagegen nur die „fachlich zuständigen Gremien“ genannt!)

Für die innenpolitische Diskussion außerordentlich hilfreich wäre die Aufnahme von „Grundprinzipien einer WWU“ in die Schlußfolgerungen des ER²⁴. Dies könnten die in den Gesprächsunterlagen aufgeführten Eckwerte sein. Wir könnten aber ebenso gut mit der Zusammenfassung von Grundprinzipien leben, die im Anhang des Berichts des Vorsitzenden des Währungsausschusses (liegt ER Straßburg vor) enthalten ist. Sie sollten ausdrücklich vom ER indossiert werden.²⁵

Die vom Bundeskanzler in seinem Brief an Präsident Mitterrand vorgeschlagene „Regierungskonferenz II“ für die „weiteren institutionellen Reformvorhaben“ ist ein neuer Vorschlag. Das Bundeskanzleramt erläuterte auf unsere Frage, daß der BK dabei an die Aufwertung des EP und die Beseitigung des Demokratie-defizits denkt.

Da dies ein außerordentlich umfangreiches und komplexes Thema von erheblicher integrationspolitischer Bedeutung ist, sollte dieses neue Vorhaben von der Regierungskonferenz WWU (RK I) getrennt gehalten werden. Dies gilt um so mehr, als von anderen MS weitere Themenvorschläge für die Regierungskonferenz II zu erwarten sind (Umwelt, Beziehungen zu Drittstaaten, insb. EFTA).²⁶

b) Bank für Europa

Der ER sollte eine positive politische Grundsatzentscheidung zu der von F vorgeschlagenen Gründung einer „Bank für Europa“²⁷ treffen. Damit würde ein beide Teile Europas verbindendes Signal der Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas gegeben. In einigen MS gibt es allerdings Bedenken (insbesondere wiederum von GB, aber auch von NL und bei uns vom BMF). Möglicherweise wird daher ein Alternativkonzept EIB-Tochter in die Diskussion eingeführt werden (so auch ein mit AA nicht abgestimmter Sprechzettel des BMF). Mit einer EIB-Tochter würde allerdings das beabsichtigte politische Signal weitgehend verpuffen. Außerdem hätte die Tochter dann erheblich mehr Mitglieder als die Mutter, was zusätzliche Probleme aufwerfen müßte und die Bereitschaft mancher Drittstaaten zur Teilnahme in Frage stellen könnte. Präsident Mitterrand hält an seinem Konzept fest. BMF dürfte sich letztlich damit abfinden, daß in dieser Frage politischen Gesichtspunkten Vorrang eingeräumt wird. (Dies würde erleichtert werden, wenn Berlin zum Sitz bestimmt würde).²⁸

c) Europäische Stiftung für Ausbildung

Wahrscheinlich wird Kommission dem ER Papier vorlegen, in dem französischer Vorschlag präzisiert wird. Wir haben ein Interesse daran, daß der Vorschlag

²⁴ Die Wörter „hilfreich“ und „Schlußfolgerungen des ER“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]!“

²⁵ Der Passus „Währungsausschusses ... indossiert werden“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]!“

²⁶ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Allerdings muß am Ende gemeinsam ratifiziert werden, soweit es um Änderung oder Ergänzung der Verträge geht (womit bei uns dann auch ein neues Bund/Länder-Problem verbunden ist).“

²⁷ Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

²⁸ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Hinweis aber auf Kandidatur für Umweltagentur der EG Berlin!“

möglichst rasch umgesetzt wird. ER sollte KOM-Vorschlag billigen. Wir haben ein Interesse daran, daß die neue Stiftung – wie von KOM erwogen – an das bereits in Berlin angesiedelte EG-Berufsbildungszentrum angekoppelt wird. (Wir haben Berlin – bei zahlreicher Konkurrenz – bereits für die Umweltagentur angemeldet.)

Jelonek

Referat E 10, Bd. 162283

401

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ahrens

342-320.10 PHI

8. Dezember 1989¹

Über Herrn Dg^{3,2}, Herrn D^{3,3} Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Putschversuch auf den Philippinen;
hier: vorläufiges Ende und erste Bewertung

Bezug: Vorlage vom 1.12.1989⁵

1) Zusammenfassung

Der Putschversuch meuternder Militärs vom 1.12.1989 mit dem Ziel, Präsidentin Aquino zu stürzen, ist gescheitert. Die Position von Frau Aquino ist aber stark geschwächt worden. Die Rebellentruppen konnten nicht niedergekämpft werden. Es gab nur eine Verhandlungslösung, die für die Regierung schweren politischen und psychologischen Schaden bedeutet. Er kommt zu einem Zeitpunkt, in dem Frau Aquinos Popularität ohnehin stark gesunken war. Das amerikanische militärische Eingreifen⁶ wird noch starke innerphilippinische und außenpolitische Auswirkungen haben. Ohne deutliche Unterstützung durch die USA wird es fraglich, ob Frau Aquino den Rest ihrer Amtszeit im Amt bleiben kann. Die vor kurzem noch erwogene zweite Amtszeit kommt kaum noch in Frage.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens und Vortragendem Legationsrat Dane konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Zeller am 8. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 8. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Dezember 1989 vorgelegen.

⁵ Vortragender Legationsrat Ahrens gab einen ersten Überblick über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Putschversuch auf den Philippinen. Vgl. dazu Referat 342, Bd. 144555.

⁶ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 1. Dezember 1989: „Präsident Bush ordnete in der Nacht vom 30.11. auf den 1.12. während seines Fluges nach Malta den Einsatz amerikanischer Phantomjäger an. Der Einsatz wurde von Clark Airbase aus geflogen mit dem Auftrag, die regierungstreuen philippinischen Bodentruppen in der Hauptstadt zu decken und die Rebellen von einem Einsatz der in ihrer Hand befindlichen Teileinheiten der philippinischen Luftstreitkräfte abzuschrecken. An weitere Aktionen sei nicht gedacht, so heute früh Verteidigungsminister Cheney.“ Bei seiner Ankunft in Malta habe der amerikanische Präsident Bush erklärt, der Einsatz erfolge aufgrund eines Hilfersuchens der philippinischen Präsidentin Aquino. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4878; Referat 342, Bd. 144555.

Deutsche sind bei den hart geführten Kämpfen nicht zu Schaden gekommen.

In zwei nationalen Erklärungen (am 1.⁷ und 4.12.1989⁸) haben wir Frau Aquino und die demokratischen Strukturen der Philippinen unterstützt. Ähnliche Erklärungen wurden von den EPZ-Botschaftern in Manila⁹, dem gerade tagenden EPZ-PK in Paris¹⁰ und einzelnen unserer europäischen Partner abgegeben. Die meisten westlichen Regierungen haben ebenso gehandelt.

Der Putsch hat die Philippinen weit zurückgeworfen. Im Unterschied zu dem mit Begeisterung begrüßten Neubeginn im Jahre 1986 ist inzwischen der nationale Konsens weitgehend zerbrochen. Die Philippinen werden bis auf weiteres „der kranke Mann“ in Südostasien bleiben. Internationale Solidarität für die Regierung Aquino und deren Bemühen um Stabilität der demokratischen Strukturen und wirtschaftliche Entwicklung ist noch wichtiger geworden.

2) Im einzelnen

2.1) An dem sechsten Putsch, der offenbar hervorragend und präzise geplant war, haben sich erstmals auch Elitetruppen unter Führung hochrangiger, z. T. in West Point ausgebildeter Offiziere bis hin zum Generalsrang beteiligt. Es ist den loyalen Truppen nicht gelungen, die rebellierenden Einheiten niederzukämpfen. Nur eine Verhandlungslösung, deren Details noch nicht bekannt sind, beendete die Rebellion. Präsidentin Aquino muß sich fortan auf ein Militär abstützen, von dessen Loyalität sie nicht mehr überzeugt sein kann, das in sich tief gespalten ist und wesentliche Teile seiner Ausrüstung (insbesondere Flugzeuge), die es gegen die kommunistische Guerilla dringend benötigt, durch die Kämpfe verloren hat.

2.2) Viel ist über die Hintermänner des Putsches noch nicht bekannt. Es dürften im wesentlichen zwei Gruppierungen sein:

- eine Gruppe jüngerer, ehrgeiziger und nationalpolitischer Offiziere, die der Präsidentin fehlende Kompetenz und mangelnde Fähigkeiten vorwerfen, mit dem tief im Lande verwurzelten Problem der Korruption – auch dem der eigenen Familie – sowie mit dem kommunistischen Untergrund fertig zu werden. Demokratische Gesinnung steht sicherlich nicht im Vordergrund ihres Denkens;

⁷ In der Erklärung vom 1. Dezember 1989 hieß es: „Mit großer Sorge verfolgt die Bundesregierung die jüngsten Versuche, die demokratisch gewählte Präsidentin der Philippinen zu stürzen. Die Bundesregierung verurteilt mit Nachdruck die Versuche, die demokratische Ordnung auf den Philippinen zu zerstören. Die Bundesregierung unterstützt die Demokratie auf den Philippinen und versichert Präsidentin Aquino ihrer vollen Solidarität.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 359 des Vortragenden Legationsrats Dane vom selben Tag an die Botschaft in Manila; Referat 342, Bd. 144555.

⁸ Während einer Pressekonferenz am 4. Dezember 1989 wurde auf die unübersichtliche Sicherheitslage angesichts andauernder Kämpfe hingewiesen. Ferner bekräftigte die Bundesregierung „ihre volle Solidarität mit der demokratisch gewählten Präsidentin Aquino und ihrer Regierung. Sie weiß sich darin mit zahlreichen ihr befreundeten Regierungen und insbesondere mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und mit den Vereinigten Staaten von Amerika einig, deren Einsatz für die Demokratie auf den Philippinen sie voll würdigt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 364 des Vortragenden Legationsrats Dane vom selben Tag an die Botschaft in Manila; Referat 342, Bd. 144555.

⁹ Für die Erklärung der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten vgl. den Drahtbericht Nr. 980 des Botschafters Scholz, Manila, vom 1. Dezember 1989; Referat 342, Bd. 144555.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ anlässlich seiner Tagung am 30. November/1. Dezember 1989 in Paris vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 102.

- auf der anderen Seite zahlreiche ehemalige Größen, die sich selbst als durch die Regierung Aquino zu kurz gekommen einschätzen und ihre enormen Mittel bewußt für eine Änderung dieser Lage einsetzen. Für sie dürften die Militärs eher die Rolle des „nützlichen Idioten“ spielen.¹¹ Zu dieser Gruppe gehören sowohl der frühere Verteidigungsminister Enrile wie auch Vizepräsident Laurel. Letzterer versuchte, sich dem putschenden Militär mit der öffentlichen Bemerkung anzubiedern, die Rebellion sei ein „legitimes Mittel der demokratischen Auseinandersetzung“. Zu dieser Gruppe gehört auch „Danding“ Cojuangco, ein mit ihr verfeindeter, schwerreicher Vetter der Präsidentin und enger Marcos-Verbündeter, der trotz Einreiseverbots erst eine Woche vor dem Putsch plötzlich wieder in Manila auftauchte.

2.3) Noch nicht vollständig abzuschätzen ist die Auswirkung der amerikanischen Luftunterstützung für die Regierungstruppen. Sie hat den Nationalstolz vieler Philippinos tief getroffen und die Präsidentin und das loyale Militär hilflos gezeigt, mit dem Putsch allein fertig zu werden. Selbst wenn der Einsatz der Flugzeuge, die keinen Schuß abgegeben haben, in einem entscheidenden Moment die Luftüberlegenheit der Rebellen gebrochen und damit möglicherweise den Bestand der Regierung Aquino gerettet hat¹², hat ihr Einsatz doch starken Unmut im Volk, sowohl rechts wie links, hervorgerufen.

Die anstehenden philippinisch-amerikanischen Basenverhandlungen¹³ dürften noch schwieriger werden, als zuvor schon angenommen, denn die philippinische Regierung ist den USA einerseits zu Dank verpflichtet, muß andererseits aber gerade jetzt Unabhängigkeit beweisen. Dabei wird ihr auch nicht helfen, daß selbst Gorbatschows Berater Gratschow in einem französischen Rundfunkinterview mit „Europe 1“ die amerikanische Unterstützung als verständlich bezeichnete, da die Demokratie habe verteidigt werden müssen.

2.4) Bei der Bewertung der Geschehnisse darf man nicht übersehen, daß sie sich vor dem Hintergrund einer von der unseren völlig anderen politischen Kultur abspielten. Die Bevölkerung verfolgte die Kämpfe trotz eigener Lebensgefahr wie ein Zirkusspektakel. Hotels außerhalb des umkämpften Makati-Distrikts boten flüchtenden oder evakuierten Zivilisten Putsch-Sonderpreise und garantierte Sektparties an. Die Schulen in den Außenbezirken von Manila wurden nicht geschlossen, sondern machten normalen Unterricht. Die für Präsidentin Aquino gefährlich lange Dauer der Rebellion resultierte nicht nur aus der guten Vorbereitung und Führung der Putschisten, sondern auch aus der Tatsache, daß die militärische Disziplin der Regierungssoldaten weitgehend versagte und Befehle verweigert wurden, weil auf der anderen Seite Brüder, Vettern und Freunde standen, auf die man nicht schießt. So wird es voraussichtlich keine strenge, militärgerichtliche Bestrafung der Putschisten geben, sondern eine moderate Lösung, die für die Zukunft alles offen läßt. Damit bleibt ein weiterer Putschversuch, mit dem man nicht mehr gerechnet hatte, für die Zukunft nicht mehr ausgeschlossen.

¹¹ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent Zeller handschriftlich: „Es kann auch durchaus umgekehrt sein.“

¹² An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Zeller handschriftlich: „Und wohl auch das Leben der Präsidentin.“

¹³ Zur Frage der amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen vgl. Dok. 213, Anm. 13.

Diese absehbare Instabilität dürfte auf ausländische Investoren und Wirtschaftspartner, die das Land dringend braucht, abschreckend wirken. Dies gilt insbesondere für die ohnehin vorsichtigen Europäer, doch sollen auch japanische Firmen geplante Investitionen zurückgestellt haben.

Ahrens

Referat 342, Bd. 144555

402

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an Staatssekretär Sudhoff

114-16097/89 geheim
Fernschreiben Nr. 2816
Citissime

Aufgabe: 8. Dezember 1989, 18.55 Uhr¹
Ankunft: 8. Dezember 1989, 19.59 Uhr

ChBK, BM Seiders persönlich, MDg Duisberg persönlich, Bonn AA, StS Sudhoff persönlich

Betr.: Innere Lage in der DDR

Ministerpräsident Modrow bat mich heute zu einem Vier-Augen-Gespräch in sein Büro. Er eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, daß er mit mir sehr vertraulich über die schwierige Lage, in der sich die DDR, aber damit auch die Bundesrepublik befände, sprechen wolle.

Die Lage in der DDR könne außer Kontrolle geraten. Er erwähnte dann Demonstrationen, aber auch Übergriffe, die als Initialzündung für Unruhen dienen könnten. Auch die Sowjetunion sei über die Situation ernsthaft besorgt: Er habe Grund zur Annahme, daß sie, falls die Lage außer Kontrolle gerate, nicht einfach zusehen werde. Seiner Kenntnis nach seien entsprechende Äußerungen auch gegenüber Bundesminister Genscher bei dessen Besuch in Moskau² gemacht worden.

Jetzt seien beide deutsche Staaten aufgerufen, diese Situation gemeinsam zu meistern. Falls dies nicht gelänge, könne unermesslicher Schaden für beide, aber auch für Europa eintreten. Er wolle mit mir überlegen, ob es Mittel und Wege geben könne, wie von seiten der Bundesrepublik beruhigend eingewirkt werden könne. Ich habe daraufhin MP Modrow gefragt, ob meine Einschätzung richtig sei, daß es eine große Grundwelle in Richtung Wiedervereinigung gebe und daß manche glaubten, über Unruhen praktisch zu einer sofortigen Wiedervereinigung kommen zu können. Modrow bestätigte, daß dies genau die Situation sei.

Dies könnte sich als tragischer Irrtum erweisen. Wie immer man auch zur Frage der Wiedervereinigung stehe: Heute oder in Kürze sei sie nicht möglich. Was im Jahr 2000 oder 2005 geschehen könne, stehe jetzt nicht zur Debatte.

¹ Hat Bundesminister Genscher am 9. Dezember 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

Als mögliche dämpfende Maßnahme erwähnte MP Modrow dann eine öffentliche Äußerung des Bundespräsidenten, der bei der Bevölkerung der DDR hohes Ansehen genieße. Alternativ könne er sich auch vorstellen, daß der Bundespräsident und er – Modrow – sich in irgendeiner Weise gemeinsam öffentlich äußerten oder daß der Bundespräsident und er, flankiert von einigen Kirchenleuten oder anerkannten Personen der kulturellen Szene, zur Besonnenheit aufriefen.

Ich habe MP Modrow dann unterrichtet, daß wir seit gestern über vergleichbare Szenarien nachgedacht hätten. Auf diesem Hintergrund habe sich gestern Bundesminister Seitzers öffentlich geäußert.³

Ich habe darauf hingewiesen, daß man für einen Appell des Bundespräsidenten an die Bevölkerung der DDR einen geeigneten Aufhänger suchen müsse.

Ohne geeigneten Anlaß erhielt ein entsprechender Appell des Bundespräsidenten eine zusätzliche Dramatik. Modrow teilte diese Bewertung. Wir haben dann weiter erörtert, ob der Bundeskanzler und MP Modrow während ihres Treffens in Dresden⁴ sich entsprechend öffentlich äußern sollten. Dabei habe ich mehrfach klargestellt, daß Modrow von unserer Seite nicht erwarten könne, daß wir auf unsere Grundlinie verzichteten. Ein Aufruf zur Besonnenheit, um bisher Erreichtes nicht zu gefährden und die Zukunft nicht zu verschütten, schiene mir jedoch möglich. Wir haben schließlich verabredet, daß ich Bonn über dieses Gespräch unterrichte und daß ich vor einer öffentlichen Äußerung von Seiten des Bundespräsidenten oder der Bundesregierung mit ihm die Frage noch einmal aufnehmen werde. Unsere Seite würde sich erst nach Abstimmung mit ihm öffentlich äußern.⁵

[gez.] Bertele

VS-Bd. 14150 (010)

³ Für den Wortlaut der Erklärung von Bundesminister Seitzers vom 7. Dezember 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1212.

⁴ Bundeskanzler Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

⁵ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker gab am 13. Dezember 1989 dem Fernsehen der DDR ein Interview. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 1213–1216.

403

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner

431-464.75

12. Dezember 1989¹

Über Dg 43², D 4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Trägertechnologie-Regime (TTR)⁶;
hier: Sitzung der teilnehmenden Regierungen (D, UK, F, I, KAN, USA,
J) am 5./6. Dezember 1989 in London

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs auf Anlage 2⁷

Anlagen: 3⁸

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Ziel des Treffens war die Erweiterung des TTR um weitere Staaten sowie die Besprechung aktueller Einzelthemen. Spanien, das im April 1989 die TTR-Richtlinien angenommen hat, nahm erstmals an einer TTR-Sitzung teil.

II. Ergebnis der Sitzung

1) Es wurde beschlossen:

- Die restlichen EG-Mitgliedstaaten werden am 15.12.1989 in der nächsten Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe „Nichtverbreitung“, bei der auch die Kommission vertreten sein wird, zur Teilnahme am TTR aufgefordert.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationssekretär Soos konzipiert.

² Hat in Vertretung Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner erneut vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent von Kyaw am 13. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein wichtiges Thema mit Fortschritten in die richtige Richtung.“

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 18. April 1990 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 20. April 1990 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Jelonek an Referat 431 verfügte.

Hat Legationssekretär Reichel am 20. April 1990 vorgelegen.

Hat Jelonek am 24. April 1990 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 25. April 1990 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Legationssekretär Soos vermerkte: „Welches Datum trägt die Paraphe des BM?“

Hat Soos am 25. April 1990 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lt. Hr. Kusnezow: 18.4.“

⁶ Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA wandten seit April 1987 ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

⁷ Anlage 2 war der Drahtbericht Nr. 2335 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner, z.Z. London, vom 6. Dezember 1989 über den zweiten Tag der Sitzung der am TTR beteiligten Regierungen. Hierauf verfügte Staatssekretär Lautenschlager am 7. Dezember 1989 die Weiterleitung über Ministerialdirektor Jelonek an Referat 431 und vermerkte dazu handschriftlich: „Bitte bald eine kurze Unterrichtungsvorlage an BM (auch zum künftigen Teilnehmerkreis).“ Vgl. Referat 431, Bd. 160653.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Anlage 1 war der Drahtbericht Nr. 2327 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner, z.Z. London, vom 6. Dezember 1989 über den ersten Tag der Sitzung der am TTR beteiligten Regierungen. Vgl. Referat 431, Bd. 160653.

Zu Anlage 2 und 3 vgl. Anm. 7 bzw. Anm. 10.

- Danach werden die noch ausstehenden ESA-Staaten (Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich und Finnland, das der ESA assoziiert ist) und NATO-Staaten (Türkei, Island) sowie Australien und eventuell Neuseeland – alle sog. „like-minded“ – zur Teilnahme am TTR aufgefordert. D hat es übernommen, Österreich und Finnland darauf vorzubereiten. (Die Einzelheiten des Erweiterungsverfahrens ergeben sich aus Anlage 2, Punkt 5)
 - Da das jetzige TTR auf „Like-minded“-Staaten zugeschnitten ist, kommt die Teilnahme der UdSSR, der VR China, aber auch von Ländern wie Indien und Brasilien derzeit nicht in Betracht. Die TTR-Partner werden diese Staaten – tatsächliche oder potentielle Lieferanten von Trägertechnologie – bilateral zu einer dem TTR vergleichbaren Exportkontrollpolitik ermuntern.
- 2) Die Teilnehmer erneuerten F gegenüber ihre bereits bilateral geäußerte Besorgnis⁹ (D und UK hatten gemeinsam am 6.10.1989 auf Botschafterebene in Paris demarchiert, vgl. Anlage 3¹⁰) über dessen Absicht, Trägertechnologie (Ariane-Antriebstechnik) an Indien und Brasilien weiterzugeben. Dem hält Frankreich sein erklärtes politisches Ziel entgegen, durch eine langfristig und breit angelegte Zusammenarbeit im zivilen Raumfahrtbereich (inklusive Raketentechnik) Einfluß auf die bisher unkontrollierten Raketenprogramme dieser Länder zu gewinnen. Zugleich versicherte Frankreich, es werde seine Pläne nur in Übereinstimmung mit dem TTR und unter Berücksichtigung der Meinung der anderen TTR-Partner durchführen. Es sei zu früh für eine Entscheidung. Die zur Zeit laufenden Vertragsverhandlungen könnten auch noch scheitern, z.B. an unzureichenden Garantien oder Kontrollmöglichkeiten. Man werde die Konsultationen mit den Partnern auf alle Fälle fortsetzen.
- 3) Die deutsche Delegation berichtete über die Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Ausfuhrkontrolle¹¹ einschließlich der Kontrolle der Auslandstätigkeit deutscher Staatsangehöriger im Rüstungsbereich, besonders bei der Raketentechnologie. Letzteres fand das Interesse der Anwesenden, doch sahen einige Teilnehmer (UK, KAN, SPA) verfassungsrechtliche Schwierigkeiten, vergleichbare Regelungen bei sich einzuführen.
- 4) Alle Beteiligten äußerten Zufriedenheit über die Ergebnisse des TTR. Seine Anwendung habe das Condor-II-Projekt in Argentinien¹² und Ägypten aufgehoben (nicht im Irak¹³), die militärischen Raketenprojekte in Indien¹⁴ und Brasilien verzögert und die Fa. Consen in finanzielle Schwierigkeiten gebracht.

⁹ Zur französischen Absicht, Trägertechnologie an Brasilien und Indien zu liefern, vgl. Dok. 285.

¹⁰ Anlage 3 war eine Ablichtung des Drahterlasses Nr. 8373 des Ministerialdirektors Jelonek vom 6. Oktober 1989 an die Botschaft in Paris. Vgl. Referat 431, Bd. 160653.
Für den Drahterlaß vgl. Dok. 310.

¹¹ Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

¹² Zum argentinischen „Condor“-Projekt vgl. Dok. 101.

¹³ Zum „Condor“-Projekt im Irak vgl. Dok. 127.

Vortragender Legationsrat Petri teilte der Botschaft in Bagdad am 15. Dezember 1989 mit, nach Meldungen über einen irakischen Raketenstart am 5. Dezember 1989 habe am 14. Dezember 1989 eine Sitzung des Ressortkreises Außenwirtschaft stattgefunden, bei der erklärt worden sei, „daß nach derzeitiger Kenntnis klare Zuordnung zu einem der bisher bekannten irakischen Raketenprogramme noch nicht möglich sei, am ehesten wohl noch zum Komplex Condor/Vector/Saad 2000 (Projekt 395). Dies würde bedeuten, daß auch deutsche Technologie eingeflossen sein könnte. [...] MBB hat BMWi versichert, seit Monaten keine im Raketenbereich in Irak tätigen Mitarbeiter mehr zu haben und auch zukünftig nicht zu entsenden.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 160658.

¹⁴ Zur Entwicklung einer Mittelstreckenrakete durch Indien vgl. Dok. 285, Anm. 15.

5) Das nächste Treffen wird im Frühsommer 1990 in Ottawa stattfinden.

III. Bewertung

- Die Einbeziehung der restlichen EG- und ESA-Staaten erfüllt ein altes deutsches Anliegen und zugleich einen Auftrag des PK.
- Frankreichs ausdrückliches Bekenntnis zu dem TTR und die Zufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen läßt auch in der Frage der Exporte nach Indien und Brasilien auf französisches Entgegenkommen hoffen. Allerdings: Sollte F seine Pläne im ursprünglichen Umfang verwirklichen, könnte nicht nur das TTR, sondern auch die industrielle Weltraumzusammenarbeit zwischen den TTR-Partnern ernsthaft belastet werden. Eine großzügige Auslegung des TTR durch Frankreich ließe sich kaum mit der strengen Auffassung der anderen TTR-Partner und ihren Bemühungen um Vervollständigung der Ausfuhrkontrollen im Trägertechnologie-Bereich vereinbaren.
- Das Treffen bot Gelegenheit, gemäß dem Kabinettsauftrag vom 14.6.1989 auf eine international abgestimmte Kontrolle der Auslandstätigkeit eigener Staatsangehöriger im Raketentechnologiebereich hinzuwirken. Die unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in einzelnen Ländern bieten jedoch wenig Aussichten auf Erfolg.

Wagner

Referat 431, Bd. 160653

404

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2826

Aufgabe: 12. Dezember 1989, 10.27 Uhr¹

Ankunft: 12. Dezember 1989, 11.52 Uhr

Betr.: Verfassungsrechtliche Neuordnung in der DDR;
hier: der „Runde Tisch“

I. Zusammenfassung

Bei dem Versuch, die verfassungsrechtlichen Verhältnisse in der DDR demokratisch neu zu ordnen, wurde hier das polnische Modell des „Runden Tisches“² übernommen. Er vereint traditionelle Kräfte mit den neu entstandenen Bürgerbewegungen und fand sich am 7. Dezember zum ersten Male unter kirchlichem Vorsitz zusammen. Diese Institution, die sich außerhalb der DDR-Verfassung³ gebildet hat, verfügt über einen höheren Grad demokratischer Legitimation als die Volkskammer, die 1986 aus undemokratischen Wahlen hervorgegangen ist.

¹ Das Fernschreiben wurde von Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 12. Dezember 1989 vorgelegen.

² Zum „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 42 und Dok. 90.

³ Für den Wortlaut der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 432–456.

Der „Runde Tisch“ beansprucht deshalb Rechte, wie sie sonst nur eine verfassungsgebende Versammlung wahrnehmen könnte, achtet aber, um das diffizile verfassungsrechtliche Gleichgewicht in der DDR gegenwärtig nicht zu stören, die pseudo-demokratischen Befugnisse von Volkskammer und Ministerrat. So will der „Runde Tisch“ weder Ersatz für Regierung, Staatsrat noch Volkskammer sein, sieht sich aber gleichwohl legitimiert, diesen Institutionen Anregungen und Vorschläge zu machen, die zur Lösung der gegenwärtigen Probleme notwendig sind. Demgemäß hat sich der „Runde Tisch“ zunächst vorgenommen, Fragen der Wahlgesetzgebung, der Verfassungsänderung, des Parteien- und Vereinigungsgesetzes zu beraten.

II. Im einzelnen

1) Am 7. Dezember 1989 sind auf Einladung des Sekretariats des Bundes Evangelischer Kirchen und des Sekretariats der Berliner Bischofskonferenz erstmals 14 Parteien, politische Gruppierungen und Organisationen zum „Runden Tisch“ zusammengetreten. Außer den sozialistischen Altparteien SED, CDU, LDPD, NDPD (Nationaldemokraten) und DBD (Bauernpartei) fanden sich am „Runden Tisch“ Vertreter von sieben neuen Bürgerrechtsbewegungen ein: Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Grüne Partei, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, SDP und Vereinigte Linke. Wegen lautstarken Protestes wurden schließlich auch der Gewerkschaftsbund FDGB, der bisher in der Volkskammer vertreten ist, und ein unabhängiger Frauenverband, der erstmals Frauenrechte nachdrücklich vertreten will, zugelassen. Im Sinne eines ähnlichen Kompromisses wurden schließlich der alte Frauenverband DFD⁴, der Verband der Konsumgenossenschaften und die Deutsche Umweltschutzpartei als Beobachter eingeladen.

2) Der „Runde Tisch“ will neu entstandene politische Gruppierungen und Organisationen mit den etablierten Parteien in Berührung bringen und damit die demokratische Erneuerung aktivieren und gemeinsam einen Ausweg aus der Krise finden. Der „Runde Tisch“ meint, er könne nicht Ersatz für Regierung, Staatsrat oder Volkskammer sein, aber aus seinen Gesprächen könnten Anregungen und Vorschläge erwachsen, die zur Lösung der entstandenen Probleme notwendig sind. Dementsprechend hat der „Runde Tisch“ zwei paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppen gebildet. Die eine soll sofort mit der Erarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung beginnen. Die andere soll Entwürfe für ein neues Wahl-, Parteien- und Vereinigungsgesetz ausarbeiten.

3) Aus dem Beschluß über die Erarbeitung einer Verfassung wird sichtbar, daß sich der „Runde Tisch“ wie eine verfassungsgebende Versammlung verhält. Auch wenn die Führer der neuen Gruppierungen selbsternannt sind und diese Gruppen über kein vom Wähler erteiltes Mandat verfügen, so sind sie doch aus der Aufbruchbewegung des Herbstes entstanden und können sich mit Recht in höherem Maße als Mandatsträger des Volkes empfinden als die diskreditierten Altparteien. Für die Legitimation problematisch bleibt allerdings der sich schnell wandelnde Volkswille, der sich bei den jüngsten Demonstrationen immer lautstärker für die deutsche Einheit aussprach. Offen hat sich bisher keine der Gruppierungen zu diesem Anliegen bekannt.

⁴ Demokratischer Frauenbund Deutschlands.

Es bleibt abzuwarten, ob die ersten schüchternen programmatischen Aussagen der Gruppierungen am „Runden Tisch“ um das Thema deutsche Einheit erweitert werden. Ansätze hierfür sind beim Demokratischen Aufbruch und der SDP, sehr zögernd auch bei CDU und LDPD, erkennbar. Nicht auszuschließen wäre es auch, daß im Laufe der Gespräche am „Runden Tisch“ neue Gruppierungen, die das Einheitsanliegen vertreten, um Zulassung nachsuchen. Jedenfalls sieht sich der „Runde Tisch“ in deutlicher Abgrenzung gegenüber der Volkskammer. Es wird nur erklärt, daß das Angebot der Volkskammer zur Mitwirkung an einem entsprechenden von ihr eingesetzten Verfassungsausschuß zur Kenntnis genommen wird und daß die Teilnehmer des „Runden Tisches“ im übrigen ihre Mitarbeit eigenständig bestimmen. Darüber hinaus geht der „Runde Tisch“ auch über die geltende DDR-Verfassung von 1974 bewußt hinaus, indem er der allenfalls formal demokratisch legitimierten Volkskammer nicht das Recht auf Änderung der Verfassung, wie es in Artikel 108 der DDR-Verfassung vorgesehen ist, zubilligt, sondern die Bestätigung einer neuen Verfassung erst nach Neuwahlen zur Volkskammer in einem Volksentscheid im Jahre 1990 vorsieht.

4) In dem Bemühen, möglichst zu einem reibungslosen Übergang zu einer neuen Verfassungswirklichkeit beizutragen, bleiben Volkskammer und Regierung für erste weiter bestehen. Die Grenzen der Befugnisse der Volkskammer werden aber dadurch deutlich gemacht, daß der „Runde Tisch“ in eigener Verantwortung sogleich mit der Ausarbeitung von Entwürfen für ein neues Wahl-, Parteien- und Vereinigungsgesetz beginnen wird. Diese Gesetze müssen noch durch die Volkskammer verabschiedet werden. Dieser Verabschiedung soll aber eine Verfassungsänderung vorgeschaltet werden, die das angestrebte Wahlgesetz auf eine Verfassungsgrundlage stützt, die in der geltenden Verfassung nicht gegeben ist. Auch diese Verfassungsänderungen wird der „Runde Tisch“ erarbeiten.

5) Schließlich hat der „Runde Tisch“ als erstes einen Termin für die nächsten Volkskammerwahlen, nämlich den 6. Mai 1990, empfohlen. Auch damit greift er in die geltende Verfassung ein, der zufolge der Staatsrat (Art. 72) die Wahlen zur Volkskammer ausschreibt.

In wie starkem Maße sich der Runde Tisch als quasi-parlamentarisches Organ versteht, ergibt sich auch aus der Aussage, daß seine Tätigkeit bis zu den Wahlen fort dauern soll. Darüber hinaus versteht er sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle, eine Aufgabe, die nach der DDR-Verfassung (Art. 49 Abs. 3: „die Volkskammer gewährleistet die Verwirklichung ihrer Gesetze und Beschlüsse“) eigentlich der Volkskammer zusteht. Ihr Handeln aus höherer demokratischer Legitimation wird schließlich aus der Forderung ersichtlich, daß Volkskammer und Regierung aufgefordert werden, rechtzeitig vor wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen den „Runden Tisch“ zu informieren und einzubeziehen.

6) Im Sinne dieser Kontrollfunktion werden von der Regierung Sofortmaßnahmen zur Bestrafung von Amtsmissbrauch und Korruption der alten Führung gefordert. Desgleichen soll die Generalstaatsanwaltschaft unverzüglich gewährleisten, daß zur Strafverfolgung notwendige Beweismittel gesichert werden. Auch soll die Staatsanwaltschaft mit der am 4. Dezember 1989 gebildeten unabhängigen Untersuchungskommission wirksam zusammenarbeiten. Weiterhin wird die Regierung aufgefordert, die Vernichtung von Dokumenten und Beweismaterial

in allen Dienststellen des ehemaligen MfS zu verhindern und schließlich gar das Amt für Nationale Sicherheit, die Nachfolgeinstitution des MfS, unter ziviler Kontrolle aufzulösen.

7) Der „Runde Tisch“, der sich außerhalb der Gesetze und Verfassungsordnung entwickelt hat, repräsentiert dennoch kraft des Konsenses aller dort vertretenen Parteien und Gruppierungen den Willen des Volkes in höherem Maße, als das durch die in der Honecker-Ära pseudo-demokratisch gewählte Volkskammer der Fall ist. Der „Runde Tisch“ stellt daher bis zu den Wahlen im Mai 1990 neben der Regierung das maßgebliche politische Willensbildungsorgan dar.

[gez.] Bertele

Referat 210, Bd. 140685

405

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege

012-9-312.74 VS-NfD

13. Dezember 1989¹

Fernschreiben Nr. 70 Orteze

Orteze zum Europäischen Rat am 8./9.12.1989 in Straßburg²

I. Der Europäische Rat (ER) in Straßburg – deutsche Teilnehmer BK Kohl und BM Genscher – war nach überwiegend unkontroverser Verlauf eine bemerkenswert erfolgreiche Tagung. Sie brachte u. a. die Festlegung des Beginns der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Verabschiedung der Sozialcharta (beides mit Mehrheit ohne GB), neue Impulse für wichtige Bereiche des Binnenmarkts und der Begleitmaßnahmen beim Abbau der Grenzkontrollen sowie Grundsatzbeschlüsse für die EG-Außenbeziehungen, vor allem gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Im außenpolitischen Teil (EPZ) lag der Schwerpunkt der Beratungen bei den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Frage.

II. Im einzelnen

1) WWU: Nachdem in den letzten Tagen vor dem ER gewisse Mißverständnisse über die deutsche Position aufgekommen waren, die eine enge deutsch-französische Abstimmung auslösten, einigten sich elf Delegationen (also weit mehr als die erforderliche Mehrheit von sieben) in Straßburg rasch darauf, daß die Regierungskonferenz zur Änderung des EWG-Vertrags³ im Hinblick auf die End-

¹ Ablichtung.

Das Dokument wurde bereits teilweise veröffentlicht in: DIE EINHEIT, Dok. 30. Für die vollständige Fassung vgl. auch https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/AA/AA_Dokumente/030-ZD%20A_1989-12-13_b_Orteze%2070.pdf.

² Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen und Erklärungen des Europäischen Rats vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 8–19.

³ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

phase der WWU vor Ende 1990 – d. h. im Dezember 1990 – auf Einladung der italienischen Regierung (dann EG-Präsidentschaft) zusammentritt. Die Zwischenzeit soll intensiv genutzt werden, um – wie auf dem ER Madrid⁴ vereinbart – die Konferenz umfassend und angemessen vorzubereiten; am 1. Juli 1990 wird die erste Stufe der WWU beginnen. Aus deutscher Sicht wird es darauf ankommen, inhaltliche Grundprinzipien unserer Position – u. a. Unabhängigkeit des Europäischen Zentralbanksystems, dauerhafte Sicherung der Geldwertstabilität, Sicherung der Haushaltsdisziplin – von Anfang an möglichst wirksam zu verankern.

Der Bundeskanzler hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Vertragsänderung den institutionellen Fragen, insbesondere der Stärkung der Rechte des EP vor dessen Neuwahl Mitte 1994⁵, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Tagesordnung und Zeitplan, also auch die Dauer der Konferenz, werden von dieser selbst festgelegt werden. PM Thatcher hat erklärt, GB werde – trotz seiner in Straßburg geäußerten Vorbehalte – bei der Konferenz voll und konstruktiv mitarbeiten.

2) Sozialcharta: Die vom Sozialministerrat ausgearbeitete „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“⁶ wurde 11:1 (ablehnend GB) verabschiedet. Für die Ausgestaltung der sozialen Dimension des Binnenmarkts wird es nun entscheidend auf die verbindlichen Einzelmaßnahmen in dem jüngst von der Kommission vorgeschlagenen Aktionsprogramm ankommen. Dafür ist allerdings nur zum Teil die Gemeinschaft zuständig (ansonsten die Mitgliedstaaten).

3) Binnenmarkt: Nach einer Rückschau auf die Fortschritte unter französischer Präsidentschaft⁷ greift der ER Bereiche auf, in denen er vom Rat Beschlüsse erwartet: u. a. bei Finanzdienstleistungen, im öffentlichen Beschaffungswesen, in Verkehrsfragen und bei der für die Abschaffung der Personengrenzkontrollen wichtigen Frage der Mitführung von Waren für den persönlichen Bedarf.

4) Die vor einem Jahr vom ER Rhodos⁸ eingesetzten Koordinatoren für die Begleitmaßnahmen bei der Aufhebung der Grenzkontrollen ermutigt der ER für ihre weitere Arbeit. Insbesondere sollen die im Entwurf vorliegenden Übereinkommen über Asylrecht, Visa-Erteilung und Überschreiten der Außengrenzen spätestens Ende 1990 abgeschlossen werden.

5) Seine Aussagen zu den EG-Außenbeziehungen konzentriert der ER diesmal auf die Nachbarn der Gemeinschaft: EFTA-, mittel- und osteuropäische und Mittelmeer-Länder. Neben Grundsatzpositionen und der Bilanz der gegenseitigen Beziehungen stehen dabei neue Beschlüsse hervor, die der ER zu Mittel- und Osteuropa gefaßt hat:

– An Polen sollen über das Nahrungsmittelhilfsprogramm I⁹ hinaus weitere¹⁰ Agrarerzeugnisse geliefert werden.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

⁵ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 9. bis 12. Juni 1994 statt.

⁶ Zur Verabschiedung der europäischen Sozialcharta sowie zum Aktionsprogramm der EG-Kommission vgl. Dok. 410.

⁷ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 353.

⁹ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

¹⁰ Korrigiert aus: „Nahrungsmittelhilfsprogramm I weitere“.

- Der Antrag der SU auf Beobachterstatus beim GATT wird grundsätzlich unterstützt.
- Staatsangehörigen dieser Länder soll die Beteiligung an Bildungs- und Ausbildungsprogrammen der Gemeinschaften ermöglicht werden. Anfang 1990 soll darüber hinaus für diesen Personenkreis eine „Europäische Stiftung für die berufliche Bildung“ errichtet werden.
- Der ER hat die Schaffung einer „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ gebilligt, die Investitionen in diesen Ländern fördern soll. Als Träger ist neben der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie den EFTA-Staaten an die mittel- und osteuropäischen Staaten selbst sowie an andere außereuropäische Industrieländer wie USA, JPN etc. gedacht.
- Der ER hat sich für ein 1-Milliarden-ECU-Darlehen der EG an Ungarn ausgesprochen.

6) Im außenpolitischen Teil (EPZ) lag der Schwerpunkt der Beratungen bei den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Die Erklärung des ER zu diesem Thema ist als eine deutliche Botschaft der Ermutigung und Unterstützung der Reformprozesse in Mittel-/Osteuropa angelegt. Für eine solche Linie hatte sich BM in der Vorbereitung (Ministertreffen 27.11.) nachdrücklich eingesetzt.¹¹

Es gelang, die Kernaussage aus dem „Brief zur deutschen Einheit“¹² in die Erklärung zu übernehmen. Der gesamte Absatz entspricht unserer Politik der Einbettung der deutschen Frage in europäische Strukturen und ihrer untrennbaren Verbindung mit der Zukunft Europas. Die Erklärung bringt zum Ausdruck: Es wird keine deutschen Alleingänge geben, die Bundesrepublik Deutschland bleibt fest integriert in die EG. Die Erklärung hebt zu Recht die Bedeutung hervor, die der KSZE-Schlußakte¹³ mit allen ihren Prinzipien und dem Helsinki-Prozeß zukommt. Wir sind uns mit unseren Partnern darin einig, daß der gesamteuropäische Prozeß tatkräftig gefördert werden muß. Wir haben die Partner daran erinnert, daß zu den Prinzipien der Helsinki-Schlußakte auch das Prinzip der Grenzänderung „durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung“ (peaceful change) gehört.

Hervorzuheben sind im übrigen die Aussagen zum jetzt geforderten Verantwortungsbewußtsein, zur Wahrung der Stabilität, die Versicherung, keine einseitigen Vorteile aus der gegenwärtigen Lage ziehen zu wollen, und die Absichtserklärung zur Unterstützung der Reformstaaten (die im EG-Teil konkretisiert wird). Auf Wunsch von I wurde JUG in die Reihe der Adressaten verstärkter Zusammenarbeit aufgenommen. Uns lag daran, die Kennzeichnung der Gemeinschaft als Eckstein einer neuen europäischen Architektur mit einem Hinweis auf den Willen der Gemeinschaft zur Öffnung zu verbinden.

Weitere EPZ-Themen des ER: Naher Osten, südliches Afrika, Äthiopien, Chile, Zentralamerika. Nahosterklärung bekräftigt Position des ER Madrid (27.6.89)¹⁴

¹¹ Zu den Ausführungen von Bundesminister Genscher in der EG-Ministerratstagung am 27. November 1989 in Brüssel vgl. Dok. 389, Anm. 20.

¹² Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 339, Anm. 3. Vgl. dazu ferner Dok. 406.

¹³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats in Madrid zum Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16 f.

und erklärt Entschlossenheit, Hilfe für Bevölkerung in den israelisch besetzten Gebieten erheblich zu verstärken. Besondere Libanon-Erklärung unterstützt die „libanesische Legalität“, d.h. den gewählten Präsidenten¹⁵ und seine Regierung. In kurzer Erklärung zur eur.-arab. Konferenz von Paris (21./22.12.89)¹⁶ wird das Ziel bekräftigt, die Beziehungen zur arabischen Welt zu intensivieren. Erklärung zum südlichen Afrika enthält Bewertung der Entwicklungen in Namibia, Angola, Mosambik und Südafrika. GB legte Wert darauf, die Ausübung weiteren Drucks auf die SUA Regierung mit der Perspektive der Überprüfung dieser Haltung zu verbinden, wenn es Beweise dafür gibt, daß Veränderungen zur Beseitigung der Apartheid stattgefunden haben. Erklärung zu Äthiopien: Appell zur nationalen Aussöhnung, Bekräftigung der Bereitschaft der EG und MS zur Hilfe gegen die Hungersnot und Appell an alle Beteiligten, Hilfe für Dürreopfer nicht zu behindern. Chile: Erklärung zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl¹⁷, Rückkehr zum Rechtsstaat als hoffnungsvolle Entwicklung, Absicht von EG und MS, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Chiles beizutragen. Auf griechischen Wunsch wurde in Schlußfolgerungen ein Zypern-Passus auf bekannter Linie eingefügt. Gelegenheit des ER wurde genutzt, um Presse auf inzwischen umfangreiche Aktivitäten der Zwölf im Menschenrechtsbereich aufmerksam zu machen.

III. Bewertung

Vom ER Straßburg ist ein doppeltes Signal ausgegangen: das Signal der Integration (vor allem durch die Beschlüsse zur WWU und zur Sozialcharta) und das Signal der Kooperation (Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und Einbettung der deutsch-deutschen Annäherung in die europäische Annäherung). Beide Elemente hängen zusammen: Die Gemeinschaft hat sich durch einen deutlichen Integrationsschub den Anforderungen gewachsen gezeigt, welche die neuen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa an ihren Zusammenhalt stellen. Die deutschen Verhandlungsziele wurden voll erreicht: mit der Bekräftigung der sozialen Verantwortung der Gemeinschaft, dem entschlossenen Schritt zur WWU und einer deutlichen Aussage zur Ostpolitik der Gemeinschaft, die eine Stellungnahme zur deutschen Frage mit umfaßt.

[gez.] Bettzuege

Referat 012-9, Bd. 161323

¹⁵ Nach dem Attentat auf den am 5. November 1989 gewählten Präsidenten Moawad am 22. November 1989 wählte das libanesische Parlament am 24. November 1989 den Abgeordneten Hrawi zum neuen Präsidenten, der den seit 1. Juni 1987 amtierenden Ministerpräsidenten el-Hoss mit der Regierungsbildung beauftragte und den von Präsident Gemayel am 22. September 1988 ernannten Ministerpräsidenten Aoun für abgesetzt erklärte.

¹⁶ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vgl. Dok. 435.

¹⁷ Zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 14. Dezember 1989 in Chile vgl. Dok. 398, Anm. 5.

406

Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 5148****Citissime****Aufgabe: 13. Dezember 1989, 16.56 Uhr¹****Ankunft: 13. Dezember 1989, 15.59 Uhr**

Betr.: Sowjetische Deutschlandpolitik;

hier: Passage zur deutschen Einheit in der Erklärung des Europäischen Rates vom 9.12.89²

Bezug: DE Nr. 6015 v. 11.12.89

Zur Unterrichtung

I. 1) Nach der Bitte des Botschafters, von AM Schewardnadse am 11.12. empfangen zu werden, erhielt er am Abend des 12.12. einen Termin bei Erstem Stv. AM Kowaljow und erläuterte diesem weisungsgemäß die Passage der Erklärung zur deutschen Einheit.

2) Kowaljow (K.) versuchte insbesondere mit Hinweisen auf das Urteil des BVerfG zum Grundvertrag³ zu begründen, daß unser Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der Grenzen und damit zu den Verträgen begründetem Zweifel ausgesetzt sei.

Darüber hinaus bemühte er sich, Aussagen der Schlußakte⁴ über friedlichen Wandel als gegenüber den eigentlichen Prinzipien sekundär darzustellen.

Er verwies auch darauf, daß die SU auch von „anderen“ über den Verlauf und die Ergebnisse des ER unterrichtet worden sei, womit er implizierte, daß unsere westlichen Partner andere Erläuterungen gegeben haben.

II. Als Botschafter Blech eingangs den Text der Passage zur deutschen Einheit vortrug, unterbrach ihn K. mit der Frage, wer zum deutschen Volk gehöre bzw. welches Deutschland eigentlich gemeint sei. Auf der politischen Landkarte könne er es nicht finden. Historisch und geographisch sei Deutschland vielleicht ein Begriff. Jetzt gebe es zwei souveräne deutsche Staaten als Mitglieder der UNO.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Mauch vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Jagow „n[ach] R[ückkehr]“ und den Umlauf in Referat 200 verfügte.

² Bei seiner Tagung am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg erklärte der Europäische Rat: „Wir streben die Stärkung des Zustands des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien, im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.“ Vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 15. Zur Tagung vgl. Dok. 405.

³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Für den Wortlaut des Urteils vom 31. Juli 1973 zum Vertrag vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDES-VERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 36, S. 1–37.

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Bei der Konferenz der Vier Mächte 1959⁵ habe es zwei Extra-Tische für die deutschen Delegationen gegeben. Als der Botschafter darauf verwies, daß der erste Satz dem Brief zur deutschen Einheit⁶ entspreche, der zum Moskauer Vertrag⁷ gehöre, dieser Text der SU also nicht neu sei, antwortete K., soweit er wisse, habe es tatsächlich einen solchen Brief gegeben. Er sei aber wohl erst nach der Unterzeichnung des Vertrages zugegangen. Bondarenko warf die Frage ein, ob man von einer offiziellen Übergabe sprechen könne. Auf Erläuterung des Botschafters, daß Gromyko den Brief auch zum Gegenstand des Ratifikationsverfahrens im Obersten Sowjet gemacht habe⁸, antwortete K., das könne wohl sein, fraglich sei aber, in welchem Sinne. Die Bundesregierung habe ihre juristische Position, die SU die ihre. Das BVerfG habe in seinem bekannten Urteil die Grenzen von 1937 bestätigt. Sei etwa die Einheit in diesem Sinne gemeint? Der Botschafter trug daraufhin den Rest der Passage sowie die im Bezugs-DE enthaltenen Erläuterungen vor.

K. fragte, was das für die DDR bedeute. Was heiße Einheit? Was sei das Verhältnis zur NATO?

Der Botschafter erwiderte, es gehe nun um einen schrittweisen Prozeß im Rahmen des Helsinki-Prozesses, gegründet auf allen Prinzipien der Schlußakte. Er bitte, AM Schewardnadse zu unterrichten, daß die Linie, die der BM bei seinen kürzlichen Gesprächen in Moskau⁹ verfolgt habe, die Linie des ER sei.

K. antwortete, der Text des ER sei der sowjetischen Führung natürlich bekannt. „Andere“ trügen der SU dazu ihre Argumentation vor. Man höre, daß dieser Text nicht leicht geboren worden sei. Es sei offenbar einigen nicht leichtgefallen, solche Texte anzunehmen. Die Diskussion sei, nach sowjetischen Informationen, zur Frage der „Wiedervereinigung“ geführt worden. Es sei eben unklar, was dies umfasse. Der Botschafter antwortete, der Brief habe die Form der Einheit nicht definiert. Der BK habe darauf verwiesen, daß niemand wisse, wie das zukünftige Deutschland aussehen werde.

K. hob hervor, Unverletzlichkeit der Grenzen erlaube keine Besetzung oder Usurpation von Gebieten anderer Staaten. Dies bedeute auch die Verpflichtung, von politischer, ökonomischer oder psychologischer Usurpation Abstand zu nehmen.

Der Botschafter erläuterte, daß es um die Pflicht zur Enthaltung von Gewalt oder Druck oder der Drohung mit Gewalt gehe. Daran hielten wir uns strikt. Es gebe aber eben auch die Möglichkeit der friedlichen Änderung von Grenzen

⁵ Vom 11. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 fand in Genf eine Außenministerkonferenz der Vier Mächte zur Deutschland- und Berlin-Frage statt.

⁶ Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 339, Anm. 3.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

⁸ Am 12. April 1972 gab der sowjetische Außenminister Gromyko vor den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten des Unions- und des Nationalitätenrats des Obersten Sowjet eine Erklärung zum Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 sowie zum „Brief zur deutschen Einheit“ ab. Für den Bericht über die Beratungen vgl. den Artikel „V interesach narodov Evropy“ („Im Interesse der Völker Europas“); PRAVDA vom 13. April 1972, S. 2. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 309–314.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

in der souveränen Entscheidung der betroffenen Staaten. Insofern gehe es um die Frage, wie die Deutschen in der DDR ihr Selbstbestimmungsrecht ausübten.

K. antwortete, ein Prinzip der friedlichen Grenzänderung gebe es als eigenständiges Prinzip nicht. Der SU gehe es um die Forderungen, die in den Zehn Punkten des BK¹⁰ enthalten seien.

Auf den Hinweis des Botschafters, der BM habe diese Punkte bei seinem kürzlichen Besuch erläutert, antwortete K., man höre aber auch andere Erläuterungen. Gleichzeitig werde in den Treffen der vier Botschafter in Berlin¹¹ die Verantwortung dieser Staaten deutlich. Es gehe um eine Annäherung der beiden deutschen Staaten in europäischer Stabilität und ohne Kalender. Zur Stabilität gehöre die Existenz der BRD, der DDR und Berlins.

Der Botschafter antwortete, die Politik der Bundesregierung sei auf Erhaltung der Stabilität in Europa ausgerichtet.

[gez.] Heyken

Referat 200, Bd. 144213

407

Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

VS-NfD

14. Dezember 1989¹

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
am Vorabend meiner Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow², möchte ich Ihnen erneut die deutschland- und europapolitischen Ziele

¹⁰ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

¹¹ Am 11. Dezember 1989 trafen die Botschafter der Drei Mächte in Bonn, Boidevaix (Frankreich), Mallaby (Großbritannien) und Walters (USA), mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschmassow, im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin (West) zusammen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 28, DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 121, und DIPLOMATIE FRANÇAISE, Dok. 26.

¹ Ablichtung.

Zur „Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1989 eine „persönliche Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an Generalsekretär Gorbatschow (vom 14. Dezember 1989, übergeben am 18. Dezember 1989)“ sowie eine „persönliche Botschaft von Generalsekretär Gorbatschow an den Herrn Bundeskanzler (undatiert, übergeben am 18. November 1989)“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 28. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178924.

Das Dokument wurde bereits veröffentlicht in: DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 123.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 19./20. Dezember 1989 in der DDR und zu seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Modrow vgl. Dok. 429.

der Bundesregierung erläutern und die konkreten Zielsetzungen, die ich mit der Begegnung mit Ministerpräsident Modrow verfolge, umreißen.

Dazu veranlassen mich insbesondere die Unterrichtungen, die mir Präsident Bush³, Staatspräsident Mitterrand⁴, Ministerpräsident Andreotti⁵ und nicht zuletzt Bundesminister Genscher⁶ über ihre Gespräche mit Ihnen gegeben haben. Sie haben in allen diesen Gesprächen die Politik der Bundesregierung mit Kritik bedacht. Ich halte die sowjetischen Wertungen, die dieser Kritik offenbar zugrunde liegen, für nicht berechtigt und möchte mit diesem Schreiben zu einem besseren Verständnis meiner Politik beitragen und offensichtliche Mißverständnisse ausräumen.

I. Vorab möchte ich Ihnen jedoch erneut bestätigen – wie wir es bereits in unseren telefonischen Gesprächen⁷ getan haben –, daß alles, was zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vertraglich festgelegt ist, insonderheit der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970⁸ sowie die Schlußakte von Helsinki⁹ und die abschließenden Dokumente von Madrid¹⁰ und Wien¹¹ und – nicht zuletzt – die von uns am 13. Juni dieses Jahres unterzeichnete Gemeinsame Erklärung¹², unverändert und in vollem Umfang gelten, nach Buchstaben und Geist erfüllt werden und dem weiteren Ausbau der Beziehungen unserer Länder und Völker zugrunde zu legen sind. Dazu gehört unverändert unsere Bereitschaft, die für die Bundesrepublik Deutschland zentralen Beziehungen zur UdSSR umfassend zu entwickeln und auf allen Gebieten zukunftsgerichtet auszubauen. Ich freue mich, daß Sie diese Bereitschaft Ihrerseits gegenüber Bundesminister Genscher bekräftigt haben.

³ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vor Malta vgl. Dok. 391–393.

Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁴ Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR am 6. Dezember 1989. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Kiew vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 62.

Mitterrand unterrichtete Bundeskanzler Kohl über seinen Besuch am 9. Dezember 1989 in Straßburg. Für das Gespräch vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 117.

⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 29. November bis 1. Dezember 1989 in Italien auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Andreotti am 29. November 1989 in Rom und die gemeinsame Pressekonferenz am 1. Dezember 1989 vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 57 und Dok. 58.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

⁷ Für die Telefongespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. Oktober und 11. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 60 bzw. Dok. 87, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 50 bzw. Dok. 54.

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁰ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

¹¹ Zum Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 vgl. Dok. 7.

¹² Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

Bei den eingangs erwähnten Gesprächen haben zu Recht die historischen Entwicklungen, die wir heute in Europa erleben, im Mittelpunkt gestanden. Dabei bestand volles Einvernehmen darüber, daß es in der jetzigen Phase entscheidend darauf ankommt, diese Prozesse konstruktiv zu gestalten, eine Destabilisierung der Lage in Europa zu verhindern und keine einseitigen Vorteile aus den Übergangs- und Anpassungsschwierigkeiten zum Schaden anderer zu ziehen. Dies ist auf dem kürzlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO¹³ als Politik unseres Bündnisses bekräftigt worden. Dies ist zugleich meine tiefste Überzeugung und entspricht der Politik der Bundesregierung.

Dabei dürfen allerdings Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden. Gerade der Ablauf der Ereignisse in der DDR in diesem Jahr beweist ohne jeden Zweifel, daß es die Hauptquelle der Destabilisierung ist, Reformen zu verzögern oder zu verweigern, wenn sich Probleme aufürmen und wenn vor allem Reformen durch das Vorbild der eigenen Partner nahegelegt werden. Sie selbst haben bei Ihrem Besuch in der DDR¹⁴ gesagt: „Wer zurückbleibt, den bestraft das Leben.“ Wir wissen in diesem Zusammenhang die positive Rolle der UdSSR sowie von Ihnen persönlich sehr wohl zu schätzen.

Die Reformverweigerung in der DDR hat seit dem Sommer dieses Jahres dazu geführt, daß rund 500 000 Menschen in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt sind. Ich habe Sie von Anfang an wissen lassen, daß eine solche Entwicklung nicht im Interesse der Bundesregierung liegt. Jetzt haben die Menschen in der DDR ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und ihre Freizügigkeit, ihre freie Selbstbestimmung und ihr Recht, über die eigene Zukunft zu bestimmen, eingefordert. Kurzum: Die Menschen selbst haben die deutsche Frage auf die Tagesordnung gesetzt!

Nachdem die damalige Führung der DDR die innerdeutsche Grenze und die Berliner Mauer geöffnet hat¹⁵, haben Sie in Ihrer Botschaft vom 10. November an mich¹⁶ und an unsere westlichen Verbündeten befürchtet, daß aus den Berliner Demonstrationen eine „chaotische Situation mit unübersehbaren Konsequenzen“ entstehen könnte. Daß dies nicht eingetreten ist, beweist, mit welcher Umsicht und Verantwortung die Menschen in Berlin, in Leipzig, in Dresden und in anderen Orten der DDR in ihrem berechtigten Protest vorgehen. Ich bin überzeugt, daß dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Es versteht sich aber von selbst, daß die jüngst von der neuen Führung der DDR aufgedeckten Korruptionsfälle¹⁷ die Gefühle der Menschen erregen. Verantwortliche Persönlichkeiten in der DDR haben frühzeitig – und mit Erfolg – aufgerufen, den Weg des gewaltlosen Protestes nicht zu verlassen. Die Bundesregierung hat diese Appelle mit allen Kräften öffentlich und im privaten Gespräch unterstützt. Ich werde dies auch in meinen bevorstehenden Gesprächen in Dresden tun.

¹³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 4. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 392 und Dok. 393.

¹⁴ Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der DDR fand anlässlich des 40. Jahrestags ihrer Gründung am 6./7. Oktober 1989 statt. Vgl. dazu HONECKER–GORBATSCHOW, Dok. 20 und Dok. 21, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 46 und Dok. 47, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 88.

¹⁵ Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

¹⁶ Für die mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an Bundeskanzler Kohl vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 80.

¹⁷ Zur Aufdeckung von Korruptionsfällen in der DDR vgl. Dok. 395, Anm. 6.

II. Angesichts einer solchen historischen Entwicklung kann es nicht Sinn und Aufgabe verantwortlicher Politik sein, den Entwicklungen hinterherzulaufen. Sie ist vielmehr gefordert, einen stabilen Rahmen zu erhalten und – wo nötig – zu verstärken und neu zu schaffen, damit sich diese Prozesse friedlich und zum Wohl der Menschen vollziehen können. Jeder gelungene Reformschritt ist ein Zugewinn an Stabilität!

Lassen Sie mich ein Bild wählen: Wenn bekannt ist, daß ein Fluß nach Gewitterstürmen anschwellen und über die Ufer treten kann, so ist es ein Gebot der Klugheit, aus soliden Baumstämmen Dämme zu bauen, Hindernisse aus dem Flußbett selbst zu beseitigen und seiner ungestümen Kraft eine Richtung zu weisen. Die Wassermenge und die Flußgeschwindigkeit – die beide von der Schwere des Gewitters abhängen – zu vermindern, kann mit diesen Maßnahmen nicht erreicht werden – jeder Versuch, dies zu tun, würde erst recht die Dämme zum Brechen bringen.

Mit diesem Bild beschreibe ich die Motive für meine Regierungserklärung vom 28. November dieses Jahres und die darin enthaltenen Zehn Punkte.¹⁸ Sie sind – angesichts der konkreten Entwicklung in der DDR und der dort erhobenen Forderungen – eine Zusammenfassung bekannter und bewährter Politik. Sie sind – und hier liegt eine Hauptquelle des Mißverständnisses – kein Fahrplan, sondern verzichten bewußt auf jegliche Terminvorgabe; und sie sind keine Reihenfolge von Schritten, sondern setzen im Gegenteil darauf, daß alle politischen Prozesse in einer zukunftsgegenwärtigen Parallelität ablaufen und¹⁹ ineinander verflochten bleiben. Sie erzeugen weder einen Zeitdruck, noch stellen sie Vorbedingungen dar.

Ihr Ziel ist,

- jegliche „chaotische Situation“ zu verhindern und für eine organische, evolutionäre gesamteuropäische Entwicklung die Türen zu öffnen;
- den Menschen in der DDR konkrete Perspektiven für ihre eigenen Anliegen zu geben und sie zu bewegen, eine Chance in der Veränderung der Verhältnisse vor Ort und die Zukunft ihrer Kinder in der angestammten Heimat zu sehen; und
- der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland vernünftige und organische Leitlinien vorzugeben.

In meiner Regierungserklärung habe ich bewußt die deutschen Entwicklungen in einen größeren Rahmen von parallel ablaufenden und sich gegenseitig bedingenden Prozessen gestellt, auf deren Erfolg wir setzen und an denen wir maßgeblich mitwirken:

- So müssen das West-Ost-Verhältnis insgesamt weiter verbessert und insbesondere der Dialog und die Zusammenarbeit der Sowjetunion und der USA verstärkt werden. Ich habe deshalb das Ergebnis Ihrer Gespräche mit Prä-

¹⁸ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

¹⁹ Korrigiert aus: „auch“.

sident Bush bei Malta nachdrücklich begrüßt und wünsche Ihnen bereits jetzt für den verabredeten Gipfel im Juni 1990²⁰ allen Erfolg.

- Die europäische Einigung muß fortgeführt werden. Wir haben soeben beim Gipfel der Europäischen Gemeinschaft in Straßburg²¹ entscheidende Beiträge für eine weitere und unwiderrufliche Integration geleistet.
- Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen beschleunigt werden. Wir sehen – wie Sie – eine der großen Prioritäten des Jahres 1990 in einem ersten Abkommen über konventionelle Streitkräfte in Europa und sind bereit, dieses Abkommen auf Gipfelebene zu unterzeichnen; des weiteren setzen wir auf einen Durchbruch bei den Genfer Verhandlungen über die Verminderung der strategischen Nuklearpotentiale der Großmächte²² und über die weltweite Ächtung chemischer Waffen²³.
- Wir stellen die Bündnisse nicht in Frage. Sie müssen aber zukunftsgerichtet, in Richtung auf eine überwiegend politische Rolle umgestaltet werden. Hierzu hat das jüngste Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO bereits wichtige Anstöße gegeben.
- Der Helsinki-Prozeß muß unter bestmöglicher Nutzung der bevorstehenden Foren und Veranstaltungen konsequent fortgesetzt werden. Dabei wird die Bundesregierung ihrer Gastgeberrolle beim nächsten derartigen Treffen, der West-Ost-Wirtschaftskonferenz in Bonn²⁴, durch intensive Vorarbeit und weiterführende Initiativen Profil geben.

Gleichzeitig unterstützen wir Fortschritte auf den Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen²⁵ und Moskau²⁶ und sind – wie auch in den Zehn Punkten gesagt – für maximale Nutzung des nächsten Folgetreffens „Helsinki II“²⁷, von dem wir neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit erhoffen.

Ich bin darüber hinaus einverstanden, daß die Zukunft des Helsinki-Prozesses und konkrete Vorgaben für das nächste Folgetreffen Gegenstand des Europäischen Gipfels sein können, zu dem wir im nächsten Jahr zur Unterzeichnung des ersten Wiener Abkommens zusammenkommen.

- Nicht zuletzt – und ich bitte Sie, hier meine Regierungserklärung wörtlich nachzulesen – setzen wir auf einen erfolgreichen Fortgang Ihrer Politik der Öffnung und Umgestaltung in der Sowjetunion sowie der Reformen in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Hierzu haben wir gegenüber

²⁰ Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

²¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

²² Vom 29. September bis 8. Dezember 1989 fand die zwölfte Runde von START statt. Vgl. dazu Dok. 427.

²³ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 270, Anm. 12.

²⁴ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁵ Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁶ Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

²⁷ Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 369, Anm. 10.

Polen und Ungarn einen bilateralen Beitrag geleistet, der an der Spitze der westlichen Länder steht. Wir wirken an den koordinierten Anstrengungen der Gruppe der 24 westlichen Industrieländer maßgeblich mit.²⁸ Unsere Unterstützung soll zur wirtschaftlichen Koordinierung und damit zur politischen Stabilisierung beitragen.

III. Diesen gesamteuropäischen Rahmen habe ich im Auge gehabt, als ich das Leitmotiv meiner Zehn Punkte formulierte: Die künftige Architektur Deutschlands in die künftige Architektur Gesamteuropas einzubetten.

Das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, so wie es der letzte der Zehn Punkte festhält, nämlich

„auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“,

kann dabei allerdings für keinen unserer Partner, und insbesondere nicht für die UdSSR, eine Überraschung sein. Denn das Zitat stammt wörtlich aus dem „Brief zur deutschen Einheit“²⁹, der gemäß besonderer Absprache im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag an die sowjetische Seite gerichtet und von ihr in das Ratifikationsverfahren des Obersten Sowjet einbezogen wurde (vgl. Prawda, 13. April 1972³⁰).

Dabei bitte ich Sie zu beachten, daß es erklärte Politik der Bundesregierung ist, das Ergebnis einer in freier Selbstbestimmung getroffenen Wahl der Menschen in der DDR – wie immer es ausfällt – zu respektieren. Ich gehe davon aus, daß dies auch für unsere Nachbarn und Partner gilt.

Vor dem in der Zukunft liegenden politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland liegt eine Vielfalt von Aufgaben der praktischen Politik, die heute mit der DDR zu bewältigen sind – und wie Sie wissen, sieht dies die neue Führung der DDR nicht anders.

Es geht dabei um rasch wirkende humanitäre Maßnahmen genauso wie um die Verstärkung der Zusammenarbeit auf Feldern, die nur gemeinsam zu lösen sind, wie etwa den Schutz der Umwelt, die Verbesserung des Verkehrs und der Nachrichtenverbindungen. Für rasches Handeln auf diesen Feldern gibt es für mich keine andere Voraussetzung, als daß auf der Seite der DDR ein handlungsfähiger Partner mitwirkt.

Das gleiche gilt für verstärkten Handelsaustausch, wobei sich die DDR korrekterweise hierzu nicht an uns, sondern an die Europäische Gemeinschaft gewandt hat³¹, der wir bereits vor langer Zeit unsere Außenhandelskompetenzen übertragen haben.

²⁸ Vgl. dazu die Tagung der Außenminister der G 24 am 13. Dezember 1989 in Brüssel; Dok. 416.

²⁹ Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 339, Anm. 3.

³⁰ Am 12. April 1972 gab der sowjetische Außenminister Gromyko vor den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten des Unions- und des Nationalitätenrats des Obersten Sowjet eine Erklärung zum Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 sowie zum „Brief zur deutschen Einheit“ ab. Für den Bericht über die Beratungen vgl. den Artikel „V interesach narodov Evropy“ („Im Interesse der Völker Europas“); PRAWDA vom 13. April 1972, S. 2. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 309–314.

³¹ Vgl. dazu das Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989; Dok. 363, Anm. 13.

Für ein wesentlich verstärktes Engagement der Bundesrepublik Deutschland habe ich in den Zehn Punkten Voraussetzungen genannt, die Ihre Kritik gefunden haben. Ich bitte Sie, Ihr Urteil unter Berücksichtigung folgender Tatsachen zu überprüfen:

- Was die politischen Veränderungen in der DDR angeht, so habe ich keine Forderung erhoben, die nicht schon vorher von der Bevölkerung selbst erhoben oder von der Führung der DDR bereits zugestanden war: Ich denke insbesondere an freie Wahlen und die Zulassung von neuen Parteien und Gewerkschaften.
- Ich habe für konkrete Fortschritte keinerlei Fristen gesetzt. Die Änderung der Verfassung der DDR, mit der das Machtmonopol der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aufgegeben wurde, war von der Bevölkerung und der SED selbst bewirkt worden. Das gleiche gilt im übrigen für den kollektiven Rücktritt des Zentralkomitees der SED.
- Schließlich gibt es im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit objektive Voraussetzungen für ein verstärktes Engagement aus der Bundesrepublik Deutschland: Da die Bundesregierung selbst keine kommerzielle Tätigkeit betreibt, ist sie darauf angewiesen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen oder zu verbessern, daß auch die private Initiative mitwirken kann. Wir haben dies z.B. durch Verträge über den Schutz und die Förderung von Investitionen bereits mit der Sowjetunion³², mit Polen³³, Ungarn³⁴, Bulgarien³⁵ und Rumänien³⁶ getan; es ist deshalb bezeichnend, daß Ministerpräsident Modrow die Aushandlung eines entsprechenden Abkommens mit uns mit höchster Priorität betreibt.

Dies bringt mich zum Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ der beiden deutschen Staaten. Ich habe hier die entsprechende Anregung aus der Regierungserklärung Ministerpräsident Modrows vom 17. November 1989³⁷ bewußt positiv aufgenommen. Wir werden in Dresden intensiv über die nächsten möglichen Schritte sprechen, insbesondere über die Entwicklung einer Wirtschaftsgemeinschaft.

Mir geht es dabei vor allem um Formen der Gemeinsamkeit, wie sie unter guten und engen Nachbarn üblich sind und wie sie etwa zwischen der Bundesrepublik

³² Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 343–349.

³³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 607–614.

³⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 439–445.

³⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 743–750.

³⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1158–1166.

³⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vgl. den Artikel „Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein“; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. November 1989, S. 3–5.

Deutschland und allen ihren südlichen, westlichen und nördlichen Nachbarn bereits bestehen. Daß sich aus gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur darüber hinaus Ansatzpunkte erweiterter Zusammenarbeit ergeben können, halte ich für wahrscheinlich.

Schließlich habe ich angeregt, über „konföderative Strukturen“ zu sprechen und in einer weiteren zeitlichen Perspektive zu einer „Konföderation“ zu kommen. Damit ist dreierlei gesagt:

- Einmal setzt ein solcher Prozeß nach allgemein anerkannten Prinzipien des Staats- und Völkerrechts die Existenz von zwei souveränen Partnern voraus, die beschließen, aufeinander zuzugehen und dabei institutionelle Formen zu vereinbaren. Dies ist natürlich der völlige Gegensatz zur Propagandabeauptung, hier wolle der eine den anderen „verschlucken“.
- Zum anderen ist es die klare Absage an jegliche Form zwangsweiser Vereinigung, wie sie tatsächlich im vergangenen Jahrhundert „mit Blut und Eisen“ praktiziert worden ist. Ich habe Ihre Rede zum 40. Jahrestag der DDR³⁸ und insbesondere Ihr Zitat des russischen Dichters und Diplomaten Fjodor Tjutschew aufmerksam gelesen und teile Ihre Deutung, was die Beziehungen unserer beiden Staaten angeht.

Ich wünsche mir meinerseits ebenso große Aufmerksamkeit für die Rede, die ich am 18. Dezember 1989 in der Ungarischen Nationalversammlung³⁹ halte und deren Schlüsselpassagen lauten:

„Unhistorisch und unglauwürdig wäre aber auch die Behauptung, es gehe nur die Deutschen an,

- ob und wie sie über ihr Schicksal frei bestimmen;
- ob sie ihren Weg mit oder gegen ihre Nachbarn gehen.

Angesichts der leidvollen Geschichte weiß ich nur zu gut,

- daß diese Frage – und unsere Antwort darauf – keinen unserer Nachbarn in Ost und West gleichgültig läßt,
- mehr noch: daß wir Deutsche Mitverantwortung für die Sicherheit unserer Nachbarn tragen und ihren Gefühlen Achtung schulden.“

„Wir wollen die Teilung Europas und unseres Vaterlandes organisch überwinden. Wir wollen, daß alle Europäer – und darin eingeschlossen alle Deutschen – in gemeinsamer Freiheit zusammenkommen.

Dies ist unsere klare Absage an

- deutsche Alleingänge oder Sonderwege und
- einen rückwärtsgewandten Nationalismus.

Die Zukunft aller Deutschen heißt Europa.“

Meine Aussagen über die „Sicherheit unserer Nachbarn“ beziehen sich selbstverständlich auch auf die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Ihres Landes.

³⁸ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Uns vereinen die Ideale des Sozialismus und des Friedens“; NEUES DEUTSCHLAND vom 9. Oktober 1989, S. 3 f.

³⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl in Budapest vgl. BULLETIN 1989, S. 1257–1260. Zu Kohls Besuch vom 16. bis 18. Dezember 1989 in Ungarn vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124, und WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 60.

- Schließlich ist der Weg der „konföderativen Strukturen“ und der „Konföderation“ eine Antwort auf die Grenzfrage. Beide Partner können von der in der Schlußakte von Helsinki eingeräumten Möglichkeit Gebrauch machen, „ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung (zu) verändern“.

Kommt eine derartige Vereinbarung nicht zustande, bleiben – wiederum entsprechend der Schlußakte –

„die Grenzen aller Staaten in Europa ... unverletzlich“.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR bleibt es bei dieser Perspektive, wie es im Moskauer Vertrag vereinbart ist.

IV. Herr Generalsekretär, ich bin mit der Wertung, die Sie gegenüber Bundesminister Genscher geäußert haben, einverstanden: Die gegenwärtigen Prozesse in Europa bedeuten eine wirkliche Wende der Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt – und die Politiker werden vom historischen Prozeß einer Prüfung unterzogen, ob und wie sie gemeinsam an die Probleme herangegangen sind.

Gerade angesichts der Tragweite der Fragen, die ich in diesem Schreiben angeschnitten habe, bin ich mir bewußt, daß bei weitem nicht alle Aspekte erörtert und alle notwendigen Differenzierungen eingebracht sind.

Ich würde es deshalb sehr begrüßen, wenn wir unseren Gedankenaustausch in naher Zukunft persönlich fortsetzen könnten. Wir sollten dabei insbesondere auch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern erörtern. Ich schlage Ihnen deshalb vor, bald im neuen Jahr in informellem Rahmen an einem Ort Ihrer Wahl zusammenzutreffen.⁴⁰

Mit freundlichen Grüßen
[Helmut Kohl]

Referat 010, Bd. 178924

⁴⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR am 10./11. Februar 1990. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 174 und Dok. 175, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 72 und Dok. 73, sowie DIPLOMATIE, Dok. 20.

408

**Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. Brüssel,
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1497

Citissime nachts

Aufgabe: 14. Dezember 1989, 15.27 Uhr¹

Ankunft: 14. Dezember 1989, 15.55 Uhr

Betr.: Treffen der vier Außenminister zu Deutschland- und Berlin-Fragen am
13.12.1989 in Brüssel (Gastgeber F)²

Anlg.: 2

1) Zusammenfassung

1.1) Beherrschendes Thema war die Lage in der DDR. Übereinstimmend wurde sie als sensibel eingeschätzt. Die Aufrechterhaltung stabiler Rahmenbedingungen für die Reformen in der DDR wurde unterstrichen. Politische Behutsamkeit und Unterstützung sind gefragt. Die Minister verabredeten, in engem Kontakt zu bleiben.

1.2) Die Außenminister vereinbarten, die Möglichkeit der Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten in der Vierergruppe unter rechtlichen und politischen Gesichtspunkten in konstruktivem Geist zu prüfen.

1.3) Die Luftverkehrsfragen sollen im Hinblick auf die Vier-Mächte-Gespräche im Rahmen der Berlin-Initiative³ von der Vierergruppe vorrangig vorbereitet werden.

1.4) Die Außenminister verabschiedeten die Deutschland- und Berlin-Passage für das NATO-Kommuniqué (Anlage 1) sowie das „Berlin Assessment“, dessen „General Trends“ (Anlage 2) im NATO-Kreis wie üblich zirkuliert werden.

2) Im einzelnen

2.1) Die Außenminister hatten einen ausführlichen Meinungsaustausch über die Lageentwicklung in der DDR. Unterstrichen wurde die Zerbrechlichkeit des Reformprozesses auf dem Hintergrund dieser Lageentwicklung. Die vier Außenminister waren sich einig darin, daß alles getan werden müsse, um stabile Rahmenbedingungen zu erhalten und zu stärken, die den Reformprozeß sicherstellen können. Dazu gehöre insbesondere äußerste politische Behutsamkeit.

BM dankte für die Aufnahme der DDR in die Erklärung der 24⁴ in der Perspektive zukünftiger Hilfeleistungen.

¹ Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Vortragendem Legationsrat Herold, beide z.Z. Brüssel, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 14. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Lambach „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Lambach am 1. Januar 1990 erneut vorgelegen.

² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) vgl. auch DIE EINHEIT, Dok. 29.

³ Zur Berlin-Initiative des amerikanischen Präsidenten Reagan vgl. Dok. 195, Anm. 17.

⁴ Vgl. dazu Ziffer 8 der Erklärung der Außenminister der G24 am 13. Dezember 1989 in Brüssel; EUROPA-ARCHIV 1990, D 60. Vgl. dazu ferner Dok. 416.

Die Außenminister unterstrichen die andauernde Notwendigkeit, durch Kontakte und über die Medien auf die Lage in der DDR beruhigend einzuwirken. In diesem Zusammenhang wurden die bisherigen Schritte von deutscher und anderer westlicher Seite, insbesondere die auch im DDR-Fernsehen übertragene Rede des Bundespräsidenten⁵, gewürdigt. BM nahm auch Bezug auf seine Ausführungen in Saarbrücken⁶, deren Kernaussagen das DDR-Fernsehen sechs Minuten lang ausgestrahlt hatte. Er werde auch das kommende Wochenende in Halle für eine Ansprache an die Bevölkerung im Anschluß an den Gottesdienst in der Kirche nutzen.⁷

Übereinstimmend wurde die Wichtigkeit einer Unterstützung der Übergangsregierung Modrow unterstrichen, die die schwere Aufgabe habe, einigermaßen stabile Verhältnisse bis zu dem wichtigen politischen Schritt erster freier und geheimer Wahlen in der DDR zu sichern. BM führte in diesem Zusammenhang aus, daß der SED in der Bevölkerung weitgehend keine Glaubwürdigkeit eingeräumt werde. Wahrscheinlich seien Modrow und Berghofer im Augenblick die einzigen in der SED, denen die Bevölkerung vertraue. Die Opposition sei noch nicht in der Lage, das entstandene politische Vakuum auszufüllen. Wichtig sei weiterhin die stabilisierende Rolle der Kirchen.

AM Baker motivierte sein Zusammentreffen mit Modrow in Potsdam⁸ wesentlich in dem Sinne, zur Stärkung Modrows in der gegenwärtigen Phase der Lageentwicklung in der DDR beizutragen. Kirchenvertreter, mit denen er bei dieser Gelegenheit auch zusammengetroffen sei, hätten auf die trübe Wirtschaftslage in der DDR hingewiesen, die im Gegensatz zu den emotionalen Fragestellungen dieser Tage das beherrschende Thema gewesen sei. Man müsse der Bevölkerung klarmachen, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage so oder so Zeit brauche. In jedem Fall liefen die Entwicklungen auf eine „de facto reunification“ hinaus. Baker bezeichnete auf diesem Hintergrund die Einbeziehung der DDR in die Erklärung der 24 als den richtigen Schritt.

BM hob hervor, der DDR-Öffentlichkeit müsse verständlich gemacht werden, daß unter den gegebenen Verhältnissen politische Freiheit sehr rasch auch zu wirtschaftlicher Freiheit und damit zu einer Verbesserung des Lebensstandards

⁵ Für den Wortlaut des Interviews des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem DDR-Fernsehen vom 13. Dezember 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1213–1216.

⁶ Anlässlich der Entgegennahme der Richard-Becker-Medaille hielt Bundesminister Genscher am 10. Dezember 1989 im saarländischen Landtag in Saarbrücken eine Rede. Für das Manuskript vgl. die Mitteilung für die Presse Nr. 1201/89 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179076.

⁷ Bundesminister Genscher nahm am 17. Dezember 1989 in der Marktkirche zu Halle an einem Podiumsgespräch mit Vertretern der Reformbewegung teil und führte ein Gespräch mit Gemeindegliedern. Für den Wortlaut seiner Beiträge (Auszüge) vgl. die Mitteilung für die Presse Nr. 1212/89 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179076. Vgl. dazu auch GENSCHER, Erinnerungen, S. 698–700.

⁸ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich am 12. Dezember 1989 in der DDR auf. Ministerialdirigent Meyer-Sebastian, Ost-Berlin, berichtete am 14. Dezember 1989: „Der erste Besuch eines US-Außenministers in der DDR entsprang einer sehr kurzfristig gefaßten Entscheidung von Baker [...]. Der wesentliche Zweck dieses Besuches war, beruhigend auf die Lage in der DDR einzuwirken“. Ministerpräsident Modrow habe seine „Sorge über die Wirtschaftslage und von dort ausgehend für die Regierungsfähigkeit des Landes überhaupt zum Ausdruck gebracht“. Anschließend sei Baker mit Kirchenvertretern in der Nikolaikirche in Potsdam zusammengetroffen: „Gesprächspartner waren Generalsuperintendent Bransch und Konsistorialpräsident Stolpe.“ Letztere hätten „die sich verstärkende Wiedervereinigungsdiskussion als den Versuch gewertet, auf die erheblichen wirtschaftlichen Probleme aus nationaler Sicht eine schnelle Antwort zu geben, da die Probleme nur durch Wiedervereinigung zu lösen seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2877; Referat 212, Bd. 158504.

führen werde. Wir würden darstellen, daß eine immer engere wirtschaftliche Verflechtung schon jetzt eintreten werde, die Sorgen in der Bevölkerung der DDR verringern sollte. Die Bevölkerung frage allerdings, wie lange dieser Prozeß dauern werde. Wir müßten sie darin bestärken, daß wir alles daran setzten, den Prozeß von unserer Seite zu beschleunigen. Dies werde er am Wochenende deutlich machen. Der Bundeskanzler werde dies auch durch seinen Besuch in der kommenden Woche in Dresden⁹ zum Ausdruck bringen.

AM Dumas unterrichtete in diesem Zusammenhang über den bevorstehenden DDR-Aufenthalt von Präsident Mitterrand, an dem er teilnehme.¹⁰

2.2) BM Genscher griff im Kreise der Außenminister das Thema der direkten Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten auf. Hierüber sollten in der Vierergruppe die Beratungen aufgenommen werden. Es stehe zu erwarten, daß das Wahlgesetz der DDR für die ersten freien und geheimen Parlamentswahlen die Direktwahl der Ost-Berliner Abgeordneten vorsehen werde. Das gleiche müßte dann für die Bundestagsabgeordneten aus Berlin (West) angestrebt werden. Darüber sei auch zwischen dem Bundeskanzler und dem Regierenden Bürgermeister¹¹ gesprochen worden. Auf dem Hintergrund der zuvor angestellten Erörterungen der Direktoren¹² und der Expertenebene stimmten die Außenminister dem Vorschlag einer Prüfung der rechtlichen und politischen Aspekte des Themas durch die Vierergruppe in konstruktivem Geiste zu. Zur rechtlichen Lage unterstrich D2¹³ auf der Direktorenebene, daß aus unserer Sicht das Vier-Mächte-Abkommen¹⁴ nichts enthalte, was einer Direktwahl entgegenstehe. Der französische Politische Direktor¹⁵ sah die eigentliche Schwierigkeit darin, daß man mit der bisherigen alliierten Haltung in Konflikt gerate. Allgemein wurde auf der Direktorenebene die politische Bedeutung einer neuen Lage nicht verkannt, bei der Berlin (West) der einzige Platz in Deutschland bliebe, wo nicht freie Wahlen für die Volksvertretung auf staatlicher Ebene stattfinden würden.

2.3) Das Treffen der vier Botschafter in Berlin am 11. Dezember¹⁶ fand eine übereinstimmende Wertung auf allen Ebenen. Man war sich einig, daß über die Frage evtl. weiterer Treffen und der angemessenen Ebene im Lichte der Erfordernisse der Berlin-Initiative noch zu beraten sein werde. Die Vierergruppe wurde angewiesen, alle Luftverkehrsfragen, insbesondere auch die des Korridorverkehrs, im Rahmen der Vorbereitung solcher Gespräche vorrangig zu behandeln.

⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 19./20. Dezember 1989 in der DDR und zu seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Modrow vgl. Dok. 429.

¹⁰ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR auf. Vgl. dazu Dok. 431.

¹¹ Walter Momper.

¹² Vgl. dazu den „Political Directors' Report on Berlin and Germany as a whole, Brussels, 13 December 1989“; Referat 210, Bd. 140774.

Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 409.

¹³ Dieter Kastrup.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹⁵ Bertrand Dufourcq.

¹⁶ Am 11. Dezember 1989 trafen die Botschafter der Drei Mächte in Bonn, Boidevaix (Frankreich), Mallaby (Großbritannien) und Walters (USA), mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschemassow, im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin (West) zusammen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 28, DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 121, und DIPLOMATIE FRANÇAISE, Dok. 26.

2.4) Die Außenminister entschlossen sich nach einem Gedankenaustausch über Fragen der Öffentlichkeitswirkung unterschiedlicher Kommuniké-Formulierungen, für den Absatz drei der in der Anlage beigelegten Deutschland- und Berlin-Passage des NATO-Kommunikés den Wortlaut der Straßburger Erklärung¹⁷ in vollem Umfang zu übernehmen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die zunächst zögerliche Haltung der USA, die damit auch im NATO-Kreis eine deutliche Aussage zur europäischen Integration trifft, bemerkenswert.

2.5) Die Atmosphäre der Beratungen war auf allen Ebenen freundschaftlich, der Meinungsaustausch war eng und vertrauensvoll. Von unseren Partnern wurden mehrfach das Interesse und die Bereitschaft unterstrichen, sich in der gegenwärtigen schwierigen Phase auf allen Ebenen regelmäßig auszutauschen. Auch wir haben unser eigenes großes Interesse daran bekundet.

[gez.] Kastrup

Anlage 1

Deutschland- und Berlin-Passage des NATO-Kommunikés¹⁸

Wir sehen einen schnellen Fortschritt in Richtung auf Demokratie und Freiheit in der DDR und im Ostsektor von Berlin. Die Wiederherstellung der Freizügigkeit war ein besonders bewegendes Ereignis. Die Mauer, die Berlin während fast drei Jahrzehnten geteilt hat, ist durchlässig geworden.

Es bestehen neue Möglichkeiten, um die Trennung Europas und damit Deutschlands und insbesondere auch Berlins zu überwinden. Diese neue Lage öffnet den Weg zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten.

Wir streben die Stärkung des Zustands des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der einschlägigen Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki¹⁹ niedergelegten Prinzipien im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.

Ende Anlage 1

Folgt Anlage 2

The Berlin Assessment

I. General Trends

1) The Berlin wall has been breached. Notwithstanding the sweeping changes which have taken place, Berlin has remained peaceful. The status of the city has not been affected. There are fresh opportunities for overcoming its division and

¹⁷ Zur Erklärung des Europäischen Rats zur deutschen Einheit bei seiner Tagung am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 406, besonders Anm. 2.

¹⁸ Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 121. Für den deutschen Wortlaut vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1990, D 152. Zur Tagung vgl. Dok. 411.

¹⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

achieving practical improvements for Berliners. The Soviet Ambassador²⁰ responded favourably to the Allied Berlin initiative at a meeting of the Ambassadors of the Four Powers, in Berlin, on 11 December.

2) There have been dramatic changes in the Eastern Sector and the GDR. By December 1989 more than 300 000 Germans from the GDR had left to resettle in the West. This and the ongoing mass demonstrations led to an intensive process of profound changes. In effect, the Berlin Wall no longer serves its original purpose. Since 9 November, people from the Eastern Sector and the GDR have been able to travel freely to the West. Numerous new crossings have been opened in Berlin and along the inner German border.

3) Under constant pressure from the population, the SED lost most of its power and influence in state and society. The present „coalition“ government was forced to enter into round table discussions with opposition groups²¹ which enjoy wide support among the GDR population. Free elections (possibly in early May 1990) and the elaboration of a new constitution were agreed upon. The present economic and social situation of the GDR is marked by additional problems resulting from the massive outflow of people.

4) Prime Minister Modrow, head of the Interim Coalition Government, expressed interest in improving relations with the Federal Republic with the aim of arriving at a close relationship between the two German states based on a system of agreements (Vertragsgemeinschaft).²² The Federal Government responded favourably. Closer co-operation can be expected between the two German states.

5) In addition, Prime Minister Modrow approached the E.C. and its member states to indicate a desire for a closer relationship.²³

6) The recent developments have imposed new burdens on the Senat. They have also created new prospects for the future, for example in the areas of transportation, urban planning, culture and sports. In this time of change there has been close and effective co-operation between the Allies and the Senat.

7) There has been no significant change in the Soviet attitude towards Berlin status issues. In some instances the Soviet authorities have, however, shown flexibility in reaching practical solutions. With regard to the changes occurring in the Eastern Sector and the GDR, the Soviet Union has indicated a non-interventionist approach, while emphasizing the need for stability.

8) On 8 December the Soviet authorities informed the Allied Governments that they were prepared to engage in Four Power talks on the Berlin initiative, which the Allies first proposed to the Soviet Union in 1987 in order to achieve practical improvements for Berlin. The Ambassadors of the Four Powers met on 11 December in the ACA²⁴ building in Berlin, and the Soviet Ambassador expressed favourable interest in the initiative.

²⁰ Wjatscheslaw Iwanowitsch Kotschemassow.

²¹ Zum „Runden Tisch“ in der DDR vgl. Dok. 404.

²² Vgl. dazu die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. November 1989, S. 3–5.

²³ Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Anm. 13.

²⁴ Allied Control Authority.

9) There were no significant difficulties for Allied flights in the air corridors. The number and duration of Soviet airspace reservations were similar to the unusually high level of 1988. With effect from the end of October, Allied airlines responded to overcapacities in the market at that time by reducing by 7,5 percent the number of scheduled flights between Berlin and the Federal Republic.

10) Regular air services between the two German states have been introduced. Lufthansa is now flying to Leipzig from Frankfurt and Munich, and Interflug is flying to Düsseldorf and Hamburg from Leipzig and Dresden respectively.

Referat 210, Bd. 140774

409

**Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. Brüssel,
an das Auswärtige Amt**

114-1/89 geheim

Fernschreiben Nr. 1499

Aufgabe: 14. Dezember 1989, 20.07 Uhr¹

Ankunft: 14. Dezember 1989, 20.54 Uhr

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 13.12.89
in Brüssel

Zur Unterrichtung

Die Politischen Direktoren trafen sich am 13.12.89 im kleinen Kreis in Brüssel zu Konsultationen und zur Vorbereitung des traditionellen Ministertreffens² am Vorabend der NATO-Herbsttagung³.

Im Mittelpunkt standen

- die Entwicklung in der DDR und in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas sowie die westliche Reaktion,
- der KSZE-Prozeß,
- Rüstungskontrollfragen: VKSE (Einführung des westlichen Vertragsentwurfs), START, CW, Open skies,
- einzelne Regionalfragen (Libanon, Zentralamerika).

(Über den von der Bonner Vierergruppe vorbereiteten Teil der Gespräche (NATO-Kommuniqué, Bericht über Lage in der DDR) folgt gesonderter Bericht.)

1) Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa

In der Einschätzung der Entwicklung bestand weitgehende Übereinstimmung. F (Vorsitz) wies – mit allgemeiner Zustimmung – zusammenfassend auf weit-

¹ Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke, z.Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.
Hat Moltke am 15. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

³ Die NATO-Ministerratstagung fand am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 411.

gehende Parallelität der Entwicklungen in den einzelnen Ländern hin: Schwächung der Kommunistischen Partei (sozialdemokratische Umgestaltung in Ungarn, möglicherweise auch in Polen und DDR), Infragestellung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei (mit Ausnahme: SU (noch), Rumänien, Albanien). (GB: KP versucht, soweit wie möglich Kontrolle über Armee und Polizei zu behalten (Polen), Veränderungen durch Druck des Volkes, ähnliche Reformansätze (Abschaffung Einheitspartei, Pluralismus, Wahlen, Unterrichtsreform, Marktwirtschaft, Tendenz zu Koalitionsregierungen, Westöffnung).) Unübersehbare Rückwirkungen auf SU. Ausgestaltung partnerschaftlicher Beziehungen (Beispiel Polen–SU) und voraussichtliche Beibehaltung enger wirtschaftlicher Beziehungen zur SU, eventuell Umstellung auf Devisenbasis. Ich⁴ wies darauf hin, daß Gorbatschow zwar der Entwicklung mehr oder weniger ihren⁵ Lauf lasse, er aber über mögliche Destabilisierungen sehr besorgt sei, was bei Gespräch mit BM in Moskau⁶ sehr deutlich wurde. USA (Dobbins) unterstrichen Bakers Ansatz, in der 24er-Gruppe den geeigneten Mechanismus für westliche Unterstützung zu sehen, der auch andere Länder (DDR, ČSSR, Bulgarien) einbeziehen sollte. Er regte Ernennung von Koordinatoren (USA: Eagleburger) für interne und externe Koordinierung an. Er gab zu erwägen, Fragen im Zusammenhang mit Ausweitung des Empfängerkreises in kleinerer Gruppe (Sieben, gegebenenfalls durch Einbeziehung der Politischen Direktoren bei Sherpa-Treffen) zu erörtern.

2) DDR

Über die Notwendigkeit sehr enger, umfassender und gegebenenfalls schneller Konsultationen (über alle Fragen im Zusammenhang mit der DDR, den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und entsprechenden Kontakten mit der SU) bestand Einigkeit. Es wurde vereinbart, diese im kleinen Kreis (US-Vorschlag), gegebenenfalls auch ad hoc und in kurzer Frist (D2), zu führen. US schlugen vor, gegebenenfalls ein Treffen der Minister am Rande der Ottawa-Konferenz (Open skies)⁷ ins Auge zu fassen. F berichtete, daß AM Schewardnadse in Kiew sich sehr kategorisch gegenüber AM Dumas zur Frage der deutschen Einheit geäußert habe.⁸ Besonders scharf sei er auf Punkt drei des Zehn-

⁴ Dieter Kastrup.

⁵ Korrigiert aus: „seinen“.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

⁷ Vom 12. bis 14. Februar 1990 kamen die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten und der Warschauer-Pakt-Staaten zur Eröffnung der „Open skies“-Konferenz in Ottawa zusammen. Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 11. Februar 1990 in Ottawa vgl. DIE EINHEIT, Dok. 49. Ferner fand am 12. Februar 1990 ein Gespräch Genschers mit Baker statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

⁸ Der französische Außenminister Dumas begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch am 6. Dezember 1989 in der UdSSR. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Dezember 1989, der französische NATO-Botschafter Robin habe den Ständigen NATO-Rat am selben Tag über das Gespräch zwischen Dumas und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse informiert: „Schewardnadse habe festgestellt, Perspektive der deutschen Einheit sei nicht ausgeschlossen, aber noch seien die Bedingungen dafür nicht reif. [...] Französische Seite erkannte ziemlich offene Tendenz der Sowjets, die Frage zu dramatisieren. Es habe ‚harte Kritik am Zehn-Punkte-Programm‘ gegeben, wobei Sowjets aber eingeräumt hätten, daß einige Formeln akzeptabel seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1487; Referat 210, Bd. 140698.

Punkte-Plans⁹ eingegangen. SU sei für deutsche Einheit, wenn Bedingungen dafür reif seien, was nach ihrer Ansicht zur Zeit nicht der Fall sei. Als Bedingung habe Schewardnadse genannt: weiteres gesamteuropäisches Zusammenwachsen, KSE-Abkommen, Transformation der Bündnisse, fortschreitende Entmilitarisierung Europas. USA stellten hierzu fest, daß KSE-Abkommen einzige objektiv feststellbare Bedingung sei, die übrigen sowjetischer Bewertung Raum ließen.¹⁰

Ich erwähnte, daß Gorbatschow im Gespräch mit BM zwar nicht so detailliert, aber in lebhafter Form auf der gleichen Linie argumentiert habe. Er habe die Bundesregierung der Einmischung in der DDR beschuldigt und Punkt drei als „Diktat“ bezeichnet. BM habe dies zurückgewiesen und darauf verwiesen, daß wir unser Ziel nie im unklaren gelassen hätten (Brief zur deutschen Einheit¹¹, Helsinki-Schlußakte¹²). Aus dem Gespräch sei deutlich geworden, daß die Wahrung der Stabilität eine große Sorge für Gorbatschow sei, und die Gefahr, daß die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, besonders in der DDR, den gesamten Reformprozeß, auch in der SU, beeinträchtigen könnte, ihn beunruhige. Ich wies auf den bisher friedlichen Verlauf der Demonstrationen und der Diskussion in der DDR hin. Beunruhigend sei allerdings, daß am Montag¹³ in Leipzig erstmals die Demonstration aggressivere Züge bekommen hat. Unsere Politiker (BM¹⁴, Bundespräsident¹⁵) hätten im DDR-Fernsehen zu geordnetem, friedlichem Vorgehen und zur Mäßigung gemahnt.

F berichtete, daß Schewardnadse sich im Gespräch mit Dumas sehr zufrieden über das Ergebnis von Malta¹⁶ gezeigt habe, weil auch USA für Stabilität in Osteuropa eintrete und zur Zusammenarbeit bei ihrer Wahrung bereit sei. Die Sorge vor negativen Rückwirkungen der Entwicklungen auf SU und sowjetische Interessen sei ausgeprägt. Dumas habe seinerseits unterstrichen, daß auch F für Stabilität eintrete und berechnete sowjetische Interessen nicht beeinträchtigt sehen wolle.

Ich machte deutlich, daß wir nichts gegen die Erörterung praktischer Berlin-Fragen unserer drei Partner mit der SU hätten, daß aber der Eindruck vermieden werden müsse, die Vier bildeten eine Art „Direktorium“, das über Deutschland und seine künftige Entwicklung entscheide. Dies würde in unserer Öffentlichkeit zu sehr problematischen Reaktionen führen. Aus Gespräch mit sowjetischem Botschafter¹⁷ habe ich den Eindruck, daß SU eine solche Gemein-

⁹ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

¹⁰ So in der Vorlage.

¹¹ Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 339, Anm. 3.

¹² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹³ 11. Dezember 1989.

¹⁴ Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 10. Dezember 1989 im saarländischen Landtag in Saarbrücken anläßlich der Entgegennahme der Richard-Becker-Medaille bzw. die Mitteilung für die Presse Nr. 1201/89 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179076.

¹⁵ Vgl. dazu das Interview des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem DDR-Fernsehen vom 13. Dezember 1989; BULLETIN 1989, S. 1213–1216.

¹⁶ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vgl. Dok. 391–393.

¹⁷ Für das Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 11. Dezember 1989 vgl. DIPLOMATIE, Dok. 15.

samkeit der Vier herstellen wolle. Dies wäre weder in unserem Interesse noch im Interesse der Menschen der DDR. Ich erwähnte, daß sowjetischer Botschafter sich mit Straßburger Erklärung¹⁸ zufrieden gezeigt habe (F: so auch Adami-schin in Paris persönlich „sehr vernünftig“).

USA berichteten, daß Gespräche Bakers in Potsdam¹⁹ Eindruck einer sehr instabilen Situation vermittelt hätten. Die Gefahr von Unruhen wachse. Auch MP Modrow habe den Eindruck gegeben, daß seine Regierung nicht die volle Kontrolle besitze. Die Kirchenvertreter hätten der Regierung Modrow wenig Überlebenschancen bis zu den Wahlen im Mai gegeben. Beide, Modrow und Kirche, hätten schnelle westliche Hilfe für erforderlich gehalten, die Kirchenvertreter auch, um Legitimität der Regierung Modrow bis zu den Wahlen zu stärken. Die Frage der deutschen Einheit sei von US-Seite nicht angesprochen worden.

3) KSZE-Prozeß

USA machten erneut deutlich, daß sich US-Einstellung zu KSZE geändert hat. USA sind jetzt bestrebt, KSZE in ganzer Breite für europäische Entwicklung zu nutzen. GB unterstrich Rolle des KSZE-Prozesses für künftige Architektur Europas (Hinweis auf Straßburger Erklärung und Baker-Rede in Berlin²⁰); weitere Ausgestaltung des KSZE-Prozesses, z. B. eventuell auch hinsichtlich der Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen²¹, sollte geprüft werden.

Einigkeit bestand, daß der Westen die Agenda setzen und Gorbatschow nicht die Initiative überlassen sollte. Ich wies darauf hin, daß wir keine Zeit verlieren und den Dingen nicht ihren Lauf lassen sollten, sondern die Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen 1990 frühzeitig im nächsten Jahr beginnen sollten. Die Helsinki-Konferenz²² sei seinerzeit volle zwei Wochen von den Delegationsleitern vorbereitet worden. Die gleiche Zeit sei mindestens auch jetzt erforderlich, wenn wir konkrete Ergebnisse erreichen wollten.

Der Gedankenaustausch zum KSZE-Gipfeltreffen 1990 ließ erkennen, daß allseits neben der möglichen Unterzeichnung von KSE- und VSBM-Abkommen ein Treffen der 35 für prüfenswert gehalten wird, um eventuell ein Mandat für Gipfel 1992 aufzustellen oder aber bereits weiterführende Schritte zu vereinbaren (D2) oder Ergebnisse der KSZE bzw. der Kopenhagener MR-Konferenz zu „ratifizieren“ (USA). USA hielten es aber für unklug, schon jetzt mit solchen Gedanken die Erwartungen zu steigern. USA gehen gegenwärtig noch offiziell von einer ausschließlichen KSE-Unterzeichnung durch 23 aus.

USA bestätigten positivere Einstellung zu KWZE.²³ USA würden dabei stärkeren Akzent auf die Behandlung der westlichen Hilfestellungen für Wandel von

¹⁸ Zur Erklärung des Europäischen Rats zur deutschen Einheit bei seiner Tagung am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 406, besonders Anm. 2.

¹⁹ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Baker am 12. Dezember 1989 in der DDR vgl. Dok. 408, Anm. 8.

²⁰ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte Berlin (West) am 12. Dezember 1989. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Berliner Presse Club vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 77–84.

²¹ Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²² In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

²³ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

zentral gelenkten zu marktorientierten Wirtschaften bevorzugen. Hinsichtlich der Teilnahme von Wirtschaftsvertretern zeichnet sich ein Einlenken ab, jedoch besteht wenig Neigung, der Anbahnung von Geschäftskontakten zuzustimmen. USA warnten davor, den Technologietransfer einzubeziehen; dies sollte im COCOM-Rahmen behandelt werden. Das ungarische Verifikationsangebot²⁴ könnte hier als Modell für die Diskussion dienen. Den USA würde hier ein weiterer Schritt noch leichter fallen, wenn Ungarn auch bereit wäre, Maßnahmen gegen versteckten Transfer zu unternehmen.

Ich begrüßte die positivere US-Einstellung zur KWZE und wies darauf hin, daß die Konferenz jetzt höchste politische Bedeutung gewonnen habe. Wir sollten die Konferenz-Agenda danach gestalten, was wir unterstützen wollten. Unser Ziel sei es, die Konferenz mit einem Abschlußdokument zu beenden. Ein entsprechender Entwurf wäre in Vorbereitung.

4) Rüstungskontrolle

VKSE: Gegenstand der Erörterungen war vor allem die Einführung des westlichen Vertragsentwurfs in Wien.²⁵ USA wiesen darauf hin, daß es sich in erster Linie um eine Auseinandersetzung mit Griechenland handle. Die Griechen und die Türken dürften nicht in dieselbe Kategorie gestellt werden, dies führe zu keiner Lösung. Griechenland müsse vielmehr das Gefühl erhalten, isoliert zu sein. D2 kündigte an, daß BM bei NATO-Tagungen vorschlagen werde, den Vertragsentwurf in Wien einzubringen, auch wenn es nicht gelinge, Griechenland und die Türkei zur Zustimmung zu bewegen.

CW: USA bezeichneten die Aussichten für einen schnelleren Fortschritt bei den Verhandlungen über ein Abkommen als günstig, da die SU jetzt bereit sei, über eine Reduzierung der Bestände auf 20 v.H. des US-Bestandes zu sprechen. Präsident Bush interessiere sich weiter sehr persönlich für die Angelegenheit. F wies darauf hin, daß bei den Gesprächen in Kiew SU habe erkennen lassen, daß es ihr aus technischen Gründen Schwierigkeiten bereiten werde, einen so großen Anteil ihres Bestandes zu zerstören. USA glaubten Hinweise darauf zu haben, daß SU neue Installationen errichte. Er wollte es auch nicht ausschließen, der SU auf entsprechende Bitte amerikanische Technologie zu überlassen.

START: USA äußerten Zweifel an der Unterzeichnung eines Abkommens im Juni 1990. Er hielt die Lösung der ausstehenden Probleme bis zu diesem Zeitpunkt für sehr ambitionös.

Weltraum: USA bezeichneten den neu übergebenen Entwurf eines Abkommens-textes mit dem alten Entwurf weitgehend identisch. Ein von den USA vorgeschlagenes Treffen sei für Januar vereinbart.

Open skies: USA sprachen sich gegen Überlegungen aus, auch die neutralen Staaten Europas zur Ottawa-Konferenz einzuladen. Das Ziel von Open skies sei eine Kontrolle des sowjetischen Territoriums. Die Neutralen stellten für uns keine Bedrohung dar, deshalb sei es auch nicht erforderlich, sie in Diskussionen einzubeziehen. GB wies darauf hin, daß SU ein Interesse daran haben könnte,

²⁴ Vgl. dazu das am 2. November 1989 übergebene ungarische Memorandum zu COCOM; Dok. 376, Anm. 12.

²⁵ Zu den VKSE und zur Einführung des Verhandlungsvorschlags der NATO-Mitgliedstaaten am 14. Dezember 1989 vgl. Dok. 425.

Länder wie Jugoslawien, Schweden oder Finnland einzubeziehen. F meinte, daß man ein solches Ansinnen nicht zurückweisen könnte, wenn es dazu diene, das Vertrauen auf sowjetischer Seite zu stärken.

²⁶⁵) Regionalfragen

Libanon: F bezeichnete die Lage als erneut völlig blockiert. Die Weigerung Aouns, die Wahl des Staatspräsidenten²⁷ als gesetzlich anzuerkennen, habe zu einer De-facto-Teilung geführt. Ohne ein entsprechendes Interesse oder auch nur Willen auf der einen oder anderen Seite sei das Abkommen von Taif²⁸ suspendiert. Bei dem Gespräch von Mitterrand und AM Dumas mit dem Dreierkomitee am Montag in Paris sei vereinbart worden, gegenwärtig zur Regelung des Problems Aoun keine Gewalt einzusetzen.²⁹ Bemühungen des Dreierkomitees, Syrien zu einer Geste des Rückzugs zu veranlassen, seien erfolglos gewesen; Syrien habe eine Beeinträchtigung seiner Glaubwürdigkeit vorgegeben. Die Situation sei nicht ermutigend; F unterhalte Kontakte auch mit Aoun, aber bisher seien alle Bemühungen erfolglos gewesen. USA verfügten über keine Informationen über den Besuch von Vance und Murphy diese Woche in Damaskus.

Zentralamerika: USA berichteten, daß in den letzten zwei Wochen AM Baker und AM Schewardnadse wegen der Waffenlieferungen nach Salvador mehrfach in Verbindung gestanden hätten. Die USA glauben der SU, daß sie ihre eigenen Waffenlieferungen in der Region gestoppt und andere dazu aufgefordert hätte, keine sowjetischen Waffen zu liefern. AM Baker habe darüber hinaus gedrängt, daß SU ihren Einfluß geltend macht, daß befreundete Länder in der Region auch keine anderen Waffen liefern. AM Schewardnadse habe dieses Ansinnen nicht zurückgewiesen. USA haben das Gefühl, daß die SU auch in dieser Richtung Anstrengungen unternehme.

[gez.] Kastrup

VS-Bd. 13036A (204)

²⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1500 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁷ Zur Wahl des libanesischen Präsidenten vgl. Dok. 405, Anm. 15.

²⁸ Zum Abkommen von Taif vom 22. Oktober 1989 vgl. Dok. 344, Anm. 10.

²⁹ Gesandter Heinichen, Paris, berichtete am 14. Dezember 1989, er habe im französischen Außenministerium folgendes erfahren: „Die AM des Libanon-Komitees der Arabischen Liga, in Begleitung von Unterhändler Ibrahim, haben am 11. Dezember in Paris Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand, PM Rocard und AM Dumas geführt. Sie hätten sich ‚äußerst besorgt‘ über die nach wie vor bestehende Gefahr der gewaltsamen Auseinandersetzung im Libanon geäußert. Die Intransigenz General Aouns sei für die anhaltenden Spannungen verantwortlich. Das Libanon-Komitee wünsche keine gewaltsame Auseinandersetzung im Libanon. Doch [...] halte es einen Waffengang als letzte Möglichkeit (‚recours ultime‘) für legitim, um General Aoun abzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3250; Referat 310, Bd. 149783.

410

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann

416-425.20

15. Dezember 1989¹Über Dg41²/D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Soziale Dimension des Binnenmarktes (EG-Sozialcharta)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die Staats- und Regierungschefs der EG-MS (außer GB) haben beim ER Straßburg am 8./9.12.1989⁵ die „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“⁶ angenommen. Diese Charta (so die Schlußfolgerungen des ER) „verdeutlicht ihre tiefgehende Bindung an ein Modell sozialer Beziehungen, das sich an gemeinsamen Traditionen und Gepflogenheiten orientiert. Die Charta wird als Bezugspunkt dafür dienen, daß die soziale Dimension bei der Entwicklung der Gemeinschaft in Zukunft in stärkerem Maße berücksichtigt wird“.⁷

Der Europäische Rat hat weiterhin das von der KOM vorgelegte Aktionsprogramm⁸ zur konkreten Umsetzung der Charta zur Kenntnis genommen und den Rat ersucht, nunmehr „unter Berücksichtigung der sozialen Dimension des Binnenmarktes und unter Beachtung der einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Zuständigkeiten“ die Beratungen über die KOM-Vorschläge aufzunehmen.

2) Die Diskussion über Form und Inhalt der Charta, die durch die Themen Mittel- und Osteuropa und WWU-Regierungskonferenz etwas in den Hintergrund getreten war, blieb dennoch bis zuletzt unverändert heftig und kontrovers. GB (PM Thatcher) war nicht dazu zu bewegen, die EG-Sozialcharta mitzutragen, auch nicht unter Hinweis auf den rechtlich unverbindlichen Charakter der Charta. Um den bei einer feierlichen Unterzeichnung entstehenden (protokollarischen) Eklat einer Nichtunterzeichnung durch PM Thatcher zu vermeiden, wurde die Charta auf Vorschlag des F-Vorsitzes ohne Unterzeichnung von elf MS angenommen (ohne GB).

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schürmann und Vortragendem Legationsrat Scheer konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 15. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 15. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 15. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte prüfen, ob für Blauen Dienst geeignet; ich finde ja – dann allerdings ohne die beiden letzten Sätze.“ Vgl. Anm. 11.

Vgl. Blauer Dienst, Nr. 1 vom 9. Januar 1990; Referat 012-9, Bd. 161315.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 405.

⁶ Für den Wortlaut der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer vom 9. Dezember 1989 vgl. SOZIALES EUROPA, hrsg. von der Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 1/90, S. 52–56.

⁷ Vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 11.

⁸ Für den Wortlaut des Aktionsprogramms der EG-Kommission vom 29. November 1989 zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer vgl. SOZIALES EUROPA, hrsg. von der Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 1/90, S. 58–83.

Die EG-Sozialcharta statuiert soziale Grundrechte für folgende Bereiche:

- Freizügigkeit,
- Beschäftigung und Arbeitsentgelt,
- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,
- sozialer Schutz,
- Koalitionsfreiheit und Tarifverhandlungen,
- berufliche Bildung,
- Gleichbehandlung von Männern und Frauen,
- Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung der Arbeitnehmer,
- Gesundheitsschutz und Sicherheit in der Arbeitsumwelt,
- Kinder- und Jugendschutz,
- ältere Menschen,
- Behinderte.

3) Das Aktionsprogramm der KOM zur Umsetzung der Charta enthält 46 Einzelvorschläge, davon 20 Vorschläge für rechtsverbindliche Richtlinien oder Verordnungen, von denen zehn Arbeitsschutz-Vorhaben sind und fünf Änderungen bestehender EG-Verordnungen bzw. Neuauflagen steckengebliebener Vorschläge. Damit enthält das Aktionsprogramm, abgesehen von den zehn Arbeitsschutz-Richtlinien, lediglich fünf neue Vorhaben, nämlich Richtlinien

- zur Arbeitszeit (höchstzulässige Arbeitszeiten, Ruhezeiten, Nachtarbeit usw.),
- über Arbeitsverträge,
- zum Schutz schwangerer Frauen am Arbeitsplatz,
- zum Jugendschutz,
- zur Verbesserung des Behindertentransports.

D mußte gewisse Abstriche an seinen bisherigen Forderungen hinnehmen: Von den mit DGB/BDA abgestimmten neun konkreten Arbeitnehmerrechten wurden zunächst nur vier (Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Kinder- und Jugendschutz, Mutterschutz und Behinderte) in das Aktionsprogramm der KOM aufgenommen. Jedoch wird die KOM zusätzlich den wichtigen Richtlinien-Vorschlag über Unterrichtung und Konsultation der Arbeitnehmer multinationaler Gesellschaften Anfang 1990 vorlegen, wie Präsident Delors in seiner Bilanzrede am 12.12.89 vor dem EP⁹ ankündigte.

4) Wertung

Die Verabschiedung der EG-Sozialcharta, wenn auch nur durch elf Staats- und Regierungschefs – in der Erwartung, daß GB sich später anschließen wird –, ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zur sozialen Flankierung des Europäischen Binnenmarktes '92. Die Charta ist eine unerläßliche Basis für die weitere Ausgestaltung der sozialen Dimension und statuiert, daß mit der Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 auch ein Mindestrahmen sozialer Grundrechte der

⁹ Für den Wortlaut der Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors in Straßburg vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Anhang, Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Nr. 3-384, S. 41–44.

Arbeitnehmer Europas verwirklicht werden muß. Die Charta gibt ein wichtiges politisches Signal, daß die Europäische Gemeinschaft ein Modell des sozialen Fortschritts für die übrige Welt sein will.

Das taktische Zwei-Phasen-Konzept der KOM, jetzt zunächst eine nicht rechtsverbindliche, aber politisch bedeutsame und symbolkräftige EG-Sozialcharta beim ER Straßburg verabschieden zu lassen, um dann auf dieser Basis in die sicherlich schwierige zweite Phase (1990–92) der Umsetzung in rechtsverbindliche, einklagbare Mindestrechte zu gehen, hat sich als erfolgreich erwiesen. Eine – vom DGB/EGG und anfangs auch vom BMA gewünschte – rechtsverbindliche EG-Sozialcharta wäre wegen entschiedener Ablehnung durch GB (aber auch Widerstände anderer MS und der Arbeitgeber/BDA in D) weder jetzt noch in nächster Zeit zustande gekommen.

Jetzt kommt es darauf an, daß die KOM möglichst bald Rechtsakte zur konkreten Umsetzung der Sozialcharta in verbindliche Mindeststandards vorschlägt, die dann auch zügig verabschiedet werden müssen. Damit könnten die kritischen Reaktionen seitens des EP und der Gewerkschaften aufgefangen und die Erwartungen der Arbeitnehmer erfüllt werden. Dabei wäre es sicherlich von Vorteil, sich zunächst auf Bereiche zu konzentrieren, wo auf der Grundlage von Art. 118a EWG-V¹⁰ dank Beschlußfassung mit qualifizierter Mehrheit schneller konkrete Fortschritte erreichbar sind. Allerdings ist zu bedenken – worauf AA schon frühzeitig im Ressortkreis hingewiesen hat –, daß die von GB und in D vom BMA verfolgte Tendenz zur Einstimmigkeit und gegen eine (vom EP und KOM gewünschte) stärkere Nutzung des Mehrheitsprinzips (Art. 118a EWG-V) im Sozialbereich die von D gewünschten Fortschritte erheblich erschweren bzw. blockieren könnte.¹¹

Schürmann

Referat E 10, Bd. 162284

¹⁰ Mit Artikel 21 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 118a hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1108.

¹¹ Der Passus „Dabei wäre ... könnten“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Falls Blauer Dienst, sollten diese beiden Sätze wegfallen.“ Vgl. Anm. 4.

411

**Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO),
an das Auswärtige Amt**

114-16223/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1506

Aufgabe: 15. Dezember 1989, 11.35 Uhr¹
Ankunft: 15. Dezember 1989, 11.46 Uhr

Betr.: NATO-Außenministertreffen am 14./15.12.89 in Brüssel;
hier: Vertrauliche Beratungen am 14.12.

Bezug: DB vom 15.12. – B-362.05/2-3328/89 – (Zusammenfassung)²

Aus den Beratungen am 14.12. wird festgehalten:

Im einzelnen

1) GS³ leitete, anknüpfend an seinen Brief an die Außenminister vom 7.12.⁴, mit einer Reihe von zum Teil absichtlich provozierend formulierten Fragen ein, um Reaktionen der Minister in vier Bereichen zu stimulieren:

a) Künftige Rolle der Allianz: Sind Veränderungen nötig, wenn ja, welche, um transatlantische Konsultationen künftig stärker politisch zu akzentuieren? Wie ist das Verhältnis der Allianz zu anderen westlichen Organisationen?

b) Wie sehen Bündnispartner die Entwicklung des WP? Warum verfolgt Gorbatschow seine Politik nicht weiter, die Auflösung beider Bündnisse zu propagieren? Gerät Allianz möglicherweise in Widerspruch, wenn sie

- einerseits das Selbstbestimmungsrecht in Mittel- und Osteuropa unterstützt
- und andererseits die positive, stabilisierende Funktion des WP anerkennt?

c) Muß Rolle der NATO als hauptsächlicher Rahmen für westliche Demokratien, ihre Rüstungskontrollagenda zu verfolgen, ausgebaut werden? Erste Aufgabe ist Abschluß KSE-Vertrags bis Ende 1990, Harmonisierung der in diesem Zusammenhang vorgesehenen Kürzungen auch mit Blick auf Verteidigungsplanung sowie Verifikationsregelungen: Soll „Verifikationsgremium in Brüssel“ politische

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6 und 26.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke vorgelegen.

² Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), resümierte die NATO-Ministerratstagung am 14. Dezember 1989 in Brüssel: „Im Mittelpunkt der Beratungen standen Entwicklungen in Zentral- und Osteuropa, Änderungen des West-Ost-Verhältnisses, westeuropäische Integrationsdynamik und Auswirkungen aller dieser Vorgänge auf die Allianz. [...] Schlüsselwort dieses NATO-Treffens war ‚Stabilität‘: Der anderen Seite solle signalisiert werden, daß Allianz Schwierigkeiten nicht ausnutzen wolle, sondern Stabilität wünsche und dazu bewußt und erkennbar beitragen werde; daß Allianz Erfolg der Reformen wünsche“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1505; VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

³ Manfred Wörner.

⁴ So in der Vorlage.

Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), berichtete am 8. Dezember 1989, die Ständige Vertretung habe vorab die Kopie eines Schreibens erhalten, das NATO-Generalsekretär Wörner an die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten richten wolle: „Mit diesem Brief sollen die politischen Schwerpunkte des Ministertreffens identifiziert und versucht werden, die Ministerdiskussion zu strukturieren.“ Es gehe u. a. um die „Prinzipien und Strukturen für die zukünftige Architektur Europas“, das Thema „Wirtschaftsreformen im Osten und Integration im Westen“ sowie den „Sicherheitsrahmen der Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik“. Ferner gelte es sicherzustellen, daß der Prozeß der Stärkung Europas und der Prozeß der Stärkung der Allianz „sich komplementär entwickeln“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1478; VS-Bd. 12186 (201); B 150, Aktenkopien 1989.

und militärische Fragen klären und Zusammenarbeitsbedarf bei Information, Inspektion und Training wahrnehmen?

Muß Allianz sich über politisch-militärische Landschaft nach KSE-Vertrag Gedanken machen? Wien I ist nicht Endstufe. Allianz sollte sich auch mit Frage befassen, ob Verständigung mit SU auf minimale Nuklearabschreckung wünschenswert und möglich ist – als Grundlage künftiger strategischer Stabilität.

d) Frage nach künftiger politischer Architektur Europas stellt sich, wenn man über nächste Stufen nachdenkt, die in West-Ost-Beziehungen erreicht werden sollen: Mit welchen konkreten Schritten hoffen wir, die Teilung Europas und Deutschlands zu überwinden? Wie kann der KSZE-Prozeß voll genutzt werden (der zwischen West und Ost akzeptierte Basis zur Förderung dieses Ziels darstellt)?

2) AM Frankreich⁵

GS erwarte sicher keine Antworten während laufender Ministerkonferenz auf „so delicate Fragen“. Die Dinge seien viel zu sehr im Fluß in den Staaten Osteuropas; zwar zeichneten sich Konturen ab und eine gewisse Orientierung, das Ziel sei aber bei weitem nicht klar. Daher müsse man sich an allgemeinen Prinzipien orientieren:

a) Streben nach Demokratie ermutigen und es unterstützen, vor allem aber sicherstellen, daß Entwicklungen friedlich ablaufen und nicht die derzeitigen strategischen Gleichgewichte in Frage stellen. Hilfe selbst müsse in den geeigneten Institutionen behandelt werden, im Allianzrahmen könne man hier wenig machen. Überhaupt solle man sich vor Tendenz hüten, Allianz mit allem und jedem zu befassen. Wohl aber müsse Allianz heute die Bedingungen diskutieren, die einen friedlichen Ablauf der Entwicklungen erlauben.

Die Bedingungen westlicher Sicherheit würden sich in den nächsten Jahren ändern. Aber: Unsere Sicherheit dürfe dabei nicht reduziert werden. Daher würden die Grundoptionen der französischen Sicherheitspolitik wahrscheinlich am allerwenigsten von der derzeitigen Entwicklung berührt, d. h., Minimalabschreckung sei gültiger denn je und das F-Engagement in der Solidarität sei klar, auch wenn man nicht zur „Frontlinie“ beitrage, die hoffentlich Europa immer weniger in seiner Mitte teilen werde.

b) In den nächsten Jahren würden sich aber in dreifacher Dimension Änderungen ergeben: in den West-Ost-Beziehungen, in den Beziehungen zwischen den Staaten des Ostens und schließlich in denen zwischen den Staaten des Westens.

c) F-Sicherheitsperspektive orientiere sich an drei „Hauptachsen“:

- Europa, im Schoß der Allianz, aber als eigene und eigenverantwortliche Einheit, müsse seine Rolle auf dem Gebiet von Politik und Sicherheit auf der West-Ost-Szene einnehmen. Es gebe keine Wahl zwischen Europa und der Allianz. Die Allianz werde um so mehr gestärkt, je mehr man Europa stärke.
- Fundamentale Prinzipien, die seit 45 Jahren unsere Sicherheit gewährleisteten, d. h. Abschreckung mit einem unverzichtbaren nuklearen Element und, auf konventionellem Gebiet, Gleichgewicht in Europa auf möglichst niedrigem Niveau.

⁵ Roland Dumas.

- Untrennbar von den erstgenannten Achsen: transatlantische Solidarität, d.h. Allianz in ihrer heutigen Form. In diesem Zusammenhang Warnung davor, NATO und WP gleichzusetzen und Verbindungen zwischen diesen beiden Sicherheitssystemen zu institutionalisieren.

Durch ein verändertes Europa werde die Atlantische Allianz auf der Grundlage der gültigen Sicherheitsprinzipien verjüngt. So könnten wir die Veränderungen in Richtung auf mehr Demokratie und Frieden begleiten und ermutigen.

⁶³) BM

Charakterisierung der gegenwärtigen Änderungen in Europa: Prozeß der europäischen Selbstbesinnung, der Auswirkungen auf Situation in den Ländern Mittel- und Osteuropas und auf deren Außenbeziehungen hat. Westen habe stets gesagt, dies eröffne auch uns Chancen, ein besseres Europa zu schaffen.

Westliches Interesse, daß Prozesse – in denen durchaus Risiken liegen – unter stabilen Rahmenbedingungen ablaufen, werde durch Bemühungen um Stabilität Ausdruck gegeben, z.B. Beschluß der G24⁷ (unter Erweiterung – über Polen und Ungarn hinaus – auf DDR, ČSSR, BUL und JUG). Weiterer Stabilitätsbeitrag: Verdeutlichung unserer Politik, keine einseitigen Vorteile zu suchen.

Exkurs zur Interdependenz der Reformpolitik: Scheitern oder Explosion in einem Reformland könnte sich sehr nachteilig auf andere auswirken. Daher westliches Interesse an Reformen in allen Staaten.

EG sei Stabilitätsanker in dieser europäischen Entwicklung: Straßburg⁸ habe andauernde Integrationsdynamik verdeutlicht und gleichzeitig Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit östlichen Nachbarn signalisiert, zwei politische Signale von höchster Bedeutung.

Vorhandene Bündnisse würden auch in Zukunft ihren Beitrag zur Stabilität leisten müssen, Aufgaben würden sich aber entwickeln, weil politische Dimension zunehme, Rüstungskontrollpolitik neue Aufgaben stelle, desgleichen auch den Streitkräften mit Blick auf mögliche Beiträge zu kooperativen Sicherheitsstrukturen.

Dies verwische aber nicht die Unterschiede: Zwischen den WP-Partnern gebe es in vielen Grundvorstellungen keine mit der Allianz vergleichbare Kohärenz. Auch unsere Öffentlichkeit verstehe, daß unsere Sicherheitspolitik – die, ausgehend von Harmel⁹, auf eine Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural abziele – richtig sei und sich durchzusetzen beginne.

Schlußfolgerung: „Never change a winning concept.“

WP werde sich neu einrichten müssen, weil kommunistische Parteien ihre Bindungsfunktion nicht mehr ausüben könnten.

⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1507 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁷ Zu den Beschlüssen der Außenminister der G 24 vom 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 416.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

⁹ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Zur künftigen Architektur in Europa: Schlußakte von Helsinki¹⁰ sei Kursbestimmung für besseres Europa. Ihre Bestimmungen über Menschenrechte setzten sich immer stärker durch. G24-Beschlüsse vom 13.12. und bevorstehende Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit¹¹ sollten zweiten Korb stärker hervorheben und möglichen Stabilitätsbeitrag durch Zusammenarbeit verdeutlichen.

Wenn Ministertreffen verdeutliche, daß wir an dieser Stabilität interessiert seien, werde dies eine wichtige Wirkung haben.

Bundesrepublik Deutschland unternehme ihrerseits erhebliche Anstrengungen, im deutsch-deutschen Verhältnis beruhigend zu wirken. Jüngstes Interview des Bundespräsidenten im DDR-Fernsehen¹², in dem zu Besonnenheit, Verantwortungsbewußtsein und weiterer Friedfertigkeit aufgerufen wurde, mache dies deutlich. Verweis auch auf BM-Rede in Saarbrücken¹³, deren einschlägige Passagen vom DDR-Fernsehen im O-Ton ausgestrahlt worden seien. Dieses Verhalten beweiße, daß wir die Bedeutung, die DDR aus Sicht der SU für ihre Sicherheit besitze, nicht unterschätzten. Zahl der sowjetischen Soldaten in der DDR charakterisiere die Gewichtigkeit dieses Interesses.

Stabilität sei Frage des gegenseitigen Vertrauens. Deshalb müsse von Brüssel wichtiges Signal ausgehen.

Nach Erläuterung früherer deutscher Beiträge zur europäischen Stabilität (Vertragspolitik vor Unterzeichnung der Schlußakte) äußerte BM Dank dafür, daß alle Partner beim Europäischen Rat in Straßburg unser Konzept unterstützt hätten, unser Streben nach Einheit und damit das deutsche Schicksal in das Schicksal Europas einzubetten. Einen anderen Weg gebe es nicht.

Auch klare deutsche Position zur polnischen Westgrenze (BM verlas entsprechende Passage aus VN-Rede¹⁴ und verwies auf Resolution des Deutschen Bundestags¹⁵) sei wichtiger Beitrag zur Stabilität in Europa.

Fortschritte auf Abrüstungsgebiet seien entscheidend für weitere Entwicklung der West-Ost-Beziehungen. Deshalb sei Verständigung auf Einbringung westlichen Vertragsentwurfs in Wien am 14.12.¹⁶ so wichtig, desgleichen begrüßten wir Gesprächsergebnis in Malta¹⁷ zu START und CW.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹¹ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

¹² Für den Wortlaut des Interviews des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem DDR-Fernsehen vom 13. Dezember 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1213–1216.

¹³ Anlässlich der Entgegennahme der Richard-Becker-Medaille hielt Bundesminister Genscher am 10. Dezember 1989 im saarländischen Landtag in Saarbrücken eine Rede. Für das Manuskript vgl. die Mitteilung für die Presse Nr. 1201/89 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179076.

¹⁴ Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

¹⁵ Zur Entschliebung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

¹⁶ Zu den VKSE und zur Einführung des Verhandlungsvorschlags der NATO-Mitgliedstaaten am 14. Dezember 1989 vgl. Dok. 425.

¹⁷ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vgl. Dok. 391–393.

Gute Großmachtbeziehungen lägen auch im europäischen Interesse. Die USA hätten, wie schon durch die Schlußakte anerkannt, eine wichtige Rolle in Europa zu spielen – dies sei im übrigen zwischen West und Ost unstrittig.

Daher solle von Brüssel schließlich ein Signal ausgehen, daß die Zusammenarbeit unserer Verteidigungsgemeinschaft fortgesetzt werde mit dem Ziel, auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki weitere Entspannung zu erreichen und in der Abrüstungspolitik Fortschritte zu erzielen, daß wir alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, um zu Stabilität beizutragen, besonders aber um die Reformprozesse zu unterstützen.

In einer solchen Entwicklung sähen die Deutschen den einzigen Weg, unser eigenes Problem zu lösen. Es gebe keinen Alleingang. Wir seien allen dankbar, die uns in diesem Konzept unterstützen.

4) Außenminister GB¹⁸

Seit 1848 habe es nicht mehr in so kurzer Zeit derartige Transformation von totalitären Regimen gegeben, aber im Gegensatz zu 1848 verlaufe sie bisher friedlich und scheine irreversibel zu sein. Gipfelerklärung vom Mai¹⁹ biete guten Ausgangspunkt für unsere weitere Politik.

SU-Rolle, besonders Gorbatschows Verzicht auf Militäreinsatz zur Verhinderung der Entwicklungen, habe zentrale Bedeutung. SU-Position scheine zwar grundsätzlich unverändert, Zeichen der Nervosität über Tempo seien aber zu registrieren.

Rolle des WP müßten betreffende Länder selbst entscheiden. Wir sollten verdeutlichen, daß wirklich defensiv organisierte Verteidigung kein Anlaß zu Sorge sein werde, zumal wenn sie demokratisch kontrolliert werde.

Perestroika könnten wir durch Hilfe von der Größenordnung her kaum unterstützen, eher schon Reformen in Osteuropa. In jedem Fall würden wirtschaftliche Reformen aber wesentlich schwieriger als politische sein.

Als permanente Sicherheitsfaktoren müßten bewahrt werden: westliche Sicherheitsphilosophie, Institutionen und Strukturen der Allianz, also auch: Abschreckungsdoktrin mit nuklearem Element und robuster konventioneller Verteidigungsfähigkeit – einschließlich mehr als symbolischer US-Präsenz.

Gleiche permanente Bedeutung hätten die Verpflichtungen aus der Schlußakte über Grenzen, d.h. über deren Unverletzlichkeit und über die Möglichkeiten, sie zu verändern. BM-Ausführungen seien sorgfältig zur Kenntnis genommen worden und würden begrüßt.

Permanenter Natur sei auch EG-Integrationsprozeß. Risiko von Friktionen mit NATO sei nicht erkennbar.²⁰

Anpassungen in den nächsten zehn Jahren seien zu erwarten:

- im WP: durch Demokratisierung der Bündnispartner,

¹⁸ Douglas Hurd.

¹⁹ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

²⁰ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sic!“

- in Niveau und Dislozierung der eigenen konventionellen und nuklearen Kräfte – aber unter Respektierung des o. g. permanenten Bedarfs,
- bei Kontakten politischer und militärischer Natur in Osteuropa: Hierfür biete KSZE guten Rahmen. Baker-Ausführungen von Berlin²¹ würden unterstützt.
- Beziehungen von EG und Europarat zu anderen europäischen Ländern.

Wie schnell Anpassungen erforderlich würden, könne man nicht sagen. Sie müßten – mit Phantasie – studiert werden, einschließlich der Frage, ob Vorverteidigung mit geringeren Kräften durchführbar sei.

Bemühungen um Unterstützung für Allianzpolitik müßten zusätzliche Glaubwürdigkeit gewinnen durch Rüstungskontrollpolitik, z. B. Unterzeichnungsgipfel für KSE im Herbst 1990, ggf. erweitert auf 35er-Kreis, um späterem Helsinki II²² politischen Impetus zu geben. Open skies sei ebenfalls nützlich, Konferenz könne genutzt werden, um unsere weitergehenden Überlegungen voranzubringen.

Je nach Entwicklung könnten auch Kontakte NAV²³-WP-Parlamente in Betracht kommen.

Ceterum censeo aber: Öffentlichkeit müsse deutlich gemacht werden, daß große Risiken weiterbestünden und daher ausgewogene Politik notwendig sei.

5) AM Kanada²⁴

Wichtig sei zu verdeutlichen, daß SU ihre Sicherheit nicht als gefährdet zu betrachten brauche.

Positiv zu Baker-Vorschlag für NATO-Rüstungskontrollverifikationsstab. HLTF habe hier vorrangige Aufgabe, da kein Bündnispartner Verifikation allein wahrnehmen könne.

Zur künftigen Architektur: Ähnlich wie Baker in Berlin einschließlich Betonung der politischen Dimension der Allianz.

Wunsch, in Allianz auch stärker über sowjetische Politik in Dritter Welt zu sprechen, „damit wir als Bündnispartner wirksam reagieren können“.

6) AM Italien²⁵

Eine Reihe von „objektiven Problemen“ mache Sorgen, z. B. möglicher Widerspruch zwischen unserer positiven Haltung zu demokratischen Veränderungen und Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und andererseits der Notwendigkeit, SU erforderliche Zusicherungen zu geben, „daß wir keine unlösbaren Probleme im System der Sicherheit schaffen wollen“. BM sei zuzustimmen, daß wir beides tun müßten. Dennoch gebe es mögliche Widersprüche, zumal wenn man innere „Asymmetrie“ der Allianzen in Rechnung stelle. Wolle etwa jemand einer frei gewählten Regierung in der ČSSR, Ungarn oder der DDR sagen, wie sie sich in Allianzfrage entscheiden sollte?

Frage des Managements der Entwicklung stelle sich aber auch längerfristig, z. B. Frage des Helsinki-II-Vorschlages. Wolle der Westen alle Elemente der Sicher-

²¹ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte Berlin (West) am 12. Dezember 1989. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Berliner Presse Club vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 77–84.

²² Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 369, Anm. 10.

²³ Nordatlantische Versammlung.

²⁴ Joe Clark.

²⁵ Gianni De Michelis.

heit und Stabilität in Europa im Lichte der veränderten Lage erneut definieren, was sicher erforderlich sei, oder nur kleinere Änderungen und Ergänzungen vornehmen?

²⁶7) AM USA²⁷

Auch wenn Grundwerte und -interessen bleibend seien, verändere sich strategisches Umfeld. Daher müsse man Konzepte neu durchdenken. Strategie definiere Ziele und Mittel. Wenn sich beide veränderten, müsse sich auch Strategie ändern. Also: NATO werde sich anpassen, neue Aufträge übernehmen müssen für das nächste Jahrzehnt:

- NATO müsse bei Schaffung einer neuen Sicherheitsstruktur in Europa Richtung weisen und die durch Perestroika in SU und Reformen in Osteuropa gegebenen Chancen nutzen, politische Komponente der Sicherheit – bei Beibehaltung der gemeinsamen Verteidigung – zu betonen.
- NATO müsse Konsultationen verstärken und Forum bilden für Allianz-Zusammenarbeit mit Blick auf neue Bedrohungen, d.h. außerhalb des traditionellen Ost-West-Gegensatzes.²⁸
- NATO solle auf Institutionalisierung stabilerer und demokratischerer europäischer politischer „Arrangements“ hinarbeiten, besonders durch KSZE-Prozeß, um dauerhaften Frieden durch demokratische Institutionen zu stärken.
- NATO könne auf diese Weise auch Beispiel für andere bilden.

Man könne nicht annehmen, daß irgendeine östliche Reform unsere Sicherheit irreversibel verändere, solange die militärische Dimension ausgespart werde. Rüstungskontrolle sei wichtiges Instrument zur Veränderung der strategischen Wirklichkeit. Abkommen könnten dazu beitragen, Bedrohungen in immer weitere Ferne zu rücken. Westlicher KSE-Vorschlag sei solide, Momentum für Vertrag 1990 dürfe nicht verlorengehen. Auch Open skies könnten erheblichen Beitrag leisten zu gemeinsamer Sicherheit.

Anstrengungen bei VSBMs seien wichtig, desgleichen Doktrin-Seminar²⁹.

Aber: Allianz müsse zusätzliche Rüstungskontroll- und vertrauensbildende Maßnahmen über die nächsten sechs Monate hinaus prüfen. Allerdings ohne die bleibende Aufgabe der Wahrung unserer Sicherheit zu vernachlässigen.

Baker wiederholte Zusicherungen von Bush vom 4.12., daß USA bereit seien, unvoreingenommen zu prüfen, wie „wir gemeinsam noch niedrigeres Streitkräfte-niveau bei konventionellen – und nuklearen – Streitkräften in Europa als Teil von verhandelten Vereinbarungen erreichen können“.³⁰

Übrige Erläuterungen der neuen Aufgaben der Allianz paraphrasierten im wesentlichen Berliner Rede.

²⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1508 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁷ James A. Baker.

²⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Out of area?“

²⁹ Das KSZE-Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa fand vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

³⁰ Vgl. dazu die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Bush in Brüssel; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1646.

Zur DDR: USA unterstützen friedlichen und schrittweisen Wandel in der DDR. Begegnung mit Modrow und Kirchenführern in Potsdam³¹ hätte enorme Aufgaben der Reformer verdeutlicht. Gesprächspartner hätten Reform als irreversibel angesehen, seien sich der Dimension ihrer Probleme aber bewußt. Man werde sorgfältig nachdenken müssen, wie man den Prozeß des friedlichen Wandels unterstützen und die Legitimität der Übergangsarrangements in der DDR und woanders in Osteuropa stärken könne.

8) AM Dänemark³²

Unterstützung für Bush-Vorschläge zu „neuem Atlantizismus“. Westliche Anstrengungen zur Hilfe für Reform müßten, ungeachtet Instabilitätsproblematik, fortgesetzt werden, aber ohne daß man einseitige Vorteile ziehe. Legitime Sicherheitsinteressen aller Seiten müßten anerkannt werden.

Gorbatschow werde es nicht allein schaffen: Für die jetzt wünschenswerte West-Ost-Zusammenarbeit biete KSZE den Rahmen: Dieses Forum müsse entschlossen genutzt werden.

Robuste Verteidigung und politische Solidarität müßten angesichts der potentiellen Risiken erhalten bleiben.

Allianz müsse an künftigen Strukturen arbeiten: Das europäische Haus müsse zu einem atlantischen Haus gemacht werden.

Im übrigen kein Bedarf an neuer Allianzpolitik: Solide Positionen sollten beibehalten werden, und auf dieser Grundlage solle man auf Überwindung der Teilung in stabiler und demokratischer Weise hinwirken.

Für die Zukunft sollten direkte Kontakte zwischen einem reformierten WP und der NATO nicht ausgeschlossen werden.

AM-Vorschlag, Ständigem Rat den Auftrag zur Prüfung künftiger Strukturen zu geben, wurde nicht unterstützt und von GS nicht aufgegriffen.

9) AM Belgien³³

Interessante Analyse der West-Ost-Lage und der Zukunftsaussichten des WP, aber keine neuen Gedanken.

10) AM Spanien³⁴

NATO sehe sich jetzt positiver Herausforderung gegenüber. Sie müsse sich mehr denn je als transatlantisches Organ für Stabilität verstehen. Die Frage der öffentlichen Meinung, ob Allianz auch nach Ende der direkten Konfrontation weiterbestehen könne, sei zu bejahen, zumal Reformen noch nicht abgeschlossen seien und wir atlantische Verbindung auch für Zukunft erhalten wollten.

11) AM Portugal³⁵

Globale Sicherheitsherausforderungen herausgearbeitet. NATO sei einziges Forum, in dem Status unserer Sicherheit unter Berücksichtigung auch neuer

³¹ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Baker am 12. Dezember 1989 in der DDR vgl. Dok. 408, Anm. 8.

³² Uffe Ellemann-Jensen.

³³ Mark Eyskens.

³⁴ Francisco Fernández Ordóñez.

³⁵ João de Deus Pinheiro.

Faktoren gemeinsam geprüft werden könne. Insgesamt: „Don't change a winning team, a winning formula, nor a winning concept.“

12) AM Niederlande³⁶

Solange wir Verteidigung brauchten, d. h. für lange Zeit, brauchten wir Organisation zu ihrer Koordinierung. Zeit könne aber kommen, wo man über mehr gemeinsame Sicherheitsstrukturen nachdenken müsse. Heute sei es noch nicht so weit, Entwicklung in SU und NSWP sei voller Widersprüche.

Für Allianz bedeute dies: Anpassungen ja, aber Verteidigung bleibe notwendig – natürlich auf niedrigstem Niveau. Gerade diese Zielsetzung erfordere starke Koordination.

Solange Allianz mit dynamischer Politik Fortschritte mache, besonders Rüstungskontrolle und Konsultationsmechanismen der Allianz umfassend nütze, letzteres auch zwecks sinnvoller Reduzierungen, sei man auf der richtigen Bahn.

Politische Rolle der Allianz könne man nicht betonen, sie sei ohnehin politische Organisation par excellence. Schließlich seien auch Nuklearwaffen politische Waffen.

Daher Aufforderung, politischen Impetus stärker auf KSZE zu richten, zumal hier amerikanische Bündnispartner beteiligt seien. Hierüber wünschten NL informellere, vertiefte Diskussion.

Baker und Bush seien offen in bezug auf die Politik nach KSE I. Für solche Überlegungen brauche man aber Zeit, denn die weiteren Schritte berührten Doktrinen und Konzepte. Allianz solle überlegen, wie man solche Diskussion kanalisieren könne.

13) AM Norwegen³⁷

Zustimmung zu BM, daß gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa in unserem Interesse liege. Also solle man westliche Institutionen stärken, um entschlossen handeln zu können. Unterstützung für „neuen Atlantizismus“, auch weil er weitere US-Präsenz in Europa sichere.

Grundsätzlich einverstanden mit Aussage, daß Stärkung Europas auch der Allianz zugute kommt, dennoch Sorge, daß Art und Weise der europäischen Stärkung Allianz auch spalten könnte.

Erneut – wie schon bei Mai-Gipfel – Forderung, politische Konsultationen und Allianzrolle in Rüstungskontrolle (einschließlich Verifikation) zu stärken. (Zu diesem Thema nahmen Außenminister Bericht entgegen, der institutionell allerdings nichts ändert, sondern eher auf bessere Nutzung vorhandener Mechanismen abstellt.) Sorge, daß Verifikationsproblem Verhandlungserfolg verzögern könnte.

Überwindung der Teilung Europas sei langfristiger Prozeß, der sich auf der Basis westlicher Werte, besonders des Selbstbestimmungsrechts, vollziehen müsse.

In bezug auf neue Struktur Europas werde NATO den Rahmen für die militärische Komponente einschließlich Reduzierungen bilden, politische Komponente werde gestärkt. Für Wirtschaft stünden EG und andere Organisationen zur Verfügung, für Menschenrechte und kulturelle Belange der Europarat.

³⁶ Hans van den Broek.

³⁷ Kjell Magne Bondevik.

Im übrigen müsse KSZE gestärkt werden: Ständige Vertreter sollten beauftragt werden, Allianzposition für Gipfel Ende 1990 zu entwickeln.

14) AM Luxemburg³⁸

Zustimmung zu BM, siegreiches Konzept nicht zu ändern. Rüstungskontrollverhandlungen müßten beschleunigt werden. 35er-Konferenz müsse sorgfältig vorbereitet werden und 1992 stattfinden. Integration der Länder Zentral- und Osteuropas in westliche Wirtschaftsordnung sei wichtiges Ziel. Im übrigen brauche Allianz Strategie der Zukunft zu Fragen, die über West-Ost weit hinausgingen.

15) AM Island³⁹

Westen habe Kalten Krieg, regionale Konflikte und Wiederaufflackern des Wett-rüstens erfolgreich bestanden. Allianz und EG seien Kräfte der Stabilität.

Entwicklung in SU gebe Anlaß zu großer Besorgnis, daher Wunschenken vermeiden und nicht – antizipierend – Wesentliches bei uns ändern. Finnischer Präsident⁴⁰ habe über SU zutreffend festgestellt: Westen beobachte ein Drittweltland mit Nuklearwaffen, das große wirtschaftliche Probleme habe und am Rande von innerer Rebellion lebe.

EG nehme zentrale Position ein: Hoffnung auf Vertragsabschluß EG–EFTA 1990. (Island hat EFTA-Vorsitz.) 18 demokratische Staaten könnten ihre Ressourcen bei Hilfe für Osten wesentlich effektiver zusammenfassen.

Zu GS-Fragen: Wir befinden uns im Prozeß der Anpassung, aber verfrüht, „Dinge auf den Kopf zu stellen“.

16) AM Türkei⁴¹

SU-Reformen würden viel länger als Reformen in Osteuropa dauern. Hier müßten westliche Unterstützungsmaßnahmen koordiniert, aber differenziert erfolgen. „Untimely sensitivities“ dürften nicht geweckt werden. KSZE müsse man stärker nutzen.

17) AM Griechenland⁴²

Aufgeschlossen, soweit es um Nachdenken über neue Sicherheitsstrukturen geht, sofern sie transatlantische Verbindung wahren. NATO könne energievoller reagieren, mit dem Ziel eines neuen Kräftegleichgewichts, das die derzeitige Verteidigungsungleichung ändere und zu Erhalt der Sicherheit auf niedrigerem Niveau der Rüstungen führe.

Zentrale Rolle der EG bei Hilfe für Osten, aber Warnung vor Überstrapazierung ihrer Kapazitäten.

Sorge, daß „theoretisch bestens funktionierende Gebilde“ nicht überleben könnten, wenn man das Phänomen der massiven Volksbewegungen in Zentral- und Osteuropa übersehe. Das durch Lähmung der ostdeutschen Strukturen entstandene Problem könne „nur in Übereinstimmung mit der Schlußakte von Helsinki

³⁸ Jacques Poos.

³⁹ Jón Baldvin Hannibalsson.

⁴⁰ Mauno Koivisto.

⁴¹ Mesut Yilmaz.

⁴² Antonis Samaras.

und im Rahmen einer intensivierten europäischen Integration sowie friedlich“ gelöst werden.

Tiefe Auswirkungen der veränderten West-Ost-Lage auf dem Balkan erhöhten Bedeutung des KSZE-Prozesses hier. Situation verlange größere Offenheit gegenüber Ländern der Region, ob Mitglied des WP oder nicht.

GS schloß Diskussion ohne Versuch der Zusammenfassung ab: Er habe auf seine Fragen bei dieser Sitzung keine Antworten erwartet. Allianz stehe am Beginn der Debatte.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 13041 (204)

412

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel

311-321.00 LIY

18. Dezember 1989¹

Über Dg31², D3³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Haltung der Zwölf zu Libyen

Anlg.: 2⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Punkt 4

1) Libyen wünscht seit längerem, zuletzt angesprochen anlässlich des Besuchs des Europa-Direktors des libyschen Außenministeriums, Ferjani, am 28./29.11.1989 in Madrid, die Aufhebung der restriktiven Maßnahmen, die von den EG-AM am 21.4.1986 in Luxemburg gegen Libyen verhängt bzw. initiiert wurden⁶ (Anlage 1⁷).

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel und Referent Detering kopiert.

² Hat Ministerialdirigent Fiedler am 18. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 19. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir haben weder aus außenpolitischen (USA!) noch aus innenpol[itischen] (Rabta – Auswärt[iger] Ausschuß etc.) [Gründen] ein Interesse, gegenwärtig Lockerungsübungen zu machen.“

Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 20. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Fiedler und Referat 311 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 21. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Fiedler am 2. Januar 1990 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7 und 10.

⁶ Nach dem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5. April 1986 in Berlin (West) beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bei ihren Konferenzen im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag und am 21. April 1986 in Luxemburg Maßnahmen gegen Libyen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1986, S. 117–119.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Referats 311 vom 12. Dezember 1989 über „EG-Maßnahmen gegen Libyen“ vgl. Referat 311, Bd. 154184.

Der libysche Wunsch wird von einigen EG-MS (Südschiene) unterstützt, jedoch von anderen verworfen, vor allem von GB, das in Anlehnung an die USA daran festhält, daß Gaddafi dem internationalen Terrorismus noch nicht abgeschworen habe (Waffenlieferungen an IRA).

Angesichts vermehrter Anzeichen für eine zunehmende Distanzierung Gaddafis vom internationalen Terrorismus räumen die USA und GB zwar gewisse Verbesserungen der libyschen Politik ein, messen ihnen aber eher taktische als strategische Bedeutung bei.

Ein Konsensus über die Aufhebung der EG-Maßnahmen ist damit unter den Zwölf derzeit nicht erreichbar.

Libyen betrachtet das Fortbestehen der Restriktionen als Hindernis für die Intensivierung des EAD und hat seine arabischen Partner um solidarische Haltung gebeten. AL-GS Klibi erklärte am 5.12., die AL versuche, die Europäer zur Aufgabe ihrer Embargos gegen Libyen und Syrien⁸ zu bewegen.

Es ist wahrscheinlich, daß das Problem auf der euro-arabischen AM-Konferenz am 22.12. in Paris⁹ angeschnitten wird.

2) Die EG-Botschafter in Tripolis haben auf Veranlassung des PK einen Gemeinsamen Bericht (Anlage 2¹⁰) über Libyen erstellt, in dem sie weder für die Beibehaltung noch für die Aufhebung der EG-Restriktionen plädieren. Sie kommen vielmehr zu dem Schluß, daß eine Abstimmung unter den Zwölf über die Anwendung der Restriktionen wünschenswert sei, um zu verhindern, daß Libyen unterschiedliches Vorgehen der einzelnen EG-MS zu seinem Vorteil ausnutzt.

Der Bericht stellt im wesentlichen fest, Libyen verzeichne seit 1986 eine Reihe wichtiger Veränderungen im Sinne politischer Mäßigung, die sowohl die Innenpolitik als auch die Wirtschafts- und Außenpolitik betreffen. Insgesamt sei die libysche Außenpolitik realistischer geworden.

Diese Transformationen hätten zu Spannungen innerhalb des Machtapparates geführt. Es bleibe abzuwarten, ob die neue Linie vom Allgemeinen Volkskongreß im kommenden März bestätigt oder verworfen werde.

3) Europa-Direktor Ferjani führte in Madrid aus, das libysche Außenministerium versuche, gegenüber dem Westen eine Politik der Mäßigung und der Annäherung durchzusetzen. Es gäbe aber in Libyen unterschiedliche Auffassungen über die zu verfolgende politische Linie. Es wäre in diesem Zusammenhang hilfreich, wenn Europa in Sachen Restriktionen wenigstens eine Geste mache.

Dies ist im spanischen Außenministerium als Aufforderung an die Europäer verstanden worden, den gemäßigten Flügel innerhalb des libyschen Machtapparats zu unterstützen.

⁸ Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ am 10. November 1986 in London mehrere Sanktionen gegen Syrien, darunter ein Waffenexportverbot, eine strengere Überwachung syrischer Diplomaten sowie den Abbruch politischer Kontakte auf höchster Regierungsebene. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1986, S. 112. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 323.

⁹ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 21./22. Dezember 1989 vgl. Dok. 435.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte Aufzeichnung „Gemeinsamer Bericht der EG-Botschafter in Tripolis“ vgl. Referat 311, Bd. 154184.

4) Vor dem Hintergrund der veränderten libyschen Politik haben einzelne EG-MS ihre Haltung gegenüber Libyen inzwischen gelockert:

Bei den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der libyschen Revolution am 1.8.1989 waren Italien durch AM De Michelis und F, E und B durch Staatssekretäre vertreten. Im Oktober 1989 lockerte F sein Waffenembargo gegen Libyen. Im November wurde Europa-Direktor im libyschen Außenministerium, Ferjani, in Madrid und Den Haag empfangen.

Zumindest in Rom, Madrid und Paris werden die Reisebeschränkungen gegen libysche Diplomaten nicht mehr strikt eingehalten.

Wir wenden die Restriktionen nach wie vor voll an. Wir haben aber angesichts der neuen libyschen Politik schon im Oktober 1988 wieder einen Botschafter nach Tripolis entsandt.¹¹ Unser weiteres Vorgehen gegenüber Libyen wird von der Entwicklung des Problems um die Chemie-Anlage Rabta¹² beeinflusst (die USA verlangen inzwischen die Demontage der Anlage).

Trotz Rabta müssen wir jedoch den politischen Dialog mit Libyen, wenn auch behutsam, weiterführen. Wir sollten auch für kleine Gesten, wie etwa die Aufhebung der Reisebeschränkungen, eintreten.

Zunächst sollten wir uns dafür einsetzen, daß der Gemeinsame Bericht der EG-Botschafter in Tripolis in den AGs „Nahost/Maghreb“ und „Terrorismus“ gründlich geprüft und¹³ eine Entscheidung zurückgestellt wird, bis die Ergebnisse des Allgemeinen Libyschen Volkskongresses im März 1990 bekannt sind.

Dassel

Referat 311, Bd. 154184

¹¹ Zur Frage der Wiederentsendung eines Botschafters der Bundesrepublik nach Libyen vgl. AAPD 1987, II, Dok. 286.

Seit 6. Oktober 1988 war Jürgen Hellner Botschafter in Libyen.

¹² Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 144, Anm. 9.

¹³ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „wie von den Botschaftern vorgeschlagen“.

413

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schober

511-530 MS/2

18. Dezember 1989¹Über Dg51², D5³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Unsere VN-Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe⁶;
hier: Annahme des Zweiten Fakultativprotokolls zum Zivilpakt durch
die Generalversammlung der VN

Anlg.: 2⁷

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und m.d.B. um Zustimmung zum
Zeichnungsvorschlag

1) Am 15. Dezember 1989 hat die 44. Generalversammlung unserem Resolutions-
entwurf, durch den das Zweite Fakultativprotokoll zum Zivilpakt zur Abschaffung
der Todesstrafe angenommen wird, mit deutlicher Mehrheit zugestimmt.⁸ 59 Mit-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schober und Vortragendem Legationsrat Wentzel konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Freiherr von Stein am 19. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Oesterheld am 19. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten in der Tat als erste zeichnen. Eine Befassung des Kabinetts hält D5 für rechtlich nicht nötig u. auch nicht für opportun (Begründung siehe beiliegende Aufz[eichnung] vom 20.12.). Wenn man dieser Auffassung folgt – u. ich tue das – sollten aber mindestens BMI + BMJ + ChBK über unsere Zeichnungsabsicht (ohne Kabinettsbefassung) unterrichtet werden. (Falls wider Erwarten Probleme auftreten, neue Entscheidung betr. Kabinetts-Befassung.)“ Vgl. Anm. 7.

⁵ Hat am 21. Dezember 1989 im Ministerbüro vorgelegen.

⁶ Zur Initiative der Bundesrepublik zur Abschaffung der Todesstrafe vgl. AAPD 1980, II, Dok. 231. Vortragender Legationsrat I. Klasse Bettzuege informierte am 19. Dezember 1989: „Bereits 1980 hatten wir der Generalversammlung einen Vertragsentwurf vorgelegt, der die beitretenden Staaten verpflichtet, keine Hinrichtungen mehr vorzunehmen und die Todesstrafe abzuschaffen. Die Generalversammlung beauftragte 1982 die MRK mit der Prüfung unseres Vorschlags.“ Der belgische Völkerrechtler Professor Bossuyt habe als Sonderberichterstatter einen zusammenfassenden Bericht und den Entwurf eines Zweiten Fakultativprotokolls verfaßt: „Im Frühjahr 1989 überwies die 45. MRK den Bericht und den Textentwurf von Bossuyt mit einer Resolution ohne Abstimmung über den ECOSOC an die 44. GV zur weiteren Befassung. Auf der Tagung des ECOSOC in New York kam es zu dem erwarteten Widerstand einiger islamischer Staaten. Dennoch gelang es uns, die Entschließung zu verabschieden, mit der die MRK-Resolution an die 44. GV weitergeleitet wurde.“ Vgl. Referat 012-9, Bd. 161323.

⁷ Dem Vorgang beigelegt war eine Aufstellung über das Ergebnis der Abstimmung über die Resolution Nr. 44/128 der VN-Generalversammlung vom 15. Dezember 1989. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 1896.

Dem Vorgang beigelegt war ferner eine Aufzeichnung vom 20. Dezember 1989, in der Ministerialdirektor Oesterheld darlegte, das Zweite Fakultativprotokoll liege ab 22. Januar 1990 zur Zeichnung auf: „Gegen eine freiwillige Befassung des Kabinetts sprechen eine Reihe von Gründen: Der Zeitfaktor: Die Formalien einer förmlichen Kabinettsbefassung lassen es als unwahrscheinlich erscheinen, daß das Verfahren vor dem 22.1. abgeschlossen sein kann [...]. Es ist nicht völlig auszuschließen, daß der BMI, wenn er befaßt würde, seinerseits die Länder befaßen würde, die beim Stichwort Todesstrafe an Abschiebungshindernisse denken mögen [...]. Unsere grundsätzliche Linie: Wir haben erfolgreich gegenüber dem BMJ den Standpunkt vertreten, daß die Befassung des Kabinetts mit der Zeichnung multilateraler Konventionen nicht zur Regel werden darf.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1896.

⁸ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 44/128 der VN-Generalversammlung und des Zweiten Fakultativprotokolls vom 15. Dezember 1989 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische

gliedstaaten stimmten dafür, 26 dagegen, 48 enthielten sich der Stimme. Zur Mehrheit trugen im wesentlichen die europäischen und südamerikanischen Staaten bei. Aber auch einige afrikanische und asiatische Staaten unterstützten uns. Die Gegenstimmen kamen vor allem von Staaten, die der Islamischen Konferenz angehören, allerdings stimmten auch USA⁹, China und Japan gegen die Resolution. Das Abstimmungsergebnis im einzelnen ergibt sich aus der beigefügten Aufstellung.

Das Abstimmungsverfahren verlief wie bereits zuvor im Dritten Ausschuß unkontrovers. Die Gegner unserer Initiative hatten erkannt, daß sie weder für einen prozeduralen Nichtbefassungsantrag noch für sachliche Änderungsanträge über eine ausreichende Mehrheit verfügen, und zogen es daher vor, mit einer Nein-Stimme ihre ablehnende Haltung deutlich zu machen.

Das Abstimmungsbild insgesamt zeigt, daß es richtig war, das Momentum, das wir durch unseren Erfolg in der MRK und im ECOSOC im Laufe des Jahres gewonnen hatten, zu nutzen und unsere Initiative in der diesjährigen Generalversammlung zum Abschluß zu bringen. Wesentlich war die frühzeitige Vorbereitung auf die Abstimmung. Die mehrfachen Demarchen in afrikanischen und asiatischen Hauptstädten, in denen wir zunächst den Charakter unserer Initiative, später den Text unseres Resolutionsentwurfs erläuterten, veranlaßten zahlreiche Regierungen, ihren VN-Delegationen feste Weisungen zum Stimmverhalten zu geben.

Damit war es für unsere Hauptkontrahenten Ägypten und Saudi-Arabien schwierig, ihren unmittelbaren Einfluß in New York geltend zu machen, zumal das arabische Lager nicht geschlossen hinter ihnen stand. Auch unser Einsatz in New York war für das Gelingen der Initiative – insbesondere in der Schlußphase – wichtig. Noch unentschlossene Delegationen konnten zu einem für uns konstruktiven Stimmverhalten bewegt werden. Die Sogwirkung, die von den Nein-Stimmen der USA, von Japan und China hätte ausgehen können, trat nicht ein. Ein weiterer wichtiger Faktor für das erreichte Ergebnis war schließlich die intensive Unterstützung einiger Miteinbringer, insbesondere von Australien.

2) Unsere 1980 begonnenen Bemühungen um ein internationales Übereinkommen zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe sind mit der Annahme des Zweiten Fakultativprotokolls durch die Generalversammlung erfolgreich abgeschlossen worden. Neben dem 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, das 1985 in Kraft¹⁰ trat und dem inzwischen 14 Staaten des Europarats angehören, liegt nunmehr eine weitere internationale Konven-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1769

Rechte vom 19. Dezember 1966 zur Abschaffung der Todesstrafe vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 44th session, S. 206–208.

⁹ Mit Schreiben vom 13. November 1989 an den amerikanischen Außenminister Baker führte Bundesminister Genscher aus: „Die USA haben unsere Initiative bisher nicht behindert. In der Menschenrechtskommission haben sie einen Konsens mitgetragen und im ECOSOC einer entsprechenden Resolution zugestimmt. Nunmehr erfahre ich jedoch, daß die US-Delegation in einer für das Gelingen der Initiative sehr wichtigen Phase eine Weisung des State Department erwartet, gegen den Resolutionsentwurf zu stimmen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich persönlich dafür einsetzen würden, daß die USA ihre bisherige verständnisvolle Haltung auch in der gegenwärtigen Generalversammlung beibehalten und in der zu erwartenden Abstimmung nicht gegen uns stimmen würden.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1896.

¹⁰ Für den Wortlaut des Protokolls Nr. 6 vom 28. April 1983 zur Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 663–665.

tion gegen die Todesstrafe vor. Mit dem Zweiten Fakultativprotokoll zum Zivilpakt ist erstmals ein völkerrechtliches Instrument geschaffen worden, das auf weltweite Geltung angelegt ist. Das Protokoll tritt in Kraft, sobald ihm zehn Staaten beigetreten sind, die dem Zivilpakt angehören müssen. Nach Auskunft des VN-Sekretariats wird es voraussichtlich noch im Januar 1990 zur Zeichnung aufgelegt werden. Da wir der Hauptinitiator des Protokolls sind, sollten wir es baldmöglichst zeichnen. Es wird daher um Zustimmung zur Zeichnung des Protokolls durch Botschafter Dr. Bräutigam unmittelbar nach Auflegung gebeten.¹¹

Schober

B 83 (Referat 511), Bd. 1896

414

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege

012-9-312.74

18. Dezember 1989¹

Fernschreiben Nr. 72 Ortez

Aufgabe: 19. Dezember 1989

Betr.: Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum
„Übereinkommen von Schengen“²;
hier: Verschiebung der Unterzeichnung

Bezug: Aufzeichnung Abt. 5 vom 21.11.1989 (Blauer Dienst vom ...)³

1) Staatsminister Stavenhagen, Beauftragter des Bundeskanzlers für die Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen, hat die Vertragspartner F, NL, B und LUX am 14.12.1989 davon unterrichtet, daß die Bundesrepublik Deutschland die für den kommenden Tag vorgesehene Unterzeichnung des Ergänzenden Staatsvertrages zu verschieben wünsche. Der Bundeskanzler hat den niederländischen Ministerpräsidenten⁴

¹¹ Die Bundesrepublik zeichnete das Zweite Fakultativprotokoll vom 15. Dezember 1989 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 am 13. Februar 1990 in New York und gehörte damit zu den Erstunterzeichnern. Vgl. dazu sowie für den Wortlaut des Protokolls BUNDESGESETZBLATT 1992, Teil II, S. 390–394.

¹ Das von Vortragendem Legationsrat Plischka konzipierte Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes am 18. Dezember 1989 über Ministerialdirigent Freiherr von Stein und Ministerialdirektor Oesterhelt an Referat 012-9 „zur Unterrichtung der Auslandsvertretungen“ übersandt.

Hat Oesterhelt am 18. Dezember 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 514, Bd. 217513.

² Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

³ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt vgl. Dok. 375.

Die Aufzeichnung wurde in den Blauen Dienst Nr. 50/89 vom 8. Dezember 1989 übernommen. Vgl. dazu Referat 012-9, Bd. 161315.

⁴ Ruud Lubbers.

telefonisch gebeten, unter dem 1990 beginnenden niederländischen Vorsitz die Verhandlungen im Frühjahr 1990 abzuschließen.

2) Sprachregelung

Angesichts der schnellen Veränderungen in den innerdeutschen Beziehungen hat sich die Notwendigkeit einer Verschiebung der Unterzeichnung des Übereinkommens ergeben, das Einreise und Grenzkontrollen regeln soll. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Absicht, die Verhandlungen über den Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen – als Pilotprojekt für den freien Personenverkehr im „Binnenmarkt 1992“ – baldmöglichst zum Abschluß zu bringen.

3) Hintergrund (Ablauf) der aufgetretenen Schwierigkeiten

Das Bundeskabinett hatte am 23.11.1989 den Vertragsentwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Die für den 6.12.1989 vorgesehene Paraphierung wurde nicht vollzogen, weil in letzter Stunde Forderungen der Niederlande nach einer vertraglichen Verpflichtung zur Harmonisierung auch des materiellen Asylrechts am Einspruch Frankreichs und NL-Forderungen nach einer Verpflichtung der Schengener Partner zur Rechtshilfe bei Steuerdelikten am Einspruch Luxemburgs scheiterten. Zugleich wurden Bedenken zunächst von den Niederlanden, dann auch von Frankreich geäußert, ob die von der Bundesrepublik Deutschland zur Klarstellung der Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze und zur Freizügigkeit von DDR-Bürgern abgegebenen Protokollerklärungen (vgl. Bezugsaufzeichnung Seite 5⁵) sowie die neue Entwicklung an der innerdeutschen Grenze mit den Zielen des angestrebten Ergänzenden Staatsvertrages vereinbar seien. Die französische Regierung ließ uns am 8.12.1989 (erstmalig) wissen, daß unsere Protokollerklärung zur Auslegung des Übereinkommens „Die Deutsche Demokratische Republik ist im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland“ nicht akzeptabel sei, es sei denn, es handle sich um eine rein einseitige Erklärung.

Gleichzeitig hatten Abgeordnete der Regierungskoalition im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 6. und 12.12.1989 darauf gedrängt, daß der Vertragsentwurf der neuen Lage in der deutschen Frage verstärkt Rechnung tragen solle, insbesondere der Forderung nach Freizügigkeit für DDR-Bürger im gesamten Schengener Vertragsgebiet und etwaigen künftigen Veränderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Ferner wurden Änderungen des Vertragsentwurfs bei den polizeilichen Ausgleichsmaßnahmen gewünscht.

Das Bundeskabinett billigte in dieser Lage am 13.12. den bisherigen Vertragsentwurf. Die vorgesehenen Erklärungen sollten in die Schlußakte zum Übereinkommen aufgenommen werden, die gemeinsame und einseitige Erklärungen enthält.⁶ Unsere Erklärung sollte als einseitige Erklärung Aufnahme finden.

Die Zentrale Verhandlungsgruppe der Schengener Vertragspartner beendete ihre Schlußsitzung am 13.12.1989 daraufhin ad referendum mit dem Ergebnis, daß

⁵ Vgl. Dok. 375, Anm. 13 und 15.

⁶ Der Passus „Das Bundeskabinett ... enthält“ ging auf handschriftliche Einfügungen und Streichungen des Ministerialdirektors Oesterhelt zurück. Vorher lautete er: „Das Bundeskabinett billigte in dieser Lage am 13.12. den bisherigen Vertragsentwurf mit den vorgesehenen Erklärungen zur Aufnahme in die Schlußakte zum Übereinkommen, die gemeinsame und einseitige Erklärungen enthält.“

die Niederlande ihre Zustimmung zu einem Kompromißvorschlag des deutschen Vorsitzes zur Regelung der genannten Asyl- und Steuerfragen einer Kabinettsentscheidung vorbehielten. Zuvor hatte schon Belgien seine Kabinettsentscheidung auf den 14.12.1989 verschoben. Die Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland betreffend DDR wurden als einseitige Protokollerklärungen „in Ergänzung der Schlußakte“ zum Ergänzenden Staatsvertrag aufrechterhalten und in dieser Form von den Vertragspartnern, insbesondere F, nicht mehr in Frage gestellt.

Am 14.12.1989 setzte der deutsche Verhandlungsführer – nach einer Koalitionsrunde in Bonn am selben Tage – die anderen Delegationen von dem Wunsch der Bundesrepublik Deutschland in Kenntnis, die Unterzeichnung zu verschieben und die aufgetretenen Fragen im Zusammenhang mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze nochmals zu erörtern.

Bettzuege⁷

Referat 514, Bd. 217513

415

**Botschafter Freiherr von Richthofen, London,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 2428

Aufgabe: 18. Dezember 1989, 19.24 Uhr¹

Ankunft: 18. Dezember 1989, 21.14 Uhr

Betr.: Besuch des stv. Fraktionsvorsitzenden der SPD, Bundesminister a. D.
Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB, in London (15.12.1989)

Bezug: DB Nr. 2391 vom 13.12.1989 – Pol 321.32²

Zur Unterrichtung

I. 1) Prof. Dr. Ehmke, MdB, erläuterte am 15.12.1989 in London die Haltung seiner Fraktion angesichts der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der Ereignisse in der DDR. Prof. Ehmke führte Gespräche mit Staatsminister im FCO, Francis Maude MP, mit dem für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Abteilungsleiter des Cabinet Office, Leonard Appleyard, und dem außenpolitischen Sprecher der Labour-Fraktion des Unterhauses, Donald Anderson

⁷ Paraphe vom 19. Dezember 1989.

¹ Das von Botschaftsrat Stocks, London, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9 und 17.

Hat Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

² Gesandter Klaiber, London, berichtete: „MdB Prof. Ehmke wird am 15.12.1989 in seiner Eigenschaft als stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik in London Gespräche mit Vertretern der Regierung, des Auswärtigen Ausschusses und der Parteien über die Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR führen.“ Vgl. Referat 011, Bd. 150591.

MP. Ein vereinbartes Gespräch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Unterhauses, David Howell MP, mußte wegen Flugzeugverspätung ausfallen. Prof. Ehmke traf bei einem von mir gegebenen Lunch mit den für Außen- und Europapolitik zuständigen Korrespondenten und Redakteuren der Zeitungen Times, Independent, Daily Telegraph, Guardian und Sunday Correspondent sowie den Auslandskorrespondenten von dpa, FAZ, Die Zeit und Sender Freies Berlin zusammen.

2) Die Gespräche unterstrichen britisches Verständnis für unser nationales Anliegen, allerdings auch die Besorgnisse angesichts von seiten der Regierungen kaum kontrollierbarer Entwicklungen, die sich weiter beschleunigen könnten. Deutlich wurde die britische Rücksichtnahme auf sowjetische Sicherheitsinteressen und die Befürchtung, daß Gorbatschows politische Zukunft eng mit der Lösung der deutschen Frage verknüpft sei.

Die Warnung Prof. Ehmkes, die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland und Berlin nicht überzubetonen, wurde registriert. Die Gesprächspartner vertraten die Auffassung, daß sich auch der Bundeskanzler zur Endgültigkeit der polnischen Westgrenze erklären sollte.

II. Zu den Gesprächen im einzelnen

1) Die britische Haltung gegenüber den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Frage kam in dem Gespräch mit dem für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Abteilungsleiter im Cabinet Office, Leonard Appleyard, am deutlichsten zum Ausdruck.

Prof. Ehmke wies zu Gesprächsbeginn auf die Position Präsident Gorbatschows hin, der trotz einer gerade siegreich überstandenen Kraftprobe vor großen Schwierigkeiten stünde. Selbst für den Fall einer Ablösung Gorbatschows sehe man keine Veränderung der sowjetischen Osteuropapolitik voraus, die die Finnlandisierung in MOE in Kauf nehme. Die Entwicklungen in der DDR, ein durch frei gewählte Regierungen eintretender Wechsel in Polen, in Ungarn und der ČSSR würden zu einer Änderung des Charakters des WP führen, nicht zu einer Verschiebung der Militärbündnisse als solche. In der SU sei eine Veränderung im Sprachgebrauch von der „Wiedervereinigung“ zur „Vereinigung Deutschlands“ zu beobachten. Inakzeptabel für SU sei ein vereinigtes Deutschland als Teil des Atlantischen Bündnisses. Dies spiegele sich auch in den Ergebnissen von Malta³ wider. Präsident Bush spräche nicht länger von der NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland, sondern von einem „nicht-neutralen Deutschland“. Dem könne die SPD ohne Vorbehalte zustimmen: Die Entwicklungen dürften nicht zu einer Verschiebung des Atlantischen Bündnisses nach Osten führen. Man sei in D dankbar für die Reaktionen im Westen auf die von der Bevölkerung der DDR erzwungenen Veränderungen. Wenn auch der Zehn-Punkte-Plan⁴ manches erschwert habe, stünden alle im Bundestag vertretenen Parteien bis auf das ganz rechte Spektrum hinter der in den Zehn Punkten

³ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vgl. Dok. 391–393.

⁴ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

vertretenen Politik. Allerdings müsse die Frage der polnischen Grenze jetzt geklärt werden. Hier sei insbesondere eine eindeutige Erklärung des BK dringend erforderlich.

Appleyard erläuterte britische Haltung: Die Entwicklungen im Osten müßten mit Genugtuung begrüßt werden. Jede Bewegung zu Demokratie und freier Marktwirtschaft entspräche im Ergebnis den Forderungen, die der Westen in den zurückliegenden 40 Jahren immer wieder erhoben habe, auch wenn die für die Demokratie eintretenden Gruppen eher auf der Linken stünden. Neu sei die Schnelligkeit, mit der diese Entwicklungen einträten. Der Westen habe Schwierigkeiten, sich dem Tempo anzupassen. In GB frage man sich, ob sich Gorbatschow an der Macht halten könne, wenn sich Entwicklungen in der gleichen Geschwindigkeit fortsetzen würden. Alles, was an seine Stelle trete, könne nur schlechter sein.

Auf Einwurf Prof. Ehmkes, daß auch nach einer Ablösung Gorbatschows angesichts der bereits sehr weitgehenden Implementierung Glasnost nicht zurückgedreht werden könne und ein Abbruch der Perestroika-Politik nicht automatisch zu einer Änderung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses führen würde, da die SU auf die wirtschaftliche Hilfe des Westens angewiesen bleibe, reagierte Appleyard zurückhaltend: Ein Scheitern Gorbatschows müsse nicht automatisch die Rückkehr zu einer Politik à la Breschnew bedeuten. Es käme sehr auf die Umstände an, unter denen Gorbatschow fiele. Eine Ablösung Gorbatschows unter chaotischen Bedingungen werde wirkliches Chaos zur Folge haben. Trete Gorbatschow in einer Stagnationsphase ab, seien die Bedingungen für seine Nachfolger selbstverständlich andere. Gorbatschow habe sich angesichts von drei gefährlichen Herausforderungen zu bewähren: der desolaten Wirtschaftslage, dem wachsenden Nationalismus und dem Ruf nach einem Mehrparteiensystem. Die SU werde die Sinatra-Doktrin⁵ nur so lange verfolgen, wie sie selbst nicht von den Entwicklungen in MOE angesteckt werde. Man beobachte mit Sorge, daß jetzt allerdings die Ereignisse in MOE bereits Litauen ansteckten.

Nach britischer Analyse sei Gorbatschows Machtstellung allerdings nach wie vor sehr stark. Er habe den Apparat fest unter Kontrolle. Drei Charakteristika bestimmten seine Politik:

- Er habe sich entschlossen, die Ereignisse in MOE weitergehen zu lassen und sie als Sieg seiner Politik zu betrachten.
- Er müsse die sowjetische Wirtschaft aus ihrer verzweifelten Lage herausführen.
- Er müsse eine Antwort auf die deutsche Frage finden.

Auch wenn heute sowjetische Gesprächspartner erklärten, daß sie den Zusammenbruch von Partei und Regierung in der DDR vorausgesehen hätten, bliebe, daß SU durch die Geschwindigkeit der Ereignisse in der DDR erschüttert würde. Die Möglichkeit einer Wiedervereinigung rufe in der SU nicht allein aus historischen Gründen Ängste hervor. Für Gorbatschow bedeute eine Wiedervereinigung eine Bestrafung für seine Perestroika-Politik an der westlichen Grenze seines Machtbereichs und damit an dessen empfindlichster Stelle. Daher ginge die

⁵ Zur „Sinatra-Doktrin“ vgl. Dok. 364, Anm. 3.

SU die deutsche Frage mit sehr langfristigen zeitlichen Perspektiven an. Mit dieser Besorgnis sei auch der sowjetische Wunsch nach einem Treffen der Vier Mächte zu erklären. Die SU wolle damit den Hinweis geben, daß die Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zu den Realitäten in D gehörten.

Prof. Ehmke erklärte, daß die Reaktion der politischen Kräfte in D auf das Vier-Mächte-Treffen in Berlin⁶ nahezu überall eine positive gewesen sei. Man sehe die Vier Mächte als stabilisierenden Faktor an, insbesondere für den Fall eines Verlustes der Kontrolle innerhalb der DDR. So verstehe man auch das Zurückfallen der SU auf Vier-Mächte-Positionen. Auch die Entwicklungen in Berlin gäben einen zusätzlichen Grund für das Treffen der Vier. Wenn die Vier Mächte nach den Ereignissen in Berlin am und nach dem 9.11., die sich ohne ihre Einflußnahme vollzogen hätten, jetzt sagten: Wir sind hier, wir werden unsere Rechte zeitgemäß ausüben, sei dies zu begrüßen. Allerdings wende sich die SPD gegen eine Vier-Mächte-Konferenz oder einen Friedensvertrag mit den 51 Staaten, die sich mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befunden hätten. Sie wisse sich hier mit BM Genscher auf einer Linie. Erforderlich sei ein von den US, CAN und der SU mitgarantierter europäischer Friedensvertrag im Rahmen der KSZE. Nach seiner Einschätzung gäbe es nur den Weg, den der KSZE-Prozeß weise. Die Vier Mächte könnten eine Rolle als stabilisierendes Element, nicht aber als Vormünder übernehmen. Appleyard betonte, daß die Lösung der deutschen Frage Gefahren berge und höchst komplexe Fragen aufwerfe. Sie⁷ berühre die Trennungslinien von zwei militärischen Bündnissen und bringe viele Erinnerungen zurück. Daher ginge GB sehr vorsichtig vor. Man konstatiere die beträchtliche Beunruhigung und Sorge der SU angesichts der jüngsten Entwicklungen, die diese geradezu instinkthaft zurück zu den Vier-Mächte-Rechten geführt habe. Man müsse auf diese sowjetischen Befürchtungen Rücksicht nehmen. Die Entwicklungen berührten nicht nur die Rechte und Verpflichtungen der Vier Mächte in Berlin, sondern auch die Frage nach einem möglichen Friedensvertrag und die nach den bestehenden Grenzen in Europa. In diesem Zusammenhang betrachte er die Oder-Neiße-Grenze als Realität, die niemand werde ändern können. Die Entwicklungen berührten weiterhin das westliche Verteidigungsbündnis. Die NATO sei immer für das Selbstbestimmungsrecht eingetreten, aber eine Lösung der deutschen Frage dürfe nicht das Bündnis zerstören. Angesichts der Befürchtungen in der SU, für die es bei den Entwicklungen in Deutschland angesichts der damit verbundenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen um Leben und Tod ginge („a fundamental life and death issue“), müsse die Allianz mit größter Vorsicht vorgehen. Jetzt ginge es darum, zur Beruhigung der Lage klar zu unterstreichen:

- daß Grenzänderungen in Europa nur unter den von der Schlußakte von Helsinki genannten Bedingungen⁸ eintreten könnten, dies sollte auch eindeutig gesagt werden,

⁶ Am 11. Dezember 1989 trafen die Botschafter der Drei Mächte in Bonn, Boidevaix (Frankreich), Mallaby (Großbritannien) und Walters (USA), mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschemassow, im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin (West) zusammen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 28, DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 121, und DIPLOMATIE FRANÇAISE, Dok. 26.

⁷ Korrigiert aus: „Er“.

⁸ Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

- daß weder WP noch eine Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR in Frage gestellt würden und die Wiener KSZE-Verhandlungen als stabilisierender Faktor anerkannt werden,
- daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zu den Realitäten gehörten.

⁹Zwei Dinge seien jetzt wichtig:

Man müsse klare Vorstellungen darüber entwickeln, wie eine neue, andere Welt aussehen könnte. Dabei müßte man in Rechnung stellen, daß der WP und die SU nach wie vor eine militärische Bedrohung für den Westen darstellten.

Man müsse den Prozeß in einem institutionellen Rahmen verankern, der von West wie Ost gleichermaßen anerkannt sei. Die britische Haltung angesichts der Veränderungen sei eine vorsichtige und pragmatische.

Prof. Ehmke wies auf die Möglichkeit eines erstarkenden Nationalismus in D hin, wenn zu sehr auf den Rechten der Vier Mächte beharrt werde. Es ginge für die Deutschen um die Bestimmung ihrer zukünftigen Rolle, ihres Platzes und um ihr Einfügen in ein europäisches Muster. Dies sei für die Deutschen in einem vom Helsinki-Prozeß bestimmten Rahmen einfacher als unter dem Dach von Vier-Mächte-Rechten. Das Vier-Mächte-Abkommen¹⁰ sei Realität, und es könne der Fall eintreten, daß man die Vier Mächte dringend brauche, aber jetzt ginge es darum, Vorbehaltsrechte nicht überzubetonen.

Appleyard zeigte sich zuversichtlich, daß am Ende des Prozesses eine friedliche Lösung stehen werde. Dafür aber müsse man die Zustimmung der SU finden („we have to bring the Russians on board“), und man müsse auch die westlichen Nachbarn Ds mit der Vorstellung eines vereinten D versöhnen. GB sehe, daß durch die jüngsten Ereignisse längst als bereinigt angesehene Fragen neu gestellt würden. Dazu zählt er die Grenzstreitigkeiten zwischen Ungarn und Rumänien¹¹, in Jugoslawien und das Verhältnis zwischen D und seinen Nachbarn.

Abschließend versicherte Appleyard, daß man in GB die Entwicklungen in D mit Verständnis begleite. D sei neben den USA der engste Freund GBs. Man reagiere auf die Entwicklungen relativ entspannter als manche sehr enge Nachbarn Ds. Man wisse, daß man es mit einem guten, verlässlichen Freund zu tun habe, müsse allerdings bei allem sowjetische Ängste mitbedenken.

Angesichts der Spannungen und der Prozesse, denen sich D ausgesetzt sehe, wolle GB D des Mitgefühls und des Verständnisses versichern. Regierung wie Opposition in D hätten die Lage hervorragend gemeistert. GB trete für das Selbstbestimmungsrecht ein, das allerdings in einer Weise wahrgenommen wer-

⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2429 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 28. September 1989: „Im Vertrag von Trianon hat Ungarn 1920 den ungarischen Teil Siebenbürgens an Rumänien abtreten müssen. Heute lebt im rumänischen Teil Siebenbürgens eine ungarische Minderheit von 2 Mio. Menschen (ca. 9 % der rum[änischen] Gesamtbevölkerung), eine Tatsache, die auch vor dem Hintergrund der historischen Diskussion zu ständigen, in den letzten Jahren zunehmenden Spannungen zwischen beiden Ländern geführt hat. Ganz offensichtlich will Rumänien seinen Anspruch auf Siebenbürgen durch seine eigene Geschichtsdarstellung legitimieren und unterstellt der ungarischen Seite eine ähnliche Absicht.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139896.

den müsse, die die Stellung Gorbatschows nicht unterminierte. Die großen Besorgnisse der SU könnten nur in einem Geflecht bündnisinterner und blockübergreifender Abstimmung bewältigt werden. Die Zukunft könne nicht durch die Vier Mächte ohne D behandelt werden. Aber man müsse auch sehen, daß D Teil Europas sei. Die Lösung der deutschen Frage sei daher zu umfassend, um sie den Deutschen allein zu überlassen. Jetzt käme es auf Vernunft auf allen Seiten an: Wir (unklar, ob A. die Vier Mächte meinte oder die Staatenwelt) dürften nicht über die Deutschen hinweg handeln (not freeze you out, not over your heads). D müsse, wie groß die Anziehungskraft möglicher Lösungswege auch immer sei, einen klaren Kopf behalten (keep it cool).

Vorher hatte Prof. Ehmke zur Rolle der NATO ausgeführt: Selbst wenn der WP sich selbst auflösen würde, müßte der Westen fest zum Bündnis stehen. Man brauche die NATO, um über die Gestaltung der Sicherheitsstrukturen der Zukunft nachzudenken. Der WP sei damit überfordert. Diese Überlegungen dürfe man auch nicht allein den US überlassen.

Das Bündnis sei weiterhin notwendig, um der Stimme der Europäer Gewicht zu verleihen und zu verhindern, daß die Supermächte über deren Kopf weg entschieden. Auch zur Lösung der deutschen Frage sei die Rolle der Atlantischen Allianz der Vier Mächte vorzuziehen.

2) Der außenpolitische Sprecher von Labour, Donald Anderson MP, führte auf entsprechende Fragen aus, daß sich Labour in den zurückliegenden sechs Jahren zunehmend auf Europa zubewege. Die Stimmungslage innerhalb der Partei habe sich seit 1983 grundlegend geändert. Eine neue, integrationsfreundliche Generation habe die Macht übernommen. Parteiführer Kinnock habe sich deutlich zu einer europafreundlichen Politik bekannt. Der Wandel zeige sich in den von Labour entsandten Abgeordneten des Europaparlaments, bei den Gewerkschaften und in nahezu allen Labour nahestehenden Einflußgruppen, wenn auch in den Wahlkreisen eine abwartende, teilweise Europa ablehnende Haltung noch vorherrsche. In der Unterhausfraktion gebe es auch unter den Hoffnungsträgern der erneuerten Partei noch Anti-Europäer, wie z.B. Bryan Gould, aber im Grunde sei die Zuwendung zu Europa eine Generationenfrage. Während die älteren Abgeordneten Atlantiker seien, würden sich die jüngeren weithin als Europäer einordnen lassen.

Labour begrüße die Veränderungen in MOE sehr. Man reagiere auf die Veränderungen in enger Abstimmung mit der Sozialistischen Internationalen. Dies mache auch deshalb keine Schwierigkeiten, da die alte, DDR-freundliche „Leipziger-Messe-Gruppe“ jeden Einfluß verloren habe. Labour wolle mit den entstehenden sozialdemokratischen Gruppierungen in den MOE-Staaten zusammenarbeiten und Demokratisierungstendenzen unterstützen, sei allerdings wachsam gegenüber Destabilisierungsgefahren.

Die Beziehungen zu D seien seit langer Zeit besonders eng und herzlich. Jetzt allerdings mehrten sich Befürchtungen, daß D, nur noch mit den eigenen Problemen befaßt, sich aus der Westbindung lösen könne. Auch andere hätten Sorgen angesichts der Ereignisse in der Mitte Europas. Historische Dominierungsängste der Nachbarn, die durch die Wirtschaftskraft eines vereinten D noch verstärkt werden könnten, müßten ausbalanciert werden. Gerade angesichts polnischer Besorgnisse sage Labour, daß der Wunsch, die deutsche Frage zu

lösen, eine klare Aussage zur Oder-Neiße-Grenze notwendig mache, die geschichtliche Tatsache sei. Labour wünsche sich eine viel eindeutiger (firmer) Erklärung der Bundesregierung zur Oder-Neiße-Grenze, um sicherzustellen, daß polnische Ängste nicht wiederbelebt würden. Auf Andersons Frage, ob es¹² für D die Alternative zwischen einer gesamtdeutschen und europäischen Politik gäbe (lure of the East), führte Prof. Ehmke aus, daß die weitaus große Mehrheit in D fest zur Westbindung stehe und weitere Integrationsfortschritte anstrebe. Selbstverständlich gebe es ein historisch und geographisch begründetes Interesse, das Richtung Osten gehe. Aber D werde das Integrationstempo der EG nicht verlangsamen, strebe im Gegenteil Integrationsfortschritte an. Zeitliche Vorstellungen, die Einberufung der Regierungskonferenz betreffend, hätten nichts mit dem grundsätzlichen europapolitischen Konsensus aller Parteien zu tun.

Wenn der Strom der Übersiedler anhielte, befürchte seine Partei einen Aderlaß für die DDR, den auch eine großzügige finanzielle Hilfe nicht wettmachen könnte. Innenpolitische Fragen seien nicht außer acht zu lassen. Schon jetzt sei ein Wettkampf um Wohnungen, Arbeits- und Studienplätze zwischen den Übersiedlern und den sozial Benachteiligten in D feststellbar. Man dürfe, wie Ministerpräsident Lafontaine ausgeführt habe, die deutsche Frage nicht auf dem Rücken der Schwachen austragen. Wenn die Fluchtwelle aus der DDR anhalte, werde es der DDR wie der Bundesrepublik schlechter gehen. Jede in der DDR investierte DM, die die Bevölkerung zum Bleiben veranlasse, sei eine vernünftige Investition.

3) Staatsminister Francis Maude führte auf die Frage Prof. Ehmkes, warum die Abschwächung des Sonderverhältnisses zwischen GB und US und die Entwicklungen in D nicht zu einem deutlicheren europapolitischen Engagement in der EG führten, aus:

Er selbst habe, nicht erst seit seiner Ernennung zum Staatsminister im FCO im Juli 1989, sondern auch vorher als Parlamentarischer Staatssekretär im Handels- und Industrieministerium, die britische Europapolitik aus nächster Nähe beobachtet und mitgestaltet. Daher müsse er betonen, daß GB sich nicht abwartend zurücklehne, sondern immer ein Anwalt schnellerer Fortschritte und engerer europäischer Bindungen gewesen sei. Andere MS hätten den Prozeß verlangsamt. Wenn man sich nicht länger, wie noch 1987, über den Hemmschuh der Gemeinsamen Agrarpolitik unterhalte, sondern über die Geschwindigkeit, mit der das für 1992 abgesteckte Ziel¹³ erreicht werden könnte, sei dies das Verdienst britischer Politik. Die bestehenden Verträge eröffneten ein weites, noch längst nicht ausgeschöpftes Feld für weitgehende Integrationsfortschritte.

Auf den Einwurf Prof. Ehmkes, daß sich GB auf dem Straßburger Gipfel¹⁴ gegenüber EWS und Sozialcharta¹⁵ zögerlich gezeigt habe, entgegnete StM Maude, daß GB sich bestimmten Vorhaben der Gemeinschaft gegenüber nicht nur zögerlich zeige, sondern ihnen entgegentrete. Dies träfe besonders auf die Sozialcharta zu. Aber GB unterstreiche, daß es seine Argumente gegen gewisse Gemeinschaftsvorhaben nicht aus einer Position der Isolierung vortrage, sondern als über-

¹² Korrigiert aus: „sich“.

¹³ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

¹⁵ Zur Verabschiedung der europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 410.

zeugter MS. Hinsichtlich der Währungsunion habe man deutlich gemacht, daß man bei aller Zustimmung das Ziel betreffend einen anderen Weg für erfolgversprechender halte. Man wolle, hier wisse man sich mit dem Präsidenten der Bundesbank¹⁶ einig, die Marktkräfte nutzen, Behinderungen abbauen, nicht neue Grenzen errichten. Für GB führe der Weg Europas hin zu voller Wirtschaftsintegration, vielleicht sogar hin auf eine Währungsunion, aber dies sei ohne neue Institutionen erreichbar. Eine Europäische Zentralbank werde immer nur den Durchschnitt fördern und damit Fortschritte verlangsamen.

¹⁷Mit der Zeit werde sich auch in der EG der Wettbewerb als stärkster Faktor durchsetzen, dies sei ein normaler Vorgang. Wer mit dem Strom schwimme, komme schneller ans Ziel. Man müsse die bereits bestehenden und bewährten Kräfte stärken, nicht neue Pläne verfolgen oder Institutionen errichten. Die Römischen Verträge¹⁸ und die EEA¹⁹ erlaubten genügend Raum für Fortschritte. Wenn es nach GB gegangen wäre, würde es daher keine Regierungskonferenz geben. GB begrüße die rasche und positive Antwort, die die EG angesichts der Entwicklungen in MOE gegeben habe. Dies sei angesichts der Schnelligkeit, mit der sich die Prozesse vollzögen, ein hervorragendes Ergebnis. Man solle jetzt nicht auf einen großen Plan verfallen, um die Ereignisse zu steuern. Bei Nachbarn und Handelspartnern der EG nehme das Interesse an der EG deutlich zu. Jetzt müsse man schrittweise vorgehen. Wichtig sei, 1990 die Beziehungen zu den EFTA-Ländern voranzubringen. Wenn diese Beziehungen erst einmal geklärt seien, müsse man das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten klären. Gleichgeartete Beziehungen mit allen seien aufgrund zu großer Unterschiede wohl unmöglich. Gefragt sei pragmatisches, positives und offenes, aber auch den einzelnen Staaten und ihrer Wirtschaftsverfassung angepaßtes Vorgehen. Maude forderte, daß man den österreichischen Beitrittsantrag²⁰ mit dem gebührenden Ernst und der notwendigen Sorgfalt behandeln müsse. Allerdings hoffe man in GB, daß Österreich den Weg der anderen EFTA-MS beschreiten werde. Man dürfe die EPZ nicht belasten, die sich als hervorragendes Instrument erwiesen habe. Die Neutralität IRLs sei mit der österreichischen nicht vergleichbar.

Zur Baker-Rede in Berlin²¹ wollte sich Maude noch nicht äußern, da er wegen der brennenden Hongkong-Probleme noch keine Zeit gefunden habe, die Aussage des US-AM zu analysieren. Auch zu Bündnisfragen hielt sich Maude bedeckt. Er schloß das Gespräch mit der Bemerkung, daß sich das Bündnis und die westliche Staatengemeinschaft in den letzten Monaten mit erstaunlichen Entwicklungen zu befassen gehabt haben. Die WP-Staaten hätten einen hohen Preis gezahlt für 40 Jahre einer aufgezwungenen Stabilität, die für den Westen nicht unbequem gewesen sei. Jetzt sehe man sich erstaunlichen Fortschritten gegenüber, die

¹⁶ Karl Otto Pöhl.

¹⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2430 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

¹⁹ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

²⁰ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

²¹ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte Berlin (West) am 12. Dezember 1989. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Berliner Presse Club vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 77–84.

sehr zu begrüßen seien, aber die Gefahr der Instabilität in sich tragen. Prof. Ehmke stimmte zu und bemerkte, daß niemand stärker die Verantwortung spüre, vorsichtig vorgehen zu müssen, als die Deutschen.

Aus aktuellem Anlaß erläuterte Maude die britische Politik den Boat People gegenüber²² und führte weiterhin aus, daß GB sich vor die innenpolitisch sehr kontroverse Frage gestellt sieht, ob man einer gewissen Anzahl von Hongkong-Chinesen das Niederlassungsrecht in GB einräumen könne²³. Unter Umständen werde man auch auf die Bundesregierung mit der Bitte zukommen, denjenigen Einwohnern von Hongkong, die jetzt für deutsche Firmen arbeiteten, den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

4) Gegenüber den Journalisten führte Prof. Ehmke aus, daß die SPD die Veränderungen innerhalb der DDR begrüße. Alles, wofür seine Partei in den vergangenen 20 Jahren gearbeitet habe, werde jetzt Wirklichkeit. Gorbatschow komme entscheidendes Verdienst an der Entwicklung zu. Besonders aber das mutige Eintreten der Bevölkerung der DDR habe zu einer Welle der Sympathie auch im Ausland geführt. Für die Reaktionen im westlichen Ausland, auch gerade in GB, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen stützten, sei man besonders dankbar.

Jetzt käme es zunächst auf die Stabilisierung einer Bewegung in der DDR an, die hin zur Demokratie führe. Die nächsten sechs Monate würden entscheidend werden. Weitergehende Perspektiven, Fragen wie die nach konföderativen Strukturen der beiden Deutschlands, nach Gestaltung von Bündnisverhältnissen und EG-Beziehungen, würden gestellt. Angesichts des Gefalles von Freiheit, Demokratie, Wirtschaftskraft zwischen D und der DDR gebe es einen wachsenden Konsensus in der Bundesrepublik, der langsames, vorsichtiges Vorgehen fordere. D stünde aus historischen und geographischen Gründen, aber auch wegen seiner politischen Lage in einer besonderen Verantwortung, eine neue Friedensordnung zu gestalten. Die deutsche Frage sei eng mit Europa verzahnt. Trotz aller Emotionen, die jetzt spürbar würden, gebe es die Lösung des Zusammenwachsens, die Europa helfen und nicht trennen würde. Dabei sei D auf die Hilfe seiner Freunde angewiesen. Wir strebten nicht ein neues Reich an, wir wollten nicht restaurieren, was Hitler verspielt habe, aber wir wollten zusammenwachsen, Demokratie und Einheit verbinden und uns in das europäische Grundmuster einpassen. Für die SPD sei eine der Vorbedingungen dafür die

²² Zu den vietnamesischen Flüchtlingen in Hongkong vgl. Dok. 284, Anm. 2.

Generalkonsul Bracklo, Hongkong, informierte am 12. Dezember 1989: „1) Heute, am 12.12.89, um 2 Uhr morgens hat die H[ong]K[ong]-Regierung die angekündigte und erwartete Aktion der unfreiwilligen Rückführung der vietnamesischen Flüchtlinge in deren Heimatland begonnen. 2) Nach einem Bericht der South China Morning Post wurden 51 Flüchtlinge von 6000, denen in dem Hongkonger Überprüfungsverfahren der Status als politische Flüchtlinge verweigert wurde, gegen 5.00 Uhr morgens per Flugzeug nach Vietnam gebracht. [...] US-Außenminister Baker habe in London in einem Gespräch mit PM Thatcher und Außenminister Hurd vergeblich versucht, die britische Entscheidung rückgängig zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 309; Referat 301, Bd. 146394.

²³ Generalkonsul Bracklo, Hongkong, berichtete am 22. Dezember 1989: „In der Hongkonger Presse und in der Öffentlichkeit gab es unterschiedliche Reaktionen auf die Ankündigung der britischen Regierung, 225 000 Hongkonger Bürgern (= 50 000 Haushalte) britische Pässe und damit ein Niederlassungsrecht in Großbritannien zu gewähren.“ Weiter berichtete Bracklo: „Mitglieder des Executive und des Legislative Council erklärten, das Paket bleibe hinter ihrer Forderung, für insgesamt 3,25 Millionen Hongkonger Bürger britische Pässe auszugeben, weit zurück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; Referat 341, Bd. 162017.

Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Der Bundestag habe mit großer Mehrheit, mit der Stimme des Kanzlers, eine Resolution zur polnischen Grenze verabschiedet.²⁴ Jetzt müsse die Bundesregierung in aller Eindeutigkeit und um jeden großdeutschen Zungenschlag zu vermeiden, erklären, was die Ostgrenze eines vereinten Deutschlands sein würde.

Hinsichtlich des Vier-Mächte-Treffens in Berlin erklärte Prof. Ehmke, daß die Reaktion der Parteien in D einhellig gewesen sei. Man erkenne das Fortbestehen der Vier-Mächte-Vorbehaltsrechte an. Man könnte diese Rechte auch bei möglichen Unruhen in der DDR als ein Sicherheitsnetz anwenden. Aber die Vier Mächte sollten ihre Rolle nicht überbetonen, um einen deutschen Nationalismus nicht aufzuwecken. Eine Lösung der deutschen Frage sei weder durch Vier-Mächte-Vereinbarung noch durch einen Friedensvertrag mit den 51 Kriegsgegnern des Deutschen Reiches herbeizuführen. Man müsse über den Helsinki-Prozeß hinleiten zu einer europäischen Friedensordnung, die auch den Status Berlins regeln könnte. Der Helsinki-Prozeß sei zukunftsorientiert. Ein Festhalten an Besatzungsrechten und Vier-Mächte-Rechten sei rückwärtsgewandt und könnte Nationalismus in D entflammen.

Wenn am 6. Mai 1990 in der DDR gewählt werde, ohne Einschränkung eines Wahlrechts für Ost-Berliner, könnte auch den West-Berliner Wählern nicht länger das Wahlrecht zum Bundestag vorenthalten werden. Selbst in der Frage einer Anerkennung von Berlin (West) als Bundesland sei in der SU Bewegung möglich, wenn sich der Status Ost-Berlins verändere. Keinesfalls dürfe bei den West-Berlinern das Gefühl erzeugt werden, sie würden schlechter behandelt als andere.

Auf Fragen führte Prof. Ehmke aus, daß europäische Integrationsfortschritte und ein engeres Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander sich in den Augen der Mehrheit in D nicht ausschließen. Ebenso wisse man, daß für die SU die deutsche Frage ein Kardinalpunkt sei. Daher werde man nichts unternehmen, was das Sicherheitsgefühl der SU beschränken könnte. Offenbar strebe Gorbatschow die „Finnlandisierung“ MOEs an, bei gleichzeitiger Erhaltung des WP. Keinesfalls könnte die SU eine Verschiebung der westlichen Allianz nach Osten akzeptieren. Bisher habe die Haltung der US, die ein vereinigtes D als Teil der NATO forderte, die Wiedervereinigung blockiert, die damit, solange die Militärblocke bestünden, unmöglich sei. Aber die US-Haltung habe sich geändert. Jetzt sage die US-Regierung, daß ein neutralisiertes D nicht akzeptabel sei. Die Frage laute also jetzt, was man mit den Bündnissen mache. Die SPD sehe in der NATO ein Instrument, das vor einer Bilateralisierung der Außenpolitik durch die Supermächte schütze. Die NATO müsse ein Gesamtkonzept besprechen.

Angesichts sozialer Probleme, die mit dem Übersiedlerstrom in beiden Teilen Deutschlands entstünden, ginge es jetzt darum, die Bevölkerung in der DDR zu überzeugen, daß es eine wirtschaftliche Zukunft auch in der DDR gäbe. Es gebe schon Anzeichen für eine Veränderung der Wirtschaftskonditionen in der DDR. Bei diesen Entwicklungen stünde eine finanzielle Hilfe Ds unmittelbar bevor.

[gez.] Richthofen

Referat 212, Bd. 158559

²⁴ Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

416

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege**012-9-312.74 VS-NfD****19. Dezember 1989¹****Fernschreiben Nr. 74 Ortez****Aufgabe: 20. Dezember 1989**

Betr.: Internationales Hilfsprogramm für Polen und Ungarn;
hier: Tagung der 24 auf Außenministerebene

1) Unter Leitung von EG-Kommissionspräsident Delors trat die Gruppe der 24 am 13.12.1989 in Brüssel auf AM-Ebene zusammen (zwölf EG-MS, sechs EFTA-Staaten, USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und Türkei). IWF, Weltbank, OECD, EIB und Pariser Club waren auf Leitungsebene vertreten. Es ging darum, Bilanz der bisherigen Maßnahmen zugunsten Polens und Ungarns zu ziehen, neue politische Impulse für die Fortsetzung des Hilfsprogramms zu geben und die 24er-Aktion ggf. auf weitere Reformländer auszudehnen.

2) Zu Beginn der Konferenz berichteten nacheinander die AM Polens² und Ungarns³ über Stand und Perspektiven ihrer jeweiligen Reformprogramme. Sie unterstrichen deren marktwirtschaftliche Orientierung, die in Zukunft wachsende Rolle der Privatwirtschaft sowie die Bedeutung von Auslandskapital und Joint-ventures für die Modernisierung ihrer Volkswirtschaften. Beide Minister stellten die politischen und sozialen Risiken nüchtern dar, gaben sich jedoch überzeugt, daß ein innenpolitischer Konsens für grundlegende Veränderungen der Wirtschaftssysteme bestehe. Beide Länder benötigten über die erhaltenen oder geplanten Hilfen hinaus vor allem zusätzliche Kredite und Schuldenerleichterung.

3) Die Außenminister der 24 zogen anschließend eine positive Bilanz der von der EG-Kommission koordinierten Hilfsmaßnahmen. Nach uns leisten EG und USA die umfangreichste Hilfe. Die EG-Kommission wurde beauftragt, die Koordinierungsarbeiten fortzusetzen. Die Minister kamen überein, das Programm auszuweiten und zusätzliche Länder aus Mittel- und Osteuropa, insbesondere die DDR, die ČSSR, Bulgarien und Jugoslawien, einzubeziehen, sobald sie die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen in Gang gesetzt haben. Dieses Ergebnis kam auf Initiative von BM, unterstützt von US-AM Baker, zustande. BM unterstrich die Bedeutung des Erfolges des Reformprozesses in der Sowjetunion und die Notwendigkeit vertiefter wirtschaftlicher Kooperation mit SU. Insgesamt wurde politische Einschätzung des BM:

- die Reformen liegen in westlichem Interesse;
- sie benötigen stabile Rahmenbedingungen und Akzeptanz;
- die Reformentwicklungen in den verschiedenen Staaten sind untereinander verbunden;

von den Delegationen geteilt.

¹ Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Göckel konzipiert.

² Krzysztof Skubiszewski.

³ Gyula Horn.

4) Die 24 AM bestätigten die von der EG-Kommission gesetzten Prioritäten (kurzfristig wirksame Maßnahmen und zugleich mittelfristige Stabilisierung) und begrüßten bzw. bestätigten die wichtigsten Elemente des bereits angelaufenen Programms:

- Fortsetzung der Nahrungsmittelhilfe für Polen⁴ (EG-Kommission hat bereits zweite Tranche angekündigt);
- Stabilisierungshilfe von 1 Mrd. US-Dollar für Polen⁵;
- EG-Kommissions-Initiative für einen 1 Mrd. US-Dollar Anpassungskredit für Ungarn;
- Errichtung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung⁶ (offen für alle);
- Errichtung einer Europäischen Ausbildungsstiftung (nur EG-MS).

5) Bewertung: Die Konferenz war erfolgreich. Mitverantwortung aller westlichen Industriestaaten für Erfolg des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa wurde deutlich. Persönliche Anwesenheit der AM aus asiatisch-pazifischen Teilnehmerstaaten zeigt, welche politische Bedeutung den Veränderungen in Europa auch dort beigemessen wird.

Bilanz der schon durchgeführten bzw. angekündigten Maßnahmen zeigt Bereitschaft zu substantiellen Stützungsmaßnahmen für reformorientierte Länder. Unsere Konferenzziele: neue Impulse für Hilfe für Polen und Ungarn, neue Initiativen: Bank und Ausbildungsstiftung sowie vor allem die Ausweitung auf weitere Reformstaaten, wurden voll erreicht. Das gewachsene Gewicht der EG wurde deutlich.

Bettzuege⁷

Referat 012-9, Bd. 161323

417

Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1514

Aufgabe: 19. Dezember 1989, 15.20 Uhr

Ankunft: 19. Dezember 1989, 16.34 Uhr

Betr.: Begegnungen AM Schewardnadse mit NATO-GS Dr. Wörner sowie
Ständigen Vertretern im NATO-Rat am 19.12.1989

Zusammenfassung

Zum ersten Mal in der Geschichte der Allianz traf am 19.12.1989 ein sowjetischer Außenminister im Brüsseler NATO-Gebäude zunächst mit GS (45-Minuten-

⁴ Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

⁵ Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

⁶ Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

⁷ Paraphr.

Gespräch) und anschließend mit Ständigen Vertretern im NATO-Rat (knapp halbstündiger Stehempfang) zusammen. Allianz-Außenminister hatten positive Reaktion auf sowjetischen Kontaktwunsch am 14.12.¹ indossiert.

Im Mittelpunkt der Gespräche, die in entspannter und freundlicher Atmosphäre verliefen, standen – mit Blick auf derzeitige Lage – Wahrung der Stabilität (und Rolle der Bündnisse hierbei) und – mit Blick auf die Zukunft – konkrete Schritte und gezielte Förderung von Prozessen, um zu stärker kooperativ strukturierter Sicherheit in Europa zu kommen.

Begegnungen stießen naturgemäß auf außerordentliches Medieninteresse.

Im einzelnen

Die Unterrichtung über das GS-AM-Gespräch (durch Botschafter Wegener) und Schewardnadses Antworten auf Fragen der NATO-Botschafter zusammenfassend, wird festgehalten:

1) Rollen der Allianzen und ihr Verhältnis zueinander

a) Schewardnadse bezeichnete offizielle Begegnung in Brüssel als „natürliche Entwicklung“ angesichts der internationalen Entwicklung. Pressespekulationen, Besuch im NATO-Hauptquartier sei „ein Tritt in den Vulkan“, seien offenkundig falsch.

Heute stellten militärische Allianzen Garantie der Stabilität für alle europäischen Länder dar. Damit hätten sie eine angesichts der monumentalen Veränderungen nicht zu überschätzende Funktion. Alle Seiten sollten daher die Allianzen als wichtige Instrumente der Stabilität betrachten.

AM nahm Bezug auf Bukarester Erklärung von 1989² über Umbau des WP und akzeptierte ohne Widerspruch, daß WP noch bedeutsame Wegstrecken vor sich habe. Er machte aber geltend:

- Veränderung sei in Gang gesetzt, begleitet von Umstellung auf defensive Verteidigung. Wirklich defensive Verteidigung sei letztlich nur möglich bei enger Kooperation mit der anderen Seite.
- Auch wenn NATO der Auffassung zu sein scheine, bei ihr seien keine Änderungen wie bei WP erforderlich, stelle sich dies aus SU-Sicht etwas anders dar. SU habe – in bezug auf Veränderungen der NATO – Baker-Rede³ und GS-Äußerungen aufmerksam gelesen.

Offenbar sei gutes gegenseitiges Verständnis gegeben darüber, was Übergang „von der Gegenwart zur Partnerschaft“ voraussetze.⁴

b) GS erläuterte doppelte Aufgabenstellung der Allianz (Kriegsverhütung und Überwindung der Konfrontation mit politischen Mitteln) und stellte dem Ziel,

¹ Am 14./15. Dezember 1989 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 411.

² Korrigiert aus: „1988“.

Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html?lng=en&id=17114&navinfo=14465>.

³ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte Berlin (West) am 12. Dezember 1989. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Berliner Presse Club vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 77–84.

⁴ So in der Vorlage.

Stabilität zu wahren, das zweite Allianzziel an die Seite, die „Kräfte des friedlichen Wandels“ zu fördern.

GS erläuterte auch Struktur der Allianz (16 souveräne Partner) und ihre Arbeitsweise.

c) AM äußerte Wunsch, Herstellung offizieller Beziehungen zwischen den Allianzen zu erörtern, falls GS die Zeit dafür als reif und die Bedingungen als gegeben ansehe. GS verwies darauf, daß Frage Gegenstand der Meinungsbildung im Bündnis sei. Zwar habe die allgemeine politische Bereitschaft zu Kontakten zugenommen, der Warschauer Pakt werde sich aber noch weiter verändern müssen, ehe man offizielle Kontakte erwägen könne. Die Antwort laute also „noch nicht“.

AM insistierte – auch beim Gespräch mit den Botschaftern – nicht und hob die bereits bestehenden Kontakte hervor unter besonderer Betonung der Wiener Verhandlungen⁵ und des bevorstehenden Doktrinenseminars⁶. Hier äußerte er Wunsch, nicht nur über die Doktrinen („Worte“) zu reden, sondern über die militärtechnische Umsetzung. Dies könne u. U. mehr als eine Begegnung voraussetzen. AM äußerte Erwartung, daß auch NATO-Seite auf Ebene der Generalstabschefs nach Wien kommt. (GS bezeichnete dies als wahrscheinlich.)

Zum Gegenstand der offiziellen Kontakte NATO–WP äußerte sich AM auch auf gezielte Fragen nur allgemein (vgl. Ziffer 2).

2) Einschätzung der gegenwärtigen Lage

a) AM analysierte zunächst Entwicklung seit Amtsantritt 1985. Inzwischen kenne sowjetische Führung die Führung der USA und Westeuropas gut. Heutige Situation stelle sich im Vergleich zu 1985 wie „Tag und Nacht“ dar. Zusammenfassung: Heute werde der Kalte Krieg überwunden (Beweis: INF-Abkommen⁷, START- und KSE-Fortschritte).

GS: Bestätigung der positiven Lageeinschätzung: Allianz sehe jetzt Chance, ihrer politischen Vision näherzukommen. Daher verfolge sie mit „Interesse und Sympathie“ Reformentwicklungen in SU und Zentral- und Osteuropa, desgleichen das Wirken von GS Gorbatschow und AM. Allianz werde alles tun, damit Reformen erfolgreich verliefen und ihre – allerdings begrenzten – Mittel einsetzen, um Reformen zu unterstützen. Sie haben keinen Wunsch, den schwierigen Übergang einseitig auszunutzen. (Schewardnadse unterstrich, daß dies wichtige Erklärungen seien.)

b) In bezug auf die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen entsprachen sich die Einschätzungen: Schewardnadse sah „realistische Aussichten“, sowohl KSE- wie START-Abkommen 1990 zu unterzeichnen. Für CW-Abkommen veranschlagte er 18 bis 24 Monate bis Unterzeichnung. Auch bei Vereinbarungen

⁵ Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

⁶ Das KSZE-Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa fand vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

⁷ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

betreffend Nukleartests sah AM Bewegung. GS unterstrich Allianzinteresse an baldigen Abschlüssen von KSE, START und CW.

Schewardnadse verband diese konkreten Abrüstungsperspektiven mit den beiden parallel verlaufenden Prozessen der Reduzierungen von Verteidigungshaushalten in SU und USA, um seine Feststellung zu begründen, daß der Kalte Krieg vorbei sei und daß der Frieden auf substantieller Basis begonnen habe. Er bezeichnete es als wichtig, daß der bisher nur bilaterale Abrüstungsprozeß (INF) nunmehr eine multilaterale Fortsetzung (KSE) erfahre.

3) Zukunftsperspektiven

a) KSZE-Gipfel 1990

Schewardnadse forderte, hier nicht aufzuhören, sondern die militärische Konfrontationsgefahr zielstrebig schrittweise abzubauen. Auf Frage nach sowjetischen Vorstellungen über KSE I hinaus äußerte er sich allerdings nicht direkt. Er verwies vielmehr auf 35er-Rahmen und die noch 1990 von SU gewünschte KSZE-Gipfelkonferenz. (Bei Botschaftergespräch bestätigte AM ausdrücklich, daß SU KSZE-Gipfel wünscht, um europäischen Prozeß in ganzer Breite zu erfassen.) Dieser Linie blieb er auch auf wiederholtes Nachfragen treu: Auf meine Frage erläuterte er, daß gegenwärtige Lage gründliche Analyse erfordere, und zwar auf Gipfelebene. Ferner sei gemeinsame Bestimmung des weiteren Kurses für Erhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa notwendig.

Ziel des 35er-Gipfels sei es nach sowjetischer Auffassung, Richtlinien (guidelines) für die nächsten Schritte zu diskutieren. Das Stichwort Deutschland fiel nicht, die engagierten Ausführungen Schewardnadses über die Notwendigkeit, Stabilität zu erhalten, bezogen sich aber erkennbar hierauf.

Schewardnadse sah – anders als F-Botschafter⁸ – keinen Gegensatz zwischen sowjetischer Förderung des 35er-Prozesses und sowjetischer Betonung der stabilisierenden Rolle der Allianzen: Die N+N-Staaten würden letztere Funktion gewiß nachhaltig begrüßen.

Im übrigen sah AM Zweck eines 35er-Gipfels darin,

- das volle Kooperationspotential des KSZE-Prozesses zu mobilisieren (besonders die Bereiche Wirtschaft, Technologie und Umwelt);
- auch im Bereich vertrauensbildender Maßnahmen nach „der Revolution von Stockholm“⁹ neue Phase zu beginnen, u.a. durch Berücksichtigung der Querverbindung zu Fragen der Militärdoktrin. (In bezug auf die von AM ohne Drängen angesprochene Absicht, VBMs auch auf Seegebiete zu erstrecken, erhielt er – erwartungsgemäß – von GS eine vor allem mit Hinweis auf die Asymmetrien der Allianzen begründete negative Reaktion.)

Zu KSZE-Gipfel erläuterte GS Stand der Meinungsbildung im Bündnis: Außenminister hätten Frage in positivem Geist erörtert, jedoch ohne abschließende Entscheidung. Sie hätten hervorgehoben, daß Ziele einer solchen Konferenz

⁸ Gabriel Robin.

⁹ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

geklärt und sorgfältige Vorbereitungen eingeleitet werden müßten. Dem stimmte AM ausdrücklich zu.

b) Konzept der Minimalabschreckung

Zu dem von GS angesprochenen Thema meinte AM: Dies sei ein vernünftiger Ansatz (reasonable approach), auch wenn die SU bei ihrer Präferenz für völlige Abschaffung von Nuklearwaffen bleibe. Sie sei aber bereit, sich diesem Ziel Schritt für Schritt zu nähern und das Endergebnis der Geschichte zu überlassen.

c) Zentrale Bedeutung US-Mitwirkung bei europäischer Sicherheit

Mit Blick auf die weitere Entwicklung zwischen den Großmächten wie zwischen den Allianzen zitierte Schewardnadse Feststellung aus Gorbatschow-Rede wörtlich, wonach SU die USA nicht mehr als Feind betrachtet.¹⁰ Dies sei eine wichtige Erklärung, sie bilde Ausgangspunkt sowohl für den sowjetischen Ansatz in Rüstungskontrollverhandlungen (für START und KSE bereits von entscheidender Bedeutung) als auch für Neuformulierung der Doktrin und Neustrukturierung des Militärs.

GS bezeichnete Erklärung Gorbatschows ebenfalls als wichtig und hob seinerseits Bedeutung hervor, die durch die Atlantische Allianz gewährleisteter Mitwirkung der USA (Kanadas) bei Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Europa zukomme.

4) Bewertung

Schewardnadse war offensichtlich überrascht, daß ihn die am Eingang wartenden NATO-Mitarbeiter mit Beifall begrüßten. Auch sonst war die Atmosphäre freundlich und aufgeschlossen. AM wirkte sehr konzentriert, aber keineswegs gespannt. Im Kreis der Botschafter sah er sich präzisen und sachkundigen Fragen ausgesetzt, auf die er mit zunehmendem Engagement und immer größerer Ausführlichkeit einging. Es ist deshalb durchaus gerechtfertigt festzustellen, daß erste Begegnung eines sowjetischen AM mit GS und Mitgliedern des Ständigen NATO-Rates die Qualifikation als Beginn eines Dialogs durchaus verdient. Damit hat die Begegnung, über die offensichtliche politisch-symbolische Bedeutung hinaus, einen Beitrag zur Entwicklung der West-Ost-Beziehungen geleistet, der in die Zukunft weist.

5) Schewardnadse war begleitet durch hiesigen bilateralen Botschafter Bogdanow, seinen Bürochef Stepanow, den Leiter der Ersten Europäischen Abteilung, Afanassjewskij, und den Leiter der KSZE-Abteilung, Derjabin.

[gez.] Ploetz

Referat 201, Bd. 151192

¹⁰ Im Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 vor Malta erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow: „The Soviet Union is ready no longer to regard the United States as an adversary and is ready to state that our relationship is cooperative.“ Vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>, bzw. LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 85, S. 553.

418

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem amerikanischen Botschafter Walters

331-320.10 PAN

20. Dezember 1989¹Lage in Panama²;

hier: Vorsprache von US-Botschafter Vernon Walters bei StS Dr. Sudhoff am 20.12.1989

Anlg.: 2³

StS Dr. Sudhoff empfing am 20.12.1989 US-Botschafter Vernon Walters, der unter Übergabe des anliegenden Non-papers⁴ sowie der Erklärung des Weißen Hauses vom 20.12.1989⁵ die Lage in Panama erläuterte. Der Botschafter erklärte, daß die Kämpfe im wesentlichen beendet seien.

Nach bisherigem Informationsstand habe es auf amerikanischer Seite neun Tote, 47 Verwundete und einen Vermißten gegeben. Die Stadt Panama befinde sich in amerikanischer Hand. Alle wichtigen Einrichtungen einschließlich Fernsehstation und Flughafen würden von den US-Streitkräften kontrolliert. General Noriega sei allerdings verschwunden. Zur Frage von StS Dr. Sudhoff, ob Noriega eine Vorwarnung erhalten habe, verfügte der Botschafter über keine Informationen. Er sagte, Präsident Bush habe die Aktion erst unternommen, nachdem alle sonstigen Möglichkeiten vergeblich versucht worden seien.

Die Aktion habe vier Ziele, und zwar

- den Schutz des Lebens amerikanischer Bürger,
- die Wiederherstellung des demokratischen Prozesses in Panama,

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer am 21. Dezember 1989 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat Hoffmann geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung von StS Dr. Sudhoff herbeizuführen“.

Hat Hoffmann am 21. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff verfügte.

Hat Sudhoff vorgelegen.

² Legationsrat I. Klasse Birgelen, Panama-Stadt, berichtete am 16. Dezember 1989, die panamaische Nationalversammlung habe am Vortag bekanntgegeben, daß sich Panama im Kriegszustand mit den USA befinde, solange die „US-Aggression“ andauere. Ebenfalls am 15. Dezember 1989 habe sie den Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Noriega, zum Regierungschef mit „weitreichenden Vollmachten“ ernannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 259; Referat 331, Bd. 144030.

Am 17. Dezember 1989 informierte Birgelen, am Vortag sei ein Offizier der in Panama stationierten amerikanischen Streitkräfte „beim Zurücksetzen von einer durch panamaische Streitkräfte errichteten Straßensperre angeschossen“ worden und kurz darauf seinen Verletzungen erlegen. Vgl. das Fernschreiben; Referat 331, Bd. 144030.

Referat 331 notierte am 20. Dezember 1989: „Präsident Bush hat heute früh 1 Uhr Ortszeit (7 Uhr bei uns) den Befehl zu einer militärischen Aktion in Panama gegeben“. Vgl. Referat 331, Bd. 144030.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4 und 5.

⁴ Für das undatierte Non-paper vgl. Referat 331, Bd. 144030.

⁵ Für die Erklärung des amerikanischen Präsidentsamts vgl. Referat 331, Bd. 144030.

Das amerikanische Präsidentsamt veröffentlichte am 20. Dezember 1989 zwei Erklärungen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1724 f.

- die Wahrung der Einhaltung der Panama-Kanal-Verträge⁶ und
- die Festnahme von General Noriega.

Er bemerkte, daß die US-Regierung die feste Absicht habe, die Kanal-Verträge in vollem Umfang zu respektieren. Endara sei als Präsident, Dr. Arias Calderón und Ford als Vizepräsidenten vereidigt worden. Sobald die Regierung Endara einen Kandidaten für den Posten des Panama-Kanal-Administrators vorgeschlagen habe, werde man den US-Senat um Zustimmung zu dessen Ernennung ersuchen.

Alle gegen Panama verhängten Wirtschaftssanktionen seien aufgehoben worden. Die USA würde alles tun, um die Wirtschaft Panamas zu sanieren. Man hoffe, daß die Bundesregierung für das amerikanische Vorgehen Verständnis habe und die amerikanische Position unterstütze. (Das im Non-paper enthaltene Ersuchen um „Anerkennung“ der Regierung Endara wurde von ihm nicht ausdrücklich vorgetragen.)

StS Dr. Sudhoff übergab Botschafter Walters den Text der vom stellvertretenden Regierungssprecher Vogel bekanntgegebenen Erklärung.⁷ Dabei fügte er hinzu, daß die Bundesregierung bezüglich der anstehenden Fragen mit ihren europäischen Partnern in Kontakt stehe.⁸ Der *Botschafter* äußerte in diesem Zusammenhang die Vermutung, daß Spanien Schwierigkeiten machen werde.

Auf die Frage von StS Dr. Sudhoff zur Loyalität der panamaischen Streitkräfte (PDF⁹) gegenüber dem neuen Präsidenten¹⁰ äußerte der Botschafter die Vermutung, daß diese wohl uneinheitlich sei.

Abschließend sagte er, daß man das militärische Eingreifen, nachdem man sich – anders als in Nicaragua und El Salvador – dafür entschieden habe, auch erfolgreich beenden werde.

Zur Verweildauer machte Walters keine Ausführungen.¹¹

Referat 331, Bd. 144030

⁶ Panama räumte den USA am 18. November 1903 die Nutzung einer fünf Meilen breiten Kanalzone jenseits der Kanaltrasse auf unbegrenzte Zeit ein. Dafür erhielt Panama nach der Ratifizierung des Vertrags 10 Millionen US-Dollar sowie ab 1913 eine jährliche Zahlung von 250 000 Dollar. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. MALLOY, Treaties, Vol. II, S. 1349–1357.

Ein neuer Panama-Kanal-Vertrag wurde am 7. September 1977 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 77 (1977), S. 483–501. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 640–650 (Auszug).

⁷ Die Bundesregierung erklärte am 20. Dezember 1989, sie hoffe, „daß die militärischen Auseinandersetzungen schnell beendet und Menschenleben geschont werden und der Weg frei wird für die von der Europäischen Gemeinschaft geforderte Demokratisierung des Landes“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 331 vom selben Tag; Referat 331, Bd. 144030.

⁸ Die EG-Mitgliedstaaten gaben im Rahmen der EPZ am 22. Dezember 1989 eine Erklärung zu Panama ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 103.

⁹ Panama Defense Forces.

¹⁰ Die Wörter „dem neuen Präsidenten“ wurden von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Noriega“.

¹¹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt.

419

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron**20. Dezember 1989¹**Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung²

Betr.: Deutsch-japanische Planungsstabskonsultationen am 19.12.;
hier: Zusammenfassung der japanischen Position

Allgemeiner Eindruck:

Äußerst selbstbewußte, global interessierte japanische Delegation. Selbstverständnis, wichtiges Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft mit daraus resultierenden Pflichten, aber auch Rechten zu sein; volle unkonditionierte Unterstützung einer deutschen Vereinigung; von uns abweichende politische Einschätzung vornehmlich hinsichtlich der SU.

Zur SU:

Gorbatschows Position trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei stabil. Grundsätzlicher Unterschied zwischen kooperativer sowjetischer Politik in Westeuropa und im Effekt destabilisierender sowjetischer Politik in Asien.

Perspektiven, die Gorbatschow in Wladiwostok³ und Krasnojarsk⁴ eröffnet habe, seien bislang nicht realisiert. Besonders kritisch sowjetisches Verhalten gegenüber Nordkorea, wo SU Proliferationsrisiken durch nukleare Zusammenarbeit noch weiter erhöhe. Sowjetische Unnachgiebigkeit auch in der territorialen Frage. Sowjetische Abrüstungsvorschläge in japanischen Augen eher von Schaden als von Nutzen (Abrüstung der Seestreitkräfte, die von USA glücklicherweise zurückgewiesen worden sei; sowjetischer Vorschlag für Abrüstungskonferenz KSZA⁵ in Hiroshima). Japanische Vorbedingungen für Ausbau der Kooperation mit SU:

- Territorialfrage,
- mäßigender Einfluß auf Nordkorea,
- konstruktive Haltung in Kambodscha-Frage,
- Beendigung der destabilisierenden sowjetischen Politik hinsichtlich amerikanischer Streitkräfte in Südostasien und Pazifik (auch Philippinen).

Wir haben dafür plädiert, sowjetische Bereitschaft zum Dialog zu nutzen, um die SU auch in Asien in neue Kooperationsstrukturen einzubinden.

Hilfe gegenüber Osteuropa:

Gefahr, daß durch westliche Hilfen Strukturprobleme nicht beseitigt werden. Investitionen aus japanischer Sicht viel besser in Südostasien als in Ländern

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bauer konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 16. September 1988 vgl. GORBATSCHOW, Sobranie, Bd. 12, S. 46–72.

⁵ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien.

Mittel- und Osteuropas, insbesondere in Polen. Tschechoslowakei und DDR hätten vielleicht Chance, wirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen, nicht jedoch Polen. Japan gleichwohl bereit, als Mitglied der westlichen Demokratien Osteuropa Hilfen zu geben, nicht jedoch unisono, im westlichen Gleichschritt, sondern entsprechend der eigenen Beurteilung und den eigenen Möglichkeiten. Man solle Japan nicht dauernd deshalb attackieren, weil es nicht genau dasselbe tue wie andere. Deshalb erwarte Japan Konsultationen, wenn es z.B. um Fragen wie Beteiligung Japans an Europäischer Entwicklungsbank gehe. Hinweis, daß bei der Frage von Osthilfen auch OECD wichtige Rolle spielen könne (Hintergrund dabei auch interne Kompetenzkonflikte zwischen japanischem Außenministerium und Finanzministerium).

Deutsch-deutsche Beziehungen:

Volle und unkonditionierte japanische Unterstützung für deutsche Vereinigung. Japanische Seite zeigte großes Interesse an unserer Einschätzung der Entwicklung des deutsch-deutschen Annäherungsprozesses.

China:

Westen müsse Reformkräften in China klare Signale geben, damit Reformprozeß fortgesetzt wird. Erwartung, daß letztlich – nach evtl. längerer Härteperiode – progressive Kräfte in China gewinnen. Insgesamt jedoch erhebliche Unsicherheit gegenüber der weiteren Entwicklung Chinas.

Beziehungen zu Amerika:

Auch nach japanischer Einschätzung emotionale Aufladung zwischen Japan und USA. Andererseits Hoffnung, daß die USA westliche Führungsmacht bleiben und es ihnen gelingt, ihr Haus in Ordnung zu bringen. Keine wirkliche Beantwortung unserer Frage, wie USA Führungsrolle ausüben könne, wenn sie⁶ wirtschaftlich immer mehr an Terrain gegenüber Japan und Europa verliere. Zustimmung zu unserer These, daß der Westen vor großen globalen Aufgaben stehe, die er in einer neuen Qualität des Dialoges und der Kooperation u. a. im Siebener-Kreis anpacken müsse.

Citron

Referat 02, Bd. 178529

⁶ Korrigiert aus: „es“.

420

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.00/20

20. Dezember 1989¹Über Dg41², D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Öffentliche Unterstützungsmaßnahmen für die DDR;
hier: Vorschläge der interministeriellen Arbeitsgruppe

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Auf Anregung von ChBK⁶ ist unter Federführung des BMWi eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden, deren Aufgabe es ist, konkrete Vorschläge für Hilfen an die DDR zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeit dieser Gruppe sollen Ende Januar 1990 einem Staatssekretärsausschuß unter Leitung ChBK zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe fand am 12. Dezember 1989 statt. Die Schlußbesprechung ist für den 17. Januar 1990 geplant. Das AA war durch Dg41 und Referat 412 vertreten.

Die Sitzung gab Anlaß zur Betonung der Notwendigkeit auch kurzfristig wirksamer Maßnahmen. Die Ressorts haben anscheinend noch nicht erkannt, daß auf die Bundesregierung auf jeden Fall hohe Aufwendungen zukommen, entweder zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR oder durch erhöhte Sozialaufwendungen etc. für Übersiedler.

II. Im einzelnen

1) Nach Einschätzung der Fachressorts muß vor allem die Privatwirtschaft die (längerfristig) notwendigen umfangreichen Mittel zur Sanierung der DDR-Wirtschaft mobilisieren. (Das DIW⁷ schätzt den Bedarf an Kapital, der notwendig ist, um den Pro-Kopf-Kapitalstock der DDR-Wirtschaft auf unser Niveau zu bringen, auf 500 Mrd. DM⁸.)

Öffentliche Unterstützungsmaßnahmen sollen flankierend wirken und sind auf zwei Ebenen denkbar:

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Gruber konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 20. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 21. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Schnelle Maßnahmen sind notwendig; der Gesichtspunkt der Wahlen am 6.5. muß zugleich bedacht bleiben.“

⁵ Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 21. Februar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 412 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich nehme an, die Vorlage ist in wesentlichen Teilen durch Zeitablauf überholt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 21. Februar 1990 erneut vorgelegen.

⁶ Rudolf Seiters.

⁷ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

⁸ Diese Zahl wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben.

Legationsrat I. Klasse Berger vermerkte dazu handschriftlich: „D. h. das BSP der BR Deutschland eines halben Jahres oder knapp zwei Bundeshaushalte.“

a) finanzielle Förderung von Investitionsvorhaben von gegenseitigem Interesse, wie Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung des Post- und Fernmeldeverkehrs, zur Modernisierung grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen, zur Kontrolle und Minderung der Umweltverschmutzung, zum Ausbau des touristischen Reiseverkehrs;

b) begleitende steuerliche und Garantie-Maßnahmen, um den notwendigen Kapital- und Know-how-Transfer aus dem privaten Sektor in Gang zu bringen.

2) In der Aussprache betonte Dg41, daß unter politischen Gesichtspunkten das Unterstützungspaket auch eine substantielle Komponente von schnellwirkenden Maßnahmen enthalten müsse.

Die Vorstellungen der Vertreter der Ressorts sind eher mittelfristiger und zum Teil abwehrender Art.

Der Vertreter des BMF wies darauf hin, daß zusätzliche öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stünden. Alle durch die geplanten Maßnahmen verursachten Mehrausgaben müßten haushaltsneutral, d. h. durch Einsparungen in den betroffenen Ressorts, finanziert werden.⁹

Zurückhaltend äußerte sich auch der Vertreter des BML. Im Agrarhandel könnten der DDR beim Abbau mengenmäßiger Beschränkungen aus strukturellen Gründen keine großen Zugeständnisse gemacht werden.

Der Vertreter des BMA erläuterte in Unterstützung der Forderungen des AA die potentielle finanzielle Belastung des Bundeshaushalts, die sich bei unzureichenden kurzfristigen Hilfsmaßnahmen ergeben könnte. Jeweils 100 000 übersiedelte Rentner belasten den Haushalt des BMA mit 1,8 Mrd. DM, 100 000 zusätzliche Arbeitslose mit ca. 2,0 Mrd. DM.

3) Wertung

Es ist zutreffend, daß die überalterte DDR-Wirtschaft vorzugsweise mit privatem Kapital saniert werden sollte. Die private Wirtschaft wird aber ihre Investitionsentscheidungen primär von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und Rentabilitäts Gesichtspunkten abhängig machen. Es ist fraglich, ob unter den gegebenen Rahmenbedingungen die DDR mit den attraktiven Kapitalanlagemöglichkeiten z. B. in den Ländern der EG hinreichend konkurrieren kann. Deshalb müssen parallel zu den notwendigen Reformmaßnahmen in der DDR auch kurzfristig wirksame Hilfsmaßnahmen (z. B. im Infrastruktur- oder Energiebereich) vorgesehen werden. Darauf hat vor allem das AA gedrängt.

Richtig ist auch, daß in der gegenwärtigen Lage staatliche Unterstützungsprogramme nur Symptome kurieren können, solange in der DDR-Wirtschaft ein effizienter Allokationsmechanismus fehlt, wie er in der Marktwirtschaft aus dem Zusammenspiel von Marktpreisen und Privateigentum resultiert.

Der Erwartungsdruck in der DDR ist jedoch groß. Bei offenen Grenzen ist es ungewiß, ob für eine nur allmähliche Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR Zeit bleibt. Sollte sich die Lage in der DDR zuspitzen, so ist eine Massenabwanderung in die Bundesrepublik nicht auszuschließen, mit enormen Belastungen für den Bundeshaushalt, wie dies vom BMA eindrucksvoll dargelegt wurde.

⁹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies kann wohl ernsthaft nicht die Haltung der Bu[ndes]Reg[ie]rung sein; ist sie m. E. auch nicht – siehe Nachtragshaushalt.“

Das Volumen der staatlichen Hilfsmaßnahmen muß deshalb in Relation zu der Größenordnung der potentiellen Kosten der Eingliederung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik gesehen werden.¹⁰ Zur Vermeidung eines „Circulus vitiosus“ von Abwanderung und wirtschaftlicher Verschlechterung muß rasch und großzügig geholfen werden.

Die Unterstützung der Bundesregierung muß eine Kombination aus Soforthilfe und mittelfristiger Hilfe sein, um der Bevölkerung der DDR das Bleiben zu erleichtern. Notwendig ist eine kurzfristige Verbesserung der Lebensbedingungen und vor allem das Aufzeigen von Perspektiven, die zum Bleiben anregen.

Schönfelder

Referat 412 (E 24), Bd. 168567

421

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Rohr

430-460 RPr III/0

20. Dezember 1989¹

Über Herrn Dg 43², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär

Betr.: Drittes EG-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung
(1990–1994)⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der EG-Forschungsministerrat hat am 15.12.1989⁵ Einigung über ein neues – drittes – Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung erzielt. Das Programm umfaßt die Jahre 1990 bis 1994 und überlappt sich mit dem – weitergeltenden – zweiten Rahmenprogramm 1987–1991⁶. Eine Revision ist für 1992 vorgesehen.

2) Das finanzielle Volumen des Programms beläuft sich auf 5,7 Mrd. ECU. Es liegt damit knapp über dem Umfang des zweiten Programms von 5,4 Mrd. ECU,

¹⁰ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Hat in Vertretung Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 20. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 21. Dezember 1989 vorgelegen.

⁴ Das dritte Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung wurde vom EG-Ministerrat am 23. April 1990 förmlich gebilligt. Vgl. dazu den Beschluß (90/221/Euratom, EWG); AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 117 vom 8. Mai 1990, S. 28–43.

⁵ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister fand am 15./16. Dezember 1989 in Brüssel statt.

⁶ Für das durch Beschluß des EG-Ministerrates vom 28. September 1987 (87/516/Euratom, EWG) förmlich gebilligte zweite Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung, das durch einen Beschluß vom 28. März 1988 (88/193/EWG, Euratom) ergänzt wurde, vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 302 vom 24. Oktober 1987, S. 1–23, bzw. Nr. L 89 vom 6. April 1988, S. 35.

aber erheblich unter den ursprünglichen Vorstellungen der EG-Kommission (7,7 Mrd. ECU). Der Kommissions-Vorschlag war allgemein als überhöht angesehen worden; der neue Betrag ist ein Kompromiß zwischen den Vorstellungen der Mehrheit der Mitgliedstaaten (darunter F, I und wir) und UK, E und NL, die einen noch niedrigeren Betrag wünschten.

3) Die Mittel werden auf sechs Aktionslinien aufgeteilt:

- Informations- und Kommunikationstechnik (2,221 Mrd. ECU),
- industrielle Technologien und Materialwissenschaften (888 Mio.),
- Umwelt (518 Mio.),
- Lebenswissenschaften (741 Mio.),
- Energie, auch nichtnuklear (814 Mio.),
- Förderung der Mobilität der Wissenschaften in Europa (518 Mio.).

Der mit Abstand am üppigsten ausgestattete Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik soll auch eine EG-Beteiligung an JESSI⁷ umfassen.

4) Das neue Rahmenprogramm stellt die Kontinuität der EG-Forschungs- und Technologiekooperation sicher. Durch die Überlappung mit dem 1987 beschlossenen zweiten Programm konnte die Berücksichtigung neuer Entwicklungen und Schwerpunkte und damit die im WTZ-Bereich besonders wichtige Flexibilität und Aktualität gewährleistet werden.

Uns lag daran, folgende Leitgedanken zu verwirklichen:

- Subsidiarität der EG-Maßnahmen gegenüber nationalen oder bilateralen Aktivitäten (europäischer Mehrwert muß gegeben sein),
- Konzentration auf Themen von transnationaler Bedeutung,
- Beschränkung auf vorwettbewerbliche Forschung und Entwicklung,
- Orientierung auf Erarbeitung von Normen, Standards und Regelungen, die für europäischen Binnenmarkt wichtig sind.

Dies ist weitgehend gelungen, wenngleich die Zielvorstellungen sich angesichts unterschiedlicher Interessen der Mitgliedstaaten und zur Erreichung des Kompromisses nicht überall in reiner Form umsetzen ließen.

5) Wichtig war uns ferner, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der EG auch für die Zusammenarbeit mit Drittländern offenzuhalten. Die Bereitschaft hierzu wird im Ratsbeschluß zum dritten Rahmenprogramm zum Ausdruck gebracht.

Darüber hinaus hat der Forschungsministerrat auf eine deutsche Initiative hin in zeitlichem, wenn auch nicht formalem Zusammenhang mit dem Beschluß über das neue Rahmenprogramm eine Resolution verabschiedet, in der die Bereitschaft erklärt wird, die Modalitäten einer engeren Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, die den Weg zu demokratischen Veränderungen eingeschlagen haben, bei den Forschungsaktivitäten der Gemeinschaft zu prüfen.

v. Rohr⁸

Referat 430, Bd. 163015

⁷ Joint European Submicron Silicon Initiative.

⁸ Paraphe.

422

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-360.00 VS-NfD

21. Dezember 1989¹

Rolle der Bündnisse (NATO und Warschauer Pakt) in der künftigen Sicherheitsarchitektur Europas – Einfluß und Gestaltungsmöglichkeiten der beiden deutschen Staaten

1) Bisherige Struktur und Aufgaben der Bündnisse

Die NATO ist als Verteidigungsbündnis zur Abwehr der Bedrohung Westeuropas durch die SU und den von ihr dominierten militärischen Block in der Anfangsphase der Ost-West-Konfrontation entstanden. Obwohl der Nordatlantik-Vertrag² bereits das Element politischer Abstimmung und Konsultation enthält, überwiegt bis heute die militärische Orientierung. Trotz bedeutender Fortschritte der politischen Instrumentalisierung des Bündnisses in der Folge des Berichts der Drei Weisen 1956³ und des Harmel-Berichts⁴ verstehen viele Bündnispartner (vor allem USA und GB, aber auch F) den Begriff der Sicherheitspolitik noch immer vorrangig im Sinne militärischer Sicherheit und tendieren – im Gegensatz zu uns – zur Bewahrung des gegenwärtigen Status quo in Europa. Dies wird z.B. deutlich, wenn bei der Interpretation des Harmel-Konzepts die Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit noch heute als Grundlage für die angestrebte Kooperation und den Dialog mit der östlichen Seite betrachtet wird (was allerdings dem Harmel-Bericht entspricht), statt jetzt beide Elemente

¹ Die von Vortragendem Legationsrat Gröning und Legationsrat I. Klasse Freitag konzipierte Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 27. Dezember 1989 über Ministerialdirigent Hofstetter, Ministerialdirektor Kastrup und Staatssekretär Sudhoff an Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Hofstetter, auch in Vertretung von Kastrup, am 27. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Sudhoff am 27. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Punkt 6 – was können die beiden deutschen Staaten tun? – bedarf weiterer Erarbeitung.“

Hat Genscher am 30. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. Januar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Kastrup und Hofstetter an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 5. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Kastrup am 8. Januar 1990 vorgelegen.

Hat in Vertretung Hofstetters Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 8. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Dreher am 8. Januar 1990 erneut vorgelegen, der den Umlauf in Referat 201 und die Weiterleitung an Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte sowie um Wiedervorlage bat.

Hat Hofstetter am 15. Januar 1990 erneut vorgelegen, der Referat 201 um Anruf bat.

Hat Dreher erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 201, Bd. 151144.

² Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

³ Der norwegische Außenminister Lange, der italienische Außenminister Martino sowie der kanadische Außenminister Pearson legten der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1956 in Paris Empfehlungen zur nicht-militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO vor. Für den Wortlaut der Empfehlungen sowie der Entschließung des NATO-Ministerrats vom 14. Dezember 1956 vgl. EUROPA-ARCHIV 1957, S. 9561–9571. Vgl. dazu auch FRUS 1955–1957, IV, Dok. 47.

⁴ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

als gleichwertige, komplementäre Bestandteile der westlichen Sicherheitspolitik zu verstehen.

Die SU hatte früh damit begonnen, die Staaten in ihrem westlichen Vorfeld, über die sie in der Folge des Zweiten Weltkrieges militärische und politische Herrschaft erlangt hatte, durch bilaterale „Freundschaftsverträge“ und Truppenstationierungen an sich zu binden. Der Warschauer Vertrag lieferte erst 1955 für diese bilateralen Bindungen einen multilateralen, weiter von der SU beherrschten Überbau.⁵ Kommandostrukturen und Organisation des Warschauer Paktes spiegeln diesen Zustand bis heute wider. Dieses gesamte Vertragsnetz ist ein wesentliches Element der sowjetischen Sicherheitspolitik.

2) Veränderungen der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen im Verhältnis der beiden Bündnisse; neues Szenario

War das Verhältnis beider Bündnisse über Jahrzehnte geprägt von Konfrontation und eskalierendem Rüstungswettlauf, so sind seit einigen Jahren Veränderungen festzustellen. Beginnend mit dem KSZE-Prozeß und fortschreitend im Rahmen von Rüstungskontrollverhandlungen und entsprechenden Ergebnissen, haben beide Bündnisse begonnen, kooperative, vertrauens- und sicherheitsbildende und stabilisierende Elemente als wichtigen Beitrag zur gegenseitigen Sicherheit zu betrachten.

Der politische Umbruch in Mittel- und Osteuropa schafft eine grundsätzlich neue Lage und wird zwangsläufig auch zu einer Änderung der bislang offensiv orientierten Struktur des Warschauer Paktes führen. Unter heutigen Bedingungen erscheint es ausgeschlossen, daß der WP unter Beteiligung Polens, Ungarns, der ČSSR oder der DDR seine bislang vom Westen gefürchtete überlegene Militärmaschinerie gegen den Westen in Gang setzen könnte. War bisher schon die NATO als Verteidigungsbündnis von ihrer politischen Zielsetzung wie ihrem militärischen Potential her nie geeignet, Politik im Clausewitzschen Sinne mit anderen Mitteln fortzuführen, so zeigt sich zunehmend, daß auch der Warschauer Pakt als militärisches und politisches Machtinstrument der SU in Frage gestellt ist.

Zu Recht hält deshalb die Öffentlichkeit die Bedrohungsperzeption, wie sie traditionell aus militärischer Sicht vermittelt wurde, für überholt.

3) Rahmenbedingungen für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten

3.1) Allgemein sind folgende Rahmenbedingungen festzuhalten:

– Im Westen:

- Mitgliedschaft und Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in NATO und EG bei deren fortschreitender Integration;
- fortbestehende Vorbehaltsrechte der Drei Mächte bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem;
- Rahmenbedingungen der Verbündeten für eine deutsch-deutsche Annäherung, wie in jüngster Zeit verstärkt formuliert (z.B. starke Betonung der Unverletzlichkeit der Grenzen).

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

Der Vertrag wurde mit Protokoll vom 26. April 1985 um 20 Jahre verlängert. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1985, Teil II, S. 47 f.

- Im Osten:
 - Mitgliedschaft und Einbindung der DDR in Warschauer Pakt und COMECON;
 - Freundschaftsvertrag DDR/SU⁶, einschließlich Vorbehaltsrechten und Interessen der SU bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem;
 - Garantie der polnischen Westgrenze;
 - wahrscheinliche Entwicklung des Warschauer Pakts in Richtung auf eine stärker politisch orientierte Organisation.
- Im West-Ost-Kontext:
 - Rechte der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes;
 - KSZE-Prinzipien;
 - Status-quo-Denken gegen Veränderungsansätze;
 - Bündnisasymmetrie NATO/WP.

3.2) Bündnispflichten beider deutscher Staaten

a) Im Rahmen der militärischen Integration der NATO hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Luftverteidigungskräfte bereits im Frieden alliiertem NATO-Oberbefehl unterstellt. Für den Krisenfall „assigniert“, d.h. für die Unterstellung unter alliierten Oberbefehl vorgesehen, sind zwölf Heeresdivisionen, der Rest der Bundesluftwaffe (Angriffskräfte) und die meisten Marineeinheiten.

Diese Streitkräfte der Bundeswehr sind das entscheidende Fundament des westlichen Verteidigungsdispositivs in Zentraleuropa. Ihre Bereitstellung beruht auf den in der NATO einvernehmlich verabschiedeten Streitkräftezielen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ferner aufgrund völkerrechtlicher Abkommen Stationierungsland für Truppen aus sechs anderen NATO-Staaten (insgesamt mehr als 400 000 Mann).⁷

Die Beendigung oder Infragestellung eines oder beider o.g. Beiträge durch die Bundesrepublik Deutschland würde dem Bündnis als solchem die bisherige Grundlage entziehen und erscheint deshalb auf absehbare Zeit politisch weder wünschenswert noch durchsetzbar.

b) Ähnliches gilt aber auch für die DDR.

Die Nationale Volksarmee (ca. 120 000 Mann) ist als einzige NSWP-Armee vollständig dem vereinten Oberkommando der Streitkräfte der WP-Staaten eingegliedert. Sie leistet bislang einen wichtigen Beitrag zu den sowjetischen militärstrategischen Optionen im „Kriegsschauplatz West“ (TV⁸ West).

In der DDR steht ferner das größte und leistungsfähigste sowjetische Truppenkontingent außerhalb der SU, die westliche Streitkräftegruppe mit z.Z. ca. 388 000 Mann. Deren Oberbefehlshaber kann nach dem gültigen und einseitig

⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Oktober 1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vgl. GESETZBLATT DER DDR 1975, Teil II, S. 238–243. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 308.

⁷ Vgl. dazu den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag); BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 253–255.

⁸ Teatr Vojny.

nicht kündbaren Truppenstationierungsvertrag mit der DDR von 1957⁹ faktisch nach eigenem Ermessen den Ausnahmezustand über die DDR verhängen.

Eine Beendigung oder Infragestellung des DDR-Beitrages würde daher den WP schwächen. Ein WP-Austritt wäre zudem für die DDR nicht wünschenswert, da dann die strengeren bilateralen Verpflichtungen des Truppenstationierungsvertrages mit der SU von 1957 sowie des Freundschafts- und Beistandsvertrages mit der SU von 1975 in den Vordergrund treten würden (u.a. weltweite Beistandspflicht statt nur „in Europa“; Schutz und Verteidigung der „historischen Errungenschaften des Sozialismus, der Sicherheit und der Unabhängigkeit“ statt nur Beistandspflicht gegen bewaffneten Überfall; uneingeschränkte statt beschränkt ermessensfreie Beistandspflicht hinsichtlich der Mittelauswahl).

Die WP-Mitgliedschaft der DDR schränkt somit zwar ihren sicherheitspolitischen Handlungsspielraum ein, bietet ihr im Konzert mit den übrigen reformierten NSWP-Staaten aber auch Spielraum, besonders im Vergleich zu ihren bilateralen Verpflichtungen gegenüber der SU.

4) Sind die Bündnisse noch notwendig?

Es fragt sich, wie groß das (gemeinsame) Interesse an der Erhaltung der gegenwärtigen Bündnisse und ihrer – eventuell angepaßten – Strukturen in West und Ost ist und welche Zielsetzungen dahinterstehen.

4.1) Auf westlicher Seite ist die grundsätzliche Infragestellung der NATO praktisch tabu. Sie wird meist nur als Sorge – mit Blick auf die Entwicklung in Deutschland – formuliert. Dabei dürften sich Einhegungsinteressen mit dem Anliegen der gemeinsamen Bewahrung und Förderung demokratischer und freiheitlicher Werte treffen. Die Reaktion unserer wichtigsten Verbündeten hat jedenfalls sehr deutlich gemacht, daß für sie die Existenz des Bündnisses aus militärischen und politischen Gründen und ebenso die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Atlantische Allianz grundsätzliche Vorbedingung für ihre Unterstützung einer deutsch-deutschen Annäherung ist.

Am – zumindest temporären – Fortbestand eines reformierten, eher politischen Warschauer Pakts wird auf westlicher Seite zunehmend Interesse geäußert, und zwar aus Rücksicht auf sowjetische Sicherheitsinteressen und zur Absicherung („Stabilisierung“) des politischen Umbruchs in den Staaten Mittel- und Osteuropas.

4.2) Auf östlicher Seite ist das Bekenntnis zum Warschauer Vertrag, der formal bis 2005 besteht, unterschiedlich motiviert:

– NSWP-Staaten

Polen und Ungarn haben ihren Anspruch kundgetan, über den Verbleib im WP souverän entscheiden zu können. Ihre Bekenntnisse zum WP nach der Einleitung der Reformen verdeutlichen diesen Anspruch. Ungarn hat ihn durch begleitende Erklärungen unterstrichen, daß gegenwärtig eine Neutralisierung Ungarns nicht denkbar sei. Hauptziele der Reformstaaten sind gegenwärtig:

⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. März 1957 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen, vgl. GESETZBLATT DER DDR 1957, Teil I, S. 238–244.

- behutsame Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums inner- und außerhalb des WP;
- Zurückhaltung gegenüber einer „Politisierung“ des WP dann, wenn dies die innere Entwicklung der Mitgliedstaaten wieder zum Gegenstand der Bündnispolitik machen könnte;
- Streben nach Reduzierung der im eigenen Land stationierten sowjetischen Streitkräfte (ČSSR, Ungarn, Polen).

Kein NSWP-Staat zieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen WP-Austritt ernsthaft in Betracht. Dies dürfte auf folgenden Gründen beruhen:

- Alle Reformstaaten wissen, daß für die Sowjetunion der Bestand des Warschauer Paktes eine Existenzfrage ist. Ein Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes würde die Stellung Gorbatschows vermutlich unhaltbar machen und damit den Reformprozeß in ganz Mittel- und Osteuropa einschließlich der SU im höchsten Maße gefährden; Ausbau und Absicherung der inneren Reformen hängen mithin von der Stabilität des östlichen Bündnisses ab.
- Ein Austritt aus dem Bündnis ließe außerdem die bilateralen Freundschafts- und Beistandspakte sowie die bilateralen Truppenstationierungsverträge mit der SU unberührt. Austritt aus dem Bündnis wäre daher nur bei gleichzeitiger Kündigung auch dieser Verträge sinnvoll.
- Polen betrachtet die Mitgliedschaft im WP auch als Garantie für die Sicherheit seiner Westgrenze.¹⁰
- Es gibt Mittel und Wege unterhalb eines WP-Austritts, um den eigenen Handlungsspielraum gegenüber der SU – bilateral als auch im Rahmen des WP – behutsam zu erweitern: Umstrukturierung der nationalen Streitkräfte (Ungarn, Polen), blockübergreifende Initiativen (z.B. Ungarn/Frankreich¹¹) in den Abrüstungs- und Rüstungskontrollforen, Aufnahme und Ausbau bilateraler militärpolitischer und militärischer Kontakte mit NATO-Mitgliedstaaten.
- Man will den Erfolg und keine Gefährdung laufender oder künftiger Abrüstungs- oder Rüstungskontrollverhandlungen sowie vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen.
- Sowjetunion

Die SU hat die Notwendigkeit der Entwicklung des WP zu einer stärker politisch orientierten Organisation bei grundsätzlicher Anerkennung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten hervorgehoben. Sie versucht damit, Forderungen nach Bündnisauflösung aufzufangen. Ihre Hauptanliegen sind:

- Kontrolle und Mitsprache bei der raschen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, insbesondere bezüglich der deutschen Frage und Grenzfragen.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leider!“

¹¹ Frankreich und Ungarn legten am 15. Dezember 1989 einen Vorschlag zu bilateralen militärischen Kontakten zwischen Teilnehmerstaaten der VSBM-Verhandlungen vor (CSCE/WV.6). Für den Wortlaut vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 7.

- Bewahrung der eigenen Machtstellung (vor allem im Verhältnis zur USA), auch aus Rücksichtnahme auf konservative sowjetische Kreise und die sowjetische Streitkräfteführung.
- Auch wirtschaftlich würde eine rasche vollständige Rückführung und Eingliederung der in NSWP-Staaten stationierten sowjetischen Streitkräfte der SU z. Z. erhebliche Probleme machen (Wohnungssituation, Arbeitsplatzmangel); langfristig hat die SU einen Truppenabzug – bei entsprechenden Konsequenzen auf westlicher Seite – aber auf ihr Programm gesetzt.
- Eine Bündnisauflösung ohne Gegenleistung seitens der westlichen Allianz würde SU isolieren und wäre auch sicherheits- und militärpolitisch für sie unakzeptabel: Gemäß Art. 11 des Warschauer Vertrages ist das östliche Bündnis erst überflüssig „im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziel dienenden gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit“.

5) Fazit

Sowohl auf westlicher wie auf östlicher Seite werden die bestehenden Bündnisse, wenn auch aus unterschiedlichen Interessen und Motiven, auf absehbare Zeit für erforderlich gehalten. Insbesondere die Entwicklung in der DDR hat in jüngster Zeit zu immer zahlreicheren Erklärungen und Bekenntnissen in diesem Sinne geführt.

Die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten setzt neben entsprechender deutsch-deutscher Willensbildung ebenso Vertrauensbildung und Zustimmung der westlichen wie der östlichen Nachbarn und Verbündeten beider Staaten voraus.

Dem widerspräche die Infragestellung der Bündnisse durch die Bundesrepublik Deutschland oder die DDR zum jetzigen Zeitpunkt und auf absehbare Zeit.¹² Sie würde in Ost und West bestehende Besorgnisse und Vorbehalte gegenüber der deutsch-deutschen Entwicklung nur verschärfen und den deutschen und gesamteuropäischen Annäherungsprozeß langfristig hemmen oder sogar unmöglich machen können. Fortbestehende Bündniszugehörigkeit würde dagegen vielfältige Formen deutsch-deutscher Zusammenarbeit erlauben. Unser Ziel kann daher nicht Abschaffung, sondern Transformation der Bündnisse sein.

NATO und WP können als Instrumente der Vertrauensbildung und als Konsultationsorgane eine wichtige stabilisierende Rolle spielen, wenn es gelingt,

- sie im Rahmen der West-Ost-Beziehungen noch mehr als bisher zu politischen Instrumenten des Veränderungs- und Annäherungsprozesses im Sinne des Harmel-Berichts, z. B. durch eine noch stärkere Einbeziehung in einen beschleunigten und erweiterten KSZE-Prozeß, zu machen und
- damit gleichzeitig den Status-quo-orientierten militärischen Charakter der beiden Allianzen zurückzudrängen und beide Allianzen zu Instrumenten kooperativer Sicherheitspolitik umzugestalten.

Im Rüstungskontrollprozeß (insbesondere VKSE) verbinden sich beide Anliegen miteinander. Über VKSE hinausreichende Erwartungen und Initiativen unserer-

¹² Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

seits, durch die der militärische Aspekt der Bündnisse weiter an Bedeutung verlieren würde, dürften allerdings dann auf Widerstand und Grenzen unserer westlichen Verbündeten stoßen, wenn

- diese ihre nationale Sicherheitspolitik in Frage gestellt sehen (Frankreich und Großbritannien),
- die westeuropäische Integration gehemmt oder sogar zurückgenommen würde,
- nicht gleichzeitig auch die militärische Dominanz der Supermacht SU verringert würde.

Mittelfristig erscheint nur eine institutionalisierte, überwölbende KSZE-Sicherheitsarchitektur für Europa, in die beide Bündnisse voll eingebaut sind, geeignet, durch Überwindung der Trennung Europas einen Zustand zu schaffen, in dem die Deutschen in beiden deutschen Staaten ihr Selbstbestimmungsrecht bis hin zum Ziel staatlicher Einheit voll auszuüben vermögen. In einer solchen sicherheitspolitischen Struktur für Europa würden beide Bündnisse ihren bislang antagonistischen Charakter verlieren und zu Instrumenten gegenseitiger Vertrauensbildung und Stabilität, letzten Endes kollektiver Sicherheit werden können.

6) Vorschläge

Auf dem Weg zu diesem Ziel sollten beide deutsche Staaten ein Pilotmodell für bündnisübergreifende Sicherheitskooperation entwickeln. Stichworte hierfür bieten die „Vertragsgemeinschaft“ ebenso wie der „Deutsche Bund“, „konföderative Strukturen“ oder eine „Deutsche Konföderation“, in deren Rahmen nicht nur wirtschaftliche, rechtliche und soziale Fragen, sondern auch sicherheitspolitische Probleme zu behandeln sein werden. „Vertragsgemeinschaft“ und „konföderative Strukturen“ ließen als völkerrechtliche Organisationsform in Richtung auf einen Staatenbund Souveränität und jeweilige Bündnisbindung und -pflichten beider deutscher Staaten grundsätzlich unberührt. Sie sind deshalb besonders dazu geeignet, nach Wegen der Annäherung im Einklang mit den Interessen der jeweiligen Bündnispartner in Ost und West und unter Erhaltung beider Bündnisse zu suchen.

Die DDR-Regierung hat bereits ihr Interesse bekundet, den Gedanken einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft auch auf Fragen der Sicherheitspolitik, Abrüstung und Vertrauensbildung auszudehnen.

Gemeinsame deutsch-deutsche Positionen und Initiativen im Bereich der Sicherheitspolitik, Abrüstung und Rüstungskontrolle werden allerdings die Mitgliedsstaaten beider Bündnisse sowohl bündnispolitisch als auch im Rahmen der West-Ost-Beziehungen sehr aufmerksam, oft kritisch verfolgen. Es wird deshalb darauf ankommen, den Eindruck eines deutsch-deutschen Sonderweges zu vermeiden.

Alle entsprechenden Schritte und Absprachen müßten deshalb im Einvernehmen mit den jeweiligen Bündnispartnern¹³ entwickelt werden; sie müßten allerdings auch voll den Spielraum ausnutzen, über den beide deutsche Regierungen verfügen.

¹³ Der Passus „im Einvernehmen mit den jeweiligen Bündnispartnern“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von ganz besonderer Wichtigkeit!“

Gleichzeitig würden sie auch innenpolitische Legitimation für die notwendige Behutsamkeit bei der Annäherung liefern und damit hochgespannte innere Erwartungen gegenüber eingeschränkten externen Möglichkeiten abfedern.

Konkret wären – über bereits vorhandene Ansätze (Rüstungskontrollkonsultationen) hinaus – folgende Vorschläge für eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik denkbar:

- Entwicklung gemeinsamer Vorschläge für VKSE, VVSBM sowie den weiteren KSZE-Prozeß; entsprechendes auch im VN-Rahmen;
- Entwicklung größerer militärischer Transparenz einschließlich der Fragen der Vorwarnzeit, Aufklärungsfähigkeiten und der Verifikation getroffener Vereinbarungen;
- gemeinsame Untersuchung der Probleme der Vorneverteidigung: Auch die östliche Seite muß dieser Frage als Folge von VKSE-Ergebnissen (Herstellung von Parität) erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Sie bietet sich auch deshalb für deutsch-deutsche Initiativen an, weil die innerdeutsche Grenze bislang den Bereich stärkster militärischer Konzentration und Konfrontation in Europa darstellt;
- gemeinsame Entwicklung stärker defensiv orientierter Streitkräftestrukturen;
- gemeinsame Entwicklung defensiver Rüstungstechnologien;
- Ausbau militärischer Kontakte bis hin zu begrenztem Personalaustausch (z. B. Sanitätsdienst, innere Führung, Akademien).

Deutsch-deutsche Initiativen und Modellversuche in diesen Bereichen könnten nicht nur zur Vertrauensbildung beitragen, sondern zugleich auch den Gesamtrahmen und die Bedingungen beeinflussen, unter denen sich die Annäherung beider Staaten vollzieht.

[Dreher]¹⁴

Referat 201, Bd. 151144

¹⁴ Verfasser laut Begleitvermerk.

423

Botschaftsrat Blaas, Bukarest, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1171****Citissime nachts****Aufgabe: 21. Dezember 1989, 20.25 Uhr¹****Ankunft: 21. Dezember 1989, 19.52 Uhr**Betr.: Lage in Rumänien²Bezug: DB 1165 vom 21.12.89 – Pol 320.10 VS-NfD³

Zur Unterrichtung

1) Seit den Mittagsstunden finden im Anschluß an die Rede Ceauşescu vom Balkon des Zentralkomiteegebäudes⁴ mehrere Demonstrationen statt, denen sich Passanten spontan anschließen. Sie riefen am Nachmittag: Gewaltlosigkeit, Freiheit, nieder mit Ceauşescu! Zu Beginn verhielt sich Miliz/Militär überwiegend abwartend, auch wenn es vereinzelt zum Schußwaffengebrauch gegen Demonstranten kam. Jüngsten Meldungen zufolge (18.30 Uhr MEZ) sollen Militärs/Miliz brutal gegen Demonstranten vorgehen. Viele leblose Körper lagen auf den Straßen. Präzise Informationen sind schwer zu erhalten, da alle Telefongespräche in die Botschaft, auch die von Botschaftsangehörigen, die sich im Stadtzentrum aufhalten, unterbrochen werden.

2) Deutsche haben sich bisher nicht mit der Bitte um Hilfe an die Botschaft gewandt. Es ist nicht bekannt, daß Deutsche zu Schaden gekommen sind.

3) Botschaftsangehörige sind wohlauf. Keine Unruhen in Kanzleinähe.

4) Der Wendepunkt ist erreicht. Als Ceauşescu auf dem Balkon des Zentralkomiteegebäudes ausgebuht und die Fernsehübertragung für drei Minuten unter-

¹ Hat Ministerialdirigent Höynck am 21. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte c[i]t[i]ssime[n]a[chts] N[ew] Y[ork] UNO durchstellen.“

Hat Legationsrat I. Klasse Almer am 21. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Telko angewiesen 20.56 [Uhr]. BM hat [Kopie].“ Ferner vermerkte er: „Erl[edigt].“

² Referat 214 notierte am 21. Dezember 1989: „Ausgangspunkt der gegenwärtigen Unruhen in Rumänien war eine friedliche Versammlung vor dem Haus des ungarischstämmigen reformierten Pfarrers und Bürgerrechtlers László Tóké in Temeschburg, der am Abend des 16.12.1989 von den rumänischen Behörden deportiert werden sollte. In der Nacht vom 16. zum 17.12. weitete sich die Versammlung zu einer größeren Demonstration aus, an der mehrere tausend Menschen teilgenommen haben. Die rumänische Miliz ging zusammen mit Einheiten der Armee und des Sicherheitsdienstes mit rücksichtsloser Gewalt gegen die Demonstranten vor. [...] Seit Wochenbeginn haben sich die Proteste der rumänischen Bevölkerung auf andere Städte ausgeweitet. Inzwischen haben die Unruhen auf die rumänische Hauptstadt Bukarest übergreifen, auch dort wird wahllos auf wehrlose Demonstranten geschossen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139892.

³ Botschaftsrat Blaas, Bukarest, informierte, ein Arzt habe in der Botschaft über die Ereignisse in Temeschburg/Timişoara berichtet: „Ursache des Aufruhrs sei die Unzufriedenheit und Verzweiflung über die ständig sich verschlechternde Versorgungslage gewesen. [...] Soldaten seien in Arbeiterviertel gezogen und hätten von den Straßen in die Wohnungen geschossen. Ziel sei offensichtlich Einschüchterung der bei Demonstrationen stark vertretenen Arbeiterschaft gewesen.“ Die Sicherheitskräfte hätten auch Dum-Dum-Geschosse eingesetzt. Blaas resümierte: „Augenzeugenbericht unterstreicht die Entschlossenheit des Regimes, jeden Widerstand mit allen Mitteln niederzuschlagen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139892.

⁴ Referat 214 vermerkte am 21. Dezember 1989, der rumänische Präsident Ceauşescu habe vor 50 000 bis 80 000 Menschen gesprochen und Sozialreformen angekündigt: „Die Fernsehübertragung wurde für etwa drei Minuten durch Buh-Rufe unterbrochen. Bis zum Ende der Rede behielten die Hurra-Rufer die Oberhand.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139892.

brochen wurde, fielen sich Rumänen vor Freude weinend in die Arme und riefen: „Es hat endlich angefangen.“ Seither spitzen sich die Ereignisse zu. Es muß mit zahlreichen Toten und Verletzten gerechnet werden.

[gez.] Blaas

Referat 214, Bd. 139892

424

Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 4344

Aufgabe: 21. Dezember 1989, 21.30 Uhr¹

Ankunft: 21. Dezember 1989, 21.44 Uhr

Betr.: EG–EFTA;

Informelles Ministertreffen EG–EFTA und 1381. Tagung des AM-Rates
am 19.12.1989

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Zum zweiten Mal in diesem Jahr trafen sich die 19 AM der EG-MS und der EFTA-Länder (einschließlich Liechtenstein) zu einem informellen Ministertreffen. Sie nahmen eine Gemeinsame Erklärung² an und gaben damit grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen über ein globales Abkommen zur Vertiefung und besseren Strukturierung ihrer Zusammenarbeit in einem künftigen europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Die Verhandlungen sollen (nach einer kurzen Vorbereitungsphase) möglichst bald im ersten Halbjahr 1990 aufgenommen werden. Ein weiteres, von EFTA-Seite gewünschtes Ministertreffen im Laufe des nächsten Jahres ist ins Auge gefaßt.³

Das Treffen unter Vorsitz des französischen AM Dumas verlief ausgesprochen harmonisch, getragen von der Bereitschaft aller Beteiligten zu engerer Zusammenarbeit, zum Vorteil aller und vor dem Hintergrund der raschen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Es bestand Einvernehmen über den raschen Verhandlungsbeginn, und auch in den Sachfragen überwog eher die Betonung der Gemeinsamkeiten. Beispielsweise ist ein globales und ausgewogenes Abkommen allgemein anerkanntes Ziel; Akzente wie z. B. Kohäsion oder Ausnahme-wünsche auf Grund fundamentaler Interessen einzelner Länder wurden nur angedeutet, werden später aber noch den Stoff für schwierige Verhandlungen

¹ Das von Regierungsdirektor von Massow, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Vortragendem Legationsrat Leonberger am 22. Dezember 1989 vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten vom 19. Dezember 1989 vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 60 f.

³ Das informelle Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten fand am 19. Dezember 1990 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 95 des Vortragenden Legationsrats Trautwein vom 28. Dezember 1990; AAPD 1990.

bilden. Allgemein werden auch die rechtlich-institutionellen Fragen als besonders komplex angesehen. Es wird nun darauf ankommen, den Schwung der bisherigen Gespräche zu erhalten und nach kurzer Zwischenphase und Erteilung des Verhandlungsmandats durch den Rat an die KOM zügig in die Verhandlungsphase zu kommen – keine leichte Aufgabe für die kommende irische Präsidentschaft⁴.

II. Im einzelnen

Der Entwurf der Gemeinsamen Erklärung der AM von EG- und EFTA-Ländern war zunächst vom Rat gebilligt worden (vgl. Dok. 10972/89⁵ einschließlich der dortigen und einer weiteren italienisch-griechischen Erklärung zur Bedeutung des Transitverkehrs).

Während des informellen Ministertreffens äußerten sich alle 19 Länder (einschließlich Liechtenstein) und die KOM durch VP Andriessen (in Anwesenheit auch von Präsident Delors).

1) Alle Teilnehmer stellten das Treffen in die Reihe der Rede von Präsident Delors (im EP Januar 89⁶), der Osloer Tagung der EFTA-Minister⁷ und des gemeinsamen Ministertreffens⁸, beide im März 1989. Sie würdigten die bisherige zügige Arbeit aller Beteiligten durchweg positiv als gemeinsame Grundlage für die weiteren Schritte in die kommenden Verhandlungen hinein. Es gelte, mit gleicher Energie fortzufahren, um die eigentlichen Verhandlungen möglichst bald im ersten Halbjahr 1990⁹ aufnehmen zu können.

2) Alle Teilnehmer unterstrichen auch die Bedeutung der ausgesprochen guten Beziehungen, die ihre Grundlage u. a. in den gut funktionierenden Freihandelsabkommen (wirtschaftliche Verflechtung) und in den Fortschritten auf der Basis der Erklärung von Luxemburg vom April 1984¹⁰ hätten. Dieser „Luxemburg-Prozeß“ solle auf jeden Fall fortgesetzt werden. Die unmittelbar vor dem Ministertreffen vorgenommene Unterzeichnung des Abkommens über COMETT II¹¹ wurde allgemein als Zeichen des Erfolges dieses Prozesses gewürdigt.

3) Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sei eine engere und stabile Zusammenarbeit der westeuropäischen Demokratien und Marktwirtschaften geboten, und sie bewähre sich auch im

⁴ Irland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1990 inne.

⁵ Korrigiert aus: „LO 972/89“.

Für den Bericht der Ad-hoc-Gruppe „Vorbereitung Ministertreffen EG–EFTA“ an den Rat vom 18. Dezember 1989 vgl. Referat 411, Bd. 160496.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors am 17. Januar 1989 im Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1989, S. 5–22.

⁷ In Oslo fand am 14./15. März 1989 eine Konferenz der Regierungschefs der EFTA-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu das Communiqué; Twenty-ninth Annual Report of the European Free Trade Association, Genf 1990, S. 35–38.

⁸ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 20. März 1989 in Brüssel vgl. Dok. 215, Anm. 9.

⁹ Korrigiert aus: „1989“.

¹⁰ Für den Wortlaut des Communiqués des Treffens der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 9. April 1984 in Luxemburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 339 f.

¹¹ European Community Action Programme für Education and Training for Technology. Am 16. Dezember 1988 beschloß der EG-Rat auf der Ebene der Arbeits- und Sozialminister die Verabschiedung der zweiten Phase des Programms über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (1990–1994). Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 13 vom 17. Januar 1989, S. 28–34.

Rahmen der „Gruppe der 24“-Länder. Verschiedentlich wurde angeregt, daß die EFTA-Länder sich an der von der Gemeinschaft ins Leben gerufenen Bank für Restrukturierung und Entwicklung in Mittel- und Osteuropa¹² beteiligen sollten.

4) Aus Nuancen der Reden wurde aber auch spürbar, daß die eigentlichen Verhandlungen nicht einfach werden. Wichtige Fragen sind zu regeln. Was ist der „einschlägige“ gemeinschaftliche Besitzstand? Wird es auf fundamentalen Interessen beruhende Ausnahmen auf Dauer oder nur befristet geben? Welchen Umfang werden Konzessionen im Agrar- und Fischereibereich haben? Daß die EFTA-Länder einen Betrag zum Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zu leisten haben werden, ist ihnen bewußt, aber in welcher Form und in welchem Umfang? Die Bedeutung der sog. Begleitpolitiken schien in den Interventionen der EFTA-Länder eine größere Rolle zu spielen als bei einer Reihe von EG-MS. Keiner vertiefte diese Fragen jetzt, um seine Bereitschaft für Verhandlungen hierüber nicht in Zweifel ziehen zu lassen; aber diese Schwierigkeiten bleiben auf dem Tisch.

¹³⁵⁾ Auch im Bereich der künftigen Strukturen des EWR wurden vor allem die gemeinsamen Grundsätze (vgl. Gemeinsame Erklärung) betont, aber auch auf die Schwierigkeit dieser Fragen hingewiesen.

Von EFTA-Seite wurde durchweg der Wunsch nach effektiver Mitgestaltung des künftigen EWR in den Vordergrund gerückt, d. h. nach Modalitäten, die eine möglichst weitgehende Mitentscheidung gewährleisten. CH (Regierungschef Delamuraz) lehnte erneut eine „faktische Satellisierung“ ab; SF¹⁴ (Minister Salolainen) sprach konzilianter davon, wenn man schon den „Acquis“ übernehme, ohne ihn mitgestaltet zu haben, so wolle EFTA jedenfalls an der künftigen Gestaltung des EWR effektiv beteiligt werden. N (AM Bondevik) sprach von der Gewährleistung eines „efficient and equitable common decision-making“. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch S und der isländische AM Hannibalsson als derzeitiger Vorsitzender des EFTA-Rates, der aus der Rede von Präsident Delors im Januar 1989 zitierte: „more structured partnership with common decision-making and administrative institutions“ („avec des organes communs de décision et de gestion“). Auch AM Mock forderte für Österreich (wie üblich in französischer Sprache) eine Teilnahme in Vorbereitung und Gestaltung des künftigen Rechtes für den EWR, er erinnerte jedoch gleichzeitig an den Antrag Österreichs auf Beitritt zur EG¹⁵.

Frau StM'in Adam-Schwaetzer setzte sich – bei Wahrung der Entscheidungsautonomie beider Seiten – für eine mögliche Verflechtung von Gremien mit dem Ziel gemeinsamer Beschlußempfehlungen ein, auch wenn die letzte Entscheidung jeweils auf beiden Seiten getroffen würde. Denkbar seien gemeinsame Gremien mit einer Partnerschaft der Beteiligten auf gleichberechtigter Basis. EFTA-Staaten bezeichneten dies am Rande des Treffens als ausgesprochen konstruktives Element für die künftige Zusammenarbeit.

¹² Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

¹³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4345 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Suomi-Finnland.

¹⁵ Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

Auch andere MS sprachen die auszuhandelnden Entscheidungsmechanismen an, unterstrichen den Prozeß der Osmose, äußerten sich zum decision-making jedoch nicht oder nur vage; GB, DK, NL hielten ein (nicht nur juristisches, sondern) programmatisches und politisches Herangehen an diese Frage für zweckmäßig, wobei jede Seite die Eigenheiten oder berechtigten Anliegen der anderen Seite respektieren solle.

6) Die politische Dimension der künftigen Zusammenarbeit wurde wiederholt unterstrichen, sei es in einem politischen Organ des künftigen EWR als notwendiger politischer Dialog auf Ministerebene, als Kooperation auf Ebene der Parlamente oder als politische Begleitung der anstehenden Verhandlungen.

7) Das – von EFTA-Seite gewünschte – weitere EG-EFTA-Ministertreffen soll im kommenden Jahr stattfinden, der Termin ist noch festzulegen.

8) Zur weiteren Information werden die vorliegenden Redetexte gesondert übermittelt.¹⁶

[gez.] Trumpf

Referat 411, Bd. 160496

425

**Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1727

Citissime

Aufgabe: 21. Dezember 1989, 13.00 Uhr¹

Ankunft: 21. Dezember 1989, 21.57 Uhr

Delegationsbericht Nr. 242/89

Betr.: VKSE;

hier: Bericht zum Ende der vierten Verhandlungsrunde (9.11.–21.12.1989)

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Auch die vierte Verhandlungsrunde der VKSE war durch grundsätzlich kooperatives Verhalten des Ostens und konstruktiven Verhandlungsstil auf beiden Seiten geprägt. Die Bedeutung des gesamteuropäischen Prozesses für die Verhandlungen trat durch die während der Runde erfolgenden Umwälzungen in drei weiteren WP-Ländern noch stärker hervor. Bei den Diskussionen sowohl in

¹⁶ Für die Reden von Staatsministerin Adam-Schwaetzer, des liechtensteinischen Regierungschefs Brunhart und des österreichischen Außenministers Mock vgl. Referat 411, Bd. 160496.

¹ Das von Botschaftsrat von Morr, Wien (VKSE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

den Arbeitsgruppen wie auch in informellen Gesprächen wurde ernsthaft bei allen Problempunkten um Lösungen gerungen. Der gemeinsame konzeptionelle Boden wurde weiter verbreitert. Insgesamt weisen die VKSE wesentliche Züge einer Rüstungskontrollverhandlung neuer, kooperativer Art auf. Durch die gleichzeitige Einbringung des westlichen wie des östlichen Vertragsentwurfs (14.12.)² fand die Runde einen politisch signifikanten Höhepunkt. Das Gefühl, unter enormem Druck zu stehen, ist inzwischen den Verhandlern in Wien allgegenwärtig. Es bietet am meisten Gewähr, daß tatsächlich 1990 ein Abkommen erreicht wird. Die Perspektive, daß die Außenminister der 23 im Rahmen ihres Mitte Februar stattfindenden Treffens bei der Open-sky-Konferenz in Ottawa³ auch offene VKSE-Fragen behandeln werden, wird der am 12. Januar 1990 beginnenden fünften Runde⁴ zusätzliche Impulse geben.

2) Das anhaltende positive Grundklima darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die vierte Verhandlungsrunde in Wien selbst wenig Fortschritte und manchen Leerlauf gebracht hat. Wenig konnte als gemeinsam vereinbart präsentiert werden. Die Gründe hierfür sind vielfach weniger in west-östlichen Problemen als in einem noch nicht befriedigenden innerwestlichen Abstimmungsprozeß – in und außerhalb von Wien – zu suchen. Die östlichen Delegationen blieben trotz der Umwälzungen und zeitweisen Ausfalls von Regierungen handlungsfähig, waren aber nunmehr erst recht nicht zu konzeptioneller Eigenleistung fähig. Verzögerungen im Westen beruhen einerseits auf der Zurückhaltung einzelner Partner (vor allem UK in der Panzerfrage), zum anderen auf der Schwerfälligkeit einzelner kleinerer Verbündeter, namentlich aufgrund von:

- Unsicherheiten in den Bürokratien der Hauptstädte über die Einzelheiten der Verhandlungsmaterie,
- mangelnder quantitativer und qualitativer Besetzung der Delegationen,
- in Einzelfällen der Voranstellung nationaler Interessen (z. B. Griechenland – Türkei).

3) Symptomatisch war der Fehlstart vom 9.11., als zu Rundenbeginn mit frischem Schwung der nach intensiver und solider Vorarbeit in der HLTF ausgearbeitete westliche Vertragsentwurf eingeführt werden sollte. Das griechische Veto in letzter Minute (während der Textarbeiten in der HLTF hatte sich GRI verschwiegen) verhinderte nicht nur die Einführung des Textes, sondern verzögerte auch die Arbeit an den Rechtselementen eines Abkommens um die ganze Runde. Erst eine deutsche Initiative, die zur Befassung der NATO-AM am 14.12. bei der Herbsttagung⁵ führte, ermöglichte die Deblockierung.

Ein weiteres Beispiel bietet die vom Westen vorgelegte neue Definition für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge (ACVs⁶). Der Westen versuchte damit, auf die östlichen Petita zur Einbeziehung leichter Panzer einzugehen. Erste Erörterungen dieser Definition sowie der im Zusammenhang damit gegenüber dem westlichen

² Für den Vertragsentwurf Bulgariens, der ČSSR, der DDR, Polens, der UdSSR und Ungarns sowie den Vertragsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Referat 241 (221), Bd. 177831.

³ Vom 12. bis 14. Februar 1990 kamen die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten und der Warschauer-Pakt-Staaten zur Eröffnung der „Open skies“-Konferenz zusammen. Vgl. dazu AAPD 1990.

⁴ Die fünfte Runde der VKSE fand vom 12. Januar bis 23. Februar 1990 in Wien statt.

⁵ Die NATO-Ministerratstagung fand am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 411.

⁶ Armored Combat Vehicles.

Märzvorschlag⁷ erhöhten ACV-Ceiling machten erwartungsgemäß die Schwierigkeit der Verhandelbarkeit deutlich. Dies hätte auf westlicher Seite bekannt sein und zur Ausarbeitung alternativer Vorgaben führen müssen (was von US jetzt erkannt wird). Ergebnis des bisherigen Prozedere: Zeitverlust.

4) Bei den übrigen Hauptfeldern ergibt sich folgender Stand: Bei den Hubschraubern wurde deutlich, daß die östliche Seite bereit ist, auf das westliche „Look-alike-count-alike“-Prinzip einzugehen, dies aber mit Rücksicht auf die auch ihr nicht verborgen gebliebenen westlichen Probleme bisher nicht tat.

In der Flugzeugfrage ergab sich gegenüber der vorhergehenden Runde⁸ keine Veränderung. Hier liegen die Hauptprobleme beim Osten, genauer gesagt bei der SU, die nach wie vor nicht gewillt ist, vom Ausschluß bestimmter Kategorien abzugehen.

Kaum behandelt wurde in dieser Runde das Thema Personal. Die Gründe dafür liegen vor allem bei den sich im Fluß befindlichen politischen Entwicklungen, die es beiden Seiten geraten erscheinen ließen, das Thema in dieser Runde nicht zu vertiefen (z.B. amerikanische Budgetprobleme einerseits, andererseits östliche Ungewißheiten – u.a. Frage des weiteren Verbleibs von SU-Truppen in ČSSR und UNG, soziale Fragen im Falle von umfassenden sowjetischen Personalreduzierungen).

Der Sachbereich Regionalkonzept, Depots und Low-Strength Units (LSU) hat sich im Verlauf der Runde zu einem zentralen und perspektivischen Verhandlungsthema entwickelt. Mittels zahlreicher informeller Kontakte wurde unter unserer Führung ein möglicher Lösungsansatz für das Depot-LSU-Problem auf der Grundlage des westlichen Regionalkonzeptes entwickelt, wobei Depots und LSUs im erweiterten Bereich Mitteleuropa in einem ausgewogenen Verhältnis gegenübergestellt werden. Die Grundzüge dieses Konzepts wurden von uns nach entsprechender Abstimmung im Caucus de facto als westliche Positionsänderung in der letzten Plenarsitzung dieser Runde eingeführt. Die erforderlichen Definitionen und Kriterien für Depots und LSUs werden innerwestlich in Wien erarbeitet.

Die Arbeiten zu den Bereichen Informationsaustausch, Verifikation und stabilisierende Maßnahmen machten inhaltlich wenig Fortschritte. Es gelang, beim Informationsaustausch zu informellen Arbeitsstrukturen überzugehen und damit ein Modell für die weitere Verhandlungsarbeit zu schaffen. Die Arbeiten selbst befaßten sich jedoch bislang unter Ausklammerung der zentralen Aspekte mit weniger Bedeutsamem. Arbeiten zur Verifikation konnten wegen des Fehlens wichtiger detaillierter Vorgaben durch die HLTF noch nicht stattfinden. Im Bereich der stabilisierenden Maßnahmen gab es Fortschritte bei der Diskussion einer Definition für Brückenlegepanzer (AVLB⁹) bzw. der entsprechenden Maßnahme für Brückenlegegerät, doch wurde selbst ein Teilabschluß – offensichtlich aus taktischen Gründen – vom Osten verhindert.

⁷ Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

⁸ Die dritte Runde der VKSE fand vom 7. September bis 19. Oktober 1989 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 327.

⁹ Armored Vehicle-Launched Bridge.

II. Im einzelnen

1) Vertragsentwurf

Der – ebenso wie der westliche – am 14.12.89 eingeführte östliche Vertragsentwurf spiegelt die bekannten WP-Vorschläge und -Positionen wie auch den erreichten Verhandlungsstand in Vertragssprache wider. In seinem Grundmuster weist er Ähnlichkeiten mit dem westlichen Entwurf auf; einzelne Textelemente übernehmen sogar Formulierungen des westlichen Entwurfs (der dem Osten zuvor inoffiziell bekannt war).

Gegenüber uns bekannten früheren östlichen Fassungen ist der jetzt eingeführte Entwurf allerdings umfangreicher, aber auch umständlicher und schwerfälliger, da er viele Details enthält, die nach westlicher Auffassung in Annexe gehören.

In der schwierigen rechtlichen Frage des Verhältnisses von Einzelstaats- und Bündnisverpflichtungen hält sich der Entwurf auffallend zurück: Der östliche Artikel I enthält außer der allgemein gehaltenen Formulierung „the state parties at the time of signature ... shall declare their national level of holdings...“ keine weiteren Präzisierungen, sondern einen Placeholder. Während wir wissen, daß die in Artikel I des westlichen Entwurfs vorgesehene Lösung dieses Problems von einigen östlichen Delegationen begrüßt wird (z.B. UNG und PL), hörten wir von sowjetischer Seite im einzelnen noch nicht spezifizierte Vorbehalte.

Offen läßt der östliche Entwurf auch das – bereits im Mandat¹⁰ festgelegte – Anwendungsgebiet (östlicher Artikel V), offensichtlich um die Klärung der Mersin-Frage¹¹ dem Westen zu überlassen.

Aussagen zur Regionalgliederung, einschließlich regionaler Obergrenzen, wie sie in früheren östlichen Fassungen enthalten waren, fehlen (Placeholder in Art. V¹²).

Von besonderer Bedeutung ist die – sich auf das Mandat stützende – mehrfache Erwähnung der Militärbündnisse NATO und WP bzw. der Verträge von Brüssel¹³, Washington¹⁴ und Warschau¹⁵. Die Bezugnahme auf die Militärbündnisse (insbes. in der Präambel und in Artikel II), vor allem der Hinweis in der Präambel, daß die Vertragspartner „zum Zeitpunkt der Unterzeichnung Mitglieder von NATO und WP“ sind, reflektiert Meinungsverschiedenheiten (vor allem zwischen SU und UNG) über die zukünftige Rolle des WP bzw. die fortdauernde Bereitschaft, diesem anzugehören. Hier ist der westliche Entwurf überlegen, der statt von Bündnissen neutral und flexibel von „Gruppen von Staaten“ spricht.

Auf die Vertrags-AG, deren Einsetzung im Plenum am 21.12. beschlossen wurde, wird daher ein erhebliches Maß an Arbeit zur Konsensfindung zukommen.

¹⁰ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

¹¹ Zu den Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei über die Aufnahme des Hafens Mersin in die VKSE vgl. Dok. 374, Anm. 13.

¹² Korrigiert aus: „Art.“

¹³ Für den Wortlaut des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

¹⁴ Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

Der Vertrag wurde mit Protokoll vom 26. April 1985 um 20 Jahre verlängert. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1985, Teil II, S. 47 f.

162) Panzer-ATC¹⁷

Bei Panzern-ATC (jetzt ACV) hat der zähe HLTF-Entscheidungsprozeß den Fortgang der Verhandlungen in diesem Bereich verzögert. Die dann schließlich am 12.12.89 eingebrachte neue Position für Panzer-ACV, verbunden mit der Anhebung der Obergrenzen für ACV, ist vom Osten mit Zurückhaltung und – im einzelnen unterschiedlich nuancierter – Kritik aufgenommen worden. Der Osten hat anerkannt, daß der Westen mit der Aufnahme der Kampffahrzeuge mit schwerer Bewaffnung in die ACV-Kategorie und der Senkung der Kalibergrenze bei Panzern auf 75mm einen konstruktiven Schritt getan hat. Die Kritik bezieht sich vor allem darauf, daß die leichten Panzer nicht in die Panzerdefinition aufgenommen wurden und ihnen mit der Einbindung in die ACV-Kategorie sogar große Aufwuchs- bzw. Umgehungsmöglichkeiten (theoretisch bis zu 14000) eingeräumt würden. Damit könne jede Seite über einen Gesamtumfang von bis zu 34000 Panzern verfügen; der Westen könne bei Panzern sogar erheblich aufrüsten.

Aufwuchsmöglichkeiten bestehen für den Westen nach östlicher Auffassung auch im ACV-Bereich, wobei die – vom Westen bedingt vorgenommene – Anhebung der Obergrenze von 28000 auf 30000 das „Tüpfelchen auf dem I“ darstellt. Die Anhebung der Zwischenobergrenze für AIFVs¹⁸ und HACVs¹⁹ von 12000 auf 14000 kommt in der Sache dagegen östlichen Vorstellungen entgegen.

3) Flugzeuge

In der Behandlung der Flugzeugfrage haben sich gegenüber der dritten Verhandlungsrunde keine grundsätzlich veränderten Positionen ergeben. SU fordert weiterhin unverändert den Ausschluß der

- Abfangjäger der sowjetischen Heimatluftverteidigung zum Schutz gegen strategische Bedrohung durch US-Systeme,
- mittleren Bomber als strategisches Gegengewicht zu nuklearen Streitkräften von F und UK,
- schweren Bomber als globalstrategisches Ausgleichspotential zu analogen US-Kräften,
- Marineflugzeuge insgesamt als Ausgleich zu den seegestützten Kräften des Westens, namentlich der USA.

Lösungsansätze ergaben sich im Bereich der Schulflugzeuge, wo auf unser Betreiben die Bereinigung der östlichen L-29- bis L-39-Flotte angelaufen ist. In der nächsten Verhandlungsrunde könnten damit bis zu 600 Flugzeuge-West und 2500 Flugzeuge-Ost als nicht unter die Definition Kampfflugzeuge fallend ausgesondert werden.

Für den Teilbereich der kampffähigen Schulflugzeuge und ihrer Look-alikes bedarf es noch weiterer detaillierter Verhandlungen.

Im Bereich der Kampfflugzeuge ist der ursprünglich nur auf Frontfliegerkräfte begrenzte Typenanteil dadurch erweitert worden, daß die Einbeziehung aller

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1728 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Armored Troop Carrier.

¹⁸ Armored Infantry Fighting Vehicle.

¹⁹ Heavy Armament Combat Vehicle.

Su-24 Fencer, d.h. des wesentlichen Trägers der östlichen Offensivkapazität, im gesamten ATTU²⁰-Bereich zugestanden wird. Zur umfassenden Berücksichtigung weiterer Typen, insbesondere MiG-21–29, hat die SU für die kommende Verhandlungsrunde Klärung zugesagt.

4) Hubschrauber

Im Bereich der Kampfhubschrauber hat der Osten die Lösung seines Mi-8-Problems intern geklärt, und zwar in der Weise, daß bis zur Vertragsunterzeichnung alle Kampfversionen beseitigt werden. Der Osten könnte damit die Einbeziehung der Look-alikes bei Kampfhubschraubern akzeptieren, hat sich aber offensichtlich in Kenntnis des westlichen Definitionsdilemmas bisher zurückgehalten.

5) Regionalkonzept, Depots, Low-Strength Units (LSU)

Die Blockierung der Verhandlungen bei Definitionen trug dazu bei, daß sich der Bereich Regionalkonzept, Depots, Einheiten mit geringem Personalbestand – LSU –, nicht zuletzt auch wegen hier vorhandenen Bewegungsraums in dieser Runde, zu einem zentralen Verhandlungsthema mit positiver Perspektive entwickelte. In einer großen Zahl informeller Kontakte mit östlichen und westlichen Partnern wurde von uns in Wien ein konzeptioneller Ansatz erarbeitet, der sowohl für die Allianz wie auch für den Osten eine akzeptable Lösung bieten könnte. Beruhend auf dem westlichen Regionalkonzept, geht dieser Lösungsvorschlag davon aus, daß im erweiterten Bereich Mitteleuropa (Zwischenobergrenze 4.3) nicht nur Depots, sondern auch LSU (letztere allerdings nur auf eigenem Territorium) im Rahmen der Gesamtobergrenzen für vertragserfaßtes Gerät, aber ohne Anrechnung auf das für aktive Einheiten zulässige Gerät berücksichtigt werden können. Dieser neue Ansatz kommt einerseits östlichen Forderungen nach Anrechnung sowjetischer LSU in den drei westlichen Militärbezirken und nichtsowjetischer LSU in Mitteleuropa entgegen, andererseits gibt er aber auch den westlichen Teilnehmern in Mitteleuropa die Möglichkeit, LSU auf ihren eigenen Territorien einzurichten.

Anfänglicher US-Widerstand gegen dieses Konzept konnte mittels einer in Wien durchgeführten Studie über die rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen dieses Ansatzes ausgeräumt werden. Eine von uns geleitete Expertengruppe erarbeitet derzeit die Definitionen für Depots und LSU, einschließlich (auf der Basis der bisherigen westlichen Vorschläge) von Bestimmungen zur Entnahme von Gerät.

Die endgültige Vereinbarung dieses neuen Konzepts wird vom Westen von einer Paketlösung abhängig gemacht, die u. a. Zustimmung des Ostens zum westlichen Regionalkonzept beinhaltet. Ebenso Teil dieses Pakets sind die Definitionen für Depots und LSU, einschließlich der Bestimmungen über Gerätentnahme und Verifikation.

6) Informationsaustausch, Verifikation, stabilisierende Maßnahmen

Während der Komplex Verifikation insbesondere aufgrund noch fehlender Vorgaben nicht behandelt wurde, konnte im Bereich des Informationsaustausches eine Reihe von Texten für „unbestritten“ erklärt werden, wobei sich i. d. R. der westliche Ansatz durchsetzte.

²⁰ Atlantic to the Urals.

Trotz des quantitativen Umfangs der „unbestrittenen“ Texte für Informationsaustausch darf das Ergebnis nicht überbewertet werden, da der Osten hier westlichen Text in erheblichem Umfang bereits in seinen Vorschlag übernommen hatte; außerdem wurden Differenzen ausgeklammert.

Mehr Fortschritt verhinderten fehlende Definitionen sowohl der TLI²¹-Kategorien als auch anderer Begriffe, insbesondere des Begriffs „vertragserfaßtes Gerät (TLE²²)“. Zu lösen ist im übrigen vor allem die Frage des Umfangs der Aufschlüsselung des Informationsaustausches (als möglicher Kompromiß erscheint Aufschlüsselung bis hinunter zur Ebene Brig/Rgt²³ unter Einbeziehung von unmittelbar nachgeordneten Verbänden sowie selbständigen Verbänden unterhalb der Brig/Rgt-Ebene).

Grundsätzliche Auffassungsunterschiede zwischen dem Osten und einem Teil des Westens bestehen auch darüber, ob es zwei unterschiedliche Informationsregime während und nach der Reduzierungsphase geben soll.

Bei den stabilisierenden Maßnahmen war enttäuschend, daß es wegen taktischer östlicher Überlegungen nicht gelang, die praktisch unstrittige Definition von AVLBs zu verabschieden, obgleich zwischen den 23 bereits Einigkeit über die Systemlisten und die wesentlichen Elemente des beschreibenden Teils der Definition besteht. Auch beim Entwurf der Maßnahme für das Brückenlegegerät sind die 23 trotz sich abzeichnender Konsenselemente noch nicht weit gekommen. Hier hatte der westliche Mini-Caucus unverhältnismäßig viel Zeit für die an sich unproblematische Ausformulierung der Maßnahme benötigt.

Im übrigen wurde lediglich die Definition von „Reservisten“ ausgearbeitet, allerdings ebenfalls so langsam, daß sie erst am 21.12. vorgelegt werden konnte, aber ohne eingehende Erörterung blieb. Bei der hier zuständigen AG B machen sich noch stärker als im Bereich der AG A Restriktionen bemerkbar, die sich aus dem Personal- – und daraus resultierenden Zeitmangel – kleinerer Delegationen ergeben.

Hinzu kam, daß insbes. UK den Gebrauch von Klammern in der Redaktionsarbeit ablehnt und somit die vorläufige Vereinbarung von Textelementen, bei denen zum Teil erhebliche Übereinstimmung besteht (Definition AVLBs), verhinderte.

[gez.] Hartmann

Referat 212, Bd. 158583

²¹ Treaty-limited Items.

²² Treaty-limited Equipment.

²³ Brigade/Regiment.

426

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413 GA/ISR VS-NfD

22. Dezember 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Bundesbürgschaften für Ausfuhrgeschäfte mit Israel;
 hier: Antrag auf Verbürgung der
 – Lieferung von zwei U-Booten sowie
 – Option auf ein drittes U-Boot⁴

Anlg.: 2⁵Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziff. V.⁶

I. Dem Interministeriellen Ausfuhrgarantieausschuß (IMA) liegt der Antrag eines Konsortiums, bestehend aus Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) und Thyssen Nordseewerke GmbH (TNSW) auf Verbürgung des folgenden Geschäfts vor:

- Lieferung von zwei kompletten U-Booten Typ „Dolphin“ sowie Option auf ein drittes U-Boot,
- Besteller: Ingalls Shipbuilding Corp., USA, für Rechnung der Regierung von Israel,
- Auftragswert insgesamt DM 962,3 Mio.,
- leistungsnahe Zahlungsbedingungen (Auszahlung nach Baufortschritt, letzte Rate vor Auslieferung),
- Fabrikationsbeginn drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages,
- Übergabe der ersten beiden Boote 66. bis 72. Monat nach Inkrafttreten des Vertrages.

II. 1) Die israelische Regierung hat in Abstimmung mit der US-Regierung ein Modernisierungsprogramm für ihre Marine beschlossen, das überwiegend aus US-Militärhilfe bezahlt wird. Im Rahmen dieses Programms hat die US-Werft Ingalls Shipbuilding Corp., Pascagoula/Mississippi, am 8.2.89 einen Vertrag mit

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationssekretär Neisinger konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 8. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am selben Tag vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Jelonek an Referat 422 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. Januar 1990 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM-Rücklauf. (StS S[udhoff] hat [Durchdruck])“. Außerdem verfügte er den Rücklauf an Jelonek.

Hat Jelonek am 10. Januar 1990 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 11. Januar 1990 erneut vorgelegen.

⁴ Zur Frage der Lieferung von U-Booten an Israel vgl. Dok. 126.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 14 und 15.

⁶ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „ – d. h. Ablehnung der Bundesbürgschaft.“

der israelischen Regierung über die Lieferung von verschiedenen Marineschiffen abgeschlossen.

HDW/TNSW hat am 25.8.1989 mit Ingalls/USA einen Untervertrag über die Lieferung der U-Boote an Israel geschlossen. Ingalls tritt seine anteiligen Zahlungsansprüche aus dem Hauptvertrag an HDW/TNSW ab, dies wird von der israelischen Regierung bestätigt, die vertraglichen Zahlungen an HDW/TNSW werden von ihr garantiert. Somit ist Ingalls/USA zwar der Besteller, jedoch für Rechnung der israelischen Regierung, die alleiniger Zahlungsverpflichteter ist.

2) Bei den U-Booten vom Typ „Dolphin“ handelt es sich um eine Neuentwicklung speziell für diesen Abnehmer. Die israelische Regierung hat sich in Abstimmung mit der US-Regierung entschlossen, den Bau dieser Boote in Deutschland durchführen zu lassen. Die Entwicklung des Bootstyps ist beim Ingenieurkontor Lübeck (IKL) erfolgt. Der Liefervertrag beinhaltet zwei U-Boote sowie eine Option auf ein drittes Boot, das auf entsprechende Anforderung zu bauen wäre.

Die Boote sind als Kriegswaffen ausfuhrgenehmigungspflichtig nach KWKG⁷ und nach Liste A der AWV⁸. Die Voranfrage für zwei U-Boote mit Option für ein weiteres U-Boot ist nach Befassung des BSR vom Auswärtigen Amt positiv beantwortet worden.⁹

3) HDW/TNSW haben eine Bürgschaft beantragt, mit der das Fabrikationsrisiko während der Bauphase der U-Boote abgesichert werden soll. Damit sollen insbesondere folgende Risiken erfaßt werden:

- politische Umstände im Ausland (gesetzgeberische oder behördliche Maßnahmen, kriegerische Ereignisse), die die Auslieferung verhindern,
- Weisung des Bundes zur Unterbrechung oder zum Abbruch des Baus der Boote, weil der Besteller das Boot voraussichtlich nicht mehr abnehmen wird oder aufgrund gefahrerhöhender Umstände im Empfängerland (Gefechthandlungen) keine Beförderungsgenehmigung mehr erteilt werden kann,
- Embargo nach dem AWG (Widerruf oder Rücknahme der Ausfuhrgenehmigung) oder Embargomaßnahmen eines Zulieferlandes.

4) Der Antragsteller bemüht sich um eine baldige IMA-Entscheidung, da der Vertrag noch in diesem Jahr unterzeichnet werden müsse.

III. BMF hat mitgeteilt, daß seine Leitung auf eine positive Entscheidung drängt.¹⁰

⁷ Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

⁸ Für den Wortlaut des Teils A („Liste für Waffen, Munition und Rüstungsmaterial“) der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 19. Juli 1989 vgl. BUNDESANZEIGER vom 28. Juli 1989, Beilage Nr. 139 a, S. 4–15.

⁹ In einer Vorlage vom 20. November 1989 für den Bundessicherheitsrat kam das Auswärtige Amt zu dem Schluß: „Bei der Abwägung der für und gegen die Erteilung der Exportgenehmigung sprechenden Gründe handelt es sich um eine besonders sensitive politische Entscheidung. Diese sollte daher dem BSR selbst vorbehalten bleiben.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

Referat 424 notierte am 21. November 1989 über die Standpunkte vor der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 23. November 1989: „U-Boote nach Israel – offenes Votum (BMVg und BMI votieren positiv, BMWi hat sich Stellungnahme für BSR vorbehalten).“ Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

In der Presse wurde berichtet, der Bundessicherheitsrat habe der Lieferung der U-Boote zugestimmt. Vgl. den Artikel „Bonn to build two subs for Israel“, THE INDEPENDENT vom 27. November 1989, S. 13.

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ebenso ChBK mir gegenüber telefonisch (am 22.12.).“

BMWi ist zurückhaltend und hat auf Leitungsebene noch nicht entschieden. BMZ wird sich voraussichtlich so wie das Auswärtige Amt entscheiden.¹¹

IV. Bewertung

1) Anders als die bloße Erteilung der Ausfuhrgenehmigung stellt die Übernahme einer Ausfuhrbürgschaft durch den Bund die aktive Unterstützung eines Rüstungsgeschäfts dar, da nach § 9 Haushaltsgesetz die Bürgschaftsübernahme eine „förderungswürdige Ausfuhr“ voraussetzt¹². Eine solche Unterstützung steht im Widerspruch zum Grundsatz der restriktiven Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung¹³.

Das Auswärtige Amt hat deshalb auf der Grundlage der Weisung des Staatssekretärs vom 11. Mai 1979 (vgl. Aufzeichnung vom 10. Mai 1979 – 422-413 GA/Allg. in Anlage 1¹⁴) im IMA bei der Verbürgung von Rüstungsexporten (Waren, die in der Kriegswaffenliste des KWKG sowie in Teil A der Ausfuhrliste – Anlage zur AWW – erfasst sind) seit 1979 folgende Linie vertreten:

- a) Lieferungen in NATO-Länder (und gleichgestellte Länder): Verbürgung möglich, i. d. R. zu Barzahlungsbedingungen.
- b) Sonstige Länder: Einer Verbürgung wird (auch zu Barzahlungsbedingungen) nicht zugestimmt.

1985 wurde diese Linie durch die Möglichkeit der Verbürgung von Lieferungen nach ASEAN-Staaten in besonders begründeten Ausnahmefällen erweitert (BM-Entscheidung aufgrund Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 11.12.1985 – 422-413 GA/INO).

Bei Anwendung dieser Linie käme eine Verbürgung dieses Geschäfts demnach nicht in Betracht.

2) Allerdings wurde zwischenzeitlich eine Reihe von Ausnahmeentscheidungen getroffen (vgl. Aufstellung in der Anlage 2¹⁵), vornehmlich gerade für die Lieferung von U-Booten in den südostasiatischen und lateinamerikanischen Raum. In diesen Fällen wurde die Förderungswürdigkeit des einzelnen Rüstungsexportgeschäfts auch vom Auswärtigen Amt anerkannt.

Bisher sind jedoch U-Boot-Lieferungen in den Nahen Osten noch nie verbürgt worden.

Selbst die beiden weniger sensiblen Lieferungen nach Saudi-Arabien (sechs Grenzschutzboote ohne Bewaffnung, 1986; Minenabwehrsystem Troika, 1987,

¹¹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Da bin ich nicht sicher.)“

¹² Für den Wortlaut von § 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1989 (Haushaltsgesetz 1989) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, I, S. 2248f.

¹³ Vgl. dazu die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

¹⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch hielt als Ergebnisse einer Hausbesprechung bei Staatssekretär van Well für die Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern „in Länder außerhalb der NATO, die NATO-Ländern nicht gleichgestellt sind“, fest: „Einer Verbürgung von Rüstungslieferungen in Länder der Dritten Welt werden wir nicht mehr zustimmen, auch nicht, wenn Barzahlungsbedingungen vereinbart sind.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die Liste der „Deckungszusagen für Rüstungsexporte (i[m] S[inne] v. Teil A der Ausfuhrliste) in Länder außerhalb der NATO (seit 1979)“ zum Stand vom 14. Dezember 1989 vgl. Referat 424, Bd. 162398.

Geschäft ist dann aber nicht zustande gekommen) wurden nur unter ausdrücklicher Betonung des Ausnahmecharakters der Entscheidung verbürgt. Die Förderungswürdigkeit beruhte unter anderem auf folgenden Überlegungen:

- Primär defensiver Charakter der gelieferten Systeme.
- Keine unmittelbare Beeinträchtigung israelischer Belange.
- Legitimes Interesse Saudi-Arabiens (und anderer Handels- und Schiffahrtsnationen wie Deutschland und USA) an der Freihaltung seiner Schiffahrtswege.

Die früher getroffenen Ausnahmeentscheidungen sollten jedoch nicht zur Aufgabe des Grundsatzes führen, keine Exportförderung von Kriegswaffen zu betreiben, schon gar nicht in Krisengebiete wie den Nahen Osten. Wegen der unmittelbaren geographischen Nachbarschaft dürften die arabischen Länder sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen und darauf hinweisen, daß das Gleichgewicht erneut zu ihren Ungunsten verschoben werde. Dies würde die Spannungen in einer Region erhöhen, in der der Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen ohnehin nicht ausgeschlossen werden kann. Zusätzlich muß berücksichtigt werden, daß es mit jeder neuen Ausnahmeentscheidung schwerer wird, die in der StS-Weisung von 1979 definierte restriktive Linie glaubhaft zu vertreten, nachdem seit 1986 alle Anträge auf Verbürgung von U-Boot-Lieferungen positiv entschieden worden sind.

Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß lediglich eine relativ geringfügige Förderung (nur Fabrikationsrisiko, da Bargeschäft) vorliegt und sich die USA hier bereits politisch und finanziell engagiert haben. Zum einen handelt es sich um primär risikopolitische Überlegungen, die einer anderen Ebene angehören als die sich aus unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik ergebenden außenpolitischen Bedenken; zum anderen unterscheidet sich unsere Rüstungsexportpolitik grundsätzlich von derjenigen der USA (dies gilt auch im Verhältnis zu anderen Verbündeten wie z.B. Großbritannien, was dazu führte, daß wir auch massivem politischem britischem Druck, Tornado-Lieferungen an Jordanien¹⁶ zu verbürgen, widerstanden haben).

Eine von der Bundesregierung geförderte Lieferung von U-Booten nach Israel würde aber insofern eine neue Qualität der Handhabung der Grundsätze der restriktiven Rüstungsexportpolitik bedeuten, als eine ganze Region für verbürgte¹⁷ deutsche U-Boot-Lieferungen neu erschlossen würde. Aus der Verbürgung von Lieferungen nach Israel müßten sich unabweisbare Präjudizwirkungen ergeben, die sich schon abzeichnen. 1987 wurde eine Voranfrage über die Lieferung von bis zu acht U-Booten nach Saudi-Arabien positiv entschieden; eine Voranfrage über die Lieferung kleinerer Kriegsschiffe nach Bahrain ist zunächst zurückgestellt worden. Eine positive Entscheidung im Falle Israels müßte Signalwirkung für entsprechende Hermes-Deckungsanträge für Lieferungen in diese Staaten haben, die dann kaum mehr abgelehnt werden könnten. In diesem Zusammenhang ist auch die vom BSR positiv beschiedene

¹⁶ Zur Frage des Exports des Kampflugzeugs „Tornado“ vgl. Dok. 27, besonders Anm. 5.

¹⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

Voranfrage zum Export von 100 Flakpanzern Gepard nach Saudi-Arabien zu berücksichtigen.¹⁸

V. Es wird deshalb vorgeschlagen, dem Antrag auf eine Bundesbürgschaft nicht zuzustimmen.

D3¹⁹ hat mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 424, Bd. 162398

427

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert

220-371.81 VS-NfD

22. Dezember 1989¹

Über D2A² Herrn Staatssekretär³

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Nuklear-(START-) und Weltraum-verhandlungen in Genf;
hier: Stand nach der 12. Runde (29.9.–8.12.1989)

Bezug: Aufzeichnung 220-371.81 VS-NfD vom 10.8.1989⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung und Wertung

Bei den amerikanisch-sowjetischen Nuklear- und Weltraum-Verhandlungen (Nuclear and Space Talks/NST) in Genf hat vom 29. September–8. Dezember 1989 die 12. Runde stattgefunden. Die Verhandlungen sollen nach dem nächsten AM-Treffen fortgesetzt werden, für das die USA nunmehr den Termin 5./6.2.1990 vorgeschlagen haben.⁵

In der abgeschlossenen 12. Runde wurde wiederum einige Detailarbeit geleistet; u. a. wurde eine Vereinbarung über Bomber-Verifikationsexperimente getroffen. Insgesamt hat sich jedoch der Eindruck verstärkt, daß entscheidende Anstöße

¹⁸ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

¹⁹ Reinhard Schlagintweit.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert und Legationsrat I. Klasse Krug konzipiert.

² Hat Botschafter Holik am 27. Dezember 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 27. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Schultheiß am 28. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über Botschafter Holik und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Seibert an Legationsrat I. Klasse Krug „z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Holik, Seibert und Krug erneut vorgelegen.

⁴ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert vgl. Dok. 243.

⁵ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1990 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 173.

und Annäherungen zunehmend auf politischer Ebene (in den vergangenen Monaten in Wyoming⁶ und Malta⁷) erfolgen und die Genfer Verhandlungen immer mehr auf eine ausführende Rolle beschränkt werden.

Bereits das AM-Treffen in Wyoming (September 1989) hatte deutliche Annäherungen gebracht (die allerdings bisher erst teilweise am Verhandlungstisch umgesetzt worden sind). Beim Malta-Gipfel (2./3.12.1989) sprachen sich auch die USA nachdrücklicher als bisher für einen baldigen START-Vertragsabschluß aus. Mit der von beiden Seiten erklärten konkreten zeitlichen Vorgabe (Lösung aller noch offenen Probleme spätestens auf dem Gipfel 1990⁸, danach Fertigstellung des START-Vertragstextes und Unterzeichnung noch 1990) haben die START-Verhandlungen sichtbar an Dringlichkeit gewonnen.

Dies ist aus unserer Sicht zu begrüßen, sofern es nicht zu Lasten des amerikanischen Einsatzes für schnelle Fortschritte bei VKSE geht; für letzteres gibt es jedoch bisher keine Anzeichen. Parallele Fortschritte in beiden Bereichen können im Gegenteil die von uns befürwortete Dynamik des Abrüstungsprozesses stärken.

Erstmals haben die USA auch öffentlich vorab konkrete Fragen genannt, die beim nächsten AM-Treffen gelöst werden sollen. Dies soll zusätzlichen Verhandlungsdruck erzeugen. Bereits der Verlauf dieses Treffens wird zeigen, ob der politische Wille zur – für einen Vertragsabschluß 1990 erforderlichen – Beschleunigung des Verhandlungstempos ausreicht.

II. START-Verhandlungen (Strategic Arms Reduction Talks) im einzelnen

1) Beim nächsten AM-Treffen (US-Terminvorschlag: 5./6.2.1990) wollen die USA Einvernehmen erzielen über

- die Behandlung luftgestützter Marschflugkörper (ALCM),
- die Behandlung nicht-dislozierter Raketen (dies würde eine wesentliche Lücke in den Verifikationsprozeduren für alle START-Bereiche schließen), und
- das Verbot einer Verschlüsselung von Telemetriedaten.

In den genannten Bereichen besteht folgender Verhandlungsstand:

- ALCM: Offen sind die pro ALCM-Trägerflugzeug anzurechnende Zahl von Gefechtsköpfen (USA: einheitlich zehn; SU: je nach möglicher Maximalausstattung des betreffenden Bombertyps) und die Reichweite, ab der ALCM in START einbezogen werden (USA: 1500km; SU: 600km); außerdem wollen die USA eine bestimmte Zahl rein konventionell bestückter strategischer Bomber von START ausnehmen (sie verfügen z.Z. über ca. 60 derartige konventionelle B-52-Bomber).

⁶ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

⁷ Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vor Malta vgl. Dok. 391–393.

⁸ Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

Hier hat sich bisher keine Veränderung ergeben. Kürzungen der künftigen US-Verteidigungshaushalte dürften allerdings den B-2-(„Stealth“-)Bomber stärker treffen, als zunächst angenommen (da dieser nicht mit ALCM ausgestattet wird, würde er nur mit je einem GK angerechnet). Damit könnten erneut Bestrebungen aufkommen, die ALCM-Zählregel so auszugestalten, daß sie eine entsprechende Erhöhung des ALCM-Potentials (anstelle von B-2) zuläßt. Derartige Erwägungen haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Lösung der – längst entscheidungsreifen – ALCM-Frage immer wieder zu verzögern. Vor dem geplanten AM-Treffen wird die US-Administration hier Position beziehen müssen.

- Nicht-dislozierte Raketen: Die USA hatten zunächst vollständige Erfassung dieser Systeme gefordert. Nach Berücksichtigung der großen Verifikations-schwierigkeiten hierfür fordern sie nunmehr die Erfassung nicht-dislozierter Systeme nur noch für mobile ICBMs (d.h. sowjetische SS-24 und SS-25 sowie künftige amerikanische mobile ICBM), schwere ICBMs und eine weitere Kategorie „moderner“ Systeme (bei der SU voraussichtlich die SS-24, die auch in einer silogestützten Version disloziert ist).

Die SU ist mit Begrenzung der Lagerung nicht-dislozierter mobiler Raketen auf bestimmte geographisch definierte Bereiche einverstanden; nicht-dislozierte Raketen müssen sich demnach in einer noch zu vereinbarenden Mindestentfernung von denjenigen Gebieten befinden, in denen mobile ICBM einsatzfähig disloziert sind, um eine schnelle Nachladefähigkeit zu verhindern. Die SU ist jedoch bisher nicht mit einer von den USA geforderten zahlenmäßigen Beschränkung nicht-dislozierter Systeme einverstanden.

- Verbot der Verschlüsselung von Telemetriedaten: Dies ist eine der sieben von den USA im Juni 1989 vorgeschlagenen Verifikations- und stabilisierenden Maßnahmen (s.u., Ziff. 3). Die Erfassung von Telemetriedaten wird von beiden Seiten als wichtige vertrauensbildende Maßnahme angesehen. Die Einbeziehung dieser – größtenteils technische Probleme aufwerfenden – Frage in die Tagesordnung des AM-Treffens soll auch hier den Lösungsdruck erhöhen.

2) Zu der noch offenen wichtigen Frage der seegestützten Marschflugkörper (SLCM) hat die SU in Malta vorgeschlagen, SLCM entweder

- im Rahmen des START-Vertrages,
- durch einseitige verpflichtende Erklärungen im Zusammenhang mit START, die Begrenzungen und Verifikation vorsehen, oder
- im Zusammenhang mit Verhandlungen über Seestreitkräfte zu beschränken.

Die USA, die bisher die Möglichkeit einer praktikablen SLCM-Verifikation verneint und lediglich nicht bindende gegenseitige Erklärungen über das jeweils geplante SLCM-Potential vorgeschlagen hatten, haben sich zu diesen sowjetischen Vorschlägen nicht abschließend geäußert, aber – so Vize-AM Karpow gegenüber D2A in Moskau⁹ – eine gewisse Sympathie für die zweite Option

⁹ Botschafter Holik hielt sich am 4. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Zu seinem Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Karpow vgl. seinen Drahtbericht Nr. 5040/5041 vom folgenden Tag; Referat 241 (221), Bd. 163118.

erkennen lassen (die dritte Option scheidet angesichts der amerikanischen ablehnenden Haltung zur maritimen Rüstungskontrolle aus); im übrigen hätten die USA auf notwendige Konsultationen mit ihren Alliierten verwiesen.

In Malta hat GS Gorbatschow außerdem ein Verbot seegestützter „taktischer Nuklearwaffen“ vorgeschlagen. Hierunter dürften seegestützte Kurzstreckenflugkörper (außer für den Einsatz gegen Landziele auch solche für den Einsatz gegen Schiffe und Flugzeuge) sowie nukleare Seeminen und Torpedos fallen, möglicherweise auch Nuklearwaffen an Bord trägergestützter Flugzeuge. Weiterreichende SLCMs und SLBMs sind dagegen offenbar nicht gemeint. Die USA haben den Vorschlag abgelehnt. Zwar bauen sie einige dieser Waffen (nukleare Seeminen und nukleare, seegestützte Flugabwehrraketen) z. Z. ohnehin einseitig ab; ausschlaggebend dürfte für sie jedoch sein, hier einen Einstieg in die maritime Rüstungskontrolle zu vermeiden.

3) Von den sieben Verifikations- und stabilisierenden Maßnahmen vor Vertragschluß, die die USA im Juni 1989 vorgeschlagen hatten, ist bisher nur die jährliche gegenseitige Notifikation eines größeren strategischen Manövers (ab 1.1.1990) beschlossen worden. Als ein konkretes Ergebnis der 12. Runde ist nun ein von der SU vorgeschlagenes Bomber-Verifikationsexperiment vereinbart, das im Februar/März 1990 stattfinden könnte.

Die Vereinbarung sieht einen Besuchsaustausch vor, bei dem die USA den B-1B und die SU den Bear H-Bomber präsentieren werden. Die USA wollen jeweils eine für ALCM ausgerüstete und eine „Normalversion“ (für Bomben bzw. ballistische Luft-Boden-Raketen kurzer Reichweite – SRAM¹⁰s – ausgerüstet) zum Vergleich bereitstellen, um die Konstruktionsveränderungen zu demonstrieren.

III. Defensiv- und Weltraum-Verhandlungen (Defence and Space/DAS) im einzelnen:

Gegen Ende der 12. Runde haben die USA daher einen neuen Defensiv-/Weltraum-Vertragsentwurf eingebracht, der auf dieser¹¹ sowjetischen Bereitschaft zum Verzicht auf das bisherige Junktim zwischen Abschluß eines START-Vertrags und eines die Einhaltung des ABM-Vertrags¹² festschreibenden Weltraum-Vertrags aufbaut. Wesentliches neues Element: Erklärt eine Partei, sie wolle (über die Begrenzung des ABM-Vertrags hinaus) Defensivsysteme dislozieren, so beginnt eine dreijährige Konsultationsphase, innerhalb derer kooperative Lösungen erarbeitet werden sollen. Erst danach beginnt die sechsmonatige Kündigungsfrist des ABM-Vertrags zu laufen, so daß eine Kündigung frühestens nach 3 1/2 Jahren möglich wäre. Erste sowjetische Reaktion auf den Vorschlag war skeptisch-zurückhaltend.

Die SU hat in der 12. Runde die amerikanische Einladung zu einem Besuch von SDI-Forschungsstätten angenommen. Eine zehnköpfige Expertendelegation

¹⁰ Short-Range Attack Missile.

¹¹ Dieses Wort wurde von Botschafter Holik gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der erklären“.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

unter Leitung von Chefunterhändler Nasarkin begann am 15.12.1989 einen ca. einwöchigen Besuch in Los Alamos („BEAR – Neutral Particle Beam Project“) und San Juan Capistrano (Alpha-Laser).

Seibert

Referat 240 (220), Bd. 163103

428

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein

012-9-312.74 VS-NfD

22. Dezember 1989¹

Fernschreiben Nr. 76 Orteze

Ortez zur Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommens EG–SU

1) Am 18. Dezember 1989 wurde nach nur viermonatigen Verhandlungen in Brüssel ein Handels- und Kooperationsabkommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft mit der Sowjetunion unterzeichnet.²

AM Genscher hatte sich nachhaltig für einen Abschluß der Verhandlungen noch in diesem Jahr eingesetzt. Für die Gemeinschaft unterschrieben der französische Außenminister Dumas als amtierender Ratspräsident sowie Kommissionsvizepräsident Andriessen, für die SU Außenminister Schewardnadse. Die Unterzeichnung in Brüssel am Rande des Allgemeinen EG-Rats³ in Gegenwart aller Außenminister der Gemeinschaft verdeutlicht das besondere politische Gewicht, das beide Seiten dem Abkommen beimessen.

AM Dumas stellte das Abkommen in den Gesamtzusammenhang der von GS Gorbatschow betriebenen Politik der Perestroika, die zu tiefgreifenden Veränderungen in Mittel- und Osteuropa geführt habe. Er verwies auf die verschiedenen Hilfsprogramme der Europäischen Gemeinschaft zur Unterstützung der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa und ordnete das Abkommen mit seiner großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in diesen Gesamtrahmen ein. VP Andriessen bezeichnete das Abkommen als eine deutliche Demonstration der Unterstützung der sowjetischen wirtschaftlichen Reformpolitik durch die Gemeinschaft.

AM Schewardnadse sprach von einer weiteren Etappe beim Bau des gemeinsamen europäischen Hauses.

¹ Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten konzipiert.

² Für den Wortlaut des Abkommens vom 18. Dezember 1989 zwischen der EWG, der EURATOM und der UdSSR über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 68 vom 15. März 1990, S. 3–17.

³ Die EG-Ministerratstagung fand am 18./19. Dezember 1989 in Brüssel statt.

2) Nach der ČSSR (Handelsabkommen ohne wirtschaftlichen Kooperationsteil)⁴, Ungarn⁵ und Polen⁶ (Handelsabkommen mit Kooperationsteil) ist die SU das vierte RGW-Land, mit dem die EG seit Verabschiedung der Gemeinsamen Erklärung EG–RGW unter deutscher EG-Präsidentschaft am 25. Juni 1988⁷ in vertragliche Beziehungen getreten ist.

Mit dem Abkommen werden die handelspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der SU als dem größten Osthandelspartner der Gemeinschaft (ca. 50 % des Gesamthandelsvolumens der EG mit den europäischen RGW-Staaten) auf eine feste Grundlage gestellt.

Angesichts des im weltweiten Vergleich deutlich unterentwickelten Handels zwischen EG und SU (Anteil am weltweiten EG-Handelsvolumen 1988 nur 1,25 %, USA: 7,6 %, Schweiz: 3,6 %) enthält das Abkommen erhebliches Potential zur Intensivierung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen Kooperation.

3) Das nicht-präferentielle Abkommen mit zunächst zehnjähriger Laufzeit ist in Struktur und Tragweite denen vergleichbar, die die EG bereits mit Polen und Ungarn geschlossen hat. Einbeziehung Berlins ist durch Aufnahme der traditionellen EG-Geltungsbereichsklausel gesichert. SU hat diese Klausel schließlich akzeptiert und zudem ihr lange verfolgtes Anliegen aufgegeben, eine Erklärung zur Unberührtheit des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin⁸ in den Vertragstext aufzunehmen. Sie hat dafür in Anlehnung an Wortlaut und Verfahren früherer Vertragsabschlüsse (EG–Ungarn) eine einseitige Erklärung dieses Inhalts außerhalb des Abkommens abgegeben.

Unberührtheit des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin ist eine völkerrechtliche Selbstverständlichkeit und beeinträchtigt nicht die Klarstellung, daß Geltungsbereich des Abkommens EG–SU auch Berlin (West) umfaßt.

Die auf sowjetischen Wunsch in die Präambel aufgenommene ausdrückliche Bezugnahme auf die Gemeinsame Erklärung EG–RGW konnte in der EG akzeptiert werden. Eine politische Aufwertung des RGW durch die EG ist damit nicht verbunden.

4) Wesentliches handelspolitisches Interesse der SU war Festschreibung möglichst weitreichender Handelsliberalisierungen vor allem durch Abbau mengenmäßiger EG-Einfuhrbeschränkungen. Hier ist die EG der SU substantiell entgegengekommen, indem sie einer schrittweisen Marktöffnung für sowjetische Industrie- und Agrarprodukte bis 1995 zugestimmt hat. Nicht erfaßt vom Abkommen werden Kohle- und Stahlerzeugnisse. Textilien und Fischfangprodukte sind Gegenstand von zukünftigen Sondervereinbarungen.

⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Dezember 1988 zwischen der EWG und der ČSSR über den Handel mit gewerblichen Waren und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 88 vom 31. März 1989, S. 2–12.

⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. September 1988 zwischen der EWG und Ungarn über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

⁶ Zum Abkommen vom 19. September 1989 zwischen der EWG und Polen vgl. Dok. 240.

⁷ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Gemeinschaften und des RGW vom 25. Juni 1988 vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 576f.

⁸ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

Die SU ihrerseits hat sich einseitig verpflichtet zur nichtdiskriminierenden Behandlung von Importen aus der EG bei Anwendung quantitativer Importbeschränkungen, für Erteilung von Einfuhrlizenzen und Bereitstellung von Devisen für die Finanzierung von Einfuhren.

Abkommen sieht Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Geschäftsleute auf Gegenseitigkeit vor sowie eine Bestimmung über Zugrundelegung marktbezogener Preise. Handelsbeschränkungen aus Sicherheitsgründen und Schutzmaßnahmen zur Abwendung wirtschaftlichen Schadens bleiben weiterhin möglich.

Über die bisherigen Handels- und Kooperationsabkommen mit RGW-MS hinaus wurde die Zusammenarbeit im Nuklearbereich (Kernenergie und Kernenergiesicherheit, Kernforschung) vereinbart. Wirtschaftliche Kooperation ist u. a. bei Finanz-, Währungs-, Banken- und Dienstleistungsfragen sowie bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln vorgesehen, ferner auch bei Umweltschutz sowie wissenschaftlicher und technischer Kooperation, besonders im Hinblick auf Forschung. Für die Kooperation wird auf Joint-ventures, Organisation von Kontakten, Beratung, Aus- und Fortbildung in modernen Managementmethoden zurückgegriffen. Kanada-Klausel bietet den EG-Staaten die Möglichkeit, in Bereichen außerhalb der EG-Kompetenzen weitere Kooperationsverträge mit der UdSSR abzuschließen.

Gemeinschaft verhandelt zur Zeit mit der UdSSR noch über ein Sektorabkommen über Fischerei. Die Verhandlungen über ein Textilabkommen sind abgeschlossen.⁹

Damit werden die vertraglichen Beziehungen EG–UdSSR weiter ausgebaut.

5) Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG ist ein weiterer Schritt in Richtung auf die von der SU gewünschte verstärkte Einbindung in die europäische und Weltwirtschaft und damit zu einer außenwirtschaftlichen Flankierung der sowjetischen Reformen. Die EG würdigt mit diesem Abkommen erklärtermaßen die Rolle der UdSSR als Wegbereiter für die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mittel- und Osteuropa. Gegenseitige Öffnung, gerade auch im Bereich des Handels und der wirtschaftlichen Kooperation, bleibt ein wichtiges Element für wirtschaftliche und politische Vertrauensbildung und vertiefte West-Ost-Zusammenarbeit in Europa.

Der Abschluß des Abkommens ist ein weiteres deutliches Zeichen für die aktive Rolle der EG bei der Unterstützung der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa.

[gez.] Trautwein

Referat 012-9, Bd. 161323

⁹ Das am 11. Dezember 1989 paraphierte Abkommen zwischen der EWG und der UdSSR über den Handel mit Textilwaren trat durch Briefwechsel vom selben Tag und den Beschluß des Europäischen Rats vom 18. Dezember 1989 am 1. Januar 1990 vorläufig in Kraft. Für den Wortlaut des Abkommens und der zugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 397 vom 30. Dezember 1989, S. 1–58.

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein

012-9-312.74 VS-NfD 221220

22. Dezember 1989¹

Fernschreiben Nr. 77

Ortez zum Besuch des Bundeskanzlers in Dresden am 19./20. Dezember 1989

1) Ablauf

Ausführliches Vier-Augen-Gespräch zwischen Bundeskanzler und MP Modrow (eineinhalb Stunden); anschließend Gespräch in kleinem Kreis (zwei Stunden)², gemeinsame Pressekonferenz³. Parallel dazu Gespräche von BM Haussmann und Frau BM Wilms mit Außenhandelsminister Beil und von BM Blüm mit Stellvertretendem Minister für Arbeit und Löhne, Noack.

Gemeinsame Pressekonferenz des Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten. Ansprache des Bundeskanzlers an die Bevölkerung von Dresden vor der Ruine der Frauenkirche.⁴

Gespräche des Bundeskanzlers mit Vertretern der evangelischen Kirche und der katholischen Kirche.

Gespräch des Bundeskanzlers mit Vertretern von Oppositionsgruppen (CSPD⁵, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Neues Forum, Gruppe der 20)⁶, Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Oberbürgermeister von Dresden (zugleich stellvertretender SED-Vorsitzender) Berghofer. Abschließende Pressekonferenz.

2) Atmosphäre

Massenandrang der Bevölkerung, sehr starke Emotionen, überwiegend auf deutsche Einheit gerichtet in Verbindung mit regionalem Akzent (Sachsen).

Die Gespräche waren ungezwungen, offen und sehr sachlich; persönlich gutes Gesprächsklima zwischen Bundeskanzler und Ministerpräsident Modrow.

3) Ergebnisse

3.1) Politisch (im einzelnen vgl. Gemeinsame Mitteilung⁷)

Einbindung der deutschen Entwicklung in die gesamteuropäische Entwicklung, Bedeutung des KSZE-Prozesses, der Abrüstung und der Entwicklung in der EG;

¹ Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Herold konzipiert.

² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, im erweiterten Kreis am 19. Dezember 1989 in Dresden vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 129.

³ Für den Wortlaut der Erklärung von Bundeskanzler Kohl in der Pressekonferenz am 19. Dezember 1989 in Dresden vgl. BULLETIN 1989, S. 1263 f.

⁴ Für den Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Kohl vom 19. Dezember 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1261 f.

⁵ Korrigiert aus: „CSDS“. Christlich-Soziale Partei Deutschlands.

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern von Oppositionsgruppen am 20. Dezember in Dresden vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 130.

⁷ Für den Wortlaut der „Gemeinsamen Mitteilung über die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der DDR in Dresden“ einschließlich der Absichtserklärung zu einer Vertragsgemeinschaft vgl. BULLETIN 1989, S. 1249–1252.

Bereitschaft zum umfassenden Ausbau der bilateralen Beziehungen durch Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft (hierzu gesonderte Absichtserklärung); Berlin (West) soll voll einbezogen werden.

Zusage Modrows zu Reformen, insbesondere des politischen Strafrechts, Entlassung politischer Häftlinge.

Vorziehen der am 5.12.89 vereinbarten Aufhebung der Sichtvermerkspflicht und des Mindestumtausches für Reisen in die DDR und nach Berlin (Ost)⁸ auf den 24.12., Öffnung des Brandenburger Tors durch einen Fußgängerübergang noch vor Weihnachten gemeinsam durch den Bundeskanzler und Ministerpräsident Modrow sowie RBM Momper und OB Krack.

Intensivierung der Zusammenarbeit im Umweltschutz, Bildung einer gemeinsamen Kommission, Realisierung weiterer Projekte, Austausch von Umweltdaten, Entwicklung eines ökologischen Handlungsplans.

Verbesserung des Post- und Fernmeldeverkehrs, Bildung einer gemeinsamen Kommission, Erhöhung der Postpauschale um 100 Mio. DM auf 200 Mio. DM mit Zweckbindung des Gesamtbetrages zum Ausbau der Post- und Fernmeldeinfrastruktur der DDR.

Bildung einer Verkehrswege-Kommission, Entscheidung zur Fortsetzung der Verhandlungen über den Bau einer Eisenbahnschnellverbindung Hannover–Berlin⁹ auf der Nordtrasse bei Vergabe des Projekts an einen Generalunternehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Ankündigung der Aufnahme von Luftverkehrsgesprächen mit Übereinstimmung, daß eine Regelung für den Anflug des Flughafens Berlin-Tegel außerhalb der Korridore durch alle interessierten Luftverkehrsgesellschaften gefunden werden muß.

Bildung einer Kulturkommission.

Zulassung des Vertriebs und des Bezugs von Zeitungen und Zeitschriften aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR.

3.2) Wirtschaftlich

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zentrales Element der Vertragsgemeinschaft.

Abschluß einer Rahmenvereinbarung über wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit.

Aufnahme von Verhandlungen über Investitionsschutzabkommen.

Bildung einer Gemeinsamen Wirtschaftskommission, erste Sitzung in Berlin (Ost), zweite Sitzung in Berlin (West).

Untergruppen für Energiefragen und Tourismus.

Expertentreffen bereits Anfang Januar zur Formulierung von Gesetzesentwürfen der DDR zu Investitionsschutz, Steuern, Gesellschaftsrecht.

Noch im Januar Beratung mit Vertretern der Wirtschaft über Joint-venture.

Expertentreffen zu den Themen Meß- und Prüfwesen, Normen, Patentrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

⁸ Zu der von Bundesminister Seiders und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, getroffenen Vereinbarung vgl. die gemeinsame Presseerklärung vom selben Tag; BULLETIN 1989, S. 1173 f. Für das Gespräch in Ost-Berlin vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

⁹ Zum Schnellbahnprojekt vgl. Dok. 89, Anm. 12.

Expertentreffen über offene Vermögensfragen.

Abbau von Handelshemmnissen.

Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel (2 Mrd. DM) und Erweiterung des Garantierahmens (um 1,5 Mrd. DM auf 6 Mrd. DM).

Verbesserungen der wirtschaftlichen Informationen.

3.3) Verabredung eines weiteren Treffens Ende Januar/Anfang Februar¹⁰

4) Bewertung

Besuch war wegen Stimmung in der DDR nicht ohne Risiko, ist aber sehr gut verlaufen. Breite Zustimmung ebenso in der Bundesrepublik Deutschland wie in der DDR. In den öffentlichen Reaktionen in der DDR ist der starke Wille zur Einheit deutlich geworden; trotz großer Emotionen, aber auch hohes Maß an Selbstdisziplin. Ablauf hat insgesamt gezeigt, daß Deutsche aus ihrer Geschichte gelernt und Sinn für Maß und Augenmaß entwickelt haben.

Wir gehen ebenso wie Ministerpräsident Modrow davon aus, daß der in der DDR eingeleitete Prozeß von politischen Reformen unumkehrbar ist und daß die DDR auch sehr rasch die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Öffnung (Zulassung von privatem Kapital und Direktinvestitionen) schaffen will. Im Interesse einer positiven Entwicklung in der DDR werden wir daher nicht bis zu den Wahlen am 6. Mai 1990 warten, sondern sind bereit, jetzt mit einer erweiterten Zusammenarbeit zu beginnen. Der vorgesehene Vertrag über Zusammenarbeit in einer Vertragsgemeinschaft soll das zum Gegenstand haben. Es ist beabsichtigt, ihn bis zum Frühjahr unterzeichnungsreif zu verhandeln; jedoch soll sein Inhalt auch mit den am Runden Tisch vertretenen Gruppierungen abgestimmt werden.

5) Ergänzend wird auf Rede von BK Kohl vor dem Bundesrat am 21.12.¹¹, auf seine Aussagen bei Pressekonferenz in Dresden am 20.12. und auf Erklärungen von BM Haussmann auf Pressekonferenz am 21.12. verwiesen (Info-Funk vom 22.12.; dort auch Zusammenfassung der zwei PK).

Trautwein¹²

Referat 012-9, Bd. 161323

¹⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 13. Februar 1990 in Bonn vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 177 und 179. Vgl. dazu außerdem AAPD 1990.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Kohl vor dem Bundesrat vgl. BULLETIN 1989, S. 1264–1268. Zur Besprechung Kohls mit den Regierungschefs der Länder am selben Tag vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 133.

¹² Paraphe.

430

**Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1733

Citissime

Aufgabe: 22. Dezember 1989, 10.00 Uhr¹

Ankunft: 22. Dezember 1989, 15.32 Uhr

Delegationsbericht Nr. 195

Betr.: Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM);
hier: vierte Sitzungsperiode (10.11.–20.12.1989)

Zur Unterrichtung

I. Allgemein

1) Die vierte Sitzungsperiode stand vor dem Hintergrund der Ereignisse in DDR, ČSSR, aber auch in RUM im Zeichen der Einheit des KSZE-Prozesses. Dabei wurde die westliche und neutrale Auffassung über die Interdependenz zwischen den Menschenrechten im Inneren und der Vertrauensbildung zwischen den Staaten im letzten Plenum (20.12.) auch vom WP übernommen und gegenüber Rumänien vertreten (nur die DDR-Delegation verfügte am 20.12. noch nicht über entsprechende Weisung, sehr zu ihrer Verlegenheit, und holte das Versäumte tags darauf im VKSE-Plenum nach). Zahlreiche Delegationen forderten, die Wiener Verhandlungen müßten mit der Dynamik der West-Ost-Beziehungen Schritt halten. Erstmals gab es auch im Bereich der militärischen Sicherheit der KSZE einen blockübergreifenden Vorschlag (militärische Kontakte von F und UNG², mit A als nachträglichem Miteinbringer).

Die konkreten Hauptergebnisse der Sitzungsperiode:

- Unter Berücksichtigung der Erfordernisse bei VKSE Beschluß über zunächst drei Sitzungsperioden im Jahr 1990 (1) 16. Januar–23. Februar; 2) 19. März–27. April; 3) Rundenbeginn am 21. Mai für maximal sieben Wochen).³
- Die praktische und inhaltliche Vorbereitung des in der Vorrunde⁴ beschlossenen Seminars über Militärdoktrinen, das vom 16.1. bis 5.2. unter Beteiligung der Generalstabschefs der meisten TNS durchgeführt werden wird (s. unten II., Ziffer 3).⁵

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (VSBM-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10 und 14.

² Für den Wortlaut des Vorschlags vom 15. Dezember 1989 (CSCE/WV.6) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 7.

³ Nach der fünften Runde der VSBM-Verhandlungen vom 16. Januar bis 23. Februar und der sechsten Runde vom 19. März bis 27. April wurde die siebte Runde vom 14. Mai bis 17. November 1990 in Wien abgehalten.

⁴ Die dritte Runde der VSBM-Verhandlungen fand vom 4. September bis 20. Oktober 1989 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 328.

⁵ Zum Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa, das in Wien stattfand, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

- Die Ausweitung der grundsätzlichen Übereinstimmung unter den Verhandlungsteilnehmern auf die Vorschläge des Westens in WV.1 amplified⁶, allerdings bei Fortbestehen von Differenzen über Einzelheiten (s. unten II., Ziffer 1 und 2).

Im übrigen wurden in dieser zu einer Übergangsphase gehörenden Sitzungsperiode die Fragen weitgehend geklärt, die das Verhältnis zwischen VKSE und VVSBM betreffen:

- Bezüglich der Bereiche der Überschneidung (Overlap) der Materien der beiden Verhandlungen (vor allem Informationsaustausch, Verifikation, stabilisierende Maßnahmen und Constraints) wirkte unsere Idee eines „phasenverschobenen Vorgehens“ auch über den NATO-Caucus hinaus meinungsbildend. Sie findet ihre Bestätigung in der Praxis beider Verhandlungen.
- Die Dynamik in den West-Ost-Beziehungen, insbesondere der nun für 1990 vorgesehene Abschluß bei VKSE, gibt der Forderung nach neuen Maßnahmen für VVSBM Nahrung. Denn der Westen, aber auch die N+N, gingen bei der Vorbereitung der VSBM-Verhandlungen von einem anderen als dem jetzt gegebenen Szenario aus, nämlich davon, daß die geplanten Maßnahmen, ähnlich wie in Stockholm⁷, eine Vorreiterrolle zur Auflockerung des rüstungskontrollpolitischen Terrains annehmen müßten. Unsere Maßnahmen waren für ein Ergebnis vor einem VKSE-I-Abkommen und vor einem allgemeinen politischen Strukturwandel im Warschauer Pakt geplant. Diese Planung ist infolge der dynamischen West-Ost- und rüstungskontrollpolitischen Entwicklung überholt. Dementsprechend festigt sich der Eindruck, daß neue Maßnahmen nötig sind. Die Frage wird gestellt, welche (zusätzlichen) „Maßnahmen für die Zeit danach“ in Betracht kommen. Dabei spielt auch die eher reaktive Rolle des Westens bei See- und Luftstreitkräften eine Rolle. Deshalb denken westliche Delegationen (insbesondere US, UK, F und ITA) über neue substantielle Vorschläge unterschiedlichen Charakters und auf verschiedenen Gebieten nach (das Spektrum geht von Luft-VSBM bis zu Constraints und Militärhaushalten). Hierfür wird zu gegebener Zeit Abstimmungskapazität sowohl in Brüssel als auch in Wien erforderlich werden.
- Noch nicht völlig geklärt sind die Zielsetzungen und Auswirkungen des Gorbatschow-Vorschlags für ein 35er-KSZE-Gipfeltreffen im Jahre 1990⁸ auf die beiden Verhandlungen. Erörtert werden die Vor- und Nachteile des in diesem Zusammenhang von der SU offenbar beabsichtigten, von vielen westlichen und N+N-TNS, aber auch einigen WP-Delegierten eher als politisch falsch eingeschätzten gleichzeitigen Abschlusses der VVSBM.

Nicht erfüllt wurde – wegen N+N-interner Differenzen – die Erwartung, zum informellen Verfahren überzugehen und Koordinatoren zu bestellen. Die Ver-

⁶ Für den Wortlaut des Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vom 9. Juni 1989 (CSCE/WV.1/amplified) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 2.

⁷ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁸ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 369, Anm. 10.

handlungen werden dadurch jedoch nicht wesentlich beeinträchtigt, da bei VVSBM z. Zt. – nicht zuletzt zur Gewährleistung der „Vorfahrt“ für VKSE – Redaktionsarbeit noch nicht zweckmäßig erscheint, vielmehr weitere Vorschläge während der Sitzungsperiode eingebracht wurden und auch in Zukunft zu erwarten sind.

2) Die westliche Allianz

Der Westen hat seine Ziele der praktischen und inhaltlichen Vorbereitung der Durchführung des Seminars über Militärdoktrinen erreicht. Er hat die konzeptionelle Führungsrolle in den Verhandlungen behalten. Noch immer zehren die westlichen Delegationen von der konzeptionellen und qualitativen Überlegenheit des westlichen Vorschlages WV.1 amplified. Allerdings gelang es während dieser Sitzungsperiode nur in begrenztem Umfang, mögliche, aus unserer Sicht wünschenswerte Konkretisierungen und Ergänzungen von WV.1 amplified vorzunehmen. Die Forderung der US-Delegation nach einem Gleichgewicht zwischen den als prozedural bezeichneten kooperativen Maßnahmen (Kontakte und Kommunikation, Konsultation, Implementierungstreffen) und sog. substantiellen Maßnahmen wirkt sich bremsend aus, da ein Großteil der „Substanz“ infolge „Überlappung“ zunächst auf entsprechende VKSE-Ergebnisse bzw. -Fortschritte angewiesen ist und neue westliche Substanzvorschläge noch nicht zur Verfügung stehen.

Die Allianzkohärenz wurde gewahrt. Sie war in jedem Fall der des WP überlegen. In Einzelfällen kam es allerdings zu Positionsunterschieden, die in die Verhandlungen getragen wurden. US und B distanzieren sich in der Arbeitsgruppe von den insbesondere von uns, F und UK initiierten und nach längerer abstimmen-der Vorbereitung vorgetragenen Gedanken über Zweckmäßigkeit und Ausgestaltung zusätzlicher direkter Kommunikationen. Der Einbringung des gemeinsamen Vorschlages von F und UNG über Militärkontakte war im NATO-Caucus eine kontroverse Erörterung über Form und Umfang der allianzinternen Abstimmung des F-UNG-Vorschlages vorausgegangen. In der Sache ging es darum, ob die Formulierung über die Zugangsregelung die Anwendungszone des Madrider Mandats⁹ zu beeinträchtigen geeignet ist. Trotz der von F und UNG bei Präsentation des Vorschlages abgegebenen Erklärung, daß nicht an eine Änderung der Zonenregelung gedacht sei, rückte KAN (allerdings nicht US) im Plenum offen von der vorgeschlagenen Zugangsregelung ab und machte damit einen allianz-internen Auffassungsunterschied publik.

¹⁰3) Die WP-Delegationen

Der dramatische Wandel in den WP-Staaten hat die Mehrheiten und die Kohärenz im östlichen Caucus grundlegend verändert. RUM ist inzwischen völlig isoliert. Es wurde wegen der Konsensverweigerung beim Umwelttreffen in Sofia¹¹ von BUL im VSBM-Plenum (10.11.) offen kritisiert und in einem präzedenzlosen Vorgang im Plenum am 20.12. von WP-Delegationen (UNG, POL, ČSSR) wegen Menschenrechtsverletzungen namentlich und in einer bisher nur bei westlichen Delegationen üblichen offenen Sprache verurteilt. (SU kritisierte ohne Namens-

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1734 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Zum KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 vgl. Dok. 343.

nennung.) Die Wahrnehmung nationaler Positionen durch einzelne WP-Delegationen wurde während der vierten Sitzungsperiode von der Ausnahme zur Regel. Das Bemühen um Kohärenz ist zwar nach wie vor vorhanden. Die Interessenunterschiede manifestierten sich jedoch deutlicher als zuvor auch in der unterschiedlichen Einbringung östlicher Vorschläge. Loyalität und Gefolgschaft gegenüber der SU setzt spürbar erhebliche sowjetische Anstrengungen zur Berücksichtigung der Interessen ihrer Verbündeten voraus und ist erkennbar dort am geringsten, wo SU manifest nationale und Supermacht-Interessen vertritt. Dies ist insbesondere im Bereich der Seeaktivitäten der Fall, deren Einschluß in ein VSBM-Regime SU entgegen dem Mandat von Madrid während der gesamten Sitzungsperiode gebetsmühlenhaft wiederholt hat. Die anfänglichen Lippenbekenntnisse ihrer Verbündeten verstummten im Verlauf der Sitzungsperiode allmählich und wichen informellen Aussagen am Rande, hier handle es sich um eine von anderen nicht geteilte SU-Position.

Eine weitere Folge des neugefundenen politischen Bewegungsspielraums einiger WP-Delegationen ist die Bereitschaft zu blockübergreifenden Aktivitäten. War bisher in dieser Hinsicht nur Ungarn (Kontakte mit F, NL, UK und uns, gemeinsamer F/UNG-Vorschlag zu Militärkontakten) aktiv, so ist inzwischen ein spürbares Interesse auch bei anderen WP-Delegationen, nicht zuletzt bei DDR, spürbar. DDR-Botschafter Bühring äußerte sich in diesem Sinne uns gegenüber, ganz offensichtlich auf Weisung, eindeutig. Über den hier einzuschlagenden Weg benötigen wir Weisung.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N-Staaten haben als Gruppe erhebliche Mühe, mit den gegenwärtigen Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen und im Bereich der Rüstungskontrolle Schritt zu halten, insbesondere ihre eigene Rolle und ihre Interessen zu definieren. Dies liegt z. T. an dem bisherigen Selbstverständnis des unbeteiligten Schiedsrichters und der nicht zuletzt moralisch begründeten Überlegenheit der Position gegenüber den Mitgliedstaaten von Militärallianzen. Dieses Selbstverständnis muß auch von den N+N überdacht und in neue Positionen übersetzt werden. Dies wird schwerfallen angesichts

- der erheblichen strukturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Streitkräften der N+N,
- der personellen und qualitativen Ausstattung der N+N-Delegationen in Wien,
- der eingefahrenen Denkleise.

Insbesondere die neutralen Delegationen bemühen sich unter Schwierigkeiten, in bezug auf ihre Streitkräfte nicht weniger Offenheit in Aussicht zu stellen als die, zu der die Mitglieder des Warschauer Pakts bereit sind. Ein Versuch, in diesem Sinne noch vor der Weihnachtspause eine auch der Verifikation zugängliche neue Kategorie „übender, nicht aktiver Einheiten“ einzuführen, scheiterte allerdings an Abstimmungsschwierigkeiten. Die Rolle von JUG und ZYP ist zwiespältig. Beide Delegationen waren während der dritten Sitzungsperiode nicht oder nur sporadisch in Wien präsent. Die Präsentation von N+N-Positionen wirkte in dieser Zeit kohärenter und konstruktiver. Inzwischen ist JUG hier mit einer ständigen Delegation vertreten. Nach deren Ankunft stellte JUG zunächst die unter den vier Neutralen erzielte, am Modell von Stockholm orientierte Einigung auf vier Koordinatoren und ihre Arbeitsbereiche mit der Forderung auf ein eige-

nes, fünftes Koordinatorenamt in Frage. Nachdem JUG eine fünfte Koordinatorenstelle als Reserve und damit sozusagen ohne Portfolio zugestanden war, blockierte ZYP, dessen Delegierte nur für einige Tage zum Rundenende erschienen war, den Vorschlag in letzter Minute.

5) Die eigene Delegation

Während der vierten Sitzungsperiode hatte die eigene Delegation die Besuche von MdB Würzbach, von Generalmajor Naumann und von NATO-GS Wörner. Die Besuche gaben Gelegenheit zu einer eingehenden Analyse des Verhandlungsstandes bei VSBM und zu Gesprächen und Kontakten im Zusammenhang mit dem Besuchsprogramm.

Anknüpfend an unsere Meinungsführerschaft während der vorhergehenden Sitzungsperioden zum Thema Militärdoktrinen führten wir ein umfassendes, auf die Erfahrungen des Seminars in Ebenhausen¹² gegründetes „Issue Paper“¹³ ein, das sich im Verlauf des Abstimmungsprozesses sowohl in Wien als auch in Brüssel zur allgemein akzeptierten Referenzgrundlage für die Vorbereitung der Verbündeten entwickelte.

Ein besonderer Punkt unserer Aufmerksamkeit war die Entwicklung in der DDR, bei der uns im NATO-Caucus naturgemäß Meinungsführerschaft, aber auch zusätzliche Aufmerksamkeit zuwuchs. Die Entwicklung in der DDR und die Politik der Bundesregierung hat uns als Deutschen spürbar Achtung eingebracht.

II. Darstellung der Arbeit in den Arbeitsgruppen folgt gesondert mit kleinem Verteiler.

¹⁴II. Im einzelnen

1) Arbeitsgruppe A

Arbeitsgruppe A befaßte sich im wöchentlichen Wechsel jeweils entweder mit Information und Verifikation oder mit Kommunikation, Kontakten und Konsultation.

Bei Informationsaustausch und Verifizierung zeichnet sich eine Annäherung zwischen dem Westen und den Neutralen ab. Die ineinandergreifenden Diskussionsbeiträge von uns, NL und UK zu WV.5¹⁵, insbesondere die differenzierte Kritik an dem Begriff der „active mobile units“, führten zu gedanklichen Klärungen und lösten zusätzliche Arbeiten im N+N-Kreis zur Erarbeitung eines Vorschlages über die Einbeziehung von „übenden nicht-aktiven Einheiten“ („tem-

¹² Zum geplanten informellen Expertentreffen vom 21. bis 24. Juni 1989 vgl. Dok. 75, Anm. 11.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde resümierte am 26. Juni 1989, das Seminar habe „sich als Pionierarbeit für eine neue Dimension des West-Ost-DIALOGS über Sicherheitsfragen und gleichzeitig als notwendiger Probelauf für das offizielle Seminar der 35 in Wien bewährt“. Vgl. Referat 221, Bd. 144809.

¹³ Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), übermittelte dem Auswärtigen Amt am 28. November 1989 eine Liste von Themen, die bei dem Seminar zu Militärdoktrinen voraussichtlich zur Sprache kämen, sowie Thesen zu diesen Gegenständen. Vgl. Referat 221, Bd. 163122.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1735 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Maltas, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns für ein Abschlußdokument der VSBM-Verhandlungen vom 12. Juli 1989 (CSCE/WV.5) vgl. CONFIDENCE AND SECURITY BUILDING MEASURES IN EUROPE, Dok. 6.

porarily activated non-active units“) aus. Diese Einheiten sollen in gewissem Umfang auch in ein stichprobenartiges Überprüfungssystem eingeschlossen werden. Nach wie vor haben allerdings einige N+N-Staaten Schwierigkeiten damit, ortsfeste Verteidigungsanlagen und Einheiten, bezüglich deren es voraussichtlich Einschränkungen bei der Verifizierung und stichprobenartigen Überprüfung geben muß, in den Informationsaustausch einzubeziehen. Die Fortentwicklung der N+N-Position in bezug auf die stichprobenartige Überprüfung von non-active units wird den Westen zwingen, seine eigene Position in dieser Hinsicht (kein random checking für Einheiten unter fünf Prozent) entweder deutlich zu begründen oder zu überdenken.

Kurz vor Ende der Sitzungsperiode führte DDR im Namen von BUL, ČSSR, UNG und SU einen Vorschlag zur stichprobenartigen Evaluierung des jährlichen Informationsaustausches ein. In seiner Struktur ist er Maßnahme 3 (WV.1 amplified) nachgebildet, sieht allerdings ein zur freien Disposition, wenn auch diskret zu nutzendes Verweigerungsrecht anstelle von in WV.1 vorgesehener Verschiebungsmöglichkeit vor. Die Evaluierungsquoten sind in dem Vorschlag noch offengeblieben, die mündlich abgegebenen Erklärungen dazu bleiben allerdings hinter den Erfordernissen aus westlicher Sicht zurück. Gleichzeitig legten SU und BUL einen Vorschlag zur Verifizierung von Aktivitäten der Luft- und Seestreitkräfte vor.¹⁶ Dieser Vorschlag wird im Westen bezüglich der Seestreitkräfte als nicht konsensfähig, bezüglich der Luftstreitkräfte als enttäuschend beurteilt.

Bei der Diskussion über Kommunikation, Konsultation und militärische Kontakte gab es gewisse Diskussionsfortschritte. Am 15.12. brachten F und UNG gemeinsam einen Vorschlag zur Verbesserung militärischer Kontakte ein, zu dem KAN wegen befürchteter Auswirkungen auf die Zonenbegrenzung des Madrider Mandats trotz gegenteiliger Erklärungen der Einbringer UNG und F einen Vorbehalt einlegte.

Blockübergreifende Bemühungen mehrerer Delegationen zur Frage, ob über die diplomatischen Kanäle hinaus zusätzlich Kommunikationsverfahren eingeführt werden sollen, führten zur detaillierten Erörterung von Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und technischer Ausgestaltung. Infolge der Überlegungen in Washington, ein aufwendiges Kommunikationssystem für die 23 zu erarbeiten, gab sich einerseits hiesige US-Delegation im 35er-Rahmen zurückhaltend. Andererseits macht dies voraussichtlich erforderlich, die vor allem von uns und I vertretene Auffassung neu zu begründen, daß hier die 35 einen Dienst für die 23 leisten könnten.

Der Gedanke, ein jährliches Expertentreffen zur Implementierung des VSBM-Regimes einzurichten, ist spätestens seit einer NL-Plenarerklärung (24.11.1989) allgemeiner Diskussionsgegenstand. Die Initiative gewinnt in allen Gruppen an Zustimmung. Über Art und Weise ihrer formellen Einführung in die Ver-

¹⁶ Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), berichtete am 12. Dezember 1989, am Vortag hätten Bulgarien und die UdSSR „einen Verhandlungsvorschlag zur Verifizierung von Aktivitäten der Luft- und Seestreitkräfte“ vorgelegt, der nach sowjetischen Angaben bei den vorgesehenen Quoten über die im Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten hinausgehe: „Daß die SU nur BUL – und dieses dem Vernehmen nach nur halbherzig – als Miteinbringer ihres Vorschlages gefunden hat, bestätigt die Informationen, daß die SU mit ihrem Beharren auf Einbeziehung zumindest der Seeaktivitäten innerhalb der WP-Gruppe allein steht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1673; Referat 241 (221), Bd. 163120.

handlungen – sowie vor allem über inhaltliche Ausgestaltung – ist die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen.

2) Arbeitsgruppe B

In der vierten Runde gab es zwar weder bei Vorankündigung, bei Beobachtung von militärischen Aktivitäten und auch nicht bei der Weiterentwicklung des Jahreskalenders bzw. der beschränkenden Maßnahmen substantielle Fortschritte, es zeichneten sich jedoch in Teilbereichen gewisse Vorklärungen ab. In den Diskussionen konzentrierte sich der Westen auf die Ausdeutung des Vorschlages WV.1 amplified und der in etwa gleichlautenden Bestimmungen in WV.5, wobei er Gemeinsamkeiten herausarbeitete. Demgegenüber setzte der Osten den Schwerpunkt auf die Forderung nach Einbeziehung von Luft- und Seeaktivitäten in Vorankündigungen und Beobachtungen.

Der Vorschlag WGB.4 der ČSSR und der SU über Beobachtungsmodalitäten für Luftstreitkräfte¹⁷ wurde detaillierter behandelt: Nach Auffassung des Westens sind die Modalitäten in WGB.4 weiterhin nicht ausreichend, um zu einer akzeptablen Aufwand-Nutzen-Relation zu gelangen und um später hinreichende Verifikation zu ermöglichen. Allianzintern ist bei einigen westlichen Delegationen (z.B. UK, F, DK, I) die Bereitschaft erkennbar geworden, in diesem Bereich gewisse Flexibilität zu zeigen.

Die Forderung nach Einschluß von Seeaktivitäten wurde, anders als noch in der Vorrunde, praktisch nur noch von der SU betrieben. Informelle Hinweise aus WP-Kreisen verdichteten den Eindruck, daß die SU in der Seefrage isoliert ist. Dennoch ist damit zu rechnen, daß auch in der nächsten Runde die SU ihre Forderungen nach Einschluß von Seestreitkräften in ein Ankündigungs- und Beobachtungssystem weiter verfolgen wird. Dies ist auch im Hinblick auf die Luftstreitkräfte zu erwarten, wo der WP seine Vorschläge mit Modifizierungen der auf dem Tisch liegenden Modalitäten weiterverfolgen wird.

Die in WV.5 aufgenommene Passage zu amphibischen Operationen wurde in der Runde diskutiert. Wir und andere Verbündete haben SCN verdeutlicht, daß eine Ausdehnung amphibischer Operationen nicht in dem Maße, wie in WV.5 gefordert, akzeptabel ist, weil damit die Einbeziehung unabhängiger Seeaktivitäten de facto erreicht wäre (dies jedenfalls nach jetziger Weisungslage).

Zu Jahreskalendern und zu den dazu vorgeschlagenen Verbesserungen in WV.1 amplified und in WV.5 stellten westliche Vertreter heraus, daß diese Verbesserungen die gedankliche Verbindung von Jahreskalendern, Vorankündigung, Beobachtung und Verifikation weiter vertiefen. Die Verbesserungen würden außerdem gemeinsam mit den Informationen und den Random-evaluation-Maßnahmen ein logisches System bilden, das in der Praxis auch beschränkende Wirkungen hätte. Solchen Schlußfolgerungen hat sich der Osten zwar nicht verschlossen, er argumentiert aber weiterhin mit der Forderung nach beschränkenden Maßnahmen für alle Teilstreitkräfte.

¹⁷ Botschafter Joetze, Wien (VSBM-Delegation), informierte am 18. Oktober 1989 über die Sitzung der Arbeitsgruppe B vom selben Tag: „ČSSR legte, auch namens der SU, Vorschlag zur ‚Beobachtung der Teilnahme von Formationen der Luftstreitkräfte an bestimmten militärischen Aktivitäten‘ vor [...]. Östliche Sprecher (ČSSR, SU) wiesen darauf hin, daß Vorschlag noch unvollständig und verbesserungsbedürftig sei. Man erwarte Diskussionsbeiträge hierüber in der nächsten Runde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1405; Referat 241 (221), Bd. 163120. Für den Vorschlag vgl. Referat 241 (221), Bd. 163131.

3) Vorbereitung des Seminars über Militärdoktrinen

Im Verlauf der Sitzungsperiode wurde klar, daß das Doktrinenseminar zumindest in den ersten Tagen von den Generalstabschefs der Teilnehmerstaaten wahrgenommen werden wird. Dies unterstreicht auch gegenüber der Öffentlichkeit die hohe politische Relevanz dieser Veranstaltung, die ihr von allen Beteiligten inzwischen zugemessen wird. Darüber hinaus wurden während der Sitzungsperiode soweit wie möglich alle Details des Ablaufs des Seminars (vom Tragen von Uniformen (erstmalig im KSZE-Prozeß) über Rednerlisten und Begleitveranstaltungen etc.) festgelegt. Bei der inhaltlichen Vorbereitung von Interventionen und Interventionsbeiträgen übernahmen wir mit unserem umfassenden „Issue Paper“ eine führende Rolle.

Das Seminar bietet die Gelegenheit, auf unsere Initiativen und Meinungsführerschaft in diesem Bereich (Rede von BM Genscher in Stockholm Anfang 1986¹⁸, dt.-polnisches Seminar in Ebenhausen im Sommer 1989¹⁹) auch öffentlichkeitswirksam hinzuweisen.

[gez.] Joetze

Referat 209, Bd. 148765

431

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3324

Citissime

Aufgabe: 22. Dezember 1989, 17.21 Uhr¹

Ankunft: 22. Dezember 1989, 17.28 Uhr

Betr.: Besuch des französischen Staatspräsidenten in der DDR von 20. bis 22.12.1989²;

hier: Kurzunterrichtung durch den Generalsekretär des Elysée, Bianco

1) Der Generalsekretär des Elysée, Bianco, den ich um einen Termin gebeten hatte, um mich über den Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand in der DDR zu informieren, bat um Verständnis dafür, daß er wegen seiner besonderen Arbeitslast (heute Ministerkonferenz zum Euro-Arabischen Dialog³ und Rückkehr des Staatspräsidenten aus der DDR) mir nur eine fernmündliche Zusammenfassung seiner Eindrücke geben könne. Er habe gestern abend die DDR vorzeitig verlassen, um nach Paris zurückzukehren.

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 28. Januar 1986 bei der KVAE vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70.

¹⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 597–601.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 2. Januar 1990 vorgelegen.

² Für die Gespräche des französischen Staatspräsidenten Mitterrand mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, bzw. mit dem Vorsitzenden der SED-PDS, Gysi, am 21. Dezember 1989 in Ost-Berlin vgl. DIE EINHEIT, Dok. 35 und Dok. 36. Zum Besuch Mitterrands vgl. auch DIPLOMATIE FRANÇAISE, Dok. 29–31.

³ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 21./22. Dezember 1989 in Paris vgl. Dok. 435.

Bianco äußerte sich folgendermaßen:

2) Die Gesprächspartner der französischen Delegation seien sehr unterschiedlicher Natur gewesen. Sie hätten aus den augenblicklich Regierenden, Vertretern der alten Parteien und der neuen Formationen bestanden. Bei eigentlich allen Gesprächspartnern sei ein ausgeprägter Sinn für die Verantwortung zu spüren gewesen, die sie auf sich lasten fühlten, ja für die historische Rolle, die ihnen zugefallen sei.

Gleichzeitig habe überall Ratlosigkeit geherrscht. Man wisse nicht wohin, weder wirtschaftlich noch politisch.

Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft, aber auch mit Frankreich, stoße auf große Aufgeschlossenheit. Mit der Bundesrepublik Deutschland wünsche man enge praktische Beziehungen, wie sie durch den Besuch des Bundeskanzlers⁴ vorgezeichnet seien. Über die Ergebnisse dieses Besuches herrsche Genugtuung.

Durchgängig sei jedoch die Sorge, auch bei den Vertretern der neuen Formationen, daß der Bundeskanzler ein zu schnelles Tempo anschlagen könnte. Diese Sorge leite man aus dem Zehn-Punkte-Plan⁵ her. Die Etappen ließen sich nicht überspringen, die Wiedervereinigung sei nicht schnell zu erzwingen. Es sei nicht einmal sicher, daß die Mehrheit der Bevölkerung in der DDR die Wiedervereinigung wolle.

In Leipzig, aber auch in Berlin, obschon dort weniger ausgeprägt, sei eine große Unruhe darüber zu spüren, daß der „Zug entgleisen“ könnte, ob nun durch Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Vertretern des alten Regimes oder dadurch, daß die sowjetischen Truppen nicht in Ruhe gelassen würden.

3) Modrow habe einen sehr guten Eindruck gemacht. Er sei offenbar ein ernster und fleißiger Mann. Gysi habe nicht schlecht gewirkt, Gerlach sich meist der „hölzernen Sprache“ bedient.

Alle, z. B. auch ein Mann wie de Maizière, mit dem er (Bianco) sich länger unterhalten habe, seien sich der prekären Lage bewußt und darauf aus, keinen falschen Schritt zu machen.

Die Studenten in Leipzig hätten sich stark für die Europäische Gemeinschaft und deren Studienprogramme (Erasmus) interessiert. Die Fragen zur Abrüstung seien wohl eher aus pazifistischen Wurzeln gekommen.

4) Die Darstellung Biancos läßt die Linie des französischen Staatspräsidenten klar erkennen: Er hält ein vorsichtiges, etappenweises Vorgehen für notwendig, um Destabilisierungen zu vermeiden. Gleichzeitig hofft er offenbar, bis zur Wiedervereinigung Zeit zu gewinnen. Er wird diese Zeit zu nutzen versuchen, um die Europäische Gemeinschaft und Frankreich auf den befürchteten oder vermeintlichen Schock vorzubereiten und ein noch größeres wirtschaftliches Übergewicht der deutschen Seite durch eine weitere Stärkung der französischen Wirtschaft und der Kraft der Gemeinschaft zu mildern und abzupuffern.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 19./20. Dezember 1989 in der DDR vgl. Dok. 429.

⁵ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

5) Zu Fragen und eigenen Erwägungen war keine Gelegenheit. Ich habe Bianco gebeten, einen Mitarbeiter zu benennen, der nach Abschluß des Mitterrandschen Besuchs ein Gesamt-Briefing geben kann.

[gez.] Pfeffer

Referat 203 (202), Bd. 151111

432

**Botschafter Freiherr von Richthofen, London,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 2465

Aufgabe: 22. Dezember 1989, 14.36 Uhr¹

Ankunft: 22. Dezember 1989, 20.14 Uhr

Betr.: Großbritannien und die deutsche Frage

Zur Unterrichtung

Zusammenfassung

1) Die britische Regierung reagiert auf die Entwicklungen in der DDR und die dadurch eröffnete Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit großer Zurückhaltung, hinter der sich Besorgnis verbirgt. Sie befürchtet, daß eine überstürzte Entwicklung der Ereignisse in der DDR und Auflösungstendenzen innerhalb des sowjetischen Machtbereichs zu einer Destabilisierung Europas insgesamt und zu einem Abbruch des Reformprozesses, vielleicht auch zur Ablösung Gorbatschows, führen könnten.

Selbst eine kontrollierte, friedlich und schrittweise verlaufende Entwicklung, an deren Endpunkt die deutsche Einheit stünde, wird wegen des potentiellen Entstehens eines neuen Machtzentrums im Herzen Europas und einer damit verbundenen Schwächung britischen Einflusses mit Sorge gesehen.

2) Die britische Regierung spielt daher augenblicklich auf Zeit und hofft, eine Verlangsamung der Prozesse durch die Einbindung der Entwicklungen in beiden deutschen Staaten in Bündnis- und KSZE-Strukturen, aber auch in alliierte Rechte und Verantwortlichkeiten, erreichen zu können. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird relativiert durch Hinweise auf ein notwendiges Einverständnis der Nachbarn Ds.

3) Die öffentliche Meinung in GB steht noch ganz unter dem Einfluß der Ereignisse des 9. November, die hier spontan und freudig begrüßt wurden. Umfrageergebnisse zeigen, daß sich eine große Mehrheit der Briten für eine Wiedervereinigung ausspricht. In Gesprächen wird deutlich, daß insbesondere die junge Generation, die ohnehin Europa gegenüber vorurteilslos ist und positiver denkt als die Generation der Kriegsteilnehmer, unserem nationalen Anliegen gegen-

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Stocks, London, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 27. Dezember 1989 vorgelegen.

über aufgeschlossen ist. Viele Freunde in Parlament und Verwaltung haben ihre Bewunderung ausgedrückt für die Besonnenheit, mit der die Bundesregierung auf die Entwicklung reagiert, zuletzt² anlässlich des BK-Besuchs in Dresden³.

In der veröffentlichten Meinung bleiben gehässige Kommentare („Viertes Reich“) bisher isoliert. Die seriösen Blätter begrüßen die durch die Demokratisierungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa eingetretenen Veränderungen und fordern die Regierung auf, ihnen mitgestaltend Rechnung zu tragen. Allerdings stimmen die Medien in der Forderung überein, die Entwicklungen behutsam und schrittweise hin auf ein neues europäisches Sicherheitssystem zu steuern, an deren Ende eine neue gesamteuropäische Architektur stehen könnte.

I. Im einzelnen

1) Für die vorsichtige und abwartende Haltung der PM⁴, deren Weltbild weitgehend in den 30er und 40er Jahren geprägt wurde, und der brit. Regierung lassen sich verschiedene Beweggründe anführen:

- Großbritannien hat den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland unter Anspannung und teilweiser Aufzehrung aller Kräfte errungen. Es war das erste Land überhaupt, das der Hitlerdiktatur mit einer Kriegserklärung die Stirn geboten hat. Die Folge des Eintretens für Demokratie und der Bekämpfung einer deutschen Hegemonialmacht war die Aufspaltung Ds, aber eben auch die Auflösung des britischen Weltreiches und der Verlust weltpolitischen Einflusses.
- Die von britischer Seite überbetonte special relationship zu den USA sowie das inhärente Selbstverständnis eines Inselstaates haben lange Zeit eine Zuwendung GBs nach Europa verzögert. Auch nach dem EG-Beitritt glaubte GB, eine zurückhaltende Politik weiterverfolgen zu können, die nach britischem Verständnis auch ein Austarieren des politischen Gewichts Fs und der wirtschaftlichen Macht Ds ermöglichte, traditionellem Gleichgewichtsdenken entgegenkam und das Fernziel einer Europäischen Union als nicht in britischem Interesse liegend erscheinen ließ.
- Der Ost-West-Gegensatz stabilisierte den Status quo in Europa und erlaubte gleichzeitig, den wachsenden politischen Einfluß von D in Grenzen zu halten.

2) Die jüngsten Ereignisse konfrontieren GB mit der Vorstellung von einem prosperierenden, größeren D, das wirtschaftliche mit politischer Macht verbindet, dem eine Schlüsselrolle für die Gestaltung der Zukunft nicht nur in West-, sondern in Gesamteuropa zufällt und das ein immer gesuchterer Partner von US und SU zu werden droht. Sollte diese Vision Wirklichkeit werden, hätte nach britischem Verständnis der Verlierer des Zweiten Weltkrieges verspätet doch die Siegeskrone errungen.

3) Wie auch immer die Karten gemischt werden, erfolgreiche Entspannungspolitik, Glasnost und Perestroika und das Ende des Kalten Krieges haben an Stelle klarer Fronten Chancen und Möglichkeiten gesetzt, die nach britischem Verständnis nur zu ungünstigen Ergebnissen führen können:

² Korrigiert aus: „und zuletzt“.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 19./20. Dezember 1989 in der DDR vgl. Dok. 429.

⁴ Margaret Thatcher.

- Einerseits könnten überstürzte Entwicklungen in der DDR, Auflösungstendenzen im WP, eine Zunahme regionaler Konflikte in Südost- und Osteuropa und in der SU selbst sowie wiederauferstehende Nationalitäten- und Grenzfragen zu einem hohen Grad der Unsicherheit im östlichen Lager führen. Niemand wisse, wo dann für einen geschwächten und bedrängten Gorbatschow die Toleranzgrenze liege oder – dies Argument wird geradezu beschwörend laut – wann dessen politisches Überleben in Gefahr gerate.
- Wenn sich andererseits die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, einschließlich einer Lösung der deutschen Frage, kontrolliert und friedlich abspielen, käme es zwangsläufig zur Machtverschiebung zugunsten Deutschlands im Herzen Europas. Die Einbindung einer wirtschaftlichen, u. U. auch politischen Großmacht D wäre im Augenblick am besten durch stärkere EG-Integrationsfortschritte hin zu einer Europäischen Union möglich und damit durch ein Instrument, das GB nur mit größter Zurückhaltung nutzen möchte. Die visionäre Kraft der PM reicht nicht aus, sich eine Lösung durch föderative Strukturen in D und Europa vorstellen zu können.

II. 1) In dieser Lage spielt die britische Regierung auf Zeit. Sehr ernstzunehmende Sorgen über die Folgen einer zu schnellen und daher unkontrollierbaren Entwicklung in der deutschen Frage, in MOE und in der SU führen zu einer Respektierung sowjetischer Forderungen, den Bestand der bestehenden derzeitigen Grenzen, Staaten und Pakte nicht in Frage zu stellen. Man zeigt Verständnis für historisch begründete Ängste vor einer Wiedervereinigung, die nicht nur in der SU und in MOE, sondern auch in westlichen Nachbarländern Ds laut werden.

Daher betont die britische Regierung, daß eine Lösung der deutschen Frage für die Sicherheitspakete, die Vier Mächte, für die Nachbarn Ds und für Gesamteuropa annehmbar sein muß.

2) Die PM will die deutsche Frage eher unwillig erst dann auf den europäischen Kalender gesetzt sehen, wenn in allen osteuropäischen Staaten und der SU eine durch freie Wahlen bestätigte Mehrparteiendemokratie fest etabliert und die Herrschaft des Rechts gewährleistet ist.

Der einflußreiche Pressesprecher der PM⁵ präzierte in einem Hintergrundbriefing am 4.12. in Brüssel die Zeitspanne: Nach 10 bis 15 Jahren echter demokratischer Verhältnisse in anderen Ländern würde man in einer neuen Welt leben. Dann könnte es möglich werden, Möglichkeiten (einer Wiedervereinigung) zu prüfen.⁶

Auf die Zehn-Punkte-Erklärung des BK⁷ hat GB (StM Waldegrave im Unterhaus⁸) in der Sache grundsätzlich positiv reagiert, wenn auch in der Regierung eine gewisse Verärgerung über die fehlende Vorab-Unterrichtung spürbar wurde.

⁵ Bernard Ingham.

⁶ In der Presse wurde über eine gemeinsame Pressekonferenz der britischen Premierministerin Thatcher und des amerikanischen Präsidenten Bush am 4. Dezember 1989 in Brüssel berichtet: „Mrs. Thatcher agreed with President Bush that German reunification was not on the immediate agenda, and that it would take at least 10 to 15 years of stable democracy in the East before changes in borders and alliances could be considered.“ Vgl. den Artikel „Bush pledges US will stay in Europe“, THE TIMES vom 5. Dezember 1989, S. 1.

⁷ Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT

3) Mit Hinweisen auf die Schlußakte von Helsinki⁹ in ihren beiden relevanten Teilen erkennt PM Thatcher indirekt das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes an. Die direkte Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechtes hat sie bisher (abgesehen von der Zustimmung zu den Erklärungen von Straßburg¹⁰ und Brüssel¹¹) ihrem Außenminister überlassen. Unmittelbar nach dem 9.11. hat AM Hurd erklärt, daß die Wiedervereinigung eine Angelegenheit des deutschen Volkes und eine Frage der Selbstbestimmung sei, die diesem nicht verweigert werden könne, allerdings müsse das Wie und Wann mit einem guten Teil Vorsicht ausgearbeitet werden.¹²

4) In Gesprächen mit FCO und Cabinet Office wird die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk inzwischen immer häufiger mit Forderungen nach eindeutigen und verbindlichen Erklärungen zur Unveränderbarkeit der polnischen Westgrenze verknüpft.

Es fehlt nicht an Hinweisen, daß das perzipierte weitere Offenhalten der Grenzfrage und ein Ausdehnen des Selbstbestimmungsrechts auf Minderheiten unkontrollierbare Bestrebungen in MOE und der SU lostreten könnten.

III. Insgesamt wird uns von Mitgliedern der Regierung, der Opposition und Meinungsführern immer wieder bedeutet, daß GB die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa als zu Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit führend mit großen Hoffnungen begleitet und begrüßt, allerdings auch auf die Spannungen und Risiken hinweist, die mit diesen Entwicklungen einhergehen. Nur mit Vernunft, Augenmaß, das der Bundesregierung in hohem Maße zugeschrieben wird, und vorsichtigem, schrittweisem Vorgehen kann nach britischer Ansicht sichergestellt werden, daß die Ablösung des Status quo langfristig zu einer Befriedung Europas und damit auch zu einer Lösung der deutschen Frage führt, die als unvermeidbar angesehen wird. Wir werden uns langfristig auf den britischen Pragmatismus verlassen können, der sich mit politischen Gegebenheiten bisher noch immer abgefunden hat, wenn der Einfluß GBs die Entwicklungen selbst nicht mehr steuern konnte.

IV. Eine Aufstellung britischer Äußerungen zur deutschen Frage wird mit FK (nur für Ref. 205 und 210) übermittelt.

[gez.] Richthofen

Referat 210, Bd. 140724

Fortsetzung Fußnote von Seite 1841

STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

⁸ Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatsministers im britischen Außenministerium, Waldegrave, am 1. Dezember 1989 im Unterhaus vgl. HANSARD, Commons, 1989, Bd. 162, Spalte 950.

⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁰ Zur Erklärung des Europäischen Rats zur deutschen Einheit bei seiner Tagung am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 406, besonders Anm. 2.

¹¹ Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 121. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 152. Zur Tagung vgl. Dok. 411.

¹² Botschaftsrat Stocks, London, übermittelte am 22. Dezember 1989 „britische Äußerungen zur deutschen Frage“. Darin hieß es, der britische Außenminister Hurd habe in einem Interview mit dem Sender BBC 4 am 10. November 1989 erklärt: „Unsere Haltung zur Wiedervereinigung grundsätzlich ist seit sehr vielen Jahren klar: Sie ist eine Angelegenheit des deutschen Volkes, eine Frage der Selbstbestimmung, die dem deutschen Volk nicht verweigert werden kann.“ Vgl. die Fernkopie Nr. 931/1; Referat 210, Bd. 140724.

433

**Botschaftsrätin I. Klasse Geißler-Kuß, Bukarest,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1200
Citissime

Aufgabe: 27. Dezember 1989, 14.45 Uhr¹
Ankunft: 27. Dezember 1989, 15.39 Uhr

Betr.: Lage in Rumänien;
hier: Stand 27.12.1989–13.00 Uhr

Zur Unterrichtung

Die Entwicklung in Rumänien hat durch die Aburteilung und Erschießung von Nicolae und Elena Ceauşescu² eine gewisse Zäsur erhalten. In der Bevölkerung ist die Tatsache weitgehend mit Genugtuung aufgenommen worden. Ceauşescu-treue bewaffnete Kräfte geben ihre terroristische Tätigkeit nur allmählich auf.

Die Lage im Land ist noch immer gespannt. In Bukarest gab es am 26. und in der Nacht zum 27.12. Feuerüberfälle und dem Vernehmen nach auch Tote. Die Straßen sind durch Kontrollposten gesperrt, Diplomaten und deren Fahrzeuge werden auch überprüft. Die Barrikaden sind weitgehend beseitigt.

Die neue Staatsführung, der „Rat zur Nationalen Rettung“, ist erstmals normativ in Erscheinung getreten. Nach Ernennung des Vorsitzenden Ion Iliescu und des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden Dumitru Mazilu ist per Dekret Petre Roman zum Premier und Nicolae Militaru zum Verteidigungsminister bestellt worden.

Ein weiteres Dekret unterstellt die Truppen des Innenministeriums, die bisherige Securitate, dem Verteidigungsministerium, in dem ein Departement für Staatssicherheit errichtet worden ist. Ebenso sind die Grenztruppen wieder dem Verteidigungsministerium unterstellt.

In Anbetracht der fortgesetzten terroristischen Tätigkeit werden mit dem 27.12. 89 „außerordentliche Militärgerichte“ gebildet, die im Schnellverfahren Urteile fällen und vollstrecken können. Ein neuerliches Ultimatum für die Abgabe aller Waffen an die Armee läuft am 28.12. um 17.00 Uhr aus.

Eine erste Reform der Rechtsprechung ist durch die Streichung einer Reihe von Gesetzen in die Wege geleitet. Aufgehoben werden die Gesetze zur Systematisierung des Landes³, die die Dorfzerstörung zur Folge hatten, die Anrede mit „Genosse“ wird beseitigt, die Regelungen betreffend die „wissenschaftliche Ernährung“ der Bevölkerung sind außer Kraft, was wohl das Ende der Lebensmittelrationierung bedeuten soll, der Besitz von Schreibmaschinen ist freigegeben, das Abtreibungsverbot ist aufgehoben und ähnliches mehr.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 28. Dezember 1989 vorgelegen.

² Der rumänische Präsident Ceauşescu und seine Frau verließen nach Protesten, bei denen Sicherheitskräfte auf Demonstranten schossen, am 22. Dezember 1989 Bukarest. Auf der Flucht von Soldaten verhaftet, wurden sie am 25. Dezember 1989 von einem Militärgericht im Eilverfahren zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet.

³ Zum „Systematisierungsprogramm“ der rumänischen Regierung vgl. AAPD 1988, II, Dok. 234.

Ion Iliescu hat sich in einer längeren Fernseherklärung am 26.12. zu anstehenden Fragen geäußert. Probleme sollen im nationalen Konsens, unter Aktivierung der bestehenden Strukturen gelöst werden. Eine vorsichtige Lockerung der exzessiven Zentralisierung wird angestrebt. Auf der Ebene des Nationalrates sollen Arbeitskommissionen für einzelne Tätigkeitsbereiche wie Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Außenpolitik gebildet werden. Es ist anzunehmen, daß von hier aus die Direktiven für die Ministerien und die Verwaltung, wohl auch personelle Entscheidungen getroffen werden sollen.

Alle Ordnungsmaßnahmen sind von der Führung nur zu dem Zweck ergriffen, um eine Destabilisierung des Erreichten zu verhindern. Auf Wahlen im April wird hingewiesen, die Vorstellungen einer pluralistischen Gesellschaft oder eines Parteienspektrums sind aber nicht mal skizziert. So sind die bisher genannten zwei Parteigründungen, die „Christlich Nationale Bauernpartei“ und die „Rumänischen Demokraten“, in den Mitteilungen der Front zur Nationalen Rettung nicht erwähnt.

Der neue Premier Petre Roman, etwa 40⁴, kommt aus der Nomenklatura, war Professor für Wasserwirtschaft und hat in Toulouse studiert. Auch seiner Meinung nach ist nur das Ehepaar Ceauşescu für die gegenwärtige Lage Rumäniens verantwortlich. Andererseits sieht er sich nur provisorisch bis zu den nächsten Wahlen im Amt.

Die Versorgung ist das dringendste Anliegen der neuen Führung. Zu ihrer Sicherstellung ist eine „Sonderkommandostelle“ eingerichtet worden, die alle Zentralen der Lebensmittelerzeugung und -verteilung umfaßt. Die Lebensmittelausfuhr ist gestoppt. Zusätzliche Lieferungen an Fleisch, Milch, Öl, Brot u. a. sollen auf den Markt. Aus Importen kommen Zucker und 20 Millionen Eier (ČSSR) sowie Kaffee und Orangen. Es wird aber vor Hamsterkäufen gewarnt.

Offen sind eine Reihe politischer Fragen. Der ganze Apparat in Ministerien und Verwaltung ist erhalten und soll auch weiterarbeiten. Ihm werden die zentralen und örtlichen Räte zur Nationalen Rettung übergestülpt, deren Kompetenz und deren Beziehungen zum vorhandenen Apparat aber nicht geklärt sind.

Es scheinen sich viele Inhaber bisheriger Kommandofunktionen in die neuen Strukturen einzuschleichen, wobei sie sich gegenseitig unterstützen. Unbelastete Leute, die auch öffentliche Aufgaben wahrnehmen könnten, sind zahlenmäßig nur sehr gering vorhanden. Exilpolitiker sind bisher noch nicht in Erscheinung getreten, ihre Tätigkeit wird zwar lobend erwähnt, aber kein Ruf ist bisher an sie ergangen.

Schließlich gibt es ein zwar wenig artikuliertes, aber deutliches antikommunistisches Potential, gerade unter der Jugend, die die tragende Kraft der Revolution war und die die kommunistische Teilhabe an der Macht radikal ablehnt. Aus diesen Spannungssituationen könnten sich in absehbarer Zukunft sowohl interne⁵ Konflikte innerhalb der neuen Führung als auch Konfrontationen mit antikommunistischen Kräften im Lande ergeben.

[gez.] Geißler-Kuß

Referat 214, Bd. 139892

⁴ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix handschriftlich eingefügt: „43“.

⁵ Korrigiert aus: „in Ferne“.

434

Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 5291
Citissime

Aufgabe: 27. Dezember 1989, 18.46 Uhr¹
Ankunft: 27. Dezember 1989, 17.59 Uhr

Betr.: Debatten im zweiten Volkskongreß;
 hier: Debatte über den Bericht Jakowlews über die Bewertung des deutsch-sowjetischen Vertragswerkes aus dem Jahre 1939² am 23. und 24.12.89

Bezug: DB vom 27.12.89 Pol 320.01³

Zur Unterrichtung

1) Ergänzend zum Bezugsbericht folgt nachstehend eine detaillierte Darstellung der für unsere bilateralen Beziehungen zur SU wichtigen Debatte über den Hitler-Stalin-Pakt im Volkskongreß am 23. und 24.12.89. Zum Hintergrund: Am 18.8.89 hatte „Prawda“ ein Interview mit Jakowlew veröffentlicht, in dem sich dieser sehr bedeckt hielt und klare Aussagen vermied. Er referierte damals verschiedene Auffassungen, ohne selbst ein Urteil abzugeben. Die Kommission sei noch dabei, ihre Schlußfolgerungen zu erarbeiten.⁴ Von baltischer Seite erfuhr die Botschaft damals, der Bericht habe zum 50. Jahrestag des 23.8.39 praktisch komplett vorgelegen, Jakowlew habe aber auf höhere Weisung vermieden, sich direkt auf diesen Text zu beziehen.

2) In seinem Bericht skizzierte A. Jakowlew zunächst die Geschichte der fraglichen Dokumente und ihre historische Bedeutung: Noch heute frage man sich,

¹ Das von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 28. Dezember 1989 vorgelegen.

² Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Ferner schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

Für den Wortlaut des Berichts des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, vgl. den Artikel „Soobščenie Komissii po političeskoj i pravovoj ocenke sovetsko-germanskogo dogovora o nenapadenii ot 1939 goda“; PRAWDA vom 24. Dezember 1989, S. 1 f. („Mitteilung der Kommission zur politischen und rechtlichen Bewertung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrags von 1939“).

³ Botschafter Blech, Moskau, bewertete die Sitzung des Volkskongresses vom 12. bis 24. Dezember 1989, die „von scharfen und erregten Kontroversen gekennzeichnet“ gewesen sei: „Die ‚Machtfrage‘ zwischen Volkskongreß und Oberstem Sowjet ist eindeutig zugunsten des letzteren entschieden. In vielen wichtigen Einzelfragen mußte der Volkskongreß Fragen zur weiteren Behandlung an den Obersten Sowjet überweisen. [...] Einschneidend und von besonderer Bedeutung für die Außenpolitik der SU sind die klare Verurteilung der Invasion Afghanistans [...] und die eindeutigen Aussagen zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939“. Daß erst in einer zweiten Abstimmung die erforderliche Mehrheit für dessen Verurteilung zustande kam, lasse „erahnen, wie tiefe Emotionen und Ängste in der Öffentlichkeit dieses Landes noch auf den Krieg gegen Hitler-Deutschland gerichtet sind und welche gefühlsmäßigen Schichten hier berührt werden, wenn von einer Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland und damit einer Aufhebung der territorial-ideologischen Nachkriegsordnung im Zentrum Europas gesprochen wird. Wir müssen diese tief verwurzelte Angst in der sowjetischen Öffentlichkeit als wichtigen Faktor im Auge behalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5285/5286; Referat 213, Bd. 147109.

⁴ Zum Interview des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, vgl. Dok. 252, Anm. 15.

ob der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht hätte verhindert werden können oder ob er nicht zumindest einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, wenn es den Nichtangriffsvertrag von 1939 nicht gegeben hätte. Die Kommission habe es sich mit ihrem Auftrag nicht leichtgemacht. Der Konsens habe sich nur schwer eingestellt. Es seien Wunden berührt worden, die heute noch schmerzten. Dennoch habe die Kommission ihren Bericht mit 21 zu 1 Stimmen verabschiedet. Schlüsseldokumente aus sowjetischen Archiven seien erst vor kurzem zugänglich gemacht worden. Jedoch sei es eine Legende, daß die Briten und Amerikaner ihre Archive sofort geöffnet hätten. Die ersteren hätten wichtige diesbezügliche Dokumente bis zum Jahre 2017 unter Verschuß gestellt, die USA hätten bei ihrer Klassifikation nicht einmal eine zeitliche Begrenzung verfügt.

Es gehe bei der Bewertung der Verträge des Jahres 1939 nicht darum, die Leistung der Toten des Krieges herabzusetzen oder die damaligen Leiden zu bagatellisieren. Man solle nicht urteilen, sondern verstehen. Das sei Hauptaufgabe des Historikers. „Das Streben nach Wahrheit ist der Motor der Geschichte“.

1939 habe es gute Gründe für die damalige sowjetische Führung gegeben, einen Nichtangriffspakt mit Hitler-Deutschland zu schließen: Das Streben der Westmächte, Nazideutschland und die Bolschewiken der SU gegeneinander in einen Krieg zu verwickeln, sei offenkundig gewesen. Kampflös habe der Westen die Tschechoslowakei und Österreich preisgegeben. Nach München 1938⁵ habe sich die SU in kompletter Isolation befunden. Die Führung der SU habe drei Aktionsmöglichkeiten gehabt: Sich mit den Westmächten zu verständigen, die Verständigung mit den Nachbarstaaten zu verstärken und einen direkten militärischen Zusammenstoß mit Deutschland wenn nicht zu vermeiden, so doch aufzuschieben und zumindest einen Zweifrontenkrieg auszuschließen. Alle drei Wege seien beschritten worden, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. Die Verhandlungen mit den Westmächten hätten sich hingezogen. Der Versuch der Verständigung mit den Nachbarn, vor allem Polen, Lettland, Estland und Türkei, sei ergebnislos geblieben. Deutschland habe jedoch plötzlich weitreichende Angebote gemacht, die man prüfen mußte. Die Operation „Weiß“ (Angriff auf Polen) sei bereits am 11.4.39 beschlossen worden. Sie habe die Eroberung Litauens vorgesehen. Im Sommer 1939 habe sich immer deutlicher gezeigt, daß die Westmächte kein Interesse an einem Bündnis mit der SU hatten, ja sogar Polen habe noch am 20.8.39 kategorisch erklärt, es brauche kein Militärbündnis mit der SU. Heute sei klar, daß Hitler im August 1939 noch nicht zum Angriff auf die SU bereit war. Aber aus der damaligen Perzeption konnte man sich dieser Tatsache nicht gewiß sein. Schließlich hatten andere Regierungen zuvor militärische Abkommen mit Hitler geschlossen, so Polen⁶, die baltischen Staaten⁷ und

⁵ Für den Wortlaut des Münchner Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der deutschen Regierung und der polnischen Regierung vom 26. Januar 1934 vgl. REICHSGESETZBLATT 1934, Teil II, S. 118 f.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. März 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen über die Wiedervereinigung des Memelgebiets mit dem Deutschen Reich vgl. REICHSGESETZBLATT 1939, Teil II, S. 608 f.

Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Estland vom 7. Juni 1939 vgl. REICHSGESETZBLATT 1939, Teil II, S. 945 f.

Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Lettland vom 7. Juni 1939 vgl. REICHSGESETZBLATT 1939, Teil II, S. 947 f.

Großbritannien⁸. Entscheidend sei dann der Zeitraum 26.7. bis 3.8.39 gewesen. In dieser Zeit habe sich der Umschwung in der Haltung beider potentieller Vertragspartner zueinander vollzogen. Ribbentrop sei am 22.8.39 voller Zweifel am Ausgang seiner Mission nach Moskau gekommen. Erst die unerwartet großzügigen Angebote Hitlers, die am 23.8. in Moskau bekannt wurden, hätten den letzten Ausschlag gegeben. Stalin habe laut Chruschtschow hinterher gesagt: „Hier wird ein Spielchen gespielt, wer wen überlistet, wer wen betrügt. Ich habe sie betrogen.“

Rein juristisch gesehen, sei der Nichtangriffspakt nicht über den Rahmen des damals Akzeptablen hinausgegangen. Er habe auch nicht innerstaatliches Recht der SU verletzt. Die juristische Wirkung des Vertrages sei am 22.6.41 vollständig erloschen. Die europäische Nachkriegsordnung sei auf ganz anderen Rechtsnormen aufgebaut worden, wie die Charta der VN⁹ und die Schlußakte von Helsinki¹⁰.

Unabhängig vom juristischen Aspekt müsse der Pakt zwischen einem sozialistischen und einem faschistischen Staat politisch bewertet werden. Hier sei nicht auszuschließen, daß damals schon imperialistische Neigungen bei Stalin mit im Spiel gewesen seien. Stalin sei sich über die unmoralischen und unmenschlichen Absichten Hitlers weitgehend im klaren gewesen. Deshalb hätte er wissen müssen, daß ein solcher Pakt über kurz oder lang zu tragischen Folgen führen müsse.

Anders seien die Geheimen Zusatzprotokolle zu bewerten. An ihrer Authentizität bestünden keinerlei begründete Zweifel. Die Formulierung der Protokolle sei von deutscher Seite vorgeschlagen und von Stalin mit wenigen Abänderungen akzeptiert worden. Politische oder staatliche Stellen seien mit dem Text dieser Protokolle nicht befaßt gewesen. Deshalb seien die Protokolle von Anfang an rechtswidrige Dokumente gewesen, da sie gegen geltendes innerstaatliches Recht verstoßen hätten. Außerdem hätten sie einen klaren Verstoß gegen die Leninischen Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik dargestellt. Am 23.8.39 habe der Stalinismus sein abstoßendes Wesen enthüllt. Natürlich hätten Ukraine und Weißrußland ihre territoriale Einheit wiedergewonnen. Aber könne das das unendliche Leiden derjenigen aufwiegen, die zu hilflosen Spielzeugen in den Händen der Mächtigen herabgewürdigt wurden? Damals habe sich Politik im geschlossenen Kreis weniger demagogischer und egoistischer Politiker vollzogen¹¹, weitab von den Massen. Dies dürfe nie wieder vorkommen. Die Wahrheit setze sich auf Dauer immer durch, das Falsche zerfalle mit der Zeit. Die Völker können ruhig und im Frieden miteinander nur leben, wenn unvereinbare Geschichtsbilder sie nicht immer wieder aufs neue gegeneinander stellen und das Vertrauen untergraben.

⁸ Für den Wortlaut des deutsch-britischen Notenwechsels vom 18. Juni 1935 vgl. ADAP, C, IV/1, Dok. 156 (Anlagen).

Für den Wortlaut des deutsch-britischen Flottenabkommens vom 17. Juli 1937 und der dazugehörigen Dokumente vgl. REICHSGESETZBLATT 1937, Teil II, S. 701–720.

⁹ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹¹ Korrigiert aus: „vorgezogen“.

3) Die Debatte, die unter starker Erregung im Saale stattfand, wurde eröffnet mit der Frage, weshalb die Kommission nichts zu den Ereignissen des Jahres 1940 (Annexion der baltischen Staaten) gesagt habe, woraufhin Jakowlew lediglich auf das Mandat der Kommission verwies, das sich ausdrücklich auf das Jahr 1939 beschränkte. Wiederholt wurde das Schicksal Bessarabiens und der baltischen Staaten angesprochen. Bei der Diskussion über den Text der Entschließung formierte sich der hartnäckigste Widerstand vor allem in den Reihen der Veteranen und aus der Ukraine bzw. Weißrußland. Ausdrückliche Billigung und Unterstützung fand der Bericht der Kommission bei den Balten. Lippmaa, Inkens, Vulfsons, Landsbergis sprachen sich nachdrücklich für die Annahme des Entschließungsentwurfs aus. Ihnen schloß sich Roi Medwedew an. Dennoch brachte die Abstimmung mit 1052 zu 678 Stimmen bei 150 Enthaltungen zwar die relative, nicht jedoch die erforderliche absolute Mehrheit.

Deshalb wurde die Debatte noch einmal am 24.12.89 aufgenommen. Jakowlew trug dabei zur Authentizitätsfrage vor:

(1) Im Archiv des SAM befindet sich ein Vermerk, wonach im April 1946 der Gehilfe Molotows, Smirnow, das Original des Geheimen Zusatzprotokolls an seinen Kollegen Podzerob übergeben hat.

(2) Im Archiv des SAM haben sich Maschinendurchschläge der Protokolltexte in russischer Sprache gefunden, die nach Meinung der Experten aus der Zeit Molotows stammen müssen.

(3) Kriminalistische Untersuchungen der Unterschriften Molotows auf dem Nichtangriffspakt und auf dem Geheimprotokoll haben erwiesen, daß die Unterschriften identisch sind.

(4) Die Dokumente, die als Kopien überliefert sind, stammen nach eingehender technischer Untersuchung von derselben Schreibmaschine, die heute noch im Archiv des SAM aufbewahrt wird und auf der das Original des Nichtangriffsvertrags geschrieben worden ist.

(5) Eine Karte, die die Grenzlinie festlegt, existiert im Original mit den Originalunterschriften Ribbentrops und Stalins (gemeint ist die Karte im Archiv des AA).

Nach diesen zusätzlichen Erklärungen und einigen unbedeutenden redaktionellen Änderungen des Entschließungstextes erbrachte eine erneute Abstimmung mit 1432 zu 252 Stimmen bei 264 Enthaltungen die erforderliche Mehrheit.

¹²⁴) Auffällig ist, daß Jakowlew in seinem Bericht einen weiten Bogen um den „Grenz- und Freundschaftsvertrag“ vom 28.9.39 schlägt und auch nicht erwähnt, daß die fragliche Originalkarte sich auf diesen Vertrag und nicht auf den Nichtangriffspakt vom 23.8.39 bezieht. Er hat damit die vermutlich noch schmerzlichere öffentliche Erörterung vermieden, wie es nicht nur zu einer möglicherweise von den Umständen diktierten sicherheitspolitischen Absprache, sondern zu einem erklärten Freundschaftsvertrag zwischen einem sozialistischen und faschistischen Regime kommen konnte, und zwar nachdem der aggressive, rechtsverachtende Standpunkt des letzteren nach dem Polenfeldzug hinlänglich klar war.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5292 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Vermutlich wußte Jakowlew, was er seinem Publikum zumuten konnte. Daß die Abstimmungsmehrheiten so knapp ausgefallen sind, daß selbst nach Jakowlews Zusatzerklärungen noch über 500 Abgeordnete sich nicht entschließen konnten, für die Resolution zu stimmen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Geistesverfassung der öffentlichen Meinung in diesem Land, die auch uns betrifft und uns nachdenklich machen sollte. Es ist nicht nur die schmerzliche Einsicht, über Jahrzehnte belogen worden zu sein. Auch fällt der hiesigen öffentlichen Meinung die Einsicht noch schwer, daß der Krieg nicht nur auf deutsche Schuld zurückzuführen ist, eine Auffassung, die das Ertragen vieler Kriegsfolgen leichter machte, sondern daß Stalin mit seinem bedenkenlosen Mitwirken an dem Vertrag eine schwere Verantwortung auf sich geladen hat, zumindest in moralischer Hinsicht. Viele spüren hier, daß mit dem Hitler-Stalin-Pakt ein Stein aus dem vermeintlich sicheren Fundament der heutigen politischen Ordnung Europas herausgebrochen zu werden droht. Denn wenn die stalinische Außenpolitik von imperialistischen Motiven getragen war, dann liegt der logische Schluß zwingend nahe, daß man sich auch den Forderungen der Balten und Moldawier nach einer Überprüfung der historischen Vorgänge der Folgejahre nicht verschließen darf. Am meisten dürften die Ukrainer beunruhigt sein, da sich dort bereits jetzt deutlich abzeichnet, daß „Ruch“, die Nationale Front, vor allem in den westlichen Gebieten Unterstützung findet. Insofern könnte der Bericht der Jakowlew-Kommission einige zusätzliche Steine ins Rollen bringen.

Für uns bleibt das wichtigste Ergebnis, daß in einer historischen Schlüsselfrage ein jahrzehntelanger Dissens mit der SU ausgeräumt ist, und zwar im Sinne unseres Verständnisses jener unselig schicksalbestimmenden Vorgänge und der Rolle ihrer Akteure.

5) Jedoch sollten wir dies als einen Triumph der Wahrheit, nicht als einen Sieg unserer Wahrheit sehen, vor allem aber als einen außerordentlichen Beweis politischen Mutes zur Wahrheit. Seine Größe ist nur vor dem Hintergrund der Gemütslage eines Staatsvolkes zu ermessen, das sich mit dem Scheitern seines Systems, seiner Glaubensartikel konfrontiert sieht und in dieser Lage – wenigstens gilt dies für die ältere und mittlere Generation – um seines Selbstwertgefühls willen ganz wesentlich auf die Reinheit des Kampfes gegen den „Faschismus“ zurückzugreifen sich veranlaßt fühlt. Der Nachweis, daß manches etwas komplizierter und damit nicht ganz so rein war, ist in der schwierigen psychologischen Lage durchaus eine Zumutung. In seiner Präsentation hat sich durch seinen Ernst, seine klare Diktion und seine abgewogene, bei aller Deutlichkeit jene Lage berücksichtigende Klugheit Jakowlew wieder einmal als einer der hervorragendsten Köpfe erwiesen.

[gez.] Blech

Referat 213, Bd. 147109

435

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hoessle**

310-350.42 EAD/SB

28. Dezember 1989

Betr.: Euro-Arabische Konferenz in Paris am 21./22.12.1989

Anlagen

1) Auf Initiative des französischen Präsidenten Mitterrand fand am 21./22. Dezember 1989 in Paris eine Euro-Arabische Konferenz statt, an der (nur am 22.12.1989) die Außenminister der Zwölf und aller Mitglieder der Arabischen Liga (einschließlich Kaddumi für die PLO) sowie EG-Präsident Delors und AL-Generalsekretär Klibi teilnahmen. Den Vorsitz führte der französische AM Dumas. Präsident Mitterrand und König Hassan II. von Marokko (als Gastgeber des letzten arabischen Gipfels¹) präsidierten der feierlichen Schlußsitzung im Elysée-Palast.

Am ersten Tag erörterten Experten der teilnehmenden Staaten und Organisationen die Möglichkeiten der Wiederbelebung des Euro-Arabischen Dialogs (EAD). Sie bereiteten zwei Papiere („Schlußfolgerungen“) zur Restrukturierung des EAD und zur zukünftigen wirtschaftlichen, technologischen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit vor, die von den Außenministern am 22.12.1989 ohne Veränderung gebilligt wurden.²

2) Im Expertenkreis gingen die Diskussionen zur Frage der Reform im wesentlichen um das von den Arabern gewünschte jährliche Ministertreffen. Schließlich setzten sich doch die Europäer mit ihrem Vorschlag eines jährlichen Troika-Treffens durch, mit der Möglichkeit, bei Bedarf ein Ministerplenum einzuberufen. Zu den Fragen der praktischen Kooperation wünschte die arabische Seite vor allem, daß bereits bei dieser Konferenz eine breitere Palette von Projekten bestimmt wird. Trotz einiger Zugeständnisse von seiten der Europäer gelang es auch hier, eine „Ausuferung“, die zu Unübersichtlichkeit und damit erneuter Schwerfälligkeit des EAD geführt hätte, zu vermeiden.

Die Frage der europäischen Sanktionen gegen Syrien³ und Libyen⁴ ist von arabischer Seite zwar angesprochen, aber nicht forciert worden.

3) Die Beiträge einzelner Außenminister (am 22.12.1989) zur politischen Diskussion hoben die Bedeutung der französischen Konferenz-Initiative für die

¹ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26. Mai 1989 in Casablanca vgl. Dok. 130, Anm. 4.

² Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (November/Dezember), S. 219–221.

³ Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ am 10. November 1986 in London mehrere Sanktionen gegen Syrien, darunter ein Waffenexportverbot, eine strengere Überwachung syrischer Diplomaten sowie den Abbruch politischer Kontakte auf höchster Regierungsebene. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1986, S. 112. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 323.

⁴ Nach dem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5. April 1986 in Berlin (West) beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bei ihren Konferenzen im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag und am 21. April 1986 in Luxemburg Maßnahmen gegen Libyen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1986, S. 117–119.

Wiederbelebung des EAD hervor. Bei Europäern und Arabern wurde der Wille erkennbar, mit Hilfe der erneuerten Strukturen die Zusammenarbeit zwischen den Regionen voranzutreiben. Für die arabische Seite war dabei die Zusicherung der Europäer, daß das Europa von 1993⁵ keine „Festung“, sondern ein offener Partner sein werde, von besonderer Bedeutung.

Die ausführlichen Beiträge zu den Regionalkonflikten (MP Hoss zu Libanon, AM Meguid und PLO-Vertreter Kaddumi zum israelisch-arabischen Konflikt, AM Tarik Aziz zum Iran-Irak-Konflikt) waren von beachtenswerter Mäßigung gekennzeichnet, ohne daß sich allerdings neue Lösungsperspektiven eröffneten.

4) Wesentliches Ergebnis der Konferenz

4.1) Restrukturierung des EAD

- Jährliches Troika-Ministertreffen soll sich mit politischem Dialog befassen und Arbeiten der Allgemeinen Kommission überwachen.
- Einberufung eines Ministerplenums nur bei Bedarf.
- Allgemeine Kommission soll jährlich einmal tagen, als Hauptorgan für die wirtschaftliche, technologische, soziale und kulturelle Zusammenarbeit. Sie bereitet ferner die Troika-Treffen vor, soll sich aber nicht mehr mit politischen Fragen befassen.
- Drei Arbeitsgruppen (wirtschaftliche, technologische, soziale/kulturelle), anstelle von bisher sieben Arbeitsgruppen.

4.2) „Orientierungen“ für die zukünftige Zusammenarbeit

- Vertiefter Gedankenaustausch zur Definition von gemeinsamen Projekten.
- Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Nahrungsmittelversorgung, Industrie, Handelsförderung, Technologietransfer, Berufsausbildung, Transport und Verkehr.
- Besondere Aufmerksamkeit für kulturelle und soziale Dimension.
- Kriterien für Kooperationsprojekte: gemeinsames regionales oder interregionales Interesse; konkrete Notwendigkeit.
- Vorrang für bestimmte, bisher bereits bearbeitete Projekte (z.B. Investitionsschutz, Vertragsbedingungen, Urbanismus etc.).
- Auftrag an Allgemeine Kommission, den Konsequenzen des Europäischen Marktes 1993 besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

5) Insgesamt kann die Euro-Arabische Konferenz als ein Erfolg für die Gastgeber und vor allem als glanzvoller Abschluß der französischen EG-Präsidentschaft betrachtet werden. Die neue, gestraffte Struktur des EAD bietet gute Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Dialogs zwischen Europäern und Arabern. Ein bemerkenswerter Fortschritt ist, daß der politische Dialog nunmehr dem Troika-Treffen vorbehalten ist und die AK⁶ sich auf die wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Fragen konzentrieren kann. Die Beschränkung auf drei Arbeitsgruppen trägt zur Übersichtlichkeit des EAD bei.

⁵ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁶ Allgemeine Kommission.

Es bleibt jedoch die Skepsis, ob in Zukunft die Unbeweglichkeit, die in der Vergangenheit – neben politischen Problemen – zur fast völligen Lähmung der praktischen Kooperation im Rahmen des EAD geführt hat, überwunden werden kann.

Hoessle

Referat 310, Bd. 147595

436

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 29. Dezember 1989, 8.40 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 2380

Ankunft: 29. Dezember 1989, 3.49 Uhr

Betr.: Politik gegenüber China

Bezug: DB 1621 vom 15. August 1989 – Pol 321.00 CHN – VS-NfD²

I. In der jüngsten Zeit haben sich einige neue Gesichtspunkte ergeben, die eine Überprüfung unserer China-Politik angezeigt erscheinen lassen. Es sind dies:

1) Die USA haben durch die – mit den Verbündeten nicht abgestimmte – Entsendung des im Kabinettsrang stehenden Sicherheitsberaters Scowcroft nach Peking im Dezember³ zu verstehen gegeben, daß ihnen jetzt die Wiederanknüpfung der Beziehungen mit China wichtiger ist als die Einhaltung der im Juli in Paris⁴ beschlossenen Kontaktsperre.⁵ Auch die gerade verkündete Freigabe der schon seit langem vereinbarten Lieferung eines von China in die Umlaufbahn zu bringenden Satelliten – ein für China äußerst wichtiges Geschäft – deutet an, daß der amerikanische Präsident⁶ entschlossen ist, sich über Widerstände hinwegzusetzen.

¹ Hat Staatsminister Schäfer am 9. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich kann nur dringend warnen!“

Das Büro Staatsminister verfügte die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Schlagintweit an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann und Schlagintweit am 10. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Scheel am 13. Januar 1990 vorgelegen.

² Für den Drahtbericht des Botschafters Hellbeck, Peking, vgl. Dok. 247.

³ Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 14. Dezember 1989: „Die bis zuletzt geheimgehaltene Reise des Nationalen Sicherheitsberaters Scowcroft zu Gesprächen mit der Pekinger Führung am 9.12.89 hat eine Wende in der amerikanischen China-Politik eingeleitet, mit der die Isolierung Chinas vorläufig beendet werden soll. Die gesamte innenpolitische Szene, einschl. des in den Ferien befindlichen Kongresses, wurde überrascht und vor vollendete Tatsachen gestellt. [...] Die Öffnung, die ohne chinesische Zusicherung von Menschenrechtsverbesserungen oder politischen Reformen erfolgte, trägt deutlich die Handschrift von Präsident Bush, dessen Kalkül darauf beruht, Zugeständnisse Pekings in der Substanz durch amerikanisches Entgegenkommen in der Form (gemeint ist: USA machen den von Peking geforderten ‚ersten Schritt‘) zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5052 vom 13. Dezember 1989; Referat 221 (204), Bd. 179531.

⁴ Vgl. dazu die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris zu China; BULLETIN 1989, S. 662f. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

⁵ Zu diesem Satz vermerkte Staatsminister Schäfer handschriftlich: „Kein Argument!“

⁶ George H. W. Bush.

Auch in Japan wartet man auf eine passende Gelegenheit, die unterbrochenen Kontakte wiederanzuknüpfen und vor allem darauf,⁷ die Zusage des Mammutkredits in Höhe von sechs Mrd. US-Dollar für sechs Jahre, die MP Takeshita 1988 mündlich machte, in die Tat umzusetzen. Die Haltung der japanischen Öffentlichkeit dürfte dabei weitaus weniger kritisch sein als in den westlichen Ländern.

2) Die Europäer haben nie genau definiert, welches die konkreten Voraussetzungen für eine Rückkehr zu einem Status quo ante sein sollen. Sicher ist aber wohl, daß man von China die Wiederaufnahme der Reformpolitik erwartet, die seit dem Juni unterbrochen war und die uns als eine wesentliche Voraussetzung für eine auf die Zukunft orientierte wirtschaftliche Zusammenarbeit erscheint. Hierzu haben sich in den letzten Wochen in China neue Akzente ergeben, die darauf hindeuten, daß einerseits der Reformkurs keineswegs völlig unterbrochen ist, andererseits China sich aufgrund der ungünstigen Wirtschaftslage genötigt sieht, die Reformer wieder zu Wort kommen zu lassen und Fortsetzung und Ausgestaltung der Reformpolitik auch öffentlich zu diskutieren. Der chinesische Ministerpräsident⁸ betonte unlängst sogar, daß die bereits eingeführten marktwirtschaftlichen Bestandteile der Wirtschaftsordnung erhalten bleiben sollen. Das heißt, daß auch die Reformkräfte keineswegs verschwunden sind, sondern aktiv bleiben und die weitere Politik mitbestimmen können.⁹ Wir können also davon ausgehen, daß auch in den Spitzengremien Vertreter dieses Kurses wirksam sind.

3) Auch im Hinblick auf die deutsch-chinesischen Beziehungen haben wir guten Grund, an eine Überprüfung unserer Haltung zu denken. Während von der Sowjetunion, aber auch von anderen, bremsende Ratschläge hinsichtlich unserer Deutschlandpolitik gegeben werden, hat China die jüngste Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen mit größter Zurückhaltung begleitet. Auf hoher Ebene im Außenministerium wurde mir erst dieser Tage wieder bestätigt, daß die Frage des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten Sache der Deutschen sei. Und ein anderer hoher Gesprächspartner sagte mir hinter vorgehaltener Hand, Deng Xiaoping habe selbst entschieden, daß China zur Frage der Wiedervereinigung nicht Stellung nehmen wolle. Selbstverständlich kann China in dieser Frage keinen direkten Beitrag liefern, doch werden wir in der nächsten Zeit Interesse daran haben, daß uns einer der Großen dieser Welt keine unerwünschten Ratschläge gibt.

4) Daß uns darüber hinaus die Zusammenarbeit mit einem der Mitglieder des Sicherheitsrats nicht gleichgültig sein kann, hatte ich schon im Bezugsbericht betont. Dieses Argument mag angesichts der Fragen, die hinsichtlich der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion entstehen, in den kommenden Jahren noch an Gewicht gewinnen.

II. Vor diesem Hintergrund wären folgende Fragen aus dem bilateralen Bereich zu prüfen:

1) Die Frage der Wiederaufnahme der Hermes-Kredite sollte – in Abstimmung mit den EG-Partnern – jetzt aufgenommen werden. Dabei ist zu berücksichtigen,

⁷ Korrigiert aus: „auf“.

⁸ Li Peng.

⁹ Zu diesem Satz vermerkte Staatsminister Schäfer handschriftlich: „Wo?“

daß der Deutsche Bundestag mit seinem Beschluß vom 23. Juni 1989¹⁰ weiter gegangen ist als die meisten unserer EG-Partner. Während die Franzosen sich heute auf den Standpunkt stellen, die Madrider Formel¹¹ laute lediglich „le Conseil Européen préconise l’ajournement de l’examen de nouvelles demandes d’assurances-crédits“, habe aber keine eigentliche Verpflichtung der Mitgliedsstaaten dazu vereinbart, hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, daß „Hermes-Bürgschaften ausgesetzt werden“. Damit steht die Bundesrepublik Deutschland – so der BDI – innerhalb der EG mit den Niederlanden allein da. Alle anderen EG-Partner, aber auch Japan und die USA, gewähren sogar langfristige Bürgschaften für Ausfuhrsgeschäfte ihrer Firmen. Einige unserer Firmen benötigen für die Fortführung ihrer Kooperationsprojekte diese Bürgschaften, und zwar schon bald. Eine Singularisierung in dieser Frage liegt aber weder in unserem wirtschaftlichen noch in unserem außenpolitischen Interesse.

2) Kontakte mit China sollten im neuen Jahr wenn schon nicht auf höchster Ebene, so doch deutlicher als bisher wieder angeknüpft werden. Hierunter wären Kontakte zwischen Vizeministern bzw. Staatssekretären ebenso zu zählen wie Besuche von Abgeordneten und früheren Amtsträgern. Der Botschaft wurde kürzlich bekannt, daß Bundeskanzler a. D. Schmidt an einen China-Besuch im Frühsommer denkt.¹²

3) In der Entwicklungszusammenarbeit steht als nächstes eine Entscheidung über die endgültige Zusage der FZ 1989 an. Die Weiterführung der Altprojekte sowie der Abschluß der Darlehensverträge dafür sollten jetzt möglich sein. Diese Zusammenarbeit erhält ihren Sinn dadurch, daß sie die Kräfte in China stützt, die sich für Reform und Öffnung einsetzen, und daß vor allem diese Kräfte Gelegenheit erhalten, mit dem Ausland in einen Austausch einzutreten. Allein die Kenntnis von Entwicklungen außerhalb Chinas ist unter den heutigen Bedingungen geeignet, für eine Ausbreitung des Reformwillens zu sorgen.

4) Schließlich sollten wir bei der Förderung des Handels einen weiteren kleinen Schritt weitergehen: Die bisherige Weisung, anlässlich von Messen und Ausstellungen auf die traditionellen und von den Firmen sehr geschätzten „deutschen Abende“ (zu denen auch chinesische Persönlichkeiten bis hinauf zu Vizeministern zu erscheinen pflegten) zu verzichten, sollte aufgehoben werden. Auf eine Teilnahme des Botschafters an den jeweiligen Eröffnungsfeierlichkeiten kann dagegen fürs erste noch verzichtet werden. Die Durchführung der deutschen Abende ist für unsere Firmen deswegen wichtig, weil sie ihren Repräsentanten die Vertiefung der angebahnten Kontakte ermöglicht bzw. erleichtert.

III. Welchen Einfluß die Entwicklungen in Osteuropa und die vorerst sich noch verschlechternde Wirtschaftslage in China auf die Diskussionen in der chinesischen Führung über die Fortführung der Reformen und der Öffnungspolitik haben werden, bleibt abzuwarten. Der Zwang in Richtung auf mehr Flexibilität

¹⁰ Für den Wortlaut des vom Bundestag am 23. Juni 1989 einstimmig verabschiedeten Beschlusses zu Todesurteilen in der Volksrepublik China vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 153. Sitzung, S. 11575 f.

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu China nach seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 17.

¹² Zum Besuch des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt vom 20. bis 22. Mai 1990 in der Volksrepublik China vgl. AAPD 1990.

wird wohl eher größer als kleiner werden. Insoweit mag im Augenblick für uns noch kein zusätzlicher Handlungsbedarf hinsichtlich einer Korrektur der Schlüsse des Deutschen Bundestages und von Madrid vorliegen. Dieser wird sich aber dann ergeben, wenn sowohl die USA wie auch Japan – letzteres mit Rücksicht auf seine sinkenden Absatzchancen in China – in nächster Zeit weitere Schritte der Wiederannäherung an China vollziehen und damit Signale auch für die Europäer setzen. Die Absicht der Weltbank, schon im Januar einige erste Kredite aus ihrem China-Katalog freizugeben, läßt eine solche Entwicklung erwarten. Wir müssen uns deswegen darauf einstellen, daß auch wir uns in einiger Zeit mit der Frage befassen müssen, ob wir – zusammen mit den EG-Partnern – den Madrider Beschluß hinsichtlich der Spitzenkontakte und vor allem der Entwicklungshilfe lockern sollten.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161823

437

Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2915
Citissime

Aufgabe: 29. Dezember 1989, 17.42 Uhr¹
Ankunft: 29. Dezember 1989, 19.04 Uhr

Betr.: Innenpolitische Entwicklungen im Gastland;
hier: Wahl von Václav Havel zum Präsidenten der ČSSR

Bezug: DB Nr. 2876 vom 20.12.1989²

Zur Unterrichtung

Übersicht

- 1) Václav Havel wurde heute (29.12.89) von der Föderalversammlung einstimmig zum Präsidenten der ČSSR gewählt.
- 2) Unmittelbar an die Wahl schloß sich die Vereidigung (mit geänderter Eidesformel) an. An dem anschließenden Dankgottesdienst im Veitsdom nahm auch der neu gewählte Präsident mit seiner Frau teil.
- 3) Fernschriftlich übersandte Glückwunschschaften des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und Bundesministers³ wurden nach erfolgter Wahl übermittelt.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Hiller, Prag, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 30. Dezember 1989 vorgelegen.

² Botschafter Huber, Prag, teilte mit, am Vortag habe sich „nun auch PM Calfa eindeutig für Wahl Havels zum Staatspräsidenten ausgesprochen. Damit sind Chancen von H[avel] weiter gestiegen, und es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß er in höchstes Staatsamt gewählt wird.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139906.

³ Für den Wortlaut der Glückwunschschaften von Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl vgl. BULLETIN 1990, S. 8.
Für die Glückwunschschaft von Bundesminister Genscher an Havel, die Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix am 29. Dezember 1989 an die Botschaft in Prag übermittelte, vgl. den Drahterlaß; Referat 214, Bd. 139910.

Im einzelnen

1) Mit heutiger Wahl des Schriftstellers und Bürgerrechtlers Václav Havel, der noch vor wenigen Wochen von der damals amtierenden Staatsführung als „Staatsfeind“ und „Unperson“ behandelt wurde, fand der tiefgreifende politisch-gesellschaftliche Veränderungsprozeß in der ČSSR eindrucksvollen, das politische Klima des Landes prägenden und über seine Grenzen hinauswirkenden Ausdruck.

2) Von der Föderalversammlung wurde ein Mann gewählt – Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1989, Träger des Olof-Palme-Preises 1989, Träger des Karl-Renner-Preises 1989 und vieler anderer hoher Auszeichnungen –, der im Ausland als Schriftsteller und gleichermaßen als mutiger Bürgerrechtler gewürdigt, in seiner Heimat vor kurzer Zeit allerdings nur wenigen bekannt war. Havel wurde von einer gleichgeschalteten Presse totgeschwiegen, und seine Bücher durften in der ČSSR weder verlegt noch verkauft werden. Eine Teilnahme an der Verleihung des Friedenspreises in Frankfurt war nicht möglich.⁴ Persönliche Kontakte zu Havel konnten nur unter halb konspirativen Umständen hergestellt werden. Sein Telefonanschluß wurde willkürlich unterbrochen oder gestört. Selbst höchstrangige Gesprächstermine mit Vertretern ausländischer Regierungen schützten ihn nicht vor Verhaftung. Sein unbeirrtes Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden von einem totalitären System als direkter Angriff gewertet und mit einem übermächtigen, allgegenwärtigen Repressionsapparat geahndet.

3) Diese Tatbestandsbeschreibung der persönlichen Lebensumstände Havels war noch Anfang November Realität. Damals äußerte sich der Prager KP-Chef Štěpán in einem Gespräch mit RBM Momper herabsetzend über Havel, der – so Štěpán – weder als Schriftsteller noch als politische Persönlichkeit Bedeutung habe, sondern lediglich propagandistisches Werkzeug ausländischer Mächte sei.⁵ Heute, kaum acht Wochen später, ist Štěpán im Gefängnis und Havel Staatspräsident der ČSSR. Sein Bekanntheitsgrad und seine Popularität sind sprunghaft gewachsen und reichen heute weit über die Hauptstadt hinaus in das ganze Land hinein.

4) Die Wahl Havels hat – eingebettet in einen rasant-turbulenten Entwicklungsprozeß – politische Tatsachen geschaffen und die tschechoslowakische Innenpolitik verändert. Gleichwohl sind im Zusammenhang mit der Wahl des Präsidenten einige politisch nicht ganz uninteressante Randnotizen nachzutragen:

- Die Eidesformel, die früher eine Verpflichtung auf die Grundsätze des Sozialismus enthielt, wurde gestern von der Föderalversammlung geändert. Nach seiner Vereidigung nahm Havel an einem feierlichen Dankgottesdienst im Veitsdom teil – auch dies in einem Staat, der die Kirche über die Jahrzehnte hinweg verfolgt und drangsaliert hatte, ein demonstratives Zeichen für einen Neuanfang.

⁴ Zur Ausreiseverweigerung für den tschechoslowakischen Schriftsteller Havel vgl. Dok. 238.

⁵ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Momper, hielt sich vom 4. bis 6. November 1989 in der ČSSR auf. Zu seinem Gespräch mit dem Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ, Štěpán, am 6. November 1989 in Prag vgl. den Drahtbericht Nr. 2591 des Botschaftsrats Hiller vom 8. November 1989; Referat 210, Bd. 140759.

- Gestern wurde Alexander Dubček zum Präsidenten der Föderalversammlung gewählt. Dies erfolgte auf Forderung Havels, der seine Präsidentschaftskandidatur hieran geknüpft hatte. Damit sollte den politischen Opfern des Prager Frühlings von 1968 in der Symbolfigur Dubčeks öffentlich Wiedergutmachung geleistet, die um und hinter Dubček stehenden linken Gruppierungen (Reformkommunisten) in den innenpolitischen Umgestaltungsprozeß eingebunden und der „Nationalitäten-Proporz“ (Havel ist Tscheche, Dubček Slowake) hergestellt werden.
- Sowohl Havel wie Dubček werden ihre neuen Funktionen nur auf Zeit ausüben – solange, bis ein gewähltes Parlament die höchsten Staatsämter demokratisch legitimiert besetzen kann. Havel selbst hat mehrfach erklärt, daß er dann in seinen Beruf als Schriftsteller zurückkehren wolle. Ob es dabei bleibt, muß abgewartet werden.

5) In seiner kurzen Inaugurationsrede hat Präsident Havel folgendes ausgeführt: Er wolle das Land zu freien Wahlen führen. Dies müsse fair und friedlich erfolgen, damit das „saubere Antlitz der Revolution“ nicht beschmutzt würde. Er fordere alle Betroffenen auf, sich mit ganzer Kraft an dieser⁶ Aufgabe zu beteiligen. Anzumerken bleibt: Es war die Rede eines politischen Moralisten, der die andauernde innenpolitische Revolution mit ihren noch unausgetragenen Richtungskämpfen auf inneren Frieden und Versöhnung verpflichten will.

6) Nachzutragen bleibt weiter, daß Wahlverfahren und die wählenden Parlamentarier eigenwillig-revolutionären Mechanismen unterworfen waren. Gewählt wurde Havel von einer – durch Anhänger des Bürgerforums – „rekonstruierten“ Föderalversammlung, deren Mehrheit gleichwohl von Altkommunisten gebildet wurde, die sich mit ihrer einstimmigen Wahlentscheidung zumindest formal auf den Weg demokratischer Tugend begeben haben oder begeben mußten. Trotz dieses unorthodoxen Prozederes besteht kein Zweifel daran, daß der neue Präsident sich auf das Vertrauen und die Zustimmung der Bevölkerung stützen kann. Mit seiner Antrittsrede hat Havel indirekt auch darauf hingewiesen, daß der innenpolitische Übergangs- und Klärungsprozeß, den die ČSSR gegenwärtig durchläuft, die Gefahr politischer Instabilität in sich trägt und daß dieser Veränderungsprozeß das politische Verantwortungsbewußtsein aller erfordert, damit die Ziele der friedlichen Revolution in der ČSSR auf Dauer etabliert werden können. Auch die Tatsache, daß die höchsten Regierungs- und Staatsämter nur auf Zeit besetzt sind und nur für eine Übergangszeit als von dem Bürgerwillen legitimiert gelten können, verdeutlicht die Mahnung des Präsidenten, daß sich die innenpolitischen Strukturen in einem Umbruchsprozeß befinden, deren Richtung zwar durch Stichworte wie Liberalisierung und Demokratisierung vorgegeben ist, deren konkrete Machtverhältnisse allerdings erst noch zu festen Konturen und tragfähigen politischen Strukturen finden müssen.

[gez.] Huber

Referat 214, Bd. 139906

⁶ Korrigiert aus: „Kraft dieser“.

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1989 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1989 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 202 bzw. von Seite 1 bis Seite 905, **Band II** von Dokument 203 bis 437 bzw. von Seite 907 bis 1857.

- Abalkin, Leonid Iwanowitsch** Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR, seit 17. Juli 1989 Stellvertreter des Ministerpräsident S. 359, 1639
- Abdel-Meguid, Ahmed Asmat** ägyptischer Außenminister S. 22, 125²⁴, 1851
- Abs, Hermann Josef** Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank sowie des Verwaltungsrats der KfW S. 1202
- Abu Ala**, siehe: Qurai, Ahmed
- Abu Jaafar** Generaldirektor der Politischen Abteilung der PLO S. 354
- Abu Sharif, Bassam** Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat **Dok. 321** und S. 934f., 1059–1061
- Acevedo Peralta, Ricardo** salvadorianischer Außenminister bis 1. Juni 1989 S. 260, 559
- Acheson, Dean G.** 1949–1953 amerikanischer Außenminister S. 1042
- Achromejew, Sergej Fjodorowitsch** Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie militärischer Berater des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet bzw. des Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Gorbatschow S. 789, 805f.
- Ackerman, Gary L.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 870
- Ackermann, Eduard** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Gesellschaftliche und politische Analysen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ im Bundeskanzleramt S. 1060
- Ackermann, Klaus Hellmuth** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 424 „Exportkontrollfragen: Grundsatzfragen; Rüstungsexporte; B- und C-Waffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 82, 358** und S. 566¹⁺⁷, 1285¹⁺³
- Adam, Rudolf** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 574¹, 752¹, 874¹, 1154¹⁺³, 1428¹, 1845¹
- Adam-Schwaetzer, Irmgard** Staatsministerin beim Bundesminister des Auswärtigen und stellvertretende Vorsitzende der FDP S. 258f., 289⁵, 484–488, 657f., 819, 823, 839, 841, 962⁹, 963, 1122, 1187–1192, 1312⁶, 1317, 1319, 1326, 1401, 1476–1478, 1705, 1808, 1809¹⁶
- Adamec, Ladislav** Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ und bis 10. Dezember 1989 Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 216** und S. 121², 123–125, 987⁶, 994, 1112, 1503, 1566–1568, 1619
- Adami, Edward Fenech** Ministerpräsident der Republik Malta S. 1558
- Adamischin, Anatolij Leonidowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 665, 917
- Adamowitsch, Ales (Alexander Michajlowitsch Adamowitsch)** sowjetischer Schriftsteller S. 579
- Adenauer, Konrad** 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 13, 16, 70f., 174⁷, 193, 280f., 522, 569¹³, 673⁷, 931, 1041–1043, 1422
- Afanassjew, Jurij Nikolajewitsch** Historiker und Rektor des Staatlichen Instituts für historische Archive Moskau sowie seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 761, 766
- Afanassjewskij, Nikolaj Nikolajewitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1788
- Aganbegjan, Abel Gesewitsch** sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler und Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 193¹⁸
- Agnelli, Giovanni** Vorstandsvorsitzender der FIAT S.p.A. und stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung für die europäische Währungsunion S. 69
- Ahrens, Geert-Hinrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 258, 401** und S. 158¹⁵, 952¹
- Ahtisaari, Martti** Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen, seit 1. April 1989 persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs für Namibia S. 444, 1488

- Aitmatow, Tschingis Torekulowitsch** sowjetischer Schriftsteller und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 766
- Akbulut, Yıldırım** Ministerpräsident der Republik Türkei seit 9. November 1989 S. 1685
- Akhund, Iqbal** außenpolitischer Berater der pakistanischen Ministerpräsidentin Bhutto S. 469
- Alarcón de Quesada, Ricardo** kubanischer Erster Stellvertretender Außenminister S. 1091, 1097
- Alarcón Mantilla, Luis Fernando** kolumbianischer Finanzminister S. 1232
- Alatas, Ali** indonesischer Außenminister S. 1277
- Albertz, Heinrich** 1961–1966 Senator für Inneres in Berlin S. 1542
- Albrecht, Ernst** Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Mitglied des Landtags (CDU) S. 594
- Alexander, Sir Michael** Leiter der britischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 402, 613, 617–619, 681, 1361, 1554
- Alfonsín Foulkes, Raúl Ricardo** Präsident der Argentinischen Republik bis 8. Juli 1989 S. 267, 1004
- Almer, Gerhard** Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 31, 1971, 7321, 18051
- Altenburg, Günther** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien bis 31. Januar 1989, anschließend Vertreter des Leiters der Delegation bei den VSBM-Verhandlungen in Wien S. 291, 3461, 9781, 13931, 18301
- Altenburg, Wolfgang** General der Bundeswehr und bis 5. September 1989 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Brüssel S. 770
- Amaduzzi, Luigi** italienischer Botschafter in Bukarest S. 752
- Ambarzumow, Jewgenij Arschakowitsch** Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 1109
- Anderson, Donald** Mitglied des britischen Unterhauses und außenpolitischer Sprecher der Labour-Fraktion S. 1773, 1778f.
- Andersson, Sten** schwedischer Außenminister S. 1662, 1664
- Andrei, Ștefan** rumänischer Stellvertretender Ministerpräsident bis 22. Dezember 1989 S. 337
- Andreotti, Giulio** italienischer Außenminister bis 23. Juli 1989, anschließend Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 144** und S. 22, 64, 109f., 229, 328, 432, 436, 801, 993–995, 13792, 1380, 1621–1624, 1674f., 1677, 1681, 1693, 1734
- Andresen, Ella** S. 341
- Andriessen, Franciscus** Vizepräsident der EG-Kommission (seit 6. Januar 1989 zuständig für Außenbeziehungen und Handel) S. 21819, 10627, 1131, 116121, 1268, 1318, 1807, 1824
- Andropow, Jurij Wladimirowitsch** 1967–1982 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB), 1982–1984 Generalsekretär des ZK der KPdSU sowie 1983/84 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet S. 305, 1693
- Annen, Hans Peter** Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts, seit 5. Juni 1989 Vortragender Legationsrat S. 3251, 4441, 14101, 16191
- Aoun, Michel** General und Ministerpräsident der libanesischen Regierung in Baabda S. 489, 49010, 491, 546, 585, 716f., 892f., 1006f., 1171–1173, 12526, 1293, 1468, 173015, 1752
- Appleyard, Leonard** Abteilungsleiter im britischen Cabinet Office S. 1773–1778
- Aquino, Benigno Simeon, Jr. („Ninoy“)** 1966–1983 Vorsitzender der philippinischen Liberalen Partei S. 955
- Aquino, María Corazón Cojuangco y Sumulong** Präsidentin der Republik der Philippinen **Dok. 213** und S. 1717–1719

- Arafat, Yasser** Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ sowie des Exekutivkomitees der PLO S. 83–85, 86⁸, 120, 127, 228¹⁵, 301, 352, 354f., 381f., 539, 546, 815f., 933⁷, 934f., 1059f., 1278, 1298, 1367–1370
- Araki, Mohammad Ali** iranischer schiitischer Geistlicher (Großayatollah) S. 858
- Aranzadi Martínez, José Claudio** spanischer Industrie- und Energieminister S. 145
- Arbatow, Georgij Arkadjewitsch** Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Mitglied des ZK der KPdSU S. 359
- Ardebili, Abdul-Karim** siehe: Mussawi Ardebili, Abdul-Karim
- Arens, Mosche** israelischer Außenminister; 1977–1982 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtiges und Verteidigung des israelischen Parlaments **Dok. 183, 286** und S. 22, 211, 213, 228¹⁵, 278, 298, 355, 412⁴, 415, 649, 864, 935, 1002, 1060, 1071, 1297
- Argaña Ferraro, Luis María** paraguayischer Außenminister seit 3. Februar 1989 S. 157
- Arias Calderón, Ricardo** panamaischer Erster Vizepräsident seit 20. Dezember 1989 S. 1790
- Arias Sánchez, Óscar** Präsident der Republik Costa Rica S. 256⁷, 390, 1086–1089, 1652, 1680
- Arim, Reşat** türkischer Botschafter in Bonn **Dok. 163** und S. 1191¹⁷
- Armellini, Antonio** Leiter der italienischen Delegation beim KSZE-Informationsforum in London im Rang eines Botschafters S. 627
- Arnim, Joachim von** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 209 „WEU, Verteidigungs- und Ausbildungshilfe, Rüstungskooperation, Übungen“ im Auswärtigen Amt bis 1. März 1989, anschließend Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 56¹, 817¹, 1035¹, 1398¹, 1428¹, 1630¹, 1731¹
- Arnot, Alexander** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest seit 28. Februar 1989 **Dok. 69, 160, 176, 177, 331** und S. 1067
- Aronson, Bernard W.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) seit 16. Juni 1989 S. 1290
- Aspin, Leslie, Jr.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Streitkräfteausschusses S. 187, 867
- al-Assad, Hafiz** Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 82, 127, 353, 473, 546⁵⁶, 585⁴, 1171f., 1298, 1468
- Astra, Gunārs** sowjetischer Dissident S. 763
- Astraukas, Vytautas** Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Litauischen SSR S. 358
- Asvat, Abu Baker** südafrikanischer Arzt S. 252⁴
- Atanassow, Georgi** Ministerpräsident der Volksrepublik Bulgarien S. 846⁹
- Attali, Jacques** Sonderberater des französischen Staatspräsidenten (Conseiller spécial auprès du Président de la République) S. 269, 377f., 470, 656, 860, 909, 1454
- Attlee, Clement Richard** 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 1107⁹
- Axen, Hermann** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Sekretär des ZK für internationale Angelegenheiten bis 8. November 1989 S. 304, 595, 1480³
- Aylwin Azócar, Patricio** Vorsitzender der chilenischen Partido Demócrata Cristiano S. 233⁴, 1212, 1709⁵
- Ayob, Ismail** südafrikanischer Rechtsanwalt S. 252⁵, 254
- Azcona del Hoyo, José Simón** Präsident der Republik Honduras S. 256⁷, 257f., 260, 1086–1089
- Aziz, Tarik** stellvertretender irakischer Ministerpräsident und Außenminister **Dok. 301** und S. 970¹⁶, 1253⁷, 1467⁵, 1470, 1851
- Baar, Hugo** S. 339³, 340f., 1181, 1211
- Baar, Waltraud** S. 339³, 340–342, 1181, 1211

- Babachanow, Schamsuddin-Khan** Mufti der Geistlichen Verwaltung der Moslems Mittelasien und Kasachstans bis Februar 1989 S. 580
- Bächmann, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt S. 129³, 147⁵, 150⁵, 156⁵, 188¹, 247¹, 306³, 313⁴, 357⁴, 404¹, 409⁴, 416⁴, 438¹, 449¹, 461⁵, 504⁵, 559¹, 596¹, 635³, 672, 742⁵, 768⁴, 903, 967³, 1059⁴, 1121³, 1167¹, 1182², 1224³, 1226³, 1229³, 1234³, 1254¹, 1270⁴, 1278¹, 1330³, 1364, 1377³, 1398¹, 1408¹², 1418⁴, 1421¹, 1502²⁶, 1558¹, 1581¹, 1588¹, 1604¹, 1606⁴, 1611³, 1687¹, 1695⁵, 1797¹, 1852¹
- Bader, George W.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Principal Director, European and NATO Policy) S. 1423
- Badr Danuk, Abdallah** stellvertretender irakischer Landwirtschaftsminister bis 7. Oktober 1989 S. 1465
- Bahr, Egon** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“, Mitglied des Präsidiums der SPD sowie Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand; 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 147, 420, 1441³
- Baka, Władysław Waclaw** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 5, 743
- Baker, James Addison III.** amerikanischer Außenminister seit 25. Januar 1989; 1985–1988 Finanzminister **Dok. 40, 41, 76, 111, 112, 136, 157, 196, 288, 374, 391, 408** und S. 40, 63f., 104, 114, 119, 141, 143²¹, 171, 173¹, 203f., 212f., 221f., 228, 240, 265⁵, 267, 278, 310, 312, 332f., 382, 389, 405³, 421, 423, 433, 528f., 537, 541f., 545, 547, 558, 564¹⁶, 600f., 630, 632⁶, 641, 656, 662, 787f., 793²², 823, 825, 862–865, 871, 880⁵, 911, 936²⁺⁴, 938, 974, 993, 995, 1038, 1073, 1104, 1159, 1164–1166, 1183, 1193f., 1243, 1248²⁶, 1260f., 1268, 1273, 1275–1278, 1284, 1295, 1298, 1331⁸, 1334, 1338, 1340⁸, 1415, 1416¹⁰, 1498⁵, 1499, 1502, 1504, 1505³⁸, 1515, 1540, 1548, 1600, 1604⁴, 1605, 1677, 1679f., 1695⁷, 1747², 1750, 1752, 1761–1764, 1770⁹, 1780, 1781²², 1783, 1785, 1820f.
- Balcerowicz, Leszek** polnischer Finanzminister seit 12. September 1989 S. 1295, 1310¹⁹, 1510⁶
- Bangemann, Martin** Vizepräsident der EG-Kommission seit 6. Januar 1989 (zuständig für Binnenmarkt und Industrie); 1984–1988 Bundesminister für Wirtschaft S. 487¹⁷, 679, 1131, 1597
- Barak, Ehud** Generalmajor und stellvertretender Chef des Generalstabs der israelischen Streitkräfte S. 571
- Barco Vargas, Virgilio** Präsident der Republik Kolumbien S. 267, 1164, 1341
- Barre, Muhammad Siad** Präsident der Demokratischen Republik Somalia S. 1384
- Barrios Tassano, Luis** uruguayischer Außenminister S. 432
- Barrios Torres de Chamorro, Violeta** Herausgeberin der Tageszeitung „La Prensa“ und Präsidentschaftskandidatin der nicaraguanischen Unión Nacional Opositora S. 1166, 1258
- Bartels, Herwig** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 86¹¹
- Bartholomew, Reginald** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Arms Control and International Security Affairs) seit 20. April 1989 S. 862, 1590, 1667, 1669, 1672
- el-Bashir, Omar Hassan Ahmed** Vorsitzender des sudanesischen „Revolutionären Kommandorats zur Errettung der Nation“ seit 30. Juni 1989 S. 976³³
- Bauch, Johannes** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 1** und S. 78³, 1122⁷, 1315¹, 1512
- Baucus, Max S.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Montana (Democratic Party) S. 533
- Bauer, Peter** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes S. 958¹, 1008¹, 1125¹, 1488, 1791¹
- Bauer, William Edward** Leiter der kanadischen Delegation beim KSZE-Inforna-

- pensionsforum in London im Rang eines Botschafters S. 626, 629
- Baum, Gerhart** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1978–1982 Bundesminister des Innern S. 54⁸, 184²⁴
- Bazing, Hans Peter** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes sowie Koordinator für Menschenrechtsfragen mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland bis 10. Februar 1989 S. 61
- Bazoft, Farzad** in Großbritannien tätiger iranischer Journalist S. 1469
- Beatrix** Königin der Niederlande S. 652
- Beck, Josef** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes S. 478¹
- Beer, Angelika** Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 1471
- Begin, Menachem** 1977–1983 Ministerpräsident des Staates Israel S. 211¹⁹, 213, 301, 1003
- Behr, Heinz-Peter** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest seit 15. Februar 1989 S. 1027
- Behrends, Wolfgang** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 1250¹², 1334¹⁴
- Beil, Gerhard** Minister für Außenhandel der DDR und bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 404, 1695⁶, 1827
- Ben Ali, Zine El Abidine** Präsident der Republik Tunesien S. 381
- Ben Gurion, David** 1948–1954 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel S. 280
- Bendjedid, Chadli** Präsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien sowie Präsident des Front de libération national (FNL) S. 382, 473, 585⁴, 648f., 716⁶, 915⁴⁰, 1173⁹
- Benediktsson, Einar** Leiter der isländischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 404, 1553
- Bengsch, Alfred** 1961–1979 Bischof von Berlin, 1962–1979 Erzbischof, 1967–1979 Kardinal S. 112
- Bénichou, Jacques** 1982–1987 Vorstandsvorsitzender (président-directeur général) der französischen Société nationale d'étude et de construction de moteurs d'aviation (Snecma) S. 1418f.
- Bente, Wolfgang** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis S. 351
- Bentsen, Lloyd M., Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Democratic Party) und Vorsitzender des Finanzausschusses (Senate Finance Committee) S. 244, 533
- Berber, Friedrich** emeritierter Professor des Völkerrechts; 1939–1944 Gesandter II. Klasse und Direktor des Deutschen Instituts für Außenpolitik in Berlin S. 1124
- Berecz, János** Mitglied des Politbüros des ZK der USAP bis 11. April 1989, Sekretär des ZK für Ideologie bis 26. Juni 1989 und Mitglied des ZK bis Juli 1989 S. 444f.
- Bérégovoy, Pierre** französischer Finanzminister (Ministre d'État, ministre de l'économie et des finances et du budget) S. 943, 1018¹⁵, 1477
- Bereschkow, Walentin Michajlowitsch** 1940/41 Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Berlin; 1941–1945 persönlicher Dolmetscher des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Stalin S. 763
- Bereuter, Douglas K.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 870
- Berg, Detlof von** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 88³, 720, 817⁴, 1410¹, 1413¹⁰
- Berger, Christian** Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amtes, seit 27. Juli 1989 Legationsrat I. Klasse **Dok. 323** und S. 66³, 331³, 461⁵, 500³, 566³, 711¹, 834⁴, 967³, 997⁴, 1008³, 1019⁴, 1027³, 1121, 1224³, 1234³, 1312, 1322, 1344³, 1364², 1401¹, 1413³, 1418⁴, 1432², 1595³, 1604⁴, 1703³, 1713³, 1722⁵, 1793⁵⁺⁸
- Berghofer, Wolfgang** Oberbürgermeister von Dresden und seit 9. Dezember 1989 Stellvertretender Vorsitzender der SED bzw. seit 15. Dezember 1989 der SED-PDS S. 1660, 1695, 1743, 1827

- Berhanu Bayeh** Mitglied des Politbüros des ZK der Arbeiterpartei Äthiopiens und bis 8. November 1989 äthiopischer Außenminister S. 917
- Berjosow, Wladimir Antonowitsch** Zweiter Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 762
- Berman, Howard L.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 870
- Bernard, Daniel** außenpolitischer Berater des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius S. 1569
- Berri, Nabih** Vorsitzender der libanesischen Amal-Bewegung S. 490¹⁰, 716 f., 1270 f.
- Bertele, Franz Josef** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär seit 9. Januar 1989 **Dok. 26, 66, 132, 274, 303, 318, 326, 402, 404** und S. 171¹⁰, 404¹, 407¹²⁺¹⁴, 946⁴, 1179⁴, 1263, 1279, 1480⁴, 1695⁶, 1697¹²
- Bessmertnych, Alexander Alexandrowitsch** sowjetischer Erster Stellvertreter der Außenminister S. 1164
- Besymenskij, Lew Alexandrowitsch** sowjetischer Journalist und Historiker S. 760, 765, 767
- Bettzuege, Reinhard** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, politische Kontakte“ im Auswärtigen Amt, seit 2. Mai 1989 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 19, 87, 311, 397, 405, 414, 416** und S. 141¹⁴, 457⁵, 861⁸, 1477⁹, 1769⁶
- Beutel, Heinz** Oberst und Militärattaché an der Botschaft der DDR in Prag bis September 1989 S. 157
- Bhutto, Benazir** Ministerpräsidentin der Islamischen Republik Pakistan und Vorsitzende der Pakistan Peoples Party S. 366, 465, 467, 469, 1083, 1202, 1283, 1652
- Bhutto, Nusrat** pakistanische Ministerin ohne Geschäftsbereich; 1979–1984 Vorsitzende der Pakistan Peoples Party S. 467
- Bianco, Jean-Louis** Generalsekretär des französischen Präsidialamts (Secrétaire général de la présidence de la République) **Dok. 308** und S. 1328¹⁰, 1837–1839
- Bierring, Ole** Leiter der dänischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1552
- Bierut, Bolesław** 1948–1956 Generalsekretär des ZK der PVAP S. 869³⁸
- Birendra Bir Bikram Shah Dev** König von Nepal S. 1203
- Birgelen, Georg** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Panama-Stadt S. 1789
- Bitterlich, Joachim** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik“ im Bundeskanzleramt S. 202¹, 206¹, 225¹, 377, 391, 447, 470, 475, 521, 640¹, 819, 860, 1454
- Blaas, Dietmar** Botschaftsrat, vom 29. November bis 21. Dezember 1989 an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest abgeordnet **Dok. 423**
- Blackwill, Robert D.** Sonderberater des amerikanischen Präsidenten Bush und Abteilungsleiter im Präsidialamt (Special Assistant to the President for National Security Affairs and Senior Director for European and Soviet Affairs) seit 13. März 1989 S. 388, 492, 823, 1338
- Blankart, Franz André** Staatssekretär im schweizerischen Wirtschaftsministerium S. 448
- Blankenstein, Hartmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung: EURATOM, OECD-NEA, IAEO; Weltraumforschung und -erschließung: ESA; Internationales Trägertechnologie-Regime“ des Auswärtigen Amts **Dok. 285** und S. 460¹, 729¹, 1326¹⁺², 1344¹
- Blech, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau seit 17. Juli 1989 **Dok. 329, 336, 339, 369, 385, 386, 406, 434** und S. 1154³, 1273⁵, 1493⁹

- Blix, Hans Martin** Direktor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien S. 1344
- Bloch, Georges** Ratsvorsitzender von B'nai B'rith International S. 283
- Blomeyer-Bartenstein, Hans-Henning** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 1198¹⁶, 1544¹⁸
- Blot, Jacques** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (directeur d'Europe) S. 1653
- Blüm, Norbert** Bundesminister für Arbeit und Soziales und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 484, 487, 801, 819, 822f., 827, 830, 833, 950, 1827
- Bock, Michael** Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts seit 31. März 1989 S. 1143¹
- Boden, Dieter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den VKSE in Wien seit 5. Juni 1989 S. 1388
- Boehmer, Götz von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Panama-Stadt S. 603⁵, 605
- Bogdanow, Felix Petrowitsch** sowjetischer Botschafter in Brüssel S. 1788
- Bogomolow, Oleg Timofejewitsch** Direktor des Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. 922–924, 928
- Bohley, Bärbel** Mitbegründerin des „Neuen Forums“ in der DDR S. 1700
- Böhme, Hans-Joachim** Minister für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR bis 13. November 1989 sowie Mitglied des ZK der SED bis 3. Dezember 1989 S. 591⁵
- Böhme, Ibrahim** Mitbegründer der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ S. 1701
- Boidevaix, Serge** französischer Botschafter in Bonn S. 1733, 1744, 1746, 1776⁶
- de Boissieu, Pierre** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (directeur des Affaires économiques et financières) seit Juni 1989 S. 1653, 1659
- Bok, Derek C.** Präsident der Harvard University S. 414
- Bolkestein, Frederik („Frits“)** niederländischer Verteidigungsminister bis 7. November 1989 S. 772, 774f.
- Bolton, George** Geschäftsführer der australischen Goodman Fielder Mills Ltd. S. 891
- Bondarenko, Alexander Pawlowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 583¹¹, 584¹³, 674, 863¹⁷, 1593, 1732
- Bondarew, Jurij Wassiljewitsch** sowjetischer Schriftsteller S. 358
- Bondevik, Kjell Magne** norwegischer Außenminister seit 16. Oktober 1989 S. 1561, 1662f., 1764f., 1808
- Borga, Giuseppe Maria** Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 1379
- Born, Wolf-Ruthart** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts bis 21. Mai 1989, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria, seit 3. Oktober 1989 Botschaftsrat I. Klasse S. 527³⁰, 948¹
- Bossière, Philippe** Mitarbeiter im französischen Außenministerium S. 481
- Bossuyt, Marc J.** Vorsitzender der VN-Menschenrechtskommission in Genf S. 1213, 1769⁶
- Botha, Pieter Willem** Präsident der Republik Südafrika bis 14. August 1989 und Vorsitzender der National Party bis 2. Februar 1989 S. 163f., 208–210, 218, 443, 668, 827⁶⁺⁸, 829, 832f., 948–951
- Botha, Roelof Frederik („Pik“)** südafrikanischer Außenminister **Dok. 149** und S. 211, 830, 949
- Bottai, Bruno** Staatssekretär (segretario generale) im italienischen Außenministerium S. 1379
- Bourloyannis-Tsangaridis, Ioannis** Leiter der griechischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit 24. Oktober 1989 S. 1552

- Boutros-Ghali, Boutros** Staatsminister im ägyptischen Außenministerium S. 814, 1297
- Bowin, Alexander Jewgenjewitsch** sowjetischer Journalist S. 766, 1438
- Bozer, Ali Hüsrev** türkischer Staatsminister für Fragen der Europäischen Gemeinschaften und seit 30. März 1989 stellvertretender Ministerpräsident **Dok. 271** und S. 839, 841
- Bracklo, Eike** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Hongkong S. 1242², 1781²²⁺²³
- Bradley, William Warren** Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Jersey (Democratic Party) S. 268
- Bradtke, Robert A.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1537
- Brady, Nicholas F.** amerikanischer Finanzminister S. 267, 331–334, 421, 434f., 437, 744⁵, 745–748, 871, 1227, 1402
- Braithwaite, Sir Roderic Quentin** britischer Botschafter in Moskau S. 1571
- Brandenburg, Ulrich** Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts, seit 2. Januar 1989 Vortragender Legationsrat S. 111¹, 1127, 1198¹, 1218¹, 1385¹, 1695¹⁺⁵, 1724¹, 1742¹
- Brandt, Willy** Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Präsident der Sozialistischen Internationale; 1964–1987 Vorsitzender der SPD, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 13, 70f., 115, 425, 806, 1439, 1442⁷, 1590, 1687⁴
- Bransch, Günter** Generalsuperintendent des Sprengels Neuruppin der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg S. 1743⁸
- Braun, Bernd** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amts bis 16. Oktober 1989 S. 664¹, 948¹
- Bräutigam, Hans Otto** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1971–1973 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters des Referats II A 1 bzw. 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts **Dok. 165** und S. 148, 367¹⁴, 447³, 1213²⁵, 1292¹⁹, 1433, 1609¹⁶, 1771
- Brazauskas, Algirdas** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens bis 19. Dezember 1989, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 358, 1157
- Brecht, Bertolt** Schriftsteller (1898–1956) S. 1220
- Bregolat Obiols, Eugenio** spanischer Botschafter in Peking S. 430
- Breit, Ernst** Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) S. 394, 802
- Breitschwerdt, Werner** Mitglied des Aufsichtsrats der Daimler-Benz AG S. 1205
- Breschnew, Leonid Iljitsch** 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1972–1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 150⁸, 359, 576, 581, 583¹², 924, 1199⁹, 1429, 1442⁷, 1493, 1775
- Bresis, Vilnis Edvins** Vorsitzender des Ministerrats der Lettischen SSR S. 358
- Bresser, Klaus** Chefredakteur des ZDF S. 1424⁴
- Brett, Helmut-Wolfgang** Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 150¹, 817¹, 1192¹
- Brittan, Sir Leon** Vizepräsident der EG-Kommission seit 6. Januar 1989 (zuständig für Wettbewerb und Finanzinstitutionen) S. 1516
- van den Broek, Henri („Hans“)** niederländischer Außenminister **Dok. 12, 313** und S. 229, 432, 612f., 618, 694, 705, 973–977, 1320, 1485, 1764
- Bronfman, Edgar Miles** Präsident des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) **Dok. 22**
- Brose, Ekkehard** Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 1742², 1614³
- Broudré-Gröger, Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi S. 1277²⁴

- Brüggemann, Adolf** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 147
- Brühl, Dietrich Graf von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 61²
- Brundtland, Gro Harlem** Ministerpräsidentin des Königreichs Norwegen bis 16. Oktober 1989 S. 187³⁸, 687, 694f., 706, 710, 736
- Brunhart, Hans** Regierungschef, Außen- und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein S. 1558, 1809¹⁶
- Brüssau, Werner** Korrespondent des ZDF in Ost-Berlin S. 626
- Brzezinski, Zbigniew K.** Professor an der Columbia University bis Sommer 1989 S. 421, 799
- Buber, Martin** österreichisch-israelischer Philosoph (1878–1965) S. 280
- Bucharin, Nikolaj Iwanowitsch** 1924–1929 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1926–1929 Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale; 1938 hingerichtet S. 755
- Budd, Colin Richard** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn seit 5. Februar 1989 S. 216
- Buerstedde, Ludger** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere VKSE und KVAE)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 223** und S. 221³⁷, 292¹⁰, 306¹, 309¹⁴, 348¹¹, 619²³, 621³², 669¹⁺³, 1277²², 1834¹²
- Bühring, Günter** Leiter der Delegation der DDR bei den VSBM-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1833
- Bujak, Zbigniew** Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees der polnischen Gewerkschaft Solidarność und seit 8. Mai 1989 Herausgeber der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ S. 939
- Burghardt, Günter** stellvertretender Kabinettschef und Politischer Direktor beim Präsidenten der EG-Kommission in Brüssel S. 391
- Burt, Richard R.** amerikanischer Botschafter in Bonn bis 17. Februar 1989, seit 15. Juni 1989 Sonderbotschafter für die Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR in Genf S. 179, 181, 188, 196, 416, 1076⁸, 1079
- Buscayno, Bernabe („Commander Dante“)** 1969–1976 Anführer der philippinischen „Neuen Volksarmee“ S. 953
- Busch, Franz-Bernhard** Legationssekretär im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika mit den Außengebieten in der Karibik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts vom 1. Mai bis 29. Oktober 1989 S. 1137¹
- Bush, George Herbert Walker** Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika bis 20. Januar 1989, anschließend Präsident **Dok. 38, 85, 120, 186, 314, 324, 370, 378** und S. 13¹¹, 16, 40, 50, 94f., 114, 164, 167f., 169⁵, 172, 183f., 188, 190–193, 197, 204, 212f., 267f., 278, 350, 377, 392, 416f., 419–423, 443, 473, 492, 508, 510–512, 515f., 519f., 522, 529⁶, 530, 532f., 543–545, 558, 561, 564f., 601f., 614, 621, 630, 638⁶, 641, 647, 649, 653², 654–656, 659–664, 669–671, 681, 683f., 686–694, 702, 704–708, 710–713, 715, 757, 770, 771⁴, 784, 787f., 791¹⁸, 793f., 798f., 811, 862f., 865–871, 880–883, 885, 887, 903f., 907f., 911¹⁴, 912, 914, 973, 993, 998f., 1002, 1032, 1034, 1073, 1078f., 1083, 1159f., 1165, 1183f., 1193, 1194⁴, 1221, 1243, 1252, 1258¹⁸, 1259–1262, 1273, 1275⁸, 1276, 1284, 1290, 1295, 1298, 1307¹⁰, 1330, 1331⁸, 1338–1341, 1382, 1403, 1409, 1415, 1416¹⁰, 1421, 1423, 1434, 1435²⁰, 1475, 1495, 1499⁹, 1500–1502, 1503²⁸, 1515, 1518, 1532⁴, 1537–1540, 1544¹⁸, 1546, 1549, 1573¹³, 1588, 1590–1592, 1593²², 1594, 1600, 1601⁹, 1602¹², 1603, 1623f., 1630², 1645, 1649, 1650⁵, 1664–1667, 1672³, 1673–1683, 1686, 1688, 1692, 1717⁶, 1734, 1737, 1749¹⁶, 1751, 1759¹⁷, 1762–1764, 1774, 1788¹⁰, 1789, 1821⁶⁺⁷, 1841⁶, 1852
- Buthlezi, Mangosuthu** Vorsitzender der südafrikanischen Inkatha Freedom Party und Chief Minister des südafrikanischen „Homelands“ KwaZulu S. 163, 208, 828, 831f., 948, 950
- Butler, Peter von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats

- rats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung; Jahresabrüstungsbericht“ im Auswärtigen Amt S. 811³⁸, 1182¹, 1259¹⁺²
- Bykau, Wassil Uladsimirawitsch (Wassil Wladimirowitsch Bykow)** sowjetischer Schriftsteller S. 579
- Byrd, Robert C.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und 1977–1981 Mehrheitsführer im Senat S. 1080¹⁴
- Caballero-Kolbenstetter, Jocelyne** Mitarbeiterin im französischen Außenministerium, im Rahmen des deutsch-französischen Personalaustauschs bis 31. August 1989 Referentin im Referat 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Soziale Dimension des Binnenmarktes, Agrar-, Fischerei-, Struktur-, Industrie-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial-, Verbraucher- und Bildungspolitik, Rechtsangleichung; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu den EG-Mitgliedstaaten“ des Auswärtigen Amts S. 799¹
- Cabrera Puente, Lázaro Angel** Mitglied der kubanischen Asociación Pro Arte Libre S. 1099²⁵
- Cáceres Contreras, Carlos Francisco** chilenischer Innenminister S. 1710
- Cahen, Alfred** Generalsekretär der WEU in London bis 14. Mai 1989 S. 398
- Calebow, Wolf** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1137
- Calfa, Marián** Ministerpräsident der ČSSR seit 10. Dezember 1989 S. 1855²
- Calleary, Seán** Staatsminister im irischen Außenministerium S. 432
- Camdessus, Michel** Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington S. 300, 333
- Camilión, Oscar Héctor** Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Zypern S. 1189
- Cappell, Conrad** Legationsrat I. Klasse im Referat 424 „Exportkontrollfragen: Grundsatzfragen; Rüstungsexporte; B- und C-Waffen“ des Auswärtigen Amts bis 15. August 1989 **Dok. 237** und S. 373¹, 566¹
- Caputo, Dante Mario Antonio** argentinischer Außenminister bis 26. Mai 1989 S. 432f., 437
- Carstens, Manfred** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen (CDU) seit 21. April 1989 S. 657f.
- Carter, James Earl („Jimmy“), Jr.** 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 211¹⁹, 531, 1090¹⁴
- Casaroli, Agostino** Kardinalstaatssekretär des Heiligen Stuhls S. 111²
- Castro Ruz, Fidel Alejandro** Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba S. 422, 1090–1095, 1097f., 1100, 1166, 1668
- Cavaco Silva, Aníbal** Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 691, 1685
- Cazimajou, Émile** diplomatischer Berater der französischen Regierung und interministerieller Koordinator für die Vereinbarungen zur Vereinfachung der Grenzkontrollen S. 921
- Cea, Sergio** chilenischer Militärstaatsanwalt S. 235⁹
- Ceaușescu, Elena** Mitglied des Ständigen Büros des Politischen Exekutivkomitees des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und Erste Stellvertretende Ministerpräsidentin bis 22. Dezember 1989, am 25. Dezember 1989 hingerichtet S. 1843f.
- Ceaușescu, Nicolae** Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei sowie Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien bis 22. Dezember 1989, am 25. Dezember 1989 hingerichtet S. 335f., 338, 538, 543, 548³⁺⁴, 575, 579, 750f., 881, 913, 1163, 1462, 1556f., 1694, 1805, 1843f.
- Cerezo Arévalo, Marco Vinicio** Präsident der Republik Guatemala S. 256⁷, 1086–1089

- Chabibullajew, Pulat Kirgibajewitsch** Vorsitzender des Obersten Sowjet der Usbekischen SSR S. 581
- Chadli** siehe: Bendjedid, Chadli
- Chamberlain, Arthur Neville** 1937–1940 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 98
- Chammas, Souheil** libanesischer Botschafter in Bonn S. 489, 491
- Chamorro, Violeta de** siehe: Barrios Torres de Chamorro, Violeta
- Charalambopoulos, Ioannis** griechischer Verteidigungsminister bis 2. Juli 1989 S. 772
- Charrazi, Kamal** Leiter der Ständigen Vertretung des Iran bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1433
- Chekife, Jamal** Ortskraft an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1270–1272
- Chen Xitong** Mitglied des ZK der KPCh und Oberbürgermeister von Peking S. 738
- Cheney, Richard B.** amerikanischer Verteidigungsminister seit 21. März 1989 **Dok. 111, 112, 334** und S. 538, 540, 663, 771f., 862, 865f., 936³, 938f., 1151f., 1186, 1339, 1341, 1629, 1644f., 1648–1650
- Chèvènement, Jean-Pierre** französischer Verteidigungsminister S. 481–483, 652, 1219–1221, 1495–1497
- Cheysson, Claude** 1981–1984 französischer Verteidigungsminister S. 1496²⁰
- Chikane, Frank** Generalsekretär des South African Council of Churches S. 948, 950f.
- Chirac, Jacques** Vorsitzender des französischen Rassemblement pour la République und Oberbürgermeister von Paris S. 1530
- Chissano, Joaquim Alberto** Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 162
- Chodyrew, Wladimir Jakowlewitsch** Oberbürgermeister von Leningrad S. 358
- Christophersen, Henning** Vizepräsident der EG-Kommission seit 6. Januar 1989 (zuständig für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten sowie die Koordination der Strukturfonds) S. 1017, 1318–1320, 1486
- Chrobog, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 01 „Leitungsstab“ sowie des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt, seit 19. Januar 1989 Ministerialdirigent S. 711, 862, 939, 1256, 1312, 1379, 1590
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 596, 761¹³, 818, 869³⁸, 1847
- Chung Sup-shin** südkoreanischer Botschafter in Bonn S. 1581
- Churchill, Sir Winston Leonard Spencer** 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 448, 697⁸, 876, 1107⁹⁺¹⁰, 1123¹², 1624¹⁴, 1681²³
- Cicippio, Joseph** Mitarbeiter der Amerikanischen Universität in Beirut, 1986 entführt S. 1070
- Citron, Klaus Jürgen** Ministerialdirektor und Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 205, 214, 226, 253, 320, 332, 345, 350, 381, 419** und S. 187³⁹, 1234³
- Clark, Charles Joseph** kanadischer Außenminister S. 995, 1104, 1761
- Clausewitz, Carl von** * 1780 † 1831 S. 1798
- Coëme, Guy** belgischer Verteidigungsminister S. 772, 1648
- Coetsee, Hendrik Jacobus („Kobie“)** südafrikanischer Justizminister S. 827⁸, 948f.
- Cohen, Herman J.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) seit 12. Mai 1989 S. 917
- Cojuangco, Eduardo Murphy, Jr. („Danding“)** philippinischer Unternehmer S. 1719
- Collins, Gerard** irischer Außenminister seit 12. Juli 1989 S. 1485
- Collor de Mello, Fernando Affonso** Präsidentschaftskandidat der Brasilianischen

- Partei der Demokratiebewegung (PMDB) S. 886
- Colombo, Emilio** 1980–1983 italienischer Außenminister S. 1380
- Cooper, Abraham** Rabbi und Mitarbeiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles S. 1005
- Cooper, Henry F.** Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen mit der UdSSR über Verteidigungs- und Weltraumwaffen S. 1076⁸, 1078
- Cooper, Robert Francis** Leiter des Planungstabs im britischen Außenministerium seit Januar 1989 S. 1366, 1474, 1476
- Corbin, Jane** britische Fernsehjournalistin S. 571
- Cordes, Rudolf** Mitarbeiter der Hoechst AG, 1987/88 im Libanon als Geisel festgehalten S. 1806⁺⁸, 182, 586
- Corvalán Carrasco, Sergio** chilenischer Rechtsanwalt S. 341
- Cossiga, Francesco** Präsident der Italienischen Republik S. 552, 647⁷, 648, 1623
- Costa de Abreu Sodré, Alberto** brasilianischer Außenminister S. 432, 436
- Cranston, Alan M.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kalifornien (Democratic Party) S. 870 f.
- Cresson, Édith** französische Ministerin für europäische Angelegenheiten S. 484–488, 918 f., 1017, 1320 f., 1476–1478, 1560¹¹
- Cristiani Burkard, Alfredo Félix** Vorsitzender der salvadorianischen Alianza Republicana Nacionalista (ARENA), seit 1. Juni 1989 Präsident der Republik El Salvador S. 560, 1086–1089, 1096
- Crowe, William J., Jr.** Admiral und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der USA S. 907, 910
- Cuntz, Eckart** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1015¹, 1317¹⁺⁴, 1589⁸
- Cuomo, Mario M.** Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats New York (Democratic Party) S. 1193
- Czaja, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Präsident des Bundes der Vertriebenen S. 1122
- Czyrek, Józef** Mitglied des Politbüros sowie Sekretär des ZK der PVAP bis Juli 1989, anschließend Staatssekretär im polnischen Präsidialamt; 1980–1982 polnischer Außenminister S. 1134, 1255, 1316, 1577
- Dąbrowski, Bronisław** Erzbischof und Sekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 1150
- Dahlhoff, Günther** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 2. August 1989, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 425 „Exportkontrollfragen: Strategische Güter (COCOM); Raketen“ im Auswärtigen Amt S. 530¹, 1249⁵, 1489³
- Dane, Hendrik** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“ des Auswärtigen Amts S. 699¹, 703²⁴, 1717¹
- Danforth, John C.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Missouri (Republican Party) S. 533
- Danilenko, Leo** Mitarbeiter des WDR S. 626
- Dannenbring, Fredo** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 873, 1028¹⁰, 1117
- Dante, Commander** siehe: Buscayno, Bernabe
- Daschitschew, Wjatscheslaw Iwanowitsch** Abteilungsleiter im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. 923 f., 928
- Dassel, Peter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt **Dok. 412** und S. 180⁷, 853¹, 856¹⁷, 967¹⁺³, 970¹⁵, 1299¹, 1300⁶⁺⁷, 1433⁹, 1465¹
- Däubler-Gmelin, Herta** Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der SPD sowie der SPD-Fraktion S. 420

- Delamuraz, Jean-Pascal** Bundespräsident der Schweiz und Wirtschaftsminister S. 447–449, 1808
- Delás, Juan** Regierungsdirektor an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 145²⁹
- Delebarre, Michel** französischer Minister für Verkehr und das Meer, seit 22. Februar 1989 Minister für Infrastruktur, Wohnungsbau, Verkehr und das Meer S. 1418f.
- Delors, Jacques** Präsident der EG-Kommission und Vorsitzender des Ausschusses über eine Wirtschafts- und Währungsunion **Dok. 60, 86, 309** und S. 66⁴, 142, 225, 426, 433–435, 440, 516, 526, 712, 727, 835, 943⁶, 945, 962f., 977³⁴, 1015–1018, 1161²¹, 1374–1376, 1383, 1473f., 1484, 1486, 1540f., 1654, 1754, 1783, 1807f., 1850
- De Michelis, Gianni** italienischer Außenminister seit 23. Juli 1989 **Dok. 325** und S. 1317, 1320, 1334, 1485, 1560, 1621⁶, 1622, 1624f., 1690¹⁵, 1761f., 1768
- De Mita, Luigi Ciriaco** Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 23. Juli 1989 **Dok. 117** und S. 473, 475, 646, 647⁶, 661, 691f., 694, 698
- Deng Xiaoping** Vorsitzender der Militärkommission der Volksrepublik China und bis 9. November 1989 Vorsitzender der Militärkommission der KPCh; 1975–1987 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, 1982–1987 Vorsitzender des Beratenden Ausschusses des ZK S. 44–46, 504f., 635–637, 702, 722, 738, 885, 908, 1168⁴, 1215, 1217, 1584, 1853
- Dengg, Sören** Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts zur Dienstleistung im Büro des Staatsministers Schäfer S. 1090¹, 1558¹
- Denktasch, Rauf** Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern“) S. 1189
- Derix, Christoph** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 42, 72, 79, 90, 98, 168, 241, 382** und S. 72¹², 121¹, 325¹, 326⁶, 548², 720, 732¹, 733⁵, 770¹, 896¹, 898¹, 931¹, 939, 967¹², 1028⁹, 1029¹², 1058², 1134¹, 1268¹, 1294¹, 1301¹, 1410¹, 1424, 1505¹, 1509¹, 1512, 1525¹, 1556¹, 1564¹, 1600¹, 1687¹, 1777¹¹, 1843¹, 1844⁴, 1855¹⁺³
- Derjabin, Jurij Stepanowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1788
- Detering, Lothar** Referent im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 1766¹
- Dieckmann, Heinrich-Dietrich** Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 14. November 1989, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 S. 100, 264, 273², 331, 1351, 1521⁵, 1603
- Diepgen, Eberhard** Mitglied des Abgeordnetenhauses (CDU) und bis 16. März 1989 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 111f., 171¹¹, 172
- Dimitrow, Boiko** bulgarischer Außenminister seit 17. November 1989 S. 1553⁴⁶
- Dinh Nho Liem** vietnamesischer Stellvertretender Außenminister S. 702
- Disdorn, Hannspeter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ im Auswärtigen Amt seit 16. Juni 1989 S. 1024⁵, 1270⁷
- Ditlev-Simonsen, Per** norwegischer Verteidigungsminister seit 16. Oktober 1989 S. 1628, 1645f.
- Djerejian, Edward P.** amerikanischer Botschafter in Damaskus S. 1006, 1172
- Djukić, Ilija** Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium S. 247, 330
- Djulgerow, Nikolai** bulgarischer Umweltminister S. 1463
- Dobbins, James F., Jr.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for Europe) seit Juni 1989 S. 823, 862, 903–905, 907–917, 1748
- Dobiey, Burkhard** Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesmini-

- sterium für innerdeutsche Beziehungen S. 1539
- Dole, Robert J.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kansas und Vorsitzender der republikanischen Fraktion (Minority Leader) S. 1002, 1003⁵
- Domberger, Joseph Heinrich** Vizepräsident von B'nai B'rith International S. 283
- Domokos, Mátyás** ungarischer Botschafter in London bis Oktober 1989 S. 1243, 1245
- Dondelinger, Jean** Generalsekretär des luxemburgischen Außenministeriums bis 5. Januar 1989, anschließend Mitglied der EG-Kommission (zuständig für kulturelle und audiovisuelle Angelegenheiten) S. 383, 386, 1015⁶
- Dragović, Milan** jugoslawischer Botschafter in Bonn bis September 1989 S. 247
- Drautz, Wolfgang** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel seit 26. September 1989 S. 1672
- Dregger, Alfred** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 54, 56, 224, 495, 514, 806, 1612, 1687⁴
- Dreher, Johann Georg** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 208, 211, 351, 422** und S. 188¹, 236¹⁺³, 237⁸, 420¹, 478¹, 494¹⁰, 554¹, 704¹, 1151³⁺⁴, 1152⁵, 1182¹⁺², 1305¹, 1643¹
- Drnovšek, Janez** Vorsitzender des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien seit 15. Mai 1989 **Dok. 394** und S. 896
- Druml, Johannes Werner** Vertreter des Leiters der österreichischen Delegation bei den VSBM-Verhandlungen in Wien S. 979, 985, 1396
- Dschabir al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah** Emir des Staates Kuwait S. 473
- Dschallud, Abdel Salam Ahmed** Major und Stellvertreter von Oberst Gaddafi in der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksdschamahirija S. 1298
- Dschumblatt, Walid** Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei des Libanon S. 490¹⁰, 717
- Duarte Fuentes, José Napoleón** Präsident der Republik El Salvador bis 1. Juni 1989 S. 256f., 1096
- Dubček, Alexander** Präsident der tschechoslowakischen Föderalversammlung seit 28. Dezember 1989; 1968/69 Erster Sekretär des ZK der KPČ S. 989, 1112, 1425, 1565, 1620, 1857
- Duckwitz, Edmund** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Manila bis 27. August 1989 S. 953⁴⁺⁵
- Dufner, Wolfram** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bern seit 1. März 1989 **Dok. 99**
- Dufourcq, Bertrand** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des affaires politiques) **Dok. 121, 409** und S. 477, 481, 903–905, 907–917, 1273–1278, 1498–1505, 1653, 1744
- Duisberg, Claus-Jürgen** Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt S. 1067, 1302⁵, 1720
- Dukakis, Michael S.** Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Massachusetts (Democratic Party); 1988 Präsidentschaftskandidat S. 509
- Duke, David E.** Mitglied des Abgeordnetenhauses des amerikanischen Bundesstaats Louisiana (Republican Party) seit 18. Februar 1989 S. 279
- Dumas, Roland** französischer Außenminister **Dok. 210, 389, 408** und S. 21–23, 64, 86^{8–11}, 229, 231, 354¹⁵, 396f., 405³, 432, 435, 480–482, 484–487, 500⁴, 607⁷, 801, 819, 835, 916, 961²⁷, 972, 974–977, 992, 1015, 1017f., 1033, 1161, 1163, 1166, 1172⁷, 1176, 1219–1222, 1248²⁶, 1274–1277, 1318, 1321, 1328¹⁰, 1343, 1374, 1377, 1383, 1434, 1476f., 1494–1496, 1498⁵, 1505³⁸, 1529f., 1539f., 1593²¹, 1602¹⁰, 1672³⁰, 1695⁷, 1705, 1747², 1748f., 1752, 1757f., 1806, 1824, 1850
- Dunkel, Arthur** Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) S. 25, 27, 457⁵⁺⁷, 459, 676, 678, 1045–1047
- Eagleburger, Lawrence S.** stellvertretender amerikanischer Außenminister

- (Deputy Secretary of State) seit 20. März 1989 **Dok. 148, 263** und S. 542, 872, 913, 1176, 1268, 1748
- Eban, Abba** 1959–1988 Mitglied des israelischen Parlaments; 1966–1974 israelischer Außenminister S. 355
- Eberlein, Hugo** 1919–1929 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD; 1928–1937 Mitglied der Internationalen Kontrollkommission der Komintern; 1941 in der UdSSR hingerichtet S. 305
- Eberlein, Werner** Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg bis 12. November 1989 und Mitglied des Politbüros des ZK bis 3. Dezember 1989 S. 1386
- Eberts, Martin** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 1027
- Edelman, Eric S.** Persönlicher Referent des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Kimmitt (Special Assistant to the Undersecretary of State for Political Affairs) S. 1536
- Eden, Anthony** 1951–1955 britischer Außenminister S. 1042
- van Eekelen, Willem Frederik** Generalsekretär der WEU in London seit 15. Mai 1989 S. 398, 1362
- Eggleston, Howard C.** Brigadegeneral im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1152
- Ehmke, Horst** Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion **Dok. 415** und S. 352
- Ehrlich, Ernst Ludwig** Direktor für Europa bei B'nai B'rith International S. 283
- Eichinger, Franz** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 413 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: Dritte Welt; Kooperationsbeziehungen, Assoziation Türkei, Malta, Zypern einschließlich bilateraler Wirtschaftsbeziehungen, Beteiligung der EG an internationalen Organisationen, Verträgen und Konferenzen“ des Auswärtigen Amtes S. 1705¹
- Eickhoff, Ekkehard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 61** und S. 1276¹⁶
- Eickhoff, Walter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amtes bis 2. Mai 1989 S. 210¹, 273²
- Eide, Vigleik** norwegischer General und seit 5. September 1989 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Brüssel S. 1643
- Eiff, Hansjörg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 70, 200** und S. 1687⁴, 1691¹⁹
- Eisenhower, Dwight D.** 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1330
- Eitel, Antonius** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 50 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 1123¹⁴
- Ekéus, Rolf** Leiter der schwedischen Delegation bei den VSBM-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 348
- Elbe, Frank** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt S. 66³, 81¹, 113¹, 159¹, 173¹, 179, 231¹, 236³, 306⁴, 416⁴, 478¹, 492, 504¹, 584¹, 630, 711, 823, 861¹, 862, 907, 939, 952¹, 958³, 986, 1043¹, 1143², 1175¹, 1178¹, 1195¹, 1249⁵, 1256, 1268¹, 1294¹, 1398¹, 1421¹, 1472², 1505¹, 1531¹, 1539¹, 1590, 1611³, 1614³, 1733¹
- Elfenkämper, Helmut** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1281¹
- Elias, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd-asien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 244** und S. 363⁴, 470¹, 1206¹⁹
- Eliasson, Jan** Leiter der schwedischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs für Iran und Irak S. 1299, 1434, 1436, 1467
- Eliasson, Nils** Mitglied der schwedischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und Koordinator für Korb III bis Januar 1989 S. 90
- Ellemann-Jensen, Uffe** dänischer Außenminister S. 229, 432, 612f., 617, 1338, 1486, 1560, 1662, 1763

- Ellerkmann, Richard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad **Dok. 127, 344** und S. 374
- Elsässer, Martin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 86⁹, 299
- Endara Galimany, Guillermo David** Präsident der Republik Panama seit 20. Dezember 1989 S. 1790
- Engelberg, Stephen** amerikanischer Journalist S. 49¹⁰
- Engelhard, Hans Arnold** Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 376¹⁷, 455, 487¹⁷, 1455³, 1769⁷
- Enggard, Knud** dänischer Verteidigungsminister S. 771f., 1646
- Engholm, Björn** Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Mitglied des Landtags (SPD) S. 160⁷, 594
- Enrile, Juan Ponce** 1970/71 und 1972–1987 philippinischer Verteidigungsminister S. 1719
- Eppelmann, Rainer** Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR S. 1700
- Erath, Hermann** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts seit 12. Januar 1989 S. 958¹
- Erbel, Bernd** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Riad S. 1252⁶
- Erck, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 209 „WEU, Verteidigungs- und Ausbildungshilfe, Rüstungskooperation, Übungen“ des Auswärtigen Amts, seit 1. März 1989 Leiter des Referats S. 56¹, 395¹, 1393¹
- Erhard, Ludwig** 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft; 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1966/67 Vorsitzender der CDU S. 192f., 661
- Errázuriz Correa, Hernán Felipe** chilenischer Außenminister; 1984–1988 Botschafter in Washington **Dok. 50** und S. 1181, 1708², 1709–1711
- Ersbøll, Niels** Generalsekretär des Rats der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 836
- Ertl, Josef** 1961–1987 Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 54⁸, 184²⁴, 1296
- Esch, Arno** 1949 Mitglied des Vorstands der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP); 1951 in der Sowjetunion hingerichtet S. 674
- d'Escoto Brockmann, Miguel** nicaraguanischer Außenminister S. 559, 1290, 1292
- Evans, Gareth** australischer Außenminister S. 350⁷, 1104, 1328³
- Evans, Leo („Rusty“)** Mitarbeiter im südafrikanischen Außenministerium (Principal Private Secretary to the Minister) S. 664
- Evren, Kenan** General und bis 9. November 1989 Präsident der Republik Türkei S. 221, 228, 840¹³, 1190
- Evtimov, Georgi** bulgarischer Botschafter in Bonn S. 902, 913
- Eyskens, Mark** belgischer Außenminister seit 19. Juni 1989 S. 973, 1015, 1017, 1319, 1484, 1763
- Fabius, Laurent** Präsident der französischen Nationalversammlung **Dok. 369** und S. 1219, 1221f., 1635⁴
- Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud** König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien S. 302, 415, 585⁴, 716⁶, 915⁴⁰, 1173⁹
- Al-Fahoum, Hael** Leiter des Büros für europäische Angelegenheiten der PLO in Tunis S. 351
- Falin, Walentin Michajlowitsch** Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Kandidat des ZK der KPdSU bis 25. April 1989, anschließend Mitglied des ZK, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR; 1971–1978 sowjetischer Botschafter in Bonn; 1986–1988 Leiter der Nachrichtenagentur „Nowosti“ **Dok. 339** und S. 359, 420, 760, 766, 922, 926f.
- Fang Lizhi** chinesischer Physiker S. 45
- Faria Quiteres, José Gregório** Leiter der portugiesischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit 5. Juni 1989 S. 1555

- Fascell, Dante B.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 867f.
- Fauroux, Roger** französischer Industrie-minister S. 380, 476–478, 730, 1478
- Fechter, Peter** S. 1528, 1542
- Felber, René** schweizerischer Außenminister S. 447f.
- Feldmann, Olaf** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und des Auswärtigen Ausschusses S. 1542
- Fergusson, Sir Ewen** britischer Botschafter in Paris S. 1326, 1328¹⁰
- Ferjani, Giuma** Abteilungsleiter im libyschen Außenministerium S. 1766–1768
- Fernández Ordóñez, Francisco José** spanischer Außenminister S. 22, 867–¹¹, 87¹², 119²⁴, 140–143, 226, 229–231, 255, 258, 260, 284³, 285, 327, 354¹⁵, 432, 437, 612f., 649, 973, 976, 1334, 1763
- Fernau, Michael-Johannes** Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts seit 27. Mai 1989 S. 1171¹, 1270¹
- Fiedler, Heinz** Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 18, 77, 158, 292** und S. 6, 212, 231¹, 363³, 584¹, 585⁷, 855, 933³⁺⁴, 967³, 1059, 1300⁷, 1367¹, 1436f., 1766
- Fischbeck, Hans-Jürgen** Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“ in der DDR S. 1700
- Fischer, Eckart** Oberst i.G. im Bundesministerium der Verteidigung S. 478f., 1152
- Fischer, Oskar** Außenminister der DDR und bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 116, 1268f., 1660
- Fiszbach, Tadeusz** Abgeordneter des polnischen Parlaments seit 18. Juni 1989 S. 912
- Fitzwater, Max Marlin** Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Assistant of the President and Press Secretary) S. 823, 1193, 1403⁹
- Flandorfer, Werner** Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1225
- Fleury, Jean** General und persönlicher Militärbeauftragter des französischen Staatspräsidenten (Chef d'État-major particulier du président de la République) S. 472
- Florin, Wilhelm** 1924–1943 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD; 1935–1943 Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern und Vorsitzender der Internationalen Kontrollkommission der Komintern S. 305
- Fojtík, Jan** Sekretär des ZK der KPČ und Mitglied des Präsidiums des ZK bis 24. November 1989 S. 122, 124f., 1110f., 1567
- Foley, Thomas S.** Mitglied und seit 6. Juni 1989 Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 867, 869
- Folz-Steinacker, Sigrid** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1187
- Ford Boyd, Guillermo** panamaischer Zweiter Vizepräsident seit 20. Dezember 1989 S. 1790
- Forlani, Arnaldo** Politischer Sekretär der italienischen Democrazia Cristiana seit 22. Februar 1989 S. 565
- François-Poncet, André** 1949–1955 französischer Hoher Kommissar für Deutschland S. 1041, 1043
- Frangi, Abdallah** Leiter der „Informationsstelle Palästina“ der PLO in Bonn S. 86, 935, 1059–1061, 1367
- Frank, Paul** 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 1095
- Frei Montalva, Eduardo** 1964–1970 Präsident der Republik Chile S. 233⁴
- Frei Ruiz-Tagle, Eduardo** Mitglied der Christdemokratischen Partei Chiles (Partido Demócrata Cristiano) S. 233⁴
- Freitag, Armin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 193** und S. 182, 230, 232, 545f., 967⁵, 968f., 971¹⁷, 1071
- Freitag, Horst** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts seit 4. September 1989 S. 1491¹, 1797¹

- Fretwell, Sir John Emsley** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Political Director and Deputy to the Permanent Under-Secretary of State) **Dok. 121, 409** und S. 216, 903–905, 907–917, 1273–1278, 1498–1505, 1650, 1744
- Freytag von Loringhoven, Arndt Freiherr** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris seit 10. April 1989 S. 842¹
- Friedrich** Dolmetscherin S. 391
- Fritsch-Seerhausen, Rüdiger Freiherr von** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 3¹
- Fulci, Francesco Paolo** Leiter der italienischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 400, 1308, 1552
- Fukuyama, Francis** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1413, 1415
- von der Gablentz, Otto Martin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 535⁶
- al-Gaddafi, Muammar** Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September“ in der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksdschamahirija S. 6, 49f., 93, 95f., 120, 648, 1298, 1437¹⁰, 1767
- Gaerte, Wolfgang** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1576³
- Gailani, Pir Sayyid Ahmed** Gründer und Anführer der Nationalen Islamischen Front für Afghanistan (Mihaz e Melli e Islami e Afghanistan) S. 1082
- Galindo Pohl, Reynaldo** Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen zur Menschenrechtslage im Iran S. 855, 969, 1433
- Gallon, Stefan** Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts bis 8. November 1989, vom 16. April bis 13. Mai 1989 abgeordnet zum KSZE-Informationsforum in London, seit 3. Oktober 1989 Vortragender Legationsrat S. 622¹, 1459¹
- Galvin, John R.** General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 52, 512, 588, 663
- Gandhi, Rajiv** Ministerpräsident der Republik Indien bis 2. Dezember 1989 S. 736²¹, 1202f., 1205, 1250¹⁵, 1283
- Ganns, Harald** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika“ im Auswärtigen Amt S. 438¹, 439⁴, 440⁹⁺¹⁰, 441¹¹, 442¹⁸, 443²¹
- Gansel, Norbert** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und des Auswärtigen Ausschusses S. 570, 1197, 1542
- García Pérez, Alan Gabriel Ludwig** Präsident der Republik Peru S. 267
- García Rodríguez, Ricardo Eugenio Andrés** 1987/88 chilenischer Außenminister S. 339
- Garn, Edwin J.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Utah (Republican Party) S. 1002, 1003⁵
- Gates, Robert M.** stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Deputy Assistant to the President for National Security Affairs) **Dok. 148** und S. 388, 823, 1338, 1340f.
- de Gaulle, Charles** 1959–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 84, 1342f., 1573
- Gawlowski, Karol** Vorstandsmitglied der „Gesellschaft der vom Dritten Reich geschädigten Polen“ S. 1512
- Gbeho, James Victor** Leiter der ghanaischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1609
- Geagea, Samir** Vorsitzender der Forces Libanaises S. 489, 893
- Geiger, Helmut** Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands S. 1612
- Geiger, Michaela** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und des Auswärtigen Ausschusses sowie Vorsitzende der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion S. 1197, 1541, 1543

Geißler, Heiner Mitglied des Deutschen Bundestages und bis 11. September 1989 Generalsekretär der CDU S. 806

Geißler-Kuß, Christiane Botschaftsrätin I. Klasse und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest seit 30. Oktober 1989 **Dok. 433**

Gelhard, Susanne Korrespondentin des ZDF in Wien S. 1424⁴, 1426

Gellert, Natalja Wladimirowna Mitglied des ZK der KPdSU S. 426

Gemayel, Amin 1982–1988 Präsident der Libanesischen Republik S. 1730¹⁵

Genscher, Barbara S. 1242

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 8, 12, 14, 17, 18, 27, 40, 46, 49, 50, 60, 76, 101, 111, 112, 129, 131, 139, 140, 142, 144, 148, 149, 157, 176, 177, 178, 179, 183, 186, 188, 195, 196, 199, 209, 210, 216, 220, 235, 257, 263, 266, 267, 268, 273, 284, 286, 288, 291, 295, 297, 298, 299, 300, 301, 305, 309, 313, 325, 337, 339, 353, 361, 363, 373, 374, 376, 388, 389, 391, 399, 408** und S. 3, 9¹⁺³, 17f., 20¹⁴, 22, 41, 42¹⁰, 50, 66³, 71⁷⁺⁸, 94¹⁰, 110⁷, 123⁴, 129, 134²⁶, 136¹², 139, 140⁹, 141¹⁰, 142f., 147, 149¹⁵, 150, 156, 159¹, 160⁷, 171⁹, 173¹, 175¹¹, 188, 193¹⁸, 194, 196, 201, 225¹, 226–230, 236, 247, 250, 264, 273f., 282¹⁴, 291³⁺⁸, 306, 310–313, 327f., 330f., 333, 335³, 338¹⁶, 339, 348, 352, 357⁴, 373f., 376¹⁷, 409, 416, 418²¹, 419, 421, 426, 430, 432, 435, 450⁵, 457⁷, 460, 480, 482–488, 500, 504, 524f., 528f., 535⁷, 538¹, 543, 548, 552f., 557⁹, 566, 581⁴, 585⁴, 596, 597⁶, 599f., 602, 606, 608¹¹, 611²¹, 612–614, 617f., 620–622, 630, 635³, 669, 672, 700, 703, 718f., 725–727, 729, 742, 759, 768, 769⁵, 801, 805f., 809²⁶, 811, 819–821, 835, 849, 853¹, 855f., 859, 880, 898, 903¹, 905, 908, 913, 918³, 922, 928¹³, 932f., 934¹³, 935f., 948, 952¹, 953⁶, 967, 968⁸, 969–974, 977, 992–995, 997, 1008, 1014²⁴, 1015, 1017–1019, 1024, 1027, 1032, 1034, 1038, 1056²⁸, 1058f., 1066, 1071, 1099, 1113f., 1116, 1119, 1121f., 1125, 1135f., 1143², 1144, 1146¹², 1151¹, 1152, 1154⁶, 1170, 1180f., 1182², 1187³, 1190¹⁴, 1205¹³, 1207, 1209f., 1213,

1224, 1225¹⁰, 1226, 1229, 1234f., 1249, 1254⁶, 1264, 1270, 1272¹², 1278¹, 1282⁷, 1285, 1301, 1302⁵, 1305, 1311²¹⁺²², 1316, 1318⁶, 1330, 1344, 1360², 1364, 1365⁹, 1366¹⁰, 1373¹, 1374–1376, 1398¹, 1401–1409, 1413, 1417¹⁴, 1418, 1421¹, 1424¹, 1426⁸, 1438, 1441, 1449²², 1470, 1472, 1476, 1484f., 1488, 1489³, 1491f., 1494f., 1496²⁰, 1497f., 1501f., 1505³⁸, 1513, 1515, 1521, 1537, 1551, 1558¹, 1576–1578, 1595, 1606, 1608¹⁴, 1610²¹, 1611, 1613⁹, 1614, 1621, 1635, 1663¹², 1677, 1695, 1703, 1713, 1715, 1720, 1722, 1727, 1729, 1732–1734, 1741, 1747², 1748f., 1751, 1758–1761, 1764f., 1769, 1770⁹, 1776, 1783, 1793, 1797¹, 1805¹, 1816, 1824, 1837, 1855

Gentz, Jochen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl bis 14. September 1989 S. 111²

Gephardt, Richard A. Vorsitzender der demokratischen Fraktion im amerikanischen Repräsentantenhaus (Majority Leader) S. 867f.

Gerassimow, Gennadij Iwanowitsch Pressesprecher des sowjetischen Außenministeriums S. 1526, 1545

Gerdts, Michael Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro“ und persönlicher Referent des Bundesministers Genscher, seit 1. Juni 1989 Vortragender Legationsrat S. 81, 113¹, 159¹, 231¹, 461⁵, 504¹⁺⁵, 635³, 664¹, 711¹, 768⁴, 812⁴, 892, 952¹, 967³, 997⁴, 1161²⁰, 1210⁵, 1229³, 1330³

Geremek, Bronisław Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność und Vorsitzender der Kommission für politische Reformen des Bürgerkomitees, seit 4. Juni 1989 Abgeordneter des polnischen Parlaments, Vorsitzender der Fraktion des Bürgerkomitees und des Auswärtigen Ausschusses **Dok. 209** und S. 912, 1255f., 1577

Gerhardt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost und südosteuropäische Staatshandelsländer, Jugoslawien“ im Auswärtigen Amt bis 27. August 1989 **Dok. 135** und S. 450⁵, 606, 1032⁹

- Gerlach, Axel** Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft S. 606, 1227, 1470²⁰
- Gerlach, Manfred** Vorsitzender der LDPD und bis 6. Dezember 1989 Stellvertreter Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1303, 1698 f., 1838
- Gerlach, Thomas** Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung: EURATOM, OECD-NEA, IAEA; Weltraumforschung und -erschließung: ESA; Internationales Trägertechnologie-Regime“ des Auswärtigen Amts S. 1452⁴
- German (Hranislav Đorić)** Patriarch der serbisch-orthodoxen Kirche S. 897
- Gescher, Ditrich** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis 5. November 1989 **Dok. 161** und S. 288³, 738³
- Geyer, Joachim** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 369⁷
- Ghani, Abdul Jebbar Omar** irakischer Botschafter in Bonn S. 1300⁷
- Ghazi, Homam Ali** siehe: Homam Ghazi, Ali
- Gillies, Peter** deutscher Journalist S. 1224⁵
- Gilman, Benjamin A.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 867, 869
- Gilmore, Harry J.** Gesandter und Vertreter des Kommandanten des amerikanischen Sektors von Berlin S. 171¹⁰
- Gingrich, Newton L.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 547
- Giray, Safa** türkischer Verteidigungsminister seit 30. März 1989 S. 1646 f.
- Giscard d'Estaing, Valéry** Vorsitzender der Union pour la démocratie française; 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 84, 1219, 1221, 1239, 1530
- Glatzel, Horst** Ministerialrat und Leiter der Gruppe 32 „Umwelt, Technologie, Verkehr, Medienfragen“ im Bundeskanzleramt S. 657
- Glemp, Józef** Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen S. 4, 1135, 1148–1151, 1576
- Gleske, Leonhard** Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank bis 30. September 1989 S. 943⁵, 1405
- Glotzbach, Michael** Vortragender Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts, seit 24. Juli 1989 Vertreter des Referatsleiters S. 328⁵, 360¹
- Göckel, Helmut** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 3. September 1989, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost und südosteuropäische Staatshandelsländer, Jugoslawien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 377** und S. 896¹, 1226³, 1783¹
- Goebbels, Robert** luxemburgischer Staatssekretär für Außenbeziehungen, Außenhandel und Zusammenarbeit sowie für Wirtschaft und Mittelstand bis 14. Juli 1989 S. 432², 612³, 613, 618
- Goethe, Johann Wolfgang von** * 1749 † 1832 S. 1343
- Gojong** 1864–1897 König bzw. 1897–1907 Kaiser von Korea S. 1587
- Golpayegani, Mohammad Reza** iranischer schiitischer Geistlicher (Großayatollah) S. 858
- Gölter, Georg** Kultusminister des Landes Rheinland Pfalz (CDU) und Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland S. 383
- Gomułka, Władisław** 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 782
- González Márquez, Felipe** Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) S. 139–146, 179, 226, 259, 393, 473, 517, 564, 643, 645, 660, 691, 694, 698 f., 706, 708, 835 f., 1551
- Gorbatschow, Michail Sergejewitsch** Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Ober-

- sten Sowjet bzw. seit 25. Mai 1989 Vorsitzender des Obersten Sowjet **Dok. 93, 171, 179, 182, 357, 369, 407** und S. 9f., 12–16, 39, 46f., 55, 60, 62–64, 71f., 81f., 97–99, 101, 103f., 106, 108, 116, 122, 126, 150–155, 169–172, 175, 183, 190, 192–194, 202–205, 207, 213, 220, 222, 223⁴⁷, 224⁵², 279–282, 305f., 325f., 357, 364, 389f., 403, 414, 445, 449–451, 473, 507f., 510f., 514, 524–526, 536–538, 540–542, 551, 554–558, 564, 580¹³, 582–584, 592, 596–602, 613f., 616–621, 632⁶, 633, 634⁷, 635f., 642, 644, 660–662, 671, 674, 682, 685f., 688, 697, 709f., 759–763, 766f., 774, 776, 781–783, 785, 786²⁺³, 791f., 795²⁷, 813, 816–818, 823–825, 828, 862f., 865–871, 875–878, 880–885, 888, 892, 896, 898–900, 902, 907, 910–912, 923f., 971–973, 992f., 1034–1038, 1043f., 1077¹⁰, 1088f., 1091, 1093, 1097f., 1101, 1109, 1126, 1156⁷, 1157, 1161–1165, 1172, 1193, 1195, 1199, 1206, 1223, 1236, 1243–1246, 1269, 1274, 1276, 1284, 1292, 1306f., 1313f., 1323, 1334, 1340, 1363f., 1382, 1384, 1398–1400, 1414⁶, 1415, 1422, 1428f., 1439, 1442, 1489⁶, 1493⁹, 1495, 1499⁹⁺¹⁰, 1500–1502, 1504, 1525, 1527, 1532⁴, 1534, 1537–1540, 1542, 1544¹⁸, 1545³, 1546f., 1555, 1557, 1564, 1582f., 1590–1594, 1601⁹, 1624, 1630, 1632–1638, 1645–1647, 1649, 1650⁵, 1651, 1654, 1657, 1659, 1660²³, 1664², 1665f., 1668²¹, 1669, 1672³, 1677, 1678¹⁴, 1679–1684, 1688⁸, 1719, 1748f., 1756, 1759¹⁷, 1760, 1761²¹, 1763, 1774f., 1781f., 1786, 1788, 1791, 1801, 1821⁷⁺⁸, 1823f., 1831, 1839
- Gorbatschowa, Raissa Maximowna** S. 13, 805f., 881, 1520
- Gordon, Michael R.** amerikanischer Journalist S. 49, 50¹¹
- Górnicki, Wiesław** Oberstleutnant und Leiter der Unabhängigen Studiengruppe beim Vorsitzenden des polnischen Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsausschusses bis 19. Juli 1989, anschließend Direktor der Politischen Abteilung des Präsidialamts S. 932
- Gosset, Roger** Oberst im französischen Verteidigungsministerium S. 481
- Güttelmann, Wolfgang** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut **Dok. 229** und S. 491, 584², 585f., 716f., 1270–1272
- Götting, Gerald** Vorsitzender der CDU in der DDR bis 2. November 1989 S. 1698
- Gottwald, Klaus-Peter** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1192¹
- Götz, Thomas** Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 548¹, 750¹, 1525¹, 1526⁵
- Gould, Bryan** Mitglied des britischen Unterhauses (Labour Party) S. 1778
- Goulden, Peter John** Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 588f.
- Goulding, Marrack** Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen in New York S. 1071f., 1089¹⁷, 1292¹⁹
- Gozney, Richard** Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Assistant Private Secretary to the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs) seit Januar 1989 S. 1241, 1650
- Graeff, Christian** französischer Botschafter in Teheran S. 545
- Grandes Pascual, Estanislao de** Mitarbeiter im spanischen Außenministerium S. 1551
- Granin, Daniil Alexandrowitsch** sowjetischer Schriftsteller, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 359
- Gratschow, Andrej Serafimowitsch** Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU S. 1719
- Grauls, Jan** außenpolitischer Berater des belgischen Ministerpräsidenten Martens S. 640
- Gray, William H., III** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 867
- Greenspan, Alan** Vorsitzender des Gouverneursrats des amerikanischen Federal Reserve System S. 1416, 1546
- Greet, Raymond James** australischer Botschafter in Bonn S. 879
- Greineder, Dietmar** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1250¹¹

Greisner, Renate S. 1211

Grewlich, Klaus Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 432 „Europa- und außenpolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; Informationsmarktpolitik; grenzüberschreitende Informations- und Datenflüsse“ im Auswärtigen Amt **Dok. 322**

Grinewskij, Oleg Alexejewitsch Sonderbotschafter und Leiter der sowjetischen Delegationen bei den VKSE und bei den VSBM-Verhandlungen in Wien S. 344, 600¹⁹, 1571¹⁰

Grobel, Olaf Gesandter-Botschaftsrat (Minister-Counsellor) an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 188, 1183, 1436

Grobler, Gert Johannes südafrikanischer Gesandter in Bonn S. 664, 831

Grohmann, Klaus Oberamtsrat im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amtes S. 729², 1285³

Groll, Götz Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 215 „Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin“ im Auswärtigen Amt S. 541¹⁹

Gromyko, Andrej Andrejewitsch 1957–1985 sowjetischer Außenminister S. 150⁸, 222⁴³, 868, 924, 1669 f., 1732, 1738³⁰

Gröning, Friedrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 39, 261** und S. 188¹, 236¹, 420, 478¹, 704¹, 1182, 1311²², 1797¹

Grosche, Günter Exekutivdirektor des IWF in Washington S. 299

Grosser, Alfred deutsch-französischer Publizist und Professor für Politikwissenschaft am Institut d'études politiques de Paris sowie Forschungsdirektor der Fondation nationale des sciences politiques S. 1529

Grósz, Károly Generalsekretär des ZK der USAP bis 7. Oktober 1989; 1987/88 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik **Dok. 69** und S. 87², 445 f., 697⁶, 719⁷, 721, 780, 782⁹, 783–785

Gruber, Günter Georg Legationsrat I. Klasse im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD; deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik“ des Auswärtigen Amtes seit 10. April 1989 S. 744¹, 1507¹¹, 1793¹

Grüber, Martin Oberbürgermeister von Offenburg bis Oktober 1989 S. 430

Gruber, Wilfried Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere VKSE und KVAE)“ des Auswärtigen Amtes bis 14. August 1989 S. 306¹, 669¹, 744, 997¹⁺⁴

Gründel, Hermann Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 717

Grunenberg, Ulrich-Detlef Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amtes S. 291¹, 672¹, 845¹, 852³³

Grünhage, Jochen Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel **Dok. 48, 348** und S. 256⁵, 475²³, 1317², 1318⁶

Grzeski, Beate Legationssekretärin im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amtes seit 1. Mai 1989 S. 1621¹, 1622⁹⁺¹¹

Gühlcke, Klaus-Jochen Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 229⁵

Gueffroy, Chris S. 405³

Guidi, Marcello stellvertretender Generalsekretär der NATO in Brüssel bis 4. Juli 1989, anschließend italienischer Botschafter in Bonn S. 309¹⁴, 681, 693 f., 1379

Guigou, Élisabeth Sonderbeauftragte des französischen Staatspräsidenten für Euro-

- pa und internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Generalsekretärin des Interministeriellen Komitees für Fragen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit S. 377, 470, 476, 860, 1018¹⁵, 1224³, 1454, 1483², 1714
- Gul, Hamid** Generalleutnant und bis Mai 1989 Generaldirektor der pakistanischen Inter-Services Intelligence (ISI) S. 468 f., 1083
- Günden, Süleyman Okyar** türkischer Botschafter in Bukarest bis September 1989 S. 750
- Guth, Wilfried** Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG S. 69
- Gysi, Gregor** Rechtsanwalt, seit 9. Dezember 1989 Vorsitzender der SED bzw. seit 15. Dezember 1989 der SED-PDS S. 1696, 1697¹², 1837², 1838
- Gysi, Klaus** 1979–1988 Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR S. 304
- Haak, Volker** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ im Auswärtigen Amt S. 1388¹
- Haas, Gottfried** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts seit 21. April 1989 S. 1089, 1143¹
- Haas, Wilhelm** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 81⁶, 412⁴, 916⁴³, 1369¹¹
- Habasch, George** Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) S. 382²²
- Hacene, Kamel** algerischer Botschafter in Bonn seit 13. April 1989 S. 648⁹
- Haddad, Suleyman** syrischer Botschafter in Bonn S. 489–491
- Hadley, Stephen J.** Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) seit 23. Juni 1989 S. 1423
- Hager, Kurt** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Mitglied des Nationalen Verteidigungsrats der DDR bis 8. November 1989, Mitglied des Staatsrats bis 17. November 1989 S. 424, 1480
- Haindl, Johannes** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad seit 4. April 1989, seit 1. September 1989 Legationsrat S. 896
- Hájek, Jiří** Mitunterzeichner der „Charta 77“ und Vorsitzender des „Tschechoslowakischen Helsinki-Komitees“; 1968 tschechoslowakischer Außenminister S. 71, 849, 991, 994, 1110 f., 1565, 1620
- Hajnicz, Artur** Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 1122–1124
- Haller, Dieter** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 188¹, 478¹
- Hallstein, Walter** 1951–1958 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 1041
- Hamadi, Abbas Ali** S. 180, 1026, 1271
- Hamadi, Abdel Hadi** S. 716⁵, 1270 f.
- Hamadi, Mohammed Ali** S. 180 f., 585⁷, 884, 1025 f., 1271
- Hamerlak-Hermesdorff, Maria** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 70
- Hamilton, Lee H.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 867–870
- Hamm-Brücher, Hildegard** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und des Auswärtigen Ausschusses S. 1539
- Hammer, Armand** Vorstandsvorsitzender der Occidental Petroleum Corporation S. 649
- Hammurabi** † 1750 v. Chr. S. 1470
- Hanckel, Tilman** Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika mit den Außengebieten in der Karibik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 1137¹
- Hannibalsson, Jón Baldvin** isländischer Außenminister S. 1553, 1560, 1765, 1808

- Hanratty, Gerry** Mitglied der „Irish Republican Army“ (IRA) S. 120, 214, 1536²¹
- Hansen, Niels** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis zum Eintritt in den Ruhestand am 1. Dezember 1989 **Dok. 88, 136, 153, 154, 156, 175, 304** und S. 106⁶, 418¹⁷, 1330⁷
- Hartmann, Günter** Vorsitzender der NDPD in der DDR seit 2. November 1989 S. 1699
- Hartmann, Peter** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt S. 93¹, 159¹, 188, 202¹, 206¹, 298¹, 412¹, 470¹, 492⁴, 516¹, 534¹, 559¹, 640¹, 653¹, 819, 826¹, 829, 889, 952¹, 1060, 1454, 1539
- Hartmann, Rüdiger** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsverhandlungen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 31. Januar 1989, anschließend Leiter der Delegation bei den VKSE in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 13, 74, 327, 425** und S. 600¹⁹, 778¹⁵⁺¹⁶
- Hassan II.** König des Königreichs Marokko S. 473, 585⁴, 716⁶, 915⁴⁰, 1173⁹, 1850
- Haussmann, Helmut** Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) **Dok. 257** und S. 94, 14, 143, 168, 189, 313, 376¹⁷, 451, 455, 457⁷, 484, 591, 594, 606, 611²¹, 638⁷, 719, 806, 880, 1011¹⁸, 1020, 1023, 1024¹⁰, 1056²⁸, 1285, 1289, 1401–1407, 1419f., 1470, 1477f., 1507, 1576, 1827, 1829
- Hauswedell, Peter Christian** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Südasiens“ des Auswärtigen Amts seit 20. Februar 1989 **Dok. 80** und S. 1201¹, 1207²⁰⁺²¹
- Havel, Václav** tschechoslowakischer Schriftsteller und Dissident, seit 29. Dezember 1989 Präsident der ČSSR **Dok. 238, 437** und S. 124f., 304, 964–966, 991, 994, 1110f., 1424², 1425, 1620
- Havlová, Olga** S. 1855
- Hawatmeh, Nayef** Generalsekretär der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) S. 382²²
- Hawke, Robert** Ministerpräsident von Australien **Dok. 198** und S. 1002
- van Heerden, Neil Peter** Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium (Director-General) S. 1097
- Heide, Winfried** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 610 „Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in West- und Osteuropa sowie mit USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen und -kommissionen; kulturelle Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten in Drittstaaten; Kulturreferententagungen“ im Auswärtigen Amt, seit 13. Februar 1989 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 377
- Hein, Christoph** Schriftsteller in der DDR S. 1357
- Heinichen, Otto-Raban** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris seit 3. Januar 1989 S. 916⁴⁴, 1752²⁹
- Heinsberg, Volker** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost und südosteuropäische Staatshandelsländer, Jugoslawien“ des Auswärtigen Amts S. 1305⁶
- Heinz, Henry John, III** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania (Republican Party) S. 1002, 1003⁵
- Heislitz, Wolfgang** Bundesbankoberrat S. 1483¹
- Hekmatyar, Gulbuddin** Gründer und Anführer der Islamischen Partei (Hezb-i Islami) in Afghanistan S. 468f., 1300
- Heldt, Hans-Joachim** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 515 „Internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 85¹, 106¹
- Hellbeck, Hannspeter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking **Dok. 10, 81, 145, 166, 247, 278, 436** und S. 429², 431¹⁷, 722², 881⁹, 1168⁴

- Hellner, Jürgen** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis **Dok. 2** und S. 1438, 1768
- Helms, Jesse A., Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat North Carolina (Republican Party) S. 282, 763
- Heng Samrin** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea bzw. seit 1. Mai 1989 des Staats Kambodscha und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampuchas S. 1141f.
- Hennig, Ortwin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere VKSE und KVAE)“, seit 10. April 1989 S. 349¹², 1393², 1504³⁰, 1591¹³, 1762²⁹
- Henze, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit 2. März 1989 Ministerialdirigent **Dok. 55, 282** und S. 144²⁸, 156, 340⁵, 341, 559¹, 603, 1086, 1089¹⁸, 1180¹, 1210f.
- Hermannsson, Steingrímur** Ministerpräsident der Republik Island S. 692, 694, 698, 1686
- Hernu, Charles** 1981–1985 französischer Verteidigungsminister S. 1496²⁰
- Herold, Eckart** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts **Dok. 211** und S. 325¹, 863¹⁷, 1742¹, 1827¹
- Herres, Robert T.** General und stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der USA S. 1504
- Herrhausen, Alfred** Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG bis zu seiner Ermordung am 30. November 1989 S. 268, 270, 332, 334, 451, 597, 1161, 1507
- Hénard, Jacqueline** Korrespondentin der FAZ in Wien S. 626
- Hensel, Karitas Dagmar** Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 1187
- Hermlin, Stephan** Schriftsteller in der DDR S. 1303
- Herrmann, Joachim** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED bis 18. Oktober 1989 S. 1385, 1387
- Heubaum, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ im Auswärtigen Amt **Dok. 35, 277** und S. 233¹⁺³⁺⁴, 234⁷, 341¹¹, 342, 1708¹⁺⁴
- Heunis, Jan Christiaan** südafrikanischer Minister für Verfassungsentwicklung und Planung bis 11. Mai 1989, vom 19. Januar bis 15. März 1989 kommissarisch Präsident der Republik Südafrika S. 208⁹
- Heusinger, Hans-Joachim** Minister für Justiz der DDR und Mitglied des Zentralvorstands der LDPD sowie bis 13. November 1989 Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats S. 1698
- Heydrich, Wolfgang** Brigadegeneral in der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den VKSE in Wien seit 1. März 1989 S. 342¹
- Heyken, Eberhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt bis 14. Februar 1989, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 34, 232, 262, 406** und S. 9⁶, 291⁶, 580¹³, 795²⁷, 1043¹, 1124, 1164³⁹, 1207⁹, 1682²⁴
- Heyken, Roswita** Referentin im Referat 515 „Internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen“ des Auswärtigen Amts bis 3. April 1989 S. 106⁴
- Heym, Stefan** Schriftsteller in der DDR S. 1696, 1702
- Heymer, Guido** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Zentralamerika, Karibik, Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela“ im Auswärtigen Amt seit 1. Februar 1989 **Dok. 134** und S. 255², 258¹⁶, 559¹, 560⁶, 561¹¹, 1086³, 1090¹, 1229³, 1653⁴, 1789¹
- Hier, Marvin** Rabbi sowie Gründer und Leiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles **Dok. 224**

- Higgins, William A.** amerikanischer Oberst, 1988 im Libanon entführt S. 1070f., 1434¹⁹
- Hilger, Reinhard** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris seit 26. Mai 1989, vom 28. März bis 20. Mai 1989 abgeordnet zum Sekretariat des deutsch-französischen Rats für Sicherheit und Verteidigung in Paris S. 481
- Hiller, Armin** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amts bis 4. Oktober 1989, bis 11. September 1989 Vertreter des Leiters, seit 5. Oktober 1989 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag **Dok. 335, 368** und S. 164¹³, 668¹⁵, 1855¹
- Hillgenberg, Hartmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt **Dok. 248, 252** und S. 1143¹
- Hills, Carla A.** amerikanische Handelsbeauftragte (United States Trade Representative) seit 6. Februar 1989 S. 218¹⁹, 530, 532
- Hirohito** Kaiser von Japan bis zu seinem Tod am 7. Januar 1989 S. 1147, 217¹⁸, 226, 233², 310
- Hirsch, Burkhard** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 338, 1597¹¹
- Hirschmann, Hans** Mitglied des Vorstands der Siemens AG S. 1489f.
- Hitler, Adolf** 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 760, 763, 1134, 1840, 1846f.
- Hocké, Jean-Pierre** VN-Hochkommissar für Flüchtlinge S. 1028¹⁰, 1118
- Hoessle, Andreas von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 239, 242, 435** und S. 81¹, 489¹, 584¹, 716¹, 812¹, 853, 1171³, 1270¹, 1367
- Höfer-Wissing, Neithart** Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ vom 2. Januar bis 2. Juli 1989 S. 357¹, 759¹⁺⁵, 760⁹
- Hoffmann, Hans-Joachim** Minister für Kultur der DDR bis 18. November 1989 S. 304
- Hoffmann, Hellmut** Legationsrat in der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsverhandlungen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa bis 31. Januar 1989, anschließend bei der KRK-Delegation, seit 1. Februar 1989 Legationsrat I. Klasse, seit 11. Mai 1989 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 56¹, 478¹
- Hoffmann, Matei** Vortragender Legationsrat und persönlicher Referent des Staatssekretärs Sudhoff im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ seit 20. März 1989 S. 236³, 664¹, 922³, 958³, 1008³, 1027, 1789¹
- Hoffmann, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 433 „Internationale Umweltpolitik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 317**
- Höffner, Joseph** 1969–1987 Kardinal und Erzbischof von Köln sowie 1976–1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 111²
- Hofstetter, Rolf** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 138** und S. 177¹, 179, 480¹, 586¹, 588f., 936³, 1312, 1335, 1379, 1558¹, 1604¹, 1606⁴, 1619, 1661, 1695³, 1797¹
- Holderbaum, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako S. 438
- Holik, Josef** Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts **Dok. 51, 67, 150, 270** und S. 52¹, 118¹⁹, 399¹, 416, 417⁹⁺¹¹⁺¹⁵, 418^{18–20}, 420^{26–28}, 492, 528¹, 711, 862, 1072, 1125⁵, 1160, 1256, 1328, 1330³, 1590, 1820, 1822, 1823¹¹
- Holst, Johan Jørgen** norwegischer Verteidigungsminister bis 16. Oktober 1989 S. 772f.
- Holzheimer, Hermann** 1983–1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 339³

Homam Ghazi, Ali S. 1300

Honecker, Erich Generalsekretär des ZK der SED bis 18. Oktober 1989 und Vorsitzender des Staatsrats der DDR sowie des Nationalen Verteidigungsrats bis 24. Oktober 1989, am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen S. 169f., 175, 303–305, 326, 405, 406⁷⁺¹⁰, 590–592, 594f., 628, 686, 696, 793f., 884, 1067, 1115, 1118, 1120, 1166, 1199–1201, 1222, 1246, 1276, 1303, 1355f., 1359, 1385–1387, 1423, 1464, 1472, 1520, 1556, 1624, 1697, 1727

de Hoop Scheffer, Jakob Gijsbert Nicolaas Leiter der niederländischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters bis 31. Juli 1989 S. 401

Höpcke, Klaus Stellvertretender Minister für Kultur der DDR bis 8. November 1989 S. 304, 1303, 1357, 1696

Höpfner, Matthias Legationsrat im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industriestaaten (außer EG-Mitgliedstaaten); Europäische Zusammenarbeit in der Luftfahrtindustrie (Airbus)“ des Auswärtigen Amts bis 15. November 1989 S. 1062¹, 1130¹

Horak, Jan N.J.B. niederländischer Botschafter in Teheran bis zur Abberufung am 17. Mai 1989 S. 858

Horčík, Zdeněk Oberbürgermeister von Prag bis 8. Dezember 1989 S. 123

Horn, Gyula Mitglied des ZK der USAP bis 7. Oktober 1989 und seit 10. Mai 1989 ungarischer Außenminister **Dok. 250, 251, 291, 376** und S. 720, 775–779, 781, 1162f., 1196, 1256f., 1411, 1558, 1560, 1783

Horváth, István ungarischer Botschafter in Bonn S. 1028⁹, 1029

Horváth, István ungarischer Innenminister S. 1121

el-Hoss, Selim Ahmed Ministerpräsident und Außenminister der libanesischen Regierung in West-Beirut S. 489, 490¹⁰, 491, 546⁵⁶, 586, 717, 1007⁴, 1270f., 1730¹⁵, 1851

Howe, Sir Geoffrey britischer Außenminister bis 24. Juli 1989 **Dok. 27, 46, 131** und S. 123⁴, 136¹², 179, 202², 206², 211¹⁷, 225¹, 227–230, 397, 405³, 432, 436, 917, 973, 976f., 993, 995

Howell, David Mitglied des britischen Unterhauses (Conservative and Unionist Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 1774

Höynck, Wilhelm Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 63, 159** und S. 36¹, 61¹, 62¹⁰, 77¹, 80¹⁰, 147, 150, 197, 335, 357, 358⁷, 404¹, 409, 444, 596¹, 606, 607⁸, 608, 672, 742, 759, 817, 818⁹, 819¹², 936¹, 939, 946, 948, 986, 1028⁹, 1029¹², 1066, 1207f., 1254⁴, 1315², 1428³, 1509¹, 1551, 1588¹, 1657²⁰, 1687, 1695, 1805¹

Hrawi, Elias Präsident der Libanesischen Republik seit 24. November 1989 S. 1730

Hu Yaobang 1980–1987 Generalsekretär des ZK der KPCh S. 44, 504–507, 636

Huber, Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag **Dok. 28, 238, 437** und S. 964¹⁺³, 986, 1110⁶⁺⁸, 1263–1265, 1267

Huembes Trejos, Carlos Generalsekretär der Gewerkschaft Central de Trabajadores de Nicaragua (CTN) S. 1623⁷, 1625

Hun Sen Ministerpräsident und Außenminister der Volksrepublik Kampuchea bzw. seit 1. Mai 1989 des Staats Kambojscha S. 546, 701f., 1141

Hurd, Douglas britischer Außenminister seit 26. Oktober 1989 **Dok. 361, 388, 407** und S. 1483f., 1498⁵, 1515, 1540, 1593²¹, 1657²¹, 1659, 1672³⁰, 1695⁷, 1747², 1748⁷, 1760f., 1781²², 1842

Hussein ibn Talal al-Haschemi König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 82, 84, 86¹¹, 212, 301, 413, 415, 473, 815, 1172

Hussein Kamil Hassan al-Madschid Brigadegeneral und irakischer Industrie- minister S. 1467, 1471

Hutchings, Robert L. Abteilungsleiter im amerikanischen National Security Council S. 1338

- Huyn, Hans Graf** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 1122
- al-Ibrahimi, Lakhdar** stellvertretender Generalsekretär der Arabischen Liga S. 1007, 1752²⁹
- Iglesias García, Enrique Valentín** Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank S. 433
- Iliescu, Ion** Vorsitzender des rumänischen Rats zur Nationalen Rettung seit 26. Dezember 1989 S. 1843f.
- İnan, Kamran** türkischer Staatsminister für das Südostanatolien-Projekt (GAP) S. 839
- Inanlou, Saeid Asefi** S. 1807
- Indra, Alois** Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ bis 24. November 1989 und Präsident des tschechoslowakischen Parlaments bis 29. November 1989 S. 1567
- Ingham, Bernard** Pressesprecher der britischen Premierministerin Thatcher (Chief Press Secretary) S. 1841
- Inkēns, Edvīns** Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR seit 25. Mai 1989 S. 1848
- Ischinger, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ im Auswärtigen Amt S. 729², 1285², 1569, 1595¹, 1597¹¹
- Iwaschko, Wolodymyr Antonowytsch** Zweiter Sekretär des ZK der KP der Ukrainischen SSR bis 28. September 1989, anschließend Erster Sekretär S. 1682²⁴
- Jackson, Henry M.** 1953–1983 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Washington (Democratic Party) S. 683¹⁰
- Jackson, Jesse L.** amerikanischer Bürgerrechtler S. 209
- Jacobovits de Szeged, Adriaan P.R.** Leiter der niederländischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit 1. August 1989 S. 1553, 1649
- Jacobsen, Hans-Adolf** Professor für Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn S. 765
- Jagow, Peter von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und seit 1. Februar 1989 Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ **Dok. 218** und S. 87¹², 157¹³, 284⁴, 757³, 1212²³, 1382¹⁹, 1558¹, 1731¹
- Jakeš, Miloš** Generalsekretär des ZK der KPČ bis 24. November 1989 **Dok. 220** und S. 122, 124, 326⁶, 994, 1112, 1503, 1564, 1566f., 1601, 1619
- Jakowlew, Alexander Nikolajewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Sekretär des ZK und Vorsitzender der Kommission des ZK für Internationale Politik **Dok. 3, 434** und S. 116, 420, 753, 762, 766, 805f., 1037, 1124, 1429, 1438f., 1593, 1654, 1666
- Jalandoni, Luis G.** Vorsitzender der Verhandlungsgruppe der „Nationalen Demokratischen Front der Philippinen“ S. 953
- Jalloud, Abdel Salam Ahmed** siehe: Dschallud, Abdel Salam Ahmed
- Jamal** siehe: Chekife, Jamal
- Jandura** Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 1263
- Jansen, Michael** Ministerialdirektor seit 9. Januar 1989 und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 130** und S. 1254³
- Jaruzelski, Wojciech** General, bis 29. Juli 1989 Erster Sekretär des ZK der PVAP und bis 19. Juli 1989 Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen, anschließend Präsident der Volksrepublik Polen bzw. seit 30. Dezember 1989 der Republik Polen **Dok. 123, 255** und S. 72, 78, 198, 325, 543, 643, 743, 779, 781, 908, 912, 932, 941¹³, 998⁹, 1032, 1036⁵, 1163, 1316, 1492, 1517, 1576
- Jasow, Dmitri Timofejewitsch** General und sowjetischer Verteidigungsminister sowie Mitglied des ZK der KPdSU und Kandidat des Politbüros des ZK S. 482, 1037
- Jędrys, Marek** Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn S. 1492⁷
- Jefremovič** Persönlicher Referent des jugoslawischen Außenministers Lončar S. 1687

- Jelissarjew, Gennadij Iwanowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis 31. Oktober 1989 S. 365, 947⁸, 1208
- Jelonek, Alois** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 57, 58, 113, 126, 164, 280, 281, 283, 296, 310, 396, 400, 426** und S. 66, 100, 134³⁻⁵, 135⁸, 136¹², 216, 261, 294, 314, 331³, 373⁵, 392⁷, 404¹, 426, 427⁷, 457, 460, 461⁵, 744, 799, 802¹⁴, 834, 838, 958⁴, 961, 1019, 1023⁹, 1062, 1130¹, 1140, 1249, 1318⁵, 1344³, 1351, 1370, 1379, 1401¹, 1418, 1443¹, 1452, 1453¹¹, 1476, 1477¹², 1478, 1489³, 1508¹⁵, 1521, 1611, 1711¹, 1712, 1722, 1723¹⁰, 1753, 1793, 1795
- Jelzin, Boris Nikolajewitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Baukomitees der UdSSR, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten; 1985–1987 Erster Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU; 1986/87 Kandidat des Politbüros des ZK **Dok. 272** und S. 358 f., 660 f., 876, 1037⁸, 1165
- Jemeljanow, Alexej Michajlowitsch** Professor und Leiter der Abteilung für Landwirtschaft an der Staatsuniversität Moskau sowie seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 878
- Jenninger, Philipp** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 855¹³
- Jess, Herbert** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 484⁴, 1837¹
- Jiang Zemin** Generalsekretär des ZK der KPCh seit 24. Juni 1989 S. 881⁹, 908, 915, 1167–1169, 1215
- Joetze, Günter** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den VSBM-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter seit 1. Februar 1989 **Dok. 75, 219, 328, 430**
- Johanes, Jaromír** tschechoslowakischer Außenminister bis 10. Dezember 1989 S. 71⁸, 966, 986, 991, 1174 f., 1264, 1301, 1548
- Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła)** Papst S. 111 f., 1616¹³
- Johnson, Barbara Piasecka** polnisch-amerikanische Unternehmerin S. 1177
- Jonas, Hans** Philosoph S. 987
- Jordanow, Georgi** Kandidat des Politbüros des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei und bulgarischer Stellvertretender Ministerpräsident bis 18. Dezember 1989 S. 1463²⁰
- Józwiak, Jerzy** Vorsitzender des Zentralkomitees der polnischen Demokratischen Partei seit 18. April 1989 S. 1577
- Juan Carlos** König von Spanien S. 934, 1316
- Jumblatt, Walid** siehe: Dschumblatt, Walid
- Junker, Ulrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); Entwicklungsausschuß der OECD (DAC); DEG; KfW, DIE“ im Auswärtigen Amt S. 270²³, 333¹⁰
- Kádár, János** Vorsitzender der USAP bis 8. Mai 1989; 1956–1988 Generalsekretär des ZK der USAP S. 87², 444, 721, 1195
- al-Kaddumi, Faruk** Mitglied des Exekutivkomitees der PLO S. 354, 934, 1850 f.
- Kadnár, Milan** Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium und designierter Botschafter in Bonn S. 1263, 1266 f., 1426
- Kaempffe, Gisela** Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 1261⁺³, 354¹⁹, 812⁴, 892¹, 933¹⁺³, 1024⁵, 1059⁴, 1270⁷
- Kaestner, Uwe** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen; bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika; Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Bundeskanzleramt S. 93¹, 100, 188, 247, 381¹⁸, 449¹, 521¹, 596¹, 659, 719, 898¹, 1401, 1408¹²,

- 1603, 1604¹, 1687, 1690¹⁵, 1691²², 1692²⁴, 1733¹
- Kaiser, Karl** Professor für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln und Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. S. 1041, 1539
- Kalela, Jaakko** Leiter des Büros des finnischen Präsidenten Koivisto S. 1312
- Kaltenbach, Dorothee** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, seit 22. September 1989 als Legationsrätin z. A. S. 516, 659, 1005, 1423
- Kamenzew, Wladimir Michajlowitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und bis 7. Juni 1989 Vorsitzender der Staatlichen Außenwirtschaftskommission sowie sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1037
- Kamiński, Bronisław** polnischer Minister für Umweltschutz und natürliche Ressourcen seit 12. September 1989 S. 1464
- Kanafani, Marwan** Mitglied des Palestinian National Council der PLO S. 1367
- Kania, Stanisław** Abgeordneter des polnischen Parlaments bis 3. Juni 1989 S. 912
- Kant, Hermann** Präsident des Schriftstellerverbands der DDR sowie bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 1357
- Kaplan, Cemaleddin** Vorsitzender des „Verbands der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ in Köln S. 287
- Karhilo, Aarno Eino** Abteilungsleiter im finnischen Außenministerium S. 1312
- Kari, Mäido** Präsident des Baltic World Council S. 844
- Kárpáti, Ferenc** ungarischer Verteidigungsminister S. 775
- Karpow, Wiktor Pawlowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister und Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 908, 915, 1075, 1077, 1822
- Karski, Ryszard** polnischer Botschafter in Bonn S. 70, 77, 80¹⁰
- Kaschlew, Jurij Borissowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium und Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie der Delegation bei den Mandatsgesprächen für eine Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien und bei der KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension in Paris S. 61, 843
- Kastrup, Dieter** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 51, 121, 259, 266, 270, 293, 355, 408, 409** und S. 6¹, 147, 179, 197, 216, 291, 335, 338¹⁷, 357, 360, 399³, 404¹, 409, 444, 449¹, 478, 480, 492, 498¹, 528², 535⁷, 571, 583¹¹, 584¹³, 596², 634, 672, 674, 675¹¹, 682, 711, 715, 742, 759f., 765, 795, 823, 853², 862f., 903–905, 907–917, 936, 946², 947⁸, 948, 971¹, 1028¹⁰, 1133, 1191¹⁷, 1207, 1235, 1241, 1254, 1256, 1278¹, 1282⁷, 1335, 1401¹, 1492⁷, 1498–1505, 1537f., 1558¹, 1580³⁰, 1588¹, 1590, 1604¹, 1606, 1661, 1663¹¹, 1687¹, 1695, 1705, 1797¹
- Kaul, Hans-Peter** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 47¹
- Kaunda, Kenneth David** Präsident der Republik Sambia S. 666, 1609
- Keel, Alton G.** Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters bis 17. Juni 1989 S. 401
- Keita, Modibo** malischer Außenminister bis 8. Juni 1989 S. 438
- Kelly, Petra** Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 289⁵, 290, 430f.
- Kemna, Friedhelm** Chefredakteur der Tageszeitung „Bonner Generalanzeiger“ S. 1539
- Kemptner, Thomas** Mitarbeiter der Hilfsorganisation ASME Humanitas e.V., seit 16. Mai 1989 im Libanon als Geisel festgehalten S. 716⁵, 717, 884¹⁹, 1026, 1072, 1270–1272, 1294, 1435
- Kennan, George F.** Professor für Geschichtswissenschaft am Institute for Advanced Study in Princeton S. 421
- Keßler, Heinz** Armeegeneral und Verteidigungsminister der DDR, Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 3. Dezember 1989 und des Nationalen Verteidigungsrats bis 6. Dezember 1989 S. 303

- Khamenei, Ali** schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam, seit 4. Juni 1989 Ayatollah) und Präsident der Islamischen Republik Iran bis 3. August sowie seit 4. Juni 1989 geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 733, 739², 740f., 854f., 857f., 895, 915, 967
- Khan, Zulfiqar Ali** General und Vorsitzender einer Untersuchungskommission zur Reform der pakistanischen Geheimdienste bis Juli 1989 S. 469
- Khieu Samphan** Vizepräsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea“, 1976–1979 Vorsitzender des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea S. 1142⁷
- Khodamoradi, Abbas** S. 855¹³
- Khodamoradi, Gisela** S. 855¹³
- Khomeini, Ahmad** schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam) und Stabschef seines Vaters, des geistlichen und weltlichen Oberhauptes der Islamischen Republik Iran, Khomeini, bis zu dessen Tod am 3. Juni 1989 S. 740, 854, 857, 895, 909, 915
- Khomeini, Ruhollah** schiitischer Geistlicher (Ayatollah), geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran bis zu seinem Tod am 3. Juni 1989 S. 82, 126⁵, 201, 229f., 302, 580, 733, 739–741, 854f., 857, 967–969, 1299, 1468, 1587
- Kiechle, Ignaz** Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 391f., 819, 922, 1199, 1401, 1403, 1405f., 1408, 1576
- Kielinger, Thomas** Chefredakteur der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ S. 1539
- Kiep, Walther Leisler** Bundesschatzmeister der CDU und Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V. S. 561, 1138
- Kim Il-sung** Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea S. 1584–1586
- Kim Jong-Il** Mitglied des Präsidiums des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Koreas S. 1585
- Kim Tae-kyung** Dolmetscher S. 1581
- Kimmitt, Robert M.** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) seit 2. März 1989 **Dok. 362** und S. 492, 528f., 862, 1256, 1545f., 1590
- King, Tom** britischer Verteidigungsminister seit 24. Juli 1989 S. 1360f., 1363, 1627, 1629f., 1648f.
- Kinkel, Klaus** Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 19, 133
- Kinnock, Neil** Vorsitzender der britischen Labour Party und Oppositionsführer im Unterhaus S. 887, 1778
- Kirkpatrick, Sir Ivone** 1949–1953 britischer Hoher Kommissar für Deutschland S. 1041–1043
- Kisseljow, Gennadij Nikolajewitsch** Mitglied der Nationalitätenkammer des Obersten Sowjet der UdSSR für die Kirgisische SSR und seit 12. Juli 1989 Vorsitzender der Kommission für Probleme der Deutschen in der UdSSR S. 1428², 1429f.
- Kissinger, Henry A.** Vorsitzender des Aufsichtsrats des Beratungsunternehmens Kissinger Associates Inc. in New York; 1969–1975 Sicherheitsberater der amerikanischen Präsidenten Nixon und Ford (Assistant to the President for National Security Affairs); 1973–1977 amerikanischer Außenminister S. 421, 542, 697⁹, 799, 1239, 1442
- Kiszcza, Czesław** Generalleutnant, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und polnischer Innenminister S. 4f., 198f., 409f., 743
- Kittelmann, Peter** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses S. 1544
- Klaiber, Klaus-Peter** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London seit 13. Februar 1989 S. 1514, 1773²
- Klein, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und bis 21. April 1989 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, anschließend Bundesminister für besondere Aufgaben sowie Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und Sprecher der Bun-

- desregierung; 1968–1972 Pressesprecher des Organisationskomitees der XX. Olympischen Spiele München 1972 e.V. **Dok. 77** und S. 159f., 165f., 313, 318, 319¹⁷, 450³, 507, 516, 521, 648⁹, 860, 931², 1119, 1401, 1576
- Klein, Joachim** stellvertretender Leiter der Delegation der DDR beim KSZE-Umwelttreffen in Sofia S. 1464
- Klein, Thomas** Mitbegründer der „Vereinigte Linke“ in der DDR S. 1701
- de Klerk, Frederik Willem** südafrikanischer Erziehungsminister bis 15. August 1989, seit 2. Februar 1989 Vorsitzender der National Party, seit 20. September 1989 Präsident der Republik Südafrika (seit 15. August 1989 kommissarisch) **Dok. 187, 188, 349** und S. 208f., 443, 864, 909, 917, 949, 1247, 1248²⁶, 1337⁹, 1505
- Klestil, Thomas** Staatssekretär (Generalsekretär) im österreichischen Außenministerium S. 1117, 1394
- Klibi, Chedli** Generalsekretär der Arabischen Liga S. 490, 1767
- van der Klugt, Cornelis** Vorstandsvorsitzender der N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken und Vorsitzender der Vereinigung für die europäische Währungsunion S. 69
- Knackstedt, Günter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile bis 2. November 1989, anschließend Botschafter in Warschau S. 235⁹, 340⁶⁻⁹, 341¹⁴, 1210–1212, 1511
- Kneese, Ernst Wolfgang** S. 341f.
- Knotek, Ivan** Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ und Sekretär des ZK bis 24. November 1989 S. 1110
- Koenig, Günther** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, politische Kontakte“ des Auswärtigen Amtes S. 1328¹, 1329⁹
- Kohl, Hannelore** S. 13, 447, 806, 1520
- Kohl, Helmut** Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 3, 16, 22, 36, 38, 41, 44, 45, 59, 65, 83, 86, 89, 91, 97, 100, 101, 106, 115, 116, 117, 120, 125, 129, 133, 140, 143, 146, 147, 148, 181, 185, 187, 194, 198, 213, 224, 324, 330, 334, 342, 349, 354, 357, 370, 372, 378, 380, 394, 407, 429** und S. 41f., 50, 54, 63, 69, 78–81, 107, 110⁷, 113⁵, 114⁷, 130, 139–146, 167², 169, 171, 178, 183f., 225–228, 247, 251, 259, 313, 327f., 329¹⁰, 350⁴, 352, 376¹⁷, 387, 416f., 419–422, 447–449, 460², 479–482, 484, 488, 490, 492, 498f., 543³⁹, 547⁶², 553, 557, 586, 606f., 610f., 630⁷, 638, 640, 646, 682, 686f., 694–697, 704, 711², 718f., 736²¹, 759, 779¹⁸, 781, 786³, 795²⁷, 796⁶, 805–807, 809f., 823f., 835, 836²⁰, 838⁵, 864, 865²⁷, 898, 899⁸, 901f., 923⁴, 931f., 937, 939², 942¹⁷, 966, 991, 1031⁴, 1032–1034, 1044⁵, 1048f., 1056, 1060, 1128, 1135f., 1162, 1167, 1168³, 1170, 1175², 1176, 1178, 1195³, 1196⁵, 1205, 1225f., 1228, 1255f., 1276, 1307¹⁰, 1322², 1339, 1379⁷, 1414⁶, 1418, 1441, 1449²², 1477–1479, 1489⁶, 1490, 1492, 1499¹⁰, 1502, 1505², 1506, 1508, 1512–1514, 1532⁷, 1533, 1538, 1539², 1541, 1543, 1551, 1558¹, 1561¹⁷, 1576–1578, 1580, 1589⁶, 1596, 1598¹⁶, 1603, 1609¹⁷, 1625, 1640¹¹, 1651f., 1655¹⁶, 1656, 1658, 1659²², 1660f., 1663f., 1674–1677, 1683–1685, 1700, 1713, 1715f., 1721, 1727f., 1732f., 1744, 1771, 1774f., 1782, 1838, 1840f., 1855
- Kohl, Michael** 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR S. 1441³
- Köhler, Horst** Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen S. 606f., 609, 1225, 1227, 1510⁶
- Köhler, Volkmar** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und seit 29. Mai 1989 des Auswärtigen Ausschusses S. 1544
- Koivisto, Mauno Henrik** Präsident der Republik Finnland **Dok. 305** und S. 1663, 1765
- Kok, Willem** Vorsitzender der niederländischen Partij van de Arbeid und bis 4. November 1989 Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer S. 641
- Kolbin, Gennadij Wassiljewitsch** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans bis 22. Juni 1989, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und

- seit 7. Juni 1989 Vorsitzender der Volkskontrollkommission S. 876
- Kolby, Ole Peter** Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium S. 1663¹¹
- Koller, Arnold** schweizerischer Vizepräsident und seit 3. Februar 1989 Justizminister S. 447
- Kölsch, Eberhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika mit den Außengebieten in der Karibik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 167¹, 538¹, 711, 1137¹, 1273
- Konarski, Włodzimierz** Leiter der polnischen Delegation bei den VKSE in Wien im Rang eines Botschafters S. 344
- König, Gerd** Botschafter der DDR in Moskau und bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 557
- Koornhof, Pieter G. J.** südafrikanischer Botschafter in Washington S. 950
- Korotitsch, Witalij Alexejewitsch** Chefredakteur der sowjetischen Zeitschrift „Ogonjok“ S. 360
- Kosanović** Mitarbeiter im jugoslawischen Außenministerium S. 247
- Kotschemassow, Wjatscheslaw Iwanowitsch** sowjetischer Botschafter in Ost-Berlin S. 171¹⁰, 1538, 1733, 1744, 1746, 1776⁶
- Kouchner, Bernard** Staatssekretär für humanitäres Handeln im Amt des französischen Ministerpräsidenten (secrétaire d'État chargé de l'Action humanitaire) S. 1653
- Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch** sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister **Dok. 406** und S. 171¹⁰
- Kozakiewicz, Mikołaj** Präsident des polnischen Sejm seit 4. Juli 1989 S. 1576
- Kozłowski, Hubert** Vorstandsmitglied der „Gesellschaft der vom Dritten Reich geschädigten Polen“ S. 1512
- Krack, Erhard** Oberbürgermeister von Ost-Berlin und bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 1828
- Krackow, Jürgen** 1982–1984 Vorsitzender der Geschäftsführung der Arbed-Saarlöhne GmbH S. 1418
- Krekeler, Friedrich** Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts seit 2. Januar 1989, Vertreter des Referatsleiters seit 1. April 1989 S. 236³, 664¹, 669³, 812
- Krenz, Egon** Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 3. Dezember 1989, vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 Generalsekretär des ZK der SED, vom 24. Oktober bis 6. Dezember 1989 Vorsitzender des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats der DDR S. 305, 1199⁹, 1223, 1303, 1385–1387, 1423, 1464²², 1472²⁴, 1480f., 1493, 1501, 1517–1519, 1529, 1533, 1537f., 1567, 1660, 1695⁶, 1696–1698, 1702
- Krieghoff, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 614 „Jugend, Sport, Kirchen“ des Auswärtigen Amts S. 277¹
- Kristof, Erich** Ministerialrat im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 1459¹
- Kristvik, Bjørn Inge** Leiter der norwegischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit Februar 1989 S. 400, 402
- Křižan, Jiří** tschechoslowakischer Dissident S. 1111
- Kroker, Herbert** Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt seit 11. November 1989 S. 1696
- Król, Bogumil** Botschaftsrat an der polnischen Botschaft in Bonn bis 18. Juli 1989, anschließend Mitarbeiter im polnischen Außenministerium S. 70, 1254
- Krolkowski, Herbert** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR bis 8. November 1989, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats bis 17. November 1989, am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen, seit 7. Dezember 1989 in Untersuchungshaft S. 1199
- Kroll, Walter** Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slavische Philologie

- der Georg-August-Universität Göttingen S. 896
- Krömke, Claus** Professor an der Hochschule für Ökonomie in Ost-Berlin und bis 18. Oktober 1989 persönlicher Referent des Sekretärs des ZK der SED, Mittag S. 405
- Krstić, Miloš** jugoslawischer Botschafter in Wien S. 1395
- Krug, Wilfried** Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen in Genf“ des Auswärtigen Amts S. 1072¹, 1330³, 1820¹⁺³
- Kruse, Hans-Stefan** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 110 „Organisation“ im Auswärtigen Amt S. 586⁹, 712¹⁵, 1272¹²
- Kucza, Ernest** Abteilungsleiter bzw. Kommissionssekretär im ZK der PVAP und bis 24. August 1989 persönlicher Beauftragter des polnischen Ministerpräsidenten Rakowski für die deutsch-polnischen Verhandlungen S. 72, 74, 77, 381¹⁸, 551, 553, 607, 610¹⁵, 718f., 901¹⁴, 1135⁵
- Kuczynski, Jürgen** emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR S. 305
- Kudlich, Christian** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatz- und Rechtsfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt“ im Auswärtigen Amt S. 132¹⁶, 475²⁵, 657¹, 1443¹, 1444, 1703, 1713
- Kuhn, Heinz** S. 340, 1181
- Kuhn, Vollrad** Mitbegründer der „Grüne Partei in der DDR“ S. 1701
- Kuhna, Karl-Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 139¹, 140⁵, 285¹, 646¹, 726, 1189¹³, 1379, 1797¹
- Kulski, Bolesław** polnischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 294** und S. 1254f., 1315f.
- Kunzmann, Karl-Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Ausiedlung Deutscher und Volksdeutscher; Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ im Auswärtigen Amt S. 813⁸
- Kuroń, Jacek** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność S. 198
- Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 596
- Kusnezow, Georg** Oberamtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 129³, 147⁵, 156⁵, 313⁴, 357⁴, 373⁵, 409⁴, 426, 903¹, 922³, 933³, 936³, 1059⁴, 1121³, 1270⁴, 1489³, 1521⁵, 1695⁵, 1722⁵, 1797¹, 1816³
- Kusý, Miroslav** tschechoslowakischer Dissident S. 1565
- Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch** sowjetischer Botschafter in Bonn S. 9, 365, 422, 596, 634⁶, 790, 795, 1439, 1517², 1749
- Kyaw, Dietrich von** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts bis 14. November 1989, anschließend Leiter der Unterabteilung 41 S. 134, 142¹⁸, 264², 273², 373, 566³, 610, 711, 715, 718³, 809²³, 961⁴, 1130¹, 1224³, 1226¹, 1249⁵, 1285³, 1418⁴, 1521, 1603¹, 1611f., 1713, 1722³, 1753, 1793f.
- Kyros II.** †530 v. Chr. S. 1470
- Lafontaine, Oskar** Ministerpräsident des Landes Saarland und Mitglied des Bundesvorstands der SPD S. 405⁴, 806, 1303⁵, 1779
- Laino Figueredo, Domingo** Vorsitzender des paraguayischen Partido Liberal Radical Auténtico S. 157
- Lalonde, Brice** französischer Staatssekretär für Umweltfragen (Secrétaire d'État auprès du Premier ministre, chargé de l'Environnement) S. 477, 1460
- Lalumière, Catherine** Generalsekretärin des Europarats seit 1. Juni 1989 S. 977³⁴, 1559, 1561

Lambach, Frank Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 33, 395** und S. 111¹, 303¹, 325¹, 404¹, 405³, 407¹³, 538⁴, 590³, 759², 1241¹, 1302¹, 1321¹, 1355¹, 1476¹, 1536¹, 1588¹, 1590¹, 1663¹¹, 1672¹, 1687¹, 1742¹, 1839¹

Lambsdorff, Hagen Graf Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 530¹

Lambsdorff, Otto Graf Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP; 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft S. 54⁸, 169, 183f., 189, 191, 550–552, 610, 1612

Lamy, Pascal Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission in Brüssel S. 391

Landsbergis, Vytautas Vorsitzender der Erneuerungsbewegung Litauens (Lietuvos Persitvarkymo Sąjūdis) und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 1155, 1158, 1848

Lang, Jack französischer Kulturminister S. 386, 476

Lange, Halvard 1946–1965 norwegischer Außenminister S. 1797³

Lange, Rudolf Kapitän zur See und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt S. 1421¹

Larco Cox, Guillermo peruanischer Außenminister seit 1. März 1989 S. 432, 436

Larijani, Mohammed Javad Direktor des Instituts für theoretische Physik und Mathematik in Teheran sowie seit April 1989 Berater des iranischen Außenministers; 1985–1988 stellvertretender iranischer Außenminister S. 857, 970f.

Larosière, Jacques de Gouverneur der Banque de France S. 68, 225, 943

Lässig, Rose Vortragende Legationsrätin im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu

westlichen Industrieländern (außer EG-Mitgliedstaaten); Europäische Zusammenarbeit in der Luftfahrtindustrie (Airbus)“ des Auswärtigen Amts seit 6. Februar 1989 S. 961¹

Laurel, Salvador Roman Hidalgo philippinischer Vizepräsident S. 1719

Lautenschlager, Hans Werner Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 222, 338** und S. 17, 19¹¹, 20¹⁴, 66, 67¹¹, 100, 101⁶, 102⁷, 105²¹, 129, 133f., 247¹, 252, 254⁸⁺¹⁰⁺¹¹, 261, 264, 265⁵, 270²¹, 273, 294, 297¹¹, 331, 373, 375¹⁴, 376¹⁵, 404¹, 426, 457, 460, 461⁷⁺⁸, 462⁹, 464, 500³, 566, 570, 596¹, 606, 611¹⁹, 634⁶, 657¹, 729, 730^{11–13}, 731¹⁴⁺¹⁶⁺¹⁸, 744, 745⁶⁺⁷, 799, 802¹⁷, 819, 822, 834f., 836¹⁹⁺²², 837²³, 838, 840¹⁰, 841¹⁵, 918, 958–961, 963¹³⁺¹⁴, 1056, 1059⁴, 1062, 1101¹, 1103¹³, 1121, 1125, 1129¹³, 1130, 1133⁸, 1141³, 1143², 1146¹², 1182, 1185¹³, 1224, 1225¹⁰, 1226, 1229², 1234f., 1236²¹, 1237²⁷⁺³¹, 1239⁴⁰, 1240⁴¹⁺⁴², 1249, 1259², 1278¹, 1285, 1344, 1345^{10–12}, 1350²³⁺²⁴, 1370, 1379, 1413, 1414⁵, 1416¹²⁺¹³, 1417¹⁴, 1418, 1424¹, 1426⁸, 1452, 1454¹³⁺¹⁴, 1488f., 1490⁹⁺¹⁰, 1491^{11–13}, 1510⁶, 1521, 1522¹¹⁺¹², 1523¹³, 1524¹⁷⁺¹⁸, 1562¹, 1563⁴⁺⁶⁺⁷, 1588¹, 1595, 1611, 1613⁹⁺¹⁰⁺¹³, 1614, 1615^{8–10}, 1616¹⁵⁺¹⁶⁺¹⁹, 1703, 1704⁹⁺¹⁰⁺¹³, 1705¹⁴⁺¹⁵, 1713, 1715¹⁹⁺²⁰⁺²³, 1716^{24–26+28}, 1722, 1753, 1755¹¹, 1769, 1793, 1794⁹, 1795, 1816, 1817¹⁰, 1818¹¹

Lavorel, Warren Mitarbeiter im Amt der amerikanischen Handelsbeauftragten S. 1045

Lawson, Nigel britischer Finanzminister (Chancellor of the Exchequer) bis 26. Oktober 1989 S. 427⁷

Leber, Georg 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 281, 1159

Le Breton, Jean-Marie französischer Botschafter in Bukarest S. 336, 548

Lederer, Rudolph britischer Dolmetscher S. 202, 207, 516

Ledogar, Stephen Joseph Leiter der amerikanischen Delegation bei den VKSE in Wien im Rang eines Botschafters S. 778¹⁵

Lee Kuan Yew Ministerpräsident der Republik Singapur S. 957, 994

Lehman, Ronald F., II Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsmini-

- sterium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) bis 12. Mai 1989, anschließend Leiter der Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) S. 179, 188, 237⁸, 418, 492, 1262
- Lehr, Ursula** Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit S. 1455³, 1576
- Leigh-Pemberton, Robert (Robin)** Gouverneur der Bank of England S. 68
- Lemp, Rüdiger** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 433 „Internationale Umweltpolitik“ des Auswärtigen Amts, vom 15. Oktober bis 4. November 1989 abgeordnet zur Delegation beim KSZE-Umwelttreffen in Sofia S. 1459¹
- Lenárt, Jozef** Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ bis November 1989 S. 986
- Lengl, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1105, 1609
- Lenihan, Brian** irischer Außenminister bis 12. Juli 1989 S. 229
- Lenin, Wladimir Iljitsch** 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 76, 360, 636, 660, 753, 876, 1098, 1196, 1244, 1253, 1570, 1847
- Leonberger, Kurt** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industriestaaten (außer EG-Mitgliedstaaten); Europäische Zusammenarbeit in der Luftfahrtindustrie (Airbus)“ des Auswärtigen Amts **Dok. 215, 333** und S. 404¹, 530¹, 1806¹
- Le Pen, Jean-Marie** Vorsitzender des französischen Front National sowie Mitglied des Europäischen Parlaments und bis 25. Juli 1989 Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Rechten S. 283
- Leuchs, Walter** Legationsrat I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, politische Kontakte“ des Auswärtigen Amts bis 9. August 1989 **Dok. 182**
- Leuckart von Weißdorf, Traugott Freiherr** Ministerialrat und Leiter des Referats 214 „Entwicklungspolitik; Nord-Süd-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 159¹, 879¹
- Leutrum von Ertingen, Norwin Graf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt seit 28. April 1989 **Dok. 390** und S. 1360¹
- Leutwiler, Fritz** 1974–1984 Präsident der Schweizerischen Nationalbank und 1982–1984 Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel S. 163¹⁰, 208f., 225¹, 827, 829
- Levene, Sir Peter** Staatssekretär (Permanent Under-Secretary of State) im britischen Verteidigungsministerium S. 1362f.
- Lévy, Daniel** Abteilungsleiter im französischen Industrieministerium S. 476
- Lewalter, Karl Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia **Dok. 359**
- Li Peng** Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh S. 504f., 635–637, 650–652, 724, 738, 1168³, 1170, 1215, 1853
- Li Ruihuan** Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh seit Juni 1989 S. 1215
- Libal, Michael** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom seit 8. Februar 1989 S. 1621¹
- Liebler, Norbert** Referent im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1008¹, 1488¹
- Ligatschow, Jegor Kusmitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie Sekretär des ZK S. 1157, 1199, 1223
- Lincke, Dietrich** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Caracas bis 20. August 1989, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 503 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppen-

- stationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ im Auswärtigen Amt S. 331⁸, 1148¹
- Lintner, Eduard** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und seit Mai 1989 des Auswärtigen Ausschusses S. 1200
- Lippelt, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Ausschusses sowie Sprecher der Fraktion Die Grünen S. 1197, 1542
- Lippmaa, Endel** Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR seit 25. Mai 1989 S. 1848
- Liu Shuqing** vietnamesischer Stellvertretender Außenminister S. 702
- Lohner, Karl** Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts bis 2. Juli 1989 S. 247
- Lončar, Budimir** jugoslawischer Außenminister; 1973–1977 Botschafter in Bonn **Dok. 53** und S. 327–330, 1558, 1560, 1687, 1690f., 1694
- Londoño Paredes, Julio** kolumbianischer Außenminister S. 432, 1229
- López Contreras, Carlos** honduranischer Außenminister S. 256⁸, 559, 1290f.
- Löschner, Harald** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1106¹
- Louis-Philippe** *1773 †1850 S. 1342
- Lowenberg, William J.** stellvertretender Vorsitzender des United States Holocaust Memorial Committee S. 1138
- Lubbers, Rudolphus („Ruud“)** Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 187³⁸, 392, 535, 641, 643, 687f., 706f., 836, 1612, 1675, 1771
- Ludewig, Johannes** Ministerialrat und bis Sommer 1989 Leiter des Referats 412 „Gesamtwirtschaftliche Entwicklung; Grundsatzfragen; Sonderaufgaben“ im Bundeskanzleramt S. 328⁴
- Lukács, János** Mitglied des Politbüros des ZK der USAP bis 12. April 1989, Sekretär des ZK für Parteioorganisation und Mitglied des ZK bis 8. Mai 1989 S. 446
- Lukanow, Andrei** bulgarischer Außenhandelsminister bis 17. November 1989 S. 1527
- Lukjanow, Anatolij Iwanowitsch** Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet S. 761, 766, 1569
- Lukowitz, Rüdiger von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts bis 31. August 1989 S. 216
- Luschew, Pjotr Georgijewitsch** Armeegeneral und Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 773
- Lutz, Martin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung, Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts bis 1. August 1989 S. 273¹⁺², 550¹
- Luy, Julius-Georg** Legationsrat I. Klasse, im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts seit 23. Januar 1989 S. 583⁸, 597⁸
- Ma Canrong** Botschaftsrat an der chinesischen Botschaft in Bonn S. 1167
- Mabuza, Enos John Nganani** Chief Minister des südafrikanischen „Homelands“ KaNgwane S. 828, 831
- Macharski, Franciszek** Kardinal und Erzbischof von Krakau S. 1149f.
- MacSharry, Raymond** Mitglied der EG-Kommission seit 6. Januar 1989 (zuständig für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) S. 218¹⁹
- Madrigal Nieto, Rodrigo** costaricanischer Außenminister S. 559, 1290f., 1652
- al-Mahdi, Muftah** stellvertretender libyscher Außenminister **Dok. 2**
- al-Mahdi, Sadiq** Ministerpräsident der Republik des Sudan bis 30. Juni 1989 S. 162

- de Maizière, Lothar** Vorsitzender der CDU in der DDR seit 10. November 1989 S. 1698 f., 1838
- Majdański, Kazimierz Jan** Bischof von Stettin-Cammin S. 80
- Major, John** britischer Außenminister vom 24. Juli bis 26. Oktober 1989 **Dok. 284** und S. 1166, 1320, 1360², 1362 f., 1505³⁸, 1515
- Major, László** Sprecher der USAP bis 7. Oktober 1989 S. 721
- Maleuda, Günther** Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR sowie seit 13. November 1989 Präsident der Volkskammer S. 1481⁸, 1699
- Mallaby, Sir Christopher** britischer Botschafter in Bonn S. 216, 226, 1241, 1733, 1744, 1746, 1776⁶
- Malmierca Peoli, Isidoro** kubanischer Außenminister S. 22, 1099
- Malo, Charles** französischer Botschafter in Peking seit Januar 1989 S. 430
- Malsen-Tilborch, Marie-Gabriele von** Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 615 „Kulturelle Zusammenarbeit in supranationalen und internationalen Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 387¹²
- Mandela, Nandi** S. 254¹²
- Mandela, Nelson Rolihlahla** Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1962 in Haft S. 163 f., 208–210, 252⁵, 254 f., 442 f., 665, 667, 827, 830, 832 f., 917, 948–951, 1247
- Mandela, Nomzamo Winnie** Mitglied des südafrikanischen ANC **Dok. 54** und S. 950 f.
- Mandler, Emanuel** Mitbegründer des „Tschechoslowakischen Helsinki-Komitees“ und Vorsitzender der „Demokratischen Initiative“ S. 1565
- Mănescu, Corneliu** 1961–1972 rumänischer Außenminister S. 336¹¹, 338¹⁷, 548
- Manglapus, Raúl Sevilla** philippinischer Außenminister S. 954
- Manherz, Károlyi** Professor für Germanistik und Romanistik an der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest sowie Vorsitzender des Verbandes der Ungarn-deutschen S. 775
- Mann, Siegfried** Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie **Dok. 399** und S. 841¹⁵, 1225¹⁰
- Manzella, Andrea** Generalsekretär im Amt des italienischen Ministerpräsidenten bis 23. Juli 1989 S. 521
- Mao Zedong** 1943–1976 Vorsitzender der KPCh und 1954–1959 Vorsitzender der Volksrepublik China S. 44–46, 127
- Marcos, Ferdinand Emanuel Edralin** 1956–1986 Präsident der Republik der Philippinen S. 954 f., 1719
- Marcos, Imelda Romualdez** S. 955
- Marcuse, Gisela** Dolmetscherin im amerikanischen Präsidialamt S. 179
- Mariaschin, Daniel S.** Mitarbeiter von B'nai B'rith International S. 283
- Marković, Ante** Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien seit 16. März 1989 S. 327 f., 362, 896 f., 1384, 1548, 1558¹, 1691¹⁹
- Marks, Leonard H.** Leiter der amerikanischen Delegation beim KSZE-Informationsforum in London im Rang eines Botschafters S. 626, 629
- Maróthy, László** ungarischer Minister für Umwelt und Wasserwirtschaft bis 21. November 1989 S. 1460
- Marshall, Cedric Russell** neuseeländischer Außenminister S. 22
- Marshall, George C., Jr.** Armeegeneral und 1947–1949 amerikanischer Außenminister S. 661⁷
- Martens, Wilfried** Ministerpräsident des Königreichs Belgien **Dok. 143** und S. 690, 694, 699, 1685
- Martin, Helmut** Professor für Sinologie an der Ruhr-Universität Bochum S. 768
- Martinazzoli, Fermo** italienischer Verteidigungsminister seit 23. Juli 1989 S. 1647
- Martino, Gaetano** 1954–1957 italienischer Außenminister S. 1797³
- Martius, Götz-Alexander** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organi-

- sationen sowie des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Genf S. 539⁷, 1217⁸
- Martre, Henri** Vorstandsvorsitzender (président-directeur général) der französischen Aérospatiale société nationale industrielle S. 1419
- Maruf, Taha Muhi ad-Din** Vizepräsident der Republik Irak S. 1470
- Marulanda Ramírez, Carlos Arturo** kolumbianischer Minister für Wirtschaftsentwicklung S. 1229f.
- Marx, Karl** *1818 †1883 S. 17, 661, 876
- Masik, Konstantin Iwanowitsch** Erster Sekretär des Kiewer Stadtkomitees der KPdSU S. 359
- Masljukow, Jurij Dimitrijewitsch** Kandidat, seit 20. September 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident sowie Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees S. 898⁶, 1037
- Massing, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 605 „Förderung der deutschen Sprache“ des Auswärtigen Amtes S. 1428⁷
- Massmann, Gerd** Botschaftsrat I. Klasse und Geschäftsträger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kabul, seit 6. März 1989 abgeordnet nach Windhuk als Leiter der Diplomatischen Beobachterkommission S. 443²², 734¹⁴
- von Massow, Hans-Henning** Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1806¹
- Matlock, Jack F., Jr.** amerikanischer Botschafter in Moskau S. 1035³, 1164³⁹, 1193
- Mattei** Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 109, 1379
- Mattes, Arnulf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik; Ausländisches Paßrecht“ im Auswärtigen Amt **Dok. 4** und S. 129¹⁺³⁺⁷, 132¹⁶, 658³, 918⁵, 1595¹⁺³⁺⁶, 1771¹
- Matutes, Abel** Mitglied der EG-Kommission (seit 6. Januar 1989 zuständig für Mittelmeerpolitik und Lateinamerika) S. 260, 437, 838f.
- Mauch, Roland** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat, nichtstaatliche europäische Organisationen“ des Auswärtigen Amtes S. 1731¹
- Maude, Francis** Staatsminister im britischen Außenministerium S. 1773, 1779–1781
- Maudling, Reginald** 1957–1959 britischer Paymaster General S. 996³
- Maurer, Ion Georghe** 1961–1974 Ministerpräsident der Rumänischen Volksrepublik bzw. der Sozialistischen Republik Rumänien S. 913
- Maximyschew, Igor Fjodorowitsch** Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin S. 171¹⁰
- Maystadt, Philippe** belgischer Finanzminister S. 1319
- Mazilu, Dumitru** Erster Stellvertretender Vorsitzender des rumänischen Rats zur Nationalen Rettung seit 26. Dezember 1989 S. 1843f.
- Mazowiecki, Tadeusz** Ministerpräsident der Volksrepublik Polen seit 24. August 1989 bzw. seit 30. Dezember 1989 der Republik Polen **Dok. 354** und S. 1136, 1148, 1151, 1163, 1178, 1282, 1382, 1403, 1405, 1506, 1513, 1533, 1543¹⁶, 1576f., 1660
- McCarthy, John T.** amerikanischer Botschafter im Libanon S. 717
- McCloy, John J.** 1949–1952 amerikanischer Hoher Kommissar für Deutschland S. 1041–1043
- McCormack, Richard T.** Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington im Rang eines Botschafters bis 13. April 1989, anschließend Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary for Economic and Agricultural Affairs) S. 244
- McGeough, Gerry** Mitglied der „Irish Republican Army“ (IRA) S. 120, 214, 1536²¹
- McKnight, William Hunter** kanadischer Verteidigungsminister seit 30. Januar 1989 S. 774

- McNamara, Thomas E.** amerikanischer Botschafter in Bogotá S. 1229
- Mecktersheimer, Alfred** Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 375¹³
- Medwedew, Roi Alexandrowitsch** sowjetischer Publizist und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 876, 1848
- Megalokonomos, Emmanuel** griechischer Botschafter in Peking S. 430
- Meguid** siehe: Abdel-Meguid, Ahmed Asmat
- Mei Zhaorong** chinesischer Botschafter in Bonn **Dok. 62, 162, 264** und S. 430, 1102
- Meisner, Joachim** Kardinal und bis 11. Februar 1989 Bischof von Berlin sowie Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, anschließend Erzbischof von Köln **Dok. 26**
- Mejía Henao, José Nelson** Oberbefehlshaber der kolumbianischen Streitkräfte seit 18. Juli 1989 S. 1229–1231
- Mekhailif, Hikmet Omar** irakischer Finanzminister bis 7. Oktober 1989 S. 1465, 1470
- de Melo, Eurico** portugiesischer Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident S. 1626, 1628, 1645
- Menem, Carlos Saúl** Präsident der Argentinischen Republik seit 8. Juli 1989 S. 1004
- Mengistu Haile Mariam** Präsident der Demokratischen Volksrepublik Äthiopien S. 161, 917⁵¹, 918
- Menold, William F., Jr.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1590
- Mentzingen, Franz Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi S. 160⁴
- Mérillon, Jean-Marie** französischer Botschafter in Moskau seit Juni 1989 S. 1569
- Merkel, Christoph** Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 610 B „Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit I –“ im Auswärtigen Amt S. 476²⁸
- Mertes, Michael** Regierungsdirektor und Leiter des Referats 521 „Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzlers“ im Bundeskanzleramt S. 100, 283
- van der Merwe, Stoffel** südafrikanischer Minister für Information, Rundfunk und Film bis 20. September 1989 S. 949
- Messer, Kurt** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 504 „Arbeitsstab Antarktis-Konferenzen und besondere Völkerrechtsgebiete (Seerecht, Luft- und Weltraumrecht, Recht des internationalen Umweltschutzes, Recht internationaler Wasserläufe)“ im Auswärtigen Amt S. 885²³, 887²⁷
- Metscher, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 273** und S. 590¹, 595¹⁴, 846¹, 1030¹, 1034¹⁵, 1773¹
- Metternich, Cornelius** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 294¹²
- Metzger, Peter** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag bis 22. Oktober 1989 **Dok. 249** und S. 71⁸, 121¹⁺², 304⁷, 1263
- Meyer, Thomas** Korrespondent des Kölner Stadt-Anzeigers in Bonn S. 626
- Meyer-Abich, Klaus Michael** Mitglied der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages; 1984–1987 Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Hamburg S. 1009
- Meyer-Landrut, Andreas** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 12. Juli 1989 **Dok. 124, 128, 170, 184, 197** und S. 65, 151¹⁰, 153¹⁷, 360¹⁵, 420, 425¹⁸, 451⁸, 453, 596, 599, 634³⁺⁷, 795, 1037¹⁰, 1638
- Meyer-Sebastian, Hans-Michael** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin seit Oktober 1989 S. 1743

- Meyers, Janice L.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 870
- Meza, Roberto** Leiter der salvadorianischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1290, 1292
- Michael, Holger** Legationsrat I. Klasse im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts zur Dienstleistung im Büro der Staatsministerin Adam-Schwaetzer S. 1187¹, 1190¹⁵
- Michel, Robert H.** Vorsitzender der republikanischen Fraktion im amerikanischen Repräsentantenhaus (Minority Leader) S. 867, 869
- Michnik, Adam** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność S. 198, 1577
- Mickiewicz, Janusz** Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1507, 1509
- Mielke, Erich** Minister für Staatssicherheit der DDR bis 7. November 1989, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Nationalen Verteidigungsrats bis 8. November 1989, am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen, seit 7. Dezember 1989 in Untersuchungshaft S. 1480³
- Mikulić, Branko** Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis 16. März 1989 S. 247, 327 f., 362
- Militaru, Nicolae** Generalleutnant und seit 26. Dezember 1989 rumänischer Verteidigungsminister, seit 28. Dezember 1989 General S. 1843
- Miller, John** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 870
- Milošević, Slobodan** Vorsitzender der Präsidentschaft der Sozialistischen Republik Serbien seit 8. Mai 1989 S. 897
- Miodowicz, Alfred** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis 29. Juli 1989 und Vorsitzender des Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbands S. 77, 200
- Mischnick, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP-Fraktion sowie Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung S. 776, 806, 1687⁴
- Mitchell, George J., Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maine (Democratic Party) und seit 3. Januar 1989 Mehrheitsführer im Senat S. 867
- Mitsuzuka, Hiroshi** japanischer Außenminister vom 3. Juni bis 9. August 1989 S. 993 f., 1034, 1104
- Mittag, Günter** Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Wirtschaft bis 18. Oktober 1989 und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR sowie Mitglied des Nationalen Verteidigungsrats bis 24. Oktober 1989, Mitglied des ZK der SED bis 8. November 1989, am 23. November 1989 aus der SED ausgeschlossen **Dok. 98** und S. 326, 595¹³, 1223, 1385–1387
- Mitterrand, François** Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 83, 106, 142, 146, 194, 342, 431** und S. 16, 21, 36, 84, 95, 194, 204, 244³, 260, 268 f., 300, 334, 384, 392–395, 435, 478–481, 484, 488, 490, 519, 527, 542 f., 552, 633, 641, 658, 660, 681 f., 688, 692 f., 705 f., 709, 736, 785, 791, 822, 835, 885, 888, 904, 909⁶, 912, 934, 972, 1034, 1219–1222, 1307¹⁰, 1321, 1323, 1328¹⁰, 1342 f., 1377³, 1378 f., 1418, 1422, 1477–1479, 1515, 1530, 1532³, 1538, 1594, 1596, 1623, 1633¹⁰, 1653², 1655¹³, 1660, 1671, 1682 f., 1688, 1713–1716, 1734, 1744, 1748⁸, 1752²⁹, 1850
- Mittig, Rudi** Generaloberst und Mitglied des ZK der SED bis 3. Dezember sowie Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der DDR bis 5. Dezember 1989 S. 1481
- Miyazawa, Kiichi** 1986–1988 japanischer Finanzminister S. 268, 334
- Mladenow, Petar Toschew** bulgarischer Außenminister bis 17. November 1989, seit 10. November 1989 Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens, seit 17. November 1989 Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien **Dok. 8, 201** und S. 908, 913, 1525–1527
- Moawad, René** Präsident der Libanesischen Republik vom 5. November 1989 bis

- zu seiner Ermordung am 22. November 1989 S. 1730¹⁵
- Moayed, Mohammad Taqi** iranischer Botschafter in den Niederlanden bis zu seiner Abberufung am 15. Mai 1989 S. 858
- Mobutu Sese Seko** Präsident der Republik Zaire S. 166
- Mock, Alois** österreichischer Außenminister und bis 19. Mai 1989 Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der Österreichischen Volkspartei S. 57, 62, 961²⁷, 1560, 1808, 1809¹⁶
- Möckelmann, Reiner** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts seit 10. Juli 1989 S. 1413¹, 1614¹, 1618²³
- Modrow, Hans** Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden bis 13. November und Mitglied des ZK der SED bis 3. Dezember 1989, vom 8. November bis 3. Dezember 1989 Mitglied des Politbüros des ZK, seit 13. November 1989 Vorsitzender des Ministerrats der DDR S. 305, 592, 1199⁹, 1246, 1517⁶, 1518⁷, 1538¹³, 1541¹³, 1589⁴, 1594, 1602, 1651¹¹, 1655 f., 1660²⁵, 1663¹², 1692, 1696–1698, 1702, 1720 f., 1733 f., 1738³¹, 1739, 1743, 1744⁹, 1746, 1750, 1763, 1827–1829, 1837², 1838
- Mohammad Sadik ibn Mohammad Jusuf** Mufti der Geistlichen Verwaltung der Moslems Mittelasiens und Kasachstans seit Februar 1989 S. 580
- Mohrmann, Ulrich** Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 281¹⁹
- Mohtaschami, Ali Akbar** schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam) und bis 3. August 1989 iranischer Innenminister S. 857, 1070
- arap Moi, Daniel Toroitich** Präsident der Republik Kenia **Dok. 36**
- Moissejew, Michail Alexejewitsch** Armeegeneral und seit 15. Februar 1989 Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte sowie Erster Stellvertreter der Verteidigungsminister der UdSSR S. 556
- Molière** * 1622 † 1673 S. 783
- Möller, Dietrich** Korrespondent der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung in Bonn S. 626
- Molobi, Eric** Mitglied im Exekutivarschuß der südafrikanischen United Democratic Front (UDF) und im National Education Crisis Committee (NECC) S. 254
- Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch** 1930–1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der UdSSR sowie 1939–1949 Außenminister S. 1848
- Moltke, Gebhardt von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika mit den Außengebieten in der Karibik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ im Auswärtigen Amt **Dok. 195, 202, 203, 352** und S. 47¹, 167¹, 349¹, 823¹, 992¹, 1137¹⁺², 1273¹, 1536¹, 1537, 1545¹, 1590, 1604¹, 1625¹, 1664¹, 1747¹, 1756¹, 1760²⁰, 1762²⁸
- Momper, Walter** Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzender des Landesverbands Berlin der SPD sowie seit 16. März 1989 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 171¹¹, 541, 855, 1744, 1828, 1856
- Monnet, Jean** 1952–1955 Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg S. 1342
- Montazeri, Hossein Ali** schiitischer Geistlicher (Großayatollah) und bis 26. März 1989 designierter Nachfolger des Ayatollah Khomeini S. 857
- Montfort, Norbert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 585⁴
- Morizet, Jacques** 1983–1986 französischer Botschafter in Bonn S. 500⁴
- Morr, Hubertus von** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts bis 1. Mai 1989 **Dok. 107** und S. 188¹
- Mosbacher, Robert A.** amerikanischer Handelsminister seit 31. Januar 1989 S. 187³⁹, 532, 862, 866

- Mostafavi, Mehdi Ahary** iranischer Botschafter in Bonn **Dok. 43** und S. 180⁷, 856, 968⁸, 969, 1071, 1433⁵
- Motlana, Nthato** Mitglied des südafrikanischen ANC S. 252⁵
- da Moura, Venâncio** siehe: da Silva Moura, Venâncio
- Mubarak, Mohammed Hosni** Präsident der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 65, 300** und S. 84, 86⁹, 212, 381, 413, 415, 473, 736²¹, 814 f., 1252, 1253⁷, 1278, 1293 f., 1368, 1437
- Mückenberger, Erich** Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 8. November 1989 S. 1480³
- Mudenge, Isack Stanislaus Goreraazwo** Leiter der simbabwischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1609
- Mugabe, Robert** Präsident der Republik Simbabwe, Erster Sekretär und Vorsitzender der ZANU–PF S. 547, 666
- Mulack, Gunter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher; Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ des Auswärtigen Amts bis 1. Oktober 1989 **Dok. 230**
- Müller, Christoph** Legationsrat I. Klasse, seit 19. Januar 1989 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 722¹
- Müller, Tobias** S. 1211
- Mülmenstädt, Matthias** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 528¹
- Mulroney, Martin Brian** Ministerpräsident von Kanada und Vorsitzender der Progressive Conservative Party **Dok. 181** und S. 194, 534, 688, 706, 708, 995, 1553, 1646, 1677, 1682
- Münzenberg, Willi** 1925–1937 Mitglied des ZK der KPD, 1940 auf der Flucht vor den deutschen Truppen in Frankreich gestorben S. 305
- Murphy, Richard W.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern Affairs) bis 15. Mai 1989 S. 1752
- Mussawi, Mir Hossein** Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran bis 3. August 1989 S. 740, 856 f., 1070
- Mussawi Ardebili, Abdul-Karim** schiitischer Geistlicher (Großayatollah) und bis 15. August 1989 Chef des iranischen Justizsystems S. 740
- Mussawian, Hossein** Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium seit Februar 1989 **Dok. 193** und S. 969 f., 971¹⁷
- Mützelburg, Bernd** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“, seit 17. Januar 1989 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 284** und S. 36¹, 52¹, 77, 113¹, 150⁵, 216, 236³, 416⁴, 478¹, 538¹, 584¹, 637¹, 669³, 672⁵, 711¹, 718¹, 742⁵, 759⁵, 775¹, 823¹, 1066³, 1071⁸, 1113¹, 1182², 1195¹, 1207⁵, 1226³, 1278¹, 1335, 1379, 1498¹, 1531, 1539¹, 1600¹, 1650, 1653, 1733¹
- Nachmann, Werner** 1969–1988 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 282
- Nachtsheim, Georg** Oberstleutnant i. G. im Bundesministerium der Verteidigung S. 1491¹
- Nadschibullah, Mohammed** Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Präsident der Republik Afghanistan S. 363, 365, 1081–1083, 1085, 1277, 1300
- Nagy, Imre** 1953–1955 sowie 1956 Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn; 1958 hingerichtet **Dok. 160** und S. 780–782, 817
- Nakasone, Yasuhiro** 1982–1987 Ministerpräsident von Japan S. 103, 1239
- Nakayama, Taro** japanischer Außenminister seit 9. August 1989 S. 1104¹⁸
- Nakonz, Christian** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 470
- Napoleon Bonaparte (Napoleon I.)** *1769 †1821 S. 1342
- Nasarkin, Jurij Konstantinowitsch** Leiter der sowjetischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 1077, 1824

- Nasser, Gamal Abdel** 1956–1970 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. der Arabischen Republik Ägypten S. 1172
- Naumann, Klaus** Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 179, 380, 472⁹, 492, 1152f., 1338, 1834
- Naumann, Konrad** 1971–1985 Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin; 1976–1985 Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 592
- Navab-Motlagh, Mohammad-Mehdi** Staatssekretär im iranischen Wirtschaftsministerium; 1979–1983 iranischer Botschafter in Bonn S. 274, 858
- Navas Bustamante, Guillermo** chilenischer Untersuchungsrichter S. 340
- Navon, Benjamin** israelischer Botschafter in Bonn S. 81, 412, 416, 1060
- Ne Win** 1962–1974 Vorsitzender des Revolutionsrats der Birmanischen Union; 1974–1981 Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Birma S. 158
- Nebukadnezar II.** † 562 v. Chr. S. 1470
- Necker, Tyll** Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie **Dok. 399** und S. 1225, 1612, 1638–1640
- Neisinger, Thomas** Legationssekretär im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhr und Auslandsinvestitionen; Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts seit 1. Mai 1989 S. 1816¹
- Némcová, Dana** Mitunterzeichnerin der „Charta 77“ S. 1111
- Németh, Miklós** Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik bis 23. Oktober 1989 bzw. anschließend der Ungarischen Republik S. 88, 393, 721, 775, 780, 781–783, 1114⁵, 1121, 1162f., 1165, 1196, 1410f., 1551, 1560, 1584, 1603, 1694
- Nestroy, Harald-Norbert** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt seit 13. März 1989 S. 337¹, 680¹, 1335
- Neubauer, Horst** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 405, 1302⁵
- Neubert, Klaus** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 1. März 1989, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 78, 151, 173, 276** und S. 150⁵, 291¹, 325¹, 449¹, 540¹⁰, 574¹, 575⁴⁺⁵, 579¹⁰, 580¹⁵⁺¹⁶, 581¹⁷, 583^{9–11}, 596¹, 752¹, 795⁴, 805⁴, 817¹, 818¹⁰, 1035¹, 1036⁴, 1154¹, 1164⁴¹, 1192¹, 1398¹, 1428¹⁺²
- Neuer, Walter** Ministerialdirigent und Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt S. 188, 202, 206¹, 207, 225¹, 377, 391, 447, 449¹, 470, 516, 521, 534¹, 596, 640, 653¹, 860, 887, 1517¹
- Neukirch, Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador seit 22. April 1989 S. 1653⁴
- Neumann, Alfred** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Nationalen Verteidigungsrats der DDR bis 8. November sowie Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR bis 18. November 1989 S. 1480³
- Neusel, Hans** Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 18, 247, 657, 735¹⁵, 1597
- Neville-Jones, Lilian Pauline** Gesandte an der britischen Botschaft in Bonn S. 216
- Nguyen Co Thach** vietnamesischer Außenminister S. 700, 703, 916
- Nguyen Dy Nien** vietnamesischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 155**
- Niekerk, Albert Erich van** südafrikanischer Botschafter in Bonn seit 6. Juli 1989 S. 831
- Nischanow, Rafik Nischanowitsch** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Usbekistans bis 23. Juni 1989, anschließend Präsident des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjet der UdSSR S. 580f., 1569
- Nitze, Paul H.** Sonderbotschafter der amerikanischen Regierung (Ambassador

- at Large for Arms Control) bis 1. Mai 1989 S. 418²¹, 529
- Nitzschke, Ulrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 322 „Ostafrika, Zaire“ des Auswärtigen Amtes S. 159¹, 165¹⁶⁺¹⁸
- Nixon, Richard M.** 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 531
- Noack, Ingold** Stellvertretender Staatssekretär für Arbeit und Löhne der DDR S. 1827
- Nöldeke, Eberhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 54** und S. 163¹², 210¹⁵, 313, 456, 664¹, 667¹², 668¹⁵, 1247²³
- Nolting, Günther Friedrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1395
- Nordenskjöld, Fritjof von** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1220, 1653
- Noriega Moreno, Manuel Antonio** General und Chef der panamaischen Streitkräfte bis 20. Dezember 1989, vom 15. bis 20. Dezember 1989 Ministerpräsident der Republik Panama S. 603⁶⁺⁹, 604–606, 1789f.
- Notbohm, Perry** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 879, 1158¹, 1531
- Notev, Martin** S. 405³
- Novik, Nimrod** Mitarbeiter im israelischen Finanzministerium S. 81
- Novotný, František** Stellvertretender Präsident des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes S. 1264⁴
- Nujoma, Samuel Daniel Shafiishuna** Präsident der SWAPO S. 162, 218, 666f., 833
- Nunn, Samuel A., Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia (Democratic Party) und Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats S. 867
- Nyers, Rezső** Mitglied des Politbüros des ZK der USAP bis 7. Oktober 1989, vom 24. Juni bis 7. Oktober Vorsitzender der USAP, anschließend der USP S. 445, 1552
- Obando y Bravo, Miguel** Kardinal und Erzbischof von Managua S. 564
- Obeid, Abdulkarim** schiitischer Geistlicher (Imam) im Libanon S. 1070, 1434¹⁹
- Obolenskij, Alexander Mitrofanowitsch** sowjetischer Ingenieur und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 875, 877
- O'Brien, Conor Cruise** irischer Publizist S. 1514
- Occhetto, Achille** Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano) S. 646
- Oesterheldt, Jürgen** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amtes sowie Völkerrechtsberater **Dok. 30, 259, 375** und S. 17, 19¹¹, 918, 1027, 1121, 1210, 1350, 1507, 1509, 1769, 1771¹⁺³, 1772⁶
- Oestreich, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multinationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECOSOC; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ im Auswärtigen Amt **Dok. 23**
- Ogi, Adolf** schweizerischer Verkehrsminister S. 448
- Ohlraun, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ des Auswärtigen Amtes S. 1370³
- Ohse, Bernhard** Journalist der Deutschen Welle in Bonn S. 626
- Ojeda y Eiseley, Jaime** Leiter der spanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 402, 1361
- Olechowski, Tadeusz** polnischer Außenminister bis 1. August 1989 S. 3, 22, 80, 543, 743, 941
- Olesiak, Kazimierz** Sekretär des Präsidiums der polnischen Vereinigten Bauernpartei (ZSL) sowie Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft, Forsten und Ernährung bis 2. August 1989 S. 743

- Onyszkiewicz, Janusz** Mitglied des polnischen Parlaments (Bürgerkomitee) S. 1295 f.
- d'Orleans, Henri** französischer Thronprätendent S. 1342
- Orlow, Jurij Fjodorowitsch** sowjetischer Dissident, 1986 in die USA ausgebürgert S. 843
- Ortega Saavedra, José Daniel** Präsident der Republik Nicaragua **Dok. 125** und S. 255², 256⁷, 258, 539, 547, 1086–1089, 1668
- Orzechowski, Marian** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Sekretär des ZK für Fragen der Ideologie S. 5
- Ossipjan, Jurij Andrejewitsch** Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten S. 359
- Ost, Friedhelm** Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung bis 21. April 1989 S. 41, 196²⁸, 447
- Owtscharow, Stojan** bulgarischer Minister für Wirtschaft und Planung S. 611
- Özal, Turgut** Ministerpräsident der Republik Türkei bis 31. Oktober 1989 S. 221, 689, 706, 710, 727 f., 838–840, 1191, 1704
- Ozdowski, Jerzy** Vorsitzender der „Gesellschaft der vom Dritten Reich geschädigten Polen“ S. 1512 f.
- Pabsch, Wiegand** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 43 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 28. November 1989 abgeordnet als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile; 1977–1980 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ **Dok. 254, 316, 398** und S. 460, 461⁵⁺⁶, 500³, 729¹, 1249, 1351, 1370, 1452, 1818¹⁴
- Pacheco Gómez, Máximo** chilenischer Rechtsanwalt S. 340 f., 1181, 1211–1213
- Packmor, Georg** S. 339³, 340 f., 1181
- Packmor, Lotti** S. 339³, 340, 1181
- Pacsek, József** Generalleutnant und bis 1. Dezember 1989 Chef des Generalstabs der Ungarischen Volksarmee S. 775
- Pahlevi, Mohammed Reza** 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 126⁵, 740, 1470
- Pahlke, Hans** Amtsinspektor im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts S. 1581¹
- Palach, Jan** S. 73¹³, 121 f., 125¹², 1424⁵
- Palancia Lainfiesta, Mario Gildardo** guatemaltektischer Außenminister von März bis Oktober 1989 S. 559
- Pančevski, Milan** Vorsitzender des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens seit 17. Mai 1989 S. 896
- Pan de Soraluce y Olmos, Juan Luis, Conde de San Roman** Leiter der spanischen Delegation beim KSZE-Informationsforum in London im Rang eines Botschafters S. 625
- Pandolfi, Filippo Maria** Vizepräsident der EG-Kommission seit 6. Januar 1989 (zuständig für Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Telekommunikation und Innovation) S. 386
- Papandreou, Andreas Georgios** Ministerpräsident der Griechischen Republik bis 2. Juli 1989 sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) S. 689
- Papoulias, Karolos** griechischer Außenminister S. 86^{8–11}, 229, 354¹⁵, 432, 1485
- Parish, Daphne** S. 1469
- van der Pas, Nicolaus G.** Mitarbeiter im Kabinett des Präsidenten der EG-Kommission, Delors S. 391
- Paschke, Karl-Theodor** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 118, 256** und S. 47⁶, 96, 169⁵, 171¹², 520¹⁴, 542²⁸, 862, 1182³⁺⁶, 1256, 1590
- Paulina-Mürl, Lianne-Maren** Präsidentin des schleswig-holsteinischen Landtags (SPD) S. 291, 293
- Pavel, Miroslav** Sprecher des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec bis 10. Dezember 1989 S. 121, 1567

- Pearson, Lester B.** 1948–1957 kanadischer Außenminister S. 1797³
- Peisch, Sándor** Gesandter an der ungarischen Botschaft in Bonn S. 387¹²
- Pell, Claiborne** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Rhode Island (Democratic Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 870f.
- Pelletreau, Robert H.** amerikanischer Botschafter in Tunis S. 185³⁴, 352
- Peñalosa Camargo, Enrique** Leiter der kolumbianischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1290
- Peres, Shimon** Vorsitzender der Israelischen Arbeitspartei und Finanzminister **Dok. 18** und S. 186, 212, 280, 301, 412f., 415f., 649
- Pérez de Cuéllar, Javier** Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York **Dok. 165** und S. 21f., 24, 105, 227¹⁴, 256⁸, 275⁵, 365, 367¹⁴, 441f., 472f., 562, 970¹⁶, 975f., 1082, 1084f., 1089, 1097, 1157, 1189¹¹⁺¹³, 1213²⁴, 1291f., 1299f., 1434, 1436, 1467⁵, 1468, 1488
- Pérez Rodríguez, Carlos Andrés** Präsident der Republik Venezuela seit 2. Februar 1989 S. 267, 331⁸
- Petersmann, Hans-Gerhard** Vortragender Legationsrat und seit 2. August 1989 Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung, Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amtes S. 264¹, 273², 550¹, 552¹⁴, 553¹⁵, 554¹⁶
- Petit, Philippe** Berater des französischen Ministerpräsidenten Rocard (Conseiller technique au cabinet du Premier ministre) S. 1454
- Petri, Alexander** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 425 „Exportkontrollfragen: Strategische Güter (COCOM); Raketen“ des Auswärtigen Amtes seit 30. August 1989 S. 1723¹³
- Petrová, Jana** tschechoslowakische Dissidentin S. 125
- Petrowskij, Wladimir Fjodorowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 627
- Pfahls, Holger** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 480¹, 483
- Pfeffer, Franz** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 142, 279, 308, 315, 360, 431** und S. 972⁸, 1042¹⁵, 1326, 1328¹⁰, 1478¹⁴, 1714¹⁶
- Pfeil, Peter Graf von** Oberstleutnant i.G. und Mitarbeiter im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes S. 1125, 1413¹
- Pfennig, Gero** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Petitionsausschusses S. 1213
- Pfetten-Arnabach, Karl Berthold Freiherr von** Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt S. 1201¹
- Piccoli, Flaminio** Mitglied des italienischen Abgeordnetenhauses (Democrazia Cristiana) und bis September 1989 Präsident der Christlich-Demokratischen Internationale S. 565
- Pickering, Thomas R.** Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters seit 20. März 1989 S. 1256
- Pienaar, Louis Alexander** südafrikanischer Generaladministrator von Südafrika (Namibia) S. 734¹⁴
- Pierson, Jean** Geschäftsführer (administrateur-gérant) des Konsortiums Airbus Industrie S. 1419
- Piłsudski, Józef Klemens** Marschall und 1918–1922 Staatsoberhaupt der Polnischen Republik S. 78
- Pimen (Sergej Michajlowitsch Iswekow)** Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 359
- Pinheiro, João de Deus** portugiesischer Außenminister S. 229, 432, 437, 612f., 973, 976, 1485, 1560, 1763f.
- Pinochet Ugarte, Augusto** Präsident der Republik Chile S. 233⁴, 234, 1212¹⁹, 1708–1710, 1711⁸

- Platon** *428/427 v. Chr. †348/347 v. Chr. S. 876
- du Plessis, Barend Jacobus** südafrikanischer Finanzminister S. 208f., 211
- Plischka, Hans-Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik; Ausländisches Paßrecht“ des Auswärtigen Amts **Dok. 204** und S. 171, 129¹⁺³, 1595¹⁺⁴, 1771¹
- Ploetz, Hans-Friedrich von** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 30. November 1989, anschließend Leiter dieser Vertretung mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 24, 319, 364, 384, 387, 391, 392, 393, 411, 417** und S. 242²³⁺²⁴, 1076⁸, 1748⁸
- Podzerob, Boris Fjodorowitsch** 1937–1949 Mitarbeiter im sowjetischen Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten bzw. seit 1946 im sowjetischen Außenministerium S. 1848
- Pöhl, Karl Otto** Präsident der Deutschen Bundesbank S. 66, 69, 225, 395, 429, 821, 943⁵, 1226, 1232, 1449²², 1612, 1640, 1712, 1780
- Pöhlmann, Jürgen** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den VKSE in Wien von 1. Februar bis 11. Juni 1989 S. 342¹
- Pol Pot** Anführer der kambodschanischen „Roten Khmer“ S. 546, 909, 916
- Polansky, Sol** amerikanischer Botschafter in Sofia S. 1276
- Poos, Jacques** luxemburgischer Außenminister S. 229, 1017f., 1486, 1765
- Popow, Gawriil Charitonowitsch** sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 876
- Poppe, Ulrike** Mitbegründerin von „Demokratie Jetzt“ in der DDR S. 1700
- Porter, John E.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 870
- Portugalow, Nikolaj Sergejewitsch** Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU S. 922, 926, 929, 1440f.
- Pötschke, Günter** Generaldirektor der Nachrichtenagentur ADN und bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 628
- Powell, Charles David** Privatsekretär der britischen Premierministerin (Private Secretary to the Prime Minister for Overseas Affairs) S. 202, 207, 210, 507, 516, 835
- Pozsgay, Imre** Staatsminister und bis 7. Oktober 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der USAP, anschließend stellvertretender Vorsitzender der USP S. 88, 445f., 720f., 775, 780–782, 1411, 1413¹⁰, 1547, 1549, 1552, 1602¹²
- Prag, Derek** Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion der europäischen Demokraten) S. 487¹⁸
- Pretorius, Jacobus („Kosie“)** Vorsitzender der namibischen National Party of South West Africa S. 218²⁴
- Priesnitz, Walter** Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 404¹, 1027, 1067, 1263, 1279f.
- Primakow, Jewgenij Maximowitsch** Präsident des Unionssowjets des Obersten Sowjet der UdSSR seit 3. Juni 1989 S. 1569
- Prunskienė, Kazimira** Stellvertretende Ministerpräsidentin der Litauischen SSR seit 5. Juli 1989 S. 1156
- Pszon, Mieczysław** persönlicher Beauftragter des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki für die deutsch-polnischen Verhandlungen seit 4. September 1989 S. 1226, 1408¹², 1509
- Qian Qichen** chinesischer Außenminister S. 652⁵, 1102, 1104, 1278
- Quayle, James Danforth („Dan“)** amerikanischer Vizepräsident seit 20. Januar 1989 S. 571, 1079, 1193, 1453
- Quinlan, Sir Michael** Staatssekretär (Permanent Under-Secretary of State) im britischen Verteidigungsministerium S. 1363
- Quint, Markus** Mitarbeiter der Hilfsorganisation ASME Humanitas e.V., vom 4. bis

14. Mai 1989 im Libanon als Geisel festgehalten S. 584¹⁺², 585⁷, 586⁹, 884¹⁹
- Qurai, Ahmed („Abu Ala“)** Mitglied des Exekutivkomitees der PLO **Dok. 77**
- Raad, Joseph** Gesandter und Vertreter des Leiters an der syrischen Botschaft in Bonn S. 1071
- Rabin, Yitzhak** israelischer Verteidigungsminister S. 566, 1252, 1293, 1297
- Radke, Rudolf** stellvertretender Chefredakteur des ZDF S. 1426⁸
- Rafsandschani, Ali Akbar Hashemi** schiitischer Geistlicher (Hodschatoleslam bzw. Ayatollah) und bis 3. August 1989 Präsident des iranischen Parlaments, anschließend Präsident der Islamischen Republik Iran S. 733, 739², 740–742, 853f., 856–859, 895, 907, 909, 911, 915, 967–969, 1070f., 1299, 1433f., 1435²⁰, 1469
- Rakowski, Mieczysław Franciszek** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und bis 2. August 1989 Ministerpräsident, seit 29. Juli 1989 Erster Sekretär des ZK der PVAP; 1958–1982 Chefredakteur der polnischen Wochenzeitung „Polityka“ **Dok. 16, 17** und S. 4f., 115, 198, 207, 381¹⁸, 643, 718f., 743, 1316
- Rantzau, Detlev Graf zu** Botschafter z. b. V in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, abgeordnet nach Wien als Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz bis 31. Januar 1989, abgeordnet vom 16. April bis 13. Mai 1989 nach London als Leiter der Delegation beim KSZE-Informationsforum, vom 29. Mai bis 25. Juni nach Paris als Leiter der Delegation bei der KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension sowie vom 15. Oktober bis 4. November nach Sofia als Leiter der Delegation beim KSZE-Umwelttreffen **Dok. 7, 21, 137, 191, 192, 343** und S. 61
- Raschidow, Scharaf Raschidowitsch** 1959–1983 Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Usbekistans S. 581
- Rasputin, Walentin Grigorjewitsch** sowjetischer Schriftsteller und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 762
- Ratford, David John Edward** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) und Vertreter im Rat der WEU S. 1362f.
- Rau, Johannes** Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Landtags und stellvertretender Vorsitzender der SPD S. 303, 1148–1150, 1688
- Rawlings, Jerry John** Präsident der Republik Ghana S. 1609
- Reagan, Ronald W.** Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bis 20. Januar 1989 S. 13f., 21, 47, 50f., 94, 96, 99, 164¹³, 171, 185³⁴, 223, 263, 350⁴, 378, 417, 422, 440, 443, 459¹⁰, 515, 531, 538⁴, 561, 564, 791¹⁸, 793, 863¹⁷, 868³⁷, 882, 937, 1073, 1077¹⁰, 1079, 1501²¹, 1667, 1742³
- Reich, Jens** Mitbegründer des „Neuen Forums“ in der DDR S. 1700
- Reich, Seymour D.** Präsident von B'nai B'rith International und Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations **Dok. 59**
- Reiche, Steffen** Mitbegründer der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ S. 1701
- Reichel, Ernst** Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts seit 1. Mai 1989 S. 438¹, 559¹, 596¹, 1167¹, 1687¹, 1722⁵
- Reichelt, Hans** Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR sowie Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, seit 13. November 1989 für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft S. 591⁵, 594, 1464, 1699
- Reichenbaum, Werner** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 285¹
- Reichleitner, Franz** Polizei-Hauptmann sowie SS-Hauptsturmführer und 1942/43 Lagerkommandant in Sobibór; 1943/44 Angehöriger der „Abteilung R“ in Triest S. 110
- Reinhold, Otto** Professor für politische Ökonomie, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Ost-Berlin bis 25. November 1989 und Mitglied des ZK der SED bis 3. Dezember 1989 S. 305, 1359, 1663¹¹, 1697

- Repges, Walter** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl seit 28. August 1989 S. 1150⁸
- Ress, Georg** Professor der Rechtswissenschaften am Europa-Institut der Universität des Saarlandes und Mitglied des völkerrechtlichen Beirats des Auswärtigen Amts S. 1106–1108
- Retief, Willem Rudolph** südafrikanischer Botschafter in Bonn bis Juni 1989 S. 666
- Reuter** Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1385¹
- Reyls, Rüdiger** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung; Jahresabrüstungsbericht“ des Auswärtigen Amts S. 1328¹
- Ribbentrop, Joachim von** 1938–1945 Reichsminister des Auswärtigen S. 765, 1847f.
- Richter, Edelbert** Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR S. 1700
- Richthofen, Hermann Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London; 1986–1988 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 356, 415, 432** und S. 211¹⁷, 216, 224⁵², 226, 423¹¹, 511¹⁷, 835, 910⁹, 1217⁹, 1398², 1650
- Ridgway, Rozanne L.** Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) bis 30. Juni 1989 S. 50, 188, 388, 492, 499, 538
- Riedl, Erich** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft (CSU) und Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt S. 380, 571, 1418f., 1428⁴, 1641
- Riedler, Erich** 1985–1988 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Asunción S. 156⁶
- Riesco, Ricardo** chilenischer Botschafter in Bonn S. 1180f.
- Riesenhuber, Heinz** Bundesminister für Forschung und Technologie und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 145, 594, 599, 1576
- Rilke, Rainer Maria** * 1875 † 1926 S. 447
- Ring, Franz** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 1102¹²
- Risquet Valdés-Saldaña, Jorge** Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kubas und Sekretär des ZK S. 1091, 1096, 1099f.
- Rivera Irías, Ariel** guatemaltektischer stellvertretender Außenminister bis Oktober 1989, anschließend Außenminister S. 1290
- Robb, Charles S.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Virginia (Democratic Party) seit 3. Januar 1989 S. 870f.
- Robin, Gabriel** Leiter der französischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 403, 1306f., 1362, 1555, 1748⁸, 1787
- Robinson, James D. III** Vorstandsvorsitzender der American Express Company S. 268
- Rocard, Michel** Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 139, 342** und S. 22, 187³⁸, 486, 542, 547, 661, 663, 757, 1418⁷, 1752²⁹
- Rockefeller, David** S. 1194
- Rodríguez Pedotti, Andrés** Generalleutnant und vom 3. Februar bis 15. Mai 1989 Interimspräsident der Republik Paraguay S. 156f.
- Rodríguez Rodríguez, Carlos Rafael** Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vizepräsident des Staatsrats und des Ministerrats S. 1091, 1095–1099
- Roesch, Rainald** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts **Dok. 73, 269** und S. 156¹, 1210¹, 1708³
- Roh Tae-woo** Präsident der Republik Korea (Südkorea) **Dok. 372**

- Rohr, Hans-Alard von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 430 „Internationale Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 421** und S. 500¹⁺³, 1249²⁺⁵
- Röhr, Wolfgang** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis 18. Juni 1989 S. 43¹, 768¹
- Rom, Alexander von** Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ des Auswärtigen Amtes S. 379¹⁴, 657¹
- Roman, Petre** Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien seit 26. bzw. Ministerpräsident Rumäniens seit 29. Dezember 1989 S. 1843 f.
- Rondorf, Peter** Legationsrat I. Klasse im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhr und Auslandsinvestitionen; Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung, Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amtes S. 134¹, 273¹⁺²
- Ronneburger, Uwe** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1395
- Roosevelt, Franklin D.** 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 697⁸, 1107¹⁰, 1123¹², 1624¹⁴, 1681²³
- Rosengarten, Ulrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: West, EFTA, Ost, Gemeinsame Handelspolitik, GATT, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industrieländern (außer EG-Mitgliedstaaten); Europäische Zusammenarbeit in der Luftfahrtindustrie (Airbus)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 103, 240** und S. 244², 404¹, 961⁴, 1019², 1130, 1234¹⁺³, 1236²⁵, 1258¹⁷, 1528¹⁺², 1529⁶⁺⁷, 1530⁸⁺⁹, 1824¹
- Rosenthal, Abraham Michael** amerikanischer Journalist S. 763
- Ross, Dennis B.** Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium seit 21. Januar 1989 S. 188, 862, 1590, 1672
- Roßbach, Anton** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, seit 19. Januar 1989 Ministerialdirigent **Dok. 289, 312** und S. 21¹, 52¹, 64¹⁹, 399¹, 528¹, 914³³, 997, 1182, 1184
- Rotberg, Eugene Harvey** 1969–1987 Vizepräsident der World Bank Group S. 268
- Rudolph, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 232 „VN-Sonderorganisationen; Entkolonisierung, Südliches Afrika, Befreiungsbewegungen, Informationsfragen in den VN; weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 379**
- Rühe, Volker** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und bis September 1989 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 48, 50, 168⁴, 1128
- Ruhfus, Jürgen** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1984–1987 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes **Dok. 11, 119, 272** und S. 41, 96, 143²¹, 167, 168⁴, 169⁵, 173¹, 181, 244³, 331⁵, 388, 389³, 492, 528, 534⁴, 540¹⁴, 541²³, 603⁶, 616, 711, 823, 862, 866³⁰, 1041², 1187³, 1338, 1434¹⁹, 1435²¹, 1538¹², 1590, 1602¹², 1717⁶, 1852³
- Rushdie, Salman** britischer Schriftsteller **Dok. 43, 48, 49** und S. 217, 226, 274, 302, 545, 853², 854, 856, 858²⁴, 859, 915, 968⁷, 969 f.
- Ruth, Friedrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom; 1981–1986 Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amtes **Dok. 25, 383** und S. 1146¹⁰, 1379
- Rüütel, Arnold** Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Estnischen SSR, seit 25. Mai Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 358, 577
- Rybakow, Jurij Michajlowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1123¹⁴

- Rykov, Alexej Iwanowitsch** 1922–1930 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; 1924–1930 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare; 1938 hingerichtet S. 755
- Ryschkow, Nikolaj Iwanowitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 100** und S. 11, 526, 597, 696, 881, 1037f., 1682
- Saad, Mustafa** Vorsitzender der libanesischen Nasseristischen Volksorganisation S. 717, 1026, 1270f.
- Sabah Al Ahmad Al Jabir Al Sabah** kuwaitischer Außenminister S. 490^{8–10}
- Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch** Abteilungsleiter im Physikalischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR bis zu seinem Tod am 14. Dezember 1989 S. 205, 359, 876, 878, 907, 910
- Sachs, Jeffrey D.** Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University S. 271
- al-Sadat, Mohammed Anwar** 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 211¹⁹, 301, 815
- Saddam Hussein al-Majid al-Takriti** Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 302, 353, 585⁴, 1171, 1300⁶, 1465–1467, 1469f.
- Sadovský, Pavel** tschechoslowakischer Erster Stellvertretender Außenminister **Dok. 290** und S. 1279f., 1301f.
- Safire, William** amerikanischer Journalist S. 1002f.
- Sagdejew, Roald Sinnurowitsch** sowjetischer Physiker, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 359
- Sager, Peter** Mitglied des schweizerischen Parlaments (SVP) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sowie Vorsitzender des Ausschusses für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten S. 1561
- Sagladin, Wadim Walentinowitsch** außenpolitischer Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 922, 926, 1569
- Sajkin, Waleri Timofejewitsch** Oberbürgermeister von Moskau S. 358
- Sakalauskas, Vytautas** Vorsitzender des Ministerrats der Litauischen SSR S. 358, 763, 766
- Salinas de Gortari, Carlos** Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 267
- Salolainen, Pertti Edvard** Staatsminister im finnischen Außen- und Wirtschaftsministerium S. 1808
- Salsamendi, Carlos Martínez** außenpolitischer Berater des Vizepräsidenten des kubanischen Staatsrats und Ministerats, Rodríguez S. 1099
- Samaras, Antonis** griechischer Außenminister seit 23. November 1989 S. 1765f.
- Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch** sowjetischer Botschafter in London S. 1533
- Samsonow, Alexander Sergejewitsch** Direktor der Moskauer Uhrenfabrik Nr. 1 „S.M. Kirow“ und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 877
- Samuels, Shimon** Mitarbeiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles S. 1005
- Sánchez Santa Cruz-Pacheco, Elizardo** Präsident der Kubanischen Kommission für Menschenrechte und nationale Versöhnung S. 1099
- Sanford, James Terry** Senator für den amerikanischen Bundesstaat North Carolina (Republican Party) S. 561
- Sanguinetti Coirolo, Julio María** Präsident der Republik Östlich des Uruguay S. 267
- Sann, Son** siehe: Son Sann
- Sanne, Carl-Werner** 1972–1976 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen; äußere Sicherheit“ im Bundeskanzleramt S. 147
- Santer, Jacques** Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg S. 379, 690
- dos Santos, José Eduardo** Präsident der Volksrepublik Angola und Vorsitzender der MPLA S. 162, 917⁵⁰, 976³¹

- Sarbanes, Paul S.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maryland (Democratic Party) S. 870f.
- Sarney de Araújo Costa, José** Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 267, 1350²²
- Sauzay-Stoffaës, Brigitte** französische Dolmetscherin S. 860, 1653
- Savimbi, Jonas Malheiro** Vorsitzender der angolanschen UNITA S. 162, 547, 917⁵⁰, 976³¹
- Savisaar, Edgar** Ko-Vorsitzender der Volksfront Estlands, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 358
- Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Botho Prinz zu** Präsident des Deutschen Roten Kreuzes S. 1264⁴, 1266, 1279
- Sboarina, Gabriele** Bürgermeister von Verona S. 109f.
- Schabowski, Günter** Abgeordneter der Volkskammer der DDR (SED), Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin bis 31. Oktober 1989, Mitglied des Politbüros des ZK bis 3. Dezember 1989 S. 305, 1386, 1518⁸
- Schäfer, Helmut** Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen (FDP) S. 86, 338, 354, 397, 430, 700f., 934, 1090–1100, 1471, 1558, 1560f., 1609, 1852¹⁺⁵, 1853⁹
- Schäfer, Paul** Leiter der „Colonia Dignidad“ in Chile S. 339, 1181, 1210, 1212
- Schäfer, Roland** Legationssekretär im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzenfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amtes seit 1. Mai 1989 S. 1252¹
- Schäfer, Thomas** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in El Salvador bis 4. Juni 1989 S. 256³
- Schäfers, Reinhard** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 752¹
- Schaffrik, Bernd** S. 341
- Schaffrik, Helmut** S. 341
- Schaffrik, Lina** S. 341, 1211
- Schalck-Golodkowski, Alexander** Mitglied des ZK der SED und Staatssekretär mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung bis 3. Dezember 1989, am selben Tag aus der SED ausgeschlossen S. 1695⁶
- Schanze, Eberhard** Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amtes, seit 15. Februar 1989 Legationsrat I. Klasse **Dok. 102** und S. 313¹
- al-Scharaa, Faruk** syrischer Außenminister **Dok. 199, 298** und S. 1071, 1172, 1253⁷
- Scharapow, Wiktor Wassiljewitsch** sowjetischer Botschafter in Sofia S. 1527
- Scharq, Mohammad Hassan** Ministerpräsident der Republik Afghanistan bis 21. Februar 1989 S. 363
- Schäuble, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie bis 21. April 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, anschließend Bundesminister des Innern **Dok. 37, 53** und S. 93¹, 173f., 176, 183, 189, 191, 218²⁴, 225¹, 298¹, 377¹, 391¹, 405, 407f., 657f., 735¹⁵, 819, 892, 921, 1455³⁺⁶, 1457, 1769⁷
- Schauer, Hans** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 350⁷, 887³⁰
- Schauer, Philipp** Legationssekretär im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes bis 5. April 1989 S. 188¹
- Scheel, Hans-Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 95, 114, 141, 174** und S. 43¹, 289⁵, 722¹, 725¹, 1101², 1167¹, 1168³, 1214¹, 1581¹, 1585¹², 1852¹
- Scheel, Hermann** Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 596, 786¹
- Scheel, Walter** 1974–1979 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 552, 1582
- Scheer, François** Staatssekretär im französischen Außenministerium (secrétaire général du ministère des affaires étrangères) S. 1172, 1328¹⁰
- Scheer, Hartmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 416 „Europäische Gemeinschaften:

- Binnenmarkt, Soziale Dimension des Binnenmarktes, Agrar-, Fischerei-, Struktur-, Industrie-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial-, Verbraucher- und Bildungspolitik, Rechtsangleichung; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu den EG-Mitgliedstaaten“ des Auswärtigen Amtes S. 1753¹
- Scheer, Hermann** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) sowie Sprecher der SPD-Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle S. 117
- Schell, Maximilian** österreichisch-schweizerischer Schauspieler S. 1059⁴
- Schenk, Reinhold** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 561¹⁰
- Scheuer-Pujol, Danielle** französische Dolmetscherin S. 377
- Schewardnadse, Eduard Amwrossjewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Außenminister **Dok. 14, 133, 178, 235, 417** und S. 9⁴, 15¹⁶, 22, 39¹¹, 55, 71⁶, 84, 97, 116, 118, 151–153, 175¹², 183¹⁷, 185, 193²², 205¹², 212, 222, 228, 280¹⁰, 305, 350⁵, 355, 363⁵, 405³, 425¹⁷, 525¹⁶, 537, 540f., 558, 564¹⁷, 582f., 613f., 619f., 634, 635⁵, 644¹⁵⁺¹⁶, 661⁹, 674, 697¹⁰, 709¹⁶, 752², 753f., 762, 776⁸, 795f., 805f., 811, 813⁷, 816, 823⁴, 845³, 862¹², 871, 880⁶, 892³, 898⁴, 910¹⁰, 911, 925, 972¹², 993⁷, 1071, 1073, 1083f., 1101⁴, 1164f., 1183, 1194, 1207, 1209, 1243, 1246, 1258, 1260f., 1269, 1273f., 1276–1278, 1284, 1331, 1334, 1338, 1340, 1416, 1439, 1494, 1519¹³, 1529, 1539–1541, 1559, 1569⁴, 1593, 1604⁴, 1630, 1632⁸, 1637⁶, 1638, 1654, 1657, 1666, 1669, 1679, 1682, 1731f., 1748f., 1752, 1820f., 1824
- Schiller, Karl** 1966–1972 Bundesminister für Wirtschaft und 1971/72 Bundesminister der Finanzen (SPD) S. 1161
- Schilling, Wolf-Dietrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ im Auswärtigen Amt bis 31. Januar 1989, seit 23. Januar 1989 Ministerialdirigent und seit 1. Februar 1989 Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 61, 119²⁴, 1606
- Schiwkwow, Todor** Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens bis 10. November 1989 und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien bis 17. November 1989 S. 611, 898–901, 913, 1462, 1525f., 1547, 1556, 1619
- Schlager, Rüdiger** freier Journalist S. 626
- Schlagintweit, Reinhard** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 62, 207, 217** und S. 156, 157^{10–12}, 158¹⁷, 159¹, 180⁷, 233¹⁺³, 235, 252, 255¹³, 277, 313, 339, 342, 430⁵, 438¹, 489–491, 504, 559¹, 571, 635, 648⁹, 664, 700⁷, 716, 768⁴, 812, 831, 853¹, 856, 859²⁶, 893, 952¹, 1024, 1059f., 1061¹², 1081, 1086, 1141², 1167¹, 1180f., 1210, 1211¹⁶, 1212²⁰, 1229, 1252¹, 1270, 1291¹⁶, 1293¹, 1294, 1297¹, 1299¹, 1300, 1350, 1367, 1432, 1435f., 1539, 1581¹, 1708³, 1717, 1766, 1768¹³, 1820, 1852¹
- Schlecht, Otto** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 819, 821f., 1612
- Schlegel, Volker** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 424 „Exportkontrollfragen: Grundsatzfragen; Rüstungsexporte; B- und C-Waffen“ des Auswärtigen Amtes S. 368², 372¹⁵, 1285¹⁺³, 1521¹⁺⁷
- Schlesinger, Helmut** Vizepräsident der Deutschen Bundesbank S. 1443¹
- Schlingensiepen, Georg-Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus **Dok. 29, 225, 265** und S. 86¹⁰, 1071
- Schlüter, Poul Holmskov** Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 690f., 1662, 1686
- Schmeljow, Nikolaj Petrowitsch** Professor für Wirtschaftswissenschaften am Institut für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sowie seit 25. Mai 1989 Mit-

- glied des Kongresses der Volksdeputierten S. 1037
- Schmidt, Alfred** Mitarbeiter der Siemens AG, 1987 im Libanon als Geisel festgehalten S. 180⁶⁺⁸, 586
- Schmidt, Helmut** Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“; 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung; 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 54⁸, 184²⁴, 268, 471, 806, 1146¹⁰, 1159, 1854
- Schmidt, Karl Ludwig** 1929–1933 Professor für neutestamentliche Theologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn S. 280¹²
- Schmidt-Gerritzen** Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen S. 606
- Schmiegelow, Henrik** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Zentralamerika, Karibik, Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 245** und S. 103⁹, 559¹, 603¹, 1229³
- Schmitt, Maurice** Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 479, 481⁶
- Schmude, Michael von** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 673
- Schneider, Henry** Mitarbeiter von B'nai Brith S. 283
- Schneider, Oscar** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und bis 21. April 1989 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau S. 591, 594
- Schneller, Martin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multinationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECOSOC; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ des Auswärtigen Amtes bis 9. Juli 1989 S. 100¹
- Schneppen, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt bis 4. Mai 1989 S. 216
- Schnur, Wolfgang** Gründungsvorsitzender der Partei „Demokratischer Aufbruch“ in der DDR seit 17. Dezember 1989 S. 1655, 1700
- Schober, Eckehard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Fragen des internationalen Steuerrechts und des Zollrechts“ im Auswärtigen Amt seit 24. April 1989 **Dok. 413** und S. 1211¹³
- Schoeller, Franz Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis zum Eintritt in den Ruhestand am 4. November 1989 **Dok. 123, 206, 255, 260, 287, 306** und S. 152¹⁵, 381¹⁸, 744, 912, 1178³, 1278¹, 1282⁷, 1310¹⁹
- Scholz, Peter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 956¹³, 1718⁹
- Scholz, Rupert** Bundesminister der Verteidigung bis 21. April 1989 S. 178, 190, 194, 214, 311 f., 376¹⁷, 396, 1159
- Schomerus, Lorenz** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 134⁴, 606, 609 f., 970¹⁵, 1140
- Schönbohm, Jörg** Generalleutnant und Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung seit 6. Januar 1989 S. 1338
- Schönfelder, Wilhelm** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD; Deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 15, 56, 64, 94, 109, 169, 228, 380, 420** und S. 333¹⁰, 822¹³, 834⁴, 837, 943¹, 944, 1224¹⁺³, 1443¹, 1444, 1483², 1484⁶, 1562¹, 1711¹, 1713
- Schöning, Ulrich** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik; energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; nicht-nukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen; nicht-nukleare Energieforschung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 317**

- Schori, Jean-Pierre Olov („Pierre“)** Staatssekretär im schwedischen Außenministerium S. 1560¹²
- Schorlemmer, Friedrich** Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR S. 1700
- Schramm, Hilde** Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin (Alternative Liste) seit 2. März 1989 S. 283
- Schreckenberger, Waldemar** Staatssekretär im Bundeskanzleramt bis 30. April 1989 S. 130, 920⁸
- Schröder, Gerhard** 1949–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und 1969–1976 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses; 1961–1966 Bundesminister des Auswärtigen S. 354
- Schröder, Helmuth** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts S. 288¹, 429¹
- Schrömbgens, Gerhard Enver** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 3¹, 732¹, 742¹⁺⁵, 1175¹, 1178¹, 1509¹⁶, 1577¹²
- Schtscherbickij, Wladimir Wassiljewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU bis 20. September 1989 und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukrainischen SSR bis 28. September 1989 S. 575, 579, 1682²⁴
- Shubert, Konrad von** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 366**
- Schulmann, Horst** Geschäftsführer (Managing Director) des Institute of International Finance in Washington S. 334
- Schulte, Dieter** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr (CDU) S. 657
- Schultheiß, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen in Genf“ des Auswärtigen Amts seit 31. Mai 1989 S. 1330¹⁺³, 1820³
- Schumacher, Hanns Heinrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts S. 1071, 1653
- Schumacher, Kurt** 1946–1952 Vorsitzender der SPD S. 1579
- Schumacher, Rolf** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 1305¹, 1545¹
- Schuman, Robert** 1947/48 Ministerpräsident der Französischen Republik; 1948–1953 Außenminister S. 1042, 1342
- Schürmann, Wilhelm** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt, Soziale Dimension des Binnenmarktes, Agrar-, Fischerei-, Struktur-, Industrie-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial-, Verbraucher- und Bildungspolitik, Rechtsangleichung; bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu den EG-Mitgliedstaaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 180, 346, 410** und S. 216, 484¹
- Schuwirth, Rainer** Oberst i. G. im Bundesministerium der Verteidigung S. 492
- Schwammberger, Josef** SS-Oberscharführer und zwischen 1941 und 1943 Kommandant der Lager Rozwadów und Mielec sowie des Ghettos A in Przemyśl S. 1004f.
- Schwandt, Hans-Michael** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ des Auswärtigen Amts S. 872²
- Schwarz, Gottfried** SS-Untersturmführer; 1941/42 Vertreter des Lagerkommandanten in Bełżec, 1943 Lagerkommandant in Dorohucz, 1943/44 Angehöriger der „Abteilung R“ in Triest S. 110
- Schwarz, Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1187
- Schweinsteiger, Jörg** Oberstleutnant i. G. im Bundesministerium der Verteidigung S. 480
- Scowcroft, Brent** Generalleutnant und Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Bush (Assistant to the President for National Security Affairs) seit

20. Januar 1989 **Dok. 37, 111, 112, 314, 373** und S. 267, 388f., 421, 542, 711², 823, 1076, 1160, 1193, 1515, 1600, 1852
- Seebode, Christian** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 1426
- Sefali, Michael** lesothischer Minister für Wirtschaftsplanung S. 1705
- Seibert, Günther** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit)“, insbesondere amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen in Genf im Auswärtigen Amt **Dok. 92, 243, 427** und S. 236¹⁺³, 399¹, 528¹, 616¹⁹, 1330¹⁺³
- Seidel, Karl** Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR S. 147
- Sein Lwin** Brigadegeneral und 1988 Vorsitzender der Birmanischen Sozialistischen Programmpartei (Burma Socialist Programme Party) und Präsident der Sozialistischen Föderativen Union Birma S. 158¹⁵
- Seipei, James („Stompie Mooketsi“)** Mitglied der südafrikanischen United Democratic Front (UDF) S. 252⁴⁺⁵
- Seiters, Rudolf** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion bis 21. April 1989, anschließend Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts S. 450³, 470¹, 521¹, 571, 611²¹, 638⁷, 657, 659¹, 719, 819, 879¹, 1158, 1255, 1265, 1302⁵, 1345¹⁰, 1401, 1454¹, 1518⁷, 1538, 1597, 1651, 1660, 1692, 1720f., 1793, 1828⁸
- Seitz, Konrad** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 1250¹⁵
- Seitz, Raymond G.H.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) seit 8. August 1989 **Dok. 409** und S. 1256, 1273–1278, 1498–1505, 1744
- Semprún, Jorge** spanischer Kulturminister S. 386f.
- Serra y Serra, Narcís** spanischer Verteidigungsminister S. 774, 1627–1629, 1647
- Sevan, Benon Vahe** Persönlicher Repräsentant des VN-Generalsekretärs für Afghanistan und Pakistan seit Mai 1989 S. 1085
- Sgurskij, Walentin Arsentjewitsch** Oberbürgermeister von Kiew S. 359
- Shah, Ahmed** S. 468
- Shamir, Yitzhak** Ministerpräsident des Staates Israel S. 185f., 211f., 278, 301, 355, 381, 412, 415, 539, 620, 709¹⁷, 812, 814, 895, 909, 916, 935, 974, 1002f., 1060, 1252³⁺⁴, 1278, 1297, 1368f., 1694
- Sharon, Ariel** israelischer Minister für Industrie und Handel S. 301
- Shostal, Pierre** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 862, 1256
- Shoumer, Ariel** Abteilungsleiter im israelischen Ministerium für Wissenschaft und Entwicklung S. 412
- Shultz, George P.** amerikanischer Außenminister bis 20. Januar 1989 S. 14, 22, 41, 50, 94, 123⁴, 182, 184, 185³⁴, 188, 213, 222⁴³, 281, 301, 363⁵, 417
- Siebert, Michael** Legationssekretär im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts seit 1. Mai 1989 S. 1661¹
- Siebourg, Gisela** Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 202, 207, 377, 391, 412, 438, 470, 1322, 1650, 1653
- Siegel, Andreas** Legationssekretär im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts vom 1. Mai bis 7. Dezember 1989 S. 732¹
- Siffrin, Horst** Legationsrat im Referat 430 „Internationale Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ des Auswärtigen Amts, seit 23. Juni 1989 Legationsrat I. Klasse S. 500¹⁺³
- Sihanouk, Samdech Norodom** Präsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea“ S. 539, 546, 701f., 909, 916, 1141f.
- Silajew, Iwan Stepanowitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und sowjetischer Stell-

- vertretender Ministerpräsident S. 450f., 805f., 1037, 1638
- da Silva Moura, Venâncio** stellvertretender angolanischer Außenminister S. 22
- Simon, Dieter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartoum S. 161⁸
- Sinatra, Francis Albert („Frank“)** amerikanischer Sänger und Schauspieler S. 1545³
- Sindermann, Horst** Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 8. November und Vorsitzender der Volkskammer der DDR bis 13. November 1989, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats bis 17. November 1989, am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen S. 1387, 1481⁸
- Singer, Israel** Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) S. 100
- Sinowatz, Alfred** 1983–1986 österreichischer Bundeskanzler S. 1598¹⁶
- Siwicki, Florian** General, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und polnischer Verteidigungsminister S. 198
- Skubiszewski, Krzysztof** polnischer Außenminister seit 12. September 1989 **Dok. 299, 353** und S. 1178, 1254⁶, 1282f., 1315f., 1402, 1558f., 1577f., 1593, 1783
- Slavík, Václav** Mitglied des ZK der KPČ S. 1112
- Śliwiński, Krzysztof** Mitglied des Vorstands des Klubs der katholischen Intelligenz in Warschau sowie Mitglied des Bürgerkomitees und Redakteur der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ S. 939
- Smirnow, Andrej Andrejewitsch** 1943–1949 Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1848
- Smirnow, Georgij Lukitsch** Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU S. 760, 765, 767
- Smith, Gordon Scott** Leiter der kanadischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1552f., 1646
- Sobhani, Seyed Karim Ali** Attaché an der iranischen Botschaft in Bonn S. 969
- Sodano, Angelo** Erzbischof und bis 28. Februar 1989 Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche S. 111²
- Sofia** Königin von Spanien S. 1316
- Solana Morales, Fernando** mexikanischer Außenminister S. 258, 432, 435
- Solarz, Stephen J.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 870
- Solbes Mira, Pedro** spanischer Staatssekretär für Europafragen S. 1485, 1560¹³
- Solchaga Catalán, Carlos** spanischer Finanzminister S. 143
- Solomon, Richard H.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) seit 23. Juni 1989 S. 1141
- Solowjow, Jurij Filippowitsch** Erster Sekretär des Leningrader Gebietskomitees der KPdSU bis 12. Juli 1989 und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU bis 20. September 1989 S. 358
- Sommaruga, Cornelio** Präsident des IKRK in Genf S. 1117
- Somoza Debayle, Anastasio** 1967–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 563, 1096
- Son Sann** Anführer der Nationalen Befreiungsfront der Khmer und Ministerpräsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea“ S. 1141f.
- Soos, Mario-Ingo** Legationssekretär im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung: EURATOM, OECD-NEA, IAEA; Weltraumforschung und -erschließung: ESA; Internationales Trägertechnologie-Regime“ des Auswärtigen Amts seit 1. Mai 1989 S. 1249¹⁺⁵, 1326¹, 1452¹⁺⁴, 1722¹⁺⁵
- Söring, Jens** S. 1652
- Soros, George** Vorsitzender des Aufsichtsrats (Chairman of the Board) der Soros Fund Management LLC S. 941
- Sotow, Alexander Iwanowitsch** sowjetischer Botschafter in Damaskus seit 27. Januar 1989 S. 1006f.

- Spáčil, Dušan** tschechoslowakischer Botschafter in Bonn bis 10. November 1989 **Dok. 302** und S. 986, 1424¹, 1426⁸
- Späth, Lothar** Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Mitglied des Landtags (CDU) **Dok. 69** und S. 406, 451, 476, 595, 611
- Späth, Wilhelm** Legationsrat I. Klasse im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts seit 10. Juli 1989 S. 1335¹
- Sproedt, Bernd** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in San José S. 256⁸
- Staab, Franz Jürgen** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin bis Oktober 1989 S. 406⁹, 1199⁸⁺⁹, 1303⁶
- Stabreit, Immo** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria **Dok. 212** und S. 163¹², 208⁹⁺¹⁰, 218²¹, 252⁴⁺⁵, 665⁸, 827⁸, 829
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch** 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 46, 305, 576, 580, 593, 695, 697⁸, 755 f., 761, 763, 765, 881, 925, 1107⁹⁺¹⁰, 1123¹², 1156, 1196, 1200, 1244, 1296, 1429, 1534, 1624¹⁴, 1681²³, 1847–1849
- Staniszewski, Eberhard** Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 585, 586⁹, 1024⁵, 1272¹²
- Stavenhagen, Lutz** Staatsminister beim Bundeskanzler (CDU) S. 100, 391 f., 447 f., 476, 484, 657, 819, 822, 839, 918, 920, 1187, 1192 f., 1597, 1771, 1773
- Stechow, Andreas von** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 413 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen: Dritte Welt; Kooperationsbeziehungen, Assoziation Türkei, Malta, Zypern einschließlich bilateraler Wirtschaftsbeziehungen, Beteiligung der EG an internationalen Organisationen, Verträgen und Konferenzen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 190, 271** und S. 255¹, 1703
- Steger, Hans Alfred** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest bis zum Eintritt in den Ruhestand am 1. Februar 1989 **Dok. 20**
- Stein, Hans Freiherr von** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 17, 129³, 327², 918, 1210, 1595³, 1769, 1771¹
- Steinberg, Elan** Geschäftsführender Direktor (Executive Director) des World Jewish Congress in New York S. 100
- Steiner, Michael** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag seit 4. Juli 1989 S. 1426, 1564¹
- Steinkühler, Manfred** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Mailand S. 109 f., 527³⁰
- Stelmachowski, Andrzej** Präsident des polnischen Senats seit 4. Juli 1989 S. 1576
- Štěpán, Miroslav** Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ und Leitender Sekretär des Stadtausschusses der KPČ für Prag bis 24. November 1989, am 7. Dezember 1989 aus der KPČ ausgeschlossen, seit 22. Dezember 1989 in Untersuchungshaft S. 124, 1110, 1567, 1856
- Stepanow, Tejmuras Georgijewitsch** Persönlicher Referent des sowjetischen Außenministers Schewardnadse S. 596, 1788
- Stercken, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 1541
- Stern, Ernst Günter** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 22 „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Beziehungen zur DDR, Berlin-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 404¹
- Stern, Maram** Politischer Berater des Präsidenten und des Generalsekretärs des World Jewish Congress in New York S. 100
- Sterzinsky, Georg** Generalvikar im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen bis 8. September 1989, anschließend Bischof von Berlin S. 112⁸

- Steyn, Jan** Vorsitzender der südafrikanischen Urban Foundation S. 209
- Stich, Otto** schweizerischer Finanzminister S. 448
- Stihl, Hans Peter** Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags S. 1612
- Stiller, Dietrich** freiberuflicher Dolmetscher S. 1581
- Stobbe, Dietrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und des Auswärtigen Ausschusses; 1977–1981 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 420, 584, 1539, 1541–1543
- Stöckl, Kurt** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 917
- Stocks, Christian** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1773¹, 1839¹, 1842¹²
- Stoffaës, Brigitte** siehe: Sauzay-Stoffaës, Brigitte
- Stojanow, Dimitar** Generaloberst sowie bis 16. November 1989 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei; 1973–1988 Innenminister S. 1525
- Stolpe, Manfred** Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (Bereich Ost) S. 1743⁸
- Stoltenberg, Gerhard** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und bis 21. April 1989 Bundesminister der Finanzen, anschließend Bundesminister der Verteidigung **Dok. 111, 112, 314** und S. 41, 48, 50f., 84, 94, 168⁴, 189, 313, 319¹⁷, 323²⁷, 376¹⁷, 450³, 455, 484, 486, 524, 589¹⁵, 638, 640f., 646, 659, 772, 806, 866, 936³, 938f., 1143², 1146¹², 1151f., 1154, 1159, 1186, 1360², 1423, 1495–1497, 1541, 1625–1630, 1647–1649
- Stoltenberg, Thorvald** norwegischer Außenminister bis 16. Oktober 1989 S. 612f., 617, 977³⁴, 1311
- Stoph, Willi** Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 8. November sowie Vorsitzender des Ministerrats bis 13. November und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR bis 17. November 1989, am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen und seit 8. Dezember 1989 in Untersuchungshaft S. 1387
- Storz-Chakarji, Angelika** Legationsrätin I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts seit 11. April 1989 **Dok. 234** und S. 1672¹
- Strachwitz, Helga Gräfin von** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 322 „Ostafrika, Zaire“ des Auswärtigen Amts S. 159¹
- Strauß, Franz Josef** 1961–1988 Vorsitzender der CSU; 1978–1988 Ministerpräsident des Freistaats Bayern S. 163, 209, 879
- Stroba, Jerzy** Erzbischof von Posen S. 1576
- Stroessner Matiauda, Alfredo** Präsident der Republik Paraguay bis 3. Februar 1989 S. 156–159, 227
- Štrougal, Lubomír** 1970–1988 Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 326
- Strübig, Heinrich** Mitarbeiter der Hilfsorganisation ASME Humanitas e. V., seit 16. Mai 1989 im Libanon als Geisel festgehalten S. 716⁵, 884¹⁹, 1026, 1072, 1270–1272, 1294, 1435
- Stüdemann, Dietmar** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 817¹, 845¹, 874¹, 1398¹, 1568¹, 1845¹
- Studnitz, Ernst-Jörg von** Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 347** und S. 303¹, 590¹, 1198¹, 1302¹, 1355¹, 1724¹
- Stülpnagel, Paul-Joachim von** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 5** und S. 142²⁰, 396⁵, 616¹⁷, 1185¹²
- Suárez González, Fernando** Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion der Europäischen Demokraten) und Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe S. 260
- Sudhoff, Jürgen** Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 25, 43, 155, 162,**

- 163, 250, 251, 290, 294, 302, 321, 362, 402, 418** und S. 113f., 129³, 147, 148¹³, 149¹⁵, 150, 156, 157⁷, 158¹⁶, 177¹⁺³, 178⁷, 179¹⁰, 197, 208, 231¹, 236, 240¹⁸⁺²¹, 242²⁵, 243²⁹, 285¹, 291, 292⁹, 293¹¹, 306, 313, 335, 357, 360, 363, 365, 399¹⁺⁴, 402¹⁷⁺¹⁸, 403¹⁹⁺²³⁺²⁴, 404¹, 409, 416f., 431, 444, 446⁷, 489, 492⁴, 494¹⁰, 500², 504, 570, 584¹, 596¹, 603, 635, 669, 672, 674¹⁰, 716, 735¹⁵, 742, 759, 768, 770⁶⁺⁷, 780¹, 812, 922, 933–936, 946, 967, 969¹¹, 970¹⁴, 971¹⁷, 997, 1000¹⁵⁺¹⁶, 1008, 1019, 1024, 1027, 1041¹, 1056, 1059–1061, 1062⁴, 1066, 1072, 1079¹³, 1081, 1086, 1088¹²⁺¹⁵, 1089¹⁸, 1143, 1207, 1208¹², 1209¹⁴, 1210, 1213²⁵, 1259, 1270, 1315, 1330, 1332⁹, 1333^{10–13}, 1334¹⁹, 1364, 1413³, 1426⁸, 1472, 1474⁷, 1588¹, 1589⁸, 1606, 1609, 1614, 1615⁷⁺¹¹, 1616¹³⁺¹⁴, 1618²⁰⁺²², 1619, 1661, 1662⁶⁺⁸, 1663⁹, 1664¹³⁺¹⁴, 1695, 1717, 1791, 1797¹, 1801¹⁰, 1802¹², 1803¹³, 1816³, 1820
- Sufek, Jerzy** Mitarbeiter im polnischen Außenministerium S. 1254
- Sulimma, Hans-Günter** Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 68** und S. 159¹, 164¹⁵, 252, 438¹, 603, 604¹⁰, 635², 664, 666¹¹, 831, 1086³, 1141, 1142⁶, 1167¹, 1270², 1535²⁰, 1609
- Sununu, John Henry** Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) seit 20. Januar 1989 S. 173, 823
- Süssmuth, Rita** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Präsidentin des Deutschen Bundestages **Dok. 369** und S. 168⁴, 805, 869, 953⁶, 1213²⁵, 1635
- Suzman, Helen** Mitglied des südafrikanischen Parlaments (Progressive Federal Party, seit 8. April 1989 Democratic Party) bis 6. September 1989 S. 950
- van Swinderen, Reneke Alexander** Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium S. 1335
- Syszow, Apollon Sergejewitsch** sowjetischer Minister für Flugzeugbau S. 1641
- Szurgelies Jürgen** S. 1181, 1212
- Szűrös, Mátyàs** Präsident des ungarischen Parlaments vom 10. März bis 23. Oktober 1989, anschließend Interimspräsident der Republik Ungarn S. 720, 1551
- Szűrös, Mátyàs** Dritter Sekretär an der ungarischen Botschaft in Bonn S. 387¹²
- Taft, William H. IV** Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit 3. August 1989 S. 1361
- Takeshita, Noboru** Ministerpräsident von Japan bis 2. Juni 1989 S. 1853
- at-Talhi, Dschadullah Azzuz** libyscher Außenminister S. 6⁴
- Tall, Maki Koreissi Aguibou** malischer Botschafter in Bonn S. 438
- Tambo, Oliver Reginald** Präsident des südafrikanischen ANC, seit 1960 im Exil S. 164, 831–833, 917
- van der Tas, Jan G.** niederländischer Botschafter in Bonn S. 1335
- Teillac, Jean** Hochkommissar des französischen Kommissariats für Atomenergie (CEA) S. 477
- Tejera Paris, Enrique** venezolanischer Außenminister vom 2. Februar bis 26. August 1989 S. 432, 436
- Teltschik, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts sowie persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers Kohl für die deutsch-polnischen Verhandlungen **Dok. 201, 264** und S. 9, 70, 72¹², 74, 76f., 93¹, 97, 188, 202, 206¹, 207, 210, 214, 225¹, 298¹, 377, 381¹⁸, 391¹, 412¹, 419, 449¹, 470, 472–474, 476, 492⁴, 507, 516, 521¹, 534², 535⁷, 536, 551, 553, 596, 606–611, 638⁷, 640¹, 641, 653¹, 656, 659, 682, 711², 718f., 826¹, 879¹, 909⁶, 1041⁴, 1135⁵, 1226–1228, 1401–1403, 1406, 1408f., 1438, 1454¹, 1492⁷, 1509, 1510⁶, 1517¹⁺², 1690
- Tenzin Gyatso** Dalai Lama S. 289, 290⁸, 429, 1217
- Terfloth, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest seit

5. Januar 1989 **Dok. 122, 170, 365** und S. 337, 338¹⁷
- Thatcher, Margaret** Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 44, 45, 115, 116** und S. 17, 84, 113⁵, 115, 163¹⁰, 164¹³, 179, 183, 190, 194, 216², 218, 225–228, 244³, 300, 392, 394, 423, 472, 524, 526, 547, 565, 641f., 644f., 655, 661, 681, 684–686, 688, 694, 697f., 704f., 710, 794, 801, 827, 829, 836, 864, 882, 887, 910⁹, 917⁴⁶, 1049, 1243, 1307, 1360–1363, 1398², 1474, 1514–1516, 1534, 1571, 1624, 1633¹⁰, 1634, 1650, 1657, 1659, 1675, 1685f., 1715, 1728, 1753, 1781²², 1840–1842
- Thiele, Rüdiger** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 41 „Europäische Wirtschaftsintegration; Europäischer Binnenmarkt“ im Bundeskanzleramt S. 391¹, 819
- Thomas, Charles H.** stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) **Dok. 121**
- Thuisbaert, Prosper** Leiter der belgischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 401f., 1305
- Tietmeyer, Hans** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 143f., 264², 378, 484, 606, 611, 719, 819, 822, 909⁶, 943⁵, 1401f., 1404, 1406–1409
- Timmermann, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 1609¹⁷
- Timmermann, Ralph** Legationssekretär im Referat 331 „Zentralamerika, Karibik, Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela“ des Auswärtigen Amts seit 1. Mai 1989 S. 1090¹
- Tindemans, Leonard Clemence** belgischer Außenminister bis 19. Juni 1989 S. 229, 432, 612f.
- Tinoco, Victor Hugo** nicaraguanischer Stellvertretender Außenminister S. 1290
- Tisch, Harry** Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) bis 2. November 1989, Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 8. November 1989, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats bis 17. November 1989, am 29. November aus dem FDGB, am 3. Dezember 1989 aus der SED ausgeschlossen und verhaftet S. 1358, 1386
- Tito, Josip Broz** 1937–1980 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und 1953–1980 Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bzw. der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 361, 721
- Tjuttschew, Fjodor Iwanowitsch** *1803 †1873 S. 1740
- Todorow, Stanko** Präsident des bulgarischen Parlaments S. 1527
- Tökés, László** Pfarrer der Ungarischen Reformierten Kirche im rumänischen Temeschburg S. 1805²
- Tomášek, František** Kardinal und Erzbischof von Prag S. 121², 123, 125, 965f., 1110, 1150
- Toome, Indrek** Vorsitzender des Ministerrats der Estnischen SSR, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 358, 577
- Töpfer, Klaus** Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit S. 144²⁸, 472, 477f., 484, 591⁵, 729⁹, 730f., 1460, 1464, 1477, 1576
- Torrijos Herrera, Omar Efraín** 1968–1981 Brigadegeneral und Kommandeur der panamaischen Nationalgarde S. 603⁹
- Totu, Ioan** rumänischer Außenminister bis 3. November 1989 **Dok. 122** und S. 338¹⁷
- Tran Van Thinh** Vertreter der EG-Kommission bei den GATT-Verhandlungen in Genf S. 679f., 1046
- Traoré, Moussa** Präsident der Republik Mali und bis 24. Juli 1989 Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit **Dok. 97**
- Trautwein, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit Ausland“ **Dok. 9, 231, 233, 371, 428, 429** und S. 1806³
- Trebesch, Jochen** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der

- Bundesrepublik Deutschland in Helsinki S. 1539¹⁷
- Trefftz, Georg** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 145³⁰
- Triantopoulos, Lydia** Mitarbeiterin des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles S. 1005
- Trichet, Jean-Claude** Leiter des französischen Schatzamts (Directeur du Trésor) S. 1510⁶
- Trömel, Thomas** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 167** und S. 201², 230, 858²⁴
- Trosten, William S.** Associate Director des American Jewish Committee bis 30. Juni 1989 S. 1138
- Truman, Harry S.** 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 531, 1042¹⁶, 1107⁹
- Trumpf, Jürgen** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts bis 14. November 1989, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 55, 71, 189, 424** und S. 431¹, 66, 134³⁺⁴, 137¹³⁺¹⁵, 138¹⁷, 261, 264², 273², 294, 373³, 404¹, 426, 457, 476²⁶, 657¹, 744, 799, 819, 822¹³, 838, 961, 963¹³, 1019, 1062, 1130¹⁺⁴, 1224³, 1234³, 1335, 1379, 1418, 1443¹, 1483⁴, 1521³, 1703⁷
- Trzeciakowski, Witold** polnischer Wirtschaftswissenschaftler, seit 4. Juni 1989 Mitglied des Senats, seit September 1989 Minister im Ministerpräsidentenamt S. 939–942, 1509
- Tschebrikow, Wiktor Michajlowitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK bis 20. September 1989; 1982–1988 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1036
- Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch** 1984/85 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 72, 756
- Tschernjajew, Anatolij Sergejewitsch** außenpolitischer Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 420
- Tuchatschewskij, Michail Nikolajewitsch** Marschall der Sowjetunion und 1934–1937 Erster Stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung; 1937 hingerichtet S. 755
- Tutu, Desmond Mpilo** anglikanischer Erzbischof von Kapstadt S. 948, 950
- Tutwiler, Margaret D.** Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Public Affairs) und Sprecherin des Ministeriums seit 2. März 1989 S. 188, 711, 862
- Ueberschaer, Hans-Christian** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen; bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt S. 167, 412, 438, 559¹, 826¹, 879, 887, 1167, 1581
- Ulbricht, Walter** 1950–1971 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED; 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 594, 1697¹²
- Ünaydin, Tevfik** türkischer Botschafter in Belgrad S. 897
- Ungerer, Werner** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 14. November 1989 **Dok. 227, 307** und S. 649¹¹, 943⁶, 961²⁷, 962⁹, 1312⁶
- Ünsal, Ünal** Leiter der türkischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit Januar 1989 S. 403, 1312, 1553
- Urbánek, Karel** Generalsekretär des ZK der KPČ seit 24. November 1989 S. 1619
- Uschner, Manfred** Mitarbeiter beim Sekretariat des ZK der SED bis 20. Februar 1989, anschließend am Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR S. 304

- Uslar-Gleichen, Hasso Freiherr von** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 936⁵, 1504³³
- Ustinow, Wjatscheslaw Alexandrowitsch** sowjetischer Beobachter bei der Joint Monitoring Commission für Angola im Rang eines Botschafters S. 665
- Vaezi, Mahmoud** stellvertretender iranischer Außenminister **Dok. 337** und S. 1071
- Vagris, Jānis** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 358
- Valdés Subercaseaux, Pío Gabriel** 1982–1987 Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles (Partido Demócrata Cristiano) S. 233⁴
- Valech Aldunate, Sergio Patricio** Titularbischof von Zabi und Weihbischof in Santiago de Chile sowie Leiter des dortigen Solidaritätsvikariats (Vicaría de la Solidaridad) S. 235⁹
- Väljas, Vaino** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands, seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 358
- Vance, Cyrus R.** 1977–1980 amerikanischer Außenminister S. 1752
- Vander Espt, Georges** belgischer Botschafter in Bonn S. 80¹⁰
- Vandersee, Jürgen** Oberregierungsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1480¹
- Vanik, Charles A.** 1955–1981 Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 683¹⁰
- Vanni d'Archirafi, Raniero** Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium seit 5. Juli 1989 S. 1379
- Vargas, Felix C., Jr.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 178
- Vassiliou, Georges** Präsident der Republik Zypern S. 1189
- Vattani, Umberto** außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten S. 521
- Vaugier, Georges** Mitarbeiter im französischen Außenministerium S. 1220, 1223, 1653
- Védrine, Hubert** Pressesprecher des französischen Staatspräsidenten Mitterrand S. 377, 470, 472, 476, 860
- Vehres, Gerd** Botschafter der DDR in Budapest S. 1119
- Velayati, Ali Akbar** iranischer Außenminister **Dok. 49** und S. 217, 226⁹, 856f., 859²⁶, 968, 970¹⁶, 1071, 1299, 1467⁵
- Venkataraman, Ramaswamy** Präsident der Republik Indien **Dok. 275**
- Venzlaff, Dietrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa S. 166²⁰
- Verbeek, Paul** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 112⁸, 1149⁶
- Verdross, Alfred** 1924–1960 Professor des Völkerrechts an der Universität Wien S. 1124
- Vergau, Hans-Joachim** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 227¹⁴, 1084¹², 1217¹⁰
- Verryn, Paul** südafrikanischer methodistischer Geistlicher S. 252⁴
- Vessey, John W.** General und Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten für die Aufklärung des Schicksals in Vietnam vermißter Soldaten S. 702
- Vestring, Alfred** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad seit 8. April 1989 **Dok. 105**
- Veverka, Otakar (Ota)** tschechoslowakischer Musiker und Dissident S. 125
- Viera Linares, José Raúl** kubanischer Erster Stellvertretender Außenminister S. 1091, 1094–1096, 1099f.
- Viljoen, Gerrit** südafrikanischer Minister für Bildung und Entwicklungshilfe S. 830
- Vitalone, Claudio** Parlamentarischer Staatssekretär (Sottosegretario di Stato)

- im italienischen Außenministerium seit 26. Juli 1989 S. 1379
- Vllasi, Azem** 1986–1988 Vorsitzender des Bundes der Kommunisten des Kosovo S. 361
- Vogel, Bernhard** 1976–1988 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) S. 292
- Vogel, Dieter** stellvertretender Sprecher der Bundesregierung seit 2. Oktober 1989 S. 1790
- Vogel, Friedrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe S. 727
- Vogel, Hans-Jochen** Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender der SPD-Fraktion sowie der SPD **Dok. 85, 93** und S. 584, 588, 806, 953⁶, 1160, 1412, 1687⁴
- Vogel, Wolfgang** Rechtsanwalt und Persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Lösung humanitärer Probleme S. 1027, 1067, 1179⁴, 1254, 1255⁷, 1263 f., 1266, 1269, 1276, 1278–1283, 1301 f., 1304
- Voigt, Karsten** Mitglied des Deutschen Bundestages und Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender S. 388, 420, 1197
- Vollers, Claus** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt S. 6¹, 1143¹
- Vondra, Alexandr** Mitunterzeichner der „Charta 77“ S. 1111
- Vorwerk, Michael** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 209 „WEU, Verteidigungs- und Ausbildungshilfe, Rüstungskooperation, Übungen“ des Auswärtigen Amts bis 20. April 1989 S. 561+3
- Vorwerk, Wolfgang** Vortragender Legationsrat im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts seit 7. Februar 1989, seit 24. April 1989 Vertreter des Referatsleiters S. 571¹, 648⁹, 739¹, 741⁹, 812⁴, 853¹, 856¹⁸, 859²⁶, 967¹, 1038¹, 1171, 1436
- Voscherau, Henning** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD) S. 594
- Voss, Hans** Leiter der Delegation der DDR beim KSZE-Informationsforum in London und beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia im Rang eines Botschafters S. 627¹⁶, 628
- Vranitzky, Franz** Bundeskanzler der Republik Österreich S. 153
- Vulfsons, Mavriks** Vorstandsmitglied der Lettischen Volksfront und seit 25. Mai 1989 Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR S. 1848
- Wagner, Adolf Karl Ritter von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung: EURATOM, OECD-NEA, IAEO, Weltraumforschung und -erschließung: ESA; Internationales Trägertechnologie-Regime“ im Auswärtigen Amt **Dok. 104, 341, 403** und S. 377, 729¹⁺⁶, 1249⁵, 1795²
- Wagner, Gerd** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen in Genf“ des Auswärtigen Amts bis 31. Mai 1989 S. 236¹, 416¹⁺⁶, 418¹⁶
- Waigel, Theo** Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CSU sowie seit 21. April 1989 Bundesminister der Finanzen S. 313, 450³, 486, 606 f., 611¹⁹, 638⁷, 718 f., 819, 821 f., 1018¹⁵, 1150, 1224, 1226, 1228, 1232, 1295 f., 1401–1407, 1409, 1449²², 1477, 1483³
- Wakil, Abdul** afghanischer Außenminister S. 465
- Waldegrave, William Arthur** Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 336, 353, 571, 934, 1360–1362, 1841, 1842⁸
- Waldersee, Bernhard Graf von** Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutsch-

- land als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts bis 19. April 1989 S. 147¹, 171¹⁰
- Waldner, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 116 „Bibliothek, Dokumentation, Geographisch-Kartographischer Dienst“ und des Referats 117 „Politisches Archiv und Historisches Referat“ im Auswärtigen Amt S. 760⁸
- Wałęsa, Lech** Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft Solidarność **Dok. 267, 268** und S. 4, 198, 390, 409, 474, 607, 713f., 733, 743, 912, 939, 942, 1148, 1160f., 1255, 1503, 1549, 1576f.
- Wall, John Stephen** Privatsekretär des britischen Außenministers (Principal Private Secretary to the Secretary of State) S. 1531
- Wallenberg, Raoul** 1944/45 Erster Sekretär an der schwedischen Gesandtschaft in Budapest, am 17. Januar 1945 von sowjetischen Soldaten verschleppt S. 280, 282
- Wallis, Wilson A.** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic and Agricultural Affairs) bis 20. Januar 1989 S. 244²
- Wallmann, Walter** 1986/87 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (CDU) S. 1490
- Walsum, Peter van** Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium S. 1335
- Walter, Norman** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad seit 16. Mai 1989 S. 896¹
- Walters, Vernon A.** Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters bis 15. März 1989, seit 24. April 1989 Botschafter in Bonn **Dok. 338, 418** und S. 16, 173, 534–536, 659, 711, 1160, 1423, 1536, 1538, 1590, 1733, 1744, 1746, 1776⁶
- Wan Li** Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1215
- Wang Fang** chinesischer Minister für öffentliche Sicherheit S. 370
- Wang Meng** chinesischer Kulturminister bis 4. September 1989 S. 45
- Wardak, Abdul Rahim** Kommandeur der Nationalen Islamischen Front Afghanistans (Mahaz-e Milli-ye Islami-ye Afghanistan) S. 467
- Warnke, Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und bis 21. April 1989 Bundesminister für Verkehr, anschließend Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 313⁸, 484, 559¹, 563, 953⁶, 957, 1401, 1406–1408, 1455³
- Warnken, Claus** Legationsrat im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Grundsatzfragen; Rüstungsexporte; B- und C-Waffen“ des Auswärtigen Amts S. 1048¹, 1049⁷
- Wartenberg, Ludolf-Georg von** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft (CDU) bis 4. Juli 1989 S. 337f.
- Weber, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ im Auswärtigen Amt bis 30. Juni 1989 S. 842³
- Weber, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1989 S. 81, 100, 167, 179
- Webster, William H.** Direktor der Central Intelligence Agency der Vereinigten Staaten von Amerika S. 192
- Wechmar, Rüdiger Freiherr von** 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 354, 894¹¹, 933⁵, 1368⁴
- Wegener, Henning** Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Politische Angelegenheiten (Assistant Secretary General) S. 1785
- Wegner, Helmut** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1042¹⁵
- Wei Jingsheng** chinesischer Dissident S. 45
- Weidenfeld, Werner** Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Guten-

- berg-Universität Mainz sowie Koordinator für die deutsch-amerikanische zwi- schengesellschaftliche, kultur- und in- formationspolitische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt S. 277, 283
- Weigel, Detlef** Vortragender Legations- rat im Referat 213 „Weltweite internatio- nale Organisationen, bilaterale Beziehun- gen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ des Bundeskanzleramts seit 2. Juni 1989 S. 1581¹
- Weinberger, Walter** Legationsrat I. Klas- se im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Por- tugal, Spanien, Italien, San Marino, Hei- liger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zyp- ern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 139¹
- Weiser, Edgar** französischer Dolmetscher S. 470
- Weiss, Abraham** amerikanischer Rabbi S. 1149⁷
- Weiß, Andreas** Vortragender Legations- rat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 9
- Weiß, Gebhardt** Vortragender Legations- rat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 922¹
- Weiß, Konrad** Mitbegründer von „Demo- kratie Jetzt“ in der DDR S. 1700
- Weizman, Ezer** israelischer Minister für Wissenschaft und Entwicklung **Dok. 91** und S. 355
- Weizsäcker, Richard Freiherr von** Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1981–1984 Regierender Bür- germeister von Berlin **Dok. 165, 275** und S. 36, 70f., 115, 160⁷, 171, 193²³, 352, 365, 422, 438f., 450³, 457⁷, 589¹⁴, 611¹⁹, 653⁶, 785, 795, 805f., 925, 953⁶, 1134–1136, 1296, 1577, 1687⁴, 1721, 1743, 1749, 1759, 1855
- Wekwerth, Manfred** Präsident der Aka- demie der Künste der DDR und Inten- dant des Berliner Ensembles, bis 3. De- zember 1989 Mitglied des ZK der SED S. 1357
- Welitschkow, Welitschko Filipowitsch** bulgarischer Botschafter in Washington S. 913
- Wellershoff, Dieter** Admiral und Gene- ralinspekteur der Bundeswehr S. 472, 478f., 481⁶, 556⁸, 806, 1340
- Wentzel, Matthias** Vortragender Lega- tionsrat und Vertreter des Leiters im Re- ferat 511 „Strafrecht, Fragen des interna- tionalen Steuerrechts und des Zollrechts“ des Auswärtigen Amts S. 180⁷, 1769¹
- Werndl, Klaus** Vortragender Legations- rat I. Klasse und Leiter des Referats 615 „Kulturelle Zusammenarbeit in suprana- tionalen und internationalen Organisa- tionen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 84**
- Werner, Anneliese** Sekretärin des Bot- schafters der Bundesrepublik Deutsch- land in Beirut S. 585, 586⁹
- Westdickenberg, Gerhard** Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Ost-West- Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rü- stungskontrolle“ des Bundeskanzleramts S. 277¹, 283, 1002¹, 1005
- Wetter, Eberhard** Brigadegeneral und Mi- litärattaché an der Botschaft der Bundes- republik Deutschland in Moskau S. 556⁸
- Whitehead, John C.** stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) bis 20. Januar 1989 S. 487, 50
- Wiese, Walter** Ministerialrat an der Stän- digen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 106¹
- Wiesenthal, Simon** österreichischer Pu- blizist und Schriftsteller sowie Gründer und Vorsitzender des Dokumentations- zentrums des „Bundes Jüdischer Verfolg- ter des Naziregimes“ in Wien S. 94, 278, 282, 1004
- Wiesner, Wolfgang** Botschaftsrat I. Klas- se an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis 12. November 1989 S. 1102¹⁰⁺¹¹, 1103¹⁴
- Wihtol, Åke** Staatssekretär im finnischen Außenministerium S. 1312
- Wilczek, Mieczysław Karol** polnischer Industrieminister bis 1. August 1989 S. 4, 610
- Wilhelm II.** 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen S. 448, 1161
- Williams, Sir Anthony** Leiter der briti- schen Delegation beim KSZE-Umwelt-

- schutztreffen in Sofia im Rang eines Botschafters S. 1461
- Wilms, Dorothee** Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1827
- Wilson, Sir David** Gouverneur von Hongkong S. 1242²
- Wilson, Peter B.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kalifornien (Republican Party) S. 1002, 1003⁵
- Wimmer, Willy** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung (CDU) S. 1396
- Winkelmann, Horst** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 82, 1416¹¹, 1428⁴, 1635¹, 1638⁸
- Wirth, Christian** Kriminalrat und SS-Sturmabführer; 1941/42 Lagerkommandant in Belzec; 1942/43 Inspekteur der Vernichtungslager Belzec, Sobibór und Treblinka; 1943/44 Befehlshaber der „Abteilung R“ in Triest S. 109f.
- Wischnewski, Hans-Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 289⁵, 390, 1542
- Wistinghausen, Henning von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenwirtschaftsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhr und Auslandsinvestitionen; Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung, Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 31** und S. 264¹⁺², 273¹⁺², 550¹, 608¹², 1031³, 1403¹⁰, 1816¹⁺³
- Witt, Katarina** Eiskunstläuferin in der DDR S. 405⁴, 628
- Witt, Peter** Ministerialrat und Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den GATT-Verhandlungen in Genf **Dok. 6, 152** und S. 1045¹⁻⁴
- Witte, Barthold** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amtes sowie Beauftragter für internationale Medienpolitik S. 314, 387¹², 1507f.
- Wohlfahrt, Georges** luxemburgischer Staatssekretär für Außenbeziehungen, Außenhandel und Zusammenarbeit sowie für Verteidigung S. 1649
- Wolf, Christa** Schriftstellerin in der DDR S. 1357, 1696, 1702
- Wolf, Markus („Mischa“)** 1956–1986 Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der DDR S. 304f., 593, 1246, 1303, 1357
- Wolff von Amerongen, Otto** Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft S. 1638f.
- Wolter, Detlev** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau seit 11. Mai 1989 S. 1154³
- Worbs, Michael** Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amtes bis 30. April 1989 **Dok. 110**
- Wörner, Manfred** NATO-Generalsekretär; 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung **Dok. 417** und S. 399³, 400, 404, 617, 621, 661, 681f., 693, 705f., 710, 770–772, 1159, 1360f., 1496²⁰, 1551²⁹, 1643, 1675, 1678, 1756f., 1763, 1765f., 1834
- Woronzow, Nikolai Nikolajewitsch** Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Umweltschutz seit August 1989 S. 1464
- Worrall, Denis** Ko-Vorsitzender der südafrikanischen Demokratischen Partei seit 8. April 1989 S. 950
- Wrede, Hans-Heinrich** Botschaftsrat und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien bis 31. Januar 1989, anschließend Mitglied der Delegation bei den VKSE in Wien S. 89¹
- Würzbach, Peter Kurt** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1834
- Würzen, Dieter von** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 274, 404¹, 606, 718f., 856, 887, 890, 1056, 1401, 1403f., 1406–1409, 1510⁶
- Wyszyński, Stefan** 1948–1981 Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen, seit 1953 Kardinal S. 4

- Yakub Khan, Sahabzada Mohammad** pakistanischer Außenminister **Dok. 295** und S. 469, 1652
- Yang Shangkun** Präsident der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh sowie bis 9. November 1989 Generalsekretär der Militärkommission der KPCh S. 650–652, 1215
- Yao Yilin** chinesischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident sowie Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh S. 637
- Yeutter, Clayton K.** amerikanischer Landwirtschaftsminister seit 16. Februar 1989 S. 218¹⁹
- Yilmaz, Ahmet Mesut** türkischer Außenminister S. 221, 287, 728, 1463²⁰, 1553, 1765
- York von Wartenburg, Alexander Graf** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 30. Januar 1989 S. 339⁴
- Younger, George** britischer Verteidigungsminister bis 24. Juli 1989 S. 214, 771–773
- Yürür, Şükrü** türkischer Industrie- und Handelsminister S. 751
- Zahir Schah, Mohammed** 1933–1973 König des Königreichs Afghanistan, seit 1973 im Exil S. 365, 467, 1085
- Zanone, Valerio** italienischer Verteidigungsminister bis 23. Juli 1989 S. 772
- Zeisler, Dieter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Sudhoff bis 2. Mai 1989 S. 66³, 231¹, 349¹
- Zelada Jurado, Fermín** Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium S. 1551
- Zeller, Klaus** Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 172** und S. 363, 365⁹, 430⁵, 504, 635, 637⁸, 768, 952¹, 1081, 1141, 1167, 1581¹, 1587¹⁴, 1717, 1719¹¹⁺¹²
- Zenner, Michael** Legationsrat I. Klasse im Referat 340 „Südasiens“ des Auswärtigen Amts bis 16. August 1989 S. 363¹⁺⁴, 1081¹
- Zepter, Bernhard** Botschaftsrat und stellvertretender Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den GATT-Verhandlungen in Genf **Dok. 236** und S. 24¹
- Zeze, D.H.** Vorsitzender des Herero-Kulturrats S. 456
- Zhao Ziyang** Generalsekretär des ZK der KPCh bis 24. Juni 1989 S. 504f., 636f., 650², 652, 881, 885, 915, 1214f.
- Zhou Enlai** 1949–1976 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 45
- Zhou Nan** chinesischer Stellvertretender Außenminister S. 431, 702¹⁹
- Zia ul-Haq, Mohammed** 1978–1988 Präsident der Islamischen Republik Pakistan S. 467f.
- Zimmermann, Bernhard** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 846⁹, 1525¹
- Zimmermann, Friedrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und bis 21. April 1989 Bundesminister des Innern, anschließend Bundesminister für Verkehr S. 18–20, 133, 156⁴, 158, 247, 250, 450³
- Zimmermann, Jens** Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 481
- Zimmermann, Roland** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna **Dok. 246**
- Zimmermann, Werner** Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 640, 860
- Zirpel, Rolf-Rüdiger** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD; Deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik“ des Auswärtigen Amts S. 66³, 261¹, 270²³, 294¹, 331¹

Zlatko jugoslawischer Dolmetscher S. 247

Zoellick, Robert B. Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Counselor of the United States Department of State) seit 2. März 1989 S. 179, 188, 712, 862, 1256, 1590, 1669, 1672

Zolotas, Xenophon Ministerpräsident der Griechischen Republik seit 23. November 1989 S. 1686

de Zorzi, Joël Mitarbeiter im französischen Außenministerium (chargé de mission au cabinet du ministre d'État, ministre des affaires étrangères) S. 1653

Zuze, Peter Dingiswayo Generalleutnant und Leiter der sambischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1609

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den ägyptisch-israelischen Beziehungen unter „Ägypten“ und dort beim Unterschlagwort „Israel“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „UdSSR–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer internationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 202 bzw. von Seite 1 bis 905, **Band II** von Dokument 203 bis 437 bzw. von Seite 907 bis 1857.

Abkommen und Verträge

- Vertrag vom 18.11.1903 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama zum Bau eines Schifffahrtskanals (Hay-Bunau-Varilla-Vertrag) S. 1790
- Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) S. 1107
- Abkommen vom 24.7.1923 über die Meeren (Konvention von Lausanne) S. 726³
- Friedensvertrag vom 24.7.1923 zwischen dem Britischen Empire, der Französischen Republik, dem Königreich Griechenland, dem Königreich Italien, dem Kaiserreich Japan, dem Königreich Rumänien und dem Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staat einerseits und dem Türkischen Staat andererseits (Vertrag von Lausanne) S. 726
- Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege S. 6⁴, 21–24, 1329
- Vertrag vom 27.8.1928 zur Ächtung des Krieges (Briand-Kellogg-Pakt) S. 1122–1124
- Konkordat vom 11.2.1929 zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien S. 646
- Vertrag vom 14.6.1929 zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl S. 111
- Konkordat vom 20.7.1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl S. 111
- Notenwechsel vom 18.6.1935 zwischen der Deutschen Regierung und der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich über die Begrenzung der Flottenrüstungen S. 1847
- Abkommen vom 20.7.1936 über die Meeren (Abkommen von Montreux) S. 726
- Abkommen vom 17.7.1937 zwischen der Deutschen Regierung und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland über die Begrenzung der Seerüstungen und den Nachrichtenaustausch über Flottenbau S. 1847
- Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland (Münchener Abkommen) S. 98, 661, 1846
- Vertrag vom 22.3.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen über die Wiedervereinigung des Memelgebiets mit dem Deutschen Reich S. 1846
- Nichtangriffsvertrag vom 7.6.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Estland S. 1846
- Nichtangriffsvertrag vom 7.6.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Lettland S. 1846
- Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken („Hitler-Stalin-Pakt“) *siehe unter: UdSSR–Bundesrepublik Deutschland*
- Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken *siehe unter: UdSSR–Bundesrepublik Deutschland*
- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945 *siehe unter: VN*
- Abkommen vom 16.8.1945 zwischen der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit der Republik Polen und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Ersatzleistung von Schäden, die durch die deutsche Besetzung verursacht worden sind S. 1108
- Vertrag vom 16.8.1945 zwischen der Republik Polen und der Union der Soziali-

- stischen Sowjetrepubliken über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze
S. 1123
- Vereinbarung vom 27.12.1945 über die Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Abkommen von Bretton Woods)
S. 435¹²
- Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 1147, 1341, 1453, 1797, 1812
- III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 1468
- Vertrag vom 31.7.1950 zwischen der Republik Indien und Nepal über Frieden und Freundschaft
S. 1203
- Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
S. 1561
- Abkommen vom 28.7.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
S. 131, 779, 1028 f., 1114 f., 1118 f.
- Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23.10.1954 (Deutschland-Vertrag)
S. 947, 1515 f.
- Vertrag vom 26.5.1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung vom 23.10.1954 (Überleitungsvertrag)
S. 946 f.
- Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)
S. 1107
- Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag)
S. 1799
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 174⁷, 1812
- Europäisches Kulturabkommen vom 19.12.1954
S. 1558
- Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Pakt)
S. 1365, 1798, 1800, 1802, 1812
- Kulturabkommen vom 20.11.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile
S. 1212
- Abkommen vom 12.3.1957 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen
S. 1800
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge
- Antarktis-Vertrag vom 1.12.1959
S. 886
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag)
S. 481³
- Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 286³, 839, 1188, 1190, 1238, 1535, 1703 f.
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 1769–1771
- Protokoll vom 31.1.1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
S. 131, 779, 1028 f., 1114, 1118
- Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 454, 1250, 1347–1349

- Sichtvermerksvereinbarung vom 17./23. 10.1968 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 251, 330
- Vertrag vom 26.5.1969 zwischen den Republiken Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru (Anden-Pakt)
S. 437
- Abkommen vom 20.6.1969 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr
S. 1268
- Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 421, 806, 926, 1043, 1441³, 1442, 1732, 1734, 1738, 1741
- Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei für die Übergangsphase der Assoziation
S. 286³, 1188, 1190, 1238, 1535
- Abkommen vom 5.12.1970 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Malta
S. 1238
- Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 71, 926, 940, 1135, 1315, 1506, 1578
- Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 541¹⁹, 582f., 598f., 810, 1094, 1095¹³, 1744, 1777, 1825
- Vereinbarung vom 7.12.1971 bzw. 7.2. 1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 1051
- Vertrag vom 9.4.1972 zwischen der Republik Irak und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 1469
- Übereinkommen vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
S. 174⁷
- Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
S. 422, 616, 1077–1080, 1274, 1823
- Abkommen vom 2.7.1972 zwischen der Republik Indien und der Islamischen Republik Pakistan über die bilateralen Beziehungen (Abkommen von Simla)
S. 1203
- Abkommen vom 19.12.1972 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Zypern
S. 1238
- Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)
S. 147, 926, 1222, 1441³, 1731
- Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 809
- Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 926
- Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT)
S. 541
- Abkommen vom 10.12.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugo-

- slawien über die Gewährung von Kapitalhilfe
S. 1691
- AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975 (Lomé I)
S. 1198, 1240
- Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der EWG und dem Staat Israel über die schrittweise Einführung einer Freihandelszone
S. 1235
- Übereinkommen vom 30.5.1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation
S. 1453
- Abkommen vom 27.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 1344–1350
- Vertrag vom 7.10.1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand
S. 1799f.
- Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines unbundenen Finanzkredits
S. 751⁴, 1509
- Vertrag vom 24.2.1976 über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien
S. 701
- Abkommen vom 26.2.1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Föderativen Republik Brasilien und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen
S. 1346–1349
- Kooperationsabkommen vom 25.4.1976 zwischen der EWG und der Tunesischen Republik
S. 1535
- Kooperationsabkommen vom 26.4.1976 zwischen der EWG und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
S. 1535
- Kooperationsabkommen vom 27.4.1976 zwischen der EWG und dem Königreich Marokko
S. 1535
- Vertrag vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET)
S. 541
- Panamakanal-Vertrag vom 7.9.1977 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama
S. 1790
- Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
S. 211¹⁹, 298³, 412⁴, 415
- Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: Abrüstung
- Vertrag vom 12.10.1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1739
- Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der EWG und den Mitgliedsländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen
S. 217, 226, 1198, 1535
- Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der EWG und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 1235
- Internationales Kaffee-Übereinkommen vom 16.9.1982
S. 1232, 1291, 1378
- Protokoll Nr. 6 vom 28.4.1983 zur Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
S. 1770
- Vereinbarung vom 25.5.1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Ausfuhr von gemeinsam ent-

- wickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 113 f., 1051
- Abkommen vom 18.2.1984 zwischen dem Heiligen Stuhl und der Italienischen Republik über Änderungen am Laterankonkordat
S. 646
- Abkommen vom 13.7.1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze
S. 1597
- Drittes AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 8.12.1984 (Lomé III)
S. 141¹², 316, 321, 1706
- Übereinkommen vom 14.6.1985 zwischen den Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen)
siehe unter: EG
- Kooperationsabkommen vom 12.11.1985 zwischen der EWG einerseits und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration sowie Panama andererseits
S. 217, 1535
- Einheitliche Europäische Akte und Schlußakte vom 17. bzw. 28.2.1986
siehe unter: EG
- Vertrag vom 12.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1739
- Vertrag vom 30.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1739
- Übereinkommen von Guatemala vom 7.8.1987 (Friedensabkommen für Zentralamerika, „Esquipulas II“)
S. 256, 258, 562
- Montrealer Protokoll vom 16.9.1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen
S. 215, 1010
- Vertrag vom 2.10.1987 zur Gründung des Zentralamerikanischen Parlaments und anderer Organe
S. 257, 1291
- Vertrag vom 8.12.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung von Flugkörpern mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag)
siehe unter: Abrüstung
- Übereinkommen vom 11.12.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Italienischen Republik, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (MBCA)
S. 1206
- Genfer Abkommen vom 14.4.1988 zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen nach Afghanistan
S. 363⁵, 1277
- Genfer Abkommen vom 14.4.1988 zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen, besonders der Nichteinmischung und der Nichtintervention
S. 363⁵, 1277
- Genfer Abkommen vom 14.4.1988 zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan sowie den Garantiemächten USA und UdSSR über die Wechselbeziehungen für die Regelung der Lage um Afghanistan
S. 363⁵, 1277
- Übereinkommen vom 2.6.1988 zur Regelung der Tätigkeiten im Zusammenhang

- mit mineralischen Ressourcen der Antarktis
S. 885–887
- Kooperationsabkommen vom 15.6.1988 zwischen der EWG einerseits und den Vertragsparteien der Charta des Kooperationsrates der Arabischen Golfstaaten andererseits
S. 217, 1198
- Übereinkommen vom 20.7.1988 zwischen den Regierungen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba, der Republik Südafrika und der Vereinigten Staaten von Amerika über die Prinzipien für eine friedliche Lösung in Südwestafrika
S. 210
- Abkommen vom 26.9.1988 zwischen der EWG und der Ungarischen Volksrepublik über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 697, 1063, 1236, 1320, 1825
- Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen
S. 809
- Abkommen vom 25.10.1988 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 1641
- Abkommen vom 25.10.1988 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Welt- raums zu friedlichen Zwecken
S. 1640 f.
- Vereinbarung vom 21.11.1988 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über den Austausch von Kulturinstituten in München und Sofia
S. 37
- Protokoll vom 13.12.1988 zwischen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika (Protokoll von Brazzaville)
S. 665⁸
- Abkommen vom 19.12.1988 zwischen der EWG und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den Handel mit gewerblichen Waren
S. 1236, 1825
- Abkommen vom 22.12.1988 zwischen der Volksrepublik Angola und der Republik Kuba über die Rückführung kubanischer Militärkontingente
S. 210
- Dreiseitiges Abkommen vom 22.12.1988 zwischen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika
S. 210
- Abkommen vom 31.12.1988 zwischen der Republik Indien und der Islamischen Republik Pakistan über das Verbot von Angriffen gegen nukleare Anlagen und Einrichtungen
S. 1202
- Vertrag vom 17.2.1989 zwischen der Demokratischen Volksrepublik Algerien, der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksdschamahirija, dem Königreich Marokko, der Islamischen Republik Mauretanien und der Tunesischen Republik über die Gründung der Union des Arabischen Maghreb
S. 1437
- Abkommen vom 26.2.1989 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel über die dauerhafte Grenze zwischen Ägypten und Israel
S. 298³
- Abkommen vom 11.5.1989 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Verschmutzung in der Bering- und Tschuktschensee in Notsituationen
S. 620
- Vertrag vom 22.5.1989 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Ab-

- grenzung der Seegebiete in der Oderbucht
S. 551
- Abkommen vom 5.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesexekutivrat der Versammlung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit bei der beruflichen Wiedereingliederung von vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Bürgern der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 329
 - Vereinbarung vom 9.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Errichtung eines Kultur- und Informationszentrums der Ungarischen Volksrepublik in der Bundesrepublik Deutschland
S. 775 f.
 - Abkommen vom 13.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einen Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen von Schulpartnerschaften
S. 810
 - Abkommen vom 13.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Erweiterung der Zusammenarbeit in den Bereichen von Wissenschaft und Hochschulen
S. 810
 - Abkommen vom 13.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Jugendaustausch
S. 810
 - Abkommen vom 13.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturzentren der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 810
 - Abkommen vom 13.6.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft
S. 808, 930
 - Vertrag vom 13.6.1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 808, 1639, 1739
 - Abkommen vom 1.7.1989 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 966
 - Vertrag vom 10.7.1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen
S. 329
 - Abkommen vom 19.9.1989 zwischen der EWG und der Volksrepublik Polen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 1062–1066, 1275, 1825
 - Vertrag vom 10.11.1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1403, 1511, 1577–1579, 1739
 - Abkommen vom 10.11.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Jugendaustausch
S. 1577
 - Abkommen vom 10.11.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik
S. 1577
 - Abkommen vom 10.11.1989 zwischen dem Bundesminister für Jugend, Familie,

- Frauen und Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft
S. 1577
- Abkommen vom 10.11.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 1577
 - Abkommen vom 10.11.1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die gegenseitige Errichtung und die Tätigkeit von Instituten für Kultur und wissenschaftlich-technologische Information
S. 1577
 - Abkommen vom 10.11.1989 zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft der Volksrepublik Polen über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft
S. 1577
 - Abkommen vom 11.12.1989 zwischen der EWG und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel mit Textilwaren
S. 1826
 - Viertes AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 15.12.1989 (Lomé IV)
Dok. 397 und S. 1198, 1240, 1376, 1654, 1714
 - Zweites Fakultativprotokoll vom 15.12.1989 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966
S. 1769–1771
 - Abkommen vom 18.12.1989 zwischen der EWG und der EURATOM und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 1824–1826
- Abrüstung und Rüstungskontrolle**
- Chemische Waffen
siehe: Chemische Waffen
 - Conference on Disarmament (CD)
S. 142²⁰, 220, 350 f., 396, 544, 811, 1079, 1185, 1260, 1329, 1604 f.
 - ČSSR
S. 124, 987
 - Frankreich
S. 692 f.
 - Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über Nuklear- und Weltraumwaffen
siehe: Genfer Verhandlungen
 - INF bzw. INF-Vertrag vom 8.12.1987
Dok. 39 und S. 16, 54⁷, 55, 63, 176, 187, 192, 204, 220, 222 f., 389³, 508, 523, 643, 773, 787, 1080, 1206, 1306 f., 1493, 1632, 1786 f.
 - Konventionelle Rüstungskontrolle
siehe: VKSE
 - MBFR
S. 29, 32, 307 f., 310, 344
 - „Open Sky“
siehe: „Open Sky“
 - Polen
S. 998
 - SALT/SALT-II-Vertrag vom 18.6.1979
S. 1080
 - SNF
siehe: SNF
 - START
siehe unter: Genfer Verhandlungen
 - Teststopp (CTB)
S. 541, 616, 1262, 1667, 1787
 - UdSSR
S. 15, 55, 63 f., 98, 116 f., 222, 540, 554–556, 600, 615–619, 642, 671, 754 f., 1534, 1539, 1582
 - USA
S. 615–619
- Afghanistan**
siehe außerdem: VN
- Dok. 80, 244** und S. 126 f., 186, 192, 355, 381, 620, 665, 894, 1172, 1206, 1300, 1652, 1668
- Bundesrepublik Deutschland
S. 367

- EG/EPZ
S. 367, 1082, 1084f.
- Indien
S. 366
- Iran
S. 365 f., 1083–1085
- Pakistan
Dok. 105 und S. 364–366, 1081–1085, 1284
- Saudi-Arabien
S. 364 f., 1081, 1083
- UdSSR
S. 11, 153, 246, 363–366, 465, 683, 869, 1081–1085, 1277, 1284, 1306 f., 1543, 1593
- USA
S. 365 f., 1081–1085, 1277
- Volksrepublik China
S. 366 f.

Ägypten

siehe außerdem:

IWF, Nahost-Konflikt, Verschuldungsproblematik, VN

- S. 82, 162, 214, 279, 1688
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 65, 300 und S. 22, 413, 571, 1723
- EG/EPZ
S. 86
- Frankreich
S. 300
- Irak
S. 302, 572
- Iran
S. 302
- Israel
S. 298 f., 301 f., 355, 413, 567, 570, 814–816, 1003 f., 1293 f., 1297 f.
- Libyen
S. 1298, 1437
- Saudi-Arabien
S. 302
- UdSSR
S. 227, 355
- USA
S. 300 f.

Airbus

siehe unter: Frankreich–Bundesrepublik Deutschland

Albanien

S. 249, 703, 1384, 1748

Algerien

S. 162, 213, 276¹⁰, 648 f., 1071, 1172, 1381

Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz

S. 171 f., 1291

Amnesty International

S. 339, 560, 564, 726, 844, 1098 f.

Angola

S. 22, 162, 164, 192, 209 f., 219, 355, 547, 665, 703, 976, 1094–1097, 1206, 1306 f., 1487 f., 1730

Antigua und Barbuda

S. 1608

Arabische Liga

S. 355, 381, 490, 585, 620, 709, 716 f., 734, 893 f., 915, 975, 1006 f., 1173, 1252⁶, 1271, 1293, 1298, 1300, 1468, 1752, 1767, 1850–1852

- Tagungen der Arabischen Liga
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

S. 1053

Argentinien

S. 142²⁰, 1230 f., 1349

- Brasilien
S. 1089
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 101 und S. 373⁹, 375, 571, 1004 f., 1048 f., 1723
- Großbritannien
S. 1048
- Iran
S. 1049

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)

S. 26, 459, 700 f., 975, 977, 994, 1142, 1198, 1818

- Tagungen der ASEAN-Staaten
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

ASME-Humanitas e.V.

S. 585, 716⁵

Asyl- und Flüchtlingsfragen

siehe auch unter: EG

Dok. 196 und S. 247–252, 287, 327–330, 768–770, 1242, 1456 f., 1692

Äthiopien

S. 161, 165, 917 f., 1100, 1202, 1206, 1730

Atlantik-Brücke e.V.

S. 1138

Außenwirtschaftsgesetzgebung

siehe auch: Rüstungsexportpolitik

Dok. 296, 358 und S. 42f., 48⁷, 94f., 119, 174, 190–192, 246, 276, 279, 281f., 374–376, 454f., 573, 870, 884, 1002, 1039f., 1139f., 1327, 1329, 1437, 1605, 1723, 1817f.

Australien

siehe außerdem: Chemische Waffen, VN

Dok. 198 und S. 26, 102, 392, 463, 1049, 1142, 1723

Bahrain

S. 364, 1049, 1819

Bangladesch

S. 519, 1008, 1049

BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)

S. 1754f.

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)

Dok. 399 und S. 135, 137, 320–322, 880, 1225, 1328, 1854

Belgien

siehe außerdem:

EG, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, SNF, VKSE

S. 166, 282, 511, 947, 1049, 1371, 1454, 1523

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 143

– DDR

S. 148

– Niederlande

S. 641

– Polen

S. 643

– Ungarn

S. 1648

Benin

S. 1608

Berlin

Dok. 408 und S. 10, 111f., 148, 279, 283, 286, 425, 538, 541, 686, 702f., 793f., 864, 871, 930, 946, 1065, 1091, 1094f., 1131, 1206f., 1498, 1503, 1538, 1542–1544, 1554, 1560, 1563, 1569, 1593, 1598, 1625, 1646,

1656, 1693, 1716f., 1733, 1749, 1774, 1776, 1782, 1798f., 1825, 1828

– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986

siehe unter: Terrorismus

– DDR

S. 405, 407

– UdSSR

Dok. 129, 140 und S. 170–172, 557, 597–599, 810, 1746

– USA

S. 171f., 863, 1667, 1679

Bewegung blockfreier Staaten

S. 1084f., 1688

BGA (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels)

S. 135, 137

BGS (Bundesgrenzschutz)

S. 466, 735¹⁵, 1166⁴⁶

Binnenmarkt

siehe unter: EG

BIOst (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien)

S. 923f.

Birma

S. 158, 1049, 1586

BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)

S. 1319

BKA (Bundeskriminalamt)

S. 95, 1025

B'nai B'rith

Dok. 59

BND (Bundesnachrichtendienst)

S. 374f., 1025, 1052

Bolivien

S. 1050, 1231, 1341, 1377

Bonner Vierergruppe

S. 148f., 171¹⁰, 405³, 541, 863¹⁷, 1501, 1503, 1742, 1744

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V.

S. 966, 991, 1085, 1059⁴, 1856

Botschaftsflüchtlinge

S. 1335, 1357

– in Budapest

Dok. 230, 241, 250, 251 und S. 1161f., 1179, 1196, 1198–1201, 1204, 1218–1223, 1245, 1268f., 1314

- in Ost-Berlin
S. 1067, 1179
- in Prag
Dok. 266, 290, 302 und S. 1029, 1067, 1179, 1257, 1276, 1278–1280, 1312, 1314, 1493
- in Warschau
Dok. 268, 287, 294, 306 und S. 1276

Botsuana

S. 456

Brasilien

siehe außerdem:

Argentinien, Verschuldungsproblematik, Weltbank

S. 145, 157, 234, 886, 1011, 1231

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 316 und S. 144, 215f., 378, 477, 519f., 527, 1050
- Frankreich
S. 1249–1251, 1326–1328, 1723f.
- Großbritannien
S. 216
- Saudi-Arabien
S. 1050
- USA
S. 27

Brunei

S. 957

Bulgarien

S. 92, 548, 713, 913, 1093, 1195, 1384, 1519, 1554, 1556, 1619, 1657, 1783

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 8, 201 und S. 71, 608, 610f., 719
- EG/EPZ
S. 40, 1236
- Frankreich
S. 36, 38
- Innenpolitische Entwicklung
Dok. 359 und S. 899–901, 1547f.
- Türkei
S. 92, 689, 727, 846–849, 902, 1191, 1309, 1460, 1462f., 1548, 1553
- UdSSR
S. 899, 1525–1527
- Ungarn
S. 1115f.
- USA
S. 40, 1276

Bundesarchiv Koblenz

S. 1005, 1041⁴

Bundesbank

siehe: Deutsche Bundesbank

Bundeskabinett

S. 9, 42f., 94, 144²⁸, 279⁷, 327², 330, 480, 584, 729–731, 801, 1070, 1147, 1285–1289, 1345, 1455, 1519, 1595, 1597, 1724, 1769⁴, 1772

Bundeskanzleramt

S. 130, 313, 922, 1345

Bundesministerium der Finanzen

S. 274, 313f., 334, 374, 607, 610, 658, 895, 1212, 1224f., 1227f., 1404, 1407, 1443¹, 1444, 1612f., 1716, 1794, 1817

Bundesministerium der Justiz

S. 19, 133, 1147, 1210, 1289, 1599, 1769⁷

Bundesministerium der Verteidigung

S. 149, 177–179, 237, 242, 376¹⁷, 419, 567, 569f., 938f., 946, 1051f., 1054, 1128, 1147, 1152–1154, 1183, 1185f., 1262, 1332, 1817⁹

Bundesministerium des Innern

S. 18–20, 130, 133, 370f., 919, 921, 1147, 1153, 1166⁴⁶, 1208, 1597–1599, 1817⁹

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

S. 802, 1755, 1794

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

S. 1794

Bundesministerium für Forschung und Technologie

S. 337, 464, 472, 477, 599¹⁵, 1013, 1289, 1345f., 1640

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

S. 1027, 1598

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

S. 464, 730f., 1491, 1614

Bundesministerium für Verkehr

S. 659, 1332

Bundesministerium für Wirtschaft

S. 113⁵, 135, 138, 274f., 313, 374¹⁰, 375, 464, 472, 477, 567, 609, 611, 802, 1009, 1012, 1014, 1022, 1056, 1132f., 1140, 1225, 1227f., 1285f., 1289, 1345, 1404, 1407, 1418, 1443¹, 1521, 1524, 1562, 1612, 1641, 1723¹³, 1793, 1817⁹, 1818

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

S. 313f., 321, 323f., 835⁵, 895, 1407, 1614, 1618, 1818

Bundesrat

S. 20, 133, 1147, 1288, 1829

Bundessicherheitsrat

S. 94, 113⁵, 307, 312, 567f., 571, 936, 1051f., 1054f., 1057, 1146f., 1152f., 1166⁴⁶, 1817, 1819

Bundestag

Dok. 273, 363 und S. 47⁴, 93, 98, 113f., 117, 118¹⁸, 132f., 189⁵, 204, 213, 223⁴⁹, 287, 289f., 335, 338, 405, 429², 430f., 462¹¹, 471⁵, 498, 507, 518, 522, 528f., 541, 550, 561, 582–584, 604, 642, 656, 659, 673, 726f., 757, 803, 812, 869, 902, 1009, 1017, 1056f., 1102, 1104, 1121⁵, 1122, 1144, 1147, 1154, 1159, 1169, 1213, 1216, 1225, 1235, 1286–1288, 1344f., 1348, 1350²⁵, 1353, 1395, 1455, 1496²⁰, 1500, 1506f., 1521, 1561, 1568–1574, 1578, 1593, 1597, 1607, 1612, 1655, 1670, 1715, 1759, 1772, 1782, 1854f.

Bundesverfassungsgericht

S. 475, 1731f.

Bundeswehr

Dok. 259 und S. 98, 183, 186, 189f., 195, 204f., 223, 283, 470f., 656, 686, 735¹⁵, 868, 883, 1000, 1021, 1095, 1128, 1153, 1159, 1648, 1799

Burundi

S. 1608

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)

S. 13, 171f., 495, 508, 522, 801, 803⁵, 806, 1276, 1339, 1350²⁵, 1441

Chemische Waffen

Dok. 5, 270, 311 und S. 98, 204, 396, 423, 454, 497, 508, 544f., 616, 619, 914f., 1286–1289, 1504, 1649, 1665, 1737, 1759, 1786f.

– Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik
siehe unter: USA–Bundesrepublik Deutschland

– Australien/Australische Initiative
S. 141f., 220, 284f., 350⁷, 882, 1002, 1039f., 1522

– Bundesrepublik Deutschland
S. 22, 65, 94, 119f., 141f., 168f., 174, 219f., 284f., 349–351, 811, 826, 863, 870, 864, 1002f., 1182–1186, 1262, 1329, 1522, 1604f.

– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung

– EG/EPZ
Dok. 60 und S. 141f.

– Frankreich
S. 21, 1262, 1683

– Großbritannien
S. 119, 220, 1686

– Herstellung chemischer Waffen durch den Irak/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
siehe unter: Irak–Bundesrepublik Deutschland

– Herstellung chemischer Waffen durch den Iran/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
siehe unter: Iran–Bundesrepublik Deutschland

– Herstellung chemischer Waffen durch Libyen/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
siehe unter: Libyen–Bundesrepublik Deutschland

– Irak/Einsatz chemischer Waffen
S. 22, 24, 279, 1469

– Japan
S. 1522

– Neutrale und Nichtgebundene Staaten
S. 23f.

– Spanien
S. 140f.

– UdSSR
S. 15, 22, 64f., 350, 510, 540, 685, 811, 1182–1186, 1667, 1751

– USA
Dok. 289 und S. 168, 349–351, 826, 1002, 1182–1186, 1341, 1522, 1604f., 1667, 1679, 1751

Chile

S. 438, 1607f., 1730

– Bundesrepublik Deutschland/Colonia Dignidad

Dok. 50, 73, 269, 277, 398 und S. 605, 1050

China

*siehe: Republik China (Taiwan) und
Volksrepublik China*

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)

*siehe unter: Ost-West-
Wirtschaftsbeziehungen*

Colonia Dignidad

siehe unter: Chile

COMECON (Council for Mutual Economic Assistance)

siehe: RGW

Contadora-Gruppe

siehe unter: Zentralamerika-Politik

Costa Rica

siehe außerdem: Zentralamerika-Politik
S. 563, 605, 748f., 1167, 1652

ČSSR (Československá Socialistická Republika)

siehe außerdem: Abrüstung, KSZE

S. 203, 449, 474, 548, 697, 699, 713, 781,
785, 842, 844, 846, 848, 865, 1093, 1098,
1395, 1397, 1494, 1503, 1554, 1600f.,
1657f., 1684, 1783, 1792, 1801, 1846

– DDR

S. 1029, 1174f., 1263–1267, 1493

– EG/EPZ

S. 1236

– Innenpolitik/Reformprozeß

Dok. 28, 249, 368, 382, 437 und S. 73,
964–967, 986–990, 1195, 1424–1427, 1548

– UdSSR

S. 761, 869, 1548, 1564

– Ungarn

S. 325f., 1115

– USA

S. 1548

ČSSR-Bundesrepublik Deutschland

siehe außerdem: Botschaftsflüchtlinge

Dok. 216, 220, 238, 335 und S. 71, 695f.,
849, 994, 1500

CSU (Christlich-Soziale Union)

S. 56, 171f., 495, 508, 522, 801, 803⁵, 806,
1350²⁵

DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.)

S. 322–324

Dänemark

siehe außerdem:

*EG, Europäische Wirtschafts- und Wäh-
rungsunion, Nahost-Konflikt, SNF, VKSE*
S. 282, 589, 1661f., 1664, 1809

DDR (Deutsche Demokratische Republik)

siehe außerdem:

*Belgien, Berlin, ČSSR, Deutsch-deutsches
Verhältnis, Deutsche Frage, KSZE, SNF*

S. 111f., 449, 474, 842, 844, 846, 848, 863,
865, 1093f., 1098, 1300, 1363, 1395, 1397–
1399, 1432, 1475f., 1526, 1556f., 1560f.,
1619, 1687f., 1746, 1783, 1792

– EG/EPZ

S. 407, 1130–1133, 1236, 1374, 1532, 1537,
1541, 1589, 1594, 1656, 1714, 1738, 1838

– Frankreich

Dok. 431 und S. 1218–1223, 1494, 1528–
1531, 1538, 1555, 1660f., 1744

– Griechenland

S. 148

– Großbritannien

S. 116, 149, 1514–1517, 1554, 1839

– Innenpolitische Entwicklung/SED

**Dok. 66, 132, 303, 318, 326, 347, 395,
404** und S. 1195, 1339, 1374, 1382, 1422f.,
1500, 1537–1544, 1547, 1569f., 1655f.,
1660, 1670f., 1684, 1720f., 1735, 1739,
1742f., 1746

– Irak

S. 1472

– Israel

S. 278

– Italien

S. 148

– Polen

S. 551, 553, 1179f., 1254f., 1280–1283,
1316, 1512, 1578

– Portugal

S. 148

– Spanien

S. 1551

– UdSSR

S. 116, 155, 170, 304–306, 557, 793–795,
824, 926, 928, 930, 1199, 1223, 1245f.,
1269, 1276, 1313, 1340, 1400, 1493, 1501,
1519, 1533, 1541f., 1547, 1570, 1637, 1646,
1681, 1735, 1740, 1759, 1775, 1799f.

- Ungarn
S. 326, 779, 1027–1029, 1066–1069, 1113–1121, 1161f., 1268f., 1554
- USA
S. 149, 170, 1257, 1547, 1743, 1750, 1763
- Volksrepublik China
S. 1217, 1303

DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft)
S. 320, 322, 324, 1406f.

Delors-Bericht

siehe unter: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 1053

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 22, 369, 505, 1217, 1584–1587, 1791

Deutsch-deutsches Verhältnis

siehe außerdem: Botschaftsflüchtlinge

Dok. 33, 89, 274, 367, 402, 420, 429 und S. 116, 169f., 175, 303, 306, 326, 549, 590–595, 628, 661, 696, 713f., 781, 793f., 824, 849f., 883f., 932, 1387, 1422f., 1464, 1489, 1491–1493, 1500, 1517f., 1520, 1532f., 1537–1544, 1569f., 1578f., 1583, 1589, 1592, 1595⁶, 1598, 1625–1627, 1651, 1654, 1657, 1660, 1692–1694, 1743f., 1746, 1759, 1772f., 1781f., 1802–1804, 1853

- Innerdeutscher Handel
Dok. 254
- Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers Kohl
S. 1625, 1650, 1658, 1661, 1663, 1674f., 1677, 1684, 1700, 1733, 1736–1741, 1748f., 1774, 1838, 1841

Deutsche Bundesbank

S. 66⁶, 225, 821, 836, 889, 1017, 1224, 1226, 1362, 1419, 1443¹, 1449, 1562, 1612f.

Deutsche Frage und Wiedervereinigung

Dok. 234, 390 und S. 116, 554, 556f., 686, 824, 871, 1158, 1197, 1200, 1277, 1304, 1325, 1366f., 1400f., 1440f., 1473, 1475f., 1482, 1500, 1539–1544, 1550, 1561, 1570, 1572–1574, 1583, 1589, 1601, 1625–1627, 1655, 1674f., 1677, 1684f., 1692–1694, 1696, 1699, 1720f., 1726, 1729, 1735, 1743⁸, 1745, 1781f., 1791f., 1801, 1827–1829, 1838

- Frankreich
Dok. 279, 308, 360 und S. 1478f., 1683
- Großbritannien
Dok. 356, 432 und S. 1685, 1774–1778
- Italien
Dok. 383
- UdSSR
Dok. 205, 406 und S. 810, 817, 1630–1634, 1665f., 1669f., 1680, 1682, 1748f., 1774–1778
- USA
S. 1414f. 1549, 1593f., 1665f., 1673f., 1676, 1680

- Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers Kohl
siehe unter: Deutsch-deutsches Verhältnis

DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)
S. 802, 1754f.

DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)
S. 135, 137, 320–322, 438, 1023, 1328

DKP (Deutsche Kommunistische Partei)
S. 794

Dominikanische Republik
S. 1050, 1707f.

DRK (Deutsches Rotes Kreuz e. V.)
S. 965⁶, 1263–1267, 1279

Drogenbekämpfung
Dok. 282, 324 und S. 436, 620, 684, 709, 1163f., 1309, 1341, 1377, 1455

Dschibuti
S. 1608

Ecuador
S. 1050

EFTA (European Free Trade Association)
S. 904, 1010, 1127, 1535, 1560, 1688

- EG/EPZ
Dok. 215, 424 und S. 141–143, 183, 392f., 447, 1239, 1241, 1324, 1375f., 1473, 1664, 1714, 1716, 1728f., 1765, 1780

- Tagungen der EFTA-Staaten
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

EG (Europäische Gemeinschaften)
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, EFTA, Iran,

- Israel, Japan, Jugoslawien, Libanon-Konflikt, Libyen, Nahost-Konflikt, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA, Verschuldungsproblematik, Volksrepublik China, Zentralamerika-Politik*
S. 25–29, 261–263, 457⁵, 458 f., 867, 882, 929, 1008 f., 1013, 1472–1476, 1671
- Agrarpolitik
S. 391 f., 517, 889–891
 - Asylpolitik
Dok. 30 und S. 19 f., 379, 394, 645, 920 f.
 - Belgien
S. 919–921, 1773
 - Binnenmarkt/Abbau der Binnengrenzkontrollen
Dok. 4, 147 und S. 14, 67, 93, 114 f., 129–134, 140, 143, 176, 182, 188, 225, 246, 259, 278, 281, 330, 383, 406 f., 426, 435, 448, 474 f., 487, 502 f., 517, 521, 526 f., 645, 679, 799–802, 825, 834, 864, 865, 871, 888 f., 918–922, 952 f., 962 f., 972, 1019–1024, 1130–1133, 1187, 1192, 1204 f., 1236, 1323, 1362, 1370–1373, 1376, 1381, 1414, 1452 f., 1456 f., 1477 f., 1485, 1534, 1585, 1595–1599, 1688, 1703, 1706, 1712, 1714, 1728, 1754, 1772, 1779
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 60, 86, 214, 222, 309 und S. 14, 16, 129–134, 186, 294–297, 474 f., 486–488, 801 f., 919–921, 1246 f., 1754 f., 1771–1773
 - Dänemark
S. 800
 - Delors-Bericht
siehe unter: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
 - „Delors-Paket“
S. 294, 297, 802
 - EIB (Europäische Investitionsbank)
S. 777 f., 1065, 1228, 1318–1320, 1383, 1563, 1689, 1706, 1716, 1783
 - Einheitliche Europäische Akte und Schlußakte vom 17. bzw. 28.2.1986
S. 14¹⁴, 140, 153¹⁷, 378 f., 395, 474, 485, 502, 518 f., 820, 960 f., 1015, 1018, 1375, 1381, 1444 f., 1447, 1474, 1652, 1780
 - Europäischer Gerichtshof (EuGH)
S. 386, 487¹⁸, 518 f., 1190¹⁴, 1445, 1449
 - Europäisches Parlament
S. 146, 202, 290, 335 f., 379, 391–393, 448, 476²⁶, 487 f., 509, 646, 659, 833, 840, 869, 945, 962, 995, 1017, 1187, 1192, 1216, 1241, 1443, 1445–1449, 1451, 1474, 1572, 1715 f., 1728, 1754 f., 1778
 - EWS (Europäisches Währungssystem)
S. 67–69, 114 f., 262 f., 428, 819², 820, 834, 836, 1017, 1246 f., 1484⁶, 1485 f., 1712, 1779
 - Forschungs- und Technologiepolitik
Dok. 421
 - Frankreich
S. 474 f., 486–488, 919–921, 1772 f.
 - Griechenland
S. 20
 - Großbritannien
S. 225 f., 295 f., 392, 394, 800 f., 1246 f., 1728, 1753–1755, 1778–1780, 1840 f.
 - Haushaltsfragen
Dok. 64
 - Kommission
S. 18, 20, 132, 218¹⁹, 262, 284, 297, 383–388, 391–395, 433, 440, 476²⁶, 502, 518 f., 727, 799 f., 802, 835–841, 903, 963 f., 1010, 1015–1018, 1032, 1064, 1066, 1130–1133, 1187–1190, 1235 f., 1241, 1246, 1305⁶, 1310, 1317–1321, 1362, 1372, 1374 f., 1445, 1448 f., 1472, 1474 f., 1486, 1703–1705, 1707, 1716 f., 1722, 1728, 1753–1755, 1783 f., 1796, 1807
 - Kulturpolitik
Dok. 84 und S. 475
 - Luxemburg
S. 919–921, 1772
 - Niederlande
S. 392, 919–921, 1772 f.
 - Portugal
S. 296, 960
 - RGW
Dok. 283 und S. 807, 825, 1324, 1572, 1825
 - Römische Verträge
siehe: Römische Verträge
 - Schengener Abkommen vom 14.6.1985
Dok. 204, 375, 414 und S. 129–134, 379, 394, 484, 488, 657–659, 668, 1197, 1456 f.
 - Sozialpolitik
Dok. 180, 410 und S. 114 f., 225 f., 379, 394 f., 486 f., 526, 637, 639, 645, 822 f.,

860f., 1246, 1375–1377, 1380, 1479, 1714, 1728, 1779

- Spanien
S. 296, 820, 960
- Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
- VN
S. 976f.
- Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
siehe: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)

S. 802, 1755

Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)

S. 265, 441, 749, 1608

El Salvador

siehe außerdem: Zentralamerika-Politik

S. 180, 1050, 1341, 1652f., 1668, 1752, 1790

Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland

S. 272, 313–324, 439–441, 547, 604f., 702, 804, 895, 1104–1106, 1142, 1202, 1406f., 1854

EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, CSSR, DDR, EFTA, Iran, Israel, Japan, Jugoslawien, Libanon-Konflikt, Libyen, Nahost-Konflikt, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA, Verschuldungsproblematik, Volksrepublik China, Zentralamerika-Politik

Dok. 218, 345 und S. 605f., 1610, 1718, 1722, 1729f., 1780

- Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)

S. 730f.

EUREKA

Dok. 113 und S. 145, 1197, 1324

Europäisch-Arabischer Dialog Dok. 435

Europäische Gemeinschaften

siehe: EG

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Dok. 348 und S. 395, 825, 865, 889, 1187, 1323, 1337, 1362, 1377, 1473, 1671, 1688, 1703, 1727f.

- Belgien
S. 836, 1484
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 185, 189, 280, 340, 380, 399 und S. 225, 426–429, 485f., 516–518, 526, 637–639, 860, 943–945, 1246f., 1380f., 1458, 1477, 1485, 1534, 1651f., 1658f., 1714–1716
- Dänemark
S. 429, 836, 1486, 1612
- Delors-Bericht
Dok. 15, 94 und S. 225, 263, 378, 474, 485, 516f., 526, 631, 637–639, 645, 8192, 820, 834–836, 943–945, 1016f., 1224, 1246, 1445–1447, 1449, 1484f., 1535, 1613f., 1712
- EG/EPZ
Dok. 227
- Frankreich
S. 485f., 637–639, 861, 943–945, 1224f., 1458, 1477, 1479, 1658f., 1714–1716
- Griechenland
S. 836, 1484f.
- Großbritannien
S. 225, 429, 474, 485, 516–518, 822, 835–837, 861, 1224f., 1246f., 1484, 1535, 1612, 1614, 1651f., 1715, 1728, 1780
- Irland
S. 836, 1485
- Italien
S. 526, 1380f., 1485
- Luxemburg
S. 1486, 1612
- Niederlande
S. 429, 1224f., 1485
- Portugal
S. 836, 1484f.
- Spanien
S. 1484–1486

Europarat

Dok. 366 und S. 132, 386, 449, 542, 695, 727, 825, 971–973, 977, 1191, 1366, 1474, 1572, 1649, 1662, 1675, 1688, 1764, 1770

European Fighter Aircraft (Jäger 90)
S. 214**FDP (Freie Demokratische Partei)**

S. 54, 171¹¹, 172, 184²⁴, 495, 522, 550, 552, 656, 801, 803⁵, 806, 1350²⁵

FES (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.)

S. 421, 606, 765, 1164

Finnland

Dok. 305 und S. 673, 756, 1050, 1663 f., 1723, 1752, 1808

Flüchtlingsfragen

siehe: Asyl- und Flüchtlingsfragen

FNS (Friedrich-Naumann-Stiftung)

S. 605 f., 775 f.

Frankreich

siehe außerdem:

Abrüstung, Ägypten, Brasilien, Bulgarien, Chemische Waffen, DDR, EG, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, IWF, KSZE, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, SNF, Verschuldungsproblematik, VKSE

Dok. 315 und S. 103, 249, 282 f., 347, 349, 1142 f., 1230 f., 1370–1373, 1396, 1523, 1803

- Großbritannien
S. 639, 1326–1328, 1362
- Indien
S. 1249–1251, 1326–1328, 1723 f.
- Irak
S. 375, 572, 1051, 1469
- Iran
S. 859
- Israel
S. 84, 382
- Jugoslawien
S. 18
- Kanada
S. 638
- Libyen
S. 1768
- Polen
S. 381, 392, 543, 552, 1275, 1494, 1555, 1660

– Südafrika
S. 1140

– UdSSR

S. 397, 482, 542, 910 f., 972, 992 f., 1219, 1222 f., 1399–1401, 1555, 1568–1574, 1631, 1633, 1682 f., 1734, 1748 f.

– Ungarn

S. 1494, 1555, 1801, 1830, 1832, 1835

– USA

S. 638, 653–656

– Volksrepublik China

S. 371, 1169

Frankreich–**Bundesrepublik Deutschland**

siehe außerdem: Deutsche Frage

Dok. 83, 106, 109, 139, 142, 146, 194, 210, 310, 342, 346, 389 und S. 16, 71, 189, 309 f., 392–395, 527, 573, 658, 712, 785, 819 f., 835, 888, 946 f., 1051, 1126⁷, 1314, 1342 f., 1378, 1400 f., 1422, 1568–1574

– Airbus

Dok. 333 und S. 380, 1019–1024, 1257 f., 1458, 1478

– Wiederaufarbeitung nuklearer Brennelemente

Dok. 104, 164 und S. 471 f., 476–478

– Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen

Dok. 107, 108, 351 und S. 380, 472, 476

G 5 (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, USA)

S. 143

G 7 (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA)

siehe: Weltwirtschaftsgipfel

G 24

siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

G 77 (Gruppe der 77)

S. 102

Gambia

S. 1608

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)

Dok. 6, 103, 152, 236 und S. 40, 101, 104 f., 143, 176, 392, 438, 447, 532, 677–

679, 707, 889f., 1031, 1062, 1203, 1239,
1381, 1666, 1678, 1686, 1706, 1714, 1729

**Genfer Verhandlungen zwischen den
USA und der UdSSR über Nuklear- und
Weltraumwaffen**

Dok. 243, 427

– **START**

S. 98, 204, 422, 508, 541, 544, 601, 615f.,
641, 866, 882, 911, 914, 1072–1081,
1160, 1206, 1262, 1274, 1504, 1644, 1649,
1665, 1667, 1679, 1683, 1737, 1751, 1759,
1786–1788, 1821–1823

Ghana

S. 1607–1609

**Goethe-Institut zur Pflege der deut-
schen Sprache im Ausland und zur För-
derung der internationalen kulturellen
Zusammenarbeit e.V.**

S. 74, 76, 1212, 1471, 1602

Griechenland

siehe außerdem:

*DDR, EG, Europäische Wirtschafts- und
Währungsunion, Nahost-Konflikt, SNF,
VKSE*

S. 228, 249, 279, 532, 750, 1188–1190,
1192

– **Bundesrepublik Deutschland**

S. 1051

– **Türkei**

S. 58, 116, 286f., 847f., 1591, 1626, 1704

– **WEU**

S. 398

Großbritannien

siehe außerdem:

*Argentinien, Brasilien, Chemische Waffen,
DDR, Deutsche Frage, EG, Europäische
Wirtschafts- und Währungsunion, Frank-
reich, KSZE, Nahost-Konflikt, Namibia-
Frage, NATO, SNF, Verschuldungsproble-
matik, VKSE*

S. 102, 262, 283, 349, 523, 544, 604f.,
623f., 1230f., 1250, 1370–1373, 1396,
1420, 1523, 1716, 1723, 1803, 1809

– **Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 27, 44, 45, 46, 47, 115, 116, 131,
284, 361, 388, 415** und S. 17, 310, 572f.,
633, 641f., 644, 655, 661, 827, 829, 946f.,
1051, 1400f., 1819

– **Irak**

S. 572, 1469

– **Iran**

S. 213, 217, 226, 230, 857

– **Israel**

S. 211–214

– **Italien**

S. 524

– **Jordanien**

S. 82, 84, 113⁵, 114, 1051, 1819

– **Libyen**

S. 1767

– **Nicaragua**

S. 565

– **Polen**

S. 115f., 207, 520, 543, 1533

– **Saudi-Arabien**

S. 1051

– **Südafrika**

S. 136¹², 163, 208–211, 218f., 547, 827,
829, 917, 1247f., 1730

– **Türkei**

S. 19, 228

– **UdSSR**

S. 108, 202–205, 220, 423, 510f., 514,
540, 644, 661, 685, 697, 910f., 1209, 1243,
1399–1401, 1554, 1571, 1631, 1633, 1685f.,
1760, 1774–1778

– **Ungarn**

S. 697, 1243

– **USA**

S. 511, 655f., 661, 1652, 1840

– **Volksrepublik China**

S. 371, 995¹⁴, 1169

**Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland vom 23.5.1949**

Dok. 259 und S. 19, 129–134, 248, 258,
921, 1197, 1243, 1279, 1415, 1448, 1450,
1456, 1596, 1622f., 1663¹²

Grüne (Die Grünen)

S. 316¹⁴, 375¹³, 430f., 522, 524, 642, 655f.,
803⁵, 806, 1023, 1121⁵, 1122, 1144, 1147,
1345, 1350²⁵, 1513

Guatemala

S. 258, 1051, 1095

Haiti

S. 1051, 1707

Heiliger Stuhl

Dok. 26 und S. 1150⁸

Holocaust Memorial Council*siehe unter: Nationalsozialismus***Honduras***siehe außerdem: Zentralamerika-Politik*

S. 735, 1052

Hongkong*siehe unter: Volksrepublik China***IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation)***siehe unter: VN***IEA (Internationale Energieagentur)**

S. 1010, 1353

IEWSS (Institute for East West Strategic Studies)

S. 187, 713, 865

IG Metall

S. 136, 138, 219

IGH (Internationaler Gerichtshof)*siehe unter: VN***IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)**

S. 491, 560, 1067, 1114–1121, 1586

Indien*siehe außerdem:**Afghanistan, Frankreich*

S. 459, 519, 1011, 1013, 1040, 1491, 1608, 1617, 1688

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 275

– Pakistan

S. 465, 467, 1202f., 1283

– USA

S. 1203

– Volksrepublik China

S. 368f., 1203, 1284

Indonesien

S. 330, 700, 749, 957, 1142

Industriepolitik**Dok. 228****INF***siehe unter: Abrüstung***Irak***siehe außerdem:**Ägypten, Chemische Waffen, DDR, Frankreich, Großbritannien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, VN***Dok. 344** und S. 82, 162, 214, 1192

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 82, 101, 127, 301 und S. 1052, 1470–1472, 1723

– Iran

S. 275⁵, 279, 302, 355, 571f., 733f., 854¹⁰, 859, 970¹⁶, 1126, 1206, 1299f. 1433–1436, 1465, 1467f., 1470, 1851

– Israel

S. 212, 572, 815, 1253

– Jugoslawien

S. 572

– Kanada

S. 1469

– Kurdenfrage

S. 279, 1465f., 1469, 1471

– Saudi-Arabien

S. 1468

– Schweiz

S. 1469

– Syrien

S. 1468

– Türkei

S. 1465, 1471

– UdSSR

S. 572, 1007, 1469

– USA

S. 127, 572, 1469, 1471

Iran*siehe außerdem:**Afghanistan, Ägypten, Argentinien, Frankreich, Großbritannien, Irak, Libanon-Konflikt, VN***Dok. 167** und S. 126, 301, 816, 1051, 1055, 1192

– Bundesrepublik Deutschland und „Fall Rheineisen“

Dok. 43, 49, 58, 193, 217, 233, 337 und S. 180, 182, 217, 226, 230, 864, 884, 1071, 1285

– EG/EPZ

Dok. 48 und S. 217, 854, 856, 858, 975

– Morddrohung gegen Salman Rushdie

S. 201, 217, 226, 229–232, 274, 302, 545f., 854, 856, 858²⁴, 859, 915, 968–970

– Niederlande

S. 858f.

– Syrien

S. 895

- UdSSR
S. 82, 580, 854, 858, 881, 911, 968, 1071, 1083f., 1284f., 1469
- USA
S. 180–182, 276f., 1070, 1434f.

Irland

siehe außerdem: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

S. 279, 1052, 1395, 1397, 1780

Islamische Konferenz

siehe: OIC

Island

S. 692, 1052, 1723, 1808

Israel

siehe außerdem:

Ägypten, DDR, Frankreich, Großbritannien, Irak, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, VN

S. 1607f.

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 18, 91, 126, 183, 286, 426 und S. 22, 71, 186, 212f., 278–281, 300f., 353, 381f., 934, 1052, 1060f., 1071, 1369f., 1422
- EG/EPZ
S. 86, 649, 1238f.
- Jordanien
S. 815
- Saudi-Arabien
S. 568
- Syrien
S. 815
- UdSSR
S. 82, 84, 227, 815, 1681
- USA
S. 127, 185f., 278, 412, 567, 569, 814, 1816f., 1819

Italien

siehe außerdem:

DDR, Deutsche Frage, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Großbritannien, KSZE, Nahost-Konflikt, SNF, VKSE

S. 262, 282, 751f., 1052, 1230, 1457, 1552, 1645, 1694

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 117, 144, 325 und S. 109f.
- Jugoslawien
S. 1382–1384

- Libyen
S. 1768
- Österreich
S. 1382
- Polen
S. 552, 647, 1382f.
- Südafrika
S. 136, 1140
- UdSSR
S. 526, 1647, 1681, 1734
- Ungarn
S. 1382
- USA
S. 647
- Volksrepublik China
S. 371

IT-Sicherheit/IT-Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland Dok. 322

IWF (Internationaler Währungsfonds)

S. 101, 105, 160f., 263, 265f., 268, 270f., 316, 332f., 413, 433, 435¹², 436, 439–441, 563–565, 745–750, 783, 904, 1031, 1228, 1232, 1549, 1601, 1615, 1706f., 1783

- Ägypten
S. 299f., 382, 1298
- Frankreich
S. 260²², 300
- Jugoslawien
S. 329, 538, 1689, 1690¹⁶
- Polen
S. 79⁶, 543, 607⁷, 608f., 697, 719, 941, 993, 1245, 1275, 1295, 1310f., 1317–1320, 1374, 1383, 1401f., 1403⁹, 1409, 1416, 1502f., 1510⁶, 1532, 1540
- Ungarn
S. 1257, 1318–1320, 1552, 1602f.

Jäger 90

siehe: European Fighter Aircraft

Jamaika

S. 1052

Japan

siehe außerdem:

Chemische Waffen, Verschuldungsproblematik, VN

S. 14, 26, 76, 93, 101–103, 244, 261f., 414, 458f., 533, 903f., 957, 1008, 1033f., 1053, 1205, 1239, 1256, 1453, 1523

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 419 und S. 281, 1587
- EG/EPZ
S. 1375, 1478
- Südafrika
S. 134⁵, 135–137, 1607
- UdSSR
S. 555, 1791
- USA
S. 530, 532, 1792
- Volksrepublik China
S. 368 f., 1169, 1792, 1853–1855

Jemen

siehe: Arabische Republik Jemen (Nordjemen) und Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Jordanien

*siehe außerdem:
Großbritannien, Israel, Nahost-Konflikt*
S. 86, 127, 1053

Jüdischer Weltkongreß

siehe: World Jewish Congress

Jugoslawien

*siehe außerdem:
Frankreich, Irak, Italien, IWF, Pariser Club, Verschuldungsproblematik, Weltbank*
S. 698, 785, 994, 1053, 1114 f., 1307 f., 1310, 1319 f., 1395, 1409, 1457, 1552, 1560, 1608, 1752, 1777, 1783, 1833 f.

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 53, 70, 394 und S. 18, 1384
- EG/EPZ
S. 330, 1235, 1238 f., 1688–1690, 1729
- Kosovo-Frage/Nationalitätenkonflikte
Dok. 79, 200 und S. 849, 1548
- Österreich
S. 1690
- Rumänien
S. 1694
- USA
S. 1548

Kambodscha

Dok. 258 und S. 355, 542, 620, 700–703, 916 f., 975, 1033, 1206, 1277, 1306, 1536, 1593 f., 1791

Kamerun

S. 1608

Kanada

siehe außerdem:

Frankreich, Irak, KSZE, SNF

S. 347, 349, 807, 824, 865, 995, 1053, 1250, 1256, 1330 f., 1334, 1461, 1499, 1523, 1679, 1685, 1723, 1776, 1788

- Bundesrepublik Deutschland
S. 803–805
- Südafrika
S. 1140
- UdSSR
S. 1209, 1552 f., 1646, 1682

KAS (Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.)

S. 206¹⁴, 563, 605 f.

Katar

S. 1053

Kenia

Dok. 36 und S. 519, 527, 886, 932, 1608

Kolumbien

S. 1053, 1164, 1229–1233, 1341, 1377 f.

Komoren

S. 1608

Konferenzen und Verhandlungen

siehe auch: Weltwirtschaftsgipfel

- Währungskonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 22.7.1944 in Bretton Woods
S. 435¹²
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 697, 1107, 1123, 1624, 1681
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 1107
- Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 174⁷
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1956 in Paris
S. 1797³
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 117¹⁵
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
S. 194²⁵

- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2.12.1969 in Den Haag
S. 834
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten am 19./20.10.1972 in Paris
S. 1239³⁷
- VN-Weltbevölkerungskonferenz vom 19. bis 30.8.1974 in Bukarest
S. 1616
- Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 1750
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 771⁶
- Gipfelkonferenz arabischer Staaten vom 2. bis 5.11.1978 in Bagdad
S. 895
- Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel
S. 68
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig
S. 894, 1368
- KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
S. 32, 623, 844
- Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes
S. 355, 895
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10.1983 in Montebello
S. 117¹⁷
- Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vom 17.1.1984 bis 19./22.9.1986 in Stockholm
S. 32, 57, 220, 978, 1088, 1325, 1787, 1831
- Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 9.4.1984 in Luxemburg
S. 962⁷, 1376, 1807
- Tagung des Europäischen Rats am 25./26.6.1984 in Fontainebleau
S. 295⁸, 639
- VN-Weltbevölkerungskonferenz vom 6. bis 14.8.1984 in Mexiko-Stadt
S. 1616
- KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8.5. bis 17.6.1985 in Ottawa
S. 844
- Tagung des Europäischen Rats am 28./29.6.1985 in Mailand
S. 68¹², 485 f., 639, 822, 836, 1382, 1652
- EG-Ministerratstagung am 22./23.7.1985 in Brüssel
S. 1015⁶
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10.9.1985 in Luxemburg
S. 135⁹, 1056
- Tagung des Europäischen Rats am 2./3.12.1985 in Luxemburg
S. 639
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14.4.1986 in Den Haag
S. 1437¹², 1766, 1850
- KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15.4. bis 26.5.1986 in Bern
S. 89, 844
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21.4.1986 in Luxemburg
S. 1437¹², 1766, 1850
- Gipfeltreffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 24./25.5.1986 in Esquipulas
S. 256
- 13. VN-Sondergeneralversammlung vom 27.5. bis 1.6.1986 in New York
S. 105
- NATO-Ministerratstagung am 29./30.5.1986 in Halifax
S. 31, 238, 587, 632
- Tagung des Europäischen Rats am 26./27. 6.1986 in Den Haag
S. 135¹⁰, 219, 827
- EG-Ministerratstagung am 15./16.9.1986 in Brüssel
S. 135¹⁰
- GATT-Ministertagung vom 15. bis 20.9.1986 in Punta del Este
S. 24², 1047

- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22.10. 1986 in Gleneagles
S. 419²⁵
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1.1989 in Wien
Dok. 7, 21 und S. 58–61, 63, 185, 250, 346, 623, 846, 982
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10.11.1986 in London
S. 1767, 1850
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5.12.1986 in Brüssel
S. 655⁵
- NATO-Ministerratstagung am 11./12.12. 1986 in Brüssel
S. 655⁵
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.2.1987 in Brüssel
S. 894
- Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 20. bis 25.4.1987 in Algier
S. 382²²
- NATO-Ministerratstagung am 11./12.6. 1987 in Reykjavik
S. 31, 52–55, 57, 64, 175, 184, 222, 237, 239, 243, 417f., 493, 497, 514, 587, 589, 617, 630, 632, 643
- Tagung des Europäischen Rats am 29./30.6.1987 in Brüssel
S. 802
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30.6./1.7.1987 in Brüssel
S. 392⁷
- Gipfeltreffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7.8.1987 in Guatemala-Stadt („Esquipulas II“)
S. 256, 1086
- Gipfeltreffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 15./16.1.1988 in San José
S. 1086
- Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13.2.1988 in Brüssel
S. 294, 391³, 825, 890, 1016¹²
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 29.2./1.3.1988 in Hamburg (San José IV)
S. 605
- NATO-Gipfelkonferenz am 2./3.3.1988 in Brüssel
S. 175, 184, 194–196, 207, 221, 240–243, 400, 493, 510f., 514, 516, 528², 587, 617, 642f., 683, 687, 1678
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.4. 1988 in Brüssel
S. 243
- Konferenz der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 3.6.1988 in München
S. 17⁶
- Tagung des Europäischen Rats am 27./28. 6.1988 in Hannover
S. 66⁴, 225, 485, 526, 639, 834, 1712
- EG-AKP-Konferenz auf Ministerebene am 12./13.10.1988 in Luxemburg
S. 141¹²
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1988 in Den Haag
S. 494, 513, 516
- Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15.11.1988 in Algier
S. 352, 354f., 382²², 894, 933, 935, 1368–1370
- WEU-Ministerratstagung am 14./15.11. 1988 in London
S. 309¹³
- Tagung des Europäischen Rats am 2./3.12. 1988 auf Rhodos
S. 146, 384, 475, 509, 527, 1599, 1728
- GATT-Ministertagung vom 5. bis 9.12. 1988 in Montreal
S. 24–28, 457⁵, 458–460, 676, 890, 1046
- NATO-Ministerratstagung am 8./9.12. 1988 in Brüssel
S. 176, 309
- Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11.1.1989 in Paris
Dok. 5 und S. 7, 38, 41, 63, 119, 142, 174, 544, 682, 811, 1329
- Gipfeltreffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 13./14.2.1989 in Costa del Sol (El Salvador)
S. 255, 258, 1086

- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14.2.1989 in Madrid
S. 87, 136¹¹, 284f., 367
- EG-AKP-Konferenz auf Ministerebene am 16./17.2.1989 in Brazzaville
S. 141¹³
- EG-Ministerratstagung am 20.2.1989 in Brüssel
Dok. 48 und S. 141¹¹, 217, 219, 226, 232, 256, 259, 274, 284
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 27./28.2.1989 in San Pedro Sula (San José V)
Dok. 55 und S. 142
- Internationale Umweltschutzkonferenz am 11./12.3.1989 in Den Haag
S. 187, 214f., 377, 631, 736
- Tagung der Außenminister der OIC-Mitgliedstaaten vom 13. bis 16.3.1989 in Riad
S. 364
- Konferenz der Regierungschefs der EFTA-Mitgliedstaaten am 14./15.3.1989 in Oslo
S. 962, 1807
- Informelles Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 20.3.1989 in Brüssel
S. 962, 1807
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten am 21./22.3.1989 in Harare
S. 441f.
- Informelles Treffen der für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 30./31.3.1989 in Santiago de Compostela
S. 383–388
- WEU-Ministerratstagung am 3./4.4.1989 in London
Dok. 87 und S. 1127
- Halbzeitkonferenz der Uruguay-Runde des GATT vom 5. bis 8.4.1989 in Genf
S. 26–29, 392, 457–460, 1045
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister am 13.4.1989 in Luxemburg
S. 475²³⁺²⁵, 476²⁶
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 15./16.4.1989 in Granada
S. 381
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 17.4.1989 in Luxemburg
S. 426
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22.4.1989 in Luxemburg
S. 391, 517
- KSZE-Informationsforum vom 18.4. bis 12.5.1989 in London
Dok. 137 und S. 36, 91, 545, 850, 971, 982, 1464
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 19./20.4.1989 in Brüssel
S. 494, 513
- Geberkonferenz für Nicaragua am 11./12.5.1989 in Stockholm
S. 561, 563, 565
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Kulturfragen zuständigen Minister am 18.5.1989 in Brüssel
S. 384–388
- Informelles Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten vom 19. bis 21.5.1989 in S'Agaró
S. 427, 486, 945
- Außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26.5.1989 in Casablanca
S. 585, 716, 893–895, 1298, 1850
- Gipfelkonferenz französischsprachiger Staaten vom 24. bis 26.5.1989 in Dakar
S. 643, 656¹⁰
- NATO-Gipfelkonferenz am 29./30.5.1989 in Brüssel
Dok. 153, 154, 156 und S. 169, 173, 175f., 183, 192–196, 202–205, 207, 236–244, 382, 399–404, 417, 481, 492f., 495, 498, 507–516, 522, 524f., 528f., 534–540, 554, 558, 590, 602, 612, 622, 637, 640–647, 654–656, 660–663, 670, 712, 763, 770–772, 774, 776, 784, 787, 796, 811, 825, 863, 865, 867, 913–915, 973, 987, 998f., 1159, 1325, 1330, 1332, 1339, 1361–1363, 1366, 1415, 1422, 1495, 1500, 1534, 1538, 1545, 1591, 1626, 1677, 1760

- Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30.5. bis 23.6.1989 in Paris
Dok. 191, 192 und S. 35, 91, 545, 689, 750, 792, 913, 971, 982, 1460, 1464
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9.6.1989 in Brüssel
Dok. 175
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Arbeits- und Sozialminister am 12.6.1989 in Luxemburg
S. 800–802
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12.6.1989 in Luxemburg
S. 757
- EFTA-Ministerratstagung am 13./14.6.1989 in Kristiansand
S. 962¹¹
- Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge am 13./14.6.1989 in Genf
S. 872–874
- Tagung des Europäischen Rats am 26./27. 6.1989 in Madrid
S. 199, 226, 263, 378 f., 393–395, 428, 485, 517⁵, 526 f., 639, 644 f., 658, 703, 800, 802, 815, 819–822, 825, 833–835, 854, 859–861, 889, 894, 916, 934 f., 943 f., 973 f., 1015–1017, 1084, 1104, 1246, 1384, 1444, 1613, 1715, 1728 f.
- Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten sowie Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA vom 5. bis 8.7.1989 in Brunei
S. 975
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 7./8.7.1989 in Bukarest
S. 777, 901, 913, 965, 971, 973, 986, 991, 1162, 1195, 1785
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 10.7.1989 in Brüssel
S. 943 f., 1016
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11.7.1989 in Paris
Dok. 218 und S. 1032, 1065
- EG-Ministerratstagung am 17./18.7.1989 in Brüssel
S. 944 f., 1015–1018, 1033, 1065
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 24. bis 26.7.1989 in Brüssel
S. 974, 1065
- Internationale Kambodscha-Konferenz vom 30.7. bis 30.8.1989 in Paris
Dok. 258 und S. 546, 701, 916, 975, 1102, 1104, 1284
- Gipfeltreffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten vom 5. bis 7.8.1989 in Tela (Honduras)
Dok. 245 und S. 256, 735, 1095 f., 1290
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten am 1./2.9.1989 in Belgrad
S. 1084 f.
- Gipfelkonferenz blockfreier Staaten vom 4. bis 7.9.1989 in Belgrad
S. 1084 f., 1688
- 82. Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 4. bis 9.9.1989 in London
S. 1217
- 14. Weltenergiekonferenz vom 17. bis 22.9.1989 in Montreal
S. 1009, 1353
- Konferenz gegen chemische Waffen vom 18. bis 22.9.1989 in Canberra
Dok. 311 und S. 350 f., 545, 882, 1040
- EG-Ministerratstagung am 3.10.1989 in Luxemburg
Dok. 307 und S. 1016, 1018
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 9.10.1989 in Luxemburg
S. 1318–1320
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15.10.1989 im Château d'Esclimont
Dok. 323 und S. 1325, 1379 f., 1382
- KSZE-Umweltschutztreffen vom 16.10. bis 3.11.1989 in Sofia
Dok. 343 und S. 35, 792, 1010, 1191, 1276, 1499, 1526, 1547, 1832
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 24./25.10.1989 in Almansil
S. 1500¹⁵

- Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 26./27.10.1989 in Warschau
S. 1494, 1500, 1559
- EG-Ministerratstagung am 6.11.1989 in Brüssel
Dok. 348 und S. 1318, 1320, 1434
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 13./14. 11.1989 in Brüssel
S. 1383, 1477, 1483–1486
- WEU-Ministerratstagung am 13./14.11.1989 in Brüssel
S. 397, 1127, 1541, 1625
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 16.11.1989 in Straßburg
S. 1558–1561
- Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18.11.1989 in Paris
S. 1532f., 1537, 1550, 1561, 1589, 1600f., 1603, 1624
- EG-Ministerratstagung am 27.11.1989 in Brüssel
S. 1375, 1383, 1483, 1657, 1729
- EG-AKP-Konferenz auf Ministerebene vom 27. bis 29.11.1989 in Brüssel
S. 1705
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 28./29.11.1989 in Brüssel
Dok. 387 und S. 1626
- NATO-Gipfelkonferenz am 4.12.1989 in Brüssel
Dok. 392, 393 und S. 1311, 1654, 1656, 1735, 1737
- Tagung des Europäischen Rats am 8./9. 12.1989 in Straßburg
Dok. 400, 405 und S. 226, 263, 378f., 395, 485, 526, 640, 645, 820f., 860f., 864, 945, 1015, 1018, 1323, 1375–1377, 1380–1384, 1455⁵⁺⁶, 1458, 1476f., 1479, 1483–1486, 1534, 1561, 1591, 1611f., 1650–1653, 1656, 1658f., 1665, 1671, 1675, 1678, 1684, 1688, 1690, 1692, 1695, 1711–1713, 1731–1733, 1737, 1745, 1750, 1753–1755, 1758f., 1779
- 16. VN-Sondergeneralversammlung vom 12. bis 14.12.1989 in New York
S. 1139, 1610
- Tagung der Außenminister der G24 am 13.12.1989 in Brüssel
S. 1476, 1492, 1498, 1540, 1589, 1600–1602, 1665, 1678, 1758f., 1783f.
- NATO-Ministerratstagung am 14./15.12.1989 in Brüssel
Dok. 411 und S. 1311, 1498, 1538, 1540, 1546, 1550, 1665, 1671, 1742–1747, 1785, 1810
- EG-Ministerratstagung am 18./19.12.1989 in Brüssel
S. 1703, 1806–1809, 1824
- Informelles Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 19.12.1989 in Brüssel
S. 962, 1714, 1806–1809
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 21./22.12.1989 in Paris
Dok. 435 und S. 1730, 1767, 1837
- KSZE-Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa vom 16.1. bis 5.2.1990 in Wien
S. 348f., 978, 1393–1396, 1762, 1786, 1830, 1837
- Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vom 19.3. bis 11.4.1990 in Bonn
S. 35, 61f., 792, 1499, 1594, 1668, 1737, 1750, 1759
- Sondersitzung des Ministerkomitees des Europarats am 23./24.3.1990 in Lissabon
S. 1559
- 18. VN-Sondergeneralversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 23.4. bis 1.5.1990 in New York
S. 104
- Zweite Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 5. bis 29.6.1990 in Kopenhagen
S. 35, 845, 847, 852, 1668, 1737
- VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Staaten vom 3. bis 14.9.1990 in Paris
S. 104
- KSZE-Treffen über den Mittelmeerraum vom 24.9. bis 19.10.1990 in Palma de Mallorca
S. 36

- Weltklimakonferenz der World Meteorological Organization vom 29.10. bis 7.11. 1990 in Genf
S. 1009
- Informelles Treffen der Außenminister der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten am 19.12.1990 in Brüssel
S. 1806
- KSZE-Expertentreffen über die friedliche Streitbeilegung vom 15.1. bis 8.2.1991 in Valletta
S. 35
- KSZE-Seminar über das kulturelle Erbe vom 28.5. bis 7.6.1991 in Krakau
S. 36
- Dritte Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 10.9. bis 4.10.1991 in Moskau
S. 35, 205, 545, 842, 844f., 847, 1737
- VIII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 8. bis 25.2.1992 in Cartagena (Kolumbien)
S. 105
- KSZE-Folgekonferenz vom 24.3. bis 8.7. 1992 in Helsinki
S. 31, 35, 57, 623, 629, 852
- VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung vom 3. bis 14.6.1992 in Rio de Janeiro
S. 105, 1009f., 1352
- Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRR)**
siehe: VKSE
- Korea**
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)
- KSE (Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa)**
siehe: VKSE
- KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)**
S. 397, 399, 402, 404, 423, 545, 683f., 695, 792, 924, 927, 1127, 1191f., 1282, 1309, 1337, 1359, 1394, 1415, 1474, 1530, 1548, 1554, 1592f., 1668f., 1671, 1684, 1757, 1761–1766, 1777, 1798f., 1802–1804, 1827, 1830f., 1837, 1839
- Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989
Dok. 7, 21 und S. 38, 59f., 335, 343, 405³, 549, 843f., 851f., 1010, 1459, 1462, 1571, 1734
- Bundesrepublik Deutschland
S. 29–36, 61, 89–92, 623–626, 849f., 1750
- ČSSR
S. 92, 628
- DDR
S. 90, 92, 305, 593f., 627f., 850f.
- Frankreich
S. 92, 627, 847
- Großbritannien
S. 92, 626, 847, 1750
- Italien
S. 92, 627
- Kanada
S. 92, 626, 847
- Konferenzen und Expertentagungen
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
- Menschenrechte/Menschenrechtspolitik
Dok. 21, 191, 192 und S. 29–31, 33f., 60, 250, 335, 623, 866
- NATO
S. 625, 629
- Neutrale und Nichtgebundene Staaten
S. 624, 849
- Österreich
S. 90
- Polen
S. 92, 627, 848
- Rumänien
S. 92, 543, 628, 848
- Schlußakte vom 1.8.1975
S. 89f., 150, 155, 690, 798, 842, 844, 926, 959, 1043, 1242, 1443, 1459, 1462, 1499, 1571, 1621–1624, 1666, 1669f., 1673f., 1676, 1693, 1729, 1731f., 1734, 1741, 1745, 1749, 1759f., 1765, 1776, 1847
- Schweden
S. 90
- Schweiz
S. 90
- Spanien
S. 627

- UdSSR
S. 61, 89, 92, 205, 627, 848, 851, 972, 1571, 1630f., 1787
- Ungarn
S. 92, 627, 848
- USA
S. 89–92, 626, 847, 1750
- VSBM
siehe: VSBM
- Warschauer Pakt
S. 623–625

Kuba

- S. 210, 1166
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 246 und S. 22
- UdSSR
S. 422, 1277, 1594, 1645, 1680

Kulturpolitik

siehe unter: EG

Kuwait

- S. 302, 1054, 1468

KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)

- S. 32, 57, 220, 978, 1088, 1325, 1787, 1831

Laos

- S. 701, 1054

Libanon-Konflikt

- Dok. 225, 242, 265** und S. 353f., 381, 573, 602, 620, 649, 709, 734, 815, 915f., 1033, 1054, 1505, 1668, 1851
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 110, 130, 158, 229, 292 und S. 473, 894
- EG/EPZ
S. 894, 975, 1730
- Entführungsfall Cordes und Schmidt
siehe unter: Terrorismus
- Entführungsfall Quint
siehe unter: Terrorismus
- Entführungsfall Strübig und Kempfner
siehe unter: Terrorismus
- Frankreich
S. 472f., 490f., 1172f., 1252, 1752
- Irak
S. 892f., 1006f., 1171–1173, 1468

- Iran
S. 82, 1070, 1294, 1435
- Israel
S. 473, 570, 892f., 1006f., 1172f., 1252, 1298
- Syrien
S. 82, 473, 489–491, 585, 716f., 892–894, 916, 1006f., 1070, 1171–1173, 1252, 1271¹¹, 1293, 1298, 1300, 1752
- UdSSR
S. 473, 975, 1172f.
- USA
S. 181¹⁰, 473, 717, 1070f., 1171–1173
- VN
S. 472f.

Liberia

- S. 1608

Libyen

siehe außerdem:

Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Terrorismus

- S. 162, 298, 301, 1051

- Bundesrepublik Deutschland/Chemieanlage in Rabta
Dok. 2, 9, 11 und S. 22, 93–96, 119, 137, 142, 167–169, 173f., 190–192, 220, 246, 279, 281f., 462¹¹, 648f., 870, 884, 1039, 1286f., 1298, 1436–1438, 1768
- EG/EPZ
Dok. 412 und S. 119, 1437f., 1850
- UdSSR
S. 1594
- USA
S. 6–8, 40–43, 47–51, 127, 649, 1436–1438, 1767

Liechtenstein

- S. 1807

Luxemburg

siehe außerdem: EG, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

- S. 148, 639, 1054

Malawi

- S. 1608

Malaysia

- S. 369⁷

Malediven

- S. 1352

Mali

Dok. 97

Malta

S. 1054, 1238, 1395, 1397

Marokko

S. 265, 299, 749

MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)

siehe unter: Abrüstung

Menschenrechtsfragen

siehe auch unter: KSZE

S. 97, 174, 234f., 286f., 289f., 313⁵, 315, 335–338, 370, 372, 404, 430f., 474, 549, 560, 562, 565, 594, 604, 615, 685, 689–691, 695, 726f., 736, 755, 758, 778, 791, 793, 827⁸, 853, 855f., 953f., 964, 966, 968f., 986–988, 994, 1004, 1032f., 1050, 1055, 1098f., 1189–1192, 1255f., 1275, 1309, 1316, 1366, 1433–1435, 1460–1463, 1488, 1499, 1503, 1547f., 1551, 1558, 1560, 1573, 1587, 1646, 1667, 1673, 1704f., 1707, 1710, 1730, 1830, 1832, 1856

Mexiko

siehe außerdem: Verschuldungsproblematik, Zentralamerika-Politik

S. 745, 748–750, 1031, 1054

Mosambik

S. 667, 703, 917, 976, 1091³, 1094f., 1730

Nahost-Konflikt

Dok. 29 und S. 211–214, 281, 601f., 620, 709f., 734, 881, 916, 1006f., 1033, 1126, 1504, 1851

– Ägypten

S. 298f., 301f., 1252, 1278, 1293f., 1297f., 1368

– Bundesrepublik Deutschland

S. 186, 227f., 351–356, 381f., 413f., 894, 933–935, 1003, 1059–1061, 1300, 1367–1370

– Dänemark

S. 934

– EG/EPZ

S. 86f., 351–356, 708, 816, 894, 974f., 1297, 1730

– Frankreich

S. 381f., 816, 934

– Griechenland

S. 934

– Großbritannien

S. 227f., 934

– Irak

S. 353, 1300

– Israel

S. 81–84, 126–128, 211–214, 278, 298f., 301f., 352f., 412f., 415, 812–816, 864, 895, 935, 974, 1003, 1060, 1252, 1293f., 1297f., 1300, 1368f.

– Italien

S. 934

– Jordanien

S. 212, 301, 1252

– Niederlande

S. 934

– PLO

Dok. 19, 77, 207, 239, 321 und S. 83f., 120, 127, 185f., 212, 301, 381f., 389, 413, 415, 539, 546, 649, 814f., 864, 974, 1026, 1278, 1298, 1681

– Portugal

S. 934

– Spanien

S. 934

– Syrien

S. 127, 353, 546, 895, 1252, 1293f.

– UdSSR

S. 81, 126f., 212f., 227f., 415, 812f., 815f.

– USA

S. 126f., 185f., 212f., 227f., 352f., 355, 381f., 816, 864, 934, 1278, 1297f., 1300

Namibia-Frage

S. 192, 209f., 355, 442–444, 547, 834, 894, 917, 976, 1096, 1535, 1706, 1708, 1730

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 68, 102 und S. 162, 218f., 227, 441–444, 665–667, 732, 735, 1097, 1487f.

– Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)

S. 210, 218, 441f.

– Großbritannien

S. 218f., 227

– Südafrika

S. 315, 318f., 441–444, 665–667, 734f., 1097

– SWAPO (South West Africa People's Organization)

S. 456f., 665–667, 735, 833, 1487f.

- UNTAG (United Nations Transition Assistance Group)
S. 210, 227, 441f., 447, 665, 732, 735, 1488
- VN
S. 314f., 1487f.

Nationalsozialismus

- Costermano (Soldatenfriedhof)
Dok. 25 und S. 527
- Fall Josef Schwammberger
S. 1004f.
- Nichtangriffsvertrag von 1939 („Hitler-Stalin-Pakt“)
siehe unter: UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
- United States Holocaust Memorial Council/Museum
Dok. 256

NATO (North Atlantic Treaty Organization)

- siehe außerdem: KSZE, SNF, UdSSR, VKSE*
Dok. 24, 88 und S. 346f., 390, 612–622, 947, 981, 1076, 1325, 1333, 1336, 1394, 1396f., 1475, 1593, 1671f., 1830–1837
- Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
S. 770–775, 1643–1650
- Bundesrepublik Deutschland
S. 191–196, 522, 1797–1804
- Doppelbeschluß vom 12.12.1979
S. 53, 55, 117f., 185, 494, 497, 587, 684, 868, 1160, 1336, 1582
- Eurogroup
Dok. 384 und S. 1647
- General Political Guidelines (GPG) zum Einsatz von Nuklearwaffen
S. 419²⁵, 479f.
- Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung
siehe: NATO-Gesamtkonzept
- Großbritannien
Dok. 319
- Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)
S. 194, 403, 522, 686, 690f., 824, 1243, 1500, 1537, 1551, 1555, 1643, 1646, 1685, 1758, 1797
- High Level Group (HLG)
S. 178, 418f.

- High Level Task Force (HLTF) für Fragen der Konventionellen Rüstungskontrolle in Europa
S. 306⁵, 309–311, 312²¹, 772, 774, 863¹⁴, 914, 999, 1001, 1389, 1503, 1675, 1761, 1810f., 1813
- Nukleare Planungsgruppe (NPG)
S. 480, 514
- Ständiger Rat
Dok. 304, 364 und S. 1360–1364
- Tagungen des NATO-Ministerrats und Gipfelkonferenzen
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
- USA
S. 191–196, 1629, 1644f., 1762
- Warschauer Pakt
Dok. 422 und S. 1337, 1756–1758, 1761, 1763, 1785f.

NATO-Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung

siehe auch: SNF

Dok. 51 und S. 52, 117, 169, 175f., 183, 185, 192, 194–196, 204, 223, 400, 402f., 492f., 498, 507, 514²⁸, 523, 535⁷, 613, 618, 681, 689, 692, 704f., 771, 863, 865, 870

Nepal

S. 519, 1054, 1203f.

Neuseeland

S. 22, 26, 887²⁹⁺³⁰, 1054, 1723

Nicaragua

siehe außerdem: Großbritannien, VN, Zentralamerika-Politik

S. 542, 547, 620, 735, 1055, 1166f., 1790

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 125 und S. 180, 1258
- UdSSR
S. 390, 1594, 1645, 1668, 1680
- USA
S. 390, 560–562, 564f., 1158f., 1258, 1277, 1339, 1341

Niederlande

siehe außerdem:

Belgien, EG, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Iran, Nahost-Konflikt, SNF, VKSE

S. 947, 1055, 1370–1373, 1454, 1523, 1716, 1809

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 12, 313 und S. 640 f.
- Ungarn
S. 774 f.
- USA
S. 535
- Volksrepublik China
S. 1217¹⁰
- Niger**
S. 1608
- Nigeria**
S. 265, 749
- Nord-Süd-Dialog**
Dok. 23 und S. 459, 1615, 1688
- Norwegen**
siehe außerdem: SNF, VKSE
S. 728, 1055, 1461, 1662–1664, 1723, 1808
- OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)**
siehe: OAU
- OAS (Organization of American States)**
S. 257, 560, 1087
- OAU (Organization of African Unity)**
S. 439–442
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)**
S. 262, 376, 402, 449, 455, 695, 707, 904, 1310 f., 1416, 1523, 1549, 1783, 1792
- OIC (Organisation of the Islamic Conference)**
S. 364, 1770
- Oman**
S. 1055
- OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries)**
S. 104
- „Open Sky“**
Dok. 312 und S. 621, 688, 691, 1275, 1504, 1748, 1751 f., 1761
- Österreich**
siehe außerdem: Italien, Jugoslawien, KSZE
S. 248 f., 756, 904, 1055, 1116, 1220, 1396, 1432, 1455, 1552, 1694, 1723, 1846
- Bundesrepublik Deutschland
S. 929, 958–961, 1598 f.
- EG/EPZ
Dok. 214 und S. 728, 889, 963, 996, 1188, 1323, 1473, 1475, 1780, 1808
- UdSSR
S. 153
- Ungarn
S. 779, 929, 1117–1119, 1269
- Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen**
- COCOM
Dok. 52, 350, 370 und S. 106, 370, 540, 627 f., 684, 687, 885, 1416, 1522 f., 1594, 1602, 1641, 1686, 1751
- Hilfsprogramm der G24 für Polen und Ungarn
Dok. 202, 416 und S. 817–819, 866, 869, 993 f., 1032–1034, 1065, 1227, 1237, 1275 f., 1305, 1311, 1317–1321, 1475 f., 1492, 1503, 1540, 1543, 1549, 1578, 1672, 1674, 1684–1686, 1714, 1738, 1748, 1758 f.
- Pakistan**
siehe außerdem: Afghanistan, Indien
S. 459, 1652
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 295 und S. 462¹¹
- Saudi-Arabien
S. 467
- UdSSR
S. 366, 1284
- USA
S. 466 f., 1203
- Volksrepublik China
S. 1284
- Panama**
Dok. 134, 418 und S. 1033, 1055, 1166, 1339
- Papua-Neuguinea**
S. 1055
- Paraguay**
Dok. 35 und S. 227, 1055
- Pariser Club**
siehe auch: Verschuldungsproblematik
S. 267, 439, 563¹⁴, 866, 869, 904, 1176, 1707, 1783
- Jugoslawien
S. 329, 1689 f.
- Polen
S. 73 f., 75¹⁴, 79 f., 543, 552 f., 607⁷, 608 f., 611²¹, 696 f., 714, 719, 941¹², 993,

1161, 1196, 1227, 1244f., 1319, 1402, 1510, 1579

- Ungarn
S. 1319

Peru

S. 1055, 1231, 1341, 1377

Philippinen

Dok. 213, 401 und S. 265, 369, 748f., 1791

PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, Arbeiterpartei Kurdistans)

S. 287, 842, 844, 1191

PLO (Palestine Liberation Organization)

siehe unter: Nahost-Konflikt

Polen

siehe außerdem:

Abrüstung, Belgien, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien, IWF, KSZE, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pariser Club, VKSE, Weltbank

S. 186, 267, 272, 449, 673, 698f., 713, 777–779, 781f., 869, 974, 1093f., 1098, 1307, 1310f., 1395f., 1399, 1499, 1528, 1583, 1619, 1657, 1792, 1801, 1846

- EG/EPZ

Dok. 240, 307 und S. 825, 865, 932, 959, 1175f., 1227f., 1234–1241, 1305⁶, 1324f., 1374f., 1473

- EG-Nahrungsmittelhilfe

S. 942, 974, 1032f., 1065f., 1161, 1176, 1227, 1237, 1295, 1383, 1476, 1492, 1628, 1728, 1784

- Innenpolitik/Reformprozeß

Dok. 1, 42, 90, 168 und S. 73f., 77f., 390, 550–552, 912, 940f., 1148–1150, 1195, 1243f., 1492, 1494, 1547, 1559

- Schweden

S. 1508

- UdSSR

S. 151f., 551, 553, 575, 578, 648, 755, 760–762, 767, 817–819, 863, 940, 1135⁶, 1149, 1508, 1559, 1670

- Umschuldung/Kreditvergabe

siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

- Ungarn

S. 325

- USA

S. 193, 392, 473, 520, 536, 543, 614, 863, 903–905, 973, 993, 1275f., 1295, 1339,

1409, 1415f., 1421f., 1502f., 1532, 1540, 1547, 1549, 1603

Polen-Bundesrepublik Deutschland

siehe außerdem: Botschaftsflüchtlinge

Dok. 16, 17, 123, 206, 209, 248, 255, 260, 267, 353, 355, 371 und S. 3², 22, 115, 170, 193, 207, 348, 381, 392, 415, 473f., 520, 525, 537, 543f., 648, 695f., 714, 733, 785, 901f., 1160f., 1166, 1339, 1416, 1421–1423, 1457, 1492, 1517f., 1532f., 1539f., 1542f., 1592f., 1657, 1693, 1759, 1775, 1778, 1782

- Wirtschafts- und Finanzbeziehungen

Dok. 135, 159, 281, 299, 330, 354 und S. 75f., 79–81, 551–553, 863, 931f., 942, 1176, 1196, 1244f., 1257, 1314, 1375, 1502, 1507, 1578f.

Portugal

siehe außerdem:

DDR, EG, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Nahost-Konflikt, VKSE

S. 211, 309, 532, 564, 1055, 1319

Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten

- ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 116¹⁰

- BBC (British Broadcasting Corporation)
S. 211¹⁷, 571, 573

- ddp (Deutscher Depeschendienst)
S. 373

- Deutsche Welle (Köln)
S. 650, 1279

- Financial Times (London)
S. 184, 195f., 1326, 1453

- The Independent (London)
S. 928

- Izvestija (Moskau)
S. 766, 1035

- Junge Welt (Ost-Berlin)
S. 1199, 1303, 1356

- Mladá fronta (Prag)
S. 1111f., 1565–1567

- Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 92, 305, 593, 1303, 1356, 1481

- The New York Times
S. 49f., 529, 763

- Prawda (Moskau)
S. 358, 1738, 1845

- RIAS (Berlin)
S. 1235, 1323
- Rudé právo (Prag)
S. 122 f., 125, 1110 f., 1566
- Der Spiegel (Hamburg)
S. 374, 793, 856, 1323, 1336 f.
- TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 1199
- The Times (London)
S. 1514
- The Washington Post
S. 542²⁸, 1341
- Die Welt (Bonn)
S. 1224, 1696, 1701
- ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 1424–1427

Rabta

siehe unter: Libyen

Republik China (Taiwan)

S. 368 f., 957, 1057

Republik Korea (Südkorea)

Dok. 372 und S. 22, 368, 533, 1053 f.

Republikaner (Die Republikaner)

S. 171, 283, 869, 1135, 1711 f.

RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)

siehe außerdem: EG

S. 203, 393, 782, 996, 1258, 1603, 1799

Römische Verträge vom 25.3.1957

S. 448, 996, 1189 f., 1780

- EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 67, 502, 518 f., 822¹³, 839, 945, 1130³,
1132 f., 1234–1241, 1324, 1445–1449, 1451,
1454, 1598, 1727, 1755

Rumänien

siehe außerdem: Jugoslawien, KSZE, VN

S. 713, 732, 913, 1093, 1191, 1236, 1241,
1307, 1314, 1384, 1459 f., 1462, 1619,
1623, 1658, 1748, 1830, 1832

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 72, 122 und S. 71, 932, 1069, 1693 f.
- EG/EPZ
S. 335 f.
- Innenpolitische Entwicklung
Dok. 170, 365, 423, 433 und S. 335–338,
1195

- UdSSR
S. 575, 579
- Ungarn
S. 846, 849, 1114 f., 1777

Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Dok. 81, 126, 237, 426 und S. 95, 113 f.,
190, 214, 887

SALT (Strategic Arms Limitation Talks)

siehe unter: Abrüstung

Sambia

S. 1488, 1607–1609

Saudi-Arabien

siehe außerdem:

Afghanistan, Ägypten, Brasilien, Großbri-
tannien, Irak, Israel, Pakistan, VN

S. 1055, 1818–1820

- Bundesrepublik Deutschland
S. 95, 190, 567, 570, 1055 f.
- USA
S. 95, 127
- Volksrepublik China
S. 370

Schweden

siehe außerdem: KSZE, Polen

S. 756, 1010, 1056, 1455, 1523, 1723, 1808

- Bundesrepublik Deutschland
S. 1662–1664
- UdSSR
S. 280¹¹

Schweiz

siehe außerdem: Irak, KSZE

S. 282, 889, 1056, 1455, 1523, 1723, 1808

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 99

- EG/EPZ
S. 447–449

- Volksrepublik China
S. 371

SDI

siehe unter: USA

Senegal

S. 1688

Sierra Leone

S. 1608

Simbabwe

S. 213, 1607–1609

Simon Wiesenthal Center

Dok. 224

Singapur

S. 700, 957, 1142f.

SNF (Short-Range Nuclear Forces)

siehe auch: NATO-Gesamtkonzept

S. 58, 538, 557, 613, 670, 681, 704f., 770, 863, 913f., 1361, 1626

– Belgien

S. 641–644, 690

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 51, 118 und S. 53–56, 117–119, 169, 175f., 184, 195, 222–224, 389f., 416–420, 482f., 493–499, 507–516, 522–525, 534–537, 586–589, 617f., 630, 632, 641–644, 646f., 654–656, 660, 662, 788f., 870, 882f., 1591

– Dänemark

S. 690f.

– DDR

S. 175

– Frankreich

S. 241f., 482f., 632, 654–656, 683

– Griechenland

S. 689

– Großbritannien

S. 117–119, 203f., 221–224, 237, 241–243, 417, 419, 507–516, 586–589, 685f.

– Italien

S. 524, 647, 692

– Kanada

S. 534⁴

– NATO

S. 616–618, 621f.

– Niederlande

S. 52f., 55f., 224, 237, 535⁶, 644, 688

– Norwegen

S. 687

– UdSSR

S. 55, 64, 117f., 175f., 222, 600, 616–618, 788f.

– USA

Dok. 92 und S. 169, 184, 237, 239–243, 389f., 493–499, 528–530, 534–537, 630, 1417, 1591

Somalia

S. 161, 1384

Sowjetunion

siehe: UdSSR

Spanien

siehe außerdem:

Chemische Waffen, DDR, EG, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, KSZE, Nahost-Konflikt, Verschuldungsproblematik, VKSE

S. 309, 532, 564, 904, 1056, 1230, 1420, 1645, 1722f., 1790

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 32 und S. 259, 387

– Südafrika

S. 1140

– UdSSR

S. 774, 1551

– Ungarn

S. 1551f.

– Volksrepublik China

S. 371

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

S. 54⁸, 75, 171f., 184²⁴, 305, 316¹⁴, 389f., 421, 423f., 499, 508, 521f., 524, 584, 628, 642, 655f., 757, 801, 806, 1012¹⁹, 1023, 1128, 1135, 1144, 1146, 1341, 1344–1346, 1350²⁵, 1412, 1414, 1542, 1612, 1774, 1776, 1781f.

Sri Lanka

S. 573, 1204, 1456

Südafrika

siehe außerdem:

Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Namibia-Frage, Spanien, VN

Dok. 212 und S. 22, 227, 381, 542, 620, 1505

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 31, 54, 149, 187, 188, 257, 349 und S. 163f., 208–211, 218f., 443, 917, 950f., 1056f., 1248, 1256, 1337, 1606–1610

– EG/EPZ

S. 135f., 138f., 827, 832, 976, 1056, 1374

– UdSSR

S. 665

– USA

S. 209f., 443, 547, 1140, 1256

Sudan

S. 161f., 279, 364, 573, 615, 976, 1202

Syrien

siehe außerdem:

Irak, Iran, Israel, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Terrorismus

S. 1057, 1192

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 199, 298 und S. 489–491, 1071
- EG/EPZ
S. 86, 1767, 1850
- UdSSR
S. 81, 815
- USA
S. 127 f.

Tansania

S. 166

Terrorismus

- S. 126, 128, 301, 352 f., 370, 382, 436, 620, 684, 709, 911, 934, 1032 f.
- Anschlag auf den Pan-Am-Flug 103 am 21.12.1988 über Lockerbie
S. 107, 120, 181
- Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986 in Berlin (West)
S. 95, 1437, 1766⁶
- Auslieferungsfall Hamadi
siehe unter: USA–Bundesrepublik Deutschland
- EG/EPZ
S. 107
- Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon
S. 586
- Entführungsfall Quint im Libanon
S. 584–586
- Entführungsfall Strübig und Kemptner im Libanon
S. 716 f., 1026, 1072, 1270–1272, 1294
- Ermordung von William Higgins im Libanon
S. 1070 f.
- IRA (Irish Republican Army)
S. 107, 120, 214, 545, 1437, 1536, 1767
- Libyen
S. 95, 1437, 1767
- Syrien
S. 181
- Türkei
S. 107

Thailand

S. 700 f., 1143

Tibet*siehe unter: Volksrepublik China***Togo**

S. 1608

Trägertechnologie**Dok. 285, 310, 341, 403** und S. 373–376, 573, 1667**Tschad**

S. 573, 1437

Tschechoslowakei*siehe: ČSSR***Tschernobyl***siehe unter: UdSSR***Tunesien**

S. 299

Türkei*siehe außerdem:**Bulgarien, Griechenland, Großbritannien, Irak, Terrorismus, VKSE*

S. 212, 279, 459, 578, 623 f., 750, 794, 1057, 1723, 1846

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 61, 163, 271 und S. 137, 228
- EG/EPZ
Dok. 190, 396 und S. 228, 286–288, 727 f., 996, 1187–1192, 1238, 1323
- Kurdenfrage
S. 726 f.
- USA
S. 221
- WEU
S. 286 f., 398

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)*siehe außerdem:**Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Kanada, KSZE, Kuba, Libanon-Konflikt, Libyen, Nahost-Konflikt, Nicaragua, Österreich, Pakistan, Polen, Rumänien, Schweden, SNF, Spanien, Südafrika, Syrien, VKSE, VN, Zentralamerika-Politik***Dok. 184, 385** und S. 101, 103, 105, 348, 698, 957, 1008, 1300, 1325, 1363, 1384, 1584, 1586, 1619, 1801 f.

- EG/EPZ
Dok. 428 und S. 397, 451⁸, 807, 972, 1236, 1642, 1653 f.

- Erdbeben in Armenien am 7.12.1988
S. 9–11, 82, 107, 425, 453f., 583, 634, 1309
 - Glasnost/Perestroika
Dok. 34, 171, 232 und S. 424f., 451–453, 526, 540, 555f., 601, 614, 797f., 813, 910, 1093, 1097f., 1193, 1195f., 1204, 1206, 1236, 1243f., 1274, 1306f., 1340, 1398f., 1416, 1422f., 1440–1442, 1476, 1493, 1533f., 1541f., 1545f., 1570–1574, 1627f.
 - Jüdische Sowjetbürger
S. 97, 279, 282, 813, 842f., 1253
 - KGB
S. 106, 108, 876, 1036f., 1207⁷⁺⁹, 1208, 1371
 - Kongreß der Volksdeputierten
Dok. 78, 197 und S. 12, 207, 424, 452, 577, 797, 818, 910, 993, 1037, 1429f., 1845–1849
 - KPdSU
S. 12, 357, 359, 540, 575, 673, 753, 756f., 818, 877f., 1036, 1156f., 1164, 1399, 1431, 1439, 1493
 - Nationalitätenkonflikte/Unabhängigkeitsbewegungen
Dok. 128, 262 und S. 11, 99, 291–294, 358f., 425, 540, 685, 699, 756, 760–763, 766, 781, 811, 844, 881, 910, 973, 1035f., 1164f., 1196, 1223, 1243f., 1253, 1258f., 1273f., 1313, 1340, 1365, 1399, 1493, 1502, 1534, 1546, 1573, 1627, 1631f., 1646f., 1775
 - NATO
Dok. 124, 320, 417 und S. 1643–1650
 - Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl am 26.4.1986
S. 11, 425, 1177, 1309, 1489f.
 - Ungarn
S. 325f., 445, 720–722, 755, 761, 781f., 784, 817–819, 863, 869, 1115, 1162, 1601f.
 - USA
Dok. 136, 270, 272, 391 und S. 13f., 65, 153, 170, 185f., 191–193, 389f., 401f., 421–423, 537, 540–542, 555, 557f., 600–602, 662, 683, 712, 755, 793, 798f., 807, 871, 882, 910f., 917f., 1072–1081, 1164f., 1209, 1243, 1258, 1260–1262, 1273–1275, 1277f., 1284, 1290, 1331–1334, 1340, 1382, 1399, 1416, 1489f., 1495, 1499–1504, 1518, 1534, 1538f., 1545f., 1573, 1590–1594, 1601f., 1604, 1624, 1630–1634, 1645, 1649, 1651, 1678–1681, 1688, 1734, 1736f., 1749, 1752, 1759, 1774, 1788, 1820–1824
 - Volksrepublik China
S. 152, 366, 507, 558, 596, 602, 635f., 702, 818, 912, 1101f., 1217
- UdSSR–Bundesrepublik Deutschland**
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage
Dok. 3, 14, 63, 93, 100, 129, 133, 140, 151, 178, 179, 182, 205, 211, 235, 276, 329, 339, 357, 369, 406, 407 und S. 22, 39, 71, 76, 97–99, 116, 171, 175f., 192f., 203–205, 222f., 279–282, 365, 389f., 397, 405³, 414f., 508, 514, 522f., 525f., 537, 541, 554–558, 660, 695f., 781, 824, 865–870, 880–882, 898f., 910f., 972f., 1154–1158, 1165, 1246, 1408, 1414, 1489–1491, 1493, 1499, 1533f., 1591–1594, 1630–1634, 1651, 1654f., 1657–1660, 1669f., 1720, 1748f., 1774–1778
- Deutschstämmige in der UdSSR
Dok. 336 und S. 282, 756, 810f., 813, 1314
 - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 386 und S. 450f., 597–599, 808f.
 - Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken („Hitler-Stalin-Pakt“)
Dok. 173, 252, 434 und S. 756, 797, 1155f., 1200, 1296
 - Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 756, 759–767, 1121–1125, 1155, 1200, 1845–1849
 - Zusammenarbeit bei Aus- und Fortbildung
S. 583, 634, 808, 881, 930, 1639
- Uganda**
S. 573, 1608
- Umweltpolitik/Umweltschutz**
Dok. 181, 226, 317, 343, 381 und S. 102, 105, 160, 165f., 187, 214–216, 234, 377f., 393, 436, 448, 474, 477, 519f., 527, 620, 631f., 641, 684, 709, 736, 791, 884–887, 905, 965f., 987f., 1031, 1092, 1127, 1291, 1308f., 1311, 1324, 1350, 1381, 1384, 1489–1491, 1508, 1544, 1565, 1641, 1651, 1656, 1668, 1679, 1686, 1699, 1705, 1707, 1716, 1738, 1787, 1828

Ungarn

siehe außerdem:

Belgien, Bulgarien, ČSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien, IWF, KSZE, Niederlande, Österreich, Pariser Club, Polen, Rumänien, Spanien, UdSSR, VKSE, VN, Weltbank

S. 185, 207, 281, 392f., 449, 473, 525, 673, 698f., 713, 974, 989, 1093f., 1098, 1307, 1310f., 1395f., 1399, 1499, 1528, 1533, 1583, 1619, 1623, 1658, 1751, 1800

– EG/EPZ

Dok. 307 und S. 777f., 825, 865, 959, 1063f., 1234–1241, 1268, 1305⁶, 1324f., 1374f., 1473, 1500, 1729

– Innenpolitik/Reformprozeß

Dok. 20, 98, 160, 331 und S. 325f., 776–778, 780–784, 817, 912f., 1165, 1195, 1243f., 1492, 1494, 1547, 1560

– USA

S. 193, 536, 614, 783, 903–905, 973, 993, 1165f., 1257, 1339, 1547, 1549

Ungarn-Bundesrepublik Deutschland

siehe außerdem: *Botschaftsflüchtlinge*

Dok. 69, 176, 177, 291, 376, 377 und S. 71, 87f., 387, 608, 610f., 695f., 714, 719, 920, 1162f., 1165, 1228, 1244, 1256f., 1338, 1407, 1421–1423, 1457, 1492, 1539f., 1584, 1694, 1740f.

UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)

siehe unter: VN

United States Holocaust Memorial Council

siehe unter: *Nationalsozialismus*

UNO (United Nations Organization)

siehe: VN

USA (United States of America)

siehe außerdem:

Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Brasilien, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, KSZE, Libanon-Konflikt, Libyen, Nahost-Konflikt, NATO, Nicaragua, Niederlande, Pakistan, Polen, Saudi-Arabien, SNF, Südafrika, Syrien, Türkei, UdSSR, Ungarn, Verschuldungsproblematik, VKSE, VN, Zentralamerika-Politik

S. 25, 76, 102–104, 146, 215f., 261–263, 283, 457⁵, 458f., 523, 604, 623f., 702,

953⁴, 956f., 1008, 1092, 1128, 1142, 1229–1233, 1239, 1250f., 1330–1334, 1336, 1371f., 1396, 1453, 1455, 1461, 1547f., 1584–1586, 1717, 1719

– EG/EPZ

Dok. 119 und S. 27, 93, 114, 141–143, 182f., 218, 392f., 518, 677f., 708, 712, 1019, 1257f., 1375, 1414f.

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)

S. 168, 183, 187, 189, 191f., 197, 203, 209, 218, 222, 239f., 268, 290, 417, 421, 511, 530f., 533, 536, 541f., 544, 547, 562, 671, 861f., 864, 936–939, 999, 1002f., 1073, 1075f., 1078–1081, 1089, 1151f., 1251, 1258, 1275, 1310, 1339, 1403⁹, 1409, 1469, 1503, 1549, 1644f., 1648, 1790

– SDI

S. 422, 616, 1078, 1080, 1274, 1823f.

– Vietnam

S. 872f.

– Volksrepublik China

S. 370f., 757, 1169f., 1852, 1854f.

USA-Bundesrepublik Deutschland

siehe außerdem: *Berlin, Deutsche Frage*

Dok. 11, 37, 38, 39, 40, 41, 85, 92, 111, 112, 118, 120, 138, 148, 157, 186, 195, 256, 263, 288, 314, 324, 332, 334, 338, 362, 370, 373, 374, 378, 391, 418 und S. 6–8, 13, 16, 22, 39–43, 93–96, 143, 245f., 278, 280f., 310, 373⁹, 374¹⁰, 375, 414, 421f., 520, 524f., 572f., 633, 641, 654–656, 670, 788, 946f., 1038f., 1048, 1182–1186, 1523f., 1540, 1652, 1692

– Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der Bundesrepublik Deutschland

Dok. 76, 208, 261 und S. 685, 866

– Auslieferungsfall Hamadi

S. 180f., 585⁷, 884, 1025f.

VAE

siehe: *Vereinigte Arabische Emirate*

Vatikan

siehe: *Heiliger Stuhl*

Venezuela

S. 145, 299, 331, 561, 1057, 1688

Vereinigte Arabische Emirate

S. 1040, 1057

Vereinigte Staaten von Amerika

siehe: *USA*

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

siehe: Großbritannien

Vereinte Nationen

siehe: VN

Vergangenheitspolitik

siehe: Nationalsozialismus

Verschuldungsproblematik

siehe auch: IWF, Pariser Club, Weltbank

S. 101f., 263, 377f., 393, 736f., 1031, 1092, 1291, 1707

- Ägypten
S. 267
- Brasilien
S. 269
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 57 und S. 331–334, 439–441, 872
- EG/EPZ
Dok. 96 und S. 266
- Frankreich
S. 260, 268f., 271f., 334, 435
- Großbritannien
S. 260
- Gruppe der Acht (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela sowie Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay)
S. 432–438
- Japan
S. 268–271, 333f., 433f.
- Jugoslawien
S. 265
- Lateinamerika/Zentralamerika/Karibik
S. 259f., 265, 267, 269, 272, 331–334, 432–438
- Mexiko
S. 269
- Polen
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
- Spanien
S. 272f.
- Subsahara-Afrika
S. 265–267, 272
- USA/Baker-Plan/Brady-Plan
Dok. 71, 169 und S. 144, 265–268, 270, 272, 421, 433–437, 440, 871f., 1227, 1402
- VN
S. 439–441

Vierer-Außenministertreffen

Dok. 408 und S. 1672

Vierer-Direktorentreffen

Dok. 121, 202, 203, 293, 352, 409

Vierergruppe

siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam

siehe außerdem: USA

S. 126f., 1141f., 1172, 1277, 1781

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 155 und S. 873f.

- Volksrepublik China

S. 368f., 372

VKSE (Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa)

Dok. 74, 223, 327, 425 und S. 29–32, 35, 55, 62f., 116, 142, 185, 220, 402, 423, 494, 496f., 508, 512f., 524f., 542, 613, 617–619, 630, 642, 647, 773–775, 777f., 784, 787–790, 846, 924, 980f., 992, 1196, 1206, 1243, 1253, 1275, 1307, 1361–1363, 1367, 1381, 1394, 1396f., 1399, 1493, 1592, 1626, 1643–1645, 1648f., 1651, 1665, 1667, 1673, 1737, 1749f., 1756f., 1761f., 1786–1788, 1802, 1804, 1821, 1831f.

- Belgien

S. 311, 1001

- Bundesrepublik Deutschland

S. 221, 306–312, 482f., 602, 632, 868, 883, 914, 1001, 1125–1129, 1340, 1389–1393, 1417, 1503, 1629, 1751, 1810f., 1813f.

- Dänemark

S. 58f., 1629

- Frankreich

S. 57f., 309–311, 345, 380, 632, 670f., 914, 999, 1001, 1503f., 1683

- Griechenland

S. 1389, 1591, 1751, 1810, 1812

- Großbritannien

S. 221, 309–311, 345, 670, 914, 999, 1391, 1503f., 1629, 1686, 1815

- Italien

S. 1001

- Mandat

Dok. 13 und S. 342, 396, 482f., 1389, 1812

- NATO

Dok. 67 und S. 342–345, 669–672, 997–1001, 1388–1393, 1809–1815

- Neutrale und Nichtgebundene Staaten
S. 342f.
- Niederlande
S. 311, 1001
- Norwegen
S. 58f., 309, 1001
- Polen
S. 60, 345, 1812
- Portugal
S. 58f.
- Spanien
S. 58f., 1629
- Türkei
S. 58f., 221, 228, 309–311, 1001, 1591, 1751, 1810, 1812
- UdSSR
S. 57–60, 345, 544, 600f., 670, 811, 868, 1340, 1390–1392, 1679, 1811–1814
- Ungarn
S. 60, 345, 1812
- USA
Dok. 148, 150 und S. 57, 309f., 345, 544, 684, 686–694, 704, 712, 770f., 811, 824f., 863, 866–868, 871, 882, 914, 998f., 1073, 1079f., 1340, 1416f., 1495, 1503f., 1679, 1751, 1814
- Verifikation
Dok. 253
- Warschauer Pakt
S. 306–312, 342–345, 669–672, 997–1001, 1388–1392, 1809–1815
- VN (Vereinte Nationen)**
siehe außerdem:
EG, Libanon-Konflikt, Namibia-Frage, Verschuldungsproblematik, Zentralamerika-Politik
S. 104f., 1142, 1189, 1191, 1615f., 1618
- Afghanistan
S. 364f., 367, 465f., 1082, 1084f.
- Ägypten
S. 1770
- Australien
S. 1770
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 165, 259, 379, 413 und S. 354, 1166⁴⁶, 1291f.
- Charta vom 26.6.1945
S. 230, 732, 1144f., 1847
- Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung
- ECE (Economic Commission for Europe)
S. 695, 1010, 1127, 1459–1461
- ECOSOC (Economic and Social Council)
S. 105, 1769⁶, 1770
- FAO (Food and Agriculture Organization)
S. 165, 804
- Generalversammlung
S. 100⁵, 1606–1610
- IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation)
S. 730f., 1344–1350
- IGH (Internationaler Gerichtshof)
S. 735, 791¹⁸, 1087, 1089, 1437⁹
- Irak
S. 275⁵, 733f., 854¹⁰, 859, 970¹⁶, 1299f., 1434–1436, 1467f.
- Iran
S. 275⁵, 733f., 853–855, 859, 969f., 1299f., 1433–1436, 1467f.
- Israel
S. 278
- IWF (Internationaler Währungsfonds)
siehe: IWF
- Japan
S. 1770
- Menschenrechtskommission (MRK)
S. 335, 605, 853, 855, 969, 1213, 1217⁸, 1769⁶, 1770
- Nicaragua
S. 560
- ONUCA (Grupo de Observadores de las Naciones Unidas en Centroamérica)
S. 1087–1089, 1095, 1166⁴⁶, 1291f.
- Resolution Nr. 3379 der Generalversammlung vom 10.11.1975
S. 1003
- Resolution Nr. 44/27 C der Generalversammlung vom 22.11.1989
S. 1606–1610
- Resolution Nr. 44/27 I der Generalversammlung vom 22.11.1989
S. 1606–1610
- Resolution Nr. 44/128 der Generalversammlung vom 15.12.1989
S. 1769–1771
- Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967
S. 85f., 211–213, 301, 352, 894, 933

- Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrats vom 22.10.1973
S. 212²⁴, 213²⁶, 301, 352, 894, 933
 - Resolution Nr. 418 des Sicherheitsrats vom 4.11.1977
S. 1139
 - Resolution Nr. 421 des Sicherheitsrats vom 9.12.1977
S. 1608
 - Resolution Nr. 425 des Sicherheitsrats vom 19.3.1978
S. 892
 - Resolution Nr. 432 des Sicherheitsrats vom 27.7.1978
S. 667¹²
 - Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978
S. 210, 218²⁴, 315, 442f., 664, 734, 1487
 - Resolution Nr. 598 des Sicherheitsrats vom 20.7.1987
S. 275⁵, 854, 859, 970, 1299f., 1434–1436, 1467f.
 - Resolution Nr. 632 des Sicherheitsrats vom 16.2.1989
S. 210¹⁶, 314–316, 664⁶
 - Rumänien
S. 35
 - Saudi-Arabien
S. 1770
 - Sicherheitsrat
S. 228, 278, 733–735, 1084, 1089, 1139, 1144, 1217
 - Sondergeneralversammlungen
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
 - Südafrika
S. 1056
 - UdSSR
S. 15, 63, 150, 222f., 364f., 791¹⁸
 - UNCTAD
S. 105
 - UNEP (United Nations Environment Programme)
S. 736, 1010, 1014, 1352, 1615
 - Ungarn
S. 1028, 1066f., 1114, 1118
 - UNGOMAP (United Nations Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan)
S. 466
 - UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
S. 132, 872², 873, 1028, 1066f., 1114, 1116–1118
 - UNTAG (United Nations Transition Assistance Group)
siehe unter: Namibia-Frage
 - USA
S. 278, 1770
 - Volksrepublik China
S. 732f., 1217, 1770
 - Weltbank
siehe: Weltbank
 - WHO (World Health Organization)
S. 539
 - WMO (World Meteorological Organization)
S. 736, 1009, 1352
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK)**
S. 109², 110, 965⁶
- Volksrepublik China**
siehe außerdem:
Afghanistan, DDR, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Japan, Niederlande, Pakistan, Saudi-Arabien, Schweiz, Spanien, UdSSR, USA, Vietnam, VN
S. 101, 105, 216, 701, 777–779, 784, 816, 864, 866, 871, 881, 885, 900, 902, 957, 993–995, 1008, 1011, 1093, 1142, 1205, 1277f., 1352, 1356, 1384, 1586, 1616
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 62, 81, 95, 162, 172, 174, 247, 264, 436 und S. 724, 737, 739, 1057, 1584
 - EG/EPZ
S. 429², 430f., 652f., 757f., 975, 1032f., 1104, 1374, 1854f.
 - Hongkong
S. 995, 1033, 1242, 1780f.
 - Innenpolitik/Niederschlagung der Demokratiebewegung
Dok. 10, 114, 141, 145, 161, 166, 278 und S. 660, 695, 915, 1168–1170
 - Tibet
S. 288–290, 370, 429–431, 1216f.
- VSBM-Verhandlungen (Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen)**
siehe auch: „Open Sky“
Dok. 75, 219, 328, 430 und S. 31, 35, 62f., 396, 402, 423, 630, 777f., 790, 846,

924, 992, 1127, 1196, 1206, 1243, 1361, 1367, 1381, 1399, 1592, 1626, 1643, 1673, 1750, 1762, 1786, 1804

Warschauer Pakt

siehe außerdem: KSZE, NATO, VKSE

S. 153f., 205, 220, 346–348, 496f., 509, 523f., 556–558, 696, 777, 817f., 871, 899–901, 973, 981f., 1109f., 1155, 1162f., 1166, 1258, 1275, 1277, 1362, 1365, 1367, 1395, 1397, 1422f., 1459–1464, 1493–1495, 1500, 1533, 1554f., 1559f., 1572, 1582, 1631f., 1646, 1649, 1660, 1666, 1679, 1774, 1777f., 1830–1837

- Tagungen des Warschauer Pakts
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

S. 101, 105, 144, 160, 215, 265f., 268, 270–272, 316, 332f., 413, 433, 435¹², 436, 439–441, 449, 561¹⁰, 563f., 745–750, 955, 1031, 1212, 1228, 1232, 1549, 1615, 1706f., 1783, 1855

- Brasilien
S. 378, 477, 519, 527, 1350
- Jugoslawien
S. 329¹⁰, 1689, 1690¹⁶
- Polen
S. 79, 543, 609, 696, 719, 941, 1318f., 1401f., 1502f.
- Ungarn
S. 1318f.

Weltraumpolitik

S. 145, 397f., 1019–1024, 1128f., 1251, 1313, 1327f., 1723f.

Weltwirtschaftsgipfel (G7)

Dok. 221 und S. 143, 745, 747–749, 1362, 1378

- am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 1033
- vom 28. bis 30.5.1983 in Williamsburg
S. 1032
- vom 4. bis 6.5.1986 in Tokio
S. 698
- vom 8. bis 10.6.1987 in Venedig
S. 439
- vom 19. bis 21.6.1988 in Toronto
S. 144, 191, 266, 377, 393, 434, 886

- vom 14. bis 16.7.1989 in Paris

Dok. 231 und S. 104, 144, 160, 173, 264, 267, 269f., 272, 331–334, 377f., 392f., 434, 473f., 477, 519, 527, 543, 746, 803–805, 860, 871f., 888, 904, 915, 941f., 955, 974, 1002, 1010, 1014, 1065f., 1237, 1318, 1353, 1377, 1852

- vom 9. bis 11.7.1990 in Houston
S. 805

WEU (Westeuropäische Union)

siehe außerdem: Griechenland, Türkei

Dok. 87 und S. 309, 683, 690, 706f., 1127, 1129, 1197, 1325, 1333, 1336, 1362, 1475, 1497, 1553, 1649

- Tagungen des WEU-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

Wirtschaftslage international

Dok. 56

Wirtschaftsunternehmen

- AEG-AG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft)
S. 1021f., 1049
- Aérospatiale SNI
S. 1019³, 1022, 1419, 1496
- Airbus Industrie
S. 1419f.
- Arianespace SA
S. 1328
- BASF Aktiengesellschaft (Badische Anilin- & Soda-Fabrik)
S. 751
- Blohm + Voss AG
S. 887²⁹⁺³⁰
- BMW (Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft)
S. 136, 1022
- Boeing (The Boeing Company)
S. 1022
- British Aerospace Public Limited Company
S. 1019³, 1022
- Cogema (Compagnie Générale des Matières Nucléaires)
S. 460–464, 471f., 476–478, 729–731
- Consen
S. 571, 1056, 1723
- Daimler-Benz AG
Dok. 228 und S. 136, 532¹⁰, 573, 1104, 1471, 1641

- Dassault Aviation
S. 1019³, 1022, 1419
- Deutsche Airbus GmbH
S. 532¹⁰, 1258¹⁷
- Deutsche Bank AG
S. 719, 782⁹, 808, 1020, 1102¹¹
- Deutsche Lufthansa AG
S. 321f., 538⁴, 1102f., 1747
- DIAG (Deutsche Industrieanlagen GmbH)
S. 1407¹¹
- Dornier GmbH
S. 1021–1023, 1129, 1428⁴
- Dresdner Bank AG
S. 1102¹¹, 1402
- Ferrostaal AG
S. 1471
- Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH
S. 1049
- Gildemeister AG/Gildemeister Projecta GmbH
S. 374, 571, 1052
- Druck und Verlagshaus Gruner + Jahr AG & Co.
S. 339
- HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft AG)
S. 566f., 1049, 1816f.
- Heckler & Koch GmbH
S. 368², 372¹⁵
- IKL (Ingenieurkontor Lübeck – Prof. Gabler Nachf. GmbH)
S. 567, 569, 1817
- Imhausen-Chemie GmbH
S. 42, 49¹⁰
- KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)
S. 609f., 611²¹, 1105, 1404, 1406f., 1491
- KHD (Klößner-Humboldt-Deutz AG)
S. 1021
- Klößner & Co AG
S. 1471
- KWU (Kraftwerk Union AG)
S. 144²⁸, 462, 1104
- Lufthansa-AG
S. 275f.
- MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG)
S. 1407¹¹
- Mannesmann AG
S. 1021, 1471
- Mannesmann Demag AG
S. 1103
- MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH)
Dok. 228 und S. 145, 373⁹, 374f., 376¹⁷, 455, 532¹⁰, 571–573, 1053, 1056, 1139f., 1419f., 1428⁴, 1496, 1723¹³
- MTU (Motoren- und Turbinen-Union GmbH)
S. 1021f., 1054f.
- NUKEM GmbH
S. 462¹¹
- RENK Aktiengesellschaft
S. 751
- Rheineisen Chemical Products GmbH
S. 864, 969, 1038–1040
- Salzgitter AG
S. 1407¹¹
- SEL (Standard Elektrik Lorenz AG)
S. 1021
- Siemens AG
S. 274, 462, 1013, 1021f., 1104, 1372, 1489, 1640¹¹
- Thyssen AG
S. 1021, 1053
- Thyssen Henschel
S. 1054
- Thyssen Nordseewerke GmbH
S. 566, 1816f.
- Toshiba Corporation
S. 191
- Transnuklear GmbH
S. 462¹¹
- Uhde GmbH
S. 274
- VEBA AG (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG)
S. 276, 460–464, 471f., 476–478, 729–731
- Volkswagen AG
S. 136
- Zahnradfabrik Friedrichshafen AG
S. 368²

World Jewish Congress
Dok. 22

Zaire

S. 166, 1608

Zentralamerika-Politik

Dok. 245 und S. 437, 601, 620, 1277, 1652

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 297 und S. 180, 390, 559–565, 1089, 1095 f., 1166

– Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)

S. 255–260, 560, 1088

– Costa Rica

S. 257, 390, 1099

– EG/EPZ

Dok. 55 und S. 1088

– El Salvador

S. 256 f., 1088, 1090, 1095 f., 1290

– Honduras

S. 257 f., 1086–1089, 1099

– Mexiko

S. 1099

– Nicaragua

S. 256–258, 559–565, 1086–1089, 1095 f.

– UdSSR

S. 1088 f., 1668, 1680, 1752

– USA

S. 179, 390, 422, 547, 1086 f., 1089, 1095 f., 1099, 1290, 1668, 1680, 1752

– VN

S. 256 f., 1087–1089

Zypern/Zypern-Konflikt

S. 58, 287⁷, 841, 847 f., 996, 1057, 1188, 1190, 1192, 1238, 1730, 1833 f.

